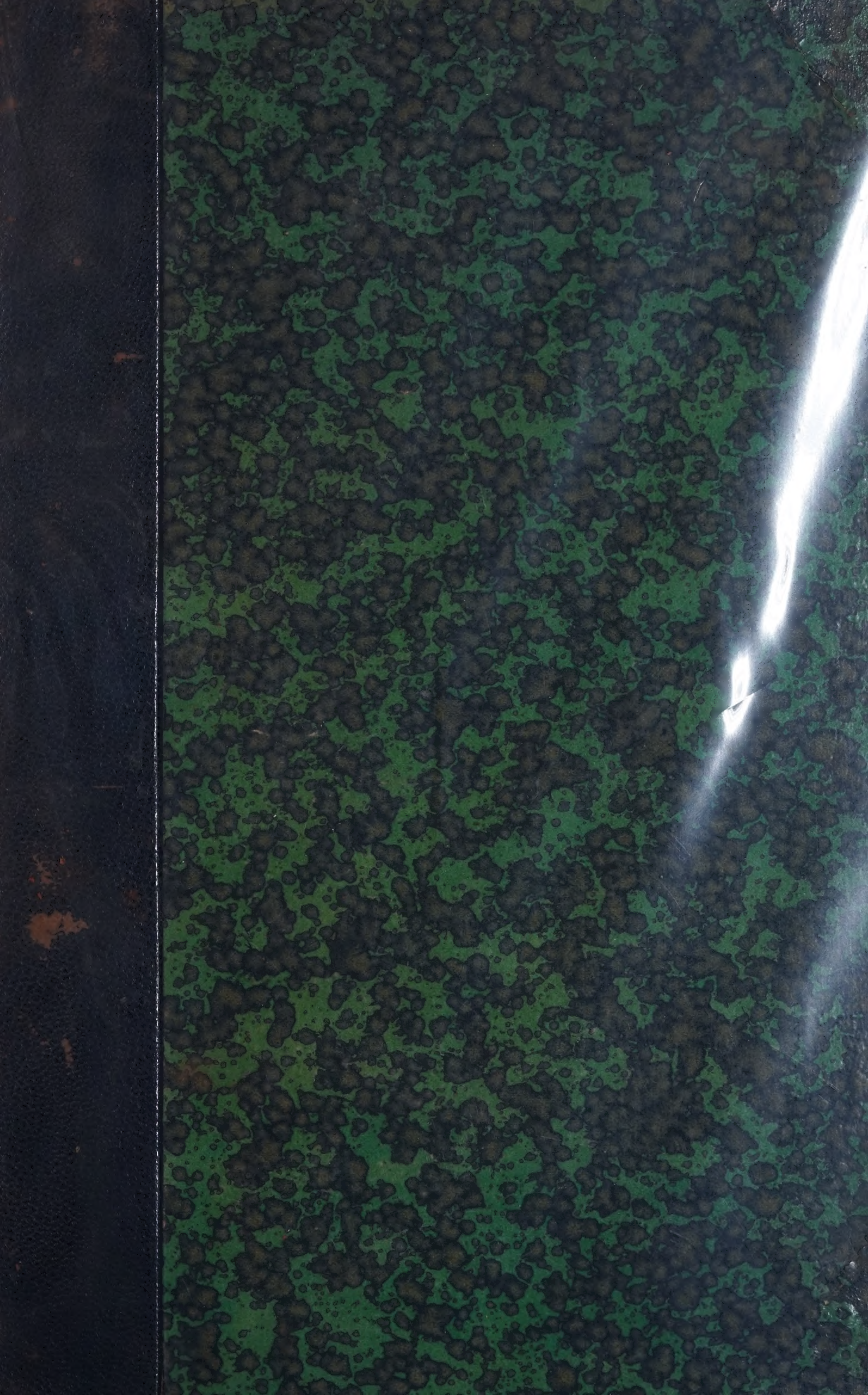
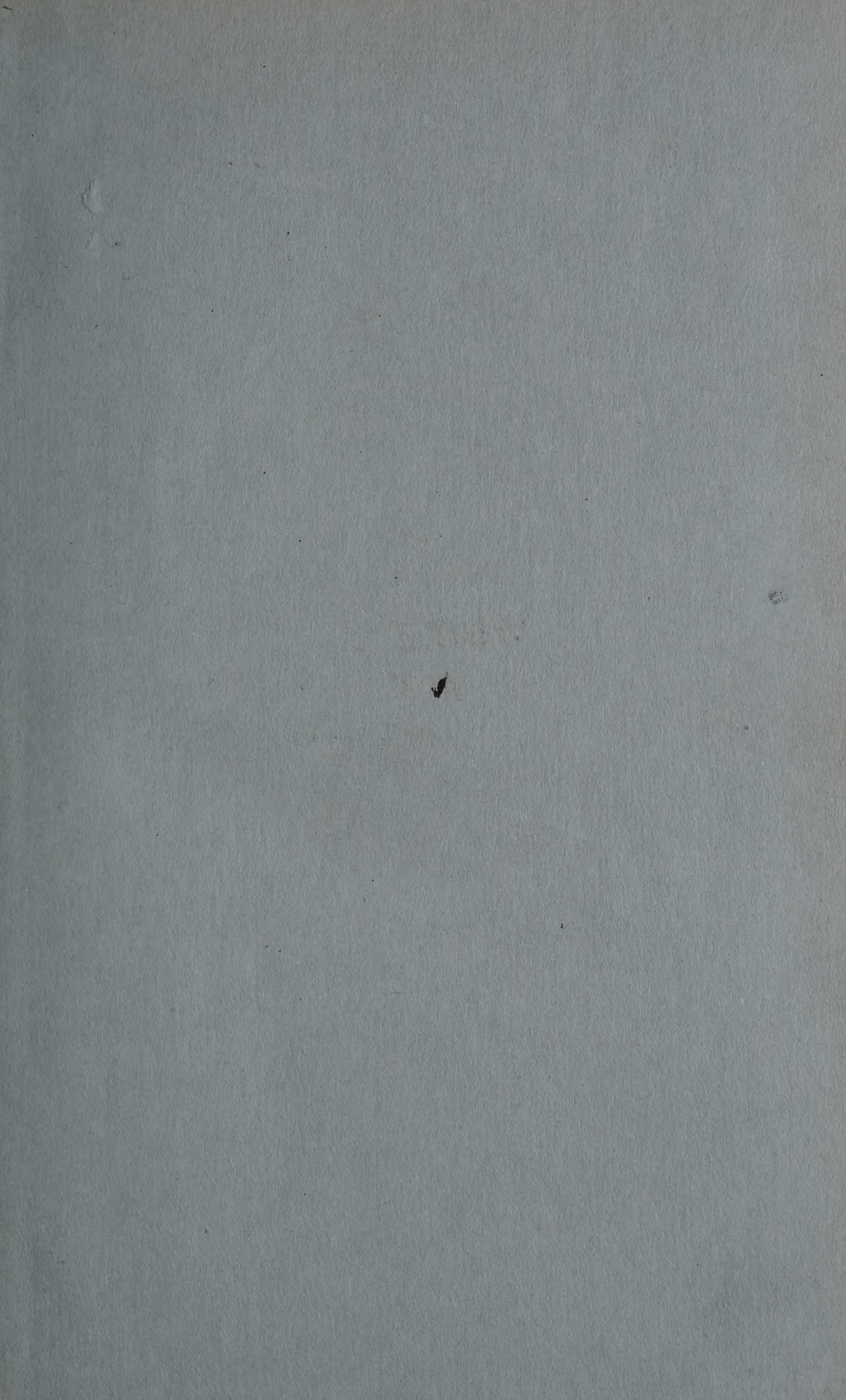
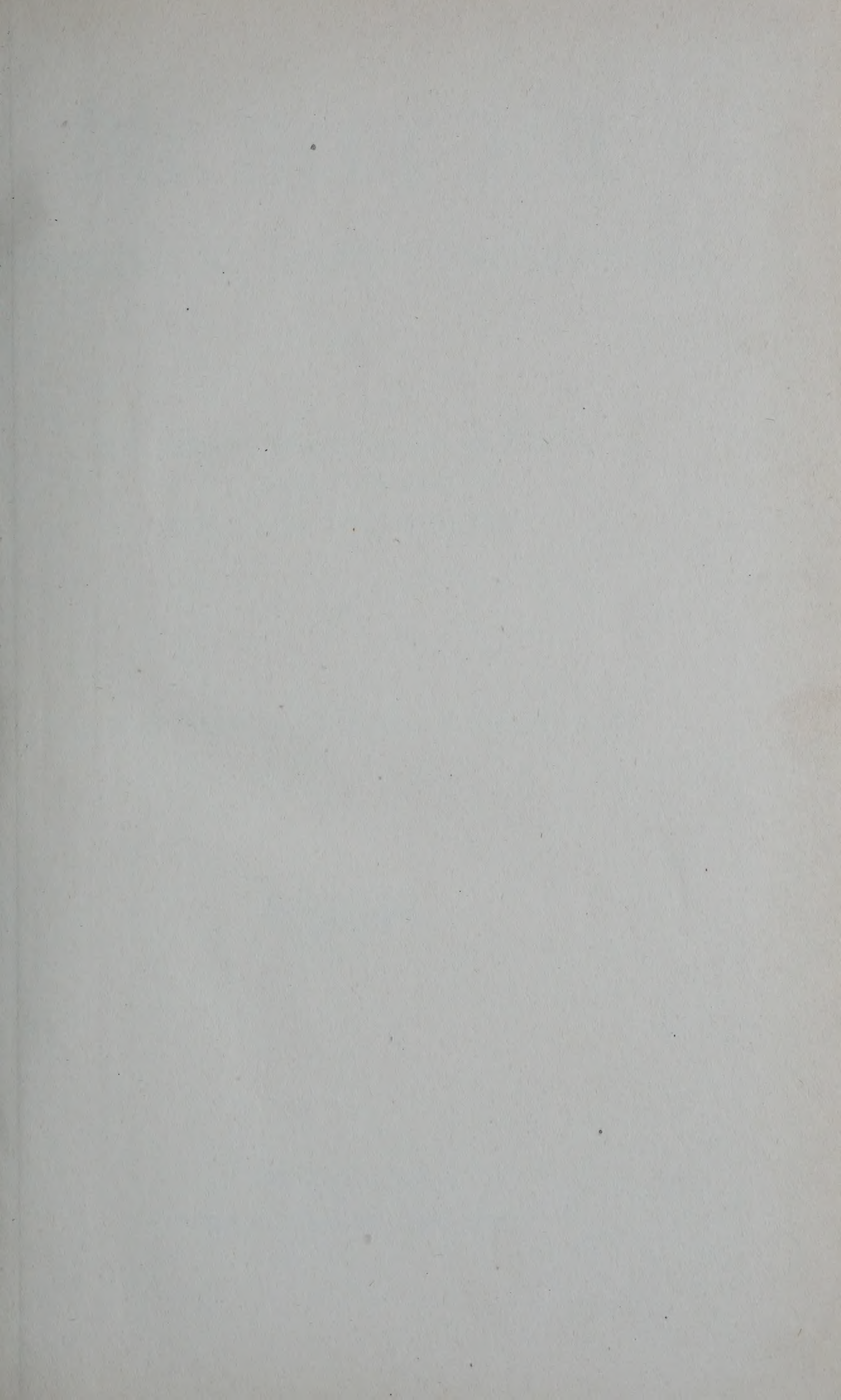



I'm green
>30% Biobased
Verified by ASTM D6866
CoLibrì
COVER SYSTEM
Made in Italy









Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie



Unter ständiger Mitarbeiterschaft von A. Bebel,
Paul Lafargue, Fr. Mehring u. A.
redigiert von Karl Kautsky



Sechsundzwanzigster Jahrgang * Zweiter Band



Stuttgart 1908
Verlag und Druck von Paul Singer

Inhalts-Verzeichnis.

(A. bedeutet Artikel, F. Feuilleton, N. Notiz, R. Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Zeitgeschichte und soziale Zustände.

(Siehe auch II. und VI.)

1. Deutschland.

2. Großbritannien.

3. Italien.

4. Rußland.

5. Oesterreich-Ungarn.

6. Türkei.

7. Vereinigte Staaten.

II. Sozialpolitisches.

1. Agrarisches.

2. Alkoholfrage.

3. Arbeitersekretäre.

4. Arbeiterverhältnisse.

5. Arbeiterversicherung.

6. Bildungsausschuß.

7. Ein- und Auswanderung.

8. Frauenfrage, Frauenarbeit.

III. Sozialismus, Sozialphilosophie und politische Ökonomie.

(Siehe auch I. und VI.)

1. Allgemeines.

2. Geschichte des Sozialismus.

3. Philosophie.

4. Politische Oekonomie.

5. Wirtschaftliche Rundschau.

IV. Kunst und Literatur.

V. Naturwissenschaft, Hygiene und Technik.

VI. Geschichte, Urgeschichte und Ethnologie.

VII. Zeitschriftenschau.

Feuilletonbeilage.

Ergänzungshefte.

Heft 2.

Heft 3.

Autoren-Verzeichnis.

(Die Zahlen geben die Seiten an.)



2. Band Nr. 27 Ausgegeben am 3. April 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Bürgerliche und proletarische Presse.

✗ Berlin, 28. März 1908.

Der Streik, den die parlamentarischen Berichterstatter des Reichstags inszeniert hatten wegen der Kränkung, die ihnen durch einen ultramontanen Abgeordneten widerfahren war, hat genau den vorhergesagten Verlauf genommen. Nach kurzer Dauer war er daran, an der Profitsucht der Zeitungsverleger zusammenzubrechen, als es dazu eben doch nicht kam, aus dem von uns angegebenen Grunde, daß Parlament und Presse zu sehr aufeinander angewiesen seien, als daß sie im letzten Augenblick nicht auf eine friedliche Einigung bedacht sein würden. Unter dem Drucke der parlamentarischen Fraktionen entschloß sich der ultramontane Übeltäter, der Journalistentribüne eine kümmerliche Entschuldigung zu machen, die sich diese dann beeilte, als einen rauschenden Triumph auszuposaunen.

Inzwischen erinnern wir nicht deshalb an unsere richtige Vorhersage, um einen Prophetenlorbeer zu beanspruchen, sondern nur, um reuig zu gestehen, daß wir die ganze Affäre allzu ernsthaft behandelt hatten. Sie entpuppte sich im Laufe der wenigen Tage, in denen sie sich abspielte, mehr und mehr als eine reine Komödie, und es gehört die moralische Abgebrühtheit der kapitalistischen Presse dazu, sich noch wohlgefällig in ihrem Verlauf zu bespiegeln. Diese Presse selbst plaudert jetzt aus, daß der Mut in ihrer Brust nicht zuletzt deshalb seine Spannkraft geübt hätte, weil sie die geheime Protektion des Reichskanzlers genossen habe, der sogar bereit gewesen sei, ihr eine „weit über Inhalt und Wortlaut der Gröberschen Abbitte hinausgehende" Ehrenerklärung zu geben, was nur an der „stillen Selbstlosigkeit" der Journalistentribüne gescheitert sei, die aus patriotischer Sorge von einer solchen Ehrenerklärung einen tiefen Zwiespalt zwischen Reichskanzler und Reichstag befürchtet habe. Dabei hat aber dieser geheime Protektor zuerst dem Streik das Rückgrat gebrochen, indem er eine von Ihm selbst gehaltene Rede in seinem offiziösen Leibblatt abdrucken ließ, noch ehe Herr Gröber seine sogenannte „Abbitte" geleistet hatte.

Trauriger, aber nicht weniger charakteristisch, ist eine andere Begleiterscheinung dieses famosen Streiks. In derselben Sitzung, wo die Versammlung der Streikenden über Herrn Gröbers dürftiges Blättchen Papier ein himmelhoch jauchzendes Geschrei erhob, meldete einer der Streikenden, der parlamentarische Berichterstatter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", er sei wegen Teilnahme an dem Streik vom Verlag dieser Zeitung aufs Pflaster geworfen worden. Man sollte nun denken, daß die Empörung dieser im Ehrenpunkt so empfindlichen Leute mächtig aufgeschäumt wäre und wenigstens einen papierenen Protest gegen solch Attentat auf ihre „Standesehre" gezeitigt hätte, aber Gott behüte! Der arme Teufel durfte seine Abstrafung „zu Protokoll geben", aber damit basta! Und man darf diesen glorreichen Siegern ihre vorsichtige Sorge um des Leibes Nahrung und Notdurft auch nicht einmal so sehr schlimm anrechnen. Hätten sie im geringsten gegen die Abmeuchelung ihres Kameraden protestiert, so wären einige Dutzend andere ihm nachgemeuchelt worden. Nur dies eine begreift man danach schwer, weshalb die reisige Schar Himmel und Erde in Bewegung setzt wegen angeblicher Ehrenkränke, wenn ein immerhin gereizter Abgeordneter sie einmal als „Saubengels" einschätzt.

Doch genug von diesen und ähnlichen Begleiterscheinungen der schnurrigen Affäre, auf die wir überhaupt nicht zurückgekommen wären, wenn sie nicht doch eine ernste Seite gehabt hätte, in ihrer mittelbaren Rückwirkung nämlich auf unsere Parteipresse. In dem Urteil der sozialdemokratischen Zeitungen über den Journalistenstreik gab sich eine Verwirrung kund, die wir weit entfernt sind als erfreulich zu bezeichnen. Einige Blätter erklärten den Streik von vornherein für einen gräßlichen Humbug, ehe noch eine tatsächliche Berechtigung vorlag, ihn so zu nennen; andere Blätter wieder erklärten sich mit ihm mehr oder weniger solidarisch und verfochten ihn als eine gemeinsame Sache auch für die Arbeiterpresse; zwischen diesen entgegengesetzten Standpunkten gab es eine Menge von Abstufungen, und oft war die eine und die andere in demselben Blatte vertreten. Diese allgemeine Verwirrung erreichte den Höhepunkt, als sie sich in einer allgemeinen Übereinstimmung aufzulösen schien, als die Parteipresse das beglückwünschende Schreiben des Vereins Arbeiterpresse an die streikende Journalistentribüne veröffentlichte, ohne daß irgend ein Blatt — wenigstens soweit wir gesehen haben — eine prinzipielle Verwahrung daran knüpfte.

Danach scheint uns eine prinzipielle Betrachtung der Sache durchaus notwendig zu sein, und sie ist um so leichter, als dabei von jeder Kritik einzelner Parteiblätter oder einzelner Parteigenossen abgesehen werden kann. Um das Prinzip klar herauszuarbeiten, wollen wir auch von allen abgeschmackten und albernen Begleiterscheinungen des Streiks absehen und ihn als das nehmen, was er sein wollte und ursprünglich auch zu sein schien: als eine Empörung verletzten Ehrgefühls gegen entwürdigende Behandlung. Und auch darauf wollen wir kein Gewicht legen, obgleich dieser Umstand keineswegs bedeutungslos ist, daß die Adresse des Vereins Arbeiterpresse erst erlassen wurde, als der Krach sich bereits sehr deutlich abzuzeichnen begann und eine Menge höchst anrüchiger Vereine mit ähnlichen Kundgebungen vorangegangen waren.

Wenn wir unter diesen Voraussetzungen den prinzipiellen Kern der Frage herauszuschälen suchen, so möchten wir an eine Erinnerung anknüpfen, die halb und halb zur Geschichte der Partei gehört. Als Johann Jacoby im Frühjahr 1872 zur Partei übertrat, unter Berufung auf das ungerechte Urteil, das im Leipziger Hochverratsprozeß gegen Liebknecht und Bebel gefällt worden war, meinte sein bedeutendster und treuester Anhänger, Guido Weiß, der ein ebenso ehrlicher Freund der Arbeiterklasse war wie Jacoby, aber ganz richtig voraussah, was sich alsbald auch herausstellte, daß nämlich Jacobys schiefe Begründung seines Übertritts ihn in eine schiefe Stellung zur Partei bringen werde: Wenn die Leutnants Sobbe und Putzki einen Hausknecht niederstechen, so sind alle meine Sympathien bei dem Hausknecht, aber ich bekunde diese Sympathie doch nicht dadurch, daß ich auch Hausknecht werde. Treffender noch als auf den damaligen trifft dieser Vergleich auf den heutigen Fall zu. Wenn die Journalistentribüne sich gegen eine ehrverletzende Behandlung aufbäumt, so hat sie unsere Sympathie, aber deshalb erklären wir uns nicht mit ihr solidarisch, und wenn sie uns mit ihrer verletzten „Standesehre" und dergleichen Firlefanz kommt, so antworten wir ihr: Darauf pfeifen wir, so sehr wir anerkennen und an unserem Teil unterstützen, daß ihr als getretene Würmer euch auch einmal krümmt.

Dieser, wie uns scheinen will, sehr einfache Unterschied zwischen Sympathie und Solidarität ist nun in den Urteilen der Parteipresse über den Journalistenstreik gänzlich verwischt worden. Die einen ließen es an wirklicher Sympathie fehlen, die anderen leisteten um so mehr in angeblicher Solidarität. Unstreitig war dieser Fall der schlimmere, denn er verkannte ganz das Wesen der Arbeiterpresse, während jener Fall nur dadurch sündigte, daß er eine hohe Wahrscheinlichkeit gleich als Gewißheit nahm, was sich inzwischen nur als voreilig, aber nicht als unrichtig herausgestellt hat. Nun kann man sagen, der Unterschied zwischen Sympathie und Solidarität lasse sich doch nicht so einfach durchführen; jede Sympathie bedinge eine gewisse Solidarität; der Verein Arbeiterpresse habe ja der streikenden Journalistentribüne auch nur seine Sympathie ausgesprochen; was hätte es für einen Sinn gehabt, ihr zu sagen: Wir haben alle Sympathie für euch, aber keine Solidarität mit euch; ihr tut ganz recht daran, euch nicht „Saubengels" schimpfen zu lassen, aber zu tun wollen wir sonst nichts mit euch haben, da ihr ja freilich Saubengels seid.

Mit solchen Einwänden wird aber nur bewiesen, daß jeder Begriff wie jedes Prinzip seine vernünftige Grenze in sich selbst hat. In dem vorliegenden Falle brauchte man seine Sympathie nicht dadurch wirkungslos zu machen, daß man gleichzeitig jeglichen Mangel an Solidarität zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Presse hervorhob, aber man durfte die Sympathie nicht so weit treiben, daß man sich solidarisch mit der bürgerlichen Presse erklärte. Vielmehr mußte jeder Ausdruck der Sympathie so bemessen sein, daß er nicht einmal den Verdacht einer Solidarität aufkommen ließ. Diese Grenze hat das Glückwunschschreiben des Vereins Arbeiterpresse nicht innegehalten. Zugegeben, daß es keinen Sinn gehabt hätte, in diesem Schreiben den Mangel an jeglicher Solidarität zwischen bürgerlicher und proletarischer Presse hervor-

zuheben, so folgt daraus nur, daß es überhaupt nicht hätte erlassen werden dürfen, so wenig wie irgend ein sozialdemokratischer Wahlverein oder sonst eine Parteiorganisation daran gedacht hat, die streikende Journalistentribüne zu beglückwünschen. Gerade daß sich die Organisation sozialdemokratischer Journalisten dazu herbeiließ, ruft den Schein hervor, den wir alle Ursache hätten zu vermeiden, den Schein, als fühle sich unsere Presse solidarisch mit der bürgerlichen.

Gewiß, äußerlich sieht der „Vorwärts" nicht anders aus als das „Berliner Tageblatt", die „Neue Zeit" nicht anders als die „Grenzboten" usw. Aber innerlich klafft ein Abgrund, den nichts überbrücken kann. Die sozialdemokratischen Journalisten sind keine „kommandierenden Generale", keine „Herrscher über die öffentliche Meinung"; sie sind abhängig von der Disziplin des kämpfenden Heeres, in dessen vordersten Reihen für eine große und gute Sache zu kämpfen ihre Ehre ist. Darin sehen die bürgerlichen Journalisten aber eine Schande, eine „Unterdrückung der persönlichen Freiheit" und dergleichen mehr, wovor sie sich mit heiligem Schauder bekreuzigen.

An ihrem Teil sehen sie ihre Ehre darin, sich einem Kapitalisten zu verkaufen, der ihnen die „Freiheit" gewährt, einem arbeits- und zusammenhangslosen Haufen allen möglichen Hokuspokus vorzumachen, ihn nach Belieben zu demoralisieren oder zu verdummen: unter der einen kleinen Bedingung, daß dadurch die Massen den ökonomischen und politischen Zwecken der kapitalistischen Gesellschaft dienstbar erhalten werden, widrigenfalls der „freie Denker" mit zerschmetterten Gliedern aufs Straßenpflaster fliegt, was ihm freilich auch schon passieren kann, wenn dem Herrn, der ihn gekauft hat, zur Unzeit eine Fliege über die Nase kriecht. In der „Standesehre" dieser armen Schächer erblicken wir jedoch die größte Schande, die widerlichste Entwürdigung des menschlichen Geistes.

Zwischen solchen Gegensätzen gibt es keine Versöhnung, und am wenigsten liegt es in unserem Interesse, die Grenzscheiden zwischen bürgerlicher und proletarischer Presse zu verwischen. Wenn jene Sklaven einmal unter ihrem drückenden Joch keuchen, so können wir ihnen wohl unser Mitleid spenden, aber nie, auch nicht einen Augenblick dürfen wir vergessen, daß ihre Ehre unsere Schande und unsere Ehre ihre Schande ist.

Die Bedingungen des erneuten Aufschwungs der russischen Revolution.

Von **Th. Dahn.**

I.

Die allgemein-historische Bedeutung der in Rußland vor sich gehenden Umwälzung ist wichtig genug, um bei jedem Sozialdemokraten das regste Interesse über ihr ferneres Schicksal zu erwecken. Die gegenwärtige Lage Rußlands, die Ursachen, die den Triumph des Zarismus hervorriefen, der sich auf die konterrevolutionäre Koalition des Junkertums und der Bourgeoisie stützt,

die Analyse der Triebkräfte, die imstande wären, der russischen Revolution aus der Sackgasse, in die sie anscheinend geraten ist, herauszuhelfen — dies alles beansprucht mit Recht die Aufmerksamkeit der ausländischen Genossen.

In den nachfolgenden Zeilen werden wir versuchen, auf diese Fragen eine Antwort zu geben — eine Antwort, die notgedrungen kurz und flüchtig sein muß, da die Wichtigkeit und die Weitläufigkeit der Materie im schroffen Gegensatz zu dem uns zur Verfügung stehenden Raume steht.

Aber vorerst möchten wir, um jeglichen Mißverständnissen vorzubeugen, mit einigen Worten auf die allgemeine historische Perspektive hindeuten, aus welcher wir die russische Revolution betrachten werden.

Man kann diese Frage von zweierlei Standpunkten betrachten: man kann im Zusammenbruch des russischen Absolutismus, im Siege der russischen Revolution einen Faktor erblicken, der dem internationalen Sozialismus einen mächtigen Ansporn zur weiteren Entwicklung verleihen und ihn dem endgültigen Siege näher bringen wird. Man kann andererseits von den Mißerfolgen der russischen Revolution an den Sieg des internationalen Sozialismus appellieren und in diesem Siege den Schlüssel zur Lösung jener Fragen suchen, die die russische Revolution bis heute nicht entschieden hat. Wir verzichten von vornherein auf einen derartigen Appell. Nicht etwa, weil wir den Sieg des internationalen Sozialismus vor dem Siege der russischen Revolution für unmöglich hielten, und auch nicht, weil wir nicht einsehen, daß sich hierbei der Gang und die Aufgaben der russischen Revolution von Grund aus verändern würden. Allein jetzt, wo es sich nur um eine Untersuchung der Triebkräfte der russischen Revolution bei den *gegebenen*, nicht aber bei Verhältnissen, die *sein werden*, handelt, an den Sieg des internationalen Sozialismus appellieren, hieße vorzeitig den Zusammenbruch der russischen Revolution und die Unmöglichkeit ihres Sieges in der Form anerkennen, in welcher sie uns bis jetzt vorgeschwebt hat — in der Form der politischen Emanzipation der *kapitalistischen* Gesellschaft in Rußland bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus in Westeuropa. Das hieße, die *sozialistische* Revolution als *einzig mögliche* Form der russischen Revolution anerkennen, das hieße, das vorliegende Problem nicht lösen, sondern sich seiner Beantwortung entziehen.

Doch nicht nur das allein. Um berechtigt zu sein, den Sieg des internationalen Sozialismus als notwendige Vorbedingung für die Lösung der von der russischen Revolution aufgerollten Fragen anzuerkennen, müßte man vorerst durch eine Analyse der *inneren* Verhältnisse der russischen Gesellschaft, auf Grund der *gegebenen*, allgemein-historischen Bedingungen nachweisen, daß die politische Befreiung des kapitalistischen Rußland eine historisch unausführbare Aufgabe sei.

Darum halten wir es für methodologisch notwendig, bei unserer Untersuchung von den inneren Verhältnissen, wie sie sich in der jetzigen Epoche der Revolution gestaltet haben, auszugehen und in dieser Betrachtung in erster Reihe die Antwort auf die Frage über das fernere Schicksal der russischen Revolution zu suchen.

II.

Genau vor fünfundzwanzig Jahren, als die russische Sozialdemokratie zum ersten Male an die Öffentlichkeit trat, gab sie eine solche Analyse und schuf damit eine feste Grundlage für ihre revolutionäre Tätigkeit. Die Sozial-

demokratie wies im Gegensatz zu den bis dahin in Rußland herrschenden Vorurteilen auf die wirkliche gesellschaftliche Natur des russischen Bauerntums hin. Sie bewies, daß der russische Bauer in seiner Masse ein kleiner Eigentümer ist, der sich von der Herrschaft der feudalen Beziehungen noch nicht befreit hat, jedoch schon unter das Joch des Kapitals geraten ist. Sie deckte die innere Spaltung des Bauerntums auf, die sich infolge des Eindringens der Geldwirtschaft im Dorfe vollzieht, und konstatierte, daß die soziale Lage des Bauern auch im „heiligen Rußland" wie in anderen profanen Ländern einen engen Gesichtskreis, kleinliche lokale Interessen, Unfähigkeit zur politischen Initiative und zu einer selbständigen politischen Bewegung, widerspruchsvolle kleinbürgerliche Instinkte usw. bedingt. Weit entfernt, ein „geborener Sozialist" zu sein, ist der Durchschnittsbauer — ganz abgesehen von der aus seiner Mitte hervorgegangenen Dorfbourgeoisie — mit all seinem Sinnen und Trachten, welche ideologische Form es auch annehmen mag, darauf bedacht, seinen Besitz zu befestigen. Die Analyse der Sozialdemokratie stellte fest, daß politisch die kapitalistische Industrie ein wichtigerer Faktor der Bewegung sei als die rückständige Landwirtschaft, die Stadt wichtiger als das Dorf für das aufwärtsstrebende Rußland. Sie bewies, daß das industrielle Proletariat, welches seinen Klassenkampf führt, der wichtigste Vorkämpfer der russischen Revolution sein wird, während die Bourgeoisie die direkte Erbschaft des Zarismus antritt. Sie erklärte endlich, daß den Inhalt der nahenden Revolution — insofern dieser Inhalt durch die innere Entwicklung Rußlands bedingt wird — nicht die sozialistische Umwälzung, sondern die Befreiung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft von den Fesseln des Absolutismus bilden wird. Sozialproletarisch in der Form, bürgerlich im Inhalt — das mußte nach der sozialdemokratischen Analyse der allgemeine Sinn der russischen Revolution werden.

Der Gang der russischen Revolution bestätigte in seinen Anfängen glänzend und für alle wahrnehmbar die Prognose der russischen Sozialdemokratie. Die Tatsachen sind noch so frisch in aller Erinnerung, daß es unnötig ist, beispielsweise darauf zurückzukommen, daß erst der Klassenkampf des Proletariats für die Bourgeoisie die Möglichkeit und die Notwendigkeit schuf, mit ihren eigenen politischen Ansprüchen hervorzutreten, wie sie öffentlich in zahlreichen Denkschriften der Industriellen und der städtischen Selbstverwaltungsorgane nach dem 22. Januar 1905 formuliert wurden.

Aber je mehr sich die Ereignisse in fieberhaftem Tempo entwickelten und einzelne blendende Erscheinungen der Revolution die Vorstellung über ihren allgemeinen Zusammenhang verdunkelten, begannen Illusionen aufzutauchen und lebendig zu werden. Diese Illusionen waren nicht eine Ausgeburt der glühenden Phantasie ihrer Erfinder und Adepten; im Gegenteil, jede von ihnen fand auch eine scheinbare Bestätigung in den oder jenen temporären vorübergehenden Kombinationen der gesellschaftlichen Kräfte.

III.

Diktatur des Proletariats, Übergang der Macht nicht in die Hände der Bourgeoisie, sondern des Proletariats, als unmittelbarer Ausgang der revolutionären Krisis — das war eine der Hauptillusionen der „Freiheitstage". Und wie sollten auch solche Illusionen in jenen Tagen nicht entstehen, wo die Bewegung des Proletariats unbesiegbar, seine Kraft unerschöpflich, die

Machtfülle seiner Organisationen — der berühmten Arbeiterdeputiertenräte — unbegrenzt erschienen. Das Proletariat war die einzige Klasse, die in ihrer Masse als aktiver Kämpfer in die Arena der Revolution trat. Dank ihm bürgerten sich eine Preß-, Versammlungs-, Rede- und Vereinsfreiheit ein, wie sie in solchem Maße Europa schon längst nicht mehr kennt, wie sie sie nur in ihren Revolutionstagen kannte; den Befehlen der Arbeiterdelegiertenräte beugten sich bisweilen die Staatsverwaltung und die Polizei; Vertreter der liberalen Berufe, städtische Behörden, Deputierte der Bauernorganisationen, Portiers, Schutzleute, Soldaten, Kosaken, Matrosen erschienen der Reihe nach in den Sitzungen dieser Delegiertenräte, um ihre Forderungen vorzubringen, ihr Elend zu schildern, dem Freiheitskampf den Eid zu leisten und bei den Delegierten der Arbeiterklasse Schutz und Hilfe zu suchen. Es schien, der Weg war offen: noch eine Anstrengung, noch ein revolutionärer Generalstreik, und das Ungetüm des Absolutismus liegt zertreten am Boden, die Konstituante, das allgemeine Wahlrecht, die demokratische Republik, der achtstündige Arbeitstag sind mit einem Schlage erobert.

Aber schon der Novemberstreik mußte in eine Demonstration umgewandelt und nach drei Tagen abgebrochen werden, und der Dezemberstreik endete mit einem vollständigen Zusammenbruch. Und dieser Zusammenbruch erscheint als auffallender Gegensatz zu den schnellen und riesigen Erfolgen, von denen gerade ein solcher Streik vor nur zwei Monaten begleitet gewesen war.

Woher dieser Unterschied in den Ergebnissen?

Die allgemein üblichen Erklärungen, daß die Kräfte der Arbeiter im November durch den vorhergegangenen Streik erschöpft waren, oder daß die Schuld an dem Mißlingen die Eisenbahner treffe, die sich im November und Dezember dem Streik nicht anschlossen, sind entweder oberflächlich oder direkt falsch. Im November konnten die Arbeiter nicht mehr erschöpft sein als im Oktober aus dem einfachen Grunde, weil sie nach dem Oktoberstreik nicht einmal ausgesperrt wurden und sogar nicht selten — besonders in den Residenzen, die ja in dieser Bewegung die führende Rolle spielten — für die Tage des Feierns von ihren Unternehmern Lohn erhielten. Was die Haltung der Eisenbahner betrifft, so kann sie nicht nur nicht als Erklärung gelten, sondern bedarf im Gegenteil selbst der Erklärung.

Der Schwerpunkt der Sache liegt nicht in der Erschöpfung und nicht in der Haltung dieser oder jener Arbeiterkategorie, er liegt in der veränderten gesellschaftlichen Stimmung, in den veränderten Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats.

Die russische Großbourgeoisie nahm selbstverständlich keinen *aktiven* Anteil am Oktoberstreik, und sie brachte natürlich auch keine besonderen Opfer auf dem Altar der russischen Freiheit. Das Monopol der Barrikadenkämpfe und der Opfer hat die Bourgeoisie aller Länder stets sehr gern den unteren Volksschichten überlassen. Aber in den Dienst des Oktoberstreiks stellte sich der ganze organisatorische und ideologische Apparat der Bourgeoisie: die Fabrikdirektoren, die Ingenieure, die Werkmeister, Aufseher, Kontoristen, Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Beamte — sie schlossen sich entweder selbst dem Streik an oder priesen und unterstützten ihn. Die kapitalistische Bourgeoisie selbst verhielt sich wenigstens den Streikenden gegenüber wohlwollend und neutral; nicht nur in der Person einzelner Unternehmer, die den Arbeitern für die Streiktage Lohn zahlten und sie bisweilen zum politischen Streik direkt

anstifteten, sondern sogar in der Person der städtischen Verwaltungen. Diese freundschaftliche Neutralität der Bourgeoisie — wie das auch ihrer sozialen Machtstellung in einer emporstrebenden kapitalistischen Gesellschaft entspricht — verlieh der politischen Bewegung des Proletariats eine mächtige Stütze, um so mehr als der Feind, der ihr gegenüberstand, vom japanischen Kriege geschwächt und desorganisiert war.

In einer ganz anderen Situation mußte das Proletariat im November und erst recht im Dezember seinen Kampf aufnehmen. Die Regierung hatte sich von ihrem ersten Schreck zu erholen angefangen, während die Bourgeoisie nicht nur ihre freundschaftliche Neutralität aufgab, sondern der Arbeiterklasse sogar in den Rücken fiel. Als es durch den Gang der Ereignisse klar wurde, daß das Proletariat nicht gewillt sei, die Rolle eines ergebenen Sklaven zu spielen, der für die Bourgeoisie die politischen Kastanien aus dem Feuer holt; als der stürmische Ausbruch der proletarischen Bewegung an erster Stelle die umfassendste Demokratie und die Erfüllung der ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse verlangte und gleichzeitig eine ganze Reihe neuer revolutionärer Kämpfe in Aussicht stellte, die den normalen Gang des Geschäftslebens lahmgelegt hätten, begann die politisch feige und eigennützige kapitalistische Bourgeoisie dem Freiheitskampf den Rücken zu kehren, sich in die Arme der eben von ihr noch verfluchten Selbstherrschaft zu stürzen und mit aller Wut auf die Arbeiterklasse loszuschlagen. Selbstverständlich war nun keine Rede mehr von irgendwelcher Teilnahme der höheren Fabrik- und Eisenbahnbeamten am Streik oder von irgendwelchem Lobgesang der bürgerlichen Schriftsteller. Der politische Streik wird als Wahnsinn erklärt, anstatt den Arbeitern für die Streiktage den Lohn auszuzahlen, wird der politische Kampf des Proletariats mit allgemeinen Aussperrungen, Schließung der Fabriken und Werke und mit einer Hetze gegen die „Führer" beantwortet. Das Proletariat bleibt in Wirklichkeit isoliert, und seine dargebotene Hand wird von niemand ergriffen: das Kleinbürgertum weicht in wildem Schrecken zurück, die Soldaten verweigern der proletarischen Fahne ihre Gefolgschaft,[1] und die Arbeiterklasse, durch Hunger, Arbeitslosigkeit und Not erschöpft, aus allen Wunden der Dezembertage blutend, unterliegt im ungleichen Kampfe.

So wurde durch den Gang der Ereignisse zwar die Kraft des russischen Proletariats, aber auch die Grenze ihres Könnens aufgedeckt. Es wurde völlig offenbar, daß auf der gegebenen Stufe der Entwicklung des Proletariats und der kapitalistischen Gesellschaft in Rußland das Proletariat zwar Kraft genug besitzt, um durch seine Bewegung die Revolutionsmaschine „in Gang zu setzen", aber daß andererseits seine Macht nicht ausreicht, um mit eigener Kraft allein gegen alle, nach allen Seiten kämpfend, die politische Revolution siegreich zu Ende zu führen und die politische Macht zu erobern. Es trat offen zutage, daß die kapitalistischen Verhältnisse in Rußland nicht genügend zur Reife ge-

[1] Abgesehen von zahlreichen Fällen (zum Beispiel in Moskau), wo die meuternden Soldaten nach den Reden der Sozialdemokraten über die Republik zurück in die Kasernen zogen, stellten zum Beispiel in Krasnojarsk die Soldaten als erste Bedingung ihrer weiteren Teilnahme am Aufstand die Forderung, daß es keine roten Fahnen gebe und daß auch der städtische Magistrat, das heißt die Bourgeoisie, an der Bewegung teilnehme. Der Novemberaufstand der Flotte des Schwarzen Meeres 1905 brach erst dann aus, als Leutnant Schmidt, der die konstitutionelle Monarchie auf seine Fahne geschrieben hatte, die Führung übernahm.

langt waren, so daß sich alle fortschrittlichen Elemente um die proletarische Fahne sammeln und diese Fahne zum Symbol der auf der Tagesordnung stehenden Umwälzung erheben könnten.

IV.

Und das Bauerntum? Ist es möglich, daß es vom heldenmütigen Kampfe des Proletariats nicht mitgerissen wurde? Ist es möglich, daß es die Hand des Proletariats, die es ihm über die Köpfe der Bourgeoisie entgegenstreckte, nicht ergriff und ihm im Kampfe für Land und Freiheit nicht folgte?

Wenn nicht die Diktatur des Proletariats allein kam, warum dann nicht die Diktatur des Proletariats und des Bauerntums zusammen, als normaler Ausgang der revolutionären Krisis? Und in der Tat, je mehr es zutage trat, daß das Proletariat allein nicht imstande war, die Revolution gegen den Zarismus und die Bourgeoisie durchzuführen, begannen die Hoffnungen auf das Bauerntum wieder lebendig zu werden: es schien, daß die Arbeiterklasse im Bunde mit den hundert Millionen Bauern unbesiegbar sei und daß die nächsten Interessen des Bauernstandes ihn zu diesem Bunde drängen. Gleichzeitig jedoch mit den Hoffnungen auf die physische Macht der Bauern wurden auch die alten Vorurteile über den besonderen Charakter der russischen Bauernbewegung, über ihre nicht nur politische, sondern auch soziale Verwandtschaft mit der Klassenbewegung des Proletariats wieder lebendig. Es erschien natürlich, daß eine Revolution, die von den vereinten Kräften des Proletariats und der Bauernschaft gegen die Bourgeoisie durchgeführt wurde, nicht eine „einfach" bürgerliche, nicht eine „rein" bürgerliche, sondern eine besondere, nie dagewesene — wenn auch keine sozialistische, so doch eine „Revolution der Arbeit" sein werde.

Ach, diese Illusionen — die in neuer Form erstandene Volkstümlerbewegung („Narodnitschestwo") — erlitten ebenfalls die furchtbarste Niederlage. Weder der Dezemberaufstand, noch die Auflösung der ersten Duma, noch die Auflösung der zweiten — nichts rief eine umfassende politische revolutionäre Bewegung im Dorfe hervor; und umsonst waren alle Erwartungen, die entweder mit dem Anfang oder dem Ende der Feldarbeiten verknüpft waren. Im Gegenteil, mit der Niederlage und den Mißerfolgen der städtischen Revolution flaute auch die Bewegung im Dorfe ab und veränderte sich gleichzeitig ihr Charakter. Solange der Umfang und die Bedeutung der Dezemberniederlage nicht genügend aufgeklärt waren (und das Fortbestehen der wichtigsten Eroberung der Oktobertage, der gesetzgebenden Duma, erweckte den Anschein, daß die städtische Revolution fortbestehe), wuchs und erstarkte die Bauernbewegung: die inneren Gegensätze des Dorfes verwischten sich, und das Bauerntum als Ganzes begann sich große ökonomische Ziele — wie zum Beispiel Besitzergreifung der Gutsländereien — zu stellen und auf dem Wege hierzu sich revolutionäre politische Losungen anzueignen.

Doch in dem Maße, wie die Chancen der städtischen Revolution zu sinken begannen, kamen die inneren Interessengegensätze im Dorfe wieder zum Vorschein, und in der Bauernbewegung begann immer stärker die Zersplitterung, die Isoliertheit, der enge Gesichtskreis des kleinen Grundbesitzers hervorzutreten. Als die Auflösung der ersten Duma, die keine städtische Revolution hervorrief und auf die die Stadt nicht reagierte, die innere Schwäche der städtischen Bewegung aufdeckte, und erst recht nach der Auflösung der zweiten

Duma, begann die Agrarpolitik des Zarismus in ihrer Art gewisse Fortschritte aufzuweisen. „Lasset jede Hoffnung auf eine allgemeine radikale Lösung der Agrarfrage fahren und rette sich, wer kann!“ so lautete die Losung, mit der sich diese Politik an das Bauerntum wandte. Nur wenige von den hundert Millionen Bauern konnten sich tatsächlich einzeln „retten“, aber wer es nur vermochte, begann sich zu „retten“. Ein breiter Übersiedlungsstrom ergoß sich nach Sibirien; die wohlhabenden Elemente des Dorfes stürzten sich auf den Ankauf der Gutsländereien; dieselben Elemente begannen im Bunde mit den proletarisierten Elementen der Dorfbevölkerung, gestützt auf die Hilfe der Regierung und der Polizei, das Gesetz über den Austritt aus der Gemeinde auszunutzen: die einen, um ihren Besitz zu befestigen und abzurunden, die anderen, um nach dem Verkauf des ihnen zugeteilten Landanteils jegliches Band mit dem Dorfe zu zerreißen. Dies alles untergrub für das Bauerntum die Möglichkeit, als eine geschlossene revolutionäre politische Macht hervorzutreten. Bei den Wahlen zur dritten Duma wählten die Bauern bis zu 40 Prozent ausgesprochen reaktionäre Wahlmänner.[1] Wie hoch wir auch den Einfluß des Regierungsdrucks auf die Wahlen einschätzen, so ist doch dieses Wahlergebnis im Vergleich mit dem der Städte, in denen das Kleinbürgertum bei dem gleichen Drucke fast durchweg progressive Wahlmänner wählte, von symptomatischer Bedeutung. Im besten Falle legt es Zeugnis ab von der Enttäuschung und dem Niedergang des Vertrauens zur politischen Revolution und zur eigenen Kraft jener breiten Schichten des Bauernstandes, die von der Stolypinschen Agrarpolitik selbstverständlich nicht befriedigt werden konnten.

So zeigte der wirkliche Gang der Bauernbewegung, daß die politische Revolution der bürgerlichen Gesellschaft sich nach der Niederlage der Stadt nicht auf den Sieg des Dorfes stützen kann. Im Gegenteil, der Sieg der Stadt dient als unbedingte Voraussetzung für die Entwicklung der Bauernrevolution. Je mehr die inneren Kräfte der städtischen Revolution erschlaffen, desto weniger werden sie von der Bauernbewegung abgelöst, vielmehr kommt die letztere selbst dadurch zum Stillstand und Verfall.

(Schluß folgt.)

Österreichische Kolonialpolitik.

Von **Sigmund Kaff.**

Noch hat sich nicht die Überraschung gelegt ob der Tatsache, daß Österreich-Ungarn in Fragen der auswärtigen Politik zur Initiative sich aufzuraffen vermochte, und allgemein wird dieses Erwachen der Selbständigkeit auf zwei Umstände zurückgeführt: auf die politische Regenerationskur, die dieser Doppelstaat — zunächst allerdings nur Österreich — mit Hilfe des demokratischen Wahlrechts durchzumachen im Begriffe steht; sodann aber auf die zweifellose Lähmung Rußlands, die den Augenblick für Österreich-Ungarn besonders günstig erscheinen läßt. Die Überraschung der Welt löste vorerst ein wahnsinniges Wutgeschrei der englischen, französischen und russischen Jingopresse aus, dann setzte

---

[1] Die Wahl der Bauernabgeordneten ist nach dem Gesetz vom 16. Juni 1907 vollständig von den Wahlmännern des Adels und der Großbourgeoisie abhängig; die Wahlmänner der Bauern jedoch werden wie früher in den Wolostversammlungen gewählt, wo nur Bauern anwesend sind.

mit gedämpfteren Tönen das Orchester der Diplomatie ein, wobei sich freilich manche Verstimmung zeigte.

Aber so sehr auch die übrigen Mächte Lust verspüren, Österreich-Ungarn die Suppe zu versalzen, sie werden nichts Ernstliches tun, weil sie ja selbst nichts sehnlicher wünschen, als einen Vorwand dafür zu erhalten, daß sie mit einigem Schein von Recht das gleiche „Verbrechen" begehen dürfen. Die Kolonialpolitik ist heute die allgemein beliebte Form, in der der Kapitalismus sein Ausbeutungsbereich erweitert und die er um so eifriger anzuwenden genötigt ist, als das verrückte Hochschutzzollsystem ihm die Kehle zuschnürt. Protektions- und Prohibitivsystem auf der einen — kapitalistische Kolonialpolitik auf der anderen Seite! Es ist nur die Konsequenz des Kapitalismus, der von Österreich — gestärkt durch die letzten Jahre günstiger Konjunktur — immer mehr Besitz ergreift und in Ungarn mit allen Mitteln von der Regierung herangezüchtet wird.

Österreich-Ungarn ist der Typus des Agrar-Industriestaats, der sowohl seine Landwirtschaft als auch seine Industrie zollpolitisch „schützen" zu müssen glaubt und dabei fortwährend mit sich selbst in Widerspruch gerät, denn jedes Jahr der Handelsvertragsdauer verschiebt die wirtschaftlichen Voraussetzungen dieser Verträge — und dies nicht bloß im Inland — und die politische Schutzdecke, die die Vormachtstellung der Landwirtschaft im Staate verhüllen soll, wird immer kürzer, so daß der agrarische Pferdefuß deutlich zum Vorschein kommt. Es ist begreiflich, daß der Unmut der Industrie darob immer größer wurde, und wenngleich er sich bei der Feigheit der österreichischen Bourgeoisie in sehr zahmen Formen äußerte, so war die Regierung doch selber auch an der Sache interessiert genug, um — nachdem sie jahrzehntelang in Untätigkeit verharrt — die sehnsüchtig von der Industrie begehrte Exportförderung endlich auch in derjenigen Form zu befriedigen, die allein die Bürgschaft für fortlaufenden Gewinn in sich tragen soll: in der Form einer kapitalistischen Kolonialpolitik. Was nützte die Ausbeutungsfreiheit, die man dem Unternehmertum gegenüber den Arbeitern eingeräumt hatte, wenn sich für die so billig erzeugten Waren kein Absatzmarkt fand? Das ungarische Absatzgebiet konnte den österreichischen Industriellen schon lange kein Genüge leisten, und was sollte erst in Zukunft werden, wenn Ungarn sich selbst industrialisiert haben würde?

Darum war man in Österreich-Ungarn eines Sinnes, einen Schritt nach vorwärts zu wagen, zumal die äußere Konstellation dazu günstiger als sonst erschien. Rußland lahm, Frankreich in Marokko beschäftigt, Italien schwach, England allerdings wie immer auf den eigenen Vorteil bedacht; aber dessen Groll brauchte keine Besorgnis einflößen: es war gewohnt, sich für seine „Uneigennützigkeit" selbst bezahlt zu machen.

Auch die innerpolitische Situation sprach durchaus dafür. Der jubelnden Zustimmung der Hochfinanz und der Industrie diesseits wie jenseits der Leitha war man sicher, und gleichzeitig gewann man mit der Sache ein Mittel, um militärische und politische Pläne durchzusetzen, die man bisher hatte zurückstellen müssen. Und auch für den unerquicklichen Sprachenstreit war teilweise wenigstens eine Ablenkung gegeben.

Das Hauptmotiv war natürlich ein ökonomisches. Die gewaltig entfesselten Produktivkräfte des Kapitalismus üben auf die politischen Verhältnisse in Österreich schon seit geraumer Zeit einen unerträglichen Druck aus, und da

für die Industrie kein Platz mehr geschaffen werden kann, das politisch übermächtige Kleinbürgertum, verstärkt durch die agrarischen Hilfstruppen — man könnte auch sagen: das politisch übermächtige Agrariertum, verstärkt durch die kleinbürgerlichen Hilfstruppen —, der Regierung selbst wachsende Verlegenheiten bereitet, so sah man sich nachgerade gezwungen, ein Ventil zu öffnen, das der Industrie eine kleine Erleichterung und den überschüssigen und unbeschäftigten Kräften des Kleinbürgertums mancherlei Entschädigung im Kompensationsweg zu schaffen verspricht und auch tatsächlich ermöglicht. Denn die Industrie, die heute unter der Gönnerschaft ihrer christlichsozialen Gegner steht, muß dies natürlich bezahlen, und allein um der Industrie willen stürzt man sich in Österreich-Ungarn nicht in Unkosten.

Kurz, die Regierung, die doch weiß, daß sie der Industrie nicht entraten und sie nicht verkümmern lassen kann, die sich aber auch mit den kleinbürgerlichen und agrarischen Machthabern verhalten muß, entschloß sich, den großen und kleinen Kapitalismus durch eine Diversion nach außen von seiner Hochspannung zu befreien. Sie griff deshalb zur Berliner Kongreßakte vom Jahre 1878 und kündigte an, daß sie von dem ihr daselbst eingeräumten Rechte nunmehr Gebrauch machen und die Sandschakbahn bauen werde.

Auch ohne die Aufregung der kapitalistischen Großmächte wüßte man, daß es sich hierbei um mehr als um einen bloßen Bahnbau handelt. Die österreichische Diplomatie hätte noch länger zugewartet, wenn nicht die Verhältnisse im Innern des Staates gedrängt hätten, wobei man es dahingestellt sein lassen kann, ob mehr die Rücksicht auf die Industrie oder die Vorsicht gegen die Folgen der Kleinbürgerei, die der Regierung selbst höchst unbequem sind, maßgebend waren. Wenn sie es unternahm, zwischen den bosnischen und makedonischen Bahnen die Verbindung herzustellen, so leitete sie zunächst der Gedanke, dort für die österreichische und ungarische Bourgeoisie einen Tummelplatz zu bereiten, auf dem sie sich kapitalistisch austoben könne, wodurch überhaupt — auch im Innern des Staates — neuer Spielraum nicht bloß für den Kapitalismus, sondern auch mehr Luft für die Bewegungen der Mittelstandsklassen geschaffen würde.

Daß die Gefahren der Kleinbürgerei für Österreich bedrohlich angewachsen und der Regierung schon sehr lästig geworden sind, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der Erwerbsklassen, lehrt der trotz großer Kindersterblichkeit enorme Geburtenüberschuß und die ungeachtet einer ungeheuren Auswanderung starke Bevölkerungszunahme, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Vermehrung der Erwerbsmöglichkeiten damit keinesfalls Schritt hält. Man wird also nicht fehlgehen, wenn man der Regierung die Furcht unterschiebt, daß sie bei ihrem Unvermögen, die Industrie durch eine energische Industriepolitik vom Drucke des Kleinbürgertums zu befreien, sich anders nicht mehr behelfen zu können vermeinte. Unvermeidlich kommt die Förderung des Exports ja auch den Mittelklassen zugute, für die sich neue Stellen, neue Verdienstgelegenheiten und Einkommensquellen erschließen. Die Regierung trifft also zwei Fliegen mit einem Schlag.

Zu diesen ökonomischen Ursachen treten noch andere: Das österreichische Kapital ist heute schon in bedeutendem Maße auf dem Balkan engagiert — ganz abgesehen von den okkupierten Provinzen Bosnien und der Herzegowina, wo es natürlich unumschränkt herrscht. Und da auch Italien sowie Frankreich bereits festen Fuß gefaßt haben, von deutschem Kapital nicht zu sprechen,

welches unter anderem die Holzexploitation in Makedonien intensiv betreibt, so befürchtet Österreich-Ungarn bei längerem Zuwarten, von diesen Staaten überflügelt zu werden. Gilt es doch, auch zur Levante und zum Orient überhaupt eine kürzere Verbindung zu gewinnen. Ist aber einmal das Ägäische Meer erreicht, dann sind auch Kleinasien und Ägypten nähergerückt. Und nun begreift man auch die Nervosität Englands. Wenngleich der englische Außenhandel Ägyptens an Umfang den aller anderen Staaten übertrifft, gleichgültig darf ihm das Übergreifen Österreichs auf Ägypten nicht sein — das Verbindungsglied auf dem Wege nach Ostindien. Im Jahre 1907 betrug die Einfuhr Ägyptens aus:

	Wert in ägyptischen Pfund = 20,75 Mk.
Großbritannien	8492847
Frankreich	3166890
Türkei	2973108
Österreich-Ungarn	2059423
Deutschland	1392381
Italien	1361457
Belgien	1027590
Rußland	676868

Ebenso bedeutend ist die Ausfuhr Ägyptens nach diesen Staaten. Danach begreift es sich, daß die Absicht Österreich-Ungarns, den orientalischen Markt sowohl als Absatzgebiet europäischer Industrieprodukte wie als Bezugsquelle von Rohstoffen sich näher zu bringen, mit großem Aufsehen aufgenommen werden mußte. Die Verstärkung der wirtschaftlichen Position Österreich-Ungarns ist eine Sache, die die europäischen Staaten in hohem Maße interessieren muß; denn die Balkanhalbinsel bildet die äußerste und günstigst gelegene Station Europas auf dem Handelswege nach Asien, sowohl auf dem Land- wie auf dem Wasserweg.

Vor allem geht die Sache natürlich die Völker Österreich-Ungarns an. Denn darüber, daß der Ausbau der kurzen (bloß 210 Kilometer!) Strecke von Uvac in Bosnien nach Mitrowitza in Makedonien, wo die Salonikilinie der orientalischen Bahngesellschaft endet, nur der harmlose Anfang der „friedlichen Durchdringung" ist, darf man sich keiner Täuschung hingeben. Der Sandschak ist der nördlichste Ausläufer der türkischen Provinz Makedonien, ein schmaler Streifen unwirtlichen Landes, der zwischen Montenegro und Serbien eingeklemmt ist. Daß zur Sicherung der Passage dieses Defilees einige Eisenbahnwächterhäuschen nicht ausreichen dürften, sieht auch der strategische Verstand des Laien ein.

Aber die eigentliche Gefahr beginnt erst von Mitrowitza an, wo die Bahn den unterwühlten Boden Makedoniens betritt. Hier, auf dem Schauplatz der mörderischen Kämpfe zwischen Serben, Bulgaren, Griechen, Kutzowalachen und Albanesen, müßte Österreich-Ungarn mit starkem Arm eingreifen, um des Vorteils, den ihm die Sandschakbahn verschafft, nicht knapp vor dem Ziele — dem Hafen von Saloniki — verlustig zu gehen. Der Vormarsch nach Saloniki ist denn auch eine alte Forderung der unentwegten Österreicher und von ihrem Standpunkt nur ein folgerichtiger Schritt nach der Okkupation Bosniens und der Herzegowina. Allein selbst wenn der Vormarsch nach der Endstation noch jahrzehntelang verschoben werden sollte, an der Sachlage würde sich insofern nicht viel ändern, als Österreich-Ungarn unter allen Umständen — will es

seine wirtschaftlichen Pläne in Makedonien und auf dem Balkan überhaupt ausführen — scharfe militärische Wacht halten müßte. In welchem Tempo es dann die einzelnen Phasen bis zur „provisorischen" Besetzung des Landes à la Bosnien-Herzegowina durchläuft, ist eine Frage zweiten Ranges.

Von größter Bedeutung hingegen erscheint die Frage, wie Österreich-Ungarn diese seine wirtschaftliche Durchdringung Makedoniens — um diese Provinz handelt es sich hauptsächlich — politisch zu sichern bemüht sein wird? Daß es dabei nicht so vorgehen kann wie etwa die Franzosen in Marokko, die Japaner in Korea oder die Amerikaner auf den Philippinen, liegt auf der Hand. Der Balkan ist ein von staatlich ziemlich kräftig organisierten Völkerschaften besiedeltes Gebiet, und diese Staaten sind trotz innerer Zerfahrenheit keine quantités negligeables. Ganz abgesehen von der Türkei, vor deren Löwentatze sich die Balkanstaaten noch immer ducken: selbst das kleine Montenegro kann unter Umständen ein höchst unangenehmer Nachbar werden, und des Einvernehmens mit Italien ist man in Wien nicht so sicher, als man vorgibt. Die Kunst, in diesen Gebieten sich festzusetzen, müßte daher ganz besonderer Art sein.

Darf man Österreich-Ungarn diese Kunst zutrauen? Darf man von seinen Diplomaten und Machthabern erwarten, daß sie eine neue Sorte von Kolonialpolitik zu erfinden imstande sind, daß sie wenigstens das zuwege bringen werden, was die Engländer mit den Buren und Afrikandern zuwege gebracht? Die Erfahrungen in Bosnien und in der Herzegowina sprechen nicht dafür. Wohl herrscht dort Ruhe; aber Zufriedenheit ist bei den Eingeborenen nicht zu finden. Die politische Rechtlosigkeit dauert an, und die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes durch die fremden Kapitalisten treibt Tausende alljährlich über die Grenzen. Die Grundbesitzfrage ist heute, dreißig Jahre nach der Okkupation, noch nicht gelöst und die Unzufriedenheit der Bevölkerung darum nicht geringer, weil ihr die Öffentlichkeit verschlossen ist.

Allerdings, die österreichischen Patrioten werden sich besinnen und das, was heute schon für den Fortbestand des Staates allgemeine Voraussetzung ist, die nationale Autonomie, auch jenen Volksstämmen einräumen müssen, die heute erst in einem losen Verband zu ihm stehen. Otto Bauer hat das in seiner „Nationalitätenfrage" auseinandergesetzt, und es ist zweifellos, daß die nationale Autonomie nicht an den alten schwarzgelben oder rotweißgrünen Grenzen Halt machen kann, sondern auch jenen Gebieten zugute kommen muß, die dem alten Donaureiche angegliedert werden sollen. Was ist plausibler, als daß der Wiener Hof und seine Berater den cäsaristischen Nationalismus in ihren Dienst stellen und die unerlösten Nationen des Balkans zu „befreien" sich anschicken werden? Fragt sich bloß, ob die befreiten Nationen nicht doch Ursache und Veranlassung finden werden, eine Irredenta zu bilden, ob es den Nationen genügen wird, wenn die nationale Autonomie auf Grund der autonomen Lokalverwaltung proklamiert und durchgeführt werden wird, und ob es diesen Nationen wirklich so gleichgültig sein kann, in welchen staatlichen Rahmen sie gepreßt werden?

Möglich, daß alle die Bedenken und Zweifel unbegründet sind; möglich, daß die betreffenden Nationen nach gehöriger Bearbeitung durch einen demokratischen Cäsarismus und nationalliberalen und nationaltoleranten Kapitalismus sogar bereit wären, sich mit einem halben Dutzend anderer Nationen zu einem großen Wirtschaftsgebiet in einem einheitlich organisierten Staate zu vereinen:

kann dieses Ziel, wenn schon aufs innigste zu wünschen, überhaupt erreicht werden? Ist der Weg dahin nicht utopischer als das Ziel selbst? Nur eine schwarzgelbe Phantasie kann die Gefahren übersehen, die auf dem unendlich langen Wege dahin liegen, nur sie dürfte die Schwierigkeiten unterschätzen, die der Erreichung des Zieles entgegenstehen.

Dem Wiener Hofe und der Diplomatie mag es einfach erscheinen, die südslawischen Völker von den enormen Vorteilen einer habsburgischen Universalmonarchie zu überzeugen. Ob gerade die Habsburger und ihre „Staatsmänner“, ob die österreichische und ungarische Bourgeoisie die Fähigkeit besitzen, dieses schwere Werk zu vollenden, wird man nach den bisherigen historischen Erfahrungen baß verneinen dürfen. Und die Kraft des Proletariats wird aufgebraucht im Kampfe wider diese herrschenden und zu noch größeren Aufgaben sich „berufen“ fühlenden Klassen, aufgebraucht im wirtschaftlichen Kampfe wider das Ausbeutertum und im politischen Kampfe wider den Klerikalismus. Wo soll es nur die Zeit zur nationalen und politischen Erziehung seiner Bourgeoisie hernehmen, damit diese auch noch erfolgreiche Kolonialpolitik treiben kann?

Allein davon abgesehen: das Balkanproblem ist eine gefährliche Klippe, an der auch eine gescheitere Bourgeoisie, als es die österreichisch-ungarische ist, scheitern müßte, und man kann einen recht kräftigen Vorgeschmack davon bekommen, wenn man nur die kroatische Frage in Betracht zieht. Für die katholischen Habsburger ist freilich auch diese Angelegenheit anscheinend leicht zu ordnen: Man begibt sich in den Dienst Roms, das heißt man glaubt, durch dessen Macht gefeit zu sein, um die widerspenstigen Balkanvölker bezwingen zu können. So spielt man denn die römisch-katholischen Kroaten gegen die griechisch-katholischen und mohammedanischen Serben aus, schürt den Haß zwischen den konfessionell getrennten Bestandteilen des einer Sprache sich bedienenden serbokroatischen Volkes und glaubt noch dabei wer weiß was Pfiffiges zu leisten! Welcher Zündstoff mit der römisch-katholischen Propaganda unter die Balkanslawen geworfen wird, wie sehr durch die Proselytenmacherei der römischen Mönche das Ziel einer politischen Angliederung an Österreich-Ungarn verrammelt werden muß, weiß jeder, der das Treiben des schwarzgelben Klerus und sein zudringliches Verhalten gegen die andersgläubige Bevölkerung beobachtet.

Dabei sollen die römisch-katholischen Kroaten nicht bloß Dienste gegen ihre serbischen Brüder, sondern auch gegen die kalvinischen Magyaren tun. Ist es da ein Wunder, wenn ein Teil der Serbokroaten mit den letzteren liebäugelt, wenn zwischen beiden antiösterreichische Bündnisse geschlossen werden? Daß die Magyaren infolge ihres Chauvinismus täppisch genug waren, sich die Sympathien der Kroaten zu verscherzen, ist wahrhaftig nicht das Verdienst der Wiener „Staatsmänner“. Da aber die magyarischen Politiker politisch nicht dümmer sind als die schwarzgelben Österreicher — wozu freilich nicht viel gehört —, eher klüger, so haben sie zum mindesten ebenso viele Chancen, die Serben für sich zu gewinnen, als Wien, mit Hilfe der Kroaten diese in Schach zu halten. So verfehlt es seinerzeit war, von den Balkanslawen als von Hammeldieben zu sprechen und das Problem mit dem Schlagwort vom rollenden Rubel abzutun,[1] ebenso unsinnig ist dies heute. Diese Meinung

[1] Siehe Mehring: „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Fr. Engels und Ferd. Lassalle“, III, Seite 78.

aber hat der Wiener Hof und haben seine Berater im wesentlichen noch immer, und sie bilden sich ein, es genüge, den Traum eines kroatisch-illyrischen Königreichs zu verwirklichen und den Dualismus durch den Trialismus zu ersetzen, um damit nicht bloß das nationale Problem der österreichischen und ungarischen Reichshälfte, sondern auch das des Balkans, mindestens Makedoniens, zu lösen.

Gefährlicher noch als das religiöse Zündpulver, welches Roms dienstbereite Habsburger unter die Balkanslawen streuen, ist übrigens das wirtschaftliche Gift des Kapitalismus, das sie die Donau und Drau hinabtragen. Die Handelspolitik der Monarchie geht offiziell darauf aus, Serbien zu umfassen, ihm den Weg für seine Erzeugnisse der Landwirtschaft abzuschneiden und es so in die schwarzgelben Arme zu zwingen. Darum ist man denn auch von den Gegenprojekten, die die Sandschakbahn hervorrief, nichts weniger als erbaut, und energische Stimmen verlangen die Hintertreibung der serbischen Anschlußbahn. Der Minister des Äußern erklärte in seiner ersten Delegationsrede ausdrücklich, daß man bei der Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Balkanstaaten — denn nur um solche, nicht etwa um territoriale Eroberungen handle es sich, wie man natürlich eifrig beteuert — „gehindert ist, die Exportbestrebungen unserer rührigen Industrie zu unterstützen", weil die agrarischen Interessen „besondere Berücksichtigung" erheischen. Daß deswegen die serbischen Bauern den österreichisch-ungarischen Agrariern geopfert werden sollen, werden erstere niemals begreifen, und wenn man ihnen vollends durch die Handels- und Eisenbahnpolitik das Leben erschwert, dann kann die Folge nur die sein, daß dieses als minderwertig behandelte Volk mit aller Kraft der gefährlichen Umarmung sich entzieht — wozu es heute schon Anstrengungen macht. Dann werden die religiösen Unterschiede verschwinden und die Serbokroaten werden, ob Orthodoxe oder Katholiken oder Mohammedaner, gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Peiniger führen und trachten, das ihnen auferlegte Joch abzuschütteln.

Die österreichisch-ungarische „Kolonialpolitik" ist gerade so volksfeindlich, verderblich und schädlich wie irgend eine andere, mag sie sich auch mit einem nationalen und demokratischen Mäntelchen drapieren. Denn der Kapitalismus ist zwar überall, wo er sich breit macht, nur eine Durchgangsphase, aber überall auch zugleich der Faktor, der die heimischen wie die auswärtigen staatlich nicht einverleibten Proletarier unterdrückt und ausbeutet, in der Form der Kolonialpolitik sogar noch grausamer wirkt und davon auch dann nicht ablassen kann, wenn ihm die Verhältnisse eine tolerantere äußere Form abnötigen. Die Balkanslawen sind ferner keine Negervölker, mit denen man leicht fertig werden kann, und falls Österreich-Ungarns Machthaber sich einbilden, daß es all die südslawischen Völkersplitter unter seinen Jesuitenhut sammeln kann, wenn der nur mit der Kokarde des Kapitalismus „verziert" ist, dann wird die nächste Zukunft schon den Beweis dafür erbringen, daß die Kolonialpolitik zwar neue Ausbeutungsmöglichkeiten schafft, die man mit Hilfe von Bajonetten eine Zeitlang sich erhalten kann, daß sie aber, auch nicht in nationaldemokratischer Form, niemals die fremden Völker, zumal die immerhin tüchtigen Südslawen, davon abhalten kann, ihre wirtschaftliche und nationale Selbständigkeit anzustreben. Das Bedürfnis nach Freiheit ist noch immer und überall stärker als selbst der Kapitalismus, der es erzeugt.

Die staatliche Versicherung und die Rettung des „neuen Mittelstandes“.

Von **Paul Lange** (Hamburg).

Die Privatangestellten sind in der heutigen Arbeiterversicherung schlechter gestellt als die Arbeiter im engeren Sinne des Wortes. Von der Unfallversicherung sind viele Gruppen der Angestellten gänzlich ausgeschlossen; kranken- und invalidenversicherungspflichtig sind sie nur, soweit ihr Einkommen nicht 2000 Mark übersteigt. Sie drängen nach einer Beseitigung dieser Versicherungsgrenze und wollen auch höhere Leistungen aus der Versicherung. Dabei machen sich Strömungen bemerkbar, die auf eine Fürsorge der Angestellten außerhalb der allgemeinen Arbeiterversicherung hinauslaufen. Das Unternehmertum hat gegen die Sonderbestrebungen nicht nur nichts einzuwenden, sondern begünstigt sie im eigenen Interesse. Es glaubt dadurch den notwendigen Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes für die Arbeiter hintanhalten und die Privatangestellten bei einer Sonderversicherung unschwer übers Ohr hauen zu können. Von besonderer Wichtigkeit aber ist für die Förderer der Sonderbestrebungen die verschiedentlich offen ausgesprochene Hoffnung, auf dem Wege einer Sonderversicherung eine Kluft zwischen Angestellten und Arbeitern zu schaffen.

1. Rückblick.

Die Bestrebungen auf Verbesserung der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung für die Privatangestellten gingen zuerst von den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen aus; diese verlangten bereits einen Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes, als die bürgerlichen Gehilfen noch grundsätzliche Gegner der Versicherungspflicht waren. „Es ist noch allgemein in der Erinnerung, daß seinerzeit bei der Einführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes im Deutschen Reiche von den Privatangestellten gegen die Ausdehnung dieser Versicherung auf die Handelsgehilfen, Techniker, Werkmeister usw. mit weniger als 2000 Mark Gehalt protestiert wurde“ (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XIX. Band, S. 380). So hat zum Beispiel der aus Unternehmern und Angestellten bestehende Verein für Handlungskommis von 1858 in Hamburg in den Jahren 1887 und 1889 gegen die Ausdehnung des Invalidenversicherungsgesetzes Stellung genommen.

Nur die klassenbewußten Handlungsgehilfen agitierten für den Ausbau dieses Gesetzes, daneben auch für die staatliche Kranken- und Unfallversicherung aller Angestellten. Der zu Ostern 1896 in Berlin tagende „Erste Kongreß der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands“ forderte:

1. Das Krankenversicherungsgesetz ist auf alle Handlungsgehilfen auszudehnen....

2. Mit Bezug auf das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz ist eine Änderung dahin zu erstreben, daß die Altersgrenze der Versicherten auf 55 Jahre herabgesetzt und die Renten für die Empfänger erhöht werden.

3. Die Unfallversicherungsgesetzgebung, in welche die Handlungsgehilfen noch gar nicht inbegriffen sind, ist auch auf diese auszudehnen, mit der selbstverständlichen Maßgabe, daß die Verwaltung der verschiedenen Versicherungsanstalten von den Versicherten selbst übernommen und, wo sie bereits vorhanden, einer Verbesserung unterzogen wird.

Die bürgerlichen Angestellten gaben zunächst ihren gegnerischen Standpunkt noch nicht auf. Alfons Ennesch berichtet in seinem Schriftchen „Zur Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten“ (Verlag des Bundes der technisch-industriellen Beamten zu Berlin), wie innerhalb des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine, Sitz Frankfurt a. M., in den Jahren 1895 und 1896 immer wieder Anträge laut wurden, die Aufhebung der Versicherungspflicht für Handlungsgehilfen zu verlangen. Ja, noch die im Jahre 1897 zu Leipzig abgehaltene Jahresversammlung dieses Verbandes sprach von einer Mißstimmung in Handlungsgehilfenkreisen wegen ihrer Einbeziehung in die Invalidenversicherungspflicht, forderte ausdrücklich deren Aufhebung und „empfahl allen Handlungsgehilfen und Lehrlingen dringend, von den Wohlfahrtseinrichtungen Gebrauch zu machen, welche seitens der kaufmännischen Vereine bereits mit bestem Erfolg gepflegt“ würden. Die bürgerlichen Angestellten vertraten eben noch den Grundsatz der „Selbsthilfe“, wie sie sie verstanden. Im Jahre 1897 erklärte sich auch der Deutsche Technikerverband gegen die Einbeziehung der technischen Angestellten in die staatliche Versicherung. Im selben Jahre wurde der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen gegründet, der in der Versicherungsfrage naturgemäß den Standpunkt seiner Vorläufer, der lokalen „Freien Vereinigungen der Kaufleute“, vertrat. Nunmehr begann sich auch ein Umschwung in den bürgerlichen Organisationen bemerkbar zu machen. Nach dem Vorbild der klassenbewußten Gehilfen stellte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband auf seinem 1898 in Leipzig abgehaltenen Handlungsgehilfentag unter anderem folgende Grundsätze über den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes auf: a. Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Handlungsgehilfen ohne Unterschied der Höhe des Gehaltes; b. Einführung neuer höherer Lohnklassen mit entsprechenden Beiträgen und höheren Renten. Der Vorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der jetzige antisemitische Reichstagsabgeordnete W. Schack, vertrat in der „Deutschen Handelswacht“ vom 1. März 1899 sogar die sozialdemokratische Forderung nach Erhebung einer progressiven Reichseinkommensteuer zur Deckung der sich aus der Versicherungsgesetzgebung ergebenden Aufwendungen. Davon ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wieder abgekommen; die staatliche Versicherung aber erwarb sich auch unter den bürgerlichen Angestellten immer mehr Anhänger, und im Jahre 1900 war der Umschwung wohl vollendet.

2. Der „Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten“.

Eine Konferenz von Vertretern verschiedener bürgerlicher Angestelltenverbände, die am 7. Dezember 1901 in Hannover tagte, setzte eine sechsgliedrige Kommission ein, die für eine Verbesserung der staatlichen Versicherung der Privatangestellten agitieren sollte; sie hat aber keine nennenswerte Tätigkeit entfaltet und deshalb auch keine Bedeutung erlangt. Erst eine spätere Konferenz, die am 1. März 1903 in Berlin stattfand, führte zu einem engeren Zusammenschluß unter dem Namen „Hauptausschuß für die Pensionsversicherung der Privatbeamten auf staatlicher Grundlage“. In dieser Sitzung sind eine Anzahl Leitsätze aufgestellt worden, die in einer späteren Sitzung vom 16. bis 18. Januar 1904 erweitert wurden und seitdem als die programmatischen Forderungen

der an dem ersten Zusammenschluß beteiligten Verbände anzusehen waren. Diese Leitsätze besagten in ihrer Fassung vom 1. März 1903 unter anderem:

1. Es ist die Schaffung einer besonderen Kasseneinrichtung für die Privatangestellten gemäß § 10 des Invalidenversicherungsgesetzes erforderlich. Dieselbe hat für die von ihr gewährten Alters- und Invalidenrenten, soweit sie sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen halten, den Reichszuschuß in Anspruch zu nehmen (§ 8 Absatz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes), richtet indessen daneben eigene Gehaltsklassen mit erhöhten Leistungen und Renten ein.

2. Diese Gehaltsklassen sollen sich auf alle Privatangestellten ohne Unterschied der Gehaltshöhe erstrecken und Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten gewähren. . . .

6. Angestellte, die bei einer vom Reichsaufsichtsamt für die privaten Versicherungen zugelassenen Kasse versichert sind, sind von der Zugehörigkeit zur staatlichen Pensionsanstalt für Angestellte befreit, sofern jene Kasse die Mindestleistungen der staatlichen Anstalt erfüllt.

Leitsatz 1 und 6 sind später geändert worden; der letztere erklärte sich daraus, daß verschiedene Angestelltenorganisationen Pensionseinrichtungen für ihre Mitglieder haben, deren Fortbestand sie sich sichern wollten. Der Hauptausschuß veranstaltete sodann im Oktober 1903 umfangreiche Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Privatangestellten, soweit sie Mitglieder der angeschlossenen Vereine waren. Es gelangten 157390 Fragebogen zurück, von denen 154843 zu statistischen Zwecken brauchbar waren. Die Bearbeitung geschah durch das Reichsamt des Innern. Das Ergebnis dieser Statistik wurde in der dem Reichstag am 14. März 1907 zugegangenen Denkschrift[1] niedergelegt.

Bürgerliche Politiker glaubten, bei dieser Bewegung der Angestellten einen guten Fischzug machen zu können, und wir finden daher, daß sich einzelne Abgeordnete fast aller bürgerlichen Parteien mit den Privatangestellten anzufreunden versuchten. So arrangierte der Hauptausschuß im Mai 1906 in Leipzig einen „Privatbeamtentag", auf dem der Zentrumsabgeordnete Nacken, der Nationalliberale Patzig und der Antisemit Schack sprach, welch letzterer jetzt geschäftsführender Vorsitzender des Hauptausschusses ist. Im Hauptausschuß gab es von jeher zwei Richtungen, von denen die eine für die Versicherung der Angestellten in einer Sonderkasse, die andere für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes war. Beide Strömungen waren etwa gleich stark, aber die Befürworter der Sonderkasse wußten sich im Hauptausschuß durch entsprechende Verleihung des Stimmrechts die Mehrheit zu sichern, wogegen sich die Minderheit ihre Position noch durch Verzagtheit bei der Vertretung ihrer Anschauungen verschlechterte. Daher konnte es geschehen, daß der Hauptausschuß in seiner Sitzung vom 16. November 1907 mit 17 gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgende Leitsätze annahm:

1. Es ist durch Reichsgesetz eine besondere Alters- und Invalidenzwangsversicherung[2] mit Witwen- und Waisenversorgung für die Privatangestellten zu schaffen. Den Privatangestellten sind die Ladenangestellten zuzurechnen.

2. Die Versicherung wird in Angliederung an die Arbeiterversicherung geschaffen.

---

[1] Eine kritische Übersicht der Denkschrift befindet sich in der „Neuen Zeit", XXV, 2, S. 317.

[2] Für die Durchführung dieser Versicherung hat der Hauptausschuß noch seine Leitsätze Nr. 3 bis 24 aufgestellt:

Leitsatz 3: Versicherungspflichtig sind alle Privatangestellten beiderlei Geschlechts vom 16. Lebensjahr ab.

Am 17. November 1907 fand sodann in Frankfurt a. M. wieder ein „Privatbeamtentag“ statt, der eine Demonstration des Hauptausschusses für die Sonderkasse sein sollte, die jedoch kläglich mißlang, da es hierbei zu Lärmszenen kam und man sogar nach der Polizei rief, die eintraf, ohne in Tätigkeit treten zu müssen. Als der Hauptausschuß zu der Anfang Dezember 1907 beim Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Bethmann-Hollweg gehabten Audienz keinen Vertreter der Minderheit mitdelegierte, veranstaltete diese am 20. Dezember 1907 eine Besprechung, wo sich einige Verbände zu einem gesonderten Vorgehen entschlossen. Verschiedene Vereine erklärten auch ihren Austritt aus dem Hauptausschuß.

3. Die Organisationen der Privatangestellten.

Geschäftsführender Vorsitzender des „Hauptausschusses“ ist der Vorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der antisemitische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schack. Dieser Verband ist auch die treibende Kraft unter den Befürwortern der Sonderkasse; er ist es infolge der Unfähigkeit der anderen bürgerlichen kaufmännischen Vereine. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wurde 1893 gegründet, und zwar rekrutierten sich seine Anhänger zunächst aus Mitgliedern des Vereins für Handlungskommis von 1858 in Hamburg, die — in der damaligen kurzen Blütezeit des Antisemitismus — einen „judenreinen“ Verband ins Leben riefen. Dieser Verband bedurfte, um vorwärts zu kommen, eines radikalen Anstrichs, und so machte er unter anderem zu Ostern 1898 die Forderung der klassenbewußten Gehilfen nach dem Ausbau der Invalidenversicherung zu der seinigen. Als in der Folgezeit auch die anderen kaufmännischen Vereine dem Gedanken der staatlichen Versicherung nähertraten, tauchte unter den standesdünkelhaften

---

Leitsatz 4 siehe Seite 479, XXVI., 1. Band der „Neuen Zeit“.

Leitsatz 5: Vom Zwange der allgemeinen Staatsversicherung befreit die Zugehörigkeit zu privaten Versicherungseinrichtungen nur, wenn es sich um Kassen handelt, die von öffentlichen Körperschaften (Staat, Gemeinde und dergleichen) eingerichtet und geleitet sind, und die den Versicherten mindestens die gleichen Rechte und Ansprüche gewähren wie die staatliche Einrichtung (gemäß § 8 des Invalidenversicherungsgesetzes).

Leitsatz 8: Gewissen Kategorien der freien Berufe, die nicht fest angestellt sind, wird das Recht der Selbstversicherung gewährt, den Arbeitern aber nicht.

Leitsatz 10: Leistungen der Versicherung sind außer dem Heilverfahren Invalidenrente, Altersrente, Witwenrente und Erziehungsbeiträge für Waisen.

Leitsatz 12 siehe Seite 484, XXVI., 1. Band der „Neuen Zeit“.

Leitsatz 13: Die Wartezeit für Invalidenrente soll vier, für Altersrente 24 Beitragsjahre (wohlgemerkt Beitragsjahre!) betragen.

Leitsatz 15: Invaliditätsbegriff (siehe Seite 485, XXVI., 1. Band der „Neuen Zeit“).

Leitsatz 16 und 17: Unternehmer und Prinzipale haben je die Hälfte des Beitrags zu zahlen. Der Beitrag soll durchschnittlich 10 Prozent des Gehalts betragen, aber nach dem Einkommen progressiv steigen.

Leitsatz 18: Zehn Gehaltsklassen, die zehnte gilt für Einkommen über 5000 Mark.

Leitsatz 21: Den Versicherten ist „ein größerer Einfluß auf die Verwaltung und Rechtsprechung als im jetzigen Invalidengesetz zu gewähren“.

Leitsatz 23: „Es ist durch Reichsgesetz der Unfall- und Krankenversicherungszwang auf alle Privatangestellten auszudehnen (hier verlangt man keine Sonderkassen!).

Leitsatz 24: Es wird ausdrücklich darauf verzichtet, daß die „für eine Witwen- und Waisenversicherung bereitgestellten Reichsmittel den Angestellten in demselben Maß wie den Arbeitern nutzbar gemacht werden“.

Gehilfen ganz naturgemäß auch die Frage einer Sonderkasse auf. Die deutschnationalen Demagogen unterstützten diese Strömungen, und auf ihrer im Juni 1907 zu Dresden abgehaltenen Generalversammlung — von ihnen Handlungsgehilfentag genannt — forderten sie ausdrücklich für Privatangestellte eine Zuschußversicherung neben der allgemeinen Invalidenversicherung. Aus welchen Gründen man eine besondere Versicherung für Angestellte haben wollte, das wird deutlich gesagt in Schrift 35 des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Seite 5:

„Die Pensionsversicherung der Handlungsgehilfen und Privatangestellten wird je nach Form und Höhe, wie sie Gesetzeskraft erlangen wird, eine noch größere Bedeutung für die standespolitische Entwicklung, als für die spätere Versorgung der einzelnen jetzt lebenden Privatangestellten haben. . . . Der Entwicklung zum Klassenproletarier und Lohnarbeiter ist dann endgültig ein Riegel vorgeschoben."

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband forderte also eine Doppelversicherung; gleichwohl bekämpften seine Vertreter in der Sitzung des Hauptausschusses vom 16. November 1907 die Anträge, die eine solche Doppelversicherung der Angestellten bezweckten. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ließ durch seinen Vertreter im Hauptausschuß seinen eigenen, von ihm erst kurz zuvor festgelegten Standpunkt fallen;[1] er wollte den Hauptausschuß auf die reaktionäre Forderung festlegen, daß die Angestellten gänzlich aus der Arbeiterversicherung ausscheiden. Und es ist ihm dank der Erbärmlichkeit der Führer anderer kaufmännischer Vereine gelungen. Die alten kaufmännischen Vereine traten zwar schon des Standesdünkels ihrer Mitglieder wegen für die Sonderversicherung ein, ausschlaggebend aber war, „daß sie am Gängelbande des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hingen. Man braucht nur die Organisationsverhältnisse der Handlungsgehilfen zu studieren, um sofort zu wissen, daß die Konkurrenzrücksichten auf den überlauten deutschnationalen Demagogen die anderen Handlungsgehilfenverbände in den Bann dieser Organisation bringen mußte."

Dies trifft vor allem zu auf den Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der sich in seiner „Fünften Denkschrift" rühmt, im Gegensatz zu anderen Verbänden schon bei Schaffung des Invalidenversicherungsgesetzes für die Einbeziehung der Handlungsgehilfen agitiert zu haben. Er fordert neuerdings eine Sonderversicherung für Angestellte.

Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen hatte auf seiner im August 1907 abgehaltenen 30. Generalversammlung die Frage, ob Sonderkasse oder Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes, offen gelassen. Sein Vertreter im Hauptausschuß, Herr Groeningen-Aachen, stimmte aber für eine Sonderversicherung, um — wie der „Handelsstand"-Hamburg vom 1. Dezember 1907 in einem Bericht über die Ausschußsitzung vom 16. November mitteilt — „die Begehrlichkeit der Arbeiter" nicht zu wecken! Die „Privatbeamtenzeitung", das Organ des Deutschen Privatbeamtenvereins zu Magdeburg, begründete unterm 25. Juli 1907 die Notwendigkeit einer Sonderversicherung damit, daß eine „Scheidewand zwischen Privatbeamten und Arbeitern aufgeführt" werden müsse! Es sollte, so schreibt diese Zeitung weiter, die „ganze soziale Richtung und Bestrebungen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen — wir nehmen hier die so-

[1] „Handelsstand", Hamburg, vom 1. Dezember 1907, S. 487; „Deutsche Technikerzeitung", Nr. 48, 1907, S. 568; „Kaufmännische Zeitung", Frankfurt, Nr. 3, 1908.

genannten nationalen Arbeiterverbände nicht aus — den Privatbeamten ein einheitliches Zusammengehen verbieten". Der Deutsche Privatbeamtenverein steht vollständig unter dem Einfluß des Unternehmertums. Er ist eigentlich nur ein Versicherungsverein; er schließt in seinen Kassen Einzelversicherungen, aber auch Korporativverträge mit Unternehmern für deren Angestellte ab. Daraus erklärt es sich, daß er „Ersatzinstitute" für die staatliche Versicherung zugelassen wissen möchte. Und da dies im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes nicht zu erreichen sein wird, muß er für die Sonderkasse sein. Den eben zitierten Artikel der „Privatbeamtenzeitung" druckte die „Deutsche Technikerzeitung" in Nr. 32 (1907) nach, was mit der sonstigen Haltung des Deutschen Technikerverbandes vollkommen übereinstimmt. Sie forderte bereits in Nr. 29 (1907) ihre Leser auf, das „Standesbewußtsein hochzuhalten" und eine Sonderkasse zu fordern. Im übrigen treten für die Sonderkasse ein: Deutscher Verband kaufmännischer Vereine (Sitz Frankfurt a. M.), Verband reisender Kaufleute (Sitz Leipzig), Gruben- und Fabrikbeamtenverband und einige andere Vereine.

* * *

Unter den Verfechtern der Idee des Ausbaus des Invalidenversicherungsgesetzes befinden sich die drei gewerkschaftlichen Organisationen: der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands (der demnächst wohl den Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. in sich aufnehmen wird), der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands und der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen. Der Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands hat in der ersten Zeit dem Hauptausschuß angehört und sich auch an dessen Enquete von 1903 beteiligt. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen hat die Forderung nach einer Verbesserung der Versicherungsgesetzgebung bisher selbständig verfolgt und im Juni und Juli 1907 durch seine Beisitzer bei den Kaufmannsgerichten Barmen, Berlin, Breslau, Dresden, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Kiel, Köln, Leipzig, München, Straßburg i. E., Stuttgart, Stettin und Wiesbaden den Antrag gestellt, sich beim Reichsamt des Innern und dem Reichstag für die Pensionsversicherung der Privatangestellten in folgendem Sinne auszusprechen:

„Das Kaufmannsgericht betrachtet die Schaffung einer genügenden Versicherung der kaufmännischen Angestellten für den Fall des Alters und der Invalidität sowie die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen als eine dringende Notwendigkeit.

„Nach Lage der durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingten Verhältnisse erachtet es das Kaufmannsgericht nicht für angebracht, daß dieses Ziel durch eine besondere Pensionsversicherung der Angestellten erstrebt wird. Im Interesse der Angestellten erscheint vielmehr die Ausgestaltung des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes durch folgende Maßnahmen für geboten: a. Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Angestellten, b. höhere Leistungen in den jetzigen Lohn- und Beitragsklassen, c. Schaffung höherer Klassen, d. Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente, e. Gewährung des Rechtes der Weiterversicherung für Angestellte, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden; f. genügende Witwen- und Waisenfürsorge, g. Recht der Selbstverwaltung an den Versicherungsinstitutionen."

Darauf erschien einige Wochen später in der „Kölnischen Zeitung" eine scheinbar offiziöse Notiz, die besagte, daß diese Versicherung nicht das kaufmännische Dienstverhältnis betreffe und daher die Kaufmannsgerichte nicht

berechtigt seien, in dieser Frage Anträge zu stellen. Die Notiz blieb nicht wirkungslos, aber das Kaufmannsgericht zu Berlin und andere haben sich doch für zuständig erklärt; der Ausschuß des Berliner Gerichtes ist mit seinen Beratungen noch nicht zu Ende, er hat sich grundsätzlich für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes ausgesprochen.

Folgende bürgerliche Organisationen, die dem Hauptausschuß angehören oder angehört haben, sind für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes: Bund der technisch-industriellen Beamten (Berlin), Deutscher Zeichnerverband (Berlin), Verein der deutschen Kaufleute (Hirsch-Duncker), Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen (Berlin), Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Deutscher Zuschneiderverband, Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, Verband technischer Schiffsoffiziere, Verband deutscher Musterzeichner, Allgemeiner deutscher Buchhandlungsgehilfenverband (Leipzig), Deutscher Brennmeisterbund, Technischer Hilfsverein, Verband deutscher Bureaubeamten (Leipzig), Reichsverband deutscher Fleischbeschauer- und Trichinenschauervereine, ferner einige kleinere Vereine. Ebenfalls für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes, aber zu Kompromissen geneigt sind: der Verein für Handlungskommis von 1858 und der Deutsche Werkmeisterverband.

4. Die Parteien und die Unternehmer.

Die Sozialdemokratie hat von jeher die Ausdehnung der staatlichen Versicherung auf alle Angestellten verlangt und diesen Standpunkt späterhin auch offiziell festgelegt. Bereits die von der Agrarkommission dem Parteitag zu Breslau 1895 gemachten Vorschläge zum Parteiprogramm enthielten den Passus: „Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen" (Seite 214 und 215 des Protokolls). Der Parteitag zu München 1902 forderte unter anderem: „Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehenden Personen, volle Selbstverwaltung durch die Versicherten, Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten, Einführung der Arbeitslosenversicherung, Einführung der Witwen- und Waisenversorgung.

Die bürgerlichen Parteien gebärden sich in neuerer Zeit, als ob es für sie nie eine wichtigere Frage gegeben hätte, als die der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge der Privatangestellten. In Wirklichkeit aber haben sie nicht nur nichts für die staatliche Versicherung der Angestellten getan, sondern ihr direkt entgegengearbeitet. Es soll hier nur an den Antrag der Zentrumspartei im Reichstag 1896/97 erinnert werden, der bezüglich des Invalidenversicherungsgesetzes „Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter in Bergwerken, Fabriken und sonstigen großgewerblichen Betrieben" forderte, und welchen Eugen Richter als die Einleitung zur „einzig richtigen" Aufhebung des ganzen Gesetzes bezeichnete. Der von sozialdemokratischer Seite 1899 eingebrachte Antrag, alle Angestellten mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark in das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz einzubeziehen, hat bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe gefunden. Der antisemitische Abgeordnete Raab schlug am 14. Februar 1899 die „Schaffung einer Reichseinkommensteuer für die großen Einkommen" zur Aufbringung der sich aus der Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente notwendig machenden Mittel vor. Raab sprach

auch davon, daß die Privatlehrer, die Werkmeister und Handlungsgehilfen die Ausdehnung des Invalidenversicherungszwangs auf alle Angestellten ohne Unterschied des Gehalts wünschten. Aber Raab kannte die bürgerliche Reichstagsmehrheit so genau, daß er nur den ganz unverbindlichen Vorschlag wagte, die Grenze der Versicherungspflicht für Angestellte von 2000 Mark auf „mindestens“ 2100 Mark hinaufzuschieben! Aber nicht einmal dies ist zur Tatsache geworden. Und noch in der am 12. Januar 1900 im Reichstag zur Beratung gekommenen Zentrumsresolution wird im Anschluß an die Invalidenversicherung eine obligatorische Witwen- und Waisenversicherung nur gefordert für „die in Fabriken beschäftigten Personen“. Auch die vom Abgeordneten Stumm eingebrachte Resolution forderte die zwangsweise Witwen- und Waisenversicherung nur für die dem Invalidenversicherungsgesetz unterstehenden Personen. Einen Ausbau und eine Ausdehnung der Versicherung auf die Privatangestellten hat außer der Sozialdemokratie keine Partei ernstlich gewollt.

Jetzt sucht man das zu bemänteln. Seit 1903 sind im Reichstag Anträge, Resolutionen, auch eine Interpellation von bürgerlicher Seite in dieser Frage zur Beratung gekommen. Damit glaubt man nach außen hin Eindruck zu machen und — es kostet ja nichts. Der Wettlauf um die Wählerstimmen des „neuen Mittelstandes“ treibt die bürgerlichen Parteien, sich gegenseitig in Redensarten zu überbieten, mit denen sie die Privatangestellten für sich einfangen wollen. So faßten die 50. und 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (Köln 1903 und Würzburg 1907) Resolutionen für die Pensionsversicherung der Privatangestellten, ebenso auch der Vertretertag der nationalliberalen Partei am 5. Oktober 1907. Wie die Rettung des alten Mittelstandes, der Kleinhändler, Handwerker usw., vorwiegend Sache der Konservativen und Antisemiten war, so sind an der Rettung des „neuen Mittelstandes“ naturgemäß besonders die Nationalliberalen als Vertreter des Industriekapitals beteiligt. Der nationalliberale Vertretertag nahm folgende charakteristische Entschließung an:

„Der allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei sieht ebenso wie in der Erhaltung des gewerbtätigen Mittelstandes in der Stärkung und Sicherung der in der Privatbeamtenschaft stehenden Mittelstandsschicht ein Gebot der staatlichen Notwendigkeit. Der Vertretertag begrüßt die Bestrebungen nach einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten als Mittel zur Durchführung dieses Zweckes.... Bezüglich des bei der Durchführung des Versicherungsplanes einzuschlagenden Weges sieht der Vertretertag davon ab, schon jetzt eine feste Stellung einzunehmen, da dies auch von dem, den größten Teil der deutschen Privatbeamten umfassenden Hauptausschuß für staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten selbst bisher nicht endgültig geschehen ist.“

Die „feste Stellung“, auf die der nationalliberale Vertretertag verzichtete, war bald darauf gegeben. Am 28. Oktober 1907 fand nämlich eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller statt, die ihrerseits wie folgt Stellung nahm:

Der Zentralverband deutscher Industrieller ist auch bereit, eine reichsrechtliche Zwangsversicherung der Privatangestellten sympathisch zu fördern, sofern sich diese Versicherung in ihrer Höhe in angemessenen Grenzen hält, nur die geringer besoldeten Angestellten umfaßt, und sofern den einzelnen industriellen Betrieben der Fortbestand und die Neueinrichtung von Pensions- und Witwenversorgungskassen als Ersatzinstitutionen der reichsrechtlichen Zwangsversicherung gestattet bleibt. Der Zentralverband will dabei seine ernsten Bedenken gegen die immer

weitere Ausdehnung des Personenkreises, welcher der Zwangsversicherung unterstellt wird, in diesem Falle zugunsten der gesicherten Versorgung der industriellen Angestellten zurückstellen.

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes hat bereits den Entwurf einer Pensionskasse für die Angestellten des Bankgewerbes ausgearbeitet, um etwaigen gesetzgeberischen Maßnahmen zuvorzukommen, und auch die Schiffahrtskapitalisten haben — wie aus der „Versicherungspost" vom 7. November 1907 hervorgeht — bereits angedeutet, daß sie ihre „Versorgungskasse vereinigter Reedereien", die offenkundigermaßen ein Mittel zur Knebelung der Angestellten ist, nicht aufgeben wollen. Dem entsprach die Haltung des nationalliberalen Redners Dr. Stresemann in der Reichstagssitzung vom 8. Januar 1908 bei einem Antrag v. Richthofen, betreffend die Versicherung der Privatangestellten. Aus seiner Rede ging deutlich hervor, daß man befürchtet, der „neue Mittelstand" könne sich als einen Teil des Proletariats betrachten lernen, und dem soll vorgebeugt werden. Man weiß, daß der „neue Mittelstand" nicht ein Glied zwischen Kapital und Proletariat ist, aber man will, daß er sich als solches fühlt, die Fiktion soll erhalten werden. Der „neue Mittelstand" soll durch eine Sonderversicherung gerettet werden, weil das Unternehmertum an ihm eine feste Stütze gegen die Arbeiter zu finden hofft. Die Angestellten selbst will man aber in größter Abhängigkeit halten, darum sollen für die Sonderversicherung Ersatzinstitutionen zugelassen werden. Die Angestellten sind sich — wenigstens zum guten Teile — dieser Gefahr bewußt. Sie fordern einmütig — mit Ausnahme des Deutschen Privatbeamtenvereins und des Deutschen Bankbeamtenvereins —, daß die Versicherung nur staatlichen Organen übertragen wird und nicht etwa Betriebspensionskassen usw. zugelassen werden. Der „Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten" sagt (Bericht der Siebenerkommission, S. 13):

> Die Zulassung allgemeiner Ersatzinstitute, die von der staatlichen Versicherungspflicht befreien — etwa nach Art der freien Hilfskassen bei der Krankenversicherung —, wurde allgemein als unzweckmäßig verworfen. Es wurde betont, daß die staatliche Zwangsversicherung, wenn sie den Erwartungen in ihren Leistungen entspricht, für die Allgemeinheit als ausreichend anerkannt werden müsse. Eine Absplitterung gerade der besseren Risiken zugunsten solcher Ersatzkassen sei aber keineswegs wünschenswert, zumal dadurch die staatliche Kasseneinrichtung benachteiligt werde. Auch könnten die Angestellten, wenn man solche Ersatzinstitute allgemein ermögliche, dadurch in ihrer Freizügigkeit gehemmt werden.

Trotzdem erklärten in jener Reichstagssitzung außer dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Stresemann auch der Konservative v. Richthofen und der Zentrumsabgeordnete Sittart, die sich seit langem persönlich als besondere Privatbeamtenfreunde aufspielen, für die Zulassung von Ersatzinstitutionen.

Damit steht fest, was wir eingangs sagten: Der „neue Mittelstand" soll nicht nur gerettet, sondern auch geknebelt sowie als Schutztruppe des Unternehmertums und Mitläufer der bürgerlichen Parteien erhalten werden. Die Arbeiter aber will man um den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes prellen. Das glaubt man durch eine Sonderversicherung der Privatangestellten zu erreichen.

Nochmals Marx und die Sklaverei.[1]

Von **Karl Kautsky.**

Schippel protestierte im „Vorwärts“ gegen meinen Vorwurf, daß er Marx zum Verfechter der Sklaverei gemacht habe, und versprach, er werde mit „ein paar, aber nicht allzuvielen und nicht allzuhöflichen Worten“ in der nächsten Nummer der „Monatshefte“ „auf die Sache“ zurückkommen.

Das Versprechen der nicht allzuhöflichen Worte hat er ausreichend eingelöst. Weniger das des Zurückkommens „auf die Sache“. Mit großer Redseligkeit im Punkte der Unhöflichkeit paart sich auffallende Schweigsamkeit über die entscheidenden Punkte der „Sache“.

Es handelt sich darum, daß Schippel behauptete, wir dürften nicht grundsätzlich gegen die Ausbeutung, Expropriierung und Versklavung der Eingeborenen in den Kolonien auftreten. Auch Marx habe mitunter gezögert, sich entschieden gegen die Abschaffung der Sklaverei auszusprechen. So habe er 1847 die Notwendigkeit der Sklaverei für Amerika anerkannt, und Engels habe 1884 erklärt, daß 1847 allerdings die Abschaffung der Sklaverei noch nicht möglich gewesen sei.

Wer sich gegen die Abschaffung der Sklaverei erklärt, ist ein Verfechter der Sklaverei. Aus welchen Gründen also Schippel gegen die Behauptung protestiert, er habe Marx zum Verfechter der Sklaverei gemacht, ist unerfindlich. Tatsächlich wiederholt er in seiner Entgegnung diese seine Darstellung des Marxschen Standpunktes.

Die Marxzitate von 1864 und 1865 gegen die Sklaverei läßt er nicht gelten, denn diese Zitate bewiesen bloß, daß sich die Verhältnisse seit 1847 geändert hätten. Was damals unmöglich gewesen, sei 1864 möglich geworden.

Schippel vergißt dabei, daß die Zitate von 1864 und 1865 nirgends sagen, erst *jetzt* sei die Zeit gekommen, die Sklaverei zu bekämpfen. Sie sprechen von der Sklaverei im allgemeinen, so auch die Zitate aus dem „Kapital“. Man nennt nicht eine Institution eine Infamie, eine Schande, einen Greuel, wenn man gegen ihre Abschaffung noch wenige Jahre vorher Bedenken geäußert hat.

Wohl stammen diese Zitate aus den sechziger Jahren, aber ich nahm sie aus dem einfachen Grunde, weil ich Zitate aus früherer Zeit *über die Stellung des Proletariats zur Abschaffung der Sklaverei in den Marxschen Schriften nicht fand*. Solange andere nicht gefunden werden, können eben nur diese zur Kennzeichnung der Stellung benutzt werden, die Marx in der Frage der Abschaffung der Sklaverei einnahm. Wir haben sie um so unbedenklicher zu benützen, als sie nicht bloß entschieden und klar sprechen, sondern auch vollkommen zu dem allgemeinen Standpunkt stimmen, den Marx schon 1844 entwickelte, daß das Proletariat sich nicht befreien kann, ohne aller Knechtung und Ausbeutung ein Ende zu machen, daß es daher naturgemäß jeder Knechtung und Ausbeutung entgegenwirken muß.

Kennt Schippel frühere Aussprüche von Marx über die Haltung, die das *Proletariat* zur Sklaverei einzunehmen hat, dann möge er damit hervorkommen. Das Zitat aber aus dem „Elend der Philosophie“, auf das er sich auch jetzt wieder stützt, ist dazu völlig unbrauchbar, denn, ich wiederhole es, darin wird nicht die Frage behandelt, auf die es ankommt. In dem Zusammenhang, in dem es steht, wird mit keinem Wort die Frage untersucht, wie das *Proletariat* sich zur Abschaffung der Sklaverei zu stellen hat, sondern es wird gezeigt, welche Rolle die Sklaverei für die *bürgerliche Industrie* spielt.

Das habe ich in meiner Kritik ausführlich gezeigt, das war der springende Punkt meiner Ausführungen — *gerade darüber aber schweigt sich Schippel vollständig aus*. Ich kennzeichne seine Auffassung des Marxschen Zitats als eine Verdrehung — und er bringt jetzt einfach die Verdrehung nochmals vor, ohne

[1] Vorliegender Artikel war schon für das vorige Heft druckfertig und wurde nur durch ein Versehen zurückgestellt. Die Redaktion.

nur den leisesten Versuch, mich zu widerlegen oder zu korrigieren. Da brauchte natürlich auch ich nichts weiter zu tun, als die Anklage der Fälschung, die ich gegen ihn erhoben, ohne weitere Begründung als die in meinem ersten Artikel gegebene zu wiederholen.

Da aber Schippel in seiner Replik das Wort von Engels unterstreicht, die Abschaffung der Sklaverei sei 1847 noch nicht möglich gewesen, so sei für etwaige unerfahrene Leser eine kurze Bemerkung angefügt.

Marx und Engels begnügten sich nicht damit, die Institutionen, die sie bekämpften, einfach zu verdonnern. Sie suchten sie zu begreifen, ihre Grundlagen in den gegebenen Verhältnissen zu erkennen, nicht um in ihrer Bekämpfung zu „zögern", sondern um ihre Bekämpfung zweckmäßiger zu gestalten. Denn um dem Feind wirksam entgegentreten zu können, muß ich seine starken Seiten kennen.

Dank diesem Streben, nicht bloß die schwachen, sondern auch die starken Seiten des Gegners zu erforschen, haben sie manchen Satz geschrieben, der jeden stutzig macht, der nur Verurteilungen und Brandmarkungen unserer Gegner in unserer Literatur sucht. Aber jeder Kenner des Marxismus macht sich einer Fälschung schuldig, der solche Stellen als Anerkennung der gegnerischen Position hinstellt und in diesem Sinne ausnutzt.

So schrieb zum Beispiel Engels 1875 in seiner Schrift „Soziales aus Rußland":

> „Nicht bloß der russische Staat im allgemeinen, sondern sogar seine spezifische Form, der Zarendespotismus, statt in der Luft zu hängen, ist ein **notwendiges** und **logisches** Produkt der russischen Gesellschaftszustände."

Wäre es nicht eine freche Fälschung, wenn jemand diesen Satz dahin auslegte, Engels habe 1875 noch „gezögert", auf die Beseitigung des Zarendespotismus hinzuarbeiten, der für Rußland notwendig sei?

Marx nennt einmal die industrielle Reservearmee, also die Arbeitslosigkeit, „eine Lebensbedingung der modernen Industrie", wer aber fände den Mut, zu behaupten, John Burns, diese Parallelerscheinung zu Max Schippel, stehe auf dem Boden des Marxismus, wenn er allen energischen Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widerstrebt?

Marx und Engels waren nicht die Leute, die erst an dem Tage Republikaner werden, an dem die Einführung der Republik möglich ist, erst dann Sozialisten, wenn die Diktatur des Proletariats vor der Türe steht, nur dort Gegner der Sklaverei, wo die bürgerliche Welt selbst schon deren Überwindung möglich macht.

Das mag Isegrims Auffassung sein. Es war nie die von Kämpfern wie Marx und Engels.

Isegrim suchte sie aber auf sein Niveau herunterzuziehen, um sie zur Deckung zu benützen für seinen eigenen Standpunkt, da es ihm doch zu bedenklich schien, ihn ohne solche Deckung einzunehmen, den Standpunkt, wir sollten um der „positiven Arbeit" in der Kolonialpolitik willen auch deren notwendige Konsequenzen schlucken: Expropriierung, Ausbeutung, Zwangsarbeit der Eingeborenen. Kurz, wir sollten unsere, in unserem Programm wie auf unseren Kongressen mehrfach festgesetzten Grundsätze verleugnen, die er obendrein noch als matte Predigerdenkweise verhöhnt.

Der Protest dagegen bildete den Ausgangspunkt meines Artikels. Ich erklärte dort: **Schippel tritt unser Parteiprogramm mit Füßen, und um dies saubere Treiben zu beschönigen, fälscht er Marx.**

Um die Anklage der Marxfälschung redet er sich mit unhöflichen Worten herum, die dem springenden Punkt aus dem Wege gehen. Die Anklage, sein Standpunkt bilde eine Verletzung unseres Programms, übergeht er mit völligem Stillschweigen — nicht aus Raummangel, denn ein volles Drittel seiner Entgegnung gilt einer Auseinandersetzung über das Milizsystem und die zweijährige Dienstzeit in Österreich.

Nun, die Antwort, die er nicht gibt, ist auch eine Antwort.

Ich habe kein Jota meiner Anklage zurückzunehmen.

Literarische Rundschau.

Achim v. Winterfeld, **Was will die Schulreform?** Mit Geleitwort von Professor Dr. Ludwig Gurlitt. Leipzig 1907, Felix Dietrich. Preis 25 Pfennig.

Der Verfasser ist ein ehemaliger Schüler des gemaßregelten Schulreformers Gurlitt und erfreut sich dessen besonderer Protektion. Obwohl Gurlitt in seinem Vorwort es vorsichtigerweise ablehnt, die Verantwortung für alle Punkte des Schriftchens zu übernehmen, so ist es seiner ganzen Haltung und Tendenz nach doch Geist von seinem Geiste. Gurlitt kann darauf aber nicht sonderlich stolz sein. Denn Winterfeld faßt das Problem der Schulreform so einseitig und eng auf, daß das Aufgebot an großen und übertreibenden Worten dazu in einem spaßig anmutenden Verhältnis steht. So ist ihm die Schulreform in der Hauptsache eine Bewegung auf dem Gebiet des höheren Schulwesens, und bei genauerer Betrachtung schrumpft die ganze mit Posaunenstößen eingeleitete Reform schließlich ein auf die — Abschaffung des Abituriums. Nun ist das Abiturium gewiß keine schöne Sache, aber es ist doch nur ein beiläufiges Bälkchen, das ganz von selbst mitpurzelt, sobald nur erst einmal die Aufräumungsarbeiten für die Reform des Schulwesens an Haupt und Gliedern beginnen, wie sie durch die moderne Arbeiterbewegung in aller Stille, aber um so gründlicher vorbereitet wird. Von der großen Revolution in der Erziehung, die der Sozialismus ohne weiteres im Gefolge hat, scheint Gurlitt nichts zu wissen und Winterfeld nicht einmal etwas zu ahnen. Von den krausen Vorstellungen, die der im übrigen recht temperamentvolle junge Mann über die „Schulreform" besitzt, zeugt folgende köstliche Bemerkung: „Der Anfang des Kampfes um eine naturgemäße Erziehung liegt weit zurück. Das Ausland hat den Boden bereitet durch Rousseau und Montaigne vor allen Dingen; Herder, Fichte, Pestalozzi, um nur wenige herauszugreifen, haben die Bewegung in Deutschland in Fluß gebracht, die heutzutage in dem Wirken Ludwig Gurlitts sich konzentriert hat." Also der etwas ungebärdige, trotz alledem aber konventionell-staatstreue und sozialistenfürchtige preußische Professor mit seinen engbegrenzten Schulreformplänen als Testamentsvollstrecker so kraftstrotzender Revolutionäre und Sozialisten wie Fichte und Pestalozzi! „Höher geht's nimmer!" Die Beweihräucherung nämlich! Aber Winterfeld ist noch jung. Vielleicht lernt er außer den 5 Prozent der Schulrevolution, die ihm bis jetzt bekannt zu sein scheinen, im Laufe der Zeit auch die übrigen 95 Prozent kennen, die bisher seinem Blicke noch verschlossen geblieben sind. h. sch.

Martin Spahn, **Das deutsche Zentrum.** Aus der Sammlung: Kultur und Katholizismus. Kirchheimsche Verlagsbuchhandlung, Mainz und München.

Das schmächtige Bändchen Spahns will nicht einen nüchternen Abriß der Zentrumsgeschichte geben, sondern es setzt die Kenntnis der Reichs- und Parteigeschichte bei dem Leser voraus und sucht in knappen Studien „Die Stellung des Zentrums zum Reich auf Grund der geschichtlichen Entwicklung" darzulegen. Natürlich ist es ein Unding, Parteiverhältnisse entwirren zu wollen, ohne auf der Klassengliederung der Nation zu fußen, und so baut Herr Spahn denn seine Behauptungen dort am meisten auf rinnenden Flugsand, wo er Entwicklungen aus der Vergangenheit ableiten muß und etwa das Wesen des Liberalismus aus der französischen Abstammung seiner Doktrinen erklären will. Dieser Mangel vermag in derartigem Umfang in dem Kapitel: Bismarck und das Zentrum nicht zum Ausdruck zu kommen und deshalb stellt dieser Abschnitt einen nicht übel gelungenen Versuch politischer Psychologie dar.

Hat man sich aber in das Werkchen hineingelesen, so entdeckt man, daß es durchaus keine kühle wissenschaftliche Untersuchung, sondern eine Tendenzschrift reinsten Wassers ist. Und wahrhaftig: aus der Vorrede ergibt sich, daß es in den Wochen zwischen Reichstagsauflösung 1906 und Neuwahlen 1907 auf den Markt geworfen sein muß. Es ist aber geschrieben, nicht um das Zentrum um ein Banner

der Opposition zu scharen, sondern um Herrn Bülow die Unentbehrlichkeit des Zentrums als Regierungspartei vorzudemonstrieren. Deshalb wird das „partei-egoistische, machtlüsterne, parlamentarische Prinzip des Liberalismus" gebrandmarkt, deshalb versichert, der Liberalismus sei „mit dem Reichsorganismus unverträglich", er sei „Opposition gegen den historisch gewordenen deutschen Staat", aber „keine lebendig mitarbeitende, aus den Wurzeln des Reichs heraus politisierende Partei" — deshalb wird auf der anderen Seite die beim Zentrum vorhandene „Schmiegsamkeit praktischer Politik", sein Sinn für „reale Politik" mit Engelszungen gepriesen, das Zentrum als einzige Partei dargestellt, die nicht nur mit dem Reich heran-, sondern organisch mit ihm verwachsen sei, deshalb wird schließlich mit naiver Befriedigung alles registriert, was in der parlamentarischen Geschichte der letzten zwölf Jahre dem Zentrum Schimpf und Schande eingebracht hat, denn nie haben die geschmähten Nationalliberalen etwa das Budgetrecht des Reichstags so in Grund und Boden getreten, wie das Zentrum bei dem Flottengesetz von 1900, und nie haben jene so ohne alles Entgelt einen blamabeln Umfall nach dem anderen vollzogen. Herr Spahn aber frohlockt geradezu: „Und für die Einsicht der Fraktion in die militärischen Aufgaben des Reichs durfte sich ihr Führer schon 1899 darauf berufen, daß niemals zu liberalen Zeiten ähnlich große Summen für Heer und Flotte zur Verfügung gestellt worden seien, wie zur Zeit der Zentrumsführung."

Dabei ist es kennzeichnend, daß Herr Spahn die Massen der Zentrumswähler, die doch schließlich auch noch da sind, vollständig aus dem Spiel läßt; er erwähnt sie nicht einmal; die Reichstagsfraktion ist seine ganze Welt, die alles leitet und lenkt und alle irdischen und himmlischen Kategorien ordnet — es ist, mit einem Wort, die Geschichtsauffassung des vollendeten parlamentarischen Kretinismus, der natürlich auch vom bürgerlichen Standpunkt jeder Scharfblick abgehen muß. Aber das ist nicht verwunderlich, denn Herr Martin Spahn ist ja der Sohn jenes Zentrumsführers, dessen Zylinderhut bei häufiger Betätigung der „Schmiegsamkeit praktischer Politik" eine gewisse historische Bedeutung gewonnen hat. Und so ist im letzten Grunde die Schrift des Herrn Martin Spahn nichts als eine verschleierte Apologie dieses väterlichen Zylinders. Hermann Wendel.

Zeitschriftenschau.

Die Märznummer unserer österreichischen Monatsschrift „Der Kampf" ist eine Gedächtnisnummer zu Marxens Todestag. Es liegt in der Natur von Gedächtnisartikeln, daß es schwer ist, sie wiederzugeben; sie sind in der Regel Betrachtungen, deren Wert weniger in dem allgemeinen Gedankengang als vielmehr in den Einzelheiten liegt, die also unverkürzt gelesen werden sollen. Einige sind deshalb auch durch unsere Tagespresse nachgedruckt und weiten Kreisen zugänglich gemacht worden. Wenn wir hier also in üblicher Weise den Hauptinhalt der verschiedenen Artikel mitteilen, so kann diese Übersicht noch viel weniger als sonst die Lektüre der Originale überflüssig machen.

Das Heft wird eröffnet mit einem Aufsatz von Karl Renner: **„Karl Marx und die Arbeiter"**. „Die Buchgelehrten können es nicht fassen, daß Karl Marx, der tiefe Denker, der abstrakte Logiker, der dunkle Seher, von dem ungebildeten, schlichten Arbeiter erfaßt werde, daß der Mann hinter dem Schraubstock in irgend einer Geistes- oder Gefühlsgemeinschaft mit Marx, dem Überwinder Hegels und Ricardos, stehen könne." Um diese Gemeinschaft klar zu machen, beschreibt der Autor wie die alte kleinbürgerliche Welt, wo der Mensch noch eine Lebenssphäre, einen Lebensinhalt, einen Lebenskreis hatte, aufgelöst wird, die Menschen besitzlos auf die Straße geworfen, dann vom Kapitalisten in Fabriken zusammengebracht werden, wo sie, einander fremd, von allen früheren Verbindungen losgerissen, nur noch Hände zum Arbeiten sind. „Kein einziger aus der ganzen Legion der ökonomischen

Forscher hat diesen seelischen Raub an den Proletariern, diese gänzliche Vernichtung jedes eigenen Lebensinhaltes der Proletarier so begriffen und so dargestellt, wie Karl Marx, der große Psychologe. Weit entfernt davon, nur den ‚materiellen‘ Vorgang des Wirtschaftens zu schildern, hat er die ganze Psychologie unserer Zeit, ihren ganzen Denk-, Willens- und Gefühlsinhalt dargestellt, und die Leute, die das Geistige oder Sittliche an Marx vermissen, wissen wirklich nicht, was sie reden. Es gibt kein ähnliches Meisterwerk der Psychologie und der Sittenforschung, wie den dritten und vierten Abschnitt des ersten Bandes des ‚Kapital‘."

„In die sternenlose Nacht der Massenseele fällt nun jählings ein Lichtstrom, der die Blinden sehen, die Verzweifelten hoffen, die Irrenden begreifen lehrt." Marx konnte sie ihre Welt begreifen lehren, weil er selbst zum ersten Male den Menschen in der Ökonomie entdeckte. Das wirtschaftliche Ding ist in Wahrheit ein gesellschaftliches Verhältnis der Menschen; die wirtschaftliche Theorie gibt nur die eigene Lebenserfahrung des Arbeiters wieder und wird von ihm sofort verstanden, weil sie ihm im Grunde nichts Neues sagt, nur dem Gesetz seines eigenen Lebens einen Ausdruck gibt.

Zugleich lehrt sie ihn aber auch, was er bisher nicht wußte oder nur dunkel ahnte, indem sie seine Aufmerksamkeit von dem vereinzelten Ich auf die Gesamtheit aller Proletarier lenkt, die tatsächlich über die ganze Maschinerie der Welt verfügt, sie in Bewegung setzt, und der nur das Bewußtsein ihrer Gemeinschaft fehlt, um sich auch in den rechtlichen Besitz der Produktionsmittel zu setzen. Sie lehrt ihn die Entwicklung des Kapitalismus verstehen, seine eigene Lebensgeschichte von Arbeit und Arbeitslosigkeit, von Wandern und Arbeiten als Teil dieser Entwicklung begreifen. Damit bekommt das Weltgetriebe einen Sinn für ihn; sein Geist, sein Verständnis, sein Wille bekommt wieder einen Inhalt, und der Inhalt seines kollektiven Willens ist der Sozialismus. Indem Marx dem, was in der arbeitenden proletarischen Masse lebte und wuchs, eine wissenschaftliche Gestalt, einen bewußten Ausdruck gab, war er das denkende Haupt des unermeßlich gewaltigen Gesamtarbeiters der Welt.

Viktor Adler veröffentlicht einen **Brief von Friedrich Engels** aus 1895, in dem Engels Ratschläge gibt, wie Band II und III des „Kapital" am besten zu studieren sind, und der deshalb von allgemeinerem Interesse ist.

Adolf Braun schreibt über **„Marx und die Gewerkschaften"**. Während vor vierzig Jahren die bürgerliche Presse die Internationale und namentlich Marx für jeden Streik auch in dem entlegensten Weltteil verantwortlich machte, versuchen die Vulgär-Antimarxisten der neueren Zeit den Glauben zu erwecken, daß der Marxismus in einem Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Bestrebungen stehe. Marx und dem Marxismus wird die bakunistische Ansicht untergeschoben, daß alle Kämpfe um Lohnerhöhungen und Reformen nur Kraftvergeudung seien und von dem Endziel ablenken. Die Versuche, mit solchen Märchen in den Gewerkschaften eine Antipathie gegen den Marxismus zu wecken, sind in der Regel eine bewußte Schädigung der Arbeiterbewegung. „Gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist es ein Verbrechen, die Arbeiter vom Studium der Marxschen Schriften abzuhalten." Der Autor gibt dann allerhand Dokumente, aus denen die hohe Bedeutung ersichtlich ist, die Marx und seine Schüler den Gewerkschaften immer beimaßen: einen Aufruf zur Bildung von Gewerkschaften im „Volksstaat", der das Urteil von Marx anführt; eine zum Eisenacher Kongreß eingereichte Denkschrift der deutschen Sektion der Internationale; die Kongreßbeschlüsse der Internationale selbst; einige Stellen aus dem „Kapital". Der ganze Ideeninhalt der heutigen Gewerkschaften, die Argumente, durch die sie den manchesterlichen Einwänden ihrer Gegner siegreich entgegentreten und die Arbeiter heranziehen, sind Gedankengänge aus dem „Kapital". Daß sie keine Irrwege einschlagen und in ihrer Taktik durch eine gute Einsicht in die Entwicklung der Gesellschaft geleitet werden, verdanken sie der Marxschen Ökonomie. Und schließlich hat der Marxismus nicht nur die große Bedeutung

des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch seine Grenzen und die Notwendigkeit seiner Ergänzung durch andere Methoden gezeigt.

„Marx und die Dialektik“ von Max Adler behandelt die philosophischen Grundlagen des Marxismus. Die Dialektik ist bis jetzt sehr vernachlässigt worden, und es hat den Anschein, als ob die Marxisten mit ihren Gegnern darin einig wären, daß sie eine unwesentliche Zutat sei. Aber Marx und Engels haben sie als das Wesentliche ihrer ganzen Forschungsmethode bezeichnet; deshalb ist eine nähere Betrachtung der Dialektik erwünscht, zuerst in ihrer Hegelschen Gestalt. Bei Hegel sind zwei ganz verschiedene Dinge unter diesem Namen vereinigt, die wir am besten mit Dialektik — das heißt Methode, Aufzeigung der Gegensätzlichkeit des Denkens im Ablauf seiner Inhalte — und mit Antagonismus — das heißt Gegensätzlichkeit des Seins im Ablauf seiner realen Vorgänge — bezeichnen, die bei Hegel identisch sind. Der Übergang zum Marxismus bestand in der Einsicht, daß die Selbstbewegung der logischen Kategorie nur die Bewegung des individuellen Denkens war. Nach der Beseitigung der Vorstellung des Denkprozesses als schöpferischer Macht blieb die Erkenntnis des Denkens als eines Bewegungsvorganges.

Die logische, bloß verstandesmäßige Auffassung des Denkens ist charakterisiert durch die starre Abgrenzung der Begriffe und deren Verbindung in ebensolchen starren Urteilen. Das vernünftige Denken löst sie aus dieser Erstarrung und Vereinzelung los und versetzt sie wieder zurück in den Zusammenhang, den sie vor ihrer Besonderung hatten. So ist der so oft mißverstandene Widerspruch keine Behauptung des Zugleichseins einander ausschließender Bestimmungen, sondern Entgegensetzung solcher Bestimmungen im Prozeß des Denkens. „Der Widerspruch bei Hegel ist also weder logische Kontradiktion noch reale Gegensätzlichkeit, sondern nichts anderes als beziehentliche Gegenüberstellung. ... Die gerade Linie ist nicht zugleich krumm; aber der Gedanke der geraden Linie wird nur dadurch möglich, daß ich sie von der krummen unterscheide.“

Nun fließen aber merkwürdigerweise bei Marx und Engels die beiden Seiten der Dialektik — Methode und realer Vorgang — wieder zusammen, weil für ihre materialistische Auffassung das Denken als ein Stück des Seins allen Gesetzen desselben entsprechen muß, die Denkgesetze also nur eine bewußte Spiegelung der Seinsgesetze sind, und die Dialektik, die erst nur Methode sein sollte, zugleich Universalgesetz der Natur wird. Es wird vielfach geglaubt, daß wir den Entwicklungsbegriff der Erfahrung entnommen haben. Dies ist jedoch unrichtig. Die Entwicklung in der Natur und der Geschichte war nur zu finden, weil sie eine Form des Denkens selbst wiedergab. In dem Begriff der Entwicklung ist die Zeit und damit auch der ganze historische Ablauf von Veränderungen nicht wesentlich, sondern bloß die Gesetzlichkeit der Beziehungen. Die genetische Auffassung der Natur und Geschichte ist nur die Übertragung der dialektischen Natur des Denkprozesses auf die Objekte des Denkens selbst.

Der Autor ist sich darüber klar, daß diese Auffassung nicht die von Engels ist, gibt sich aber der Hoffnung hin, daß sie möglicherweise für Marx zutrifft. In Wirklichkeit stellt sie die Dialektik auf die Grundlage des Kantianismus, indem sie die objektive Natur der Erfahrungswelt aus der subjektiven Natur des Geistes hervorgehen läßt. Wir möchten bezweifeln, daß diese Auffassung auch die Marxsche war.

Schließlich behandelt der Verfasser noch die Form des dialektischen Prozesses und legt die Bedeutung der Ausdrücke Negation der Negation und Umschlagen der Quantität in die Qualität dar; er weist darauf hin, daß die modernen Wissenschaften in ihrer instinktiven Entwicklung zu ähnlichen Auffassungen gekommen sind. Dagegen hat die Aufhebung des schroffen Gegensatzes zwischen Ursache und Wirkung vor allem als Leitfaden zu der Marxschen Auffassung der Menschheitsentwicklung ihre größte Bedeutung bekommen; der Begriff der Wechselwirkung seines aktiven und seines passiven Wesens führt auf seine Tätigkeit als umwälzende Praxis.

G. Herman gibt eine geschichtliche Notiz über **„Karl Marx in Wien"**. Marx kam in den letzten Tagen des August 1848 nach Wien, als gerade durch die Unterdrückung der Arbeiterdemonstration am 23. August die Arbeiterschaft und das Bürgertum sich voneinander trennten. Mit Fröbel wohnte er am 28. August einer Sitzung des Demokratischen Vereins bei und griff dort mit in die Debatte ein. Am 30. August und 2. September trat er als Redner in dem Ersten Allgemeinen Arbeiterverein auf, sprach über die sozialen Verhältnisse Westeuropas und über Lohnarbeit und Kapital. Es fehlte aber damals den Wiener Arbeitern an irgendwelchem Verständnis für seine Lehren; ein proletarisches Klassenbewußtsein war noch nicht da. War es sein Ziel, persönlich in aufklärendem Sinne auf die Wiener Ereignisse Einfluß auszuüben, so hat er dieses Ziel nicht erreicht.

Mit den Tagesfragen befaßt sich ein Aufsatz von Dr. Alfred Meißner: **„Löst die nationale Autonomie das nationale Problem?"** Er warnt die Genossen vor dem Glauben, daß mit den Rennerschen Vorschlägen die Sprachenfrage gelöst wird. Es bleiben noch viele Reibungsursachen, die namentlich in der verschiedenen Finanzkraft der Nationen ihren Grund finden. Dadurch wird in der Verwendung der Reichsmittel ein fortwährendes Streitobjekt in dem Reichsparlament bestehen bleiben. Die bloß formelle Gleichberechtigung wird auch bei der nationalen Autonomie große Ungleichheit und schreiendes Unrecht herbeiführen müssen.

Bibliographie des Sozialismus.

Almanach de la coopération socialiste illustré pour 1908. Edité par la Bourse des Coopératives socialistes de France. Paris, Boulevard St. Marcel. 131 Seiten. 60 Cts.

Arons, Dr. Leo, **Die preußischen Landtagswahlen.** Die gesetzlichen Bestimmungen, nebst Erläuterungen. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei. Dritte, veränderte Auflage. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 48 Seiten. 20 Pf.

De Jonge Socialist. Maandelijksche Mitgave van de Vlaamsche Federatie van Socialistische Jonge Wachter. Gent, Vrijdagmarkt. 1. Jahrgang, Nr. 1 und 2. Abonnement 75 Pf. pro Jahr.

Deslinières, Lucien, **Projet de Code socialiste.** Principes généraux, Expropriation. Condition du Travail. Valeur des choses. Budget de la Production. Paris, Giard & Brière. 2 Franken.

Grave, Jean, **Terre Libre.** Paris, Aux Temps nouveaux, rue Broca. 321 Seiten. 3,50 Franken.

Griffuelhes, Victor, **L'Action Syndicaliste.** Paris, Marcel Rivière.

Higin, W. (N. Lenin), **Za 12 let.** (Zwölf Jahre. Zwei Tendenzen im russischen Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie.) Petersburg 1908.

Higin, W. (N. Lenin), **Razwitije kapitalizma w Rossiji.** (Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland.) Zweite, erweiterte Ausgabe. Petersburg 1908.

Kautsky, Karl, **Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution.** Neuausgabe der Klassengegensätze von 1789. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 80 Seiten. 75 Pf.

Kritsky, Mlle., **L'Evolution du syndicalisme en France.** Paris, Giard & Brière. 426 Seiten. 4 Franken.

Leeuwen, Dr. J. van, **De wereldbeshouwing der sociaal-demokratie.** Mitg.-Mij. v./h. Wakker & Co.

Marx, Karl, **Misère de la Philosophie, réponse à la Philosophie de la Misère de M. Proudhon.** Avec une préface de Frédéric Engels. Nouvelle Edition. Paris, Giard & Brière. 301 Seiten. 3,50 Franken.

Parvus, **Der Klassenkampf des Proletariats.** Eine kleine Bibliothek für denkende Arbeiter. Heft 2: Die kapitalistische Produktion und das Proletariat. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 48 Seiten. 30 Pf.

Paschitnow, K., **Poloschenije rabotschago klassa w Rossiji.** (Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland.) Zweite, erweiterte Ausgabe. Petersburg 1908. (Die Übersetzung der ersten Ausgabe erschien bei J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.)

Pouget, Emile, **La Confédération Générale du Travail.** Paris, Marcel Rivière. 64 Seiten. 60 Centimes.

Sorel, Georges, **La Décomposition du Marxisme.** Paris, Marcel Rivière.

Totomians, W., **Selskochozijastwennaja Kooperazia.** (Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen.) Petersburg 1908.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 4 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 3. April 1908

Alexander Herzen.

Von **F. Mehring.**

Erinnerungen von Alexander Herzen. Aus dem Russischen übertragen und eingeleitet von Otto Buek. Erster Band 410 Seiten. Zweiter Band 337 Seiten. Berlin 1907, Verlag von Wiegandt & Grieben (G. K. Sarasin). Preis ungebunden 10 Mark, gebunden 12,50 Mark.

Aus den Schriften von Marx und Engels ist bekannt, mit welcher rücksichtslosen Schärfe beide die bürgerlichen Revolutionäre des neunzehnten Jahrhunderts kritisiert haben, die Kossuth, Mazzini, Ledru-Rollin und nun gar die kleinen Lichter der deutschen Demokratie. So ist denn manches Mal schon die Frage aufgetaucht, wie sich die Schüler von Marx und Engels zu diesen Männern zu stellen haben. Sollen wir unbesehen unterschreiben, was Marx und Engels über die Kossuth und Genossen geurteilt haben? Oder sollen wir von den ausschweifenden Urteilen unserer großen Lehrer „zurückgehen" auf die bürgerlichen Revolutionäre, die doch am Ende ganz respektable Kerle gewesen sind, und dann als stramme Rückwärtser lieber gleich bis auf Kant oder welchen — im Sinne der kapitalistischen Sintflut — vorsintflutlichen Denker sonst noch?

Die Frage ist an sich berechtigt, aber sie ist in dieser Form falsch gestellt. In ihrer Kritik jener bürgerlichen Revolutionäre haben Marx und Engels völlig recht gehabt, wenn man, wie billig, von einzelnen scharfen Worten absieht, wie sie von dem leidenschaftlichen Kampfe des Tages unzertrennlich zu sein pflegen; vor einiger Zeit hat in diesen Spalten ein ungarischer Genosse bekannt, daß er die von Marx gegen Kossuth gerichteten Angriffe eingehend nachgeprüft habe, und zwar mit einer gewissen Voreingenommenheit zugunsten Kossuths, aber daß er schließlich zu dem Ergebnis gekommen sei, Marx habe in allen diesen Angriffen durchaus zutreffend geurteilt. Ein „Zurückgehen" von der Kritik, die Marx an den Trägern der bürgerlichen Revolution und damit an dieser selbst geübt hat, ist deshalb ein Unding.

Allein wenn wir aus Marx und Engels ersehen, was die Kossuth und Ledru-Rollin und Mazzini *nicht* gewesen sind, so erfahren wir aus ihnen doch nicht, *was* sie gewesen sind; wir sehen sie nur da, wo sie den Forderungen ihrer Zeit nicht gerecht geworden sind, nicht aber da, wo sie ihnen einen kräftigen Anstoß gegeben haben. Und diese Seite gehört doch auch zu ihrem Bilde, ja sie gehört in erster Reihe dazu, und es hieße allerdings ein Zerrbild dieser Männer entwerfen, wenn man sie heute, wo die Gegensätze, in denen die Geister aufeinanderprallten, längst der Geschichte angehören, nur nach der Kritik von Marx und Engels schildern wollte. Damit würden wir

an den Worten unserer Meister kleben bleiben und ihren Geist verleugnen, den Geist historischen Verständnisses und damit auch historischer Gerechtigkeit.

Diese Betrachtungen drängen sich unwillkürlich auf, wenn man die Erinnerungen Alexander Herzens liest, ein fesselndes, spannendes Buch, das man nicht ohne ein Gefühl tiefer Sympathie mit dem Verfasser aus der Hand legt, und doch zugleich mit der klaren Erkenntnis, daß zwischen Herzen und Marx nichts möglich war, als politische Feindschaft. Marx dachte über Herzen, was seine Frau einmal an Johann Philipp Becker schrieb: „Man kann all den Russen nicht recht trauen; halten sie's nicht mit Väterchen in Rußland, so halten sie's oder werden gehalten von Herzensväterchen, was am Ende auf eins herauskommt. Gehopst wie gesprungen." Als Liebknecht und Bebel im Jahre 1868 das „Demokratische Wochenblatt" in Leipzig begründeten, begann es mit überaus heftigen Angriffen auf Herzen, die nicht von Marx selbst, aber doch aus seiner Umgebung herrührten. Von Herzens berühmter „Glocke" wurde darin gesagt, sie enthalte in ihren 245 Nummern nichts als landläufiges Kaffeehaus-, Weinstuben-, Bierbankgeschwätz von vorn bis hinten, das die Geschichte abschaffe, von Religion dusele, die Philosophie im allgemeinen verkauderwelsche, die Ethik im besonderen verballhorne und das „Machen" in aus Unwissenheit und Scharlatanismus verfälschten Landkommunismus als „ganz neue Idee" hinstelle. Und es wird dann erzählt, daß als der Chartistenführer Ernst Jones die Flüchtlinge aller Nationalitäten zu einem öffentlichen Meeting eingeladen habe, und darunter auch Herzen, Marx um Herzens willen sich dem Meeting ferngehalten habe, obgleich er auf den Mauerplakaten als einer der Redner angezeigt gewesen sei.

Es war die Zeit, wo Herzen in der „Glocke" den Zaren Alexander als „Grund- und Bodenzaren", als „Zar-Befreier", als „Zar-Sozialist" verherrlichte, während Marx sagte, die Leibeigenenemanzipation im Sinne der russischen Regierung würde die Angriffskraft Rußlands ums Hundertfache steigern, denn sie bezwecke einfach die Vollendung der Autokratie, durch Niederreißung der Schranken, die der große Autokrat bisher an den vielen kleinen, auf die Leibeigenschaft gestützten Autokraten des russischen Adels gefunden habe, sowie an den sich selbst verwaltenden bäuerlichen Gemeinwesen, deren materielle Grundlage, das Gemeineigentum, durch die sogenannte Emanzipation vernichtet werden solle. Überflüssig zu sagen, daß zwischen solchen Gegensätzen keine Versöhnung möglich, aber auch überflüssig zu sagen, wer von beiden im Rechte war.

Und dennoch liest man die Erinnerungen Herzens mit einem Gefühl der Genugtuung, daß sie ihm auch zu seinem historischen Rechte verhelfen werden. Er war das uneheliche Kind eines russischen Fürsten und einer bürgerlichen Deutschen, die ihre Verbindung nie legitimiert hatten. Jedoch sein Vater verhätschelte ihn und machte ihn zum reichen Erben; er wurde ein Unzufriedener, aber nie ein Revolutionär. Er gehörte zu der gebildeten russischen Jugend, die sich in den dreißiger und vierziger Jahren an der westeuropäischen Kultur zu berauschen begann, an Hegel und Schiller, an St. Simon und Proudhon; „ich bin der Ansicht", schreibt er einmal, „daß wer Hegels Phänomenologie des Geistes nicht erlebt und Proudhons Ökonomische Widersprüche nicht durchdacht hat, wer nicht durch dieses härtende und reinigende Feuer hindurchgegangen ist, kein voller, ganzer, kein moderner Mensch ist". Aber das kommt bei Herzen nicht, wir sagen keineswegs über die Phrase, aber doch nicht

über die Stimmung hinaus; man sucht in seinen Erinnerungen vergebens nach einem klaren Worte über Philosophie oder Politik; weder mit seinem Denken noch mit seinem Handeln ist es in irgend hervorragender Weise bestellt, wohl aber mit seinem Dichten. Herzen ist vor allem Poet, und so weiß er in dem ersten Bande seiner Erinnerungen lebendige Bilder aus dem nikolaitischen Rußland zu entwerfen.

Selbst ein wenig vom zarischen Despotismus gestriegelt, entschloß er sich im Jahre 1847 zur Auswanderung und kam gerade zurecht als Augen- und Ohrenzeuge der Revolutionen von 1848. Sie machten nicht sowohl einen anderen Menschen aus ihm, als daß sie sein wahres Wesen enthüllten. Man hat gesagt, daß er im Angesicht der Revolution seinen revolutionären Glauben völlig eingebüßt hätte; tatsächlich wurde aber nur offenbar, daß er jedes revolutionären Denkens und Verstehens unfähig war. Seine Träume zerrannen an der harten Wirklichkeit, und auf ihrem rauhen Boden irrte er ratlos umher. Eine „schreckliche Traurigkeit“, eine „unsägliche Müdigkeit“ wird der Grundakkord seines Lebens; jede Spur von Kraft scheint in ihm erloschen. Dazu kam häusliches Leid. Herwegh entführte ihm das geliebte Weib seiner Jugend; es kennzeichnet den Mann wie den Dichter, daß Herzen die reuig Heimkehrende mit neuen Bräutigamswonnen empfing, aber diese Wonnen in beredten, tief ergreifenden Worten zu schildern weiß, unter deren Eindruck dem Leser die peinliche Situation schwer zum Bewußtsein kommt und dann als frivole Störung empfunden wird.

Politische Ausbeute ist aus dem zweiten Bande der Erinnerungen so wenig zu gewinnen wie aus dem ersten. In den revolutionären Kämpfen des europäischen Westens ist Herzen völlig ohne Stecken und Stab; höchstens daß ihm die Ledru-Rollin, die Kossuth, die Mazzini viel zu weit gehen; nur mit Garibaldi ist er zufrieden, weil dieser frühzeitig bereit war, mit der piemontesischen Dynastie zu paktieren. Aber die Genrebilder, die Herzen hinwirft, die Porträts, die er zeichnet, atmen künstlerische Frische, mag die dunkle Schwermut, die über ihnen liegt, auch allzu selten durch ein helleres Licht unterbrochen werden. Am besten fahren noch die Italiener, dann die Franzosen, darauf die Engländer; am schlechtesten kommen die Deutschen davon. Herzen leidet an demselben fatalen Deutschenhaß wie Leo Tolstoi, dessen deutsche Übersetzer freilich nach Möglichkeit diese unschöne Seite bemänteln. Von der Roheit der Engländer meint Herzen, daß sie wenigstens auf der Höhe des Talentes oder einer aristokratischen Erziehung verschwinde; „dagegen werden die größten Dichter Deutschlands (mit Ausnahme von Schiller) klotzig, grob und vulgär“. Er bekommt es fertig zu schreiben: „Die Deutschen im allgemeinen sind Leute ohne Takt. Weder Goethe noch Hegel wußten sich mit Würde zu bewegen.“ Die Typen der deutschen Revolution erblickt Herzen in Heinzen und Struve, und selbst sie schildert er nicht ohne Übertreibungen. Einen urgermanischen Recken hat er dann freilich entdeckt, über den er eine bei ihm ganz ungewöhnliche Fülle von Glanz ergießt: es ist — Karl Vogt, der Reichsregent von 1849 und der bonapartistische Hetzer von 1859.

Die Erinnerungen Herzens brechen mit dem Jahre 1855 ab, also gerade in dem Augenblick, wo seine eigentliche historische Leistung begann, die Herausgabe der „Glocke“, die ihn für eine Reihe von Jahren zum einflußreichsten russischen Schriftsteller machte. Seine Erinnerungen enthalten aber schon alle die Elemente, die seine nunmehrige Tätigkeit erklärlich machen. Un-

fähig, die revolutionäre Entwicklung des zivilisierten Europa zu verstehen, verwünschte er den „verfaulten“ Westen und setzte seine ganze Hoffnung auf das neue Rußland, das ihm nach dem Zusammenbruch des nikolaitischen Despotismus durch den Krimkrieg zu entstehen schien. „Nicht eine Sorte von Geist gibt es: es gibt ihrer zwei. Der Geist der niedergehenden abendlichen Welt fällt nicht zusammen mit dem Geiste der aufsteigenden, der morgigen Welt.“ Herzen feierte die Emanzipation der Bauern, durch die der „Zar-Befreier“ doch nur vollbrachte, was der gehaßte Despot Nikolaus seine lange Regierung hindurch vorbereitet hatte; er sah in der russischen Landgemeinde eine Quelle unerschöpflicher Kraft, die doch gerade durch die zarische Emanzipation der Bauern verschüttet wurde.

Die „Glocke“ läutete das Begräbnis einer dreißigjährigen Korruptionswirtschaft, aber deshalb noch keinen neuen Freiheitsmorgen ein. In manchem erinnert Herzen an die altpreußischen Demokraten, etwa an Franz Ziegler, dem der Poet auch mit dem Politiker durchging, dem die preußische Bauernemanzipation nach 1806 immer das höchste Ideal war, obgleich sie tatsächlich die verrottete Despoten- und Junkerwirtschaft nur auf festeren Boden stellte, dem die heranschreitende Revolution nur die Sorge um die Disziplin des Heeres oder die Fahnen des Landes erweckte. Nur für die kurze Übergangszeit weniger Jahre konnte die „Glocke“ den ungeheuren Einfluß behaupten, den sie in Rußland gewonnen hatte; sie schwand spurlos dahin — und es war noch der ehrenvollste Tod, den sie finden konnte —, als Herzen im polnischen Aufstande von 1863 die Partei der Aufständischen ergriff.

So wenig, wie von der „Glocke“, wird in Herzens Erinnerungen von Malvida v. Meysenbug gesprochen, die in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als seine Hausgenossin die Erziehung seiner Kinder leitete. In den „Memoiren einer Idealistin“ hat sie dies Zusammenleben geschildert, auch sie mehr eine künstlerische, als eine politische Natur, trotz aller demokratischen Gesinnung, die ihr Familie und Vaterland gekostet hatten, so daß sie in dem Politiker Herzen einen starren Prinzipienmann erblickte, aber sonst mit dem feinen und sicheren Instinkt des kräftigen Weibes, mit dem verschwiegenen Reiz stiller Herzenskämpfe, die in der müden Resignation des Mannes ein trübes Ende fanden. Damals hat Malvida v. Meysenbug auch schon einen Teil von Herzens Erinnerungen in deutscher Sprache herausgegeben, ein Buch, das Nietzsche seinen Freunden als „höchst lehrreich und schrecklich“ empfahl, was am Ende auch zur literarischen Signatur dieser Denkwürdigkeiten gehört.

Im Jahre 1870 ist Herzen gestorben. Sein letztes Wort war: „Die französische Revolution hat genug Bildsäulen, Gemälde und Denkmäler der Kultur enthauptet. Es steht uns nicht an, den Bilderstürmer zu spielen. Das habe ich so lebendig gefühlt, als ich einst mit stummer Wehmut und fast mit einer Art Schamgefühl vor einem Kustos stand, der mit dem Finger auf eine leere Wand, eine zerschlagene Bildsäule, einen zertrümmerten Sarg wies und immer dieselben Worte wiederholte: das alles geschah während der Revolution.“ So hat das dichterische Bild diesen politischen Kämpfer bis zum letzten Atemzuge geäfft.

Aber es ist doch auch wieder der Dichter in Herzen, der sein Leben verklärt, und alle Rätsel dieses Lebens lösen sich in den Worten eines deutschen Dichters, einer ihm verwandten Natur:

Woher der düstre Unmut unsrer Zeit,
Der Groll, die Eile, die Zerrissenheit?
Das Sterben in der Dämmerung ist schuld
An dieser freudenarmen Ungeduld;
Herb ist's, das lang ersehnte Licht nicht schauen,
Zu Grabe gehn in seinem Morgengrauen,
Und müssen wir vor Tag zu Asche sinken
Mit heißen Wünschen, unvergoltnen Qualen,
So wird doch in der Freiheit goldnen Strahlen
Erinnerung an uns als Träne blinken.

Die Entwicklung des Weltalls.

Von **Anton Pannekoek.**

1. Erde und Welt.

Wie ist die Welt entstanden? Wird sie ewig bestehen oder wird sie schließlich untergehen? Diese Fragen haben sich von jeher den Menschen aufgedrängt, seitdem der Kampf ums nackte Leben nicht mehr ihre ganze Aufmerksamkeit beanspruchte. Sobald die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse den menschlichen Geist von dem Drucke der materiellen Not befreite, wandte er sich sofort den allgemeinsten, tiefsten und umfassendsten Fragen zu.

Dies erscheint auf den ersten Blick seltsam, ist es jedoch nicht. Denn das Allgemeine drängt sich immer zuerst dem Geiste auf, und nur eine lange Erfahrung konnte den Menschen lehren, daß die Antwort auf solche allgemeine Fragen nur möglich sei auf dem Wege der geduldigen, mühsamen Einzelforschungen, wobei eine endgültige vollkommene Lösung nie erreicht wird, aber jede Untersuchung die Einsicht vergrößert und eine gründlichere Antwort ermöglicht.

Schon in den ältesten Zeiten, als die Menschen sich eben aus ihren halbtierischen Anfängen emporrangen, als ihr Geist sich allmählich aus dumpfer Dämmerung zu klarem Bewußtsein erhob, beschäftigten sich ihre Gedanken mit Weltschöpfung und dem Weltuntergang. Die Menschen bauten mit dem Material, über das sie zunächst verfügen konnten, mit ihren rohen Erfahrungen über die sie umgebende Welt; ihre theoretischen Auffassungen, wie sie sich in ihren dichterisch-religiösen Mythen spiegeln, konnten deshalb nur mangelhaft sein. Alles, was sie um sich herum sahen, hatte Anfang und Ende; die Pflanzen und Tiere sahen sie entstehen, wachsen und sterben; die Bäume, die aus kleinen Sprossen emporgewachsen waren, brannten sie vielleicht selbst nieder, und nur ein kleines Häufchen Asche blieb übrig. Kein Wunder also, daß man von allem annahm, auch wo man nicht selbst prüfen konnte, daß es Anfang und Ende habe; in jenen Mythen finden wir die Auffassungen über die Schöpfung der Welt und ihren Untergang erhalten, je nach den besonderen Lebensverhältnissen der verschiedenen primitiven Völker. Bei ihnen wird zwischen Erde und Welt noch kaum ein Unterschied gemacht; höchstens werden Erde und Himmel einander als die beiden Hälften der Welt gegenüber gestellt; Anfang — oder Ende — der Erde und der Welt fallen völlig zusammen. „Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde", sagt ganz einfach die jüdische Erzählung von der Schöpfung, die bei uns am bekanntesten geworden ist.

Die Entwicklung der Wissenschaft hat diese kindlichen Auffassungen aus dem Grunde umgewälzt und die Menschen besser belehrt über ihre Stellung

im Weltall. Obgleich schon im alten Griechenland einzelne scharfsinnige Denker sich über die allgemein herrschenden Ansichten zu erheben wußten, so drangen die neuen Auffassungen doch erst seit dem Aufblühen der Naturwissenschaften im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert durch, wenn nicht in der ganzen herrschenden und gebildeten Klasse, so doch bei ihren wissenschaftlichen Vertretern. Diese Wissenschaften, die am Ausgang des Mittelalters mit dem Aufschwung der Warenproduktion einen neuen Aufschwung nahmen, befaßten sich zunächst fast ausschließlich mit der Astronomie. Zum Teil deshalb, weil das erwachende Geistesleben des westlichen Europa sich an den Schriften des klassischen Altertums einen Leitfaden suchen mußte und das Altertum nur auf dem Gebiet der Astronomie und Mathematik wertvolle Ergebnisse in der Gestalt wissenschaftlicher Systeme überliefert hatte. Zum Teil aber auch, weil der Handel und die Schiffahrt nach Indien und Amerika, die Hauptquellen der Kapitalakkumulation, eine genaue Sternkunde erforderten. Die Eröffnung der ganzen Erdoberfläche, die Umsegelungen, die ihre Kugelgestalt dartaten, die neuen Sternbilder, die man im Süden erblickte, riefen überall ein reges Interesse für alle astronomischen Fragen hervor. Erst als sich aus den aufgehäuften Kapitalien die Manufaktur entwickelt hatte, machten die Bedürfnisse der industriellen Technik im siebzehnten Jahrhundert die Mechanik und die Physik zu Gegenständen wissenschaftlicher Forschung. Eingeleitet wurde die rasche, nun schon 400 Jahre andauernde und immer aufwärts steigende Bewegung der Naturwissenschaften durch eine Umwälzung in den Grundlagen der Astronomie.

Kopernikus lehrte, daß die Sonne sich in einem Kreise um die Erde bewege, wobei sie jedesmal in einem Jahre wieder zu ihrer alten Stelle zurückkehre. Die Erde ist nicht nur von dem Lichte und der Wärme der Sonne abhängig, sondern sie ist auch an Bedeutung und Größe im Vergleich zur Sonne ein Körper zweiten Ranges. Jene seltsamen, hell leuchtenden Sterne, die wegen ihrer sonderbar launenhaften Wanderungen zwischen den anderen Sternen hindurch den Namen Wandersterne, Planeten erhalten haben, bewegen sich auch in Kreisen um die Sonne herum; sie sind von derselben Beschaffenheit wie die Erde, sie sind auch dunkel und empfangen ihr Licht von der Sonne; kurz, sie sind Erdkugeln, und die Erde ist ein Planet. In diesem Sonnensystem, in dieser Weltenfamilie, wo die Sonne als Mutter, als Herrscherin, als Licht- und Wärmespenderin in der Mitte thront, und die Planeten, als ihre Kinder, jeder in seiner eigenen Bahn und Umlaufszeit um sie herumkreisen, nimmt die Erde weder durch ihre Größe noch durch ihre Lage irgend eine besondere Stellung ein.

Diese neue Auffassung kehrte die Ansichten der Menschen über ihre eigene Stellung im Weltall völlig um. Wo blieb jetzt das alte Selbstbewußtsein, das den Himmel nur als Gegenstück zur Erde betrachtete, bestimmt nur für den Nutzen der Menschen: die Sonne, um ihnen Licht und Wärme zu spenden, den Mond und die Sterne, um ihre Nächte zu erheitern und den irrenden Reisenden den Weg zu zeigen? Als dann, wenig als ein Jahrhundert später, das neu entdeckte Fernrohr die Planeten als wirkliche Weltkugeln aufwies, mit Flecken, die anscheinend Wolken, Länder und Meere darstellten, entstand die Frage, ob nicht auch diese Welten, gerade so wie die Erde, von lebendigen und denkenden Wesen bewohnt seien. Zu welchem Zwecke wären sie sonst da? Weshalb sollte gerade die Erde die einzige von vernünftigen Wesen bewohnte Weltkugel sein?

Der Unterschied zwischen der großen Welt und der kleinen Erde wuchs noch, als am Ende des achtzehnten Jahrhunderts William Herschel die systematische Erforschung der Sternenwelt anbahnte. Da erkannte man in den kleinen leuchtenden Sternpunkten andere Sonnen, von uns und voneinander durch Strecken entfernt, die die Größe des ganzen Sonnensystems tausendfach, sogar millionenfach übertreffen. Was war jetzt diese mächtige, riesengroße Sonne, die alle anderen Weltkörper durch ihren Glanz unsichtbar macht? Nur einer der Millionen Sterne und nicht einmal einer der größeren. Was war das Sonnensystem? Ein unbedeutendes Häufchen von Weltkörperchen in irgend einer Ecke des Weltalls. Was war die Erde? Ein unbedeutendes Atom dieses Häufchens. Was bedeutete jetzt die Schöpfung der Erde? Nicht mehr, als daß ein Sandkorn einem Berge hinzugefügt wurde. Was würde der Untergang der Erde bedeuten? Gar nichts, denn das Weltall würde dadurch weder ärmer noch kleiner werden.

Zunächst mußte diese neue Erkenntnis ängstigend wirken. Denn mag die Erde noch so unbedeutend sein, so ist sie doch immer unser Wohnsitz; unser Schicksal ist mit dem ihrigen untrennbar verknüpft. Ist sie im Weltall ein so gleichgültiges Ding, wie leicht konnte ihr dann nicht durch irgend einen, für die ganze Weltentwicklung bedeutungslosen Zufall etwas zustoßen, womit die ganze sogenannte Weltgeschichte auf einmal ihr Ende erreicht hätte? Vor kleinen Zufälligkeiten schützt die allgemeine Welteinrichtung nicht, mag sie auch noch so dauerhaft und gesetzmäßig sein. Wer könnte mit Sicherheit behaupten, daß die Erde in diesem Durcheinander von drehenden, herumfliegenden, einander anziehenden Körpern, ein Spielball blinder Kräfte, niemals gegen einen anderen Weltkörper anprallen und mit allem, was auf ihr lebt, untergehen wird? Könnten nicht die Planeten durch ihre gegenseitige Anziehung ihre Bahnen so stark ändern, daß sie schließlich einander entgegen oder in die Sonne hinabstürzen? Könnte nicht die Erde mit irgend einem der Tausende herumschweifenden Kometen aneinander rennen, könnte nicht so alles Lebendige auf Erden vernichtet werden, wie der Wetterprophet Falb für das Jahr 1899 prophezeite?

Oder könnte schließlich nicht ein entfernter Stern in unser Sonnensystem hineinsausen und alles durcheinander bringen, wie es der Engländer Wells in einer seiner phantastischen Erzählungen beschreibt?

Über solche Möglichkeiten, die bisweilen die Aufmerksamkeit weiter Kreise in Gestalt lächerlicher Zeitungspaniken erregten, haben wissenschaftliche Untersuchungen beruhigt. Die Stabilität der im Sonnensystem herrschenden Ordnung ist, soweit es sich um die gegenseitige Anziehung der Planeten handelt, wenn auch nicht ganz schlüssig, so doch mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit bewiesen worden. Die Kometenfurcht hat sich mit den Kometen selbst in Dunst aufgelöst, seitdem man weiß, daß die Kometen nur aus äußerst dünnen Anhäufungen isolierter kleiner Körperchen bestehen; von einer Begegnung mit einem Kometen wird die Erde so wenig geschädigt werden, wie eine Kanonenkugel, die durch einen Mückenschwarm saust. Und was endlich die Begegnung mit einem anderen Stern betrifft, so dürfen wir uns auch mit der großen Wahrscheinlichkeit abfinden, daß es für absehbare Zeit keine Gefahr dieser Art gibt: die Entfernungen der Sterne im Weltall sind so ungeheuer, daß die Sterne trotz ihres rasenden Dahinfliegens Millionen von Jahre gebrauchen, um sie zurückzulegen.

Von solchen Unglücksfällen also, die dem Erdenleben ein jähes und vorzeitiges Ende bereiten können, können wir absehen; wir brauchen nur die normalen Vorgänge zu beobachten, die sich im Leben unseres Planeten abspielen. Hier haben die Errungenschaften der astronomischen Wissenschaft die Frage vollkommen umgestellt. Die Geschichte des besonderen Planeten, der dem menschlichen Geschlechte zum Wohnsitz dient, erregt zwar unser besonderes Interesse, aber sie ist nur ein Spezialfall allgemeiner Vorgänge, die sich im Weltall abspielen. Die besonderen Untersuchungen über die Fragen, die unsere Erde betreffen, haben immer eine allgemeine Bedeutung für die Weltkörper überhaupt, laufen immer auf allgemeine Theorien über Werden und Vergehen im Weltall hinaus. Die Frage, die schon die früheſten Geschlechter der Menschen in ihrer naiven Weise zu beantworten suchten, die Frage der Weltschöpfung und des Weltuntergangs, hat für uns wissenschaftliche Gestalt angenommen in der Lehre von der Entwicklung im Weltall.

Vom Bildungsausschuß.

Eine Klassikerbibliothek für Arbeiter. Vor einiger Zeit hat die Genossin Zetkin in der „Gleichheit“ darauf hingewiesen, wie wünschenswert und selbst notwendig es sei, die Schätze der deutschen Literatur der Arbeiterklasse zugänglich zu machen, in populären Ausgaben und mit historisch erläuternden Einleitungen. Sie hat damit von neuem bewiesen, ein wie feines Empfinden sie für die Bedürfnisse der — um das mißverständliche und viel mißbrauchte Wort doch einmal anzuwenden — „Volksseele“ hat, denn wenn wir recht unterrichtet sind, beabsichtigt man an mehr als einer Stelle der Partei die Sache praktisch anzufassen. Es scheint uns deshalb ratsam, anzuregen, ob hier nicht der Bildungsausschuß eine Aufgabe zu lösen hat, und die Bedingungen, unter denen sie gelöst werden kann, zunächst einmal zur Erörterung in der Parteipresse zu stellen. Denn so ganz einfach liegt die Sache nicht, und sie will nach den verschiedensten Richtungen hin überlegt sein, wenn sie nicht von vornherein in ein falsches Geleise geraten soll.

Was zunächst die Bedürfnisfrage anbetrifft, so bedarf sie insofern keines Kopfzerbrechens, als darüber ja völlige Einstimmigkeit innerhalb der Partei herrschen wird, daß es ein aufs innigste zu wünschendes Ziel wäre, die deutschen Klassiker zu einem geistigen Gemeingut der Arbeiterklasse zu machen. Aber nach einer anderen Seite hin kann die Bedürfnisfrage allerdings verneint werden. Die Hauptwerke unserer Klassiker — und mehr könnte auch die geplante Arbeiterbibliothek nicht geben — sind durch Reclam, Hendel, Hesse und andere bürgerliche Verlagsbuchhandlungen selbst den bescheidenen Mitteln der Arbeiterklasse zugänglich geworden, und so scheint es ein unnützer Aufwand zu sein, wenn sie nun auch noch von Partei wegen herausgegeben werden sollen.

Allein hierbei ist zu erwägen, daß nicht nur die Goethe und Schiller, sondern auch die Heine und Platen unter historischen Voraussetzungen geschrieben haben, die sich von den historischen Voraussetzungen, unter denen die heutigen Arbeiter zu denken und zu leben gewohnt sind, grundtief unterscheiden. Die Welt hat sich seitdem vollständig umgewälzt, und ein richtiges Verständnis unserer Klassiker ist nicht mehr möglich, wenn man sich nicht klar geworden ist über die historischen Bedingungen, unter denen sie gelebt und geschafft haben.

Dies Verständnis ist aber schlechterdings nicht aus der bürgerlichen Literatur zu gewinnen. Im Gegenteil! Nirgends ist die tendenziöse Geschichtsklitterung der Bourgeoisie so arg, wie gerade auf literarischem Gebiet, viel ärger noch als auf ökonomischem und politischem Gebiet, wo immerhin so blöde und plumpe Fäl-

schungen nicht mehr vorkommen, wie die Behauptung, die das A und O jeder bürgerlichen Literaturgeschichte bildet, daß nämlich unsere klassische Literatur sich an den „Heldentaten“ jener Söldner entzündet habe, die der alte Fritz für seine Raubkriege zusammenprügelte. Allerdings hat der großherzoglich sächsische Geheimderat Johann Wolfgang v. Goethe in seinen greisenhaften Tagen, wo er „Ihro der Kaiserin von Österreich Majestät“ und ähnlichen Personagen untertänige Gedichte widmete, einen Satz diktiert — wenn auch nur, um ihn alsbald zu widerrufen —, der sich ähnlich deuten läßt, aber eben dies Herumpochen auf einer beiläufigen Äußerung Goethes, die sich im Zusammenhange seiner Ausführungen von selbst auflöst, ist nur ein Beweis mehr dafür, wie unsere Klassiker von der bürgerlichen Literaturgeschichte für die Augenblicksinteressen der Bourgeoisie verschandelt werden.

Selbstverständlich darf eine Klassikerbibliothek für Arbeiter nicht in denselben Fehler verfallen. Wir geben bereitwillig zu, daß es für uns leichter ist, tugendhaft zu sein, denn der proletarische Klassenkampf der Gegenwart hat nicht das geringste Bedürfnis, durch die Autorität unserer Klassiker geweiht zu werden, während die bürgerliche Klasse aus zwingenden Gründen sich an dem unmöglichen Nachweis abquälen muß, daß ihre Schacherpolitik von heute die großen Namen ihrer Vergangenheit nicht verleugne. Gewiß hat die eindringende Beschäftigung mit der klassischen Literatur auch für die Arbeiter den Zweck, sie fähiger und geschickter für den Kampf ihrer Klasse zu machen, aber für diesen Zweck braucht sie auf nichts zu achten als auf ästhetischen Wert und auf historische Wahrheit. Der eine und die andere würde — um ein Beispiel anzuführen — etwa gegen die Aufnahme der Wanderjahre in eine solche Arbeiterbibliothek sprechen, um Goethes „Sozialismus“ zu beweisen, denn ästhetisch sind die Wanderjahre ein durchaus minderwertiges Produkt, verglichen wenigstens mit anderen Werken Goethes, und was man ihren „Sozialismus“ nennen mag, steht in keinem Zusammenhange mit dem, was wir heute so nennen.

Aber die Auswahl! Je nun, den *ganzen* Goethe, den *ganzen* Schiller, geschweige den *ganzen* Kant oder den *ganzen* Fichte liest heute auch der „gebildetste“ Bourgeois nicht mehr. Mit dieser Heuchelei bleibe man doch lieber gleich zu Hause. Im übrigen genügt uns als leitender Gesichtspunkt die ästhetische und historische Bedeutung. Schillers Räuber gehören hinein, aber nicht Schillers Braut von Messina: die Räuber sind ein Stück historischen Lebens und bewähren ihre unverwüstliche Kraft noch heute, sogar auf den kostspieligsten Luxusbühnen der Bourgeoisie; die Braut von Messina war von vornherein ein schulmäßiges Produkt, das historisches Leben höchstens insofern gehabt hat, als es auf den toten Strang der Schicksalstragödie führte.

Doch es sei gestattet, hier ein Programm einer Klassikerbibliothek in großen Umrissen zu entwerfen, natürlich ein ganz unverbindliches Programm, das seinen Zweck, eine Grundlage der Diskussion zu bieten, auch dann erfüllt haben würde, wenn es sich in jedem Punkte als verfehlt erweisen sollte.

In erster Reihe würde es sich um Lessing, Goethe und Schiller handeln. Bei Lessing ständen zur Wahl die drei Dramen (Minna, Emilia, Nathan), von Prosaschriften die Abhandlung: Wie die Alten den Tod gebildet, die sieben letzten, für sich verständlichen der Antiquarischen Briefe, die das prächtigste Bild des Kämpfers Lessing geben, die Stücke der Hamburgischen Dramaturgie, die mit der höfischen Dramatik der Franzosen abrechnen, von den theologischen Schriften vielleicht: über den Beweis des Geistes und der Kraft, Das Evangelium Johannis, die Parabel, auf keinen Fall aber die Anti-Goezes. Diese Streitschriften in den Mittelpunkt von Lessings theologischen Kämpfen zu stellen, gehört auch zu den Fälschungen der bürgerlichen Literaturgeschichte; sie tut so, als habe Lessing kein höheres Ziel gehabt, als einen armseligen Orthodoxen zu erschlagen, während er tatsächlich der faulen und feigen Aufklärung den Krieg machte, die heute noch so wie damals auf reli-

giösem, aber daneben nicht minder auf politischem oder religiösem Gebiet grassiert. Da alle theologisch-philosophischen Schriften Lessings in eine Arbeiterbibliothek nicht aufgenommen werden können, so müssen auch die Anti-Goezes fortbleiben, weil sie, isoliert, ein falsches Bild von Lessings letzten Lebenskämpfen geben. Als Musterstücke Lessingischer Polemik stehen sie übrigens auch den sieben letzten der Antiquarischen Briefe nach, obgleich oder gerade weil sie ihnen überlegen sein mögen an virtuosem Spiel des Witzes, der doch nicht völlig darüber hinweghilft, daß Lessing hier sozusagen mit gebrochener Front kämpft gegen einen Flankenangriff, der ihn von seinem eigentlichen Vorstoß ablenkte.

Wir haben bei diesem Punkte etwas länger verweilt wegen seiner prinzipiellen Bedeutung, müssen uns nunmehr aber summarischer fassen. Von Goethe würden in eine Klassikerbibliothek für Arbeiter die sechs oder sieben Sachen gehören, mit denen Bismarck eine gute Weile auf einer einsamen Insel aushalten wollte: Lyrik, Götz, Werther, auch Egmont, Hermann und Dorothea, vor allem Faust, wenn auch nur der Tragödie Erster Teil. Von Schiller die vier Dramen, die seine geniale Kraft oder seine künstlerische Meisterschaft am vollendetsten zeigen (Räuber, Kabale und Liebe, Wallenstein, Tell), dann Balladen und Epigramme mit Auswahl, nicht zu vergessen die philosophischen Gedichte, die doch einzig in unserer Literatur stehen, bei sachgemäßer Erläuterung, wie Albert Lange in seinem Kommentar gezeigt hat, gar nicht so schwer zu verstehen sind und den Arbeitern eine gute Einführung in die Philosophie bieten; von Prosaschriften die Briefe über die ästhetische Erziehung, die gewissermaßen den Schlüssel zum Verständnis der klassischen Literatur liefern.

Von den Klassikern, die herkömmlicherweise mit Lessing, Goethe und Schiller genannt zu werden pflegen, mag dann das Wort Treitschkes gelten: „Wer Goethe und Schiller kennt, hat das Unsterbliche der Werke Herders und Wielands genossen.“ Klopstocks Oden gehören freilich zum Teil noch zu unserem frischen Besitz (Der Züricher See, Die Gräber von Ottensen und andere); sie ließen sich mit den besten Sachen von Hölty, Claudius, Voß, den Stolbergs zu einem Sammelband verbinden. Von Herder könnten wohl nur die Stimmen der Völker in Frage kommen; seine prosaischen Werke, so sehr sie das deutsche Geistesleben beeinflußt haben, in seinen entscheidenden Strömungen viel mehr als die Werke Kants, scheiden aus. Viel leichter verzichtet man auf Wieland. An seine Stelle muß dann Bürger treten, der den heutigen Arbeitern viel zu wenig bekannt ist und trotz Schillers fragwürdiger Kritik ein großer Volksdichter bleibt.

Verhältnismäßig leicht löst sich die Frage bei Kant und Fichte, wo sie besonders schwer zu sein scheint. Von seiner Erkenntnistheorie und seiner Ethik, wenn auch nicht von seiner Ästhetik, hat Kant selbst populäre Darstellungen gegeben, in den Prolegomenen und der Metaphysik der Sitten, dazu die Schrift über den ewigen Frieden und die andere Schrift über die Macht des Gemüts usw.: so läßt sich Kant wohl ohne große Schwierigkeit auch den Arbeitern verständlich machen, womit sein Andenken aus der peinlichen Lage kommt, unabsichtlich unterschätzt zu werden, weil er absichtlich überschätzt werden soll. Bei Fichte genügen der Geschlossene Handelsstaat und die Reden an die deutsche Nation, um ein Bild des herrlichen Mannes zu geben. Erst bei Hegel und den Junghegelianern (Strauß, Bruno Bauer, Feuerbach) beginnen die Schwierigkeiten, doch finden diese Männer — für unsere Zwecke — ihren Platz in der Vorgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus besser als in der Geschichte der deutschen Literatur.

Bei den Romantikern tritt natürlich Heinrich v. Kleist in erste Reihe (Käthchen, Zerbrochener Krug, Hermannsschlacht, Prinz von Homburg, von den Novellen Michael Kohlhaas). Daneben des Knaben Wunderhorn, mit Auswahl, die schon Goethe verlangt hat, indem er die Herausgeber Arnim und Brentano ermahnte, „ihr poetisches Archiv rein, streng und ordentlich zu halten“, „sich vor dem Singsang der Minnesänger, vor der bänkelsängerischen Gemeinheit und vor der Plattheit der Meister-

inger, sowie vor allem Pfäffischen und Pedantischen höchlichst zu hüten". Ebenso-
venig unantastbar sind die Märchen der Brüder Grimm, in denen es manch-
nal wie in mittelalterlichen Folterkammern ausschaut, doch gehört diese Frage, in
ler sich früher auch in Arbeiterblättern manchmal eine verstiegene Ästhetik breit
nachte, mehr ins Gebiet der Jugendliteratur, mit der wir es hier nicht eigentlich
u tun haben.

Sonst bietet die Romantik den Stoff zu einigen Sammelbänden, Lyrik und
Novelle: Arnim, Brentano, Eichendorff, auch Tieck und E. T. A. Hoffmann mit ein-
elnen Sachen, wie dem Meister Martin und dem Fräulein von Scudery. Uhland
gehört mehr mit den Schwaben zusammen; Goethes ablehnendes Urteil über ihn
hat doch mehr und mehr die Bestätigung der Nachwelt gefunden. Dagegen steht
Mörike noch auf der Höhe, allein er wird nicht sechzig Jahre brauchen, hinab-
zugleiten, wie er sie gebraucht hat, hinaufgeschleppt zu werden, denn schon im Jahre
845 spottete Prutz darüber:

> Daß uns gedruckt ein Schwabe bewies, Herwegh sei bloße Rhetorik,
> Doch Mörike, ja! das sei noch ein Mann, ein Poet von dem ersten Kaliber.

Einen Sammelband verdienen die Schwaben gleichwohl, wenn sie sich auch nicht
ntfernt messen können mit den Modernen.

Unter diesen sind Platen und Heine die Chorführer. Platen verschwindet mehr
und mehr neben Heine, ja er ist nahezu schon vergessen, während Heine die Geister
n Haß und Liebe teilt, als lebte er noch unter uns. Auf der anderen Seite ist
Platen aber der Vater der politischen Lyrik, mit einer Schar glänzender Talente,
Heine dagegen der Vater des Jungen Deutschlands, das künstlerisch mit einer seltenen
Unfruchtbarkeit geschlagen war. Es scheidet an dieser Stelle gänzlich aus, um so
mehr aber tritt Heine selbst in den Vordergrund. Freilich stellt sich die Aufgabe,
die zu lösen ist, bei ihm vielleicht schwieriger als bei jedem anderen, aber sie wird
deshalb nur um so dringlicher. Seine Lyrik muß schließlich in ebenso reicher Aus-
wahl mitgeteilt werden wie die Lyrik Goethes; nicht als ob nicht manches in den
Liebesliedern veraltet wäre, aber Heine hat seine Gedichtbände selbst, namentlich
das Buch der Liebe und der Romancero, als Kunstwerke im ganzen und in allen
Einzelheiten so fein komponiert, daß es schwer ist, mit täppischer Hand hinein-
zugreifen. Eher läßt sich aus seinen Prosaschriften eine Auswahl treffen; man kennt
die Reisebilder, wenn man die Harzreise und das Buch Le Grand kennt; auch die
Französischen Zustände, die Briefe aus England und über Polen, manches andere
noch ist mit Recht vergessen. Dagegen gehören die Schriften über Börne und gegen
Menzel zum ganzen Heine und namentlich die genialen Skizzen zur Geschichte der
Religion und Philosophie in Deutschland und zur Geschichte der deutschen Romantik.
Am schwierigsten von allem jedoch wird es sein, ein historisches Bild Heines zu
entwerfen; was dazu an Vorarbeiten existiert, hemmt viel eher, als daß es fördert.

Umgekehrt ist Platen und die politische Lyrik, die sich an ihn schließt, Herwegh,
Dingelstedt, Prutz, Freiligrath, nur als gesamte Erscheinung in einigen Sammel-
bänden zu behandeln. Selbst Freiligrath, der Eigentümlichste und Knorrigste von
ihnen, findet nicht mehr starken Widerhall, wie eben die praktische Erfahrung ge-
zeigt hat, freilich zu unserer großen Überraschung. Mit dem Verhallen der politischen
Lyrik setzt dann eine rückläufige Bewegung in der deutschen Literatur ein, von der
jedoch noch die beiden Riesen berücksichtigt werden müßten, die sozusagen an ihrer
Pforte stehen: der Dichter Hebbel (Judith, Maria Magdalena, Nibelungen, ein
paar Dutzend seiner besten Gedichte) und der Philosoph Schopenhauer (Dialog über
Religion, Aphorismen zur Lebensweisheit und ähnliches).

Dieser Entwurf soll nur, um es nochmals zu wiederholen, einen ganz flüchtigen
Abriß der Aufgabe geben, die mit einer Klassikerbibliothek für Arbeiter zu lösen
wäre. Er wird vielleicht keinen einzigen Leser befriedigen, aber das ist auch gar
nicht seine Absicht; er soll eben nur der Diskussion einen Anhalt geben, und wenn

er kritisch ganz und gar zerfetzt werden sollte, so hat er seinen Zweck am ehester erfüllt. Er wird dem einen viel zu wenig enthalten; fehlen doch Dichter wie Grill parzer, Chamisso, Rückert, Immermann, Lenau und wie viele andere noch, für di man ebensogut einen Platz beanspruchen, wie in der obigen Liste manchen streicher könnte; anderen wird er viel zu viel enthalten, und sie stehen vielleicht der ganzer Sache schroff ablehnend gegenüber.

Selbst aber in diesem Falle scheint uns eine Diskussion nicht überflüssig zu sein Ist ein systematisches Vorgehen nicht ratsam, so ist es erst recht nicht eine un nütze Vergeudung von Kräften, indem die Sache hier oder da sozusagen angebröckel wird. Dazu kommt es aber ohne Zweifel, aus den besten Absichten von de Welt, wenn nicht die nötige Klarheit geschafft wird. Unseres Erachtens besitzt di Partei so viele ästhetisch und zugleich historisch geschulte Kräfte, um eine solch Klassikerbibliothek für Arbeiter zu schaffen, ohne daß deshalb dringendere Aufgaben vernachlässigt zu werden brauchen. Mag dem nun aber so sein oder nicht so sein so ist eine Zersplitterung der vorhandenen Kräfte jedenfalls vom Übel, in dem einer wie in dem anderen Falle.

Deshalb haben wir die Frage zur Diskussion stellen zu sollen geglaubt, in de Erwartung, daß der Bildungsausschuß sich ihrer annimmt, falls die Diskussion ein brauchbares Ergebnis liefern sollte, wie wir es hoffen und wünschen.

Bücherschau.

Karl Vorländer, **Geschichte der Philosophie.** Zweite Auflage (4. bis 6. Tausend). Band I: Altertum, Mittelalter und Übergang zur Neuzeit. 361 Seiten. Band II: Philosophie der Neuzeit. 512 Seiten. Leipzig 1908, Verlag der Dürrschen Buchhandlung.

Es gereicht uns zur Genugtuung, die zweite Auflage dieses trefflichen Werkes anzuzeigen, das wir vor fünf Jahren bereits an dieser Stelle mit gebührendem Lobe besprochen haben. An der Gesamtanlage hat der Verfasser, mit Recht, nichts zu ändern gefunden, im einzelnen aber manche Berichtigungen und Ergänzungen vorgenommen. Wie bekannt, gehört Vorländer zu den Neukantianern, doch können wir ihm durchaus nur zustimmen, wenn er in der Vorrede zur zweiten Auflage sagt: „Daß ich Plato mit größerer Liebe als Aristoteles, Kant eingehender als Schelling oder Hegel behandelt habe, liegt an meiner philosophischen Auffassung, deren sich eben, bei allem Streben nach Objektivität, kein Philosophie-Historiker entschlagen kann und — soll.“ Wir haben uns über diese Frage bereits in der Besprechung der ersten Auflage in gleichem Sinne ausgelassen und können für die zweite Auflage nur bestätigen, daß sich Vorländer, wenn er die Dinge mit eigenen Augen und deshalb um so lebendiger sieht, doch niemals zu einem unwissenschaftlichen Tendenzurteil hinreißen läßt. Sein Buch verdient die schnelle Verbreitung, die es hoffentlich auch weiterhin finden wird.

Heinrich Mann, **Zwischen den Rassen.** Roman. München, Albert Langen. 577 Seiten. 5 Mark.

Die beiden Lübecker Bürgersöhne Mann galten einmal als die große Hoffnung der modernen deutschen Literatur. Thomas hatte im Jahre 1901 als Fünfundzwanziger die „Buddenbrooks“ veröffentlicht, wie viele meinen: den besten deutschen Roman des letzten Jahrzehntes, und in der Tat ein Werk von fabelhafter Sicherheit des Stils und souveräner Beherrschung des kulturgeschichtlichen Details, in dem durch vier Generationen die Geschichte einer hanseatischen Patrizierdynastie erzählt wurde. Seit der Zeit hat Thomas Mann bloß kleinere Sachen publiziert, aus denen unverkennbar hervorgeht, daß er sich, in seiner Darstellungsmethode wie

in seinen Stoffen, ganz und gar auf dem toten Strang der zeitgenössischen Literatenkunst festgelaufen hat, die ausschließlich für die Clique produziert und ihr Talent, soweit sie mit Talent belastet ist, in artistischen Spielereien verzettelt.

Damit ist Thomas da angelangt, wo sein älterer Bruder Heinrich schon längst steht. Auch bei Heinrich Mann verblüfft auf den ersten Blick, zumal wenn man seine Herkunft aus einer Lübecker Kaufmannsfamilie berücksichtigt, die eminente Technik. Vermöge seiner raffinierten formalen Begabung brachte er es fertig, hintereinander dickleibige Romane in der Manier Maupassants und D'Annunzios, Novellen in der Sprache Hugo v. Hoffmannsthals zu schreiben. In unserer jüngeren Schriftstellergeneration findet sich kein Talent von ähnlicher, geradezu odaliskenhafter Schmiegsamkeit.

Die literarische Kritik, die in der bürgerlichen Tagespresse Mandarinenknöpfe verteilt und die, weil sie keinen ideellen Maßstab für ihre Wertungen hat, sich von solchen Kunststückchen imponieren läßt, hat Heinrich Mann auf den Büchermarkt „lanziert“ und ihn zum „Dioskurenbruder“ von Thomas ernannt. Dabei hat Thomas doch wenigstens ein Werk aufzuweisen, eben die „Buddenbrooks“ (das wir bei dieser Gelegenheit unseren Vereinsbibliotheken, die es noch nicht besitzen, zur Anschaffung empfehlen; es ist auch in einer wohlfeilen Ausgabe erschienen). Aber bei Heinrich wartet man, wenn man von seinem barocken „Professor Unrat“ absieht, immer noch vergebens darauf, daß er dartut, nicht wie Maupassant, D'Annunzio und andere einen Vorwurf behandelt haben würden, sondern was er selber kann.

Auch sein neuester Band, der Roman „Zwischen den Rassen“, bleibt diesen Beweis glänzend schuldig. In seinen stärksten Partien, der Schilderung der jungitalienischen Nobilität, ist das Werk wieder stark von D'Annunzio beeinflußt, und der Leser wird durch endlose Wortbachanalien geschleppt. Dazu ist das Thema, wie es im Titel formuliert ist, eine Mystifikation. Die Heldin des Romans stammt von einer brasilianischen Mutter und einem deutschen Vater ab, und der Verfasser will zeigen, wie sie heimatlos zwischen den Rassen steht, wie das südliche Blut der Mutter und die soliden, vom Vater ererbten Richtungslinien ihres Wesens Konflikte in ihr verursachen, in denen es für sie, so oder so, bloß Wunden gibt. In Wirklichkeit, da diese Konflikte fast nur auf erotischem Gebiet durchgekämpft werden, ist das Problem kein tragisches, sondern das alte triviale Weh und Ach der Hysterischen, die bald mit den „Sinnen“, bald mit dem „Geiste“ liebt und deren Seele ewig zwischen Unterleib und Gehirn hin und her schweift, weil sie im Manne bald das sekundäre Geschlechtsmerkmal des Intellektes, bald die Kraft der Lenden anzieht. So sehnt sich diese Frau, wenn sie sich ihrem Kraftmenschen prostituiert, nach der vergeistigten Liebe ihres „nordischen Freundes“, und diesem wieder läuft sie davon, um sich in die Arme des italienischen Wüstlings zu stürzen. In Wahrheit steht die Ärmste nicht zwischen zwei Rassen, sondern zwischen zwei Liebhabern, und die in endlosen Redereien, in denen mit unheimlicher Fruchtbarkeit Worte immer bloß Worte zeugen, erzählte Geschichte dieses Schmerzes ist der Inhalt des schier 600 Seiten starken Bandes. Ein Buch von Parasiten für Parasiten.

Heinrich Mann hat seine schriftstellerischen Motive in folgenden lapidaren Sätzen formuliert:

> „Man geht grelle Wege, legt das Viehische neben das Verträumte, Enthusiasmen neben Satiren, koppelt Zärtlichkeit an Menschenfeindschaft. Nicht der Kitzel der anderen ist das Ziel: wo wären denn andere. Sondern man schafft Sensationen für einen Einzigen.“

Der Einzige ist man natürlich selber, wie man denn bloß aus einer Art neckischer Koketterie sich mit einem kleinen m und einem n schreibt. Wir haben diese Sätze zitiert, um unseren Ausführungen einen versöhnenden Abschluß zu geben. Aber weshalb in aller Welt läßt dieser literarische Selbstbefriediger Bücher drucken?

C. Korn

Hermann Thurow, **Kinder-Idyllen.** Davos 1907, Verlag der Buchdruckerei Davos A.-G. 187 Seiten.

Manchem unserer Leser wird der Name Hermann Thurows aus einer Notiz bekannt sein, die kürzlich durch unsere Presse lief und in der geschildert wurde, wie in Davos bei dem dortigen Schneiderstreik ein lungenkranker deutscher Parteigenosse, eben Thurow, von tapferen Eidgenossen auf der Straße überfallen und mißhandelt worden ist. Der eine oder andere wird sich auch erinnern, von Hermann Thurow in deutschen Parteiblättern oder französischen sozialistischen Revuen novellistische und theoretische Beiträge gefunden zu haben. Auch eine Agitationsbroschüre über den Achtstundentag, die alljährlich zur Maifeier verbreitet wird, stammt aus seiner Feder. An größeren Publikationen sind von ihm eine Gedichtsammlung „Ins Sonnenland" und nun dieses Bändchen Kindergeschichten erschienen.

Hermann Thurow ist ein Kätnersohn aus Holstein. In seiner Kindheit hütete er für die Großbauern seines Dorfes die Gänse, und damals gewöhnte er sich, wie er in der Erzählung „Die Gänsehirten" schildert, an den langen Sommertagen im Schatten der Knicks das Träumen und Sinnieren an. Mit Mühe setzte er's durch, daß er beim Dorfmaler in die Lehre getan wurde, und als Geselle durchwanderte er dann Frankreich und Spanien. Auf seinen Fahrten wurde er mit dem Sozialismus bekannt, und er eignete sich nicht nur den Ideengehalt der proletarischen Weltanschauung, sondern auch allgemeines Wissen in dem Maße an, daß er bald — er schreibt mit derselben Gewandtheit Französisch wie Deutsch — Mitarbeiter der französischen und deutschen Parteipresse wurde. Leider wird seine schriftstellerische Produktion stark beeinträchtigt durch seinen Gesundheitszustand, die alte, in ländlichen Arbeiterkaten erworbene Proletarierkrankheit, die ihn zwang, lange Jahre in der Schweiz Aufenthalt zu nehmen und jetzt in Ägypten Heilung zu suchen.

Wir geben diese kurzen biographischen Notizen nicht um der Person Thurows willen, sondern weil seine Lebensschicksale einen neuen Beleg zu der erstaunlichen Bildungsfähigkeit des deutschen Proletariers, sogar des Landproletariers, erbringen. Seine Gedichte sind zum Teil formvollendete Übersetzungen aus der neueren französischen Lyrik, zum Teil originale Produktionen von eigenartigem, starkem Stimmungsgehalt. Ein feines und zartes Naturgefühl, das in durchaus selbständiger und literarisch wertvoller Form sich vergegenständlicht, zeichnet auch die kurzen Erzählungen dieses Bandes aus. Thurow offenbart sich darin als ein überaus helläugiger Beobachter der „kleinen Welt", und seine Kindertypen sind nicht nur mit rührender Liebe, sondern auch in höchst eindrucksvoller Lebenswahrheit gezeichnet. Dabei ist nichts „hineingeheimnist" in die kleinen Seelen, nichts aus der Perspektive der Erwachsenen gesehen und — gefälscht, wie so oft in derartigen Kindergeschichten, aber gerade in der anspruchslosen, naturfrischen Treue, mit der sie aufgenommen sind, wirken diese „Idyllen" im echten Sinne poetisch, und daß die flachshaarigen Jürgen und Detlef und Krischan des Nordens mit den Schwyzer Bübli und Maidli bunte Reihe machen, ist vielleicht ihr originellster Reiz. Daß diese Geschichten aber in der Heimat Gottfried Kellers niedergeschrieben sind, verrät ihr Lokalkolorit, der graziöse, schalkhafte Humor.

Hoffentlich findet das Bändchen in der deutschen Arbeiterschaft die Beachtung, die es verdient.

C. Korn.

Johannes V. Jensen, **Das Rad.** Roman. Berlin 1908, S. Fischer. 360 Seiten. Gebunden 5 Mark.

Schon wieder ein neuer „Jensen", diesmal aber, im Gegensatz zu den „Himmerlandsgeschichten", ein echter. Natürlich hat der seit kurzem für Deutschland entdeckte Däne nicht mit dieser Automobilgeschwindigkeit produziert, wie bei uns seine Bücher erscheinen — nur die Übersetzer haben so flinke Finger.

Das Rad ist das Symbol — ein stilgerechtes, weil ein mechanisch-technisches — des menschenfressenden Getriebes einer amerikanischen Industriemetropole, Chicagos.

In diesem Hexenkessel läßt der Verfasser eine Kriminalaktion sich vollziehen, in der die aus „Madame D'Ora“ übrig gebliebenen Personen erledigt werden. Jensen ist immer mit keuchenden Flanken hinter der Energie her, und sein bewußtes Ziel ist, das neue Welt- und Erkenntnisprinzip für die Kunst zu erobern. Nachdem er in Hinterindien mit dem Tiger sich gemessen, in dem sich ihm die Natur am verdichtetsten präsentiert, stellt er in der Kulturwelt dem Verbrecher großen Stiles nach, als der konzentriertesten menschlichen Energie. So bohrt er sich kaum weniger tief in das isolierte Individuum ein, als Dostojewski, an den er vielfach erinnert, aber er verliert sich nicht, wie der russische Mystiker, in den bodenlosen Abgrund der Seelen, wo die unbewußten Motive der Handlungen brodeln, sondern er stößt immer auf den stahlharten, klirrenden Kern der Persönlichkeit, der er nachjagt.

Daß die Methode dieser Kunst der Impressionismus ist, leuchtet ein, aber ihr einziges Objekt braucht darum noch nicht der Anarchist zu sein. Wenn Jensen einmal aus der Experimentierzeit heraus ist und den normalen Menschen so interessant findet wie den pathologischen, den sozialen aber noch tausendmal wichtiger und wertvoller als den isolierten, wird er uns das Kunstwerk des explodierenden Großkapitalismus geben können, denn er sieht mit Falkenaugen in die Welt, und seine Darstellung ist das zuckende, blutende Leben selber. C. Korn.

Lose Blätter.

Kant und die neudeutsche Bourgeoisie. Es ist an dieser Stelle häufiger betont worden und auch der begeistertste Kantianer wird es zugeben, daß die Wertschätzung des Königsbergers durch die neudeutsche Bourgeoisie zum größten Teil in seiner reinlichen Trennung von Wissen und Glauben, das heißt in seiner philosophischen Sanktion des Übernatürlichen, nicht etwa in der von den Kantianern immer wieder betonten „kritischen Methode“ und auch nicht in dem Kantischen Ethos seinen Grund hat. Gerade was dies Ethos anbetrifft, so hat die Sozialdemokratie bei allen grundsätzlichen Unterschieden gegenüber der Methode der Kantischen Ethik ja nie abgewiesen, daß deren Resultat und Ziel zum großen Teil sich mit ihrem ethischen Ziele decken könne. Um so mehr aber und in dem Maße, wie innerhalb der letzten Jahre von Vorländer, Staudinger, Cohen und anderen der — gelungene oder nicht gelungene — Versuch gemacht wurde, die Fäden zwischen der Kantischen Ethik und dem Sozialismus aufzudecken, mußten die rein bürgerlichen Verteidiger Kants gegen dessen ethisch-soziale Ziele Front machen, und so erleben wir es denn, daß das von Kaiser, Minister, Hofrat und Professor bis in den Himmel gelobte „Königsberger Genie“ heute durch irgend einen jungen preußischen Privatdozenten, der sich dazu noch Kantianer nennt, regelrechte Fußtritte bekommt dafür, daß Kant — es will einem kaum in die Feder — für den Segen der Kolonialpolitik, den Wert der nationalen Eigenart, die Erhabenheit des Militarismus und die Herrlichkeit der hohenzollernschen Kriege um Schlesien im besonderen nicht den nötigen Enthusiasmus gehabt hat.

Den wissenschaftlichen Wert des Buches (Fritz Medicus: Kants Philosophie der Geschichte) lassen wir hier ganz außer Betracht. (Vergl. M. Adler in Marx-Studien I, S. 227.) Wir merken nur als Zeichen der Zeit und Beitrag zur Psychologie des preußischen Privatdozenten folgendes an.

Seite 77 wird als „ein interessanter Beweis von Kants Unfähigkeit, kulturgeschichtliche Dinge zu beurteilen“, seine ablehnende Stellung zur Kolonialpolitik und namentlich ihre Begründung denunziert. Sie stützt sich darauf, daß „Kant den Hottentotten und Tungusen ebenso wie den Europäern Menschenwürde und Menschenrechte zuspricht“. Herr Medicus, der Kant deswegen tadelt, vertritt in Halle ganz besonders kräftig Kantische Ethik. Man sieht, wohin das führen kann.

Seite 27 (wir wissen aber nicht, ob Herr Medicus heute in den Tagen der Polenpolitik diese Stelle so leichtsinnig hierhergesetzt hätte) wird aus einer ganz nebensächlichen Notiz Kants zu einem litauischen Wörterbuch triumphierend ein nationales Bekenntnis herausdestilliert. „Kant betont hier den Wert, die Nationalsprache zu erhalten, auch in kleinen Völkern. Er nennt die Sprache ein vorzügliches Leitmittel zur Bildung und Erhaltung des (Herr Medicus erlaubt sich stolz hinzuzufügen: nationalen) Charakters und empfiehlt deshalb für Schul- und Kanzelunterricht die ursprüngliche Sprache, um diese gangbar zu erhalten." So ist bewiesen, daß Kant wenigstens von Ferne das nationale Ideal geschaut hat. (Trotzdem zweifeln wir nicht, daß Herr Medicus die preußische Polenpolitik „von Kantischen Gesichtspunkten aus" verteidigt.

Seite 26 bekommt der eben Gerettete doch wieder seinen Tritt. „Er hat (natürlich wird hier wieder der schamlose, aber immer erneute Versuch gemacht, Fichtes und Lassalles Stellung zum Nationalitätenproblem mit der neudeutschen Begeisterung für Schwarz-Weiß-Rot zusammenzubringen) es leider nicht vermocht, sich über den universalen Kosmopolitismus des achtzehnten Jahrhunderts zu erheben," und desgleichen seine Parteigänger von heute: das Volapük- und Esperanto-Ideal der jetzigen Sozialisten, erklärt Herr Medicus „absolut nicht verstehen zu können". Dies steht in einer wissenschaftlichen Arbeit eines preußischen Universitätsgelehrten!

Seite 72. Auf höchst einfache Weise wird der Traktat über den ewigen Frieden abgewürgt, worin Kants Bekenntnis zur bürgerlichen Aufklärung am radikalsten zum Ausdruck kam. „Die Schrift verrät an zahlreichen Stellen, daß ihr Verfasser alt, sehr alt geworden ist." „Auch den Gedanken von der Unmoral der Weltlenkung kann ich bloß durch die Erinnerung an Kants hohes Alter verständlich finden." Kurz: „Die wenigst gelungene Arbeit aus Kants kritischer Periode." Mit solchen wissenschaftlichen Brutalitäten tut ein Gelehrter eine literarische Blüte der Aufklärungsperiode ab.

Seite 76. Auch für seine Ansichten über den Militarismus bekommt „der Königsberger Weise" seine Kopfnuß. („Eigentlich lohnt es sich ja gar nicht länger, bei dieser Schrift zu verweilen."!!) Und hier macht die Kantische Ethik des Privatdozenten einen geziemenden Kopfsprung. Wie kann sich Kant erlauben, für Abschaffung der stehenden Heere zu stimmen, gegen die schlesischen Raubkriege zu sein und die polnische „Teilung" zu mißbilligen!

„Wurde doch" — man höre den Ethiker! — „Ostpreußen auf Kosten dieses verrotteten Staatswesens aus seiner gefährlichen Abgeschlossenheit befreit und in Zusammenhang mit den übrigen Teilen des Königreiches gebracht." Nun, wir persönlich haben gar keinen Grund, uns darüber moralisch aufzuregen. Aber wir nennen es auch dann mit rechtem Namen: nämlich Brigantenethik. Nicht so der „Kantische Ethiker" Medicus, der borussische Privatdozent. Er nennt das „feinen Sinn für die Würdigung historischer Dinge" und konstatiert mit Bedauern, daß Kant diesen feinen Sinn nicht besessen habe.

Doch genug mit diesen Proben. Der Sozialismus beruht Gott sei Dank nicht auf Kant. Wir erfüllen also nur eine historische Anstandspflicht, wenn wir solche Äußerungen festnageln. Herr Medicus aber wird ohne Zweifel Karriere machen, auch wenn die Zahl seiner Hörer immer noch so winzig ist wie damals, als er zuerst las, nämlich zwei. Denn solche Sachen wie die obigen empfehlen. Zudem ist ja Halle dieselbe Universität, an der der Ethiker Schwarz wirkt, jener Herr, der vor sechs Jahren eine 400 Seiten starke philosophische Ethik herausgab, die — es ist kein Witz, sondern blutige Wahrheit — mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles" (letzter Vers) schloß. A. K.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



2. Band Nr. 28 Ausgegeben am 10. April 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Bedingungen des erneuten Aufschwungs der russischen Revolution.

Von **Th. Dahn.**

(Schluß.)

V.

Welche Bedeutung hat dies alles? Bedeutet die Niederlage des Proletariats und die offenbare Unfähigkeit des Bauernstandes zu politisch-revolutionärer Initiative und selbständiger politischer Bewegung ein vollständiges Versagen der inneren Kräfte der russischen Revolution, ihren Tod, ihre Unmöglichkeit? Keineswegs! Es verlohnt sich nicht, viele Worte zu verschwenden, um die andauernde Unversöhnlichkeit zwischen den Klasseninteressen des Proletariats und der jetzigen Situation darzulegen. Wie stark auch das zeitweilige Abflauen der Stimmung der Arbeiterklasse nach den erlittenen Heimsuchungen sein mag, so kann doch diese nach ihrer Klassenlage sich unmöglich mit einem Regime aussöhnen, das ihre politischen und ökonomischen Organisationen zerstört, ihre Presse unterdrückt, sie ewig mit Arbeitslosigkeit, Aussperrungen, behördlichen Drangsalierungen bedroht. Alle Ursachen, die bis jetzt die russische Arbeiterklasse zum ökonomischen Kampfe drängten, diesen Kampf in einen politischen verwandelten und ihm einen revolutionären Charakter verliehen, bleiben nach wie vor in voller Kraft bestehen. Gleiche Ursachen müssen auch gleiche Folgen nach sich ziehen, und der Streik von 100000 Petersburger Arbeitern, der, trotz der ihnen angedrohten und teilweise auch über sie ergangenen Aussperrung, am Tage der Gerichtsverhandlung gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma stattfand, zeigte, welche Fülle revolutionärer politischer Energie in der russischen Arbeiterklasse steckt.

Im russischen Proletariat reifen die Kräfte für ein neues Aufflammen des ökonomischen und politischen Kampfes heran, und zugleich bereitet sich das Proletariat selbst für dieses Aufflammen vor: die Praxis der im Keime begriffenen, aber bereits unausrottbaren Formen einer breiten, offenen Organisation — der politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen — begünstigen die Bildung von Kaders einer wirklichen Arbeiterintelligenz, die bei einem neuen Aufleben der Bewegung imstande wäre, an die Spitze ihrer Klasse zu

treten, während der glühende Bildungsdrang, von dem diese Intelligenz ergriffen ist, keineswegs Zeugnis ablegt von einer Abneigung gegen „die Politik", sondern vielmehr das Bedürfnis bekundet, die erworbene Erfahrung verstehen zu lernen und sich auf eigene Füße zu stellen.

Die revolutionäre Energie des russischen Proletariats ist nicht nur nicht erschöpft, sondern wird durch die gegenwärtige Lage nur noch verstärkt. Dasselbe bezieht sich auch auf das Dorf.

Wie „erfolgreich" die Agrarpolitik des Zarismus auch sein möge, so kann sie nicht im entferntesten den Hauptquell der revolutionären Gärung des Dorfes berühren — die Krisis der Durchschnittsbauernwirtschaft, jener „Ernährungskrisis", die schon Genosse Maßlow behandelt hat (vergl. „N. Z.", XXVI, 1, S. 429).

Wie gut auch die Dorfbourgeoisie ihre Geschäfte besorgt, so bleibt doch die überwiegende Mehrheit der Bauernmasse im Zustand des völligen Ruins, des Hungers, der Armut, der Verelendung zurück. Ihre Lage hat sich durch das Ausscheiden der Dorfbourgeoisie und des Triumphes der Gutsbesitzer, welche sich beeilen, den Bauern alle während der Revolution gemachten Zugeständnisse zu entreißen, sogar noch verschlimmert. Die Krisis der Bauernwirtschaft treibt die Bauern zur ununterbrochenen chronischen Rebellion, in allen Dörfern Rußlands wütet der Krieg. Die unaufhörlichen Brandlegungen bei den Gutsbesitzern und wohlhabenden Bauern; die Militärabteilungen, Kosaken, Polizeiwachen auf den Landstraßen; die berittenen, bis an die Zähne bewaffneten Gutswächter; die mit elektrischen Signalapparaten versehenen Gutshäuser, welche bei Eintritt der Dunkelheit mit Schloß und Riegel gesperrt werden; Mordtaten, Plünderungen, Forst- und Weidefrevel — das ist das Bild des jetzigen russischen Dorfes trotz der vielgerühmten Stolypinschen „Beruhigung"!

Allerdings, das ist bloß eine chronische Rebellion und keine Revolution; auf sich selbst angewiesen, kann diese Rebellion nicht in eine Revolution übergehen; sie kann nur den Zustand der Anarchie, die volle Desorganisation des ganzen sozialökonomischen und politischen Organismus des Staates in die Länge ziehen. Bei günstigen Bedingungen jedoch können diese im Dorfe gärenden revolutionären Kräfte mit Gewalt losbrechen. Das Bauerntum ist zu einer selbständigen politischen Bewegung unfähig; seine Revolution kann die städtische Revolution nicht ersetzen; es selbst schöpft vielmehr seine Kraft aus den Siegen der städtischen Revolution. Bei günstigen Bedingungen jedoch kann die elementare zerstörende Bewegung der Bauernmassen die städtische Revolution stärken und ihr verhelfen, ihre Siege zu befestigen, ihren Umfang zu erweitern, ihren Inhalt zu vertiefen.

Aus dem vorher Gesagten ist ersichtlich, worin solche günstige Bedingungen bestehen können. Eine einigermaßen planmäßige revolutionäre politische Bewegung des Bauernstandes ist nur bei einem Auflodern der städtischen Revolution möglich. In der russischen Stadt bildet das Proletariat die ausschlaggebende revolutionäre Macht. Das Proletariat jedoch kann nur dann wieder den Weg des offenen revolutionären politischen Kampfes betreten, wenn es sich nicht mehr zwischen zwei Feuern befindet, wenn die Bourgeoisie wieder gegen den Zarismus Opposition macht und wenn, im engen Zusammenhang damit, die russische bürgerliche Demokratie wieder ihr Haupt erhebt.

In der Stellungnahme der Bourgeoisie zur gegebenen Lage liegt der Schlüssel zum Verständnis der nächsten Zukunft der russischen Revolution.

Die revolutionäre Romantik kann sich nach Herzenslust über diese Tatsache empören, sie bleibt trotzdem bestehen und ist für einen Marxisten vollkommen begreiflich: die riesige soziale Machtfülle der Bourgeoisie in der aufstrebenden kapitalistischen Gesellschaft ist keine leere Erfindung der Theoretiker, sondern eine völlig handgreifliche, sich auf Schritt und Tritt fühlbar machende Erscheinung der kapitalistischen Welt.

Gewiß, dies bedeutet nicht, daß, wenn die Untersuchung der russischen Wirklichkeit die unausbleibliche völlige Versöhnung der Bourgeoisie mit der geschaffenen Lage ergeben sollte, dem russischen Proletariat nichts anderes übrig bliebe, als die Hände in den Schoß zu legen und sich ergeben in sein Schicksal zu fügen. Das würde bloß bedeuten, daß bei einer Aussöhnung der Bourgeoisie mit dem jetzigen Regime sich die Aufgaben des russischen Proletariats von Grund aus veränderten: es könnte dann keine Rede mehr sein von der politischen Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft als der nächsten Aufgabe der russischen Arbeiterklasse; ihr unmittelbares Ziel wie auch das Ziel ihrer westeuropäischen Brüder wäre dann der Kampf für die Niederwerfung der bürgerlichen Gesellschaft, für den Sozialismus.

Wenn dagegen die Bourgeoisie im jetzigen Regime noch keine feste Form für ihre Herrschaft und die nötigen Bedingungen für ihre Entwicklung gefunden hat; wenn ein neues Aufleben der bürgerlichen Opposition in Rußland möglich und sogar unausbleiblich ist, so ist auch die russische politische Revolution möglich und unausbleiblich; denn die russische bürgerliche Opposition, die in hohem Maße nur als Resultat des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse erscheint, entfacht auch ihrerseits den revolutionären politischen Kampf des Proletariats und zugleich auch den Kampf des städtischen Kleinbürgertums und des Bauernstandes. Darin liegt die objektiv revolutionäre Bedeutung der bürgerlichen Opposition in Rußland.

VI.

Es fragt sich nun: Sind in der russischen Wirklichkeit die Bedingungen für einen neuen revolutionären Aufschwung vorhanden? Ist ein scharfer Konflikt zwischen der Bourgeoisie und dem Zarismus, ist ein neuer Ausbruch der bürgerlichen oppositionellen Bewegung möglich oder, richtiger gesagt, unausbleiblich, oder aber hat sich die russische Bourgeoisie in ihrem Verhalten den Ergebnissen der dreijährigen revolutionären Krisis gegenüber in eine hoffnungslos „reaktionäre Masse" verwandelt?

Nach dem 22. Januar 1905, nachdem der Russisch-Japanische Krieg, das offene politische Auftreten der Arbeitermassen und die um sich greifenden Bauernaufstände die Widersprüche zwischen der zarischen Selbstherrschaft und den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung des Landes mit besonderer Schärfe aufdeckten, formulierte die Großbourgeoisie in einer ganzen Reihe Denkschriften ihre politischen Forderungen und die Ursachen, die sie bewogen, eine Konstitution zu verlangen.

Die Selbstherrschaft desorganisiert den gesamten Staatsmechanismus, sie schützt den Raub, die Willkür, die Bestechlichkeit. Dank ihrer finanziellen Verschuldung und der unkontrollierbaren Verausgabung der Staatsmittel, dank ihrer Wirtschaftspolitik bringt sie die Interessen der „einheimischen" Industrie der Bureaukratie, dem Adel, dem Ausland zum Opfer. Sie verhindert die Verbesserung der Lage des Bauernstandes, sie hält ihn in einem

Zustand der Armut, des Hungers, des Elends zurück und untergräbt dadurch die Wurzeln der russischen Industrie, die sie ihres inneren Marktes beraubt. Sie ist nicht imstande, die Arbeiterbewegung niederzuhalten, hemmt zu gleicher Zeit den normalen Gang des Erwerbslebens und verewigt die anarchistischen, desorganisierenden Formen des ökonomischen Kampfes, indem sie seine friedlichen Formen roh unterdrückt, sich aus politischen Gründen in diesen Kampf einmischt, Zehntausende Arbeiter verhaftet und ausweist. Ja noch mehr. In der „Subatow-Politik" entblößte sie ihr Bestreben, die dunklen Instinkte der rückständigsten Massen zu entfesseln und sie ihren Interessen dienstbar zu machen. Dies alles macht jegliche normale Entwicklung des Handels und der Industrie bei Aufrechterhaltung des Absolutismus unmöglich.

Das war der trockene, geschäftliche Inhalt der zahlreichen Denkschriften der Montan-, Naphtha-, Textil- und Zuckerindustriellen usw. Für die russische kapitalistische Bourgeoisie wurde die Verfassung ein Bedürfnis.

Wäre das russische Kapital entwickelt und stark genug gewesen, um den Geldsack, aus dem der Zarismus seine Mittel schöpft, in seinen Händen zu behalten, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der Russisch-Japanische Krieg und die elementare revolutionäre Gärung der Massen ihm eine genügende Stütze verliehen hätten, um den Absolutismus zur Kapitulation zu zwingen und eine „gemäßigte" Konstitution zu erlangen. In finanzieller Beziehung hängt aber die russische Selbstherrschaft nicht so sehr vom russischen wie vom ausländischen Kapital ab. Die russische kapitalistische Bourgeoisie war nicht imstande, politische Rechte für sich dadurch zu erzwingen, daß sie einen finanziellen Druck auf den Zarismus ausübte und die durch den verlorenen Krieg hervorgerufene Desorganisation der Regierungsmaschine und die elementare Gärung der Massen ausschließlich in ihrem Interesse ausnutzte. Hierzu kam noch, daß diese Massen in Gestalt ihrer Avantgarde — des städtischen Proletariats — den Weg der selbständigen Bewegung betreten hatten. Infolgedessen blieb nur ein Weg zur politischen Freiheit offen: die revolutionäre Bewegung der Massen.

Wir sahen, welche ungeheure Macht dieser Bewegung durch die Teilnahme oder das sympathisierende Verhalten der Großbourgeoisie verliehen wurde; andererseits bedurfte diese selbst jener Bewegung, um ihre politischen Bewerbungen geltend zu machen. Man mußte sich dem anpassen. Und in der Tat sehen wir vor den Oktobertagen eine ganze Reihe Kundgebungen der Großbourgeoisie, die das allgemeine Wahlrecht befürworten und bisweilen sogar die Einberufung der konstituierenden Versammlung fordern. In manchen Orten schritten die städtischen Magistrate zur Organisation einer „Miliz", selbstverständlich auf eigene bürgerliche Manier, einer Miliz nicht des Proletariats, sondern des städtischen Kleinbürgertums, deren Spitze sich anfangs jedoch scharf gegen die Selbstherrschaft und ihre schwarzen Banden richtet. Gerade jetzt bestraft die Regierung in einer ganzen Reihe von Prozessen die bürgerlichen Organisatoren dieser „Miliz".

Es versteht sich von selbst, daß die Großbourgeoisie sich nur widerwillig mit einer revolutionären Massenbewegung aussöhnt. Sie wünscht eine Konstitution, sie wünscht aber auch „Ordnung". Noch mehr, sie bedarf einer Konstitution gerade um „Ordnung" zu haben. Eine starke Regierung ist für sie eine Lebensbedingung, aber — eine Regierung, die sich in ihren Händen befindet oder von ihr abhängt. Geht es schon einmal nicht ohne revolutionäre

Massenbewegung, so ist sie bereit, sich mit ihr auszusöhnen, aber nur als einer kurzen Episode, wie mit einer Schlacht, die schnell zum Siege führt und eine neue „bürgerliche Ordnung“ befestigt.

Die Aussichten der Oktoberrevolution hatten sich jedoch ganz anders gestaltet. Nach ihren Tendenzen drohte sie in eine langwierige „Unordnung“ auszuarten, sie drohte die „Unordnung“ in der Staatsverwaltung zu verewigen, sie in die städtischen Verwaltungen sowie in die industriellen Werkstätten zu tragen. Die Großbourgeoisie kehrte der Revolution den Rücken; sie wollte die Macht außerhalb der Revolution, ohne und gegen die Revolution erobern.

Der Abfall der Bourgeoisie schwächte die revolutionäre Bewegung und gab der Regierung die Kraft, diese niederzuschlagen, um sodann durch die Auflösung der ersten Duma dem Zeugnis ihres Sieges und der Niederlage der Revolution sozusagen den offiziellen Stempel aufzudrücken.

Das Verlangen nach „Ordnung“ trieb die Bourgeoisie immer weiter in die Arme der Regierung. Es gelang ihr nicht, eine eigene „starke Macht“ ins Leben zu rufen; sollte also nicht die „starke Macht“ der Regierung in ihren Interessen ausgenutzt werden können? Zudem war ja das Manifest vom 30. Oktober vorhanden, eine gesetzgebende Duma ebenfalls, die Regierung war also „konstitutionell“. Der Zarismus einerseits lockte die Bourgeoisie immer weiter auf diesen Weg: er liebäugelte mit ihr und regte von Zeit zu Zeit die Frage an, „öffentliche Politiker“ ins Kabinett zu berufen. Wohl scheiterten diese Absichten immer wieder an irgendwelchen „zufälligen“ Hindernissen; allein die Bourgeoisie, verblendet vom Hasse gegen die Revolution und das Proletariat, sah und hörte nichts mehr und sank endgültig in die Arme der Regierung.

Aber der Zarismus, über den die Stürme der Revolution hinweggebraust sind, der seinen traditionellen Zauber eingebüßt hat, im Kriege geschlagen, in Tausenden Karikaturen verspottet, von allen Seiten erniedrigt, mit Schmutz und Blut besudelt ist, das ist nicht mehr derselbe Zarismus, der vor dem Russisch-Japanischen Kriege bestanden hatte. Bisher eine selbständige Macht, die zwischen dem Junkertum und der kapitalistischen Bourgeoisie kunstvoll balancierte, ist er jetzt, nachdem die Revolution ihm den Boden unter den Füßen fortgezogen hat, vollständig dem Junkertum verfallen. Der Revolution ist es nicht gelungen, den Adel zu vernichten, sie beschleunigte bloß den Prozeß seiner wirtschaftlichen Liquidation. Schon in ihren Anfängen zwang sie den Adel, sich politisch zusammenzuschließen; sein einstiger Liberalismus verschwand wie Rauch, er organisierte sich selbst und organisierte unter seinem Schutze die Hefe der städtischen und ländlichen Bevölkerung, alle jene dunklen Elemente, deren Interessen eng mit der Aufrechterhaltung des „alten Regimes“ verknüpft sind. Es versteht sich von selbst, daß die „Edelsten der Nation“ nicht nur zu dem wüsten Treiben der sogenannten „Schwarzen Hundertschaften“ ein Auge zudrückten, sondern daß sie die Pogroms, die Plünderungen, die Mordtaten direkt förderten. Daher fielen alle politischen Früchte dieser Heldentaten in den Schoß des Junkertums; zugleich bildet es als organisierte gesellschaftliche Kraft einen bedeutenden Faktor; in seinen Händen befinden sich die Armee, der Hof, die Staatsverwaltung, die landschaftlichen Selbstverwaltungsorgane, die ständische Adelsorganisation. Es ist bezeichnend, daß der am besten organisierte Teil des Adels, die deutschen Ostseebarone, seit dieser Zeit die hervor-

ragendste Rolle in allen echt russischen Heldentaten zu spielen begann. Eine ganze Reihe der berühmtesten „Beruhiger“ — Rennenkampf, Kaulbars, Möller-Sakomelsky — gingen aus ihrer Mitte hervor, und ihre Söhne hatten die Offiziersstellen in den Garderegimentern inne, die Moskau verwüsteten, die baltischen Provinzen „beruhigten“, die berühmten „Strafexpeditionen“ befehligten. Wie die zur Veröffentlichung gelangten Dokumente beweisen, sind alle Maßregeln der Regierung, von den Feldkriegsgerichten an bis zu den Dumaauflösungen, den Agrargesetzen, dem Staatsstreich vom 16. Juni, auf die direkte Veranlassung des „Rates des vereinigten Adels“ vollzogen worden. Der russische Zarismus, in dessen Arme sich die erschreckte Großbourgeoisie stürzte, ist ganz in eine Diktatur des grundbesitzenden Adels ausgeartet.

Allein je schneller die wirtschaftliche Liquidation des russischen Adels vor sich geht, desto parasitenhafter wird seine Herrschaft. Das ist die Herrschaft des Augenblicks, die kein Morgen hat, die keine bestimmte Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes spielt, die nach der Maxime handelt: „Nach uns die Sintflut“ und die sich nur durch rohe Gewalt aufrecht erhält. Die Diktatur des Adels in Rußland kann nicht als normale Staatsordnung bestehen bleiben. Es ist die Diktatur des Säbels, der Knute und des Galgens. Sie basiert auf Ausnahmegesetzen gegen alles, was im Gegensatz steht zu den Interessen des Junkertums und mit der Entwicklung einer neuen bürgerlichen Gesellschaft in Rußland verbunden ist. Die kapitalistische Bourgeoisie, welche mit der Forderung einer Konstitution hervorgetreten war und die diese entsprechend ihren Interessen und denen der zarischen Regierung gestalten wollte, mußte Schritt um Schritt vor dem Ansturm des Adels zurückweichen. Die Entwicklungsgeschichte des Oktoberverbandes, dieser Partei der kapitalistischen Bourgeoisie und der „vorgeschritteneren“ Elemente des Adels, ist auch die des fortwährenden Zurückweichens der Bourgeoisie vor dem Junkertum. Die Verwüstung Moskaus, die Feldkriegsgerichte, die Verhängung des Ausnahmezustandes über ganz Rußland, die Stolypinsche Agrargesetzgebung, den Staatsstreich vom 16. Juni — dies alles mußte diese Partei gutheißen, die sich so weit erniedrigte, daß sie in der dritten Duma nicht nur die Konstitution, sondern sogar das Manifest vom 30. Oktober, das auf ihrer Fahne steht, nicht zu erwähnen wagte und die Rede des Ministers, der die Selbstherrschaft und „den freien Willen des Monarchen“ pries, mit stürmischem Beifall begrüßte.

Es versteht sich von selbst, daß der Adel der politischen Diktatur nicht bloß aus Liebe zur Macht bedarf, er benötigt ihrer in erster Reihe, um seine wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen — um den Liquidationsprozeß seines Grundbesitzes aufzuhalten, und soweit dies nicht mehr möglich ist, mindestens den „angestammten“ Besitz mit gefüllten Taschen zu verlassen. Woher die Mittel zum Füllen dieser Taschen und zur Bestreitung der Kosten des kriegspolizeilichen Apparats, der das aufständische Volk niederhält, beschafft werden sollen, ist dem Adel vollständig gleichgültig. Da man vom „eigenen“ Volke nichts mehr erpressen kann und die Staatskasse vom Kriege erschöpft ist, so sind die edlen Patrioten bereit, unter den schlimmsten wucherischen Bedingungen Geld im Ausland zu leihen. Während sie im eigenen Lande Judenmetzeleien veranstalteten, brachte ihr Organ, die „Russkoje Snamja“, der edlen Seele und dem „christlichen“ Gefühl des Berliner Börsenjuden Mendelsohn im vorigen Jahre eine ganze Lobeshymne dar. Will man ihnen kein Geld

mehr leihen, so sind sie bereit, alles zu verkaufen: Forste, Bergwerke, Eisenbahnen usw. Die gesamte Finanz-, Wirtschafts-, Zoll- und Tarifpolitik muß ihrer Geldgier dienstbar sein. Die Aussaugung der Grenzländer zugunsten eines ganzen Schwarmes von Beamten und infolgedessen eine neue Verschärfung der nationalen Unterdrückung und nationaler Konflikte ist ebenfalls das unausbleibliche Resultat der Diktatur des Junkertums.

VII.

Das ist die Lage, mit welcher sich die kapitalistische Bourgeoisie abzufinden genötigt ist, soweit sie ihre Koalition mit der Regierung und dem Junkertum aufrechterhalten will; oder richtiger gesagt, soweit sie sich dem Junkertum unterwirft. „Eine traurige Notwendigkeit" — diese heuchlerische Phrase, die die Oktobristen nach dem Staatsstreich vom 16. Juni gebrauchten, kennzeichnet unübertrefflich diese Lage der Bourgeoisie. Während sie sich frühzeitig in Gegensatz zur Massenbewegung setzte, während sie eine Konstitution nur für sich, nur für „die höheren Zehntausend" schaffen wollte, geriet sie mit den sozialen Verhältnissen Rußlands in Widerspruch, stellte sie sich eine Aufgabe, die historisch unmöglich ist, und geriet sie dadurch in einen verhängnisvollen Zirkel.

Das Klassenverhältnis in Rußland stellt das Land mit eiserner Notwendigkeit vor das Dilemma: Reaktion oder Revolution. Die Bourgeoisie ging ins Lager der Reaktion über, und anstatt eine Konstitution zu fordern, die sie noch heute als Lebensbedingung für die Entwicklung der Industrie anerkennt, ist sie gezwungen, mit eigenen Händen das Staatsschiff an das Ufer des Absolutismus zu steuern und sogar des Absolutismus in einer unendlich verschlimmerten, junkerlichen Form! Hier handelt es sich nicht mehr einfach um die Desorganisation des Staatsmechanismus, sondern um das direkte Auseinanderfallen des Reichs in eine Reihe von Paschaliks, von Generalgouvernements mit eigenen Gesetzen, eigenen Verbrechen und eigenen Unterschlagungen. Es handelt sich hier nicht einfach um Verletzung der Interessen der „einheimischen" Industrie, sondern um Ausverkauf der nationalen Reichtümer an Ausländer, um Ausplünderung der Staatskasse zur Rettung des zarischen und junkerlichen Landbesitzes; nicht einfach um den Ruin des Dorfes, sondern um die epidemische Hungersnot, die Verwüstung ganzer Ortschaften, Exekutionen, Erhaltung von vielen Zehntausenden von Landpolizisten; um eine Revolte, die wie ein schleichender Waldbrand um sich greift.

Und die Arbeiterbewegung? Mit ihr, die schon die Luft der Revolution eingeatmet hat, kann der junkerliche Absolutismus noch viel weniger fertig werden, als bisher der bureaukratische; in der Atmosphäre der revolutionären Gärung, bei der Unmöglichkeit des offenen Kampfes ruft die Unterdrückung und die Arbeitslosigkeit zahllose zerstörende Aktionen hervor. Brandstiftungen, Morde, Plünderungen — die sich in erster Reihe gegen das Eigentum und das Leben der Industriellen, der Kaufmannschaft und ihrer Beamten richten, ganz abgesehen vom Kultus der „Expropriationen", der auf dem Boden des gesellschaftlichen Verfalles gedeiht. Wie kindisch und lächerlich erscheint die Subatow-Politik im Vergleich mit dem Hausen der Hefe der städtischen Bevölkerung, dieser Prätorianerarmee der Selbstherrschaft und des Junkertums, die ungestraft plündern, morden, Pogrome anstiften, das ganze wirtschaftliche Leben (wie zum Beispiel in Odessa) zum Stillstand bringen darf!

Es ist völlig klar, daß die kapitalistische Bourgeoisie, so gern sie es aus Furcht vor der Revolution und aus Haß gegen das Proletariat auch täte, sich unmöglich mit einer solchen eigenartigen Ordnung aussöhnen kann, die in Wirklichkeit in eine chronische Revolte einerseits und andererseits in die junkerlich-selbstherrschaftliche Diktatur hinausläuft. Die elementaren Interessen der kapitalistischen Industrie müssen früher oder später die Bourgeoisie zwingen, der junkerlichen Restaurierung der Selbstherrschaft entgegenzutreten.

Allerdings, gegenwärtig tröstet sich die kapitalistische Bourgeoisie noch damit, daß die Partei, um deren Fahne sie sich geschart hat, die „führende" Rolle in der dritten Duma einnimmt; sie beruhigt sich noch vorläufig mit der Illusion, daß es ihr mit Hilfe des Dumaapparats gelingen werde, die nötigen Garantien zu schaffen und die Politik der Regierung ihren Interessen untertan zu machen, und einstweilen verwendet sie alle Energie darauf, dem Proletariat alle seine Eroberungen zu entreißen. Allein der Gang der Dumaarbeiten beweist zur Evidenz, daß die Großbourgeoisie vor dem erzreaktionären Junkertum kapitulieren muß, denn — die „Ordnung", die augenblicklich in Rußland herrscht, ist keine Diktatur der Großbourgeoisie, sondern des e r z - r e a k t i o n ä r e n J u n k e r t u m s. Und sobald die bürgerliche Hälfte der führenden Dumapartei — des Oktoberverbandes — auch nur im geringsten Miene macht, nicht politische Veränderungen durchführen zu wollen, sondern die Staatswirtschaft den Bedürfnissen der kapitalistischen Gesellschaft anzupassen, tauchen sofort unverhüllte Drohungen einer neuen Dumaauflösung und der formellen Wiederherstellung der Selbstherrschaft auf. Heute verbietet man es der Duma ganz kategorisch, eine wirkliche Ausübung ihrer Budgetrechte anzustreben; morgen setzt man ihr das Messer an die Kehle, sie möge zwei Milliarden für die Flotte bewilligen (das heißt bei russischen Verhältnissen in erster Linie für die Fütterung eines ganzen Schwarms von Landadmirälen mit den Großfürsten an der Spitze und für Flottenbestellungen bei ausländischen Werken, als Belohnung für die Pumpdienste, welche die ausländische Bourgeoisie der russischen Regierung erweist); übermorgen endlich, wie das eben der Fall war, wird unter dem Anschein einer Emission von vierprozentigen Schatzscheinen der Reichsrentei eine Anleihe von 163 Millionen Rubel abgeschlossen usw. usw.

Das ist jedoch nur erst der Anfang. Je weiter, desto mehr wird sich die Großbourgeoisie überzeugen müssen, daß sie für das verkaufte Recht ihrer politischen Erstgeburt nicht einmal das Linsengericht wirtschaftlicher Vorteile erhalten hat. Je weiter, desto schärfer wird das Dilemma: entweder Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft zugunsten der historisch unmöglichen Wiederherstellung der vorkapitalistischen Ordnung oder Auflösung der Junkerdiktatur und Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft. Dieses Dilemma macht den Zerfall des „Verbandes vom 30. Oktober", der die Koalition der kapitalistischen Bourgeoisie und des Junkertums repräsentiert, und den Übergang der Bourgeoisie zur politischen Opposition unvermeidlich. Dieser Schritt wird ihr durch die Erfahrung ihres Kampfes mit dem Proletariat erleichtert, denn dabei hat sie ihre soziale Macht im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft kennen gelernt.

Augenblicklich haben wir schon eine Reihe von Anzeichen dieses künftigen Überganges der Bourgeoisie in die Reihen der Opposition: im Oktoberverbande kommt es schon jetzt zu den heftigsten Reibungen, und bei seinen bürgerlichen

Elementen macht sich immer häufiger der Katzenjammer nach dem „Siegesrausch“ bemerkbar, der einzig das Resultat gezeitigt hat, daß sich die Duma mit tausend kleinlichen Gesetzesvorlagen, mit denen die Regierung sie überhäuft, abzuplagen hat, während die Regierung „höhere“ Politik ganz ohne Mitwirkung des Parlaments macht. Es tauchen auch charakteristische Anzeichen der Belebung des Kleinbürgertums und der bürgerlichen Intelligenz auf, deren politischer Barometer sich beständig dem der kapitalistischen Bourgeoisie anzupassen sucht: es finden wiederum Kongresse der Intelligenz statt — der Ärzte, der Volksuniversitäten usw. —, die als Waffe des politischen und organisatorischen Zusammenschlusses dienen, es beginnen wiederum Studentenunruhen, es macht sich eine Belebung der „Kulturarbeit“ bemerkbar.

Auf der Tagesordnung in Rußland steht jetzt das Wiederaufleben oder richtiger gesagt das Entstehen des bürgerlichen Liberalismus, denn bisher gab es in Rußland bloß einen agrarischen Liberalismus. Bei Beginn der Revolution sammelte sich die Bourgeoisie um seine Fahne, und der russische Liberalismus trug auch weiter die traditionelle Semstwofärbung. Jetzt ist zum erstenmal in Rußland der großkapitalistische Liberalismus im Entstehen begriffen.

Wir sind unendlich weit davon entfernt, irgendwelche Illusionen in bezug auf die Standhaftigkeit, die Konsequenz, das demokratische Empfinden dieses Liberalismus zu hegen. Aber wie dem auch sein mag, sein Erscheinen auf der politischen Szene schafft eine neue Gruppierung der Kräfte und neue Bedingungen für den politischen Kampf. Mag nach einem Zerfall des Blocks der feudalen Junker und der Großbourgeoisie die bürgerliche Opposition in der Minorität bleiben und die Duma auch weiterhin ein ruhmloses Dasein fristen, oder aber die bürgerliche Opposition die Majorität erlangen und die Duma gleich ihren Vorgängerinnen nach Hause geschickt werden, in diesem und jenem Falle wird der Übergang der Großbourgeoisie zur Opposition unbedingt eine Belebung der Bewegung der kleinbürgerlichen Demokratie und eine Abschwächung der Angriffe der Bourgeoisie auf das Proletariat nach sich ziehen. Das ist das Mindeste, was erfolgen muß.

Freilich, wäre die kapitalistische Bourgeoisie einsichtig und politisch entwickelt, dann müßte sie zur Erkenntnis gelangen, daß eine revolutionäre Massenbewegung und eine mehr oder weniger umfassende Agrarreform jetzt wie vor den Oktobertagen für sie den einzigen Weg zum Sieg über das Junkertum darstellt. Aber so viel erwarten wir nicht. Indes auch das Mindestmaß an politischer Opposition, zu dem sich die Bourgeoisie schließlich genötigt sehen wird, genügt, um die politische Bewegung des Proletariats und gleichzeitig der Stadt und des Dorfes von neuem zu entfachen und auf diese Weise die augenblicklich untätige Revolutionsmaschine wieder in Gang zu setzen.

Es versteht sich von selbst, daß von der Stärke der Organisation, dem Verständnis und der politischen Einsicht des Proletariats in hohem Maße der weitere Gang der Ereignisse abhängen wird, und daß der ökonomische Kampf des Proletariats, indem er die Gegensätze zwischen der ganzen Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft und der junkerlichen Diktatur verschärft, imstande sein wird, den Augenblick des Zusammenstoßes der Großbourgeoisie mit dem Junkertum und des Überganges der Bourgeoisie in die Reihen der Opposition zu beschleunigen.

Unsere Untersuchung zeigt also, daß die Revolution zwar geschlagen, aber nicht besiegt ist; daß ihr Sieg bevorsteht; daß die Haupttriebkraft der politischen Revolution der russischen bürgerlichen Gesellschaft nach wie vor die selbständige Klassenbewegung des Proletariats darstellt, daß aber die Bedingung ihres Aufschwungs — die Opposition der Bourgeoisie ist, und die Quelle der revolutionären Gärung und der elementaren vernichtenden Kräfte im Bauerntum liegt.

Die Agrarfrage in Ungarn.

Von **E. Sz.** (Budapest).

Ein flüchtiger Blick auf die wirtschaftliche Struktur und die soziale Organisation Ungarns muß genügen, um zu zeigen, daß unter dem Aufputz eines parlamentarischen Regimes und westeuropäisch-liberaler Einrichtungen ein erst in die ersten Anfänge des industriellen Kapitalismus eintretender feudaler Organismus sich verbirgt. Nicht weniger als 36,8 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Bodenfläche sind Großgrundbesitz (Betriebe über 500 Katastraljoch = 287,5 Hektar); der gebundene Besitz (Fideikommiß, tote Hand usw.) betrug 1870 schon 21,8 Prozent der gesamten Kulturfläche, 1895, nach fünfundzwanzig Jahren sogenannter liberaler Ära, bereits 34,8 Prozent, heute bestimmt noch mehr. Nicht mehr als 17,5 Prozent aller Erwerbenden waren 1900 in Bergbau, Industrie, Handel und Verkehr tätig, während die Landwirtschaft 71,9 Prozent der Erwerbenden beschäftigt hat (1550000 gegen 6350000). Die direkte Steuerlast ist auf die landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung derart verteilt, daß die Landwirtschaft nach einem berechneten Reinertrag von 134,8 Millionen Gulden[1] besteuert wird, während der Steuer des anderen Teiles die Summe von 480,7 Millionen Gulden zugrunde gelegt wurde, woraus folgen müßte, daß 72 Prozent der Erwerbenden kaum mehr als ein Viertel des Arbeitsertrags von 17,5 Prozent der erwerbenden Bevölkerung produzieren. Wie aber selbst innerhalb der Landwirtschaft die Steuerlast verteilt ist, das wird durch die Berechnungen eines gewiß einwandfreien Zeugen, des Direktors des Landesverbandes der Industriellen, Dr. R. Hegedüs, grell beleuchtet. Dieser weist nach, daß bei 10 Kronen[2] reinem Katastereinkommen 60 Prozent, bei 20 Kronen 30 Prozent, bei 100 Kronen 6 Prozent, bei 1000 Kronen 1,2 Prozent, bei 10000 Kronen 0,12 Prozent und bei 100000 Kronen nur mehr 0,01 Prozent Erwerbsteuer zweiter Klasse gezahlt werden; fast dasselbe Verhältnis herrscht bei der Bemessung der Grundsteuer, so daß man kühn behaupten kann, daß sich trotz Bauernbefreiung und Einführung der allgemeinen Steuerpflicht in 1848 nur so viel geändert hat, daß früher alle Adeligen schlechthin, heute aber bloß die 2000 Großgrundbesitzer *steuerfrei* sind. (Denn wenn sie eine gewisse Steuersumme auch zahlen, so wird ihnen diese in Form von unmittelbaren wirtschaftlichen und wirtschaftlich verwertbaren politischen Privilegien reichlich vergütet.) Diesem Stande der Kräfteverhältnisse entspricht auch die Zusammensetzung der zwei mächtigsten unmittelbaren Faktoren der Gesetzgebung und Verwal-

---

[1] 1 Gulden = 1,70 Mark.
[2] 1 Krone = 85 Pfennig.

tung: der Gesetzgebungskörper besteht aus dem Magnatenhaus, dem auf Grund erblicher Berechtigung nur Großgrundbesitzer angehören, und dem Abgeordnetenhaus, zu dem nur 1100000, das heißt 6,1 Prozent der Bevölkerung, das Wahlrecht haben; die höhere Bureaukratie wieder wird fast ausschließlich aus der Gentry, dem Kleinadel, rekrutiert.

Man braucht sich in Gedanken nur in dieses Milieu hineinzuversetzen, um den Schlüssel zu all den Vorgängen und Kämpfen in Ungarn, durch die das Ausland sich manchmal verblüffen läßt, zu finden. Die achtundvierziger Revolution war keine bürgerliche, sondern eine agrarische Revolution. Was sie an der wirtschaftlichen Struktur des Landes änderte, war, daß sie durch Freimachung der Hörigen dem Großgrundbesitz Lohnarbeiter zuführte (es gab im Jahre 1900 nicht weniger als 2 Millionen besitzlose Landarbeiter, reine Proletarier) und der industriellen Entwicklung die Bahn öffnete. Aber die 650000 Arbeiter der langsam sich entwickelnden Industrie — der einzigen Grundlage eines bourgeoisen Regimes — haben ihren Kampf nicht nur gegen ein Unternehmertum zu führen; denn hinter diesem steht die Phalanx des privilegierten Großgrundbesitzes, der die gesamte wirtschaftliche und politische Gesetzgebung beherrscht. Alle Probleme des modernen Ungarn lösen sich in letzter Instanz im Problem des Großgrundbesitzes auf.

Wie man diesem Problem praktisch am besten beikommen kann, bildet seit jeher die brennendste Frage der ungarischen Arbeiterbewegung. Aber — wir müssen gestehen — eine Frage, um die sich gerade die Berufensten bisher sehr wenig gekümmert haben.

Erst Kautsky zeigte uns, daß die Agrarfrage in Ungarn — so wie in Rußland — ganz anders liege als in Westeuropa. In Ungarn sei der Bauer noch ein revolutionärer Faktor. „Nur durch Niederkämpfung der heute herrschenden Produktionsweise, welche die Reste des Feudalismus zur schamlosesten kapitalistischen Ausbeutung ausnutzt, und nur durch Niederkämpfung der heute politisch herrschenden Aristokratie kann seine verzweifelte Lage gebessert werden.“ Darum sei die eigenste und wichtigste Frage des ungarischen Proletariats die Agrarfrage.

Mehr aber noch als theoretische Erörterungen haben uns wirtschaftliche Erscheinungen der letzten Jahre dem Problem praktisch näher gebracht.

Die Landwirtschaft wird in Ungarn fast durchgängig extensiv betrieben. Der reine Katasterertrag von mehr als 2,1 Millionen Betrieben (fast 90 Prozent aller Betriebe) bleibt unter 100 Kronen[1] und unterliegt bei unserem degressiven Steuersystem einer Gesamtbesteuerung von 97,5 bis 39,3 Prozent (wobei die 97,5 Prozent die Steuerlast der kleinsten Erträge [bis 10 Kronen], die 39,3 Prozent die der größeren repräsentieren). Es folgt von selbst, daß bei einer solchen Besteuerung 90 Prozent der Grundbesitzer in einem Jahre der Armenpflege anheimfallen oder verhungern müßten, wenn sie nicht durch künstliche Mittel erhalten würden. Den Zwerg- und Kleinbetrieb künstlich am Leben zu erhalten, ist aber ein eminentes Interesse des ebenfalls extensiv betriebenen Großgrundbesitzes. Der Zwerg- und Kleinbauer ist der beste Lohnarbeiter für ihn. Gelingt es ihm, den Lohn des reinen Proletariers bereits bis zur alleräußersten Grenze des Lebensunterhaltes herunterzudrücken,

---

[1] Faktisch etwa 200 bis 240 Kronen, da der Katasterertrag durchschnittlich 2,3fach unter dem wirklichen Ertrag geschätzt wird.

so kann er dem zur Lohnarbeit gezwungenen Zwerg- und Kleinbauer gegenüber selbst das „eherne Lohngesetz“ zuschanden machen und den Lohn um den Betrag dessen unter das Niveau des äußersten Lebensunterhaltes drücken, was der Bauer aus seinem kleinen Besitz selbst herausschlagen und zur Ergänzung des Fehlenden heranziehen kann.

Selbstverständlich genügt aber die Lohnarbeit nicht, um den Zwerg- und Kleinbauer über Wasser zu halten. Im Jahre 1895 wechselten 1044733 Parzellen den Eigentümer, 1904 bereits 1375077, und die Steuerrückstände beliefen sich schon 1901 in einem Drittel der Gemeinden des Landes auf über 100 Prozent.[1] So ist es nur zu leicht erklärlich, daß in der Zeit von 1890 bis 1900 die Zahl der selbständigen Grundbesitzer um 100000 gesunken ist, während in derselben Zeit die der landlosen landwirtschaftlichen Proletarier um 200000, das heißt 11 Prozent, zugenommen hat. Natürlich profitierte davon in erster Reihe der Großgrundbesitz. Wie aber konnte sich der Rest der Zwerg- und Kleinbauern bis heute erhalten?

Das Mittel, welchem der Kleingrundbesitz sein Fortleben verdankt, ist ohne Zweifel die Auswanderung. Seit Ende der neunziger Jahre ergießt sich ein immer stärker werdender Strom von Auswanderern aus allen Teilen Ungarns. Belief sich der Jahresdurchschnitt in der Periode 1896 bis 1900 erst auf 32000, so stieg diese Zahl in den Jahren 1901 bis 1905 bereits auf 110000, schon 1905 auf 170000, 1906 auf 186000 und in der ersten Hälfte von 1907 auf nicht weniger als 124000. Dieser enorme Bevölkerungsverlust stellt leider nicht nur ein kolossales Sicherheitsventil dar, durch welches ein gut Teil der Unzufriedenheit und der zum blutigen Ausbruch drängenden Empörung entweicht; es ist zugleich die große Geld- und Kreditquelle des Kleingrundbesitzes. Man berechnet die von den Auswanderern nach Hause gesandte Summe in den Jahren 1905 bis 1907 auf 150 bis 200 Millionen Kronen jährlich. Dies erklärt uns den Fortbestand des Kleingrundbesitzes.

Es sollte aber dem Großgrundbesitz die Freude darob nicht ungetrübt bleiben. Man ließ sich die Auswanderung gern gefallen, solange sie sich in den bescheidenen Grenzen bewegte, welche den Interessen und Wünschen des Großgrundbesitzes eigentlich sehr entgegenkamen. Ja man ging in der Zuvorkommenheit so weit, daß man das Auswanderungsgeschäft staatlich regeln und der mit einem Monopol belehnten Schiffahrtsgesellschaft die Mindestzahl von jährlich 30000 Auswanderern durch den Staat garantieren ließ. Als aber aus den Zehntausenden Hunderttausende wurden, machten sich auch andere weniger erwünschte Folgen bemerkbar. Ist der extensive Großbetrieb auf den angrenzenden Kleinbesitz als den sicheren Lieferanten von Arbeitskraft angewiesen, so kann er andererseits die Konkurrenz auf dem Lebensmittelmarkt nur bestehen, wenn er die Produktionskosten durch äußerste Ausbeutung der Arbeitskraft und durch Zahlen von Hungerlöhnen verringern kann. Das ist gegangen, solange die depossedierten Kleinbauern im Lande geblieben sind und das Ar-

[1] Den Weltrekord schlug zweifellos diejenige Gemeinde, deren Steuerrückstand nicht weniger als 4252 Prozent betragen hat. Ein Äquivalent dieser Zustände findet man nur in Rußland, wo laut einer Mitteilung an den Ungarischen Industriellenverband die Steuerrückstände in den fruchtbarsten Zentralgouvernements in den Jahren 1871 bis 1875 erst 10 Prozent, in den östlichen Gouvernements 22 Prozent, im Jahre 1898 bereits 177 bezw. 232 Prozent betragen haben; in den anderen Gouvernements ist das Verhältnis noch ungünstiger.

beitsangebot vermehrt haben. Seitdem aber nicht nur mehr und mehr Lohnarbeiter auswanderten, sondern ein immer kleinerer Prozentsatz zurückwanderte und auch die Ansprüche der zurückgewanderten Kleinbauern sich dem Lohn- und Kulturniveau des amerikanischen Arbeiters zu nähern begannen, da war es mit den schönen Zeiten aus. Es entstand ein landwirtschaftlicher Arbeitermangel und zugleich eine landwirtschaftliche Arbeiterbewegung, fester, bewußter und erfolgreicher als alle früheren sporadischen Organisationsversuche des Agrarproletariats. Der sozialdemokratische „Landesverband der Landarbeiter Ungarns" hat es bis Ende 1906 auf 24000 Mitglieder gebracht, andere Landarbeiter- und Kleinbauernorganisationen zusammen auf vielleicht 10000: eine verschwindende Zahl im Vergleich zu den zwei Millionen des landwirtschaftlichen Proletariats, aber gar nicht zu unterschätzen, wenn man die früheren Versuche und insbesondere die Erfolge ins Auge faßt. Trotz aller wilden Verfolgungen, trotz des staatlich organisierten Streikbrecherdienstes (der „staatlichen Arbeiterreserve" und der „staatlichen Erntemaschinen") sind die Arbeitslöhne in den letzten zwei Jahren mächtig gestiegen, haben sich die Arbeitsbedingungen wesentlich gebessert. In manchen Gegenden betrug die Lohnzunahme 100 und mehr Prozent; und man war froh, wenn man Arbeiter in genügender Zahl überhaupt anwerben konnte.

Das ist ein Zustand, den der feudale Großbetrieb auf die Dauer nicht vertragen kann. In ihrer Bedrängnis treten die Agrarier mit fast unglaublichen finanziellen und reaktionären politischen Forderungen an den Staat heran. Sie verlangen fast vollständige Steuerfreiheit für den Grundbesitz, Subventionen und andere positive und negative Begünstigungen jeder möglichen Art und die Unterdrückung der letzten Reste der politischen Freiheiten des landwirtschaftlichen Proletariats sowohl als dessen Führers: der industriellen Arbeiterschaft. Von keiner Regierung wurden die Arbeiterorganisationen so hart bedrängt wie von der „national-demokratischen" Koalitionsregierung: nicht nur wurden H u n d e r t e von Ortsgruppen des Landarbeiterverbandes aufgelöst; auch große Landesorganisationen der Industriearbeiter fielen demselben Schicksal zum Opfer. Zugleich arbeitet die ganze Maschinerie der Gesetzgebung und Verwaltung fieberhaft daran, das Wenige, was in Ungarn seit 1848 an liberalen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Institutionen und Strömungen hervorgebracht wurde, niederzutreten und zu vernichten.

Eine Steuerreform wird vorbereitet, welche die bestehenden Hindernisse einer Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und einer industriellen Entwicklung ins Ungemessene steigert; ein neues Volksschulgesetz macht den Volksschulen nicht den Unterricht, sondern die Magyarisierung zur ersten und hauptsächlichsten Pflicht: man wird begreifen, was das in einem armen Lande mit 40 Prozent Analphabeten zu bedeuten hat; man schafft sogenannte Arbeiterschutzgesetze, durch welche 500000 landwirtschaftliche Dienstboten in ein förmliches Hörigkeitsverhältnis gebracht werden; man facht den magyarischen Chauvinismus durch gesteigerte Verfolgung der slawischen Nationalitäten an und sucht dadurch die Aufmerksamkeit von den Leiden des magyarischen Volkes abzulenken. Kurz: wir leben in einem Zustand des Paroxysmus aller feudalen und reaktionären Kräfte, wie wir das in Ungarn noch nicht erlebt haben und den wir uns nicht anders deuten können wie als das Symptom der beginnenden Auflösung einer überholten, der feudalen Gesellschaftsordnung.

Und schon mehren sich auch die Zeichen, daß dem Großgrundbesitz selbst vor seinem großen Glücke bange wird. Wohl wissen wir den wahren Wert und die verborgene Bedeutung der bauernfreundlichen Politik des internationalen und auch des ungarischen Agrariertums zu schätzen. Auch in der seit einigen Jahren lebhaft betriebenen und vom Staate geförderten Parzellierung einzelner Latifundien werden wir das individuelle Interesse der betreffenden stark verschuldeten Großgrundbesitzer und der sogenannten Parzellierungsbanken eher entdecken können als die Liebe zum Bauern, dem bei dem wucherischen Geschäft nicht nur sein letzter Heller weggenommen wird, sondern — wir zitieren aus agrarischer Quelle — „er muß nach einigen Jahren auch um sein neues Hab und Gut kommen", so teuer und unter so schwierigen Bedingungen wird der Kauf abgeschlossen. Nichtsdestoweniger dürfen wir den symptomatischen Wert mancher Erscheinungen der sogenannten bauernfreundlichen Politik nicht unterschätzen, sobald diese den Charakter von Massenaktionen annehmen.

Schon kündigen die agrarischen und gouvernementalen Organe eine Regierungsvorlage an, welche die Parzellierung in größerem Maßstab möglich machen soll. 100 Millionen Kronen sollen ins Staatsbudget für diesen Zweck eingestellt werden. Viel weiter geht ein der Gesetzgebung vor wenigen Tagen vorgelegter Antrag eines Großgrundbesitzermitglieds des Abgeordnetenhauses, der nicht weniger verlangt als die staatliche Zwangsenteignung der Fideikommisse, entweder im Kaufweg oder durch langfristige Pachtungen. Wenn dieser, an das neue englische Ansiedlungsgesetz erinnernde Vorschlag vorläufig auch nicht akzeptiert wird, so scheint er uns doch den Weg der Entwicklung zu weisen, der früher oder später eingeschlagen werden muß.

An der sozialistischen organisierten Arbeiterschaft liegt es, den Fluß dieser Entwicklung möglichst in sozialistische Bahnen zu lenken. Uns scheint es, daß in diesem Prozeß nicht die technische Überlegenheit des Kleinbetriebs wirkend ist, sondern die Überholtheit der feudalen Form des Großgrundbesitzes, des extensiven Großbetriebs. Soll er zur intensiven Wirtschaft übergehen, so braucht er billiges Leihkapital. Das gibt es aber in Ungarn nicht, denn es ist kein Handelszentrum, und eine Industrie konnte sich infolge der übertriebenen agrarischen Wirtschafts- und insbesondere Zollpolitik auch nicht so weit entwickeln, daß dadurch namhafte Kapitalienüberschüsse ins Land hätten gelockt werden können. So bleibt dem feudalen Großgrundbesitz nichts anderes übrig als die teilweise Liquidation. Man gibt einen Teil preis, um den anderen zu retten.

Dieser Auflösungstendenz muß mit sozialistischen Organisierungsvorschlägen und Versuchen entgegengekommen werden. Die sozialistische Partei muß fordern und muß die Forderung auch dem landwirtschaftlichen Proletariat beibringen, daß der durch ökonomischen Zwang frei werdende Grund und Boden nicht einfach den Privateigentümer wechseln darf, sondern in den Besitz der Allgemeinheit zurückgeführt, durch Vermittlung der Gemeinde und des Kreises den größeren Einheiten des nationalen Organismus vorbehalten werden muß. Wie dann dieses Gemeineigentum bewirtschaftet werden soll, ob in individueller oder genossenschaftlicher, in großer oder kleiner Pacht, das ist eine weitere Frage, welche bloß in Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, der technischen Entwicklung, der Weltmarktverhältnisse und des intellektuellen Fortschritts der landwirtschaftlichen Bevölkerung entschieden werden kann.

Einstweilen wird sich der nächste, zu Ostern abzuhaltende Parteikongreß mit der Frage zu beschäftigen haben. Das „Landesorganisationskomitee der Landarbeiter" hat einen Agrarprogrammentwurf ausgearbeitet, der diesem Kongreß unterbreitet werden soll. Und wenngleich auch wir der Meinung sind, daß ein Schritt Bewegung mehr wert ist als hundert Programme, so glauben wir in diesem Falle doch, daß eine richtige Stellungnahme in der Agrarfrage die Entwicklung des ungarischen Sozialismus auf Jahre hinaus günstig beeinflussen müßte.

Frank Wedekind.

Von **N. Trotzky.**

Es könnte von seiten eines russischen Schriftstellers als eine Kühnheit erscheinen, vor deutsche Leser zu treten mit einem Urteil über einen deutschen Dichter. Aber wir leben in einer Zeit des sich immer mehr vertiefenden Internationalismus. Die russische Intelligenz hat in kaum einem Jahre Wedekind eine Popularität verschafft, deren er sich in seinem Vaterlande nicht erfreut. Und das interessanteste daran ist, daß es zum großen Teile gerade diejenige Intelligenz ist, die vor zwei, drei Jahren eine Nachfrage „nach Kautsky" hervorbrachte, wie sie vom Standpunkt des führenden sozialistischen Deutschland phantastisch erscheinen müßte. In diesem ideologischen Wechselfieber spiegelt sich die politische Entwicklung Rußlands, so wie sich die realen Erscheinungen in dem Gehirne eines Wahnsinnigen spiegeln. Wir können hier auf diese Frage nicht näher eingehen. Wir wollen nur eines sagen: die russische Intelligenz wird älter und beeilt sich, die Möglichkeit zu geben, die Worte desjenigen Dichters auf sie anzuwenden, der bei ihr zu so unerwartet großer Gunst gelangt ist:

> Wie schade, daß alles Schöne vergeht,
> Auch deine Hoheit. Die Pubertät
> Macht dich den übrigen Flegeln ähnlich.
> Der Duft ist hin und du wirst gewöhnlich.[1]

Ja, auch sie wird den übrigen Flegeln ähnlich. Wenn aber die deutsche Intelligenz seinerzeit den Schopenhauer aus den Bücherkammern heraussuchen mußte, um mit dem Wasser des pessimistischen Quietismus alle revolutionären Verpflichtungen von sich abzuwaschen, so sucht sich die russische Intelligenz in dem analogen Momente nicht einmal ein geschlossenes System: sie fühlt es, daß sie für ihre Bedürfnisse keine einzige philosophische Formel finden wird, die nicht schon ganz durchsetzt wäre von dem Speichel der sie immer wiederkäuenden Weisen der zünftigen Wissenschaft. Ein verspäteter Gast an der Tafel der Geschichte, ist sie gezwungen, sich mit schöner Literatur zu begnügen — und mit was für einer? mit einer solchen, die das Produkt der Zersetzung ihrer älteren Schwester darstellt. Dies sind die allgemeinen Bedingungen, welche es möglich machten, daß die keineswegs titanenhafte Gestalt des Müncheners Frank Wedekind einen so unverhältnismäßig großen Schatten wirft in dem ihm fremden Rußland. Er hat der russischen Intelligenz gerade das geboten, was sie brauchte: eine Kombination von sozialem Nihilismus — diesem ver-

---

[1] Fr. Wedekind, „Vergänglichkeit".

achtungsvollen Unglauben an den Kollektivmenschen — mit erotischer Ästhetik. Der erstere erleichtert ihr die Liquidierung ihrer revolutionären Vergangenheit, die zweite tröstet sie wegen des Nasenstübers, den ihr die Geschichte versetzt.

Vielleicht genügen diese Bemerkungen, um zu erklären, was ein russischer Journalist mit einem deutschen Dekadenten zu tun hat.

> Des Weibes Leib ist ein Gedicht,
> Das Gott der Herr geschrieben
> Ins große Stammbuch der Natur,
> Als ihn der Geist getrieben. (Heine.)

Wedekind, der Zyniker und Skeptiker, hat doch auch seinen Gott. Keinen sozialen, versteht sich, auch keinen ethischen, aber einen ästhetischen. Er betet den schönen menschlichen Körper an oder, richtiger gesagt, den weiblichen Körper, die edle Kopfhaltung, die weiche Vollendung der Bewegungen. Die Verehrung der Vollkommenheit des Körpers geht unvermeidlich durch alles, was Wedekind je geschrieben hat — unvermeidlich und fast eintönig. Auf diesem Gebiete gibt es für ihn nichts Unklares. Er hat seine Gedanken bis auf die letzten Einzelheiten durchdacht. Man kann an seinen Werken verfolgen, mit welcher Beharrlichkeit er im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren über die Mechanik des Ganges nachgedacht hat.

Auf seinem ästhetischen Ideal baut Wedekind ein Erziehungssystem auf. Übrigens ist das zuviel gesagt: Mine-Haha ist etwas, was in der Mitte liegt zwischen einer „Erziehung junger Mädchen" und einer Muskeltrainierung.

Bis zum neunten oder zehnten Lebensjahre leben die Knaben und Mädchen zusammen. Sie schlafen in einer gemeinsamen Schlafstube und tummeln sich stundenlang im Teiche herum. Die schöne Gertrud lehrt sie gehen. O, das ist keine einfache Kunst! Gertrud hebt das Knie leicht und wirft die Fußspitze nach vorn, dann senkt sie langsam die Ferse, aber sie berührt den Boden nicht eher, als bis ihr Fuß bis auf die große Zehe herab eine gerade Linie mit dem Unterschenkel gebildet hat. Ihr volles rundes, aber zart geformtes Knie streckt sich gerade in dem Augenblick, wo die Ferse den Boden berührt. Aber die Hauptsache sind die Hüften. Sie müssen während des Gehens vollständig ruhig bleiben. Gleichzeitig müssen jedoch alle Bewegungen, sowohl die des Oberkörpers als die der Beine bis auf die Zehenspitzen herab von den Hüften ausgehen und von diesen aus gelenkt werden. Während des Gehens, so lehrte die schöne Gertrud, soll man den Boden unter den Füßen nicht spüren, die Füße selbst nicht spüren, man soll nur spüren, daß man Hüften hat. Gertrud selbst war die vollkommene Verkörperung ihrer Kunst. Wenn sie einem entgegenkam, so schien es gar nicht, als ob sie einen Körper hätte von einem bestimmten Gewicht. Man sah nur Formen. Und die Formen selbst vergaß man fast über der Schönheit der Bewegungen.

Wenn die Mädchen und Knaben zehn Jahre alt werden, trennt man sie. Hidalla, die das alles erzählt, kommt nun in einen ungeheuren Park, der von Mädchen im Alter von zehn bis vierzehn Jahren bewohnt wird. Dreißig einstöckige kleine Häuser sind in dem Park, in jedem Hause befinden sich sieben Mädchen verschiedenen Alters. Sie beschäftigen sich mit Gymnastik, lernen tanzen, schwimmen, musizieren. Der Park ist ihre Welt. Was hinter seinen Mauern vorgeht, woher und wie sie selbst in diese Welt gekommen, das bleibt für sie ein absolutes Geheimnis und die harmonische Ruhe ihres Lebens schafft

für die kleinen Seelen völligen Gleichmut und erlaubt es ihnen, sich gar keine Fragen aufzuwerfen. Vier Jahre verbringen die Mädchen in dem Parke, sie tanzen, spielen verschiedene Instrumente, gehen auf den Händen, tummeln sich in dem Bache herum — und erst der Eintritt der Geschlechtsreife stört das Gleichgewicht ihres Körpers und ihrer Seele. Aber mit diesem Augenblick beginnt die Periode der Erziehung. Die Mädchen werden aus dem Parke herausgeführt, sie treffen mit Knaben gleichen Alters zusammen und gehen paarweise mit ihnen fort. Wohin? ... Hier bricht Hidallas Erzählung ab.

Mine-Haha ist die „körperliche Erziehung junger Mädchen". So nennt Wedekind selbst sein System. Wo bleibt aber die seelische Erziehung? Über diese wird nicht gesprochen. Noch mehr, es wird für diese kein einziges Spältchen übrig gelassen. Die ganze Zeit wird mit körperlichen Übungen und Musik ausgefüllt. Bücher, Papier, Tinte gibt es nicht! Und es ist kein Zufall, daß die ganze Erziehung des Weibes bei Wedekind auf die ästhetische Kultur des Körpers hinauskommt. Wenn er von einem vollkommenen Weibe spricht, von einem Rassenweibe, das „im besten Sinne des Wortes ein Kunstwerk darstellt", schwebt ihm immer nur die vollendete Verkörperung der Geschlechtsidee vor. „Die Frau, welche die Mittel zu ihrer Existenz durch Liebe erwirbt, steht immer noch höher in meiner Achtung als diejenige, welche sich so weit erniedrigt, daß sie Feuilletons oder selbst Bücher schreibt." Mit diesen Worten drückt Hidalla nur den Grundgedanken des ganzen Systems Mine-Haha aus.

Die Frau, die sich zur geistigen Arbeit erniedrigt, steht tiefer als diejenige, welche ihre Hüften verkauft. Welche Kühnheit! ... Aber ist das wirklich Kühnheit? Eigentlich spricht ja Wedekind hier wie in vielen anderen Fragen mit dem moralischen Zynismus des Ästheten, dem alles erlaubt ist, nur das offen aus, was so halb und halb jeder Philister bei sich denkt.

Gegen diese banalen Vorurteile polemisieren, denen die geschraubt paradoxe Form das Ansehen von kühnen Paradoxen verleiht, hieße selbst in Banalität verfallen. Viel interessanter ist es, das System Mine-Haha um seine eigene Achse zu drehen und es von einem ganz anderen Gesichtspunkt zu betrachten.

Wedekind strebt nach körperlicher Schönheit. Er findet sie nicht in der Umgebung, in welcher er lebt. Und so baut er sich eine Idealwelt auf, er schreibt Mine-Haha. Der Grundgedanke all seines Suchens ist letzten Endes ein sehr beschränkter: er will, daß das Weib eine elastische Muskulatur habe, daß die Hüften beim Gehen ruhig bleiben, daß das Knie nicht eher gestreckt werde, als bis die Ferse den Boden berührt. Auf der Suche nach Schönheit der Körperproportionen gelangt nun Wedekind zur völligen Verneinung der gegenwärtigen Form der Familie, wenigstens soweit diese sich auf das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern bezieht. Er gibt ein Bild einer sozialisierten Kindererziehung. Schon im Beginn des fünften Lebensjahrs werden die Knaben und Mädchen dazu angehalten, die Säuglinge zu pflegen. Nach ein bis zwei Jahren bekommt jedes Kind seinen Zögling, welchen es unter der gemeinsamen Anleitung der Kinderfrau rein zu halten hat, für den ganzen Tag in den Garten bringen muß oder in die Holzgalerie, wenn es regnet, und dem es die Saugflasche zu reichen hat. Auf diese Weise erzieht die jeweilige Generation schon im zartesten Alter die nachfolgende.

Unter den Mädchen im Parke herrschte die gleiche Anordnung. An der Spitze jeder Gruppe stand ein Mädchen von dreizehn bis vierzehn Jahren. Sie lehrte die anderen die körperlichen Übungen, sie verteilte die Nahrung bei

Tische und leitete die Unterhaltung. Außerdem kam jede Neueintretende unter die spezielle Aufsicht eines von den älteren Mädchen.

Diese Anweisungen streut Wedekind nur hie und da im Vorübergehen ein, unter die sorgfältigen und liebevollen Schilderungen des Anzugs, des Essens und des Tanzes. Aber trotzdem bleibt das Denken an diesen Bemerkungen haften. Das Bild dieses ungeheuren Ameisenhaufens aus lauter Kindern, wo die jungen Leiber und Herzen in enger Berührung und Arbeitsgemeinschaft aufwachsen und sich entwickeln, wo die ersten Kenntnisse und die erste Hilfe von einer Lebensstufe zur anderen übergehen, wie das Wasser auf einer Treppe herunterfließt — dieses schöne Bild macht trotz der Fehler in der Perspektive unser staunendes Auge aufleuchten! Welcher Unterschied im Vergleich mit unserer gewöhnlichen Familie, wo zwei Generationen, durch ein halbes Menschenalter voneinander getrennt, durch das gemeinsame Band der ökonomischen Abhängigkeit gewaltsam aneinander gekettet sind, Generationen, die einander so oft im Wege stehen.

Der Kultus des Leibes, der Kampf um seine Vollkommenheit führen den Künstler zur Forderung von sozialistischen Erziehungsbedingungen! Diese Tatsache spricht ebensosehr für das künstlerische Feingefühl Wedekinds als für die innere Unwiderstehlichkeit der sozialistischen Existenzformen. Es bleibt aber noch die Frage nach der sozialen Umrahmung, in welche der Dichter seine harmonische kleine Welt hineinbringt.

Wedekind kommt der Frage der produktiven Kinderarbeit nahe. Vor allem ist die Erziehung der jüngeren Kinder durch die älteren eine ungeheuer produktive Arbeit, deren Übertragung auf die Kinder selbst nicht nur ungleich mehr Harmonie in das Leben der Kleinen bringen, sondern auch die Erwachsenen entlasten wird, indem sie deren schöpferische Kräfte von den wirtschaftlichen Fesseln befreien wird, welche die heutige Familie, die teils Küche, teils Krankenstube, teils Waschanstalt ist, ihnen auferlegt. Aber nicht nur das. Hidalla erzählt im Vorübergehen, daß Kinder von acht bis neun Jahren vor der Tür ihres Hauses den Bast für ihre Sommerhüte flochten, während die ganz Kleinen zu ihren Füßen im Sande spielten. Und die übrigen Arbeiten? Wer bereitet das Essen? Wer räumt im Hause auf? Wer wäscht die Wäsche? Diese Arbeiten sind nicht so elegant wie das Flechten von breitrandigen Hüten, und der Verfasser ruft in seiner Verlegenheit zwei abstoßende alte Frauen zu Hilfe. Wo kommen sie her? Das sind ehemalige Zöglinge, die hier für immer eingekerkert sind wegen Vergehen gegen das Reglement des Parkes. Naiv und läppisch wie die Legende vom Storch, der die Kinder bringt. Aber was kann Mine-Haha anderes bieten? Jedoch auch die Alten lösen die Fragen nicht: Wie verbindet sich der Park mit der Außenwelt? Wer liefert alles Nötige? Durch welche Mittel besteht die ganze Einrichtung? Wedekind baut ein Theater in seinem Park. Allabendlich wird eine Ballettvorstellung gegeben. Die nichtsahnenden kleinen Mädchen führen unter der Anleitung ihrer Tanzlehrerin sehr gewagte Pantomimen auf. Dieses letzte Detail brauchte Wedekind offenbar, um zu erklären, warum das Theater immer gefüllt war. Wenn man aber dieses System auch ganz so aufnimmt, wie es ist, bis auf den Umstand, daß die kleinen Mädchen ihre Erziehung durch die Teilnahme an den Pantomimen aus dem Moulin rouge bezahlen, so muß man auch da noch zu dem Schlusse gelangen, daß Mine-Haha nur eine Erziehung für wenige sein kann. Sonst gäbe es zu viele Balletts im Lande, und man

könnte die „körperliche Erziehung der jungen Mädchen“ nur so ermöglichen, daß man das Besuchen der Balletts für die ganze übrige Bevölkerung obligatorisch machte.

Die unruhige Ästhetik Wedekinds, die ihm einen kleinen Winkel der Zukunft enthüllt, verläßt ihn doch hilflos an den Toren des Parkes. Die Liebe zu plastischen Formen genügt nicht, um die Welt umzuwälzen.

> Ich liebe die Liebe, die ernste Kunst,
> Urewige Wissenschaft ist. („Lulu“).
>
> An hundert Weiber hatt' ich wohl im Sold,
> Mit denen ich mein Gut und Blut vertollt,
> Die schönsten Nymphen im modernen Babel,
> Und ich blieb leer, vom Scheitel bis zum Nabel.
> („Das tote Meer“).

Wedekind hat eine innere Entwicklung durchgemacht — wir sprechen darüber ausschließlich auf Grund seiner literarischen Werke —, die wegen ihrer Bestimmtheit und ihrer sozialpsychologischen Naturgesetzlichkeit bemerkenswert ist. Fleischliche Ästhetik und sozialer Zynismus als Prämissen und als Resultat aller seiner seelischen Erfahrungen haben ihren Inhalt bis auf den Grund ausgeschöpft und sind in das Gegenteil umgeschlagen. Der kühne Verneiner ward zum furchtsamen Mystiker! Im „Frühlingserwachen“, einem seiner Jugendwerke, belauscht er die ersten schüchternen Bewegungen des Geschlechtes. Hier ist alles rührend, unbeholfen und schön in seiner Unbeholfenheit, weil es voll Möglichkeiten ist. Solche Tragödien selbst, wie Moritzens Selbstmord und Wendlas Ermordung stören den allgemeinen Eindruck des Frühlings nicht, weil sie als äußeres Unglück erscheinen, hervorgerufen durch die sinnlose Schule und die häßliche Familie, diese verfluchte zweifache Kette aus verrosteten Gliedern. Welche ästhetische Geilheit ist es, „Frühlingserwachen“ auf die Bühne zu bringen, wo Männer in mittleren Jahren mit rasierten Gesichtern die Mutierung der Kinderstimme simulieren müssen!

Aber das Geschlecht ist erwacht und breitet die Schwingen. Es hat — wenigstens scheint es ihm so — die Ketten der alten Familie zerrissen, es hat sich — wenigstens bildet es sich das ein — über die soziale Beschränkung gestellt. Weder Religion, noch Philosophie, noch ein soziales Ideal. Nur eine ununterbrochene Reihe von ästhetischen Erlebnissen sind das Gefolge, in dessen Begleitung das Geschlecht auftritt. Ein einziger Schritt noch, und es wird zum „Erdgeist“.

Das ist nun nicht mehr die kleine Wendla, welche fordert, man möge ihr das Rätsel vom Storche lösen, jetzt ist es Lulu, so schön wie die Sünde. Geschmeidig wie eine Schlange, in jeder Bewegung vor Sinnlichkeit erbebend, mit den Hüften denkend, in jedem Kleide nackt, kennt sie kein Mitleid, keinen Zweifel, keine Gewissensbisse, ist elementar wie das Geschlecht selbst, als dessen Verkörperung sie vor der Welt dasteht. Sie ist der böse Geist der Erde. Passiv, wie der Magnet passiv ist, um welchen sich Eisenspäne sammeln, sät Lulu höllische Leidenschaft um sich herum. Mit dem unbezwingbaren Wahnsinn des Geschlechtes steckt sie Greise und Jünglinge an und bezeichnet ihren Siegeslauf mit zerrütteten Existenzen und Leichen. Ihr erster Mann stirbt am Schlage, als er sie mit ihrem Liebhaber, einem Künstler, überrascht. Der Künstler wird ihr Gemahl und durchschneidet sich mit dem Rasiermesser die Gurgel, als der frühere Geliebte Lulus, der Redakteur Schön, ihm die Augen

öffnet. Schön trifft wiederum seine Frau in der Gesellschaft eines Zirkusathleten, eines Gymnasiasten und seines eigenen Sohnes, eines Schriftstellers. Lulu tötet ihren Mann mit einem Revolver. Niemand und nichts ist imstande, diese schöne Bestie zu bändigen, und der entkräftete Wedekind übergibt sie der Polizei.

Aber auch der Polizei gelingt es nicht, mit dem „Erdgeist“ fertig zu werden. Lulu entflieht aus dem Gefängnis, um ihre Bestimmung zu vollenden. Nun ist sie wieder vor uns in der „Büchse der Pandora“. Sie bemächtigt sich des Schriftstellers Alwa Schön, des Sohnes ihres dritten Mannes, und hält sich mit ihm in Paris verborgen, umringt von Spielern, Kokotten, Bankiers und Detektivs. Schöns Vermögen ist viel rascher erschöpft als der böse Zauber Lulus. Sie flieht nach London, lebt in einer Mansarde und verkauft sich auf der Gasse. Alwa Schön hat bei ihr Zuflucht gefunden, ein halbverfaulter Rest ihrer Vergangenheit. Zuguterletzt bringt Lulu Jack den Aufschlitzer mit und fällt unter seinem Messer. Eine unermüdliche Priesterin des Geschlechtes stirbt sie auf dem blutigen Altar der in Raserei übergegangenen Sinnlichkeit.

Die drei Dramen sind drei Phasen des Geschlechtslebens und drei Etappen in der Schöpfung Wedekinds. Zuerst schüchternes Erbeben, sogar in seiner Krankhaftigkeit von dem Dufte der Jugend umweht. „Frühlingserwachen“, das beste Werk Wedekinds.

Aber diese Etappe bleibt bald zurück. Die unbeschränkte Herrschaft des Geschlechtes tritt an ihre Stelle. Es gibt eine Photographie, welche Lulu darstellt am Halse Wedekinds. Lulu im Kostüm des Pierrot. Ihr linkes Stiefelchen stützt sich auf die Hand des Dichters, die auf seinem Knie liegt. Welche unbewußte Sicherheit in ihrem Gesicht, welche freudige Unterwürfigkeit in seinem! Das Geschlecht herrscht. Es ist unerschöpflich in neuen Kombinationen! Es kennt nur eine Moral:

> Greife wacker nach der Sünde,
> Aus der Sünde wächst Genuß! („Erdgeist.“)

Und endlich die letzte Etappe. Eigentlich erreicht die Alleinherrschaft des Geschlechtes nirgends solche Dimensionen wie hier. Das Geschlecht ist mit der Ästhetik fertig geworden, wie früher mit der Tradition und mit dem Glauben. Nackt, grimmig sucht es in den Straßen seinen Raub und packt die Vorübergehenden an den Kleidern. Es erschöpft sich bis auf den Grund, und in seinem Bestreben, sich einen neuen Weg zu bahnen, bewaffnet es sich mit einem Messer und bohrt es in den Leib einer Frau. Wedekind ist nun nicht mehr das unterwürfige Piedestal für die königliche Lulu. Er spielt jetzt auf der Münchener Bühne als Schauspieler Jack den Aufschlitzer.

Auf diesem Wege ist alles geholt worden, was zu holen war, und darunter ist ein blutiger Strich gezogen.

„Was tu ich noch auf der Welt, wenn auch der Sinnengenuß nichts als höllische Menschenschinderei, wenn auch der Sinnengenuß nichts als satanische Menschenschlächterei ist, wie das ganze übrige Erdensein! So also nimmt sich der einzige göttliche Lichtstrahl aus, der die schauerliche Nacht unseres martervollen Lebens durchdringt!“ („Totentanz.“)

Die Evolution ist in ihrem eigentlichen Grunde sehr elementar: die entscheidende Rolle spielt hier die Physiologie der Altersstufe. Das Endergebnis aber ist ungleich gehaltvoller. Es ist nicht einfach der Bankrott der

ästhetischen Erotik, es ist der Zusammenbruch einer ganzen Lebensphilosophie. Was bleibt nun übrig? Das psychologische Bedürfnis, eine gewisse Kontrolle, eine höchste Zensur einzusetzen über den elementaren Rhythmus des Lebens.

„Zensur“ heißt auch die einaktige Theodicee Wedekinds, die dieser Tage in der von W. Sombart und G. Brandes herausgegebenen Wochenschrift „Morgen“ erschienen ist.

„Wir haben ein geistiges Band zwischen uns nötig“, . . . sagt der Schriftsteller Buridan zu seiner Geliebten.

Was das bedeute, ruft die schöne Kadidja. Sich mit Philosophie beschäftigen? „Ich tue das schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil es mich nicht kleidet.“

Schon siebzehn Monate sind sie beisammen. Die erste Periode der Leidenschaft, die sich nicht umsieht und nicht fragt, ist schon vorüber. Schon sind die Augenblicke nicht selten, wo er sie nicht bemerkt, obgleich sie ganz nahe vor ihm steht. Kadidja ist eine veredelte und vertiefte Lulu. Das Leben des Gefühls ist für sie das ganze Leben. Das dichterische Schaffen, von welchem er sich ihretwegen losgerissen und zu welchem es ihn wieder hinzieht, wird von ihr als eine Störung empfunden. Buridan sieht seinerseits eine Störung in seinem Verhältnis zu Kadidja. Er liebt sie. Der Gedanke allein, sie zu verlieren, schreckt ihn. Gleichzeitig fühlt er sich physisch gebunden — weniger durch den Automatismus der familiär-häuslichen Umgebung als durch den Automatismus des Liebesverhältnisses selbst. Er will mehr Bewegungsfreiheit, mehr Freiheit von seiten des anderen Wesens, welches nur die eine Seite seiner Natur befriedigt und ihn dennoch ganz für sich in Anspruch nimmt. Und Wedekind, der geschrieben hat, daß eine Frau, welche ihren Körper verkauft, in seinen Augen immer noch höher steht als diejenige, welche sich zu geistiger Arbeit erniedrigt, Wedekind, der die Erziehung des Mädchens aufgelöst hat in die harmonische Übung der Wadenmuskeln, Wedekind sagt jetzt seufzend zu Kadidja: „Wir brauchen ein geistiges Band zwischen uns“. . . . Was ist das nun? Ist das Wiedergeburt? Nein, es ist nur Zusammenbruch. Auch Kadidja begreift das. Nach einem verzweifelten Versuch, Buridan aufs neue durch ihren Körper zu fesseln, befreit sie ihn. „Ich habe Feindschaft gesät zwischen dir und der Welt deiner Gedanken; ich werde dich deinen Gedanken wiedergeben.“ Und sie stürzt sich auf das Pflaster. Aber dadurch befreit sie nur sich selbst, nicht Buridan.

> „Und ist erst das Seelenleben entweibt,
> Dann sind sämtliche Lampen erloschen.
> Für das, was für mich dann noch übrig bleibt,
> Dafür gebe ich nicht einen Groschen.“ (Wedekind.)

Ich identifiziere Buridan mit Wedekind nicht nur darum, weil Wedekind der subjektivste ist unter den Schriftstellern, sondern weil er selbst seinem Subjektivismus einen *persönlichen* Charakter zuschreibt: Buridan spricht von sich selbst als von dem Verfasser der „Pandora“. Sein Schicksal ist ein tragischer Protest gegen jenen zynischen Epikuräismus, welcher dem Verfasser der „Vier Jahreszeiten“[1] eine Lebensphilosophie ersetzte. Schon vor Kadidjas Selbstmord macht Buridan den Versuch, sein ganzes Leben unter eine höchste „Zensur“ zu stellen. Wo sucht er diese? Nicht in der Wissenschaft, nicht im sozialen

[1] Fr. Wedekind, „Vier Jahreszeiten“.

Kampfe, nicht in der Moral. In der Kirche, bei dem katholischen Gotte, bei den Münchener Pfaffen sucht der Zyniker und Verneiner den höchsten Sinn des Lebens. Er ladet einen Geistlichen zu sich ein, um mit ihm über die kirchliche Trauung mit Kadidja zu sprechen. „Auf jeden Fall kenne ich nichts Bedauernswürdigeres auf dieser Welt", sagt er zu dem Vertreter der Kirche, „als einen Dummkopf, der nicht an Gott glaubt. Seit frühester Kindheit suche ich den Einklang mit diesem Reiche. Seit frühester Kindheit suche ich das Einverständnis mit den Wissenden der ewigen Wahrheiten.... Sie glauben ja nicht, wie heiß, wie inbrünstig meine Seele nach dem Reiche verlangt, in dem zu wirken und zu kämpfen Sie das beneidenswerte Glück haben! Was gäbe ich in diesem Augenblick darum, wenn ich an Ihrer und Sie an meiner Stelle wären!"

Und als der intolerante Pfaffe die Hand zurückstößt, die sich nach geistigem Almosen ausstreckt, und als Kadidja sich vom Balkon auf das Pflaster stürzt, da schreit Buridan sich krümmend wie ein getretener Wurm: „Er läßt seiner nicht spotten! Er läßt sich nicht versuchen! O Gott! o Gott, wie unergründlich bist du." ... Welch ein Schluchzen verwaister Ohnmacht, welche Feigheit und geistige Armut! Und das nach einem Jahrhundert von Zerstörungen und Verneinungen. Ein elendes, bettlerhaftes, schmachvolles Ende!

Agrarisches Erbrecht.

Von **E. Thomaser.**

Das Höferecht für die Provinz Hannover hat auf dem in der zweiten Februarhälfte zusammengetretenen 41. hannoverschen Provinziallandtag eine Änderung erfahren, die, wenn sie die Zustimmung des preußischen Landtags findet, im Namen der „Erhaltung eines gesunden, leistungsfähigen Bauernstandes" tatsächlich einen beträchtlichen Teil des bäuerlichen Nachwuchses proletarisieren wird. Schon der Regierungsentwurf brachte eine gewaltige Bevorzugung der Anerben zuungunsten der Miterben, und diese Tendenz ist, gegen eine schwache städtische Opposition, vom Provinziallandtag noch bedeutend verschärft worden.

Das Höferecht, ein in den westlichen Provinzen weiter verbreiteter alter Rechtszustand, der aber im Hannoverschen besondere Bedeutung behalten hat, stellt eine Übertragung des „ritterschaftlichen" Güter- und Erbrechts mit seinen Fideikommissen und Lehnsgütern auf den bäuerlichen Besitz dar. Es ist eine beschränkte Fideikommißbildung im kleinen, zum Zweck der ungeteilten Erhaltung der Bauernhöfe, an der die Landesherren ein naheliegendes Interesse hatten, da sonst die Entrichtung der Tribute gefährdet war. Es bildete sich so ein Vorzugsrecht des ältesten Sohnes, das sogenannte Anerbenrecht, heraus, das nicht überall gleichmäßig kodifiziert wurde, aber doch der allen Vorzugs- und Sonderrechten abholden modern-bürgerlichen Rechtsauffassung erfolgreichen Widerstand leistete. Insbesondere in der Provinz Hannover wurde das Höferecht nach der Reichsgründung erst gesetzlich festgelegt und verankert. Das Höferechtgesetz, das der hannoversche Provinziallandtag im Jahre 1874 ausarbeitete, war eine Zusammenfassung der bäuerlichen Konventionen bei Übergabe des Hofes zu einer wirksameren, den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßten Sicherung des geschlossenen mittleren Besitzes, die ihren Zweck in hohem

Grade erreichte. Über 78000 Bauernhöfe sind in der Provinz Hannover in die „Höferolle“ eingetragen, gegen nur 25000 in der Nachbarprovinz Westfalen. Besonders im Osnabrückschen (wo es auch noch heute eine aus dem Ministerialentum des Mittelalters hervorgegangene Ritterschaft als privilegierte landschaftliche Korporation gibt) hat diese feudale Rechtsauffassung im Bauernstand noch feste Wurzeln.

Nach jenem Gesetz hat jeder Hofbesitzer das Recht, seinen Hof in die Höferolle eintragen zu lassen, was zur Folge hat, daß der Hof bis zu seiner Löschung, die jederzeit erfolgen kann, sich nach Höferecht vererbt. Danach fällt der Hof an den ältesten Sohn, der ein Drittel des Hofwertes als „Voraus“ erhält und sich in die übrigen zwei Drittel mit seinen Geschwistern gleichmäßig teilt. Die ursprüngliche Formulierung des Höferechtes hat bereits in den Jahren 1880 und 1884 Abänderungen erfahren. Seit dem Jahre 1891 beschäftigten sich nun Landwirtschaftskammer und Regierungsbehörden mit einer abermaligen Gesetzesänderung, die hauptsächlich im Hinblick auf eine wichtige Neuerung geplant war, die das Bürgerliche Gesetzbuch gebracht hatte, indem es dem überlebenden Ehegatten ein Erbrecht auf ein Viertel des Nachlasses einräumte. Von dieser Bestimmung befürchtete man, daß sie das Anerbeninteresse, die ungeteilte Erhaltung des Hofes in der alleinigen Hand des ältesten Sohnes, gefährden würde. Bereits im vorigen Jahre legte die Regierung dem Provinziallandtag, der ja den Anstoß zur gesetzlichen Formulierung des Höferechts gegeben hatte, einen Gesetzentwurf zur Begutachtung vor. Eine Kommission, die in diesem Jahre Bericht erstattete, hat im einseitigsten Interesse der Anerben noch Abänderungen an dem Regierungsentwurf vorgenommen, die auch vom Provinziallandtag gebilligt wurden.

Die wichtigsten dieser Abänderungsvorschläge, die auch bereits die Zustimmung der Regierung gefunden haben sollen, seien kurz aufgeführt:

Der Entwurf hatte, um die Gefährdung des Höferechtes durch das neugeschaffene Erbrecht des Ehegatten zu paralysieren, die Bestimmung aufgenommen, daß der überlebende Gatte im Fall des Verzichtes auf sein Erbrecht den Nießbrauch am Hofe erwirbt, und zwar sollte dieses Recht bis zum 25. Lebensjahr des Anerben gelten, darüber hinaus sollte der überlebende Gatte den Anspruch auf das Altenteil haben. Für den Fall, daß diese Vorschriften den Ehegatten nicht zum Verzicht erweichen, dieser vielmehr Erbteil und Vermögen in bar verlangt und dadurch den Erbteil des Anerben auf weniger als ein Viertel herunterdrückt, sollte sich nach der Regierungsvorlage das „Voraus“ des letzteren auf die Hälfte erhöhen. Diese Erhöhung des „Voraus“ hielt der Provinziallandtag zwar nicht für geboten. Es genügte ihm, wenn Voraus und Erbteil zusammen den halben Hofwert erreichen, diese Hälfte will der Provinziallandtag dem Anerben aber auch für alle Fälle gewahrt sehen, also auch dann, wenn nicht das Erbrecht des überlebenden Gatten, sondern eine übergroße Zahl von Geschwistern das Erbteil des Anerben auf weniger als ein Drittel schmälerte. Deshalb bestimmt § 16 des abgeänderten Entwurfes, daß dem Anerben als „Voraus“ und Erbteil zusammen stets mindestens die Hälfte des Hofwertes gebührt. Vergeblich bekämpfte Oberbürgermeister Struckmann (Hildesheim) diese „Ungerechtigkeit gegen die Miterben“.

Weiter sind die Miterben noch benachteiligt durch die Ausdehnung, die dem Begriff des Hofwertes gegeben wurde. Nach der Vorschrift des alten

Rechtes sind nur diejenigen Grundstücke zum Hof zu rechnen, die in der Höferolle vermerkt oder auf demselben Grundbuchblatt verzeichnet sind. Die Regierungsvorlage beseitigt diese Vorschrift und schlägt zum Hofwert alles, was wirtschaftlich oder herkömmlich zum Hof gehört. Der Entwurf bestimmte, daß der Hof mit dem zur Bewirtschaftung erforderlichen Inventar nach dem Reinertrag zu schätzen sei. Der Provinziallandtag ging in ausschließlicher Berücksichtigung des Anerbeninteresses noch über den Regierungsentwurf hinaus und änderte diesen dahin ab, daß das gesamte Wirtschaftsinventar in die Schätzung einzubeziehen sei. Der Hofwert umfaßt nun nach der abgeänderten Vorlage außer den eingetragenen gesetzlichen Bestandteilen des Hofes das gesamte Hofinventar und die mit dem Hofe verbundenen Gerechtsamen, insbesondere die Kaligerechtsame, sowie die dem Hofeigentümer persönlich zustehenden Realgemeindeberechtigungen.

Eine Lücke, die das alte Anerbenrecht noch hatte, wird durch den jetzigen Entwurf beseitigt mittels der Bestimmung, daß nach den Abkömmlingen die Ehegatten, danach die Eltern und schließlich auch die Geschwister und Geschwisterkinder als Anerben zu berufen sind. Bisher fällt bei kinderlosen Besitzern das Recht des Anerben weg und wird der Hof geteilt. Hier ist das sonst mit dem Anerbenrecht verbundene Familieninteresse, das Prinzip der selbständigen Erhaltung des Hofes in der Familie des Eigentümers durchbrochen. Nach dem Tode des kinderlosen Besitzers erbt die überlebende Frau den Hof, der also nicht mehr von der Familie, deren Abkömmling der Eigentümer war, übernommen werden kann. Schließlich sind auch in der Frage der Gütergemeinschaft die Wirkungen des allgemeinen bürgerlichen Rechtes auf das Höferecht aufgehoben. Durch eine Reihe kniffliger Bestimmungen wird erreicht, daß auch im Falle der Gütertrennung das Anerbenrecht zur Anwendung gelangt.

Die Einseitigkeit und Rücksichtslosigkeit, womit das Recht des Anerben durchgeführt wird, und die den minder glücklichen Erben unter Umständen verpflichtet, betteln zu gehen, wenn er hungrig ist, soll nach den Motiven des Entwurfes keine Bevorzugung des Anerben um seiner selbst willen bedeuten, sondern nur die Zersplitterung des Hofes verhüten. Dazu gehörten aber auch entsprechende Vorschriften für den Anerben. Tatsächlich werden diesem aber nur für die verhältnismäßig kurze Zeitspanne von fünfzehn Jahren Pflichten dieser Art auferlegt, die ihm den Verkauf aber auch nur erschweren, keineswegs verbieten. Bei einem Verkauf innerhalb fünfzehn Jahren hat der Anerbe außer dem „Voraus" den Mehrerlös nach Abzug seiner Aufwendungen für wirtschaftliche Verbesserungen unter die Miterben zur Verteilung zu bringen.

Der Regierungsentwurf will dem Anerben für diesen Fall außer dem Voraus gar nur denjenigen Teil des Mehrerlöses streitig machen, der das Doppelte des Annahmewertes übersteigen sollte. Wartet aber der Anerbe seine fünfzehn Jährchen ab, so kann er auf jeden Fall den Hof verkaufen, ohne den Miterben aus dem Erlös einen Pfennig zu schulden.

Nennenswerten Widerstand fand der Entwurf nur bei dem bereits erwähnten Oberhaupt der Stadt Hildesheim. Oberbürgermeister Struckmann hatte bereits in der Kommission das Recht der „Enterbten" vertreten und stellte im Plenum fleißig Abänderungsanträge, die aber regelmäßig abgelehnt wurden. Da er auch preußischer Herrenhäusler ist, wird er bei den Verhandlungen im Landtag seine Anträge zweifellos wiederholen, und es ist möglich,

wenn auch bei der Stellungnahme der Regierung nicht wahrscheinlich, daß
seine staatserhaltenden Gesichtspunkte, um die er so wenig verlegen ist wie
seine Gegner, auf die Preußenkammern tieferen Eindruck machen werden
als auf die hannoverschen Agrarier. Denn auch Oberbürgermeister Struckmann
weiß, daß das verletzte Rechtsbewußtsein allein keine entscheidende Instanz
m Staate Preußen ist. Folglich bekämpfte er die Junker mit den von ihnen
elbst geborgten Waffen der Staatserhaltung, indem er — die Sozialdemo-
kraten als die politischen „Anerben" eines einseitigen Höferechtes vorführte.
Die Bauernsöhne, so meinte Oberbürgermeister Struckmann, und vielleicht mit
Recht, die mit geringen, für eine wirtschaftlich selbständige Existenz nicht aus-
reichenden Mitteln abgefunden sind, würden mit größter Leichtigkeit den
Lockungen der Sozialdemokratie zum Opfer fallen. Man würde bei Annahme
der die Anerben übermäßig begünstigenden Bestimmungen bald genötigt sein,
das Gesetz abermals zu ändern, um zu verhüten, daß die bäuerliche Bevölke-
rung „mit unzufriedenen Elementen durchsetzt" und so „geschädigt" werde.
Daß die „angeborene Liebe zur Scholle", zum „heimatlichen Hofe" bei den
urückgesetzten Miterben als ideale Hemmungsmomente gegen sozialdemokra-
ische Neigungen in Betracht kommen können, glaubt der nationalliberale
Oberbürgermeister nicht. Die kompakte agrarische Majorität empfing seine
taatserhaltende Retourchaise natürlich mit stürmischen „Ohos" und spöttischen
Zurufen. Landrat v. Wense verteidigte die Vorlage als eine Veranstaltung
ur Erhaltung eines „gesunden Bauernstandes" und des Staates, dessen Rück-
rat der „Bauernstand" sei. Abgeordneter Dr. v. Brünnecke, K. Kammerherr
und Rittergutsbesitzer, erklärte unter „lebhafter Zustimmung", die Bedenken
es Oberbürgermeisters Struckmann nicht zu teilen. Es sei, so meinte dieser
onderbare Schwärmer, „gar kein Zweifel", daß das Ziel, „die Wirtschafts-
ähigkeit des Anerben zu sichern", den Miterben höher stehen werde als
ie „paar Mark", die ihnen bei der Erbschaftsteilung zufließen. Herr
Dr. v. Brünnecke hat einen Glauben an den ethischen Idealismus der
iedersächsischen Bauern, der Berge versetzt. Tatsächlich gibt es so leicht keine
ndere Gesellschaftsklasse in Deutschland, die ihre materiellen Rechtsansprüche
mit der gerichtsbekannten Zähigkeit dieser Bauern verteidigt. Der illusions-
tarke Königliche Kammerherr meinte weiter, es dürfe nichts unterlassen werden,
um einen starken, in seinem Besitz gesicherten Bauernstand zu erhalten", in
em am tiefsten „die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer starken Staats-
gewalt" wurzle. Wir bezweifeln, daß die enterbten Bauernsöhne noch ein
altbares Erdreich für die „Wurzeln" der kammerherrlichen „Erkenntnis" ab-
eben werden, weil wir wissen, daß die staatsfreundliche Gesinnung in diesen
reisen mit dem Quadrat des Vorteils wächst, den der Staat ihnen zu-
hanzt — und umgekehrt! Danach scheint es uns aber auch, daß hier die
taatserhaltende Phrase gegen die Agrarier mit mehr Recht fruktifiziert
urde, als sie ihnen zur „Begründung" des erbschleicherischen neuen Höfe-
echtes dienen konnte! Oberbürgermeister Struckmann wird schon recht be-
alten. Das agrarische Erbrecht in der Provinz Hannover wird in seiner ver-
chärften Form die Unzufriedenheit und Proletarisierung der bäuerlichen Be-
ölkerung gewaltig fördern, und der lachende „Anerbe" könnte sehr leicht die
Sozialdemokratie sein!

Literarische Rundschau.

Soziale und andere interessante Gemeinwesen, unbefangen geschildert von Leopold Katscher, Verfasser von „Was in der Luft liegt", „Wie es in der Welt zugeht" usw. Dresden, E. Piersons Verlag. XVI und 277 Seiten kl. Oktav. Preis 2 Mark.

Wenn auch der wissenschaftliche Sozialismus über das Stadium des Utopismus längst hinausgeschritten ist, so wird doch auch der heutige Sozialist stets ein gewisses Interesse für die praktischen Versuche sozialistischer Gemeinwesen behalten, wie sie ein scheinbar unausrottbarer optimistisch-idealer Trieb sogar inmitten der heutigen kapitalistischen Welt immer wieder zu errichten versucht hat. Und da unsere eigene Literatur, mit dringenderen Aufgaben beschäftigt, bisher nur wenig darüber gebracht hat, so würde man eine „unbefangene" und gründliche Darstellung auch von unserer Seite gewiß willkommen heißen. Allein bei Katscher hapert es zunächst an der Gründlichkeit. Er will zu viel des Guten bringen und behandelt infolgedessen kein einziges Gemeinwesen eingehend, so daß der Leser das Buch trotz des angenehm unterhaltenden Stiles, in dem es geschrieben ist, schließlich unbefriedigt aus der Hand legt. Der Verfasser will sich zwar auf die bei uns am wenigsten bekannten und zugleich doch sozial bedeutsamsten und interessantesten Gemeinwesen des neunzehnten Jahrhunderts beschränken, allein er bringt es in seinem kleinen Buche doch zur Darstellung nicht etwa bloß der auf rein religiöser Grundlage ruhenden (drei) und „streng kommunistischen" (sieben), sondern auch der verschiedensten anderen, als da sind staatssozialistische Arbeitslosenansiedlungen in Australien, Hertzkas Freiland, Oppenheimers Siedlungsgenossenschaft, ungebaute Idealstädte, „Industrie-Gartenstädte", A. K. Owens Genossenschaftsstadt in Mexiko, soziale Rettungskolonien der Heilsarmee und schließlich sogar zwei aus dem siebzehnten Jahrhundert stammende soziale kleine Einzelvorkommnisse (das Dorf Mardyk bei Dünkirchen und die schottische Insel St. Kilda). Wer noch nie von allen diesen Dingen gehört hat, wird gewiß mit Interesse die klar und frisch geschriebenen Feuilletons lesen, auch manches interessante Material darin finden, aber keine eigentliche Belehrung davontragen. Und ist nur die Darstellung wenigstens völlig „unbefangen", wie Katscher merkwürdigerweise auf dem Titelblatt ausdrücklich zu versichern für nötig hält? Man glaubt es zunächst, wenn man die verschiedenartigen kommunistischen Ansiedlungen (fast sämtlich in Amerika) wirklich mit einiger Sympathie geschildert sieht und Sätze liest wie die: „Natürlich beweist der Mißerfolg so vieler kommunistischer und sozialistischer Kolonien nicht, daß die jetzige Wirtschaftsordnung eine gute sei. Auch beweist es nicht, daß kleine Sozialkolonien bei richtigerer Organisation nicht immerhin prosperieren könnten" (S. 84). Auch ist der Hauptgrund des Scheiterns so mancher derartiger Versuche richtig darin gesehen, daß sie, „arm, vereinsamt und friedfertig nicht anzukämpfen vermochten gegen den Streit, die Konkurrenz und die Riesigkeit der sie umgebenden neuzeitlichen Welt, insbesondere der industriellen" (S. 19), die gegen eine absolut friedliche Kolonie à la Bellamy sogar ihre Soldaten und Kanonen aufbot (S. 97). Und es mag eben seinem im Grunde individualistischen Standpunkt entsprechen, wenn er die „wirklich genialen" Ideen Theodor Hertzkas preist, der „kein Sozialdemokrat, kein Kommunist, kein Umstürzler" ist (S. 146), oder die „Freilandsatzungen" des „originalen Denkers" Franz Oppenheimer, der „durch Verbindung und Hochentwicklung dieser drei Sterne erster Größe am Wirtschaftshimmel (!)" — gemeint sind Genossenschaftswesen, Bodenreform und Gewinnbeteiligung — „drei Fliegen mit einer Klappe töten und so eine annähernde Lösung der vertrackten sozialen Frage herbeizuführen suchen will" (so S. 147: eine Stilblüte, wie sie sich so toll sonst in Katschers Schrift doch nicht wiederfindet). Tiefer lassen schon Sätze blicken wie die, mit denen die Schilderung des „ikarischen Experimentes" abschließt: „Der Kommunismus widerstrebt der menschlichen Natur. Er statuiert eine Tyrannei, welche sich besser veranlagte Naturen auf die Dauer

nicht gefallen lassen können" (S. 69). Aber der praktische Zweck und der eigentliche Sinn des Büchleins ist uns doch erst aufgegangen, als wir das Kapitel von den „Industrie-Gartenstädten" zu lesen bekamen. Die diesen schönen Namen tragenden „Gemeinwesen", die über den grünen Klee gelobt werden, sind nämlich — Gründungen englischer und nordamerikanischer Industriekönige à la Krupp und Stumm. Mögen einzelne von ihnen auch noch so viel an materieller Wohlfahrt bieten und „das Entzücken aller sie besuchenden Sozialreformer sein" (S. 188): der Besitzer gerade des von Katscher als das allerschönste geschilderten „Arbeiterparadieses" (Port Sunlight bei Liverpool) und dessen „unumschränkter Herrscher" spricht zur offenbaren Verwunderung unseres Autors seinen wahren Zweck sehr offen aus. „Herr Lever leugnet dabei, ein Philanthrop zu sein; alles sei Geschäftssache" (S. 182). Und am Schlusse seiner Schilderung der Arbeiterstadt der „Pullmanschen Palastwagengesellschaft" sieht Katscher sich doch genötigt, folgende für ein Arbeiter„paradies" sehr sonderbaren Tatsachen festzustellen: „Trotz der großen Vorteile, welche die Angestellten der Firma Pullman hier genießen, schlossen sie sich großenteils dem Debsschen Riesenstreik von 1894 an — ein Umstand, der den Beweis lieferte, daß das damalige Personal mit der Gesellschaft nicht durchweg (!) auf gutem Fuße stand. Es gilt (!) für ausgemacht, daß eine der Ursachen in der Unmöglichkeit lag, an Ort und Stelle Häuser zu kaufen oder Grund zu erwerben. Auch gelten (!) die Wohnungsmieten für zu hoch, denn sie verschlingen ein Fünftel bis ein Drittel des Lohnes und werden bei Lohnermäßigungen nicht ermäßigt. Ferner ist die Verwaltung der Protektionswirtschaft beschuldigt worden — ob mit Recht, steht nicht fest. (!) Ein großer Übelstand besteht im Mangel an einer unabhängigen Lokalzeitung. Seit dem erwähnten Streik lehnt die Firma die Anstellung von Mitgliedern des Debsschen ‚Amerikanischen Arbeiterverbandes' ab." Die amerikanischen Gerichte müssen wohl anders über Pullman City denken als Herr Katscher, der trotzdem von deren „ethischen" Einrichtungen und dem „Weitblick" und „Hochsinn", welche sie ins Leben gerufen, zu reden die Stirne hat; denn sie haben, wie er selbst S. 205 erzählt, im Jahre 1899 der Gesellschaft das gesetzliche Recht abgesprochen, auf Grund ihres Statuts ein derartiges Industriegemeinwesen zu bebauen und zu erhalten, und ihr zu dessen Auflösung eine Frist von zehn Jahren gewährt (die also im kommenden Jahre abläuft). Den weiteren Verlauf der Sache verrät uns der Herr Verfasser leider nicht.

So ist es denn auch mit der unter dem Titel versicherten „Unbefangenheit" unseres Autors schlecht bestellt, wenn er selbst vielleicht auch daran glauben mag. Seine Feuilletons sind ja ganz unterhaltsam zu lesen und bieten im einzelnen auch öfters interessantes Material. Das ist aber auch alles. Das, was wirklich „in der Luft liegt" und „wie es" wirklich „in der Welt", nämlich der sozialen, „zugeht", vermag er trotz seiner „sozialen Studien" und „sozialen Zeittagebücher", wie diese lieblichen Titel tragen, entweder nicht zu sehen, oder er will es nicht sehen. Ph.

Wiener Lehrlingselend. Im Auftrage der Vereinsleitung (Verein genossenschaftlicher Gehilfenvertreter in Wien) verfaßt von Karl Metschl. Wien 1907, Verlag des Vereins. 56 Seiten. 8°.

Die Literatur über das Lehrlingswesen ist im Deutschen Reiche fast völlig verfegt. Mit der Zurückdrängung der handwerksmäßigen Betriebsform verminderte sich das Interesse an den Arbeiterfragen im Kleinbetrieb. Der jugendliche Arbeiter spielt im deutschen Wirtschaftsleben eine erheblich größere Rolle als der Lehrling. Noch nicht so weit ist man in Österreich, wo das Interesse der Arbeiterschaft an Handwerksgenossenschaften weit größer ist, als im Deutschen Reiche das an den Innungen, Handwerkskammern und dergleichen Die Versuche von Gewerkschaftskartellen, den Gehilfenausschüssen Leben einzuflößen, hatten in Deutschland meist wenig Erfolg. In Österreich ist dies anders, da spielt sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der gewerk-

schaftlichen Kämpfe im Rahmen der Zwangsgenossenschaften (Innungen) ab, die Arbeiter nützen nicht bloß alle ihnen vom Gesetz eingeräumten Rechte aus, sie suchen ihren Einfluß auch auf Gebieten wirksam zu machen, wo bloß die „Meister“ und nicht die „Gesellen“ etwas zu bestimmen haben. Das beweist die hier angezeigte Schrift, die als Materialiensammlung sehr wertvoll ist. Man kann sich da unterrichten über viele und eigenartige Methoden der Lehrlingsausbeutung, über Klassenjustiz gegen Lehrlinge, über christlich-soziale Mittelstandsrettung, über Lehrlingszüchterei, Lehrlingsskalen, über Pflichten und Rechte der Eltern den Lehrlingen gegenüber, dann auch über das Elend der Waisen, über die Verwahrlosung der Jugend und vieles andere.

Eine Stelle möge aus dem bei aller Schlichtheit der Darstellung aufregenden Schriftchen angeführt werden: „... wenn von einer Verwahrlosung der heutigen jungen Leute gesprochen wird, wenn der Vorwurf erhoben wird, daß die Lehrlinge schon Zigaretten rauchen, Bier trinken, zu Tanzmusiken gehen, spät nachts heimkehren, kurzum, ein Teil derselben ganz verludert ist, so kann man ruhig zur Antwort geben: an diesen Zuständen sind die gewissenlosen Lehrlingszüchter schuld.“

Der Umfang der Lehrlingszüchterei wird beleuchtet durch die Angabe aus der amtlichen Statistik, daß die Meister von 161 österreichischen Zwangsgenossenschaften ausschließlich Lehrlinge und gar keine Gehilfen beschäftigen. Nicht weniger als 342 Genossenschaftler hatten doppelt so viel oder noch mehr Lehrlinge als Gehilfen. Hieraus erkennt man, daß aus dem Lehrlingselend die Not der Gehilfen herauswachsen muß. Auch außerhalb Österreichs verdient das Schriftchen gelesen zu werden. ad. br.

Notizen.

Ein Strohhalm. Genosse Calwer hat statistisch zu beweisen versucht, daß von 1895 bis 1906 sich die Lage der deutschen Arbeiter außerordentlich gehoben habe. Die Wertlosigkeit dieser Statistik ist im „Vorwärts“ bereits dargetan worden, die bürgerliche Presse versucht sie natürlich trotzdem für sich auszuschlachten.

Ein Beispiel genügt zu zeigen, wie unsere Gegner aus Calwer Kapital schlagen. Im 7. Heft dieses Jahrganges des „März“ schreibt dort ein Herr Gothus unter Anpreisung der fraglichen Statistik:

> „Richard Calwer ... ist unter den Sozialdemokraten einer der wenigen unerschrockenen Gelehrten, die dem Popanz des Marxismus fest ins Auge zu blicken und, aller Doktrin zum Trotz, die Wahrheit zu sagen gewagt haben. Diese Wahrheitsliebe hat dem aufrechten Mann bekanntlich seine sozialdemokratische Stellung in Braunschweig gekostet; er ist wegen Mangel an Rechtgläubigkeit auf dem üblichen Wege ‚geflogen‘. Für die Sache politischer Freiheit ist dieser Mann Goldes wert, weil er auch ferner durch seine Forschungen zur Ernüchterung von Berauschten beizutragen und das Postament eines Götzen zu unterhöhlen nicht umhin kann.“

Welch eine Sorte „politischer Freiheit“ das ist, für die Herrn Gothus Calwer „Goldes wert“ erscheint, erfahren wir eine Seite später. Dort wird gejammert:

> „Ebenso ist neuerdings die ‚Geschichte des niederen Volkes in Deutschland‘, die — wie der treue Volksmann Friedrich Haußmann auf seinem Sterbebett und andere unbefangene Männer mit ihm ausgesagt haben — der Liebe zum deutschen Volk ihre Entstehung verdankt, in der ‚Neuen Zeit‘ von F. M. in geradezu niederträchtiger Weise beschimpft und anrüchig gemacht worden. Deutsche Arbeiter sollen verhindert werden, sie zu lesen. Weshalb? Weil ihr Verfasser den Marxismus als überlebt hinstellt und sich von ihm so wenig wie Richard Calwer imponieren läßt.“

Wer die Besprechung Mehrings (im vorigen Bande, S. 536) nachliest, wird finden, daß Mehring sich gegen das Buch nicht deshalb wendet, weil es den

Marxismus als überlebt hinstellt, sondern weil es selbst radikalen bürgerlichen Demokraten gegenüber eine reaktionäre Haltung einnimmt, die Sansculotten von 1793 eine „Banditenwirtschaft“, Marat und Robespierre „feige Aasgeier“ nennt, die Berliner Märzrevolution als das Werk „einer Menge auswärtigen Gesindels“ brandmarkt. War das alles „Marxismus“?

Man sieht, die „politische Freiheit“ des Herrn Gothus, für die Calwer Goldes wert sein soll, ist allerdings „anrüchig“.

Sollte Herr Gothus aber identisch sein mit dem hinter dem Pseudonym Eccardus versteckten Verfasser der „Geschichte des niederen Volkes“, die er hier bei den Haaren in die Besprechung der Calwerschen Statistik hineinzieht? Das Schimpfen auf die wirklichen Verfechter politischer Freiheit versteht er ebensogut wie Eccardus. Folgendes Sätzchen bezeuge das noch:

> „So vernichtet die offizielle Sozialdemokratie Vernunft, Wissenschaft und Volksfreundlichkeit, bis sie zuletzt von der Statistik ihr *dummes Zeug um die Ohren geschlagen bekommt.*“

Sind Herr Gothus und Herr Eccardus dieselbe Person, dann begreift man dieses überschäumen sittlicher Entrüstung, aber weniger begreiflich ist es, daß sich die Redaktion des „März“ dazu hergibt, derartiges zu drucken. Hat sie doch Marxisten und Vertreter der „offiziellen Sozialdemokratie“ selbst aufgefordert, durch ihr „dummes Zeug“ den Inhalt des „März“ zu bereichern, wie der Artikel Viktor Adlers beweist. Sie läuft Gefahr, daß künftighin Marxisten und „offizielle Sozialdemokraten“ es vorziehen, ihr „dummes Zeug“ dem „März“ „um die Ohren zu schlagen“.

Freilich, der „März“ hat auch Ehren-Peters zur Mitarbeiterschaft aufgefordert. Die Märzensonne bescheint mit gleicher Liebesglut Gerechte und Ungerechte. Dies ist bezeichnend für den Charakter der heutigen bürgerlichen Demokratie. Er steht auf gleicher Höhe mit ihrer Intelligenz. Die letztere erhellt aus dem Schlußsatz der Glosse:

> „Gelehrte wie Richard Calwer werden uns helfen, die gewaltigen Kräfte der deutschen Lohnarbeiter für volkstümliche, im besseren Sinne demokratische Politik zurückzugewinnen.“

Das bildet sich der „März“ in dem Moment ein, wo die letzten Reste der deutschen Lohnarbeiterschaft, die noch unter der Fahne der bürgerlichen Demokratie marschierten, sie verlassen um ihres beispiellosen Verrats aller demokratischen Interessen willen, die im Deutschen Reiche nur noch von der Sozialdemokratie verfochten werden.

Aber gerade diese Situation macht freilich das Zutrauen zu Calwer erklärlich. Der Ertrinkende klammert sich an einen Strohhalm, warum nicht die bürgerliche Demokratie an einen Calwer? K.

Genosse Michels sendet uns eine längere polemische Richtigstellung der in unserer Zeitschriftenschau der Nr. 20 enthaltenen Inhaltsangabe seines Artikels über den Essener Parteitag. Es genügt wohl, kurz den Sinn seiner Mitteilung dahin zu resümieren, daß man aus der Bemerkung der Rundschau, Michels sei früher Mitglied der deutschen Partei gewesen, nicht schließen dürfe, er sei nicht mehr Sozialist. Da er jetzt in Italien lebt, gehört er der italienischen Partei an. Ferner protestiert er gegen die Behauptung, die lauten Schreier seien ihm die revolutionärsten. Im Gegenteil, in Übereinstimmung mit den Revisionisten finde er, daß die deutsche Sozialdemokratie zu „laut schreie“ und dadurch „ästhetisch abstoßend und politisch unklug“ wirke, da sie nicht energisch handle.

Bürgerliche und proletarische Presse. Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 27 der „Neuen Zeit“ vom 3. April wird in dem ↗ Artikel des Berliner Mitarbeiters (S. 3) die Behauptung aufgestellt, daß der Verein Arbeiterpresse „sich solidarisch mit der bürgerlichen Presse erklärte“.

Diese Behauptung ist durchaus unzutreffend, wie nachstehender Wortlaut de[r] am 23. März abgesandten Zuschrift beweist:

„Der unterzeichnete Vorstand des Vereins Arbeiterpresse beglückwünscht di[e] Pressevertreter auf der Tribüne des Reichstags zu ihrer energischen Abwehr un[-] gerechtfertigter und beleidigender Angriffe und wünscht ihnen vollen Erfolg i[n] ihrem Kampfe."

Aus obigem Wortlaut ergibt sich, daß der Vorstand des Vereins Arbeiterpress[e] sich nicht mit der „bürgerlichen Presse" solidarisch erklärt hat, sondern nu[r] mit den auf der Journalistentribüne des Reichstags beschäftigte[n] Pressevertretern und auch nur für einen ganz bestimmten einzelnen Fall in dem die Journalisten von einem Abgeordneten öffentlich in gröblichster Weis[e] beleidigt wurden, ohne daß sie den Schutz des Reichstagspräsidenten erhielten. Fü[r] die in diesem Falle von den Parlamentsjournalisten sämtlicher Partei[-] richtungen, einschließlich unserer Genossen, einmütig beschlossene und durch[-] geführte Abwehr hat der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse seine Sympathie er[-] klärt — nicht mehr und nicht weniger.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse.

Zeitschriftenschau.

Die Märznummer der „International Socialist Review" fängt an mi[t] einem Gedächtnisartikel **„Zur Erinnerung an Karl Marx"** von John Sparg[o]. Der Autor bemüht sich vor allem, die liebenswürdige Seite der Person hervorzu[-] heben, wobei ein Stich ins Biedermännische nicht fehlt. Namentlich kommt de[r] klare Denker Marx zu kurz, wo Spargo so weit geht, die freundliche Toleran[z] gegenüber etwaigen religiösen Ansichten seiner Bekannten dadurch zu erklären, da[ß] er annimmt, Marx sei ein Agnostiker gewesen. So nennen sich in England un[d] Amerika Leute, die zwar auf materialistischem Standpunkt stehen, aber nicht di[e] Courage haben, das zu gestehen, und erklären, über Gott könne man nichts wisse[n]. Man könne ihn also auch nicht leugnen.

„Roosevelts Stelle in der Geschichte" behandelt Robin E. Dunbar. Roose[-] velt hat nichts von einem bedeutenden Staatsmann; er ist ein schlauer Politike[r], der zwei Methoden ausgiebig zu seinem Emporkommen ausnutzt, Pose und Reklam[e]. Aber er ist keine kräftige Persönlichkeit, die eine bestimmte eigene Politik zu biete[n] hatte. Mit seiner Popularität hätte er wichtige administrative Reformen, soga[r] gegen den beschränkten Eigennutz der Trusts, durchsetzen können. Er blieb jedoc[h] immer nur der Zeitungsheld. Und als die Krise das Ansehen seiner von der Gun[st] der Trustherren lebenden Partei brach, war es mit seiner Macht zu Ende; sei[n] Streben, zum dritten Male Präsident zu werden, muß daran zerschellen.

Mit der Frage der sozialistischen Einigung befassen sich mehrere Artikel. Au[f] sie zielt die Übersetzung eines Briefes von Marx an Bolte aus dem Jahre 187[1] (Sorge, Briefwechsel, S. 36) hin, wo Marx sich **„Über Sektiererei und Dogma[-] tismus"** und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung äußerte. Die Wiedergabe diese[r] Äußerungen soll hier offenbar die andere De Leonsche sozialistische Partei treffe[n] (die Socialist Labor Party, S. L. P., im Unterschied von der Socialist Party, S. P.).

Ausführlich behandelt Ernest Untermann die Frage der Einigung in eine[m] Aufsatz **„Warte und überlege"** (Pause and Consider). Eine Vereinigung kan[n] durch Resolutionen allein — wie die Amsterdamer — nicht verwirklicht werde[n], wenn die dazu nötigen Bedingungen nicht vorhanden sind. Wenn über grundsätzlich[e] Anschauungen eine Differenz besteht, kann man sich über die Taktik nicht einige[n]. Solange die Mitglieder der S. L. P. die Einigung mit der Absicht annehmen wolle[n], die S. P. aus dem angeblichen Sumpfe der Korruption, der Verbürgerlichung un[d] des Reformismus zu retten und die von ihnen vertretenen „revolutionären" Prin[-]

ipien an deren Stelle zu setzen, kann die Einigung nur der Anfang endloser Streitigkeiten innerhalb der Partei sein. Wie es aber mit ihren revolutionären, ch immer auf den Marxismus berufenden Prinzipien bestellt ist, zeigen die Äuße-ungen von Engels, der selbst in der „New Yorker Volkszeitung" den starren Dog-atismus der S. L. P. bekämpfte und ihn für eine lächerliche Parodie des Marxis-ius erklärte.

Besonders heute wäre der Zeitpunkt der Einigung schlecht gewählt, da die auptsächlichste Streitfrage, die Gewerkschaftsfrage, sich in einer Entwicklung be-ndet, deren Ausgang man noch nicht voraussehen kann. Der Autor gibt dann ine historische Übersicht über diese Frage. Die Gewerkschafter, die den Sozia-smus kannten und sich deshalb in dem allgemeinen Gewerkschaftsverband (A. F. L.) iit seinem bürgerlichen Geiste nicht wohl fühlen konnten, gründeten einen neuen erband, die „Industrial Workers of the World", der neben dem alten und in eundschaftlichem, ergänzendem Verhältnis zu ihm stehen sollte. Sofort drangen a jedoch die Reste der früher von der S. L. P. der A. F. L. gegenüber errichteten ozialistischen Gewerkschaften ein, fingen einen scharfen Kampf gegen die A. F. L. n, versuchten diese in jeder Weise zu schädigen und hemmten die allmähliche An-äherung der Masse der Gewerkschafter an die sozialistische Partei. Diese Geschichte ann als Warnung dienen. Die Gewerkschaften werden jetzt durch die Umstände unsere Richtung getrieben, und es treten immer freundschaftlichere Beziehungen vischen Partei und Gewerkschaften auf. Dieser Prozeß soll nicht durch das Ein-ringen einer Anzahl beschränkter, intoleranter Dogmatiker in unsere Partei gestört erden. Außerdem würde dies allerhand Streitfragen in die Partei bringen, über ie wir sonst ganz einig waren; ein großer Aufwand von Kraft und Zeit würde inneren Kämpfen vergeudet werden müssen, den wir für die Propaganda ringend bedürfen. Deshalb keine vorschnelle künstliche Einigung. Zuerst soll die . L. P. ein besseres Verständnis für die Theorie und die Praxis der Arbeiter-ewegung zeigen.

Der Herausgeber Charles H. Kerr erklärt sich in einer der redaktionellen otizen, die den eigentlichen Artikeln folgen, mit der Ansicht Untermanns nicht nverstanden. Dieser urteile als ein weit von der unmittelbaren Praxis entfernter heoretiker; die Arbeiter jedoch, die im Tageskampf stehen, fühlen das Bedürfnis ach Einigung. In den industriellen östlichen Staaten, namentlich in New York, o die Masse der Mitglieder der S. L. P. sitzt, bilden sie eine gar nicht zu ver-achlässigende Gruppe. Kerr gibt im Gegensatz zu Untermann als seine Erfahrung n, daß durchschnittlich die Mitglieder der S. L. P. theoretisch besser durchgebildet nd als die der eigenen Partei, was aus dem rapiden Wachstum der letzteren, amentlich auch in Agrargegenden, leicht verständlich ist. Mögen die anderen etwas ogmatisch sein, so wissen sie wenigstens über die Marxschen Lehren einigermaßen escheid. Er ist also für eine baldige Einigung. Da das Exekutivkomitee der . P. eben einen Antrag zur gemeinsamen Beratung der beiden Parteien über die inigung abgelehnt hat und die Sektionen und Mitglieder der S. L. P. einladet, nzeln der S. P. beizutreten, rät der Herausgeber, beide Parteien sollen vorläufig re Wahlprogramme und Kandidaten aufstellen, gemeinsam die Wahlschlacht führen nd nachher die Einigungsverhandlungen wieder aufnehmen, die dann gewiß leichter onstatten gehen werden.

Die holländische Revue „De Nieuwe Tijd" bringt ein Schlußwort von L. Heyer-ans in seiner hier mitgeteilten Kontroverse mit Wibaut über **„Frauenarbeit"**. ie Frauenarbeit in Fabriken ist notwendig für die Emanzipation der Frauen; sie efährdet aber die Gesundheit und die Kraft des kommenden Geschlechtes. In der Bahl zwischen beiden haben wir uns für die Frauenarbeit entschieden; aber dann ersteht es sich, daß es mit schwerem Herzen und ohne Begeisterung geschieht. Vor lem sollen wir die Forderung von Einrichtungen, die die Übel einigermaßen ein-immen (Schutzgesetze usw.) voranstellen, und wo sie fehlen, die Fabrikarbeit der

Frauen nur als schlimmes Übel ansehen, mit dem man sich bloß im Notfall ver-söhnen kann.

F. van der Goes führt seine im Januarheft angefangene Studie über **„Die Armut, früher und jetzt“** weiter. In dem ersten Teil wird die vorkapitalistisch Armut behandelt. In der ökonomischen Grundlage der einfachen Warenproduktion liegt die Möglichkeit der Armut der Produzenten unmittelbar zutage. Der Wert des Produkts, also das Quantum Lebensmittel, das der Produzent beim Verkauf bekommt, hängt nicht nur von seiner eigenen aufgewendeten Arbeitszeit ab, sondern auch von der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die er nicht kennt. Besonder Umstände — reiche Ernten, Einführung von Maschinen — können letztere bedeutend verringern, und dann haben die Produzenten nur wenig Wert hervorgebracht, trotz ihrer langen Arbeitszeit; dann ist Armut der Lohn ihres fleißigen Schaffens. So besteht theoretisch die Möglichkeit der Armut schon bei den einfachen Warenprodu-zenten; zur massenhaften Wirklichkeit wird diese Möglichkeit aber erst mit dem Emporkommen der Maschinen, die die kleinen Produzenten zurückdrängen. In der Blütezeit der einfachen Warenproduktion fehlten die Voraussetzungen dafür und hatte die Gesellschaft allerhand Schutzmittel gegen solche Ursachen der Armut vor-gesehen. Im Mittelalter fehlten die Faktoren, die starke Änderungen und Schwan-kungen im Wert hervorbringen konnten; Angebot und Nachfrage waren bekannt und fest, der Umkreis der in Verkehr tretenden Produzenten gering, eine kräftig Konkurrenz fehlte. Daher die unter anderem von Inama-Sternegg konstatierte außer-ordentliche Beständigkeit der Wertverhältnisse. Zwar fehlten die revolutionäre Kräfte nicht, die diese festen Verhältnisse zu zerstören suchten: das Wucher- und Handelskapital. Die ganze ökonomische Gesetzgebung des Mittelalters ist ein Ver-such, die alte natürliche Ordnung gegen diese Zerstörung, gegen die Ausbeutung der Konsumenten durch das Geldkapital zu schützen. Die der alten unveränder-lichen Erfahrung entnommene Auffassung eines natürlichen Preises der Waren gab den Rechtsboden zu den Maßnahmen der Behörden ab, diese Preise künstlich auf-rechtzuhalten, damit den Produzenten ihr Einkommen und den Konsumenten ihr Lebensbedarf erhalten bliebe. Im Mittelalter kam durch diese Einrichtung die Armut der Produzenten als normaler Fall nicht vor.

Nur wer nicht produzieren konnte, wer seine Produktionsmittel verloren hatte, zu alt, zu jung oder zu schwach zum Arbeiten war, war der Armut preisgegeben. Für sie dienten die Unterstützungseinrichtungen, in denen das alte kommunistische Prinzip des Rechtes auf Lebensunterhalt nachwirkte. Mit dem Kapitalismus nimmt die Armut neue Formen an, indem sie für eine ganze Klasse, der die Produktions-mittel fehlen, der normale Zustand wird. Damit kommt ein neues Prinzip in die Armengesetzgebung; ein Recht auf Lebensunterhalt wird nicht mehr anerkannt. Die Hauptsorge geht einerseits dahin, daß die Arbeitsfreudigkeit und die Anspruchs-losigkeit des Proletariats nicht durch die Armenunterstützung gefährdet werde, andererseits, daß keine für die öffentliche Sicherheit gefährlichen Hungerrevolten entstehen. Das englische Armengesetz der Königin Elisabeth von 1601 bildet den Anfang der kapitalistischen Gesetze; sie verordnete auch Beschaffung produktiver Arbeit für die arbeitsfähigen Armen. In modern-kapitalistischem Sinne wurde es revidiert in dem berüchtigten Armengesetz von 1834. Neuerdings ersteht aus der Einsicht, daß die Armut unter dem Kapitalismus nicht auszurotten ist, und aus der Furcht vor den revolutionären Absichten des Proletariats das Streben, seine Armut durch allerhand Versicherungen zu lindern, die es selbst zu bezahlen hat. — Der Kapita-lismus hat erst die Massenarmut einer produktiven Klasse geschaffen; aus den Schriften verschiedener bürgerlicher Schriftsteller werden Beweise angeführt, daß in normalen Umständen die Arbeiter in früheren Jahrhunderten viel besser leben konnten als in der Gegenwart.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 29 Ausgegeben am 17. April 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Freisinn und unser Wahlkampf.

Von **Karl Emil.**

Was immer man auch der letzten Reichstagssession vorwerfen mag, sie hat doch das eine Verdienst, völlige Klarheit geschaffen zu haben. Sie hat bewiesen, daß das konservativ-liberale Bündnis auch schwierige Proben überdauern kann, aus dem sehr einfachen Grunde, weil in diesem Bündnis sich die Liberalen völlig den Konservativen untergeordnet haben. Und so wird notwendigerweise der Epilog für diesen Reichstag zum Nekrolog des deutschen Freisinns.

Die fortschreitende Auflösung der bürgerlichen Parteien in Deutschland, der bisher nur das Zentrum standgehalten hat, ist ein komplizierter Prozeß. Die Stellung der Sozialdemokratie in Deutschland zu den bürgerlichen Parteien war im vorhinein grundverschieden von der in allen anderen Ländern. Die Sozialdemokratie trat in Deutschland als selbständiger Faktor in die Erscheinung zu einer Zeit, als das Bürgertum, das damals fast noch in seiner Gesamtheit seine politische Vertretung in der Fortschrittspartei erblickte, gerade seinen heftigsten Kampf mit den Konservativen und der preußischen Regierung führte, der schließlich mit dem offenen Konflikt endete. Die politische Gärung jener Zeit zur Begründung der Arbeiterpartei mit genialer Tatkraft nutzbar gemacht zu haben, ist das historische Verdienst Lassalles. Aber gerade die Losreißung der Arbeiterklasse aus dem Gefolge des Bürgertums mußte diesem in seiner Illusion, alle Klassen des Volkes zu vertreten, als Hochverrat erscheinen. Daß es nicht sah, wie seine eigene Schwäche und Halbheit die politische Verselbständigung der Arbeiterklasse gebieterisch erforderte, ist nur natürlich. Es begriff nur, daß das Erwachen der Arbeiterklasse seine eigenen Interessen bedrohte, und diese Drohung bewog seine Politiker zu immer größerer Nachgiebigkeit gegen die Regierung. Das Zurückweichen vor der Regierung und seine unmittelbare Folge, das vollständige Mißlingen der liberalen Oppositionspolitik mußten aber vor der Partei selbst maskiert werden durch um so heftigere Bekämpfung und Beschuldigung der neuen Trägerin der Demokratie, der Arbeiterpartei und ihrer Führer. Zu jener Zeit entstand die Legende, daß die Sozialdemokratie im Bunde mit Bismarck und den Konservativen

arbeite, ja von Bismarck offen begünstigt werde, eine Absurdität, die in dem engen Kopfe Eugen Richters bis an sein Lebensende fortspukte. Und wie die Sozialdemokratie im heftigsten Kampfe gerade gegen das liberale Bürgertum entstanden war, so richtete sich auch ferner der Kampf vor allem gegen den Liberalismus, während die Konservativen und Klerikalen nicht ebenso unmittelbar und direkt den Ansturm der Arbeiterklasse auszuhalten hatten. Das war nicht etwa eine freiwillig gewählte Taktik. Das Proletariat weiß, daß für die Entfaltung seiner Kräfte die Formen der Demokratie im Staate die günstigsten Bedingungen liefern. Mit dem Bürgertum steht es wenigstens auf demselben Kampfboden der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, deren vollendete politische Form die demokratische Republik bildet. Dagegen fehlt diese Gemeinsamkeit des Kampffeldes dem Verhältnis der Arbeiterklasse zu den vorbürgerlichen Parteien, zu den Vertretern des Großgrundbesitzes, des reaktionär gewordenen Kleinbürgertums, des noch in mittelalterlichen Anschauungen, in kirchlicher Gebundenheit verharrenden Kleinbauerntums. Aber eben daß das gemeinsame Schlachtfeld fehlte, war dem deutschen Proletariat eine von außen kommende Notwendigkeit. Das allgemeine Wahlrecht verlieh ihm Macht in den industriellen Zentren gegenüber den bürgerlichen Parteien. Dieselbe wirtschaftliche Entwicklung, die es in den großen Städten konzentrierte, entzog es anderen Wahlkreisen, die ihren rein ländlichen Charakter behielten und deren Bevölkerung oft abnahm, indes die der Großstädte rapid wuchs. Die Wahlkreiseinteilung blieb jedoch unverändert. So wurden dadurch die einen Wahlkreise immer mehr zum sicheren Bestandteil für Konservative und Klerikale, die Städte aber fielen dem Proletariat zu. So hatte das städtische Bürgertum den ganzen Anprall des Proletariats auszuhalten. Daher stammt einerseits der erbitterte Haß gerade der liberalen Politiker gegen die Sozialdemokratie, andererseits ihr Bedürfnis, um jeden Preis Bundesgenossen zu erhalten, die ihr das Wenige, was sie besitzen, erhalten helfen. Ganz anders die Entwicklung in Ländern, wo die Demokratie vor der Verselbständigung der Arbeiterpartei gesiegt hatte. In England und Frankreich ist die Loslösung der Arbeiterklasse ein Vorgang, der nicht in erster Linie den Kampf um die Demokratie betrifft. Die Arbeiterklasse fordert hier nur die Erfüllung der bereits erkämpften politischen Form mit sozialem Inhalt. Die bürgerlichen Parteien stehen dort keineswegs in dem scharfen Gegensatz zueinander, wie, zu Beginn der verfassungsmäßigen Entwicklung in Deutschland, Konservative und Fortschrittspartei. Der Gegensatz der Arbeiterklasse trifft alle bürgerlichen Parteien, wenn nicht in gleicher Weise, so doch auch lange nicht so verschieden wie in Deutschland. Jene außerordentliche Verbitterung, die in Deutschland durch die vorzugsweise Depossedierung der bürgerlichen Partei zugunsten der vorbürgerlichen geschaffen wurde, fehlt demokratischen Ländern in diesem Stadium der Entwicklung. Der Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie mag sehr scharf werden, er mag in England oder in den Vereinigten Staaten die bürgerlichen Parteien zur Abwehr vereinigen, aber er ist dann schließlich erst das endliche Resultat des sozialen Gegensatzes und steht nicht wie in Deutschland am Beginn der Entwicklung. Und wieder anders in Österreich, wo das Kurienwahlrecht die Entwicklung der politischen Macht eines reaktionären Kleinbürgertums gerade in den Städten begünstigt hat. Hier erscheint der Sieg der Sozialdemokratie, den das gleiche Wahlrecht heraufgeführt hat, zugleich als Befreiung des Bürgertums selbst, als Sieg der

modernen Kultur über mittelalterliche Gebundenheit, als Entfesselung aller sozialen Kräfte der Gegenwart gegenüber kleinbürgerlicher Rückständigkeit und Enge.

So entwickelt sich die Sozialdemokratie in Deutschland im vorhinein im Gegensatz zu jener Partei, mit der sie in anderen Ländern manche gemeinsame Gegnerschaft und gemeinsame Forderungen verknüpfen.

Dieser Gegensatz zur Arbeiterklasse raubt aber dem Freisinn nun vollends alle Energie und Kampfeslust. Seine Schwäche wird noch vermehrt durch den Abfall derjenigen Schicht des Bürgertums, die die kampffähigste, weil ökonomisch mächtigste ist, durch das Abschwenken der großen Kapitalisten. Die Reichsgründung schuf das lang ersehnte einheitliche Wirtschaftsgebiet, riß die Schranken nieder, die die Kleinstaaterei und die Lähmung der staatlichen Gewalt dem Kapitalismus gezogen hatten. Eine stürmische Entwicklung, befruchtet durch den Segen der französischen Milliarden, begann. Das Kapital konnte fürwahr zufrieden sein. Die neue Reichsverfassung brachte in der Herstellung einheitlichen Rechtes den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Kapitals volle Befriedigung. Kein Wunder, daß das Kapital die Opposition verließ und als nationalliberale Partei zur Stütze der Regierungspolitik wurde. Und gefestigt wurde das Band zwischen der alten Regierungspartei der Konservativen und der neuen bürgerlichen Partei sehr bald durch gemeinsame Interessen der Wirtschaftspolitik, durch gemeinsame Erkämpfung des Schutzzolls, der den Konservativen in dem Moment wichtig wird, als die Getreideausfuhr Deutschlands aufhört und in steigendem Maße der Getreideimport beginnt, zur selben Zeit, als die amerikanische Konkurrenz die Getreidepreise zum Sinken bringt, während die deutsche Industrie unter Führung der Eisenindustriellen den Schutzzoll verlangt gegen die ältere Konkurrenz Englands. Das Erstarken der deutschen Industrie ändert nicht die Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitz und Großkapital, sondern verwandelt nur den „Erziehungszoll“ in einen Kartellschutzzoll, der die Entwicklung der Syndikate und die Ausbeutung des inneren Marktes durch die kapitalistischen Monopole beschleunigt und begünstigt.

So wird der Freisinn von zwei Seiten zugleich reduziert, durch den Verlust der Arbeiter auf der einen Seite, durch den des Großkapitals auf der anderen Seite.

Und als Caprivi eine neue Ära der Wirtschaftspolitik zu begründen scheint, wiederholt sich die Spaltung im Freisinn. Die Handelsvertragspolitik erregt die Begeisterung der freihändlerisch interessierten kapitalistischen Schichten, die noch in der Opposition standen, der Reeder- und Händlerkreise, und der mittleren Exportindustrie. Nicht minder werden diese Schichten begeistert durch die Lockung der eben beginnenden Weltpolitik; sie geben die alte traditionelle Politik der militärischen Knauserei auf, vor allem deswegen, weil sie die Flottenvermehrung wollen, die Voraussetzung der neuen Weltpolitik. Ihnen schließen sich jene Ideologen an, die nach dem Sturze Bismarcks auf die endliche Verwirklichung demokratischer Forderungen hoffen und die Partei der „Freisinnigen Vereinigung“ eine kurze Zeit mit der Ideologie eines demokratischen Imperialismus erfüllen. Übrig bleibt die Freisinnige Volkspartei mit ihrem Widerstreben gegen alle staatliche Machtpolitik, mit ihrer Tradition und ihrem Programm aus der Konfliktszeit. Aber die Sezession hat ihre soziale Zusammensetzung noch mehr vereinfacht. Die bürgerlichen Ideologen und die kapitalistischen Schichten haben sie so ziemlich verlassen, und zurück

bleibt ein wenig widerstandsfähiges, kampfunfähiges, jeder besseren Führung entbehrendes Kleinbürgertum, Handwerker, Händler und kleine Kapitalisten, deren politische Fonds vor allem gespeist werden durch die von der agrarischen Gesetzgebung verärgerte Börse.

Sehr bald zerrinnt auch die Illusion des demokratischen Imperialismus. Die Träger imperialistischer Politik, die schwere Industrie, die hohe Finanz, die an Militär und Marine interessierten Schichten, zu denen vor allem das Junkertum gehört, sind weder Freihändler noch Demokraten. In den Zollkämpfen erringen sie den Sieg. Die Hoffnungen des Freisinns sind zerstört, er ist in „unfruchtbare Opposition“ zurückgeschleudert. Zugleich wächst aber seine Feindschaft gegen die Sozialdemokratie immer mehr.

Die kleinkapitalistischen und mittelständlerischen Elemente werden durch die Fortschritte der Arbeiterbewegung am stärksten getroffen. Und hier ist es die wirtschaftliche Seite der Arbeiterbewegung, die am meisten fühlbar wird. In den kleinen und mittleren Betrieben ist die Macht der Gewerkschaftsbewegung am größten, gerade von diesen aber, die so häufig nur durch die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter ihre Konkurrenzfähigkeit noch aufrechterhalten, wird jeder Erfolg der Gewerkschaften am bittersten empfunden. Und die Schar der Kleinhändler und Krämer sieht mit wachsender Angst auf die Fortschritte der Konsumgenossenschaften der Arbeiter. Dieser soziale Gegensatz kleinbürgerlicher Parteien zur Arbeiterklasse wirkt aber auf ihre Politik unmittelbar zurück, und sie beginnen mit allen Unterdrückungsmaßregeln des Staates gegen die Arbeiterklasse zu sympathisieren. Es entsteht im deutschen Freisinn ein immer stärkerer Gegensatz zwischen der alten demokratischen Tradition und dem immer größer werdenden Haß des Kerns seiner Anhänger gegen die Arbeiter. Da aber gerade die Arbeiter die Träger der Demokratie sind, so wendet sich der Kleinbürger auch immer mehr von der Demokratie ab. Die spezifische Form der kleinbürgerlichen Reaktion ist der Antisemitismus, der auch in Deutschland den Freisinn bedroht. Während ihm aber in Österreich das Kurienwahlsystem zum Siege verhalf, das den Kleinbürger zum politischen Herrn der Städte machte, hat ihn das allgemeine gleiche Wahlrecht in Deutschland, in dem das Kleinbürgertum überhaupt schwächer ist, nur zu einem sehr bescheidenen Dasein kommen lassen. Die soziale Wandlung tritt hier vielmehr in einer Wandlung des Freisinns selbst zutage, der immer reaktionärer wird.

So waren die Dinge reif geworden für die Sammlungspolitik Bülows. Immerhin konnte man einen Augenblick zweifeln, wie weit der Freisinn in der Verleugnung seiner demokratischen Forderungen gehen werde. Und diese Zweifel waren auch darin begründet, daß neben den kleinbürgerlichen Elementen auch neue Schichten im Freisinn ihre Vertretung suchen mochten, die ihrer sozialen Lage nach noch Träger bürgerlich-demokratischer Forderungen sein konnten. Jedoch es scheint, daß diese großstädtische Schicht der Angestellten in Industrie und Handel, das Heer der Beamten aller Art einmal zu wenig zahlreich ist, um die Politik einer Partei entscheidend zu beeinflussen. Dann aber scheint in Deutschland diese Schicht, deren Lage sie schließlich ganz in das Lager des Proletariats bringen muß, noch in hohem Maße in dem Banne nationaler und imperialistischer Ideologie zu stehen. Sie bildet heute vielleicht mehr den Kern der nationalliberalen „Jugend“, als daß sie den Freisinn unterstützten. Soweit sie aber im Freisinn vorhanden sind, bilden sie die Stütze seiner schwachen demokratischen Minderheit.

Es ist richtig, daß der Freisinn während dieser Session gerade in einer Frage auf die Probe gestellt wurde, bei der es sich nicht um unmittelbar materielle Interessen handelt, sondern um eine Frage, über die innerhalb demokratischer Parteien überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten herrschen können. Indem der Freisinn beim Vereinsgesetz ein Ausnahmerecht für die fremdsprachigen Staatsbürger, ein wesentliches Hindernis für das Koalitionsrecht der Arbeiter schuf, die Jugendlichen von der politischen Bildung ausschloß und nirgends irgend eine erhebliche Errungenschaft dem Polizeistaat entriß, machte er seinen Bankrott als demokratische Partei offenbar. Und damit auch nicht das Tüpfelchen auf dem i fehle, erklärte er, das alles tun zu müssen, um Regierungspartei zu bleiben und so zu verhüten, daß das Zentrum Regierungspartei werde. So sucht der Freisinn krampfhaft eine kulturkämpferische Ideologie zu finden, im selben Momente, wo er zur sichersten Stütze für die Diktatur ener Klasse wird, die der deutschen Kultur die gefährlichste Klasse ist, für die Diktatur der Junker.

Das Ende des Freisinns ist aber auch für die deutsche Sozialdemokratie von Bedeutung. Die Stellung zum Freisinn hat den wesentlichsten Punkt in den Meinungsverschiedenheiten über unsere Taktik gebildet. Diese Meinungsverschiedenheiten hat der Freisinn selbst jetzt beseitigt. Zugleich ist die Illusion erstört worden, als könnte der Kampf um das Landtagswahlrecht in Preußen anders entschieden werden, als auf dem Wege einer Massenaktion außerhalb der Parlamente. Nicht von irgendwelcher Änderung der Zusammensetzung des Dreiklassenparlaments, sondern von einer stets sich steigernden und auch die notwendigen Opfer nicht scheuenden Bewegung des Proletariats sind Erfolge zu hoffen: die Herrschenden durch stete Beunruhigung mürbe machen und die Massen der Bevölkerung immer mehr aufwühlen, ihren Gegensatz zum bestehenden Regime immer mehr steigern, bis diesem schließlich die Gewährung des gleichen Wahlrechts ein geringeres Übel erscheint, als die Fortdauer des Kampfes. Diesen Prozeß zu befördern, zu beschleunigen, zu verstärken, kann allein die Aufgabe der proletarischen Wahlbewegung zum preußischen Landtag sein.

Das Reichsvereinsgesetz.

Von **Hans Block.**

Eng miteinander verkoppelt sind am 8. April Reichsvereinsgesetz und Börsengesetznovelle vom Reichstag verabschiedet worden. Zug um Zug wurde das Geschäft zwischen Junkerschaft und Freisinn erledigt: Polen- und Arbeiterknebelung gegen Börsenfreiheit. Der Freisinn hat die Hoffnung der Effektenbörse gerechtfertigt; ihre Interessen waren ihm wichtiger als der Grundsatz des gleichen Rechtes, als das Recht der Nationalität und die Bedürfnisse der Arbeiterschaft.

Im Widerstreit der Klasseninteressen innerhalb des Freisinns hat die besitzende Klasse gesiegt. Nach der ersten Lesung der Börsengesetznovelle tröstete ein Bankdirektor die erschreckten Börsianer mit der Versicherung, die Börsenreform werde dennoch zustande kommen, denn der Freisinn werde beim Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes nachgeben. Er hat recht behalten. Vergebens haben dagegen Vertretungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerk-

vereinler, des letzten Häufleins von Arbeitern, das dem Liberalismus noch verblieben war, auf die Gefährlichkeit des § 7 der Vereinsgesetzvorlage für die Arbeiterbewegung hingewiesen und die Ablehnung vom Freisinn gefordert.

Dieser Vorgang innerhalb des Freisinns ist ein verkleinertes Abbild der stetig zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland, die den Liberalismus immer mehr nach rechts treibt. Je mehr die Arbeiterbewegung erstarkt, das Proletariat neben dem politischen auch das gewerkschaftliche und genossenschaftliche Feld beackert, um so mehr vergrößert sich die Reibungsfläche zwischen ihm und den Klassen, die die freisinnige Wählerschaft vornehmlich stellen, den Handels- und Bankherren und dem Kleinbürgertum. Namentlich das letztere, das sich des öfteren durch Gewerkschaften und Genossenschaften direkt an seinem Einkommen getroffen fühlt, entwickelt mehr und mehr arbeiterfeindliche Tendenzen. Das, was es vom Proletariat trennt, wird ihm viel unmittelbarer und greifbarer bewußt als das, was es mit dem Proletariat an Interessen wider das Junkertum gemein hat. Weshalb denn auch seine Begeisterung für die Demokratisierung des Staates, die es einst als Schutz gegen die Junker gefordert hat, immer mehr abflaut, wie das Verhalten des Gros der freisinnigen Wähler zum preußischen Wahlrechtskampf deutlich genug zeigt. Nicht die Blockpolitik hat den Freisinn zum Verrat an seinen Grundsätzen gebracht, sondern weil er diese Grundsätze innerlich schon aufgegeben hatte, war ihm der Eintritt in den Block möglich. Das, was er als seine Grundsätze bezeichnete, war die ideologische Widerspiegelung seines Gegensatzes zum Junkertum, seiner — freilich begrenzten — Interessengemeinschaft mit dem Proletariat. Da sich dieses Verhältnis umkehrt, der Gegensatz zum Proletariat in den Vordergrund rückt und sich eine Interessengemeinschaft mit den Junkern wider die Arbeiterschaft herausbildet, verliert die demokratische Ideologie den Boden unter den Füßen. Sie hält sich noch eine Zeitlang gemäß dem Gesetz, daß die geistigen Kategorien sich langsamer wandeln als die ihnen entsprechenden wirtschaftlichen Verhältnisse, aber immer stärker und häufiger werden die Versuchungen, sie zu durchlöchern, sie zu zerbrechen — ein Stück nach dem anderen wird abgebröckelt. Der Verrat des Freisinns beim Vereinsgesetz ist ein Stück dieses Prozesses.

Es gibt keine bürgerliche Demokratie mehr in Deutschland — die wenigen weißen Raben, die den Widerstand gegen den Schacher der Payer und Müller-Meiningen gewagt haben, zählen nicht, ebensowenig wie die Mannschaften, die hinter diesen Offizieren stehen. Und wenn selbst einige von ihnen eine reinliche Trennung von den Blocklakaien vornehmen würden, so änderte das am Stande der Dinge nichts. So jämmerlich die Haltung Naumanns für einen Mann seiner Vergangenheit ist, es bleibt doch eine Wahrheit, was er den Barth und Gerlach gesagt hat, daß nämlich zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie kein Raum für eine dritte Partei ist. Freilich konnten die also Apostrophierten ihm erwidern, daß sie eine solche Mittelpartei nicht wollen, sondern daß sie die liberale Partei gründen wollen, nachdem der Liberalismus wie vor Jahrzehnten schon bei den Nationalliberalen, nun auch beim Freisinn seine Stätte verloren habe. Aber das hieße die Illusion lediglich anders rubrizieren.

Die deutsche Sozialdemokratie muß bei ihrem Kampfe um die Demokratisierung des Reiches und vor allem Preußens jede Rechnung auf ernsthafte bürgerliche Hilfe als trügerisch abweisen.

Auch mit einer längeren Dauer des Blockes muß jetzt gerechnet werden. Der Freisinn hat eine Anpassungsfähigkeit gezeigt, die ihn in den Stand setzen wird, den Bund mit der Rechten selbst über die gefährliche Klippe der Reichsfinanzreform fortzubringen; daß er um des preußischen Wahlrechtes willen den Block nicht sprengen wird, steht längst fest. Die Rechtfertigungsformel für alle weiteren Verrätereien an freisinnigen Programmsätzen hat Herr v. Payer in seiner Rede zur Verteidigung des Verrats beim Vereinsgesetz geliefert. Alles beschönigenden Beiwerkes entkleidet, lautet sie: Wir wollen uns nicht zugunsten des Zentrums von der Bank der regierenden Parteien drängen lassen! In dieser Weisheit kulminierte die Rede des ehemaligen Demokraten. Diese „realpolitische" Begründung des Verrats spricht Bände; sie enthält in der Nußschale ein ganzes System des Verrats aller Grundsätze. Sehr grundsatzfest ist der Freisinn niemals gewesen. Im Jahre 1884 hat er schon einmal die Gleichheit des Rechtes verraten, indem ein erheblicher Teil der Fraktion für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmte, während ein anderer bei der entscheidenden Abstimmung fehlte auf Grund einer Abkommandierung Eugen Richters. Aber damals schämte sich der Freisinn seines Verrats noch. Richter suchte die Tatsache der Abkommandierung krampfhaft zu vertuschen und versicherte im übrigen, daß die 27, die für das Ausnahmegesetz gestimmt hatten, es niemals wieder tun würden. Für die Schamlosigkeit des Payerschen Eingeständnisses war der Linksliberalismus damals noch nicht reif.

Natürlich hat der Freisinn auch noch einige Beschönigungen für seine Haltung bereit. Sie stellen indes lediglich dekorative Schnörkel um die Payersche Erklärung vor. Das Gesetz soll erstens einen großen Fortschritt bedeuten. Und zweitens wollen die Freisinnigen der Polen ehrliche Anwälte gewesen sein. Durch die Zustimmung zum gemilderten § 7 hätten sie die Polen davor bewahrt, daß sie durch die preußische Landesgesetzgebung noch viel schlimmer geschunden würden, als es jetzt durch das Reichsgesetz geschieht. Dies letztere Argument ist um so jämmerlicher, als die Milderungen des § 7, auf die sich der Freisinn so viel zugute tut, höchst fragwürdiger Natur sind. In den nächsten zwanzig Jahren darf in den Kreisen, in denen eine alteingesessene fremdsprachige Bevölkerung mindestens 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht (nach dem Stande der letzten Volkszählung), die fremde Sprache in öffentlichen Versammlungen gebraucht werden, die dreimal vierundzwanzig Stunden vor Beginn angemeldet sind. Diese famose 60 Prozent-Bestimmung beraubt von vornherein etwa die Hälfte der polnischen Bevölkerung des Rechtes, sich in öffentlichen Versammlungen ihrer Muttersprache zu bedienen, sie nimmt es den Polen in mehreren Kreisen, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, indes nicht die 60 Prozent erreichen, und sie nimmt es ihnen namentlich in einigen Stadtkreisen, die kulturelle Mittelpunkte des polnischen Volkslebens bilden. Die preußische Verwaltung wird natürlich bei künftigen Volkszählungen sehr darauf bedacht sein, möglichst viele Kreise mit weniger als 60 Prozent Polen festzustellen, und daß sie in der Wahl der Mittel nicht wählerisch sein wird, darüber ist niemand im Zweifel, der ihre Praxis kennt. Vor allen Dingen aber werden die von den Unternehmern in Massen nach dem Westen geschleppten polnischen Arbeiter aufs härteste vom Sprachenzwang betroffen. Selbst wenn sie es einmal in einem Kreise auf 60 Prozent der Bevölkerung brächten, dürften sie in öffentlichen Versamm-

lungen nicht in ihrer Muttersprache reden, da sie im Westen nicht „alteingesessen" sind. Das bedeutet eine erhebliche Schädigung der Arbeiterbewegung, der die Agitation unter den bedürfnislosen Scharen, die die Kohlen- und Eisenbarone in wohlberechneter Absicht den begehrlicheren deutschen Arbeitern entgegenstellen, ohnehin schon sehr erschwert ist. Es ist denn ja auch festgestellt, daß gerade die Großindustriellen Rheinland-Westfalens das größte Gewicht auf den Sprachenparagraphen gelegt haben. Der Freisinn hat durch die Bewilligung des § 7 eine eminent arbeiterfeindliche Handlung begangen, und sein böses Gewissen verriet sich denn auch darin, daß er bei der zweiten Lesung vom Staatssekretär des Innern eine an sich ziemlich wertlose, weil weder die Polizei noch die Gerichte verpflichtende Erklärung erbat, wonach die Gewerkschaftsbewegung durch den § 7 nicht getroffen werden solle. Die Erklärung, die Herr Bethmann-Hollweg darauf abgab, war so zweideutig abgefaßt — ein späterer Nachtrag hat daran nichts geändert —, daß die Drangsalierung der freien und der polnischen Gewerkschaften sich sehr wohl damit vereinigen läßt. Der Freisinn konnte über die Tragweite des § 7 in dieser Hinsicht um so weniger im unklaren sein, als sich schon in der Kommission ein Regierungsvertreter sehr energisch gegen den Versuch ausgesprochen hatte, für die Gewerkschaften den § 7 außer Kraft zu setzen. So war denn auch der im preußischen Abgeordnetenhaus noch am 7. April eingebrachte freisinnige Antrag, durch Landesgesetz oder Ministerialverfügung die Gewerkschaftsbewegung vom Sprachenparagraphen auszunehmen, eine elende Spiegelfechterei in doppelter Hinsicht. Einmal wußte der Freisinn aus dem Verhalten der Reichsregierung, daß ein solcher Antrag niemals die Zustimmung der preußischen Regierung noch der Mehrheit des Dreiklassenparlamentes finden werde, und zweitens wußte er, daß der Antrag nicht mehr zur Verhandlung kommen konnte, weil der Landtag vor der Auflösung stand, die denn ja auch am 9. April erfolgte. Trotz alledem hat die freisinnige Fraktionsgemeinschaft bei der dritten Lesung des Vereinsgesetzes die Anträge der Sozialdemokratie und des Zentrums, die die Sicherung der Gewerkschaften vor den Fußangeln des Sprachenparagraphen in das Gesetz bringen wollten, niederstimmen helfen.

Die Befreiung der Wahlversammlungen bei Reichs- und Landtagswahlen von den Vorschriften des § 7, die der Freisinn als ganz besondere Milderung rühmt und deren Durchsetzung er sich hoch anrechnet, dient nur dazu, die Ungerechtigkeit des § 7 selbst ins hellste Licht zu stellen. Denn sie ist ja das Eingeständnis, daß die fremdsprachigen Reichsangehörigen den Gebrauch der Muttersprache im Versammlungsleben wegen mangelnder Kenntnis des Deutschen einfach nicht entbehren können. Die Bestimmung ist politisch außerordentlich dumm, denn der Kontrast des Rechtszustandes während des kurzen Zeitraums der Wahlbewegung zu dem der langen wahllosen Perioden muß eine stark aufreizende Wirkung auf die vom Sprachenzwang Betroffenen ausüben. Die polizeiliche Praxis in Preußen wird das übrige tun. Da sich § 7 auf öffentliche Versammlungen bezieht und Vereinsversammlungen nicht betrifft, so wird die Polizei möglichst alle Versammlungen polnischer Vereine für öffentliche Versammlungen erklären; die Rechtsprechung gibt ihr dazu mehrere sehr brauchbare Kautschukauslegungen des Begriffs „öffentliche Versammlung". Es ist also durch den § 7 hinlänglich dafür gesorgt, daß die Erbitterung der Polen wider die preußische Unterdrückung stets aufs neue

geschürt wird. Der Freisinn hat durch die Bewilligung des Sprachenzwanges nicht nur Grundsätze verleugnet, die er in der Theorie bekennt — in der ersten Kommissionslesung haben seine Redner das Recht auf die Muttersprache anerkannt —, sondern auch für eine kapitale politische Dummheit die Mitverantwortung übernommen.

Nicht besser als mit den Milderungen beim § 7 steht es mit den großen Fortschritten, die die anderen Paragraphen nach der Versicherung des Freisinns gegen den bisherigen Stand des Vereinsrechtes in Deutschland bedeuten sollen. Die einzige Verbesserung, die als wesentlich bezeichnet werden kann, ist die Herstellung der Gleichberechtigung der Frauen im Vereins- und Versammlungsleben. Eine Reform, die über kurz oder lang ohnehin hätte kommen müssen, da der jetzige Zustand selbst den bürgerlichen Parteien unbequem wurde. Zumal da sie sahen, daß die proletarische Frauenbewegung die Hindernisse des Vereinsrechtes am besten zu überwinden vermochte. Dieser einzige wesentliche Fortschritt ist ein verspätetes Zugeständnis; die Reaktion gab hier eine Position auf, die längst unhaltbar und praktisch wertlos geworden war. Im übrigen aber ist das Reichsvereinsgesetz die Übertragung der in einem wesentlichen Punkte verschlechterten, in einigen minder wesentlichen Punkten verbesserten preußischen Verordnung vom 11. März 1850 „über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes“ auf das Reich. Selbst wenn man vom § 7 ganz absieht, der ja nicht nur den Polen, sondern auch der Arbeiterbewegung schädlich wird, ist es noch fraglich, ob der Wert der Verbesserungen den der Verschlechterungen überwiegt, und das nicht etwa bei einem Vergleich mit den besten Vereinsgesetzen, die in deutschen Landen existieren (für Württemberg und einige andere Bundesstaaten ist der Rückschritt unverkennbar), sondern bei einer Betrachtung des neuen Gesetzes auf dem Hintergrund des rückständigen preußischen und sächsischen Rechtes. Zweifelloser Fortschritt ist nur für jene Bundesstaaten zu konstatieren, die überhaupt kein Recht des Bürgers auf Vereine und Versammlungen kennen, für die beiden Mecklenburg.

Den Bedürfnissen seiner Zeit, den Bedürfnissen des Proletariats vor allem, das an der Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit von allen Klassen der Nation das größte Interesse hat, da die Organisierung der Massen die spezifische Form ist, in der sich der Kampf der Arbeiterschaft vollzieht, entspricht das Reichsvereinsgesetz nicht entfernt. Und das nicht nur deshalb, weil die besonderen proletarischen Forderungen nach voller Sicherstellung des Koalitionsrechtes in diesem Gesetz gar nicht berücksichtigt worden und die Ausnahmebestimmungen der Landesgesetzgebung, die den Landarbeitern und Dienstboten dieses Recht vorenthalten, im § 16 des Gesetzes ausdrücklich aufrechterhalten sind. Sondern auch schon deshalb, weil die Befugnisse der Polizei über Vereine und Versammlungen dieselben weitreichenden geblieben sind, wie sie in Preußen zur Zeit der Gegenrevolution geschmiedet wurden. Von einer wirklichen Sicherung des Vereinsrechtes vor Polizeiwillkür ist keine Rede.

Auch das neue Reichsvereinsgesetz geht von dem Grundsatz aus, daß die Ausübung des Vereinsrechtes unter Polizeiaufsicht zu stellen ist, daß die Polizei Vereine und Versammlungen zu überwachen und die Befugnis hat, Versammlungen aufzulösen. Nach wie vor werden die Versammlungsteilnehmer dem Urteilsvermögen politisch und juristisch höchst mangelhaft oder gar nicht ge-

bildeter Überwachender preisgegeben, setzen sich Versammlungsredner der Gefahr aus, auf Grund von Berichten ehemaliger Unteroffiziere, die dem Gedankengang einer Rede nicht zu folgen vermögen, eine Anklage zu erhalten. Hier hat der Polizeistaat kein Jota seiner bisherigen Machtbefugnisse aufgegeben.

Die Konzessionen, zu denen er sich herbeigelassen hat, betreffen weit unwesentlichere Dinge, die die polizeiliche Gewalt auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens wenig berühren. Die Anzeigepflicht fällt fort für Versammlungen, die öffentlich angezeigt werden. Das ist eine Erleichterung für den Bürger, aber auch für die Polizei. Sie erfährt auch ohne Anzeige von den Versammlungen und spart Schreibwerk. Übrigens sind noch die näheren Bestimmungen der Landeszentralbehörden über die Form der Bekanntmachungen, die die Anzeige ersetzen, abzuwarten, ehe ein abschließendes Urteil über den Wert dieser Bestimmung möglich ist! Bethmann-Hollweg hat zwar bei der zweiten Lesung im Plenum beruhigende Versicherungen abgegeben, daß nicht die Bekanntmachung in amtlichen Blättern oder solchen einer bestimmten politischen Richtung gefordert werden solle, indessen bleibt die Möglichkeit zur Schikanierung oppositioneller Parteien deshalb noch immer gegeben. Für Wählerversammlungen während der offiziellen Wahlperiode (es ist zu beachten, daß nicht bloß die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen hier gemeint sind, sondern auch die zu Kommunalvertretungen, für Krankenkassen, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte!) fällt auch die Bedingung der öffentlichen Bekanntmachung. Es gewährt das den Vorteil, daß solche Versammlungen wenn nötig auch noch im letzten Moment einberufen werden können. Indes können sie im allgemeinen, um nicht ihren Zweck zu verfehlen, der öffentlichen Bekanntmachung nicht entbehren, die Polizei wird also auch hier stets auf dem laufenden erhalten. Rein gewerkschaftliche Versammlungen sind von der Anzeige- und Bekanntmachungspflicht befreit. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf die Versammlungen der nicht im § 152 der Gewerbeordnung erwähnten Arbeiterkategorien (Landarbeiter und Dienstboten) und Angestellten gelang aber der Sozialdemokratie nicht. Bei der weiten Auslegung, die die Behörden und Gerichte dem Begriff „politische Angelegenheiten" geben, wird übrigens nur ein Teil der Gewerkschaftsversammlungen von dieser Bestimmung profitieren.

Von größerer Bedeutung ist, daß für die Vereine die Verpflichtung zum Einreichen der Mitgliederliste fortfällt und daß der Rest, der in der Verpflichtung bleibt, Statuten und Vorstandsliste einzureichen, nur für politische Vereine gelten soll. Leider wird aber der Begriff des politischen Vereins so weit gefaßt, daß die Gewerkschaften, ja Arbeitergesang- und Sportvereine sich gegen Versuche, sie darunter zu bringen, werden wappnen müssen. Im preußischen Recht ist ein politischer Verein ein solcher, der politische Angelegenheiten in Versammlungen erörtert. Im § 2 des Reichsvereinsgesetzes fehlt dieses einschränkende Merkmal.

Ein politischer Verein ist danach jener, der Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Wenn diese Einwirkung nicht durch Versammlungserörterungen zu geschehen braucht, so ist die Möglichkeit für ausschweifende Auslegungen gegeben.

Daß die Mitgliederliste für die Polizei in größeren Orten keinerlei Wert hat, ihr aber bedeutende Arbeit verursacht, hat die Begründung der Regierungs

orlage selbst zugegeben. In kleineren Orten, so bemerkt sie ferner, weiß aber
ie Polizei ohnehin, wer Vereinsmitglied ist. Also auch hier gibt die Polizei
ichts auf, was Wert für sie hat. Dem Bürger wird etliche Schererei
:spart. Was aber die Gefahr von Maßregelungen anbetrifft, die durch un=
:setzliche, aber, wie die Erfahrung beweist, oft genug vorgekommene Mitteilung
:r Mitgliederliste von Arbeiterorganisationen an Unternehmer herbeigeführt
erden konnte, so ist sie jetzt keineswegs ganz beseitigt — im Gegenteil, das
inreichen der Vorstandsliste gibt gerade die leitenden Personen dieser Gefahr
:eis. Das ist um so bedenklicher, als ein Antrag der Sozialdemokraten, daß
weigvereine, Sektionen, Zahlstellen usw. von der Bestimmung nicht getroffen
erden sollen, abgelehnt wurde. Ebensowenig sind Komitees und Kommissionen
isgenommen worden. Nur für Wahlkomitees ist während der offiziellen
Bahlperiode die Ausnahme festgesetzt.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes erscheint die Vereinsversammlung von
:r Anmelde= beziehungsweise Bekanntmachungspflicht frei. Es wird indes
irum noch mancher Strauß mit der Polizei ausgefochten werden müssen.
enn schon in der Begründung der Vereinsgesetzvorlage wird auf ein Urteil
:s Reichsgerichts verwiesen, wonach als öffentliche Versammlungen anzu=
hen sind die Versammlungen solcher Vereine, „die nach der räumlichen Aus=
:hnung des Gebiets, das sie umfassen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder
groß sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und
erlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzung gebunden und so
echselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden
nen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter
h verbundenen Personen". Also auch dann, wenn Nichtmitglieder nicht zu=
lassen werden! Es liegt auf der Hand, daß es deutschen Polizeibehörden
id Richtern im allgemeinen nicht schwer fallen wird, die in diesem Urteil
igeführten Momente bei so ziemlich allen Vereinen aufzufinden, die irgend
ie Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken. Dann ist der
olizei aber auch die Möglichkeit gegeben, wie schon oben erwähnt, die Ver=
mmlungen polnischer Vereine für öffentliche zu erklären und dem Sprachen=
)ang zu unterwerfen. Die Erklärungen Bethmann=Hollwegs zu diesem
inkte waren so unbestimmt abgefaßt, daß sie ihn zu einer solchen Praxis
cht in Widerspruch bringen würden.

Um eine klare Begrenzung der Polizeibefugnisse auf dem Gebiet der Ver=
mmlungen haben sich Regierung und Block herumgedrückt. Der Staats=
:retär hat in der Kommission seine ganze Beredsamkeit aufgeboten, um zu
weisen, daß man die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Befugnisse der Be=
rden nicht durch das Vereinsgesetz aufheben könne. Schließlich hat der Block
im § 1 hinzugesetzt: „. . . Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem
:setz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Die allgemeinen
)erheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts finden Anwendung, so=
:it es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesund=
:t der Teilnehmer an einer Versammlung handelt." Bethmann=Hollweg
:inte bei der zweiten Lesung im Plenum, daß diese Fassung jede Möglich=
t eines Präventivverbots von Versammlungen (aus politischen Gründen)
sschließe. Bei loyaler Auslegung gewiß, aber wer bürgt dafür in Preußen,
ichsen und gleichwertigen Bundesstaaten? Es ist bezeichnend, daß der
aatssekretär im selben Satze sagte, das Präventivverbot (aus politischen

Gründen) sei unterm jetzigen preußischen Vereinsrecht schon unzulässig. Er verwies dabei auf die betreffenden Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts. Daß trotz dieser Rechtsprechung die preußische Polizei bis in die letzten Jahre Versammlungen aus politischen Gründen unter Berufung auf ihre allgemeinen sicherheitspolizeilichen Befugnisse aus dem Landesrecht verboten hat — in meinem Artikel „Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland", Neue Zeit, 26. Jahrgang, Band 1, Seite 288, habe ich einige Beispiele angeführt — davon weiß anscheinend der Mann nichts, der preußischer Bureaukrat ist und zweieinhalb Jahre dem preußischen Polizeiministerium vorstand.

Festgelegt ist im § 4 das Präventivverbot für Versammlungen unter freiem Himmel. Es ist ein Rückschritt für große Teile Deutschlands, daß die Versammlungen unter freiem Himmel von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht werden und daß die Polizei nur für die öffentliche Sicherheit Befürchtungen zu haben braucht, um die Genehmigung verweigern zu dürfen. Selbst in Sachsen war das bisher nur für Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen der Fall. Allerdings ist den Landeszentralbehörden gestattet, diese Bestimmung außer Kraft zu setzen und lediglich Anzeige- oder Bekanntmachungsverpflichtung für Versammlungen unter freiem Himmel festzusetzen. Das kommt aber nur für wenige Bundesstaaten in Betracht. Für Sachsen bedeutet der § 4 einen fühlbaren Rückschritt, der durch die Verbesserungen nicht aufgewogen wird. Für Preußen wird allerdings lediglich konserviert, was seit achtundfünfzig Jahren Rechtens ist.

Dafür erfährt Preußens Vereinsrecht eine erhebliche Verschlechterung durch den § 10a, der die Jugendlichen unter achtzehn Jahren aus politischen Vereinen und Versammlungen ausschließt. In Preußen und den meisten anderen Staaten, die eine Beschränkung des Vereinsrechtes der Jugendlichen haben, ist sie auf Schüler und Lehrlinge und auf die Teilnahme an politischen Vereinen und ihren Versammlungen beschränkt. Der Ausschluß der schulentlassenen, ins Erwerbsleben übergetretenen Volksschuljugend von den Bildungsmöglichkeiten des politischen Vereins- und Versammlungslebens ist schon ein bitteres Unrecht. Zumal wenn die reaktionären Parteien in religiösen Jugendvereinen ihre politischen Ideen der Jugend ungestört weiter einflößen können! Aber noch schlimmer ist es, daß infolge der oben erwähnten mangelhaften Definierung des Begriffs politischer Verein den Jugendlichen auch das Recht der Teilnahme an den Gewerkschaften, ja an Bildungs- und Sportvereinen gefährdet werden kann! Eine juristische Ungeheuerlichkeit ist der § 10a, weil er von Jugendlichen fordert, daß sie zwischen politischen und unpolitischen Angelegenheiten sollen unterscheiden können, was so viele Richter und Polizeibeamte absolut nicht fertig bringen. Der Versammlungsvorsitzende ist von Gesetzes wegen nicht verpflichtet, Jugendliche auf den politischen Charakter der Versammlung aufmerksam zu machen.

Ein einheitliches Rechtsmittel gegen Vereins- und Versammlungsauflösungen ist nicht geschaffen worden. Wo kein Verwaltungsstreitverfahren besteht, ist nur der Rekurs nach den §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung möglich, was lediglich ein unwesentlich verbessertes Beschwerdeverfahren an die obere Verwaltungsbehörde bedeutet. Vergeblich hat die Sozialdemokratie versucht, die ordentlichen Gerichte hier einzuschieben. Ebenso hat sie erfolglos die Sicherstellung des Vereinsrechts gegen Schikanen vermittelst Polizeistunde und Verfrommungsordnungen gefordert.

Damit sind die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes erschöpft, das Müller-Meiningen als die „größte politische Errungenschaft seit Dezennien“ anpreist. Es war nicht nur die Sorge um die Festigkeit des Blockkompromisses, was den Block zu der schamlosen Durchpeitschung des Gesetzes bewog. Es spielte wohl auch die Abneigung dabei mit, die Bestimmungen dieses Angstproduktes vor der Öffentlichkeit eingehend zu erörtern. So wurden denn Anstand und Würde in brutalem Verfahren gegen die Opposition unter die Füße getrampelt. Die Art der Verabschiedung entsprach dem Werte des neuen Reichsgesetzes.

Bülows Börsenreform.

Von **Ludwig Frank.**

Die erste Lesung des Börsengesetzes hatte in der Kommission geendet mit iner Verhöhnung des Freisinns und mit einer Enttäuschung aller guten Leute, ie auf die Versprechungen der Blockpolitik gebaut hatten. Die Vorlage vurde so zurechtgestutzt, daß sie kaum wieder zu erkennen war. Das Börsenegister, über dessen Scheinexistenz alle Sachverständigen sich lustig machten, vurde wiederhergestellt, und das Verbot des Börsenterminhandels in Gereide fand seine Ergänzung durch die Androhung krimineller Strafen. Es am dann das Zwischenspiel des Kompromißhandels, und auf der Grundlage er geheimen Abmachungen, die unter den Mehrheitsparteien stattfanden, ɔurde in der Kommission und im Plenum des Reichstags das neue Börsenesetz angenommen. Wenn auch nicht alle Erwartungen der interessierten Bankkreise erfüllt wurden, so ist doch nicht zu verkennen, daß für den Handel iit Wertpapieren Erleichterungen erzielt wurden. Das Börsenregister wurde bgeschafft und festgesetzt, daß ein Börsentermingeschäft verbindlich sei, wenn uf beiden Seiten als Vertragschließende Kaufleute, die in das Handelsregister ngetragen sind, oder eingetragene Genossenschaften beteiligt sind. Es war on den Mittelständlern hierzu beantragt, daß Handwerker und Gewerbeeibende, deren Geschäftsbetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes inausgeht, trotz Eintragung in das Handelsregister nicht verpflichtet sein ollten, ein Börsentermingeschäft zu erfüllen. Die *Sozialdemokraten* *immten für diesen Antrag.* Sie gingen von der Erwägung aus, daß ielfach in das Handelsregister nicht bloß *Vollkaufleute* eingetragen werden, ondern auch kleine Händler, Handwerker und Gastwirte. Viele dieser Personen veranlassen ihre Eintragung, um ihren Kredit zu heben. Dazu kommt, aß erfahrungsgemäß gerade an die kleinen Leute sich die Reisenden der rovinzbanken heranmachen. Es erschien billig, die unerfahrenen und leicht zu rführenden Teile der Bevölkerung gegen die Gefahren des Börsenterminandels zu schützen. Es kam noch in Betracht, daß in Deutschland die Börsen el leichter zugänglich sind als in anderen Ländern. In Amerika, England nd Frankreich sind die Börsen fest abgegrenzte Korporationen, zum Teil mit nungsmäßig geschlossener Zahl der Mitglieder; in New York muß große inkaufsgelder bezahlen, wer in eine frei werdende Stelle einzurücken wünscht. n Paris sind Frauen und Minderjährige vom Börsenbesuch ausgeschlossen, ährend an den deutschen Produktenbörsen, namentlich in den Hansastädten, dem unbescholtenen Menschen der Börsenbesuch freisteht. Es verdient hervorhoben zu werden, daß in der zweiten Lesung der Kommission *die Block-*

parteien, einschließlich der Konservativen und des Bundes der Landwirte, gegen den Schutz der Handwerker stimmten. Im Plenum allerdings zogen sie es vor, den Antrag anzunehmen.

Eine wichtige Verbesserung bedeutet die neue Bestimmung, daß das auf Grund eines Börsentermingeschäftes Geleistete nicht deshalb zurückgefordert werden kann, weil eine Verbindlichkeit nicht bestanden habe. In meinem ersten Artikel über die Börsenreform habe ich mehrere Fälle angeführt, in denen nach langer Zeit die Spieler die bezahlten Verluste zurückgefordert haben. Der Anspruch verjährte erst nach dreißig Jahren. Ein alter Börseaner sagte zu mir: „Die Hauptsache an dem neuen Gesetz ist für uns, daß wir jetzt ruhig schlafen können. Bisher waren wir in die Hand unserer Kunden gegeben." Auch der Kreis der zum Terminhandel zugelassenen Wertpapiere wird durch das neue Gesetz erweitert. Bisher waren die Börsentermingeschäfte in den Anteilen von Bergwerk- und Fabrikunternehmungen **verboten**. Künftig sollen derartige Papiere mit Genehmigung des Bundesrats zum Börsenterminhandel zugelassen werden. Es ist kein Zweifel, daß der Bundesrat in weitgehendem Maße von dieser Befugnis Gebrauch machen wird, da er ja in seiner Vorlage das Verbot fallen gelassen hatte. Die Bedeutung dieser neuen Bestimmung darf nicht überschätzt werden. Durch das alte Verbot sind zum Beispiel (nach den Mitteilungen der Regierung) an der Berliner Börse nur sieben Werte betroffen worden, nämlich die Aktien des Anglo-Kontinentalen Guano-Werkes, Bochumer Gußstahlaktien, Dortmunder Union Stammaktien, Lit. A., Gelsenkirchener Bergwerksaktien, Harpener Bergwerksaktien, Laurahüttenbergwerksaktien und Hiberniabergwerksgesellschaftsaktien.

Abgesehen von diesen verbotenen Papieren waren in Berlin im ganzen 63 Wertpapiere zum Börsenterminhandel zugelassen, und zwar 3 inländische und 22 ausländische Anleihen, die Aktien einer deutschen Eisenbahngesellschaft und zweier deutscher Straßenbahngesellschaften, ferner die von 16 ausländischen Bahnen, von 3 inländischen Reedereigesellschaften, von den 9 deutschen Großbanken und von 6 ausländischen Banken, endlich noch die Shares einer Trustgesellschaft. Im ganzen handelt es sich also um 18 inländische und 45 ausländische Papiere. Vom Standpunkte der Arbeiterschaft ist es zu begrüßen, daß durch Zulassung der Werte zum Börsenterminhandel die Geschäftsführung der großen Industriewerte unter die Kontrolle der Öffentlichkeit gestellt wird. Allerdings wird dabei vorausgesetzt, daß eine zuverlässige Methode der Kursbildung angewendet wird. Es besteht die große Gefahr, daß kapitalkräftige Interessenten künstlich die Kursfestsetzung beinflussen. Vielfach geben auch die Kurse gar kein Bild der tatsächlich erfolgten Umsätze. So ist es erklärlich, daß der Gedanke des Deklarationszwanges immer mehr Freunde findet. Er könnte natürlich nur dann wirksam durchgeführt werden, wenn alle Abschlüsse an den Börsen gemacht werden müßten und amtliche Makler ein Monopol erhielten. Allerdings ist dabei nicht zu verkennen, daß die Durchführung große Schwierigkeiten macht. Die Pariser Fondsbörse, die bekanntlich eine Staatseinrichtung ist, hat schon seit langer Zeit die Bestimmung durchgeführt, daß alle Geschäfte in den zugelassenen Wertpapieren durch die agents de change (Makler, die Staatsbeamte sind) ausgeführt werden müssen. Allein es konnte nicht verhindert werden, daß sich daneben eine große Zahl von freien Händlern und Maklern festsetzte (die sogenannte Kulisse), und der Kampf zwischen den freien und amtlichen Maklern hat bis jetzt nicht aufgehört.

Wenn also unverkennbar die Effektenbörse Erleichterungen erfahren hat, so hat sie das nur dadurch erreicht, daß sie die Produktenbörse vollkommen preisgegeben hat. Es bahnt sich hier eine Entwicklung an, die in England, Frankreich und Amerika sich vollzogen hat, die völlige Trennung der Effektenbörse von der Produktenbörse. Die Produktenbörse, die an den meisten Orten aus den alten großen Warenmärkten hervorgegangen ist, hat sich in den genannten Ländern von dem jüngeren Bruder, dem Handel in Wertpapieren, ganz getrennt gehalten. In Deutschland ist vielfach diese Trennung noch nicht durchgeführt. Vielleicht wird sie jetzt erfolgen, durch den Interessengegensatz, der bei dem Abschluß des Börsenkompromisses zum Ausdruck gekommen ist. Die Börsentermingeschäfte in Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei sind verboten. Durch ein verbotenes Börsentermingeschäft in Getreide oder Erzeugnissen der Getreidemüllerei wird eine Verbindlichkeit nicht begründet. Eine gestellte Sicherheit ist ebenfalls unwirksam. Es ist jedoch das Recht, das auf Grund des Geschäftes Geleistete zurückzufordern, zeitlich beschränkt worden. Es erlischt mit dem Ablauf von zwei Jahren seit der Bewirkung der Leistung, während bisher 30 Jahre lang der Anspruch bestanden hatte.

Da aber die Agrarier selbst eingesehen haben, daß das Zeitgeschäft unentbehrlich ist, so wurde in § 65 eine Ausnahme vorgesehen, die innerhalb gewisser Schranken den Terminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten ermöglicht. Die Geschichte dieses Paragraphen ist nicht uninteressant. Als durch das Börsengesetz vom Jahre 1896 der Börsenterminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten verboten wurde, hatte dies bekanntlich einen Streik der Produktenbörse zur Folge. Vom 2. Januar 1897 ab kamen die Berliner Getreidehändler nicht mehr zur Börse. Es fanden darauf im Jahre 1900 Verhandlungen statt, an denen die Regierung und einflußreiche Landwirte teilnahmen, und es wurde der sogenannte Berliner Schlußschein vereinbart, der den Händlern trotz des gesetzlichen Verbotes die Möglichkeit schaffen sollte, börsenmäßige Zeitgeschäfte abzuschließen. In dem alten Börsengesetz war eine Definition des Börsentermingeschäftes enthalten. Der Berliner Schlußschein umging die gesetzliche Begriffsbestimmung dadurch, daß in einem Punkt (Setzung einer Nachfrist) eine Änderung eingeführt wurde. Inzwischen hatte aber das Reichsgericht wiederholt entschieden, daß die Begriffsbestimmung des Börsengesetzes von 1896 nicht erschöpfend sei. Vielmehr würden zu der Kategorie der Börsentermingeschäfte alle diejenigen Geschäfte gehören, die den gleichen wirtschaftlichen Zwecken dienen. Es bestand somit kein Zweifel, daß die vielen nach dem Berliner Schlußschein abgeschlossenen Geschäfte nichtig waren. Dieser Rechtsunsicherheit macht der § 65 ein Ende, indem er die Berliner Handelsform der Getreidetermingeschäfte legalisiert. Es dürfen jedoch als Vertragschließende nur folgende Personen beteiligt sein: Erzeuger oder Verarbeiter von Waren derselben Art wie die, welche den Gegenstand des Geschäftes bilden, oder solche Kaufleute oder eingetragene Genossenschaften, zu deren Geschäftsbetrieb der Ankauf, der Verkauf oder die Beleihung von Getreide oder Erzeugnissen der Getreidemüllerei gehören. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß von deutschen Warenbörsen, abgesehen von Getreide, nur noch drei Waren im Termingeschäft gehandelt werden. Es sind dies Rüböl, Zucker und Kaffee. Die großen Termingeschäfte in Baumwolle werden im Ausland ausgeführt. Die Sicherung, die der § 65 dem Termin-

handel in Getreide scheinbar gibt, wird aber durch § 66 illusorisch gemacht. Es ist dort bestimmt, daß die bestellte Sicherheit auch dann unwirksam sein soll, wenn es sich nicht um ein verbotenes Börsentermingeschäft handle. Auch die Rückforderung des auf Grund des Geschäftes Geleisteten soll zwei Jahre zulässig sein. Vorausgesetzt ist, daß der Vertrag mit der Absicht geschlossen wurde, den Unterschied zwischen den vereinbarten Preisen und dem Börsen- oder Marktpreis der Lieferungszeit von dem verlierenden Teile an den gewinnenden zahlen zu lassen. Es solle genügen, wenn auch nur die Absicht des einen Teiles auf die Zahlung des Unterschieds gerichtet ist, während der andere Teil diese Absicht kennt oder kennen muß. Durch diese Bestimmung sind die wirtschaftlich sehr wichtigen Abschlüsse, die eine Versicherung zum Zwecke haben, schwer gefährdet. Ein Importeur, der in Amerika eine Schiffsladung Weizen einkauft, wird nur selten imstande sein, in Deutschland Abnehmer zu finden, die ihm gerade diesen Weizen und gerade für die Zeit, zu welcher er in Deutschland ankommt, im voraus abkaufen. Die Regel wird vielmehr sein, daß gewartet wird, bis das gekaufte Getreide ankommt. Auf Grund der dem Schiffe entnommenen Proben findet dann der Verkauf statt.

Die Importeure haben also die große Gefahr der Preisschwankungen innerhalb der oft Monate dauernden Zwischenzeit selbst zu tragen. Auf diese Gesichtspunkte, welche die Abwälzung des Risikos durch Abschluß von Zeitgeschäften erforderlich machen, wies die Regierung in der Kommission nachdrücklich hin. Man entzog dem Getreidehandel aber nicht nur die gesicherte zivilrechtliche Grundlage, sondern man verschärfte das Verbot des Differenzgeschäftes durch strenge Strafbestimmungen. Es wurde ein Ordnungsstrafverfahren eingefügt. Wer ein verbotenes Börsentermingeschäft in Getreide oder Erzeugnissen der Getreidemüllerei abschließt, verwirkt eine Ordnungsstrafe bis zu 10000 Mark. Die Kommissionen, welche die Ordnungsstrafen aussprechen, tagen unter dem Vorsitz eines Reichs- oder Staatsbeamten. Die näheren Bestimmungen über die Zahl und die Berufung der Beisitzer werden durch die Landesregierungen erlassen.

Besonders lästig ist die Bestimmung, daß Personen, die der Begehung einer mit Ordnungsstrafe bedrohten Handlung verdächtig sind, auf Antrag des Staatskommissars oder von Amts wegen durch Anordnung des Vorsitzenden gezwungen werden können, ein Verzeichnis aller von ihnen über Getreide oder Erzeugnisse der Getreidemüllerei abgeschlossenen Geschäfte vorzulegen. Da bei sehr vielen Geschäften es zweifelhaft ist, ob ein Differenzgeschäft vorliegt oder nicht, so wird sehr leicht durch Denunziation ein mißliebiger Konkurrent verdächtig gemacht werden können. Eigenartig berührt es, daß das Ordnungsstrafverfahren als die Grundlage für ein ordentliches Strafverfahren gelten soll. Wer aus dem Abschluß von verbotenen Börsentermingeschäften in Getreide oder Erzeugnissen der Getreidemüllerei ein Gewerbe macht, nachdem er zweimal rechtskräftig zur Zahlung einer Ordnungsstrafe verurteilt worden ist, kann mit Gefängnis und mit Geldstrafen bis zu 10000 Mark bestraft werden. Die gleiche Strafe ist demjenigen angedroht, der in gewinnsüchtiger Absicht, um den Preis von Getreide oder Mühlfabrikaten in Widerspruch mit der allgemeinen Marktlage zu beeinflussen, verbotene Börsentermingeschäfte abschließt. In der ersten Lesung der Kommission hatte die Regierung erklärt, es müsse als ausgeschlossen gelten, daß der Bundesrat den be-

antragten Strafvorschriften zustimmen könne. Das neue Börsengesetz enthalte keine Begriffsbestimmung des Börsentermingeschäftes. Es sei nicht angängig, die Entscheidung der Frage, was eigentlich strafbar sei, dem Strafrichter zu überlassen. Es handle sich um ein Geschäft, über dessen Wesen wenig Klarheit herrsche. Das Differenzgeschäft sei nur ein vereinzelter Mißbrauch des wirtschaftlich unentbehrlichen Börsentermingeschäftes. Die Strafvorschrift würde in der ganzen Gesetzgebung einzig dastehen. Sie würde durch die von ihr ausgehende Unsicherheit geradezu vernichtend auf den Verkehr einwirken. Für die Regierung wäre die Vorlage unannehmbar, wenn die beantragte Strafbestimmung eingefügt würde.

Die Agrarier haben sich durch das „Unannehmbar" nicht schrecken lassen. Während die liberalen Mitglieder der Kommission für das Vereinsgesetz aus Angst vor dem Scheitern der Vorlage ihre Klugheit und ihre Grundsätze opferten, haben die konservativen Interessenpolitiker in allen wesentlichen Punkten ihren Willen durchgesetzt und so ein agrarisches Börsengesetz geschaffen.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Von **Georg Davidsohn.**

Die Anmerkung, die die Redaktion der „Neuen Zeit" an den Schluß des Böttcherschen Artikels in Nr. 25 gesetzt hat, trifft den Nagel auf den Kopf: Passive Resistenz zur rechten Zeit am rechten Orte ist etwas sehr Schönes, aber passive Resistenz als Mittel im preußischen Wahlrechtskampf dürfte zeitlich wie örtlich deplaziert sein. Die Nichtbeteiligung der preußischen Sozialdemokratie an den Landtagswahlen (bis 1903) stellte auch eine Art passive Resistenz dar, die sich jedoch, wie wir alle wissen, in keinerlei moralische Wirkung auf die Regierung Preußens oder auf die Majorität des Dreiklassenhauses umsetzte.

Was wir jetzt brauchen, das ist **aktive** Resistenz.

Die Aussichten für eine kraftvolle Durchführung des Wahlkampfes sind diesmal recht gut: Die Blockparteien — und nicht in letzter Linie das Gros der Freisinnigen — haben sich im Reichstag (siehe Vereinsgesetz!) dermaßen jämmerlich benommen, daß es nicht übermäßig schwer fallen kann, unserem Urwählerheer von 1903 Verstärkungen zuzuführen. Und in der Tat haben auch schon die preußischen Kommunalwahlen des Frühjahrs 1908 bewiesen, daß immer mehr und immer mehr wahlberechtigte preußische Proletarier in Stadt und Land den Mut aufbringen, trotz der Öffentlichkeit der Dreiklassenwahl ihre Stimme für die Sozialdemokratie abzugeben. Kein Zweifel, daß diese erfreulichen Resultate mit aufs Konto des Wahlrechtskampfes der Sozialdemokratie Preußens zu setzen sind, genau so wie das bewunderungswürdige Verhalten der Arbeiterschaft am 18. März dieses Jahres, da Tausende und aber Tausende von Proletariern „trotz alledem und alledem" in die Nachmittagsversammlungen strömten.

Diese Kampfesstimmung muß ausgenutzt werden. Erinnern wir uns doch des propagandistischen Ertrags der Landtagswahlen von 1903! Bestürzt, verblüfft, empört waren die Indifferentesten der Indifferenten, wenn wir ihnen erklärten:

„Am 12. November 1903 wurden 324157 konservative Urwählerstimmen abgegeben und 143 konservative Abgeordnete gewählt ...; 16735 Urwähler-

stimmen für die Freisinnige Vereinigung und 8 Abgeordnete erhielt diese Partei. Aber es wurden 314149 sozialdemokratische Urwählerstimmen abgegeben, und kein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter konnte in die preußische ‚Zweite Kammer‘ entsandt werden — —“

Ob wir diesmal 2 oder 3 oder auch 5 Kandidaten durchbringen, das ist sehr nebensächlich; denn nicht darauf kommt es an, sondern es gilt vor allen Dingen: so viel Urwählerstimmen aufzubringen, als nur irgend möglich. Die erste halbe Million muß erreicht, noch besser: überschritten werden!

Dies Ziel zu erreichen, dürfte um so leichter fallen, als die mephistophelische Kraft der preußischen Regierung wieder einmal neben dem Bösen, das sie gewollt und erreicht, auch ein klein wenig „Gutes“ geschaffen hat. Durch die berüchtigte letzte Steuernovelle ist bekanntlich ein erklecklicher Teil der preußischen Arbeiterschaft in höhere Stufen hinaufgeschraubt worden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß infolgedessen viele Arbeiter dieses Mal in die zweite Klasse hineinschlüpfen werden, wodurch sich die Wahlchancen der Sozialdemokratie natürlich verbessern müssen. Als die weitsichtig-geniale preußische Regierung den menschenfreundlichen Antrag des „liberalen“ Herrn Gerschel akzeptierte, ließ sie sich selbstverständlich die soeben skizzierte Begleiterscheinung der Steuernovelle nicht träumen.

Von den Mitteln im Kampfe ums Wahlrecht würde natürlich der politische Massenstreik als Idealmittel in die erste Reihe treten: vor den Wahlen als Menetekel, während der Wahlen als unmittelbares Hilfsmittel, nach den Wahlen zum Zwecke der Demonstration, des Protestes. Indessen wir sind mit Genossen Prager („Neue Zeit“ Nr. 23, S. 608) einverstanden, der die Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation unerörtert lassen will.

Nun aber die von Prager erwähnte Förderung der Arbeiterkonsumgenossenschaften als Teil des Wahlrechtskampfes! In seinem Buche „Die Geschichte des preußischen Wahlrechtes“[1] gibt H. v. Gerlach im Kapitel „Wahlmißbräuche“ (S. 39 ff.) eine Reihe von Dokumenten, die deutlich zeigen, wie die preußische Regierung und ihre politische Gefolgsmannschaft von dem Mittel des Wahlterrors zu allen Zeiten mit unverhüllter Deutlichkeit Gebrauch gemacht hat. Da ist unter anderem das Schreiben des Herrn v. Meyerinck, Rittmeisters im Gardehusarenregiment, der dem Bäckermeister Lanzmann mitteilt, daß ihm die Schrippenlieferung für die Husaren entzogen ist, weil er „nicht im Sinne Seiner Majestät des Königs gewählt“ und „hierdurch kein Vertrauen zu unserer Partei“ gezeigt hat! Da ist das vertrauliche Rundschreiben des konservativen Zentralkomitees vom Jahre 1861:

„Auf dem Lande wird es besonders die Pflicht der Gutsbesitzer sein, dahin zu wirken, daß niemand, der ihrer Einwirkung zugänglich ist, von den Wahlen zurückbleibe. Daß in gleicher Weise jeder billige und gesetzlich erlaubte Einfluß auf die Untergebenen **und in Geschäftsverbindung Stehenden** angewandt werden muß, **versteht sich von selbst.** Überhaupt ist es billig und notwendig, daß die Konservativen sich, gleich ihren Gegnern,[2] entschließen, ihre soziale und gesellschaftliche Stellung geltend zu machen und möglichst nur Geschäftsleuten, die gleiche Gesinnung haben, die Vorteile ihres Verkehrs zuwenden. **Ein offenes Anerkennen und Aussprechen dieses Grundsatzes wird nicht ohne Wirkung bleiben.**“

---

[1] Buchverlag der „Hilfe“, Schöneberg; vergl. auch „Neue Zeit“ Nr. 21, S. 717.

[2] Das heißt den Liberalen!

Da ist der „Wahlerlaß" des Herrn v. Saldern:

„. . . Da ich nicht will, daß diejenigen Königlichen (!) Preußischen Urwähler, welche ihre Stimmen einem Wahlmann geben, der am 28. dieses Monats in Görlitz einen Abgeordneten wählt, der gegen den Willen Sr. Majestät und seiner Minister handelt, mit mir in irgend einer geschäftlichen Beziehung fernerhin stehen, so habe ich befohlen, daß diejenigen Urwähler, welche dem entgegen handeln, wenn sie Arbeiter in der Forst oder in den Ökonomien sind, entlassen werden, und daß dasselbe auf die Ziegelei, die Torfstiche und die Ofen- und Tonwarenfabrik Anwendung findet; den Beamten der Forst, der Ökonomie, des Gartens, der Mühle, der Bäckerei, der Schneidemühle gekündigt wird; mit Handwerkern, welche für die Güter oder die übrigen Verwaltungszweige gearbeitet haben, sowie mit den **Kaufleuten,** welche an dieselben etwas verkaufen, **Schlußrechnung** gemacht wird. Ferner, daß denjenigen, welche eine Wohnung gemietet oder Acker- oder Forstland gepachtet, sofort gekündigt wird. . . . **Wer mir persönlich wegen seines Ausbleibens** (von der Wahl) **keine genügende Entschuldigung angebracht hat, für denjenigen gilt dasselbe, was für diejenigen Urwähler gilt, welche am 20. dieses Monats solchen Wahlmännern ihre Stimme geben, die am 28. dieses Monats in Görlitz die bisherigen** (liberalen) **Abgeordneten wiederwählen.** . . . Mein Generalbevollmächtigter, der Oberinspektor Demnitz, erhält den Auftrag, aus den Wahllisten die erforderlichen Zusammenstellungen extraktiv nach den einzelnen Kategorien für Wigandsthal, Messersdorf, Grenzdorf, Neugersdorf, Straßberg, Bergstraß, Heide, Heller, Ober- und Nieder-Schwerta und Volkersdorf . . . anzufertigen und mir **zur weiteren Verfügung** vorzulegen. Da die Kürze der Zeit die Einsicht der Wahllisten hier nicht gestattet, so wolle der Oberinspektor Demnitz **zu diesem Behuf nach Görlitz nachreisen und vom Herrn Wahlkommissarius, Landrat v. Seydewitz, sich dieselben vorlegen lassen (!!),** und zwar gleich nach dem 28. dieses Monats. . . ."

Unsere agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen haben sofort erkannt, daß wir bei öffentlichen Wahlen die Macht besitzen, in gleicher Münze zu zahlen, und sie sind drauf und dran, den „Wahlboykott" vorzubereiten. Sollen nun aber nach den Wahlen diejenigen, welche das Geld der Arbeiter gern nehmen, aber deren ärgste Widersacher ins preußische Dreiklassenhaus entsenden, mit Nachdruck und Erfolg boykottiert werden, so gilt es, beizeiten die Arbeiterkonsumgenossenschaften zu fördern, wenn der Boykott nicht lahm und schwächlich ausfallen oder gar scheitern soll.

Die interessante Anregung Pragers: zur partiellen Steuerverweigerung durch das Mittel des „Alkoholstreiks" zu greifen, verdient um so eher Beachtung, als ja das Gespenst der Branntweinverteuerung (und der Zigarrenbanderole) durch Reichssteuern noch immer herumspukt. Was Mittel wie den „Alkoholstreik" und ähnliche ganz besonders beachtenswert erscheinen läßt, das ist (ganz abgesehen von dem individuellen und sozialen Nutzen solcher Enthaltsamkeit) — rein taktisch betrachtet — der Umstand, daß diese, selbst wenn sie unmittelbar, als Kampfmittel, versagen sollten, noch mittelbar, in der Protestaktion, wirken können, ja der „Alkoholstreik" ist um so wirksamer, je länger er angewandt und aufrechterhalten wird.

Ein weiteres Kampfmittel ist der Austritt aus den Landeskirchen, eine Maßnahme, die — richtig organisiert — nicht nur den direkt betroffenen religiösen Interessenten, sondern auch alle anderen Reaktionäre in Aufruhr bringen würde. Beginnt man doch in jenen Kreisen bereits sehr nervös zu werden, weil immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Rechte des Austritts Gebrauch machen. Wie erst, wenn das Proletariat auf die Idee

käme, einen gewaltigen Massenaustritt zu organisieren: zum Protest gegen die staatlichen Gewalten, die dem Volke das allgemeine Wahlrecht verweigern und die Volksschule fest im Joche der Kirche halten!

Hiermit sind die in Betracht kommenden Kampfesmittel ganz gewiß noch lange nicht erschöpft; die Praxis des Kampfes, die des Klassenkampfes zumal, hat sich noch zu allen Zeiten im gegebenen Augenblick die geeigneten Mittel zu finden, zu erfinden, zu entdecken gewußt, und diese gute alte Erfahrung wird sich auch im preußischen Wahlrechtskampf bewähren.

Kolonialpolitische Rundschau.

Von **Parvus.**

Zur Einführung.

Das Schwergewicht der Politik der kapitalistischen Industriestaaten wird immer mehr nach den Kolonien verlegt. Dort bilden sich die Knotenpunkte der wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe und der politischen Verwicklungen der kapitalistischen Welt von heute. Es ist ungemein kennzeichnend für die politische Entwicklung des modernen Kapitalismus, daß, während Elsaß-Lothringen aufgehört hat, den Frieden Europas zu gefährden, Frankreich und Deutschland wegen Marokkos, das keinem von beiden gehört, oder wegen eines sonstigen Landfetzens in Afrika oder Asien in ernste Verwicklungen miteinander geraten könnten. Käme es aber zu einem Kriege zwischen diesen beiden Staaten, und sei es auch aus einer Veranlassung, die nur auf dem Boden der barbarischen Verhältnisse eines Negerlandes entstehen konnte, dann würde allerdings auf einmal auch die Frage Elsaß-Lothringens wieder brennend; wie denn überhaupt jeder Krieg zwischen europäischen Staaten immer aufs neue aufdeckt, daß die politische Karte Europas nichts ist als eine Verbindung von Unzulänglichkeiten, die durch ihre Irrationalität sich gegenseitig die Wagschale halten. In den Kolonien wird die Kriegsgefahr gebildet, Europa kann aber zum Schauplatz dieses Krieges werden, und europäische Interessen bedingen dann seine Tragweite. In den Zeiten des Friedens werden die Kolonien immer mehr zum Angelpunkt der kapitalistischen Staatspolitik mit ihren Rüstungen, Schulden, Ausgaben.

Was aber ist eine Kolonie? Weder geographisch noch wirtschaftlich und nicht einmal politisch lassen sich feste Merkmale angeben, um ein Land allemal als Kolonie von der übrigen kapitalistischen Welt auszuscheiden. Denn auch die Kolonien machen eine Entwicklung durch, und diese Entwicklung ist ein fortgesetzter Kampf gegen die Kolonialpolitik, welche die Kolonien geschaffen hat. Die Staaten Australiens sind zum Beispiel in staatsrechtlicher Beziehung gewiß noch immer eine Kolonie, aber wirtschaftlich sind sie es sicher weniger als etwa Siam oder selbst China. Japan, das erst vor kurzem zu den kolonialen Interessensphären gehörte, ist jetzt selbst eine Kolonialmacht. Desgleichen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Viel eher läßt sich bestimmen, was kapitalistische Kolonialpolitik ist. Doch auch da muß man sich vor allem vor dem in acht nehmen, was Karl Marx den Fetischismus der politischen Ökonomie nennt, vor dem Bestreben, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen als von vornherein gegebene

Verhältnisse von Sachen hinzustellen. Der politischen Ökonomie erscheint die Kolonialpolitik als ein von Natur aus gegebenes Verhältnis der barbarischen und der zivilisierten Völker; sie glaubt, Afrika sei zu dem Zwecke mit Negern bevölkert worden, damit sie von dem kapitalistischen Europa ausgebeutet werden.[1] Und wie die politische Ökonomie in dem Kapital selbst nicht ein Verhältnis innerhalb der Produktion, sondern eine Eigenschaft des Produktionsmittels sieht, so sieht sie in dem kapitalistischen Drange nach den Kolonien eine der gesellschaftlichen Produktion innewohnende Eigenschaft, das Ergebnis der natürlichen Volksvermehrung, alles in der Welt, nur nicht jene spezifisch kapitalistischen Zusammenhänge, denen er entspringt. Da die politische Ökonomie das Wesen der kapitalistischen Kolonialpolitik außerhalb des Wesens der kapitalistischen Produktion sucht, so sieht sie für diese Kolonialpolitik weder Anfang, noch Ende, noch Entwicklungsunterschiede. Die Geschichte der Vereinigten Staaten erscheint ihr als geeignetes Beispiel, um die gegenwärtige Kolonialpolitik im zentralafrikanischen, fieberschwangeren Sudan zu rechtfertigen; wobei sie auch noch übersieht, daß die Geschichte der Vereinigten Staaten dort anfängt, wo die englische Kolonialpolitik aufhört, daß Nordamerika sich erst von England loslösen, seinen kolonialen Charakter hat abstreifen müssen, um das zu werden, was es ist. Es ist aber nur ein äußerliches Moment, daß die Bourgeoisökonomen und ihre kritiklosen Nachbeter in den Zeitungen für die geschichtliche Rechtfertigung der Kolonialpolitik die Vereinigten Staaten zum Ausgangspunkt nehmen; sie könnten ebensogut mit der Völkerwanderung beginnen und die Geschichte der europäischen Zivilisation als Kolonialgeschichte darstellen. Wie die Religion die Vorstellungen der Menschen in den Himmel versetzt, von wo aus sie als außerhalb der Menschen stehende Macht den Geist beherrschen, so werden von der politischen Ökonomie die Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise in die Geschichte zurückversetzt, um als Naturgesetze die Welt zu regieren. Der Stock, mit dem der erste Mensch nach Wurzeln grub und seinen Nebenmenschen prügelte, ist, von ihrem Gesichtspunkt gesehen, bereits Kapital, der Vorrat, den der Affe in seiner Backentasche ansammelt, ebenfalls; und Adam und Eva, als sie das Paradies verließen, waren die ersten Kolonialpolitiker.

So verschwinden denn glücklich alle Unterschiede, und die Lobredner des Kapitals, die den Arbeiter belehren, daß er das Brot des Unternehmers ißt, nicht vielmehr diesen reich macht, suchen ihm nachzuweisen, daß er im Auftrag

[1] Die politische Ökonomie ist die bürgerliche Wissenschaft von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Sie klassifiziert und rubriziert um so lieber, je mehr ihr die Erkenntnis des Entwicklungsgesetzes dieser Produktionsweise fehlt; denn das ist für sie das einzige Mittel, sich im Chaos der Erscheinungen zurechtzufinden. Die Geschichte der Naturwissenschaften zeigt uns denn auch, daß die Klassifikation nach Art und Unterschied die Vorarbeit zur Aufstellung einer Entwicklungslehre liefert, durch die dann wiederum diese Klassifikation über den Haufen geworfen wird. Die politische Ökonomie kommt aber nicht zur Erkenntnis des Entwicklungsgesetzes der kapitalistischen Gesellschaft, weil dadurch sie selbst als spezifisch kapitalistische Wissenschaft aufgehoben würde. Nur der proletarische Sozialismus, der von vornherein in den schärfsten Gegensatz zu der kapitalistischen Gesellschaft tritt, gewinnt die wissenschaftliche Erkenntnis ihrer Entwicklung. Darum sieht er — wie die Vertreter der Entwicklungsidee in den Naturwissenschaften — Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Widersprüche, wo für die anderen die Welt in heterogene Dinge zerfällt, die man auseinanderhalten muß, um sie zu begreifen. Weshalb denn auch dem Sozialismus von jenen anderen der Vorwurf gemacht wird, daß er alles unter eine Schablone bringe.

seines kapitalistischen „Brotgebers" den Neger schinden muß, um seine eigene proletarische Existenz fortsetzen zu können. Keine Produktion ohne kapitalistische Ausbeutung, keine kapitalistische Entwicklung ohne Kolonialpolitik — so lautet die Formel. Das ist durchaus richtig vom Gesichtspunkt der politischen Ökonomie, falsch vom sozialistischen Gesichtspunkt aus. Aber wie wir im Kampfe gegen die kapitalistische Produktionsweise sehr wenig damit erreichen, wenn wir ihr das Ideal einer sozialistischen Produktionsweise entgegenhalten, so offenbar auch, wenn wir der kapitalistischen Kolonialpolitik gegenüber eine *sozialistische Kolonialpolitik* als Vorbild hinstellen. Die letztere ist eine noch schlimmere Utopie als der sozialistische Zukunftsstaat, denn sie wird von diesem abgeleitet, der selbst eine Utopie ist. In der Praxis läuft das darauf hinaus, daß man auf dem Umweg über eine spekulative Zukunft die kapitalistische Kolonialpolitik, die man hat bekämpfen wollen, in die Wirklichkeit wieder einführt.

Je weniger man es versteht, der Politik einen realen Inhalt zu geben, desto häufiger führt man das Wort Realpolitik im Munde und desto unduldsamer wird man denjenigen gegenüber, die nach dem Inhalt suchen, ohne dem Worte nachzujagen. Man mag es „Realpolitik" oder „positive Arbeit" oder auch „revolutionäre Taktik" nennen, wir haben kein Bedürfnis nach neuen Bezeichnungen und legen auch keineswegs das Hauptgewicht auf die alten Schlagworte; das aber wissen wir, daß, wenn wir den proletarischen Klassenkampf nicht in einer eingebildeten Welt, sondern in der Welt der Wirklichkeit führen wollen, wir uns vor allem über den *kapitalistischen Charakter* der Kolonialpolitik klar werden, ihre Erscheinungsformen studieren und ihre Betätigung in der Gegenwart verfolgen, ihre Zusammenhänge innerhalb der Weltmarktsentwicklung und Wechselbeziehungen zu den Interessenkämpfen der Arbeiter aufdecken und hier den Hebel ansetzen müssen.

Die kapitalistische Kolonialpolitik ist der Versuch der Kapitalistenklasse, Länder mit fremder ökonomischer Struktur in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß hineinzubeziehen. Das Kapital erfaßt auf seinem Weg alles, was es trifft, um es in seinen Zirkulationsprozeß einzubeziehen, wie der Haifisch Schiffszwieback und Schiffsmannschaft und Schiffsnägel seinem Verdauungsprozeß einverleibt. Diese Aneignung geschieht nicht etwa an einem bestimmten Punkt, sondern kann auf der ganzen Linie der bekannten Formel $G^1 — W^1 \dots Pr. \dots W^2 — G^2$ stattfinden. G^1, die Goldseele der Ware rennt um die Welt, um sich mit ihrem Körper wieder zu vereinigen. Wenn es aber ein anderes G^1 trifft, so fühlt es sich von ihm gleichwohl angezogen; es bildet sich eine Seelengemeinschaft. Aber dieses platonische Verhältnis befriedigt nicht; G^1 und G^1 zirkulieren vereint als G^2 um die Welt, um sich in W^2 und durch Vermittlung des Produktionsprozesses in W^3 und G^3 zu verwandeln. Wenn das Kapital in den Kolonien Gold holt, so holt es dieses Gold nicht für seine Schatzkammer, wie der Seefahrer der alten Zeit, sondern als Teil im großen Zirkulationsstrom des Kapitals, der die Welt durchfließt. Wenn das Kapital in den Kolonien exotische Produkte und Menschen holt, dann holt es sie ebenfalls nicht als Kuriosa, nicht zum Konsum, sei es für den Magen oder für das Auge, sondern als W^1, als Teile im kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Darin besteht die Eigenart der Erscheinung: es gibt keinen besonderen kolonialen Kapitalismus, sondern der Kapitalismus charakterisiert die Kolonialpolitik. Der kapitalistische Reproduktionsprozeß bleibt der gleiche, im Mutterland wie in den Kolonien, der Unterschied liegt nur in den Fremdkörpern, die er in den

Kolonien zu verarbeiten hat.[1] Darum kann man nicht die Kolonialpolitik bekämpfen, wenn man auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise steht, und man kann nicht die kapitalistische Produktionsweise bekämpfen, ohne zugleich die Kolonialpolitik zu bekämpfen.

Im Kampf mit den fremden ökonomischen Verhältnissen der Wilden, die er in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß hineinfügen will, verfährt der Kapitalist nicht anders, wie der Wilde mit der Maschine, die man vor ihn hinstellt: er fährt mit dem Stock dazwischen. Geschichtlich gewordene Kulturen werden vernichtet, Völkerschaften werden ausgerottet, bis sich unter den Trümmern, ohne daß der Kapitalist sich dessen selbst bewußt wird, auf welche Weise, Ansätze kapitalistischer Verhältnisse bilden. Das gewaltsame Zerstörungswerk dauert fort, aber bereits ist eine wirtschaftliche Verbindung hergestellt, und der kapitalistische Umwandlungsprozeß greift nun selbständig um sich, ohne durch irgendeine Gewalt aufgehalten werden zu können. Je mehr aber die Verhältnisse in der Kolonie kapitalistisch umgeformt werden, desto mehr tritt die Kolonie in einen kapitalistischen Gegensatz zum Mutterlande. Erst nahm das Kapital des Mutterlandes die Kolonie in seinen Zirkulationsprozeß auf; jetzt mehren sich die Fälle, wo umgekehrt das Mutterland nur als räumliche Zwischenstufe erscheint, die das Kapital der Kolonie in seiner Zirkulation durchläuft. Zum Beispiel die rohe Baumwolle kommt aus der Kolonie in das Mutterland und kehrt als fertiges Baumwollzeug nach der Kolonie zurück: der Prozeß $W^1 — G^1$ vollzieht sich in der Kolonie, der Prozeß $W^2 — G^2$ ebenfalls, nur die dazwischenliegende Produktion findet im Mutterlande statt. Auf der nächsten Stufe kehrt die Baumwolle nicht als fertiges Zeug, sondern schon als Garn nach der Kolonie zurück, um dort erst in der Weberei und Färberei zu Kattun verarbeitet zu werden — die ganze Zirkulation, mit Ausnahme einer einzigen kleinen Phase innerhalb des Produktionsprozesses, spielt sich in der Kolonie ab. Der Zusammenhang kommt nicht sobald zum Bewußtsein, weil der englische oder deutsche Fabrikant die Baumwolle, die er von der Kolonie bezogen hat, um sie für die Kolonie zu verarbeiten, nicht von den übrigen Baumwollwaren ausscheiden kann, die er auf den Weltmarkt liefert. Der Vorgang findet zunächst gar nicht einmal statt, er existiert nur imaginär und als virtuelle Energie. Denn die koloniale Baumwolle gehört dem Zirkulationszyklus eines anderen Kapitals an als die Baumwollwaren, die nach der Kolonie kommen. Der Zirkulationskreislauf des Kapitals in der Kolonie wird dadurch aufgehoben, daß seine einzelnen Teile in bereits vorhandene Zirkulationskreisläufe des mutterländischen Kapitals eingefügt werden; woraus sich das Bestreben ergibt, jene Kreisläufe zu sprengen, um den eigenen herzustellen. Mit anderen Worten, es drängt sich der Kolonie immer mehr das

---

[1] „Das kapitalistische Regiment stößt dort überall auf das Hindernis des Produzenten, welcher als Besitzer seiner eigenen Arbeitsbedingungen sich selbst durch seine Arbeit bereichert statt den Kapitalisten. . . . Wo der Kapitalist die Macht des Mutterlandes im Rücken hat, sucht er die auf eigener Arbeit beruhende Produktions- und Aneignungswerte gewaltsam aus dem Weg zu räumen. . . . Zu diesem Behuf weist er nach, wie die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskraft der Arbeit, Kooperation, Arbeitsteilung, Anwendung der Maschinerie im großen usw. unmöglich sind ohne die Expropriation der Arbeiter und entsprechende Verwandlung ihrer Produktionsmittel in Kapital. Im Interesse des sogenannten Nationalreichtums sucht er nach Mitteln zur Herstellung der Volksarmut." (K. Marx, „Kapital", I, S. 792.)

Problem auf, eine selbständige kapitalistische Industrie zu schaffen. Hatten wir im Anfang vor uns fremde wirtschaftliche Verhältnisse, die sich dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß widersetzten, so haben wir am Schlusse eine kapitalistische Entwicklung, die sich der kapitalistischen Kolonialpolitik widersetzt.

Dieser Prozeß der kapitalistischen Umbildung der Kolonie vollzieht sich rascher oder langsamer, je nach der Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, politischen, nationalen und kulturellen Verhältnisse, je nach dem zum Beispiel das Land in seiner vorkapitalistischen Entwicklung bereits zur Bildung eines zentralisierten Staats, zum Zusammenballen bedeutender Volksmassen gelangt ist, ob es Ackerbau und Gewerbe aufzuweisen hat, welche Seeverbindung es besitzt, auf welcher Entwicklungsstufe seine Nachbarstaaten sich befinden, ob es von Weltverkehrsstraßen berührt wird und anderes mehr.

Überblickt man das Tätigkeitsgebiet der kapitalistischen Kolonialpolitik, so sieht man deshalb eine ungeheure Mannigfaltigkeit sozialer Bildungen, die verschiedene Entwicklungsstufen und Erscheinungsformen der Kolonien darstellen.

Der kapitalistische Staat wirkt nicht bloß auf die Kolonien, er wird zugleich von ihnen beeinflußt. Er ist von einer Menge abhängiger Länder umgeben, mit denen ihn verschiedene Interessen verbinden: an einer Stelle wird das Land geplündert und die Bevölkerung vernichtet, an anderen müssen die Eingeborenen dazu herhalten, den „nationalen Reichtum" zu mehren, an dritter hat das eindringende Kapital selbst Mühe, sich im Lande zu halten; hier wird ein Prohibitivsystem durchbrochen, dort eins aufgerichtet; Plantagen einerseits und Eingeborenenwirtschaft andererseits; Ansiedelungen und Proletarisierung der eingesessenen Bevölkerung; Fabriken, Eisenbahnen; subventionierte Reedereien des Mutterlandes und Entwicklung einer eigenen Dampfschiffahrt in der Kolonie; ein Wirrwarr wirtschaftlicher Zusammenhänge und Wechselwirkungen, die kreuz und quer gehen. Die Widersprüche der kapitalistischen Kolonialpolitik erklären sich viel weniger aus der Verschiedenheit der politischen oder philanthropischen Auffassung, als aus der Verschiedenheit der Interessen und ihren Widersprüchen.

Nun erscheint aber das Kapital in den Kolonien vor allem durch seine eigene Geschichte belastet. Es bringt die wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe und die politischen Interessenkämpfe des Mutterlandes mit und den großen Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Herrschaft. Wir haben gerade in der jüngsten Geschichte Deutschlands ein typisches Beispiel dafür, wie sehr die politischen Kämpfe des Mutterlandes sich in den Kolonien verschärfen und in welch hohem Maße sie dann auf das Mutterland zurückwirken können. Denn der Konflikt mit dem Zentrum wurde zwar im Lande selbst vorbereitet, aber erst Beamten- und Missionsstreitigkeiten in den Kolonien brachten ihn zum Durchbruch. Der Herero-Block im Reichstag ist die politische Nemesis der Vernichtung der Hereros. Das Kapital findet außerdem in den Kolonien die Klassen und sonstigen Interessenkämpfe, die sich vor ihm gebildet haben. Es findet den Widerstand aller gegen sich. Durch die kapitalistische Zersetzung werden in der Kolonie selbst kapitalistische Kämpfe geschaffen, die überdies in einen Gegensatz treten zu den überlieferten alten. Und Interessenkämpfe entwickeln sich obendrein zwischen dem Kapital in der Kolonie und dem Kapital außerhalb der Kolonie.

So ist die kapitalistische Kolonialpolitik die Zusammenfassung der kapita-
istischen Widersprüche, vermehrt um die sozialen Widersprüche und Interessen-
ämpfe, welche die Menschheit im ganzen Verlauf der Geschichte der Klassen-
errschaft durchgemacht hat und die von der kapitalistischen Gesellschaft geklärt
nd aufgehoben wurden, das Klassenwirrsal der Gegenwart, verbunden mit
em Klassenwirrsal aller Zeiten, durch diese wunderbare Verkoppelung neue
Widersprüche und Interessenkämpfe erzeugend. Jeder kapitalistische Staat
mgibt sich mit einem derartigen Chaos kolonialpolitischer Wirrnisse und be-
wacht sie sorgsam mit Hilfe seiner Armee und Flotte gegenüber den anderen
Staaten, von denen jeder mitten in einem ähnlichen Chaos steckt. Alles zu-
ammen bildet das politische System der kapitalistischen Welt.

Es ergibt sich daraus für den sozialistischen Beobachter die Notwendigkeit,
useinanderzuhalten:

die ursprünglichen Dinge in den Kolonien — eine auf fremder geschicht-
cher Basis entstandene Entwicklung, die sich gegen den kapitalistischen Druck
Bahn zu brechen sucht, zurückgeworfen und in Trümmer geschlagen wird;

den Einfluß des Mutterlandes auf die Kolonie und die Rückwirkung dieser
uf das Mutterland;

die Bildung einer selbständigen Kapitalzirkulation in der Kolonie und den
Drang nach politischer Selbständigkeit;

die Zusammenhänge des kapitalistischen Weltmarktes, innerhalb deren sich
ie Entwicklung der Kolonien, der fertigen wie der unfertigen kapitalistischen
Staaten abspielt, ohne jedoch zum Bewußtsein der Kapitalisten zu gelangen;

die politischen Interessen des Mutterlandes, die in kolonialer Verkleidung
or den Kapitalisten treten und ihm deshalb fremd, als koloniale Kämpfe
rscheinen;

die Konkurrenzkämpfe und den kolonialpolitischen Wettbewerb der Industrie-
taaten untereinander.

Es handelt sich also bei der Kolonialpolitik nicht um ein Spezifikum, son-
ern um kapitalistische Entwicklung in eigenartigen Zusammenhängen. Unsere
olonialpolitische Rundschau, die der Versuch sein soll, die Tatsachen der kolonialen
ntwicklung vom Gesichtspunkte des proletarischen Klassenkampfes zusammen-
stellen und zu beleuchten, kann sich darum nicht auf die Kolonien im staats-
chtlichen Sinne dieses Wortes beschränken; den Spuren der kapitalistischen
olonialpolitik folgend, werden wir vielmehr auch auf Länder hinübergreifen
üssen, die, streng genommen, keine Kolonien sind, in denen sich aber kolonial-
olitische Interessen kreuzen, zum Beispiel China, oder die durch ihre Ver-
ngenheit, ihre geographische Lage, ihre wirtschaftliche und politische Ent-
icklung einen wichtigen Faktor innerhalb der kolonialpolitischen Zusammen-
inge darstellen, zum Beispiel Japan. Die Fäden, die wir in den Kolonien
ifgreifen, werden uns auch häufig genug zu den wirtschaftlichen und poli-
chen Kämpfen in Europa und Amerika zurückführen. Wie es sich denn
erhaupt in der Kolonialpolitik, obwohl wir viel von den Negern und
Mongolen zu sprechen haben werden, doch am allerwenigsten um die Inter-
en dieser handelt, sondern um die ureigenste Angelegenheit des Proletariats
den entwickelten Industriestaaten. Nicht abstrakte philanthropische Maximen
lden unseren Ausgangspunkt; es gilt hier, wie in allem, was die Sozial-
mokratie tut, nur eins — den Kampf gegen die Weltherrschaft des Kapitals!

Der Kost- und Logiszwang im Handwerk.

Von **P. Blum** (Berlin).

Seit etlichen Jahren ist eine durch die deutschen Gewerkschaften eingesetzt Kommission bemüht, die Schäden, die ein mittelalterliches System, der Kost und Logiszwang, in sich birgt, an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen, un dessen völlige Beseitigung zu ermöglichen. Bereits im Jahre 1905 wurde i der „Neuen Zeit",[1] anläßlich des Kölner Gewerkschaftskongresses, durc Jansson auf die verschiedensten Arten, in denen sich dieses System vorfinde hingewiesen. Trotz der großkapitalistischen Entwicklung, die wir im Laufe de vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen hatten, ist dieser Zwang uns erhalte geblieben. Zwar besteht er nicht mehr in der Form der guten alten Zei wo der Geselle als ein Mitglied der Familie angesehen wurde und der Küchen zettel der Frau Meisterin die Unterschiede der heutigen Zeit nicht kannte. De Kost- und Logiszwang ist heute mehr oder minder eine Rentabilitätsfrage, j nachdem es sich lohnt, beide Arten dieses Zwanges oder auch nur eine davo im Betrieb einzuführen. Die nackte Form dieses Zwanges erhält sich an hartnäckigsten in den Berufen, in denen die moderne Technik der Industri am wenigsten Eingang gefunden hat. Obenan stehen die Berufe der Nahrungs mittelindustrie, Bäcker, Fleischer sowie das Gastwirtsgewerbe. Es folgen dan Gärtner, Barbiere, Schneider, Schmiede, Sattler, kurz alle Berufe, welc noch in den kleinsten Orten betrieben werden. Die Zahl der Arbeiter, di diesem Zwange noch unterworfen sind, läßt sich auch nicht annähernd fes stellen, wenigstens nicht durch die Organe der Gewerkschaften, weil die be treffenden Arbeiter der Öffentlichkeit zu sehr entzogen sind.

Um die nötigen Unterlagen für die Forderungen an die Gesetzgebung z erlangen, beschloß die obengenannte Kommission, eine statistische Erhebung z veranstalten; das gesammelte Material wurde R. Calwer übergeben und i in der soeben erschienenen Broschüre „Das Kost- und Logiswesen i Handwerk"[2] bearbeitet.

Der Fragebogen zergliedert sich in drei Hauptabschnitte, und zwar 1. i die Beschaffenheit des Raumes, 2. die Gestellung der Einrichtung des Raume sowie dessen Wartung und 3. in eine Darstellung der Kostverhältnisse. Leide mußte eine statistische Bearbeitung des dritten Teiles, der Kostverhältnis gänzlich unterbleiben, weil die Fragen zu ungenügend beantwortet ware Trotzdem geben die begleitenden Notizen einen Einblick in die erbärmliche E nährungsweise Tausender von Arbeitern.

Calwer stellte acht Forderungen an die Schlafräume:

1. Die Bodenfläche muß pro Person mindestens 4 Quadratmeter betrage 2. Die Fensterfläche muß ein Fünftel der Bodenfläche ausmachen. 3. D Luftkubus des Raumes soll pro Person 20 Kubikmeter betragen. 4. D Fenster dürfen nicht nach Korridoren, Lichthöfen usw. führen. 5. Der Rau muß heizbar sein. 6. Der Raum muß verschließbar sein. 7. Der Raum da sich nicht im Keller oder auf dem Boden befinden. 8. Der zugehörige Abo muß in sauberem Zustand und zu jeder Zeit zu benutzen sein.

---

[1] Die Gewerkschaften und der Kost- und Logiszwang, von W. Jansson. „Neue Zeit 1904/05, 1. Band, Seite 825.

[2] Das Kost- und Logiswesen im Handwerk. Verlag der Generalkommission. 225 Seite

Bei der ersten Forderung hat Calwer die Ansprüche viel zu niedrig gestellt.[1] Die Folge davon war, daß der weitaus größte Teil der Logis seinen Anforderungen genügte. Nur 20,5 Prozent der Räume hatten eine noch geringere Bodenfläche als 4 Quadratmeter. Nach der Höhe der Räume hat Calwer gar nicht gefragt; aus Bemerkungen auf den Fragebogen ergibt sich, daß in vielen Räumen ein Aufenthalt nur im Bette möglich war! Da in einem niedrigen Raume, wenngleich er auch lang und breit genug ist, die Luft immer schlechter ist als in einem engen und hohen Raume, so wäre eine Ausdehnung der Statistik nach dieser Richtung hin sehr geboten gewesen.

Beantwortet wurden die Fragebogen aus 4010 Betrieben, in denen 13257 Personen beschäftigt waren; von diesen unterlagen 9009 dem Kost- und Logiszwang, 1628 hatten nur Logis und 494 nur Kost, so daß also etwa 16 Prozent von diesem Zwange befreit waren, wohl zum allergrößten Teile Verheiratete, die 14 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Die dem Kost- und Logiszwang unterliegenden Arbeiter sind in den allerseltensten Fällen verheiratet, die Erringung eines eigenen Herdes ist ihnen zumeist nur durch die Aufgebung des Berufes möglich.

Bei diesen Erhebungen handelt es sich zumeist um Kleinbetriebe, die 1 bis 5 Arbeiter beschäftigten, im Durchschnitt kommen auf den einzelnen Betrieb 3,3 Arbeiter. Calwer zieht nun Vergleiche mit gleichartigen Betrieben, die durch die Gewerbezählung von 1895 ermittelt wurden. Es hat den Anschein, als sollten hieraus gewisse Schlüsse auf die Verbreitung des Kost- und Logiszwanges gezogen werden. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hat aber mit vollem Rechte schon seit etlichen Jahren vorgezogen, die Resultate jener Gewerbezählung nicht mehr zu berücksichtigen. Nicht allein, weil sie schon veraltet ist, sondern auch, weil die Formen, unter denen diese Zählungen vor sich gehen, kein einwandfreies Material für die Beurteilung der Berufslage ermöglichen. Für die Verbreitung des Kost- und Logiszwanges liegen zum Beispiel für den **Gärtnereiberuf amtliche** Ziffern vor, aufgenommen vom Statistischen Landesamt für Preußen im Jahre 1907. Danach waren von 29671 Beschäftigten nicht weniger als 20347 Personen diesem Zwange unterworfen! Hier aber sind aus Preußen nur von 284 Betrieben

[1] Die skandinavischen Bäcker haben kürzlich als Mindestmaß 6 Quadratmeter für Schlafräume gefordert. Calwer aber erörtert zuerst in der Einleitung ausführlich, wieviel Luftraum und dementsprechend Flächenraum die Gesundheitslehre verlangt, und kommt dabei zu dem Schlusse, daß mindestens 20 Kubikmeter Luftraum pro Person notwendig sind — eine preußische Ministerialverordnung vom 7. Mai 1884 verlangt sogar für einen **Gefangenen** 26 bis 39 Kubikmeter Luftraum, also mindestens 9 bis 13 Quadratmeter Fläche! —, dann aber fordert er „bescheiden", wie er schreibt, von einem „Schlafraum, der als einwandfrei angesprochen werden soll, mindestens 4 Quadratmeter pro Bewohner — vielleicht deshalb, weil einige Polizeiverordnungen nur 3 bis 4 Quadratmeter verlangen. Dabei müßte bei 20 Kubikmeter Luftraum die Bodenfläche mindestens 7 bis 8 Quadratmeter groß sein, da gewöhnlich solche Schlafstätten nur 2½ bis 3 Meter hoch sind, meist aber weit niedriger. Ferner vernachlässigt Calwer bei seinen „bescheidenen" Ansprüchen, daß 20 Kubikmeter Luftraum, wie er in einer Tabelle von Morin selbst angibt, „pro Kopf und **Stunde**" in Betracht kommen, das heißt: die in einem Zimmer von 20 Kubikmeter vorhandene Luft muß **stündlich völlig erneuert** werden können, wenn sie genügen soll. Außerdem darf nur der **Luftraum** in Rechnung gestellt werden, es ist also der von Möbeln, Ofen, Kisten und dergleichen eingenommene Raum noch abzuziehen! All das hat Calwer vernachlässigt und dadurch ein **vollkommen unrichtiges** Bild der obwaltenden Verhältnisse geschaffen!

mit 976 Arbeitern Antworten eingegangen, also nur von 3,3 Prozent derer, di wirklich dem Kost- und Logiszwang unterliegen. Es wäre also falsch, irgend welche Schlüsse aus den von Calwer gemachten Gegenüberstellungen herzuleiten

Auf 18 Gewerbe erstreckte sich die Umfrage: auf Bäcker, Fleischer, Gärtner Barbiere, Müller, Schneider, Gastwirtsgehilfen, Schmiede, Sattler, Handels und Transportarbeiter, Masseure und Krankenpfleger, Holzarbeiter, Schuh macher, Handlungsgehilfen, Buchbinder, Metallarbeiter, Tabakarbeiter, Litho graphen und Steindrucker; 40 Prozent der Antworten kamen von den Bäckern je 10 Prozent von den Fleischern und Gärtnern. Das Bild, das die Ant worten geben, zeigt, daß die überwiegende Masse dieser Arbeiter unter gan unwürdigen und ungesunden Verhältnissen lebt, am schlimmsten steht es be den Bäckern und Fleischern, aber auch die Transportarbeiter klagen vielfac über enge, ungesunde Löcher, während die Raum- und Luftverhältnisse an günstigsten bei den Krankenpflegern liegen. Es wurden nicht weniger al 82 Räume ermittelt, welche einen Luftkubus von weniger als 10 Kubikmete aufwiesen! Dazu kommt häufig mangelnde Verschließbarkeit der Räume wi das Fehlen jeder Heizung! Einwandfrei waren die Räume nur fü 2³/₄ Prozent der Antwortgeber, ausreichend für 9,4, unbefriedigend für 12 schlecht für 58,5, sehr schlecht für 16,6 und menschenunwürdig für 0,6 Prozent

In bezug auf Einrichtung und Wartung der Logis stellt Calwe wieder viel zu niedrige Anforderungen; so wäre die Forderung nach reich licher Badegelegenheit für die Bäcker und Fleischer sicherlich keine übertriebene aber Calwer hat sie nicht gestellt. Bei der Beurteilung der von ihm erhobener acht Anforderungen kommt man zu dem Schlusse, daß man weniger über haupt nicht fordern kann. Die Mindestforderungen waren: 1. Jede Perso muß ein Bett haben. 2. Die Betten dürfen nicht übereinander stehen. 3. Di Wäsche muß regelmäßig gewechselt werden, und zwar die Bettwäsche min destens alle vier Wochen, das Handtuch aber wöchentlich einmal. Bei Personen wechsel muß die Bettwäsche stets neu gewechselt werden. 4. Die Betten müsse täglich gemacht, der Schlafraum muß täglich trocken und mindestens einma in der Woche feucht gereinigt werden. 5. Die Betten sollen ungezieferfrei sein 6. Es muß ein verschließbarer Schrank vorhanden sein. 7. Für jede Person sol ein Handtuch sowie ein Waschbecken vorhanden sein. 8. Das Zimmer mu abends genügend beleuchtet sein.

Nicht einmal nach Tisch und Stuhl ist dabei gefragt — und die gehören doch gewiß zu den Mindestforderungen, die an einen bewohnbaren Raum zu stellen — und in den Zwangslogis nicht zu finden sind!

Und welche Resultate ergaben selbst diese bescheidenen Fragen? Von den Antwortgebern hatten 4,9 Prozent kein eigenes Bett, bei 6,8 Prozent standen die Betten übereinander, bei 43,6 Prozent wurde die Bettwäsche nicht einmal alle vier Wochen gewechselt! Den Anforderungen an Reinigung wurde bei 44,1 Prozent der Befragten nicht genügt, die Betten werden oft wochenlang nicht gemacht! Ungeziefer war bei 8,5 Prozent, ein verschließbarer Schrank fehlte bei 26,8 Prozent, bei 53,6 Prozent war nicht einmal für jede Person ein Handtuch und Waschbecken vorhanden, und 28,8 Prozent hatten abends keine genügende Beleuchtung in ihrem „Heim". Aus den Bemerkungen geht unter anderem hervor, daß Betten des Nachts vom Dienstmädchen, des Tags vom Bäckergesellen benutzt werden, ein Lehrling schläft in einer Eierkiste, oft dienen zum Waschen die Gefäße, die in der Backstube benutzt werden!

Wäschewechsel der Betten beim Personenwechsel ist eine fast unbekannte Einrichtung

Alles in allem ergibt sich aus der Umfrage, daß 94,42 Prozent aller befragten Personen in Logis wohnen, die diesen Mindestanforderungen nicht entsprechen, und nur 7,02 Prozent sämtlicher Räume genügen den gestellten Ansprüchen. So sieht der moderne „Familienanschluß“ aus, an dem das goldene Handwerk so zähe festhält. Diese Ergebnisse beweisen wiederum aufs neue, wie berechtigt die Kämpfe der Arbeiterschaft sind, die unter diesem System zu leiden hat.

Der Kost- und Logiszwang bedeutet aber auch den größten Hemmschuh einer geregelten und kurzen Arbeitszeit. Auch hierüber ist ein ganz interessantes Material ermittelt worden, und zwar für 3911 Betriebe mit 12982 Beschäftigten. In 9,1 Prozent der Betriebe besteht eine mehr als 15stündige Arbeitszeit, in 10,7 Prozent eine 14stündige, in 31,6 Prozent eine 12stündige, in 15,5 Prozent eine 11stündige und in 7,9 Prozent eine 10stündige. Die übrigen Betriebe, welche aber nur 25 Prozent betragen, haben eine kürzere Arbeitszeit als 10 Stunden. Nach Beschäftigten angeordnet ergibt sich, daß 232 Personen täglich 8 bis 10 Stunden, 3294 Personen 10 bis 12 Stunden, 5557 Personen 12 bis 14 Stunden und 3899 Personen 14 Stunden und darüber arbeiten.

So hat also die Erhebung auch nach dieser Richtung hin die Rückständigkeit des Handwerkes erwiesen, ein Ergebnis, das bei den Arbeitern schon lange feststeht, das aber immerhin bei passender Gelegenheit den Handwerksrettern in Erinnerung gebracht werden muß.

Von der Regierung, die so eifrig „den Mittelstand schützt“ und die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf das Kleinhandwerk hintanhält, ist Hilfe nicht zu erwarten, eher noch von der technischen Entwicklung, die mit den Kleinbetrieben aufräumt und dadurch auch in den schmutzigsten und rückständigsten Gewerben der Bäcker und Fleischer den Kost- und Logiszwang allmählich verdrängt. Vor allem aber sind die Gewerkschaften eifrig und mit Erfolg bemüht, diesem System den Boden abzugraben. Der Kölner Gewerkschaftskongreß verlangte in erster Linie gesetzgeberische Maßnahmen und insbesondere die Beseitigung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, der über das Trucksystem handelt und den durch Absatz 1 den Arbeitern gewährten Schutz vollständig aufhebt. Aber gerade denen, die Opfer dieser unzureichenden Gesetzgebung sind, wird noch dazu die tätige Mitwirkung an Beseitigung dieses Elends unmöglich gemacht. In einzelnen sächsischen Bundesstaaten sowie im Großherzogtum Oldenburg dürfen die Arbeiter, welche in Kost und Logis beim Arbeitgeber sich befinden, nicht an den Landtagswahlen teilnehmen. Selbst in Preußen ist es nicht ausgeschlossen, nach den Erfahrungen, welche man bei den Kommunalwahlen gemacht hat, daß derartige Auslegungskünste Platz greifen.

So sorgt die herrschende Klasse dafür, daß an ihren Privilegien der Ausbeutung nicht gerüttelt wird. Daß es ihr freilich auf die Dauer doch nicht gelingt, zeigt gerade diese Erhebung über den Kost- und Logiszwang. Obwohl sie sich zum größten Teil auf Gewerbe erstreckt, deren Arbeiter zu denen gehören, die sich in größter Abhängigkeit und dadurch in Stumpfheit und Gleichgültigkeit befinden, nimmt doch das Selbstbewußtsein unter ihnen zu, und wenn wie bisher die gesamte Arbeiterschaft ihnen hilft, werden auch sie zu politischer und gewerkschaftlicher Organisation erwachen.

Literarische Rundschau.

Paul Pflüger, Pfarrer in Zürich, **Grundriß eines modernen Moral- un[d] Religionsunterrichtes für die reifere Jugend.** 2. Auflage. Zürich und Leipzi[g] 1907, Th. Schröters Nachf. 30 Pfennig.

Die auf Flaschen gezogene Moral schmeckt gerade so schal wie die auf Flasche[n] gezogene Religion. Wohl weht in dem Pflügerschen Schriftchen ein anderer Geis[t] als in einem Katechismus oder sonstigen religiösen Memorierbuch. Aber nüchtern sehr nüchtern liest es sich trotzdem. Erfreulicherweise ist es bei der auf die Arbei[t] gegründeten sozialistischen Erziehung der Zukunft völlig überflüssig, einen beson deren Moralunterricht zu pflegen. Was die Kinder an sittlicher Kraft und Ein sicht erwerben müssen, erwächst von selbst aus dem übrigen Unterricht. h. sch

---

Zeitschriftenschau.

„Le mouvement socialiste", die Revue der französischen Syndikalisten beginnt ihre Märznummer mit einem Aufsatz von Paul Delesalle über **„Di[e] Arbeitsbörsen und ihre heutigen Schwierigkeiten"** (Les bourses du travail e[t] leurs difficultés actuelles). Die Arbeitsbörsen sind die lokalen Vereinigungspunkt[e] der Gewerkschaften; sie bekommen an den meisten Orten aus der Gemeindekasse ein[e] Unterstützung, die ihre hauptsächlichste Einnahmequelle zum Mieten eines Gewerk schaftshauses und zum Betreiben ihrer Propaganda bildet. Wiederholt ist scho[n] auf den Widerspruch hingewiesen worden, der darin liegt, daß diese prinzipielle[n] Antipolitiker, die sich dem Staate und aller Politik feindlich gegenüberstehen, sic[h] durch Zuschüsse der Gemeinderäte unterhalten lassen. Auch der Autor dieses Auf satzes betrachtet das als einen für die Syndikate entwürdigenden Zustand, desse[n] Ursprung und Entwicklung er behandelt. Wie aber, da die französischen Gewerk schafter die hohen Beiträge nicht lieben, aus dieser finanziellen Abhängigkeit heraus kommen? Jetzt wird ihnen aus dieser Verlegenheit dadurch geholfen, daß di[e] Gemeinderäte überall den Arbeitsbörsen ihre Zuschüsse entziehen — wegen ihre[r] „anarchistischen" Umtriebe, wie es im Stile der Clemenceaupolitik heißt, in Wirk lichkeit, weil man den reaktionären Kleinbürgern als Wähler Rechnung tragen muß. Jetzt stehen die Arbeitsbörsen mittellos da; das bildet ihre „heutigen Schwierig keiten", die der Autor also nicht als ein reines Unglück, sondern vielmehr als eine[n] Zwang betrachtet, zu besseren Verhältnissen zu kommen. Er rät nun den Arbeits börsen, sich zuallererst ein eigenes Heim zu verschaffen; wie es schon die Zentral organisation der Gewerkschaften gemacht hat. Zum Teil seien die Mittel durc[h] Geldsammlungen zusammenzubringen, und weiter sollen die Arbeiter selbst, au[s] Liebe zur Sache, die Hände ans Werk legen, im buchstäblichen Sinne des Wortes selbst also ihr Arbeiterhaus bauen helfen.

A. Merrheim bringt seinen Aufsatz über **„Die Krise in der Automobilindustrie** zum Abschluß, über dessen erstes Stück hier schon referiert wurde. Zuerst weist e[r] darauf hin, daß die amerikanische und englische Automobilindustrie der französische[n] immer mehr die Absatzmärkte abjagen, und geht dann zu einer Betrachtung de[r] mutmaßlichen Folgen der Krise über. Die Unternehmerblätter reden schon vo[n] einer industriellen Konzentration, die nötig sei, um weitere Krisen zu verhüten. Dan[n] wird die Technik verbessert werden durch die allgemeine Einführung von Werkzeug maschinen, die alle Teile mit mathematischer Präzision mechanisch herstellen; ein[e] Gesellschaft zu diesem Zwecke, unter Leitung der bekanntesten Automobilkapitaliste[n] (der Marquis de Dion ist Präsident) hat sich schon gebildet. Dadurch macht ma[n] sich von der technischen Geschicklichkeit der Arbeiter frei; die hohen Löhne, die di[e] Mechaniker bekamen, als die rasch emporblühende Industrie ihre technischen Kenntniss[e] brauchte, werden dann stark herabgedrückt werden. Daß die Fabrikanten, um di[e]

olgen der Krise von sich abzuwälzen, zuallererst die Löhne erniedrigen wollen, eht in ihren Blättern offen zu lesen. Billige Arbeitskraft, ist ihr Feldgeschrei. Berden die Arbeiter der Automobilindustrie, die sich bisher als eine Aristokratie ihlten, die richtige Lehre daraus ziehen und sich kräftig organisieren?

„Über Marx“ (A propos de Marx) ist ein Aufsatz von Hubert Lagardelle berschrieben, der Marx zum geistigen Vater des Syndikalismus macht. Die larxsche Theorie ist kein Fatalismus, sondern eine Theorie der Aktion, der Praxis. war habe Marx nicht die konkreten Formen des Klassenkampfes beschrieben, weil : noch keine revolutionäre Arbeiterbewegung vor Augen hatte, wie wir sie heute ı dem französischen Syndikalismus vor uns sehen, sonst, will der Autor offenbar ıgen, hätte er auch diese Gewerkschaftsbewegung für die einzige wirklich revolu- onäre Arbeiterbewegung erklärt — aber es finden sich in seinen Schriften zahl- iche Andeutungen, die auf die Methoden des Syndikalismus hinweisen. Zuerst ine Hinweise auf die Bedeutung der proletarischen Institutionen; was nach Marx e Klassen unterscheide, sind ihre Ideologie und ihre Institutionen; auch in bezug ıf ihre sozialen Gebilde liege zwischen den Klassen eine Kluft, wodurch der Klassen- ımpf zugleich ein Abtragen des Alten und ein Aufbauen ganz neuer Institutionen :. Die Bedeutung der Gewerkschaften als natürliche Organisationsform des Prole- ıriats habe Marx wiederholt hervorgehoben, am schönsten in der Denkschrift zum enfer Kongreß der Internationale. Zweitens seien in dieser Beziehung seine wieder- olten Aussprüche wichtig, daß der Staat vernichtet werden soll, daß der alte ourgeoisstaat mit seiner Legion von parasitischen Bureaukraten von den Arbeitern ıfgehoben werden muß; nicht umgebildet, sondern aufgehoben. Auch eine un- edingte Verneinung des Vaterlandes durch die Arbeiter gehöre derselben Denk- eise an. Und schließlich finde sich der Syndikalismus mit Marx vereint in der erachtung von Phrasen und Wortprogrammen und in der Betonung der wirk- chen praktischen Bewegung als alleinigem Organ der revolutionären Entwicklung.

Zu diesen Ausführungen ist zu bemerken, daß die Syndikalisten allerdings cht haben, sich auf Marx zu berufen, aber nur zur Hälfte; man kann gerade so el Zitate von Marx anführen, in denen ihre Enthaltung vom politischen Kampf s eine beschränkte Auffassung des proletarischen Kampfes zurückgewiesen wird. uch der Revisionismus kann sich auf verschiedene Sätze von Marx berufen; Re- sionismus und Syndikalismus sind tatsächlich zwei verzerrte Vereinzelungen zweier ıtgegengesetzten Seiten des proletarischen Kampfes, die im Marxismus eine Ein- ːit bilden. Für Marx war bekanntlich der politische Kampf der deutschen Arbeiter ıter dem Sozialistengesetz nicht weniger eine lebendige praktische Bewegung revolu- onärer Natur, wie zum Beispiel die Kämpfe der englischen Gewerkschaften in den chziger Jahren.

Die englische Revue „The Socialdemocrat“ vom März bringt zuerst einen ufsatz **„Unsere Politik“** (Our policy) von K. Boris, wo mit Hinsicht auf den ranrückenden Kongreß der S. D. F. (Social-Democratic-Federation) in Manchester e Taktik dieser Föderation behandelt wird. Der Autor bekämpft diejenigen, die n einem Fehlschlagen der Politik der S. D. F. reden, weil die opportunistische L. P. (Independent Labour Party) jetzt über viel mehr Mitglieder und Parla- entsmandate verfüge und auf die neue Arbeiterpartei, der sie angehört, großen influß ausübe. Nein, sagt der Autor, daß der Sozialismus so große Fortschritte macht hat, daß früher zuerst die I. L. P. errichtet wurde, dann das Komitee für rbeitervertretung, schließlich eine wirkliche Arbeiterpartei, die sich den Bourgeois- ırteien gegenüber auf den Klassenstandpunkt stellt — das alles sind Erfolge der ıermüdlichen prinzipiellen Propaganda der S. D. F. Deshalb soll auch jetzt die D. F. bei ihrer Isolierung beharren und sich nicht dem Komitee für Arbeiter- ertretung, der jetzigen Arbeiterpartei anschließen. Ihre Mitglieder könnten dann ine sozialistische Fraktion im Parlament bilden, sondern gehörten der Arbeiter- aktion an, und da die Arbeiterpartei kein sozialistisches Programm hat, müßten

sie sich bisweilen durch die Mehrheit der Kollegen zu einer unsozialistischen Haltu bestimmen lassen. Mit den erzielten Fortschritten des Sozialismus in Engla können wir ganz zufrieden sein; solange jedoch die Arbeiterpartei noch keine er schiedene sozialistische Partei ist, müssen wir isoliert bleiben.

In einem Aufsatz **„Marx, Engels und die S. D. F."** behandelt Rothstein d abfälligen Urteile, die in dem Sorgeschen Briefwechsel über die beschränkte Dogma der S. D. F. publiziert wurden. Der Autor weist darauf hin, daß Marx und Enge keine großen Menschenkenner waren und sich oft in ihren Erwartungen und U teilen über Personen gewaltig geirrt haben. Mit Hyndman haben sie immer a einem sehr schlechten Fuß gestanden; in ihrem Urteil über das, was in Englan nötig sei, waren sie ganz verschiedener Meinung. So versteht es sich, daß sie ih Abneigung gegen diesen Vorkämpfer des Marxismus in England auf die von ih gestiftete Organisation übertrugen. Wie oft hat nicht Engels seine Hoffnunge für den englischen Sozialismus auf verschiedene neu aufkommende Gebilde g setzt und dabei jedesmal den nahenden Untergang der S. D. F. prophezeit. Ab alle jene Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch, während die S. D. F. bestehe blieb und immer besseren Erfolgen ihres Wirkens begegnete. Die Tatsache ist al einfach diese: der Ausgang hat bewiesen, daß für das englische Milieu die Takt der S. D. F. die angemessenste war, und daß Hyndman die Lage richtiger abschätz als unsere großen Vorkämpfer selbst, deren Lehren er propagierte.

Bibliographie des Sozialismus.

A szakszervezeti mozgalom Magyarországon 1904—1907. Függelékül az 1908. évi I szakszervezeti kongresszus jegyzökönyve. Budapest, Népszava. 111 Seiten. 80 Heller.

Borchardt, Julian, **Einführung in die Nationalökonomie.** Leitsätze zum Kursus. 8 Seite 10 Pf.

Csizmadia, Sándor, **Forradalmi eszközök.** Budapest, Népszava. 62 Seiten. 10 Heller.

Forster, H. O. Arnold, **English socialism of to day.** London, Smith, Edler & Co. 226 Seite 2 sh. 6 d.

Grigorovici, Tatiana, **Die Wertlehre bei Marx und Lassalle.** Beitrag zur Geschichte eine wissenschaftlichen Mißverständnisses. Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürd Von der philosophischen Fakultät der Universität Bern genehmigt auf Antrag des Herrn Pr fessors Dr. August Oncken. Wien, Selbstverlag der Verfasserin. 95 Seiten.

Habicht, Robert, **Dokumente über die Menschenrechte.** Zweite Auflage. Frankfurt a. M Gluckstraße 15, Selbstverlag des Herausgebers. 24 Seiten. 25 Pf.

Hamon, A., Professeur à l'Université Nouvelle de Bruxelles, **Abrégé de l'Histoire du Socia lisme.** Des temps anciens au XIXe siècle. (La Semence socialiste, Nr. 2 und 3 vom Augu und Dezember 1907, Monatsschrift), herausgegeben von der Fédération Socialiste d Bretagne. Saint-Brieuc, rue St. François. Abonnement jährlich 1 Francs.

Jaurès és Lafargue, **A társadalom fejlödésének törvényei.** Forditotta Hollo Jen Budapest, Népszava. 41 Seiten. 40 Heller.

Kautsky, Karl, **Die historische Leistung von Karl Marx.** Zum 25. Todestag des Meister herausgegeben von Karl Kautsky. Mit einem Porträt. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 48 Seiten. 30 Pf.

Kropotkin, Peter, **A kölcsönös segitség mint természettörvény.** Forditotta Dr. Madzsa Jòzsef. Budapest, Athenaeum. 230 Seiten. 6 Kronen.

Marx es Engels **válogatott müvei.** Szerkesztette Szabó Ervin. I. Band. Budapest, Népszava XV und 400 Seiten. 4 Kronen.

Pook, A., **Socialism and Individualism.** London, Sands. 1 sh.

Rühle, Otto, **Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens.** Leitsätze zum Kursus. Dortmund Max König, Kielstraße 5. 16 Seiten. 10 Pf.

Tenney, Alvan A., **Social democracy and population.** New York, The Columbia Universit Press. 89 Seiten.

Vandervelde, Emile, **A kollektizismus és az ipar evoluciója.** Forditották Wildne Oedön és Zalai Bèla. Budapest, Grill. VI und 254 Seiten. 5 Kronen.

Wilshire, H. Gaylord, **Socialism inevitable.** New York, Wilshire Book Co. 1 Dollar.

Wilshire, H. Gaylord and W. Hurrell Mallock, **Socialism.** New York, Wilshire Book Co 54 Seiten. 1 Dollar 50 Cts.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



.. Band Nr. 30 Ausgegeben am 24. April 1908 26. Jahrgang

Zum 1. Mai.

Der 1. Mai bedeutet eine Heerschau des kämpfenden Proletariats. Sie ·erspricht in diesem Jahre besonders ermutigend zu werden. Noch sind es eine zwei Jahrzehnte, daß die Vertreter des internationalen Proletariats in Paris die Maifeier beschlossen; eine gewaltige Strecke Weges wurde in dieser urzen Spanne Zeit zurückgelegt. Damals gab es nur ein Land, in dem die Sozialdemokratie eine geschlossene Massenpartei war, Deutschland, und dies tand unter dem Drucke eines Ausnahmegesetzes. Überall anderswo bildeten ie Sozialisten unter den Arbeitern selbst nur eine Minorität, freilich eine Elite.

Heute ist sogar in Rußland die Sozialdemokratie eine Partei der Massen eworden, von Massen, die stark genug waren, wenigstens einen Moment ang den Zaren auf die Knie niederzuzwingen, wenigstens einen Moment ang eine Diktatur des Proletariats über das ganze riesige Russenreich auszuüben, wie sie 1871 das Proletariat Frankreichs nur über die Hauptstadt uszuüben vermocht hatte.

Der Fortschritt zeigt sich auch darin, daß zur Zeit der Einführung der Maifeier, 1889, und noch lange nachher, die Sozialdemokratie eines Landes, Deutschlands, die der anderen Länder an Kraft, Geschlossenheit und Klarheit o sehr überragte, daß ihr die Führung in der neuen Internationale von elbst zufiel, ohne daß sie sie suchte oder gar beanspruchte. Auch diese Führung at aufgehört, die sozialistischen Parteien der anderen Länder werden immer nehr der deutschen Sozialdemokratie ebenbürtig, und es hängt nur noch von er historischen Situation ab, welche von ihnen in den Vordergrund tritt. Im Jahre 1903, nach dem glorreichen Dreimillionensieg, war es noch die eutsche Sozialdemokratie, 1905 die russische, zur Zeit der herrlichen Oktobertage, 1906 die österreichische in ihrem siegreichen Wahlrechtskampf, em dann ein ebenso glänzender Wahlkampf folgte. Jetzt ist es vor allem ie englische Sozialdemokratie, die im Mittelpunkt des internationalen Interesses steht, weil sie der Mittelpunkt des politischen Interesses in ihrem Lande selbst geworden ist. Sie beherrscht dort das öffentliche Leben mehr als e, mehr als zur Zeit des Chartismus, mehr als zur Zeit des neuen Unionismus. Niemals hat die Bourgeoisie Englands den Sozialismus so lebhaft

bekämpft wie heute. Fürchtet sie ihn doch schon so sehr, daß sie nach fran zösischem Muster mit der Absicht schwanger geht, ihm einen Ministerposte einzuräumen, um ihn zu korrumpieren und zu spalten, ehe er die Gesamthei der Arbeiter gewonnen hat, deren Mehrheit bereits hinter ihm steht.

Und nicht minder gewaltig wie in England sind die Fortschritte de Sozialismus in Amerika, dem Lande des entwickeltsten Kapitalismus, abe auch der gewalttätigsten Bourgeoisie, der skrupellosesten Spekulation, der ver heerendsten Krisen.

Freilich, die Krisis droht in diesem Jahre die Maifeier insofern zu be einträchtigen, als sie eine Kraftprobe zwischen gewerkschaftlich organisierte Arbeitern und Unternehmern bedeutet. Im rein wirtschaftlichen Kampfe werde durch die industrielle Stagnation die Positionen der Unternehmer gegenübe den Arbeitern ungemein gestärkt. Um so mehr wird aber in diesem Jahre di Maifeier einen politischen Charakter annehmen müssen und einen sozia listischen, revolutionären Charakter. Für alle Mißstände des Kapita lismus lassen sich Reformen, Milderungen, Palliativmittel denken — freilic meist nur denken, fast nie durchsetzen —, für die Krisen dagegen ist inner halb der kapitalistischen Produktionsweise kein Kraut gewachsen, sie werde von der kapitalistischen Welt selbst als unvermeidliche Elementarereignisse hin genommen. Die lächerliche Erwartung einiger Konfusionsräte, die Kartell und Trusts würden die Produktion regeln und dadurch den Krisen entgegen wirken, ist längst verpufft; die Trusts sind nur zu neuen Krisenursache geworden.

Der Kampf gegen die Krisen ist daher von vornherein nur zu führen al Kampf gegen die Gesamtheit der kapitalistischen Produktionsweise, nicht blo gegen einzelne ihrer Teile; hier versagt die sogenannte Realpolitik, di glaubt, besonders schlau zu sein, wenn sie immer nur ein Stückchen des ge sellschaftlichen Getriebes ins Auge faßt und von seiner Gesamtheit absieh Hier heißt es, der Gesamtheit zu Leibe gehen, die Gesamtheit umwandel wollen, das heißt, im Gegensatz zur Realpolitik, revolutionäre Politi treiben.

Infolge der Krisis wird die Maifeier daher in diesem Jahre mehr als j seit ihrem Bestehen eine revolutionäre Feier sein. Wohl wird die Zahl der jenigen geringer sein, die die Arbeitsruhe am 1. Mai ihren Unternehmern ab zutrotzen vermögen, aber um so größer die Zahl derjenigen, die von ihre Unternehmern selbst gezwungen werden, auf die Straße zu gehen und z feiern. Die Maifeier wird in diesem Jahre mehr als je ein Protest de Arbeitslosen sein, ein Protest gegen eine Gesellschaftsordnung, die di Arbeiter wohl in der Zeit der Prosperität auszubeuten, aber in der Zeit de Krisis nicht vor dem Verhungern zu schützen weiß.

Aber nicht bloß ein Protest der Arbeitslosen, sondern auch der Rechtloser

Nie war das Proletariat kraftvoller als heute, nie mehr gefürchtet; abe gerade darum werden ihm von seinen Gegnern politische Rechte, die es noc nicht hat, hartnäckiger als je vorenthalten, indes man gleichzeitig trachtet, ihr die Rechte, die es schon besitzt, zu eskamotieren.

Ein Protest der Rechtlosen wird die Maifeier vor allem im Zarenreic sein, wo sich das Selbstherrschertum nur noch dadurch zu behaupten vermag daß es das Lumpentum entfesselt und allen, die durch fleißige Arbeit die Ge sellschaft erhalten, die schwersten Fesseln anlegt.

Ein Protest der Rechtlosen auch in Deutschland, wo in Preußen das Proletariat noch immer von jedem Zugang zum Parlament ausgeschlossen ist, wo das Recht der nichtdeutschen Nationalitäten und namentlich ihrer Arbeiter mit Füßen getreten wird, wo das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag selbst bedroht ist.

Ein Protest der Rechtlosen endlich in den Vereinigten Staaten, wo die Gerichtshöfe sich immer mehr als schamlose Werkzeuge des Kapitalismus entpuppen, die ihm zuliebe jede freie Betätigung der Arbeiterklasse unter frecher Gesetzesverhöhnung zu erwürgen suchen.

Aber was in diesen Ländern passiert, das kann heute oder morgen in jedem anderen das Los der Arbeiterklasse sein. Sogar in der freien Schweiz plant man Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft. Und noch nirgends, in keinem Lande der Welt, ist der Proletarier völlig gleichen Rechtes mit den Besitzenden. Überall hat er sich dieses gleiche Recht erst zu erobern.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Kampf gegen Rechtlosigkeit, das ist mehr als je in diesem Jahre die Signatur der Maifeier. Das heißt aber nichts anderes, als Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. K. Kautsky.

Die Maifeiervereinbarung.

Von **Wilhelm Dittmann** (Frankfurt a. M.).

Die Verhandlungen, die auf dem Essener Parteitag über die Unterstützung der Maigemaßregelten gepflogen worden sind, endeten bekanntlich mit dem Auftrag an den Parteivorstand, die in dieser Frage nach dem Internationalen Kongreß in Stuttgart begonnene Verständigung mit der Generalkommission der Gewerkschaften fortzusetzen, und zwar unter Zugrundelegung der von der deutschen Delegation in Stuttgart gemachten Vorschläge. Diese Stuttgarter Vorschläge sprachen aus, daß Partei und Gewerkschaften die Verpflichtung haben, für die Unterstützung organisierter Maigemaßregelter zu sorgen. Die Art der Mittelaufbringung und die Festlegung von Beginn und Dauer der Unterstützung wurde der Verständigung zwischen den Instanzen der Partei und der Gewerkschaften überlassen.

Der sachliche Inhalt und die Form dieses Auftrags, der in einer Resolution ausgesprochen wurde, lassen keinerlei Zweifel darüber, daß die Gesamtheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen im ganzen Reiche als die solidarischen Träger der Unterstützung gemeint waren und keinerlei politische oder gewerkschaftliche Instanzen dabei ausgeschaltet werden sollten. In der Diskussion, die in der deutschen Delegation vor Annahme der Resolution stattfand, ist auch mit keinem einzigen Worte nur im entferntesten angedeutet, geschweige denn befürwortet worden, die Unterstützung etwa ausschließlich auf lokaler Basis zu regeln; die zentrale Regelung war vielmehr für alle Redner eine selbstverständliche Voraussetzung.

Es hat daher allgemein in Partei- und Gewerkschaftskreisen unangenehm überrascht, daß die zwischen Parteivorstand und Generalkommission zustande gekommene Maivereinbarung die ganze Unterstützungslast ausschließlich auf die lokalen Instanzen der Partei und der Gewerkschaften abwälzen will. Es wird mit Recht dagegen eingewendet, daß eine solche Regelung in Wider-

spruch mit dem Sinne und Wortlaut der Stuttgarter Vorschläge steht, di nach dem Beschluß des Essener Parteitags die Grundlage der Vereinbarun bilden sollten. Unter dem Begriff „Art der Mittelaufbringung“ i lediglich das „Wie“ der Geldbeschaffung und die Bestimmung des Grade und der Voraussetzungen für die Zahlungspflicht der einzelnen politische und gewerkschaftlichen Instanzen zu verstehen, niemals aber eine grund sätzliche Befreiung einzelner dieser Instanzen von der Unterstützungspflich Das würde das Wesen der für die Vereinbarung in Stuttgart und Esse festgelegten Grundlage total verändern.

Partei und Gewerkschaften müßten auch ihre ganze bisherige Organi sationspraxis direkt verleugnen. In den Gewerkschaften wie in de Partei ist das Prinzip der Zentralisation zur Geltung gebracht worden Deshalb kann man die Unterstützung der Maigemaßregelten jetzt auch nich mehr allein den lokalen Instanzen aufbürden. Die Unmöglichkeit einer solche Regelung leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sich die Konsequenzen derselbe vergegenwärtigt. Sie läuft geradezu auf eine Atomisierung unserer Or ganisationen hinaus. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisatione des einzelnen Ortes sollen allein die Kosten aufbringen! Geht man au dieser schiefen Bahn einen Schritt weiter, so kommt man zu dem Resulta daß die Organisierten des einzelnen Betriebs und des Parteiortsbezirks in dem der Betrieb liegt, allein die Unterstützungspflicht haben. Praktisc würde das auf die Unmöglichkeit jeglicher ernsthaften Unterstützung hinaus laufen und den allerelementarsten Organisationsgrundsätzen direkt widersprechen Das ist bei der ortsweisen Regelung zwar nicht so absolut, so schnell un so unmittelbar der Fall, würde aber durch jeden größeren Maikonflikt seh bald ebenfalls eintreten. Solche Erfahrungen haben ja gerade in der Arbeiter bewegung dem Prinzip der Zentralisation, des Zusammenschlusses der Kräft auf immer größerer Stufenleiter, zum Siege verholfen.

Der Vorschlag, die Unterstützungsfrage lokal zu regeln, wirkt aber beinah wie eine Satire, wenn man bedenkt, daß der Parteivorstand sich im Auftra der letzten Parteitage seit einigen Jahren abplagt, die lokalorganisierte Gewerkschaften zur Verschmelzung mit den Zentralorganisationen z bringen.

Für eine Anzahl Gewerkschaften bedeutet die Vereinbarung zudem ein Außerkraftsetzung von statutarischen Bestimmungen oder Verbands tagsbeschlüssen, nach denen diese Gewerkschaften bereits gegenseitig Unte stützungen den Maigemaßregelten aus zentralen Mitteln zu zahlen haben Wäre die Vereinbarung im Sinne der Stuttgarter und Essener Resolutione ausgefallen, so hätte sie im Gegenteil die Wirkung ausüben müssen, daß die jenigen Gewerkschaften, in denen solche Bestimmungen noch fehlen, sie zur Ein führung bringen würden. In ihrer jetzigen Gestalt bedroht die Verein barung aber direkt die Entwicklung nach dieser Richtung, die sich i den letzten Jahren allmählich durchzusetzen begann. Statt des Friedens i der Maiunterstützungsfrage, den sie bringen sollte, würde die Vereinbarun daher in den Gewerkschaften den Gegenstand heftiger Kämpfe bilden wenn der Nürnberger Parteitag sie bestätigen sollte.

Jedenfalls werden die Gewerkschaftsmitglieder, auf deren Betreiben in ihre Gewerkschaften Maiunterstützungen gezahlt werden, das Errungene nich ohne weiteres preisgeben wollen. Dabei ist auch die Frage aufzuwerfen

b statutarische Bestimmungen und Verbandstagsbeschlüsse der Gewerkschaften
urch eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein-
ıch aufgehoben werden können, eine Frage, die wohl niemand unbedenklich
:jahen wird.

Die Stimmung, die in Partei- und Gewerkschaftskreisen über diese Ver-
nbarung hervorgetreten ist, läßt allerdings darauf schließen, daß der Nürn-
erger Parteitag ihr nicht zustimmen wird. Eine ganze Reihe großer
arteiorte hat es abgelehnt, auf dieser Basis die Unterstützung der Mai-
:maßregelten vorzunehmen. In Resolutionen, die ihre ablehnende Stellung-
ahme begründen, haben diese Orte ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben,
ıß die Vereinbarung auf eine Beseitigung und „Abwürgung" der Arbeits-
ıhe am 1. Mai hinauslaufe. Entsprechende Anträge zum Parteitag werden
icht ausbleiben.

Bei der Kritik werden von keiner Seite die Schwierigkeiten der Unter-
ützungsregelung verkannt, und es wird von niemanden gefordert, daß in
:dem Falle und sofort Unterstützung aus allgemeinen Partei- und Ge-
erkschaftsmitteln zu erfolgen habe. Daß die Mittel zunächst und bei gering-
:gigen Konflikten auch ausschließlich am Orte aufzubringen sind, darüber
:steht kaum eine Meinungsverschiedenheit. Sache der Vereinbarung aber
ätte es sein müssen, die Kriterien zu bestimmen, bei deren Vor-
egen allgemeine Mittel flüssig zu machen sind.

Die Ansammlung eines lokalen Fonds zur Unterstützung der Mai-
:maßregelten, wie sie die Vereinbarung vorschlägt, findet wenig Anklang.
lan sagt sich, ein solcher Fonds werde nie die Höhe erreichen, daß er ernst-
ıft zur Kostendeckung bei größeren Konflikten in Betracht kommen könnte,
ıd im übrigen sei es für das Unternehmertum nur ein einfaches Rechen-
empel, festzustellen, bis wann es einen solchen Fonds zum Zusammen-
ɟmelzen bringen könne. Würde die Vereinbarung nicht jegliche Hoffnung
ıf Unterstützung aus zentralen Mitteln rauben, hätten solche Auffassungen
ine Berechtigung und die Schaffung lokaler Unterstützungsfonds würde weit
ehr Anklang finden, denn sie ist ja auch sonst üblich in der Arbeiter-
ewegung. Aber die Versagung jeglicher allgemeiner Unterstützung wirkt
:radezu lähmend und verhängnisvoll auf den Sammeleifer der einzelnen
rte.

Auch die Festsetzung einer einwöchigen Karenzzeit, wie sie in der Ver-
ıbarung weiter vorgesehen ist, muß als verfehlt bezeichnet werden. Eine
arenzzeit von längstens drei Tagen, einschließlich des 1. Mai, dürfte
er am Platze sein. Zunächst das Opfer eines ganzen Wochenverdienstes zu
ingen, und dann auch vielleicht noch wochenlang mit der geringen Unter-
ützung sich abzufinden, ist eine zu starke Zumutung an den Idealismus
:s einzelnen. In der gewerkschaftlichen Praxis wird die Karenzzeit immer
ehr verringert und zum Teil durch lokale Unterstützungen gänzlich beseitigt.
eshalb geht es auch nicht an, bei der Maiunterstützung entgegengesetzt zu
rfahren.

Die Doppelbesteuerung der politisch und gewerkschaftlich Organisierten,
: nach der Vereinbarung im Falle der Erhebung von Extrabeiträgen er-
lgen soll, bedeutet eine Ungerechtigkeit, wie ich das bereits Ende August
rigen Jahres bei Besprechung der Stuttgarter Mairesolution in Nr. 47 der
Neuen Zeit" ausführlicher dargelegt habe.

Die Beschränkung der Unterstützungspflicht auf die Partei und diejenigen Gewerkschaften, welchen die Ausgesperrten angehören, kann ebenfalls nicht gebilligt werden. Für die Gewerkschaften ist die Maifeier so gut wie für die Partei keine Frage des einzelnen Berufs, sondern der Gesamtheit. Deshalb muß auch die Gesamtheit der Gewerkschaftsgenossen am Orte für die Opfer der Maifeier eintreten.

Das einzige Begrüßenswerte an der Vereinbarung ist die Forderung, daß Partei und Gewerkschaften schon zu Beginn des Jahres gemeinsam die Vorbereitungen für die Maifeier treffen sollen und daß die Feier an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden darf. Die Befolgung dieses Vorschlags wird an manchen Orten der Maifeier trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen größeren Umfang sichern. Aber der Vorteil, den dieser Vorschlag bringt, wird wieder bedroht durch die vielen verfehlten Bestimmungen der Vereinbarung.

Der Nürnberger Parteitag wird meines Erachtens entweder dafür zu sorgen haben, daß die Vereinbarung in dem hier befürworteten Sinne modifiziert wird, oder er wird die Arbeitsruhe überhaupt aus dem Maifeierprogramm zu streichen haben. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Das Glanzjahr.

Von **Wilhelm Düwell.**

Daß trotz der enormen Steigerung aller Preise für Lebensmittel und sonstige Lebensbedürfnisse die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung ganz allgemein sich gehoben habe, erklärt das Unternehmertum als eine unwiderlegliche Tatsache. Diese Ansicht ist aber nicht nur darum falsch, weil für manche Kreise eine Verbesserung der Lebenshaltung nicht konstatiert werden kann, sondern auch deshalb, weil für einzelne Berufsgruppen die Verteuerung der Lebensführung über die Lohnsteigerung hinausgegangen ist. Das ewige Klagen über Erhöhung der Löhne als Ursache der fortgesetzten Preistreiberei hat eine Vorstellung von der Steigerung der Arbeitereinkommen erzeugt, die mit den wirklichen Verhältnissen in schreiendem Widerspruch steht. Richtig ist, daß das Jahr 190[illegible] relativ die stärksten Lohnsteigerungen gebracht hat, so daß, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, wohl von einem Glanzjahr für die Arbeiterschaft gesprochen werden kann. 1906 war aber auch schlechthin das Glanzjahr der Hochkonjunktur. In einzelnen Gewerben hat das Jahr 1907 die höchsten Produktionsziffern des Vorjahres allerdings noch überholt, auch sind im Kohlenbergbau, wie auch teilweise in der Eisengroßindustrie und für einzelne andere Arbeitergruppen zunächst die Löhne noch gestiegen; für die meisten anderen Produktionsgebiete haben sich die Verhältnisse im Vorjahr aber verschlechtert. Der starken Nachfrage am Arbeitsmarkt folgte ein Überangebot, Überschichten kamen in Fortfall; allmählich wurde die wilde Produktion abgelöst durch eine ruhigere Betriebsweise, und seit Mitte des Jahres machte sich hier und da das Bedürfnis nach Erzeugungseinschränkung geltend.

Mit der Erschlaffung der Gütererzeugung neigte aber auch die Lohnkurve wieder nach unten. Ein sicheres Urteil über die absolute Höhe des Arbeitereinkommens im Jahre 1907 läßt sich allerdings jetzt noch nicht gewinnen; [illegible]

ehlt dazu noch an Unterlagen. Dagegen liegen nun zur Beurteilung der Veränderung von 1905 auf 1906 in den berufsgenossenschaftlichen Nachweisen ziemlich einwandfreie vergleichbare Zahlen vor, die sich jedoch nur auf die in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Arbeiter beziehen. Leider reicht die Vergleichbarkeit nicht weit zurück. Bis 1900 wurden nur die sogenannten anrechnungsfähigen Löhne nachgewiesen. In diesen tritt der 4 Mark für den Arbeitstag oder 1200 Mark pro Jahr überschießende Verdienst nur mit einem Drittel in Erscheinung; andererseits ist für Personen, die weniger als das Dreihundertfache des ortsüblichen Taglohns Erwachsener verdienen, der letztere Betrag eingestellt; zudem liegen der Berechnung vielfach fingierte Beträge zugrunde. Immerhin haben die Angaben bis 1900 eine gewisse Vergleichbarkeit. Diese wird dann aber unterbrochen, weil bei der späteren Berechnung die Jahreseinkommen bis 1500 Mark voll und die diesen Satz überschießenden Löhne mit einem Drittel eingestellt sind. Seit 1903 haben die berufsgenossenschaftlichen Lohnnachweise sodann eine Erweiterung erfahren, indem neben den anrechnungsfähigen Löhnen auch die tatsächlich verdienten angegeben werden und neben der Zahl der durchschnittlich versicherten Personen auch noch sogenannte Vollarbeiter. Die Zahl dieser wird ermittelt, indem für je 300 geleistete Arbeitstage ein Arbeiter eingestellt wird. Die als tatsächlich verdiente Löhne und Gehälter ausgewiesenen Summen haben jedenfalls einen einwandfreien Vergleichswert. Ihre absolute Korrektheit wird gestört, indem für Betriebe, die von den Bestimmungen des § 30, Absatz 2 der Gewerbordnung Gebrauch gemacht haben, Lohnsummen nicht verrechnet werden. Der erwähnte Paragraph bestimmt:

„Für Betriebe, in welchen regelmäßig nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, kann durch Statut ferner bestimmt werden, daß und nach welchen Grundsätzen mit Zustimmung des Betriebsunternehmers ein Pauschbetrag statt der Einzellöhne bei Berechnung der Beträge zugrunde zu legen ist, oder daß ein einheitlicher Mindestbeitrag, der 4 Mark jährlich nicht übersteigen darf, zu entrichten ist."

Ferner treten die Lohnbeträge derjenigen Betriebe, die der Unfallversicherung neu unterstellt worden sind, nur mit einem Bruchteil der gezahlten Lohnsummen in Erscheinung. Sodann werden für die Seeberufsgenossenschaft die Lohnbeträge nach der vom Reichskanzler festgesetzten Monatsheuer berechnet. Auch bei der Berechnung der Vollarbeiter ergeben sich kleine Ungenauigkeiten. Für einzelne Industriezweige ist nämlich die Zahl der Arbeitsschichten nicht festgestellt, sondern nach dem Arbeitsverdienst berechnet. In den Vorbemerkungen zu den dem Reichstag unterbreiteten Nachweisungen wird erklärt:

„Im großen und ganzen kann jedoch angenommen werden, daß auf einen Vollarbeiter 300 Arbeitstage (-schichten) gerechnet sind. Die Dauer der Tagesarbeit hat nur in wenigen Fällen berücksichtigt werden können, wenn es geschehen ist, wurde der Arbeitstag zu 10 Stunden gerechnet."

Ist also das Material auch nicht vollständig korrekt, so kann man doch mittels der berufsgenossenschaftlichen Angaben durch vergleichende Zusammenstellungen mit ziemlicher Genauigkeit die im Jahre 1906 gegenüber 1905 für Löhne und Gehälter mehr aufgewendeten Summen sowohl pro Vollarbeiter als auch durchschnittlich pro tatsächlich beschäftigten Arbeiter berechnen. Bewertet man die Gesamtheit der versicherten Arbeiter als eine Einheit, dann erhält man durch die folgende Aufstellung ein Bild über die Lohnsteigerung.

Bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden ermittelt:

Jahr	Durchschnittlich Versicherte	Vollarbeiter à 300 Arbeitstage	Summe der tatsächlich verdienten Löhne und Gehälter Mark	Jahreslöhne	
				pro durchschnittlich Versicherten Mark	pro Vollarbeiter Mark
1905	8195732	7159842	6959009239	849	972
1906	8625500	7512728	7720015061	895	1028

Demnach ist der Lohn pro Vollarbeiter um 5,76 Prozent gestiegen; die Zunahme der erzielten Jahreslöhne beträgt aber nur 5,42 Prozent. Durch diese Ergebnisse werden die phantastischen Vorstellungen über Lohnsteigerungen schon mehr in das Reich der Wirklichkeit hinabgezogen.

Gründlicher geschieht das noch, indem man die absoluten Tagesdurchschnittsverdienste und deren prozentuale Steigerung würdigt und der gleichen Betrachtung die wirklich erzielten Jahresdurchschnittslöhne zugrunde legt, jedoch immer an Hand der Ergebnisse der einzelnen Berufsgenossenschaften. Deren Lohnnachweise bieten zwar keinen Anhalt zur Erforschung der sozialen Gliederung der Arbeiterschaft, und sie erlauben kein Urteil über die Verschiebung der Lohnverhältnisse der verschiedenen Arbeiterkategorien innerhalb der einzelnen Berufsgenossenschaft, aber sie gestatten doch einige allgemeine Urteile. Die ausgewiesenen Gesamtsummen erlauben keine Individualisierung, in ihnen sind die Löhne der bestbezahlten Facharbeiter mit denen der schlechtentlohnten Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge zusammengeworfen. So umfaßt zum Beispiel die Knappschaftsberufsgenossenschaft, die Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, die Maschinenbau- und Kleineisenindustrieberufsgenossenschaft Versicherte, die bis zu 10 Mark und mehr pro Tag verdienen, und solche, deren Verdienst nur 2 Mark und weniger beträgt. Und ähnliche Differenzen, wenn auch in weniger starker Mischung, findet man überall. Aber die Einzelergebnisse der 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften lassen sich gegeneinander in Vergleich stellen, und da findet man, daß die Arbeiterschaft, ebensowenig wie bezüglich der absoluten Lohnhöhe, in der Anteilnahme an der erlangten Lohnzunahme eine homogene Masse bildet. Eine Untersuchung nach dieser Richtung ergibt, daß die Lohnsteigerungen zwischen den einzelnen Berufsgenossenschaften außerordentlich schwanken, und daß zwischen den Lohnergebnissen nach Arbeitstagen und Jahresdurchschnitten wiederum erhebliche Differenzen vorhanden sind. In diesen kommen teilweise die Wirkungen der Überschichten zur Geltung. Wenn den Arbeitern von diesem „Segen" reichlich zugedacht war, dann stieg das Jahreseinkommen stärker als der Tageslohn. Andererseits ist bei einzelnen Berufsgenossenschaften eine stärkere Erhöhung des Tagelohnes als des Jahresverdienstes zu verzeichnen; ja in einzelnen Fällen stehen Steigerungen des Tagarbeitsverdienstes Minderungen des Jahreseinkommens gegenüber. Schließlich findet man bei einer Berufsgenossenschaft — der Magdeburgischen Baugewerkschaftberufsgenossenschaft — neben dem Rückgang des Tagesverdienstes von 0,91 Prozent auch ein Sinken des Jahreslohnes um 4,7 Prozent.

Würdigen wir nun zunächst die sich bei den einzelnen Berufsgenossenschaften ergebenden Tageslöhne! Im Durchschnitt für alle Berufsgenossenschaften stellt sich der Tageslohn im Jahre 1906 auf 3,42 Mark, gegen 3,24 Mark im Jahre vorher. Der höchste Tagesdurchschnittslohn wurde mi

91 Mark in der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufs-
noſſenſchaft erzielt. (1895: 4,63 Mark), den niedrigsten Satz weist die
hlesische Textilberufsgenossenschaft auf; hier beträgt der Tageslohn nur 1,84
ark (1905: 1,75 Mark). Wenn man diese beiden Pole miteinander vergleicht,
nn läßt sich nicht leugnen, daß es innerhalb der Arbeiterschaft gewaltigere
ziale Unterschiede gibt, als zum Beispiel zwischen der hochstehenden Arbeiter-
aft und der großen Masse des Kleinbürgertums.

Die höchste Steigerung des Tageslohnes findet sich bei der Bayerischen
ugewerksberufsgenossenschaft; sie stellt sich auf 50 Pfennig, gleich 16,72 Prozent.
on dieser Höhe geht es hinab bis unter Null; bei der Westdeutschen Binnen-
iffahrtsberufsgenossenschaft ist der Tagesdurchschnittslohn von 3,13 Mark
f 3,06 Mark zurückgegangen. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß man mit
rchschnittsziffern leicht zu falschen Schlüssen kommt. Den Millionen Arbeitern,
mit ihren Lohnzunahmen weit hinter dem Durchschnitt bleiben, oder gar
ch Verkürzung der Tagesdurchschnittslöhne zu beklagen haben, nützt es nichts,
ß ein anderer — kleinerer — Teil mit der Lohnsteigerung über den Gesamt-
rchschnitt von 4,42 Prozent noch ein Stück hinausgekommen ist.

Genau dieselben Unterschiede wie bei den Tagesdurchschnittslöhnen, sowohl
üglich der absoluten Höhe als auch der Steigerung, finden sich bei den
rklich, pro durchschnittlich Versicherten, erzielten Jahreslöhnen. Das
chste Jahreseinkommen weist die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walz-
rksberufsgenossenschaft mit 1501 Mark aus. Diese Berufsgenossenschaft steht
auch mit dem Tagesverdienst an erster Stelle. Die Knappschaftsberufs-
nossenschaft, die mit dem Tagesdurchschnittsverdienst den vierten Platz ein-
nmt, rangiert mit dem Jahreslohn hinter der Rheinisch-Westfälischen Hütten-
d Walzwerksberufsgenossenschaft — aber doch in einem ziemlich weiten Ab-
nde, denn bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft beträgt das Jahresdurch-
nittseinkommen nur 1293 Mark. Dann geht es auf der Stufenleiter all-
hlich hinab bis auf 367 Mark Jahresdurchschnittslohn. Jedoch ist zu
ücksichtigen, daß dieser Betrag als Jahreslohn bei der Steinbruchberufs-
ossenschaft erzielt wurde und hier auf den durchschnittlich Versicherten nur
d 111 Arbeitstage entfallen, während bei der erstgenannten Berufsgenossen-
ift je rund 300 Arbeitstage berechnet sind. Zieht man aber die Schlesische
tilberufsgenossenschaft zum Vergleich heran, dann springt ein anderes Re-
at heraus. Hier beträgt der Jahresdurchschnittslohn ganze 563 Mark und
Zahl der Arbeitstage 306. Bei der Fleischereiberufsgenossenschaft ergeben
364 Arbeitstage pro Versicherten und eine Jahreslohnsumme von
) Mark; bei der Schmiedeberufsgenossenschaft 267 Arbeitstage und
Mark Jahreslohn. Die Textilberufsgenossenschaft Elsaß-Lothringens weist
Arbeitstage aus und 722 Mark Jahreslohn. Dieser beträgt 965 Mark
der Süddeutschen Edel- und Unedelberufsgenossenschaft, bei der 300 Arbeits-
e auf den Versicherten entfallen. Aber auch bei gleicher Beschäftigungs-
er gehen die Jahreslöhne so weit auseinander, daß Spannungen bis zu
Prozent herauskommen. Dasselbe läßt sich von den Einkommensverände-
gen sagen. Der höchsten Steigerung, die mit 9,11 Prozent die Zucker-
ifsgenossenschaft aufweist, steht auf der anderen Seite der stärkste Rück-
ig von 4,60 Prozent bei der Magdeburgischen Berufsgenossenschaft
nüber. Bei beiden Berufsgenossenschaften hatte die Beschäftigungsdauer
n Einfluß auf die Veränderung des Jahreslohnes. Bei der letztgenannten

Berufsgenossenschaft ist die Zahl der pro Versicherten ausgewiesenen Arbeit tage von 200 auf 192 zurückgegangen, dagegen stieg bei der Zuckerberuf genossenschaft die Zahl der Arbeitstage von rund 178 auf 185.

Wegen der Verschiedenartigkeit der absoluten Höhe der Jahreslöhne drück die prozentualen Steigerungen auch sehr verschiedene Größen aus. So mac die prozentual größte Lohnzunahme (9,1 Prozent) bei der Zuckerberufsgenosse schaft nur 50 Mark aus, dahingegen ergibt die prozentuale Steigerung v 8,75 Prozent bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft die Summe von 114 Ma und eine Einkommenssteigerung von 7,48 Prozent bei der Tabakberufsgenosse schaft entspricht wieder nur einer Summe von 40 Mark.

Bei der Wertung der Lohnsteigerungen darf auch nicht vergessen werde daß die durch Verlängerung der Saison erzielten Mehreinnahmen nicht di selbe wirtschaftliche Bedeutung haben wie wirkliche Lohnzulagen. Ganz b sonders gilt das aber für die durch Überzeitarbeit erlangte Einkommen steigerung. Darüber geben die berufsgenossenschaftlichen Nachweise leider g keinen Aufschluß. Arbeitstage von 24 Stunden Dauer sind mit Achtstunde schichten zusammengestellt. Die reichlichere Verausgabung von Arbeitskraft b Überzeitarbeit macht auch eine vermehrte Nahrungsaufnahme erforderlich, w durch ein Teil des Mehrverdienstes schon wieder verbraucht wird. Läßt m alle solche Faktoren aber auch vollständig unberücksichtigt, hält man sich ledi lich an die rechnungsmäßigen Ergebnisse, dann ist doch nicht zu leugnen, d für einen ganz erheblichen Teil der Arbeiterschaft das Glan jahr 1906 unzweifelhaft eine Verschlechterung der Lebenshaltu gebracht hat. Das ist die erste Frucht der neuen Handelsverträge; es das Vorspiel zu den Trauergesängen, die die agrarisch gepriesene, von Bülo Podbielski inaugurierte Wirtschaftspolitik noch auslösen wird.

Um, soweit das an der Hand der Durchschnittsziffern der einzelnen Beru genossenschaften möglich ist, den Anteil der Versicherten an den Lohnerhöhung zahlenmäßig zu erfassen, machen wir eine Berechnung nach bestimmten Grupp und gelangen zu folgenden Resultaten:

Eine Verminderung ihres Jahreslohnes erlitten 315 251 Versicher 443 677 erzielten Einkommenssteigerungen von 0 bis 2 Prozent, bei 1 6349 Versicherten beträgt die Steigerung 2 bis 4 Prozent, bei 2 032 095 Versicher 4 bis 5 Prozent, während eine 5 bis 6 prozentige Einkommenssteigeru 1 615 605 Versicherte erlangten und für 2 583 951 Versicherte die Steigeru über 6 Prozent hinausreicht.

So sieht die märchenhafte Lohnsteigerung aus! Von den 8625 durchschnittlich Versicherten erzielten eine Einkommenssteigerung

von unter 6 Prozent	6 041 549	=	70,4	Prozent
" " 5 "	4 425 444	=	51,3	"
" " 4 "	2 393 849	=	27,7	"
" " 2 "	758 928	=	8,8	"

Und nicht nur keine Steigerung, sondern sogar noch eine Einkommen verminderung brachte dieses Glanzjahr für 3,65 Prozent der Versichert Natürlich würde eine individualisierte Lohnstatistik ergeben, daß, wie sc erwähnt, innerhalb der einzelnen Berufsgenossenschaften die absoluten Lo höhen und auch die prozentualen Steigerungen weit auseinandergehen, so d aus den Berufsgenossenschaften mit den niedrigen Einkommenserhöhungen Teil der Arbeiter eigentlich in die höhere Gruppe gehörte. Da anderers

ımgekehrt dasselbe für die Berufsgenossenschaften gilt, die die stärkeren Er-
jöhungen aufweisen, und demzufolge ein Teil der hier eingerechneten Arbeiter
der Gruppe zugeteilt werden müßte, die die Versicherten mit minimalen Lohn-
teigerungen umfaßt, so dürfte die obige Berechnung den tatsächlichen Verhält-
nissen so nahe kommen, wie das bei dem zu erlangenden Material überhaupt
möglich ist.

Ein den Berechnungen nach Jahreslöhnen fast gleiches Resultat ergibt sich,
venn man die Einteilung in Gruppen auf Grundlage der Tagesdurch-
schnittslöhne vornimmt. Dieses sind die so gewonnenen Ergebnisse: Lohn-
ürzungen erlitten 89884 Versicherte; die Lohnsteigerungen betrugen für
395261 Versicherte 0 bis 2 Prozent, für 1606497 Versicherte 2 bis
4 Prozent, für 2733190 Versicherte 4 bis 5 Prozent, für 1394173 Ver-
icherte 5 bis 6 Prozent und für 2406495 Versicherte über 6 Prozent.

Demnach haben von der Gesamtzahl der durchschnittlich Versicherten erzielt:

Weniger als 6 Prozent Lohnerhöhung	6219005 =	72,1	Prozent
„ „ 5 „ „	4824832 =	55,9	„
„ „ 4 „ „	2091642 =	24,2	„
„ „ 2 „ „	485145 =	5,6	„

Nach beiden Resultaten ist nicht einmal die Hälfte der Versicherten
mit der Lohnsteigerung bis auf den Satz von 5 Prozent hinaufgekommen.
Schlägt man die Verteuerung der Lebenshaltung auch mit nur 5 Prozent an,
dann ergibt sich, daß von den gegen Unfall versicherten Arbeitern und Arbei-
terinnen mindestens die Hälfte keine Verbesserung der Lebenshaltung
erzielt hat; für zirka 30 Prozent ist aber auch dann noch eine Verschlech-
terung eingetreten, wenn die Preisaufschläge auf Lebensmittel usw. nur
5 Prozent des durchschnittlichen Einkommens ausgemacht haben. Ein noch
ungünstigeres Resultat würde sich darbieten, stände uns eine Einkommen-
statistik nach Lohnklassen zur Verfügung, in der nicht die Jahreslöhne von
2000 Mark und mehr mit denen von 800 Mark und weniger zusammen-
geworfen sind.

Leider fehlt es an ganz einwandfreien Unterlagen zur Feststellung der
Verschiebung der Haushaltungskosten. Hier stellt sich schon hindernd
die Anarchie der Preisgestaltung im Kleinhandel entgegen. Nicht nur die
Preise zwischen Stadt und Land variieren außerordentlich, auch in ein und
derselben Stadt werden für Waren derselben Qualität verschiedene Preise
bezahlt. Dazu kommt, daß die am schlechtesten bezahlten Arbeiter vielfach
dem Borgsystem zum Opfer fallen, dadurch gezwungen sind, schlechtere Ware
teurer zu bezahlen, als dem Käufer gegen bar für einwandfreie Artikel ab-
verlangt werden. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß beim Einkauf in
kleinsten Quantitäten die Preise sich durchweg erheblich von den amtlich fest-
gestellten Marktpreisen entfernen.

Genosse Calwer, der wiederholt den Standpunkt vertrat, die wirtschaftliche
Lage der Arbeiterschaft habe sich im Jahre 1906 gegenüber dem Vorjahr all-
gemein gehoben, schätzt die Verteuerung der Lebenshaltung auf nur 3,5 bis
4,5 Prozent. Er kommt zu diesem Resultat, indem er von den amtlichen
Markthallenpreisen verschiedener Großstädte ausgeht und seiner Berechnung
die Normalrationen eines deutschen Marinesoldaten zugrunde legt. Die
Voraussetzungen dieser Berechnungsart treffen aber bei der über-
wiegend großen Zahl Arbeiterfamilien nicht zu, denn sie ergeben

allein an direkten Haushaltungskosten für eine Familie von vier Köpfen Summen, die in den einzelnen Städten zwischen **1148 bis 1251** Mark schwanken. So viel kann natürlich ein Arbeiter, der vielleicht nur 1000 Mark verdient, nicht lediglich für die Ernährung ausgeben. Dessen tägliche Menüs setzen sich ganz anders zusammen als die eines Marinesoldaten, der, nach den Küchenrezepten der allermeisten Arbeiterfamilien bewertet, ein lukullisches Leben führt. Aber auch angenommen, Calwers Berechnung träfe den Durchschnitt der Verteuerung der Lebenshaltung, dann bleibt doch immer noch für zirka die Hälfte der hier in Betracht kommenden Arbeiter die Lohnsteigerung hinter der Mehraufwendung zurück; das heißt: die Lebenshaltung hat sich verschlechtert. Daß Calwers Berechnungen selbst dann, wenn man sie als physiologisch einwandfrei passieren lassen will, doch nur sehr bedingten Wert haben, dafür kann man Calwers eigenes Zeugnis anführen. In seinem Buche „Das Wirtschaftsjahr **1906**", 1. Teil, liest man (S. 328/329):

„Während in den Großstädten und gewerblichen Zentren die wirtschaftliche und auch die soziale Lage der Arbeiter sich seit etwa zwei Jahren trotz aller Preissteigerungen merklich gebessert hat, findet man auf dem Lande höchstens insofern einen Unterschied gegen die letzte Zeit des gewerblichen Niederganges, nämlich den, daß die Arbeitsgelegenheit ansehnlich zugenommen hat. Auch Lohnaufbesserungen sind, sogar ziemlich allgemein, erzielt worden, aber sie reichen knapp aus, um die Wirkungen der Lebensmittel-, namentlich der Fleischteuerung, voll auszugleichen. Denn selbst eine Lohnsteigerung von 5 und 10 Prozent will bei den niedrigen Lohnsätzen, die für das platte Land gelten, im Vergleich zu den Steigerungen der Warenpreise nur wenig besagen."

Auf dem Lande wohnen nicht nur die in landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen, sondern auch viele industriell beschäftigte Arbeiter, die ebenso wie jene, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, Lohnerhöhungen von 6 bis 10 Prozent nur vom Hörensagen kennen. Im allgemeinen ist bei den kleinen Einkommen die Steigerung am schwächsten gewesen. Die soziale Verschiebung innerhalb der Arbeiterschaft hat weiteren Fortschritt gemacht. Die besser entlohnten Arbeiter konnten mit den errungenen Lohnerhöhungen die Verteuerung der Lebenshaltung noch um etwas überholen, während die schlechter bezahlten Proletarier zu einem erheblichen Teile nicht einmal die Preissteigerungen für Lebensmittel ausgleichen konnten. Im Jahre 1905 betrug in 27 Berufsgenossenschaften der Tagesdurchschnittslohn weniger als 3 Mark, im Jahre 1906 ist der Satz von 3 Mark in 24 Berufsgenossenschaften mit **2102517** Versicherten nicht erreicht worden! Und unter diesen 24 Berufsgenossenschaften befinden sich wiederum nur 7 mit 759207 Versicherten, bei denen die Einkommensteigerung über 5 Prozent hinausgeht. Bei den Berufsgenossenschaften mit weniger als 4 Mark Tagesdurchschnittsverdienst befinden sich alle diejenigen, bei denen die Einkommensteigerung unter 4 Prozent blieb. Und während die Einkommensteigerung von unter 3 Prozent sich bei 10 Berufsgenossenschaften mit weniger als 3,50 Mark Tagesdurchschnittsverdienst findet, wird bei höherem Tagesverdienst der Satz von 3 Prozent Lohnsteigerung nur in 4 Berufsgenossenschaften nicht erreicht.

Stellt man die Berufsgenossenschaften gesondert nach solchen, bei denen der Jahresdurchschnittslohn über 900 Mark, und solchen, bei denen er weniger als 900 Mark beträgt, dann gelangt man zu folgenden Resultaten.

Es stellt sich der Jahresdurchschnittslohn bei denen, die zur Lohngruppe

	über 900 Mark gehören	unter 900 Mark gehören
1905	auf 1069 Mark	681 Mark
1906	„ 1126 „	713 „
Mithin Zunahme	57 Mark	32 Mark

Bei den Gruppen der höheren Lohnklasse, die im Jahre 1906 rund 3¾ Millionen Versicherte umfaßte, ist die Zunahme erheblich größer als bei den unteren Lohngruppen. Eine Zusammenstellung der Jahreseinkommen nach Lohnklassen läßt folgendes Bild gewinnen:

Jahresdurchschnittsverdienst 1906	Zahl der versicherten Arbeiter		
	überhaupt	in Prozent der Gesamtzahl	
über 1300 Mark	163507	1,89	über 900 Mark 43,88 Prozent
Von 1200 bis 1300 „	1266520	14,68	
„ 1100 „ 1200 „	294865	3,42	
„ 1000 „ 1100 „	1200351	13,91	
„ 900 „ 1000 „	860156	9,97	
„ 800 „ 900 „	1675047	19,42	Unter 900 Mark 56,12 Prozent
„ 700 „ 800 „	1014451	11,76	
„ 600 „ 700 „	1379349	15,99	
„ 500 „ 600 „	311329	3,61	
Unter 500 „	459929	5,33	

Mithin betrug die Zahl derer, die über 900 Mark Jahreseinkommen atten, 43,88 Prozent, dagegen die Zahl derer, die weniger als 900 Mark jahreseinkommen hatten, 56,12 Prozent; die Zahl der schlechter Entlohnten ar also die bei weitem größere.

Wahrscheinlich ist die Zahl derjenigen, die weniger als 900 Mark Einommen erzielen, noch größer, als sich nach der vorstehenden Rechnung ergibt. ei den Berufsgenossenschaften zum Beispiel, deren Nachweise einen über Mark hinausgehenden Tagesdurchschnittslohn aufweisen, gibt es eine größere char Versicherter, die mehr als 8 Mark verdienten, so daß, wenn unter Arbeitern, die zusammen 16 Mark erzielen, einer 8 Mark bekommt, die anderen durchschnittlich nur 2,73 Mark herausbekommen, trotzdem der urchschnittslohn für die 4 Mann zusammen 4 Mark beträgt. Die Rheinisch-estfälische Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft hat eine Anzahl Pernen versichert, deren Verdienst 10 Mark beträgt. Der rechnungsmäßige urchschnittslohn stellt sich auf 4,91 Mark. Um auf diesen Durchschnitt zu mmen, müssen sich neben einem 10 Mark-Mann 2 weitere Versicherte mit m Tagelohn von nur 2,37 Mark begnügen.

Jedenfalls kann angesichts dieser Ergebnisse nicht von glänzenden Lohnrhältnissen, von enormen Lohnsteigerungen und sicher nicht allgemein von ner Steigerung der Lebenshaltung die Rede sein. Das hindert natürlich die chutzzöllner und Syndikatsleute nicht, das Gegenteil zu behaupten. Dem olke sollen ja wieder neue Steuern aufgepackt werden, und da ist das ärchen von den riesenhaft gestiegenen Löhnen gut zu gebrauchen.

Alkohol und Frauenarbeit.

Von F. van der Goes.

I.

Zunehmende Trunksucht bei den Frauen, das ist eines der Ergebnisse der Untersuchungen der englischen Kommission „für körperliche Entartung", die von der vorigen englischen Regierung ernannt wurde.

Einer der von ihr gehörten Sachverständigen erklärte auf die Frage nach den Ursachen: die Lebensweise der Frauen sei dadurch, daß sie sich immer mehr an der Arbeit in Fabriken und Werkstätten beteiligen, übereinstimmend mit der der Männer geworden, mit den nämlichen Vergnügungen und Zerstreuungen.

Der Verfasser eines Aufsatzes über „weibliche Gefangene" im Maiheft von „The Nineteenth Century" urteilt ebenso. Aus seiner Erfahrung als Gefängnisinspektor heraus stellt er fest, daß „wo die Lebensumstände größere Ähnlichkeit zeigen, wenn Männer und Frauen miteinander in Fabriken arbeiten, im Verhältnis die Zahl der weiblichen Verurteilten viel höher ist". Der Agrardistrikt Surrey zum Beispiel hat deren drei gegen zehn in Manchester. Der Unterschied in der Kriminalität wird damit nicht natürlichen, sondern gesellschaftlichen Ursachen zugeschrieben und das Verbrechen selbst eine gesellschaftliche Erscheinung genannt. In jenem Aufsatz heißt es darüber:

„Je nachdem die Beschäftigungen der Frauen mehr männlicher Art werden, werden sie in ihrem Kampfe ums Dasein, in ihrem Streben nach Selbständigkeit und was dazu gehört die nämlichen Nachteile wie die Männer empfinden und die nämlichen Merkmale der Entartung mit gleicher Neigung zum Verbrechen tragen."

In England sieht man denn auch eine schnelle Zunahme der Verurteilungen von Frauen wegen schwerer Verbrechen; die Zahl weiblicher Gefangenen ist viel größer als in den weniger industriellen Ländern wie Italien und Spanien. Dafür ist „die Zunahme der Gewohnheit des Trinkens" nach diesem Berichterstatter „in hohem Maße verantwortlich".

Beim Studium des Alkoholismus ergeben sich fortwährend scheinbare Widersprüche, die nur zu erklären sind, wenn man zu den Ursachen letzter Instanz zurückgreift.

In tropischen Ländern zum Beispiel trinken bekanntlich die Europäer sehr viel. Ältere Schriftsteller, unter anderen Quételet und Le Play, stellen dagegen fest, daß sich vor allem in den nördlichen und kälteren Klimaten das Bedürfnis nach Alkohol fühlbar macht. Der Alkohol, sagt man auf Grund bekannter Tatsachen, ist die Zuflucht für die durch Brotsorgen gequälten Menschen. Aber gerade so bekannt ist es, daß die Gewohnheit des Trinkens nirgends allgemeiner war und mehr unausrottbar schien als bis vor kurzem in der Studentenwelt, die damals noch fast ausschließlich aus wohlhabenden jungen Leuten im sorglosesten Alter bestand. Widersprüche wie diese und ähnliche lassen sich nach Belieben vermehren. Und oft haben sie bei den Alkoholgegnern eine schmerzliche Entrüstung erweckt, da unsere Mitmenschen so vollendet im Bösen wären, daß sie immer eine Empfehlung für einen Gebrauch zu finden wüßten, der nie besser als ein Mißbrauch sei.

Die Trunksucht, Äußerung einer allgemeinen Genußsucht, suchen wir aus dem Umstand zu erklären, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeit an sich aufgehört hat, den Menschen Befriedigung, dem Leben einen

ienschenwürdigen Inhalt zu geben — vielmehr eine reichliche Quelle vieler
Slagen geworden ist. Andererseits nimmt die Arbeit für den Lebensunterhalt,
as heißt jedermanns Anteil am Produktions- und Zirkulationsprozeß, die
Menschen mehr und mehr in Anspruch: ermüdet die Körper und erfüllt so
hr die Geister, daß wenig Zeit, Lust und Gelegenheit für andere Anstrengung
brig bleibt. Einige unter der jüngeren Generation suchen zwar in einer mit
rem Lebensalter übereinstimmenden Arbeit eine genußreiche Anstrengung,
velche die Berufstätigkeit ihnen vorenthält. Es ist bemerkenswert, daß denn
uch in einem gewissen Grade der Sport die Gewohnheit des Trinkens ersetzt.
Aber für die große Masse aller Klassen der Gesellschaft hat nur derjenige
Genuß einen Reiz, der keine Anstrengung fordert: der nichts mehr ist als eine
Art Ruhe, eine mühelose Zerstreuung, eine Erholung des durch die Arbeit für
en Lebensunterhalt erschöpften Körpers und Geistes.

Der Arbeit gegenüber steht in unserer Gesellschaft also der Genuß, der
Unumgänglichkeit der Arbeit gegenüber das Begehrenswerte des Genusses.
Wir sehen, wie die Menschen zu bestimmten Zeiten die Lasten der Arbeit von
ch werfen und sich mit Begier dem Genuß ergeben, der, von der Arbeit
etrennt und unabhängig gemacht, von hundert einzelnen Industrien geliefert
vird. Und vielleicht das allgemeinste, zugänglichste, wirkungsvollste Genuß-
mittel, das in der Quantität und Art am leichtesten zu verteilen ist und das
ch am besten mit anderen Mitteln vereinigen läßt, ist das alkoholische
Getränk. Die Ursache endlich des Alkoholgenusses wirkt nicht auf jeden
Trinker unmittelbar. In einer Gesellschaft, wo der Alkoholgenuß als die Er-
füllung eines Lebensbedürfnisses gilt, werden viele auch durch den Einfluß der
Gewohnheit, des Zufalls, des Beispiels und der Verführung zum Trinken
ebracht. Dagegen sieht man Leute, die sonst vielleicht frei ausgegangen
wären, aus erblicher Neigung zu Trinkern werden.

* * *

Einen verwickelten Widerspruch zeigt der Alkoholgenuß bei den Frauen
der Arbeiterklasse. Der Bericht der englischen Regierungskommission nennt
Ursachen, die sich kaum miteinander vereinigen ließen, wenn sie nicht alle
aus der einen großen Ursache abzuleiten wären.

Auf die allgemeine Ursache ist schon hingedeutet worden: wenn Frauen
anfangen, wie Männer zu arbeiten, fangen sie auch an, wie Männer zu leben.
In der besonderen Lage des Lohnarbeiters im Kapitalismus ist der Alkohol
meistens nicht nur ein Genuß-, sondern auch ein Lebensmittel. Er gibt mehr
als bloße Zerstreuung nach der Arbeit, er beseitigt auch das Gefühl der Er-
müdung bei der Arbeit. Er gewährt nicht nur die verlangte Erholung, er
ermöglicht die notwendige Anstrengung. Kurz, der Arbeiter trinkt nicht so
sehr, um sich selbst ein Vergnügen zu machen, als um seinen Ausbeuter be-
friedigen zu können. Was auf die Dauer seine Lebenskraft untergräbt, ver-
mehrt zeitweilig die Ausgabe seiner Arbeitskraft. Den Arbeitern ersetzt der
Alkohol das Unentbehrliche; er macht, daß sie das Unerträgliche ertragen.
Je mehr Arbeiter in der Zeit der unbeschränkten Herrschaft des Kapitalismus
unter sein Zepter geraten, desto mehr nimmt der Alkoholgenuß zu. Die
Männer, die zuerst als Lohnarbeiter auftreten, trinken aus jedem Grunde, bei
jeder Gelegenheit. Die Frauen, die nach ihnen kommen, trinken auch unter
allen Umständen und aus allen Ursachen. Männer und Frauen, Arbeiter und
Arbeiterinnen trinken immer und überall. Die Männer, die angefangen haben,

sich der vollkommenen Herrschaft des Kapitalismus zu entziehen, lassen
und dort zum Teil von der Trinkgewohnheit ab. Die Frauen, die meiste
noch keine Widerstandsfähigkeit gegen das Kapital haben, sind auch nic
widerstandsfähig gegen den Alkohol.

* * *

Fabrikmädchen, jung, ohne Sorgen, frei, mit Geld in der Tasche, trink
viel. Sie bilden Trinkkränzchen, die regelmäßig miteinander ins Wirtsha
gehen, und abwechselnd zahlt eine für die ganze Runde.

Junge Frauen fahren fort zu trinken, um sich über die Beschwerden d
Schwangerschaft hinwegzusetzen. Junge Mütter, die am Tage in der Wer
statt sind, vertrinken die Sorgen wegen der unversorgten Familie zu Haus
Sie trinken, wenn sie das Geld dafür haben; sie trinken auch vom Wirtschaft
gelde, sie trinken auf Kredit und verpfänden die Möbel, wenn sie gar ke
Geld haben. Der Mann findet zu Hause kein Essen, und die Kinder hab
keine Kleider, um in die Schule zu gehen, weil die Mutter trinkt.

In besseren Zeiten bekommen die Frauen ihren Anteil vom Überfluß d
Mannes, das heißt sie bekommen Bier und Schnaps. In schlechten Zeit
ist der Alkohol der einzige Tröster.

Arbeiterfrauen, die auch in Fabriken arbeiten, machen, daß sie nic
schwanger werden, gehen mit den Männern zusammen in die Kneipe; zu de
Gewohnheiten, die sie annehmen, gehört das Trinken. Kommen später do
Kinder, dann ist der Alkohol das einzige Mittel, das sie aufrecht erhält bei ein
Arbeit, die schwerer ist als die des Mannes, da die Haushaltung hinzukomm

Wenn gute Löhne verdient werden, trinken die Frauen, weil es zu
Essen gut schmeckt. Ferner ist der Alkohol das billigste Surrogat der Na
rung. Schließlich trinken sie so viel, daß sie fast nicht mehr essen können.

Frauen, die mit Männern zusammen arbeiten, trinken mit den Männe
um die Wette, da es keinen einzigen Grund gibt, weshalb sie weniger trink
sollten. Wenn sie nach ihrer Heirat zu arbeiten fortfahren, so trinken sie au
weiter. Wenn sie nicht mehr in die Fabrik gehen, so macht ihnen die Hau
haltung gewöhnlich wenig Spaß, und meistens verstehen sie auch nichts davo
Sie wissen mit ihrer freien Zeit nichts anzufangen und trinken aus Langewei

Die Frage, *weshalb die Arbeiterinnen trinken*, ist also, wie m
sieht, nicht leicht zu beantworten.

Ist es jugendliche Unbesonnenheit? — Es sind besonders die Hausmütte
die trinken.

Treiben häusliche Sorgen, Mangel an Freiheit und Zerstreuung, Roh
der Männer sie ins Wirtshaus? — Die Fabrikmädchen sind dort Stammgäst

Macht guter Verdienst sie unmäßig? — Man sieht sie das Brot ihr
Kinder verkaufen.

Ist bittere Armut die Schuld? — Oft wird um so mehr getrunken,
mehr verdient wird.

Oder vielleicht die schlechte Gewohnheit, daß verheiratete Frauen fo
fahren zu arbeiten? — Die früheren Arbeiterinnen trinken heimlich zu Haus

Also das einförmige Leben, wobei sie sich abarbeiten für die Familie? -
Die Arbeiterinnen, die keine Kinder haben und mit ihren Männern wie m
Kameraden leben, trinken mindestens ebensoviel wie die Männer.

Nein, es ist nichts von alledem, weil es dies alles zusammen ist. Die A
beiterinnen trinken, *weil sie Arbeiterinnen sind*.

Früher war, soweit die Frauen der Arbeiterklasse noch außerhalb der Werkstatt geblieben waren, Betrunkenheit bei Frauen eine Ausnahme. Die Ursache war nicht, daß sie weniger Mangel litten als die Männer. Sie fanden aber in ihrer Arbeit, die eine Arbeit in dem eigenen Haushalt und für die eigene Familie war, eine Befriedigung, die sie vor dem Alkoholismus bewahrte. Wie einfach oder sogar mangelhaft die Einrichtung der Haushaltung, wie schwer die häusliche Arbeit auch sei, die Versorgung des Mannes und der Kinder ist eine Beschäftigung, die sich dadurch von den meisten industriellen Arbeiten unterscheidet, daß sie in sich selbst einige Befriedigung enthält und einigen Genuß bietet. Die Ordnung und der Wohlstand in der Arbeiterfamilie ist zum größten Teil das Werk der Frau und Mutter. Solange die proletarische Frau außerhalb der Fabrik blieb, fand sie in dem Wesen ihrer Beschäftigung einen Schutz gegen die Verführung des Alkohols. Als sie anfing, in der Fabrik mitzuarbeiten, änderte sich die Natur ihrer Arbeit. Die häusliche Arbeit wurde jetzt, zu der Plage des Lohndienstes gefügt, eine unerträgliche Last. Statt eines Schutzmittels wurde die häusliche Arbeit zu einer Ursache, welche die Widerstandsfähigkeit gegen den Alkohol verringerte. Die Zunahme der Trunksucht bei Arbeiterinnen ist wichtig für die Kenntnis sowohl des Kapitalismus als des Alkoholismus. Wenn man sagt, „das Elend führt zum Trunke", so soll man dabei nicht übersehen, daß hier Elend nicht in dem beschränkteren, nur materiellen Sinne des Wortes gemeint ist. Zum größten Teile liegt das Elend des Kapitalismus — dessen „Masse zunimmt" — in der Natur der Arbeit, die er verhängt.

II.

Was die obengenannte Kommission in Hinsicht auf den Alkoholismus bei Frauen erfahren hat, faßt sie zusammen in dieser Schlußfolgerung:

„Die Tendenz der Zeugnisse zeigte, daß die Gewohnheit des Trinkens unter den Frauen der arbeitenden Klasse mit Sicherheit zunahm, zum großen Schaden für die Versorgung der Kinder, abgesehen von der Möglichkeit, daß Kinder, die für ihr ganzes Leben unglücklich sind, geboren werden.

„Die Fabrikarbeit wird als eine Ursache, die zum Trinken führt, angegeben; so hatte einer der Zeugen die fatale Wirkung der Trinkkränzchen bei jungen Mädchen der Töpfereien bemerkt.

„Ein Zeuge nannte die niederdrückenden Folgen der Schwangerschaft als eine häufige Ursache; der allgemeine Einfluß des Stadtlebens, das ein Bedürfnis nach Zerstreuung hervorruft und die Macht einer öffentlichen Meinung schwächt, wurde von anderen genannt.

„. . . Andererseits wurde Unmäßigkeit von jungen Frauen in agrarischen Gegenden für selten gehalten."

* * *

Letztere Beobachtung beweist vielleicht besser als etwas anderes, daß in der Tat die Änderung der Lebensweise unter dem Einfluß des Kapitalismus die Frauen zum Trinken führt. Le Play, der genaue Untersucher, hat bei seinem Studium der Arbeiterzustände in Europa vor einem halben Jahrhundert und länger öfters das nämliche beobachtet.

Die Arbeiter der Waffenfabriken in Solingen, Westfalen, fand er dem Alkohol und Tabak, ihren einzigen Genußmitteln, ergeben. Die Frauen da-

gegen, schreibt er, enthalten sich beider. Sie bleiben zu Hause, und was für die Männer die Tabakspfeife und das Branntweinglas ist, ist für die Frauen der Verkehr mit den Nachbarinnen.

Die Taglöhner der Bauern in Maine, Frankreich, kennen als Erholung auch nur den Genuß von Kaffee, Wein und Branntwein. Ihre Frauen jedoch „zeigen im allgemeinen wenig Neigung zum Genuß geistiger Getränke“ („Ouvriers Européens“, III).

* * *

Sobald die Mädchen, Kinder noch, in die Fabrik kommen, sind sie der nämlichen Verführung wie die Männer ausgesetzt. Nach mehreren Aussagen vor der englischen Kommission ist der Anblick von betrunkenen Fabrikmädchen im Alter von fünfzehn, sechzehn und siebzehn Jahren nicht selten. Wie außerdem der Verkehr mit Männern dazu Anlaß gibt, darauf wies ein Zeuge der privaten Wiener Untersuchungskommission von 1896 hin:

„Frauen mögen im Anfang keinen Schnaps getrunken haben, jetzt geschieht das oft genug. Sie werden auf Branntwein ausgeschickt, und dann ist die Gewohnheit, daß der Mann zu ihnen sagt: ‚Na, trink' amal, Mariedl!‘ — und so sind manche dem Trunke verfallen“ (Protokoll, S. 334).

Die Trinkkränzchen in den Töpfereibezirken von Staffordshire stimmen überein mit den von Sherard („The Cry of Poverty“, 1901) beschriebenen Sitten der jungen Fabrikarbeiterinnen in den Manchesterschen Webereien:

„In den Wäschereien und Zigarrenfabriken wird wahrscheinlich von den Arbeiterinnen am meisten getrunken, was gewiß der Natur der Arbeit zuzuschreiben ist. Auch im allgemeinen wird es mehr und mehr Gewohnheit, daß Frauen und Mädchen öffentlich ins Wirtshaus gehen. Man sieht sie auf der Schwelle stehen und ihre Bekannten hereinrufen. Einander freihalten ist bei den Mädchen allgemeiner Brauch.“

Urteile, die über Kinder von fünfzehn und sechzehn Jahren wegen öffentlicher Betrunkenheit ausgesprochen werden, kommen auch nach diesem Autor öfters vor.

Aussagen aus den genannten Töpfereibezirken erinnern an das Schlimmste, was je oder irgendwo über Arbeiterzustände berichtet worden ist. Der Anblick der Städte Hanley, Stoke, Fenton, Longton ist trübe. Die Wohnungen sind armselig, ohne Kanalisation und starren vor Schmutz. Der Gemeindevorstand macht von seinen gesetzlichen Befugnissen, Verbesserungen zu befehlen, keinen Gebrauch, und die Sanitätsbeamten wagen es nicht, gegen die Besitzer elender Wohnungen aufzutreten — da diese zugleich Stadtverordnete sind. Aus den schmutzigen und überfüllten Wohnungen, die oft nur zwei Zimmer für acht Personen haben, Kinder wie Erwachsene, kommen die Mädchen in die Fabrik. Die Werkstätten, mit Ausnahme einiger neuerer, sind ebenso unrein und elend wie die Wohnungen. Gleichwie die ganze Bevölkerung, die dort viele Geschlechter nacheinander gelebt hat, stehen die jungen Arbeiterinnen, die in solcher Umgebung aufgewachsen sind, dem Übel ganz gleichgültig gegenüber und sind ohnmächtig, etwas Besseres zu verlangen oder auch nur zu denken. Eine der Folgen des Kapitalismus und dessen unbeschränkter Herrschaft war die Entartung durch den Alkoholismus. Umgekehrt wirkt der Alkoholgenuß als eine der Ursachen, die die Entartung fördern.

„Die Trinkkränzchen“, sagt Miß Garnett, die als Sachverständige aus langjähriger Erfahrung heraus spricht, „die Trinkkränzchen bestehen in fast

eder Werkstatt. Alle Mitglieder müssen dazu beitragen. Dann wird irgend ine lustige Zusammenkunft veranstaltet, um das Geld zu vertrinken. Ich glaube, daß auf diese Weise die Mädchen den Alkohol lieben lernen."

Übrigens sind Mädchen und Knaben dort, wie überall, wo die Frauen außerhalb des Hauses (oder zu Hause für den Unternehmer) arbeiten, wo es deshalb fast gar kein Familienleben gibt und die Mütter zum Haushalten keine Geschicklichkeit haben, von Kindheit auf an schlechte und unnatürliche Nahrung gewohnt. Im Anfang bekommen die Kinder nichts anderes, und später mögen sie nichts anderes. Milch gerät ganz außer Gebrauch oder findet sich nur noch in der Form schlechter Surrogate vor. Man sieht Kinder von einigen Monaten Tee oder Kaffee trinken und mitessen von allem, was für die Großen auf den Tisch kommt. Es wird zu Hause nicht mehr gekocht, das Mittagessen kommt aus den Volksgarküchen, für die Kleinen aus schmutzigen Krämerlädchen.

Hier folgt die Beschreibung der Lebensweise von Fabrikarbeiterinnen aus bestimmten Londoner Stadtvierteln, so wie sie der Kommission mitgeteilt wurde:

Des Morgens schlafen sie so lange wie möglich. Bevor sie zur Türe hinauseilen, um einen frühen Arbeiterzug zu erreichen, trinken sie eine Tasse starken Tee. Sie essen nichts, haben weder Zeit noch Appetit. In der Mittagsstunde sind sie zu erschöpft, um tüchtig zu Mittag zu essen, sie essen nur Brot. Sie holen — oder lassen sich holen — ein Töpfchen Senfgurken als einzige Zukost. Viel Gurken und wenig Brot. Nachmittags wieder Tee mit Brot. Um 8 oder 9 Uhr gehen sie nach Hause und nehmen dann, wie der Zeuge es bezeichnet, die kräftigste, die eigentlich erste Mahlzeit am Tage: hauptsächlich auch Brot mit Käse und Bier. Dieses Essen und Trinken gerade vor dem Schlafengehen beschwert ihren Schlaf; in schlecht ausgelüfteten und überfüllten Zimmern verbringen sie eine unruhige Nacht, stehen müde auf, mit trockener Zunge, haben keine Lust zu frühstücken, müssen sich beeilen, um zeitig in die Fabrik zu kommen, arbeiten bis zur Mittagsstunde und haben dabei nur ein paar Tassen schwarzen Tee im Leibe. . . .

„Ist Armut die Ursache, daß sie nicht besser essen?" fragte der Vorsitzende.

„Nein", antwortete der Zeuge, „aber sie sind so dumm und sie tun, was sie ihre Mutter und all ihre Bekannten tun sahen."

„Es widerspricht der menschlichen Natur", meinte der Vorsitzende, „daß jemand, der es bezahlen kann, sich nicht ordentlich ernährt."

„Ja", antwortete der Zeuge, „aber sie sind so furchtbar dumm in allen solchen Sachen."

Zeuge und Vorsitzender versäumten jedoch zu erwägen, daß Armut nicht immer Brotmangel zu sein braucht, sondern auch Mangel an Appetit sein kann, eine Form des Hungers, die nicht leichter zu stillen und vielleicht gleich allgemein ist. Sogar dort, kann man hinzufügen, wo der Kapitalismus einige Mittel übrig läßt zum Kaufen von Nahrung, nimmt er die Geschicklichkeit, sie gut zuzubereiten, und auch den Geschmack für gute Nahrung. In diesem Falle paßt sich die menschliche Natur und sogar der menschliche Magen wie immer den gesellschaftlichen Verhältnissen an, zum großen Nachteil für die Individuen und die Rasse.

„So machen sie es nun alle", schließt der Berichterstatter, „und das ist die Ursache der Hälfte des Alkoholmißbrauchs bei den Frauen."

„Geht nur einmal des Sonnabends“, so sagte er, „nach irgend ein Fabrik, wenn die Arbeiterinnen gerade ihr Geld empfangen haben und n Hause gehen. Wie Fliegen werdet ihr sie, fünf oder sechs miteinander, um Wirtshäuser schwärmen sehen. Zusammen gehen sie hinein. Es ist nicht ein Glas und dann fort, sondern es ist üblich, daß jede der Reihe nach die anderen zahlt (eine Runde ausgibt).“

Als Gewerbe, bei denen am meisten getrunken wird, bezeichnete man d Plätten feiner Wäsche, eine „höchst ungesunde Arbeit“, und das Anfertig von Schachteln als Hausindustrie in einer Atmosphäre „zum Übelwerden“.

* * *

Hier folgen noch einige Aussagen über allgemeine oder besondere Ursach

Ein Glasgower Arzt erzählte von einer seiner Patientinnen, einer Hau mutter und Witwe, daß sie auf die Frage, ob sie Alkohol zu sich nehme, antwortet hätte, daß sie dann und wann ein Gläschen nehme, weil sie s so abrackern müßte. Das ist der Anfang der „alkoholischen Neuritis“. Dies fortwährende Trinken in kleinen Mengen ist die Hauptursache der Entartu des Geschlechtes. „So war es der Fall mit dieser armen Frau, Mutter v neun Kindern, die ihr möglichstes tat und sehr sparsam lebte.“

Der Direktor einer Irrenanstalt, der über Alkoholismus als Ursache d Irrsinns befragt wurde, sagte, daß diese Folge zusehends immer mehr eintre „Irrsinn durch Alkoholmißbrauch bei Frauen nimmt ohne Zweif zu“, und zwar wegen des Überhandnehmens der Frauenlohnarbei

Die Arbeit in Fabriken stellt „hohe körperliche Anforderungen“. „U verheiratete Arbeiterinnen verfügen über Taschengeld, haben aber wenig, w mit sie ihren Geist beschäftigen.“ „Wenn sie heiraten, wollen sie keine Kind bekommen.“ „Frauen, die keine Kinder haben, gehen mit ihren Männern z sammen aus, und der hauptsächlichste Zeitvertreib ist der Alkohol.“ Übera wo Frauen in der Industrie arbeiten, hat man dies beobachtet, so in Nottin ham, im Londoner Ostend, in Glasgow. „Fabrikarbeit führt zum Alkoholism und zum Irrsinn als einer der Folgen.“

Unter den trunksüchtigen Frauen, erklärte ein anderer Sachverständige sind die meisten Hausmütter, „die durch die Sorgen wegen der Familie de Trunke verfallen sind“. Der Alkoholgenuß der Mütter wird von einem d befragten Ärzte die gefährlichste Form des Alkoholismus genannt „wegen d Wirkung auf die ungeborene Frucht“. Das Kind wird vor der Geburt ve giftet und ist zu einem minderwertigen Leben bestimmt. „Auch in frühere Jahrhunderten gab es betrunkene Völker, deren Lebenskraft jedoch nicht e heblich geschwächt zu sein scheint. Wahrscheinlich blieben damals die Fraue und Mütter nüchtern. Wenn jedoch sowohl die Mutter wie der Vater de Trunke ergeben sind, da wird die Nachkommenschaft in jeder Hinsicht zurück gehen und wird die Zukunft der Menschheit gefährdet.“

Was die „betrunkenen Völker“ aus vorigen Jahrhunderten anbetrifft, s kann, wie wir glauben, noch hinzugefügt werden, daß sie den Alkohol nich kannten als das einzige, das hauptsächlichste, das tägliche Genußmittel. De Rausch bei außerordentlichen und festlichen Gelegenheiten ist für die Mass der Bevölkerung im Kapitalismus und infolge des Kapitalismus ersetzt worde durch eine vorübergehende, jeden Augenblick wiederholte, aber auch nu momentan wirkende Belebung.

Die Heilsarmee und die Arbeiterklasse.

Von **Ida Altmann.**

Vom „sozialen Wirken“ der Heilsarmee faseln nicht nur bürgerliche Zei-
ıngen, zumal wenn eine mit „sozial empfindender Seele“ ausgerüstete Jour-
ılistin, von einer klugen Kapitänin geführt, die Wohltätigkeitsanstalten der
eilsarmee besichtigen durfte und nun gar rührende Schilderungen liefert von
em, was da für „die Ärmsten der Armen“ geschieht. Auch der durch diese
resse mit seiner geistigen Nahrung versorgte Philister zieht wohlwollend die
eldtasche hervor, um der an seinen Stammtisch getretenen Kriegsrufjungfrau
nen Groschen zu überreichen, und erklärt seinen Stammtischgenossen mit der
liene des Wissenden: „Ja, die Leute tun sehr viel Gutes.“

Das alles könnte uns Sozialisten recht gleichgültig sein, wenn jenes Ge-
hwätz nicht unkontrolliert weitergetragen würde und gewisse besonders
bjektiv sein wollende Genossen sich hierbei zu Mitschuldigen machten. Da
klärt ein solcher Überschlauer die Heilsarmee mit ihren Veranstaltungen für
ne „wohlgelittene Kuriosität“, die der Arbeiterklasse keinerlei Schaden bringen
önnte, und verteidigt mit einem wahrlich einer besseren Sache würdigen Eifer
die Lauterkeit“ der Motive dieser „etwas sonderbaren Heiligen“.

Im allgemeinen verhält sich unsere sozialdemokratische Presse und demnach
nsere Arbeiterschaft der Heilsarmee gegenüber gleichgültig, hin und wieder
it einem gewissen Wohlwollen als einer harmlosen, aber doch recht gut ge-
einten Sache. Man glaubte keine Veranlassung zu haben, sich die Sache
nmal näher anzusehen, und ließ die Heilsarmee sich einnisten, lobte jahre-
ıng ihr „soziales Wirken“, ihre „guten und schönen Absichten“. Namentlich
ar dies in England der Fall, wo sich ja die Heilsarmee auch am stärksten
usgebreitet hat. Gerade dort aber beginnt endlich die Arbeiterschaft sich
egen diesen groben Unfug zu regen und ihm die heuchlerische Larve vom
esicht zu reißen. Es hat aber viele Jahre gedauert, bis es gelang, Klarheit
ı schaffen, was hinter dem frommen Methodistenprediger Booth eigentlich
eckt, der sich selbst zum General ernannt hat und mit seiner Propheten-
scheinung und -predigt die Leute begeistert.

Auf dem vierzigsten Trade Unionskongreß, der vom 2. bis zum 7. Sep-
mber 1907 in der britischen Bäderstadt Bath abgehalten wurde, erhob
as Parlamentsmitglied Mr. O'Grady als gewerkschaftlicher Vertreter der
ischlereiarbeiter die Anklage gegen die Heilsarmee, daß bei ihr das
chwitz- und das Trucksystem in ausgiebigstem Maße in An-
endung seien.

Nach eingehender Prüfung der erlangten Materialien beauftragte der
ongreß das parlamentarische Komitee, sich mit der Leitung der Heilsarmee
ı Verbindung zu setzen und dieselbe zu ersuchen, sie möge das in ihren Werk-
ätten (in Hamburg Street, London) herrschende Schwitzsystem beseitigen. Die
ort hergestellten Tischlerarbeiten sollten nicht mehr, wie es bisher der Fall
ewesen, zu Preisen auf den Markt geworfen werden, die in unanständigster
Veise unter die Preise heruntergehen, die im allgemeinen zwischen den Bau-
rmen und den Gewerkschaften vereinbart sind. O'Grady erklärt, daß die
eilsarmee die von den Gewerkschaften errungenen Arbeitsbedingungen ge-
ihrde und außerdem auch denen, die sie angeblich retten wolle, nichts als

Schaden zufüge. Seit Jahren hätte man gewußt, daß in der Heilsarmee das schlimmste Ausbeutungssystem herrsche, aber erst seit drei Wochen hätte man die Beweise in Händen. Ungefähr 50 Arbeiter werden in der bezeichneten Werkstätte der Heilsarmee beschäftigt, sowohl in Bau- als auch in Möbeltischlerei, und es sei ihnen fast unmöglich, sich aus Verhältnissen zu befreien, die so ziemlich denen einer Strafkolonie gleichkämen.

Es wurden einzelne Fälle angeführt, in denen die Löhne gerade ein Fünftel der an gewöhnliche Bautischler der Londoner Bautischlereien sonst gezahlten betrugen. Außerdem werde das Gesetz übertreten, welches das Trucksystem verbietet. Laut Abrechnung soll der Arbeiter 12 Schilling die Woche verdienen, davon werden aber 9 Schilling für Kost und Logis abgezogen, ein Betrag, den O'Grady sehr hoch findet, selbst wenn die Arbeiter wirklich auf einen Wochenverdienst von 12 Schilling kämen; in neunzig Fällen von hundert sei dies aber bei den gezahlten Akkordlöhnen ganz unmöglich. Ferner würden von den 3 Schilling, die übrig bleiben, noch Abzüge gemacht für Kleidung und Stiefel, obwohl diese zumeist als Geschenke an die Heilsarmee geliefert werden! Die Idee der Heilsarmee, die Leute zu retten, zu heben, sei sehr schön; in Wirklichkeit aber mache sie es ihnen zur Unmöglichkeit, wieder in geregelte Arbeitsverhältnisse zu kommen. Denn außerhalb der Arbeitsstätten der Heilsarmee müßten die Arbeiter eigenes Werkzeug besitzen, um sich aber dieses anzuschaffen, dazu bekamen sie niemals genug Geld zusammen von den 1 bis 2 Schilling, die sie in Wirklichkeit bei der Heilsarmee in der Woche bar erhielten.

Ein anderer Delegierter, Chandler von der vereinigten Zimmerer- und Tischlerorganisation, berichtet, daß die von ihm vertretene Gewerkschaft es sich Tausende und aber Tausende hätte kosten lassen, um während der für das Gewerbe schlimmen Zeit die Arbeiter vor der Verelendung zu bewahren. Das Treiben der Heilsarmee bedrohe indessen die Gewerkschaft geradezu in ihrem Bestand. Wenn die Heilsarmee fortfahre, Arbeit für so unerhört niedrige Löhne anfertigen zu lassen und sie zu entsprechend billigem Preise auf den Markt zu werfen, so sei die Gefahr vorhanden, daß spekulative Bauunternehmer in den Vorstädten Londons die Gelegenheit zu billigem Ankauf der hergestellten Arbeit wahrnehmen würden, statt das, was sie brauchten, selbst anfertigen zu lassen, wobei sie die von den Gewerkschaften als angemessen erachteten Löhne zu zahlen hätten. Chandler meint, man müsse die Heilsarmeeleitung dahin bringen, daß sie den begangenen Fehler einsehe, dann würde sie gewiß Wandel schaffen.

Mr. Dixon, Vertreter derselben Zimmerer- und Schreinerorganisation, führt aus, daß man seit sieben Jahren sich bemüht habe, genügendes Beweismaterial für das Vorhandensein dieser unerhörten Mißstände herbeizuschaffen, und daß während all dieser Jahre nicht ein einziges Mitglied seiner Organisation auch nur ein respektwidriges Wort gegen „General" Booth ausgesprochen habe. Nach einigen weiteren Verbeugungen vor dem „General" und dem Wirken der „Armee" meint der Redner aber doch zum Schlusse: „Religion ist eine Sache — und eine erhabene Sache, wenn sie sich in den richtigen Bahnen bewegt, aber wenn eine religiöse Vereinigung so tief herabsteigt, um Religion auf der einen Seite zu propagieren und auf der anderen Seite Geschäfte zu machen, dann wäre es höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit erfahre, was vorgeht."

Nehmen wir an, es verhalte sich wirklich so, wie die vorsichtigen englischen Gewerkschaftsführer sagten, daß nämlich Booth nichts von dem verabscheuungswürdigen Treiben wisse, das in der von ihm ins Leben gerufenen „Heils“-institution vor sich geht, so ist damit zugleich festgestellt, was diese frömmelnde soziale Hilfe, das „Wirken zum Wohle der ärmeren Brüder und Schwestern“ wert ist.

Der Methodistenprediger Booth erzählt, er sei erschüttert gewesen von dem entsetzlichen Elend, das er in Londons Straßen und Gassen, unter seinen Brücken und Torbogen erblickte; er hätte helfen wollen, retten — durch die Mittel, welche er von den durch seine Beredsamkeit zur Wohltätigkeit erschütterten Reichen erlangte.

Und mit Hilfe dieser Mittel läßt er den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern schmachvolle Schmutzkonkurrenz machen, indem er die von ihm „Geretteten“ unter Bedingungen arbeiten läßt, wie sie der Trade Unionskongreß vor aller Welt an den Pranger stellte. Für den fünften Teil der Gewerkschaftspreise arbeiteten die von der Heilsarmee geretteten Bau- und Möbeltischler in London! Da mögen die wohltätigen Arbeitgeber und ihre Damen, gerührt von dem segensreichen „sozialen“ Wirken der Heilsarmee, mit Freuden deren Werke fördern, indem sie von dem so vielfach erhöhten Profit einen kleinen Anteil zum Ausbau der Anstalten der „Armee“ dem General zur Verfügung stellen! Je mehr solcher Rettungsanstalten, solcher Werkstätten, in denen die werkzeuglosen Arbeiter für Kost und Logis, für vom Publikum geschenkte alte Kleider und Stiefel und dazu noch 1 bis 2 Mark baren Wochenarbeitslohns schanzen, desto reicher der Segen der Unternehmer, desto mehr werden diese befreit von den energisch fordernden, durch Selbsthilfe und Solidarität starken gewerkschaftlich organisierten Arbeitern.

Das alles sah der Sozialreformer, der Retter General Booth nicht!

Die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die infolge der Ausbeutung, der zeitweiligen Arbeitslosigkeit, der daraus sich ergebenden physischen und moralischen Entkräftung zu Trunkenbolden und Prostituierten geworden sind, sie werden hier wieder eben dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung nutzbar gemacht — unentrinnbar, ausgangslos!

„Mit dem, was wir hier bekommen, werden wir nie wieder in den Stand gesetzt, draußen von neuem arbeiten zu können“, sagte einer der „Geretteten“ zu einem in der Gewerkschaft organisierten Kollegen.

Nicht nur deshalb ist dem so, weil sie nie genug Geld zusammenbringen, um sich brauchbares Werkzeug zu schaffen und die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, wenn sie hinausgehen wollten, Wohnung und Nahrung zu bezahlen, bis die erste Arbeit gefunden ist, nein, auch weil die Ernährungsweise eine derartige ist, daß fast für alle Zeit eine Erneuerung der Energie, des Mutes zum Daseinskampf ausgeschlossen bleibt. Dazu kommt noch die Erziehung zur Demut, das völlige Knicken jedes Selbstbewußtseins, um die armen „Geretteten“ für immer zu einem selbständigen Leben für sich und ihre Klassengenossen unfähig zu machen.

Welche geistige Kost dort geboten wird, dafür sei nur eine kleine Probe angeführt:

In Sünden wälzte ich mich lang
Und trotzte Furcht und Scham.
Doch endlich ward mein toller Gang
Gehemmt, hört wie es kam:

O, das Lamm, das blutende Lamm,
Das Lamm auf Golgatha!
Das Lamm, das starb und Leben erwarb,
Es blickt voll Liebe auf mich.

* * *

Wir ziehen heim nach Kanaan,
Zu sehen Jesum dort. Wen werden wir dort sehen?
Jesum. Jesum? Ja, Jesum! Ja, ja, ja!
Was für Kleider werden wir dort tragen?
Weiße Kleider. Weiße Kleider?
Ja, weiße Kleider! Ja, ja, ja!
Was für Schuhe werden wir dort tragen?
Goldne Schuhe. Goldne Schuhe? Usw.

* * *

Seht die Sünder an auf verkehrter Bahn,
Ew'ge Höllenqual ist ihr Los.
Darum warnet sie,
Rufet, wie noch nie:
Kehrt jetzt um, bevor der Tod einbricht.

Wenn die großartige, vorzüglich geleitete Londoner Tischlerorganisation sieben Jahre brauchte, ehe sie die Mißstände, von deren Vorhandensein sie ganz genau wußte, aufdecken, mit Zahlen und unleugbaren Tatsachen beweisen konnte, dann erkennt man, wie geschickt die Leute sein müssen, die ihre „Geretteten" so gut vor dem profanen Blick der Gewerkschaften zu verbergen wußten.

Welche Segensströme für die reichen Wohltäter aus den landwirtschaftlichen und sonstigen gewerblichen Betrieben der Heilsarmee sich ergießen mögen, das werden die Arbeiterorganisationen feststellen müssen. Sollten die etwa 40000 Personen, die (nach einem Bericht von Adele Schreiber in der „Frankfurter Zeitung") in den 16 Landkolonien der Heilsarmee beschäftigt werden, unter ähnlichen Bedingungen arbeiten wie die 50 Tischler in den erwähnten Londoner Werkstätten, so kann man ermessen, welche ungeheuerliche Schmutzkonkurrenz dort den Arbeitern gemacht wird.

Bei uns in Deutschland faßt die Heilsarmee von Jahr zu Jahr mehr Fuß. Sie versteht es, gerade unter den elendesten Schichten sich ihre Opfer zu holen, Opfer an Menschen und an Geld! Ist mir doch ein Fall bekannt, daß eine Stepperin, die eheverlassen noch ihr schulpflichtiges Kind ernähren muß, jede Woche von ihren 20 Mark Lohn 2 Mark an die Heilsarmee zahlt! Jeder Bekehrte muß 10 Pfennig für das Rekrutenband hergeben, 25 bis 50 Pfennig für die Einweihung, bei der er das Abzeichen S. S. erhält, dazu 10 Prozent des wöchentlichen Arbeitsverdienstes, Beiträge für die Miete des Lokals und anderes mehr. Noch schlimmer aber ist der verderbliche Einfluß, den die Heilsarmee auf das Selbstbewußtsein der Proletarier ausübt, wie sie ihnen den Kopf verwirrt und sie unfähig macht, sich durch die Kraft der Organisation emporzuheben.

Unsere Gewerkschaften werden gut tun, wenn sie sich darum kümmern, ob nicht etwa auch bei uns schon solche Brutstätten der Schmutzkonkurrenz entstanden sind, wie sie durch die Londoner Gewerkschaften aufgedeckt wurden.

Berufung gegen Schwurgerichtsurteile.

Von **Th. Guth.**

Die Frage der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern erster Instanz hat noch nicht ihre Lösung gefunden. Noch kämpfen viele Anschauungen, wie die Frage zu lösen sei, gegeneinander, ganz abgesehen von ihren grundsätzlichen Gegnern. Immerhin hat es den Anschein, als ob die „Berufung" genügend Anhänger gefunden habe, so daß wir, wenngleich mit einiger Geduld, auf die Lösung der Frage in diesem Sinne rechnen können.

ie diese „Berufung" letzten Endes aussehen werde, muß freilich dahingestellt
eiben.

Dagegen scheint man zu übersehen, wie notwendig es wäre, bei dieser
elegenheit auch gegen die Urteile der Schwurgerichte das Rechtsmittel
r Berufung zu schaffen. Den Anhängern der Schwurgerichte mag es ja
elleicht bedenklich erscheinen, ihren grundsätzlichen Gegnern Gelegenheit zu
esetzgeberischer Arbeit auf diesem Gebiet zu geben, weil diese Gegner viel-
icht den Versuch zur Rückwärtsrevidierung der Institution unternehmen
ürden. Allein einmal ist kaum anzunehmen, daß diese Gegnerschaft einen
irklichen Erfolg haben könnte, weil das Schwergewicht der öffentlichen Mei-
ung sich auf seiten der Schwurgerichte befindet; sodann würde man durch
chaffung eines wirksamen Rechtsmittels gegen Urteile der Schwurgerichte
ese selbst in ihrer Wirksamkeit kräftigen und damit ihre Position sichern.
lan denke in dieser Beziehung vergleichsweise nur an Strafkammern und
chöffengerichte. Den Strafkammern glaubte man dadurch besonderen Wert
 verleihen, daß man gegen deren Urteile keine Berufung zuließ, mit dem
rfolg, daß schließlich nicht nur die Berufung, sondern auch die Veränderung
r Strafkammern durch Einführung des Laienelementes voraussichtlich kommen
ird, wenigstens in den Vorarbeiten der Gesetzgebung erscheint; das Schöffen-
richt hingegen, gegen dessen Urteile die Berufung an die Strafkammer
öglich ist und in zahlreichen Fällen angewendet wird, steht heute in seinem
Besen unangefochten da, eben weil seine Sprüche korrigierbar sind und doch
i der zweiten Verhandlung sich in unzähligen Fällen als zutreffend erweisen.

Die Frage ist die, ob sich die Einführung der Berufung gegen Urteile
r Schwurgerichte als notwendig, das heißt sachlich notwendig er-
eist. Halten wir uns dabei an die Wirklichkeit der Gegenwart, so
nnen wir doch gar nicht übersehen, in wie vielen Fällen die Geschworenen
cht nur der Sache, sondern auch dem Volksempfinden nach irrtümlich ent-
hieden haben, ja daß sie gerade in den am meisten Aufsehen erregenden
ällen „Wahrsprüche" abgegeben haben, die in nichts erkennen lassen, was
n betreffenden Schwurgerichten größeren Wert als den Strafkammern ver-
ihen könnte. Es sei hier nur an die Landfriedensbruchs- und Meineids-
rozesse erinnert, die in wirtschaftlichen Bewegungen ihre ersten Anlässe hatten
um Beispiel Essen, Güstrow, Leipzig-Markranstädt, Dresden-Löbtau und
ndere), es sei an den unglücklichen Barbier Zieten erinnert, der mit millionen-
cher Wahrscheinlichkeit unschuldig sein Leben im Zuchthaus endete, auch an
n Zweifelsfall Hau, an die Fälle, in denen geistig defekte und vor allem
ileptische Angeklagte von den Geschworenen schuldig gesprochen wurden.
Ber sich die Mühe nimmt, seine Erinnerungen in dieser Beziehung etwas
ufzufrischen, stellt da ein sehr respektables Register von „Wahrsprüchen" zu-
mmen, die sicherlich nicht wahr sind. Er wird auch eine Anzahl Urteile
nden, die sich im durchgeführten Wiederaufnahmeverfahren als unzutreffend
wiesen haben. Und erfährt immer die breite Öffentlichkeit davon? Wird
sbesondere der Fall immer so liegen, daß der Verurteilte völlig un-
huldig ist? Kann nicht — wie vorgekommen — der Angeklagte schuldig sein,
ber nur der milder zu beurteilenden Straftat? Wie schwer sind zum Bei-
iel oft die Grenzen zu finden zwischen den Delikten Mord, Totschlag, Körper-
erletzung mit tödlichem Ausgang, Körperverletzung ohne ursächlichen Zu-
mmenhang derselben mit dem nachgefolgten Tode des Verletzten? Wie oft

hängt das Schicksal des Angeklagten dann noch von der Beantwortung vo
Unterfragen, zum Beispiel nach dem Bewußtsein des Täters, nach mildernde
Umständen ab? Kurz: Was beweist, daß die Urteile der Schwurgerichte ein
erheblich größere Sicherheit gegen Irrtümer bieten, als die Entscheidunge
der Strafkammern? Nichts! Gar nichts!

Und so wird die Berufung gegen diese Urteile unerläßlich, schon des
halb, weil, wenn schon die Geschworenen zutreffend entschieden haben, s
nicht Art und Höhe der Strafe bestimmen. Das bleibt, soweit da
Gesetz die Wahl läßt, dem aus drei Fachjuristen bestehenden Gerichtsho
überlassen. In dieser Beziehung ist der Angeklagte vor der Strafkamme
besser gestellt, weil die Strafkammern erster Instanz stets mit fünf Richter
besetzt sind. Wie wenig gleichgültig es ist, ob eine Richterbank mit fünf ode
mit drei Richtern besetzt ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß vo
zwölf Jahren die Strafjustizreform noch in letzter Stunde daran scheitert
daß die Regierung bei Berufung gegen die Urteile der Strafkammern erste
Instanz diese nicht mehr aus fünf, sondern nur noch aus drei Richtern b
stehen lassen wollte, und daß gerade darauf die Reichstagsmehrheit (ein
schließlich Zentrumsjuristen) nicht eingehen mochte.

Wie die Dinge jetzt liegen, bleibt — abgesehen von dem nur sehr selte
gangbaren Wege des Wiederaufnahmeverfahrens — gegen Urteile der Schwu
gerichte gleichwie gegen Urteile der Strafkammern erster Instanz nur da
unzulängliche Rechtsmittel der Revision. Wäre dieses Rechtsmittel, da
ja alles Tatsächliche unberührt läßt, einigermaßen zureichend, so würde do
nicht mit solcher Hartnäckigkeit um die Einführung der Berufung gegen Stra
kammerurteile gekämpft werden.

In dieser Hinsicht aber stehen die von den Schwurgerichten Ab
geurteilten weit unglücklicher da, als die von den Strafkammern Ve
urteilten. Rein formell sind die einschlägigen Bestimmungen nicht verschiede
voneinander. In Wirklichkeit aber ist der Unterschied sehr gewalti
Denn die Strafkammern müssen ihre Urteile mündlich und schriftli
begründen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Nachprüfung, ob si
die Richter in einem Rechtsirrtum befunden haben. Ist diese Möglichkeit b
der bekannten Praxis des Reichsgerichts freilich nicht sehr groß, so besteht s
doch wenigstens von Gesetzes wegen. Bei den Schwurgerichtsurteile
ist aber selbst diese Möglichkeit ausgeschlossen, weil der die Schuld
frage treffende Spruch der Geschworenen ohne Begründung abgegebe
wird. Vor wie nach der Urteilsfällung bleibt es dem Angeklagten, der Ve
teidigung, der Anklagebehörde, den drei Richtern wie allen höheren Instanze
(von unkontrollierbaren, jedenfalls nach dem Gesetz nicht faßbaren Gerüchte
abgesehen) unbekannt, welche Gründe die Geschworenen zu ihrem Spruc
gebracht haben. Darum ist dieser wichtigste Teil der ganzen Schwurgerichts
verhandlung von vornherein jeder Revisionsmöglichkeit entzogen.

Warum den Geschworenen nicht das Recht gegeben beziehungsweise ihne
die Pflicht auferlegt werden soll, ihre Sprüche mündlich und schriftlich, wen
auch kurz, zu motivieren, ist gar nicht einzusehen; am allerwenigsten wä
zu verstehen, weshalb gerade die Anhänger der Geschworenengerichte sich gege
die Motivierung wenden sollten.

Aber damit wäre erst das Rechtsmittel der Revision in den Schwu
gerichtsfällen an Wert gleichgestellt mit demselben Rechtsmittel in den Stra

ammerfällen aus der ersten Instanz. Bei Einführung der Berufung im
tzteren Falle kommen aber die Verurteilten des Schwurgerichtssaals
ofort wieder ins Hintertreffen, wenn nicht auch sie das Rechtsmittel der
Berufung erhalten.

Gewiß tauchen damit neue Fragen der Gerichtsverfassung und des Straf-
rozesses auf. Es kann nicht Aufgabe dieser Anregung sein, nun gleich auch wieder
lle Fragen zum Kapitel „Schwurgericht" erschöpfend zu behandeln. Nur zwei
Momente seien hier berührt, da sie vielleicht zuerst Widerspruch hervorrufen.

Zunächst wird vermutlich gefragt, ob auch die Staatsanwaltschaft die
Möglichkeit der Berufung gegen die Schwurgerichtsurteile haben sollte. Allein
iese Frage erweitert sich von selbst zu der Frage, ob die Anklagevertretung
– mag sie durch das Institut der Staatsanwaltschaft oder nach etwaiger
Beseitigung derselben durch irgend einen irgendwie gearteten Faktor besorgt,
ogar aus der Hauptverhandlung völlig ausgeschaltet werden — überhaupt
as Recht behalten solle, gleich dem Angeklagten irgend ein Rechtsmittel in
Strafsachen verwenden zu dürfen. Ob es aber wirklich im Interesse der All-
emeinheit liege, grundsätzlich diese Möglichkeit auszuschließen, wie man
amentlich in den Kreisen unserer Partei meint, kann hier dahingestellt bleiben,
eil es — ganz abgesehen davon, daß es Fälle gibt, die uns zu einigen Be-
enken veranlassen könnten — ganz ausgeschlossen ist, daß in absehbarer
Zeit Preußen-Deutschland auf dieses Recht der Anklagebehörden, das heißt
es Staates, in irgendwelchem Belang verzichtet. Die Frage der Berufung
ingegen steht wenigstens in einer Hinsicht auf der Tagesordnung der
ffentlichen Diskussion und der Gesetzgebung. Und es erscheint doch nicht so
usgeschlossen, daß die Rechtsnot der vom Schwurgericht Ver-
rteilten, wenn diese nur Fürsprecher auf der Reichstribüne finden, dem
Gesetzgeber sinnenfällig wird und ihn zum Handeln veranlaßt. Endlich
ber kann man doch ein Rechtsmittel nicht deshalb verwerfen, weil es unter
Umständen auch in unerwünschter Weise benutzt werden kann; wie sehr das
en Wert des Rechtsmittels auch beeinträchtigen mag, zum weitaus größten
Teile liegt sein Wert auf seiten der Verurteilten.

Die zweite Frage, die hier noch behandelt werden mag, ist die nach dem
Gericht, das über die gegen Schwurgerichtsurteile eingelegte Berufung
ntscheiden sollte. Der Hauptwert eines Rechtsmittels liegt darin, daß es
ie volle Neuverhandlung der Anklagesache (beziehungsweise des angefoch-
enen Teiles derselben) herbeiführt, und zwar vor einem Gericht, das durch-
weg mit anderen Personen besetzt ist als dasjenige der ersten Verhand-
ung. Ob das Gericht einem höheren Instanzgericht angegliedert ist, ist von
ehr untergeordneter Bedeutung. Für das erstere sprechen die vielen im Sinne
er Angeklagten günstig verlaufenen Fälle, in denen durch den Erfolg der
Revision oder im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens die erste Instanz von
euem verhandelt; und da sind die Gerichtshöfe nicht einmal durchweg mit
euen Personen besetzt. Somit wäre ein sehr einfacher Weg gegeben:
Würde durch die Berufung nur die Wahl der Strafgattung oder auch nur
as Strafmaß oder auch nur eine Nebenstrafe angefochten, so könnte
ie Berufung durch das Gericht erledigt werden, das bei der Strafjustiz-
eform mit der Erledigung der Berufung gegen Strafkammerurteile erster
Instanz betraut wird. Das wäre also auf jeden Fall ein Gericht, das mit
nindestens zwei Personen mehr als der Gerichtshof des Schwurgerichtes besetzt

sein würde. Würde aber das Votum der Geschworenen angefochten, s
sollte das geschehen, was heute schon geschieht, wenn die Richter meinen
daß die Geschworenen sich zum Nachteil des oder der Angeklagten geir
haben, nämlich die Sache **vor das nächste Schwurgericht gewiesen werden.** Di
Mitwirkung eines Geschworenen aus der ersten Verhandlung ist bei de
Wiederverhandlung nach jetzigem Rechte schon ausgeschlossen; das gelte auc
für unsere Forderung. Nur gehe man noch einen Schritt weiter und lass
keinen Richter der ersten Verhandlung bei der zweiten mitwirken.

Es kann nicht erwartet werden, daß diese Anregung nicht auch Wider
spruch finden werde. Allein die Diskussion wäre kein Schade; die Pein de
unglücklichen Menschen, von denen dieses Kapitel handelt, ist es schon wert
daß ihre weniger unglücklichen Brüder sich ein wenig die Köpfe darüber zer
brechen, wie verderbliche Irrtümer richtenden Menschenwitzes nach Möglich
keit ausgeschlossen werden.

Literarische Rundschau.

Karoline Milhaud, **L'ouvrière en France.** Paris 1907, Felix Alcan. 204 Seiten

In engem Rahmen beleuchtet das vorzügliche Buch die Lage der französische
Arbeiterinnen von allen Seiten. Es zeigt, wie infolge der eigenartigen geschich
lichen Entwicklung Frankreichs dort der gesetzliche Arbeiterschutz nur zögernd a
die Stelle des alten Zunftwesens trat, mit welchem die große Revolution scho
frühzeitig aufgeräumt hatte, und wie dadurch die Arbeiterschaft durch viele Jahr
zehnte jedes gesetzlichen Schutzes gegen das Übermaß der Ausbeutung entbehrt ha
eine Lücke, die auch heute in Frankreich noch klaffender zu sein scheint als in de
anderen großen europäischen Industriestaaten.

Am schwersten hat darunter, wie selbstverständlich, der am wenigsten wider
standsfähige Teil der französischen Arbeiterschaft, die Frauen und Kinder, zu leiden
trotzdem der Arbeiterschutz dort vorwiegend als Frauen- und Kinderschutz auftrit
In den letzten Jahren wurden zwar auf diesem Gebiet einige nicht unerheblich
Fortschritte gemacht, wovon manche wert wären, in anderen Ländern Nachahmun
zu finden, wie das Verbot der Verarbeitung von weißem Phosphor, das leider i
Österreich noch immer nicht besteht, und die Bestimmung, daß die Gewerbeinspe
toren mit den Vertretern der Gewerkschaften Fühlung zu nehmen und sich mi
ihrer Hilfe über die Übelstände in den betreffenden Gewerben zu informieren haben
Für Frauen und Kinder besteht ein zehnstündiger Normalarbeitstag, doch ist e
gerade in solchen Gewerben, die vorwiegend Frauen und Jugendliche beschäftiger
üblich, dem „Normal"arbeitstag unbeschränkt Überstunden anzuhängen, wobei teil
weise die viel zu weit gehenden Ausnahmebestimmungen des Gesetzes eine Hand
habe bieten, teilweise aber auch das Gesetz auf das gröbste verletzt wird, ohne da
die Gewerbeinspektion, die wie in anderen Ländern stetig an Personenmangel un
Mangel an Befugnissen leidet, Abhilfe schaffen könnte. Besonders in der Schneidere
und Wäscheerzeugung werden junge Mädchen und Kinder in einer Weise miß
handelt und ausgebeutet, die aller Menschlichkeit Hohn spricht.

Daß in den großen Kleider- und Wäschekonfektionshäusern die Arbeiterinne
Kost und Logis erhalten, bietet zu den größten Mißständen Anlaß. Man kann sic
vorstellen, wie elend diese gewöhnlich unter dem Dache befindlichen Massenquartier
und die Nahrung dieser armen Geschöpfe beschaffen sind. Daß zwei Mädchen i
einem Bette schlafen, gilt als Regel, auch die Arbeitsräume sind durchwegs über
füllt und entsprechen in keiner Weise den gesetzlichen Vorschriften.

Bis heute gibt es in Frankreich noch keinen gesetzlichen Wöchnerinnenschutz, s
daß die Arbeiterinnen wenige Tage nach der Entbindung wieder an die gewerb

iche Arbeit gehen, eine Tatsache, die fast ebenso unbegreiflich als erschreckend ist. In einem Lande, in welchem die Klagen über den Stillstand, ja Rückgang der Bevölkerungszahl seit Jahren immer lauter und beweglicher ertönen, sollte man doch ie enorme Säuglingssterblichkeit vor allem dadurch einzuschränken suchen, daß man em Kinde in den ersten Wochen, in denen es am allerzartesten und am wenigsten iderstandsfähig ist, die natürliche Nahrung durch die Mutterbrust und die mütterliche Pflege gönnte, und die Wiederherstellung der Kräfte der Mutter durch einige Wochen Arbeitsruhe würden sie wohl besser befähigen, mehr Kinder zu gebären, ls die Preise, welche die Regierung den Eltern für eine große Kinderzahl aussetzt.

Auch die nicht minder erschreckende Tatsache, daß in der gesamten Industrie inder im Alter von 13, ja unter gewissen Bedingungen sogar von 12 Jahren urch 10 Stunden des Tages beschäftigt werden dürfen, trägt gewiß nicht zur räftigung der Rasse und Erhöhung der Lebensdauer bei.

Die Autorin schildert die Versuche, die von französischen Arbeiterinnen unternommen wurden, um durch Errichtung von Produktionsgenossenschaften die Lage inzelner Arbeiterinnenkategorien zu heben, Versuche, die aber regelmäßig wegen Mangel an Kapital und Geschäftskenntnis gescheitert sind. Sie zeigt auch die großen chwierigkeiten, unter denen es nur sehr langsam gelingt, die Arbeiterinnen den achvereinen zuzuführen. Gegenwärtig sind in Frankreich nur 50000 Arbeiterinnen ewerkschaftlich organisiert.

Weder diejenigen Fachvereine, die nur weibliche Mitglieder haben, noch dienigen, die auch Männer umfassen, sind bisher imstande gewesen, die Frauenrbeitslöhne auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen. Noch mehr als in anderen ändern werden in Frankreich die Löhne der städtischen Industriearbeiterinnen urch die dreifach gefährliche Konkurrenz niedergehalten, die ihnen aus der Winterarbeit des ländlichen Proletariats und aus der Kloster- und Strafhausarbeit wächst.

Die Autorin weist auch darauf hin, daß die Arbeiterinnenschutzgesetze die gehrliche Nebenwirkung erzeugen, daß durch sie die Heimarbeit an Ausdehnung ewinnt. Sie verleiten die Unternehmer dazu, einen großen Teil der Arbeit an hlecht entlohnte Heimarbeiterinnen auszugeben, was sie um so besser tun können, s der technische Fortschritt es gestattet, deren Betriebe durch Einstellung kleiner raftmaschinen leistungsfähig zu machen. Um diesem übel zu begegnen, hält aroline Milhaud die gesetzliche Bestimmung von Minimalstücklöhnen in der Heimdustrie, wie sie in dem australischen Staate Viktoria durchgeführt wurde, für das nzige wirksame Mittel. An der Hand von Statistiken aus diesem Lande sucht sie achzuweisen, daß die von manchen befürchtete Gefahr, daß die Minimallöhne in r Praxis zu Maximallöhnen werden würden, tatsächlich nicht bestehe.

Unter den Wohlfahrtseinrichtungen, die in dem Buche geschildert werden und e sämtlich privater Hilfstätigkeit ihr Dasein verdanken, sind manche recht nachmenswert. Insbesondere gilt das von den Restaurants d'ouvrières, wo gute peisen zu 10, 15 und 20 Centimes zu haben sind, und von der sehr praktischen inrichtung der „Rechauds“, großer, lichter Räume, in welchen die Arbeiterinnen gen Bezahlung von 10 Centimes mitgebrachte Speisen und Getränke wärmen d gemächlich verzehren können. Daß solche Einrichtungen in Paris wie anderärts auf die Lage der Gesamtheit der Arbeiterinnen keinen Einfluß haben, weil nur einer verschwindend kleinen Minorität zugute kommen können, ist selbsterständlich und wird auch von der Autorin betont. Das gleiche gilt von den rbeiterinnenhotels und von einer Vereinigung bürgerlicher Frauen in Paris, die ner Anzahl beschäftigungsloser Saisonarbeiterinnen Arbeit verschaffen.

Zum Schlusse tritt die Autorin mit treffenden Argumenten für eine Reihe ichtiger Reformen ein, deren Durchführung sie von Parlament und Regierung wartet. Das ungemein sachliche und reichhaltige Buch ist warm zu empfehlen.

Therese Schlesinger.

Notizen.

Woher kommt die ständige Zunahme der Unfälle? Diese Frage wurde, w der Bericht der „Berufsgenossenschaft der Feinmechaniker“ mitteilt, a dem Genossenschaftstag zu Straßburg von einem Delegierten aufgeworfen. D technische Berater der Berufsgenossenschaft gab darauf die Antwort, daß die a solute Zahl der Unfälle allerdings stetig gestiegen und noch im Steigen begriff sei. „Aus diesem Anwachsen der Unfälle kann aber nicht die Erfolglosigkeit d durchgeführten Unfallverhütungsvorschriften gefolgert werden.“

„Für die absolute Vermehrung der Unfälle kommen in Betracht: 1. die Z nahme der versicherten Personen, 2. der intensivere Betrieb, 3. die größe Heranziehung ungeschulter Arbeitskräfte, 4. die vermehrte Verwendu von Maschinen, besonders von Pressen und Stanzen, und auch 5. die größer Maschinengeschwindigkeiten.“

Das ist ein beachtenswertes Eingeständnis! Gewöhnlich pflegen die Unt nehmer und ihre Vertreter zu behaupten, daß der „Leichtsinn“ der Arbeiter an d Zunahme der Unfälle schuld sei. Hier liegt nun ein sachverständiges Gutachten v daß die technischen Veränderungen der Produktionsweise, die im Interesse und a Veranlassung der Unternehmer erfolgt, die Schuld trägt.

Daß noch eine andere schwere Schuld die Berufsgenossenschaft und damit d in ihr allein maßgebenden Unternehmer trifft, ergibt derselbe Bericht bei Erörteru der Frage, nach welcher Zeit Wiederbelebungsversuche bei elektris Verletzten aufgegeben werden mußten. Jetzt geschieht dies, wenn innerha 2 Stunden Wiederbelebungsversuche erfolglos blieben.

Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik zählte im Berichtsjahre 1906 in gesamt 206539 versicherte Arbeiter, wovon allein 94472 auf die Elektrotechn entfallen. Die Berufsgenossenschaft wandte sich an den bekannten Spezialist Dr. Jellenik-Wien und erhielt nachstehende Antwort:

„Ihre werte Anfrage beehre ich mich dahin zu beantworten, daß eine zeitlic Beschränkung respektive Begrenzung der Wiederbelebungsversuche an elektrisch U fallverletzten eigentlich nur in der Konstatierung sicherer Todeszeich gegeben ist, was allerdings nur ein Arzt bestimmen kann.

Auf Grund der Beobachtungen der Unfallpraxis, mit der ich mich seit a Jahren beschäftige, und auf Grund von Tierversuchen komme ich immer mehr z Überzeugung, daß der elektrische Tod nur ein Scheintod ist, und ich hof daß es der weiteren Forschung gelingen wird, Erfolge zu erzielen.

Leider kommt ärztliche Hilfe in den meisten Fällen zu spät, das hei die kostbarste Zeit ist verstrichen.

So habe ich jüngst bei einem Verunglückten, zu dem ich allerdings erst 1½ Stund nach dem Unfall gelangte, noch durch 3 Stunden Wiederbelebungsversuche a gestellt, weil ich noch zu jener Zeit durch besondere Untersuchungen Anhaltspun hatte, daß definitiver Tod nicht eingetreten war, leider war meine Mühe umsons

Es ist dringende Pflicht der Berufsgenossenschaft, sofort ihre Unfallverhütung vorschriften zu revidieren. Wer weiß, wieviel Menschenleben hätten gerettet werd können, wenn die Wiederbelebungsversuche genügend lange gemacht worden wär

E.

Zeitschriftenschau.

Die „Revue Socialiste“ vom 15. März bringt einen Aufsatz des Deputiert J. L. Breton über **„Die sozialistische Partei und die Budgetabstimmung“.** Bret hat für das Budget gestimmt; der nächste französische Kongreß wird sich desh mit seinem Ausschluß beschäftigen. Um sich zu verteidigen, gibt Breton zuerst der Hand eines Aufsatzes von Calwer eine Übersicht über die Budgetbewilligung in den süddeutschen Landtagen, über Vollmars Ausführungen auf dem bayerisch

andtag 1894 und über die weiteren Debatten innerhalb der deutschen Partei. abei erwähnt er jedoch nicht — sonst könnte er das deutsche Beispiel nicht für ch in Anspruch nehmen —, daß die süddeutschen Genossen ihre Budgetbewilligung amit zu entschuldigen pflegten, die Landtagsbudgets enthielten ausschließlich „Kulturausgaben" und keine Kriegs- und Flottenausgaben. Breton zitiert Calwers Beachtungen als Beweis, daß auch für die deutsche Partei die Sache nicht entschieden i. Um so weniger könne sie es daher in einer demokratischen Republik sein. Seine genen Ausführungen kommen auf die bekannten Argumente hinaus: die obligarische Budgetverweigerung sei eine symbolische, rituelle Handlung, eine automatische emonstration, die durch ihre ewige Wiederholung keine Wirkung mehr hat; und ne Verweigerung des Ganzen, das man stückweise mit großer Mühe aufbaute, ißt das eigene Werk zerstören. Solange man weiß, daß das Budget doch annommen wird, kann man leicht ablehnen; aber er erinnere sich lebhaft der Angst r revolutionären Kollegen zur Zeit des Ministeriums Combes, daß ihre eigenen nträge vielleicht mit Hilfe der Reaktion zur Annahme gelangen und das Minierium stürzen könnten! Das Budgetgesetz soll genau so behandelt werden wie des Gesetz: wenn es eine bedeutende Verbesserung enthält, soll diese nicht durch blehnung des Budgets gefährdet werden. Durch die systematische Verweigerung es Budgets verderben wir unseren Ruf im Parlament, und dadurch wird jede ache, die wir vorbringen, geschädigt.

Jean Neybour behandelt **„Das Unterstützungsgesetz des 14. Juli 1905"**, n in großer Eile von den Kammern beschlossenes Gesetz, das allen Personen über ebzig Jahren und allen Invaliden, die keinen Lebensunterhalt finden, Unterstützung sagte, freilich ohne dafür ausgiebige Mittel anzuweisen. Der Autor behandelt ie Mißbräuche, daß allerhand Personen, die von ihren Kindern leicht unterhalten erden könnten, oder die einflußreiche Gönner besaßen, die Unterstützung zuerkannt ekamen, wirklich Bedürftige dagegen abgewiesen wurden. Die Anzahl der Unterützten übertrifft weit die früheren Schätzungen. Der Autor sieht den Ursprung ieser Mißbräuche in dem Widerspruch des egoistischen Individualismus und des zialen Charakters öffentlicher Unterstützungen; daher sei aus einem gutgemeinten esetz eine allgemeine Plünderung der Staatskasse geworden.

Im Aprilheft von „Der Kampf" bringt Dr. A. Meißner in einem Aufsatz: **Die Amtssprachenfrage und die Sozialdemokratie"** seine Bedenken gegen die utomatische Lösung dieser Frage durch den Rennerschen Vorschlag. Wir sind alle avon überzeugt, daß dieser Vorschlag, die Autonomie der Nationen noch weit von er Verwirklichung entfernt ist. Müssen wir deshalb während der ganzen vor uns egenden Zeit alle ersprießliche reformerische Arbeit im Interesse des Proletariats urch den ewigen Sprachenstreit verderben lassen? Es gilt, bei den jetzt vorommenden, innerhalb des bureaukratischen Systems möglichen Lösungen des prachenkampfes die Interessen des Proletariats hervorzuheben. Bei vielerlei Geegenheiten kommt der Arbeiter mit der Amtssprache in Berührung; da ist es nötig, aß alle schriftlichen und mündlichen Erklärungen, Berichterstattungen, Akten, rotokolle, Aussagen, Korrespondenzen, die ihn angehen, in der ihm allein verändlichen Muttersprache abgefaßt werden. Die Nationalität des Beamten kann m gleichgültig sein; viel wichtiger ist es, ob der Richter, der ihn aburteilt, soziales erständnis für seine Lage hat. Daher ist für die Arbeiterklasse die Doppelsprachigkeit er Beamten, wie sie jetzt für Böhmen gilt, die Hauptsache. Dies gilt auch, wo ie eine Nation nur eine kleine Minderheit bildet; der Rennersche Vorschlag, der ier Dolmetscher vorsieht, würde sie gegen den heutigen Zustand entschieden zurückzen. Auch wo zum Beispiel nur eine kleine deutsche Minorität lebt, kann durch ie Art des Erwerbslebens, zum Beispiel Großindustrie, das Bedürfnis nach der eutschen Sprache auf der Post, der Bahn, dem Justizamt sehr bedeutend sein. och ist nicht die Doppelsprachigkeit aller Beamten nötig; darüber entscheidet der weck, dem das Amt oder der Beamte dienen soll. Bei Post und Bahn ist Mehrrachigkeit absolut notwendig; die rasche und richtige Abwicklung der Gerichtsachen

schließt den Dolmetscher aus. Nach diesen Grundsätzen stellt der Autor die pr
tischen Forderungen, welche die Partei seiner Meinung nach erheben soll, zusamme

Ihm antwortet Otto Bauer in einem Aufsatz **„Massenpsyche und Sprache recht“**. Meißner habe die Sprachenfrage von einem ganz anderen grundsätzlich Standpunkt betrachtet, als Bauer und Renner. Meißner fragt bloß: Was ist diesem Augenblick zweckmäßig? Aber die nationalen Fragen sind in Österreich kei reinen Zweckmäßigkeitsfragen; sie werden mit Leidenschaft und Haß behandelt v Leuten, die in viel wichtigeren Interessen sich ruhig unterdrücken lassen. Um di sonderbare Sachlage zu erklären, sind eben die theoretischen Untersuchungen üb das Wesen der Nationalitäten entstanden. Der Ursprung des erbitterten Kampf der Nationen wurde in diesen Arbeiten aufgedeckt, und die Sprachenfrage ist n ein Teil dieses ganzen Kampfes. Die Sprache ist wie die Fahne im Gefecht, u keine der kämpfenden Parteien will auch nur ein Stückchen davon aufgeben; dies tollen, besinnungslosen Kämpfern ganz nüchtern entgegenhalten, daß die Fahne n ein wertloses Stück Tuch sei, wäre sicher nicht die vernünftigste Methode. D Vorschlag der nationalen Autonomie dagegen ist geeignet, die Aufmerksamkeit d Kämpfer auf eine gute Lösung der Fragen zu lenken, nach deren Verwirklichu die Sprachenfragen zu wirklichen Zweckmäßigkeitsfragen werden. Daher erheb wir immer als nächste Forderung: Jeder Nation ihr Amt. Wollten wir heute u um die möglichste Verringerung des Sprachenzwanges für die Proletarier bemühe so würden wir den ganzen nationalen Hader und die Obstruktion wieder hera beschwören, die die Gesetzgebung für proletarische Interessen lahmlegt. Das wi tigste proletarische Interesse in der Sprachenfrage ist nicht, daß der Proletarier m seiner Sprache überall auskommt, sondern daß der Kampf der Nationen ni länger die Entwicklung des Proletariats hemmt und das Proletariat selbst spalt Unser Ziel ist der nationale Frieden, damit die sozialen Fragen auf die Tage ordnung kommen.

Therese Schlesinger behandelt **„Frauenarbeit und Politik“**. Sie we darauf hin, daß die Frauen durch die Verbindung gewerblicher Ausbeutung u häuslicher Sklaverei viel schwerer zu organisieren sind, viel schwieriger zum B wußtsein ihrer Rechte kommen als die Männer. Daher wäre für die Frauen d Schulung durch die Ausübung politischer Rechte eines der wirksamsten Mittel z Erweckung der Selbständigkeit und zur Organisation. Die gleichberechtigte Staa bürgerin würde sich in jeder Hinsicht gehoben fühlen, würde die gleiche Bezahlu ihrer Arbeit fordern, nicht mehr Lohndrückerin sein und die Teilnahme der Männ an der Bewegung nicht mehr hemmen.

Adolf Braun gibt in einem Aufsatz **„Syndikalistische und Gewerkschaft taktik“** eine Kritik des französischen Syndikalismus. Nach dessen Auffassung si die Gewerkschaften mehr Propagandavereine als um bessere Arbeitsbedingunge kämpfende Organisationen; ihre niedrigen Beiträge gestatten auch keine Kämpfe, b denen es auf die Finanzkraft ankommt. Dagegen hat eine langjährige Praxis England, Deutschland, Österreich gelehrt, daß die Aufgaben am zweckmäßigst derart zwischen Partei und Gewerkschaft verteilt werden, daß die Gewerkschaft sich durch hohe Beiträge für den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen rüst Der Streik ist den Syndikalisten nur Selbstzweck, um die Arbeiter aufzurüttel; verlorene Streiks wirken jedoch in der Regel entmutigend. Die Syndikalisten stell sich als Ziel, daß die Gewerkschaften die Produktion übernehmen; dies ist ein wese lich kleinbürgerliches Ideal, das nur in der Pariser Luxuskleinindustrie aufkomm kann, wo man keine Ahnung von der verwickelten Weltproduktion hat. D praktische Bewegung hat der Syndikalismus nur wenig geleistet; trotz der g waltigen Phrasen seiner Wortführer stellt sich bereits Enttäuschung ein und w die Bahn frei für eine Gewerkschaftsbewegung nach internationalem Muster, w sie schon längst in den großindustriellen Gegenden Frankreichs besteht.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



:. Band Nr. 31 Ausgegeben am 1. Mai 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Rechts schwenkt marsch!

Von **Hans Block.**

In der Geschichte des liberalen Verfalls ist wieder ein Abschnitt vollendet. Zu Frankfurt, auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung, wurde der ;chlußpunkt gesetzt. Der liberale Haufen, der als letzter von allen noch iniges demokratisches Gepäck führte, hat sich der Bürde entledigt und ist im iligen Abmarsch nach rechts, nach den Zelten des Nationalliberalismus be- riffen. Wann er dort anlangt, das ist nur noch eine Frage der Zeit. Bei en verlassenen Grundsätzen blieb ein kleines Häuflein zurück — eine Gruppe, ine Partei mehr.

Die Freisinnige Vereinigung bildete den linken Flügel des deutschen Frei- nns. Die alte Einteilung aus dem Anfang der neunziger Jahre, wonach on rechts nach links folgten: Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei nd Süddeutsche Volkspartei — die Bezeichnung der Vereinigungsleute als Badelstrümpfler im Gegensatz zu den Wasserstieflern der Volkspartei hatten ingst ihren Sinn verloren. Das zeigte sich schon bei den Zolltarifkämpfen es Jahres 1902. Die Vereinigung sekundierte energisch der sozialdemokra- schen Obstruktion, während die Freisinnige Volkspartei bei formalem Be- nntnis der Opposition tatsächlich die verbündeten Zöllnerparteien unter- ützte. Unter den schwäbischen Demokraten gab es — außerhalb des Reichs- igs — sogar einige direkte Befürworter höherer Agrarzölle. In der Frei- nnigen Vereinigung schien eine Renaissance bürgerlichen Selbstgefühls sich ı gestalten; wie sie sich an Entschiedenheit und Kampfesmut den beiden ideren linksliberalen Fraktionen überlegen erwies, so auch an Intellekt und ildung; während in der Volkspartei die kläglichsten Mittelmäßigkeiten sich :eit machten, hatte die Freisinnige Vereinigung verschiedene Köpfe und alente aufzuweisen, die über den Durchschnitt hinausragten. Die Fusion it den Nationalsozialen brachte der Partei einen Zustrom sozialpolitischen erständnisses; die Barth-Naumannsche Taktik verwies das Bürgertum an die eite der Arbeiterschaft im Kampfe wider das Junkertum. Wenn auch einige

Organe der Vereinigung dem opponierten, so konnte es eine Zeitlang doc scheinen, als stünde die Mehrheit der Partei zu ihrer Taktik. Optimisten sahe eine Partei des demokratischen Imperialismus im Werden begriffen, ein bürgerliche Demokratie, die ihren Namen verdiente und mit der die Sozial demokratie ein gutes Stück gemeinsame Sache würde machen können.

Am Block zerplatzte die Seifenblase. Der demokratische Imperialismu erwies sich als eine Ideologie, hinter der nicht wirtschaftliche Kräfte, nich eine Partei, sondern nur einige Ideologen standen. Und von diesen gab si einer — Naumann — bereitwilligst für den Schein der Macht.

Der Verlauf des Parteitags der Freisinnigen Vereinigung zu Frankfu vom 21. bis 23. April hat wiederum die aus der Analyse der wirtschaftliche Verhältnisse Deutschlands geschöpfte Erkenntnis bestätigt, daß es aussichtslo ist, auf das Erstehen einer bürgerlichen Demokratie im Reiche zu hoffen. Di Geschichte des deutschen Liberalismus ist eine Entwicklung nach rechts un endet logisch im Nationalliberalismus. Schon 1865 mißlang der Versuc neben der Fortschrittspartei eine deutsche Demokratie zu gründen — was sich i Württemberg als Deutsche Volkspartei zusammenfand und erhielt, das zeig gar bald die innere Verwandtschaft mit der Fortschrittspartei. Als im Jahre 188 die neugegründete, aus der Fortschrittspartei und den liberalen Sezessioniste gebildete Deutschfreisinnige Partei das Sozialistengesetz hatte durchbringen helfe da versuchte noch einmal ein Häuflein Aufrechter, die Fahne der bürgerliche Demokratie zu entfalten — aus dem Häuflein ist niemals ein Haufen geworde Was 1884 nicht möglich war, wie sollte es 1908 möglich sein. Vierundzwanz Jahre rapider wirtschaftlicher und politischer Entwicklung haben den bürge lichen Boden für demokratische Saat nicht empfänglicher gemacht.

Ein Rechtsanwalt Cohn, eine Dessauer Lokalgröße, hat das treffends Wort für die Situation gefunden, in der der Freisinn sich befindet: „Stärk als alle politischen Ideen sind die wirtschaftlichen Gegensätze i Volke“, sagte er und verwies auf die „sozialdemokratischen“ Gewerkschafte und Genossenschaften, die dem Mittelstand überall das Leben erschweren. E hat den Sehenden nichts Neues gesagt. Aber für einen freisinnigen Parteit war dies offene Bekenntnis, daß das Bürgertum demokratische Ideen fallen läß weil die Arbeiterbewegung ihm unbequem wird, immerhin neu. Es w übrigens auch das einzige Mal, daß die Karten so offen aufgedeckt wurde die übrigen Redner bewegten sich ausschließlich auf dem gewohnten Bod der reinen Politik.

An Aufrichtigkeiten hat es immerhin nicht gefehlt. Der Blockjüngli Heckscher-Lauenburg, der mit Pachnicke den rechten Flügel hält, drückte sei besondere Genugtuung über den Antrag Mommsen zur Frage der Reich finanzreform aus, der auch indirekte Steuern zur Deckung des Defizits f notwendig erklärte, und übertrumpfte die bekannte Payersche Rechtfertigung formel für jegliche Verräterei an den liberalen Grundsätzen durch Wendunge die dem nationalliberalen Sprachschatze entnommen sind und bei allen Ur fällen der Fraktion Drehscheibe zur Deckung dienen müssen. Herr Hecksch will nicht, daß der Liberalismus sein Recht aufgibt, bei einer Lebensfrage d Reichs — der Reichsfinanzreform — mitzuentscheiden, nicht, daß sich sei Fraktion dabei „hinter das Prinzip verkriecht“. Und er sieht das Volk v Dank zum Liberalismus aufblicken, „wenn wir uns nicht von Rücksichten a engherzige Parteipolitik lenken lassen, sondern in den Vordergrund stellen d

Interesse des Vaterlandes". Es ist nur logisch, daß Herr Heckscher die Behauptung Breitscheids, die kommende Vereinigung mit der Freisinnigen Volkspartei werde die Vorstufe zur Einigung mit den Nationalliberalen sein, mit einem lauten „Sehr richtig!" begleitete. So offenherzig wie dieses Enfant terrible der Vereinigung sind die älteren Führer nicht gewesen. Vielleicht wollen einzelne von ihnen zurzeit auch noch nicht so weit nach rechts und sie sehen nicht, wohin sie die Beteiligung an der Blockpolitik notwendig führen muß. Vorläufig wollen sie nur zur Freisinnigen Volkspartei; Herr Schrader erklärte, er halte die Vereinigung für notwendig, aber sie könne sich natürlich nur vollziehen mit Zustimmung des Parteitags. Der hat sich mit der Frage nicht direkt befaßt, indes heißt es in einer Resolution, die sich für die Aufrechterhaltung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft ausspricht, unter anderem auch, daß der Parteitag es für nötig hält, „alle entschieden liberalen Elemente zusammenzuführen". Womit offenbar der Parteileitung Blankovollmacht für die Vereinigung mit der Volkspartei gegeben wird, wenngleich an dieser von entschiedenem Liberalismus längst keine Spur mehr zu finden ist.

Die um Barth haben scharfe und schneidige Klingen geführt. Wenn es nach der Qualität der Reden ginge, so hätten sie gesiegt. Aber hatten sie die schlagenden Argumente der Rede, so hatten die anderen die noch schlagenderen der Zahl. Auf der Seite Barths waren die politischen Ideen, auf der Seite Pachnickes die wirtschaftlichen Gegensätze, das heißt die durch den wirtschaftlichen Gegensatz zur Arbeiterbewegung geweckte Abneigung des Bürgertums, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Denn die Frage der Stellung zur Sozialdemokratie war es in letzter Linie, an der sich die Geister schieden. Sie stand im Mittelpunkt des Kampfes, und vor ihr trat alles andere: Wahlrechtsfrage, Sprachenzwangsparagraph, Finanzreform, an Bedeutung zurück. Um die Barth-Naumannsche Taktik wurde gekämpft. Die Freisinnige Vereinigung hat diese Taktik verworfen. Einer ihrer Väter half dazu: Herr Naumann, der Wandlungsfähige. Er hat sein Kind nicht direkt umgebracht, aber er hat es auf Lebenszeit eingesperrt. Er will erst dann wieder von ihm wissen, wenn der Liberalismus aller Farben durch die gemeinsame Beteiligung an der Blockpolitik „eine geschlossene Größe" geworden ist und dann Lust bekommt, die Konservativen mit Hilfe der Arbeiterschaft niederzuringen. Das heißt am Sankt Nimmerleinstag. Herr Naumann hält sich und gilt offenbar seinen Anhängern für eine Art Überpolitiker wegen der Unbedenklichkeit, mit der er über ganze Parteiprogramme sich ebenso hinwegzusetzen bereit ist, wie über Einzelgrundsätze seiner Partei.

So hat er 1903 nach eigener Angabe lange geschwankt, ob er sich der Sozialdemokratie oder dem Liberalismus anschließen solle, obgleich er sich durchaus nicht als Sozialdemokrat fühlte, vielmehr mit den Grundlagen des sozialdemokratischen Programms nicht einverstanden war. Offenbar hat er überlegt, ob er Aussicht habe, die Sozialdemokratie zur bürgerlichen Reformpartei zu machen. Er wäre um dieses edlen Zieles wegen bereit gewesen, sich durch eine grobe Unwahrheit, indem er sich für einen Sozialdemokraten ausgab, den Zutritt zur Arbeiterpartei zu erschleichen, um dann von innen heraus zu versuchen, was ihm als Außenstehender nicht gelungen war. Herr Naumann hat diesen Versuch nicht erst gemacht; die Haltung unserer Partei hat ihm ja deutlich genug gezeigt, daß seine Pläne nur bei einem bedeutungslosen Grüppchen Anklang finden würden. Wie er aber einst bereit war, eine Über-

zeugung zu heucheln, die er nicht hatte, so ist er jetzt entschlossen, eine Politik mitzumachen, die allen liberalen Grundsätzen widerspricht, weil er nur auf diese Weise glaubt zu der großen liberalen Partei kommen zu können, die er zum Niederwerfen der Reaktion für notwendig hält. Solche Unbedenklichkeit in der Wahl des Mittels mag für manche Leute das Beglaubigungszeichen des Genies sein. In Wirklichkeit enthüllt sie mindestens einen großen Illusionisten und Wirrkopf, wenn nichts Schlimmeres. Herr Naumann vergißt bei diesen kühnen Zukunftsberechnungen eins: die demoralisierende Wirkung seines Mittels auf die Wähler. Eine Wählerschaft, die sich daran gewöhnt hat, mit den Konservativen illiberale Politik zu machen, Grundsätze für kleine Zugeständnisse aufzugeben, eine solche Wählerschaft ist keine Truppe, die gegen die Reaktion geführt werden kann. Ebensowenig, wie eine Partei sich dadurch für einen gemeinsamen Kampf mit der Sozialdemokratie wider die Reaktion trainiert, daß sie zunächst mit der Reaktion gemeinsame Sache macht und s[ich] beständig als Feindin der Sozialdemokratie auftritt.

Mit Herrn Naumann sind noch vier Parlamentarier bei der Partei ge[-] blieben, die man nach ihrer bisherigen Haltung auf der Seite Barths ver[-] muten sollte — die Herren Dr. Neumann-Hofer, Dr. Potthoff, Dohrn un[d] Gothein. In der Kritik haben sie auch im allgemeinen mit Barth, Dr. Breit[-] scheid, v. Gerlach, Kötschke übereingestimmt, aber den Austritt haben sie bis[-] lang nicht mitgemacht, obgleich Dr. Potthoff im Namen der Minderheit di[e] Erklärung abgegeben hatte, daß sie aus der Ablehnung der Resolution Brabar[t] (die die Zustimmung der Fraktion zum § 7 des Vereinsgesetzes bedauert, di[e] Motive, die sie dazu geführt haben, aber „durchaus anerkennt") die Konsequen[z] ziehen würden. Es fragt sich indes, ob die vier noch im Blockfreisinn geduld[et] werden, wenn im Herbst die Verschmelzung der Vereinigung mit der Volks[-] partei zustande kommt. Die „Freisinnige Zeitung" hat deren Hinauswurf scho[n] jetzt gefordert. Fliegen sie nicht, so ist jedenfalls von ihrem Wirken im Bloc[k-] freisinn nichts zu hoffen, wie das Abstimmungsergebnis über die strittige[n] Resolutionen sehr deutlich zeigt. Die Resolution Brabant fiel mit 315 geg[en] 98 Stimmen, bei 18 Stimmenthaltungen. Nachdem Barth und seine Anhänge[r,] ganze zwanzig Mann, die Versammlung verlassen hatten, wurde die oben e[r-] wähnte Resolution für die Erhaltung der Fraktionsgemeinschaft mit 371 geg[en] 33 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Bei den übrigen Punkten d[er] Tagesordnung gab es fast nur einstimmige Votierungen. So wurden ei[n-] stimmig eine Resolution zur Arbeiterfrage, eine zur Reichsfinanzreform un[d] eine zur Frauenfrage angenommen. Die zur Arbeiterfrage bringt ein ganz[es] Bündel von Forderungen (Anerkennung der Organisationen, Zehnstundenta[g,] Regelung der Wohlfahrtseinrichtungen, Schutz der Hütten- und Walzwerk[s-] arbeiter, Unterstützung der Zentralstelle der fortschrittlichen Arbeiterschaf[t),] ebenso die zur Frauenfrage (Frauenwahlrecht, Berufsfreiheit usw.). Was [es] aber mit dieser einstimmigen Annahme auf sich hat, das zeigt am besten d[er] Umstand, daß der Korreferent zur Frauenfrage Dr. Lehmann-Bornberg unt[er] Beifall eines Teiles der Versammlung erklärte, die Politik müsse im Grun[de] genommen doch Männersache bleiben, und deshalb sei das Wahlrecht der Frau[en] gegenüber dem der Männer zu beschränken. Bei der Arbeiterfrage gab es sol[che] Einwendungen nicht. Aber gerade das macht diese Zustimmung erst recht ve[r-] dächtig. Man fürchtete sich offenbar, über die Arbeiterfrage viel zu debattier[en,] und wollte dadurch die Gefahr vermeiden, daß irgend einem dieser Nichts-a[-]

Bourgeois die Zunge durchginge und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler dann endlich merken, wie sehr sie vom Liberalismus genasführt werden. Vorläufig war allerdings der Referent zur Arbeiterfrage, der Arbeitersekretär Fischer-Reutlingen, noch naiv genug, zu erwarten, der § 7 des Vereinsgesetzes solle und werde nicht gegen die Gewerkschaftsbewegung angewandt werden.

Der schon erwähnte Antrag Mommsen zur Reichsfinanzreform wurde zurückgezogen, weil ein Teil des Parteitags Bedenken hatte gegen die allzu offene Erklärung, daß indirekte Steuern zur Deckung des Defizits mit herangezogen werden müßten. Die darauf vorgelegte Resolution drückt sich etwas vorsichtiger aus, besagt aber im Grunde dasselbe, da sie „eine ausreichende Heranziehung der leistungsfähigen Klassen“ nur als „in erster Linie erforderlich“ hinstellt. Niemand zweifelt daran, daß der Freisinn bei der Lösung der Reichsfinanzreform die Interessen der Nichtbesitzenden denen der Besitzenden unterordnen wird; im Jargon des Herrn Heckscher heißt das: „das Interesse des Vaterlandes in den Vordergrund stellen“. Gegen Pachnickes Stimme wurde ein Antrag angenommen, welcher forderte, daß bei kommenden Reichstagswahlen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die Gewähr bieten, „daß sie die Frage der Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen allen anderen Forderungen und allen taktischen Erwägungen, wie etwa der Rücksichtnahme auf die sogenannte Blockpolitik und die liberale Fraktionsgemeinschaft, voranstellen“. Eine Resolution, die nach der Billigung des Verrats beim Vereinsgesetz nicht das Papier wert ist, darauf sie steht.

Bülow darf mit diesem Freisinn sehr zufrieden sein. Da er ihm auf dem für die Regierung wichtigsten Gebiet, der Finanzreform, auf halbem Wege entgegenkommt, so kann der Kanzler darauf rechnen, daß er die Grenzen der freisinnigen Geduld auch durch die tollsten Zumutungen nicht überschreiten wird. Auch die Junker schmunzeln, und die „Deutsche Tageszeitung“ stellt dem einst so bitter gehaßten Naumann das Zeugnis des Wohlverhaltens aus. Herr Naumann aber ist als liberaler Politiker hinfort ebenso tot wie der Liberalismus.

Oder blüht dem noch eine Zukunft in der Gruppe Barth? Alle geschichtliche Erfahrung spricht dagegen. Wo sollen die Soldaten für diese Offiziere herkommen? Die Arbeiter gehören der Sozialdemokratie, die Kleinbürger den Antisemiten oder dem Blockfreisinn. Die Angestellten und die Intellektuellen? Daß sie nicht zur Gründung einer Partei ausreichen, zeigt das nationalsoziale Experiment. Zudem sind sie zum großen Teile noch so weit von der Erkenntnis ihrer Klassenlage entfernt, daß ihnen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch schon eine eventuell mit der Sozialdemokratie zusammengehende Partei unheimlich ist. Ihre starke Abhängigkeit vom Unternehmertum spielt dabei auch mit. Das Häuflein der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler? Ihre Führer, soweit sie zur Vereinigung zählten, sind bei dieser geblieben und werden sich durch das Versprechen eines Reichstags- oder Landtagsmandats, worauf der Arbeitersekretär Fischer deutlich hinwies, weiter halten lassen. Es verbleibt ein Häuflein — Ideologen. Und das langt nicht zu einer Partei.

Es gibt keine bürgerliche Demokratie in Deutschland. Und wird keine geben.

Dr. Arnold Dodel.

Von **Hermann Greulich.**

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam plötzlich die Nachricht, daß Professo
Dodel am 11. April gestorben sei; sie wird in weiten Kreisen Bestürzung hervor-
gerufen haben, denn der Mann war bei seinen vierundsechzig Jahren bis in
die letzte Zeit noch rüstig und rührig. Eine schwere Lungenentzündung macht
dem so reichen und wechselvollen Leben ein schnelles Ende und ersparte ihm
doch jeden Todeskampf. Er entschlief sanft und ohne eine Ahnung seines
Endes, auch ohne irgend eine Todesfurcht. Am Morgen des 14. April
wurde sein Leib im Beisein seiner Angehörigen und einiger alten Freund
mit kurzen Abschiedsgrüßen der reinlichen Auflösung durch die Flamme
übergeben.

Arnold Dodel wurde am 16. Oktober 1843 in der thurgauischen Dorf
gemeinde Affeltrangen geboren. Der Name seiner Geburtsgemeinde ist kel
tischen Ursprunges, und heißes keltisches Blut pulsierte in den Adern de
blassen beweglichen Mannes mit dem gewaltigen schwarzen Haarschopf. Sein
Vater war gleich seinen Vorfahren ein Bauer, dazu ein Anhänger de
mystischen Theosophen und Schuhmachers Jakob Böhme, dessen wunderlich
Spekulationen auf Leute aus allen Bildungskreisen große Anziehungskraf
ausgeübt haben. In diesem Familienkreis genoß Arnold eine tiefreligiöse Er
ziehung. Sein Bildungsgang schien mit der Primarschule abgeschlossen un
damit die Beschränkung auf eine bäuerliche Laufbahn gegeben, da der Vate
nicht die Mittel besaß, den Sohn in eine auswärtige Schule zu schicken
Bereits hatte Arnold einige Jahre auf dem väterlichen Heimwesen gearbeitet
als in der Gemeinde eine Sekundarschule errichtet wurde, in die der Sechzehn
jährige eintreten konnte. Das Lehrerseminar bot dann eine erschwinglich
Gelegenheit zur Weiterbildung, dann kam der Schuldienst. Es wird berichtet
Dodel habe als Primarlehrer in Winterthur in den sechziger Jahren Vorträg
zur Verteidigung der mosaischen Schöpfungsgeschichte angekündigt, sie abe
aus Mangel an Zuhörern nicht abhalten können.

Um Sekundarlehrer zu werden, ging er dann an die Universität, und zwa
wählte er die Naturwissenschaft, speziell die Botanik, als Unterrichtsfach. Nu
wurde er mit den Werken Darwins bekannt und kam bei seiner ernsten un
leidenschaftlichen Natur mit seiner religiösen Überzeugung in einen schwere
Kampf. Schließlich siegte Darwin über Moses, und nun trat Dodel mit den
gleichen Feuereifer und Ungestüm für das ein, was er vorher heftig bekämpf
hatte. Er kam gerade aus jenem gewaltigen inneren Kampfe, als ich ihn kenne
lernte, wie er im Hauptquartier der Demokraten, einem bescheidenen Wirt
schaftslokal, heftig gestikulierend seine neue Überzeugung verfocht. Die Demo
kraten hatten soeben das Regiment im Kanton Zürich angetreten, waren mi
der Obstruktion der gestürzten Liberalen und infolgedessen mit Regierungs
sorgen arg geplagt, so daß sie für den Darwinismus nur geringes Interess
zeigten. Dem einzigen unter ihnen, der schon vorher in seiner „Arbeiterfrage"
seine Darlegungen aus der Theorie Darwins entwickelt hatte, Friedric
Albert Lange, bei dem Dodel also Verständnis erwarten konnte, mochte de
junge Brausekopf wohl kaum zusagen, wenigstens ist mir ein Verhältnis
der beiden Männer nicht bekannt geworden, obgleich ich mit beiden damal
verkehrte.

Der Bruch Dodels mit seinen religiösen Anschauungen bedeutete aber auch einen Bruch mit bisherigen Freunden und Förderern, das war für den pietätsvollen Mann nicht nur schmerzlich, es beraubte ihn auch aller ökonomischen Hilfsquellen. Das war doppelt fatal, als der Darwinismus von den amtlichen Vertretern der Naturwissenschaft abgelehnt wurde, und noch mehr wurden es die weitgehenden und radikalen Schlußfolgerungen in bezug auf die religiöse Frage, die der junge Stürmer daran knüpfte. Und doch drängte es ihn mit allen Fasern nach der akademischen Lehrtätigkeit, für die er auch zufolge seines ungemeinen Vortragstalentes hervorragend geeignet war. Er habilitierte sich 1870 als Privatdozent der Botanik an der Universität Zürich — für das Kollegium der Professoren ein sehr unerwünschter Eindringling.

Damit begann für Dodel eine Passionszeit von einem Jahrzehnt, da die mit größtem Eifer betriebene Lehrtätigkeit ihm viel zu wenig einbrachte, um auch bei den bescheidensten Ansprüchen leben zu können. Die Erträgnisse der Schriftstellerei waren bei seiner damaligen Unbekanntheit ebenfalls nur kärglich. So mußte er alle Leiden und Bitternisse eines gelehrten Proletariers durchmachen, und bei seinem starken Temperament wurde er dadurch sehr verbittert. Leidenschaft wird in einem starken Herzen aus Leiden geboren.

In dieser Passionszeit machte er eine für ihn bestimmende Erfahrung. Was bürgerliche Kreise verabscheuten, seine kühnen Schlußfolgerungen aus der Entwicklungslehre Darwins, das nahmen die Arbeiter mit Enthusiasmus auf. Seine Vorträge im Arbeiterbildungsverein „Eintracht" füllten das geräumige Vereinslokal mit einer begeisterten Masse, die der Glut seiner Sprache lauschte. Hier fand er volles Verständnis und gewann darum auch volles Verständnis für die Gedanken, die in der Seele der Proletarier sich bewegten. In seinen Leiden wurzelte wie beim ungelernten Proletarier die tiefe Überzeugung, daß die heutige Gesellschaft nur eine vorübergehende Erscheinung in der Menschheitsgeschichte sein könne, da sie zu viel Unrecht gegen die Besitzlosen erzeuge und schütze, gegen das die Menschennatur sich empören müsse. Aus diesen Vorträgen ist „Moses oder Darwin", der bekannteste Vorläufer seiner populären Schriften, entstanden, und in dankbarer Anerkennung seiner großen Verdienste widmete der Arbeiterbildungsverein „Eintracht" einen schönen Kranz mit roter Schleife dem Dahingegangenen an seiner Bahre.

Eingehendere ökonomische Studien hat Dodel nicht gemacht, sie lagen nicht auf seinem Gebiet, aber mit Leib und Seele wurde er Sozialdemokrat und blieb es auch, als seine ökonomischen Verhältnisse sich später günstiger, sogar sehr günstig gestalteten. Denn endlich schlug er durch.

Mit verzehrendem Eifer und einem Riesenfleiß erhob er sich über die Misere seiner Existenz und arbeitete an seinem bedeutendsten fachwissenschaftlichen Werke, an dem anatomisch-physiologischen Pflanzenatlas, womit er sich endlich den so lange bestrittenen Platz in der Wissenschaft sicherte. Wer dieses Werk betrachtet, voll künstlerischer Darstellung in Wort und Zeichnung, ahnt kaum, daß es aus dem Kummer und den Bitternissen einer Schuldenexistenz geboren wurde. Nun wurde ihm Anerkennung und Lohn zuteil. Sein wissenschaftlicher Ruf und seine meisterhafte Vortragsweise zog Schüler aus allen Ländern herbei, die begeistert zu seinen Füßen saßen. Dabei vergaß er der Arbeiter nicht, verfolgte ihre Bewegung mit großem Interesse und beschenkte

sie von Zeit zu Zeit mit Vorträgen. Schließlich gestatteten ihm seine günstigen ökonomischen Verhältnisse, die Lehrtätigkeit niederzulegen und sich freier Beschäftigung zu widmen.

Manche Reisen, Studien und Arbeiten hat der Rastlose noch im Sinne gehabt. Bei seinem heftigen Temperament sind ihm auch manche Konflikte nicht erspart geblieben, die seinen Arbeiten und Studien mitunter sehr hinderlich waren, so daß er stets mehr Entwürfe vor hatte, als er trotz emsiger Arbeitsamkeit bewältigen konnte. Nun hat das heißschlagende Herz seine Ruhe gefunden, und seine letzten Tage waren von Frieden umgeben. Die kämpfende Arbeiterschaft verdankt dem Manne Schriften,[1] die mit seinem Herzblut geschrieben sind, sie ehrt ihn als einen ihrer Kämpfer, und in ihrem Herzen wird er ein dauerndes Andenken finden.

Antwort auf das Oldenburger Beispiel.

Von **Richard Wagner** (Bant).

In Heft 8 der „Sozialistischen Monatshefte" vom 16. April 1908 bespricht Genosse Paul Hug-Bant als oldenburgischer Landtagsabgeordneter die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des oldenburgischen Landtags in der sogenannten oldenburgischen Wahlrechtsreform und versucht die Abstimmung der Fraktion, die für die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre stimmte, zu rechtfertigen.

Der Artikel des Genossen Hug gipfelt in der Gegenüberstellung der Nachteile des alten oldenburgischen Wahlsystems und der Vorteile des Regierungsentwurfes, um zu dem Schlusse zu kommen, daß die Nachteile keineswegs die Vorteile überwiegen, und daß deshalb die sozialdemokratische Landtagsfraktion auch für die Verlängerung der Legislaturperiode hätte stimmen müssen.

Daß das direkte Wahlrecht dem indirekten vorzuziehen, daß die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes mit unerquicklichen Umständen verbunden, daß die Wahlrechtlosigkeit der Dienstboten, die bei ihrem Dienstherrn in Kost und Logis sind, eine große Ungerechtigkeit des alten Systems ist, war natürlich der Redaktion des „Norddeutschen Volksblatts" ebenso klar wie der Landtagsfraktion. Dagegen konnte sich die Redaktion auch nicht den großen Mängeln der sogenannten Wahlreform dem bisherigen Wahlrecht gegenüber verschließen, weshalb sie eben bei der Abwägung der Vorteile und Nachteile zu einem anderen Resultat gelangt ist als die Landtagsfraktion.

Da ist zunächst die ganz zweifellos auf eine Zurückdrängung des industriellen Proletariats aus dem Kreise der Wahlberechtigten gerichtete Bestimmung, daß nur der wahlberechtigt ist, der drei Jahre im Lande Oldenburg ansässig war. Die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes genügte bisher für die Nichtoldenburger. Jetzt ist ihnen eine dreijährige Karenzzeit auferlegt. Daß bei der kleinen Ausdehnung Oldenburgs, das mitsamt seinem Lübecker Teil von den nichtoldenburgischen See-, Industrie- und Handelsstädten Bremerhaven, Bremen, Hamburg, Lübeck, Hannover, Wilhelmshaven, Leer, Emden, Norden eng begrenzt wird, die gerade dieser Nähe halber stark fluk

---

[1] Im Verlag von Dietz in Stuttgart sind die meisten seiner populären Schriften erschienen, so unter anderem: „Aus Leben und Wissenschaft" in zwei Teilen. — Mitten im Kampfe, Pädagogisches, Aus dem sonnigen Süden. — Moses oder Darwin? Eine Schulfrage. — Entweder — Oder! Eine Abrechnung in Sachen der Frage: Moses oder Darwin

tuierende Arbeiterschaft durch die dreijährige Karenzzeit schwer getroffen wird, steht außer Zweifel. Die dreijährige Karenzzeit ist ein unübersteiglicher Damm, gegen den auch die rührigste Agitation nicht ankämpfen kann. Die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes steht dagegen der Agitation offen, hier kann gearbeitet werden, und tatsächlich ist auch — wie ich selbst am besten weiß, da ich seinerzeit Tag für Tag mit meinen Kollegen hierin tätig war — außerordentlich energisch gearbeitet worden. Natürlich war es vornehmlich das uns sichere klassenbewußte Proletariat, das sich das Staatsbürgerrecht verschaffte, während die indifferente Masse die Mühe scheute. Und diese indifferente Masse ist es eben, die der Rechnung des Genossen Hug, nach der es in der Gemeinde Bant nur 1273 Landtagswähler, dagegen 2800 Gemeindewähler gegeben habe, den Schein der Beweiskraft verleiht. Tatsächlich aber ist es so, daß unter dem Mehr der Gemeindewähler die von unseren Gegnern zur Wahlurne getriebenen Indifferenten stecken. Während nämlich die Landtagswahl in Bant uns einen glänzenden Sieg brachte, sah es bei der letzten Gemeindewahl so flau aus, daß sie sich unsere Gegner als einen Sieg anrechneten. Das soll nun keineswegs den mißlichen Zwang der Erwerbung des Staatsbürgerrechtes verherrlichen, sondern nur hervorheben, daß wir dabei arbeiten und agitieren können, während uns bei den durch die dreijährige Karenzzeit wahlrechtlos Gemachten alle Hände gebunden sind. Ebenso bleibt uns bei den Dienstboten in Kost und Logis, bei denen die Zahl der sonst Wahlberechtigten übrigens sehr gering ist, wenigstens die Agitation gegen den Kost- und Logiszwang. Wen wir unter den Dienstboten für unsere Anschauungen gewinnen, den kriegen wir auch aus Kost und Logis heraus.

Was man mit der dreijährigen Karenzzeit beabsichtigt, hat die oldenburgische Regierung in der Begründung der Wahlrechtsvorlage selbst gesagt. Sie schrieb da wörtlich:

„Die Staatsangehörigkeit muß jedem Deutschen erteilt werden, der sich innerhalb des oldenburgischen Staatsgebiets niedergelassen hat und sich und seinen nicht arbeitsfähigen Familienangehörigen den Lebensunterhalt zu verschaffen vermag, und sogar Ausländern kann die Naturalisation nicht wohl versagt werden, wenn sie einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben und sich und ihre Angehörigen zu ernähren imstande sind. Wenn die Zeit der Wahlen herannaht, pflegen sich viele in die oldenburgische Staatsangehörigkeit aufnehmen zu lassen, die erst kurz vorher von auswärts zugezogen sind, die aber nichts als der vorläufige Aufenthalt mit dem oldenburgischen Staate verbindet; und an den Wahlen beteiligen sich dann neben den ansässigen Elementen der Bevölkerung solche, die weder am Bestand noch am Wohlergehen des oldenburgischen Staates ein irgend erhebliches Interesse haben. Sie wählen, ohne daß sie über die Verhältnisse und Bedürfnisse des Landes unterrichtet sein können, und infolgedessen nur zu leicht den ihnen von den Parteiführern vorgeschlagenen Parteiangehörigen (hier wird ganz unzweideutig auf die Sozialdemokratie angespielt. D. V.); sie haben keine Veranlassung, sich im übrigen um das Schicksal des Landes zu kümmern, das sie vielleicht schon nach kurzem Aufenthalt wieder verlassen."

Dem solle, führt die Regierung weiter aus, durch die dreijährige Karenzzeit vorgebeugt werden. Von der indirekten Wahl sagt der Regierungsentwurf:

„Neuerdings hat das indirekte Wahlrecht seine ursprüngliche Bedeutung zu einem erheblichen Teile verloren, denn die Wähler halten sich mehr und mehr für ausreichend politisch geschult, um selbst einen passenden Abgeordneten auszusuchen, und sie beschließen daher an vielen Orten, insbesondere in den Städten (hier liegt

wieder die Anspielung auf die Sozialdemokratie klar zutage. D. V.), wer als Ab
geordneter gewählt werden soll, und wählen dann die Wahlmänner nicht meh
weil sie sie für befähigt halten, ihrerseits einen geeigneten Abgeordneten zu finden
sondern weil dieselben sich von vornherein verpflichtet haben, ihre Stimme den
bestimmten Kandidaten zu geben. Die Wahlmänner werden in diesem Falle z
bloßen Zettelträgern, und die indirekte Wahl wird zu einer bloßen Formalitä
deren Eigenart den Ausfall der Wahlen nicht mehr zu beeinflussen vermag."

Man sieht hieraus, daß sich die oldenburgische Regierung sehr klar dar
über war, ein wie gutes Geschäft sie mit dem Austausch der indirekten Wah
gegen die direkte bei gleichzeitiger Einführung der dreijährigen Karenzzei
machen würde. Jedenfalls muß es auch dem größten Optimisten noch seh
fraglich sein, ob vom proletarischen Standpnnkt aus der Wegfall der Er
werbung des Staatsbürgerrechtes der dreijährigen Karenzzeit gegenüber ei
Vorteil ist. Meines Erachtens wiegt allein die dreijährige Karenzzeit scho
so schwer, daß die anderen von Genosse Hug aufgezählten Vorteile: da
erstens die Schwierigkeit, Wahlmänner zu bekommen, aufhöre, und da
zweitens die Wahlkompromisse damit beseitigt würden, gar nicht in Betrach
kommen.

Weitere Vorteile weiß Genosse Hug in seinem Artikel nicht aufzuführen
Es dürfen aber zwei große weitere Nachteile nicht vergessen werden. Da
bisherige Wahlsystem regelte die Abgeordnetenzahl automatisch
Auf 10000 Einwohner kam jedesmal je ein Abgeordneter, ihre Zahl wurd
durch kein besonderes Gesetz, sondern durch die Volkszählung bestimmt. Di
Regierung hat nun zwar in der veränderten Wahlrechtsvorlage auf die Fest
legung der Abgeordnetenzahl für ewige Zeiten verzichtet, sie will der Einführun
der Einzelwahlkreise mit je einem Abgeordneten auf 10000 Einwohner nicht
entgegenstellen. Aber das heißt doch nur, daß es jetzt mit der automatische
Regelung vorbei ist und daß die Wahlkreisgeometrie in Oldenburg in kleineren
Maßstab ebenso gemacht wird, wie sie bei den Reichstagswahlkreisen in
großen gemacht worden ist. Zudem wird diese Wahlkreiseinteilung erst i
dem noch zu erwartenden Wahlgesetz geregelt, von dem nach der Haltung de
bürgerlichen Landtagsmajorität bei der Wahlreformvorlage nur ein sehr leich
gläubiger Optimist etwas Gutes erwarten kann.

Zu dieser großen Belastung der Wahlrechtsänderung mit reaktionäre
Kautelen kommt nun noch als letztes die Verlängerung der Legislatur
periode von drei auf fünf Jahre, über deren handgreifliche Nachteil
ich kein Wort zu verlieren brauche.

Man sieht also, daß auch bei einer rein praktischen, nur auf die so
genannten positiven Errungenschaften gerichteten Abwägung die oldenburgisch
Wahlreform den Namen Reform kaum behaupten kann. Der sozialdemokra
tische Landtagsabgeordnete Schulz hat sie selbst nur ein Reförmchen genann
Ob es zu wünschen wäre, daß Preußen mit einer solchen Reform beglück
würde, ist eine Frage, die hier gar nicht mitspricht. Die oldenburgische Wahl
vorlage an dem preußischen Dreiklassenwahlsystem zu messen, kann nieman
ernstlich einfallen, sie darf doch, wenn wir nicht den Boden sachlicher Er
wägungen verlassen wollen, nur an demjenigen Wahlrecht gemessen werden
das sie verbessern soll.

Aber selbst wenn um einen kleinen Gewichtsteil die Vorteile der Wahl
reform die Nachteile überwiegen sollten und sich die oldenburgische Landtags

raktion deshalb verpflichtet gefühlt hätte, für die Wahlvorlage zu stimmen, o folgt doch daraus keineswegs, daß sie deshalb auch für die Verschlech- erungen stimmen mußte! Das wäre doch eine sonderbare Logik und käme zenau auf dieselbe Logik hinaus, mit der die Freisinnigen ihre Abstimmung ür das Reichsvereinsgesetz begründeten. Wie der Sprachenparagraph ein Aus- nahmegesetz ist, so ist auch die dreijährige Karenzzeit als Ausnahmegesetz ge- dacht. Das steht klar und deutlich in der Begründung der Regierungsvorlage, n der es heißt:

„Durch das zum Teil erhebliche Anwachsen industrieller Anlagen ist in manchen Bezirken die Zahl der Industriearbeiter und damit derjenigen gestiegen, welche als Fremde einwandern. Es kann dem Gemeinwohl nicht damit gedient sein, daß die vechselnden Teile der Bevölkerung ohne weiteres den seßhaften und mit dem Lande verwachsenen Einwohnern gleichgestellt und berechtigt werden, an den Wahlen zur Landesvertretung teilzunehmen, sobald und nur weil sie ihren Wohn- itz in das Großherzogtum ohne jede Gewähr eines dauernden Verbleibens ver- egt haben."

Und wenn die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre gewiß kein Ausnahmegesetz ist, so ist sie doch in ihrem Vorgang im Faschingsreichstag von 1887 in unserer Parteigeschichte derartig gekennzeichnet, daß sie nach meiner Meinung uns ebenso unannehmbar sein mußte wie ein Ausnahmegesetz. Schrieb doch der „Vorwärts" bei der ersten Nachricht von der Annahme der Verlängerung der Legislaturperiode durch den olden- burgischen Landtag, daß der Freisinn im Block die Zeiten vergessen habe, in denen er Seite an Seite mit der Sozialdemokratie gegen die Verlängerung der Legislaturperiode kämpfte. Am anderen Tage stellte sich heraus, daß die ozialdemokratische Landtagsfraktion Seite an Seite mit dem Freisinn für die Verlängerung der Legislaturperiode gestimmt hatte!

Das aber war es gerade: die völlig unvorhergesehene Abstimmung der Landtagsfraktion für die fünfjährige Legislaturperiode, was den Konflikt der Redaktion des „Norddeutschen Volksblatts" mit der Landtagsfraktion herbeiführte. Und diese Abstimmung verblüffte nicht nur die Redaktion, sondern auch die Mehrzahl der Wähler der Landtagsabgeordneten Hug, Schulz und Heitmann. Die drei Abgeordneten ind nämlich in Rustringen, Bant, Heppens usw. gewählt, und die Genossen hres Wahlkreises haben ihnen am 23. März in einer Wahlvereinsversamm- ung, in der sich die ganze Landtagsfraktion reichlich aussprechen konnte und ussprach, kein Vertrauensvotum ausgestellt, sondern ihre Haltung miß- billigt. Die Redewendung des Genossen Hug von den verschwindenden Aus- nahmen, die die Haltung der Fraktion nicht verstanden hätten, ist also wenig angebracht. Die verschwindenden Ausnahmen sind die Wähler von Dreiviertel der Fraktion.

Der Hugsche Artikel sagt nun, daß eine Ablehnung der Verlängerung der Legislaturperiode durch die Sozialdemokratie das Zustandekommen der ganzen Wahlreform gefährdet habe. Nach meiner Meinung ist die ganze „Reform", selbst durch die rosigste Brille betrachtet, so zweifelhafter Natur, daß man es auch vom opportunistischen Standpunkt aus auf ein Scheitern hätte ankommen lassen und das Odium ruhig auf die Regierung, die ohne Legislaturperioden- verlängerung selbst nicht für die kleinste Reform zu haben war, abwälzen sollen. Tatsächlich hat denn auch der Abgeordnete Schulz nach seiner eigenen

Aussage die freisinnigen Abgeordneten zu überreden versucht, die fünfjährige Legislaturperiode standhaft abzulehnen, da einer imponierenden Mehrheit die Regierung nachgeben würde. Erst als er sah, daß mit zwei Ausnahmen reaktionär-agrarischer Färbung, von denen zudem im Plenum die eine noch umfiel, die bürgerlichen Kommissionsmitglieder geschlossen für die Verlängerung der Legislaturperiode eintraten, fiel auch er (Schulz) um, weil, wie er im Plenum später sagte, er nicht in der Gesellschaft der beiden Reaktionäre sein wollte. Nach meiner Meinung hätte die Fraktion, auch wenn das Gesetz gescheitert wäre, ebensowenig für die Verlängerung der Legislaturperiode stimmen dürfen, wie sie richtigerweise in der ersten Lesung auch nicht für die dreijährige Karenzzeit zu haben war, von der die Regierung ebenfalls das Zustandekommen des Gesetzes abhängig gemacht hatte.

Daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion der Meinung war, durch eine Ablehnung der Verlängerung der Legislaturperiode das ganze Gesetz zu gefährden, kann ich mit den Erfahrungen nicht leicht in Einklang bringen, die die Kommissionsmitglieder bei ihren Versuchen gehabt haben wollen, die bürgerlichen Landboten gegen die Verlängerung scharf zu machen. Ich muß es aber glauben, obwohl sich dann die Landtagsfraktion, da im Plenum nur eine einzige Stimme gegen die Verlängerung war, in einer Weise verrechnet hätte, wie sie im Parlamentarismus ziemlich einzig dasteht. Jedenfalls gibt mir der Erfolg recht, wenn ich sage, die Landtagsfraktion hatte es trotz ihres von mir nicht geteilten Bestrebens, das Gesetz unter allen Umständen unter Dach und Fach zu bringen, nicht nötig, für die Verschlechterung durch Verlängerung der Legislaturperiode zu stimmen. Genosse Hug hält es in seinem Artikel für logisch, daß man, wenn man für das Gesetz im ganzen stimmt, auch für die Verschlechterungsanträge stimmen muß. Ich bin hier grundsätzlich anderer Ansicht. Immerhin wäre es wenigstens eine Begründung gewesen. Tatsächlich aber ist die Abstimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom Landtagsabgeordneten Schulz damit begründet worden, daß man sich von den Gegnern nicht sagen lassen wolle, daß man keine positive Arbeit leiste, daß man sich nicht in der Gesellschaft der „Reaktionäre“ — sie war inzwischen auf einen Mann zusammengeschrumpft — befinden wolle, daß man sich draußen im Lande namentlich bei den Wahlen nicht sagen lassen wolle, man lasse auch dieses winzige Reförmchen scheitern, weil man alles oder nichts wolle usw. Nun — die vom Genossen Schulz selbst niedergeschriebene Begründung in dem Landtagsbericht des „Norddeutschen Volksblattes“ war derart, daß nach meiner Ansicht das absprechende Urteil der „sich radikal gebärdenden Parteiblätter“, wie der Genosse Hug einen großen Teil unserer Parteipresse nennt, nur zu berechtigt war.

Die weiteren Gründe, die der Abgeordnete Hug für die Abstimmung der Fraktion anführt, laufen schließlich darauf hinaus, daß, wenn eine Regierung mit „Reformen“ kommt, alles dankbar geschluckt werden muß. Er verweist auf die einflußreichen Kreise im Lande, die das Pluralrecht verlangen, die widerwillige Zustimmung des Landesfürsten, die Vorhaltungen Preußens, die Pflicht, positive parlamentarische Arbeit leisten zu müssen usw., alles Gründe, die die Zustimmung zu einer Verlängerung der Legislaturperiode rechtfertigen sollen, und gegen die ich ungefähr dasselbe sagen müßte, was unsere Parteipresse und unsere Reichstagsabgeordneten gegen die freisinnigen Gründe für das Reichsvereinsgesetz vorgebracht haben. Gewiß, jeder Ver-

ich hinkt, auch dieser, aber der Unterschied ist doch nur gradueller, nicht nzipieller Natur. Man vergleiche nur die Argumentation im Hugschen tikel mit der Rede Payers. Da springt die Wesensverwandtschaft förmlich die Augen. Wie der Genosse Hug in seinem Artikel schreibt „Einen Wider- gibt es nicht" und dabei jedenfalls nicht von eigensinniger Rechthaberei, dern von ehrlicher Überzeugung geleitet wird, so ist es auch mir unmög-, irgend etwas zu widerrufen. Es liegt mir jede Splitterrichterei oder inigkeitskrämerei fern, ich habe auch nie bezweifelt, daß die olden-gische Landtagsfraktion einzig und allein und ganz selbstverständlich von lautersten Absichten geleitet worden ist, aber ebensowenig kann ich mich h der Überzeugung verschließen, daß sie mit ihrer Abstimmung für die Ver-gerung der Legislaturperiode einmal gehörig daneben gehauen hat. Bei er grundsätzlichen Verschiedenheit unserer Ansichten war natürlich eine Ver-ıdigung von vornherein ausgeschlossen. Es kam dabei viel weniger die vägung der Vorteile und Nachteile der Vorlage in Betracht, als die Zu-mmung zu einer handgreiflichen Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts, es die Verlängerung der Legislaturperiode unzweifelhaft ist, lediglich aus ı Grunde, um jeden Preis sogenannte positive Arbeit zu schaffen, obwohl sich, wie Genosse Schulz selbst zugestanden hat, sogar im besten Falle nur ein minderwertiges Reförmchen handelte.

Der Lehrermangel in den deutschen Volksschulen.

Von **Otto Rühle.**

Vor dreiunddreißig Jahren unterhielt sich die deutsche Lehrerschaft auf dem ıertag in Leipzig über die Misere des Lehrermangels. Man zog dabei m die Regierungen so keck und schneidig vom Leder, daß einer der Refe-en, der Leipziger Lehrer Wunderlich, vom Rate der berühmten Seestadt aßregelt wurde. Für die nächste deutsche Lehrerversammlung, die ßfingsten in Dortmund tagen soll, hat der Vorstand des Deutschen Lehrer-ins wiederum das Thema „Lehrermangel" auf die Tagesordnung gesetzt — damit sich nicht wieder ein Konfliktsfall ereignet — zum Referenten berüchtigten liberalen Kompromißler Tews bestimmt, der eben erst in der nitzer Affäre an dem Kotau der Gesellschaft zur Verbreitung von Volks-ung so lebhaften Anteil genommen hat.

über Lehrermangel zu reden und zu schreiben, ist heute noch so aktuell wie dreiunddreißig Jahren. Und das Thema wird, wenn die Schmach des ıßischen Dreiklassenwahlsystems nicht aus der Geschichte der preußisch-schen Unkultur ausgetilgt ist, auch in weiteren dreiunddreißig Jahren noch en Anspruch auf Aktualität erheben können.

Vor reichlich fünf Jahren veröffentlichte ich in der „Neuen Zeit" (XXI, 1, 18) einen Artikel, der den Lehrermangel behandelte. Dieser Artikel könnte e Wort für Wort wieder abgedruckt werden. Nur die Ziffern wären zu ern, da der unheilvolle Zustand seitdem noch um einige Grade schlechter orden ist. Deutschland im Schuljammer in aller Welt voran!

Nach der Volksschulstatistik des Reiches vom Jahre 1901 gab es im ıen Deutschen Reiche 59348 öffentliche Volksschulen, in denen von 530 Lehrkräften 8924779 Kinder unterrichtet wurden. Auf eine Lehrkraft

entfielen durchschnittlich 61 Schüler. Würde man die von einer Lehrkr
zu unterrichtende Schülerzahl auf 30 bemessen — das ist etwa die Forderu
der fortgeschritteneren bürgerlichen Pädagogik und entspricht den Verhältniss
in außerdeutschen Staaten —, so wären rund 150000 weitere Volk-
schullehrer und -lehrerinnen erforderlich. Das Lehrpersonal müßte a
mehr als verdoppelt werden. Die 150000 Lehrkräfte, die das deuts
Volksschulwesen zu wenig hat, kennzeichnen den Stand des absolut
Lehrermangels.

Die höheren Schulen sind von diesem trostlosen Zustand unberührt.
macht sich kein Mangel an Lehrkräften bemerkbar, da hat auch k
Lehrer 61 und mehr Schüler in seinen Klassen sitzen. In den höheren Schul
Preußens zum Beispiel unterrichteten 1904/05 10723 Lehrer 191446 Schül
auf eine Lehrkraft entfielen also 17 bis 18, in den Gymnasien sogar nur
bis 16 Schüler.

Neben dem absoluten Lehrermangel besteht in der Volksschule noch
all seinen Unzuträglichkeiten und verderblichen Folgen der Jammer des re-
tiven Lehrermangels. Die preußische Unterrichtsverwaltung gab 1901 an,
1828 Lehrerstellen wegen Mangels an verfügbaren Lehrkräften unbesetzt sei
Bis 1906 ist die Zahl dieser Stellen auf 3049 gestiegen. In ähnl
rapider Steigerung hat sich die Zahl der Halbtagsschulen vermehrt. 18
gab es 2879 dieser unzulänglichen Schuleinrichtungen, die der Kultusmini
Falk als Notstandsschulen bezeichnete, „deren Beseitigung im Inter
des Staates gewünscht werden müsse". 1891 jedoch war ihre Zahl auf 5
gewachsen, und 1901 gar betrug sie 7873. Das sind genau 4884 Halbta
schulen mehr als zwanzig Jahre vorher! Eine Verdreifachung di
Schulnot — auch ein „Fortschritt" in Preußen! Außerdem wies die Stati
von 1901 nach, daß 1255922 Schulkinder in 8815 Schulen und 16127 Klas
so unterrichtet wurden, daß auf die Klasse in einklassigen Schulen mehr
80 Kinder, in Halbtagsschulen mehr als 60 und in sonstigen zwei-
mehrklassigen Schulen mehr als 70 Kinder kamen. 22,15 Prozent
Schulkinder wurden demnach in überfüllten Klassen unterrichtet. Am
günstigsten stellte sich die Klassenfrequenz im schwarzen Münsterla
wo 47,94 Prozent der Schulkinder in überfüllten Klassen saßen. Ihm folg
die Regierungsbezirke Oppeln mit 44,47 Prozent, Arnsberg mit 40,86 P
zent, Düsseldorf mit 34,30 Prozent usw. In 692 Klassen, die von 97149 Kind
besucht wurden, stieg die Frequenz über 120, 30 Klassen hatten 161 bis 1
23 noch 171 bis 180, 11 noch 181 bis 190, 5 bis zu 200, 10 sogar bis
210, 4 über 210, nämlich 213, 217, 231, 236 Schüler. Nicht ge
damit. 104082 Schulklassen mußten durch insgesamt 88346 Lehrkräfte
sorgt werden, so daß nicht einmal jede Klasse ihren eigenen Lehrer ha
16000 Lehrkräfte wären nötig gewesen, um die Verhältnisse zu norma
im Sinne der preußischen Schulverwaltung zu machen. Der Prozentsatz
unbesetzten Stellen betrug im Durchschnitt 2,06, für Ostpreußen 2,60, Pomm
2,65, Westpreußen 3,60, Posen 5,26. 3239 Kinder konnten wegen Überfüll
der Klassen (bis zu 236!) überhaupt nicht aufgenommen werden,
80365 waren „zeitweilig vom Schulbesuch befreit" (Hütekinder, Erntehil
Rübenverzieher usw.). Die Ziffern der letzten Volksschulstatistik 1906 lie
noch nicht vor. Die Regierungen werden Grund genug haben, mit ih
möglichst lange zurückzuhalten. Es ist offenes Geheimnis, daß der Leh



mangel im Laufe der letzten Jahre **keineswegs abgenommen**, sondern im Gegenteil eine **beträchtliche Zunahme** erfahren hat. Alle zu seiner Beseitigung angewandten Palliativmittelchen haben sich als unzureichend, wenn nicht als verfehlt erwiesen. Vor allen Dingen hat der Zudrang zu den neugegründeten Präparandenschulen und Seminaren nicht entfernt den Erwartungen entsprochen. Viele Klassen waren nur zur Hälfte besetzt, und die Zahl der Abiturienten genügte nicht entfernt, um den Bedarf an Lehrkräften zu decken. Es kamen **Lehrstellen auf einen Seminaristen** in der Provinz Westpreußen im Jahre 1901 6,32 (1896 5,69), Sachsen 7,44 (6,22), Brandenburg 8,79 (7,45), Schlesien 6,10 (4,93), Hessen-Nassau 8,19 (7,13) und in ganz Preußen durchschnittlich 6,82 gegen 6,20 im Jahre 1896. Von welcher **Qualität** dabei die neugewonnenen Lehrkräfte sind, läßt sich aus ein paar Prüfungsergebnissen ermessen. Es bestanden die zweite Prüfung in Marienburg 14 von 34, in Langfuhr 11 von 24, in Bunzlau 23 von 45, in Hadersleben 14 von 24, in Segeberg 12 von 23, in Brieg 34 von 47, in Königsberg 13 von 24. Nach den Mitteilungen eines Regierungskommissars sollen zurzeit etwa 3,5 Prozent (gegen 2,06 Prozent im Jahre 1901) der vorhandenen Schulstellen unbesetzt sein. In Wirklichkeit ist aber der Prozentsatz viel höher. Es waren am 1. Oktober vorigen Jahres bei 101581 Stellen in Preußen etwa 3560 unbesetzt. Läßt man die rund 40000 städtischen Stellen außer Betracht, da die Städte in nur geringem Maße unter dem Lehrermangel leiden (Berlin zum Beispiel hatte 1901 0,07 Prozent unbesetzte Stellen), so ergibt sich, daß **5,25 Prozent aller Landstellen unbesetzt** sind. Das Verhältnis gestaltet sich aber noch ungünstiger, wenn man berücksichtigt, daß einige Provinzen vom Lehrermangel fast gänzlich verschont sind (1901 hatten Hannover 0,75, Schleswig-Holstein 1,18, Brandenburg 1,66 Prozent unbesetzte Stellen); dementsprechend erhöhen sich die Durchschnittszahlen für die anderen Provinzen, so daß man wohl nicht fehlgeht, wenn man behauptet, daß in den **Gefilden Ostelbiens 10 Prozent und mehr von allen Landstellen unbesetzt** sind.

Die ganze Größe der Schulnot und des Lehrermangels kann freilich erst der schätzen, schreibt A. Günther in der „Pädagogischen Zeitung", der sich der Mühe unterzieht, die Mitteilungen der Tages- und Fachpresse von Fall zu Fall zu registrieren. Da hören wir, daß die Zahl der unbesetzten Stellen in Oberschlesien auf 973 gestiegen ist; in den Kreisschulinspektionsbezirken Preiskretschem fehlen 44, in Gleiwitz 40, in Tarnowitz 38, in Oberglogau 38, in Rybnik II 34, in Rybnik I 32, in Kreuzberg I 31 Lehrer usw. Die Regierung in Breslau gab in einer Berichtigung bekannt, daß in ihrem Bezirk nicht 200, sondern 123 (!) Lehrer fehlen. Im Regierungsbezirk Wiesbaden fehlen nicht weniger als 100 Lehrer. Im Kreise Meschede waren allein 17 einklassige Schulen unbesetzt. In den Kirchspielen Bart, Marne und Michaelisdonn in Süderdithmarschen, einem sehr engen Gebiet, fehlten zu gleicher Zeit 12 Lehrkräfte. Ähnlich lauten die Nachrichten aus einzelnen Teilen der Provinz Sachsen, Westfalen und Rheinland. Am schlimmsten aber sieht es in Posen aus; der allgemeinen Mißstimmung über die dort bestehenden unwürdigen Verhältnisse hat **Freiherr v. Zedlitz** gelegentlich einer Etatsdebatte wie folgt Ausdruck gegeben:

„Wir bauen ein großes Königsschloß in Posen, subventionieren Theater in Bromberg und Thorn, machen alle schönen, augenfälligen Dinge. Aber

wir vernachlässigen die Beschulung des deutschen Bauern. Mir liegen die Akten vor, wonach in einer Reihe von Gemeinden seit Jahren die Bauern nicht mehr in der Lage sind, deutschen Schulunterricht zu genießen für ihre Kinder, weil die nötige Anzahl von Lehrern fehlt. Das ist, wie ich höre, nicht vereinzelt, sondern eine Kalamität, die in der Provinz Posen geradezu epidemisch wird. Mir wir bezeugt, daß in einer einzigen Gegend 22 deutsche Bauern Haus und Hof verlassen haben, weil ihre Kinder keinen deutschen Unterricht bekommen konnten."

Der traurige Ruhm Preußens, die miserabelsten Schulverhältnisse innerhalb der schwarzweißroten Grenzpfähle zu besitzen, scheint für Sachsen, das Musterland der Reaktion, seit Jahren einen Anreiz zur Nacheiferung zu bilden. Daß Sachsen an der Spitze des deutschen Volksschulwesens marschierte, ist schon sehr lange her; das Märchen, Sachsen sei das Land der Schulen, ist besonders durch die Ergebnisse der statistischen Erhebung vom 1. Mai 1906 aufs gründlichste zerstört worden. Danach steht das Volksschulwesen in Sachsen insofern noch unter dem preußischen Schuljammer, als in Sachsen auf eine Lehrkraft 65,69 Schulkinder kommen, gegen 63 in Preußen und 61 im Reiche. Doch auch sonst weist die sächsische Volksschule eine beschämend schlechte Verfassung auf. Die Hauptschuld daran trägt der seit Jahrzehnten andauernde Lehrermangel.

Am 1. Mai 1906 wurden die Volksschulen Sachsens von 780107 Schülern besucht, 495368 davon mögen auf die einfachen Volksschulen kommen. Unter 824 Schulen mit nur einem Lehrer waren 415 (50,36 Prozent), die von 80 Schülern und darüber besucht wurden. In diesen 415 Schulen saßen 8,64 Prozent der Schüler aller einfachen Volksschulen, 5,48 Prozent der Volksschüler überhaupt. Diese Zustände werden noch ostelbischer, wenn man sie im einzelnen näher betrachtet. 107 Volksschulen (mit 1 Lehrer) hatten 80 bis 90, 97 Schulen bis 100, 87 bis zu 110, 59 bis 120 Schüler, bei 32 belief sich die Schülerzahl auf 130, bei 24 auf 140, bei 7 auf 150 und 2 erreichten die unerhörte Zahl von 171 und 174 Schülern. Hierzu bemerkt der Chemnitzer Lehrer Winkler, der die Ergebnisse der Statistik für die pädagogische Presse verarbeitet hat: In 65 Schulen mit 8538 Kindern war also die gesetzlich zulässige Höchstzahl für die Klasse (je 60) überschritten, in einer Anzahl sogar ganz bedeutend. In Friedrichsgrün (Bez. Auerbach) hatte ein Lehrer 174, in Obersachsenfeld (Bez. Schwarzenberg) 171, in Lichtenberg (Bez. Zwickau) 145, in Großfrießen (Bez. Plauen) 143, in Mühlbach (Bez. Pirna) 140, in Räckelwitz (Bez. Kamenz) 137 zu unterrichten. Die übrigen Schulen mit einem Lehrer (350) wiesen im Durchschnitt Klassenstärken auf, die die Pädagogik gerade bei den so ungenügend gegliederten zwei- und dreiklassigen Schulen auf keinen Fall als normal bezeichnen kann. Und die Erweiterung der statistischen Aufnahme auf die Schulen mit zwei Lehrern ergibt kein freundlicheres Bild. In 191 solcher Schulen mit 34355 Schulkindern hatte ein Lehrer im Durchschnitt 89,93 Kinder, in 119 Schulen durchschnittlich 112,29 und in 19 Schulen sogar 125,95 Kinder zu unterrichten. Im Bezirk Zittau gab es zwei Schulen mit 531 Schülern, so daß auf eine Schule 265 Schüler und auf einen Lehrer über 132 Schüler kamen. Faßt man den Stand der vorhandenen 1406 zwei-, drei-, vier- und fünfklassigen Landschulen Sachsens nach der Statistik von 1901 summarisch ins Auge, so ergibt sich: in 384 Schulen auf 1 Lehrer 89,70, auf 1 Klasse 45 Kinder; in 257 Schulen

auf 1 Lehrer 109,06, auf 1 Klasse 54 Kinder; in 84 Schulen auf 1 Lehrer 129,55, auf 1 Klasse 65 Kinder. Diese überfüllten Klassen befinden sich noch dazu gerade dort, wo sie am wenigsten zu finden sein sollten, nämlich wo die Gliederung der Schule sowieso schon nur das Minimum unterrichtlicher Versorgung gewährt. So werden sie zum Unheil für die Schüler und zum Unglück für die Lehrer.

Außer den überfüllten Klassen hat sich Sachsen noch eine andere ostelbische Errungenschaft zugelegt: die vikariatsweise verwalteten und unbesetzten Schulstellen. 1904 mußten 357 Vikare eingestellt werden und 66 Stellen unbesetzt bleiben. Als Vikare verwendete man neben alten, ausgedienten Schulinvaliden besonders junge, unerfahrene, im Erzieherberufe noch überhaupt nicht oder nur äußerst dürftig vorgebildete Lehrseminaristen. Durch diesen Unfug ist die sächsische Volksschule vollends heruntergebracht worden. 1900 waren 394 dieser halbreifen Lückenbüßer als „Erzieher" tätig, 1902 sogar 496, im Jahre darauf 487, 1903 noch immer 387 und 1904 insgesamt 242. Die sonst zur Beseitigung des Lehrermangels getroffenen Maßnahmen waren die allgemein üblichen: Erweiterung der Fortbildungsgelegenheit, Einstellung von Lehrerinnen usw. Der Erfolg reichte jedoch nicht aus, um den Mangel zu decken. Daß der sächsischen Regierung die Beseitigung des Lehrermangels gelingen wird, daran ist ebensowenig zu denken, wie an ihren ernsthaften Willen zur Bekämpfung dieses gemeinschädlichen Übelstandes zu glauben ist.

In Württemberg hat seit 1901 der Lehrermangel mit ungewohnter Stärke eingesetzt und mit jedem Jahre so zugenommen, daß selbst der Kultusminister Weizsäcker ihn in der Kammer „einen des Staates unwürdigen Zustand" genannt hat. Um den Wirkungen dieser Kalamität wenigstens etwas entgegenzuwirken, ist in den zahlreichen unter dem Lehrermangel leidenden Schulklassen Abteilungsunterricht eingeführt worden. 1906 betrug die Anzahl dieser Schulklassen 1383, was etwa einem Manko von 5 bis 600 Lehrkräften entspricht. „Die Schulgesetze von 1859 und 1865 bestimmen, daß einklassige Schulen mit mehr als 90 Schülern Abteilungsunterricht erhalten müssen, das heißt sie werden in zwei Abteilungen getrennt unterrichtet, und zwar in wöchentlich mindestens 32 Stunden. Steigt die Schülerzahl dauernd über 120, so ist ein zweiter Lehrer anzustellen. An mehrklassigen Schulen ist eine Höchstzahl bis 130 zulässig (mit Abteilungsunterricht). Diese gewiß mäßigen Forderungen konnten, wie die mitgeteilten Zahlen beweisen, noch nach Jahrzehnten nicht eingehalten werden; ja sie sind bis heute noch nicht überall erfüllt. Im Bezirk Maulbronn zum Beispiel befanden sich 1905/06 zwei ein- und mehrklassige Schulen mit 120 bis 130 Schülern in einer Klasse; in 5 Klassen wurden je 100 bis 120 Schüler unterrichtet, und im Durchschnitt entfielen in diesem Bezirk 82 Schüler auf einen Lehrer. Sechs unständige Stellen waren unbesetzt. Ähnlich lauten die Berichte aus den meisten Bezirken: „überall überfüllte Schulen und unbesetzte Stellen in bedenklicher Zahl". (Werner-Tübingen.) Die Regierung läßt es angeblich an Maßnahmen nicht fehlen; leider ergreift sie immer nur solche, die dem Übel kein Ende bereiten, sondern es unter Umständen noch verschlimmern.

Auch Hessen, das seine Lehrer verhältnismäßig gut besoldet, hat seine Schulnot, wenngleich in erträglichem Maße und Umfange. Am stärksten tritt der Lehrermangel in der Nähe großer Industrieplätze zutage, wo die Zunahme der Arbeiterschaft fortgesetzt weitere Lehrkräfte erheischt. Nach dem „Schul-

boten für Hessen" finden sich in der Umgegend von Darmstadt und Mainz Unterklassen mit 85, 89, 92 und 107 Schülern. Ähnliche Zustände herrschen auch in anderen Kreisen. Der Lehrermangel hat dazu geführt, daß zahlreiche Gymnasialabiturienten ohne jede pädagogische Vorbildung in den Schuldienst eingetreten sind; auch wird in der Lehrerschaft die Befürchtung gehegt, daß die auffallende Nachsicht, die man seit Bestehen des Lehrermangels den Seminarabiturienten gegenüber bei den Prüfungen übt, zu bedenklichen Erscheinungen in bezug auf die Qualifikation der Lehrkräfte führen dürfte. Leider enthält die Landesstatistik nichts über die Zahl der überfüllten und unbesetzten Klassen, so daß sich von dem eigentlichen Umfange des Lehrermangels kein klares Bild gewinnen läßt. Die Ursachen des Lehrermangels werden in der zu späten Durchführung der Gehaltsaufbesserung von 1901 und in der durch den Einjährigendienst der Lehrer bedingten Entziehung von Lehrkräften erblickt.

Das „Musterländle" Baden fehlt natürlich auch nicht in der Reihe, obwohl es wegen seiner Simultan- und Halbtagsschulen 1000 bis 1200 Lehrer weniger nötig hat als andere Staaten von derselben Größe. Schon 1901 konnten, wie Günther-Berlin mitteilt, 83 Gemeinden nicht die verlangten und vom Gesetz vorgeschriebenen Unterlehrer erhalten, obwohl auf jeden ihrer Lehrer mehr als 100 Schüler kamen. Und die „Schulzeitung" zählt 29 Schulen mit 1 Lehrer, 8 mit 2 Lehrern, 6 mit 3 und 21 mit mehr als 3 Lehrern auf, in denen das gesetzliche Hundert überschritten ist. Die im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführte Mehreinstellung von Lehrerinnen hat an der Misere nichts zu ändern vermocht.

Über die Zustände in Braunschweig wird der „Statistischen Beilage der Pädagogischen Zeitung" geschrieben: So stark wie jetzt scheint der Lehrermangel in unserem Lande noch nicht gewesen zu sein. Mehr als 60 Seminaristen, die ganze zweite Klasse des Wolfenbüttler und beide zweite Klassen des Braunschweiger Seminars sind zur Aushilfe ins Land geschickt. Trotz dieser hohen Zahl, die 1903 erst 39 betrug, sind noch Stellen unbesetzt. Oft war der Lehrermangel so groß, daß auch Schüler der dritten Seminarklasse, die kaum etwas von Pädagogik gehört hatten, monatelang allein die Schulstelle eines großen Dorfes verwalten mußten. Von den 387 Landschulen weisen nur 98 normale Verhältnisse auf, 289 sind überfüllt. In 46 Orten kommen 100 bis 119, in 19 Orten 120 bis 148 Kinder auf einen Lehrer. Sollte es keine Schule mehr geben, die mehr als 80 Kinder für jeden Lehrer hätte, so fehlten 218 Lehrkräfte. Aber selbst wenn die Regierung imstande wäre, sofort 218 Lehrer anzustellen, so würden mindestens noch 131 Schulen im Lande sein, in denen auf jeden Lehrer 60 bis 79 Kinder kämen; der dritte Teil der Landschulen wäre dann immer noch überfüllt. Dazu kommt, daß an den Orten, wo der alleinige Lehrer zwei Klassen hat (Halbtagsschulen) — und das sind 229 Landschulen —, die 5- bis 10jährigen Kinder täglich nur zwei Unterrichtsstunden erhalten. Überhaupt gewährt mehr als die Hälfte der Landschulen den Kleinen eine durchaus ungenügende Zahl von Unterichtsstunden, so daß die geistige Kost die denkbar dürftigste und magerste ist.

Dem neuen braunschweigischen Regenten werden diese Dinge, falls er davon Kenntnis erhalten sollte, nicht besonders fremdartig und ungewöhnlich vorkommen, ist er doch aus seiner Heimat, dem Ochsenkopflande, noch viel stärkeren Tabak gewöhnt. In Mecklenburg-Schwerin fehlten nach einer Ermittlung der „Schulzeitung" in den letzten Jahren etwa 7 Prozent der

hrer, in der Ritterschaft mindestens 10 Prozent. Noch trauriger sieht es in trelitz aus, wo überdies die Ausbildung der Lehrkräfte so im argen liegt, ß vielfach Seminarbesuch als ganz überflüssig erachtet wird und Krethi und lethi Schulmeister spielen kann. Auch in Lippe sind von den vorhandenen 9 Stellen 6 Prozent unbesetzt; nach den Ausführungen des Abgeordneten hrer Bruns behauptet die Regierung seit zwanzig Jahren, daß der Lehrer- angel „in kurzer Zeit überwunden" sein werde. Ähnlichem Optimismus ldigt man in Oldenburg, wo die Bekämpfung des Lehrermangels, der sonders im Fürstentum Lübeck und in Birkenfeld sehr groß ist, in den änden des bekannten Pokerministers Ruhstrat liegt. Teilweise geradezu trost- s klingen die Mitteilungen, die aus den thüringischen Staaten kommen. ende Bezahlung der Lehrerarbeit, überfüllte Klassen, Mangel an Lehrkräften so lautet überall das alte Lied.

So sicher es ist, daß das Trauerspiel des Lehrermangels nur durch eine ssere Besoldung der Lehrerschaft beendet werden kann, so sicher ist es, daß Bourgeoisie nicht mehr für die Bildung des Volkes aufwendet, als sie ch ihrer Auffassung notgedrungen aufwenden muß. Je mehr sie die geistigen äfte des Proletariats zu fürchten Ursache hat, desto mehr ist sie darauf be- cht, diese Kräfte niederzuhalten, anstatt zu heben. Und je mehr die Lehrer Interesse der herrschenden Klasse sich zu Prügelmeistern der Proletarier- gend degradieren und bei Wahlen als politische Zutreiber der Volksfeinde d Reaktionäre wirken, desto weniger brauchen sie sich zu wundern, daß sie ht als Volkserzieher und Kulturträger, sondern als dienstwillige Lakaien r Machthaber bewertet und behandelt werden. Um des Wohles der ihnen vertrauten Jugend willen hätten sie die Verpflichtung, dem Sozialismus m Siege über die Barbarei der junkerlich-kapitalistischen Schulreaktion und lturfeindschaft zu verhelfen.

Zur Parteilage in Italien.

Von **Oda Olberg** (Rom).

Die jüngsten Ereignisse in Rom, die Gewalttat in Piazza del Gesù und r nachfolgende Proteststreik, haben die Aufmerksamkeit der ausländischen rteipresse von anderen Vorgängen des proletarischen Lebens in Italien gelenkt, denen große symptomatische Bedeutung zukommt. Wir meinen die usammenkunft pro Amnestie, die am 30. und 31. März in Rom tagte.

Der letzte Parteitag (Oktober 1906) hat im sogenannten Integralismus ner reformistischen Konzentration zum Siege verholfen, deren einigendes inzip die Ablehnung des Syndikalismus war. Die integralistische Tages- dnung hatte, ohne es zu wollen, den Reformisten die Möglichkeit gegeben, re Waffen und ihr Gepäck in das integralistische Lager zu tragen. Durch se Verstärkung von unerwünschter Seite erfuhren die Integralisten, daß die s Dogmatismus verspottete Gradlinigkeit des Programms das einzige Mittel wesen wäre, um jenen Reformismus fernzuhalten, der sich die Schaffung r Regierungspartei der Arbeiter zum Ziele setzt. Die Möglichkeit, für ein inisterium zu stimmen und Wahlbündnisse zu schließen, genügte den Re- rmisten, und es kümmerte sie nicht und konnte sie nicht kümmern, daß der sprüngliche Integralismus dieser Möglichkeit eben nur ein Pförtchen offen

halten wollte. Die Tagesordnung der Integralisten erschloß so dem Ref
mismus aller Schattierungen den Zutritt in die neue Parteimehrheit.

Natürlich wollten sie in dieser das „Salz der Erde“ sein. Die Sache v
lief aber nicht ganz nach Wunsch, denn die Integralisten, die sich theoret
nicht von den Reformisten zu unterscheiden wußten, fanden praktisch die Un
scheidungslinie ganz gut. Wer die Haltung des Parteivorstandes verfolgt h
kann nicht verkennen, daß in ihr ein beständiger Zwiespalt zum Ausdr
kommt: der Zwiespalt zwischen einer opportunistische Zugeständnisse nicht
lehnenden sozialistischen Partei auf der einen Seite und einer demokrati
reformistischen Arbeiterpartei auf der anderen, für die der Begriff des Z
geständnisses längst im systematischen Opportunismus ertrunken ist. Daß
die Gegensätze nicht greifbarer zeigten, lag einfach daran, daß die Regier
gar keine Verwendung für sozialistische Bundesgenossen hatte und darum
ihrer Politik nicht einmal den Ansprüchen einer sehr bescheidenen Demokr
genügte. Ferner waren jene „verwandten“ Parteien, die der Reformism
zu seiner Rechten sieht, seinen Liebeswerbungen wenig zugänglich und a
herzlich wenig begehrenswert. Sie sind in denselben politischen Wintersch
verfallen, der unsere Parteifraktion umfängt und der überhaupt die Ära
Ministeriums Giolitti kennzeichnet.

Aber es hieße die Wesenheit des italienischen Reformismus verkenn
wollte man nur das Streben nach parlamentarischen Erfolgen, wie sie Bü
nisse mit anderen Parteien und Unterstützung des Kabinetts gewähren,
sein Merkmal ansehen. Ohne seinen theoretischen Wurzeln nachzugehen,
vielleicht nicht mehr in die Voraussetzung des Klassenkampfes einmünd
sondern Nahrung und Halt aus der Annahme der Solidarität der Klas
ziehen, findet man ein grundlegendes Unterscheidungsmerkmal im Syndi
lismus. Die italienischen Reformisten sind Syndikalisten und waren es sch
ehe der revolutionäre Syndikalismus aufkam. Sie halten die Gewerkschaf
für die berufenen Träger der sozialen Umgestaltung. Die Partei als V
einigung von Menschen eines Zieles und eines Programms hat für sie
noch Anspruch auf Pietät, wenn man nicht vorzieht, sie als „Kirche“ o
„Sektierergemeinde“ einfach zu verhöhnen. Dem weit umfassenderen Or
nismus der Gewerkschaften und der Berufsverbände der Beamtenschaft,
dessen Gehirn die Parlamentsfraktionen der äußersten Linken funktionie
sollen, vertraut der Reformismus die Zukunft des Proletariats an. Die w
schaftlichen Organisationen drücken die Bedürfnisse aus, und ihre Sachwal
im Parlament suchen den Punkt des geringsten Widerstandes, um die e
sprechenden Forderungen zu verwirklichen. Ein sozialistisches Programm
dabei ganz überflüssig.

Einen Versuch auf diesem Gebiet des Nurgewerkschaftlertums hat nun
Zusammenkunft pro Amnestie dargestellt. Gegenüber den zahlreichen V
urteilungen, die die starke Streikbewegung Italiens sowie auch die an
militaristische Propaganda gezeitigt hat, wurde anfangs des Jahres der G
danke einer Agitation pro Amnestie lanciert. Die Zentralorganisation
italienischen Zentralverbände, die ganz unter reformistischem Einfluß stehe
Konföderation der Arbeit, schickte die üblichen Rundschreiben an alle Mensch
guten Willens, so an die gewerkschaftlichen Zentralverbände, an die Arbe
kammern, an die Landesföderation der Hilfskassen, an den Landesverband
Genossenschaften, an die sozialistische, republikanische und radikale Partei,

alle Abgeordneten der äußersten Linken, an den italienischen Freidenkerbund, an die von den Vertretern der Volksparteien verwalteten Stadtverwaltungen, an die sozialistischen, republikanischen und radikalen Tageszeitungen, an den italienischen Frauenverband, an die Beamtenvereinigung und an den Verband sozialistischer Jugendorganisationen. Die lange Liste befremdete und schien nicht im Einklang mit dem Zwecke. Am 14. März zeigte aber die Konföderation der Arbeit, worauf sie eigentlich hinaus wollte: auf eine große Blockbildung der Linksparteien. In zwei Tagen könne man vielleicht nicht eine Platform für die bevorstehenden Parlamentswahlen vereinbaren, aber man könne sich doch über ein positives Reformprogramm einigen!

Natürlich wird der Parteivorstand stutzig. Die Zumutung, auf einer von der Zentrale der Gewerkschaftsbewegung vom Zaune gebrochenen Zusammenkunft mit ganz heterogenen, wahllos zusammengerufenen Elementen ein Wahlprogramm zu vereinbaren, übertraf denn doch das Maß dessen, was der Parteivorstand sich bieten lassen konnte. Der „Avanti" vom 25. März brachte also ein Communiqué, in dem der Vorstand erklärte, an keiner verbindlichen Beschlußfassung teilzunehmen, die irgendwie die innere Politik der Partei berühre, und in den Beschlußfassungen nichts als Gutachten mehr oder weniger befreundeter oder feindlicher Parteien sehen zu können. Die „Sektierergemeinde" hatte wieder ihre dumme Nase in die großzügige Interessenpolitik des reformistischen Syndikalismus gesteckt.

Die Konferenz kam also zustande. Daß „alle, alle kamen", kann man nicht sagen, denn die meisten der Geladenen blieben aus, so der größte Teil der Abgeordneten der äußersten Linken, der Freidenkerbund, auch die republikanische und radikale Partei hatten nur eine sehr improvisierte Vertretung geschickt. Dafür waren aber viele Ungeladene da, die die gähnende Leere füllten: die Syndikalisten, die Anarchisten und die Vertreter von Lokalgewerkschaften. Die syndikalistischen Vertreter der Lokalgewerkschaften erklärten sich für die echte Vertretung des Proletariats, nahmen vom Volkshaus Besitz und tagten dort auf eigene Faust. In der Parteiabteilung tagte die eigentliche Konferenz weiter, die den Syndikalisten und Anarchisten als Partei je zwei Vertreter zugestehen mußte.

Der Umstand, daß die Katzbalgereien mit den Syndikalisten fast die ganze Zeit ausfüllten, täuschte über die Tatsache hinweg, daß man sich über die Frage, die auf der Tagesordnung stand, nichts zu sagen hatte.

Was in aller Welt konnte man zur Erlangung der Amnestie tun? Für die wenigen Vertreter der bürgerlichen Parteien war das Interesse an der Sache kaum mehr als ein politischer Höflichkeitsakt. Und die proletarischen Organisationen? Mit vollem Rechte wies Turati darauf hin, daß gar kein plausibler Grund vorlag, um die Amnestie zu fordern. Daß viele verurteilt sind, kann doch kein Grund sein, die Gefängnisse zu öffnen. Die Amnestie ist nur verständlich, wenn man mit ihr einen Strich unter die Vergangenheit macht, und das pflegt man nur zu tun, wenn diese Vergangenheit innerlich überwunden ist. Hat der Klassenkampf in seinen scharfen Formen — Streik, Boykott, Einschüchterung der Streikbrecher — die zahlreichen Verurteilungen herbeigeführt, so kann man mit der Vergangenheit nur aufräumen, indem man von diesen Formen abläßt. Turati steht natürlich nicht an, dieses Ablassen zu befürworten: gesetzliche Regelung der Schiedsgerichte, des kollektiven Arbeitsvertrags, Abgehen von Streik- und Boykottmethoden, die die Gesell-

schaft aushungern, das müsse man anstreben. Hat man diese neue Basis für den gewerkschaftlichen Kampf geschaffen, so sei auch die Stunde für die Amnestie reif.

Während so Turati eine Situation schaffen will, aus der heraus die Amnestie für die Bourgeoisie logisch ist, wollen die Syndikalisten die Amnestie erzwingen. Und zwar durch den Generalstreik mit Unterbrechungen, vor allem den landwirtschaftlichen Generalstreik, bis zum Sterben des Viehes und dem Verderben der Ernte. Zuletzt warteten sie noch mit dem Vorschlag auf, die Abgeordneten der äußersten Linken sollten ihr Mandat zugunsten der Verurteilten niederlegen. Als dieser Vorschlag so wenig ernst genommen wurde, wie er gemeint war, zogen sie sich protestierend zurück, um mit den anderen Sezessionisten im Volkshaus weiterzutagen.

Was sagte die Konföderation der Arbeit, die die Zusammenkunft organisiert hatte? Genosse Rigola erklärte, sie werde ihren Weg weitergehen, das Proletariat aufklären und organisieren: den Generalstreik halte sie für unangebracht, in bezug auf gesetzliche Maßnahmen sei sie skeptisch. Ja, wenn man nur seinen Weg weitergehen wollte, was brauchte es da dieser Zusammenkunft? Wir sind fest überzeugt, daß die Gewerkschaften gegenüber dem Verlangen nach Amnestie nichts anderes tun können, als ihren Weg weitergehen, da sie die Methoden, die die Opfer gezeitigt haben, nicht aufgeben dürfen, und andererseits nicht die Kraft haben, die Regierung zu zwingen. Wozu dann aber die Konferenz? Kaum waren also die Syndikalisten weg, so ging einstimmig die folgende Tagesordnung Cabrini durch:

„Die Zusammenkunft erkennt die Notwendigkeit einer schnellen Amnestie für die wegen politischer Vergehen und Ausübung ihres Streik- und Boykottrechtes Verurteilten an und erachtet das Einvernehmen aller politischen und wirtschaftlichen Organisationen, die die parlamentarische und gewerkschaftliche Aktion für untrennbar halten, für geboten, um Maßregeln durchzusetzen, die dem Klassenkampf weniger barbarische (piu civili) Formen verleihen können; sie weist den Vorschlag des Generalstreiks zurück, der den politisch Verurteilten nicht helfen und den reaktionären Geist der herrschenden Klassen verschärfen würde, und beauftragt die Konföderation der Arbeit und die Parteien der äußersten Linken, sich wegen der diesen Grundsätzen entsprechenden Aktion ins Einvernehmen zu setzen."

Die Konferenz begnügte sich also, die Aufgabe, die sie zu lösen zusammengetreten war, anderen zu stellen!

Die beiden Vertreter des Parteivorstandes stimmten für diese Tagesordnung mit folgenden Einschränkungen: 1. daß die Zurückweisung des Generalstreiks nicht prinzipielle Bedeutung habe, 2. daß das Einvernehmen mit den anderen Parteien sich auf die vorliegende Agitation beschränke, 3. daß die etwa zu fordernden Mittel, die dem Klassenkampf mildere Formen verleihen sollen, nicht als Vorbedingung und gleichsam Preis der Amnestie zu betrachten seien.

Man hat dann ausgerechnet, daß diese Tagesordnung, die den status quo ante festsetzt, mit 500000 Stimmen angenommen worden ist. Mit demselben Rechte konnte man jede andere beliebige Zahl ausrechnen, da ja die Parteien mit ihrer ganzen Mitgliederzahl gezählt werden konnten. Die Freude der großen Zahl hatte man billig: hatten doch die meisten Delegierten ihr Mandat gar nicht von der Mitgliederversammlung, sondern von den Exekutivkomitees erhalten, so daß die ganze Abstimmung, bei der ein Delegierter 50000 und

…hr Stimmen in die Wagschale warf, eine Farce war. Im übrigen gewinnt …e Ohnmachtserklärung nicht dadurch, daß sie mit starker Stimmenzahl ab…geben wird.

Als Ergebnis hat man: vollständigen, restlosen Mißerfolg in Sachen der …nnestieagitation, was ja in der Fragestellung selbst eingeschlossen lag, und …enso vollständigen, restlosen Mißerfolg in bezug auf die Beteiligung der …rwandten Parteien, die mehr politischen Sinn gezeigt haben als die Sozia…en, und die ganze Sache nur als interparteilichen Höflichkeitsaustausch auf…faßt haben. Ohne diese beiden Mißerfolge wäre das Fiasko der Zusammen…nft ins Kolossale gewachsen. Man vergegenwärtige sich die Liste der Ein…adenen. Wenn all diese grundverschiedenen Vereinigungen Vertreter geschickt …tten, wirklich mit der Absicht, zu diskutieren, wenn die syndikalistischen …örenfriede es zu dem eigentlichen Zwecke der Zusammenkunft hätten kommen …ssen, eben zu dem berühmten „positiven Reformprogramm": es wäre ja ein …haos aller politischen Begriffe, eine babylonische Verwirrung entstanden, die …h im besten Falle zu der Einsicht klären konnte, daß jede Möglichkeit der …rständigung ausgeschlossen war! Die mühsam gegliederten Interessenorgane …r Gesellschaft wieder in einen Ursumpf zurückführen wollen, um eine ge…einsame Aktion zu fordern, aus der Auflösung der in Kämpfen erworbenen …genart und Eignung für spezifische Aufgaben, das wäre ein eminent reaktio…irer Versuch, wenn er nicht eben einfach sinnlos wäre.

Das Fiasko der römischen Konferenz zeigt uns, daß die Konföderation der …beit politisch noch wenig reif ist, da sie sich die Initiative dazu aufdrängen …ß. Sie zeigt uns ferner, daß jener Mailänder Reformismus, der der geistige …ater des Unternehmens war, die Bundesgenossen, die er von rechts für den …planten Wahlblock erwartet, falsch einschätzt und sich für weit mehr um…orben hält, als er tatsächlich ist. Und sie zeigt uns auch schon den Punkt, …o sich die Gewerkschaftsbewegung vom Reformismus trennen muß, falls die …instige Konjunktur der italienischen Industrie anhält. Der Reformismus ist …r die milden, gelinde wirkenden Mittel. Alles, was die Bourgeoisie vor den …opf stößt, ist für ihn verfehlt, unter anderem, weil es den Plan der großen …onzentration aller Linksparteien hemmt. Aber die Gewerkschaften müssen …n einmal, bei allem Streben, unnütze Opfer zu vermeiden, die Bourgeoisie …r den Kopf stoßen, weil ihre Siege eben Niederlagen der herrschenden Klassen …nd, weil der Klassenkampf nicht in der Form, sondern im Wesen liegt. Wir …auben, daß nur eine Periode wirtschaftlicher Krise den Bruch zwischen dem …eformismus und dem Gros der Gewerkschaftsbewegung aufhalten kann. So …nmündig die italienische Gewerkschaftsbewegung auch ist und geflissentlich ge…alten wird, so wird man sie doch nicht dazu bringen können, die Kraft, die …e hat, nicht zu gebrauchen und sich durch Gesetze selbst zu knebeln.

Die ungeschickte Offenheit, mit der der sonst so diplomatische Reformismus …iesmal seine Wesenheit gezeigt hat, vereint mit der Haltung der Parlaments…aktion während des jüngsten Generalstreiks, läßt die Hoffnung offen, daß …ie Zeiten der innerparteilichen Konfusion ihrem Ende entgegengehen. Jener …eformismus, der die Daseinsberechtigung der Partei negiert und der gleich…itig dem schweren Kampfe des Proletariats so fern steht, so meilenfern, wie …uratis glattes gemäßigtes Wort dem pochenden heißen Grimm, den prole…rische Selbstdisziplin in den Protest des Generalstreiks eindämmte, jener …eformismus, der nur mühsam hinter etwas Demagogie seine Verachtung des

Pöbels verdeckt, kann er noch weiter dem italienischen Sozialismus, de
begeifert und verlacht, zugesellt bleiben, bloß weil die Pression des Syndik
mus beide zusammenpferchte? Wird der „Integralismus“ sich auf dem näch
Parteitag nicht auf seinen proletarischen Ursprung zurückbesinnen, wie sich
Parteivorstand auf sich selbst besonnen hat, als er gegen das Nurgewerkschaf
tum mit demokratischer Beilage Verwahrung einlegte und als er der Frak
gegenüber das Recht des Generalstreiks vertrat? Die Aushöhlung des
tegralismus ist dem Reformismus ebenso mißglückt wie die römische Konfer
für die er die Konföderation der Arbeit Schaden und Spott hat tragen las

---

Briefe aus New York.

Von **Algernon Lee** (New York).

**Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten und Sinken der Löhne und Kapi
konzentration. — Anarchistenschwindel und Polizeibrutalitäten. — Die Pa
wächst. — Das Antiboykotturteil. — Ein gescheiterter Einigungsversuch
sozialistischen Partei.**

Die industrielle Depression dauert in unserem Lande noch fort. Die Z
nahme an Arbeitslosen war vielleicht seit meinem letzten Briefe ke
bedeutende; aber von einer Abnahme kann auch nicht die Rede sein. Zw
hieß es Woche für Woche, daß die Fabriken ihre Tätigkeit wieder aufnehm
doch diesen Berichten stehen wieder andere gegenüber, die von Schließung d
Betriebe oder Reduzierung der Arbeitskräfte erzählen. Nach zuverlässig
Meldungen standen am 1. April auf der Lohnliste der Eisenbahnen in d
Vereinigten Staaten 345000 Mann oder 20 Prozent weniger als im letzt
Oktober. Ein Organ der Textilindustrie schätzt, daß die Tätigkeit der Text
fabriken des Landes auf unter 75 Prozent ihrer normalen Leistungsfähigk
herabgedrückt sei. In der Stahl- und Eisenindustrie wäre 60 Prozent no
zu hoch gegriffen, und in der Kupferindustrie steht es nicht besser. I
Februar veröffentlichte das staatliche Arbeitsamt die Resultate einer Unte
suchung über die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in der Stadt New Yo
Die Untersuchung erstreckte sich auf 92 Gewerkschaften in einem Dutzend I
dustrien mit 62120 Mitgliedern; von diesen waren nicht weniger als 226
oder 36 Prozent seit Beginn des Jahres arbeitslos. Sicherlich war die Za
der Arbeitslosen in anderen Gewerkschaften nicht geringer und unter den U
organisierten noch größer. Auch hat sich seither die Lage nicht gebessert. W
könnten noch mehr Ziffern bringen, allein diese genügen, um zu zeigen, d
in den letzten vier bis fünf Monaten mindestens ein Fünftel der Lohnarbeit
in der Textilbranche, in den Bergwerken und im Verkehrswesen der Ve
einigten Staaten zu unfreiwilliger Muße verdammt war.

Die Arbeitsgelegenheiten vermehren sich also noch nicht, dafür aber sinke
die Löhne in den noch tätigen Betrieben noch immer rapid. Am 16. Mär
wurde 45000 Angestellten der Baumwollfabriken von New England der Loh
um 10 Prozent gekürzt; am 30. März folgten weitere 60000 und am 6. Apr
sind nochmals 60000 davon betroffen worden. Und statt daß sie hoffe
dürfen, ihr Lohn werde in Bälde wieder steigen, hat man ihnen sogar ein
weitere Reduktion in Aussicht gestellt. Einige Eisenbahngesellschaften begann

Januar die Löhne zu beschneiden, und seither verging keine Woche, ohne ; eine oder die andere Tausenden von Leuten den Lohn um 5, 10 oder Prozent herabsetzte. Eine Zeitlang hies es, die Bahnarbeiter wollten zur wehr dieser Lohnkürzungen in einen allgemeinen Streik treten; aber bei der Un- l von Arbeitsuchenden hätte ein solcher Streik kaum Aussicht auf Erfolg ge- ot. Gegenwärtig (Anfang April) sind 250000 Weichkohlengräber ohne Arbeit, die Gewerkschaft der Bergarbeiter einen Streik proklamierte, um die ver- igten Grubenbesitzer zu zwingen, daß wenigstens zu denselben Bedingungen itergearbeitet wird wie bisher, während die Besitzer auf Herabsetzung der hne und noch einigen anderen Zugeständnissen bestehen. Man hofft noch auf e baldige Einigung, aber die Möglichkeit eines Riesenstreiks ist vorhanden. fenbar erscheint den Unternehmern der Zeitpunkt günstig nicht nur zur rabsetzung der Löhne, sondern noch mehr zur Beseitigung der Sympathie- eiks; sie könnten dann mit den Arbeitern jeder einzelnen Mine separat ver- ndeln. Man kann jedoch mit Bestimmtheit annehmen, daß die Arbeiter nicht ne Kampf nachgeben werden.

Seit meinem letzten Briefe sind die Preise der Lebensmittel etwas herunter- gangen, doch in Anbetracht der sehr schlechten Geschäftslage verhältnismäßig nig. Für den Lebensunterhalt der arbeitenden Klasse bedeutet diese Preis- abſetzung praktisch so gut wie nichts. Denn wenn auch, wie immer um se Jahreszeit, Eier, Butter und Milch etwas billiger wurden, so wird dies rch die Preiserhöhung aller Fleischsorten reichlich aufgewogen. Die Wohnungs- eten sind kaum merklich gefallen, alles in allem vielleicht um 5 Prozent, d ebenso die Kleiderpreise. Im ganzen aber standen die Preisverminde- ngen durchaus in keinem Verhältnis zu dem verminderten Einkommen der eiten Volksmassen; der Detailhandel leidet darunter auch noch mehr als tten im Winter, wo viele Arbeiter noch etwas von ihren Ersparnissen aus r „Prosperitätszeit“ besaßen. Daher wird auch jede Woche von ungeheuer elen Bankrotten berichtet, deren Mehrzahl sich aus dem Kleingewerbe und m Detailhandel rekrutiert.

Und diese Depression hindert das Wachstum der großen kapitalistischen nternehmungen nicht nur nicht, sondern befördert sie noch. Eine der be- utendsten unter den zahlreichen Vereinigungen der jüngsten Zeit ist die erschmelzung der beiden Haupteisenbahnnetze unserer südlichen chwesterrepublik, der mexikanischen Zentraleisenbahn und der National- enbahn von Mexiko durch eine hauptsächlich aus New Yorker Finanz- uten bestehende Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 460 Mil- onen Dollar.

Der Kongreß debattiert augenblicklich noch über die Aldrich- und Fowler- ill, um das Bank- und Kreditwesen zu „reformieren“, das heißt deutlich sprochen, um das Finanzministerium zu ermächtigen, in Zukunft noch weiter gehen als früher, wenn es gilt, den Unternehmern aus der Wall Street in eiten eines Finanzkrachs beizuspringen. Wir müssen bemerken, daß Senator ldrich, der Urheber dieses vielbemerkten Gesetzentwurfs, der Schwiegersohn . D. Rockefellers ist. Kommentar überflüssig. Über der Beschäftigung mit eser Bill zugunsten der großen Finanzleute hat der Kongreß noch keine Zeit funden, auf den lauten Schrei der Arbeiter nach Erleichterung ihres Elends nd Befreiung aus der Qual der Arbeitslosigkeit zu hören. Die demokra- sche Minorität — die sich als Repräsentant der „breiten Volksmassen“ oder

der „großen Mittelklasse“ fühlt — ist genau in derselben Lage wie die rep
blikanische Majorität, „die Partei der Trusts“. Über Fragen des Bank- u
Kreditwesens, der Eisenbahntarife und noch manch andere Fragen sind
uneinig; aber sobald es sich um die Gesetzgebung für die Befreiung der Arbeit
klasse handelt, gleichen sich ihre Ansichten wie zwei Blätter weißen Papie

Die Fortdauer der industriellen Depression zeitigt zweierlei Früchte. Ein
seits werden große Massen von Arbeitern durch das Elend, das mit jed
Monat der Arbeitslosigkeit und mit der Erschöpfung ihrer geringen Ersp
nisse wächst, zu plötzlichen Kundgebungen und Demonstrationen getrieben, d
die Gemüter der herrschenden Klasse mit wahrem Schrecken erfüllen. Unse
Bourgeoisie ist in gewisser Hinsicht viel unwissender als die der meisten eur
päischen Länder; sie vermag die wahre Natur historischer Ereignisse nicht
erfassen und sieht in solchen Zeiten wie die jetzige nur, daß ihre Profite, ih
Macht und das, was sie „öffentliche Ordnung“ nennt, bedroht sind. Dab
ist sie der Theorie und dem Gefühl nach wütend individualistisch und zeichn
sich durch die unbezähmbare Gier, durch die Tollkühnheit und durch jen
Hang zur brutalen und willkürlichen Gewalt aus, die Kautsky in sein
„Sozialen Revolution“ als das spezielle Kennzeichen der Finanzbourgeoi
oder einer Bourgeoisie bezeichnet hat, die von ihren finanziellen Element
beherrscht wird. In Zeiten der Prosperität, wenn ihre Kassen gefüllt sin
schwelgt unsere Bourgeoisie in ostentativer Freigebigkeit, in Werken der Mil
tätigkeit und Philanthropie ebenso wie in übertriebenem Luxus, und zwar
Hause wie in der Öffentlichkeit. Aber sie hat nicht so viel gesunden Mensche
verstand, um zu begreifen, daß in Zeiten der Krisis, wo Millionen Mang
leiden und Hunderttausende am Verhungern sind, sie ihre öffentliche u
private Armenfürsorge vervielfachen müßte. Nein, jetzt, wo die Reichen ih
Ausgaben für Diamanten und Automobile beschränken müssen, können sie do
nicht auch noch den Armen geben! Wie kann man jetzt erwarten, daß sie d
Hungrigen speisen, die Nackten kleiden und diejenigen beherbergen, die a
ihren elenden Häusern gestoßen wurden, weil sie ihre Miete nicht zahlen konnte

In der Geschichte unseres Landes gab es keine Zeit, in der die Ford
rungen an die Wohltätigkeitsinstitute so zahlreich waren wie jetzt; und n
waren die Beiträge der Reichen zur Erhaltung dieser Institutionen so gerin
wie in den letzten sechs Monaten.

Die Armen werden unruhig, schreien, verzweifeln. Verlautet irgendw
die Nachricht, daß ein Unternehmer einige Leute braucht, so belager
Tausende den Eingang zur Fabrik, wo ein Dutzend Hände benötigt werde
Sie drängen vorwärts, sie stoßen sich, sie brüllen. Man ruft die Polizei!

Die Obdachlosen, die die Türen der Asyle und Missionen verschlosse
finden, versammeln sich in den Straßen, sie murren, einige betteln, einig
stehlen, einige wenige werfen die Fenster ein. Man ruft die Polizei!

Einige gehen zu den Behörden oder in die Häuser der Reichen und b
stehen darauf, daß man sie anhört. Man ruft nach der Polizei!

Die Arbeiterorganisationen berufen Massenversammlungen auf die öffent
lichen Plätze ein, um die Zahl der Arbeitslosen vor Augen zu führen un
deren Forderungen zu vertreten. Man ruft die Polizei und prügelt ihnen Zu
friedenheit ein!

Das ist der Weisheit letzter Schluß bei der Bourgeoisie der Vereinigte
Staaten! Und weil unsere Bourgeoisie selbst korrumpiert, ungesetzlich un

gewalttätig ist, so nimmt sie natürlich an, daß diese unangenehmen Schaustellungen der öffentlichen Unzufriedenheit das Werk verbrecherischer Agitatoren und Verschwörer sind. Sie erhebt ein mörderisches Geschrei gegen die Anarchisten und gerät in einen förmlichen Paroxismus von Angst und Furcht. Unterdrückt die Anarchisten! Jagt sie hinaus, verbannt sie, sperrt sie ein, hängt sie, nur fort mit ihnen und rettet die Gesellschaft!

Und wer sind die Anarchisten? Nun, ein Anarchist ist „ein Feind der Gesellschaft". Alle diese unangenehmen Gesellen, die nach Abhilfe der Not schreien, sind offenbare Feinde der Gesellschaft, folglich sind sie alle Anarchisten; also jagt sie hinaus!

So folgert unsere Bourgeoisie; und in der amerikanischen Polizei, die brutaler und in ihren höheren Regionen korrupter ist als irgendwo im westlichen Europa, findet sie ein willfähriges und vortrefflich geeignetes Instrument zur Ausführung ihrer Absichten.

Der Präsident Roosevelt hat dieser Anarchistenhetze beigestimmt, wie seine Haltung im Haywoodprozeß und bei anderen Anlässen zeigte. Einer italienischen anarchistischen Zeitung, „La Questione sociale", die in Paterson (New Jersey) erscheint, ist schon der Vertrieb untersagt unter der Anklage „der Aufreizung zur Gewalt". Während des letzten Monats erwog der Senat ernsthaft eine Bill, die dem dritten Assistenten des Generalpostmeisters die Macht gegeben hätte, nach eigenem Belieben, ohne Möglichkeit einer Appellation an die Gerichte, jeder Zeitung das Privilegium des Portos zweiter Klasse wieder zu entziehen, die er für unwürdig desselben hielt, das heißt er sollte die Zeitung zwingen dürfen, für jedes einzelne versandte Exemplar einen Cent Gebühr zu bezahlen, statt der normalen Zeitungsgebühr von einem Cent pro Pfund. Diese Spitze war, wie allgemein bekannt, hauptsächlich gegen das weitverbreitete sozialistische Organ „Appeal to Reason" gerichtet, das die Wut des Präsidenten erregt hatte. Doch hatte der Senat nicht genug Kühnheit, diese Bill durchzulassen, sondern überwies sie einer Kommission, die sie vielleicht in einem günstigeren Moment wieder aufnehmen soll.

Am 23. Januar wurde eine große Arbeitslosendemonstration durch die Polizei unter deren Chef Shippy auseinandergesprengt. Es wurde in unbarmherziger Weise geprügelt, und viele Personen wurden verletzt. Einige Wochen später trug sich dasselbe in Boston und in noch größerem Maßstabe in Philadelphia zu. In letzterem Falle begnügte sich die Polizei nicht mit dem Prügeln, sondern tötete mehrere Personen und brachte nachher noch einige vor Gericht, vor zahme Bourgeoisrichter, die sie zu ein bis fünf Jahren Gefängnis verurteilten.

Um solche Gewaltakte zu rechtfertigen, bedurfte es des Anscheins anarchistischer Gewalttaten. Die waren leicht zu beschaffen. In Denver war ein offenbar durch das Elend übergeschnappter Italiener namens Alia in eine katholische Kirche gegangen und hatte den Priester am Altar erschossen. Alia sagte, er sei kein Anarchist, und es ergab sich kein Schatten von Beweis für diese Anklage. Aber die Bourgeoispresse brauchte keinen; sie ignorierte absichtlich die Tatsachen und sprach von dem Mörder stets nur als von dem „Emissär" der „inneren Abteilung" der blutdürstigen Anarchisten und Sozialisten; so wie sie bei jeder Gelegenheit noch heute die Gasexplosion in der Börse vom letzten Sommer als „anarchistisches Bombenattentat" hinstellt. Um dieselbe Zeit spielte sich im Hause des Polizeichefs Shippy in Chicago ein

sonderbarer Vorfall ab. Shippy erzählte, es sei zu ihm ein Unbekannter mit einem Brief gekommen; während er diesen las, wurde er argwöhnisch, blickte auf den Fremden und sah, wie dieser sich vorbereitete, ihn (Shippy) zu erschießen. Er griff daher den Fremden an, um sich selbst zu verteidigen, doch in dem Kampf wurde Shippys Sohn totgeschossen, ehe Shippy den Fremden überwältigen und erschießen konnte. Der Mann wurde als ein russischer Jude Averbuch erkannt und hatte, soweit man feststellen konnte, keine revolutionären Beziehungen. Es ergaben sich viele Widersprüche in Shippys Erzählung, und als besonders verdächtig mußte es erscheinen, daß er den erwähnten, geheimnisvollen Brief nicht vorweisen konnte. Das von unserem Genossen A. M. Simons redigierte Chicagoer Blatt „Daily Socialist" nahm sich des Falles an und verlangte energisch, daß gegen Shippy Anklage erhoben würde, damit man die Tatsachen prüfen könne. Das wird wahrscheinlich nicht geschehen, aber die Forderung unseres Parteiblattes war insofern nützlich, als es die Leute zum Nachdenken brachte. Die Ansicht wird immer allgemeiner, daß gar kein Brief existierte, daß Averbuch, der die Formen der offiziellen Etikette nicht kannte, ein persönliches Interview mit dem Polizeichef suchte, um ihm seine Leiden zu klagen, daß Shippy mit der bekannten Polizeiroheit sich auf ihn stürzte und ihn hinauszudrängen suchte, daß der arme Teufel Widerstand leistete und dafür mit seinem Leben büßte. Shippys Sohn war jedenfalls nur ein zufälliges Opfer, vielleicht sogar durch einen Schuß seines Vaters getötet. Auch hier hat jedoch die Bourgeoispresse in schamloser Weise von mörderischen Anarchisten- und Sozialistenverschwörungen gesprochen und von deren „geheimen Emissären".

Am 28. März sollte eine große Arbeitslosendemonstration auf dem Union Square in New York abgehalten werden. Die Behörden sagten nicht ja, nicht nein und ließen uns im Zweifel über ihre Haltung bis zum letzten Augenblick, wo es unmöglich war, die Versammlung zu verhindern. Da schickten sie etwa fünfhundert Polizisten, davon hundert zu Pferde, unter dem Kommando eines Inspektors Schmittberger, eines Mannes, der ebenso bekannt ist wegen seiner Brutalität als wegen seiner erwiesenen Bestechlichkeit; ein Meineidiger, der vor jeder Verfolgung gefeit ist, weil er bei der Verhandlung gegen seine Mitschuldigen stets als Kronzeuge auftritt. Er war der richtige Mann für diese Sache, und er setzte alles daran, von den Kapitalisten Vergebung für seine alten Sünden zu erlangen.

Das Komitee entschied sich rasch dafür, keinen Versuch zur Abhaltung eines Meetings zu machen, es mischte sich unter die Menge und riet ihr, die Ordnung streng aufrechtzuerhalten; man solle sich nicht zerstreuen, sondern ruhig in den Seitenstraßen nächst und rund um den Square spazieren, jeder Anweisung der Polizei gehorchen, jedoch nicht nach Hause gehen. Der Rat wurde buchstäblich befolgt. Die Demonstration dauerte volle zwei Stunden. Zwanzig oder dreißigtausend Menschen drängten sich in den Straßen, zuweilen die Marseillaise singend, zuweilen gutmütig die Polizisten hänselnd, indem sie auf Befehl weitergingen oder sich in die Seitenstraßen begaben, aber konsequent immer wieder nach dem Square zurückkehrten. Kein Stein wurde geworfen, kein Schlag wurde geführt, kein beleidigendes Wort fiel seitens der Menge. Das erbitterte die Polizeigewaltigen über alle Maßen. Sie wurden ausfällig, höhnten das Volk „verdammte Anarchisten" und „verfluchte Juden"; einige Personen wurden ohne vorhergegangene Provokation geprügelt, und

idlich wurde den Berittenen befohlen, in die Menge in den Seitenstraßen neinzureiten. Viele der Polizisten „erfüllten ihre Pflicht“ mit augenschein-chem Widerstreben. Nur der wunderbaren, freiwilligen Disziplin dieser von ːr sozialistischen Lehre durchdrungenen Arbeitermassen ist es zu danken, wenn e Demonstration nicht in blutigem Aufruhr endete, wie es der Wunsch der olizei war.

Es war eine höchst eindrucksvolle Demonstration. Bald nach 3 Uhr jedoch, s der größte Teil der Menge sich endlich verlaufen hatte, explodierte eine ombe auf dem Square. Eine große Panik entstand. Die zurückgebliebene lenge floh nach allen Seiten, die Polizei hieb auf sie ein und ritt sie auf ːr Flucht nieder. Viele wurden verhaftet, doch die Polizei konnte nichts iden und mußte sie wieder entlassen. Ein Mann wurde auf der Stelle ırch die Bombe getötet, ein zweiter tödlich verwundet. Die allgemeine An-cht, selbst der Polizei, geht dahin, daß der letztere, ein gewisser Silberstein, e Bombe eben werfen wollte, als sie in seiner Hand explodierte. Einige eugen sagten aus, der nachher Getötete habe sie ihm gegeben.

Dieses Ereignis hat natürlich in den Augen oberflächlicher Personen das ühere brutale und willkürliche Vorgehen der Polizei gerechtfertigt. Und die aktionäre Presse, wozu auch die des berühmten „Radikalen“ Hearst zu rechnen :, benützte die Gelegenheit, nach strengerer Unterdrückung der gefährlichen gitatoren aller Art zu schreien. Der „Herald“, der als das amerikanische rgan der russischen Regierung bekannt ist, geht sogar so weit, daß er die eportation einheimischer Bürger fordert, wenn sie zu „Empörung und Klassen-ıß“ auffordern; er möchte am liebsten auch noch die Settlementarbeiter (die : den Arbeiterkolonien untergebrachten) zu den „lästigen Bürgern“ rechnen.

Das Geheimnis dieses Bombenwurfs wird vielleicht niemals aufgeklärt erden. Selbst die Polizei scheint nicht zu behaupten, daß eine anarchistische ruppe etwas damit zu tun hat. Ihre Erklärung lautet, Silberstein sei elend ıd verzweifelt und besonders überreizt gewesen, weil er bei einem anderen leeting einige Wochen vorher von der Polizei niedergeknüttelt worden war. uch besteht der Verdacht, daß ein Lockspitzel von Beruf seine Hand im Spiele ıtte. Ist es doch eine wohlbekannte Tatsache, daß es von russischen Spitzeln . New York wimmelt. Ebenso bekannt ist, daß einige von ihnen mit der olizei und den Privatdetektivs in Verbindung stehen.

Es liegt auf der Hand, daß ein Bombenwurf sowohl die große hiesige ıssische Flüchtlingskolonie als auch die Arbeiterbewegung im allgemeinen skreditieren müßte. Die ganze Wahrheit werden wir wohl niemals erfahren. Bir können nichts tun, als für die Aufrechterhaltung unserer Rechte der freien :ede, der freien Presse und der Versammlungsfreiheit einzutreten und unsere ropagandistische und organisatorische Tätigkeit noch energischer fortzusetzen. lücklicherweise scheinen die Mitglieder der Partei nicht im geringsten demo-ılisiert oder durch die Affäre entmutigt zu sein.

Macht die industrielle Depression unsere Lage noch schwieriger, indem sie :ele der davon Betroffenen zur Verzweiflung treibt und die der amerikanischen ourgeoisie eigentümliche Grausamkeit noch mehr hervorruft, so verstärkt sie ıdererseits die Reihen unserer Partei.

Wir zählen die Mitgliederzahl unserer Parteiorganisation vermittels der ːonatlichen Beitragsmarken, die das Nationalkomitee an die staatlichen und ːkalen Organisationen verkauft. 1903 betrug die Mitgliederzahl durchschnitt-

lich für das ganze Jahr 15975; 1904 waren es 23327; 1906 26784, u
der Jahresbericht des Nationalsekretärs von 1907 gibt für dieses Jahr 29
an. Doch geht daraus noch nicht zur Genüge das Wachstum der Pa
hervor. Denn wenn wir die Monatsberichte vom Dezember 1907 und v
Januar und Februar 1908 betrachten, so sehen wir, daß die Zahl der zahlen
Mitglieder während dieser Zeit nicht geringer war als 38027. Und do
waren sicherlich noch viele Mitglieder während dieser Monate arbeitslos u
von der Beitragsleistung befreit, was das rapide Wachstum noch auffallen
macht. Wir haben dies der vereinigten Wirkung der schlechten Zeit und ei
ganzen Reihe von Urteilen gegen Arbeiterorganisationen zu danken, die
Arbeitern die absolute Notwendigkeit der klassenbewußten, politischen Akt
zur Verteidigung ihrer Rechte und zur Erreichung von Verbesserungen zeigt
Es scheint, daß nach mehreren Jahren langsamen Wachstums die sozialisti
Partei Amerikas in eine Periode schnellster Vergrößerung eingetreten ist,
noch die von 1902 übertrifft, wo der große Kohlengräberstreik uns so v
neue Anhänger brachte.

Wir müssen noch eine wichtige gerichtliche Entscheidung erwähnen, die v
obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten einige Tage nach der Absendu
unseres letzten Briefes gefällt wurde. Ein großer Hutfabrikant klagte ge
die Hutmachergewerkschaft (United Hatters of America), die einen Boyk
über seine Waren verhängt hätte, indem sie ihn dadurch zwingen wollte,
seiner Fabrik die Bedingungen der Gewerkschaft einzuführen. Dieser Pro
dauerte drei oder vier Jahre; einander widersprechende Urteile wurden
verschiedenen Instanzen gefällt, von beiden Parteien wurde mehrmals app
liert, und verschiedene Nebenprozesse wurden geführt; endlich kam er vor d
höchste Tribunal. Am 3. Februar fällte dieses die Entscheidung, daß
Boykott ungesetzlich sei, gleichviel ob Gewalt angewendet oder nur damit gedr
worden sei. Der Gerichtshof erklärte, die Gewerkschaft habe durch Verhängu
eines Boykotts „eine Handlung zur Verhinderung der Geschäftsführung“
gangen, die in das Shermansche Antitrustgesetz falle und daher ungesetzl
sei; die Gewerkschaft und ihre Mitglieder seien dadurch haftbar für den d
boykottierten Kapitalisten zugefügten Schaden. Jetzt geht die Sache an
untergeordnetes Gericht zurück; aber die notwendige Folgerung aus dem V
fahren der höchsten Jury ist diese: der Kläger kann dreimal so vi
fordern, als er einbüßte, und außerdem die Kosten des Strafverfahrens u
des Anwalts. Sein Verlust ist in diesem Falle der Profit, den er durch d
Boykott nicht machen konnte; und nach dem Wortlaut des Shermansch
Gesetzes kann er diese Beträge durch Beschlagnahme des Vermögens der G
werkschaft selbst oder sogar des Privatvermögens ihrer Mitglieder erheb
Im vorliegenden Falle gibt der Fabrikant seinen Verlust durch den e
gangenen Profit auf 80000 Dollar an und die Prozeßkosten auf weit
40000, so daß er auf Grund des Urteils den dreifachen Ersatz für den V
lust, also 240000 Dollar, und die Gerichtskosten, zusammen 280000 Doll
(1 1/8 Millionen Mark) von der Gewerkschaft fordert. Vielleicht wird d
Prozeß erst nach den Wahlen im November zu Ende geführt werden.

Diese und noch manch andere feindselige Entscheidung haben die Au
merksamkeit der organisierten Arbeiter auf die sozialistische Propaganda gelen

Im Januar richtete das Nationale Exekutivkomitee der Sozialistisch
Arbeiterpartei, S. L. P. (des sogenannten De Leonitischen Flügels der Arbeite

:wegung unseres Landes), eine Mitteilung an die Sozialistische Partei, S. P.,
: der vorgeschlagen wurde, jede Partei solle ein Komitee von sieben Mit-
iedern wählen, die beiden Komitees sollten zusammentreten und eine Basis
ır Vereinigung zu schaffen versuchen, über deren Annahme oder Verwerfung
ch die Mitgliedschaft der beiden Parteien getrennt aussprechen sollte. Als
Iitglied des Nationalkomitees der Sozialistischen Partei schlug ich vor, diesen
ntrag im Prinzip anzunehmen, ein Komitee zu wählen und zu versuchen,
e Einigkeit herbeizuführen. King aus Michigan, auch eines der Mitglieder
om Nationalkomitee, machte denselben Vorschlag, nur mit einigen kleinen
bänderungen. Zum größten Erstaunen derjenigen, die diesen Weg guthießen,
urden diese Vorschläge mit überwältigender Mehrheit abgelehnt; von den
4 Mitgliedern unseres Nationalkomitees stimmten nur 22 für einen oder
eide Vorschläge; 8 enthielten sich und 34 stimmten überhaupt dagegen, mit
er S. L. P. zu konferieren.

So sehr uns dieses Resultat überraschte und so sehr wir es bedauern, so
nden wir es doch nicht unbegreiflich. Drei oder vier Jahre nach der Spal-
ung von 1899 führten die beiden Parteien einen erbitterten Feldzug gegen-
nander. Nach 1902 hatte jedoch die S. P. so an Stimmenzahl und Mit-
liedern zugenommen, während die S. L. P. an beiden so verloren hatte, daß
ie Feindseligkeiten bald nur mehr einseitige waren. Die S. P., ihre Presse
nd ihre Redner verfolgten mit wenigen Ausnahmen seither die Politik, die
xistenz der anderen Organisation zu ignorieren, während diese ihrerseits die
eftigkeit ihrer Angriffe erst seit drei Monaten milderte; sie verschwendete den
rößten Teil ihrer Kraft darauf, die S. P. als eine Herde von „Fakiren der
Arbeit", von „Politikern der Mittelklasse" zu denunzieren usw. Als nun der
inigungsvorschlag kam, waren die meisten unserer Kameraden nicht gesonnen,
ın sogleich anzunehmen.

„Noch vor ein paar Wochen", sagten sie, „leugnete die S. L. P. aufs
eftigste, daß wir überhaupt Sozialisten wären, und verdächtigte sogar unsere
ersönliche Ehrenhaftigkeit. Wir glauben nicht an eine so plötzliche Sinnes-
nderung. Dies ist bloß ein schlauer Kniff von seiten der S. L. P. Sie wissen,
aß sie bei der bevorstehenden Wahlschlacht eine traurige Figur machen
erden, und so wollen sie von der Kraft und dem Ansehen profitieren, das
ie S. P. trotz ihrer Angriffe in jahrelangem mühseligen Ringen sich erwarb.
aben sie die Überzeugung, sich über uns getäuscht zu haben, so mögen sie
ls einzelne Individuen zu uns kommen, fangen wir aber an, mit ihnen zu
onferieren, so erweisen wir ihnen nur eine Anerkennung, die sie nicht ver-
ienen; außerdem wird wahrscheinlich das einzige Ergebnis sein, daß wir
ieder in häßliche und müßige Streitigkeiten hineingezogen werden."

Und trotzdem wir es bedauern, so können wir uns über dieses Urteil nicht
ehr wundern. Auch die unter uns, die eine Zusammenkunft befürworteten,
aren durchaus nicht allzu sanguinisch über die wirkliche Herstellung der
inigkeit. Wir hatten schon zu böse Erfahrungen mit der S. L. P. gemacht.
Es hätte uns gar nicht überrascht, wenn auf der Konferenz Bedingungen vor-
eschlagen oder Auslegungen über die Basis der Einigkeit gemacht worden
ären, über die eine Übereinstimmung ausgeschlossen gewesen wäre. Wir
ühlten jedoch, daß wir alles tun müßten, was in unserer Macht stand, der
Spaltung der sozialistischen Kräfte ein Ende zu bereiten, wenn es dazu eine
Möglichkeit gab. Daher mußten wir den Vorschlag als in gutem Glauben

gemacht annehmen, und erwies sich die Konferenz als wertlos, so war d die Verantwortung dafür vor den Augen der Arbeiterklasse und der in nationalen Bewegung nicht auf unserer Seite.

Doch versteht es sich von selbst, daß wir uns der Abstimmung fügten u daß die Frage für den Augenblick beiseite gelegt ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von **J. Karski.**

Die Börsengesetznovelle. — Die neuen Anleihen Preußens und des Reiches. — Die deutschen Großbanken im Jahre 1907. — Die Konzentration im Ba gewerbe. — Das Fortschreiten der Krise.

Der Preis für den beispiellos gemeinen Verrat der Volksrechte seitens d Freisinnigen ist eingeheimst: die Reform des Börsengesetzes von 1896 ist un Dach und Fach. Der Preis ist über alle Maßen dürftig, die Reaktionäre zahlen die ihnen geleisteten Dienste lumpenhaft, und trotzdem tut der Freisi sehr zufrieden!

Denn es ist zu betonen: die Agrarier haben gar keine Zugestän nisse gemacht. Für sie handelt es sich allein um den Terminhandel mit G treide, und dieser bleibt verboten, ja, das neue Gesetz schafft noch schlimm Zustände, als sie bisher bestanden. Die Agrarier sind gegen den Terminhand weil er angeblich den Preis drückt. So allgemein genommen ist der S falsch. Richtig ist dagegen nur, daß die Spekulation à la baisse ohne d Terminhandel einen schwereren Stand hat als die Spekulation à la haus Den Terminhandel verbieten bedeutet daher keineswegs die Spekulation a schließen, sondern es bedeutet einzig die Spekulation erschweren, soweit sie ei Herabsetzung der Preise bewirkt, sie begünstigen, soweit sie zu einer Pre steigerung führt. Nun hat die Erfahrung gelehrt, daß der Zweck des Gesetz überhaupt nicht erreicht wird: spekuliert wird in Getreide nach wie vor, n geschieht es außerhalb der Börse, auf Grund von Lieferungsverträgen, aber ebensogut „reine Differenzgeschäfte" sein können wie reelle Hande geschäfte, genau wie der Terminhandel an der Börse. Da aber diese Geschä unter Ausschluß der Öffentlichkeit sich vollziehen, entsteht für die Allgemei heit ein doppelter Schaden: erstens fallen die zuverlässigen Preisnotierung der Börse fort, zweitens wird auf diese Weise den Großbetrieben im Getrei handel ein Übergewicht verschafft, indem sie um so leichter den Markt b herrschen, je weniger übersichtlich die Lage ist. Warum der Terminhand trotz des Ausschlusses solcher Geschäfte von der Börse fortbesteht, das erklä sich aus seiner wirtschaftlichen Notwendigkeit. Diese Form des Handels ka nämlich zu waghalsiger Spekulation führen, sie dient aber dem Wesen na dazu, das Risiko zu mindern. Dies geschieht durch die Arbitrage.[1] Ein G treidehändler oder Müller muß im voraus kaufen, der eine, um stets se Kundschaft bedienen zu können, der zweite, um seinen Betrieb ununterbroch aufrechtzuhalten. Nun sind aber die Getreidepreise, besonders in einem Lan

---

[1] Bei der Arbitrage wird berechnet, welchen Preis eine Ware gleichzeitig an ve schiedenen Börsenplätzen des In- und Auslandes hat, wobei man sie am billigst Orte einkauft, am teuersten verkauft.

e Deutschland, das auf die Zufuhr von Getreide angewiesen ist, stets be-
utenden Schwankungen unterworfen, und demgemäß ist das Risiko sehr
oß. Wer nun Getreide kauft, für das er erst später Verwendung hat, kann
h durch einen Lieferungsverkauf vor Verlust sichern: er verkauft einfach
s gekaufte Quantum; fällt inzwischen der Preis, dann ist er vor Schaden
wahrt, indem er das gekaufte Getreide dem überläßt, an den er verkauft
t; hat er aber einen Käufer gefunden, der die Ware abnimmt, so „deckt“ er
rück. Diesem Risiko ist der Müller ebenfalls ausgesetzt: er muß Getreide
ben, um den Betrieb fortzuführen, muß also im voraus kaufen, während
das Mehl erst später vielleicht verkaufen kann, wenn der Preis bereits
sunken ist. Durch Ausnutzung der Arbitrage kann er dieses Risiko, wenn
cht ganz ausschließen, so doch wesentlich einschränken, denn der Termin-
ndel sichert ihm, daß er Getreide für den Termin, zu dem er es braucht,
hält, die Preisschwankungen kann er aber durch Verkäufe und Deckungs-
ufe zu seinem Nutzen vermeiden. Außerdem aber ermöglicht diese Arbitrage
e Ausnutzung der Preisunterschiede an verschiedenen Plätzen. Ist der Preis
Liverpool unter der Berliner Parität, so wird von Berlin aus in Liver-
ol gekauft, ist er über dieser Parität, dann wird von Berlin nach Liverpool
rkauft. Das hat zur Folge, daß die Versorgung des Berliner Marktes
sichert ist, daß nicht so leicht plötzlicher Mangel und damit ein Empor-
nellen der Preise vermieden wird. Bei der anarchistischen Produktions-
eise ist eben eine automatische Ausgleichung notwendig, und diese wird not-
irftig durch die ausgebildeten Formen des Handels bewirkt; vernichtet man
ese Formen, so wird der Schaden vergrößert. In der Tat hat denn auch
s Verbot des Terminhandels mit Getreide nur bewirkt, daß die Preis-
hwankungen bei Getreide größer geworden sind, weil das Lieferungsgeschäft
ne Börse ein weniger feinfühliger Mechanismus ist. Freilich läuft dabei
üste Spekulation unter, wenn das Lieferungsgeschäft zum reinen Differenz-
schäft wird, bei dem die Kontrahenten gar nicht daran denken, Ware zu
fern, sondern die Auszahlung der Differenz zwischen dem vereinbarten und
m tatsächlichen Marktpreis am Lieferungstag die Grundlage des Geschäftes
ldet. Doch ist diese Art der Spekulation für die Allgemeinheit viel weniger
fährlich als jene, bei der Ware tatsächlich aufgekauft wird, um den Preis
nstlich in die Höhe zu treiben; derartige „Schwänzen“ aber werden nur
if dem Wege des Kassageschäftes gemacht, der Terminhandel wirkt ihnen
tgegen.

Die Agrarier haben ihre guten Gründe, den Terminhandel zu verbieten,
nn er wirkt wie gesagt dahin, fremdes Getreide an den Markt zu bringen,
bald der Inlandspreis in die Höhe geht. Sie betrachten also das Verbot
s Terminhandels als eine Ergänzung des Getreidezolls. Würde es ihnen
lingen, den Terminhandel gänzlich zu unterbinden, so würde das zweifellos
eissteigernd wirken, die Herbeischaffung fremden Getreides würde erschwert
erden. Sie haben, wie gesagt, bei der Börsengesetznovelle nicht das geringste
ugeständnis gemacht, im Gegenteil, die Bestimmungen dieses Gesetzes ver-
eten nicht nur den Terminhandel mit Getreide, sondern sie erschweren auch
och mehr als bisher den Abschluß von Lieferungsverträgen außerhalb der
örse. Die freisinnigen Sklaven des Blockes haben den Interessen des Handels
nd der Allgemeinheit entgegengehandelt, indem sie den Agrariern den Steig-
ügel auch bei dieser Gelegenheit hielten.

Dagegen sind den Interessenten der Fondsbörse einige Wünsche erf worden. Das ominöse Börsenregister fällt fort, der Terminhandel in Papie der Bergwerks- und Fabrikunternehmungen ist zwar nicht ganz freigegeb aber der Bundesrat darf sie genehmigen. Die Beschränkungen des Term handels mit Wertpapieren wurden 1896 eingeführt aus „moralischen Gründe man wollte die Spielwut des kapitalistischen Publikums zügeln und Le die an der Börse nichts zu suchen haben, vor Verlusten bewahren. Die Ziel ist nicht im geringsten erreicht. Die „kleinen Leute“ spekulieren nach vor, nur kaufen sie nicht mehr „Lombarden“ oder „Franzosen“ per Ulti sondern sie kaufen am „Kaffernmarkt“ Shares afrikanischer Gold- u Diamantminen oder lassen sich von den einheimischen Friedbergs oder v Bauernfängern, die irgendwo in Budapest oder London sitzen, einseifen. Allgemeinheit hat an dem Verbot dieser Art des Terminhandels wie an sei Freigabe ein ganz geringes Interesse. Anlaß zum Frohlocken über die „wied gegebene Freiheit“ hat ausschließlich die Bankwelt. Ihr hat der Freisinn ein Dienst erwiesen, indem er sich prostituierte, um die Zustimmung der Kons vativen zu dieser „Befreiung“ durch Annahme des Vereinsgesetzes zu erhande wobei obendrein noch die Konservativen bei diesem winzigen Zugeständnis die Fondsbörse absolut kein Opfer gebracht haben.

Die Finanzreform ist vertagt — in der Finanzverwaltung des Reich wird fortgewurstelt. Aber auch die Finanzen Preußens, die noch vor kurz glänzend schienen, zeigen heute ein bedenkliches Bild, weisen Defizite auf, nur durch Anleihen gedeckt werden können. Infolgedessen sehen sich d Reich und Preußen gezwungen, Anleihen in Höhe von 850 Millionen M anzukündigen: 250 Millionen für das Reich, 600 Millionen für Preuße Damit wächst die fundierte Schuld des Reiches auf 4253 Millionen Ma die Staatsschuld Preußens auf 8563 Millionen. Von diesen Anleihen si am 11. April 650 Millionen Mark zur Zeichnung aufgelegt worden: 250 M lionen Reichsanleihe, 400 Millionen preußische Staatsanleihe. Der Zinsf ist 4 Prozent, der Zeichnungskurs für Stücke, die ins Schuldbuch einzutrag sind, wurde auf 99,30 Prozent, für andere auf 99,50 Prozent fixiert. Üb das Resultat ist offiziell nichts bekannt geworden, aus Mitteilungen der Pre erfährt man, daß 710 Millionen Mark gezeichnet wurden, davon 270 M lionen gesperrt, 440 Millionen frei; weiter heißt es aber, daß die gesperrt Zeichnungen voll berücksichtigt werden sollen, dagegen auf die freien 280 M lionen zugeteilt werden, während 100 Millionen von einem Bankkonsortiu übernommen werden. Das würde bedeuten, daß an ernsthaften Angebot nur 550 Millionen gemacht wurden, und das ist einfach ein blamabl Resultat.

Früher wurden minder günstige Anleiheangebote um das Vielfache übe zeichnet, jetzt erreichen die Zeichnungen nicht das Angebot. Bemerkenswe ist dabei, daß bei der Ankündigung in der Presse mit einer starken Beteil gung des Auslandes gerechnet wurde. In der Tat war das wahrscheinlic da der starke Rückgang der Diskontsätze in Paris und London darauf hi weist, daß dort Geld flüssig ist; eine Anlage, die über 4 Prozent Verzinsu bietet, müßte also für die Engländer verlockend erscheinen. Trotzdem sind d ausländischen Angebote, wie es scheint, gänzlich ausgeblieben. Ein solch Resultat müßte den Finanzkünstlern des Reiches stark zu denken geben, den es beweist, daß im Inland Anleihen schwer unterzubringen sind und das Au

ıd mißtrauisch gegen die Finanzwirtschaft Deutschlands ist. Folglich wird
ch das Weiterwursteln mit Anleihen immer schwerer.
Es verdient hervorgehoben zu werden, daß mit dieser neuen Anleihe
eußen und das Reich definitiv zum 4prozentigen Typus zurückkehren, nach-
m im Jahre 1897 die Konversion auf 3 1/2 Prozent mit gutem Erfolg durch-
führt wurde und seit 1890 wiederholt Anleihen mit 3 Prozent unter
nstigen Bedingungen emittiert wurden. Im laufenden Jahre machte
eußen das Experiment einer Anleihe, bei der eine Herabsetzung des Zins-
zes von 4 Prozent nach zehn Jahren auf 3 3/4 Prozent und nach weiteren
ıf Jahren auf 3 1/2 Prozent vorgesehen war; die Höhe dieser Anleihe war
ht begrenzt, und es wurden 181 Millionen gezeichnet. Damals hieß es, das
inisterium sei mit diesem Erfolg sehr zufrieden. Wenn trotzdem jetzt 4 Pro-
ıt unkündbar bis 1918 angeboten werden, so scheint doch jenes Resultat
ht sehr befriedigend gewesen zu sein.
Die Frage ist, ob diese Rückkehr zu einem höheren Zinsfuß vorübergehend
oder ob sie von Dauer sein wird. Das letztere scheint wahrscheinlicher, da
schiedene Symptome darauf hinweisen, daß der Kapitalmangel in Deutsch-
ıd längere Zeit anhalten wird (siehe die Ausführungen in Nr. 26 der
Neuen Zeit").
Die im März veröffentlichten Berichte der Großbanken lassen nochmals
Vorgänge des Jahres 1907 Revue passieren; es war ein Jahr der Hoch-
ıjunktur, wie es voraussichtlich nicht bald wiederkehren wird. Ganz be-
ıders für die Banken brachte das Jahr reiche Ernte. Der Reichsbank-
kont erreichte die anormale Höhe von 6,033 Prozent im Durchschnitt (im
ıhre 1900, mit dem die vorhergehende Aufschwungsperiode einsetzte, waren
5,33 Prozent), und die Privatbanken hatten daher Gelegenheit, Riesen-
ofite bei ihren Kreditgeschäften einzuheimsen. Allerdings kam dann im
ten Vierteljahr der Rückschlag, bei dem Verluste auch für die Banken nicht
sbleiben konnten, und das bewirkt, daß die Ergebnisse ganz bedeutend hinter
ıen des Vorjahrs zurückstehen.
Am wenigsten konnten diese Verluste naturgemäß die Reichsbank berühren,
ihrend die stürmische Nachfrage nach Kredit ihr auch im letzten Viertel-
ır noch sichere Gewinne brachte. Es sind Rekordziffern, mit denen der
richt aufwartet: der Gesamtumsatz war 299 Milliarden Mark (in den vor-
gehenden Jahren 279, 251, 222, 205, 192 Milliarden); der Gewinn war
,3 Millionen Mark (in den Vorjahren 40,3, 25,4, 26,5, 25,4, 20,0 Mil-
nen); aus diesem Gewinn wurden 9,89 Prozent Dividende an die Anteils-
ner gezahlt (in den Vorjahren 8,22, 6,15, 7,04, 6,18, 5,47 Prozent); der
ichskasse wurden gezahlt 34,5 Millionen Mark (in den Vorjahren 25,5,
,3, 15,9, 12,1, 8,8 Millionen Mark). Der Giroverkehr der Reichsbank ist
turgemäß in steitigem Steigen begriffen; es wurden am Jahresschluß
965 Kontoinhaber gezählt (gegen 23387 im Vorjahr), und die verrechneten
samtbeträge beliefen sich auf 45,3 Milliarden Mark (in den Vorjahren
,0, 37,6, 32,6, 31,1, 29,9 Milliarden Mark). Der gesamte Wechselverkehr
gibt 5565182 Stück im Betrag von 12,3 Milliarden Mark (im Vorjahr
20119 und 10,66 Milliarden Mark). Diese gesteigerte Inanspruchnahme
Bank führte dazu, daß die Steuergrenze stark überschritten wurde und
olgedessen 5600697 Mark Notensteuer zu entrichten waren (im Vorjahr
92349 Mark). Trotzdem die Reichsbank bekanntlich im höchsten Grade vor

Verlusten durch Insolvenzen ihrer Schuldner gesichert ist, mußte die Rese auf zweifelhafte Forderungen mit 2706748 Mark angesetzt werden gegen n 59501 Mark im Vorjahr. Ferner wurden wider Erwarten weitere Verlu infolge der Fälschungen Grünentals aufgedeckt, so daß nochmals 344000 M abgeschrieben werden mußten. Wie groß die Spannung war, ergibt s daraus, daß im Jahresdurchschnitt die Metalldeckung der umlaufenden No und sonstigen täglichen Verbindungen sich auf 40,98 Prozent belief, d niedrigste Satz, der seit Bestehen des Instituts verzeichnet wurde. Das erkl die hohen Diskontsätze.

Sämtliche Privatbanken weisen eine starke Zunahme ihrer Umsätze a was ja sehr natürlich ist bei der forcierten Inanspruchnahme des Kredi. Indessen kann nur die Deutsche Bank mit einer Dividende von 12 Proz wie in den drei letzten Vorjahren brillieren, die Diskontogesellschaft, die Int essengemeinschaft Dresdener Bank-Schaaffhausen, die Nationalbank muß die Dividende herabsetzen, und dabei wurde mit Recht von der Kritik dar hingewiesen, daß eigentlich die Dividendenausschüttung noch stärker hätte e geschränkt werden müssen, denn die Liquidität am Jahresschluß war ungünst. Es wäre verfehlt, wenn man dieses Resultat einzig den Verlusten zuschreib wollte, die durch die Geldkrise heraufbeschworen wurden. Vielmehr kom hierbei wieder der schon oft bemerkte Mißstand im deutschen Bankwesen z Ausdruck, der in der allzu intensiven Verquickung zwischen Bankgeschäft u Industrie besteht. Die deutschen Großbanken begnügen sich nicht damit, d industriellen Betrieben Umlaufskapital vorzustrecken und ihre Wechsel zu d kontieren, sondern sie beteiligen sich selbst an industriellen Unternehmung, indem sie Kapital in Aktien und Obligationen solcher Unternehmungen legen, in einem Maße, das in anderen Ländern, besonders in England ni üblich ist. Auch jetzt also mußten die Banken auf diesen Besitz in Industr effekten große Abschreibungen vornehmen, als infolge der Produktionskrise Rentabilität jener Betriebe stark zurückging. Dieses Verhältnis der Banken z Industrie ist zweifellos volkswirtschaftlich von Übel, weil es das spekulat Element im Getriebe der Produktion verschärft, aber es liegt in der Natur Dinge: da Deutschland ein relativ kapitalarmes Land ist, das in überaus int siver Entwicklung seiner Produktion begriffen ist, mußte diese Form Platz greif.

Dabei führt die Konzentration im Bankgewerbe dazu, daß heute sch tatsächlich die Großindustrie von einer an Zahl geringen Gruppe von Ban vollständig beherrscht wird. Das wiederum führt dazu, daß die Syndika bildung gefördert wird: sehr oft ist es der Einfluß der Banken, der d führt, den Wettbewerb industrieller Betriebe gleicher Art, auf die eine B Einfluß gewonnen hat, auszuschließen.

Das Jahr 1907 war für die Vornahme neuer Konzentrationen im Ba gewerbe nicht günstig. Erstens hatten die Banken vollauf zu tun mit A wicklung der laufenden Geschäfte, und in solchen Zeiten hat man nicht Mu sich mit Fusionsverhandlungen abzugeben, zweitens erfordern solche Fusion in der Regel die Emission neuer Aktien, und dafür war die Lage am Ge markt nicht geeignet. Trotzdem hat sich dieser Prozeß weiter entwickelt. den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" finden wir eine Z sammenstellung hierüber, der wir folgendes entnehmen:

1. Die Gruppe der Bank für Handel und Industrie hat 3 Privatban übernommen und 2 neue Niederlassungen errichtet.

2. Die Gruppe der Deutschen Bank übernahm 4 Privatbanken, errichtete
ieue Niederlassungen, beteiligte sich kommanditarisch an 1 Privatbank.
3. Die Gruppe der Diskontogesellschaft übernahm 10 Privatbanken und
ichtete 8 neue Niederlassungen.
4. Die Gruppe Dresdener Bank-Schaaffhausenscher Bankverein übernahm
Privatbank.
Von anderen Banken wurden 19 Privatbanken übernommen.
Es ist sehr wahrscheinlich, daß jetzt, nachdem die Konjunktur umgeschlagen
d relative Stille im Bankgewerbe eingetreten ist, neue Fusionspläne reifen.
Die Umsätze des Welthandels werden geringer infolge der Krise. Das
gt sich mit besonderer Schärfe im englischen Außenhandel, der nach wie
r von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das erste Quartal des laufenden
ihres brachte eine Verminderung des englischen Gesamtaußenhandels in
zug auf den Wert um 6,8 Prozent. Die Zahlen sind folgende:

	Wert im 1. Quartal 1908 in Pfund Sterling	Abnahme gegen das Vorjahr
Import	160880072	10313910
Export	99250705	2616281
Reexport	20052137	6267829
Summa	280182914	19198020

Dabei weist der März den stärksten Rückgang auf: Import 52115229 Pfund
terling; das ist um 9,7 Prozent weniger als im Vorjahr, Export 32893424 Pfund
terling, um 5,2 Prozent weniger, Reexport 5965255 Pfund Sterling, um
,4 Prozent weniger; insgesamt beträgt der Rückgang des Außenhandels im
ärz gegen das Vorjahr 10,9 Prozent. Da die Preise im allgemeinen ge-
llen sind, so ist der Rückgang in bezug auf die Menge noch größer, als er
diesen Wertziffern zum Ausdruck kommt, doch liegen darüber genaue An-
ben nicht vor. Beim Import sind die Rückgänge besonders stark beim Roh-
aterial der Textilindustrie — Baumwolle, Wolle, Jute, Hanf und Flachs —
00931 Pfund Sterling im März 1908 gegen 14421192 im März 1907.
eim Export weist die Position Baumwollgewebe einen Rückgang auf von
966901 Pfund Sterling auf 6215951, dagegen ist der Wert des ausgeführten
arnes von 1149615 auf 1268894 gegen das Vorjahr gestiegen, was indessen
ineswegs als günstiges Zeichen angesehen werden kann: im Vorjahr war
glisches Garn im Ausland nur schwer erhältlich, weil die einheimische Industrie
el verbrauchte, jetzt kommt es zur Ausfuhr und drückt auf den Markt. Die
usfuhr von Kohle und Koks ist von 2989536 auf 3331189 Pfund Sterling
stiegen, dagegen ist die Ausfuhr von Eisen und Stahl von 4,08 auf 3,23 Mil-
onen Pfund Sterling zurückgegangen, während die Ausfuhr von Maschinen
h etwas gehoben hat: 2,75 Millionen Pfund Sterling gegen 2,51 im März
s Vorjahrs.
Auch in Deutschland ist ein starker Rückgang der Einfuhr von Rohmaterial
ir die Textilindustrie zu verzeichnen. Nach den vorläufigen Ausweisen be-
ug die Einfuhr im ersten Quartal 1908 gegen 1907 in Doppelzentner: Baum-
olle 1599468 gegen 1628635, Merinowolle 319794 gegen 339236, Kreuz-
ichtwolle 286006 gegen 346562. Bei Steinkohlen ist die Einfuhr zurück-
egangen, 18856559 Doppelzentner gegen 24897914, die Ausfuhr gestiegen,
9293004 Doppelzentner gegen 47248042, dagegen ist die Einfuhr von Braun-
ohle gestiegen, 22017368 Doppelzentner gegen 20139530. Der Außenhandel

mit Eisenerzen und Roheisen ist in Ausfuhr wie in Einfuhr zurückgegang
es waren 13,67 Millionen Doppelzentner Eisenerze eingeführt gegen 14,65 M
lionen Doppelzentner im Vorjahr, und 9,22 Millionen Doppelzentner a
geführt gegen 10,91 im Vorjahr; bei Roheisen betragen die Zahlen 589
gegen 602600 und 662200 gegen 899600 Doppelzentner.

Diese Angaben deuten darauf hin, daß in der Textilindustrie die K
sich mit besonderer Stärke fühlbar macht. Damit stimmen überein die N
richten, die über den Geschäftsgang in die Öffentlichkeit dringen. Vor al
wird über das Daniederliegen des Geschäftes in der Konfektionsbranche
klagt, aber auch die Webereien und Spinnereien sind schwach beschäftigt u
greifen zu einschneidenden Einschränkungen der Produktion. Ebenso sind
charakteristisch die lauten Klagen über den Rückgang des Absatzes in
Warenhäusern, der auch in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Z
sammenbrüchen dieser Unternehmungen gezeitigt hat. Daß gerade auf dies
Gebiet die Krise sich besonders scharf äußert, ist sehr erklärlich: es ist die v
minderte Kaufkraft der Massen, die dazu führt, den Konsum einzuschränk
und die größere Sparsamkeit äußert sich vor allem darin, daß weniger Kleidu
Haushaltungsgerät und Tand, den man in Warenhäusern kauft, angesch
wird.

Literarische Rundschau.

Helene David, **Die Teilnahme der Frau an der sozialen Arbeit.** St. Gallen 19
Fehrsche Buchhandlung. 51 Seiten.

Diese kleine Schrift, die durch ihren warmen Ton und das reiche Tatsach
material auch für denjenigen eine anziehende Lektüre bildet, der grundsätzlich ni
ganz auf dem Standpunkt der Autorin steht, berichtet über die Hilfstätigkeit bürg
licher Frauenvereine in der Schweiz.

Zunächst sei die im Jahre 1904 begründete und aus dem Bunde schweiz
rischer Frauenvereine hervorgegangene Käuferliga erwähnt, die sich das Z
gesetzt hat, im Publikum das Verantwortlichkeitsgefühl dafür zu wecken, un
welchen Bedingungen die Waren, die es kauft, hergestellt wurden. Die Liga v
anstaltet Enqueten über die Lage der Arbeiterschaft in den verschiedenen Gewerb
und veröffentlicht „weiße Listen", das heißt sie empfiehlt in ihren Aufrufen sol
Firmen, in deren Betrieben anständige Arbeitsverhältnisse herrschen. Sie erstr
auch die Weiterentwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung und ist auch schon b
Lohnstreitigkeiten um ihre Vermittlung angegangen worden.

Der Verband deutschschweizerischer Frauenvereine zur Hebung d
Sittlichkeit nimmt sich werktätig verlassener Mädchen, unehelicher Mütter u
deren Kinder an sowie auch der aus den Strafhäusern entlassenen Frauen. D
größte Aufmerksamkeit aber wendet er den gefährdeten Kindern zu und trachtet
in seinen Asylen zu versorgen. Im Jahre 1906 konnte die Sektion Basel 126 Kind
unterbringen, und die Aufsicht über das gesamte Kostkinderwesen wurde ihr vo
Sanitätsdepartement der Stadt Basel übertragen.

An vielen Orten hat der Verband Erholungshäuser für kränkliche Frauen u
Kinder errichtet, ebenso Kinderhorte, in denen Schulkinder ihre freie Zeit ve
bringen können.

Der Verein der Freundinnen junger Mädchen und der Katholisch
Mädchenschutzverein bringen es trotz der vielfach divergierenden Tendenzen, v
denen sie sonst beherrscht sind, doch zustande, bei Errichtung und Leitung vo
Bahnhofmissionen zusammenzuarbeiten, so daß sie in verschiedenen Städten in

ımt 48 Heime für schutzbedürftige Frauen und 22 Plazierungsbureaus errichten
nten, und daß die Hilfeleistungen dieser beiden Vereine in 31 201 Fällen reisenden
nstmädchen und Arbeiterinnen zugute kamen.

Auch an der Bekämpfung des Alkoholismus beteiligen sich die schweizerischen
ıuen in hervorragender Weise. So hat die Ortsgruppe Zürich des Schweize-
chen Bundes abstinenter Frauen bereits neun alkoholfreie Wirtschaften
chtet, in denen täglich 5000 bis 6000 Personen gespeist werden.

In den Bezirks- und Gemeindefrauenvereinen für Armen-, Kranken-
d Wöchnerinnenpflege sind 29 500 Frauen tätig. Ein Verein, der Arbeits-
ılen für Mädchen erhält, in denen auch eingehender hauswirtschaftlicher Unter-
t erteilt wird, zählt 14 947 Mitglieder.

Mustergebend für andere Länder wurden die Milchstationen für Säug-
ge, die an bedürftige Mütter für jedes Kind genau bemessene Portionen sterili-
ter Milch verteilen. Die Station in Genf hatte im Jahre 1906 einen täglichen
ısatz von 1400 Flaschen.

Ein großes Krankenhaus, das zugleich Pflegerinnenschule ist, wurde in Zürich
ı Frauen für Frauen und Kinder errichtet. Es steht unter ausschließlich weib-
ıer Leitung. Im Jahre 1906 wurden dort 1243 Personen verpflegt, auf die ins-
amt 27 732 Verpflegungstage kamen.

Helene David meint, es müsse noch viel mehr geschehen, um das Elend der
letarischen Frauen und Kinder wirklich zu bannen. Damit hat sie sehr recht.
er zu erkennen, daß das Bürgertum dieser Aufgabe bei noch so viel gutem
llen niemals gewachsen sein wird, ist ihr von ihrem ganz und gar bürger-
hen Gesichtspunkt aus unmöglich. Therese Schlesinger.

---

ijin, W. (N. Lenin), **Za 12 let.** (Zwölf Jahre. Zwei Tendenzen im russischen
Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie.) Petersburg 1908.

Eine Sammlung alter Artikel und Broschüren aus den Jahren 1895 bis 1907.
ter anderem: „Was tun?" und „Ein Schritt vorwärts, zwei nach rückwärts",
wei Taktiken". Ein sehr wichtiges Buch für die Geschichte der „Iskra" und der
sischen Sozialdemokratie. Jetzt konfisziert. R.

Zeitschriftenschau.

In der Aprilnummer von „The International Socialist Review" bringt
)mond Kelly einen Aufsatz unter dem Titel **„Die Sprachenverwirrung"** (The
nfusion of Tongues) über Reform oder Revolution, anknüpfend an Kautskys
hrift über diesen Gegenstand. Der Sozialismus hat in seinen Schriften, in seinen
ıeoretikern, in seiner Taktik einen spezifisch deutschen Charakter; deutsche Ver-
ltnisse bestimmten die Auffassungen, die in der sozialistischen Literatur vorherrschen.
ıer für Deutschland bedeuten die Worte Reform und Revolution ganz etwas
deres als für Amerika; was in Deutschland eine Revolution ist, ist für Amerika
ıe Reform; die Verwirrung über diese Ausdrücke ist eine sprachliche und fällt
o dem lieben Herrgott zur Last, als er beim Turmbau zu Babel die Sprachen
ewirrte. Eine Revolution ist nicht bloß eine Eroberung der Herrschaft durch
ıe zuvor unterdrückte Klasse, sondern sie schließt auch die Vernichtung politischer
ebilde in sich. Die französische Revolution 1789 vernichtete Thron, Adel und
rche; in Deutschland stehen diese Mächte noch zwischen Volk und Herrschaft und
issen noch vernichtet werden; in Amerika fehlen sie. Auch muß eine Revolution
ue politische Gebilde schaffen; in Preußen hat man noch kein allgemeines, ge-
imes Wahlrecht, aber in Amerika hat man es schon, da und dort sogar Frauen-
mmrecht. Wir Amerikaner brauchen diese demokratischen Institutionen nicht erst

zu erobern, sondern bloß zu benutzen. Zu einer Revolution gehören nicht-polit
Methoden, und für Deutschland wird es wohl richtig sein, daß man zum Sozi
mus noch andere Aktionsformen braucht als die rein politischen. Aber in Am
ist der Sozialismus mittels politischer Methoden zu verwirklichen. (Der Autor
steht unter politischen Methoden offenbar bloß den parlamentarischen Kampf,
schließlich der Wahlen; wir fassen diesen Begriff meist weiter.) Die deutschen S
listen haben keine Programmforderung, die geeignet wäre, alle Unterdrückte
vereinigen; die Amerikaner haben eine solche in der Forderung des öffentli
Eigentums (public ownership), das heißt der Verstaatlichung der Trusts. Nicht
Staat, sondern das Großkapital ist unser Bedrücker und Feind. Die Verstaatlich
der Trusts liegt im Interesse nicht nur der Arbeiter, die dadurch den Achtstunde
bekommen würden, sondern auch der Kleinbürger, für die dann alles billiger we
würde, und der Bauern, die für ihre Erzeugnisse billige Frachten erhalten würden.
Deutschland werden Eisenbahnen und Bergwerke vom Staate ausgebeutet, und
Arbeiter werden dadurch schlimmer wie bei uns geknebelt; da ist die Verstaatlich
keine Forderung zur Sammlung aller Ausgebeuteten; eine Losung, die Bauern
Arbeiter zusammenbringt, fehlt dort. Daher kommt es, daß in Deutschland
Revolution eher möglich erscheint als die Eroberung der Herrschaft durch Erlang
der Mehrheit im Parlament durch die Wahlen. In Amerika dagegen hat ma
der Losung der Verstaatlichung ein Mittel, den unterdrückten Klassen die Herrs
zu bringen, ohne Gewalt, ohne Krieg, ohne Massenstreik, durch einfache Stimm
mehrheit. Wir sollen mit dem Vorurteil, dem der Sozialismus unter den Arbei
noch vielfach begegnet, rechnen und uns den anderen Klassen, die unsere natürli
Bundesgenossen sind, annähern, wir sollen uns nicht davor fürchten, daß sie un
Bewegung versumpfen; diese Furcht bezeugt einen Mangel an Zuversicht in
innere Kraft des Sozialismus.

Der Herausgeber Charles H. Kerr macht zu diesem Artikel Kellys ei
Bemerkungen. Genosse Kelly, der ein hohes Amt in der amerikanischen Diplom
inne hat, sei offenbar mit den Auffassungen der Klasse, an deren Seite er sich
stellt hat, noch nicht sehr bekannt. Die Arbeiter sehen durchaus nicht in den
den Trusts bedrückten Kleinkapitalisten ihre natürlichen Bundesgenossen, haben
gar kein Interesse daran, daß diese, die jetzt oft nur die Lohndiener der Trusts s
zu unabhängigen, später mit Mühe zu enteignenden Kapitalisten werden. Für
und für die Bauern, die dann sofort konservativ werden, die Kastanien aus
Feuer holen und selbst arm und ausgebeutet bleiben, kann nicht die Aufgabe
Proletarier sein. Nehmen wir bloß die Verstaatlichung der Trusts in unser W
programm auf, so bekommen wir zwar viel Stimmen, aber wenig innere Kr
Die Entwicklung treibt zu einer nicht mehr fernen großen Auseinandersetz
zwischen Arbeit und Kapital; Aufklärung der Arbeiter, damit sie dann gerü
sind, ist unsere Hauptaufgabe.

Briefkasten.

R. R. Das Streikproblem ist in deutschen Romanen nur selten behandelt.
nennen sind: Conrad Alberti „Maschinen" und Auguste Hauschner „Zwischen
Zeiten". Die rechtliche und gesellschaftliche Stellung des unehelichen Kindes
handelt in vortrefflicher Weise Klara Viebigs Roman: „Das tägliche Brot".

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel von Wilhelm Dittmann „Die M
feiervereinbarung" in Nr. 30 ist auf Seite 116, Zeile 36, statt „gegenseitig"
lesen: „gegenwärtig".

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



.Band Nr. 32 Ausgegeben am 8. Mai 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Was der preußischen Volksschule fehlt.

Von **Heinrich Schulz.**

Über diese Frage wird in der gegenwärtigen Zeit der Vorbereitung der reußischen Landtagswahlen noch lebhafter als sonst gestritten. In der Tat t auch das Gebiet der Schulpolitik eines der interessantesten und dankbarsten ir die Kennzeichnung des besonderen preußischen Geistes und für die Aufüttelung der Massen zum Kampfe gegen den politischen und intellektuellen kandal des Dreiklassenwahlunrechtes.

Die Schule ist ein Politikum. So hat einmal die österreichische Kaiserin Naria Theresia mit einem für diese praktische Frauenrechtlerin gar nicht blen Instinkt die Abhängigkeit der Schule von den politischen und damit ieder von den ökonomischen Bedürfnissen der jeweiligen Klassen und Parteien ekennzeichnet.

Die konservative Partei als die politische Vertretung der großagrarischen interessenten sieht in der modernen Volksschule nur eine ärgerliche Begleitscheinung der kapitalistischen Entwicklung, mit der man sich — wie die Dinge un einmal liegen — mit saurer Miene abfinden muß. Braucht die Industrie hon den ganzen teuren Krempel der neuzeitlichen Schuleinrichtungen, der ebenbei nur die Unzufriedenheit und die Sucht nach mehr Bildung wachruft, soll man wenigstens das platte Land nach Möglichkeit damit ungeschoren issen. Die Agrarier brauchen nicht Schulen für die Kinder, sondern sie rauchen die Kinder selbst. Sie wollen die Leutenot durch die Schulnot, den eufel durch Beelzebub vertreiben. Je weniger Schulen und je weniger Untercht, um so mehr freie Kinderhände für die landwirtschaftliche Arbeit. Es ist eshalb vom Standpunkt der Agrarier aus ganz folgerichtig, wenn sie in der tzten Session des preußischen Abgeordnetenhauses einen Antrag Engelrecht einbrachten (und seine Beratung in einer Kommission durchsetzten), onach — zunächst für Schleswig-Holstein — die Kinder vom zwölften ebensjahr ab vom Sommerschulunterricht beurlaubt werden und afür noch im fünfzehnten und sechzehnten Lebensjahr je ein

halbes Jahr Winterunterricht erhalten sollen. Konrad Agahd, d
bekannte unermüdliche Bekämpfer der gewerblichen und agrarischen Kind-
ausbeutung, kritisiert in der „Sozialen Praxis"[1] in scharfer Weise diesen A-
fluß agrarischer Habgier, der im Grunde nichts anderes als einen rechtzeitig
Hieb zur Deckung gegen etwaige gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze d
in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder darstellt. Bekanntlich schützt d
jetzige mangelhafte Kinderschutzgesetz nur die gewerblich beschäftigten Kind
Dabei wäre ein Kinderschutz in der Landwirtschaft mindestens so notwend
wenn nicht notwendiger wie der in gewerblichen Betrieben. Nach dem neuest
Sonderbericht über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes in Hessen wurd
dort in einem Orte 23 Schulkinder während der Ferien „im Bereich der Lan
wirtschaft" von fremden Arbeitgebern beschäftigt, und zwar:

1 Kind von 7 Uhr morgens	bis	6 Uhr abends
2 Kinder von 9½ Uhr morgens	=	1 oder 1½ Uhr nachts
4 Kinder von 7 oder 8 Uhr morgens . .	=	12 Uhr nachts
4 Kinder von 8½ Uhr morgens	=	12½ oder 1½ Uhr nacht
1 Kind von 6 Uhr morgens	=	12½ Uhr nachts
7 Kinder von 6½ oder 7 Uhr morgens .	=	12½ oder 1½ Uhr nacht
4 Kinder von 7 oder 8½ Uhr morgens .	=	2½ Uhr nachts

Diese himmelschreienden Zustände, die man mit Agahd ruhig überall da,
wo es sich um fremde lohnarbeitende Kinder handelt, nicht als entsetzlic
Ausnahmen, sondern als die Regel ansehen kann, vermögen die Konservativ
kühlen Blutes mit ihren volkspädagogischen Idealen in Einklang zu bring
Sorgen sie doch zugleich in rührender Weise für das Seelenheil der v
ihnen körperlich und intellektuell mißhandelten Kinder dadurch, daß sie i
Bunde mit dem Zentrum für die stetig zunehmende Verkirchlichung der Vol
schule eintreten.

Das freikonservative und nationalliberale Scharfmachertum h
etwas anders gerichtete schulpolitische Ziele. Die total unwissenden Arbei
kann es nicht gebrauchen, einen gewissen Standard an elementarem Wiss
müssen die von der Industrie benötigten lebendigen Verlängerungen d
Maschinen haben, und darum haben sich die Herren von Schlot und Maschi
mit dem Bestehen, der Unterhaltung und der quantitativen Erweiterung d
Volksschulwesens abgefunden. Aber „was darüber ist, das ist vom Übel",
krächzt die „Arbeitgeberzeitung".[2] Die pädagogischen Reformversuche, d
Bemühungen, die Volksschule innerlich zu heben und ihre Methoden zu v
bessern, nennt sie höhnisch „pädagogische Spielereien", die dazu beitrügen, „d
Säulen abzusägen, auf denen die heutige Kultur ruht". Der charakteristis
Artikel schließt wie folgt:

„Mecklenburg, Hinterpommern, Oberbayern und die rotblühende Heide d
Provinz Hannover sind bis jetzt noch von solchen Versuchungen (gemeint
die Gründung von Jugendorganisationen. D. V.) verschont geblieben, daf
stellen aber diese Gebiete dem Heere das zuverlässigste und kräftigste Ko
tingent (gegen den inneren Feind? D. V.) und bilden ferner für unse
Industriezentren alljährlich einen gesunden, kräftigen Nachwuchs, der zw
nicht überladen mit Wissen ist, der sich aber auf sein Können ve

[1] Nr. 27 vom 2. April 1908.

[2] In ihrer Nummer vom 3. November 1907.

assen darf. Wenn eingangs hingewiesen wurde auf die in der pädago-
gischen Spielerei liegende Gefahr, so möchten wir hier abermals unseren
etzten Standpunkt, den uns die tägliche Erfahrung des Lebens immer und
mmer wieder festzuhalten lehrt, in der Forderung klarlegen: Unsere Volks-
chule soll 1. nicht der Tummelplatz pädagogischer Phantasten sein; 2. muß
ie als ein mit den Mitteln der heutigen Gesellschaft geschaffenes Institut
uch dieser wieder dienen, indem ihr Endziel die Erziehung brauchbarer
Staatsbürger ist. Was darüber ist, das ist vom Übel."

Natürlich drücken sich die Oktavio v. Zedlitz und Konsorten nicht so un-
geschickt offen aus wie der tolpatschige Skribent in der „Arbeitgeberzeitung";
ber was dieser hier so plump ausplaudert — bis auf den Euphemismus
„brauchbare Staatsbürger", wofür zu setzen ist „ausbeutungsfähige Lohn-
klaven" —, das ist in der Tat die innere Herzensmeinung der freikonserva-
iven und nationalliberalen Scharfmacher.

Freilich gibt es in der nationalliberalen Partei auch sogenannte Sozial-
politiker, die die unverblümte Scharfmacherei der maßgebenden Kreise ein
wenig mit sozialreformerischem Öle zu mildern versuchen. Manch einer mag
s von seinem beschränkten Standpunkt aus auch damit ganz ehrlich meinen;
vielleicht kommt ihm in seinem ganzen Leben nicht die unverfrorene Heuchelei
iner Sozialreform von Geldsacks Gnaden zum Bewußtsein; vielleicht aber
rkennt er sie, und dann muß er entweder selbst ein anderer werden oder —
r muß mit den anderen heucheln. Die Erfahrung zeigt, daß der letztere Ausweg
er beliebtere ist.

Einer dieser naiven Weltverbesserer hat vor kurzem in dem Schmollerschen
Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft"[1] einen Artikel
eröffentlicht, in dem er erörtert, „was der preußischen Volksschule fehlt". Der
ungenannt bleibende) Verfasser sucht zunächst die Klagen über den Nieder-
ang der preußischen Volksschule dadurch einzuschränken, daß er die an dieser
Stelle besonders ergötzlich wirkende Behauptung aufstellt: „Es ist eitel Selbst-
äuschung, zu glauben, daß die preußische Volksschule in Deutschland oder in
er Welt in ihren Leistungen an der Spitze gestanden habe." Das ist nun
llerdings buchstäblich wahr, überraschend ist nur, daß diese bittere Wahrheit
o unumwunden von einem staatstreuen Manne in dem staatstreuen Organ
es staatstreuen Herrenhäuslers Schmoller ausgesprochen wird. Wohl seien
eit 1872 größere Mittel für die Volksschule zur Verfügung gestellt, aber es
eien keine neuen organischen Grundlagen geschaffen worden, außer auf dem
Gebiet der Lehrerbesoldung und jetzt der Schulunterhaltung. „Und wenn man
as als Rückschritt bezeichnen will, so kann der Klage die Berechtigung nicht
bgesprochen werden."

Der Verfasser sucht die Ursachen für diese Stagnation in Preußen in drei
Momenten, in dem Fehlen eines Volksschulgesetzes, in der Organisation der
Volksschulverwaltung und in dem Geiste, der jetzt in der Volksschulverwaltung
errscht. Sehen wir davon ab, daß diese drei Momente die Ursachen nicht
ur nicht erschöpfen, sondern daß sie die eigentliche und wichtigste Ursache, die
rundsätzliche Volksbildungsfeindschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung,
öllig außer Betracht lassen, so kann man zugeben, daß der Verfasser für
eine drei Ursachen einiges interessante Material beibringt. Manches liest sich,

[1] 31. Jahrgang, 1907, 4. Heft, S. 145 ff.

als wäre es von einem etwas liberal angehauchten und darum gegen den Kultusministerium herrschenden Geist vorsichtig frondierenden höheren Beam geschrieben worden.

Daß bis heute ein vor mehr als hundert Jahren verheißenes Volksschgesetz in Preußen nicht zustande gekommen ist, legt für den schulpolitisch Weitblick der preußischen Regierung beredtes Zeugnis ab. Freilich ist Hauptfrage bei einem solchen Schulgesetz die Geldfrage. Bei dem gerade stupenden Elend der Volksschule in verschiedenen ausgedehnten Parti Preußens würde die Aufstellung gewisser gesetzlicher Mindestforderungen glei bedeutend mit der Bewilligung Hunderter von Millionen sein. Oder es müßt die gesetzgeberischen Richtlinien eines solchen Volksschulgesetzes so allgemei und oberflächlicher Natur sein, daß sie das eigentliche Volksschulelend g nicht tangierten. An diesen Schwierigkeiten und daneben an dem Hader Parteien und ihren Spezialwünschen für ein Volksschulgesetz ist bisher je gesetzgeberische Aktion gescheitert. Der Mitarbeiter des Schmollerschen Jal buchs, der dies übrigens nicht so deutlich und offen ausspricht, empfiehlt Ausweg, die vorhandenen Mißstände von Fall zu Fall durch Spezialgese zu beseitigen, womit er aber nur den eigentlichen Widerständen in preußischen Volksschulfrage vorsichtig aus dem Wege zu gehen hofft. D Stier bei den Hörnern zu packen, kann dem Verfasser natürlich im Trau nicht einfallen. Das hieße im gegenwärtigen Moment ja auch in der T nichts anderes als den rückhaltlosen Anschluß an die sozialdemokratische Wal rechtsbewegung, durch die die jetzigen unrechtmäßigen Sachwalter der preußisch Volksschule von ihren Privilegien depossediert werden sollen.

Recht interessant ist der Einblick, den der augenscheinlich gut unterricht Verfasser dem Leser in das innere Gefüge der preußischen Schulbureaukra ermöglicht.

Das Kultusministerium sei in seiner jetzigen Organisation für jedwe größere und intensivere Arbeitsleistung unfähig, obwohl es jetzt schon 50 M glieder (statt 28 wie zu Falks Zeiten) umfaßt. Die einzelnen Zweige d Ministeriums sind jeder für sich stark gewachsen und haben dadurch den oh hin morschen und unzweckmäßigen Bau des Ganzen immer mehr gelocke „Die laufende Verwaltung aber wird nicht vom Minister geführt, auch kau noch von den Direktoren, sondern von den einzelnen Fachreferenten. Der Z sammenschluß fehlt. Oder es werden überhaupt keine Entscheidungen getroffe weil es nicht möglich ist, den Zusammenschluß herbeizuführen." Die einzi Rettung sei Trennung des Kultusministeriums, Schaffung eines besonder Unterrichtsministeriums. Von dieser Lösung wollen aber bekanntlich die her schenden Kreise nichts wissen, weil dadurch die von ihnen gewollte und gege wärtig zum Schaden der Schule bestehende Verquickung von Schule u Kirche gelockert werden würde.

In den Provinzialschulkollegien, in den Regierungen und in den Bezirk ausschüssen herrscht die knöcherne Bureaukratie. „Der Verwaltungsdirekt oder das einzelne juristische Mitglied unter Mitzeichnung des Direktors en scheidet mit einem Federstrich allein." Der Regierungspräsident ist übrige den mannigfaltigsten Einflüssen ausgesetzt, so daß er heute oft froh ist, „wer er durch den Hinweis auf die kollegiale Verfassung der Schulabteilung ermö lichen kann, sich ungebührlichen Einflüssen von Magnaten und de gleichen zu entziehen." Der Verfasser spricht an einer anderen Stelle sein

lrtikels davon, daß man hier und da auch zwischen den Zeilen lesen werde, ɔas er gemeint habe. Hier ist eine solche Stelle, bei der man zwischen den Zeilen die ungebührlichen Anmaßungen der Edelsten und Besten, der gutsherr-ichen Schulpatrone, die selbst den Regierungspräsidenten gelegentlich gegen en Strich gehen, herausfühlen kann.

Trotz des Fehlens eines Volksschulgesetzes und trotz der mangelhaften Schulverwaltungseinrichtungen ließe sich nach der Meinung des Schmollerschen Nitarbeiters aber doch mehr schaffen, „wenn an der leitenden Stelle der Geist reudiger Initiative herrschte. Der fehlt aber seit langer Zeit. . . . Es geht icht weiter, daß große Gebiete brach liegen, weil im Ministerium die Initia-ive fehlt, sie anzugreifen.“ Der Artikel ist zwar schon erschienen, als der ɔackere Studt noch das Ruder des Kultusministeriums in der Hand hielt. lber es ist seitdem nicht besser geworden, da es sich hierbei überhaupt nicht m eine Personenfrage handelt, sondern um einen Mangel des Systems. Venn aber schon eine vorsichtige Beamtenseele ihren Schmerz über den Mangel n Initiative und über die dadurch verursachte Verwahrlosung großer Gebiete es ohnehin verwahrlosten Volksschulwesens in Preußen in solch offenherziger Veise in die Welt hinauszuseufzen wagt, so kann man daran ungefähr er-ıessen, mit welcher grundstürzenden Rücksichtslosigkeit eine wirkliche Reform es preußischen Kultusministeriums vorgehen müßte.

Der Verfasser des Artikels im Schmollerschen Jahrbuch macht im Anschluß n seine allgemeine Kritik sechzehn fester umrissene Reformvorschläge, die nach einer Meinung trotz der kritisierten Mißstände, trotz der fehlenden gesetzlichen ʒundierung und trotz der klapprigen Verwaltungsmaschinerie sofort in An-riff genommen werden könnten. Diese Vorschläge enthalten ungefähr das Schulprogramm des linken Flügels der Nationalliberalen. Da nun von einem ɔgenannten „Kulturblock“ gemunkelt wird, der von den Freikonservativen bis u den Freisinnigen reichen und angeblich insbesondere die preußische Volks-chule gegen Zentrum und Starrkonservative vertreten soll, so darf man in iesem nationalliberalen Reformentwurf eine Art mittlerer Linie zwischen em rechten und dem linken Flügel dieses sonderbaren Kulturblocks sehen. lus diesem Grunde verlohnt es sich, einige der Forderungen etwas genauer nzusehen.

Der Lehrermangel in Preußen, ein bezeichnendes Symptom der allgemeinen Erbärmlichkeit der preußischen Volksschulverhältnisse, soll beseitigt werden

a. durch Einrichtung zahlreicher neuer Lehrerbildungsanstalten,

b. durch Ermöglichung des Eintritts von Schülern mittlerer und höherer ehranstalten in ein ihrem Alter angemessenes Stadium der Lehrerbildung,

c. durch Erlaß von Vorschriften über den Umfang der Verwendung von ehrerinnen im Volksschulunterricht.

Mit anderen Worten: Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß. Die zahlreichen neuen Seminare nutzen nicht, solange sich nicht zahlreiche neue Besucher dafür melden. Daran fehlt es aber so lange, wie die Lage der ehrer nicht erheblich gebessert wird. Das zweite Mittel läuft bei der sonstigen eutigen Lage der Dinge auf eine Bevorzugung der höheren Schulen hinaus nd wird außerdem ein Schlag ins Wasser sein, da sich Schüler aus höheren ehranstalten noch weniger für das Volksschullehramt drängen werden als Volksschüler, solange die gegenwärtige klägliche Besoldung der Lehrer bestehen leibt. Daß mehr Lehrerinnen angestellt werden sollen, ist eine Forderung,

gegen die wir an sich nichts haben, solange für gleiche Leistung auch gleich Lohn bezahlt wird. Wenn die Lehrerinnen aber nur als Lohndrücker dien sollen, so kann man ihrer vermehrten Verwendung im Volksschuldienst nic das Wort reden.

Die Lehrerbesoldung soll nach den Wünschen des Artikelschreibers zw auch geregelt und gebessert werden, aber er drückt sich in dieser Beziehung unbestimmt aus, daß man sich des Verdachtes nicht erwehren kann, daß ih eine Art Gleichmachung der Lehrergehälter nach unten — im Sinne der b rüchtigten „Bremse“ — vorschwebt.

Der Verfasser will ferner unter anderem Schaffung eines besonder Disziplinargesetzes für Lehrer und Schaffung der Möglichkeit der Stra versetzung für Lehrer — beides ist überflüssig und öffnet den Vexationen d Lehrer durch ihre Vorgesetzten Tür und Tor. Die geistliche Schulaufsicht wi er nur so weit beseitigen, als es sich um die technische Seite handelt; als Au passer des Lehrers in seinem Allgemeinverhalten und für andere Dinge schei er aber den geistlichen Herrn als Schulinspektor beibehalten zu wollen. Wa er sonst noch fordert, ist entweder unwesentlicher Natur, oder es handelt si um so selbstverständliche Dinge, daß man eben in Preußen sein muß, u überhaupt zu verstehen, daß sie erst gefordert werden müssen. Der Verfass scheint sich auch der Dürftigkeit seiner Vorschläge bewußt zu sein, denn er gil zu, daß der preußischen Volksschule noch mehr fehle. Er habe abgesehe „von allen Vorschlägen großzügiger Politik wie der Umwandlung d Gemeindeschule in die Staatsschule, der Trennung der Unterrichtsbehörde von der allgemeinen Staatsverwaltung, die Falk einst geplant hat, der Gleic stellung der Volksschullehrer mit den unmittelbaren Staatsbeamten auch hi sichtlich des Diensteinkommens. Die Erfüllung dieser an sich nicht unberechtigte Forderungen scheint für Preußen in so ferner Zukunft zu liegen, daß nicht praktisch ist, sich mit ihnen zu beschäftigen.“

So sehen die bescheidenen Schulforderungen eines nationalliberalen Schu politikers aus. Sie kräuseln kaum die Oberfläche des Volksschulelends i Preußen, geschweige daß sie an seinen Kern rührten.

Näher an die Ursache des Übels gelangen schon die Forderungen, die d liberalen Lehrer angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen aufgestel haben. Allerdings handelt es sich hierbei lediglich um programmatische Ford rungen, deren baldige Verwirklichung selbst der hoffnungsseligste Lehrer nic zu erhoffen wagt, und die auch nur erhoben worden sind, um daran die Zu verlässigkeit der Landtagskandidaten gegenüber den Lehrerwünschen zu e proben. Natürlich werden die meisten der gefragten Kandidaten mit Ei fertigkeit den Forderungen zustimmen, ohne sich um ihre Verwirklichung auc nur eine Minute Kopfzerbrechens zu machen. Es verspricht sich so leich wenn man bestimmt weiß, daß man nie in die Lage kommt, für di Innehaltung des Versprechens auch nur den kleinen Finger rühren z müssen.

Damit soll nichts gegen die Forderungen an sich, von denen sich manch mit einer entsprechenden sozialdemokratischen Forderung deckt, gesagt sein, auc nichts dagegen, daß man überhaupt programmatische Forderungen aufstell Aber auf die Leichtgläubigkeit der Lehrer muß hingewiesen werden, die sic mit den laxen Versprechungen liberaler Landtagskandidaten zufrieden geben obwohl die Freisinnigen, deren Führung zum erheblichen Teile Volksschul

hrer in Händen haben, sich von jeher als Muster von Unzuverlässigkeit wiesen und sich in neuester Zeit sogar zu gesinnungslosen Kumpanen der hlimmsten Volksschulfeinde, der Konservativen, hindurchgemausert oder richger noch: hinaufgestrebert haben.

In dem Lehrerprogramm heißt es neben den bekannten Forderungen über ngemessenere Besoldung, Befreiung von der kirchlichen Schulaufsicht, Reform r Schulleitung und der Lehrpläne, Reform (leider nicht Abschaffung) des eligionsunterrichts und neben einer bedenklichen, an den freikonservativen chulpolitiker Zedlitz erinnernden Forderung auf Dezentralisation der Schulrwaltung unter anderem:

„Notwendigkeit eines sozialen Auf- und Ausbaus unseres gesamten Bilngswesens durch Fortfall aller Vor- und Kastenschulen und Schul- und ehrmittelfreiheit begabter Schüler auf höheren Schulen.

„Weitere Reform der Lehrerbildung mit dem Ziele, diese auf die höheren chulen und die Universitäten zu verlegen und diese schon heute den Volkshullehrern zu öffnen.

„Bildung eines besonderen Unterrichtsministeriums und Berufung von herrragenden Volksschulmännern in die Zentralinstanz.

„Bildung einer aus allgemeinen Wahlen der Lehrerschaft hervorgegangenen chulsynode, die von dem Unterrichtsministerium in periodisch bestimmten wischenräumen einzuberufen ist."

Für den belesenen Sozialdemokraten handelt es sich bei diesen Forderungen n alte Bekannte. Zusammenfassend sind die sozialdemokratischen Schulrderungen in den Leitsätzen des Mannheimer Parteitags über Volkserziehung und Sozialdemokratie" enthalten, auf die hiermit ausücklich verwiesen werden soll. Nur unterscheidet die sozialdemokratischen chulforderungen, abgesehen davon, daß sie umfassender und in sich fester gliedert sind als die der Lehrerschaft, ein wichtiger Umstand von denen der eralen Lehrer: hinter ihnen steht mit voller Entschlossenheit das gewaltige eer des organisierten Proletariats, während hinter denen der Lehrer nur ein eil der Lehrer und einige windige oder bedeutungslose liberale Politiker hen. Und hinter den sozialdemokratischen Schulforderungen steht ferner der ngeheure, bittere Ernst des proletarischen Klassenkampfes, nicht nur die ungenfertigkeit und das um ein Mandat besorgte Gemüt eines gleichgültigen ufallspolitikers.

Und noch eines unterscheidet die sozialdemokratische Schulpolitik in Preußen n der der Liberalen, die Lehrerschaft eingeschlossen. Die Sozialdemokratie eiß — was die Liberalen nicht wissen oder nicht wissen wollen —, daß eine sunde Schulpolitik in Preußen nicht eher möglich ist, als bis ein freies Wahlrecht für Preußen errungen ist, daß deshalb jedes Bemühen um eine ebung der preußischen Volksschule im gegenwärtigen Stadium zusammenfallen uß mit dem rückhaltlosen, tapferen Eintreten für die Forderung des allmeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes.

Daß die Sozialdemokratie als die Vertreterin des eigentlichen olkes möglichst bald eine ihrer Größe und Bedeutung entrechende Vertretung im preußischen Landtag erhält — das ist , was im letzten Grunde der preußischen Volksschule fehlt!

Die wirtschaftlich-geographischen Ursachen des Peloponnesischen Krieges.[1]

Von **M. Beer.**

Die Forscher des klassischen Altertums haben uns gewöhnt, in Thukydid das Muster eines scharfsinnigen, wahrheitstreuen Historikers zu verehren un in seiner „Geschichte des Krieges der Peloponnesier und der Athener" ei wissenschaftliches Werk zu erblicken. Thukydides gebe uns die Zusammenhäng und die Gründe eines der folgenschwersten Zeitabschnitte der griechische Geschichte.

Es soll nicht geleugnet werden, daß er durch seine edle Nüchternhei durch seine überlegene Skepsis gegenüber dem Volksaberglauben, durch sei seine ironische Behandlung der Orakelsprüche, schließlich durch seine Fer haltung der Götter vorteilhaft von seinem älteren Zeitgenossen Herodot al sticht. Der zeitliche Unterschied zwischen den beiden zählt nur wenige Jahr der geistige Unterschied dagegen läßt sich nur nach Jahrtausenden abmesse Athen bewegte sich im fünften Jahrhundert mit Riesenschritten vorwärt Wenige Jahre genügten, um zwischen der älteren und jüngeren Generatio eine unüberbrückbare geistige Kluft zu graben. Wir, die wir das Glück habe inmitten einer tiefen und umfassenden Revolution zu leben, können dies wo begreifen. Herodot war, ungeachtet der Zweifelsucht, die sich bei ihm z weilen regt, im großen ganzen ein theologischer Geschichtenerzähler, Thukydid dagegen ein rationalistischer Zeitkritiker. Ganz emanzipiert war Thukydid übrigens auch nicht. Um uns auf die außerordentliche Bedeutung des athenisc peloponnesischen Konfliktes vorzubereiten, teilt er uns etwas betroffen mi „Dinge, wovon man vorher zwar reden gehört, aber selten durch Erfahrun die Bestätigung erlangt hat, verloren hier ihr unglaubliches Ansehen. Vo der Art waren die Erdbeben, welche sich teils über einen großen Teil de Erdbodens, teils mit außerordentlicher Heftigkeit spüren ließen; die Sonne finsternisse, welche sich während desselben häufiger zutrugen, . . . hin un wieder große Dürre und daraus entstandene Hungersnot; und endlich die a steckende Krankheit, welche . . . eine Menge Menschen dahinraffte. Von alle diesen Zufällen wurden die Griechen zur Zeit dieses Krieges geplagt."[2] Dies Prolog klingt nicht besonders aufgeklärt. Indes im ganzen großen mutet un Thukydides modern an. Aber ist die traditionelle Auffassung über ihn richtig Zeigt er uns die geschichtliche Entwicklung Griechenlands und die sozialökon mischen Ursachen, die Athen und den Peloponnesischen Bund in einen scharfe Gegensatz zueinander brachten und schließlich in einen Krieg gegeneinand hineintrieben? Oder zeigt er uns nur die psychologischen Motive der krie führenden Parteien und eine Reihe von bewegten politischen und kriegerisch Bildern? Versuchen wir die Meinungen, die wir durch Schule und Lektü über Thukydides erhalten haben, beiseite zu legen und stellen wir uns folgen Fragen: Was waren die objektiven Ursachen des Athenisch-Peloponnesische Krieges? Warum herrschte damals die allgemeine Ansicht, daß der Krieg u vermeidlich sei? Was waren die Triebkräfte dieses Krieges?

---

[1] F. M. Cornford, Thucydides Mythistoricus, London 1907. Viktor Bérard, Le Phéniciens et l'Odyssée, Paris 1901/02.

[2] Thukydides, Geschichte, I. 23; Reclamsche Ausgabe.

Auf alle diese Fragen finden wir in Thukydides' „Geschichte" nur folgende ıtwort: „Und damit man nicht lange fragen dürfe, wie doch immer die :iechen in einen so erschrecklichen Krieg geraten sind: so will ich gleich zu ıfang die Ursachen dieses Bruches und die Streitpunkte anzeigen. Die ;entliche, wahre Veranlassung dazu, wovon man aber wenig hat kund ·rden lassen, war meines Erachtens keine andere als diese, daß die Athener ·gen ihrer heranwachsenden Macht den Lakedämoniern furchtbar wurden und dadurch zu diesem Kriege bestimmten" (I. 23).

Diese Erklärung scheint uns ganz unbefriedigend. Erstens unterscheidet sie ·ht zwischen Ursache und Veranlassung. Zweitens gibt sie nur das psycho- ;ische Motiv der Lakedämonier an, aber keineswegs die Ursache und das ·esen der heranwachsenden Macht der Athener; ebensowenig zeigt sie, daß Lakedämonier von den Athenern bedroht wurden. Drittens teilt uns ıukydides selber mit, daß die Lakedämonier erst von den Korinthern und von ı Megarern zum Kriege gegen Athen aufgestachelt werden mußten. Die ·geordneten der Korinther klagten vor den Lakedämoniern: „. . . Ihr Lake- monier seid in der Tat die einzigen Griechen, die einem nicht mit gewaffneter ınd, sondern mit Handelnwollen helfen. Ihr allein handelt nach dem ·undsatz, die Macht eurer Feinde nicht nach ihrem ersten Anwachs, sondern ch verdoppelter Verstärkung derselben übern Haufen zu werfen." Die ·rinther schilderten dann weiter die Eroberungslust der Athener und klagten: ·ies ist, ihr Lakedämonier, das Bild der Nation, mit welcher ihr es zu tun bt, und gleichwohl zaudert ihr noch . . ." (I. 67—72).

Geht man ohne Vorurteile an Thukydides heran, so zeigt es sich, daß er r die Ereignisse des Krieges und die Reden der leitenden Persönlichkeiten ·en wollte. Er nahm sich vor, nur Tatsachen zu geben, wie sie ihm er- ·ienen oder wie sie zu seiner Kenntnis gelangten. Er wollte vor allem in ·licher und nüchterner Weise beschreiben, was sich ereignete. Man kann ·r eine Reihe von Ereignissen ehrlich beschreiben, ohne von ihnen ein wissen- ·aftliches Bild zu geben. Das unparteiische Beschreiben von Tatsachen ist ım der erste Schritt zur Wissenschaftlichkeit. Die beschriebenen Tatsachen ·issen erst gesichtet, auf ihren Wert geprüft und die wesentlichen von den wesentlichen geschieden werden. Erst dann kann die Wirklichkeit erfaßt ·rden. Zu dieser Arbeit gehört schon eine Theorie. Wenn zwei Personen selben Tatsachen sehen, sie aber anders ordnen und bewerten, so kommt s davon, daß sie von verschiedenen Theorien ausgehen. Welche Theorie ·rd nun die richtige sein? Offenbar diejenige, die die beschriebenen Tat- ·hen widerspruchslos erklärt und auch auf eine ganze Serie verwandter Tat- ·hen anwendbar ist.

Die Geschichtstheorie des Thukydides ist psychologisch. Sie geht von den ·ieben, Leidenschaften und Berechnungen des Menschen aus; ihr ist die ·rcht der Lakedämonier, die Eroberungslust der Athener genügend, den ·nzen Krieg zu erklären, wobei sie sich in Widersprüche verwickelt und auch t den Ansichten anderer Beobachter und Historiker, auf welche wir später ·ückkommen, nicht übereinstimmt. Aber gerade weil sie psychologisch ist, ıd und findet sie den Beifall der meisten modernen Geschichtschreiber, die letzten Grunde die Persönlichkeit als die Triebkraft der Geschichte be- ·chten. In dieselbe Kategorie fallen die Erklärungen, der Krieg sei ent- ·nden infolge des Strebens der Athener nach der Hegemonie in Griechen-

land oder infolge der Rivalität zwischen Joniern und Doriern oder zwisch Demokratie und Oligarchie. Die Bestrebungen und Rivalitäten sind ni primäre Ursachen. Sie sind nichts weiter als Beweise, daß äußere Ursach scharfe Gegensätze erzeugten. Sie sind oft nur Umschreibungen der Hau fragen. Schließlich bleibt noch die Erklärung übrig, die den Krieg dem U stand zuschreibt, daß einige Megarer drei Mädchen der Aspasia, der Freun von Perikles, entführten, was Perikles veranlaßte, auf Rache gegen Meg zu sinnen. Diese Erklärung verdient keine Beachtung. Die Weltgeschichte keine Liebesgeschichte.

Uns können demnach alle früher genannten Theorien nicht genügen. Zustände der Psyche, das Wollen von Persönlichkeiten und Klassen sind n letzte Ursache, sondern Wirkungen von außerhalb der Menschen tätigen Tri kräften. Und diese tätigen Triebkräfte und kausalen Zusammenhänge müss wir aufdecken, wenn wir das Wesen jenes schicksalsreichen Zeitabschnitts griechischen Geschichte erfassen wollen.

* * *

Um die Mitte des fünften Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung sch der alte Kampf der Griechen mit dem Orient endgültig gegen die Asiaten e schieden zu sein. Athen konnte nunmehr die See- und Landwege nach d Osten hin beherrschen und sich bis zum Schwarzen Meere und zu Küsten Kleinasiens ausdehnen. Während der persischen Kriege wurde At zu einer Seemacht ersten Ranges, ebenso wie Holland im Kampfe ge Spanien, und Japan im Kampfe gegen Rußland, zu bedeutenden S und Handelsmächten wurden. Inzwischen war auch eine tiefe Än rung in der sozialen Zusammensetzung des atheniscchen Staates vor gegangen. Die ländlichen Interessen verloren an Einfluß, während die st tischen Interessen maßgebend für die Politik wurden. Das Bürgert das seinen Sitz in Athen und im Piräus hatte, wurde sowohl in der inne wie in der äußeren Politik zum ausschlaggebenden Faktor. Vom Jahre bis 430 wuchs die Bevölkerung dieser beiden Plätze von 20000 auf 1000 Die Zunahme war hauptsächlich der Zuwanderung von Fremden geschul die sich dem Handel und Gewerbe zuwandten. Die Einwanderungspol Attikas war schon seit der Solonschen Gesetzgebung liberal. Wie Plut („Solon", 22) erzählt, sah Solon, daß der Boden Attikas unfruchtbar und daß Kaufleute nicht geneigt seien, Waren in ein Land einzuführen, welche sie nichts eintauschen könnten; er ermutigte deshalb die Athener, der gewerblichen Tätigkeit zuzuwenden und den Handel zu begünstigen. Differenzierung der Erwerbsquellen Attikas führte zu Klassengegensätzen, sich in der äußeren Politik darin äußerten, daß die Ackerbauklasse noch im in den alten hellenischen Traditionen lebte, den Feind im Osten suchte deshalb ein gutes Einvernehmen mit Lakedämon wünschte, während Handelsklasse die neue Lage besser erkannte und eine Ausdehnungspolitik n dem Westen wünschte. Im Innern war die agrarische Klasse in Sympa mit der Verfassung Lakedämons, während die kommerzielle und gewerbl Klasse demokratisch wurde. Der Vertreter der ländlichen Interessen Kimon, der immer noch den Feind im Osten erblickte und mit den Lake moniern in Freundschaft leben wollte. Der Vertreter der städtischen In essen war Perikles und noch mehr Kleon der Gerber, dem zwar die Bild

und die Verfeinerung des Perikles fehlte, der ihn dafür aber an Entschiedenheit und an imperialistischer Energie bei weitem übertraf; beide waren für den Krieg gegen die Handelsstädte des Isthmus von Korinth.

Einen guten, wenn auch etwas antidemokratisch gefärbten Einblick in die soziale Gliederung Attikas aus jener Zeit gibt uns Pseudo-Xenophon in seiner Schrift über „Die athenische Republik". Es zeigten sich damals drei gegensätzliche Klassen: die Gemeinen gegen die Wohlgeborenen; die Handwerker gegen die Besten (die gebildeten Müßiggänger); die Armen gegen die Reichen. Für uns kommt hier nur der Gegensatz zwischen den Gemeinen und Wohlgeborenen in Betracht, das heißt zwischen der städtisch-gewerblichen und der ländlich-agrarischen Bevölkerung. Die Armen haben auf die äußere Politik keinen direkten Einfluß gehabt. Die perikleische Politik war von der kommerziellen und gewerblichen Klasse diktiert, die nach den persischen Kriegen die Märkte des Westens zu beherrschen suchten. Diesem Ausdehnungsdrang standen die isthmischen Handelsstädte Megara und Korinth im Wege, die sich um Hilfe an Lakedämon wandten.

Um nach dem Westen, das heißt nach Süditalien, Sizilien und Karthago zu gelangen, hatten die Athener zwei Routen: durch den Isthmus von Korinth und durch die Umschiffung der südlichen Gewässer des Peloponnes zwischen dem Vorgebirge Malea und der Insel Kythera in der Richtung nach den messenischen Küsten. Die südlichen Gewässer waren aber für die Schiffahrt jener Zeit gefährlich und standen in schlechtem Rufe. Das Vorgebirge Malea schreckte auch die kühnsten Seefahrer ab. Hier wurde Ulysses von seinem Kurse abgelenkt. Wie Herodot erzählt, wurden die Korkyräer durch die Winde an Malea daran gehindert, den Griechen bei der Schlacht von Salamis zu Hilfe zu eilen. Und wie Thukydides erzählt (VI. 27), fürchteten die Athener die Umschiffung des Peloponnes. So blieb nur die Route durch den Isthmus. In früheren Zeiten, als die Schiffahrt noch mangelhaft war, bildete ein Isthmus nicht eine Schranke, sondern eine Brücke zwischen zwei Meeren. Megara und Korinth lagen am Isthmus von Korinth und vermittelten den Handel Kleinasiens und des Schwarzen Meeres mit Süditalien und Sizilien. Beide Städte wurden deshalb sehr reich. Über Megara sagt Isokrates: „Die Megarer hatten wenig Vorteile: sie besaßen keine Ländereien, keine Häfen, keine Bergwerke; sie waren die ‚Bebauer von Steinen'; dennoch besaßen sie die feinsten Häuser in Griechenland." Isokrates, der von der materialistischen Geschichtsauffassung ebensowenig wie Thukydides verstand, erklärt die Geschäftsgüte Megaras aus dem Umstand, daß die Megarer in „tugendhafter Mäßigung" lebten. Diese Erklärung erinnert an die Lehre der bürgerlichen Ökonomiker, daß das Kapital durch Sparsamkeit entsteht. Vernünftiger urteilt Strabo über Korinth. Er sagt: „Korinth wurde (von Homer) ‚das reiche' genannt, da es ein Hauptthandelsplatz war, am Isthmus gelegen war und zwei Häfen hatte, einen nach der asiatischen, den anderen nach der italienischen Seite. Dies erleichterte den Warenaustausch zwischen den beiden Regionen. In den früheren Zeiten war die Schiffahrt nach Sizilien schwer, die offene See war gefährlich, besonders um Malea, da hier die Winde zusammentrafen. Daraus entstand das Sprichwort: ‚Wenn du Malea umschiffest, vergiß die Heimat.' Deshalb mieden die Kaufleute von Asien und Italien die Umschiffung um Malea und brachten ihre Waren nach Korinth. Von der Einfuhr nach dem Peloponnes und von der Ausfuhr aus dem Peloponnes wurden

Zölle an diejenigen gezahlt, die den Eingang beherrschten.“ Und der Eingar zum Peloponnes war Korinth.

In unserer Zeit, wo überseeischer Handel, Seemacht und Imperialism eine so bedeutende Rolle spielen, dürfte es nicht schwer sein, die Stimmur zu begreifen, in der sich die expansionslustigen athenischen Kaufleute ur Gewerbetreibenden gegenüber Megara und Korinth befanden. Dagegen bestar zwischen Megara und besonders zwischen Korinth und dem Peloponnes ke Gegensatz. Korinth war geradezu auf die militärische Stärke und die ökon mische Blüte Lakedämons angewiesen, um da eine Stütze gegen Athen z finden. Korinth gehörte zum Peloponnesischen Bunde.

Kaum zwanzig Jahre nach der Schlacht bei Salamis wandten sich d Athener an Megara, um eine Allianz abzuschließen. Wie Thukydides erzäh (I. 103), erhielt Athen die Allianz mit Megara, das mit den Lakedämonie verbunden gewesen war. „So fielen auch die Megarer von den Lakedämonie ab und traten dem Athenischen Bunde bei, weil sie von den Korinthe wegen der Grenzen ihres Gebiets bekriegt wurden; und die Athener besetzt Megara und Pegä. Von dieser Zeit hauptsächlich fingen auch die Korinth an, einen heftigen Groll gegen die Athener zu nähren.“ Das geschah i Jahre 461.

Der Haß zwischen Korinth und Athen ist demnach leicht verständlich. (entsprang nicht der Rivalität zwischen Joniern und Doriern oder zwisch Demokratie und Oligarchie oder infolge der Furcht der Lakedämonier vor d wachsenden Macht Athens im allgemeinen, sondern er entsprang dem se konkreten und genau zu erfassenden wirtschaftlichen Gegensatz zwischen d korinthischen Häfen und dem athenischen Hafen Piräus und im letzten Grun dem Kampfe um den Handel des Mittelmeers. Es war ein Kampf u die Beherrschung des Mittelmeers. Um diesen Kampf erfolgreich au tragen zu können, mußte Athen das megarische Gebiet beherrschen, das Korinth grenzte. Die Bedeutung der athenisch-megarischen Allianz konnte d Korinthern nicht lange verborgen bleiben. Denn diese Allianz war nur e Glied in der antikorinthischen Politik Athens. Bald nach dem Abschluß d Allianz mit Megara besetzte Athen nach heftigen Kämpfen die Insel Ägi im Osten von Korinth und Böotien und Naupaktos an der nördlichen u nordwestlichen Küste des Isthmus. Korinth wurde also im Osten, Nord und Nordwesten von der athenischen Macht eingekreist. Was Wunder, d Korinth sich enger an die peloponnesische Liga anschloß, deren Hauptma Lakedämon war. Seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Int essen diktierten Korinth eine konsequente lakedämonfreundliche Politik. D gegen konnte Megara zu keiner konsequenten Politik gelangen. Sein Geb grenzte im Nordosten an Attika und im Süden an Korinth. Seine Interess waren isthmische und deshalb sowohl gegen Korinth wie gegen ein expansi Athen gerichtet. Aber es war zu schwach, auf eigenen Füßen zu stehen. wurde deshalb von Korinth und Athen sowohl angezogen wie angegriff Seine politische Haltung war deshalb schwankend. Dagegen war Lakedäm nur indirekt an diesen Kämpfen und Intrigen beteiligt. Das agrarische La dämon wollte ruhig leben und militärisch stark sein, um die Heloten u Sklaven niederzuhalten. Es konnte deshalb nicht dasselbe feindliche Gefü wie Korinth gegen Athen haben, was ja auch aus der früher genannten Re der korinthischen Abgeordneten zur Genüge hervorgeht.

Halten wir an dem athenisch-korinthischen Gegensatz und an dem Aus-
hnungsdrang Athens nach dem Westen fest, so werden sich uns die Ereig-
sse beim Ausbruch des Athenisch-Peloponnesischen Krieges klar, logisch und
usal entwickeln, während sie bei Thukydides in zufälliger Weise aufeinander-
lgen.

Etwa dreißig Jahre dauerten diese Plänkeleien, Konflikte, Intrigen und
orbereitungen. Das athenische Bürgertum wurde inzwischen handels- und
emächtiger denn je zuvor. Kimon mit seiner ländlich-lakedämonischen Politik
ußte weichen. Die glänzende Figur des Perikles mit seinem sozialliberalen
mperialismus tritt immer klarer hervor. Athen erreicht den Gipfel seiner
lacht und seiner wundervollen Geisteskultur. Hinter Perikles und Athen
igen sich Kleon der Gerber und der Piräus. Der Ausdehnungsdrang nach
m Wasser wird stürmischer. Im Jahre 443 gründet Athen die Pflanzstätte
hurii in Süditalien, um den Handel mit Kampanien und Etrurien zu fördern.
s schließt Allianzen mit Leontini (Sizilien) und Rhegium (Süditalien) ab.
id beim Ausbruch des Krieges schließt es mit der Insel Korkyra (Korfu)
ie Allianz ab, da Korkyra — wie Thukydides hörte — „zur Überfahrt nach
alien und Sizilien sehr bequem zu liegen schien" (I. 44). . . . „Denn die-
be liegt so bequem zu der Fahrt nach Italien und Sizilien, daß gegen
seren (der Korkyräer) Willen kein Schiff von dorther nach dem Peloponnes
mmen . . . kann" (Thukydides, I. 36, Rede der Korkyräer). Korkyra war
sprünglich eine korinthische Kolonie. Wie Plutarch („Perikles", 20) er-
hlt, wollten die Athener noch zu Lebzeiten des Perikles Sizilien erobern,
d nach seinem Tode griffen sie es an und sandten die sogenannten
lfsexpeditionen, um die große Expedition gegen Syrakus vorzubereiten.
hließlich wissen wir aus der Rede des Alkibiades in Sparta (Thukydides,
. 90), daß die Athener eine Expedition gegen Karthago planten. So um-
igreich und kühn war die Expansionspolitik Athens nach dem Westen.
er diese ganze Politik konnte nicht durchgeführt werden, solange Korinth
i: im Wege stand, und Korinth hatte hinter sich den Peloponnesischen Bund.
r Krieg wurde unvermeidlich. Das war die Ansicht des Perikles und der
rinther. Und der Krieg kam. Wie gewöhnlich, war der äußere Anlaß ganz
ringfügig. In Epidamnus, einer Pflanzstätte Korkyras, brachen lokale
vistigkeiten aus. Das Volk wandte sich an das Mutterland (Korkyra) um
lfe. Da Korkyra ihm nicht helfen wollte, wandte es sich an die Korinther.
ese sandten Hilfe, wodurch es schließlich zu einem Kriege zwischen Korinth
d Korkyra kam. Nach unserer Darstellung war es nur logisch, daß sich die
rkyräer an Athen um Hilfe gegen Korinth wandten. Perikles begriff sofort
Bedeutung Korkyras und trat für eine Allianz mit dieser Insel ein. Die
hener stimmten schließlich für den Vorschlag des Perikles. Im Jahre 433
n es zu einem Seetreffen zwischen den Korkyräern und Korinthern bei
bota, südlich von Korkyra, wobei die Athener den Korkyräern Beistand
teten und die Korinther zum Rückzug veranlaßten. Dagegen stand Megara,
: alte Bundesgenosse Athens, auf seiten der Korinther, die offenbar die
garer für sich gewonnen hatten. Um Megara die Folgen des Vertrags-
ichs fühlen zu lassen, erließen die Athener einige Beschlüsse, die den
garern die athenischen Gewässer und Märkte verschlossen. Die Korinther und
garer wandten sich dann an Lakedämon, und dieses wurde veranlaßt, den
henern den Krieg zu erklären.

Wie wenig Thukydides die wirklichen Ursachen dieses Krieges begriff, zei die Tatsache, daß er die Beschlüsse gegen Megara nur als nebensächliche E eignisse behandelt. Dagegen läßt Aristophanes den Dikaeopolis in d „Acharnern" erklären:

„Denn Perikles, der Olympier, warf in seinem Zorn
Den Blitz und Donner, regte Hellas auf im Sturm,
Erließ Gesetze, abgefaßt im Skolienstil:
‚Nicht auf dem Lande, nicht auf dem Markte, nicht zur See,
Nicht auf der Küste dürfe bleiben Megara.'
Da baten die Megarer, als der Hunger kam,
Das Spartervolk, es möchte jener Volksbeschluß
Von wegen der drei Dirnen aufgehoben sein.
Wir schlugen's ab, sie mochten bitten noch so sehr.
So war nun damals schon ein toller Waffenlärm."[1]

Aristophanes spielt auch auf die vulgäre Erklärung an, die die Beschlü gegen Megara dem Umstand zuschrieb, daß einige megarische Jünglinge d Mädchen der Aspasia entführten.

Unter den Forderungen, die die Lakedämonier im Interesse des Friede an die Athener stellten, war besonders die des Widerrufs der Beschlüsse geg Megara. „Vornehmlich und am nachdrücklichsten drangen sie (die Lakedämoni darauf, daß, wofern sie (die Athener) den Frieden behalten wollten, sie d hinsichtlich der Megarer gefaßten Beschluß wieder aufheben sollen" (Thukydid I. 139).

Perikles war gegen jede Konzession, worauf die Lakedämonier im Jahre 4 in Attika einfielen. So nahm der Athenisch-Peloponnesische Krieg seinen A fang und endigte nach 27 Jahren mit dem Ruin einer der größten Kult stätten der Menschheit. Das Athen, das in der von Perikles gehaltenen Leiche rede unsterblichen Ausdruck fand, fiel scheinbar den rücksichtslosen imperi listischen Plänen eines Kleon zum Opfer, aber in Wirklichkeit scheiterte es seiner Unfähigkeit, vorerst Hellas in einen einheitlichen Staat zu verwandel um auf diese Weise eine breite und feste Basis für ein seemächtiges Reich schaffen. Übrigens war Kleon nicht der Demagog, für den ihn die Bewu derer des Thukydides halten, sondern das Produkt jener Zustände, in den eine expansionslustige Bourgeoisie für längere oder kürzere Zeit gedeiht.

Kolonialpolitische Rundschau.

Von **Parvus.**

Das Automobil in der Mongolei. — Eingeborenenbewegung und Eingeborene politik. — Akidenwirtschaft und Klassengegensätze. — Christentum und Kolonia politik. — Der humane Dernburg und sein Programm.

Die Burjaten in der Mongolei bildeten eine Aktiengesellschaft u wandten sich an die Regierung in Peking mit dem Ersuchen um eine Ko zession zur Errichtung eines Automobilverkehrs durch die Steppe. Es lä sich aus verschiedenen technischen und kommerziellen Gründen leicht vorau sagen, daß, wenn das Unternehmen zustande kommt, seine Arrangeure fü

[1] Aristophanes, „Die Acharner". Reclamsche Ausgabe.

te nur sehr rasch die Silberstücke los werden würden, die sie sich unter den
llen ihrer Jurten aufgespeichert haben. Aber daß unter den Nomaden
ier weltfremden Gegenden die Initiative der Anschaffung moderner Ver-
rsmittel entstehen konnte, daß sich unter ihnen Leute fanden, um diese Idee
zelrecht nach kapitalistischem Muster ins Werk zu setzen, das ist in hohem
aße kennzeichnend für den Geist des Industrialismus, der jetzt durch die
nze Welt geht.

* * *

Es gibt keine Wilden mehr. Selbst die Neger im zentralen Afrika sind
eits in Berührung gekommen mit der kapitalistischen Kultur. Der ge-
mnisvolle Schleier, der anfänglich die weißen Eindringlinge umgab, ist zer-
sen. Die Neger wissen schon längst, daß sie die Zauberkraft der Weißen in
eigene Hand bekommen, wenn sie den Gebrauch der Feuerwaffen lernen.
rum das Bestreben, sich zu bewaffnen, das für die Eingeborenenbewegungen
rikas ebenso kennzeichnend ist, wie etwa für China der Eisenbahnbau und
Bildung einer modernen Armee. Dabei zeigt es sich auch, daß gerade die
mitive Kultur den Eingeborenen den Gebrauch der Waffen ungemein er-
htert. Wo die Jagd noch nicht, wie in dem zivilisierten Europa, zum
ort der Fürsten und der Börsenkönige geworden ist, sondern einen wichtigen
werbszweig der Bevölkerung darstellt, ersetzt sie bis zu einem gewissen Grade
allgemeine Wehrpflicht.

Mit der Verbreitung der Feuerwaffen in Afrika ist der Widerstand der
ngeborenen gegen die kolonisierenden Europäer gestiegen. Die Waffe, mit
der Neger unterjocht wurde, macht ihn zum Rebellen. Wenn der hart-
ckige Widerstand der Zuluneger und die Schlappen, die sie den Engländern
eitet hatten, 1879 noch als überraschende Ausnahmen gelten konnten,
ist die Ausnahme seitdem zur Regel geworden. Die Vorstellung, daß
rika von nackten Menschen bewohnt sei, die man nach Belieben zusammen-
iben und meistern kann, verschwindet in das Reich der Legende; man lernt
mer mehr, den bewaffneten Widerstand der Völker Afrikas als bedeutende
d steigende Größe in Rechnung zu setzen. Das hat der Krieg mit dem
ahdi gezeigt, der Rückzug der Italiener aus Abessinien ebensowohl wie der
itsche Hererokrieg und wie es jetzt die Kämpfe der Franzosen in Marokko
zen.

Dies übt nachweisbar eine sehr heilsame Wirkung auf die soziale Einsicht
kolonialen Ministerien in Europa. So hat man zum Beispiel zu Beginn
Hererokriegs in den deutschen Regierungskreisen den Augenblick kaum ab-
rten können, um auch gegen die Ovambos, die den Hauptstamm der
völkerung von Deutsch-Südwestafrika bilden, loszuziehen,[1] während man jetzt
t Grausen an diese Eventualität denkt und sie gewiß gern vermieden haben
chte.

Neben wirtschaftlichen Gründen, die eine Konservierung der Eingeborenen
pfehlen, um sie ausbeuten zu können, sind die Negeraufstände ein wichtiges
oment, das den Regierungen eine vorsichtigere Eingeborenenpolitik nahelegt:
shalb denn auch die Reden der kolonialen Minister von frommen Ansichten und
en Absichten überfließen. Allein so sehr die kapitalistische Ausbeutung in

[1] Authentisches darüber in meinem Buche „Die Kolonialpolitik und der Zusammen-
ch".

den Kolonien eine blutige Realität ist, so sehr erweisen sich bis jetzt alle
suche einer humanen Eingeborenenpolitik als Illusionen. Eine Eingebore
politik, welche die Eingeborenen befriedigt, ist noch nicht erfunden wor
Woher das kommt, wie das zusammenhängt, darüber werden uns im weit
Verlauf dieser Rundschauen die Tatsachen häufig genug belehren. Für
mal nur einen kleinen Beitrag aus der deutschen Praxis.

* * *

Es war bis jetzt eine beliebte Manier der kolonialen Regierungen,
Fürsten respektive Stammeshäupter der Eingeborenen durch Leute aus frem
Stämmen zu ersetzen. Durch nichts mit dem Stamme verbunden, über
sie gestellt wurden, und mit der größten Autorität ausgerüstet, waren
eingeborenen Beamten die ergebenen Knechte der Regierung und zugleich
scheußlichsten Schinder ihrer Untergebenen. Nachdem aber die Eingebore
in Ostafrika mit den Waffen in der Hand gegen die Wirtschaft dieser
bigen Beamten, der sogenannten „Akiden“, sich aufgelehnt hatten, kam
auch im deutschen Kolonialministerium zur Einsicht, daß hier Wandel
schaffen werden müsse. In der jüngsten Denkschrift über Ostafrika lesen

„Gegenstand eingehender Erwägungen des Gouvernements bildete die
wendung farbiger Beamter in den lokalen Verwaltungen, nachdem anläß
des Aufstandes von vielen Seiten gegen die sogenannte Akidenwirtsch
schwere Vorwürfe erhoben wurden, die zum Teil auch in die dem Rei
tag vorgelegte amtliche Denkschrift Eingang gefunden haben. Auch sei
einiger Bezirksämter wurde wieder auf die Mißstände dieser Institution
gewiesen.“

Um nun Abhilfe zu schaffen, ist zunächst in Aussicht genommen,
stammesfremden Akiden durch die angestammten Häuptlinge zu ersetzen. Al
das ist in der Praxis nicht mehr so leicht auszuführen. Hören wir die D
schrift:

„Voraussetzung ist dafür, daß sich in dem Bezirk Häuptlinge noch erha
haben, welche außer der genügenden Zuverlässigkeit auch die erforderl
Macht über ihre Stammesgenossen besitzen. Ausgeschlossen ist es
den Küstengebieten. Seit dem Beginn der deutschen Herrschaft hat man
denselben sich bemüht, derartige Stammeshäupter zu beseitigen oder de
Einfluß aufzuheben. Angesehene angestammte Häuptlinge sind in
Küstendistrikten und in den küstennahen Gebieten nicht mehr vorhanden;
Verwaltung wird sich somit mit den Akiden behelfen müssen.“

Wie kam aber dieser Widerspruch zwischen Wollen und Können zusta
vor dem jetzt das deutsche Kolonialamt ratlos dasteht? Erst suchte man
allen Mitteln der Perfidie die Häuptlinge gegen ihre Stammesgenossen a
zuspielen. Durch Bestechungen, Schwindel, Alkohol, durch nackte Gewalt o
Überlistung oder offenen Betrug brachte man sie dazu, daß sie das Volk v
rieten, Länder verschleuderten, die ihnen nicht gehörten, und ihrer eige
Habgier alle Zügel schießen ließen. Das zeigt der Fall Samuel Maher
in Deutsch-Südwestafrika und zahlreiche andere. Kein Wunder, daß man
durch die Autorität der Häuptlinge zerstört hatte. Nunmehr, da man d
Autorität braucht, haben die Eingeborenen kein Vertrauen zu ihren Häu
lingen. Wo aber die Häuptlinge treu zu ihrem Volke standen, wurden
einfach beseitigt.

Nun tröstet uns die Denkschrift damit, daß in den *Innenbezirken* die Dinge noch nicht so weit vorgeschritten sind. „Hier finden sich Häuptlinge, welche sich noch immer einer nicht unbedeutenden Macht und eines bedeutenden Einflusses auf ihre Stammesgenossen erfreuen. Diese werden zweckmäßig bei der Verwaltung den fremden farbigen Beamten vorzuziehen sein.“ Es ist nicht schwer einzusehen, daß diese günstigeren Verhältnisse in den Innenbezirken in dem Maße verschwinden werden, als der kolonialpolitische Einfluß auch dorthin dringen wird. Gerade die Verwandlung der Häuptlinge in Kolonialbeamte ist der beste Weg, ihre Autorität unter den Volksgenossen zu untergraben.

Man darf nie außer acht lassen, daß die Wirkung des eindringenden Kapitals auf die Eingeborenen eine *ungleichmäßige* ist. Land und Volk werden ausgeplündert, aber einzelne unter den Eingeborenen selbst kommen dabei zu Glanz und Reichtum. Die nächsten aber, die aus den kapitalistischen Plünderungszügen für sich Nutzen ziehen, das sind eben die Häuptlinge. Es wird sogar zu einem zielbewußten Problem der Kolonialpolitik, das unter den Eingeborenen vorgefundene Herrschaftsverhältnis in ein *kapitalistisches Ausbeutungsverhältnis* umzuwandeln. Damit aber wird jenem Herrschaftsverhältnis der geschichtliche Boden entzogen, sein volkstümlicher Zusammenhang verschwindet, und es bleibt nur eine scheußliche Paarung von zügelloser barbarischer Herrschergewalt und schrankenloser kapitalistischer Ausbeutung.

* * *

Daß man im deutschen Kolonialamt sich dieser sozialen Gegensätze wohl bewußt ist, zeigt folgende kennzeichnende Auslassung über die *Missionen*, die zugleich ein hübscher Beitrag ist zum Kapitel Christentum und Kolonialpolitik:

„Statt die ersten Jahre sich hauptsächlich mit dem Versuch zu beschäftigen, die *Häuptlinge selber zu bekehren*, was dann, wie das Beispiel von Uganda beweist, die Bekehrung der ganzen Häuptlingschaft zum Gefolge hat, wird davon fast überall wegen der *Vielweiberei* dieser Leute wie von einem von vornherein aussichtslosen Beginnen Abstand genommen und die Missionierung der nicht aus höherer Ethik, sondern infolge ihrer Armut monogamen *niedrigsten ihrer Untertanen* betrieben. . . .

„Außerdem finden sich auf den Missionen vielerorts gerade solche Eingeborene ein, die aus irgendwelchen Gründen nicht in voller Eintracht mit ihren Oberen stehen, weil sie von den Europäern Schutz gegen oft durchaus berechtigte Rekriminationen ihrer Häuptlinge erwarten. Die Missionare hören die Klagen der belasteten Volksgenossen, sie sehen Bräuche und Gewohnheiten, die das Gouvernement *aus politischen Gründen* nicht von heute auf morgen unterdrücken kann, und suchen nunmehr immer wieder darauf hinzuarbeiten, daß die politische Freiheit des einzelnen Stammesmitglieds durch Ablösung der Pflichten oder häufiger noch durch einfache Dekretierung der Behörden so rasch wie möglich ausgestaltet wird. Dies Bestreben bleibt auf die Dauer den Sultanen und Häuptlingen nirgends verborgen. Die Folge ist, daß die Mission häufig zu der althergebrachten *Herrschaft der Sultane* in immer schärferen Gegensatz gerät, weil letztere zuerst nur mißtrauisch, dann aber fest überzeugt davon sind, daß die Mission und ihr christlicher Anhang eine Art *Umsturz*-

partei darstellen, welche ihnen Macht und Ansehen, die heiligen Bräuche der Väter rauben und Land, Leute und zuletzt sie selbst verschlingen will" (Denkschrift über Ostafrika).

Es ist wirklich verfehlt seitens der Missionare, daß sie an der Vielweiberei der Häuptlinge Anstoß nehmen; sie hätten vielmehr diese belehren sollen, daß auch die christliche Monogamie bloß ein Mißverständnis sei, daß sie auch in der christlichen Gesellschaft nur für die Armen bestehe, daß dagegen zum Beispiel die Sultane der Börse in den europäischen Großstädten in diesem Punkte sich noch besser zu helfen wissen als die Negerfürsten in der Wüste, und daß die ganze Institution nur den Zweck habe, die Männer der Verpflichtung zu entheben, für den Unterhalt von mehr als einer Frau und ihrer Nachkommenschaft aufzukommen. Vollkommen unangebracht aber im Sinne einer christlichen Kolonialpolitik ist es, daß die Missionare mit der Bekehrung so viel Umstände machen. Worauf es ankommt, ist die Taufe, und diese geschieht am besten herdenweise. Hat man die Kerle erst so weit, so ergibt sich alles andere von selbst, beziehungsweise der Staat mit seinen Zwangsmitteln sorgt für die nötige Portion Frömmigkeit in Gestalt von Kirchensteuern usw.

Die Denkschrift tröstet sich damit, daß die Chefs der Kirche mehr Einsicht haben in die kolonialpolitischen Aufgaben der Missionstätigkeit als ihre Angestellten, die Bibelstunden unter den Negern abhalten; sie rühmt den „mäßigenden Einfluß, den die Oberen beider Konfessionen auf ihre mitten im Kampfe stehenden und darum leichter zu Übereifer neigenden Untergebenen ausüben". Um die Sache weiter in diesem Sinne zu fördern, würde es sich wohl empfehlen, eine revidierte Ausgabe der Heilsbotschaft Christi für die Kolonien zu verfertigen.

* * *

Das Blutvergießen ist nicht erst von den Europäern nach Afrika gebracht worden. Allerdings, wenn früher ein grausamer Sultan den Eingeborenen auf den Pfahl setzte, so steckt ein raffinierter Kulturmensch ihm eine Dynamitpatrone in den Leib; allein der Hauptunterschied liegt darin, daß der Europäer an Stelle der Leidenschaft, der sich der eingeborene Häuptling hingab, an Stelle der persönlichen Tyrannei, die immerhin ihren Sättigungspunkt hatte, das kalte und schrankenlose Ausbeutungsinteresse setzte. Die Scheußlichkeiten, die an den Negern begangen werden, sind nicht mehr Selbstzweck, sie bringen Profit, darum ist bei ihnen kein Ende und kein Maß abzusehen. Das ist die Quelle der Schindereien, denen sie seitens der weißen wie seitens ihrer farbigen Vorgesetzten unterworfen werden. Diese tatsächlichen Zusammenhänge sind längst erkannt und zur amtlichen Erkenntnis gelangt. Erst neulich brillierte in Deutschland Dernburg vor der Öffentlichkeit damit, daß er, der Kolonialminister, die Ausbeutungspraktiken in den Kolonien aufdeckte. Wie aber soll den Mißständen abgeholfen werden? Herr Dernburg gab verschiedene humane Grundsätze zum besten, die er in den Kolonien durchgeführt haben möchte, und ging in seiner Schwärmerei für die Eingeborenen sogar so weit, daß er zu „überlegen" versprach, ob nicht „das Züchtigungsrecht des Karawanenführers wie des Plantagenleiters" einzuschränken sei. Daß der Neger wegen dieser so hübsch abgewogenen wohlmeinenden Absichten nicht jetzt schon die Peitschennarben vergißt, die ihm täglich aufgefrischt werden, zeigt selbstverständlich seine Verstocktheit; die Frage bleibt aber immerhin be-

chtigt, wie diese schönen Redensarten ins Werk gesetzt werden sollen? Darauf)ernburg: er werde Vorschriften erlassen, in denen alles spezifiziert und argelegt wird. Und wer soll diese Vorschriften ausführen? Antwort: „der eiße Eingeborenenkommissar“, der nach der Idee Dernburgs den Eingeborenen kein geringeres Heil bringen soll wie der weiße Elefant denen, die n ihn glauben.

Der Eingeborenenkommissar ist ein altes Prunkstück der kapitalistischen olonialpolitik. Man kennt ihn ebenso in den holländischen wie in den engschen Kolonien. Seine Unzulänglichkeit ist längst nicht nur in den Parlaenten nachgewiesen, sondern auf dem Wege der Belletristik zum Bewußtsein eiterer Kreise gebracht worden. Er bildet die Hauptfigur des berühmten Nax Havelaar von Multatuli. Nachdem er also von anderen verbraucht urde, wird er jetzt, wie nicht anders zu erwarten war, zum Steckenpferd ür den Humanismus im deutschen Kolonialministerium.

Ist nun das Mittel an und für sich unzulänglich, so stößt man bei seiner lnwendung auf weitere Unzulänglichkeiten. Ich berufe mich wieder auf die Denkschrift über Ostafrika:

„Ein allzu rascher Ersatz der farbigen Angestellten durch Europäer würde nverhältnismäßige Kosten verursachen, die eine höhere Belastung der Eingeborenenbevölkerung oder einen erhöhten Zuschuß seitens des Staates zur olge haben müßten. Dagegen ist auf eine Verstärkung der Kontrolle der Akiden — unter gleichzeitiger Einschränkung ihrer Befugnisse — durch häufigere Reisen der Bezirkschefs Wert gelegt worden; diese sind eindringlich ermahnt, einen möglichst innigen Konnex mit der Bevölkerung herzustellen, wozu n erster Linie tüchtige Kenntnisse der Landessprache gefordert werden. Auch ourde ihnen in ihrer Gesamtheit und bei passender Gelegenheit den einelnen wiederholt eingeschärft, bei den Anforderungen an die Eingeborenen ederzeit die geforderte Arbeit mit ihrem wirtschaftlichen Nutzen und alle Aufagen mit der ökonomischen und physischen Leistungsfähigkeit ihrer Schutzefohlenen in Einklang zu setzen.“ Also Vorschriften und Ermahnungen! Vorüglich schön ist der Passus von der „passenden Gelegenheit“: die Denkschrift rzählt nämlich krasse Fälle von Übergriffen der weißen Beamten, die zum Beispiel die Eingeborenen für vollkommen nutzlose Wegebauten zu Tode hetzten — das werden wohl jene „passenden Gelegenheiten“ gewesen sein, bei denen e ermahnt wurden. Die Sache verhält sich demnach so: Trotz der Instruktionen „in Gesamtheit“ haben die Bezirkschefs noch „im einzelnen“ ermahnt oerden müssen, und dieser Sachverhalt soll uns Gewähr leisten dafür, daß ie gerühmten Bezirkschefs den Eingeborenen Heil und Segen bringen werden!

Der Bezirkschef oder Regierungskommissar, mit Vorschriften und guten Ratchlägen aus Berlin beladen, mit „tüchtigen Kenntnissen“ der Landessprache, ie ihm empfohlen werden, die er aber nicht besitzt, allein auf einem ungeheuren Gebiet, das er durch häufige Reisen beglücken soll, um an vielen Orten für wenige Augenblicke zu erscheinen und ebenso unerwartet zu verchwinden, wie er gekommen war, diese allmächtige, allgegenwärtige, allwissende ınd nichtsahnende Schöpfung Dernburgs soll die gütige Vorsehung spielen ınd ausgleichende Gerechtigkeit unter den Negern üben! Wie aber wird er ich den Häuptlingen und ihren Ausbeutungsgelüsten gegenüber verhalten? Darüber haben wir klare Auskunft, die Denkschrift sagt uns das in ihrem Urteil über die Tätigkeit der Missionen, das wir bereits kennen gelernt

haben. Schon beim Zusammenstoß mit diesem ersten Gegensatz bricht di humane Eingeborenenpolitik des deutschen Kolonialministeriums in sich selbs zusammen. War schon daraus zu entnehmen, wie wenig sie dem Aus beutungsinteresse der weißen Pflanzer würde standhalten können, so hat un Herr Dernburg selbst der Notwendigkeit überhoben, einen weiteren Bewei zu führen, da er allein schon für seine philanthropischen Redensarten in alle Form hat Abbuße leisten müssen. Aber wenn der Kolonialminister in Berli über Eingeborenenpolitik sich nicht einmal humane Redensarten erlauben darf so werden offenbar die Regierungskommissare in Afrika eine humane Ein geborenenpolitik noch weniger betreiben können und nicht einmal wollen.

So läuft denn die Dernburgsche Eingeborenenpolitik im letzten Grund darauf hinaus, daß der Regierungsassessor durch den Regierungskommissa ersetzt wird.

Ausbau der Arbeitersekretariate und Vorbildung ihrer Beamten.

Von Arbeitersekretär **Fr. Frank** (Frankfurt a. M.).

Die Arbeitersekretariate unserer Gewerkschaften sind unseren Gegnern rech unbequem, deshalb suchen sie durch Sekretariate ihrer Gewerkschaften wie durc Wohltätigkeitsvereine, interessierte Berufsgruppen und Kommunalverwaltunge durch Errichtung von Rechtsauskunftstellen usw. ihnen entgegenzutreten, und auch der Staat setzt seinen Behördenorganismus in Tätigkeit, zum Beispie die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte. So wirken in Frankfurt a. M. neben unserem Institut:

1. Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen, e. V., geleitet von einem weiblichen Dr. jur. (drei Tage in der Woche).
2. Katholisches Arbeitersekretariat (geöffnet von 9 bis 1 und 4 bis 8 Uhr)
3. Auskunftstelle für Arbeiterangelegenheiten — dem Institut für Gemeinwohl unterstehend —, die in der Stadt zwei Bureaus unterhält (geöffnet von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr) und auch an auswärtigen Orten, an bestimmten Wochentagen Sprechstunden abhält; vier Beamte teilen sich in die Arbeit.
4. Kostenlose Rechtsauskunftstelle der Frankfurter Rechtsanwälte.
5. Untere (städtische) Verwaltungsbehörde für Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung; die unentgeltliche Auskunftserteilung erfolgt an Wochentagen von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Berücksichtigt man, daß in Frankfurt a. M. mit seinen 365000 Einwohnern noch 200 Rechtsanwälte tätig sind, so muß die Zahl der Auskunftsuchenden, die unser Sekretariat im Jahre 1906 in Anspruch nahmen — 32216, darunter 17963 Organisierte —, als eine außerordentlich hohe bezeichnet werden. Eine die Lebensfähigkeit der Arbeitersekretariate bedrohende Konkurrenz kann ihnen durch Gründung von Instituten der oben bezeichneten Art niemals entstehen. Dies ist im Wesen der Arbeitersekretariate begründet. Aber ohne Einfluß auf den Ausbau der Arbeitersekretariate sind sie nicht, denn diese werden hierdurch gezwungen, den von ihnen gewährten Rechtsschutz auf alle Gebiete der Gesetzgebung auszudehnen. Es soll keineswegs verkannt werden, daß dieser Ausbau in Wirklichkeit bei vielen Sekretariaten schon

längst eingetreten ist. Für das Niveau und das Ansehen der Arbeitersekretariate ist es jedoch nicht ohne Bedeutung, wenn dieser tatsächliche Zustand auch im statutengemäßen Arbeitsplan zum Ausdruck kommt und hierdurch seine Sanktion erhält.

Die Inanspruchnahme der meisten Sekretariate auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung beziehungsweise in Gewerkschaftsangelegenheiten ist schon deshalb bedeutungslos geworden, weil hierfür andere Instanzen vorhanden sind, beziehungsweise geschaffen wurden. Namentlich kommen hier die Gewerkschaftskartellbureaus in Betracht. Auch beweist die Statistik der größeren Arbeitersekretariate, daß die Sozialgesetzgebung nur noch relativ darauf Anspruch hat, als Hauptwirkungsfeld dieser Institute betrachtet zu werden. Besonders in den großen Städten ist die Erteilung von Rechtsauskunft und die Gewährung von Rechtsschutz auf allen Gebieten der Gesetzgebung derart in den Vordergrund getreten, daß den Sekretariaten zu anderen Aufgaben — die Ausnahmen bestätigen die Regel — weder die Zeit noch die nötigen Kräfte zur Verfügung stehen. Außerhalb dieses Programms liegende Arbeiten können auch viel besser von anderen Institutionen der Arbeiterbewegung geleistet werden.

Wenn ich behauptet habe, daß durch die von kommunalen oder von Wohltätigkeitsvereinen gegründeten Rechtsauskunftstellen die Lebensfähigkeit der Arbeitersekretariate nicht berührt werde, weil dies in dem eigenartigen Charakter unserer Sekretariate begründet sei, so wiederhole ich damit nur längst Bekanntes. Diesen Konkurrenzinstituten haftet in erster Reihe der Geruch des Almosens an. Dann aber sind unsere Sekretariate doch weit mehr als nur Rechtsauskunft- und Rechtshilfestellen; sie sind in erster Linie soziale Hilfs- und Beobachtungsstationen. In allen nur erdenklichen Nöten, die der Kampf ums Dasein mit sich bringt, werden die Arbeitersekretariate in Anspruch genommen und wirken so auch werbend für die Gewerkschaften.

Ein großer Mangel ist nun, daß den Sekretären in ihrer Stellung als Prozeßbevollmächtigte, soweit das mündliche Verhandeln vor Gericht in Frage kommt, jede gesetzliche Anerkennung fehlt. Sie sind in dieser Beziehung den Rechtskonsulenten gleichgestellt, von denen sie sich doch wesentlich und vorteilhaft unterscheiden. Die Arbeitersekretariate gelten allerdings nicht als „Gewerbebetriebe“ im Sinne des § 35 der Gewerbeordnung und unterliegen deshalb nicht der polizeilichen Anmeldung und Beaufsichtigung. Nicht ohne harten Kampf mit den Gerichten und der Polizei konnte diese Frage zu unserer Zufriedenheit gelöst werden. In der Reichstagssitzung vom 22. Februar 1902 verlas Graf Posadowsky ein von ihm an die verbündeten Regierungen gerichtetes Schreiben, in welchem der § 35 der Gewerbeordnung dahin interpretiert wurde, daß wenn jemand, wie die Arbeitersekretariate, geschäftsmäßig aus humanitären und sozialpolitischen Gründen Rechtsauskunft erteile, er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung falle. Diese Erklärung zog zwar eine scharfe Grenze zwischen den Arbeitersekretariaten und dem anrüchigen Rechtskonsulententum, aber sie muß nun auch gesetzlich zum Ausdruck kommen: es gilt, die Anerkennung der Arbeitersekretäre als Prozeßbevollmächtigte in der Gesetzgebung positiv festzulegen.

Von einer Verletzung „wohlberechtigter Privatinteressen“ kann, soweit die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Frage kommen, keine Rede sein. Rechtsanwälte werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor den genannten

Gerichten nicht zugelassen, und die Nichtzulassung erstreckt sich nicht nur a
die mündliche Verhandlung, sondern auf das ganze Verfahren. Dieses Verb
gilt allerdings auch für „Personen, welche das Verhandeln vor Gerich
geschäftsmäßig betreiben“, welchen die Arbeitersekretäre zuzuzählen sind. Ab
die Praxis sehr vieler Gewerbegerichte läßt die Arbeitersekretäre als Prozeß
bevollmächtigte nicht nur zu, sondern erblickt in ihnen schätzenswerte Kräf
zur Erledigung von Rechtsstreitigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsvertrag
Da aber dieses Entgegenkommen keine bindende Kraft hat, so muß gesetzli
festgelegt werden, daß die Arbeitersekretäre als Prozeßbevollmächtigte vor de
Gewerbe- und Kaufmannsgericht nicht zurückgewiesen werden dürfen.

Für die prozeßrechtliche Stellung der Arbeitersekretäre vor den Schieds
gerichten für Arbeiterversicherung und dem Reichsversicherungsamt gilt fo
gende Verordnung:

„Das Schiedsgericht (Reichsversicherungsamt) kann Bevollmächtigte un
Beistände, welche das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig be
treiben, zurückweisen. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Rechts
anwälte und auf Personen, denen das mündliche Verhandeln vor Gerich
durch eine seitens der Justizverwaltung getroffene Anordnung gestattet ist.“

Das Reichsversicherungsamt hat den Schiedsgerichten ein gutes Beispie
gegeben. Der Zentralarbeitersekretär Genosse Robert Schmidt konnte auf de
Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 berichten:

„Die auf dem Stuttgarter Kongreß gehegten Befürchtungen, daß aus de
Verfolgung der Rechtsansprüche der Arbeiter vor dem Reichsversicherungsam
Schwierigkeiten entstehen würden, haben sich als unbegründet erwiesen. Wi
haben unsere Tätigkeit dort frei und unbehindert in den Grenzen wie all
übrigen Vertreter ausüben können.“

Wenn irgendwo, so hat die Arbeiterschaft ein wohlbegründetes Rech
darauf, daß vor diesen Gerichten die Arbeitersekretäre als Prozeßbevollmächtigt
nicht nur geduldet, sondern gesetzlich anerkannt werden, angesichts der enorme
Opfer, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit Leben und Gesundheit einbüßen
und des ungleichen Rechtszustandes, daß die Versicherten in den Vorstände
beziehungsweise Ausschüssen der Berufsgenossenschaften, die über die Berechti
gung des Rentenanspruchs zu entscheiden haben, überhaupt nicht vertrete
sind! Die Interessen der Rechtsanwaltschaft würden hierdurch nicht gefährdet
Die Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den Schiedsgerichten un
dem Reichsversicherungsamt sind durch Verordnung festgesetzt, und eine Ver
einbarung über höhere Beträge ist nichtig.

Von einem Vorgehen zur Beseitigung der Befugnis, die Arbeitersekretär
in Zivilprozeßsachen vor dem Amtsgericht zurückweisen zu können — nu
dieses Gericht kommt infolge des bei den Kollegialgerichten durchgeführte
Anwaltszwanges in Frage —, verspreche ich mir im gegenwärtigen Augen
blick keinen großen Erfolg. Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwur
über die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozeßordnung
erhöht die Kompetenz der Amtsgerichte in Streitigkeiten über vermögensrecht
liche Ansprüche bis zu 800 Mark (bisher 300 Mark). Es soll nicht verkannt
werden, daß diese Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit die wirtschaft
liche Lage vieler Rechtsanwälte ungünstig beeinflussen wird. Die Rechts
anwaltschaft protestiert deshalb lebhaft gegen den vorliegenden Entwurf.
Findet die geplante Erweiterung im Reichstag eine Mehrheit, und dies liegt

im Interesse der Recht suchenden Bevölkerung, so dürfte auch die vorgeschlagene Änderung des § 157 der Zivilprozeßordnung zur Annahme gelangen. Die letztere geht dahin, das Winkelkonsulententum, und zwar mit Recht, möglichst auszuschalten; auch soll die Justizverwaltung von der ihr zustehenden Befugnis, Personen durch allgemeine Anordnung das mündliche Verhandeln vor Gericht zu gestatten, nur dann Gebrauch machen, wenn bei einem Gericht zur Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte ausreichende Gelegenheit nicht geboten ist. Wir glauben die bestimmte Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß unseren Arbeitersekretären, auch bei Annahme des Gesetzentwurfes, von den Amtsgerichten keine Schwierigkeiten gemacht werden und ein gutes Einvernehmen Platz greifen wird. Immerhin wäre es sehr zu begrüßen, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Gelegenheit wahrnehmen würde, auch für die unbedingte Zulassung der Arbeitersekretäre einzutreten.

Die Frage der Ausbildung der Sekretäre ist bei der geschilderten und bereits eingetretenen Ausdehnung des Arbeitsplans der Arbeitersekretariate zu einer dringenden geworden. Durch eine zufriedenstellende Regelung wird einerseits die Erhaltung des guten Rufes garantiert, welchen sich die Sekretariate in langer, mühevoller Tätigkeit erworben haben, und andererseits die gesetzliche Anerkennung der Arbeitersekretäre als Prozeßbevollmächtigte leichter zu erringen sein. Dringend ist die Ausbildungsfrage deshalb, weil immer mehr Arbeitersekretariate gegründet werden und an den neu in die Praxis eintretenden Sekretär — eben infolge der Entwicklung der Sekretariate zu Rechtsauskunftstellen auf allen Gebieten der Gesetzgebung — bedeutend höhere Anforderungen gestellt werden müssen, als dies in den ersten Jahren des Auftauchens dieser Institute der Fall war. Viele jetzt amtierende Sekretäre haben sich schrittweise, der allmählichen Ausgestaltung der Sekretariate entsprechend, mit den verschiedensten Materien der Gesetzgebung vertraut gemacht. Neu gewählten Sekretären ist diese Art der Ausbildung nicht mehr möglich. Sie laufen Gefahr, insbesondere in der ersten Zeit ihres Wirkens, durch unrichtige Auskunfterteilung Schaden anzurichten. Dies muß unter allen Umständen verhindert werden.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn Arbeitern die Laufbahn als Arbeitersekretär nicht mehr offen stünde. Intelligente Leute aus dem Arbeiterstand eignen sich zweifellos für die sozialpolitische Gesetzgebung vorzüglich. Die Schwierigkeit liegt für sie in der Aneignung der notwendigen Kenntnisse auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechtes und der umfangreichen Prozeßordnungen. Auf autodidaktischem Wege, ohne jede Anleitung, kann das unbedingt erforderliche Wissen, selbst bei zäher Ausdauer, nicht erworben werden. Es ist deshalb die Pflicht der Generalkommission der Gewerkschaften, gut veranlagten Leuten, bevor sie in die Praxis eintreten, durch einen mehrere Monate dauernden Unterrichtskurs eine solche fachwissenschaftliche Grundlage zu verschaffen, daß sie in den Stand gesetzt sind, auf dem Wege des systematischen Selbststudiums weiterzubauen. Der Kostenpunkt darf keine Rolle spielen, weil es sich im letzten Grunde um die Lebensfähigkeit der unter großen Opfern geschaffenen Arbeitersekretariate handelt. Der so theoretisch geschulte Anwärter müßte dann mindestens ein Jahr lang unter der Leitung eines erfahrenen Sekretärs bei einem Arbeitersekretariat praktisch arbeiten und erst dann sich um einen vakanten Posten bewerben. Jeder Sachverständige

wird mir zugeben, daß unter den obwaltenden Umständen nur auf diese Weise etwas Ersprießliches zu erwarten ist. Die Besetzung der Arbeitersekretariate mit genügend vorgebildeten Juristen würde viel teurer zu stehen kommen und an dem mangelnden Angebot geeigneter Persönlichkeiten scheitern. Eine Notwendigkeit zur Heranziehung eingearbeiteter Juristen — nur solche könnten berücksichtigt werden — liegt aber nicht vor. Dies beweist die Institution der Gerichtsschreiberei. Den Gerichtssekretären ist durch Reichsgesetz die selbständige Aufnahme von Klagen und Anträgen aller Art, sowohl in der streitigen wie in der freiwilligen Gerichtsbarkeit übertragen. Sie vermitteln hierdurch den Verkehr zwischen Publikum und Gericht, und ihre Selbständigkeit wird durch den vorgeschlagenen Abänderungsentwurf zur Zivilprozeßordnung noch erweitert, weil sie sich ihrer Aufgabe durchaus gewachsen zeigten. Ihre fachliche Ausbildung erwerben sich die Gerichtssekretäre durch Absolvierung eines Vorbereitungsdienstes, der in den einzelnen Bundesstaaten drei bis fünf Jahre beträgt. Da der angehende Arbeitersekretär, im Gegensatz zum Gerichtsschreibereianwärter, sich im reiferen Alter befindet, so darf von ihm erwartet werden, daß er sein Ziel in kürzerer Zeit mit demselben Erfolg erreicht. Sorgen wir also dafür, daß der junge Nachwuchs der ihm gestellten Aufgabe gerecht werden kann.

Die Sozialdemokratie in Finnland.

Mitteilung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

An die Mitglieder der Interparlamentarischen Kommission.

Werte Genossen!

Der Zar hat soeben den finnländischen Landtag aufgelöst.

Obwohl diese Maßregel eine ernste ist, überrascht sie keinen, weil Rußlands gegenwärtige Lage dem Zarismus gestattet, den Versuch zu machen, dem Volke wieder zu entreißen, was er ihm hat gewähren müssen.

Den Vorwand zur Auflösung gab die Abstimmung des Landtags über das Mißtrauensvotum, das die Sozialdemokraten gegen den Senat (die Regierung) von Finnland beantragt hatten.

Die Debatte, in welcher dieser Antrag angenommen wurde, war von der Rechten hervorgerufen worden, von der Partei der Alt-Fenomanen, die aus Agrariern und Bodenwucherern zusammengesetzt ist. Sie hatte nur den einen Wunsch, gemeinsame Sache zu machen mit der russischen Reaktion, und warf der finnländischen Regierung vor, sie habe sich den russischen Vorstellungen gegenüber zu wenig entgegenkommend, gegen die flüchtigen Revolutionäre aber allzu gefällig gezeigt. Diese Partei wollte eigentlich nichts weiter, als die gegenwärtige Regierung stürzen, um selbst an ihre Stelle zu treten.

Dieser Anklage, der jede Grundlage fehlte, stellte die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine andere gegenüber, die sich gegen jene Partei richtete. Unsere Freunde bewiesen, daß die finnländische Regierung den Ausbau der sozialen Reformen gehemmt hätte und die Mitschuldige der russischen Reaktion sei. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde zur allgemeinen Überraschung mit 71 gegen 47 Stimmen angenommen, weil die Partei der Alt-Fenomanen mit 67 Stimmen sich der Abstimmung enthalten hatte, um das Ministerium zu stürzen.

Sofort ließ die russische Regierung an den Grenzen Truppen zusammenziehen und übergab dem General Böckmann alle zivile und militärische Gewalt.

Man kann sich also auf neue Verfolgungen gefaßt machen, die sich gegen alle
ınländischen Demokraten richten werden, und auf neue Attentate gegen die Auto=
ımie Finnlands.

Wenige Tage, bevor uns der Telegraph die Nachricht von der Auflösung des
ındtags brachte, hatte uns die sozialdemokratische Arbeiterpartei ein sehr inter=
antes Schriftstück zugehen lassen über die im Landtag geleistete Arbeit unserer
enossen, die mit 80 von 200 Mitgliedern bei jeder Gelegenheit die durch unsere
ongresse festgelegten Grundsätze verteidigten. Der Bericht zeigt, daß unsere Ge=
ssen sich um die Internationale wohl verdient gemacht haben.

Der Sekretär: Camille Huysmans.
ir das Sozialistische Internationale Bureau: E. Anseele. E. Vandervelde.
Für die Interparlamentarische Kommission: Leon Fournemont.

ericht über die sozialdemokratische Bewegung in Finnland im Jahre 1907.

Zu Anfang des Jahres 1907[1] befand sich die Partei im Wahlkampf. Bei den
ahlen am 14. und 15. März brachten wir es auf 330000 Stimmen und auf
Abgeordnete von den 200 des Landtags. Was die anderen großen Parteien
betrifft, so erhielten die Alt=Fenomanen, die nationalistische Partei der Geistlichen
ıd Bauern, welche als Zentrum auftreten will, 244230 Stimmen; die Jungfinnen,
e in ihren sozialpolitischen Anschauungen sehr verschiedenartig sind, 121637 Stimmen
ıd die Schwedische Partei 112257 Stimmen. Die beiden letzten bilden den kon=
tutionellen Regierungsblock, haben jedoch nur ein Viertel der Abgeordnetensitze.
ıs Furcht vor den Sozialisten versuchte man einen Block aller bürgerlichen Parteien
bilden, aber offiziell erstreckt sich die Grenze des Blocks noch nicht so weit. Doch
eb die große Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter die bürgerlichen Parteien,
i allen wichtigeren Entscheidungen gemeinsam gegen uns zu stimmen.



Ende Mai 1907 trat der Landtag zusammen. Die Frühjahrsession dauerte einen,
e Herbstsession zwei Monate. Die Zahl der eingereichten Anträge, Petitionen
ıd Gesetzentwürfe war sehr groß, die bürgerlichen Parteien veranstalteten förmlich
ıen Wettkampf. Wir brachten Anträge bezüglich der Demokratisierung der Regie=
ıngsform ein. Die finnische Volksvertretung hat noch ein sehr beschränktes Budget=
cht. Der Landtag forderte in einer Petition an den Zaren eine neue Regierungs=
rm anstatt der alten aus der schwedischen Zeit von 1772. Aber ohne Hilfe der
ssischen Freiheitsbewegung wird man sie nicht erlangen. Wir petitionierten auch
ı ein parlamentarisches Ministerium, volle Initiativrechte in Konstitutionsfragen,
ientliche Abstimmung in der Volksvertretung, Erweiterung des Interpellations=
chtes, die Herabsetzung der Altersgrenze auf 21 anstatt 24 Jahre bei der Wahl=
rechtigung und Bürgerrechte für die Juden. Die bürgerliche Mehrheit verhinderte
e Erledigung dieser Reformen.

Von den Verfassungsfragen war die sogenannte „Millionenfrage" die wichtigste,
e Frage, ob aus den finnischen Staatsgeldern für die Jahre 1906 und 1907 an
ußland 20 Millionen finnische Mark[2] zur Unterhaltung des Militärs ausgezahlt
erden sollten. Wir waren selbstverständlich dagegen, um so mehr, da es sich hier um
ıen richtigen Staatsstreich handelte. Völlig gesetzwidrig hatte die Regierung die
ınische Armee aufgelöst und versucht auf administrativem Wege eine neue Militär=
ganisation durchzusetzen; dem trat das Volk jedoch in den Jahren 1902 bis 1905
energisch entgegen, daß man den Plan für dieses Mal fallen ließ. Als die
onstitution von 1905 wiederhergestellt wurde, blieb die Militärfrage offen. Damals
agte die Regierung nicht, eine ungesetzliche Neuordnung zu riskieren, aber 10 Mil=
onen finnische Mark jährlich wollte sie dennoch haben. Für 1905 wurde diese Summe
ın der Ständevertretung ausgezahlt. Jetzt verlangte der Zar, daß man den größten

---

[1] Vergl. „Neue Zeit", XXV, 1, S. 715.

[2] Finnische Mark = 81 Pfennig.

Teil der Summe für 1906 und 1907, 16½ Millionen finnische Mark, aus Mitte
decke, über welche in Finnland er allein verfügt, und wollte nur die restierend
3½ Millionen durch die Volksvertretung bewilligen lassen. Der Landtag erklä
jedoch, daß nur die Volksvertretung ein Bewilligungsrecht darüber habe. Die bürg
liche Majorität bewilligte auch mit 105 gegen 90 Stimmen die ganze Summe u
glaubte so den Konflikt zu vermeiden; er ist jetzt aber doch eingetreten.

Bezüglich der Finanzfragen ist zu sagen, daß die Erbschaftstempelsteuer e
wenig erhöht wurde, so daß sie bei 1 Million finnische Mark auf 26,4 Prozent steig
kann. Das außerordentliche Polizeibudget von 2 Millionen wurde nur mit vi
Stimmen Mehrheit angenommen. Die konstitutionell-bürgerliche Regierung hat d
Land in den letzten Jahren in einen regelrechten Polizeistaat verwandelt. Die Haup
stadt Helsingsfors mit 130000 Einwohnern hat eine Polizeiarmee von gegen tause
Mann, meist beritten, alle scharf bewaffnet. überall im Lande wurde ebenfalls d
Polizei in ganz unerhörter Weise vermehrt. Den Vorwand dafür lieferte das A
wachsen der Verbrechen, darunter namentlich die revolutions-romantischen B
raubungen und einige Morde an industriellen Unternehmern.

Die anarchistischen Umtriebe.

Sofort als die Reaktion anfing, sich breit zu machen, traten in den Reih
der Arbeiter unliebsame Erscheinungen zutage, gegen welche die Partei ein
Kampf führen muß. Die Gewalt ruft Widerstand hervor, und die vergewaltigt
Arbeiter suchen sich zu rächen. Unaufgeklärte Arbeiter fallen abenteuerlichen u
provokatorischen Leuten in die Hände und lassen sich von solchen zu manchen u
sinnigen Schriften verleiten, die dann später von den Feinden der organisiert
Arbeiterschaft weidlich gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet werden. E
wurden vielfach Proklamationen unter der Arbeiterschaft verbreitet, in welchen d
Arbeiter aufgefordert wurden, sich in kleinen geheimen Gruppen zu organisiere
Der Zweck sollten angeblich der revolutionäre Kampf, aber auch terroristische Ak
verschiedener Art sein, Raub und Mord nicht ausgeschlossen. Diese verrückte Ag
tation hat trotz der Gegenwirkung der Parteiorganisationen noch nicht aufgehö
Noch neuerdings sind angeblich in Amerika hergestellte Proklamationen in Finnla
verteilt worden. Dadurch wird nicht nur die Organisierungs- und Aufklärung
arbeit erschwert, sondern die reaktionäre Regierung wird sich mit scheinbarem Rech
auf sie stützen und zu neuen Gewaltmaßnahmen schreiten.

Gerade in der allerletzten Zeit wurden Raubmorde und Morde geheimnisvo
ausgeführt, die bisher noch nicht aufgeklärt sind; sie geben sowohl der russische
wie der Landesregierung den Vorwand, die Reaktion noch zu verstärken und Maß
nahmen gegen die russischen Emigranten zu begründen. Beinahe alle sind verhaft
oder aus Finnland verjagt.

Der Hauptgrund aber, der die finnische Bourgeoisie zum Kampfe gegen d
Arbeiterorganisationen treibt, ist gerade der ohne Gewaltmittel geführte Klasse
kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter. Der Parteivorstand hat beschlossen, gege
die anarchistischen Umtriebe vorzugehen, und alle Parteiorganisationen aufgeforder
sich dem anzuschließen.

Als es immer klarer wurde, daß die enorme Polizeivermehrung gegen di
Arbeiterschaft gerichtet war, interpellierte unsere Fraktion deshalb die Regierun
Die Debatte war äußerst lebhaft, aber die Bürgerlichen stimmten einmütig zugunste
der Polizei.

Die Landagitation.

Eine andere wichtige Interpellation betraf die Agrarverhältnisse. In Finnlan
gibt es noch Fronbauern, „Torppari", kleine Landpächter, die ihre Pacht meist durc
Arbeitsleistungen entrichten. Durch ihre elende Lage wurden sie zu ausgedehnte
Streiks getrieben. Die meisten Fronbauern sind Sozialdemokraten. Um diese Un
zufriedenen zu demütigen und zu ducken, haben einige Landbesitzer diese streikende

ınbauern aus ihren Hütten auf die Straße gesetzt. Besonders scharf waren diese :treibungen auf dem großen Majoratsgut Laukko, wo im Winter 1907 über ıdert Torpparifamilien in der strengsten Kälte aus ihren Wohnungen in den ınee gejagt wurden. Aber die ans Elend gewöhnten Pächter reparierten die Türen, ıster, Öfen, die von den „Dienern der Gesetzlichkeit“ demoliert worden waren,) zogen, als die Polizei wieder fort war, von neuem in ihre Hütten. Doch nach iger Zeit erschien die berittene Polizei wieder, zerstörte viele Wohnungen und chte die übrigen unbewohnbar. Die Bauern waren gezwungen, im Walde Zu- ht zu suchen, streikten aber heldenhaft weiter. Der Gutsbesitzer aber hielt fest seinem „Rechte“, und die Bodenbearbeitung ist in zwei Gemeinden ganz herunter- ommen, da die Streikbrecher, ein unbrauchbares Gesindel, nicht imstande sind, Felder zu bearbeiten.

Wir haben die Regierung im Landtag angefragt, wie sie die Vertreibung der rppari zulassen konnte und warum sie — falls sie keinen anderen Weg sah — ; Gut nicht für den Staat erwarb und das Land an die Bauern verteilte, wie Gemeinde es gewünscht hatte. Wir machten die Regierung verantwortlich für Schande, welche dadurch auf das Land fällt. Die Regierung konnte als Ant- ct nur leere Redensarten vorbringen: man könnte die Majorate nicht käuflich ıerben, bevor nicht das Gesetz abgeändert sei usw. Sonst war aber die Regie- g der Meinung, daß das „Gesetz“ beachtet werden müsse, und daß es nicht sam war, durch ein Entgegenkommen die Streiklust bei allen anderen Torppari ufachen. Die bürgerliche Mehrheit unterstützte die Regierung. Mehrere demüti- de Niederlagen erlitt sie aber dadurch, daß ihre Vorlagen entweder abgewiesen r bis zur Unkenntlichkeit abgeändert wurden. Besonders deutlich trat das in Alkoholfrage zutage.

Die überwiegende Mehrzahl des finnischen Volkes, namentlich die Sozialdemo- :en, verlangte ausdrücklich Maßnahmen gegen den Alkohol, und die Volks- tretung nahm mit Neunzehntelmehrheit ein allgemeines Alkoholverbot an. Die ʒierung war nicht dafür, hatte infolgedessen auch keinerlei Vorarbeiten dazu ın und keine Hindernisse aus dem Wege zu räumen versucht, welche das Gesetz rohen, wohl aber hat sie umgekehrt dem Beschluß der Volksvertretung selbst) Hindernisse in den Weg gelegt. Die Volksvertretung arbeitete das Gesetz aus ıner Initiative aus. Es erscheint mehr als zweifelhaft, daß das Gesetz in Peters- g gutgeheißen wird, da die Alkoholkapitalisten im In- und Ausland gegen Gesetz in den Kampf getreten sind und da die Handelsverträge ausländischer ıaten mit Rußland und Finnland so ausgelegt werden, als verhinderten jene Einführung des Verbotsgesetzes in Finnland.[1]

Sehr brennend ist bei uns die Agrarfrage, aber auf diesem Gebiet konnte Volksvertretung nichts fertig bringen. Ein Ausschuß arbeitete wohl ein neues chtgesetz aus, zu dem unsere Genossen zahlreiche Verbesserungsanträge stellten, r durch die Obstruktion der Reaktionäre blieb das Gesetz unvollendet. Infolge- sen fand Mitte Januar 1908 in Hammersfors ein Kongreß statt, auf dem)00 Landpächter durch 400 Abgeordnete vertreten waren. Dieser Kongreß stellte ausdrücklich auf den Standpunkt der Pachtgesetzvorlage unserer Genossen, ver- gte den Bodenkulturzwang in der Weise, daß Landarbeiter, die Land bebauen llen, ein gesetzliches Recht haben, es auch fernerhin in Pacht zu behalten, und ; andere auch ein Pachtrecht auf solches Land erhalten, welches von den Boden- :ʒern selbst nicht bebaut wird. Unsere Vorlage forderte ferner die Expropriation Ländereien, welche Gesellschaften zum Betrieb von Sägemühlen und zur Bewirt- ftung von Domänen gehören. Diese eindrucksvolle Versammlung entfachte in Reihen der Bourgeoisie einen jähen Sturm, und die Bodenbesitzer organisierten sofort zu einem reaktionären Kampfe gegen die Pächter.

---

[1] Wir bringen in einer der nächsten Nummern einen ausführlichen Artikel über das ıische Alkoholverbot. Die Redaktion.

Ein Fraktionsgenosse interpellierte die Regierung über die Lage der Bau auf den von russischen Bojaren zurückerworbenen Donationsgütern. Die Länder soll den ehemaligen Leibeigenen zuerteilt werden, sind aber in den Besitz der Auswuche der Bauern gelangt, oder werden täglich von diesen erworben. Die Volksvertretu forderte die Regierung auf, hierin Wandel zu schaffen. Gegen die Waldspekulant die viele Güter, sogar beinahe ganze Gemeinden an sich gebracht, verlangten r Maßnahmen. Wir schlugen vor, den Waldbesitz bezirksweise zusammenzulegen u den Wald nur nach einem bestimmten Plan verkaufen zu lassen, wobei die Häl des Erlöses dem Fiskus zufallen müßte. Das erregte unter den Bürgerlich großen Unwillen.

Die Arbeitergesetzgebung.

Unsere ganze Arbeitergesetzgebung bedarf eines Neuaufbaues von Grund a. Diesmal erreichten wir nur ein Gesetz zum Schutze der Bäckereiarbeiter. Es b grenzt die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden. An Werktagen darf nur v 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends gearbeitet werden. Die Kommunalverwaltu hat das Recht, in zehn, Werktagen vorausgehenden Nächten im Jahre die Arb zu gestatten, wozu ein separates Übereinkommen zwischen jenen Unternehmern u den Arbeitern erforderlich ist, wie auch bei den 100 Stunden Überarbeit, wel das Gesetz jährlich zuläßt. Der Lohn für die Nacht- und Überarbeit muß mindeste um 50 Prozent den gewöhnlichen Lohn übersteigen und darf nur in Geld a gezahlt werden; Kost, Logis usw. an Lohnes Statt ist nicht zulässig.[1] Der Landt begann auch eine Revision der gesamten Gewerbeordnung, konnte jedoch nicht fer werden. Ferner wäre erforderlich, durchweg zu verbessern das Gesetz über Strei Fabrikordnungen usw. Auch eine Revision des kommunalen Stimmrechts ist dringe notwendig.

Im Präsidium der Volksvertretung war unsere Partei durch den Genoss Dr. N. R. af Ursin als erster Vizepräsident vertreten. Zur Präsidentenwahl stellte d Fraktion keinen Kandidaten. Von den zehn Ausschüssen präsidierten in dreien uns Genossen. Unsere Stellung in der Volksvertretung ist, da wir über ein Drittel d Stimmen verfügen, derart, daß wir ganz reaktionäre Gesetze bis nach den Ne wahlen hinausschieben können. Aber für wichtige Reformen können wir nicht lei eine genügende Mehrheit bekommen. Die Reaktion hat bei der Bourgeoisie u den Großgrundbesitzern immer mehr Boden gewonnen, und die aus Rußland imm näher rückende bureaukratische Diktatur kommt ihnen sehr gelegen.

Die Verfolgungen.

Seit langer Zeit werden die russischen Emigranten in Finnland auf das eifrig verfolgt; die finnischen Behörden und Beamten unterstützen dabei auch gesetzwid die russischen Gendarmen hilfreich. Im Oktober 1907 wurden in St. Petersbu vier radikale finnische Bürger arretiert, zwei durch die russischen Administrati beamten völlig widergesetzlich nach Sibirien verbannt. Die Volksvertretung forde die finnische Regierung auf, zugunsten der Arretierten einzuschreiten, aber es w ohne Erfolg. Die Volksvertretung verlangte auch von dem Zaren die Beseitigu gewisser, aus der Zeit Bobrikows stammender gesetzwidriger Zustände, aber st dessen wird es immer schlimmer. Man wird einen neuen Generalgouverne schicken, und er wird nicht unterlassen, Truppen herbeizuholen, die die Bevölkeru beruhigen oder vielmehr zu Boden drücken werden. Noch können wir nicht abseh in welcher Weise die Bureaukratie sich an uns wegen des revolutionären Gener streiks im Herbst 1905 rächen wird, der in das politische Leben des Landes ei bedeutende Wendung brachte und das Volk in seinem Freiheitsdrang bestärkte. D wird die russische Reaktion uns nicht schenken wollen. Erdrosselungsversuche hab wir gewiß zu erwarten.

[1] Vergl. „Neue Zeit“, XXVI, 1, S. 601.

Die sozialistische Organisation.

Während der beiden letzten Jahre hatten wir verhältnismäßig Freiheit; wir
nutzten sie zur Organisierungs- und Aufklärungsarbeit und haben vieles erreicht.
Partei umfaßte Ende 1906 437 politische Organisationen mit 85027 Mitgliedern,
unter 18,986 Frauen. 129 Organisationen besaßen eigene Häuser, die in den
idten oft große Steingebäude sind. In den Kommunalverwaltungen hatten wir
Vertreter, obwohl das Wahlgesetz für uns äußerst ungünstig ist. 5 Parteiblätter
heinen täglich, 9 dreimal die Woche, 1 davon schwedisch, und 3 zweimal die
che. An Zeitschriften haben wir 1 in finnischer Sprache, 1 schwedische, 1 Frauen-
1 Jugendzeitung und auch 1 Witzblatt. Wöchentlich werden über eine halbe
llion, jährlich 27½ Millionen Bogen gedruckt. Im Jahre 1907 gründeten wir
neue politische Zeitschriften.

Die Gewerkschaften bilden seit dem vergangenen Jahre einen Landesverband
eneralkommission), die Mitgliederzahl beträgt bereits 20000. Die Zahl der gewerk-
aftlich organisierten Arbeiter überhaupt wird auf 30000 geschätzt. Es gibt im
nzen 30 Gewerkschaftsverbände, von welchen neun eigene Organe haben.

Noch zu erwähnen ist die Demonstration am 1. Mai im ganzen Lande.
r Tag wurde durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert.

Am 14. Juli 1907 wurden — auf Aufforderung des Bureaus — große Demon-
tionen und Volksversammlungen abgehalten, in welche sich die Polizei an einigen
ten hineinmischte. Ferner wurden Demonstrationsversammlungen abgehalten an-
lich der Torparivertreibungen, der Haltung der Polizei gegenüber der Freiheit
Presse, der Rede und Versammlungen, der Ausweisung der Juden und der Er-
nnung des Generals Seyn zum Vizegeneralgouverneur, da er als bekannter Hand-
ger Bobrikows bei dem Volke noch im größten Mißkredit steht.

Zu erwähnen sei noch, daß der „ministerielle Sozialismus" in Finnland damit
ete, daß der Senator Kari, der auf dem Kongreß zu Uleaborg 1906 aus der
rtei ausgeschlossen wurde, am Anfang des Jahres 1907 aus dem finnischen
nisterium austrat.

Das verflossene Jahr war auch ein Jahr großer politischer Prozesse. Es wurden
ohl die Teilnehmer an dem Soldatenaufstand in der Festung Sweaborg im
mmer 1906 wie auch die proletarischen Beteiligten an dem blutigen Zusammen-
der Roten Garde mit der reaktionären Weißen oder Schlächtergarde während
Sweaborger Aufstandes in Helsingfors zu sehr harten Strafen verurteilt. Viele
milien sind dadurch in großes Elend gestoßen, daß ihre Ernährer sich am Kampfe
eiligt haben oder auch nur es tun wollten.

Die Parteipresse ist 1907 von einer unglaublich starken Flut von Preß- und
jestätsbeleidigungsprozessen heimgesucht worden. Gegen einige Blätter schweben
hrere Prozesse zugleich. Die Strafen sind hart. Eine veraltete Gerichtsordnung
cht die Prozeßführung schwer. Die Behörden benutzen die unsinnigsten Anlässe
Anstrengung neuer Klagen. Die Bürgerlichen wollen die sozialdemokratische
esse durch Prozesse mundtot machen. Ganz in derselben Weise überschüttet man
t auch die organisierten Arbeiter mit Anklagen. Die „Arbeitswilligen" beantragen,
beiter und Zeitungen deswegen zu bestrafen, weil diese die „Streikbrecher" mit
n richtigen Namen nennen. Die bürgerlichen Parteien bilden gelbe Gewerk-
aften der „Arbeitswilligen", und immer mehr fallen diese bei Lohnkämpfen den
reikenden in den Rücken.

Unsere Partei erfreut sich einer sehr großen Einigkeit in Theorie wie Praxis,
wir alle kämpfen wie ein Mann gegen die russische wie gegen die einheimische
aktion.

Helsingfors, März 1908.

Im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei:
Yrjo Sirola,
Delegierter beim Internationalen Sozialistischen Bureau.

Literarische Rundschau.

Ilijin, W. (N. Lenin), **Razwitije kapitalizma w Rossiji.** (Die Entwicklung Kapitalismus in Rußland.) Zweite, erweiterte Ausgabe. Petersburg 1908.

Dieses Buch des Hauptvertreters der Bolschewiki ist eine auf reichem Tatsach material aufgebaute Analyse der ökonomischen Entwicklung Rußlands. Die A lösung der Naturalwirtschaft, Differenzierung des Bauerntums und seine Exp priation, der Niedergang der Hausindustrie, Industrialisierung des Landes — diese Erscheinungen und Prozesse sind ausführlich beleuchtet. Polemisch gegen Narodniki geschrieben, sucht das Buch zu beweisen, daß der vermeintliche Man an äußeren Märkten noch kein Hindernis für die Entwicklung des Kapitalismus Rußland bildet, und daß die Armee der Arbeiter viel größer ist, als es Narodniki erscheint. Trotz einiger theoretischen Mängel ist es eines der be Bücher über die ökonomische Lage Rußlands.

Zeitschriftenschau.

In der „Critica sociale" vom 16. Februar behandelt Genosse Andriu unter dem Titel „Pregiudizi e pregiudiziali" **die Stellung der Arbeiterbewegu zur Monarchie.** Der Autor stellt fest, daß die Konföderation der Arbeit sich schickt, sich in eine Regierungspartei der Arbeiter zu verwandeln. Diese Entw lung sei notwendig, die sozialistische Partei müsse eine radikale Partei der Arbei schaft werden, die ihren alten Namen nur beibehielte, weil es schon eine bürgerl radikale Partei gibt, die sich aus den Mittelklassen rekrutiert. Zwischen die beiden radikalen Parteien könnten nur quantitative, nicht qualitative Unterschi bestehen: der Arbeiterradikalismus, der sich auf eine Klasse stützt, die größere F derungen geltend machen muß als die kleine und mittlere Bourgeoisie, habe weiteres Programm als der bürgerliche und nehme gelegentlich, zum Beispiel Streiks, eine andere Haltung an als dieser. Andere Unterschiede sieht der Au nicht. Die kommende Gesellschaft bilde sich unabhängig von unserem Willen u ginge daher das Programm der Arbeiterpartei ebensowenig an wie die bürg lichen Radikalen. Auch die Stellung der Monarchie gegenüber sei die gleiche. Z zeit wenigstens zeige die italienische Monarchie eine derartige Dehnbarkeit, daß Raum für alle Reformen ließe, die augenblicklich anzustreben sind. Ebensowe wie der Eid der sozialistischen Abgeordneten könne irgend ein anderer Akt der H digung, den die Sozialisten dem Staatsoberhaupt erweisen, diese für immer an Monarchie fesseln. Wenn ein Freund einem einen bösen Streich spiele, so verbän die frühere Freundschaft zu nichts. Die Partei fände sich eben mit der Monarc ab wie mit anderen Tatsachen, so zum Beispiel dem Erbrecht. Der Integralism der noch der unmittelbarste Erbe des alten Sozialismus sei, behielte dessen V urteile in bezug auf die Monarchie bei und lehne auch den Eintritt eines Soz listen in ein Ministerium der Monarchie ab. Der Autor wußte aber dem ita nischen Proletariat keinen besseren Wunsch auszusprechen als den, daß recht b ein Vertreter der Konföderation der Arbeit Mitglied eines demokratischen Kabine werden möge.

In einem kurzen Nachwort erklärt Turati, all diesen Ausführungen bei treten, nur glaube er, daß zwischen dem Radikalismus der Arbeiter und dem Bourgeoisie nicht nur ein quantitativer, sondern auch ein Wesensunterschied stände, der den verschiedenen sozialen Schichten entspricht, auf die sich beide P teien stützen. (Wir möchten, nur um einem Mißverständnis vorzubeugen, dar

nweisen, daß Andriulli wohl von der sozialistischen Partei spricht, aber sie nicht
eint, sondern die Konföderation der Arbeit. Daß diese im Schlepptau des Mai=
nder Reformismus sich zu einer radikalen Partei entwickelt, ist keine Frage;
ann sie Regierungspartei werden kann, das hängt lediglich von der Regie=
ng ab.)

„Das Proletariat gegen sich selbst“ betitelt Turati einen Artikel in der
Critica“ vom 16. April, der an das Blutbad auf der Piazza del Gesù in Rom
knüpft. Turati nennt die Sache eine Rauferei (rissa) und meint, solange die
cbeiter Steine würfen auf Leute, die Repetiergewehre in Händen hätten, würde
derartige Konflikte, bei denen die Arbeiter die Toten auf ihrer Seite hätten,
mer geben. Sie würden sogar häufiger werden, weil der Generalstreik eine
chule der Gewalt sei, die nicht arbeitenden Klassen und auch einen Teil der Ar=
iter irritiere, Gutes zerstöre und so die Notlage der Massen vermehre und weil
r Wunderglauben an den Generalstreik von ernster Arbeit abhielte. Über den
rliegenden Fall meint er, daß vielleicht die mangelnde Kaltblütigkeit der Polizei
were Verantwortlichkeit treffe, daß aber sicher die Führer des Trauerzugs und
ie, die Steine warfen, noch schwerere Verantwortlichkeit auf sich geladen hätten.
lit Recht hätte die Regierung verboten, an der österreichischen Gesandtschaft
rbeizuziehen. Wenn etwa die Führer des Zuges nicht die Absicht gehabt hätten,
e Gesandtschaft zu beschimpfen, so sei ihre Schuld noch schwerer, da sie dann
nz ohne Sinn und Verstand vorgegangen waren.

Zu allgemeinen Betrachtungen übergehend, sagt Turati, daß seit Jahren irgend
blinder, idiotischer Zufall über die Geschicke der italienischen Arbeiterbewegung
tscheiden könnte. Eine beliebige Rauferei könne den Generalstreik provozieren,
r auf Jahre, ja auf eine ganze Legislaturperiode (Turati zählt nach Legislatur=
rioden wie die Griechen nach Olympiaden!) den Fortschritt des Proletariats auf=
ilt. Und das, weil die Gewerkschaften und die Partei die Menge nicht zu zügeln
rmöchten. An dieser Ohnmacht sei die Einheitsmanie der Partei schuld, die
nander entgegenstrebende und feindliche Elemente zusammenhalten möchte. Der
ntegralismus sei der Ausdruck dieses verfehlten Versuchs, der zur Lähmung
r proletarischen Aktion führen müßte. Man müsse sich entschließen, die Tumulte
d Gewalttaten anstrebenden Elemente von dem organisierten Proletariat zu
ennen. Das sei nicht Klassenkampf, der in kindischem Lärm und Toben die Energien
r Massen verpufft — das sei der Kampf des Proletariats gegen sich selbst.

In einer Artikelserie des „Avanti“ (Nummern vom 7., 8., 9., 10., 12. und
. April) beschäftigt sich Morgari mit den systematischen **Arbeitermetzeleien
rch die bewaffnete Macht.** Obwohl die Veröffentlichung nicht eigentlich in den
ahmen einer Zeitschriftenschau fällt, geben wir einen Auszug mit Rücksicht auf
s hohe Interesse des Themas und auch, weil in Italien nur die beiden extremen
lügel der Bewegung über Zeitschriften verfügen und daher nur ihre Meinung
er wiedergegeben zu werden pflegt. Morgari zeigt, daß alle bisherigen Versuche
r italienischen Partei, den Gebrauch der Waffen gegen demonstrierende Arbeiter
verhindern, gescheitert sind. Seit der Gründung unserer Partei in Italien (1892)
hlt er, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu machen, 77 Fälle auf, in denen auf
rbeiter geschossen wurde. Vom Dezember 1893 bis Januar 1894 sind 10 dieser
ewalttaten zu verzeichnen, von denen 8 in Sizilien und 2 in Apulien, mit
Toten und einigen 180 Verwundeten. Hier setzt zum ersten Male der Protest
s Proletariats ein. Die Anarchisten in Avenza und Carrara bewaffnen sich
d feuern auf die Karabinieri; der Aufstand wird in vier Tagen niedergeworfen.
ie bewaffnete Macht hat 3, die Menge 10 Tote zu beklagen. Die Folge sind Aus=
hmegesetze, Belagerungszustand, Kriegsgerichte, Auflösung aller politischen Vereine
d der Gewerkschaften. Solange die Herrschaft der Reaktion dauert, ist kein neues
lutbad zu verzeichnen. Sie beginnen mit furchtbarer Häufigkeit im Januar 1898,

erst in Sizilien, dann in Süditalien, schließlich auch in den Industriezentren
Nordens: in 4 Monaten 21 Fälle mit gegen 50 Toten und nahezu 200 Verw
deten. Und wieder wird die Arbeiterschaft zum bewaffneten Protest aufgestach
Maiaufstände von 1898 in Figline, Florenz und Mailand. Das Ergebnis
bekannt: in Mailand, wo die Bewegung vier Tage dauert, ist die Zahl der O
groß — nach offizieller Angabe 86, nach allgemeiner Schätzung 400 bis 600
tötete Proletarier. Die Kriegsgerichte teilen gegen 5000 Jahre Gefängnis aus,
Organisationen werden aufgelöst, und die Regierung sucht durch neue Gesetze
verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter zu knebeln. Es folgt die Periode
Obstruktionskampagne im Parlament, die mit der Niederlage der Reaktion en
Ans Ruder kommt ein liberales Kabinett, das von den Sozialisten unterstützt wi
Im Jahre 1901 die Metzelei von Berra, dann, von 1902 bis 1904, 11 weit
mit 31 Toten und 191 Verwundeten. Diesmal protestiert das Proletariat als
ganisierte Masse durch den Generalstreik vom September 1904. Während
Streiktage gibt es in 4 Orten blutige Konflikte mit 7 Toten auf seiten der Arbeit
Aber auch die neue Form des Protestes verfehlt ihren Zweck. Seitdem ist
Zahl der Metzeleien um weitere 20 gewachsen, mit 55 Toten und gegen 340 V
wundeten. Noch zweimal wird der Generalstreik proklamiert, 1906 nach der Gew
tat von Turin, 1907 nach der Mailänder „Waffentat", ohne die blutige K
unterbrechen zu können. Auch die als Protest erfolgte Massendemission der soz
listischen Fraktion hat nur den Erfolg, der Partei 6 Wahlkreise zu nehmen.

Auf Grund dieses Überblicks kommt Morgari zu dem Schlusse, daß alle bis
versuchten Mittel, den Soldaten das Schießen zu verwehren, erfolglos seien. E
Analyse all der Polizeiexzesse, die der Autor genau zu prüfen Gelegenheit ha
zeigt ihm aber, daß der Gebrauch der Waffen fast immer durch Steinwürfe v
seiten der Menge provoziert wird. Gegen die todbringenden Exzesse der Trupp
könne man nichts anderes tun, als die an sich unendlich viel harmloseren Exze
der Menge verhindern. Wenn die Partei die Gewalttaten vermeiden wolle, mü
sie ohne Rücksicht auf Popularität gegen die Impulsivität und Roheit der Mas
ankämpfen. Sie müsse in der Agitation nicht den Haß gegen die Polizei predig
sondern wie in früheren Jahren den Arbeitern zeigen, daß die Polizisten Pro
tarier sind und Opfer der heutigen Gesellschaft. Glaube aber die Partei, daß
Bewegung dieser periodischen Metzeleien bedürfe, daß der Klassenkampf blut
Opfer heische, dann müsse sie die Konsequenzen dieses Glaubens ziehen: müsse
Toten ehren und deren Familien unterstützen, aber nicht protestieren und nicht n
Abhilfe suchen für das, was sie als notwendig erkennt.

Morgari, der natürlich als Sozialist auf dem Standpunkt steht, daß die Gewa
solange das Proletariat nicht zum Entscheidungskampf reif ist, nur dort angewen
werden darf, wo die Bourgeoisie die legalen Wege versperrt, steht aber nicht
für Süditalien und die Inseln, wo noch heute mittelalterliche Zustände herrsch
den bewaffneten Aufstand grundsätzlich für berechtigt zu halten. Nur praktis
Erwägungen ließen die Vorbereitung der bewaffneten Revolution in Süditali
widerraten: der Tiefstand der dortigen Massen, der sie nur neuen Herren dienstb
machen würde, der Umstand, daß die von der Bevölkerung erstrebte Zerstückelu
des Latifundiums den Sozialismus verzögern würde, und vor allem die Unmögli
keit des Sieges, solange das Militär noch nicht der Sache der Revolution g
wonnen ist. Solange das Proletariat beim Gebrauch der Gewalt unfehlbar d
kürzeren zieht, sei es Pflicht der Partei, es durch ihre Propaganda von Exzess
abzuhalten. Erst wenn die Partei diese ihre Aufgabe mit Ernst erfülle, könne
von der Regierung ein Gleiches bei der Heranbildung der bewaffneten Macht forder

Oda Olber

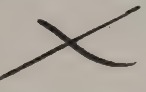
Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 33 Ausgegeben am 15. Mai 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Partei der Gebildeten.



Von **Heinrich Schulz.**

Mit tausend Masten schiffte einst in den Ozean der Goethebund. Als die ogen der öffentlichen Meinung hoch gingen über das als Lex Heinze zu- termäßig verkleidete klerikale Attentat auf die Freiheit von Kunst und issenschaft, als die Sozialdemokratie im Reichstag mit viel bewundertem an der pfäffischen Anmaßung ein Paroli bot, da brachte es auch der Goethe- nd zu einem unerwarteten Eintagserfolg. Eine Anzahl von „Intellektuellen" id sich in dem ungewohnten Milieu einer Massenversammlung zusammen, d mit schöner Geste schmetterte einer nach dem anderen dem verdutzten erikalismus einige Sottisen ins Gesicht.

Aber mit der einmaligen schönen Geste war den Ästheten und den Männern : Wissenschaft das Interesse an der praktischen „Kulturpolitik" geschwunden. e mühsame Arbeit des politischen Organisierens und Agitierens war nichts für nstler und andere Schöngeister. Zwar arbeiteten einige Kärrner des Intellek- ilismus verdrossen an der Aufrechterhaltung des Goethebundes weiter, und i und wieder gelang es ihnen auch, nochmals eine klapperige Wiederholung : ersten Kundgebung des Goethebundes zustande zu bringen, und hier und arbeiteten die Goethebünde ein wenig im Sinne bürgerlicher Volksbildung. er die Zahl der Teilnehmer an den Demonstrationsversammlungen schwand hin in rascher arithmetischer Progression; in noch rascherer geometrischer ogression aber schwanden die Reihen derjenigen Zeitgenossen, die dem ethebund und seinen Kundgebungen irgendwelches Interesse entgegenbrachten. id daran war sowohl die tölpelhafte Ungeschicklichkeit der kulturpolitischen ethebündler schuld, die es sogar fertig gebracht hatten, sich verschämt der lizei als Sittenrichter und Denunzianten bei der Jagd nach „unsittlicher" teratur anzubieten, als auch die sachliche Unmöglichkeit, in den Fragen der eltanschauung klären und orientieren zu wollen durch einen Heerbann von itellektuellen, der selbst nicht den Boden einer festen und begründeten Welt- schauung unter den Füßen hat, in dem vielmehr nach echt bürgerlich-indivi- alistischer Praxis ebensoviel Sinne wie Köpfe sind.

So treiben gegenwärtig die letzten Schiffbrüchigen der einstigen Goet
bundarmada still auf gerettetem Boot dem Hafen der Vergessenheit zu. V
einigen Tagen verriet ein leises Gesäusel im Zeitungswald, daß überha
noch einige Überreste der vergangenen Herrlichkeit vorhanden sind. Ma
einer wird beim Lesen des Berichtes über die Berliner Protestversammlu
verwundert gefragt haben: „Goethebund? Gibt es den denn noch?"

Hei lewet noch, aber er pfeift auf dem letzten Loch! Die Reden, die
der sogenannten Protestversammlung gehalten worden sind, bildeten eine
mutige Abwechslung zwischen bitteren Selbstanklagen und wehmütigen Na
rufen. Von einer eigentlichen, geschweige gar von einer einheitlichen Prot
stimmung war nichts zu spüren. Und das ist nicht weiter verwunderli
Wer sich empören will, muß das Gefühl der Kraft haben, entspringe es n
dem Drängen der Masse des Volkes oder einem fest entschlossenen Willen o
einem hochaufgerichteten, zu kraftvoller Betätigung einladenden Ziele oder
besten allem zu gleicher Zeit.

Die Protestler des Goethebundes haben nichts hinter sich. Wogegen richt
sich überhaupt ihr Protest? Welches war der eigentliche Zweck der gan
sonntäglichen Erbauungsstunde? Offiziell wollte man die Angriffe auf
Freiheit der Kunst und Wissenschaft zurückweisen. Das ist an sich gewiß
durchaus würdiges Beginnen; aber wenn man aus den vielen Worten
Redner nicht einmal recht erfährt, um welchen der vielen Angriffe es
eigentlich handelt; wenn noch dazu ein Angriff auf die freie künstlerische o
wissenschaftliche Betätigung zurzeit überhaupt nicht die Frage des Tages
so hat die Demonstration keinen weiteren Zweck erfüllt, als daß an ein
schönen Maiensonntag einige wohlpräparierte Reden die Luft eines Berli
Konzertsaals erschüttert haben. Allenfalls könnte die Aktion noch die gewol
oder ungewollte Wirkung ausüben, daß sie den Blick von viel wichtiger
Dingen der politischen Gegenwart ablenkt. Da einige arg belast
liberale Blockpolitiker mit zu den bevorzugten Rednern der Goethebu
demonstration gehörten, so läßt sich eine innere Stimme nicht unterdrück
die eigenwillig behauptet, diese Wirkung sei der eigentliche Zweck der gan
Übung gewesen. Ein bißchen Theaterdonner zugunsten der kompromittier
antiklerikalen Blockbrüderschaft! Fürwahr ein Ziel, würdig des Goethebund

Und wie dem Goethebund im allgemeinen und seiner letzten Demonstrati
im besonderen das vorwärtstreibende Ziel fehlte, so mangelte es ihm auch v
jeher an dem festen und entschlossenen Willen, aus schönen Worten Taten
machen. Da will der tantiemenfrohe Herr Ludwig Fulda aus den Goet
bündlern eine „Partei der Gebildeten" machen, die nichts anderes bezwec
soll, als daß jeder nach seiner Fasson selig werde, und deren Ideal die geist
Freiheit des 18. Jahrhunderts bildet! Mit solcher politischen Falstaffga
werden bewunderungswürdige Schlachten geschlagen werden! Da wehkl
der Greifswalder Universitätsprofessor Stengel, freisinniger Blockabgeordne
im Nebenamt, daß Nationalökonomie und anderes an den Universitäten
so betrieben werden, daß sie nicht der Erforschung der Wahrheit in der Wiss
schaft dienen, sondern dem Staatsinteresse. Aber Herr Stengel zieht dara
nicht etwa die Konsequenz, daß eine solche, die Wissenschaft aufs ärgste b
einträchtigende Staatspolitik mit rücksichtsloser Energie bekämpft werden mu
sondern — er hofft auf den neuen Kultusminister, auf den ehemaligen Eis
bahnbeamten Holle, den Herr Bülow den Liberalen als Unterpfand sein

beralen Gesinnung gnädigst eingeräumt hat. Der wird's schon machen. Seine vielversprechende Parole lautet: Mit Gott für König und Vaterland!)a spottet einige Minuten später Otto Ernst über denselben „tadellosen“ euen Herrn im Kultusministerium wegen seiner spaßigen Attacke auf die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung. Ehrliche liberale Anschauungen alten es nach Otto Ernst für unzulässig, eine andere Weltanschauung anders ls mit geistigen Mitteln zu bekämpfen oder zu verbreiten. Dabei hat sich die ackere Gesellschaft für Volksbildung dem Herrn Holle mit tadelloser soldatischer orrektheit unterworfen; und die „ehrlichen Liberalen“ bekämpfen andere Weltnschauungen mit dem einfachen Mittel der Ausnahmegesetze. Da feiert Herr Vilhelm Bölsche die Moralgesetze des Christentums mit schillerndem Pathos ls leuchtendes Wahrzeichen für den harmonischen Zusammenschluß der Lebeesen. Bis heute hat aber das Christentum allen seinen Moralgesetzen zum rotz mit regem Eifer für kreischendste Disharmonie der Menschen und der ölker gesorgt, und besonders in Preußen verdanken wir diesem eifernden treben der irdischen Sachwalter des Christentums die jüngste disharmonische cheidung selbst der unmündigen Schulkinder. Herr Naumann, der niemals hlt, wo es sich um eine Politik der schönen Worte und der Verwischung arer Grundsätze handelt, steuerte gerade zu dem traurigen Schul- und Bildungspitel einige Redefloskeln bei. Mit bitteren Worten ereiferte er sich über die leichgültigkeit der „Gebildeten“ gegenüber der Jämmerlichkeit der Volksschule. r verlangt von den Goethebündlern, daß sie recht kräftig rufen sollen: Volksldung. Damit werden wir ein gutes Stück weiterkommen! Besonders, wenn an sich wie Herr Naumann nicht nur darauf beschränkt, nach Volksbildung ı rufen, sondern wenn man mit den ausgepichtesten Gegnern jedweder wahren olksbildung ein inniges Schutz- und Trutzbündnis eingeht.

Herr Naumann wehklagte auch über die Gleichgültigkeit der sogenannten ebildeten in bezug auf das politische Leben im allgemeinen und die preußische ndtagswahlbewegung im besonderen. In dieselbe Kerbe hieb der letzte Redner r goethebündlerischen Sonntagsandacht, der bekannte Rechtslehrer von Liszt. r donnerte gegen den deutschen Nur-Intellektualismus, alle Achtung habe vor dem Manne des Gedankens, aber der volle Mann sei nur der Mann r Tat. Und in schöner Ausmalung dieses Gedankens berauscht er sich an r professoralen Utopie: „Was wäre das für eine Partei, wenn sich die ıgeschwächte Lebenskraft des Volkes mit dem Geistesadel verbände.“

Beide Redner, Naumann wie Liszt, hatten vor wenigen Wochen Gelegenit, eine — wenn auch nur bescheidene — politische Tat zu vollbringen: die ennung von der korrumpierenden Blockpolitik. Aber beide hatten nicht den lut dazu. Sie ließen ihre konsequenteren Gesinnungsgenossen allein ziehen. ie sind deshalb auch leider recht wenig geeignet, politische Moral zu predigen. err Naumann sollte sich hüten, mit der Schande der bürgerlichen Landtagsahlbewegung, mit dieser widerlichen politischen Mühlendonnerei die indiffenten bürgerlichen Wähler aufzumuntern. Herrn Liszt aber sei gesagt, daß e in der klassenbewußten Arbeiterschaft steckende ungeschwächte Lebenskraft s Volkes dankend auf eine Verbindung mit dem sogenannten Geistesadel rzichtet. Die Arbeiterschaft bedarf nicht der Führung durch die bürgerlichen itter vom Geiste, die den großen, geschlossenen Kampf des Proletariats nur rzetteln und verwirren würden, wie sie das beim Bürgertum so schön vernden haben.

Anders steht es um den Bund der Wissenschaft und der Arbeite schaft. Dieser Bund besteht längst, er besteht seit Jahrzehnten. Schon 18 schrieb Lassalle sein berühmtes Wort von der „Allianz der Wissenschaft u der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, we sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrück werden". Und seitdem und schon vor ihm haben die besten Männer d Wissenschaft daran gearbeitet, diese Allianz immer inniger und unlöslicher gestalten. Viele Kulturhindernisse hat dieser Bund schon aus dem Wege g räumt, weitere werden folgen, bis das kämpfende Proletariat endlich i Bunde mit der Wissenschaft die völlige Befreiung der Menschheit und dan auch die wirkliche Freiheit künstlerischen Schaffens und wissenschaftlich Forschens herbeigeführt haben wird.

Die Partei der „Ungebildeten" wird ein Volk der Gebildeten schaffen. D Goethebund aber darf bis dahin weiterschlafen.

Die Philosophie des Individualismus und die bürgerliche Gesellschaft.

Hume und Mach.

Von **A. Joffe.**

Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit in der Natur ist allgemein anerkann anders aber verhalten sich noch heute viele Gelehrte in bezug auf die A wendung des Prinzips der Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit auf d Geisteswissenschaften. Man sieht noch heute die Geschichte als e blindes Spiel von Zufälligkeiten an. Der große Philosoph Hegel erblick in der Geschichte (wie auch in der Natur) eine immanente Kausalität, die in origineller Weise in seinem System durchführte. Er ist der erste, der z Erklärung der geschichtlichen Ereignisse keine außer der Welt befindliche U sache annimmt. Hegel hat auch den Entwicklungsgedanken in seine Phil sophie aufgenommen. Die Geschichte ist nach seiner Ansicht ein nach imm nenten Gesetzen und innerer Notwendigkeit sich entwickelnder Prozeß. Fü Hegel existiert keine Kluft zwischen Natur und Geschichte, denn sowohl je als auch diese bilden nur verschiedene Stufen in der Entwicklung der abs luten Idee; sie sind verschiedene Formen der Manifestation eines und de selben Subjektes. Die philosophische Erkenntnis ist nichts anderes als d bewußte Wiederholung des objektiven Entwicklungsprozesses der Ide das heißt des Seins oder der Wirklichkeit; denn die Substanz, der Träg und das Wesen der Wirklichkeit ist das Denken, die nach innerer Notwendi keit sich entwickelnde Idee. In den philosophischen Systemen kommt die Id zum Selbstbewußtsein, und deshalb ist die Philosophie „das Denken d Denkens".

Da Hegel das Entwicklungsprinzip anerkennt, so kann für ihn keine abs lute, ein für allemal gegebene Wahrheit existieren, denn diese ist ein Produ der geschichtlichen Ereignisse, und die Geschichte der Philosophie ist die G schichte der Wahrheit in ihrer allmählichen Entwicklung. Jede Entwicklun geschieht in der Zeit, welch letztere eine Summe von allen ihren einzelne Momenten darstellt. Eine abgelaufene Periode ist gleich dem Inbegriff all

nzelnen Geschehnisse. Ähnlich wie die Zeit eine kontinuierliche Größe dar-
ellt, so auch die Geschichte, die in der Zeit „geschieht". Die Geschichte der
hilosophie ist die Geschichte der gesetzmäßigen und notwendigen Entwicklung
es menschlichen Denkens, wobei jedes gegebene philosophische System als die
umme aller früheren Lehren anerkannt werden kann. Das bestimmte philo-
phische System enthält in sich logisch die vorangegangenen als aufgehobene
omente. Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß jede Lehre durch die vorigen
ysteme bestimmt wird und schon deshalb in einem gewissen Zusammen-
ang mit dem „Zeitgeist" steht. Wird jedes philosophische oder wissenschaft-
che System von den vorigen logisch bestimmt, so ist damit auch die Rela-
vität der Wahrheit gegeben. Wir wissen eben nur so viel, als die mensch-
che Gattung mit dem ihr möglichen Aufwand von Kräften er-
nnen konnte, genau wie in der Ökonomie die Waren bis zu einem gewissen
aße Produkte aller vorhergegangenen Generationen sind.

So sagt Hegel: „Jede Philosophie ist Philosophie ihrer Zeit, sie ist Glied
der ganzen Kette der geistigen Entwicklung; sie kann also nur Befriedigung
ır die Interessen gewähren, die ihrer Zeit angemessen sind." [1] Und weiter:
Die bestimmte Gestalt einer Philosophie ist also gleichzeitig mit einer be-
immten Gestalt der Völker, unter welchen sie auftritt, mit ihrer Verfassung
ıd Regierungsform, ihrer Sittlichkeit, geselligem Leben, Geschicklichkeiten,
ewohnheiten und Bequemlichkeiten desselben, mit ihren Versuchen und Ar-
iten in Kunst und Wissenschaft, mit ihren Religionen, den Kriegsschicksalen
ıd äußerlichen Verhältnissen überhaupt, mit dem Untergang der Staaten, in
nen dies bestimmte Prinzip sich geltend gemacht hatte, und mit der Ent-
ehung und dem Emporkommen neuer, worin ein höheres Prinzip seine Er-
ugung und Entwicklung findet." [2] Wir haben also zwei Momente gefunden,
elche die Philosophie bestimmen: die jeweiligen Bedürfnisse der Gesellschaft
er der Grad der Kultur bilden gleichsam die Basis, auf der das philo-
phische System aufgebaut wird; hier haben wir die historische Kontinuität,
elche Hand in Hand geht mit der kontinuierlichen Entwicklung der ver-
hiedenen und mannigfaltigen Interessen der Gesellschaft. Das zweite Moment
die logische Kontinuität, die darin besteht, daß die philosophischen Lehren
h logisch auseinander entwickeln und einander logisch bestimmen.

Jede Philosophie hat trotz ihrer Relativität und Bedingtheit eine gewisse
erechtigung und stellt immer ein Stück der Wahrheit dar, insofern sie die
edürfnisse der Zeit ausdrückt und einer gewissen Stufe der gesellschaftlichen
ntwicklung entspricht.

Die verschiedenen Schattierungen der philosophischen Lehren können von
r Individualität des Philosophen und der besonderen Eigentümlichkeiten seines
sellschaftlichen Milieus — da es nichts absolut Gleiches gibt, so gibt es auch
ine absolut gleichen Gesellschaften — abhängig sein. Aber dies bezieht sich
ır auf die besonderen Nuancen, auf die Obertöne, nicht auf den Grundton,
ıf den Kern, der immer schon dem Philosophen aufgedrängt wird, denn die
ızelnen Elemente der philosophischen Probleme sind als Gegebenes vor-
ınden. Der Philosoph hat nur die auf der Tagesordnung schon stehenden
robleme weiterzuentwickeln und neue Kombinationen aus den gegebenen

---

[1] Hegels Vorlesungen über Geschichte der Philosophie. Berlin 1833, Band I, S. 60.
[2] Idem, S. 68.

herauszupräparieren, denn ... intellectus non facit saltus, das Denken mac keine Sprünge.

Die Weltauffassungen der Philosophen sind durch ihre Lebensauffa sungen bestimmt. Das gesellschaftliche Dasein bestimmt das Bewußtsein übe haupt. Das Sein ist das Primäre, das Bewußtsein ist das reflektierte, da bewußte Sein, eine spätere und deshalb auch eine vom Sein bedingte Stuf Was Marx die Ideologie nennt, ist eben nichts anderes als das im mensc lichen Verstand wiederholte, abgespiegelte gesellschaftliche Sein, genau so w bei Hegel die Philosophie die bewußte Wiederholung des objektiven Entwic lungsprozesses darstellt.

Das menschliche Bewußtsein entspricht seinem gesellschaftlichen Dasein, un deshalb wird ein und dasselbe Prinzip die Basis und den Überbau durc dringen. Wenn die moderne Gesellschaft auf dem wirtschaftlichen und pol tischen Individualismus basiert, so ist selbstverständlich, daß die herrschend theoretische und praktische Philosophie auch vom Individuum, vom Ich au gehen wird. Wenn wir die ganze moderne Philosophie durchgehen, so finde wir an allen Richtungen einen gemeinsamen Zug, einen gemeinsamen Grund ton, der die philosophischen Lehren beherrscht, und diesen Grundton kann ma als Subjektivismus oder Ich-Philosophie bezeichnen. Alle die mannig faltigen Richtungen der modernen Philosophie, vom Neukantianismus a gefangen bis zum Neo-Humismus und zur Immanenzphilosophie, stehen unte dem gemeinsamen Banner, auf dem mit großen Worten die Inschrift laute Individualitätsphilosophie. Und dieser Charakter der heutigen Phil sophie wird besonders verständlich, wenn man den Zusammenhang der ganze modernen Kultur mit der Philosophie im Auge hat.

Der Neukantianismus steht auf dem Boden der Subjektivität de Kategorien und deshalb auch der Erkenntnis; die immanente Philosophi geht vom unmittelbar Gegebenen, von der unmittelbaren Wahrnehmun aus; Mach und Avenarius wollen nur mit Empfindungen operiere Diese drei Richtungen, die heute als die herrschenden angesehen werde können auf zwei Hauptquellen: Kant und Hume, zurückgeführt werde Der Neukantianismus in allen seinen Schattierungen knüpft unmittelbar a den geläuterten und von einigen schreienden Widersprüchen gereinigten Ka an. Die Immanenzphilosophie bildet die Mitte zwischen dem Kantianismu und Humismus. Der Phänomenalismus von Mach und Avenarius hat seine Ursprung in der Humeschen Philosophie, wie es auch Mach selbst in seine „Analyse der Empfindungen“ anerkennt, und befindet sich in engster Ve wandtschaft mit der immanenten Philosophie.[1] Auf diese Weise sind di

[1] So sagt Mach: „Daß meine Ausgangspunkte von jenen Humes nicht wesentlich ve schieden sind, ist wohl deutlich. ... Auch den Vertretern der immanenten Philosophie ste ich recht nahe. Namentlich von Schuppe, dessen Schriften ich kürzlich kennen gelernt hab kann ich dies sagen.“ Mach, Die Analyse der Empfindungen, 4. Auflage, 1903, S. 38.

Und auch im jüngst erschienenen Buche, das Schuppe gewidmet ist, sagt Mach: „Wen ich hierbei das Glück hatte, mit meinem naturwissenschaftlichen Standpunkt namhaften Phil sophen wie Avenarius, Schuppe, Ziehen und anderen, deren jüngeren Genossen Corneliu Petzold, v. Schubert-Soldern und anderen, auch einzelnen hervorragenden Naturforscher recht nahe zu kommen, so mußte ich mich hiermit von anderen bedeutenden Philosophen, wi es die Natur der gegenwärtigen Philosophie notwendig mit sich bringt, wieder sehr entferne Ich muß mit Schuppe sagen: „Das Land des Transzendenten ist mir verschlossen.“ Mac Erkenntnis und Irrtum, Vorwort, S. VII.

uptquellen der herrschenden Philosophie Kant und Hume gekennzeichnet, die sich die verschiedenen Richtungen gruppieren. Alle diese Richtungen ben ein gemeinsames Merkmal, welches darin besteht, daß sie vom Subjekt sgehen und aufs Bewußtsein das besondere und fast ausschließliche Gewicht en. Dieses Merkmal bildet das Charakteristikum unseres Zeitalters, wo der dividualismus die Grundlage und den Ausgangspunkt des gesellschaftlichen seins darstellt.

In dieser Abhandlung wollen wir einige Bemerkungen über die gesellaftlichen Bedingungen und Umstände machen, unter denen Humes hilosophie entstanden ist und in welcher Beziehung sie zu den edürfnissen seines Zeitalters steht. Uns interessiert der Humismus t deshalb, weil man den Marxismus mit dem Phänomenalismus n Mach zu vereinigen versucht hat. In der russischen Literatur ist Unmöglichkeit einer solchen Vereinigung von Genossen Plechanoff dartan worden.[1] Wir wollen im gegenwärtigen Artikel Hume als den Urheber s von Mach und Avenarius vertretenen Sensualismus und Phänomenamus einer historisch-psychologischen Kritik unterziehen.

* * *

Eine Periode wird ein solcher Zeitabschnitt genannt, während dessen ein stimmtes Prinzip herrscht und zur Ausführung gelangt. Die kapitalistische riode zum Beispiel hat das Prinzip der freien Konkurrenz, das des Indiualismus zur Grundlage. Die Gesellschaft aber entwickelt sich, und infolgesen bilden sich die ihr eigentümlichen Gegensätze heraus; es treten diejenigen emente zum Vorschein, die in schroffem Widerspruch mit der vorhandenen sellschaftsordnung stehen. Die heutigen Vertreter einer derartigen neuen lturellen Periode, das Proletariat, können nicht auf demselben Standpunkt hen wie die Vertreter und Ideologen der bestehenden Ordnung; sie müssen ser ein neues Prinzip entgegenstellen; denn was den Lebensbedürfnissen der utigen Gesellschaft angepaßt ist, muß zugleich mit dieser Gesellschaft unterhen. Die Verfechter der neuen Weltanschauung erkennen im Gegensatz zur utigen Philosophie die Objektivität als das Primäre, als das Wichtigere , um so mehr als die objektive Gesetzmäßigkeit und Entwicklung der Dinge die Sache des Proletariats arbeitet, und je mehr die herrschenden Klassen der Objektivität verlieren, desto subjektiver wird ihre Philosophie. Was nicht in der objektiven Gesellschaftsordnung finden können, das müssen sie Subjekt suchen. Wenn die objektive Entwicklung der Dinge in Widerruch mit den Bedürfnissen und Interessen der herrschenden Klasse kommt, muß die letztere entweder alles ins Subjekt verlegen und eine subjektive hilosophie konstruieren oder in der Verzweiflung, ihr Ziel zu erreichen und Objektivität zu überwinden, sich eine pessimistisch-fatalistische Weltanschauung affen. Das Gesagte ist nicht so zu verstehen, als ob eine aufkommende asse immer bewußt eine Objektivitätsphilosophie verteidigte; in der Geschichte

Wir glauben, daß Eduard v. Hartmann nicht ohne Recht Mach als einen Vertreter der manenten Philosophie hingestellt hat: „Auf dem Boden eines neuhumistischen Phänomenamus steht eine Gruppe von Autoren, die ihren Standpunkt als ‚erkenntnistheoretischen onismus‘ oder als ‚immanente Philosophie‘ bezeichnen, v. Schubert-Soldern, Leclair, ach." Geschichte der Metaphysik, II. Teil, S. 501.

[1] Vergl. Plechanoffs Vorrede und erläuternde Bemerkungen zur zweiten russischen Aufe des Buches von Engels, „Ludwig Feuerbach usw."

kommt es vor, daß eine werdende Gesellschaft im Bewußtsein ihrer Ma
glaubt, alles hänge nur von ihrem subjektiven Willen ab. Man glaubt
können, weil man es will, während in der Tat die Sache sich so verhä
daß man will, weil man es kann.

Die Entwicklung der Dinge kommt zustande auf dem Wege der Negati
des früheren Zustandes, und deshalb muß man, um die Ideologie ei
gewissen Periode zu verstehen, auch die vorangegangene studieren; denn je
Lehre ist im Kampfe mit der früheren entstanden, und infolgedessen wird d
Charakter dieser Lehre durch die früheren Momente bestimmt.

Das Aufklärungszeitalter bedeutete einen Protest gegen die politis
und geistige Herrschaft des Adels und des Klerus. Der Absolutismus, welch
den politischen Ausdruck dieser Herrschaft darstellte, hatte alle Sphären d
menschlichen Daseins der bureaukratischen Regulierung unterworfen: sogar d
Poesie war nur dazu da, um die Tugenden der Tyrannen und die Ketten d
Sklaverei zu besingen, die Wissenschaft hatte ein sehr beschränktes Gebi
dessen Grenze sie nicht zu überschreiten wagte. Während aber politisch d
Klerus und der Adel mit ihrem König von Gottes Gnaden an der Spi
herrschten, nahm die Bedeutung des sogenannten dritten Standes auf de
ökonomischen Gebiet fortwährend zu, und am Ende kam es dazu, daß d
weitere Entwicklung der Gesellschaft die Beseitigung des Absolutismus m
einer unabwendbaren Notwendigkeit forderte. Das politische Gebäude, d
den Bedürfnissen der ersten zwei Stände angepaßt war, konnte nicht die Fo
derungen und Interessen der aufkommenden Bourgeoisie, welche auch beiläu
die Bedürfnisse der objektiven Entwicklung der Gesellschaft ausdrückte, b
friedigen. Der neue soziale Inhalt forderte eine neue politische Organisatio
Die geistigen Vertreter des dritten Standes führten einen theoretischen Kam
mit den Verteidigern der herrschenden Ideologie, welcher eine neue Leben
und deshalb auch eine neue Weltauffassung entgegengestellt wurde: dem do
matischen Christentum (Theismus) der philosophische Deismus auf dem Gebi
der Religion; der traditionellen Ethik eine neue Moralphilosophie, die vo
ständig von der Religion getrennt war und zum ersten Male ausschließli
von der Natur des Menschen, seinen Bedürfnissen und seinen Leben
forderungen ausgehen wollte. Man bedurfte neuer Kampfmittel gegen di
jenigen Mächte und Autoritäten, welche den Menschen unterdrückten od
diese Unterdrückung rechtfertigten. Man strebte nach Freiheit auf den ve
schiedenen Gebieten der Ideologie, genau so wie auf dem ökonomischen Gebie
denn, wie wir schon früher sagten, das Sein und das Bewußtsein beherrsc
ein und dasselbe Prinzip; die beiden Sphären des menschlichen Daseins sin
am engsten verbunden. Die Gewissensfreiheit bedeutete die Zerstörung d
objektiven Organisation der Kirche und die Behauptung, die Religion sei blo
Sache des Subjektes und seines Gefühls. Der Mensch, seine Vernunft wurd
zum Ausgangspunkt gemacht, und deshalb kann man die ganze geistige B
wegung dieser Epoche mit dem Ausdruck Rationalismus bezeichnen. Di
Wirklichkeit soll sich nach den Forderungen der Vernunft richten

[1] In dieser Hinsicht ist auch höchst interessant der Kantsche Satz, nach welchem d
Dinge sich nach der Vernunft richten. „Die Ordnung und Regelmäßigkeit also a
den Erscheinungen, die wir Natur nennen, bringen wir selbst hinein und würden sie au
nicht darin finden können, hätten wir sie nicht oder die Natur unseres Gemüts ursprüngli
hineingelegt." Kant, Kritik der reinen Vernunft, Reclams Ausgabe, S. 134.

War früher die Philosophie, die Vernunft (und ihr gesellschaftlicher Re-
äsentant in dieser geschichtlichen Epoche) eine Magd der Theologie, so sollen
zt die Theologie und ihre Vertreter eine Magd der Philosophie sein, das
ißt sich vor der neuen Gesellschaft und ihrer Ideologie beugen. Nicht die
ernunft soll halt machen vor der Religion, sondern umgekehrt: die Religion
ll nicht im Widerspruch mit der Vernunft stehen. Alles mußte jetzt seine
erechtigung vor der Vernunft beweisen: sowohl die politischen Institutionen
s auch die Moral, Religion, Recht usw. Man wollte alles auf den Kopf
llen, wie Hegel sich ausdrückt. Alles historisch Gewordene wurde als etwas
wernünftiges betrachtet, weil die Daseinsformen, welche sich während der
schichtlichen Entwicklung herausgebildet hatten, sich als schädlich für den ge-
llschaftlichen Organismus erwiesen, sie entsprachen nicht mehr dem neuen
zialen Inhalt. Es mußte infolgedessen eine Umwälzung der Gesellschaft und
ne Umwertung der Werte vom Standpunkt der Interessen des dritten Standes
rgenommen werden. Alles, was in Harmonie mit den Bedürfnissen
r neuen gesellschaftlichen Klasse stand, war vernünftig. Die Ver-
nnft war also keine absolute, ihre Forderungen drückten aber eine Wahrheit
s, weil sie den Bedürfnissen der objektiven Entwicklung der Gesellschaft ent-
rachen. Die feudale Gesellschaft war eine gebundene, das Prinzip, auf dem
basierte, war das der Autorität; die neue Gesellschaft konnte sich nur unter
r Bedingung der bürgerlichen Freiheit entwickeln: alles, was mit ihr im
inklang stand, war vernünftig und gerecht.

Der Kampf der Systeme und Weltanschauungen in der Theorie entspricht
m Kampfe verschiedener Gesellschaftsklassen in der Praxis, und die größte
edeutung gewinnt diejenige Theorie, welche am besten den Bedürfnissen der
gebenen Epoche angepaßt ist. Die literarische Bewegung des Aufklärungs-
italters drückte die Bedürfnisse der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung
d ihres Trägers, des dritten Standes, aus. Der Kampf gegen den Dog-
atismus der christlichen Religion bedeutete nichts anderes als den Kampf
r die Gewissensfreiheit, welche für die freie ökonomische Entwicklung des
andes von großer Bedeutung war. Die Kritik der Religion in der Theorie
deutete die Verneinung der Rechte und im besonderen der privilegierten
tellung der Kirche und ihres Repräsentanten, des Klerus, im praktischen
eben; es war die Verneinung seiner Rechte auf Ausbeutung der Bürger.
ie Ideologie oder, anders ausgedrückt, die theoretische Waffe der Geistlichkeit
ar immer und überall die Theologie, welcher Ethik, Recht, Wissenschaft usw.
terworfen waren. Solange der Klerus ein herrschender Stand war, mußte
les in der Gesellschaft seine Berechtigung vor der Theologie beweisen, das
ißt alles mußte vom Standpunkt der Interessen der Geistlichkeit gerecht-
rtigt werden. Die menschliche Persönlichkeit war im sozialpolitischen Leben
r Autorität untergeordnet, und deshalb war sie auch in der ideologischen
phäre nicht autonom, sondern verschiedenen Autoritäten unterworfen, die in
tzter Instanz auf die Autorität der Kirche zurückgeführt werden konnten. Die
utorität, anders ausgedrückt die Leibeigenschaft auf dem sozialen, po-
ischen, religiösen und geistigen Leben war das einzige Prinzip, welches alle
sellschaftlichen Verhältnisse durchdrang. Mit einem Worte, alles vereinigte
h für die gemeinsame Sache der theoretischen Rechtfertigung der königlichen
errschaft über das Volk, der Ausbeutung der niederen Schichten der Be-
lkerung durch den Adel und Klerus.

Die herrschende Philosophie der Gegenwart — der Kantianismus und de
Humismus — ist aus dem Kampfe mit der theologischen Auffassung entstande
und bedeutet die Rechtfertigung einer anderen, der bürgerlichen Gesellscha
mit der ihr angepaßten Lebensauffassung. Die Einheit der feudalen Gesel
schaft, der Zusammenhang ihrer Glieder, welcher ein Ganzes, einen Organis
mus aus ihr machte, wurde aufgelöst, die hierarchische, autoritative Organ
sation aufgehoben. Es folgte eine neue kulturhistorische Periode: hat die al
Gesellschaft auf Ungleichheit und Unfreiheit beruht, so fängt der Kampf m
der Negation des Un an; es war vor allem eine negative Aufgabe, d
Schranken, die den Menschen in bestimmten Grenzen hielten, niederzureißen
und infolgedessen sind die Philosophen zur bloßen Idee der abstrakten Freihe
gekommen. Die feudale Gesellschaft hatte das Individuum in allen ihren ver
schiedenen Organisationen aufgesogen und ihm keine Selbständigkeit übrig ge
lassen. Die Organisation stand über dem Individuum, die menschlich
Persönlichkeit wurde der „Einheit" der Gesellschaft geopfert. Im Gegensa
dazu stellte die bürgerliche Organisation das Individuum über die Gesel
schaft. Die bürgerliche Gesellschaft hat den Individualismus zum fundamentu
reale ihrer Lebensauffassung gemacht; denn der heutigen gesellschaftlichen Ver
fassung liegt das Prinzip des Krieges aller gegen alle zugrunde; sie beruh
auf dem gegenseitigen Kampfe der Unternehmer, auf dem Prinzip der freie
Konkurrenz, welches die Bejahung des Ich und Vernichtung des Mitmensche
bedeutet. In der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes Individuum gleichsam
einen selbständigen Kosmos dar; es bildet das Zentrum, um welches sich da
ganze Universum dreht;[1] das Individuum soll auf eigene Kosten die We
bekämpfen. Der Sinn des Daseins des Bourgeois — und die gegenwärtig
Gesellschaft ist eben nichts anderes als eine Bourgeoisgesellschaft, in welche
die Herrschaft dem Bürgertum gehört — besteht ausschließlich in der Bejahun
seiner eigenen Existenz und in der Verneinung des „Du", in dem er imme
einen Feind, einen Konkurrenten sieht. Die einzige Substanz soll das In
dividuum sein, es will gleichsam ein universeller Despot werden. . . . Der er
kenntnistheoretische Solipsismus ist der Ausdruck dieses Strebens des Indiv
duums nach absoluter Gewalt.

* * *

Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen ist also de
Humismus entstanden?

Die theologische oder feudale Auffassung hielt an drei Ideen fest, di
bequeme Unterdrückungsmittel darstellten; es waren: die Idee von der Existen
eines persönlichen Gottes, der Unsterblichkeit der Seele und de
Freiheit des Willens. Es ist wohl bekannt, was für einen Platz dies
Ideen im Kantschen System einnehmen und wie die Materialisten, Atheiste
und überhaupt die angesehensten Aufklärungsphilosophen gegen diese Idee
kämpften. Eben darin bestand der Dogmatismus der großen Rationalisten
daß sie ohne jede Kritik des Erkenntnisvermögens auf Grund einer Funktio
a priori des Verstandes die Möglichkeit einer absoluten Erkenntnis verteidigten
Der Dogmatismus war eine besondere Verteidigungsform der alten Gesel

[1] Vergl. den „kopernikanischen" Standpunkt Kants und erkenntnistheoretischen Solipsis
mus eines Schubert-Solderns und andere. Die ganze immanente Philosophie (einschließlic
Mach) steht eigentlich auf dem solipsistischen Standpunkt, obgleich es sowohl Schuppe (mi
seinem „Bewußtsein überhaupt") als auch Mach nicht anerkennen.

[sc]haft, insofern er an den drei Grundideen festhielt, welche die Stützen der [fe]udalen Ideologie waren, und der Kritizismus in der Philosophie war eben [a]uch eine Waffe der neue Gesellschaft gegen die alte. Der Kritizismus [f]ängt eigentlich nicht mit Kant an, wie man gewöhnlich glaubt, sondern [m]it der Aufklärungsphilosophie. Wir glauben sogar, daß die „Kritik [d]er praktischen Vernunft" in dieser Hinsicht einen Schritt rück[w]ärts, eine Reaktion bedeutet.

Die Existenz Gottes! Man bedurfte Gottes, um die irdischen Un[g]erechtigkeiten und Greueltaten der höheren Stände in bezug auf das Volk [z]u rechtfertigen; denn nur „im Namen Gottes" konnte das Volk so viel leiden; [G]ott wird schon Gerechtigkeit üben und alle Ungerechtigkeiten vergelten. Wozu [b]raucht man die Ordnung in der Welt zu ändern, wenn diese das Werk des [g]erechten Gottes darstellt? Wozu braucht man wirkliche politische Freiheit, [w]enn die Freiheit, Laster und Tugenden zu üben, uns schon von dem lieben [G]ott geschenkt wurde?

Die Unsterblichkeit der Seele! Man braucht sich nicht um das empirische [S]ein zu kümmern, denn dies ist nur eine Vorstufe des eigentlich realen und [e]wigen Seins. Nicht die empirische Gleichheit der Menschen im Diesseits, [so]ndern die Gleichheit der Seelen vor Gott wird gepredigt usw.

Es ist verständlich, daß die neue Lebens- und Weltauffassung, die mit den [I]nteressen des dritten Standes im Einklang stand, der Theologie die Fehde [a]nkünden mußte. Wenn man vom Klerus befreit werden wollte, so mußte [m]an ihm seine Waffe nehmen, und in der Tat stellte die Aufklärungsphilosophie [de]m Theismus den Deismus und Atheismus gegenüber. Wenn aus Furcht [vo]r der „Canaille" Voltaire Gott sogar hätte erfinden wollen, wenn es einen [so]lchen nicht gäbe, so kann man den atheistischen Standpunkt der konsequenten [M]aterialisten so formulieren: sie hätten Gott geleugnet, selbst wenn es [ei]nen solchen gegeben hätte; denn die Revolution mußte auch gegen Gott [kä]mpfen, welcher nach der feudalen Ideologie die Leibeigenschaft auf allen Ge[bi]eten des menschlichen Daseins sanktionierte. Dieser Kampf stand im Zu[sa]mmenhang mit den Interessen des dritten Standes und der Gesellschaft und [w]urde sowohl subjektiv als auch objektiv aus wissenschaftlichen und ethischen [G]ründen vorgenommen. Anstatt der Gleichheit aller Menschen vor Gott, [w]ollten die Ideologen der neuen gesellschaftlichen Verfassung die wirkliche [G]leichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Man wollte die Gleichheit aller [R]eligionen und Konfessionen, anstatt der privilegierten Stellung einer be[sti]mmten Kirche. Die Gewissensfreiheit ist die Losung der neuen [L]ebensauffassung; jede positive Religion wird negiert, und Hume behauptet [sc]hon, daß die natürliche Theologie überhaupt keine Wissenschaft sein, das [he]ißt keine objektive und allgemeingültige Berechtigung haben könne; Religion [ist] Privatsache, könnte man vielleicht diesen Standpunkt formulieren, wenn [H]ume nicht auf dem Boden des philosophischen, das heißt abstrakten Deismus [st]ände, welcher eigentlich nichts anderes bedeutet als die Anerkennung der [ab]strakten Religion und Negation jeder objektiven Kirche. Die Kosmologie [er]kennt er gleichfalls nicht an, weil wir ja nichts von der Entstehung der [W]elt wissen; denn die Frage über den ersten „Beweger" liegt außer unserer [E]rfahrung. Was die Frage über die Unsterblichkeit der Seele betrifft, so er[ke]nnt Hume sogar deren Substanzialität nicht an; es gibt auch für Hume [ke]inen transzendenten Sinn des Daseins usw.

Gewiß waren die französischen Materialisten viel radikaler und konsequente als Hume; wir wollen aber zeigen, wie der Humismus entstanden ist un wie sich infolge der gesellschaftlichen Notwendigkeit des Kampfes mit dem Dog matismus die hier berührten Fragen bei Hume modifiziert haben. Berühre wir noch ein anderes Gebiet: die Ethik. Früher gab es überhaupt kein selbständige Ethik, sie war ganz und gar der Religion untergeordnet. Di menschlichen Handlungen wurden nur dann als sittlich anerkannt, wenn ihne die Kirche ihre Sanktion gab; die Ethik trug einen asketischen Charakte Die Ideologen der neuen Gesellschaft, welche für die Entwicklung der Pro duktion und des Marktes kämpften, mußten gegen die asketische Moral au treten. Die Aufklärungsphilosophie hat eine von der Religion vollständig ge trennte Ethik geschaffen, und hier zeichnen sich besonders die englisch-schottische Moralphilosophen einerseits und die französischen Materialisten und Atheiste andererseits aus. Man suchte jetzt nicht mehr eine außer dem Mensche stehende Autorität, welche die menschlichen Handlungen sanktionieren sollt sondern umgekehrt wurde der Mensch selbst mit seinen Bedürfnissen als di einzige Quelle der Sittlichkeit anerkannt. Es wurde eine autonome Mora im Sinne der Abwesenheit jeglicher äußeren Autorität geschaffen; diese neu Moralphilosophie zeichnete sich im besonderen durch das Nützlichkeitsprinzi aus, was im Kampfe mit der Askese sehr wichtig war. Auch hier waren di Franzosen radikaler, Hume hat eine Mittelstellung eingenommen, aber wi sehen überall, wie Humes Philosophie (und die ganze Aufklärungsphilosoph überhaupt) im Kampfe mit der theologisch-feudalen Auffassung entstanden is wie die scharfe Kritik der Verfechter einer neuen Lebensauffassung die al Ideologie vernichtet hat.

* * *

Der interessanteste Teil der Philosophie ist die Erkenntnistheorie, die de kompliziertesten Punkt des Humismus oder richtiger den eigentlichen Humismu ausmacht.

Wir haben schon früher gesagt, daß in der feudalen Gesellschaft die Or ganisation über dem Individuum stand und die bürgerliche, das heißt kapita listische Ordnung umgekehrt das Individuum (allerdings das Individuum al Repräsentant der Bourgeoisie) über die Gesellschaft stellte. Der objektive Organisation des Feudalismus wurde das Subjekt geopfert. Der Kampf u die bürgerliche Freiheit in der Praxis nimmt in der Theorie die Form de Negation alles Objektiv-Äußerlichen an; die ganze Welt wird als Schranke fü die freie Entwicklung der Persönlichkeit angesehen, und diese Schranke will da Subjekt abschütteln; wenn alles Äußere wegfällt, bleibt nur das Subjekt, da reine Selbstbewußtsein übrig. Ist die äußere Welt mit ihren politisch-staa lichen und sozialen Institutionen ein Hindernis für die Persönlichkeit, so mu auch der Körper als eine Schranke für die Seele anerkannt werden. Nic umsonst hat schon zum Beispiel Descartes an allem, sogar an der Existen und Realität des Körpers gezweifelt.[1] Die menschliche Persönlichkeit negie

[1] „Ich setze also voraus, daß alles, was ich sehe, falsch ist, ich glaube, daß niema etwas von dem allen existiert hat, was das trügerische Gedächtnis mir darstellt: ich ha überhaupt keine Sinne; Körper, Gestalt, Größe, Bewegung und Ort sind nichts als Schimäre Was also bleibt Wahres übrig? Vielleicht nur dies eine, daß es nichts Gewisses gibt Descartes' Meditationen, zweite Meditation, S. 7, übersetzt von Buchenau, Leipzig 190 Descartes' Skeptizismus war ein dogmatischer, wenn ich mich so ausdrücken darf. Er beim Konservatismus stehen geblieben.

ie objektive Ordnung mit ihren allgemeingültigen Gesetzen und Normen, nicht
as Objekt, die Autorität, sondern das Subjekt soll der Gesetzgeber und
errscher werden. Der Mensch ist das Maß aller Dinge, die ganze Welt soll
m und seinen Bedürfnissen dienen. Nicht er soll sich vor der in den ob-
ktiven Institutionen verkörperten Autorität beugen, sondern umgekehrt, die
esellschaft soll sich nach seiner Vernunft richten. Mit einem Worte, alles
ird in das Subjekt verlegt, das Individuum saugt alles in sich auf, und die
bjektive Welt hat nur so viel Berechtigung, als das Subjekt ihr zuerkennt.
ie Persönlichkeit stellte sich der ganzen Welt entgegen als selbstherrlicher
espot; sie zerstörte alles, was ihren Willen beschränkt; eines nur steht fest,
nd das ist nichts anderes als das Subjekt; die objektive Weltordnung muß
erneint werden, weil die objektive Lebens- oder Gesellschaftsordnung zugrunde
ehen muß. Darin besteht der tiefe historisch-psychologische Sinn der Humeschen
hilosophie, welche die negative Phase in der Aufklärungsphilosophie be-
eutet; den Humismus nennt man Skeptizismus, weil er eben an der Ob-
ktivität, an ihrer Rechtmäßigkeit zweifelt. Damals, als die alte gesell-
haftliche Organisation beseitigt werden mußte, war der Humismus in der
at eine revolutionäre Philosophie, eine Zerstörungsphilosophie.

Die Erkenntnistheorie hat mit zwei wichtigen Fragen zu tun: mit dem
rsprung und dem Wesen der Erkenntnis. In bezug auf die erste Frage
ellt sich Hume im Gegensatz zu den Rationalisten auf die Seite der Empiristen.
ährend die Rationalisten angeborene Ideen oder Begriffe annahmen,
uf Grund deren sie a priori eine Welt schaffen wollten, bedeutete der Humismus
nen Fortschritt, indem er solche Erkenntnis a priori leugnet und nur mit
er Erfahrung zu tun haben will. Dieser Punkt bedeutet ebenfalls einen
rotest gegen den Glauben an eine Welt, die ein für allemal gegeben ist und
ie keiner Veränderung unterworfen sein soll; die Quelle der Erkenntnis
ammt aus keiner übersinnlichen, transzendenten Welt, sondern aus der
egebenen Welt der Erfahrung, so argumentiert Hume. Wir wissen
ichts von ihren angeborenen Ideen, aus denen die Existenz Gottes, die Un-
erblichkeit der Seele abgeleitet, das heißt von jenen Begriffen, durch die das
olk im Zaum gehalten wird. Um den Verteidigern der feudalen Lebens-
uffassung dieses Mittel zu nehmen, mußten die Vertreter der neuen Gesell-
haftsordnung die Quelle, aus der man solche Ideen schöpfte, vernichten,
ugnen, und diese Kritik drückte sich im Satze aus: wir haben nur mit
er Erfahrung zu tun;[1] denn nur die gegebene Welt hat einen Wert, weil
an den Sinn des Daseins nicht ins Jenseits verlegen wollte; das Subjekt
gnügte sich mit der gegebenen Welt und lenkte ausschließlich auf diese seine
ufmerksamkeit.

Den Streit zwischen den Rationalisten und Empiristen, der einen Kampf
ischen zwei gesellschaftlichen Lebensauffassungen bedeutete, kann man noch

[1] „Das Dasein eines Dinges kann daher nur durch Gründe bewiesen werden, die von
iner Ursache oder Wirkung entnommen sind, und diese Gründe stützen sich lediglich auf Er-
hrung. Beginnt man die Untersuchung a priori, so scheint jedes Ding fähig, jedes andere
ing hervorzubringen; der Fall eines Steines kann dann die Sonne verlöschen, oder eines
enschen Wunsch den Lauf der Planeten verändern. Nur die Erfahrung lehrt uns die
atur und Grenzen von Ursache und Wirkung; nur sie befähigt uns, von dem Dasein eines
inges auf die anderen zu schließen." Hume, Eine Untersuchung über den menschlichen
erstand, 5. Aufl., Leipzig 1902, S. 162.

anders so formulieren: die Rationalisten schaffen die Welt der Dinge aus de Ideen, während die Empiristen, mit Hume an der Spitze, die Ideen aus de Welt der Erfahrung hervorgehen lassen. Hume ist Sensualist; für ihn ge das Erkennen aus der Wahrnehmung hervor; die Welt der Erfahrun fällt mit der Welt der Wahrnehmung zusammen. Waren nach de Anschauung der Rationalisten die gesellschaftlichen Institutionen ein Ausflu der absoluten Ideen und deshalb auch unantastbar und unveränderlich,[1] s waren dagegen die Empiristen, welche die Bedürfnisse des dritten Stande vertraten, im Begriff, alle gesellschaftlichen Institutionen umzuändern, die alte umzustürzen und neue zu schaffen, weshalb sie keine absoluten Ideen an erkannten.

„Aller Stoff des Denkens ist von äußeren und inneren Wahrnehmunge abgeleitet; nur die Mischung und Verbindung gehört dem Geiste und der Willen" (Hume).

Hume konnte die konstanten, absoluten Ideen nicht akzeptieren, weil ma aus diesen letzteren die Unveränderlichkeit der Gesellschaft ableitete; er mußt auch die objektive Welt der Dinge leugnen, weil diese ihn als den Vertrete der neuen Gesellschaft nicht befriedigten; deshalb nimmt er eine subjektiv Welt, eine Welt der Wahrnehmungen an, um Ordnung in der Natur un Gesellschaft vom Standpunkt des Subjektes zu schaffen.

Was die zweite Frage über das Wesen der Erkenntnis, über die Be ziehung zwischen Ding und Vorstellung, Sein und Denken betrifft, so steh Hume auf dem Boden des Phänomenalismus. Auch dieser Punkt de Humeschen Philosophie ist als Antithese zur vorangegangenen entstanden. Di großen Philosophen der früheren Epoche verteidigten den Standpunkt de Realismus, der einen klassischen Ausdruck in der Formel Spinozas gefunde hat: Ordo et connexio idearum idem est ac ordo et connexio rerum (zu deutsch Die Ordnung und Verknüpfung der Ideen ist dieselbe wie die Ordnung un Verknüpfung der Dinge). Wir erkennen die Dinge so, wie sie in der objektive Welt existieren; es gibt eine adäquate Erkenntnis, und zwar vermittelst de Vernunft usw.

Für Hume sind die Vorstellungen und die Dinge, das Sein und das Denke verschieden; es gibt keine adäquate Erkenntnis. Psychologisch wird diese Standpunkt Humes verständlich, wenn man sich erinnert, daß die Realitä der Dinge, das heißt die objektive Ordnung, welche bis dahin existierte, ih als den Vertreter der neuen bürgerlichen Ideologie nicht befriedigen konnt so daß er sich sträubt, die gegebene Welt der Dinge mit der der Vorstellunge zu identifizieren. Wir erkennen nach Hume nicht die Dinge selbst, sondern nu die Eindrücke oder Empfindungen, die sie verursachen.

Das bürgerliche Individuum mußte die Objektivität überwinden, um sic selbst zu behaupten; es mußte sogar die Existenz der Dinge leugnen; alles was wir Objekt oder Ding nennen, ist ihm nichts anderes als subjektive Wahrnehmen. Das Subjekt kann nicht die objektive Organisation der Gesel schaft akzeptieren, der die Selbständigkeit und Freiheit des Individuums ge opfert wird, und deshalb leugnet es die Ordnung, den objektiven Zusammen hang der Dinge; für Hume gibt es keine transzendente, das heißt außer subjektive, sondern nur eine immanente Kausalität (das Kausalitätsproblen

[1] Das Streben nach der Unveränderlichkeit der gesellschaftlichen Ordnung mußte au konstante, das heißt absolute Ideen hervorrufen.

i Hume). Was wir Kausalität nennen, ist kein realer Zusammenhang, in Wirken der Dinge aufeinander, sondern nur die Verbindung er eigenen Vorstellungen.

Die sogenannte Einheit, Ordnung und der reale Zusammenhang der gellschaftlichen Glieder und Stände der feudalen Verfassung — das sollte in nzelne, selbständige und zusammenhanglose Atome aufgelöst werden. Jedes ndividuum sollte auf sich selbst angewiesen und vom objektiven festen Zummenhang der Dinge befreit werden; damit wurde auch die Gesetzmäßigkeit ıfgehoben, die Kausalität vernichtet, denn die gesellschaftlichen Elemente sollten ır nebeneinander existieren. Das ganze Universum verwandelte sich in ıe Summe von nebeneinander existierenden Elementen ohne jeglichen inneren usammenhang. Alles wurde in einzelne Sinneseindrücke oder Empfindungen ıfgelöst; Hume leugnete die Substanz, die materielle sowohl als die geistige. lit der Leugnung der materiellen Substanz ist schon die Verneinung einer ıßer-subjektiven, das heißt transzendenten Kausalität verbunden. Gibt es ıßer unseren Empfindungen oder Wahrnehmungen keine realen Dinge, keine ateriellen Körper, die miteinander kausaliter verbunden sind, so ist es selbstrständlich, daß die Kategorie der Kausalität in das Subjekt verlegt werden uß: es gibt nur eine subjektive, gewohnheitsmäßige Kausalbeziehung, und ıs ist eben Humes Ansicht.

Es ist höchst charakteristisch für sein Zeitalter und für die negative Richtung er Aufklärungsphilosophie, daß man alles vom Standpunkt der menschlichen ernunft, des Subjekts umändern wollte. Der Mensch soll selbst ebensowohl der Natur wie in der Gesellschaft Ordnung schaffen. So entsprach Humes eltauffassung der Lebensauffassung der werdenden Gesellschaft.

Wollte man von der bestehenden konkreten Ordnung der Gesellschaft befreit n, so ist es psychologisch verständlich, daß der Humismus keine Wirklichkeit ıseits der Empfindungen annehmen wollte. Das eigentliche Objekt bilden cht die Dinge, sondern die Vorstellungen, anders ausgedrückt: Die Obktivität der Welt besteht nur in ihrer Subjektivität.... Hume ie auch Mach) hat die Substanz geleugnet, um die subjektiven Elemente, das ißt die Wahrnehmung oder Empfindung zur alleinigen Substanz zu erheben.

Der Humismus kann nicht mit der Entwicklungstheorie vereinbart werden; nn er leugnet die reale Kausalität und den objektiven Zusammenhang der inge, und deshalb ist Hume sehr konsequent, wenn er keine Entwicklungsinzipien anerkennt; für ihn gibt es nur ein ewiges Auf- und Niedersteigen. hnlich wie wir in bezug auf die Frage der Kausalität gewöhnt sind, aufıanderfolgende Ereignisse als kausal verknüpfte hinzustellen, so beruht nach m alles in der Gesellschaft und Geschichte auf Gewöhnung, welche „die oße Führerin im Leben“ sei. Wir können hier noch einige Worte von ocholl anführen, der eigentlich auf einem ganz anderen Standpunkt steht s wir, in dieser Hinsicht aber eine richtige Bemerkung über den Zusammenıng der Humeschen Erkenntnistheorie und Geschichtsphilosophie macht: „Humes ominalismus ist auf die Betrachtung der Menschheit und ihrer Geschichte m höchsten Einfluß gewesen. Die Menschheit ist dadurch vorwiegend als umme von Einheiten gedacht, die Gattung tritt hinter das Indiviıum zurück.“[1] Zum Glück war Hume nicht nur Philosoph, sondern auch

[1] Rocholl, Philosophie der Geschichte, 1878, S. 52.

Historiker, und wir empfehlen denjenigen Sozialdemokraten, die den Humismu (oder Machismus) mit dem Marxismus vereinigen wollen, Humes Geschichts philosophie vom Standpunkt der Entwicklungstheorie gründlich zu unter suchen.

Wo die Gesellschaft kein einheitliches Ganzes, sondern ein Nebeneinande der einzelnen Glieder darstellt, dort wird das isolierte Individuum das gan Universum vom Standpunkt seines Ich betrachten, die Interessen des Ich m denen der Gesellschaft identifizieren. Es triumphiert die subjektive Betrach tung der Dinge überhaupt; jede Persönlichkeit bildet eine selbständige Wel eine Welt für sich; sie ist die alleinige Substanz der Gesellschaft. Hume Nominalismus in der Erkenntnistheorie triumphiert auch in der Nationa ökonomie. Der Smithianismus ist der Humismus in der Volkswirtschafts lehre. So sagt auch Rocholl: „Worin liegt die Bedeutung des Werkes (Wealt of nations von Adam Smith) für uns? In der Fortleitung der Humesche Ideen ins Praktische. Es ist die Wertlegung auf die Arbeit des einzelne Sie schafft den Wohlstand der Nationen. Sie will aber auch möglichst u gehemmt sein. Durch diese Verkehrserleichterung, durch die freieste Teilun und Zusammenlegung der Beschäftigungszweige, durch die lebendige Bewegun der Eigeninteressen, welche zusammengreifend desto sicherer, je freier s sich ergehen, heilsam wirken, werden Wohlstand und Wohlfahrt der Völke begründet. Smith arbeitete der großen gesellschaftlichen Umwälzung vor, di in Frankreich zunächst versucht werden sollte. Er nahm den einzelnen au dem natürlichen Gefüge, in welchem er gewachsen war. Er betrachtet ihn als verwendbares technisches Atom. Er erniedrigte ihn zum mechanische Handlanger. Er stellte ihn auf die Selbstsucht und warf ihn dann der Selbs sucht der Konkurrenz und des unerbittlichen Kapitals als Beute hin usw."

* * *

Die Ergebnisse unserer kurzen Untersuchung sind also folgende. De Humesche Nominalismus und seine ganze Philosophie überhaupt ist al Gegensatz zur alten dogmatischen Philosophie entstanden; die neue Gesellscha bedurfte neuer Denkformen, die an die bürgerliche Verfassung angepaßt sei sollten. Die historische Aufgabe des Humismus bestand darin, die bis dahi herrschende Objektivität zu zerstören. Seine Lehre stand im engen Zusammen hang mit der Entwicklung der Produktionskräfte, welche dafür arbeiteten, da Individuum aus dem gesellschaftlichen Gefüge zu befreien und es zur Sub stanz der Gesellschaft zu machen. Der erkenntnistheoretische Nominalismu entsprach dem wirtschaftlichen und politischen Individualismus, welcher i Zusammenhang mit der objektiven Entwicklung stand und den Bedürfnisse der neuen Gesellschaft angepaßt war. Das Individuum mußte die bestehend Ordnung verneinen und alles in sich aufnehmen; das Subjekt regiert di Welt, es ist absolut frei, die alte Ordnung umzustürzen und eine neue z schaffen, daher der Subjektivismus oder Solipsismus der philosophischen Be trachtung. Es gibt keine reale Notwendigkeit; denn wenn es eine solche gäb dann müßte sich das Individuum vor ihr beugen — daher die Subjektivitä der Kausalität. Der Humesche Nominalismus ist die Rechtfertigun der bürgerlichen Gesellschaft, wo das Individuum über dem Ganze steht, wo das Subjekt zum Despoten erhoben wird. Ist aber der Humismu

[1] Rocholl, Philosophie der Geschichte, S. 53 bis 54.

ı seiner Zeit der Ausdruck der objektiven Entwicklung der Produktionskräfte, as heißt der Interessen der Gattung gewesen, so bedeutet er heute einen lückschritt. Die Interessen des Bürgertums stehen im schroffsten Gegensatz ı den Interessen der Gesellschaft, das heißt der ökonomischen Entwicklung; er wahre Träger der Kultur und der Interessen der ganzen menschlichen attung ist das Proletariat, dessen Existenz nicht auf der Verneinung des Du", das heißt auf dem Prinzip des gegenseitigen Sich-ausschließens, sondern mgekehrt ausschließlich auf der Bejahung des Daseins seiner Mitmenschen eruht. Nicht die Negation der Objektivität und des „Du", sondern deren nerkennung ist die Lebensforderung des Proletariats; denn der Individua-smus bedeutet für das Proletariat den Tod, während der Kollektivismus, er auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung aller Mitmenschen basiert, ie Bejahung seiner Existenz voraussetzt. Die Aufgabe des Proletariats geht ahin, die Gesellschaft so umzugestalten, daß sie eine organische Einheit ıit gemeinsamen Interessen aller Mitmenschen darstelle, und dazu braucht es ne neue theoretische Waffe, eine von der bürgerlichen verschiedene Ideologie, nd diese ist der Marxismus. Hat der Humismus als Ausdruck des bürger-chen sozialpolitischen Seins das Subjekt zum Ausgangspunkt der Er-enntnis gemacht, so legt der Marxismus das hauptsächlichste Gewicht auf das)bjekt; denn das Proletariat kann nur dann seinen Kampf um die Existenz ühren, wenn es das Objekt anerkennt, das heißt sich mit anderen Subjekten ereinigt. Nicht der Kampf aller gegen alle, sondern die Einheit der Gat-ıng, nicht die Konkurrenz, sondern die Solidarität, nicht der Indivi-ualismus, sondern der Kollektivismus, nicht der Subjektivismus der Solipsismus, sondern der Objektivismus, nicht Feind-Konkurrent, ondern Freund-Genosse, nicht die Negation des „Du", sondern seine Be-ahung — das sind die Antithesen, welche das Proletariat der bürgerlichen esellschaft und ihrer Ideologie entgegenstellt. Eine neue Lebensauffassung ordert neue Kampfmittel und neue Denkformen.

Die Zukunft der Jugendorganisationen.

Von **Ludwig Frank.**

Das Reichsvereinsgesetz hat nicht die versprochene Bewegungsfreiheit ge-racht, sondern großpreußische Knechtung, nicht Einheit, sondern Uniform. ie schlimmste Bestimmung richtet ihre Spitze gegen die arbeitende Jugend. om 15. Mai 1908 ab werden Personen unter 18 Jahren nicht mehr das echt haben, Mitglieder politischer Vereine zu sein und an öffentlichen poli-ischen Versammlungen teilzunehmen. Die Jugendorganisationen müssen den egen sie geführten Schlag parieren. Fest steht, daß sie nicht zurück-eichen dürfen. Die Ziele bleiben unverändert, auch wenn neue Wege ein-eschlagen werden müssen.

Die Versuchung läge nahe, trotz des Gesetzes die jungen Menschen, wie isher, vom 14. Lebensjahr an in die Vereine aufzunehmen. Die Kontrolle äre nicht leicht. Mitgliederlisten sind nicht einzureichen, und die Polizei üßte mühsam auskundschaften, ob irgendwo ein Lehrling einer für ihn ver-otenen Versammlung beigewohnt habe. Allein es ist zu bedenken, daß das liberale" Gesetz nicht bloß die Vorstände, die eine Person unter 18 Jahren

in einem Verein dulden, sondern auch die **jungen Leute selber** mit Stra
bedroht. Es wäre schwer zu verantworten, wenn wir die Arbeiter in de
Jahren, in denen sie etwas lernen sollen, einem aufreibenden Kleinkrieg m
den Strafbehörden aussetzen wollten. In den vordersten Schlachtreihe
gegenüber dem Feinde, sollen nicht Kinder, sondern Erwachsene stehen.

Dann ist zu prüfen, ob nicht die Jugendorganisationen mit den übe
18 Jahre alten Mitgliedern weiterbestehen könnten. Die Statistik lehrt abe
daß etwa zwei Drittel der organisierten Jugendlichen noch nicht 18 Jahr
alt sind. Wenn ein Verband nur Leute aufnähme, die über 18 Jahre zähler
hätte er den Anspruch verloren, sich eine Jugendorganisation zu nennen. M
Recht würden auch die Gewerkschaften und die Parteivereine geltend macher
daß erwachsene Arbeiter in den Jugendorganisationen nichts mehr zu suche
haben. **So ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Organisatione
der erwachsenen Arbeiter den Bestrebungen der Jugendlichen meh
als bisher ihre Hilfe leihen müssen.**

Als vor drei Jahren die deutsche Jugendbewegung entstand, hatten wi
als allgemeinen Grundgedanken die Forderung: es müssen tüchtige Mitstreite
für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erzogen werden. Für die Gestal
tung der Idee ergaben sich **drei Gruppen** von Aufgaben: Die jugendliche
Arbeiter stehen fast wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung gegenüber. I
Unwissenheit und unter Verkennung ihrer wahren Interessen unterstützen si
oft den Unternehmer, der das Bestreben hat, die Arbeitszeit der Jugendliche
zu verlängern. Es mußte Aufklärung über die Jugendschutzvorschriften unte
die Lehrlinge getragen und in ihnen das Bewußtsein geweckt werden, daß e
eine Schande sei, sich von dem Ausbeuter um die Vorteile des verkürzte
Arbeitstags prellen zu lassen. **Schutzkommissionen** bildeten den Mittel
punkt für diese Aufklärung und dienten als **Beschwerdestellen**. Nebe
diesen **wirtschaftlichen Nöten** war die intellektuelle Rückständigkeit des ent
lassenen Volksschülers und die aus Alkohol und Schmutzliteratur erwachsend
Gefahr zu bekämpfen. Die Lücken der mangelhaften Schulbildung könne
nicht ganz ausgefüllt werden. Was in den acht Jahren staatlichen Drill
versäumt wurde, kann nicht, nach harter Tagesarbeit, durch Kurse und Vor
träge nachgeholt werden. Aber es wird doch die Anregung zu selbständigen
Denken gegeben, und mancher gut Begabte findet Mut und Kraft zur eigene
Weiterbildung.

**Als schwerste und wichtigste Aufgabe aber betrachten wir di
Erziehung der Jugend in sozialistischem Geiste. Dazu gehört auc
die Aufklärung über das Wesen des Militarismus.**

Weil wir auf diesen Punkt des Arbeitsprogramms nicht verzichten wolle
und können, ist der Vorschlag, einfach die Jugendorganisationen in neutral
Bildungsvereine umzuwandeln, von der Hand zu weisen. Es muß vielmeh
künftig eine Arbeitsteilung eintreten, damit der gewünschte Erfolg erreicht wird.

Der Lehrlingsschutz wird von den Gewerkschaftskartellen übernommen werden müssen. In den Schutzkommissionen müssen die Jugendlichen selbst mitarbeiten. Aber für die Verhandlungen mit den Ausbeutern,
gegen die eine Anzeige wegen eines Jugendschutzvergehens vorliegt, wird der
erwachsene Gewerkschaftler sich am besten eignen.

Die Pflege **allgemeiner Bildung**, die Veranstaltung von Kunstabenden,
von Literaturkursen wird Sache der Bildungsausschüsse oder der an den

rößeren Orten bestehenden Bildungsvereine sein. In Hamburg und ſremen wurde in dieser Richtung vorbildlich gearbeitet. Die Jugend=ildungsvereine dieser Orte stehen unter der Aufsicht alter Genossen, bieten ber den jungen Leuten doch Gelegenheit, sich organisatorisch zu betätigen.

Für die sozialistische Aufklärungsarbeit aber sind überall von den olitischen und gewerkschaftlichen Organisationen „Agitationsausschüsse ür die Jugend" zu schaffen. Ihr Programm wird sehr reichhaltig sein. Bo irgend die Mittel aufzubringen sind, müssen für die jungen Leute Auf=nthaltsräume ohne Trinkzwang beschafft werden. Es ist ein Gegen=ewicht notwendig gegen die Lockung der Gesellen= und Lehrlingsheime. Im Binter ist der warme Ofen der beste Agitator. Es muß Gelegenheit nd Anleitung zu geeigneten Spielen (zum Beispiel Schach oder Damenbrett) eboten werden. Zur Ausstattung dieser Zimmer gehört eine Jugend=ibliothek. Eine Zentralstelle muß, abgestuft für kleine, mittlere und größere Barteiorte, geordnete Schriftenverzeichnisse herstellen und den Komitees bei der Errichtung von Jugendbibliotheken behilflich sein.

Da gesellige Veranstaltungen, auch wenn sie von politischen Vereinen usgehen, von den Jugendlichen besucht werden dürfen, sind Ausflüge zu mpfehlen, bei denen das freie Arbeiterlied zu pflegen ist. Billige Lieder=ücher müssen ausgegeben werden. Noch besser ist, wenn sie in Massen kosten=os verteilt werden können. Durch die Fabrikvertrauensleute und durch Flug=lätter müssen die jungen Leute unermüdlich auf die Veranstaltungen der Komitees aufmerksam gemacht werden.

Den geistigen Mittelpunkt der Jugendagitation aber muß eine Jugend=eitschrift großen Stiles bilden, deren Gründung nicht länger verschoben oerden darf. Das wird die wirksamste Antwort sein, die den Feinden der Arbeiterjugend auf ihre Herausforderung erteilt werden kann. Die dringende Notwendigkeit eines solchen Organs braucht nicht mehr erwiesen zu werden. Das Jugendblatt unserer kleinen schwedischen Bruderpartei erscheint in einer Auflage von 55000 Stück. Auch die deutschen Arbeiter werden einen solchen Wegweiser für ihre Söhne und Töchter errichten. Es geht vorwärts und öhenwärts. Wir sind nicht entmutigt, sondern voll Hoffnung und Sieges=gewißheit. Wir sind erfüllt von der gleichen Stimmung wie die Vorfahren unserer Blockliberalen, als die Burschenschaft, die Jugendorganisation der evolutionären Bourgeoisie, aufgelöst wurde. Sie sangen damals:

„Das Haus mag zerfallen,
Was hat's denn für Not?
Der Geist lebt in uns allen." — —

Zur Taktik bei den preußischen Landtagswahlen.

Von **Emil Kloth.**

Obwohl sich die politischen Kämpfe mehr und mehr zu solchen zwischen Besitzenden und Besitzlosen zuspitzen, zeigt uns doch die Statistik der Wahlen und der Einkommensteuer, daß die Vertreter der kapitalistischen Interessen Erfolge auch bei denjenigen Volksschichten erzielten, die infolge ihres Ein=kommens unsere Gefolgschaft bilden sollten. Ein Jahreseinkommen von weniger als 900 Mark verzeichneten in Preußen im Jahre 1906 unter den zirka

37 Millionen Einwohnern nicht weniger als 8835226 eingeschätzte Persone die mit ihren Angehörigen eine Bevölkerungsmasse von 20297174 Köpf bildeten. Dazu kamen weitere 4145954 Zensiten, die ein Einkommen von 9(bis 3000 Mark ihr eigen nannten. Diesen fast 13 Millionen Eingeschätzt standen nur 437099 Glücklichere gegenüber, die mehr als 3000 Mark Ei kommen bezogen. Das sind 96,63 Prozent Ärmere oder doch Minderbemittel gegen 3,37 Prozent Wohlhabende und Reiche!

Wodurch ist es nun den bürgerlichen Parteien möglich gewesen, trotzde die Mehrheit der Volksmasse für sich zu gewinnen? Die Ursache ist in de wirtschaftlichen Klassenkämpfen zu suchen.

Die Jahre 1901 und 1902 waren Krisenjahre gewesen; die Gewerkschaft hatten daher vollauf zu tun gehabt, um das Errungene festzuhalten und ihre Besitzstand zu wahren. Zum ersten Male seit 1894 zeigte sich 1901 ei wenn auch nur kleiner Rückgang der Mitglieder bei den deutschen Gewerkschafte Ihre Zahl sank von 680427 im Jahre 1900 auf 677510 in 1901. Zwa fand schon im Jahre 1902 wieder eine Zunahme von 8,2 Prozent statt, wa aber immerhin gegenüber den Jahren 1896 bis 1906 eine nicht geringe rel tive Abnahme des Zustroms bedeutete, da jene Jahre Mitgliederzunahme von 17,2 bis 27 Prozent aufwiesen. In den beiden der Wahl von 190 voraufgegangenen Jahren machte sich daher die Stoßkraft der Gewerkschafte gegenüber dem Unternehmertum nicht so fühlbar, und es lag somit für diese kein Grund vor, sich ausschließlich mit voller Wucht im Wahlkampf gege die politische Vertreterin aller gewerkschaftlichen Rechte und Bestrebungen, d Sozialdemokratie, zu wenden. Besonders hatte hierzu das kleine und mittle Unternehmertum um so weniger Veranlassung, als sich die Sozialdemokrat soeben in den Kämpfen um den Zolltarif als die beste Vertreterin der ind striellen Interessen gegenüber junkerlicher Raffgier erwiesen hatte. Und manche Unternehmer, der in den Krisenjahren schwer zu leiden gehabt hatte, glaubt wohl seinem Unmut am entsprechendsten Ausdruck zu geben, indem er gegenübe einem Schutzzöllner lieber einem sozialdemokratischen Freihändler seine Stimme ga

Welch ein ganz anderes Bild bieten dagegen die Jahre 1903 bis 190(Schon das Jahr 1903 war ein Rekordjahr, das in bezug auf absolute Ei reihung gewerkschaftlicher Rekruten alle seine Vorgänger weit hinter sich lief was wahrscheinlich zu einem Teile dem belebenden Einfluß der Reichstag wahlen mit zuzuschreiben war. Die Mitgliederzahl der deutschen Gewer schaften steigerte sich 1903 um 154492 = 21 Prozent, 1904 um 164410 = 18,5 Prozent, 1905 um 292695 = 27,8 Prozent und 1906 um 344906 = 25,6 Prozent. Solche rapide Steigerungen fallen meistens mit umfassende Lohnbewegungen zusammen, was besonders für die Jahre 1905 und 190 volle Geltung hat. Es hätte merkwürdig zugehen müssen, wenn dieser gewer schaftlichen Expansion gegenüber die Unternehmer müßig gewesen wären. Da Keßlersche Buch über die deutschen Unternehmerverbände belehrt uns zu Genüge, in wie rastloser Weise von den Unternehmern und deren besoldete Generalsekretären an dem Ausbau der Unternehmerorganisationen gearbeite worden ist und wie sie immer umfassender und planmäßiger Schwarze Listen Arbeitsnachweise, Aussperrungen und gelbe Gewerkschaften gegen die Arbeite anwenden und gegen die eigenen Klassenangehörigen mit hohen Konventional strafen, Materialsperre, Boykott usw. vorgehen. Das feste Gefüge der Unter nehmerorganisationen findet in der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände

d im „Verein deutscher Arbeitgeberverbände", die beide wieder in einem
wissen Kartellverhältnis zueinander stehen, seinen Mittelpunkt. Die „Haupt-
lle" zählte am Schlusse des Jahres 1905 51 Verbände und 21 Firmen mit
1899 beschäftigten Arbeitern als Mitglieder, wovon sich 12 Verbände mit
5168 beschäftigten Arbeitern erst im Laufe des genannten Jahres der
uptstelle angeschlossen hatten. Der „Verein" der „Arbeitgeberverbände" kann
f ebenso glänzende Fortschritte zurückblicken. Zählte er im Juli 1904
Verbände mit 656000 Arbeitern, so musterte er im März 1907 300 Einzel-
ganisationen mit 1200000 Arbeitern. Rechnet man dazu die den Zentral-
llen nicht angeschlossenen Organisationen sowie die gewaltige Ausdehnung,
lche die berufliche Unternehmerpresse genommen hat, und berücksichtigt man,
ß der Scharfmacherton des führenden Unternehmerorgans, der „Deutschen
beitgeberzeitung", auch in der Fachpresse der Kleinindustrien seinen Wider-
ll findet, so braucht man sich wahrlich nicht mehr zu wundern, wenn wir
i und seit der letzten Reichstagswahl den Block der bürgerlichen Parteien
gen uns haben.

Man unterschätze nicht den Einfluß der kleinen Unternehmer bei politischen
ahlen, nicht nur vermöge ihrer großen Zahl — nach der Berufsstatistik
n 1895 waren in der Industrie des Deutschen Reiches 1989572 Klein-
triebe mit 1 bis 5 Arbeitern vorhanden —, sondern auch durch die wirt-
aftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge mit anderen Bevölkerungs-
assen: den kleinen Beamten, Kaufleuten, Bauern, dem „neuen Mittelstand".
as Zeugnis werden wir unseren Gegnern nicht vorenthalten können, daß sie
le kapitalistischen und antisozialistischen Instinkte im Kleinbürgertum zu
ecken und gegen uns auszunutzen verstanden haben. Aber nicht nur das!
ach dem Prinzip: „Teile und herrsche!" ist es ihnen ja gelungen, selbst die
rbeiterschaft in verschiedene Richtungen: christliche, Hirsch-Dunckersche, gelbe
ewerkschaften usw. zu spalten und gegen die freien Gewerkschaften und die
ozialdemokratie auszuspielen.

Keineswegs muß das aber so bleiben, keineswegs brauchen wir den gegne-
schen Parteien das ungeheure Heer der Mitläufer aus den kleinbürgerlichen
nd bäuerlichen Schichten fatalistisch zu überlassen. Denn jene 96,63 Pro-
nt der preußischen Bevölkerung mit einem Jahreseinkommen bis zu
00 Mark sind in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht unlösbar mit dem
pitalistischen System verbunden.

Unsere Aufgabe ist es nun, die wirtschaftliche Lage jener Volksklassen mehr
ls bisher zu studieren, die nicht unmittelbar zur Arbeiterklasse gehören, auf
enen aber der Fluch der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung mit demselben
rucke oder doch in annähernder Stärke wie auf jener lastet. Fußend auf
ne genaue Kenntnis des sozialen Milieus jener Klassen und in geschickter
nknüpfung an die Sorgen und Enttäuschungen, die tagtäglich auf sie ein-
ürmen, hätten wir ihnen nachzuweisen, wie ganz andere Kräfte, als Gewerk-
haften und Konsumvereine sie anzuwenden vermögen, an ihrem Niedergang
rbeiten; wie Kapital, Kredit, kostspielige, aber technisch hochstehende Produk-
onsmittel, Absatzmöglichkeiten, Einfluß auf Politik, Gesetzgebung und Gesetzes-
nwendung den Großunternehmern im ausgiebigen Maße zur Verfügung
ehen und wie sie alle diese überlegenen Machtmittel auch gegen ihre „lieben
Wahlverbündeten", die Kleinmeister und Krämer, in der rücksichtslosesten
Weise ausnutzen, um sie als Konkurrenten auszuschalten.

Durch unsere Versammlungen kommen wir aber in der Regel nicht an d Kleinbürger, kleinen Beamten, technischen und kaufmännischen Angestellte heran, weil sie diese erfahrungsgemäß wenig besuchen. Die schwarze Kun Gutenbergs wird daher unsere wirksamste Helferin sein müssen, um ihne „sozialistisches Gift" einträufeln zu können. Allerdings werden unsere Flug blätter bisherigen Stiles im allgemeinen uns auf diesem Wege nicht viel weit bringen; sie werden mehr auf die Interessen und die Psychologie der ve schiedenen Klassen zugeschnitten werden müssen. Ohne solche Spezialisierun hätten wohl kaum die deutschen Gewerkschaften so gewaltige organisatorisch Erfolge erzielen können. Gerade das kenntnisreiche und liebevolle Eingehe auf die Leiden bestimmter Berufsschichten durch Flugblätter und kleine un entgeltliche Agitationsbroschüren — letztere auch für die Partei sehr empfehlens wert — führten den Gewerkschaften die großen Scharen der Mitglieder z und fesselten sie dauernd an sie.

Treten wir in ähnlicher Weise an die uns sozial nahestehenden Schichte heran, so werden sie allmählich Vertrauen zur Sozialdemokratie gewinne und den Künsten des Reichslügenverbandes nicht so leicht erliegen. Dabe schätze ich die in Betracht kommenden Schichten durchaus nach ihrer Ver anlagung ein. Ich weiß sehr wohl, daß die Angehörigen des sogenannte Mittelstandes sich als ein sehr unzuverlässiges Element erwiesen haben. De typische Mittelständler haßt das Kapital, sofern es in anderen Händen al den seinen sich befindet. Heimlich schlummert aber in ihm die Sehnsucht, selbs ein Kapitalist zu werden. Er empfindet ein ästhetisches Unbehagen vor den nach seiner Anschauung zum Dienen für andere bestimmten „Arbeiterstand" und möchte weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich in ihn hinabsinken. Trotz dem haben wir schon heute in jenen Schichten zahlreiche Anhänger. Zeige doch die Reichstagswahlen von 1903, daß wir in den kleinen Orten mi weniger als 2000 Einwohnern 735000 Stimmen erhielten und gleich hinte dem Zentrum kommen, das 1033000 Stimmen erhielt, während Konservativ nur 667000, Nationalliberale 546000, Freikonservative 206000 und Frei sinnige 174000 Stimmen in solchen Orten zu sammeln vermochten. Von unseren drei Millionen Stimmen der Wahl von 1903 zählt der Statistiker Blan 544000 als bürgerliche und 2466000 als Arbeiterstimmen.

Nun noch ein paar Worte zu den bisher vorgeschlagenen Machtmitteln die wir eventuell im preußischen Wahlkampf anwenden sollen. Die „passiv Resistenz" wird unanwendbar im politischen Kampfe sein, solange die Beamten und Arbeiter der staatlichen Verkehrsbetriebe nicht mitmachen. Straßen demonstrationen sind möglich und ohne Zweifel auch eindrucksvoll, können aber aus naheliegenden Gründen nicht jederzeit inszeniert werden. Wohl aber bestehen keine Bedenken, bei der Öffentlichkeit der Stimmenabgabe so lange unsere wirtschaftliche Macht auf die von uns abhängigen Wähler in der konsequentesten Weise auszuüben, als die öffentliche Wahl von der Regierung und den maßgebenden Parteien lediglich zum Zwecke der Ein schüchterung der von ihnen abhängigen Wähler aufrechterhalten wird. Wir befinden uns in der Notwehr, und da heißt es: „Auge um Auge, Zahn um Zahn." Wovor man sich aber hüten soll, das ist die Drohung mit der Grün dung von Konsumvereinen an die Kleinbürger, um ihre wirtschaftliche Existenz zu untergraben. Nicht nur, daß durch die Verwirklichung solcher Drohungen Gerechte und Ungerechte unter den kleinen Geschäftsleuten getroffen würden,

as beim Boykott vermieden werden kann, sondern mit solchen Drohungen
reicht man viel eher das Gegenteil des Gewollten, weil sich die Geschäfts-
ute sagen, daß selbst bei ihrem politischen Wohlverhalten in unserem Sinne
e Arbeiter nicht von der Gründung und Ausbreitung der Konsumgenossen-
haften Abstand nehmen werden, da solche ihres guten Zweckes wegen trotz-
m gegründet werden. Durch den Boykott aber zwängen wir unsere Gegner
die Verteidigungsstellung, wodurch ihre Angriffskraft geschwächt, die unsrige
ler gekräftigt wird. Denn der Hieb war noch immer auch für unsere Partei
e beste Deckung!

Literarische Rundschau.

ie wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Hannover, Linden und Umgegend.
Ergebnisse einer vom Gewerkschaftssekretariat Hannover-Linden im Jahre 1907
erhobenen und bearbeiteten Statistik. Selbstverlag.

Auf 55 Druckseiten groß Oktav gibt das Gewerkschaftssekretariat Hannover-
nden eine übersichtliche Zusammenstellung der Ergebnisse einer im vergangenen
ahre aufgenommenen Statistik über die Lage der organisierten Arbeiter der
iden Schwesterstädte. So wenig diese Arbeit frei ist von den Unklarheiten und
nvollkommenheiten eines jeden ersten Versuchs, so bietet sie doch schätzbares
laterial für das Studium der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter-
haft in einem Zentrum der gewerkschaftlichen Organisation. Daß der Kreis der
teiligten Arbeiter von vornherein auf die (freigewerkschaftlich) Organisierten be-
enzt wurde, tut dem Werte der Statistik nur wenig Abbruch, denn einmal ist in
n freien Gewerkschaften heute, wenigstens was die entscheidenden Industrie-
uppen anbelangt, die übergroße Mehrzahl der Arbeiter Hannover-Lindens orga-
isiert, die auch der statistischen Aufnahme starkes Interesse entgegengebracht hat;
dann ist die Begrenzung des Umfangs der Statistik für deren inneren Gehalt
cher von Vorteil gewesen. Die Zahl der Gewerkschaftsangehörigen, an die sämtlich
ragebogen versandt wurden, betrug Ende des Jahres 1906 28831 männliche und
462 weibliche, insgesamt 31293. An Fragebogen gelangten zurück 21476, wovon
1307 brauchbar waren. Wenn auch genaue Angaben hierüber fehlen, so kann doch
ngenommen werden, daß es in allen wichtigeren Berufen der größere Teil der in
nen beschäftigten Arbeiter ist, von deren sozialen Verhältnissen wir hier zum
sten Male eine allgemeine statistische Schilderung erhalten. An statistischen Publi-
tionen einzelner Gewerkschaften ist ja in den letzten Jahren kein Mangel; speziell
aben auch die meisten größeren Gewerkschaften für ihre Berufe regelmäßige
tatistiken besorgt, aber diese partikularen statistischen Untersuchungen teilen mit
en amtlichen Berufs- und Gewerbezählungen den Fehler, daß sie in der Frage-
ellung, wie auch zeitlich, zu sehr voneinander abweichen, als daß sie Vergleichungen
nd allgemeinere soziale Schlußfolgerungen zuließen. Die vorliegende Arbeit schließt
dieser Beziehung eine Lücke, aber als erstmaliger Versuch, die Allgemeinheit der
rganisierten Arbeiterschaft Hannover-Lindens statistisch zu erfassen, läßt sie auch
ieder eine Lücke offen. Denn sie kann die Lage der Arbeiter nur als einen zur
eit der Befragung gegebenen *Zustand* darstellen; ein Einblick in den sozialen
rozeß und seine bestimmenden Faktoren wird dem Außenstehenden dadurch nicht
erschafft, denn dazu gehörte die Möglichkeit der Vergleichung mit den Ergebnissen
oraufgegangener Statistiken, die hier fehlt. Freilich vermißt man auch manche
eicht beizubringende Angaben, die jenen Mangel teilweise ausgeglichen hätten.
s hätte den Bearbeitern zum Beispiel wohl keine großen Schwierigkeiten ver-
rsacht, für die hauptsächlichen in der Tabelle über Lohn- und Arbeitsverhältnisse
orgeführten Berufe die *Stärke der gewerkschaftlichen Organisation* im

Verhältnis zu der Gesamtzahl der im Beruf Beschäftigten zu ermitteln. Es würd sich dann ergeben haben, daß in demselben Maße, wie die Gewerkschaftsbewegun breiteren Eingang findet, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich günstiger gestalten Würde in Verbindung hiermit noch angegeben, in welchen Gewerben kollektiv Arbeitsverträge bestehen, so müßte die Abhängigkeit des wirtschaftlich-soziale Aufstiegs der Arbeiterklasse von ihrer organisatorischen Kraftentwicklung noc klarer hervortreten. Aber Angaben über den Stand der Gewerkschaftsbewegun und des Tarifvertragswesens fehlen in den Tabellen, und in der nicht allzu ein gehenden Erörterung der Ergebnisse (S. 20) finden wir nur die unvermittelte Be merkung, „daß die Arbeitszeit durch Vertrag mit den Unternehmern geregelt ist" Das ist natürlich in dieser abrupten Allgemeinheit ein Lapsus; gemeint sind woh die Hauptberufe des Baugewerbes, ohne daß man aber hierüber nähere Aufschlüs bekommt. Die völlige Außerachtlassung dieser Seite der Statistik betrachten wi als ihren wesentlichen Fehler, der um so bedauerlicher ist, als gerade auf dem ver nachlässigten Gebiet die gewerkschaftsagitatorische Bedeutung einer derartige Statistik liegt. Über der anzuerkennenden Objektivität der statistischen Darstellun hätte die Tendenz nicht zu kurz zu kommen brauchen.

Die Resultate der Erhebungen, deren wichtigste erwähnt seien, erscheinen in fünf Haupttabellen, in denen das aus der Beantwortung von 28 Fragen ge wonnene Material verarbeitet ist: Arbeits- und Lohnverhältnisse; Alter und Familienstand; Nebenbeschäftigung, Frauen- und Kinderarbeit; Arbeitslosigkeit Wohnungsverhältnisse. Jede dieser fünf Tabellen ist in 9 Industriegruppen (mi zusammen 139 Gewerbearten) eingeteilt: Baugewerbe (2875 brauchbare Fragebogen) Holzindustrie (1584), graphisches Gewerbe (1642), Handel und Verkehr (751) Nahrungs- und Genußmittel (845), Textilindustrie (1330), Metallindustrie (8793) Leder- und Bekleidungsindustrie (473), verschiedene Berufe (3014). Die Angaben der Tabelle I sind nach Lohn- und Akkordarbeit spezialisiert. Es werden folgend Generalresultate mitgeteilt: Der durchschnittliche Wochenlohn der männlichen Be fragten betrug bei den Lohnarbeitern 25,37, bei den Akkordarbeitern 26,68 Mark in Stundenverdienst ausgedrückt 44,12 bezw. 45,69 Pfennig; bei den weiblichen Befragten stellen sich die Wochenlöhne auf 10,97 bezw. 13,96 Mark, die Stunden- löhne auf 19,4 bezw. 24,3 Pfennig. Was aber in der Statistik mißverständlich als durchschnittlicher Wochenverdienst bezeichnet wird, ist tatsächlich nur der rechne- rische Lohndurchschnitt für die Wochen, in denen wirklich gearbeitet worden ist; die Arbeitslosigkeit infolge von Streiks, Aussperrungen, Arbeitsmangel, Krankheit oder Witterungsverhältnissen usw. ist hierbei nicht in Rechnung gestellt. Um also das eigentliche durchschnittliche Wocheneinkommen zu erhalten, wäre von den an- gegebenen Ziffern der Statistik stets der infolge Arbeitslosigkeit für die Woche durch- schnittlich entgehende Lohnbetrag zu subtrahieren, und wie bedeutend sich dadurch das ganze Bild der Tabelle I verschiebt, erfährt man aus Tabelle IV, wonach von 19899 männlichen Arbeitern 12880 oder 64,7 Prozent insgesamt 593484 Tage (46,2 Tage pro Arbeiter) und von 1365 weiblichen Arbeitern 747 oder 54,6 Pro- zent insgesamt 36050 Tage (48,2 Tage pro Arbeiterin) von Arbeitslosigkeit be- troffen wurden.

Die durchschnittliche Arbeitszeit der Lohnarbeiter beträgt 57,5 Stunden, die der Akkordarbeiter 58,4 Stunden; bei den weiblichen Befragten ergeben sich 56,1 bezw. 57,1 Stunden. Zu der längeren Arbeitszeit, verbunden mit intensiverer Ab- rackerung, steht der Mehrerlös des Akkordarbeiters aus seiner Arbeitskraft in gar keinem Verhältnis. Der Kontrolle wegen ist außer nach dem durchschnittlichen auch nach dem in der Woche vom 21. bis 27. April 1907 tatsächlich erzielten Verdienst gefragt, und da stellt sich allerdings das Verhältnis des Akkordarbeitsverdienstes zum Lohnarbeitsverdienst für die Akkordarbeit scheinbar günstiger, als nach den oben mitgeteilten Durchschnittsangaben. In dieser Woche verdienten die Lohn- arbeiter durchschnittlich 25,15, die Akkordarbeiter 29,42 Mark, die ersteren also

Pfennig pro Woche weniger, die Akkordarbeiter 2,74 Mark mehr als im urchschnitt der Wochenverdienste. Jedoch ist der Vorteil für die Akkordarbeiter ch nur scheinbar. Ihr Mehrverdienst erklärt sich nämlich aus der großen Zahl r in der fraglichen Woche geleisteten Überstunden (27974,3 auf 4471 Arbeiter).

Die fortgeschrittensten Lohnverhältnisse finden wir im Baugewerbe. In 7 n 19 Zweigen des Baugewerbes verdient der Lohnarbeiter im Durchschnitt der oche über 30 Mark (Stukkateure 40,14, Zimmerer 34,08, Maurer und Steinsetzer ,72, Anschläger 32,23, Steinhauer 32,10, Dachdecker 31,80, Gerüstbauer 31,45 Mark). n schlechtesten stehen sich von den „gelernten" Arbeitern des Baugewerbes die aler und Anstreicher (27,27), von den „ungelernten" die Dachdeckerhilfsarbeiter 7,52 Mark). In der Holzindustrie finden wir die Bildhauer (35,14) und die olz- und Modelldrechsler (30 Mark) an der Spitze. In keinem anderen der zehn erufe der Holzindustrie wird ein durchschnittlicher Lohnarbeiterverdienst von Mark erreicht; die Löhne gehen für „gelernte" Arbeiter bis auf 21,73 und 21 tellmacher, Bürstenmacher), für „ungelernte" auf 16,24 Mark (Zelluloidarbeiter) nunter. Weibliche Arbeiter werden für die Holzbranche nur 37 verzeichnet, und ar 10 Hilfsarbeiterinnen und 27 Zelluloidarbeiterinnen, obwohl sicher auf die ürstenmacher, Drechsler, sogar Tischler schon so viele weibliche Arbeitskräfte entllen, daß sie heute einen stattlichen Prozentsatz der Gehilfen bilden. Die weibhen Holzarbeiter verdienen in der Woche durchschnittlich 10,40 beziehungsweise ,87 Mark.

Im graphischen Gewerbe haben die Stereotypeure (33,06 Mark) die Führung. erhältnismäßig gute Löhne werden noch gezahlt für Vergolder (31,09 Mark), Photoaphen (30,57 Mark) und Schriftsetzer (30,48 Mark). Den niedrigsten Lohn erhalten n den „Gelernten" die Buchbinder (23,94 Mark). Weibliche Hilfsarbeiter werden er mit 12,30 Mark entlohnt. Die Arbeiter„aristokraten" der Gruppe „Handel und erkehr" sind einige Dutzend kaufmännische Angestellte, die in der Woche durchnittlich 28,19 Mark (Höchstlohn 57,69 Mark) verdienen. Ihre weibliche Kollegen zusammen mit dem männlichen Handelspersonal 48 Glückliche — bringen es auf ,20 Mark im Durchschnitt (Höchstlohn 30 Mark). Wir haben es hier wohl nur it den Angestellten der Konsumvereine Hannover und Linden zu tun. Die techschen „Mitarbeiter der Unternehmer" erhalten den nahrhaften Durchschnittslohn n 24 Mark. Alle anderen Berufe dieser Gruppe figurieren mit Durchschnittshnen von 20 bis 22 Mark. In der Tabelle „Nahrungs- und Genußmittelindustrie" erden die Brauer mit 30,36 Mark, die Bierfahrer mit 27,90 Mark, die Bäcker mit ,57 Mark aufgeführt; dann sinken die Durchschnittslöhne dieser Industrie bis auf n skandalösen Hungerlohn von 13,32 Mark für Tabakarbeiter (von denen ,2 Prozent verheiratet sind!). Hier liegt auch der anormale Fall vor, daß die eibliche Arbeitskraft besser bezahlt wird als die männliche — die Tabakarbeitenen erhalten 15 Mark! In der Textilindustrie nehmen die Posamentiere mit ,20 Mark eine Ausnahmestellung ein. Abgesehen von den Nachsehern und Sorrern, die 20,84 Mark erzielen, erreicht kein Textilarbeiterberuf einen durchschnitthen Wochenlohn von 20 Mark. Von den männlichen Arbeitern bekommen die Spinner d Andreher 16,98 Mark, die Weber, Scherer und Samtschneider 18,26 Mark und e Färber 17,75 Mark. Dafür werden aber auch in der Textilindustrie die meisten eiblichen Arbeiter beschäftigt. Unter 1330 Befragten befanden sich 604 weibliche; Wirklichkeit ist das Übergewicht der weiblichen Arbeitskräfte natürlich noch ößer, und ihre Billigkeit erklärt das: die Nachseher und Sortierer zum Beispiel halten 20,84 Mark, die Nachseherinnen und Sortiererinnen, obwohl sie größtenls dieselben Arbeiten verrichten, sollen mit 12,09 Mark ihr Leben fristen. Nur ,3 Prozent der also entlohnten Arbeiterinnen sind weniger als 20 Jahre alt, Prozent sind verheiratet! In der Metallindustrie sind die Höchstentlohnten e Feilenhauer (29,47 Mark), Klempner (28,90 Mark), Nadler (28,80 Mark), Kupfer-

schmiede (28,76 Mark), Modelltischler (28,46 Mark), Monteure (27,72 Mark), Schmied (27,54 Mark), Instrumentenmacher, Optiker und Ziseleure (27,45 Mark), Rohrlege (27,12 Mark), Former (26,80 Mark), Dreher (26,10 Mark), Chauffeure (26 Mark) usw bis auf 21,78 Mark für die Maschinenformer. „Ungelernte" erhalten 21,18 Mar (Hilfsarbeiter) und 19,47 Mark (Stahldrahtfabrikarbeiter). Weibliche Hilfsarbeite (ledig nur 24 Prozent!) bekommen 10,65 Mark! In der Feder- und Be kleidungsindustrie bewegen sich die Löhne zwischen 26,10 Mark (Kürschner, Hut macher) und 19 Mark (Schuhmacher!). Die Schneider sind mit 25,92 Mark ver zeichnet, die Schneiderinnen mit 12,96 Mark. Sind die Löhne für beide Geschlechte annähernd gleich, wie in der Textilindustrie, so nur dann, wenn sie gleich elen sind! Unter den „verschiedenen Berufen" verkünden 144 Arbeiter und 4 Arbeite rinnen den Ruhm der Musterarbeit„geber" Staat und Gemeinde, die sie mi den Musterlöhnen von 21 Mark bezw. 11,82 Mark beglücken. Von den städtische oder staatlichen Arbeitern haben 2 einen Nebenberuf, 62 sind auf die Mitarbei ihrer Frauen und 3 auf die ihrer Kinder angewiesen! Einen mit Hilfe hohe Behörden glücklich ruinierten Beruf vertreten 5 Musiker, die in der Woche vom 21. bis 27. April 1907 (durchschnittlicher Wochenlphn ist nicht angegeben) 7,50 Mar bis 13 Mark verdient haben.

Die durchschnittliche Arbeitszeit in den einzelnen Berufen mit den Wochen verdiensten verglichen, bewahrheiten die Tabellen mit geradezu unheimlicher Regel mäßigkeit die Erfahrung, daß zwischen Arbeitszeit und Arbeitslohn ein umgekehrtes Verhältnis stattfindet. Bei einer Arbeitszeit von 48 bis 51, 51 bis 54, 54 bis 57, 57 bis 60, 60 bis 63 und 63 und mehr Stunden werden Wochenlöhne gezahl von 35,14 Mark, 31,49, 29,85, 27,50, 23,98, 20,43, und 22,48 Mark. Die Regel widrigkeit bei der Arbeitszeit von über 63 Stunden ist wieder nur scheinbar Bei einem um 2,05 Mark höheren Wochenverdienst gegenüber den Arbeitern der voraufgehenden Arbeitszeitkategorie erhalten die 63-Stundenarbeiter 3,3 Pfennig weniger Stundenverdienst! Bei den Arbeiterinnen sind die korrespondierenden Lohnziffern 10,72 Mark, 11,65, 11,24, 12,80, 14,48, 11,08 Mark. Hier scheint der Grundsatz des umgekehrten Verhältnisses zwischen Arbeitslohn und Arbeitszeit nich zuzutreffen, aber in der vierten und fünften Gruppe haben wir es mit den Textil arbeiterinnen zu tun, die fast ausschließlich in Akkord arbeiten und dabei, wie schon erwähnt, die gleichen Elendslöhne bekommen wie die männlichen Arbeiter.

Nur noch einiges aus der Tabelle über die Wohnungsverhältnisse. Das wertvollste Ergebnis ist hier das umgekehrte Verhältnis zwischen Größe der Woh- nung und Kostenpunkt. Bei den Schlossern zum Beispiel beträgt der Mietpreis pro Zimmer der zweiräumigen Wohnung 80 Mark, der dreiräumigen 67,6 Mark, der vierräumigen 54,8 Mark, der fünf- und mehrräumigen 63,2 Mark. Wären die Wohnungen nach den Etagen gruppiert, so würde die schon durch die berühmte Wohnungsenquete des Professors Kettler festgestellte Wahrheit, daß die kleinsten Wohnungen verhältnismäßig am teuersten sind, noch klarer hervortreten. Vielleicht schaffen die Gewerkschaften Hannover-Lindens einmal ein Gegenstück zu der Kettlerschen Arbeit, indem sie eine besondere Wohnungsuntersuchung durch hierzu geeignete Kräfte vornehmen. In Verbindung mit einer allgemeinen Statistik und der un- kontrollierten Auskunft der einzelnen überlassen, läßt sich dieser Gegenstand schwer- lich fruchtbringend behandeln.

Die Bearbeiter der Statistik kündigen neue Erhebungen für den Zeitpunkt an, in dem die inzwischen eingetretene Krise ihren Tiefstand erreicht hat. Wir können aber auch schon das vorliegende Schriftchen allen Freunden und Interessenten der Arbeiterstatistik zum Studium angelegentlich empfehlen. Es enthält eine Unmenge wertvollen und interessanten Materials, von dem wir wünschen, daß es der Auf- merksamkeit der Volkswirtschaftler, Sozialpolitiker und Gesetzgeber nicht entgeht.

E. Thomaser.

---

bert Michels, **Proletariato e Borghesia nel movimento socialista italiano.** :urin 1908, Verlag Bocca. 399 Seiten. Preis 5 Lire.

Ein in deutscher Sprache veröffentlichter Teil dieses Buches ist in der „Neuen t", XXIV, 1, S. 863 f., bereits besprochen worden. Wir haben damals schon vorgehoben, daß Genosse Michels ein guter Kenner italienischer Verhältnisse ist, können das heute bestätigen. In dem vorliegenden lesenswerten Buche, für dessen istische Angaben wir auf die erwähnte Besprechung verweisen, beschäftigt sich der :or mit der Klassenzusammensetzung der italienischen Partei und stellt die starke Be- :gung der Bourgeoisie in den leitenden Stellungen des italienischen Sozialismus fest. über die sozialen und psychologischen Umstände, die den relativ starken Anteil italienischen Bourgeoisie an der Parteibewegung bedingen, bemerkt Michels mit ht, daß man der Unzufriedenheit eine zu große Bedeutung zuzusprechen pflegt. :te doch die preußische Bourgeoisie mindestens ebensoviel Ursachen zur Un- :iedenheit, ohne darum zum Sozialismus zu neigen. Die geringere Kluft zwischen sozialen Klassen, die sich in den demokratischen Lebensformen der Italiener t, wird als einer der Gründe berücksichtigt. Weiter hält Michels den Italiener allgemeinen für opferfähiger und selbstloser als den deutschen; mir scheint viel-)r der Italiener seine Impulse schneller und rücksichtsloser in die Tat umzusetzen, das gilt wohl für die altruistischen wie für die egoistischen. Für ganz richtig te ich dagegen die Bemerkung, daß der Italiener im Durchschnitt weniger am de hängt als der Deutsche und die Armut weniger fürchtet (woran wohl haupt- lich der Umstand schuld trägt, daß man sich, auch in bürgerlichen Kreisen, nicht imt, arm zu sein und sich arm zu nennen). Die wirtschaftliche Gefährdung, die Eintritt in die Partei mit sich bringt, wirkt daher auf den Bürgerlichen in lien wohl weniger abschreckend als in Deutschland. Was über die geringe idenz zur Kastenbildung gesagt wird, ist gewiß richtig. Von dem deutschen :lsstolz und der Exklusivität des Offiziersstandes hat man in Italien kaum eine :stellung. Aber doch gibt es Hunderte kleiner Adeligen, besonders in Süditalien, auf Adel und Wappen großen Wert legen, und Genosse Michels wird wohl so wie ich die Frau eines Parteigenossen kennen, die im Laufe des Gesprächs n Anfall gemachter Naivität bekommt, um dem neuen Bekannten zu sagen: das sen Sie wohl gar nicht, daß ich Gräfin bin. Auch gibt es zahlreiche Familien, denen Fremden gegenüber der Vater nur als Cavaliere oder Commendatore be- hnet wird, welcher Titel sich von irgend einem Orden ableitet, demnach genau lächerlich ist wie zum Beispiel der Geheime Kommerzienrat. Also Lächerlichkeiten igt auch hier die Titelmanie und ihre Spielarten. Gewiß hört man in Italien Parlament und im Senat nie ein Adelsprädikat, es würde keinem einfallen, vom :sten Borghese oder Colonna zu sprechen, man spricht vom Abgeordneten oder :ator. Auch für den Autor eines Buches gilt es als größte Geschmacklosigkeit, nn er seinen Grafen- oder Marquistitel anführt.

Was die Ursachen betrifft, die die Arbeiter bestimmen, so oft dem Akademiker leitende Stellung anzuvertrauen, so trägt Michels den wirtschaftlichen Motiven vie dem Mißtrauen der Arbeiter auf die eigenen Kräfte Rechnung. Beachtung :int mir auch der große Kultus zu verdienen, den der italienische Proletarier für dung hat und seine große Beeinflußbarkeit durch ästhetische Wirkungen und nentlich durch Beredsamkeit. Gerade weil die Kluft zwischen Gebildeten und gebildeten in Lebenshaltung und Lebensart nicht so groß ist wie in anderen idern, empfindet der italienische Proletarier seinen Mangel an Bildung besonders :er. Man kann hierzulande selten mit einem Arbeiter sprechen, ohne von ihm bitteren Worte zu hören: „Ich bin nur ein unwissender Mensch", ein „povero orante". Und der Proletarier überschätzt meist den Wert jener Bildung, die n ihm vorenthalten hat.

Als Folge der leitenden Stellung der Intellektuellen in der italienischen Partei)t Autor das Vorherrschen ethischer Elemente in der Parteibewegung an. Diese

Überläufer der Bourgeoisie, die ihre wirtschaftlichen Interessen durch ihre Part
zugehörigkeit empfindlich schädigen, kämen in der Mehrzahl aus rein ethisch
Motiven zum Sozialismus. In der Agitation heben sie auch gerade die ethis
Überlegenheit der sozialistischen Ideen hervor, die besonders in dem mystisch
Dämmer des Seelenlebens des Landvolkes eine große agitatorische Kraft habe
Hierauf wäre zu bemerken, daß die sozialistische Partei aller Länder die ethis
Überlegenheit des Sozialismus hervorkehrt und daß gerade ihr eine große we
bende Kraft innewohnt. Wir sehen weniger rosig in bezug auf die Folgen d
Übergewichtes der Akademiker: sie führen in der Partei ein gewisses System d
Bevormundung ein und halten sich für berufen, die Arbeiterinteressen zu vertrete
anstatt die Arbeiter selbst zur Vertretung ihrer Interessen anzuhalten. Die gro
Zahl williger und tüchtiger Akademiker in der Partei erspart dem italienisch
Proletarier manchen Kraftaufwand, der für ihn von Nutzen wäre.

Ganz und gar nicht kann ich dem Autor zustimmen in seinem Lobe der Dul
samkeit, die in Italien für die persönlichen Beziehungen zwischen Sozialisten u
Nichtsozialisten die Regel bildet. Wenn die Verschiedenheit des politischen Bekenn
nisses die Familienbande nicht zerstört, so ist das gewiß erfreulich, aber nur, ins
fern die Ursache davon in der unvergleichlich viel festeren und innigeren Fügur
der italienischen Familie zu suchen ist. Die ungezwungene Freundlichkeit im Ve
kehr mit Gegnern halte ich psychologisch für ein Zeichen tiefer Skepsis und taktis
für eine Gefahr. Diese Duldsamkeit ist ein Alterszeichen und in unserem Fal
wohl ein Produkt der tausendjährigen Kultur. Wer viel erfahren und durchgemac
hat, verurteilt und verwirft nicht mehr leicht, wer viel gegrübelt hat, schwört nic
mehr blindlings auf die eigene Lehre. Und er mag sympathischer sein, der dul
same Alte mit seiner milden und urbanen Art, als der junge Heißkopf, der d
Person ganz mit der Überzeugung identifiziert und mit der einen so wenig pa
tieren mag wie mit der anderen. Aber wie viel wärmer, wie viel fruchtbarer, w
viel gestaltender ist die einseitige Überzeugung der Jugend, als die allverstehend
milde Skepsis des Alters! Und vor wie vielen Gefahren bewahrt die deutsc
Sozialdemokratie ihre „stolze Isolierung", wie mancher italienische Kompromiß h
in der Verbindlichkeit der Formen seinen Kuppler gehabt, um mit tatsächlichen un
uneingestehbaren Verbindlichkeiten zu enden! In der Tat befremdet den Arbeit
nichts mehr, als die gewöhnliche Herzlichkeit im Verkehr politischer Gegner; s
widersteht dem tiefen Ernst seiner sozialistischen Überzeugung.

Der Autor gehört zu den Menschen, die sich schnell akklimatisieren, und s
finden wir in diesem Buche eines Deutschen einen echt italienischen Fehler: de
chronischen Gebrauch lobender Beiwörter. Fast für jeden Genossen fällt etwas ab
der eine ist „gelehrt und vornehm", der andere „ein Mann von umfassender Bi
dung", der dritte ein „gewiegter Parlamentarier" usw. Abgesehen davon, daß e
einem jungen Ausländer vielleicht nicht gut ansteht, in dieser Weise Diplome aus
zuteilen, ist Michels in der Wahl des Beiwortes nicht immer glücklich. So wir
Enrico Leone als „Mann von großem analytischen Talent" vorgestellt, währen
es wohl selten eine mehr ausgesprochen synthetische Intelligenz gibt, als die Leones
Es ist zu wünschen, daß Michels in seinen künftigen Arbeiten diese Schnörkel un
dieses Beiwerk aufgibt und seinen Blick mehr von den Persönlichkeiten loslöst, di
besonders in dieser kinematographenartigen Massenvorführung, nicht so interessan
sind, wie die Entwicklung der Ideen und die praktische Parteiaktion. Michels bring
so viel guten Willen und so viel Arbeitslust mit, er hat so viel Gelegenheit, da
italienische Parteileben zu studieren, daß man von ihm eine Arbeit von „deutsche
Gründlichkeit" erwarten darf, die auch dem so ganz vernachlässigten Felde der kom
munalen Wirksamkeit unserer Partei ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Di
ausgesprochene Vorliebe für italienisches Wesen, die ihn vielleicht nicht immer zun
geeigneten Kritiker macht, läßt ihn manches sehen, das anderen Beobachtern ent
geht, und wird ihm die Aufgabe erleichtern. O. L

Zeitschriftenschau.

Die Zeitschrift der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ Englands, „The Socialist view“, eröffnet ihre Aprilnummer mit einem redaktionellen **„Ausblick“** (The iew outlook). Interessant ist daran der Stoßseufzer über die Unfähigkeit des rlamentes; daraus spricht die Enttäuschung der neu eingezogenen Arbeiter-treter, die wissen, wie dringend notwendig viele Reformen sind, und sehen, wie durch parlamentarische Intrigen hintertrieben werden, aber darin noch nicht die neigung der Bourgeoisie gegen die Reformen erkennen. „Eitel wird es wohl , von einem Abgeordnetenhaus zu träumen, das die Dolche und Gewänder der uberhäuptlinge beiseite geworfen hat, die ihre Zeit darauf verwenden, den gnern Hinterhalte zu legen oder dann und wann hervorzutreten, um aufeinander zuschlagen mit einem Feuer, das bisweilen echt, aber meistens studierte Pose ist. ute ist Politik überall wirklich, nur nicht im Parlament. Draußen fechten und chten, beten und bitten, hoffen und harren die armen Opfer — ob sie Besitzer er Besitzlose, Zöllner oder Sünder, Priester oder Leviten sind; drinnen ist es ht viel mehr als eine Komödie. Eine Unterrichtsvorlage wird abgelehnt, nicht mit die Bibel in einigen Schulen mit Auslegungen gelehrt wird, sondern damit Regierung Nachwahlen verliert. Anträge zum Antialkoholgesetz werden bekämpft, ht weil sie verkehrt sind, sondern weil für die Unionisten und Protektionisten ein ndnis mit der Kirche, dem Wirtshaus und der Börse ein gutes politisches Ge-äft ist; die zynischen Führer in diesem unehrenhaften Spiele lächeln dabei ver-ndnisvoll und versichern mit ernster Miene, daß die Liberalen es genau so chten, als sie die Opposition bildeten.“ Eine solche Versammlung soll nun über chtige Reformen beschließen, und die Regierung läßt sich von den Wellen treiben ne irgendwelches Prinzip. Am schlimmsten war es bei der Beratung des Anti-oholgesetzes; da wurden sogar Maske und Verkleidung vergessen. Da wurde von Opposition gar nicht versucht, den heutigen Zustand zu verteidigen und die formvorschläge mit Gründen des Gemeinwohls zu bekämpfen; nein, in frecher fenheit wurde den persönlichen Interessen der reichen Brauereiaktionäre, oft der dner selbst, das Wort geredet und das Gesetz als Raub an ihnen gebrandmarkt; ekelhaftes Schauspiel. „Solche Kundgebungen eines blöden Eigentumsinstinktes sen die wütenden Anschuldigungen verstehen, die von manchen Seiten gegen die uberischen Gelüste der Sozialisten erhoben werden.“ Die Ablehnung des An-gs der Arbeiterfraktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war eine Folge der rständnislosigkeit der bürgerlichen Parteien, die durch weitere Propaganda zu ben sei. Eine Schicht von Arbeitslosen ist unvermeidlich unter dem heutigen stem, und ihre Erhaltung fällt also der Gesellschaft, nicht dem Individuum zu.

Dieses letzte Thema behandelt auch ein Aufsatz von J. C. Wedgwood, einem rlamentsmitglied, über **„Henry George, Arbeitslosigkeit und Sozialismus“.** hr richtig fängt der Autor mit der Bemerkung an, daß die Frage der Aufhebung Arbeitslosigkeit nicht die Frage ist, wie einige Menschen über Wasser zu halten en, sondern daß sie das ganze Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit umfaßt. nn ohne die Arbeitslosen würde die Konkurrenz der Arbeiter nicht die Löhne m Existenzminimum herunterdrücken; nimm den Arbeiterüberschuß weg, und die ternehmer sind durch ihren Kampf um Arbeitskräfte die schwächere Partei. Die zialdemokratie allein kann durch das gesellschaftliche Eigentum an Produktions-tteln radikal abhelfen. Was können wir aber jetzt tun? Welche praktischen Maß-hmen sind sofort vorzuschlagen? Der Autor verficht nun als zeitweiliges Aktions-ogramm die Vorschläge von Henry George, durch eine alleinige Grundsteuer den aat zum einzigen Grundbesitzer zu machen, dem allmählich alle Bodenrente zu-llt. In den oft sehr sonderbaren Ausführungen des Verfassers fehlt jedoch der chweis, daß dieses Ziel unter den bestehenden politischen Verhältnissen irgend-

welche größere Aussicht auf Verwirklichung hat als andere radikale Maßnahm gegen die Hauptseuche des Kapitalismus.

Eine ausführliche Abhandlung wird der Vorlage zum Antialkoholgesetz, d sogenannten **„Lizenzgesetz“** (The licensing Bill) gewidmet; vier Autoren liefern u abhängig voneinander eine Besprechung.[1] Leïf Jones beleuchtet vor allem d Kampf der Brauereibesitzer gegen die Vorlage. Das Gesetz schlägt vor, in d nächsten vierzehn Jahren so viele Konzessionen von Wirtshäusern mit Erlaubnis zu Verkauf alkoholischer Getränke aufzuheben — mit einer Entschädigung der b herigen Konzessionsbesitzer, die durch eine Besteuerung der verbleibenden Wi schaften aufzubringen ist —, daß nur eine bestimmte Anzahl übrig bleibt (1 a 450 Einwohner auf dem Lande, 1 auf 600 bis 1000 in den Städten). Nach Abla der vierzehn Jahre wird die Konzession der übrigen nicht mehr als Eigentum, a Monopol der Inhaber betrachtet, sondern als öffentliches Eigentum, das öffentli verpachtet wird und dessen Monopolwert den Gemeinden zufällt. Dieser Monop wert soll dann also ohne Entschädigung konfisziert werden. Die Interessenten d Handels in solchen Getränken schreien zetermordio über den geplanten Raub ihrem Eigentum, an ihren erworbenen Rechten. Der Autor weist nach, daß hi gar nicht von erworbenen Rechten geredet werden kann; erstens haben die Brau reien früher beim Ankaufen der konzessionierten Wirtshäuser die Preise durch ihr Wettbewerb maßlos gesteigert, um sich den Absatz zu sichern; die phantastische damals gezahlten Summen brauchen jetzt doch nicht vom Staate zurückvergütet werden. Zweitens war ihnen bekannt, daß jede Konzession alljährlich rückgäng gemacht werden konnte, also gar kein „Recht“ darstellte; sie haben bloß auf ihre Ve längerung spekuliert. Aber diese Leute sind mächtig und rücksichtslos und wenden all auf, um durch Drohungen die Parlamentsmitglieder gegen das Gesetz mobil zu mache

Der zweite Autor, Edward R. Pease, bezweifelt, ob eine Herabsetzung d Wirtshäuserzahl imstande sei, eine Verringerung des Trinkens herbeizuführen. — Di wird von Philipp Snowden noch besonders durch die Ergebnisse der Gese gebung in Amerika, Kanada, Neuseeland nachgewiesen, wo die Unterdrückung d Trinkgelegenheiten sogar eine Zunahme der Verurteilungen wegen Betrunkenhe oder des Konsums bewirkte. — Das einzige Mittel, den Mißbrauch des Alkohols z verringern, besteht darin, daß der Verkauf den Privatleuten entzogen wird, in dere Interesse ein möglichst großer Konsum liegt. Mag die Verringerung der Trin gelegenheit sich in Einzelfällen nützlich erweisen, so ist doch der Geist des Gesetze das die Freiheit der Bürger beschränken will, dem sozialistischen Geiste entgegen gesetzt. Wir wollen die Freiheit des Ausbeutens der Arbeit durch das Kapital i jeder Weise beschränken, aber nicht die Freiheit der eigenen Lebensführung bei e wachsenen Leuten; diese gegen ihre eigenen Laster schützen zu wollen, ist vergebliche Bemühen. Das Beste am Gesetz ist die Einführung der Volksabstimmung über di Konzessionierung neuer Wirtshäuser. Dagegen ist die erste Entscheidung über di Einzelheiten durch die Richter undemokratisch; nur gewählte Volksvertreter solle das besorgen. Die Bestimmungen über Klubs — deren Emporkommen an Stelle de aufgehobenen Wirtshäuser die Regierung fürchtet und deshalb ausführlich regelt – sollen besonders dahin geprüft werden, daß nicht die Tugendboldereien behäbige Bourgeois die Erholung der Arbeiter unmöglich machen. Das ganze Gesetz beweist daß die Minister hinter ihrer Zeit zurückgeblieben sind.

Joseph Rowntree sieht den Hauptnutzen des Gesetzes darin, daß der unheil volle politische Einfluß des Alkoholkapitals bei den Wahlen gebrochen wird. Deshal wird jetzt noch das Wirtshaus sich aufs äußerste wehren und der Regierung be den Nachwahlen viele Verluste an Mandaten zufügen. Dann liegt ein Vortei darin, daß die Gemeinden weiterhin bei ihren Maßnahmen nicht mehr durch di „erworbenen Rechte“ der Wirtshäuser gehemmt werden.

---

[1] Eine Besprechung von Quelch in dem Organ der S. D. P. haben wir in Nr. 1 gebracht (Band I, S. 635).

Philipp Snowden betrachtet in dem schon erwähnten Artikel nicht die Ver-
ıgerung der Trinkgelegenheit, sondern die öffentliche Kontrolle des Trinkens als
ıen wichtigen Vorteil. Wir mögen als Sozialisten das Gesetz zu zahm und zu rück-
htsvoll dem Alkoholkapital gegenüber finden; aber auch für uns ist es wichtig,
enn eine antisozialistische Regierung durch die Abschaffung eines privaten Monopols
s ein Beispiel gibt, dem wir nachher auf größerer Stufenleiter bloß zu folgen haben.

„The Social Democrat“, die Revue der sozialdemokratischen Partei, bringt
er den vielumstrittenen Gegenstand **„Die S. D. P. und die Arbeiterpartei“** einen
ufsatz von Elia Levin. Der Autor wendet sich gegen den Anschluß der S. D. P.
. die L. P., die Arbeiterpartei.[1] Wenn die L. P. auf der Konferenz zu Hull auch
zialistische Resolutionen annahm, so bedeutet das nichts, da sie sich zugleich
eigerte, den Sozialismus in ihr Programm aufzunehmen und, was für die S. D. P.
s wichtigste, ihren Kandidaten nicht gestattete, als Sozialisten, sondern nur als
rbeiterkandidaten den Wahlkampf zu führen. Unsere Aufgabe ist es, als Mit-
eder der Gewerkschaften unsere Kameraden zu Sozialisten zu machen und nicht
rch Überraschung eine Konferenz für uns stimmen zu lassen. Mit Recht sagte
jackleton auf der Konferenz: Wie können wir hier die L. P. für sozialistisch er-
iren, wenn die Masse der Mitglieder keine Sozialisten sind? Aber mit Unrecht
rief er sich dabei auf die Demokratie. Was sich „Arbeiterpartei“ nennt, ist eine
ersammlung von Beamten der Gewerkschaften, die größtenteils nicht von den
itgliedern als Delegierte gewählt, sondern von den Vorständen geschickt werden.
e Delegierten legen den Mitgliedern auch nicht Rechenschaft über ihr Mandat
; sie werden nicht beauftragt, weil die Tagesordnung gar nicht zuvor von den
itgliedern beraten wird. Sie können höchstens die Ansichten der Mitglieder er-
ten, sie jedoch nicht vertreten. Die offizielle „Arbeiterpartei“ schwebt wie ein
egierungskörper über den Häuptern der Mitglieder; die Redner reden in ihrem
genen Namen und fühlen sich wie die politischen Wohltäter der Arbeiterklasse.
s fehlt jede Spur von Demokratie. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterpartei zu
mokratisieren, die Führer zu zwingen, die wichtigen Fragen vor das Forum der
itglieder zu bringen und so deren politisches Interesse zu erwecken. Den Mit-
iedern soll die Frage des Sozialismus vorgelegt werden, nicht der Konferenz der
ihrer. Dabei werden wir oft geschlagen werden, aber dabei wird zugleich die
rundlage zu einer sozialistischen und demokratischen wirklichen Arbeiterpartei gelegt.

A. K.

Die von der tschechoslawischen Sozialdemokratie herausgegebene Monatsschrift
Akademie“ verdankt ihren Titel dem Umstand, daß sie (vor zwölf Jahren) von
nigen tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Studenten gegründet wurde.
um Zeichen der Möglichkeit einer nationalen Einigung erschien sie anfänglich
ppelsprachig. Ihre letzte Nummer enthält mehrere bemerkenswerte Aufsätze. —
. Smeral schildert **„Marx' historischen Materialismus“** und weist eingehend
e Vorwürfe von Leuten zurück, welche diese Methode des wissenschaftlichen Sozialis-
us falsch aufgefaßt und sie sodann angegriffen haben.

Universitätsdozent A. Novak behandelt **„Das Verhältnis Goethes zum Sozia-
smus“.** Goethes Anschauungen über die sozialen Fragen sind am besten in
inem Werke „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ ausgedrückt und entspringen zwei
efgehenden Wurzeln: der Liebe zum arbeitenden Volke und einem hochentwickelten
inne für soziale Gerechtigkeit. Die Erziehung Goethes war wohl geeignet, um
ı ihm die Liebe zum arbeitenden Volke und die Achtung vor ihm zu erwecken;
ine öffentliche Tätigkeit in Weimar bot ihm Gelegenheit, das Leben des arbei-
nden Volkes näher zu beobachten. Goethe war jedoch der Ansicht, daß die Durch-
ihrung der sozialen Gerechtigkeit das Werk eines einzelnen sein könne, und er
ollte sie den Herrschern und Fürsten ans Herz legen. Immer glaubte er aber,

[1] Seitdem hat bekanntlich der Kongreß der S. D. P. zu Manchester diesen Anschluß auch
ogelehnt.

daß es sich lediglich um eine Veränderung des Innern des Menschen handle u um die Vervollkommnung seiner moralischen Entschlüsse, nicht aber um eine sozia Revolution. In seiner friedliebenden Natur, in seiner etwas pedantischen Leide schaft für die Ordnung um jeden Preis und unter allen Umständen liegt auch d Grenze seiner sozialen Gerechtigkeit. In seinen „Wanderjahren" schildert Goet wohl eine neue Gesellschaft, aber überall findet man ein überreiches Maß v ängstlichem Legitimismus. Er beharrt bei der jetzigen Form der Familie, will kei Lockerung des Privateigentums zulassen und weist die Gleichheit des Eigentu rundweg ab. Die Produktionsmittel sollen dem einzelnen bleiben; nur ihr Ertra soll Gemeineigentum der neugeschaffenen Assoziation sein. „Die warmen und tiefe Worte, mit denen Goethe in den letzten Kapiteln seines Romans den Wert d Arbeit neben, ja über dem des Kapitals preist, verschaffen ihm noch bei de modernen Sozialisten herzliche Sympathien: Goethes Sinn für soziale Gerechtigke schmiegt sich hierin wunderbar an seine alte und bewußte Liebe zum arbeitende Volke an. Goethe ist so ein mutiger und mächtiger Vorahner einer neuen Zeit un neuer gesellschaftlicher Strömungen; wo er sich aber in organisatorische Detail fragen einläßt, da zeigt er dennoch, daß er in der alten Welt wurzle.... Goethe utopischer Sozialismus blieb eine wenig beachtete Episode der deutschen Kultur geschichte; wenn jedoch die Wissenschaft bei ihrem Forschen darauf hinweist, tut s es in der Absicht, zu bezeugen, wie mächtig die Erkenntnis von der Notwendigke einer gerechteren Gestaltung der Gesellschaft seit dem Beginn des neunzehnten Jah hunderts gerade in die erhabensten Seelen eingedrungen war."

Der auch in Deutschland bekannte Essayist F. V. Krejci führt seinen Strei mit dem Professor Masaryk über **die religiöse Frage** zu Ende. Er hatte be hauptet, es gebe eine Unmasse von modernen Menschen, die kein religiöses Gefüh und kein Bedürfnis nach irgend einer Religion haben, und daß daher Masary der „Gottsucher", nicht im Namen aller modernen Menschen spreche. Masary reagierte darauf in gereiztem Tone, da er sich durch den gegen ihn erhobenen Vor wurf der Inkonsequenz getroffen fühlte. Krejci setzt sich nun mit ihm in der „Aka demie" auseinander. Masaryk habe bisher immer angeführt, was Religion nich sei; habe aber bisher nie deutlich gesagt, was Religion eigentlich sei. Krejci wei energisch auf seine Arbeiten hin,[1] in denen er den Versuch gemacht habe, ein neue Kulturideal zu zeigen, das aus einer nichtreligiösen Lebensanschauung und au einer Moral ohne Gott hervorgewachsen sei.

J. Hajek und V. Svihovsky behandeln **„Die nationale Frage in de Schweiz"**. Sie haben hierüber eine schriftliche Enquete veranstaltet, an welche sich hervorragende Persönlichkeiten aller drei die Schweiz bewohnenden Natione beteiligten. Aus ihren Antworten geht hervor, daß es in der Schweiz kein solche nationales Problem gebe, wie wir es in Österreich kennen, da das föderative Syste der Schweiz alle Forderungen und Ansprüche der einzelnen Nationen zu befriedige geeignet ist.

A. Meißner reproduziert seine im „Kampf" veröffentlichte Polemik mit de Genossen Renner über die **„Stellung der Sozialdemokratie zur Amtssprache"** Aus praktischen Gründen fordert er, daß in ganz Böhmen und Mähren beid Landessprachen im ganzen Landesgebiet im äußeren Dienste gleichberechtigt seien die innere Amtssprache könne je nach dem Gebiet entweder tschechisch oder deutsc oder doppelsprachig sein. Jene Beamten, die dem Parteienverkehr zugewiesen sind sollen beider Landessprachen mächtig sein. Jedes Volk müsse in der Beamtenschaf in allen Instanzen je nach seiner Anzahl prozentuell vertreten sein. S

[1] Nábozenství a moderní ideál clovéka (Die Religion und das moderne Idea des Menschen); Sen nové kultury (Der Traum einer neuen Kultur).

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 34 Ausgegeben am 22. Mai 1908 26. Jahrgang

Industrielle Parteisubsidien.

Von H. Cunow.

Die großen Staatsmänner der nationalliberalen Reichstagsfraktion fühlen
i in ihrer Verdauungstätigkeit durch bange Sorgen gestört. Die rheinisch-
stfälische Großindustrie, die so oft die nationalliberalen Parteifinanzen saniert
d den Bassermännern die nötigen Geldmittel für ihre Wahlkämpfe geliefert
:, droht ihre Subsidienzahlungen einzustellen. Unzufrieden sind die Kohlen-
d Eisenmagnaten längst mit den parlamentarischen Leistungen der von
en ausgehaltenen Partei; sobald neue Wahlen vor der Tür standen, ließen
sich aber immer wieder zur Geldhergabe bewegen. Noch bei der letzten
ichstagswahl legte bekanntlich die Leitung des Zentralverbandes deutscher
dustrieller den Mitgliedern dieses Verbandes die Verpflichtung auf, für
en in ihren Werken beschäftigten Arbeiter je eine Mark zum industriellen
ahlfonds beizusteuern. Doch nun haben diese Großindustriellen, wie sie
entlich durch ihre Offiziösen erklären lassen, es satt, noch länger eine Partei
alimentieren, deren Führer im Parlament so wenig die speziellen Interessen
: Großindustrie zu wahren wissen.

Die Herren Großindustriellen sind nüchterne Geschäftsmänner. Sie wollen
hl zahlen; aber Geldausgaben ohne entsprechenden Profit verstoßen gegen
e Geschäftsprinzipien; und die Dienstleistungen der nationalliberalen Partei
tsprechen ihrer Ansicht nach nicht den Summen, die sie dafür bezahlt haben.
idisch blicken sie auf die stramme Organisation, die sich seit 1893 das
eußische Junkertum im Bund der Landwirte geschaffen hat. Ein nach diesem
uster gegründeter industrieller Interessenverband, der in den verschiedenen
ndesteilen Provinzialvorstände und Wahlkreisvorsitzende hat, eine Anzahl
zahlter Agitatoren unterhält und diesen Apparat nebst den erforderlichen
ldmitteln bei den Wahlen jenen Kandidaten ohne Rücksicht auf politische
rteistellung zur Verfügung stellt, die sich auf gewisse industrielle Forderungen
rpflichten — ein derartiger Interessenverband dünkt ihnen weit zweckmäßiger
s der bisherige Modus der Unterstützungszahlung an die nationalliberale
d freikonservative Partei.

Wie kürzlich eine Stimme aus industriellen Kreisen (allem Anschein n eine der leitenden Größen des Zentralverbandes deutscher Industrieller) der „Kölnischen Zeitung" klagte, ist es weniger die finanzielle Last der Soz gesetzgebung, als vielmehr das geringe Verständnis der nationalliberalen Reic tagsfraktion für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung strenger Diszipl in den industriellen Betrieben, was die Industriellen zur Mißvergnügth aufgestachelt hat. Würden auch die Lasten, die eine „nachgerade krankh gewordene" sozialreformatorische Gesetzgebungstätigkeit der Industrie aufgeha habe, mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet, so sei doch die Großindust bereit, diese Auflage zu tragen; gesetzliche Maßnahmen aber, die auf Untergrabung der notwendigen Disziplin hinausliefen, könne sie sich un keinen Umständen gefallen lassen. Alles, was zur Stärkung des Gewerkschaft wesens beitrüge, diene zur Beeinträchtigung der „notwendigen Selbstbestimmu der Industrie". Das hätte selbst die nationalliberale Partei nicht zur Genü begriffen. Sowohl ihre Redner im Reichstag wie die nationalliberalen Blätt hätten vielfach gegen dies Gebot der Disziplin gefehlt. Erst vor kurzem ha zum Beispiel die „Kölnische Zeitung" selbst Veröffentlichungen eines Profess Harms gebracht, in denen von der konstitutionellen Fabrik gesprochen würd Ferner hätte sich die nationalliberale Partei im Reichstag verletzend über Geschäftspolitik der Kartelle geäußert, dann sei die von den Handelskamme und wirtschaftlichen Vereinen verlangte und vom Bundesrat vorgeschlage Änderung des Handelsgesetzbuches, die den Doppelbezug von Gehalt u Krankengeld durch erkrankte Handlungsgehilfen beseitigen wollte, auch v der nationalliberalen Fraktion abgelehnt worden, und schließlich werde s voraussichtlich die Fraktion sogar bereit finden lassen, für das von sämtlich wirtschaftlichen Interessenverbänden als schädlich bezeichnete Arbeitskamme gesetz einzutreten. Deshalb hätte die Großindustrie eingesehen, daß sie v allen Parteien verlassen sei, selbst von der nationalliberalen, „der sie ihr Herkunft und Entwicklung nach zweifellos am nächsten" stehe. W bliebe ihr anderes übrig, als den Versuch zu machen, auf eigene Faust ih berechtigten Interessen zu vertreten und sich eine dazu geeignete Organisati zu schaffen. „Von der Masse, deren Umschmeichelung sich, wie die ‚Kölnis Zeitung' oft genug selber behauptet hat, die politischen Parteien wegen d allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Reichstag angelegen sein lassen, wi eine selbstbewußte Industrie sich natürlich nicht beherrschen lassen wollen, u gegen diese Herrschaft wird sie hoffentlich je länger je entschiedener ankämpfen.

Die Äußerungen des Herrn Großindustriellen sind gleichermaßen charakt ristisch für die Ansprüche und das politische Machtgefühl der Industriebaron wie für das politische Dienstverhältnis, in dem die nationalliberale Partei z ihren industriellen Wohltätern steht. Die Herren vom Zentralverband ve langen nicht nur, daß die nationalliberalen Abgeordneten auf zoll- und wi schaftspolitischem Gebiet ihren Weisungen gehorchen und sich eifrigst zu Nutzen der Stahlindustrie für die Flottenvermehrung und den Eisenbahnba in den deutschen Kolonien einsetzen, sondern daß sie auch alle Angriffe a die Preispolitik der Syndikate ängstlich vermeiden und ohne Rücksicht auf d Gunst der Masse jedes sozialpolitische Gesetz ablehnen, das den industrielle Interessenverbänden nicht gefällt.

Doch vielleicht noch kennzeichnender als dieses dienstherrliche Ansinnen i die Tatsache, daß sich bisher weder unter den nationalliberalen Staatsmänner

erer Parlamente, noch unter den nationalliberalen Blättern eine Stimme
inden hat, die energisch diese Zumutung zurückwies. Die „Kölnische Zeitung“
ist beschränkte sich in ihrer Bescheidenheit lediglich darauf, den Vorwurf
uwehren, daß die nationalliberale Partei die Interessen der Großindustrie
ht genügend gefördert hätte. „Eine Partei,“ ruft sie gekränkt aus, „die sich
der ersten Zeit ihrer Begründung an der hohen wirtschaftlichen und ge-
schaftlichen Bedeutung einer starken leistungsfähigen Industrie für unser
amtes Volksleben vollauf bewußt gewesen ist, die, durchdrungen von diesem
vußtsein, die Interessen der Industrie, allerdings unter Berücksichtigung
Gemeinwohls, gefördert hat, wo sie nur konnte, hat es kaum nötig, sich
en einen derartigen Vorwurf zu verteidigen.“ Immer habe die national-
rale Partei stolz zu dem deutschen tatkräftigen Unternehmertum aufgeblickt,
„die wirtschaftliche Stellung auf dem Weltmarkt zu danken“ sei. Auch
te sich nie der Nationalliberalismus der Einsicht verschlossen, daß die Kartelle
Syndikate dem heutigen Wirtschaftsboden organisch entsprossene Gebilde
en, deren Berechtigung als neuzeitliche wirtschaftliche Organisationsformen
ht bestritten werden könne; aber diese grundsätzliche Anerkennung der Kartelle
pflichte die nationalliberale Partei doch nicht, stillschweigend alle einzelnen
ßnahmen der Syndikate zu billigen.

Die „Kölnische Zeitung“ begegnet also der Anmaßung der Zentral-
bandsindustriellen damit, daß sie in der gekrümmten Stellung eines Hof-
iensteten den industriellen Gönnern ihre tiefste Devotion versichert. Die
dustriemagnaten legen jedoch auf höfliche Versicherungen keinen Wert. Wohl
send, daß die nationalliberale Partei, obgleich die Partei des zahlungs-
igsten Teiles der Bourgeoisie, ihre Unterstützungen nicht zu entbehren
mag, fordern sie, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion *gegen jedes*
setz stimmt, das die Autorität des Fabrikherrn gegenüber seinen
beitern schwächt. Selbst vor einer Brüskierung der nationalliberalen
chstagsfraktion durch Preisgebung ihrer Fraktionsgeheimnisse scheuen die
er des Zentralverbandes deutscher Industrieller im Gefühl ihrer Macht-
ung nicht zurück. Herr Steinmann-Bucher, der Spezialpublizist des Zentral-
bandes deutscher Industrieller, veröffentlicht in dessen Organ, der „Deutschen
dustriezeitung“, die höhnische Schilderung einer gemeinsamen Beratung der
ionalliberalen Abgeordneten mit Vertretern der Großindustrie im Reichs-
sgebäude, in der über die Stellungnahme der nationalliberalen Fraktion
den Gesetzentwürfen über die Arbeitskammern und die Tarifverträge ver-
delt wurde. Nationalliberale Reichstagsabgeordnete und Industrielle
den sich dort, wie Herr Steinmann-Bucher spöttisch erzählt, so verständnis-
gegenüber, daß nach Schluß der Verhandlungen ein Teilnehmer kopf-
ittelnd erklärte: „Es war ja, als ob man sich chaldäisch und chinesisch
erhalten hätte!“

Zugleich formuliert Herr Steinmann-Bucher nochmals die Forderungen
Großindustrie:

„Wogegen sich die Industrie wendet, das sind die uferlosen sozial-
olitischen Pläne, die namentlich von den liberalen und demokratischen
Parteien, insbesondere im Reichstag, ersonnen werden, lediglich um die be-
reffenden Parteien bei den Wählern populär zu machen. Dabei wird nicht
llein an geldliche Lasten gedacht, sondern auch an *Erschwerungen des*
Betriebs und Einmischungen in denselben durch immer weiter-

gehende und nicht durchaus notwendige gesetzliche und admistrative Anordnungen, die sich immer mehr auf die Beseitigung d
Autorität des Arbeitgebers und die Einführung des konstituti
nellen Systems in den Fabrikbetrieb richten. Daß die nationallibera
Partei unter dem Drucke des Neunationalliberalismus mit solchen Plän
nun an der Spitze der Parteien marschiert und der Demokratisierung ni
nur der Industrie und ihrer Verwaltung, sondern unseres ganzen öffe
lichen Lebens die Wege ebnet, das gerade beraubt sie der Sympathien d
industriellen Kreise; denn im letzten Grunde ist die Demokratie d
eigentliche Feind, ob er nun im Gewand der Sozialdemokrat
oder des Liberalismus auftritt."

Eine fatale Situation für die nationalliberalen Parteigrößen! Die Part
kasse der nach „Bildung und Besitz Maßgebenden" vermag die schönen Su
sidien nicht zu entbehren, während andererseits die nationalliberale Reich
tagsfraktion, will sie nicht ihre heutige parlamentarische Stärke einbüßen, s
nicht als eine rein großindustrielle Interessenvertretung konstituieren kan
Gerne würden sich die pomadisierten Epigonen der Lasker und Bennigsen f
die schönen Bankschecks der Großindustriellen entscheiden; aber sie könn
nicht. Wider Willen müssen sie unter dem allgemeinen, gleichen, geheim
und direkten Wahlrecht mit ihrem Anhang unter den Kleinindustrielle
Händlern, Handwerkern, Advokaten, Ärzten, städtischen Beamten, kaufmä
nischen Angestellten, Rentnern usw. rechnen, da deren Stimmen bei d
Reichstagswahl genau so schwer wiegen wie die der Großindustriellen.

Was die nationalliberale Partei ohne direkte Gefährdung ihrer Existenz
Begünstigung großindustrieller Interessen zu tun vermochte, hat sie redl
geleistet. Man braucht nur ihren Entwicklungsgang seit ihrer Gründung
Jahre 1866 zu verfolgen, um zu erkennen, wie sie sich aus einer allgeme
liberal-ideologischen Bourgeoispartei immer mehr zu einer Vertreterin d
speziellen Interessen der industriellen Bourgeoisschichten entwickelt hat. W
Melodien aus längst verschwundenen Zeiten mutet es uns heute an, we
wir im ersten Programm der neugebildeten nationalliberalen Partei die Ansi
ausgesprochen finden, das allgemeine, gleiche, geheime und direk
Wahlrecht sei die Grundlage des öffentlichen Lebens, und wenn fern
die damaligen Führer des Nationalliberalismus die Wirkung dieses freihe
lichen Wahlrechts nicht, wie heute, durch die Unbildung der Masse, sonde
durch die reaktionären Tendenzen der Regierung gefährdet glaubten. „W
verhehlen uns," heißt es in jenem Aktenstück, „nicht die Gefahren, welche
(das gleiche, allgemeine Wahlrecht) mit sich bringt, solange Preßfreiheit, Ve
sammlungs- und Vereinsrecht polizeilich verkümmert sind, die Volksschule unt
lähmenden Regulativen steht, die Wahlen bureaukratischen Einwirkung
unterworfen sind, zumal da die Versagung der Diäten die Wählbarkeit b
schränkt."

Und neben diesem einzigartigen Wahlrecht, dem „festesten Bollwerk d
Freiheit", forderte der junge Nationalliberalismus Vervollständigung d
Budgetrechts, volle Verantwortlichkeit der Minister, Ausdehnung der G
schworenengerichte auf alle politischen Straftaten, Beseitigung der chronisch
Kriegsbereitschaft, Herstellung eines wirklichen Militärfriedensetats usw.

Doch die ideologischen Frühlingstriebe der neuentstandenen Partei, die 18
den Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhause 101 Sitze und na

n die patriotische Begeisterung aufstachelnden Deutsch-Französischen Kriege
ar 178 Mandate verschafften, welkten gar bald unter dem rauhen Reif der
rklichkeit. Die sogenannte „Betätigung liberaler Überzeugungen in positiver
beit für vaterländische Interessen“, das heißt die geniale Diplomatie, ängstlich
en Konflikt mit der Regierung zu vermeiden und durch gefälliges Entgegen-
mmen gegen die Absichten der Regierung kleine Zugeständnisse auf wirt-
aftspolitischem Gebiete einzutauschen, korrumpierte bald die ohnehin aus
erlei zusammengelaufenen Bourgeoiselementen bestehende Partei. Eine
rruption, die sich noch steigerte, als nach dem wirtschaftlichen Krach der
nziger Jahre innerhalb der mächtig aufgeschossenen Industrie die schutz-
lnerischen Neigungen schärfer und schärfer hervortraten und mit den gleichen
ndenzen des feudalen Großgrundbesitzes Verständigung suchten. Die Partei,
die Beseitigung der chronischen Kriegsbereitschaft und die Vervollständigung
s Budgetrechts verlangt hatte, war bereits 1874 derart herunterdiplomatisiert,
ß sie unter Bennigsens genialer Führung in der Militärfrage das Septennat
tande brachte. Dennoch wollte sie im Streit um die neue Wirtschafts- und
llpolitik sich den Anforderungen Bismarks anfangs nicht fügen. Die Folge
r, daß nach dem Attentat Nobilings Bismarck die Nationalliberalen an die
and drückte, „daß sie quietschten“. Zunächst splitterte sich 1879 die schutz-
lnerische Gruppe Schauß-Völk ab und darauf im nächsten Jahre die vor-
mlich die Interessen der Bankfinanz, der Schiffsreeder, Exporteure und
oßhändler wahrnehmende „Liberale Vereinigung“ unter Führung der
mberger, Lasker, Forckenbeck und Rickert. Bei der nächsten Reichstagswahl
Jahre 1881 erlangte die nationalliberale Partei nur 47 Mandate.

Mit den Hoffnungen auf einige Ministersessel war es vorbei; zugleich aber
ch, nachdem die ganz und halb freihändlerische Wählerschaft meist ins
ger der Sezessionisten übergesiedelt war, mit der Widerstandskraft gegen
Bismarcksche Wirtschaftspolitik. Durch die 1884 vom allgemeinen national-
eralen Parteitag sanktionierte Heidelberger Erklärung wurde die Bismarcksche
litik, die Polizei- und Sozialpolitik wie die reaktionäre Wirtschafts- und
euerpolitik, gutgeheißen. Als Interpret des neuen nationalliberalen Geistes
ernahm Miquel die Führung.

Seitdem hat die nationalliberale Reichstagsfraktion sich immer mehr zur
rtreterin großindustrieller Interessen entwickelt und bei den letzten Zoll-
mpfen offen die Geschäfte der Großindustriellen geführt. Doch auf die
rderung der großindustriellen Verbände, alle diesen nicht passenden sozial-
litischen Maßnahmen im Reichstag abzulehnen und die Geschäftspolitik der
rtelle jederzeit zu verteidigen, vermag sie sich trotz aller Gefügigkeit gegen
durch klingende Gründe unterstützten Ansprüche dieser Verbände nicht
zulassen. Das verbietet ihr, wenn nicht die politische Selbstachtung, so doch
r Instinkt der Selbsterhaltung. Will die nationalliberale Partei nicht die
hl ihrer Reichstagsmandate auf ein Dutzend reduzieren, dann kann sie das
ht einstellen, was die Großindustriellen im Gefühl ihrer wohlgefüllten Taschen
sittisch das „Buhlen um die Gunst der Masse“ nennen, das heißt die
cksichtnahme auf die Stimmung der kleineren Geschäftsleute, der liberalen
rufe und der landwirtschaftlichen Kreise — der größte Teil der national-
eralen Reichstagsabgeordneten ist in halbländlichen Wahlkreisen gewählt.
steht trotzdem die Großindustrie darauf, einen Bund der Industriellen
ch landbündlerischem Modell zu gründen, um so besser. Der Erfolg wird

nicht nur in einer noch weit ärgeren Korrumpierung des sogenannten g
mäßigten Liberalismus bestehen, sondern es wird auch die Öffentlichke
manches über die Bestechungspolitik großindustrieller Cliquen erfahren, wa
ihr heute verborgen bleibt. Immerhin ein Vorteil.

Der Fall Behrens.

Ein gewerkschaftspolitisches Schulbeispiel.

Von **Otto Hué**.

I.

Die Persönlichkeit ist unbeträchtlich. Der jetzige christlichsoziale Abgeordne
Behrens, Generalsekretär des „Gewerkvereins christlicher Bergleute Deutsch
lands", ist gelernter Gärtner, war früher in Berlin Geschäftsführer de
Gärtnerverbandes und hinterließ die Geschäfte dieser Organisation in erba
mungswürdiger Unordnung. Gerichtlich wurde festgestellt, daß nicht Unredlich
keit, sondern administrative Unfähigkeit des Geschäftsführers Behrens da
Durcheinander in der Verwaltung des Gärtnerverbandes verschuldete. 190
kam Behrens von Berlin nach Essen als Generalsekretär des Bergarbeiter
gewerkvereins, um, wie es hieß, diesem als ingeniöser Lotse zu dienen. A
7. Januar 1908 schrieb die „Kölnische Zeitung", der christliche Gewerkverei
der Bergarbeiter verfüge über keinen einzigen Führer, der in kritischen Zeite
die Massen zu fesseln verstehe, und trete daher gegenüber dem Bergarbeiter
verband in den Hintergrund. Und die „Baugewerkschaft", Organ des Ver
bandes christlicher Bauhandwerker, ein Bruderorgan, schrieb am 26. April 1908
es bestünde in der Leitung des christlichen Bergarbeitergewerkvereins eine Ze
fahrenheit wie nie zuvor. Also mit Herrn Behrens als gewerkschaftlicher
Verwaltungsbeamten wie als überlegenem Führer ist wirklich kein Staat z
machen.

Warum ein solcher Mann, bestenfalls eine gutgedrillte Durchschnittsintelli
genz, dabei als Gärtner der Montanindustrie so fern wie möglich, ausgerechne
zum Generalsekretär eines Bergarbeitergewerkvereins erkoren wurde, darübe
wollen wir, zwar etwas drastisch, aber den Kern treffend, die „Rheinisch
Westfälische Zeitung" vom 26. April 1908 sagen lassen:

„Behrens war ein Bundesgenosse des Zentrums, und nach einem Wort
Treitschkes ist ‚der Bundesgenosse des Zentrums immer der Betrogene'. ... Mi
Hilfe des Zentrums eroberte er sein Reichstagsmandat. Als persona gratissim
derselben Partei wurde er, der von Beruf Gärtner ist, in den christlichen Berg
arbeiterverband hineingeschoben.... Behrens war einer von jenen Renommier
protestanten, die die beherrschende Stellung des Zentrums in den
christlichen Verband maskieren sollen. ..."

Der letzte Satz ist unbedingt richtig. Man denke: ein Gewerkverein de
Bergarbeiter, der auf interkonfessioneller Grundlage erbaut ist, gemäß de
Versicherung seiner Leitung auch zahlreiche evangelische Bergleute zu seinen
Mitgliedern zählt, findet unter diesen Fachmännern keine Intelligenz von de
Bedeutung eines Behrens und holt sich deshalb einen Gärtner aus Berlin
Daß die evangelischen Arbeiter weniger intelligent seien wie die katholischen
kann doch ernsthaft nicht behauptet werden. Sind die dem christlichen Ge

…kverein angeschlossenen evangelischen Bergleute etwa ausnahmsweise geistig …ückgeblieben? Oder findet sich unter ihnen keine intelligente Persönlichkeit, … sich zugleich auch den parteipolitischen Ansprüchen der Zentrumsleute in … Gewerkvereinsleitung anzupassen versteht?

Das letztere ist wohl zutreffend. Behrens gehört der stöckerisch-antisemitisch-…servativen Richtung unter den Evangelischen an. Es bedarf keines Nach-…ses, daß gerade die Stöckerparteiler mit der Zentrumspartei in manchen …itischen Fragen am ehesten übereinstimmen. Von den drei Stöckerparteilern … Reichstag verdanken zwei (Behrens und Dr. Burkhardt) direkt dem Zentrum … Mandate. Behrens, der zweite Vorsitzende der christlichsozialen Partei, …r deshalb der geeignete Mann, als „Renommierprotestant" dem unbestreitbar …rragend von Zentrumsparteilern beeinflußten christlichen Gewerkverein den …terkonfessionellen", „parteipolitisch-neutralen" Einschlag zu verschaffen. Er …rde geholt, trat als „Bergarbeiterführer" auf, wurde von seinen Gewerk-…eins- und seinen engeren Parteifreunden überschwenglich gepriesen wie eine …erhörte gewerkschaftliche Kapazität, nur den Besten aller Zeiten vergleichbar. …äsidiert dem reklameumrauschten „christlichnationalen Arbeiterkongreß", …cht überall auf, wo es die „christlichnationale Arbeiterbewegung" zu re-…äsentieren gilt, spricht nur „mit großem Erfolg", unter „stürmischem Bei-…l", kurzum ein Arbeitervertreter ersten Ranges!

Und dieser Bergarbeitersekretär stimmte im Reichstag für die bösartigsten …ragraphen des Reichsvereinsgesetzes! Stimmte nicht nur gegen die von …igewerkschaftlichen, sondern sogar auch gegen die von gewerkschaftschristlichen …beitervertretern, seinen Gewerkvereinskollegen, unterzeichneten Verbesserungs-…träge!

Nicht etwa hat Herr Behrens nur für den Sprachenparagraphen gestimmt. … muß auch registriert werden, daß er wiederholt mit für den rigorosen …batteschluß stimmte, wenn die Blockparteien an den Anklagereden der Oppo-…on genug hatten. Das ist um so interessanter, weil die Christlichsozialen …ht müde werden, über den „Terrorismus", die „Vergewaltigung der Rede-…iheit" durch — die Sozialdemokraten zu zetern. Der § 1 des Gesetzes schließt … Reichsländer vom Vereinsrecht aus, ein Umstand, der mit verdoppelter …ucht die Bergarbeiter trifft, unter denen sich Zehntausende ausländische …beiter befinden. Der Generalsekretär des christlichen Bergarbeitergewerk-…eins, Herr Abgeordneter Behrens, stimmte gegen die den Gewerkschaften …nstigen sozialdemokratischen und zentrümlichen Verbesserungsanträge und …b dem § 1 in der Fassung der Blockparteien seine Zustimmung. Ein An-…ag Trimborn und Genossen, der dem § 3a[1] eine Fassung geben wollte, die … Gewerkschaften nicht als „politische" Vereine rubrizierte, wurde auch von …hrens abgelehnt! Zu dem Antrag, einen § 4c einzufügen, der den Bundes-…aaten mit einem freieren Vereins- und Versammlungsgesetz dieses sichern …llte, enthielt sich Behrens der Abstimmung, obgleich dieser Antrag wenigstens …n Arbeiterverbänden in Süddeutschland vor den schlechteren Bestimmungen …s jetzigen Reichsvereinsgesetzes Schutz gewähren wollte. Ferner enthielt sich …err Behrens des Votums, als zum § 10 ein Zentrumsantrag zur Abstim-…ung kam, der die Gewerkschaften nicht der Fessel des Jugendlichen-Paragraphen

[1] Ich halte mich wegen der besseren Nachkontrolle der stenographischen Berichte an die …aragraphierung der Kommissionsbeschlüsse.

unterwerfen wollte. Als darauf abgestimmt wurde über den Paragraph selbst, da stimmte Herr Behrens — dagegen, mit uns! Er lehnte einen Verbesserungsantrag ab, aber auch den eigentlichen Paragraphen!

Es muß allerdings gesagt werden, daß die Abstimmung über den § 1 am Montag den 6. April stattfand, während schon am Sonnabend den 4. April Herr Behrens für den Sprachenparagraphen 7 in der entscheidenden zweiten Lesung gestimmt hatte! Was innerhalb dieser zwei Tage mit dem Bergarbeitersekretär Behrens vor sich gegangen ist, kann man nur vermuten. Frappant ist jedenfalls, daß er noch am 4. April für den bösartigsten Paragraphen des ganzen Gesetzes stimmte, sich schon am 6. April gegenüber mindergefährlicheren Paragraphen enthaltend oder ablehnend verhielt. Am 5. April rühmte sich Herr Behrens in einer evangelischen Vereinsversammlung in Essen, positiv „nationale“ Politik mit der Zustimmung zum Sprachenparagraphen geübt zu haben, er gehöre nicht zu den „antinationalen“ Oppositionsleuten — womit er diesmal Sozialdemokraten, Zentrum und Polen meinte; und in der dritten Lesung, am 8. April, stimmte derselbe Herr Abgeordnete Behrens sogar für den sozialdemokratischen Antrag, der den Sprachenparagraphen ganz gestrichen wissen, und ferner für einen Zentrumsantrag, der die Gewerkschaften als nicht unter diesen Paragraphen fallend erklären wollte! Innerhalb dreier Tage erschien Herrn Behrens seine „nationale“ Politik schon „antinational“. Aber als dann die Schlußabstimmung über das ganze Gesetz kam, enthielt er sich wieder der Abstimmung! Also ein fortwährendes Schwanken, keine Spur von Grundsätzen. Heftig angegriffen von seinen Gewerkvereinskollegen wegen seiner Zustimmung zu den bösartigen ausnahmegesetzlichen Bestimmungen, verteidigt sich Herr Behrens mit der Erklärung, das Gesetz bringe so „viele Fortschritte“, daß deswegen die Schäden mit in den Kauf genommen werden müßten. Zudem habe auf sein (Behrens) Drängen hin der Staatssekretär die bekannte Erklärung abgegeben, wonach die Gewerkschaftsversammlungen nicht von dem Sprachenparagraphen getroffen werden sollten. Das hätte auch dem „Gewerkschaftler“ Behrens die Zustimmung zu dem Sprachenparagraphen ermöglicht. Wenn dem so ist, dann hätte Behrens doch in der Schlußabstimmung das Gesetz annehmen müssen! Tatsächlich hat er in ein und derselben Frage mit Ja, Nein und Enthalten gestimmt! Er demonstrierte so die schwankungsreiche „christlichnationale Gewerkvereinspolitik“.

Der „Gesamtausschuß christlicher Gewerkschaften Deutschlands“, dessen zweiter Vorsitzender Behrens ist, petitioniert an den Reichstag um eine freiheitliche Verbesserung der Regierungsvorlage zum Reichsvereinsgesetz. In der zweiten (entscheidenden) Lesung stimmt Behrens gegen die den Wünschen der gewerkvereinschristlichen Petenten entsprechenden sozialdemokratischen und zentrümlichen Verbesserungsanträge oder enthält sich des Votums. Dennoch spricht ihm hinterher der „Gesamtausschuß“ das „Vertrauen“ aus, das „Beste für die Gewerkschaftsbewegung“ gewollt zu haben!

Keine Berufsgruppe besitzt so viele ausländische und fremdsprachige Angehörige wie die der Bergarbeiter; allein im Ruhrgebiet beläuft sich ihre Zahl auf über 100000. Es ist eine der schwierigsten und bedeutungsvollsten Aufgaben der Bergarbeiterverbände, gerade die von den Werksagenten herangelockten Ausländer und Fremdsprachigen zu gewinnen. Das weiß Herr Behrens besser wie irgend ein anderer Abgeordneter, der für die §§ 1 und 7 gestimmt hat. Trotzdem gab Behrens den Paragraphen in der entscheidenden zweiten

...ung seine Zustimmung. Dazu schrieb das Organ des christlichen Bergarbeiter-...werkvereins, der „Bergknappe“ am 18. April: Der Generalsekretär Behrens ...e sich in Widerspruch zu seinen gewerkschaftlichen Pflichten gesetzt, ...hätte Rücksicht auf die Gewerkschaftsbewegung nehmen müssen, deswegen ...n die Mitglieder empört:

„Unsere Mitglieder können nicht dulden, daß Beamte, die von ihnen angestellt ..., damit sie in der Bewegung für ihre Interessen eintreten, außerhalb der ...werkschaften auf politischem Gebiete mit an dem Strick drehen, an ...n man unsere Bewegung aufhängen kann.“

Das ist ein Satz, dem jeder Gewerkschaftler zustimmen muß! Auch die ...ibelste gewerkschaftliche Neutralität muß doch darauf drängen, daß Gewerk-...ftsmitglieder sich im Gewerkschaftssinne verhalten, wenn sie als Partei-...tiker zu Entscheidungen über Gesetze aufgerufen werden. Stets und ...ndig muß sich der Gewerkschaftler auch im Parlament seiner ...werkschaftspflicht bewußt sein, sie erfüllen. Wenn ihm das im ...hmen der Partei, der er angehört, nicht möglich ist, dann be-...ist dies nur, daß die Interessen dieser Partei sich nicht mit denen ... Gewerkschaften respektive der Arbeiter decken!

Trotz der entschiedenen Abschüttelung des „Gewerkschaftsvertreters“ Behrens ...ch den „Bergknappen“ hat am 25. April der Vorstand des christlichen Berg-...eitergewerkvereins seinen Generalsekretär Behrens der weiteren Anstellung ... würdig erachtet!

II.

Will man den „Fall Behrens“ und die sich hieran schließenden, total wider-...chenden gewerkvereinschristlichen Äußerungen sachlich würdigen, dann muß ...n sich die glatte Unmöglichkeit der von dieser Gewerkschaftsgruppe propa-...ten „parteipolitischen Neutralität“ vorstellen.

Ursprünglich als eine „harmoniedußelige“ Arbeiterorganisation gedacht, sind ... christlichen Gewerkvereine bald mehr nach links gerückt. Sie standen 1900 ...Begriff, sich unabhängig von der Parteipolitik ihrer bürgerlichen Inspira-...n zu machen. („Die Sozialdemokraten soll bekämpfen, wer sie gezüchtet ....“) Das veranlaßte die bekannten Kundgebungen der katholischen Kirchen-...ten (Fuldaer Pastorale usw.) gegen die auf dem Frankfurter Kongreß von ...sberts und Genossen entwickelten Neutralitätsgedanken. Von da an ver-...rfte sich wieder der Ton der Gewerkvereinsorgane gegen die Sozialdemo-...tie. Nur gegen sie dürfe keine parteipolitische Neutralität geübt werden. ...mit war gerade die in Arbeiterfragen unbedingt zuverlässige politische Partei ...emt. Das trat auffallend bei den letzten Reichstagswahlen in Erscheinung, ... gewerkvereinschristliche Agitatoren für Zentrum, Nationalliberale, Anti-...iten und Konservative gegen sozialdemokratische Arbeiterkandidaten auftraten. ... Gewerkvereinspresse hat über den Mandatsverlust der Sozialisten gejubelt, ... sei nun die „Bahn frei für fortschrittliche Arbeiterpolitik“. Die antisozia-...sche Wahlpropaganda war nicht spontan entstanden, sondern längst vorher ...lussicht genommen. Am 6. Oktober 1906 wurde auf der Landeskonferenz ... sächsischen Konservativen mitgeteilt, die christlichen Gewerkvereins-...treter hätten den Konservativen Hilfe bei den kommenden Wahlen an-...oten! Also selbst den verbissensten Gegner einer fortschrittlichen Arbeiter-...itik halten die Gewerkvereinler der Wahlunterstützung für würdig! Im ...arrevier agitierten evangelische Gewerkvereinssekretäre für die Reichstags-

kandidaten der saarabischen Scharfmacher gegen Zentrum und Sozialdemokrati
Im Ruhrrevier bemühten sich katholische und evangelische Gewerkverein
vertreter, statt eines sozialdemokratischen Arbeitervertreters einen Kandidat
der nationalliberalen Zechen- und Hüttenpartei in den Reichstag zu bringe
Wo es sich so traf, da traten die katholischen Gewerkvereinsangestellten (etw
4/5 aller Angestellten) gegen Nationalliberale und Freisinnige für die Zentrum
kandidaten ein, versichernd, das Zentrum sei die gewerkvereinsfreundlichs
Partei, während im selben Kreise evangelische Gewerkvereinler das Zentru
als eine „antinationale" Partei mit Kulturkampfphrasen berannten. Was da
für eine „taktische" Verwirrung im „christlichnationalen Gewerkvereinslage
hervorrufen mußte, ist leicht zu begreifen. Um den respektiven bürgerliche
Parteien zu dienen, mußten sich die Gewerkvereinsagitatoren in der Wahlze
gegenseitig die arbeiterfreundliche, nationale Gesinnung bestreiten.

Nach der phantastischen „gewerkschaftsneutralen" Auffassung der Gewer
vereinsagitatoren ist man „parteipolitisch neutral als Gewerkschaftler", wen
man allen politischen Parteien, nur nicht der Sozialdemokratie, Wahlhil
angedeihen läßt. Was auch die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeite
interessen sündigten, was auch für Gegensätze zwischen den bürgerlich-parte
politischen Interessengruppen bestehen, die Gewerkvereinsagitatoren versicher
jeder bürgerlichen Partei könnten sich Gewerkschaftsvertreter unbeschadet ihr
Pflichten als Gewerkschaftler anschließen.

Diese völlige Verkennung der parteipolitischen Kämpfe als Streitigkeite
zwischen Interessenvertretungen mußte den Zustand der Zerfahrenheit im g
werkvereinschristlichen Lager zeitigen, dem der „Fall Behrens" entsprossen is
Man höre nur, wie sich in jenen Köpfen die „Gewerkschaftsneutralität" mal

> „Die durch die Stellungnahme des Abgeordneten Behrens zum Vereinsgese
> aktuell gewordene Frage: „Ist ein aus den Gewerkschaftskreisen hervorgegangen
> Abgeordneter für sein Verhalten in den Parlamenten den Gewerkschaften veran
> wortlich? ist für alle Zukunft eine Prinzipienfrage. Will man an dem Grund
> satz der politischen Neutralität festhalten, so müssen wir diese Frag
> auf alle Fälle verneinen!"

Diese Sätze finden sich in der Herrn Behrens nahestehenden „Westdeutsche
Zeitung" vom 24. April 1908. Und im „Reich" schrieb, nachdem Herr Behren
sein Vertrauensvotum erhalten, der Herr Lizenziat Mumm:

> „Die verfassungsmäßige Freiheit der Abgeordneten bei ihrer Ab
> stimmung muß von jedermann, auch von den Gewerkschaften geachtet werde
> Die politische Neutralität schließt nicht aus, daß man über die Grundfragen de
> Arbeiterbewegung Beschlüsse faßt, die Abstimmung im Reichstag aber, be
> der taktische sowie parteipolitische Fragen mitsprechen, muß frei sein."

Damit wäre allerdings dem gewerkschaftlich organisierten Parlamentsmitglie
der vollkommenste Freibrief ausgestellt. Was dieser Abgeordnete in seine
Weisheit für gut befände, dürfte er tun, ohne von seiner Gewerkschaft zu
Rechenschaft gezogen zu werden, seien es auch die gewerkschaftsfeindlichste
Handlungen. Wenn ein Gewerkschaftsangestellter sich als Parteimann de
schlimmsten Scharfmacherfraktion angliedert, mit ihr Zuchthausgesetze gege
die Gewerkschaften beschließt, so könnte ihn nach der Ansicht der gewerkschaft
lichen Neutralitätspolitiker à la Mumm die Gewerkschaft deswegen nicht zu
Rechenschaft ziehen. Die faktische Unmöglichkeit einer solchen „Neutralität
liegt auf der flachen Hand. Was man sich superklug vermißt, den Arbeiter

„strenge parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften“ aufzureden, läuft
f nichts anderes hinaus, als auf die Duldung auch einer Strangulierung
Gewerkschaften durch „Gewerkschaftsvertreter“. Wer eine solche „Neutralität“
möglich hält, steht dem Arbeiterempfinden weltfremd gegenüber. Freilich
t der „christliche Gesamtausschuß“ sein Mitglied Behrens verteidigt, indessen
das „Vertrauensvotum“ eine Zwangsgeburt der gewagtesten Art. Wenn
ch seine Ausschuß- und Vorstandskollegen Herrn Behrens nicht fallen ließen,
s Votum würde ganz anders lauten, wenn man die im Industriejoch
chenden Mitglieder des Gewerkvereins christlicher Bergleute zur Urabstimmung
er Behrens aufriefe. Daß die Beteiligten dies wissen, ist aus der „West-
tschen Arbeiterzeitung“ (M.-Gladbach) zu entnehmen, die in ihrer Nummer
m 2. Mai 1908 dem Falle Behrens die genießbarste Seite abzugewinnen
chtet, jedoch zu dem Schlusse kommt:

„Ein Fall Behrens ist nur einmal möglich. Dem Vorhaben der Leitung des
samtverbandes der christlichen Gewerkschaften zufolge wird auch dafür Fürsorge
groffen werden, daß der erste derartige Fall auch der letzte gewesen ist.“

Soll das „Vorhaben“ ausgeführt werden, dann würde dies eine totale
wenkung der christlichen Gewerkvereinspolitik gegenüber den politischen
rteien bedeuten! Wie stünde es dann aber mit der von den antizentrüm-
en Gewerkvereinsstrategen gestellten „Prinzipienfrage“? Sie ist nicht ohne
und so gestellt, sondern kann in sehr reale Beziehungen zu früheren Vor-
mnissen in der Gewerkvereinsbewegung gebracht werden. Tatsächlich ist
der Fall Behrens nicht der erste seiner Art. Er hatte Vorgänger, die nicht
iger gegen die Arbeiterinteressen gerichtet waren, nur nicht in so prononzierter
m sich dem öffentlichen Urteil aufdrängten wie der Fall Behrens, weil sich
auch die Zentrumspresse zur Charakterisierung der Blockpolitik herausgriff.
Wie haben sich denn zur Zeit der Zolltarifdebatten die Zentrums-
verkvereinsführer benommen? Zuerst sind die meisten, Giesberts,
ust und Schiffer voran, innerhalb der Gewerkvereine für die agrarische
ensmittelzollpolitik tätig gewesen; haben sodann, als ihnen aus den
nen Reihen heftige Opposition (Wieber usw.) erwuchs, die Zollfragen
zerhand zu einer — „ungewerkschaftlichen Angelegenheit“ erklärt. Es wurde
en Gewerkvereinsversammlungen die Zollfrage verpönt, womit den Agrariern
nigstens passive Unterstützung zuteil wurde. Alle Widersprüche auch aus
nen Reihen gegen die arbeiterschädigenden Folgen der agrarischen Politik
en die Zentrumsgewerkvereinsführer mit Redensarten beantwortet, die in
konservativ-klerikal-agrarischen Zöllneragitation gebräuchlich sind. Heute
ssen auch die Gewerkvereinsorgane eine Nahrungsmittelverteuerung durch
Zölle und Grenzsperren zugeben. Die Gewerkschaftsmitglieder sind um
alle Früchte ihrer erfolgreichen Lohnbewegungen gebracht. Die betreffen-
Zentrumsgewerkvereinsführer haben während der Zolltarifkampagne „als
itiker“ anders gehandelt, wie sie „als Gewerkschaftler“ hätten handeln
ssen. Genau wie die Behrensparteiler jetzt sagen, die Gewerkschaft dürfe
n Vertreter für seine parteipolitischen Handlungen nicht zur Rechenschaft
en, so haben vor sechs Jahren die Giesberts, Brust, Schiffer usw. sich
egen verwahrt, für ihre von einer großen Zahl ihrer Organisationskollegen
rteilten argrarischen Zollpropaganda der Gewerkschaft Rechenschaft ablegen
müssen.

Gleichfalls in der Berggesetzangelegenheit hat der Fall Behrens Vorgänge gehabt. Die Zentrumspartei versicherte nach dem großen Bergarbeiterstreik 1905 heilig und teuer, die Bergarbeiterforderungen kräftig im Parlament vertreten zu wollen, zum mindesten die Regierungsvorlage zu akzeptieren, nicht weniger. Um so größer war die Überraschung der zentrumstreuen Bergarbeiter, als die Landtagsfraktion des Zentrums doch das total verhunzte konservativ-nationalliberale Kompromißprodukt einstimmig annahm!! „Steine statt Brot!“ seien dadurch den Bergarbeitern gegeben, schrieb damals der „Christliche Bergknappe“. Er bat das Herrenhaus, das verhunzte Gesetz abzulehnen, weil andernfalls auf viele Jahre hinaus der Weg zu einem Reichsberggesetz versperrt sei. Das Herrenhaus nahm selbstredend das schlechte Gesetz an — und schon wenige Wochen später, anläßlich der Essener Reichstagsersatzwahl, agitierten die betreffenden Gewerkvereinsführer nicht nur stramm für die Zentrumspartei, sondern bemühten sich, die Berggesetznovelle mit ziemlich denselben Redensarten zu beschönigen, die einige Zeit vorher von denselben Leuten als Verlegenheitsausreden zurückgewiesen worden waren!

Mit der zweiten Berggesetznovelle (1906), das Knappschaftswesen betreffend, hängt ein Vorgang zusammen, der allein schon begreiflich macht, warum die dem Zentrum angehörenden Gewerkvereinsführer den Herrn Behrens nicht in die Wüste schickten. Auch das Knappschaftsgesetz ist vom preußischen Dreiklassenparlament verschandelt worden. Die Bergarbeiter aller Richtungen forderten dringend Ablehnung des verhunzten Gesetzes. Der christliche Gewerkvereinsvorstand beschloß schließlich, allen arbeiterfreundlichen Landtagsabgeordneten die Ablehnung des Gesetzes zu empfehlen, wenn darin nicht mindestens das geheime Ältestenwahlrecht und das aktive und passive Wahlrecht der invaliden Mitglieder vorgeschrieben würde. Eigens wurde eine aus den Gewerkvereinsmitgliedern Effert, Imbusch, Inkmann und Berger bestehende Deputation nach Berlin entsandt, um im Sinne des Gewerkvereinsvorstandsbeschlusses zu wirken. Wir haben nicht anders gewußt, als daß die Deputation in Berlin den Gewerkschaftsbeschluß konsequent vertreten, das heißt zur Ablehnung des Gesetzes geraten habe. Es ist bekanntlich angenommen worden, auch wieder einstimmig von der Zentrumsfraktion! Hernach wurden Protestresolutionen von Bergarbeiterversammlungen, auch solche des christlichen Gewerkvereins, beschlossen. Öffentlich und privatim sagte man uns, die Gewerkvereinsdeputation (sie bestand nur aus Zentrumsanhängern!) habe der Zentrumsfraktion die Gesetzesablehnung empfohlen. Mit einem Male ist das Gegenteil behauptet worden von einem Manne, der, wenn er auch nicht selbst im Landtag dabei war, durch seine genau unterrichteten Fraktionskollegen doch erfuhr, was sich seinerzeit zugetragen hat. Anläßlich der am 16., 17. und 18. Januar 1908 stattgefundenen Reichstagsdebatte über die Knappschaftskassenreform hielten wir dem Zentrum vor, es habe im preußischen Landtag gegen den Willen auch der ihm anhängenden Bergleute das Gesetz akzeptiert. Darauf erklärte der Abgeordnete Giesberts zweimal, die Gewerkvereinsdeputation habe der Zentrumsfraktion doch geraten, das Gesetz anzunehmen! Als diese Enthüllung begreiflicherweise wie ein Donnerschlag im Grubenverein einschlug und die bis dahin anders berichteten Bergarbeiter Rechenschaft forderten, hat der Abgeordnete Giesberts in einer Zentrumsparteiversammlung in Barbeck am 23. Februar eine Rede gehalten, die er und seine Freunde wohl als eine Zurücknahme

einer Behauptung im Reichstag gedeutet wissen wollen; aber obgleich min-
)estens zweimal im Reichstag selbst Giesberts die Gelegenheit hatte, dort,
vo er seine Behauptung vorbrachte, sie auch zurückzunehmen, hütete er sich,
uf die freilich sehr heikle Sache zurückzukommen! Das Deputationsmitglied
Imbusch hat begreiflicherweise erklärt, die Zentrumspartei habe sich „den
Dank der Bergleute erworben" mit der Annahme des Gesetzes — dessen Ab-
ehnung der Gewerkvereinsvorstand forderte im Arbeiterinteresse —, was be-
eugt, daß Imbusch parteipolitisch verteidigt, was er als Gewerkschaftler zur
Ablehnung empfohlen haben will. In klassischer Form hat der Deputations-
ührer Effert den Schlüssel zur Lösung des „Rätsels" gegeben, indem dieser
Gewerkvereinssekretär in einer Versammlung in Bochum am 9. Februar 1908
agte: als Politiker habe er die Haltung des Zentrums (Annahme
des verhunzten Knappschaftsgesetzes) begründet gefunden, als Gewerk-
schaftler habe er das Gesetz abgelehnt!!! Das ist ganz der „Fall" des
Herrn Behrens!

Damit war natürlich von vornherein die „gewerkschaftsneutrale" Recht-
fertigung des Falles Behrens gegeben, der sich knapp zwei Monate später
ereignete. Darum haben denn auch die Behrensblätter unverblümt gedroht,
ie würden, wenn Behrens „fliege", der Öffentlichkeit unterbreiten, was für
Sachen sich im Zentrumslager anläßlich der Beratung der Berggesetz-
novellen ereigneten! Der „Evangelische Arbeiterbote" vom 23. April 1908
schreibt: Damals habe die Zentrumspresse „Vernunftgründe zur Stelle" gehabt,
um die Annahme der Knappschaftsnovelle zu rechtfertigen, „obgleich durch
dieses Gesetz Tausende von Bergarbeiter entrechtet wurden". Jetzt
wolle man über Behrens richten, der „eine praktische erfolgreiche Arbeiter-
politik getrieben, wie in früheren Jahren das Zentrum!" Durch
die Drohung, die Zentrumssünden gegen die Arbeiter aufzudecken, wurde die
Zentrumspresse zurückgescheucht — und die Zentrumsgewerkvereinsführer,
denen die angerühmten Zentrumssünden nicht nur bekannt sind, sondern zum
Teil mit zur Last fallen, weil die betreffenden Gewerkvereinsführer stets leb-
haft die Zentrumspolitik verteidigt beziehungsweise beschönigt haben, sie sehen
sich genötigt, Herrn Behrens zu exkulpieren. Entweder — oder! Was den
Zentrumsparteigängern im christlichen Gewerkverein gestattet worden war,
das durfte man nun Herrn Behrens nicht als unverzeihlich ankreiden, wenn
man die „Neutralität" wahren wollte, das heißt eine „Neutralität", die dem
Gewerkvereinsvertreter erlaubt, je nach dem parteipolitischen Hausbedarf mit
den Gewerkschaftsgegnern und sozialpolitischen Rückschrittlern zu paktieren.

Unlängst hat der Generalsekretär Behrens vom christlichen Bergarbeiter-
gewerkverein ausgerechnet den nationalliberalen Zechen- und Hüttenbesitzern
ein Ruhrgebietsmandat für den Reichstag angeboten! Das Organ des
Bergarbeitergewerkvereins dagegen erklärte wiederholt, dem „konservativen
Klüngel" und „nationalliberalen Scharfmachern" hätten die Bergarbeiter die
totale Verhunzung der Berggesetze zu verdanken. Für die bevorstehenden
preußischen Landtagswahlen fordert der „Bergknappe" die Aufstellung
von bergbaukundigen Arbeiterkandidaten, eventuell müßten sich die Berg-
arbeiter Anerkennung ihrer Kandidaten „erzwingen"! Zur selben Zeit prokla-
mieren die Stöckerparteiler im Ruhrgebiet unter Führung des Abgeordneten
und Bergarbeitersekretärs Behrens für die Landtagswahl einesteils Stimm-
enthaltung (indirekte Unterstützung der nationalliberalen Werksbesitzerkandi-

daten), andernteils treten sie für die Kandidatur eines Associés des bekannte Grubenmagnaten Stinnes, des Bergwerksbesitzers Kommerzienrat Küchen ein! Die „gewerkschaftliche Neutralität" soll sich also mit der direkten und in direkten Unterstützung von Kandidaten vertragen, die ihrer sozialen Stellun entsprechend zu den hartnäckigsten Gegnern der Arbeiterforderungen gehören Obendrein haben die Nationalliberalen im Ruhrgebiet in brüsker Weise der um Berücksichtigung bittenden evangelischen Arbeiter- und Gewerkvereinler erklärt, eine Arbeiterkandidatur zum Landtag könne nicht genehmigt werden weil — kein evangelischer Arbeiter vorhanden sei, der den nationalliberale Parteiansprüchen entspräche! Das heißt doch, ein intelligenter Arbeiter kan kein nationalliberaler Parteigänger sein. Demzufolge muß sich erst recht ei Gewerkschaftsvertreter der nationalliberalen Partei gegenüber streng ablehnend verhalten. Wir wissen, daß trotzdem „christlichnationale" Gewerkvereins agitatoren von wegen der „parteipolitischen Neutralität" den nationalliberale Scharfmacherkandidaten Wahlhilfe leisten, lieber ihnen als zuverlässige Arbeitervertretern zum Parlamentsmandat verhelfen.

Die Zentrumspartei besaß im engeren Ruhrgebiet kein Landtags mandat, alle befanden sich im nationalliberalen Besitz. Nur im noch star ländlichen Kreise Recklinghausen gehörten beide Mandate dem Zentrum. Dor hat es entgegen dem Willen der gewerkvereinschristlichen Bergarbeiterführe auch wieder Herrn Brust aufgestellt, dem der „Bergknappe" das Zeugni ausstellt, arbeiterschädigender gehandelt zu haben wie ein Zechenvertreter Auch die Zentrumspartei brüskiert die ihr noch anhängenden Arbeiter. Sowei uns bekannt, ist bisher vom Zentrum noch in keinem ihm sicheren rheinisch westfälischen Landtagskreis ein organisierter Bergarbeiter aufgestellt worden ausgenommen Aachen, wo der Bergarbeitersekretär Imbusch kandidiert. Wen das Zentrum wollte, könnte es seinen Anhängern unter den Bergarbeitern ein Anzahl Landtagsmandate sicher verschaffen. Wieder stellt es sich heraus, da die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme von den Arbeitern Wahlhilfe oh Anerkennung der Arbeiterforderungen heischen und sich die christlich organi sierten Industriearbeiter nur als Wählertruppen gefallen lassen. Ihnen wir „gewerkschaftspolitische Neutralität" bis zur Selbstentmannung zugemutet. Si sollen ruhig zusehen, wie sich ihre Angestellten als Parteipolitiker mit Gewerk schaftsfeinden und Gegnern des Reichstagswahlrechtes zusammentun, sie solle nicht einmal das Recht haben, diese Leute zur Rechenschaft zu ziehen, vo wegen der „gewerkschaftlichen Neutralität". Wohin das schon führte, dafü ist der Fall Behrens ein lehrreiches Schulbeispiel. Er muß sich wiederholen wenn der Boden bleibt, auf dem er gedieh. Soll er sich nicht wiederholen dann bedarf es eines radikalen Bruches mit derjenigen „neutralen Taktik" die den „christlichnationalen" Arbeitern glauben machen will, ausgerechne die Sozialdemokratie sei „arbeiterfeindlich", dürfe nicht unterstützt werden.

Wir Gewerkschaftler in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind nich einen Augenblick in Gewissenskonflikte über unsere Stellung gegenüber den Reichsvereinsgesetz und anderen arbeiterpolitischen Vorlagen gekommen. Unse gewerkschaftlichen Ansichten deckten sich stets mit unseren partei politischen Anschauungen! Sonnenklar hat sich gezeigt, daß, wenn ei gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter nicht in Widerspruch mit sich un seiner Gewerkschaftspflicht kommen will, er sich nur in der sozialdemokra tischen Partei betätigen kann! Die Gewerkschaftsneutralität ist von un

e anders aufgefaßt worden, als daß wir den Organisationsmitgliedern kein
rteipolitisches oder religiöses Bekenntnis aufzuzwingen, aber sie auf die
rteipolitischen Kämpfe hinzuweisen haben, sie zur parteipolitischen Tätigkeit
ßerhalb der Gewerkschaft auffordern müssen, wobei es den Parteiorganen
erlassen bleiben muß, zu tun, was zur Gewinnung und Festhaltung von
nhängern getan werden muß. Zuversichtlicher wie je zuvor dürfen wir heute
gen: jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird dann erkennen müssen,
ß er lediglich in der Sozialdemokratie seine politische Vertretung besitzt. Der
nze „Fall Behrens" und seine Vorgänger sind ja nur aus der Unmöglichkeit
tstanden, im Schoße der Parteien, die auf bürgerlich-kapitalistische Interessen
rpflichtet sind, konsequente Arbeiterinteressenpolitik treiben zu können. Besten-
lls kommt nur ein Kompromisseln heraus, bei dem die Arbeiter stets mehr
er weniger die Geprellten sind.

Es liegen zahlreiche Beweise dafür vor, daß der Druck der Mitgliedermassen
e Gewerkvereinsführung nach links drängt, während diese sich parteipolitisch
ch rechts verpflichtet haben. Wenn man hört, daß in christlichen Gewerk-
reinsversammlungen gesagt wird, die „Sozialdemokraten fordern noch viel
wenig", in christlichen Gewerkvereinszeitungen Auslassungen liest, die folge-
htig auf die Befürwortung einer selbständigen Arbeiterpartei hinaus-
ufen, dann weiß man, wo das Schiff schließlich landen wird, mögen die
teuermänner wollen oder nicht. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen
egensätze insbesondere in der Großindustrie radikalisiert auch
e „christlichnationalen" Arbeiter! Das wird auch eine noch so geschickt
vierende Führung nicht verhindern.

Wohin das Schiff treibt? Am 6. April dieses Jahres gestand der Zentrums-
geordnete und Gewerkvereinsführer Giesberts im Reichstag ein, wenn
tt der 43 noch die 79 sozialdemokratischen Abgeordneten im Hause säßen,
würde kein Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung
stande kommen! Das heißt, je stärker die sozialdemokratische Vertretung in
n Parlamenten, um so besser für die Gewerkschaften. In diesem Sinne
steht allerdings das Wort Bömelburgs zu Recht: „Sozialdemo-
atie und Gewerkschaften sind eins!" Heute mehr wie zur Zeit, als das
ort geprägt wurde. Der „christlichnationale" Gewerkvereinsführer Giesberts
t direkt, der Fall Behrens hat indirekt Zeugnis dafür abgelegt.

Klerikale Zweiseelentheorie.

Von **H. Laufenberg** (Hamburg).

Die dualistische Weltanschauung des Klerikalismus verläuft auf politischem
ebiet in einen Dualismus der Moral, der das sittliche Empfinden des
odernen Menschen durchweg recht unsympathisch berührt. Von der Ver-
ngenheit ganz zu geschweigen: nach wie vor verwertet die klerikale Agitation
e Lehren und Voraussetzungen des Modernismus und nicht minder ihre
erurteilung durch den Papst, nach wie vor preist sich das Zentrum als einen
ort des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes und geht
gleich daran, die Macht der Konservativen im preußischen Landtag, der
immigsten Gegner des Reichstagswahlrechtes, zu stärken. Würde eine sozia-

listische Fraktion sich ähnlicher reaktionärer Winkelzüge schuldig machen,
fegte sie der spontane Protest aus der Masse der Partei von der Bildfläch
Das klerikale Gefolge hingegen, selbst die christliche Arbeiterschaft, nimmt je
Taktik widerspruchslos, gewissermassen als etwas Selbstverständliches hin. A
gesichts solcher Erscheinungen ist es nun mit einer wenn auch noch so b
rechtigten moralischen Verurteilung und dem meist übel angebrachten Hinwe
auf die Stupidität der christlichen Arbeiter nicht getan. Dinge, die offenb
in der dualistischen Natur der gegnerischen Ideologie wurzeln, wollen v
allem erklärt sein. In der Tat ist erst aus dem geschichtlichen Wesen d
Dogmatismus die Zwiespältigkeit des Klerikalismus und die doppelzüngi
Taktik des Zentrums voll zu verstehen.

Das Christentum kam als proletarische Klassenbewegung in die Welt. Ei
ausgesprochene Bettlerphilosophie, fußte es auf dem Kommunismus des G
brauchs. Durch Sammlung von Almosen und die Gewinnung reicher Mi
glieder, die ihr Vermögen in die gemeinsame Kasse schossen, sollte für d
Kreis seiner Anhänger die soziale Frage gelöst werden. Zunächst auf d
jüdische Gesellschaft berechnet, erforderte bei der geringen Zahl von Reiche
die sich ihm anschlossen, die Speisung aus dem Bettel ein immer größer
Wirkungsfeld. Hatte die junge Bewegung die chiliastischen Strömungen d
Zeit energischer als eine der vielen anderen Sekten aufgegriffen, die Tha
maturgie entschiedener in ihren Dienst gestellt, so ward der Chiliasmus hi
wiederum ein mächtiger Hebel, die nationale Beschränkung zu durchbreche
die Bewegung auf universale Basis zu stellen. Je weiter jedoch der Rahme
um so unzulänglicher das Prinzip des Bettels, des Almosens. Da erfuhr d
Christentum durch die Mission des Paulus jene Modifikation, die es z
Weltreligion befähigte. Paulus behielt Chiliasmus und Bettel bei; ab
daneben betonte er scharf die Notwendigkeit des Erwerbes durch eigene Arbe
Damit schuf er eigentlich erst die materielle Basis einer dauerhaften Orga
sation, so erst konnten in Anlehnung an die Eranen und Thiasen — Ve
einigungen von Sklaven und verarmten Freien zu gegenseitiger Unterstützu
und Erholung — die einzelnen Gemeinden als geschlossene Korporation
hingestellt und durch die Einführung ihrer gegenseitigen Unterstützungspfli
in organische Verbindung miteinander gebracht werden. Die Gemeinschaft d
Heiligen als ein lebendiger Organismus der Bruderliebe und der Arbeit: d
ist der Grundton, welcher das Wirken des Paulus durchzieht. Zuerst floß d
ganze Arbeitsertrag in die Kasse der Gemeinschaft. Später ward, was üb
die Notdurft der eigenen Person und ihrer Angehörigen hinausging, der G
samtheit zur Verfügung gestellt. Als dann bei sinkender Bevölkerungsziff
mit dem Verfall der Latifundien- und Sklavenwirtschaft auch die Großbetrieb
form hinschwand und zumal in den Städten das freie Handwerk wieder
Bedeutung gewann, ward die christliche Gemeinschaft aus einer täglich
Funktion tretenden Wirtschafterin eine in kurzen, dann längeren Period
wirkende Armenanstalt, die Vermögen erwarb. Damit war die Möglichk
gegeben, daß der Verwaltungsstab, die Hierarchie, sich über die Gemein
erhob, sich zur tatsächlichen und formell rechtlichen Besitzerin am Gemei
schaftsgut emporschwang, eine Entwicklung, die mit der bekannten Vierteilu
des Kirchenvermögens im Zeitalter Konstantins bereits vollendet erscheint u
zum Anschluß der Geistlichkeit an die weltlichen Machthaber wie an die b
sitzenden Klassen führte.

Seinen Gehalt an Zeremonien schöpfte das Urchristentum aus den heid-
ischen Kulten, die so wenig untergingen, daß ihre bedeutendsten, wenn auch
ı veränderter Prägung, bis auf die Gegenwart fortleben. Und wie es die
eidnischen Kulte vertiefte und veredelte, so schuf es in dem Grundsatz des
idenden Gehorsams und des passiven Widerstandes für seine Zeit den Aus-
ruck der inneren, der Willensfreiheit aller Menschen. Den Inbegriff seiner
Noral aber faßte es in das Prinzip des bedingungslosen Existenzrechtes, das
urch die Gleichheit in der Gemeinschaft der Heiligen, die Bruderliebe und
raktischen Kommunismus gewährleistet werden sollte. Zunächst diente die
em Presbyter übertragene Stellung der Verwirklichung dieses Zieles. Als
och die Hierarchie mit wachsendem Vermögen steigende Verfügungsgewalt
ber das Gemeinschaftsgut erlangte, verwandelte sich ihre Hirtenrolle in wirt-
haftliche Superiorität, ward aus dem bestellten Diener der Korporation der
Herr einer in Besitzrecht stehenden Anstalt. Damit drängte sich neben die
rsprüngliche proletarische Gedankenreihe, die auf Willensfreiheit und kom-
nunistischem Existenzrecht fußte, eine zweite, die privates Eigentum und irdische
Autorität betonte. Es galt nun, beide Gedankenreihen im religiösen Organis-
nus in Einklang zu setzen und zugleich der neuen Stellung der Hierarchie
Rechnung zu tragen. Es sind in der Hauptsache die Kirchenväter, welche
diese Arbeit geleistet haben. Im gleichen Maße, wie die soziale Mittlerrolle
er Hierarchie schwindet, heben sie jene intellektuelle des Abwägens, Auslegens
md Verbindens der beiden Gedankenreihen hervor, schaffen sie die kirchliche
Lehrgewalt. So repräsentiert die Hierarchie die Einheit der Kirche, ist die
Einheit eine durch die Interpretationsbefugnis der Hierarchie praktisch ge-
gebene, und da die letztere über beiden Ideologien zu stehen vorgibt, für ihre
Aussprüche bindende Kraft beanspruchen muß, erwächst zur Begründung dieser
Stellung organisch mit der Lehrautorität über beiden und für beide Gedanken-
reihen eine gemeinsame Grundlage des Glaubens, vertieft sich der Kultus zu
einem System von Dogmen.

Wie sich diese Entwicklung im einzelnen vollzog, wie später das Lehr-
gebäude zugleich mit den sozialen Verschiebungen sich wandelte, soll bei dieser
Gelegenheit nicht näher dargelegt werden. Es genüge die Bemerkung, daß
die Hierarchie die proletarische Gedankenreihe mehr und mehr zurückdrängte,
ohne sie jedoch völlig überwinden zu können und auch zu wollen. Sie konnte
es nicht, solange man in den Produktionsmitteln den eisernen Bestand für
die Subsistenz ganzer Generationen von Familien erblickte und die Technik
im Rahmen der individuellen Zwergproduktion steckte. Sie wollte es aber
auch nicht. Lassen sich die begrifflichen Gegensätze beider Gedankenreihen
theoretisch nicht ausgleichen, so ermöglichen sie in der Praxis eine unendliche
Reihe variierender Interpretationen, bei denen sehr verschiedene Klassen-
empfindungen und heterogene Klassenbildungen auf ihre Rechnung kommen
können. Nur so lange manifestiert sich in der Hierarchie die lebendige Einheit
der Kirche, als jene Voraussetzung sich erfüllt und auf dem Boden der gleichen
Dogmen verschiedene Klassenideologien, verschiedene Moral- und Rechtsforde-
rungen sich zu bewegen vermögen. Damit gewinnt die Hierarchie zugleich die
Handhabe, die Beherrschten an die Herrschenden zu fesseln oder sie nach Be-
dürfnis gegen diese auszuspielen. Die Form, in welcher Lehrautorität und
Dogmengebäude der Kirche sich heute darstellen, ist das Produkt von Kämpfen,
welche die Hierarchie nicht nur mit den Besitzenden gegen die Ausgebeuteten,

sondern auch gegen die herrschenden Klassen selber geführt hat. Es ergibt sic
als Konsequenz dieser Stellung, wenn sie, wie im Mittelalter, so im Prinzi
auch heute noch, das höchste Schiedsrichteramt in Welt und Christenheit b
ansprucht, während der Doppelcharakter der Ideologie und die ihm anhaftend
Vielseitigkeit der Interpretation, die stärkere Betonung bald der einen, bal
der anderen Seite die Möglichkeit gewährt, sich jeder Situation anzuschmiegen
den Massen wie den Regierungen zu schmeicheln, sowohl Reaktionär zu sei
wie den Demokraten zu spielen.

Es bilden Züge dieser Art nicht eigentlich ein besonderes Merkmal de
Katholizismus. Mehr oder minder finden sie sich in jeder Religion, die eine
Gesellschaftskörper mit differenzierten Klassen einheitlich zu umfassen streb
Im Katholizismus freilich prägen sich Licht und Schatten am schärfsten un
konsequentesten aus, weil er die höchste Entfaltung der sozialen Religion über
haupt darstellt. Die Gruppenenergie primitiver Gesellschaftsstufen richtet sic
gegen die umgebende Natur, von der sie sich Werkzeug und Waffe erobert
deren Produktivkräfte in Tier- und Pflanzenreich sie unterwirft, oder sie ring
mit anderen Gruppen um die Quellen der Nahrung oder sonstige Gebiets
vorzüge. Ein Ausdruck der Kräfte, die das Leben der Menschen beherrschen
ist die Religion dieser Zeiten von tätigem Leben erfüllt, spiegelt sie auf de
Grundlage des Milieus und der Nahrungsgewinnung Kampf und Streit
Geschlechtsorganisation und häusliches Leben, Werkzeugbereitung und Werk
zeugmaterial, die zeugende Kraft in Tier und Erde, den Einfluß des Feuer-
und die Bedeutung der Gestirne in verschiedenster Mischung und Zusammen
fassung wieder. Anders die Religion der Klassengesellschaft. Das Gegenspie
der sozialen Kräfte, vor denen die Naturkräfte in den Hintergrund treten
die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die die Gesellschaft frühere
Zeiten nicht oder nur in geringem Umfang kennt, hat begonnen. Die Ge-
sellschaft wird ein Problem und mit ihr die Frage der Gerechtigkeit. All
Religionen, die den höheren Formen der Klassengesellschaft angehören, drehen
sich um den Schuldbegriff, mag man nun in Verkehrung der früheren Toten-
verehrung den Menschen der Seelenwanderung unterwerfen, mag man di
Sühne an einen Ort der Qualen nach dieser Zeitlichkeit verlegen. Stets heißt
es, aus der Energie der verschiedenen gegeneinander wirkenden Gesellschafts-
gruppen die Diagonale der Kräfte ziehen, danach die „Pfade der Gerechtig-
keit", ein System der Moral errichten, und stets ist es die Priesterschaft, welche
die Sittlichkeit hütet, indem sie das Sittliche interpretiert. Die Idee einer uni-
versalen Moral, gebunden an den universalen Gottesbegriff, an ein universales
Dogma und eine universale Priesterschaft — weiter kann die Religion ihre Kreise
nicht ziehen; es ist historisch nicht die letzte, aber die vollendetste Form des dua-
listischen Weltgedankens, die notwendige Vorstufe einer monistischen Welterklärung.

Der Protestantismus entstand als religiöser Ausdruck der anhebenden
bürgerlichen Produktionsweise. Seine sola fides, die Theologie, welche die
guten Werke abwies, indem sie sich am bloßen Glauben zur Seligkeit genügen
ließ, war die Proklamierung der Ausbeutungsfreiheit, die völlige Preisgabe
der proletarischen Seite der christlichen Ideologie. Folgerichtig verlor der
Protestantismus die Gefolgschaft der Ausgebeuteten, als die ausbeuterischen
Tendenzen der neuen Produktionsweise hervortraten. Wer will es dem Prole-
tariat verdenken, wenn es einer Religion mit Indifferenz lohnt, die das Geld
zum alleinigen und wahren Gott gemacht hat!

Auch der Katholizismus fand sich mit der neuen Produktionsweise ab. Das nsverbot, eine Übertragung der Grundsätze des römischen Mutuatarvertrags die Verhältnisse der Agrarzeit, war schon von der Scholastik, dem Ausdruck r städtischen Tauschwirtschaft im späteren Mittelalter, durchbrochen worden, nn beim Leihgeschäft die Zulässigkeit eines Entgeltes für entstehenden haden anerkannt, und mehr noch, als schließlich auch die Entschädigung r etwa entgehenden Gewinn als berechtigt zugestanden wurde. Damit er-b sich auch theoretisch die Brücke, sich dem aufkommenden Kapitalismus an-passen. Wie hat sich das Gewissen des Menschen bei Kollision der Pflichten verhalten, wenn zwei an sich gleich verbindliche Moralgesetze ihm ein ver-iedenes Gebaren ermöglichen? An dieser Frage entschied sich der Umschwung. ie Tutioristen gestatten, dem privaten Vorteil zu folgen, falls auf seiten der absichtigten Handlung absolute moralische Gewißheit steht. Die Proba-lioristen und Aqueprobabilisten erlauben das gleiche, sobald die gegen das ie Gesetz ins Feld geführten Gründe größere oder gleiche Wahrscheinlichkeit sitzen als die für das Gegenteil sprechenden. Die Probabilisten endlich er-ären das hindernde Gesetz im konkreten Falle bereits für unverbindlich, wenn e vorgebrachten Gründe nur certe probabiles, nur stichhaltig sind, und stich-ltig sind die Gründe des Ausbeuters als eines fürsorglichen Familienvaters id brotgebenden Arbeitsherrn stets.

So ließ es sich die Kirche an einer kasuistischen Interpretation des Moral-griffs genügen und behielt im übrigen die Ideologie des Mittelalters in ollem Umfang bei. Daß sie so zu verfahren vermochte, wird nach dem Ge-gten verständlich sein. Daß sie in der Tat so verfuhr und die alten Lehren, att sie im geringsten preiszugeben, nur um so schärfer formulierte, dafür rach eine Reihe von Gründen. Die Ideologie des Mittelalters versinnbildete den Höhepunkt ihrer materiellen und politischen Macht, brachte ihre welt-herrschenden Aspirationen am klarsten zum Ausdruck. Die Kirche blieb zu-m in Ländern herrschend, die von den neuen Handelswegen abgetrennt urden, wo die wirtschaftliche Entwicklung eine rückläufige Bewegung erfuhr. ie Reformation schädigte sie aufs schwerste, indem sie Kirchengut in großem mfang säkularisierte, ganze Länder der Ausbeutung der römischen Pfaffheit triß. Um so mehr bedurfte die Kirche der Völker. Nicht daß sie dem auf-mmenden nationalen und territorialen Absolutismus hindernd in den Weg etreten wäre! Im Gegenteil; indem der Jesuitismus die Despotie des Papstes ber die Kirche verfocht, lieferte er auch dem weltlichen Absolutismus Waffen. ber alles drängte doch in der Kirche dahin, sich von dem Wege, den der rotestantismus eingeschlagen hatte, fernzuhalten, die Reste der proletarischen Seite der christlichen Ideologie nicht völlig preiszugeben.

Gewiß besitzt die heutige Eigentumstheorie der Kirche mit dem urchrist-ichen Kommunismus nur mehr wenig Berührungspunkte. Aber sie vertritt och die Auffassung, daß die Existenzmittel für alle Menschen ohne Aus-ahme da sind, und gestattet in dringender Not die Befriedigung des Bedürf-isses aus fremdem Besitz, selbst unter Anwendung von List und Gewalt, sie ordert als absolut naturrechtliches Ziel der Eigentumsordnung nicht nur die Beschaffung eines Subsistenzminimums für den einzelnen in jedem Falle, ondern auch — was das Wichtigere ist — die Unterordnung der Eigentums-erfassung unter die Existenzbedürfnisse der Gesamtheit. Es lassen sich Stimmen ekannter Theologen anführen, welche von der Grundlage der kapitalistischen

Gesellschaft aus und im Hinblick auf die Pflicht der Restitution, der R
erstattung widerrechtlich erworbenen Eigentums, den Sozialismus als e
berechtigte Folgerung anerkennen. Man lese nur folgende Worte Pachtle
„Die praktische Folge der liberalen Volkswirtschaft ist unsere grausenh
Massenarmut, die uns in einem oder zwei Menschenaltern vor die Alternat
stellt: Entweder müssen zehn bis zwanzig überreiche ihr Eigentum da
zurückerstatten, von wo sie es ‚verdient' haben, oder das ganze Volk g
zugrunde. Und zu diesem Zustand hat der liberale Staat selbst durch se
Art der Besteuerung, besonders durch Mißbräuche in der indirekten Ster
beigetragen, ja ihn geradezu veranlaßt. Was an Staatslasten auf die Plu
kratie entfällt, ist eine Bagatelle, verglichen mit den Lasten, welche die Arm
und Halbarmen zu tragen hatten.... Selbstverständlich wollen wir ni
mit den Sozialdemokraten die indirekte Steuer im Prinzip verwerfen, w
aber ihren einseitigen Mißbrauch, welcher dem Kleinen die letzten Grosc
auspreßt, um sie schließlich der Großfinanz zuzuwenden. So aber wird
folge unserer modernen Volkswirtschaft in Gewerbe, Besteuerung, Börsenwe
und absoluter Freiheit des wuchernden Kapitals nicht nur die ökonomis
Kluft zwischen reich und arm täglich größer und das Proletariat zahlreich
sondern die Forderungen des radikalen Sozialismus gewinnen den Ansch
der Gerechtigkeit, indem die ‚Expropriation der Expropriateure' als Akt
notwendigen Rückerstattung auftritt."[1]

Diese Seite der klerikalen Ideologie ist es, welche die christlichen Arbei
im Banne der Kirche und des Zentrums erhält. Kautsky hat zuerst dar
aufmerksam gemacht, wie der Klerikalismus für die darin befangene Arbeit
schaft eine Klassenideologie bedeute. Nur aus diesem Gesichtswinkel wird
verständlich, daß weite Schichten des katholischen Proletariats auf Gru
ihres Gegensatzes wider das „liberale" und „atheistische" Kapital statt a
den Kirchen hinaus in diese hineinlaufen. Freilich richtet sich die religi
Ideologie der christlichen Arbeiterschaft im Prinzip nicht minder gegen d
Kapitalismus ihrer Glaubensgenossen. Denn daß für die Praxis des ko
fessionellen Kapitalismus nicht die Theorie vom Eigentum, sondern i
probabilistische Umbiegung das Bestimmende, bedarf keiner weiteren E
läuterung.

Macht die Auslegung, welche die Eigentumstheorie des Klerikalism
von proletarischer Klassenlage aus notwendig erfährt, die christliche Arbeit
schaft dem Sozialismus wesensverwandt, setzt sie sie selbst in einen gewiss
Gegensatz zur Bourgeoisie, so stellen sich andererseits gerade jene urchristlich
Anklänge und ihre Einschachtelung in ein System retrograder Dogmen d
Entwicklung des Klasseninstinktes zum Klassenbewußtsein, der intellektuell
Befreiung zu sozialistisch-materialistischem Denken wirksam entgegen. Und d
klerikale Bourgeoisie weiß diesen Umstand wohl zu nutzen. Er bildet d
Brücke, von der sie unermüdet und geschickt und energisch unterstützt von d
Geistlichkeit die Autorität der herrschenden Klassen predigt. Der klerika
Autoritätsbegriff ist aber der denkbar freiheits- und volksfeindlichste. D
Gewalt ist von Gott und ihr Träger Gottes Stellvertreter, sei er König od
Unteroffizier. Ihren Inhalt empfängt sie aus der Interpretation der Kirc
die das Majoritätsprinzip als Rechtsquelle ebenso streng verpönt, wie sie d

[1] M. Pachtler S. J., Die Ziele der Sozialdemokratie. Freiburg (Herder), S. 74 f.

pruch, die Grenzen der Staatsmacht einseitig festzusetzen. Die Wesenheit Gewalt zeigt sich vorgebildet in der absoluten Weltregierung Gottes. ichviel ob man ihr gesetzliche Schranken zieht, die ihr immanente, im llen der Herrschenden sich offenbarende Teleologie verleiht ihr im Bedarfs- alle Befugnisse, die von der Erhaltung der Autorität und der Abwehr Umsturzes erfordert werden. So darf die Gewalt zwar revolutionär ken im Sinne der Besitzenden und als deren Diktatur, aber niemals in Hand der Entrechteten. Es sei denn, daß diese von der Kirche für deren teressen ins Feld gerufen werden. Dann freilich, aber auch nur dann er- nt man dem Worte Berechtigung zu, daß Gott mehr zu gehorchen sei als Menschen.

Die Zwiespältigkeit der klerikalen Ideologie ist eine machtvolle Waffe der che und ihrer Bourgeoisie wider die Arbeiterklasse, eine theologische Ver- valtigung der Klasseninteressen der Ausgebeuteten. Allgemach freilich beginnt ch dieses Schwert zu versagen.

Die Gesellschaft steht am Ende der Klassenentwicklung, und nun schwin- die Bedingungen für soziale Religion und Kirche, Dogma und Lehr- torität. Sie sterben ab, wie der historische Boden untergraben wird, m sie entsprossen. Je mehr die Klassengegensätze sich verschärfen, um so iter klafft die klerikale Ideologie in ihre widerspruchsvollen Hälften aus- ander, um so heftiger geraten diese miteinander in Hader. Die Vermögens- twicklung der Kirche selber beschleunigt diesen Prozeß. Die Tendenz der ennung der Kirche vom Staate dringt immer tiefer in das Bewußtsein der lker; daß sie sich durchsetzt, ist lediglich eine Frage der Zeit. Damit aber rsiegen für die Kirche die staatlichen Hilfs- und Versorgungsquellen. Bei m Weitblick, der sie von jeher auszeichnete, ist sie seit langem dabei, für n drohenden Ausfall Ersatz zu schaffen. Sind doch ihre Klöster durchweg pitalistisch produzierende Anstalten, sucht sie sich doch in den Kolonial- bieten durch Mission und Plantagenbetrieb neue Quellen des Reichtums zu schließen. Sie weiß, daß sie eines Tages des Privateigentums an den Pro- ktionsmitteln zum eigenen Bestand dringend bedürfen wird, und darum nn sie sich trotz ihrer Eigentumstheorie und aller sich daraus für das Prole- riat im Rahmen des Kapitalismus logisch ergebenden Konsequenzen mit ner sozialistischen Gesellschaftsordnung niemals abfinden. Wie sich das kapi- listische Eigentum bei seiner gewaltigen Konzentration heute bereits nicht ehr moralisch rechtfertigen läßt, wie der Staat es nur noch juristisch er- ingen kann, so wird die Kirche zur dogmatischen Begründung desselben drängt. Bisheran ist sie davor zurückgeschreckt, diesen Schritt offen und ar zu tun. Aber die Entwicklung, welche die Theologie der letzten Päpste fzeigt, läßt keinen Zweifel daran, daß sie sich diesem Punkte langsam und gernd zwar, aber sicher nähert. Die wirtschaftliche Entwicklung treibt auch dem Verhängnis entgegen, die proletarischen Reste in der christlichen Ideo- gie völlig zerstören zu müssen, sich auf das kapitalistische Altenteil zurück- ziehen.

Wollen wir diesen Prozeß wirksam fördern, so gilt es, die christliche rbeiterschaft mehr und mehr in den Klassenkampf hineinzutreiben. In die irtschaftliche Bewegung wurde sie mit Erfolg hineingezogen. Mögen es die ührer aus Opportunitätsrücksichten bestreiten, auf wirtschaftlichem Gebiet eiben sie Klassenkampf. Nicht Bewegung und Methode sind in dieser

Sphäre mehr das Trennende zwischen freien und christlichen Organisationen sondern das Endziel, das sozialistische Prinzip. In gleicher Weise müssen di christlichen Arbeiter auch in die politische Bewegung verwickelt werden, müsse sie die Wahlrechtsforderungen der Sozialdemokratie in ihrer vollen Tragweit begreifen und verstehen lernen. Gerade die politisch-demokratische Aktivitä trifft die klerikale Ideologie an ihrer festesten und zugleich wundesten Stelle wie sie die Auseinandersetzung über das sozialistische Ziel in den Vordergrun rückt und vertieft.

Das Zentrum möchte diese Entwicklung hintanhalten und begraben. Darun erwärmt es sich platonisch für das allgemeine, gleiche, geheime und direkt Wahlrecht. Aber gleichzeitig tut es alles, um die konservative Landtags majorität zu stärken, um einer Wahlreform in Preußen die Bahn zu ebnen welche die Stellung der Reaktion weiter auf ein Menschenalter festigt, welch durch ein fait accompli im Proletariat Aktion und Diskussion zugleich abschneiden soll. Die Immanenz der geschichtlichen Entwicklung erfordert es, daß die zwie spältige Natur des Klerikalismus immer krasser in die Erscheinung tritt, und die Wahlrechtskampagne ist ein sprechendes Beispiel dafür. Kein politisch Urteilsfähiger wird vom Zentrum eine Unterstützung der Wahlrechtsforde rungen des Proletariats erwarten, und mit dem Gesamt unserer Erörterungen stimmt die Tatsache überein, daß, selbst wenn das Zentrum den Kampf um ein demokratisches Wahlrecht fördern wollte, das historische Bewegungsmoment seiner ganzen Entwicklung dem widerspräche.

Das Zentrum ist geboren aus der Opposition wider den Liberalismus und die liberale Ideologie; seit dem Tage seines Entstehens existiert es und ist es gewachsen durch den Kampf wider jene. Sein frühes Eintreten für die Schutz-zollpolitik schuf erst der Regierung die Handhabe, die Reaktion zur Grund-lage der Reichspolitik zu machen. Da Klerikalismus und Liberalismus die Berührung mit der Sozialdemokratie in gleicher Weise verpönten, ward ihre Politik notwendig ein Wettlauf um die Gunst der Konservativen. Und es ist allerdings eine bittere Ironie der Geschichte, wenn der Freisinn sich als Regierungspartei durch Unterbieten jenes Zentrums betätigt, das die National-liberalen korrumpierte, indem es sie durch Konzessionen an die Reaktion aus dem Sattel hob. Der Kampf gegen den Liberalismus und seine Ideologie ist die geschichtliche Daseinssphäre des Zentrums. Mögen in der gegenwär-tigen politischen Situation seine freiheitlicher gesinnten Elemente parlamen-tarisch mehr hervortreten, so kann daraus ebensowenig auf die Partei als Ganzes wie etwa auf eine Verschiebung ihrer politischen Grundtendenz ge-schlossen werden. Keine Partei kann sich von ihren historischen Grundlagen entfernen, ohne die Wurzeln ihrer Kraft zu vernichten, eine Erkenntnis, die man im Zentrum um so besser würdigt, als ja seine Taktik von jeher darauf hinausging, den Liberalismus in reaktionärem Gewand zu zeigen, seine praktische Politik in immer größere Widersprüche mit seiner Theorie zu ver-wickeln.

Freilich verliert der Klerikalismus durch die Ausschaltung der bürgerlichen Linken sehr viel. Um im bürgerlichen Konzert die erste Geige zu spielen, be-durfte das Zentrum nicht nur der Reaktion, sondern auch eines gewissen Quantums bürgerlicher Opposition. Je mehr es den Liberalismus korrum-pierte, um so mehr untergrub es schließlich die eigene Stellung. Soll sich die ausschlaggebende Rolle des Zentrums wiederholen, so ist dies nur möglich

einer starken sozialistischen Linken. Und diese Linke erwächst — das zeigt
: Fortschritt der Sozialdemokratie in den Domänen des Zentrums zumal
der letzten Reichstagswahl — wesentlich auf seine eigenen Kosten. Das
ntrum half die Reste der bürgerlichen Demokratie zu Boden bringen, um
) vor die Demokratie der Arbeiterbewegung gestellt zu sehen. Dringt in die
:ihen seines Arbeitergefolges auch der zähe Kampf um die proletarische
:mokratie, so geht die christliche Arbeiterschaft der klerikalen Weltanschauung,
;t das industrielle Zentrum Deutschlands der Bourgeoisie verloren. Und
rum hängt für die weitere Entwicklung der politischen Zustände in
utschland so ungemein viel davon ab, in welchem Umfang es uns gelingt,
: christliche Arbeiterschaft in die Wahlrechtskämpfe zu verwickeln.

Der vierte allgemeine Krankenkassenkongreß.

Von **J. Fräßdorf.**

Es war eine imposante Versammlung, die am 11. und 12. Mai in den
ermaniasälen zu Berlin tagte. Mehr als 1100 Delegierte aus allen Teilen
utschlands vertraten als Vorstandsmitglieder die verschiedensten Kassenarten
t weit über 4 Millionen Mitgliedern. Nahezu die Hälfte aller kranken=
rsicherungspflichtigen Personen Deutschlands repräsentierte der Kongreß.

Die Scharfmacher im Verband rheinisch=westfälischer Betriebskrankenkassen
tten ihre Getreuen durch folgende echt reichsverbändlerische Notiz (in kon=
vativ=liberalen Blättern erschienen) abgehalten:

„Der am 11. und 12. Mai in Berlin stattfindende Krankenkassenkongreß ist
iglich eine Veranstaltung der unter sozialdemokratischer Herrschaft stehenden
ankenkassen. Die Einberufer des Kongresses und die Referenten sind bekannte
zialdemokraten. Die Sozialdemokratie beabsichtigt unter dem Namen ‚Allgemeiner
ngreß der Krankenkassen des Deutschen Reiches' eine Kundgebung zugunsten der
form der Krankenversicherung und der ganzen Arbeiterversicherung im Sinne des
ialdemokratischen Programms, im Gegensatz zu den von der Reichsregierung ge=
nnten Gesetzesänderungen. Die ganze Veranstaltung ist nichts als ein partei=
litischer Akt. Die Sozialdemokratie befürchtet, daß ihr durch eine Gesetzesände=
ng die Herrschaft in den großen Ortskrankenkassen, wo sie sich recht häuslich ein=
richtet und tüchtige Genossen untergebracht hat, genommen wird. Unter dem
rmlosen Namen Krankenkassenkongreß werden Krankenkassen, welche die Verhält=
sse nicht überschauen, verleitet, mitzumachen. Dieses Vorgehen ist wieder ein
weis dafür, wie notwendig es ist, daß Sicherheiten geschaffen werden, die einen
ißbrauch der Krankenkassen im Interesse einer politischen Partei ausschließen.
ie Aufsichtsbehörden werden sich übrigens noch darüber schlüssig zu machen haben,
parteipolitische Demonstrationsversammlungen auf Kosten der Krankenkassen be=
ickt werden dürfen."

Dazu kam eine gleichartige Notiz, wonach in einem — vorsichtigerweise
cht genannten — Orte die Aufsichtsbehörde die Delegation auf Kassenkosten
tersagt habe. Der Kongreß konnte unter diesen Umständen gern auf die
eilnahme gewisser Schlotbarone und ihrer Söldlinge verzichten, und das
reichte ihm keineswegs zum Schaden.

Neben den Ortskrankenkassen waren eine große Zahl bedeutender Betriebs=
d Knappschaftskassen sowie Innungskrankenkassen durch Arbeitgeber wie
rbeitnehmer vertreten.

Das Bureau des Kongresses wurde aus Arbeitgebern und Arbeitnehmer von Orts-, Betriebs-, Innungs- und Hilfskassen gebildet.

Mehr als 320 Arbeitgebervertreter bezeugten durch ihre Teilnahme un ihre Haltung, daß man auch in Unternehmerkreisen den Standpunkt de Verbandes der Industriellen bei weitem nicht allenthalben teilt.

Die hohen Behörden waren wie üblich durch „die Geschäftslage“ be hindert, Vertreter zu entsenden, außer dem Magistrat der Stadt Berlin, de Handelskammer zu Bielefeld und der Regierung von — Luxemburg.

Vom Reichsamt des Innern lag folgendes Schreiben vor:

Berlin, den 7. Mai 1908

Dem Vorstand spreche ich für die gefällige Einladung zu der auf den 11. un 12. dieses Monats nach Berlin anberaumten Versammlung von Krankenkassen vertretern meinen Dank aus. Es ist meine Absicht, auch den Krankenkassen recht zeitig die Gelegenheit zur Äußerung ihrer Wünsche für die Reform der Arbeiter versicherung zu geben. Zu dem Zwecke werde ich meinerseits Vertreter der Kasse unter gleichmäßiger Berücksichtigung der verschiedenen Kassenarten und Interessenten gruppen zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern einladen. Dies soll jedoc erst geschehen, wenn die Vorarbeiten zur Reform so weit gefördert sein werden daß sie für die Beratungen als Unterlage dienen können. Den gegenwärtigen Zeit punkt halte ich zu einer förderſamen Behandlung der einschlägigen Fragen noc nicht für geeignet und glaube deshalb davon absehen zu sollen, dem Wunsche de Vorstandes entsprechend zu der bevorstehenden Versammlung Vertreter zu entsenden

v. Bethmann-Hollweg

Die Berliner Polizei war durch einen Wachtmeister und einen Schutzmann in Uniform, vertreten. Am Vorabend des neuen Reichsvereinsgesetzes hielt e der Herr v. Stubenrauch für geboten, durch seine Schutzleute an den Kongreß vorsitzenden die Frage richten zu lassen, wo die Debatteredner wohnen! — — —

Einige Reichstagsfraktionen, auch die sozialdemokratische, hatten Vertreter entsendet, ebenso die österreichischen, ungarischen und dänischen Kassenverbände

Die Aufgaben des Kongresses waren im allgemeinen folgende:

1. Stellungnahme zur bevorstehenden Abänderung der Versicherungsgesetze, insbesondere des Krankenversicherungsgesetzes.

2. Abwehr der reaktionären Pläne auf Beseitigung beziehungsweise Einschränkung der Selbstverwaltung bei den Krankenkassen.

Die Herren G. Bauer und A. Kohn-Berlin hielten darüber glänzende Referate, in denen nicht nur die Mängel der Gesetze, sondern auch die Entscheidungen der Behörden, die oft jeden sozialen Geist vermissen lassen, beleuchtet wurden. Vielfach haben Regierungsbehörden die ungeheure und schädliche Zersplitterung in der Krankenversicherung gefördert, statt beseitigt, und ihre Eingriffe in die Selbstverwaltung der Kassen zeigen die feindselige Stellung unserer obersten Bureaukratie zu dieser für die Versicherten so wichtigen Frage.

Da wurde unter vielem anderen berichtet, daß in Weißensee der gesamte Kassenvorstand seines Amtes enthoben wurde, weil er 500 Merkblätter zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus Kassenmitteln beschaffte.

In Ölsnitz im Vogtland wurde der Vorstand abgesetzt, weil er keinen dem Bürgermeister genehmen Kassenbeamten wählte.

Der Regierungspräsident von Schleswig gibt einer Ortskrankenkasse auf, den Betrag von zirka zwei Mark, der für Anschaffung von fünf Protokollen

er die Jahresversammlung deutscher Ortskrankenkassen verausgabt war, Kasse wieder zuzuführen.

Mit heißem Bemühen hatte man dagegen in Reichsverbandsmanier alles ammengetragen, was in den Kassen an Unzulässigem verübt sein soll.

Von den 4700 Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche werden 16 beschuldigt, esetzwidriges" begangen zu haben. Auf Grund solcher Ergebnisse werden n Reden wie die des Fürsten Bülow im preußischen Landtage gehalten. enn den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden so wenig „Verfehlungen" hzuweisen wären als den Kassenvorständen, dann könnte man das deutsche terland beglückwünschen.

Die Debatte, deren Verlauf bei der Zusammensetzung des Kongresses nie-nd voraussehen konnte, legte glänzend dar, welch gutes Verhältnis zwischen beitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht. Arbeitgeber gerade waren die den Lügen von politischer Betätigung sozialdemokratischer Arbeiter in Kassen zu Leibe gingen und die uneingeschränkte Betätigung der Arbeiter-treter in den Kassen forderten.

Den Scharfmachern aller Art wird das schlecht in den Kram passen, denn am allerwenigsten verwinden es, wenn sozialdemokratische Arbeiter auf n Gebiet der Sozialreform mit einsichtigen Unternehmern zusammen-eiten.

Das zeigt, daß es den Scharfmachern nicht um den sozialen Frieden, dern um Unterdrückung der Arbeiter und Verhinderung wirklicher Sozial-orm zu tun ist. In der Debatte wurde aber auch die Legende zerstört, daß e Vernichtung der Selbstverwaltung die Sozialdemokratie treffen würde. s Gegenteil wurde festgestellt. Soweit sozialdemokratische Arbeiter in den ssen entscheidenden Einfluß haben, tragen sie auch die Verantwortung, die-e geht bis zu einem gewissen Grade auf die Partei und ihre Organe über. mmt man den Arbeitern den Einfluß, so nimmt man ihnen nicht nur das teresse an der Sache, sondern auch die Verantwortung. Dann kann die ialdemokratische Kritik erst recht rücksichtslos einsetzen.

Wenn man den Einfluß der Arbeiter in den Kassen, der übrigens ein sehr chränkter ist, aufhebt und die Kassen unter einen paritätisch zusammen-etzten Vorstand mit einem behördlichen Vorsitzenden stellt, dann erst werden ere Kassen, besonders die Wahlen, politisch beeinflußt werden.

Die von den Referenten aufgestellten Leitsätze wurden mit geringen, un-entlichen Abänderungen gegen vier Stimmen angenommen. Das ist ein günstiges Resultat, wie es bei der Zusammensetzung des Kongresses nie-nd erwarten konnte. Es kennzeichnet besser als hundert gute Artikel oder den die Situation. Berücksichtigt man, daß ein großer Teil der Delegierten, beitgeber wie Arbeiter, nicht nur bei den Krankenkassen, sondern auch bei rchführung der Unfall- und Invalidenversicherung tätig sind, so stellt diese stimmung eine Antwort auf die reaktionären Pläne dar, wie sie schärfer deutlicher nicht gedacht werden kann.

Mögen Regierung und Reichstag daraus die richtigen Lehren ziehen! Tun es nicht, so wäre dies im Interesse sozialreformatorischer Maßnahmen zu auern; die sozialdemokratische Partei aber würde dadurch nur gewinnen.

Der Großkapitalismus in der Elektroindustrie.

Von Ingenieur **R. Ulrich.**

Maschinenbau und Elektroindustrie sind die beiden kapitalistisch entwickeltste Unternehmungen unserer Zeit. Die Elektroindustrie hat aber bereits de Maschinenbau überholt. Denn in diesem sind neben den Riesenwerken un Weltfirmen doch noch eine größere Anzahl Maschinenfabriken mit 200 bi 500 Arbeitern lebensfähig. Diese Unternehmungen, die besonders im Verei deutscher Maschinenbauanstalten zusammengeschlossen sind, haben sich auf en abgegrenzte Spezialgebiete der Fabrikation hinübergerettet, die von den stolze Riesenbetrieben als zu unscheinbar nicht bearbeitet werden. Die eine Firm baut Brauereimaschinen, die andere Buchdruckerpressen, die dritte liefert Eisen konstruktionen und anderes mehr; man ist gerade noch imstande, das nötig Anlage- und Betriebskapital aufzubringen, um in seinem Spezialfach vorteil haft arbeiten zu können.

Ganz anders in der Elektroindustrie. Wer hier einmal anfängt, in größeren Umfang zu produzieren, dehnt seine Fabrikation gleich auf das gesamte Gebie der Elektroindustrie aus. Wie die Elektrizität als Betriebskraft sich in all Zweige industrieller Tätigkeit hineingedrängt hat und sich in ihren Anwendungs formen überall einbürgern konnte, so hat auch eine elektrotechnische Großfirm das Bestreben, ihr Fabrikationsgebiet möglichst weit auszudehnen. Ein Unter nehmen, welches für den Markt (Maschinen, Elektromotoren, Dynamomaschinen Turbogeneratoren) liefert, sucht auch dazu die entsprechenden Zusatzapparat (Schalttafeln, Schalter, Sicherungen, Lampen usw.) an den Mann zu bringen Hat eine Firma einen Teil ihres Kapitals in dem Bau von Elektrizitäts werken oder elektrischen Bahnen angelegt, so wird mit darauf spekuliert, da während des Betriebs der Unternehmungen laufend die Fabrikationswerkstätte mit der Herstellung von Ersatzfabrikaten und Reparaturarbeiten beschäftig werden. So haben denn auch die großen Elektrizitätsfirmen auf zwei Gesichts punkte ihr Augenmerk gerichtet, erstens ihre Fabrikation auf alle Gebiete de Elektrotechnik auszudehnen, zweitens finanziell weitverzweigte Verbindunge mit industriellen Unternehmungen einzugehen, die sich gegenseitig stützen können

Im Laufe des letzten Monats feierte die A. E. G., die Allgemein Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, das Jubiläum ihres fünfundzwanzig jährigen Bestehens als Aktiengesellschaft. Die technische Fachpresse sowohl wi die Zeitungspresse hat dieses Ereignis in einer Reihe von Huldigungsartikel besprochen. Für die nötige Reklame soll eine sorgfältig ausgestattete Jubiläums schrift sorgen, welche die Firma „dem über alle Länder sich spannenden Kreis bewährter Freunde in Dankbarkeit widmet". Ein schauderhaft geschriebene Text und eine sauber ausgeführte Sammlung von Abbildungen schildert un Werden und Wachsen dieser Unternehmung und gibt einen Einblick in da Innere der großen Fabrikationssäle. Die Bedeutung der A. E. G. beruh darin, daß sie nach zwei Richtungen hin Hervorragendes geleistet hat. Rathena und seine Mitarbeiter haben auf der Börse das Unternehmen in eine Meng Gründungen und Tochtergesellschaften verschachtelt und in der Fabrikation sic auf allen Gebieten konkurrenzfähig zu halten gewußt.

Von den geschickten Finanzoperationen der A. E. G. soll hier nicht die Red sein, besonders interessant ist uns vielmehr, an dem Schulbeispiel dieser Unter nehmung zu zeigen, in welchem Umfang die großkapitalistische Betriebsweis

ine Arbeitsteilung herbeiführen kann und dabei die gelernte Handarbeit usschaltet.

Die Elektroindustrie kann man nach ihrer Herstellungsart in drei große Fabrikationsgruppen teilen: erstens die Fabrikation von Maschinen, zweitens ie Herstellung von Installationsmaterialien und Schaltapparaten, drittens Meßinstrumente und Bogenlampen.

Die Eigenart der Fabrikation von Meßinstrumenten und Bogenlampen eruht in der Präzision und Sauberkeit der Ausführung. Es ist in Massenerstellung ausgeführte Feinmechanik. Hier war technisch das Problem zu lösen, nöglichst einfache Konstruktionen der Bogenlampenuhrwerke und Meßinstrumentenmechanismen zu schaffen, die Fabrikate in sorgfältiger Ausführung herustellen und den Mechaniker, den verhältnismäßig teuren Handarbeiter nöglichst überflüssig zu machen. Das ist der A. E. G. in weitgehender Weise gelungen.

Was uns in der Meßinstrumenten- und Bogenlampenabteilung besonders uffällt, ist die ausgedehnte Anwendung von Frauenarbeit. Man sucht in iesen Sälen vergeblich nach den Typen der Feinmechaniker, die in den achtiger Jahren wegen ihrer Eigenheiten, ihres Künstlerstolzes und Standesünkels die „weißen Westen“ genannt wurden. Soweit Mechaniker in dieser lbteilung überhaupt noch beschäftigt werden, haben sie sich nur einen sehr leinen Arbeitsbezirk erhalten können. Die Handarbeit ist hier nahezu überüssig geworden, die Bearbeitung der Einzelteile, zum Beispiel einer Bogenampe, geschieht durch sorgfältig konstruierte Werkzeugmaschinen, die mechanisch on Frauenhänden bedient werden. Selbst die Montage, das Zusammenetzen der Einzelteile, wird von Frauen ausgeführt. In welchem Umang hier die weibliche Arbeitskraft angewendet wird, zeigt in der Jubiläumschrift die Abbildung des Saales der Spulenwickelei. Hier sitzen zirka zweiundert Mädchen, die mit einer einzigen Teiloperation sich beschäftigen, nämlich en dünnen Kupferdraht aufzuspulen. Ebenso zeigt der Montagesaal der Zählerfabrikation nur Mädchen. Auf eine Kolonne von fünfzehn bis zwanzig Mädchen kommt ein gelernter Handarbeiter, der die Mädchen anlernt. Wenn rüher die Arbeit der Montage komplizierter Apparate eine hochqualifizierte Tätigkeit war, weil es darauf ankam, alle Unregelmäßigkeiten der Einzelteile uszugleichen, so werden heute durch die exakten Vorarbeiten der Maschinen ie Einzelteile nicht mehr zusammenmontiert, sondern einfach zusammenesteckt. Die Arbeitsteilung schafft auch hier in den einzelnen Kolonnen einache, monotone Handgriffe: die eine Kolonne setzt tagaus tagein Meßistrumentenspulen auf, die andere stellt die Zeigervorrichtung zusammen, die ritte die Arretierungen usw. Durch diese Unterteilung ist es der Werkleitung esonders leicht möglich gewesen, die Akkorde zu drücken und die Apparate ngeheuer billig herzustellen.

Interessant ist auch die Frauenarbeit im Eichraum. Hier werden die echanisch fertigen Apparate auf ihre elektrischen Eigenschaften untersucht. Jeder einzelne Apparat wird an ein Leitungsnetz angeschlossen und auf eine anz bestimmte Spannung und Stromstärke justiert. Ebenso muß jede Bogenampe unter bestimmten Bedingungen eine Probezeit im Versuchsraum brennen. In diesen Prüfsälen hatte früher der gelernte Feinmechaniker seine Domäne ehabt. Noch vor zehn Jahren wäre der Werkstattorganisator ausgelacht worden, der hier Mädchen einstellen wollte. Die A. E. G. hat auch dies

möglich gemacht. Die Meßeinrichtungen sind so vereinfacht worden, daß das Anschließen der Apparate durch Mädchen geschehen kann; die maschinelle Vorarbeit der Einzelteile macht nur in ganz verzwickten Fällen die Nachhilfe des Mechanikers, des Kolonnenführers, notwendig. Natürlich konnten auch hier die Arbeitslöhne für Eichzwecke gegen früher bedeutend herabgesetzt werden.

Betreten wir die Apparatefabrik, den Bau von Schaltern, Sicherungen usw., so zeigt sich hier ein anderes charakteristisches Moment.

War in der Abteilung für Meßinstrumente und Bogenlampen neben der Billigkeit das Hauptaugenmerk auf Präzision der Arbeit gerichtet, so steht hier vor allen Dingen die Billigkeit im Vordergrund der Kalkulationsberechnungen. Geradezu raffiniert sind die Arbeitsmethoden, die in der Massenfabrikation angewendet werden, der Werkzeugmaschinenbau feiert hier seine Triumphe. Die wichtigste Abteilung ist die Stanzerei und Dreherei, die Blechstücke werden unter der Presse ausgestanzt, gelocht, gebogen, gebörtelt usw., die Rundteile auf der Automatenbank gedreht, gebohrt, Gewinde geschnitten. Diese Maschinen stellt der Einrichter ein, ein gelernter Werkzeugmacher oder Dreher, ein Mädchen hat dann nur für regelmäßige Zufuhr von Material an der Arbeitsmaschine zu sorgen, die Arbeitsstücke fallen, fix und fertig hergestellt, in den Lieferkorb hinein.[1] Auch hier wird natürlich die Montagearbeit durch Frauen hergestellt, die Montage der Einzelteile ist hier noch bedeutend einfacher wie in der Meßinstrumenten- und Bogenlampenabteilung.

In der dritten Abteilung, der wir uns jetzt zuwenden, dem Maschinbau, ist die Frauenarbeit verhältnismäßig am wenigsten eingeführt, weil es sich doch meist um schwerere körperliche Anstrengungen handelt. Hier ist der Kleinmaschinenbau von dem Großmaschinenbau zu unterscheiden. Als in der Elektrotechnik das Problem der Teilung des elektrischen Stromes gelöst wurde, konnte sich der Kleinmotor einbürgern. Für ihn wurde bald ein ungeheures Absatzgebiet geschaffen. Nicht nur im Fabriksaal, in Spinnereien, zum Antrieb von Nähmaschinen und hauswirtschaftlichen Maschinen wurde der Kleinmotor bald eine beliebte Antriebsmaschine, sondern auch zum Betrieb von Ventilatoren kam er zu weitgehender Verwendung. Gerade hier hat die A. E. G. bedeutende Erfolge und wirft jährlich eine ungeheure Menge dieser Fabrikate auf den Markt. Dementsprechend ist auch die Massenfabrikation eingerichtet. Die Bohr-, Dreh-, Fräs- und Montagearbeiten werden in Spezialabteilungen hergestellt und dazu meist ungelernte, billige Arbeitskräfte herangezogen.

Aber auch der Produktion im Großmaschinenbau hatte sich die A. E. G. mit besonderem Eifer zugewendet; die Elektrotechnik steckt hier noch in den Anfängen. Technisch ist das Problem zu lösen, die gewaltigen Dynamomaschinen, Elektromotoren, Turbogeneratoren zu produzieren, die immer größere Dimensionen annehmen. Hier ist nicht das Prinzip der Massenfabrikation maßgebend, sondern siegreich wird sich auf diesem Gebiet der Großbetrieb deshalb durchsetzen, weil er die nötigen Kapitalien hat, um Arbeitsmaschinen, Transportanlagen von ungeheuren Dimensionen anzuschaffen. Mit der Größe

[1] Bis zu welchem Grade von Billigkeit mit den modernsten Automatendrehbänken gearbeitet werden kann, dafür sei als Kuriosum das Angebot von Spezialschraubenfabriken mitgeteilt, die für ihre Kundschaft bei Anlieferung von Material die Herstellung von Messingschrauben ganz umsonst übernehmen. Sie verkaufen das Abfallmessing der Späne an Gießereien, und durch den Erlös (pro Kilogramm heute etwa 90 Pfennig) werden die gesamten Produktionskosten inklusive Reingewinn gedeckt.

der aufgestellten Drehbänke, Hebezeuge usw. kann der Großmaschinenbau der A. E. G. getrost mit mancher Werft rivalisieren. Unter dem Regime einer einzelnen Unternehmung stehen zahlreiche in ihren Arbeitsmethoden und Fabrikationseinrichtungen ganz verschiedene Betriebe.

Ebenso großkapitalistisch wie in der Fabrikation ist das Werk in seiner Verwaltung organisiert; überall das Bestreben, eine rationelle Arbeitsteilung durchzuführen. Auch die Funktionen der Kopfarbeiter, der Ingenieure, Kaufleute, Werkmeister, sind genau abgegrenzt. Ein jeder ist Teilarbeiter geworden, dem man eine kleine Spezialaufgabe zuweist, besonders die Tätigkeit des höchststehenden Kopfarbeiters, des Ingenieurs, teilt sich in verschiedene Spezialfunktionen.

Wird von der Werkleitung ein neues Fabrikationsgebiet eröffnet, so erhalten zunächst die Konstrukteure den Auftrag, eine Serie Normaltypen dieser Fabrikate zeichnerisch auszuarbeiten. Ist das auf dem Reißbrett geschehen, so ist ihre Funktion zu Ende. Dann werden die Modelle in der Werkstatt ausgeführt und wandern in den Prüfraum zum Laboratoriumsingenieur, der die Fabrikate auf mechanische Leistungsfähigkeit und elektrische Eigenschaften prüft. Die reguläre Fabrikation geschieht unter Leitung des Betriebsingenieurs, dem die Aufgabe übertragen wird, für möglichst billige und schnelle Herstellung zu sorgen. Der Verwaltungsingenieur sitzt entweder als Kalkulator oder technischer Korrespondent im Bureau oder hat den Verkehr auf der Reise mit der Kundschaft zu vermitteln, ihnen Projekte anzubieten und ihre Wünsche entgegenzunehmen.[1] Genau so in Unterabteilungen zerlegt wie beim Techniker ist auch das Arbeitsgebiet beim Kaufmann, der entweder im Lohnbureau, in der Materialverwaltung, im Rechnungsbureau sitzt, oder in einer anderen Abteilung monotone Schreiberarbeit verrichtet. Ebenso wird der Werkmeister nur als Teilarbeiter in seinem Fach verwendet.

So kann denn auch der letzte Jahresbericht der A. E. G. als „erfreuliche Tatsache" mitteilen, daß der Umsatz im letzten Geschäftsjahr sich erheblich gesteigert hat, die Zahl der Angestellten aber um 10 Prozent vermindert werden konnte — eine Folge der Verbesserung der Arbeitsmethoden und der intensiveren Tätigkeit der Angestellten.

Diese Ausbeutungsmethoden der A. E. G. haben das Unternehmen berüchtigt und berühmt gemacht, und es ist charakteristisch, daß in den leitenden Köpfen anläßlich der letzten großen Aussperrung der Arbeiter der A. E. G. der ganze Großmachtskoller des modernen kapitalistischen Industrieraubrittertums zum Ausdruck kam.

Aber auch hier bewahrheitet sich das alte Gesetz, daß Druck Gegendruck erzeugt. Mag der Direktor Emil Rathenau auch bei seiner Umgebung stets seinen Willen durchsetzen, mag auch das Kopfproletariat der Angestellten sich nicht zum gemeinsamen Widerstand aufraffen können, mit der Arbeiterschaft wird die A. E. G. niemals fertig werden. Jene Riesenbetriebe, in denen der

---

[1] Im Verein Deutscher Ingenieure hat man sich in letzter Zeit die Köpfe warm geredet, weil man aus dem Ingenieur gern auf der Schule einen vielseitig gebildeten Fachmenschen machen möchte, der nachher in der Praxis größere Ansprüche materiell und ideell stellen kann, wie es jetzt geschieht. Der Liebe Müh' ist aber umsonst! Was nützt dem Ingenieur die beste Vorbildung, wenn er nachher zur einseitigen Teilarbeit hineingezwungen wird? Besonders war die A. E. G. in dieser Beziehung immer bahnbrechend gewesen. Sie bietet Hochschulingenieuren Gehälter von 100 bis 120 Mark, um sie für die einseitigsten Arbeiten zu gebrauchen und qualitativ sowie quantitativ auszubeuten.

Interessengegensatz zwischen hüben und drüben so klar zum Ausdruck kommt erzeugen auch jene geschlossenen Arbeitermassen, die lernen, in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen aus eigenen Kräften ihren Befreiungskampf zu führen. Der Kapitalismus erzeugt eben, je mehr er entwickelt ist um so rascher und intensiver ein klassenbewußtes Proletariat.

Zeitschriftenschau.

In dem Aprilheft von „Le mouvement socialiste" findet sich eine Enquete über **„Die Krise im Lehrlingswesen"**, worüber von vier Führern der syndikalistischen Bewegung, Paul Delesalle (Mechaniker), H. Dret (Sekretär der Schuhmacher), Léon Martin (Sekretär des Töpfersyndikats) und Raoul Lenoir (Sekretär der Metallgießer), Aufsätze gebracht werden. Über eine Krise im Lehrlingswesen wurde in der bürgerlichen Presse geschrieben; namentlich ging eine Klage des Exsozialisten Millerand durch die Presse, daß es keine tüchtigen Arbeiter mehr gebe; kein Arbeiter sei heute mehr imstande, einen Gegenstand ganz anzufertigen. Daran knüpft sich diese Enquete.

Herr Millerand hat recht darin, sagt Delesalle, daß kein Arbeiter mehr einen Gegenstand ganz machen kann; der Grund dafür ist einfach der, daß dies vollständig nutzlos sein würde. Was die heutige Industrie braucht, sind gute Spezialisten, und was der Unternehmer fordert, ist nicht Qualität, sondern Quantität der Arbeit. Die Arbeitsteilung in der Fabrik, die Anwendung großer Arbeitsmaschinen für Teiloperationen, hat die Arbeiter überflüssig gemacht, die alles zu machen verstehen. An dieser Wirklichkeit ist das Sachverständnis des Herrn Millerand zu beurteilen. Aber es ist nicht richtig, daß diese Arbeiter deshalb keine tüchtigen Arbeiter seien; auch das Bedienen dieser Maschinen erfordert Kenntnisse und Tüchtigkeit, namentlich das rasche Arbeiten, woran der Unternehmer die Tüchtigkeit der Arbeiter mißt. Die an die Arbeiter gestellten Anforderungen sind also sehr hohe.

Ähnlich berichtet der Vertreter der Schuhmacher, Dret, aus seinem Gewerbe. Wo Kundenarbeit herrscht, kann man ruhig sagen, daß die Tüchtigkeit der Arbeiter den höchsten Anforderungen entspricht. Das Lehrlingswesen liegt hier aber danieder, weil die maschinelle Schuhmacherei immer mehr die Handarbeit für Kunden verdrängt. Die Fabrikarbeiter verstehen natürlich nicht, einen ganzen Schuh zu machen; die Maschine bringt dies fertig, und der Arbeiter erlangt rasch die Fertigkeit, mit dieser Maschine genau und schnell zu arbeiten. Die großen Schuhfabriken nehmen deshalb keine gelernten Schuhmacher in ihren Dienst, sondern anspruchslose Leute vom Lande, die leicht und rasch die nötigen Handgriffe zur Bedienung der Maschinen erlernen.

Damit ist die Frage des gewerblichen Unterrichtes hauptsächlich schon erledigt. Es kommt hinzu, wie Delesalle ausführt, daß die guten gewerblichen Schulen fast immer ihren Zweck verfehlen; sobald ihre Zöglinge in die Praxis treten, bemerken sie, daß ihnen ihre Kenntnisse wenig nutzen und daß sie drei oder vier Jugendjahre vergeudet haben. Erzogen zu „solidem" Arbeiten, können sie den Anforderungen der Geschwindigkeit, der Arbeitsquantität, die ihnen gestellt werden, nicht genügen. Viele greifen schließlich zu ganz anderen Berufen, als die sie erlernt hatten. Damit wird der Wert guter Fachkenntnisse für die Arbeiter selbst nicht verneint; sie machen ihn unabhängiger und selbstbewußter dem Unternehmer gegenüber. Aber was ein Arbeiter wirklich braucht, kann er nur in der Werkstatt von den erwachsenen Arbeitern erlernen. Damit die Lehrlinge dabei nicht der Profitgier der Unternehmer zum Opfer fallen, ist es nötig, daß die Gewerkschaften sich ihrer annehmen. Hier liegt also ein neues wichtiges Arbeitsfeld für die Gewerkschaften.

Schlimmer als nutzlos erachtet Dret die gewerblichen Unterrichtskurse. Nicht der Arbeiter selbst, sondern der Unternehmer hat Vorteile von seinen Kenntnissen,

nd in der Regel rekrutiert er die Aufseher und Werkmeister aus deren Zöglingen. er Autor zitiert die Debatten des Gewerkschaftskongresses in Limoges, wo mehrere edner ausführten, daß die Beiligten an diesen Kursen Antreiber ihrer Kameraden nd sogar Streikbrecher wurden. Die Gewerkschaftsbewegung wird durch solche urse nicht gefördert, sondern eher geschädigt, weil sie die besten Köpfe, die sonst r Bewegung große Dienste leisten könnten, von ihr ablenken und auf die Bahn r persönlichen Streberei führen.

Was müssen die Gewerkschaften tun, damit das Lehrlingswesen ihnen keinen chaden bringt? fragt der Autor, Léon Martin, der im Gegensatz zu der realistischen insicht des erstangeführten die Sache mehr kleinbürgerlich-utopisch ansieht. Das esetz gebietet den Unternehmern, die Lehrlinge das ganze Fach vollständig zu hren. Zum Schaden des Lehrlings wird dies nie befolgt; deshalb sollen die Ge-erkschaften sich um die Lehrlingskontrakte kümmern, sie redigieren und die Unter-ehmer zwingen, der Bestimmung des Gesetzes zu genügen. Dazu ist freilich mehr lacht nötig; aber welche schönen Resultate würde eine allgemeine gründliche Fach-isbildung in der Richtung schöpferischer Erfindungen zeitigen! Die geistige Hebung r Arbeiter würde sie wappnen gegen die Beschimpfungen der Unternehmer wegen rer angeblichen Untüchtigkeit.

Die Ausbeutung der Lehrlinge ist für den Unternehmer der Hauptgrund, wes-ılb er solche nimmt. Ihre geistige Entwicklung fürchtet er; deshalb richtet er sie ır zu einzelnen Manipulationen ab, läßt ihre frische Jugendkraft mit der der teren Arbeiter, die sie bald übertreffen, in Wettkampf treten; er fördert dadurch e gegenseitige Eifersucht, lockert die Solidarität und zahlt dazu dem vollwertigen hrling einen zu niedrigen Lohn. Hier wäre ein Eingreifen der Gewerkschaften nötig.

Auf die Ausbeutung der Lehrlinge richtet auch Lenoir die Aufmerksamkeit. iele Unternehmer beschäftigen in der Regel eine unverhältnismäßig große Anzahl hrlinge; sie lehren diese in ein paar Monaten eine Spezialität und beuten sie nn aus. Der Sinn für Fachausbildung wird bei der Stückarbeit durch die ucht, bald viel zu verdienen, getötet. Die meiste Fachkenntnis kann der Arbeiter ır durch eigene Versuche, Fehlschläge und Wechsel der Arbeitsstätte erwerben. ie Gesetze, die gegen die Lehrlingsausbeutung erlassen wurden, zum Beispiel ein esetz Millerands vom Jahre 1900, das die Arbeitszeit überall, wo Lehrlinge sind, ıf 10 Stunden festsetzt, bringen mehr Schaden als Nutzen, weil die Unternehmer e Lehrlinge jetzt in besonderen Räumen arbeiten lassen und sie so dem Einfluß r erwachsenen Arbeiter entziehen. Das wichtigste wäre, die Lehrlingskontrakte ıter die Kontrolle der Gewerkschaften zu stellen, da nur die erwachsenen Kollegen er die Fortschritte der Lehrlinge urteilen können. Die technische Ausbildung der ngen Leute unter der Obhut der Gewerkschaften wäre das natürliche Verhältnis. m sie ganz auf eine gesunde Basis zu stellen, wäre jedoch eine vollständige Um-ldung des Schulwesens nötig, das als Vorbereitung für das praktische gewerbliche eben eingerichtet werden müßte. Damit kommt der Autor zu einem jedem Sozia-sten geläufigen, schon von den Utopisten glänzend verfochtenen Gedanken, dessen urchführung unter dem kapitalistischen Regiment aussichtslos ist.

„La revue Socialiste“ vom April bringt einen Aufsatz von Bouhey-llex über **„Die Kolonialpolitik und die sozialistische Partei“.** Anknüpfend an n früheren, hier mitgeteilten Aufsatz Fournières will der Autor einen Beitrag zu nem praktischen Kolonialprogramm liefern. Im Prinzip soll man für alle Völker ıs Recht auf Unabhängigkeit proklamieren. In der Praxis soll man in unseren genen Kolonien den Eingeborenen Kultur bringen, nicht um Franzosen aus ihnen bilden, sondern eine ihrer Eigenart und ihrem Volkscharakter angemessene ultur. Es wäre Frankreichs würdig, den Völkern Algiers die geistige Grundlage einer nationalen Bildung durch die Gründung einer arabischen, mohammeda-schen Universität zu verschaffen, die ihre Schüler aus dem ganzen Gebiet des slams erhalten würde, namentlich aus Ägypten, und durch die Stiftung einer

großen Anzahl arabischer Schulen. Dann würde es nicht mehr als Unterdrüc verhaßt, sondern als Wohltäter und Erzieher geehrt sein. Dafür soll die soz listische Partei sich ins Zeug legen!

Dr. Diverneresse behandelt **„Die Gefährdung des Unfallversicherung gesetzes“** (La Loi sur les Accidents en danger). Das Unfallversicherungsgesetz g dem Arbeiter das Recht, selbst seinen Arzt zu wählen; der Unternehmer hat n das Recht, den Arbeiter durch einen eigenen Arzt kontrollieren zu lassen. Diesen groß Vorteil, der die verletzten Arbeiter vor der rohen, ungenügenden Behandlung u den skandalösen Experimenten der Unternehmerärzte schützt, wollen die Kapitalist ihnen nehmen. Nicht offen, sondern auf dem Umweg, daß das Honorar der fr gewählten Ärzte auf die Stufe der für die Armenpraxis gültigen Tarife erniedri werden soll; dann finden die Arbeiter keine Ärzte mehr und müssen sich denen d für die Unternehmer eintretenden großen Versicherungsgesellschaften in die Hän liefern. Der Autor widerlegt die Beschuldigung, daß die Arbeiter mit dem jetzig Gesetz Mißbrauch treiben; sie ist zu dem Zwecke fabriziert, Gründe für die U gestaltung des Unfallversicherungsgesetzes zu schaffen. Ferner behandelt Divernere ausführlich die unerträglichen Zustände, die für die Arbeiter aus der Behandlu durch die Versicherungsärzte entstehen. Die gefährlichsten und schmerzlichsten Op rationen werden von ihnen versucht, um die Arbeiter rasch wieder arbeitsfähig machen. Ein Versicherungsdirektor gab dem Arzt den Auftrag: Versuche den Ma rasch zu heilen, sei es auch mittels der gefährlichsten Operation, denn stirbt so brauche ich bloß Beerdigungskosten, sonst aber habe ich eine lebenslänglic Rente zu zahlen. Es sollte angesichts solcher Tatsachen den Versicherungsgesellschaft eigentlich untersagt werden, selbst Ärzte in ihrem Dienste zu haben. Jedenfal muß an dem Rechte der freien Arztwahl festgehalten werden.

Bibliographie des Sozialismus.

Bernstein, Eduard, **Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolutio** Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nac XVI und 367 Seiten. Broschiert 3,50 Mk., gebunden 4 Mk.

Brod, Jakob, **Der Bürgerkrieg.** Sozialhistorisches Drama in fünf Aufzügen. Wien, Kommission verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand. 158 Seiten.

Calin, C. O., **Karl Marx**, Schifa Biografica, Biblioteca „Viitorul Social“, Nr. 4. Jass Str. St. Teodor Nr. 31, „Viitorul Social“. 20 Seiten. 25 Bani.

Deutsch, Julius, **Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.** Die sozialistische Gewerkschaften von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Mit einem Vorwort von Dr. Vikt Adler. Wien, Volksbuchhandlung Ignaz Brand. 332 Seiten. 4 Kronen 80 Heller.

Hirsch, Paul, **Der preußische Landtag.** Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. I Auftrag des Parteivorstandes und unter Mitwirkung einer Anzahl von Parteigenossen herau gegeben. Zweite, umgearbeitete und bis auf das Jahr 1908 ergänzte Auflage. Berlin, Buc handlung Vorwärts. 596 Seiten. Broschiert 5 Mk., in dauerhaftem Einband 6 Mk.

Hitch, Marcus, **Goethes Faust.** A Fragment of Socialist Criticism. Chicago, Charl H. Kerr & Cy. 127 Seiten.

Jaurès, Jean, **Socialism si Libertate.** Biblioteca „Viitorul Social“, Nr. 4. Jassy, Str. St. Teod Nr. 31. 29 Seiten. 40 Bani.

Kautsky, Karl, **Karl Marx i ego istoritschestoë isdatschenie.** Perewod s rukopsp redaktzie J. Riazanow. Moskau, Ruskago Powaritschestwa. 64 Seiten. 40 Kopeken.

Kautsky, Karl, **Karl Marx' historiske virksomhed.** Udgivet til mesterens 25 aars dödsda Bemyndiget oversaettelse fra tysk af Olav Kringen. Kristiania, J. Aass' Forlag. 16 Seite

Lassalle, Ferdinand, **Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Neue Ausgabe mit einer Vo bemerkung und Anmerkungen von Eduard Bernstein. Berlin, Buchhandlung Vorwärt 55 Seiten. 40 Pf.

Liebknecht, Wilhelm, **Karl Marx Biographical Memoirs.** Translated by Ernest Unte mann. Chicago, Charles H. Kerr & Cy. 181 Seiten.

Sassenbach, Johann, **Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaf lichen Literatur.** Im Auftrag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusamme gestellt. Dritte Ausgabe, April 1908. Berlin, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaft Deutschlands. 85 Seiten. 40 Pf.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 35 Ausgegeben am 29. Mai 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die preußische Wahlbewegung.

⸗ Berlin, 23. Mai 1908.

Die preußische Wahlbewegung bietet kein erhebendes, aber deshalb doch in überraschendes Bild. Die Wahlagitation der bürgerlichen Parteien wird ırchweg von der elendesten Mandatsjagd beherrscht, bei der politische Grund-ße und Ziele überhaupt keine Rolle spielen; allein die Arbeiterpartei führt n Kampf um ein großes Ziel mit politischen Waffen, um die Beseitigung r Dreiklassenschmach, um die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes für e preußische Volksvertretung.

Was die bürgerlichen Parteien allesamt entnervt, ist, wie Treitschke in iner pomphaften Weise zu sagen pflegte, „die gemeine Angst um Haut und eutel, die die letzten Trümmer des deutschen Idealismus auf dem Altar des ldenen Kalbes opfert". Der „Prophet des Deutschen Reiches" hat sich in esem Punkte allerdings als ein Prophet erwiesen; er hat solch Ende voraus-sagt als das Ergebnis der siegreich vordringenden Arbeiterbewegung, und war auch durchaus berufen dazu, denn ihn selbst hat schon die „gemeine ngst um Haut und Beutel" mitten ins Lager der politischen und sozialen eaktion getrieben.

Die Reaktionäre selbst, die ostelbischen Junker und ihr Anhang, spielen in der eußischen Wahlbewegung noch die am wenigsten schimpfliche Rolle. Sie sind ihrer Art ehrlich und konsequent, indem sie kein Hehl daraus machen, daß es nen nicht ums Recht, sondern nur um die Macht zu tun ist. Sie verlieren in Wort über das Unrecht und den Widersinn der Dreiklassenwahl, der bei r Aufstellung der Wählerlisten abermals, auch für den blödesten Verstand eifbar, hervorgetreten ist; sie sagen einfach: dies Wahlrecht sichert die Herr-haft unserer Partei, und also muß es dabei bleiben. Sie pfeifen auf das echt, wo es ihre Macht gilt, und so viel sich moralisch dagegen einwenden ssen mag, so hat diese Taktik mindestens den Vorzug der Offenheit; je

weniger es möglich ist, sich mit ihr zu vertragen, um so besser läßt sich n ihr schlagen.

Schimpflicher ist schon die Rolle der ultramontanen Partei, die sich n den Lippen zum allgemeinen Wahlrecht bekennt, es aber dennoch, wie d preußische Wahlbewegung von neuem zeigt, jeden Augenblick zu verraten ber ist. Gleichwohl kann auch sie diesen oder jenen Milderungsgrund für si beanspruchen. In ihres Wesens Wesenheit ist sie eine reaktionäre Partei u durch tausend Bande mit dem ostelbischen Junkertum verknüpft, das in ihr eigenen Reihen eine so einflußreiche Stellung behauptet; neben dieser od jener taktischen Rücksicht ist es allein der Blick auf die ihr noch anhänglich Arbeitermassen, der sie hindert, dem allgemeinen Wahlrecht ebenso offen a zusagen, wie ihre junkerlichen Freunde ihm absagen. Aber das ist eben n ein Augenverblenden, von dem sich niemand täuschen zu lassen braucht u auch nicht täuschen lassen darf; das Zentrum hat nur das eine Ziel, wied zur „maßgebenden Partei“ zu werden, und um diesen Preis ist es gern bere jeden politischen Grundsatz preiszugeben, nicht zuletzt das allgemeine Wahlrec

Am schimpflichsten in der preußischen Wahlbewegung ist die Rolle d Liberalismus und im besonderen des Freisinns. Von den Nationalliberal war man am Ende längst nichts Besseres gewöhnt; man muß selbst anerkenne daß gerade ihre Historiker, wie Sybel und Treitschke, aus ihrer Gegnersch gegen das allgemeine Wahlrecht schon zur Zeit, wo Bismarck noch daran fe hielt, als einem, seiner Ansicht nach geeigneten Mittel, die Arbeiterklasse betören, kein Hehl gemacht haben. Seitdem sind die Nationalliberalen me und mehr unter den Schlitten des Junkertums geraten, das sie als eine Söldne klasse gegen das klassenbewußte Proletariat in jeder Weise aufzupäppeln suche und es trifft sich, daß gerade in dieser Wahlbewegung ihr hauptstädtisch Organ sich mit der „Post“ verschmilzt, die ihrerseits von jeher das Bindegli zwischen dem großagrarischen und dem großindustriellen Scharfmachertum g bildet hat.

Es ist immerhin ein charakteristisches Vorkommnis, nicht ohne eine gewi historisch-symptomatische Bedeutung. Die „Nationalzeitung“ wurde, wie selbst in ihrer ersten Ankündigung sagte, in der „Märtyrernacht der Freih vom 18. auf den 19. März 1848“ geboren. Was sie wollte, verkündete sie dieser Ankündigung preislichst: „Unser Streben geht auf vollkommene Rech gleichheit in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens, in der Kommune u im Staate, in der Kirche wie in der Schule. Wir sind von der innigen Üb zeugung durchdrungen, daß ein politisch mündig gewordenes Volk durch d von ihm gewählten Vertreter auch die Mittel und Wege auffinden wird, sei materielle Lage im Wege der Reform zu verbessern und zu einem bisher u bekannten sozialen Wohlbehagen zu gelangen. Politische und soziale Refor erklären wir für untrennbar.“ Deutlicher noch als dies Programm war d Name der neuen Zeitung, der nach dem Pariser „National“ schielte, de bourgeois-republikanischen Organ, dessen Leute nach dem Ausbruch d Februarevolution die provisorische Regierung der französischen Republik b herrschten.

Diese Blütenträume sollten nicht reifen; bereits zehn Jahre später hetzte ie „Nationalzeitung“ in der bekannten schäbigen Weise gegen die Londoner Schwefelbande“ und besonders gegen Karl Marx; Lassalle sah in ihr damals hon das Nonplusultra von Stupidität. Dennoch blieb sie das Organ der igentlich „respektablen“ Bourgeoisie, und als sich in der Gründerzeit der sieb- iger Jahre herausstellte, daß ihr volkswirtschaftlicher Teil der feilsten Kor- uption verfallen war, hielt sich ihr politischer und literarischer Teil noch immer ı einem gewissen Ansehen. Aber ein wirkliches Aufhalten auf der schiefen bene gab es nicht bis zu dem schmählichen Ende, das nunmehr eingetreten t. Es ist kennzeichnend für die preußischen Zustände, daß von den drei haupt- ädtischen Organen, die sich nach dem Ausbruch der Märzrevolution die da- ıaligen Hauptklassen der Bevölkerung gründeten, der junkerlichen „Kreuz- eitung“, der großbürgerlichen „Nationalzeitung“ und der kleinbürgerlichen Volkszeitung“, nur die „Kreuzzeitung“ obenauf geblieben und heute noch viel ıächtiger ist, als bei ihrer Gründung, und es ist nicht minder kennzeichnend, aß wie vor einigen Jahren schon die „Volkszeitung“, so auch jetzt die „National- eitung“ nicht den Mut eines ehrlichen Todes findet, sondern es vorzieht, im umpfe weiterzuleben, unter der Fuchtel einer politischen Partei, die sie ihren rsprünglichen Grundsätzen nach zu bekämpfen verpflichtet wäre.

Doch um auf unser eigentliches Thema zurückzukommen, so spielt die himpflichste Rolle in der preußischen Wahlbewegung der Freisinn. Ver- flichtet wie keine andere bürgerliche Partei, für das allgemeine Wahlrecht nzutreten, verrät er es am schändlichsten, treibt er so ehrvergessen wie keine ndere bürgerliche Partei den elendesten Handelsschacher. Die Vorgänge in)ber- und Niederbarnim, wo er offen mit dem Junkertum paktiert, und in Breslau, wo er mit ihm paktieren wollte, machen das angebliche Bekenntnis es Freisinns zum allgemeinen Wahlrecht tatsächlich zur widerlichsten Heuchelei.)er Haß gegen die Sozialdemokratie erstickt in den freisinnigen Fraktiönchen edes Gefühl für ihre politische Pflicht, und nirgends zertrümmert die „ge- ıeine Angst um Haut und Beutel“ so erbarmungslos „die letzten Trümmer es deutschen Idealismus“ wie bei den „Unentwegten“. Es wäre auch ver- ehrt, die Schuld auf die freisinnigen Führer allein zu schieben. Gewiß sind ie Fischbeck, die Kopsch, die Wiemer, die Müller, ob von Meiningen oder on Sagan, politische Männerchen von einem Kaliber, mit dem verglichen elbst der selige Eugen Richter beinahe als großer Mann erscheint, aber sie aben unzweifelhaft die freisinnigen Massen hinter sich, soweit überhaupt noch on freisinnigen Massen gesprochen werden kann.

Deshalb ist auch die Sezession der Barth und Genossen, so erfreulich sie nterm ästhetisch-moralischen Gesichtspunkt sein mag, politisch von gar keiner Bedeutung. Sie haben nichts hinter sich und werden auch nichts hinter sich ekommen. Seit vierzig Jahren sind alle Versuche, eine bürgerliche Demo- ratie in Deutschland zu schaffen, in kläglicher Weise gescheitert, selbst wenn e von Männern wie Walesrode und Guido Weiß unternommen wurden, on Politikern, die den demokratischen Namen mit ungleich größerem Rechte agen durften als die Barth, Gerlach und Breitscheid, und die Ursachen

davon wurzeln viel zu tief in unserer ganzen historischen Entwicklung, als da an ihre baldige oder überhaupt an ihre Beseitigung zu denken wäre. Die letzte konvulsivischen Zuckungen der Scham, die die Blockpolitik des Freisinns i seinem eigenen Schoße hervorruft, sind alles andere eher als die Geburtswehe eines gesunden Kindes.

Es versteht sich, daß der Freisinn seine verräterische Taktik unter verdre fachtem Lästern über die Arbeiterpartei zu verbergen sucht. Die Sozialdem kratie soll angeblich die Reaktion unterstützen, weil sie nicht schweigend de freisinnigen Treiben zusieht. Das Gerede ist zu töricht, als daß es vor ve ständigen Leuten eine Widerlegung bedürfte, aber wenn es tatsächlich auf d freisinnigen Wähler wirken sollte, so wäre das eben nur ein neuer Bewei für den politischen Verfall des deutschen Bürgertums, ein neuer Beweis fü die alte Erfahrung, daß mit dem politischen Charakter auch die politisch Intelligenz zu schwinden pflegt. Der Freisinn ist heute eine Regierungsparte ein Werkzeug der politischen und sozialen Reaktion, das sich vor andere solchen Werkzeugen nur durch ein größeres Maß von Heuchelei auszeichn und in demselben Maße weniger Schonung verdient. Am meisten wird d durch die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes gefährdet, denn selbst wen der heutige Freisinn im preußischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit gewänn wie sie einst die Fortschrittspartei in dieser parlamentarischen Körpersch besessen hat, so wären wir dem allgemeinen Wahlrecht deshalb nicht um Hand breite näher gerückt.

Der bisherige Verlauf der preußischen Wahlbewegung bestätigt, was freili von vornherein kein Geheimnis war, daß die Arbeiterklasse einzig und allei auf ihre eigene Kraft angewiesen ist, wenn sie das allgemeine Wahlrecht fü den preußischen Landtag erobern will, und ihr eifriges Rüsten für den Wah tag zeigt, daß sie sich dieser Tatsache klar bewußt ist.

Mecklenburgische „Verfassungsreform“.

Von **Heinrich Cunow.**

Wie eine altfeudale, von hundertjährigem Efeu umsponnene Trutzburg ra der patrimoniale Ständestaat der Lande Mecklenburg in die heutige Zeit hinei Keines der übrigen dreiundzwanzig deutschen „Vaterländer“ hat in den rev lutionären Stürmen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts seine al ständischen Rechte und feudalen Institutionen so zähe bewahrt wie die beide Obotritenländer. Zwar sind im letzten halben Jahrhundert dadurch, daß d beiden Mecklenburg sich dem Norddeutschen Bund und darauf dem Deutsche Reich anschlossen, also unter die Reichsgesetzung gerieten, manche der alte mecklenburgischen Erbeigentümlichkeiten gefallen, besonders auf wirtschaftliche Gebiet; doch noch immer steht der mecklenburgische patrimoniale Ständesta fest auf seiner über hundertfünfzig Jahre alten Grundlage, dem im Jah 1755 zwischen dem Schweriner Herzog Christian Ludwig, der Ritterschaft un den Stadtmagistraten abgeschlossenen „Landesgrundgesetzlichen Erbve

‘leich“, der seinerseits nichts ist als eine Erweiterung der alten Reversalien ‹us den Jahren 1572 und 1621.

Der Erbvergleich war eine Art Friedensvertrag, der nach langem, erbitter‹m Kampf zwischen den autokratische Gewalt erstrebenden mecklenburgischen ›erzögen und der von den Landständen unterstützten Ritterschaft geschlossen ›urde. Von der Mitte des vierzehnten bis in das achtzehnte Jahrhundert ist ie innere Geschichte Mecklenburgs ein fast ununterbrochener Streit der von en Obotritenhäuptlingen abstammenden, nach Erweiterung ihrer Hoheits‹chte trachtenden Herzöge mit den großen Grund- und Lehensherren, größten‹ils deutschen Rittern, die einst Herzog Heinrich dem Löwen von Sachsen ei seiner Eroberung der wendischen Lande Heerfolge geleistet hatten und für ›re Dienste mit großem Grundbesitz belehnt worden waren.

Besonders als gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts in den meisten brigen deutschen Landen die Fürsten den rebellierenden Grundadel nieder‹eworfen und ihre Despotie aufgerichtet hatten, versuchten auch die Schweriner ›erzöge, unumschränkte Gewalt zu erlangen. Die Regierungszeit der Herzöge ‘riedrich Wilhelm (1692 bis 1713) und Karl Leopold (1713 bis 1746) ist ein eißer Kampf der landesherrlichen Macht gegen die um ihre alten verbrieften ‹echte streitenden Grundherren und Städte. Hatte schon Friedrich Wilhelm, m die aufsässige Ritterschaft niederzuhalten, preußische Truppen ins Mecklen‹urger Land geholt, so ging der gewalttätige, vor keiner Gemeinheit zurück‹hreckende Herzog Karl Leopold noch weiter. Als er sah, daß er trotz aller ‹echtsbrüche und Verhaftungen die Stände, das heißt die Ritterschaft und ie Landschaft (Stadtverwaltungen), nicht zur Nachgiebigkeit gegen seine Herr‹haftsansprüche zu zwingen vermochte, bewog er 1716 den Zaren durch landes‹erräterische Versprechungen, an 40 000 Mann russische Truppen nach Mecklen‹urg zu werfen, die auf den ritterschaftlichen Gütern, im Domanium des zur ‹itterschaft haltenden Herzogs von Strelitz und in den Rostocker Landen wie ie Bestien hausten.

Zugleich schickte auf Betreiben Karl Leopolds der russische General Repnin ‘ruppenkommandos durchs Land, um die Rädelsführer des Adels, vornehmlich ie Landmarschälle, Landräte und den Engeren Ausschuß (den aus Vertretern ‹r Ritterschaft und der Städte bestehenden permanenten Landesausschuß der ‹tände) zu verhaften. Rechtzeitig gewarnt, flohen die meisten Häupter des ‹dels nach Ratzeburg, wo sie unter dem Schutz des Kurfürsten von Hannover ‹nen neuen Engeren Ausschuß ernannten. Die wenigen Adeligen, die Repnin ‹efangen genommen hatte, mußte Karl Leopold auf Verwendung der norddeutschen ‘ürsten und des Deutschen Kaisers in Wien wieder freigeben, nachdem er sie orher gezwungen hatte, einen Revers zu unterschreiben, durch den sie ihm ›re Güter verpfändeten.

Unterdessen suchte der Engere Ausschuß in Ratzeburg unter Anwendung ingender Gründe (die Mittel dazu lieferten vornehmlich die Städte) die deut‹hen Fürsten zur Absendung einer Exekutionsarmee nach Mecklenburg zu be‹egen, und da nicht nur die norddeutschen Fürsten, sondern auch Dänemark nd England eine Festsetzung der Russen (der Zar hatte inzwischen nach dem ‘riedensschluß mit Karl XII. ein neues Expeditionskorps nach Mecklenburg ‹eführt) in dem westlichen Gebiet der Ostsee fürchteten, fand er allseitiges ‹ntgegenkommen. Durch die Drohungen Englands, Dänemarks und der kaiser‹chen Regierung in Wien bewogen, zog 1718 der Zar, nachdem eine starke

englische Flotte im Baltischen Meer erschienen war, aus dem ausgeplünderte Mecklenburg ab. Der Herzog erklärte darauf die adeligen Rädelsführer i Ratzeburg für Hochverräter und ließ ihre Güter beschlagnahmen.

Endlich rückten am 25. Februar 1719 die Expeditionstruppen, 12000 Man stark, unter Befehl des hannoverschen Generals von Bülow in Mecklenbu ein, wurden aber von dem herzoglichen General, dem Grafen von Schweri bei Walsmühlen geschlagen. Zweifelhaft ist, was aus der Invasion geworde wäre, wenn nicht der nach Berlin geflohene feige Karl Leopold von dort a die widersinnigsten Befehle erteilt und schließlich seine Truppen aus Meckle burg zurückgezogen hätte. Die Invasionstruppen besetzten nun das Land, d Stände übernahmen die Herrschaft, und schließlich wurde 1728 durch kaise liches Reskript Karl Leopolds Bruder, der Herzog Christian Ludwig, zu kaiserlichen Verwalter des Schweriner Herzogtums ernannt.

Karl Leopold flüchtete nach Danzig. Als aber 1730 ein Streit der Ritte schaft mit dem kaiserlichen Administrator ausbrach, tauchte Karl Leopold plö lich in Schwerin auf, um dort, wie er in einem Manifest ankündigte, da „verdammliche Rebellionslaster" niederzuwerfen; doch fand er wen Anhang. Vor keinem Mittel zurückschreckend, rief er deshalb, nachdem er si durch allerlei Versprechungen die Hilfe der orthodoxen evangelischen Geistlic keit erkauft hatte, die hörigen und leibeigenen Bauern zum Kampf gegen d Ritter auf. Da die Bauern von dem übermütigen Grundadel in harter Fro gehalten wurden, hatte sein Aufruf Erfolg. Bald bildeten sich im Lande mehre große Bauernhaufen, darunter in Schwerin selbst eine ungefähr 2000 Bauer umfassende Schar. Unter herzoglichen Führern zogen sie zum Sturm auf d Städte. Unorganisiert und undiszipliniert, nur aufs Plündern bedacht, wurde sie jedoch fast überall zurückgeschlagen, lösten sich in kleine Haufen auf un fielen in dieser Vereinzelung den zur Unterstützung des kaiserlichen Admin strators ausgesandten lüneburg-hannöverschen Truppen in die Hände.

Nach Karl Leopold, der im Jahre 1746 starb, bestieg Christian Ludwi der bisher als kaiserlicher Administrator das mecklenburg-schwerinsche Herzo tum verwaltet hatte, den Thron. Wie seine Vorgänger suchte auch er, nac dem er „Landesherr" geworden war, zunächst die herzogliche Macht ausz dehnen und das Steuerbewilligungsrecht sowie die Steuerfreiheiten des Adel zu brechen. Alt (er war, als er die Regierung antrat, schon 65 Jahre) un müde des stetigen aufreibenden Kampfes gab er jedoch schließlich nach un schloß mit den Ständen am 18. April 1755 den schon erwähnten „Landes grundgesetzlichen Erbvergleich", dem einige Monate später auch de Strelitzer Herzog beitrat.

Auf diesem zwischen Gleichberechtigten, dem Herzog als Grundherrn de Domaniums, der Ritterschaft, das heißt den körperschaftlich vereinigten Grund herren der ritterschaftlichen Besitzungen, und den körperschaftlich vereinigte Stadtverwaltungen (Magistraten), geschlossenen Vertrag ruht noch heute da Regime der Lande Mecklenburg. Sind auch durch spätere Verträge zwische Fürst und Ständen manche Bestimmungen annulliert und andere, seit Meckler burg zu den Bundesstaaten des Deutschen Reiches zählt, durch die Reichs gesetzgebung, die bekanntlich widersprechende Landesgesetze aufhebt, außer Kra gesetzt worden, so haben doch im wesentlichen trotz aller Stürme der letzte anderthalb Jahrhunderte die Paragraphen des alten Erbvergleiches ihr Rechtsgültigkeit bewahrt.

Es ist selbstverständlich, daß ein Regierungsvertrag, der vor 153 Jahren ntstand und dessen einzelne Rechtssatzungen teilweise bis in das sechzehnte jahrhundert zurückreichen, Bestimmungen enthält, die unseren heutigen staats-echtlichen Anschauungen seltsam erscheinen. Und sonderbar, wie fossile Über-leibsel aus längst entschwundener Zeit muten denn auch die landesrechtlichen Verhältnisse an, unter denen noch heute die mecklenburgische Bevölkerung lebt.

In Mecklenburg gibt es keine einheitliche öffentliche Staatsgewalt, ondern nur bestimmte Komplexe persönlicher Befugnisse, die, durch den Erbvergleich verteilt und geregelt, von den Berechtigten auf Grund eigenen Rechtes ausgeübt werden. Der Großherzog als Landesherr steht nur zu emjenigen Teil der Gesamtheit in direkter Beziehung, deren Grundherr er t, nämlich zu den Bewohnern des Domaniums, der alten Staatsländereien, ie mehr als zwei Fünftel der gesamten Bodenfläche Mecklenburgs umfassen. Nur diese Bewohner des Domaniums sind Untertanen des Herzogs, er als Domanialherr unbeschränktes Gesetzgebungs- und Besteuerungs-echt über alle Bewohner des Domaniums besitzt, ohne daß ihm die im Land-ag versammelten Stände in dieses Recht hineinzureden vermögen. Das Ver-ältnis der Bevölkerung des Domaniums zum Herzog ist also verfassungsrechtlich enau dasselbe wie das der mittelalterlichen Bauernschaften zu ihren Grund-herren, nur daß durch die Reichsgesetzgebung die Fesselung an den Grund und Boden (auch in Mecklenburg gilt selbstverständlich heute Freizügigkeit) und ine Reihe persönlicher Dienstleistungen aufgehoben sind.

Zu den Bewohnern der anderen mecklenburgischen Landesteile, des ritter-chaftlichen Besitzes und der Städte, steht der Großherzog, da er nicht Grundherr dieser Gebiete ist, in keinem direkten Herrschaftsverhältnis. Die Bewohner dieser Landesteile sind verfassungsrechtlich weder herzogliche Unter-anen noch Staatsbürger im Sinne des bürgerlichen Rechtsstaates; sie sind Untertanen der Stände, das heißt der Ritterschaft und der Stadtmagistrate. Bäuerliches Eigentum gibt es verfassungsrechtlich nicht und deshalb auch eine bäuerliche Landstandschaft, keine Beteiligung des bäuerlichen Volksteiles, er nur in sogenannter „Erbpacht“ sitzt, an den Landtagen und Landes-eschäften; kurz, politische Landesrechte hat der Bauer nicht. Das-elbe gilt von den Städtebewohnern. Auch sie sind nach dem „Landes-rundgesetzlichen Erbvergleich“ nicht politische Rechtspersonen, sondern Untertanen er nominellen Grundherren des städtischen Grundbesitzes, der Bürgermeister, ie nicht etwa als Vertreter der Städte Zulaß zu den mecklenburgischen Land-agen haben, sondern „kraft eigenen Rechtes“, und weder an Instruktionen och an Wünsche der Stadtväter (Stadtverordnetenversammlungen) gebunden ind. Die Grundlage des heutigen mecklenburgischen Ständestaates bildet also as Eigentum am Grund und Boden; und deshalb ist es völlig logisch, daß uch Landesfremde, wenn sie die mecklenburgische Staatsangehörigkeit erwerben und sich ein sogenanntes landtagsfähiges Rittergut kaufen, dadurch über Nacht um mecklenburgischen Landtagsmitglied und Gesetzgeber werden.

Dieser Teilung der Gewalten entspricht es, daß es in beiden Mecklenburg eine allgemeine Vertretung, keinen eigentlichen Staatshaushalt, eine Kontrolle der Landesverwaltung, kein Besteuerungsrecht der Großherzöge über die nicht zum Domanium gehörenden Landes-eile, kein geordnetes Verhältnis zwischen dem Privatvermögen er Fürsten und dem Landesvermögen gibt, und daß ferner, obgleich

die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer (das Schweriner und d
Strelitzer) völlig selbständig sind, sie doch einen gemeinsamen Landta
haben, da die Stände beider Lande sich nach alter Überlieferung als ei
heitlich betrachten.

Als Grundherr des Domaniums hat der Fürst nur auf die Einkünfte a
diesem Anspruch, und der „Erbvergleich" von 1755 setzt denn auch fest, da
er aus diesen Einkünften nicht nur seine persönlichen Bedürfnisse, sonder
auch die Kosten der Landesregierung zu bestreiten hat und auß
einem ihm aus freiem Willen der Stände zugebilligten Beitrag zu gewisse
Ausgaben (speziell zu den Militär-, Legations- und Deputationskosten) weite
„Kollekten, Hilfen und Beiträge" nicht beanspruchen kann, da die Stände wo
zur Heeresfolge verpflichtet, von Steuerlasten aber befreit seien. Im Lau
der Zeit haben sich nun zwar doch die Stände, da mit dem Fortschritt d
Entwicklung die finanziellen Anforderungen an den Staat stetig stiegen, z
mannigfachen anderen „Beihilfen" verstanden; aber eine einheitliche Finan
verwaltung hat Mecklenburg auch heute noch nicht. Es gibt, abgesehe
von der 1849 aus der großherzoglichen Renterei ausgeschiedenen „Haushalts
zentralkasse" (Kasse zur Bestreitung der Hofhaltung) folgende drei gan
selbständige Kassen:

1. Die meist aus Domanialeinkünften gespeiste „Großherzogliche Ren
terei" (mit verschiedenen ihr beigeordneten Nebenkassen), die ausschließli
unter fürstlicher Verwaltung steht, ohne irgendwelches Kontrollrecht der Ständ

2. Die von der landesherrlichen Regierung und den Ständen gemeinsa
verwaltete „Landesrezepturkasse", in die vornehmlich die Beiträge de
ediktmäßigen Kontribution (Landessteuer), der Gewerbescheinsteuer, der Erb
schafts- und Stempelsteuern fließen. Ihre Einnahmen dienen speziell zu Weg
und Wasserbauten und zur Unterstützung von Unterrichts- und Krankenanstalte
(Taubstummen-, Blinden-, Idiotenanstalten usw.).

3. Der unter ausschließlicher Verwaltung der Stände stehende „Land
kasten", der aus freiwilligen, von den Ständen unter sich vereinbarte
Steuerauflagen gespeist wird. Aus ihm werden die vom Landtag bewilligte
Zuschüsse zu den Kosten der Landesregierungen, die Prinzessinnensteuer sowi
die speziellen ständischen Ausgaben (Kosten der ständischen Ausschüsse un
Deputationen, ritterschaftlichen Syndici usw.) bestritten.

Alle drei Kassen sind völlig selbständig, können miteinander Rechts-
geschäfte abschließen, miteinander prozessieren usw.

Eine öffentliche Rechnungsablegung dieser Kassen gibt es nich
und ebensowenig wird dem Landtag ein Staatshaushalt oder ein
genaue Übersicht der Ein- und Ausgaben vorgelegt. Kommt di
großherzogliche Regierung mit den Einkünften aus dem Domanium und de
ihr bewilligten Steuern nicht aus, so wendet sie sich um Beihilfe an die Stände
die dann gewöhnlich nähere Aufschlüsse über die Art des Fehlbetrages un
den Zweck der Verwendung verlangen und je nachdem, ob ihnen die Auskunf
genügt oder nicht, einen Pauschalzuschuß aus der ständischen Kasse, ihren
„Landkasten", beschließen oder auch die Forderung rundweg ablehnen.

Nicht minder eigenartig ist die Zusammensetzung des ständische
Landtags. Er besteht aus der Ritterschaft, den zirka 680 Besitzern de
950 mecklenburgischen Hauptrittergüter, und der Landschaft, das heißt den
Bürgermeistern der 49 Städte. Beide Stände sind gleichberechtigt. Sie können

emeinsam beraten und beschließen, in welchem Fall die einfache Stimmen-
ıehrheit entscheidet, oder sie können sich auch nach Ständen getrennt ver-
ımmeln und nach Ständen abstimmen, die sogenannte „itio in partes“.
;timmt bei dieser Abstimmung der eine Stand gegen den anderen, dann gilt
er Antrag beziehungsweise das Gesetz als abgelehnt. Dadurch haben die
3ürgermeister die Macht, *jeden Antrag, der ihnen gegen das städtische*
Interesse zu verstoßen scheint, einfach unter den Tisch fallen zu
assen. An irgendwelche Beschlußfähigkeitsziffer ist dabei die Gültigkeit der
bstimmungen nicht gebunden. Ob 600 oder 20 Mitglieder versammelt sind,
t gleichgültig. *Eine eigentliche Geschäfts-, Tages- und Rednerord-*
ung gibt es nicht. Jedes Landtagsmitglied ist gewissermaßen souverän,
: kann jederzeit beantragen, daß irgend eine ihm wichtig scheinende Sache
ır Verhandlung kommt oder von der Beratung abgesetzt wird, und er kann
:den, wenn es ihm paßt, ganz gleich, ob schon ein anderer spricht. Auch
ınn eine eben abgelehnte Vorlage nach einigen Wochen aufs neue zur Be-
ıtung gestellt werden.

Noch charakteristischer für die Verfassungszustände Mecklenburgs ist das
erhältnis des Landtags zum Landesherrn. Auch der Großherzog kann nach
148 des Erbvergleichs die Landtage „beziehen“; dagegen darf ein Vertreter
iner Regierung, ob Minister oder Rat, nur dann im Landtag etwas vor-
:agen, wenn er bei den Landmarschällen darum angehalten und ihm der
andtag gnädigst die Erlaubnis erteilt hat. Deshalb findet der Verkehr
vischen Regierung und Landtag auf schriftlichem Wege statt.

Wohl ist seit 1755 verschiedentlich von den nach größerer landesherrlicher
Nacht, Einschränkung der Steuerbewilligungsrechte der Stände und Vermeh-
ıng ihrer Einkünfte strebenden Herzögen und Großherzögen versucht worden,
ogenannte Verfassungsreformen durchzuführen; doch ohne nennenswerten Erfolg.
ls im Jahre 1808 die Herrlichkeit des alten Deutschen Reiches zusammen-
rach, unternahm der damalige Schweriner Großherzog auf Grund seiner durch
ie Reichsauflösung erlangten und durch seinen Beitritt zum Rheinbund ver-
ärkten Macht den Versuch, die ständischen Berechtigungen abzuschaffen. Er
reichte aber nur, daß die Stände sich zur Einführung bestimmter Steuern
Stempelsteuer, Kollateral-Erbsteuer, Heranziehung der bisher steuerfreien ritter-
haftlichen „Hofhufen“ zur sogenannten Hufensteuer) und zur Bewilligung
ıner dreißigjährigen Landeskontribution verstanden.

Im Jahr 1849 unternahm unter dem Druck der revolutionären Strömung
riedrich Franz I. einen neuen Vorstoß gegen die Stände. Er erließ am
0. Oktober 1849 ein Staatsgrundgesetz nebst Wahlgesetz, durch das die meisten
lten Rechte der Stände beseitigt und an die Stelle des ständischen Landtags
n gewählter, aus sechzig Mitgliedern bestehender Landtag gesetzt wurde.
;wanzig von diesen Abgeordneten sollten durch die Wahlkorporationen der
indlichen Grundbesitzer, der Kaufleute, der Industriellen und Handwerker
ewählt werden, die anderen vierzig aus allgemeinen Wahlen hervorgehen.

Die Untätigkeit der großherzoglichen Regierung und die Unfähigkeit der
ädtischen Demokratie, die mit schönen Reden und Demonstrationen die Herr-
haft des zähen mecklenburgischen Adels zu brechen vermeinte, vereitelten
doch den Versuch. Während die städtischen Liberalen redeten und sich an
ıren Phrasen berauschten, handelte die Ritterschaft. Geschickt wußte sie die
iifersucht des Strelitzer Hofes gegen den Schweriner auszunutzen und die

Strelitzer Regierung zum Protest gegen das Gesetz aufzustacheln; dann r
sie einen besonderen ritterschaftlichen Landtag (Konvent) ein, der sofort ein
neuen „Engeren Ausschuß“ (zur Kontrolle der Regierung und Führung d
landständischen Kasse) wählte und die Beschreitung des Rechtswegs gegen d
Regierung beschloß.

Zugleich bearbeitete der mecklenburgische Adel den nach den Stürmen d
Jahres 1848 zur rücksichtslosesten Reaktion übergegangenen Berliner u
Wiener Hof, während die Strelitzer Regierung auf Betreiben des Adels bei
Bundesschiedsgericht zu Erfurt und bei der Frankfurter Bundeszentralko
mission die Klage wegen verletzter Rechte stellte. Solchem Widerstand zeig
sich die eigenartige Volksfreundlichkeit Friedrich Franz II. nicht gewachsen, d
sich auf die Verfassungsreform nur darum eingelassen hatte, weil er für si
selbst finanzielle Vorteile von der Änderung erhoffte. Er entließ das libera
Ministerium Lützow und stimmte auf das Drängen der auswärtigen Höfe d
Verweisung der Verfassungsfrage an ein Schiedsgericht (sogenannte Kompromi
instanz) zu. Er selbst wählte als Schiedsrichter den als erzkonservativ bekannt
König von Hannover, während die Ritterschaft zu ihrem Vertrauten Friedri
Wilhelm IV. von Preußen bestimmte. Die Entscheidung war damit gefalle
Die „Kompromißinstanz“ erklärte das Verfassungsedikt vom 10. Oktober 18
für aufgehoben und den Herzog für verpflichtet, einen neuen Landtag auf d
Grundlage des Landesgesetzlichen Erbvergleichs einzuberufen. Der Großherz
fügte sich, ebenso auch nach einigem Geschnatter die Liberalen — die Ritte
schaft hatte gesiegt.

Fünfundzwanzig Jahre wurstelte nach altem System die Regierung weite
bis sie nach der Gründung des Deutschen Reiches, gedrängt durch ihre for
währenden Finanznöte, wieder die Notwendigkeit einer Verfassung verspür
und mit einem neuen Entwurf hervortrat. Doch der liberale Rausch wa
verflogen; das mecklenburgische Bürgertum hatte durch die Reichsgesetzgebun
erhalten, was es forderte: Bewegungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiet. D
mecklenburgische Regierung hielt es deshalb nicht für nötig, dem Liberalismu
Zugeständnisse zu machen. Ihr Hauptstreben richtete sich darauf, den Mach
bereich der großherzoglichen Regierung zu erweitern, das Steuerverweigerung
recht des Landtags einzuschränken, die Einkünfte des Landesherrn zu ve
mehren und sicherzustellen.

Diesen landesväterlichen Motiven entsprach „die Modifikation der be
stehenden Landesverfassung“, die am 1. Februar 1874 der Großherzo
Friedrich Franz II. dem nach Schwerin einberufenen außerordentlichen Land
tag vorlegte. Die Wahlrechtsbestimmungen blieben weit hinter dem Verfassungs
entwurf des Jahres 1849 zurück. Ritterschaft und Landschaft blieben al
politische Korporationen bestehen. Erstere hatte nach dem Entwurf das Rech
40 Mitglieder, darunter 9 auf Lebenszeit, in den Landtag zu entsender
während die Landschaft (Städte) 31 Vertreter schicken sollte. Außerdem wurd
dem Großherzog das Recht eingeräumt, sechs Mitglieder auf Lebenszeit z
ernennen, und schließlich wurde vorgeschlagen, das ganze Land in 26 Wahl
kreise von annähernd gleicher Größe zu teilen, in denen alle sechs Jahre so
genannte allgemeine Wahlen stattfinden sollten.

Über den Wahlmodus, die Wahlberechtigung usw. enthielt der Entwur
nichts. Diese Bestimmungen festzusetzen, wurde in der Erwartung, daß di
Stände sicherlich nicht zu radikale Forderungen stellen würden, späteren Ver

[h]andlungen überlassen. Dafür wurden um so fürsorglichere Bestimmungen [ü]ber die Verwaltung der Kassen, die Einkünfte aus dem Domanium, den [g]roßherzoglichen Haushalt, die Apanagen, den Dispositionsfonds und die Steuerbewilligungspflicht des Landtags getroffen — den eigentlichen Zweck [d]er ganzen Verfassungsreform.

Der Adel war nicht geneigt, auch nur einen Teil seiner Vorrechte auf[z]ugeben. Er verhunzte die Vorlage dermaßen, daß die Landschaft insgesamt [p]rotestierte. Der Großherzog löste den Landtag auf. Doch die Ritterschaft [b]eharrte in der Opposition, und die Regierung sah sich gezwungen, ihre Reform [n]ochmals fallen zu lassen.

Jetzt hat die Schweriner Regierung wiederum einen Verfassungsentwurf [a]usgearbeitet und mit Zustimmung der Strelitzer Regierung am 12. Mai im [S]chweriner Schlosse dem dahin zusammenberufenen Landtag vorgelegt. Da [d]as Motiv der erzkonservativen mecklenburgischen Regierung nicht freiheitlichen [A]nschauungen entspringt, sondern ihr Bestreben darauf hinausläuft, die Einkünfte des Landes wie die des Großherzogs zu vermehren, so ist [d]er neue Verfassungsentwurf noch weit reaktionärer als der aus [d]em Jahre 1874. Nach dem konfusen neuen Verfassungsentwurf soll [z]um Beispiel künftig der Landtag aus 84 Abgeordneten bestehen, nämlich aus:

21 Abgeordneten der Ritterschaft,
18 Abgeordneten der Stadtmagistrate,
8 Abgeordneten der Rostocker Universität, der Landessynoden, der Landwirt[sc]haftskammer, Handelskammer, Handwerkskammer und der Ratzeburger Haus[b]esitzer,
5 von den beiden mecklenburgischen Großherzögen auf Lebenszeit ernannten [A]bgeordneten,
32 aus sogenannten allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten.

Es sollen also nach dem Vorschlag 47 Vertreter der Stände und 5 groß[h]erzogliche Abgeordnete 32 aus sogenannten „allgemeinen“ Wahlen hervor[g]egangenen Abgeordneten gegenüberstehen. Diese „allgemeinen“ Wahlen sind [j]edoch keineswegs, wenn sie auch offiziell so benannt werden, allgemein. Wahl[b]erechtigt sind nur jene Mecklenburger, die seit mindestens drei Jahren die [m]ecklenburgische Staatsangehörigkeit besitzen, einen festen Wohnsitz in Mecklen[b]urg haben und seit einem Jahre ihre ediktmäßige Landessteuer bezahlten.

Aber auch jene, die diese Bedingungen erfüllen, haben kein gleiches Wahl[re]cht. Wer die Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzt, hat [z]wei Stimmen; und außerdem findet eine Einteilung der Wahlberechtigten in [dr]ei Klassen nach ihrer Steuerleistung statt — nach dem Modell der preußischen [D]reiklasseneinteilung, nur, damit die mecklenburgische „Erbeigentümlichkeit“ [ge]wahrt bleibt, noch etwas verrückter. Die Gesamtsteuerleistung wird in [j]edem Wahlbezirk von 1500 bis 3499 Seelen in drei Teile geteilt. Zur ersten [K]lasse gehören die Höchstbesteuerten, die das erste Drittel der Gesamtsteuer [au]fbringen. Die zweite Klasse bilden die nächsthöchstbesteuerten Urwähler, die [da]s zweite Drittel zahlen. Aber in ihrer Weisheit hat die Regierung die [M]aßregel getroffen, daß jeder, der „nach dem Steuerertrag eines vollen Ediktes [ei]n Betrag von 23 Mark“ zu entrichten hat, immer in der zweiten Klasse [zä]hlt, auch wenn er sonst seiner Steuerleistung nach nicht dazu gehört. Eine [re]cht schlaue Maßregel, denn dadurch kommen die meisten kleineren [H]aus- und Grundbesitzer, die in Mecklenburg durchweg konservativ

gesinnt sind, in die zweite Klasse und geben dort den Ausschlag. Zu dritten Klasse endlich gehören die Mindestbesteuerten, die im Wahlbezirk da dritte Drittel der Gesamtsteuerleistung aufbringen.

Doch selbst damit ist die weise Vorsicht der Regierung noch nicht erschöpf Obendrein ordnet der Verfassungsentwurf eine höchst kuriose Wahlkreis einteilung an. Städter und Landbewohner sollen getrennt wähler und zwar entfallen nach der Geometrie der Regierung auf das Land 18, au sämtliche Städte 13 Abgeordnete. Nur im Fürstentum Ratzeburg sollen Stad und Land zusammen wählen. Eine schlaue Tüftelei. Denn da die Geschäfts leute der kleinen Landstädte, die von der Kundschaft der adeligen Güter i ihrem Umkreis leben, meist konservativ wählen, so bedeutet diese Bestimmun daß aus der allgemeinen Wahl im besten Falle 6 bis 8 liberale Abgeordne hervorgehen. Rechnet man dazu noch 6 bis 8 liberale Bürgermeister als Ve treter der Stadtmagistrate, so wird sich — vorausgesetzt natürlich, daß de Entwurf Gesetzeskraft erlangt — die ganze liberale Fraktion im Landtag kau auf mehr als ein Dutzend Mitglieder stellen. Die Konservativen habe also in allen Fällen zum mindesten eine Fünfsechstelmajorität.

Es ist denn auch nicht die Befürchtung, daß er seine Machtstellung i Landtag verlieren könnte, die den mecklenburgischen Adel dazu bestimmt, de neuen Verfassungsentwurf als einen Eingriff in seine Rechte zu betrachte Seine Machtstellung wird vielmehr dadurch, daß die „itio in partes“ wegfäll noch erhöht; denn kein Einspruch der Städte vermag seine reaktionären Be schlüsse mehr zu Fall zu bringen. Der eigentliche Grund des Widerspruch der Ritterschaft liegt darin, daß das neue Verfassungsprojekt einen Teil de bisherigen ständischen Rechte aufhebt, besonders das Steuerbewilligungs- un Verweigerungsrecht der Stände einschränkt, die landesherrlichen Rechte erweiter die Einkünfte des Schweriner Großherzogs vermehrt und ihm eine großen Teil des Domaniums, das heißt der Staatsländereien, als fürst liches „Krongut“ zur unbeschränkten Nutzung ausliefert.

Wie schon vorhin ausgeführt wurde, hat nach der Verfassung der Herzo von seinen Einkünften aus dem riesigen, mehr als zwei Fünftel der ganze Landesfläche bedeckenden Domanium nach dem Erbvergleich nicht nur seine Hofhalt, sondern auch die Kosten der Landesregierung zu bestreiten. Vo diesem Domanium ist 1849 ein beträchtlicher Teil (28 Dörfer, 88 Güte und verschiedene andere Liegenschaften) abgelöst und zum „Hausgut bestimmt, das heißt vertragsmäßig als fideikommissarischer Besitz des fürstliche Hauses festgelegt worden. Gewiß ein recht ansehnlicher Landbesitz; aber de jetzige Schweriner Großherzog ist damit nicht zufrieden. Er beansprucht au den größten Teil des übrigen Domanialvermögens als Eigen- resp. Hausbesi aber losgelöst von der daran haftenden Verpflichtung, die Kosten des Lande regiments zu bestreiten. Zunächst soll von dem Domanium eine weitere Grun stückmasse als sogenanntes „Krongut“ ausgeschieden werden und ebenso wie da „Hausgut“ die Eigenschaft eines Fideikommisses des großherzoglichen Hause erhalten. Der übrige Teil soll dem Landesvermögen überwiesen werden, ab unter der schönen Bedingung, daß davon dem Großherzog eine jährliche Kro rente von 300000 Mark und den Mitgliedern des großherzoglichen Hause an 400000 Mark jährliche Apanagen (abgesehen von den „Einrichtungsgelderr der Söhne des Landesfürsten und den „Wittümern“ [Witwengeldern] der ve witweten Großherzoginnen und Herzoginnen) ausgezahlt werden, und da

erner daraus die „Prinzessinnensteuer“ für Mecklenburg-Schwerin (65000 Mark) bestritten wird. Erst was dann von den Einkünften noch übrig bleibt, soll in die Landeskasse fließen, doch auch das natürlich nicht umsonst, denn obendrein verlangt der Großherzog als Entschädigung noch eine einmalige Abfindung aus dem Domanialkapitalfonds von 5 Millionen Mark.

Diese Vermehrung des großherzoglichen Besitzes und der Einkünfte ist das eigentliche Motiv der ganzen „Verfassungsreform“. Nur deshalb hat die großherzogliche Regierung plötzlich — 153 Jahre nach dem Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich — die Notwendigkeit einer Anpassung an die modernen Verfassungsanschauungen entdeckt.

Für die Arbeiterklasse Mecklenburgs hat die ganze Verfassungskomödie keinen Pfennig Wert. Irgend einen Einfluß auf die Regierung und Gesetzgebung erlangt sie dadurch nicht; und in das heutige patrimoniale Verwaltungsrecht greift die Vorlage nicht ein. Alle den einzelnen Ortsobrigkeiten und Gemeinden zustehenden „Befugnisse, Freiheiten und Privilegien“ bleiben erhalten, darunter auch die Polizeiverwaltung der Gutsobrigkeiten. Dagegen kann die mecklenburgische Bevölkerung, wenn die oben erwähnten schönen Dotationen an das großherzogliche Haus Gesetz werden sollten, auf eine enorme Erhöhung der Steuerlast rechnen. Unsere mecklenburgischen Genossen haben denn auch sofort 39 Volksversammlungen in ganz Mecklenburg einberufen und gegen die Komödie energisch protestiert.

Zu den preußischen Landtagswahlen.

Von Julius Bruhns.

Der erste Akt der traurigen Posse, genannt preußische Landtagswahlen, die Wahl der Wahlmänner, ist in einigen Tagen zu Ende gespielt, und ihm folgt nach weiteren dreizehn Tagen des possenhaftesten Zwischenspiels der würdige Schlußakt, die Wahl der preußischen „Volksvertreter“. Schmock faselt freilich auch jetzt wieder von der „gewaltigen Wahlschlacht“, vom tapferen Ringen um politische Probleme und Ideale. Niemals waren diese Phrasen erlogener und lächerlicher als bei den gegenwärtigen preußischen Landtagswahlen. Niemals hat sich die vollständige Grundsatzlosigkeit, der schamlose Egoismus, die tiefste politische und moralische Korruption bürgerlicher Parteien offener und verächtlicher aller Welt gezeigt, als bei diesen Wahlen zum Dreiklassenhaus Preußens. Zum Teufel sind alle Prinzipien, alle Parteiprogramme, und ein Streben, eine Gier beherrscht alle: Mandate ergattern, erschachern, erschwindeln, erpressen!

Eine widerliche und fast unmögliche Arbeit, den eklen Knäuel der hier sich innig vereinigenden, dort sich giftig beißenden bürgerlichen Parteien zu entwirren. Hier steht der Freisinn mit dem nationalliberalen Bruder gegen den konservativen Junker, dort umgekehrt mit dem Konservativen gegen den Nationalliberalen, anderswo ist er mit beiden gegen das Zentrum vereint, während wieder an anderer Stelle dieses mit den Konservativen im Bunde gegen den „einigen Liberalismus“ kämpft. Dort ringen Nationalliberale verbündet mit Konservativen gegen Freisinnige um die Mandate, dagegen finden wir auch Nationalliberale im Kampf gegen die ihnen sonst so geistesverwandten „Freikonservativen“. Zur Abwechslung haben sich dafür in einem

rheinischen Wahlkreis die Liberalen mit dem Zentrum zusammengeschlossen denn hier gilt es den Sozialdemokraten die Mandate streitig zu machen. Die edle Ziel begeistert bekanntlich die Freisinnigen in einem vor den Toren Berlins liegenden Wahlkreis, mit den Konservativen zusammen gemeinsam Wahlmannskandidaten aufzustellen und einen veritablen preußischen Landra zum „Volksvertreter“ zu machen. In seinem „Politischen Abc-Buch“ sagt Eugen Richter einst freilich seinen Parteigenossen:

„Landräte und Staatsanwälte in Preußen, welche ohne weiteres in ihren Amte jederzeit zur Disposition gestellt werden können, eignen sich am wenigsten zu Volksvertretern. Ihre Untergebenen kann die Regierung ja alle Tage be fragen oder nach Berlin berufen. So gut wie einen Landrat wählen, kan man auch der Regierung das Gesetzmachen und Steuerbewilligen überlassen.“

Aber was kümmert solch abgestandene politische Weisheit den heutigen Blockfreisinn, wenn er für die Wahl eines Landrats selbst mit einem Manda bezahlt wird und zudem noch den verhaßten Sozialdemokraten eines aus wischen kann? Da stimmt er, wie im rheinischen Wahlkreis Mülheim-Sieg mit Begeisterung auch für einen Kandidaten des Bundes der Landwirte. Di Gerechtigkeit gebietet übrigens, nicht zu verschweigen, daß für solche Treu ihrer Blockbrüder auch die Junker zu danken wissen. Wählen sie doch in einem ostelbischen Wahlkreis neben zwei Standesgenossen auch einen Frei sinnigen, und sogar einen Aronsohn! Kann man mehr der Selbstverleugnung von einem preußischen Konservativen verlangen?

Auch das Zentrum beteiligt sich an der Mandatschacherei auf Kosten aller politischen Prinzipien. Sein neuer Bund mit den Polen ist indessen weniger für das Zentrum als für jene blamabel, die seit Jahren das Zentrum als Verräter an den Interessen des polnischen Volkes anklagten, allerdings mit vollem Rechte, die nun aber von dem mutigen Kampfe des Zentrums für Gerechtigkeit und Gleichheit im Interesse des Polenvolks deklamieren wie es im Wahlaufruf des polnischen Zentralwahlkomitees geschieht. Freilich bringt auch dieser Pakt den beiden Vertragschließenden Mandate — auf Kosten der preußischen liberalen wie konservativen Patrioten, die denn auch gewaltig auf die grundsatzlosen Zentrumsleute und Polen schimpfen.

Eine ebenso lächerliche wie zugleich traurige Rolle spielen in der bürger lichen Wahlbewegung die evangelischen Arbeitervereine Rheinland Westfalens, die ihr Häuflein unter der Flagge „Christlichsozialer“ sammeln Sie haben sich bei den letzten Reichstagswahlen den rheinischen national liberalen Großkapitalisten für ein paar in Aussicht gestellte Landtagsmandate verkauft und wurden nun um diesen Judaslohn für den Verrat an der freien Arbeiterbewegung schmählich betrogen. Dafür haben sie denn in einigen Kreisen Wahlenthaltung beschlossen, in anderen eigene Kandidaten aufgestellt und wieder in anderen sich auf die Unterstützung der Nationalliberalen „ge einigt“, ohne dafür das früher versprochene Trinkgeld in Gestalt eines Mandats zu erlangen.

Ein bemerkenswertes Moment in der diesmaligen bürgerlichen Landtags wahlbewegung ist das Überwuchern der Beamtenkandidaturen. Auch hier geht der Blockfreisinn mit bestem Beispiel voran. Wie er mit Begeiste rung für konservative Landräte, Polizeipräsidenten, Regierungsräte usw. ein tritt, so stellt er selbst möglichst viel Beamte auf, dem Beispiel der lieben Bundesbrüder aus allen Lagern folgend. Ein besonders hübsches Beispiel

ietet hierfür der Wahlkreis Breslau-Stadt. Hier sind die sämtlichen sechs
andidaten aller in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien — Konserva-
ive, Zentrum, Nationalliberale und Freisinnige — Beamte!

Das widerliche Durcheinander der bürgerlichen Parteien kommt erst in die
ichtige Beleuchtung, wenn man ihre Stellung zum Wahlrecht in Betracht
ieht. Es ist der Sozialdemokratie gelungen, nachdem sie sich von der ganz
rigen Anschauung befreit hat, durch einfache Ignorierung des Dreiklassen-
ahlsystems dieses tödlich treffen zu können, die Frage der preußischen Wahl-
eform in den Mittelpunkt der politischen Interessen Preußens zu stellen. Es
t ihr das schneller und besser gelungen, als manche Parteigenossen erwarteten,
nd mit verhältnismäßig viel geringeren Mitteln und Kraftaufwand, als wir
lle für möglich gehalten haben. Daß wir ohne den verwirrenden und hem-
enden Beschluß des Hamburger Parteitags heute in dieser Frage noch um
n ganzes Stück weiter sein würden, wird kaum noch ein Parteigenosse be-
reiten. Doch möge das jetzt unerörtert bleiben — in der Geschichte der
artei wird dies Kapitel ja auch einmal geschrieben werden.

Die Tatsache, daß von der Sozialdemokratie die preußische Wahlrechts-
age in den Vordergrund des politischen Lebens gestellt ist, kann niemand
ugnen, so hochmütig auch die preußischen Machthaber die Sache abzutun
ersuchen. Zeugnis dafür legt unter vielen anderen auch die Tatsache ab, daß
ine bürgerliche Partei in Preußen in ihren offiziellen Wahlaufrufen an
ieser Frage vorüberzugehen wagte, ohne sie mit mehr oder minder sym-
athischen Worten zu behandeln — mit Ausnahme der Konservativen, deren
Jahlaufruf offenherzig die Erhaltung des „alten Bewährten" fordert. Selbst
e großkapitalistischen Nationalliberalen wagen in ihrem offiziellen Wahl-
ufruf nicht, offen das Reichstagswahlrecht als Ersatz des preußischen Drei-
assenwahlrechtes abzulehnen, während die freisinnige Fraktionsgemeinschaft
egeistert" das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sowie eine
n Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise als
e dringendste Aufgabe der Gesetzgebung, als die Voraussetzung eines wirk-
hen Fortschritts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" fordert, das
entrum in seinem jesuitisch-vorsichtigen Hinweis auf seine „Stellungnahme
n alters her" zu dieser Frage ebenfalls als Anhänger des Reichstagswahl-
chtes für Preußen erscheinen will.

In krassem Gegensatz zu diesen vom sozialdemokratischen Vorgehen er-
ungenen offiziellen Liebeserklärungen der Parteien an die preußische Wahl-
form stehen die **Taten** derselben Parteien. Zur skrupellosesten Mandat-
gerei gesellt sich die verächtlichste Doppelzüngigkeit und widerlichste Heuchelei.
er liberale Wahlagitator hat heute für einen unentwegten Volksparteiler,
orgen für einen nationalliberalen Scharfmacher und Großkapitalisten, am
ernächsten Tag für einen verbündeten erzkonservativen Rittergutsbesitzer oder
hen Beamten die Wähler durch „überzeugende" Reden zu gewinnen. Und so
ht es mit allerlei hübschen Variationen den Rednern wie den Flugblatt-
listen der verschiedensten bürgerlichen Parteien. Hier spricht ein National-
eraler von der notwendigen Einführung des Reichstagswahlrechts in
eußen, dort einer vom Pluralwahlrecht, während ein Dritter nur eine Neu-
teilung der Wahlkreise, ein Vierter höchstens die geheime Abstimmung bei
haltung des Dreiklassensystems konzedieren will, endlich nach einem Fünften
hig alles beim alten bleiben darf. Manchmal aber redet auch ein und

derselbe Redner bald dies, bald das, je nach Umständen und Erfordernissen. Wie dann das elende Verschachern der Mandate selbst auf das Zustande kommen einer demokratischen Wahlreform im neuen Landtag wirken muß, i klar. Auf zwei, drei und mehr vom Freisinn herausgehauene junkerliche ode großkapitalistische ausgesprochene Wahlrechtsgegner kommt ein dem freisinnige Blockbruder gnädigst abgetretenes Mandat. Damit schafft dann der Freisin „die Voraussetzung eines wirklichen Fortschritts auf allen Gebieten des öffen lichen Lebens", nämlich das freie Wahlrecht, und deshalb heißt es auch in freisinnigen Wahlaufruf: „Das Ziel des Kampfes ist die Beseitigung de konservativ-klerikalen Mehrheit!" Die Furcht vor der moralischen Wirkun der sozialdemokratischen Wahlrechtsbewegung ist die Ursache der heuchlerische Verbeugungen vor der Wahlreform in den bürgerlichen Wahlaufrufen. Un die Furcht vor den materiellen Wahlerfolgen der Sozialdemokratie trotz de Dreiklassensystems ist neben dem Hunger nach Macht die Ursache jener zugleic lächerlichen wie verächtlichen Situation der bürgerlichen Parteien am Voraben der Urwahlen zum preußischen Landtag.

* * *

Die Sozialdemokratie ist in Preußen die einzige ehrliche Verfechterin eine gerechten demokratischen Wahlrechts. Und die Sozialdemokratie ist denn auc allen bürgerlichen Parteien der einzige Feind im Wahlkampf, der um jede Preis und mit allen Mitteln bekämpft werden muß und bekämpft wird, dem gegenüber das breiige Parteiengemenge zum harten Felsen wird. Die Situatio unserer Partei ist eine außerordentlich schwere. Das Dreiklassenwahlsyster bereitet an sich wirklichen Wahlerfolgen, also dem Erobern von Mandater schier unübersteigliche Hindernisse. Die öffentliche Abstimmung erhöht die Schwierigkeiten noch bedeutend, eine Anzahl weiterer schikanöser Vorschrifter auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden soll, wirken in der gleiche Richtung. Dazu aber kommen dann noch all die Schwierigkeiten, die nic unumgänglich in dem Wahlgesetz selbst liegen, sondern durch bureaukratisch Kunst hineingebracht werden. Das beginnt schon bei der Anfertigung de Wählerlisten, in welche an vielen Orten, entgegen den gesetzlichen Bestim mungen, Schlafburschen als „nicht selbständige Preußen" nicht eingetrage wurden, ebenso nicht Leute, die zu irgendeiner Zeit einmal den Verlust de bürgerlichen Ehrenrechte erlitten hatten und nun für alle Zeit des Wahlrecht verlustig erklärt wurden. Schlimmer noch ist, daß in zahlreichen Gemeinde nicht die in diesem Jahre infolge der Bestimmungen des neuen § 23 des Ein kommensteuergesetzes bedeutend höheren Steuersätze vieler Arbeiter in Ansa gebracht wurden, sondern die niedrigeren des Vorjahres. Das bedeutet, da zahlreiche Arbeiter, die von Rechts wegen der zweiten Klasse ihres Urwah bezirks zugeteilt werden mußten, in der dritten Klasse verbleiben.

Bei der Auslegung der Wählerlisten, für die nur drei Tage vorgeschriebe sind, sind die bestimmenden Behörden mit wenigen Ausnahmen in der rüc sichtslosesten Weise gegen die Arbeiterwähler vorgegangen, indem fast nie ei Sonntag und an den Wochentagen die für Arbeiter allerungeeignetsten Tages zeiten für die Auslegung gewählt wurden. Dabei sind die Wählerlisten m großer Hast und daher meist sehr fehlerhaft angefertigt. Die für eine wir same Wahlagitation geradezu unentbehrliche Abschrift der Wählerlisten ist vo den Behörden den sozialdemokratischen Wahlkomitees in vielen Fällen ve weigert worden. Und nun erst die Bestimmungen, die Vornahme der Urwahle

lbst betreffend. Die famose preußische „Wahlreform" bestand bekanntlich ußer im Zerlegen einiger Riesenwahlkreise im wesentlichen darin, daß für Gemeinden über 50000 Einwohner die Fristwahl an Stelle der Terminswahl eten sollte, das heißt an Stelle des bisherigen echt preußischen „Antretens" er Wähler zu einem bestimmten Glockenschlage sollte die Freiheit treten, die Wahlhandlung auf mehrere Stunden erstrecken zu dürfen. Auch Gemeinden nter 50000 Seelen konnten diese kleine Verbesserung erlangen, wenn sie das eim Minister beantragten. Dagegen konnten Gemeinden über 50000 Einwohner mit Zustimmung des Ministers von der Verbesserung absehen. Und der Tat, nur wenige große Städte, darunter Berlin, haben Gebrauch emacht von der Verbesserung, die meisten anderen großen Gemeinden haben eantragt, es bei der Verschlechterung belassen zu dürfen, was ihnen gütigst ewährt wurde. Von den Gemeinden unter 50000 Seelen aber hat wohl keine eantragt, die praktischere Fristwahl statt der Terminswahl einführen zu dürfen.

Warum diese Abneigung gegen die unleugbare Erleichterung des Wahlerfahrens? Die Antwort findet man vielleicht, wenn man erwägt, daß die Fristwahl vor allem den Arbeitern die Wahlbeteiligung erleichtert hätte. So ber müssen die Arbeiter zu einer genau bestimmten Zeit im Wahllokal sein nd während der ganzen Dauer der Wahlhandlung, oft weit über eine Stunde, elbst zwei Stunden und mehr dort verweilen, wenn sie die etwa notwendig werdende Stichwahl nicht versäumen wollen. Zu alledem ist in den meisten Orten der Beginn der Wahlhandlung mitten in die Arbeitszeit, meist in die Vormittagstunden zwischen 9 bis 11 Uhr gelegt worden. Durch alle diese Maßnahmen hat man nicht Zehntausenden, sondern Hunderttausenden von Arbeitern die Ausübung des ohnehin so jämmerlichen Wahlrechts unmöglich gemacht. Und es ist weiter interessant, daß es auch freisinnige „Wahlrechtskämpfer" waren, die die freisinnigen Stadtmagistrate veranlaßten, die Befreiung der Gemeinden von der im Interesse der Arbeiter liegenden Fristwahl herbeizuführen.

All diese unglaublichen Schwierigkeiten haben unsere Parteigenossen nicht abgehalten, mit größtem Eifer in den Wahlkampf zu gehen. Haben sich im Jahre 1903 von den damals 256 Wahlkreisen in 122 Wahlkreisen die Parteigenossen an den preußischen Landtagswahlen beteiligt, so wird die Zahl der beteiligten Wahlkreise diesmal ganz bedeutend größer sein. Überall fast, wo Parteiorganisationen bestehen, hat man sich zur Beteiligung entschlossen. Wenn n Oberschlesien dagegen ausdrücklich Nichtbeteiligung beschlossen wurde, so ist das neben anderen absonderlichen lokalen Verhältnissen besonders dem ungeheuren wirtschaftlichen Druck zuzuschreiben, den die nationalliberalen Grubenkapitalisten ausüben, ein Druck, dem auch die bei den Reichstagswahlen noch dominierenden Polen weichen mußten und dem selbst das mächtige Zentrum in einigen Industriekreisen infolge der öffentlichen Abstimmung keinen erfolgreichen Widerstand entgegensetzen kann.

Und wie die Zahl der sich überhaupt beteiligenden Wahlkreise gegenüber 1903 ganz erheblich größer sein wird, so wird auch eine viel größere Beteiligung innerhalb der einzelnen Wahlkreise selbst erzielt werden. Das hängt wesentlich mit der Entwicklung unserer Parteiorganisationen zusammen, die seit 1903 einen gewaltigen Aufschwung genommen, sich verdoppelt, vielfach sich vervier- und verfünffacht haben. Von dieser Entwicklung der Parteiorganisationen wird denn auch unser Landtagswahlerfolg abhängen. Viel mehr

wie die Reichstagswahl fordert die preußische Landtagswahl als Voraussetzu
des Erfolgs eine straffe, durchgebildete Organisation. Das wird besonde
verursacht durch die Zerlegung des Wahlkreises in Hunderte von Urwal
bezirken, von welchen jeder einen Miniaturwahlkreis bildet, um dessen Eroberu
sich der Wahlmannskandidat in eifriger Agitation von Mund zu Mund sel
bemühen muß.

So dürfen wir denn auch als sicher annehmen, daß nicht nur die Za
der sozialdemokratischen Urwähler ganz erheblich größer, vielleicht doppelt
groß wie 1903 sein wird, wo sie rund 314000 betrug (nach amtlicher Fe
stellung 314119, doch dürften von den 113177 Urwählern „unbekannter“ u
74820 „sonstiger Parteirichtung“ der amtlichen Statistik noch einige zehntause
Urwähler sozialdemokratischer „Parteirichtung“ gewesen sein), sondern daß au
die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner bedeutend wachsen wird. Daf
spricht auch noch die uns sehr viel günstigere gegenwärtige politische Situatio
Unter diesen Umständen ist auch die Aussicht, einige Mandate zu gewinne
durchaus nicht gering. Nicht nur Berlin verspricht uns nach dieser Richtur
etwas, sondern auch in den Provinzen Schleswig-Holstein (Altona), Hannov
(Linden) und vielleicht in dem einen oder anderen rheinisch-westfälischen Wah
kreise ist dafür einige Hoffnung vorhanden.

Ganz sicher ist, daß wir mit unseren Wahlmännern in einer ganzen Reih
von Wahlkreisen die Entscheidung darüber haben werden, welche Partei d
Abgeordnetenmandate erhalten wird. Die Bedingungen für unsere Unte
stützung gegnerischer Kandidaten sind bereits festgelegt. In Wahlkreisen, i
denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist, hat die zu unterstützend
bürgerliche Partei ein Mandat an uns abzutreten. Auch wechselseitige Ab
kommen solcher Art in verschiedenen Kreisen sind vorgesehen. In Wahlkreise
mit nur einem Abgeordnetenmandat hat der zu unterstützende bürgerlich
Kandidat zu erklären, daß er als Abgeordneter noch in der Session 1908 di
Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen sowie neue Wahlkreis
einteilung beantragen oder für einen solchen Antrag stimmen wird, falls e
von anderer Seite gestellt wird. In allen Fällen der etwaigen Unterstützun
bürgerlicher Kandidaten bedarf es der Zustimmung unseres Zentralwahl
komitees, das der Vorstand der Gesamtpartei in Berlin bildet.

Unsere Taktik bei den Abgeordnetenwahlen ist jedenfalls klar, bestimmt un
überaus einfach, sie ist eine unumgängliche Konsequenz der einmal gegebene
Situation. Ihre Härte für die Gegner liegt in der unerläßlichen Verpflich
tung, in Wahlkreisen mit mehreren Mandaten eines an die Sozialdemokrati
abzutreten. Bei der öffentlichen Abstimmung, bei der aus Haß und Furch
gemischten Abneigung gegen die Sozialdemokratie in allen bürgerlichen Kreisen
ist die Erfüllung einer solchen Verpflichtung sehr schwer, trotz der oben ge
kennzeichneten Mandatgier aller bürgerlichen Parteien. Und die Freisinnigen,
denen die Erfüllung dieser Bedingung immer noch am leichtesten werden
sollte, verlangen deshalb auch heute noch, daß wir ihre Kandidaten gegenüber
Konservativen und Zentrum unterstützen, bedingungslos, ohne daß sie ver-
pflichtet werden, für sozialdemokratische Kandidaten einzutreten. Das sei
unsere unabweisbare Pflicht im „Kampfe gegen die Reaktion“. Es kümmert
sie nicht, daß sie doch dann die gleiche Pflicht haben, die sie wohl zu erfüllen
glauben, wenn sie sich in einer ganzen Anzahl Wahlkreise eifrigst um die
Wahl der ärgsten Reaktionäre bemühen. Es soll unmöglich sein, freisinnige

ahlmänner in größerer Zahl für einen Sozialdemokraten an den Wahltisch
bringen. Gewiß kann ein freisinniger Wahlmann, der für einen Sozial-
mokraten stimmt, geschäftlichen Schaden erleiden, er kann auf den gesell-
aftlichen Verkehr in gewissen Kreisen verzichten müssen, vielleicht gar die
serveoffiziersqualität verlieren. Ist dies Unglück so groß wie das des
zialdemokratischen Arbeiters, der infolge seiner Wahltätigkeit entlassen wird
d bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression auf die Landstraße
ndern, Hunger und Elend erdulden muß?

Die sozialdemokratische Partei hat schon 1903 keinen Zweifel darüber ge-
ssen, daß sie nicht gewillt und auch gar nicht in der Lage sei, dem Freisinn
andate zu verschaffen ohne entsprechende Gegenleistung. In dieser An-
auung waren damals und sind heute noch alle Genossen ganz einig. Die
ttlerweile eingetretene weitere Entwicklung des Freisinns nach rechts hin
nnte diese Einhelligkeit nur befestigen. Übrigens hat der Freisinn eben in-
lge dieser Entwicklung, infolge weitgehender Unterstützung durch die Kon-
vativen wahrscheinlich weniger Veranlassung, auf sozialdemokratische Hilfe
i den Abgeordnetenwahlen rechnen zu müssen, wie vor fünf Jahren. Wo
r Freisinn die relative Mehrheit der Wahlmänner gegenüber Konservativen
d Sozialdemokraten gewinnt, ist ihm das Mandat ohne weiteres sicher. Wo
er Sozialdemokraten die relative Mehrheit haben, werden Freisinnige und
nservative, wenn sie vorher wirklich gegeneinander standen, sich schnell
nigen und sich in die Mandate teilen.

Anders kann sich die Situation allerdings dort gestalten, wo gegenüber
ner relativen Mehrheit liberaler Wahlmänner die Gruppen zusammen die
solute Mehrheit bildender Wahlmänner des Zentrums und der Sozial-
mokratie stehen. Das dürfte in mehreren rheinischen Wahlkreisen eintreten.
diese Situation zu einem Zusammengehen beider Parteien führen wird,
n mit Bestimmtheit heute weder bejaht noch verneint werden. Ein Grund,
serer festgelegten Taktik entsprechende Abkommen mit dem Zentrum nicht
treffen, besteht für uns jedenfalls nicht. Das Geschrei der Liberalen über
s „schwarzrote Kartell“ wird unser Handeln in dieser Beziehung gewiß
ht bestimmen. Warum sollen wir nicht Zentrumskandidaten in der Stich-
hl unterstützen, wenn auch sie, meinetwegen gleich ihren liberalen Konkur-
nten, sich für das Reichstagswahlrecht in Preußen und die Neueinteilung
r Wahlkreise verpflichten, wenn sie weiter, ungleich den Liberalen, bereit
d, auch sozialdemokratischen Abgeordnetenkandidaten zu Mandaten zu ver-
lfen? Ist etwa gegenwärtig ein Liberaler, ob rechter oder linker, in irgend
ner politischen oder kulturellen Frage Preußens, und sei es selbst die Schul-
age, zuverlässiger wie das Zentrum?

Einerlei schließlich, was wir an Mandaten aus eigener Kraft wie durch
mpromisse erreichen werden: der erste und höchste Zweck unserer Beteili-
ng ist und bleibt ihre agitatorische Wirkung, gerichtet gegen das schandbare
eiklassenwahlsystem. Den sicheren Gradmesser der immer gewaltiger stei-
nden Gefühle des glühenden Hasses, der lodernden Empörung der Massen,
er unerschütterlichen Entschlossenheit, dem das preußische Volk beschimpfenden
recht ein Ende zu machen, werden nicht ein halbes oder ganzes Dutzend
zialdemokratischer Landtagsmandate, sondern die vielen Hunderttausende
zialdemokratischer Landtagswähler bilden!

Die Organisation der Landarbeiter in Italien.

Von Dr. **W. Totomjanz** (St. Petersburg).

Der Grund zu einer Organisation des ländlichen Proletariats[1] wurde zu in der Provinz Mantua gelegt. Im Jahre 1884, als in Sizilien die Un drückung der Bauernvereinigungen schon begonnen hatte, entstanden in Man und in Oltre-Po (dem Gebiet, welches jenseits vom Po gelegen ist) zwei G werkschaften oder „Abwehrligen", von denen die eine den Namen „Gesellsch für gegenseitige Hilfe unter den Bauern der Provinz Mantua" trug, währe sich die andere „Allgemeine Assoziation italienischer Arbeiter" nannte. D geistige Leiter der ersten Gesellschaft, die in der „Libera Parola" ihr eige Organ hatte, war der Ingenieur Sartori; der Führer der zweiten war Garibaldianer und Kapitän außer Dienst, der sich der Zeitung „Favilla" z Propaganda seiner Ideen bediente. Beide Organisationen fanden in ein dritten Organ, dem „Pellagroso", gewissermaßen ihre ideelle Einheit.

Diese Gewerkschaften hatten zwar ein gleiches Ziel, aber eine verschiede Taktik. Die eine war aggressiver und vertrat mehr den Standpunkt d Kampfes, die andere mehr den der Disziplin. Beide strebten nach einer E höhung der Arbeitslöhne und arbeiteten für jede Gemeinde neue Tarife a nach denen die Bauern ihre Forderungen einrichten und bemessen sollten.

Jedoch die Gutsbesitzer benutzten einige äußere Erscheinungsformen d Bewegung, um sie zu unterdrücken. Eine Reihe von Gewalttätigkeiten u zuletzt ein Aufstand der Bauern boten ihnen einen willkommenen Anlaß, d Regierung gegen die Arbeiter aufzuhetzen. Die Organisationen wurden v boten und die Führer verhaftet. Die Löhne sanken auf ihr früheres, dur aus unzureichendes Niveau. Der Sieg der Gutsbesitzer war ein vollständig Die Leiter der Bewegung, unter denen sich auch einige Bauern befande saßen bis zum März des Jahres 1886 in den Gefängnissen von Mantua u Venedig. Endlich vor Gericht gestellt, wurden sie von den venezianischen G schworenen dank auch der glänzenden Verteidigung durch Enrico Ferri fr gesprochen. Nach dem Prozeß in Venedig herrschte auf den Feldern Mantu zunächst völlige Ruhe. Die dichte Bevölkerung — auf einen Quadratkilomet kamen bis zu 149 Menschen — war gezwungen, in noch höherem Maße ih Zuflucht zur Auswanderung nach Brasilien zu nehmen. 1898 übertraf d Zahl der Auswanderer aus Mantua die aller anderen Provinzen der Lo bardei. Dies mußte natürlich auch eine Rückwirkung auf die Arbeitslöhne d Zurückgebliebenen üben. Die Arbeitslosigkeit nahm bedeutend ab und d Arbeitslohn stieg wieder ein wenig.

Bald feierte auch die Organisation des Proletariats wieder ihre Au erstehung, wenn auch in etwas anderer Form. „Es kam jene Zeit" — schreiben die Sozialisten Bonomi und Vezzani —, „die man die kooperati Phase in der Bewegung des Mantuanischen Proletarials nennen kann." Schon 1892 konnte man aus den Verzeichnissen der Präfektur der Sta

[1] Der Massenstreik der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Provinz Parm der am 1. Mai begann, hat sich zu einem gewaltigen Ringen zwischen Arbeiter- und Unte nehmerorganisationen ausgewachsen. Die Geschichte der Landarbeiterorganisationen in Itali schildert obiger Artikel. Die Redaktio

[2] Professor J. Bonomi und C. Vezzani, Il movimento proletario nel Mantovan Mailand 1901. S. 7.

lantua ersehen, daß die Zahl der Produzentengenossenschaften und der roduktivassoziationen bis auf 29 gestiegen war. Nach den Daten des römischen tatistischen Amtes vom 31. Dezember 1894 existierten in der Provinz Mantua Produzentengenossenschaften (cooperative di lavoro). Am 31. Dezember 1895 ab es schon 14 Konsumvereine und gemischte Genossenschaften, das eißt Produzenten- und Konsumvereine. Die Zahlen sind geringer als die irklichen; Bonomi und Vezzani schätzen die Zahl der rein proletarischen enossenschaften auf 45 für das Jahr 1892. Im Jahre 1897 gab es dagegen n Mantuanischen bereits 67 Kooperationen, unter ihnen 18 Produzenten-enossenschaften, 4 Konsumvereine, 23 Produzenten- und Konsumvereine; 10 erfolgten wohltätige Zwecke, 7 waren Kreditvereine, 3 waren Produktiv-enossenschaften, die in ihren Werkstätten für den Markt arbeiteten, und 2 eschäftigten sich mit dem Versicherungswesen.

Diesmal stellten sich die Führer der Bewegung das Ziel, alle genannten enossenschaften mit den Unterstützungsgesellschaften, den Gewerkschaften und en Bildungsvereinigungen zu vereinigen. Dies Werk gelang mit Hilfe der emokratischen Partei und ihres Organs „La Provincia di Mantova", in em die Idee der Vereinigung besonders von dem Sozialisten Dr. P. Romei ropagiert wurde. Am 11. Oktober 1891 erklärte die „Mantuanische Föde-ation der Arbeiter und Bauerngenossenschaften" offiziell, daß sie sich kon-ituiert habe.

Die „Mantuanische Föderation" nahm in den Bund alle Organisationen uf, die sich die Hebung der Lage des Proletariats zur Aufgabe machten. bwohl die Genossenschaften in ihr das Übergewicht hatten, legte sie den nderen Vereinen keinerlei Beschränkungen auf und nahm sogar rein politische ruppen in ihre Mitte auf. Aber eine solche Buntscheckigkeit und Verschieden-eit der Bestandteile, die im Anfang gute Dienste leistete, mußte bald einer rengeren Arbeitsteilung und Verteilung der Funktionen weichen. Man teilte ie Föderation in vier Sektionen: die Sektion der Produzentengenossenschaften, ie Sektion der Konsumvereine, die Sektion der Unterstützungsgesellschaften nd die Sektion für Bildungsbestrebungen und Propaganda in den Dörfern. on diesen vier Sektionen existierte nur die erste eine Zeitlang ganz autonom; hr Ziel bestand darin, die Produzentengenossenschaften an der gegenseitigen onkurrrenz bei Übernahme von Aufträgen zu hindern.

Die Föderation hatte bereits ein Jahr nach ihrer Gründung 5535 Mit-lieder. Mehr als 20 Organisationen kündigten ihren Beitritt an, unter ihnen uch viele Unterstützungsgesellschaften. Die Sektion für Bildungsbestrebungen nd Propaganda zählte ungefähr 100 Vereine, die hauptsächlich aus Studenten estanden und eine fliegende Bibliothek besaßen. Die Einnahmen der Föde-ation betrugen im ersten Jahre 1144 Lire, wovon 630 Lire von den Genossen-chaften und 514 Lire von Privatpersonen stammten.

Aber auch diese Organisationsform enthielt schon die Keime der Auflösung n sich. Die Sektion für Bildungsbestrebungen und Propaganda ließ allen olitischen Parteien der Linken vollkommen freie Hand. Dies konnten die Sozialisten natürlich auf die Dauer nicht zulassen, die bald ein großes zahlen-näßiges Übergewicht erlangten. Sie brachten es dahin, daß die Föderation ich von dem Einfluß der alten Volksparteien, den republikanischen Demo-raten und Radikalen, emanzipierte. In der Sektion der Produzentengenossen-chaften entstanden auch bald Differenzen. Die Arbeiten an landwirtschaft-

lichen Ameliorationen in Buran, welche die Mantuanischen und Moden Genossenschaften auf sich genommen hatten, gaben Anlaß zu Streitigkei und waren mit Verlusten verbunden. Die Konkurrenz zwischen anderen (nossenschaften, die Aufträge annahmen, zerstörte noch manch weiteres Ba der Solidarität, welches die Föderation für ewig gehalten hatte. Um d Leben der Föderation zu verlängern, bedurfte es eines neuen Geistes.

Dieser neue Geist war der Sozialismus. Schon im September 18 nahm der Kongreß der Föderation eine Resolution an, die die Sozialisierung d Produktionsmittel als das Endziel proklamierte. Am 30. Juli 1893 nahm dann die Genossenschaften und die anderen Vereine, die zur Föderation gehört mit 23 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen die Resolution an, „ins sozialisti Lager und zum Klassenkampf überzugehen".[1] Alle Gesellschaften erklärten ih Beitritt zur sozialistischen Partei.

Mit dem Sommer des Jahres 1893 beginnt somit eine neue Periode der Bewegung des Proletariats von Mantua. Die ökonomische Organisati wird durch die politische Propaganda der jungen und energischen sozialistisch Partei an die zweite Stelle gedrängt. Die Partei nahm mit Begeisterung d Propaganda auf dem Dorfe auf und schuf als Gegengewicht gegen die dem kratische Partei in kürzester Zeit zahlreiche sozialistische Gruppen für d Wahlarbeit und Agitation. In den Genossenschaften wurde der Geist d Sozialismus lebendig. Am 4. Februar 1894 erschien die erste Nummer d Organs der Föderation „Il Socialista", das sich zugleich mit der sozialistisch Zeitung „Giustizia", die in Reggio-Emilia von C. Prampolini herausgegeb wurde, in erster Linie mit der Aufklärung der Bauern beschäftigte.

Leider sollte diese neue Periode der Bewegung nicht lange dauern. Do waren es diesmal nicht innere, sondern äußere Ursachen, die ihr ein En bereiteten. Im Oktober 1894 ging die Regierung Crispi rücksichtslos geg die Föderation von Mantua vor. Durch ein Dekret der Präfektur, das hei der Polizei, wurde sie für aufgelöst erklärt. Alle politischen Vereine wurde geschlossen, die ökonomischen Organisationen eingeschüchtert, die Zeitung ve boten und die Führer ausgewiesen.

Trotz der Auflösung der Föderation entwickelte sich das Klassenbewußtsei des Proletariats rasch weiter. Bei den Wahlen von 1900 entsandte das Prole tariat zwei Sozialisten ins Parlament: Ferri von Gonzaga und Gatti vo Ostiglia; ferner ermöglichte es den Radikalen, die Gemäßigten zu besieger und eroberte einige Stadtverwaltungen. Das alles erreichte es im Laufe vo nur sechs Jahren.

Das Proletariat brauchte aber auch eine ökonomische Organisation fü den Kampf mit dem lokalen Großgrundbesitz. Von neuem wurde der Versuc gemacht. Diesmal nannte es sie aber nicht „Abwehrligen" (leghe di resi stenza), wie in der ersten Periode der Bewegung, sondern „Verbesserungs ligen" (leghe di miglioramento). Die Streiks verloren ihren urwüchsige Charakter und wurden vom Jahre 1900 ab von den Ligen organisiert.

Beim ersten Kongreß der Ligen zu Ostiglia im April 1900 machte da Beispiel brüderlicher Solidarität, das die Bauern von San Rocco gegeber hatten, einen tiefen Eindruck auf alle Teilnehmer. Überhaupt ist die „Ver-

---

[1] Bonomi und Vezzani, Il movimento proletario nel Mantovano. Mailand 1901. S. 10.

sserungsliga" von San Rocco, die schon 1895 gegründet wurde, zum Aus-
ngspunkt für die ganze moderne Bewegung geworden.

Die Liga von San Rocco, einer winzigen Kommune, zählte 55 Familien[1]
s Mitglieder. Eintrittsbedingung ist die Mitgliedschaft in der lokalen sozia-
stischen Gruppe. Die Mitgliederversammlung setzt alljährlich den Lohntarif
r die ländlichen Arbeiten fest. Ein von ihr gewähltes Komitee führt die
erhandlungen mit den Unternehmern und verteilt die Arbeit unter die Mit-
ieder und schwächt die Wirkung der Arbeitslosigkeit dadurch ab, daß
die Mitglieder der Reihe nach arbeiten läßt. Am Ende jeder Woche
sucht der Sekretär der Liga alle Unternehmer und kassiert bei ihnen den
ohn für die Mitglieder ein. Kein Mitglied ist berechtigt, ohne die Erlaubnis
s Komitees an die Arbeit zu gehen oder seinen Lohn zu erheben. Nach Ver-
uf einer Woche oder nach Beendigung der Arbeiten wird das für die Arbeit
zahlte Geld gezählt und je nach der Zahl der Arbeitstage zu gleichen Teilen
ne Unterschied des Alters und der Kräfte unter die Arbeiter verteilt.

Die Organisation von San Rocco war für alle eine Offenbarung. Im
ommer 1900 wurde auf allen Versammlungen der Bauern nur von ihr
sprochen. In vielen Ortschaften der Provinz wurden Verbesserungsligen
ch dem Muster der von San Rocco gegründet. Das Solidaritätsgefühl,
s eine praktische Form der Organisation gefunden hatte, verbreitete sich wie
Lauffeuer über ganz Mantua. Auf dem Kongreß der Ligen zu Casteldaio
Januar 1901 betrug die Anzahl der Ligen 32. An die am 24. Februar 1901
gründete „Föderation der Verbesserungsligen" schlossen sich bereits 121 Ligen
it 15600 Mitgliedern an. Gegen Ende des Jahres 1901 zählte die Föde-
tion bereits 271 Ligen mit 40231 Mitgliedern.

Der Mitgliederbeitrag ist 10 Centesimi monatlich, außerdem wird eine
ntrittsgebühr von 15 Centesimi erhoben, die zur Bildung eines unantast-
ren Fonds der Gesellschaft verwendet wird. Die Verwaltung besteht aus
n Vorstehern, die von einer jeden Sektion oder lokalen Gruppe gewählt
erden, wenn diese mindestens 50 Mitglieder zählt. Diese Sektionsvorsteher
ählen den Präsidenten der Verwaltung. Die Verwaltung ernennt einen
ekretär, der eine beratende Stimme hat, und einen Kassierer, der nicht zu
r Liga zu gehören braucht.

Die Ligen vereinigen sich zur Föderation. Jede Liga zahlt 5 Centesimi
onatlich für jedes Mitglied. Die Ligen der Frauen zahlen dagegen während
r ungünstigen Monate, das heißt im November, Dezember, Januar und Fe-
uar nur 2½ Centesimi pro Person.

Die Föderation sorgt für die Entwicklung der lokalen Ligen und achtet
rauf, daß sie richtig funktionieren. Sie verteidigt ihre ökonomischen und
re geistigen Interessen und unterstützt die Entwicklung ihrer Mitglieder durch
erbreitung sozialistischer Schriften. Sie gründet Bureaus für Rechtsschutz
d Statistik, von denen die einzelnen Ligen unentgeltlich Ratschläge und
uskünfte erhalten können. Die Föderation hat außerdem noch die Auf-
be, die Arbeiterbörsen zu unterstützen und für die Gründung neuer Födera-
nen in anderen Gegenden zu sorgen.

Die Verwaltung der Föderation besteht aus den Delegierten der Ligen,
obei eine jede Lige je einen Abgeordneten stellt. Sie wählt alljährlich ein

[1] Bonomi und Bezzani, Movimento proletario. 1901. S. 48.

Exekutivkomitee, das aus 3 Personen zusammengesetzt ist, die den Ligen nic
anzugehören brauchen. Diese Ämter werden gewöhnlich mit sozialistische
Führern besetzt, die mit den Verhältnissen auf dem Dorfe bekannt sind, w
Gatti, Vezzani, Ferri und anderen.

Wenn eine Liga einen Streik plant, muß sie das Komitee sofort davon benac
richtigen, das zunächst die Unternehmer auf gütlichem Wege zu Zugeständnisse
zu veranlassen sucht. Nach den Zeugnissen von Bonomi und Vezzani sin
die Fälle, wo die Komitees von den Ligen über ihre Absichten nicht in Kenntni
gesetzt wurden, äußerst selten, und ebenso selten kommt es vor, daß sich d
Ligen den Beschlüssen des Komitees nicht unterwerfen.[1]

Überhaupt herrscht in den Ligen eine bewunderungswürdige Disziplin, d
sich sehr wohl mit einem begeisterten Enthusiasmus verträgt, der oftmals bi
zur Vergötterung der Führer wie Ferri, Prampolini, Gatti und Bissola
geht, von deren Bildern sich die ländlichen Arbeiter niemals trennen.

In dem Maße, als sich die Verbesserungsligen auch in den anderen Pr
vinzen ausbreiteten, entstanden daselbst ähnliche Föderationen wie in de
Provinz Mantua. In den Provinzen Ferrara, Rovigo, Novara, Parma, Veron
und anderen bildeten sich gleichfalls Bauernföderationen. Sie besitzen ih
Organe „Nuova Terra“ (Neue Erde) in Mantua und die „Lotta“ (Der Kamp
in Rovigo. In den Provinzen Süditaliens, wo die Ligen später ins Lebe
traten als in den norditalienischen, nennen sie sich häufiger „Abwehrligen
und haben oft einen mehr revolutionären Charakter. Sie entstande
zuerst in der Provinz Apulien im Jahre 1902, dann in Basilicata, wo di
Bevölkerung stark unter einer Weinbau- und Olivenbaukrise zu leiden hatt
und die sozialistische Agitation durch den Aufenthalt der ländlichen Arbeite
in den Städten sehr erleichtert wurde. In Bari (Apulien) zählt man 40 Ab
wehrligen, die nach dem Zeugnis des Abgeordneten dieses Kreises, der nich
zur sozialistischen Partei gehört, einen sehr günstigen Einfluß auf die Bevölke
rung üben: die Verbrechen lassen nach und die Schenken und Wirtshäuse
werden seltener besucht.

In der Provinz Foggia werden die Abwehrligen nicht nur zum Kamp
mit den Grundbesitzern gegründet, sondern auch, um die Zuwanderung aus
wärtiger Arbeiter zu verhindern, was keineswegs von der brüderlichen Gesin
nung der Arbeiter von Foggia zeugt, die fast völlig frei von sozialistische
Einflüssen geblieben sind. Die Hauptliga, die in der Stadt Foggia ihren Si
hat, zählt bis zu 6000 Mitglieder.

In den Abruzzen, wo die kleinen Grundbesitzer und Bauern auswärtig
Arbeit zu suchen gezwungen sind, bilden sie zusammen mit den Landarbeiter
und Tagelöhnern eigene Ligen. Sie kämpfen nicht nur mit den Unternehmern
sondern auch gegen die Mißbräuche der Kommunalverwaltungen.

In Sizilien stammen die heutigen Verbesserungsligen von den alten Bünde
(fasci). Aber sie unterscheiden sich dadurch von diesen, daß sie keinen so aus
gesprochenen politischen und vielseitigen Charakter tragen. Sie sind rech
zahlreich in Gegenden, wo die Latifundien vorherrschen: in Palermo, Caltanisetta
Trapani, Girgenti. Die sizilianischen Verbesserungsligen erstreben die Ver
vollkommnung der Bewirtschaftungsmethoden des Landes, eine Reform de
Pachtverträge und die Einführung eines guten Halbpachtsystems. In Palermo

---

[1] Bonomi und Vezzani. S. 50.

stiert eine Föderation von Bauernligen, die den Namen „La Terra Sicula“
igt. Einzelne Ligen haben vor kurzem auch die Funktionen von Produktiv-
nossenschaften übernommen, so zum Beispiel pachten die Ligen von Caltagirone,
ira, Corleone, Santa Catarina und in Pietraperzia Land, übergeben es
n Mitgliedern der Reihe nach zur Bearbeitung und verteilen den Ertrag
er Arbeit unter sich. Ein solches auf Kooperation beruhendes Pachtsystem
heute auch in einigen Gegenden Norditaliens eingeführt.[1]

In Norditalien gibt es auch Frauenligen, deren Organisation sich fast gar
ht von der der Männerligen unterscheidet. In ihnen herrscht nur weniger
sziplin und stellenweise mehr revolutionäre Stimmung. Die Frauenligen
ßen auf einen starken Widerstand der Geistlichkeit. Trotzdem gibt es eine
zahl von starken Frauenligen in Isola della Scala (Verona), in San Biagio
Ferrara, in Poggio Rusco (Mantua) und anderen Ortschaften.

Alle genannten Ligen haben sozialistischen Charakter. Ebenso auch die
auernbrüderschaften“, die von einem der ersten Propagandisten des Marxismus
aliens, C. Prampolini, in Emilia und der Romagna gegründet wurden.
ese „Brüderschaften“ bezwecken nicht nur die Verbesserung der landwirt-
aftlichen Pachtverträge und die Erteilung nützlicher Ratschläge, sondern
ichten auch Magazine für den Erwerb aller in der Landwirtschaft not-
ndigen Gegenstände und Niederlagen für die Produkte der Bauern. In
Magazinen findet der kleine Pächter Wein, Körnerfrucht, Olivenöl und
dere Waren, die en gros eingekauft und zu billigen Preisen an den Käufer
gegeben werden, wodurch dieser von der Notwendigkeit befreit wird, beim
tsbesitzer einzukaufen. In den Niederlagen der Kooperationen kann man
Waren zum Wiederverkauf erwerben, die der Bauer sonst dem ihn aus-
tenden Händler hätte überlassen müssen. Der Preis für seine Produkte
d dem Bauer ausbezahlt, nur wenn die Niederlage der Kooperation sehr
n ist, zahlt sie bloß einen Teil des Werts des gelieferten Produkts und der
uer erhält den Rest erst nach Verkauf der Ware. Oft tauschen die
uern ihre Produkte auch gegen andere ein, die in den Magazinen vor-
ig sind.[2]

Um die sozialistische Genossenschaftsbewegung zu bekämpfen, haben die
ks stehenden“ Katholiken auch mit der Gründung von Ligen begonnen,
sie „Gewerkschaften“ nennen. Anfangs unterschieden sich die katholischen
en fast nur durch die Betonung ihres religiösen Charakters; in der letzten
t aber nähern sie sich den Gutsbesitzern immer mehr und verlieren ihren
ssencharakter.

Der Einfluß der Ligen zeigt sich zunächst in einer Stärkung der Klassen-
darität des ländlichen Proletariats. Dies äußert sich nicht nur in der
mütigen Einstellung der Arbeit, wenn die Liga es beschließt, sondern auch
der Unterstützung der kranken Mitglieder durch Feldarbeit, die in ihrem
teresse geleistet wird.[3] Streikbrecher werden auch die weiblichen Mitglieder
Ligen selbst bei größter Not nicht.

Viele Ligen suchen die Lebensführung ihrer Mitglieder zu beeinflussen und
bieten die Völlerei und das Raufen bei Strafe des Ausschlusses.

---

[1] Über diese ganz neue Erscheinung vergl. meinen Aufsatz in der „Neuen Zeit“, Nr. 34,
7.

[2] E. Ciacchi, Ai Contadini. Florenz 1900. S. 8.

[3] R. Romei, La corrente mutua cooperativa. Benedetto-Po 1900. S. 34.

Selbst die Gutsbesitzer müssen anerkennen, daß Felddiebstahl, Mord und Trunksucht unter dem Einfluß der Ligen bedeutend abgenommen haben. „Früher war der Arbeiter dem Gutsbesitzer untertan", sagt Gatti, „aber er benutzte jede Gelegenheit, um ihn zu betrügen. Jetzt hingegen, wo er weit weniger abhängig ist, hat er einen Begriff von seiner Menschenwürde und seinen Pflichten als Produzent. Ich habe von vielen Eigentümern gehört, daß die organisierten Bauern weit bessere und gewissenhaftere Arbeit leisten, besonders dort, wo die Ligen sich auch damit beschäftigen, Arbeit für ihre Mitglieder zu suchen."[1]

Auch in politischer Beziehung hat die Organisation besonders auf die Frauen erzieherisch eingewirkt. Sie sind nicht bloß glühende Anhängerinnen der Ligen und Konsumvereine, sondern auch geschickte Agitatorinnen geworden, die während der Wahlkampagne die Männer auffordern, für die Sozialisten zu stimmen.[2] Die Zahl der Mitglieder der Ligen nimmt trotz der gegenteiligen Versicherungen einzelner bürgerlicher Autoren, wie Rocquigny, Contini usw., keineswegs ab. So betrug zum Beispiel in der Provinz Mantua die Zahl der Ligen, die sich um das rote Banner einten, am Ende des Jahres 1902 60 und am Ende des Jahres 1903 wiederum 60, dafür aber war die Zahl der Mitglieder von 13844 bis auf 14421 gestiegen. Sie alle gehörten der Föderation an, deren Einnahmen 1903 die Ausgaben um 1570 Lire überstiegen. Im Jahre 1903 ließ die Mantuanische Föderation 100 Vorlesungen abhalten und führte 5 Streiks durch, von denen 4 erfolgreich verliefen.[3] In der Provinz Reggio-Emilia, deren Abgeordneter Prampolini ist, wachsen die Ligen noch schneller.[4] Im Juli 1902 gab es dort 96 Ligen, während 1904 der Föderation bereits 108 Ligen mit 10708 Mitgliedern angehörten. Außer diesen Ligen der Landarbeiter gibt es in Reggio-Emilia noch parallele Organisationen, die aus 50 Sektionen von Teilhabern, kleinen Pächtern und kleineren Grundbesitzern (sezioni di coloni) bestehen und gleichzeitig in Funktion treten, sowohl bei den gemeinsamen Einkäufen, wie im Kampf mit den Gutsbesitzern um die Verträge. Diese 50 Sektionen bilden eine andere Föderation, die auch der sozialistischen Partei angeschlossen ist. Außerdem gibt es noch einzelne Ligen in dieser Provinz, die gemeinsam Land pachten und das Land gemeinsam und nach den neuesten Grundsätzen der agronomischen Wissenschaft bearbeiten.

Die Konsumvereine der Ligen in Massenzatico, in Massa Finalese (Emilia), in Molinella und Cervia (Romagna), in Casabuttano, Ostiano, Pieve S. Giacomo (Cremona), in Villa-Saviola (Mantua) und in Castelmonfedele (Pavia) besitzen Volkshäuser, die von den Mitgliedern unentgeltlich erbaut sind.[5] (Schluß folgt.)

---

[1] Discorsi dei deputati Gatti, Badaloni, Ferri. Rom 1901. S. 22.

[2] R. Romei, La corrente mutua-cooperativa. Benedetto-Po 1900. S. 34.

[3] „La Cooperazione italiana" vom 30. Januar 1904.

[4] Dazu trägt nicht zum mindesten die Beredsamkeit Prampolinis bei; siehe seine Broschüre „An die Bauern", die 1906 auch in russischer Sprache erschienen ist. (Petersburg, herausgegeben vom „Strahl" [Lutsch]). Auf Prampolini warten die Bauern nach dem Zeugnis des „Avanti" vom 5. September 1904 wie auf ihren Messias.

[5] A. Schiavi, Due anni di agitazione proletarie. Turin 1902. S. 27.

Wie die Kontraktbrüche der Landarbeiter aussehen.

Von **H. Linde** (Königsberg).

In der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 1. April 1908, also innerhalb sechs
lonaten, sind bei dem ostpreußischen Parteisekretariat in Königsberg durch
hriftlich und mündlich ratsuchende Landarbeiter 106 Kontraktbrüche zur
enntnis gelangt, die in mehr oder minder rücksichtsloser, oft brutaler Weise
on den ländlichen Arbeitgebern gegen ihre Arbeiter verübt wurden. Die
älle verteilen sich auf folgende ostpreußische Reichstags- respektive Landtags-
ahlkreise:

Königsberg-Land-Fischhausen . . .	32
Labian-Wehlau	26
Heilgenbeil-Preußisch Eylau	5
Tilsit-Niederung	8
Insterburg-Gumbinnen	10
Ragnit-Pillkallen	7
Memel-Heydekrug	3
Rastenburg-Friedland	6
Osterode-Neidenburg	4
Preußisch Holland-Mohrungen . . .	2
Oletzko-Lyck	2
Lensburg-Ortelsburg	1
Summa	106

Welches waren nun die Ursachen dieser von den fortgesetzt wegen der
andarbeiternot nach Staatshilfe schreienden Junkern und deren Sippe be-
angenen Kontraktbrüche? In den weitaus meisten Fällen hielten die Guts-
esitzer die in mündlichen und schriftlichen Verträgen mit ihren Arbeitern
bernommenen Verpflichtungen nicht ein oder verlangten von den Arbeitern
eistungen, die diese nicht vereinbart hatten. Bei den hierbei entstandenen
streitigkeiten hieß es dann, wie üblich — besonders weil in den Winter-
ionaten infolge der Maschinenarbeit der Landarbeiter immer mehr entbehrlich
ird —, „macht, daß ihr vom Hofe kommt, und binnen drei Tagen
erlaßt ihr die Wohnung". Es handelt sich hier um Nichtlieferung des
um Deputat gehörigen Brennholzes. Auf vielen Gütern erhalten die Inst-
eute nur nasses Strauch zum Kochen, Heizen und Backen. Auf anderen
Stellen erhielten die Instleute anstatt des im Kontrakt vereinbarten Brenn-
olzes nur die Erlaubnis, am Sonntag in den oft weit abgelegenen Wald
u gehen, dort Wurzeln und Stubben von gefällten Bäumen auszuroden und
u Brennholz für sich zu zerkleinern. In vielen Stellen entstand auch Streit
wischen Besitzer und Arbeiter, wenn letzterem als Brotgetreide zusammen-
efegtes, mit Schmutz vermengtes oder moderiges Korn vom Gutsherrn ge-
iefert wurde.

Eine große Rolle bei den Kontraktbrüchen der Arbeitgeber auf dem Lande
pielt das noch immer zum großen Schaden der Landarbeiter bestehende
Scharwerkswesen. In 26 Fällen hatten die Besitzer oder deren Inspektoren
ie von den Instleuten zu stellenden Scharwerker, welche meistens die er-
vachsenen Kinder derselben sind, beschimpft, geprügelt und aus der Arbeit
ejagt. Dann wurde von den Instleuten verlangt, sie sollten andere Schar-
verker beschaffen. Wenn bei dem großen Mangel besonders an jüngeren,

alleinstehenden Arbeitskräften ihnen das nicht möglich war, hieß es: „Dan
müßt ihr ziehen, und zwar so schnell als möglich.“ Oder in eine
Anzahl dieser Fälle wurden den Leuten für den Verlust der Scharwerke
derartig hohe Abzüge vom eigenen Lohn und Deputat gemacht, daß sie, ur
nicht zu verhungern, von selbst den Dienst verlassen mußten. In diese
Fällen ließen die Besitzer dann noch die auf diese Art aus dem Dienst ge
triebenen Landarbeiter auf Grund des Ausnahmegesetzes von 1854 be
strafen.

31 kontraktbrüchige Arbeitgeber hatten den Instleuten beim Mieten all
möglichen günstigen Versprechungen gemacht, ihnen aber trotz wiederholte
Verlangens einen schriftlichen Kontrakt nicht gegeben. Trotzdem nun mündlic
ausdrücklich vereinbart war, daß die Frau entweder gar nicht oder doch nu
im äußersten Notfall in Arbeit zu gehen brauchte, verlangte später der Be
sitzer, die Frau habe, weil Arbeiter fehlten, täglich in Arbeit zu gehen
Dabei wurde durchaus nicht Rücksicht genommen auf hochschwangere un
solche Frauen, die zu Hause eine Anzahl kleine Kinder zu beaufsichtigen
hatten. Infolge der Weigerung dieser Frauen, in Arbeit zu gehen, wozu si
auch gar nicht verpflichtet waren, wurden die Familien nun auf alle mög
liche Art vom Besitzer schikaniert und gepeinigt. Der Deputatkuh, wenn sold
eine vorhanden, wurde das Futter entzogen, Lohn- und Naturallieferungen
gekürzt, kein Brennholz geliefert und dergleichen. Kam es dann dieserhalb zu
Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und dem Besitzer oder dessen
Verwalter, dann wurden die fast zur Verzweiflung getriebenen Familien of
noch plötzlich und mitten im Winter auf die Straße gesetzt. Damit aber noch
nicht genug. Fast in allen diesen Fällen wurde den auf diese Art vor Ablau
der Kontraktzeit und ohne Kündigung aus dem Dienste getriebenen Leuten de
hier immer noch eine wichtige Rolle spielende sogenannte Ziehschein verweigert
Ohne diesen Schein stellt nämlich kein Gutsbesitzer hier in Ostpreußen einen
Landarbeiter in seinen Dienst, trotz der herrschenden großen Leutenot. Es is
das eine gegenseitige Vereinbarung der Besitzer untereinander, die aber so als
Gewohnheit eingewurzelt ist, daß Arbeiter wie Arbeitgeber der irrtümlichen
Auffassung sind, es bestehe ein Gesetz, wonach es verboten ist, ohne einen
ordnungsmäßigen Entlassungsschein in einen neuen Dienst zu treten. Viel
aus dem Dienste getriebene Landarbeiter sind daher gezwungen, nach den
Stadt zu ziehen und dort sich eine neue Existenz zu gründen.

In 19 Fällen war Krankheit in der Familie des Landarbeiters für den
Besitzer ein Anlaß zum Kontraktbruch. Man sollte es kaum glauben. Leute,
die oft jahrelang auf einem Gute schwer gearbeitet und bei dieser aufreibenden
Tätigkeit nun auch mal krank werden oder gar bei der Arbeit an den meist
gar nicht oder mangelhaft bekleideten Maschinen verunglücken, werden während
oder nach überstandener Krankheit erbarmungslos aus der bisherigen Heimat
in Not und Elend getrieben.

In ganz Ostpreußen existieren nur in zwei Landkreisen ländliche Gemeinde-
krankenkassen. Hier zahlen die Arbeitgeber die nach dem Krankenversicherungs-
gesetz zulässigen ermäßigten Beiträge, wofür sie sich verpflichten, an Stelle
des Krankengeldes, das nun von der Kasse dem Arbeiter nicht gezahlt wird,
diesem während der Krankheit Wohnung und Naturalien, wie er es kontraktlich
zu verlangen hat, weiter zu geben. Viele Besitzer halten diese Verpflichtung
nicht ein, sondern lassen die Familie des erkrankten Mannes einfach hungern

d frieren oder verlangen an Stelle des Mannes Ersatz für dessen Arbeits-
ıft. Wo Arbeiter und Arbeitgeber zusammen die vollen Krankenkassenbeiträge
hlen, da erhält der erkrankte und erwerbsunfähige Arbeiter doch wenigstens
o Tag 60 Pfennig Krankengeld. Dieser geringe Betrag reicht natürlich
m Leben für eine zahlreiche Familie nicht aus, besonders wenn der Mann
lege braucht. Das hindert aber viele Gutsbesitzer nicht, unter Berufung
f das gezahlte Krankengeld der Familie die kontraktlich vereinbarten Natu-
lien zu entziehen. Auch das ist Kontraktbruch. Denn bei einem in Jahres-
ntrakt stehenden Arbeiter ist eine mehrwöchige Krankheit eine nicht erheblich
nge Zeit, wofür nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bei Verhinderung des
enstes ohne Verschulden des Verpflichteten keine Abzüge vom Lohne gemacht
rden dürfen. Viel schlimmer geht es Landarbeitern aber, die keiner Kranken-
sse angehören. Sie sind in Krankheitsfällen vollständig der Willkür herz-
er ländlicher Arbeitgeber preisgegeben. In den Kontrakten ist zwar ge-
öhnlich vermerkt, daß in Krankheitsfällen den Arzt der Dienstherr, die Medi-
mente aber der Arbeiter zu bezahlen hat. Aber meistens geben die Guts-
rren nicht einmal Fuhrwerk, um in dringenden Fällen den Arzt für die
milie des Arbeiters zu holen. Hat der Arbeiter kein Geld, um die oft so
ren Medikamente zu kaufen, dann bezahlt sie wohl vorläufig der Herr.
zieht den Betrag aber später vom Lohne ab. In 8 von den 19 Fällen
ıßte der Mann, respektive die in Arbeit stehende erkrankte Frau auf An-
dnung des Arztes in eine Krankenanstalt geschafft werden. Nach erfolgter
tlassung der Kranken, respektive nach deren Ableben schickte die Anstalt nun
Kostenrechnung zu dem Besitzer, die dieser bezahlte. Dann verlangte er
er die für einen armen, durch Krankheit ohnehin in Not geratenen Land-
beiter sehr erheblichen Kosten zurückerstattet. Diesen 8 Familien, die einen
rlohn von monatlich 7 resp. 10 Mark erhielten, wurden von diesem Lohne
onatliche Abzüge von 3 bis 5 Mark gemacht. In einem Falle, wo die Frau
ei Monate in einer Privatklinik gelegen hatte, wurde dem Manne der
onatslohn gar nicht ausgezahlt und auch für den folgenden Monat der
iche Abzug in Aussicht gestellt. In allen diesen Fällen mußten die Leute
r Ablauf der Kontraktzeit ziehen, weil sie sich diese Lohnabzüge nicht gefallen
ssen konnten. Wo es sich um schwere Krankheitsfälle handelte, machten die
esitzer gar kein Hehl daraus, daß sie diese Familien los werden möchten,
il sie befürchteten, diese Arbeiter könnten einen Teil ihrer Arbeitskräfte durch
Krankheit eingebüßt haben.

In einer ganzen Reihe Fälle wurden von ländlichen Arbeitgebern Kontrakt-
üche dadurch verübt, daß sie auch selbst die baufälligsten und ungesundesten
ohnungen ihrer Arbeiter nicht instand setzen ließen, trotzdem sie das beim
ieten ausdrücklich versprochen und die Arbeiter nur unter dieser Bedin-
ng sich vermietet hatten. In mehreren dieser Fälle verlangten nun die
esitzer noch sogar die Fuhren, die sie zum Heranholen der Sachen der
beiter hergegeben, mit je 6 bis 8 Mark pro Fuhre bezahlt, wenn die
beiter nicht wie im Schweinestall wohnen wollten und vor Ablauf der Dienst-
t gezwungen waren, fortzuziehen.

Kontraktbrüchig wurden auch eine Anzahl Gutsbesitzer dadurch, daß sie
ren Instleuten verboten, sozialdemokratische Schriften und Zeitungen zu
en. Ließen sie sich das nicht verbieten, dann wurde gelegentlich ein Streit
m Zaune gebrochen, und der Mann war auf der Stelle entlassen.

Durch das viele Hinundherhetzen sind viele hundert Familien wirtschaftli ruiniert. Ein Schweinchen halten sich viele schon aus dem Grunde nicht, we es dann das einzige Pfandobjekt für den kontraktbrüchigen Gutsbesitzer wär bei dem die gepeinigten Arbeiter gewöhnlich immer Schulden hinterlassen müsse

So sehen die Kontraktbrüche der Landarbeiter aus, die sich bei nähere Betrachtung fast stets als Kontraktbrüche der ländlichen Besitzer entpuppe Und dann das Geschrei über die Landflucht!

Und wie viele ähnliche Kontraktbrüche werden von den ostelbischen Junke begangen, von denen wir Sozialdemokraten nichts erfahren. Denn leide haben wir noch in den wenigsten ländlichen Kreisen genügende Verbindunge und das unbedingte Vertrauen der Landarbeiter dank der verhetzenden, ve logenen Propaganda der Junker, Pfaffen und deren Helfershelfer.

Literarische Rundschau.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen. 38. Jahrgang 1908, heraus gegeben vom K. Sächsischen Statistischen Landesamt im März 1908. Dresden Verlag von C. Heinrich. V und 307 Seiten Oktav.

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß nun wenigstens die statistischen Jahr bücher der deutschen Einzelstaaten so billig hergestellt werden, daß ihrem Ankau auch für Arbeiterbibliotheken keine Schwierigkeiten im Wege liegen. Seit lange Zeit ist das sächsische Statistische Jahrbuch um 1 Mark erhältlich. Es bietet dabe sehr reichlichen Inhalt und eine ziemliche Übersicht über sämtliche für Sachsen fes gestellte statistische Angaben. Leider sind sie aber vielfach schon recht veraltet. Di Angaben über das Jahr 1907 fehlen vielfach, oft muß man sich mit Angaben au den Jahren 1904 und 1905 begnügen. Im allgemeinen erfüllt aber das Jahrbuc seinen Zweck. Sein Ankauf ist allen, die sich um sächsische Verhältnisse zu be kümmern haben, zu empfehlen. Zu wünschen wäre, daß ein kräftigerer Umschla oder ein Einband das Buch dauerhafter gestalte. ad. b

---

Zeitschriftenschau.

Die holländische Revue „De Nieuwe Tijd“ bringt in ihrem Aprilheft eine Aufsatz von Frau M. Wibaut über **„Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie“** Wo die sozialistische neben einer frauenrechtlerischen Bewegung emporkam, wie i Holland, kümmerte sich die Partei vor allem darum, die Proletarierinnen von de Frauenrechtlerinnen fernzuhalten; sie sollten nur mit den Männern zusammen de sozialistischen Kampf führen, denn die ökonomische Befreiung des Proletariat bringe von selbst die Gleichheit der Frauen mit sich. In diesem Sinne wurde di politische Gleichstellung der Frauen von unseren Wortführern selbst oft aus ihren praktischen Kampfe ausgeschaltet. Allmählich hat sich jedoch gezeigt, daß die Fraue auch innerhalb der sozialistischen Bewegung besondere Interessen haben und ein besondere Organisation brauchen. Der Druck, den der Kapitalismus auf die Fra ausübt, ist viel verwickelter als der auf dem Manne lastende Druck. Während si in der Fabrik arbeite, bleibe zugleich ihre häusliche Arbeit bestehen, die nicht al etwas Wertvolles mitgezählt werde, weil sie nichts einbringe, ihr aber nie frei Zeit zum Ausruhen, zur Versammlung, zur eigenen Entwicklung übrig ließe. Di Tradition lastet viel schwerer auf ihr, hält sie in häuslicher Abhängigkeit und er schwert die Organisation. Die eigenen Genossen sahen besondere Frauenorganisatione mißtrauisch an. Die kräftige zielbewußte deutsche Frauenorganisation hätte den andere

ändern als Muster dienen können. Doch erst als das Bedürfnis nach internationalem usammenschluß sich fühlbar machte, übte sie einen unmittelbaren Einfluß auf die ideren Länder aus. Ihre klare theoretische Einsicht setzte in Stuttgart die Reso- ition über das Frauenwahlrecht durch, die den Opportunismus der parlamenta- ischen Wortführer in mehreren Ländern zurückwies. Infolge des Stuttgarter Kon- esses werden überall die sozialistischen Frauenorganisationen kräftiger empor- mmen und das Bewußtwerden der proletarischen Frauen bedeutend fördern.

Hermann Gorter bringt eine **„Kritik der literarischen Bewegung von 1880 Holland“.** Zu Anfang der achtziger Jahre trat in Holland, infolge einer kräftig nsetzenden kapitalistischen Entwicklung, die die jahrhundertlange Stagnation des irtschaftslebens ablöste, eine glänzende Literaturperiode ein, zu deren vorzüg- chsten Vertretern die Dichter Verwey, Kloos, der Autor selbst und der Prosaiker an Deyssel gehörten. Sie hat nicht nur die Sprache bereichert und schmiegsam macht und das Sprachempfinden verfeinert, sondern auch den literarischen Ge- hmack gereinigt, ein klares ästhetisches Empfinden geschaffen für das, was lite- risch wertvoll ist, und die Literaturkritik auf ein hohes Niveau gehoben. Aller- ngs mußte diese Kritik rein ästhetisch bleiben; so treffliche Kunstnormen zur Be- teilung der literarischen Form sie schuf, so konnte sie doch in den gesellschaftlichen rsprung der Kunstwerke nicht eindringen; für sie stand der Künstler als einsames, er die gemeine Welt erhabenes Genie da, der alles aus seinem Innern heraus oduzierte. Als mit der Entwicklung des Kapitalismus allmählich seine Kehrseite ervortrat und die sozialistische Arbeiterbewegung und die kleinbürgerliche Reaktion itstanden, ist auch der literarische Glanz verblaßt. Aus dem Zusammenbruch der üheren Kunstideale hat sich Gorter in den Sozialismus herübergerettet; nur die zialistische Theorie konnte eine klare Einsicht in dasjenige geben, was der Dichter üher nur unvollkommen erfassen konnte. So wurde er zu einem der besten Kenner s historischen Materialismus und zu einem der beliebtesten Agitatoren der rbeiterpartei. Es lag nahe, die neu gewonnene Einsicht, gewissermaßen als Ab- chnung mit der Vergangenheit, auf die von ihm mitgemachte Literaturbewegung izuwenden und diese auf ihre gesellschaftlichen Ursachen zurückzuführen. Dabei ußte selbstverständlich das allgemeine Verhältnis von Gesellschaft und Literatur ifgedeckt und an den großen Literaturerzeugnissen der verschiedensten Länder und eiten erläutert werden; dadurch gewinnt die Arbeit allgemeineres Interesse. Große unstwerke der Literatur konnten immer nur da entstehen, wo neue, umfassende edanken, starke, tiefe Gefühle in den Menschen emporwuchsen und sie bewegten; inn fanden sich auch immer die Künstler, die ihnen Ausdruck verliehen. Das war imer der Fall, so oft eine neue Klasse, von neuen gewaltigen Ideen beseelt, empor- m und die Kraft in sich fühlte, Großes zu erringen; oder wenn eine Klasse auf r Höhe ihrer Macht stand und ihr Kraftgefühl von keinem Zweifel an der eigenen errlichkeit berührt wurde. Dagegen ist eine Zeit, in der die herrschende Klasse ren Höhepunkt überschritten hat, in Verfall gerät und die Mängel ihrer Herr- haft sich klar zeigen, auch eine Zeit des literarischen Verfalls. Um den Zusammen- ing der Literatur mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Einzelheiten nachzu- eisen, behandelt der Autor Rousseau, Goethe und Shelley als Beispiele aus der anzösischen, deutschen und englischen Literatur. Da in solchen Ausführungen alles if die Einzelheiten ankommt, müssen wir uns damit begnügen, auf den Aufsatz lbst hinzuweisen. Es ist Aussicht vorhanden, daß er auch in deutscher Sprache scheint.

„Vorwärts oder rückwärts?“ ist der Titel eines Aufsatzes von Henriette oland-Holst über das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften in kalen Kartellen. Als in Holland der Anarchismus in der Gewerkschaftsbewegung och eine bedeutende Rolle spielte, haben die lokalen Kartelle, die aus Abteilungen r Partei mit Gewerkschaftsabteilungen zusammen bestanden, vorzüglich gewirkt, m unsere Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung zum Durchbruch zu bringen.

Sie haben dadurch der Errichtung des modernen Fachverbandes (N. V. V.) vorgearbeitet. Jetzt will der Vorstand des Fachverbandes die lokalen Kartelle zu reinen Gewerkschaftskartellen, zu Filialen der Fachverbände umbilden, das heißt die Parteiabteilungen ausschließen, angeblich weil sie die Werbekraft der Gewerkschaften verringern und weil sie gegenüber gewerkschaftlichen Konflikten eine andere Haltung einnahmen als der Fachverband — im Hafenarbeiterkampf in Rotterdam verweigerte die N. V. V. aus formell-organisatorischen Gründen die Unterstützung der Streikenden, während viele Ortskartelle aus dem Prinzip der Solidarität heraus Unterstützung gewährten. Die Verfasserin bekämpft diese beabsichtigte lokale Trennung von Partei und Gewerkschaften; die Ortskartelle haben noch ein großes Arbeitsfeld, um bei lokalen Fragen, die die allgemeinen Arbeiterinteressen berühren, die Führung zu übernehmen und durch diese praktische Wirksamkeit in weiten Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder das sozialistische Bewußtsein zu erwecken. Für eine enge Fühlung der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Bewegung ist diese lokale Berührung und dieses Zusammenwirken viel wertvoller als das Einvernehmen der Vorstände an der Spitze. Der Konflikt wegen der Unterstützung der Rotterdamer Hafenarbeiter war nicht ein Konflikt des organisatorischen Formalismus der Gewerkschaftsvorstände mit der Partei, sondern ein Konflikt mit dem proletarischen Empfinden der Masse der eigenen Mitglieder. Um solche Konflikte unmöglich zu machen, müßte man überhaupt jede Einwirkung des Sozialismus auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verhindern.

„La Tribune russe“ bringt in den Januar- bis Aprilheften einen Aufsatz von Pereverse, dem früheren Vorsitzenden der Moskauer Abteilung des Eisenbahnerverbandes, über: **„Der Eisenbahner-Verband“.** Zu Anfang des Jahres 1905 brachen an verschiedenen Eisenbahnen Rußlands Streiks aus; überall stellten die Eisenbahner, die sich zu einem Verband zusammengeschlossen hatten, gleichartige Forderungen: Lohnverbesserung, Verkürzung der Arbeitszeit, Reorganisation der Pensionskassen, Arbeiterausschüsse. Politische Forderungen waren nicht dabei. Die erschreckten Direktionen versprachen alles; als sie jedoch mit dem Minister zusammen über die einheitlich durchzuführenden Maßnahmen konferierten, hatte sich ihre Angst gelegt, fast alles wurde abgelehnt und sogar die Zugehörigkeit zum Verband verboten. Dies öffnete den Eisenbahnern die Augen; sie verstanden, daß unter der Willkürherrschaft alles, was heute zugesagt würde, morgen zurückgenommen werden könne, wenn keine starke Macht dahinter steht. Die Organisation wurde eifrig ausgebaut, am 20. und 21. April fand ein Kongreß statt, der ein Programm aufstellte, in dem die Notwendigkeit politischer Rechte und Freiheiten und einer Volksvertretung als Grundlage jeder Verbesserung betont wurde. Ein Generalstreik zur Erkämpfung dieser politischen Forderungen wurde auf einem zweiten Kongreß im Juli beschlossen; und als im September in Moskau eine lebhafte Streikbewegung einsetzte, wurde er für diesen Rayon beschlossen, dehnte sich aber sofort auf ganz Rußland aus. Dieser berühmte Oktoberstreik mit wirtschaftlichen und politischen Forderungen zwang die Regierung zur Kapitulation. Damit war die Lage völlig verändert; massenhaft strömten dem Verband neue Mitglieder zu, sogar die höheren Beamten wollten sich aufnehmen lassen, und überall ward den Anordnungen des Verbandes gehorcht statt den Verfügungen des Ministeriums. Der Verband wirkte nun ganz öffentlich; die meisten Mitglieder glaubten, daß mit dem Oktobermanifest eine feste Grundlage errungen sei, und die frühere Kampfesbereitschaft verschwand. Doch allmählich wuchs die Reaktion; schließlich wurde das Vereinsrecht aufgehoben. Die Eisenbahner traten im Dezember 1906 aufs neue in einen Streik ein, welcher schließlich zu der Moskauer Erhebung führte; aber er wurde unterdrückt. Seitdem lebt der Eisenbahnerverband, wenn auch nach den furchtbaren Racheexpeditionen stark dezimiert, im geheimen weiter.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 36 Ausgegeben am 5. Juni 1908 26. Jahrgang

Pandämonium.

⚹ Berlin, 30. Mai 1908.

Das Reichsgericht, und zwar einer der Senate, die das unglaubliche Ur-
l über den Genossen Karl Liebknecht gefällt haben, hat wegen eines Form-
lers das Urteil der hiesigen Strafkammer aufgehoben, das Herrn Harden
gen verleumderischer Beleidigung des Grafen Moltke zu vier Monaten Ge-
ıgnis verurteilt hat. Die häßliche Affäre wird also nochmals in einer
itläufigen Gerichtsverhandlung breitgetreten werden, was die bürgerliche
elt mit einem Entsetzen erfüllt, das aus mehr oder minder trüben Quellen
porsteigt, aber sich deshalb nur um so mehr begreifen läßt.

Ohnehin war sie schon bedrückt genug durch das Untersuchungsverfahren,
s gegen den Fürsten Eulenburg wegen Meineids eingeleitet worden ist.
dessen konnte sie sich damit trösten, daß diese Untersuchung so oder so im
nde verrinnen werde. Albert Lange schrieb einmal: „Ich hörte einen an-
ehenen rheinischen Juristen in einer sehr respektablen Gesellschaft un-
gefochten den Grundsatz aussprechen, daß ein Staatsanwalt aus Rücksicht
f die Gesellschaft wohl tue, die Spur eines Verbrechens in höheren Gesell-
aftskreisen nur dann zu verfolgen, wenn er wegen zu großer Publizität
ht mehr anders könne. Das sei gerade der Vorzug der Einrichtung der
aatsanwaltschaft, daß der öffentliche Ankläger auch ein Verbrechen igno-
ren könne, wenn ihm dies zur Vermeidung von Aufregung nützlich schiene.
sei wichtiger, die Autorität von Beamten und Notabeln ungeschwächt zu
alten, über die vielleicht schon Gras gewachsen sei."

Nun ist der Staatsanwalt zwar gegen den Fürsten Eulenburg eingeschritten,
die „Spur des Verbrechens" in der Tat „eine zu große Publizität" er-
ıgt hatte. Aber Albert Lange spricht dann weiter von der „herrschenden
sellschaftsklasse", die ihre Herrschaft mit der Herrschaft des Gesetzes
wechsle und das Vaterland in Gefahr glaube, wenn bloß die Sessel in
fahr seien, und sagt wörtlich: „Sobald die Amtsgenossenschaft zur Clique

wird, haftet ihr jenes Solidaritätsgefühl notwendig an, und es wird dem einzelnen außerordentlich schwer, in Fällen, wo das Interesse dieser Kameraderei ins Spiel kommt, durchzudringen und dem strengen Recht den Sieg zu verschaffen." Und so glauben wir allerdings, daß wir das „strenge Recht", das dem Grafen Eulenburg wird, erst am St. Nimmerleinstag erleben werden.

In diesem Falle wird der Clique das Spiel ohnehin leichter werden, als sonst wohl in ähnlichen Fällen, aus dem einfachen Grunde, weil die Clique Harden der Clique Eulenburg von vornherein die Trümpfe in die Hand gedrückt hat. In einer pseudonymen Schrift, die Harden inspiriert und in der „Zukunft" seinen Lesern empfohlen hat, wird von dem angefochtenen Eide des Fürsten Eulenburg gesagt: „Als Eid ist diese Reinigungserklärung wenigstens bisher in der Öffentlichkeit allgemein aufgefaßt worden. In letzter Stunde werde ich von einem praktischen Juristen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auslassung nach wiederholten Entscheidungen des Reichsgerichts nicht unter den Eid fällt, sondern als nicht zur Sache gehörige, außerhalb des Eides und der Zeugenpflicht stehende Erklärung zu bewerten ist. Die Ungenauigkeit der Prozeßberichte gibt kein so klares Bild, daß man die Frage ob Eid oder unvereidigte Zeugenerklärung, danach lösen könnte. Ohrenzeugen (und diese ‚Ohrenzeugen' gehören zur Clique Harden, wenn es nicht Herr Harden oder sein Verteidiger selbst sind) haben mir dagegen versichert, daß sowohl der Vorsitzende als auch Fürst Eulenburg wiederholt betont haben, es handle sich bei der langen Auslassung des Fürsten um etwas nicht zur Sache Gehöriges. Mit dieser Feststellung wäre der Erklärung in der Tat der Eidescharakter genommen. Ich möchte in der Eile nur noch eines bemerken: ungeschickt wäre ein solches Verfahren eben nicht, eine Erklärung rings in der Öffentlichkeit als Eid nehmen zu lassen, während sie in Wirklichkeit weiter nichts als eine ganz unverbindliche Privatäußerung ist, bei der es dann also auch weder Meineid noch Falscheid gibt." Und nachdem der pseudonyme Verfasser die Zeugenaussage Eulenburgs auf ihren Wortlaut hin untersucht hat, faßt er sich dahin zusammen: „Und abermals muß ich bekennen, daß nur die Frage offen bleibt, ob Fürst Eulenburg durch seinen Eid die homosexuelle Betätigung bestritten hat oder hat zugeben wollen." Beiläufig — die Sperrungen des Druckes rühren alle von dem pseudonymen Verfasser der Broschüre selbst her.

Man sieht: die Clique Harden hat der Clique Eulenburg die Tür sperrangelweit geöffnet, um zu entwischen. Das geschah freilich nur, solange sie keine Beweise für die Homosexualität hatte, die sie dem Fürsten Eulenburg nachsagte. Seitdem Harden einige Zeugen für Schweinigeleien aufgetrieben hat, die Eulenburg vor dreißig Jahren begangen haben soll, hat sich das Blatt natürlich gewandt: nun schwört Harden und seine Kompanie feierlich, daß Eulenburg einen feierlichen Eid geschworen hat. Eben diese — sagen wir — Unbedenklichkeit, womit Harden seine Waffen wechselt, fällt bei den Philistern, und nicht nur bei ihnen, für Eulenburg in die Wagschale. Wie liegt denn die Sache? Herr Harden hat, bis er diesen Spektakel inszenierte, immer die Ansicht verfochten, daß die Homosexualität kein Laster und kein Verbrechen,

ndern eine natürliche Anlage sei, die den Homosexuellen weder geistig noch
oralisch herabsetze. So hat er auch über die Homosexualität Eulenburgs
schwiegen, obgleich ihm dessen Taten auf diesem Gebiet angeblich seit fünf
ahren bekannt waren. Nun wird der Geheimrat Holstein verabschiedet und
t den Wunsch, sich an Eulenburg zu rächen, den er für den Urheber seiner
erabschiedung ansieht; er schreibt einen verbindlichen Brief an Harden, der
iläufig denselben Holstein sechzehn Jahre lang als den Abschaum aller
enschlichen Nichtswürdigkeit geschildert hatte, und von da ab wühlt Harden
en homosexuellen Schmutz auf, um ihn gegen Eulenburg zu schleudern, mit
n albernen Gebärden eines patriotischen Hanswurstes, dem das durch
ulenburgs Homosexualität gefährdete Wohl des Vaterlandes keine ruhige
inute mehr gönnt. Man kann es danach wohl verstehen, wenn, wie wir
gten, nicht bloß Philister, sondern auch leidliche Historiker, wie Herr Del-
ück, der übrigens den Fürsten Eulenburg völlig preisgibt, zu dem Ergebnis
mmen: „Fürst Eulenburg mag ein großer Sünder und vielleicht jetzt ein
werer Verbrecher sein, aber er mag sich immer noch sagen, daß alles, was
begangen hat, doch nur ein kleines Wölkchen ist, verglichen mit dem Pest-
uch, den Harden über alle deutschen Lande hat hinziehen lassen."

So steht die Sache für Eulenburg nicht allzu ungünstig, und daraus mag
sich erklären, daß in manchen Parteiblättern dieses ganze Pandämonium
vas einseitig als eine Affäre Eulenburg betrachtet wird. Die Gründe dafür
d durchaus erklärlich: die Möglichkeit, daß ein großer Sünder durch die
aschen des Netzes schlüpft, worin die deutsche Justiz die Übeltäter zu fangen
ht, liegt nahe genug, und es kann auch nicht bestritten werden, daß die ge-
htlichen Prozeduren gegen Harden in allen Instanzen ein schwarzes Blatt mehr
der Geschichte der deutschen Justiz bilden. Freilich, wenn er selbst sich in
ner Komödiantenmanier als Opfer der Justiz aufspielte und ein schreckliches
weiner erhob, weil er einmal vier Monate Gefängnis abreißen soll, so ist
s zum Lachen. Dazu hat am wenigsten ein Recht der ehemalige literarische
kai jenes Bismarck, der im Ministerrat — die Denkwürdigkeiten des späteren
ltusministers Bosse bezeugen es — die Feilheit als eine unerläßliche Voraus-
ung des Staatswohles forderte, und, soweit einzelne Personen die Kor-
ption der Justiz verschulden, weitaus der Schuldigste war. Und wo ist
an die bürgerliche Presse, die über Hardens gerichtliche Verurteilung so viel
singen und zu sagen wußte, wenn zehnmal schwerere und zehnmal unge-
htere Urteile gegen Angehörige der Arbeiterklasse gefällt werden? Welches
- und himmelerschütternde Geschrei hätte sich allein über die Verurteilung
s Genossen Marckwald erheben müssen, wenn die bürgerliche Presse denselben
aßstab an diesen Richterspruch legen wollte, wie an den nunmehr kassierten
pruch, der Harden verurteilte?

Indessen, wenn die sozialdemokratische Presse sich auf einen höheren Stand-
nkt stellt und das in den Formen des Rechtes sich verschleiernde Unrecht
ch dann bekämpft, wenn es an einem Harden verübt wird, so ist das nicht
r zu begreifen, sondern auch durchaus anzuerkennen. Ebenso wenn sie
rauf achtet, daß Eulenburg nicht seinem „strengen Recht" entzogen wird, mag

es auch sicherlich nicht zu ihren Pflichten gehören, belastendes Material z verbreiten, das zunächst nur auf unbeglaubigtem Reporterklatsch beruht. Allei dabei ist nicht zu übersehen, daß bei dem ganzen Höllenspektakel noch wichtige Interessen mitspielen, als die Frage, ob Fürst Eulenburg Wolle spinnen mu oder Herr Harden in seiner segensreichen Tätigkeit durch einige Monate un freiwilliger Muße unterbrochen wird. Fürst Eulenburg ist ein Höfling, un was von dieser Sorte Menschen zu erwarten ist, wissen wir doch alle seit de Zeit, wo wir Lessings „Emilia Galotti" und Schillers „Kabale und Liebe gelesen haben. Herr Harden aber ist ein Klatschjournalist, und was von diese Sorte Menschen zu erwarten ist, wissen wir mindestens seit den Tagen Saphirs mit dem Harden mehr als eine Ähnlichkeit hat.

Es ist weder die Schuld noch das Verdienst dieser Leute, wenn der Krakeel in den sie geraten sind, ein Pandämonium entfesselt hat, worin der Kot a fast allen herrschenden Klassen hoch emporspritzt, an Hof und Heer und Diplo matie und Aristokratie und Justiz und nicht zuletzt auch an jener Bourgeoisie deren Schriftgelehrte in Herrn Harden den „napoleonesken Willensmenschen" bewundern, „wie ihn die Nation sich ausdenkt, wenn Zeiten sich wenden un alt gewordene Welten sterben sollen"; solch lallender Wahnwitz ist intellektuel so kompromittierend, wie moralisch die Orgien in der Adlervilla. Das Ver dienst oder die Schuld an der Entfesselung dieses Pandämoniums gebühr vielmehr allein der Korruption, die allmählich die „oberen Zehntausend" de kapitalistischen Gesellschaft ergriffen hat und die nach ihrer nunmehrigen Bloß legung zu studieren und für die Ziele des proletarischen Klassenkampfes aus zunutzen in der Tat eine weitaus nützlichere Aufgabe ist als die Beschäftigung mit der Frage, ob Fürst Eulenburg ins Zuchthaus oder Harden ins Ge fängnis kommt.

Wir wissen wohl, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht an ihren Skan dalen stirbt, denn sonst wäre sie längst tot. Aber ihre Skandale können der arbeitenden Klassen die Augen darüber öffnen, wie hohl und nichtig, wi innerlich zerfressen, intellektuell und moralisch zerfressen die Klassen sind, di mit dreister Stirn die Herrschaft über das Proletariat beanspruchen, und in sofern können sie wirksame Hebel des proletarischen Befreiungskampfes werden

Hieran zu erinnern, schien uns nicht unzeitgemäß in dem Augenblick, wo das Reichsgericht eine neue Auflage des schmutztriefenden Handels beschlossen hat.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Von **August Winnig.**

1. Die Unternehmerorganisation.

Im September 1898 beschloß der dreizehnte Verbandstag der Baugewerks innungen die Gründung eines Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe. Seine Form sollte die einer das ganze Deutschland umfassende Zentralorgani sation sein, sein Programm die Niederringung der Arbeiterorganisationen durch Generalaussperrungen. Man gab sich keine Mühe, das zu verheimlichen, Zimmermeister Simon-Breslau sprach es offen als das Ziel der neuzu-

ündenden Organiſation aus, und in ſeinem Bericht für die erſte General-
rſammlung des Arbeitgeberbundes (Karlsruhe 1899) kleidete der Bundes-
rſitzende Feliſch dies Programm in die Worte:

„Bevor wir nicht ſiegreich eine große Kraftprobe angeſtellt
ıben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen;
ne ſolche Kraftprobe muß angeſtellt werden. Es muß dahin kommen,
ß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutſchland,
ısſperren können, damit es mit den ungerechten Anforderungen ein
ıde nimmt.“

Unter dieſen ſcharfmacheriſchen Auſpizien trat der neue Bund ins Leben.
as war geſchehen, was dem Bunde dieſen aggreſſiven Charakter hätte geben
nnen? Wie die meiſten Gewerkſchaften nach dem Fall des Ausnahmegeſetzes
d nach Überwindung der ſchweren Kriſe in der erſten Hälfte der neunziger
ıhre, ſo hatten ſich auch die baugewerblichen Arbeiterorganiſationen erholt
d die erlangte Stärke dazu benutzt, die rückſtändigen Arbeitsbedingungen
verbeſſern. Dazu waren Streiks notwendig geweſen, und in dieſen Kämpfen
ren die Arbeiter, weil bei den Unternehmern auf den Kampf eingerichtete
rganiſationen fehlten, der obſiegende Teil geblieben. Damit war das Gottes-
adentum der Arbeitsherren angegriffen, der alteingewurzelte Glaube an die
ıantaſtbarkeit ihrer Hoheitsrechte erſchüttert worden. Die Gründung des
ındes und ſein Programm war die Reaktion.

Zunächſt hatte der Bund eine ſchwere innere Kriſe zu überſtehen, die aus
r Ausſperrung der Berliner Bauarbeiterſchaft im Jahre 1899 herauswuchs.
ie Bundesleitung hatte damals eine außerordentliche Generalverſammlung
ıberufen, um den Berliner Unternehmern durch eine allgemeine Ausſperrung
Hilfe zu kommen; aber ehe dieſe Generalverſammlung zuſammentrat, war
on der Friede geſchloſſen, und zwar in der Form eines Tarifvertrages. Das
ır eine Disziplinloſigkeit der Berliner Unternehmer, die eine ziemlich tief-
hende Verſtimmung zwiſchen der Bundesleitung und der ſtärkſten örtlichen
rganiſation des Bundes zurückließ. Überhaupt ſcheinen damals vielerlei
einungsverſchiedenheiten die Weiterentwicklung des Bundes bedroht zu haben.
or allem fehlte die Einheitlichkeit in der Stellung zu den Tarifverträgen.
ie Berliner Unternehmer, und ſie nicht allein, waren unter dem Drucke der
eigniſſe Tariffreunde geworden, während die Bundesleitung unter dem Ein-
ıß Feliſchs eine tiefe Abneigung gegen jedes Verhandeln mit den Arbeiter-
ganiſationen und ſomit auch gegen die Tarifverträge bekundete. Als der
orſtand des Maurerverbandes im Jahre 1899 in einem Schreiben an den
ınd den Abſchluß von Verträgen zwiſchen beiden Organiſationen anregte,
twortete die Bundesleitung mit leeren Ausreden, die in ihrem Weſen eine
olehnung des Vorſchlags bedeuteten. So gefiel ſich der Bund in der Rolle
r unentwegten, jede Konzeſſion verweigernden Scharfmacherorganiſation,
ne indes zunächſt ſein Programm ausführen zu können. Dabei erſtarkte er
mählich; erſt langſam, dann aber, nachdem er durch Anſtellung beſoldeter
kretäre Planmäßigkeit in ſeine Tätigkeit gebracht hatte, ſchneller und ſchneller.
n Jahr nach ſeiner Gründung zählte er rund 3000 Mitglieder, im Jahre
04 hatte er es auf 6000 gebracht, am Schluſſe des Jahres 1906 gab er
000 Mitglieder an und das Jahr 1907 brachte ihm einen weitern Zuwachs
f 18300. Auch dieſe Zahl dürfte jetzt ſchon wieder übertroffen ſein. Es
ngt paradox und doch trifft es zu: je ſtärker der Bund wurde, je mehr er

seine Einflußsphäre erweiterte, um so mehr sah er sich gezwungen, seinen starren Standpunkt den Arbeiterorganisationen gegenüber aufzugeben. Als kleine, einflußlose Unternehmergruppe konnte er sich weigern, mit den Gewerkschaften zu verhandeln und Tarife mit ihnen abzuschließen, wie dies ja auch einflußlose Arbeiterorganisationen, zum Beispiel die „Freien Vereinigungen“ tun können. Nachdem er aber die maßgebende Vertretung der Unternehmer geworden war, wäre es einfach unsinnig gewesen, die in der Organisation aufgesammelte Kraft unbenutzt zu lassen, und wirken konnte sie eben nur, wenn sie sich mit den Arbeitern einließ. So vollzog sich der Umschwung in der Stellung des Bundes ohne große öffentliche Proklamationen ganz in der Stille und lediglich unter dem Zwang der Tatsachen. Aber der Umschwung vollzog sich nur in der Taktik, nicht im Endziel, und das war und blieb ihm bis heute die Diktatur, die er durch Aussperrungen großen Stils zu erreichen hofft.

Es mag anstoßen, daß man das auch noch jetzt, nach den Verhandlungen und nach dem Friedensschluß von dem Bunde behauptet. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß es unter den leitenden Männern des Bundes einige gibt, die anders denken, die die beiderseitigen Organisationen als legale Kräfte auffassen, aus deren gegeneinandergerichtetem Wirken als Produkt das Zweckmäßige hervorgehen muß. Aber die Stimmen dieser wenigen verschwinden in der Masse ihrer Berufsgenossen, sie wissen das selbst am besten.

2. Die Tarife im Baugewerbe.

Die ganze Bewegung in ihrem Entstehen und in ihrem Abschluß läßt sich nicht verstehen ohne einen wenn auch nur flüchtigen Blick auf die Entwicklung des Tarifwesens im Baugewerbe. Mit dem Abschluß des Berliner Vertrags im Jahre 1899 fingen die Tarife an, populär zu werden. In schneller Aufeinanderfolge kam es in den nächsten Jahren in vielen Orten zu Abschlüssen. Dabei wurde fast allgemein die Regel beachtet, daß für jeden wichtigen Ort ein besonderer Vertrag abgeschlossen wurde, höchstens dehnte man bei den größeren Städten das Geltungsbereich auf die Vororte mit aus. Dies änderte sich erst, als es den Unternehmern durch die Erstarkung ihrer Organisation möglich wurde, auf kleine Angriffsstreiks mit großen Aussperrungen zu antworten. Das geschah zum Beispiel im Jahre 1904 im Maingau und 1905 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Folge dieser ausgedehnten Kämpfe war in beiden Fällen der Abschluß eines Vertrags für das ganze Aussperrungsgebiet. Statt 80 oder 100 Einzelverträgen hatte man also nur einen einzigen Vertrag, und damit war den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, auch in Zukunft den Kampf auf breitester Grundlage zu führen. Diese Möglichkeit wurde von ihnen auch schnell erkannt, und nun ging ihr Bestreben dahin, den Geltungskreis der großen Tarifgebiete immer mehr zu erweitern. Die Natur des Baugewerbes erleichtert das. Die meisten Verträge sahen als Ablauftermin das Frühjahr vor, und so war es ganz natürlich, daß sich je länger je mehr die Zahl der alljährlich im Frühjahr zu erneuernden Verträge vergrößerte. Im Jahre 1908 liefen außer einer großen Anzahl Einzelverträge auch die beiden Verträge für die obengenannten Gebiete ab, und darin lag die Schwierigkeit der ganzen Aufgabe, die Arbeiterinteressen bei der Tariferneuerung vor Schaden zu bewahren. Es ist nicht möglich, die genaue Zahl aller ablaufenden Verträge und der daran beteiligten Arbeiter

zugeben, jedoch kann man ſagen, daß die Senſationsmeldungen der Tages-
itungen von den 200000 oder, wie einige noch dicker auftrugen, 300000 Ar-
itern, die für die etwaige Ausſperrung in Betracht zu ziehen wären, weit
er das Ziel hinausſchoſſen. Von den beteiligten Großſtädten nennen wir
remen, Breslau und Umgebung, Kaſſel, Barmen-Elberfeld, Köln und Um-
bung, Dresden und Umgebung, Düſſeldorf, Leipzig und Umgebung, Mann-
im, München, Poſen und Stettin. Dazu kamen dann noch im Gebiet der
iden großen Tarifverträge: Frankfurt a. M., Darmſtadt, Mainz, Wiesbaden,
ortmund, Bochum, Eſſen, Gelſenkirchen und noch viele Mittel- und Klein-
ädte und ſchließlich auch Berlin mit ſeiner großen Umgegend. Nach unſerer
chätzung kamen von den beteiligten baugewerblichen Arbeiterverbänden
rka 130000 Mitglieder für die Tariferneuerung in Betracht.

3. Die Lohnbewegung.

Die auch für die Öffentlichkeit wahrnehmbare Einleitung der Bewegung
ar das dem „Grundſtein" zugeflogene Protokoll von der General-
erſammlung des Arbeitgeberbundes vom 21. Oktober 1907. Dies
ktenſtück war für die Arbeiterorganiſationen von hervorragender Bedeutung.
s enthielt das Ziel der Unternehmer in dieſer Kampagne und den Weg, der
um Ziele führen ſollte. Das Ziel beſtand darin, den Gewerkſchaften
erträge aufzuzwingen, die alle nach einem vom Bunde aufgeſtellten
uſter zurechtgeſtutzt werden ſollten. In dieſen Verträgen ſollte beſonders
er Grundgedanke des Minimallohns ausgemerzt ſein, dem die Arbeiter
vielen hundert Kämpfen annähernd allgemein Anerkennung verſchafft hatten.
as ſollte dadurch geſchehen, daß es heißen ſollte: Der Lohn beträgt für einen
üchtigen Maurer (Bauhilfsarbeiter, Zimmerer) ..., während bisher der
ohn einheitlich für alle Arbeiter, mit Ausnahme der Jugendlichen und
entenempfänger, feſtgeſetzt worden war. Weiter ſollten die Verträge die
Hoheitsrechte" des Unternehmers anerkennen und ſicherſtellen, indem die
gitation auf der Arbeitsſtelle bei Strafe der ſofortigen Ent-
aſſung verboten ſein ſollte. Bei dem Abſchluß der Verträge ſollte als
egel gelten, daß Lohnerhöhungen nicht eintreten dürften und die
rbeitszeit nicht unter zehn Stunden verkürzt werden dürfte. Das
aren die Hauptpunkte des Bundesprogramms. Der Weg zu ihrer Verwirk-
ichung wurde von dem Bundesvorſitzenden Feliſch mit rückſichtsloſer Offen-
eit gewieſen. Er ſagte nach dem Protokoll wörtlich:

„Das Endziel iſt nämlich darauf gerichtet, daß, falls nicht für alle Ver-
räge eine Einigkeit erzielt werden kann, dann ſämtliche Verträge nicht
n Kraft treten und als letztes Mittel eine Ausſperrung der Bau-
rbeiter größeren Umfanges angedroht und durchgeführt werden ſoll.
s handelt ſich alſo um eine ſehr ernſte Sache, um eine Kraftprobe unſeres
undes."

Alle Verträge ſollten mit gleicher Geltungsdauer bis zum 31. März 1910
nd mit gleichen Kündigungsfriſten abgeſchloſſen werden. Zur Taktik wurde
eſchloſſen, alle im Frühjahr 1908 ablaufenden Verträge am 30. November
u kündigen und die Verhandlungen ſo zu forcieren, daß bis zum 15. Februar
ür alle Orte Klarheit herrſche, ob ein Vertrag zuſtande komme oder nicht;
is zu dieſem Tage müßten alle Verhandlungen mit den Arbeitern ab-
eſchloſſen ſein.

Die Kündigung erfolgte denn auch prompt wie beschlossen. Die Arbeiterorganisationen waren von den Plänen des Bundes nicht überrascht. Seit länger als zwei Jahren hatten sie erkannt, wohin die Absicht der Unternehmer ging, und hatten ihre Vorkehrungen getroffen. Daß sie nun auch die Einzelheiten des Planes erfuhren, war für sie natürlich ein großer Vorteil. Durch die Veröffentlichung des Geheimprotokolls wurde die Rechnung des Bundes gestört. Die Arbeiterorganisationen konnten jedem taktischen Zug einen Gegenzug entgegensetzen und hatten es im übrigen leicht, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß es sich hier um einen brutalen Vergewaltigungsversuch handelte. Das geschah denn auch sowohl von der Parteipresse wie von den Organen der beteiligten Gewerkschaften mit anerkennenswertem Eifer, und nicht ohne Erfolg.

In den Kreisen des Bundes und weit über sie hinaus war man von der vorzeitigen Enthüllung recht peinlich berührt. Nicht daß man die Pläne gemißbilligt hätte; aber daß sie in so schroffer Deutlichkeit und ehe sie durchgeführt waren, bekannt wurden, das war unangenehm. So unangenehm, daß sich zunächst keine Stimme zur Verteidigung des Bundes erhob. Man fand indessen bald die Sprache wieder. Die Beschwichtigungsnotizen der Bundesleitung, die die Unternehmer als die von der Sozialdemokratie verfolgte Unschuld hinstellten, fanden den Weg in die Presse aller bürgerlichen Parteien, und nur wenige Blätter, wie die „Berliner Volkszeitung", wagten diese Waschzettel mit leisen Zweifeln zu begleiten.

Um was handelte es sich für die Gewerkschaften? Das war ziemlich klar. Die Absicht des Bundes ging dahin, ihren Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu brechen. Indem er aus eigener Machtvollkommenheit ein Tarifschema aufstellte und seine Mitglieder darauf verpflichtete, wollte er anerkannt wissen, daß er allein über das Arbeitsverhältnis zu verfügen habe. Er wollte das im Baugewerbe längst heimisch gewordene demokratische Prinzip des Verhandelns durch den Absolutismus ersetzen. Er wollte weiter durch die Klassifizierung der Arbeiter in „tüchtige" und „nicht tüchtige" die Möglichkeit zur willkürlichen Festsetzung der Löhne schaffen, was unter den obwaltenden Konjunkturverhältnissen sicher zu Lohnherabsetzungen geführt hätte. Verteidigung eines gewerkschaftlichen Grundprinzips und Abwehr von Verschlechterungen, das war die Aufgabe der baugewerblichen Arbeiterorganisationen. Darauf wenigstens mußte sich ihre Tätigkeit in der Hauptsache leider beschränken; denn auf große Eroberungen konnte bei dem Daniederliegen der Bautätigkeit und des ganzen gewerblichen Lebens auch der größte Optimist nicht rechnen.

Zunächst galt es für die Gewerkschaften Zeit zu gewinnen. Die gewannen sie so reichlich, daß erst wenige Tage vor dem vom Bunde angesetzten Endtermin der Verhandlungen mit diesen begonnen werden konnte. Die auf den 18. Februar einberufene Generalversammlung der Unternehmer, die nach ihrem Programm schon klar zum Gefecht machen sollte, stand vor einem Nichts. Erst wenig Verhandlungen hatten stattgefunden, und deren Ergebnis war Null. Schon jetzt hätten die Unternehmer wissen können, daß ihr Tarifschema eine Unmöglichkeit war, aber sie beschlossen, trotzdem unentwegt daran festzuhalten, und sie unterstrichen diesen Beschluß mit der Drohung, am 1. April in allen Orten, wo die Verträge abgelaufen waren oder überhaupt keine bestanden, die Betriebe zu schließen und die Arbeiter auszusperren. Die Arbeiter-

verbände ließen sich damit nicht schrecken. Nach wie vor lautete ihre Parole: Keinen Vertrag mit dem Worte „tüchtig" und mit dem Agitationsverbot! Um jedoch den das Feld beherrschenden Scharfmachern im Unternehmerlager ihre Arbeit nicht zu leicht zu machen, beschlossen sie, auf eine allgemeine Lohnerhöhung für das erste Vertragsjahr und auf die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden vorläufig zu verzichten.

Dieser Verzicht ist den Arbeitern nicht leicht gefallen, aber er war eine taktische Notwendigkeit. Seine Folge war, daß die Unternehmervertreter vom Maingau und aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der Konferenz zu Koblenz am 14. März auf die beanstandeten Bestimmungen verzichteten, und in weiterer Folge schloß sich auch der Hauptvorstand des Bundes diesem Verzicht an. Erst nachdem diese Steine des Anstoßes aus dem Wege geräumt waren, konnten die eigentlichen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Doch auch jetzt führten sie nur in wenigen Orten (München und anderen) zur Einigung, in den meisten und größten Tarifgebieten scheiterten sie an der Verweigerung jeder Lohnerhöhung auch für das zweite Vertragsjahr. Auch hierin konnten die Arbeitervertreter nicht nachgeben; denn wenn sie sich auch sagen mochten, daß der materielle Effekt einer etwaigen Lohnerhöhung kaum so beträchtlich sein würde, um einen großen und opferreichen Kampf deswegen zu rechtfertigen, so mußte aber doch den Unternehmern, aus pädagogischen Gründen sozusagen, gezeigt werden, daß ihr Wille nicht allein maßgebend ist.

Aus Anlaß des Verzichtes auf die von den Arbeitern abgelehnten Bestimmungen des Tarifschemas gab es im Bunde übrigens eine kleine Rebellion. Ein Unternehmerorgan machte sich zum Sprachrohr der unterlegenen Scharfmacher und machte der Bundesleitung schwere Vorwürfe ob ihres Rückzugs, und auch ein Ortsverband des Bundes legte geharnischten Protest dagegen ein. Das hatte indes weiter keine Folgen. Die Bundesleitung blieb fest und vereinbarte mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften ein neues Tarifmuster, das zwar auch noch kein Ideal darstellt, aber doch einigermaßen erträglich ist. Die Spuren der Krise trägt auch dies noch deutlich genug.

Am 23. April traten dann die beiderseitigen Unterhändler in Berlin zusammen, um unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen, Dr. Prenner-München, Dr. v. Schulz-Berlin und Dr. Wiedfeldt-Essen, über alle noch nicht geregelten Orte zu verhandeln. Es kann hier der Gang der Verhandlungen in seinen Einzelheiten übergangen werden. Von beiden Seiten ist erbittert gestritten worden, und oft bedurfte es des größten Geschicks der Unparteiischen, um den völligen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern. Der Hauptgegenstand des Streites war die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung für das zweite Vertragsjahr, gegen die sich besonders die Unternehmer des Maingaues und des Industriegebiets mit äußerster Gewalt wehrten.

Ein ganz besonders gefährlicher Punkt war die Lohnfestsetzung für Berlin. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß die Bewegung der Berliner Bauarbeiter im vorigen Jahre einen recht unbefriedigenden Verlauf genommen hatte. Als sie abgebrochen wurde, vollendete die Krise, was den Unternehmern nicht gelungen war: sie lockerte die Organisation. Wenn auch nur vorübergehend, so hatte es doch hingereicht, um die Unternehmer eine Lohnkürzung durchsetzen zu lassen. Die Unternehmer wollten für Berlin nur die Stundenlöhne vereinbaren, die sie den Arbeitern in der noch durch den Winter verschärften

Arbeitslosigkeit aufgezwungen hatten, und die nun zehn Pfennig niedriger waren als die vor dem Kampf gezahlten. Das wäre der Casus belli gewesen. Die Arbeitervertreter forderten die um drei Pfennig höheren Löhne, die in dem Schiedsspruche vom vorigen Jahre enthalten waren, den die Arbeiter damals verworfen hatten. Ein Vorschlag der Unparteiischen ging dahin, die alten Löhne wieder festzusetzen, die vor dem Kampfe bestanden. Dem stimmten beide Parteien schließlich zu. Für die anderen strittigen Verträge fällte das Kollegium der Unparteiischen folgenden Schiedsspruch:

1. In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.

2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrechtzuerhalten.

3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Unternehmerorganisation anläßlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkung durchzuführen.

4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um einen Pfennig zu erhöhen.

Die Feststellung der übrigen Bestimmungen wurde besonderen Schiedsgerichten zugewiesen. Die Parteien hatten sich bis zum 4. Mai zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen wollten oder nicht. Beide Parteien haben dem Schiedsspruch zugestimmt.

4. Schlußbetrachtung.

Von den vielen Fragen, die bei einer Betrachtung dieser Bewegung Antwort heischend auftauchen, seien nur wenige, die wichtigsten, behandelt.

Die Ansprüche der Arbeiter sind in keiner Hinsicht befriedigt worden. Sie forderten mit gutem Recht erheblich größere Lohnerhöhungen, als im Schiedsspruch enthalten sind. Für weite Gebiete, so im ganzen Maingau, im Industriegebiet, im ganzen Königreich Sachsen, in Thüringen, Schlesien und Posen und anderen mehr, sind die Löhne noch viel zu niedrig, um berechtigten Ansprüchen auch nur entfernt zu genügen. Ebenso ist die Verkürzung der Arbeitszeit für viele Städte mit weiter Umgebung ein großes Bedürfnis und längst spruchreif. Von diesen Forderungen der Arbeiter ist so gut wie nichts bewilligt worden, denn die gewährten Lohnerhöhungen von ein bis zwei Pfennig für die zwei Vertragsjahre fallen praktisch kaum ins Gewicht. So haben also die Arbeiter keinen Anlaß, „zufrieden" zu sein.

Aber dennoch braucht sich die Arbeiterschaft dieses Kampfes nicht zu schämen, denn was war das Streitobjekt? Es ist oben bereits genannt worden: Verteidigung eines gewerkschaftlichen Grundprinzips (Mitbestimmungsrecht) und Abwehr von Verschlechterungen. Und hierin haben die Gewerkschaften das Feld behauptet, und sie haben außerdem das Diktum der Unternehmer, daß Lohnerhöhungen nicht eintreten dürften, zurückweisen können. In den Krisenjahren 1901 und 1902 vermochten die Gewerkschaften noch nicht den Lohn auf der alten Höhe zu halten, im Baugewerbe mußten sie sich umfangreiche Lohnkürzungen gefallen lassen; das ist diesmal anders. Die erste Bestimmung des Schiedsspruches ist die, daß keinerlei Verschlechterungen im Lohne eintreten dürfen. Damit haben die Gewerkschaften das kapitalistische Lohngesetz, wonach Angebot und Nach-

age auch den Preis der Arbeitskraft beſtimmen, durchbrochen und einem
öheren, ſozialen Lohnprinzip den Weg gebahnt. Das bedeutet für unſere
ewerkſchaften ſehr viel.

Selbſtredend hätten ſich die Gewerkſchaften mit dem nicht zufrieden gegeben,
enn ſie durch einen Kampf mehr zu erreichen hoffen konnten. Das konnten
e leider nicht. Die Arbeitsloſigkeit im Baugewerbe iſt heute noch ungewöhnlich
roß. Die meiſten großen Arbeitsorte melden ein ſtarkes Überangebot von
rbeitskräften. Von den aus dem Auslande zu uns kommenden Bauarbeitern
ehen Tauſende beſchäftigungslos umher oder warten in der Heimat auf den
wohnten Ruf zum Streikbruch. Mit dieſer Gefahr mußten die Arbeiter
chnen. Die Unternehmer hätten ſich keine nationalen Skrupel gemacht, ihre
olksgenoſſen mit fremder Hilfe niederzuwerfen. Als das Barometer auf
rieg ſtand, Ende Februar und Anfang März, waren ihre Sendboten jenſeits
r Grenzen und warben Hilfstruppen. Wäre es zum Kampfe gekommen, ſo
itten allerdings auch die Unternehmer ſtark gelitten, aber der Ausgang wäre
r die Arbeiter ungünſtiger geweſen als für ſie. So haben die Arbeiter auf
eitergehende Forderungen verzichtet und ihre Kräfte geſchont. Sie haben
un zwei Jahre vor ſich, wo ſie vor größeren Kämpfen ſicher ſind, und die
nnen und werden ſie zu weiterer Stärkung ihrer Organiſationen benutzen,
n bei der Tariferneuerung im Frühjahr 1910 beſſere Erfolge zu erringen.

Die nun abgeſchloſſene Bewegung hat uns erneut gezeigt, in welcher Richtung
h unſer Tarifweſen entwickelt. Immer mehr vollzieht ſich der Übergang
om Einzeltarif zum Bezirkstarif. Durch die Koalition der Unter-
hmer wird der Zuſammenſchluß der Bezirkstarife zu größeren tariflichen
inheiten gefördert, und ſo geht die Entwicklung weiter. In abſehbarer
eit wird uns der Reichstarif beſchäftigen. Wir haben kein Intereſſe, dieſe
ntwicklung zu fördern, denn je größer die Tarifgebiete werden, um ſo größer
erden die ſich dabei entwickelnden Kämpfe. Für dieſe ſind die Gewerkſchaften
ute noch nicht ſtark genug. Ihre Sorge muß ſein, daß das Wachstum
rer Aktionskraft mit der Entwicklung des Tarifweſens gleichen Schritt hält.
enn das bei den bisherigen Beitragsleiſtungen nicht möglich iſt, ſo müſſen
eſe erhöht werden. Es ſteht ſonſt viel auf dem Spiel.

Es verdient auch anerkannt zu werden, daß ſich das Verhandlungs-
rinzip in dieſer Bewegung gut bewährt hat. Verhandlungskörper, Schieds-
richte können viel zur friedlichen Löſung ſchwerer Konflikte beitragen, wenn
rke Parteien dahinterſtehen. Sie können nicht die Kämpfe als ſolche aus
r Welt ſchaffen, aber ſie können das Durchringen des Klaſſenkampfes zu
heren Formen fördern. So wie wir bei dem Begriff Revolution nicht immer
Straßenſchlachten denken, ſo werden wir auch mehr und mehr an humanere
ormen der Lohnkämpfe glauben können, ohne daß ihr Weſen deswegen
ändert zu werden brauchte.

Große Schwierigkeiten bereitete es während der Bewegung, das demokra-
che Beſtimmungsrecht der Gewerkſchaftsmitglieder zu reſpektieren
d zu wahren. Das lag daran, daß die innere Organiſation nur auf örtliche
mpfe zugeſchnitten iſt. Die größeren, ſich auf mehrere Orte erſtreckenden
mpfe erſchienen bisher als Ausnahmen, die eine Änderung der inneren
ganiſation nicht notwendig zu machen ſchienen. Nachdem man nun weiß,
ß ſie künftig die Regel bilden werden, wird man die organiſatoriſchen
nſequenzen ziehen müſſen.

Zum Schluß ein Wort des Dankes an die Parteipresse. Sie ha den Bauarbeitern in dieser Bewegung große und gute Dienste geleistet. E wird ihr hoch anzurechnen sein, daß sie in all den schwierigen Momenten di von den Leitungen vertretene Taktik unterstützte, selbst auf die Gefahr hin sich mit einem Teil ihrer Leser in Widerspruch zu setzen. Zu bedauern is nur, daß sie nicht immer so unterrichtet wurde, wie es hätte geschehen müssen

---

Die Organisation der Landarbeiter in Italien.

Von Dr. W. Totomjanz (St. Petersburg).

(Schluß.

Am 25. November 1901 fand zu Bologna ein Kongreß von mehr al 100000 Bauern statt. Dieser erste Kongreß der Landarbeiter, dessen Vor sitzender der Gründer der italienischen Sozialistenpartei A. Costa war, ver sammelte die Repräsentanten von 704 Bauernligen mit 144173 Mitgliedern von denen auf die Emilia 264 Ligen mit 57187 Mitgliedern, auf die Lombarde 134 Ligen mit 39399 Mitgliedern, auf Venedig 123 Ligen mit 23830 Mit gliedern, auf die Romagna 80 Ligen mit 11399 Mitgliedern, auf Piemon 16 Ligen mit 2140 Mitgliedern, auf Toskana 8 Ligen mit 1886 Mitgliedern auf Sizilien 6 Ligen mit 1350 Mitgliedern usw. kommen.[1] Dieser Kongre hatte zum Ziel die Vereinigung der verschiedenen Organisationen, die durc die sozialistische Agitation in den Dörfern entstanden waren, der Verbesserungs und Abwehrligen und der Provinz- oder Kreisverbände, zu einer große „nationalen Föderation der Landarbeiter", welche die Seele des ländliche Proletariats von Italien werden sollte.

Der Bericht, den die Sozialisten D. Murialdi, D. Piva und Coletti der Kongreß über die Konstituierung der erwähnten Föderation vorlegten, zeigt ebenso wie die lebhaften Debatten über diese Frage, wie Rocquigny sich aus drückt, „daß der Klassenkampf den Landarbeitern als einziges Mittel dargestel wird, das geeignet ist, ihre Lage zu verbessern und ihre ökonomische un soziale Emanzipation herbeizuführen. Dieses Prinzip," fährt Graf Rocquign mit Bitterkeit fort, „wurde nicht im geringsten angezweifelt, die Aufgabe bestan nur darin, eine so starke Organisation für die Bauern zu schaffen, daß sie de Kampf gegen den Kapitalismus mit Aussicht auf Erfolg beginnen konnten Und hier zeigte sich die große Geschicklichkeit der sozialistischen Führer de agrarischen Bewegung."[2]

Italien hat ungefähr zweieinhalb Millionen kleiner Grundbesitzer od Bauern. Aber der Grund und Boden, auf dem gewaltige Steuern laste ernährt sie nicht, und daher sind sie gezwungen, sich auswärtige Arbeit z suchen. So kommt es, daß sie zugleich kleine Grundbesitzer und Landarbeite sind. Andererseits führt das System der Verpachtung gegen Geld oder gege eine Teilung des Ertrags, wie es in vielen Provinzen verbreitet ist, daz daß die Interessen der kleinen Pächter und Teilhaber mit denen der Land arbeiter nicht übereinstimmen.

Aber die Aufgabe einer bloßen Organisation der Landarbeiter ohne Heran ziehung der übrigen Kategorien von Bauern schien vielen Sozialisten nic

---

[1] F. Paolini, Primo congresso nazionale dei lavoratori della terra. Resocont note, impressioni. Florenz 1902. S. 12.

[2] Rocquigny, Ligues et grèves de paysans. Paris 1904. S. 60.

:oßartig genug, daher entschloß man sich, jene auch zu den Ligen der Land-
:beiter zuzulassen, indem man ihnen nur die Prinzipien des Klassenkampfes
eibrachte und einprägte. So kam es, daß an dem Kongreß auch eine große
ahl von Bauern, Teilhabern, Pächtern und kleinen Grundbesitzern teilnahm.
ie waren teils von den Ligen mit gemischter Zusammensetzung, in denen
doch die Tagelöhner überwogen, teils von Ligen, die ausschließlich aus
ächtern, Teilhabern und Grundbesitzern bestanden, zum Kongreß geschickt.
G. Murialdi suchte die Kongreßteilnehmer zu überzeugen, daß sowohl für
e Partei, wie für die Verbesserung der materiellen Lage der Bauern die
:gen von gemischter Zusammensetzung die günstigste Form darstellen. Er
klärte, daß die kleinen Pächter und Grundbesitzer der Organisation der
andarbeiter im allgemeinen sympathisch gegenüberstehen. Warum sollte man
: dann aber nicht in die Ligen aufnehmen, die dadurch eine beträchtliche
nanzielle Stütze einbüßen würden? Die kleinen Grundbesitzer unter den
auern, fährt Murialdi fort, werden im Grunde genommen von den Kapi-
ilisten ebenso ausgebeutet wie die, welche keinen Fetzen Land besitzen.[1]

Ein Teil der Abgeordneten war mit Murialdi nicht einverstanden. So
:gte der Arbeiter Perotti, der die Liga von Tagelöhnern in Stradella vertrat,
ıß die zahlreichen kleinen Grundbesitzer und Halbbauern seines Kreises der
ntwicklung des Sozialismus nur im Wege stehen.[2]

Ferri erklärte, man müsse auch die Teilhaber, die kleinen Pächter und zum
eil auch die kleinen Grundbesitzer in die Ligen aufnehmen. Indessen solle
an all diese Kategorien nicht in ein und denselben Ligen vereinigen. Sonst
nnte die Idee des Klassenkampfes verdunkelt werden. Um das letztere zu ver-
ndern, müsse man zwei völlig getrennte Sektionen bilden. Die erstere sollte
e Erdarbeiter, die Tagelöhner, die Knechte oder die Lohnarbeiter überhaupt,
e zweite sollte die Teilhaber, die Pächter und die kleinen Grundbesitzer umfassen.

Professor Gatti, der Verfasser des Buches „Agricoltura e socialismo“,
innerte daran, daß auf dem Kongreß zu Bologna im Jahre 1897 fast nie-
and mit ihm einverstanden gewesen sei, als er den Nachweis für die Not-
endigkeit einer Organisation der kleinen Bauern und Grundbesitzer für den
ozialismus zu erbringen suchte. Jetzt werde sie von der großen Mehrheit
ıerkannt. Trotzdem habe er nie geglaubt, daß es möglich sei, die Grund-
sitzer und Lohnarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation zu verschmelzen.

Der Führer des rechten Flügels, Turati, erklärte, die Grundbesitzer und
auern seien ein notwendiger Machtfaktor für die Partei, aus dem man
utzen ziehen müsse. „Das Prinzip des Klassenkampfs würde verletzt werden,
enn wir den kleinen Grundbesitz praktisch zu stützen und zu erhalten suchten
genüber der Entwicklung des Industrialismus. Wir aber wollen die Bauern
ganisieren, um den Klassenkampf zu stärken.“

In seiner Antwort erwiderte der Berichterstatter Murialdi, der Kampf
gen die mannigfaltigen und komplizierten Formen der kapitalistischen Aus-
utung müsse nicht nur mit Hilfe von Streiks, sondern auch durch die Ge-
ossenschaften der kleinen Grundbesitzer geführt werden. Daher müssen wir
cht bloß Konsumvereine, sondern auch andere Assoziationen, wie genossen-

---

[1] Resoconto stenografico del primo congresso nazionale dei lavoratori della
rra. Bologna 1902. S. 20.

[2] F. Paolini, I congresso nazionale dei lavoratori della terra. S. 31.

schaftliche Milchwirtschaften, Käsefabriken, Weinkeller, Genossenschaften für den Einkauf von Samen, Dungmitteln und Maschinen, sowie für das Trocknen der Seidenkokons gründen. Man muß jene Produktiv-, Konsum- und Kreditassoziationen den christlichen Demokraten und Liberalen entreißen, welche sie heute noch in Händen haben. „Man muß es erreichen, daß diese Genossenschaften einen Klassencharakter annehmen und der aggressiven und fortschreitenden Bewegung des Proletariats nicht hinderlich werden.“ [1]

„Wir verdunkeln das Prinzip des Klassenkampfes nicht“, fuhr Murialdi fort, „wenn wir auch die kleinen Grundbesitzer aufnehmen, die gezeigt haben, daß sie unserem Ideal treu sind. Was können sie dafür, daß sie nicht völlig von Eigentum entblößt sind und Lohnarbeiter wurden. Es ist doch nur ein Zufall, daß sie Eigentümer geworden sind. Der Besitz eines Stückchen Landes ist für sie eine tragische Notwendigkeit des Augenblicks, während ihre Lage sich prinzipiell nicht von der der Lohnarbeiter unterscheidet.“

Murialdi stimmte schließlich dem Antrag Ferri, Gatti und Reina zu, nachdem die Föderation in zwei Sektionen eingeteilt werden solle, eine Sektion für die Ligen und eine andere für die Genossenschaften.

In der lebhaften Debatte wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß in Piemont schon seit langem Genossenschaften zur Züchtung von Seidenwürmern existierten, deren Gründer kleine Grundbesitzer und Bauern sind und die einen ausgesprochenen Klassencharakter tragen und unter dem Banner des Sozialismus einen heißen Kampf gegen die Seidenfabriken führen, die sie beim Einkauf der Seidenkokons ausbeuten. Endlich nahm der Kongreß zu Bologna mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution Murialdi und Genossen an:

„In Erwägung, daß trotz der scheinbaren Verschiedenheit der Lebensbedingungen, durch welche die Landarbeiter in verschiedene Kategorien gespaltet werden, sie alle, sowohl die Lohnarbeiter wie die Teilbauern, die kleinen Pächter und die kleinen Grundbesitzer, in letzter Instanz derselben kapitalistischen Ausbeutung durch Private wie durch den Staat unterliegen; in Erwägung ferner, daß nur ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Ausgebeuteten, das auf dem menschlichen und fortschrittlichen Prinzip der Solidarität beruht, eine tatsächliche Wirkung auf die sittliche, politische und ökonomische Wiedergeburt der Arbeiter ausüben kann, indem es ihnen eine drohende Macht und Bedeutung im Kampf mit den Kräften und Institutionen verleiht, die ihrem Emporkommen im Wege stehen, erklärt der Kongreß es für notwendig, alle Genossenschaften der Arbeiter, die einen Klassencharakter tragen, das heißt also sowohl die Lohnarbeiter wie die Teilbauern, die kleinen Pächter und kleinen Grundbesitzer, sofern die letzteren das Land selbst bearbeiten, das sie pachten oder besitzen, zu einer großen ‚Nationalen Föderation der Verbesserungs- und Abwehrligen‘ zu vereinigen.“

Hierauf wurde folgender Antrag des Sekretärs der Arbeiterkammer in Monza, Reina, fast einstimmig angenommen:

„Die Föderation zerfällt in zwei große Sektionen: zu der ersten gehören alle Abwehrligen, die das Prinzip des Klassenkampfes anerkennen, zur zweiten alle übrigen Organisationen aller Landarbeiter, welche jedoch gleichfalls die Sozialisierung des Grund und Bodens als die wichtigste Form der Bodenkultur als Endzweck aufstellen.“ [2]

---

[1] G. Murialdi, L'organizzazione economica dei mezzadri e piccoli proprietari. Relazione al congresso di Bologna. Mailand 1902. S. 12.

[2] Resoconto. S. 34.

Ein zweiter provinzialer Kongreß der Landarbeiter fand auch in Bologna statt, und zwar am 23. und 24. Januar 1904. Zum Vorsitzenden dieses Kongresses wurde der bekannte Organisator der Ligen C. Vezzani gewählt.

Der Advokat und Bürgermeister von Molinella, L. Ploner, äußerte in seinem Bericht über die Organisation der Abwehrligen und Genossenschaften: „Die sozialistische Partei gibt die Hoffnung keineswegs auf, daß die kapitalistische Ordnung mit der Zeit durch die sozialistische Gesellschaftsordnung ersetzt werden wird und daß die Organisation der Landarbeiter den ersten Schritt zu dieser fortschrittlichen Umgestaltung der Gesellschaft bildet, aber sie erkennt eine Zwischenstufe zwischen diesen beiden historischen und sozialen Epochen an — die kooperative Periode, während der die zur Abwehr und zum Widerstand organisierten Arbeiter dank den Genossenschaften die Möglichkeit haben werden, die reichen Früchte der technischen Erfahrung und des Wohlstandes zu ernten. Damit werden die Kampf- und Abwehrligen immer mehr durch Genossenschaften von verschiedenster Form ersetzt werden, wie wir das schon heute beobachten können. Hierbei werden die Summen, welche die Konsumvereine sammeln, deren Gründung weit leichter ist, zur Unterstützung der produktiven Sektion und der Sektion für Kredit dienen. Die Ligen werden auch weit häufiger als heute Land pachten und genossenschaftlich bearbeiten.“

Nach langen Debatten über diese Frage nahm der Kongreß folgende Resolution an, welche die heute in den Ligen vorherrschende Richtung charakterisiert:

„Der Kongreß hält es für notwendig, daß die Landarbeiter fortfahren, sich zu organisieren, und ihre Organisation stärken, um sich bessere Lebensbedingungen zu erobern und die einmal eroberten zu erhalten;

„er empfiehlt allen Mitgliedern der Föderation, die lebendige Flamme proletarischer Solidarität unter den Ligen zu nähren, um alle ökonomischen, moralischen und politischen Vorteile auszunutzen, welche durch die positiven Bedingungen der Produktion und die Dichtigkeit der Bevölkerung ermöglicht werden;

„er spricht den Wunsch aus, daß die Abwehrligen allmählich durch immer modernere Organisationsformen vervollständigt und ergänzt werden (zum Beispiel durch Produktiv-, Konsum- und Kreditassoziationen), in dem Maße, als es die ökonomischen Verhältnisse einer jeden Gegend zulassen;

„endlich erkennt er die Notwendigkeit der Teilnahme der Ligen am politischen Kampfe an, der geführt wird, um die Verwaltung der Kommunen, der Provinzen und des Staates den Händen der Bourgeoisie zu entreißen.“ [1]

Den Bericht über die Arbeitsverhältnisse in den Reisfeldern erstattete die Organisatorin der Frauenligen, Argentina Altobelli. Angenommen wurde eine Resolution für den achtstündigen Arbeitstag für sämtliche Arbeiten in den Reisfeldern und die Ausdehnung aller Arbeiterschutzgesetze auch auf die ländlichen Arbeiter.

Dieser zweite Kongreß in Bologna nahm also ein etwas weiteres und größeres Wirkungsfeld für die Bauernligen in Aussicht. Erstlich wurde ihnen die Pflicht auferlegt, die sozialistische Partei bei ihrem Kampfe um die Eroberung der lokalen und zentralen Gewalt zu unterstützen, und zweitens fing man an, weit größere Hoffnungen auf die Genossenschaften zu setzen wie beim

[1] „Cooperazione italiana“ vom 30. Januar 1904.

ersten Kongreß. Die italienische sozialistische Partei bemühte sich jetzt, auch Einfluß auf die „Nationale Föderation der Genossenschaften“ und auf die mit der letzteren verbundene „Föderation der Unterstützungsgesellschaften“ zu gewinnen. Der Kongreß dieses genossenschaftlichen Verbandes, der seit dem September 1903 seinen Sitz in Genua hat, nahm das Prinzip einer engen Verbindung der Genossenschaften mit den Bauernligen an: die letzteren sollen Genossenschaften gründen (dies war der Rat, der ihnen auf dem zweiten Kongreß zu Bologna erteilt wurde), die genossenschaftlichen Gesellschaften aber sollen den Ligen materielle Unterstützung zuteil werden lassen, indem sie sie bei ihrem Kampfe mit dem Kapital stärken.

Der letzte (vierte) Kongreß der Landarbeiter der Provinz Bologna tagte am 19. und 20. Februar 1905 zu Bologna. Der Kongreß wurde von Argentina Altobelli eröffnet, welche das Anwachsen der Anzahl der Ligen und die Zunahme der Solidarität mit Genugtuung konstatierte. Der von den Frauen vorgeschlagene Protestantrag gegen den Militarismus und die Sympathieerklärung für die russische revolutionäre Bewegung wurden mit großem Enthusiasmus angenommen.

An erster Stelle wurde die Frage des von den Ligen schon seit einigen Jahren angewendeten Boykotts der nichtorganisierten Arbeiter, Unternehmer und anderer schädlicher Personen beraten. Der Berichterstatter Tonello, der zwar auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stand, bekämpfte indessen einige Erscheinungsformen des Boykotts, unter anderen den Boykott, der die persönliche Verfolgung und die politische Rache bezweckt. Ihm antwortete Dzarri mit der Behauptung, alle Formen des Boykotts seien gut, wenn sie nur im Interesse der Arbeiterklasse seien.

Nach einer langen Diskussion beschloß der Kongreß, den Ligen nur die Vermeidung des persönlichen Boykotts wegen politischer Überzeugungen zu empfehlen.

Als zweiter Referent trat Ploner auf, der diesmal seinen halbbürgerlichen Antrag über die Organisation der Auswanderung nach Eritrea nicht mehr einbrachte. Er suchte nur zu beweisen, daß die genossenschaftliche Organisation ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Lande sei.

Der Delegierte Lodi erinnerte an die Halbheit des früheren Projektes von Ploner über die Auswanderung nach Eritrea und erklärte, daß er nur ein Mittel zur sofortigen Linderung der Arbeitslosigkeit kenne: die genossenschaftliche Arbeit zum Zwecke der landwirtschaftlichen Amelioration.

Hierauf stimmte der Kongreß für folgende Resolution:

„Der Kongreß nimmt an, daß die innere und äußere Kolonisierung auf genossenschaftlicher Grundlage auch zu praktischen Verbesserungen der Lage der Landarbeiter führen könne.“

Dann wandte sich der Kongreß zur Erörterung der Genossenschaftsfrage im allgemeinen und des Trucksystems im besonderen (das heißt der Auszahlung des Lohnes in Waren und Naturalien). Die Produktivgenossenschaft soll ihren Mitgliedern, den Landarbeitern, den Arbeitslohn nicht in Geld, sondern in besonderen Kreditscheinen auszahlen. Diese letzteren sollen von den Läden der Konsumvereine als Tauschmittel gegen Waren angenommen werden, jedoch nicht zu ihrem Normalwert, der auf den Kreditscheinen verzeichnet ist, sondern nur zu ihrem halben Werte. So wird es möglich, ein großes genossen-

aftliches Kapital zur Erweiterung des genossenschaftlichen Unternehmens und
n Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit aufzuhäufen.[1]

In dieser Sitzung wurde folgender Antrag Ploner fast einstimmig an-
nommen:

„Die Ligen einer oder mehrerer Kommunen, in denen es technisch oder für die
rwaltung vorgebildete Personen gibt, sollen die Arbeiter veranlassen, Arbeits-,
oduktiv- oder Konsumgenossenschaften zu bilden, oder sie als Mitglieder in die
on bestehenden Genossenschaften aufnehmen, wenn sie den Wunsch haben, den
und und Boden der Klöster oder anderes Land kollektiv zu pachten und genossen-
aftlich zu bearbeiten, wobei die Konsumvereine sie mit Kredit in Form von
aren unterstützen sollen.“[2]

Zu erwähnen ist noch der erste allgemeine (nationale) Kongreß der Land-
beitergenossenschaften am 8. Oktober 1905 in Reggio-Emilia. Hier führte
r sozialistische Abgeordnete A. Cabrini, ein guter Kenner der Gewerkschaften
d eine Zeitlang Sekretär der Gewerkschaftsföderation, den Vorsitz. Die
auptpunkte, über die hier verhandelt wurde, waren folgende: der Kredit für
e ländlichen Genossenschaften und die Veröffentlichung des Gesetzes über die
llektiven Pachtverträge. Während der Debatten, die über diese Fragen statt-
nden, teilte Vergnanini, der Sekretär der Arbeitskammer zu Reggio, mit, daß
in der kleinen Provinz Emilia, wo es keine Großindustrie gibt und aus der
s ländliche Proletariat auswandern muß, gelungen sei, etwa 25000 Arbeiter
verschiedenen Organisationen zu vereinigen. Die Zahl der Produzenten-
nossenschaften, die im letzten Jahr Arbeiten im Betrage von 1½ Millionen
re übernommen haben, betrug allein 72.[3] Über die Zahl der Konsumvereine
der Provinz machte derselbe Vergnanini auf dem sozialdemokratischen Kon-
eß zu Bologna (1904) die Mitteilung, daß ihre Zahl 55 beträgt, und daß
e einen besonderen Emilianischen Verband bilden. Diese Gesellschaften haben
n Kleinhandel auf den Dörfern vollständig verdrängt und umschließen die
tadt Reggio-Emilia wie mit einem eisernen Ringe.[4]

Am 7. und 8. April des Jahres 1906 tagte in Bologna der zweite natio-
ale Kongreß der Landarbeiter, auf dem 918 Ligen mit 77776 Mitgliedern
ertreten waren. Eine solche Abnahme der Mitglieder erklärt das Organ
r revolutionären Syndikalisten, „Divenire Sociale“, durch den Umstand,
aß sich nach der Annahme der Resolution zugunsten der Sozialisierung des
odens durch den Kongreß von 1901 viele Pächter- und Teilhabergewerk-
haften von der Föderation der Landarbeiterligen getrennt hätten. . . .[5]

Ein zweiter, mehr zutreffender[6] Grund für einen solchen Rückgang in der
ahl der Kongreßteilnehmer bildet die unzureichende Vorbereitung des Kon-
resses, auf dem eigentlich nur die Vertreter der Ligen Norditaliens, haupt-
ächlich die der Emilia und der Lombardei erschienen waren. Der Hauptgegen-

---

[1] „La cooperazione italiana“ vom 25. Februar 1905.

[2] „Avanguardia socialista“ (organo della frazione rivoluzionaria) vom 25. Februar
905.

[3] Congresso nazionale della cooperative agricole, Reggio-Emilia.

[4] Rendiconte dell VIII congresso nazionale, Bologna 8.—11. aprile 1904. Rom
905. S. 65.

[5] „Il Divenire Soziale“ vom 16. April 1906. S. 126.

[6] Nach dem „Bolletino dell' Ufficio del lavoro“ vom August 1907 beträgt die Zahl
er Ligen 1292 mit 273698 Mitgliedern. Das ist ein kolossaler Zuwachs.

stand der Kongreßverhandlungen war die Arbeitslosenfrage. Alle Refer
zeugten von der starken Arbeitslosigkeit in der Emilia und der Lombardei.
eins der Mittel gegen dieses Übel wurde die gemeinsame Pachtung von Gru
und Boden durch die Bauern anempfohlen, da es in den genannten Provin
schon gute Resultate ergeben hatte. Schließlich wurde eine Resolution
Vezzani angenommen, welche anerkennt, daß die Arbeitslosigkeit zwar nur
der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ganz verschwinden könne, dennoch a
zu ihrer Milderung folgende Maßnahmen zu ergreifen anempfiehlt: 1. M
solle nicht mehr Land pachten und erwerben, als dies die Arbeitskraft
einzelnen Teilhabers und seiner Familie zuläßt;[1] 2. der Kampf um die V
kürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne (besonders unter
Tagelöhnern) darf nicht aufhören; 3. empfiehlt es sich, gemeinsam Grund u
Boden zu pachten, der dem Staate, den Kommunen und wohltätigen Insti
tionen gehört; 4. soll ein Bureau gegründet werden, welches den Strom
Arbeitslosen aus einem Teile Italiens nach dem anderen lenken soll; 5. müs
die Arbeiten an der Austrocknung der Sümpfe, der Bodenamelioration u
eine größere Ausdehnung erfahren; 6. müssen alle Mittel zur Verbreitung
Arbeitergenossenschaften zum Zwecke der Ausführung öffentlicher Arbeiten u
der Bodenbewirtschaftung ergriffen werden.

Wie die Entwicklung seit diesem Kongreß weiter gegangen ist und s
schließlich zu dem jetzigen Riesenkampfe zugespitzt hat, muß in einem besonder
Artikel dargelegt werden.

Vom bayerischen Zentrum.

Von **Max Walther** (Nürnberg).

In früheren Jahren wurde Bayern „liberal" regiert. Ein reaktionär
Wahlgesetz, eine den Liberalen auf den Leib zugeschnittene Wahlkreiseinteilu
sicherte den bismarcktreuen Seelen fast immer eine kleine Majorität in d
Abgeordnetenkammer.

Jetzt ist's anders geworden im Bayernland. Heute ist Zentrum Trum
Daß es zur Macht gelangte, verdankt es nicht zum wenigsten seiner klug
und gewaltigen Organisation.

Die Zentrumsfraktion des bayerischen Landtags ging Ende der sec
ziger Jahre aus der „Rechten" des Landtags hervor. Im Landtag hatte
diese „Ultramontanen" immer ausschlaggebende Bedeutung, manchmal sog
die absolute Mehrheit. Die Versailler Verträge bekämpften sie aufs heftigs
und suchten sie in Bayern zu Fall zu bringen. Jeder Annäherung an Preuße
waren sie abhold, die volle Selbständigkeit Bayerns ihr Ideal. Die von Bi
marck angebotenen Reservatrechte schienen ihnen zu gering, als daß sie daf
den Beitritt Bayerns zum Deutschen Bund eintauschen wollten. Diese stark
partikularistische Färbung, die auf dem im Volke vorhandenen unzweifelha

[1] Dieser Beschluß wurde hauptsächlich deswegen gefaßt, um der Arbeitslosigkeit z
steuern, aber er führte zugleich zum Rückgang der Lohnarbeit unter den Teilhabern un
kleinen Pächtern. Es ist charakteristisch, daß zwei Wochen früher der Kongreß der Hall
bauern in der Romagna, die nach dem Kongreß von Bologna, also 1901, aus der Nationale
Föderation austraten, eine ähnliche Resolution annahm.

arken Widerwillen gegen Preußen basierte, trug den Ultramontanen den in öttischem Sinne gebrauchten Beinamen „Die Patrioten" ein. Sonst herrschte ı Landtag die Ruhe des Karpfenteichs. Nichts da von der ultramontanen pringflut; brüderlich teilten die Schwarzen mit den Liberalen die Beute. Die eute, die sich heute so heftig befehden, kamen damals, wo sie allein im Landg waren, ganz gut miteinander aus und wurden immer handelseins. Nur eim Kultusetat oder wenn die „Preußen" was wollten — was gewöhnlich on den Bismarck-Liberalen unterstützt wurde —, prallten die Gegensätze in ächtigen Reden aufeinander, dann schirmten und schützten die Schwarzen ott und Vaterland, und die Liberalen geiferten gegen Intoleranz, religiöse nechtung, Verpfaffung der Schule usw. Nach einer kleinen Weile war wieder tuh' — sie vertrugen sich wie zuvor.

In den letzten Jahren kam es auf wirtschaftlichem Gebiet zu Zusammenößen zwischen Liberalen und Zentrum. Die volksschädliche Zollpolitik ging en bayerischen Zentrumsleuten noch nicht weit genug, sie sind allmählich yperagrarisch geworden, um dem Bauernbund das Wasser abzugraben. Für e Arbeiter tut das Zentrum nur dann etwas, wenn es dazu durch die ozialdemokratie getrieben wird, und in Rücksicht auf die Stimmen der rbeiter, die das Zentrum heute mehr denn je zur Aufrechterhaltung seiner olitischen Macht braucht. Gegenwärtig aber handhabt das Zentrum seine lachtstellung im Landtag in bevorzugt agrarischem Sinne, auf Kosten anderer erufsgruppen. Dadurch ist es ihm auch gelungen, den Bauernbund aus em Sattel zu heben; das Zentrum ist eben so agrarisch, wie die Großgrundesitzer und großen Bauern es haben wollen. Die Bauern sind auch der auptstützpunkt des Zentrums in Bayern; sie sucht es daher als Wahlmassen ir das Zentrum zu erhalten.

In Bayern ist das Zentrum Regierungspartei; die Ministerposten werden iit Männern besetzt, die dem Zentrum genehm sind, Zentrumsleute suchen eamtenstellen und schieben ihre Autorität vor; allüberall lassen sich die Anänger dieser Partei häuslich nieder.

Die Organisation des Zentrums ist unzweifelhaft die beste, die eine olitische Partei besitzt — auch die sozialdemokratische Organisation ist da icht ausgeschlossen. Die Grundlage besteht in der bis ins kleinste ausebauten wirtschaftlichen Organisierung der Bauern. Der Bauernoktor Heim hat dem Zentrum in seinen ausgebreiteten Bauernvereinen ein olitisches Machtinstrument von durchdringender Schärfe gegeben. Politische ropaganda und wirtschaftlicher Geschäftsaustausch gehen da Hand in Hand. enossenschaftswarenhäuser werden gebaut, landwirtschaftliche Schulen und nstalten, wo Bauernsöhne unterrichtet werden, tauchen auf. Groß ist der msatz des vermittelten Geschäftsaustausches. Futter- und Dungmittel, Samen nd Saatprodukte werden in großen Quantitäten vermittelt. Sendboten überehen das Land, die die Bauern mit Ratschlägen und Propaganda überäufen. Gute Provisionen winken den „Commis voyageurs" der Zentralenossenschaft — und alle die Fäden dieser mächtigen Organisation laufen ısammen in den Händen Dr. Heims und garantieren ihm einen maßgebenden influß auf die Zentrumspartei.

Diese Bauernorganisation ist aber auch bis ins kleinste exakt ausgebaut. as Haupt besteht in der Zentralgenossenschaft zu Regensburg. Dann ommen die Kreisverbände. Jeder Regierungsbezirk hat ein eigenes Sekre-

tariat, Vereinsorgan, Rechtsbeistände usw. Dann folgen die Bezirksobman
schaften und die Vertrauensmänner, die in jedem katholischen Dorfe sitz
und nach ganz bestimmten Methoden ihre einfache, aber grundlegende Arbe
verrichten. Dazu kommen die zahlreichen Darlehensvereine, die ebenfalls i
direkt für die „guat Sach“ wirken. Das ist die Bauernorganisation de
Zentrums.

Dann kommen die anderen Berufsgruppen, die sich das Zentru
ebenfalls zum Teil dienstbar gemacht hat. Da sind zunächst die Arbeite
Diese hat das Zentrum organisiert in katholischen Männer- un
Arbeitervereinen, in Gesellenvereinen, in Jünglingsvereinen; ih
mächtigste Hilfstruppe aber aus dem Proletariat sind die christlichen Ge
werkschaften. In letzter Zeit hat Dr. Heim versucht, die landwirtschaf
lichen Arbeiter zu organisieren, er stieß jedoch bei dem konservativen Flüg
seiner Partei auf heftigen Widerstand.

Und dann muß man die Tätigkeit der Zentrumsagitatoren in diesen Ve
einen sehen. Da ist es zunächst Hauptaufgabe, einen dem Herrn Kapla
genehmen Vereinsleiter an die Spitze zu bringen. Wohl werden auch einig
— natürlich entsprechend gefärbte — Vorträge dort gehalten, aber di
Hauptbeschäftigung besteht in Tingeltangel. Familienunterhaltungen, Theater
aufführungen, Spiel, Tanz, kurz Vergnügungen aller Art sollen die junge
und alten Arbeiter und Arbeiterinnen über ihre trostlose Lage hinweg
täuschen.

Mit glänzendem Firlefanz entrückt der Herr Kaplan da seine Schäflein de
rauhen Wirklichkeit, und mit den geschmückten Hüten und Joppen, mit farben
prächtigen Fahnen, in Spiel, Gesang, Musik und Tanz umgaukelt sie de
Glaube an die alleinseligmachende Kirche: nur der seien diese schönen Stunden
zu verdanken — sie sollen das Elend, den Jammer, die Knechtung und Aus
beutung nicht sehen, sie dürfen nicht unzufrieden werden — so will's der Seel
sorger im Interesse schrankenloser Ausbeutung der Arbeitskraft dieser Prole
tarier, im Interesse der Kapitalisten aller Schattierungen.

So schweißt das Zentrum Bauern, Arbeiter, Handwerker, kleine Beamt
zusammen, um sich einen gewaltigen Wahltroß zu schaffen, der ihm Mandat
sichert, durch die es der Regierung Befehle zu diktieren vermag.

Aber auch in der Rolle des Angreifers gefällt sich das Zentrum oder besse
gesagt, gefallen sich die Glieder seiner umfassenden Organisation. Die Fack
der Zwietracht — wer schleudert sie oft genug in die Reihen der kämpfenden
Arbeiter, wer erstickt alle Versuche einer aufkeimenden wirklich freien Regung
der Arbeiterschaft? Eben jene Absplitterer, eben jene Zentrumsorganisationen
die im Ernste nichts für die Arbeiter tun, nein, die die Arbeiter nur im
Interesse des Fabrikanten und der Zentrumspartei in der Hand haben
wollen. Am deutlichsten zeigt sich dies stets, wenn in der Kammer Arbeiter-
angelegenheiten, Anträge oder Probleme behandelt werden. Außerordentlich
selten sind da die Fälle, wo das Zentrum sachlich auf die Wünsche der
Arbeiter eingeht, sich bestrebt zeigt, die Arbeiter wirksam gegen die Unbilden
des heutigen Wirtschaftslebens zu schützen und die soziale Lage des Prole-
tariats kräftig zu bessern. Dagegen hat sich das Zentrum einen sogenannten
Arbeiterabgeordneten aus Unterfranken zugelegt, der bei allen passenden und
unpassenden Gelegenheiten die modern organisierte Arbeiterschaft giftig angreift,
zum Gaudium aller Arbeiterfeinde und Reaktionäre.

Und wie bei den Arbeitern, so schiebt das Zentrum Keil auf Keil in die auern- und Handwerkerbewegung, alles soll ihm dienstbar gemacht werden, ll erhalten bleiben im Geiste der Finsternis, immer unter der Devise: „Für reiheit, Recht und Wahrheit!"

* * *

Weiter wird die Werbetätigkeit des Zentrums unterstützt durch den Volks- erein für das katholische Deutschland, der insbesondere in der Liefe- ing von Flugschriften sehr tätig ist. Zu Hunderttausenden von Exemplaren ehen diese unter das Volk; es gibt wohl keinen Teil des öffentlichen Lebens, r Gesetzgebung, der Politik und Volkswirtschaft, die von M.-Gladbach aus cht in Flugblättern usw. besprochen würde: die Tätigkeit der Parlamente, e Parteien, die Sozialgesetze, die Zoll- und Steuerpolitik, das Handwerk, r Bauern- und Arbeiterstand, das Beamtenwesen, Kommunalpolitik und ildungswesen, Genossenschaftliches und Vereine, Religion und Familienleben.

Wirksame Hilfe leistet auch der Katholische Preßverein, der sich über as ganze Land erstreckt und die Zentrumspresse mit Artikeln, Korrespondenzen illt und in seinen Ortsgruppen eine rege agitatorische Tätigkeit für die Aus- reitung der Zentrumspresse entfaltet.

* * *

So sehen wir heute das Zentrum in Bayern als den ausschlaggebenden olitischen und wirtschaftlichen Faktor des Staatsmechanismus. Mit 102 Man- aten verfügt es beinahe über eine Zweidrittelmajorität in der Abgeordneten- ammer, also über einen mächtigen Einfluß, der sich bei der allgemeinen Hal- ing des Zentrums für die kulturelle Entwicklung des Landes auf die Dauer ls lähmend erweisen muß.

Die Sozialdemokratie hat in Bayern in der Bekämpfung des Zentrums ewiß ihren Mann gestellt. Gestützt auf die zunehmende Industrialisierung es Landes wird dieser Kampf gegen die Ultramontanen in kommender Zeit och intensiver geführt, wird schärfer denn je gekämpft werden müssen für ie Befreiung des Volkes von dem eisernen, entnervenden Druck einer fana- ischen Klerisei. Es harrt unser da noch ein großes und schweres Stück lrbeit!

Wirtschaftliche Rundschau.

ie wirtschaftliche Situation. — Die Eisenindustrie. — Die Textilindustrie. — ie Aussichten in Amerika. — Hausse an der Börse und wirtschaftliche Lage. — ussische Bankaktien in Deutschland. — Ein russischer Krach. — Spekulation auf dem Produktenmarkt.

Von J. Karski.

Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Krise leider sich ortentwickelt und alle optimistischen Prophezeiungen auf eine baldige Besserung ich als trügerisch erweisen.

In Deutschland ist es vor allem die Eisenindustrie, die mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. — Bis vor kurzem suchte der Stahlwerks- erband immer wieder die Behauptung aufrechtzuerhalten, daß die Geschäfts- age „keinen Anlaß zur Beunruhigung biete". Diese Stimmungsmache hat ihre ehr eindeutigen Gründe: der Verband treibt ebenso wie das Kohlensyndikat

und das Roheisensyndikat ein gewagtes Spiel, indem er starr an den hoh Preisen festhält, deshalb muß er Vorwände für dieses Gebaren beizubring suchen. Indessen stehen die Tatsachen denn doch in gar zu scharfem Gegens zu dieser Mache, und deshalb lautet der letzte Bericht schon ziemlich kleinla der Abruf in Halbzeug hält sich in mäßigen Grenzen, die Verbraucher kauf nur die für ihre Aufträge notwendigsten Mengen, über den Bedarf der ko menden Monate ist nichts Sicheres zu sagen; der Absatz an Formeisen ist gerin der Bedarf in der Bauindustrie hebt sich nicht; in Eisenbahnschienen si größere Lieferungen für die Staatsbahnen abgeschlossen, dagegen ist der Bed an Rillenschienen (für elektrische Bahnen usw.) gering. In der Tat lieg denn auch die Dinge so, daß der Versand der im Verband zusammengeschlossen Werke sehr stark zurückgegangen ist. Er belief sich im April auf 371 956 Tonn gegen 486 468 Tonnen im März und 481 934 Tonnen im April 1907. Dab forciert der Verband die Ausfuhr, indem er an das Ausland Eisen billig abgibt als im Inlande. Indessen hilft auch das wenig, da der Bedarf i Auslande, besonders in England, ebenfalls stark zurückgeht. Es ist eine ma kante Illustration hierzu, daß am 22. Mai die Meldung kam, die englisc Firma Nettlefonds Iron and Steel works bei Newport habe infolge mangelnd Absatzes den Betrieb eingestellt. Über Newport erfolgt hauptsächlich die Einfu deutschen Eisens nach England, und dieses Eisen wird in den benachbart Fabriken weiterverarbeitet; die erwähnte Firma ist einer der bedeutendst Verbraucher deutschen Eisens. Dem verminderten Verbrauch von Eisen un Stahl entspricht der Rückgang der Roheisenerzeugung. Diese belief sich in de Monaten Januar bis April einschließlich auf Tonnen: 1906 4 034 571, 190 4 197 303, 1908 4 082 379. Im April waren es 979 866 gegen 1 099 257 Tonne im April 1907. Die Produktion geht seit dem Oktober stetig zurück. Auch da ist ein Zeichen der Zeit: um Mitte Mai tauchte die Nachricht auf, der amer kanische Stahltrust sende einen Vertreter nach Europa, um den Export zu fo cieren, und sofort entstand eine Panik an der Börse, weil man einen weitere Sturz der Eisenpreise befürchtete. Bisher war die Lage die, daß der amer kanische Trust gewaltige Produktionseinschränkungen vorgenommen hat, dab die Inlandspreise hoch hält und auch auf dem Weltmarkt keine Preisschleuder betreibt. Natürlich ist das nicht etwa darauf zurückzuführen, daß Morgan un Konsorten aus Noblesse es aufgeben, ihre Konkurrenten in Europa zu unte bieten, sondern einfach darauf, daß sie glauben, zurzeit sei auch bei seh bedeutend reduzierten Preisen kein entsprechend vermehrter Absatz von Eisen z erzielen, der ihre Profite erhöhen würde. Die Amerikaner warten, bis die Nach frage sich regt, dann werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Plan erscheinen.

Die Politik der Syndikate und Trusts, die Preise von Eisen und Kohl hochzuhalten, erregt natürlich den Unwillen jener Industriellen, die Fertigwar liefern, und einige Handelskammern haben in letzter Zeit dieser Stimmun ziemlich energisch Ausdruck verliehen. Auch brachte die „Kölnische Volkszeitung" die Nachricht, eine Anzahl von Reichstagsabgeordneten beabsichtige, einen An trag auf Aufhebung der Zölle für Roheisen, Halbfabrikate und Schrot einzu bringen. Ein sehr schöner Plan. Schade nur, daß die Herren sich ausgerechne jetzt mit solchen Plänen tragen, wo sie ihren Eifer bis zum Herbst zügeln müssen. Auch daß es augenscheinlich Zentrumsmannen sind, die so drohend Gesten machen, ist sehr niedlich, da doch diese Herren sich das Verdienst zu-

eiben, den famosen Zolltarif im Kampfe mit den Sozialdemokraten mit allen
tteln durchgedrückt zu haben. Ernst zu nehmen ist die schöne Geste kaum,
r sie ist ein Symptom dafür, wie allmählich die Tyrannei der Verbände in
Eisenindustrie von weiten Kreisen der Kapitalisten selbst empfunden wird.
der Tat liegt ja auch die Sache sogar für Blinde greifbar: der Bedarf
t zurück infolge der Krise; nur durch Herabsetzen der Preise kann der Kon-
allmählich gehoben werden; die Erzeuger von Gebrauchsware können aber
den Preisen nicht herabgehen, weil die Verbände das Rohprodukt im Preise
jhalten.

Jn der Textilindustrie steht es überaus schlimm. Die Situationsberichte
gen trostlos: der Markt ist tot, überall sind die Lager vollgepfropft, Auf-
ge bleiben aus; die Produktion wird eingeschränkt, Arbeiterentlassungen
Reduktion des Betriebs sind an der Tagesordnung; es hagelt Konkurse
Pleiten, besonders unter den Händlern. Dabei zeigen sich jetzt die Folgen
Spekulationswut in unheilvollster Weise. Bekanntlich brachten die Jahre
flotten Geschäftsganges und der Hochkonjunktur langgehegte Pläne der
dustriellen zur Reife, die darauf hinausliefen, „dem Zug der Zeit folgend“
ndikatsprinzipien in der Textilindustrie zur Geltung zu bringen. Da die
wierigkeiten indessen in dieser Jndustrie besonders groß sind, so war das
ultat dieser Bestrebungen eine Halbheit: Zusammenschluß der Produzenten,
den Abnehmern langfristige Verträge aufzuzwingen. Jm „Konfektionär“
nert ein Fabrikant an den Spekulationstaumel vor einem Jahre. Damals
rde von der München-Gladbacher Börse stolz in die Welt geschrien, daß
r Baumwollgarne Nachfragen bereits für das dritte Quartal 1908 vor-
den sind“. „Die Spinner hatten es verstanden, ihre Abnehmer zu über-
zen, sie müßten sich auf mindestens fünf Quartale für ihren Bedarf ver-
zen, weil sie sonst bei der herrschenden Garnnot eventuell ohne Ware
ben würden. Auf diese Art wurde die gesamte Branche längs der ganzen
ifenleiter der Erzeugung, vom Rohstoff bis zum Fabrikat, von einer Art
ber erfaßt und lud sich auf viel längere Zeit Verpflichtungen auf, als
her üblich gewesen war, und ganz besonders, als vom kaufmännischen Ge-
tspunkt aus als gesund bezeichnet werden konnte.“ Das Resultat tritt
zutage: Verträge sind wohl da, aber sie sind für die Katze! Wenn der
ndler Pleite macht, weil kein Absatz für Konfektionsware da ist, so hilft
dem Webereibesitzer wenig, daß er mit diesem Pleitemacher einen lang-
tigen Vertrag hat, das Tuch bleibt am Lager; kann der Weber nicht mehr
ter, weil er wohl ein überfülltes Lager, aber kein Geld hat, um den Be-
b fortzuführen, dann hilft es dem Spinner wenig, daß er mit diesem Weber
n langfristigen Vertrag hat, denn er kann ihn damit vielleicht bankrott
chen, aber Geld für das Garn, das er ihm kontraktlich liefern will, bekommt
nicht. — Dazu sind die Preise für die Rohstoffe, sowohl für Wolle als
umwolle, plötzlich rapid gefallen. Das ermöglicht denjenigen Produzenten,
schlau genug waren, sich keine langfristigen Verträge aufhalsen zu lassen,
Preise von Garn und Stoffen zu drücken. So entsteht ein Würgen auf
Markte, das schier beispiellos ist. — Natürlich trifft das die Arbeiter
gemein schwer, und die Scharfmacher kühlen ihr Mütchen an den Spinnern,
bern und Wirkern, indem sie mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, diese
glücklichen an die Wand zu quetschen. Frivole Aussperrungen und Lohn-
uktionen sind an der Tagesordnung.

Besondere Beachtung verdient der Krisenherd der Vereinigten Staaten. Dort kam die Krise zum Ausbruch, und vielfach erwartet man, daß von dort aus der Anstoß zur Aufwärtsbewegung erfolgt. — Man ist daran gewöhn daß in Amerika die Krisen relativ kurz dauern, daß sie wie ein sommerliche Gewitter wirken, das mit furchtbarer Gewalt wütet, aber rasch vorüberzieh während im alten Europa die Krise bleischwer lastet, wie herbstliches Un wetter, das nicht aufhören will. Das war allerdings bisher so, aber es i doch sehr die Frage, ob es auch diesmal so sein wird. Der Charakter de amerikanischen Krisen war bisher dadurch bedingt, daß es sich um eine Störun der machtvoll emporstrebenden Produktivkräfte handelte, eine Störung, die al bald überwunden wurde, weil eben die Produktionsbedingungen um so seh günstiger waren als im alten Europa. Aber das hat sich bereits geänder Nicht etwa, daß der Reichtum der Natur erschöpft oder die Bevölkerung b reits zu stark angewachsen wäre; davon ist keine Rede. Vielmehr handelt sich darum, daß die Lebenshaltung der Massen stark herabgedrückt ist infolg der großkapitalistischen Entwicklung der Produktion, und daß die Produkti kräfte in nie geahntem Maße von einer Clique von Monopolisten und Waren wucherern beherrscht werden. — Mit Staunen sahen wir im vergangene Jahre einen plötzlichen Auszug der Arbeitermassen aus den Vereinigt Staaten, eine nie dagewesene Rückwanderung nach Europa; Tausende un aber Tausende verließen das Land, weil sie schonungslos von den Magnat der Industrie aufs Pflaster geworfen worden waren. Und Tausende un aber Tausende von Arbeitern, die im Lande blieben, sind dem gräßlichsten Elen preisgegeben. Also kann es doch gar keinem Zweifel unterliegen, daß d Konsumfähigkeit der Massen ungeheuer herabgemindert worden ist. Die Konsum fähigkeit der Massen aber ist es schließlich, die den Absatz der Produkte en scheidet. Je mehr Amerika dazu fortgeschritten ist, die Industriezweige zu en wickeln, die für den Bedarf des Inlandes sorgen, je mehr diese komplizier Industrie und nicht die Produktion von Rohstoffen zur Ausfuhr der en scheidende Faktor im wirtschaftlichen Leben ist, desto mehr müssen die Kris ähnlich jenen im alten Europa verlaufen. Das macht sich denn auch gelten ein Jahr ist vergangen, seit die Krise drüben sich bemerkbar machte, und no ist von einer Wendung zum Besseren nichts zu spüren; die „Geldkrise" ist i großen und ganzen überwunden (obwohl immer noch vereinzelte Krachs vo Banken vorkommen), aber in der Produktion und im Handel herrscht na wie vor die Stagnation, und die Berichterstatter ringen sich zu der tief Weisheit durch, daß eine Wendung erst eintreten kann, wenn der Konsum d Massen sich wieder hebt.

Von Zeit zu Zeit kann man allerdings in den Blättern — selbst in d Fachpresse — lesen, daß die Geschäfte sich beleben werden, wenn erst d Präsidentenwahl vorüber ist. Das ist dummes Zeug! Es gab freilich Zeite wo das Resultat der Wahl von immenser Bedeutung für die Entwicklung d wirtschaftlichen Zustände in der Union sein konnte. Wenn es zum Beisp seinerzeit den Bimetallisten gelungen wäre, ihren Kandidaten Bryan dur zudrücken, so hätte das zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen könne weil die praktische Durchführung des Bimetallismus das ganze wirtschaftlic Getriebe aufs empfindlichste stören mußte. Deshalb war es natürlich, wen während eines solchen Wahlkampfes die Geschäftsleute zurückhaltend wurd und nach der Wahl des „Republikaners" das Geschäft wieder aufblühte. D

n ist aber jetzt keine Rede; der Bimetallismus ist ein für allemal abgetan, ıd ein Sieg der „Demokraten" würde absolut keine Änderung in den Wäh= ngsverhältnissen herbeiführen. Ebensowenig kann die Wahl eine plötzliche nwälzung in bezug auf die Schutzzollpolitik oder die Trustfrage herbeiführen. o viel Vernunft und Konsequenz kommt durch die Wahl eines neuen Präsi= nten nicht in die Regierung, daß mit einer großen Tat der Augiasstall der onopolistenwirtschaft gesäubert würde, das bekommt weder ein „republika= ischer" noch ein „demokratischer" Präsident fertig — die Wahl eines Sozia= ten ist aber einstweilen ausgeschlossen. Es bleibt also in bezug auf die rtschaftlichen Verhältnisse nach der Wahl alles beim alten, und das Gerede n der Bedeutung eines Sieges Bryans oder Tafts auf die Geschäfte sollte ın füglich den Bauernfängern alias Wahlmachern überlassen, die damit ıe Wähler, die nicht alle werden, für ihren Kandidaten locken.

Dagegen kann ein anderer Faktor von Einfluß auf den Verlauf der Krise erden — die Ernte. Die Produktion von Getreide und Baumwolle ist nach e vor von gewaltiger Bedeutung in der Wirtschaft der Union. Fällt die nte so reichlich aus, wie es nach den bisherigen Berichten zu hoffen ist, dann kommt eine große Anzahl von Arbeitern Beschäftigung direkt bei der Ernte= beit, wie auch in jenen Industrien, die Maschinen, Geräte und anderes mehr c die Getreidefarmen und Baumwollplantagen liefern, und bei den Transport= ternehmungen, die das Produkt an den Markt schaffen; folglich würde der nsum der Massen etwas steigen, damit wäre der Anstoß zu einer Besserung geben. Indessen, daß durch eine noch so reichhaltige Ernte mit einem hlage die wirtschaftliche Situation erheblich geändert werden sollte, davon ın keine Rede sein. Die gegenwärtige Krise in Amerika ist eine „schleppende ise", genau wie es die Krisen in Europa seit langem schon sind.

Ein interessante Erscheinung ist, daß an der New Yorker Börse seit etwa em Monat die Haussepartei Oberwasser bekommen hat und eine künstliche ırstreiberei in Szene setzen konnte, die scharf mit den Zuständen auf dem ebiete der Produktion kontrastiert.

Das „Berliner Tageblatt" stellt in bezug hierauf eine Tabelle zusammen, die Bewegung der Kurse einer Anzahl von Effekten an der New Yorker örse illustriert:

	2. Januar 1907	15. November 1907	15. April 1908	18. Mai 1908
Atchison Top. u. St. Fé com.	105¼	69½	76¼	84½
Baltimore u. Ohio	120⅞	78½	83¾	93¾
Canada Pacific	193¾	139¾	154¾	160
Chicago Milw. u. St. Paul .	148½	97⅛	118¼	137⅝
Erie Railroad pref.	74⅝	37	34	40½
Illinois Central	166	119¾	125¼	141
Louisville & Nashville . .	142	92	99	111½
Pennsylvania	138⅛	106	116⅞	122¾
Philadelphia u. Reading . .	133¾	76⅞	104½	118⅜
Southern Railway pref. . .	94¾	37¼	39	45½
Southern Pacific com. . .	92¾	65¼	73⅝	88½
Union Pacific com. sh. . .	179	107⅝	127	149⅞
Anaconda Copper	72¼	30	36½	45½
U. St. Steel Corp. com. . .	48½	22½	34	39
Amalgamated Copper . . .	114⅞	45⅜	56⅞	69¼
General Electric	159½	104	131½	139

Von der stolzen Höhe zu Beginn des Jahres 1907 waren die Kurse i
November in wilder Panik geworfen worden, allmählich wurden dann Korre
turen vorgenommen, bis im letzten Monat die Kurse wieder in raschem Temp
zu steigen begannen. Der Grund scheint ziemlich einfach: die Magnaten d
Trusts treiben die Kurse in die Höhe, weil sie sich mit verschiedenen groß
Finanzplänen tragen, speziell mit Plänen in bezug auf die Fusionierung d
Eisenbahnen; dazu brauchen sie das große Publikum, das neue Papiere dies
Unternehmen aufnehmen soll, es wird also animiert. Daß die Hausse v
Dauer sein sollte, ist aber kaum anzunehmen. Ebensowenig ist darauf z
rechnen, daß diese Finanzmanöver großen Einfluß auf die Produktion au
üben. Freilich, ein Teil der neu aufgenommenen Gelder wird produktiv a
gelegt werden, im Bau von neuen Eisenbahnlinien, aber eben nur ein Teil, u
wahrscheinlich ein nicht sehr bedeutender, während es sich in der Hauptsac
darum handelt, durch Verschiebung der Besitzverhältnisse das Kommando üb
die Bahnlinien in den Händen bestimmter Kapitalistencliquen zu konzentriere
Ist dieses Ziel erreicht, dann werden die Matadore wahrscheinlich wieder d
Markt sich selbst überlassen, die künstlich in die Höhe getriebenen Papierch
werden herabpurzeln und nach Belieben von den Matadoren billig angekau
werden. Das Resultat wäre also eine noch weitere Konzentration der Ma
der Trusthäuptlinge über die Verkehrswege, was eine große Gefahr für d
gesamte Volkswirtschaft bedeutet. Allerdings gibt es in den Vereinigten Staat
ein Gesetz, das einem solchen privaten Monopol an den Eisenbahnen vorbeug
soll, aber die Matadore pfeifen darauf und lassen den guten Herrn Roosev
schimpfen so viel er mag; sie wissen wohl, daß weder er noch sein Nachfol
imstande sein werden, dem Gesetz Achtung zu verschaffen.

Ein Zwiespalt zwischen der Lage von Industrie und Handel einerse
und der Börse andererseits ist übrigens auch in Deutschland zu beobacht.
Auch hier hat im Mai die Effektenbörse sich gebärdet, als ob bereits ein ne
Aufschwung im Anzug wäre: die Kurse steigen auf der ganzen Linie. M
geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß die Börse in dieser W
den Erfolg des neuen Börsengesetzes eskomptiert, noch bevor dieses Gesetz
Kraft getreten ist. Da man nämlich erwartet, daß die Erleichterung d
Börsenverkehrs weitere Kreise des Publikums veranlassen wird, sich auf Börs
spekulationen einzulassen, so erwarten die berufsmäßigen Spekulanten ne
Gewinn und sind in Haussestimmungen. Ein weiterer Grund ist darin
suchen, daß die deutsche Hochfinanz wieder einmal sehr stark in Gründung
macht: es regnet Emissionen industrieller Werke. Es ist das eine eigentüml
Erscheinung, auf die wir bereits früher hinwiesen: Krise in der Produkt
und trotzdem Gründungen, Vermehrung der Produktionsmittel, Festleg
neuer Massen von firem Kapital.

Aber auch das Ausland wird bereits wieder mit deutschem Kapital v
sehen, eine recht interessante Tatsache in Anbetracht des vielbeklagten „G
mangels" noch vor wenigen Monaten.

So haben vor kurzem deutsche Kapitalisten sich stark an amerikanisc
Eisenbahnanleihen beteiligt, und neuerdings haben zwei russische Banken
die „Bank für auswärtigen Handel" und die „Sibirische Handelsbank", b
in Petersburg, neue Aktien emittiert, die in Berlin untergebracht wurden, z
Teil beim Publikum, zum Teil blieben sie in den Händen der einführen
deutschen Banken.

Ob gerade russische Banken ein geeignetes Anlagepapier sind, erscheint eifelhaft. Ereignen sich doch fortwährend in Rußland Dinge, die von un-ltbaren Kreditzuständen zeugen. Da ist zum Beispiel der skandalöse Krach s Zuckerspekulanten Charitonenko. Dieser gute Mann konnte jahrelang it den unglaublichsten Spekulationsmanövern den Markt in Atem halten, bis dlich der Krach kam, der eine ganze Reihe von Fabriken und Banken in itleidenschaft zieht. Da stellt sich, wie gewöhnlich, die rettende Hand ein: e russische Reichsbank hält den Pleitemacher über Wasser, weil es darauf kommt, einesteils eine böse Panik zu verhüten, anderenteils den Skandal vertuschen, der darin besteht, daß Charitonenko wie so viele andere Leute it „Konnexionen“ seine Spekulationen mit Unterstützung der Reichsbank trieb, wobei selbstverständlich seine Protektoren, die ihm das ermöglichten, den Gewinnen ihren Anteil hatten. Neu ist es ja nicht, daß die russische eichsbank sich zu solchen Manipulationen mißbrauchen läßt. Wer die Sache machen versteht, dem stehen die Schränke der Bank offen; selbst wenn die irektoren, ja der allmächtige Finanzminister Bedenken tragen, so gelingt es ch, unbeschränkten Kredit zu erlangen, wenn man die Hofschranzen dafür interessieren weiß. Man sollte meinen, daß, solange solche Zustände rrschen, russische Banken verteufelt gefährliche Objekte zur Kapitalsanlage nd. Doch was tut's! Die Provisionen, die die einführenden Banken erzielen, nd hoch, daher werden die Aktien solcher Banken dem Publikum empfohlen.

Gefährliche Spekulationen sind auch am Warenmarkt zurzeit im Gange. Da ist vor allem der Kaffee. Die Regierung von Sao Paulo (Brasilien) ist f den genialen Gedanken gekommen, den Pflanzern ihres Landes hohe Preise sichern, indem sie selbst sich in die Spekulation stürzt. Sie kaufte 8 Millionen ack Kaffee von den Pflanzern, schaffte sie nach Hamburg, Antwerpen und avre, ließ sich auf die Lager von verschiedenen Geldgebern Vorschüsse zahlen nd erklärte, erst dann die Ware zum Verkauf bringen zu wollen, wenn der reis mindestens 50 Frank pro 50 Kilogramm erreicht habe. Also eine regel-chte „Schwänze“ auf Regierungskosten. Ob das Experiment gelingen wird, noch nicht sicher. Die Bank von Frankreich scheint der Geschichte nicht zu auen, denn sie hat den Havreser Kaffeehändlern den Kredit eingeschränkt und leiht die Lager mit nur 75 statt, wie bisher, mit 80 Prozent des Wertes.

Scharfe Kämpfe finden unter den Spekulanten mit Baumwolle statt. Bis nde April sank der Preis für Rohbaumwolle beständig; eine natürliche olge der reichen Ernte des letzten Jahres und des stark verminderten Ab-tzes. Am 28. April war der Preis für sofortige Lieferung auf 8,4 Cents o Pfund gesunken, ein Niveau, das seit Jahren nicht mehr vorgekommen . Auch in Bremen sank der Preis bis auf 48½ Pfennig pro Pfund. In r zweiten Hälfte des Mai setzte sich dann eine Haussebewegung durch, und e Preise wurden bis auf 9,8 Cents in New York und 58 Pfennig in Bremen gsiert. Seitdem gibt es ein beständiges Auf und Ab. Der tatsächliche Handel mmt indessen dabei wenig in Betracht, es sind hauptsächlich Spekulationspreise.

Ähnlich geht es mit Zucker. Zu Beginn des Jahres war der Preis für ohzucker 19,95 Mark pro Doppelzentner, und er sank noch etwas im ebruar; im März setzte dann die Hausse ein, und der Preis erreichte um e Mitte Mai das ungewöhnlich hohe Niveau von 23,50 Mark.

Schließlich zeigte das gleiche Gesicht der Getreidemarkt: ein tolles Auf und b der Preise, wobei aber die Haussetendenz vorherrscht.

Man spekuliert in allen diesen Produkten „auf die Ernte", und wie imm
zeigt sich's dabei, daß die Statistik der Vorräte, des angebauten Areals u
des Standes der Saaten und Pflanzungen so ziemlich alles zu wünsch
übrig läßt. Ein blamabler Zustand für den bürgerlichen Staat, daß er nic
einmal diese wichtige und ziemlich einfache Aufgabe zu lösen weiß.

Literarische Rundschau.

Dr. Richard Zeyß, **Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie a Niederrhein während der französischen Herrschaft.** Ein Beitrag zur Wirtschaft politik Napoleons I. Leipzig 1907, Verlag von Duncker & Humblot. 278 Seite Preis 7 Mark.

Oft stößt man auf die Auffassung, als sei Napoleon I. der Testamentsvollstreck
der bürgerlichen Revolution in dem Sinne gewesen, daß er bewußt das gan
europäische Festland bürgerlich revolutioniert, das heißt der kapitalistischen Pr
duktionsweise erschlossen habe. Wenn ein Spezialwerk geeignet ist, diese Anschauu
zu zerstören, so ist es jedenfalls die überaus fleißige Schrift des Dr. Zeyß, die, u
die Entstehung der Handelskammern am Niederrhein herauszuarbeiten, weit au
holen muß und einen Hintergrund von geradezu weltwirtschaftlicher Bedeutung f
das besondere Thema entwirft. Die Handelskammern an sich sind französisch
Ursprungs; bis in die Regierungszeit Heinrichs IV. lassen sie sich zurückverfolge
und als das linke Rheinufer an Frankreich fiel, wurden sie sofort nach diesen na
mals preußischen Gebietsteilen verpflanzt. Wie sich das im einzelnen vollzog, n
die Kammern zusammengesetzt waren, welche Aufgaben ihnen zufielen, wie d
Industrie beschaffen war, in der sie ihren Wirkungskreis fanden, Arbeits- u
Arbeiterverhältnisse, Gewerbestatistik und industrielle Ausstellungen — alles d
schildert unter Beifügung einer Karte des Roerdepartements und einer Reihe v
Aktenstücken im französischen Urtext der Verfasser mit großer Genauigkeit und A
schaulichkeit.

Aber damit nicht genug. Das französische Zollsystem in seinen einzelnen Phas
und die entscheidende Maßregel in dem Riesenkampf zwischen Frankreich und En
land, die Kontinentalsperre, werden in ihren Wirkungen auf die Industrie d
Rheinlandes und nicht nur in ihnen einer eingehenden Untersuchung unterzoge
Napoleon konnte es nicht im Traume einfallen, die europäischen Festlandstaat
außer Frankreich zu kapitalistischen Industrieländern werden zu lassen, sonde
wenn es Englands wirtschaftlicher Ehrgeiz war, allein die Werkstatt der Welt
bilden und in dem im Zustand der Feudalität verharrenden Kontinent ledigli
seine Kornkammer, sein Rohstoffmagazin und seinen Absatzmarkt zu sehen, so ka
es Napoleon nur darauf an, Frankreich an die Stelle Englands zu setzen. Zude
war Napoleon in seiner Wirtschaftspolitik im allgemeinen wie bei dem System d
Kontinentalsperre im besonderen selbstverständlich nicht das geniale Individuum
das eine ganz neue Wirtschaftspolitik aus der Erde stampfte, sondern er folg
getreulich den Bahnen, die ihm die ökonomische Entwicklung wies und die v
seiner Alleinherrschaft bereits verschiedene französische Regierungsgewalten ei
geschlagen hatten. Seit 1793 schon steht die ganze französische Zollpolitik unt
dem Einfluß des Kampfes mit England, das Frankreich durch den Edenvertrag d
Jahres 1786 in ein ähnliches Verhältnis wirtschaftlichen Helotentums herabgedrü
hatte, wie Portugal durch den Methuenvertrag des Jahres 1703. In diese
Jahre 1793 bereits werden durch verschiedene Dekrete alle in Großbritannien fab
zierten Waren „von dem Boden der Republik proskribiert". Diese schroffen Ma
regeln aber stellten nur die Antwort dar auf die Versuche Englands, Frankrei
durch ähnliche Maßregeln wirtschaftlich weißzubluten: noch vor dem offenen Au

ruch der Feindseligkeiten, im November 1792, hatte England allen Neutralen
ntersagt, ihre Schiffe in französische Häfen einlaufen zu lassen. Eine Botschaft des
irektoriums aus dem Oktober 1796 erklärte es „als eines der erfolgreichsten
Nittel, um die britannische Regierung zu ernstlichen Friedensverhandlungen zu
vingen und um zu dem großen Ziele öffentlicher Wohlfahrt zu gelangen, bis zum
rieden jeden Verkauf und Verbrauch von englischen Waren für die ganze Ausdehnung
er Republik in wirksamer Weise zu verhindern", erläuterte die Maßregel also
icht nur aus kriegspolitischen, sondern auch aus schutzzöllnerischen Gesichtspunkten.
as war zu einer Zeit, als Napoleon gerade aus dem Dunkel seines obskuren Da-
ins als kaltgestellter Offizier auf Halbsold aufzutauchen begann. Allerdings ver-
and er es, einmal zur Herrschaft gelangt, diese Politik wirkungsvoll auszubauen.
er im Mai 1803 nach kurzer Pause neu ausbrechende Krieg zwischen Frankreich
nd England ließ ihn das Einfuhrverbot für alle englischen Waren und Kolonial-
zeugnisse erneuern, und nicht nur der Lauf des Krieges, sondern auch die schutz-
llnerische Agitation der französischen Industriellen trieb ihn auf diesem Wege
eiter, bis am 22. Februar 1806 ein Dekret das gänzliche Verbot der Einfuhr von
aumwollgeweben verfügte und ein Dekret vom 4. März desselben Jahres
rohibitivzölle für Kolonialprodukte einführte. Damals war, eine Folge der Ver-
chtung der französischen Flotte bei Trafalgar, der Kampf zwischen Frankreich
nd England bereits fast vollständig auf das wirtschaftliche Gebiet hinübergespielt,
nd dasselbe Jahr sah zwei Hauptschläge in diesem Kampfe: die englische Dekla-
ation vom 16. März 1806, die ganz Frankreich und alle von der französischen
rmee besetzten Länder in Blockadezustand erklärte und als Gegenschlag das be-
ihmte, aus dem „Feldlager in Berlin" datierte napoleonische Dekret vom 21. No-
ember 1806, das die vollkommene Handelssperre gegen Großbritannien verhängte.

Wie eifersüchtig Napoleon die französischen Interessen bei seiner Wirtschafts-
olitik wahrte und wie wenig ihm daran lag, das übrige Europa kapitalistisch zu
wecken, geht daraus hervor, daß er selbst seine Satrapenstaaten, in denen seine
Magen und Sippen als Monarchen von seinen Gnaden fungierten, die ganze Härte
es französischen Zollsystems empfinden ließ. Zeyß erläutert das ausführlich an
em Beispiel des Großherzogtums Berg, dessen Industrielle durch die Verschließung
es französischen Marktes schwer geschädigt wurden. Aber obwohl Murat sich in
erson für die Interessen der Industrie seines Ländchens ins Zeug legte, wurde
en bergischen Industriellen nicht eine der gewünschten Zollvergünstigungen ge-
ährt. Auch als der Wunsch, sein Abschließungssystem gegen England strikt durch-
eführt zu sehen, und nichts anderes Napoleon zu einer Erweiterung seiner Er-
berungspolitik zwang, als er Holland nur aus diesem Grunde annektierte und,
n einen Zugang zur Ostsee zu haben, seinem Reiche den ganzen Norden Deutsch-
nds bis Lübeck einverleibte, blieben die neu angegliederten Provinzen Zoll-
usland — sie mußten die Einfuhr aller französischen Waren dulden, fanden aber
r ihre Waren die alten französischen Zollgrenzen am Rhein vor.

Wie das den kaiserlich französischen Patriotismus der rechtsrheinischen
eutschen Kapitalisten zu heller Glut entfachte, zeigt Zeyß an sehr ergötzlichen
eispielen: von 1809 an regnete es in die Pariser Staatskanzlei geradezu von
etitionen rechtsrheinischer Fabrikanten, deren eine ganze Anzahl vordem schon auf das
nke Ufer des Rheins ausgewandert waren und die jetzt im schwülstigsten und byzan-
nischsten Stil um die vollständige Vereinigung mit Frankreich flehten — ein bün-
ger Beweis für die „Vaterlandsliebe" der herrschenden Klasse. Auch sonst ist das
uch des Dr. Zeyß reich an allgemein geschichtlichen Ausblicken und stellt sich als
n um so verdienstvolleres Werk dar, als das Material, aus dem es sich aufbaut,
ühsam aus Archiven und Akten zusammengetragen werden mußte. Wer das
nerste Wesen der napoleonischen Epoche und namentlich ihre Einwirkungen auf
e wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erfassen will, wird an ihm nicht vor-
bergehen können.

Hermann Wendel.

Notizen.

Eine neue Hochschule? Unzweifelhaft besteht hier und da die Tendenz, d von der Arbeiterschaft selbst geschaffenen Rechtsinstituten durch Schaffung ähnlic Auskunftstellen das Wasser abzugraben. Gelingen wird dies aber nicht. Bei d amtlichen Rechtsauskunftstellen stößt das bureaukratische, schroffe Wesen der B amten die Auskunftsuchenden zurück. Die meist befangen und unbeholfen a tretenden Fragesteller werden mit knappen, kategorischen Sätzen abgefertigt, a fehlt den Beamten, die meist in hurrapatriotischem Klimbim, in bierphiliströ Stammtischpolitik aufgehen, jenes Verständnis und jene Liebe zur Sache, die erst du das Zusammenleben mit den arbeitenden Schichten des Volkes und durch ern Studium unserer ökonomischen Verhältnisse erworben werden können.

Die Unentbehrlichkeit unserer Sekretariate wird von objektiven Behörden a anerkannt. Es kommt oft genug vor, daß Ratsuchende in schwierigen Fragen u besonders wenn schriftliche Arbeiten erforderlich sind, an die Arbeitersekretari gewiesen werden.

Es ist richtig, wie Genosse Fr. Frank-Frankfurt a. M. in Nr. 32 der „Ne Zeit“ darlegt, daß die Sozialgesetzgebung nur noch relativ das Hauptwirkungsf dieser Institute bildet. Eine Anzahl mir vorliegender Jahresberichte größerer u kleinerer Sekretariate sowie eigene Erfahrungen bestätigen das. Allerdings si Abweichungen von dieser Erscheinung in jenen Gegenden zu beobachten, wo Be bau und Hüttenwerke vorherrschend sind. Das Kapital fordert dort mehr Opfer Gut und Blut, als irgendwo.

Ich stimme auch dem Genossen Fr. Frank darin zu, daß sich gerade Arbei vorzüglich als Arbeitersekretäre eignen, sich aber ohne Anleitung nicht d große Maß juristischer Kenntnisse aneignen können, das zur Ausfüllung ei Postens als Arbeitersekretär notwendig ist.

Aber fehlt es denn an dieser Ausbildungsmöglichkeit? Hat nicht die Pa intelligenten Arbeitern den Weg geebnet, fachwissenschaftliche Studien zu betreib um ihren Klassengenossen auf dem Gebiet des Rechtswegs Rat und Hilfe angedeih zu lassen? Die Parteischule in Berlin dient doch dem Zwecke, befähigten Genos auch die Laufbahn als Arbeitersekretäre zu öffnen. Der Unterrichtsplan enthält d drei juristische Fächer: Arbeiterrecht (Sozialgesetzgebung, gewerbliches Rec bürgerliches Recht und Strafrecht, Strafvollzug. Die Namen der dozier den Lehrer sind Bürgschaft für einen erfolgreichen und gründlichen Unterric Wenn dann die Schüler außerdem nationalökonomische, ethnologische, naturwiss schaftliche und historische Vorträge hören, so dürfte dies für Arbeitersekretäre d kein unnützer Ballast sein. Aus eigener Anschauung heraus muß ich erklären, d sich unter meinen Schulkollegen ganz besonders geeignete juristische Kräfte befand Und warum auch nicht? Der größte Teil der Anwärter für den Besuch der „ro Akademie“ ist auf den in Frage stehenden Gebieten nicht unbekannt. Auf den v geschobenen Posten, auf denen sie standen, haben sie manche praktische Betätigu in der Gesetzesmaterie ausüben können. Dabei ist immer zu berücksichtigen, d der „frischgebackene“ Jurist zu seinen Kenntnissen noch Erfahrungen sammeln m damit Theorie und Praxis möglichst in Einklang kommen. Ist es möglich, d neuen Arbeitersekretären als Volontäre die Aufnahme in größeren Sekretariaten sichern, dann um so besser.

Es liegt nach meiner Überzeugung jetzt und auch für die nächsten Jahre dur aus kein Mangel an geeigneten Kräften vor. Damit erübrigte sich auch der V schlag des Genossen Frank, die Generalkommission zu veranlassen, daß sie eine b sondere Schule für Arbeitersekretäre einrichte. P. Rista

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf“, unser österreichisches wissenschaftliches Organ, bringt in der Mainummer zwei Aufsätze, die sich mit der Maifeier beschäftigen. In **„Der erste Mai“** weist Josef Diner=Dénes darauf hin, wie sich der Charakter des Maitags nders gestaltet hat, als ursprünglich beabsichtigt war. Er sollte eine Demonstration für en Achtstundentag sein; aber der Achtstundentag liegt in weiter Ferne und ist st nirgends unmittelbares Kampfesobjekt. Die Furcht der Bourgeoisie ließ in der Maifeier eine Kundgebung für den Sozialismus, gegen alle Ausbeutung erblicken; as ist aber dem Proletariat nie eingefallen. — Dem Referenten will es erscheinen, aß in diesem Ausspruch wohl zu sehr die österreichische Erfahrung verallgemeinert urde; denn in Deutschland trägt die Maidemonstration sehr stark diesen sozia=stisch=demonstrativen Charakter. Diner=Dénes führt weiter aus, für das Prole=triat sei der Maitag in erster Linie keine Demonstration, sondern ein Festtag, und var ein Festtag, den es nicht wie andere mit der Bourgeoisie zu teilen hat. Eine emeinsame Feier ist ein äußerst kräftiger Kitt, bildet eine Art seelisches Band; des=alb ist eine besondere proletarische Feier von hohem Werte.

„Wie soll die Maifeier sein?“ fragt Stefan Großmann. Zuerst Arbeits=ruhe selbstverständlich. Dann festliches Äußere: Sonntagskleidung (aber weshalb trägt der Arbeiter am Sonntag Bourgeoiskleidung, weshalb bekennt er sich dann icht zur proletarischen Bluse?), begeisterte Redner (aber kein gewöhnlicher poli=scher Schwatz, den man das ganze Jahr hindurch hört), weihevolle Stimmung, nd dann Gesang und Musik. Gesangvereine sollen auftreten (ein schönes Mai=ed hat Richard Dehmel gedichtet, aber noch fehlt die Musik; könnte hier der eutsche Bildungsausschuß nicht etwas veranlassen?). Die Maiversammlungen ollen abstinent verlaufen — „die Abstinenz ist der entscheidende Stimmungserzeuger der Kirche“ — und in möglichst schön geschmückten Sälen stattfinden. Und dann er Aufzug durch die Stadt mit Musik; das bringt erst die rechte freudige zu=ersichtliche Stimmung. — Der deutsche Arbeiter, der bei dem Lesen solcher Vorschläge es Verfassers daran denkt, daß sie in anderen Ländern befolgt werden können, ird noch viel drückender die ihm vom Polizeistaat auferlegte Schmach empfinden, er ihn an jeder energischen Betätigung seiner Maistimmung zu hindern sucht.

In einem Aufsatz **„Gemeinsamer Kampfboden“** beschäftigt sich Michael chacherl mit dem Verein „Freie Schule“. Dieser Verein gilt bei vielen Ge=ossen als ein gemeinsamer Kampfboden, wo sich Bürgertum und Arbeiterklasse in em Kampfe gegen den Klerikalismus zusammenfinden könnten. In den Arbeitern bt, besonders in klerikal beherrschten Ländern, ein intensiver Haß gegen alles faffentum, das immer als Feind seiner Bildung auftritt und ihn in geistiger nechtschaft halten will. Diese starke antiklerikale Gesinnung bewirkte, daß bei der ründung des Vereins Freie Schule, der der Verpfaffung der Volksschule entgegen=rbeiten sollte, die klassenbewußten Arbeiter massenhaft als Mitglieder zuströmten, n die Lehrer und die antiklerikale Bourgeoisie in diesem Kampfe zu unterstützen. escheiden überließen sie die Obmannsstellen im Verein den bürgerlichen Gelehrten. ber es zeigte sich hier wieder, daß wir die Bourgeoisie immer für besser halten, s sie ist. Die Teilnehmer aus den bürgerlichen Klassen beschränkten sich auf einige enige Personen, ein paar vereinzelte Ideologen, die Masse blieb aus; sogar von n Lehrern wagte sich nur eine kleine Anzahl in den Verein hinein. Bald zeigte h noch offenkundiger, daß sich der Klassengegensatz nicht durch die Gemeinsamkeit eeller Interessen zurückdrängen ließ. Als die Professoren und andere bürgerliche itglieder des Vereins in Graz bei einer Stichwahl gegenüber den sozialdemokra=schen Kandidaten, die Mitglieder des Vereins waren, die Klerikalen empfahlen, ngen die Arbeiter an, massenhaft auszutreten. Sie trauten den antiklerikalen Worten nicht mehr, denen proklerikale Taten folgten. Überall mehren sich überdies e Anzeichen, daß es dem Bürgertum mit dem Kampfe gegen den Klerikalismus cht Ernst ist. Es geht mit den Klerikalen am liebsten zusammen gegen die Ar=

beiter und sucht dem Kampfe mit dem Pfaffentum bei jeder Gelegenheit au
zuweichen, wie es neulich wieder die Wahrmund-Affäre gezeigt hat. Selbst we
wir die Klassengegensätze vorübergehend vergessen wollten, die Bourgeoisie verg
sie keinen Augenblick. Sollen wir wegen der paar machtlosen Professoren, die d
neben unseren Vertrauensmännern sitzen, den Verein hochhalten? Als speziel
Arbeiterverein zur Pflege der Volksschule braucht er auch nicht bestehen zu bleib
denn jeder Verein mehr vergeudet Kräfte und überbürdet unsere Führer.

Ihm antwortet sofort Karl Seitz in einem Aufsatz **„Freie Schule und Sozi
demokratie“**. Der Klerikalismus ist seit langem mit Erfolg damit beschäftigt,
Volksschule zu verderben und unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Die einzige
ganisierte politische Macht, die ihm dabei ernsthaft Widerstand leisten kann, ist
sozialdemokratische Arbeiterschaft. Aber trotzdem gibt es immer noch viele bürg
lichen Elemente, besonders aus der Intelligenz, die diesen Kampf mitmachen. All
dings darf man nicht von diesen Mitgliedern des Vereins Freie Schule forde
daß sie alle anderen Rücksichten und Interessen vergessen; in dem politisch
Kampfe handelt es sich nicht bloß um die Schule, sondern um viele andere Frag
Wir haben doch selbst auch wohl einem christlichsozialen Befürworter des a
gemeinen Wahlrechtes vor einem antiklerikalen Wahlrechtsfeind den Vorzug gegeb
Der Charakter des Vereins ist nun nicht, wie Genosse Schacherl zu glauben schei
der einer über den Einzelparteien stehenden höheren politischen Organisati
sondern der einer unpolitischen Zentralstelle für Schulfragen, die, ähnl
wie die „Landwirtschaftliche Zentralstelle“ oder die der Industriellen, den Politike
Materialien für den Kampf verschaffen soll. Als Zentralstelle zur Wahrung d
Volksschul- und Volksbildungsinteressen soll der Verein also bestehen bleibe
Nachteile erwachsen uns nicht daraus, und ein Vorteil ist es immerhin, den wenig
gegen den Klerikalismus kämpfenden Ideologen den Rücken zu stärken.

Auf den Aufsatz von Matthias Eldersch über **„Reform der Arbeiterversich
rung“**, der sich wegen der Fülle der Einzelheiten aus Regierungsvorlagen u
Gutachten aus Kreisen der Interessenten nicht zu einem kurzen Auszug eignet,
hier deshalb bloß hingewiesen.

Johann Smitka schreibt über **„Beseitigung der Heimarbeit“**. Diese Bes
tigung muß von der Lohnfrage ausgehen; nur dann wird die Heimarbeit v
schwinden, wenn sie kostspieliger ist als die fabrikmäßige Produktion. Die Entwi
lung der Technik allein kann sie nicht beseitigen, denn umgekehrt verhindert
Billigkeit der Heimarbeit die Anwendung besserer Technik. Deshalb muß die Sa
bei der Lohnfrage angefaßt werden, wobei selbstverständlich Vorschriften üb
Arbeitszeit, Arbeitsräume usw. hinzukommen müssen. Daß Heimarbeiter imstan
sind, für günstigere Lohntarife zu kämpfen und sie vertragsmäßig zu vereinbar
haben die Streiks der Herrenkonfektionsarbeiter in Wien und Proßnitz bewies
Sie können ihre Errungenschaften jedoch nicht festhalten; hier muß die Gesetzgebu
helfen durch das Schaffen von Organen, die als Vertreter der beteiligten Partei
die Löhne festlegen können, welche dann kontraktliche Gültigkeit besitzen; dazu müss
diese Organe gesetzlich als Rechtsperson gelten. Die Kraft zur Erkämpfung b
stimmter Löhne muß dabei von den gewerkschaftlichen Organisationen komme
Nötig ist es bei der Schaffung solcher Organe, daß man nicht an dem formell
Unterschied haften bleibt, wonach die in der Heimarbeit Beschäftigten teilweise a
Meister, teilweise als Gehilfen gelten, die Kapitalisten teilweise zu den „Meister
gehören, teilweise außerhalb jeder Korporation stehen. Da die tatsächlichen Ve
hältnisse heute von diesen formellen Zunftunterscheidungen durchkreuzt werden,
eine zweckmäßige Organisation beim Festhalten an diesen unmöglich.

Druckfehlerberichtigung. Im Artikel von Laufenberg, Nr. 34, S. 266, Zeile
von unten soll es statt „Toten**v**erehrung“ heißen „Tote**m**verehrung“.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 37 Ausgegeben am 12. Juni 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Hehler und Stehler.

Berlin, 3. Juni 1908.

Heute ist der Tag der preußischen Urwahlen. Ihr Ergebnis kann noch ıcht bekannt sein zur Zeit, wo diese Zeilen abgeschlossen sein müssen, während ɔch die Spannung auf ihren Ausfall zu groß ist, als daß andere Tages- agen nicht im Hintergrund verschwänden. Wir möchten deshalb einige kri- ische Bemerkungen machen, die wir uns, solange die Wahlagitation währte, ıs begreiflichen Gründen versagen zu sollen glaubten, aber die wir nun- ehr um so weniger unterdrücken wollen, als diese Wahlen, wie immer e ausfallen mögen, noch lange nicht den entscheidenden Kampf zwischen dem unkertum und dem Proletariat darstellen, also die Taktik, nach der dieser ampf zu führen ist, nach wie vor eine Frage von äußerster Wichtigkeit leibt.

Unsere Bemerkungen richten sich gegen das „Handbuch für sozialdemokra- sche Landtagswähler", das unter dem Titel: Der preußische Landtag „im uftrag des Parteivorstandes und unter Mitwirkung einer Anzahl von Partei- enossen" vom Genossen Paul Hirsch herausgegeben worden ist, und zwa esonders gegen die Einleitung, die historisch nachweisen will, daß seinem nersten Wesen nach das Deutsche Reich das Vollstreckungsorgan des feu- alen preußischen Junkertums sei und im Herzen Europas das monströse ild eines Staates biete, der wirtschaftlich auf kapitalistisch-industrieller rundlage ruhe, aber politisch die Formen des feudalen Ackerbaustaats er- ılten habe. Preußen-Deutschland besitze noch nicht die Vorbedingung eines ıtionalen Staates: die Herrschaft der Nation. Ein nationales Deutschland i unmöglich; auch das neudeutsche Reich müsse zugrunde gehen wie das alte, enn die feudalen Fesseln der preußischen Staatsgewalt nicht durch das all- meine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gesprengt würden.

Das wird nun auf 58 Seiten näher begründet, und wir erkennen bereit- illig an, daß wir eine gleich grimmige Philippika gegen das ostelbische

Junkertum kaum schon gelesen haben. Es wird schwarz in schwarz gema und wenn ethische Donnerkeile töten könnten, so wäre es nunmehr mauset Freilich ist die Darstellung nicht so überzeugend wie beredt, nicht so bere wie geistreich, und nicht so geistreich wie geistreichelnd. Am Ende gewinnt au der ergriffenste Leser einen gewissen Respekt vor dieser Handvoll intellektu versimpelter und moralisch verkommener Junker, die gleichwohl eine moder Nation von sechzig Millionen zu vergewaltigen wissen. Der Verfasser, m es nun Genosse Hirsch oder einer der mitwirkenden Genossen sein, merkt g nicht, daß er das Junkertum groß, statt klein macht, indem er ihm eine pe sönliche Gewalt der Initiative zuschreibt, die in der Weltgeschichte beispiell dastehen würde; er hat nicht einmal eine Ahnung davon, daß es seine Au gabe gewesen wäre, gerade in der historischen Einleitung eines solchen Han buchs die Klassenkämpfe aufzudecken, die einer grotesken und mittelmäßig Klasse, wie das ostelbische Junkertum sein mag, das Spiel der Heldenro ermöglichen.

Doch gehen wir etwas näher auf seine Ausführungen ein! Er weiß erzählen, daß es dem ersten Napoleon, als dem Erben der französischen R volution gelungen sei, Deutschland bis zur Elbe der östlichen Feudalherrsch zu entziehen, im Rheinland „so etwas wie den Anfang Vereinigter Staat von Europa" zu schaffen — welch geistreicher Gedanke! — und den mode bürgerlichen Rechtsstaat unter patriarchalischer Diktatur auf deutschem Bod zu begründen — auch nicht übel, König Jerome — Morgen — Wieder Lustik — Friedrich von Württemberg und die anderen napoleonischen Satrap „patriarchalische Diktatoren"! Selbst das niedergeworfene, nunmehr innerha seiner natürlichen Kulturgrenzen eingeschlossene Preußen sei durch den Selb erhaltungstrieb gezwungen gewesen, die feudale Herrschaft zu lockern, wer auch die sogenannten preußischen Reformen niemals die bürgerliche Höhe d Gebiete erreicht hätten, über die die Revolution in Form der napoleonisch Herrschaft geflutet sei. Dann heißt es wörtlich weiter:

> Napoleons Zusammenbruch, die abenteuerlich wahnwitzige Rettung der Fürst und des Adels durch ihre betrogenen Untertanen stellte das Feudalwesen wieder h Die preußische Rache, die sich **national** spreizte, aber das **Feudalwesen** wiedera bauen wollte, sättigte sich an der Gefolgschaft Napoleons; sie verschlang das hal Sachsen und stärkte dadurch gewaltig die Macht der Ostelbier. Während deutschen Süden die napoleonische Saat nicht mehr ganz zerstört werden konn während die von Napoleon geschaffenen Fürsten sich gegen die preußisch-österreichis Gewalt sicherten, indem sie schon im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Ja hunderts ihre Völker durch Gewährung von Verfassungen an sich ketteten, währe die Flutwelle der Julirevolution von 1830 dann auch die mitteldeutschen Staat konstitutionell befruchtete, blieb Preußen unbewegt der Feudalstaat ostelbischer Gu bezirke. Das Jahr 1848 sprengte für ein paar Monate die Fesseln, die um fester dann wieder geschmiedet wurden.

Alle historischen Schiefheiten, die in diesen Zeilen zusammengebracht sin eingehend auseinanderzuklauben, würde mindestens ebenso viele Seiten erforder Wir können nur einige Hauptpunkte berühren. Es soll das Verbrechen d

unker sein, die Vollendung des nationalen Staates zu hindern, aber es war ibenteuerlicher Wahnwitz", durch Abschüttelung der napoleonischen Fremd- rrschaft auch nur den Anfang eines nationalen Staates zu ermöglichen! icherlich ist es gut und recht, den zwiespältigen Charakter der Kriege zu tonen, durch die Napoleon niedergeworfen wurde, wie es übrigens selbst der eußische Historiker Treitschke schon vor vierzig Jahren getan hat, aber sie s „abenteuerlich wahnwitzig" zu schildern, ist ebenso sinnlos, wie der Götzen- enst, der in den preußischen Schulen mit diesen angeblichen „Freiheitskriegen" trieben wird. Ein so gänzlicher Mangel an Verständnis für historische usammenhänge ist nicht gerade schmeichelhaft für die Partei, wenn er h in einem Buche findet, das gewissermaßen unter ihrer offiziellen Flagge gelt.

Die „preußische Rache", die sich nur „national gespreizt" habe, soll das eudalwesen dann wieder aufgebaut und durch die Verschlingung des „halben achsens" noch gewaltig gestärkt haben. Tatsächlich war der Haupterwerb des eußischen Staates nach Napoleons Fall nicht das „halbe Sachsen", sondern estfalen und Rheinland, das heißt diejenigen deutschen Landesteile, die allein Deutschland schon auf der Höhe der modernen bürgerlichen Gesellschaft anden, was ökonomisch und politisch ungleich mehr bedeutete, als die papie- nen Verfassungen der süddeutschen Staaten und die „konstitutionelle Befruch- ng" der mitteldeutschen Staaten durch „die Flutwelle der Julirevolution". eilich suchten die ostelbischen Junker die westlichen Landesteile auf die Kultur- he der Kassubei hinabzudrücken, aber soweit ihnen das gelang, war es die chuld der rheinischen Bourgeoisie, deren Häupter, die Minister Camphausen id Hansemann, denn auch den Junkern wieder auf die Beine halfen, als e Berliner Barrikadenkämpfer sie niedergeworfen hatten.

Es soll nicht verkannt werden, daß im Anschluß an die oben zitierten eilen zwar nicht für das Jahr 1848, aber doch für die preußische Konflikts- t von der „Unfähigkeit des Bürgertums", von seinem „bornierten Haß gen das Proletariat" gesprochen wird und ähnliche Äußerungen noch sonst ı paarmal wiederkehren. Aber das geschieht immer nur gelegentlich, und mentlich ohne daraus die Konsequenz zu ziehen, daß die Junkerklasse von naden der Bourgeoisie herrscht. So gehört es denn auch zu jenen Geist- cheleien, bei denen jedes historische Verständnis aufhört, wenn das Werk geſtaunt wird, „dessen Gelingen auch der kühnste Junker 1848 für un- öglich hielt: das Zentralparlament selbst in eine Ständekammer zu ver- ındeln". Im preußischen Landtag habe das Junkertum sein Ideal voll- indig verwirklicht; kraft des Dreiklassenwahlrechtes habe es sich eine stän- ische Organisation geschaffen usw. Tatsächlich ist die Dreiklassenwahl in all er Greulichkeit insofern ein modernes Wahlrecht, als sie das Wahlrecht der ourgeoisie ist; selbst die schwächlichen Anstrengungen dieser Klasse in den eußischen Konfliktsjahren genügten, um ihr eine überwältigende Mehrheit preußischen Abgeordnetenhaus zu sichern, die die Junker selbst heute noch cht entfernt erreicht haben. Bis zu einem gewissen Grade ist der Vorsprung r Bourgeoisie allerdings dadurch ausgeglichen, daß die ländlichen Wahlkreise

durch die Verschiebungen der Bevölkerung nach und nach ein verhältni
mäßiges oder unverhältnismäßiges Übergewicht erlangt haben, aber der plut
kratische Charakter der Dreiklassenwahl ist damit nicht aufgehoben, und
wenig wir Bismarck für ein übermenschliches Genie halten, so halten n
ihn auch nicht für so kurzsichtig, daß er nicht gewußt hätte, was er tat, a
er, solange er die Bourgeoisie nicht völlig in der Tasche hatte, es lieber no
mit dem allgemeinen Wahlrecht riskieren wollte, als mit der Dreiklasse
wahl.

Ein ebenso beklagenswertes Opfer des Junkertums, wie die Bourgeoisi
sind nach unserem Verfasser die Regierungen der deutschen Mittel- und Klei
staaten! Sie wagen nur selten einen Widerstand gegen die Gelüste d
preußischen Junker. „Die Moskauer Rede des Prinzen Ludwig von Baye
am 5. Juni 1896 blieb ein Einzelfall, der aber allgemein gehegte Gefüh
bekundete." In dieser Rede verwahrte sich Prinz Ludwig dagegen, daß d
deutschen Fürsten „Vasallen" des Deutschen Kaisers seien, sie seien vielme
dessen „Verbündete". Wir müssen nun zu unserer Schande gestehen, daß n
für unser Teil von den „allgemein gehegten Gefühlen" aber auch nich
empfunden haben. Nachdem die bayerische Regierung die ihr bei den Versaill
Verhandlungen gebotene Gelegenheit, die künftige Reichsverfassung liberal
zu gestalten, dazu benutzte, sie noch reaktionärer zu verunstalten, als es sch
die preußischen Junker getan hatten, und nachdem dieselbe bayerische Reg
rung ein Vierteljahrhundert jedes reaktionäre Reichsgesetz, das die preußisch
Junker planten, unweigerlich unterstützt hat, bringen wir es gegenüber d
Frage, ob Prinz Ludwig von Bayern ein „Vasall" oder ein „Verbündete
des Deutschen Kaisers, zu keinem Gefühl, es sei denn zu einem Gefühl d
vollkommensten Wurstigkeit.

Im übrigen, wenn die Dreiklassenwahl die Bourgeoisie nicht hindert, d
Junkern die Zähne zu weisen, so die Reichsverfassung nicht die deutsch
Fürsten. Das erkennt auch unser Verfasser an, aber er meint: Wehe ihne
wenn sie einen solchen Versuch machen würden, dann kämen die Junker üb
sie. Das ist freilich auch ein Argument, aber wir fürchten, daß die Gefüh
die es auslöst, eher den Junkern zugute kommen werden als ihren Opfer

Was die sozialdemokratischen Wähler, für die das Handbuch bestimmt i
mit all diesen wehleidigen und weinerlichen Betrachtungen anfangen solle
ist uns nicht klar. Malt man einen gefährlichen Gegner recht schwarz, u
den Angriff gegen ihn zu beleben, so mag dieser Zweck für den Augenbl
erreicht werden, aber wenn es auf Kosten der historischen Wahrheit, un
Verschweigung der historischen Zusammenhänge geschieht, in denen die Gefäh
lichkeit des Gegners wurzelt, so tritt bald ein bedenklicher Rückschlag ein, ei
Enttäuschung, die nicht sobald wieder gehoben werden kann.

Es gab eine Zeit, wo Eugen Richter die seltsame Ansicht vertrat, die R
gierung brauche nur zu blasen, und die Junkerklasse würde im Nu von der Bil
fläche verschwinden, eine Ansicht, die selbst in den Parteikreisen mitunter la
wurde. Heute ist man geneigt, in das entgegengesetzte Extrem zu fallen, und vo
Sturze des Junkertums die „Herrschaft der Nation" im nationalen Staate zu

arten. Das ist ebenfalls eine Utopie, denn die Macht des Junkertums wurzelt utzutage darin, daß es von allen herrschenden Klassen der Nation als rätorianertruppe gegen die Masse der Nation gehätschelt und gehegt wird. chont man die Hehler, so kommt man dem Stehler nicht an den Leib, auch cht, wenn man ihn als Teufel an die Wand malt.

Die Abstinenzbewegung und die Sozialdemokratie in Finnland.

Von **M. Martna** (Helsingfors).

Die Stellung der finnischen Arbeiterpartei zur Alkoholfrage ist eine andere s die der Mehrheit der deutschen Genossen. Was die finnische Sozialdemo- atie hierzu veranlaßte, wollen wir im nachfolgenden darlegen.

1. Die gesetzliche Regelung des Alkoholvertriebs.

Anfangs des neunzehnten Jahrhunderts brannte in Finnland — auf rundlage eines alten schwedischen Gesetzes — jedermann Branntwein „zum iuslichen Gebrauch". Jeder Hof — ob groß oder klein — hatte seine primi- ve Brennereieinrichtung. Die Regierung erhob nun von allen Höfen je ich Größe oder Wert des Landes und von den Stadtgemeinden je nach r Einwohnerzahl eine obligatorische Brennsteuer — gleichgültig, ob Branntwein brannten oder nicht. Selbstverständlich begünstigte diese Steuer e Branntweinerzeugung, denn niemand wollte die Steuer umsonst zahlen. m Jahre 1800 bestimmte der Ständelandtag zugunsten der Schnapsbrenner, ß auch der Detailverkauf nur ihnen zustehe, außerdem den Pferde- itionen und den konzessionierten Schankwirtschaften. Der Staat behielt sich)och das Recht der Einschränkung oder gänzliche Aufhebung der Brennerei- tigkeit während Mißwachs- und Hungerjahren vor.

Infolgedessen gewöhnte sich das Volk so sehr an den Alkoholgenuß, daß nnland damals zu den europäischen Ländern mit ausgebreitetstem Alkohol- nuß gehörte; sechs- bis achtmal mehr Alkohol pro Kopf wurde konsumiert s gegenwärtig. Die russische Regierung tat dagegen nichts, als daß sie im ihre 1829 ein Gesetz gegen die Trunksucht erließ, laut welchem rückfällige inker in — Fußklötze gelegt und auf ein Jahr ins Zuchthaus geschickt erden konnten!

1840 bis 1860 versuchte die Regierung durch gütliche Überredungen Hausbrennerei einzuschränken, indem sie die Hausbrenner zu überzeugen hte, daß durch die industrielle Herstellung von Branntwein an Rohstoff viel part und auch der Schnaps an Güte gewinnen würde.

Also kündigte sich der Industrialismus an. Die Alkoholgegnerschaft begann er erst dann Boden zu gewinnen, als 1863 die Konstitution wiederhergestellt irde; nun erst konnte sich eine Agitation gegen den Alkohol entfalten. Auf m Ständelandtag von 1863/64 beantragten die Abgeordneten des Bauern- ndes die Aufhebung der „häuslichen Schnapsküchen". Das Gesetz kam 1865 stande, das alte System wurde beseitigt und dem Großbetrieb die Bahn i gemacht.

Das gegenwärtig gültige Branntweingesetz stammt aus dem Jahre 189
Es gab den Gemeinden das außerordentlich wichtige Recht, die Anlage neue
Brennereien in ihren Gebieten zu untersagen. Ferner verbietet dies Gese
den Staatsbeamten, Pastoren, Ärzten, Lehrern und anderen Personen, di
eine öffentliche Stellung einnehmen, sich an Unternehmungen zu beteiligen
deren Zweck die Herstellung oder Vertrieb alkoholhaltiger Getränke ist. Da
gegen ist es allen diesen Personen gestattet, Mitglieder der Göteborger Aus
schankgesellschaften zu sein, da diese Gesellschaften gegen den Mißbrauch de
Alkohols kämpfen sollen. Diese Ausschankgesellschaften begnügen sich m
6 Prozent Gewinn, was als ein „mäßiger Zins" angesehen wird.

Durch Gesetz von 1892 wurde die Branntweinindustrie auf eine wesentlich neu
Basis gestellt. Da die Gemeinden die Einrichtung neuer Brennereien durch
weg ablehnen, ist die Branntweinindustrie das Monopol einer kleinen Grupp
Großkapitalisten geworden. Diese Herren haben das Land unter sich i
gewisse Bezirke und unter den Schnapsindustriellen als „Wirkungskreise" ve
teilt. Diese Monopolisten haben es nun in der Hand, den Preis zu bestimme
und, falls es ihnen nützlich erscheint, auch die Zahl der Brennereien zu ve
ringern, ohne daß die Produktion darunter leidet. Von 1890 bis 1906 fi
die Zahl der Betriebe von 45 auf 23, die Produktion von 7¾ auf 6⅘ Mi
lionen Liter 50grädigen Alkohols, der Verbrauch pro Kopf von 2,6 a
2,3 Liter. Trotz des großen Rückganges der Zahl der Brennereien blieb al
der Rückgang der Herstellung wie des Verbrauchs sehr gering — das hei
die Großproduktion breitete sich aus.

Die Regierung tat, als ob der Mißbrauch des Alkohols auch durch d
Steuerpolitik gedämmt werden könne, und setzte die Mindeststeuer a
1,20 F. Mark (= 1,20 Franken) pro Liter fest, die erhöht, aber nicht hera
gesetzt werden kann. In den Jahren 1896 bis 1900 bezog die Finan
verwaltung durch diese Steuer durchschnittlich 6⅓ Millionen F. Mark jährlic
dazu zwei Fünftel des Gewinns der Ausschankgesellschaften — im Jahre 190
⅘ Millionen F. Mark — und die „Malzgetränkesteuer" — 1896 bis 190
durchschnittlich in gleicher Höhe — ergibt in Summa zirka 8 Millionen F. Ma
oder 8 Prozent vom Staatsbudget. Im laufenden Jahre ist die Einnahm
aus der Besteuerung des Alkohols auf 14 Millionen F. Mark geschätzt. Di
Steuer auf Malzgetränke wurde erhöht.

Neben der inländischen Produktion ist der Import alkoholhaltiger G
tränke recht bedeutend. Der Geldwert betrug im Jahre 1905 5⅔ Mi
lionen F. Mark.

Der Alkoholvertrieb wird durch besondere Verordnungen geregelt, di
ebenfalls im Jahre 1892 erlassen sind. Diesen unterstehen alle geistigen G
tränke von über 22 Vol. Prozent Alkohol. Die Fabriken können den Branntwei
nur an konzessionierte Händler und nicht unter 50 Liter ablassen. Die Stad
verwaltungen können die Konzessionen sowohl den Großhändlern, die mi
destens 400 Liter direkt verabfolgen können, wie auch den Kleinhändlern m
2 Liter Mindestverkaufsrecht verweigern. Auf dem Lande ist sowohl de
Groß- wie der Kleinhandel gänzlich verboten, mit Ausnahme vo
Badeanstalten und Hotels,[1] für welche der örtliche Gouverneur mit Einwill

[1] Beide derartigen Etablissements, in welchen der Verkauf in Betracht kommen könnt
sind äußerst selten und haben eine Bedeutung nur in großen Dörfern, die als Städte gelte
könnten, aber die Stadtrechte noch nicht haben.

ng der betreffenden Gemeinden die Konzession erteilen kann; Passagier-
mpfern kann der Gouverneur die Konzession selbständig und den Bahnhof-
taurationen mit Befürwortung der Eisenbahnverwaltung erteilen.

Wie sehr die ländliche Bevölkerung — 87 Prozent der Gesamtbevölke-
ng — für die Einschränkung des Alkohols schon nach 1865 eingenommen
ır, beweist der Umstand, daß die ländlichen Gemeinden von dem im
ıhre 1865 erlangten Verbotsrecht so ausgiebigen Gebrauch machten, daß
r Alkoholhandel auf dem Lande tatsächlich bereits aufgehoben
ır, als das Gesetz von 1892 erlassen wurde. Das Gesetz sanktionierte also
r den tatsächlichen Zustand. Zeitweilig haben auch einige Städte, selbst
: verhältnismäßig große Industriestadt Tammerfors mit über 40000 Ein-
hnern, den Alkoholhandel ganz sistiert. Gegenwärtig besteht das
rbot in Kotka und in Lachtis, in den roten Städten Finnlands. Durch
s alte Pluralwahlgesetz in den Städten sind die reichen Klassen aus-
laggebend, und sie haben den Alkoholhandel bisher aufrechterhalten.

Der Kleinhandel und der Ausschank an Ort und Stelle in den Städten
meist den nach dem Göteborger System gebildeten Ausschankgesellschaften
vertraut. 1902 waren in den 37 finnischen Städten 41 solcher Gesellschaften
ʒistriert, sie unterhielten zusammen 100 Ausschank- und Verkaufslokale.
er Umsatz dieser Gesellschaften erreichte in demselben Jahre 13 1/3 Millionen
d der Nettogewinn 2 1/4 Millionen F. Mark. Davon entfielen auf den
skus 4/5 Millionen F. Mark — zwei Fünftel des Nettogewinns —, während
: Städte drei Viertel, also 1 1/3 Millionen F. Mark, erhielten. Für die Städte
ıd diese Ausschankgelder von ziemlicher Bedeutung. Sie werden zur Unter-
ıtzung von Schulen, Wohltätigkeitsanstalten, zur Verschönerung der Städte usw.
rwandt. Die Grundsätze dieser Ausschankgesellschaften sind fol-
nde:

1. Der Privatvorteil muß vom Alkoholgewerbe gänzlich ausgeschaltet
erden. Der Ausschank ist Körperschaften zu übertragen, die für gemeinnützige
vecke arbeiten, und der Gewinn dieser Gesellschaften ist für gemeinnützige
vecke zu verwenden.

2. Solche Monopolgesellschaften müssen mit allen geeigneten Mitteln
gen die Trunksucht kämpfen, zum Beispiel das Publikum vom Besuch der
koholwirtschaften abgewöhnen und den Abstinenzrestaurants zuführen.

Das ist das angebliche Ideal dieser Gesellschaften. In der Wirklichkeit
erkt man aber davon äußerst wenig. Natürlich, die Vorschriften werden
i dem Ausschank nach Möglichkeit beobachtet. Im übrigen sind die Gesell-
ıaften aber Aktiengesellschaften, die ihr Geschäft im Interesse der Mit-
ieder, des Staates und der Kommunen möglichst nutzbringend zu
eiben suchen! Einen Einblick in die Tätigkeit dieser Gesellschaften ge-
ähren folgende Zahlen. Die Einnahmen der Ausschankgesellschaft von Hel-
ıgfors betrugen 1907 958856 F. Mark. Die Ausgaben waren in derselben
eit 276903 F. Mark, Reingewinn also 681953 F. Mark. Von dem Gewinn
hält die Stadt zuerst die Summe von 75854 F. Mark und von dem Reste
ch drei Fünftel, also in Summa 429742 F. Mark, während der Staat zwei
inftel — oder 235925 F. Mark — von dem Gelde erhält, welches das
roletariat in die Trinklokale der Ausschankgesellschaft getragen hat. Diese
esellschaften befassen sich übrigens nur mit dem Ausschank an das „Volk“.
ie höheren Klassen haben ihre eleganten Cafés und Restaurants, wo min-

destens so flott gezecht wird, wie in Deutschland. Und man sieht nichts davon, daß die Ausschankgesellschaften etwas unternähmen, um die oberen Zehntausen an die Abstinenz zu „gewöhnen“.

Die Inhaber der Restaurants erhalten ihre Konzessionen — unabhängi von den Ausschankgesellschaften — direkt von den Stadtverwaltungen.

Die ersten finnischen Bierbrauereien wurden in den fünfziger Jahre gegründet; man brachte ihnen warme Sympathien entgegen, denn ma glaubte mit dem bayerischen Bier den Branntweinteufel austreiben zu könne Das Brauereigewerbe wurde denn auch ganz frei ausgeübt. Erst 1903 tra das neue Malzgetränkgesetz in Kraft und brachte einige Ordnung in da Chaos. Von 1891 bis 1905 stieg die Zahl der Brauereien nur von 88 au 89, die Produktion sank von 21⅓ auf 21 Millionen Liter im Werte vo 6⅔ Millionen F. Mark, pro Einwohner von 8,7 auf 7,3 Liter. Die meiste der jetzt bestehenden 89 Brauereien sind ganz unbedeutend, die Hauptprodu tion besorgen einige Großkapitalisten, die in den Gouvernements Nylan (Helsingfors), Abo-Björmborg und Wiborg große Brauereien besitzen.

Anfang des vorigen Jahrhunderts gehörte Finnland zu den Ländern de größten Alkoholverbrauchs. Die angeführten Tatsachen zeigen uns jedoch, da das Volk gleichzeitig den Alkohol bekämpfte und die Gesetzgebung dahin trie den Alkoholgenuß zu beschränken. In diesen hundert Jahren wurde das fi nische Volk das mit dem geringsten Alkoholkonsum. In dem von de „Freunden der Abstinenz“ herausgegebenen „Volkskalender für 1908“ finde sich über den Alkoholkonsum folgende Zahlen:

a. Länder mit wachsendem Alkoholkonsum.

100 Prozent Alkohol in Litern pro Einwohner:[1]

	1885—1889	1900—1905 (04)
Frankreich	15,73	22,42
Italien	12,32	14,13
Belgien	11,56	12,97
Großbritannien	9,86	10,84
Deutschland	8,54	9,54
Österreich-Ungarn	8,36	9,00
Vereinigte Staaten von Nordamerika	4,92	6,40
Schweden	4,51	6,15

b. Länder mit fallendem Alkoholkonsum.

	1895—1899	
Die Schweiz	12,19	11,99
	1890—1894	
Dänemark	10,78	10,73
Rußland	3,36	2,65
Norwegen	2,15	2,05
	1885—1889	
Finnland	über 2,00	1,70

Jetzt, wo das Volk dies erreicht hat, ist es entschlossen, noch den letzte Schritt zu tun und das völlige Verbot der Herstellung, der Einfuhr und de Handels mit dem Alkohol zu Genußzwecken durchzusetzen.

[1] Der Alkoholgehalt der Getränke ist folgendermaßen angenommen: Branntwein 5[illegible] Wein 12 und Bier 6 Prozent.

2. Die bürgerliche Abstinenzbewegung.

1883 wurden in Helsingsfors die ersten, jetzt noch bestehenden Vereine ge-
ründet, und seitdem hat sich die Bewegung bis 1905 beständig ausgebreitet
nd fester organisiert. Ende 1905 gab es in Finnland 514 einzelne Abstinenz-
ereine mit über 34000 Mitgliedern.

Die über das ganze Land zerstreuten Vereine handeln selbständig, stehen
ber zum größten Teile unter einer Zentralleitung, die alljährlich von den
eputierten der Vereine gewählt wird. Der also organisierte Bund führt den
amen „Freunde der Abstinenz“. Das Ziel dieses Bundes ist: gegen den
ebrauch berauschender Getränke als Nahrungs- und Genußmittel zu wirken,
e Ideen der Enthaltsamkeit zu verwirklichen und die Mitglieder zum aktiven
litwirken an der sozialen Arbeit zu erziehen. Das Ziel soll erreicht werden
urch die Veranstaltung von Vorlesungen, Lehrkursen, Versammlungen, die
it geeigneten Vorträgen und Besprechungen verknüpft werden, Unterhaltungs-
benden und Festlichkeiten, ferner durch die Unterhaltung von Schulen und
ugendorganisationen, in welchen die Kinder und die Jugend über die Eigen-
haften und Gefahren der alkoholhaltigen Getränke belehrt werden, alsdann durch
e Herausgabe von Zeitschriften, Büchern und anderen geeigneten Lehrmitteln
ebst deren Verbreitung und die Einrichtung von Bibliotheken. Die Ausgaben,
elche all die Vereine 1905 auf die Bekämpfung des Alkohols verwandten,
liefen sich auf eine halbe Million F. Mark. Die Vereine entwickelten sich in
lgender Weise:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1884	210	1900	10277
1885	2304	1903	26200
1890	8058	1905	34288
1895	8572	1906	30896

Seit 1906 ist ein Rückgang eingetreten. Es ist die Zeit eines lebhaften poli-
chen Kampfes. Die Sozialdemokratie nimmt seit 1905 stark zu, und sie vertritt
cht nur das Verbotsgesetz, sondern auch die übrigen Interessen der Arbeiter-
asse, hat daher eine größere Werbekraft. Die Zahl der organisierten Arbeiter
eg von 45298 (1905) auf 85027 (1906). Es ist daher kein Wunder, wenn
e Zahl der Mitglieder der Abstinenzvereine nicht in bisheriger Weise weiter
ichst.

Die Abstinenzbewegung trägt den Charakter einer kleinbürger-
hen Volksbewegung und hat scheinbar deswegen eine so große Ver-
eitung gefunden, weil die Vereine gewissermaßen als Unterhaltungsklubs
oße Massen anzuziehen vermögen. In der Zeit ihrer größten Entwicklung
b es noch nicht so viele Arbeitervereine wie jetzt, deshalb schlossen sich die
beiter diesen Vereinen an.

Neben der eigenen, direkten Einwirkung unter der Jugend hat die Abstinenz-
wegung auch veranlaßt, daß die oberste Landesschulverwaltung den Schul-
itungen vorschrieb, im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichtes
ch die Abstinenzlehre zu berücksichtigen. Der Wunsch, den Unterricht über die
nnigfaltigen Gefahren des Alkohols als ein obligatorisches Lehrfach der
aatsschulen anerkannt zu sehen, ist aber noch nicht in Erfüllung gegangen.

Seitdem die Herstellung des Alkohols aus den Händen der Landwirte in
der Großkapitalisten übergegangen war, wurde es auf den Ständelandtagen
deutend leichter, gegen den Alkohol vorzugehen. Es fällt dabei auch noch

ins Gewicht, daß der Branntwein wie auch das Bier aus importierte Rohstoffen hergestellt werden und das Brennwesen daher als „landwirtschaf licher Nebenbetrieb“ nicht in Betracht kommen kann. Der Branntwein wi aus Mais hergestellt. Der größte Teil der Ständevertreter war bei de Alkoholgeschäft nicht mehr interessiert, zumal da es sich hauptsächlich um d Einschränkung der Trinkmöglichkeiten des ärmeren Volkes handelte, währer die eleganten Cafés und Restaurants der oberen Klassen beinahe unberüh davon blieben. Der adlige Grundbesitz in Finnland ist aber sowohl hinsichtli seiner Ausdehnung, Kapitalkraft wie auch der Privilegien nicht so mächti daß er die Herstellung des Alkohols sich hätte als Monopol der „notleidende Landwirtschaft“ ergattern können, wie zum Beispiel in den Ostseeprovinz oder in Preußen. Zum großen Glücke des Landes hat die schwedische Regi rung die Vorrechte des Adels im siebzehnten Jahrhundert gehörig beschnitte Bei der Bekämpfung des Alkohols war es vielleicht auch ganz gut, da Branntwein und Bier unter zweierlei Gesetz standen, wodurch die gegenseiti Unterstützung der Kapitalisten des schwächeren und stärkeren Alkohols wenig ins Gewicht fiel. Die Schnapskapitalisten sahen es gar nicht ungern, wer das Geschäft der Bierkapitalisten Beschränkungen erfuhr, und umgekehrt ebens

In den letzten politisch so wechselreichen Jahren erhielt auch der Kam gegen den Alkohol auf dem Wege der Gesetzgebung neuen, kräftigen Au schwung. Die Anhänger der Abstinenz brachten bei dem Ständelandtag v 1904/05 eine neue Gesetzesvorlage mit folgenden Hauptpunkten ein:

„1. Alle berauschenden Getränke fallen unter ein Gesetz; 2. auf dem flach Lande ist ein allgemeines Alkoholverbotsgesetz und in den Städten bezügli des Alkoholverbotsrechtes das Referendum durchzuführen; 3. in allen Stad gemeinden, die den Alkoholhandel und den Ausschank alsdann noch beibehalte ist der Vertrieb alkoholhaltiger Getränke nur nach dem Göteborger Syste zugelassen.“

Das kommunale Verbotsgesetz in Norwegen lag diesem Antrag zugrund die Antragsteller erwarteten, daß die allgemeinen Abstimmungen in den Kor munen sicher das Verbot ergeben würden.

Aber der Ständelandtag ließ die Vorlage durchfallen, nur die Abgeordnet des Bauernstandes und der Geistlichen waren dafür, die übrigen beiden Stän zogen die Vorlage gar nicht zur Beratung.

Damals waren die Führer der Abstinenzbewegung noch nicht für das Ve botsgesetz im heutigen Sinne. Sie wollten die Schnapsbourgeoisie und ih Freunde nicht so hart vor den Kopf stoßen und glaubten mit geringer Forderungen mehr zu gewinnen. Erst nach dem siegreichen revolutionär Generalstreik, als das ganze Volk immer lauter nach einem einheitlichen staa lichen Alkoholverbotsgesetz verlangte, konnte die Abstinenzbewegung auch nic umhin, diese Forderung in ihr Programm aufzunehmen. 1906 nahm d Delegiertenversammlung der „Freunde der Abstinenz“ die Forderung des al gemeinen Verbotsgesetzes in die Statuten auf, welche Anfang 1907 in Kra traten.

3. Die Alkoholfrage in der Arbeiterklasse.

Weder Branntwein noch Bier gehören bis jetzt zu den täglichen Genu oder Nahrungsmitteln des finnischen Volkes. Die alkoholhaltigen Geträn werden nur zu Berauschungszwecken genossen, und zwar nach kürzeren od

ängeren Pausen, je nach den Mitteln und Gewohnheiten der Trinker. Die
Berauschung ist daher stets eine größere als bei den germanischen Völkern,
ie an den täglichen Genuß gewöhnt sind. Die Bauern trinken gewöhn-
ich nur auf der Rückkehr aus der Stadt von Jahrmärkten und während
rößerer Festtage. Solche Momente bilden alsdann fast immer die Gelegen-
eit zu unliebsamen und unglücklichen Exzessen, wobei die Verwendung des
ationalen Messerdolches eine gar häufige ist. Um solchen unliebsamen Möglich-
eiten den Boden zu entziehen, dazu ist nun die große Mehrzahl des Volkes
ereit. Auf dem flachen Lande gibt es keine Schankwirtschaften und Schnaps-
andlungen, und die Bevölkerung fühlt sich dadurch nicht beengt, sondern
erade im Gegenteil wie vom Alpdruck befreit. Aber der Alkoholhandel in
en Städten und in den Branntwein- und Bierfabriken bildet auch für die
andbevölkerung insofern eine Gefahr, da der Alkohol von dort aus dennoch
en Weg auch auf das Land findet. Und in den Städten befinden sich die
erkaufslokale der Ausschankgesellschaften und die Niederlagen der Bier-
ıbriken gerade in den von Arbeiterbevölkerung bewohnten und berührten
egenden, wo die alkoholgewohnten Personen sie leicht aufsuchen und in sie
ntreten können.

Auch viele von den Trinkern sind für die gesetzliche Beseitigung des Alkohols.
ie trinken nur aus schlechter Gewohnheit weiter, weil sie sich persönlich nicht
eherrschen können. Über das Alkoholverbot würden sie sich jedoch freuen, da
ihnen den Kampf gegen den Alkohol erleichtert.

Insofern sieht das Volk in dem Verbotsgesetz die konsequente Fortsetzung
s längst aufgenommenen Kampfes gegen den Alkoholismus, da nur durch
lches Verbot die letzten Alkoholquellen verstopft werden können. Und diesen
ampf hat die Arbeiterklasse stets als notwendig anerkannt.

Seit der Gründung der finnischen Arbeiterpartei stand die Alkoholfrage
f den Parteikongressen immer auf der Tagesordnung. 1903 wurde die
orderung des allgemeinen Alkoholverbotsgesetzes als ein Pro-
rammpunkt angenommen, und 1906 fanden lebhafte Debatten darüber
att, ob die Partei von den Vertrauensmännern nicht absolute
nthaltsamkeit fordern soll. In der angenommenen Resolution wurde
Enthaltsamkeit als selbstverständlich für die Vertrauensleute
r Gewissenssache erklärt. Dennoch ist es keineswegs so zu verstehen,
wären die Arbeiterpartei und die Abstinenzbewegung in allem Hand in
and gegangen.

Während die Bekämpfung des Alkohols für die Abstinenzbewegung als End-
l gilt, betrachtet die Arbeiterpartei diesen Kampf als einen Nebenkampf
gen ein spezielles Übel in der kapitalistischen Gesellschaft. Daher ist der
ampf der Arbeiterpartei auch mehr gegen die Institutionen als
gen die persönlichen Gewohnheiten gerichtet, während bei den
stinenzvereinen umgekehrt mehr Gewicht auf das Individuum
legt wird.

Da die Abstinenzbewegung älter als die klassenbewußte Arbeiterbewegung
hat selbstverständlich die Arbeiterbewegung einiges von der ersten über-
mmen. Viele Arbeiter sind als Mitglieder der Abstinenzvereine in die Arbeiter-
ganisationen eingetreten und vertreten dort ihre Ansichten. Eine große An-
l der jetzigen Vertrauensleute, Redakteure und Beamte der finnischen Sozial-
mokratie sind aus der Abstinenzbewegung in die Arbeiterpartei gekommen.

Viele sind auch noch Mitglieder der Abstinenzvereine, treten häufig als Redn
in diesen Vereinen auf und suchen die Abstinenzbewegung sozialdemokratis
zu beeinflussen. Daß die Zahl der Sozialdemokraten in den Abstinenzvereine
recht groß sein muß, beweist der Umstand, daß die Delegiertenversammlur
der „Freunde der Abstinenz" seit einigen Jahren in die Zentralleitung größter
teils solche Personen wählte, die sich selbst für Sozialdemokraten erklären. Er
auf der letzten Jahresversammlung bekamen die Bürgerlichen die Mehrhe
zurück. Keineswegs war aber die Abstinenzbewegung sozialistisch. Wenn au
die führenden Personen nicht gerade für den Kapitalismus gearbeitet habe
so doch noch weniger dagegen, insoweit seine Wirkung nicht gerade die B
kämpfung des Alkohols betraf. Deshalb ging auch die Zahl der sozialistisch
Mitglieder zurück.

Als die Führer der Abstinenzbewegung bei dem Ständelandtag von 1904/05 d
Vorlage eines Kommunalverbotsgesetzes einbrachten, erklärten die Sozia
demokraten dies für ungenügend. Die Erfahrung hatte sie bereits geleh
daß auf dem Wege des kommunalen Verbots wenig zu erreichen sei. In einig
Städten hatte man auf Grund der bestehenden Gesetze bereits einen Verbotsversu
gemacht, der sich allerdings in viel engeren Grenzen halten mußte, als es je
beabsichtigt wurde. Aber diese Versuche mußten aufgegeben werden, weil a
den Nachbarstädten Branntwein im geheimen so viel eingeführt wurde, daß d
Einschränkung als vereitelt angesehen werden mußte. Und es war ganz au
geschlossen, daß alle Stadtkommunen das Verbotsrecht wirklich in dem Sin
des Verbotes gebrauchen würden.

Die Sozialdemokratie hatte damals erneute Gelegenheit, mit allem Nac
druck das allgemeine Verbotsgesetz zu propagieren, und während und nach de
Generalstreik von 1905 wurde dazu noch mehr Gelegenheit geboten. D
Verlangen nach einem Verbotsgesetz wurde so allgemein, daß selbst die bürge
lichen Parteien in ihren Wahlprogrammen dafür eintreten mußten. D
Wähler verlangten in der Abgeordnetenwahl von 1907 von allen Kandidate
daß sie für das Verbotsgesetz stimmen müssen. Nur die Schwedische Volk
partei war auch jetzt dagegen, da die Schwedisch redenden Wähler es nic
verlangten.

Als die Volksvertretung am 31. Oktober 1907 das Gesetz in endgültig
Form annahm, jubelte die Bevölkerung im ganzen Lande. Städte wurd
aus diesem Anlaß illuminiert, Schulen an diesem Tage geschlossen, Masse
versammlungen einberufen usw. — ein Beweis, daß das Gesetz dem Ve
langen des Volkes entspricht.

Die wichtigsten Paragraphen des Verbotsgesetzes haben folgend
Wortlaut:

„§ 1. Unter alkoholhaltigen Stoffen sind in diesem Gesetz alle Stoffe verstande
welche bei + 15 Grad C mehr als 2 Volumprozent Äthylalkohol en
halten. Ein aus Malz zubereitetes Getränk, das aus mehr als fünfprozentig
Würze nach der Ballingschen Skala hergestellt ist, gilt stets als alkoholartig, we
es nicht einer derartigen Behandlung unterworfen gewesen ist, daß es kein
höheren als den oben angegebenen Alkoholgehalt erreichen kann.

„§ 2. Herstellung, Einfuhr, Verkauf, Transport, Aufbewahrung und Lageru
alkoholhaltiger Stoffe ist gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes n
zu medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Zwecken gestattet.

„§ 3. Herstellung und Einfuhr alkoholhaltiger Stoffe ist Staatsmonopol u
darf Privaten nicht übertragen werden.

„§ 29. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1910 in Kraft, die Herstellung und der Import alkoholhaltiger Stoffe, soweit sie in diesem Gesetz nicht erlaubt sind, ist am 1. Juli 1909 einzustellen."

Die Stellung der finnischen Sozialdemokratie in der Alkoholfrage wird in einem Artikel des wissenschaftlichen Organs der finnischen Sozialdemokratie („Sosialistinen Aikakauslehti"), den das Blatt bald nach der Annahme des Verbotsgesetzes veröffentlichte, sehr treffend gezeichnet; es heißt dort:

„Diese Frage war der finnischen Sozialdemokratie von jeher eine Herzensfrage. Die organisierte Arbeiterschaft vertrat schon dann das allgemeine Verbotsgesetz, als die bürgerlichen Abstinenzapostel noch furchtsam die individuelle Enthaltsamkeit predigten und sich höchstens zur Forderung eines kommunalen Verbotsrechtes ver-itiegen, dem allgemeinen Verbotsgesetz aber noch entgegenwirkten. Die Sozialdemo-kratie war damals noch schwach, und die Herren saßen fest in der Regierung, wir hatten also wenig Hoffnung auf die Verwirklichung dieser wie so mancher anderen unserer berechtigten Forderungen. Wir wußten und fühlten es sehr gut, daß die damalige Klassenvertretung des Ständelandtags auf solche Wünsche des Prole-tariats gar kein Gewicht legt.

„Aber unser revolutionärer Generalstreik veränderte die Sachlage zugunsten der Verwirklichung des Verbotsgesetzes mit einem Schlage. Das Proletariat er-oberte sich damals das allgemeine Wahlrecht und die völlige Umänderung der Ständevertretung zu der Vertretung des Volkes, und das war auch ein großer Schritt in der Sache des Verbotsgesetzes. Der zweite, nicht weniger bedeutende Schritt bestand darin, daß der Generalstreik breite Massen des Volkes erweckte und der Sozialdemokratie zuführte. Und der dritte große Schritt bestand endlich in der tatsächlichen Durchführung des Alkoholverbots während des Streiks selbst, das die organisierte Arbeiterschaft durchsetzte. Obwohl die oberen Klassen nach Beendi-gung des Generalstreiks, als sie die Zügel wieder an sich nahmen, den Alkohol-strom sogleich auch befreiten, so blieb doch der Gedanke des Verbotsgesetzes dem Gedächtnis des Volkes erhalten. Die Generalstreikwoche bewirkte in den Anschau-ungen unserer Bourgeoisie eine so große Umwälzung, daß ein Teil von ihr auch für das Verbotsgesetz einzutreten sich gezwungen sah, genau wie zu der Umgestal-tung der Deputiertenkammer. Und seitdem wurde diese Sache von einer mächtigen Volksbewegung getragen.

„Dieser allgemeinen Bewegung stemmen sich nun die Alkoholkapitalisten mit ihren Helfershelfern entgegen, eine bedeutungslose Sippschaft, zusammengesetzt von persönlichen Interessenten, von Alkoholisten und von Leuten mit niedriger Denkungs-art, die auch in anderen Fragen des Fortschritts den Standpunkt der schwärzesten Rückständigkeit vertreten. Zur Vervollständigung des Bildes sei gesagt, daß auch der jetzige finnische Senat zu dieser Sippschaft gehört — der scheinbar mit Hilfe des Branntweins und der Polizei unsere Arbeiterbewegung erdrosseln möchte.

„Warum die finnische Sozialdemokratie sich des Verbotsgesetzes so innig an-genommen hat, das versteht jeder finnische Arbeiter ohne besondere Erklärung. Aber viele von den ausländischen Genossen scheinen uns nicht zu verstehen. So schien man auf dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie der Ansicht zu sein, daß die Anstrebung des Verbotsgesetzes etwas Kleinbürgerliches, Törichtes sei, wovon sich die wirklichen Sozialdemokraten am besten ganz fern hielten, und warnend betonte man, die finnische Sozialdemokratie werde das noch bereuen müssen, daß sie sich der Sache so innig angenommen![1]

---

[1] Unsere finnischen Genossen müssen über den Essener Parteitag einen Bericht erhalten haben, der gerade das Gegenteil von dem sagt, was ich aussprach. Laut Protokoll (S. 363) sagte ich: „Unsere Genossen in Finnland wollen ein Gesetz erkämpfen, das jede Produktion und den Verkauf alkoholischer Getränke glatt verbietet. **Will man den Alkohol als solchen, losgelöst von allen sozialen Bedingungen, bekämpfen, dann ist dieser radi-**

„Diese Anschauung scheint uns sonderbar und erklärt sich nur dadurch, daß unsere Verhältnisse den ausländischen Genossen soweit unbekannt sind und daß sie infolgedessen aus den eigenen Verhältnissen und den Vorurteilen der eigenen Völker die Wurzel des Alkoholgenusses auch bei dem finnischen Volke zu finden vermeinen, und daß man es auch bei uns für unmöglich hält, diese gesellschaftliche Krankheit und Verderbnis zu beseitigen, bevor die kapitalistische Ordnung überhaupt beseitigt wird. Besonders in Deutschland, wo das äußerst verbreitete Biergewerbe einer der bedeutendsten Erwerbszweige geworden ist und wo der Biergenuß noch zu den alltäglichen Gewohnheiten der Mehrzahl des Volkes gehört, mag unsere Forderung des Alkoholverbotsgesetzes wohl wunderlich erscheinen. Bei uns dagegen werden die geistigen Getränke zum großen Teile importiert, und gebraucht werden sie nur als betäubende Genußmittel und verursachen daher auch viel Unglück und Gefahr.

„Wir verstehen es sehr wohl, daß die Trunksucht in den sozialen Verhältnissen wurzelt, daß der Alkoholismus der Gegenwart ein Produkt der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft ist. Hat sich ja der Alkoholismus auch bei uns in den letzten Jahrzehnten der Entwicklung des Kapitalismus und der damit im engen Zusammenhang stehenden Vermehrung des Proletariats der Lohnarbeiter, der wachsenden Ausbeutung derselben, der Verelendung ihrer Wohn- und Familienverhältnisse, der Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Lebenshaltung zu einer verheerenden gesellschaftlichen Pest ausgeartet, unter der gerade die Arbeiterklasse am meisten leidet. In diesen Jahrzehnten entwickelte sich das Gewerbe der geistigen Getränke zu einem rein kapitalistischen Geschäft, indem die Oberschicht der bürgerlichen Klassen neben dem Import und der Herstellung des Alkohols auch den Handel und Ausschank beherrscht. Mit echt kapitalistischem Eifer und Rücksichtslosigkeit verbreitet diese Alkoholbourgeoisie mit ihren schmarotzerischen Handlangern die Gefahren des Alkoholismus mit allen Mitteln und Künsten. Wir erwarten durchaus nicht, daß das Verbotsgesetz die sozialen Ursachen des Alkoholismus aufheben und ideale Zustände herbeiführen könnte. Eine große Weltverbesserung erwarten wir davon also nicht. Wir wissen das sehr wohl, daß wir auch nach der Durchführung des Alkoholverbotsgesetzes unter dem Kapitalismus verbleiben, der nach wie vor Elend, Verderbnis und Verbrechen erzeugen wird.

„Aber trotzdem haben wir nach reiflicher Überlegung für unbedingt notwendig gehalten, neben dem allgemeinen, gegen den Kapitalismus gerichteten Kampfe noch einen separaten Kampf gegen den Alkoholismus zu führen. Wir können diesen

---

kale Vorschlag der allein wirksame. Ich kann nur wünschen, daß unsere finnländischen Freunde nicht die Erfahrung machen, daß das Schmuggeln doch wieder den Alkohol herbeischafft. (Sehr richtig!)"

Wogegen ich mich wendete, war das kommunale Schankverbot, die local option. „Dies würde zu nichts anderem führen als zu einem Streite innerhalb der Gemeinden, der die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, von dem Kampfe gegen die den Arbeitern feindlichen Mächte des Kapitalismus, ablenken würde. Die Einschränkung der Schankstätten würde auch nur den heimlichen Alkoholgenuß vermehren."

Wirklich dasselbe sage ich in meiner Broschüre „Alkoholfrage und Sozialdemokratie" (Seite 25) und füge dort als Anmerkung 20 im Anhang (Seite 51) hinzu:

„Da ... Rußlands Großgrundbesitzer und Schnapsbrenner ein sehr großes Interesse daran haben, daß ihnen dieses Absatzgebiet für ihren Branntwein nicht verschlossen wird, andererseits die Staaten, welche Wein und Kognak exportieren, das Alkoholverbot als einen Verstoß gegen die Handelsverträge ansehen, so ist so gut wie sicher, daß die russische Regierung den Beschluß des finnischen Landtags für ungültig erklären wird."

In der Diskussion ist über die finnischen Verhältnisse nicht gesprochen worden.

Es beruht also auf einem Irrtum unserer finnischen Genossen, wenn sie annehmen, auf dem letzten deutschen Parteitag sei die Anstrebung des allgemeinen Alkoholverbots abfällig beurteilt worden. Und das Kommunal-Verbotsgesetz erklärten ja unsere finnischen Genossen selber, wie dieser Artikel des Genossen Martna mitteilt, für ungenügend. E. Wurm.

:ampf mit dem Antimilitarismus vergleichen. Militarismus und Alkoholismus nd beide Produkte des Kapitalismus. Obgleich der gegen den Kapitalismus ge- ihrte Kampf auch gegen diese Produkte des Kapitalismus gerichtet ist, so ist das och noch nicht genug, sondern die Sozialdemokratie muß außerdem noch einen irekten Kampf gegen diese kapitalistischen Zwillingsbrüder des Bösen führen, wie er „Internationale sozialistische Kongreß" in Stuttgart bezüglich des Militarismus inmütig beschloß.

„Die Genossen in den Ländern der militaristischen Erdrückung verlangen unab- issig die allgemeine Volksbewaffnung, um den Militarismus zu überwinden, wenn : überhaupt zu überwinden ist. So wollen wir auch den Alkoholismus zu über- inden suchen. Unsere Anstrengungen im Interesse des Verbotsgesetzes haben uns icht im geringsten gehindert, den allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus und ie sozialen Ursachen des Alkoholismus mit gewohnter Energie fortzusetzen, eben- owenig wir Grund zu der Annahme haben, daß die Verwirklichung des Verbots- esetzes unseren sozialdemokratischen Kampf wesentlich erleichtern könnte.

„Aber schon die Annahme, daß die Verwirklichung des Verbotsgesetzes die Zahl er Trinker und durch das Trinken verursachte Unglücksfälle zu vermeiden vermag, eß uns dasselbe großer Anstrengungen wert erscheinen. Wer von uns erlebte icht täglich die große Not, das Elend und die Entbehrungen der Angehörigen der rbeiterklasse, deren direkte Ursachen wir in den geistigen Getränken suchen müssen, nd die durch das Verbotsgesetz zum großen Teil beseitigt werden können.

„Zweifellos wird aber das Verbotsgesetz uns noch andere Vorteile bringen, viel- icht mehr noch, als wir jetzt vorauszusehen vermögen. Das Gesetz vermag jeden- ılls erstens die wirtschaftliche Macht der Alkoholbourgeoisie ein wenig zu brechen ıd unsere Lage in demselben Verhältnis aufzubessern, da doch mehrere Millionen nützer Ausgaben wegfallen, die das Volk jetzt nicht nur in ganz unproduktiver, ndern geradezu schädlicher Weise für betäubende Genußmittel verausgabt. Vor len Dingen vermag das Verbotsgesetz die Kampffähigkeit und -geschicklichkeit des roletariats zu verbessern und seine wirtschaftliche, wie auch seine kulturelle Lage : heben. Die Erfahrung lehrt uns, daß eine Arbeiterklasse, der die Kraft zur Be- mpfung der Trunksucht fehlt, auch unfähig ist, im Kampfe gegen die kapitalistische usbeutung und Unterdrückung erfolgreich zu widerstehen. Die ärgsten Streik- :echer und Verräter der Arbeitersache sind ebenfalls Trinker, und es hält jwer, die dem Trunke ergebenen Arbeiter so weit zu erleuchten, daß sie bleibend n Arbeiterorganisationen beiträten. Das Verbotsgesetz vermag unserer Meinung ıch so manchen Arbeiter aus dem bürgerlichen Alkoholdusel zu erwecken und der ozialdemokratie zuzuführen. Also bedeutet das Verbotsgesetz unserer Auffassung ıch eine rechte Kleinrevolution in mehr als einer Beziehung.

„Alles das hat uns veranlaßt, die Idee des Verbotsgesetzes unerschütterlich zu rfolgen.

„Die Annahme des Gesetzes seitens der Volksvertretung mit neun Zehntel aller timmen ist ein Beweis, daß unsere Mühe nicht vergeblich war. Freilich be- eutet die Annahme des Gesetzes in unseren unglücklichen politischen Ver- iltnissen noch nicht, daß wir das Gesetz schon haben. Es ist möglich, daß r schwerste Teil des Kampfes uns noch bevorsteht, wenn unsere Alkoholbourgeoisie ıd ihre Interessen vertretende Regierung sich einmütig mit den schwärzesten Ele- enten Rußlands in Petersburg mit allen Mitteln eine Agitation gegen das Vereins- setz in Szene setzen. Bei der gegenwärtigen Regierung von Rußland dürfte es nen nicht schwer fallen, einen ablehnenden Beschluß zu erlangen — von einer egierung, die ja neben ihren übrigen Machtvollkommenheiten auch die allein- rechtigte und allerhöchste Herstellerin des Schnapses im heiligen Rußland ist.

„Wir sind aber jetzt auf jeden Fall einen Schritt weiter. Unsere Vertreter im eichstag haben ihre Pflicht getan. Und die Volksvertreter und das organisierte coletariat werden auch ferner Hand in Hand weiterkämpfen, bis ans Ende. iese Arbeit kann nicht zur Hälfte bleiben."

Die finnischen Genossen stehen und kämpfen gegen den Alkoholismus in wesentlich anderen, dem Kampfe günstigeren Verhältnissen, und das nicht nur hinsichtlich der Kapitalisten, sondern auch hinsichtlich der Volksgewohnheiten und Traditionen. Wenn man diesen beiden Umständen richtig Rechnung trägt, klärt sich die Stellung der finnischen Sozialdemokratie in der Alkoholfrage von selbst, und wir stehen nicht mehr wie vor einem schwierigen Problem, sondern wie vor einer Entwicklung, die sich aus den Umständen ganz natürlich ergibt.

Zweiseelenpraxis in der Literatur.

Von **Georg Davidsohn.**

In Nr. 34 der „Neuen Zeit" wurde die „Klerikale Zweiseelentheorie" einer interessanten Analyse unterzogen. Heute soll einmal die Zweiseelentheorie und Zweiseelenpraxis bürgerlicher „Intellektueller" an ein paar drolligen Beispielen belegt werden.

Seit einigen Monaten erscheinen „Die Bücher des deutschen Hauses", internationale Erzählungsliteratur in geschmackvollen Bänden, auf vortrefflichem Papier brillant gedruckt, feinsinnig geschmückt und leidlich illustriert. Die Erlesenheit der Autoren, die Vortrefflichkeit des Materials — kurz, die quantitativ wie qualitativ ganz außergewöhnliche buchhändlerische Leistung weckte bei allen Kennern Freude und Erstaunen, ja sogar Verblüffung; denn man ist bisher nicht gewöhnt, so gute buchhändlerische Gaben — einzelne Bände haben eine Stärke von mehr als 300 Seiten — zu einem Preis von 75 Pfennig zu erwerben (jeder Band jeder Serie kann in beliebiger Folge gekauft werden).

* * *

August der Scherl hat in den jüngsten Wochen die staunend aufschauende Mitwelt durch einen neuen Coup überrascht: er ist unter die Volksfreunde und -beglücker gegangen. Eine „Bibliothek August Scherl" (!) will „ein neuer Weg zu guten Büchern" sein — so heißt es wenigstens in den gelben Prospekten, die in Hunderttausenden von Exemplaren in die Massen geschleudert werden. Der gute, biedere August kommt uns also wieder einmal „reformatorisch"; sein Ziel ist nämlich, „dem ganzen Volke den Weg zu den geistigen Gütern der Kulturwelt zu bahnen", und zwar soll dieses „ganze Volk" sich empor lesen! Wie August sich das denkt, wird klar, wenn man die Reihe der Autoren, die er zu präsentieren plant, Revue passieren läßt. Da geht's von Bulwer zu Conan Doyle „empor", da liest man sich von Viktor Hugo zu Otto Ruppius und Wilkie Collins, von Walter Scott zu Theodor Mügge „empor"!

Der Schwindel beginnt mit einem „ungewöhnlich spannenden" Roman (selbstverständlich!), genau so, wie Augusts „Berliner Lokalanzeiger" seinerzeit mit dem „überaus spannenden" Roman „Im Irrenhause" eingeläutet wurde. Herrn Xavier de Montépin blieb die Ehre vorbehalten, das erste Pferd im neuen Zirkus (alias „Bibliothek") August Scherl zu sein. Wer ist Xavier de Montépin? Ein „Dichter" von dermaßen geringen Qualitäten, daß selbst ein Mann wie der ganz gewiß nicht anspruchsvolle Literaturreferent von Meyers Konversationslexikon (große Ausgabe, 5. Auflage) von ihm sagt: er sei „ohne literarischen Wert"!! Und dieses Montépin Roman „Die Wahrsagerin" (!) samt den folgenden — bitteren oder süßen — Kernen der „Bibliothek August

herl", sie werden in einer tristen Schale gereicht: in geschmacklosem Deckel, f miserablem Papier, in mittelmäßigem Druck. Und das alles zu leihen ˈtet pro Band zehn Pfennig. Zu leihen, wohlverstanden, und wer an ıem Band länger als eine Woche liest, der hat für je drei Tage mehr je ıf Pfennig zuzuzahlen, und wer etwa eins dieser Bücher kaufen will, der ıß für Schund wie Montépins „Wahrsagerin" schon vier deutsche Reichs- ırk dranwenden!

Was aber das Allerschönste ist: der fürsorgliche Vater August will seinen sekindern die Qual der Wahl ersparen. Wer einmal Abonnent geworden, m werden die Bücher in der von August bestimmten Reihenfolge ins ıus gebracht, weil sonst die „Emporleserei", vor allem aber Scherls Profit haden nehmen könnte. . . .

* * *

Wenn man hört und sieht, was „Die Bücher des deutschen Hauses" bieten ıd welchen Ungeschmack Augustus Scherl ins Volk zu schleudern auf dem prung steht, so muß man meinen: unisono wird jeder Mann und jede Frau n Verständnis und von gutem Geschmack dort billigen, fördern, hier aber ılehnen, warnen. Und ganz bestimmt muß man annehmen, daß jeder, der nes treffliche Unternehmen der „Bücher des deutschen Hauses" mit einem oh-ermunternden Worte begrüßt hat, der „Bibliothek August Scherl" schau- ɪrnd die Reversseite zukehren wird.

Zuviel der Ehre! Wie die folgenden „Gutachten" beweisen sollen, gibt es ıter den bürgerlichen „Intellektuellen" in der Tat eine Zweiseelentheorie und ne Zweiseelenpraxis, von der sich die Schulweisheit gar manches Hans aivus noch nichts träumen ließ. Wir lassen die „Dokumente" folgen: links ußerungen über „Die Bücher des deutschen Hauses", rechts Urteile derselben ersonen über die „Bibliothek August Scherl".

Gustav Falke:

„Die bisher geschaffene Auswahl bürgt ɪ Ihre umsichtsvolle Leitung, die nur ·utes und jedem etwas bietet. . . . Für en Kampf gegen die Schmutz- und Schund- teratur sind die ‚Bücher des deutschen auses' mit Freuden zu begrüßen."

„Jeder Einsichtsvolle muß den Weg, den August Scherl mit dieser Bibliothek einschlägt, gutheißen. Was wir alle wollen und wünschen, ein Praktikus zeigt uns, wie es zu erreichen ist. . . . Das Programm ist gut . . . die Liste der ersten fünfzig Bücher bürgt dafür, daß man mit Umsicht ans Werk geht."

Ludwig Fulda:

„. . . Ich . . . glaube zuversichtlich, daß ie mit dieser Bibliothek dem erstrebens- ɪerten Ziele, weitesten Volkskreisen eine esunde Geistesnahrung zu bieten, um ınen wesentlichen Schritt näher kommen ɪerden."

„Während meines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat nichts so sehr meine Bewunderung erregt, wie die großartigen Einrichtungen des öffentlichen Bibliothekwesens. . . . Mit um so größerer Genugtuung be- grüßte ich den Plan des neuen Unter- nehmens, das mir in hohem Grade geeignet erscheint, den Ameri- kanern ihren Vorsprung auf diesem wichtigsten Gebiet der Volksbil- dung wettzumachen."

Paul Oskar Höcker:

„Die ‚Bücher des deutschen Hauses‘ sind mehr als ein literarisches Werk: sie stellen eine Tat von sozialer Bedeutung dar.“

„Die ‚Bibliothek August Scherl‘ find meinen vollen Beifall. . . .“

Joseph Lauff:[1]

„Keine Frage — hier handelt es sich um einen weiteren Fortschritt im Kampfe gegen die Gleichgültigkeit und Schundliteratur, um einen heißen Kampf, der in letzter Zeit von verschiedenen Seiten aus mit mehr oder weniger Glück angesetzt (!) wurde. Ich glaube, Sie siegen unter günstigem Zeichen! . . . Führer und Waffen sind gut — und so wünsche ich denn Ihren erlesenen Truppen, den ‚Büchern des deutschen Hauses‘, ein herzhaftes und siegreiches ‚Vorwärts‘.“

„Der Kampf wider die Schundlit ratur, der in den letzten Jahren m mehr oder weniger Glück ang setzt (!) wurde, scheint durch die g plante ‚Bibliothek August Scherl‘ in ei ganz neues Stadium zu treten. . . .

„Auch der Gedanke, ohne aufdring liche Belehrung in der großen Masse de Volkes die Kunst des Lesens zu wecken . . muß als ein glücklicher, selbstloser (!!!) un segenbringender bezeichnet werden. . . .

Max Liebermann:

„. . . Freilich ist die Schundliteratur ebensowenig auszurotten als die Schundmalerei oder -musik. . . . Immerhin dürfte kein besseres Mittel gegen den Schund zu finden sein als: das Beste gut und billig geben.“

„. . . Alle aber werden darin eini sein, daß die Schundliteratur bekämpf werden muß, und der Weg, den di ‚Bibliothek August Scherl‘ einschlägt, ur zu diesem Ziele zu gelangen, scheint mi ebenso neu wie richtig, indem Be rufene die Auswahl und die Reihen folge, in welcher die Bücher ge lesen werden, treffen. . . .“

Friedrich Naumann:

„. . . Ich . . . finde, daß die Sammlung sowohl in Ausstattung wie in Auswahl recht gut ist und sich durch einen billigen Preis vorteilhaft auszeichnet. Eine besondere Empfehlung wird nicht nötig sein, da diese Sammlung sich ganz von selbst ihren buchhändlerischen Weg bahnen wird.“

„. . . Wenn die ‚Bibliothek August Scherl‘ als starke Konkurrenz auf den Kolportagemarkt auftritt, so ist das meine Erachtens nur zu begrüßen. . . .

„In diesem Falle aber soll dem Lese nichts geschenkt werden, nur soll er ein gewisse Garantie erhalten, daß ihm wirk liche Literatur geboten wird und nich Margarine statt Butter. Das ist auc der einzige Grund, aus dem ic ein Wort für dieses Unternehmen zu schreiben bereit bin.

„Die vorliegende Auswahl von Schrift werken ist, soweit meine Kenntnis de einzelnen Werke reicht, eine durchaus gute. . . .“

Friedrich Paulsen:

„. . . Es gibt wirklich für den Leser schlechter und schmutziger Leihbibliotheksware (oder für den Käufer elender Hinter-

„Den zahlreichen Unternehmen, unse rem Volke gute Lektüre zu wohlfeilem Preise zuzuführen, tritt in dem von

[1] Man beachte den „Stil“ und die „Fülle“ der „Gedanken“, die sich drüben in dieselben Worte kleiden wie hüben. G. D.

[...]ppenliteratur — und schnöder Vorder-[...]ppenliteratur, füge ich hinzu —) hin[...]t keine Entschuldigung mehr."

Herrn August Scherl geplanten ein neues und eigenartiges zur Seite. ... Ich wünsche dem großgeplanten Unternehmen großen Erfolg. ..."

Wilhelm Raabe:

„Solche Ausstattung für 75 Pfennig [...] freilich noch nicht dagewesen, und wie [...] den deutschen Bücherkäufer kenne, greift [...] mit beiden Händen zu."

„Mit dem, was Ferdinand Avenarius über die Sache gesagt hat, kann ich mich vollständig einverstanden erklären." (Avenarius ist entzückt über den Gedanken des „Emporlesens"; er erwartet von der „Bibliothek August Scherl" einen „großen Nutzen für unsere Kultur"!)

Franz v. Schönthan:

„... Wenn ein solches Werk nicht [...]fergreifenden Einfluß auf Geschmack [...]d Bildungsfreudigkeit des deutschen [...]lkes üben sollte, dann wäre freilich [...]er Kampf mit der Schund- und [...]handliteratur aussichtslos!"

„Das neue Unternehmen scheint mir in seiner grundlegenden Idee und in allen organisatorischen Einzelheiten so überaus glücklich gefunden, daß man ihm — und dem deutschen Volke — nur von ganzer Seele wünschen kann, es möge auch wirklich gelingen, diesen herrlichen Plan in Tat und Leben umzusetzen."

Berta v. Suttner:

„... Wie wird sich das geistige und [...]tliche Niveau des Volkes heben, wenn [...]lche Lektüre in seine Mitte dringt. ... [...]s sollte die Sitte einreißen (sic!), daß jedes [...]rautpaar des Mittelstandes, wie es sich [...]nen gefüllten Wäscheschrank anschafft, [...]nen mit dieser Sammlung gefüllten [...]ücherschrank einstellte."

„... Doppelten Dank einem Unternehmen, das die Heimstätten mit guten Büchern überschüttet. Der ganze Plan mit dem hochidealen Zwecke und der großartigen, fast amerikanisch anmutenden, praktisch angepackten Durchführung eröffnet weite Ausblicke. Ich habe bisher nur den Prospekt gelesen und dabei eine helle Freude empfunden. ..."

Hans Thoma:

„... Ich weiß aus Erfahrung, wie [...]el ein gutes Buch bei einfachen Menschen, [...]e noch nicht an der Überfülle einer [...]ibliothek leiden, zu bedeuten hat. ... [...]ch freue mich, daß dieser Preis es gar [...]elen ermöglichen wird, in den Besitz [...]lcher Bücher zu gelangen."

„... so finde ich die Idee der ‚Bibliothek August Scherl' sehr gut. ..."

* * *

So! Nun kann das „Emporlesen" beginnen. Deutschlands „Intellektuelle" [...]ußer den oben zitierten hat August Scherl als Schwurzeugen ergattert Leute [...]ie Otto Ernst, Julius Hart, Detlev v. Liliencron, Graf v. Posadowsky, [...]eter Rosegger, Klara Viebig und andere) sind bereit, Arm in Arm mit [...]ontépin, Friedrich Friedrich, Conan Doyle und Konsorten das zwanzigste [...]ahrhundert in die Schranken zu fordern!

Ein Normalarbeitstag für die Landwirtschaft.

Von L. H. Manscholt (Westpolder, Provinz Groningen, Holland).[1]

Wenn von der Einführung eines Zehnstundentags in der Industrie d Rede ist, fehlt es den Fabrikanten und ihren Wortführern nie an Argumente die die Unmöglichkeit dieser Maßnahme dartun sollen. Um wieviel größ würde aber der Haufen Beschwerden sein, wenn es sich um die Einführu eines Normalarbeitstags in der Landwirtschaft handelte! Wie würden da d „Anforderungen des Betriebs" herhalten müssen! Deshalb ist es angebrac den Landwirten mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, daß die Ausfül barkeit unserer Programmforderung nicht nur wünschenswert, sondern au vollkommen möglich ist. Ich glaube nachweisen zu können, daß der Betri dabei durchaus nicht ruiniert wird.

Besonders deshalb ist es erwünscht, daß die Vorzüge und die Möglichk einer beschränkten Arbeitszeit in der Landwirtschaft noch einmal eingehend e örtert werden, weil unsere deutschen Genossen Kautsky und David dies Arbeiterforderung gegenüber eine außerordentlich schwächliche Haltung ei nehmen. Und gerade diese beiden Genossen werden in diesem Lande imm als Sachverständige in der Agrarfrage angeführt.

Zwar verneint Kautsky nicht entschieden die Möglichkeit eines Norma arbeitstags in der Landwirtschaft. Er weist sogar mit Befriedigung dara hin, daß er in Deutschland an einigen Orten eingeführt wurde — wenigste wenn man darunter Arbeitstage versteht, deren Anfang und Ende nicht me völlig von der Willkür abhängen. Er weist auf Orte hin, in denen „scho ein „Normal"arbeitstag für die Landarbeiter von 5 oder 6 Uhr des Morge bis 7 oder 8 Uhr des Abends besteht! Was man nicht alles unter „norma versteht!

Kautsky möchte für den Sommer einen gesetzlichen Zehnstundentag für d Landwirtschaft haben, aber er beabsichtigt dabei sofort, Überstunden zu g währen. Auch will er den Interessenten — das heißt den Bauern — d Sorge dafür überlassen, daß die gesetzlichen Bestimmungen eine genügen „Elastizität" in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Betriebs b kommen.

Auch will er das Gesinde von der ganzen gesetzlichen Regelung ausschließe Diese Leute sollen sich selbst um etwas mehr Ruhetage bemühen („Agrarfrage S. 372 ff.).[2]

In der Tat, es nimmt nicht wunder, wenn David sich in seinem „Sozi lismus und Landwirtschaft" über diesen „normalen" Arbeitstag Kautsky lustig macht.

Schade nur, daß David in dieser Sache noch pessimistischer urteilt al Kautsky. Er sagt buchstäblich (S. 309): „Halten wir nun zwar eine be friedigende Lösung der Arbeitszeitfrage im Großackerbau ‚schon in der kapita listischen Gesellschaft' für unmöglich ..., so können doch insoweit Bestim mungen über Beginn und Schluß der Arbeit getroffen werden, daß der Arbeiter die Zeit für Schlaf und Erholung nicht unter das Maß des physio logisch Notwendigen herabgedrückt werden darf."

---

[1] Dieser Artikel erschien zuerst in unserem holländischen Bruderorgan „Het Volk" Er erscheint uns auch für die deutschen Genossen sehr beachtenswert. Die Redaktion

[2] Ich berichtige diese Darstellung in einem Nachwort. K. Kautsky

Ist es nicht, als wenn man einen beliebigen ostelbischen Junker reden hörte? Wird eine solche Haltung von Parteigenossen bewirken können, daß die urgeoisie in dieser Sache etwas zugunsten der Landarbeiter tut? Ist dies Standpunkt für Genossen, die in der deutschen Partei voranstehen, sie, die ihrem Programm einen Normalarbeitstag von höchstens acht Stunden dert, während dasselbe Programm ausdrücklich die Gleichstellung der Land-weiter und der Dienstboten mit den industriellen Arbeitern verlangt?

* * *

Eine gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit in der Landwirtschaft f höchstens zehn Stunden im Sommer und acht Stunden im Winter wäre nicht eine unmögliche Forderung an den Betrieb. Über die Wünschbarkeit er Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter braucht man keine Worte verlieren. Daß es auch für die Arbeiterbewegung von höchster Wichtigkeit daß die Arbeiter nicht jeden Tag ihr letztes Quentchen Arbeitskraft in den trieben ihrer Ausbeuter verausgaben, braucht auch nicht erörtert zu werden. viele sich aber noch immer durch die Berge von Einwänden beeinflussen sen, die die Männer der Praxis — in diesem Fall die Bauern — zum chweis der vollständigen Unmöglichkeit eines Normalarbeitstages beibringen, es angebracht, diese Einwände auf ihren Gehalt zu prüfen.

Woher kommt es, daß der Bauer zu einer bestimmten Zeit des Jahres oft es daransetzt, die Arbeitsleistung seiner Arbeiterschaft bis ins Unglaubliche steigern? Das kommt nicht von einer zeitweilig stärkeren Nachfrage nach Produkten, wie dies zeitweilig in der Industrie der Fall ist, sondern von Furcht, die richtige Zeit für das Schneiden des Getreides vorübergehen zu sen oder einen Teil der Ernte durch ungünstiges Wetter verderben zu sehen.

Nun liegt es auf der Hand, daß der Bauer, der in seinem ganzen Betrieb r ein einziges oder nur ein paar Gewächse anbaut, einen Mangel an Arbeits-iften bekommen muß, wenn er dieses Gewächs, das zu einer bestimmten it reif wird, innerhalb einiger Wochen schneiden und ernten muß. Diesem angel sucht er dann durch entsetzlich lange Arbeitstage seiner Arbeiter teil-ise abzuhelfen. Fragt man einen solchen Bauer, ob ein zehnstündiger Arbeits-z im Sommer möglich sei, so kann man zehn gegen eins wetten, daß er mit in antwortet. Ihm wäre ein 24stündiger Arbeitstag nicht zuviel, wenn nicht Nacht zur Einstellung der Arbeit nötigte.

Dies beweist jedoch gar nicht die Unmöglichkeit eines Zehnstundentages, dern bloß, daß die Betriebseinrichtung verkehrt ist. Wo findet man erhaupt in der Landwirtschaft periodisch den längsten Arbeitstag? Gerade rt, wo die Betriebsweise noch auf einer niedrigen Stufe steht, wo der Frucht-chsel noch nicht oder fast nicht angewandt wird, wo gar keine oder nur genügende Fürsorge getroffen wird, um die Produkte während des Nach-sens auf dem Felde vor ungünstiger Witterung zu schützen — kurz, wo eine kständige, wenig intensive Anbaumethode befolgt wird.

Der gesetzliche Zehnstundentag für die Landwirtschaft würde für solche rück-ndige Betriebe in der Tat bedeutende Schwierigkeiten mit sich bringen. ürde aber diese Maßnahme nicht umgekehrt als ein kräftiger Ansporn wirken, dlich einmal nach besseren Betriebsmethoden auszuschauen und den alten hlendrian aufzugeben?

Ein weitgehender Fruchtwechsel ist überall vorteilhaft, sowohl für Landwirtschaft wie für die Arbeiter. Der Bauer hat dabei den Vorteil,

daß er seine Arbeiten über einen großen Teil des Jahres verteilen kann. D
Betriebe der Groninger Marschbauern zeigen, was damit alles zu erreichen i
Nicht nur bauen die Groninger Bauern zehn oder mehr Gewächse an, sonde
von mehreren Arten noch einige Varietäten, deren Zeit der Reife um etw
verschieden ist. In dieser Weise ist es möglich, schon im Juni mit der Ern
(Kleeheu) anzufangen und damit fast regelmäßig bis zum November (Rübe
fortzufahren. Die Erntearbeiten währen dabei ungefähr ein halbes Jah
während sie bei dem einfachsten Fruchtwechsel innerhalb einiger Wochen od
Monate beendet sein müssen.

Und nicht nur die Erntearbeiten, sondern auch die Vorbereitungsarbeite
Jäten, Pflügen und Eggen, können bei einem weitgehenden Fruchtwechsel gleic
mäßiger, also besser ausgeführt werden. In den Groninger Betrieben ist d
Sucht zur maßlosen Verlängerung der Arbeitszeit auch bei weitem nicht
stark wie in den meisten anderen Gegenden des Landes. Man kommt hi
meist dem Zehnstundentag schon ziemlich nahe, und dies fast ohne irgendwelc
Aktion der Landarbeiter.

Das von mir bewirtschaftete Bauerngut ist 90 Hektar groß, wovon 80 Hekt
Ackerland, ist also eines der größten dieser Provinz. Wie auf den meiste
hiesigen Gütern ist die Betriebsweise intensiv. Der Ernteertrag pro Hekt
übertrifft zweifellos den Durchschnitt der holländischen Landwirtschaft — sowe
der Statistik zu trauen ist — um das Doppelte. Dennoch wird hier, auch i
der schlimmsten Zeit, nicht länger als 9½ Stunden pro Tag, ausschließli
der Ruhepausen, und im Winter 8 Stunden gearbeitet. Die Zeit für de
Weg zum Acker und zurück ist darin inbegriffen. Dennoch ist keine Rede davon
daß ein Teil der Ernte verdirbt. Alle Arbeiten können zeitig und ohne da
Aufgebot ungewöhnlich vieler Arbeitskräfte fertiggestellt werden. Dies wär
selbstverständlich unmöglich, wenn nicht ein weitgehender Fruchtwechsel ang
wandt würde und wenn man nicht Vorkehrungen gegen das Verderben de
Ernte während des Nachreifens träfe. Dabei werden hier viele leicht ve
derbende Produkte gewonnen, wie Heu, Flachs und Erbsen.

Die anderen zahlreichen und großen Vorteile des Fruchtwechsels brauche
hier nicht behandelt zu werden. Wir erwähnen bloß, daß die Fruchtbarke
des Bodens besser erhalten bleibt, daß weniger Pflanzenkrankheiten vorkomme
und daß bei dem Schwanken der Produktenpreise, bei Hagelschlag und der
gleichen das Risiko weniger groß ist.

Nun wird zweifelsohne nicht jeder Boden für einen weit durchgeführte
Fruchtwechsel gleich geeignet sein, aber es ist doch sicher, daß dieser in de
meisten Gegenden bedeutend ausgedehnt werden kann.

Schlendrian und Unwissenheit bei den Bauern sind nur allzuoft Hemm
nisse einer zweckmäßig eingerichteten Betriebsweise. Da nun die gesetzlich
Einführung eines Normalarbeitstages in der Landwirtschaft ein Segen fü
die Arbeiter ist und zugleich als kräftiger Reiz für die Einführung zweck
mäßiger Kulturmethoden wirken kann, werden wir uns jedem Versuch bürger
licher Parteien, die Landarbeiter ähnlich wie bei dem Unfallversicherungsgese
aus dem Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit auszuschließen, bis aufs äußerst
widersetzen müssen.

Und vor allem: wir dürfen nicht unsere Zustimmung dazu geben, daß
Hintertürchen à la Kautsky offen bleiben, denn sie sind wirklich nicht nötig
die bürgerlichen Parteien versuchen doch schon immer, sie möglichst weit zu

nen. Das ist ja selbstverständlich; wer nicht kräftig in die Arbeitsverhältnisse greifen will, der legt bald großes Gewicht auf die „praktischen" Einwände Unternehmer, um damit seinen Mangel an Entschiedenheit zu entschuldigen. e gesetzliche Regelung des Normalarbeitstages in der Landwirtschaft darf keinen Fall durch allerhand Ausnahmebestimmungen wirkungslos gemacht rden. Die besondere Natur des Betriebes erleichtert ohnehin schon eine Umung des Gesetzes, und vorläufig werden die Gewerkschaften sich noch oft für richtige Durchführung der gesetzlichen Bestimmung ins Zeug legen müssen.

Ich weiß allerdings, daß es Gegenden gibt, in denen die Erntearbeiten stärker anhäufen werden als in anderen, zum Beispiel in den Grasländern ieslands. Würde dort aber nicht ein bedeutender Teil der Arbeiten durch aschinen und Wanderarbeiter ausgeführt werden können? Wir sind nicht gen Wanderarbeit, wenn nur nicht, wie es oft geschieht, die Arbeiter wie nde beherbergt werden, sondern für gute Wohnungen gesorgt wird.

Und schließlich: wenn es Gegenden gibt, wo in der Tat eine bedeutende rkürzung der Arbeitszeit erhebliche Beschwerden mit sich bringt, die sich auch t gutem Willen nicht vermeiden lassen, so stehen für uns die Ruhe und die f die eigene Bildung zu verwendende Muße einer großen Klasse von Landbeitern höher, als der finanzielle Vorteil der Grundbesitzer, deren Einkommen n Teil auf solcher barbarisch langen Arbeitszeit beruht.

* * *

Nachwort.

Wenn ich zu diesen Ausführungen das Wort ergreife, geschieht es nicht, um gen ihren sachlichen Inhalt zu polemisieren. Im Gegenteil, ich ergreife das ort, um dagegen zu protestieren, daß Genosse Mansholt mich in Gegensatz zu nen Ausführungen zu bringen sucht, die meine wärmste Sympathie finden.

Es beruht auf einer völligen Verkennung der Ausführungen meiner „Agrarge", wenn er mir Schwächlichkeit und Unentschiedenheit in der Verfechtung des rmalarbeitstags vorwirft.

Ich kann mir die Auffassung des Genossen Mansholt nur dadurch erklären, ß er bei der Lektüre meines Buches David als sein Vademekum benutzte — als nen „Referentenführer". David hat nie das Bedürfnis gezeigt, meine „Agrarge" zu verstehen, sondern stets nur das, sie ins Lächerliche zu verdrehen, und er t in diesem Falle doppelten Grund dazu, da ich ein entschiedener Verfechter des tstündigen Normalarbeitstags auch für die Landwirtschaft bin, David dagegen Interesse seiner Bauern vom Normalarbeitstag nichts wissen will. Ich stehe o auf demselben Boden wie Mansholt.

Genosse Mansholt macht sich darüber lustig, daß ich von einem „Normaleitstag" für Landarbeiter spreche, der von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends uert. Es sei doch widersinnig, da von einem Normalarbeitstag zu reden. Genau höhnt mich auch David. Sie ignorieren, daß ich diese Fälle vorführe nicht als uster des Normalarbeitstags, den wir verlangen, sondern als Beweis dafür, daß Technik der Landwirtschaft die Festsetzung bestimmter Grenzen des Arbeitss keineswegs ausschließt. Dabei ist aber zu bemerken, daß selbst diese unublich langen Normalarbeitstage bereits Verkürzungen der Arbeitszeit rstellen, welche die Landarbeiter erlangten. Ohne diese Festsetzungen wäre auf großen Gütern, bei denen sie eingeführt wurden, die Arbeitszeit noch länger. o gar so lächerlich, wie es David und Mansholt erscheint, ist selbst dieser rmalarbeitstag nicht. Aber selbstverständlich ist der Normalarbeitstag, den ich lange, etwas ganz anderes. Ich sage darüber in meiner „Agrarfrage" im Anluß an einige Beispiele von Normalarbeitstagen der eben besprochenen Art:

„Wir haben also die Anfänge eines Normalarbeitstags in der Landwi schaft auch in Deutschland bereits vor uns, und wenn diese Anfänge noch dürftig sind, ist daran weniger die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktio als die große Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter schuld, deren Mac nur gering ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine regelmäßige Innehaltu derselben zu erzwingen.

„Um so mehr haben ihre Genossen in der Industrie dafür zu sorgen, d die Gesetzgebung ihnen bringt, was sie aus eigener Kraft nicht erzwing können.

„Die Bestimmung der Grenze des landwirtschaftlichen Normalarbeitsta geht über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus; wie in der Industr wird wohl auch in der Landwirtschaft die jeweilig praktisch erreichbare Gren ziemlich verschieden sein, um so mehr, da sie nicht bloß durch objektive technisc Faktoren, sondern auch durch sehr subjektive Machtfaktoren bestimmt wird. W sehen aber keinen Grund, warum nicht in der Landwirtschaft ebenso wie in d Industrie der achtstündige Arbeitstag das Ziel der Arbeiterbewegung bezug auf die Länge des Arbeitstags schon in der kapitalistischen Gesel schaft sein sollte."

Ich führe dann weiter aus, dieser Arbeitstag wäre am besten wohl in d Weise durchzuführen, daß man ihn für den Winter auf sechs, für den Somm auf zehn Stunden festsetzt. Man sollte glauben, daß Genosse Mansholt dam zufrieden sein und in mir einen Bundesgenossen begrüßen könnte.

Aber freilich, er findet einen Pferdefuß in meinem Vorschlag. Gerade so w David erklärt er:

„Kautsky beabsichtigt dabei sofort, Überstunden zu gewähren. Auch will den Interessenten — das heißt den Bauern — die Sorge dafür überlassen, da die gesetzlichen Bestimmungen eine genügende Elastizität in Übereinstimmung m den Anforderungen des Betriebs bekommen."

Was habe ich in Wirklichkeit geschrieben?

„Auch werden Überstunden bei Elementarereignissen und für manch dringende Erntearbeiten zu gestatten sein. Doch brauchen wir uns da über nicht den Kopf zu zerbrechen. Kommt es einmal zur Festsetzung de landwirtschaftlichen Normalarbeitstags, dann werden die Interessenten schon fi seine nötige Elastizität sorgen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wird dan nicht dahin gehen, auf diese Elastizität bedacht zu sein, sonder darauf, daß sie nicht zur Willkür wird, die jede Beschränkung de Arbeitszeit illusorisch macht."

Man sollte doch glauben, daß das deutlich genug ist. Von Überstunden i unbegrenztem Maße ist keine Rede, sondern nur von solchen bei außergewöhnliche Anlässen.

Mansholt-David scheinen zu glauben, eine derartige Überstundenbestimmung s unverträglich mit dem Wesen eines Normalarbeitstags. Da muß man sie do darauf hinweisen, daß mit den Bestimmungen eines Normalarbeitstags für di Industrie stets auch Bestimmungen für die Gestattung von Überstunden in aus nahmsweisen Notfällen verbunden sind.

Auch die Sozialdemokratie lehnt solche Ausnahmen nicht von vornherein al So heißt es zum Beispiel in dem Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, den unse Parteifraktion im Reichstag 1884/85 einbrachte, nachdem er die Arbeitszeit alle über sechzehn Jahre alten Arbeiter in der Industrie auf höchstens zehn Stunde festgesetzt hat:

„Das Arbeitsamt ist befugt, eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeits schicht um höchstens zwei Stunden täglich und auf höchstens drei Wochen aus nahmsweise zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regel mäßigen Betrieb unterbrochen haben."

Gerade eine solche Bestimmung sehe ich auch für die Landwirtschaft vor. Wie
herlich, nicht wahr? Von einem praktischen Landwirt kann man freilich nicht ver-
gen, daß er mit den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze vertraut ist. Wohl
r sollte man bei einem sozialdemokratischen Abgeordneten und Referentenführer
bißchen Sachkenntnis auf diesem Gebiet voraussetzen dürfen.

Natürlich kann mit den Ausnahmebestimmungen grober Unfug getrieben
rden. Es fällt mir aber auch nicht ein, den Bauern die Sorge für die „nötige
stizität zu überlassen“, sondern ich erkläre es für unsere Aufgabe, wenn es ein-
l zum Erlaß eines Normalarbeitstags für die Landwirtschaft kommt, dafür zu
gen, daß die Interessenten nicht mehr Ausnahmebestimmungen hineinbringen, als
ch die Betriebstechnik unumgänglich geboten sind.

Ans Herz gewachsen sind mir die Ausnahmebestimmungen nicht. Sollte in der
dwirtschaft keine technische Notwendigkeit für ihre Einführung bestehen, um so
ser. Ich verzichte auf sie mit Freuden. Wer mir eine gegenteilige Anschauung
erschiebt, verkennt gröblich meine Ausführungen.

Nicht minder gilt das von der Behauptung Mansholts, ich wolle „das Gesinde
der ganzen gesetzlichen Regelung ausschließen. Die Leute sollen sich selbst um
as mehr Ruhetage bemühen.“

Wo hat denn Genosse Mansholt das gefunden? Vielleicht bei David, sicher
ht bei mir. Was ich ausführe, ist folgendes: Die Art der landwirtschaftlichen
beit in Haus und Hof des Bauern ist eine andere als die der Feldarbeit.
r die letztere halte ich den Normalarbeitstag sehr wohl für praktisch möglich,
gegen kann ich mir seine Durchführung für die Arbeiten im Haushalt und im
hstall des Bauern nicht gut vorstellen. So muß wohl der Arbeiterschutz für die
beiten im Hause des Bauern andere Formen annehmen wie für die Feldarbeit.
s die zweckmäßigste Forderung erscheint mir da die Sicherung von bestimmten
hetagen für das Gesinde:

„Das strenge Verbot aller nicht unbedingt nötigen Arbeiten am Sonntag
 die Sicherung jedes zweiten Sonntags als völlig freier Tag für das
sinde sind unerläßlich, auch wenn in der Landwirtschaft ein Normal-
beitstag eingeführt wird.“

Das bezeichnet Mansholt als „Ausschließung“ des Gesindes von der „ganzen
etzlichen Regelung“, und er findet, daß David sich mit Recht darüber lustig
cht.

Ich muß zu meinem Bedauern gestehen, daß ich deutlicher, als ich hier getan,
h nicht mehr auszudrücken vermag.

Natürlich behaupte ich nicht, daß ich mit meinen Forderungen unter allen Um-
nden das Richtige getroffen habe. Hier beuge ich mich gern vor den Praktikern.
ben diese zweckmäßigere Vorschläge zu machen, werde ich sie gern akzeptieren.

Gerade weil Genosse Mansholt ein Praktiker ist, erscheinen mir seine Aus-
rungen so bemerkenswert. Freilich erschöpfen sie die Frage nicht. Es handelt
vor allem darum, zu erfahren, inwieweit Mansholts Erfahrungen allgemeine,
ieweit sie bloß lokale Geltung beanspruchen können. Sehr erwünscht wäre es
er, wenn auch andere praktische Landwirte unter den Genossen zu dieser Frage
s Wort ergriffen. Für den Landarbeiterschutz im Reichstag und in den Land-
en sowie eventuell auch in jenen Gemeinden einzutreten, die Landwirtschaft treiben,
s ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, besonders wichtig in Zeiten der Krise,
das Sicherheitsventil auf dem Lande, die Abwanderung in die Industriebezirke,
stopft ist. Die großen Landarbeiterstreiks in Italien setzen die Frage des länd-
en Normalarbeitstags auf die Tagesordnung. In Deutschland und namentlich
ußen sind die gewerkschaftlichen Methoden für die Landarbeiter verrammelt.
so notwendiger, daß wir die Gesetzgebung zu ihrem Schutze aufrufen.

Und dabei werden wir nicht unter das Maß jener Forderungen gehen dürfen, die ich
zehn Jahren in meiner Agrarfrage aufstellte und die jetzt die italienischen Land-
eiter verfechten, die auch Genosse Mansholt begründet. Wir müssen es entschieden

ablehnen, mit dem vorlieb zu nehmen, was David als sein Ideal des Arbeite schutzes auf dem Lande bezeichnet, mit Bestimmungen, die bewirken, daß dem A beiter „die Zeit für Schlaf und Erholung nicht unter das Maß des physiologis Notwendigen herabgedrückt werden darf".

An den herrschenden Klassen wird es liegen, ob und wieviel von unseren A trägen verwirklicht wird — diese Anträge selbst aber werden den Landarbeite am handgreiflichsten zeigen, was sie von der Stärkung der Sozialdemokratie erwarten haben.

Es gibt keine bessere Form der Landagitation als die der Agitation für ein ausreichenden Arbeiterschutz, namentlich den Achtstundentag auch für die Lan arbeiter. Das ist weit wichtiger und nützlicher für uns als aller Schutz für die b sitzenden Bauern. K. Kautsk

---

Die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft.

Von Dr. J. S—z.

Die unter diesem Titel jüngst erschienene Schrift des schweizerischen Bauer sekretärs Dr. Laur gibt lehrreiche Aufschlüsse über die Rentabilität der kleinen pa zellierten Bauernbetriebe der Schweiz. Die Arbeit ist das Ergebnis fünfjährig Erhebungen, die auf Veranlassung und unter Leitung des schweizerischen Bauer sekretärs auf Grund exakter Buchhaltung durchgeführt worden sind.

Dr. Laur teilt die 691 Betriebe, um deren fünfjährige Rechnungsabschlüsse sich handelt, in fünf Klassen ein, je nach der Zahl der Hektare, die sie umfasse und bezeichnet Betriebe bis 5 Hektar als Kleinbauernbetriebe (1. Klasse), di jenigen zwischen 5 und 10 Hektar als kleine Mittelbauernbetriebe (2. Klass die zwischen 10 und 15 Hektar als Mittelbauernbetriebe (3. Klasse), die zwisch 15 und 30 Hektar als große Mittelbauernbetriebe (4. Klasse) und die n über 30 Hektar als Großbetriebe (5. Klasse).

In den letzten fünf Jahren erzielten die 79 Kleinbauernbetriebe nun nach sein Erhebung eine jährliche Durchschnittseinnahme von je 2581 Franken, die 243 Betrie 2. Klasse eine solche von je 4255 Franken, die 187 Betriebe 3. Klasse je 6183 Franke die 152 Betriebe 4. Klasse je 9122 Franken und die 34 Betriebe 5. Klasse je 15970 Franke

Was die Quellen dieser Einnahmen betrifft, so stammen sie zu vier Fünfte aus der Tierhaltung; die weiteren Einnahmequellen zeigt folgende Zusamme stellung:

	1901 Prozent	1902 Prozent	1903 Prozent	1904 Prozent	1905 Prozent
Tierhaltung	79,82	78,64	80,10	78,35	79,14
Acker- und Wiesenbau	8,00	6,57	5,57	6,21	6,14
Rebbau (Weinbau) .	3,25	2,74	5,42	4,04	3,66
Obstbau	4,29	5,77	4,58	5,22	5,34
Waldwirtschaft . .	2,86	3,25	3,39	3,77	3,58
Verschiedenes . . .	1,78	3,03	0,94	2,41	2,14

Auf die Einnahme aus dem Verkauf der Milch und Milchprodukte wie d Rindviehs fällt im Durchschnitt der fünf Jahre je ein Drittel der Einnahmen. D Schweinehaltung partizipiert an den Gesamteinnahmen mit 7 Prozent, der Erl aus Kartoffeln mit 2 Prozent, der Wald mit 3½ Prozent.

Die Barauslagen betragen pro Hektar für

	1901 Franken	1902 Franken	1903 Franken	1904 Franken	1905 Franken
Tiere	99,90	141,55	125,55	121,13	141,45
Kunstdünger . .	12,75	16,10	14,55	12,97	12,25
Saatgut . . .	3,90	3,90	5,—	3,72	3,10
Versicherung .	5,05	4,20	4,75	5,16	6,40

Die Barauslagen pro Betrieb je nach der Klasse und im Durchschnitt pro Jahr Hektar beziffern sich in Betrieben:

	1. Klasse Franken	2. Klasse Franken	3. Klasse Franken	4. Klasse Franken	5. Klasse Franken
Löhne	14,30	26,90	32,80	54,15	47,70
Tiere	176,—	132,45	118,50	97,30	57,—
Futtermittel . .	15,70	9,50	9,70	8,60	8,80
Gutssteuern . .	9,45	15,20	10,30	12,40	5,35
Personalsteuern . .	5,85	5,55	4,55	4,05	1,45

Die Ausgaben für den Ankauf von Tieren sinken also mit dem Steigen der ̣ße eines Betriebs, da die größeren Betriebe in höherem Maße imstande sind, Nachwuchs selbst zu züchten.

Die Ausgaben für die Löhne, die natürlich mit der Größe der Betriebe steigen, ichen ihr Maximum bei der 4. Klasse.

Von den Kleinbauern wird weitaus am meisten ausgegeben für Futtermittel u, Gras und Weideatzung), was der schweizerische Bauernsekretär auf einen rsetzten Viehstand zurückführt.

Die Abnahme der Steuern erklärt der Bauernsekretär aus der Zunahme der htbetriebe, da sich der Pächter natürlich bei den Steuern besser stellt als der entümer.

In bezug auf die Höhe der Arbeitskosten und des sonstigen Betriebsaufwandes ben die Rechnungsüberschüsse der 691 an den Erhebungen beteiligten Betriebe m Jahresdurchschnitt von 412,90 Franken pro Hektar oder 7,95 Franken pro Franken des im Betrieb investierten Kapitals. Die darin enthaltenen Kosten schlicher Arbeit belaufen sich auf 273,95 Franken pro Hektar oder 5,30 Franken 100 Franken Kapital.

Über das Verhältnis zwischen den eigenen und den fremden (Lohn-)Arbeits- ten gibt folgende Tabelle Aufschluß. Von der Arbeitsleistung enthalten in Prozent:

	Zahl der Betriebe	Lohnarbeit	Arbeit eigener Leute
Betriebe 1. Klasse	72	18,08	87,92
Betriebe 2. Klasse	230	20,15	79,85
Betriebe 3. Klasse	178	28,90	71,10
Betriebe 4. Klasse	178	42,42	57,58
Betriebe 5. Klasse	32	59,37	40,63

Was die Bruttoerträge anbelangt, so betrug der Durchschnitt der fünf Jahre:

	Franken	Pro 100 Fr. Kapital Franken
Bruttoertrag im ganzen pro Hektar (ohne Wald) .	636,40	11,21
" der Viehhaltung " " " " .	419,20	86,65
" des Obstbaues " " " " .	62,80	15,—
" des Weinbaues " " " " .	1858,65	30,50

Mit 684,95 Franken pro Hektar und 11,70 Franken pro 100 Franken Kapital t der Bruttoertrag des Jahres 1905 erheblich über dem Durchschnitt der fünf re, was der Bericht auf die in letzter Zeit eingetretene Erhöhung der Preise landwirtschaftlichen Produkte zurückführt.

Betreffend die Verwendung der landwirtschaftlichen Produkte zeigt der Bericht, 72,5 Prozent des gesamten Rohertrags auf die Marktproduktion entfallen und 27,5 Prozent auf Eigenverbrauch. Und zwar liefern auch die Klein- uern mehr als zwei Drittel ihrer Produktion auf den Markt, so daß in hohem Grade von den Konjunkturen desselben abhängig sind.

Für Kleinbauernbetriebe bezifferte sich die Produktion für den Markt im Durch- nitt der fünf Jahre auf 67,63 Prozent, für Großbetriebe auf 81,81 Prozent der amtproduktion.

Über das durchschnittliche Einkommen der Landwirtschaft gibt folgen
Tabelle Auskunft:

	Pro Betriebsinhaber Franken	Nach Verzinsung des eigenen Vermögens bleibt Tageslohn Franken	Nach Abzug d. Arbeitslohns . eigenen Leu bleibt Verzinsu des Vermöge Prozent
1901	2913,60	1,19	0,82
1902	4075,—	2,25	2,86
1903	3947,75	2,43	3,29
1904	3395,20	1,89	2,57
1905	3552,60	2,10	2,90
Durchschnitt 1901 bis 1905	3576,60	1,97	2,48

Nach Abzug von 4 Prozent Zins ergibt das einen Arbeitslohn f
einen erwachsenen Mann von 2 Franken pro Tag, Sonntage inbegriffe
Setzt man aber für die Leute, die ohne Lohn gearbeitet hatten, den Lohn f
einen Knecht an, so bleibt ein durchschnittlicher Vermögenszins von 2,5 Proze

Das Gesamteinkommen des Landwirtes (Arbeitsverdienst und Zins d
eigenen Vermögens) beträgt pro Arbeitstag in den verschiedenen Jahren u
den Betriebsgrößen:

	1901 Franken	1902 Franken	1903 Franken	1904 Franken	1905 Franken	Durchschn Franke
Betriebe 1. Klasse . .	2,12	2,65	3,22	2,83	3,29	2,93
Betriebe 2. Klasse . .	2,53	3,52	3,22	3,22	3,76	3,30
Betriebe 3. Klasse . .	3,18	4,17	4,08	3,47	3,38	3,62
Betriebe 4. Klasse . .	3,33	4,29	4,66	4,10	4,33	4,21
Betriebe 5. Klasse . .	3,01	—	6,90	5,29	5,33	5,68
Durchschnitt	2,92	3,90	4,09	3,58	3,95	3,71

Das ergibt also einen Verdienst pro Mannarbeitstag (inklusive Vermögen
rente) von 3,71 Franken. Aus diesem Einkommen hat der Bauer, will er d
Reinertrag berechnen, alles in Marktpreisen zu bezahlen, was er vom Gute bezie
selbst die Wohnung.

„Gewiß", bemerkt der Berichterstatter, „erstreckt sich unsere Kontrolle nur a
einen kleinen Prozentsatz der schweizerischen Gutsbetriebe, und muß man mit Ve
allgemeinerung vorsichtig sein. Es ist aber ausgeschlossen, daß der Durchschn
sämtlicher schweizerischen Betriebe ein besonderes Resultat gäbe, aus folgend
Gründen:

„1. Das Einkommen steigt mit der Gutsgröße. In unserer Erhebung si
aber die größeren Betriebe erheblich stärker vertreten als im Durchschnitt. Uns
Einkommensmittel muß deshalb über dem durchschnittlichen stehen.

„2. Es ist klar, daß sich unserer Kontrolle namentlich die intelligenteren Lan
wirte unterstellten. Die mittlere Qualität der Betriebsleitung steht demgemäß üb
dem Landesmittel. Die Person des Leiters bedeutet aber auch in der Landwi
schaft viel für den Betriebserfolg. Unsere Zahl steht deshalb über dem Mittel.

„3. Leute, die sich in ökonomischer Abhängigkeit befinden, unterstellen sich d
Kontrolle nicht. Diese schwierigsten Existenzen unter den Bauern fehlen in unse
Erhebung. Das ist der dritte Grund, der unser Mittel über den Landesdurchschn
erheben muß."

Man beurteilt also die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft eher zu günst
wenn man die mittleren Einkommensverhältnisse der schweizerischen Bauernsame
obigen Zahlen bemißt.

Betreffend den Reinertrag der von ihm kontrollierten Betriebe kommt Laur [zu] folgenden Ergebnissen, in denen einerseits der Reinertrag in Prozenten des im [Be]trieb angelegten Kapitals ausgedrückt wurde, andererseits der Reinertrag pro [He]ktar Kulturfläche mit Wald angegeben ist.

	Durchschnitt 1901 bis 1905	
	In Prozenten des Kapitals	Reinertrag pro Hektar Kulturfläche in Franken
Betriebe 1. Klasse	2,33	143,15
Betriebe 2. Klasse	2,39	133,13
Betriebe 3. Klasse	3,02	140,85
Betriebe 4. Klasse	3,16	143,25
Betriebe 5. Klasse	4,25	142,10
Durchschnitt der Betriebe	3,06	141,15

Bezüglich des Ertrags des im Betrieb investierten Kapitals zeigt das fünf[jäh]rige Mittel ganz gesetzmäßig eine Zunahme mit der steigenden Betriebsgröße. [Au]f die Flächeneinheit bezogen, verschwinden diese Unterschiede fast vollständig. [Da]s fünfjährige Mittel zeigt, daß der geringere Ertrag der Kleinbetriebe auf den [hö]heren Betriebskosten, namentlich den höheren Ausgaben für Getreide und der [stä]rkeren Belastung mit Gebäudekapital beruhen muß. Der mittlere Reinertrag pro [He]ktar (141,15 Franken) genügt, um ein Kapital von 3500 Franken zu 4 Prozent [zu] verzinsen. Der Landwirt sollte also im Mittel für den Erwerb des Landguts [un]d der Betriebsmittel pro Hektar nicht mehr als 3500 Franken aufwenden, eine [Fo]rderung, die in den schweizerischen Verhältnissen, bei den heutigen Bodenpreisen [un]d Baukosten, als unerfüllbar bezeichnet werden muß.

Über die Einkommenverhältnisse (die Zahlen in Klammern bedeuten Neben[ein]kommen) und die Vermögensveränderungen (Überschüsse oder Defizite) mit und [oh]ne Berücksichtigung der Nebeneinkommen, zusammengestellt nach der Größe der [Be]triebe, orientiert folgende Zusammenstellung:

	Gesamteinkommen Franken	Vermögensänderungen im ganzen Franken	Vermögensänderungen ohne Nebeneinkommen Franken
[B]etriebe 1. Klasse	2485,80 (483,20)	+ 379,05	— 95,15
[B]etriebe 2. Klasse	3529,55 (706,10)	+ 824,75	+ 120,50
[B]etriebe 3. Klasse	4482,95 (696,35)	+ 1210,95	+ 514,60
[B]etriebe 4. Klasse	5657,15 (999,45)	+ 1427,55	+ 417,10
[B]etriebe 5. Klasse	6777,75 (634,—)	+ 2814,90	+ 2200,85

In allen Betriebsklassen sind Ersparnisse gemacht worden; allerdings sind die [Kle]inbauernbetriebe auf Nebeneinkommen angewiesen, soll nicht ein Fehlbetrag [her]auskommen. Im Mittel sämtlicher Betriebsklassen betrug das Nebeneinkommen [..] Prozent des Gesamteinkommens.

Notizen.



Die russische Geistlichkeit. Eine der festesten Stützen der Reaktion. Die [tre]ue Helferin des Allrussischen Verbandes ist die russische Geistlichkeit, die das Land [mit] der Beamtenschaft um die Wette aussaugt. Nach der Broschüre von W. Kiltschewsky, „[R]eichtum und Einkünfte der Geistlichkeit", der die folgenden Daten entnommen sind, [zä]hlte man im Jahre 1902 105339 Geistliche und 58138 Mönche. Die Zahl der letzteren [wa]r während der Regierung Alexanders III. sehr gewachsen, welcher ja unter großem [Ei]nfluß der Geistlichkeit stand, ebenso die Zahl der Klöster: von 1881 bis 1890 wurden [..]) Klöster gegründet, also pro Jahr 16 Klöster; im ganzen gab es 1902 862 Klöster.

Nach den Gesetzen verfügt jede Kirche über einen Bodenanteil von 34 bis [..] Deßjätinen[1] an Bauern- oder Regierungsland. Die Größe der Kirchenländereien

[1] Eine Deßjätine = ein Morgen.

betrug 1902 1⅔ Millionen Deßjätinen; 1905 waren ihrer schon 1⅘ Millio
Deßjätinen. Davon besitzen jedoch 15 Kirchen mehr als je 1500 Deßjätinen.
Wert dieser Kirchenländereien beträgt 116 Millionen Rubel. Die Klöster
kommen auf legalem Wege Anteile von je 100 bis 150 Deßjätinen; 7 Klöster besi
aber je 5000 bis 10000 und 6 Klöster mehr als je 10000 Deßjätinen! Am mei
Land besitzt das Kloster in Ssolowetz, 66000 Deßjätinen, und das Kloster in Ssavo
berühmt durch die Pilgerfahrt des Zaren, 26000 Deßjätinen. Die Kirchen
Klöster besitzen außer Land verschiedener Art noch Häuser, Hotels, möblierte Zimm
Läden usw., im Jahre 1903 außerdem 266 Höfe. Dem Alexandro-Newsky-Klo
allein gehörten mehr als 30 Häuser; bereits 1870 nahm dieses Kloster von der V
mietung seiner Läden bis 130000 Rubel jährlich ein; bei Petersburg längs
Newa hat es außerdem 12000 Deßjätinen Land.

Über die Einkünfte der Klöster ist nur wenig in die Öffentlichkeit gedrung
1873 hatte das Kloster von Ssergiews über 200000 Rubel Einkünfte. 1904 entd
ein Passant zufällig in den Büchern des Klosters Walaam, daß dessen Einnahm
220000 Rubel betragen; davon sind 12000 Rubel Zinsen vom Klosterkapital,
also nach russischen Verhältnissen 300000 Rubel beträgt. Einlagen auf ewige Zei
erreichten in den siebziger Jahren in nur 167 (und dabei nicht den reichsten) Klöst
7 Millionen Rubel. Ein Teil der Kirchen hatte 1859 an Einlagen für ewige Zei
8200000 Rubel. Der Etat der heiligsten Synode[1] betrug 1906 29 Millionen Ru
Der Oberprokurator hat 18000 Rubel, sein Gehilfe 10000 Rubel Gehalt. Auß
dem standen 1906 zur Verfügung der Synode noch fast 10 Millionen Rubel. A
bekam sie noch Zinsen von verschiedenen Kapitalien im Umfange von 3 Millio
Rubel. Im ganzen also betrug der Etat der Synode 42 Millionen Rubel.

Daß die Kirchen überhaupt ein sehr gutes Geschäft sind, kann man aus folgen
Feststellung der Ein- und Verkaufspreise ersehen:

	Einkaufspreis Rubel	Verkaufspreis Rubel
1000 bemalte Krönchen	1,25	20
1000 vergoldete Krönchen	3,—	50
1000 Krönchen aus Atlas	20,—	500
1000 Bogen Ablaßgebete	5,—	60

1902 starben 3243302 Orthodoxe. Wenn man annimmt, daß zu ihrem Begräb
die billigsten Krönchen genommen wurden, so bildet die Einnahme 64866 Rubel;
Ablaßgebetbogen auf einfachem Papier 204598 Rubel; also im ganzen 269464 Ru

Sehr beachtenswert sind auch die Summen, die die höchsten Chargen der Ge
lichkeit an Gehalt beziehen. Es bekommen: der Moskauer Metropolit Geh
6000 Rubel, Tischgelder 4000 Rubel, von den Klöstern seiner Diözese 71000 Ru
im ganzen 81000 Rubel; der Metropolit von Petersburg Gehalt 5000 Rubel, Ti
gelder 4000 Rubel, vom Newskykloster 250000 Rubel, im ganzen 259000 Rubel;
sonders aber tritt hervor der Metropolit von Nowgorod: er bekommt nämlich
Gehalt 1500 Rubel, Tischgelder 4000 Rubel und vom Nowgoroder Kloster mit sein
Gasthaus (!) 302000 Rubel, im ganzen also 307000 Rubel. Diese Ziffern wur
mehrfach veröffentlicht in russischen Zeitungen, die Synode hat darauf nichts
widert, so daß man sie für wahr halten kann.

Wozu werden aber diese Millionen verbraucht? Eine heikle Frage!

Gesetzlich sind nur die kleinsten Ausgaben vorgeschrieben. Auf die Armen kom
erbärmlich wenig. Wenn wir von den Schwindeleien absehen, die in der V
waltung dieser ungeheuren Summen, wie in jedem schlecht verwalteten Gesch
alljährlich wiederkehren, so haben wir für die Summen, die nicht auf Kapitalisierun
verwendet werden, nur *einen* Gebrauch aufzuweisen: *Unterstützung*
Reaktion. Und höchstwahrscheinlich ist es, daß der Allrussische Volksverband se
Hauptunterstützungen von der Geistlichkeit bekommt. Die Geistlichkeit hat ja gr

[1] Die heiligste Synode ist die oberste Verwaltungsbehörde der orthodoxen Kirche;
ihrer Spitze steht der Oberprokurator, ein *Laie*, wie ausdrücklich von Peter I. bestimmt wu

[...]gst, daß in nicht zu ferner Zeit Rußland Frankreichs Kirchenpolitik folgen wird, [...]gleich es nicht zu verkennen ist, daß der geistliche Einfluß im Volke leider noch [...]r hoch ist. Jetzt haben wir in Rußland den Kulminationspunkt der rührenden [...]meinschaft der Geistlichkeit mit dem Allrussischen Verbande. Und darin liegt die [...]deutung der zweiten dunklen Macht Rußlands, die vielleicht weniger hervortritt [...] die des Adels, aber ebenso unheilvoll wirkt wie diese. R. M.

Zeitschriftenschau.

Die Zeitschrift der englischen Arbeiterpartei, „The socialist Review", [...]ngt in ihrer Mainummer eine Anzahl Aufsätze, die sich mit praktischen Gegen[...]nden der englischen Politik und Sozialreform befassen. **„Die Komödie und Tra[...]die der Fabrikinspektion"** ist ein Aufsatz eines ungenannten Autors. Unter den [...]rigen Regierungen wurde von den Leuten, die Fabrikinspektoren werden wollten, [...]ige Kenntnis der Fabrikgesetzgebung und praktische technische Erfahrung ge[...]dert. Unter dem jetzigen Ministerium, seit Gladstone dieses Amt verwaltet, ist [...] Fabrikinspektion ein Feld für Günstlingswirtschaft und Intrige geworden. Unter [...]n Vorwand, daß man Personen mit allgemeiner Bildung sucht, wird die Sach[...]ntnis für überflüssig erachtet. Beamte, die ihre Befähigung durch einen Aufsatz [...]er englische Literatur erwiesen haben, müssen über die Gefährlichkeit von Maschinen [...]eilen, die das Leben der Arbeiter bedrohen. Es gibt wohl eine Anzahl Hilfs[...]pektoren, die aus der Praxis entnommen sind, oft ehemalige Arbeiter, aber diese [...]rfen nur Werkstätten beaufsichtigen, wo keine Maschinen stehen; sie werden also [...]tematisch aus Fabriken ferngehalten, deren Technik sie gründlich verstehen, während [...]se nur von ganz unpraktischen Hauptbeamten beaufsichtigt werden. Diese ganze [...]richtung wäre lächerlich, wenn sie nicht so furchtbar tragische Folgen hätte; die [...]zahl der Unfälle ist in dem letzten Jahrzehnt stetig gestiegen. Die Regierung [...]ll, durch die Angriffe der Arbeiterpartei bloßgestellt, die Anzahl der Hilfsinspek[...]en vermehren, aber nur eine gründliche Umwälzung dieses ganzen Departements [...]n Abhilfe schaffen.

Über **„Das Wohnungselend und die Verwahrlosung des Volkes"** (Housing [...]d national neglect) schreibt George Haw. Minister Burns hat eine Wohnungs[...]rlage eingebracht; sie wird jedoch nichts helfen, weil sie das alte verkehrte [...]inzip beibehält, die lokalen Behörden nicht zu zwingen, sondern ihnen bloß zu [...]tatten, ungesunde Wohnungen wegzuräumen. Diese lokalen Behörden sind aber [...]lfach die Hausbesitzer selbst, und die ärmeren Bevölkerungsschichten haben kein [...]ahlrecht. Darin liegt der Grund, daß trotz der Gesundheits- und Wohnungs[...]etze noch immer die Sterblichkeit der armen Klassen in den Städten so groß ist. [...]s beste Wohnungsgesetz war noch das alte aus dem Jahre 1851 von Lord [...]aftesbury, das von dem richtigen Prinzip ausging, daß das Erbauen guter [...]ohnungen durch die Gemeinden das beste Mittel sei, den schlechten Wohnungen [...]e Bewohner zu entziehen. Die heute befolgte Methode, die unbewohnbaren [...]user niederzureißen, bewirkt bloß Überfüllung der anderen, und die Hausagrarier [...]ren am besten dabei. Wenn man gesundheitsschädliche Häuser nicht für eine [...]he Entschädigungssumme expropriierte, sondern geradeso wie gesundheitsschäd[...]he Nahrungsmittel konfiszierte und vernichtete, würden die Hausbesitzer selbst für [...]ren Verbesserung sorgen. Die Unfähigkeit der Lokalverwaltungsaufsicht (Local [...]vernment Board) ist die Hauptursache, daß trotz der bestehenden Gesetze die Zu[...]nde so schlecht sind.

In einem Aufsatz **„Die Ernährung der Schulkinder"** behandelt J. H. Palin [...] Erfahrungen in der Industriestadt Bradford. Zuerst wurde auf Betreiben [...]bert Blatchfords ein Verein gebildet, der den Umfang des Übels in weiten [...]eisen bekannt machte. Die liberalen Gemeinderäte wollten jedoch keine kommunale [...]lfe; sie sagten, die Ernährung der Kinder sei Sache der Eltern oder der Privat-

wohltätigkeit, und wenn die Eltern ihre Pflicht vernachlässigten, sollten ihnen Kinder entzogen werden. Nur eine dürftige Abhilfe, die den häßlichen Charak einer Armenunterstützung tragen sollte, wollten sie gewähren, und sie behielten Mehrheit im Stadtrat. Ein Reichsgesetz brachte dann einen Umschwung; die Li ralen mußten nachgeben, und nachdem ein Aufruf für private Unterstützung ni einmal die Annoncenkosten eingebracht hatte, wurden einem Ausschuß aus Stadtkasse die nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt. Der Autor des Aufsat der selbst diesem Ausschuß angehörte, beschreibt dann ausführlich, wie man di Mittel verwandte; eine Zentralküche wurde eingerichtet und das Essen nach über die ganze Stadt verteilten Speisehäusern gebracht. Regelmäßige ärztli Untersuchung und Wägung der Kinder gab eine Kontrolle über die Wirkungen Einrichtung. Der Preis einer Mahlzeit betrug pro Kind 12½ Pfennig und gi nachher auf 10 Pfennig zurück, und für das Frühstück 8 Pfennig. Alles wu nach pädagogischen Rücksichten eingerichtet, auf Reinlichkeit, Tischschmuck du Blumen usw. wurde geachtet, Lehrer und Lehrerinnen halfen freiwillig bei der B aufsichtigung. Unter 1600 Kindern, die an diesen Speisungen teilnahmen, wa 200, deren Eltern dafür zahlten. Das liberale Gerede, daß die Eltern dabei Verantwortlichkeitsgefühl verlieren würden, hat sich selbstverständlich als halt herausgestellt; sobald sie dazu imstande sind, machen sie gern den Kindern v ärmeren Eltern Platz.

„Hollesley Bay“ ist eine Arbeitslosenkolonie, aus dem Gelde gekauft, das reicher Wohltäter dem Arbeitslosenkomitee zur Verfügung stellte. Die Arbeitslo betreiben dort landwirtschaftliche Arbeiten, besonders Gärtnerei in Großbetri Minister Burns hat über das Fehlschlagen dieses Versuches im Parlament gehöh der Autor Georg Lansbury erzählt die Geschichte, weist nach, wie die Kosten Kopf hier niedriger sind als bei anderer Arbeitsverschaffung, und daß, soweit m von einem Fehlschlagen reden kann, die Schuld bei Burns selbst liegt. Es n beabsichtigt, die Personen, die sich dort ausgebildet hatten, mit ihren Famil dauernd in der Nähe der Kolonie unterzubringen. Dafür verweigerte der Mini die Zustimmung, weil das Geld für Arbeitslosenunterstützung nur für zeitweil Abhilfe, nicht für dauernde Abhilfe benutzt werden darf. Es versteht sich, daß Arbeitsloser, der weiß, daß er nach einer Anzahl Monaten doch wieder in Londoner Arbeitslosenelend zurückgestoßen wird, kein Interesse mehr daran hat, Bestes zu tun und ein neues Leben anzufangen.

„The Social-Democrat“, die Zeitschrift der sozialdemokratischen Par bringt in der Mainummer einen Aufsatz von H. Quelch über **„Sozialdemokra und politische Aktion“**, der darauf hinweist, daß unpolitische, „direkte“ Aktion u politisches Wirken einander ergänzen sollen. Die vorsintflutliche Wahltechnik En lands hat oft verkehrte Wünsche veranlaßt; weil die Kosten der Wahl den Kan daten auferlegt werden, wünschen einige Genossen möglichst lange Legislaturperiod was dem Interesse des Proletariats widerspricht. Auch ist gerügt worden, daß S. D. P. dem ins Ministeramt berufenen Winston Churchill einen Kandidaten e gegenstellte. Es ist aber gut, daß ein Minister sich der Neuwahl unterwerfen m und jede Partei hat die Freiheit, diese Wahl für ihre Agitation auszunutzen. W die Geldfrage betrifft, so ist eine Vereinfachung und Verbilligung des Wahlmod nötig, um dem Proletariat eine wirkliche Teilnahme am politischen Kampf zu ermöglich

Unter dem Titel **„Chinesischer Sozialismus“** gibt J. Hunter Watts a Anlaß eines Buches von Alexander David „Le philosophe Meh-ti“ einige Bem kungen über die Lehre der allgemeinen Menschenliebe des vorchristlichen chinesisc Kommunisten Mitz-Tsi. Von seinen Gegnern wurde er vor allem angegriffen, w seine Lehre die spezifisch chinesische Haupttugend der kindlichen Liebe zu den Elte überflüssig machen würde. (Über seine Lehre und Person vergl. auch „Neue Zei XVIII, 2, S. 467.)

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



ınd Nr. 38 Ausgegeben am 19. Juni 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die erste Bresche.

☍ Berlin, 14. Juni 1908.

Der glänzende Erfolg, den die sozialdemokratische Partei bei den Urwahlen ı preußischen Abgeordnetenhaus davongetragen hat, beherrscht seit einer ɦhe vollständig die innere Politik. Er ist den Gegnern sehr verblüffend ımmen, was sich am schärfsten ausprägt in den unglaublich törichten Rede=ı, womit sie ihn wegzuschwatzen suchen. Bald soll damit bewiesen sein, ı die Dreiklassenwahl doch nicht so uneben sei, bald wird der geistreiche vand gemacht, diejenigen Genossen, die als die ersten Vertreter der Ar=rklasse in den preußischen Landtag einziehen, könnten den Eid nicht leisten, sie zur Treue und zum Gehorsam gegen den König verpflichte, bald wird oht, die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses werde die „sieben ßmacher“ schon zur Räson bringen.

Von all diesem und ähnlichem Gerede könnte höchstens der erste Gesichts=kt eine gewisse Beachtung beanspruchen, insoweit als die Agitation gegen Dreiklassenwahl bis zu einem gewissen Grade abgeschwächt wird durch die sache, daß auch sie der Arbeiterklasse die Tore des preußischen Landtags t völlig verschließt. Allein diese Abschwächung wirkt doch nicht weiter als auf diese oder jene liberalen Philisterkreise, die nur nach einem Vorwand en, um sich dem beschwerlichen Kampfe gegen die Dreiklassenwahl zu ent=en. An diesen Bundesgenossen ist nichts verloren; im Gegenteil ist es ı durchaus erfreuliche Klärung der Sachlage, wenn die Arbeiterklasse un=ıdeutig darauf hingewiesen wird, daß sie in dem Kampfe um ihr gutes ht allein auf sich selbst angewiesen ist, und für sie wird der erste Erfolg ı ein Antrieb mehr sein, vorwärts zu marschieren.

Einfach kindisch ist dann aber das Gemäre von der moralischen Unmög=eit, in der sich unsere Genossen befinden sollen, den Verfassungseid zu en, oder es wird höchstens doppelt kindisch, wenn Knuten=Ortel oder tige Tintenkulis des Junkertums sich darin gefallen. Diese Leute wissen

besser als irgendwer, daß der preußische Landtag in seiner heutigen Ge daß sowohl Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus die Produkte ehrloser Re brüche sind, die ihre glorreichen Vorläufer verübt haben, und sie zeigen dieser Vorläufer durchaus würdig, wenn sie sich gerade auf der Eids herumtummeln, die sie nicht anrühren würden, wenn sie in ihrem Soziali haß noch einiges Ehrgefühl besäßen.

In der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 war festgesetzt, e seits daß der König schwören sollte, die Verfassung fest und unverbrüchlic halten, andererseits daß die Mitglieder beider Kammern und alle St beamten dem König und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schw hätten. Bei diesen Bestimmungen ließ es auch das erste, auf Grund der klassenwahl gewählte Abgeordnetenhaus bewenden, das im übrigen die oktroy Verfassung ins Reaktionäre revidierte. Allein Friedrich Wilhelm IV. erkl ehe er selbst den Eid auf die Verfassung leiste, müsse der Eid der Kam mitglieder dahin umgeändert werden, daß sie „dem König den Eid der T und des Gehorsams leisten und die gewissenhafte Beobachtung der Verfas beschwören“ sollten. Dem fügte sich das damalige Abgeordnetenhaus, und leistete zwar der König am 6. Februar 1850 vor dem Landtag den Eid die Verfassung, unter dem üblichen Brimborium frommer Redensarten, f jedoch hinzu: „Allein Leben und Segen der Verfassung, das fühlen Ihre alle edlen Herzen im Lande, hängen von der Erfüllung unabweislicher dingungen ab. Sie, meine Herren, müssen mir helfen wider die, so die köni verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit machen und dieselbe gegen Urheber kehren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit; wider die, w diese Urkunde gleichsam als Ersatz der göttlichen Vorsehung, unserer Gesch und der alten heiligen Treue betrachten möchten; alle guten Kräfte im L müssen sich vereinen in Untertanentreue, in Ehrfurcht gegen das Königtum den Thron, der auf den Siegen unserer Heere ruht, in Beobachtung der setze, in wahrhaftiger Erfüllung des Huldigungseids, sowie des neuen Schw der Treue und des Gehorsams gegen den König und des gewissenhaften Hal der Verfassung; mit einem Worte: seine Lebensbedingung ist die, daß mir Regieren mit diesem Gesetz möglich gemacht werde, denn in Preußen muß König regieren, und ich regiere nicht, weil es also mein Wohlgefallen ist, weiß es, sondern weil es Gottes Ordnung ist, darum will ich auch regieren.“ K man sich ein frivoleres Spiel mit dem Eide vorstellen, als hier der fröm und gottseligste aller preußischen Könige treibt? Erst zwingt er durch Drohung, die Verfassung sonst nicht zu beeidigen, die Kammer dazu, den der Treue und des Gehorsams nur seiner Person und nicht auch der fassung zu leisten, und dann pocht er auf diesen „neuen Schwur“, um se Eid auf die Verfassung dahin zu verklausulieren, daß ihm möglich gem werde, mit dieser Verfassung zu regieren.

So haben denn auch die Junker und Pfaffen sich beeilt, den Eid Fried Wilhelms IV. auf die Verfassung dahin auszulegen, daß er gar kein Eid und haben nicht aufgehört zu demonstrieren, daß der König jeden Augen die Verfassung aufheben und aus souveräner Machtvollkommenheit e

„Königlichen Freibrief" erlassen könne, der die vormärzliche Ständeverfassung
wiederherstellte. Der gottesfürchtige König ist darauf auch mit hoher Be=
geisterung eingegangen und hat sich jahrelang, in der Tat bis zu seiner
geistigen Erkrankung, mit dem Plane beschäftigt, „alle Lüge und allen falschen
Konstitutionalismus aus der Verfassung zu entfernen, nicht aber die ständische
Freiheit". Selbst sein Nachfolger hat sich noch, wie Bismarck in seinen Denk=
würdigkeiten erzählt, mit Attentatsplänen auf die Verfassung getragen, ehe
er den Eid auf sie leistete. Wenn diese Pläne gleichwohl nur Pläne geblieben
sind, so aus dem durchschlagenden Grunde, weil der Knüppel beim Hunde
lag, weil der preußische Staat ohne den Scheinkonstitutionalismus nicht mehr
bestehen konnte, der zudem viel nahrhafter war, als die vormärzliche Stände=
verfassung: die Landratskammern der fünfziger Jahre kuschten viel gehor=
samer und hatten viel offenere Hände, als der Vereinigte Landtag von 1847.

Könige und Junker und Pfaffen haben also ein sehr erbauliches Beispiel
dafür gegeben, daß preußische Verfassungseide für die Katze sind, und um der
Gerechtigkeit willen müssen wir anerkennen, daß man sie in diesem Punkt nicht
so sehr tadeln darf, ihnen viel eher recht geben muß. Gewiß sind sie moralisch
und politisch verantwortlich für die ehrlosen Rechtsbrüche, deren Produkte
der preußische Landtag und die preußische Verfassung sind, allein wenn sie
die Eide, die in diesem herrlichen Landtag für diese herrliche Verfassung ge=
leistet werden, als beiläufige Schnörkel behandeln, so handeln sie wenigstens
konsequent. Sie wissen sehr gut, daß kein Eid Unrecht in Recht verwandeln
kann. Sie können sich dafür sogar auf Lassalle berufen, der einmal schreibt:
„Die preußische Verfassung hat noch nicht einen einzigen Tag zu Recht be=
standen! Hieran kann nichts dadurch geändert werden, daß sie einerseits vom
König, andererseits vom Landtag beschworen worden ist. Dieser Eid ist ein
nichtiger Eid, geradeso wie ein am Altar geleisteter Eid ein nichtiger ist,
wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe nichtig macht."

Inkonsequent handeln jene erlauchten Geister nur insofern, als sie, was sie
selbst als bloßen Firlefanz behandeln, anderen Leuten als unantastbares Heilig=
tum aufreden möchten. Freilich bewährt sich dabei die alte Erfahrung, daß
grau gewordene Heuchler schließlich selbst an ihre Heucheleien glauben; Fried=
rich Wilhelm IV. bildete sich ja auch ein, die Mitglieder der Kammer durch
einen Treueid fesseln zu können, in demselben Augenblicke, wo er selbst mit
einem frivolen Eide auf die Verfassung schwanger ging. Trotzdem haben die
Heuchler aber doch die Zeche zu zahlen, sintemalen ihr Lug= und Trugspiel
kurze Beine hat. Um sich durch Vogelscheuchen schrecken zu lassen, sind die
deutschen Arbeiter längst viel zu aufgeklärt; sie wissen, daß Verfassungseide
gleichgültiger Schnickschnack sind; nur daß es ihnen ihre ehrliche Politik ge=
stattet, offen darauf zu pfeifen, während die herrschenden Klassen allerlei
trügerisches Brimborium darum machen müssen.

Als letzter Trost bleibt diesen Klassen dann noch die Hoffnung, den sozial=
demokratischen Mitgliedern des neuen Abgeordnetenhauses das „demagogische
Handwerk legen" zu können, kraft der ungeheuren Mehrheit, womit sie die
winzige Minderheit erdrücken können. Ist doch der langjährige Präsident des

Abgeordnetenhauses jener Herr v. Kröcher, der längst nach dem starken, wen auch dummen Kerl gerufen hat, dem die Bändigung der Sozialdemokratie be schieden sein soll. Er kann jetzt sein Probestück liefern, und an gutem Wille dazu wird es ihm so wenig fehlen, wie an der Unterstützung des hohen Hauses Fragt sich nur, ob die Kraft dem Willen gewachsen ist, denn zum Mundtot machen gehören zwei, nicht nur Leute, die mundtot machen wollen, sonder auch Leute, die sich mundtot machen lassen.

Die Erfahrungen, die im Reichstag gemacht worden sind, sprechen nich sehr dafür, daß diese reaktionären Bäume in den Himmel wachsen werden In den ersten zwanzig Jahren des Reichstags ist die sozialdemokratische Fraktio durchschnittlich nicht viel stärker gewesen, als sie jetzt im Abgeordnetenhau sein wird, mit Ausnahme der Legislaturperiode von 1884 bis 1887, wo si 24 Mitglieder zählte; sonst schwankte die Kopfzahl zwischen 1 und 12. Gleich wohl war es diese winzige Minderheit, die Leben in die Bude brachte un den Verhandlungen einen ganz anderen Schwung und Wurf gab, als sie sons gehabt haben würden. Es fehlte auch damals nicht an denselben Trostgründen die heute hervorgesucht werden, um den erschreckten Bürgersmann zu beruhigen Herr Bamberger erklärte hochnasig, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätte sich als „Gäste" zu betrachten und in die Launen des Hausherrn zu schicken ja, Herr Simson, der „geborene" Präsident, versuchte auch den „starken Mann" zu spielen und den Genossen Bebel mundtot zu machen. Aber das bekam ihn sehr übel, obgleich Bebel damals sogar der einzige sozialdemokratische Ab geordnete im Reichstag war. Nicht Bebel blieb auf dem Plane, sondern Simson obgleich er sich an Intelligenz reichlich mit Herrn v. Kröcher messen konnte wenigstens wenn dessen bescheidene Selbsteinschätzung richtig sein sollte.

Wir sind die letzten, den bürgerlichen Parlamentarismus zu überschätzen aber so sinnlos ist er doch nicht eingerichtet, als daß eine wenn auch noch s kleine, so doch rührige und rücksichtslose Opposition sich auf ihm nicht eine Einfluß verschaffen könnte, der weit über das ziffermäßige Gewicht ihre Stimme hinausgeht. Ein halbes Dutzend Hechte genügen reichlich, um einig hundert fette und träge Karpfen durcheinanderzujagen. Die Mauer ist noc lange nicht erstürmt, aber sie hat aufgehört, ein sicherer Schutz der Reaktio zu sein, nachdem die erste Bresche in sie gelegt worden ist. Die ganze Lag der Dinge hat sich wieder einmal, um ein Wort Albert Langes zu gebrauchen zugunsten der Sozialdemokratie verschoben.

Zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg.

Von **Emil Kloth.**

Nachdem die letzten drei Gewerkschaftskongresse in Süd- und Westdeutsch land getagt hatten, entspricht es nur einem Akte der Gleichberechtigung, wen auch der Norden einmal wieder berücksichtigt wird. Und wenn bei der Wah des Kongreßortes von der Generalkommission auch der Wunsch der Ham burger Delegierten auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln ausschlaggeben gewesen sein mag, so könnten doch auch andere gute Gründe für di

Metropole an der Waterkant als passenden Kongreßort ins Feld geführt werden.

Denn für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat der Name Hamburg einen guten Klang, da sich hier der Typ der modernen Gewerkschaften zuerst mit ausbildete, weshalb auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes Hamburg nicht nur der Sitz der Generalkommission, sondern auch zahlreicher Zentralvorstände war. Jetzt noch domizilieren dort 14 von den 63 Zentralvorständen, und die Hamburger Gewerkschaften hatten am Schlusse des Jahres 1907 rund 100000 Mitglieder aufzuweisen. Daneben treten die Parteiorganisationen der drei Hamburger Wahlkreise mit großen Mitgliederzahlen in die breite Front des kämpfenden Proletariats, und in den letzten Jahren gesellt sich zu ihnen in immer wachsendem Maße die Konsumgenossenschaftsbewegung.

Demgegenüber ist aber auch das Unternehmertum nicht müßig gewesen, dafür legt das feste Gefüge der Unternehmerorganisationen des „Vierstädtebundes" beredtes Zeugnis ab, mit denen der Arbeiterschaft harte Kämpfe nicht erspart geblieben sind.

So ist es also historischer Boden, auf dem in diesem Jahre das deutsche Gewerkschaftsparlament tagt, um eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Außer dem in neun Abteilungen gegliederten Rechenschaftsbericht der Generalkommission weist die Tagesordnung nicht weniger als acht Punkte auf, von denen mehrere das Interesse unserer Partei ganz besonders in Anspruch nehmen, die aber auch zugleich beweisen, wie eng politische und gewerkschaftliche Fragen miteinander verwachsen sind. Nach der Entente cordiale der letzten zwei Jahre zwischen Partei und Gewerkschaften darf man wohl mit Recht voraussetzen, daß die hier und da zutage getretenen Gegensätze der beiden Lager nicht mehr in derjenigen Schärfe aufeinanderprallen werden, wie es unmittelbar nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß der Fall war, und es dürfte daher auch — unbeschadet der politischen Neutralität der Gewerkschaften — das Bewußtsein die Verhandlungen des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses beherrschen: Partei und Gewerkschaften sind eins! So fest wie früher der eiserne Reif des Sozialistengesetzes das kämpfende deutsche Proletariat zusammenhielt, ebenso zwingt die gewaltige Machtentfaltung der Unternehmerorganisationen und der Block der bürgerlichen Parteien zu der gleichen Taktik, ohne daß es statutarischer Bestimmungen oder sonst eines Zwanges bedürfte.

Pflegt man die Gewerkschaftskongresse mit Recht als Marksteine in der Entwicklung der Gewerkschaften zu bezeichnen und wirft man einen Blick rückwärts auf diese Entwicklung, so hat jeder Arbeiterfreund Veranlassung, mit der letzten Periode seit Köln zufrieden zu sein, da noch kein Gewerkschaftskongreß eine solche Fülle gewerkschaftlichen Machtzuwachses aufzuweisen vermochte, als der Hamburger in der Lage sein wird, wofür folgende Zahlen aus den Vorjahren der jeweiligen Gewerkschaftskongresse zu Halberstadt (1892), Berlin (1896), Frankfurt a. M. (1899), Stuttgart (1902), Köln (1905) und Hamburg (1908) als Illustration dienen mögen:

Mitglieder im Jahresdurchschnitt:	1891	1895	1898	1901	1904	1907
Männliche . . .	277659	252478	480261	653811	1003504	1728577
Weibliche . . .	—	6697	13481	23699	48604	136929
Insgesamt . . .	277659	259175	493742	677510	1052108	1865506

	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Einnahmen . . .	1116588	3036803	5508667	11097744	20190724	51396784
Pro Mitglied . .	4,02	11,72	11,16	16,38	19,19	27,55
Ausgaben . . .	1605534	2488015	4279726	10005528	17738753	43122519
Pro Mitglied . .	5,78	9,60	8,46	14,77	16,86	23,12
Kassenbestand .	425845	1640437	4373313	10253559	16109903	33242545
Pro Mitglied . .	1,53	6,33	8,86	15,13	15,31	17,82

Dieser äußeren Machtentfaltung und inneren Erstarkung der Gewerkschaften entsprachen auch deren Erfolge. Im Jahre 1906 wurde zum Beispiel für 339469 Arbeiter und Arbeiterinnen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 3¾ Stunden pro Woche durchgeführt und für 691703 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,87 Mark errungen. Als dunkler Schatten fällt auf diese Erfolge die durch die arbeiterfeindliche innere und äußere Politik der herrschenden Klassen und Gewalten herbeigeführte Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, so daß die in opferreichen Kämpfen errungenen Vorteile der Arbeiterklasse hierdurch zum Teil oder oft ganz wieder aufgehoben wurden. Außerdem setzte besonders im Jahre 1907 ein Rückstoß der Unternehmer in vielen Gewerben ein, der die direkte Verschlechterung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckte und durch das Abflauen des Geschäftsganges in fast allen Industrien begünstigt wurde. Feinde ringsum! heißt es nach wie vor für die Gewerkschaften, und der Gewerkschaftskongreß wird daher die alten Waffen zu prüfen und nach neuen zu suchen haben, um auch in der Zukunft dem weiteren Aufstieg der Gewerkschaften die Wege zu ebnen und vorzuzeichnen.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen wird ohne Zweifel der Rechenschaftsbericht der Generalkommission einnehmen. Es wird auch hierbei an Anträgen nicht fehlen, die von der Generalkommission eine größere Berücksichtigung der lokalen Wünsche auf Errichtung von Arbeitersekretariaten, Erbauung und Erhaltung von Gewerkschaftshäusern und Mietung von Versammlungslokalen heischen werden. Allein der Gewerkschaftskongreß wird kaum geneigt sein, über das Entgegenkommen hinauszugehen, das die Generalkommission bisher bewiesen hat, da die erheblichen Mittel der letzteren bei weitem nicht ausreichen würden, um allen Wünschen auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Bei der Einrichtung derartiger Arbeiterinstitute gilt es vor allem die Beschaffung der finanziellen Mittel zu sichern, soll es nicht leicht zu einem Zusammenbruch kommen, was leider von den lokalen Instanzen nicht immer bedacht wird.

Das Arbeiterinnensekretariat ist eine der Generalkommission beigefügte Kommission von in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossinnen. Offiziell ist es noch von keinem Gewerkschaftskongreß eingesetzt worden, und erstattet zum erstenmal in Hamburg vor einem solchen Bericht. Das Arbeiterinnensekretariat hat sich die Agitation unter den weiblichen Berufsangehörigen zum Ziele gesetzt und vermittelt daher auch geeignete Referentinnen für die verschiedenen Gewerkschaften. Die steigende Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen in der Industrie und der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften bedingt natürlich auch eine besondere Berücksichtigung der Arbeiterinnenfrage. Hierzu gehört auch die Agitation unter den Dienstboten, die gleichfalls in einem besonderen Referat besprochen werden soll. Hierüber Klarheit zu schaffen, tut um so dringender not, als bekanntlich darin die Meinungen nicht überein-

nen, in welcher Weise die Agitation unter den Dienstboten betrieben
ien soll und welche Form der Organisation dafür die geeignetste ist. Es
sich wohl kaum bestreiten, daß sich die „Gleichheit“ und die für sie
benden und um sie gruppierenden Genossinnen große Verdienste um die
stbotenbewegung ebenso wie um die Arbeiterbewegung überhaupt erworben
n, aber letzten Endes muß doch wohl auch die Dienstbotenorganisation,
it sie gewerkschaftlichen Charakters sein soll, der allgemeinen Gewerkschafts-
gung angegliedert werden. Bei dem Referat dürfte es sich auch wohl
um frühere Meinungsdifferenzen und deren Austragung handeln, sondern
erden vielmehr die Richtlinien vorzuzeichnen sein, nach denen beide auf-
nder angewiesene Teile der Arbeiterbewegung sich gegenseitig fördernd
d in Hand arbeiten können. Ob hierbei oder sonst auf dem Gewerkschafts-
reß die Gründung einer besonderen gewerkschaftlichen Frauenzeitung als
Plan der Generalkommission besprochen werden wird, wie die Verhand-
en des Verbandstags der Textilarbeiter und nachfolgende Presseäuße-
en es als wahrscheinlich erscheinen ließen, läßt sich noch nicht voraussagen.
nfalls haben die Gewerkschaftsvorstände noch keine Mitteilung von der
ralkommission erhalten, daß etwas derartiges geplant wird. Man wird
r gut tun, erst Näheres abzuwarten, und darf wohl weiter voraussetzen,
bei den Gewerkschaften keine Neigung besteht, der trefflich redigierten
ichheit“ unnötige Konkurrenz zu machen. Hat doch die „Gleichheit“ sich
weiten Wirkungskreis erworben, und sind auf Verbandstagen solcher
erkschaften, die mit einem starken Prozentsatz weiblicher Berufsangehörigen
Mitglieder zu rechnen haben, vielfach Anträge auf Einführung der „Gleich-
gestellt und auch in bedingter oder in anderer Form angenommen worden.
der Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern sind durch das Reichs-
nsgesetz neue, schwierige Probleme gestellt worden, an denen der Gewerk-
tskongreß nicht vorübergehen darf. Wenngleich sich auch noch nicht voraus-
n läßt, wie die „größte liberale Errungenschaft seit Dezennien“ in allen
n Schönheiten in der Praxis wirken wird, so läßt sich doch nicht erwarten,
der „dumme Sprachenparagraph“ anders wirken wird als wie ein Stachel-
tzaun, der die fremdsprachigen Arbeiter den Einflüssen der Gewerkschaften
iehen soll. Für manche Gewerkschaften bedeutet es sozusagen ein Lebens-
esse, diese Tendenz, wenn nicht unschädlich, so doch möglichst unwirksam
nachen. Möge also auch hierzu der Gewerkschaftskongreß sein gut Teil
agen.

Die Streikunterstützung wurde vom Kölner Gewerkschaftskongreß in der
e geregelt, daß jede Gewerkschaft die Gelder für die Streikunterstützung
Mitglieder selbst aufzubriugen hat. Nur bei „unerwartet großen Streiks
Aussperrungen“ soll die Generalkommission berechtigt sein, nach Zu-
nung der Verbandsvorstände die finanziellen Mittel für die betroffene
erkschaft eventuell durch allgemeine Sammlungen aufzubringen. Dieser
dsatz wird auch für die Zukunft hochzuhalten sein, jedoch darf er im
lick auf die Massenaussperrungen zum Zwecke der Mattsetzung der Ge-
schaften — eine nach der anderen — durch das koalierte Unternehmertum
zu engherzig aufgefaßt werden. Sonst liegt die Gefahr nahe, daß der
luß der Gewerkschaften auf die Gestaltung und Festsetzung der Lohn- und
itsbedingungen in aufreibenden Kämpfen bald in dieser, bald in jener
ustrie gebrochen oder doch auf ein Minimum herabgedrückt wird. Der

Tatsache dürfen wir uns nicht verschließen, daß im Unternehmertum die Tend
Klasseninteresse geht über Berufsinteresse, mächtig Wurzel geschlagen hat. D
gegenüber darf die Arbeiterklasse sich nicht als ein kleines Geschlecht erwei
Sicher schlägt es zum Heile aller ihrer Glieder aus, wenn das Allgem
interesse als Leitmotiv alle ihre Handlungen bestimmt.

Die Streikstatistik bildet gewissermaßen die Bilanz der wirtschaftli
Kämpfe und besitzt als solche, abgesehen von anderen Vorzügen, hohen W
zumal wenn ihre Zahlen zuverlässige sind. Das kann man aber von
amtlichen Statistik, wie sie vom Kaiserlichen Statistischen Amte bearbeitet w
nicht sagen. Sie bezieht ihre Unterlagen von den Behörden, den Unternehm
und deren Organisationen, während die Gewerkschaften dabei nicht berücksich
werden. Daher weichen die vom Statistischen Amte gefundenen Ziffern i
Streiks und Aussperrungen wesentlich von denen der Gewerkschaften und
Generalkommission ab. Die amtliche Statistik würde ohne Zweifel an
verlässigkeit gewinnen, wenn sie die Arbeiter nicht ausschließlich als Obj
sondern auch als Subjekte ihrer Aufnahmen betrachtete. Der gewerkschaftli
Statistik muß man trotz aller mit ihr verbundenen Schwierigkeiten eine f
schreitende Ausbildung nachsagen. Ideal ist sie deswegen freilich noch lo
nicht zu nennen, aber ihre stetige Verbesserung läßt auf einen immer höh
Grad von Zuverlässigkeit und Genauigkeit für die Zukunft schließen. Sie w
von den ausländischen Gewerkschaften vielfach als Muster für ihre eige
Statistiken genommen. Zu wünschen wäre im Interesse einer genauen Stati
daß das Statistische Amt sich mit der Generalkommission über die Metho
der statistischen Aufnahmen auch hier so verständigte, wie es solches s
bei anderen Statistiken getan hat.

Das Kapitel des Heimarbeiterschutzes ist eines der traurigsten der „g
zügigen“ deutschen Sozialreform. Über „Erhebungen“ ist man staatlicher
trotz des krassen Elends, das in der Heimindustrie herrscht und das die Berl
Heimarbeitausstellung 1906 so erschreckend offenbarte, nicht hinausgekomm
In den Kreisen der Heimarbeiterschaft Mitglieder für die Gewerkschaften
gewinnen, ist mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft, da die Isolier
in den Heimarbeitshöhlen das Gefühl gemeinsamer Interessen nicht so l
wie bei den Fabrikarbeitern aufkommen läßt, und der ausgestreute Same
Arbeitersolidarität auf diesem steinigen Boden leicht wieder zugrunde g
Für die Fabrikarbeiter bildet die Heimarbeit daher eine schwere Konkurr
die sich mehr oder minder fast in allen Berufen fühlbar macht. Die He
arbeit ist volkswirtschaftlich nach jeder Richtung ein Schädling, dessen
kämpfung im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse liegt. Sie bleibt a
wie alle Verfechtung des Gesamtinteresses, fast ausschließlich den Arbeit
und ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen überlassen.
den anderen Klassen ist nichts Erhebliches zu ihrer Bekämpfung zu erwar

Die gleichen „idyllischen“ Verhältnisse wie in der Heimindustrie trifft
vielfach bei den ehrsamen Meistern, die ihren Gesellen und Lehrlingen
und Logis im eigenen Hausstand gewähren. Das Hineinleuchten in
„patriarchalischen“ Zustände der Backstuben und der schmutzstarrenden Sch
stellen ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die schlimmsten Auswüchse di
Systems dürften nicht mehr so zahlreich anzutreffen sein als ehedem, b
Genosse Bebel den Schleier gelüftet, der die Geheimnisse der Backstuben
hüllte. Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß wurde die Einsetzung e

sonderen Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beschlossen, seitdem beflissen war, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Doch fehlt es ihr ch mannigfach an der Unterstützung vieler Gewerkschaften. Das Interesse rselben zu wecken und mit dem Scheinwerfer der öffentlichen Kritik die nklen Ecken des Kost- und Logiszwanges zu erhellen, wird eine dankbare ufgabe des vorgesehenen Referats sein.

Wie die Aufgaben der Generalkommission vielseitiger geworden sind, so ist ch aus dem bescheidenen „Correspondenzblatt" von früher ein dicker Jahrng geworden. Im verflossenen Jahre wurden als Neuerung die statistischen beiten nicht mehr unmittelbar dem „Correspondenzblatt" einverleibt, sondern n als besondere Beilagen beigegeben. Längere Debatten werden sich vorssichtlich dem Bericht über das Zentralorgan der Gewerkschaften nicht anließen.

Das nämliche dürfte vom Bericht über das Zentralarbeitersekretariat und m Referat über die Stellung der Arbeitersekretäre vor den Gerichten gelten. im Bericht des Zentralarbeitersekretariats wird die immer deutlicher zutage tende Tendenz der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und des Reichsrsicherungsamtes: die Renten zu „quetschen" und die sogenannten Arbeiterutzgesetze in der Praxis zu Unternehmerschutzgesetzen zu stempeln, die gehrende Beleuchtung erfahren, während bei dem anderen Punkt der Beweis racht wird, wie die feierlichsten Ministerversprechungen in der Praxis eines aatsschützenden" Richterstandes in ihr Gegenteil verkehrt werden. Es tut ingend not, daß den Arbeitersekretären das weiteſtgehende Vertretungsrecht r den Gerichten zugestanden wird.

Welche Gründe die Generalkommission bestimmten, das Referat Molkenbuhrs er: „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland" als letzten nkt der Tagesordnung anzuhängen, weiß ich nicht. Meines Erachtens müßte in der Reihenfolge logischerweise vor dem Punkt: „Die staatliche Versicherung r Privatangestellten" kommen, da die Darlegung der Grundzüge der sozialen setzgebung, die wechselnde Stellung der verschiedenen Klassen und Parteien Laufe der Zeiten zu derselben erst die passende Unterlage zur Beurteilung r stark in den Vordergrund gerückten Bestrebungen zur Versicherung der ivatangestellten bilden würden. Ganz abgesehen davon, daß nun einmal m letzten Punkt der Tagesordnung derartiger Kongresse meist das Schicksal oht: entweder nur noch mit halber Aufmerksamkeit angehört oder überupt abgesetzt zu werden. Ein solches Schicksal hätte aber sicher ein Referat olkenbuhrs, eines der besten Kenner der sozialen Gesetzgebung, nicht vernt. Hiervon abgesehen, verdient aber die staatliche Versicherung der Privatgestellten unsere volle Beachtung. Sie ist ein Problem, das weit über den eis der zunächst davon Betroffenen Bedeutung hat und tiefgehend unsere nze staatliche Arbeiterversicherung berührt, sowie deren Ausbau beeinflußt. e Unternehmer und im Grunde genommen auch die bürgerlichen Parteien ne Ausnahme wollen von einer einheitlichen Versicherung der Arbeiter und gestellten nichts wissen, obgleich — sofern man nur deren Selbstzweck ins ge faßt — eine solche Versicherung ohne Zweifel die vorteilhafteste wäre. nn bereitet schon die einwandfreie Begriffsfeststellung: „Wer ist Privatgestellter und wer nicht?" unüberwindliche Schwierigkeiten, wie will man erst die versicherungstechnischen Einrichtungen treffen, um den Verhältnissen chnung zu tragen, die sich durch das Aufsteigen aus der Arbeiterklasse in

die Gruppe der Privatangestellten und umgekehrt durch ein Herabsinken a
der letzteren in die Arbeiterklasse ergeben? Es ist eben unmöglich, eine schar
Abgrenzung der Privatangestellten vorzunehmen, da schon das unerbittlic
Walten der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise vor keinem Stande
begriff Halt macht und mehr und mehr die Grenzen verwischt, die den „Prol
tarier im Stehkragen" von dem „gewöhnlichen" Lohnarbeiter scheiden. Ab
wie seit Caprivis Zeiten „alle Gesetze auf ihre Wirkung in bezug auf d
Sozialdemokratie" ins Auge gefaßt und geprüft werden, so soll auch hier d
Sonderversicherung der Privatangestellten lediglich deswegen ins Werk gese
werden, um diese „den verderblichen Einflüssen der Sozialdemokratie zu en
ziehen", mag der eigentliche Zweck solcher Gesetze dabei noch so sehr z
kurz kommen. Leider leisten die Vereine der Privatangestellten in ihr
Mehrheit den Unternehmern und bürgerlichen Parteien bei diesem sie schäd
genden Beginnen noch Heeresfolge, während die Minderheit erfreulicherwei
diesen Schritt ins eigene Fleisch nicht mitmacht und wahrscheinlich über ku
oder lang ihre eigenen Wege gehen wird. Es ist auch nicht ausgeschlosse
daß die Minderheit in absehbarer Zeit zur Mehrheit wird. Was das zu b
deuten hat, erkennt man aus einer Zusammenstellung in der „Soziale
Praxis" vom 23. April 1908 über die Stärke der Organisationen der Priva
angestellten, wonach die Zahl ihrer Mitglieder am 31. Dezember 1907 68148
betrug. Unter diesen Organisationen gehörten nur 4 mit zirka 14000 Mi
gliedern der Generalkommission an. Früher standen die Privatangestellte
der staatlichen Versicherung überhaupt ablehnend gegenüber, im Laufe de
letzten Jahre haben sich aber die Anschauungen gewandelt. Der „neue Mitte
stand" wird noch manch weiteres Stück seiner bürgerlichen Ideologie aufgebe
müssen und einsehen lernen, daß die fast gleiche Klassenlage auch zu de
gleichen politischen und gewerkschaftlichen Betätigung drängen wird, wie s
die Arbeiterklasse schon seit langem übt. Daß er dabei die Unternehmer al
rücksichtsloseste Gegner gegen sich haben wird, lehrt das jüngst veröffentlich
„streng vertrauliche" Zirkular des Verbandes bayerischer Metallindustrielle
durch das sowohl die Mitglieder des Bundes technischer Beamten als auc
diejenigen der hurrapatriotischen Handlungsgehilfenverbände in Acht und Ban
getan werden. Solche Mittel werden ebensosehr dem „neuen Mittelstand
ökonomische Dialektik beibringen, als der Gewerkschaftskongreß ihm zeige
wird, daß seine wahren Bundesgenossen doch die Arbeiter sind.

Die gewerbsmäßigen Stellenvermittler sind die Vampire gerade für jen
Berufsschichten, die des Schutzes ihrer Arbeitskraft am meisten bedürfte
Gastwirtsgehilfen, Kellnerinnen, Dienstboten usw. sind die Opfer jener zweife
haften Elemente, die sich die berufsmäßige Stellenvermittlung gegen klingende
Entgelt zur Aufgabe erkoren haben. Letztere sind nicht nur eine Plage fü
die dienende und arbeitende Klasse, sondern bis zu einem gewissen Grad
auch für die herrschende Klasse, da ja erwiesenermaßen von jenen Elemente
ein öfterer Stellenwechsel durch allerlei Manipulationen herbeigeführt wird
um recht oft die Vermittlungsgebühr einstreichen zu können. Die gewerkschaft
liche Organisation der betreffenden Berufsgruppen ist zu schwach, um den ein
genisteten Krebsschaden der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung zu beseitigen
hier muß die Gesetzgebung eingreifen, um ein parasitäres Gewerbe zu be
seitigen. Nach der Richtung hin dürfte wohl der Gewerkschaftskongreß auch
resolvieren.

Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel hat oftmals seine Wirkung
rsagt. Ein rein gewerkschaftliches Kampfmittel wird er überhaupt in den
enigsten Fällen sein können, weil zur Durchführung eines Boykotts nicht
e Zustimmung der Gewerkschaften allein genügt, sondern auch andere
örperschaften ein ebenso gewichtiges Wort mitzureden haben und nicht zuletzt
e Unterstützung breiter Konsumentenschichten die unerläßliche Vorbedingung
, einen Boykott siegreich durchzuführen. Die nicht immer erfreulichen Er-
hrungen, die wir in der Vergangenheit mit Boykotts gemacht haben,
auchen noch durchaus keinen Beweis für seine Undurchführbarkeit überhaupt
ergeben. Zielbewußtsein, straffe politische und gewerkschaftliche Organisation
id starke Verbreitung der sozialdemokratischen Tagespresse gelten mit Recht
s Vorbedingung eines aussichtsreichen Boykotts. An diesen Vorbedingungen
hlt es aber vielfach noch mehr bei denjenigen, zu deren Gunsten ein Boykott
sgeübt wird, als bei denen, die ihn durchführen. Hierin Änderung zu
haffen ist Pflicht der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation, da
otz aller Gegengründe der Boykott zukünftig eine der wuchtigsten Waffen
erden kann, wovon der Wahlkampf in Preußen eine Vorahnung gab.

Grenzstreitigkeiten über die Zugehörigkeit dieser oder jener Berufsgruppe
dieser oder jener Gewerkschaft bilden einen stehenden Punkt auf den Ge-
erkschaftskongressen, selbst wenn dies nicht unmittelbar in der Tagesordnung
m Ausdruck kommt. Solche Streitigkeiten werden auch schwerlich immer zu
rmeiden sein, da in unseren modernen Riesenbetrieben vielfach eine ganze
nzahl verschiedener Berufsangehörigen beschäftigt werden, und somit nicht
wandfrei festzustellen ist, welche Verbände als die zuständigen für diese
er jene Berufsgruppe zu betrachten sind. Im Gegensatz zu den angel-
chsischen Ländern, wo zuweilen die erbittertsten Streiks wegen Grenzstreitig-
ten geführt wurden, haben sich in Deutschland derartige Streitigkeiten stets
verhältnismäßig milden Formen abgespielt. Die Behandlung des betref-
den Punktes auf dem Gewerkschaftskongreß hat zweifelsohne den Zweck,
renzstreitigkeiten schiedlich-friedlich zu schlichten.

Die Maifeier wird, wie üblich, den Gewerkschaftskongreß beschäftigen, und
chstwahrscheinlich wird die zwischen Parteivorstand und Generalkommission
troffene Vereinbarung die Sanktion des Gewerkschaftskongresses empfangen.
icht etwa, weil jene Vereinbarung als ein Musterregulativ zu bewerten wäre,
ssen folgerichtiger Aufbau jeglicher Kritik unerschütterlich standzuhalten ver-
öchte. O nein! Man kann sehr wohl zugeben, daß die Vereinbarung kein
eisterstück logischen Denkens darstellt, daß ihre Konstruktion auf die zentra-
tischen organisatorischen Grundlagen von Partei und Gewerkschaften sehr
nig Rücksicht nimmt und daß ihr das Merkmal einer Zangengeburt merk-
h an der Stirne haftet. Allein alle diese Mängel, die ihr anhaften, nehmen
r Vereinbarung nicht den Vorzug, daß sie den Verhältnissen notgedrungen
chnung trägt. An dieser Tatsache werden auch die spitzesten Pfeile der
itik abprallen und die Befolgung der Vereinbarung in der Praxis nicht
rhindern. Man mag das als Anhänger der Arbeitsruhe, als der würdigsten
ier des 1. Mai, bedauern, aber man wird sich mit dieser unangenehmen
tsache abfinden müssen. Es ist nun einmal so: die wirtschaftliche Krise,
r wütende Haß der Unternehmerorganisationen gegen die Maifeier und ihre
te Entschlossenheit, diese, frei von allen humanen Anwandlungen, zur
hwächung der Arbeiterorganisationen auszunutzen, sind die Argumente, die

1907 den sogenannten „Bremserlaß“ des Parteivorstandes hervorriefen un diesen jetzt mit der Generalkommission die Maifeier-Vereinbarung treffen ließen Gewiß haben hierbei finanzielle Erwägungen eine große Rolle gespielt, wi sie es auch verdienen, wenn man sie auch etwas wegwerfend als „kassen bureaukratische Bedenken“ charakterisiert hat. Ob nun die Erörterung, ode besser gesagt der Streit wegen der Maifeier: ob mit oder ohne Arbeitsruh auf jedem Gewerkschaftskongreß und jedem Parteitag der Maifeier an sic nützt, muß billigerweise bezweifelt werden. Sieht man sich die Gründe de Freunde und Gegner der Arbeitsruhe am 1. Mai an, so dreht sich der Strei in der Hauptsache darum, wer die Unterstützungen für die Opfer der Maifeie tragen soll. Weder die Zentralkassen noch die Lokalkassen erklären sich berei und imstande, diese Unterstützungen bei einer großzügigen Arbeitsruhe trage zu können. Beiden ist zu glauben, die Schlußfolgerung ist leicht zu ziehen eine Ausdehnung der Arbeitsruhe bei der Maifeier ist daher in absehbare Zukunft nicht zu erwarten.

Dem bevorstehenden Gewerkschaftskongreß sind bedeutende Aufgaben gestell die er im Rahmen seiner fast zu reichhaltigen Tagesordnung zu lösen sich be fleißigen wird. Möge es ihm vergönnt sein, in allem das Richtige zu treffen damit auch er wie seine Vorgänger zur Zusammenfassung und Schulung de gesamten Proletariats in Fabriken und Bergwerken, in Kontoren und tech nischen Bureaus, im Handel wie in der Landwirtschaft an seinem Teile i reichem Maße beiträgt.

Die dritte Duma.[1]

Von **N. Trotzky.**

1. Die Duma und das Budget.

Die dritte Reichsduma ist zurzeit im Schweiße ihres Angesichts damit be schäftigt, das ihr von der Bureaukratie aufgegebene Pensum zu erledigen: si prüft in aller Eile und bewilligt das Budget für 1908.

Das russische Staatsbudget bietet in seiner inneren Struktur das getreu Abbild der ganzen Geschichte und des Charakters des Zarismus: einer ungeheuren militärisch-polizeiischen Organisation, die zu beispielloser Macht gelangte, in dem sie den an wirtschaftlicher Blutarmut leidenden russischen Bauern mit de apoplektisch blutstrotzenden westeuropäischen Börse zusammenkoppelte.

Der bureaukratische Absolutismus des Westens entwickelte sich aus de ständischen Monarchie zu einer sich selbst genügenden Macht erst dann, al der dritte Stand so weit erstarkt war, daß er dem politischen Einfluß de Feudalherren und der privilegierten Pfaffen die Wage zu halten vermochte Der Zarismus hingegen ist dem Wesen nach nie eine ständische Monarchi gewesen, denn weder der russische Adel noch die russische Geistlichkeit haben es vermocht, sich zu dem Niveau politisch regierender Stände zu erheben. E hinderte sie daran einerseits das wirtschaftliche Elend des gewaltigen, spärlich bevölkerten Landes, andererseits die unermüdliche Konkurrenz der Staatsgewalt Sich durch seine Ausdehnungspolitik immer tiefer in den erbitterten Kamp mit den westlichen Nachbarn verstrickend, deren militärisch-staatliche Organi

[1] Dieser Artikel erscheint gleichzeitig im „Przeglad“ (Krakau), Organ der Sozialdemo kratie Polens und Litauens.

ation an der ungleich reicheren wirtschaftlichen Basis eine feste Stütze hatte, eutete der Zarismus das Land bis zur letzten Möglichkeit aus, und indem des noch so kleine Partikelchen des Mehrproduktes des Volkes ihm zum pfer fiel, wurden die privilegierten Stände systematisch in ihrer Entwicklung gehemmt und zu einer untergeordneten Existenz verdammt. So war mit dem Adel und der Geistlichkeit und in der Folge auch mit der Bourgeoisie.

Ehe sich in Rußland ein starker dritter Stand bildete oder bilden konnte, g der Zarismus bereits in vollen Zügen an den Brüsten der westeuropäischen örse. Nachdem er die Kunst erlernt hatte, Staatsschulden zu machen, das eißt das nationale Mehrprodukt nicht nur von heute, sondern auch von orgen zu verschlingen, stellte er seine Staatswirtschaft auf internationale rundlage. Ihrer sozialen Natur nach ein Mittelgebilde zwischen asiatischer espotie und europäischem Absolutismus bekam die zarische Autokratie mit ilfe der Börse die allerneuesten Mittel der administrativen und militärischen echnik Westeuropas in die Hände. Dieser Prozeß führte zu einem fieberaften Anwachsen des Budgets und der Staatsschulden. Die Unabhängigkeit er zarischen Regierung von der ökonomischen Lage des Landes bestimmte re progressiv zunehmende Abhängigkeit von den Berliner und Pariser ankiers. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts war der Zarismus zu einer ewaltigen, in der Geschichte beispiellos dastehenden börsenmilitärischen Oranisation herangewachsen. Rothschild hegte die felsenfeste Überzeugung, daß ie russische Autokratie ebenso ewig sei wie die Börse selbst. Der Krieg und ie Revolution erschütterten freilich diesen Kredit in seinen Grundfesten. ndes sie erschütterten ihn nur, ganz zu stürzen vermochten sie ihn nicht. nd so sehen wir die Regierung im Jahre 1905 eine Anleihe von 800 und n Jahre 1906 eine solche von 900 Millionen Rubel aufnehmen.

Im gegenwärtigen Augenblick beziffern sich die Staatsschulden Rußlands uf 9 Milliarden Rubel, das heißt etwa 60 Rubel pro Kopf der Bevölkerung, ie Säuglinge miteingerechnet! Das Reichsbudget für 1908 weist die kolossale umme von 2515 Millionen Rubel auf. Sieht man von den Einnahmen us verschiedenen Betrieben und Monopolen ab (Branntwein, Eisenbahnen usw.), bleibt für die *Steuerlast allein* die runde Summe von 1½ Milarden Rubel. Das bedeutet, daß der Staat 20 Prozent des jährlichen Einommens der Nation für seine Bedürfnisse abzieht! Das unglaubliche Anachsen der Steuerlast ist nichts anderes als das Spiegelbild der spezifischen iktatur der staatlichen Organisation, die mit ihrer politischen ganz naturgemäß uch die fiskalische Diktatur vereinigt.

Von den 1500 Millionen, die auf dem Wege der Steuereinhebung geonnen werden — wobei die *direkten* Steuern nur 12,5 Prozent bilden, eniger als 180 Millionen —, bestimmt das Budget für die Ministerien ukdens und Tsuschimas 512 Millionen, für die Liquidierung des Krieges 7 Millionen, für die Tilgung der im Jahre 1907 nicht getilgten kurzfristigen taatsverschreibungen 53 Millionen und endlich zur Deckung der fälligen nleihezinsen 386 Millionen.! Auf diese Weise verschlingen die Armee, die lotte und die Bankiers über eine Milliarde Rubel, das heißt nicht mehr nd nicht weniger als zwei Drittel der reinen Staatseinkünfte. Hierzu kommen och die Verluste aus dem Betrieb der Eisenbahnen, die hauptsächlich strateschen Zwecken dienen, ebenso wie eine ganze Reihe von Millionen, die der

„Staatsschutz" in Anspruch nimmt. Dies sind die Produktionskosten des alten Regimes.

Daß das Budget des Zarismus die Leistungskräfte des ausgesogenen Landes übersteigt, daß seine Aufrechthaltung eine weitere Schwächung des inneren Marktes und die wirtschaftliche Paralyse bedeutet, hat schon vor der Revolution als Binsenwahrheit gegolten. Aber von der Anerkennung dieser Einsicht bis zur tatsächlichen „Sanierung" des Budgets blieb und bleibt ein weiter Weg zurückzulegen, wie die weiteren Ereignisse gezeigt haben.

Die Sozialdemokratie sieht in dem Budget nur ein Abbild des Soll und Habens des autokratischen Regimes. Für sie war daher die Frage des Kampfes mit dem fiskalisch-finanziellen System gleichbedeutend mit der Frage des Sturzes des Zarismus auf revolutionärem Wege. In dem berühmten „Finanzmanifest" des Arbeiterdelegiertenrats, das den Dezemberereignissen des Jahres 1905 vorausging, war auch diese Aufgabe eben in diesem Sinne formuliert: „Es gibt nur einen Ausweg — den Sturz der Regierung. . . . Dies ist die unerläßliche Vorbedingung nicht nur für die politische und ökonomische Befreiung des Landes, sondern, im einzelnen, auch für die Festigung der Finanzwirtschaft des Staates."

Nachdem der Aufstand unterdrückt war und es den Anschein gewonnen hatte, als ob der Liberalismus der Erbe des revolutionären Vermächtnisses werden sollte, bekannte sich dieser letztere immer mehr zu dem Standpunkt der Universalerbschaft, das heißt zu der Übernahme nicht nur des Inventars, sondern auch sämtlicher Schulden und Sünden des alten Regimes, in der Absicht, sie ratenweise zu tilgen. Die in der ersten Duma befolgte Taktik der lärmenden chaotischen Oppositionsmacherei, die infolge der „prinzipiellen" Ablehnung revolutionären Vorgehens völlig machtlos war und die dennoch zu dem Wiborger Aufruf führte, dieser blassen Kopie des Finanzmanifestes des Arbeiterdelegiertenrats, wird fallen gelassen, und schon in der zweiten Duma bewilligt der Liberalismus in der Person der Kadettenpartei der Regierung das geforderte Rekrutenkontingent und verpflichtet sich, auch für das Budget und die Anleihe zu stimmen. Er hofft auf diese Weise das Vertrauen der Monarchie zu gewinnen, mit Hilfe dieses Vertrauens auf das Budget und mit Hilfe des Budgets wiederum auf die Staatsgewalt Einfluß zu bekommen. Aber die zweite Duma wird „auseinandergejagt" — und als neuer Erbe des revolutionären Nachlasses tritt nunmehr der konservative Nationalliberalismus in Gestalt des Verbandes vom 17. Oktober in die Arena. Wie die Kadetten in sich die Erben der revolutionären Aufgaben erblickt hatten, so erwiesen sich die Oktobristen als Adepten der kadettischen Taktik der Vereinbarung. Mögen die Kadetten noch so verächtlich ihre Gesichter hinter dem Rücken der Oktobristen verziehen — diese letzteren ziehen nur die Schlüsse aus den kadettischen Voraussetzungen: kann man sich auf die Revolution nicht stützen, so stütze man sich auf den Stolypinschen Konstitutionalismus. Die Kadetten sehen dies selbst sehr wohl ein. Und wenn sich die Fraktion Miljukows dennoch von Zeit zu Zeit den Luxus der oppositionellen Gebärde gestattet, so nur deshalb, weil ihr Mut von der Hoffnung auf die heilbringende Taktik der oktobristischen Majorität genährt und gehalten wird.

Mit beiden Füßen zugleich auf dem Standpunkt der „Universalerbschaft" stehend, bewilligte die dritte Duma der zarischen Regierung 456535 Rekruten, obgleich sich die ganze Reformtätigkeit im Ressort Kuropatkins und Stössels

: nichts anderem äußerte als neuen Litzen, Knöpfen und Achselstücken. Sie
immte für das Budget des Ministeriums des Innern, das 70 Prozent des
ssischen Territoriums den mit dem Henkerstrick der Ausnahmegesetze bewaff-
eten Satrapen auslieferte und auf dem ganzen Gebiet der übrigen 30 Pro-
nt unter Anwendung der für die „Normalzeit" gültigen Gesetze hängt und
ürgt. Sie richtete im geheimen Auftrag des Premierministers an die Re-
erung die finnländische, das heißt antifinnländische Interpellation, um dem
Ministerium des Innern die Wege zur Wiedereinsetzung des Bobrikowschen
egimes in Finnland zu ebnen. Einzig und allein der Etat des Verkehrs-
inisteriums wurde von der Duma um 1 Rubel gekürzt; sie wollte in dieser
orm ihren Unwillen über die *ungesetzliche* Art zum Ausdruck bringen, in
r die Etats dieses Raubministeriums par excellence durchgeführt werden.
ber selbst hier bleibt keine Möglichkeit für die Annahme, daß diese opposi-
onellen hundert Kopeken ohne die vorher eingeholte Nachsicht des Herrn
tolypin gestrichen sein könnten. Die Agrarkommission der Duma sanktio-
erte in allen seinen Grundzügen den berühmten Erlaß vom 9. November 1906,
r auf der Grundlage des § 87 durchgeführt wurde und den Zweck hat, aus
r Mitte der Bauernschaft eine Schicht wirtschaftlich starker Eigentümer
rauszuheben, die ganze übrige Masse aber der natürlichen Auslese im bio-
gischen Sinne dieses Wortes zu überlassen. Und wenn die Duma keine
nderliche Eile hat, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, so liegt der
rund in der Furcht, durch die Annahme der großen Stolypinschen Reform
e rechtsstehenden Bauerndeputierten nach links zu drängen, weil diese, wie
ner von den Oktobristenführern klagte, noch immer im Banne der „Ex-
propriationsillusionen" stehen. Und trotz alledem muß diese „arbeitsfähige"
d loyale Duma mindestens siebenmal in jeder Woche „gerettet" werden.
ie Oktobristen selbst, die Herren der parlamentarischen Situation, sind sehr
eit davon entfernt, eine *regierende* oder wenigstens eine *Regierungs-
artei* zu sein; vielmehr sehen wir sie mit jedem Tage immer tiefer zu der
olle einer bloßen *Dienerpartei* herabsinken. Sie sagen Ja und Amen zu
lem, was die Regierung will, vollziehen alle schmutzigen Aufträge, die
tolypin erteilt — und sind alles in allem nicht einmal mächtig genug, um
rchzusetzen, daß die jährlich aus den Volksmitteln erfolgende Anweisung
n 100000 Rubel zu Nadelgeldzwecken Ihrer Majestät der Königin von
riechenland abgeschafft werde. „Gottlob haben wir kein Parlament!" konnte
r Finanzminister freudig ausrufen beim Anblick jener furchtsamen Gefügig-
it, mit der die Duma „sein" altes liebes Budget durchpassieren ließ.

„Gottlob haben wir eine Konstitution!" erwiderte ihm mit mannhafter
estigkeit der wachsame Miljukow, indem er ein glänzendes Fazit aus der
aktik der Vereinbarung zog.

Dieses ergötzliche Rededuell mit dem lieben Herrgott als Sekundanten und
le Umstände, von denen es begleitet war: der bescheidene Einwurf des
tobristischen Vorsitzenden von dem „schlecht gewählten" Ausdruck des Finanz-
inisters, der die politische Existenz der ihn „kontrollierenden" Duma in Ab-
de stellte; die Drohung Stolypins, im Hinblick auf diese Kühnheit seine
emission einzureichen; die Furcht vor der Gefahr, daß zugleich mit Stolypin
e ganze „Gottlob-Konstitution" zum Teufel gehen könnte; die feierliche Ent-
huldigung des Vorsitzenden vor versammelter Duma, daß er sich unterfangen
abe, an ihre Existenz zu glauben; das freudige Beifallklatschen der Duma,

die sich überzeugte, daß sie auch fürderhin leben dürfe, sofern sie nur gege
die ihre Existenz völlig ignorierende Regierung nicht aufmucke — das alle
enthüllte anschaulich genug das vollkommen reale und über jeden Zweifel er
habene Vorhandensein der politischen und fiskalischen Diktatur der autokrate
Bureaukratie. Und auch jetzt, nach der Erfahrung, die die drei Dumen ge
zeitigt haben, kann der Ausweg aus dieser Sackgasse nicht anders formulier
werden, als es seinerzeit das Finanzmanifest der Revolution getan hat: „E
gibt nur einen Ausweg — den Sturz der Regierung!“

2. Der Amur-Patriotismus.

Die bemerkenswerteste Tat der dritten Duma bleibt jedoch die auf der Dringlichkeitsweg erfolgte Annahme der Amurbahnvorlage, ein Projekt, desse Verwirklichung von der Regierung noch während der „dumalosen“ Zeit au Grund des § 87 in Angriff genommen wurde.

Laut Kostenanschlag der Regierung wird der Bau der Amurbahn 238 Mil lionen beanspruchen; Graf Witte bemißt dieselben Kosten mit 350 Millionen Dies bedeutet eine neue jährliche Ausgabe von 22 bis 30 Millionen Rube zur Deckung der Zinsen und der unvermeidlichen Defizite — etwa die Hälft des Gesamtetats des Ministeriums für Volksaufklärung.

Dieser Beschluß allein genügt, um die Frage zu beantworten: Gelingt e der Duma oder gelingt es ihr nicht, die Revolution zu eskamotieren, indem sie die elementarsten Aufgaben derselben im Verein mit der historisch über lieferten Staatsgewalt löst? Nach einem furchtbaren militärischen Debacle wie es in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat, nach einer ganzen Reih von Jahren, da das Land ununterbrochen von revolutionären Stößen er schüttert wurde, eröffnet die Regierung, sobald sie sich ein wenig erstarkt fühlt die „Epoche der Reformen“ durch eine kolossale Ausgabe für den Bau eine Eisenbahn durch ein entlegenes, wüstes und fast unerforschtes Grenzgebiet. In seiner von der frechen Gewißheit, daß die Allmacht der Regierung wieder hergestellt sei, erfüllten Rede zitierte Stolypin den Ausdruck irgend eines Dilettanten, das Amurgebiet gleiche vollkommen der „Germania der Taciteischen Zeiten“. „Aber, meine Herren“, rief Stolypin pathetisch aus, „vergegen wärtigen Sie sich nur, was das Germanien von heute vorstellt!“ Und das „Parlament“ des an den Bettelstab gebrachten Landes, dessen Bauernschaft aus dem chronischen Hungerleiden nicht herauskommt, bewilligt im Dringlich keitsweg die Kredite, die nötig sind, um die Amurwüste in das heutige Deutsch land zu verwandeln.

Aber die Amurbahn ist nur der erste Schritt. Wie die Vertreter der Re gierung selbst hervorgehoben haben, wird dieser erste Schritt unvermeidlich zu einem zweiten führen: zu der Legung eines zweiten Geleises auf der sibirischen Linie. Diese beiden Unternehmungen, nebst der materiellen Aufbesserung der Armee, die gleichfalls in erster Linie durchgeführt werden soll, dürften nach den Berechnungen Kokowzews etwa 800 Millionen Rubel erfordern. Die Milliardenzuweisung zum Wiederaufbau der Flotte hat die Dumakommission allerdings abgelehnt. Aber der friedliche, selbst jeder äußeren Dramatik bare Ausgang dieser „Ablehnung“ gibt Anlaß zu der Vermutung, daß die Sache von der Regierung nicht allzu tragisch genommen wird.

Das Entgegenkommen der Duma in der Frage der Amurbahn könnte als Wahnwitz erscheinen, hat aber seine guten Gründe. Die Mehrheit der dritten

uma besteht aus Elementen, die untereinander unversöhnlich sind, aber durch n gemeinsames Band zusammengehalten werden: nämlich den reinen un-rfälschten Haß gegen die sozialen Tendenzen der Revolution. Und sie selbst ht dies sehr wohl ein. Die Fragen der äußeren Politik, „die Macht und s Ansehen" des Staates bilden die einzige Sphäre, in der die Duma unter erwindung ihrer inneren Gegensätze die Antwort auf jene Fragen zu finden fft, welche die Revolution geboren haben und vor welchen es kein Aus-eichen gibt. Und so sehen wir denn, wie in den letzten Monaten die Parteien r „gebildeten" Klassen des Landes immer weiter von den inneren Fragen rücken, um mit um so größerer Beharrlichkeit ihre ganze Aufmerksamkeit f die äußeren zu konzentrieren.

Daß die Rechte für die Amurbahn gestimmt hat, findet genügende Er-lärung schon in dem Umstand, daß die Regierung das Versprechen gibt, ngs des Amur mehrere Millionen Deßjätinen Land für die Ansiedlung von auern zur Verfügung zu stellen. Kann es denn etwas Verlockenderes geben s den Plan, die Agrarfrage an die Ufer des Stillen Ozeans abzuschieben? ie im oktobristischen Zentrum sitzenden Vertreter des Großkapitals erblicken i Amurpatriotismus vor allem 300 Millionen Rubel, die mit Hilfe einer taatsanleihe in die Taschen der vaterländischen Industrie fließen werden. ei der schweren industriellen Krise bleibt nichts übrig, als von neuem die nze Hoffnung auf die Staatsbestellungen zu richten, wenn schon einmal die urchführung großzügiger innerer Reformen, welche die Produktivkraft des ndes heben sollten, vorläufig auf unbestimmte Zeit in die Ferne gerückt id. Daß aber die Oktobristen sich mit diesem Gedanken völlig ausgesöhnt ben, zeigt die vollkommene Inhaltlosigkeit der Diskussionen bei der Be-rechung des Etats des Ministeriums für Handel und Industrie.

Die Kadetten stimmten gegen die Amurbahn. Wir wollen die Frage un-rtert lassen, wie sie gehandelt hätten, wenn ihre Stimme für das Geschick r Regierungsvorlage ausschlaggebend gewesen wäre. Es genügt der Hin-is, daß in den Reihen der Kadetten eine starke Strömung zugunsten der asiatischen Abenteuerpläne vorhanden ist, und daß Miljukow selbst sich m Wortführer dieser Minorität innerhalb seiner Fraktion gemacht hat. Auf r anderen Seite eröffnete Herr Peter v. Struve, dieser überaus empfindliche litische Barometer des liberalen Bürgertums, eine energische Kampagne gegen „antistaatlichen" Traditionen der russischen Intelligenz, indem er sie be-wört, es doch begreifen zu wollen, daß der Staat als „mystische Persönlich-t" „Selbstzweck" sei, und daß es in Machtfragen des „Großen Rußland" Parteidifferenzen keinen Raum gebe. Er weist auf die Balkanhalbinsel s auf dasjenige Territorium hin, auf dem die mystische Persönlichkeit mit t auf den Feldern Mandschuriens arg zerschundenen Knochen ihre große slawische Mission zu erfüllen habe. Diese nationalliberale Travestierung des alteten Slawophilentums, die unter der Feder des Herrn Peter v. Struve, es geborenen Deutschen und ehemaligen Marxisten, ganz besonderen Reiz vinnt, hat bereits in Professoren- und Studentenkreisen zu der Bildung von wischen Gesellschaften geführt, deren Leitung in den Händen von Mitgliedern Kadettenpartei liegt. Und im gegenwärtigen Augenblick eröffnen die zu ren der leitenden slawischen Nationalisten Österreichs in Petersburg ver-staltetenBankette eine neue „große" Epoche der allslawischen Politik, indem die Oktobristen, die Kadetten und die Rechte verbrüdern. Politisch findet

die Aussöhnung der gebildeten Gesellschaft mit der mystischen Persönlichkei der Romanowschen Dynastie ihren Ausdruck darin, daß die Kadettenfraktion mit festverschlossenen Augen die Kredite für die auswärtige Repräsentation bewilligt und jedes Auftreten des Ministers des Äußern mit Beifallklatschen empfängt und begleitet. Prinzipieller als die Oktobristen in der Theorie, abe feiger in der Praxis, suchen die Kadetten im Imperialismus die Lösung jene Aufgaben, welche die Revolution bis jetzt nicht gelöst hat. Die Partei, welch das allgemeine Wahlrecht ebenso wie die „Diktatur des Proletariats“ nun mehr zu den „verblichenen Illusionen“ wirft, gelangte infolge der Ereigniss der Revolution und der Konterrevolution zu der objektiven Notwendigkeit, sich von der Idee der Expropriation des großen Grundbesitzes und der Demo kratisierung der gesamten gesellschaftlichen Ordnung loszusagen, somit auch von der Hoffnung, für die kapitalistische Entwicklung eine feste Grundlage in der Gestalt eines stabilen inneren Bauernmarktes zu schaffen. Aber in einem solchen Falle verwandelt sich für sie naturgemäß der Staat zum Selbstzweck dessen mystische Mission darin besteht, die Herrschaft auf den äußeren Märkten zu sichern. Der oppositionell gefärbte Imperialismus Miljukows verleiht ge wissermaßen der konterrevolutionären Kombination, die der dritten Duma zu grunde liegt, einen leichten ideologischen Anstrich: jener Kombination von selbst herrlichem Autokraten, von der Kultur nur oberflächlich beleckten Gutsbesitzer und protzenhaftem Kapitalisten.

Die Realisierung der mystischen Mission würde freilich ganz enorme Summen erfordern. Die Lage des Staatsschatzes ist aber im höchsten Grade traurig Der Goldbestand schmilzt systematisch hin, denn die Zinsen für die äußeren Anleihen müssen gedeckt werden. Graf Witte hat in der Reichsratskommission bereits mehr als einmal ausgesprochen, eine wie große Gefahr der Gold währung droht. Der Finanzminister weiß natürlich besser als sonst jemand wie sehr diese Befürchtungen gerechtfertigt sind. Er behauptet jedoch mit großer Sicherheit, daß es genüge, den Staatsschatz durch so kostspielige Re formen, wie die Agrarreform oder die Einführung der allgemeinen Schulpflicht nicht zu belasten, um dann mit Leichtigkeit für die auf der Tagesordnung stehenden patriotischen Zwecke Geld zu bekommen. Und es ist schwer, gegen diese Sicherheit anzukämpfen. Bei der augenblicklichen Depression, die au dem Markte herrscht, bleiben Staatspapiere immerhin die verlockendste Form für die Placierung von freigewordenen Kapitalien. Was aber das Risiko betrifft, das die Zeichner von Staatsanleihen laufen, so verteilt es sich erstens auf die zahlreichen Inhaber der Papiere, während sich der ungeheure Gewinn aus der Begebung der Anleihen in wenigen Händen konzentriert; zweitens aber ist ja in den enormen Zinsen dieser Papiere die Prämie für das Risiko bereits enthalten. Ferner muß auch im gegenwärtigen Augenblick, wo im Lande offenbare „Ruhe“ herrscht — wenn auch unter der Begleitung unauf hörlicher Expropriationen und kriegsgerichtlicher Morde —, wo die Duma mit der Regierung Hand in Hand geht, wo die Opposition dem Minister des Äußern ehrerbietig Beifall klatscht, das Risiko geringer als je erscheinen. End lich erschließt die eben jetzt unter tätiger Mitwirkung der französischen Diplo matie erfolgte Annäherung an England dem Amurpatriotismus den britischen Geldmarkt, und man hat allen Grund zu der Annahme, daß die Entrevue zwischen Eduard VII. und Nikolaus II. nur das dekorative Vorspiel zu einer grandiosen Anleihe an der Londoner Börse bilden werde.

Die so geschaffene Lage scheint auf den ersten Blick ganz unerwartete Folgen ihrem Schoße zu bergen. Die Regierung, die ihr Machtprestige in den Gassern Tsuschimas und auf den Feldern Mukdens zu Grabe getragen hat, ver deren Haupt die furchtbaren Folgen ihrer Abenteuerpolitik hereingebrochen aren, sieht sich mit einem Male im Brennpunkt des patriotischen Vertrauens r Vertreter der „Nation". Nicht nur, daß sie ohne den geringsten Widerruch eine halbe Million frischer Soldaten und über eine Milliarde Mark r die laufenden Heeresausgaben bekommt: sie findet auch die Unterstützung r Duma bei allen ihren neuen Experimenten im fernen Osten. Aber das noch nicht alles: von rechts und von links, von den Schwarzhundertlern d den Kadetten wird ihr der Vorwurf entgegengehalten, daß sie in ihrer ßeren Politik zu wenig Aktivität an den Tag lege. Auf diese Weise wird Regierung durch die ganze Logik der Dinge auf den waghalsigen Weg s Kampfes um die Wiederherstellung ihrer Position in der Weltpolitik hindrängt. Und wer weiß? Vielleicht wird das Schicksal der Autokratie, ehe auf dem Straßenpflaster von Petersburg und Warschau entschieden wird, rher noch eine Probe auf den Amurfeldern oder am Gestade des Schwarzen eeres zu bestehen haben.

---

r siebente internationale Textilarbeiterkongreß in Wien.

Von **Aug. Baudert** (Weimar).

Während vor drei Jahren auf dem internationalen Kongreß der Textilarbeiter Mailand (vergl. „Neue Zeit", XXIII, 2, Nr. 44) als einziger Erfolg zu verhnen war, daß ein internationales Komitee eingesetzt wurde, das mit dem interionalen Sekretär in steter Verbindung bleiben und alle wichtigen, die Textileiterbewegung aller Länder interessierenden Fragen vorberaten solle, durfte man dem vom 25. bis 30. Mai in Wien tagenden Kongreß einen wesentlichen rtschritt auf dem Gebiet der internationalen Verbindung erwarten. In gewisser ziehung hat sich diese Erwartung auch erfüllt.

Während in Mailand aus acht Staaten 86 Delegierte erschienen, die rund 000 organisierte Mitglieder vertraten, waren diesmal aus neun Staaten Delegierte anwesend, die rund 450000 organisierte Mitglieder vertraten. Wegen ngel an Mitteln ist seit der letzten Tagung Italien von der internationalen bindung ausgeschieden. Neu hinzugekommen ist Ungarn, und zum ersten Male diesmal Dänemark auf einem internationalen Textilarbeiterkongreß vertreten. e besonders starke Zunahme der organisierten Mitglieder haben Deutschland Österreich aufzuweisen. In Schweden hat die Organisation der Textileiter beschlossen, sich dem internationalen Verband anzuschließen. Auch mit ßland werden bereits Verhandlungen darüber gepflogen.

Die Vorbereitungen zum Kongreß waren von den österreichischen Genossen in stergültiger Weise getroffen. Auch das internationale Komitee hatte in seinen in sel und Brüssel abgehaltenen Sitzungen gute Vorarbeiten erledigt. Als ein entlicher Fehler muß es aber bezeichnet werden, daß die Tagesordnung zum Kongreß in letzter Stunde aufgestellt wurde und zu den einzelnen Hauptfragen keine Renten vorgesehen waren. Das Fehlen von gutvorbereiteten Resolutionen und Anträgen hte sich deshalb während der Verhandlungen mehrfach unangenehm bemerkbar.

So hätte namentlich der Punkt Arbeiterschutz auf einem internationalen eiterkongreß eine viel einheitlichere, prinzipiellere Behandlung finden müssen. hrend die Delegationen der kontinentalen Staaten sich durchweg für die ge-

forderten Schutzbestimmungen für Frauen- und Kinderarbeit, Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden, Freigabe des Sonnabend nachmittags, Verbot von Überzeitarbeit, durchgehendes Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren usw. aussprachen, kamen die in vieler Hinsicht geradezu reaktionären Ansichten einzelner englischer Delegierten recht drastisch zum Ausdruck. Bezeichnete doch ein englischer Delegierter die Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen zwar als ein schönes Ideal, aber — praktisch undurchführbar. Auch das vollständige Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren findet nicht den Beifall aller englischen Delegierten. Es fand sich unter ihnen ein Parlamentsmitglied, das im Parlament gegen einen erweiterten Schutz der ausgebeuteten Kinder gestimmt hat! Es war deshalb begreiflich, daß von den Delegierten anderer Staaten den englischen Delegierten bittere Wahrheiten gesagt wurden. Es wurden solche rückschrittliche Ansichten als Bierbankpolitik bezeichnet. Noch markanter kam die politische Rückständigkeit der Engländer zum Ausdruck, als unter dem Beifall seiner Kollegen ein Delegierter sich dahin aussprach die Arbeiter des Kontinents sollten weniger Ideale und mehr praktisches Handeln betätigen. Würden sie weniger Geld zu politischen Wahlen verwenden, dann könnten sie auch für die Gewerkschaften mehr leisten. Mit Recht wurde ihnen entgegengehalten, was die „Neue Zeit" bereits nach der Mailänder Tagung schrieb Mit solchen Auffassungen bilde die englische Gewerkschaftsbewegung das Bleigewicht an der modernen Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Nachdem die dazu vorliegende Resolution von deutscher Seite präziser gefaßt worden war stimmten alle Staaten, die Engländer eingeschlossen, hierfür. Die Belgier und Holländer enthielten sich lediglich deshalb der Abstimmung, weil — keine weitere Debatte darüber beliebt wurde.

Von großem Werte ist der Beschluß, die Beiträge zum internationalen Streikfonds und für die Verwaltung des internationalen Verbandes von 5 Centimes pro Jahr und Kopf der organisierten Mitglieder auf 10 Centimes zu erhöhen. Allseitig wurde die Notwendigkeit dieses Schrittes anerkannt. Im Jahre 1902 hatte man in Zürich den Beschluß gefaßt, einen internationalen Streikfonds zu schaffen Indes waren auf Grund dieses Beschlusses innerhalb der ersten drei Jahre, bis zum Mailänder Kongreß, nur gegen 12000 Mark zum internationalen Streikfonds eingegangen. Ein paar Staaten hatten überhaupt nichts dazu geleistet, und England hatte für sich das Vorrecht in Anspruch genommen, anstatt 5 Centimes nur 2 Centimes beizutragen. Trotzdem schon in Mailand dieses Vorgehen scharf gerügt wurde, hatten auch in den letzten Jahren die Engländer keinen höheren Beitrag gezahlt. Sie beriefen sich darauf, daß sie für 200000 Mitglieder den geringeren Beitrag deshalb zahlen, weil sie auf die Benutzung des Streikfonds überhaupt Verzicht leisteten. Jetzt, wo die Beiträge verdoppelt wurden, wollten die Engländer aus den gleichen Gründen bei ihrem bisherigen Beitrag verbleiben. Dieses Verhalten forderte den energischsten Widerspruch aller übrigen Delegationen heraus Es wurde ihnen vorgehalten, daß es der Arbeitersache würdiger wäre, wenn sie nur einen Teil des von ihnen geschmähten Idealismus der Arbeiter anderer Länder betätigen und sich weniger auf den nackten Profitstandpunkt der englischen Kapitalisten stellen wollten. Schließlich wurde in einer Resolution erklärt, die englische Delegation solle sich bis zum nächsten Kongreß, der 1911 in Holland stattfindet über diese Frage mit den einzelnen Gewerkschaften in England ins Einvernehmen setzen, damit diese Ausnahme in der Beitragsleistung beseitigt wird. Erst dann könne der von England angeregten Frage näher getreten werden, die Abstimmung auf dem Kongreß proportional, nach der Zahl der vertretenen Mitglieder, vorzunehmen. Nach diesem Beschluß steht zu erwarten, daß der Streikfonds, der auf über 56000 Franken angewachsen ist, eine solche Höhe erreicht, daß er in kommenden wirtschaftlichen Kämpfen der Textilarbeiter in den dem Verband angeschlossenen Ländern von gewisser Bedeutung sein wird. Für seine Verwendung

tte das internationale Komitee ein Streikreglement ausgearbeitet, das vom
ngreß angenommen wurde.

Beachtenswert ist der einstimmig gefaßte Beschluß, das internationale
rrespondenzblatt regelmäßig, vorläufig alle zwei Monate, bei eintretendem
darf allmonatlich erscheinen zu lassen. Die Engländer, die sich bisher mit Händen
d Füßen gegen diese Einrichtung gesträubt, gaben ihr jetzt ihre Zustimmung.

Ebenso war volle Einmütigkeit vorhanden in der Verurteilung des Prämien-
stems, das in einigen Ländern in der Textilindustrie noch eine große Rolle spielt.
ig hängt die Frage der Mehrstuhlarbeit damit zusammen. Wird doch durch
s Prämiensystem in Verbindung mit der Mehrstuhlarbeit gar oft eine Anzahl
beitskräfte (Hilfsarbeiter) durch einen Arbeiter noch besonders ausgebeutet. Eine
ernationale Regelung dieser Angelegenheit wurde dem Komitee überwiesen.

Angesichts der Haltung der Engländer in vielen Fragen, und besonders der
ltung des internationalen Sekretärs, der seinen Sitz in England hat und, außer
nem trockenen Kassen- und Geschäftsbericht, kein Wort auf die verschiedenen an
direkt gerichteten Anfragen zu erwidern wußte, ist es begreiflich, daß der An-
g gestellt wurde, den Sitz des internationalen Sekretariats nach Deutschland
verlegen. Obgleich man an der Führung der Kassengeschäfte nichts auszusetzen
te, gab man von verschiedenen Seiten dem Wunsch Ausdruck, einen Sekretär
der Spitze des internationalen Verbandes zu sehen, der nicht erst geschoben zu
rden braucht, sondern der selbst die Initiative zu den großen Fragen ergreift,
das Proletariat im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus zu lösen
. Weil aber — wie bereits 1902 in Zürich und 1905 in Mailand — die Eng-
der Besserung versprachen, ließen sich wieder ein paar Delegationen bestimmen,
noch einmal mit England zu versuchen. So kam es, daß von den vertretenen
n Staaten sich fünf für England erklärten.

Die Politik der Rechnungsträgerei war aber nicht allein in dieser Frage maß-
end. Während man vor sechs Jahren in Zürich sich offen dahingehend aus-
ach, daß der Kongreß und die internationale Vereinigung der Textilarbeiter auf
n Boden des Klassenkampfes stehe, präzisierte man diesen Standpunkt dies-
l in der Annahme einer Resolution, in der man sich redlich bemüht hatte, die
rte: sozialdemokratische Partei zu vermeiden. Es wurde in der Resolution zum
sdruck gebracht, daß die Organisationen aller Länder sich an den politischen
hlen zu beteiligen haben, und zwar soll jene Partei unterstützt werden, die von
Arbeitern als Vertretung ihrer Klasseninteressen anerkannt ist. Wenn
für die Organisationen des Kontinents auch weiter nichts ist als eine Um-
eibung, da damit nur die Sozialdemokratie gemeint sein kann, so bedeutet
Ganze doch ein Ausweichen vor der Klarheit, aus bloßer Gefälligkeit für die
gländer, denen gerade Klarheit am meisten not tut. Und das mußte in Wien
hehen, wo Genosse V. Adler im Auftrage des Verbandes der sozialdemo-
tischen Reichsratsfraktion und der sozialdemokratischen Partei in
er Begrüßung des Kongresses in beredten Worten auf die einheitliche Aktion
Partei und der Gewerkschaften hinwies! Wo er so überzeugend von
beiden Armen sprach — dem politischen und dem gewerkschaftlichen —, die
einem Geiste geleitet würden!

Gegenüber den von den Engländern ausgesprochenen Worten: etwas weniger
alismus und mehr praktisches Handeln, ist es angebracht, der internationalen
bindung der Textilarbeiter als Grundlage ihres Handelns zu empfehlen: Etwas
niger Opportunismus und etwas mehr prinzipielle Taktik! Auch jetzt
für die Zukunft gilt noch, was die „Neue Zeit“ nach der Mailänder Tagung
ieb: Die internationalen Kongresse finden nicht statt, um gegenseitig Höflich-
n und Komplimente auszutauschen, sondern es sollen auf ihnen die Waffen ge-
iedet werden, mit denen erfolgreich die kapitalistische Gesellschaft und das
talistische System bekämpft werden können.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Kongreß in Wien mit seinen Beschlüssen über das internationale Korrespondenzblatt, das Streik-reglement und die Fragen des Arbeiterschutzes in gewissem Sinne positive Arbeit geleistet hat, so ist dieser Erfolg stark beeinträchtigt durch das mangelnde Solidaritätsgefühl, wie es sich unvermindert seit der ersten Zusammenkunft der Textilarbeiter, anläßlich des internationalen Sozialistenkongresses in Zürich, im August 1893 gezeigt hat.

Hoffentlich wird der Einfluß des internationalen Komitees, das in den ersten drei Jahren seiner Wirksamkeit immerhin gewisse Erfolge erzielt hat, in der Zukunft auch darauf hinarbeiten, daß innerhalb der englischen Textilarbeiter sich eine reinliche Scheidung vollzieht, damit auf einem internationalen Arbeiterkongreß von einzelnen Delegierten nicht wieder Anschauungen geäußert werden, die dem Unternehmertum aus der Seele gesprochen sind. Wenn heute schon in den einzelnen Ländern des Kontinents das Textilproletariat als die Elitetruppe im Klassenkampf gegen den Kapitalismus bezeichnet werden kann, so ist dies im allgemeinen von der internationalen Verbindung der Textilarbeiter so lange nicht zu sagen, als auf den internationalen Kongressen die vollständige Reinheit und Einheit im Handeln fehlt. Das ist das Ziel, das wir zu erstreben haben!

Gewerkschaftsliteratur über Arbeiterstatistik und Tarifverträge.

Von **Adolf Braun**.

Von den Maurern, den Malern, den Schneidern, den Fabrikarbeitern, den Holzarbeitern und vielen anderen Gewerkschaften besitzen wir Sammlungen, zum Teil auch Verarbeitungen der von ihnen abgeschlossenen Tarife und damit wichtige Quellenwerke für die Beurteilung nicht bloß der kollektiven Vertragsabschlüsse, sondern auch für die tatsächlich bestehenden Arbeitsbedingungen der von Jahr zu Jahr wachsenden Anzahl von Arbeitern, für welche Tarifverträge gelten. Das sozialstatistische Material in den Tarifverträgen sollte nicht unterschätzt werden. Sicherlich fallen die Arbeitsbedingungen des Tarifvertrags nicht einfach mechanisch mit den tatsächlichen Arbeits*zeiten* und Lohnsätzen zusammen, aber sie bieten sehr wichtige Anhaltspunkte für die Feststellung der Arbeits*bedingungen*, sie geben jedenfalls bedeutungsvolle Näherungswerte, deren wir bisher entraten mußten. An den gewerkschaftlichen Tarifsammlungen können wir auch die Genauigkeit der Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes prüfen und feststellen, daß zahlreiche Tarife in der amtlichen Sammlung nicht verarbeitet wurden.

Eine wichtige und in vielfacher Beziehung mustergültige Veröffentlichung über die Tarife besitzen wir in dem schon äußerlich monumental wirkenden Buche „*Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe, Statistik und Tarifverträge 1905*" (Hamburg, Verlag des Vorstandes des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands [Th. Bömelburg], 1906, XXXIX und 372 Seiten Quart). Wir haben hier neben einer genauen Veröffentlichung aller zur Zeit der Drucklegung bekannt gewesenen 788, zum Teil von den Maurern allein, zum Teil von ihnen und verwandten Berufsgenossen in den Jahren 1891 bis 1905 abgeschlossenen Tarife, und zwar alle für jeden einzelnen Ort zum Abschluß gebrachten Tarife. Wir ersehen daraus, daß der am 31. März 1908 abgelaufene Tarif für Kaiserslautern der erste Tarif war, der für Maurer dieses Ortes abgeschlossen wurde. Wir sehen andererseits, daß in einer Reihe anderer Städte eine ganze Reihe von Tarifen schon in Geltung gewesen sind. Aus dem Vergleich ihres Inhalts, des Umfanges der genaueren Textierung, der geänderten Formen des Abschlusses erkennen wir die Entwicklung des Tarifwesens, und damit empfangen wir auch ei-

)eutungsvolles Material zur Beurteilung der Entwicklung der Gewerkschafts-
ganisationen nicht bloß in wirtschaftlicher, sondern auch in geistiger Hinsicht.

Sind die Tarifverträge schon Erscheinungen, die erfolgreich nur von kräftigen
verkschaftlichen Organisationen errungen und durchgesetzt werden können, so sehen
r die Wirkungen dieser gewerkschaftlichen Organisation auch in der Entwicklung
: Lohnbedingungen. Außerordentlich wertvolles, gut verarbeitetes und über-
)tlich dargestelltes Material finden wir in dem genannten Buche, so über die
beiterzahlen, über die Lohnsätze, über die Arbeitszeiten, über das Verhältnis von
hilfen — das Werk schreibt immer „Gesellen" — und Lehrlingen, über Über-
nden und Pausen, Kündigungsfristen und Lohnformen, über Zahl der Tarife usw.
anche Angaben finden wir nach Ortsgrößen geordnet. Überall kann man sich in
n Buche leicht orientieren; deutlich wird die Wirksamkeit der Gewerkschaften vor
gen geführt.

Die Zimmerer veröffentlichten wichtiges statistisches Material in dem 207 Seiten
cken Buche „Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit und Stunden-
hne im deutschen Zimmerergewerbe. Zweite Publikation aus den
tistischen Erhebungen im Monat August 1906", herausgegeben vom
ntralvorstand des Verbandes der Zimmerer (Hamburg 1908, F. Schrader,
1 Seiten, Diagramme und Tabellen). Das Buch ist eine besonders beachtens-
rte Leistung auf sozialstatistischem Gebiet, es erbringt neben einer ganzen Anzahl
derer Bücher unserer Gewerkschaften den Beweis, daß auf dem Gebiet der Sozial-
istik viel mehr zu erforschen und darzustellen ist, als die amtliche Statistik leistet.
dringend notwendig uns auch seit langem eine Anleitung zu sozialstatistischen
beiten für unsere Gewerkschaften erscheint, um Methode und Technik zu popu-
isieren und um eine Einheitlichkeit der Erhebungen und eine Vergleichbarkeit
Resultate zu erleichtern, so muß gerade bei dem Fehlen eines derartigen Werkes
ppelt hoch angeschlagen werden, daß die sozialstatistischen Leistungen unserer Ge-
rkschaften hohes Lob verdienen und im wesentlichen immer mehr frei werden
leichtfertigen Schlüssen und Fehlern in der Anlage und in der Verarbeitung.
ch hierin zeigen sich große Fortschritte unserer Gewerkschaftsbewegung, die um
bedeutungsvoller sind, als das kritische Urteil und die vorsichtige Zurückhaltung,
der ernsthafte wissenschaftliche Statistiker bei seinen Arbeiten erkennen läßt, von
eren Gewerkschaften selbst erst erlernt werden mußten. Gerade die vorliegende
beit zeigt in außerordentlich hohem Maße die Vorzüge, die wir hier kurz an-
eutet haben. Man erkennt deutlich, daß aus dem Material nicht mehr geschlossen
rde, als man tatsächlich und zwanglos schließen kann. Und dabei ist mit sehr
ingen Mitteln ein sehr reiches und wertvolles Resultat erzielt worden. Gerade
, wo wir auf die ersten verwertbaren Resultate der Berufszählung warten, muß
ont werden, daß für die vorliegende Statistik von der Aufnahme bis zur voll-
eten Drucklegung des umfangreichen Werkes bei Ausführung der ganzen Arbeit
ch sonst stark beschäftigte Gewerkschaftsbeamte, ausschließlich ehemalige Hand-
eiter, weniger wie anderthalb Jahre benötigt wurden. In schöner Weise finden
das Erhebungsmaterial, das gut durchdacht ist, angeführt und in umfangreicher
rstellung das reiche Tabellenmaterial gewürdigt.

Es scheint aus der Statistik hervorzugehen, daß aus der Zeit von 1895 bis
6 die Zentralisation in der Zimmerei sehr stark fortgeschritten ist. Die Statistik
faßt viel weniger Betriebe, in denen Zimmerer beschäftigt wurden, als die amt-
e Betriebsstatistik von 1905, und doch weist die gewerkschaftliche Statistik mehr
mmereiarbeiter nach als die amtliche Statistik von 1895. Es ist übrigens sehr
ressant, daß die gewerkschaftliche Statistik zu dem Wahrscheinlichkeitsschluß
ngt, daß in der Berufs- und Betriebszählung von 1895 mehr als 1500 Zimmerer-
iebe nicht mitgezählt wurden.

In sehr eingehender, aber auch übersichtlicher Weise wird über die Arbeits-
en und Löhne der Zimmerer Deutschlands zur Zeit der Aufnahme gehandelt.

Die Hauptresultate sind, daß neun= und zehnstündige Arbeitszeiten und solche, di zwischen diesen beiden Zeiten liegen, am häufigsten vorkommen. 58670 Arbeite haben diese Arbeitszeit, während bloß 9 Zimmerer eine unter neunstündige Arbeits zeit aufweisen konnten. Dagegen hatten eine Arbeitszeit von über zehn bis el Stunden 8361 und von über elf Stunden 376 Arbeiter. Die stärkste Gruppe wa die der mit 31 bis 40 Pfennig für die Arbeitsstunde entlohnten Zimmerer. 303 hatten niedrigere Löhne, aber über zwei Drittel der Gesamtzahl Stundenlöhne vo über 40 Pfennig, ja 9268, also fast die Hälfte der Gruppe mit 30 bis 40 Pfennig nämlich 9268, hatten Löhne von 71 bis 80 Pfennig und 721 Löhne über 80 Pfennig Der Durchschnittslohn betrug 50,2 Pfennig pro Stunde. Dabei ist zu beachten, da 107 verschiedene Lohnklassen zwischen 15 Pfennig und 1,20 Mark festgestellt wurden ganz abgesehen von den freilich nur noch selten vorkommenden Tag=, Wochen= Monatslöhnen und Löhnen, bei denen noch der Naturallohn die Hauptrolle spielt Sowohl die Arbeitszeiten als die Stundenlohnsätze sind prozentuell dargestellt, be aller Vorsicht des Bearbeiters sind sehr interessante Resultate festgelegt wor de Die Löhne und die Arbeitszeit für die einzelnen preußischen Provinzen und Landes teile sind zusammengestellt, in den betreffenden Tabellen ist bei Bayern die Bezeich nung rechtsrheinisch vergessen worden. Sehr interessant ist auch die Feststellun über die Zahlenverhältnisse von Arbeitsort und Wohnort, so sei zum Beispiel er wähnt, daß die von der Statistik erfaßten preußischen Zimmerer an 1492 Arbeits orten tätig waren, aber in 7284 Orten wohnten. Noch interessanter ist die Fes stellung, daß die in zwei lübeckischen Orten tätigen Zimmerer in 24 Orten wohne und daß die in sieben hamburgischen Orten tätigen Zimmerer aus 46 verschiedene Orten sich zu ihren Arbeitsstellen zu begeben haben. Von 83312 Zimmerleuten, di von der gewerkschaftlichen Statistik erfaßt wurden, wohnten 25287 nicht in de Arbeitsorten. Zur Beurteilung manches Wohnungsproblems ist diese Angab sicherlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In weiteren Tabellen finde wir das Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten, beziehentlich zu Gesamtzahl der Zimmerer dargestellt. Die günstigsten Verhältniszahlen weisen d Hansastädte, die beiden Mecklenburg und Brandenburg und dann das Rheinlan auf, auch das Königreich Preußen in seiner Gesamtheit ist noch über dem Durch schnitt, ebenso Baden, während das ganze übrige Süddeutschland, Sachsen und fa alle thüringischen und sonstigen Kleinstaaten unter dem Durchschnitt verbleiben Natürlich finden wir, daß die kurzen Arbeitszeiten sehr stark parallel gehen mit de günstigen Organisationsverhältnissen. Ziemlich ähnliche Erscheinungen finden w auch in bezug auf die Lohnverhältnisse. Die Größenklassen der Städte zeigen ab zum Teil eine nicht erwartete Erscheinung; die Großstädte haben, wie erwarte verhältnismäßig kurze Arbeitszeiten und relativ hohe Löhne; aber in den kleine und mittleren Orten waren vielfach ähnliche Ziffern festzustellen, weil durch die i der Agglomeration der großen Städte liegenden Ortschaften mit den Arbeits bedingungen dieser die Durchschnittszahlen der Gruppen kleinerer Orte stark beein flußt werden.

Sehr interessante Betrachtungen über das Tempo der Zusammenfassung de Zimmererberufs in kapitalistische Betriebe, über die Wirkungen des Fortschreiten des Kapitalismus auf die Verkürzung der Arbeitszeit und auf die Steigerung de Löhne, Bemerkungen über die Einwirkung der politischen Verhältnisse und der E weckung des Klassenbewußtseins auf die besseren Arbeitsbedingungen finden wir i dem Buche. Die Mitgliederbewegung, die Arbeitslosenzählungen, die Lohnkämpf die Organisationsverhältnisse, die Tarifverträge, die Jahresarbeitszeiten und Jahres arbeitsverdienste finden wir in schönen zusammenfassenden Tabellen, die vielfa auch nach Ortsgrößenklassen gruppiert wurden. In den großen Tabellen finde wir die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung für jeden Arbeitsort festgestellt.

So ist dieses Buch nicht bloß eine wichtige Informationsquelle über die Ge samtlage der Zimmerer, sondern auch ein Nachschlagebuch über die Arbeitsbedin

ngen usw. der Zimmerer in den einzelnen Arbeitsorten. Nicht zuletzt ist das ch ein schönes Beispiel gewerkschaftlicher Statistik und hoher Leistungsfähigkeit im Dienste der Gewerkschaftsorganisation wirkenden Arbeiter. Wir wollen n Schlusse auch die gute Ausstattung, vor allem den klaren und übersichtlichen uck der Tabellen und die leichtflüssige Lesbarkeit des Textes nicht unerwähnt sen.

In einem besonderen Buche finden wir die „Tarifverträge für das Zim- rergewerbe, gültig für das erste Halbjahr 1907" (Hamburg 1907, rlag von Schrader, Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, 560 Seiten tav). Hier sind die Tarifverträge in ganz genauer Wiedergabe des authen- hen Textes gegeben. Neben einem alphabetischen Register bringt das gut aus- tattete Buch eine nützliche Tabelle über Beginn, Kündigungsfrist und Ende der rifverträge.

Eine reiche Sammlung von Tarifverträgen, und zwar die wichtigsten der im hre 1906 vom Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossenen, findet man in dem ahrbuch 1906 des Deutschen Holzarbeiterverbandes", herausgegeben n Verbandsvorstand (Stuttgart 1907, Selbstverlag, VIII und 290 Seiten Oktav). ses Buch verfolgt andere Zwecke wie die beiden vorher genannten Veröffent- ungen. Wir finden deshalb auch nicht den aktenmäßig genauen Text der Ver- ge, es sind Kürzungen vorgenommen worden, es sind die Formalien wie die terschriften nicht veröffentlicht, und es fehlen vor allem die Akkordtarife, über wir im allgemeinen bedeutend schlechter unterrichtet sind wie über die Tarife vorherrschenden Zeitlöhnen. Sicherlich ist die Vergleichbarkeit der Akkordtarife r begrenzt, insbesondere in Industrien, wo es sich weniger um die Herstellung rorts gleicher Typen handelt als um die Fabrikation besonderer Spezialitäten. dererseits ist der Akkordtarif eine schwierig abzuschließende Form des kollektiven beitsvertrags und weiter eine, die von Jahr zu Jahr wichtiger werden wird, en Schwierigkeiten aber insbesondere von den Unternehmern scheinbar oder tat- lich überschätzt werden, daß uns alles Material über die Akkordtarife außer- entlich wichtig erscheint, so daß wir den regen Wunsch haben müssen, daß auch e Tarife veröffentlicht werden und damit als Material dienen zum Abschluß terer Akkordlohntarife.

Aus dem Anlaß der Erwähnung der Holzarbeitertarife sei noch kurz auf den igen Inhalt des Jahrbuchs hingewiesen. Wir finden da die Lohnbewegungen gestellt, ferner Materialien zur Beurteilung der Entwicklung des Verbandes, der senverhältnisse, Berichte und Abrechnungen der Gauvorstände, eine Arbeitslosen- istik, Referate über den Verbandstag, über die internationalen Beziehungen, die tellverträge, Sektions- und Branchenkonferenzen, Prozesse und Rechtsschutz, lich einen Bericht über die Fachorgane und noch manches andere. Eine ganze he von Verbänden veröffentlichen nun diese Jahrbücher und bieten damit fort- ende Annalen über die Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften.

Wenn wir bei den Holzarbeitertarifen das Bedauern ausgesprochen haben, daß die gerade interessantesten Tarife, die Akkordlohntarife, nicht veröffentlicht sind, inden wir das Vermißte in reichlicher Fülle in zwei Büchern über die Lohn- ife und Tarifverträge im Schneidergewerbe, von denen die erste Aus- e im Selbstverlag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen usw. im re 1906 auf 74 Querfolioseiten veröffentlicht wurde, während die Publi- ion vom Jahre 1908 auf 145 Querfolioseiten angewachsen ist. Selbst wenn aus der größeren Veröffentlichung die neu hinzugekommenen Teile vollständig eht, so sieht man einen ganz erheblichen Fortschritt der Organisation schon an größeren Umfang der neueren Veröffentlichung. Die Tarifverträge der Schneider fast ausnahmslos Akkordlohntarife, indem für das einzelne Stück (Winterrock, ko, Joppe, Weste, Hose usw.) und für alle Extraarbeiten, die in großer Mannig- gkeit in den Tarifen angeführt sind, besondere Lohnsätze festgestellt werden, und

zwar oft für jede einzelne Arbeit besondere Lohnsätze für vier und fünf Qual täten. So erscheint die Sammlung der Schneidertarife als ein bedeutungsvolle Beweis für die Möglichkeit des Akkordlohntarifs. Heute, wo in der Großindustri wie im Kleingewerbe der Akkordlohn das Zeitlohnsystem immer mehr zurückdräng und wo gerade in den Industrien mit den ausgebildetsten Akkordlohntarifen de stärkste Widerstand gegen die Tarifabschlüsse zu beobachten ist, ist die Sammlun aller Akkordlohntarife ein bedeutungsvoller Behelf für die Gewerkschaften.

Die Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinde Deutschlands hat im Jahre 1907 zwei Arbeiten über die Tarife veröffentlicht: „Di Tarifverträge im Malergewerbe für 1906" und „Der Einfluß unsere Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge". Die erste, kleinere, 98 Seiten umfassende Arbeit bring uns nach einer kurzen Einleitung eine wenn auch nicht vollständige Zusammen stellung der zur Zeit der Drucklegung in Geltung befindlichen Tarifverträge. Ob gleich im Jahre 1906 160 Lohntarife in Geltung waren, die für mehr als 250 Ort über 12000 Betriebe und annähernd 40000 Beschäftigte, also fast für die Hälft aller in Deutschland tätigen Maler und Berufsgenossen Geltung hatten, und ob gleich diese Tarife eine erhebliche Verbesserung der Geldlöhne und sonstiger Arbeits bedingungen aufwiesen gegenüber noch nicht weit zurückliegenden Jahren, komm der Verbandsvorstand zu nachstehendem Urteil über diese Tarif verträge:

„Bei der Durchsicht der Zusammenstellung werden unsere Kollegen finden, wi mangelhaft noch so manche Tarife sind und welch gründliche Verbesserung zur ge eigneten Zeit in verschiedenen Punkten vorgenommen werden muß. Auffallen groß ist die Verschiedenartigkeit der Lohnsätze, der Bestimmungen über Aufschläg bei Überstunden, Nacht-, Sonntags-, Überland- und Fassadenarbeit."

Enthält diese Arbeit lediglich tarifliches Urmaterial, so bringt die zweite Arbei die durch ihre besonders schöne typographische Ausstattung auffällt, eine Reih wertvoller Verarbeitungen über die Lage der Maler, die von statistischer Vertiefun und vom freudigen Eindringen in das Zahlenmaterial mannigfaches Zeugnis ab legt. Da es wenigen beschieden sein kann, die gewerkschaftliche Literatur ständi und in allen ihren Erscheinungen zu verfolgen, so möchten wir gerne diese Schri unter denjenigen bekannt werden sehen, aus denen man ein Bild gewinnen kan über die Leistungen der Gewerkschaften, über ihr inneres Wirken und über di geistigen Kräfte, die in ihnen tätig sind und die gleichzeitig die sozialistische Lite ratur in bemerkenswerter Weise bereichern. Wir finden neben einem Überblick übe die allgemeine Lage des Berufs eine Reihe von Tabellen, in denen die spezielle Angaben über Unternehmer und Gehilfen im Malergewerbe in Beziehung zu einander und zu den Angaben der Volkszählung gebracht werden. Weiter finde wir Aufschlüsse über den Stand der Organisation und über die Mitgliederbewegun in allen einzelnen Orten, wo Maler vertreten sind, über die Entwicklung des Ver bandes seit seinem Bestand, über die Mitgliederbewegung im Jahre 1906 und übe die Dauer der Mitgliedschaft. Einen besonders breiten Teil nimmt die geschick Darstellung der Erfolge der Organisation und ihres Einflusses auf die Regelun des Arbeitsverhältnisses ein. In diesem Zusammenhang wird das sozialstatistis verarbeitete Material der Lohntarife vorgeführt, wobei in besonderen Anhänge Überstunden nach der Sonntagsarbeit, sonstige Lohnbedingungen zu vergleichende Darstellung gebracht werden. Den Schluß des schönen Buches bildet eine agit torische Ausnutzung seines Inhalts und ein ausführliches Register.

So sehen wir, daß die deutschen Gewerkschaften durch den Ernst und di Gründlichkeit ihrer Statistiken, Tarifvertragssammlungen und Berichte den Respe herausfordern. Diese Arbeiten überragen in mancher Richtung die vergleichbare Veröffentlichungen der Unternehmerverbände.

Die Frankfurter Heimarbeitausstellung.

Von **Wilh. Dittmann.**

Nach zweieinhalbmonatiger Dauer wird die Frankfurter Heimarbeit=
sstellung ihr Ende erreicht haben, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen.
er die Entstehung und den Zweck der Ausstellung ist in dieser Zeitschrift
eits vor acht Monaten (in Nr. 4 vom 26. Oktober 1907) eine orientierende
rstellung gegeben worden. Alles Wesentliche, was nach dieser Richtung hin
den letzten Wochen und Monaten über die Frankfurter Heimarbeit=
sstellung veröffentlicht worden ist, war darin bereits enthalten. Es genügt
halb für die Leser der „Neuen Zeit", die Hauptpunkte dieser Darstellung
die Erinnerung zurückzurufen, um dann sofort an eine Würdigung der
sstellung selbst herantreten zu können.

Die Heimarbeitausstellung der Berliner Gewerkschaften vom Jahre 1906
te den Anstoß zu dem Gedanken gegeben, in Frankfurt ein ähnliches Unter=
men ins Leben zu rufen. An der Vorbereitung desselben beteiligten sich
Kreise der Bevölkerung Frankfurts und seiner Umgebung, neben Behörden
Gelehrten vor allem auch berufliche Organisationen der Unternehmer und
Arbeiter. Vollkommene Unparteilichkeit wurde als oberster Grund=
für die Ausstellung aufgestellt. Für ein örtlich begrenztes Wirtschafts=
iet — die Rhein=Main=Gegend — wollte man ein umfassendes Bild
gesamten Heimarbeit in ihren technischen, wirtschaftlichen und sozialen
aussetzungen, Formen und Folgen geben und hofften, damit ein Stück
lks= und Wirtschaftskunde liefern zu können, das interessant für die
ssenschaft, anregend für die praktische Sozialpolitik und allgemein wertvoll
die Verbreitung eingehender Kenntnis des Volkslebens sein würde.

In manchen der Veröffentlichungen, die in letzter Zeit von bürgerlicher
te über die Frankfurter Heimarbeitausstellung erschienen sind, findet sich
Versicherung, daß es „tatsächlich gelungen" sei, das gesteckte Ziel zu er=
hen. Anders dagegen lautet das Urteil aus Arbeiterkreisen. Bei den
eitern herrschte vielfach von vornherein das instinktive Empfinden, durch
Frankfurter Ausstellung solle vor allem der erschütternde Eindruck, den die
liner Ausstellung auf die Besucher gemacht hatte, wieder verwischt und
alen Quacksalbern Gelegenheit gegeben werden, ihr Licht leuchten zu lassen.
tsdestoweniger beteiligten sich, wie erwähnt, die Gewerkschaften an den
arbeiten, und es darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß ohne diese
twirkung der Gewerkschaften die Ausstellung zu einem geradezu kläg=
n Fiasko ihrer Veranstalter geführt haben würde. Die Ermittlungen der
enschaftlichen Leiter der einzelnen Fachausschüsse nebst den Angaben der
ernehmervertreter in denselben ergaben für die Etikettierung der Aus=
ungsgegenstände oft ein völlig unzutreffendes, viel zu optimistisch gefärbtes
). Wäre durch die Arbeitervertreter in solchen Fällen nicht die nötige
rektur veranlaßt worden, die Ausstellung hätte keinen Tag lang vor der
ik bestehen können.

Manche Unternehmer hatten es bei der Beschaffung der Ausstellungsgegen=
de offensichtlich auf Täuschung abgesehen. Nicht nur, daß sie mit
n Herstellung besonders geschickte Arbeiter betrauten, ungewöhnlich gutes
terial zur Verfügung stellten, Ausnahmearbeiten mit besonderen Lohn=

zuschlägen für Extraarbeiten anfertigen ließen, um Stunden- wie Stücklo möglichst hoch erscheinen zu lassen, sondern es wurden zu diesem Zwecke a noch direkt zu niedrige Angaben über die Dauer der Arbeitszeit und die Z der in Frage kommenden Arbeiter gemacht. Leider wurde von den Fa ausschüssen solchen „Mitarbeitern" gegenüber zu viel Rücksicht geübt, um d paritätische Zusammenarbeiten nicht zum Scheitern kommen zu lassen. Ja, liegen Beispiele dafür vor, daß trotz erfolgter Richtigstellung durch die Fa ausschüsse auf den Etiketten der Ausstellungsgegenstände doch die ursprü lichen, falschen Angaben der Unternehmer prangten.

Ein besonders krasser Fall dieser Art wurde von dem Vertreter Schneiderorganisation in Frankfurt mit der folgenden Gegenüberstellu veröffentlicht:

Angaben des Fachausschusses.			Auszeichnung nach Angaben des Unternehme		
Bluse Nr.	Arbeitszeit pro Stück	Verdienst pro Arbeitsstunde	Bluse Nr.	Arbeitszeit pro Stück	Verdienst Arbeitsstu
5 . . .	4 Stunden	13 Pfennig	5 . . .	2 Stunden	26 Pfen
6 . . .	4 "	$14^1/_4$ "	6 . . .	$2^1/_4$ "	$26^2/_3$ "
7 . . .	8 "	$12^1/_2$ "	7 . . .	4 "	25 "
8 . . .	8 "	$12^1/_2$ "	8 . . .	4 "	$25^1/_4$ "
9 . . .	12 "	$13^7/_{12}$ "	9 . . .	8 "	$20^3/_8$ "

In einem anderen, von derselben Seite kritisierten Falle ergab das Fra bogenmaterial 10 bis 18 Pfennig Stundenlohn, auf den Etiketten der A stellungsgegenstände prangten trotzdem 24 bis 59 Pfennig Stundenlohn! A liche Vorkommnisse werden aus der Portefeuillebranche, der Kartonnageindus und auch aus der Schuhindustrie berichtet.

Indem die Ausstellungsleitung in solcher Weise dem Bedürfnis der Un nehmer entgegenkam, aus einer Elendsausstellung eine Reklame- und Para ausstellung zu machen, verletzte sie selber in der gröblichsten Weise den ihr aufgestellten Grundsatz der Unparteilichkeit und Objektivität. Der „g Eindruck", den die Besucher von der Ausstellung mitnehmen sollten, war Ausstellungsleitung anscheinend das Wichtigste. Sonst hätte sie auch unm lich dem Minister v. Bethmann-Hollweg bei seinem Besuche der Ausstell über die Lage der Aschaffenburger Konfektionsschneider Potemkinsche Dör vormachen können, wie sie das nach unwidersprochener Meldung des Fra furter Arbeiterblattes getan hat. Danach haben der Geschäftsführer und wissenschaftliche Leiter der Ausstellung dem Minister erklärt, die Aschaf burger Konfektionsschneider verrichteten die Konfektionsarbeit nur als Neb erwerb bei ihrer bäuerlichen Wirtschaft. Die Schneider erfreuten sich durchweg eines Wohlstandes. Wo in den Spessartorten neue Häuser baut würden, gehörten sie den Schneidern; auch wären überall sepa Arbeitsräume vorhanden!

Bei solchen Vorkommnissen ist es natürlich nicht verwunderlich, wenn Arbeiterkreisen kein besonders günstiges Urteil über die Ausstellung zu hö ist und vielfach die Meinung vertreten wird, die Gewerkschaften hätten an dem „Schwindel" überhaupt nicht beteiligen sollen. Wollte man in dieser Auffassung ohne Einschränkung beitreten, so würde man doch Kind mit dem Bade ausschütten. Die Gewerkschaften dürften gerad dem ununterbrochenen stillen Kampfe mit den Bemühungen der Unternehm

…es möglichst günstig darzustellen, manches gelernt haben, was sie bei ihren …hnkämpfen verwerten können; und auch für spätere Fälle paritätischen Zu…mmenarbeitens dürften sie wertvolle Erfahrungen gesammelt haben.

Der unmittelbare praktische Wert der Ausstellung für die Ge…rkschaften liegt vor allem darin, das Interesse und die Kritik der …eiten Masse ihrer Mitglieder herausgefordert zu haben. Die …usende von Besuchern, die an den Sonntagen die Ausstellung füllten, …ren vornehmlich Mitglieder der Gewerkschaften in Frankfurt und seiner …ngebung, die in corpore erschienen waren. Und die Arbeiter kamen nicht, … so viele der sogenannten „Bessersituierten", um sich belehren zu lassen, …ß nicht alle Heimarbeit notwendigerweise Schundware sein muß, sondern … tiefer zu schauen und vom Arbeitsprodukt auf die Arbeitsbedin…ngen und sozialen Verhältnisse der Produzenten schließen zu …nnen.

Die eigene Kenntnis der Dinge bewahrte die Arbeiter davor, sich von den …chen Angaben auf den Etiketten der Ausstellungsgegenstände täuschen zu …en, und mit der Kritik wurde nicht hinter dem Berge gehalten. In der …rkstatt, in Versammlungen und in der Tages- und Fachpresse wurden …tische Betrachtungen über die Ausstellung angestellt, so daß von ihr …h in Arbeiterkreisen eine Fülle von Anregungen in sozialer Hin…ht ausgegangen ist.

Auf das bürgerliche Publikum trifft das natürlich nicht weniger zu, … liegt hier die Gefahr der Irreführung durch die erwähnten Inkorrekt…en sehr nahe. Manche dieser Besucher kamen überhaupt mit der Vor…lung, daß die Ausstellung den Zweck habe, zu zeigen, welch schöne …chen in der Hausindustrie hergestellt werden. Daß die Ausstellungsgegen…nde nur das Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse … Heimarbeiter vermitteln sollten, mußte diesen Besuchern vielfach erst klar…macht werden. Die Schauwerkstätten erschwerten vielfach noch das richtige …ständnis für den Zweck der Ausstellung, weil sie eben nur die Technik der …beit veranschaulichen und aus dem ganzen Drum und Dran des wirtschaft…en und sozialen Milieus herausgerissen sind. Besser als durch die Schau…kstätten wurde das Verständnis für die sozialen Verhältnisse gefördert durch … Reihe photographischer Aufnahmen der Arbeitstätten der Heim…beiter, aber bei manchen der Bilder hatte man doch auch das Empfinden, … der Aufnahme Vorbereitungen vorausgegangen waren, um einen möglichst …en Eindruck hervorzurufen.

Die Ausstellung der Heimarbeitprodukte war branchenweise angeordnet …den, und für jeden Heimarbeitzweig war eine gedruckte Erläuterungs…zze herausgegeben. Diese Skizzen waren meistens Auszüge aus den Mono…phien, die von den wissenschaftlichen Leitern der einzelnen Fachausschüsse …öffentlicht werden sollen. Es waren mehr als sechzig solcher Skizzen vor…den, die Zahl der Monographien wird geringer sein, doch rechnet man …it, daß sie insgesamt drei Bände füllen werden; sie sollen im Verlag von …her in Jena erscheinen. Das Quellenmaterial für die Monographien bilden … allem die von Unternehmern und Arbeitern beantworteten Fragebogen …r die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Heimarbeiter, des weiteren … persönlichen Informationen der wissenschaftlichen Leiter der Fach…schüsse.

Man darf gespannt darauf sein, ob die Monographien der Kriti besser standzuhalten vermögen wie die Ausstellung selbst, und ob i ihnen die zahlreichen Einwendungen Berücksichtigung finden werden, die a der Ausstellung gemacht worden sind. Manche der vorläufigen Skizzen en halten Stellen, die dem sozialen Verständnis ihrer Verfasser kein besonder günstiges Zeugnis ausstellen. Was kann man zum Beispiel in sozialer Hi sicht von einer Monographie über die Korbflechterei im Taunus erwarte wenn es in der betreffenden Skizze nach der Feststellung, daß die Korbflechter vornehmlich in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. April betrieben werde, weit heißt: „Die Hälfte der Arbeiter benutzt die Wohnstube als Arbeitstätte; e geschieht das von den meisten Arbeitern aus Bequemlichkeit." Der Ve fasser dieser Skizze, ein Pfarrer, wird von dem Verfasser der Skizze über d Korbflechterei in Rheinhessen, einem Handwerkskammersyndikus, über diese Punkt hoffentlich eines Besseren belehrt worden sein, wenn er in dessen Skiz gelesen haben wird: „Die Heimarbeit wird verrichtet während der Winte monate im Wohnzimmer; im Sommer oder auch bei sonst günstiger Witte rung im Hofraum unter freiem Himmel." Ähnlichen unsozialen Äußerunge wie bei dem Herrn Pfarrer, begegnet man noch in manchen anderen d Skizzen. Vielleicht werden sie in den Monographien noch korrigiert, woz ja der Vergleich der einzelnen Skizzen den Verfassern genügend Finge zeige bieten sollte.

Für den Sozialpolitiker bilden die Monographien den wertvollste Teil der Frankfurter Heimarbeitausstellung, ebenso auch für den praktische Gewerkschaftler. Von diesen Monographien wird es auch abhängen, o man die Veranstaltung als Ganzes zu den gescheiterten Unternehmunge der bürgerlichen Sozialpolitiker rechnen muß oder nicht. Die Ausstellung oh die Monographien hat jedenfalls nicht gehalten, was ihre Veranstalter vo ihr versprochen, sie hat kein objektives Bild der Heimarbeit im rhei mainischen Wirtschaftsgebiet ergeben.

Zeitschriftenschau.

„The International Socialist Review" bringt in ihrer Mainummer ein Aufsatz von Cameron H. King über den **„Ausschluß der Asiaten"** (Asiat Exclusion), der als ein treues Bild der asiatenfeindlichen Stimmung unter viele amerikanischen Arbeitern gelten kann. Marx, führt der Autor aus, hat uns gelehr daß eine aussichtsvolle sozialistische Bewegung nur als Organisation der Arbeite klasse bestehen kann, die die unmittelbaren materiellen Interessen und ökonomisch Bedürfnisse der Arbeiter selbst verficht. Die beste Weise, die Arbeiter zu gewinne ist das Eintreten für ihre bessere Lebenshaltung; diese verschlechtern lassen, kan uns nur den Haß der Arbeiter einbringen. Als Arbeiter sind wir selbst genötig für unsere Lebenshaltung zu kämpfen. Nur diejenigen, die selbst nicht durch d japanische Konkurrenz betroffen werden, können leicht darüber reden, den eigene Vorteil dem Ideal der internationalen Solidarität zu opfern. Dies war aber d Lage der meisten Nationen in Stuttgart. Bei der Militärdebatte erklärte Bebe es sei kein Verstoß gegen den Internationalismus, wenn die deutschen Arbeit ihre nationale Kultur, falls sie durch eine Fremdherrschaft bedroht würde, mit de Waffen verteidigten. Was würde er wohl gesagt haben, wenn Millionen von b dürfnislosen Asiaten Europa überschwemmen würden und die mühsam erkämpf

ensshaltung der deutschen Arbeiter herunterdrückten? Ein Führer, der sich in
cher Weise den Lebensinteressen der Volksmasse entgegenstellen würde, hätte sich
möglich gemacht. In Stuttgart waren alle Länder, die unter der asiatischen
nwanderung leiden, Gegner der angenommenen Resolution, und die ameri-
ischen Delegierten waren deshalb schwach in ihrer Bekämpfung, weil sie
e aus den Oststaaten stammen, wo die Einwanderung auch keine praktische Be-
tung hat.

Daß die Lebenshaltung der Japaner sehr niedrig ist, beweisen die offiziellen
hnzahlen aus Hawai, wo in den letzten Jahrzehnten allmählich die weißen Ar-
ter von den anspruchslosen und gefügigen Japanern ersetzt wurden, die 1900
on 36 Prozent der Bevölkerung bildeten. Aus diesen Zahlen ersieht man, daß
Japaner sogar weniger als Portugiesen und Chinesen verdienen und in ge-
nten Berufen weniger als die Hälfte der Löhne der Amerikaner (Schmiede:
erikaner 4,13, Japaner 1,54 Dollar täglich; Zimmerer: Amerikaner 4,00, Ja-
ner 1,37; ungelernte Arbeiter: Amerikaner 1,12, Japaner 0,78 Dollar). Die un-
ernten unorganisierten Arbeiter werden in Kalifornien schon aus verschiedenen
rufen hinausgedrängt; um die gelernten davor zu schützen, ist ein Verbot der
wanderung das einzige Mittel. So hat man es früher schon mit den Chinesen
nacht, und nur dadurch war die heutige Lohnhöhe möglich. Es ist angeführt
rden, daß bei einem Verbot der Einwanderung doch die Konkurrenz mit den
igen, von der billigen japanischen Arbeitskraft angefertigten Waren ausgehalten
rden muß; die Überschwemmung mit solchen billigen Waren würde auch entweder
beitslosigkeit oder Erniedrigung der Löhne bewirken. Das mag sein; aber dann
die Wirkung auf die Arbeiter ganz verschieden. In dem einen Falle wird die
itterung gegen die Ausländer einen Rassenhaß erzeugen, der alle Spuren inter-
ionaler Gesinnung tötet; im anderen Falle werden sie zur Empörung gegen
s kapitalistische Konkurrenzsystem angestachelt werden. Die Zulassung der Japaner
eutet, daß an Stelle der Losung: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! die
ung: Arbeiter aller Länder, konkurriert miteinander! treten soll. Die wiederholt
geführte „internationale Solidarität“ ist hier eine Phrase, denn nicht einmal der
anischen Arbeiterschaft bringen wir einen Vorteil durch ihre Zulassung. Wenn
energischsten Elemente, die immer die Auswanderer bilden, in der Heimat zu
iben genötigt sind, werden sie die Armee der kämpfenden Proletarier in Japan
ken, während wir hier zugleich besser imstande bleiben, kräftig gegen den Kapi-
smus zu kämpfen.

Soweit King. Die Verhandlungen des jüngsten amerikanischen Parteitags
en gezeigt, daß dieser Standpunkt keineswegs der aller Arbeiter der Vereinigten
aaten ist. Gerade von kalifornischen Delegierten, darunter einem Neger, wurde
bekämpft, von anderen dagegen erweitert zu der Forderung des Verbots aller
wanderung überhaupt. Und das ist nur logisch. Ist das Verbot der Ein-
nderung notwendig für die amerikanischen Arbeiter, warum es dann auf Asiaten
chränken, warum nicht auch auf russische Juden, Italiener, Slowaken und andere
unnen“ ausdehnen? Was man gegen jene vorbringt, kann auch gegen diese
agt werden. Und warum dann nicht auch den Negern des Südens die Ab-
nderung nach dem Norden verweigern?

Dabei erörtert weder King noch sonst einer der Befürworter der Einwande-
gsverbote, ob sie auf die Dauer durchführbar sind, ob sie nicht in dem Maße
verer aufrechtgehalten werden, in dem die Vereinigten Staaten auf den Export
: Industriewaren nach Asien angewiesen sind. Keiner untersucht die Beziehungen
ischen dem Export von Waren und dem Import von Menschen.

Sicher bildet die asiatische Einwanderung eine große Gefahr für den amerika-
hen Arbeiter, aber das brutale Einwanderungsverbot ist nicht geeignet, diese
ahr abzuwehren, ohne noch größere Gefahren heraufzubeschwören. Es ist
also kurzsichtig wie die von den mittelalterlichen Zünften geübte Methode

des Ausschlusses der Konkurrenz, die hier ins Modern-Amerikanische überset wird.

In demselben Moment, wo China durch die Logik der Tatsachen gezwunge wird, seine alte Methode der Ausschließung der unbequemen Ausländer aufzugebe und alle chinesischen Mauern niederzureißen, macht sich der vorgeschrittenste Te der vorgeschrittensten Nation der Erde daran, um sich vor dem Import von Japanese und Chinesen zu retten, die überholte chinesische Methode zu importieren und chin sische Mauern gegen die Chinesen zu bauen! K.

In dem Maiheft von „De Nieuwe Tijd" wird **„Der Arnheimer Kongreß** von F. M. Wibaut behandelt. Der alte Zustand und die alten Fehler der vorige Jahre sind in der holländischen Partei geblieben. Die Redaktion des Zentra organs wurde nicht geändert, weil diese selbst kurz zuvor jede solche Änderung al einen Selbstmord für die Partei bezeichnet hatte. Geblieben ist auch die al Methode, alle Versuche der marxistischen Minderheit, eine andere Taktik innerhal der Partei herbeizuführen, sehr undemokratisch als Feindseligkeiten gegen „di Partei" zu brandmarken. Die Partei ist an Umfang gewachsen, aber wie schlech es mit der sozialistischen Durchbildung bestellt ist, zeigte ein Antrag, für das Verbo der Frauenarbeit in Fabriken einzutreten und das Programm in dieser Beziehun umzuändern. Es stellte sich heraus, daß die Vertreter vieler Industriezentre dieser Ansicht waren und gar keine Ahnung von dem sozialistischen Standpun hatten. Die Notwendigkeit vorheriger theoretischer Aufklärung war hier so offen sichtlich, daß eine Entscheidung verschoben wurde. Hier hat sich das Resulta der seit Jahren betriebenen systematischen Vernachlässigung sozialistischer Au klärung gezeigt.

„Ein Arzt über den Klassenkampf" ist ein Aufsatz von F. van der Goe überschrieben, der sich mit einem von einer Anzahl hervorragender Ärzte und Pr fessoren erlassenen Aufruf zum Studium der Betriebsunfälle und Betriebskran heiten befaßt. Dieser Aufruf wies darauf hin, daß durch die Einführung de Unfallversicherungsgesetzes die Heilwissenschaft einen bedeutenden Anstoß bekam die Krankheitsfälle, die späteren Folgen der Betriebsunfälle, das Wesen der Kran heiten wurden besser studiert und besser bekannt; „jeder Teil der medizinische Wissenschaft wurde durch dieses Gesetz mit neuem Leben beseelt." Zum Austausc der Erfahrungen und zum gemeinsamen Studium wurde die Errichtung eine Vereins für die Unfallsheilkunde empfohlen. Dieser Aufruf wurde vom Autor de Artikels als ein Beispiel des Einflusses der sozialen Verhältnisse auf die Wissen schaft angeführt; die Unfälle und das Bedürfnis ihrer Heilung bestanden scho lange, aber erst seitdem die Kosten der Heilung vom Unternehmer getragen werden bestehen die Unfälle für die Ärzte. Das Interesse der Kapitalisten erheischt jet eine rasche und gründliche Heilung der Unfälle; daher werden sie zu einem b deutenden Studienobjekt für die Ärzte. Hier zeigt sich die Medizin also nicht i Dienste der Menschheit, sondern der Bourgeoisie; die Krankheiten der Arbeite werden erst dann gut behandelt, seit sie in finanziellem Sinne zu Krankheiten de Bourgeoisie geworden sind.

Über diese Ausführungen entrüstete sich einer der Professoren, der darin eine Vorwurf für die Ärzte erblickte. Er führte aus, daß hier nicht von Gleichgülti keit oder Gewinnsucht der Ärzte die Rede sein könne, weil jetzt erst die Arbeite mit allen ihren Unfällen zum Arzte kämen, sich ruhig bis zum Ende behandel ließen und gar keine Eile zeigten, halb geheilt wieder an die Arbeit zu gehen; da durch sei also die Gelegenheit zum Studium für die Ärzte jetzt erst entstanden.

Diese, einem Mißverständnis entsprungene Verteidigung gegen einen nicht e hobenen Vorwurf bestätigt nur noch klarer, wie die Wissenschaft durch die soziale Umstände beeinflußt wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 5 und 6 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 19. Juni 1908

Proletariat und Klassik.

Von **C. Korn.**

Ein süddeutsches Parteiblatt druckte kürzlich aus einer bürgerlichen Zeitschrift einen amüsanten Aufsatz nach, betitelt: „Mein Bildungsbankrott", von Hermann Losch. Darin war haargenau ausgerechnet, welchen Zeitaufwand die Lektüre erfordere, die ein Zeitgenosse bewältigt haben müsse, um den Ehrentitel eines gebildeten Menschen halbwegs beanspruchen zu können.

Goethes Werke allein, gering geschätzt zu zehn Bänden à 500 Druckseiten, mit 40 Zeilen auf der Seite, würden bei flottem Lesetempo 186 Lesestunden verschlingen; Schiller ungefähr die Hälfte, Lessing den vierten Teil dieser Zeit. Sein „Faust" sei dann aber zweimal, kein Werk über Goethe usw. gelesen. Mit den drei großen deutschen Klassikern sei es aber natürlich nicht getan, ein „gebildeter" Mensch müsse auch die Hauptwerke der griechischen und römischen Klassiker gelesen haben, müsse die „Größen" der Weltliteratur, die zweite Garnitur der deutschen Klassiker, die Hervorragenden unter den Neueren, wenn es auch in bescheidenster Auswahl, kennen, wenn er des erhebenden Bewußtseins sich freuen wolle, auch nur die untersten Treppen zum Vorhof der allgemein-menschlichen Bildung erstiegen zu haben.

Nun stehen dem Menschen, wie Herr Losch weiter kalkuliert, zwischen dem zwölften und vierzigsten Lebensjahr rund 9000 Lesetage zur Verfügung, die Bewältigung der wichtigsten, zur allgemeinen Bildung unbedingt erforderlichen Standardwerke beanspruche aber mindestens 9195 Tage. Das „Soll" dieser Bildungsbilanz weise also einen „Saldovortrag" von 195 Tagen auf. Dabei sei die philosophische, geschichtliche, naturwissenschaftliche Lektüre noch nicht einmal in Rechnung gestellt, kein Bild sei gesehen, man wisse nicht, wie eine elektrische Straßenbahn in Bewegung gesetzt, wie ohne Draht telegraphiert werde usw. Kurz, der Verfasser gerät in eine gelinde Verzweiflung und konstatiert schließlich seinen kompletten Bildungsbankrott. Er tröstet sich damit, daß vermutlich niemand heutzutage gebildet sei, nicht einmal das Konversationslexikon.

Der Scherz, so skurril er sich auch auf den ersten Blick ausnimmt, hat eine tiefere Bedeutung. Auch eine ernsthafte Untersuchung, die den landläufigen Begriff der Bildung der gebildeten Wirklichkeit gegenüberstellen und am idealen Wertmesser jenes Begriffs den empirischen Tatsachenbestand abmessen würde, dürfte, dafern sie positiv und exakt, also irgendwie ziffernmäßig und statistisch verfahren wollte, kaum zu einem anderen Ergebnis kommen als der lachende Kulturpessimist der bürgerlichen Zeitschrift. Der Bankrott der

Bildung würde ohne Zweifel sogar noch viel niederschmetternder ausfallen, denn der gebildete Zeitgenosse des Herrn Losch, der 9000 Tage zu Bildungszwecken liest, ist natürlich selbst schon eine Idealkonstruktion, die kaum in einem einzigen Exemplar leibhaftig existieren dürfte, nicht einmal in den Gelehrtenstuben der bürgerlichen Gesellschaft, geschweige denn im Gros der bürgerlichen Durchschnittsmenschen, von denen aber jeder einzelne es als tödliche Beleidigung empfinden würde, wollte man an seiner „Bildung" den leisesten Zweifel äußern. Vollends der bildungsbeflissene Proletarier, der solchermaßen sich über den Erfolg, ja auch nur die Möglichkeit seiner Bemühungen Rechenschaft ablegen wollte, müßte, unter der Voraussetzung des Herrn Losch, natürlich noch zu trostloseren Resultaten kommen.

Aber wenn die Bilanz zwischen Ideal und Wirklichkeit ein Defizit ergibt, so braucht nicht allemal die Wirklichkeit die Prügel zu verdienen, der Rechenfehler kann auch auf der Seite des Solls stecken. Und so verhält es sich offenbar im vorliegenden Falle. Der Begriff der Bildung, der dieser Untersuchung und allen derartigen, mehr oder minder trübseligen Reflexionen als leitender Gesichtspunkt zugrunde gelegt wird, ist selber noch der Prüfung dringend bedürftig, und man schmuggelt eine unbewiesene Voraussetzung in die Untersuchung ein, wenn man ihn als Kulturwertmesser unbesehen hinnimmt.

Die Genealogie dieses Begriffs, die Darstellung, wie sich seine Bedeutung im Laufe der Zeiten und Kulturen gewandelt, würde sich gewiß in ihren Hauptpartien mit einer Entwicklungsgeschichte der geistigen Kultur selber decken, und in der Darstellung würde die umfangreichsten Kapitel vielleicht die Schilderung der Rolle beanspruchen, die diese Ideologie in der Entwicklung des deutschen Geisteslebens gespielt hat. Die umfangreichsten, aber schwerlich die reizvollsten Kapitel — denn seit mindestens zwei Jahrhunderten scheint der Begriff in Deutschland zur Pagode erstarrt zu sein, während die Verehrung, die er „bei Fürst und Volk und Überwinder" genießt, mit jedem Stadium seiner Mumifizierung womöglich noch gestiegen ist. Und doch mußte sich schon Winckelmann von Diderot die Frage vorlegen lassen: Soll man lieber die Antike studieren oder die Natur? Im achtzehnten Jahrhundert aber war bekanntlich, vielleicht mehr als je, die Antike Ziel und Inhalt aller literarischen und gelehrten Bildung, und die Frage lautete also in Wahrheit: Soll man lieber gebildet sein oder natürlich?

Und Lessing durchleuchtet das, was wir den biologischen Kern unseres Problems nennen möchten, wie mit Blitzlicht, wenn er unterscheidet: „Der aus Büchern erworbene Reichtum fremder Erfahrung heißt Gelehrsamkeit. Eigene Erfahrung ist Weisheit. Das kleinste Kapital von dieser ist mehr wert, als Millionen von jener."

Freilich steht hier Gelehrsamkeit und nicht Bildung, aber in den beiden wie Schlachtreihen einander gegenübergestellten Kategorien rangiert die Bildung auf der Seite der Gelehrsamkeit, und wenn sich die Begriffe Bildung und Gelehrsamkeit auch nicht in ihrem vollen Umfang decken, so greifen sie doch in beträchtlichen Partien ihrer Merkmale übereinander, wenigstens in der populären Formulierung des Bildungsbegriffs — und um eine exakte Analyse ist es uns hier so wenig zu tun wie um historische Ableitungen. Genug, daß wir aus der Alltagshandhabung des Begriffs und aus der Bedeutung, die er für das Bewußtsein der Massen besitzt, das Merkmal des Wissens herausheben, und daß wir uns von Lessing her den fundamentalen Gegensatz von

issen und Erfahrung einprägen. Gebildet war bei den Römern, wer mit
r griechischen Geisteskultur Bescheid wußte, gebildet für den Zeitgenossen
ssings, wer die antike Literatur und Philosophie kannte, und als gebildet
t heute nur der, der über die Antike und die deutsche Klassik mitreden kann.
sonders aber über diese. Das Wissen um Vergangenes ist heute wie je
s zentrale Merkmal des Bildungsbegriffs.

Eine historische Untersuchung des Begriffs würde aber, dafern sie sich der
schichtsmaterialistischen Methode bediente — und keine andere Methode ist
r solche Untersuchungen so fruchtbar wie diese —, sofort konstatieren müssen,
ß, wie alle Ideologien, auch der Bildungsbegriff in seinem Bedeutungs-
andel abhängig ist von dem ökonomisch-politischen Schicksal der Klasse,
e jeweilig sein Träger. Der Inhalt des Bildungsbegriffs zumal scheint
radezu prädestiniert für eine solche Ableitung, denn wenn anders sein charak-
ristisches Merkmal das Attribut des Wissens ist, so stellt er im Bereich der
ealen Güter denselben Wertmesser auf, den noch stets auch auf materiellem
ebiet eine herrschende Klasse allein anerkannt hat: den Besitz. Und auch
rin spiegelt die Geschichte des Bildungsbegriffs den typischen Entwicklungs-
ng aller sozialen Ideenkomplexe, eben der sogenannten Ideologien, wider,
ß er von der herrschenden Klasse nicht nur den eigenen Angehörigen,
ndern mit der gleichen Eindringlichkeit auch der beherrschten Klasse auf-
zwungen wird. Der ökonomischen und politischen Unterdrückung entspricht
e ideologische Vergewaltigung der Unterklasse. Als solche ist, nebenbei be-
erkt, hier natürlich nicht die mechanische Bevormundung und Knebelung der
eherrschten verstanden, wie sie beispielsweise in der Volksschulpolitik der
eußischen Regierung sich manifestiert, sondern jene Beeinflussung in Sitte,
echtsanschauungen, Ethik usw., vermöge deren die beherrschte Klasse im Be-
ich der idealen Werte unbewußt dieselben Normen anerkennt und anwendet
ie die herrschende Klasse. Im Bewußtsein der Unterdrückten ist noch stets
e Gewaltherrschaft am tiefsten verankert gewesen.

Die erste Regung eines selbständigen Klassenbewußtseins auf der Seite der
nterdrückten wendet sich dann folgerichtig gegen die ideologische Entmündi-
ng in der vorgefundenen Form, und sie tritt mit Notwendigkeit in dem
tadium der materiellen Entwicklung ein, in dem die unterdrückte Klasse die
sschlaggebende Rolle im Produktionsprozeß errungen hat und sich dieser
tellung bewußt zu werden beginnt. Die Tatsache, daß die von der herr-
enden Klasse bezogene Ideologie in Widerspruch steht zu den Existenz-
dingungen der unterdrückten Klasse, äußert sich auf dieser Stufe des Pro-
sses zunächst rein kritisch. Noch ist die eigene Ideologie, die organische Welt-
schauung der eigenen Klasse, nicht gefunden, noch die von der herrschenden
lasse im Interesse dieser Herrschaft erzeugte Illusion, als ob die herrschende
eisteskultur über allen Klassen stehe und eine rein menschliche Angelegenheit
smache, nicht zerstört, noch der Zusammenhang von Wirklichkeit und Idee,
e Abhängigkeit der Idee von der Wirklichkeit, der Ideologien von den wirt-
haftlichen Verhältnissen, nicht durchschaut, noch wurzelt die Opposition geistig
demselben Boden wie die herrschende Kultur, aber um so schärfer nimmt
e unter die Lupe ihrer Kritik diese Kultur selber, und ihre Analyse ist viel-
icht um so zersetzender, als sie rein immanent, ihre agitatorische Schlagkraft
m so zündender, als sie mit allgemeingültigen, gleichermaßen von der herr-
henden wie der unterdrückten Klasse anerkannten Sätzen operiert. Die Methode

und das Ziel dieser oppositionellen Kritik aber ist die Konfrontation der herr
schenden Wirklichkeit mit ihrer Idee. Es wird gezeigt, um nunmehr in di
allgemeine Erörterung bestimmte historische Größen einzuführen und auf da
eigentliche Thema unserer Untersuchung zu exemplifizieren, daß die Bourgeoisi
mit ihrer Idee, mit der allgemein menschlichen Idee, die sie selber erzeug
hat, im Widerspruch steht, daß die bürgerliche Klassenherrschaft, gemessen a
ihrer eigenen Ideologie, versagt.

Wie der aufmerksame Leser bereits festgestellt haben wird, ist es die Agi
tation Ferdinand Lassalles, der wir hier bewußtseinstheoretisch ihre Stelle an
zuweisen versucht haben. Ihre Stärke war, daß sie im Arsenal des Gegner
selber ihre Waffen schmiedete, daß sie die bürgerliche Wirklichkeit durch di
bürgerliche Idee, den Kulturbegriff der bürgerlichen Bildung, bekämpfte, kurz
daß sie immanente Kritik übte, was ihr in ihrem ganzen Pathos wiederum
nur möglich war infolge ihrer Schwäche, oder sagen wir richtiger: ihrer histo
rischen Bedingtheit, die darin bestand, daß sie selber die Illusion des Gegner
teilte, die Idee der Bourgeoisie mit der Idee schlechtweg identifizierte. Dies
Identifizierung einer historisch und klassenmäßig bedingten Kategorie, der
bürgerlichen, mit einer als allgemeingültig angenommenen „rein-menschlichen"
Ideologie, und die Terminologie, in der sich diese Kritik in Szene setzte
charakterisiert, um ein modernes Schlagwort anzuwenden, die Lassallesche Agi-
tation als ethisch-ästhetischen Sozialismus.

Daß diese Formel die politische und kulturelle Lebensarbeit Ferdinand
Lassalles nicht im entferntesten erschöpfend widergibt, ist klar, aber es kommt
hier darauf an, ihr in einem bestimmten Prozeß eine Stelle anzuweisen, und
was von diesem Gesichtspunkt aus charakteristisch an ihr gewesen, die spezi-
fische Methode der Lassalleschen Kritik, dürfte so, oder so ähnlich, zu erfassen
sein. Jedenfalls war zu der Zeit, als Lassalle mit seiner Agitation in Deutsch-
land seine glänzendsten Erfolge erzielte, in den beiden eigentlichen Führern
des europäischen Proletariats diese Entwicklungsphase der ideologischen Kritik
längst überholt, war in Marx und Engels der proletarische Klassengedanke
selber erzeugt und *positiv* formuliert worden. Marx und Engels kam es
nicht darauf an, die bürgerliche Wirklichkeit an der bürgerlichen Idee zu zer-
setzen, ihnen war nicht die Kritik, sondern das Prinzip der Kritik, diese Ideo-
logie selbst, das Problem. Daß sie als bürgerlich entlarvt und von ihrem
allgemein menschlichen Piedestal herabgestürzt wurde, daß uns allen heute die
Kriterien, nach denen die Befangenheit der Lassalleschen Agitation in die
Augen springt, so geläufig sind, verdanken wir der guten Schule der materia-
listischen Geschichtsauffassung. Danach gibt es keine allgemein menschlichen,
gibt es bloß Klassenideologien, und mag der Widerspruch zwischen bürgerlicher
Wirklichkeit und bürgerlicher Idee noch so klaffend sein, viel wichtiger ist das
positive Resultat der neuen Methode: daß das Proletariat sich seiner eigenen
Ideologie bewußt wird.

Die ideologische Kritik ist von jetzt ab nur mehr Vorpostengeplänkel, die
Entscheidungsschlacht wird auf einem ganz anderen Felde geschlagen. Mögen
die Toten ihre Toten begraben, mögen nach Lassalle bürgerliche Ideologen
noch so pathetisch der Bourgeoisie den Gorgoschild der bürgerlichen Idee ent-
gegenhalten — wenn eine Wirklichkeit und ihre Idee aufeinanderprallen, geht
noch allemal die Wirklichkeit über die Idee, auch *ihre* Idee, mit Hohn-
gelächter zur Tagesordnung über. Wäre die Bourgeoisie durch immanente

ritik zu beseitigen, sie läge tausend Klafter tief unter der Erde, längst bevor r neuerdings wieder die Barth und Breitscheid das Grab geschaufelt haben.

Noch ungefährlicher als die eigene ist einer politisch-ökonomischen Wirklich-it natürlich die Ideologie eines fundamental entgegengesetzten Wirklichkeits-estandes: der bürgerlichen Wirklichkeit die proletarische Weltanschauung. Der unktionelle Zusammenhang zwischen Wirklichkeit und Idee, der im Falle der nmanenten Kritik durch den einheitlichen Träger von Idee und Wirklichkeit erbürgt war, ist hier, wo die polaren Gegensätze auf zwei Klassen verteilt nd, nicht einmal theoretisch denkbar. Vom Bewußtsein des Proletariats gibt s erkenntniskritisch noch weniger eine Brücke zur Klassenwirklichkeit der Bour-eoisie, als praktisch und historisch in der bürgerlichen Gesellschaft je die Ver-ändigung zwischen dem Klasseninteresse und der als bürgerlich mißverstan-enen allgemein menschlichen Idee durchgeführt wurde. Daraus erhellt, daß er ideologische Kampf überhaupt aussichtslos ist. Eine Klasse kann nur durch ine Klasse gestürzt werden, an die Stelle der ideologischen Kritik ist der lassenkampf des Proletariats getreten.[1]

Von Marx und Engels und dem proletarischen Klassenkampf war in diesem Zusammenhang vornehmlich die Rede, um den Standpunkt Lassalles nicht nur n seinen Voraussetzungen, sondern auch nach den Momenten hin zu präzi-eren, die über Lassalle hinausführen. Es liegt im Wesen einer solchen Orien-ierung, daß ihr Gegenstand mehr in seinen Grenzen, als in seinem Kerne eleuchtet wird. Über all den Einwänden, zu denen uns Marx und Engels as geistige Rüstzeug geliefert haben, soll es dem glänzenden Agitator gewiß icht vergessen werden, daß vielen von uns, der Generation, die vor und unter em Sozialistengesetz zum Sozialismus gekommen ist, seine Schriften den Weg ewiesen haben. Das gilt nicht nur von denen, die von bürgerlicher Seite erübergekommen sind, sondern auch von den proletarischen Parteigenossen, ie heute als Männer in der Bewegung stehen. Bürgerliche Eierschalen hatten ie so gut wie jene abzuwerfen, ehe sie zur neuen Erkenntnis durchdrangen, enn auch der junge Proletarier, der vor zwanzig, dreißig Jahren aus der Schule ins Leben trat, hatte, soweit er überhaupt geistige Werte mitbrachte, usschließlich bürgerliche Ideen in seinem Ränzel. Im proletarischen Klassen-ewußtsein sozusagen geboren zu werden, ist doch erst, im großindustriellen Prole-ariat, der Vorzug der Jugend, die im Ausgang des Sozialistengesetzes und päter das Licht der Welt erblickte. Uns anderen aber, die wir uns in harten Reibungen und vielleicht schweren Konflikten mit dem Alten in uns und um ns zu der neuen Wahrheit durchkämpften, ist vergötterter Lehrer und Helfer Lassalle gewesen. Gerade was oben als das Wesen seiner Propaganda harakterisiert wurde, mußte jugendlichen Geistern den Weg zu ihm erleichtern. Der Maßstab der Kritik, den er uns gab, enthielt nichts spezifisch Neues, wenn r auch in berückender Sprache und mit hinreißender Gebärde die Wissenschaft es Jahrhunderts vor uns ausbreitete und das Jahrhundert an den Pranger

[1] Sozialisten, den sogenannten Revisionisten, blieb es vorbehalten, nach Marx noch inter Lassalle zurückzugehen. Während Lassalle doch den Gegensatz von bürgerlicher und roletarischer Klassenwirklichkeit anerkannt und nur die Ideologie als gemeinsame aufgefaßt atte, lassen die Revisionisten sogar den Gegensatz zwischen proletarischer und bürgerlicher Klassenwirklichkeit bloß als quantitativen Unterschied gelten, dergestalt, daß ein stetiger Über-ang von dieser zu jener, das berühmte „Hineinwachsen" in den sozialistischen „Staat" sich ollzieht.

dieser Wissenschaft stellte. Es war das alte Evangelium der Klassiker, da er uns kündete, aber er gab es uns nicht als Besitz, sondern als Waffe, wie es uns nicht als Idyll an zu wirklichkeitsfremdem Schwärmen, sondern al Warte auf dem Grenzwall, von der wir unsere Pfeile in die feindlichen Reihe zu entsenden hatten.

In der Klassik fand Lassalle den prägnantesten Ausdruck jener Ideologi an deren Normen er der bürgerlichen Wirklichkeit den Prozeß machte, als de berufene Prokurator dieser Ideologie, selber ein Grandseigneur in diese geistigen Besitz. Damals wurde, unter Lassalles Präsidium, die Allianz zwische dem deutschen Proletariat und der deutschen Klassik proklamiert. Von Lassall hörten wir, daß der Zug der großen Dichter und Denker wie ein Schwarm von Kranichen über dem deutschen Bürgertum hinweggerauscht, daß aber da Proletariat seiner historischen Idee nach berufen sei, das von der Bourgeoisi verwirkte Erbe der geistigen Heroen anzutreten. Die Formel von der Wissenschaft und den Arbeitern wurde geprägt, die Wissenschaft aber war wiederun vornehmlich die klassische Philosophie und die klassische Literatur.

Eine wie ganz andere Wissenschaft ist es, in der Marx und Engels ihr Gedanken begründeten, und wie entgegengesetzt zu Lassalle faßten sie die Ide des Proletariats auf! Nicht historisch, kurz gesagt, sondern funktionell. Nich aus irgendwelchen, in die Vergangenheit weisenden Besitztiteln, als ein Erbe leiteten sie den sozialen Vorrang der Arbeiterklasse her, sondern aus ihre ausschlaggebenden Stellung im Produktionsprozeß selber. Wie braucht auch von Besitz, und sei es vom geistigen Besitz, und von historischen Rechtsansprüchen geredet zu werden bei einem Klassenparvenü, wie dem modernen Proletariat, das jeden Tag und jede Stunde durch die Tat selber, durch seine den gesamten Kulturapparat immer aufs neue reproduzierende Arbeit sein „Recht" dartut, beim Proletariat, das, weil es im wörtlichen Sinne die Gegenwart auf seinen Schultern trägt, sich den Teufel um die Vergangenheit schert! Die Wissenschaft bei Marx und Engels ist deshalb immer lebendige Wissenschaft, Analyse des sozialen Komplexes auf breitester Basis. Das Historische ist ihr bloß ein Hilfsmittel für diese Analyse und alles Normative, wie in den Naturwissenschaften, kein Vorher und kein Jenseits der Entwicklung, sondern Ergebnis der Analyse, vermittels der Analyse im analysierten Prozeß vorgefundene Entwicklungstendenz. So ist für Marx und Engels das Prunkstück des Lassalleschen Bildungsideals, die spekulative Philosophie, kein Tabernakel, sondern Gebrauchsgegenstand, Alltagswerkzeug, nicht Inhalt, sondern Methode des Denkens, richtiger Schema, Gerüst zu einer Methode, ihrer sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung, und immer stärker haben sich beide im Lauf ihrer individuellen Entwicklung zur Naturwissenschaft hingezogen gefühlt, zu der sich ihr spezielles Arbeits- und Forschungsgebiet verhielt wie der Teil zum Ganzen, zur Wissenschaft vom Geschehen, die in der Tat für eine Klasse, deren Idee in ihrem Funktionieren besteht, ebenso die Wissenschaft schlechtweg heißen darf, wie für die herrschende und besitzende Klasse alles Historische die gegebene Form ihrer Ideologie ausmacht.

Mit all diesen Erörterungen soll nicht gesagt sein, daß die Lassallesche Ideologie, das klassische Bildungsideal, für das Klassenbewußtsein des modernen Proletariats eine „überwundene" Entwicklungsphase darstellt, wohl aber, daß wir, wie alles Ererbte und Historische, auch das Lassallesche Vermächtnis nicht unkritisch zu übernehmen haben. Daß die Ideologie einer dem Proletariat

rtschaftlich entgegengesetzten Klasse, wie der Bourgeoisie, nicht ohne weiteres
: Klassenwirklichkeit des Proletariats widerspiegeln wird und erst recht nicht
t normativer Verbindlichkeit dem Proletariat als „Ideal“ zugemutet werden
m, läßt schon a priori, vor aller Inhaltsbestimmung der bürgerlichen Ideo-
gie und dessen, was als die organische, aus seiner Klassenwirklichkeit geborene
eologie des Proletariats bezeichnet werden muß, die oberflächlichste Einsicht
den Fundamentalsatz der materialistischen Geschichtsauffassung vermuten.
s Bildungsideal einer besitzenden Klasse wird, wie bereits bemerkt, auch
f geistigem Gebiete den Besitz als Hauptkomponente aufweisen, und tat-
hlich vertritt die Historik für das Bewußtsein ebenso die Besitzkategorie, wie
Ökonomischen das Kapital die Herrschaft über vergangene Arbeit bedeutet.
Für das Gros der bürgerlichen Zeitgenossen Lessings, Schillers und
ethes war die Antike der zentrale Begriff ihres Bildungsideals, die Antike
ht im Sinne lebendiger Wiedererweckung römischer oder griechischer Existenz-
tätigung, sondern die Antike als bloßes *Wissen* um antikes Leben und
nken. Und soweit die heutige Bourgeoisie in den Werken *unserer* Klassiker
rklich mehr als eine stilvolle Dekoration ihrer guten Stube sieht, soweit sie
o diese Werke nicht bloß ihren Bücherschränken, sondern auch ihren Hirn-
ten einverleibt, ist auch ihr die Klassik kein Soll, sondern höchstens gewesenes
in, nicht Aufforderung zur Betätigung des in ihr niedergelegten Lebens-
als, sondern gedächtnismäßiges Wissen um die gedruckten Ideen jener
hrenden Geister. Wäre es anders, wir hätten nicht im kapitalistischen Klassen-
at, beispielsweise in dem Stück Barbarei, das Preußen heißt, den zermal-
nden Gegenbeweis der Antike und Klassik, überhaupt jeder auf geistigen
erten beruhenden Kultur.

Dagegen wird eine aufsteigende Klasse auch in ihrem Bildungsideal den
istigen Besitzfaktor, alles bloße Wissen um vergangenes Sein und Leben,
ring anschlagen gegenüber den sittlichen Energien, die ihr aus der Not und
m Kampf der Gegenwart zufließen. Und nur insoweit sie ihr lebendige Kraft
r Erreichung ihres Ideals liefert, wird die emporstrebende Klasse die über-
mmene Bildung schätzen und ihrer eigenen Ideologie einverleiben. Der
ldungsbegriff des Proletariats ist darum, wie die Idee des Proletariats,
nktionell, aufs Leben gerichtet. Einer besitzenden Klasse wird alles, auch
e Bildung, zum toten Besitz, einer aufstrebenden Klasse gilt auch die Bil-
ng nur als Tat.

Angewandt auf das praktische Verhältnis zwischen Proletariat und Klassik
sagen diese Darlegungen folgendes: Das Proletariat wird die Klassik nicht
t Haut und Haaren schlucken, sondern es wird sich, wie zu der ganzen
rgerlichen Gegenwart, auch zu dem Bildungsideal dieser Gegenwart kritisch
rhalten. Unbekümmert um alles Gerede von der allgemein menschlichen
ldung und der voraussetzungslosen Wissenschaft wird es *die* Elemente der
rrschenden Bildung akzeptieren, die seiner Bewegung dienen, und es wird
lehnen, was seinem Ideal widerspricht, rundweg vor allem das, was bloß
storisch an der Klassik ist. Es ist darum noch nicht das Pronunziamento
es Vandalen, das hier aufgerollt wird. Schon daß als die Zentralidee der
assik mit Recht der Gedanke der *Humanität* gilt, deutet darauf hin, daß
e Berührungsfläche zwischen Proletariat und Klassik nicht allzu schmal sein
ird. Der Hauptgedanke der proletarischen Ideologie ist der *Solidaritäts-*
griff. Humanität und Solidarität decken sich, insoweit noch jede Gesell-

schaftsklasse, also auch die Bourgeoisie, in ihren revolutionären Anfängen ih
Sache als Sache der Menschheit (humanitas = Menschheit) proklamiert ha
so daß also, wenn, wie im Fall des Proletariats, diese, die leibhaftige Mensc
heit, im Laufe des Geschehens einmal wirklich selber auf den Plan tritt, s
in den abgelegten revolutionären Ideenbeständen der ihren Platz usurpierend
Minoritäten Bestandteile ihrer eigenen Ideologie wiederfindet und zurückforde

Aber selbst was in der Vergangenheit, in ganz anderen wirtschaftlich
und sozialen Zusammenhängen, Leben gewesen ist, geht nicht ohne weite
in den Energienkomplex des gegenwärtigen Lebens ein. Ihre rein intellektuell
begriffsmäßige Formulierung mag die Humanitätsidee als besonders geeign
für eine zentrale Stellung auch im Kanon der proletarischen Werte erschein
lassen — ihrem Inhalt nach ist sie wesentlich modifiziert, wenn dieser Ei
verleibungsprozeß historisch vollzogen wird. Zwischen Schillers Jubelru
„Diesen Kuß der ganzen Welt!" und der modernen Mobilmachungsparol
„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" liegt ein gesellschaftlicher Entwic
lungsprozeß und, diesem entsprechend, ein Entwicklungsprozeß des gesellschaf
lichen Bewußtseins, der der Idee der Humanität, ohne scheinbar ihren Wor
laut zu verändern, eine ganz veränderte Bedeutung gegeben hat.

Im einzelnen braucht das nicht mehr nachgewiesen zu werden. Gerade i
ihren kompliziertesten und umfassendsten Formulierungen, in denen die beide
Werte selber als Prozesse dargestellt werden, in der historischen Theodize
Hegels einerseits, in der materialistischen Geschichtsauffassung andererseit
springt die Antithese in die Augen, wenigstens seitdem Marx und Engel
selber sie in der polemischen Wendung ihrer Dialektik so prägnant heraus
gearbeitet haben. Danach sollten Mißverständnisse, zum mindesten auf sozia
listischer Seite, ausgeschlossen sein.

Und was Marx und Engels über die Geschichtsideologie Hegels gesag
haben, gilt natürlich auch im vollen Umfang für deren Vorläufer, gilt fü
Lessings „Erziehung" und für Herders „Ideen", gilt für alle klassische
Genealogien der Humanitätsidee, gilt für die ideologische Methode der Klassi
noch mehr als für die Resultate dieser Methode. In der proletarischen Inter
nationalen ist das Humanitätsideal der Klassik, ist die Menschheit selber au
dem Wolkenkuckucksheim der Begriffe heruntergeholt und auf die „wohlgegründete
Erde gestellt worden. Und aus der Humanität erstand die Solidarität.

Gewiß, das Proletariat hat das Erbe der Klassik angetreten, aber seh
cum beneficio inventarii, unter starkem historischem Vorbehalt. Es hat Geis
von seinem Geist in den alten Gralsbecher dieses Ideals gegossen. Eine bloß
Frage der persönlichen Perspektive mag es sein, in diesem wie in jedem dialek
tischen Prozeß mehr die antithetischen oder die synthetischen Momente wahr
zunehmen — eine Sache des Temperaments, in der Gegenüberstellung de
beiden Ideen mehr ihren Widersprüchen als ihren Berührungspunkten nach
zuspüren, aber keinesfalls ist es, nach Marx und Engels, fürder erlaubt, di
Unterschiede zu negieren und aus der Dialektik eine Konfusion zu machen. —

Eine durchgreifende Untersuchung des klassischen Humanitätsideals würde
gewiß noch weitere einschneidende Widersprüche der beiden Ideenkreise ans
Licht fördern, wird doch, um nur auf eines noch hinzuweisen, nichts Geringeres,
als die wuchtige Antithese von Individualismus und Sozialismus in der un-
kritischen Gleichsetzung von Humanität und Solidarität negiert. Noch Gregoro-
vius konnte dem Sozialismus in Wilhelm Meisters Wanderjahren eine aus-

rliche Monographie widmen, aber seitdem wir wissen, was proletarischer
zialismus ist, wissen wir auch, daß der Sozialismus der Klassiker lediglich Sozia-
mus zu individualistischen Zwecken war. Wie muß die Sozietät beschaffen sein,
gten sie, um dem Individuum, der Persönlichkeit, die vollkommenste
twicklungsmöglichkeit zu bieten. Wie die „Menschheit" ist auch die „Gesell-
aft" im goldenen Zeitalter der Gebildeten eine Funktion des Individuums.
s gilt sogar für Lessings pädagogische Epopöe, die Erziehung des Menschen-
chlechts, deren „Held" zwar nicht das Einzelindividuum, aber doch eine so
ensiv als Sonderheit gedachte, scharf umschriebene Menschengruppe, daß
ssing ihr sogar vermittels der Wiedergeburtshypothese die leibhaftige Indi-
ualität in der Zeitfolge verbürgt. Solange aber der isolierte Mensch der
genstand der klassischen Humanitätspädagogik, ist die Menschheit bloß eine
chidee im Knopfloch des klassischen Menschen, Innendekoration. Die Romantik
t dann im Munde Stirners, der noch viel mehr ihr enfant terrible gewesen
s ihr enfant perdu, was die Klassik in tönenden Worten verklausulierte,
f dürre Begriffe gezogen.

Seitdem haben sich auch in der Fragestellung: „Sozietät oder Individuum,
esellschaft oder Persönlichkeit?" die Akzente total verschoben. Wir fragen:
ie muß das Individuum beschaffen sein, um möglichst vollkommen in der
zialen Zweckreihe seinen Platz auszufüllen? Und das gesellschaftliche Problem
llen wir auf die Füße durch die Frage: Wo ist die Klasse — nicht deren
dee, aber deren Interesse, deren Sache die Sache der Allgemeinheit ist?

Daß Lassalle vornehmlich die Zusammenhänge zwischen Proletariat und
assik sah, ist aus seiner historischen Stellung erklärlich. Er kam von der
ekulativen Philosophie her und wurzelte mit seiner ganzen geistigen Existenz
der bürgerlichen Kultur der Klassik. Wie er zum proletarischen Sozialismus
h verhielt, soll hier nicht untersucht werden, aber jedenfalls hatte er zu ihm
n ganz anderes Verhältnis als Marx und Engels, die nicht reproduktiv
m Sozialismus gegenüberstanden, sondern schöpferisch an seiner Theorie und
iner Wirklichkeit arbeiteten. Lassalle fiel es, in geistiger Hinsicht, nie ein,
ine Schiffe zu verbrennen, diese beiden aber standen mit ihrer ganzen Per-
nlichkeit am anderen, neuen Ufer.

Wenn darum an dem Werke von Marx und Engels herumrevidiert wird,
ist es allemal der Sozialismus selber, auf den man es, bewußt oder un-
wußt, in letzter Instanz abgesehen hat. Hingegen kann eine sozialistische
ritik der Lassalleschen Tradition nur der sozialistischen Selbstverständigung
enen, indem sie unterscheidet, was proletarisch und was bürgerlich an seinen
deen ist. Auch wenn die nachhaltigste Wirkung seiner Agitation, der En-
usiasmus für die Klassik, den er dem deutschen Proletariat vermacht hat,
nmal ganz anders unter die Lupe der Kritik genommen würde, als es in
esen die Wichtigkeit des Gegenstandes nicht entfernt erschöpfenden Bemer-
ngen geschieht, gerät damit der Sozialismus noch nicht ins Wanken. Hier
llte nur gesagt werden, daß die Klassik durchaus nicht in ihrer Gesamtheit
ultursache des Proletariats, daß sie bloß zum Teil in die Ideologie, das
ildungsideal des Proletariats eingeht. Und zwar zu dem Teil, der in dem
argelegten Sinne wirklich Menschheitsgut, der revolutionär an ihr ist.
ieser nur hat Leben für das Proletariat, deckt sich mit dem Klasseninteresse
s Proletariats, das für absehbare Zeiten das Interesse der Menschheit
lber ist.

Damit, scheint mir, ist ein Kriterium gewonnen, von dem aus das Pro tariat zur Klassik Stellung zu nehmen hat, ein Kriterium auch für die Si tung, die die vom Bildungsausschuß geplante Klassikerbibliothek für Arbeit unter den Werken der Klassiker vorzunehmen hat. Der Verfasser des Artike im April-Feuilleton, der dieses Projekt zur Diskussion stellt, scheint mir, oh daß er ein solches Prinzip ausdrücklich formuliert hat, doch danach verfahr zu sein, wenigstens wüßte ich nicht, welchen seiner Vorschläge man von de hier dargelegten Standpunkt ablehnen sollte. Andererseits hat er alles, de man bloß mehr historisch beikommen kann, mit Recht resolut über Bord g worfen. Das Historische in diesem Sinne deckt sich mit dem Unlebendige dem Überlebten in der Klassik, dem, was bloß bürgerlich war und heu heiligster Besitz der Oberlehrer ist. Es ist zugleich das, was nur durch eine schwerfälligen historisch-kritischen Apparat auf dem Umweg der Assoziatione der in toten Erinnerungsvorstellungen niedergelegten Erfahrung, kurz der lan läufigen Bildung, für das heutige, für jedes spätere lebendige Bewußtsei nutzbar gemacht werden kann, was nicht unmittelbar, als Funke, der zu Funken springt, sich in geistige Energie umsetzt.

So hat unser Kriterium nicht nur eine soziologische, sondern auch ein ästhetische Tendenz. Lebendig an der Klassik ist, was über die Klasser bedingungen der Bourgeoisie hinausweisend, was revolutionär an ihr is Ebendies ist es, was unmittelbaren Bewußtseinswert an ihr besitzt, was nic auf dem Umweg über die Historie, sondern spontan aufgenommen wird un darum heute noch künstlerisch an ihr wirkt.

Das ewig Lebendige der Klassik aus dem Temporären und Antiquarische für das arbeitende Volk zu retten, wäre die ebenso lockende wie verdienstvoll Aufgabe der geplanten Klassikerbibliothek für Arbeiter.

Die Anfänge einer modernen Monumentalmalerei.

Von **John Schikowski.**

Wie viele von den Hunderttausenden, die während der Pariser Welt ausstellung im Jahre 1889 zum Eiffelturm pilgerten, mögen wohl dem in de Nachbarschaft des Wunderbaus gelegenen Café Volpini einen Besuch ab gestattet und die dortige kleine Kunstausstellung besucht haben? Und die Mehr zahl derjenigen, die zufällig einkehrten, dürfte bei dem seltsamen Anblick, de sich ihr darbot, kaum eine andere Empfindung gehaben als die: eine halb verrückte Malerclique sucht durch sensationelle Extravaganzen den Spießbürge zu verblüffen. Daß es sich hier um ein kunstgeschichtliches Ereignis, um di erste Offenbarung einer neuen Kunstanschauung handelte, die für die Folgezei fruchtbar, einflußreich und maßgebend werden sollte, hat damals wohl kaum einer geahnt. Abgesehen von den Ausstellern selber, die keineswegs effekt haschende Marktschreier, sondern ernst und redlich Strebende waren, denen ein innerer Drang gebot, die alten Pfade zu verlassen und nach neuen künstlerischen Zielen zu suchen.

Diese kleine, acht Namen umfassende Künstlervereinigung nannte sich „Groupe Impressioniste et Synthétiste", und ihr Führer, Meister und Lehrer war Paul Gauguin (1845 bis 1903), der geniale Maler, Bildhauer, Lithograph und Keramiker, der als Sohn eines französischen Zeitungsredakteurs und der Kreolin

ora Tristan, der Freundin Proudhons, in Peru das Licht der Welt erblickt
te, nach einer abenteuerlichen Jugend nach Paris gekommen und im Alter
r dreißig Jahren Maler geworden war. In den Urwäldern von Martinique
te der ewig Ruhelose die Rezepte der europäischen Kunst vergessen, und
h seiner Rückkehr gründete er in Pont-Aven in der Bretagne eine eigene
hule, deren Bestrebungen sich dem damals eben zur Herrschaft gelangten
lerischen Naturalismus entgegenstellten, und deren Ziel, kurz gesagt, die
höpfung einer modernen, raumschmückenden Monumentalmalerei war.

Während des Altertums und des Mittelalters hatte die Malerei fast aus-
ließlich im Dienste der Baukunst gestanden. Ihre vornehmste Aufgabe war
gewesen, gemeinsam mit der Skulptur die von den Architekten geschaffenen
iume zu dekorieren. Vom künstlerischen Charakter der antiken Wandmalerei
nen wir uns heute ein genügend klares Bild nicht mehr machen, die Farben-
st des Mittelalters aber, sowohl die byzantinische und romanische Mosaik
e die gotische Glasmalerei, erfüllte ihren Zweck als raumschmückende Ge-
ssin der Architektur in der vollkommensten Weise. Diese alte monumentale
alerei war fast ausschließlich *Linienkunst*, ihr Stil wurde durch den Kontur
rakterisiert. Die Mosaikkünstler und — trotz der wundervollen Farbenglut
er Schöpfungen — auch die Glasmaler betrachteten die Gegenstände, die
darstellten, lediglich als Träger *dekorativer Linien*. Die Heiligen, die
gel und die Gottheiten galten ihnen in diesem Sinne nichts mehr als etwa
schönen Buchstaben, die man auf den musivischen Bildern findet. Der
instler gab nur den Kontur, die übrige Ausführung überließ er den Hand-
rkern. An naturalistische Wirkungen dachte man nicht; man wollte nicht
möglichst getreues Abbild der Wirklichkeit geben, sondern einzig und allein
timmung erzeugen, die Seelen der Beschauer in höheren Schwung versetzen.
d man bediente sich zu diesem Zwecke des elementaren Mittels einer Linien-
rache, die einerseits auf den Beschauer unmittelbar suggestiv wirkte und
dererseits sich den Stilformen der umgebenden Architektur aufs engste an-
schließen imstande war. Die Malerei wollte die Flächen der Wände und
r Fenster schmücken, sie durfte nicht durch naturalistische Effekte den Eindruck
rvorrufen, als seien die Mauern durchbrochen und man blicke hinaus in eine
dere Welt. Die Geschlossenheit des Raumes sollte durch die Wirkungen der
alerischen Dekoration nicht gestört, sondern vielmehr betont und verstärkt werden.

Mit dem Entstehen der Freskomalerei ging dieser alte, strenge, rein
korative Stil allmählich verloren. Das Streben nach naturalistischen Wir-
ngen gewann die Oberhand und das Aufkommen des Tafel- und Staffelei-
ildes zerstörte dann fast völlig das Bewußtsein des organischen Zusammen-
anges zwischen Architektur und Monumentalmalerei. Eine Folge der natura-
stischen Tendenzen war es, daß der Kontur von der Farbe mehr und mehr
ufgelöst wurde. Es begann der Jahrhunderte währende *Kampf der Farbe*
egen die Linie, dessen ruhmreichste Helden die Venezianer der Renaissance-
eit, der Holländer Rembrandt und der Spanier Velasquez waren. In der
ollkommenen koloristischen Auflösung aller Konturen, die der Naturalismus
es neunzehnten Jahrhunderts zum Prinzip erhob, erreichte dieser Kampf seinen
öhepunkt und seinen Abschluß. Der naturalistische Impressionismus hat den
nit der Überwindung der Gotik beginnenden künstlerischen Entwicklungsprozeß
is zu seinen letzten Konsequenzen durchgeführt, und der sogenannte Neo-
mpressionismus oder Pointillismus ist dann noch einen Schritt über dieses

Ziel hinausgegangen, indem er auch die Farbe selbst in ihre reine primitiven Grundelemente zerlegte. Unsterbliche Werke sind im Laufe dies Entwicklungsganges geschaffen worden, die der Kulturmenschheit als kostbar Besitz für alle Zeiten verbleiben werden. Aber andererseits gingen auch zah reiche entscheidende Werte der alten künstlerischen Kultur verloren. Die tec nischen Kunstmittel sind in der Gegenwart zu einer unerhörten Vervollkomn nung und Verfeinerung gebracht, aber die großen künstlerischen Ziele fehle Das war vor allem der Gesichtspunkt, von dem aus die oben erwähnte jungen Künstler den herrschenden Naturalismus betrachteten, werteten un verwarfen und den Ruf nach einer neuen Momumentalmalerei erhoben. Nich Natur, sondern Phantasie und Stimmung! lautete die Parole der Schule vo Pont-Aven. Nicht Durchbrechung der Wand durch naturalistische Tafelbilde sondern Schmuck der Wandfläche durch eine Malerei, die sich der umgebende Architektur an- und eingliedert! Keine der Natur nachgebildeten Farben kontraste, sondern ein Mildern der koloristischen Effekte für die Zwecke eine harmonischen Raumschmucks! Und daher Vorherrschen der Linien, und zwa nicht der Linien, wie sie die Natur unmittelbar bietet, sondern einer Linien sprache, die sich der Architektur des betreffenden Raumes anpaßt!

Aber noch ein anderes Ziel schwebte den jungen Neuerern vor. Di Malerei war bis tief in die Gotik hinein die natürliche Gefährtin der Plasti und der Architektur gewesen und war so stets im Zusammenhang mit den Geiste und den Empfindungen der breitesten Volkskreise geblieben. Mit den Aufkommen des Tafelbildes hatte sie diesen Zusammenhang mehr und meh verloren. Die gesunde Basis, natürlichen, praktischen Bedingungen zu dienen fehlte fortan, und das gemeinsame, von der Gesamtheit getragene Stilidea entschwand. Die Gotik war noch ein organisches Naturprodukt gewesen, di Renaissance war bereits das künstliche Erzeugnis einer gelehrten Kultur, di in der Wiederbelebung des klassischen Altertums ihr Endziel sah. Die alt Volks- und Massenkunst verwandelte sich in einen Luxusartikel für die eng- begrenzten Zirkel der Gebildeten und Besitzenden, der einheitliche, unpersön- liche Stil, in dem der Geist einer ganzen Zeitepoche zum allgemeinverständ- lichen Ausdruck gekommen war, löste sich in unzählige individuell nuancierte Manieren auf. Auch hier wollte die neue Schule das verzettelte Erbe der Vergangenheit sammeln und retten: die Wiederbelebung einer Volks- und Massenkunst auf der Grundlage eines großen, monumentalen, einheitlichen Kunststils schwebte Gauguin und seinen Jüngern als letztes und höchstes Ziel vor. Dieser Stil soll nicht nur sämtliche bildenden Künste, die Architektur, die Plastik und die Malerei, umfassen, sondern ihm sollen auch die einzelnen Künstlerpersönlichkeiten sich unterordnen. Im Zusammen- wirken mit dem Architekten und dem Bildhauer muß der Maler seine indi- viduellen Regungen und Neigungen naturgemäß bis zu einem gewissen Grade unterdrücken, und so wird das Spezialistentum in der Malerei allmählich auf- hören, und in dem Stile des Gesamtkunstwerkes wird nicht der persönliche Geschmack und das besondere Können des einzelnen, sondern der Geist des Zeitalters seinen Ausdruck finden, und als Krönung des Gebäudes wird sich — so meinte man — eine alle modernen Lebenserscheinungen durchtränkende künstlerische Kultur entwickeln.

Stolze Ziele und hochgespannte Hoffnungen! Manche zweifellos gesunden und fruchtbaren Prinzipien und zahlreiche naive Übertreibungen! In jedem

lle aber ein kräftiges Wollen und ehrliches Ringen, das bis zu einem
wissen Grade den Erfolg verbürgt. Soweit die neuen Lehren und Forde-
ngen rein künstlerischer Natur sind, das heißt soweit sie sich gegen die
leinherrschaft des Naturalismus und die Vorherrschaft der Tafelbilder
nden und nach dem Gesamtkunstwerk auf Grund einer stilbildenden Linien-
ist streben, mögen sie in absehbarer Zeit so oder so erfüllt werden können.
gegen wird das letzte und höchste Ziel, die Begründung einer künstlerischen
ltur, im gegenwärtigen Zeitalter der absterbenden bürgerlichen Gesellschafts-
dnung ganz gewiß ein frommer Wunsch bleiben. Eine solche kulturelle
üteperiode könnte sich, wenn sie wirklich wertvoll, gesund und dauerhaft
n soll, nur auf völlig umgewandelten wirtschaftlichen und sozialen Grund-
gen aufbauen. Nichtsdestoweniger hat die neue Richtung bald zahlreiche
hänger innerhalb der jüngsten Malergeneration gefunden. Aus dem ersten
hülerkreis, der an Gauguin sich anschloß, ist allerdings kein Künstler ersten
nges hervorgegangen, aber die von hier ausgehenden Anregungen wirkten
ld mächtig in die Breite und in die Tiefe. Nicht nur Frankreich, sondern
ch das Ausland wurde befruchtet. Die Pariser Eduard Vuillard, Pierre
nnard und Maurice Denis, der Norweger Edward Munch und der Hol-
nder Vincent van Gogh sind die bekanntesten und glänzendsten Vertreter
ser modernen dekorativen Richtung. Auch in Deutschland fängt sie an,
urzel zu schlagen: ich nenne die Namen Kurt Tuch, Heinrich Nauen, Otto
ttner, Karl Hofer, Erwin Vollmer.

Die gegenwärtige Ausstellung der Berliner Sezession enthält Ar-
iten von allen diesen Künstlern. Von van Gogh ein Selbstporträt, das
n gelben, knochigen Schädel und den rotbraunen, blau gesäumten Rock in
ergischen Konturen auf meergrünem Grunde gibt. Von Munch neben
nigen Landschaften vor allem ein lebensgroßes impressionistisches Herren-
dnis, das man sich als Dekoration in eine hellfarbige, holzgetäfelte Wand-
che eingelassen denken muß. Von Vuillard ein umfangreiches „Interieur
it Figur“. Um dieses Gemälde, eines der wertvollsten der Ausstellung, recht
würdigen, sollte man es aus möglichst weiter Entfernung, am besten aus
aal VIII, betrachten. Es wirkt dann mit seinen silbernen, mattgoldenen und
auschwarzen Farbentönen und mit dem feinen Gewebe der senkrechten und
agerechten Linien wie ein vornehmer Gobelin. Maurice Denis, der
rchenmaler der neuen Schule, ist mit drei Bildern, „St. Cecile“, „Tänze-
nnen“ und „Im Herbst“, vertreten, zarten, harmonischen Linien- und Farben-
emen, die aber die Gewohnheit des Künstlers, seine Gemälde mit einem
eidigen, weißgelben oder hellblauen Flaum zu überziehen, bereits zu stereo-
per Manier erstarrt zeigen. Die beiden kleinen Farbenimpressionen Bon-
ards künden leider nichts von der Eigenart ihres Schöpfers, dessen Stärke
f rein dekorativem Gebiet liegt. Über die Deutschen Tuch, Hettner,
auen, Hofer und Vollmer ist ein abschließendes Urteil heute noch nicht
öglich. Die vier ersten stellen zwar schon seit einigen Jahren aus, und
mentlich Tuch und Nauen gelten in gewissen Künstlerkreisen bereits als
terne erster Ordnung, aber sie erscheinen alle noch so wenig fertig, sie unter-
gen noch so mannigfaltigen und übermächtigen fremden Einflüssen und
ssen so viele Entwicklungsmöglichkeiten offen, daß man sie nur als zweifel-
s starke Talente willkommen heißen, aber noch nicht als künstlerische Per-
nlichkeiten charakterisieren kann.

Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der neuen Kunstrichtung bei großen Publikum und bei einem Teile der Kritik auf heftigen Widerspru stoßen. Ein neuer Kampf zwischen Alten und Jungen, zwischen „Natura listen“ und „Dekorativen“ spinnt sich an. Die Leitung der Sezession ist i diesem Kampfe bisher neutral geblieben und hat auf ihren Ausstellunge beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen lassen. Sie kann sich den Luxu dieses Edelmuts leisten, denn noch stehen ihre Häupter, die Liebermann Slevogt und Corinth, stolz und in ihrem Besitz unangetastet da. Wir wolle hoffen, daß man die schöne Unparteilichkeit aber auch dann noch bewahr wenn des neuen Geistes Hauch, der jetzt als lindes Frühlingslüftchen weh sich zum revolutionären Sturme auswachsen und alte, ehrwürdige Stämm zu entwurzeln drohen sollte.

Die Entwicklung des Weltalls.

Von **Anton Pannekoek.**

2. Werden und Vergehen.

Die ältesten Anschauungen über den Ursprung und den Untergang de Welt hat die Astronomie völlig umgewälzt, indem sie uns darüber belehrte was eigentlich die Welt im Gegensatz zu der kleinen Erde sei. Eine nich weniger große Umwälzung aber verursachte die Wissenschaft der Physik, inden sie die Begriffe des Werdens und Vergehens aufklärte. Es hat lange gedauert ehe es den Menschen gelang, hinter dem Werden und Vergehen das Be harrende, die Substanzen zu finden, deren Formenwechsel und Gestaltände rungen jene Erscheinungen hervorrufen.

Die erste dieser Substanzen, die als das Bleibende von der wechselnden Welt der Erscheinungen abgesondert wurde, war die Materie. Die Unzerstör barkeit der Materie ist ein Grundaxiom der Physik. Wenn Wasser verdunstet so verschwindet es dem Scheine nach; sammelt man jedoch den Stoff in ge schlossenen Behältern, so daß nichts verfliegen kann, so erhält man die ur sprüngliche Wassermenge zurück. Das Holz verbrennt, und nur ein wenig Asche bleibt zurück; die übrigen Bestandteile des Holzes vereinigen sich mi dem Sauerstoffgas aus der Luft zu neuen Gasen, die sich mit der Luft ver mischen; namentlich der feste Kohlenstoff des Holzes bildet in dieser Weise mit dem Sauerstoff zusammen das Kohlensäuregas. Die in der Luft ent haltene Kohlensäure wird von den grünen Blättern der Pflanze eingesogen, in Sauerstoff und Kohlenstoff gespalten, von denen der Sauerstoff der Atmo sphäre zurückgegeben, der Kohlenstoff aber zurückbehalten wird; mit dem Wasser und den anderen Stoffen, die die Wurzeln aus der Erde hinauf saugen, bildet die Pflanze daraus Holz und andere Gewebe; so wächst der Baum.

Wir haben hier also einen einfachen Kreislauf der Materie vor uns, wo die verschiedenen Stoffe nur die Formen und die Gestalten wechseln, in denen sie einzeln oder miteinander verbunden erscheinen. Wenn dieser Wechsel die Vorstellung eines Verschwindens und Neuentstehens veranlassen konnte, so kam es daher, daß eine dieser Formen, die gasige, ungreifbar und unsichtbar ist und deshalb lange unbemerkt und unerkannt bleiben mußte. Ein Gas hat keine bestimmte Ausdehnung wie ein fester Körper oder eine Flüssigkeit. In

em verschlossenen Gefäß füllt es den ganzen Inhalt aus, aber wenn das
fäß geöffnet wird, so verfliegt es nach allen Seiten, vermischt sich mit
deren Gasen, dringt in die feinen Poren der festen Körper ein und dehnt
, wenn es nicht durch irgend eine Kraft zurückgehalten wird, bis ins Un-
nessene aus. Deshalb mußte die Kunst des Experimentierens erst so weit
geschritten sein, daß man diese flüchtigen, unfaßbaren Stoffe in geeigneten
hältern verschließen, darin ihre Menge messen und wägen, ihre Eigen-
aften und ihre Natur untersuchen konnte. Durch diesen Fortschritt der
perimentierkunst, der am Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Anfänge
er wissenschaftlichen Chemie schuf, konnte Lavoisier mit der Wage nach-
isen, daß bei chemischen Vorgängen die Quantität der Materie un-
ändert bleibt. So wurde der Satz von der Unzerstörbarkeit der Materie
s einer philosophischen Floskel zu einem fruchtbringenden, lebendigen Grund-
der Physik.

Bei genügender Erhitzung werden alle Stoffe, die bei gewöhnlicher Tem-
atur fest oder flüssig sind, zu Gasen. Beim Kochen wird flüssiges Wasser
n gasförmigen Wasserdampf; bei viel größerer Hitze kocht und verdunstet
ecksilber und schmelzen die Metalle, die bei noch höherer Temperatur eben-
ls zu Dampf werden. Die Abkühlung dagegen kondensiert den Dampf zu
üssigkeit und erstarrt die Flüssigkeit zu einem festen Körper. Um diese Vor-
nge zu erklären, nehmen die Physiker an, daß alle Stoffe und Körper aus
er Unmasse winziger Teilchen bestehen, die sich rasch hin und her bewegen,
er zugleich durch ihre gegenseitige Anziehung zusammengehalten werden.
i steigender Temperatur geraten diese Teilchen in immer heftigere Be-
gung, wodurch sie sich immer mehr von ihrem Zusammenhalt lösen können;
ließlich wird, bei genügender Hitze, die Bewegung so rasch, daß die gegen-
ige Anziehung sie nicht mehr zusammenhalten kann; sie fliegen auseinander,
streuen sich, schießen überall frei in die Welt hinein, und der Stoff hat
ne bestimmte Ausdehnung mehr; er ist ein Gas geworden. Bei der Ab-
hlung dagegen gewinnt die gegenseitige Anziehung die Oberhand über die
gsamer gewordene Bewegung; die Teilchen halten einander fest, bilden
en Körper von bestimmter Ausdehnung, der bei noch bedeutender Beweg-
keit der Teilchen als Flüssigkeit, bei geringerer Bewegung jedoch als ein
er, starrer Körper erscheint. Diese Theorie enthält den Satz von der Be-
rlichkeit der Materie als selbstverständlich, da die Formenwechsel auf eine
derung in den Bewegungszuständen von Körperchen zurückgeführt werden,
sich gleich bleiben.

In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hat sich diesem Begriff der
aterie eine neue Substanz zugesellt, die sich als unzerstörbare Größe hinter
s wechselnden Erscheinungen und Formen verbirgt, nämlich die Energie,
früher mißverständlich wohl als Kraft bezeichnet wurde, besser jedoch
beitsvermögen genannt werden könnte. Ein solches Vermögen, Arbeit zu
ten, hat jeder rasch bewegte Körper durch seine Geschwindigkeit, und zwar
so mehr, je größer seine Geschwindigkeit ist: so der geschwungene Hammer,
s fallende Wasser, ein dahinfliegendes Geschoß, das eine Mauer zer-
mettert. Ein solches Vermögen hat auch der Mensch; indem er Arbeit
tet, etwa einen Block emporhebt oder eine Sehne spannt, gibt er Energie
überträgt sie diesen Körpern, die nun durch ihre Hebung oder ihre Span-
ng diese Fähigkeit besitzen. Fällt der Block, fliegt der Pfeil davon, so ist

die Energie der Hebung oder Spannung verschwunden und hat wieder d
Form der Bewegung angenommen.

Eine andere Form der Energie ist die Wärme; erst die Entdeckung, da
eine bestimmte Wärmemenge immer zu der nämlichen mechanischen Arbeit
leistung ausreicht, hat den Satz von der Erhaltung der Kraft geschaffen. E
besagt, daß bei allen Umwandlungen von Energieformen die Quantität dies
Energie weder vergrößert noch verringert wird. Die Wärmeenergie aus d
brennenden Kohle nimmt im Kessel die Gestalt von Spannung des Dampfe
an; durch die Hitze werden die kleinsten Wasserteilchen in so rasche Bewegun
gebracht, daß sie mit großer Wucht gegen die Wände prallen und im Zylind
den Kolben vorwärts treiben; dadurch werden alle Maschinen in Bewegun
gesetzt. Umgekehrt entsteht überall, wo durch Überwindung eines Widerstande
oder einer Reibung mechanische Energie rasch bewegter Gegenstände scheinba
verloren geht, eine entsprechende Menge Wärme, die sich ausbreitet und da
durch unmerkbar wird. Die Kohle enthält chemische Energie, da sie d
Fähigkeit besitzt, durch den chemischen Vorgang der Verbrennung, das heiß
durch Vereinigung mit dem Sauerstoff der Luft zur Kohlensäure, eine groß
Menge Energie in Gestalt von Kohlensäure freizugeben. Ähnlich ist es m
allen Stoffen von Pflanzen und Tieren, die viel Kohlenstoff enthalten, w
zum Beispiel Holz und Fett; die tierische Körperwärme und das Arbeits
vermögen der Menschheit rühren gleichfalls aus der Verbrennung von kohlen
stoffhaltigen Stoffen in unserem Körper, das heißt aus ihrer Verbindung m
dem eingeatmeten Sauerstoff her.

Woher stammt nun diese Energie, die im Holz oder in der Kohle — be
kanntlich Überrest vorweltlicher Pflanzenteile — enthalten ist? Wir führte
schon aus, daß in den grünen Blättern die Kohlensäure in Kohlenstoff un
Sauerstoff gespalten wird; dazu ist genau so viel Arbeit nötig, als nachhe
bei der Vereinigung beider Stoffe wieder freikommt. Diese Arbeit wird ge
leistet von dem in den Blättern verzehrten Sonnenlicht, und nur im Sonnen
licht findet deshalb dieser Vorgang statt. Dem Kreislauf der Materie, den wi
in den Lebensvorgängen vorfinden, entspricht also eine Umwandlungsreihe de
Energie; ursprünglich stammt sie aus dem Sonnenlicht; in den Pflanzen
blättern wird sie in der Gestalt chemischer Energie niedergelegt, deren später
Verbrennung die Quelle aller Lebensvorgänge und vieler Bewegungsvorgäng
bildet, die schließlich alle in irgend einer Weise zu Wärme werden und fü
unsere Wahrnehmung verschwinden.

Da auch alle anderen Energiequellen auf unserer Erde, die wir zu Arbeits
leistungen heranziehen, das strömende und fallende Wasser, der wehende Wind
ihre Energie ursprünglich aus der Sonnenwärme bekommen, so kann man
sagen, daß die Sonnenstrahlung die Quelle aller Bewegung, alles Lebens
aller Energie auf Erden ist — nur mit der einzigen Ausnahme derjenigen
Wasserbewegungen, die wir Ebbe und Flut nennen. An jedem Tage ström
der Erde aus der Sonne eine Energiemenge zu, die eine auf der Erde gleich
mäßig lagernde Wasserschicht von einem Dezimeter Dicke um 100 Grad er
wärmen würde; in jeder Sekunde kommt diese Energie dem Vermögen von
Maschinen mit 300 Millionen Pferdestärken gleich. Diese ganze Quantitä
wird auch wieder von der Erde zurückgestrahlt, denn die Erde wird durch
schnittlich nicht wärmer, behält also auf die Dauer nichts davon zurück. Bevor
diese Energie jedoch in den leeren Himmelsraum zurückgestrahlt wird, macht

die verschiedensten Formveränderungen auf der Erdoberfläche durch, und
diesen Formwandlungen spielt sich das ganze Erdenleben ab, Wind und
tter, Wechsel des Klimas, die Bewegung des Wassers, Pflanzen- und Tier-
n, auch die menschliche Arbeit und die moderne Industrie. Nun strahlt
Sonne nach allen Seiten mit derselben Kraft, und nur ein winziger Teil,
Zweimilliardstel der ganzen von der Sonne ausgestrahlten Energiemenge,
d von der Erde aufgefangen. Man kann also sagen, daß der Inhalt alles
en, was auf der Erdoberfläche geschieht, gleichsam eine kurze Reihe ver-
edener Abenteuer bildet, die ein winzig kleiner Teil der Sonnenenergie
chmacht auf einem Abstecher nach der Erde, bei seiner Fahrt in den un-
lichen Raum hinaus.

Betrachtet man nun in diesem Lichte die alten Fragen der Weltschöpfung
des Weltunterganges, so kann man einfach sagen: die Welt ist nicht er-
ffen worden und kann nicht untergehen. Die Materie, aus der sie besteht,
unvergänglich, hat immer bestanden und wird immer bestehen bleiben; die
rgie, in der ihr Leben, ihre Bewegung, der Inhalt ihres Daseins sich zu-
menfaßt, ist gleichfalls unvergänglich, ist nirgendwoher gekommen, sondern
immer da und wird immer bleiben. Der einzige Sinn, den diese alten
gen in ihrer neuen Gestalt der Entwicklung im Weltall haben können,
dieser: in welchen wechselnden Gestalten hat sich zu verschiedenen Zeiten
vorhandene Weltmaterie zusammengefügt, welche Formen und Formwand-
gen hat dabei die Weltenergie durchgemacht? Welche Formen und Gestalten
ßten in dieser Weltentwicklung nach den bekannten chemischen, mechanischen
physischen Gesetzen auseinander hervorgehen? Und als Spezialfall für
er praktisches Interesse: Was lehren diese allgemeinen Entwicklungsgesetze
r die Erde, unseren Wohnort, über die Sonnenwärme, unsere Lebensquelle?
nn auch das Ganze unzerstörbar ist, so werden doch die einzelnen Teile
n Anfang und ihr Ende haben; die Erde als besonderer Körper ist einmal
tanden und braucht nicht ewig zu sein; die Sonnenwärme wird irgend-
er gekommen sein und wird voraussichtlich einmal aufhören. Dieser Ent-
lung in der Vergangenheit und Zukunft nachzuspüren, ist die praktische
vendung der Lehre von der Entwicklung im Weltall.

Bevor jedoch zu den Einzelheiten geschritten werden kann, ist eine allgemeine
nerkung nötig. Kann man hier überhaupt von einer allgemeinen Entwick-
g reden, wodurch die Welt fortwährend anders wird und das Frühere
zurückkehrt? Oder bildet all dies Werden und Vergehen eine Reihe von
isläufen, wobei die Welt als Ganzes immer zu den früheren Zuständen
ickkehrt? Wird die Welt also immer älter oder bleibt sie sich immer gleich?

Die Physik hat diese Frage schon längst entschieden durch das von Clausius
en sechziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts aufgestellte Gesetz, das
st als der zweite Hauptsatz der Wärmetheorie bezeichnet wird. Dies Gesetz
gt, daß die Formwandlungen der Energie nicht regellos stattfinden, sondern
dabei durchschnittlich eine bestimmte Verwandlungsrichtung befolgt wird.
verschiedenen Energieformen lassen sich als solche höherer und niederer
nung unterscheiden, wobei dann der Übergang von höherer zu niedrigerer
nung von den Naturvorgängen immer bevorzugt wird.

Wärme geht von selbst von einem heißen auf einen kalten Körper über,
nicht umgekehrt; mechanische Energie geht ebenso von selbst ohne Rest in
rme über, die eine niedrigere Form der Energie bedeutet, aber umgekehrt

nicht. Man kann wohl durch besondere Vorrichtungen Wärme in and Energieformen überführen oder sie einem kälteren Körper entziehen und ein wärmeren übertragen, aber dabei muß immer zugleich eine große Wärmemen geopfert werden, die in kälteren Zustand übergeht. Eine Umwandlung Energie, die eine Erhöhung ihrer Ordnung bedeutet, kann wohl vorkomm aber immer nur auf Kosten einer anderen gleichzeitigen Umwandlung, die e Erniedrigung der Ordnung bedeutet. Das Ganze ist immer eine Erniedrigu höchstens ein Gleichbleiben, nie eine Erhöhung der Ordnung.

Die Änderungen im Weltall haben also eine bestimmte Richtung, und je Schritt in dieser Richtung ist unwiderruflich, kann nicht zurückgetan werd Die Welt wird immer anders, ihre Gesamtenergiemenge immer niedrige Ordnung. Die großen Temperaturgegensätze haben die Neigung, sich imm mehr auszugleichen; die mechanische Energie wird immer mehr in die Gest von Wärme übergeführt. In welchen besonderen Formen dies allgemei Gesetz der Erscheinungen im Weltall sich offenbart, muß die weitere Betra tung ergeben; vorläufig genügt es, den allgemeinen Satz hervorzuheben, d die Welt eine fortschreitende Entwicklung hat und nicht wieder zum frühe Zustand zurückkehrt.

Wenn auch Kreisläufe sich in ihr abspielen, die frühere Formen zurü bringen und vorhergegangene Prozesse immer aufs neue wiederholen, so sie als Ganzes doch nach jedem Kreislauf anders geworden: die Welt wi immer älter.

Vom Bildungsausschuß.

Zur Klassikerbibliothek für Arbeiter. Über diese Frage sendet uns ein G nosse ein Gutachten, aus dem wir — mit seiner Genehmigung — folgende Sä veröffentlichen:

Von dem Geschäftlichen abgesehen, ist der Plan bestechend. Warum sollen deutschen Arbeiter die Klassiker nicht in einer sorgfältig gewählten Ausgabe sitzen? Es wird ihnen dadurch ein Schatz erschlossen, der die Charaktere zu festig geeignet ist, die Urteilsfähigkeit bildet und die Herzen der Proletarier mit jen Wärme erfüllt, die über die täglichen Sorgen des Lebens hinweghilft — so ungefä wird wohl der Standpunkt sein, von denen aus die wichtige Frage im Bildung ausschuß angeregt worden ist.

In dem Kampfe um die politische Macht, um die soziale Hebung ihrer Kla haben die Arbeiter ihren Geist geschärft, ihre Willenskraft gestählt; anscheinend kurz gekommen ist nur die landläufige Ethik, das Gefühl der Verantwortlichke sagen wir kurz: vor Gott und den Menschen. Das ist erklärlich. Dies Gefühl mehr und mehr geschwunden, da die sich entwickelnden Klassengegensätze es mit d Reziprozität nicht mehr genau nehmen; sie lebt nur noch in der Form der Arme unterstützung fort, im übrigen ist sie an den Nagel gehängt. Warum soll nur d Unterdrückte edel, hilfreich und gut sein, wenn er täglich fühlt und sieht, daß d anderen, die Unterdrücker, es seiner Klasse gegenüber nicht sind? Ein ganz gesund Egoismus verbietet dem Ausgebeuteten, die gleichen Ideale zu haben wie sei Ausbeuter. Der Proletarier denkt anders über Gott, Religion, Vaterland, Nächste liebe, Gesetz und Recht, Moral und Bildung, Eigentum, Familie und Erziehun Die exakten Wissenschaften und einige Gebiete der Kunst vielleicht ausgenomme gibt es im Klassenstaat kaum ein Gebiet der geistigen oder materiellen Betätigun wo sich Arme und Reiche zusammenfinden und eines Sinnes sein können. Zu

ı Zwecke des proletarischen Denkens werden dem der bürgerlichen Gesellschaft immer entgegengesetzt sein.

Daran wird auch nichts geändert, wenn der Proletarier sich im Samariter-ıst betätigt, wie etwa zur Zeit, als die Cholera in Hamburg grassierte, wo dank Sünden der Staatsverwaltung Tausende einem frühzeitigen Tode verfielen. Reichen entflohen dem Pestherd, während die Armen die Toten begruben, die ıken pflegten und die verseuchten Wohnungen säuberten. Wenn hiermit etwas iesen werden soll, so höchstens, daß in der praktischen Ausübung des bürger-n Sittengesetzes die Proletarier den bürgerlichen Elementen um einige Pferde-ıen voraus sind.

Nun soll dem gottlob noch ungebändigten (was in Hamburg in Reinkultur zu ieren ist), durchaus gesunden, eine neue Gesellschaftsordnung heischenden Prole-ıt zwangsweise der Klassikertrost ins Herz gegossen werden, damit der Trotzige tisch fühlen und am Wahren, Schönen und Guten sich begeistern lerne; es i vorausgesetzt, daß die eindringende Beschäftigung mit der klassischen Lite-r auch die Arbeiter fähiger und geschickter für den Kampf ihrer Klasse machen e, wenn dabei nur auf ästhetische Bildung und historische Wahrheit geachtet de.

Das mag für manchen besonders begabten und wetterfesten Genossen zutreffen, im allgemeinen wird eine derartige nachträgliche Ergänzung des Schulsacks die etarierköpfe eher verwirren als klären. Damit soll nicht gesagt sein, daß das dium (oder richtiger das Lesen) der Klassiker dem Proletariat zu verbieten sei. wäre lächerlich. Nein, im Gegenteil: der Proletarier mag sie lesen und, wenn ie Fähigkeit dazu besitzt, auch studieren, um so größer wird der Genuß sein. ie haben es schon getan und werden es bei zunehmender Volksschulbildung und ürzung der Arbeitszeit auch ferner tun. Aber freiwillig sollen sie es tun, von Partei wegen.

Will der Bildungsausschuß es ihnen erleichtern, ihnen dabei unter die Arme en, so mag er einen Führer durch die klassische Literatur herausgeben oder, noch besser wäre, um eine Literaturgeschichte besorgt sein, auf die das Prole-ıt schon längst eine Anwartschaft besitzt. Alle Teile der klassischen und roman-en Literatur sind äußerst billig einzeln zu kaufen — daran mangelt es also t —, eine für das Proletariat extra zugeschnittene Klassikerausgabe wird immer Stückwerk bleiben und es keinem recht machen. Und dann wird vorgeschlagen, Ausgabe nicht bei den Klassikern stehen bleiben zu lassen, sondern sie auf die nantiker bis zu den Modernen auszudehnen (soweit diese nach dem Urheberrecht sind). Das würde eine Sammlung von mindestens 30 Bänden zu 50 Bogen n (à la Hesse und Reclam), und zwar müßte die Ausstattung in Papier und ck eine bessere sein.

Wer die Verhältnisse kennt, wird wohl kaum den Parteigenossen zumuten, eine e Bibliothek zu kaufen. Diese Zumutung müßte aber an viele Tausende von ossen gestellt werden, wenn eine nicht unerhebliche Subvention durch die Partei-vermieden werden soll. Besitzt dagegen der Arbeiter eine von unserem Stand-ıt aus geschriebene Literaturgeschichte, die ihn durch das klassische und roman-e Labyrinth führt, so kann er sich langsam für einen äußerst billigen Preis enige beschaffen, was ihm, seiner geistigen Entwicklung und Neigung ent-hend, wünschenswert erscheint. Eine Zwangslage ist dann nicht vorhanden, der eiter kann frei entscheiden.

Aber auch vom geschäftlichen Standpunkt aus hat die Klassikerausgabe ihre enken. Wenn mit einem solchen Leviathan in unsere kleine literarische Partei-e hineingefahren wird, so könnte leicht alles andere für längere Zeit an die d gedrückt werden, was sicherlich nicht zu wünschen wäre. Denn Lassalle, x und Engels sind für die Erziehung des Proletariats wichtiger als Lessing, the und Schiller. Dabei ist auch nicht zu übersehen, was vorhin schon an-

gedeutet wurde, daß alter Wein in neuen Fässern leicht sauer und zähe wird. D
gute Matthäus wird mir verzeihen, wenn ich ihn auf den Kopf stelle; ich fi
keinen treffenderen Vergleich.

Die Herausgabe einer Klassikerbibliothek sollte also zurückgestellt werden;
einer Literaturgeschichte sind alle berechtigten Wünsche zu erfüllen. Will man n
weiter gehen, so erwäge man eine Sammlung der besten Dichtungen aus unse
klassischen und romantischen Literatur. Erst vor kurzem ist Wolffs Poetischer Ha
schatz in neuer Auflage erschienen. Ursprünglich wollte Goethe selbst ihn zusamm
stellen; die Ausführung ist dem alten Herrn dann wohl zu schwer erschienen,
daß Professor Wolff in Jena damit betraut wurde. Er ist seit 1836 in 36 star
Auflagen verbreitet worden, und zwar in einer Schul- und einer erweiterten A
gabe. Und welche Wandlungen hat der Inhalt der Sammlung in siebzig Jahr
durchgemacht! In den Vorreden der neueren Auflagen findet sich überall der S
daß nur solche Stücke aufgenommen worden sind, die auch der reiferen Jugend
Lektüre empfohlen werden können.

Wenn der Bildungsausschuß einen Poetischen Hausschatz für den deutsch
Arbeiter herausgeben würde, dessen Inhalt vorwiegend aus revolutionären,
Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung atmenden Dichtungen der Klassik
Romantiker und Modernen bestände, so würde er sich den Dank der Arbeiterkl
erwerben. Eine solche Ausgabe existiert nicht; sie kann nur von der Par
herausgegeben werden. Ein schüchterner Versuch, der vor Jahrzehnten von
Volksbuchhandlung Hottingen mit der Gedichtsammlung „Vorwärts" unternomm
wurde, ist bei unzulänglichen Mitteln gescheitert; der Bildungsausschuß kön
Gelungeneres schaffen.

Arbeiterbibliotheken. Genosse Emil Dittmer macht in einer Zuschrift
die Redaktion einige Bedenken gegen die Klassikerbibliothek für Arbeiter gelte
die jedoch auf Mißverständnissen beruhen. Wenn er meint, es werde sich kaum
Genosse dazu hergeben, mit gebundener Marschroute eine solche Bibliothek hera
zugeben, so hat ein solcher Vorschlag uns durchaus ferngelegen, sowohl was d
einen Genossen als auch die „gebundene Marschroute" anbetrifft; unsere Ansi
war, daß eine ganze Anzahl literarisch befähigter Genossen nach einem gemeinsam
Plane die Sache in die Hand nehmen sollten, wenn sie anders ausführbar wä
Ferner geht Genosse Dittmer von einer irrtümlichen Voraussetzung aus, wenn er au
führt, es sei eine dringendere Aufgabe des Bildungsausschusses, Musterkataloge f
Arbeiterbibliotheken zu schaffen. Solche Musterkataloge sind entworfen und werd
demnächst veröffentlicht werden; in diesem Punkte gibt es keine Meinungsverschiede
heit. Was dann Genosse Dittmer weiter über Arbeiterbibliotheken ausführt, geb
wir wieder wie folgt:

Jüngst wurde in den „Sozialistischen Monatsheften" einer Zentralisation d
großstädtischen Gewerkschaftsbibliotheken das Wort geredet. Nach unseren E
fahrungen erscheint dieser Weg aber nicht als zweckmäßig. Gewiß kann eine Zentra
bibliothek rationeller gestaltet werden, allein der Hauptzweck einer Bibliothek blei
doch immer, möglichst viele Leser zu haben, und da wäre gerade für die Gewer
schaften, wenigstens für Berlin, durch eine Zentralbibliothek wenig gebessert. Sch
die räumlichen Entfernungen würden die Einrichtung sogenannter Filialen in d
verschiedenen Stadtteilen notwendig machen, wie sie zum Beispiel auch von d
Berliner Stadtbibliothek durchgeführt ist, indem die neueren Gemeindeschulen zume
eine Leihbibliothek nebst Lesezimmer eingerichtet haben. Eine Anzahl größerer Ve
bände hat sich genötigt gesehen, außer ihrer zentralen kleinere Bezirksbibliothek
einzurichten. Vielfach wird der Bücheraustausch verbunden mit sonstigen no
wendigen Geschäften auf den Verbandsbureaus, und es wäre viel zu zeit- und gel
raubend, wenn jedes Gewerkschaftsmitglied erst ins Zentrum der Stadt fahre
müßte, um dort vielleicht ein Buch umzutauschen. Auch die so vorzügliche Biblioth

[..]res Genossen Heymann wird gewiß vorwiegend aus der nächsten Umgebung [..]ützt. Außerdem zeigt sich auch bei ihr der Mangel, der fast allen zentralen [..]hereien eigen ist: die guten zugkräftigen Bücher sind selten zu haben, obgleich [..]n mehreren Exemplaren angeschafft sind. Ein einfaches Exempel belehrt uns, [..] fünfzig Verbandsbibliotheken mit je einem Exemplar von, sagen wir Gottfried [..]ers „Grünem Heinrich", für die Zentralbibliothek fünfzig dieser Exemplare er[..]ern würde, etwas in seinen weiteren Konsequenzen geradezu Undurchführbares! [..] notwendig also die Zentralbibliothek für Klein- und Mittelstädte sein mag, für [..] ganz großen Städte wird eine Dezentralisation zweckmäßiger bleiben.

Unsere Reformvorschläge liegen auf anderem Gebiet: Es muß zunächst versucht [..]den, das in den Bibliotheken vorhandene Material neu einzuordnen. Dem [..]dungsausschuß erwächst eine dankenswerte Aufgabe durch Ausarbeitung von [..]sterkatalogen. Und zwar muß eine ganze Anzahl von Entwürfen für die je[..]ligen Zwecke angefertigt werden.

Zunächst für eine eigene private Arbeiterbibliothek! Bei vielen unserer Freunde [..]en wir, wenn's erlaubt ist, Bücherhaufen, die völlig der Einordnung entbehrten. [..] gleiche Beobachtung wird fast jeder machen, der dieser Sache einmal seine [..]merksamkeit zuwendet. Je nach Zeit, Geld und Angebot ist zusammengekauft [..]den, und es fehlt jeder Ansatz zum planmäßigen Aufbau, so daß die Freude an [..] eigenen Bücherei stark beeinträchtigt wird. Wie anders, wenn eine schlichte [..]ammenstellung ohne lange Erläuterungen vorhanden wäre, die etwa in Form [..]s Prospekts gedruckt, beim Einkauf eines Buches von unseren Parteibuchhand[..]gen gratis beigegeben würde! Sicher würde der vermehrte Absatz die geringen [..]ckspesen zehnfach wieder einbringen.

Es mag hierbei eingeschaltet werden, daß unsere Münchener Volksbuchhandlung [..] einer Mitteilung der „Münchener Post" vor kurzem eine Neueinrichtung ge[..]en hat, die entschieden Nachahmung verdient. Sie hat Arbeiterhausbibliotheken [..]n geringe monatliche Teilzahlung eingeführt. Nach kaum sechs Wochen seit [..] ersten Anzeige sind mehr als 150 solcher Bibliotheken bestellt worden! Die [..]her werden nach freier Wahl zusammengestellt, und auf Wunsch wird auch eine [..]nzende Zusammenstellung beigegeben.

Ein weiterer Katalogentwurf müßte für örtliche Wahlvereine, kleinere Ge[..]schaften oder auch für Gewerkschaftskartelle geschaffen werden. Laut Jahres[..]cht des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend für [..] befinden sich im Zentralverein für Teltow-Beeskow usw. jetzt 35 Wahlvereine [..] Bücherbeständen von insgesamt 6933 Bänden. Davon sind 5 Bibliotheken im [..]n Jahr neu eingerichtet. Es wäre erfreulich, wenn auch die anderen Kreise [..] fortlaufende Statistik auf diesem Gebiete pflegen wollten. Wir kennen zwar [..] einige Bibliotheken aus der oben angeführten Statistik. Sie bestätigen uns [..] in weitestgehendem Maße die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung [..] Ergänzung an Hand neu zu schaffender Musterkataloge. Es ist schier unglaub[..] was für „geschenkte" Schmöker noch in vielen Gewerkschafts- und zum Teil [..] Parteibibliotheken vorhanden sind. Fast ebenso planlos geht die Anschaffung [..]r Bücher vor sich.

Wir möchten noch einige dieser Aufgaben, soweit sie im Zusammenhang mit [..] Thema stehen, etwas näher skizzieren, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

Vor allen Dingen müßte ein mustergültiger Katalog für die großstädtischen [..]lvereine angefertigt werden. Hiervon könnten wiederum Auszüge für mittlere [..]e für kleinere Städte leicht hergestellt werden. Für das Land haben sich die [..] Genossen Südekum begonnenen Wanderbibliotheken gut bewährt. Es sind [..]nwärtig 16 Pakete mit je 12 bis 20 Büchern unterwegs. 6 dieser Pakete werden [..]h das Bremer Parteisekretariat an die umliegenden Dörfer ausgeliehen und [..] begehrt, wie überhaupt die vielfache Nachfrage nicht entfernt berücksichtigt [..]en konnte. Trotz vielmonatlichen Bestehens dieser Wanderbibliotheken sind so gut

wie gar keine Verluste entstanden. Diese Wanderbibliotheken müssen daher auf ei breitere Basis gestellt werden.

Zu unterscheiden ist bei den Musterkatalogen zwischen den Wahlvereins- u den Gewerkschaftsbibliotheken. Die Zusammensetzung muß bei diesen wesentl anders sein. Hier kann vielleicht der vom Genossen Sassenbach bearbeitete Katal über die Gewerkschaftsliteratur zu Rate gezogen werden, doch wäre eine erhebli Ausmerzung vorzunehmen.

Einheitlich geregelte und zweckmäßige Bibliotheksordnungen fehlen fast all orten. Desgleichen sollte allmählich die Einteilung nach Disziplinen weniger wi kürlich vor sich gehen. Ein vom Bildungsausschuß vorgeschlagenes Schema könn große Erleichterungen schaffen und die Benutzung für Genossen aus anderen Ort vereinfachen.

Geradezu bahnbrechend und vorbildlich ist der Deutsche Holzarbeiterverba vorgegangen, indem er im kürzlich erschienenen „Handbuch für Verbandsfunktionär Anweisungen gibt über die Anschaffung von Büchern, Bücherverzeichnis, Leseordnu usw. Es sind da unter anderem kleine Bibliotheken im Preise von 20, 40, 80, 1 und 200 Mark zusammengestellt.

Man mag geteilter Meinung darüber sein, ob die angeregten Verbesserung nicht großenteils von den einzelnen Parteibuchhandlungen ausgeführt werden könnte denen durch vermehrten Absatz fast alle diese Neuerungen zustatten kommen. Ab unsere Parteibuchhandlungen haben selber eine gründliche Umgestaltung ihrer Ve lagskataloge notwendig. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, noch me als bisher an den Arbeiter heranzukommen, um so einen größeren Absatz der Ne erscheinungen usw. zu sichern. Bezeichnend ist, daß seinerzeit aus vorstehende Mangel heraus die Schaffung einer eigenen zentralen Gewerkschaftsbuchhandlu erwogen wurde, die inzwischen zugunsten der Vorwärtsbuchhandlung aufgegeb worden ist. So anerkennenswert einzelne Neuerungen, wie zum Beispiel kurze J haltsangabe der meisten Bücher, im Schriftenverzeichnis der Vorwärtsbuchhandlu sind, es muß viel mehr geschehen. Die Spezialkataloge müssen nicht nur „auf Wunsc zur Verfügung gestellt, sondern bei allen möglichen Gelegenheiten verbreitet werde Ebenso werden „für Vereine und Gewerkschaften“ Bibliotheken zweckentsprechen zusammengestellt. Ob aber, wenn Mohammed zum Berge ginge, nicht hundertm mehr erzielt würde? Der schwache Ansatz, den einzelne Parteispeditionen mache sich als Filialen der Parteibuchhandlung zu entwickeln, muß ausgebaut werden.

Wir konnten hier nur grobe Umrisse geben. So viel aber steht fest: Es i zweifelsohne ein wesentlich erhöhter Absatz der sozialistischen und gewerkschaftliche Literatur möglich, wenn im vorbezeichneten Sinne reformiert wird.

Bücherschau.

Josef Dietzgen, **Erkenntnis und Wahrheit.** Des Arbeiterphilosophen universel Denkweise und naturmonistische Anschauung über Lebenskunst, Ökonomie, Phil sophie, Religion und Sozialismus. Zu seinem zwanzigsten Todestag gesamme und herausgegeben von Eugen Dietzgen. Stuttgart, Verlag von J. H. W. Die Nachfolger. XVI und 428 Seiten. Preis broschiert 4 Mark, elegant gebunde 5 Mark.

Im Vorwort zur russischen Übersetzung einer Schrift Josef Dietzgens schrei sein Sohn Eugen, der Herausgeber der vorliegenden Sammlung: „Beiläufig s bemerkt, daß Dietzgen die häufige Wiederholung derselben Beispiele in seinen ve schiedenen Schriften schwerlich beliebt hätte, wenn er selbst an eine neue Auflag seiner früheren Arbeiten gedacht hätte. Nach seinem Dafürhalten sollte die letz Arbeit stets alle früheren ersetzen.“ Diese Bemerkung ist unzweifelhaft richtig

›r sie läßt es zweifelhaft erscheinen, ob es im Interesse des Arbeiterphilosophen
:, nun noch in einem immerhin umfangreichen Bande allerlei zerstreute Aufsätze
ıd Briefe aus seinem Nachlaß zu sammeln, nachdem er, wie sein Sohn an der
ıgeführten Stelle sagt, im „Akquisit der Philosophie“, seiner letzten Hauptschrift,
; reifste Frucht seiner Arbeiten gegeben hatte.

Wohlgemerkt im Interesse des Arbeiterphilosophen oder noch genauer: im
[teresse der Bemühungen, die Genosse Eugen Dietzgen macht, dem „Dietzgenismus“
ı ihm bisher versagte, aber nach seiner Ansicht gebührende Stellung im Reiche
› Wissenschaft zu erobern. Denn neue Gedanken von entscheidender Bedeutung
›hält der Band kaum, ist dagegen reich an „häufiger Wiederholung derselben
ıispiele“, die wir aus den Werken kennen, die Josef Dietzgen schon selbst ver=
›ntlicht hat. Deshalb wollen wir aber keineswegs der Sammlung ihr gutes
)cht bestreiten, auf dem Büchermarkt zu erscheinen; wer in Josef Dietzgen den
ınker und den Menschen liebt, wird ihm immer gern begegnen und auch in seinem
)chlaß vieles finden, was anregt und erfreut.

Die einzelnen Arbeiten sind von ungleichem Werte, wie es das Schicksal aller
ıcher Sammlungen zu sein pflegt. Einzelnes hätte wohl wegbleiben können, wie
) Aufsatz über „Goethes Lieb’ und Untreu’“, der an der Hand von Düntzers
ıctlosem Buche über Goethe einige oberflächliche Betrachtungen über das Liebes=
ıen des Dichters anstellt; anderes wieder gehört zu dem Besten, was Dietzgen
ıerhaupt geschrieben hat, wohin wir namentlich die Besprechung des „Kapital“
ı Marx rechnen, die im „Demokratischen Wochenblatt“ von 1868 erschien und
ı ersten Male wieder abgedruckt wird. Hier schlägt der Lohgerber alle deutschen
)fessoren, die noch jahrzehntelang nicht kapierten und selbst heute noch nicht
ıiert haben, was Dietzgen auf den ersten Blick sah. Auch der zeitlich am weitesten
ıückliegende Beitrag zu dieser Sammlung, ein Aufsatz über die Sklavenfrage, der
ı Anfang April 1861 verfaßt und bisher noch nicht veröffentlicht worden ist, zeigt
ıohl den tiefen Einfluß, den Marx auf Dietzgen gehabt, als auch das kongeniale
:ständnis, womit Dietzgen die Gedanken von Marx erfaßt hat. An der Hand
) Kommunistischen Manifestes, das er ausdrücklich zitiert, sieht Dietzgen in der
:avenfrage einen ökonomischen Interessenkampf zwischen den Bourgeois des
)rdens und den Pflanzern des Südens, und er entscheidet sich gegen die Sklaverei,
ıt aus humanen Gründen, sondern weil die freie Arbeit die Produktivkraft ver=
ırt, zeugungsfähiger ist und größere Reichtümer schafft.

Wenn wir somit die vorliegende Schrift alles in allem als eine dankenswerte
:eicherung der Parteiliteratur begrüßen, so vermögen wir dies Lob doch nicht
ı ihren letzten Teil auszudehnen, der mit Josef Dietzgen unmittelbar nichts zu
ı hat, sondern sich mit der Polemik zwischen „Dietzgenismus“ und „Eng=
ırxismus“ befaßt. Wir erkennen bereitwillig an, daß der „Dietzgenismus“ keines=
ıgs dem historischen Materialismus an den Kragen will, im Sinne des Kantia=
ımus oder sonstiger bürgerlicher Ismen, die der proletarischen Weltanschauung
) Knochen im Leibe wenn nicht zerbrechen, so doch zermürben möchten; er will
)mehr nur ihre „Ergänzung“ in dem Sinne sein, als er ihre philosophische Seite
ı größeren Geltung bringt gegenüber ihrer ökonomischen und historischen Seite,
) von Marx und Engels in erster Reihe gepflegt worden ist, und wir verstehen
)kommen, daß ein philosophisch so hervorragend begabter Kopf wie Josef
:tzgen eben für diese philosophische Seite ein besonderes Interesse gehabt hat.
›r unseres Erachtens hat er doch nur zu entwickeln gewußt, was im Keime bei
:rx und Engels schon vorhanden ist, es sei denn, daß er ein wenig in die Brüche
ıät, wo er von ihnen abweicht. Wir können nicht damit übereinstimmen, wenn
) amerikanische Genosse Markus Hitch die Philosophie Dietzgens als „pangnostisch“
(wissend) oder „pantistisch“ (allumfassend) erklärt, oder wenn Dietzgens „univer=
:e Denkweise“ und „naturmonistische Anschauung“ als bahnbrechende Leistung
ıen die wissenschaftlichen Arbeiten von Marx und Engels gestellt wird.

Genosse Plechanow will in einer Kritik des „Dietzgenismus“, der in der ru sischen Bewegung einen gewissen Widerhall gefunden zu haben scheint, den phil sophischen Arbeiten Dietzgens keineswegs alle Bedeutung absprechen. „Nein un abermals nein! Unserer Meinung nach besitzen sie bloß keinerlei Bedeutung a Ergänzung an Marx; für sich sind sie sehr interessant und stellenweise lehrrei obgleich die Briefe über Logik von J. Dietzgen im Vergleich mit der Logik v Hegel außerordentlich arm sind. J. Dietzgen schaden am meisten seine allzu eifrig Verehrer; mit den Giganten Hegel und Marx zusammengestellt, erscheint er vi kleiner, als er tatsächlich gewesen ist. Wir würden empfehlen, J. Dietzgen erst na einem eingehenden Studium der Philosophie von Marx zu lesen. Dann kann m leicht sehen, worin er sich den Gründern des wissenschaftlichen Sozialismus nähe und worin er hinter ihnen zurückbleibt. Im anderen Falle wird wohl die Lektü seiner Werke dem Leser mancherlei nicht uninteressante — aber durchaus nicht neue - Einzelheiten bieten, zugleich aber auch eine große und schädliche Verwirrung.“ Da ist reichlich scharf ausgedrückt, was sich aus dem praktischen Zweck erklärt, d Plechanow mit seiner Kritik verfolgte; in Deutschland, wo uns der „Dietzgenismu noch keineswegs auf die Nägel brennt, können wir uns viel milder ausdrücken un uns an dem Rate genügen lassen, erst Marx und Engels zu studieren und dan Dietzgen zu lesen, der von diesen Männern das Licht empfängt, aber kein eigen Licht auf sie zurückstrahlt.

Es ist anzuerkennen, daß Plechanows eingehende Kritik in dem letzten pol mischen Teil der vorliegenden Sammlung wörtlich abgedruckt worden ist, wenig anzuerkennen jedoch, daß der Herausgeber „den naiv-vorlauten und doktrinär b schränkten Engmarxisten und Engmaterialisten“ von oben herab abzutun versuc und die Hoffnung ausspricht, die vorliegende Sammlung werde den Genoss Plechanow „von seinen Vorurteilen kurieren, wenn er nicht unheilbar der mor insanity in Sachen J. Dietzgens verfallen ist“. Wir fürchten, daß sich diese Hoffnur als trügerisch erweisen wird. P. Dauge geht dann allerdings sachlich auf Plechanow sachliche Kritik ein, aber unseres Erachtens mit unzureichendem Erfolg.

Dieser polemische Teil wäre also besser fortgeblieben, indessen kann ihn ja jed Leser überschlagen; in den anderen Teilen des Buches wird er vieles finden, w ihm den Denker und den Menschen in Josef Dietzgen anheimelnder sowohl w verehrungswürdiger machen und ihm auch die Überzeugung wecken wird, daß d Denker wie der Mensch den „Dietzgenismus“ als einen fremden Tropfen in seine Blute empfunden haben würde, wäre davon schon bei seinen Lebzeiten gesproche worden.

Hermann Graf Keyserling, **Unsterblichkeit.** Eine Kritik der Beziehunge zwischen Naturgeschehen und menschlicher Vorstellungswelt. München 190 Lehmanns Verlag. 349 Seiten. Preis 5 Mark.

Daß die vorliegende Schrift von einem Grafen geschrieben und einer englische Gräfin gewidmet ist, kann selbstverständlich unser sachliches Urteil nicht im mindeste beeinflussen; aber es ist doch einigermaßen symptomatisch für ihre dem kämpfende Leben abgewandte Art. Das ganze Buch trägt den Charakter des Unwirkliche Weltfernen; der Verfasser schwebt beständig einige Zentimeter über dem Erdbode und wir haben es, offen gestanden, nicht fertig gebracht, uns ganz durch dies langen Ketten von Gedankenkonstruktionen hindurchzuwinden, die zu immer neue „jüngsten Ergebnissen“ führen. Und wozu sind sie ausgesonnen? Um schließlic zu dem halb trivialen, halb verschwommenen Ergebnis zu kommen, daß es nebe der sterblichen Person ein überindividuelles „Wesen“ des Menschen gibt, das un sterblich ist. Was soll überhaupt ein Buch, wenn doch das „Tiefste immer das is was man verschweigt“ (S. 7), und wenn es nur ganz wenige „unbedingt unsterb liche Gedankengestalten“ gibt, nämlich: die Fragmente des Heraklit, einige Wort Christi, ein paar indische Sprüche, etliche Sätze Goethes „und Weniges mehr

S. 6)? Keyserling will zwar mitunter naturwissenschaftlich — oder geschichtlich — xakt sein, aber immer wieder wird ihm, um mit einem von ihm selbst zitierten Vort zu reden, „das Gefühl zum Gedanken und der Gedanke zum Gefühl“. Daher t es denn auch nicht zu verwundern, daß dies ganz unserer augenblicklich modernsten hilosophie entsprechende, romantische Denken schließlich mit einer sublimen eligion als „höchster Synthese“ endet. Manche Überschwenglichkeit freilich erklärt ch, wenn man das Selbstbekenntnis des Verfassers Seite 88 liest, daß er „im lugenblick, da ich dieses schreibe, kaum dem ersten Vierteljahrhundert entwachsen“ ei. Und dabei hat dieser junge Mann schon vor zwei Jahren eine Philosophie, enannt „Das Gefüge der Welt“, veröffentlicht, Houston Stewart Chamberlain ge- vidmet, „ihm, dessen großartige Freundschaft mir den Weg zu innerer Selbständig- eit wies“, und der auch seinerseits dem erst zweiundzwanzigjährigen Grafen sein antwerk widmete. Jene mit Geist und Leidenschaft geschriebene Erstlingsschrift eyserlings versprach trotz mancher Verschrobenheit mehr, als die „Unsterblichkeit“ etzt gehalten hat. Wir wollen damit nicht sagen, daß nicht dies Werk neben iel geistreich eingekleideten Trivialitäten und Schiefheiten auch manche gute und nregende Gedanken enthalte. Aber die „hochragenden“ Gesichtspunkte, die es ber Tod und Unsterblichkeit, Dauer und Ewigkeit, Individuum und Leben, lensch und Menschheit „aufzeigen will“, richten sich jedenfalls an ein anderes ublikum als das unsere. Denn das kämpfende Proletariat kennt andere „Grund- ragen des Daseins“, die an ihm „zehren“, und „durch die es leben, nicht an ihnen erben will“ (S. 7), als die schönsten ethisch-ästhetischen Erwägungen über die „Un- erblichkeit unsterblicher Geister“ (S. 1). Ph.

---

arl Larsen, **Poetische Reisen.** Zweite Fahrt. Im Lande des Weins und der Gesänge und im schönen Portugal. Ins Deutsche übertragen von Erna Bobé. Im Inselverlag Leipzig 1907.

Eindrücke, die er auf Reisen kreuz und quer durch die Pyrenäenhalbinsel mpfangen hat, hält Larsen auf diesen Blättern fest. Um sein Wesen zu kenn- eichnen, folgendes Selbstbekenntnis in wenigen Sätzen: „Wahrscheinlich ist es eniger erbaulich für einen modernen Landwirt, auf dem Lande in Portugal zu eisen. Aber wir anderen, Dichter und Moralisten, empfinden eine innige Freude, in Land zu besuchen, wo die Natur noch groß ist und die Menschen klein. Wo ıan nicht wie in den modernen Musterländern sozusagen über sie hinwegschreiten ann. Wo sie nicht zu Boden geschlagen worden ist und geknechtet und geknutet, m soviel wie möglich aus sich herausmartern zu lassen.“ So entzückt Larsen sich, hne auch nur die Tatsache anzudeuten, vielleicht ohne sie zu ahnen, daß in diesem schönen Portugal“ im inneren Zusammenhang mit der „nicht zu Boden geschlagenen latur“ die Menschen „geknechtet und geknutet“ werden, „um soviel wie mög- ch aus sich herausmartern zu lassen“. Wenn etwa Heine reiste, so waren es ge- viß poetische Reisen in jedem Sinne des Wortes, und doch! welch eine Fülle von istorischen Erinnerungen und politischen Betrachtungen sprudelt in seinen „Reise- ildern“. Selbst wenn die so unpolitischen und ganz in ihre Träume eingesponnenen lomantiker jener Jahrzehnte Reiseeindrücke zu Papier brachten, zerflossen sie nicht eitel Stimmung, sondern verweilten bei gesellschaftlichen Zuständen, politischen ereignissen oder doch mindestens bei ethnographischen Merkwürdigkeiten. Man uß schon wie Larsen ein Romantiker des zwanzigsten Jahrhunderts sein, um von lledem abstrahieren zu können. Er erlebt tatsächlich seine Reisen, wie man Träume rlebt. Städte und Landschaften, Menschen und Tiere ziehen, leuchtend und immernd und bunt, an ihm vorüber, aber er steht nur empfangend zu den Dingen: sie hinterlassen ihm Eindrücke, doch er dringt nicht in sie ein.

Damit soll Larsen nicht zu leicht befunden, sondern nur seine Art festgelegt erden. Ästhetisch wirkt diese Art ungemein reizvoll, denn in einem wundersam

klaren, von aller hypermodernen Gehacktheit und Unruhe freien Stil wirft er ungemein farbige Skizzen aus Spanien und Portugal hin. So liest man sein Buch flott und mit einem tiefen Genuß, denn, ohne es zu wollen, läßt er doch zwischen Sonnenschein, Meeresfunkeln, Blumenduft, tropischer Seeluft, Stiergefechten und klapprigen Eisenbahnfahrten etwas von den kulturellen Umrissen der beiden Weltreiche von einst ahnen, deren Herrscherpurpur längst zum Bettlermantel zerschlissen ist. Hermann Wendel.

Rudolf Hans Bartsch, **Zwölf aus der Steiermark.** Leipzig 1908, L. Staackmann. 383 Seiten.

Dieser Roman ist ein echtes, hoffnungsvolles Kind des jungen Österreich; er hat gar nichts gemein mit der berüchtigten Dekadenz der Wiener Kaffeehausliteratur. Kraftvoll, schönheitstrunken, voll leidenschaftlicher Heimatsliebe und innigen Nationalgefühls ist er ebensoweit entfernt von dem nahrhaften schwarzgelben Patriotismus, der den einen Teil des österreichischen Bürgertums beseelt, als von dem deutschen Chauvinismus, der bei einem anderen Teil seine tiefsten Wurzeln im Futterneid hat und sich so geschäftig an die Staatskrippe drängt.

Es ist ein reiches Buch, fast übervoll von innerlich und äußerlich Geschautem und Erlebtem. Viel Phantasie und dichterische Erfindung, wenn auch noch nicht ganz so viel plastische Gestaltungskraft. Dieser Mangel zeigt sich darin besonders stark ausgeprägt, daß das Ende des Romans so unheimlich reinen Tisch macht, daß alle Hauptpersonen zu einem Abschluß ihrer inneren und äußeren Kämpfe, alle in irgend einen Hafen gelangen und der Autor uns mit dem beruhigenden Gefühl entlassen möchte, diese sechs bis zehn jungen Leute unter dreißig Jahren, für die er unsere Teilnahme bis zum Schlusse festgehalten hat, seien nun in ihrer Lebensauffassung und Lebensgestaltung auf der ihnen angemessenen, unverrückbaren Bahn. Noch bringt der Verfasser nicht allen Problemen menschlichen Zusammenlebens, an die er bescheiden und doch mutig herantritt, volles Verständnis entgegen, aber daß dieses Verständnis mit jedem neuen Werke reifen wird, dafür bürgt die tiefinnerliche Wärme und Wahrhaftigkeit, die aus jeder Zeile seines Erstlingsbuches spricht.

Der poetische Reiz dieses Romans liegt nicht zuletzt in dem innigen Leben in und mit der Natur, das uns der Dichter zu vermitteln weiß. Er selbst nennt Graz, die reizende Alpenstadt, als die eigentliche Heldin seines Buches. So wie der kürzlich verstorbene eigenartige und echte österreichische Dichter J. J. David uns mit der Poesie seiner mährischen Heimat vertraut gemacht hat, so weiß Bartsch in noch höherem Grade in uns die Liebe für seine Steiermark und sein Graz, ja die Sehnsucht nach ihnen zu erwecken.

Nein, Österreich besteht wirklich nicht nur aus Wien und einigen umliegenden Dörfern, wie man im Ausland so vielfach glaubt und wie selbst wir Wiener manchmal in dumpfer Überhebung meinen. Auch in seinen mittleren und kleinen Städten mit ihren Hochschulen, ihren alten Kulturdenkmälern und all ihren Zeugen neuen Volkserwachens regt es sich vielverheißend. Ein Ausdruck dieses hoffnungsvollen Stürmens, Wollens und Werdens ist dies prächtige Buch in seiner Kraft und in seiner Unvollkommenheit. Therese Schlesinger.

Leonhard Schrickel, **Der goldene Stiefel.** Roman. München, Verlag Albert Langen. 230 Seiten. 3 Mark, gebunden 4 Mark.

Es ist ein altes Lied, das hier ein neuer Erzähler in durch und durch eigener Prosa singt: das Lied vom braven Handwerksmeister, dessen Kleinmeisterherrlichkeit vom Großbetrieb zertrümmert wird. Das Lied vom wackeren Schustermeister Uhlemann und seinem Sohne, der nach vergeblichem, kleinbürgerlich-dickköpfigem Kampfe gegen das Fabrikgeschäft den goldenen Stiefel, das behäbige Wahrzeichen hand-

:rlichen Fleißes und Wohlstandes, vom Haken am verschuldeten Vaterhaus
:terholt, auf dem Dachboden wie ein Kleinod versteckt und sich dann am
:en Dachsparren aufhängt.
Nicht der Inhalt hebt diesen Roman über den Durchschnitt empor, zumal da
:anze Handwerkerstand einer verzopften Kleinstadt viel zu gutwillig und unver=
:t vor dem Großkapital kapituliert. Aber die in ihrer Eigenart einfache, bieder=
:isch behagliche Sprache, in der Schrickel das Dasein seiner fünf, sechs Spieß=
:r zeichnet, verdient bemerkt zu werden. Wie eine Melodie aus Großväter=
: klingt die urdeutsche Prosa des Neulings Schrickel, doppelt angenehm, soweit
:ne kräftige Reaktion gegen die gequälte Wortartistik unserer Hypermodernen
:tet. Es ist die geruhig=derbe, lächelnde Art, in der Gottfried Keller von dem
:lein der sieben Aufrechten erzählt. Nirgends schwingt eine stürmische Note in
:Buche Schrickels. Das vertrüge sich nicht mit der Psychologie seiner Leute,
:dem bescheidenen Gedankeninhalt des Schusters Uhlemann und seiner eng=
:gen Mitbürger, denen die Mauern ihrer Stadt die Grenzen der Welt be=
:n, denen der brausende Strom des Lebens da draußen nur gedämpft in den
:n summt.
Zu dem Malerpoeten Wilhelm Schulz hat sich der Epiker Schrickel gefunden.
:ind Figuren von Schulz mit Biedermeierantlitz, Großvaterfrack und alt=
:tischen Gebärden, die im Goldenen Stiefel altbürgerlich=possierlich umherlaufen.
:dieselbe romantisch=wehmütige Stimmung, die über den Bildern von Schulz
: breitet sich in Schrickels Kleinbürgerroman. Er ist hinzunehmen als das
: eines Dichters, vor dessen Verstand sich die Probleme unserer Zeit zu ge=
:g aufrecken, als daß er sie ignorieren könnte, aber dessen zu lächelnder Be=
:lichkeit neigendes Gemüt nach einer Anlehnung an die stillere Romantik ver=
:ner Tage sucht. In diesen Tagen wurzeln seine Kleinbürger, die er mit
:niertem Lächeln im ökonomischen Gärungsprozeß der rauhen Gegenwart unter=
:en sieht. Robert Grötzsch.

:ard van Hulzen, **Vagabunden.** Novellen. Leipzig und Amsterdam 1907.
:aas und Van Suchtelen. 209 Seiten. 3 Mark, gebunden 4 Mark.

Der Amsterdamer Verlag hat es unternommen, Deutschland mit einigen modernen
:ndern bekannt zu machen. Gerard van Hulzen dürfte der Mitwelt das meiste
:gen haben. Nicht allein, weil er sich aufgeworfen hat zum Sänger der „Zwerwers“
:abunden), der unglückseligsten Schicht seines Heimatlandes, sondern weil er
: von unten herkommt und dieses Unten aus eigenstem Leben und Erlebten
:s zu blutwarmen Anklagebildern gestalten lernen wird. Lernen wird! Denn
: orliegenden Vagabundennovellen sind bis auf einige nur starke Talentproben,
: auch der Verlag bereits das Bedürfnis hat, Hulzen zu einem „holländischen
:“ zu stempeln. Vorläufig hat der holländische Autor mit dem großen Russen
:inen autodidaktischen Lebensweg und ein heißes Herz für die Elendesten der
:bgeborenen gemein. Mehr kaum! Wo Hulzen nur den äußeren Vagabunden
: reißt Gorki Lumpen von verlausten Leibern und zeigt das Menschlichste der
:streicherseele. Hulzens Berufsbettler, nomadisierende Hausierer und fahrende
: hungern nach Brot — Gorkis Barfüßler nach Brot und Freiheit und er=
:der Antwort auf dunkle, verzweifelte Fragen an das Leben. Gorkis Novellen
:Heldengesänge an die Kraft, an die Leidenschaft, an die Schönheit — Hulzen
: vorläufig noch zuviel in breiten, tiefgehenden Milieuschilderungen stecken.
:einlich durchgeführtem Naturalismus zeigt er seine Leute in einer Unmittelbar=
:daß man die Schmutzspritzer auf dem Bettlerkittel sieht. Breit und ruhig malt
: sterbensgraue Öde des Elends, graue, trostlose Bilder. Diese weitschweifige,
:eintönige Breite mag Hulzens nationale Note sein, eine Note, wie sie auch
:rmans Skizzen eigen ist. Mit so echt niederdeutscher, unbeirrbarer Ausdauer

nimmt Hulzen an seinen Typen jede Nuance äußerlich wahrnehmbaren Leben
Notiz und bleibt auf dieser Linie liebevoller Beobachtung so hartnäckig kleben
die Entwicklung seelischer, idealer Horizonte nur schwach gerät, daß Grund
und Umrisse der Dichtung ins Wirkungslose zerfließen müssen. Zu einer stra
Zusammenfassung und gesteigerten Durchführung der Gesamtkomposition ge
Hulzen wohl nur in der Novelle Heiliger Herbst. Ein Jahrmarktsnomade
es ohnmächtig geschehen lassen, daß sein heroisches Weib in langsamer Qua
der Landstraße dahinstirbt. Ein Wurf von solch konzentrierter, erschütternder
daß man es irgendwo aufschreien hört ob so viel hungernden Elends und Men
wehs.

Wer die brutale Nacktheit des Lebens derart aus dem Geschehen herau
mit naivem Staunen erfaßt, wie Gerard van Hulzen in dieser Herumziehertra
läßt weitere Vervollkommnung erwarten. Robert Grö

Lose Blätter.

Von San Remo bis Monte Carlo. Kürzlich wurde im deutschen Rei
die Riviera gewissermaßen sprichwörtlich als das Dorado des kapitalistischen M
gängertums genannt, und sicherlich nicht ohne Grund. Aber dieser zweife
Ruhm ist verhältnismäßig jung, noch nicht fünfzig Jahre alt, während ein
tausend Jahre lang vorher die Riviera einen ganz anderen Ruhm beanspruch
verdient hat, nämlich eine Stätte, wenn auch keineswegs immer mensch
Tugenden, so doch harter ökonomischer und politischer Kämpfe gewesen zu se

Schon von den alten Griechen war der ligurische Stamm, der die Rivier
wohnte, als ein Geschlecht von Seeräubern gefürchtet, und selbst Rom wurd
es auf dem Gipfel der Weltherrschaft stand, mit diesen Piraten schwer ferti
war froh, wenn es die Militärstraße sichern konnte, die an der Küste entlang
Spanien lief. Im Mittelalter waren die Bewohner der Riviera bekann
fleißig, tapfer, auf rührigen Erwerb bedacht, freilich auch als grausam und
los; der Haß der Toskaner, deren Handel sie zu vernichten wußten, ersann
das Sprüchlein: „Ein Meer ohne Fische, Berge ohne Bäume, Männer ohne
und Frauen ohne Scham“, und Dante sang:

> O Genueser, aller Sitt' und Pflicht
> Entfremdete, in Sünden ganz verstrickte,
> Warum vergönnt die Sonn' euch noch ihr Licht?

Als Herrin des westlichen Mittelmeers führte Genua erbitterte und
Kriege mit Venedig, in denen es schließlich erlag. Aber der Genuese Kolu
führte dann den vernichtenden Schlag gegen die unvergleichliche Herrl
Venedigs; mit der Entdeckung Amerikas war die Königin der Meere entt
Genua aber hat auch die Verlegung des Welthandels an die Küsten des
tischen Meeres überstanden; es ist heute nicht nur der erste Hafenplatz It
sondern auch der fünftgrößte Hafenplatz des europäischen Festlandes.

Dazwischen lagen dann freilich die Zeiten des Niederganges, wo Genu
die Riviera ein Spielball fremder Mächte waren und von endlosem Parte
zerrissen wurden. Man kann von ihnen nicht sagen, was von Venedig
worden ist, daß über den sinkenden Ruhm der seegewaltigen Stadt die Kün
glänzendes Abendrot ergossen hätten; an der Entwicklung der italienischen
und Literatur hat die Riviera immer nur einen bescheidenen Anteil gehabt;
allemal die politische Note, die den Ton angibt, mögen sich die mächtigen
geschlechter der Riviera auch nur um die fremde Oberherrschaft raufen, wie
Verschwörung des Fiesko, die uns durch Schillers Trauerspiel vertraut gen

Was der deutsche Dichter in diesen Kampf hineingelegt hat, war den
pfenden ganz fremd; Doria vertrat die spanische, Fiesko die französische Ober-
chaft. Auf der Riviera di Ponente, dem Gestade des Sonnenunterganges, ist
noch das Stammschloß der Doria in ansehnlichen Trümmern zu sehen, auf
Riviera di Levante, dem Gestade des Sonnenaufganges, liegt der Stammsitz
Fieschi; das Städtchen Lavagna, nur zwei Kilometer entfernt von Chiavari,
wo die Familie Garibaldi stammt.

Die beiden Männer, in denen das moderne Italien vor allem seine politischen
en sieht, waren Söhne der Riviera: der Genuese Mazzini und eben Garibaldi,
in Nizza geboren wurde, wohin seine Eltern von Chiavari übergesiedelt waren.
wie sie den Gedanken der nationalen Einheit auf einem Boden vertraten, dem
r Gedanke in den Tagen der Doria und Fieschi ganz fremd war, so sind sie
er schnelleren Entwicklung der modernen Zeit durch den Sozialismus überholt
den, den Garibaldi mehr nur ahnte als begriff und den Mazzini vollends haßte.
den Gemeinderäten der Städte, die sich namentlich an der Riviera di Ponente
iehen, sitzen die Sozialdemokraten in dichten Haufen, und in San Remo, das
n Weltruhm einer russischen Zarin und einem deutschen Kaiser verdankt, haben
chon die Mehrheit.

San Remo ist eine altersgraue Stadt, die, mehrfach durch Sarazenen und
ten zerstört, immer von neuem erstanden ist und auch in neuerer Zeit noch,
rend des spanischen Erbfolgekriegs im achtzehnten Jahrhundert, mancherlei
ngsale durch Franzosen, Spanier, Engländer und Österreicher zu erdulden gehabt
Die Altstadt liegt auf einem steilen Hügel, ein malerisches Gewirr von engen
sen, Bogen, Stiegen, hohen finsteren Häusern und verfallenem Mauerwerk; die
stadt dehnt sich am Strande aus, ein modernes Kurviertel mit glänzenden
ten und pompösen Hotels; sie ist seit etwa fünfzig Jahren entstanden, seit die
we des Zaren Nikolaus hier ihren Winteraufenthalt zu nehmen pflegte. An
m östlichen Ende liegt die Villa Zirio, wo der deutsche Kronprinz im Winter
1887 bis 1888 als todkranker Mann weilte und wo er die Nachricht erhielt, daß
Deutscher Kaiser geworden sei. In den Räumen dieser Villa hat sich dazumal
es abgespielt, was menschliche Herzen menschlich ergreifen kann; schade nur, daß
der Hohenzollerndichter v. Wildenbruch, bekanntlich selbst ein Hohenzoller,
n auch nur ein illegitimer, an der Mauer, die den Garten der Villa von der
aße trennt, durch einige Reime voll byzantinischen Ungeschmacks verewigt hat;
ge an Woge des Meeres, die sich „stöhnend" ans Ufer drängt, soll die „sehnende
le" Deutschlands sein, die Sein gedenkt.

Von einem hohenzollernschen Poeten ist vielleicht nichts Besseres zu verlangen,
: man sollte billigerweise doch endlich alte Kulturnationen mit den geschmack-
n Proben offiziell-deutscher Kunst verschonen. Man scheint nicht zu ahnen, wie
erlich man sich damit im Ausland macht. Die Italiener haben ja bis zu einem
issen Grade dasselbe Pech gehabt wie wir Deutsche, daß nämlich ihre na-
ale Revolution auf den dynastischen Irrweg geraten ist, aber sie wissen doch,
ß sich für das nationale Selbstbewußtsein einer großen Nation schickt. Sie lassen
von niemand drein reden, in erster Reihe ihren nationalen Helden Denkmäler
errichten, den Garibaldi, den Mazzini, den Manin, hinter denen die Viktor
anuel und die Cavour bescheiden im Hintergrund verschwinden müssen.

Mit gutem Humor pflegt Viktor Emanuel, der verrufenste Wüstling seiner Zeit,
von anderen Königreiche für sich erobern ließ, bald von dem meineidigen
emberschlächter, bald von dem Volkshelden Garibaldi — mit dem Unterschied
och, daß er sich bei dem Dezemberschlächter durch das Gegenpräsent seiner
mmlande revanchierte, während er dem Volkshelden zum Danke die alten Knochen
zweischießen ließ —, nach derselben Schablone auf bäumendem Rosse und mit
endem Helmbusch dargestellt zu werden, was besonders erschütternd wirkt, wenn
mit seinem geschwungenen Säbel in Mailand auf den Dom oder in Verona auf

das römische Amphitheater oder in Venedig auf den Dogenpalast losſprengt. man wird auf dieſen Denkmälern nie einen blühenden Kranz finden, wie jeden am Sarkophag Manins in der Markuskirche von Venedig oder am Grabe Maz an der nördlichen Felswand des Campo ſanto von Genua.

Auch San Remo hat, ſo ſehr es in das Getriebe des höfiſchen und kapitaliſti Luxus geraten iſt, ſein erſtes Denkmal nicht dem König errichtet, ſondern Helden. Am weſtlichen Ende der neuen Stadt erhebt ſich eine Bildſäule Garib die vor einigen Wochen unter hellem Jubel der aus allen Orten der Riviera he geſtrömten Volksmenge enthüllt wurde. In origineller Auffaſſung zeigt ſie den feierten Volksmann auf einem mit prächtigen Reliefs geſchmückten Sockel, w mit tiefem Auge hinüberblickt über die Fluten des Liguriſchen Meeres, nach Stätte zwiſchen Genua und Nervi, wo er einſt die kühnſte Fahrt ſeines Le antrat. Aber der Enkel des Mannes, dem er auf dieſer Fahrt zwei Königr eroberte, hatte abgelehnt, zur Enthüllung des Denkmals zu erſcheinen; der K von Italien wollte nicht einen Boden betreten, der durch einen ſozialiſtiſchen meinderat entweiht iſt.

Leider iſt zu befürchten, daß die Riviera nun bald ganz darauf verzichten durch den Anblick des Landesvaters erquickt zu werden; ſelbſt in dem viel klei Bordighera — es hat 5000 Einwohner, während San Remo 18000 Einwo zählt —, der eigentlichen Blumen- und Palmenſtadt der Riviera, beſitzt oder b bis vor kurzem unſere Partei die Mehrheit im Gemeinderat. Bordighera war im achtzehnten Jahrhundert mit acht umliegenden Dörfern eine kleine Rep die freilich keine weltbewegenden Taten vollbracht hat, aber ſchon im Mittel berühmt war durch ihre Palmen, die hier ſo üppig gedeihen wie kaum noc einem oder zwei Orten in Europa. Bordighera liefert im Frühjahr zum P ſonntag der katholiſchen Kirche und im Herbſt zum jüdiſchen Laubhüttenfe Maſſe Palmenwedel; der Ertrag jedes Baumes, deren es viertauſend geben rechnet man auf 40 bis 60 Franken jährlich. Doch hat auch hier der Großbe längſt geſiegt, und die größten Gärtnereien gehören einem Deutſchen.

In Bordighera erſcheint nun das Organ der liguriſchen Sozialdemok „La Parola Onesta“, ein Wochenblatt im erſten Jahrgang, das einſtweilen mehr einer periodiſchen Reihe von Aufrufen als einer wirklichen Zeitung gleicht. muß ſie noch in der Genoſſenſchaftsbuchdruckerei des benachbarten — franzöſiſch Mentone gedruckt werden. Aber die Mehrheit im Gemeinderat beſaßen unſere noſſen ſchon mit 12 gegen 4 Stimmen, als es der Regierung beliebte, ihn zulöſen, weil ſie angebliche Unregelmäßigkeiten in der Erhebung des Stadt entdeckt haben wollte, um die ſtädtiſche Verwaltung zunächſt einem königli Kommiſſar zu übergeben. Am Oſtermontag waren die Wahlen für einen n Gemeinderat angeſetzt, wobei die Liberalen gemeinſam mit den Ultramontanen „rote Kamorra“ niederzureiten ſuchten. Sie waren dabei juſt nicht blöde, wen auch weit hinter den Leiſtungen des Reichslügenverbandes zurückblieben, der möglich iſt in einer Nation, die — wenn unſere „völkiſchen“ Schwätzer recht habe vom lieben Gott vor anderen Völkern mit Ehrlichkeit, Treue und Wahrhafti geſegnet iſt.

Die Sache hat immerhin ihre zwei Seiten. Als die proletariſchen Wähler Bordighera ſich auf der engen Piazza del Popolo der Altſtadt zuſammendräng die wie in San Remo einen ſteilen Hügel emporklettert, während ſich zu i Füßen das Fremdenviertel ausbreitet, meinte eine Touriſtin aus Dresden, enttäuſcht und halb auch von nationalem Stolze beſeelt: „Unſere Roten ſind viel munterer.“ Es war wirklich ein merklicher Unterſchied. Die kapitaliſt Produktionsweiſe gleicht ſonſt die nationalen Unterſchiede in ihren Opfern bis völligen Unkennbarkeit aus; die italieniſchen Proletarier ſehen nicht anders aus deutſche Proletarier. Nur ihre eigenen Unterſchiede hält die kapitaliſtiſche duktionsweiſe noch in ihren Opfern aufrecht; eine moderne Großinduſtrie gib

n den kleinen Städten der Riviera nicht, und so war vielmehr erst der Zug des eidens als schon der Zug des Trotzes in den Gesichtern ausgeprägt, an denen die Dresdener Patriotin die „Munterkeit“ vermißte.

Auf der sozialistischen Kandidatenliste standen Maurer, Schneider, Schuhmacher, uch ein Apotheker und ein Advokat, vornehmlich aber Blumengärtner, und charakeristisch war auch der letzte Wahltrumpf der Partei, eine Mitteilung, die noch m Morgen des Wahltags an die Mauern geschlagen wurde, wonach zu Mittag er Leiter des „Avanti“ aus Rom kommen werde, um dem Siege des Sozialismus eizuwohnen. Leider kam es zu diesem Siege nicht; die Wahlen vom Ostermontag ehrten vielmehr das bisherige Stimmenverhältnis des Gemeinderats um; es wurden 2 bürgerliche gegen 4 sozialistische Vertreter gewählt. Jedoch auch dies unerfreuiche Ergebnis wurde mehr leidend als kämpfend entgegengenommen, und „La Parola Onesta“ brachte in ihrer nächsten Nummer dem „neuen monarchisch-liberalen“ Gemeinderat einen „herzlichen und warmen Glückwunsch“ dar. In der Tat, unsere Roten sind viel munterer.

Auf jeden Fall — die Luft der Riviera ist von sozialistischen Keimen „vereucht“, aber man braucht zum Glück nicht allzu weit zu gehen, um die stärkende Atmosphäre einer Monarchie zu kosten, die noch nicht einmal von einem konstituionellen, geschweige denn demokratischem oder gar sozialistischem Hauche angefressen ist. Wenige Kilometer von Bordighera nach Westen beginnt bei Ventiniglia die französische Grenze, über die man freilich zunächst nach Mentone und Roccabruna gelangt, zwei Städtchen, die sich frevelhafterweise von ihrer angestammten Obrigkeit losgerissen haben, aber dann kommt man ins Fürstentum Monaco, die inzige unumschränkte Monarchie, die es — seit Väterchen seine Duma hat — noch n Europa gibt, regiert von einem Fürstengeschlecht, das alle Schauer der Ehrurcht umwittern, über die das monarchische Prinzip gebietet.

Schon im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts, hundert Jahre, ehe die Hohenollern in die Mark Brandenburg kamen, hausten auf dem Felsen von Monaco die Grimaldi, eine genuesische Patrizierfamilie, deren unmittelbare Nachfolger der heutige Fürst von Monaco ist. Es waren immer sehr fromme Leute, wie schon hr Wappenschild zeigt: ein rotweißer Rautenschild, der von zwei bärtigen Mönchen gehalten wird, mit dem Wahlspruch: Deo juvante, mit Gottes Hilfe. Groß war hr Ländchen freilich nie, und den wertvollsten Teil, die beiden Städtchen Mentone und Roccabruna, die vom revolutionären Zeitgeist angesteckt gegen ihre patriarchaische Herrschaft von Gottes Gnaden rebellierten, mußten sie im Jahre 1860 gegen das runde Sümmchen von 4 Millionen Franken an Frankreich verkaufen. So blieb hnen nur die ins Meer vorspringende Felsterrasse, die das Städtchen Monaco mit ein paar tausend Einwohnern trägt, und am Ufer ein unwirtliches Felsenkap mit einigen ärmlichen Häuschen und kümmerlichen Ölbäumen. Allein die Gnade Gottes waltete sichtbarer über ihnen, als selbst über Moses, der doch nur Wasser aus dürrem Gestein hervorzuzaubern wußte, während sie aus jenem Felsenkap einen endlos fließenden Goldstrom zu locken verstanden. Sie räumten es einer Aktiengesellschaft ein, um hier eine Spielhölle einzurichten, die sich auf den Namen des damaligen Fürsten als Monte Carlo taufte.

Dies saubere Geschäft ist denn nun ziemlich ein halbes Jahrhundert fortgegangen, deo juvante, ganz nach dem Wappenspruch des erlauchten Fürstenhauses; die Spielhölle hat den unwirtlichen Fels in einen prangenden Garten voll prunkender Paläste und Villen umgeschaffen; sie bestreitet alle Verwaltungskosten des Fürstentums, namentlich auch für Kirche und Schule, so daß keine Steuern irgend welcher Art erhoben zu werden brauchen; sie selbst zahlt eine hohe Abgabe an den Fürsten und wirft gleichwohl ihren Aktionären, unter denen natürlich wieder der Fürst in erster Reihe steht, einen jährlichen Überschuß von 20 Millionen Franken ab. Das Bild einer „monarchischen Sozialreform“, wie es herrlicher nicht gedacht werden kann, und es beweist nur wieder die ganze Ruchlosigkeit der gewerbsmäßigen Nörgler,

wenn sie behaupten, Monte Carlo sei der beliebteste Tummelplatz der europäischen Gauner, Huren und Tagediebe.

Der Fürst von Monaco ist, wie gesagt, ein unumschränkter Selbstherrscher, und er bemüht sich aufrichtig und nicht ohne Erfolg, dem monarchischen Prinzip wieder zu verdienten Ehren zu helfen. Es sind namentlich zwei seiner Gesetze, die ihm alle Ehre machen. Er hat verordnet, daß kein Fremder sich länger als zehn Tage im Fürstentum aufhalten dürfe, wobei ihm denn die Not auch zur Tugend wird; da die Grenzen seines Reiches überall auf einem bequemen Morgenspaziergang zu erreichen sind, so läßt sich die Abschiebung unbequemer Gäste so elegant wie leicht besorgen.

Dann hat aber der Fürst seinen „Untertanen“ den Zutritt zur Spielhölle streng verboten; er hat aus der Geschichte gelernt und will sein Monaco nicht rebellisch machen, wie Mentone und Roccabruna gegen seine glorreichen Ahnen rebellisch geworden sind. Aber er bringt es doch nicht über sein landesväterliches Herz, seine geliebten Landeskinder ganz von den Segnungen der Zivilisation auszuschließen; wenigstens an einem Tage des Jahres dürfen sie sich für ihn rupfen lassen, und als diesen einen Tag hat der sinnige Herrscher seinen Geburtstag ausgewählt. Begreift man, daß ein Regierungssystem, das so das Strenge mit dem Zarten und das Starke mit dem Milden zu paaren weiß, die höchste Begeisterung des Blockvaters Bülow erregt, so daß der Fürst von Monaco, als er kürzlich den Berliner Hof besuchte, mit dem hohen Orden vom Schwarzen Adler geschmückt wurde?

Die landschaftlichen Reize von Monte Carlo werden stark übertrieben, wie beiläufig die landschaftlichen Reize der Riviera überhaupt. Es ist doch etwas Wahres an dem alten Scheltwort der Toskaner: Ein Meer ohne Fische und Berge ohne Bäume. Wo die Hügel bewaldet sind, zeigen sie das matte, stumpfe, wie verstaubt aussehende Grün der Oliven. Das Meer hat nicht Ebbe und Flut, einen matten Wellenschlag, fast überall einen steinigen Strand, der alles Strandleben hindert; nur wenn es der Mistral aufpeitscht, erglänzt es in wunderbarem Farbenspiel.

Mit der Insel Wight, wo sich die südliche Vegetation mit der herben Pracht des nordischen Meeres vereint, kann sich die Riviera nicht messen. Nun gar Monte Carlo mit seinem raffinierten Luxus, dem überall der Stempel der Fäulnis aufgeprägt ist, macht einen abstoßenden Eindruck, der höchstens gemildert wird durch die tröstliche Tatsache, daß in der „vornehmen Welt“ die Grenzen der Dummheit in der Tat nicht abzusehen sind. Denn die Spielhölle, die eine so unwiderstehliche Anziehungskraft auf jene Welt ausübt, ist die plumpste Bauernfängerei, die es geben kann, und die Gesellschaft, die sich in den überladenen Sälen des Kasino umhertreibt, braucht man nur fünf Minuten zu beobachten, um sie sich für immer zu verekeln.

Eher als Monte Carlo kann sich Monaco sehen lassen. Man hat von hier einen prachtvollen Blick über die Küste, und der letzte absolute Monarch Europas präsentiert hier mehr den Hanswurst als den Halunken. Der Platz vor dem Schloß seiner Väter starrt von verrosteten Kugeln, die in Pyramiden aufgeschichtet sind, und von Kanonen, deren größter Vorzug darin besteht, daß sie in ihrem ehrwürdigen Alter von Jahrhunderten keinem Menschen mehr ein Leid zufügen werden. Auch kann man hier die Heeresmacht des Fürstentums bewundern, zehn oder zwölf Mann stark. Sie tritt mit schmetterndem Trompetentusch unter die Waffen, sobald ihr Kriegsherr erscheint, mit dem blinkenden Stern auf der Brust, der jedem Reichsdeutschen das beseligende Gefühl erweckt, daß die gott- und weltverlassene Politik des Fürsten Bülow doch noch einen treuen Verbündeten besitzt, in dem Sultan der greuelvollsten Spielhölle und des raffiniertesten Dirnenmarktes, die es in Europa gibt.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



Band Nr. 39 Ausgegeben am 26. Juni 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Zur Kritik des Liberalismus.

✗ Berlin, 20. Juni 1908.

Nachdem nunmehr auch die Wahlmännerwahlen für das preußische Ab-
:ordnetenhaus stattgefunden haben, ist über jeden Zweifel hinaus festgestellt,
ıß sich die preußische Kammer in nichts von ihrer Vorgängerin unterscheiden
ird, mit der einzigen Ausnahme, daß die Sozialdemokratie die erste Bresche
ı den Wall der Dreiklassenwahl gelegt hat. Das ist eine Tatsache von histo-
scher Bedeutung, die weit hinausreicht über das ziffermäßige Gewicht, das
:e neue sozialdemokratische Landtagsfraktion in die Wagschale werfen kann,
och haben wir uns über diese Seite der Wahl bereits vor acht Tagen aus-
elassen und möchten heute nur noch einige kritische Glossen zu der Tatsache
ıachen, daß sich die Junkerherrschaft vollkommen unerschütterlich erwiesen hat
egen alle Angriffe des Liberalismus.

An und für sich freilich scheint diese Tatsache keiner weitläufigen Erklärung
ı bedürfen. Der Liberalismus hat überhaupt keine ernsthaften Angriffe auf
ie Junkerherrschaft gemacht, oder wo einzelne Ideologen der Bourgeoisie er-
ınnten, worauf es ankam, und die richtigen Konsequenzen aus dieser Er-
enntnis zogen, da sind sie von ihrer eigenen Klasse im Stiche gelassen worden.
ẞs mag sehr geschmacklos sein, wenn die Erben des seligen Eugen Richter
on der „Riesenpleite" der Herren Barth, Breitscheid und Gerlach schwatzen,
ber an der Tatsache selbst, daß dieser neueste Versuch, eine bürgerliche Demo-
ratie zu schaffen, vollkommen gescheitert ist, läßt sich nicht rütteln. Ein
Zweifel daran bestand ja von vornherein nicht, aber es ist ganz gut so, daß
er schon zehnmal gescheiterte Versuch zum elften Male gescheitert ist. An
ine Wiedergeburt des Liberalismus, an die Möglichkeit eines Bündnisses mit
hm, um die Junkerherrschaft zu stürzen, können jetzt nur noch komplette
Narren glauben.

Insoweit liegt die Sache klar, aber nicht ganz so klar liegen die Konse-
quenzen, die sich aus ihr ergeben. Das wehleidige Geschrei, daß die Sozial-

demokratie in erster Reihe den Liberalismus bekämpfe, der ihr doch so vi näher stehe als ihr Todfeind, das Junkertum, findet immer noch mehr A hänger, als es finden sollte, und führt in der Tat wohl dazu, den Kam gegen das Junkertum nicht energischer — denn er kann gar nicht energis genug geführt werden —, aber doch ausschließlicher zu führen, als sich rech fertigen läßt und als namentlich vom praktischen Standpunkt aus nützlich i Das Junkertum lebt heute von Gnaden der Bourgeoisie, und gerade wen man dem Junkertum ernsthaft an den Leib will, kann man die Bourgeois nicht hart und scharf genug treffen.

Der Lärm über die bewußte oder unbewußte Unterstützung der absolutistisc feudalen Reaktion durch die deutsche Arbeiterbewegung ist so alt wie die selbst. Man weiß ja, wie mit diesem Schwindel schon gegen Lassalle gefochte wurde, und der brave Eugen Richter hat sich all sein Lebtag davon genähr Tatsächlich fand aber bis zu einem gewissen Grade das gerade Gegenteil stat hätte die Bourgeoisie sonst nur gewollt, so hätte die neu entstehende Arbeite bewegung ihren eigenen Emanzipationskampf nicht gehindert, sondern geförder nicht nur insofern, als die Sozialdemokratie stets bereit war, der Bourgeois willige Gefolgschaft zu leisten, wenn es bürgerliche Reformen zu erkämpfe galt, als auch in dem allgemeinen Sinne, daß die Arbeiterbewegung der R gierung selbst die Junkerherrschaft immer unerträglicher machte. Die seit de Jahre 1840 langsam verwesende Monarchie hatte den Kampf zwischen Ad und Bourgeoisie, worin sie das Gleichgewicht erhielt, zur Grundbedingun gehabt; sobald es darauf ankam, nicht mehr den Adel gegen das Andränge der Bourgeoisie, sondern alle besitzenden Klassen gegen das Andrängen des Prol tariats zu schützen, mußte die alte absolute Monarchie übergehen in die eigen für diesen Zweck herausgearbeitete Staatsform: in die bonapartistische Monarchi

Engels hat diesen Entwicklungsprozeß in den siebziger Jahren des vorige Jahrhunderts eingehend geschildert, in seiner Abhandlung über die Wohnungs frage und auch sonst. Er hob zugleich hervor, daß dieser Übergang der größt Fortschritt gewesen sei, den Preußen seit 1844 gemacht habe. Preußen wa eben immer noch ein halb feudaler Staat, und der Bonapartismus ist jeden falls eine moderne Staatsform, die die Beseitigung des Feudalismus zu Voraussetzung hat. Preußen mußte sich also entschließen, mit seinen zahlreiche feudalen Resten aufzuräumen, und das Junkertum als solches opfern. E geschah natürlich in der mildesten Form und nach der beliebten Methode Immer langsam voran. Als Beispiel führte Engels damals die vielberühmt Kreisordnung an, die von den Junkern so heftig angefochten wurde, daß di Regierung eines Pairsschubs bedurfte, um den Widerstand des Herrenhause zu brechen. Die Kreisordnung hob die feudalen Vorrechte des einzelnen Junker auf seinem Gut auf, aber nur um sie als Vorrechte des gesamten Großgrund besitzes für den Kreis herzustellen. „Die Sache bleibt, nur wird sie aus den feudalen in den bürgerlichen Dialekt übersetzt. Man verwandelt den alt preußischen Junker in so etwas wie einen englischen Squire, und er braucht sich gar nicht so sehr dagegen zu sträuben, denn der eine ist so dumm wi der andere."

Abschaffung des Feudalismus ist nun aber, positiv ausgedrückt, Herstellung
rgerlicher Zustände. In demselben Maße, wie die Adelsprivilegien fallen,
rbürgerlicht sich die Gesetzgebung. Es war nun begreiflich, daß die Re-
rung, wenn sie genötigt war, bürgerliche Reformen durchzuführen, sie aufs
gste beschränkte, sie als ein der Bourgeoisie gebrachtes Opfer, als ein den
ınkern mit Mühe und Not entrissenes Zugeständnis darstellte, wofür die
urgeoisie der Regierung nun auch wieder Zugeständnisse machen müsse.
as sich aber keineswegs begreifen, oder wenn schon begreifen, so doch keines-
gs verzeihen ließ, das war die Taktik der Bourgeoisie, die auf diese Täuschung
ging, obwohl sie sich über den Sachverhalt vollkommen klar war. Daraus
tstand dann der stillschweigende Vertrag, der die stumme Grundlage aller
ichstagsverhandlungen in den siebziger Jahren bildete. Einerseits refor-
erte die Regierung die Gesetze im Schneckengalopp im Interesse der Bour-
oisie, beseitigte sie die feudalen und kleinstaatlichen Hindernisse der kapita-
ischen Produktionsweise, schaffte sie Gewichts-, Maß- und Münzeinheit,
werbefreiheit usw., stellte dem Kapital durch die Freizügigkeit die deutschen
beitskräfte zur unbeschränkten Verfügung, begünstigte Handel und Schwindel.
ndererseits überließ die Bourgeoisie der Regierung alle wirkliche politische
acht, votierte Anleihen, Steuern und Soldaten und half alle neuen Reform-
setze so abfassen, daß die alte Polizeigewalt über mißliebige Individuen in
ller Kraft blieb. So erkaufte die Bourgeoisie ihre allmähliche gesellschaft-
he Emanzipation mit dem sofortigen Verzicht auf ihre eigene politische Macht.
as war um so unverzeihlicher, als sie sowohl bei ihrer gesellschaftlichen Eman-
pation als auch bei ihrem Streben nach politischer Macht gegenüber der
one und dem Junkertum die Arbeiterklasse hinter sich hatte. Allein gerade
Furcht vor der Arbeiterbewegung, und keineswegs die Furcht vor der
gierung, machte der Bourgeoisie jenen Pakt mit der Krone und dem Junker-
m annehmbar, bei dem sie selbst so schlecht abschnitt.

Dieser Zusammenhang der Dinge war allen gescheiten Leuten schon vor
eißig Jahren klar, jedoch was selbst den gescheitesten Leuten damals noch
neswegs einleuchtete, das war die Möglichkeit eines Verzichtes der Bour-
oisie selbst auf ihren Schneckengalopp. Engels schrieb 1874 in einem heute
rgessenen Artikel: „Somit hat Preußen das sonderbare Schicksal, seine bürger-
he Revolution, die es 1808 bis 1813 begonnen und 1848 ein Stück weiter-
führt hat, Ende dieses Jahrhunderts in der angenehmen Form des Bona-
rtismus zu vollenden. Und wenn alles gut geht und die Welt fein ruhig
ibt und wir alle alt genug dazu werden, so können wir es vielleicht im
ahre 1900 erleben, daß die Regierung in Preußen wirklich alle feudalen
nrichtungen abgeschafft hat, daß Preußen endlich auf dem Punkt ankommt,
Frankreich 1792 stand." Man sieht daraus, wie sehr Engels, dem man
wiß keine besondere Vorliebe für die deutsche Bourgeoisie vorwerfen kann,
dennoch überschätzt hat; wenn er meinte, daß sie es im Jahre 1900 über
Junker endlich davon getragen haben werde, so ist sie vielmehr 1908 völlig
Schlepptau der Junker; im Reichstagsblock wird sie nur als Stimmvieh
zählt und im Landtag, mit seinem so recht auf ihre plutokratischen Interessen

zugeschnittenen Wahlrecht, bildet sie eine ohnmächtige Minderheit gegenüb
der junkerlichen Mehrheit.

Natürlich ist gar nicht daran zu denken, daß eine solche historische En
wicklung jemals aus sich selbst heraus umschlagen, daß die deutsche Bourgeoi
sich politisch wiederfinden könne, und wenn es wirklich Illusionäre geb
sollte, die sich bisher mit solchen Gedanken getragen haben, so sind sie dur
den Ausfall der preußischen Landtagswahlen eines anderen belehrt worde
Eben deshalb darf man sich nun aber keinen Täuschungen mehr darüber hi
geben, wo die eigentliche Wurzel der Junkerherrschaft steckt, keinen Täuschung
darüber, daß es nichts hilft, bloß auf den Sack zu schlagen, wenn man nic
auch den Esel trifft, der den Sack trägt. Allerdings heißt es im Komm
nistischen Manifest, daß die Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie gegen d
absolute Monarchie und das feudale Grundeigentum kämpfen müsse, ab
wohlgemerkt unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie revolutionär a
trete, und wenn Marx zur Zeit des preußischen Verfassungskonfliktes mein
er habe bei Abfassung des Kommunistischen Manifestes vorausgesetzt, d
deutsche Bourgeoisie werde immer mindestens so viel Kampflust und Selb
bewußtsein bewähren wie in den vierziger Jahren, so sind wir heute über d
holden Wahn hinaus, daß sie auch nur noch jenes geringe Maß von Kamp
lust und Selbstbewußtsein besitze, das sie in den Tagen des preußischen Ko
fliktes noch aufzutreiben wußte.

Verkannt soll deshalb keineswegs werden, daß sie ihre historische Schuldi
keit, die sie auf politischem Gebiet so jammervoll vernachlässigt, seit 1848 u
namentlich seit 1870 auf ökonomischem Gebiet in vollem Maße getan hat. S
hat einen großen Handel und große Industrien geschaffen, und sie entwick
die kapitalistische Produktionsweise in einem Umfang, der ein immer zah
reicheres Proletariat erzeugt, drillt und schult. Diesen Ruhm kann sie n
Recht beanspruchen, und wenn es auch sehr wider ihren Willen geschieht,
macht sie dadurch ihre politischen Sünden doch wieder gut. In dem Maß
wie sie sich unter die Füße des Junkertums wirft, entfremdet sie sich die A
beiterklasse, und indem sie das Rad der historischen Entwicklung rückwärts z
drehen sucht, beschleunigt sie seinen Gang nach vorwärts.

Daran ist nun einmal nichts zu ändern, und am törichtesten wäre es, wen
die Sozialdemokratie durch ein Entgegenkommen oder auch nur ein schonend
Schweigen die selbstmörderische Politik der Bourgeoisie hemmen wollte. Da
würden ihr die braven Bourgeois als ein Zeichen innerer Schwäche auslege
und an ihrem Teil um so übermütiger werden. Wenn sie durch die unzählig
Niederlagen, die sie seit vierzig Jahren erlitten haben, nicht zu bekehren un
zu belehren gewesen sind, so werden sie es durch Güte noch viel weniger sei

Und alles in allem — welchen Grund haben wir, uns zu beklagen, wen
die Bourgeoisie ökonomisch immer neue Proletarier schafft und jedem ne
geschaffenen Proletarier politisch gleich jede Hoffnung benimmt? Das ist gan
unser Interesse, und wir haben uns nur zu hüten, durch unzeitige Schonun
des Liberalismus in den eigenen Reihen trügerische Hoffnungen zu erwecke

---

Die Väter des Sprachenparagraphen.

Von **Otto Hué.**

I.

Auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß in Paris teilte der Vertreter r polnischen Gewerkvereinsdelegation mit, sein Gesuch an den Regierungsäsidenten von Arnsberg, dieser möge gemäß dem Absatz 4 im § 12 Sprachenparagraph, ursprünglich § 7) in den öffentlichen Gewerkvereinsrsammlungen den Gebrauch der polnischen Sprache gestatten, habe der Reerungspräsident abschlägig beschieden! Eine Woche später hat auf dasselbe esuch der Regierungspräsident von Münster gleichfalls ablehnend getwortet, ohne Angabe irgendwelcher Gründe! Das sozialdemokratische Mißauen gegen die Ehrlichkeit der Regierungserklärung, das Gesetz solle loyal, benders tolerant auf gewerkschaftliche Veranstaltungen angewendet werden, war so vollauf berechtigt. Schon die preußischen Ausführungsbestimmungen zum eichsgesetz ließen einen Blinden mit dem Stocke fühlen, wozu das Gesetz gebraucht erden soll. Während in den süddeutschen Bundesstaaten die Ausführungsstimmungen ausdrücklich die wirtschaftspolitischen Arbeiterorganisationen von ner Reihe der sonst vorgesehenen Bewegungsbeschränkungen ausnehmen, eben die preußischen Ausführungsbestimmungen den unteren Verwaltungshörden Anweisung zur Gesetzesanwendung im möglichst reaktionären Sinne. ie Bescheide der Regierungspräsidenten von Arnsberg und Münster in achen des Sprachenparagraphen bestätigen, was die sozialdemokratischen edner im Reichstag über die Väter des Sprachenparagraphen gesagt haben: s sind die Großindustriellen, speziell die rheinisch-westfälischen.

Als ich dieses am 4. April dieses Jahres im Reichstag erklärte, dementierte as der Staatssekretär Herr v. Bethmann-Hollweg und berief sich auf lgendes Dementi, veröffentlicht in der Tagespresse im Januar dieses Jahres:

„Gegenüber den Preßerörterungen über den § 7 des Vereinsgesetzentwurfes erkläre ich namens der Mitglieder der Deputation des zweiten deutschen Arbeiterkongresses, die am 24. Oktober 1907 in Klein-Flottbeck vom Reichskanzler empfangen worden ist, daß der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit die ihm unterschobene Äußerung, der § 7 sei auf Veranlassung der der nationalliberalen Partei nahestehenden rheinisch-westfälischen Industriellen in den Entwurf hineingekommen, weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach getan hat.

„Die Meldung, ein Mitglied der Deputation habe eine diesbezügliche Mitteilung in die Presse gelangen lassen oder veranlaßt, beruht auf Unwahrheit.

Franz Behrens, Mitglied des Reichstags."

Zu dieser Erklärung des Herrn Behrens möchte ich bemerken, daß sie nicht en vollen Beifall aller Mitglieder der erwähnten Deputation gefunden hat; uf seine Umfrage, ob er (Behrens) das Dementi in dieser Form veröffentichen solle, teilte ihm ein Deputationsmitglied mit, ganz so wäre es nicht ewesen! Wie „es gewesen ist", hat, nachdem das Dementi Behrens erschienen var, das Berliner Zentrumsblatt „Germania" mitgeteilt — nicht das „Beriner Tageblatt", wie Behrens mit Wiedebergs Postkarte, die er in der Reichsagssitzung vom 8. April dieses Jahres verlas, aus naheliegenden Gründen lauben machen wollte. Unser erster Fraktionsredner zum Sprachenparagraphen, Genosse Legien, hat darüber nach dem Stenogramm in der Reichstagsitzung vom 4. April folgendes ausgeführt:

„Es fragt sich nur, wer eigentlich wohl die Anregung zu diesem Sprache
paragraphen gegeben hat. Es ist behauptet worden, daß die Anregung vo
nationalliberalen rheinisch-westfälischen Großindustriellen gekomme
sei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Dem wurde vo
der Regierungspresse widersprochen. Daraufhin erklärte das Zentrumsorgan, di
‚Germania', der Reichskanzler selbst habe der Deputation des christlich
nationalen Arbeiterkongresses gesagt, nationalliberale rheinisch
westfälische Industrielle hätten den Sprachenparagraphen beantrag
und gewünscht. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Darauf
hin tritt ein Mitglied dieser Deputation, der Abgeordnete Behrens, der Vor
sitzende des christlichnationalen Arbeiterkongresses und Sekretär des christliche
Bergarbeiterverbandes, mit einer Erklärung hervor, es wäre an dieser Dar
stellung kein wahres Wort. Demgegenüber sagt nun aber wieder die ‚Germania'
daß der strittige Ausspruch von dem Herrn Reichskanzler dem Zentrums
abgeordneten Wiedeberg, dem Vorsitzenden des christlichen Bauarbeiter
verbandes und Mitglied der christlichnationalen Deputation gegenüber getan se
(hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und fügt wörtlich hinzu, was ich mit Er
laubnis des Herrn Präsidenten verlesen will:

„Wiedeberg machte den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß der schon in
Oktober bekannte Sprachenartikel namentlich die Organisation der christliche
Bauarbeiter schwer schädigen müsse (hört, hört! bei den Sozialdemokraten), d
in dieser Branche viele fremdsprachige Arbeiter beschäftigt seien; er bat namen
der Arbeiterschaft, doch eine solche Bestimmung nicht in den Entwurf aufzu
nehmen. Darauf tat der Reichskanzler den von uns mitgeteilten Ausspruch
(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es war ganz selbstverständlich, daß dies
Antwort, die noch einen Ohrenzeugen hatte, sofort nach der Beendi
gung der Deputation besprochen wurde, zumal da der zweite deutsch
christlichnationale Arbeiterkongreß sich gerade gegen den Sprachen
artikel gewendet hatte. Die Antwort des Reichskanzlers hat in den Reihen de
Deputation großes Befremden hervorgerufen, weil der Reichskanzler eine be
stimmte Partei für den Artikel 7 verantwortlich machte. Wir müssen aber noch
hinzufügen, daß unsere Kenntnis der Dinge auf den Abgeordneten Wiedeberg
weder direkt noch indirekt zurückzuführen ist. Aber wenn er reden will über dies
Mitteilungen des Reichskanzlers, dann wird er die Richtigkeit unserer Meldung
nur bestätigen müssen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

„Vielleicht werden wir Gelegenheit bekommen, aus authentischem Munde z
hören, ob wirklich auf Anregung nationalliberaler rheinisch-westfälischer Groß
industrieller dieser Sprachenparagraph in den Vereinsgesetzentwurf eingefüg
worden ist. Nach dem Wortlaut, den der § 7 der Regierungsvorlage und gena
so nach dem Wortlaut, den er nach den Beschlüssen der Kommission bekomme
hat, kann man allerdings annehmen, daß er in dem Bureau des Verbande
rheinisch-westfälischer Großindustrieller gemacht ist. (Sehr gut! bei den Sozial
demokraten.) Er ist direkt darauf zugeschnitten, die rheinisch-westfälischen Groß
industriellen an der Ausbeutung fremdsprachiger Arbeiter nicht zu behindern
(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade in der Kommissionsfassung
nimmt der § 7 der Arbeiterschaft jede Möglichkeit, die von den Unternehmern
nicht nur in Rheinland-Westfalen, sondern in allen Teilen Deutschlands zu
Streikbrecherarbeit herangezogenen Arbeiter über die wirtschaftlichen Kämpfe auf
zuklären. Meine Herren, halten Sie fest daran, daß im Gegensatz zu den Be
stimmungen des § 3, in dem als meldepflichtig und der Überwachung unterstehend
öffentliche Versammlungen anzusehen sind, in denen politische Angelegenheiten
(politische Versammlungen) erörtert werden, § 7 in der Kommissionsfassung sagt
Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu
führen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der große Unterschied:

§ 3 spricht von politischen Versammlungen, § 7 aber von allen öffentlichen Versammlungen."

Eine Antwort erhielt Legien auf seine doch gewiß deutliche und für die …urteilung des Gesetzes hochwichtige Frage weder vom Regierungstisch, noch …hmen die herausgeforderten Abgeordneten Behrens und Wiedeberg zur Auf…rung das Wort! Sie wären dazu die Nächsten gewesen, denn ihnen war …n dem Zentrumsblatt die genaue Kenntnis der Vorgänge in Klein-Flottbeck …geschrieben worden.

Das veranlaßte mich, am selben Tage die Sache wieder anzuschneiden, …d ich versuchte, durch präzise Fragestellung die Wissenden zum Sprechen zu …ingen. Deshalb erweiterte ich die Erörterung und führte aus:

„Ich habe gesagt, der § 7 könnte auf dem Bureau des Zentralverbandes der deutschen Industriellen gemacht worden sein, und frage nun den Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, ob es richtig ist, was mein Freund Legien hier ausgeführt hat, daß, als vor einigen Monaten die Deputation christlich-nationaler Arbeiter beim Reichskanzler Fürsten Bülow in Flottbeck war, bei dieser Gelegenheit der Reichskanzler, der oberste Beamte des Reiches, dieser Arbeiterdeputation gesagt hat, entweder: dieser Paragraph ist nicht von der Regierung gewünscht worden (hört, hört! bei den Sozialdemokraten), sondern er ist von den rheinisch-westfälischen Großindustriellen gewünscht worden — das ist die eine Version; ich will aber, um Ausflüchte zu verhüten, auch noch fragen: oder hat der Herr Reichskanzler der Arbeiterdeputation erklärt, daß dieser § 7 nicht auf Veranlassung der Regierung, sondern auf Wunsch der nationalen, insbesondere der nationalliberalen Partei in das Gesetz gekommen ist, oder lauteten die Worte des Reichskanzlers etwa ähnlich so?! Meine Herren, ich habe die Frage an den Herrn Staatssekretär gerichtet — und glaube, sie ist im Interesse der Aufklärung über die Geschichte dieses Paragraphen sehr wichtig —, möchte die Aufforderung auch an den Herrn Abgeordneten Behrens richten — er hat ja die Deputation geführt und bisher auf die betreffenden Ausführungen des Abgeordneten Legien nicht geantwortet —, daß er uns genau sagt, was der Reichskanzler über diesen für unsere Gewerkschaftsbewegung hochwichtigen Paragraphen gesagt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

„Kollege Legien hat auch schon angeführt, daß sich die ‚Germania' bei der Darstellung auf das Zeugnis des Herrn Kollegen Wiedeberg beruft. Wir haben also zwei kundige Herren hier — es wäre sehr vorteilhaft, die Sache gleich hier zu erledigen —, die der Deputation beigewohnt haben, die aus dem Munde des Fürsten Bülow entweder die eine oder die andere Erklärung über den § 7 gehört haben. Also, Herr Behrens, wir warten auf Aufklärung. Wir werden ja hören, was der Herr Staatssekretär darauf sagt. Ich behalte mir vor, dann bei anderer Gelegenheit — ich glaube, der Schluß der Debatte wird ja gleich eintreten — mit den notwendigen Aktenstücken auf die hochwichtige Sache zurückzukommen.

„Ich behaupte positiv, daß dieser § 7 auf Bestellung des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschaffen ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich behaupte es deswegen positiv, weil eine andere Erklärung für die merkwürdige Fassung, in der der Paragraph vorliegt, gar nicht möglich ist."

Hierauf gab der Staatssekretär eine Antwort, die sich auf die oben ab…edruckte Erklärung des Abgeordneten Behrens stützte, aber an der Eventual…age, ob nicht doch sogenannte „nationale" Parteien oder Parteigruppen der …egierung den Sprachenparagraphen suggerierten, glatt vorbeiging, vielmehr

den Eindruck erweckte, als ob der gewerkschaftsfeindliche Paragraph der u eigenen Initiative der Regierung entsprang.

Daß dies falsch sei, wurde sofort vom Abgeordneten Korfanty konstatier der gleich mir, aber von anderer Seite, Informationen über die fraglich Unterredung in Klein-Flottbeck erhalten hatte. Korfanty sagte:

„Meine Herren, trotzdem sich der Herr Staatssekretär hier auf das Demen der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' berufen hat, trotzdem der Herr Staats sekretär hier das Dementi des Herrn Kollegen Behrens vorgelesen hat, trotzder er dann erklärt hat, daß der § 7 nicht bestellte Arbeit sei, kann ich erklären daß der Herr Reichskanzler an zwei Mitglieder der Arbeiterdepu tation die Worte gerichtet hat, es sei nicht die Absicht der Regie rung gewesen, diesen Paragraphen in den Gesetzentwurf aufzu nehmen (hört, hört! bei den Polen), dieser § 7 sei ausdrücklich au Wunsch der sogenannten nationalen Parteien, insbesondere de nationalliberalen Partei, in den Gesetzentwurf aufgenommen worder (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Das sagt ein Teilnehmer der Deputatio trotz der Ableugnung des Herrn Abgeordneten Behrens, und ich glaube, Her Behrens sollte den Mut haben, das, was er aus dem Munde de Reichskanzlers gehört hat, auch hier öffentlich zu bestätigen. Ic meine, diese Behauptung wird trotz des Dementis und trotz der Erklärung auf rechterhalten, und ich glaube, es können auch Zeugen dafür auftreten. Es ist j auch gar nicht zu verwundern, daß die Stellung der Nationalliberalen eine der artige gewesen ist. Zu dem, was der Herr Kollege Hué hier ausgeführt hat kann ich auch Beispiele aus der preußischen Gesetzgebung anführen."

Auf diese bestimmte Behauptung, die sich auf positive Mitteilungen de Kundigen stützte, schwieg der Staatssekretär, schwieg auch Herr Behrens, ob gleich ihm wenigstens im Rahmen einer persönlichen Bemerkung die Möglich keit zur Erklärung gegeben war. Behrens stimmte gleich darauf für de Sprachenparagraphen!

In der dritten Lesung, am 8. April, kam deswegen unser Fraktionsredner Genosse Ledebour, auf die Angelegenheit zurück, sagte, die Regierungs erklärung über die Entstehung des Sprachenparagraphen sei ungenügend höchst befremdend — auch das Schweigen des Abgeordneten Behrens; diese müsse mit der Sprache heraus. Erst da bequemte sich Herr Behrens zu einen kurzen Speech, der gar nicht auf die Bedeutung des Paragraphen einging sondern nur das im Januar von dem Herrn in der Presse veröffentlichte, in zwischen von der „Germania" unter genauer Namensnennung unbedingt be strittene Dementi wiederholte. Die „Germania" nannte den Zentrumsabgeord neten Wiedeberg als den Wissenden; er hat nicht dementiert! Abgeordneter Korfanty berief sich auf einen anderen Gewährsmann, auch dieser schwieg Ich hatte mich abermals zum Worte gemeldet, um das der Regierungs erklärung und Herrn Behrens entgegenzuhalten, was mir an Tatsachenmateria gegen die Dementierung der Klein-Flottbecker Vorgänge bekannt geworden war Mir wurde prompt das Wort abgeschnitten durch die Blockguillotine, was um so frappanter war, als gerade vorher der Regierungsvertreter eine neue diesmal aber merkwürdig modifizierte Abstreitung vorgenommen hatte. Der Staatssekretär Herr v. Bethmann-Hollweg verlas folgende Erklärung:

„Der Herr Reichskanzler hat im Oktober 1907 in Flottbeck eine Deputation des zweiten deutschen Arbeiterkongresses empfangen. Nachdem der Führer der Deputation eine Ansprache gehalten und der Reichskanzler diese Ansprache er-

widert hatte, verweilte der Reichskanzler noch einige Zeit im Gespräch mit den Delegierten, das sich um verschiedene politische und soziale Fragen drehte. Als von einigen Delegierten Bedenken gegen die in § 7 gesetzgeberisch formulierten Maßnahmen geäußert wurden, hob der Herr Reichskanzler einerseits hervor, daß diese Maßnahmen der von ihm seit seinem Amtsantritt stetig verfolgten Ostmarkenpolitik entsprächen, andererseits aber seines Wissens auch von großen Parteien gewünscht würden. (Hört, hört! bei den Polen, bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Die angestrebte Rechtseinheit auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes könne nur zustande kommen, wenn alle Gruppen der Mehrheit für den Entwurf einträten. Der Herr Reichskanzler hat mit keiner Silbe gesagt, daß § 7 auf Einwirkung oder Wünsche industrieller Kreise und speziell rheinisch-westfälischer Industrieller zurückzuführen wäre. Eine solche Äußerung konnte der Reichskanzler schon deshalb nicht machen, weil eine derartige Einwirkung oder Anregung weder direkt noch indirekt in irgend einer Form an den Reichskanzler herangetreten ist."

Diese Regierungserklärung unterscheidet sich sehr wesentlich von der, die am 4. April abgegeben wurde! Damals sollte der Paragraph der ureigenen Initiative der Regierung entsprungen sein, von fremder Einwirkung war auch nicht bedingt die Rede. Nun hörten wir, daß der Reichskanzler am 4. Oktober 1907 zu der christlichnationalen Arbeiterdeputation doch immerhin von „großen Parteien" gesprochen hat, die „seines Wissens" den Sprachenparagraphen wünschten!!! Welche „großen Parteien" sind gemeint? Hier ist festzuhalten, daß sowohl mir wie dem Abgeordneten Korfanty, und zwar von verschiedener Seite, mitgeteilt wurde, der Reichskanzler habe von der nationalliberalen Partei gesprochen mit Wendungen, die unsere Gewährsleute zu der Anschauung brachten, es handle sich um großindustrielle nationalliberale Kreise, denen allerdings mit dem gewerkschaftlichen Knebelparagraphen ein Dienst geleistet wurde! Zum Überfluß hat ja auch das Berliner Zentrumsorgan „Germania" positiv, mit Berufung auf Wissende, die nicht widersprochen haben, dasselbe behauptet. Außerdem deutet die eigentümliche Fassung des Paragraphen auf westdeutschen großindustriellen Ursprung hin. Was wollen dagegen sich obendrein widersprechende Regierungserklärungen besagen, abgegeben in einer hochkritischen Situation, in der die Entscheidung über den heißumstrittenen Paragraphen sehr in Frage gestellt war?

Wäre denn die Fabrikation eines Arbeiterknebelungsgesetzes auf großindustrielle Bestellung in Preußen-Deutschland etwas Unerhörtes? Bei der Zuchthausvorlage 1899 haben wir auch erlebt, daß die Regierungsorgane jede fremde Einwirkung auf die Gesetzesvorlage entrüstet bestritten — bis die Veröffentlichung des zwölftausend Mark-Bettelbriefes alle offiziellen Dementis als Lügen entlarvte! Wir haben am 4. April 1908 vom Regierungstisch auch die feierliche Versicherung gehört, der Sprachenparagraph solle nicht auf gewerkschaftliche Veranstaltungen Anwendung finden. Heute liegen uns die preußischen Ausführungsbestimmungen vor, uns liegen vor die schwerwiegenden Bescheide der Regierungspräsidenten von Arnsberg und Münster, die evident bestätigen, was Legien, Ledebour und ich über die wahre Tendenz des Sprachenparagraphen sagten, nämlich daß er zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen Agitation unter den nicht Deutsch sprechenden Arbeitern vor allen Dingen in der westdeutschen Großindustrie dienen soll!

Natürlich kann ein schlüssiger Beweis dafür, daß der Paragraph auf Bestellung oder Anregung der Großindustrie entstanden ist, nicht geführt werden, weil die Kundigen oder Schuldigen bestreiten oder schweigen. Aber der Indizienbeweis ist vollständig erbracht, die nunmehr erfolgten Bescheide der Regierungspräsidenten von Arnsberg und Münster schließen die Beweiskette.

II.

Im Reichstag wurde von sozialdemokratischer Seite ausgeführt, der Sprachenparagraph bezwecke nicht die „Germanisierung“ der Fremdsprachigen — wozu wir Sozialdemokraten auch nicht die Hand bieten, weil wir in der freien und friedlichen Entfaltung jeder Nationalität das Heil der Völker erblicken —, sondern sei ein wohlüberlegtes Ausnahmegesetz gegen die Arbeitergewerkschaften, solle die fremdsprachigen Arbeiter soviel wie nur möglich von den deutschen separieren, den nach billigen, landfremden Zuzüglern lüsternen Großindustriellen die Bildung von Lohndrücker- und Streikbrecherkolonnen erleichtern. (Dieselbe Bedeutung gab dem Paragraphen auch der Vertreter des polnischen Gewerkvereins auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß in Paris.) Die Regierung bestritt das, um damit die Anschuldigung zurückzuweisen, der Paragraph sei von den „nationalen“ Großindustriellen gewünscht. Was aber auch bestritten werden mag, hier führt uns die Beantwortung des cui bono? auf die Spur der Gesetzesväter!

Eben die Tatsache, daß der Sprachenparagraph unterschiedslos auf alle öffentliche Versammlungen angewendet werden soll, was gerade der gewerkschaftlichen, auf öffentliche Versammlungen unbedingt angewiesenen Aufklärungs- und Organisationsarbeit an die Gurgel fährt, veranlaßte die „christliche Baugewerkschaft“ vom 17. Mai 1908 zu schreiben:

„Wenn schon der Paragraph als ein Ausnahmegesetz gegen eine Minderheit grundsätzlich abzulehnen ist, so hat er auch zusammen mit dem § 17 (Jugendlichenparagraph) eine schwere Hemmung berechtigter, notwendiger Bestrebungen der organisierten Arbeiter im Westen und Südwesten Deutschlands zur Folge. In diesen Gegenden, wo Hunderttausende von Arbeitern polnischer, französischer und italienischer Zunge beschäftigt sind — zum Teil von den Unternehmern als Lohndrücker herangezogen —, muß ein Verbot der fremden Sprachen in allen öffentlichen Versammlungen eine ernste Gefahr für die gewerbliche, soziale und kulturelle Arbeit bedeuten.

„Aller Voraussicht nach wird, da das Gesetz gegen die Polen gerichtet ist, den Französisch sprechenden Deutschen, den Litauern und Masuren durch Landesgesetz die Erlaubnis zum Gebrauch ihrer Sprache in den öffentlichen Versammlungen gegeben werden. Die süddeutschen Staaten werden vielleicht auch den ausländischen Arbeitern das gleiche Recht geben. In Preußen ist dieses Recht für ausländische Arbeiter kaum zu erwarten, weil die Regierung große Neigung zeigt, die fremdländischen Arbeiter von der Arbeiterbewegung möglichst fernzuhalten. Sie begegnet sich darin mit dem Wunsche der meisten rheinischen Großindustriellen.“

Es ist das Organ des Abgeordneten Wiedeberg, das hier deutlich auf die Väter des Ausnahmegesetzes hinweist! Herr Wiedeberg ist in Klein-Flottbeck gewesen, auf ihn berief sich die „Germania“! Dem Reichstag lag ein von dem lothringischen Großindustriellen Abgeordneten de Wendel mitunterzeichneter Antrag vor, der die Französisch sprechenden Reichsländer vor dem Sprachenparagraphen zu behüten versuchte. Dem wurde regierungsseitig wohlwollende Berücksichtigung zugesagt, worauf die betreffenden lothringischen Abgeordneten

r den Sprachenparagraphen stimmten! Nun arbeiten aber im lothringischen
:rgwerks- und Hüttendistrikt auch viele Tausende italienische Arbeiter.
ne Petition der elsaß-lothringischen Gewerkschaftsleiter, den Gebrauch der
lienischen Sprache wie bisher in den öffentlichen Versammlungen zu ge-
tten, wurde nach einer ausreichenden Erklärung des Regierungsvertreters
den Landesausschußpapierkorb versenkt! Keiner der (nur bürgerlichen) Landes-
sschußmitglieder nahm sich der Petition entschieden an. So erreichten die
:rren de Wendel und Genossen ihr Ziel; die lothringischen Großindustriellen
ben durch die Unterbindung der gewerkschaftlichen Agitation in italienischer
prache mehr Ruhe vor der organisierten Arbeiterschaft des Minettegebiets
kommen, die zu über 40 Prozent aus Italienern besteht! Der Zweck des
:setzes ist erreicht. Daß er nicht „nationaler" Natur ist, bestätigte uns
ch die „Deutsche Wacht", Wochenschrift der hakatistischen „Deutschen Ver-
nigung", in der zutreffend erörtert wird, wie der Sprachenparagraph zu
ner stärkeren Separierung der Polen von den Deutschen, insbesondere im
:einisch-westfälischen Industriegebiet, führen müsse, was in gewerkschaftlicher
nsicht lediglich dem Industrieherrentum zugute kommt. Ihr Sinnen und
:achten geht nicht auf eine Verständigung zwischen den von Werksagenten
assenhaft herangeschleppten fremdsprachigen und den einheimischen Arbeitern,
ndern ihnen kommt es aus materiellen Gründen auf die Teilung der Prole-
:rier an, um sie so besser und länger beherrschen zu können. In diesem
nne schrieb das Scharfmacherblatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" am
April 1908, zwei Tage nach der zweiten und zwei Tage vor der dritten
ostimmung über den Sprachenparagraphen:

„Nun ist der Entwurf angenommen, und man muß mit ihm rechnen. Jetzt
soll das Gesetz aber so angewandt werden, daß alle seine Bestimmungen ohne
Ausnahmen in Wirksamkeit treten. Es liegt in der Hand der Landesgesetzgebung
und der Landeszentralbehörde, daß in Preußen keine Abweichungen vom Inhalt
des § 7 gestattet werden. Wo die fremdsprachige ansässige Bevölkerung die 60
vom Hundert nicht übersteigt, soll der Gebrauch der fremden Sprache ein für
allemal ausgeschlossen werden. Dies gilt namentlich für den rheinisch-
westfälischen Industriebezirk."

Natürlich, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo sich Hunderttausende
lnische, tschechische, italienische, slowenische und andere nichtdeutsche Arbeiter,
gelockt von trügerischen Versprechungen, angesiedelt haben, auf vielen Werken
er 50 Prozent der Belegschaft bilden, da muß aus „nationalen" Gründen
s Nebeneinanderleben und die gemeinschaftliche Gewerkschaftsaktion der Ein-
imischen und der Zugewanderten mit dem Sprachenknebelgesetz gestört
:rden. Indem man den Gewerkschaftsreferenten den Gebrauch der polnischen,
hechischen usw. Sprache in den Werbeversammlungen verbietet, verhindert
ziehungsweise erschwert man die Annäherung der verschiedensprachigen Prole-
:rier, züchtet man systematisch die chauvinistische Propaganda! Weniger die
:rteipolitische Agitation und Organisation, die sich viel leichter als die ge-
:rkschaftliche in geschlossenen Vereinen und Konventikeln betätigen kann, trifft
r angeblich aus „nationalen Gründen" entstandene Sprachenparagraph,
s vielmehr Gewerkschaften, deren Werbungstätigkeit vorzüglich in öffent-
hen Versammlungen vor sich gehen muß.

Einige Tage bevor der Regierungsvertreter und sein Kronzeuge, der Ab-
ordnete Behrens beharrlich bestritten, daß der Sprachenparagraph einer

direkten oder indirekten Einwirkung von „nationaler“ großindustrieller Se seine Entstehung verdanke, wurde in einem „national“ unverdächtigen Org mit dem Finger auf die eigentlichen Gesetzesväter hingewiesen. Es war d dem Herrn Abgeordneten Behrens sehr nahestehende „Westdeutsc Zeitung“ vom 2. April 1908! In diesem Blatte ist stets ein unbedingt Verbot der nichtdeutschen Sprachen in allen Versammlungen gefordert worde deshalb war es unwillig über die „Verwässerung“ des Sprachenparagraphe Ärgerlich entfuhren der „Westdeutschen Zeitung“ folgende Eingeständnisse:

„Wirksam bleibt das stumpfe Schwert allein in Rheinland un Westfalen, wo es wohl keinen Kreis gibt, in dem die polnische Bevölkeru 60 Prozent und mehr der Gesamtbevölkerung beträgt. Das heißt, die antinati nale Arbeiterbewegung unserer Gegend kann durch das Kompromi gesetz zurückgedämmt werden. Doch ist hier zu bedenken, daß ein sehr groß Teil der in Westdeutschland wohnenden Polen in christlichen Verbänden orga siert ist. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß also, wenn der § 7 in sein jetzigen Form Gesetzeskraft erlangt, eine rapide Flucht der fremdsprachigen E mente aus ihren Organisationen befürchten. Das aber wäre zu bedauern. De die christlichen Gewerkschaften sollen doch ein wachsendes Bollwerk gegen d sozialdemokratischen Organisationen bilden. Das aber vereitelt man, wenn m die Christlichen schwächt. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß diese frem sprachigen christlichen Arbeiter durch ihre ungerechte politische Knebelung no mehr zur Geheimbündelei, Lohndrückerei und Streikbrecherei gedrängt würd zum Schaden der nationalen Gewerkschaften. Also auch in dieser Beziehu hapert's mit dem Kompromiß, weil man zu einseitig auf die Bitt der Großindustriellen gehorcht hat, von denen die Anregung zu Sprachenzwange bekanntlich ausgegangen sein soll.“

Damit ist der Katze die Schelle angehängt! Hier haben wir das Ei geständnis eines Blattes, das dem christlichnationalen Deputationsführ Behrens so nahe steht wie nur irgend eines im Ruhrgebiet! Eingestanden wi daß sich der Sprachenparagraph gegen die „antinationale Arbeiterbewegun in Rheinland-Westfalen richtet, hier eine noch größere Entfremdung und g werkschaftliche Knebelung der Proletarier bewirkt, also das Gegenteil von de was die „nationalen“ Regierungserklärungen besagen. Und das alles, „we man zu einseitig auf die Bitten der Großindustriellen gehorc hat“, von denen „bekanntlich“ die Anregung zu dem Gewerkschaftskneb paragraphen ausgegangen „sein soll“! Ist es nicht wunderbar, daß das v Herrn Abgeordneten Behrens fleißig bediente Blatt gleich uns aus der Ko struktion des Paragraphen auf seine großindustrielle Vaterschaft schließt Wie auch das Blatt des gleichfalls nach Klein-Flottbeck deputierten Abgeordnet Wiedeberg erklärt, mit dem Paragraphen komme man den Wünschen d Großindustrie entgegen! Kommen nun noch hinzu die der Regierungsversic rung entgegenstehenden Bescheide der Regierungspräsidenten von Arnsbe und Münster, in den Gewerkschaftsversammlungen dürfe die polnische Sprac nicht gebraucht werden! Dieser Indizienbeweis genügt vollauf zur Eruieru der Väter des Ausnahmeparagraphen. Sie sitzen in den Bureaus d Großindustrie, alles Abstreiten hilft nichts.

In der Vorstandssitzung der Freisinnigen Volkspartei, die kurz v der entscheidenden Abstimmung über den Sprachenparagraphen stattfand, h Herr Abgeordneter Dr. Müller-Meiningen versichert, Fürst Bülow auch kein Freund des Paragraphen, aber selbst der Reichskanzl

abe ihn nicht beseitigen können! Wer war denn stärker als der oberste eichsbeamte? Welchem Willen mußte er sich beugen? Die süddeutschen Reerungen haben erklärt, sie legten kein Gewicht auf den Sprachenparagraphen! on Preußen kam der Schlag! Welche Mächte sich hier, wenn es sich um ngelegenheiten handelte, die das syndizierte und kartellierte Industrieherrentum rühren, stets stärker als die Regierung gezeigt haben, dafür legt die Gejichte der Berggesetzgebung in Preußen lehrreich Zeugnis ab.

Dieselben Mächte haben auch die Gestalt des Reichsvereinsgesetzes beeinußt, daran kann nach den vorliegenden Tatsachen kein Zweifel mehr obalten. Es wird eine der ersten Aufgaben der sozialdemokratischen andtagsabgeordneten in Preußen sein, von der Regierung volle Aufärung über die eigentlichen Väter des Attentats auf die Bewegungsfreiheit r gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zu fordern. Das preußische und utsche Volk muß wissen, bis zu welchem Grade schon das Abhängigkeitsrhältnis der Regierung von den großindustriellen Syndikalisten gediehen ist.

Der Volksschulkampf in Württemberg.

Von **Erich Roßmann** (Stuttgart).

1. Die Hauptmängel des württembergischen Volksschulwesens.

Es ist in Württemberg fast zur Regel geworden, von zwei zu zwei Jahren die nst ruhigen Hundstage vom heftigen Lärm bedeutungsvoller politischer Kämpfe füllt zu sehen. Im Sommer 1904 ging eine Bewegung durchs Land, so tief und lgemein, wie kaum eine zuvor. Ein Bäckerdutzend Fürsten und Gräflein der Ersten ammer hatte die armselige Volksschulnovelle von 1902 kaltblütig in den Papiercb geworfen. Der weltbewegende „Fortschritt", dem das württembergische Wachsurenkabinett die Zustimmung versagte, bestand in einer harmlosen Änderung der zirksschulaufsicht, die noch heute von den Geistlichen im Nebenamt ausgeübt rd. Die Verwerfung der Volksschulnovelle war der Ausgangspunkt der württemrgischen Verfassungsbewegung, deren Verlauf bekannt ist. Ihre Geschichte ist hts weniger als ein Ruhmesblatt für den Liberalismus. Die Bewegung führte der Verfassungsänderung vom Sommer 1906. Im Sommer 1904 fand das Voriel statt, in den Hundstagen 1906 wurde die Entscheidungsschlacht geschlagen und den nächsten Tagen wird das Nachspiel zum Verfassungskampf beginnen. Es t, die erste Frucht der Verfassungsreform zu ernten. Die Reform des Volksschulsens, die mit der Geschichte der württembergischen Verfassungsreform ursächlich d unlösbar zusammenhängt, soll Tatsache werden.

Bitter not tut dem württembergischen Volke eine Reform des Volksschulwesens. der außerwürttembergischen Presse begegnet man hin und wieder einem Artikel ll warmer Anerkennung für die „liberalen" Zustände in Württemberg. Die Parteiesse macht bei diesem Beginnen keine Ausnahme, und von ihrem Standpunkt aus g sie mit dieser Taktik auch recht haben, denn es ist in Württemberg mit manchen ngen nicht so schlecht bestellt als im Dreiklassenstaat Preußen. Ganz abgesehen von aber, daß die preußische „Eigenart" auch in Württemberg von Jahr zu Jahr steigendem Maße politische Eroberungen macht, wozu energielose Regierungsrtreter und nachgiebige bürgerliche Volksvertreter den Weg ebnen, darf man über r nicht selten stark übertriebenen Anerkennung die traurigen Zustände nicht verssen, die im politischen und kulturellen Leben Württembergs vielfach bestehen. Bei trachtung der Kehrseite der württembergischen Zustände verdienen die Volksschulrhältnisse den Vortritt. Hier ist das Gefäß württembergisch, aber der Inhalt ist

deutsch. Das Gefäß gleicht einem jener alten Töpfe, deren Risse und Sprünge dur
ein Drahtnetz mühselig zusammengehalten werden und denen man in der Reg
wertvollen Inhalt nicht anvertraut. Aus dem Jahre 1836 stammt das wunderba
Gesetz, nach dessen Bestimmungen sich heute noch der moderne Schulbetrieb vol
ziehen soll. Wie alle deutschen Volksschulgesetze stellt auch das württembergisch
Gesetz von 1836 die religiös-sittliche Bildung des Volkes in den Vordergrun
während die Unterweisung der Jugend in den allgemeinen Kenntnissen und Ferti
keiten, die das bürgerliche Leben erfordert, erst in zweiter Linie als eine Aufga
der Volksschule bezeichnet wird. Die württembergische Volksschule ist streng ko
fessionell. Die Rückständigkeit und Starrheit des siebenmal geflickten Gesetzes vo
1836 schließt die Bildung simultaner Schulen vollständig aus.

Herrscher und Gebieter in der kleinsten Dorfschule wie in den Volksschulen d
Städte, der unbequeme und aufreizende Vormund des sachverständigen Lehrers i
der Ortsgeistliche. Die Schmach der geistlichen Schulaufsicht lastet schwer auf de
gesamten württembergischen Volksschulwesen. Die geistliche Schulaufsicht ist d
allein herrschende Aufsichtsform von der Ortsschulbehörde bis hinauf zur Obe
schulbehörde, die evangelischerseits dem Konsistorium, katholischerseits dem kath
lischen Kirchenrat angegliedert ist. Ein beklagenswertes Kapitel des Entwicklung
stillstandes der Schule und der Demütigung und Zurücksetzung des Lehrerstand
knüpft sich an die geistliche Aufsicht. Der kirchlich-konfessionelle Charakter der Volk
schule durchsetzt alle Einzelheiten des Schulbetriebs. Der Religionsunterricht nimn
ein Übermaß an Schulstunden in Anspruch. Man ist ja gewöhnt, in einer deutsche
Volksschule die religiöse Eintrichterei als eine Selbstverständlichkeit hinzunehme
Aber kaum ist sonst irgendwo in einem Maße wie in Württemberg die Volksschu
zu einer religiös-konfessionellen Dressuranstalt erniedrigt. Bis vor einem Jah
mußte von 26 bis 30 Wochenstunden mindestens ein Drittel für den Rel
gionsunterricht verwendet werden. Selbst geistlichen Würdenträgern ging al
mählich diese enorme Belastung des Schulplans mit der Religion zu weit. Ein
von ihnen hat vor wenigen Jahren das bezeichnende Wort von der „religiös
Überfütterung" geprägt. Unter solchen Umständen kann naturgemäß der Lehrerfo
in den eigentlichen Bildungsfächern nur ein sehr armseliger sein. Die Zahl dies
Bildungsfächer hält sich zudem in einem herzlich bescheidenen Maße. Dabei da
nicht übersehen werden, daß der religiöse Charakter der Schule nicht nur in d
Zahl der Religionsstunden zum Ausdruck kommt, sondern auch alle übrigen Fäche
vor allem das Lesen, Schreiben, den Aufsatz, den Sprachunterricht usw., durchzie
und so von Stunde zu Stunde in dem Geistesleben des jungen Menschenkindes d
religiösen Vorstellungen wachhält.

Aber mit der Charakterisierung des starren mittelalterlichen Konfessionalism
sind die Mängel der württembergischen Volksschule keineswegs erschöpft. Ein rec
trübes Bild bietet sich uns dar, wenn wir die rein schultechnische Seite betrachte
Nach dem Gesetz von 1858 kann die Höchstzahl der von einem Lehrer zu unte
richtenden Schüler 90, bei Erteilung von Abteilungsunterricht in einklassig
Schulen 120, in mehrklassigen Schulen 130 betragen. Es ist also gesetzlich erlau
bis zu 130 Volksschüler in eine Klasse zu stopfen. Bei der enormen Belastung d
Gemeinden kommen bei finanzschwachen Gemeinden, die weder neue Schulhäus
bauen noch den Lehrkörper vergrößern können, unter den Augen und unter Du
dung der staatlichen Behörden Überschreitungen dieser Zahlen nicht selten vor. S
leiden wir in Württemberg unter der überaus beklagenswerten Erscheinung, d
in vielen Orten, besonders in Wohn- und Industriegemeinden, einem Lehrer 1
bis 150 Proletarierkinder anvertraut sind. Mangelhafte Lehrerfolge, Herabdrücku
der Durchschnittsbildung, sanitäre und sittliche Gefahren für Lehrer und Kind
sind die Folgen dieser Zustände. Die siebenjährige Schulpflicht und die ungenügen
Vorbildung der Lehrer vollenden die Konturen des kläglichen Bildes, über das si
noch manches nicht minder Tadelnswerte sagen ließe. Das württembergische Volk

schulgesetz ist veraltet und von der Entwicklung weit überholt. Daher sah man sich in den größeren Städten, Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Eßlingen gezwungen, die Schulaufsicht in ein Hauptamt umzuwandeln. Im Vorjahr waren die Verhältnisse so unerträglich geworden, daß sich die Oberschulbehörden zur Ersetzung des Normallehrplans von 1870 durch einen neuen Normallehrplan entschließen mußten.

Durch den neuen Lehrplan wurde das religiöse Drittel beseitigt. In der einklassigen Schule sind dem Religionsunterricht aber immer noch 6½ Stunden zugewiesen, in der ausgebildeten sieben- oder achtklassigen Schule entfallen noch 3 bis 5 Wochenstunden auf die Religion. Dazu kommt ferner auf evangelischer Seite der pflichtmäßige Besuch der Wochenkinderlehre, auf katholischer Seite der Schülergottesdienste.

Die Zahl der Wochenstunden schwankt zwischen 13 und 30. Wenn man bedenkt, daß diese Neuerung noch als ein Fortschritt angesehen werden soll, so bekommt man erst einen Begriff, wie stark vor diesem neuen Lehrplan an der Volksschule gesündigt worden ist. Durch die Beschränkung des Religionsunterrichtes wurde etwas Zeit für ein paar neue Fächer (Handarbeit, Turnen, Zeichnen, Sprachen) gewonnen.

2. Wie stellen sich die bürgerlichen Parteien zur Reform?

Mit viel Langmut hat das württembergische Volk eine Reform des Volksschulwesens erhofft. Seine Geduld ist erschöpft. Ebenso gebieterisch wie die Verfassungsreform verlangt das Volk nunmehr eine Neuregelung seines Bildungswesens. Wird der Wunsch des Volkes nach einer gründlichen, modernen Schulreform erfüllt werden? Wird sich der Liberalismus zuverlässiger zeigen als bei der Verfassungsreform? Das sind zurzeit die Hauptfragen in der württembergischen Politik. Unter der Herrschaft der alten Verfassung bestand, wie wir gesehen haben, nicht die geringste Aussicht auf eine noch so winzige Verbesserung. Durch die Verfassungsreform wurde die ultramontane Mehrheit der Ersten Kammer gebrochen und von den Neuwahlen 1906/07 für die Zweite Kammer erhoffte man auch für diese eine Verschiebung der Parteiverhältnisse zugunsten der Volksschulreform. Noch bevor die Parteien ihre Wahlprogramme veröffentlicht hatten, erfuhr ihre Stellung zur Schulreform die erwünschte Beleuchtung. Kurz vor Torschluß hatte sich der alte Landtag mit einer Eingabe des württembergischen Volksschullehrervereins zu befassen, die für Gemeinden mit gemischtem religiösen Bekenntnis das Recht der Errichtung konfessionell gemischter Volksschulen verlangte. Diese Schulen sollten jedoch keine Zwangsschulen sein.

Zentrum und Bauernbund bezeugten bei dieser Gelegenheit offen ihre alte Bildungsfeindlichkeit. Wenn die Nationalliberalen sich den beiden bildungsfeindlichen Parteien als dritte anschlossen, so überrascht das keinen Menschen, der die Geschichte dieser Partei kennt. Verwunderlich war höchstens die offene Art, mit der man sich auf die Seite der Bildungsfeinde stellte. Unter dem stürmischen Beifall der Rechten und des Zentrums trat der eitle Herr Hieber für die Erhaltung der Konfessionsschule ein und kündigte jeder Durchbrechung dieses Prinzips den schärfsten Kampf an. Die Abkehr der Nationalliberalen von der Simultanschule wurde als ein Fortschritt angesprochen und Herr Hieber ging in seinem Zelotismus für die Konfessionsschule sogar so weit, simultane Schulen für Schwachbegabte, die in größeren Städten zu einem praktischen Bedürfnis geworden waren, gemeinsam mit Bauernbund und Zentrum abzulehnen.

Nur 16 Stimmen wurden damals für die Simultanschule abgegeben. Weit über die Hälfte der volksparteilichen Abgeordneten bekundete durch Abwesenheit ihr hohes Interesse an dieser Frage. Die Reaktion triumphierte.

Unter den politischen Fragen, von denen die Landtagswahlbewegung von 1906/07 getragen ward, rangierte die Volksschulreform an erster Stelle. Alle Parteien sahen sich genötigt, zur Schulreform Stellung zu nehmen. Das Zentrum

machte auch in seinem Wahlprogramm kein Hehl aus der Feindschaft gegen jeglichen Fortschritt des Volksschulwesens, die diese Partei stets ausgezeichnet hat.

Das Programm forderte: Aufbau des gesamten Schulwesens auf religiös-konfessioneller Grundlage, angemessenen Einfluß der Kirche auch auf die Heranbildung der Lehrer und Aufrechterhaltung der geistlichen Schulaufsicht. Ganz ähnlich lautete auch das Wahlprogramm des Bauernbundes und der Konservativen: „Verwerfung aller Bestrebungen auf Einführung simultaner, konfessionsloser oder gar religionsloser Schulen.“ Nur in der Aufsichtsfrage weichen die Bauernbündler und die Konservativen ein wenig vom Zentrum ab. Während das Zentrum schon in der geringsten Antastung der geistlichen Schulaufsicht einen Schritt zur konfessionslosen Schule erblickt, wollen Bauernbund und Konservative „auch Lehrer“ an der Schulaufsicht „teilnehmen“ lassen. Man sieht also, daß die am weitesten rechtsstehenden Parteien zielbewußt auf eine Konservierung der bestehenden miserablen Bildungsverhältnisse hinarbeiten. Bei dieser Haltung muß die schmachvolle Unentschlossenheit und Zweideutigkeit der bürgerlichen Linken um so stärker auffallen.

Wohl erklärte die nationalliberale Partei in ihrem Wahlaufruf, die gesamte Organisation und Gesetzgebung über die Schule müsse „ein unveräußerliches Recht des Staates“ sein, aber den Logikern der Partei Drehscheibe verschlägt es nichts, gleichzeitig die Bekämpfung aller Bestrebungen auf Entfernung der Religion — das heißt im Sinne dieser Herren doch die Beseitigung der Lehre der offiziellen Kirchen — aus der Volksschule als einen Programmpunkt zu predigen. Die nationalliberale Partei setzt ihre Hoffnung auf die von ihr geförderte Unlogik der Massen, die den fast greifbaren Zwiespalt der Natur im nationalliberalen Schulprogramm nicht erkennen sollen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie wenig ernst es der nationalliberalen Partei mit der Entfernung des kirchlichen Einflusses aus der Volksschule ist, so würde der Umstand, daß sie sich in der Aufsichtsfrage auf eine fachmännische Bezirksschulaufsicht beschränkt, vollauf genügen. Gerade in den untersten Zellen des ganzen Schulorganismus, in den einzelnen Schulkomplexen, soll nach wie vor der Geistliche die tonangebende Persönlichkeit bleiben.

Sehr unrühmlich hat sich auch die „demokratische“ Volkspartei in der Schulfrage benommen. Es gab viele Utopisten, die neben der Sozialdemokratie wenigstens von dieser Partei ein radikales, unzweideutiges Bekenntnis zum Bildungsfortschritt erhofften. Bittere Enttäuschung war ihr Los. Es ist gut, wenn man in der Politik das Verwundern verlernt. Zumal bei der Entwicklung, die wir an der süddeutschen Volkspartei täglich in stets rascherem Tempo sich vollziehen sehen und die klassenpsychologisch von so großem Interesse ist, wird es sich empfehlen, das Erstaunen und Verwundern politischen Kindern zu überlassen. Die Simultanschule ist eine freisinnig-demokratische Programmforderung. Im Wahlprogramm der deutschen Volkspartei war nichts davon zu entdecken. Nun, die allgemeine Fachaufsicht, für welche die demokratischen Schaumschläger doch immer mit so volltönenden Worten eintreten, wird doch wenigstens gefordert worden sein? Keine Spur! „Alles Prinzipielle ist vorsorglich ausgemerzt“, bekannte offen ein volksparteiliches Organ von der besseren Sorte. Sollen wir uns über diese Entwicklung, die ja nur eine naturgemäße ist, viel entrüsten und empören? Das wäre unlogisch, denn die Volkspartei gesellt sich immer schneller den politisch und ökonomisch gesättigten Teilen der Bourgeoisie zu, die jedes Klasseninteresse für eine vollkommene Volksbildung verloren hat. Entrüsten könnte man sich höchstens über die Unverfrorenheit, mit der diese Partei trotz alledem auch fernerhin unter demokratischer Flagge segelt.

3. Der neue Regierungsentwurf.

Die Wahlen gingen vorüber, die Diskussion in der Presse über die Volksschulreform dauerte fort. Die bürgerlichen Parteien legten, wie wir gezeigt haben, eine wunderbare Fortschrittsluft an den Tag. Wenn das am grünen Holze der parlamentarischen Parteien geschah, was sollte dann mit dem dürren Holze der Regie-

werden? In der Leitung des württembergischen Ministeriums für Kirchen-
Schulwesen hat sich seit dem Scheitern des letzten Reformversuchs ein Wechsel
ogen. An Stelle des diplomatischen Herrn Weizsäcker ist Herr Fleischhauer
ten, ein steifer Bureaukrat, der sich zum Kultminister eignet wie ein Blinder
Scharfschützen. Schon bei der Abfassung der Thronrede hat er hervorragend
ie Volksschulreform gearbeitet. Man höre und staune: „Auf dem Gebiet des
rrichtes steht eine den Anforderungen der Zeit entsprechende weitere Entwick-
des Volksschulwesens im Vordergrund. Meine Regierung wird der Lösung
r Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und hierzu Ihre Mitwirkung
nspruch nehmen.“

Das liest sich fast so nichtssagend wie das volksparteiliche Wahlprogramm. So
ich wie das Programm der Regierung ist auch der Entwurf ausgefallen, der
r Tage den Ständen zugegangen ist. Mit einer Scheinreform will die Re-
ng die immer stärkeren Rufe nach einer Hebung des Volksschulwesens zum
eigen bringen. Was die Regierung bietet, sieht auf den ersten Blick aus wie
mentschlossener, schwankender Gehversuch nach vorwärts, bei dem sie aber selbst
hunderterlei Rücksichten auf die Reaktion Schranke auf Schranke in den Weg
Der Entwurf hat die überaus freundliche Aufnahme, die ihm in der reak-
iren Presse Württembergs im allgemeinen geworden ist, vollauf verdient. Nur
Zentrumspresse, der jede Schulreform ein Greuel ist, geht der Entwurf noch
zu weit. Sie tobt, und die Zentrumspartei wird alles versuchen, der Reform
oierigkeiten zu bereiten. Das war vorauszusehen, es kann daher für die Be-
lung des Entwurfes nicht von Bedeutung sein.

Wenn ein Staat, der in liberalem Geruch steht, im zwanzigsten Jahrhundert
ine Reform seines Volksschulwesens herantritt, so sollte man von dieser Reform
gstens eine klare Scheidung von Kirche und Schule erwarten. Der württem-
ischen Regierung fällt es aber nicht ein, an den gegenwärtigen Grundlagen der
sschule etwas zu ändern. Auf dem strengen konfessionellen Prinzip soll aufs
für Jahrzehnte die Organisation der Schule aufgebaut werden. Dieses Ziel,
n sich die Regierung noch rühmt, geht aus den Motiven zu dem Entwurf
felsfrei hervor. Es heißt da unter anderem: „Die Volksschule soll insbesondere
r als seither imstande sein, den ins Leben hinaustretenden Schülern nicht
hl einen möglichst großen, äußerlich angeeigneten Wissensstoff, als eine
ickelte sittlich-religiöse und geistige Kraft mitzugeben.“

Der Entwurf entbehrt eine großzügige Zusammenfassung aller mit der Ent-
ung der Volksbildung zusammenhängenden Materien. Kein Wort über den
okratischen Ausbau des Bildungswesens. An der Einheitsschule, der konfessions-
religionslosen Schule sowie an allen anderen großen prinzipiellen Schulfragen,
unsere moderne Zeit und besonders die pädagogischen Kreise lebhaft bewegen,
der Entwurf mit stumpfsinniger Gleichgültigkeit vorüber. Trotz der enormen
fung von Klagen und Beschwerden hat sich die Regierung nicht einmal dazu
schwungen, eine völlige Beseitigung der geistlichen Aufsicht vorzuschlagen.

Die Bezirksschulaufsicht soll künftig nur von Fachmännern im Hauptamt ausgeübt
en. Aber nicht aus prinzipiellen Erwägungen entschloß sich die Regierung zu
em Schritte. Sie erblickt in ihm „eine nicht länger aufschiebbare Zweckmäßig-
regel“, durch welche der christliche Charakter der Volksschule nicht
Frage gestellt werde. Dieser hängt, wie die Regierung mit sicherem Instinkt
t, grundsätzlich vom Religionsunterricht ab, der auch im neuen Gesetz seine
ihrende Stellung unter Mitwirkung der Geistlichen und unter Festlegung des
hlichen Aufsichtsrechtes erhalten soll. Da der innige Zusammenhang zwischen
he und Schule nicht gestört werden soll, so bleibt auch der berechtigte Wunsch
einer einheitlichen interkonfessionellen staatlichen Oberschulbehörde unberück-
igt. An der Ortsschulaufsicht, dem Ausgangspunkt der meisten Klagen, rüttelt
Entwurf im Grunde nicht. Die technische Aufsicht, die dem Ortsgeistlichen

eigentlich schon seither nicht zustand, soll ihm jetzt ausdrücklich genommen we
dagegen soll nach wie vor die äußere Leitung des örtlichen Schulwesens in
Händen des Geistlichen liegen. Der einzige Unterschied besteht darin, daß
Geistliche die Aufsicht künftig nur noch im Namen der Ortsschulbehörde
üben darf.

Was der Entwurf bringt, ist Kleinigkeitskram, und soweit er Annehm
enthält, haben praktische Notwendigkeiten der Regierung die Vorschläge di
Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Erhöhung der Ausbildungszeit für die L
von fünf auf sechs Jahre, die Vermehrung der Lehrerseminare, der Zugang
Volksschullehrern zur Bezirksschulaufsicht durch Inaussichtstellung akadem
Studien, die *fakultative* Einführung der achtjährigen Schulpflicht und die H
setzung der Höchstschülerzahlen auf 70 bezw. 80 zu betrachten. Die Milderung
Klassenüberfüllung ist eine durchaus ungenügende.

Der Liberalismus in Württemberg hätte bei Beratung dieser Novelle w
einmal eine glänzende Gelegenheit, seine oft beteuerte Bildungsfreundlichkeit in
Tat umzusetzen. Wenn er den ernsthaften Willen dazu bekunden würde, so m
es gelingen, wenigstens den starren Konfessionalismus zu brechen und mit der
lichen Aufsicht Tabula rasa zu machen. Eine solche Reform würde uns zwa
Lobpreisungen auch nicht veranlassen, aber sie könnte immerhin als ein mä
Anlauf nach vorwärts angesehen werden.

Wenn man die Haltung der Parteien bei den Vorkämpfen für die Re
würdigt, kommt man zu dem Ergebnis, daß das neue Volksschulgesetz ein schle
Zeugnis für die Verfassungsreform und ebensowenig wie diese ein Ruhmesblat
den württembergischen Liberalismus werden wird. Die Sozialdemokratie ist
dem Posten. Sie wird einen streng prinzipiellen Kampf gemäß ihrem Schulprogr
führen und sich damit wieder als die Bannerträgerin des Kulturfortsch
erweisen.

Die Lage der Handelshilfsarbeiter.

Von **Wilhelm Kimmritz.**

Der „Zentralverband der Handlungsgehilfen" hat an den Reichstag
Petition betreffs Regelung der Arbeitszeit, des Laden- und Kontorschlu
der Sonntagsruhe usw. gesandt, in der die außerordentlich großen Mißstä
geschildert sind, unter welchen nicht allein die Handlungsgehilfen
-gehilfinnen, sondern ebenso die im Handelsgewerbe tätigen Hilfsarbeiter
-arbeiterinnen zu leiden haben.

Später als der Beruf der Handlungsgehilfen hat sich der der Hand
hilfsarbeiter entwickelt. Allerdings gab es auch schon im Mittelalter
bei größeren Handelsherren bediensteten „*Hausknechte*" sowie die
auf den Handelsmessen den Kaufleuten anbietenden Gelegenheitsarb
und Packer, die man als Handelshilfsarbeiter bezeichnen könnte.
da die ersteren durchweg dem Gesinde zugerechnet wurden und die letzt
infolge des durch die Entwicklung des Verkehrs herbeigeführten Rückga
der Meß- und Marktarbeiten sich allmählich ihrer Existenz beraubt sa
mußten sie für die viel später erfolgende Entstehung des eigentlichen Be
ohne jegliche Bedeutung sein. Erst die in der ersten Hälfte des neunzeh
Jahrhunderts einsetzende Periode des Welthandels führte im Beruf der
maligen Handelsarbeiter eine Art *Arbeitsteilung* herbei. Das heißt, die Ha
lungsgehilfen wurden durch die gesteigerten Ansprüche der Unternehmer

dadurch bedingte Heranziehung ungelernter Arbeiter für Arbeiten, die
her ihnen oblagen, zum Beispiel Packen, Expedieren und Austragen der
iren, Reinigen der Geschäftsräume usw., nach und nach auf ihr eigentliches,
tiges Tätigkeitsfeld gedrängt, wodurch die ökonomische Vorbedingung für die
tstehung des Berufs der Handelshilfsarbeiter gegeben war.

Die Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter waren nun aber keineswegs er-
glichere wie die der Handlungsgehilfen. Im Gegenteil! Auf die ersteren
rden nicht nur die gröbsten, unangenehmsten und kniffllichsten Verrichtungen
gewälzt, auch Überbleibsel der mittelalterlichen Arbeitsverhältnisse der Hand-
ngsgehilfen, wie zum Beispiel das patriarchalische Arbeitsverhältnis, die un-
renzte Arbeitszeit, das Züchtigungsrecht usw. erhielten durch ihre Anwen-
ng auf die Handelshilfsarbeiter erneute Bedeutung. Und wenn sich bis
ute in dieser Beziehung infolge unermüdlicher Organisationsarbeit auch
nches geändert hat (so fiel zum Beispiel die Gesindeordnung), so ist es
en doch unter anderem noch nicht einmal möglich gewesen, eine wenn auch
r einigermaßen vernünftige Regelung der Arbeitszeit durchzusetzen. Von
n Handelsherren wie von der Gesetzgebung wurden sie systematisch ver-
chlässigt. Trotz der verschiedenen Erhebungen der Regierung sowie der Or-
nisationen, die geradezu erschreckende Zustände zutage förderten, ist so gut
e nichts zur Abhilfe geschehen.

Im Jahre 1882 wurden bereits 100252 Personen im Handelshilfsarbeiter-
uf, davon 80832 männliche und 19420 weibliche, gezählt. Trotzdem be-
nmerte sich die Gesetzgebung zunächst überhaupt nicht um sie; sogar noch
Jahre 1891, anläßlich der von der Reichskommission für Arbeiterstatistik
anstalteten Erhebung behufs Feststellung der Arbeitsverhältnisse der in
ffenen Verkaufsstellen“ beschäftigten Personen, wurden nur die der Hand-
ngsgehilfen erforscht und die Hilfsarbeiter einfach übergangen.
st nachdem 1892 der „Verband der Geschäftsdiener, Packer und Berufs-
nossen“ beantragt hatte, die Erhebungen auch auf diesen Beruf auszudehnen,
schloß die Kommission für Arbeiterstatistik am 30. Juli 1893, in Zukunft
ch diese Arbeiter durch Verabreichung von Fragebogen zu berücksichtigen.

Bei den im Jahre 1894 stattgefundenen Erhebungen wurden dann auch
ißstände aufgedeckt, die noch viel schlimmer waren wie die bei den Hand-
ngsgehilfen festgestellten. Recht ausführlich und doch äußerst objektiv
rden die Verhältnisse in der Antwort der Organisation auf den Frage-
gen der Reichskommission sowie in den beigefügten Begründungen geschildert:

Antwort auf den Fragebogen der Reichskommission.

1. Die Arbeitszeit der im Handelsgewerbe tätigen Hilfsarbeiter, als: Ge-
häftsdiener, Packer, Markthelfer usw., dauert im allgemeinen 12 bis 16 Stunden,
rd jedoch in den sogenannten Saisons noch erheblich überschritten.

2. Die gegenwärtige lange Arbeitszeit hat für die Geschäftsdiener, Packer usw.
chteilige Folgen für die Gesundheit, das Familienleben und die geistige Fort-
ldung der Personen.

Die Folgen der langen Arbeitszeit machen sich besonders bemerkbar durch:

Zerstörung der Gesundheit durch ganz besondere Berufskrankheiten, Zerrüttung
s Familienlebens, Vernachlässigung der Kinder, Interesselosigkeit für Kunst und
issenschaft sowie für politische und wirtschaftliche Fragen, Hinneigung zu rohen,
nlosen Genüssen und Verständnislosigkeit gegenüber den Bestrebungen, die eigene
ge zu verbessern.

Für jugendliche Arbeiter durch Zerrüttung des Familienlebens, körperli Schwäche und mangelndes Interesse für Fortbildung.

3. Eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitsdauer der im Handelsgewerbe schäftigten Hilfsarbeiter auf eine bestimmte Maximaldauer ist nicht nur dringe erwünscht und durchführbar, sondern unbedingt notwendig.

4. Im Falle einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit ist keine Ausnah in keiner Branche, weder in der Zeit vor den Festtagen, noch zu Jahrmärkten o Messen notwendig.

Einer Verlängerung der gesetzlich zu bestimmenden Arbeitszeit ist in kein Falle stattzugeben.

5. Die Anordnung einer Mittagspause in der Mindestdauer von 2 Stunden einer bestimmten Tageszeit für Geschäftsdiener, Packer usw. ist notwendig u durchführbar.

In den Gründen zu Antwort 2 heißt es unter anderem: „In Drogen, Farbe, Tabak- und Pelzwarengeschäften usw. ist es wieder der giftige, gesundheitsschädli Staub, den man, da meistens jede Ventilation der Arbeitsräume fehlt, gezwung ist, während der ganzen Dauer der Arbeitszeit einzuatmen. Dieses bildet in V bindung mit dem vielen Treppenlaufen und der unregelmäßigen, nicht genügend Ernährung eine gewiß nicht zu leugnende Veranlagung zu Tuberkulose, Magenkra heiten, Rheumatismus usw. Viele Arbeitsräume, besonders Magazine und Kell sind gepflastert, oft wird in der Einfahrt, im Hausflur oder in einem notdürftig Bretterverschlag gepackt.

„In den Kellern der Weinhandlungen steht oft Grundwasser, die Wän triefen vor Nässe, und es bildet sich der sogenannte Schwamm. Während d Dauer der Geschäftszeit brennt Gas oder übelriechendes Petroleumlicht, außerde verbreitet die in vielen Geschäften noch übliche Lackkocherei zur Versiegelung d Weinflaschen einen unerträglichen Geruch; trotzdem darf nicht ventiliert werder

In bezug auf Antwort 3 heißt es: „Es wird von einer Beschränkung d regelmäßigen Arbeitszeit gesprochen; dies beruht unserer Ansicht nach auf eine Irrtum, denn über die Dauer der Arbeitszeit bestimmt der Prinzipal nach eigene Ermessen, da aber dessen Wille niemals regelmäßig ist, gibt es im Handelsgewer auch keine regelmäßige Arbeitszeit."

Weiter heißt es zu Antwort 4: „Wenn Ausnahmen, und seien sie noch gering, behördlicherseits zu verschiedenen Zeiten gestattet würden, so wäre dadur selbst wenn diese Ausnahmen beschränkt sind, die Kontrolle der Aufsichtsbehörd infolge der eigenartigen Verhältnisse im Handelsgewerbe, ganz besonders erschwe und dem Kaufmann würde es dadurch leicht gemacht, dem Gesetz ein Schnippch zu schlagen. Außerdem würden derartige Ausnahmen praktisch undurchführbar sei weil die weitaus größere Mehrzahl der Handelsbetriebe, besonders in kleiner Orten, nicht Spezial-, sondern Gemischtwarenhandlungen sind."

Die Antwort 5 wird damit begründet: „Es wäre erwünscht, zu bestimmen, da Besorgungen der verschiedensten Art, welche in der Nähe des Weges zur Wohnun des Geschäftsdieners liegen, nicht in die Zeit der Mittagspause eingerechnet werde dürfen, da der Begriff ‚Nähe' leider seitens der Prinzipale zu sehr mißbraucht un dem Geschäftsdiener seine Mittagspause durch derartige Kniffe nahezu illusoris gemacht werden kann."

Das Endergebnis dieser Erhebungen war endlich, nach jahrelange Warten, die gesetzliche Einführung des Neunuhrladenschlusses. Do wurden, das muß gleich hinzugefügt werden, mit dieser „Regelung der Arbeit verhältnisse" nur die Arbeiter bedacht, welche zufällig in Detailgeschäfte arbeiteten. Und auch diese haben bis auf den heutigen Tag, infolge ve schiedener Bestimmungen, auf Grund deren die Arbeitszeit für Handelshilfs arbeiter länger ausgedehnt werden kann, davon so gut wie gar nichts verspür

Erst im Jahre 1901 endlich entschloß sich die Kommission für Arbeiterstatistik, Erhebungen auch auf Handelsbetriebe und Kontore auszudehnen, die nicht offenen Verkaufsstellen verbunden sind. Doch auch diesmal erstreckten sich Erhebungen wieder nur auf die Arbeitsverhältnisse der Handlungsgehilfen, die annähernd 200000 Handelshilfsarbeiter, von denen ein großer Teil den Engrosgeschäften arbeitete, wurden einfach ignoriert.

Dieselbe Organisation, die sich nunmehr in den „Zentralverband der ndels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -arbeiterinnen“ umgewandelt te und deren ausführliche Eingaben der Beirat einfach nicht beachtete, uchte nun den Bundesrat, in Zukunft auch diese Arbeiter bei den Er- ungen, eventuell durch Verabreichung von Fragebogen an Handelshilfsarbeiter- anisationen, zu berücksichtigen. Daraufhin wurde endlich am 12. Februar 1903 Organisation seitens des Beirats aufgefordert, die Adressen seiner Zweig- eine anzugeben. Es wurden dann im ganzen 19 Ortsgruppen des Zentral- bandes und 12 lokale Vereinigungen mit Fragebogen bedacht. Diese Er- ungen wurden dann noch durch Vernehmung von Auskunftspersonen fort- etzt. Obwohl nun das Ergebnis an Umfang im großen ganzen hinter dem 1894 zurückblieb, und zwar infolge Fehlens sachverständiger Beisitzer, anlaßte dennoch das zutage geförderte Material den Berichterstatter des rats Fr. Fischer, zu erklären: Die Erhebung war notwendig, und es scheint oten, eine gesetzliche Regelung vorzunehmen.

Nach längeren Verhandlungen faßte der Beirat folgenden Beschluß:

„In Kontoren und sonstigen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen kaufsstellen verbunden sind, ist den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern, nach ndigung der täglichen Arbeitszeit, eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens Stunden zu gewähren. . . . Innerhalb der Arbeitszeit muß für Gehilfen usw., ihre Hauptmahlzeit außerhalb des die Geschäftsstelle enthaltenden Gebäudes nehmen, diese Pause mindestens anderthalb Stunden betragen. . . . Dauert die liche Arbeitszeit höchstens acht Stunden, so kann die Pause auf eine halbe unde herabgesetzt werden. . . .

„Diese Bestimmungen finden keine Anwendung: 1. Auf Arbeiten, die zur Ver- ung des Verderbens von Waren unverzüglich vorgenommen werden müssen. Für die Aufnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur sowie bei Neueinrich- gen und Umzügen. 3. Außerdem an jährlich höchstens 30 vom Geschäfts- aber unter entsprechenden Kontrollmaßregeln zu bestimmenden Tagen, jedoch mit Maßgabe, daß in diesen Fällen die nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern zu gewährende ununterbrochene Ruhezeit mindestens 8 Stunden festgesetzt wird. . . .“

Man sieht, der Beirat, der scheinbar herzhaft aufs Ziel lossteuert, macht leunigst kehrt, nachdem er kaum drei Schritte getan hat, und geht gut zwei hritte wieder zurück.

Die Organisation aber arbeitete an der Hebung der sozialen Lage ihrer rufsangehörigen unermüdlich weiter. Im Oktober 1905 veranstaltete sie ber eine Erhebung, um der Gesetzgebung nochmals möglichst einwandfreies aterial behufs Regelung der Mißstände vor Augen zu führen. Diese Er- ung erstreckte sich über 83 Orte Deutschlands mit 2322 Betrieben und 777 Beschäftigten (ausschließlich der Speditionsbranche, die das Gesamt- ebnis in ungünstigem Sinne beeinflußt hätte). Die Verhältnisse wurden orscht in 875 Engrosbetrieben mit 7627 Beschäftigten, 684 Engros- und tailbetrieben mit 6796 Beschäftigten, 513 Detailbetrieben mit 3443 Be-

schäftigten, 64 Warenhausbetrieben mit 1805 Beschäftigten, 33 Agentur- u
Kommissionsbetrieben mit 1888 Beschäftigten und in 153 Fabrikbetrieben
2218 Beschäftigten.

Von den 23777 Handelshilfsarbeitern waren 21583 = 90,6 Prozent ü
und 2087 = 8,8 Prozent unter 18 Jahre alt. Die Angabe fehlte bei
= 0,6 Prozent der Befragten.

Recht wertvolle Zahlen wurden bezüglich der Arbeitszeit ermittelt.
betrug die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit inklusive Pausen für 873
wachsene und 63 Jugendliche = 3,9 Prozent der Befragten bis zu 10 Stund
für 11825 Erwachsene und 1089 Jugendliche = 54,3 Prozent 10
12 Stunden, für 7292 Erwachsene und 856 Jugendliche = 34,3 Prozent
bis 14 Stunden, für 1065 Erwachsene und 65 Jugendliche = 4,8 Proz
mehr als 14 Stunden, für 477 Erwachsene und 3 Jugendliche = 2,0 Proz
unbestimmte Zeit und bei 158 Erwachsenen und 11 Jugendlichen = 0,7 P
zent befindet sich keine Angabe.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt demnach durchschnittlich 12,3 Stun
inklusive und 10,8 Stunden exklusive der täglichen Pausen, deren Du
schnittsdauer 1½ Stunden beträgt. Das wäre allerdings noch keine besond
lange Arbeitszeit. Das Bild verändert sich jedoch ungemein, wenn man
regelmäßig wiederkehrende Arbeitszeitverlängerung der verschieden
Branchen mit in Betracht zieht. Dieselbe beträgt durchschnittlich an 2½ Tag
der Woche 1,65 Stunden. Ferner ist die Arbeitszeitverlängerung zu b
stimmten Jahreszeiten in mehreren Branchen zu berücksichtigen. Diese
beträgt durchschnittlich an 1½ Tagen der Woche 1,95 Stunden, zusamm
also an 4 Tagen der Woche mehr wie 1¾ Stunden pro Tag. Die vor
festgestellte normale Arbeitszeit von rund 10¾ Stunden ausschließlich
Pausen würde sich also auf 12,0 Stunden und einschließlich der Pausen
mindestens 13½ Stunden erhöhen. Doch auch das ist noch keineswegs d
Endresultat; um dies zu erhalten, muß man noch die eigenartigen Verhältn
in Betracht ziehen, die sich als Überbleibsel der mittelalterlichen Arbei
verhältnisse hartnäckig behauptet haben. So wird 6543 = 27,5 Prozent
Befragten die Arbeitszeit noch durch Botengänge, Postauflieferungen (letzte
speziell in der Konfektion), Pakete austragen, Schlüsselkassen von und z
Wohnung des Prinzipals bringen usw. noch mehr verlängert. In vie
Fällen auch durch Verrichtung häuslicher Arbeiten vor Beginn oder n
Schluß der Geschäftszeit. Die von der Organisation der Handelshilfsarbei
also einwandfrei festgestellte tägliche Arbeitszeit wird schließlich noch du
derartige „Nebenbeschäftigungen" in den meisten Fällen ganz erheblich üb
schritten. Noch schlechter sind allerdings diejenigen Berufsangehörigen geste
die sich beim Unternehmer in Kost und Logis befinden; für sie trifft he
noch in vollem Umfang die Begründung zu, die der Verband der Geschäf
diener, Packer und Berufsgenossen seiner Antwort auf die Frage 3 im Fra
bogen der Reichskommission für Arbeiterstatistik beigibt.

Recht gravierendes Material förderte die Erhebung auch betreffs d
Arbeitsräume hervor, trotzdem gewisse Vorschriften darüber existier
Man wird das allerdings leichter begreiflich finden, wenn man bedenkt, d
die Kontrolle der Vorschriften Aufgabe der Polizei ist! So ist in 508 der b
fragten Betriebe dauernd künstliche Beleuchtung erforderlich, und 306 Betrie
sind sehr feucht und ungesund. Sehr häufig sind als Packräume offe

ppen, Hausflure sowie Höfe angegeben. Heizvorrichtungen fehlen sehr und ebensooft wird über unzulängliche Ventilation berichtet. Verentlich befinden sich die Packräume neben unzureichenden Klosetts, ja neben und über Ställen. In 879 Betrieben klagen die Befragten über rliche Staubentwicklung, gesundheitsschädliche Ausdünstungen und in Betrieben über giftige Gase und andere Mißstände.

och trauriger sind die Verhältnisse betreffs der Wasch-, Umkleide-Speiseräume, die auf sehr wenigen Fragebogen als zufriedenstellend gnet werden. So wird der als Waschgefäß dienende Ausguß verentlich vom Geschäftspersonal zu gewissen Verrichtungen benutzt, und peiseräume befinden sich oftmals neben den Ställen, respektive es be- sich in ihnen zugleich das Klosett. Am schlimmsten sind aber auch hier r diejenigen Berufsangehörigen daran, die in Kost und Logis beim nehmer stehen; für sie befinden sich Schlaf- und Wohnräume nicht selten ällen, Remisen oder Kellern. Am ausgedehntesten finden wir dieses Überel mittelalterlicher Zustände noch in der Nahrungs- und Genußmittelhe verbreitet. So sind es vor allem Bäckerei-, Schlächterei- und Gasthaftsbetriebe, in denen über mangelhaftes Reinigen und Wechseln der päsche Klage geführt wird. Oftmals muß der Hausdiener sein Bett mit Gehilfen abwechselnd benutzen, und zwar während der letztere nachts tet, schläft der Hausdiener, und umgekehrt, während dieser am Tage tet, schläft der Geselle in demselben Bett. Ja der Hausdiener ist sogar gezwungen, das Bett mit dem Gesellen oder seinen Kollegen gemeinsam nutzen.

eradezu erbärmliche Verhältnisse treten auch betreffs der Bedürfnislten zutage. In Berlin war in einem Betrieb eine Klosettvorrichtung 5 Personen, die durch keinen Verschlag von der Arbeitsstätte getrennt In einem anderen Betrieb befand sich ein Klosett, das von 21 Personen r Geschlechter benutzt wurde. In vielen Fällen wird auch gänzliches n der Bedürfnisanstalten gemeldet.

Bas die Behandlung anbetrifft, so muß man dieselbe nach all den bisen Erhebungen als geradezu menschenunwürdig bezeichnen. Abgesehen schikanösen Geschäftsordnungen, mit allen möglichen und unmöglichen fbestimmungen, sind rohe und gemeine Beschimpfungen, ja sogar Prügel ztere ebenfalls vorwiegend in solchen Stellungen, in denen das Kost- und wesen üblich ist — seitens des Unternehmers sowie eines großen Teiles kaufmännischen Personals ohne Ausnahme des Geschlechts nichts allzu nes.

Daß den Handelshilfsarbeitern bis auf den heutigen Tag keine wirkliche, hafte Sozialpolitik zuteil wurde, sehen wir auch auf dem Gebiet der eiterversicherung. Bei dem im Jahre 1885 in Kraft tretenden Unfallherungsgesetz wurden sie ebenfalls einfach übersehen, und dieser Zustand e erst im Jahre 1902 durch Inkrafttreten der Novelle zum Unfallversichesgesetz dahin abgeändert:

§ 1, Absatz 1. „... Alle Vertreter und Betriebsbeamten, letztere, sofern ihr esverdienst an Lohn oder Gehalt 3000 Mark nicht übersteigt, werden gegen die en der bei dem Betrieb sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe dieses Ge- versichert, wenn sie beschäftigt sind: in gewerbsmäßigen Speditions-, Speicher-, rei- und Kellereibetrieben, in Lagerungs-, Holzfällungs- oder der Beförderung

von Personen oder Gütern dienenden Betrieben, wenn sie mit einem Han gewerbe, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen ist, verbu sind. . . .“

Waren die Handelsbetriebe vorher überhaupt nicht versicherungspflicht sind sie es seit Inkrafttreten der Novelle nur dann, wenn sie im Handelsre eingetragen und mit einer besonderen Lagerabteilung (wie das Reichsversicheru amt präzisiert hat: mit einem vom Verkaufsraum getrennten Lagerraum) bunden sind. Das Reichsversicherungsamt vermochte sich jedoch auf die T der Tatsache nicht zu verschließen, daß es mit dieser Definierung den gesa § 1, Absatz 1 der Novelle so ziemlich aufgehoben hatte, und es mußte deshalb zu dem Zugeständnis bequemen, daß auch solche Betriebe versicheru pflichtig sind, welche Angestellte für bestimmte Lagereiarbeiten beschäfti Hierzu wird gerechnet: das Auf- und Abladen von Waren, das Auspacken Kisten und Ballen, das Verbringen der Waren in und aus den Räumen, Umgehen mit Waren bei der Inventarisierung, das Verpacken der verka Waren, das Sortieren, Auszeichnen und die sonstige Behandlung der W wenn diese Arbeiten lediglich zu dem Zwecke erfolgen, die Waren in verk fähigen Zustand zu versetzen oder sie darin zu erhalten, sowie das räumen und Reinigen der Räume und die Beaufsichtigung aller dieser Arbe Doch muß diese Tätigkeit an mindestens hundert Tagen im Jahre vom Arb verrichtet werden. Daß auch diese Bestimmung keineswegs den Forderu der Arbeiter Genüge leistet, da sie durchaus nicht alle Handelsbetriebe umfa oft genug in der Berufspresse sowie in Versammlungen und auf Kongr der Handelshilfsarbeiter betont worden. Sogar verschiedene Handelskam äußerten sich in diesem Sinne, zum Beispiel die in Magdeburg, Posen, Fr furt a. M., Wiesbaden, Bonn, Ludwigshafen, Pforzheim usw. Die Ma haftigkeit der Versicherung geht auch aus den Erhebungen der Organis hervor. Während von den 2322 Betrieben mit 23777 Beschäftigten ur versicherungspflichtig nur 1720 (= 74,1 Prozent) Betriebe mit 19783 Bes tigten (= 83,0 Prozent) waren, wurde die Unfallgefahr im Beruf als ziemlich hohe festgestellt.

Seit den Erhebungen des Beirats sind nunmehr wiederum mehrere J verstrichen, ohne daß sich die Gesetzgebung veranlaßt sah, endlich diese stände im Handelsgewerbe einzuschränken. Auch die Erhebungen der Org sation, die außerdem noch auf dem im Oktober 1906 abgehaltenen Kon der Handelshilfsarbeiter wirksam ergänzt wurden, vermochten keineswegs Gesetzgebung aus ihrer Ruhe aufzurütteln. Im Gegenteil! Die Regie scheute sich nicht, die elenden Verhältnisse noch zu verschlechtern. Man bra dabei unter anderem nur an die Bestimmung in der Gewerbeordnungsno betreffs Regelung der Sonntagsruhe zu denken. Diese Aufgabe wurde Kommunalbehörden übertragen. Was die Handelsangestellten von diesen zu erwarten haben, beweist zur Genüge das verständnislose Verhalten Kommunalbehörden gegenüber der berechtigten Forderung, den Achtuhrladens einzuführen. Außerdem hat die Regierung in neuerer Zeit im Arbeitskammerg entwurf verraten, wie sie in Wirklichkeit über die Handelshilfsarbeiter d Sie erachtet dieselben nicht einmal dieses Danaergeschenkes würdig. Doch denkenden Arbeiter im Handelsgewerbe verzichten auch gern auf dera „soziale Reformen“, sie verlangen eine wirkliche Sozialpolitik, als d Grundlage zunächst eine Maximalarbeitszeit von 9 Stunden für ältere

Stunden für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, ferner Achtuhrladen-, schäfts- und Arbeitsschluß sowie Verbot der Sonntagsarbeit eingeführt den muß. Allerdings die ehrliche Absicht, die kulturelle Hebung der eiterklasse zu fördern, gilt als Vorbedingung hierfür. Unsere Sozialpolitiker heute aber, die Fleisch vom Fleische der besitzenden Klasse sind, sehen ihre ensaufgabe einzig und allein in der Vertretung kapitalistischer Interessen. zerlich sind sie sich dabei gar nicht der Tatsache bewußt, daß sie durch ie ihre Arbeiterfeindlichkeit täglich, ja stündlich in unvergleichlicher Weise i die Selbsthilfe der Arbeiter, deren Organisation agitieren. Die in der en Zeit siegreich durchgeführten Lohnkämpfe im Handelsgewerbe lassen en, in welcher Form diese Arbeiter sich für die „gefüllte Kompottschüssel" tmals bedanken werden. Das wachsende Klassenbewußtsein wird mit der t auch unserer Gesetzgebung die Erkenntnis einhämmern, daß die wirt-ftliche Entwicklung die Handelshilfsarbeiter längst zu qualifizierten Ar-tern stempelte.

Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland.

Von **Hermann Remmele.**

In allen Ländern, in denen eine moderne Arbeiterbewegung vorhanden haben sich auch sozialistische Organisationen der arbeitenden Jugend ge-iet. Die Ursachen sind allerwärts die gleichen. Der Trieb, sich an dem intischen Ringen des Proletariats zu beteiligen, entspringt den wirtschaft-en Verhältnissen, unter denen die proletarische Jugend aufwächst. Die npfesatmosphäre der allgemeinen Arbeiterbewegung ist es, die auch das ze Fühlen und Denken der Jugend in Anspruch nimmt. Tausenden von beiterkindern geht der Geist des Sozialismus sozusagen schon mit der ttermilch in Fleisch und Blut über. Bereits in der Schule stoßen sie auf ungeheuerlichen Widersprüche der alten und neuen Weltanschauung und den so zum selbständigen Denken und Beurteilen gedrängt. Wenn sie die ulbänke verlassen, sind sie schon längst mit der alten Weltanschauung eig. Die maßlose Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter durch ein skrupel-es Unternehmertum tut noch das übrige, um sie für sozialistische Anschau-gen empfänglich zu machen.

Zweifellos haben die Parteiorganisationen Jahrzehnte hindurch die Stim-ng, die in der jugendlichen Arbeiterschaft herrscht, nicht gekannt, oder aber t für berücksichtigenswert erachtet, sonst hätten sie nicht blindlings an ihr beimarschieren können und dem Nachwuchs mehr Rechnung tragen müssen, wie geschehen.

Endlich in den Jahren 1903, 1904 und 1905 bildeten sich in einer Reihe Orten in Deutschland fast zu gleicher Zeit lokale Jugendvereine. Aus Jugend selbst heraus drang das Verlangen nach Zusammenschluß der handenen Kräfte. Immer stärker wuchs die Bewegung. Sie zentralisierte schuf ein Blatt: „Die junge Garde" — und die deutsche sozialistische gendbewegung war da. Mit elementarer Gewalt wuchs die Bewegung sich selbst heraus. Nun starrte alle Welt sie befremdet an. Von den

eigenen Parteikreisen wurde sie mit passiver, reservierter Haltung empfan
Ein Achselzucken — oder auch ein: „Sie sollen warten, wie wir gewa
haben!" Von den Gegnern der Arbeiterbewegung auf das heftigste bekäm
verleumdet und beschimpft — das war die Begrüßung der aufwärtsstreben
Arbeiterjugend, der „Lausbubenorganisation"! Man rief nach der Pol
nach dem Staatsanwalt und gab diesen durch die Gesetzgebung Waffen,
die Organisationen der Jugend zu zertrümmern. Vergebens! Die sozialisti
Jugendbewegung ist eine naturnotwendige Folge der gesellschaftlichen Klas
gegensätze, und diese lassen sich mit Gesetzesparagraphen nicht beseitigen.

Bisher sahen wir ausgesprochen sozialistische Jugendorganisationen nu
Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg und Bremen, wo die Vereinsge
eine geschlossene Organisation der Jugend ermöglichten. Es ist aber falsch,
zunehmen, daß die Bundesstaaten, die ein Organisieren der Jugend nicht
ließen, auch keine Jugendbewegung gehabt hätten. Im Gegenteil! Ge
dort sind große Bewegungen zu verzeichnen. So hatte — um nur ein
spiel herauszugreifen — Dresden 2000 Anhänger, die sämtlich Leser
„Jungen Garde" sind und ein reges Betätigen zeigten. Wir sehen schon
diesem einen Falle, daß eine geschlossene Organisation absolut nicht vonn
ist, um sich „politisch" zu bilden und zu betätigen.

Der Verband junger Arbeiter hat sich am 3. Mai auf seiner Gene
versammlung in Darmstadt aufgelöst. Es waren ihm nur zwei Möglichke
gegeben, sich zu erhalten. Entweder man verwandelte die rein sozialisti
Organisation in eine politisch neutrale, oder man schloß die jugendlichen
nossen unter achtzehn Jahren aus. Beides wäre falsch. Die letzte Mögl
keit hat Genosse Frank in Nr. 33 der „Neuen Zeit" zur Genüge widerl
Gegen die erstere Möglichkeit der Erhaltung sprechen noch wichtigere Grü

Zunächst bedarf die Arbeiterklasse zur Durchführung ihrer politischen
wirtschaftlichen Kämpfe ein großes Maß politischer und wirtschaftlicher
dung, außerdem sind sittliche Eigenschaften erforderlich — Solidarität, de
kratische Gesinnung, Disziplin, Selbstbewußtsein, Opferwilligkeit —, die
Rahmen *neutraler* Organisation, die außerdem stets unter Aufsicht
Polizei stehen, nicht herangebildet werden können. Die Folge der Neutrali
würde die Versimpelung der Jugendorganisation sein. Die sozialistische
ziehung, die ja die Hauptaufgabe der Organisation ist, müßte preisgege
werden. Und nach außen hin erklären, man ist neutral, und in den Verba
veranstaltungen dennoch die sozialistische Erziehung betreiben, ist eine
möglichkeit. Zweifellos könnte man dadurch der Polizei und den Gerich
viel zu schaffen machen, aber ein derartiger Kampf würde ungeheure Op
der Jugendlichen fordern, denn das neue Reichsvereinsgesetz bestimmt,
die Jugendlichen unter achtzehn Jahren selbst bestraft werden und nicht
die Vereinsvorstände und Versammlungsleiter. Und vor allem — ein A
kriechen und ein Verleugnen unserer Bestrebungen wäre geradezu ein Kap
lieren vor der Reaktion.

*Nein! Wir wollen es laut der Welt verkünden, unser Z
ist: die Erziehung der Arbeiterjugend zu brauchbaren Klass
kämpfern!*

Und wir wollen die *Arbeiterjugend*, sobald sie der Schule entwach
ist, *von den schädlichen Beeinflussungen der Volksschulbildu*
reinigen und sie, während sie den Kampf ums Dasein aufnehmen m

· dem öffentlichen Leben, mit den politischen und wirtschaft-
ɪen Kämpfen, vertraut machen. Das müssen die beiden Grund-
ɪnken sein, die uns zu leiten haben!

Wie dieses Ziel unter den neuen Verhältnissen erreicht werden kann, hat
oſſe Frank unzweideutig zu verstehen gegeben. Die Partei und die
verkschaften haben sich der Aufklärung der Jugendlichen zu
men! Die zaghaften Ansätze in Süddeutschland werden sich alsdann zu
: großen, starken, einheitlichen Jugendbewegung auswachsen, die sich über
; Deutschland erstreckt. Das Rückgrat der Bewegung wird die für die
iend zu schaffende Zeitschrift sein, für deren sach- und fachgemäße Aus-
ɪung die Partei Sorge zu tragen hat. Von der Partei und den Gewerk-
ten sind Kommissionen zu bilden, in die sie auch ihre in pädagogischer
icht besten Kräfte zu senden haben.

Die erste Aufgabe der Jugendorganisationen ist die Verbreitung allgemeinen
ens unter der Jugend. Anknüpfend an die Volksschulbildung ist durch
räge das Wissen der Jugendlichen zu erweitern, ebenso durch Verbreitung
r Schriften, die speziell für die Jugend geschrieben sind, durch Pflege des
stsinns, wie Veranstaltungen und Besuche von literarischen Abenden,
terabenden, Museenbesuche usw. Solche Veranstaltungen unterliegen keiner
zeilichen Meldepflicht und werden nicht überwacht.

Die zweite Aufgabe ist die Erziehung zur Aneignung sittlicher Eigenschaften,
n die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zur Erfüllung ihrer historischen
sion in hohem Maße bedarf — die Erziehung zur Solidarität, Disziplin,
eradschaftlichkeit, demokratischer Gesinnung, Enthusiasmus und Opfersinn.
ie wurden bisher in den Vereinen, die selbständig von jugendlichen Ar-
ern geleitet wurden, geweckt, gestärkt und herangebildet. Gerade durch das
ständige Denken, Handeln und Betätigen in eigener Organisation würden
ntwortlichkeitsgefühl und Selbstbewußtsein anerzogen, Eigenschaften, deren
wendigkeit für den Klassenkampf sich die jungen Genossen bewußt werden
ien. Zweifellos lag in der eigenen, von Altersgenossen geleiteten Orga-
tion auch ein besonderer Reiz zur Erweckung der Selbstbetätigung, des
zeizes und des Selbstbewußtseins. Muß nun diese Aufgabe der Er-
ɪng preisgegeben werden?

Keineswegs! Die Kommissionsveranstaltungen — früher die Vereinsveran-
ungen (Versammlungen, Vortragsabende, literarische Abende, Kunst-
nstaltungen aller Art, Theater- und Museenbesuche usw.) — werden wie
er in den meisten Fällen alle acht Tage stattfinden. Die demokratische
nnung der Partei- und Gewerkschaftsgenossen bürgt dafür, daß die
ɪsche der Jugend stets als Grundlage der Beschlüsse der Kommission
ien. Also die Selbstbetätigung und Mitwirkung der Jugend wird in
r Weise unterbunden. Und was ganz besonders profitieren wird, ist das
lutionäre Bewußtsein, von dem bisher die deutsche Jugendbewegung nur
: matt angehaucht war. Das freie Arbeiterlied, das bei der deutschen Ar-
rschaft fast in Vergessenheit geraten ist — das dem geübten Vereinsgesang
hen mußte —, wird seine Auferstehung feiern.

Die dritte Aufgabe erfüllt sich dann von selbst. Die so vorbereiteten
endlichen werden kaum den Tag erwarten können, bis sie mit ihrem voll-
ten achtzehnten Lebensjahr in die Reihen der organisierten Klassengenossen
eten. Jedoch wird es gut sein, daß für diese Genossen über achtzehn

Jahren bis zur Militärzeit besondere Abteilungen (Unterrichtskurse, Versa
lungen) gebildet werden, in denen sie lediglich politische Schulung erha

Die Regelung der vierten Aufgabe, Lehrlings- und jugendlicher Arbe
schutz, hat Genosse Dr. Frank eingehend beleuchtet.

Die internationalen Beziehungen mit den ausländischen Jugendorga
tionen — die fünfte Aufgabe — hat eine zu schaffende Zentralstelle
Jugenderziehung aufrechtzuerhalten. Das Jugendorgan wird uns
die ausländische Bewegung ebenso berichten, wie dies bisher die „J
Garde“ getan hat. Auch die Beschickung internationaler Konferenzen
wie bisher geschehen. Die antimilitaristische Propaganda muß in erster L
durch das Organ und gute Schriften erfolgen, in zweiter Linie durch
klärende Vorträge an Jugendliche über achtzehn Jahren. Des weiteren
durch Rezitation, Aufführung geeigneter Theaterstücke usw. auf diesem G
gewirkt werden.

Die Bekämpfung der Schundliteratur und des Alkohols wird eine le
Aufgabe sein, nachdem man die freie Zeit der Jugend für die aufgefüh
Punkte in Anspruch genommen hat.

Unsere Pläne, mit denen wir an die Partei und die Gewerkschaften he
treten, sind also folgende:

Die Partei und die Gewerkschaften haben eine Zentralkommiss
zu bilden, die die Herausgabe eines Jugendorgans zu bewerkstelligen
Diese Zentralkommission gilt auch als Zentralstelle der örtlichen K
missionen, die das Organ zu vertreiben haben und die örtlichen Veran
tungen für jugendliche Arbeiter besorgen. Die Zentralstelle hat am geeigne
ihren Sitz an dem Orte des Parteivorstandes und der Generalkommission
Gewerkschaften, also in Berlin. Mit der Zeit bildet sich ganz von selbst
Bedürfnis heraus, daß zum einheitlichen Arbeiten in den einzelnen Lan
teilen besondere Agitationskomitees am Sitze der Landesvorstände
Leben treten und so die eigentliche Zentrale entlasten.

Werden diese Aufgaben erfüllt, dann war der Schlag der Reaktion
Hieb in die Luft. Dann wird der 8. April zum Markstein in der Gesch
der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland und diese bald im in
nationalen Wettkampf nicht mehr wie bisher hinterdrein humpeln, sonder
wie die gesamte deutsche Arbeiterbewegung mit an erster Stelle marschi
Und dies alles dank der „triumphierenden“ deutschen Reaktion!

Literarische Rundschau.

Etienne Lamy, **La femme de demain.** Paris 1907, Perrin & Co. 287 Se

Im Hinblick auf die Frauenfrage vollzieht sich in der klerikalen Literatu
bedeutender Umschwung. Er macht sich ebensowohl in den Büchern, aus dene
dumpfe Halbbildung österreichischer Hetzpfaffen spricht, als in denen ernsthaft
schender Christlichsozialer in Deutschland geltend und ist auch in den von
männischer Eleganz zeugenden Vorträgen des Mitglieds der Academie Franç
Etienne Lamy, nicht zu verkennen, die nun zu einem Bande vereinigt vorliege

Auch die Klerikalen wollen nicht mehr die Frau zum Schweigen und Gehor
verurteilen, und sie haben ihre guten Gründe dazu. Es kann ihnen nicht gefa
die weibliche Hälfte der Bevölkerung, die sie als ihr starkes Bollwerk ansehen, u
der Herrschaft und dem unbedingten Einfluß der anderen Hälfte zu wissen, in d

te die verirrten Schafe immer zahlreicher werden und sogar mitunter die Über-
t gewinnen. Zugleich aber sehen sie die Frauen in immer zahlreichere Gebiete
Wissens, des Erwerbes und des öffentlichen Lebens eindringen, und indem sie
er mehr daran verzweifeln, diese Bewegung hemmen zu können, suchen sie sie
igstens abzulenken und dorthin zu leiten, wo sie ihre Felder befruchten kann.
Dieses Bestreben erfüllt das Buch Lamys, und man muß dem Autor zugestehen,
er den Widersprüchen, die sich notwendig aus der modernen Entwicklung des
uenlebens und den Satzungen der katholischen Kirche ergeben, geschickter aus-
eichen versteht, als das sonst seinen Gesinnungsgenossen glücken will. Er tritt
usiastisch für die wissenschaftliche Ausbildung der Frauen ein, wobei er be-
ptet, daß die Kirche das zu allen Zeiten getan hätte, und er erwartet von der
hrten Frau, daß sie dem Christentum die Welt zurückgewinnen, vor allem aber
antiklerikale Übermacht im heutigen Frankreich niederringen werde.

Um das Seinige zur weiblichen Gelehrsamkeit beizutragen und um die Frauen
efähigen, den freidenkerischen „Sophismen" der Männer siegreich zu begegnen,
ihnen Lamy mit nicht übel gespielter Objektivität auseinander, welche Stellung
Katholizismus, der Protestantismus, der Freisinn und der Sozialismus kraft
r historischen Entwicklung und ihrer Ziele den Frauen einräumen.

Es erübrigt wohl, erst ausführlich darzutun, daß das Bild, welches der Autor
der Wirksamkeit der katholischen Kirche gibt, genau so schief ist wie dasjenige,
ches er von den Zielen der Sozialdemokratie entwirft, und wenn seine Unauf-
igkeit eines Beweises bedürfte, so müßte es als solcher angesehen werden, daß
ie auf allen Gebieten dilettierenden Damen als die einzigen Wesen umschmeichelt,
he die Wissenschaft um ihrer selbst willen betreiben, daß er ihren synthetischen
st rühmt im Gegensatz zu dem analytischen der Männer, und daß er sogar be-
ptet, die Frauen seien zu allen Zeiten die Bewahrerinnen der leitenden Ideen
Menschheit gewesen.

Indem sich der Autor ausschließlich an die Frauen der wohlhabenden Klassen
det, läßt er die eigentliche Frauenfrage, die Frage der notwendigen Konse-
uzen der weiblichen Erwerbsarbeit für die Familie, fast unberührt und ver-
ilt schon dadurch sein Buch zur Wirkungslosigkeit. Liegt doch die Entscheidung
über, ob das geistige Leben Frankreichs endgültig der Leitung durch den Klerus
issen werden kann oder nicht, vorwiegend bei den arbeitenden Volksmassen.

Therese Schlesinger.

Notizen.

Zentralorganisation der Gewerkschaften Finnlands. Obwohl die sozialdemo-
ische Arbeiterbewegung in Finnland noch nicht volle zehn Jahre alt ist — die
tei wurde erst 1899 gegründet —, hat sie sich doch in ganz erfreulicher Weise
wickelt, und zwar politisch wie auch gewerkschaftlich ganz nach dem Vorbild der
tschen Sozialdemokratie. Die politischen Organisationen bilden die Wahlvereine
den einzelnen Wahlkreisen, die sich in Kommunal- und Bezirkskörperschaften ver-
igen. Die fünfzehn Wahlbezirke gelten als fünfzehn besondere Agitationsbezirke,
alljährlich für sich Konferenzen abhalten, während die Gesamtpartei nur in jedem
ten Jahre zu einem Kongreß zusammentritt. In außerordentlichen Fällen kann
Parteileitung gemeinsam mit dem Verwaltungsrat auch früher Kongresse berufen.

Nach dem Vorbild der deutschen Gewerkschaften schufen sich auch die finnischen
ossen vor zwei Jahren eine Zentralstelle, um die sich die meisten Gewerkschafts-
bände gruppiert haben, und zwar folgende Verbände und Lokalorganisationen:
Verbände der Glasarbeiter, Lederarbeiter, Straßen- und Wasserbauarbeiter,
hbinder, Holzarbeiter, Schneider, Sattler, Bürsten- und Pinselarbeiter, Sägerei-
eiter, Schuhmacher, Papierarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Bäckereiarbeiter,
inarbeiter, Hafenarbeiter, Textilarbeiter, Schneiderinnen, Gießereiarbeiter,

Töpfereiarbeiter, sozialdemokratischen Journalisten. Ferner die Lokalorg- sationen von Helsingfors, Abo, West-Saima, Kemi, Uleaborg. Außerdem ist Zentralorganisation beigetreten die Gewerkschaft der Ziegeleiarbeiter von K- Außerhalb der Zentralorganisation befinden sich noch die Verbände der Buchdr- Spengler und Kupferschmiede, Maler, Metallarbeiter, Maurer, Arbeiter gemis- Berufe, Metalldreher, Rohrarbeiter, nordischen Floßarbeiter. Es ist anzuneh- daß auch die jetzt noch außerhalb der Zentralorganisation stehenden Verbänd- nächster Zeit ihr beitreten, denn bei den meisten steht die Frage bereits auf Tagesordnung.

Nach den neuesten amtlichen Daten beträgt die Gesamtzahl der Industriearb- Finnlands 107808. Davon sind rund 35000 gewerkschaftlich organisiert, also Drittel. Unter diesen haben sich 470 Gruppen mit 25497 Mitgliedern der Zen- organisation angeschlossen. Zwölf Verbände haben vierzehn Personen als Sekre- angestellt, die monatlich 150 bis 200 finnische Mark Gehalt beziehen. Sieben bände haben eigene Organe mit zusammen 14300 Abonnenten. Die Gesamteinnah- betrugen 144704 finnische Mark, davon ordentliche Einnahmen 82716 finnische M- Die Ausgaben beliefen sich auf 101822 finnische Mark. Der Vermögensstand m- Ende 1907 66669 finnische Mark aus.

Die Zeit der politischen Spannung unter der Gewaltherrschaft des Bobr- vor der russischen Revolution, dann die Revolutionszeit mit dem Generalstrei- Herbste 1905, die darauffolgende Zeit des Kampfes um das allgemeine Wahlr- die Wahlagitation Ende 1906 und Anfang 1907 und endlich die Tätigkeit der V- vertretung und ihre Auflösung hat so gewaltig aufklärend auf das Klassenbew- sein der Arbeiter gewirkt, daß die Bewegung in der größten Lebhaftigkeit schreitet. Und die gegenwärtige Wahlagitation mit dem unschätzbaren Agitati- material gegen die bürgerlichen Parteien aus dem aufgelösten Reichstag und Tätigkeit der reaktionären Regierung vermag ihr nur neuen Schwung zu leihen. M-

---

Zeitschriftenschau.

„Le mouvement socialiste“ vom Mai bringt eine Fortsetzung der Enq- über **„Die Krise im Lehrlingswesen“**, über deren Anfang in Nr. 34 der „Ne- Zeit“ (S. 278) referiert wurde. Diesmal werden die Urteile von A. Lau- Mechaniker, A. Merrheim, Sekretär der Metallarbeiterunion, und A. Luqu- Sekretär des Verbandes der Friseurgehilfen, gegeben. Letzterer teilt mit, daß seinem Beruf eher von einem Überfluß an Lehrlingen geredet werden kann; d- nicht unter das Fabrikgesetz fällt, ist eine grenzenlose Kinderausbeutung hier mög- und drängen sich viele junge Leute dahin; auch glauben viele Eltern mit klei- Ersparnissen in diesem Beruf ihren Kindern eine selbständige Position schaffen können. Selbstverständlich wird auch hier der Beruf erst erlernt, wenn die L- lingszeit vorüber ist; die Kenntnisse zu vervollständigen, dienen Fachschulen, teils von den Meistern, teils von der Gewerkschaft errichtet wurden.

Die Aussage des Mechanikers Lauche bestätigt die allgemeinen Ergebnisse schon behandelten Antworten. Die Entwicklung des Großbetriebs macht Fachke- nisse überflüssig; das Gesetz von 1900 haben die Unternehmer in der Weise gewandt, daß sie die Lehrlinge entließen; nur in der Kleinindustrie erhält sich Lehrlingswesen, als eine Form der Ausbeutung der Jugend. Zwar erfordert Drehbank persönliche Fachkenntnisse, aber einem Lehrling vertraut man ein sol- Werkzeug nicht an; lieber wird einem einzigen Arbeiter die Beaufsichtigung mehr- Maschinen aufgetragen. Die Fachschulen sind überall veraltet und unpraktisch; Schüler sind keine Kinder aus Arbeiter-, sondern aus kleinbürgerlichen Kreisen; Lehrmethode geht von der Anschauung aus, daß nur der ein tüchtiger Arbeiter

mit den alten, primitiven, nirgends mehr gebrauchten Werkzeugen gut zu
iten weiß. Diese Schulen liefern meist Werkmeister, keine Arbeiter. Die Unter=
ner haben mehr Interesse an der Verbesserung der Maschinen als an der der
iter; daher kann eine Verbesserung des Lehrlingswesens nur von seiten der
iter, namentlich der Gewerkschaften, kommen, für die sie einen Teil ihrer all=
inen Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Akkord=
it, bildet.

Am interessantesten ist der Aufsatz Merrheims, der den Hintergrund des
ngsspektakels über die angebliche Krise des Lehrlingswesens beleuchtet. Die
talisten haben diesen Spektakel angestiftet, um das Gesetz von 1900 los zu
en, das sie angeblich gezwungen hat, den Lehrlingen ihre Pforten zu ver=
ßen. Weil das Gesetz ihre Kinderausbeutung einschränkte, soll die Lehrlings=
das Motiv abgeben, die unbeschränkte Ausbeutung der Kinder wieder zuzulassen.
Betrachtungen über die Krise im Lehrlingswesen sind also nur ein Teil der
meinen Kampagne, die von den Unternehmern gegen das Millerandsche Gesetz
hrt wird. Es ist richtig, das Gesetz gab zunächst den Anstoß, daß überall die
ndlichen aus der Fabrik getrieben wurden; so rächten sich die Unternehmer
en Arbeitern, die zum Teil auf den Verdienst ihrer Kinder angewiesen waren,
nicht als Lehrlinge, sondern in Wirklichkeit als Lohnarbeiter tätig waren; denn
Unternehmer sahen in dem Gesetz eine Frucht der Agitation des Proletariats.
Verkürzung der Arbeitszeit mit Beibehaltung der Lehrlinge wollten die Unter=
ner selbstverständlich nicht, und jetzt legen sie sich auch energisch ins Zeug gegen
geplante Festsetzung des Zehnstundentags für alle erwachsenen Arbeiter. Ihr
de über die Lehrlingsnot ist also nur Heuchelei.

Die Hauptursache der Krise des Lehrlingswesens liegt jedoch in der Entwick=
der Großindustrie, die keine Arbeiter mit allgemeinen Fachkenntnissen, sondern
zialisten braucht. Der Arbeiter im Handwerk machte ehedem ein ganzes Stück
z; er war schöpferisch tätig; der Spezialist überwacht bloß die Maschine. „Das
ltat ist verhängnisvoll. Für den Arbeiter bleibt kein Denken, keine Initiative
. Die Maschine denkt für ihn, übernimmt an seiner Stelle die Initiative; sie
in feines und genau geregeltes Instrument. Automatisch denkt und bildet sie,
ei sie ihre rohe Kraft an die Stelle des harmonischen und schöpferischen Ge=
ens des Produzenten setzt.“ Nur viel produzieren ist die Losung; der Arbeiter
zu einem Teil der Maschine, gerät unter ihre geistlose Disziplin; die Maschine
t ihn zum Sklaven, ergreift, zerreibt und uniformiert all sein Denken und nimmt
seine Individualität, seine schöpferische Kraft. So wird er selbst zu einer pas=
Maschine, und daraus entspringt jener unfruchtbare Skeptizismus, der sagt:
s hilft alles, man muß ja leben.“ „Der Maschinismus macht den Arbeiter zum
sten und tötet sein Gehirn bis zu dem Grade, daß er den Glauben an die
e Kraft verliert.“ Das Proletariat steht dem gewaltigen Aufschwung der
ßindustrie wie von Schrecken gelähmt gegenüber; er sieht nicht die bessere Zu=
t, die diese Technik ihm vorbereitet, und beugt sich kraft= und mutlos unter die
tel des Kapitals. Sogar in den Gewerkschaften sind von dieser Geistes=
assung Spuren zu bemerken. Nur die Gewerkschaften können hier helfen, indem
das Bewußtsein der eigenen Kraft und des eigenen Wertes wieder erwecken;
eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ist nötig, um die üblen Folgen für
Arbeiter zu verringern. Nicht in einer Krise des Lehrlingswesens, sondern in
Krise der ökonomischen Entwicklung befinden wir uns.

Wir haben diese Ausführungen Merrheims hier ausführlich wiedergegeben, weil
ugleich einen wertvollen Einblick in die einer rückständigen ökonomischen Ent=
lung entsprechende Geistesverfassung des französischen Syndikalismus bieten.
tüchtigen Fachausbildung wird ein hoher Wert beigelegt; sie gibt den Arbeitern
bedeutende Kraft den Unternehmern gegenüber, da sie nicht von ungelernten
eitern ersetzt werden können, eine Kraft, die also weniger aus dem Zusammen=

schluß aller, als aus der individuellen Tüchtigkeit entspringt; dadurch bekomm
Gewerkschaft einen gewissen zunftähnlichen Charakter. Bezeichnend ist in d
Hinsicht der Ausspruch, daß der Maschinismus den Arbeitern den Glauben a
eigene Kraft nimmt. Das ist richtig für ihre persönliche Kraft — und die
niedrigung, die die französische Arbeiterschaft jetzt erfährt, hat überall, zuer
England im achtzehnten Jahrhundert, stattgefunden, wo gelernte Arbeiter
Maschinen mit ungelernten Arbeitern ersetzt wurden und ihre alte auf Fachk
nissen beruhende Kraft und Energie gebrochen wurde. Aber so sehr der Auto
von diesem Zusammenbruch des Alten nicht bedrücken läßt und darüber hin
sieht, so sieht er doch noch nicht, wie aus dem Maschinismus, der die Arbeit
schwachen Sklaven ohne eigenes Denken macht, eine neue Kraft, eine Klassen
entsteht und neue Gedanken entsprießen, die wirklich revolutionäre Gedanken
Der Revolutionarismus der Syndikalisten ist nicht der der vom Großkapital
gebeuteten proletarischen Massen, sondern der von gelernten Facharbeitern
unentwickelten Technik, denen der politische Weitblick des modernen Proletariats

In einem Aufsatz **„Der demokratische Verfall“** behandelt Gabriel Beau
den Bankrott der Demokratie unter der dritten Republik, namentlich unter Clemen
dem Typus des Demokraten ohne Furcht und Tadel. Die Demokratie von
war ein aufrichtiger Versuch; ihre Vertreter waren ehrlich und erfüllt von
lismus. Die Politiker der dritten Republik sind die reinen Geschäftspolitiker
Politik ist ein Wettkampf geworden, um die fetten Posten und Vorteile der
gierungsgewalt für sich, Freunde und Verwandte zu ergattern, eine schar
Plünderung des Staatsschatzes. Kein Wunder, daß als Führer bei diesem Ges
Renegaten und Hanswurste am tauglichsten erscheinen, das heißt Leute ohne Skr
ohne Ehre und Moralität. Im Parlament herrschen Kretinismus und Korrup
im Lande herrscht Feigheit gegenüber einer Handvoll Geschäftspolitiker, die
die Macht verfügen. Die alten Garantien von Recht und persönlicher Siche
sind aufgehoben, „wir machen hier kein Recht, sondern wir machen hier Pol
sagte ein Abgeordneter. Die Verhaftung der Arbeiterführer am 1. Mai des vo
Jahres, die Verfolgung mehrerer Priester sind Beispiele davon, und sogar
sozialistischen Deputierten protestierten nicht, wo es ihren Gegnern galt. Der G
dieser parlamentarischen Degeneration liegt vor allem darin, daß die Bauern
mehr die alten sind; ihre Liebe zur Selbstverwaltung und Freiheit, zur Erde
zur Arbeit sind verschwunden; sie sind von den Ideen der Bourgeoisie infiziert
werden so eine Beute der bürgerlichen Politiker. Die wirkliche Ursache dieser
scheinung aus der ökonomischen Entwicklung herauszufinden, liegt dem A
offenbar fern.

„La revue socialiste“ vom Mai bringt einen Aufsatz von J. H. Rou
über **„Neue überrheinische Städte“**. Der Autor skizziert eine der Hauptstätten
chemischen Industrie Deutschlands, wo ganze Städteviertel durch die Industrie
dem Boden gestampft wurden. Lobend und bewundernd erzählt er von den wi
schaftlichen Einrichtungen, den hohen luftigen Fabrikräumen, der großen An
studierter Chemiker, den hohen Löhnen (!) der Arbeiter, die die Maschinen bedi
und die chemischen Prozesse überwachen, von den vielen Wohlfahrtseinrichtun
Solche Fabriken, meint er, sind ein Typus der Zukunft. Aber sind die Leute
auch glücklich? Sie leben unter strengen Fabrikordnungen; eine Atmosphäre
Neid, Eifersucht und stiller Feindschaft hängt um sie; keiner traut dem andern,
Furcht, daß seine Äußerungen der Direktion übermittelt werden. Weshalb sind
Leute nicht glücklich unter diesen Umständen? „All unser Elend ist innerlich
von uns selbst verursacht“, zitiert der Autor seinen Landsmann Anatole Fr
und fühlt sich bei dieser Erklärung offenbar beruhigt; in der kapitalistischen N
dieser Industrie eine nähere Erklärung zu suchen, fällt ihm nicht ein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 40 Ausgegeben am 3. Juli 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Akademische Krakeele.

Berlin, 27. Juni 1908.

In der vergangenen Woche vollendete Gustav Schmoller sein siebzigstes
bensjahr und wurde bei dieser Gelegenheit von der bürgerlichen Presse als
r „mächtigste deutsche Professor" teils gefeiert, teils auch angefeindet. Jedoch
der Lob noch Tadel war frei von politischer Tendenz.

Das Lob entsprang der Genugtuung darüber, daß die sogenannte „histo-
che Richtung" der politischen Ökonomie an den deutschen Universitäten durch-
drungen sei, jene Richtung, die einst von Roscher begründet und von
hmoller fortgeführt worden ist, die ein angeblicher Fortschritt über den „ab-
akten und dogmatischen Formelkram" der Ricardo und Marx hinaus sein
l; der Tadel aber entsprang dem Kummer darüber, daß diese „historische
chtung" nicht frank und frei den Brotwucher und das Scharfmachertum
s die einzig wahre und ewig gültige Nationalökonomie verkünde.

In diesen Streit uns zu mischen, liegt uns völlig fern. Wir wissen auf
r einen Seite, daß die „historische Schule" der Roscher und Schmoller nur
n scheues Zurückweichen vor der wirklichen Historie ist, wie sie von Ricardo
d Marx auf ökonomischem Gebiet gepflegt wurde, daß sie vor lauter
iumen den Wald nicht sehen, durch die Fülle der Einzeluntersuchungen die
esetze der historischen Entwicklung bis zur Unkenntlichkeit verschütten will. Auf
r anderen Seite wissen wir ebensogut, daß die Angriffe, die von agrarisch-
aktionärer Seite gegen die „historische Schule" gerichtet werden, nur Aus-
üche des Grolles sind, weil die Universitätsgelehrsamkeit, hangend und
ngend in schwebender Pein, sich doch nicht ganz zum gehorsamen Büttel
r Land- und Schlotjunker machen will, so sehr sie, wenn es wirklich zum
appen kommt, auf die Seite des Brotwuchers und des Scharfmachertums
fallen geneigt ist.

Was uns an der Sache interessiert, ist vielmehr ein anderes. Zur selben
it, wo Herr Schmoller als „mächtigster deutscher Professor" gelobt oder

getadelt wurde, weil er die volkswirtschaftlichen Lehrstühle der preußisch und selbst der deutschen Universitäten mit seinen Schülern zu besetzen gew habe, muß er sich zur Wehre setzen gegen einen Eingriff des preußischen Kult ministeriums in die unbestreitbare Gerechtsame, die er als Berliner Profes besitzt. Der Streit zwischen Bureaukratie und Universität ist wieder einm entbrannt. Herr Holle hat über den Kopf der philosophischen Fakultät v Berlin hinweg einen blutjungen Gelehrten zum ordentlichen Professor d Volkswirtschaft ernannt, und so geht der landesübliche Spektakel los über Vergewaltigung der akademischen Selbstverwaltung, über die Verkümmeru der voraussetzungslosen Wissenschaft und was dergleichen bürgerliche Heuche mehr ist.

Mindestens seit dem Privatdozentengesetz, das die Bureaukratie ersann u die Universität sich bieten ließ, sollte man billigerweise mit dieser Heuchelei ei packen und die Katzbalgereien zwischen beiden Teilen nur im Lichte eines Fros mäusekriegs betrachten. Eine gute Sache wird dabei weder hüben noch drüb verfochten. Wenn man mit noch so großem Rechte jedem preußischen Kult minister die Befugnis absprechen mag, in Sachen der Wissenschaft mitzured so ist diese Befugnis auch für die akademischen Senate, denen schon Treitsch das Zeugnis ausgestellt hat, Lieblingsstätten des Cliquen- und Koteriewese zu sein, keineswegs unbestreitbar. Es kann selbst vorkommen, daß ein en gischer und halbwegs umsichtiger Bureaukrat — und zum Teil gebührt d nunmehr verabschiedeten Herrn Althoff dies relative Verdienst — in d Sumpfe der akademischen Gevatterschaft einigermaßen aufräumt; ja auch dem gegenwärtigen Falle liegt die Sache nicht so ganz ungünstig für d Kultusministerium. Der junge Herr Bernhard, den es über den Kopf d Fakultät hinweg an die Berliner Universität befördert hat, kann eine g nicht so unebene wissenschaftliche Leistung aufweisen, um die ihn manch Ordinarius der Volkswirtschaft beneiden darf: jenes Buch über „das polnis Gemeinwesen im preußischen Staat“, dessen zum Teil sehr anerkennende sprechung durch den Genossen Karski in der „Neuen Zeit“ (Nr. 9 des gege wärtigen Jahrgangs) unseren Lesern wohl noch erinnerlich sein wird.

Wie dieser neueste Krakeel zwischen Bureaukratie und Universität end wird, steht einstweilen dahin, doch sind die Aussichten des Sieges für die a demischen Kämpfer sehr gering. Selbst die verhältnismäßig noch unabhängig Fakultät, die medizinische, wagte ihrer Zeit nicht ernsthaft aufzutrumpfen, ihr Herr Schweninger aufgedrängt wurde; statt dem Ministerium die Zäh zu zeigen, begnügte sie sich damit, den neuen Kollegen anzuulken, als er se Antrittsvisiten machte, und selbst diesen wohlfeilen Scherz hat ihr Herr Be hard vorweggenommen, indem er seinerseits seine künftigen Kollegen anulk durch die feierliche Erklärung, daß er den Kultusminister um seinen Abschi bitten werde, wenn die Fakultät nicht noch nachträglich seine Berufung nehmige. Der junge Mann scheint in der Tat Humor zu haben, wodurch sich auch zu seinem Vorteil von dem landläufigen Professor unterscheiden würd

So heiter aber dieser ganze Krieg ist, so spielt er sich doch auf einem hal wegs ernsten Hintergrund ab. Herr Franz Eulenburg, der in Leipzig Nation

[...]nomie vorträgt, hat unter den Extraordinarien und Privatdozenten der [deu]tschen Universitäten eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnisse er in einer [...]en erschienenen Schrift veröffentlicht. Danach gibt es unter 3860 Lehrkräften [nu]r 1437 ordentliche Professoren, in deren Hände sich ausschließlich die be[rü]hmte „Selbstverwaltung" der Universitäten befindet, von der also nahezu [zw]ei Drittel der deutschen Hochschullehrer völlig ausgeschlossen sind. Die außer[or]dentlichen Professoren und die Privatdozenten haben bei Prüfungen, bei [Ge]halts- und Ehrenfragen nicht das geringste mitzureden; bei Entwerfung des [St]undenplans müssen sie sich mit den ungünstigen Stunden begnügen, die [ih]nen die ordentlichen Professoren übriglassen; jedes „Konkurrieren", jedes [An]kündigen von Vorlesungen, die auch ordentliche Professoren halten, ist ihnen [ve]rboten; in vielen Fällen sind sie sogar von der Benutzung der Seminare [un]d Institute mit ihren Bibliotheken und Sammlungen ausgeschlossen.

Aus alledem ergibt sich für die Mehrzahl der Universitätslehrer eine [jä]mmerliche ökonomische Lage. Während die ordentlichen Professoren neben [ih]ren hohen Gehältern noch die zum Teil sehr hohen Kolleghonorare ein[sa]ckeln, die in manchen Fällen hunderttausend Mark übersteigen, beziehen die [Pr]ivatdozenten überhaupt kein Gehalt, die außerordentlichen Professoren nur [zu]m Teil ein Gehalt in der Durchschnittshöhe von 2830 Mark; die Ein[na]hmen aus den Honoraren für ihre Vorlesungen sind für diese beiden Kate[go]rien von Universitätslehrern aus den angeführten Gründen auch nur sehr [ge]ring. So wird die akademische Laufbahn mehr und mehr ein Vorrecht [re]icher oder doch sehr wohlhabender Leute; nach den Berechnungen des Herrn [E]ulenburg kommen ihrer nur noch zehn Prozent aus kleinbürgerlichen Kreisen, [ne]ben einem weißen Raben, der sich als Sohn eines Arbeiters in der Um[fr]age deklariert hat. Um so mehr wächst die Zahl der nicht ordentlichen [H]ochschullehrer, die aus industriellen und kaufmännischen Kreisen stammen, [un]d der Nachwuchs mancher Fakultäten beginnt sich nur aus Sprößlingen [de]r jüdischen Finanz zu rekrutieren.

Hier wird der Ernst nun aber wieder vom Scherz abgelöst. Während die [E]ntwicklung der Dinge dazu drängt, die offizielle Wissenschaft in den Händen [de]s kapitalistisch potenten Judentums zu konzentrieren, sucht das „Ministerium [de]s Geistes" den christlich-germanischen Charakter des preußischen Staates da[d]urch zu retten, daß es arme Juden von den Universitäten weggrault. Herr [B]ernhard, der seinen Stammbaum bis auf Abraham zurückführen darf, aber [in] der Wahl seiner Eltern vorsichtig gewesen ist, macht eine wahre Automobil[ka]rriere, dagegen wird die Professur, die er bisher in Kiel bekleidet hat, mit [gl]eicher Automobilgeschwindigkeit durch einen christlich-germanischen Anwärter [v]on auswärts besetzt, um sie dem jüdischen Anwärter zu sperren, der das [n]ächste Anrecht darauf gehabt hätte, einen Außerordentlichen in Kiel, der in [D]emut und Geduld schon ein Vierteljahrhundert auf den höheren Gnaden[st]and geharret hatte. Der also Übergangene ist dann eines plötzlichen Todes [g]estorben, nach Angabe einiger Blätter an einem Herzschlag, den ihm die [k]ränkende Zurücksetzung zugezogen hat, nach Angabe anderer bürgerlicher [B]lätter sogar durch einen Selbstmord. Darin sind aber alle bürgerlichen

Blätter einig, daß er dieses Mal, wie auch schon bei früheren Gelegenheit
nur übergangen worden ist, weil er ein armer Jude war.

Ihre Mitteilungen sind auch durchaus glaubwürdig, da dies Opfer geist
ministerieller Aufklärung sonst ein höchst loyaler Staatsbürger und so zieml
der beharrlichste Sozialistentöter war, den es seit lange an deutschen Univer
täten gegeben hat. Schon vor zwanzig Jahren reichte Herr Georg Adler, u
den es sich handelt, bei einer seiner zahlreichen Bewerbungen um eine orden
liche Professur einige Nummern des Züricher „Sozialdemokraten" ein, wor
ihm ein wenig Humbug über Karl Marx verwiesen worden war, als Bewe
dafür, wie sehr er von der Sozialdemokratie gefürchtet werde. Aber aller Eif
in der Bekämpfung der vaterlandslosen Rotte hat ihm nicht über sein arm
Judentum oder seine jüdische Armut hinweggeholfen, bis ihm die Sache z
bunt wurde und er dies irdische Jammertal verließ, wo nicht einmal mehr d
Kampf für die heiligsten Güter des Vaterlandes den gebührenden Lohn find

Natürlich jammern die liberalen Blätter sehr über das Schicksal Adler
dieselben Blätter, die es mit der „akademischen Selbstverwaltung" und der „vo
aussetzungslosen Wissenschaft" durchaus vereinbar finden, daß sozialdemokratis
gesinnten Staatsbürgern überhaupt die akademische Laufbahn verschlossen wir
Jedoch sind wir frei von jedem Kummer über diese Inkosequenz; im Gege
teil halten wir es mit der bürgerlichen Presse für ganz selbstverständlich, da
ernsthafte Vertreter der Arbeiterinteressen in dem akademischen Kuddelmudde
das mehr und mehr der reinste Hohn auf die einfachsten Begriffe von Wisse
schaft geworden ist, nichts zu suchen haben.

Insoweit vermögen wir auch nicht ganz damit übereinzustimmen, daß i
unserer Parteipresse das Privatdozentengesetz gelegentlich „schmachvoll" genann
wird. Es ist vielmehr ehrenvoll für uns und jedenfalls eine ganz logisch
Schlußfolgerung aus der Tatsache, daß sich das deutsche Universitätswese
mehr und mehr zu einem Vorrecht des Geldsacks und einem Werkzeug de
Klassenherrschaft vertroddelt.

Die amerikanische Krisis.

Von **L. B. Boudin** (New York).

I.

Die jetzige sogenannte Finanzkrisis in den Vereinigten Staaten ist vo
vielen Gesichtspunkten aus interessant, nicht zum wenigsten von dem der ök
nomischen Theorie. In kaum einer zweiten Frage der ökonomischen Theori
gehen die Meinungen so auseinander wie in der Frage der Krisen; soga
unter den Marxisten herrscht darüber wenn auch nicht Meinungsverschieden
heit, so doch eine gewisse Unsicherheit, die durch den Umstand hervorgerufe
wird, daß Marx selbst diesen Teil seiner Theorie nicht völlig ausarbeitete
Wie bekannt, macht sich in der Marxschen ökonomischen Theorie eine Ar
Dualismus geltend: Zuerst werden die Krisen durch den fundamentale
Widerspruch verursacht, der im kapitalistischen System der Produktion un
Verteilung enthalten ist. Der Kapitalist strebt seine Profite dadurch zu ver
größern, daß er den Anteil des Arbeiters am Arbeitsprodukt vermindert

urch dieses Streben beraubt sich aber der Kapitalist der Möglichkeit, den
ert seiner Produkte zu realisieren, indem er die Kaufkraft seiner Kunden
rabsetzt, was zu einer chronischen Überproduktion an Waren führt. Und
eitens kann eine Krisis durch eine zeitweilige Überproduktion an Waren in
nem Industriezweig entstehen, und zwar durch die Planlosigkeit der kapita-
tischen Produktion. Auch gibt es noch andere Ursachen für Krisen, besonders
r sogenannte Finanzkrisen, wie zum Beispiel verfehlte Einrichtungen im
nanz-, Bank- und Kreditwesen, die für den ungehemmten Fortgang der
arenzirkulation nicht ausreichen oder sie hindern. Jede Krisis ist daher ein
sonderes Problem für den Marxisten. Inwieweit entsteht sie aus den Haupt-
sachen und inwieweit aus Nebenursachen? Inwieweit ist sie begrenzter oder
gemeiner Natur?

Neben dem allgemeinen und herkömmlichen Interesse, das uns die Er-
einungen unserer letzten Krise einflößen, haben wir an ihr auch noch ein
zielles Interesse, nicht nur weil sie der jüngsten Entwicklungsphase des
pitalismus entspringt, sondern auch wegen der Verheerungen, die sie in so
nchem wohlgeordneten theoretischen Hirn anrichtete. Die Entwicklung der
usts, die Verschiebung des Schwerpunktes der Produktion in den ent-
ckeltsten kapitalistischen Zentren von der Baumwollfabrikation zur Eisen-
brikation, das heißt von der Produktion von „Konsumtionsmitteln“ zur
oduktion von „Produktionsmitteln“ haben anscheinend die Ursachen der all-
meinen Krisen, wie Marx sie gesehen, beseitigt, oder sie neigen dazu, sie zu
seitigen. Klarheit darüber ist nicht nur deshalb von großer Bedeutung, weil
Licht auf die Frage wirft, ob wir aus der Phase des Kapitalismus für
mer heraus sind, in der diese Produktionsweise der immer wiederkehrenden
efahr allgemeiner ökonomischer Krisen unterworfen war, sondern auch wegen
r engen Verbindung, die im Marxschen System zwischen den allgemeinen
onomischen Krisen oder deren Ursachen und dem endlichen Zusammenbruch
s Kapitalismus bestehen soll. So dekretiert zum Beispiel Tugan-Baranowsky
e ewige Fortdauer des kapitalistischen Systems, soweit es sich um wirtschaft-
he Ursachen handelte, indem er sich dabei auf die genannten jüngsten Ten-
nzen der kapitalistischen Produktion stützte. Eine Krisis in jenem Lande,
o die Trusts herrschen und wo der Übergang der Produktion von Kon-
mtionsmitteln zur Produktion von Produktionsmitteln vielleicht am weitesten
ganzen Gebiet des Kapitalismus fortgeschritten ist, gewinnt daher das
chste Interesse; denn aus der richtigen Würdigung ihrer Ursachen wird
er, der Ökonomie studiert, eine wertvolle Lehre ziehen können.

Dies träfe allerdings bloß zu, wenn die letzte Krisis eine allgemeine
ire, das heißt eine industrielle oder kommerzielle und nicht bloß eine finan-
lle. Unsere Untersuchung muß sich daher vor allem mit ihrem Charakter
d ihrer Ausdehnung befassen. Wir haben noch nicht die genauen Daten
rüber, und es herrscht große Meinungsverschiedenheit nicht nur über ihre
sachen und Wirkungen, sondern auch über die einfachen Tatsachen ihres
tstehens. „Was geschah“, setzt viele ebenso in Erstaunen als „warum es
schah“. Auch ist man sich nicht darüber klar, ob diese Krisis noch besteht
er schon vorüber ist. In der Presse und bei öffentlichen Rednern macht sich
e Tendenz geltend, sie als vergangen zu bezeichnen und anzunehmen, sie sei
f Mangel an Bargeld und einen „Sturm“ auf die Banken beschränkt
wesen, die zur zeitweisen Schließung einiger derselben geführt habe. Die

erzwungene Zuversichtlichkeit des Tones dieser Behauptungen wird durch ei
gewisse Nervosität Lügen gestraft, die sich bei jeder Wendung verrät und zei
daß man dadurch bloß beim Publikum das Vertrauen wiederherstellen möch
Hier und da wird auch die nackte Wahrheit gesagt, und die statistischen Ziffe
reden ihre Sprache trotz des „zuversichtlichen Tones", in dem man sie d
Welt mitteilt. Die ungeschminkten Tatsachen besagen, daß eine allgemei
Stockung in Industrie und Handel im ganzen Lande sich fühlbar macht, d
noch lange anzudauern verspricht und eine derartige Arbeitslosigkeit ve
ursacht, wie sie seit den schrecklichen Tagen von 1893 das Land nicht me
sah. Speziell trifft dies auf zwei große Zweige unserer Industrie und unser
Handels zu: Maschinenbau und Luxuswaren.

Die Stahlindustrie und die mit ihr eng verbundenen elektrischen Industri
sowie die Kupferproduktion haben einen solchen Rückschlag bekommen wie no
nie, seitdem sie in unserem Lande führend wurden. Der Handel in Diamant
und anderen Luxusgegenständen ist dermaßen erschüttert, daß die Bankro
und Zahlungseinstellungen in diesem Geschäftszweig zugestandenermaßen e
schreckende Dimensionen angenommen haben. Ein ganz oberflächlicher Blick a
unsere industrielle Situation zeigt noch jetzt, mehrere Monate nach der „Panik
daß es absurd wäre, zu behaupten, es handle sich bloß um eine Finanzkris
die vorbei sei, und beweist, daß es eine schwere Industrie- und Handel
krisis ist, in der wir noch mitten drin stecken. Besonderen Nachdruck müß
man vielleicht auf das Wort Industrie legen. Sogar die gewerbsmäßigen B
schwichtigungsmeier hätten vielleicht die Bezeichnung Finanzkrisis aufgegebe
sprächen nicht zwei Gründe für diese: erstens kam uns die jetzige Krisis histori
sozusagen in der Form zum Bewußtsein, daß Wall Street (die New York
Börse) erschüttert wurde und eine Panik in den Banken entstand, die ihr
unmittelbaren Ausdruck im „Geldhunger" oder Mangel an Bargeld fan
Und zweitens hegten viele den Verdacht, daß Wall Street mit ihren Aktie
spekulationen und den Manipulationen der Hochfinanz die Störung verursac
habe. Dem unbefangenen und tiefer blickenden Beobachter ist es jedoch völl
klar, daß die jetzige Störung keine bloße Finanzfrage ist, was auch imm
ihre Ursache und die Formen sein mögen, die sie in ihrer schärfsten Zeit a
nahm. Alle Banken haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, viele hab
voll und bar die Rückstände vieler Monate bezahlt, der Diskontosatz ist g
sunken, es zeigt sich also, daß die rein finanzielle Situation tatsächlich norm
ist, und dennoch hat die wirkliche Störung nicht nachgelassen, wenn sie nic
sogar im Laufe der Zeit sich noch verschlimmerte. Die industrielle und kom
merzielle Situation hat sich nicht gebessert, und noch mehr, das allgemei
Wohlbefinden, dieser undefinierbare, aber sehr fühlbare Zustand, der auf d
Fähigkeit der Leute, Geld zu verdienen, beruht, ist nicht gestiegen. Und wen
auch instinktiv, so doch wohl begründet herrscht der Eindruck vor, daß d
nächste Zukunft keine Besserung bringt.

Über all das ist jedermann verblüfft. Die jetzige Krisis scheint etwas
sich zu haben, was der „gemeine Mann" sich nicht erklären kann, was
aber herausfühlt; was sie von allen bisherigen Industrie- und Handelskris
unterscheidet und was sie besonders verwunderlich macht, wenn man na
ihren Ursachen forscht. Aus diesem Gefühl heraus fühlt man sich versucht,
den Wall Street Leuten oder anderen geheimnisvollen Quellen in Verbindu
mit der Finanz zuzuschreiben und darauf zu bestehen, es sei eine Finanzkris

Was dem gemeinen Manne am verwunderlichsten bei dieser Krisis erscheint, t die eigentümliche Haltung der Preise. Aus früheren Erfahrungen sind wir ewöhnt, Industrie- oder Handelskrisen mit fallenden Preisen in Verbindung t bingen; denn unser Geist ist aus denselben Erfahrungen heraus gewöhnt, lche Krisen mit Überproduktion zu paaren. Der Durchschnittsmensch kann ch eine Handels- oder Industriekrisis nur dann vorstellen, wenn er sich un- eheure Ansammlungen von unverkauften Waren denkt, deren Besitzer sie um den Preis los werden wollen. Diesmal aber haben nun die Preise nicht ur während der Periode des Geldhungers, sondern auch in der darauf- lgenden Zeit der industriellen Depression die Tendenz gezeigt, auf demselben ohen Niveau zu bleiben wie in der vorhergegangenen Periode ausnahms- eiser Prosperität. Und die Ursache davon ist leicht zu finden: die hohen reise entstanden offenbar durch das völlige Fehlen solcher Riesenvorräte an nverkauften Waren, deren Verschleuderung in früheren Krisen solche Preis- ürze verursachte. Darum glaubte man dieses Mal nur an eine finanzielle erwicklung, die die Industrien des Landes nicht ernstlich gefährden könne, nd dachte, wenn nur erst der Geldmarkt wieder in Ordnung sei, werde die rosperität sich sofort wieder einstellen. Doch der Geldmarkt kam in Ord- ung, es gibt nicht nur keinen Mangel mehr an Geld, sondern eher einen berfluß an Kapital, wie es sich unlängst bei der jüngsten Ausgabe von chuldverschreibungen für den Staat und die Stadt New York zeigte, die ielfach überzeichnet wurden. Die geringen Warenmengen, die beim Beginn er Krisis vorrätig waren, müssen sich seither durch die Unterbrechung der Pro- uktion vollständig erschöpft haben. Und dennoch kein Zeichen von Besserung, ein Hoffnungsstrahl! Kein Wunder, daß der gemeine Mann zu den führenden Geistern, zu den Industriegrößen hilfesuchend emporblickt und von ihnen eine Erklärung dieser seltsamen Erscheinungen erwartet, die ihn so verblüffen.

Doch sie vermögen unglücklicherweise ebensowenig diese Merkwürdigkeiten u erklären, als sie die Situation erleichtern können. Und je länger diese an- auert, desto schlimmer wird sie. Zuerst tadelte man unser Banksystem und as Gesetz, das den Geldumlauf regelt. Man hatte dafür auch den Schein es Rechtes, denn sie sind wirklich den Bedürfnissen unseres großen Handels- ystems nicht mehr angepaßt und trugen beim Ausbruch der Krisis unzweifel- haft dazu bei, den Geldmangel noch fühlbarer zu machen. Aber als der Geldmangel vorüberging und die Krisis andauerte, zeigte sich, daß dies nicht die richtige Ursache sei. Unsere Finanzweisen suchten dann im Verein mit einigen europäischen Größen Zuflucht bei einigen verschimmelten Theorien über Kapitalmangel usw. Doch bald mußten diese Erklärungen aufgegeben werden, denn man kann eine Krisis nicht durch Geldmangel erklären, wenn gar kein solcher vorhanden, sondern tatsächlich Geld genug da ist.

Es hat sich daher langsam die Meinung festgesetzt, daß die wahre Ursache dieser Krisis weder eine finanzielle, noch eine industrielle, noch eine kommer- zielle war, sondern eine moralische.

Ja, wir machten eine akute moralische Krisis durch und leiden jetzt unter einer moralischen Depression, darin stimmen schließlich die aufgeklärtesten Mei- nungen überein. Nun gibt es zweierlei Spielarten dieser Meinung, und die Differenzen zwischen ihren Anhängern sind so groß, daß sie zum hauptsäch- lichsten Streitpunkt bei der kommenden Präsidentenwahl zu werden drohen. Die Verfechter der beiden verschiedenen moralischen Erklärungen für unsere

ökonomischen Wirren stimmen nämlich nur in dem einen Punkte überein, d
Krisis rühre daher, daß das Volk das Vertrauen zu seinen industriellen, kom
merziellen und finanziellen Führern verlor, besonders zu den letzteren. Do
gehen sie darüber weit auseinander, wer diesen Verlust an Vertrauen ve
schuldet habe. Einige tadeln Roosevelt und die anderen „Agitatoren“, d
sich gegen die Methoden der Hochfinanz und gegen die Trusts gewendet un
viele ihrer Schwindeleien aufgedeckt und dadurch das Vertrauen des Volk
zu unseren Institutionen überhaupt erschüttert hätten. Wieder andere, unt
ihnen Roosevelt, die „Agitatoren“ und „Enthüller“, sagen, die Finanzgröße
hätten sich nur selbst zu tadeln; ihre Laster hätten diesen Vertrauensverlu
bewirkt, und Pflicht aller ehrenhaften Leute und besonders aller ehrlichen B
amten sei es gewesen, sie aufzudecken. In diesem einen Punkte aber stimme
die beiden Richtungen überein: soll die Prosperität wiederkehren, so muß da
Vertrauen völlig wiederhergestellt sein. Wie dies aber zustande kommen sol
darüber sind sie natürlich nicht einig.

Die „Vernünftigen“ und Konservativen behaupten, dies könne nur durc
das Aufhören der Angriffe auf das Kapital geschehen, die sich in die Form
von Gesetzen gegen die Trusts und von „sozialistischen“ Arbeiterschutzgesetze
hüllen; besonders aber durch das Aufgeben der „verhetzenden“ und „demago
gischen“ Agitationsmethoden für solche Gesetze. Auf der anderen Seite ver
sichern die „Radikalen“, das Vertrauen könne nur dadurch wiederhergestell
werden, daß man die „schlechten Kerle“ unter den Finanzgrößen und in de
Trusts ausrotte und allein die „Guten“ übrig lasse, sowie durch Anerkennun
der „berechtigten“ Ansprüche der „Arbeit“. Wir werden später sehen, welch
Bewandtnis es mit dieser moralischen Ursache hat und welche Rolle das Ver
trauen oder dessen Verlust in dieser Krisis spielte.

Vorläufig scheint eines zweifellos festzustehen: was auch die Krisis herbei
geführt haben mag, Überproduktion war es keinesfalls. Darum gab e
auch anfangs kein Sinken der Preise, obzwar sich eine derartige Tendenz be
längerer Fortdauer der Krisis besonders in Luxusartikeln entwickelt. Doc
ist das nicht ein Resultat von Überproduktion vor der Krisis, sondern ein
Folge der verminderten Kaufkraft der Konsumenten nach der Krisis, die zu
Beschränkung der Konsumtion führt und Vorräte, die sonst dem Bedarf ent
sprochen hätten oder sogar hinter ihm zurückgeblieben wären, als überreichlic
für den eingeschränkten Bedarf erscheinen läßt. Darum hören wir auch nicht
mehr von Aufträgen und Bestellungen, von denen zu Beginn der Krisis s
viel die Rede war. Diese Tendenz, die eine Ähnlichkeit mit einer durch Über
produktion und sinkende Preise verursachten Krisis herbeiführt, wird noch ver
stärkt durch die Bereitwilligkeit der Arbeiter, für niedrigere Löhne zu arbeiten
was eine Folge der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit und des Bestrebens ist
den Markt mit niedrigeren Preisen anzulocken, so daß „das Geschäft im Gang
bleibt“. Wenn man sie so nennen darf, so ist diese Überproduktion jedoc
offenbar das Resultat und nicht die Ursache der Krisis. Die Tatsache bleib
bestehen, daß es bei ihrem Ausbruch keine Anhäufungen von unverkäuflichen
Waren gab, wie man sie in früheren Handelskrisen los werden mußte.

Es schien daher, daß die Marxsche Krisentheorie dieses Mal einen harten
Stoß erlitten hätte, und die Widersacher des Marxismus zögerten nicht, sic
die Gelegenheit zunutze zu machen. Die einzige Schwierigkeit, der sie dabe
begegneten, war die, die wirkliche Ursache zu finden.

Und das war in der Tat eine große Schwierigkeit. Es war zu offen-
ndig geworden, als daß man es hätte leugnen können, daß die Krisis eine
gemeine und nicht bloß eine lokale oder finanzielle war und eine allgemeine
d nicht bloß eine finanzielle Ursache hatte; diese Überzeugung setzt sich von
g zu Tag mehr durch. Nach der jetzt in die Mode gekommenen Krisen-
orie Tugan-Baranowskys und seiner Anhänger konnte eine solche Krisis
mals aus irgendwelchen ökonomischen Ursachen entstehen. Denn bei uns
ren alle Bedingungen vorhanden, die nach dieser Theorie eine Krisis ver-
dern sollten: unsere Industrie wird in hohem Maße durch Trusts beherrscht,
die Produktion regeln und darauf sehen, daß kein Mißverhältnis in der
oduktion der verschiedenen Arten von Waren entsteht, die für den Markt
oduziert werden. Die Waren, die jetzt von uns hauptsächlich erzeugt
rden, sind Produktionsmittel, von denen es nach der modernen Theorie
ne Überproduktion geben kann. Und wie schon erwähnt, gab es auch keine
erproduktion an Konsumtionsgütern, die nach dieser Theorie die einzigen
d, die im Übermaß erzeugt werden können. Noch waren die sogenannten
ralischen Ursachen imstande, die Krisis herbeizuführen, denn die Bloßstellung
: Leute von der Hochfinanz und die Aufdeckung der Versicherungs- und
derer Skandale haben beinahe zwei Jahre gedauert, ohne ernstlichen Schaden
tun. Woher also die Krisis?

Auf die Gefahr hin, altmodisch gescholten zu werden, muß ich meine Leser
ten, sich an die Marxsche Theorie um eine Erklärung dieser verblüffenden
nomischen Erscheinungen zu wenden. Und ich tue dies, trotz der Tatsache,
ß auf den ersten Anschein diese Krisis die Hinfälligkeit der Marxschen
eorie selbst dem hartnäckigsten Marxisten dargelegt haben müßte. In
iner kürzlich in diesen Blättern veröffentlichten Kritik des Buches Tugan-
ranowskys über Marx versuchte ich die Falschheit seiner Behauptung auf-
eigen, daß es keine Überproduktion an Produktionsmitteln gäbe, und die
chtigkeit der Marxschen Theorie zu beweisen, nach der das kapitalistische
oduktionssystem zu periodischen Erschütterungen verurteilt ist infolge des
innewohnenden Widerspruchs zwischen seinen Produktionskräften und der
öglichkeit, den Wert seiner Produkte zu realisieren. Ich stellte fest, daß,
nn auch technisch die Möglichkeit gegeben wäre, ins Unendliche „Produk-
nsmittel“ zu produzieren, diese Möglichkeit im kapitalistischen System öko-
misch nicht bestände. Daß unter diesem System die Produktion der Pro-
ktionsmittel ebenso tatsächlich beschränkt sei wie die Produktion von Kon-
ntionswaren durch die Gesetze der Realisierung des Wertes, und daß die
enge der Produkte, die mit Profit verkauft werden könnten, von der Menge
: Produkte abhinge, die man zum wirklichen Gebrauch abzusetzen vermöge.

Tugan-Baranowsky gab zwar jüngst in einer länglichen Antwort in der
euen Zeit“ zu, daß seine „neue“ Theorie dem gesunden Menschenverstand
ersprāche, aber er bestand darauf, daß sie höhere Weisheit sei, und meinte
r, es sei selbstverständlich, daß ein beschränkter Marxist wie ich, der in einer
elt alter Vorurteile lebe, die höhere Weisheit dieser neuen Lehre nicht fassen
nne. Ich will mich in keine philosophische Diskussion über gesunden oder
gesunden Menschenverstand einlassen, aber ich möchte nur sagen, daß die
ueste ökonomische Krisis meine altmodischen Vorurteile vollständig recht-
tigte und die antimarxistische neue Lehre vollständig ad absurdum führte.

Der sogenannte urchristliche Kommunismus.

Ein historisch-kritisches Kapitel.

Von Dr. A. K., Kandidat der Theologie.

In den von Kautsky verfaßten „Vorläufern des Sozialismus“[1] wie in fast allen Broschüren, die das Thema Christentum und Sozialdemokratie berühren,[2] im Gehirn jedes sozialistischen Arbeiters wie in dem unserer Agitatoren insbesondere spielt der Gedanke eines urchristlichen Kommunismus in dem Sinne einer kommunistisch eingerichteten oder doch von kommunistischen Idealen beseelten urchristlichen Gesellschaft eine nicht geringe Rolle.

Und doch wissen seit einem halben Jahrhundert die fachgebildeten Historiker des Urchristentums — und jeder theologische Student lernt es im zweiten Semester —, daß diese kommunistische Christengesellschaft höchst wahrscheinlich nie bestanden hat.

Diese Diskrepanz zu beseitigen und die Verbindung mit dem „stetigen Gange der Wissenschaft“ in diesem — wenn auch nur scheinbaren — Punkte herzustellen, ist die Aufgabe des folgenden anspruchslosen Beitrags zur Geschichte des Sozialismus. Einige Bemerkungen über Urchristentum und Wirtschaft werden sich dabei ganz von selber ergeben.

* * *

Die Frage nach der Geschichtlichkeit des urchristlichen Kommunismus ist in erster Linie eine literarkritische, ist eine Frage nach der Echtheit respektive dem Werte der auf uns gekommenen Quellen.[3] Nun findet sich der Bericht über den Kommunismus des jerusalemischen Christenvereins in den Apostelakten. Die Frage nach seiner Echtheit ist also die Frage nach der Echtheit respektive den echten Quellen dieser Schrift.

Was besagt dieser Bericht?

Er besagt, daß „diejenigen, die gläubig waren, zusammenwohnten und alles, was sie besaßen, gemeinsam hatten“, daß „sie ihre Güter und Habe verkauften und den Erlös untereinander nach dem Maße der Bedürftigkeit verteilten“, daß „keiner an seinen Gütern Eigentumsrecht geltend machte, sondern daß sie alles gemeinsam besaßen“, daß „alle Haus- und Grundbesitzer ihren Besitz verkauften und den Erlös den Missionaren brachten“ (Apostelakten, 2, 44 f., 4, 32 ff. in eigener Übersetzung).

Der Bericht sagt also unverblümt, daß unter den zirka 5000 Männern, die den Jerusalemer Christenverein ausmachten, eine regelrechte Gemeinschaft des Verbrauchs, ein Kommunismus des Konsums geherrscht habe.

Gegen die Historizität der hier geschilderten Einrichtung sprechen nun eine Reihe von Tatsachen, die nacheinander von allen Literaturkritikern eingewandt worden sind.

---

[1] Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Band I, S. 16 ff.

[2] So auch wieder in der neuesten Broschüre des Genossen H. Wendel: „Sozialdemokratie und antikirchliche Propaganda“. Leipzig 1907.

[3] Die literarkritische Methode hat bekanntlich sehr oft über das Ziel hinausgeschossen, und selbstverständlich ist sie allein völlig unfähig, die historischen Probleme zu lösen und unser geschichtliches Interesse zu befriedigen. Nichtsdestoweniger aber muß allen Fragen und Forschungen nach den psychologischen Motiven respektive notwendigen Bedingungen historischer Ereignisse die genaue literarkritische Prüfung der Quellen vorangehen, und zwar muß sie selbstverständlich ohne Rücksicht auf diese oder jene „Geschichtsauffassung“ erfolgen.

1. Wie soll man sich eine kommunistisch eingerichtete Familie von fünf-
isend Männern (nebst Frauen und Kindern) vorstellen? Wo wohnten sie?
ie wohnten sie? Die Farblosigkeit und Trockenheit des Berichterstatters, der
h an anderen Punkten detaillierte und lebhafte Schilderungen geben kann,
ht im Kontrast zu der Neuheit und Eigenartigkeit der geschilderten Insti-
ion und macht uns mißtrauisch.

2. Die einfachste wie auch durch Zeugnisse derselben Apostelakten bekräf-
te Vorstellung der gesellschaftlichen Stellung des ersten Christenklubs ist
h vielmehr die, daß sie nicht — wie die Akten im Interesse ihres kommu-
tischen Ideals erzählen — „immer örtlich zusammenblieben, womöglich
ichsam haufen- oder prozessionsweise bald in den Tempel, bald in ihre
ivatlokale zogen", sondern daß sie gesellschaftlich blieben, was sie waren, in
selben Häusern wohnend, denselben Hantierungen ergeben, nur dadurch
ihren altjüdischen Mitbürgern unterschieden, daß sie über den kürzlich
ichteten Nazarener eine andere Meinung hatten.[1]

3. In Kapitel 4, Vers 36 derselben Geschichtsquelle wird uns als ein
ichen besonderer Sittlichkeit und Christlichkeit von einem Vereinsmitglied
ählt, daß es seinen Gesamtbesitz verkaufte und das Geld in die gemeinsame
sse schenkte. Wäre so etwas wohl noch besonders erzählt worden, wenn die
z vorhergehende Nachricht stimmte, daß nämlich alle Mitglieder Hab
d Gut veräußert hätten? Nein. Gerade das Hervorheben des Einzelfalls
cht uns an der Wahrheit jenes Gesamtkommunismus zweifeln.

4. Derselbe Chronist berichtet ein Kapitel später, daß sich bei der Hinter-
ebenenfürsorge Unzufriedenheit und Quertreibereien ergeben hätten. Ist das
einem durchgeführten Kommunismus möglich?

5. In Kapitel 12 wird nun gar im strikten Gegensatz zu dem Kommunismus-
icht erzählt, daß eine gewisse Maria, ein Mitglied des Vereins, ein eigenes
us bewohnte.

6. In allen übrigen Quellen des sogenannten Neuen Testamentes finden
: nicht die geringste Spur von kommunistischen Experimenten. Keiner von
vielen Christenvereinen ist auf den Gedanken gekommen, die neue Predigt
Rabbi mit sozialen Veränderungen zu verknüpfen, aus ihr irgendwelche
rschriften für soziale Umgestaltung herauszulesen. Der Jerusalemer Fall
t einzig da.

7. Es macht uns mißtrauisch, daß dies einzige kommunistische Experiment
ade in einem aus Juden bestehenden Verein gemacht wurde. Niemals
zum Beginn unserer Zeitrechnung haben Juden derlei gesellschaftliche Ver-
he gemacht. Niemals bis dahin hat es jüdischen Kommunismus gegeben.
er die essäische Kommunistengemeinde, die am Toten Meere lebte, vergl.
en.) Dagegen war theoretischer wie praktischer Kommunismus bei den
llenen gar nichts Neues (vergl. unten). Wenn daher in irgend einer der
enischen (Paulus-)Gemeinden derartige Bestrebungen auftauchten, so würde
s das nicht wundern. In einem rein jüdischen Verein sind sie historisch
egreiflich.

8. Als den — bis jetzt nie beachteten — Hauptgrund gegen die Geschicht-
keit des Berichtes möchten wir noch anführen, daß in den literarischen

[1] Vergl. H. Holtzmann, Die Gütergemeinschaft der Apostelgeschichte, in Straßburger Ab-
dlungen zur Philosophie. Eduard Zeller zu seinem siebzigsten Geburtstag. Tübingen 1884.
27 ff.

Zänkereien, die die Christen mit ihren Gegnern hatten, diese angebliche radi
kale gesellschaftliche Umgestaltung nie erwähnt worden ist. Juden wie Heiden
Philosophen wie Staatsmänner werfen den jungen Christen Aberglauben
Polytheismus, Blutschande, Vergehen gegen das Vereinsgesetz usw. vor (vergl
das Edikt des Kaisers Trajan). Aber keiner erhebt die Anklage wider sie
daß sie das Eigentum abschaffen und die Grundlagen der bürgerlichen Ge
sellschaft aufheben wollten. Das ist um so merkwürdiger, als bekanntlich da
den Christen religiös feindselige Judentum auch entgegengesetzte sozialpolitisch
Grundsätze zur Schau stellte. „Machet Platz dem Besitzer von zweihunder
Minen", diesen Ausspruch soll Rabbi Juda Hanassi den Armutsprüchen Jesu
entgegengesetzt haben.

Ist also der Bericht aus den Apostelakten wahr, ist es gar so, wi
Kautsky — ohne zu beweisen — sagt, daß fast alle Christenvereine in kom
munistischer Weise eingerichtet waren, so ist dies Schweigen der Gegner einfac
unverständlich.

9. Dem entgegen steht einzig der Einwurf derjenigen, die in der schon u
50 unserer Zeitrechnung notorisch gewordenen Armut des Jerusalemer Verein
die natürliche Folge eines mißglückten kommunistischen Experimentes erblicken
Doch erledigt sich dieser Einwand einmal durch die Tatsache, daß der jüdisch
Christenklub in Jerusalem von Anfang an außergewöhnlich ärmlich wa
(daher ihr Name Ebjonim = Arme, Geusen, Bettler), dann aber auch durc
die besonders von Hausrath beschriebene Agrarkrise, die in einem Mißwach
der Jahre 44 bis 48 ihren Grund und eine gewaltige Hungersnot zur Folg
hatte (eine Tagesration Brot kostete einen Tagelohn).

10. Zu alledem kommt, daß für die historische Wissenschaft die Aposte
akten, aus denen unser Kommunismusbericht stammt, im ganzen von seh
zweifelhaftem Quellenwert sind. Außer dem Reisejournal eines den Paulu
begleitenden Missionars, das sich durch lebendige Schilderung (vergl. zum Be
spiel die ganz genaue Beschreibung der Schiffsteile und Navigationsinstru
mente beim Schiffbruch auf der Höhe von Malta) auszeichnet und im Gegen
satz zu dem übrigen die Ereignisse in der ersten Person pluralis erzählt (wi
fuhren ab, wir kamen an im Gegensatz zu sonst: sie gelangten, sie begannen
daher sogenannter Wirbericht), außer diesem zeitgenössischen Tagebuch, das i
mehreren Teilen verstreut in die Apostelakten hineingearbeitet ist, findet si
sehr wenig echtes Quellenmaterial. Besonders die erste Hälfte, aus der da
Kommunismusstück stammt, „läßt uns in dem duftigen Lichtglanz, der si
über die Urgemeinde ergießt, nur noch schwanke und unsichere Umrisse e
blicken" (H. Holtzmann, a. a. O.). So wie wir die Apostelakten jetzt haben
sind sie nach dem Urteil der meisten Forscher um 125 unserer Zeitrechnun
geschrieben. Und zwar ist es höchst wahrscheinlich gemacht, daß der größ
Teil der ersten Hälfte, soweit sie nicht direkte Zutaten des Redaktors enthäl
aus einer legendarischen Quelle stammt. Diese legendarische Quelle wiederu
leitet sich aus Kreisen jenes oben schon erwähnten kommunistischen Essäe
tums her, das seinerseits wieder mit jener griechisch-indischen weiten kommu
nistisch-asketischen Bewegung zusammenhängt, von der später noch die Re
sein wird. Genau aber wie die kommunistischen Neupythagoräer in Griechen
land ihre kommunistischen Vereinsideale in die Vergangenheit projizierten u
(legendarisch) aus dem alten Pythagoras den Gründer einer kommunistische
Sekte machten, so haben auch jene Kreise, aus denen unsere essäische Quel

und ihr Tochterbericht in den Akten stammt, ihre eigenen kommunistischen Ideale in die urchristliche Zeit übertragen. So wäre also nach den Ergebnissen der Forschung der Bericht der Akten legendarisch, und der urchristliche Kommunismus gehörte ins Reich der Legende. Von urchristlichem Kommunismus in dem Sinne, als ob es je einen kommunistisch eingerichteten Christenklub in Jerusalem gegeben hätte, sollte also fortan in unserer Literatur und in unseren Versammlungen nicht mehr geredet werden.

* * *



Doch wie all solche literarisch aufgezeichneten Legenden ist auch diese am Ende des ersten Jahrhunderts entstandene Legende vom urchristlichen Kommunismus für uns nicht ohne jeden Wert. Beweist sie uns nichts für die Zeit, von der sie berichtet, so beweist sie um so mehr für die Zeit, in der sie berichtet. Sie gibt uns ein Bild davon, wie man in gewissen urchristlichen Kreisen von dem Rabbi und seiner eigentlichen Absicht dachte, sie erklärt uns, was ein gebildeter Schriftsteller seinem urchristlichen Leserkreis in dieser Beziehung zumuten konnte, sie zeigt uns, kurz, daß um das Jahr 100 in gewissen Kreisen eine Verbindung von Christentum und wirtschaftlichem Kommunismus, vielmehr der wirtschaftliche Kommunismus als die Konsequenz der Nazarenerpredigt für möglich gehalten wurde. Das führt uns auf zwei weitere Fragen. Einmal: Stammt dies kommunistische Ideal des Verfassers und seiner Leser aus der genuinen christlichen Verkündigung, oder kommen diese Ideale von anderer Seite? Zweitens: Wenn, wie sich herausstellen wird, die Predigt des Nazareners nicht auf wirtschaftliche Umwälzung ausging, wie bestimmt sich die Mitwirkung des wirtschaftlichen Faktors in der Entwicklung des Urchristentums?

Doch dürfte hier jemand einwenden, wie denn der Verfasser oder seine essäische Legende psychologisch dazu kam, dieses kommunistische Ideal gerade in den Jerusalemer Klub zu verlegen. Hat er sich das aus den Fingern gesogen?

Keineswegs. Legenden entstehen nicht spontan, sondern kristallisieren sich um ein Gegebenes, sie sind keine allein wachsenden Blumen, sondern Ranken und Schlinggewächse. Welches war nun wohl der Kern, um den diese Legende wucherte?

Einmal sicherlich die Tatsache, daß im Jerusalemer Klub einige Mitglieder ihre Güter verkauft und den Erlös kommunisiert hatten (vergl. zum Beispiel den extra erwähnten Barnabas). Dann aber hat Hausrath sehr hübsch betont, wie höchst wahrscheinlich die paar galiläischen Fischer und Handwerker, die nach des Nazareners Tode mit ihren Familien nach Jerusalem übersiedelten, hierselbst gemeinsame Wirtschaft machten und so den Anlaß zu der kommunistischen Mythe gaben. Endlich genoß natürlich in den Kreisen, da die Legende entstand, die alte und erste Gemeinde in der Judenhauptstadt das größte Ansehen.

Wer also eine Idee wie den Kommunismus propagieren wollte, der tat gut (das ist übrigens ein in der damaligen literarischen Welt ganz gewöhnlicher Weg), diese seine Idee einer alten, womöglich der ältesten Gemeinde schriftlich unterzuschieben. Diese Punkte scheinen dem kommunismusbegeisterten Verfasser unseres Berichtes genügenden Anlaß gegeben zu haben, sein Ideal in jenen Jerusalemer Klub zu verlegen.

Es fragt sich nun aber, woher hatten er und seine Gesinnungsgenossen dieses Ideal? Ist das wirtschaftliche Ideal aus der Nazarenerpredigt erwachsen?

Das ist entschieden zu verneinen. Die Nazarenerpredigt hat es nicht m
der Gesellschaft, sondern mit dem Individuum, und zwar mit dem religiös
Individuum als solchem zu tun. (Alle in den Evangelien erzählten Masse
auftritte — Pfingstgeschichte, Bergpredigt, Speisung der Tausende usw. — si
legendarisch. Nichts irriger, als sich den religiösen Anarchisten als Volksma
vorzustellen.) Ferner: Jede, auch die geringste wirtschaftlich-soziale Betra
tung war dem Nazarener völlig abgeschnitten durch die alle seine Gedank
beherrschende und seinen ganzen Vorstellungskreis durchdringende und bee
flussende eschatologische Idee, das heißt die Idee, daß in Bälde aus de
Himmel eine neue Erde heruntergefahren käme. (Daher konnte die Idee d
praktischen Kommunismus erst in einer Zeit auftreten, als die ursprünglic
eschatologische Glut schon erloschen war.) Endlich: wenn auch die Predi
des Rabbi oder ihre Verkündigung in einigen Jüngern und Hörern sozia
Gedanken und Taten ausgelöst haben sollte, so ist doch Ausgang, Form un
Ziel derselben von jeglichem wirklichen Kommunismus, sogar von dem e
wähnten essäischen, wesensverschieden und der Gedanke, durch Änderung d
Wirtschaft das sittliche Leben zu steigern, dem Urchristen ganz unmöglich.

Es bleibt dabei: aus dem genuinen Christentum kann weder ein komm
nistisches noch überhaupt ein soziales, durch Menschen zu realisierendes Ide
herausgelesen werden.

* * *

Wie stand es dagegen in den übrigen Kulturkreisen? Gab es ihnen vie
leicht irgendwelche Ansätze zu kommunistischen Idealen?

Bekanntlich in ganz hervorragendem Maße.

Wir erinnern nur an den alten Kommunistenstaat auf Lipara, an d
kommunistischen Elemente in der Verfassung Spartas, an die asketis
kommunistischen Gedanken bei den sogenannten Orphikern, an die natu
rechtlichen Spekulationen der Philosophen, an die kommunistische Polite
Platos, an das Staatsideal des Phaleas von Chalcedon, an das kosm
politische Gemeinschaftsprinzip des Stoikers Zeno, an die Verspottung d
Kommunismus durch den Komödiendichter Aristophanes, an die Staatsroma
des Theopomp, des Hekatäus, des Euhemeros und Jambulos.[1] Wir ve
weisen auf den theoretischen und praktischen Kommunismus innerhalb d
neupythagoräischen Schule, auf die religiös-kommunistische Bewegung d
Mazdakiten im Perserreich, auf die Praxis der indischen Religion, die in bez
auf die materiellen Lebensgüter entweder auf Bettelmönchtum oder auf Güte
gemeinschaft hinausläuft, und besonders auf diejenige Bewegung, die nach de
Urteil kompetenter Forscher von jener indischen direkt beeinflußt ist, auf d
schon erwähnte essäische Gemeinschaft, mit der unser Kommunismusberic
in den Apostelakten lose zusammenhängt. Diese Essäer — lebend in d
Wüste am Toten Meere — bildeten nach dem ausdrücklichen Zeugnis d
Philo und Josephus gleichsam eine große Familie auf kommunistischer Grun
lage. Hier fanden sich Verzicht auf jedes Privateigentum, strenge Arbeit
teilung, unentgeltliche Wohnung und Verpflegung, Reiseunterstützung d
wandernden Genossen usw. „Die Essäer dürften in bezug auf Verwandlun

[1] Über diese alle vergl. R. Pöhlmann, Geschichte des antiken Sozialismus und Kom
munismus, Band I, München 1893. Die Unfähigkeit des gelehrten Verfassers, sich in sozi
listische Gedanken einzufühlen, wird gutgemacht durch die mustergültige Sammlung all
irgendwie in Betracht kommenden Materials.

des Privateigentums in Genossenschaftsbesitz, in bezug auf Produktivassoziation und Interessensolidarität geleistet haben, was keine soziale Sekte vorher oder nachher auf die Dauer und in solchem Umfang leisten konnte“ (H. Holtzmann, a. a. O., S. 30).[1]

Solch mannigfaltige kommunistische Ideenkreise und Experimente umgaben also die Gebildeten und ergriffen — durch Wanderprediger massenhaft verbreitet — das Volk zur Zeit, da das junge Christentum klein und unbeachtet, wie so viele der damals zahlreich emporwuchernden religiösen Bildungen, vom Orient her in die weite Welt zog.

Wie entstand nun jene seltsame Verbindung zwischem dem — wie wir oben sahen — völlig asozialen, mit Rücksicht auf ein baldiges Weltende entworfenen Persönlichkeitsevangelium und der sozialistischen Tendenz in der Richtung auf den wirtschaftlichen Kommunismus hin, wie sie sich bei dem Verfasser unseres Berichtes und sehr vielen seiner Zeitgenossen vollzogen hat?

Die letzten Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung sind in wirtschaftlicher Hinsicht gekennzeichnet durch ein rapides Zurückgehen des selbständigen Bauernstandes und ein rasendes Wachstum der Sklavenwirtschaft. Um 300 vor unserer Zeitrechnung zählt man in Athen 21000 Bürger und 400000 Sklaven. Um 150 vor unserer Zeitrechnung wurden in Rom auf dem Markte Sklaven für 3 Mark das Stück verkauft (Kautsky, a. a. O., S. 18). In Rom standen, wie Uhlhorn ausgerechnet, 10000 Vermögende gegenüber 580000 Unterstützungsbedürftigen. (Läßt man die Sklaven fort und zählt die Soldaten zu den Vermögenden, so wird das Verhältnis von reich zu arm erst 1 : 6½.) Man kann sagen: die großstädtische Bevölkerung (und sie gab schon damals den Ton an; die meisten Christenvereine entstanden in Hafenstädten!) bestand im Beginn unserer Zeitrechnung mit geradezu erdrückender Majorität aus wirtschaftlich völlig heruntergekommenen und durch die entstehenden Großbetriebe von Jahr zu Jahr mehr ausgebeuteten, dazu seit Aufhören der Demokratie auch von der finanziell einträglichen Politik ausgeschlossenen „Lumpenproletariern“.

„Die Reichtümer häuften sich immer stärker bei wenigen an, und die Grenzen, welche arm und reich trennten, wurden immer schärfere, bis der alte Unterschied zwischen Bürgern und Ausländern oder Bürgern und Frei-

[1] Wenn Kautsky (a. a. O., S. 25) nach einer dem Josephus entnommenen Schilderung der Essäer meint, in ähnlicher Weise wären die ersten Christenvereine organisiert gewesen, ja sie hätten die Essäer bald noch um ein Erhebliches, nämlich die Internationalität, übertroffen, so dürfte es ihm schwer werden, aus den Quellen dafür auch nur den geringsten Beweis zu liefern. Vielmehr finden wir, im Gegensatz zu den Essäern, nirgends im Urchristentum kommunistische Gemeinden (alle paulinischen Vereine setzen die Berechtigung des Privateigentums voraus). Nirgends im Urchristentum wird der Handel, der bei den Essäern prinzipiell verworfen wurde, verboten. Im Gegenteil: Paulus muß zum Beispiel in Thessalonich allzu schamloser Ausbeutung und Übervorteilung Einhalt gebieten. Nirgends im Urchristentum finden wir wie bei den Essäern das gezwungene Zölibat. Dem genuinen Christentum wie Judentum lag eine asketische Beurteilung der Ehe völlig fern. (Sie ist erst durch griechisch-orientalische Gedankenreihen in das Christentum eingedrungen.)

Wenn Kautsky weiterhin die Liebesmahle der Christen kommunistisch ausdeuten will, so dürfte auch dies nicht stimmen. Sie sollen — wie in unzähligen Vereinen und Genossenschaften jener Zeit — einfach das Gefühl der „Kollegialität“, der Brüderlichkeit stärken und die Klassenunterschiede in manchen ihrer Wirkungen aufheben, ohne sie in ihrem äußeren Bestand zu erschüttern.

gelassenen in einer neuen Unterscheidung zwischen der höheren und der niedere Klasse völlig unterging" (Hatch, Die Gesellschaftsverfassung der christliche Kirchen im Altertum. Übersetzung von A. Harnack. 1883. S. 24 f.).

In dieses Massenproletariat, in dieses von tollstem, aus allen Religione zusammengesuchten Aberglauben beseelte, durch mannigfaltige kommunistisch Predigten (vergl. oben) aufgeregte Volk hinein erging nun jene — wir wiede holen — an sich völlig asoziale Nazarenerpredigt vom Weltende und kon menden Himmelreich.

Nicht ist es so, wie Kautsky und andere zu glauben scheinen, daß da wirtschaftliche Elend dieser Proletariermassen die Idee eines irdisch-himmlische Zukunftsstaats aus sich geboren und geschaffen hätte. Ob Massenbewegunge ob wirtschaftliche Bewegungen Ideen erzeugen können, das wissen wir nich Wir wissen dagegen und können es demonstrieren, daß die durch wirtschaf liche Materie bewegten Massen die von einzelnen und zwar ohne jegliche ökonomischen Hebel aufgestellten Ideen zu Massenideen, Massenidealen un so zu in der Geschichte wirksamen Faktoren machen können. Die Frage nac dem Ursprung der Ideen ist für uns eine metaphysische Frage. Sie kümme uns nicht. Wir fragen bescheiden: Wie sind historische, das heißt in der Wel geschichte wirksame, die Weltgeschichte bewegende Ideen möglich? Welches i die notwendige Bedingung, daß eine Idee in der Geschichte wirksam wird un Bewegungen erzeugt? Und da lautet die Antwort: Die unumgängliche Be dingung dafür ist die, daß die Idee Ziele kündet, deren Erlangung in der wirtschaftlichen Interesse einer bestimmten Klasse liegt. Sogenannte „Ideen tauchen in der Weltgeschichte in zahlloser Menge auf. Vielleicht lernen wi die schönsten überhaupt gar nicht kennen. Aber nur ganz wenige dieser Idee werden zu historisch wirkenden Faktoren. Eben weil nur diejenigen es werde können, die mit dem wirtschaftlichen Interesse einer bestimmten Volksschich zusammenfallen, und weil sie eben nur dann es können, wenn die wirtschaf liche Entwicklung eine einigermaßen konsolidierte Klasse erzeugt hat.

Lutherische Gedanken zum Beispiel lassen sich sehr leicht auch bei andere vorreformatorischen Schriftstellern nachweisen, und die Sittenlehren Jesu vo Nazareth stehen auch anderswo. Aber diesen nicht historisch wirksam gewor denen Gedankenkomplexen fehlte eben die hierzu unumgängliche Bedingung die Verbindung mit dem wirtschaftlichen Interesse einer bestimmten Klasse.

Nach diesen methodologischen Anweisungen dürfte die Kautskysche Dar stellung zu berichtigen sein: nicht haben die Millionen Sklaven das Ideal de himmlischen Zukunftsstaats aus sich herausgeboren, sondern die völlig asozia gedachte Nazarenerpredigt vom „Königreich Gottes", die nur auf dem Bode jüdischer Religiosität entstehen konnte und in den gewaltigen Zukunftsweis sagungen eines Jeremias, Jesaias und Daniel ihre direkten Vorbilder ha dieser Gedankenkomplex, der im Gehirn des Nazareners nicht im geringste mit ökonomischen Motiven verquickt war — man bedenke, daß die ökono mischen Motive, die in den großen Massen als denjenigen, die die Welt be wegen, sicher ihre gewaltige historische Rolle spielen, bei den einzelnen höhe gestellten, auf rein ästhetische oder sittliche oder religiöse Probleme konzen trierten Individuen immer mehr verblassen, ja schließlich ganz verschwinden Dieses Ideengebilde trat in die oben kurz skizzierte Gesellschaft hinein und — wie wurde es nun aufgefaßt? Was machte man aus ihm? Welches war di Resultante, die aus diesen zwei Komponenten hervorging?

Die Wahrscheinlichkeit, daß eine jede Idee, die in der Weltgeschichte auf-
tt, zugrunde geht, das heißt historisch sich nicht durchsetzt, ist 99 zu 100.
e Nazarenerpredigt konnte nur darum eine Bedeutung erlangen, weil ihr
el mit den wirtschaftlichen Interessen und Lehnsüchten der damaligen Paupers
nn nicht innerlich verknüpft war, so doch äußerlich verbunden wurde.

Wir wollen die Frage offen lassen, ob nicht schon zu Lebzeiten des Nazareners
ne Schüler ihn mißverstanden und seine rein religiösen, meinetwegen schwär-
erischen Ideen mit sozialen Zukunftsgebilden vermengten — einige charak-
istische Stellen aus guter Überlieferung, die Tatsache, daß seine Schüler fast
r Paupers waren, und anderes mehr spricht sehr dafür —, aber das ist
nz selbstverständlich: als die nazarenischen Gedanken in die Hafenstädte des
ittelmeers kamen und sich breit machten — sie kamen dorthin, von Reise-
edigern verkündet, wie der Mithraskult, wie die Osirisverehrung, wie jede
ue Wucherung innerhalb des bunten synkretistischen Religionssystems, das
Anfang unserer Zeitrechnung herrschte —, da hatten sie jenen seltenen
auber persönlichster Durchgeistigung, jenen zarten Schmetterlingsstaub er-
hütterndster Menschentragik, jenen vollwertigen Gehalt uninteressiertesten
deals längst verloren. Es ging ihnen wie allen erhabenen Gedanken. Wollten
e wirksam werden, so mußten sie sich an die wirtschaftlichen Interessen an-
hnen, sich von ihnen tragen, aber auch stoßen, zerren, verbiegen lassen. So
urde aus der nazarenischen naiven Einfalt des ethischen Künstlers (die Jesus
eistliche Armut" nannte) grob und brutal die ökonomische Bedürftigkeit.
as sittliche Kriterium wurde zu einem sozialen Kriterium, der Individua-
smus in den Gleichheitssozialismus verbogen und das Himmelreich aus
nem religiös-sittlichen Postulat zu einem glücktriefenden Garten aller fröh-
chen Menschenkinder. Natürlich! Der Weinbergsklave aus Chios, der von
em neuen Königreich Gottes hörte, dachte dabei eher an den kommenden
echsstundentag als an sein sittliches Manko. Dem athenischen Ruderklaven,
er, während seine Triere bei Salamis lag, den Prediger aus Tarsus über die
erechtigkeit Gottes reden hörte, wurde das unterschiedliche Verhalten Gottes
egenüber ihm selber und seinem Herrn, dem Besitzer von 3000 Sklaven, weit
ehr zum Problem als das verschiedene Benehmen Gottes gegenüber Juden
nd Heiden, wovon der Zeltmacher Paulus redete.

Und so überall: die Ideen gingen in die Köpfe der Menschen anders, als
e aus des Nazareners Kopfe entsprungen waren, gröber, brutaler, irdischer,
aterieller, sozusagen „wirklicher". Die große Masse nahm das Reich Gottes
ls sagen wir: sozialen Zukunftsstaat.

Das ist nicht etwa Geschichtsmacherei. Selbst ein so vorsichtiger und jedem
ersuch marxistischer Interpretation gänzlich abholder Historiker wie Hermann
chiller gibt zu: „Die Lehren Jesu waren für die große Menge doch nur in-
oweit faßbar, als sie auf die Nivellierung der Standes- und Vermögens-
nterschiede ausgingen, also nach ihrer sozialen Seite, und als sie . . . die
erstellung goldener Zeiten in Aussicht stellten" (vergl. H. Schiller, Römische
aiserzeit, I, 1, 1883, S. 445). Und daß die Christenvereine wirklich zumeist
us Paupers bestanden, zeigt die Tatsache, daß man noch im zweiten Jahr-
undert auf gegnerischer Seite spottete: die neue Bewegung bestehe aus einer
esellschaft zusammengelaufener Proleten.

Nun komme man aber nicht mit dem Einwand, daß ja alle diese Armen
as Reich Gottes in eine transzendente Welt verlegten, daß es ihnen nichts

Greifbares und Wirkliches, sondern ein Übernatürliches und von Gott z
Realisierendes gewesen sei, daß also von einer rein sozialen Betrachtung v
seiten der ersten Christen überhaupt nicht die Rede sein könne.

Dieser Einwand verkennt völlig das Ineinander und Durcheinander v
Natürlichem und Übernatürlichem, Menschlichem und Göttlichem, wie es d
mals gang und gäbe war. Der Mensch vom Jahre 50 unserer Zeitrechnu
hatte weder den Begriff der Natur noch den der sozialen Wirklichkeit, wie
ihn heute haben. Wissen und Glauben, Wunder und Natur laufen völlig i
einander über, und das „Reich Gottes" besaß für den neapolitanischen Fisch
der abends in die von der Polizei verbotenen heimlichen Christenversam
lungen ging, mehr Realität als die Sozialisierung der Produktionsmittel
den orthodoxesten Marxisten. „Die sozialistischen Elemente", so sagt Schiller
einer anderen Stelle, S. 461 f., „einerseits und der Wunderglaube . . . ander
seits bildeten für die Mehrzahl der Christenbekenner die bestimmenden Motiv

Es steht also außer Frage, daß die ursprünglich asoziale Nazarenerpred
durch die so außerordentlich naheliegende wirtschaftlich-soziale Interpretat
seitens des wundergläubigen Proletariats eine starke Umbiegung erfahren h
daß es ihr aber andererseits erst durch diese Umbiegung ermöglicht word
ist, zu einer so mächtigen Massenbewegung anzuschwellen. Wie lange und w
intensiv dies von den Armen aus Jesu Bergpredigt zurechtgebogene soz
listische Ideal, das sich dann bald auch in den theoretischen Schriften (ver
unseren Kommunismusbericht aus den Apostelakten!) widerspiegelt, noch na
gewirkt hat, zeigt der von Kautsky zitierte F. Villegardelle in seiner Schri
„Histoire des idées socialistes avant la révolution française", Paris 18
(Auch ein kürzlich erschienenes Schriftchen vom Genossen Pfarrer Pflüg
„Der Sozialismus der Kirchenväter" gehört hierher.) Noch Hieronymus (gege
400 unserer Zeitrechnung) glaubt, daß die wahre Kirche „kein Privateigentu
kenne, keine Reichen, keine Armen, daß in ihr alles Gut unter die Bedü
tigen verteilt werden müsse".

Bei diesen letzten Auseinandersetzungen haben wir uns mit den genui
christlichen Gedanken und der ökonomischen Lage allein beschäftigt. Wir hab
ganz unberücksichtigt gelassen, wie der große Strom kommunistisch-soz
listischen Denkens, der in der hellenischen Kultur floß, sich mit diesem christli
sozialistischen Gedankenkreis des Proletariats verband. Wie der „komm
nistische Utopismus" (Kautsky) der hellenischen Philosophen und Asketen v
dem christlich umhüllten „Gleichheitskommunismus" (idem) des Proletari
befruchtet wurde und umgekehrt. Es wirkte eben alles zusammen: der wi
schaftliche Druck als der Hauptfaktor, sozusagen als die konstitutive Bedingu
des Ganzen, die hellenische Kommunistenpredigt als vorbereitendes und a
klärendes Prinzip, die christliche Wunderbotschaft endlich als der ablösen
Reiz, als der erlösende Feuerfunke, der die Bewegung entfesselt.

Die literarischen Spuren all dieser Wandlungen und Bewegungen si
freilich spärlich. Aber das hat seine guten Gründe. Einmal ist bekanntli
die Literatur jener Zeiten in den Christenverfolgungen fast ganz vernicht
Zweitens hatten diese mehr kommunistisch denkenden Christenkreise ihre Stü
natürlich in dem ungebildeten, verwahrlosten Proletariat. Die christlich
Literaten gehörten eben meistens — wie auch heute — zu den oberen Schicht
des Volkes. Trotzdem aber gab es auch unter den schriftstellerisch Tätig
einige, die diese sozialistischen Ideen theoretisch verfochten und im Kamp

gen ihre christlichen Gegner durch literarische Fiktionen wie zum Beiiel unseren Kommunismusbericht und alle diejenigen Stücke im dritten, genannten Lukasevangelium, die gegen den Reichtum gerichtet nd, propagierten.

Wir sagen: im Kampfe gegen ihre Gegner.

Denn das vergesse man nicht: wie in einer großen politisch-religiösen artei der Neuzeit, so gab es auch im Christentum der drei ersten Jahrnderte einen sozialen Zwiespalt, der den Kirchenleitern mehr zu schaffen macht hat, als die zünftigen Historiker des Christentums glauben. Von esen — natürlich immer unter religiöser Maske ausgefochtenen — intersanten Kämpfen möge ein andermal die Rede sein.[1]

Das rechte Wort zur rechten Stunde.

Von **Therese Schlesinger.**

Eines der anmutigsten und humorvollsten Märchen von Andersen spielt China. So oft dort die Großen des Reiches gezwungen sind, sich vor dem aiser auf den Bauch zu werfen, um ihm zu melden, daß einer seiner Befehle icht vollzogen werden kann, weil dem unüberwindliche Hindernisse entgegenünden, wird „der ganze Hof auf den Leib getrampelt“.

Wie sehr es die unerbittliche Logik der Tatsachen fordert, daß, wer sich auf en Bauch wirft, getrampelt wird, das mußte nun eine ganze Anzahl östereichischer Bonzen erfahren, wenn auch nicht ganz wortwörtlich.

Als der päpstliche Nuntius die freche Forderung stellte, der Innsbrucker Proessor Wahrmund müsse von seinem Lehrstuhl entfernt werden, weil er eine Versammlungsrede gehalten und eine Broschüre veröffentlicht hatte, die nicht ach dem Geschmack der Pfaffen waren, da zeigten sich der Unterrichtsminister und die Rektoren mehrerer Universitäten darin einig, daß die Freiheit der Wissenschaft und die bürgerlichen Rechte der Hochschullehrer unbedingt gegen en Vorstoß der Klerikalen verteidigt und ein so schmähliches Ansinnen zurückgewiesen werden müsse, und eine Anzahl Rektoren und Hochschullehrer billigten, a ermutigten die Streikbewegung, in welche die fortschrittliche Studentenschaft intrat, als die politische Behörde sich vermaß, die Sistierung der Wahrmundschen Vorlesungen anzuordnen.

Bald darauf aber blies der „freisinnige“ Unterrichtsminister zum Rückzug, gab seinen früheren Worten und Taten allerlei einschränkende Deutungen, und uf einer drei Tage lang währenden Konferenz der Rektoren aller öster-

---

[1] Ich habe gern vorliegender Abhandlung Aufnahme gewährt, um so mehr, da sie sich fast ausschließlich gegen mich richtet. Unsere Leser lernen daraus die herkömmliche Auffassung der Schultheologie kennen, die auch auf dem jüngsten evangelisch-sozialen Kongreß gegen mich zu Felde zog. Aber ich muß es mir versagen, diese Darstellung auch hier zu beantworten. Eben mit einer ausführlicheren Darstellung der Ursprünge des Christentums beschäftigt, die im Herbst erscheinen soll, möchte ich das, was ich dort über den urchristlichen Kommunismus zu sagen habe, nicht aus dem Zusammenhang reißen und vorwegnehmen. Ich bitte daher den Leser, sich einstweilen mit der Erklärung zu begnügen, daß ich die Argumente des Dr. A. K. teils nicht anerkenne, teils anders deute als er, und keinen Grund sehe, meine Anschauung aufzugeben, daß das Christentum von Anfang an kommunistisch war und diese Tendenz nicht erst später in seine Mitte getragen wurde. K. Kautsky.

reichischen Hochschulen wußte er die erst so mutigen Verfechter der Frei[illegible] der Forschung zu beugen und nach mehr oder minder ausdauerndem Wid[illegible] stand zur Unterzeichnung einer Erklärung zu bewegen, in der bescheinigt wi[illegible] daß, trotzdem Wahrmund seine Lehrkanzel hatte verlassen müssen, doch sow[illegible] die Freiheit der Wissenschaft als die persönliche Unabhängigkeit der Professo[illegible] bei dem Unterrichtsminister Marchet in bester Hut seien, und in der [illegible] Studentenschaft mit harten Maßregeln bedroht wird für den Fall, daß [illegible] noch länger in einem Streik verharren sollte, in den sie vor kurzem mit vol[illegible] Zustimmung eines Teiles der Unterzeichneten eingetreten war.

Die Erklärung der Rektoren erregte selbstverständlich in der freisinnig[illegible] Studentenschaft einen Sturm der Empörung, und einmütig wurde beschloss[illegible] im Streik zu verharren, trotz der Beschwichtigungsversuche der einzelnen R[illegible] toren, die sogleich nach Abgabe der Erklärung mit den Vertretern d[illegible] Studentenschaft in eifrige Verhandlungen eintraten und besondere Garantie[illegible] die aber geheim gehalten werden müßten, dafür zu haben behaupteten, daß [illegible] Zukunft Marchet ein begeisterter Schützer der Freiheit der Hochschulen sein würd[illegible]

So standen die Dinge, als am 16. Juni bei Abhaltung einer offiziell[illegible] Feier sich Kaiser Franz Josef mit erhobener Stimme an den Unterricht[illegible] minister wendete und (wie die klerikalen Blätter am nächsten Tage trium[illegible] phierend meldeten und wie es von offizieller und offiziöser Seite lange Z[illegible] hindurch ganz unwidersprochen blieb) sagte: „Machen Sie doch endlich de[illegible] Skandal ein Ende. Ihre Rektoren sind eine nette Gesellschaft!“

Was hatte es den „freisinnigen“ Herren genutzt, daß sie sich unterwarf[illegible] und die Studentenschaft, die ihnen vertraute, im Stiche ließen? Daß sie [illegible] auch nur einen Augenblick lang wagen konnten, dem Befehl der Klerikal[illegible] zu widerstreben, dafür wurden sie unnachsichtlich „auf den Leib getrampelt[illegible]

Die freisinnige Studentenschaft hat den Streik mit viel mehr Umsich[illegible] Festigkeit und Disziplin durchgeführt, als wir von ihr erwartet hätten, u[illegible] wenn sie auch ihre ursprüngliche Forderung, daß Wahrmund seine Inn[illegible] brucker Lehrkanzel noch im laufenden Semester wieder einnehmen müsse, nic[illegible] durchsetzen konnte, wenn sie es auch nicht hindern konnte, daß der unbequem[illegible] Professor Wahrmund die Treppe hinaufgeworfen, das heißt an die Prag[illegible] deutsche Universität versetzt wurde, so haben wir es doch einzig und allei[illegible] der wackeren Haltung der Studenten zu verdanken, wenn Österreich diesm[illegible] noch vor der Schande bewahrt bleibt, daß ein Hochschullehrer, dessen Übe[illegible] zeugung den Pfaffen nicht gefällt, mundtot gemacht oder aus dem Lan[illegible] gejagt wird.

Unterstützung fanden die Streikenden nur durch den akademischen Sen[illegible] der Innsbrucker Universität. Zwar hat der Rektor dieser Hochschule di[illegible] famose Erklärung ebenfalls unterzeichnet, aber der Senat widersetzte sich ihre[illegible] offiziellen Mitteilung an die Hörer und machte auch kein Hehl daraus, da[illegible] er das Festhalten der Innsbrucker freisinnigen Studenten an ihren Streik[illegible] forderungen billigt.

Die Herren Rektoren dagegen haben zuerst allerdings mit Demission gedroh[illegible] falls sie über den Ausspruch des Kaisers keine befriedigende Aufklärung bekomme[illegible] sollten, denken aber längst nicht mehr daran, ihre Drohung wahr zu machen[illegible] trotzdem die Klerikalen das „Kaiserwort“ in ihren Blättern jubelnd imme[illegible] wieder bestätigen und der Unterrichtsminister sich hinter seiner Schweigepflich[illegible] verschanzt und auch auf die Interpellation der Sozialdemokraten nur in seh[illegible]

…undener Weise antwortete, die Worte des Kaisers hätten sich nicht auf die …toren bezogen.

Ob aber jene Worte schließlich noch dementiert werden oder nicht, sie …rden von vielen Leuten gehört, bei denen sie ganz verschiedene Empfin…ngen auslösten; und sie werden nicht verfehlen, in weiten Kreisen belehrend … aufhellend zu wirken.

Aber auch wir Sozialdemokraten haben Grund genug, des Kaiserwortes …ht nur eingedenk zu bleiben, sondern es geradezu als ein willkommenes Er…nis zu begrüßen. Es ist seit einiger Zeit in Österreich schon gar zu ge…tlich zugegangen, und die Gefahr bestand, daß die „milde Herrschaft“ eines …isen Monarchen, der gern „seine Ruh'“ haben will, auch vor den Blicken …ler Arbeiter Gegensätze verhüllte, die klar zu erkennen zu den Grundbedin…ngen unseres Kampfes gehört.

Es ist freilich noch nicht allzulange her, daß das österreichische Proletariat …gen Hof und Kamarilla in heißem Zorn entbrannte und den Kampf gegen …se unsichtbaren Mächte entschlossen aufnahm. Trotzdem fand das sechzig…jrige Regierungsjubiläum die österreichische Bevölkerung in einer „Duliöh“-…mmung, in einem Festesrausch, der zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des …ndes in schroffem Gegensatz steht und aus dem man wohl unmöglich …ießen könnte, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das ganze …ein- und Mittelbürgertum unter unerträglichem Steuerdruck und unerhörter …bensmittelteuerung leidet, daß auf zahlreichen Produktionsgebieten sich akute …er schleichende Krisen fühlbar machen, daß Agrariertum und industrielle …charfmacherei am hellen Tage Arm in Arm auf Beute ausziehen und daß …r Klerus und seine christlichsoziale Gefolgschaft täglich neue Eroberungen …achen und immer gieriger ihre Hände nach den, ach, ohnehin so spärlichen …ateriellen und geistigen Besitztümern des arbeitenden Volkes, insbesondere …ch seinen Schulen und Erziehungsanstalten, ausstrecken.

Zu dieser so hyperloyalen Stimmung, die sich über fast alle Volksschichten, … selbst über einen großen Teil des Proletariats ausbreitete, hatte nicht wenig …r Umstand beigetragen, daß der alte Kaiser, als ihm vor einigen Jahren be…reiflich gemacht worden war, dem Zusammenbruch in Österreich und in Ungarn …nne nur mehr durch die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes Einhalt …boten werden, gute Miene zu einem Spiel machte, das ihm, nach allem, …as man bis dahin von ihm erfahren hat, als ein böses erscheinen mußte. …ie Selbstüberwindung, die ihn das Unvermeidliche mit Anstand tun ließ, hat …gar in einem Teil der Sozialdemokratie eine Stimmung hervorgerufen, die …var weit davon entfernt war, eine monarchische zu sein, die aber der Meinung …laum gab, man könne und solle den alten Kaiser, mit dessen Zustimmung …inige Adelsprivilegien beseitigt und einigen Volksrechten zum Durchbruch ver…olfen worden war, anders ansehen als die sonstigen Monarchen, die an der …Spitze kapitalistisch regierter Staaten stehen, und man könne wenigstens in …ormeller Beziehung ihm Konzessionen machen, die einem anderen Monarchen …er Gegenwart oder Zukunft zu machen man sich noch recht gründlich über…egen würde.

Als ein greller, aber notwendiges Licht verbreitender Blitzstrahl fiel nun …as „Kaiserwort“ in diese Idylle. Franz Josef, dem man bisher im Gegensatz …u Kaiser Wilhelm strenge Objektivität nachgerühmt hat, sah sich plötzlich …eranlaßt, seinen klerikalen Gesinnungsgenossen, die sich seiner stillen Hilfe

wohl immer zu erfreuen hatten, nun vor den Augen aller Welt beizuspringe zu ihrem Vorteil Männer herabzusetzen, die zu den allerangesehensten d Monarchie gehören, bloß weil sie einen schwächlichen Versuch gewagt hatte Menschen und Institutionen, deren Wohl ihnen anvertraut ist, gegen gese widrige Übergriffe der Pfaffen zu verteidigen.

Für diejenigen, die sich von einem Manne empfindlich angegriffen sehe der in keiner Weise zur Verantwortung gezogen werden kann, mag die La demütigend und schmerzlich sein. Auf uns aber, die es immer gewußt habe daß der Begriff der Monarchie Tatsachen und Möglichkeiten in sich birgt, d dem Rechts- und Freiheitsgefühl einer sich im Staate emporkämpfenden untere Klasse widerstreben müssen, auf uns kann das Kaiserwort durchaus keinen depr mierenden Eindruck machen. Die beiden Sätze, die dem „freisinnigen Bürge tum", das sich nun seit vielen Monaten in byzantinischen Loyalitätskundgebunge nicht genug tun kann, so arg in die Glieder gefahren sind, hätten zufälli ungesprochen bleiben können und die Beeinflussung der Staatsfunktionäre vo unverantwortlicher Stelle aus hätte dadurch nichts an ihrer Stärke verloren Daß aber die reaktionäre Wirkung, die sie ausübt, wieder einmal vor alle Augen bloßgelegt wurde, das müssen wir als einen Vorteil betrachten, de man nicht leicht zu hoch einschätzen kann.

Daß die Monarchie in kapitalistischen Staaten unter allen Umständen, un mag sie durch wen immer repräsentiert werden, ein Instrument der Klassen herrschaft bleibt, daß ihre Existenz mit dem Bestande und der ungestörte Wirksamkeit der anderen Machtmittel dieser Herrschaft, wie sie durch Adel Finanzkönige und Klerus vertreten werden, aufs innigste verwachsen ist, da haben wir nicht erst durch das Kaiserwort erfahren. Aber daß uns diese Wahr heit wieder einmal so lebhaft vor die Sinne gebracht worden ist, das muß auf unsere Taktik und Propaganda klärend und anfeuernd wirken, und darum erscheint mir das Wort des Kaisers von unserem Standpunkt aus betrachte als das rechte Wort zur rechten Stunde.

Die Arbeiterbewegung in Bosnien und der Herzegowina.

Von **W. Stepanek** (Wien).

Die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina besteht aus drei Bestand- teilen: Serben, die der griechischen Kirche angehören, Kroaten, die Katholiken sind und Mohammedanern. Das ethnische Moment tritt aber bei dieser Differenzierung äußerlich sehr wenig hervor, da die Sprache dieser drei Volksteile die gleiche ist Erst nach der Schreibweise läßt sich erkennen, ob der Bosniake ein Serbe ist oder nicht, weil die Serben mit altslawischen (cyrillischen) Buchstaben schreiben, die Mohammedaner, die in der Mehrzahl des Türkischen nicht mächtig sind, und die Kroaten mit lateinischen Buchstaben. Da die Gleichheit der Sprache das gegenseitige Annähern und friedliche Zusammenleben fördern würde, was natürlich den Interessen der herrschenden klerikalbureaukratischen Kreise widerspräche, ist künstlich das kon- fessionelle Moment zum „ethnischen" Merkmal hervorgehoben worden. Ganze Legionen von Jesuiten und Ordensschwestern zogen nach Bosnien, um dem Katholi- zismus der Kroaten und Einwanderer Nachdruck und Belebung zu geben. Infolge- dessen ist auch das einst schlaffe konfessionelle Empfinden der Griechisch-Orthodoxen wach geworden, und ebenso ist bei den Mohammedanern ein heftiger Widerstand entstanden. Es kam sogar mancherorts zu gemeinsamen Aktionen dieser beiden Elemente

n die Katholiken. So zum Beispiel bei Gemeindewahlen. Die Regierung wendet olchen Fällen alle ihre Diplomatenkunst an, um die Serben zu isolieren. Man ichnet sie amtlicherseits als das eigentliche Umsturzelement in dem okkupierten iete, obwohl sie bloß als das widerstandsfähigste und verhältnismäßig auf- irteste Element des Landes zu bezeichnen sind. Deswegen eben gelten sie als stürzler", man beschuldigt sie der großserbischen Propaganda, und unter diesem wand wird die serbische nationale Bewegung rücksichtslos verfolgt.[1]

Inmitten des Wirrwarrs von nationalistischen, klerikalen und bureaukratischen rieben ist die rote Fahne der modernen Arbeiterbewegung gehißt worden.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung des Landes wuchs auch die Ein- derung der qualifizierten Arbeiter aus allen Kronländern der Monarchie, und gingen gleich ans Werk, sobald sie die Landessprache ein wenig erlernt hatten, nterrichteten die einheimischen Arbeiter, unter denen viele die ersten Keime des ialismus schon im Herzen trugen, über den Ausbau der Organisation, die ategie des Lohnkampfes usw. — und man begann gleich die Lehren und Er- ungen praktisch anzuwenden.

Die ersten Anfänge der Arbeiterbewegung zeigten sich vor drei Jahren. Im nner 1905 wurde der Grundstein zu dem „Zentralverband der Gewerkschaften Bosnien und der Herzegowina" gelegt. Von nun an begann sich die organi- rische Gärung in allen Richtungen zu verbreiten. Einzelne Gewerkschaften legten Statuten der Regierung zur Genehmigung vor.

Knapp vor dem 1. Mai 1906 kam es zur ersten, spontanen Manifestation der idarität der organisierten Arbeiterschaft bei dem Leichenbegängnis des Genossen kolovic, der als Organisator tätig gewesen und als Führer der jungen Be- gung aufgetreten war. Ein plötzlicher Tod entriß ihn unserer Sache während heftigsten Kampfes am Schlachtfelde. Die Arbeiterschaft bekundete ihm ihren nk, indem sie massenhaft und feierlich an dem Leichenbegängnis teilnahm. Es altete sich daher zu einer mächtigen Manifestation, der ganz Serajewo betroffen ah. War doch die Arbeiterbewegung fast über Nacht emporgewachsen.

Die Wirkungen dieser Manifestation waren mannigfach: die Arbeiterschaft be- stigte sie in der Solidarität und Entschlossenheit, für die Regierung galt sie als zum Eingreifen ermahnendes Memento. Die unmittelbare Folge dieser Mani- ation war das Verbot der Maifeier. Trotzdem aber wurde der 1. Mai mit beitsruhe und Manifestationen gefeiert.

Die Rache der Regierung ließ auf sich nicht lange warten. Schon in den hsten Tagen verschaffte sie sich „Genugtuung". Am 2. Mai brach in der ärarischen bakfabrik ein Streik aus. Die Polizei intervenierte.... Es wurden einige beiter leicht verwundet und viele eingesperrt.

Den Tag darauf, nachdem man sich nicht entblödet hatte, eine an den Magistrat sandte Abordnung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen mit Schmährufen und ohungen hinauszutreiben, versammelte sich abends eine große Menschenmenge r dem Magistratsgebäude und verlangte stürmisch die Freilassung der Verhafteten. gen die Menge wurde zuerst die Feuerwehr mit Wasserschläuchen und dann ndarmerie herbeigeholt. Während einiger Augenblicke spielte sich hier ein blutiges ama ab; der Erfolg der in die Menge gerichteten Salven war: fünf Tote und zählige Verwundete.

Und nun folgten die Ereignisse Schlag auf Schlag. Am 4. Mai wurde als twort auf das Blutbad der allgemeine Streik proklamiert, der drei Tage ng dauerte und auch außerhalb Serajewos einen lebhaften Widerhall fand (es lgten dem Beispiel der Hauptstadt: Mostar, Zenica, Unt. Tuzel, Varesch, anjaluka, Zavidovic, Brod usw.). Der Verlauf dieser Serie von allgemeinen rbeitseinstellungen, die mit elementarer Kraft, größtenteils unorganisiert, aus-

[1] Die Serben bilden zirka 45 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes.

brachen, war überwältigend. Zu blutigen Ausschreitungen kam es nur in Zeni, obwohl die Behörden in der Provinz sich dieser Erscheinung gegenüber weit bruta verhielten wie die Zentralregierung in Serajewo. Polizei und Gendarmerie schlug wütend drein. Es wurden allerorts massenhafte Verhaftungen und Ausweisung vorgenommen. Trotzdem eroberte sich die Arbeiterschaft in diesem furchtba Kampfe einige bedeutende Konzessionen, unter anderem die Herabsetzung der Arbei zeit — fast überall — auf 10 Stunden und Erhöhung der Löhne. In Seraje wurden an die Regierung folgende Forderungen gestellt: 1. Allgemeiner Pard allen, die an der Bewegung teilnahmen. 2. Volle Versammlungs- und Verei freiheit. 3. Bestätigung der Statuten der Gewerkschaftsorganisationen. Nachd die Regierung dies bewilligt hatte, wurde am 7. Mai der allgemeine Streik f beendet erklärt.

Im Januar 1907 wurde der erste Gewerkschaftskongreß abgehalten, an d über 3800 organisierte Arbeiter vertreten waren. Bei dem Zentralverband wu auch ein besoldeter Sekretär angestellt.

Mit dem erfolgreichen Generalstreik war die Periode der Verfolgungen u Kämpfe nicht abgeschlossen, vielmehr nahmen sie an Umfang und Intensität n zu. Die Regierung und die Kapitalisten erholten sich bald von ihrer Bestürzu und suchten der Arbeiterschaft ihre Erfolge wieder zu entreißen. Zur Aushi rückte auch der römische Klerikalismus heran. Die Jesuiten veranstalteten un den kroatischen Ziegelarbeitern „heilige Missionen", besuchten ihre Frauen u drohten ihnen mit den Höllenqualen, falls sie den Männern gestatteten, sich un der roten Fahne zu organisieren. Der Erfolg der „heiligen Mission" blieb ni aus. Dem Siege des „Himmels" folgte der Verlust der Errungenschaften d Streiks: der Herabsetzung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Löhne. Es b gann die „Siebung" der Arbeiterschaft: die organisationsfähigen, bewußten, unb mäßigen Arbeiter wurden ausgewiesen aus dem Arbeitsort, oder auch über d Landesgrenze, wenn sie „Ausländer" waren, mochten sie auch österreichische Staat angehörige sein. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht den in der Geschichte d bosnischen Arbeiterbewegung berühmten Weg „preko Sava" (über die Save) e wegen Teilnahme an der Organisationsarbeit ausgewiesener Arbeiter passiert. D versprochene Versammlungs- und Organisationsfreiheit wird dermaßen bedingt, d sie eigentlich fast illusorisch erscheint, denn der polizeilichen Willkür bleibt fr Hand vorbehalten. Es gibt da keinen gesetzlich oder wie immer bestimmten Spi raum, in dessen Grenzen sich die Exekutivorgane halten müßten. Es gibt ke Rechtssystem im Verwalten, keine Einheit, keinen höheren Gesichtspunkt. Eine wah Anarchie, die für die Arbeiterschaft um so schärfere Formen annimmt, da die unter Organe der bosnisch-herzegowinischen Regierung auch noch unmittelbar von d Kapitalisten und von dem römischen Klerus beeinflußt werden.

Infolgedessen erfordert es eine ungeheure Energie der Arbeiterschaft, um dies Anarchie zu steuern, den von allen Seiten eindringenden Feinden die Stirn z bieten und trotzdem die Kräfte zusammenzuhalten.

Dabei wirkt noch der Umstand erschwerend, daß die organisierte Arbeitersch gar kein Blatt besitzt. Das Preßgesetz schreibt nämlich so hohe Kautionen für d Herausgabe von periodischen Zeitschriften (3000, 6000 und 10000 Kronen) vor, d es bisher bezüglich der Arbeiterpresse nur bei der Sehnsucht geblieben ist, um mehr, als sich voraussehen läßt, daß das Blatt der Verfolgung bald unterliege würde. Wehrlos steht also die organisierte Arbeiterschaft den Angriffen und Ve leumdungen gegenüber, mit denen sie von allen Seiten überschüttet wird. Nur da Zentralorgan der kroatisch-slawonischen Sozialdemokratie „Slobodna Rijec" steht m einem kleinen Teil seines beschränkten Raumes den bosnischen Genossen zur Ve fügung.

Am 7. und 8. Juni dieses Jahres sollte in Serajewo der zweite Gewerkschaft kongreß tagen, auf dem ein Überblick über die drei Jahre harter Kämpfe gegebe

zugleich über die weiteren Kämpfe beraten werden sollte. Aber es kam nicht ., der Kongreß wurde nach anderthalbstündiger Dauer aufgelöst. Die aus= igen Delegierten waren nämlich vorher schon ausgewiesen worden, und als Teilnehmer aufforderte, gegen diesen brutalen Willkürakt zu protestieren, sprengten geladenen Revolvern bewaffnete Polizeisoldaten mit Gewalt die Versammlung 116 Delegierten, welche 22 Lokalorganisationen vertraten.

Das Auseinandertreiben des Kongresses war ein planmäßiger Gewaltstreich, em Zwecke, die Arbeiterschaft zu erschrecken, denn die Entwicklung der Arbeiter= egung beunruhigt die Machthaber Bosniens, das Anwachsen der Organi= nen, die systematische Aufklärungsarbeit, die zentralisierte, mit fester Hand und ohne Erfolg geleitete Streikbewegung.

Nur mit äußerster Anstrengung aller Kräfte konnte bisher die Zentralleitung, für alles, was immer sich in der Arbeiterbewegung ereignen mochte, von der desregierung verantwortlich gemacht wird, der Situation Herr zu bleiben. Wird ber noch weiterhin der Organisation möglich sein, die durch das herausfordernde gehen der Behörden gegenüber der Arbeiterschaft heraufbeschworenen Konflikte friedlichem Wege beilegen und den leidenschaftlichen Ausbruch der Erbitterung Empörung hintanhalten zu können, wenn sie der aufgeklärten, einflußreichen te beraubt wird, wenn das Erscheinen eines Blattes unmöglich ist, wenn sogar allgemeine Aufklärungsarbeit durch Vorträge der Präventivzensur unterzogen ? Und dabei gibt es in diesem Lande keine Arbeitergesetzgebung, keinen Arbeiter= z — und es gibt auch keine Instanz, an die man sich mit Erfolg wenden könnte. Regierung selbst gehört zu den ärgsten Ausbeutern des Landes, in den ärarischen akfabriken und Eisenbahnwerkstätten geht sie allen Privatunternehmern mit chtem Beispiel voran. Da die Angelegenheiten des okkupierten Gebietes in den rkungskreis" der Delegationen eingeschaltet sind und die Parlamente gar nichts hen, gibt es eigentlich für die Bosnier kein Rechtsmittel zur Eindämmung des zeilichen Regimes in Bosnien und der Herzegowina. Die in den Delegationen ebrachten Anklagen finden bei diesen größtenteils äußerst loyalen Versamm= en keinen Widerhall und werden gewöhnlich mit dem Versprechen, daß alles rsucht werden soll usw., erledigt.

Was wird aber die Folge davon sein, daß die Entwicklung überall verhindert ? über diesen Punkt setzt sich die Regierung leichtfertig hinweg: Mit Gewalt n wir diese Länder beherrscht, mit Gewalt werden wir sie auch zu pazifizieren n. Wahrhaft ein klägliches Ergebnis der dreißigjährigen Okkupation.

Im wirtschaftlichen und kulturellen Interesse des Volkes ist sehr wenig während r Periode unternommen worden: Die Agrarfrage harrt ihrer Lösung, über Prozent der bäuerlichen Bevölkerung sind noch mit Zwangsarbeiten belastet; Schulwesen befindet sich im primitivsten Stadium (im Jahre 1907 entfiel eine ule auf 182,24 Quadratkilometer). Infolgedessen bleibt der Schulbesuch weit er der Ziffer der Schulpflichtigen zurück. „Das Schulbudget fressen die Gen= rnen", sagt man in Bosnien. Unter diesen Verhältnissen leiden die Volksschichten Unterschied der Nation und Religion. Abstufungen und Schattierungen gibt ur in den oberen Schichten: Serben haben Handel und Gewerbe in Händen, rken" sind Feudalherren, Kroaten finden bereitwillige Aufnahme im Staats= ist, weil sie Katholiken sind. Im Volke gärt aber Unzufriedenheit und höchste itterung, die sich fürchterlich entladen kann. Und wahrscheinlich zu spät wird Bureaukratie und ihr schwarzer Mitparasit, der römische Klerikalismus, der da schwarzes Spinnengewebe nach allen Richtungen ausbreitet, sich an das alte ichwort erinnern, daß wer den Wind säet, Sturm erntet. Ob sie dann wirklich ande sein werden, diese Länder zu „pazifizieren", ist mehr als fraglich, denn Verhältnisse haben sich während der dreißig Jahre gewaltig verändert, in den anländern nicht minder als auch in der Monarchie.

Literarische Rundschau.

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften. Von Adolf Braun. Stuttgart 1908, Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger.

Genosse Adolf Braun hat während der zweiten Hälfte des Jahres 1907 in der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine Artikelreihe über die Tarife veröffentlicht. Darauf wu aus den Reihen unserer Gewerkschaften der Wunsch laut, daß die Artikel weite Kreisen zugänglich gemacht würden. Demzufolge hat der Verfasser seine Stu nach gründlicher Durcharbeitung mit einigen Kürzungen und den nötigen Erwe rungen als selbständige Schrift herausgegeben.

Wesen und Bedeutung der Tarifverträge finden sich, so heißt es in der (E leitung der Schrift, vielfach erörtert in den Protokollen der Generalversammlun unserer Gewerkschaften, auch in denen der allgemeinen Gewerkschaftskongresse, i in der politischen und gewerkschaftlichen Presse. Aber es fehlte bisher an e Schrift, die die Tarifverträge vom Standpunkt der modernen Gewerkschaften e spricht, leicht verständlich und für die Agitation verwertbar ist. Diese Lücke unse Literatur versuche die vorliegende Arbeit wenigstens für einige Zeit auszufüllen- Das Bedürfnis nach einer solchen Schrift erscheine um so dringlicher, als wir große Zahl von Arbeiten aus anderen Lagern über die Tarifverträge besitzen.

Der Verfasser charakterisiert mehrere dieser Schriften und begrenzt im Ansch daran das Gebiet, auf das sich seine Untersuchung erstrecken soll. Die vorlieg Schrift beschränke sich im wesentlichen auf den momentanen Stand der Tarifvertr Sie unterlasse es, die zahlreichen Entwicklungsmöglichkeiten der Tarife und Wirkungen auf neue gewerbliche Gestaltungen zu erörtern, weil hierzu vorläu noch nicht genügender Anlaß vorliege. Aber sie warnt doch in der Einleitung den Versuchen der Unternehmer, arbeiterfeindliche Bestimmungen und dungen der einzelnen Arbeiter wie der Organisationen in die Tarifvertr hineinzuzwängen. Hierauf geht der Verfasser des näheren ein auf die Begri erklärung des Tarifvertrags, gibt einen Einblick in die Entstehungsgeschichte Tarifverträge und bespricht den Abschluß und den Inhalt der bestehenden Ta verträge. Weitere wichtige Abschnitte der Schrift bilden die Ausführungen ü die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tarifverträge, über die Stellung der Un nehmer zu den Tarifverträgen (wo die tariffeindliche „Denkschrift des Arbeitge verbandes für das Buchdruckgewerbe“ wohl auch hätte besprochen werden könn über die Vorteile für die Arbeiter und die Organisationen, über Staatsgewalt Tarifverträge, über den Rechtszustand der Tarifverträge, über die Tarifgesetzgeb in Österreich, in der Schweiz, in Frankreich und in den Niederlanden, über Tarifverträge in Großbritannien, in den anderen europäischen Staaten sowi den Vereinigten Staaten, über das Arbeitsvertragsrecht in Australien und en über die Verbreitung der Tarifverträge in Deutschland.

Die Schrift schließt mit folgenden Betrachtungen: „Vermutlich werden wi den nächsten Jahren, falls nicht eine schwere Krise alle Berechnungen umstößt, weder Riesenkämpfe der Gewerkschaften haben, die alle bisherigen in den Scha stellen dürften, oder wir werden zu Generaltarifen für ganz Deutschland in eigentlichen Holzindustrie, im Baugewerbe usw. kommen. Diese Verträge wer wiederum, wenn sie friedlich oder nach heftigen Kämpfen abgeschlossen werden, andere Industrien weiterwirken, die noch nicht so weit in der Erfassung durch Ta gelangt sind.

„Die Unternehmer kommen immer mehr davon ab, die Tarife als einen a schließlichen Gewinn für die Arbeiter anzusehen, sie begreifen, daß auch sie große, ja größere Vorteile von den Tarifen haben als die Arbeiter. Ja, es schei Erwägungen im Gange zu sein, um von den Tarifen als einer neuen Grund zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen auszugehen. Es ist deshalb nicht einem vorschnellen Frohlocken der Umschwung der Unternehmer in der Auffass

Tarife zu begrüßen; es wird im Gegenteil angezeigt sein, mit geschärfter Kritik künftige Stellung der Unternehmer aufmerksam zu verfolgen, die Verhandlungen gesteigerter Überlegung und geschärfter Klugheit zu führen, sich, wie der Geschaftssekretär Hueber auf dem letzten Kongreß der österreichischen Gewerkten im Jahre 1907 sagte, nicht vom „Kollektivkoller“ ergreifen zu lassen, nicht ife abzuschließen, weil die Form einem gefällt, sondern sich immer vor Augen halten, daß bei aller Bedeutung der Tarife niemals ein kollektiver Arbeitsvertrag seiner selbst willen abgeschlossen werden darf.

„Die Arbeiter müssen sich auch bewußt sein, daß selbst die besten Tarife keinen ernden Erfolg sichern, daß sie mit dem Abschluß der Tarife noch nicht aus ihrer mpfbereitschaft entlassen sind, daß es nicht nur notwendig ist, starke und finan- leistungsfähige Gewerkschaften zu besitzen, um Tarife durchzusetzen, daß die lgerüsteten, innerlich gefestigten und vor Marodeuren gesicherten Gewerkschaften voller Kampfbereitschaft dastehen müssen, um Tarifverträge zu sichern, um ihre haltung zu garantieren für jeden Tag der Tarifgeltung. . . .

„Keiner gefährlicheren Täuschung könnten sich die Arbeiter hingeben, als wenn in den Tarifverträgen den Anbruch einer Periode des sozialen Friedens, eines sgleichs von Unternehmerinteressen und Arbeiterbestrebungen sehen würden. Die jedem Tage neu sich mehrenden Ursachen des Klassenkampfes können nicht ausichen werden durch Tarifverträge. Unsere gewerkschaftlichen Wünsche sind damit t erledigt, auch nicht für die Zeit der Tarifdauer; die wirtschaftlichen Schädigen der Arbeiter durch den Kapitalismus, unser allgemeines Streben, die uns Gegnern der heutigen wirtschaftlichen Ordnung machen, werden durch die Tarifträge völlig unberührt gelassen. . . .“

In der Tat ist die vortreffliche Schrift des Genossen Adolf Braun geeignet, fklärung über wichtige wirtschaftliche und politische Fragen des Klassenkampfes bringen und zum Nachdenken darüber anzuregen. Es wäre daher zu wünschen, die Schrift in die weitesten Kreise der Arbeiter dringe und recht bald eine eite Auflage notwendig werde. Für diese hat der Verfasser bereits eine Vervollndigung der Schrift auf Grund der inzwischen gemachten neuen Erfahrungen den Tarifverträgen versprochen. Er wird aber dann wohl auch einige uneutende Mängel beseitigen, die Darstellung etwas mehr abrunden, einige Wiederungen streichen und einige Lücken ausfüllen.

Hanau a. M. Gustav Hoch.

---

nil Pouget, **Die Gewerkschaft.** Zürich, Verlag der antimilitaristischen Liga. 31 Seiten Oktav.

Während alle Anzeichen dafür sprechen, daß nun auch in Frankreich dem syndiistischen Spuk eine gesunde Gewerkschaftsbewegung folgen wird, während in utschland der größte Teil der bisher in lokalorganisierten Gewerkschaften vernigten Arbeiter zu den Zentralverbänden übergegangen ist, glaubt der schweizeche Genosse Max Tobler, der Redakteur unseres Züricher täglichen Blattes, des olksrecht“, eine nützliche Aufgabe auszuführen, wenn er eine mehr anarchistische s gewerkschaftliche Broschüre in deutscher Übersetzung herausgibt. Er macht zwar e möglichen Einschränkungen, um nicht mit dem Verfasser in einen Topf georfen zu werden, aber es erscheint nicht recht verständlich, wozu eine in hohem aße unbedeutende Broschüre der Übersetzung gewürdigt wird. Damit wird er n angeblichen Mangel einer Gewerkschaftstheorie nicht beheben, den er mit Behung auf Bernstein in der Einleitung erwähnt.

Pouget geht im wesentlichen von kleinen handwerksmäßigen Verhältnissen aus, t kleinbürgerliche Ideen von menschlichem Glücke, dabei Freude an revolutioiren Worten, als Zukunftsziel ein verschwommenes Bild einer Gesellschaft, in der s Individuum selbstherrlich ist, das sich in einem noch unklareren Kommunismus twickeln soll. Mit ökonomischem Wissen ist er nicht beschwert. Das glückliche

Leben des Kapitalisten führt er ganz einfach auf dessen Gaunerei und die Ve
brechen zurück, die er sich bei der Aneignung seines Kapitals zuschulden kom
ließ. Auch hier erscheinen ihm individuelle Ursachen ausschlaggebend, während
für die kollektiven blind ist. In schöner Abwechslung spricht er von dem Kap
als dem Erfolg des Diebstahls, von der sozialen Gaunerei, die alle Zweige men
licher Betätigung durchdringt. Die Stehlenden sind die Kapitalisten, die Un
nehmer, die Landbesitzer. Dann werden sie auch Banditen genannt.

Als Mittel zur Bekämpfung des Kapitalismus, als „wichtigster Zusamm
schluß" wird der Berufsverein, die Gewerkschaft bezeichnet. Als Antiparlam
tarier macht der Verfasser komisch wirkende Kunststücke, um darüber hinw
zukommen, daß die Gewerkschaftsbeamten gewählt werden. Sie werden seiner M
nung nach nicht gewählt, sie werden ausgewählt, und das scheint gestattet zu s
Die direkte Aktion, die in Frankreich so kläglich im Mai 1907 Schiffbruch litt, w
als wichtigste Methode des Kampfes bezeichnet. Als die Aufgabe der Gewerksch
erscheint ihm die Expropriation der Kapitalisten. In den Streikreglements sieht
eine Schwächung der Widerstandskraft der Arbeiter. Für niedrige Beiträge in
Gewerkschaften setzt er sich ein, und er empfiehlt, die gewerkschaftlichen Kämpf
finanziell durch die Solidarität der Nichtkämpfenden mit den Kämpfenden füh
zu lassen.

Diese Beispiele werden genügen, um zu zeigen, was als künftige Gewerkscha
theorie als diskutabel bezeichnet wird, und wie wenig Ahnung von Volkswirtsch
und gesellschaftlichen Zusammengängen manche Leute zu haben brauchen, um
Gewerkschaften Ratschläge zu erteilen. Die Schrift ist in ihrem letzten Ende
werkschaftsfeindlich und antisozialistisch. Für ihre Vermittlung ins deutsche Spra
gebiet liegt keine andere Erklärung vor als die Sympathien des Übersetzers für
antimilitaristische Propaganda, der sich in Frankreich auch manche Syndikali
widmen.

ad.

Le Second Empire 1852—1870 par Albert Thomas (Vorwort von Charles Andl
Paris, Rouff & Co. Quart, VIII und 392 Seiten. Preis 5 Franken.

Das „Zweite Kaisertum" von Albert Thomas bildet den Band 10 des gro
geschichtlichen Sammelwerkes, das unter dem gemeinsamen Titel: „Histo
Socialiste" von Jean Jaurès redigiert wird und nächstens zum Abschluß
langt. Im ersten Bande definierte Jaurès Charakter und Methode des Unt
nehmens in folgender Weise:

„Auf die Gefahr hin, unsere Leser für einen Augenblick durch eine sonderb
Vereinigung von Namen zu überraschen, erklären wir, diese bescheidene Geschic
im Geiste von Marx, Michelet und Plutarch schreiben zu wollen, in die jeder
mitarbeitenden Genossen die Eigenart seines Denkens, alle zusammen die wesentl
selbe Doktrin und denselben Glauben hineinbringen werden" (La Constituante, p
Jean Jaurès, S. 10).

Die drei angeführten Namen haben alle einen guten Klang, und insofern
ihre Zusammenstellung ganz legitim. Wie man aber ihre verschiedenen Me
thoden, den Heldenkultus von Plutarch, die idealistisch-demokratische Auffassung v
Michelet und die materialistische von Marx auf die Geschichtschreibung gleichzei
praktisch anwenden kann, bleibt noch heute, da das große Werk bald fertig sein wi
ein ungelöstes Rätsel. Vielleicht wollte Jaurès damit nur gewisse Anforderung
an seine Mitarbeiter und an sich selbst stellen. Die „Sozialistische Geschichte" sol
mit der klassischen Plastizität und „objektiven" Ruhe eines Plutarch, mit
feurigen Begeisterung und zugleich künstlerischen Formvollendung eines Michel
und der realistisch-wissenschaftlichen Gründlichkeit eines Marx geschrieben und
arbeitet werden. Ein solches Programm wäre erstens keineswegs bescheide
zweitens bei den obwaltenden Verhältnissen unerreichbar. Die Mitarbeiter v
Jaurès: Deville, Brousse, Henri Turot, Viviani (Arbeitsminister), Fournière, M

d, Georges Renard und sogar Gérault-Richard besitzen alle möglichen Talente,
en aber selbst kaum Anspruch auf irgendwelche Gemeinschaft mit Plutarch,
elet und Marx erheben. Die gemeinsame „Doktrin“ aller dieser nicht un-
nnten Herren ist der Reformismus, der bis zum verunglückten Regierungs-
alismus“ geht. Genosse Dubreuilh, dessen Werk über die Kommune soeben
eint, bildet die einzige Ausnahme.

Es wäre aber eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn wir auf Grund des Ge-
n Wert und Bedeutung des Werkes verkennen würden. Schon das Tot-
eigen wie die Verdonnerung durch die bürgerliche Kritik sollte uns auf die
ialistische Geschichte“ aufmerksam machen und zur gerechten Abschätzung auf-
rn. Das Werk ist vom sozialistischen Standpunkt geschrieben, von warmer
pathie und Verständnis für die Arbeiterinteressen durchdrungen. Schon das
 bedingt einen gründlicheren Aufbau des Ganzen, die Berücksichtigung eines
en Tatsachenmaterials. Für die Arbeiterklasse ist die „Sozialistische Geschichte“
 ihrer vielfachen Mängel und allzu liebenswürdigem Eklektizismus einstweilen
inzige Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, die für sie und in ihrem
resse geschrieben ist, einstweilen der verhältnismäßig beste Leitfaden für die
rechende Periode. Leider ist sie zu umfangreich und daher den Massen kaum
nglich.



Was wir im allgemeinen über das gesamte Werk sagten, gilt besonders und
esonderen für das Buch von Albert Thomas über das zweite Kaisertum.
nas ist ein Fachmann, was ihn vorteilhaft von den anderen Mitarbeitern von
cès unterscheidet. Man merkt dies an jeder Seite seines sehr interessanten
es. Er bringt uns eine Unmasse von gut geordneten und kritisch untersuchten
n Tatsachen und zerstört manche Legenden der bürgerlichen Historiker. So er-
en wir bei Thomas den gewaltigen Widerstand, den die Arbeiterklasse Frank-
s dem Staatsstreichler Bonaparte entgegengesetzt hat. Er erzählt uns ihre
r und Leiden. An der Hand neuer Monographien, wie die Tchernoffs, ent-
it Thomas ein im höchsten Grade interessantes Bild der Geheimbündelei unter
 zweiten Kaisertum. Der Einfluß von Marx zeigt sich bei den ausführlichen
schaftlichen Schilderungen. Der Verfasser verfolgt aufmerksam die kapitalistische
wicklung, das Erwachen der Arbeiterklasse, die Bildung der Internationale.
st eine Art deskriptiver Marxismus, der erste notwendige Schritt zu einer
eren geschichtlichen Auffassung. Er stößt dabei auf manche pikante Entdeckungen.
 Generalstreikgedanke in Frankreich (in England war er längst bekannt) ebenso
 der lärmende Hervéismus erweisen sich als große Entdeckungen kleinbürger-
r Journalisten — des Emile de Girardin und des Redakteurs des Organs des
nischen Viertels, „La Rive Gauche“, an dem Vermorel mitarbeitete. Thomas
in Bewunderer von Marx, aber er bewundert zu gleicher Zeit und vielleicht
 in höherem Maße Proudhon, die beide, wie Thomas meint, dieselbe „Idee der
eiterklasse“ entdeckt haben sollen: der erstere, indem er die Internationale mit-
ündete, der zweite in seinem letzten Werke „La Capacité politique de la Classe
rière“, das nach dem Tode des letzteren erschien (1868) und zum oft ver-
iegenen Standard-Werk des französischen „revolutionären Syndikalismus“ wurde.
mas ist eben ein gemäßigter Syndikalist und trägt gewissenhaft alle Tatsachen
mmen, die die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung beleuchten — eben-
 ein großer Vorzug des Buches. Die Versöhnung von Marx und Proudhon
 man leicht beiseite lassen. Das reiche, klar und schön geordnete Tatsachen-
erial wird aber bleiben und der weiteren Geschichtsbearbeitung des zweiten
ertums zugute kommen. Ein konsequenter Marxist hätte gewiß diese Ge-
heit benutzt, um einen Vergleich anzustellen zwischen dem Marxschen „18. Bru-
re“, der genial den Sinn und das Schicksal Bonapartes vorzeichnete, und dem
ke Proudhons „La Revolution sociale demontrée par le Coup d'Etat“, wo
udhon nicht mehr und nicht weniger als ein Bündnis mit Bonaparte vorschlägt;

ein solcher Vergleich hätte am besten den Wert der grundverschiedenen Metho
— der marxistischen und der proudhonistischen — an einem konkreten Beispiel
zeigt. Wir wollen mit Thomas darüber nicht zu Gericht gehen. Wir sind
geneigt, mit Dankbarkeit das Gegebene zu nehmen: Thomas' Buch über das zw
Kaisertum ist unzweifelhaft eine nicht unbedeutende Bereicherung der sozialisti
Literatur. Ch. Rappop

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf" vom Juni bringt einen Aufsatz von Karl Mann über **„Bo
geoisie und Klerikalismus"**, der noch einen Nachklang zu der Debatte über
Verein „Freie Schule" im vorigen Heft darstellt. Daß das antiklerikale Lager
so buntes Klassengemisch darstellt, kann nicht überraschen, da immer in dem Kam
gegen eine vorkapitalistische Herrschaftsorganisation die unter dem Kapitalism
aufgekommenen Klassen sich zusammenfinden. Aber Ziel und Methode des Kamp
sind bei ihnen verschieden. Die Arbeiter sind die radikalsten Gegner des Kler
lismus, weil sie am vollständigsten mit der Vergangenheit brechen. Die Bourgeoi
will im Kampfe mit diesem Gegner die Staatsgewalt benutzen; die Arbeiterkl
die die Staatsgewalt als ihre Feindin betrachtet, widersetzt sich dem; sie ist ge
alle Ausnahme- und Zwangsgesetze und vertritt die Freiheit des religiösen
kennens. Für die Bourgeoisie beruht der Kampf gegen den Klerikalismus vor al
auf ihrer Klassenideologie, während ihr Klasseninteresse sie in Gegensatz zur Arbei
klasse bringt. Es versteht sich, daß in diesem Widerstreit die Ideologie gegen
Interesse zurückgestellt wird, das heißt daß zu einem energischen Kampf gegen
Klerikalismus auf die Bourgeoisie nicht mehr zu rechnen ist.

Das gilt jedoch nicht für alle Schichten des Bürgertums, namentlich nicht
die Intelligenz. Diese Klasse hat keine den proletarischen entgegengesetzten Klas
interessen; sie ist der Träger des bürgerlichen Antiklerikalismus und sie ist
diesem Standpunkt nur durch andere, kräftigere ideologische Interessen — zum Beis
nationale — abzubringen. Diese Klasse ist an Zahl keineswegs unbedeutend: sie zä
in Österreich 1890 368422, 1900 456578 Personen, nimmt also sehr rasch zu.

Durch den Kampf gegen den Klerikalismus halten wir das politische Inter
dieser Schichten wach, verringern den Einfluß der Scharfmacher auf die bür
lichen Parteien und verhindern, daß diese Parteien immer reaktionärer wer
Dazu soll nun der Verein „Freie Schule" dienen, und wenn wir nur dafür sor
daß dabei die klare Einsicht der Arbeiter in die Klassenverhältnisse nicht verlo
geht, ist unsere Teilnahme an diesem Verein nützlich. Zwar ist nicht sicher,
wir das Ziel erreichen, einen bedeutenden Teil des Bürgertums in dem Ka
gegen den Klerikalismus mitzubekommen. Aber auch wenn dies nicht gelingt, war un
Mühe durchaus nicht vergebens. Die Intelligenz ist dann durch Tatsachen i
die Macht der Klasseninteressen belehrt, was sie uns sonst nicht glaubt. Sie m
uns näher kommen; die Gemeinschaft der Ideologie, die aus dem gemeinsa
antiklerikalen Kampf fließt, kann zur Brücke werden, die sie in unser Lager fü
Rütteln wir die Intelligenz im Kampf gegen den Klerikalismus auf, dann s
für das Bürgertum die Sache so: entweder dem Drängen dieser Schichten nac
geben, oder ihren Abfall zum Proletariat zu erwarten.

In einem Aufsatz **„Die Axt an der Wurzel der Kirche"** weist Karl Leuth
an der Hand der Schriften des französischen Theologen Loisy, des geistigen Va
des „Modernismus", nach, daß diese Richtung innerhalb der katholischen Kirch
der Tat, wie die päpstliche Enzyklika es ausdrückt, die Axt an die Wurzel
Katholizismus legt.

In dem Aufsatz Karl Renners **„Was sind unsere Kronländer"**, dessen Ha
inhalt als eine spezifisch österreichische Frage wir hier übergehen können, dür

paar allgemeine staatsrechtliche Betrachtungen allgemeineres Interesse be-
ruchen. Es wird von Schriftstellern des Kontinents viel über die „Teilung
Gewalten“ im Konstitutionalismus geredet. Dies ist jedoch nichts als eine
erständliche Auffassung der natürlichen Gliederung der staatlichen Funktionen
nglischen Staatswesen. In jeder selbständigen menschlichen Gruppe ist die Be-
ßfassung Sache des Ganzen, die Ausführung Sache eines kleinen Komitees,
die Schlichtung der Streitigkeiten Sache eines dazu eingesetzten Unparteiischen.
ist auch in England das Ministerium nur ein Exekutivkomitee aus der Parla-
smehrheit. Diese natürliche Arbeitsteilung haben die kontinentalen Staats-
ler, „damit dem absoluten Fürstentum das Feigenblatt des Konstitutionalismus
retisch angeklebt werden konnte“, als eine Teilung einander bekämpfender Ge-
en aufgefaßt und das Ränkespiel zwischen Parlament und Ministerium im
inkonstitutionalismus als die Natur des Konstitutionalismus hingestellt. Diese
srechtlichen Fiktionen macht das Proletariat nicht mit.

In Anschluß an den früheren Aufsatz Brauns schreibt Josef Steiner (Paris)
: **„Den französischen Syndikalismus“**. Die französische Gewerkschaftsbewegung
sich nicht nach den Theorien Sorels und Lagardelles entwickelt; diese Theoretiker
m die Kinderkrankheiten der französischen Bewegung für den Ausdruck einer
n revolutionären Klassenbewegung genommen und daraus den theoretischen
dikalismus konstruiert. In der Praxis ist der Unterschied zwischen der fran-
chen und der österreichischen Gewerkschaftsbewegung nicht groß; jener fehlt nur
gute theoretische Schulung. Ihre Eigenart erklärt sich aus der geschichtlichen
wicklung des französischen Sozialismus; in der ersten Zeit litten die Gewerk-
ften unter den wiederholten Spaltungen der Partei, und als Elemente in die
teibewegung hereindrangen, deren Sozialismus nur kleinbürgerliche Politik war,
mte sich dagegen das proletarische Empfinden der Arbeiter auf. Der syndi-
tische Antiparlamentarismus ist nur eine Reaktion gegen den Millerandschen
isterialismus. Die sozialistische Einigung bewirkt schon wieder eine Annäherung
die Partei. Praktisch bewegt sich die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich in
elben Richtung wie die der anderen Länder. Die Agitation für den General-
k gerät in den Hintergrund, die Mitgliederzahl steigt, die Beiträge werden
er gestellt.

Die holländische Revue „De Nieuwe Tijd“ bringt in dem Mai- und dem
iheft einen Aufsatz von G. W. Sannes: **„Allgemeines oder organisches Wahl-
t“**, der dadurch veranlaßt wurde, daß in Holland die Reform des Wahlrechts
Gegenstand der Erörterung aller Parteien ist. Allgemeines Wahlrecht als Aus-
der Volkssouveränität, als angeborenes Bürgerrecht ist nicht eine sozialdemo-
rische Lehre; ein souveränes Volk besteht nicht, wo die Mehrheit sich durch eine
nomische Notwendigkeit in Abhängigkeit und Lohndienst befindet; diese Theorie
r eine bürgerliche aus der Zeit des Kampfes gegen die feudalen Mächte. Unter
liberalen Parteien ist die Auffassung verbreitet, das Wahlrecht sei eine von
Regierung im Interesse der Gesamtheit bestimmten Bürgern aufgetragene
nktion, und es gibt Fortschrittsmänner unter ihnen, die das allgemeine Wahl-
t aus dem Grunde fordern, weil dadurch das Gemeinwohl am besten gefördert
d. Sein Hauptnutzen sei der, daß das ganze Volk zum politischen Denken er-
en wird. Diesen Nutzen heben wir Sozialdemokraten ebenfalls hervor, wenn
h diese Theorie der Fortschrittler keine sozialdemokratische sein kann, schon aus
n Grunde, weil ein „Gemeinwohl“ in der Klassengesellschaft eine unwahre Fiktion
Gründe, die der Sorge für das Gemeinwohl entnommen sind, haben die Wort-
rer der besitzenden Klasse mehr gegen als für das allgemeine Wahlrecht, und
ne Durchführung wird nicht aus dem Rechtsbewußtsein der herrschenden, sondern
r aus der Machtentfaltung der arbeitenden Klassen hervorgehen. Die Arbeiter
d Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, weil es ihnen eine vortreffliche Klassen-
ffe ist. Andere Kampfesmittel, wie Demonstrationen und Streiks, können ihnen

auch dienen, aber das Wahlrecht nicht ersetzen. Denn jene Mittel erfordern höchste Anstrengung der Kräfte und der Nerven, die nur ausnahmsweise mö ist; das allgemeine Wahlrecht ermöglicht eine regelmäßige, nicht übermäßige K anstrengung der Arbeiter. Jene anderen Mittel fesseln zeitweilig große Ma und können dadurch plötzliche Erfolge erzielen, aber das Wahlrecht hält die läufer dauernder fest und erzieht sie politisch. Daher das naturgemäße Stre die durch jene anderen Mittel errungene augenblickliche Macht in der Gestalt allgemeinen Wahlrechts und der damit erzielten Wahlresultate festzulegen.

Gegenüber dieser Forderung der Arbeiter vereinigen sich ihre Gegner im mehr auf die Forderung eines „organischen" Wahlrechts. Ursprünglich war da eine christliche Forderung des Wahlrechts für Familienhäupter gemeint; jetzt w darunter vielfach eine ständische oder berufliche Interessenvertretung verstan In Wirklichkeit berücksichtigt eine solche gar nicht den organischen Charakter Gesellschaft. Denn sie spaltet, was zusammengehört, die Klasse. Nicht das sammenwirken von Berufsgruppen, wie die Landwirte, die Kaufleute, die In striellen, sondern der Kampf der Klassen bedingt den Fortschritt. Die Trennu linie zwischen den Klassen, deren Angehörige organisch zueinander gehören, quer durch die Berufsgruppen der Landwirte, der Handelsleute, der Industrie hindurch; Arbeiter gehört zu Arbeiter, Kapitalist zu Kapitalist. So ist das ganische" Wahlrecht im Grunde falsch und es wird nur als Mittel vorgeschla den Klassengegensatz zu verhüllen. Die Arbeiter brauchen dagegen ein Wahlr das ein Auskämpfen der Klassengegensätze ermöglicht.

Bibliographie des Sozialismus.

Auer, F., Landtagsabgeordneter, **Arbeiterpolitik im bayerischen Landtag.** Tatsachenmate zur Beleuchtung der Worte und Taten der christlichen Arbeiterführer. München, F. Auer. 80 S. 2(

Bebel, A., **Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag. Die sozialdemokratischen W aufrufe für die Reichstagswahlen 1881, 1884, 1887.** Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 1

Clayton, Joseph, **Robert Owen, Social Pioneer.** London, A. C. Fifield. 6 Pence.

Congrès Socialiste International ténu à Stuttgart du 16 au 24 août 1907. Compte r du analytique publié par le Secrétariat du Bureau Socialiste International. Brüs 439 S. 5 Frs.

Engels, Friedrich, **Der deutsche Bauernkrieg.** Mit Einleitung und Anmerkungen her gegeben von F. Mehring. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 124 S. 1,50 Mk.

Grigorovici, Tatiana, **Der Klassenkampf** (Nr. 1: **Das wahre Wort**). Czernowitz, Vo presse. 30 S. 6 Heller.

Higgs, Richard, **Socialism and Agriculture.** London, Independent Labour Party. 1 Pen

Hunter, Robert, **Socialists at work.** New York, The Macmillan Company. 374 S.

Kautsky, Karl, **Parlamentarisam, narodno zakonodavstvo i sozijalna demokrat** Belgrad, Verlag des sozialdemokratischen Studentenklubs. 128 S. 1 Dinar.

Liebster, Georg (Pastor), **Kirche und Sozialdemokratie.** Gießen, A. Töpelmann. III, 128 2,50 Mk.

Parvus, **Der Klassenkampf des Proletariers.** Eine kleine Bibliothek für denkende Arbei Heft 2: **Die kapitalistische Produktion und das Proletariat.** 48 S. 30 Pf. — Heft **Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.** 39 S. 25 Pf. Berlin, Buchhandl Vorwärts.

Pflüger, P., **Der Gemeindesozialismus der Stadt Zürich.** Zürich, Verlag des Schweizeris Grütlivereins. 39 S.

Sozialdemokratie, Die, in den Landtagen von Coburg und Gotha 1904 bis 1908. Ha buch für Landtagswähler. Gotha, Wilhelm Bock. 150 S.

Strachey, J. St. Loe, **Problems and Perils of Socialism.** London, Mac Millan & 6 Pence.

Tscherewanin, A., **Das Proletariat und die russische Revolution.** Mit einer Vorrede H. Roland-Holst und einem Anhang vom Übersetzer S. Lewitin. Stuttgart, J. H. W. D Nachf. 170 S. Broschiert 1,20 Mk., gebunden 1,50 Mk.

Tugan-Baranowsky, Dr. Michael, **Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlic Entwicklung.** Dresden, O. V. Böhmert. 197 S.

Veber, Adrien, **Le Socialisme municipal.** Paris, V. Giard et E. Brière. 62 S.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 41 Ausgegeben am 10. Juli 1908 26. Jahrgang

Hinter verschlossenen Türen.

↗ Berlin, 3. Juli 1908.

Der Meineidsprozeß gegen den Fürsten Eulenburg hat seit dem Anfang eser Woche begonnen. Vorsitzender des Gerichtshofes ist jener frühere Staats-walt Kanzow, der seinerzeit, gewiß aus aufrichtiger Überzeugung, aber enso gewiß mit objektivem Unrecht, das meiste dazu beigetragen hat, den men Koschemann wegen eines angeblichen Attentats auf einen Polizei-amten auf eine lange Reihe von Jahren ins Zuchthaus zu bringen. Glück-herweise ist die Befürchtung ausgeschlossen, daß Herr Kanzow diesmal wieder f einen so verhängnisvollen Irrweg geraten wird; er behandelt den Fürsten ulenburg, gegen den immerhin ungleich gravierendere Indizien eines schweren erbrechens vorliegen, als ehedem gegen Koschemann vorlagen, mit einer zarten ücksicht, die wir so weit entfernt sind zu tadeln, daß wir nur wünschen nnen, sie würde allen Angeklagten vor deutschen Gerichten erwiesen.

Leider hat aber doch schon der Gerichtshof einen verhängnisvollen Beschluß faßt, indem er die Öffentlichkeit der Verhandlungen ausschloß. Er ist dazu ranlaßt worden, weil er eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit be-rchtete, doch ist diese Besorgnis sofort durch den Oberstaatsanwalt Isenbiel durch als hinfällig gekennzeichnet worden, daß er ausführte, nahezu alles, as in dieser Beziehung Bedenkliches verhandelt werden würde, sei schon kannt. Wenn gerade Herr Isenbiel trotzdem den Ausschluß der Öffentlich-it beantragte, so entschuldigt ihn die Tatsache, daß Logik immer die schwache eite preußischer Staatsanwälte ist, aber von dem Gerichtshof hätte man nen weiteren Blick erwarten dürfen. Er mußte sich zu sagen wissen, daß r Ausschluß der Öffentlichkeit alsbald Folgen haben würde, die am aller-enigsten das Ansehen der deutschen Rechtspflege zu fördern geeignet seien.

In der Tat sind diese Folgen auch sofort eingetreten. Die beiden höfischen liquen, die in diesem endlosen Skandal miteinander ringen, die Holstein-arden-Clique auf der einen und die Eulenburg-Clique auf der anderen Seite,

nützen das Geheimnis der gerichtlichen Verhandlungen aus, jede natürlich i ihrer frivolen Art. Die Holstein-Harden-Clique bedroht, noch dazu in eine „demokratischen“ Blatte, den Oberstaatsanwalt mit der Ungnade des Kaiser während die Eulenburg-Clique in einer Zeitungskorrespondenz verkündet, d Beweisaufnahme verlaufe zugunsten des Fürsten Eulenburg, und seine Fre sprechung durch die Geschworenen werde immer wahrscheinlicher. Wenn da so weiter geht — und die Verhandlungen werden sich nach der Ankündigun des Vorsitzenden wochenlang hinziehen —, so kann es in der Tat nett werde Der Spruch der Geschworenen, mag er nun so oder so ausfallen, wird de ganzen Spektakel noch verstärken; auch das moralische Ansehen, das sich d bürgerlichen Schwurgerichte immerhin noch vor den gelehrten Gerichten b wahrt haben, wird einen heftigen Stoß erleiden.

Das wäre nun freilich nicht unsere Sorge, aber da der Lärm so bald nic verstummen wird, so kann sich auch die Parteipresse nicht der Pflicht entziehe ihn zu beachten, und da können wir nur mit verschärfter Betonung wiede holen, was wir schon vor einigen Wochen an dieser Stelle angedeutet habe daß nämlich die prinzipielle und taktische Haltung der Parteipresse zu de Katzbalgerei der höfischen Cliquen gerechten Bedenken unterliegt. An sich i diese Haltung ja durch die weise Ansicht der Donna Blanka bestimmt, da Rabbi und Mönch gleich angenehm duften, und darüber gibt es in der Part auch keine Meinungsverschiedenheit. Allein in den praktischen Folgerunge die aus dieser Auffassung gezogen werden, sind doch mancherlei Unstimmi keiten vorhanden, die eine kritische Betrachtung erfordern.

Rekapitulieren wir zunächst den Tatbestand: Der Geheime Rat Holstei der älteste und einflußreichste Rat des Auswärtigen Amtes, der nach seine Kräften wegen der elenden Marokkoaffäre einen Krieg zwischen Frankreich un Deutschland anzuzetteln bemüht gewesen war, wurde deshalb gestürzt, un zwar, wie er annahm, durch den Einfluß des Fürsten Eulenburg auf de Kaiser. Herr Holstein gewann seinen öffentlichen Ruf zuerst durch die heim lichen Spionendienste, die er dem Reichskanzler Bismarck gegen den Grafe Arnim leistete, seinen unmittelbaren Vorgesetzten; dann war Holstein eine Reih von Jahren der gehorsame Lakai Bismarcks, bis er bei Bismarcks Sturz a die andere Seite fiel. Deshalb ließ Bismarck eine ebenso lange Reihe vo Jahren seinen ehemaligen Lakaien in der „Zukunft“ des Herrn Harden al den nichtswürdigsten aller Sterblichen abkonterfeien; in der „Zukunft“ wurd der Name Holstein die Losung jeder hassenswerten Tat; als Herr Harde vor einigen Jahren eine endlose Schimpfkanonade gegen den Schreiber dies Zeilen losgelassen und schon alle auf dem Fischmarkt üblichen Lieblichkeite erschöpft hatte, krächzte er noch mit dem letzten Atemzuge: „Roter Holstein!

Angeblich oder wirklich von Eulenburg gestürzt, sann Herr Holstein natü lich auf Rache, und mit dem unheimlich sicheren Instinkt der Fäulnis wand er sich an Herrn Harden, den er auch sofort mit der Schakalwitterung neue Skandals kirrte. Es begann nun der Krieg gegen Eulenburg und desse Freunde, die als angeblich Homosexuelle nicht würdig sein sollten, im Ra der Krone zu sitzen, was zwar die holdesten Überlieferungen des preußische

…es, des alten Fritz, verleugnen hieß, aber auf die moralische Heuchelei der …chenden Klassen nicht übel berechnet war. In der Tat stürzten Eulen… und Genossen; wollten sie überhaupt noch, daß ein Hund ein Stück … von ihnen nahm, so mußten sie nunmehr klagen. Aber Graf Moltke …e mit seiner Klage vor dem Schöffengericht ab, und so schien der Triumph …dens vollständig. Jedoch er hatte zu sehr gesiegt. Die Verhandlungen … dem Schöffengericht kompromittierten die ganze Hofgesellschaft, zumal da …den in seiner marktschreierischen Weise seinen Sieg ausbeutete und sich … allerlei Mob als Retter des Vaterlandes ausposaunen ließ. So griff die …ktivste Behörde" der Welt, die Staatsanwaltschaft, in rechtlich höchst …chtbarer Weise in das Verfahren ein, brachte die Sache vor die Straf…mer, wo Eulenburg und Moltke eidlich ihre homosexuellen Neigungen …ugnen konnten, und erzielte eine Verurteilung Hardens zu einigen Monaten …ingnis. Nun aber ließ sich dieser Biedermann von einem Münchener Blatt …digen, um in einem von ihm angestrengten Beleidigungsprozeß die Ver…ung einiger Zeugen zu ermöglichen, die eidlich bekundeten, daß Fürst …nburg mit ihnen homosexuelle Handlungen getrieben habe. Und darauf…ist nun der also Beschuldigte des Meineids angeklagt.

…Dies ist der Tatbestand in seinen großen Zügen. Er trieft nach allen …en von Schmutz, und um so leichter sollte es sein, ihn unter dem er…pfenden Gesichtspunkt der Donna Blanka zu betrachten. Aber leider wird …, wie wir meinen, doch nicht schwierige Aufgabe von vielen Parteiblättern … unvollkommen gelöst. Sie empörten sich einseitig gegen Eulenburg in … Weise, die sich taktisch und prinzipiell unseres Erachtens nicht recht…igen läßt. Wir sehen dabei von mehr scherzhaften Zwischenfällen ab, wie …e Ausfragung des „Fischer-Jackl" durch ein Parteiblatt, jenes Zeugen, der … einem Menschenalter homosexuelle Handlungen mit dem Fürsten Eulenburg …ngen haben will, was, ob es nun wahr sei oder nicht, ihn doch nicht zu …m so überragenden Zeitgenossen macht, daß er durchaus für die Erleuch… sozialdemokratischer Leser ausgepumpt werden muß. Wir beschränken uns … einige allgemeine taktische und prinzipielle Bemerkungen.

Was nun zunächst die Taktik anbetrifft, so führt uns gleich die zornige …erkung eines Parteiblatts, daß Eulenburg ewige Intrigen gegen Bismarck … Bülow gesponnen habe, mitten in die Sache. Wir sind nicht in der …, diese Intrigen zu bestreiten, wir halten sie sogar für durchaus glaublich, …höfische Intrigen eben die Waffen sind, mit denen an Höfen gekämpft …. Um von Bülow aus triftigen Gründen zu schweigen, so hat Bismarck … mit Intrigen gekämpft, zum Beispiel gegen den Grafen Arnim, wofür …Herr Holstein ein besonders klassischer Zeuge ist. Solange es Höfe gibt, … es auch höfische Intrigen geben, was wir moralisch verurteilen müssen, … tatsächlich nicht ändern können, so daß uns nur übrig bleibt, uns taktisch …it abzufinden. Hat also der höfische Intrigant Eulenburg den höfischen …riganten Holstein gestürzt, weil dieser den Krieg zwischen Deutschland und …nkreich betrieb, so brauchen wir uns nicht sittlich darüber zu empören, daß …enburg ein gutes Werk nach schlechter Methode und vielleicht auch aus

schlechten Motiven getan hat, und wenn er nun selbst darüber stürzt, das einmal etwas Vernünftiges bewirkt hat, so können wir zwar diese entzücke Logik des monarchischen Prinzips bewundern, aber wir brauchen doch n auf den ohnmächtigen Intriganten loszuschlagen, der uns kein Haar n krümmen kann, mit der höchst unvernünftigen Wirkung, dadurch die Stell derjenigen höfischen Intriganten zu stützen, die nun das Heft in der H haben und uns sehr viel schaden können.

Doch das wäre noch das wenigste! Ungleich ärger liegt die prinzip Seite der Sache, wie sie von unserer Parteipresse im allgemeinen trakt wird. Im allgemeinen, denn zu unserer großen Genugtuung brachte „Hamburger Echo“ vor einigen Tagen einen vortrefflichen Artikel, der n drücklich daran erinnerte, daß von Partei wegen stets dagegen gekämpft wor ist, den gerichtlichen Eid zu einer moralischen Folter für den Schwören zu machen. Hat es je einen solchen Eid gegeben, so ist es der Eid, den Eul burg verletzt haben soll: wenn Herr Harden, der schon vor zehn Jahren seinem Prozeß mit Delbrück den Gerichtshof in dreister Weise angelogen u schriftliche Urkunden gefälscht hat, um seine patriotischen Taten zu verschöne mit den verwerflichsten Mitteln den Fürsten Eulenburg in die Wahl drät entweder längst vergessene Jugendsünden, die gerade nach der Ansicht Herrn Harden die Öffentlichkeit nichts angehen und den Charakter des Sünd nicht beflecken, öffentlich zu gestehen und damit sich und seine Familie in Gesellschaftskreisen, in denen sie leben, moralisch unmöglich zu machen, o aber einen Meineid zu leisten, so ist das nach den Anschauungen, die bis in der Partei und von der Partei vertreten worden sind, ein unmoralisc Zwang, „von dem der Bruch mehr ehrt als die Befolgung“. Und wenn Eul burg verurteilt werden sollte, so müssen wir ehrlicherweise sagen: Der Ma verdient unser Mitleid, da er das Opfer einer unsinnigen Staatseinrichtu geworden ist.

Das würde gewiß etwas wunderlich erscheinen, und schon deshalb wü uns ein Stein vom Herzen fallen, wenn Eulenburg freigesprochen wer würde, trotz aller Ehrerbietung, die dem „Fischer-Jackl“ gebühren mag. St dessen sehen wir zu unserem aufrichtigen Entsetzen, daß die Parteipresse o doch ein großer Teil von ihr unbesehen den Klatsch wiedergibt, den Holstein-Harden-Clique aufbringt, um die Geschworenen gegen Eulenburg e zunehmen. Es sei gestattet, nur ein Beispiel anzuführen, das wohl genüg wird, unseren Lesern die Notwendigkeit eines kräftigen Protestes gegen sol Taktik von Parteiblättern begreiflich zu machen.

Lange nachdem Eulenburg schon in Untersuchungshaft saß, also inson wehrlos war, erschien in bürgerlichen Blättern eine Erzählung, wonach er dürren Worten beschuldigt wurde, durch verleumderische Intrigen den Int danten Pierson vom hiesigen Schauspielhause in den Tod getrieben zu hab Mit dem Meineid, wegen dessen Eulenburg angeklagt ist, stand die Sa nicht einmal in dem entferntesten Zusammenhang; zudem litt sie an d größten inneren Unwahrscheinlichkeiten und trug offenkundig ihren Zweck der Stirn, nämlich die Lage Eulenburgs vor dem Schwurgericht zu v

[...]chtern. Trotzdem ging sie in die Parteipresse über, ohne jede kritische Be-
[...]kung, nur noch verziert mit der tiefsinnigen Betrachtung, was für ein
[...]eingefährlicher Mensch dieser Eulenburg gewesen sei, ersehe man schon
[...]aus, daß der von ihm in den Tod gejagte Pierson doch nur in ehrfurchts-
[...]en Ausdrücken an ihn zu schreiben gewagt habe. Nun aber kommt der
[...]okratische Rechtsanwalt Haußmann, der amtlich mit der Sache befaßt
[...]esen ist, und erklärt öffentlich, die ganze Geschichte sei erlogen; soweit
[...]enburg mit den Geschäften des Herrn Pierson zu tun gehabt habe, sei ihm
[...] der Vorwurf der „Hyperloyalität" zu machen. Und im Augenblick, wo
[...]e Erklärung Haußmanns erscheint, erzählt ein Parteiblatt noch einem
[...]ufenen Klatschblatt nach, Eulenburg habe den Pierson um die Ecke
[...]racht, um seinen Freund Moltke an Piersons Stelle zu setzen.

Doch es mag an solchen Einzelheiten genug sein! Würde der Prozeß gegen
[...]enburg vor offenen Türen verhandelt, so hätten wir uns überhaupt diese
[...]führungen gespart, da dann die Verhandlungen die nötigen Fingerzeige
[...] den richtigen Weg gegeben haben würden. So aber glaubten wir aus-
[...]cklich feststellen zu sollen, daß die Taktik vieler Parteiblätter in dieser Sache
[...]her auf unrichtigem Wege gewesen ist. Sie widerspricht den Parteiprinzi-
[...]i und sie schädigt auch die Parteiinteressen, indem sie auf einen ohnmäch-
[...]n Gegner lospaukt, zum Gaudium und zum Profit von Gegnern der
[...]tei, die leider noch viel gefährlicher sind.

Die Bedeutung der Gewerkschaften und der Hamburger Kongreß.

Von **Parvus.**

Stark und im Bewußtsein ihrer Stärke waren die deutschen Gewerkschaften
[...] ihrer Hamburger Tagung zusammengetreten. Diese Machtentfaltung war
[...] imponierend, daß sie selbst die reaktionäre Presse, die sonst mit ihrem
[...]ernden Gekläff jede selbständige Regung der Arbeiterklasse begleitet, zum
[...]stummen brachte. Eine Bewegung von solcher Stärke läßt sich nicht ein-
[...]chtern, läßt sich nicht durch eine Polizeihetze auseinandertreiben, und es
[...] auch nicht mehr zweckmäßig, sie durch Provokationen zu reizen, da der
[...]eckte und aufgezwungene Widerstand viel zu groß sein dürfte, um ihn als
[...]e Kraftprobe zu riskieren: so viel leuchtet jetzt jedem halbwegs ver-
[...]ftigen Vertreter der Unternehmerinteressen ein. Trübes Schweigen herrscht
[...]r auch in den Reihen jener bürgerlichen Presse, die ein gewisses Wohl-
[...]llen für die Gewerkschaftsbewegung zur Schau tragen zu können glaubte
[...] die Gewerkschaften als eine im Vergleich zur Sozialdemokratie recht harm-
[...] Bewegung hinstellte, die dem kapitalistischen Staate nicht gefährlich werden
[...]ne, ihm vielmehr dadurch diene, daß sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter
[...]n sozialrevolutionären Kampfe ablenke. Was auch manche Reden und
[...]densarten über die Gewerkschaften und innerhalb der Gewerkschaften ge-
[...]en sein mögen, die Aufgaben einer Bewegung steigen mit ihrer Macht:
[...]e Erkenntnis veranlaßt die bürgerlichen Sozialpolitiker, mit kaum noch

zu verhehlendem Mißtrauen dem großen Fortschritt der deutschen Gewe-
schaften entgegenzublicken.

Wir können zunächst beiseite lassen, welche allgemeinen Ursachen der ind-
striellen und politischen Entwicklung des Reiches diesen Fortschritt der deutsch.
Gewerkschaftsbewegung bedingt haben, was dann, darüber hinaus, auf
Rechnung des theoretisierenden, grübelnden und systematisierenden deutsch
Geistes zu setzen sei, der, wie in der Wissenschaft, so auch in den Erfolg
der deutschen Industrie zum Ausdruck kam und nicht umhin konnte, auch
der deutschen Arbeiterbewegung sich geltend zu machen; schließlich, was n
diesem und nach vielem anderen als persönliche Leistung einzelner aufzufass
sei; die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften bleibt unter allen U
ständen ein großes geschichtliches Werk und eine große Arbeitsleistung.

Allerdings haben wir bei dieser Wertschätzung am allerwenigsten d
Kassenstand der Gewerkschaften im Auge. Den Millionen in den Kass
der Gewerkschaften stehen viel zahlreichere Milliarden des kapitalistischen B
sitzes entgegen — in Deutschland selbst gibt es Hunderte von Kapitaliste
unter denen jeder einzelne mehr Vermögen besitzt als alle deutschen Gewe
schaften zusammengenommen —, und es steht ihnen vor allem eine ganze g
sellschaftliche Produktionsordnung, eine Eigentumsform und eine Staat
organisation entgegen. Sogar die Millionen Mitglieder sind das Wichtig
nicht; denn noch größere Zusammenfassungen der Arbeitermassen sind
der Sozialdemokratie gelungen. Das Entscheidende ist die Organisationsfor
die Gewerkschaften als solche, dieses Zellengewebe, in welches die Mi
lionen Arbeiter als lebende Bestandteile eingefügt sind. Die Verkürzung d
Arbeitszeit und die Lohnerhöhungen, welche die Arbeiter mit Hilfe der G
werkschaften unter Ausnutzung des industriellen Aufschwunges dem Kapit
abgetrotzt haben, sind gewiß aller Beachtung wert. Aber mehr noch als die
erreichten „privaten Erfolge" sind die Gewerkschaften selbst für den kult
rellen Fortschritt der Arbeiter von Bedeutung. Denn in der Gewerksch
wird der Arbeiter zur Selbstbetätigung erzogen; sein Geist wird ebenso geschu
wie sein Wille; wenn also die Gewerkschaft dem Arbeiter mehr Mußestund
verschafft, so lernt er andererseits erst durch die Gewerkschaft und in der G
werkschaft, sich als Kulturmensch mit eigenem Willen und Daseinszweck betätige

Ähnlich ist ja auch die Wirkung der politischen Organisation der Arbeite
Allein die politische Betätigung der Arbeiter bewegt sich in starken Welle
linien je nach der allgemeinen politischen Entwicklung der kapitalistischen We
und des einzelnen Landes im besonderen. In den Revolutionsperioden sow
zur Zeit sonstiger politischer Krisen wird der politische Kampf beim Prol
tariat zum Brennpunkt, in dem alle Strahlen seines geistigen Lebens, a
seine Interessen zusammentreffen. In den Versammlungen und in den Ve
einen pulsiert dann reges politisches Leben, und selbst die Räume der Fabr
vermögen sich dann nicht der elektrisch geladenen politischen Atmosphäre, d
die Geister beherrscht und bewegt, zu entziehen. Wenn aber die Politik a
flaut, wenn eine parlamentarische Stagnation durchzumachen ist, dann nimm
die Politik nicht mehr in vollem Maße die Aufmerksamkeit des einzelne
Arbeiters in Anspruch. Die Massenwirkung bleibt, das allgemeine politisch
Interesse, diktiert durch die Klassenlage, bleibt, aber im geistigen Leben de
einzelnen vermag das politische Interesse nicht mehr so viel Raum einzu
nehmen wie zuvor. Auch die Gewerkschaften kennen Zeiten eines größere

er geringeren Interesses entsprechend den Kämpfen, die sie zu führen haben, d in Verbindung mit der Geschäftskonjunktur; doch da sie Fragen des täg- hen Brotes behandeln, Vorkommnisse des einzelnen Werktags, bieten sie stets hohem Maße Stoff für die geistige Betätigung jedes einzelnen in den assen. Darum basiert die gewerkschaftliche Organisation auf einer viel heren Grundlage als die politische; sie ist entwicklungsfähiger als diese d gewährt mehr Spielraum für die persönliche Geltendmachung des ein- nen Mitglieds. Dementsprechend ist auch die Organisationsform eine dere, stellt einen höheren Typus dar.

Ich habe an anderer Stelle die Charakterzüge dieser Organisationsform e folgt zusammengefaßt:[1]

„Nirgends ist die Betätigung der Masse so groß und geht so ins einzelne, wie den Gewerkschaften. Sie erfassen den Arbeiter bei seinem unmittelbaren Klassen- teresse, zugleich sind sie als Organisation eine eigenartig proletarische Bildung, e sich hoch über alle anderen Organisationsformen erhebt. Während den politischen rteien der Armeeverband mit seiner straffen Zentralisation und der Unterordnung r einzelnen Teile noch immer als unerreichbares Ideal erscheint, führen die Ge- erkschaften darüber hinaus und können selbst als Muster einer Organisation ge- mmen werden, wie sie die Entwicklung der modernen Armee erfordert. Denn besitzen neben Zentralisation reiche Bewegungsfreiheit der Unterverbände bis den kleinsten Gruppen, neben allgemeiner Leitung weitgehende Initiative der Unterführer" und bilden einen Korpsgeist heraus, der auf dem selbständigen Urteil s einzelnen und seinem Vertrauen zu seinem „Nebenmann" beruht — lauter igenschaften, die den modernen Armeebefehlshabern ebenso wünschenswert wie erreichbar erscheinen. Die Gewerkschaften sind wie lebende organische Zellen, e sich zu einem Organismus mit selbständigem Leben vereinigen."

Die Gewerkschaften sind um ihrer selbst willen da: also weder zu dem wecke, die Arbeiter zur Sozialdemokratie hinüberzuführen — dieses Ergebnis t die *Folge*, nicht der Zweck der gewerkschaftlichen Entwicklung — noch loß als Notbehelf, solange nichts Besseres möglich ist, um den Arbeitern nige Zugeständnisse von den Unternehmern abzuringen. Ihre eigene Existenz, röße, Entwicklung — das ist die größte Errungenschaft der Gewerkschaften. Ohne die Gewerkschaften bleibt die soziale Betätigung des Proletariats auf llen Gebieten, auf dem wirtschaftlichen wie auf dem politischen wie auf dem ulturellen, und unter allen Verhältnissen, in der Revolution ebensosehr wie n den parlamentarischen Kämpfen, unentwickelt, beengt, Stückwerk. Und wenn uch die Gewerkschaften aus dem Widerstand der Arbeiter gegen den sie alle emeinsam bedrängenden kapitalistischen Druck entstanden sind, so sind sie doch ugleich eine unerläßliche Vorbedingung für eine Gesellschaftsordnung, in der ie kapitalistische Ausbeutung beseitigt ist. Die Sozialdemokratie wird ver- chwinden in dem Moment, wo sie ihre Aufgabe der sozialistischen Umgestal- ung des Staates erfüllt hat; die Gewerkschaften aber verschwinden dann eineswegs, denn eine sozialistische Organisation der Produktion ist undenkbar hne eine Organisation der Arbeiter innerhalb der Produktion.

Darum wäre es auch durchaus verkehrt, die Aufgaben und die Tätigkeit er Gewerkschaften für alle Zeiten an ein abgesondertes Gebiet oder an pezifische Gegenstände binden zu wollen, etwa zu sagen: „dieses oder jenes

[1] In meiner jüngst erschienenen Schrift: „*Die Sozialdemokratie und der Par- amentarismus*". Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Arbeiterinteresse liege außerhalb des Gebiets der Gewerkschaften, oder zu seiner Wahrnehmung sei die politische Partei da, darum dürfen sich die Gewerkschaften nicht hineinmischen". Als Klassenorganisation der Arbeiter werden die Gewerkschaften bei jeder Klassenaktion des Proletariats in Mitleidenschaft gezogen; als Macht können sie auch gar nicht umhin, Stellung zu nehmen überall da, wo wichtige Arbeiterinteressen auf dem Spiele stehen.

Was treiben nicht auch jetzt schon die deutschen Gewerkschaften? Sie führen Arbeiterkämpfe, sie sind Versicherungsgesellschaften, beteiligen sich an Wahlen, sie geben Zeitungen heraus, sie gewähren Rechtsbeistand, erteilen Unterricht, und sie greifen durch Reformvorschläge, parlamentarische Aktion, politische Agitation immer mehr auf das Gebiet der Staatsverwaltung und Gesetzgebung hinüber.

Gerade in letzterer Beziehung ist die Hamburger Tagung am meisten kennzeichnend. Denn die rein gewerkschaftlichen Fragen traten hier weit zurück hinter den Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die deutschen Gewerkschaften standen hier mit beiden Füßen auf einem Boden, der in Deutschland das ureigenste Gebiet der Sozialdemokratie bildet.

Die Befürchtungen, die seinerzeit Männer wie J. Auer gehegt hatten, daß mit der Zentralisation und Entwicklung der Gewerkschaften diese in eine Konkurrenz mit der Sozialdemokratie treten würden, hatten also eine gewisse Berechtigung. Wir haben uns das aber von vornherein nicht verhehlt. Es handelt sich um eine Erscheinung innerhalb der Arbeiterbewegung, die — um ein naheliegendes Beispiel zu nehmen — eine gewisse Ähnlichkeit mit den Grenzstreitigkeiten innerhalb der Welt der Gewerkschaften aufweist. Worauf es in solchen Fällen ankommt, ist, nicht die eine Organisation zugunsten der anderen zurückzustellen, sondern ein Zusammenwirken beider herbeizuführen, die sich dadurch nur gegenseitig fördern. Und der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat denn auch den Nachweis erbracht, daß dies auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung in gedeihlicher Weise geschehen könne.

Der Ausbau der Arbeiterversicherung, die Revision der Gewerbeordnung, die Beseitigung der Gesindeordnungen, der Schutz der Heimarbeiter, die Erledigung der Frage des Kost- und Logiswesens — das sind ja alles Dinge, die von der Sozialdemokratie wiederholt und ausgiebig behandelt wurden. Der Gewerkschaftskongreß hat hier selbstverständlich nichts anderes tun können, als sich den längst aufgestellten, in der Öffentlichkeit und im Parlament vertretenen Forderungen der Sozialdemokratie anzuschließen. Der Kongreß hat auch, so sehr die Verhandlung in die Details ging, keinen einzigen Mißstand aufgedeckt, der nicht schon vorher von der Sozialdemokratie aufgedeckt worden wäre. Allerdings haben einzelne Gewerkschaftsführer bei der Behandlung sozialpolitischer Fragen eine eigenartige Logik entwickelt, die der Sozialdemokratie durchaus fremd ist; doch war dieses „Neue", auf das noch im folgenden eingegangen werden soll, nicht gerade eine glückliche Errungenschaft. Schließlich hat ja der Kongreß der Zusammenfassung der sozialpolitischen Forderungen, wie sie Genosse Molkenbuhr unter sozialistischer Begründung gegeben hatte, mit großem Beifall zugestimmt.

Das Schwergewicht der Betätigung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialpolitik liegt darin, daß sie, dank den Vorzügen ihrer Organisation, in der Lage sind, jeden einzelnen Fall hervorzuheben und jede einzelne Person, die unter einem Mißstand leidet, zu interessieren. Damit wäre jene

nkretisierung und Spezialisierung der Agitation erreicht, die in den Reihen Sozialdemokratie in den Fragen des Arbeiterschutzes seit langem vermißt rde. Ich erinnere zum Beispiel an den Vorschlag, den bereits vor zwölf hren Genosse Quarck machte, einen Ausschuß für den Arbeiterschutz einetzen. Er bezweckte damit, in diese Agitation mehr Zusammenhang hineinringen, die Tatsachen aufzudecken und zugleich eine größere Kontrolle der brikinspektion durchzuführen. Im ähnlichen Sinne einer Konkretisierung Intensifizierung der Agitation für den Arbeiterschutz waren die Voräge, die ich zuerst 1896 in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" machte. Daß dem Wege der fortgesetzten beharrlichen Ermittlung und Erörterung der einen Mißstände von Ort zu Ort, von Fabrik zu Fabrik, von Fall zu Fall, Sammlung und Verarbeitung des Materials und der planmäßigen Agiion, wie sie die Gewerkschaften durch ihre Spezialausschüsse betreiben, sich eine ßere Beeinflussung der Öffentlichkeit erreichen läßt — sofern diese Arbeiterflüssen überhaupt zugänglich ist —, liegt auf der Hand. Vor allem aber rden durch diese Arbeit die interessierten Massen selbst aufgerüttelt und chgehalten. Darin erblicken wir den Hauptwert der gewerkschaftlichen zialpolitik. Denn obwohl zum Beispiel die Gesindeordnung der Organiion der Dienstboten im Wege steht, so ist doch andererseits das geistige Aufben der Dienstboten der wichtigste Faktor zur Beseitigung der Gesindenung. Dasselbe gilt für die Landarbeiter sowie für die Heimarbeiter: vor m müssen sie selbst lernen, höher zu streben, sie müssen von der Notndigkeit der Änderung ihres Schicksals durchdrungen und entschlossen sein, s aufzubieten, um sie durchzusetzen. Das aber wird durch die gewerkschafte Organisation und Aufklärung am ehesten erreicht.

Ich brauche an dieser Stelle wohl nicht im besonderen nachzuweisen, daß durch die sozialpolitische Betätigung der Sozialdemokratie nicht gestört, dern gefördert wird. Geht die gewerkschaftliche Arbeit ins einzelne, so die Sozialdemokratie die Aufgabe, aus den Einzelfällen das Allgemeine zuleiten, ihm einen parlamentarischen Ausdruck und eine politische Geltung verschaffen. Indem sie das tut, unterstützt sie die Gewerkschaften und macht ost einen Entwicklungsprozeß durch, der ihren proletarischen Charakter ärfer hervortreten läßt. Ich wiederhole, was ich vor zwölf Jahren geeieben habe, zu einer Zeit, da die deutschen Gewerkschaften noch bei weitem ht mit jenem Selbstbewußtsein auftraten wie heutzutage:

„Wenn es eine organisatorische Pflicht gab nach dem Falle des Sozialistenetzes, so war es die, die Gewerkschaften zu organisieren. Wäre es gelungen, eine ße Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln, so würde das der Partei jenen proleischen Zusammenhang geben, dessen sie nach unseren Schilderungen so sehr bcfte. Aber für eine solche Entwicklung war, wie bereits erwähnt, der Zustand wirtschaftlichen Depression ungünstig. Auch hier müssen wir hervorheben, daß h unserer Auffassung dennoch mehr geschehen könnte, als geschehen war. Wir en nunmehr keineswegs bloß, es sei unsere Pflicht, die Gewerkschaften zu fördern. r sagen vielmehr. Die Gewerkschaften entwickeln sich, sie haben in der letzten it größere Erfolge aufzuweisen als die politische Partei, und die Gewerkschaften rden sich entwickeln. Den Gewerkschaften gehört in Deutschland die chste Zukunft. Ob man in den leitenden Kreisen der politischen Partei mehr r weniger wohlwollend der Gewerkschaftsbewegung gegenübersteht, das hat nicht l zu bedeuten. Für die Gewerkschaften spricht die wirtschaftliche Entwicklung, o so werden sie mit aller Macht vordringen, ob man es haben will oder nicht.

Nicht bloß aber bedürfen die Gewerkschaften der Unterstützung der politischen Part[illegible] sondern die politische Partei muß darauf bedacht sein, daß sie sich die steigen[illegible] Gewerkschaftsbewegung zunutze kommen lasse, sie muß acht haben, daß sie ni[illegible] ins Hintertreffen gerate, daß sie auch fürderhin die Führung der Arbeiterbewegu[illegible] behalte. Es wäre eine törichte Politik, diese hervorbrechende Entwicklung ignorier[illegible] zu wollen. Wie soll aber die Wechselwirkung zwischen gewerkschaftlicher u[illegible] politischer Bewegung für die nächste Zeit am besten ausgebildet werden? Den W[illegible] dazu zeigt ja schon der angeführte Beschluß des Hallenser Parteitags, indem [illegible] auf den Zusammenhang zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Kam[illegible] in der Frage des Arbeiterschutzes hinweist."

Die Erkenntnis der Einheitlichkeit des proletarischen Klassenkampfes, d[illegible] Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Gewerkschaften und der Sozialdem[illegible] kratie kam bei der Hamburger Tagung scharf genug zum Ausdruck. Daneb[illegible] aber zeigten sich auch Stimmungen und Regungen, die wir am liebsten f[illegible] sich als gewerkschaftliche Illusionen behandeln wollen, die durcha[illegible] zurückgewiesen werden müssen.

Die Landtagswahlen im Ruhrrevier und unsere Stellung zum Zentrum.

Von **Wilhelm Gewehr.**

Neben den Berliner Wahlsiegen hat vornehmlich die von unserer Par[illegible] im Ruhrrevier dem Zentrum geleistete Wahlhilfe auch nach den Wahlen d[illegible] Parteipresse noch lebhaft beschäftigt, besonders die des Westens. Das ist e[illegible] klärlich, denn zur Diskussion steht keineswegs nur eine einmalige, aus b[illegible] stimmtem Anlaß dem Zentrum geleistete Wahlhilfe, sondern es handelt si[illegible] vielmehr um unsere Stellung zum Zentrum überhaupt. Insofern ist die jetzi[illegible] Diskussion nur eine Fortsetzung der Erörterungen, die im Anschluß an d[illegible] Reichstagswahl von 1907 über die Stichwahlparole der Partei sta[illegible] fanden. Gewiß kann man in beiden Erscheinungen einen Unterschied erblicke[illegible] aber doch wohl nur in der Richtung, daß zu einer Unterstützung des Zentrum[illegible] heute noch weniger als damals ein stichhaltiger Grund vorlag.

Der Klassenkampfcharakter der Partei ist innerhalb unserer Reihen [illegible] festgewurzelt, daß wir Rücksicht auf eine andere Partei nicht zu nehm[illegible] brauchen, und außerhalb der Partei so sehr verhaßt, daß uns eine solche Rü[illegible] sichtnahme keinen Nutzen bringen, wohl aber allerlei Verlegenheiten bereit[illegible] kann. Besonders scheint mir die größte Vorsicht am Platze bei der Frage na[illegible] dem „kleineren Übel". Die Freisinnigen schlagen zurzeit gewaltigen Lär[illegible] weil unsere Partei sich endlich völlig von dem Gedanken emanzipiert, a[illegible] müsse sie bei Stichwahlen, an denen sie nicht selbst, wohl aber der Freisi[illegible] beteiligt ist, für diesen stimmen. Vermeiden wir es, in ein ähnliches Verhältn[illegible] zum Zentrum zu geraten, das wir gegebenenfalls nicht so leicht l[illegible] werden wie den Freisinn. Trotz aller seiner Dogmengläubigkeit erken[illegible] das Zentrum, daß die Weltgeschichte nicht stille steht und die Sozialdemokra[illegible] fortschreitend mehr Einfluß und Beachtung gewinnt. Nicht nur in d[illegible] Industriegegenden, sondern auch auf dem Lande kann es ihm nur angeneh[illegible] sein, von uns als „kleineres Übel" gegenüber den anderen Parteien bezeichn[illegible] zu werden.

Vor der Reichstagsauflösung glaubte sich das Zentrum im besten Zuge, im Kampfe gegen den „Umsturz“ bald als unentbehrlich, das heißt als die erfolgreichste staatserhaltende Partei bei der Regierung zu gelten. Wir alle sind ja wohl der Ansicht, daß die Blockära eine vorübergehende Erscheinung sein und das Zentrum in nicht zu ferner Zeit seine frühere Position wieder erlangt haben wird. Dann aber wird es voraussichtlich zwar vorsichtig, aber mit desto größerer Entschiedenheit und Zähigkeit auf sein Ziel losgehen. Die Verhältnisse sind ihm dabei äußerst günstig. Seine zünftlerische, gebundene Wirtschaftspolitik sichern ihm überall da, wo es auftritt, die Mittelstandsleute, die bei allgemeinen gleichen Wahlen der letzte Anker der Staatserhaltenden sind. Das hat auch die großkapitalistische „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ eingesehen, die seit den Blockwahlen, sicher wider ihre Überzeugung, die Mittelstandsleute umschmeichelt und des öfteren nachzuweisen suchte, daß das preußische Dreiklassenwahlsystem weniger das Großkapital begünstige, als vielmehr gerade wie geschaffen sei für die Interessen des Mittelstandes.

So sollten meines Erachtens uns grundsätzliche und taktische Erwägungen davon abhalten, der Zentrumspartei irgendwelche Wahlhilfe zu gewähren. Schon hat die „Kölnische Zeitung“ in nicht ungeschickter Weise unsere dem Zentrum gewährte Landtagswahlhilfe als einen wuchtigen Schlag gegen die Industrie bezeichnet. Wenn bei unserer Ablehnung von Militär- und Flottenforderungen die Panzerplattenpatrioten über die angebliche Schädigung der Arbeiter Krokodilstränen vergießen und dabei leider noch Dumme genug finden, so können wir das ruhig ertragen. Wir wissen, daß wir mit dieser Ablehnung unserer grundsätzlichen Auffassung über den Militarismus entsprechen und im Allgemeininteresse der Arbeiter handeln. Jedoch bei dem Vorwurf, daß wir eine Partei mit rückständiger Wirtschaftspolitik unterstützen, haben wir diese Rechtfertigung nicht für uns.

Aber zwang die politische Situation nicht zu der von der Partei eingenommenen Haltung? so fragt man. Bei der Reichstagsstichwahl konnte man sie immer noch verstehen, weil das Zentrum mit uns in eine Kampflinie gerückt worden war. Indessen dem Zentrum fiel es auch damals, wenigstens im westlichen Industriebezirk, nicht ein, sich von gleichen Gesichtspunkten leiten zu lassen; höchstens zur Parole auf Wahlenthaltung konnte es sich aufschwingen. Wir sollten bedenken, daß — wenn wir von dem bißchen Arbeiterschutzpolitik absehen, zu der wir das Zentrum gezwungen haben — alle die Dinge, die das Zentrum den anderen bürgerlichen Parteien verhaßt erscheinen lassen, auch von uns zu bekämpfen sind, wenigstens nicht unterstützt werden dürfen. Wenn trotz alledem unsere letzte Reichstagsstichwahlpolitik zu erklären war, so doch kaum unser Eintreten für das Zentrum bei der Landtagswahl. Die Blockpolitik auf den Landtag zu übertragen, wünschten doch eigentlich nur die liberalen Gruppen, und die haben bei der Wahl einen tödlichen Streich bekommen. Dazu kommt, daß im Landtag die Blockpolitik weniger schädlich für uns gewesen wäre, wie sie im Reichstag ist. Im ganzen Landtagswahlkampf hat das Zentrum kein Hehl daraus gemacht, daß trotz des Reichsblocks die Junkerpartei seine einzig wahre Verbündete ist.

Die preußische Landeskommission ging bei Festlegung ihrer Wahltaktik von dem durchaus richtigen Grundsatz aus, daß alles daran gesetzt werden müsse, um durch die Erringung einiger Mandate Bresche in das Dreiklassen-

parlament zu legen. Unter dem Zwange des elenden Wahlsystems beschlo sie daher, entgegen unserem bisherigen Verhalten bei Reichstagswahlen, b Hilfeleistung für eine bürgerliche Partei auf Gegenleistung nicht zu ve zichten. In Wahlkreisen, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen is sollte bei einem Abkommen mit einer bürgerlichen Partei uns mindestens ei Mandat zufallen, vorausgesetzt, daß der von uns zu unterstützende bürger liche Kandidat sich mit unseren Wahlrechtsforderungen einverstanden erklärte Würde uns das Mandat verweigert, so sollte bei der Stichwahl Wahlent haltung eintreten. Ferner enthält aber die Wahltaktik die Bestimmung, da in Wahlkreisen mit nur einem Abgeordneten ein bürgerlicher Kandidat unter stützt werden konnte, wenn er sich schriftlich bereit erklärte, für unsere Wahl rechtsforderung einschließlich einer gerechten Neueinteilung der Wahlkreise ein zutreten.

In den Ruhrkreisen, in denen das Zentrum unsere Unterstützung gefunden handelt es sich nun in der Tat um Kreise mit einem Abgeordneten. Di früheren Reichstagswahlkreise Bochum-Dortmund (drei Abgeordnete) und Essen Duisburg-Mülheim (drei Abgeordnete) sind bei der „Reform" von 1906 i zehn Kreise mit je einem Abgeordneten zerlegt worden; an ihrer wirtschaft lichen, politischen und geographischen Zusammengehörigkeit änderte sich da durch natürlich nichts. Wollte man das in der Wahltaktik niedergelegt Prinzip von Leistung und Gegenleistung durchführen, so hätte es sinngemä auch in den genannten Kreisen zur Anwendung gelangen müssen.

Das Zentrum aber dachte gar nicht daran, mit uns einen Handel au Leistung und Gegenleistung einzugehen. Von seinem Standpunkt aus kam es auch im westlichen Industriebezirk gar nicht daran denken. Einmal au den oben angeführten Gründen. Dann aber gilt auch in diesem Falle fü das Zentrum der Grundsatz: Principiis obsta! Mit der Empfehlung der Wah eines Sozialdemokraten würde das Zentrum des Westens ein bisher mit Er folg angewandtes Prinzip durchbrechen, wonach das Heil der Seele eine gläubigen Katholiken davon abhänge, daß er nicht sozialdemokratisch wähle Daß auch diese Panzerung gegen den sozialdemokratischen Ansturm auf di Dauer nicht standhalten wird, beweist ja der Fortschritt der Sozialdemokrati im Ruhrgebiet, aber vorläufig ist sie mindestens noch eine starke Schutzwehr de Zentrums, besonders in den Kreisen, wo der Industriekapitalismus nicht in s hohem Maße wie im Ruhrrevier den Arbeitern Klassenbewußtsein einpeitscht

Daß das Zentrum trotz aller Blockpolitik und aller geheuchelten Arbeiter freundlichkeit lieber nationalliberalen Scharfmachern als nur einen einzigen Sozialdemokraten zu einem Mandat verhilft, zeigte sich deutlich be seinem Verhalten in Hörde und Hattingen-Witten. In beiden Kreise verzichtete das Zentrum schon zu den Urwahlen auf eine Wahlbeteiligung Besonders im Kreise Hörde mußte damit gerechnet werden, daß unsere Parte eine bedeutende Anzahl Wahlmänner aufbringen und das Zentrum dann de Ausschlag zwischen uns und den Nationalliberalen zu geben haben werde Dieser Eventualität ging es durch Wahlenthaltung aus dem Wege. In de anderen Kreisen, in denen es sich an der Wahl beteiligte, hoffte es teils au eigener Kraft zu siegen, teils in die Stichwahl mit den Nationalliberalen z kommen. Darin hat sich das Zentrum denn auch nicht getäuscht. Abgesehen von Dortmund-Stadt und Duisburg-Oberhausen, wo unsere Parte auf eine größere Anzahl Wahlmänner nicht zu rechnen hatte und die National-

liberalen die absolute Mehrheit erhielten, siegte das Zentrum glatt in Essen-Stadt und Land. In Mülheim (Ruhr), Dortmund-Land, Bochum und Gelsenkirchen stand es zur Stichwahl mit den Nationalliberalen, und in den erstgenannten drei Kreisen mindestens hat es seinen Sieg unserer Partei zu danken, da die Wahlmänner unserer Partei in der Stichwahl Mann für Mann für das Zentrum eingetreten sind.

Man sagt zwar, der Wahlrechtskampf mußte uns veranlassen, für das Zentrum zu stimmen, nachdem dessen Kandidaten sich auf unsere Forderungen verpflichtet hatten. Das Zentrum müsse mit den Arbeitern rechnen, und deshalb müßten die drei Abgeordneten ihr Wort halten. Das werden sie schon tun, aber was ist für uns, was für den Wahlrechtskampf damit erreicht? Man gibt dem Zentrum ein wahlrechtsfreundliches Prestige, das es nicht verdient, und erreicht dadurch das Gegenteil dessen, was man erreichen will. Es ist überhaupt die Annahme, das Zentrum müsse unter allen Umständen mit den Arbeitern rechnen, eine arge Täuschung. Nur unter dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht muß das Zentrum mit den Arbeitern rechnen, und auch hier hauptsächlich nur in den großen Industriezentren. In Wirklichkeit sind ihm die Arbeiterforderungen ein sehr lästiger Artikel. Das, was es für die Arbeiter tut, soll, entsprechend seinen kirchlichen Überlieferungen, ein Geschenk an die Arbeiter sein, wofür diese sich dankbar erweisen sollen. Eine Durchsicht der Reichstagswahlstatistik zeigt, daß auch unter dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht das Zentrum lange nicht in dem Maße auf die Arbeiter angewiesen ist, wie man gemeinhin annimmt.

Bei der Wahl 1907 erhielt das Zentrum 105 Mandate, und von diesen wurden nicht weniger als 91 im ersten Wahlgang erlangt. Von diesen 91 Kreisen erhielt es:

In 22	Wahlkreisen	über 50	bis 60	Prozent der abgegebenen Stimmen	
„ 19	„	60	„ 70	„	„
„ 23	„	70	„ 80	„	„
„ 16	„	80	„ 90	„	„
„ 11	„		über 90	„	„

In zwei Dritteln seiner Wahlkreise hatte das Zentrum also über 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das sind vorläufig unter jedem Wahlsystem sichere Kreise des Zentrums. Die Wahlkreise, in denen das Zentrum schwer um seinen Besitz zu kämpfen hat, sind vornehmlich industrielle; sie sind dem Zentrum unter dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht unsicherer als unter einem verschlechterten Wahlsystem, denn man muß bedenken, daß zum Beispiel im westlichen Industriebezirk durch eine Verschlechterung des Wahlrechtes der Hauptgegner des Zentrums, die Sozialdemokratie, weit schärfer getroffen wird als das Zentrum, während andererseits die Liberalen in diesen Kreisen trotz eines ihnen günstigen Wahlsystems das Zentrum nicht aus dem Felde werden schlagen können.

Daß es auch im Zentrum Leute gibt, die aus Gerechtigkeitsgründen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht sind, soll nicht bestritten werden, im übrigen aber ist dem Zentrum die Hauptsache, seine Machtstellung zu erhalten und zu erweitern, so oder so. Dazu kommt, daß auch die Bauern und Mittelstandsleute dem Zentrum keine Schwierigkeiten bereiten werden, wenn es sich wahlrechtsfeindlich zeigt. In der Tat gehen die Herzenswünsche des Zentrums nicht etwa dahin, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen,

sondern für das Reich und Preußen ein einheitliches Wahlsystem zu schaffen. Daß das nicht das allgemeine, gleiche Wahlrecht sein würde braucht hier nicht nochmals besonders auseinandergesetzt zu werden. Noch vor wenigen Tagen konnte der Jesuit Cathrein, ohne Widerspruch zu finden, in der „Kölnischen Volkszeitung" erklären, er halte das gleiche Wahlrecht für kein ideales Wahlsystem, sondern mit manchen Mängeln behaftet, und er wüßte nicht, wann und wo das Zentrum jemals das Gegenteil behauptet haben sollte! Abgesehen von einigen agitatorischen Anlässen, wie jetzt zur Landtagswahl, hat sich eben das Zentrum niemals darüber ausgelassen, was es an Stelle des jetzigen Dreiklassensystems zu setzen gedenkt.

Nun ist auch gesagt worden, daß man doch die Arbeiterkandidaten des Zentrums nach Lage der Sache habe unterstützen müssen, da diese den Sauerteig in der Zentrumsfraktion bilden würden. Daran mag glauben, wer will ich kann es nicht. Wie dieses Gärungsmittel wirkt, ist in Essen bei einer Wahlsiegsfeier des Zentrums gezeigt worden. Dort sind Rechtsanwalt Dr. Bell und Reichstagsabgeordneter Giesberts in den Landtag gewählt worden. Über deren Politik sagte der „Feldmarschall" des Zentrums, Fabrikant Wiese „Wenn Bell zu konservativ wird, dann schicken wir zu Giesberts, und wenn Giesberts zu fortschrittlich wird, dann schicken wir zu Bell." Giesberts aber betonte zu gleicher Zeit, daß Dr. Bell ihm ein „erfahrener Berater" sein werde. Und Giesberts gilt den Zentrumsarbeitern als ihr Bester!

Im übrigen ist der in Bochum mit unserer Hilfe gewählte Zentrumsmann kein Arbeiter. Es ist der Gerichtssekretär Bartscher aus Iserlohn, er zählt zu den Zentrumsagitatoren, die den Kampf gegen unsere Partei in der unanständigsten Weise führen. Der in Dortmund-Land gewählte Arbeitersekretär Gronowski gehörte — irre ich nicht — im Stichwahlkampf 1907 zu denjenigen christlichen Arbeiterführern, denen die Parole der Zentrumsleitung auf Wahlenthaltung in den Wahlkreisen, wo das Zentrum nicht zur Stichwahl stand, nicht paßte, die vielmehr die Parole gegen die Sozialdemokratie, also für die Nationalliberalen, ausgeben wollten. Gronowski kandidierte damals in Mülheim-Duisburg; daß dort trotzdem unsere Partei in der Stichwahl mit Hilfe der Zentrumsarbeiter siegte, ist nur ein Beweis dafür, daß sich auch in diesen Arbeitern das Klassenbewußtsein entwickelt und daß diese ohne besondere Rücksichtnahme auf die Partei, zu der sie sich bis dahin bekennen, bei Stichwahlen für uns stimmen, wenn ihre Partei ausscheiden muß.

Für die rein taktische Frage wäre aber auch noch folgendes zu bemerken. Im Ruhrrevier gibt es nicht nur noch Scharen katholischer Arbeiter, die wir gewinnen müssen, sondern auch unter den evangelischen Arbeitern haben wir noch ein breites Arbeitsfeld. Sie haben ihren Sammelpunkt hauptsächlich in den evangelischen Arbeitervereinen. In den vier Ruhrkreisen haben bei der letzten Reichstagswahl die Liberalen rund 120000 Stimmen erhalten, die bestimmt in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Arbeiterkreisen stammen; die Kleingewerbetreibenden zählen, wie uns die Landtagswahl lehrt, vorwiegend zum Zentrum. Wenn wir nun als Sozialdemokraten das Bestreben haben, den Nationalliberalen eine Niederlage zu bereiten, so begreift das ja schließlich auch ein liberaler Arbeiter, nicht aber wird er verstehen, daß wir an Stelle der Liberalen Zentrumsleute setzen. Ich bin daher der Meinung, daß alle die Erwägungen, wir hätten Schaden davon gehabt, wenn wir bei den Stichwahlen das Zentrum sich selbst überließen, Trugschlüsse sind.

Wie die Dinge im westlichen Industriebezirk liegen, fahren wir am besten,
n wir uns an unsere grundsätzliche Klassenpolitik halten und ein für alle=
l davon absehen, eine bürgerliche Partei gegen die andere ausspielen zu
len. Deswegen brauchen wir in Stichwahlkämpfen wahrhaftig nicht mit
schränkten Armen der Dinge zu harren, die da kommen sollen, o nein, die
beiterwähler der für die Stichwahl ausgefallenen Partei bieten uns zur
tation Gelegenheit genug. An diese dürfen und müssen wir uns wenden,
das, was zur Hauptwahl noch nicht gelang, zu erreichen: ihnen klar zu
chen, daß sie vermöge ihrer Klassenlage zu uns gehören.
Das ist die beste Stichwahlparole!

Die amerikanische Krisis.

Von **L. B. Boudin** (New York)

II.

Es ist Tatsache, und ich möchte es so scharf als möglich betonen,
ß unsere jetzige Krisis durch eine Überproduktion an Produk=
nsmitteln verursacht wurde. Zum Teil war es die gewöhnliche Über=
duktion an wirklichen Produktionsmitteln, wie ich sie in den schon er=
hnten Artikeln gegen Tugan=Baranowsky schilderte, und ich möchte die
er auf diese Artikel verweisen, da dort die detaillierte Erklärung des
rkens einer solchen Überproduktion gegeben ist. Zum Teil aber tritt hier
neuer Faktor in der Produktion zutage. Es war tatsächlich nicht eine
erproduktion an wirklichen Produktionsmitteln, sondern an eingebildeten,
Aktien, die angeblich Produktionsmittel darstellen sollen. Und hier setzt
„moralische" Charakter unserer jetzigen Krisis, der „Verlust des Ver=
uens", ein.

Ich will ausdrücklich betonen, daß ich nicht von der Ausgabe solider Wert=
piere durch die großen Aktiengesellschaften spreche, von denen Conant und
dere sprechen, die behaupten, daß die Krisis dadurch verursacht worden sei,
ß zu viele Papiere auf den Markt geworfen wurden, die wegen „Mangels
Kapital" nicht hatten aufgesogen werden können. So lautete die Er=
rung zu der Zeit, wo man dachte, es handle sich nur um eine finanzielle
emme. Schon damals war diese Auffassung ungenügend, um wie viel mehr
ite. Wenn auch der Betrag noch so hoch ist, so kann durch die Placierung
ider Papiere auf dem Markte nie eine Krisis entstehen, höchstens kann da=
rch unter gewissen Umständen das Geld „verteuert" werden. Ein solides
ertpapier ist eine Schuldverschreibung einer großen Industriegesellschaft, die
s Gegenwert für das Geld gegeben wird, das sie zu Aufwendungen in
em Geschäftsbetrieb braucht. Wird ein solches Papier in Umlauf gesetzt,
schafft das dadurch erworbene Geld eine Nachfrage nach den Waren, zu
ren Anschaffung das Papier ausgegeben wurde. Eine solche Nachfrage kann
tstehen, wenn der Markt mit Waren überschwemmt ist, was bedeutet, daß viel
erflüssiges Kapital vorhanden ist, das nach Placierung verlangt; der Handel
rd dadurch belebt werden, der sonst ins Stocken geraten wäre. Doch kann
e solche Nachfrage auch dann entstehen, wenn diese Waren auf dem Markte
ht in genügendem Maße vorhanden sind. In solchem Falle fehlt zunächst

das Kapital, das schließlich zum Austausch für die Papiere herzugeben
Es wird aber in diesem Falle auch nicht sofort gebraucht, sondern erst da
wenn die Aufträge für die verlangten Waren ausgeführt werden könn
Wenn natürlich das Austauschgetriebe nicht flott funktioniert, so können F
tionen vorkommen, die momentane Störungen verursachen; doch ist dies we
eine Eigentümlichkeit des Aktienmarktes, noch ist es von bedeutender o
nachhaltiger Wirkung. Im Gegenteil, es entsteht gewöhnlich sofort, reg
mäßig aber zum Schlusse eine geschäftliche „Hausse“, die aber natürlich n
einer Krisis endigen kann, wenn eine Überproduktion an Produktionsmitte
eintritt, die durch die Aktien repräsentiert werden.

Ganz anders verhält es sich mit der Ausgabe von unsoliden oder, w
man in Amerika sagt, illegitimen Wertpapieren, die allgemein unter d
Namen der „Verwässerung von Aktien“ bekannt ist. Diese erheischen jetzt v
allem unsere Aufmerksamkeit.

Vom kapitalistischen Standpunkt aus enthält der Ausdruck „illegiti
Wertpapiere“ nicht unbedingt den Vorwurf den Unehrlichkeit oder d
Schwindels. Tatsächlich sind vom gesetzlichen wie vom moralischen Stan
punkt — denn Gesetz und Moral decken sich in unseren gesetzgebenden Körp
schaften — gewisse illegitime Ausgaben vollständig legitim, und unser Bund
gericht hat erst neulich entschieden, daß die Gesetzgebung kein Recht habe, e
Gesetz zu erlassen, das die Profite solcher Wertpapiere gefährdet, wenn di
auch zugestandenermaßen in den Bereich ihrer Jurisdiktion fiele. Unt
„illegitimen Papieren“ versteht man in Amerika Papiere, hinter denen kei
„Kapitalgüter“ oder wirkliche Waren, die als Kapital dienen, stehen, sonde
die nichts sind als bloße Kapitalisationen eines erwarteten Profits. Di
Kapitalisation des Profits kann nach amerikanischen Begriffen ehrlich od
unehrlich sein. Sie ist ehrlich, wenn der Gewinn *wirklich erwartet* wir
sie ist unehrlich, wenn die Verausgaber der Papiere keinen Profit erwart
und die neuen Aktien nur zu dem Zwecke ins Publikum geworfen werde
ihre Käufer zu betrügen.

Die Ausgabe „illegitimer Wertpapiere“ hat eine eigentümliche ökonomis
Wirkung: sie gestattet die nominelle Vermehrung des Kapitals ohne die Z
nahme von Kapitalgütern oder, was dasselbe ist, sie ermöglicht es, zu „spare
ohne vermehrte Produktion von Produktionsmitteln. Dadurch ermöglicht
einen Ausgleich der Produktion zwischen Produktionsmitteln und Konsumtion
gütern und verhindert gleichzeitig eine Überproduktion von Produktionsmittel
Dieser Ausgleich bewirkt nicht, wie Tugan-Baranowsky sich einbildet, die Ve
mehrung der Produktion von Produktionsmitteln, sondern das gerade Gege
teil, indem er verhältnismäßig die Produktion von Konsumtionsgütern ve
mehrt. Sehen wir zu, wie das geschieht, und beginnen wir unsere Unte
suchung, indem wir eine ehrliche Ausgabe von Aktien voraussetzen.

Eine Kapitalistengruppe, die ein Unternehmen, sagen wir eine Eisenbah
besitzt, in dem ein Kapital von 100 Millionen investiert ist, findet, daß dies
Unternehmen einen Profit von, sagen wir, 12 Millionen jährlich abwirft od
in Zukunft abwerfen wird. Da die gewöhnliche Profitrate solcher Akti
6 Prozent beträgt, so erklären sie, ihr Unternehmen sei ehrlich 200 Million
wert. Sie verwandeln es in eine Aktiengesellschaft und werfen Aktien f
200 Millionen auf den Markt. Unserer Annahme entsprechend, daß all
ehrlich zugeht, wollen wir keinen Profit für Unter- und Zwischenhändler a

ßen, sondern sagen, jeder der bisherigen Besitzer der Eisenbahn erhält jetzt r 1 Dollar ursprüngliches Kapital für 2 Dollar Wertpapiere. Was geschieht it den so hinzugefügten 100 Millionen „Kapital"? Und wie beeinflußt es e Verteilung der Produktion? Das neugeschaffene Aktienkapital von 100 Milonen wird auf den Markt gebracht und vom Publikum aufgenommen, das nug Ersparnisse hatte, um die Aktien zu kaufen. Gewöhnlich bestehen diese rsparnisse in Sparkassendepositen oder in Kapitalansammlungen in den änden der Versicherungsgesellschaften; sie werden den Kapitalisten, die urrünglich die Bahn besaßen, für deren Wertpapiere ausgehändigt und können on ihnen auf dreierlei Weise verwendet werden: erstens können sie das Geld s Schatz ansammeln, zweitens können sie für das Geld bereits bestehende roduktionsmittel in anderen Industriezweigen ankaufen und dadurch ihr perationsfeld vergrößern, ihren Einfluß vermehren und vielleicht einen Trust haffen. Endlich drittens kann das Geld in Luxusartikel umgesetzt werden und adurch die Produktion von Konsumtionsgütern vermehren. Gewöhnlich wird as „Kapital", das durch eine derartige Kapitalisation von erwartetem Profit ewonnen wird, teilweise in jeder der drei oben erwähnten Arten angewendet. adurch ist es einer ganz kleinen Gruppe von Leuten in sehr kurzer Zeit elungen, alle unsere Industrien zu beherrschen; die Zahl dieser Leute ist viel einer und die Zeit viel kürzer, als der eingefleischteste Marxist je erwartet ätte, der Marx' düsteres Gemälde von der Konzentration des Kapitals vor ch hatte. Darum regiert diese selbe Gruppe auch über unser ganzes Barermögen, wie sich dies bei unserer letzten Krise deutlich zeigte, wo J. P. Morgan nd John D. Rockefeller so edelmütig das Land erretteten, indem sie zum roßen eigenen Profit mit dem Gelde herausrückten, das nicht, wie jedermann achte, in den Tiefen der Sparkassen oder ähnlicher Institute lagerte, sondern den Bureaus der Verausgaber von Wertpapieren.

Alles Bargeld ist heute schon in „sicheren Händen", und fast alle Industrien erden von einigen Kapitalistengruppen beherrscht. Endlich aber wird ein ändig zunehmender Anteil an den Ersparnissen, die in Wertpapieren angelegt erden, zu schwelgerischem und luxuriösem Leben verwendet. Nicht nur, daß lle Gebiete schon überfüllt sind, die unsere Kapitalisten zur Anlegung ihrer apitalien verlocken könnten, so haftet allen diesen über Nacht verdienten Milionen — und sie wurden alle so leicht verdient — die Eigentümlichkeit an, ie Menschen den Wert des Geldes mißachten zu lehren und sie zu Extraaganzen zu verleiten. Daraus entspringt das Mäzenatentum für Kunst und Wissenschaften, denen unsere Nabobs mit vollen Händen spenden: die Rockefeller-Universitäten, die Carnegie-Bibliotheken und -Institute, die Morganschen Kunstsammlungen, die selbst von Kaisern mit Erstaunen betrachtet verden usw. usw.

Die Extravaganz in den Ausgaben der Geldmagnaten erzeugt in ihrer Umgebung dieselbe Extravaganz, so daß für gewisse Kreise dadurch „gute Zeiten" ommen. Abgesehen von diesen „guten Zeiten", die davon abhängen, wie das us den Wertpapieren gewonnene Geld ausgegeben wird, bringt die Realiation dieses Geldes selbst „gute Zeiten" mit sich. Es ist nicht immer sehr einfach, diese Wertpapiere an den Mann zu bringen, und Hunderte und Tausende von Agenten mit ihren Kommis sind dabei tätig, die alle von den Abfällen der Reichtümer profitieren, die sie „schaffen" helfen. Diese Abfälle können verhältnismäßig groß sein und können an sich schon wieder durch die Leichtigkeit,

mit der sie verdient werden, die Extravaganz fördern und die „guten Zeiten“ noch verbessern helfen.

Merkwürdigerweise hat diese Art der Finanzierung, die die Konzentration und manches Mal sogar die Zentralisation des Kapitals so sehr beschleunigt, wie wir oben zeigten und wie sich später noch mehr herausstellen wird, gleichzeitig die Tendenz, die Mittelschichten zu vermehren. Freilich nicht die alte, Eigentum besitzende Mittelklasse, aber die „neue“, Einkommen beziehende Mittelklasse, die die statistischen Tabellen und Zahlen der revisionistischen Literatur so gewaltig anschwellen läßt. Rücksicht auf den Raum verbietet mir hier, näher auf diese Erscheinung einzugehen, aber ich hoffe in Zukunft darauf zurückzukommen. In diesem Artikel handelt es sich uns nur um die Krisis.

Da finden wir, daß die Ausgabe derartiger „illegitimer“ Papiere, wie wir sie eben beschrieben, gerade das Gegenteil dessen bewirkt, was durch die Ausgabe von Papieren zum Ankauf wirklicher Kapitalgüter durch die Aktiengesellschaften erreicht wird. Die Ausgabe von Aktien zum Ankauf wirklicher Kapitalgüter kann nicht ins Unendliche fortgesetzt werden. Ihr Betrag wird durch die tatsächlichen Bedürfnisse der Produktion beschränkt. Wird diese Grenze überschritten — und das muß immer wieder früher oder später geschehen —, so ergibt sich bald, daß das dermaßen ausgegebene Kapital verschwendet wurde, und es wird eine Krisis infolge der Überproduktion von Produktionsmitteln entstehen.

Nicht so verhält es sich mit der Ausgabe „ehrlicher“, „illegitimer“ Aktien: Sie können so oft vervielfacht werden, als es noch etwas zu kapitalisieren gibt, und dieser Prozeß kann fast bis ins Unendliche fortgesetzt werden, wenn das Publikum, das diese Wertpapiere kauft, mit einer immer kleiner werdenden Verzinsung seiner Anlage zufrieden ist. Die Wirkung auf die Produktion ist dann eine solche, daß die Produktion von Produktionsmitteln aufgehalten und die *Produktion und Konsumtion* von Konsumtionsgütern vermehrt wird, wenigstens relativ, und dadurch eine Krisis der Überproduktion verhindert wird.

Eine andere und viel verwickeltere Situation entsteht aus unehrlichen Ausgaben von Wertpapieren. Einerseits hat sie dieselben allgemeinen ökonomischen Wirkungen wie die Ausgabe von ehrlichen illegitimen Wertpapieren, aber in höchst übertriebener Form. Auch sie halten die Produktion von Produktionsmitteln auf und vermehren die Konsumtion von Konsumtionsgütern bedeutend. Wenn die Kapitalisation von erhofftem Einkommen schon dazu beiträgt, Luxus und sinnlose Verschwendung zu steigern, so muß die Ausgabe von unreellen Wertpapieren, das Einheimsen der Ersparnisse des Publikums durch bloße Spekulanten, Luxus und Verschwendung auf eine Stufe des Wahnsinns hinaufschrauben. Noch viel mehr Geld als durch die ehrlichen wird durch die unehrlichen Papiere in die Mittelklasse gebracht, und es verbreiten sich auch da Luxus und Verschwendung. Wenn wirkliche Profite in Aktien kapitalisiert werden, so sind die ursprünglichen Besitzer nicht geneigt, einen erheblichen Teil des Erlöses aus dem Verkauf der Aktien den Zwischenhändlern abzugeben, die die Sache vermitteln, und sie haben das auch gar nicht nötig, denn solche Wertpapiere stehen dann für sich selbst ein und bedürfen keiner Nachhilfe, um das Publikum zum Kaufen zu veranlassen. Bei unreellen Ausgaben ist das gerade Gegenteil der Fall: da die Wertpapiere entweder wirklich wertlos oder doch viel weniger wert sind als ihr nomineller Wert, so geben die Gründer gern einen großen Teil dieses Nominalwertes an die-

gen ab, die den Vertrieb besorgen, das heißt das Publikum verführen, sein) loszuwerden. Auch wird die allgemeine Spekulation in Wertpapieren in Grundstücken durch solche Ausgaben angeregt gerade wegen ihres ankenden Wertes und der großen Profite, die die Mittelklasse dabei macht. wirklichen Grundpreise haben immer die Tendenz, in guten Zeiten zu en, und Grundstücksspekulationen begleiten daher regelmäßig jede Phase Prosperität. Diese, sagen wir, normale Spekulation in Grund und Boden hst abnorm, wenn Spekulation die Basis der Prosperität bildet. Das kulationsfieber artet dann zum förmlichen Wahnsinn aus, und das dabei eicht verdiente Geld, das sich allerdings oft nur als „Papier"geld erweist, ht noch die Prosperität und die Verschwendung, bis wir einen förmlichen tstanz der Geldverdiener und Verschwender vor uns sehen, wie eben in letzten Jahren in den Vereinigten Staaten. Doch kann diese Prosperität t, wie eine auf reellen Werten basierende, lange dauern. Es muß un-ingt ein jähes Erwachen folgen. Und dieses kommt, sobald das Publikum Tatsache gewahr wird, daß die Wertpapiere, für die es seine Ersparnisse gab, keine Dividenden abwerfen können. Durch geschickte Machenschaften n man das eine Zeitlang verbergen, indem man das Geld für die Zahlung Dividenden aus Kapitalien nimmt, die durch weitere Ausgaben solcher rtpapiere herausgeschlagen werden. Aber der Tag der Abrechnung muß mmen. Und wenn solche Wertpapiere in großen Mengen ausgegeben wurden, d eine Krisis eintreten, deren Form davon abhängt, ob das Publikum die hre Natur dieser Anlagen plötzlich oder langsam erkennt. Natürlich wird e solche Krisis einen moralischen Beigeschmack haben. Das „öffentliche Ge-sen" wird geweckt werden, und das Publikum, das hartgesotten gegen alle rbrechen der Finanz und Industriebarone war, solange es davon zu profi-ten hoffte, wird plötzlich die Immoralität dieser Handlungen erkennen, die strafung der Schuldigen und die Reformierung von Gesetzen fordern, die nicht davor schützen konnten, daß es betrogen wurde.

Einer solchen Prosperitätsperiode erfreuten wir uns in den Vereinigten aaten, und gerade solch eine Krisis machen wir jetzt daselbst durch. Die Ur-sche von Prosperität wie Krisis war die Überproduktion von Wert-pieren auf allen Gebieten: legitimen, ehrlichen illegitimen und einfach rügerischen. Die Krisis kam, als wir entdeckten, daß unsere große Pro-rität nur eingebildet sei, und wir „verloren das Vertrauen"; eine Welle der oralität löste die Welle der Prosperität ab, in der wir gelebt hatten.

Die noch nie vorher dagewesene Höhe der in dem letzten Jahrzehnt in den reinigten Staaten ausgegebenen Wertpapiere ist so wohlbekannt, daß ich r nicht näher darauf einzugehen brauche. In großen Sprüngen vermehrte h unser Reichtum auf dem Papier. Millionen Dollars zählten gar nicht ehr viel, wir befaßten uns nur noch mit Hunderten von Millionen. Unsere ahnwitzigen Spekulationen in Aktien und sonstigen Wertpapieren sind ebenfalls eltbekannt. Auch der „glänzende Aufschwung" unseres Grundbesitzes wurde iufig besprochen. Doch da diese Phase unserer jüngsten Prosperität vielleicht nseits des Ozeans nicht so bekannt wurde wie ihre anderen Phasen, so lohnt sich, auf einzelne ihrer Begleiterscheinungen einzugehen. Es war die größte chwindelära, deren man sich entsinnen kann, wenigstens soweit New York in rage kommt. Es schien, als ob ganze Bevölkerungsschichten über diesem rundstückschacher verrückt geworden seien. Jeder wurde ein Spekulant oder

doch ein Agent in Grund und Boden. Kleine Ladenbesitzer, Handwerker sogar Fabrikarbeiter beteiligten sich, einige als Händler, andere als Vermit Sogar Arbeiterinnen, die ihr Leben in der Schwitzbude zugebracht hatten, nah die Ersparnisse jahrelanger Mühen aus der Sparkasse und machten in Re tätengeschäften. In manchen Stadtteilen, wo die Bevölkerung während Tages ihrem Geschäften nachgeht oder ihren kleinen Handel betreibt, wur noch spät am Abend, oft bis Mitternacht und sogar später Bodengeschä gemacht. Die Preise stiegen unablässig, und jeder verdiente Geld.

Das Steigen der Bodenpreise wurde begründet mit dem Steigen der Mi und dem Wachsen der Ansprüche an die Bequemlichkeit in den Häusern, de Bau man infolge der großen Prosperität erwartete. Andererseits trug e diese Spekulation hauptsächlich zu den guten Zeiten bei, abgesehen von d Gelde, das Spekulanten und Händler dabei verdienten. Bodenspekulation fordert Bautätigkeit. Durch diese wurden zahlreiche Bauarbeiter und da verwandte Betriebe beschäftigt, die Arbeitslosigkeit vermindert und die Lö in die Höhe getrieben. Natürlich war viel von dem bei diesen Grundstü spekulationen gemachten Gelde bloßes Papiergeld, das heißt es waren Hy theken und Schuldverschreibungen auf die verhandelten Grundstücke. Die Papiergeld hätte sich in wirkliches Geld verwandelt, wenn die Preise e wirkliche Unterlage gehabt hätten, das heißt wenn der Verdienst des Publiku hoch genug gewesen wäre, daß es die hohen Mieten hätte bezahlen könn die von ihm erwartet wurden und deren Kapitalisation die Bodenpreise d stellten. Konnten die Mieten nicht bezahlt werden, dann war alles o fast alles wertlos. Solange die Hausse andauerte, konnten die Hypothe in den Banken „diskontiert" und die Schuldverschreibungen als Grundl des Kredits genommen werden, indem so ein Teil ihres Nominalwertes re siert wurde. Kurz, sie galten als Reichtum, und da das Geld leicht verdi war, so gab man es ebenso leicht aus.

Unsere Verschwendungssucht, die damals hoch gepriesen wurde und n sehr beklagt wird, war sprichwörtlich. Wir verschleuderten unser Geld lukullischen Mahlen. Öffentliche Diners und Bankette zu 100, 200, 300 Doll pro Gedeck wurden nicht nur für Multimillionäre, sondern für gewöhnlic Politiker und Geschäftsleute zur Alltäglichkeit. Von den afrikanischen Mission bis zur russischen Revolution wendeten wir unser Geld freigebig jeder gut Sache zu. Jeder gebärdete sich, als könne dieser Goldstrom nie versiegen, u keiner achtete darauf, woher er kam.

Thomas W. Lawson und andere Wühler im Schmutz haben mehr als zn Jahre lang die öffentlichen Zeitschriften und Informationsorgane mit En hüllungsliteratur überschwemmt. Dann kamen die großen Enthüllungen üb die großen Versicherungsinstitute, die durch die Untersuchungen eines Komite der Gesetzgebung des Staates New York zutage gebracht wurden. Das Publiku war durch diese Eröffnungen erstaunt, angewidert, entsetzt. Doch es regte si noch nicht. Dieselbe Schwindlerbande wurde in ihren Ämtern belassen u die Gesetzgebung von New York, die unter dem ersten schrecklichen Eindru einige Gesetze erlassen hatte, die den Versicherungsgesellschaften das Stehle erschweren sollten, fand sich bald bereit, einige dieser Gesetze auf das Gehei der Schuldigen zurückzuziehen.

Das Geheimnis eines so sonderbaren Benehmens des Publikums war, da alle diese Bloßstellungen, wenn sie auch riesenhafte Diebstähle enthüllten, doc

:s aufdeckten, was den Wert der Papiere der angeschuldigten Gesellschaften
:lich beeinträchtigte. An Sonntagen in der Kirche oder bei anderen feier-
:n Gelegenheiten, wo Predigten und salbungsvolle Reden am Platze sind,
üsteten sich unsere braven Bürger sehr viel über die Unehrlichkeit auf hohen
:en und über die verbrecherischen Verwaltungsräte und Direktoren, die sich
:n alle Moral und alles Gesetz bereicherten. Aber an Werktagen kümmerten
ich um diese Verwaltungsräte und Direktoren nicht viel, die sich in ihrer
:n Stellung nicht nur bereicherten, sondern auch dafür sorgten, daß die
:tpapiere des verehrlichen Publikums gute Dividenden trugen. Die von
:n geleiteten Unternehmungen waren solvent und warfen fette Profite ab,
das war zur Geschäftszeit der beste Beweis für ihre Ehrenhaftigkeit.
Da aber geschah es, daß auf dem ökonomischen Firmament Wolken auf-
:hen begannen. Es zeigte sich, daß wir zuviel Produktionsmittel produ-
: hatten. Die Eisenbahnen, die ausgedehnte Verbesserungen gemacht hatten
noch größere planten, fanden, daß sie diese Produktionsmittel nicht bis ins
ndliche produzieren konnten. Die Eisenbahnunternehmer, die nicht in die
orien Tugan-Baranowskys eingeweiht sind, werden durch den Gang der
:nahmen bestimmt, ob sie sich zu neuen Ausgaben für weitere Produktions-
:el entschließen wollen oder nicht. Im Frühling und mehr noch im
:nmer 1907 zeigten die Einnahmen der Eisenbahnen in den Vereinigten
:aten, daß diese Gattung von Produktionsmitteln überproduziert worden
:, und sofort versuchten die Eisenbahnen eine Politik der Einschränkung.
:ße Erweiterungsarbeiten, die geplant waren, wurden entweder aufgegeben,
:choben oder eingeschränkt. Viele Leute wurden entlassen oder ihre Arbeits-
: wurde verkürzt. Nachfolgende Ereignisse verschärften diesen Zustand noch;
:ind vielleicht jetzt mehr Eisenbahnen bankrott als je zuvor in dieser Ge-
:tion. Die Lage der Eisenbahnen spiegelte sich in der Maschinen- und
:troindustrie wieder. Es zeigte sich, daß diese Industrien nur dann Pro-
:tionsmittel produzieren können, wenn solche mit Profit an Kunden, meist
:nbahnen, verkauft werden können, was wieder voraussetzt, daß die letzteren
:tande sind, sie mit Profit anzuwenden. Als auf dem Eisenbahnmarkt eine
:ckung eintrat, weil die Möglichkeit profitabler Anlagen auf diesem Gebiet
:höpft war, wurden die Märkte der Maschinen- und elektrischen Industrien
:falls überfüllt. Eine Einschränkung der Produktion ging auch auf diesen
:ieten der Panik voraus und nahm seitdem immer größere Dimensionen
Die größte Firma dieses Industriezweigs in Amerika, die Westingbank
:npany, fallierte. Zuerst dachte man, nur Geldmangel habe dies verschuldet,
:h zeigt es sich jetzt, daß ein wirklicher Bankrott vorliegt und daß außer
Lage der Eisenbahnen auch noch Überproduktion auf diesen Gebieten die
:ache bildet. Und das gleiche trifft bei vielen anderen Industrien zu, in
:en Produktionsmittel erzeugt werden.
Diese Sachlage wirkte natürlich auf den Grundstückmarkt zurück. Die Ver-
:iderung der Nachfrage nach Produktionsmitteln und die daraus sich er-
:ende Einschränkung der Produktion, sowie die damit verbundene Arbeits-
:gkeit mußte die überschäumende Stimmung des Realitätenmarktes gewaltig
:abstimmen. Als dann endlich die Krisis kam, wurde dem ganzen Geschäft
: Boden entzogen, und ungeheure Reichtümer, große Mengen von Kapital
:schwanden, wobei die Reichen noch reicher und die Armen um ihre Er-
:rnisse betrogen wurden. Und das schlimmste war, daß eine große Anzahl

von Leuten, die sich als Agenten oder Händler in den guten Zeiten
gebracht hatten, sich nun jedes Mittels zum Leben beraubt sahen.

Um diese Zeit ungefähr erwachte nun das moralische Gewissen „
Volkes“, das bis dahin geschlummert hatte. Doch erst als die Krisis
einem Krach einsetzte, wurde es ganz aufgerüttelt. Und der einleitende Don
schlag war auch danach, den festesten Schläfer zu wecken. Es ist interess
daß die Historiker dieser Krisis absichtlich nicht auf ihren Anfang einge
Einige behaupten, die genaue Zeit nicht zu wissen, und sprechen unbestin
von Oktobertagen. Andere datieren ihren Beginn von dem Ansturm auf
Knickerbocker Trust-Company oder von anderen derartigen Ereignissen, die
offenbar nur Zwischenfälle der schon lebhaft wütenden Krisis waren. Tats
ist, daß die Krisis im September durch das Fallissement der New York C
Eisenbahngesellschaft und der mit ihr vereinigten Gesellschaften eingel
wurde. Dieser riesenhafte Trust, der mit etwa 200 Millionen Dollar fund
war, brach plötzlich mit einem gewaltigen Krach zusammen, und unter sei
Trümmern waren Millionen von Vermögen des lieben Publikums begrab
für die es seine wertlosen Papiere eingetauscht hatte. Unter dem aufreizen
Einfluß dieses mächtigen Kraches begann unser Gewissen zu empfinden,
die Verwässerung der Aktien dieses Trusts, die seit seinem Bestehen allbeka
war, unmoralisch sei. Und als das argwöhnische Publikum nun entdeckte,
viele andere große und blendende Unternehmungen, deren aktienverwässer
Manipulationen es bisher mit Gleichmut mitangesehen hatte, auch nicht
besseren Grundlagen ruhten, so war unser Gewissen ganz aus seinem leth
gischen Schlafe erwacht, und wir verloren „das Vertrauen“. Zu aller
verloren wir das Vertrauen zur Unversiegbarkeit des Goldstroms und
Prosperität, in der wir bisher geschwelgt hatten, und zu unserer unbegrenz
Fähigkeit, alles, was auftaucht, durch Kapitalisation in Bargeld zu verwand
Dann verloren wir das Vertrauen in die Ehrlichkeit unserer großen Kapi
listen, das heißt in ihre Fähigkeit, aus unseren Wertpapieren die Dividen
herauszuholen, auf denen ihr Wert beruhte. Wir verloren das Vertrauen
dem inneren Werte des Papiers, als wir die unangenehme Entdeckung macht
die Tugan-Baranowsky und seinen Anhängern noch bevorsteht, daß der W
der Produktionsmittel, sei er nun tatsächlich oder bloß auf dem Papier,
den Erträgen abhängt, die sie in der Form von Profiten liefern, und d
wenn die Profite ausbleiben, eine unangenehme Überproduktion mit allen ih
unangenehmen Begleiterscheinungen eintritt. Und da es wohlbekannt w
daß viele unserer Banken und Trustgesellschaften stark in diesen Wertpapier
spekulierten, so verloren wir auch zu ihnen das Vertrauen, und jeder mac
einen verzweifelten Versuch, bares Geld zu erhaschen, solange es noch welch
gab, in der sicheren Befürchtung, daß die zu spät Kommenden nichts m
als einen Haufen wertloser Papiere vorfinden würden. Die Panik war

Die Preise stürzten. Jedoch nicht die Preise von Konsumtionsgütern, de
Markt nicht überfüllt war, sondern die der Wertpapiere, mochten sie n
bloß einen „moralischen“ Besitz oder wirkliche Produktionsmittel repräsentier
die überproduziert worden waren. Die Panik war vorüber, sobald d
Publikum die Situation klar erfassen konnte und die zahlungsfähigen Bank
sich von den insolventen oder verdächtigen separierten. Das Vertrauen
den Banken, die den Sturm überdauerten, ist wiederhergestellt, und Barge
ist in Hülle und Fülle vorhanden. Doch die Preise sind noch gedrückt. U

as noch schlimmer ist, die Preise der Konsumtionsgüter und vieler Artikel, e als Produktionsmittel gebraucht werden und deren Preise durch die Panik cht unmittelbar betroffen wurden, sind jetzt niedrig und fallen noch weiter, eil die Einschränkung der Produktion von Produktionsmitteln, die der Entdeckung der früheren Überproduktion folgte, die Nachfrage nach diesen Waren rabdrückte. So schleppt sich die Krisis weiter. Und ebenso geht der moralische Kreuzzug noch weiter, dessen Kundgebungen, wenn sie außer Landes kannt wären, sehr zur Erheiterung der Nationen beitragen würden. Doch won ein anderes Mal.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von J. Karski.

skontherabsetzung. — Emissionen. — Das Fortschreiten der Krise. — Kartelle. Spekulation.

Der Monat Juni brachte eine weitere Erleichterung auf dem Geldmarkt. achdem Paris und London bereits auf 3 und 2½ Prozent zurückgegangen aren, setzte die Reichsbank den Wechseldiskont am 4. Juni von 5 auf ½ Prozent herab und ließ am 18. Juni eine weitere Ermäßigung auf Prozent folgen. Die letzte Ermäßigung machte einiges Aufsehen, nicht nur, eil sie schon vierzehn Tage nach der vorhergehenden, sondern besonders, weil e zu einem recht ungewöhnlichen Zeitpunkt erfolgte: kurz vor dem Quartalschluß, der erfahrungsgemäß einen großen Geldbedarf der Geschäftswelt zeitigt. er eigentliche Grund für diese Maßnahme war jedenfalls der, daß Preußen ieder einmal Geld braucht und 100 Millionen Mark Schatzscheine an den larkt bringen will; dazu braucht man aber gut Wetter an der Börse. aneben kommt freilich auch in Betracht, daß die Kreditansprüche tatsächlich eringer geworden sind. Präsident Havenstein erklärte in der Sitzung des eichsbankdirektoriums, in der der Beschluß gefaßt wurde, daß die Wechselempelsteuer im Mai abermals zurückgegangen sei, was darauf hindeute, daß ie Kreditansprüche in der Abnahme begriffen seien, weil in der Industrie die eschäftigung einen bedeutenden Rückgang erfahren habe.

Sehr bemerkenswert ist angesichts dieser Lage die unvermindert starke, nun hon seit Anfang des Jahres andauernde Emissionstätigkeit. Nach den Schiffahrtsgesellschaften kamen die großen Montanwerke mit Anforderungen nach euem Kapital, danach die elektrische Industrie und dann in bunter Reihe Emissionen der verschiedensten Art.

In der Elektrizitätsbranche geht die Konzentration immer weiter mit Riesenchritten vorwärts. Im Mai vollzog sich die endgültige Einverleibung der Berliner Elektrizitätsgesellschaft in die Berliner Elektrizitätswerke. Allerdings andelt es sich dabei nur um eine Schiebung, denn in Wirklichkeit sind beide Gesellschaften Schöpfungen der großen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, und nit ihrer „Selbständigkeit" war es nie weit her. Bei dieser neuen Fusion nachte sich das Bedürfnis geltend, 10 Millionen Mark neuer Teilschuldverschreibungen und 12,60 Millionen Mark neuer Stammaktien herauszubringen. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit der Profit, der bei diesen Finanzoperationen für das „Mutterinstitut" abfällt: die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat Gründerrechte an den von ihr geschaffenen „Töchter-

instituten"; unter anderem steht ihr das Recht zu, von neuen Aktien, die die Berliner Elektrizitätswerke emittieren, die Hälfte zum Parikurs zu übernehmen; wenn also jetzt die letzteren für 12,60 Millionen junge Aktien in die W[illegible] setzen, so erhält die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 6,30 Millionen davon; der Emissionskurs dieser Aktien stellte sich auf 170 Prozent, folglich ka[illegible] die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft für 6,30 Millionen Mark Papiere, d[illegible] einen Marktwert von 10,71 Millionen haben, das heißt sie macht einen Pro[illegible] von 4,41 Millionen Mark.

Jetzt verspürt auch die Elektrizitätsaktiengesellschaft, vormals Schuckert & C[illegible] in Nürnberg das Bedürfnis, ihre Mittel zu erweitern, indem sie 15 Million[illegible] Mark Schuldverschreibungen emittiert. Das Unternehmen hat den Krach v[illegible] 1901/02 überwunden, bei dem ein buchmäßiger Verlust von 15 1/3 Million[illegible] Mark zu decken war, und macht jetzt mit Volldampf Neugründungen. D[illegible] Entwicklung wird durch folgende Ziffern charakterisiert: Bei der Gründun[illegible] im Jahre 1893 betrug das Aktienkapital 12 Millionen, es wurde in rasche[illegible] Zügen auf 42 Millionen im Jahre 1899 erhöht. Dann kam der Krach; d[illegible] Verlust wurde aus dem Reservefonds gedeckt, die kleinen Aktionäre verlore[illegible] infolge des Kurssturzes Hals und Kragen. Im Jahre 1903 kam dann d[illegible] Vertrag zwischen den Schuckert- und den Siemenswerken zustande, es en[illegible] standen die Siemens-Schuckertwerke als Gesellschaft mit beschränkter Haftun[illegible] mit einem Kapital von 90 Millionen, wovon die Schuckertgesellschaft 44,95 Mi[illegible] lionen übernahm. Im Jahre 1907 erfolgte eine Erhöhung des Aktienkapital[illegible] auf 50 Millionen. Daneben hat die Gesellschaft 27,7 Millionen als Obl[illegible] gationsschuld aufgenommen. Der Krach von 1902 war durch allzu gewagt[illegible] Gründungen entstanden, aber natürlich werden weitere Gründungen betrieben und heute ist die Gesellschaft an nicht weniger als sechzehn Gesellschafte[illegible] (außer den Siemens-Schuckertwerken) in Deutschland, Italien, Spanien, Ruß land und den skandinavischen Ländern beteiligt. Die neue Schuld wird auf genommen, um einen Teil der Bankschulden abzustoßen, die sich auf 18 Mil lionen Mark belaufen.

Von großen Transaktionen auf dem Gebiet der Industrie sei auch di[illegible] Aufnahme von 50 Millionen für die Kruppwerke erwähnt, wovon jetzt 20 Mil lionen begeben wurden. Hier handelt es sich zum Teil um Aufnahme vo[illegible] Kapital zur Erweiterung der bestehenden Werke. Daneben laufen Trans aktionen, die eigentlich schon früher hätten durchgeführt werden sollen, abe[illegible] in Erwartung einer günstigeren Lage am Geldmarkt aufgeschoben wurden. Zu diesen gehört zum Beispiel die Finanzierung der „Julius Pintsch Aktien gesellschaft", die am 23. Juni einen Prospekt über die Begebung von 18 Mil lionen Mark Aktien und 6,5 Millionen Obligationen erscheinen ließ. Es handelt sich da um eine Gründung, bei der ein altes Unternehmen, das die Fabrikation von Beleuchtungsapparaten und Maschinen betrieb, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Die Gesellschaft wurde bereits im April 1907 in das Handelsregister eingetragen, aber die Aktien blieben in den Händen der Gründer und kommen erst jetzt an den Markt.

Wir erwähnen das, da oberflächliche Beurteiler leicht zu dem Schlusse kommen, daß die neuen Kapitalanlagen dazu führen müssen, die industrielle Tätigkeit zu beleben. Das wäre nur dann richtig, wenn tatsächlich das ge samte neu geschaffene Kapital dazu verwendet würde, neue Fabrikbetriebe zu errichten und bestehende zu erweitern. Das ist indessen nicht der Fall, denn

[Wie] die erwähnten Beispiele zeigen, handelt es sich zum Teil um rein finanzielle [Ope]rationen. Auf diese Weise absorbieren die Emissionen einen großen Teil [de]s verfügbaren Kapitals, und in manchen Produktionszweigen bleibt nach [wie] vor der Kapitalmangel sehr fühlbar. So vor allem in der Bauindustrie, [wo] bisher die Hoffnung auf Belebung nicht in Erfüllung gegangen ist, was [zum] Teil allerdings auch darauf zurückzuführen ist, daß allem Anschein nach [die] Terrain- und Bauspekulanten in fast allen deutschen Großstädten sich in [der] letzten Hausseperiode derart verrannt haben, daß sie auch bei billigem [Kre]dit nicht mehr weiter können.

Das Fortschreiten der Krise dokumentiert sich unter anderem in dem starken [Rüc]kgang der Einnahmen der deutschen Eisenbahnen. Es wurden vereinnahmt [in] 1000 Mark:

1908	Güterverkehr	Gegen das Vorjahr	Personenverkehr	Gegen das Vorjahr
[J]anuar	124069	+ 1671	41900	+ 2087
[F]ebruar	126263	+ 9739	40371	+ 2560
[M]ärz	131534	— 1932	49310	— 3992
[A]pril	124861	— 3428	59182	+ 1218
[M]ai	127509	— 1117	56699	— 5770

Es brachten somit die beiden ersten Monate des Jahres noch eine an[sehn]liche Steigerung des Verkehrs, dagegen die Monate März, April und [Ma]i einen fühlbaren Rückgang sowohl im Güter- als im Personenverkehr.

Da die offizielle Statistik in bezug auf die Produktionsverhältnisse immer [seh]r stark nachhinkt, verfügen wir noch nicht über Zahlen, die die Entwicklung [der] Industrie charakterisieren, und die großen Verbände, die am ehesten [Au]fschluß geben könnten, schweigen sich aus oder machen tendenziöse Angaben. [Da]s Bild, das sich aus den Marktberichten und privaten Mitteilungen in [der] Presse ergibt, ist recht trübe. Was die Montanindustrie anbetrifft, so [sche]int der Rückgang am wenigsten in der Kohlenproduktion bemerkbar zu sein, [doc]h sind die Nachrichten widerspruchsvoll. Einerseits wird gemeldet, daß [Ko]hlen schlanken Absatz finden, andererseits heißt es, daß die Vorräte in West[fale]n und im Rheinland ziemlich stark angehäuft sind. Die amtlichen An[gab]en zeigen im ersten Quartal eine nicht unbedeutende Zunahme der Förde[run]g: 49294000 Tonnen Steinkohlen und 21662000 Tonnen Braunkohlen [geg]en 46871000 und 19843000 in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Um so [bem]erkenswerter ist die Tatsache, daß die Löhne bereits beträchtlich gesunken [sin]d, wie folgende Zusammenstellung zeigt. Der pro Arbeiter und Schicht ver[dien]te reine Lohn war:[1]

[1] Wie übrigens auf Grund zuverlässigen Materials ganz falsche Lohnberechnungen zu[stan]de kommen, zeigte vor kurzem die „Bergarbeiter-Zeitung“ an einem Beispiel, das all[gem]eine Beachtung verdient. Aus dem Lohnbuch eines unterirdisch beschäftigten Arbeiters [der] Zeche Neuessen ergibt sich, daß der Mann im Jahre 1907 1621,33 Mark Lohn er[halt]en hat. Dabei hat er 462³/₈ Schichten verfahren; eine geradezu ungeheuerliche Leistung! [Im] Mai verfuhr er zum Beispiel 43½ Schichten, im Juli 48¾, im August 48. Berechnet [ma]n nun den Verdienst pro Schicht, dann sind es 3,50 Mark; rechnet man aber mit [300] Arbeitstagen im Jahre, wie es bei Berechnung der Lohnklasse durch die Krankenkassen [ge]zieht, so ergibt sich ein „Taglohn“ von 5,40 Mark. Natürlich ist eine derartige Rechnerei [von] Grund aus falsch, und diese „Methode“ müßte als grober Unfug qualifiziert werden.

Im Oberbergamt	4. Quartal 1907	1. Quartal 1908
Dortmund	4,99	4,87
Oberschlesien	3,55	3,53
Saarbrücken	4,07	4,07
Halle	3,70	3,55

In bezug auf Koks wußte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vor kurz zu melden: „Der Absatz hält sich in den seitherigen Grenzen und zeigt we Veränderung. Das Syndikat nimmt den Kokereien 70 Prozent der Beteilig ab, von denen es allerdings gewisse Quantitäten auf Lager nimmt. Was Kokereien über diese 70 Prozent produzieren, müssen sie selbst lagern. Kokslager zeigen auf verschiedenen Zechen eine starke Zunahme. . . . Wie der Absatz weiter gestalten wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen, da die Me zahl der Hütten mit ihren Bestellungen sehr zurückhält. Für das dri Quartal stehen dieselben noch größtenteils aus. Es wird aber mehrfach genommen, daß die 30prozentige Einschränkung für die nächsten Mon kaum ausreichen und daß es erforderlich werden wird, dieselbe wieder etw zu erhöhen.“

Damit ist also gesagt, daß der Absatz gewaltig zurückgegangen ist, de es ist die Zeit noch in frischer Erinnerung, wo die Kokswerke ganz auß stande waren, so viel zu liefern, als man forderte.

Dieser verringerte Absatz deutet auf das Nachlassen der Eigenprodukti hin. Hier liegen nun die Dinge zweifellos sehr ungünstig.

Der beste Beweis dafür ist, daß die Roheisenerzeugung stark zurü gegangen ist. Im Mai wurden 1010917 Tonnen hergestellt gegen 10943 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres; in den ersten fünf Monaten d Jahres wurden 5093296 Tonnen erzeugt, das ist 218321 Tonnen wenig als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei ist zu bemerken, daß das Ro eisensyndikat in der glücklichen Lage war, langfristige Kontrakte zu besitz auf Grund deren die Abnehmer gezwungen waren, das Produkt abzunehm auch wenn sie keinen Bedarf dafür hatten, und daß zweitens auch dieses Sy dikat die beliebte Auslandspolitik getrieben hat, indem es, solange irgend Ro eisen unterzubringen war, den Export forcierte.

Die rückläufige Konjunktur dokumentiert sich auch darin, daß der Stah verband nunmehr sich gezwungen sieht, die Halbzeugpreise für das dri Quartal um 5 Mark pro Tonne zu ermäßigen. Aus den Versandziffern, d der Verband publiziert, geht hervor, daß im Mai der Versand von A-Produkt um 42889 Tonnen im Vergleich zum Vormonat gestiegen ist, dagegen ergi sich im Vergleich zum Mai 1907 ein Rückgang um 74462 Tonnen; für Ap und Mai ergibt sich ein Rückgang von 184480 Tonnen im Vergleich zu Vorjahr. Der Bericht, den der Vorstand bekannt gibt, ist recht pessimisti gestimmt: die Bestellungen der Staatsbahnen sind geringer geworden, au die Aufträge in Rillenschienen (für Trambahnen) und Grubenschienen si gering, Formeisen (für Bauzwecke) ist wenig verkäuflich, im Ausland drü der Wettbewerb die Preise, und das Daniederliegen der Schiffbauindust hat den Verbrauch von Eisen stark reduziert. Die Herabsetzung des Preis um 5 Mark bezeichnet der Verband als ein Entgegenkommen „zur Unte stützung der einheimischen Verbraucher“. Das „Berliner Tageblatt“ meint m Recht, das Wohlwollen des Verbandes den ausländischen Verbrauchern gege über scheine jedenfalls größer zu sein, denn in England sind deutsche Bloon

72 Schilling pro Tonne zu haben, in Deutschland kosten sie 95 Mark. nsgesamt sind nunmehr die Preise von Halbzeug um 15 Mark pro Tonne rabgesetzt (im Januar fand die erste Ermäßigung um 10 Mark statt). Diese reisreduktion reicht indessen nicht aus, um das schreiende Mißverhältnis vischen dem Preise der Halbzeugfabrikate und der Fertigware zu beseitigen. Venigstens wird vielfach behauptet, daß die „reinen" Walzwerke, das heißt ne, die Halbzeug kaufen müssen, mit Verlust arbeiten. Dabei gilt indessen e Preisermäßigung von 5 Mark nur für Abschlüsse, die bis zum 15. Juli fertigt werden; was dann geschehen soll, wird nicht gesagt. Der Verband ßt also den Abnehmern das Messer an die Gurgel, will den sofortigen Abschluß von Verträgen erzwingen.

Kaum war nun die Herabsetzung des Preises bekanntgegeben — am). Juni —, so beschloß die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Stabeisenändler eine Herabsetzung der Preise für Stabeisen, Bleche und Bandeisen m 10 Mark pro Tonne. Das Verhältnis ist also so: Bisher kosteten nüppel, aus denen Bandeisen gewalzt wird, 100 Mark pro Tonne, Bandsen 102,5 bis 107,5 Mark pro Tonne; jetzt kosten die Knüppel 95 Mark, ir Bandeisen bewilligen die Händler aber nur 92,50 bis 97,50 Mark.)ffenbar können die Händler nur deshalb diesen Druck ausüben, weil ihnen on den „gemischten" Werken, die ihr Halbzeug selbst herstellen, die Ware zu iesem Preise geliefert wird. Das rührt daher, daß die B-Produkte, zu denen Stabeisen, Bleche, Draht usw. gehören, von den Syndikatswerken frei veruft werden können. Auf diese Weise schnüren die großen „gemischten" Werke en kleineren „reinen" Walzwerken die Kehle zu, trotz der Solidarität, die er Verband pflegt. Die Folge wird sein, daß während der gegenwärtigen Krise abermals eine Anzahl dieser „reinen" Werke ruiniert wird.

In besonders schlimmer Lage scheint sich die sogenannte Kleineisenindustrie Verfertigung von Handwerkszeug, Messern, Schaufeln, Axten, Hausgerät usw.) u befinden. Der „Frankfurter Zeitung" wird am 6. Juni zum Beispiel aus Düsseldorf über diese Branche berichtet: „Der verminderte Bedarf der Großisenindustrie macht sich namentlich in der Werkzeugfabrikation bemerkbar, die chlechte Lage des Baumarktes bringt geringen Bedarf für Artikel der Bauedarfsbranche, und in den täglichen Gebrauchsartikeln, die eigentlich das Hauptgebiet der Kleineisenindustrie darstellen, kommt zu dem allgemein zurückegangenen heimischen Bedarf der große Ausfall im Export. Das empfinden amentlich die Fabrikanten des Solinger Kleineisenbezirkes, in dem auch die Waffenfabrikation den Betrieb einschränken muß. Die früher so brennende Arbeiterfrage ist nahezu gänzlich verschwunden; Arbeiter sind jetzt in ausreichender Zahl erhältlich. Das spricht mit für die Verschlechterung der Lage, die im übrigen in zahlreichen Feierschichten, Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen sich ausdrückt. Die Preise haben fast in allen Gebieten ermäßigt werden müssen."

Also auf der ganzen Linie — vom Roheisen bis zur Messerfabrikation — Hängen und Würgen!

Auf dem Gebiet des Kartellwesens sind zurzeit überaus interessante Vorgänge zu beobachten. Zwei große Syndikate stehen vor einer Umwandlung. Das Roheisensyndikat ist gekündigt worden, und gleichzeitig werden die Verhandlungen aufgenommen, um das Syndikat auf erweiterter Grundlage neu aufzubauen. Das Bestreben geht dahin, die bestehenden Verbände — Rheinisch-

Westfälisches Syndikat, Siegerländer Syndikat und Oberschlesische Kon vention — unter einen Hut zu bringen und die Außenseiter zum Beitritt z bewegen. Es hat aber auch den Anschein, als wenn man eine viel straffer Organisation, einen regelrechten Trust zustande bringen möchte. Allerding wird es wohl ohne Kämpfe nicht abgehen. Einer der bedeutendsten Außen seiter, das vom Fürsten v. Donnersmarck bei Bremen geschaffene Eisenwer „Kraft", erklärt durch seinen Generaldirektor, daß es dem Syndikat unte keinen Umständen beitreten werde. Es bleibt abzuwarten, was die andere sagen.

Im Kalisyndikat kracht es bedenklich. Der Vertrag läuft bis 1910, abe schon jetzt geht der Krakeel los. Es entstehen fortwährend neue Werke, di das Syndikat bedrohen und nur zum Beitritt zu bewegen sind, wenn ihne große Zugeständnisse in bezug auf die Beteiligung gemacht werden. Nu scheint man sich mit Reorganisationsplänen zu tragen, deren Endziel eine Er höhung des Preises ist. Zu diesem Zwecke wollen die Interessenten de preußischen Fiskus, der bisher den Vorsitz im Syndikat führte, hinausgraulen In der Regel ist ja der preußische Fiskus dem Warenwucher nicht abgeneig und macht lustig mit bei der Preistreiberei des Kohlensyndikats. Hier abe handelt es sich um ein Produkt, bei dem die Agrarier speziell interessiert sind — Kalisalze als künstlicher Dünger —, und da darf der Fiskus nicht gegen die Interessen der Junker verstoßen.

Die Börse macht trotz der Krise eine Periode waghalsiger Spekulationen durch. Die vielen Emissionen erhalten das Geschäft rege, wobei auch das Ausland stark eingreift, besonders Amerika. Die Kapitalmagnaten von jenseits des Ozeans haben ein Interesse daran, die Börse zu stimulieren, da sie sich mit großen Plänen in bezug auf Eisenbahnfusionen tragen. Deshalb haben die Morgan, Harriman, Hill und Konsorten Anfang Juni eine starke Hausse inszeniert. Es ist ein überaus interessantes Schauspiel, das sich da vollzieht: Mit amerikanischen Bahnen haben die europäischen Kapitalisten seit Jahren schlimme Erfahrungen gemacht; die Krise brachte ungeheuerliche Schwindeloperationen an den Tag, trotzdem setzen Harriman und Morgan spielend die Aufnahme der Bonds der Pennsylvaniabahn und der Union-Pacific durch, mit der üblichen Überzeichnung. Sie halten den Kurs auf der Höhe gerade so lange, als es ihnen paßt, dann überlassen sie den Markt sich selbst und die Kurse gehen kopfüber herunter. Die englischen und deutschen Bankiers und Spekulanten geben sich alle Mühe, die Überzeugung zu verbreiten, die Sanierung habe sich vollzogen, amerikanische Bahnen seien gut. Aber am ominösen 13. Juni kommt die Nachricht: die Eriebahn, die zur Interessensphäre Morgans gehört, befinde sich in finanziellen Schwierigkeiten, es sei ihr nicht möglich, die Ende Juli fälligen Verbindlichkeiten einzulösen. Das bedeutet für manchen Spekulanten Riesenverluste, aber diese Warnung hilft natürlich wenig, das Spekulationsfieber dauert weiter.

Am 24. Juni krachten in München die Revolver: zwei angesehene Bankiers, die Brüder Klopfer, setzten ihrem Leben ein Ende, nachdem ein spekulativer Coup, durch den sie ihr gefährdetes Geschäft hatten heben wollen, mißlungen war. Es werden wohl kaum die letzten Opfer sein. Auch diese blutige Warnung wird dem Taumel nicht Einhalt gebieten.

Die Rückwanderungen.

Die wirtschaftliche Krisis, die im vorigen Jahre in den Vereinigten Staaten
m Ausbruch kam, führte dort zu massenhafter Entlassung von Industriearbeitern.
weit diese Entlassenen sich noch keinen festen wirtschaftlichen Rückhalt in den
reinigten Staaten geschaffen hatten, hielten sie es allgemein für das Beste, vor-
ufig so schnell als möglich in ihre alte Heimat zurückzukehren, wodurch die Zahl
r nach Europa Zurückwandernden außerordentlich erhöht wurde. Alle Ozean-
mpfer kamen mit dichtbesetztem Zwischendeck nach Europa zurück. über den Um-
ng der bisherigen Rückwanderung im Jahre 1908 teilt das New Yorker Bureau
s Norddeutschen Lloyd mit, daß in der Periode vom 1. Januar bis 20. März vom
w Yorker Hafen 142161 Personen abgefahren sind gegen 48486 in demselben
itraum 1907, was eine Zunahme der Rückwanderung um 193 Prozent ergibt.
bei kamen in diesem Zeitraum 1908 nur 50648 Personen im New Yorker Hafen
, gegen 171132 in dieser Zeit 1907, was eine Abnahme der Zuwanderung um
8 Prozent ergibt. In derselben Periode 1907 betrug der überschuß der Zahl der
nwanderer über die der Rückwanderer auf dieser einen Linie allein also 122646.
08 hatte sich dieser überschuß von Einwanderern in einen von Rückwanderern
rwandelt. Es wanderten 91513 mehr zurück als aus. Diese Tendenz erstreckt
h nicht nur auf Zwischendeckpassagiere, sondern auch auf die zweite Kajüte, für
elche Schiffsklasse in obiger Zeit die Zahl der Passagiere nach Europa um 4455
ößer und von dort um 4104 kleiner als im Vorjahr war. Vom 20. März bis
de Mai 1908 nahm die Zahl der Rückwanderer verhältnismäßig etwas ab und
e der Zuwanderer stieg, trotzdem aber sind in dieser Periode 158968 Personen
ehr ausgewandert wie eingewandert, während in derselben Periode 1907
9708 Personen mehr eingewandert wie ausgewandert waren — das ist eine
ifferenz von 628676 Personen! Namentlich die langdauernde Flauheit in der
aumwollenindustrie und in anderen Fabrikbranchen in ganz Neuengland veranlaßte
n Wegzug vieler Griechen, Makedonier, Polen und französischen Kanadier, die,
ie die „New Yorker Handelszeitung" schreibt, meist geschickte Arbeiter sind, und
e zurückzukommen beabsichtigen, sobald sich das nordamerikanische Geschäft wieder
ssert, ausgenommen eine beträchtliche Anzahl, deren Ersparnisse bedeutend genug
nd, daß sie den Rest des Lebens in der Heimat verbringen können.

Eine so kolossale Steigerung der Rückwanderung konnte natürlich in Europa
cht unbemerkt bleiben. Die einen befürchteten von ihr eine weitere Verschärfung
r bereits bemerkbaren Arbeitslosigkeit in Deutschland, andere erwarteten einen
ngünstigen Einfluß auf den Verlauf der ausgebrochenen Lohnkämpfe, da man be-
irchtete, die Zurückkehrenden würden zum großen Teil in Norddeutschland bleiben;
ndererseits hofften die Agenten der ostelbischen Agrarier in diesen Rückwanderern
nen willkommenen Ersatz für die durch rücksichtsloseste Ausnutzung von den ost-
bischen Gütern vertriebenen heimischen Arbeiter zu finden. Doch trat nichts davon
n. Die Rückgekehrten wurden keine Streikbrecher, und auch die Offerten der ost-
bischen Junker lockten sie nicht.

In der Zeit ihrer Tätigkeit in den amerikanischen Betrieben hatte sich das
lassenbewußtsein und der Unternehmungsgeist der österreichischen, italienischen und
awischen Arbeiter wesentlich gehoben. Wo man Gelegenheit hatte, italienische und
ngarische Rückwanderer und Auswanderer zusammen zu sehen, zeigte sich das
eutlich. Selbst die konservative „Schlesische Zeitung" schreibt darüber: „Aus-
anderer und Rückwanderer begegnen sich in Oderberg (Bahnstation an der öster-
eichisch-preußischen Grenze) und fordern zu Vergleichen heraus. Diese fallen zu-
unsten der letzteren aus. Von dem Schmutz und dem Stumpfsinn, der den meisten
luswanderern anhaftet, ist bei den Rückwanderern wenig zu spüren. Sie bewegen
ch selbstbewußter, freier und scheinen sich auch mit sozial Höherstehenden mehr
uf gleicher Stufe zu fühlen, als vor ihrer Auswanderung." Sie haben eben in

Amerika das Ducken verlernt und haben auch etwas mehr in der Tasche, als be ihrer Hinfahrt. Die „Neue Hamburger Börse" teilt mit, daß im November 190 zirka 15000 ausländische Arbeiter den Pittsburger Distrikt verlassen haben und ver sehen mit anderthalb Millionen Dollar nach Italien, Ungarn und Österreich zurück gekehrt seien. Man kann also annehmen, daß jeder Rückwanderer bei seiner Ent lassung aus Pittsburg, Chicago usw. im Besitz von zirka 100 Dollar war. Viel hatten auch schon vorher Barsendungen nach der Heimat gemacht. Sie waren als nicht darauf angewiesen, zu jeder Bedingung gleich wieder in Arbeit zu treten konnten sich die Verhältnisse in Europa erst ruhig ansehen, ehe sie ihre Maßnahmen trafen, konnten es auch eine Zeitlang aushalten. Sobald sich die Lage in Amerika wieder ändert, kehren sie gewiß lieber nach dem freien Amerika zurück, als in Europa für Jammerlöhne ihr Leben zu fristen. Jedenfalls haben sie in Amerika eine gute Schule durchgemacht, und das ist nicht allein ein Vorteil für den einzelnen sondern auch für die europäischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit.

Wenn daher jedes Jahr eine größere Anzahl der nach Amerika ausgewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen wieder nach Polen, Ungarn, Slawonien, Dalmatien Süditalien und Ostelbien zurückkehrt, so ist das nicht zu bedauern, denn sie werden dann meist zu ebensoviel Förderern proletarischen Selbstbewußtseins und Förderern des Kulturstandes in ihrer Heimat, ebenso wie die Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus dem Osten und Süden nach den Bergwerken und Fabriken und als Bauarbeiter nach Westeuropa ziehen, die auch nach Beendigung der Kampagne oder des Baues mit etwas mehr Selbst- und Klassenbewußtsein in ihre südöstliche Heimat zurückkehren.

H. Vogel

Literarische Rundschau.

A. Müller, **Bilder aus der chemischen Technik.** Mit 24 Abbildungen im Text. 191. Bändchen „Aus Natur und Geisteswelt". Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Leigzig, B. G. Teubner. 146 Seiten. Geh. 1 Mk., geb. 1,25 Mk.

Eine klare und übersichtliche Darstellung der wichtigsten Gruppen chemischer Fabrikationsprozesse. Dadurch, daß sie auch die chemische Formelschrift benützt wie überhaupt Kenntnisse der Chemie voraussetzt, wird freilich der Leserkreis eingeschränkt. Eine auf weitere Kreise berechnete Schilderung der chemisch-technischen Prozesse würde auf den theoretischen Teil verzichten müssen, könnte dafür aber die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Fabrikationszweige eingehend behandeln. Immerhin bietet auch demjenigen, der die chemischen Formeln nicht versteht, das Büchlein reiche Belehrung über die wichtigsten Zweige der chemischen Technik. ew.

Zeitschriftenschau.

Die englische Revue „The Social-Democrat" bringt in der Juninummer einen Aufsatz unter dem Titel **„Stiefel oder Bier? Die ökonomische Notwendigkeit der Verschwendung"** von H. Quelch. In der Agitation für das neue Schankgesetz begegnet man oft der Argumentation, daß bei der Verringerung des Alkoholgebrauchs die Arbeiter mehr Geld für nützliche Sachen verwenden könnten. Man sieht Plakate mit in Lumpen gehüllten, barfüßigen Kindern, die klagen: Stiefel brauchen wir, kein Bier. Diese ganze Agitation beruht auf der Verkennung der ökonomischen Grundlehren; es ist nicht richtig, daß der Rückgang der Alkoholindustrie durch einen gleich großen Aufschwung der Produktion anderer Lebensmittel gutgemacht werden würde. Denn es ist für eine Industrie vollkommen gleichgültig, ob der eine Mensch oder der andere ihre Produkte kauft. Gibt ein Arbeiter, anstatt selber Stiefel zu kaufen,

…Geld einem Kameraden, der sie kauft, so ist das für ihn persönlich und für … Familie schädlich; aber der Stiefelindustrie ist das gleichgültig. Genau so … die Sache, wenn der Arbeiter, statt Stiefel zu kaufen, das Geld dem Schank… gibt, der sie dann kaufen kann, wofür der Arbeiter vollkommen nutzloses Bier …nmt. Die Stiefelindustrie wird also gar nicht an Stelle der untergehenden …ndustrie aufblühen; um so mehr, als die bisher in der Bierindustrie beschäf… Personen jetzt auch kein Geld mehr bekommen, Stiefel zu kaufen. Was in …m besonderen Fall gilt, gilt allgemein für alle Verschwendung. In dem Konsum …Reichen, in der Produktion und Distribution selbst herrscht überall die maß… …e Verschwendung; würde man diese jedoch aufheben, so wäre der Ruin einer …hl Industrien und massenhafte Arbeitslosigkeit die Folge. Innerhalb der kapita…then Ordnung ist eben die Verschwendung eine ökonomische Notwendigkeit.

Wir möchten zu diesen Ausführungen die Bemerkung nicht zurückhalten, daß, …ichtig der letzte Satz ist, und so sehr Genosse Quelch im Recht ist, wenn er …n die bürgerlich-ethische Duselei zu Felde zieht, die das Trinken der Arbeiter …Ursache der Armut und das Schankgesetz als Mittel gegen die Armut betrachtet, …och über das Ziel hinausschießt. Es geht denn doch nicht, in der Ökonomie … vom Gebrauchswert abzusehen und es für gleichgültig zu betrachten, wofür …Arbeiter sein Geld ausgibt, wenn es nur Waren sind: ob für gesunde Nahrung … für Gift, ob für sozialistische oder für pornographische Zeitungen. Wenn die …ie sich gleich bleiben, wird tatsächlich die Arbeiterklasse, wenn sie von ihrem …n weniger auf Bier verwendet, mehr auf andere Lebensmittel verwenden können, …n der Teil der gesellschaftlichen Produktion, der gegen den Arbeitslohn ausgetauscht …, wird sich dann anders über die verschiedenen Konsummittel verteilen.

„The Socialist Review“ vom Juni enthält einen Aufsatz des bekannten …anschriftstellers H. G. Wells über **„Sozialismus und Politik“**, der einen …essanten Einblick in die sozialistische Einsicht solcher Personen gewährt, deren …ritt zu unserer Bewegung, weil sie schon zuvor eine gewisse Berühmtheit hatten, … Aufsehen macht, und die sofort das Zeug in sich fühlen, als Redner, Agitatoren und …rteiler unserer Taktik aufzutreten. Bei der Wahl in Manchester, wo ein Mitglied …ozialdemokratischen Partei (der S.D.F.) Kandidat war, schrieb Wells einen offenen …f an die liberale Zeitung Daily News, worin er seinen Genossen empfahl, …t diesen sozialistischen, sondern den liberalen Kandidaten zu wählen. Diese …dlungsweise zu rechtfertigen, dient der Aufsatz in der Revue. Der Autor er… … darin, er glaube nicht, daß eine besondere sozialistische Partei jetzt möglich … erwünscht sei. Alle diese besonderen Gruppen, Sekten und Parteien ver…elten die Kraft des Sozialismus; sie brächten nur eine unfruchtbare isolierte …ppe hervor, und verhinderten den Sozialismus am allgemeinen Aufkommen. Der …tische Antiliberalismus einiger Mitglieder der I. L. P. (Unabhängige Arbeiter…ei) sei eine schädliche Dummheit, da er dahin wirkt, das populär werden und … Verwirklichung des sozialistischen Ideals zu hintertreiben. Der Sozialismus ist … Plan zur gesellschaftlichen Entwicklung; er erzieht und erklärt, doch greift er …t ein; er beeinflußt die Politik, ist aber selbst keine Politik; er ist wie das Licht, … das soziale Kampffeld erleuchtet, doch selbst nicht mitkämpft. Die Arbeiter…tei ist die am meisten sozialistische, das heißt einsichtsvolle und aufbauende …tei; doch auch die liberale Partei zeigt diese sozialistische Tendenz, und sogar … der konservativen findet sie sich vor. Die Arbeiterpartei ist nicht eine Partei … die beiden traditionellen englischen Parteien, sie muß diesen das allgemeine …iet der Politik überlassen. Für das Aufkommen des Sozialismus ist jedoch „…er unwissende, intolerante, beleidigende Typus von Sozialdemokraten“ das …immste Hemmnis; diese bekämpft Wells deshalb offen, wo er kann. Deshalb trat … in Manchester gegen einen solchen Sozialisten auf; weil dieser kein Mitglied …selben Partei — der Unabhängigen Arbeiterpartei — war wie er, hatte … gegen ihn auch keine Genossenpflicht. Wenn rein sektiererische Sozialdemokraten

ins Parlament geraten, könnten sie bloß die Entwicklung der alten Parteien in ei
sozialistischen Richtung verzögern.

Wir geben diese Ausführungen als Kuriosum, zur Kennzeichnung des Auto
und lassen jedes Eingehen darauf, als überflüssig, fort.

„Der Fluch der Gelegenheitsarbeit“ ist ein Aufsatz von W. H. Beverid
der den Charakter der Arbeit derjenigen behandelt, die nur dann und wann, n
regelmäßig Arbeit finden. Die Dockarbeiter, die trotz des hohen Stundenloh
durchschnittlich geringe Wocheneinnahmen erzielen, bilden den ausgesprochens
Typus dieser Arbeiter. Mit Unrecht werden sie als eine Art Arbeitslose betrach
sie stehen innerhalb, nicht außerhalb der Industrie, entsprechen einem bestimm
Bedürfnis, sind nicht überflüssig. Dieser Zustand bildet geradeso ein Übel
modernen Industrie, wie das Schwitzsystem und die Arbeitsunfälle, und ihm
in ähnlicher Weise durch bestimmte Reformen abzuhelfen. Die Reform besteht h
in der Errichtung einer öffentlichen Arbeitsbörse, aus der die Unternehmer v
pflichtet werden, ihre Arbeiter zu beziehen. Dann ergänzen die unregelmäßig
Arbeiternachfragen der einzelnen Unternehmer einander; ein Teil der bisher unreg
mäßig Beschäftigten wird regelmäßig verwendet werden, während den anderen,
dabei vollkommen arbeitslos werden, in derselben Weise, wie allen Arbeitslos
geholfen werden muß. Ähnlich wie hier, wenn auch weniger in die Augen springen
liegt die Sache in verschiedenen anderen Gewerben, wo die Statistik der Gewe
schaften sogar in den besten Jahren noch einige Prozente Arbeitslose aufwe
Die Ursache liegt in der ungenügenden Beweglichkeit „der Arbeit“, das heißt d
Arbeiter, wodurch sie an einem Orte feiern, während an einem anderen Orte v
Arbeit ist. Auch hier können öffentliche Arbeitsbörsen Abhilfe schaffen.

„Die Wahlen in der Kapkolonie“ werden von Julian Hobhouse behande
Die Regierung des Ministeriums Jameson, die über eine sehr kleine Majorität ve
fügte, hatte sich verhaßt gemacht, weil sie sich unfähig erwiesen hatte, eine gu
Finanzpolitik zu treiben, und Jameson mehr die Interessen der De Beers Compa
verfolgte als die der Kolonie. Trotz aller Wahlmachinationen unterlag seine Par
(die Progressisten, die nun ihren Namen in Unionisten abänderten) dem Ansturm
der Gegner, die im Südafrikanerbund eine altbewährte Organisation besaßen. D
Bund erzielte eine Zweidrittelmehrheit der Mandate, und ein Ministerium Merrima
Sauer-Malan übernahm die Regierung. Seine Hauptaufgabe wird eine Beseitigun
der Finanzschwierigkeiten sein. Die andere große aktuelle Frage ist die der sü
afrikanischen Einigung. In den anderen Kolonien haben die schwarzen Eingeboren
keine politischen Rechte; meist sind sie auch lokal abgesondert; im Kapland dageg
besitzen sie Stimmrecht und wohnen zerstreut zwischen den Weißen. Die verschiede
Behandlung bildet ein Hemmnis der Einigung.

In **„Sozialismus und die neue Wissenschaft“** behandelt S. Herbert die Tra
weite der Weißmannschen Theorie der Nichtvererbung erworbener Eigenschaft
für den Sozialismus. Nach dieser Theorie pflanzen sich alle schlechten Anlag
ewig fort, ohne daß man imstande ist, die Art anders zu verbessern, als dur
Auslese und Fortpflanzung der Besten. Der Autor sieht darin keine Schwieri
keiten für den Sozialismus, da dieser in der Tat dahin wirken wird, daß d
besten, der Gemeinschaft vorteilhaftesten Anlagen bei dem dann stattfindenden Wet
bewerb sich behaupten, während die Untauglichsten sich nicht fortpflanzen werde
Sorge für die gute Nachkommenschaft wird dann ein allgemeines Interesse sei
Der Autor scheint es als feststehend zu betrachten, daß die Menschenrasse in ihr
Anlage verbessert werden muß. Es ist fraglich, ob dies, was den Körper betrif
nötig ist; geistig ist es gewiß nicht richtig, da jede Gesellschaftsordnung die Qual
täten entwickelt, die zu ihrem Bestehen nötig sind. Wir sehen hier ganz von d
Frage nach der Richtigkeit der Weißmannschen Theorie ab, die in ihrer schroff
Form keine allgemeine Zustimmung findet.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



and Nr. 42 Ausgegeben am 17. Juli 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Junkerjubiläum.

⸗ Berlin, 11. Juli 1908.

Die Affäre des Fürsten Eulenburg wächst sich mehr und mehr zu einem
ndal aus, der die innere Fäulnis der herrschenden Klassen in den ver=
edensten Richtungen enthüllt, und man hat nur die Qual der Wahl, wenn
ı diese Offenbarungen vom kulturhistorischen Standpunkt aus registrieren
dabei das Brett bohren will, wo es am dicksten ist.

Immerhin dürfte für die vergangene Woche dem hohen Adel der Vortritt
ühren. Wir erwähnten vor acht Tagen schon den Versuch der Hardenpresse,
Geschworenen gegen den Angeklagten voreinzunehmen, indem sie ver=
tete, daß Eulenburg durch eine verleumderische Intrige den Hoftheater=
ndanten Pierson in den Tod getrieben haben solle, und wir erwähnten
leich, daß der Rechtsanwalt Konrad Haußmann aus amtlicher Kenntnis
Sache öffentlich diese Behauptung für erfunden erklärt und dem Verhalten
Fürsten Eulenburg gegen Pierson höchstens den Vorwurf übertriebener
alität gemacht habe.

Damit hatte die saubere Affäre aber keineswegs ein Ende. Um Haußmanns
lärung zu entkräften, erschien in einem Dresdener Organ, das sogar
itschke einmal als „das ordinärste Klatschblatt deutscher Zunge" gekenn=
hnet hat, ein Brief des Fürsten Dohna=Schlobitten an den Fürsten Eulen=
g, worin Eulenburgs angebliche Intrige gegen Pierson mit den Worten
randmarkt wird: „Du bist ganz einfach so verlogen, daß es mir schwer
s Gewissen fallen muß, einen solchen Kerl in die intime Gesellschaft unseres
ebten allergnädigsten Kaisers, Königs und Herrn gebracht zu haben." Und
ner noch nicht genug, so trat Graf Bolko Hochberg breitspurig vor die
entlichkeit und erklärte, daß er die nunmehrige Veröffentlichung des vor
ıs Jahren geschriebenen Briefes veranlaßt habe.

Nach der gemeinen Kutscherlogik des menschlichen Lebens ist damit immer
h nicht bewiesen, weder daß die ganze Sache irgend etwas mit dem Meineid

zu tun hat, den geleistet zu haben Eulenburg angeklagt wird, noch auch d
Eulenburg überhaupt etwas gegen Pierson versehen hat. Vielmehr hält H
Haußmann auch nach der Veröffentlichung jenes Briefes die Behauptung a
recht, daß Eulenburg in diesem Punkte sich nichts vorzuwerfen habe, und tr
seiner neuesten politischen Sprünge wird es Leute geben, zu denen wir u
übrigens auch rechnen, die Haußmann für viel glaubwürdiger halten, a
zwei oder selbst zwanzig Höflinge zusammengenommen. Indessen kommt
darauf gar nicht einmal an; selbst wenn Eulenburg sich gegen Pierson a
„verlogener Kerl" erwiesen haben sollte, so wird dadurch das Treiben d
Höflinge um nichts schöner, die, solange Eulenburg die Gunst des Kais
genoß, ihn öffentlich nicht mit einem Hauche anzutasten wagten, und ihn n
mehr, da er ohnehin im Schmutze liegt, noch tiefer hineinbetten möchten, sog
um den Preis, daß sie für diesen Zweck selbst bis an den Hals im Schm
waten müssen. Den Gipfel dieser adligen Gesinnung erreicht Graf Bo
Hochberg, indem er sich gar noch öffentlich einer Handlungsweise rühmt,
in Zuhälterkreisen als verwerflicher Bruch der Spitzbubentreue gelten wür

Für die misera contribuens plebs, für die blut- und gutzahlende Masse d
Volkes muß es ein recht erhebendes Gefühl sein, daß diese „Edelsten u
Besten" zu der intimsten Umgebung der Krone gehört haben oder auch n
gehören, der Krone, deren Machtfülle noch so groß ist, daß ihre Beschlüsse i
verhängnisvollster Weise über Blut und Gut der Masse entscheiden könn
Die Dohna und die Eulenburg sind erst durch den gegenwärtigen Träger d
Krone in den Fürstenstand „erhoben" worden; Bolko Hochberg ist zwar n
Graf, aber als Generalintendant der Königlichen Schauspiele hat er lan
Jahre hindurch eines der obersten Hofämter bekleidet, das ihn in häufige u
nahe Berührung mit dem Kaiser brachte; auch ist er der jüngere Bruder d
Fürsten Pleß, der als nächst dem Kaiser größter Grundbesitzer des preußisch
Staates und preußischer Oberstjägermeister ebenso wie die Dohna und Eul
burg oft die Ehre des kaiserlichen Besuches auf seinen Jagdgründen genossen h

Es handelt sich bei diesen Dohna, Eulenburg und Hochberg also um d
feinste Blume der preußischen Ritterschaft, um adlige Namen, die vom „
schränkten Untertanenverstand" als Halbgötter angebetet sein wollen, mög
sie sich auch gegeneinander in einer Art benehmen und miteinander in ein
Ton unterhalten, der von den letzten ihrer Stallknechte verschmäht werd
würde. Jedoch muß man ihnen zur Entschuldigung anrechnen, daß sie a
Ende nur ein Junkerjubiläum feiern und an ihrem Teil zeigen wollen, d
sie doch auch mit der Zeit fortgeschritten sind, wozu der Briefsteller Doh
obendrein durch Familienüberlieferungen angeregt sein mag. Es sind näml
in diesem Sommer gerade hundert Jahre verflossen, seitdem die preußisch
Junker eines ihrer absonderlichsten Meisterstücke vollbrachten. Damals w
preußischer Ministerpräsident der Freiherr vom Stein, der einige bürgerli
Reformen durchsetzte, die nicht einmal sehr tief gingen, aber der altpreußisch
Junkerherrlichkeit einigen Abbruch taten. So war es natürlich das heiße
Bestreben der Junker, diesen Umsturzmann um die Ecke zu bringen, und s
wählten dazu das noble Mittel, daß sie den französischen Truppen, die d

d noch besetzt hielten, Steins franzosenfeindliche Gesinnung denunzierten. gelang ihnen auch, einen Brief, worin Stein solche Gesinnungen bekundete den Plan einer nationalen Erhebung erwog, in die Hände des französischen ptquartiers zu spielen, und als Stein auf diese Weise gestürzt war, machte s Graf Alexander Dohna-Schlobitten auf seinem Stuhle bequem.

Bei unserer beklagenswerten Unkenntnis der junkerlichen Genealogie wissen freilich nicht, ob der Briefsteller Dohna von diesem Minister Dohna-lobitten abstammt oder von dessen Bruder, dem General Friedrich Dohna-lobitten, der in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als gehor-ster Russenknecht übel berufen war und selbst von dem schwer zu befriedigenden en Nikolaus das lobende Zeugnis erhielt, solange Dohna in den damaligen rigen des Berliner Hofes obenauf bleibe, könne Väterchen ruhig schlafen. essen liegt daran auch nicht so viel, wenn man nur anerkennen muß, daß Junker wirklich seit hundert Jahren recht adlige Fortschritte gemacht en. Einen bürgerlichen Reformer, wie Stein, an einen Landesfeind, wie poleon, zu verraten, das war gewiß schon recht junkerlich, aber es lag doch sagen ein gewisser historischer Schmiß darin, und so ist der Fortschritt ger Gesinnung unverkennbar, wenn jetzt ein paar erlauchte Höflinge ihre sse verherrlichen, indem sie einen junkerlichen Mithöfling, nachdem er zum seligen Schächer geworden ist, noch anspeien, derweil er schon am Kreuze gt.

Man darf jedoch, wie wir schon früher gesagt haben, in dem Pandä-nium, das die Affäre Eulenburg darstellt, nicht immer nur eine Seite ins ze fassen, um nicht ungerecht gegen die anderen Seiten zu werden, und n wir meinten, daß für die vergangene Woche dem hohen Adel der Vor-t gebühre, so wollen wir damit keineswegs sagen, daß sich andere Schichten herrschenden Klassen hätten lumpen lassen. Zum Beispiel konnte man natürlich immer nur nach dem Maßstab der beschränkten Einsicht, die den tertanen geziemt — vielleicht voraussetzen, daß, nachdem einmal die Harden-sse eine sehr unbeschämte Stimmungsmache betrieb, alle gerichtlichen In-zen bemüht sein würden, die Geschworenen vor den Einflüssen dieser che zu schützen. Allein diese Rechnung wäre ohne den Oberstaatsanwalt enbiel gemacht gewesen. Nachdem er bei den früheren Hardenprozessen hre Jubeltänze um den lauteren und reinen Charakter des Fürsten Eulen-rg aufgeführt hatte, schleppt er jetzt den Brief des Fürsten Dohna in die ichtlichen Verhandlungen, um denselben Grafen Eulenburg als durch und rch verlogenen Charakter zu verfemen. So kann man in der Tat nicht be-iten, daß sich auch einmal ein Junker ein gewisses Verdienst um die ußische Rechtspflege erworben hat, indem der Angeklagte gegen diesen „jektiven“ Anlauf des Oberstaatsanwaltes einwandte, wenn ihm die Affäre erson moralisch zum Verderben gereichen solle, so müsse ihm doch erst be-esen werden, daß er sich in dieser Affäre moralisch versündigt habe.

Glorreich wie immer benimmt sich natürlich auch die liberale Presse. Kaum nete das „Berliner Tageblatt“ den Stallduft des Dohnaschen Briefes, als auch schon vor dem Verfasser auf den Knien lag und ihm bestätigte, daß

er am Hofe „wegen seines geraden, bis zur Grenze der Rücksichtslosig ehrlichen Charakters besonderes Ansehen" genieße. Die historische Entdecku daß solch ein Charakter, wie sie dem Fürsten Dohna nachrühmt, an Hö besonders beliebt sei, sollte sich diese freisinnige Zeitung patentieren lassen.

Nicht ganz so blöde tappt die „Vossische Zeitung" in den junkerlic Morast; sie sucht einen schmalen Pfad, worauf sie ihn durchtänzeln möc Nach ihrer Behauptung soll von „allerhöchster Stelle ein Erlaß an die K mandostellen abgegangen sein, wonach bei den Wahlen zum Offizier ke Rücksicht auf die Konfession des Aspiranten genommen werden dürfe". Zw weiß die gute Tante Voß nicht sicher, ob dieser Erlaß wirklich ergangen und wenn er wirklich ergangen sein sollte, so weiß sie noch viel weniger, er die Promotion jüdischer Reserveoffiziere bezweckt. Aber die schwach dä mernde Möglichkeit, daß dem so sei, entlockt dem ehrwürdigen Blatte wa Tränenströme der Rührung, und es erklärt, daß wenn erst irgend ein Bleichröder oder Mendelssohn oder Warschauer das Glück blühe, von irg einem Dohna oder Eulenburg oder Hochberg als „Kamerad" angeschnarrt werden, dadurch die „Stärke unserer Armee wachsen" würde, so daß Vaterland allen äußeren und inneren Gefahren ruhig entgegensehen könne.

Es ist die alte Geschichte: Ohne den bürgerlichen Jammer würde sich Prozeß der junkerlichen Verwesung nicht so unheimlich lange fortschleppen.

Verelendung und Zusammenbruch.

Von **K. Kautsky.**

Die neueste Phase des Revisionismus.

I.

Tugan-Baranowsky ist unseren Lesern kein Unbekannter. Wir hatten sch öfter Gelegenheit, uns mit ihm zu beschäftigen, namentlich in jüngster Z Das liegt zum Teil an der augenblicklichen Situation. Heute herrscht e allgemeine Krise, die zu studieren eine der wichtigsten Aufgaben der ökon mischen Theorie bildet. Die Krisen sind aber ein Spezialthema Tugans, er h sie eingehend erforscht, freilich um zu einer höchst kuriosen Auffassung zu gelang

Trotzdem darf man ihn nicht als kuriose Persönlichkeit betrachten. We wir uns viel mit ihm beschäftigen, so liegt das nur zum Teil an seiner Spez lität, der Krisentheorie, zum Teil aber auch daran, daß er einer der deutendsten Köpfe, wo nicht der bedeutendste des theoretischen Revisionism ist. Er repräsentiert mit dem ihm geistesverwandten Sombart die Spielart d professoralen Revisionismus. Dazu gehören Professoren, die wohl außerh der Sozialdemokratie bleiben, aber suchen oder doch suchten, auf sie einzuwirk und den revisionistischen Flügel in ihr zu stärken.

Sombart hat freilich dies undankbare Geschäft aufgegeben. Der Revis nismus beginnt ja aus der Mode zu kommen, und dies Kathedergigerl füh sich nur im Gewand der allerneuesten Mode wohl.

Tugan dagegen ist zäher. Er läßt sich die Mühe nicht verdrießen, steter, unermüdlicher Arbeit seinen Standpunkt zum Ausgangspunkt ein neuen Theorie machen zu wollen.

[E]in Jahrzehnt ist es jetzt, daß Tugan-Baranowsky in dieser Weise tätig [...] Wenn irgendwo, so muß sich bei ihm die Fruchtbarkeit der Revision des [Ma]rxismus bewähren.

[E]ine gute Probe davon gibt uns sein neuestes Buch, „Der moderne Sozia[lis]mus", eine Quintessenz des heutigen Revisionismus in seiner vollendetsten [For]m.[1] Aller wissenschaftliche Fortschritt, den der Revisionismus gebracht hat, [m]uß in dieser Schrift zu finden sein.

II.

Wir wollen hier zunächst nur eine ihrer Seiten untersuchen, die Erörterung [des] Ganges der ökonomischen Entwicklung. Davon ging der Revisionismus [aus]. Er behauptete, sie gehe nicht in der Weise vor sich, wie Marx sie ge[zeich]net.

Was sagt dagegen jetzt Tugan-Baranowsky von der „Konzentrations[theo]rie"?

„Alle neuesten Tatsachen der industriellen Entwicklung sind glänzende Bestäti[gun]gen dieser Theorie" (S. 74).

Wohl trete sie nicht in der Landwirtschaft zutage:

„Aber dieser Umstand vernichtet durchaus nicht die Bedeutung der Konzen[tra]tionstheorie in bezug auf das Ganze der kapitalistischen Wirtschaft, sondern [schw]ächt sie nur ab" (S. 76).

Tugan tritt im weiteren ausdrücklich dem bei, was ich in dieser Beziehung [in] meinem Buche über die Agrarfrage geschrieben.

Ebenso gibt er zu, daß die Krisen sich nicht mildern, daß sie unvermeidlich [sin]d und die Kartelle sie nur verschärfen:

„Die technischen Kräfte der modernen Industrie sind so ungeheuer groß, daß [die] Produktion jedes kapitalistischen Landes in kürzester Zeit bedeutend wachsen [kön]nte. Dies wird am besten durch die staunenswerten Sprünge bewiesen, mit denen [die] kapitalistische Produktion in den Zeiten des industriellen Aufschwunges sich [auf]wärts bewegt. . . . Aber solch eine Belebung währt nie lange. Es vergehen [drei] bis vier Jahre, und es folgen wieder Krisen, Bankrotte, Stillstand in der In[dust]rie und allgemeiner Rückgang. Dies ist der unabänderliche Gang der [kap]italistischen Industrie. . . . Kann der nationale Reichtum groß sein, wenn [im] Laufe des vergangenen Jahrhunderts jeder kurzen Blüteperiode der Industrie [un]vermeidlich eine oft viel längere Depressionsperiode folgte, wenn während der [letzt]en dreißig Jahre die Zahl der für die Industrie ungünstigen Jahre die der [gün]stigen bei weitem überragt? . . . Zwar vollzieht sich innerhalb der kapitalistischen [Wir]tschaft selbst ein mächtiger Prozeß der Vereinigung kapitalistischer Unter[neh]mungen in verschiedene Verbände und Assoziationen. Aber diese kapitalistischen [Or]ganisationen sind nicht nur unfähig, die Bande zu lösen, welche die gesellschaft[lich]e Produktion fesseln, sondern sie ergreifen selbst umfassende Maßregeln zur Ein[schr]änkung der gesellschaftlichen Produktion und zur Hemmung ihres Wachstums. [Da]rin besteht eben die Hauptaufgabe der Kartelle, Trusts und anderer Verbände [des] Kapitals. Somit ruft die Unorganisiertheit der kapitalistischen Wirtschaft, die [vo]n keinen Verbänden des Kapitals beseitigt werden kann, große Rei[bun]gen bei der fortschreitenden Bewegung des Kapitalismus hervor. Diese Rei[bun]gen erreichen manchmal solche Dimensionen, daß sie die kapitalistische Bewegung [gan]z und gar ins Stocken bringen, wie es während der Krisen der Fall ist. . . .

[1] Dr. M. Tugan-Baranowsky, Der moderne Sozialismus in seiner geschicht[lich]en Entwicklung. Dresden, O. V. Böhmert.

Somit verurteilt die kapitalistische Wirtschaft nicht nur die Masse des Proletari
zu maßloser Arbeit und elender Existenz, sondern sie hindert auch das Wachst
des gesellschaftlichen Reichtums, hemmt die Steigerung der Produktivität der ge
schaftlichen Arbeit" (S. 94—97).

Man sieht, wir finden hier alle die Auffassungen wieder, die vor ein
Jahrzehnt der Revisionismus verächtlich als „überwundene Dogmen" un
dem dröhnenden Beifall der gesamten Bourgeoisie in die Rumpelkamm
verwies.

III.

Von der ganzen „vernichtenden Kritik" jener Zeit bleibt jetzt nur n
eine Polemik gegen die Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie übrig,
aber den Marxismus nicht trifft, weil sie sich gegen Anschauungen wend
die nichts weniger als marxistisch sind.

In der Frage der Verelendungstheorie kommt mir Tugan weit entgeg.
Er findet meine „Erwägungen" über die soziale Verelendung

„sehr geistreich und zum großen Teile auch richtig. Das Wachstum der B
dürfnisse des Arbeiters überflügelt bei weitem die Möglichkeit ihrer Befrie
gung. . . . Ebenso ist es leicht möglich, daß Kautsky auch in seiner anderen B
hauptung recht hat — daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Eigentümer d
Produktionsmittel in neuester Zeit nicht sinkt, sondern steigt, daß, mit ander
Worten, die von dem Kapitalisten angeeignete Mehrarbeit einen immer größer
Teil des Arbeitsaufwandes des Arbeiters bildet, daß der Arbeiter immer mehr
den Kapitalisten arbeitet. Dies alles ist sehr möglich, aber es gibt keine
nauen Beweise dafür, denn die Einkommenstatistik ist noch zu unvollkommen,
eine annähernd richtige Lösung solcher komplizierter und schwerer Fragen zu ermi
lichen. Jedenfalls ist die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse mit dem Wac
tum ihrer Ausbeutung durch die kapitalistische Klasse durchaus vereinbar" (S. 7

Mehr kann man von einem Revisionisten wirklich nicht verlangen.
erkennt es wenigstens als möglich, ja sogar als wahrscheinlich an, daß
Ausbeutung des Proletariats und damit sein Klassengegensatz zum Kapi
im Wachsen ist.

Freilich vermeint Tugan trotzdem gerade in der Frage der Verelendung
theorie einen Triumph über mich zu feiern:

„Entschieden im Unrecht ist Kautsky in der Behauptung, daß die von ihm e
wickelte Theorie der sozialen Verelendung nichts anderes als die wahre Marxs
Theorie sei. . . . Marx war der Meinung, daß, je mächtiger die Produktivkrä
des Kapitalismus seien, desto schärfer und verbreiteter nicht nur das soziale, sonde
auch das physische Elend werde; noch mehr — durch die kapitalistische Entwicklu
werde der Arbeiter nicht nur zum Pauper niedergedrückt, sondern er schreite
wärts in physischer, geistiger und moralischer Hinsicht, er versinke immer tiefer
Unwissenheit und sittliche Verwilderung."

Das sollte auch ich anerkennen, „aber Kautsky fehlt der Mut, das off
einzugestehen" (S. 71, 72, 73).

An Mut darf ich mich freilich mit Tugan nicht messen. Hat er doch d
Mut, heute noch zu verkünden, daß die Kategorie des „sozialen Elends" ei
Ausflucht sei, von mir erfunden, um den Bankrott der marxistischen Ve
elendungstheorie zu verstecken. Und doch wird es jetzt bald ein Jahrzehn
daß ich nachwies, man müsse die Elemente der sozialistischen Theorie vergess
haben, um die Tatsache des steigenden Elends der arbeitenden Klassen i
Sinne ihres physischen Verkommens und nicht ihres Zurückbleibens hinter de

gemeinen Aufstieg der Gesellschaft auffassen. Ich zitierte damals Lassalle) verwies auf Engels, Marx und Rodbertus, die sich alle im letzteren me aussprachen (Bernstein und das sozialdemokratische Programm, S. 119).

Genügt das Tugan nicht, dann sei ihm noch ein Zitat von Marx serviert. seiner Broschüre über „Lohnarbeit und Kapital" untersucht Marx die age, wie sich die Lage des Arbeiters gestaltet, wenn der Arbeitslohn wächst:

„Ein Haus mag klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein), befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich r neben dem kleinen Hause ein Palast, so schrumpft das kleine Haus zur Hütte ammen. Das kleine Haus beweist nun, daß sein Inhaber keine oder nur die ingsten Ansprüche zu machen hat; und es mag im Laufe der Zivilisation noch sehr in die Höhe schießen, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder in höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnis- ßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückter in seinen r Pfählen finden.

„Ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohns setzt ein rasches Wachsen des pro- tiven Kapitals voraus. Das rasche Wachsen des produktiven Kapitals ruft ebenso ches Wachstum des Reichtums, des Luxus, der gesellschaftlichen Bedürfnisse und gesellschaftlichen Genüsse hervor. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters ge- gen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Ver- ich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich d, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt. Unsere dürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an r Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur." . . .

„Der Arbeitslohn ist ferner noch bestimmt durch sein Verhältnis zum Gewinn, m Profit des Kapitalisten — verhältnismäßiger, relativer Arbeitslohn. . . . Der lative Arbeitslohn kann fallen, obgleich der reelle Arbeitslohn (der Lohn, in odukten gemessen) gleichzeitig mit dem nominellen Arbeitslohn, mit dem Geld- rt der Arbeit steigt, aber nur nicht in demselben Verhältnis steigt wie der Profit. eigt zum Beispiel in guten Geschäftszeiten der Arbeitslohn um 5 Prozent, der ofit dagegen um 30 Prozent, so hat der verhältnismäßige, der relative Arbeits- hn nicht zugenommen, sondern abgenommen.

„Vermehrt sich also die Einnahme des Arbeiters mit dem raschen Wachstum s Kapitals, so vermehrt sich gleichzeitig die gesellschaftliche Kluft, die den Arbeiter m Kapitalisten scheidet, so vermehrt sich gleichzeitig die Macht des Kapitals über e Arbeit, die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital."

Man sollte denken, das ist deutlich genug für jeden, wenigstens für jeden, r nicht den „Mut" des Revisionismus besitzt. Aber freilich, was bliebe von esem übrig, wenn er Marx in allen Punkten vernünftig auffaßte!

Damit sei jedoch nicht gesagt, daß in der Frage der Verelendungstheorie vischen Marxismus und Revisionismus bloß das bekannte „große Miß- rständnis" obwaltet. Es besteht hier vielmehr eine sehr erhebliche Differenz r Auffassung. Aber sie ist nicht darin zu suchen, daß Marx vom Proletariat nmer tieferes Versinken in Unwissenheit und Verwilderung erwartete und wir larxisten diese Blöße durch allerlei Ausflüchte zu decken suchen, indes die evisionisten sich durch den Mut, die Klarheit und Konsequenz auszeichnen, omit sie das Aufsteigen des Proletariats entdecken und verkünden.

Tugan gibt zu, daß bis in die fünfziger Jahre das Proletariat tatsächlich nmer tiefer ins Elend versank. Von da an sei jedoch ein stetes Aufsteigen erkbar. Seine Darstellung ist, mit einigen erheblichen Einschränkungen, richtig, ber seine theoretische Begründung des Entwicklungsgangs ist unhaltbar.

Was zunächst die Einschränkungen betrifft, die an seiner Darstellung machen sind, so ist es falsch, allgemein zu sagen, daß sich „in der zweit Hälfte des verflossenen Jahrhunderts die Verhältnisse für die Arbeiterkla günstiger als früher gestalteten".

Man kann dies Aufsteigen von den fünfziger Jahren an nicht für die g samte Arbeiterklasse behaupten, sondern nur für die Englands, und au dort nur für einige Schichten der Arbeiter, nicht ihre Gesamtheit. Außerha Englands beginnt eine erhebliche Verbesserung der Arbeiterverhältnisse er ein bis zwei Jahrzehnte später einzutreten, und dort ebenfalls nur für ei Aristokratie von Arbeitern.

Das wird Tugan wohl zugeben. Das ist auch nicht das Wesentliche unser Differenz.

Aber Tugan meint, die Zunahme des Elends in den Anfängen des neun zehnten Jahrhunderts sei nur eine Kinderkrankheit des Kapitalismus, da ökonomische Aufsteigen des Proletariats seitdem sei eine notwendige Folge de kapitalistischen Entwicklung. Die Fabrik erzeugt die Tendenz zum Sinken de Löhne, solange sie mit dem Handwerk und der Heimarbeit konkurriert, dere niedrige Löhne auch die der Fabrikarbeiter drücken. Sind aber Heimarbeit un Handwerk zu Tode konkurriert, dann schafft „die weitere Steigerung der Pro duktivität der Arbeit (durch die Fabrik) die Tendenz zur Hebung des Arbeits lohns" (S. 70).

Gegen diese Auffassung spricht vor allem die Tatsache, daß in den fünfzige Jahren Handwerk und Heimarbeit noch lange nicht aus der Welt konkurrier waren, ja es bis heute nicht sind. Was verschwunden ist, das ist nur jene Handwerk, das einen goldenen Boden hatte und seinen Arbeitern eine behag liche Zukunft verhieß. Das Sweating-System hat dagegen seitdem gerade i den Ländern eines entwickelten Kapitalismus tiefe Wurzeln geschlagen, als eben jene Seite des Kleinbetriebs, die den Lohn drückt, den Arbeiter verelende Andererseits kann man sagen, daß an dem Tage, an dem aller Kleinbetrieb ver schwindet, auch die kapitalistische Produktionsweise am Ende ihrer raschen Aus dehnungsmöglichkeit steht, die für den Lohnarbeiter noch die günstigste Bedin gung bildet. Denn sie produziert notwendigerweise Überschüsse über die kauf kräftige Nachfrage ihrer eigenen Arbeiter hinaus, Überschüsse, die sie nur dadurc los wird, daß sie die heimische Industrie des Bauern sowie das städtische Hand werk vernichtet und durch ihre Produkte verdrängt. Ist dies dem industrielle Kapital eines Landes im Inland gelungen, dann muß es den auswärtige Markt aufsuchen und dort dasselbe Spiel aufführen. Zur Lohnkonkurrenz de untergehenden und schon proletarisierten Handwerker, Heimarbeiter, Kleinbauer des eigenen Landes gesellt es dann noch die des Auslands. Der britische Textil arbeiter hat freilich nicht mehr mit der Konkurrenz der Handweber des eigene Landes zu kämpfen, wohl aber mit der der Handweber und Textilproletarie Indiens und Chinas. In anderen Branchen, zum Beispiel im Bergbau und Baugewerbe, wieder werden die Löhne gedrückt durch Einwanderung freigesetzte ausländischer Handwerker, Heimarbeiter, Kleinbauern. Also der Lohndruck der in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre durch den Niedergang des Klein betriebs bestand, herrscht auch heute noch fort, nur hat er mehr internationalen Charakter angenommen. Er ist eine notwendige Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, denn er ist mit den Bedingungen ihrer Ausdehnungs-, als Existenzmöglichkeit eng verknüpft. Ein Aufhören dieses Lohndrucks könnte nur

ter Umständen eintreten, die ein Aufhören der Ausdehnung der kapitalistischen
oduktionsweise mit sich brächten. Das bedeutete aber bei „weiterer Steigerung
Produktivität der Arbeit" absolute Verminderung der Nachfrage nach
beitern. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch neuzuziehende Prole-
ierschichten könnte nur abnehmen, um vermehrter Konkurrenz durch Zunahme
Arbeitslosigkeit unter dem alten Stamm von Arbeitern Platz zu machen.
Also daher, daß die Herabdrückung und Proletarisierung von Kleinbetrieben
gehört hätte oder auch nur zurückgetreten wäre, kann die Besserung der
beiterlage nicht kommen. Einmal hat diese Proletarisierung nicht aufgehört,
d hörte sie auf, müßte das unter Umständen geschehen, die ganz andere
irkungen auf den Lohn erzeugten, als Tugan davon erwartet.

In der Tat führt Tugan selbst, sobald er von der Theorie der Ursachen
: Darstellung des wirklichen Vorgangs übergeht, ganz andere Ursachen der
rbesserung in der Lage der Arbeiter an. Er sagt:

„Die wichtigsten, zum Wachstum der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse
tragenden Faktoren waren die Fabrikgesetzgebung, die Arbeiterorgani-
tionen und die kooperative Bewegung" (S. 70).

Von allen diesen drei Faktoren hat kein einziger auch nur den mindesten
sammenhang mit den beiden Ursachen, auf die Tugan in letzter Linie die
rbesserung der Arbeiterlage zurückführt, der Zunahme der Produktivität der
beit und dem Untergang des Kleinbetriebs.

In dem Hinweis auf jene drei Ursachen kommt Tugan dem wirklichen
chverhalt bedeutend näher, obwohl er auch da auf der einen Seite über-
ibt, auf der anderen wichtige Einflüsse vergißt.

So übertreibt er, wenn er als eine der wohltätigen Wirkungen des Arbeiter-
utzes das „Steigen der Nachfrage nach Arbeiterhänden" bezeichnet, „weil
ch der Verkürzung der Arbeitszeit für die Verrichtung einer bestimmten Arbeit
ne größere Zahl von Arbeitern erforderlich wurde".

Da wird unzähligemal nachgewiesen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit
gewissen Grenzen für viele Arbeiter nicht eine Verminderung, sondern eine
rmehrung der Arbeitsleistung bedeutet, daß andererseits dort, wo das nicht
r Fall ist, die Einführung von arbeitsparenden Maschinen durch den Arbeiter-
utz begünstigt wird, endlich, daß die Intensität der Arbeit überall in rascher
nahme begriffen ist und ihre Steigerung ebenfalls durch den Arbeiterschutz
fördert wird; nirgends ist für einen größeren Zeitraum und eine größere
beiterzahl auch nur im mindesten eine Verminderung der Arbeitsleistung
rch den Arbeiterschutz nachgewiesen, trotzdem operiert unser Revisionist der
onomischen Theorie, dem keine Anschauung neu genug sein kann, immer noch
it diesem alten Ladenhüter aller bürgerlichen Gegner des Arbeiterschutzes, die
rch diesen die Konkurrenzfähigkeit der „nationalen Arbeit" bedroht sehen!

Maßlos übertrieben ist andererseits die Bedeutung, die Tugan den Konsum-
reinen für die Hebung der Arbeiterlage zuschreibt:

„Die kooperative Bewegung befreite die Arbeiter als Konsumenten von der
lacht des Händlers."

Selbst die optimistischsten Konsumvereinler dürften vor dieser Behauptung
rückschrecken. Sie erwarten wohl, der Konsumverein werde eines schönen
ages die Arbeiter von der Macht des Händlers befreien; sie müssen aber
gestehen, daß die Vorteile des Konsumvereins bisher nur einer wenig erheb-
chen Minorität von Proletariern zugute gekommen sind.

Tugan selbst vergißt einige Seiten später, daß er den Arbeiter durch d Konsumverein vom Händler emanzipieren ließ, und weist nach, daß der Konsu verein nicht einmal imstande ist, den Handel einzuschränken, geschweige den ihn zu verdrängen.

„Im großen und ganzen ist die Rolle des Handels in der modernen Wirtscha trotz der erwähnten, sie einschränkenden Tendenzen, nicht im Fallen, sondern raschem Steigen begriffen, was unter anderem durch das rasche Anwachsen d Zahl der in verschiedenen Handelsoperationen beschäftigten Personen bewies wird" (S. 87).

Macht also Tugan in Sachen der Konsumvereine aus der Mücke ein Elefanten, so übersieht er dafür die wirklichen Elefanten völlig, nämlich d wichtigsten der Ursachen, die den Aufstieg der Arbeiterklasse ermöglichten.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das Datieren des Beginne dieses Aufstiegs in die fünfziger Jahre nur für England richtig ist. Do wurde es veranlaßt durch den Sieg des internationalen Freihandels, der En lands Industrie vorübergehend eine Monopolstellung auf dem Weltmar verlieh, von deren reichen Früchten auch einige Abfälle den Arbeitern Englan zugute kamen.

In Deutschland haben erst die gewaltsamen Umwälzungen von 1866 un 1870, die Throne stürzten und ein neues Reich auf liberaleren Grundlage schufen, dadurch Bedingungen für ein rasches Anwachsen des Kapitals, ab auch für die Organisierung vieler Arbeiterschichten geschaffen.

Seit dem Ende der siebziger Jahre endlich war es die Überflutung Europa mit billigen Lebensmitteln, das Sinken der Lebensmittelpreise, was eine Bess rung der Arbeiterlage herbeiführte, sobald die industrielle Depression des A fangs der achtziger Jahre überwunden war und eine Ära der Prosperit begann. Dies zusammen mit den Arbeiterschutzgesetzen und der raschen E starkung der Gewerkschaften hat, wenn auch nicht für das gesamte Proletaria so doch wenigstens für einen erheblichen Teil in den Industrieländern Europa eine Verbesserung seiner Lebensbedingungen gebracht.

Sind das aber Bedingungen, die mit der weiteren Entwicklung der kap talistischen Produktionsweise naturnotwendig verknüpft sind und deren Wirke sich mit ihrem Fortgang immer steigern muß, so daß eine stetige Erhöhun der Reallöhne daraus notwendigerweise folgt?

Sollte die revisionistische Theorie der fortschreitenden Entelendung der a beitenden Massen eine sichere Grundlage haben, dann müßte sie einen der artigen notwendigen Zusammenhang herzustellen vermögen. Das wäre di wichtigste Aufgabe für eine Theorie des Revisionismus. Er denkt aber ga nicht daran, und es würde ihm auch nicht gelingen; denn die Faktoren, di eine Hebung des Reallohns in den letzten Jahrzehnten hervorriefen, sind all bereits wieder im Rückgange begriffen.

Zuerst verschwand die Übermacht der Industrie Englands. Aber die Wirkun ihres Schwindens auf die Arbeiterlöhne dieses Landes wurde in den achtzige und neunziger Jahren noch einigermaßen aufgewogen durch den Rückgan der Lebensmittelpreise, der sich gerade im freihändlerischen England stark fühl bar machte. Dieser Rückgang hat jetzt aufgehört. Die Vereinigten Staate werden ein Industrieland mit steigender Grundrente, seine Reserven unkulti vierten, unerschöpften Bodens nehmen rasch ab. Rußland und Indien wiede verfallen immer mehr chronischer Hungersnot, ihre Landwirtschaft ist in völligem

edergang begriffen. So hört von hier wie von dort die Überflutung des eltmarktes mit billigen Lebensmitteln immer mehr auf.

Aber auch die Arbeiterschutzgesetzgebung ist ins Stocken gekommen. Das oletariat allein ist noch nicht stark genug, für sich allein neue Schutzgesetze erzwingen; die Beweggründe aber, die ehedem manche Schichten der herrenden Klassen solchen Gesetzen geneigt machten, verlieren zusehends an Kraft. n Minimum von Arbeiterschutz, das notdürftig ausreicht, das allzu rasche ysische Verkommen der Arbeiterschaft aufzuhalten, soweit es aus dem Arbeitszeß herrührt, ist in den meisten Industrieländern eingeführt. Darüber auszugehen haben die bürgerlichen Elemente kein Interesse, nicht zum wenigsten rade deshalb, weil die Arbeiterbewegung inzwischen erstarkt ist. Als die htigsten Arbeiterschutzgesetze eingeführt wurden, da war das Proletariat noch lfos, und man sah nicht, daß Arbeiterschutzgesetze nicht nur den physischen rfall des Proletariats hindern, sondern auch, ja noch in höherem Grade, ie Organisation, seine intellektuelle und moralische Hebung, sein Kraftgefühl d seine Selbständigkeit steigern. Seitdem man das erkannt hat, nimmt das rgerliche Interesse an der Sozialreform bedeutend ab.

Gleichzeitig wächst die Schicht innerhalb der besitzenden Klassen, die in em direkten Interessengegensatz zum Arbeiterschutz steht. Eines der mächtsten Mittel seiner Förderung war der Haß des Grundbesitzes einerseits, des einbürgertums andererseits gegen das industrielle Kapital. Heute sind die undbesitzer selbst vielfach industrielle Kapitalisten geworden, andererseits spüren sie den proletarischen Klassenkampf jetzt am eigenen Leibe, ihre Landbeiter werden in dem Maße „begehrlicher", in dem sich die Lage der dustriearbeiter bessert. Der Kleinbürger endlich sieht keine andere Rettung hr vor sich als unbegrenzte Ausbeutung seiner Arbeitskräfte, die im Handrk durch die Errungenschaften der Arbeiter der Großindustrie angestachelt rden, auch ihrerseits Forderungen zu stellen. Kleinbürger und Grundbesitzer, e ehedem den Kampf des Proletariats gegen das Kapital um Sozialreformen nigstens bis zu gewissen Grenzen sympathisch aufnahmen, übertreffen heute möglich an Arbeiterfeindschaft und Wut über jede soziale Reform die instriellen Kapitalisten.

Alles das bewirkt, daß die Sozialreform nach den paar dürftigen Leistungen, e sie aufzuweisen hatte, wieder ins Stocken gekommen ist. Diese Leistungen d nicht der Anfang einer Entwicklungsreihe, die immer weiter in der gleichen chtung fortschreitet, sondern Fragmente, die von ihren Urhebern selbst immer hr als Grenzpfähle gegen alle weiteren Konzessionen betrachtet werden: bis her und nicht weiter. Hin und wieder kann noch ein Arbeiterschutzgesetz, mentlich auf einem kleinen Gebiet, etwa der Heimarbeit, durchgesetzt werden, allgemeinen ist die Arbeiterschutzgesetzgebung zum Stillstand gekommen, s heißt aber zum Rückschritt angesichts der stetigen Zunahme der Intenät der Arbeit und anderer Schädigungen der Arbeiterschaft, zum Beispiel s Wachsens der Entfernung der Wohnstätten der Arbeiter von der Arbeitsitte, was tatsächlich einer Verlängerung ihrer dem Unternehmer geopferten eit bedeutet.

Aber auch das Anwachsen der gewerkschaftlichen Macht findet immer hr seine Grenzen — das heißt ihr relatives Anwachsen, das Anwachsen rer Macht im Vergleich zu der der Unternehmer, nicht ihr absolutes achsen. Letzteres kann und wird fortgehen, der ökonomische Fortschritt des

Proletariats in der Gesellschaft wird aber nur durch ihr relatives Anwachse bestimmt.

Schon das Aufhören der eben behandelten, dem Fortschritt des Prol tariats günstigen Faktoren muß auf die Kraft der Gewerkschaften hemmen einwirken. Dazu kommt noch folgendes. Die Kraft der Gewerkschaften se den fünfziger Jahren in England, seit den achtziger und namentlich de neunziger Jahren auf dem Festland Europas wurde durch zwei Umstän begünstigt: die Arbeiter schlossen sich vielfach rascher zusammen als die Unte nehmer. Organisierte Arbeiter standen unorganisierten Unternehmern gegenübe

Dann aber vollzog sich in dieser Zeit eine Wandlung der kapitalistische Produktionsweise in der Art, daß die Textilindustrie aufhörte, die führen Industrie zu sein, daß die Eisenindustrien und ihre Anhängsel immer meh zu den herrschenden Industrien wurden. Da dominierte aber noch die Arbe der Männer und die qualifizierte Arbeit. Die Verdrängung des Mannes durc Frauen und Kinder, der gelernten durch ungelernte Arbeit, kam da no wenig vor.

Die rasche Entwicklung der Metallindustrien brachte daher eine starke Ve mehrung der Nachfrage nach gelernten männlichen Arbeitern mit sich — nac jener Arbeiterschicht, die am kampffähigsten und zur gewerkschaftlichen Organ sation am besten geeignet ist.

Es war dies einer der Gründe, die die bürgerlichen Kritiker des Marxsche „Kapital" und ihnen nachbetend die Revisionisten gegen dieses vorbrachten dessen Ausführungen sollten bloß auf die Entwicklung der Textilindustri passen, nicht auf die der Metallindustrie. Für diese seien sie überholt, veralte nur kritiklose Dogmengläubige könnten noch darin die Gesetze finden, die de heutigen Kapitalismus beherrschen.

Aber siehe da, recht behalten wieder einmal die „Dogmengläubigen", di nicht vor jeder neuen unbekannten Erscheinung den Kopf verlieren. Nu wenige Jahrzehnte haben genügt, und schon machen sich in den Metall industrien dieselben Erscheinungen geltend wie in der Textilindustrie. Di Arbeit von Frauen und von ungelernten Arbeitskräften dringt auch in jene vor und hemmt damit den gewerkschaftlichen Aufschwung. Gleichzeitig habe sich aber in den Metall- und Bergwerksindustrien die Unternehmerverbänd enorm entwickelt, zu einer Solidität und Schlagkraft, die vielfach der Gesamt heit der Arbeiter eines Industriezweigs tatsächlich einen einzigen Herrn diese Industrie gegenüberstellt.

Manche Gewerkschafter trösten sich damit, daß mit organisierten Unter nehmern besser auszukommen sei als mit unorganisierten. Das mag für ein zelne Branchen zutreffen, in denen eine starke Schleuderkonkurrenz herrscht die auch die Arbeiterlöhne drückt. Aber solche Branchen sind nur wenige, e sind keineswegs die entscheidenden Industriezweige, und auch in jenen komm mit Naturnotwendigkeit der Tag, wo der Unternehmerverband nicht nur gege die Schleuderkonkurrenz wirkt, sondern auch der Arbeiterklasse seine Zähn zeigt. Und je eher er mit jener fertig wird, desto früher geht er gegen dies zum Kampfe vor. Wo es aber Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern gibt, ist es offenbar, daß die organisierten Unternehmer stärker sind als di nichtorganisierten.

Alle diese Umstände bewirken, daß die Gewerkschaften mehr und mehr i die Defensive gedrängt und gezwungen werden, ihre Kraft immer mehr darau

konzentrieren, die gewonnenen Positionen zu behaupten; daß ihre Vorsicht
gt, wie durch die zunehmende Verpönung der Streiks und der Arbeitsruhe
1. Mai bezeugt wird. Das letzte Jahr der Prosperität hat auch keine ge-
rkschaftlichen Errungenschaften mehr gebracht, die erheblich über das Maß
gleichzeitigen Lebensmittelteuerung hinausgingen. Die Lebensmittelpreise
igen, bleiben aber hoch auch in den Zeiten der Krise, und der Widerstand
gen neue Arbeiterschutzgesetze wächst.

Das sind Tatsachen, die unabhängig sind von dem Belieben einzelner
rteileiter und Gewerkschaftsbeamten und unabhängig von dieser oder jener
ktik.

Alles das muß aber dahin führen, daß die Periode des wachsenden Real-
hns für eine Arbeiterschicht nach der andern aufhört, für manche sogar
kende Löhne eintreten; und das verspricht nicht bloß für Zeiten vorüber-
hender Depressionen zu gelten, sondern sogar für Zeiten der Prosperität.

Die Periode des steigenden Reallohns und der zeitweisen Verbesserung der
ge weiter Arbeiterschichten, die seit den fünfziger Jahren in England, seit
n siebziger Jahren und namentlich seit dem Ende der achtziger Jahre in
eutschland begann, ist zu Ende; eine neue Periode beginnt mit erheblich
rschlechterten Bedingungen für die ökonomischen Kämpfe des Proletariats,
e immer größere Kreise der Arbeiterschaft mit einer Stagnation oder sogar
nem Sinken des Reallohns als länger dauernde, nicht kurz vorübergehende
rscheinung bedroht.

Damit ist nicht gesagt, daß diese Periode ihrerseits wieder jahrzehntelang
uern muß und für die Arbeiterklasse ein Ankämpfen gegen ihre degradie-
nden Tendenzen völlig aussichtslos ist. Aber immer aussichtsloser wird es,
ese Tendenzen durch isolierte Kämpfe einzelner Berufsorganisationen oder
nzelner parlamentarischer Fraktionen zu brechen. Aus einer gewaltigen
nderung der gesamten internationalen politischen und sozialen Situation
ervorgegangen, kann die jetzige Periode, die wir kurz als eine Periode der
leaktion bezeichnen können, nur überwunden werden durch eine ebenso ge-
altige Änderung der gesamten internationalen politischen und sozialen
ituation, die eine Zusammenfassung aller Machtmittel des gesamten inter-
ationalen Proletariats erheischt. Die russische Revolution hätte der Anstoß
einer solchen Überwindung der politischen und sozialen Reaktion werden
nd eine neue Ära raschen Aufsteigens des Proletariats inaugurieren können.
ber es sind noch andere Möglichkeiten und Ausgangspunkte für diese neue
ra denkbar. Nicht Hoffnungslosigkeit und Aussichtslosigkeit bedingt die gegen-
värtige Situation, sondern sie fordert nur auf zur Überwindung aller Klein-
rämerei, aller Beschränkung auf die Kleinarbeit; sie fordert die Vorkämpfer
es Proletariats auf zu weitem Blick und zu Kühnheit, welche Eigenschaften
ch freilich paaren müssen mit vollkommener Sachkenntnis und Kaltblütigkeit,
daß die kämpfenden Proletarier es vermögen, sich von allen Illusionen und
benteuerlichen Experimenten fern zu halten, ebenso bereit, in einer aussichts-
osen Situation geduldig zu warten und sich auf die Zusammenfassung und
chulung der proletarischen Kräfte zu beschränken, wie jede Möglichkeit einer
rfolgreichen Aktion aufs überraschendste und rücksichtsloseste auszunutzen.

Solange aber nicht eine große welthistorische Wende eintritt, muß das
roletariat damit rechnen, daß die „guten Zeiten" vorüber sind und das
tändige Wachsen des Reallohns ein Ende erreicht hat.

Wenn die Bewegung des Lohnes in der kapitalistischen Produktionsweis nicht in der Richtung einer ständigen Verelendung geht, so doch auch nicht i der Richtung ständigen Aufstiegs. Der Lohn bewegt sich stets innerhalb be stimmter Grenzen, die freilich elastischer sind als die des Lassalleschen eherne Lohngesetzes, und er kann innerhalb dieser Grenzen nicht bloß mit den Fluk tuationen von Prosperität und Krise, sondern auch in längeren Zeiträumen Generationen, auf- und niedersteigen, nicht aus den malthusianischen Gründen die Lassalle akzeptierte, sondern infolge tiefgehender Wandlungen in den all gemeinen Produktionsverhältnissen und im Staatsleben. Außergewöhnlich günstige Verhältnisse mögen die aufsteigende Lohnbewegung für manche Arbeiter schicht ein halbes Jahrhundert lang andauern lassen, aber keine ist je dagege gefeit, durch eine Änderung der Situation des Weltmarktes, der Technik, de politischen Machtverhältnisse wieder in die absteigende Linie des Lohnes ge drängt zu werden. Wie über jedem Proletarier stets das Damoklesschwert de Arbeitslosigkeit schwebt, so über jeder Proletarierschicht das Damoklesschwer des ökonomischen Niederganges.

Wie mannigfaltig sich aber auch unter dem steten Wechsel der Verhält nisse die Bewegung der Arbeitslöhne gestalten mag, ununterbrochen wächs stetig die Ausbeutung, wächst die Zahl der Ausgebeuteten und damit di Masse des sozialen Druckes, wächst „aber auch die Empörung der stets an schwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktions prozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse" („Kapital", I, 2. Auflage, S. 793).

In diesem Wachstum, nicht in dem der Unwissenheit und der Verwilde rung, beruht die Notwendigkeit der Verschärfung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe, beruht aber auch die Gewißheit unseres Sieges.

Mögen die Löhne steigen, mögen sie fallen, das Proletariat wächst an Zahl und intellektueller wie moralischer Kraft. Es gibt keine ärgere Ver drehung des Marxschen Standpunktes, als wenn man ihn behaupten läßt, „der Arbeiter schreite abwärts in physischer, geistiger und moralischer Hin sicht, er versinke immer tiefer in Unwissenheit und sittliche Verwilderung".

Das war der Standpunkt der Utopisten, die Tugan wieder zu Ehren bringen möchte, nicht der von Marx. Weil jene nur das Verkommen des Arbeiters sahen, waren sie Utopisten, das heißt suchten sie sozialistische Trieb kräfte außerhalb der Arbeiterklasse zu finden, um diese zu befreien. Anderer seits aber, weil sie nach solchen Triebkräften in der Bourgeoisie suchten, weil sie von der Befreiung des Proletariats durch eigene Kraft nichts wissen wollten, wurden sie gedrängt, das Verkommen der Arbeiter möglichst stark zu betonen, um das Mitleid der besitzenden Klassen zur Hilfe für die Besitzlosen anzustacheln.

Die große Tat von Marx bestand gerade darin, im Elend der Arbeiter klasse nicht bloß die sie degradierenden Seiten zu sehen, sondern auch die sie revoltierenden und damit erhebenden; nicht bloß, um hegelianisch zu sprechen, die Negation des früheren Wohlstandes des selbständigen Arbeiters durch dessen Proletarisierung, sondern auch die Negation dieser Negation. Dank seiner dialektischen Schulung und seinen persönlichen Beziehungen zu revolu tionären Schichten des Proletariats erkannte er (mit Engels) deutlicher als ein anderer sozialistischer Denker seiner Zeit die welthistorische Bedeutung des Proletariats, durch sein intellektuelles, moralisches, politisches Erstarken sich selbst und damit die Menschheit zu befreien!

Und da findet Tugan, gleich den anderen Revisionisten, den Mut, gerade esem Denker die Meinung unterzuschieben, das Proletariat versinke immer efer in Unwissenheit und sittliche Verwilderung!

Die Herren wissen selbst ganz gut, daß Marx das Gegenteil behauptet, ıß „Marx sich hier und da anders aussprach" (S. 73). Um trotzdem Marx egenüber recht zu behalten, stammeln sie etwas von einem „Denkfehler" bei Marx, von einem „Widerspruch", in den sich Marx verwickelt. Aber wo sie nen Widerspruch sehen, da liegt nichts vor als ihre eigene Unfähigkeit, diaktisch zu denken. (Schluß folgt.)

Der bürgerliche Liberalismus in der russischen Revolution.

Von **K. Maletzki.**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russische Revolution von den westuropäischen Genossen noch lange nicht in ihrer ganzen Tragweite gewürdigt vorden ist. Man behandelt sie noch oft als „auswärtige" Angelegenheit. Und doch ist die russische Revolution für das Proletariat aller Länder eine eminent innere, praktische Angelegenheit.

Dabei ist zu bemerken, daß die Analyse der russischen Revolution auch ine große Zahl theoretischer Probleme aufrollt, die auf die marxistische Methoologie, auf die ganze sozialdemokratische Weltanschauung anregend wirken önnen und müssen.

Ist ein erneuter Aufschwung der russischen Revolution zu erwarten und velches sind seine Bedingungen? Dies ist eine Frage, die uns zu den fundanentalen Problemen des Marxismus zurückführt. Wie verwickelt diese Probleme, wie schwierig nicht nur die Prognose der weiteren Entwicklung der Revolution, sondern schon die Fragestellung selbst ist, das zeigen die weit auseinandergehenden Ansichten der russischen Sozialdemokraten, die doch sämtlich auf dem Boden des Marxismus stehen.

Die materialistische Geschichtsauffassung, die eben dadurch, daß sie kein fertiges System von starren Begriffen, sondern eine lebendige Forschungsmethode darstellt, zu den genialsten Errungenschaften des Geistes zählt, ist eben in demselben Maße wissenschaftlich wertvoll, wie sie schwierig zu handhaben ist. Sobald man diese scharfe, biegsame Waffe ihrer Anpassungsfähigkeit, ihrer Schmiegsamkeit entkleidet, schlägt sie in ihr Gegenteil um. Sie, die jedem Dogmatismus in den sozialen Wissenschaften grundsätzlich den Boden streitig gemacht hat, wird zu einem Zerrbild, wenn sie ihrerseits zu einem starren Dogma erhoben wird.

Nun läßt es sich nicht leugnen, daß in der russischen marxistischen Literatur leider ein gewisser Schematismus zu finden ist, der eben nur formell marxistisch-dialektisch, seinem Wesen und Geiste nach aber eher alles andere denn marxistisch ist.

Nehmen wir zum Beispiel die Art und Weise, wie die russischen „Menschewiki" die russische Revolution zu analysieren pflegen; ich meine hier ihre Fragestellung. Es heißt da vor allem: Ist die russische Revolution eine bürgerliche oder eine sozialistische? Und welches soll dementsprechend die Rolle des Proletariats und seine Beziehung zum Bürgertum sein? Der weitere Gedankengang, der dieser Fragestellung zugrunde liegt, ist etwa folgender:

Da eine bürgerliche Revolution die politische Macht in die Hände de Bürgertums bringt, das der Träger der revolutionären wirtschaftlichen Ten denz des Kapitals ist, so ist die äußerste Grenze, bis zu der eine solche Revo lution kommen kann, die politische Herrschaft des Bürgertums, keinesfalls abe die Herrschaft des Proletariats, sonst hätten wir eine sozialistische Gesell schaftsordnung, was der Prämisse widerspricht. Muß also nicht, da doch da Bürgertum die politische Macht in die Hände bekommen soll, die Rolle de Proletariats bloß darin bestehen, dem Bürgertum zum Siege zu verhelfen Muß nicht zu gleicher Zeit das Bürgertum in Rußland revolutionär sein wenn die kapitalistische Entwicklung sozusagen eine Naturtendenz hat, di Bourgeoisie unbedingt in Konflikt mit allen diese Entwicklung hemmende Kräften zu treiben? Folgt also nicht mit eiserner Konsequenz aus diese Prämissen die Unmöglichkeit einer Diktatur des Proletariats in der gegen wärtigen russischen Revolution, hingegen die Notwendigkeit eines Zusammen gehens des Proletariats mit dem Bürgertum und die revolutionäre Roll des Bürgertums? Alle diese Schlüsse wurden auch richtig von den Menschewik aus ihren Prämissen gezogen, man hat auf Grund dieser Ergebnisse ein Zu sammengehen mit den „Kadetten“ befürwortet, hingegen ein Bündnis mit dem Bauerntum argwöhnisch betrachtet, man hat dem Bürgertum hartnäckig eine revolutionäre Rolle prophezeit. Und ganz nach diesem Rezept ist auch die Analyse aufgebaut, die Th. Dahn in seinem Artikel in Heft 27 über „Die Bedingungen des erneuten Aufschwungs der russischen Revolution“ gegeben hat.

Ist seine Problemstellung richtig? Wir bezweifeln es sehr und glauben vielmehr, sie muß zu Trugschlüssen führen. Die Formulierung der Kernfrage ist ganz abstrakt und dadurch inhaltsleer, es fehlen so viele konkrete Bindeglieder, daß eine ganz andere Abschätzung der verschiedenen Faktoren in Rußland herauskommen muß, wenn man das Fehlende hinzufügt.

Wo ist erstens der Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Entwicklung so starr und direkt bestimmt, daß aus dem Satze, die Bourgeoisie in Rußland müßte zur politischen Herrschaft streben, sich irgendeine bestimmte Staatsform als das Ergebnis dieser Bestrebungen ableiten ließe?

Ist Frankreich mit seiner zentralisierten Republik nicht ebenso ein kapitalistischer, von den Interessen der Bourgeoisie beherrschter Staat wie Deutschland mit seinem Halbabsolutismus und Amerika mit seiner föderalistischen Demokratie?

Ist es deshalb möglich, die Staatsform, die der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in einem konkreten Falle entspricht, ohne weiteres aus den abstrakt formulierten ökonomischen Entwicklungstendenzen abzulesen?

Für das russische Proletariat aber ist es offenbar gar nicht gleichgültig, was die politische Macht in den Händen der Bourgeoisie bedeutet: ob einen nur schwach konstitutionell verschleierten Absolutismus, eine erbliche Monarchie oder eine demokratische Republik.

Ferner: Wenn das Bürgertum auch der Träger des *ökonomischen* Fortschritts ist, muß es dann auch unter allen Umständen der Bannerträger des *politischen* Fortschritts sein? Und gibt es denn in der modernen sozialen Entwicklung, im Klassenkampf nicht Gegentendenzen, die das Streben des Bürgertums nach politischer Macht in ein Bündnis mit der Reaktion umschlagen lassen? Wir wollen der Bedenken nicht mehr aufzählen.

Daß Liberalismus, bürgerliche Revolution, politische Macht, alles wandlungsfähige, historische, also Relativbegriffe sind, die in jedem konkreten Falle

ihrer besonderen historischen Gestaltung zu nehmen sind, das wird hier ßer acht gelassen.

Ich will nun an die von Th. Dahn gestellte Frage direkt herantreten. ahn wirft die Frage auf, ob ein neuer Aufschwung der russischen Revolution zu erwarten sei und woher ein Anstoß dazu kommen könne. Dabei fährt er nach dem oben gekennzeichneten Schema, wonach wir selbst in ßland lediglich eine bürgerliche Revolution hätten, daher keine politische achtergreifung durch Proletariat und das Bauerntum, dafür aber ein Erken der bürgerlichen Opposition zu erwarten wäre.

Nun begeht aber Dahn erstens den Fundamentalfehler, daß er die russische volution als ganz isolierte, ausschließlich russische Angelegenheit behandelt. Er ßt nicht, daß die russische Revolution ein weltgeschichtliches Ereignis ist d nur im weltgeschichtlichen Zusammenhang zu würdigen, zu verstehen ist. erwähnt zwar selbst zum Beispiel die bezeichnende Tatsache, daß die russche Selbstherrschaft nicht so sehr vom russischen wie vom ausländischen apital abhängt, allein irgendwie diesen Gedanken in seiner Analyse zu verrten, hat er unterlassen.

Einen zweiten Fehler begeht Dahn, wenn er einerseits die Entwicklung s bürgerlichen Liberalismus zwar auf irrtümlich schematische Weise, aber ch aus der objektiven wirtschaftlichen Tendenz ableitet und zu dem Schlusse langt, die Bourgeoisie müsse revolutionär werden, während andererseits e russische Agrarfrage für ihn nur existiert als die Frage der Bauernrevolten, cht als eine Frage der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands.

Auf Grund dieser Fehler und falscher Tatsachen gelangt er auch zu verrten Schlüssen. Seine Betrachtungen gipfeln darin:

Die kapitalistische Bourgeoisie, wenngleich jetzt mit der Regierung, mit dem aktionären Junkertum verbündet, muß zur Opposition übergehen, ihr ündnis mit der Reaktion muß gelockert werden.

Und so steht nun nach Dahn jetzt auf der Tagesordnung das Wiederafleben oder genauer die Entstehung des bürgerlichen Liberalismus. „Jetzt", gt Dahn, „ist zum ersten Male in Rußland der großkapitalistische Liberasmus im Entstehen begriffen."

Hier eine Bemerkung: Dahn selbst gibt zu, es hätte bereits im Anfang er Revolution einen Moment gegeben, wo die kapitalistische Bourgeoisie oppotionell war, wo sie Proteste verfaßte, eine Verfassung forderte usw. Sie urde dann durch die ökonomischen Forderungen des Proletariats zurückeschreckt, durch dessen politische Reife eingeschüchtert, und so ist sie geworden, as sie jetzt ist: reaktionär. Wie reimt sich nun damit die Behauptung Dahns, s stehe in Rußland „zum ersten Male" die Geburt des großkapitalistischen iberalismus bevor?

Die Frage jedoch, ob wir der Geburt oder dem Ableben des Liberalismus eiwohnen, ist offenbar von entscheidender Bedeutung.

Und weiter: Wenn es der rücksichtslose Kampf des Proletariats in der ersten eghaften Periode der Revolution war, der die Kapitalisten zum direkten errat an der Sache der Freiheit veranlaßt hat, was soll nun jetzt plötzlich en oppositionellen Geist des Kapitalismus wieder ins Leben rufen? Soll twa, um dieses Wunder zu bewirken, dem russischen Proletariat der Rat egeben werden, weniger rücksichtslos, weniger selbständig den Kampf gegen einen direkten Klassenfeind, die Bourgeoisie, gegen das Kapital zu führen?

Doch gehen wir weiter.

Soll eine kapitalistische Entwicklung die Schaffung von Entfaltungsmögl keiten für den russischen Kapitalismus, die russische Industrie bedeuten, so darunter wohl nicht nur die Hinwegräumung des alten politischen Schut zu verstehen, nicht nur politische Freiheiten für die Bourgeoisie, sondern a Existenzmöglichkeiten für den Kapitalismus in ökonomischer Beziehung. D heißt aber vor allem Absatzmärkte für Industrieprodukte, also bis zu ein gewissen Grade eine konsumfähige Bevölkerung, in erster Linie Schaffung ei starken inneren Marktes. Und da steht vor uns die Agrarfrage, das hunger Bauerntum, als zentrales Problem der kapitalistischen Entwicklung in sei ganzen Tragweite. Für Rußland heißt Sieg des Kapitalismus wohlgeme nicht Sieg der Kapitalisten, sondern Lösung der Agrarfrage.

Wie kann nun Dahn an dieser Tatsache so oberflächlich vorbeigehen? W kann er zwar den Bauern für die Weiterführung der Revolution eine gr physische Bedeutung zuschreiben, ohne diese tiefer auf ihren sozialen politisch Inhalt zurückzuführen. Dahn spricht der Bauernbewegung jede selbständ Bedeutung ab. Das ist ökonomisch ungemein flach, politisch kurzsichtig.

Ich will hier die Worte des Genossen Maßloff, gegenwärtig des bes Kenners der Agrarfrage in Rußland, anführen. In dem zweiten Bande sei Agrarfrage sagt er wörtlich: „Die Bauernunruhen 1902 bis 1906 veranlaß alle, darunter auch die Regierung, nicht nur ihr Augenmerk auf die Agr frage zu richten, sie waren zu gleicher Zeit einer der mächtigsten Faktoren sozialen Kämpfe in der letzten Zeit.“ Und weiter: „Wurden sie (die Baue unruhen) etwa durch die Revolution in den Städten hervorgerufen? Sie gannen ja bereits früher, schon im Jahre 1902.“

Es erscheint also geradezu unbegreiflich, wie Dahn einerseits von dem Baue tum erwarten kann, es werde die Resultate der Revolution befestigen, u sich zu gleicher Zeit nicht darüber Rechenschaft zu geben versucht, wel soziale, politische Rolle das Bauerntum in solchem Falle spielen muß.

Gehen wir zu dem zweiten Hauptpunkt über. Das Proletariat ist n Dahn der Vorkämpfer der Revolution, sein Kampf, seine selbständige Klass bewegung ist die Haupttriebkraft der Revolution. Was besagt dies?

Das Proletariat kämpft doch unmittelbar gegen das Kapital, gegen Ausbeutung durch die Bourgeoisie. Aus seinem alltäglichen ökonomisch Kampfe um Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Behandlu schöpft das Proletariat immer wieder die Kräfte, die Elemente, die seine p tische Aktion beleben.

Wenn wir auch eine Regierung in Rußland haben, die nicht ganz d Werkzeug der großindustriellen Klasse ist, so ist doch der Zusammenha zwischen Zarismus und Kapitalismus innig genug gewesen, um jeden Kam gegen das Kapital notwendigerweise in einen Kampf mit dem Zarismus u zugestalten. Das Kapital hat sich ebenso stets mit dem Zarismus verbund um sich vor den ökonomischen Folgen der Arbeiterbewegung zu schützen, w sich umgekehrt der Zarismus mit dem Kapital alliierte, um sich vor den p tischen Folgen der Arbeiterbewegung zu schützen.

Daraus folgt die ungemein wichtige Tatsache, daß der Kampf des Pro tariats um politische Freiheit, um die Niederwerfung des Zarismus u umgänglich eine Vertiefung, Verschärfung des Klassenkampfes mit sich brin eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie,

; die Haltung der russischen Kapitalisten gegenüber der Revolution von ent=
eidender Bedeutung ist.

Wenn nun Dahn dem Proletariat die führende Rolle in der Revolution,
· doch eine bürgerliche Revolution sein soll, zuweist, hat er wenigstens mit
.er Silbe dieser Rolle einen tieferen sozialen Inhalt zu geben versucht?
cht im mindesten. Es handelt sich ja für ihn nur darum, den Beweis für
: wohlbekannte, durch seine Gesinnungsgenossen fast zu Tode gehetzte Formel
erbringen: die russische Revolution ist eine bürgerliche, folglich müssen die
ıpitalisten um ihre Rechte, um politische Freiheit kämpfen. Dahn will des=
lb um jeden Preis beweisen, es stehe die Geburt eines bürgerlichen Libera=
mus in Rußland bevor. Was sind seine Beweise dafür?

Er sagt, man bemerke eine Gärung unter der Großbourgeoisie, die armen
ıpitalisten werden von den „echt russischen Leuten", das heißt der Schutz=
ıppe des nackten Absolutismus, vergewaltigt, der Oktoberverband werde
ıhrscheinlich gesprengt werden usw. Aber Dahn versucht nicht im geringsten
va die Laufbahn des bürgerlichen Liberalismus in Rußland in einigem
ısammenhang mit seinen Schicksalen in ganz Europa ins Auge zu fassen,
e er überhaupt den russischen Kapitalismus als ein in den Wolken lebendes
esen betrachtet. Durch seine ganz oberflächliche Analyse der Agrarfrage und
: Arbeiterfrage hat er sich die Sache allerdings sehr erleichtert. Er führt
ıar Tatsachen an, diese Tatsachen reden aber Bände gegen ihn, sobald man
nur richtig ins Auge faßt. Wenn man nämlich die Bauernrevolte als eine
eibende Erscheinung betrachtet, dann muß man schon auf Grund dieser Tatsache
.ch die Unmöglichkeit eines Stillstehens der Revolution erkennen, solange
cht die Agrarfrage in irgend einer Weise gelöst ist. Ferner, wenn die
idtische Arbeiterschaft kämpft, und wie Dahn es wohl weiß, kämpft sie in
ster Linie gegen das Kapital, das den Arbeitern alle Errungenschaften der
sten Periode streitig machen will, so verschärft das unvermeidlicherweise den
assenkampf und treibt die Kapitalisten in die Reihen der Reaktion und
cht in die der Revolution, ebenso wie die an die Tür der Oktoberleute und
: Kadetten pochende Agrarfrage mit ihrem Schreckgespenst der Enteignung
ese braven Leute sicherlich nicht revolutionärer stimmt.

Bald nach Beginn der Revolution, von dem Moment an — wie das Dahn
ıch zugibt — wo das Bürgertum den sozialen Inhalt und die Tragweite der
ılitischen Forderungen des Proletariats erkannte, verlor es schnell, was es
ı Grunde genommen nie besessen: die angebliche Revolutionsfreundlichkeit.
Die Kapitalisten standen bald dem Proletariat als Todfeinde gegenüber.
ıd es beruht auf gänzlicher Verkennung der Tatsachen, wenn Dahn be=
ıuptet, der Novemberstreik sei deshalb mißlungen, weil die Stimmung der
ourgeoisie infolge der ökonomischen Kämpfe eine andere geworden wäre. Die
eist zwischen Oktober und November war wohl zu kurz, als daß in dieser Zeit
itten beträchtliche wirtschaftliche Kämpfe ausgefochten werden können. In Wirk=
hkeit hatten wir die hartnäckigsten ökonomischen Kämpfe und die wichtigsten
rrungenschaften gerade in der Zeit vom 22. Januar 1905 bis zum 30. Oktober
sselben Jahres. Wenn also die Bourgeoisie im Oktober liberal, im November
hon revolutionsfeindlich war, so war das erste die Folge der imposanten
lacht, die das Proletariat entfaltet hatte, wie der eigenen Ohnmacht der
ourgeoisie. Der spätere Umfall der liberalen Bourgeoisie aber war um=
kehrt die Folge des wiedererstarkten Bewußtseins der eigenen Kraft an=

gesichts des wiederauferstandenen Zarismus. Von dem Augenblick an, durch die erstarkte militärische Aktion, durch den niedergeworfenen Dezemb aufstand, die Lähmung der Bourgeoisie überwunden war, eilte sie bald in d Lager der Reaktion.

Ebensowenig entspricht es den Tatsachen, wenn Dahn die Bauernunruh derart ursächlich mit der städtischen Revolution verknüpft, daß das Dorf n ihm nur dann revoltiert, wenn auch in der Stadt das Revolutionsfeuer lode

In Wirklichkeit hatten wir Bauernunruhen vor 1905, und die stärks gerade vor der ersten Duma, als der Moskauer Dezemberaufstand sch niedergeworfen war. Übrigens widerspricht sich Dahn selbst, da er darauf h weist, daß sogar jetzt auf dem flachen Lande die Rebellion herrscht — je, wo doch in der Stadt die Revolution eine Pause macht.

So führen die von Dahn selbst angeführten Tatsachen nicht zur Bekräf gung seiner eigenen, sondern der gerade umgekehrten Auffassung. Wenn d städtische Proletariat weiter kämpft, wenn die Bauern weiter revoltieren, u so weniger läßt sich hoffen, daß die bürgerlichen Klassen revolutionärer werd

Die Wiedergeburt des bürgerlichen Liberalismus in Rußland wäre un diesen Umständen nur dann möglich, wenn das Proletariat seinen Klass kampf für gewisse Zeit an den Nagel hängen könnte. Aber dann wäre auch um die Revolution geschehen, denn der proletarische Klassenkampf lä sich nicht künstlich zu einer rein liberalen politischen Bewegung kastrieren, u ohne die Massenaktion des Proletariats sind die Aufgaben der Revoluti nicht zu verwirklichen.

Wenn sich die Herren Pachnicke und Konsorten in Berlin nach den Fu tritten Bülows und der ostelbischen Junker, die Herren Miljukow, Stru und Konsorten in Petersburg nach den Fußtritten Stolypins und Purischkewits die entsprechenden Stellen reiben, so können sie sich zum Troste sagen: „Bülo wie der Stolypin tragen wenigstens feine Lackschuhe und haben adelige Füß die Proletarier aber haben keine Lackschuhe und plumpe Füße. Also lieb adelige Fußtritte." Da wohl weder die deutschen noch die russischen Pro tarier Lackschuhe anziehen werden, so wird es denn bei den Bülowschen u Stolypinschen Fußtritten weiter sein Bewenden haben. Und der russisc Liberalismus wird ebensowenig wie der deutsche die fröhliche Au erstehung erleben, die Dahn ihm prophezeit.

Freilich stehen die Interessen des Kapitalismus in Rußland im Wid spruch mit dem Zarismus. Aber daraus entspringt noch lange nicht die re lutionäre Rolle der russischen Kapitalisten. Ja, wie paradox es auch klingen m der Kapitalismus in Rußland wird siegen gegen den Willen der Kapitalist oder überhaupt nicht siegen.

Wenn man den bürgerlichen Liberalismus in Rußland im Zusammenha mit dem europäischen Kapitalismus betrachtet, so findet man weitere Grün gegen die Möglichkeit einer Opposition der Kapitalisten in Rußland.

Der Zarismus ist in finanzieller Beziehung eigentlich nur von den Ka talisten des Auslandes abhängig. Es waren die französischen und deutsch Kapitalisten, die der russischen Revolution eine Niederlage beibrachten, ind sie vor der ersten Duma den Zarenschergen die riesige Anleihe gewährten. D europäische Kapitalismus will nicht nur Profite erbeuten, er will den Zarism politisch stärken, um ihn weiter auszubeuten und weiter zu gleicher Zeit von ih die aufstrebende Proletarierklasse in Schranken halten zu lassen. Der Si

r russischen Revolution bedeutet eben eine neue Ära für die Klassenkämpfe Westeuropa, das verstehen nicht nur die Regierungen, sondern auch die ankiers und die Fabrikanten.

Derselbe Kapitalismus wird wahrscheinlich die 400 Millionen Rubel für e Amurbahn aufbringen. Das bewirkt nun eine größere Bewegungsfreiheit s Zarismus den einheimischen Kapitalisten gegenüber, andererseits zeugt es n den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die russische Revolution ringen uß. Indem es aber den Sieg schwieriger macht, erscheinen auch die Folgen s Sieges ungemein reichhaltiger, tiefer. Will man also nicht ganz schief die sachen des bisherigen Mißerfolges der Revolution beleuchten, so muß man denken, daß der Kampf nicht nur dem Zarismus, sondern gewissermaßen m westeuropäischen, dem internationalen Kapitalismus gilt.

Da die russischen Kapitalisten in der Hauptsache nicht aus ihrer Tasche e ungeheuren Summen vorstrecken, die der Zarismus vergeudet, da sie bei esen Vergeudungen auch für sich einen Profit wittern, so haben sie um so eniger Veranlassung, gegen den Zarismus loszugehen.

Auch in Rußland gibt es also nur einen Kämpfer um bürgerliche Demo- atie: das Proletariat, gestützt auf das rebellische Bauerntum. Mit trockenen ormeln, womit Dahn und Genossen operieren, kann man der lebendigen Birklichkeit nicht beikommen; und indem sie diese Wirklichkeit einem papierenen beralen Schema zuliebe verzerren, sehen sie nicht die gewaltigen revolutionären erspektiven, die sich vor der Arbeiterklasse kraft der historischen Notwendig- it auftun.

Zur Frage der Jugendorganisation.

Von **Pannekoek.**

Der Ursprung der Jugendbewegung liegt in der Umwälzung, die die kapi- alistische Großindustrie in die gesellschaftlichen Verhältnisse gebracht hat. Zur eit des Kleinbetriebs hatte die Jugend eine sehr abhängige Stellung; um ch die technische Ausbildung in irgend einem Gewerbe anzueignen, war eine inge Lehrzeit nötig, während deren die jungen Leute als Lehrlinge in dem ause des Vaters oder eines anderen Meisters lebten. Dem Verhältnis in er Werkstatt entsprach das Verhältnis in der Familie; der Familienvater, er unabhängige selbständige Produzent, regierte als Selbstherrscher über iesen kleinen Kreis; die jungen Leute hatten nichts dreinzureden, hatten be- ingungslos zu gehorchen, und der Sohn redete den Vater als „Herr Vater" n. Diesen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprach in der Politik der Despo- ismus der „Landesväter", ihnen entstammt noch die heutige Auffassung der äterlichen Autorität.

Der Großkapitalismus hat diese Verhältnisse vollkommen umgewälzt. Er at die Erwachsenen niedriger gestellt, die Jugend höher. Der erwachsene rbeiter ist heute ein vom Kapitalisten abhängiger Proletarier, dem als Einzel- erson nichts Selbstherrliches anhaftet. Die jungen Leute, die ebenfalls in die abrik getrieben sind und dort nicht mehr einen väterlichen Lehrmeister, sondern inen herzlosen, nur auf seinen Profit bedachten Ausbeuter sich gegenüber haben, nd der nämlichen Ausbeutung wie der erwachsene Arbeiter unterworfen; sie tehen nicht mehr unter ihm, sondern als junge Kameraden *neben* ihm.

Zwar sucht eine rückständige Gewerbeordnung den alten Schein aufrec
zuerhalten, aber nur zu dem Zwecke, um die Jugend noch wehrloser der A
beutung auszuliefern. Sie gibt den Meistern eine „väterliche“ Gewalt üb
die von ihnen angenommenen Lehrlinge; diese müssen allen Befehlen u
bedingt gehorchen, und den Meistern steht das Züchtigungsrecht zu. D
Meister ist der Lehrling jedoch nichts als eine billige Arbeitskraft, aus der
möglichst viel Profit herausschlagen will; ja nur durch diese Ausbeutu
Jugendlicher hält sich oft der Kleinbetrieb noch aufrecht. Die frühere lan
jährige Fachausbildung wird zu einem bedeutenden Teile von den Fortschritt
der modernen Technik überflüssig gemacht, und wo sie noch nötig ist, wird
hauptsächlich erst nach der Lehrlingszeit erworben. Daß die jugendlich
Arbeiter hier Lehrlinge heißen, kann also nicht darüber hinwegtäuschen, d
auch sie nichts als Objekte der Ausbeutung sind, billige Arbeitskräfte, der
natürliche Wehrlosigkeit durch das Gesetz noch verschlimmert wird.

Diese Unterdrückung, die sich bisweilen in den schlimmsten Schinderei
und Mißhandlungen äußert, rief natürlicherweise den Widerstand der Op
wach. Das Beispiel der erwachsenen Arbeiter führte von selbst dazu, daß
jugendlichen Arbeiter im Zusammenschluß, in der Organisation die Kraft zu
erfolgreichen Widerstand suchten. Allerdings stehen ihnen, namentlich dene
die durch Lehrlingskontrakte gebunden sind, nicht dieselben Kampfesmittel z
Verfügung wie den Erwachsenen. Ihre Bewegungsfreiheit ist außerordentli
beschränkt. Trotzdem ist es sehr wertvoll, daß die Organisation zum Schu
der einzelnen eintritt, so daß sie sich nicht mehr einsam und hilflos fühle
Tatsächlich ist es der Jugendorganisation wiederholt gelungen, den schlimmst
Jugendschindern das Handwerk zu legen. J u g e n d s c h u t z ist also das er
Hauptziel der Jugendorganisation.

Philister und Gegner der Arbeiterbewegung hatten nur billigen Spott f
die „Lausbubenorganisation“, so wie sie auch anfangs über die Dienstbote
organisation spöttelten. Die sozialistisch denkenden Arbeiter dagegen könn
diesem Wirken der Jugend nur sympathisch gegenüberstehen. Für sie sind
junge Kameraden, die durch dieselbe Ausbeutung wie die ihre zu demselb
Kampfe angestachelt werden. Und wo die Kräfte der Jugend selbst nicht au
reichen, ist es Sache der Erwachsenen, den jungen Streitern unter die Arn
zu greifen. Ohne die fortwährende Hilfe der sozialistischen Presse, der G
werkschaften und der Arbeitersekretariate kann die Jugendorganisation d
Kampf gegen die Ausbeutung der Jugend nicht erfolgreich führen. Ab
diese können nur helfen, wenn die Jugend beginnt, sich selbst zu helfen!

Mit dem Jugendschutz kann aber weder die Tätigkeit der Jugendverei
noch das Interesse der Arbeiterbewegung an ihnen aufhören. Ähnlich wie d
Bewußtsein ihrer eigenen Lage und der Kampf gegen die Ausbeutung die e
wachsenen Arbeiter allmählich zu allgemeinerer Einsicht und zu neuen Ideal
führt, so muß es auch der Jugend ergehen. Das Beispiel des großen Arbeite
kampfes muß sie mächtig anregen; ihr eigenes Elend erkennen sie als ei
Teilerscheinung der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt. Und bei jung
Arbeitern, die sich einem ernsten Streben hingeben, wird die Neigung d
Jugend, sich für große Ideale zu begeistern, um so kräftiger wirken; a
ihrem eigenen Leiden und Wirken erwächst das Verlangen, später als kräfti
Kämpfer am Befreiungskampf des Proletariats teilzunehmen. Sie sehen ei
daß die beste Weise, jetzt dafür zu wirken, in der Vorbereitung für die

tere Aufgabe besteht. An der allgemeinen Arbeiterbewegung beteiligt also die arbeitende Jugend eben dadurch, daß sie die Jugendbildung ihre zweite Haupttätigkeit betrachtet.

Muß die erste Tätigkeit, der Jugendschutz, von dem kämpfenden Prole- iat aus Sympathie für die jungen Kameraden lebhaft begrüßt werden, so se zweite von der Partei aus eigenem Interesse. Tritt der junge Arbeiter mal in das Partei- und Gewerkschaftsleben ein, so fehlt nur zu oft namentlich bei einigermaßen hervorragenden Personen, die bald mit aller- nd Ämtern bedacht werden — die Muße zum Studium, zur eigenen prin- iellen Ausbildung. Während die aus einer früheren Periode stammenden nossen aus ihren jungen Jahren einen gewissen Bestand an gründlicher ialistischer Durchbildung mitbrachten, fehlt dies infolge der vielen prak- hen Arbeit oft den Genossen aus späterer Zeit; die Folge davon ist, daß großen, allgemeinen, prinzipiellen Gesichtspunkte oft gegen eine engherzige, r das Unmittelbare sehende Auffassung zurückgestellt werden. Daß darin e große Gefahr liegt, hat die Partei schon längst erkannt und dem durch ldungsinstitute abzuhelfen versucht. Deshalb muß sie es freudig begrüßen, nn die Jugend selber ihrem Idealismus den festen Boden des Wissens ben will.

Ist aber die Jugendorganisation dieser Aufgabe gewachsen? Auf den ersten ick muß es scheinen, daß die Jugendbildung viel besser von Erwachsenen, den Sozialismus allseitig, theoretisch und praktisch verstehen, besorgt werden n. Zweifellos ist es, daß die Hilfe der Erwachsenen als Berater und Lehrer enfalls gar nicht zu entbehren ist. Aber eine Jugendbildung von oben rab, bei der die Jugend selbst nur eine passive Rolle spielt, wird wenig folg bringen. In dem vortrefflichen Referat, das Genosse Schulz auf dem annheimer Parteitag hielt, wurde dargelegt, wie die aktive Mitwirkung des hülers, die eigene Arbeit, die Praxis ein notwendiges Element zur allseitigen twicklung bildet. Das rein passive Verhalten des Schülers, der nur zu pfangen hat, entspricht nicht unseren pädagogischen Anschauungen. Die raxis des heutigen Arbeiters jedoch heißt Kampf; wir wollen Kämpfer er- hen, und da ist die aktive Mitwirkung des Schülers erst recht notwendig. amit die Jugendbildung Erfolg hat, ist es nötig, daß die jungen Leute sie s einen wichtigen Teil ihres eigenen von ihnen selbst geführten Kampfes trachten. Nicht von oben herab, sondern von innen heraus. Nicht: „wir ollen euch bilden", sondern „wir wollen euch helfen, euch zu bilden"!

Dies entspricht auch der sozialistischen Auffassung des Verhältnisses zwischen rwachsenen und Jugendlichen. Nach den überkommenen kleinbürgerlichen nschauungen, die auch noch in manchem Arbeiter weiterleben, haben die ugendlichen nichts dreinzureden und nur zu gehorchen, denn sie sind nur umme, unreife Burschen. Diese Auffassung des stummen Gehorsams liegt r ganzen preußischen Staatsräson, liegt der preußischen Schule und der rügelpädagogik zugrunde. Dagegen sieht der Sozialismus in den Kindern, id um so mehr in den jungen Leuten junge Menschen mit eigenen Neigungen id Trieben, deren Selbständigkeit und Willenskraft zu entwickeln und zu legen ist. Der Erwachsene soll ihnen kein Vormund sein, der über ihre Köpfe nweg über sie beschließt und sie am Gängelband hält, sondern der ältere atgeber, der ihnen möglichst viel Freiheit und Selbständigkeit läßt. Die zialistische Anschauung erkennt damit nur an, was die großindustrielle Ent-

wicklung aus den Jugendlichen gemacht hat: junge Kameraden, Ausbeutungs-
genossen, und was ihre eigene frische Tatkraft aus ihnen gemacht hat: jun
Kampfgenossen. Nicht das vom preußischen Gesetz festgesetzte Alter, sond
die eigene Tätigkeit ist für uns der Maßstab der Wertschätzung. Junge Män
von siebzehn Jahren, die schon mehrere Jahre ihrer Jugend mit erns
Streben, mit Kampf und Organisationsarbeit im Dienste unserer großen Ide
tätig waren, können nicht als unmündige Burschen gelten, über die man
oben herab verfügt und die selbst nichts dreinzureden haben.

* * *

Die Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes über die Jugend si
der Furcht der herrschenden Klassen entsprungen, die Jugend werde vor d
Eintritt in die Armee mit „antimilitaristischen", das heißt mit sozialistisch
Ideen angesteckt werden. Eine unpolitische Aufklärung und Tätigkeit, wie
das Programm der Jugendvereine in Norddeutschland bilden, kann es jed
nicht verhindern. Das Vereinsgesetz hat aber auch nur den äußeren Anl
zu der Hamburger Resolution gegeben.

Der Angriff geht direkt von den Führern der Gewerkschaftsbewegung a
Sie verneinen die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit der Jugendorga
sation; sie sind der Ansicht, für Jugendschutz könnten die Gewerkschaften be
eintreten als die Jugendlichen, und die Jugendbildung sei besser von der Pa
und den Gewerkschaften zu besorgen. Ja, die Jugendfürsorge müsse, wie G
nosse Robert Schmidt kürzlich ausführte („Sozialistische Monatshefte", 12. H
S. 734), „sogar von der Gewerkschaft als Eingriff in das Gebiet ihrer Tä
keit betrachtet und zurückgewiesen werden". Daß hier nicht die Sorge für
Jugend, sondern das eigene Interesse für die Gewerkschaft bestimmend
zeigen die weiteren Ausführungen Schmidts: „Auf die große Zahl der u
gelernten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen kann die Gewerkschaf
organisation nicht verzichten, da sie bei Lohnkämpfen ein bedeutsamer Fak
in der Bewegung sein können. . . . Weniger Wert werden die Gewerkschaf
auf die Heranziehung der Lehrlinge legen, da diese für den Lohnkampf n
in Betracht kommen. Die enge Vertragsbindung und die Rechtsstellung
Lehrlinge verbietet ihre Teilnahme an der Lohnbewegung."

Wenn man bedenkt, daß der Berliner Jugendverein hauptsächlich a
Lehrlingen besteht, ist damit also die Notwendigkeit einer eigenen Juge
organisation schon zugegeben. Die Gewerkschaft fordert für ihre Organisati
nur die nicht im Lehrlingsverhältnis stehenden Jugendlichen, weiß aber
den Lehrlingen, bei denen die Methoden des Gewerkschaftskampfes versag
nichts anzufangen und ist bereit, diese ihrem Lose zu überlassen. Im Grun
handelt es sich hier also um eine Grenzstreitigkeit, die die Gewerkschaf
einfach durch Zertrümmerung der anderen Organisation lösen wollen.

Mag ein Teil der jungen Arbeiter hinsichtlich der Lohnkämpfe am best
der Gewerkschaft angehören, so gehören sie doch für die Jugendbildung a
besten der Jugendorganisation an. Das Ziel der Jugendbildung ist pri
zipielle Aufklärung im Sinne des Sozialismus. Die Gewerkschaft
haben keine andere prinzipielle Auffassung, wenn auch vereinzelt sich un
ihnen aus einer beschränkten Auffassung der gewerkschaftlichen Praxis
sozialistische, bürgerliche Anschauungen entwickelt haben. Gerade weil
Praxis des tagtäglichen Kampfes den Blick leicht beengt, ist eine Aufkläru
nötig, die die allgemeinen sozialistischen Prinzipien in den Vordergrund stel

nd ein Idealismus, der sich über das Unmittelbare zu erheben weiß. Gerade gegen diesen Geist haben jedoch manche Gewerkschaftler wiederholt ihre Abneigung ausgesprochen; dies ist es wahrscheinlich auch, was ihnen an dem Geiste der bisherigen Jugendorganisationen nicht gefällt. Und dementsprechend würde, falls die Jugendbildung Sache der Gewerkschaften wird, die prinzipielle sozialistische Aufklärung zu kurz kommen.

Die Partei hat jedoch das größte Interesse daran, daß die Ausbildung der Jugend von prinzipiell-sozialistischem Geiste erfüllt wird. Hier liegt namentlich ein großes Arbeitsfeld für den Bildungsausschuß vor: in Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation muß er ihr helfen, den richtigen Weg zu finden.

Also: zu der Jugendausbeutung, die der moderne Kapitalismus brachte, gehört notwendig die Jugendorganisation zur Abwehr, die neben dem Jugendschutz vor allem die Jugendbildung als Haupttätigkeit zu betrachten hat. Bei allen ihren Arbeiten ist die Mitarbeit, Beratung und Mitverwaltung seitens der Organisationen der erwachsenen Arbeiter notwendig. In welcher Weise die Jugendorganisation der Arbeiterbewegung anzugliedern ist, muß eine Beratung der sachverständigen Beteiligten ermitteln, also sowohl der Erwachsenen als auch der Jugendlichen. Ohne eine eigene Jugendorganisation sind jedoch die Aufgaben des Jugendschutzes und der Jugendbildung nicht erfolgreich zu lösen.

Was wird aus unseren Jugendorganisationen?

Von **Franz Krüger** (Königsberg).

Die Gründung von Jugendorganisationen in Deutschland nahm im Jahre 1904 in Berlin ihren Anfang, und bald entstanden in den verschiedensten Orten Vereine für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter. Infolge der Buntscheckigkeit unseres früheren Vereins- und Versammlungsrechtes war der Tätigkeit dieser Vereine in den verschiedenen Einzelstaaten eine sehr verschiedene Grenze gezogen. Während in Norddeutschland die Vereine sich auf eine rein unpolitische und mehr fortbildende Tätigkeit beschränken mußten und vorwiegend den Lehrlingsschutz zu ihrer Aufgabe machten, war in Süddeutschland eine freie Betätigung auf allen, das heißt auch auf politischen Gebieten möglich; doch führte auch hier die Entwicklung immer mehr dahin, daß die Tätigkeit der Jugendorganisation eine wissenschaftlich aufklärende, belehrende wurde.

Das neue Vereinsgesetz hat nun auch für die Jugendorganisationen ein einheitliches Recht — oder Unrecht — geschaffen. Wir sind daher jetzt vor die Frage gestellt: Was sollen Partei und Gewerkschaft weiterhin für die Jugend tun? Auf welcher Basis soll die weitere Agitation unter der arbeitenden Jugend aufgebaut werden? Soll die Jugendbewegung geleitet werden von Erwachsenen oder von den Jugendlichen selbst? Sind besondere Jugendorganisationen nötig?

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat sich ja mit dieser Frage beschäftigt, aber die von ihm angenommene Resolution befriedigt mich in keiner Weise, ihre Durchführung würde ich für geradezu verderblich halten.

Bedauerlich ist zunächst der Ton, in dem das Referat von Robert Schmidt stellenweise gehalten war. Man glaubt manchmal, einen bürgerlichen Gegner

unserer Jugendorganisationen zu hören. Durch seine Ausführungen zieht si
die in unseren Reihen schon oft beklagte und verurteilte Überhebung d
„Alten“ gegenüber den „Jungens“, die unbefugterweise überall mitrede
wollen. Die bisherigen Jugendorganisationen sollen verfehlt sein, aber d
Kongreß will an ihre Stelle etwas setzen, was von vornherein den Stemp
der Unfruchtbarkeit an sich trägt. Es hat fast den Anschein, als ob die G
werkschaften fürchten, durch den Enthusiasmus und die Begeisterung d
Jugendlichen in ihrer Ruhe gestört zu werden! Aber ist es nicht gerade ein
erfreuliche Erscheinung an der Jugendbewegung, daß sie Begeisterung fü
unsere Sache in der Jugend weckt? Das darf auch nicht gehindert werder

Was wird nun also aus unseren Jugendorganisationen? Inwieweit solle
die Gewerkschaften selbst die Jugendlichen organisieren?

Soweit es sich um *ungelernte* jugendliche Arbeiter handelt, muß meine
Erachtens *versucht* werden, sie gewerkschaftlich mit einem niedrigen Beitra
zu organisieren. Wo eine größere Zahl organisierter Jugendlicher vorhande
ist, müßten *besondere Abteilungen* in den betreffenden Zahlstellen gebilde
werden unter geeigneter Leitung, zu der eventuell auch außerhalb des betref
fenden Verbandes stehende Personen heranzuziehen wären. Soweit jedoc
Lehrlinge in Frage kommen, ist die Möglichkeit einer umfassenden Organi
sation wohl ausgeschlossen, schon weil den Lehrlingen meistenteils die Mitte
zur Bezahlung der Beiträge fehlen. Auch ist ihr Verhältnis zum Arbeitgebe
auf Jahre hinaus vertraglich festgelegt, daher können sie einen Zweck de
Organisation noch nicht einsehen, da ihnen als Lehrlingen die Organisation
eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht schaffen kann.

Wo aber die Gewerkschaften Jugendliche aufnehmen, muß man es sich in
den Kreisen der Erwachsenen auch unter allen Umständen abgewöhnen, die
Jugendlichen als „Jungens“ anzusehen, die nichts zu sagen haben. Nach
Möglichkeit sollen die jungen Leute zur Mitberatung und Mitverwaltung
ihrer eigenen Angelegenheiten herangezogen werden.

Die Gewerkschaften überschätzen ihr Können zweifellos ganz bedeutend,
wenn sie meinen, daß auch die Jugendorganisation von den Gewerkschaften
betrieben werden könne. Nur wenige Gewerkschaftler stehen dieser Frage mit
dem nötigen Verständnis, die meisten stehen ihr mit Geringschätzung gegen-
über. Was auf diesem Gebiet bisher geleistet worden ist, ist nur möglich ge-
wesen gerade dadurch, daß man die in der Arbeiterjugend schlummernden
Fähigkeiten und ihre Arbeitsfreudigkeit weckte und nutzbar machte. Bei der
Stimmung, die in weiten Gewerkschaftskreisen gegenüber den Jugendlichen
herrscht, würden diese sich in Zukunft nur abgestoßen fühlen und sich zurück-
ziehen.

Selbst wenn man also den Gewerkschaften schon im weitesten Umfange die
Jugendorganisation überträgt, so bleibt für eine *selbständige Jugend-
agitation* und Organisation immer noch ein großes Arbeitsfeld neben den Ge-
werkschaften offen. Soll diese Jugendagitation nun auf *politischer* Grundlage
aufbauen, oder soll sie sich mehr der *gewerkschaftlichen* Tätigkeit anpassen?

Ich meine: *keines von beiden, sondern sie soll die Grundlage
für beides sein!*

Was ist denn überhaupt der *Zweck der Jugendbewegung?* Sie soll
doch nicht etwa fertige politische Ansichten in die Köpfe der arbeitenden Jugend
verpflanzen, sondern sie soll diese Köpfe nur vorbereiten für die spätere Auf-

hme unserer politischen Anschauungen und für den späteren wirtschaftlichen ampf der Gewerkschaften. Ist dieses das Ziel, so ist auch der Weg vorzeichnet. Zunächst wird es darauf ankommen, die Fehler und Mängel der olksschulbildung nach Möglichkeit auszugleichen und für eine entsprechende Zeiterbildung zu sorgen. Es würden also in Frage kommen Vorträge über eschichtliche, naturwissenschaftliche und religiöse Fragen, über Kunst und iteratur, Museenbesuche unter sachkundiger Führung und ähnliches. Ferner üssen überall unter Mitwirkung der Jugendlichen Stellen geschaffen werden, elche Beschwerden von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern entgennehmen, eventuell Prozesse betreffend das Arbeitsverhältnis für dieselben ihren, Mißstände aufdecken und für deren Beseitigung sorgen und nach Mögchkeit die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter statistisch forschen und feststellen. Die Jugend soll aber auch die Jugend genießen, und s werden daher gemeinsame Spaziergänge und Ausflüge, Spiele im Freien, urnstunden usw. zu arrangieren sein. In Wintermonaten werden an deren Stelle Unterhaltungsabende an Sonntagen treten müssen, wie überhaupt auf ie Geselligkeit erheblicher Wert gelegt werden, das Gebotene aber auch sehr rgfältig und zweckentsprechend ausgewählt werden muß. Wenn dann noch ür die Verbreitung einer guten Jugendzeitschrift und für eine gute kleine Bibliothek gesorgt wird, so ist damit wohl in großen Zügen das Arbeitsrogramm dargelegt, nach welchem die Betätigung der Jugendbewegung in Zukunft am zweckmäßigsten und erfolgreichsten stattfinden könnte.

Wer soll nun die Leitung der Jugendbewegung in Händen haben? Ich meine, daß ganz zweifellos die Jugendlichen an der Leitung beteiligt ein müssen. Zunächst wird man ihnen die eigentlichen Verwaltungsarbeiten iemlich vollständig übertragen können, wenn die Erwachsenen sich ein gewisses Kontrollrecht vorbehalten. Die Vertretung der Bewegung nach außen hin, ie Beschlußfassung in taktischen Fragen usw. wird jedoch den Erwachsenen orbehalten bleiben müssen, schon deshalb, weil die Jugendlichen dem Verkehr mit Behörden und anderen Personen wohl meistens nicht gewachsen sein verden. Aber auch in allen diesen Fragen wird man gut tun, sich mit den Jugendlichen vorher zu verständigen, was wohl immer sehr leicht möglich sein wird. Ich habe stets die Erfahrung gemacht, daß dadurch, daß die Jugendlichen nach Möglichkeit wenigstens an den Beratungen beteiligt werden, die Arbeitsfreudigkeit derselben außerordentlich gehoben wird.

Wo es möglich ist, soll also versucht werden, Vereine für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu bilden, welche die oben skizzierten Aufgaben zu erfüllen haben; solche Vereine würden durchaus im Rahmen des neuen Vereinsgesetzes bleiben. Wo das nicht angeht, müssen Agitationskommissionen unter Beteiligung Jugendlicher zu diesem Zweck gebildet werden.

Wenn irgendwo, so ist gerade bei der Jugendagitation ein einiges Vorgehen von Partei und Gewerkschaft notwendig. Wenn auf dem von mir angegebenen Boden die Jugendorganisation aufgebaut wird, so würde sie nicht nur für die Jugendlichen selbst das Beste erreichen, sondern auch tüchtige Kämpfer für die Partei und für die Gewerkschaftsbewegung erziehen. Das Bestehen einer selbständigen Jugendorganisation würde weder den Gewerkschaften noch der Partei zum Schaden gereichen, sondern nur eine Ergänzung der Tätigkeit beider sein.

Die zweite deutsche Arbeitersekretärkonferenz in Hambur

Von **Linus Scheibe** (Dortmund).

Kaum eine andere Einrichtung in der deutschen Arbeiterbewegung hat ein so rapiden Fortschritt zu verzeichnen, wie die Arbeitersekretariate, deren Tätigk sich fast geräuschlos vollzieht. In stiller Bureauarbeit werden hier Funktionen a geübt, die für unser gesamtes Gewerkschaftsleben von nicht zu unterschätzend Bedeutung sind. Ohne irgend welchen Tamtam werden jährlich Hunderttausen Rat- und Hilflose zu den Sekretariaten hingezogen, die nun ihrerseits wieder Fernstehenden auf unseren Rechtsschutz aufmerksam machen und damit indirekt f die Gewerkschaftsorganisation eine Lanze brechen. Bereits Organisierte werden fes an ihre Organisation gekittet, wenn sie einmal in unserem vielgestalteten Recht leben das Arbeitersekretariat in Anspruch nehmen mußten. Und wenn auch ni alle einzelnen Wünsche erfüllt werden können; das Vertrauen der deutschen Arbeit wendet sich in immer höherem Maße den Arbeitersekretariaten zu, trotz all gegnerischen Versuche, Konkurrenzeinrichtungen zu schaffen. Das, was neulich Nr. 32 Genosse Fr. Frank aus Frankfurt schilderte, trifft allerorts zu. Die Gegn der Sozialdemokratie sprechen bei ihren Gründungen offen aus, daß diese d modernen Arbeiterbewegung das Wasser abgraben sollen.

Vergebliche Liebesmüh! Weder die Zahl der Rechtsuchenden wird in de Arbeitersekretariaten kleiner, noch das Vertrauen erschüttert. Das Gegenteil mac sich überall bemerkbar, wie nachstehende Zahlen deutlich zeigen: In 29 Arbeite sekretariaten erschienen 1901 167393 Rechtsuchende, im Jahre 1907 kamen in d 96 bestehenden Institutionen 420000 Personen, während außerdem noch in 123 Au kunftstellen der Gewerkschaftskartelle 26272 Personen ihr Recht suchten. Höher no war die Zahl der Fälle, in denen Auskunft gewährt wurde: 1901 173548 un 1907 438213. Das sind in den Arbeitersekretariaten von 1901 bis 1907 allei 1931769 Auskünfte, für die außerdem 472350 Schriftsätze angefertigt wurden. D Löwenanteil fällt auf das Gebiet der Arbeiterversicherung. Bei der mündliche Auskunft betragen sie 60,7 Prozent, bei der schriftlichen 35,3 Prozent aller B arbeitungen, wie Brunner in der statistischen Beilage Nr. 3 des „Korrespondenz blattes" vom 16. Mai 1908 auf Grund der Erhebungen der einzelnen Arbeite sekretariate feststellt.

Abgesehen von der wichtigen Tätigkeit, der Rechtshilfe, haben die Arbeite sekretariate Wert auf eine gut durchgeführte und einheitliche Statistik z legen. Einheitlich, um sie unanfechtbar zu machen, was bei den Verkleine rungsversuchen der Gegner dringend nötig ist. Der späteren Geschichtsforschun wird sie gute Dienste leisten, wie sie bereits heute klar den Gang der Entwicklun kennzeichnet, den das Proletariat auf seinem Wege zur Selbständigkeit geht. Unse Gegner wissen genau, daß man ohne Auslegung der Gesetze nicht durchkomme kann. Sind die Ausleger ausschließlich Junker oder Bürgerliche, dann geschieh es in deren Sinne zu ihrem Nutzen — gegen das moderne Proletariat. Bei de Arbeiterversicherung ist dies aber von größter Bedeutung. Und nicht ohne Grun seufzte die berüchtigte preußische Herrenhauskommission, den Arbeitersekretariate müsse Einhalt getan werden, wegen ihrer „falschen" Rechtsauslegung. Falsch nu deshalb, weil sie nicht im Sinne des Herrenstandpunktes jener Sippe ist.

So wird man denn unseren Sekretariaten in Zukunft noch größere Schwierig keiten machen, ihre Tätigkeit noch mehr erschweren. An Versuchen dieser Art fehl es nicht, wie sowohl auf der ersten Konferenz der Arbeitersekretäre in Köln 1905 als auch diesmal in Hamburg wieder festgestellt wurde. Jeder gegnerische Versuch unsere Tätigkeit lahmzulegen, muß nicht nur mit energischem Widerstand bekämpft sondern auch zum Ausgangspunkt neuer Stoßkraft gemacht werden. Dabei gilt's, di eigenen Waffen zu schärfen. Und wenn sich wie die Kölner, so auch die Hamburge Konferenz in erster Linie mit der Einheitlichkeit der Statistik, namentlich abe

t ihrer Vereinfachung beschäftigte und auch entsprechende Vorschläge akzep-
rte, so nur, um der Sache zu dienen und Zeit und Kräfte frei zu bekommen für
n weiteren Ausbau der Sekretariate.

Diesem wichtigen Ziele waren auch die weiteren Beratungsgegenstände ge-
idmet, wie sich damit auch der Gewerkschaftskongreß selbst beschäftigte. Seine
tellungnahme zu der Frage der persönlichen Vertretungen der Arbeiter-
kretäre vor den Gerichten stellen die Arbeitersekretariate und damit ihre Träger,
e Gewerkschaften, vor neue, komplizierte Aufgaben, die zu lösen so leicht nicht
nd. Die Schwierigkeit liegt auf zwei Seiten. Zunächst hängt die Durchführbarkeit
on der finanziellen Leistungskraft der örtlichen Gewerkschaften ab und
ann von der Fähigkeit und der Ausbildung der Sekretäre selbst.

Über die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung ist kaum zu streiten. Wer
a weiß, wie namentlich im Parteiprozeß (zum Beispiel Gewerbegericht) der nicht-
eschulte Arbeiter über den Löffel barbiert oder auch im Offizialprozeß (zum Bei-
piel Arbeiterversicherungswesen) infolge seiner Unbeholfenheit die wichtigsten Tat-
achen zu seinen Ungunsten verschweigt, kann nur sehnlichst wünschen, daß der
rbeitersekretär mehr und mehr zum Arbeiteranwalt wird. Das erfordert Opfer!
ie Vertretung einer einzigen Sache kostet, abgesehen von der Vorbereitungsarbeit,
ft halbe oder ganze Tage. Eine Vergrößerung des Personals der Arbeiter-
kretariate ist also die unausbleibliche Folge, deren notwendige Voraussetzung aber
ie Lösung der Finanzfrage ist. Unüberwindlich ist sie nicht. Die Einnahmen der
neisten Sekretariate entfallen auf Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder, die sich
nonatlich zwischen 5 und 10 Pfennig bewegen. Das sind ganze 1¼ bis 2½ Pfennig
ro Woche, die der einzelne für eine so wichtige Institution heute leistet. Bei
inigem guten Willen ist die Steigerung um das Doppelte oder Vierfache leicht
nöglich, und die Finanzfrage ist gelöst. Will die klassenbewußte Arbeiterschaft den
usbau ernstlich, wird sie auch den Weg finden; sie muß ihn finden.

Der Gewerkschaftskongreß hat die Anerkennung der Arbeitersekretäre
ls Prozeßbevollmächtigte von der Gesetzgebung gefordert, und damit wird
ie Diskussion dieser Frage für alle Gewerkschaftskreise aktueller. Nunmehr ge-
vinnt auch die Frage der Ausbildung der Arbeitersekretäre größere Bedeutung.
Von keiner Seite wird die Anstellung von Rechtsanwälten in den Sekretariaten ge-
ordert werden, weil diese ja nicht nur Rechtsschutzstellen sind. Die Sekretariate
sollen der Gesamtbewegung dienen; das können sie in hohem Maße, wenn man
das nötige Verständnis dafür findet. Die Tätigkeit des Arbeitersekretärs ist eine
vielseitige und komplizierte, so daß der Vorschlag der Generalkommission nur zu
billigen ist, Unterrichtskurse einzurichten. Wir wünschten, daß dies recht bald
geschehen möchte. Es war recht bedauerlich, daß auf der Hamburger Konferenz
so viele Sekretäre die Undurchführbarkeit dieser Kurse wegen finanzieller Schwierig-
keiten befürchten mußten. Hoffentlich helfen die Generalkommission oder die an
vielen Orten recht interessierten Zentralorganisationen darüber hinweg. Den
deutschen Arbeitern würde es kein gutes Zeugnis ausstellen, wenn die Fort-
entwicklung einer ihren Interessen dienenden Institution an der Pfennigfuchserei
zur Unmöglichkeit würde. Das kann schon mit Rücksicht auf die heutige Überlastung
der Sekretäre nicht geschehen. Die Heranbildung neuer Kräfte ist ebenso dringend
nötig wie die Ausbildung der vorhandenen. Diese Erkenntnis ringt sich allent-
halben durch. Grundverkehrt wäre es, etwa zu sagen, es ist ja bisher auch ge-
gangen. Die Diskussion in Hamburg ließ darüber keinen Zweifel offen, daß zur
Erleichterung der Tätigkeit der meisten Sekretäre etwas geschehen müsse. Und dazu
ist ihre bessere Durchbildung wohl ein geeignetes Mittel. Wie viel Schaden kann
nicht angerichtet werden, wenn bei persönlicher Vertretung Prozesse verloren
gehen infolge unrichtiger Führung. Ja, würde nicht etwa die Gefahr steigen, daß
bei solchen verlorenen Prozessen schließlich die Gewerkschaft geschädigt wird? Daher
ist die Ausbildung unerläßlich.

Die Grundlage zu weiteren Selbststudien ist die Anleitung. Ihr sollen d Unterrichtskurse dienen, und diesen Zweck werden sie erfüllen. Ob aber in den vo geschlagenen vier Wochen, wird sich zeigen. Man braucht nur die Einteilung erwähnen. Nach der Generalkommission sollen die 132 Unterrichtsstunden wie fo zerfallen: Arbeitsvertrag 24, Arbeiterschutzvorschriften 16, Bürgerliches Recht Zivilprozeßordnung 16, Strafgesetz und Strafprozeßordnung 16, Abzahlungsgesetz Arbeiterversicherung 28 und Staatsbürgerrecht 8 Stunden. Hier ist dem einzeln ein umfangreiches Studium zugedacht. Hoffentlich sorgt die Generalkommissi nachdrücklichst dafür, daß etwaige örtliche Widerstände es dem einzelnen nicht z Unmöglichkeit machen. Das wäre schließlich das Bedauerlichste dabei.

Wenn es noch eines Beweises der Notwendigkeit bedurft hätte, die Arbeit sekretäre von Zeit zu Zeit zusammenzuberufen, dann wäre es die Diskussion üb den Geschäftsverkehr des Zentralarbeitersekretariats mit den Arbeitersekretariaten g wesen. Die soziale Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherung amts ist ein weites Feld für die Sekretäre, und man muß fast bedauern, daß vo den 96 zurzeit bestehenden Arbeitersekretariaten nur 66 mit 70 Delegierten vertret wären. Die Fälle der Anregungen und Winke sollen vom Zentralarbeitersekretari zusammengestellt und vervielfältigt den einzelnen Sekretariaten zugestellt werde Leider mußte wegen Mangel an Zeit die sehr wichtige Frage der Berichterstattun der Arbeitersekretariate zurückgestellt werden. Sie wird noch einer eingehende Diskussion bedürfen, wie auch die Frage der Beschaffung eines eigenen Organs fi die Arbeitersekretäre noch nicht für spruchreif erachtet wurde.

Eins hat die Tagung bewiesen: An hohem Ernst und tiefer Einsicht vo schweren Problemen zu stehen, haben es die Sekretäre nicht fehlen lassen. S sind sich ihrer Pflicht gegenüber dem kämpfenden Proletariat bewußt. Und das i gut so.

Zeitschriftenschau.

Unter dem Titel **„Moral und Sozialismus“** beschäftigt sich G. Sorel in „Divenire Sociale“ vom 1. Mai mit der Bedeutung der Moral für die sozia listische Bewegung. Die sozialistischen Autoren, die über diese Frage geschriebe hätten, pflegten uns nur zu sagen, in welchem Sinne sie die Gesellschaft umgestalte sehen möchten, anstatt sich der Bedeutung zuzuwenden, die die Moral für die heu tigen Kämpfe des Proletariats hat. Moral und Recht sind nicht Produkte unsere Einbildung, sondern Systeme, nach denen wir die Gegenwart beurteilen und di wir nach den Gesetzen unseres Geistes bilden. Von diesen unseren Urteilen häng unser Verhalten ab.

Auf welche Grundsätze der Moralphilosophie kann man versuchen, die sozia listische Bewegung zurückzuführen? Der Methode von Marx folgend, muß man di Frage in den am meisten fortgeschrittenen Ländern studieren; hier kann man hoffen die Elemente der neuen in Bildung begriffenen Ethik zu finden.

Viele Autoren glauben, daß der moderne Sozialismus der Moral eine un bedeutende Rolle zuweise. Für sie drängt der Sieger im Klassenkampf den Unter liegenden ein Rechts- und Moralsystem auf, das geeignet ist, ihm die Herrschaft zu sichern. Marx lasse diese Form der Geschichtsinterpretation nicht gelten. Für ihn handle es sich bei dem Kampfe der Klassen um eine Umgestaltung der Grundsätze der Gesetzgebung, um einen Kampf eines Rechtes gegen das andere, nicht um bloßen Interessenkonflikt. Man denke an das, was Marx über die Mission der Prole tarier sagt. Gerade diese Idee, die dem Proletariat der am meisten fortgeschrittenen Länder Pflichten gegen das Proletariat der rückständigen auferlegt, ist zum leben digen Besitztum der Arbeiterschaft geworden. Den moralischen Charakter dieser Mission hebt Marx besonders in dem Abschnitt der Einführungsadresse der Inter-

itionale hervor, indem er die Arbeiter auffordert, im Namen der Gerechtigkeit ıd Moral zu protestieren, wenn sie die Schandtaten der Regierungen nicht ver- ındern können.

Die Triebkraft des Klassenkampfes im Sinne dieser „Mission" ist der Wider- reit, der im wirklichen Leben besteht zwischen den dem herrschenden Rechte ent- rechenden Entscheidungen und unseren moralischen Forderungen. Im täglichen eben sind wir uns dieses Widerstreits nicht immer bewußt, sonst würde uns die ristenz unerträglich. „Unser Gewissen dem Empfinden der Ungerechtigkeit zugäng- cher machen, die das Individuum erleidet und die unsere Interessen nicht berührt, as ist der Zweck, den sich der Sozialismus setzen muß, wenn er will, daß das roletariat seine Aufgabe erfülle." Bis jetzt bietet das Milieu hinreichend mora- sche Elemente, aber man soll sie nicht verschwenden. Dazu ist vor allem nötig, ie Lage der Frau zu heben, da die Frau intensiveren Anteil an dem Schicksal der ommenden Generation nimmt als der Mann. Mit Recht bekämpfen die Gegner es Sozialismus die Befreiung der Frau von der Vormundschaft des Mannes, da ie Frau ein revolutionäres Element sei.

Die Moral hat den Zweck, unsere Lebensführung zu leiten. Da nun aber die ebensführung in ihrem Verhältnis zu den tatsächlich bestehenden Einrichtungen ewertet werden muß, so folgt daraus, daß wir den vom Proletariat geschaffenen inrichtungen — Genossenschaften usw. — einen erzieherischen Wert beimessen müssen. Vir müssen unserem Leben einen sozialistischen Inhalt geben, und dazu bedürfen vir der Vorstellung eines absoluten sozialistischen Regimes, denn diese Vorstellung st das einzig praktische Mittel, um unser Bewußtsein an den wahren sozialistischen Zwecken zu messen.

In der „Critica sociale" vom 1. Mai behandelt Turati die Frage der **talienischen Wahlreform.** Der Artikel konstatiert zunächst, daß die Agitationen ür das allgemeine Wahlrecht in Italien wohl von Zeit zu Zeit aufflackern, aber mmer sehr schnell wieder erlöschen. Schuld daran sei offenbar der Umstand, daß ie in Frage kommenden Massen das Bedürfnis nach dem Wahlrecht noch nicht mpfinden. Die demokratischen Mittelklassen, die im allgemeinen der Erweiterung es Wahlrechtes nicht ablehnend gegenüberstehen, zeigen eine unverkennbare Angst vor dem Sprung ins Dunkle. Sie fürchten, durch die Einbeziehung einer un- geheuren unwissenden Masse in die Wählerschaft werde der Korruption und Ver- gewaltigung der Mächtigen neues Material geliefert. Auch die klerikale Gefahr schreckt viele, besonders wenn es sich um Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen handelt.

Turati will sich prinzipiell weder für noch gegen das allgemeine Wahlrecht aussprechen, sondern fragt sich nur, ob der Sprung ins Dunkle, der darin bestände, die Zahl der Wähler mit einem Schlage von 2 auf 10 Millionen oder — bei Aus- schluß der Frauen — auf 4 bis 5 Millionen zu erhöhen, der einzige Ausweg wäre aus der Enge und systematischen Schikane des heutigen Zustandes. Turati schlägt eine gradweise Erweiterung des Wahlrechtes vor und als erste Stufe die Ausdehnung auf alle erwachsenen Männer, die lesen und schreiben können. Heute ist zur Erlangung des Wahlrechtes die Absolvierung der ersten fünf Schuljahre nötig, und die Eintragung in die Listen erfolgt nur auf Antrag. So betrugen die eingetragenen Wähler im Jahre 1904 2541327 oder 29 Prozent der Männer über 21 Jahre, während die Zahl der volljährigen Alphabeten beinahe 5 Millionen betrug.

Es müßten nach Turati von den Behörden Wählerregister aufgestellt werden, ähnlich wie die Aushebungsregister für das Militär. Jeder einundzwanzigjährige Mann wird von Rechts wegen eingetragen und muß sich zum Examen vorstellen. Des Wahlrechtes verlustig geht der, der bei wiederholtem Examen nicht lesen und schreiben kann. Die Ausschließung würde also gewissermaßen eine Schande darstellen, der zu entgehen sich viele Leute entschließen würden, lesen und schreiben zu lernen.

Eine Reform in diesem Sinne solle die Partei in ihr Wahlprogram für die bevorstehenden Wahlen aufnehmen. (!)

In einem langen Artikel der „Pagine Libere“ vom 15. Juni beschäftigt si A. O. Olivetti mit dem **Streik von Parma.** Leider fehlt es der Darstellung jedem Tatsachenmaterial. Der Autor begnügt sich, zu behaupten, daß es sich b diesem gewaltigen Streik um eine spezifisch syndikalistische Bewegung hand Syndikalistisch sei nicht nur die taktische Leitung des Streiks, der Ton seiner Pr klamationen, syndikalistisch sei vor allem der Geist des Widerstandes, der d Arbeiterschaft beseelt. Das Aufeinanderprallen der großen unvereinbaren Inte essen leite eine neue Ära des proletarischen Kampfes in Italien ein. Es handle si in Parma direkt um einen Angriff auf das Privateigentum. Der Ausgang d Kampfes sei belanglos. Wichtig sei, daß, während Sozialisten und Republikan halb verständnislos, halb ängstlich auf die Bewegung blicken, die Bourgeoisie se wohl den Klassenkampf verstände und ihn mit allen, auch den revolutionärst Mitteln bekämpfe. Weiter zeige der Streik, daß die Lehre von der Neutralität d Staates bei Klassenkämpfen eine Utopie sei. Der Staat könne nicht neutral sei Durch seine bloße Existenz, durch die Anwendung seiner Gesetze schütze er notwendi die Interessen der Bourgeoisie. Wenn der Staat nicht in noch schärferer For gegen die Interessen des Parmenser Proletariats habe vorgehen können, so lieg das daran, daß ihm die gesetzliche Handhabe dafür gefehlt habe. Durch das g plante Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte würden die Sozialisten de Staate jetzt diese Handhabe bieten. Olivetti setzt dann des längeren auseinande daß die Machtfragen zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich nie durch Schieds gerichte entscheiden können, um mit der Erklärung zu schließen, daß der revolutio näre Syndikalismus heute der einzige Vertreter des echten Sozialismus sei.

In der „Critica sociale“ vom 16. Mai vertritt Alessandro Schiavi unte dem Titel **„Die sozialistische Partei und die städtischen Wahlen in Mailand“** di Notwendigkeit für die Reformisten, ohne Bündnisse mit den anderen Parteien i den Wahlkampf zu treten. Die Sozialisten — gemeint sind für Mailand nur di in den autonomen Zirkeln organisierten — seien Vertreter und Wortführer de Arbeiterinteressen. Diese Interessen, vom Standpunkt der munizipalen Politik, seie vor allem die der Konsumenten: billige Wohnungen, billiges Brot und Fleisc brauchen die Arbeiter zunächst. Während die anderen Schichten der Gesellschaf durch ihre Beteiligung an Handel, Zwischenhandel, Kredit usw. von der Verteue rung der Existenzmittel Vorteil ziehen, schlägt diese Verteuerung für die Arbeiter schaft ausschließlich zum Nachteil aus. Sie stehen daher in ihrer kommunale Politik — die auf die Munizipalisierung der Arbeiterwohnungen, des Fleisch- un Milchverkaufs, der Brotbäckereien usw. abzielen muß — im Interessengegensatz z allen anderen Klassen. Deshalb sei für die bevorstehenden Wahlen in Mailan kein Bündnis mit den Radikalen anzustreben. Wenn dieses Bündnis bei den kom munalen Wahlen in Rom geschlossen worden sei, gerade um die Lebensmittel teuerung zu bekämpfen, so erkläre sich dies aus der verschiedenen Wahlbasis de Radikalen in Rom und in Mailand. In Rom rekrutiert sich die radikale Parte aus der Beamtenschaft, die in der Hauptstadt vielleicht zahlreicher ist als da Proletariat und ungefähr wie dieses unter der Verteuerung aller Lebensmitte leidet. Die Wahlbasis der Radikalen in Mailand bestehe aber hauptsächlich au den kleinen Kapitalisten und Kaufleuten, mit denen die Arbeiterschaft keine Inter essengemeinschaft habe.

(Der Rat Schiavis ist inzwischen befolgt worden, und die intransigente Taktil hat den Mailänder Reformisten fünf Sitze eingetragen, während in Turin, wo normale Parteiverhältnisse bestehen, am gleichen Tage vierzehn Sitze erobert wurden.)

Oda Lerda.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

[F]euilleton der Neuen Zeit

[Nu]mmer 7 o o o o o o o o o Ausgegeben am 17. Juli 1908

Stendhal.

Von **Hermann Wendel.**

Von Ernest Seillieres Philosophie des Imperialismus, dessen „demokra[ti]schen Imperialismus" Otto Bauer in diesen Blättern[1] auf sein wahres [We]sen zurückgeführt hat, ist der vierte und letzte Band in einer vorzüglichen [deu]tschen Übertragung erschienen.[2] Was schon Seillieres Schwärmerei für [Cle]menceau ahnen läßt, wird hier bestätigt: dieser belesene und geistreiche [Sch]riftsteller ficht mit seinen Ideologien für die verfallenden Butiken des [Kle]inbürgertums.

Denn einmal will er, echt kleinbürgerlich, die Menschen bessern, indem er [ihn]en Moral predigt, zum anderen sieht sein „rationeller Imperialismus" in [de]m Individualismus, der ökonomischen Existenzmöglichkeit des Kleinbürgers, [den] Urheber alles Fortschritts, reagiert aber sauer auf den „moralischen [Ro]mantismus", der den normalen Individualismus der Lebewesen durch einen [kra]nkhaften „Egotismus" zu ersetzen strebt, das will sagen: großkapitalistischen [Ur]sprungs ist und die Vertilgung des Kleinbürgers durch den Großindustriellen [als] Evangelium verkündet. Psychologisch bedingt wird dieser Romantismus [für] Seilliere durch ein Überwuchern des Unterbewußtseins über die planvolle [Ver]nunft und den gesunden Menschenverstand, und er sieht in ihm eine Rück[bil]dung zu einem Seelenzustand, wie er auf den Anfangsstufen der mensch[lich]en Kultur herkömmlich gewesen ist. Da aber Seilliere von jeder gesellschaft[lich]en Bedingtheit des Individualismus und Imperialismus und Romantis[mu]s absieht, bilden diese willkürlich konstruierten Begriffe auch für ihn selbst [ein]en trügerischen Sumpfboden, über den er wie ein Irrlicht hinwegtanzt. [Leg]t man auch seinen eigenen Maßstab an, so wird er von Inkonsequenz [zu] Inkonsequenz getrieben und kommt dazu, die verschiedensten Geister von [Ro]usseau über Marx bis Nietzsche zusammen in den Topf seines moralischen [Ro]mantismus zu werfen.

Als Vertreter der „romantischen Krankheit" führt Seilliere in dem vierten [Ba]nde seiner Philosophie Fourier und Stendhal vor, Fourier als Repräsen[tan]ten des „Romantismus der Armen", Stendhal als den des „Romantismus [der] Reichen". „Der Romantismus der Armen", erläutert der Verfasser, „stützt [sich] auf den sozialen Mystizismus der natürlichen Güte, der in Rousseaus [W]erken bereits stark entwickelt ist. Sein Ausdruck ist der romantische Sozia[lis]mus unserer Zeit, der Kommunismus in seinen verschiedenen Spielarten.

[1] „Neue Zeit", XXV, 2, S. 174 ff.

[2] Die romantische Krankheit. Fourier-Beyle-Stendhal. Von Ernest Seilliere. Autori[sier]te Übersetzung von Fr. v. Oppeln-Bronikowsky. Berlin W 30 1907, Verlag von H. Barsdorf.

Der Romantismus der Reichen stützt sich auf eine andere Gefühlsbasis, (
einen ästhetischen Mystizismus, den Dilettantismus in seinen verschieden
Äußerungen: die ‚geniale Ironie‘ der deutschen Romantiker, das Dandyt
das l'art-pour-l'art-Prinzip, den Persönlichkeitskultus, das Nietzschesche Üb
menschentum in seiner ‚dionysischen‘ Form.“ Nach diesen bündigen Erklärung
kann es nicht mehr verwundern, daß Seilliere in dem vom Hintergrund sein
Gesellschaftsperiode losgelösten Fourier lediglich ein psychopathologisches P
blem sieht und ihn durch eine sorgfältige Auswahl und Anordnung aller
Bizarrerien, die Fouriers System reichlich aufweisen mag, als einen nit
einmal erhabenen Narren abzutun sucht, nicht anders, als wollte man W
lings Bedeutung einzig aus seiner Sprach- und Denklehre und seinem
strusen Weltensystem ableiten. Was Fourier an so treffender wie ätzen
Kritik der bürgerlichen Gesellschaft geleistet hat, existiert für diesen seinen D
metsch nicht, dessen Abneigung gegen den Erfinder des Phalansteriums schli
lich ihre berechtigten Wurzeln hat: geißelte Fourier doch mit schärfsten Hieb
die Konkurrenz, die nichts sei als der ausgeübte Individualismus, und sprin
doch Seilliere vor diesem Individualismus mit dem Weihrauchfaß her.

„Fourier ist der gemeinsame Vater des heutigen Anarchismus und Soz
lismus; alle beide können sich mit gleichem Rechte auf ihn berufen, denn
sind nur zwei verschiedene Formen der romantischen Moral: die erste betc
nur den Individualismus ohne Berechnung und die zweite den Mystizism
ohne Überlegung — diese zwei Symptome der Kinderkrankheit der modern
Seele“ — und das genügt wohl, um die Stellung Seillieres zu Fourier u
den größten Gesellschaftsproblemen unserer Zeit festzulegen.

Mit Stendhal springt Seilliere nicht besser um. Auch in ihm sieht er ni
den Dichter, in dessen Werken sich gewisse gesellschaftliche Tendenzen u
Strömungen kristallisiert, sondern einen Menschen, dessen geistige Anomali
dazu beigetragen haben, die romantische Bewegung zu entfesseln. Unter dies
Gesichtswinkel trägt er wieder allerhand unsertwegen pathologische Absonde
lichkeiten und nervöse Funktionsstörungen zusammen, denen Stendhal unt
legen ist, ohne damit sein Schaffen wesensklarer zu machen, als wenn m
den Wallenstein und den Wilhelm Tell damit erklären wollte, daß Schill
nur bei dem eigentümlichen Duft fauler Äpfel dichten konnte.

Und gerade die so komplizierte wie interessante Erscheinung Stendhals lä
sich nur an der Hand ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge enträtseln.

* * *

Der Ideologe und der Krämer, die beide ein und derselben Gesellschaft
klasse angehören, also im Wesen Brüder sind, sehen jeder aus anderen Aug
in ihre Welt. Der Ideologe verklärt die Interessen der Klasse zu Ideale
der Krämer nützt sie aus. Den Krämer stören die ästhetischen Lücken i
Gesellschaftsbau nicht im geringsten, den Ideologen aber sehr. Und desha
ist Stendhal nicht minder der Vergötterer der kapitalistischen Energien, d
sich mit der großen französischen Revolution Bahn brachen, ob auch sei
Helden sich in der Umgebung von Profitjägern unglücklich fühlen, und er sell
nichts häßlicher findet als den Zug um den Mund eines Bankiers, der
verlieren fürchtet.

Als der Konvent tagte, war Henri Beyle — denn das ist sein wirklich
Name, Stendhal nannte er sich später nach der Geburtsstadt Winkelmanns
gerade zehn Jahre alt: den Eindrücken des Reifenden prägte sich die Rev

on erst zu einem Zeitpunkt ein, als die Klassenkämpfe im Innern ver-
mt waren und sich die befreite französische Großbourgeoisie mit wuchtigen
nbogenstößen in Europa Raum schaffte. Der junge Stendhal, dessen
ck schwer zu beschreiben war, da ihm als Zwölfjährigem die Neue Heloise
sseaus in die Hände fiel, blickte in ein Meer von Licht; ein neues Zeit-
r schien angebrochen. Voller Krafttaumel und Lebensinbrunst, war die
ge bürgerliche Klasse Frankreichs gigantisch und kolossalisch wie keine vor
wie einen Haufen wertloser Töpferware hatte sie eine ganze Welt in
mmer geschlagen und alles revolutioniert, die Verfassung, die Gesetze, die
ten, die Gewohnheiten, den Kalender, die Feste und den Alltag. Ausrasen
lte sie sich, die Mode des Direktoriums stellte alle weiblichen Reize un-
hüllt zur Schau, und das Recht der Leidenschaft war offiziell proklamiert.
er Zustand der Revolution in einem Lande", schreibt Stendhal später in
er kühlen Diplomatensprache, „erweckt in jedem Staatsangehörigen eine leb-
te Leidenschaft; er begünstigt die Natürlichkeit der Sitten, vernichtet die
ernheiten und Scheintugenden der Konvention, die bornierten Standes-
urteile, verleiht der Jugend Ernst, läßt sie Liebe aus Eitelkeit und die
ße Galanterie verachten."

In dieser Luft atmete seine Seele mit vollen Zügen; er war vulkanischer
geisterung zum Bersten so voll, wie er es von seiner ganzen Umgebung
ubte, und als der Ruhm Bonapartes um den Erdball lief, hielt es ihn
ht länger: zwei Tage nach dem Pyramidensieger ritt er über den St. Bern-
d und fand in Norditalien ein Volk, das, befreit von dem österreichischen
che, in einem ähnlichen Freiheits- und Leidenschaftstaumel schwelgte wie
Franzosen: „Der Abmarsch des letzten österreichischen Regimentes be-
hnete den Sturz der alten Ideen; sein Leben aufs Spiel zu setzen, kam in
ode, nach jahrhundertelanger fader Liebelei erkannte man, daß man, um
cklich zu sein, etwas mit ernster Leidenschaft lieben und im Notfall sein
en in die Schanze schlagen müsse." Als ihm die Gunst eines einflußreichen
rwandten die Leutnantsepauletten im 6. Dragonerregiment verschaffte, war
n Glück auf dem Gipfel angelangt. Vor Heroismus weitete sich seine Seele
Unendliche und vergaß nie den Eindruck hastigen Pferdegetrappels auf
chtlichen Landstraßen, wenn der warme Wind die weißen Mäntel der Reiter
uschte und die schwarzen Roßhaarschweife an den Helmen flattern ließ.
ch dem Frieden von Amiens, als sich nicht die Aussicht neuer Kriegstaten
ten wollte, hing er brüsk und unzufrieden die Uniform an den Nagel, aber
r zu seinem Leide.

Denn dieser Friede bedeutete nicht das Ende, sondern den Anfang der
uschenden Ära, in der der Donner der Schlachten den Ruhm eines einzigen
annes wiederholte, in der Europa voll war von den säbelrasselnden Offi-
ren der großen Armee mit bunten Kolletts, farbigen Attilas und wehenden
derstutzen, in der man alle Küsse mit der Leidenschaft des letzten küßte:
ute rot und morgen tot! Stendhal war Einsiedler in einer Dachkammer und,
er Schauspielerin zuliebe, Kaufmann in Marseille geworden, aber in die
rudel dieses Lebens riß es ihn wieder hinein: er wurde Militärbeamter in
n napoleonischen Heeren, lernte Deutschland kennen, in dem ihm der Mensch
hr Haustier zu sein schien als in Frankreich und Italien, kam mit den
nzösischen Waffen nach Österreich, stand vor den Flammen von Moskau
d sah das Eis der Beresina, um schließlich in Schlesien von einem heftigen

Nervenfieber niedergeworfen zu werden. Als er gesundete, hatten Leipzig u Waterloo den Schlußstrich unter die Epopöe gezogen.

Jetzt, nach 1815, brach die kapitalistische Energie, die die napoleonisch Bataillone durch ganz Europa stürmen ließ, in seinem literarischen Scha durch: er wurde auf seine Art der Ideologe der bürgerlichen Klasse für Augenblick, da sie ihre Ketten gesprengt hatte und deshalb alles über hinaustrieb. Es erging ihm wie Heine, der auch nach Waterloo in einer götterten Welt stand: statt der großen Leidenschaften die kleinen Rücksich statt der Schlachten- und Siegesbulletins die Börsennotierungen, statt Degens die Krämerelle, und das füllte ihn mit Ekel bis zum Halse. Heine fing er jetzt erst wieder an, für Napoleon, für den Gefangenen St. Helena zu schwärmen: seine Geschichte der Malerei in Italien widm er „Seiner Majestät Napoleon dem Großen, Kaiser der Franzosen, zur gehalten auf der Insel St. Helena", während ihm einst die Kaiserkrönung eine „sinnfällige Verbrüderung aller Scharlatane" erschienen und ihm napoleonische Ära mehr eine Entladung von Energien gewesen war als Wirken eines Mannes. Der Zwiespalt zwischen den entfesselten bürgerlic Gesellschaftsmächten, deren Rhythmus in seinem Blute brauste, und der p tischen Reaktion und Niederhaltung eben dieser Triebkräfte trug den Zw spalt in seine Brust. Mochte er auch vor dem bourbonischen Regiment seinem weißen Schrecken, seinen Kriegsgerichten und Erschießungen, sein Prozessionen, Straßenaltären und seiner widerwärtigen Heuchelei auf Ja zu den Hügeln der grünen Lombardei fliehen, auf denen ihm immer noch Abglanz der Sonne von Marengo zu liegen schien, mochte er sich in Antike Ersatz für die verlorene Größe der Gegenwart suchen oder in der R naissance als dem „Zeitalter der Leidenschaften, wo die Menschen ihr H dem Rausche höchster Erregung frei überlassen durften", die Zerrissenheit seinem Innern blieb. „Er hat sich selbst sein Leben lang Komödie v gespielt", urteilte unmittelbar nach seinem Tode einer seiner persönlichen B kannten über ihn. „Es macht Spaß, zuzusehen, wie er unter seiner Vermu mung innerlich lacht und die Lippen zusammenkneift; dann ergreift plötzlich ein panischer Schrecken vor diesem phantastischen Theater unter sein Nachtmütze, und er entflieht, Stühle und Kulissen umwerfend", und wie will man an Heine denken.

So ist Stendhal in den Werken, die er bis zu seinem Tode im Jahre 18 schuf, Enthusiast und Skeptiker zugleich. Die Lehren der französischen M terialisten des achtzehnten Jahrhunderts, eines Helvetius und eines Caban vornehmlich, erleichterten es ihm, die Enttäuschung zu konstatieren, die Bodensatz der revolutionären Periode zurückgeblieben ist. In der Tat Stendhal der Meister der Analyse und hat in der Kunst der Seelenzerglie rung Erstaunlicheres geleistet als die modernen Zerfaserer der menschlich Psyche, die fünfzig Jahre nach seinem Tode auf den Plan traten; im Seh und Darstellen ist er der erste große Realist unter den Franzosen: die Schlach schilderung in der „Kartause von Parma" in ihrer pathosfreien Unerbittlichk könnte von Zola stammen, und Tolstoi hat bekannt, daß er aus ihr zum erst Male eine Schlacht wirklich kennen gelernt habe. Im Stile hat Stendhal nich vom Romantiker an sich: er ist scharf und klar und dabei von ausgepräg Plastik — um möglichst schlicht schreiben zu können, pflegte der Dichter vor de Arbeiten jeden Morgen ein bis drei Seiten im Bürgerlichen Gesetzbuch zu lese

Es war nicht in erster Reihe die psychopathologische Veranlagung, sondern Zeit, in der das Gewöhnliche auf den Thron gehoben wurde und die teste Moral wie kleine Münze von Hand zu Hand ging, die Stendhal Ungewöhnlichen greifen und zum Immoralisten werden ließ, an dem Nietzsche seine Freude hatte. Vorbildlicher als in der „Kartause von rma", den „Renaissance-Novellen" oder dem Buche „Über die Liebe", das en feinen psychologischen Betrachtungen über den Entwicklungsprozeß des esgefühls seinen kulturhistorischen Wert als Schilderung der Frau am inn des neunzehnten Jahrhunderts behalten wird, tritt dieses Moment in berühmtesten Roman Stendhals, „Rot und Schwarz",[1] zutage, der ethes ausdrückliches Lob fand. Wenn im Mittelpunkt dieses Romans, er achtbaren Sittenschilderung der französischen Restaurationszeit, ein Jüng- g steht, der wegen des Mordversuchs auf eine geliebte Frau auf dem afott endet, und dieser Jüngling der Held der Erzählung in jedem Sinne Wortes ist, so einmal aus dem Gefühl der Reaktion heraus:

> O, daß ich große Laster säh',
> Verbrechen, blutig, kolossal —
> Nur diese satte Tugend nicht
> Und zahlungsfähige Moral!

Dann aber war für Stendhal dieser Held in einer lauen, kraftarmen und inkrämerhaften Zeit der Träger der kapitalistischen Energie, die, wenn nur nsatz lohnt, nicht Tumult und Streit noch Galgen und Rad scheut. Nicht ar, als ob Julian Sorel, der Bauernbursche in einer ländlichen Kleinstadt Besançon, der von einem Landpfarrer im Lateinischen unterrichtet wird, ch einem Sitz in den Reihen der Bankiers, Börsen- und Eisenbahnkönige d Kohlen- und Eisenbergwerksmagnaten strebte, die über die Barrikaden Julirevolution zur Macht gelangen; bei ihm schlägt die Energie vielmehr Geistige, aber es ist *kapitalistische* Energie, denn er will als Individuum chkommen, sein Ich, losgelöst von allen Banden, hochbringen um jeden Preis, t jedem Mittel, auf Kosten aller anderen. Von Kindheit an hat er Stunden Begeisterung, an Rousseaus Bekenntnissen und den Bulletins der großen mee hat er sich berauscht, aber sein liebstes Buch ist das Memorial von . Helena. Zwischen sich und großen Taten sieht dieser Bauernjunge nur n Mangel an Gelegenheit, und fast alle Tage ist Sturm bei ihm. „Unter apoleon I. wäre ich Sergeant geworden", reflektiert er, und ein andermal: Damals wäre ein Mann wie ich gefallen oder mit sechsunddreißig Jahren eneral geworden." Aber da die Redekünste den Tatendrang des Kaiserreichs gelöst haben, will er Priester werden und sich mit der Heuchelei den Weg m Gipfel bahnen, den er sich mit dem Degen nicht bahnen darf: er steht bei in der Krämerwelt so fremd wie Stendhal selbst, er ist „zu anders". ls der Achtzehnjährige Hauslehrer bei den Kindern eines Fabrikanten seines tädtchens wird, nimmt er die Frau des Hauses, wie man eine Festung mmt — ohne Liebe, mit dem Ehrgeiz der zusammengebissenen Zähne, bald er überwältigt ihn die Liebe zu dieser Frau. Aus dem Priesterseminar, in

---

[1] In trefflicher Übertragung und schöner Ausstattung sind Stendhals Ausgewählte Werke vor kurzem im Verlag von Eugen Diederichs-Jena erschienen. Band I und II: Rot nd Schwarz. Band III: Über die Liebe. Band IV: Renaissance-Novellen. Band V: Be- nntnisse eines Egotisten. Band VI und VII: Die Kartause von Parma.

dem es einsam ist, kommt er als Privatsekretär zu einem Minister des Kön
steigt in dessen Vertrauen und gewinnt die Liebe der Tochter dieses Minis
die sich ihm rückhaltlos gibt. Auch diese Liebe ist ungewöhnlicher Art. Math
liebt, um „in diesem Jahrhundert, wo alle Energie tot ist“, in der L
„Sensationen zu finden“, und Julian hält sie, „um ihrem Reiz die Krone
zusetzen, für eine Katharina von Medici. Nichts war für den Charakter,
er ihr verlieh, tief oder ruchlos genug.“ Als er gerade unter den Flüchen
Vaters Mathilde geheiratet hat, treibt ihn ein Brief der einst geliebten F
an den Minister, der seinen Charakter in schwärzeste Farben taucht, mit
pferden nach der Kleinstadt, in der er seine Kindheit verbracht: er schießt in
Kirche, als der Priester die Monstranz hochhält, auf Frau de Rênal und t
sie an der Schulter. Nachdem, im Gefängnis, ist ihm, als habe er eine Pfl
erfüllt, und nun, da durch eine Tat, die freilich sein Leben kosten wird,
Spannung seines Ehrgeizes gemildert ist, fühlt er sich des Heroismus mi
Bei aller Berechnung und Reflexion hat ihn stets das Selbstgefühl des Ph
tasiemenschen verblendet. „Seelen, die derartig leicht erregbar sind, tau
höchstens zum Künstler.“ Aber erst als er mit dem Leben abgeschlossen hat,
der Künstler in ihm auf: im Gefängnis bewundert er die Anmut und Zierl
keit der Architektur des Turmes, worin er sein Todesurteil erwartet, und „
er in den Gerichtssaal trat, fiel ihm die Eleganz der Architektur auf. Es
rein gotischer Stil, eine Menge hübscher kleiner Säulen, mit größter Sorg
in Stein gehauen. Er glaubte sich in England.“ Die nachsichtige Stimmu
der Richter und Geschworenen, alle bourbonisch bis auf die Knochen, versche
er sich durch seine Verteidigungs- oder vielmehr Anklagerede, in der er sie
Klassenjustiz zeiht: „Ich sehe Männer, die ohne Nachsicht gegen meine Juge
die vielleicht Mitleid verdient, in mir eine Klasse junger Leute strafen u
entmutigen wollen, die niedrig geboren und durch Armut in gewisser Hinsi
unterdrückt sind, aber das Glück haben, eine gute Bildung zu besitzen, u
die Kühnheit, sich in Dinge zu mischen, die der Stolz der reichen Leute
Gesellschaft nennt. Das ist mein Verbrechen, und es wird um so streng
bestraft werden, als ich tatsächlich nicht durch meinesgleichen gerichtet werd
Diese Rede, eine Apologie der freien Konkurrenz, bringt ihm die Todesstr
ein. Als das Urteil verkündet wird, zieht er die Uhr und sagt sich, ganz
Sinne der rationalistischen Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts: „A
in drei Tagen zu dieser Stunde werde ich wissen, was ich von dem groß
Vielleicht halten kann.“ Und mit Gleichmut besteigt er das Schafott, auf da
sein junges Haupt fällt.

Stendhal wollte eine Geschichte der Energie in Italien schreiben; er
nicht dazu gekommen. Aber „Rot und Schwarz“ ist ein Ausschnitt aus d
Geschichte der bürgerlichen Energie in Frankreich zur Restaurationszeit, u
Julian Sorel ist der urbildliche Vertreter dieser bürgerlichen Energie. Vi
leicht hat ihn der Dichter nicht ohne Absicht der Klasse entnommen, aus d
sich die Revolutionsheere zusammensetzten.

Rein literarisch betrachtet aber gehört Stendhal zu den großen Meiste
des Romans, deren Reihe mit ihm anhebt und fortgesetzt wird von Balz
Flaubert, Maupassant und Zola, und durch die auf das Frankreich des neu
zehnten Jahrhunderts ein ähnlicher Glanz fällt, wie durch Gemälde, Skul
turen und Paläste auf das Italien des sechzehnten Jahrhunderts.

Die Entwicklung des Weltalls.

Von **Anton Pannekoek.**

3. Die Nebeltheorie.

Von dem Augenblick an, wo die Erde als Planet, als Mitglied des
nensystems erkannt war, konnte die Frage nach ihrer Entstehung nur be-
delt werden als die Frage nach der Entstehung des ganzen Sonnen-
ems in seiner heutigen Gestalt. Eine Lösung dieser Frage versuchte zuerst
it in seiner 1755 erschienenen „Allgemeinen Naturgeschichte und Theorie des
nmels".

Das Sonnensystem zeigt eine besondere Ordnung: die Planeten bewegen
alle in ungefähr kreisförmigen Bahnen, die nahezu in einer Ebene liegen;
der Nähe der Sonne sind sie kleiner und dichter zusammengedrängt, weiter
der Sonne ab liegen sie weiter auseinander und sind größer. Sie be-
zen sich alle in derselben Richtung von West nach Ost; auch ihre Monde
vegen sich in dieser Richtung, und die Achsendrehung, soweit bekannt, findet
der gleichen Richtung statt. Woher dieses Regelmaß? Woher kam es, daß
ht einige Planeten in der entgegengesetzten Richtung herumlaufen oder in
z schiefen oder in sehr länglichen Bahnen?

Die einzige Antwort konnte bis zu Kants Theorie nur sein: In der Welt-
öpfung hat der Schöpfer das alles absichtlich so regelmäßig und zweckmäßig
gerichtet. Kant wollte nun den Nachweis führen, daß diese zweckmäßige
dnung ganz natürlich entstanden sei durch das Wirken der bekannten Natur-
fte. Besser und in den Einzelheiten einwandfreier — denn die Ausführungen
nts enthalten viele Unklarheiten und Verstöße gegen die mechanischen
setze — wurden dieselben Gedanken nachher, unabhängig von ihm, von
n französischen Mathematiker Laplace in seiner „Darstellung des Welt-
tems" ausgearbeitet. Daher wird diese Theorie in der Regel als die
nt-Laplacesche Nebeltheorie und meist nach der Fassung Laplaces wieder-
geben.

Sie nimmt an, daß ursprünglich an der Stelle des heutigen Sonnen-
tems mit seinen getrennten Körpern eine Nebelwolke bestanden habe, die
i ganzen Raum bis zu den äußersten Planeten einnahm. Da die Materie,
nun in den Körpern der Sonne und der Planeten zusammengedrängt ist,
sen großen Raum ausfüllte, mußte sie außerordentlich dünn und fein ver-
lt sein, also eine Dunst- oder besser Gaswolke bilden, deren große Hitze den
sförmigen Zustand und die große Ausdehnung verursachte. Mit dem Ab-
hlen der Nebelmasse zog sie sich zusammen, indem ihre Teilchen der gegen-
tigen Anziehung nachgaben und sich einander näherten.

Nun drehte sich die Masse von Anfang an um eine Achse; durch das Zu-
nmenschrumpfen wurde die Drehung rascher, und infolge der Zentrifugal-
ift trennten sich die äußersten, in raschestem Umschwung begriffenen Teile
n der Hauptmasse. Während diese zusammenschrumpfte, drehten sich jene
s Ring, in einiger Entfernung von ihrer Oberfläche, um sie herum. Ein
lcher Ring wird in der Regel in Teile zerfallen, sich zu einigen Körpern
sammenballen; diese Teile des Ringes behalten ihre alte Bewegung bei, die
früher als Teile des drehenden Nebels hatten, und kreisen als Planeten
n die Hauptmasse. Schließlich indem sie einander einholen und begegnen,

verschmelzen sie zu einem einzigen Körper, der durch allmähliche Verdichtu zu einem kleinen festen Planeten wird. Dieser fährt dann selbstverständlich f sich in derselben Ebene um die zentrale Masse zu bewegen, wie sich das Gaz von Anfang an um seine Achse drehte.

Die zentrale Masse zieht sich nun weiter zusammen, dreht sich dabei imm rascher, und nach geraumer Zeit löst sich wieder ein Ring von ihr ab, der einem Planeten wird und weit innerhalb der Bahn des vorigen Plane liegt. So wiederholt sich die Loslösung von Ringen immer aufs neue u immer näher dem Zentrum; nacheinander bilden sich die verschiedenen P neten, während die Zentralmasse immer kleiner und dichter wird. Sie bil die Sonne, die im Zentrum der Planetenbahnen steht. Nun kann sich a noch bei jedem Planeten, bevor er hart und fest geworden ist, ein ähnlic Vorgang abspielen; so entstehen die Monde, die um die Planeten heru laufen. Auf diese Weise erklärt sich die besondere Ordnung im Sonnensyst und das Regelmaß in den Bewegungen der Planeten ganz einfach; es i kein Wunder, wenn sich bei diesem gemeinsamen Ursprung aus dem drehen Urnebel die Planeten alle in derselben Richtung und ungefähr in einer Eb bewegen, daß die inneren Planeten, die sich aus einer schon kleineren Neb masse gebildet haben, kleiner und einander näher sind als die äußeren.

Die Erde hat sich also auch einmal aus einem Teile des Urnebels gebil der, nachdem er den Mond von sich abgespalten hatte, allmählich zusamm schrumpfte und zu einem dichten, festen Körper wurde. Mit dieser Auffassu stimmten später die Ergebnisse der geologischen Forschung überein: die gr Hitze im Erdinnern und das gleichmäßige warme Klima, das ehedem über ganze Erde verbreitet war. Danach war die Masse, aus der sich die Er bildete, eine heiße Gasmasse; das Zusammenschrumpfen ging mit einer A kühlung zusammen, wobei die äußeren Schichten allmählich fest und h wurden. Sobald sie so weit gekühlt waren, daß sich flüssiges Wasser in Meer sammelte, entwickelten sich darin die ersten Lebewesen, aus denen dann ganze Pflanzen- und Tierwelt hervorgegangen ist. Solange die Hitze des Er innern die bedeutendste Wärmequelle für die Oberfläche war, konnte es nirgen ein kaltes Klima geben; erst nachdem die Abkühlung so weit vorgeschritt war, daß die Sonnenstrahlung unsere einzige Wärmequelle wurde, sind d Unterschiede zwischen kalten, gemäßigten und warmen Klimaten entstande. Doch im achtzehnten Jahrhundert war über die geologische Urgeschichte d Erde und über ihre innere Beschaffenheit kaum etwas bekannt; auch steckte d Lehre von der Wärme noch in ihren Anfängen. Es galt nur die räumlich Anordnungen im Sonnensystem zu erklären, und die Änderungen dieser räu lichen Anordnung vom Urnebel bis zum heutigen Zustand bildeten den ganz Inhalt der Nebeltheorie.

Im ganzen und großen entspricht diese Theorie, obgleich sie vor ander halb Jahrhunderten zuerst aufgestellt und deshalb in mancher Hinsicht dur die späteren Resultate der physischen Forschung ergänzt und umgewande werden mußte, noch unseren heutigen Auffassungen. In ihrem allgemein Charakter prägt sich jedoch die Zeit ihrer Entstehung sehr entschieden au Der Entwicklungsgedanke, der sich im neunzehnten Jahrhundert auf alle Gebieten freie Bahn gebrochen hat und die ganze Welt als einen nie au hörenden Prozeß von Umwandlungen betrachtet, gehörte dem achtzehnte Jahrhundert noch nicht an. Das Jahrhundert der bürgerlichen Aufklärun

nte zwar eine Entwicklung in der Vergangenheit, aber nur als Un-
iges, Unvernünftiges, als Vorbereitung für einen schließlichen Endzustand,
in alle Ewigkeit erhalten bliebe. Diese Auffassung beherrschte, wie
gesellschaftliche, so auch die kosmische Theorie des achtzehnten Jahr-
derts.

Aus ganz anderen, unfertigen Zuständen ist durch die Kräfte, die in seinem
nern wirken, das heutige Sonnensystem entstanden. Dieses selbst aber
wie derselbe Mathematiker Laplace in seinen grundlegenden theoretischen
chnungen nachwies, nunmehr stabil, das heißt durch die inneren Kräfte,
in dem fertigen System wirken — die gegenseitige Anziehung —, kann es
e großen, tiefgreifenden, sondern nur noch geringfügige, hin- und zurück-
jende Änderungen erfahren.

Bücherschau.

ly Braun, **Im Schatten der Titanen.** Ein Erinnerungsbuch an Baronin Jenny
v. Gustedt. Verlag von George Westermann in Braunschweig. 412 Seiten. Preis
5,50 Mark.

Börne schreibt einmal über Goethe: „Bürger einer freien Stadt, erinnert er
nur, daß er Enkel eines Schultheißen ist, der bei der Kaiserkrönung Kammer-
nste durfte tun. Ein Kind ehrbarer Eltern, entzückte es ihn, als ihn einst als
abe ein Gassenbube Bastard schalt, und er schwärmte mit der Phantasie des
ftigen Dichters, wessen Prinzen Sohn er wohl möchte sein."

Diese Worte Börnes fielen uns unwillkürlich ein, als wir den ersten Teil des
innerungsbuchs an die Baronin Jenny v. Gustedt lasen, der sich ziemlich siebzig
iten lang dabei aufhält, daß die Heldin, die Großmutter der Verfasserin, von
n König Jerome von Westfalen in einem ehebrecherischen Verhältnis mit der
au Diana v. Pappenheim erzeugt worden ist. Und wir glaubten unsere Be-
ken gegen diesen ersten Teil nicht höflicher ausdrücken zu können, als daß wir
gleich unter den „Schatten der Titanen" stellten oder doch des einzigen „Titanen",
in dem Buche auftritt, nämlich Goethes.

Denn der andere „Titan", der seinen „Schatten" hineinwerfen soll, Napoleon,
es nur auf dem etwas weitläufigen Umweg, daß sein Bruder Jerome eben mit
Mutter der Heldin zärtliche Beziehungen gehabt hat. Die Verfasserin macht es
er engeren und weiteren Familie zum Vorwurf, daß diese den Fehltritt ihrer
min nicht gern an die große Glocke der Öffentlichkeit gehängt sehen möchte, und
tut sich etwas darauf zugute, daß sie den „Gehorsam gegen die Familie" nicht
rch eine „Lüge vor der Öffentlichkeit" erkaufen wolle. Das wäre soweit ganz gut,
nn die Öffentlichkeit irgend ein Recht darauf oder irgend ein Interesse daran
tte, zu erfahren, daß die Baronin Jenny v. Gustedt eine uneheliche Tochter des
nigs Jerome gewesen ist. Ein solches Recht oder ein solches Interesse fehlt aber
llständig, selbst wenn man mit der Verfasserin annimmt, das Leben Jenny
Gustedts sei lehrreich genug, die Öffentlichkeit zu beschäftigen. Denn diese
chter Jeromes ist ganz in deutschen Verhältnissen aufgewachsen; sie selbst hat
erhaupt erst, als sie längst Gattin und Mutter war, von ihrem Ursprung er-
hren.

So erübrigt sich denn auch die Rettung, die die Verfasserin an ihrem illegi-
nen Urgroßvater versucht. Sie protestiert dagegen, daß der ehemalige König von
estfalen von „allen Moralpredigern und guten Patrioten als abschreckendes Bei-
iel verderblicher Sündhaftigkeit" geschildert worden sei; da Haß und Neid nicht

an Napoleon selbst herangereicht hätten, so hätte Jerome die Ehre, den Na dieses Halbgotts zu tragen, mit Verfolgung und Verbannung zu bezahlen geh die Verfasserin meint, daß wenn schon die Liebe, die Jeromes legitime Gattin ihn empfunden habe, allen Schmutz fortspüle, den Neid und Haß und böswi Verleumdung auf sein Grab gehäuft hätten, so wasche seine heimliche und Liebe zu Diana v. Pappenheim die letzten Blättchen der bunten Blumen rein, auf diesem Grabe wachsen wollten.

Da scheint uns „die engere und weitere Familie“ aber doch besser berate sein, wenn sie diese „heimliche und stille Liebe“ nicht noch nachträglich dem öff lichen Urteil preisgeben will. In der Tat wird die Verfasserin durch menschlich schöne Zärtlichkeit für ihren Urgroßvater an der unbefangenen Wü gung seiner historischen Taten verhindert. Nicht als ob Jerome Bonaparte manche rühmenswerten Eigenschaften gehabt hätte; die Verfasserin hätte sogar mehr für ihn geltend machen können, als sie tatsächlich geltend macht. Neben Angestammten konnte sich Jerome recht gut sehen lassen. Die Reformen, die e seinem neugebackenen Königreich Westfalen durchführen ließ, mögen mehr als selbst den Beratern zuzuschreiben gewesen sein, die ihm sein Bruder stellte, je falls hat er ihnen nicht den borniert-zähen Widerstand eines Friedrich Wilhelm entgegengesetzt, und er hat auch manches Mal die Interessen seiner „Untertan gegen Napoleon selbst vertreten. Als ein patriotischer Förster auf ihn gescho hatte, begnadigte Jerome den Übeltäter nach kurzer Einsperrung; den Be Napoleons, das Heimatsdorf des Attentäters niederzubrennen, befolgte er n sondern ließ nur die verfallene Hütte des Försters anzünden und meldete Paris: „Dorf Dörnberg brennt.“ Auch hat sich Jerome in der Schlacht bei Wate als tapferer Mann bewährt.

Alles das und noch manches andere läßt sich für Jerome anführen, und licherweise muß man anerkennen, daß auch die „patriotische“ Geschichtschreib seine mancherlei guten Seiten nicht verschweigt. Was sie gegen ihn ins Feld fü ist wesentlich nur seine ausschweifende Liederlichkeit, wobei sie auch unpartei genug ist, den mildernden Umstand hervorzuheben, daß die teutschen Frauen Jungfrauen, bürgerliche wie namentlich adelige, dem olivenfarbigen Fremd brünstig entgegengekommen sind. Gerade hier aber, wo der Sturm am schwierig ist, legt die Verfasserin ihre Sturmleitern an. Sie meint mit schüchternem Errö ihr Urgroßvater sei „kein prinzipienfester Tugendbold“ gewesen; „der antike Sch heitskultus von Florenz, der Stadt seiner Ahnen, schien vor allem wieder in lebendig geworden zu sein“; mit dem Maße des Kleinbürgers gemessen, sei er Verschwender gewesen. Aber das sind doch allzu zärtliche Umschreibungen der einmal unanfechtbaren Tatsache, die Urgroßonkel Napoleon, der am Ende doch Kleinbürger und auch mit dem „antiken Schönheitskultus“ erblich belastet war, St. Helena in den Worten zusammenfaßte: „Jerome war ein Verschwender, de Ausschweifungen schreiend gewesen sind; er hatte sich der Liederlichkeit bis z Ekel ergeben.“

Und am wenigsten dachte dieser Bruder Lustig bei seinen zahllosen Lie abenteuern an „heimliche und stille Liebe“; gerade sein Verhältnis mit Di v. Pappenheim war so land- und stadtkundig, daß sich die bayerische, ehem reichsunmittelbare Familie Pappenheim, namentlich bekannt durch den so geschei wie verwegenen Reiterführer des Dreißigjährigen Krieges, zu der Erklärung anlaßt sah, sie sei mit dem norddeutschen Krautjunkergeschlecht gleichen Namens keiner Weise verwandt.

Wenn somit der erste Teil des Erinnerungsbuchs an Jenny v. Gustedt: „A Bonapartes Stamm“ eine unbegreifliche Geschmacklosigkeit ist, so wird schon zweite Teil weit genießbarer. Zwar führt der Titel: „Unter Goethes Augen“ a noch einigermaßen irre; von Goethe selbst erfahren wir sehr wenig, und Wenige ist von geringer Bedeutung; auch fehlt es nicht an manchem dekorati

sputz, der unter der Hand zerbröckelt, sobald man ihn auf seine Haltbarkeit ist. Wenn Jenny v. Pappenheim, eben die Tochter Jeromes und spätere Baronin Gustedt, im November 1826 aus ihrer Straßburger Pension nach Weimar kommt, ihre Mutter inzwischen den großherzoglichen Minister v. Gersdorff geheiratet te, und noch „öfters“ zu Frau v. Stein, der einstigen Geliebten Goethes, ein-aden sein, sie „alt, schweigsam, freundlich hinter einem grünen Lampenschirm, end ein Werk Goethes vor sich“, gesehen haben will, so waltet hier wohl eine nnestäuschung ob, denn Frau v. Stein starb, beiläufig im Alter von 84 Jahren, 6. Januar 1827. Auch daß Schopenhauer in dieser Zeit, von 1826 bis 1838, ar selten, aber doch häufig genug zum Besuch seiner Mutter nach Weimar ge-nmen sein soll, um gründlich zu mißfallen, stimmt nicht mit dem, was die Bio-aphen Schopenhauers zu berichten wissen; er war schon lange vorher mit seiner utter gänzlich zerfallen.

Indessen das sind verhältnismäßig nur Kleinigkeiten. Das Weimarer Leben der letzten Zeit Goethes wird in seinen allgemeinen Zügen recht lebendig; „eine öne Mondscheinnacht mit mildem, hohem, die Landschaft verklärendem Lichte“, e die Heldin selbst sagt, die sich trotz ihrer Stellung als Hoffräulein zu einem isten, nachdenklichen, tapferen Wesen entwickelt. Sie ist eng verflochten, wenn ht mit dem Leben Goethes selbst, so doch mit dem Leben seines Sohnes, seiner hwiegertochter, seiner Enkel, unglücklicher Menschen durchweg, die in dem ahlenden Glanze ihres Namens verkümmern; sie selbst aber dauert aus, obgleich e unglückliche Liebe ihrem Herzen eine tiefe und nie vernarbte Wunde schlägt; diesen Weimarer Tagen erwirbt sie eine humane Bildung, die nun fünfzig Jahre ng das Glück und die Qual ihres Lebens wird.

Wie das junge Mädchen, das nicht nur in seiner leiblichen Schönheit, sondern ch nach Geist und Charakter nicht unwürdig war, daß Goethes Augen mit Wohl-fallen auf ihm ruhten, die Gattin eines ostelbischen Junkers wird und die Mutter es Geschlechtes, das vom Näseln des Gardeleutnants bis zum Mauscheln des örsenjobbers in allen Melodien der neudeutschen Reichsherrlichkeit schwelgt, wie enny v. Gustedt in beharrlichem stillen Kampfe gegen dies Banausentum Opfer n Opfer bringt und sich in immer neuem Entsagen zu einer Hoheit der Gesin-ung läutert, die ihr eigenes Leid in das große Leid der Menschheit versinken läßt: Das Elend der Schuldlosen — das gräßlichste Rätsel der Welt! In den Dorf-ten hockt es und sieht mich aus blöden Augen an, und in den Fischerhütten am trand, wo ein hartes Geschlecht in ständigem Kampfe mit Wasser und Wind um s bißchen armseligen Lebens ringt, schreit es mir entgegen, daß aller Rest von bensfreude davor die Flucht ergreift“ — alles das schildert ergreifend der dritte eil des Buches, der nicht mehr „im Schatten der Titanen“ spielt, aber der weit-s interessanteste Teil ist.

Hier fehlen der Verfasserin — oder richtiger der Herausgeberin, denn die Auf-tze und Briefe der Heldin sind ja das Rückgrat des Buches — auch nicht die skreten Farben, die der erste Teil des Buches so peinlich vermissen läßt. Nur e Briefe der „hohen Herrschaften“, mit denen das ehemalige Hoffräulein beglückt orden ist, hätten wegbleiben können; je mehr man sich für die Heldin erwärmt, n so unangenehmer berührt der banale Schwatz dieses fürstlichen Geschreibsels. uch die Tatsache, daß die Verfasserin als Kind zu „Kronprinzens“ eingeladen orden ist, scheint uns kein integrierender Bestandteil der Zeitgeschichte zu sein, er falls sie annehmen sollte, daß die Nachwelt darüber ehrerbietiger urteilen wird s die Mitwelt, so hätte sie dies Detail ihrer Enkelin zur biographischen Verwen-ung überlassen sollen.

Die Streichung dieser und einiger ähnlichen Dinge, dann der fürstlichen Briefe nd namentlich des ganzen ersten Teiles würden in einer künftigen Auflage des uches das Bild der Heldin um so fesselnder hervortreten lassen.

Wilhelm Herzberg, **Das Hambacher Fest.** Geschichte der revolutionären B
strebungen in Rheinbayern um das Jahr 1832. Mit 12 Abbildungen. Ludwi
hafen a. Rh. 1908. Verlag von Gerisch & Komp. 259 Seiten.

„Und dennoch bekundete das Fest von Hambach einen großen Fortschritt." s
Heinrich Heine, nachdem er die Lauge witzigen Spottes darüber ergossen hatte, d
die Patrioten von Hambach sich für inkompetent erklärt hätten, im Namen von g
Deutschland eine Revolution zu beginnen.

In gleichem Sinne möchten wir die Schrift Herzbergs als eine sehr danke
werte Gabe begrüßen, obgleich ihre reichhaltigen Beiträge zur Geschichte des Ha
bacher Festes kaum das historische Urteil über dies Fest ändern werden, so wie
einer seiner besten Teilnehmer, unser alter Johann Philipp Becker, in dem Ve
formulierte: „Und ob der Himmel wetterschwül In Flammenzeichen krachte, Verl
im großen Festgewühl Der Freiheitsmai ganz sachte." Neben Johann Phili
Becker, der für Deutschland der rüstigste Vorkämpfer der Internationalen Arbeit
assoziation werden sollte, sprach in Hambach am klarsten, kräftigsten und revo
tionärsten Karl Heinrich Brüggemann, der wegen dieser Hambacher Rede von ein
preußischen Gerichte zum Tode durchs Rad verurteilt wurde, später aber bis zu
leitenden Genius der „Kölnischen Zeitung" gedieh, ohne daß man sagen dürf,
daß er die Ideale seiner Jugend in der häßlichen Weise verraten hätte, wie etw
Karl Mathy, der ebenfalls in Hambach mittagte.

Die revolutionäre Bewegung, die sich unter dem Eindruck der französisch
Julirevolution in Rheinbayern entfachte, war in sich noch sehr unklar und führ
die verschiedensten Elemente zusammen; es ermüdet ein wenig, sich durch ih
rednerischen und schriftstellerischen Kundgebungen durchzuarbeiten, wie sie in He
bergs Schrift gesammelt sind. Dennoch darf man sich diese Mühe nicht verdrieß
lassen, wenn man ein richtiges Bild der damaligen Vorgänge gewinnen will. W
stehen nicht an, eine Ehrenpflicht der deutschen Sozialdemokratie darin zu sehe
daß sie ihren revolutionären Vorläufern gerecht wird, mag sie noch so weit üb
sie hinausgekommen sein. Immer standen die pfälzischen Revolutionäre von 18
turmhoch über dem reaktionären Gesindel der damaligen Zeit, geschweige denn üb
den liebedienerischen Geschichtschreibern, die sich heute bemühen, das Andenken d
Männer von Hambach zu verunglimpfen. Nicht zu ihren Gunsten die Geschich
zu fälschen, kann unsere Aufgabe sein, aber wo zu ihren Ungunsten die Geschich
gefälscht wird, dürfen wir nicht schweigen.

Die Art, wie Herzberg seiner Aufgabe gerecht geworden ist, verdient all
Lob. Daß er das Hambacher Fest vielleicht ein wenig in seiner historische
Bedeutung überschätzt, ist eine unvermeidliche Beigabe solcher Monographien, d
eher als Vorzug denn als Fehler gelten darf; ohne eine gewisse Liebe des Ve
fassers für die Sache geraten solche historische Darstellungen nicht. Gelegentli
kommen kleine Versehen vor, so wenn auf Seite 49 Wirth als Schulgenosse Jea
Pauls genannt wird; Jean Paul war gerade ein Vierteljahrhundert älter al
Wirth. Auch ist Weitling nicht, wie Seite 139 angegeben wird, 1798 geboren
sondern 1808. Der Versuch, nachzuweisen, daß die „erste sozialistische Internationale
aus dem „rheinbayerischen Preßverein hervorgegangen" sei, hätte — wenn er über
haupt unternommen werden sollte — ausführlicher durchgeführt werden müsse
um Mißverständnisse auszuschließen; Weitling hat schon zehn Jahre nach der
Hambacher Feste die heftigsten Kämpfe mit dem „Samen von Hambach" und nament
lich auch mit Wirth, der neben Siebenpfeiffer der Hauptheld des Hambacher Feste
war, zu führen gehabt.

Doch dies und einiges Ähnliche kann den Wert der Schrift in keiner Weis
beeinträchtigen. Sie darf den Arbeitervereinsbibliotheken um so eher empfohle
werden, als sie in weiterem Sinne des Wortes auch ein Beitrag zur Partei
geschichte ist.

---

kob Brod, **Der Bürgerkrieg.** Sozialhistorisches Drama in fünf Aufzügen. Wien 1908. Im Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, VI, Gumpendorferstraße 18. 158 Seiten.

Dieser Versuch, die Kämpfe der Pariser Kommune von 1871 dichterisch zu ver-
:en, ist ebenso gut gemeint und bleibt der historischen Wahrheit ebenso treu, wie der praktischen Bühnenkenntnis und leider auch der dramatischen Gestaltungs-
ſt entbehrt. Den Nachweis dafür im einzelnen zu führen, glauben wir uns ver-
en zu sollen, da wir einen Irrtum, der höchst anerkennenswerten Gründen ent-
ingt, nur in der schonendsten Weise zurechtstellen möchten. Aber ihn zu ver-
veigen oder auch nur zu beschönigen, hieße unserem ästhetischen Gewissen einen
erlaubten Zwang antun. So offenbar der Fehlgriff ist, so darf es für den Ver-
:er Trostes genug sein, daß er ihn nicht in aufdringlichem Dilettantentum, sondern aufrichtiger Begeisterung für eine große Sache getan hat.

---

inrich Michalski, **Der Sieg der Stärkeren.** Roman. Mit einer Einleitung von Julius Hart. Berlin, Verlag von Wedekind & Komp. 360 Seiten. Preis 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Der Sieg der Stärkeren — das ist der Sieg der Philister über das Genie. s Genie kommt um durch einen Pistolenschuß, während sich die Philister ver-
ügt an die Tafel des Lebens setzen, darunter auch die Geliebte des Genies, die getröstet, mit einem halbkomischen Spießer durchs Leben zu wallen.

Als Dichtung ist dieser Roman noch recht unreif, aber er enthält manche pitel, die von einem unverkennbaren Talent zeugen. Sein schlimmster Fehler ist Held, der nicht nur alle Beweise dafür schuldig bleibt, daß er ein Genie ist, dern es nicht einmal zu zeigen weiß, wodurch er sich den Philistern lästig cht. So erscheint er durchaus als Schwächling, um nicht zu sagen als Schwach-
f, und man empfindet es schließlich als eine ganz vernünftige Einrichtung Gesellschaft, daß solchen Leuten gegenüber die Philister immerhin noch die tärkeren" sind.

Diesen schweren Mangel bemerkt auch Julius Hart, der dem Roman ein pfehlendes Vorwort mitgegeben hat. Er sagt: „Wir erfahren gar nicht, was denn eigentlich der Hertwig Martins zuschulden kommen ließ, und wodurch er n verlorenen Sohn wurde. Dem Diaboliker, Künstler, der ganz und gar kein hl aus sich macht, der die Höllenabgründe und Satanismen seiner Natur aller elt preisgibt und seiner Sünden und Perversitäten hohnlachend sich rühmt, legt Moralist und Vernunftmensch die Hand auf den Mund, daß er nicht so ohne tschweife reden soll." So meint Julius Hart denn, daß dieser dichterischen Ge-
lt bewußt und unbewußt das Gepräge des Dekadenten aufgeprägt sei.

Darüber ließe sich schon eher reden, wenn nur Julius Hart nicht fortführe wie gt: „Ein tieferes kritisches Gefühl wird dieses Buch mit der lebhaftesten Anteil-
hme als eine Selbstbekenntnisschrift der modernen Dichtung lesen, als eine hetische Merk- und Denkwürdigkeit, und was zwischen den Zeilen zu lesen ist, selt zuletzt noch mehr, als was in den Zeilen steht. Auch aus diesem Buche t ein Verzweiflungsschrei hervor, der Klageruf des leidenden Menschen unserer it; und wenn seine Dichtung heute noch mit dem rein Künstlerischen nicht völlig tig geworden ist, so ist gerade diese unruhige unfertige Kunst der eigentliche sdruck der zeitgenössischen Kunst und eines Zeitmenschen, der das Leben von wirft, weil er sieht, daß er nicht mit ihm fertig werden und es nicht meistern m." Wäre dem so, dann könnte einem die „moderne Dichtung" aufrichtig d tun.

Gar so arg ist es nun aber doch nicht. Der Verfasser des Romans hat offenbar erlei Konflikte mit seiner kleinbürgerlich-philiströsen Umgebung gehabt, die sich

seiner jugendlichen Phantasie ins Nebelhafte und Wesenlose vergrößern. Diese U
gebung selbst bringt er aber mit einem recht achtbaren Talent heraus, so daß m
sehr wohl sein Verlangen begreift, sich von ihr zu emanzipieren. Allein wenn
mit einem Pistolenschuß davon nicht loskommt — denn wir dürfen annehmen, da
noch seelenvergnügt unter den Lebenden wandelt —, so auch nicht mit dem sentim
talen Trödel des Herrn Julius Hart, dem gegenüber die Philister allerdings n
nur den „Sieg", sondern auch das „Recht der Stärkeren" besitzen. Denn wer i
Auge scheu abwendet von den großen Kämpfen der Zeit, denen gegenüber der „V
zweiflungsschrei des leidenden Menschen" nur ein kümmerlicher Seufzer ist, gä
in jene unruhige und unfertige Schwäche, der sogar die robuste Beschränktheit e
Spießers noch überlegen ist.

Des François Rabelais Pantagruel. Erstes Buch. Verdeutscht von Engelb
Hegaur und Dr. Owlglaß. München 1907, Verlag von Albert Lan
139 Seiten. Preis 2,50 Mark.

Rabelais ist wohl der nationalste Schriftsteller der französischen Literatur g
nannt worden, in dem immerhin beschränkten Sinne, daß man Franzose sein mü
um ihn ganz zu verstehen und wirklichen Geschmack an ihm zu finden; Karl Hi
brand, der lange Jahrzehnte in Frankreich gelebt hat, ein intimster Kenner fr
zösischen Geistes war und sich selbst zu einer „fast allzu ausschließlichen Bewund
rung" für dessen große Träger bekennt, gesteht dennoch, kein rechtes Verhältnis
Rabelais gewinnen zu können.

Dem scheint nun freilich zu widersprechen, daß der berühmte Satiriker d
sechzehnten Jahrhunderts gerade in Deutschland seinen genialsten Übersetzer n
sowohl, als seinen ebenbürtigen Nachahmer in Johann Fischart gefunden h
dessen Hauptwerk, die „Affenteuerliche, naupengeheuerliche Geschichtsklitterung, v
Thaten und Rathen der vor kurzen langen Weilen vollen wol beschreiten Hel
und Herren Grandgusier, Gargantua und Pantagruel" dem Gargantua und P
tagruel von Rabelais nachgebildet worden ist. Selbst ein so beschränkter u
orthodoxer Literarhistoriker wie Vilmar findet den Meister vom Schüler übertrof
so daß man, wenn man von Fischart auf Rabelais zurückkehre, diesen kaum
einen Satiriker zu halten geneigt sei, und jedenfalls hat Vilmar recht, wenn
meint, wer nicht Fischarts Gargantua kennen und verstehen gelernt habe, der s
sich nicht einbilden, das Deutschland des sechzehnten Jahrhunderts zu kennen.

Tatsächlich trifft dieser Einwand aber nicht zu, weil auch Fischart jahrhunde
lang in Deutschland vergessen gewesen ist und selbst heute noch nicht entfernt d
Ansehen und namentlich die Verbreitung eines nationalen Klassikers genießt; M
zitiert ihn in seinen Streitschriften gern und oft, aber man wird kaum noch ein
großen modernen Schriftsteller nennen können, von dem sich das gleiche sa
ließe. Dagegen ist Rabelais in Frankreich immer überaus populär geblieben, du
alle Geschmacksumwälzungen der Jahrhunderte hindurch; sein Werk ist wieder u
wieder aufgelegt worden und hat unzählige Kommentare hervorgerufen; es ist
Mittelpunkt einer weitschichtigen Literatur, die sich immer noch vermehrt, und
hat Rabelais auch in Deutschland mehr Übersetzer gefunden, als Fischart bis j
Herausgeber.

Was dennoch seine Einbürgerung in Deutschland erschwert, das ist nicht sow
die Schwierigkeit, die Satire zu verstehen, die er in den Tagen der Renaissan
einer Zeit der mächtigsten Umwälzungen, gegen die Torheiten und Verkehrthei
einer überlebten Welt gerichtet hat. In dieser Beziehung ist mit dem Aufwa
eines ebenso großen wie unfruchtbaren Scharfsinns viel in Rabelais hineingeheim
worden, was er ganz und gar nicht im Sinne gehabt hat; darüber herrscht he
ziemliche Übereinstimmung. Wer sich in der Geschichte der Renaissance einigermaß
umgetan hat, begegnet insoweit keinen großen Schwierigkeiten des Verständnis

Rabelais; an der geistigen Entladung seiner mächtigen und urgesunden Natur
d man vielmehr die ungeheure Lebenskraft messen, die damals explodierte.
Es sind vielmehr zwei andere Hindernisse, die dem Deutschen ein rechtes Ver-
nis für Rabelais erschweren. Das ist zunächst seine Freude am Kot — nicht
moralischen Kot, denn in geschlechtlichen Verhältnissen wird er nirgends un-
ber —, sondern am physischen Kot, den er unermüdlich herankarrt, um damit
sagen sein ganzes Buch zu verbarrikadieren. Rabelais entwickelt darin eine
ialität und Virtuosität der Phantasie, die in ihrer Art wirklich bewunderns-
t ist, aber den deutschen Geschmack auf die Dauer anwidert und ermüdet, wobei
stverständlich irgendwelcher Prüderie nicht das kleinste Zugeständnis gemacht
den soll; es ist eben nur zu viel des Schmutzes, und was dem französischen
schmack erträglich sein mag, weil Rabelais seit manchem Jahrhundert mit der
riole eines nationalen Klassikers umgeben ist, das ist für unseren Geschmack un-
räglich, weil wir daran nicht gewöhnt sind.

Dann aber hat er auch um den unsterblichen Kern seines Werkes eine solche
sse nicht unreinlichen, aber lästigen Gerölls und Gesträuchs aufgehäuft, daß Karl
lebrand nicht mit Unrecht meint, es sei die langweiligste und mühseligste Arbeit
Welt, da hindurchzudringen; die Aufzählungen, Wiederholungen, haarspaltenden
hattierungen, eingeschachtelten Parenthesen nähmen so ungeheuerliche Verhältnisse
, daß selbst der unerschrockenste Leser davor zurückbeben oder darin stecken
iben müsse. Bald sind's etwa zweihundert Spiele, bald hundert verschiedene
richte und Getränke, dann selbsterfundene Genealogien und wahre Rottenfeuer
lechtester Kalauer, oder es werden lange Reden mit unendlichen Zitaten gehalten
er einem Menschen unzählige Beinamen beigelegt, und solcher atemraubender
ten und Litaneien enthält das Werk von Rabelais zu Hunderten.

Der erste seiner modernen Übersetzer, Regis, suchte nun seiner Aufgabe gerecht
werden, indem er die altertümliche Sprache des Originals in ähnlichem Deutsch
edergab, die Anstößigkeiten und Roheiten möglichst milderte und verdeckte, übrigens
er durch eine ganze Last fleißiger Anmerkungen und Erläuterungen das Ver-
ndnis des Franzosen zu fördern suchte. So schuf er eine sehr verdienstliche
beit, die heute noch ihren großen Wert hat, aber mehr geeignet ist für den, der
abelais studieren, als für den, der ihn nur genießen will.

Einen anderen Weg schlug Gelbcke ein. Er beschränkte die „allegorisch-historischen
utungen" auf einen schmächtigen Anhang, gab der Sprache nur noch einen leisen
uch altertümlichen Chronikenstils und wählte selbst für die häßlichsten und wider-
ärtigsten Dinge, die in dem seltsamen Buche vorkommen, die einfach gebräuchliche
utsche Benennung, ohne sich durch ein, sei es nun wohl oder übel angebrachtes
rtgefühl beirren zu lassen. Er meinte, die Sache selbst solle und werde ja doch
rstanden werden, jede Umschreibung wie jede bildliche Einkleidung diene aber
r dazu, eine an sich häßliche Vorstellung noch häßlicher zu machen, indem man
mit einer anderen verbinde und dadurch nichts erreiche, als sie zu vervoll-
ändigen, sie mannigfaltiger zu gestalten und die Phantasie noch mehr anzuregen;
mmer besser, man schreitet mit dem kürzesten Wort über den Schmutz hinweg,
s daß man ihn, ängstlich hin und her trippelnd, mit den methaphorischen Zehen
eit tritt". Offenbar hat auch diese Auffassung ihre gute Berechtigung; man hat
i Gelbcke in der Tat den ganzen und unverfälschten Rabelais, nur freilich, daß
in seiner unverhüllten und unverstümmelten Pracht dem deutschen Leser mehr
nd mehr auf die Nerven fällt.

Wieder einen anderen Weg schlagen die neuesten Übersetzer ein, deren Arbeit
ns zur Kritik vorliegt. Sie scheiden, wie sie in einem kurzen Nachwort sagen,
lles „Allegorische, Kommentarbedürftige und Bloß-Zeitgenössische" aus, kürzen „die
isten und den parabolischen Unsinn" und suchen auch durch „kleine Umstellungen"
as „mirakulöse" Büchlein dem Leser von heute zugänglicher und eindringlicher
u machen. Dann aber suchen sie auch sich dem Französischen des Originals durch

ein entsprechendes Deutsch zu nähern und so einen gewissen Schleier über die
und Zynismen zu decken.

Es ist nun durchaus anzuerkennen, daß sie ihre Aufgabe, soweit ihre A
reicht, in geradezu unübertrefflicher Weise gelöst haben. Man wird ihre Leis
nicht ohne großen ästhetischen Genuß lesen und der Art, wie sie Sprache und
beherrschen, die aufrichtigste Anerkennung spenden. Aber ihre eigene Hoffnung,
ihre chirurgischen oder orthopädischen Bestrebungen nicht auf das bekannte Resu
hinauslaufen würden: Operation glänzend gelungen, Patient tot, erfüllt sich
nicht ganz. Gerade in dem, was uns an Rabelais ungenießbar geworden ist,
ein gutes Stück seiner Genialität, und man spürt es nur um so mehr, je mei
hafter dieser Versuch ist, ihn deutschen Lesern genießbar zu machen.

Lose Blätter.

Gelehrte Spreu vorm Winde. In diesen Tagen feierte die bürgerliche P
den hundertsten Geburtstag des Historikers Johann Gustav Droysen, der
Jahre 1884 als Professor der Geschichte an der Berliner Universität starb
daneben das Amt eines brandenburgischen Historiographen versah, das nunm
als sein Nachfolger Herr Schmoller bekleidet. Droysen war nicht der Schlecht
seiner Zunft; er hatte in seiner Jugend mit Arnold Ruge in den „Hallischen Ja
büchern" gekramt, und er hat damals auch manches geschrieben, was heute n
recht lesbar ist, wie namentlich seine Übersetzung des Aristophanes. In
Revolution von 1848 aber schnappte sein historisches Verständnis ab, und
warf sich auf die Geschichtsklitterung zu Ehren des „nationalen Berufs",
die Hohenzollern haben sollten. Dreißig Jahre und länger arbeitete er
seiner „Geschichte der preußischen Politik", für die ihm die, unabhängigen G
lehrten so hermetisch verschlossenen Archive geöffnet wurden, und wenn er sie a
nicht vollenden sollte, so hat er doch etwa ein Dutzend dicke Wälzer davon fer
gebracht.

Was nun an den meist von Professoren der Geschichte verfaßten Artikeln
bürgerlichen Presse zu Droysens hundertstem Geburtstag ganz eigentümlich
rühren mußte, war die einmütige Verurteilung seines Hauptwerkes, eben je
„Geschichte der preußischen Politik", die nach der Versicherung dieser trefflich
Männer einem tendenziösen Phantom nachgejagt sei und heute schon unter d
Staube der Vergessenheit für immer begraben liege. Man würde jedoch sehr irr
wenn man darin einen Anfang der Besserung sehen wollte. Der alte Droysen n
nur erst auf den „nationalen Beruf" der Hohenzollern eingefuchst, von ihr
„sozialen Beruf" wußte er noch nichts; so schildert er den borussischen Militärst
ganz gut, nur daß er der dynastischen Hauspolitik der Hohenzollern nationale Zwe
unterschiebt.

Der borussische Militärstaat stimmt aber verflucht schlecht zum „sozial
Königtum der Hohenzollern", und so muß der alte Droysen daran glauben.
Wetterfahnen auf den Kirchtürmen sind beinahe noch eherne Felsen gegen die G
schwindigkeit, womit die amtlich abgestempelte Gelehrsamkeit Kappe und Kragen
wechseln weiß, je nach dem Winde von oben her.

Was sie produziert, ist immer nur gelehrte Spreu vorm Winde, und an den
die sich heute über Droysen aufblähen, wird sich noch schneller als an ihm d
Dichterwort erfüllen:

> Wirbelwind und trockner Kot,
> Laßt sie drehn und stäuben!

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



.Band Nr. 43 Ausgegeben am 24. Juli 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Schlagen und Vertragen.

Berlin, 18. Juli 1908.

Nach einer Dauer von drei Wochen ist gestern der Meineidsprozeß gegen en Fürsten Eulenburg auf Antrag des Staatsanwalts und unter Zustim- ıung wenn auch nicht des Angeklagten, so doch seiner Verteidiger vom 3erichtshof vertagt worden. Gegen diesen Beschluß läßt sich nichts einwenden ınd wird auch, soweit wir sehen, nirgends etwas eingewandt; da eine Reihe on Ärzten in überzeugender Weise nachwies, daß Eulenburg als schwer ranker Mann nicht verhandlungsfähig sei und eine Fortsetzung der Verhand- ungen ihn mit unmittelbarer Lebensgefahr bedrohe, so entsprach es den Vor- chriften des Gesetzes, die in diesem Falle auch mit den Geboten der Mensch- ichkeit übereinstimmen, daß die Verhandlung vertagt wurde.

Der Staatsanwalt sprach zugleich die Hoffnung aus, daß der Angeklagte ich bald genug erholen würde, um eine gründliche und schnelle Erledigung es gegen ihn schwebenden Strafverfahrens zu ermöglichen, und der Gerichts- ıof hat dementsprechend beschlossen, Eulenburg in Untersuchungshaft zu be- ıalten, und zwar nicht wegen Fluchtverdachtes, der durch Stellung einer mehr der minder hohen Kaution gehoben werden könnte, sondern wegen Kollusions- ıefahr, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß Eulenburg sein endgültiges lrteil empfängt. Der Gerichtshof ist dadurch völlig vor dem Verdacht ge- chützt, als ob er einen hohen Sünder der gerechten Strafe entziehen wolle, vie auch die Leitung der Verhandlungen durch Herrn Landgerichtsdirektor Kanzow — soweit darüber glaubwürdige Berichte in die Öffentlichkeit ge- rungen sind — lebhaft an die Haltung des Herrn Staatsanwalts Kanzow ıegen den armen Koschemann erinnerte, mit dem wesentlichen Unterschied ıewiß, daß Koschemann unschuldig war, während Eulenburg schwer belastet rscheint. Wir sind auch überzeugt, daß Herr Isenbiel mit der Hoffnung, die r aussprach, es durchaus ehrlich meint und daß er, wenn es zu einer Fort- etzung des Strafverfahrens kommt, auf das Schuldig plädieren wird, das er

gestern in der Begründung seines Antrags auf Vertagung der Verhandl
bereits ankündigte.

Ob Eulenburg wirklich schuldig oder unschuldig ist, bleibt nun einstw
dahingestellt. Nach einem alten Rechtsgrundsatz hat er für unschuldig
gelten, solange ihm seine Schuld nicht bewiesen ist, aber damit ist ihm w
geholfen, wie er selbst durch seinen Protest gegen die Vertagung bekun
Mag dieser Protest nun der ehrliche Widerstand eines Unschuldigen oder
schlaue Schachzug eines Schuldigen gewesen sein, so hätte Eulenburg kl
daran getan, ihn bei dem Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu erhe
Bei der Verhandlung hinter verschlossenen Türen ist er am allerschlechte
gefahren, dank der größeren Geriebenheit oder Gewissenlosigkeit, die die Har
presse vor der Eulenburgpresse zu entwickeln verstand, oder auch dank
größeren Zurückhaltung, die sich die Eulenburgpresse auferlegte, weil sie wu
daß Eulenburg ein von seiner Kaste aufgegebener Mann war und seine
urteilung dazu dienen konnte, den arg ramponierten Ruf der preußis
Rechtspflege neu aufzupolieren.

In diesem Zusammenhang möchten wir mit einem Worte auf die A
führungen zurückkommen, die wir vor vierzehn Tagen an dieser Stelle mach
Unsere Bedenken gegen die allzu einseitige Stellung einer Reihe von Pa
blättern gegen Eulenburg sind von diesen Blättern so loyal aufgenom
worden, wie sie gemeint waren, jedoch haben einzelne von ihnen geme
unsere Ausstellungen seien von „falschem Mitleid" diktiert worden und
hätten ein „schonendes Schweigen" über Eulenburgs Sünden empfoh
Nichts hat uns ferner gelegen. Wir begreifen vollkommen das Mißverständ
wenn man einer einseitigen Strömung entgegentritt, so entsteht leicht
Schein, als ob man dem entgegengesetzten Extrem zuneige, und man läuft
auch immerhin bis zu einem gewisse Grade diese Gefahr. Aber wir glau
uns mit aller Deutlichkeit dahin ausgesprochen zu haben, daß die Aff
Harden-Eulenburg als ein Pandämonium aufzufassen sei, das die herrschen
Klassen nach allen Richtungen kompromittiere, daß wir uns im besonderen
dem Geraufe zweier höfischen Cliquen, die moralisch vollkommen gleich
zuschätzen und beide den Arbeiterinteressen gleich feindlich sind, nicht gegen
eine oder gegen die andere zu engagieren, sondern auf beide loszuschla
haben, daß wir nur insofern — nicht moralisch oder politisch, sond
taktisch — einen Unterschied machen dürfen, als wir auf den augenblick
mächtigeren Gegner schärfer losschlagen müßten als auf den augenblicklich o
mächtigeren, jedenfalls wohl nicht auf den ohnmächtigeren schärfer als auf
mächtigeren.

Wie sich dies Kräfteverhältnis zwischen den beiden raufenden Cliquen bis
verteilte, darüber hat gerade der gestrige Tag die letzten Zweifel zerstr
Einmal zeigten die Reden des Herrn Isenbiel und Kanzow, daß die Gefa
ein großer Sünder könne seinem verdienten Schicksal entgehen, diesmal
nicht vorlag, sondern höchstens die Aussicht, daß der Ankläger des arm
Koschemann die Lorbeerkrone eines deutschen Musterrichters davontrug. Zweit
aber mußten die Berliner Arbeiter in drei Massenversammlungen einen kräftig

rotest erheben gegen die infame Kriegshetze der höfischen Clique, die über die lique Eulenburg gesiegt hat.

Durch die Erkrankung Eulenburgs hat nun allerdings die Sachlage eine ündliche Verschiebung erfahren. Das „Berliner Tageblatt", das eben erst n Fürsten Dohna-Schlobitten, weil er Eulenburg einen „verlogenen Kerl" nannt hatte, als einen Mann feierte, der wegen seines ehrlichen und geraden harakters in der hiesigen „Gesellschaft" besonders angesehen sei, meint trotz ler Erklärungen der Herren Isenbiel und Kanzow, mit der Vertagung des rozesses gegen Eulenburg sei dies Strafverfahren überhaupt abgetan, und hlägt nun seinerseits vor, auch den Prozeß Harden-Moltke um die Ecke zu ingen. „Die Luft könnte dann von Miasmen gereinigt werden, und man nnte wieder aufatmen. Wir sind überzeugt, die Stimme der Öffentlichkeit ätte auch dagegen nichts einzuwenden." Und die „Deutsche Tageszeitung" es Knuten-Örtel, der nach der reichsgerichtlichen Kassierung des Urteils im rozeß Harden-Moltke die heiligsten Überlieferungen der preußischen Justiz erletzt sah, wenn Harden nicht wieder zu einigen Monaten Gefängnis verrteilt würde, druckt diese Bemerkungen des „Berliner Tageblatts" mit schamafter Zustimmung ab, als „bezeichnend für die Stimmung weiterer Kreise, nd namentlich auch solcher, die im allgemeinen für Harden Partei ergriffen aben". In der Tat „bezeichnend"! Läßt du meinen Junker laufen, so laß h deinen Juden laufen.

Diese holde Gemeinschaft zweier Seelen, die sich sonst tagtäglich wie Hund nd Katze anfauchen, schon vierundzwanzig Stunden nach der Vertagung des rozesses Eulenburg, zeigt deutlich genug, wie der Hase laufen wird. Es ist n sich ja sinnlos, daß die Luft von Miasmen gereinigt werden soll, wenn vei anhängige Strafverfahren so oder so um die Ecke gebracht werden, sinns gerade nach dem Jargon der bürgerlichen Presse, die sonst immer die unhlbaren Sprüche der preußischen Justiz wie reinigende Gewitter durch stickig ewordene Luft fahren läßt. Aber was die beiden Blätter meinen, ist ja auch twas anderes, als sie sagen: sie fürchten, daß sie und ihresgleichen ersticken önnten, wenn der Schmutz, der den Boden der „Gesellschaft" bedeckt, fort nd fort durch Prozesse aufgewirbelt wird, wie die früheren Harden-Moltkerozesse und den eben vertagten Eulenburg-Prozeß; sie fürchten, daß die emeinsamen Interessen, die sie gegenüber der unterdrückten Klasse haben, hon in einem für sie gefährlichen Maße gefährdet sind, und wollen sie nicht euen Belastungsproben aussetzen. Ist diese Erkenntnis erst einmal erwacht, o ist die Einigung auch nicht schwer, wie schon die zärtliche Annäherung wischen der „Deutschen Tageszeitung" und dem „Berliner Tageblatt" beweist. ack schlägt sich, Pack verträgt sich, und am wenigsten ist ein so tapferer Ritter eutscher Ehre und deutschen Rechtes, wie Herr Harden, in solchen Dingen in Unmensch; Herr Holstein mag sich nur hüten, daß er von dem „leuchtenden Kopf", zu dem er seit Jahr und Tag avanciert ist, nicht wieder zum „Kerl mit en Hyänenaugen" degradiert wird, als welcher er früher in der „Zukunft" spukte.

Unter diesen Umständen haben wir allerdings ein lebhaftes Interesse daran, aß insbesondere das Strafverfahren gegen Eulenburg seinen Fortgang findet,

sobald der Angeklagte körperlich wiederhergestellt sein wird, und daß auch m
seiner Krankheit, die jetzt ja unzweifelhaft vorhanden ist, künftig kein Hoku-
pokus getrieben wird. Nicht als ob wir glaubten, daß unser Widersta
großen Erfolg haben werde, wenn die kämpfenden Cliquen der Justiz, v
die sie selbst ihre ebenso albernen wie schmutzigen Händel geschleppt hab
ein Schnippchen schlagen wollen. Aber wir müssen ihnen den Schleichw
auf dem sie dem Gericht des Volkes entrinnen wollen, das sie über sich hera
beschworen haben, so unpassierbar machen wie möglich, um, wenn sie do
durchschlüpfen, mit desto größerem Rechte sagen zu können, daß die Jus
abgedankt habe vor der moralischen Fäulnis der herrschenden Klassen.

Das derbe Volkssprichwort vom Schlagen und Vertragen trifft übrige
nicht nur auf die höfischen Cliquen zu, sondern auf alle Katzbalgereien inne
halb der bürgerlichen Klassen, wovon der Streit zwischen dem Kultusminist
und der Berliner Universität wegen des Herrn Bernhard ein erfreulicherwe
recht harmloses, aber deshalb nicht minder erbauliches Beispiel gegeben h
Unsere Ansicht, daß der Widerspruch der Fakultät nicht viel bedeuten werd
schien sich als allzu pessimistisch zu erweisen, da ein paar Tage darauf d
Fakultät allerdings sich weigerte, den über ihren Kopf weg ernannten Her
Bernhard in ihrer Mitte aufzunehmen, und Herr Bernhard seinem Versprech
gemäß nunmehr seine Entlassung beim Kultusminister einreichte. Die pr
fessorale Courage verblüffte auf den ersten Augenblick nicht nur uns, sonde
auch manche andere Leute, die sich aufs Prophezeien gelegt hatten, doch zog
wir es vor, noch auf den Bescheid des Kultusministers zu warten, ehe w
unser pater peccavi stammelten.

Dieser Bescheid ist denn nun erfolgt, und zwar so, daß Herr Bernha
vom Kultusminister nicht seine Entlassung, aber einen derben Rüffel wege
disziplinwidrigen Verhaltens und übrigens einen sechsmonatigen Urlaub e
halten hat, nach dessen Ablauf die philosophische Fakultät keinen Einspru
mehr gegen seinen Eintritt in ihren erlauchten Kreis erheben wird.

Man wäre fast versucht zu fragen, wozu solche salzlose Komödien eigen
lich aufgeführt werden, wenn es nicht ein altes Gesetz der Geschichte wär
daß alles Cliquen- und Koteriewesen, worin sich herrschende Klassen in ihre
Verfall auflösen, nur dadurch fortvegetiert, daß es sich schlägt und verträg

---

Offener Brief an Jean Jaurès.

Von **Rosa Luxemburg.**

Werter Genosse!

Sie haben für gut befunden, im Berliner Organ des deutschen Freisinn
Ihre Ansichten über die gegenwärtige politische Situation darzulegen und dari
die Entente cordiale zwischen Frankreich, England und Rußland von de
Verdacht zu reinigen gesucht, als sei sie eine Kriegsgefahr. Im Gegentei
Sie feiern diese Verständigung als einen Beweis, daß es keine unüberbrückbare
Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten gebe, und als einen Ansa
zur Festigung des Friedens in Europa. Sie schreiben:

„Eine Verständigung zwischen Frankreich, England und Rußland, eine ‚Triple-Entente‘ bedeutet an sich nicht eine Bedrohung des Friedens. Sie kann sogar friedliche Zwecke und friedliche Wirkungen haben. In jedem Falle beweist sie, daß viele als unvereinbar abgestempelte Gegensätze sich dennoch einen lassen. Zur Zeit von Faschoda schienen Frankreich und England am Vorabend eines Krieges zu stehen; jetzt haben sie die Entente cordiale geschlossen. Als ich noch ein Kind war, lernte ich in der Schule, daß England und Rußland vom Schicksal zur Gegnerschaft in Asien bestimmt seien. Jetzt haben wir die Zusammenkunft in Reval erlebt, die friedliche Abmachungen über die Verhältnisse in Asien ergab — vielleicht auch über die Verhältnisse in Europa.

„Weshalb sollte sich der ausgesprochene Gegensatz zwischen Deutschland und England nicht ebenso ausgleichen lassen?

„Selbst eine neue Triple-Entente könnte zu einer solchen friedlichen Lösung helfen, wenn Frankreich seine Rolle richtig auffaßt, wenn es das Bewußtsein seiner Pflicht neben dem Bewußtsein seiner Macht besitzt.“

Nur einen Schatten finden Sie in diesen leuchtenden Perspektiven:

„Ein Unglück ist es freilich, daß Deutschland sich mit der Türkei zu solidarisieren scheint — nicht nur mit dem türkischen Reiche, auch mit den türkischen Mißbräuchen. Mir scheint, daß es der Türkei genügenden Schutz gegen gewaltsame Eingriffe geben könnte, ohne doch seine Unterstützung dem notwendigen Werke humaner Reformen zu weigern. Deutschland würde nur die Sache seiner Gegner fördern, wenn es ihnen die Möglichkeit zu der Behauptung gibt, daß es seinen Einfluß in der Türkei durch bedenkliche Gefälligkeiten zu erkaufen sucht. Natürlich hat die Türkei das größte Interesse daran, selbst die Reformen im Lande vorzunehmen; sie würde mit einem solchen Vorgehen den Staaten, die ihre Politik unter dem Mantel der Humanität verstecken, jeden Vorwand zur Einmischung in türkische Verhältnisse nehmen.

„Wenn Deutschland rechtzeitig in Konstantinopel die Stimme der Vernunft zu Gehör brächte, würde es den Freunden des Friedens die Aufgabe erleichtern, auch der Annäherung zwischen Frankreich, Rußland und England eine wahrhaft friedliche Bedeutung zu geben und so das Herannahen der Stunde zu beschleunigen, in der Triple-Alliance und Triple-Entente sich zu einer großen europäischen Verständigung einen könnten.

„Ich darf sagen, daß an der Erreichung dieses Zieles die französischen Sozialisten nach Maßgabe ihrer Kräfte mit leidenschaftlichem Eifer arbeiten.“

Es gibt manches in diesen Darlegungen, was mir mit der Auffassung der deutschen Sozialdemokratie von der auswärtigen Politik schwer vereinbar erscheint. Ich glaube zum Beispiel, daß die politischen Kombinationen, die von einem „Frankreich“, „Deutschland“, „Rußland“, „England“ und von den „Interessen“ dieser fraglichen Wesen handeln, der zünftigen Sprache der bürgerlichen Politiker wie ein Ei dem anderen gleichen. Ich glaube, daß die „Interessen“ der heutigen kapitalistischen Staaten auch in der auswärtigen Politik sehr verschieden, ja oft direkt entgegengesetzt sind, je nachdem man sie vom Standpunkt der herrschenden Klassen oder des Proletariats und seiner Klassenpolitik betrachtet, und daß es deshalb keineswegs im Interesse des

Sozialismus liegen kann, den Humbug der offiziellen bürgerlichen Politik, d[...] von „Staatsinteressen" und „Volksinteressen" als einem homogenen Ganz[...] spricht, den Humbug der „Interessenharmonie" aller Klassen auf dem Geb[...] der auswärtigen Politik zu unterstützen.

Mir scheint ferner, daß wir — dank der wissenschaftlichen Basis unser[...] sozialistischen Weltanschauung — uns darüber klar sind, daß sowohl Kri[...] als Frieden in der modernen kapitalistischen Welt aus viel tieferen sozial[...] Ursachen entspringen, denn aus dem Willen und dem winzigen Intrigensp[...] der „leitenden" Staatsmänner, daß es, solange der Kapitalismus fortbeste[...] zwischen den einzelnen Staaten tatsächlich unüberbrückbare Gegensätze gibt, d[...] sich mit dem Fortschreiten der Welt- und Kolonialpolitik notwendig verschärf[...] und die kein Pflästerchen der „Allianzen" beseitigen kann, ebenso daß al[...] „Allianzen" und „Ententen" der Militärstaaten selbst nur versteckte Mitt[...] zu fortschreitenden Kriegsrüstungen und gegebenenfalls zur Verbreitung d[...] Kriegsgefahr über ihren unmittelbaren Bereich hinaus darstellen. Mir schei[...] deshalb, daß es viel weniger Aufgabe der Sozialisten sein kann, die Illusione[...] der bürgerlichen Friedensapostel und ihre Hoffnungen auf Erhaltung de[...] Friedens durch allerlei Kabinettstücke der Staatsdiplomatie zu nähren, als da[...] lächerliche und klägliche Puppenspiel dieser Diplomatie in seiner Ohnmach[...] Borniertheit und Verlogenheit auf Schritt und Tritt zu entlarven.

Doch das sind alles Sachen der Auffassung, und ich wage mir nicht z[...] schmeicheln, darüber mit Ihnen disputieren zu können.

Allein es gibt einen Punkt — und zwar ist es der Zentralpunkt Ihre[...] Darlegungen —, gegen den man, wie ich glaube, den schärfsten Protest ei[...] legen muß.

Sie befürworten und verteidigen die jüngste Frucht der kapitalistische[...] diplomatischen Drahtzieherei: die anglo-russische „entente cordiale", Si[...] preisen die Zusammenkunft König Eduards mit dem russischen Zaren in Reva[...] und ihre segenbringenden Ergebnisse für — Asien. Es sei gestattet, Sie dara[...] zu erinnern, daß es noch ein Land in Europa gibt, für dessen Schicksale di[...] englisch-russische Verbrüderung nicht ohne Folgen bleibt, und das ist — Rußland[...]

Die Schicksale der russischen Revolution sind von Anfang an eng an di[...] Geschehnisse der auswärtigen Politik gebunden. Es war ein unglücklicher Krieg[...] ein Zusammenbruch der auswärtigen Macht Rußlands, der das Präludium[...] der Revolution im Innern Rußlands bildete. Nach den Niederlagen de[...] Absolutismus bei Tsuschima und Mukden, wie nach seinen Niederlagen i[...] Petersburg und Warschau, war das Prestige Rußlands in der internationale[...] Politik auf dem Tiefstand. Wären die europäischen Staaten und die bürger-lichen Klassen Deutschlands, Frankreichs, Englands Vertreter der bürgerliche[...] Freiheit und nicht das, was sie sind: brutale Vertreter der gemeinsten Aus-beutungs- und Herrschaftsinteressen, so müßte Rußland, das offizielle absolu-tistische Rußland, nach jenen Niederlagen aus dem europäischen Konzert heraus-geworfen, von der öffentlichen Meinung Europas mit Füßen getreten, von der europäischen Börse boykottiert werden. Das gerade Gegenteil ist natur-gemäß eingetreten. Erschrocken durch die russische Revolution, eilte das Bürger-tum Europas dem russischen Absolutismus zu Hilfe: mit Hilfe der deutschen und französischen Börse konnte der Zarismus den ersten siegreichen Ansturm der Revolution abwehren, und heute herrscht in Rußland die Konterrevolution, das heißt das Feldkriegsgericht und der Galgen.

Nun sucht der Absolutismus den zeitweiligen Sieg über die Revolution einem definitiven zu machen, sich zu befestigen, und dazu versucht er vor em das alte erprobte Mittel jeder erschütterten Despotie: die Erfolge der swärtigen Politik.

In diesem Sinne wird in der russischen Reptilpresse seit geraumer Zeit ie wüste Kriegshetze gegen das Ausland angezettelt, aus dieser Tendenz ist r von der Stolypinschen Regierung veranstaltete panslawistische Rummel boren, und diesen Zwecken dient der jüngste eklatante Erfolg der russischen plomatie, die „herzliche Verständigung" mit England. Der „Herzensbund" glands mit Rußland sowie das Bündnis Frankreichs mit Rußland bedeuten e Befestigung der Heiligen Allianz der Bourgeoisie Westeuropas mit der ssischen Konterrevolution, mit den Würgern und Henkern der russischen d polnischen Freiheitskämpfer. Sie bedeuten die Festigung und Unterstützung r blutigsten Reaktion nicht nur im Innern Rußlands, sondern auch in n internationalen Beziehungen. Der denkbar drastischste Beleg dazu ist die omentane Wirtschaft der russischen Kosaken in Persien, wo die „friedliche" ndenz der russisch-englischen Abmachungen in einer orgiastischen Niedermetzelung der persischen Aufständischen zur Wiederherstellung des Absolutismus ch in Persien Ausdruck findet.

Es ist klar, daß angesichts dessen die elementarste Pflicht der Sozialisten d Proletarier aller Länder darin besteht, mit aller Macht den Bündnissen it dem konterrevolutionären Rußland entgegenzuarbeiten, das Prestige, den nfluß, die internationale Position des heutigen Stolypinschen Rußlands ch Kräften zu untergraben, die reaktionäre, freiheitsmordende Tendenz dieser ündnisse in Rußland wie im internationalen Leben unermüdlich und laut denunzieren.

Es ist klar, daß umgekehrt, die Unterstützung der Bündnisse mit dem utigen Rußland durch die moralische Autorität der Sozialisten Westeuropas, r Bündnisse über die Leichen der Hingerichteten und Niedergemetzelten, über e eisernen Ketten der im Zuchthaus schmachtenden sozialdemokratischen Dumafraktion, über die Qualen der Zehntausende eingekerkerter Revolutionäre hineg, daß diese Unterstützung ein Verrat an der Sache der Revolution ist.

Wie soll man also Ihre Befürwortung der franko-russischen und der anglossischen Herzensbündnisse verstehen, Genosse Jaurès?

Wie soll man sich erklären, daß Sie „mit leidenschaftlichem Eifer" daran beiten, die Regierung des blutigen Henkers der russischen Revolution und s persischen Aufstandes zum einflußreichen Faktor der europäischen Politik, n russischen Galgen zum Pfeiler des internationalen Friedens zu machen — ie, der Sie seinerzeit die glänzendsten Reden gegen die Anleihe an Rußland der französischen Kammer gehalten, der Sie erst vor wenigen Wochen den schütternden Appell an die öffentliche Meinung gegen die blutige Arbeit r Feldkriegsgerichte in Russisch-Polen in Ihrer „Humanité" veröffentlicht ben? Wie soll man Ihre Friedenspläne, die auf dem franko-russischen und glo-russischen Bündnis beruhen, mit dem jüngsten Protest der französischen zialistischen Kammerfraktion wie der Administrativen Kommission des Nationalts der sozialistischen Partei gegen die Reise Fallières nach Rußland in Einang bringen, dem Protest, unter dem auch Ihre Unterschrift steht und der e Interessen der russischen Revolution mit ergreifenden Worten in Schutz mmt? Kann der Präsident der französischen Republik sich nicht auf Ihre

Jaurès ist ein Professor, & der sagt & erklärt alles

eigenen Darlegungen über die internationale Lage berufen, und wird die Ko
sequenz nicht auf seiner Seite sein, wenn er Ihrem Protest gegenüber erklä
Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, wer das Bündnis mit d
zarischen Rußland als eine Garantie des internationalen Friedens betrachtet, d
muß auch alles akzeptieren, was dieses Bündnis befestigt und die Freundschaft pfle

Was würden Sie dazu sagen, wenn sich ehemals in Deutschland, in Ru
land, in England Sozialisten und Revolutionäre gefunden hätten, die „
Interesse des Friedens" eine Allianz mit der Regierung der Restauration od
mit der Regierung Cavaignacs oder mit der Regierung Thiers' und Jul
Favres befürwortet und mit ihrer moralischen Autorität gedeckt haben würde

Nimmermehr kann ich glauben, daß Sie, wie Sie behaupten, in die
Politik alle französischen Sozialisten hinter sich haben. Zum mindesten ka
ich dies nicht von unserem alten Freunde Jules Guesde und ebensowenig v
unserem Freunde Vaillant glauben, der eben erst in der französischen Kamm
durch das Wutgeheul der ganzen bürgerlichen Meute hindurch mit Donne
stimme den Herzensverbündeten Englands und Frankreichs, den Zaren, m
dem Namen genannt hat, der ihm gebührt!

Die weltpolitische Lage.

Von **M. Beer.**

1. Der deutsch-englische Gegensatz und die orientalische Frage.

Der diplomatische Zweikampf zwischen England und Deutschland, der v
drei Jahren in diesen Blättern angekündigt wurde, nahm während dieser Z
ungeschwächt seinen Fortgang. Die deutschen Staatsmänner haben dabei d
kürzeren gezogen, und sie gestehen es durch die böse Miene, die sie da
machen. Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende. Vom politischen überträ
er sich aufs wirtschaftliche Gebiet, da England nach und nach zur Übe
zeugung kam, es sei nur halbe Arbeit, einen Gegner politisch mattzusetzen u
ihm wirtschaftlich — durch eine liberale Handelspolitik — die Erlangung d
Mittel zu erleichtern, die zum Aufbau einer Kriegsflotte nötig sind. D
Gedanke einer Tarifreform im schutzzöllnerischen Sinne macht gegenwärtig
England raschere Fortschritte als in den letzten fünf Jahren — seit dem Au
treten Chamberlains im Mai 1903. Die Engländer sagen sich, an ein
Krieg könne erst gedacht werden, wenn die Gefahr zweifellos ernst und u
mittelbar drohe; bis dahin müßten alle politischen und wirtschaftlichen Ma
regeln getroffen werden, um die Anstrengungen des Gegners aufreibend, e
schöpfend und erfolglos zu gestalten. Die englische Entente mit Frankrei
(8. April 1904) und mit Rußland (31. August 1907) sowie die Siege der en
lischen Tarifreformer bei den parlamentarischen Nachwahlen Großbritannien
lassen sich auf eine und dieselbe Quelle zurückführen: auf den deutsch-englische
Gegensatz.

Der deutsch-englische Gegensatz gehört zu den wenigen Grun
tatsachen, die die Triebfedern der politischen Geschichte der Gegenwart bilde
Weiter unten soll auf die zweite Grundtatsache: auf das Erwachen de
Ostens, hingewiesen werden.

Bleiben wir vorläufig bei Großbritannien und Deutschland, die bei ihr
hervorragenden Stellung zu Wasser und zu Lande alle anderen Gegensät

er Staaten ausnutzen, wenigstens geschieht das von den englischen Staats-
ännern, die ihren Blick unverwandt auf der Weltkarte haben und in ihren
renzen und Verkehrslinien, in ihrer strategischen und wirtschaftlichen Geo-
raphie die Gegensätze und Bestrebungen Deutschlands studieren. Ihr Blick
eftet sich besonders auf Metz und Saloniki, auf die deutsch-französischen und
eutsch-slawischen Gegensätze, aus denen sie ihre diplomatischen Waffen
hmieden. Diese Ententen haben in erster Linie den Zweck, das Deutschland
er Gegenwart auf seine Landgrenzen im Westen und Osten blicken zu lassen
nd es vom Aufbau der Zukunft auf dem Wasser abzulenken. England ver-
idigt bei Metz die Nordsee, wie Bismarck einst Metz von Ägypten aus ver-
idigte, das heißt indem er den französisch-englischen Gegensatz in Ägypten
hürte, um die Aufmerksamkeit Frankreichs vom Vogesenloch abzulenken. Und
as gilt nicht nur von Metz. Jede deutsch-französische Reibungsfläche wird
u einer englischen Operationsbasis. Wir denken dabei an Marokko, das
n Schwierigkeit und Langwierigkeit der Lösung eine zweite orientalische Frage
u werden verspricht und Frankreich und Deutschland auf lange Jahre hinaus
useinanderhalten dürfte. Die Welt gewöhnt sich, mit einem deutsch-franzö-
ischen Gegensatz in Fes zu rechnen, wie sie einst mit dem russisch-englischen
Gegensatz in Konstantinopel rechnete. Aus der alten orientalischen Frage sollte
Frankreich Geduld lernen und den Gang der Ereignisse in Marokko nicht zu
eschleunigen suchen. Es würde dadurch kostspielige und erfolglose Kriege ver-
neiden und durch das ruhige Abwarten doch schließlich zum Ziele gelangen.

Ernster und weitreichender ist der Kampf um Saloniki. Hier stoßen
eutsche und slawische Interessen hart aufeinander, und der Gegensatz teilt
Europa in zwei Lager. In einem befinden sich die Slawen, die Briten und
ie Lateiner, im anderen die Deutschen und die Türken. Der Kampf teilt
eshalb das Donaureich in zwei Lager; die österreichischen Deutschen haben
ich bereits entschieden, ebenso die österreichischen Slawen; nur die Magyaren
chwanken noch und suchen sich aufs neue zu orientieren. Eine Eröffnung der
eit über zwei Jahrzehnten schlummernden orientalischen Frage war seit dem
Abschluß des Russisch-Japanischen Krieges (September 1905) wohl zu er-
warten. Daß sie aber schon jetzt die Auswärtigen Ämter Europas beschäftigt,
st der österreichischen Initiative zu verdanken. Ende Januar dieses Jahres
eilte der österreichisch-ungarische Minister Freiherr v. Ahrenthal der Welt mit,
daß seine Regierung die Zustimmung des Sultans zum Bau der Sandschak-
bahn — von Uwaz in Bosnien durch den Sandschak Novibazar nach Mitro-
witza in Makedonien — erhalten habe. Noch nie hat ein an sich so unbedeu-
tendes und durchaus legitimes Verkehrsmittelprojekt so viel Aufsehen und
Opposition hervorgerufen wie das von der österreichisch-ungarischen Regierung
angekündigte. Es war wie das Sprengen einer Mine im engen, gefüllten
Raume. In Petersburg, Paris und London wurde Lärm geschlagen: der
Vormarsch der Deutschen nach Saloniki, nach dem Ägäischen Meere und nach
Vorderasien nehme seinen Anfang! Die Opposition galt indes nicht dem
Donaureich, sondern Deutschland. Wäre Österreich-Ungarn nicht mit Deutsch-
land verbündet, dann hätte auch keine Macht gegen eine Ausdehnung des
Donaureichs nach dem Ägäischen Meere viel einzuwenden. Der einzige Gegner
wäre Italien, das das Adriatische Meer als „mare nostro“, als ein italie-
nisches Meer betrachtet. D'Annunzios imperialistisches Drama „La Nave“
verdankt seine Popularität dem Gedanken der italienischen Beherrschung des

Adriatischen Meeres. Die Opposition Italiens hätte indes keine erhebli
Bedeutung, wenn sie allein stände. Erst die allgemein vorherrschende Ansi
daß Wien sich von Berlin leiten lasse und diesem Vorspanndienste leiste, g
der Opposition gegen eine Ausdehnung des Donaureichs zum Ägäischen Me
einen europäischen Charakter. Österreich-Ungarn könnte auf der Balkanha
insel vieles erreichen, wenn seine äußere Politik frei von deutschen Einflüs
wäre; als deutsche Vormacht stehen ihm vorläufig fast unüberwindliche Hind
nisse im Wege. Es büßt für die Sünden der reichsdeutschen Politik.
logische Verbindung der Sandschakbahn mit der Bagdadbahn, der öst
reichischen Besetzung Salonikis mit der deutschen Stellung in Konstantino
bringt die österreichisch-ungarische Politik in Verruf. Dieselbe Wirkung h
der Dualismus des Donaureichs, der den Deutschen und Magyaren a
Kosten der Slawen die Hegemonie gibt. Die österreichische Politik gerät d
durch in eine feindliche Stellung gegenüber einer gründlichen Reform Ma
doniens und gegenüber den nationalen Bestrebungen der Balkanstaaten. Ei
Autonomie Makedoniens und ein Balkanbund würden ihr den Weg na
Saloniki versperren und noch dazu eine Irredenta der Südslawen auf d
Hals schaffen. Die innere Krise des Dualismus hat, wie man sieht, auch ei
Krise der äußeren Politik Österreich-Ungarns zur Folge. Beide Krisen könnt
durch dieselbe Lösung: durch die Herstellung eines föderativen Donaureich
beseitigt werden. Ein solches Reich würde sich naturgemäß nach der Balka
halbinsel ausdehnen, wo es ähnliche Bestrebungen finden würde; die Balka
slawen würden in ihm ihre natürliche Schutzmacht finden. Seine äuße
Politik würde dadurch von selbst den deutschen Charakter verlieren und gleic
zeitig die gegen sie gerichtete europäische Opposition beseitigen.

Aber das ist Zukunftsmusik. Wie die Lage jetzt ist, hat die äußere Polit
des Donaureichs mit einer Welt von Gegnern zu rechnen: mit den Slawe
den Lateinern und den Briten. Die Slawen sehen in ihr ihre Bedrückeri
Die Italiener sehen in einer österreichischen Ausdehnung nach Saloniki au
den Plan einer österreichischen Beherrschung der ganzen Ostküste des Adri
tischen Meeres, während sie große Anstrengungen machen, in Albanien Fu
zu fassen. Eine italienische Besetzung Walonas würde aber die österreichisc
ungarische Stellung im Adriatischen Meere unhaltbar machen. Ein Blick au
die Karte Italiens und der Balkanhalbinsel genügt, dies zu beweisen. Walon
liegt ungefähr gegenüber Brindisi. Beide Häfen im Besitz Italiens würde
die Straße von Otranto, die vom Adriatischen zum Mittelmeer führt, für d
österreichisch-ungarische Flotte unpassierbar machen. Ja, die Österreicher habe
recht, indem sie sagen, lieber Rußland im Besitz des Bosporus und der Da
danellen, als Italien im Besitz Walonas. Eine starke russische Seemacht i
Besitz der Meerengen wäre gewiß eine Bedrohung des östlichen Beckens de
Mittelmeers, aber in ihrer Abwehr würden die Österreicher nicht allein stehe
Alle am Mittelmeerhandel interessierten Mächte würden gegen eine solch
Gefahr zusammenstehen. Dagegen bedroht eine italienische Besetzung Walona
nur Österreich-Ungarn allein.

Den Slawen und Lateinern schließen sich die Briten an. Das Wachse
der wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands in der Türkei fäll
zusammen mit dem Wachsen des englischen Eifers für Reformen in de
Türkei. Die englische Reformlust erwachte im Jahre 1903, als einerseits di
deutsche Bagdadbahnkonzession — vom Bosporus nach dem Persischen Meer

ısen — gesichert war, andererseits als die Wiener und Petersburger Regie-
ıng über makedonische Reformen unterhandelten. Im Jahre 1897 kam
vischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung ein Aus-
eich über die Balkanhalbinsel zustande, der dort den Status quo sicherte. Die
nnäherung zwischen den beiden Mächten führte im Jahre 1903, beim Aus-
ruch des makedonischen Aufstandes, zum Mürzsteger Programm, das einige
nbedeutende Verwaltungsreformen in Makedonien einführte. In die Unter-
andlungen über dieses Programm griff plötzlich der damalige englische
Minister des Äußern Lord Lansdowne ein, der im selben Jahre den Per-
schen Meerbusen zur britischen Einflußsphäre erklärte. Den Briten war
ffenbar schon damals der Zusammenhang zwischen der österreichischen Balkan-
olitik und der deutschen Bagdadbahnpolitik klar, und sie begannen ihre
onterminen zu legen. Seitdem hat das britische Interesse an den makedo-
ischen Reformen und dem Schicksal der Türkei nicht aufgehört. Der in-
vischen eingetretene Wechsel der englischen Regierung hat an dieser Politik
ichts geändert. Was Lord Lansdowne begann, setzte Sir Edward Grey
ort. Jener schloß die Entente mit Frankreich, dieser die Entente mit Ruß-
ınd; auch der Reformeifer für Makedonien erfuhr keine Abschwächung, und
er Draht zwischen London und Wien wurde zu befestigen gesucht, um mög-
cherweise Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen, was indes vor-
iufig nicht gelungen ist. Nebenbei wurden die Südslawen und alle Slawen-
ihrer begünstigt. Schließlich veröffentlichte Sir Edward Grey den Plan für
ine Autonomie Makedoniens, fügte aber hinzu, daß er zu Unterhandlungen
ereit sei. In der Zeit, als die Auswärtigen Ämter die Reformpläne Greys
rüften, führte Freiherr v. Ährenthal seinen Sandschakcoup aus, den man in
Petersburg für einen Bruch des österreichisch-russischen Abkommens vom
Jahre 1897 hielt. Die Aufregung der russischen Diplomatie über den deutschen
Vormarsch nach Saloniki kam der britischen Politik zustatten, und Sir Edward
Grey gewann den russischen Minister Iswolsky, und beide sind jetzt im
Begriff, den Mächten ein Rundschreiben über den beim Zusammentreffen des
nglischen Königs mit dem Zaren in Reval (Juni 1908) entworfenen Reform-
lan zu unterbreiten. Da Makedonien nur ein Glied im weltpolitischen
Kampfe bildet, so kommt es weniger auf die für diese Wilajets bestimmten
Reformen an als auf ihre Bedeutung für die äußere Politik. Der russisch-
ritische Reformplan bedeutet vor allem den Zusammenbruch des österreichisch-
ussischen Ausgleichs vom April 1897: Österreich-Ungarn wird von seiner
Vormachtstellung auf der Balkanhalbinsel zurückgedrängt. Das ist die Rache
er russischen Regierung für den Sandschakcoup Ährenthals. Dann gewinnt
r die Sympathie der Slawen für England und gibt Rußland seine traditio-
ıelle Rolle als Beschützer der Südslawen zurück. Die erste Folge der rus-
ischen Haltung ist ein Aufleben der slawischen Bewegung, die in der Reise
österreichischer Slawenführer nach Petersburg und Warschau ihren Ausdruck
and. Die neue slawische Bewegung, die man meines Erachtens mit der
ılten panslawistischen Bewegung nicht verwechseln darf, hat zwei Ziele: den
eutschen Vormarsch nach Saloniki aufzuhalten und den österreichisch-unga-
ischen Slawen eine ihrer Zahl nach gebührende Stellung im Donaureich zu
geben. Die neue slawische Bewegung ist also gegen den Dualismus des
Donaureichs gerichtet. Schließlich hat der russisch-englische Reformplan den
inanziellen Zweck, der türkischen Regierung die Zahlung der kilometrischen

Garantien für die Bagdadbahn zu erschweren. Der Zusammenhang zwisch
diesen beiden scheinbar disparaten Angelegenheiten ist folgender. Als die englis
Regierung in den Jahren 1904 und 1905 auf weitere Reformen in Ma
donien drang, erwiderte die türkische Regierung, Reformen kosteten Geld, u
wenn England makedonische Reformen wünschte, so müßte es seine Zusti
mung zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 8 auf 11 Prozent geb
Die englische Regierung gab schließlich ihre Einwilligung zur türkischen Z
erhöhung, aber sie stellte die Bedingung, die Mehreinnahmen sollten a
schließlich für makedonische Zwecke verwendet werden. Mit dieser Bedingu
wollte England es der Türkei unmöglich machen, die Mehreinnahmen für
kilometrische Garantie der Bagdadbahn zu verwenden. Dieser Gedanke fin
sich auch im russisch-englischen Reformplan. Der makedonische Etat sollte v
allem zur Deckung der zivilen Bedürfnisse der Wilajets dienen; was noch v
Etat übrig bliebe, sollte zur Deckung der Kosten der in Makedonien garni
nierenden türkischen Truppen verwendet werden. In Makedonien hält
türkische Regierung eine starke Armee, die gegen Bulgarien mobilisiert
Der Zweck des finanziellen Teiles des Reformplans besteht auch darin,
türkische Regierung zu zwingen, den größten Teil der Unterhaltungskos
dieser Armee aus türkischen und nicht aus makedonischen Steuerquellen
decken oder aber einen Teil der Armee aufzulösen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reformeifer Englands die jungtürkis
Bewegung zu lebhafterer Tätigkeit wecken und dem Sultan weitere Schwier
keiten bereiten wird.

Inzwischen soll ~~mit dem~~ Bau der Sandschakbahn begonnen und ~~mit d~~
der Bagdadbahn fortgesetzt werden. Aber zwischen der wirtschaftlichen A
saat und der politischen Ernte Österreich-Ungarns und Deutschlands dür
noch eine weite Zeitkluft liegen. In dieser Zwischenzeit wird Österreich-Unga
militärische Rüstungen vornehmen, die sein innerer Dualismus, seine deuts
Allianz und seine Balkanpläne notwendig machen, denn eine Neugestaltu
Österreich-Ungarns auf Grund des föderativen Prinzips kann, wie es schei
nur nach einer inneren oder äußeren Katastrophe kommen. Desgleichen wi
Deutschland seine maritimen Rüstungen fieberhaft fortsetzen, die das Volk m
weiteren Steuerlasten bedrücken und England in die Arme der schutzzöllnerisch
Tarifreformer treiben werden. Die englische Regierung wird wahrscheinlich abe
mals den Versuch machen, Österreich-Ungarn von Deutschland loszulösen;
ist indes zweifelhaft, ob ein derartiger diplomatischer Versuch gelingen würd

Diese ganze Lage ist wohl kritisch, aber sie schließt noch keine unmittelba
Kriegsgefahr ein. Erst wenn die anatolische Bahn bis Bagdad fertiggeste
ist und Deutschland den Versuch macht, weiter nach dem Süden zum Pe
sischen Meerbusen den Bahnbau fortzusetzen, oder wenn das dualistisch
deutschfreundliche Österreich-Ungarn in allem Ernste seine Hand auf Saloni
legt — erst dann wird die Kriegsgefahr unmittelbar, und der Sturm wi
aus dem geringsten Anlaß losbrechen, sowohl in der Nordsee wie im Weichse
gebiet und auf der Balkanhalbinsel.

2. Revolution und Konterrevolution im Osten.

Der moderne europäische Imperialismus hat gleich dem makedonische
und römischen Imperialismus des Altertums den konservativen und in jah
hundertlangen Rhythmen sich bewegenden Osten in Gärung versetzt. Ab

ungleich dem antiken Imperialismus, der nur den Saum Asiens berührte und ihm im besten Falle nur ideologische und deshalb vorübergehende Einflüsse mitbrachte, führt der moderne Imperialismus wirtschaftliche Güter und technologisches Können ganz Asien zu, die dauernde Veränderungen im Bau der asiatischen Gesellschaften zur Folge haben. Osten und Westen sind nicht mehr, wie viele dachten, im Wesen voneinander verschieden, sondern im Grade ihrer Entwicklung. Heute wird es allen klar, daß nicht Rasse und nicht Geist das Morgenland vom Abendland trennte, sondern der Grad der wirtschaftlichen Kultur. Der Japaner spricht schon seit Jahrzehnten die geistige Sprache der Europäer; der Mongole, der Chinese, der Hindu, der Perser und der Araber beginnt sie jetzt zu sprechen. Selbstwirtschaft, Selbstregierung, persönliche Freiheit, Parlament, Nationalität, Naturwissenschaft beginnen Asien ebenso zu interessieren, wie sie Europa seit einigen Jahrhunderten interessierten und seine mittelalterlichen Anschauungen verdrängten. Asien ringt sich gegenwärtig aus seinem Mittelalter empor. In diesem Ringen schöpfte es große Ermutigung aus dem Siege Japans über Rußland und versuchte in eine raschere Vorwärtsbewegung einzutreten. Japanische Auswanderer nach Nordamerika bestanden auf Gleichberechtigung; Hindu schufen sich eine nationale Bewegung, um die Fesseln der britischen Bureaukratie zu sprengen; die Perser zwangen die Kadscharendynastie, die seit einem Jahrhundert die wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Landes lahmlegte, sich einer Verfassung zu unterwerfen; und in der islamischen Welt entstand eine Gärung, die, ohne klare Ziele zu haben, vorerst nach Konsolidierung strebte; am klarsten sprachen sich noch die Führer der ägyptischen Mohammedaner aus, die ebenfalls nach verfassungsmäßigen Zuständen strebten. Das Erwachen Asiens berührte am meisten England, dessen Reich an den Status quo in Asien geknüpft ist; dann berührte es Rußland, das nach dem Besitz des politischen Mittelpunktes des Islams strebt; ebenso Frankreich, dessen nordafrikanisches und indochinesisches Reich durch die asiatischen Bewegungen bedroht wurde. Die englisch-französisch-russische Entente hat also auch asiatische Interessen zu verteidigen. Die drei Ententemächte fühlten sich in ihrem Territorialbestand und in ihren Bestrebungen durch die asiatische Revolution bedroht. Und was die von ihnen empfundene Gefahr des Panislamismus betrifft, fanden sie sich auch in Asien demselben Gegner gegenüber: Deutschland, dessen Kaiser den Mohammedanern seinen Schutz versprach und mit dem Kalifen und einzigen selbständigen Sultan in inniger Freundschaft lebt. Am meisten schien durch das Erwachen Asiens das britische Reich bedroht zu sein. Indien regte und reckte sich zur Selbständigkeit; die 50 bis 60 Millionen Mohammedaner, die unter der britischen Krone leben, erwachten zu neuen Idealen, und die Allianz mit Japan drohte an der japanfeindlichen Haltung Nordamerikas und der britischen Kolonien zu zerschellen. Die Flotte der Vereinigten Staaten von Amerika, die gegen Ende des verflossenen Jahres die Reeden der atlantischen Häfen verließ, um im Stillen Meere gegen Japan zu demonstrieren, wurde von den selbständigen britischen Kolonien mit Einladungen überhäuft.

Es lag also im Interesse Englands, Rußlands und Frankreichs, eine Konterrevolution in Asien einzuleiten und zu diesem Zwecke zusammenzugehen. Dies zeigte sich vor allem in Persien. Seit ungefähr zwei Jahrzehnten rivalisierten dort Rußland und England. Rußland bewegte sich gegen Teheran durch den Kaukasus und unterwarf sich wirtschaftlich und politisch Nordpersien.

England suchte Einfluß in Teheran von Indien aus und beherrschte wirtschaftlich und politisch den Persischen Meerbusen. Im allgemeinen Gange der Ereignisse erwachten die Perser und begannen teils aus kaukasischen, teils aus nordindischen und ägyptischen Quellen sich mit neuen politischen und wirtschaftlichen Ideen auszurüsten. Gebildete Perser in Baku, Kalkutta und Kairo versorgten ihre politischen Genossen in der Heimat mit Zeitungen und Schriften, die der geheimen Agitation dienten. Es entstand eine liberale Bewegung, die von England begünstigt wurde, da es in ihr einen Schutzwall gegen die aggressive Politik Rußlands erblickte. Ein liberales Persien, dachten die Briten, würde ihnen in einem Kampfe mit Rußland um Mittelasien ein guter Bundesgenosse sein.

Auf diesen durch liberale Gedanken vorbereiteten Boden fielen die Nachrichten von den japanischen Siegen über Rußland und vom Ausbruche der russischen Revolution. Die kaukasische Revolution konnte ihre Wirkung auf Nordpersien nicht verfehlen. Ein Teil der kaukasischen Bevölkerung spricht Persisch und steht in engen kulturellen Beziehungen zu Nordpersien. Besonders wurde die Bevölkerung von Täbris von den russischen und kaukasischen Vorgängen beeinflußt, und sie wurde zum Gehirn der persischen Revolution. Täbris trat in Verbindung mit Teheran, das zum Arme der Revolution werden und die Axt an den Giftbaum der Kadscharendespotie legen sollte. Von Täbris und Teheran sickerten die liberalen Ideen nach Rescht, Schiras, Isfahan und Karmanschah. Die Bewegung bestand hauptsächlich aus der städtischen Intelligenz und den in europäischen Schulen ausgebildeten jungen Leuten Persiens. Ebenso schlossen sich ihr zahlreiche Theologen an, die teils aus Liebe zum Volke, teils aus Opposition gegen die Krone eine Neugestaltung der Dinge wünschten. Eine feste Organisation der Oppositionselemente war nicht vorhanden, aber sie sahen sich auch keiner festen staatlichen Organisation gegenüber. Die Gebäude der britischen Vertreter in Persien standen ihnen stets offen, wo sie gegen Verfolgungen Schutz suchten und fanden. Unter dem Einflusse des freiheitlichen Luftzuges, der nach den russischen Niederlagen in Ostasien und nach dem Ausbruche der russischen Revolution durch die Welt wehte, erhielten die Perser vom sterbenskranken Schah Muzaffer-ed-Din ein Medschlis (Parlament) in Teheran, das vorerst nur die Hauptstadt vertrat. Die Provinzstädte und das flache Land wurden nur langsam ins parlamentarische Leben gezogen, das durch eine freie und gut geleitete Presse unterstützt wurde. Als aber das Parlament nach und nach in ernster Weise an die konstitutionellen und finanziellen Reformen herantrat, und als es auch die Güter und die Vorrechte der persischen Priesterschaft beschneiden wollte, fielen zahlreiche liberale Elemente von der Reformbewegung ab.

Inzwischen traten sowohl in Persien wie in Rußland Ereignisse ein, die der Reformbewegung schadeten. Der milde Muzaffer-ed-Din war gestorben, und sein Sohn Mohammed Ali, der von Reaktionären erzogen wurde, bestieg den Thron; die Hofleute, die er um sich sammelte, waren als Feinde des Medschlis bekannt; das Schicksal der ersten und zweiten Duma; die Erstarkung der Konterrevolution in Rußland; die Verzweiflung mancher persischer Reformer, die sie zu Dynamitattentaten verleitete, schlugen der persischen liberalen Bewegung tiefe Wunden. Schließlich kam der russisch-englische Ausgleich, der den persischen Reformern die Stütze Englands entzog. Mohammed Ali konnte nun sein Haupt erheben und einen Teil der konstitutionellen Errungenschaften vernichten. So kam im Juni 1908 die Konterrevolution in Persien.

Ebenso wie die Revolution in Kaukasien auf Nordpersien gewirkt hatte, so te die konstitutionelle Bewegung Persiens auf **Nordindien**. In Pandschab Bengalen begannen die in englischen Schulen erzogenen Hindu eine kühnere ache in Versammlung und Presse zu führen. Die Kenntnis der englischen ache hatte ihnen ein Arsenal von Freiheitswaffen erschlossen, die sie jetzt Anwendung bringen wollten. In Milton, Locke, Bentham, Mill fanden lle Argumente, die sie in ihrem Kampfe gegen die bureaukratisch-despotische ierungsweise Indiens brauchten. Der Einfluß, den die Hinduintelligenz die Massen gewann, wuchs rasch, so daß die Angloindier, die sich für re Wesen halten, plötzlich zu ihrem Schrecken bemerkten, die Bevölkerung öre den gewohnten Respekt vor ihnen. Besonders heftig war der Schrecken englischen Übermenschen im Mai 1907, am fünfzigsten Jubiläum der ischen Revolte im Jahre 1857. Sie glaubten, ganz Indien befände sich Vorabend einer wohlbereiteten Revolution, und sahen schon die Flammen, denen die letzten Reste der britischen Herrschaft in Indien in Asche verdelt würden. Im Grunde genommen ist nur ein kleiner Teil der Hinduermer revolutionär genug, der britischen Herrschaft ein Ende machen zu en. Die Mehrzahl will nur eine Behandlung für Indien, wie sie den tändigen britischen Kolonien: Kanada, Australien und Südafrika, zuteil . Ihr Programm ist: **Suadeschi** und **Suaradsch**, Selbstwirtschaft und stregierung. Aber einer herrschenden Klasse erscheint jede Forderung der erdrückten vorerst als revolutionär, der mit Feuer und Schwert entgegeneten werden müßte. Im ersten Augenblick ließ sich die britische Regierung Schrecken und vom Zorne über die indische Reformbewegung hinreißen Verhaftungen von Redakteuren und Rednern vornehmen. Auf die Verungen antworteten die jungen Hindu mit Dynamitbomben, so daß Eng in Indien sich in derselben Lage erblickte wie der Zar in Rußland. e gut organisierte nationale Bewegung besteht seit Jahren in Ägypten, den Briten viel zu schaffen macht, da sie sowohl panislamisch wie türkenndlich ist. Ihr Ziel ist, die Briten zu zwingen, Ägypten zu räumen.

Um sich Indien zu erhalten und die panislamische Bewegung zu zügeln, hleunigte England den Ausgleich mit Rußland über Mittelasien, der den lisch-russischen Rivalitäten in Persien ein Ende machte, aber auch den ischen Liberalen die günstige weltpolitische Lage entzog, die ihnen bei der ingung der Verfassung von großem Nutzen war. Die Erschütterungen, die Erwachen Asiens für das britische Reich gebracht hätte, veranlaßte dieses, Gemeinschaft mit Rußland und Frankreich eine Konterrevolution einzuleiten, die Ereignisse im Orient sich nicht überstürzen zu lassen. Auch Frankreich in Indo-China eine Reformbewegung, die den französischen Kolonialbehörden nche Sorge bereitet und sie veranlaßt, konterrevolutionär vorzugehen.

Eine Konterrevolution stellt jedoch nicht die Lage wieder her, wie sie geen war. Das Erwachen des Ostens wird fortschreiten, aber seine Entklung wird auf Schritt und Tritt mit konterrevolutionären Hindernissen zu pfen haben. Die Resultante der nach entgegengesetzten Richtungen wirkenden ifte wird ein gemäßigter Liberalismus sein. Weder der Zar noch der Schah h die britisch-indische Regierung wird den vorrevolutionären Zustand herlen können. Die russische Duma wird bleiben, das persische Medschlis d in einer neuen Form erstehen, und die britische Regierung wird den idu eine freiere Lokalverwaltung gewähren.

Man darf auch auf einen raschen Sieg der Reformbewegung in C
nicht rechnen. Die europäischen Mächte werden dort verlangsamend eingr
und die gelbe Gefahr, die jetzt allgemein im wirtschaftlichen Sinne ausg
wird, durch allerlei Hindernisse neutralisieren. Und das Gehirn der Ko
revolution in Asien ist England, ebenso wie es gegenwärtig die europä
Politik beherrscht.

Gewerkschaftliche Illusionen.

Von **Parvus.**

Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns, den proletarischen Kla
kampf selbst als Entwicklung zu erfassen. Von diesem Gesichtspunkt ersche
die einzelnen Arbeiterkämpfe, so verschieden sie nach Zeit, Inhalt und Kam
mitteln sind, als untergeordnete Teile eines Ganzen. Das Auftreten des P
tariats in der Revolution, die Kämpfe der Gewerkschaften, die parlamentari
Kämpfe der Sozialdemokratie — das alles hat seine besondere Entstehungs-
Entwicklungsgeschichte. Aber keines verdrängt das andere: die revolution
Kämpfe werden nicht durch den Parlamentarismus überflüssig gemacht,
Gewerkschaften werden nicht durch die Sozialdemokratie überwunden und
mögen auch ihrerseits weder die parlamentarischen noch die revolution
Kämpfe des Proletariats auszuschalten. Diese verschiedenen Kampfesfo
entwickeln sich nicht ohne gegenseitige Reibungen der Organisationen und
ohne taktische Gegensätze, dennoch aber in steter fördernder Wechselwirkung
Kämpfe und die Entwicklung der Gewerkschaften werden ungemein durch
Sozialdemokratie unterstützt, wofür Deutschland ein klassisches Beispiel,
die Gewerkschaften gelangen selbst zur Bildung selbständiger Arbeiterpart
wie man es aus der jüngsten Geschichte Englands und Amerikas ers
kann, andererseits können die Kämpfe der Sozialdemokratie außerorden
durch die Gewerkschaften unterstützt werden — was aus der nächsten Gesch
der Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern zu lernen sein dürfte.
Schlußergebnis ist eine höhere, kompliziertere Einheit des Kampfes, der
eine höhere, kompliziertere Taktik entspricht.

Wenn nun in der geschichtlichen Entwicklung die Koordinierung ihrer
zelnen Teile nur durch Stoß und Gegenstoß erfolgt, so findet dieser Pr
seine ideologische Widerspiegelung in einem Meinungskampf, bei dem h
eine Teilerkenntnis der anderen gegenübergestellt wird und alle Teilerkennt
in den schroffsten Gegensatz zu der dialektischen Erfassung des Ganzen tr
Der dialektisch denkende Geist hinwiederum, der „Theoretiker", ist stets
zufrieden, weil er dem Moment und der einzelnen Handlung vorauseilt,
nur relativ gelten läßt, und Dinge und Möglichkeiten sieht, die sich zwar
der Wirklichkeit ergeben, aber noch nicht in der Praxis verwirklicht sind.
„Theoretiker", der für seinen Teil Gefahr läuft, das Zeitmaß und den qu
tativen Inhalt einer Entwicklung falsch einzuschätzen und so die Zukunft i
Gegenwart versetzen zu wollen, hat zugleich einen zweifachen Kampf zu füh
einmal gegen die Beschränktheit jenes „Praktikers", dem das Gebiet,
dem er sich betätigt, als das Hauptgebiet der Arbeiterbewegung überh
erscheint, und der deshalb die Bedingungen seines Erfolges als die Gr
bedingungen der Entwicklung überhaupt auffaßt, und zweitens gegen die

ng der Doktrin, die das, was für eine Zeitfolge geschichtliches Er-
rnis war, zu einem politischen Gebot für alle Zeiten erhebt. Der „Prak-
und der „Doktrinär“ befinden sich scheinbar im schärfsten Gegensatz
ander, aber nur zeitweilig. Jede praktische Tätigkeit, die sich neu aus
lebendigen Entwicklungsprozeß ergibt, hat einen Kampf gegen die über-
te Doktrin zu bestehen; hat sich aber die neue Praxis festgesetzt und ent-
lt, so bringt sie damit ihre eigene Regel zur Welt, die durch Neuerungen
ct wird, sie wird konservativ und schafft sich ihre eigene Doktrin. So
uns der Klassenkampf des Proletariats in seinem geschichtlichen Werde-
den keine anderen Kampfesmittel anerkennenden Praktiker der Revo-
n und die revolutionäre Doktrin, den Praktiker des Parlamentarismus
die parlamentarische Doktrin, den gewerkschaftlichen Praktiker und die
rkschaftliche Doktrin.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland ist dadurch charakterisiert,
das deutsche Proletariat keine dieser doktrinären Auffassungen vollkommen
ickelt hat: es hat sie geistig überwunden, noch bevor es Zeit hatte, sie in
Praxis voll zu entfalten. Besondere Umstände der industriellen und po-
hen Entwicklung waren dabei maßgebend; nicht zum geringsten der Um-
, daß die deutschen Arbeiter bei ihrem geschichtlichen Auftreten bereits
reiche Vorgeschichte des proletarischen Klassenkampfes vorfanden, die von
l Marx und Friedrich Engels zur Theorie des wissenschaftlichen Sozia-
us durchgearbeitet wurde. Die einseitige doktrinäre Auffassung spukte hier
l in den Köpfen der einzelnen Führer, aber sie hatte keine Möglichkeit,
in der Praxis auszuleben, und wurde, da sie ein gespenstisches Dasein
te, um so leichter von der Theorie überwunden.

Das gilt auch von jener einseitigen doktrinären Auffassung, die sich seit
zer Zeit in den Reihen der Gewerkschaften in Deutschland geltend macht.
ist bereits durch die Praxis überwunden, aber sie führt ein tristes Dasein
en Köpfen einzelner Gewerkschafter, deren kritisches Urteil freilich dadurch
getrübt wird. Darunter leiden aber diese sicher viel mehr als die Be-
ung, die zu leiten sie sich vornehmen, denn sie geraten durch ihre Auf-
ung in Widerspruch vor allem zu der Entwicklung der Gewerkschaften selbst.

Man kann die geistige Stimmung, in der sich jetzt die Gewerkschaften be-
en, in gewissem Sinne mit jener vergleichen, welche die deutsche Sozial-
okratie in den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes durchzu-
hen hatte. Die Wählerzahlen der Sozialdemokratie imponierten damals nicht
iger — eher mehr — als jetzt die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften.
viel höherem Maße als gegenwärtig die Gewerkschaften zog damals die
ialdemokratie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Sie stand im
dergrund des öffentlichen Interesses. Was nun die direkte Einwirkung
die Staatspolitik anbetrifft, so hatte die Sozialdemokratie sehr reale Dinge
zuweisen, was bei den Gewerkschaften bis jetzt noch in keiner Weise zu-
t, nämlich: die Arbeiterversicherung, die bekanntlich aus Furcht vor der
ialdemokratie geschaffen wurde, und den Fall des Sozialistengesetzes. Wohl
sich die Sozialdemokratie keinen Illusionen hin darüber, daß die Kämpfe,
che sie durchzukämpfen hatte, nur ein Geringes waren im Vergleich mit
n, die ihr erst bevorstanden, aber es war unter den angegebenen Verhält-
en wohl begreiflich, wenn bei manchem sich die Vorstellung festsetzte, daß
nunmehr in der Parteibildung die eigentliche Kampforganisation des

Proletariats besitze, der gegenüber alles andere zurücktreten müsse, und
der rein politische Kampf, also der Kampf gegen die politischen Parteien
gegen die Regierungsgewalt, der recht eigentliche proletarische Klassenka
sei, woraus sich dann unter anderem leicht eine Überschätzung des Parlam
tarismus ergab. Darum auch auf dieser Seite eine Unterschätzung der M
lichkeiten und der Bedeutung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften
schienen nur noch als Vorschule der Sozialdemokratie.

Nunmehr, nach anderthalb Jahrzehnten, da die Gewerkschaften im Gl
ihrer Erfolge sich sonnen, wird der Spieß umgedreht. Jetzt begegnen
Gewerkschaftspraktikern, die, in ihrer Denkweise ebenso doktrinär versteift
beschränkt wie die eben gekennzeichneten Parteipraktiker vom Jahre 18
alles, was bisher in der deutschen Arbeiterbewegung geschah, nur noch
Vorstufe zu der Gewerkschaftsbewegung gelten lassen. Das sozialrevolution
Ziel der Sozialdemokratie erscheint ihnen ebenso als überwundener Standpu
wie den Parteidoktrinären von dazumal der gewerkschaftliche Kampf. Ver
aber die Sozialdemokratie das sozialrevolutionäre Ziel, dann verliert sie
jeden selbständigen Inhalt und kann nur als Beihilfe und Anhängsel
Gewerkschaften gelten. So gehen denn diese Gewerkschaftsdoktrinäre dar
hinaus, die Sozialdemokratie noch viel schlimmer den Gewerkschaften zu un
ordnen, als jemals jemand in den Reihen der Sozialdemokratie die Gew
schaften dieser hat unterordnen wollen. Aus der politischen Organisa
des Proletariats soll eine parlamentarische Vertretung der Gewerkscha
werden.

Ich habe schon in einem früheren Artikel (in Nr. 41) darauf hingewie
daß der Hamburger Gewerkschaftskongreß gerade dadurch charakteri
ist, daß er die Einheitlichkeit des gewerkschaftlichen und des sozialdemokratis
Kampfes betont hatte. Die doktrinäre Versteifung der Denkweise und Eineng
des Gesichtskreises in den Köpfen mancher Gewerkschaftspraktiker kam dort, ke
zeichnenderweise, am schärfsten in einer rein gewerkschaftlichen Frage zum A
druck, in der Frage der Organisation der Jugendlichen.

Der Referent Robert Schmidt zeigte auf Grund amtlicher Statistik,
die Verwendung der Jugendlichen in der gewerblichen Tätigkeit stark zuneh
und daß die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen in z
losen Fällen übertreten werden. Er folgerte daraus ganz richtig, daß
Sorge um die jugendlichen Arbeiter nicht bloß eine Kulturforderung, sond
eine wichtige Angelegenheit des gewerkschaftlichen Kampfes sei. Aber we
kam er auch nicht. Die Forderung ist gestellt — nun erwartet man
klare Lösung, ein entschlossenes praktisches Handeln, und findet an St
dessen eine Sonntagspredigt, zusammengesetzt aus Pastorenmoral, Mißtra
und Bevormundung. Dieser Gewerkschaftsführer will die Jugendlichen her
ziehen und fürchtet doch die Organisationen der Jugendlichen. Er
ihnen naturwissenschaftlichen Unterricht erteilen lassen, er will ihnen Vorträge
Lichtbildern halten und ihnen das Fußballspiel beibringen — lauter sch
Sachen, wenn nur der Unternehmer den Jugendlichen Zeit und Gesund
dazu übrig ließe —, aber er will nicht, daß sie sich gewerkschaftlich
politisch organisieren, kurz, er wünscht ihnen alles Gute, nur möchten sie
Gewerkschaften in Ruhe lassen. Zwar ergeht er sich großväterlich über die
fahren, welche die Jugendlichen in den Organisationen der Gewerkschaften
warten, doch sagt er kein Wort darüber, in welcher Weise denn die Gewe

schaften durch die Jugendorganisationen bedroht sein könnten? Es würde ja auch kein Mensch im Ernste behaupten wollen, daß die Gewerkschaften durch die Jugendorganisationen, die doch stets an Mitgliederzahl, Kassenstand und Erfahrung hinter den anderen weit zurückstehen müssen, sich würden majorisieren oder terrorisieren lassen. Aber der Gesichtskreis dieses Gewerkschaftsdoktrinärs ist eben bereits zirkelrund abgegrenzt, und in diesen Gesichtskreis passen die Jugendorganisationen nicht hinein. Darum wird er prophetisch, wo er praktisch sein sollte. Er prophezeit den Jugendlichen, daß sie sich noch an der „eisernen Wehr des Militarismus" die Köpfe einrennen werden, und vergißt, daß er als Gewerkschaftsreferent doch nur ganz unversehens auf das Gebiet des Antimilitarismus geraten war, daß er eine ganz andere Aufgabe hatte, daß er hinausging, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie man den Widerstand der Jugendlichen gegen die kapitalistische Ausbeutung steigern und regeln könnte. Hier läßt er uns vollkommen im Stiche. Denn daß man durch belehrende Vorträge sich nicht darüber hinweghelfen kann, daß die Zahl der Jugendlichen in den Fabriken wächst und daß man ihnen bei den Lohnbewegungen immer mehr Rechnung tragen muß, das liegt doch auf der Hand. Das weiß der Referent am Schlusse seines Referats nicht mehr. Und mit dem gewerkschaftlichen geht ihm auch der Arbeiterstandpunkt verloren. Er glaubt die Jugendlichen ermahnen zu müssen, daß sie mehr Respekt ihren Meistern erweisen sollen. Aber das ist ja die Art, wie die Frage der Jugendlichen von den Innungsmeistern behandelt wird! Für uns gewinnt die Sache ein ganz anderes Gesicht. Für uns handelt es sich nicht um die schlechte Behandlung der Meister durch die Lehrlinge, sondern um die Maulschellen, die schlechte Kost und das miserable Logis, welche die Lehrlinge erhalten. Und sogar das ist noch nicht einmal der Kern der Frage. Die Hauptsache ist, daß die Jugendlichen heutzutage in der Fabrik sowohl wie in der Werkstatt überhaupt so gut wie nichts lernen: daß man ihnen rasch irgend eine einfache Handhabung beibringt, um sie dann jahrelang bei geringem Lohne diese Verrichtung ausüben zu lassen, und daß sie dann als Lohndrücker wirken. Die Frage der Jugendlichen ist für das Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft am allerwenigsten eine pädagogische, sondern eine sehr ernste wirtschaftliche und politische Frage. Die erste Bedingung der Abhilfe ist auch hier wie in allen Arbeiterfragen die Organisation. Je früher die Arbeiter die Kollektivbetätigung lernen, desto besser. Wenn sie also schon als Jugendliche sich gewöhnen, ihre Interessen gemeinsam wahrzunehmen, so kann das nur ihren Geist schulen, ihre Initiative wecken, ihnen Disziplin angewöhnen, den Erwachsenen in ihren schweren Kämpfen Nutzen bringen und sie selbst zu aufgeklärten, willensstarken, klassenbewußten und besonnenen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten erziehen. Das alles entzieht sich dem Gesichtskreis des Referenten; statt einer Tat gibt er uns ein Traktätchen, spricht wehleidig von der moralischen Verkommenheit und Schlechtigkeit der Jugendlichen, die den Gerichten viel zu schaffen geben und ihre Meister ärgern, und von den Interessen einer abstrakt konstruierten „Gesellschaft", während es sich doch einfach und vor aller Augen um die schändlichste aller Ausbeutungen und um nackte Arbeiterinteressen handelt; aber im Bewußtsein des Umstandes, daß ihm ein Gewerkschaftsamt gegeben ist, ergeht er sich selbstgefällig über die „gewerkschaftliche und politische Faselei" — anderer, der Jugendlichen!

Der gleiche enge Geist zeigte sich bei der Behandlung der Arbeiterinnenfrage. Die „Gleichheit" ist, nach der Vorstellung von Umbreit, Cohen, Legien und etlichen anderen, ein für die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen ungeeignetes Blatt, denn die „Gleichheit" ist ein politisches, oder sagen wir es doch klar und genau: ein sozialistisches Blatt. Nun weiß zwar jedermann, daß die Arbeiterinnenbewegung in Deutschland niemand so viel zu verdanken hat als gerade der „Gleichheit", aber das verschlägt vor der höheren Erkenntnis, deren jetzt einzelne Gewerkschafter durch immanente Offenbarung teilhaftig geworden sind, ebensowenig wie die Tatsache, daß die „Gleichheit" von vielen Zehntausenden Arbeiterinnen eifrig gelesen wird. „Die ‚Gleichheit' ist jedenfalls ein politisches und kein gewerkschaftliches Blatt. In erster Linie muß aber die Gewerkschaftspresse den Boden beackern, ehe die Parteipresse dahin kommt": so ließ sich Legien vernehmen. In dieser Verallgemeinerung ist das aber eine vollkommene Umkehrung der Entwicklung, wie sie tatsächlich in Deutschland stattgefunden hat und noch immer stattfindet.

Die Arbeiterführer, die in Deutschland derartiges behaupten, vergessen ihren eigenen Werdegang: sie vergessen, daß sie erst Sozialdemokraten, dann Gewerkschafter wurden. Wenn sie selbst sich für die allgemeinen Ideen des Sozialismus und der Politik haben interessieren können, noch bevor sie die Bedeutung und die Tragweite des gewerkschaftlichen Kampfes erfaßt haben, warum soll das nicht auch bei anderen der Fall sein, und nicht auch bei den Arbeiterinnen und bei den Jugendlichen? Oder man müßte sie selbst als Elitenaturen auffassen, denen das gemeine Volk des Proletariats nicht nachkommen kann! Es hat aber tatsächlich die deutsche Sozialdemokratie Millionen Arbeiter interessiert und zusammengefaßt, noch bevor es in Deutschland bedeutende Gewerkschaften gab. In Deutschland hat die Sozialdemokratie „den Boden beackert" für die Gewerkschaften. Warum soll aber die junge Arbeitergeneration, warum sollen die Kinder der Sozialdemokraten den politischen und sozialistischen Ideen weniger zugänglich sein, als ihre Eltern es waren?! Die deutschen Gewerkschaften haben lange Zeit ihre Mitglieder aus der Sozialdemokratie geschöpft. Legien ist aus dem Gedächtnis entschwunden, daß er selbst einst mit aller Energie die Forderung vertrat, jeder Sozialdemokrat müsse Mitglied seiner Gewerkschaft sein: denn die Arbeiter lernten wohl sozialdemokratisch denken, kamen aber noch nicht dazu, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nachdem die Gewerkschaften durch den Sozialismus der deutschen Arbeiter groß geworden sind, heißt es jetzt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen; die Gewerkschaftspresse muß den Boden beackern, ehe die Parteipresse dahin kommt." Mit Verlaub, geschieht denn dem wirklich so? Keine Spur davon; wie soll denn die Gewerkschaftspresse das überhaupt zustande bringen? Das ist ja eine Utopie, wie sie der spekulativste Kopf innerhalb der vier Mauern seiner Gelehrtenstube nicht schlimmer hätte ausklügeln können! Die Gewerkschaftspresse ist ja für die bereits Organisierten bestimmt. Man denke sich die großen sozialdemokratischen Tageszeitungen hinweg, so daß die Gewerkschaften in ihrer Agitation ausschließlich auf ihre Fachblätter angewiesen wären, und die ganze Gewerkschaftsbewegung sitzt auf dem Trockenen, kann mit ihrer Agitation, ihren Forderungen und Kämpfen kaum noch in die Öffentlichkeit dringen. Wie früher, so bis auf den heutigen Tag ist es vor allem und fast ausschließlich die sozialdemokratische Presse — also die poli-

...n Arbeiterzeitungen, wie die „Gleichheit“ — ist es die Tätigkeit der ...aldemokratie im Reichstag und in den anderen Körperschaften und die ...demokratische Agitation überhaupt, wodurch die Arbeitermassen im weitesten ...nge aufgerüttelt werden und wie für die Politik, so auch für die ge...schaftliche Bewegung erst empfänglich gemacht werden. Wahrlich, das ... sehr nach dem Herzen der Unternehmer, wenn wir es den Gewerkschaften ...lassen wollten, selbst „den Boden zu beackern“! Legien hat diese Zu...menhänge bereits so sehr aus dem Auge verloren, daß er es als irrelevant ...ellt, wenn eine Gewerkschaft die reaktionäre „Post“ als Agitationsblatt ...auchen wollte! Die Verbreitung der „Post“ könnte nur eine Art der Ge...schaften fördern — die gelben. Die Arbeitermassen nehmen darum auch ...Sache keineswegs so leichthin wie der Sprecher der Generalkommission ... suchen sich nicht bloß die ausgesprochene reaktionäre, sondern selbst die ...nannte parteilose Presse vom Halse zu halten.

Der gewerkschaftliche Doktrinarismus rechnet zu sehr mit materiellen, zu wenig ... moralischen Momenten bei der Entwicklung der Gewerkschaften. Es wissen ...: heutzutage selbst die Armeeleitungen, daß der Geist die Hauptsache in ... Armee ist; um wie viel mehr in der Arbeiterbewegung. Die Gewerk...ften lassen sich nicht künstlich entwickeln, wie man etwa einen Bienen...warm in fertige Wachszellen setzt, an denen sie dann weiterbauen. Die ...werkschaften sind das Produkt der geistigen Kollektivarbeit und der Willens...itigung der Massen, ihre Entwicklung steht deshalb im engen Zusammen...g mit dem gesamten kulturellen Leben des Proletariats, folglich da, wo ... bereits zur Bildung einer sozialdemokratischen Partei gekommen ist, mit ...en Machtentfaltung und deren Ansehen. Jeder Schlag gegen die Sozial...okratie ist ein Schlag gegen die Gewerkschaften; eine Schwächung der ...itischen Betätigung der Arbeiterklasse führt nicht zur Stärkung, sondern zur ...wächung der Gewerkschaftsbewegung, während alles, was die politische ...geisterung der Arbeiter steigert und ihr Bewußtsein der Klassensolidarität ...chruft und erweitert, den Gewerkschaften neue Machtfülle bringt. Von den ...werkschaftsdoktrinären wird dieses ideale Moment ganz besonders in ihrer ...urteilung der Maifeier unterschätzt.

In dem Maße, wie der doktrinäre Praktiker die Bedeutung der sozia...lischen Agitation und des sozialrevolutionären Kampfes der Sozialdemo...tie für die Gewerkschaftsbewegung unterschätzt, verliert auch sein grund...zlicher Standpunkt gegenüber dem Unternehmertum und gegenüber der ...gierung an Klarheit und Schärfe. Daß Legien auf dem Hamburger ...ngreß die Kapitalistenklasse und den kapitalistischen Staat belehren zu können ...aubte, daß die Gewerkschaften für sie von Vorteil seien, währenddem man ...ch gerade von seiten dieser Gewerkschaftsutopisten und ihrer theoretischen ...ortführer, der opportunistischen Illusionisten, oft genug zu hören bekommt, ...ß man mittels der Gewerkschaften nach und nach das Unternehmertum wirt...schaftlich strangulieren und die Kapitalistenklasse zur Abdankung zwingen könne, ...nügt, erwähnt zu werden. Wohl aber ist es viel ernster zu nehmen, ...enn Legien auf dem Kongreß erklärte: „Die Regierungen können die ...ewerkschaften wohl von Zeit zu Zeit umgehen, aber entziehen ...önnen sie sich unserem Einfluß auch nicht mehr.“ In dieser illusio...ären Vorstellung von dem Geiste und dem Widerstand der kapitalistischen ...egierungen liegt eine nicht zu unterschätzende praktische Gefahr.

Als das neue Vereinsgesetz vor der Annahme stand, veröffentlichte Generalkommission ein fulminantes Manifest, in dem sie zum Ma protest gegen dieses Gesetz aufforderte und durch das sie die breiteste Öff lichkeit, auch die bürgerliche, in Bewegung setzen zu können glaubte, um Gesetzentwurf den Garaus zu bereiten. Das erschien der Generalkommis äußerst notwendig in letzter Stunde, da die Agitation, welche die Sozialde kratie bis dahin gegen die Vorlage betrieben hatte, die Regierung und Parteien nicht zum Rückzug zu zwingen vermochte. Die Generalkommis glaubte mehr Eindruck hervorrufen zu können. Legien erklärte ja auch jetzt, daß die deutschen Gewerkschaften in der „Einwirkung auf das öffentl Leben der Arbeiterorganisation keines Landes nachstehen". Und was die Folge jener Aktion? Kein Mensch auf seiten der Regierung oder bürgerlichen Parteien kümmerte sich um den Protest der Generalkommiss die bürgerliche Öffentlichkeit blieb stumm, die ganze Agitation wurde von selben Sozialdemokratie getragen, die dasselbe schon früher getan hatte, die Vorlage wurde, wie es vom Blockreichstag nicht anders zu erwarten angenommen. Das war die Probe auf den Einfluß der deutschen Gew schaften auf das öffentliche Leben!

Der Hamburger Kongreß selbst bot so ziemlich bei jedem Beratungsgeg stand die krassesten Beispiele, wie wenig sich die Regierungen in Deutschl um die Wünsche und Interessen der Arbeiter, sowohl der Gewerkschaften der Sozialdemokratie, kümmern. Die Gesindeordnungen bestehen, kein W wird an ihnen geändert; die Heimarbeiter bleiben ohne Schutz, werden a gebeutet und übervorteilt; die Gewerbeinspektion bleibt höchst mangelha zahllose Übertretungen finden ungestraft statt usw. Man sollte meinen, sind doch vollgewichtige Beweise, daß die Regierungen als Handlanger Kapitals sich von den Gewerkschaften in keiner Weise imponieren lassen. Regierung der kolonialen Abenteuer und der Blockreichstag haben ganz ande im Sinne, sie haben keine Zeit und kein Interesse, sich um die Arbeiter kümmern. Legien aber behauptet mit Emphase: „Sie (die Regierungen) könn sich unserem Einfluß nicht mehr entziehen!" Warum das? Woher die Zuversich

Man höre: „Ohne die Arbeiterorganisationen kann das Reichsstatistisc Amt keine Arbeiterstatistik machen, wir haben die gesuchte Hilfe stets ge gewährt. Aber auf die Dauer ist der Zustand nicht haltbar, daß eine Reich behörde unsere Hilfe in Anspruch nimmt, während die anderen Reichsbehörd uns nicht als vorhanden betrachten möchten." Schrecklich, nicht wahr? D Reich geht aus den Fugen, wenn nicht sämtliche Ministerien und Reich behörden — wohl auch der Generalstab und das Reichsmarineamt? — d Beispiel der Reichsstatistischen Amtes nachmachen! Warum es auf die Dau unmöglich sein soll, daß man im Statistischen Amte die Streiklisten der G werkschaften verwendet, zugleich im Ministerium des Innern die Schutzleu mit Brownings ausrüstet, um den Streikenden zu begegnen, und im Justi ministerium Gesetzentwürfe ausarbeitet, um die Gewerkschaften unmöglich machen, das begreife, wer kann. In der Wirklichkeit sehen wir, daß die politisc Verfolgung des gewerkschaftlichen Kampfes nicht nur mit der amtlichen Au nutzung gewerkschaftlicher Statistiken, sondern — ich erinnere an Frankreich mit der Anwesenheit von Gewerkschaftsführern im Ministerkabinett sich verträg

Die Einwirkung der Gewerkschaften in Deutschland auf die Regierunge existiert nur erst in der Einbildung einzelner Gewerkschafter. Nachdem nu

diese politische Luftspiegelung sich eingestellt hat, versperrt sie die Aussicht und stumpft das kritische Urteil ab. Nur so sind die dem soeben behandelten Satze nachfolgenden Ausführungen Legiens zu verstehen. Er meinte: „Wir werden uns die volle Anerkennung der Regierungen erzwingen, bitten werden wir nicht darum. Um das recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, haben wir die Regierungen, die sich auf dem Heimarbeiterschutzkongreß nicht hatten vertreten lassen, wo es sich doch um die Besserung der Lage der elendesten Arbeiterschichten handelte, zu diesem Kongreß nicht eingeladen.“ Also, die Regierungen haben den Heimarbeiterschutzkongreß nicht beschickt, sie haben dadurch die Gewerkschaften mit vollem Bewußtsein brüskiert, sie haben sie ostentativ wie Luft behandelt, woraus die Schlußfolgerung nicht schwer zu ziehen wäre, daß sie auch den Gewerkschaftskongreß nicht beschicken würden, wenn sie eingeladen worden wären — zur Strafe dafür, erklärt Legien, werden sie nicht eingeladen! Er meint sogar noch, daß dies ein sehr drastisches Ausdrucksmittel sei! Aber wenn die Regierungen aus dieser Tirade Legiens etwas entnehmen würden, so wäre es sicher nur, daß die Gewerkschaften sich wohl danach sehnen, daß ein Regierungsmensch in ihrer Mitte erscheine, und wäre es auch nur einer vom Statistischen Amt oder vom Pockenimpfinstitut! Welche Wahrnehmung freilich durchaus falsch gewesen wäre. Denn der Gewerkschaftskongreß war von proletarischem Bewußtsein und von Kampfesgeist erfüllt und trug nach einem Techtelmechtel mit Regierungsvertretern ebensowenig Verlangen wie die sozialdemokratischen Parteitage. Weshalb es denn auch durchaus unnötig und höchst irreführend war, sich auf den Heimarbeiterschutzkongreß zu berufen, um zu erklären, warum die Regierungen zu dem Gewerkschaftskongreß nicht eingeladen wurden. Dazu bedurfte es keiner besonderen Gründe. Das war ebenso selbstverständlich, wie es selbstverständlich ist, daß zu dem Gewerkschaftskongreß nicht die Handelskammern oder die Innungen oder die Arbeitgeberverbände eingeladen werden: denn die Regierungen sind ja ausgesprochene und zielbewußte Vertreter der Kapitalistenklasse respektive des kapitalistischen Staates.

Es ist ein böses Versehen, wenn der Führer einer Armee die stärkste vom Feinde befestigte und besetzte Stellung als neutrale Position auffaßt. Noch schlimmer aber ist es, wenn der Feldherr sich über die Bewegungen des Feindes täuscht, wenn er einen Rückzug annimmt, wo der Feind zum Angriff rüstet. Diese letztere Illusion zeigt sich in der Auffassung einzelner Gewerkschaftsführer von der Bedeutung und Entwicklung der Arbeitgeberkoalitionen. Darüber und im Zusammenhang damit über die Maifeier im nächsten Artikel.

Verelendung und Zusammenbruch.

Von **K. Kautsky**.

(Schluß.)

IV.

Noch schlimmer als bei der „Verelendungstheorie“ spielt Tugan Marx bei der „Zusammenbruchstheorie“ mit, die ebenso wie die Verelendungstheorie in der Form, in der sie kritisiert wird, eine lächerliche Erfindung des Revisionismus ist. Um den Marxschen Standpunkt zu charakterisieren, zitiert Tugan folgenden Passus:

„Ganz wie Himmelskörper, einmal in eine bestimmte Bewegung geschleudert, dieselbe stets wiederholen, so die gesellschaftliche Produktion, sobald sie einmal in jene Bewegung wechselnder Expansion und Kontraktion geworfen ist.... Die Periode dieser Zyklen umfaßt bis heute zehn bis elf Jahre, aber es liegt kein Grund vor, diese Größe für eine bleibende zu halten. Auf Grund der Gesetze der kapitalistischen Produktion ist vielmehr anzunehmen, daß diese Größe sich ändert und daß die Dauer der Zyklen sich allmählich verringern wird" (S. 89).

Nach moderner Manier oder vielmehr Unmanier gibt Tugan nicht an, wo diese Zitate zu finden sind. Diese Manier ist sehr bequem für moderne Leser, denen es nur um rasches Überfliegen, nicht gründliches Studium eines Buches zu tun ist, und noch bequemer für moderne Autoren, die es dadurch dem Kritiker erschweren, ihre Zitate nachzuprüfen, nicht bloß auf die Genauigkeit des Wortlauts, sondern vor allem auf den Zusammenhang, in dem sie stehen und durch den allein sie ihren bestimmten Sinn erhalten.

Der erste Teil des Zitats ist im „Kapital" (I, 4. Aufl., S. 598) zu finden. Nicht aber der zweite Teil. Er steht nur in der französischen Übersetzung des „Kapital" (S. 200), der deutsche Wortlaut rührt von Tugan her.

Es ist eine gelegentliche Bemerkung von Marx, der er keine Wichtigkeit beilegte, da er sie nicht in die zweite Auflage des deutschen „Kapital" aufnahm, die ein Jahr nach der französischen Ausgabe erschien. Wie wenig sie das Wesen der Marxschen Krisentheorie berührt, kann man daraus ersehen, daß Engels in einer Fußnote zum dritten Band des „Kapital" (2, S. 27) „eine Ausdehnung der Dauer des Zyklus" für möglich hält. Auf jeden Fall besagt der Marxsche Satz nicht mehr, als daß die Dauer des Krisenzyklus nicht unverrückbar zehn Jahre betragen müsse, daß sie veränderlich sei (variable, was Tugan ungenau übersetzt: daß sie sich ändert) und daß Tendenzen auf eine Verkürzung dieses Zyklus von zehn und elf Jahren vielleicht auf neun oder acht Jahre bestehen. Was aber schließt Tugan daraus?

„Auf diese Weise sieht Marx für die Zukunft eine chronische Krisis voraus, die die Bewegung der kapitalistischen Produktion zum Stillstand bringen und dadurch der kapitalistischen Ordnung den Todesstoß versetzen wird."

Ich frage, wo steht in dem obigen Zitat auch nur ein Wort von der chronischen Krise, die die kapitalistische Produktion zum Stillstand bringen und ihr den Todesstoß versetzen wird? Nie und nirgends hat Marx auch nur ein Wort geschrieben, das in diesem Sinne ausgelegt werden könnte.

Seit einem Jahrzehnt wird von den Revisionisten Marx diese alberne Anschauung unterschoben, stets in der willkürlichsten Weise, durch ganz lächerliche Zitatauslegungen. Seit einem Jahrzehnt stellen wir immer wieder den wahren Sachverhalt fest. Nutzt nichts. Die Herren kapieren's nicht.

Hat man die Lächerlichkeit einer Zitatauslegung widerlegt, so spornt das bloß ihren Eifer an, nach irgend einem anderen Sätzchen zu suchen, das im Sinne dieses Unsinnes gedreht werden könnte. Da er in den gesamten deutschen Schriften von Marx keinen Satz finden konnte, der auch nur annähernd für Tugans Kritik verwendbar wäre, blieb diesem nichts übrig, als die französische Übersetzung des „Kapital" und in dieser nur ein einziger Satz, der nicht im entferntesten das sagt, was Tugan aus ihm herausliest.

So wird Marx überwunden und schreitet die Wissenschaft über ihn zu höherer Erkenntnis vor.

Welches ist aber die Erkenntnis, zu der hier Tugan über Marx hinweg ordringt? Man höre:

„Es gibt keine Gründe, vorauszusetzen, daß der Kapitalismus je eines atürlichen Todes sterben wird; er muß zerstört werden durch den bewußten Willen des Menschen, zerstört durch die vom Kapital ausgebeutete Klasse — urch das Proletariat" (S. 90).

Sehr gut gesagt, lieber Tugan, aber müssen Sie nicht selber lachen, wenn Sie diesen Satz Marx entgegenhalten?

Sie zitieren unmittelbar vorher fast auf einer ganzen Seite den Passus es Kommunistischen Manifestes über die Krisen, leider brechen Sie ihn gerade vor folgendem Satz ab:

„Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier."

Das wurde sechzig Jahre vor Tugans neuestem Buch geschrieben.

Unser Revisionist hat vor diesem Satz haltgemacht, jedoch ahnt er, daß er ihm wieder entgegengehalten werden wird, und so gebraucht er auch hier wieder die seit Bernstein und Sombart so beliebte Ausflucht des „tiefen Widerspruchs" in der „sozialen Philosophie von Marx". Dieser sei eben nicht bloß Denker gewesen, sondern auch Kämpfer. Als Kämpfer habe er an die Proletarier appelliert, als Denker glaubte er, der Kapitalismus werde ohne Kampf eines natürlichen Todes sterben. Als Forscher „überschätzte er die Bedeutung der elementaren Seite des geschichtlichen Prozesses und begriff nicht die schöpferische Riesenrolle der lebendigen, menschlichen Persönlichkeit in diesem Prozeß" (S. 91).

Die Bedeutung von Marx als Denker und Forscher bestünde also darin, daß er etwas nicht begriff, was für Tugan völlig klar ist. Aber diese Tugansche Klarheit hat Löcher, durch welche eine faustdicke Unklarheit sichtbar wird.

Nichts konfuser, als die „lebendige, menschliche Persönlichkeit", den „bewußten Willen des Menschen" in Gegensatz zu bringen zu der „ökonomischen Entwicklung", dieser „elementaren Seite des geschichtlichen Prozesses". Als wenn die Ökonomie nicht selbst das Werk der „lebendigen, menschlichen Persönlichkeit" wäre, als wenn der ökonomische Prozeß etwas anderes wäre, als die Arbeit der menschlichen Persönlichkeit, als wenn die Triebfeder des ökonomischen Prozesses etwas anderes wäre, als der „bewußte Wille des Menschen", der Wille zu leben! Als wenn in den ökonomischen Werken von Marx nicht ununterbrochen von der menschlichen Persönlichkeit und ihrem Willen die Rede wäre, als ob die Klassen nicht aus Menschen beständen, die Klasseninteressen nicht dem „bewußten Willen des Menschen" entsprängen und Klassenkämpfe ohne solchen Willen geführt werden könnten!

Hat Tugan von alledem nichts bei Marx gefunden oder entspringt alles, was Marx darüber gesagt, auch einem „Denkfehler"? War es nicht der Denker, sondern bloß der Agitator Marx, der die „schöpferische Riesenrolle" der Klassen und damit der „lebendigen, menschlichen Persönlichkeit" im „geschichtlichen Prozeß" darlegte?

Achtzig Seiten später weiß Tugan selbst, was Marx geleistet:

„Worin besteht die neue Bahn, die Marx dem Sozialismus erschlossen hatte? In dem genial-einfachen Grundsatze, daß die Ziele des Sozialismus nur durch den Klassenkampf der bisher unterdrückten Klasse erreicht werden können.... Aber jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, da der Staat

ein Organ der Klassenherrschaft ist, und das einzige Mittel für die unterdrückte Klasse, diese Herrschaft zu stürzen, die Eroberung der Staatsmacht ist.... Der Sieg des allen materiellen Reichtum produzierenden Proletariats muß die Abschaffung jeder Ausbeutung der Arbeit, jeder Klassenherrschaft nach sich führen.... Das seit der Veröffentlichung des ‚Kommunistischen Manifestes‘ verflossene halbe Jahrhundert ist im großen und ganzen ein Triumph der neuen Taktik des Sozialismus und ein anschaulicher Experimentalbeweis ihrer Fruchtbarkeit und Zweckmäßigkeit“ (S. 180, 181).

Vortrefflich! Aber was bleibt dann übrig von der Kritik, die Tugan anläßlich der Krisentheorie an Marx übt? Und was bleibt nach alledem vom Revisionismus übrig? Setzt der nicht der Marxschen „Revolutionsromantik“ von der Eroberung der Staatsgewalt die Lehre vom friedlichen „Hineinwachsen“ in den Zukunftsstaat entgegen?

Was wird Sombart zu dieser Auffassung Tugans sagen, Sombart, der uns versichert, die neue Gesellschaft müsse „eben im Schoße der alten Ordnung langsam heranreifen“, „alle historischen Revolutionen“ seien bisher „ohne jede Bedeutung für den Gang der sozialen Entwicklung gewesen“, die Idee der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat sei ein Unsinn, ein „Fremdkörper“ in der „historisch realistischen Auffassung von Marx“, den „alle Sophistik der Welt“ mit dieser nicht wird „zusammendeuten können“ (Sozialismus und soziale Bewegung. 6. Aufl. Verlag von G. Fischer, S. 78, 79).

Und was wird aus dem gewerkschaftlichen Revisionismus à la Rexhäuser-Döblin, der da findet, die Idee des Klassenkampfes erschwere die Verständigung mit den Unternehmern, die so gern bereit wären, die „berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen“; die Betonung des Klassenkampfes gehöre bloß in die reine „Theorie“, in der praktischen Gegenwartsarbeit der Gewerkschaften sei sie schädlich (Tarifvertragspolitik und Klassenkampf, „Soz. Monatshefte“, 1908, S. 723, 724).

Tugan bleibt Revisionist und Marxkritiker, aber er stellt dabei den Revisionismus auf den Kopf. Dieser war davon ausgegangen, daß der Marxismus durch seine steten Hinweise auf das „Endziel“, durch seine „Freßlegende“, die praktische Arbeit der Hebung der Arbeiterklasse störe. Das bammelnde Endziel wurde verhöhnt, der Satz geprägt von der Bewegung, die alles ist, wogegen das Endziel nichts. Jetzt dagegen klagt Tugan:

„Um auf die Massen Einfluß zu gewinnen, mußte der Sozialismus den alltäglichen Interessen der Massen näher treten. Diese Aufgabe hat der Marxismus gelöst. Dank der genialen, von Marx geschaffenen Taktik wurde die sozialistische Bewegung zu einer Arbeiterbewegung. Der Kampf um das sozialistische Ideal hat den Charakter des Kampfes um die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse angenommen. Und nur dank dieser neuen Taktik ist der Sozialismus zu dem geworden, was er jetzt ist, zur größten politischen Macht unserer Zeit!

„Je mehr aber der Schwerpunkt der sozialistischen Bewegung auf das Gebiet der praktischen Politik, der allernächsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse verlegt wurde, desto mehr rückt das Endziel der Bewegung in den Hintergrund. ... Auf diese Weise hat sich die marxistische Taktik, die im praktischen Leben mit so glänzendem Erfolge gekrönt wurde, auf dem Gebiet der Theorie als eine S c h w ä c h u n g d e s I n t e r e s s e s f ü r d i e E n d z i e l e d e s S o z i a l i s m u s e r g e b e n“ (S. 8 u. 9).

Diesem Mangel will Tugan abhelfen, indem er die Denkweise der Utopisten neu belebt, es für dringend notwendig erklärt, jetzt schon die Einrichtungen

sozialistischen Zukunftstaates festzustellen. Daß Marx darüber nichts Be-
mtes sagte, das sei sein großer Fehler gewesen.

Die Ausführungen, die Tugan im Anschluß an diese Auffassung entwickelt,
das Bemerkenswerteste an seinem Buche. Ich hoffe, noch Gelegenheit zu
n, sie in einem anderen Zusammenhang zu beleuchten. Einstweilen aber
en wir nur konstatieren, daß der klügste Kopf des Revisionismus dessen
lagen gegen Marx in ihr Gegenteil verkehrt hat.

Das ist das theoretische Ergebnis von zehn Jahren Revisionismus. Er
nnt mit der fulminanten Erklärung, daß die Bewegung alles sei und das
ziel nichts, und kommt zu der wehmütigen Klage, daß es ohne Endziel
t gehe und daß dieses durch die Bewegung verschüttet werde. Der Revi-
ismus von heute schlägt den von gestern tot.

Der notwendige Zusammenhang zwischen Endziel und Bewegung, die nur
i Seiten derselben Sache sind, bleibt dem Revisionismus dabei nach wie vor
borgen. Darin ändert er sich nicht, trotz aller seiner Wandlungen, und
um bleibt er dem Marxismus gegenüber heute ebenso theoretisch unfruchtbar
ehedem.

Dabei aber gibt er fast alle Positionen preis, die er diesem gegenüber ein-
ommen hatte, und wo er sie zu behaupten sucht, geschieht es nur durch
kehrung und Verballhornung des Marxschen Standpunktes.

Und schließlich sieht sich der Revisionismus gezwungen, zu gestehen, daß
e marxistische Taktik im praktischen Leben mit glänzendem Erfolg gekrönt
rde", mit glänzendem Erfolg für das Proletariat, das sie „zur größten poli-
hen Macht unserer Zeit gestaltete".

Was hat dagegen der Revisionismus praktisch erreicht? Nichts als eine
ärkung der Bourgeoisie.

Er flößte einer Reihe von Arbeitern, die sich schon vom Liberalismus los-
öst hatten, wenigstens vorübergehend wieder neues Zutrauen zu diesem ein.
bewirkte, daß der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat
r als ein Produkt von Rückständigkeit erschien, einerseits ein Überbleibsel
alteter Dogmengläubigkeit und gewissenloser Demagogie im Proletariat,
dererseits ein Produkt der Bösartigkeit von „Scharfmachern" und Junkern,
als ein rückständiger Typus aufgefaßt wurden, denen man das „freiheitliche
irgertum" mit starkem „sozialem Empfinden" als den Typus der Zukunft
genüberstellte, als eine Schicht, die bereit sei, Arm in Arm mit den Prole-
riern gegen Junker, Pfaffen und Scharfmacher zu kämpfen und eine Periode
r „industriellen Demokratie" zu begründen.

Durch diese Illusionen wurde dem bürgerlichen Radikalismus in manchen
indern die Bundesgenossenschaft von Arbeitern zugeführt, die sich bereits zu
zialistischer Erkenntnis durchgerungen hatten.

Aber noch in anderer Weise wurde dieser durch den Revisionismus gestärkt.

Der Liberalismus ist theoretisch bankrott und wird dadurch unfähig, einen
achwuchs an weiterblickenden Politikern zu erzeugen. Der Revisionismus,
r in der Praxis das Zusammenwirken mit dem Liberalismus predigt, schlägt
e Brücke, auf der diesem Elemente zuziehen können, die durch die Schule
s Marxismus gegangen sind und, wenn sie ihn auch nicht zu Ende gedacht,
doch genug von ihm gelernt haben, um an Verständnis der Triebkräfte der
odernen Gesellschaft den liberalen Politikern weit überlegen zu sein. Wenn
lche Elemente, durch revisionistische Erwägungen getrieben, sich dem Libera-

lismus nähern in der Erwartung, ihn vor den Wagen des Sozialis
spannen zu können, geraten sie unbemerkt dahin, selbst vor den Wagen
Liberalismus gespannt zu werden, dem sie dadurch neue Kraft verleihen.
ist eines der Anzeichen des Übergangsstadiums, in dem wir leben, daß
Bourgeoisie vieler Länder ihre Staatsmänner wie ihre Klopffechter mit steige
Vorliebe aus Kreisen holt, die etwas vom Marxismus gelernt haben. E
aber auch ein Anzeichen der hoffnungslosen Dummheit des deutschen Lib
lismus, daß er blind dafür ist, und die Barth und Breitscheid, die den A
eines sozialistischen Zuzugs für die intelligente Bourgeoisie begriffen ha
im Stiche läßt. Daher finden die F. O. Hertz, Struve, Briand, Miller
John Burns usw. in Deutschland keine Genossen. Nicht einmal Herrn Som
hat der deutsche Liberalismus zu fesseln verstanden. Und da man nicht dau
zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie hin und her pendeln kann,
dieser Vertreter des professoralen Revisionismus die Politik für ein und
bares Geschäft erklärt.

So ist die praktische wie die theoretische Bilanz des ersten Jahrzehnts
Revisionismus keine glänzende. Sie gemahnt sehr an die Schlagworte,
denen er den Marxismus zu töten meinte: Verelendung und Zusammenbr

---

Zur Organisation der Jugend.

Von **Max Frankenthal** (Hamburg).

Die Resolution über die Jugendorganisationen, welche auf dem Gew
schaftskongreß in Hamburg angenommen wurde, hat nicht die geringste
rung der Frage herbeigeführt, sondern sie noch mehr verwirrt. Alle bis
bestehenden Jugendorganisationen — ob selbständig oder nicht — müßten
Harakiri an sich vollziehen, wenn eine ebensolche oder ähnliche Resolution
dem Parteitag in Nürnberg angenommen werden sollte. Der Absatz 3
Robert Schmidtschen Resolution: „Für diese Zwecke erscheint die Bild
einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich" macht jeglicher Juge
organisation den Garaus. Jedoch schien sich der Verfasser über den W
einer Jugendorganisation nicht recht im klaren zu sein, denn er schreibt
sichtigerweise „erscheint". Und im Absatz 5 läßt die Resolution sogar
Jugendorganisationen wieder durchschlüpfen, indem Vertreter der jugendlic
Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Kommissionen, welche von den örtlic
Instanzen, Gewerkschaftskartell und Parteiorganisation, einzusetzen sind, hin
gezogen werden sollen. Jugendorganisationen sind ja gerade deshalb
forderlich, damit die Jugend regelmäßig an den Veranstaltungen, die für
getroffen werden, teilnimmt, der Bildung überhaupt zugänglich gemacht wi
Eine Veranstaltung soll die andere ergänzen; es muß in der Erziehung
Jugend ein gewisses System — allerdings kein Schulsystem mit sein
Zwange — liegen. Dies System gewährleisten aber nur Jugendorgani
tionen. Wie andernfalls ohne solche die Bildung und Erziehung der Jug
sich vollziehen soll, bleibt ein Geheimnis des Genossen Robert Schmidt. D
jenigen Faktoren, welche sich bisher mit der Erziehung der Jugend beschäft
haben und infolgedessen berufen sind, ein Urteil in dieser Frage abzugeb
sprechen sich alle für Jugendorganisationen aus. Und zwar für solche, der
ein größtmögliches Selbstbestimmungsrecht einzuräumen ist. So lautet z

ispiel der Absatz 5 der Leitsätze, welche das Hamburger Gewerkschafts-rtell in Gemeinschaft mit der Parteiorganisation festgelegt hat:

„Den jungen Leuten soll die Selbstverwaltung ihrer Organisation glichst vollständig überlassen werden. . . .“

Bei einer so schwierigen Frage, wie es die Erziehung der Jugend ist, geht natürlich nicht an, die Jugend selbst diese Aufgabe lösen zu lassen, sondern ie Unterstützung durch die Älteren ist durchaus notwendig. Dies ist aber sher noch von fast keiner Seite bestritten worden. Die Bildungsfrage ist lweise eine Geldfrage, und schon deshalb ist ein Eingreifen von Partei und ewerkschaften erforderlich. Dann wird es aber auch nötig sein, dem Prole-riat die Gewißheit zu verschaffen, daß sich sein Nachwuchs in guten Händen findet. Bei der Auswahl der Erzieher, der Leiter muß und soll Partei und ewerkschaften ein Einfluß zugestanden werden. Doch soweit wie nur irgend öglich ist der Jugend das Selbstverwaltungsrecht zu lassen. Die Erfahrung d die Betätigung in dieser für viele noch neuen Frage werden in kurzer eit schon zeigen, was am praktischsten und richtigsten ist. Der Aufbau ner Organisation zur Erziehung der Jugend soll also derart sein:

Partei und Gewerkschaften betrauen die ihnen geeignet erscheinenden Kräfte it der Sammlung und Leitung der Jugend.

Selbstverständlich müssen die Leiter den Jugendlichen stets Berater und cht Bevormunder sein. Andernfalls werden erstere schnell die unangenehme rfahrung machen, daß die Jugend nicht für sie zu haben ist. Diese Art der ammlung der Jugend wird in fast jedem Orte, wo nur irgendwelche Or-anisationen des klassenbewußten Proletariats bestehen, durchzuführen sein.

Nun haben einzelne Gewerkschaften angefangen, besondere Unter-bteilungen für ihre jugendlichen Mitglieder ins Leben zu rufen. Es kommen ier jedoch nur die wenigen Gewerkschaften in Betracht, welche besonders mit ugendlichen Arbeitern (ungelernten) zu rechnen haben. Daß diese Jugend-chen, da auch sie bei Lohnbewegungen usw. in Frage kommen, in ihrer Ge-werkschaft organisiert sein müssen, soll nicht bestritten werden und ist selbst-erständlich. Jedoch empfiehlt es sich aus mehrfachen Gründen, die Ver-nstaltungen für die Jugend nicht nach Berufen getrennt vorzunehmen. lußer dem Mangel an Leitern kommt hier vor allen Dingen in Frage, daß er Jugendliche sich nur im Kreise seiner Kameraden wohl fühlt, und diese vählt er nicht nur aus seinem Berufe, sondern besonders unter seinen Nach-barn, mit welchen ihn eine Freundschaft noch von der Schule her verbindet.

Da Genosse Robert Schmidt nicht mit Jugendorganisationen rechnet, unter-läßt er es natürlich auch, eine Altersgrenze für deren Mitglieder festzu-setzen. Eine solche muß aber bestehen, und da empfiehlt sich aus vielerlei Gründen, hierfür den Eintritt in das neunzehnte Lebensjahr festzulegen. Mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres muß der Jugendliche zur regen Anteilnahme am politischen Leben angehalten werden, und das geschieht am besten in der Parteiorganisation.

Ob von den Jugendlichen ein Beitrag zu erheben ist, darüber besagt die Resolution Schmidt: die Teilnahme an Vorträgen und anderen Veranstal-tungen ist den Jugendlichen unentgeltlich zu gewähren. Doch wohlgemerkt, Schmidt geht davon aus, daß Jugendorganisationen nicht erforder-lich seien. Für solche aber wird man ein Beitragsgeld erheben müssen, mag dasselbe auch noch so gering sein. Sonst liegt die Gefahr nahe, daß das

Interesse zu gering ist. Auf dem Lande und in den Kleinstädten mag e
Beitragserhebung nützlich sein — in den Groß- und Mittelstädten ist sie n
wendig. Nur den jugendlichen Arbeitern, welche schon Gewerkschaften
gehören und hier Beiträge zahlen, kann die Teilnahme unentgeltlich gewä
werden.

Bezüglich der Art der Veranstaltungen dessen, was den Jugendlichen
boten werden soll, ist schon so viel gesagt worden, daß es sich erübrigt,
diesem Platze näher darauf einzugehen. Nur möchte ich noch bemerken, d
in Hamburg die Mitglieder der Jugendorganisation unentgeltlich am Tu
unterricht des Arbeiterturnvereins teilnehmen können.

Was den gewerblichen Schutz der Jugend anbetrifft, so soll nach der Reso
tion des Gewerkschaftskongresses die wirtschaftliche Interessenvertretung
Jugend Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen bleiben. Aber —
Interessenvertretung, die bisher die Gewerkschaften den Jugendlichen hab
angedeihen lassen, war nur sehr minimal. Und wenn letztere nicht sel
ihre Sache verfochten hätten, nicht selbst versucht hätten, ih
Interessen zu wahren, noch heute würden die Gewerkschaften s
nicht sehr darum kümmern. Erst die selbständigen Jugendorga
sationen haben die Gewerkschaften an eine Pflicht, welche bisher versäu
wurde, erinnert. Wie bei dieser Sachlage der Dinge Schmidt dazu komm
sich und den Gewerkschaften dies Eingreifen der Jugendorganisationen v
bitten zu müssen, ist nicht recht begreiflich. Dankbar hätte man ihnen d
sein müssen dafür, daß sie den Gewerkschaften ein neues Tätigkeitsgebiet
öffneten.

Darin allerdings hat Schmidt vollkommen recht, daß es zukünftig Sac
der Gewerkschaften sein muß, sich den Schutz der Jugend zu einer besonder
Aufgabe zu machen. Aber auch hierbei wird die Jugendorganisation helfe
eingreifen müssen, indem sie die Jugendlichen mit ihren gewerblichen Recht
und Pflichten bekannt macht, eine Aufgabe, welche ja eigentlich schon die Sch
lösen sollte.

Nach der Erhebung vom 24. Oktober 1904 über die Wirkung der Han
werkergesetzgebung belief sich die Zahl der nur Lehrlinge haltenden Meist
auf 60118, und die Zahl der von ihnen beschäftigten Lehrlinge auf 7811
Über diese Betriebe werden sich die Gewerkschaften nur mit Hilfe der Jugen
organisationen Material verschaffen können. Also auch in dieser Beziehun
werden die Jugendorganisationen von Nutzen sein, wenn auch das Haup
gebiet ihrer Betätigung in der Erziehung körperlich und geistig gleich tüchtig
Klassenkämpfer liegen soll.

Im Laufe seines Referats sprach Genosse Robert Schmidt über die inte
nationale Jugendkonferenz in ziemlich abfälliger Weise. Der Genosse Kril
hat inzwischen als einer der Teilnehmer an der Konferenz die Kritik als u
berechtigt zurückgewiesen. Nun — auf zukünftigen internationalen Jugend
konferenzen kann sich ja der Parteivorstand als zuständige Instanz durch eine
Delegierten vertreten lassen. Ein solcher Austausch von Erfahrungen wir
auch für die Leiter der einzelnen Jugendorganisationen Deutschlands erforderli
werden, sowohl durch jährliche Zusammenkünfte wie auch durch die Heraus
gabe einer Zeitschrift für die Leiter, ähnlich der Parteikorrespondenz, di
selbstverständlich nicht die ebenfalls herauszugebende großzügige Jugend
zeitung ersetzen soll.

Schmidts Referat befaßte sich in der Hauptsache nur mit dem gewerblichen
utz der Jugend. Für die Tätigkeit der Jugendorganisationen selbst sowie
Agitationskomitees, welche aus den über achtzehn Jahre alten Jugend-
en gebildet werden sollen zum Zwecke des Vertriebs von Schriften und
tungen unter der Jugend, gibt das Referat des Genossen Dr. Frank, ge-
ten auf der zweiten Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter
d Arbeiterinnen Deutschlands, sowie der Artikel des Genossen Remmele in
. 39 der „Neuen Zeit" sehr beherzigenswerte Fingerzeige.

Wenn der Parteitag in Nürnberg in diesem Sinne das wieder gut macht,
s der Gewerkschaftskongreß in Hamburg in dieser Frage unklar gelassen,
an wird er der deutschen proletarischen Jugendbewegung einen mächtigen
stoß geben. Dann wird bald ein Heer von Rekruten heranwachsen, das
t neuer und gewaltigerer Energie den Emanzipationskampf des Proletariats
iterführen wird. Der Schlag unserer Gegner wird dann ein Schlag ins
asser gewesen sein.

Noch ein Wort zur Ausbildung der Arbeitersekretäre.

Von **Richard Schiller** (Breslau).

In seinem Artikel „Ausbau der Arbeitersekretariate und Vorbildung ihrer
amten" in Nr. 32 der „Neuen Zeit" gibt Genosse Fr. Frank (Frank-
rt a. M.) ein durchaus zutreffendes Bild von der Entwicklung unserer
beitersekretariate, ihrer rechtlichen Stellung und den Sorgen um die Zukunft
ser so überaus populären Einrichtungen. So mancher grauköpfige Partei-
teran, der seine Justizministerlaufbahn im Kreise der Genossen als simpler
iefkastenonkel seines Parteiblatts begann oder als Vorsteher einer recht be-
eidenen Rechtsauskunftstelle sich mühsam und unter persönlichen Ent-
hrungen durchzubeißen hatte, sieht heute mit Freude und stillem Staunen
n dem zaghaften Anfang auf die jetzigen großzügigen Einrichtungen. Viele
r Alten haben auch persönlich diese Vorwärtsentwicklung mitgemacht; sie
ben sich mit eisernem Fleiße gebildet, und die stetig wachsende Erfahrung
ar ihnen ein ausgezeichneter Lehrmeister. Aber schließlich hat jeder Eifer
ne natürlichen Grenzen. Aus wirtschaftlichen und aus Konkurrenzgründen
uß sich die Auskunfterteilung heute auf *alle* Gebiete der Rechtspflege er-
ecken, folglich muß — nicht nur der gehäuften Arbeit, sondern auch der
ache wegen — *Arbeitsteilung* eintreten.

Hier haben wir den Sorgenpunkt, um dessentwillen Genosse Fr. Frank zu
nen Vorschlägen zur Vorbildung der Arbeitersekretäre kommt. Neue Sekre-
riate werden heute schon von vornherein unter der Voraussetzung ins Leben
rufen, daß sie weitgehenden Ansprüchen genügen können, und bei der Aus-
ahl der Beamten spüren die Genossen mit peinlicher Gewissenhaftigkeit den
ähigkeiten der Bewerber nach. Von den oft zahlreichen Angeboten kamen
mer nur wenige *ernstlich* in Frage, ein Umstand, der einmal beweist, daß
irklich geeignete Kräfte wenig vorhanden sind und daß sehr viele Genossen
ne recht geringe Meinung von der Bedeutung der Arbeitersekretariate haben.
lit diesen unangenehmen Tatsachen haben nicht nur die neuen Unter-
hmungen zu rechnen, auch die alten, längst bewährten Institute machen
ese Erfahrungen, wenn sie neue Kräfte, wenn sie Nachwuchs haben müssen.

Es ist bei den heutigen umfangreichen und die Nerven zerrüttenden Se
tariatsbetrieben gar nicht mehr möglich, neue Kräfte heranzubilden; der g
freundschaftliche Wille tut's nicht mehr, Zeit und Gelegenheit verbie
ein solches Anlernen von selbst; die patriarchalischen Verhältnisse s
auch in dieser Beziehung bei uns vorbei. Einer oberflächlichen und sche
tischen Erledigung der Sekretariatsgeschäfte darf aber unter keinen Umstän
das Wort geredet werden; tieferes Verständnis und neben dem praktisc
Können etwas mehr theoretisches Wissen auch auf juristischem Ge
ist heute mehr denn je nötig.

Verhält man sich gegenüber solchen Betrachtungen teilnahmlos, so gefähr
man mit Recht den guten Ruf der Arbeitersekretariate. Genosse Frank w
auf all das mit genügender Deutlichkeit hin und kommt zu dem Schlusse, d
die Ausbildung der Sekretäre eine ernste Pflicht der Generalkommissi
sei. Durch über mehrere Monate sich erstreckende Unterrichtskurse auf r
juristischer Grundlage, die besonders das schwierige Gebiet des bürgerlic
Rechtes, des Strafrechtes und der Prozeßordnung berücksichtigen, können n
der Ansicht Franks gesunde Zustände geschaffen werden. Ich stimme die
Vorschlag durchaus zu und halte den gewiesenen Weg für gangbar.
der engen Liierung zwischen Partei und Gewerkschaft ist es auch gleichgül
ob die Partei oder die Gewerkschaften die Einrichtung derartiger Kurse
treiben. Nach dem heutigen Geschäftsmodus bei Errichtung der Sekretari
liegt die Materie der Generalkommission eigentlich näher wie der Par
leitung. Jedoch ist das nur eine Nebenfrage; die Hauptsache bleibt, daß
Anregungen Franks feste Gestalt annehmen.

Nun nimmt in Nr. 36 der „Neuen Zeit" auch Genosse P. Ristau
dieser Frage Stellung. Er erkennt die Berechtigung des Frankschen Artik
an, fragt aber verwundert: Warum eine neue Hochschule? Seine Verwun
rung will er damit erklären, daß ja die Parteischule die geeignete Institut
sei, in der der brauchbare Nachwuchs an Arbeitersekretären herangebil
werden kann. Hier haben wir alles, was nötig ist: Arbeiterrecht, bürg
liches Recht, Strafrecht und Strafvollzug. Außerdem tüchtige Le
kräfte — ohne Zweifel — und ferner noch Nationalökonomie, Soz
logie, Naturwissenschaft usw. Mit diesen gewichtigen Argumenten gla
Genosse Ristau die Frankschen Sorgen gründlich zerstreut und den Wun
nach einer besonderen Bildungsanstalt für Arbeitersekretäre ein für allem
als überflüssig erklärt zu haben.

Gemach, verehrter Genosse, so schnell ist die Frage nicht zu erledigen.
juristischen Fächer an der Parteischule sind — das darf man offen a
sprechen — vorderhand noch problematisch zu betrachten. Wöchentlich v
Stunden Arbeiterrecht und vier Stunden Bürgerliches Recht, beziehun
weise Strafrecht und Strafvollzug. Das hört sich recht vielversprech
an, bedeutet aber in Wirklichkeit herzlich wenig Zeit im Verhältnis zu
gewaltigen Materie, die von diesen juristischen Fächern umspannt wi
Niemand wird das besser bestätigen können, wie die drei hierfür in Fr
kommenden Lehrer. Der Stoff häuft sich ihnen namentlich in der zwei
Hälfte des Kursus — trotz des Überschlagens zahlreicher Paragraphenkolonien
übermäßig an. Von praktischen Übungen konnte gegen Ende des Unt
richts keine Rede mehr sein. Bei einem solchen Verfahren ist es ausgeschloss
daß die Vorbildung erreicht wird, die Genosse Frank für Arbeitersekretari

…ßen Stils im Auge hat. Günstiger liegt die Sache bei den Parteischülern, … sich bereits in ähnlichen Stellen befanden, denen die Materie nicht ganz …nd ist, und die gerade auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung mit dem …stem vertraut werden, mit dem man versuchen soll, die überall verstreut …genden Gesetze zum Schutze der Arbeiter in Anwendung zu bringen. Im …gemeinen aber können die juristischen Fächer gerade wegen dieser beschränkten …it nur flüchtig behandelt werden, und ein Parteischüler, der sich mit juristischen …agen zum erstenmal beschäftigt hat, wird — besonders beim Bürgerlichen …cht und beim Strafrecht — auf lange Zeit noch Volontär bleiben müssen. …elche Last eine solche schwache Hilfskraft aber für ein stark frequentiertes …kretariat ist, braucht nicht näher geschildert werden, ebensowenig, wie man … Gefahren unrichtiger Auskunfterteilung nicht genauer ausmalen braucht.

Nun wird so mancher Genosse erstaunt fragen, ja wenn die Dinge so …gen, wo bleiben da die praktischen Erfolge der Parteischule? Und so …ncher „wohlmeinende" Kritikus unserer Hochschule wird schmunzelnd seinen …en Vers wiederholen, daß die Schule zur marxistischen Kirche wird und die …axis zum Teufel geht. Aber so oberflächlich darf die Sache nicht behandelt …rden, es muß vielmehr einmal gründlich die Frage erörtert werden, was … im sozialistischen — nicht im staatssozialistischen Sinne — praktische Arbeit …r Parteischule und was nicht.

Wie schon oben ausgeführt, kann das Übermaß juristischer Materie, zu…mmengedrängt auf 34 Tage zu sechs Unterrichtsstunden täglich, keine eigent…h praktischen Erfolge zeitigen. Sieht man nun aber die Sache von einer …deren Seite an, so bietet sie auch ein anderes Bild. Werden von den …2 Tagen des Semesters 34 Tage zu einer relativ weniger fruchtbringenden …ätigkeit verwandt, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß diese Zeit …m Schaden der anderen Lehrfächer geopfert wird. Nun steht die …rage so: Darf die Zeit geopfert werden? Ehe aber diese Frage beantwortet …erden kann, muß man wissen, was die eminent praktische Aufgabe der …arteischule ist.

Gründungszweck der Schule war: theoretisch durchgebildete Agi…tatoren aus dem Arbeiterstand heranzuziehen. Die praktische Kleinarbeit der …gitation, der tägliche Kampf mit dem organisierten Gegner, sei es den Christ…chen, den Reichsverbändlern oder anderen, forderte dringend ein höheres Maß …on sozialistischem und allgemeinem Wissen. Vor allem fehlt den Ge…ossen die innige Kenntnis der sozialistischen Theorie, die Kenntnis von …em Wesen einer Weltanschauung, an deren Verwirklichung man nicht nur …lauben, sondern deren logische, historische Zusammenhänge man auf ökonomischem …ebiet auch erkennen lernen soll. Wir wissen, daß die reichhaltige und …m großen Teil auch wertvolle Literatur auf diesem Gebiet allein keinen …andel schaffen kann; dem proletarischen Leser fehlt die Lehr- und Denk…ethode, vor allem die Dialektik, die es ihm möglich macht, aus scheinbaren …iderspruchen richtige Schlußfolgerungen zu ziehen. Da sollte die Partei…schule Mittel zum Zweck werden und aus aufgeweckten Genossen schlichte, …ber doch wissende sozialistische Agitatoren machen. Das ist der erste …nd vornehmste Zweck der roten Akademie! Soll in diesem Sinne wirklich …twas Positives erreicht werden, dann muß danach hingestrebt werden, den …ehrplan nicht durch Vielseitigkeit, sondern durch Gründlichkeit auszu…bauen. Um das zu ermöglichen, fordere ich nicht mehr und nicht weniger

als zwei Juristen vom Lehrplan der Parteischule ganz zu streichen u
einen geeigneten Lehrer Vorträge über die geschichtliche Entwicklung der Rech
pflege im allgemeinen halten zu lassen. Solche Vorträge erwecken historisch
Verständnis und nützen viel mehr als ein flüchtiges Durchpeitschen zahllo
Gesetze. Der jetzt übliche juristische Unterricht an der Parteischule bede
nur halbe Arbeit. Scheiden wir diese halbe Arbeit aus und übertragen i
sie Einrichtungen, wie sie Genosse Frank wünscht, dann gewinnt auf der ei
Seite die Parteischule mehr Zeit und Bewegungsfreiheit für ihre ureigenst
Aufgaben, und auf der anderen Seite ist für den Nachwuchs an tüchti
Arbeitersekretären ebenfalls aufs beste gesorgt.

Ein Netz.

Von **Rudolf Krafft.**

Der reichsdeutsche Militarismus hat zwei Mittel, mit denen er tief in d
Zivilleben eingreifen kann. Das erste besteht darin, daß die Offiziersehr
gerichte auch für die nicht zum Dienste eingerückten Offiziere des Beurlaubt
standes und für die mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform v
abschiedeten Offiziere zuständig sind; das zweite bilden die Veteranen- u
Kriegervereine.

Wie die Reaktion, die im Deutschen Reiche herrscht, die Offiziersehre
gerichte ausnutzt, ist bekannt. Sie läßt sie sogar dann in Aktion tret
wenn ein Zivilist, der zufällig Reserve- oder Landwehroffizier ist, nur a
rein wahltaktischen Gründen, also nicht als Parteigenosse, zur Wahl ei
Sozialdemokraten auffordert. Der Betreffende wird dann mit schlichtem A
schied entlassen, obwohl Bismarck, unbekümmert um seine Würde als Kürass
general, seinerzeit telegraphiert hat: Wählt Sabor! +) Und wie mit den p
sionierten Offizieren, die die Erlaubnis zum Tragen der Uniform erhal
haben, umgegangen wird, beweist am besten das Schicksal des Oberst Gäd
Die von Gädke aufgestellte Behauptung, daß die Armee nicht ein willenlo
Werkzeug des Monarchen sei, ist eine Selbstverständlichkeit, mit der sogar d
an Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig lassende deutsche Militärstrafges
buch rechnet. In seinem § 47 bestimmt es ausdrücklich, daß der Untergebe
der einen Befehl ausführt, von dem er weiß, daß er ein militärisches o
bürgerliches Verbrechen oder Vergehen bezweckt, als Teilnehmer zu bestra
ist. Dieser Paragraph, der bei der Fassung der Kriegsartikel freilich ni
beachtet worden ist, beweist, was von der Legende der militärischen Allma
des obersten Kriegsherrn zu halten ist. Auch für den deutschen Soldaten
die oberste Richtschnur das Gesetz. Auch er hat das im genannten §
inbegriffene Recht der Gehorsamsverweigerung, wenn ihm bewußt ist, daß
die Hand zu einem Vergehen oder Verbrechen bieten soll. Wäre es ande
so stünde das Deutsche Reich in zivilisatorischer und politischer Hinsicht n
tiefer, als es leider schon steht. Aber mochte Gädke im Grunde nicht v
anderes gesagt haben als der § 47 des Militärstrafgesetzbuchs, es wurde geg
ihn dennoch das härteste Urteil gefällt, das überhaupt möglich war.

Nun unterstehen, wie schon angedeutet, den Offiziersehrengerichten all
dings nur die Offiziere a. D., die mit der Erlaubnis zum Tragen der Unifor
verabschiedet wurden. Wer ohne diese Befugnis die Armee verläßt, ist d

+) in Frankfurt a/M. gegen Sonnemann.

engerichten entrückt. Anscheinend kann daher mit Recht der Einwand er-
en werden, daß die pensionierten Offiziere den Fährlichkeiten der Ehren-
chte sehr leicht ausweichen können, wenn sie bei ihrer Verabschiedung auf
Erlaubnis zum Tragen der Uniform verzichten. In der rauhen Wirklich-
kommt aber ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Erhält ein Offizier den
chied ohne die Erlaubnis zum Tragen der Uniform, so nimmt jeder einiger-
zen mit den militärischen Verhältnissen Vertraute an, daß der Abschied
gen nicht ganz einwandsfreier Vorkommnisse erfolgt sei. Einen derartigen
dacht wollen natürlich die Offiziere, die sich nichts zuschulden kommen
en, vermeiden, und daher bitten sie in ihren Abschiedsgesuchen ausnahms-
um die bewußte Erlaubnis. Ich selbst habe seinerzeit einen Ausweg ver-
ht, indem ich um meine Verabschiedung ohne die Erlaubnis zum Tragen
Uniform einkam und dabei die Bitte einfließen ließ, es möge bei der
blikation meiner Verabschiedung der Passus beigefügt werden, daß ich auf
Erlaubnis zum Tragen der Uniform selbst verzichtet habe. Das Abschieds-
uch wurde mir aber mit dem Bemerken zurückgeschickt, daß die von mir
wünschte Konstatierung nicht angängig sei. Darauf blieb mir nichts übrig,
um die Verabschiedung mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform ohne
e Klausel zu ersuchen, obwohl ich die felsenfeste Überzeugung hatte, daß ich
dieſe Weise in ein paar Monaten wegen meiner leider nur zu berechtigten
griffe gegen das preußische Militärsystem in ehrengerichtliche Behandlung
ommen würde.

Es ist also gründlich dafür gesorgt, daß die Offiziere, die sich bei ihrer
rabschiedung nicht in ein zweifelhaftes Licht bringen wollen, ihren Abschied
nehmen müssen, daß sie dem Ehrengericht nicht entrinnen können, wenn sie
was sagen oder tun, was zu der im Deutschen Reiche aus naheliegenden
ünden eingeführten Maulkorbwirtschaft nicht paßt.

Zu allem Überfluß stellt das ehrengerichtliche Verfahren ein Unikum vor,
s den modernen Anschauungen über die Eruierung des Rechtes auf das
ärfste widerspricht. Nicht einmal dem selbstverständlichen Verlangen, daß
r Tatbestand durch vereidigte Zeugen möglichst genau fixiert wird, genügt
Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere. Nur Zivilisten werden
reidigt, während Offiziere ihre Angaben „auf Ehre und Pflicht" machen.
ch die Ehrengerichtsverordnung stellt also indirekt das Prinzip auf, daß
Offiziere höhere Wesen seien. Es wäre ja gewiß sehr angenehm, wenn
s in der Wirklichkeit zuträfe. Aber die militärische Kriminalstatistik und
e Reihe von publik gewordenen Skandalen beweisen zur Genüge, daß die
ffiziere Menschen sind wie andere auch und daher keine Ausnahmestellung
anspruchen können.

Ebenso schön wie mit der Eruierung des Tatbestandes steht es mit dem
erteidigungsrecht des Angeschuldigten. Mündlich darf er sich nur selbst ver-
digen. Ist er nicht sprachgewandt, so muß er auf die mündliche Verteidi-
ng verzichten und die schriftliche wählen. Will er zu seiner Verteidigung
Hilfe einer anderen Person beanspruchen, so darf er nur einen Offizier
ählen, der mit ihm mindestens die gleiche Charge haben muß. Eine münd-
che Verteidigung ist in diesem Falle ausgeschlossen. Der Verteidiger kann
r eine Verteidigungsschrift einreichen.

Die Untersuchung führt der Ehrenrat. Das Ergebnis seiner Recherchen
wie seine eigene Anschauung hat er in einem Gutachten niederzulegen. Ob-

wohl dieses Gutachten ungefähr der Anklageschrift des Staatsanwaltes
spricht, darf der Angeschuldigte kein Wort davon sehen und hören. Es w
ihm nicht zur Erwiderung ausgeliefert, und in der Spruchsitzung, in der
gesamte Ehrengericht seine Meinung über den Fall abgibt, muß der
geschuldigte den Saal verlassen, ehe mit der Verlesung des Gutachtens
gonnen wird. Das ist ungefähr so, wie wenn im gewöhnlichen Gerich
verfahren der Angeklagte und sein Verteidiger vor Beginn der Rede
Staatsanwaltes sich aus dem Gerichtssaal entfernen müßten.

Aber damit sind die Kuriositäten noch nicht erschöpft. Die Anschauu
die das Ehrengericht in seinem sogenannten Spruche darlegt, ist nämlich
Urteil, sondern nur ein Antrag, der vom obersten Kriegsherrn bestätigt o
nach Belieben verschärft oder gemildert werden kann. Somit besteht der Sch
des ehrengerichtlichen Verfahrens in einer Kabinettsjustiz, über die das
geblich an der Spitze der Welt marschierende Deutschland eigentlich hina
gewachsen sein sollte.

Selbstverständlich kann die Reaktion mit einem solchen Apparat vorzüg
arbeiten. Er versagt auch dann nicht, wenn der Spruch des Ehrengerich
nicht nach Wunsch ausgefallen ist. Ist dem so, so wird der Spruch im Kabin
entsprechend korrigiert. Hier gibt es somit kein Entrinnen.

Und mit einem Gerichtsverfahren, das derart beschaffen ist, kann, neb
bei bemerkt, ein Offizier, der noch aktiv ist, nicht nur um seine Stellu
sondern auch um seine Pensionsansprüche gebracht werden. Man kann
damit beinahe über Nacht zum Bettler machen. Der pensionierte Offi
ist wenigstens davor sichergestellt, daß ihm das Ehrengericht die Pens
nehmen kann.

Sehr charakteristisch ist es, daß die deutschen Staatsrechtslehrer und Rech
gelehrten die Offiziersehrengerichte als durchaus verfassungsgemäß anerkenn
Anderen Leuten bleibt hier nur der freilich auch aus sonstigen Tatsachen
leicht zu ziehende Schluß übrig, daß die deutschen Verfassungen nur ein dün
Anstrich auf dem in Deutschland herrschenden Absolutismus sind.

Während die Reaktion einen erheblichen Prozentsatz des männlichen Tei
der sogenannten gebildeten Zivilbevölkerung durch die Offiziersehrengeric
stramm im Zügel hält, übt sie mit den Veteranen- und Krieg
vereinen usw. über eine große Anzahl von Arbeitern, Bauern, Han
werkern usw. die politische Kuratel aus. Die militärische Vereinsmeierei st
ja im Deutschen Reiche leider sehr im Flor. Nicht genug damit, daß die e
maligen Soldaten sich in großen Vereinen zusammenschließen: es gibt au
Vereine, in denen sich nur ehemalige Angehörige bestimmter Regimenter
finden. Den Mitgliedern aller dieser Vereine ist die Wahl eines sozialdem
kratischen Abgeordneten, die Beteiligung an der sozialdemokratischen Agitati
verboten. Wer dagegen handelt, wird ausgeschlossen.

So hat der Militarismus ein ganzes Netz um die männliche Zivilbevöl
rung gesponnen. Zieht man auch die anderen Mittel, die der Staat zur B
kämpfung der freien Meinungsäußerung anwendet, in Betracht, so muß m
zugeben, daß er auf diesem Gebiet ganze Arbeit leistet. Und wenn man fern
bedenkt, daß die Sozialdemokratie trotzdem wächst, so bleibt einem vernün
tigen Menschen nichts übrig, als ihr zu gratulieren, und jenen, die sich e
bilden, sie können sie niederreiten, das innigste Beileid auszusprechen.

Literarische Rundschau.

[..] Ludwig Bräutigam, Professor, **Ein moderner Pädagoge. Meinungen.** [L]eipzig 1907, Teutonia-Verlag. XXX und 205 Seiten. Preis 3 Mark.

Unsere Überschrift rechtfertigt sich schon durch den Lebenslauf und die Charak[teris]tik, die der Herausgeber Heinrich Schulz — wie wir vermuten, identisch mit [uns]erem bekannten Genossen und Mitarbeiter an dieser Zeitschrift — der Veröffent[lich]ung einer Reihe schulpolitisch-pädagogischer Aufsätze aus dem Nachlaß seines [vere]hrten früheren Lehrers vorausgeschickt hat. Der im Oktober 1906 gestorbene [Pro]fessor des Deutschen und der Geschichte an der Realschule „beim Doventor" in [Bre]men war wirklich einer der, noch nicht allzu häufigen, Schulmänner, die jenes [schmück]ende Beiwort verdienen. Sproß einer sächsischen Bauernfamilie, zuerst als [Vol]ksschullehrer in seinem Heimatlande tätig, trieb ihn sein Wissensdrang zum [Uni]versitätsstudium, nach dessen Erledigung er die Hauptzeit seines Wirkens (von [18..]9 bis zu seinem Tode) eben an jener Bremer höheren Schule zugebracht hat. [Er] war keiner von der Art „höherer" Lehrer, die mit Dünkel auf ihre Volksschul[koll]egen von oben herab sehen. „Als im Jahre 1905 in Bremen die Wogen des [Sch]ulkampfes hoch gingen und alle vorsichtigen und feigen Elemente, auch unter [den] höheren Lehrern, von den tapferen bremischen Volksschullehrern abrückten, die [die] Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule verlangten, da gerade, [in] dieser heißen Zeit, tat Bräutigam einen Schritt, der ihn hoch ehrte: er trat als [ein]er der ersten und ältesten akademischen Lehrer Bremens dem bremischen Lehrer[ver]ein als Mitglied bei und bekundete dadurch seine Sympathie mit den tapferen [Kä]mpfern und seine innere Übereinstimmung mit ihren Zielen" (H. Schulz auf [S.] XVI, Anm.). Neben seiner fruchtbaren Tätigkeit als frischer, anregender Lehrer [wa]r er ein begeisterter Vorkämpfer der modernen, volksmäßigen Dichtkunst, ins[bes]ondere schon früh der echten „Heimatkunst" (nicht dagegen der neumodischen, [ult]raromantischen „Kunst um der Kunst willen"), wie er denn auch den Anfang mit [de]r Veranstaltung von Volkskunstabenden in der Handelsstadt an der Weser machte, [au]sgehend von dem Grundsatze: „Die Kunst gehört dem Volke, dem ganzen Volke, [all]e alle sollen die Tempel der Kunst geöffnet sein." Daneben war er ein be[deu]tender Musikkenner und -kritiker, daher auch jahrzehntelang Musikberichterstatter [(ü]brigens auch Theaterreferent) für einheimische und auswärtige Blätter.

Dementsprechend bieten denn auch die von Genosse Schulz aus dem Nachlaß [he]rausgegebenen „Meinungen" Bräutigams über allerlei Schul- und Erziehungs[fra]gen mancherlei Anregungen, zumal da sie frisch und allgemeinverständlich ge[sch]rieben sind. Und gerade sozialdemokratischen Lesern wird vieles darin sympathisch [sei]n: so sein auch in Komödienform gebrachter Kampf gegen Direktorenwillkür und [Ko]llegenservilität, gegen Kriegsdichtung, Hurrapatriotismus und „Verpreußung" [in] den Schulen, gegen einen verknöcherten Geschichtsunterricht, gegen eine falsche [A]rt der Strafverhängung, sein Eintreten für Kunstunterricht, für Gesundheitspflege [un]d körperliche Beschäftigung nicht bloß der Schüler, sondern auch der — Lehrer, [un]d manches andere. Und doch steckt selbst dieser in vielen Dingen so modern [de]nkende Schulmann, dessen dem Titelblatt beigegebenes Bild schon Sympathie für [di]e offenen, kräftigen und klugen Gesichtszüge erweckt, in anderen noch tief in den [V]orurteilen der bürgerlichen Klasse. Als ältester Lehrer des Deutschen hat er auch [di]e Leitung der Schulfeierlichkeiten übernommen. Da fehlt nun fast niemals, selbst [in] der Schule der freien und Hansastadt, die doch — soviel wir wissen — den [R]eligionsunterricht auf den oberen Klassen ihrer höheren Schulen aufgehoben hat, [d]ie Einleitung durch Choralgesang und Bibeltext. Aber mehr als das! Offenbar [m]it Behagen schildert er das Programm einer Kaiser-Geburtstagsfeier mit dem [T]hema: „Die Schule und die Fürsten", wobei unter anderem Wilhelms II. Sang [a]n Ägir vom Chore vorgetragen wurde, wie denn überhaupt „an vaterländischen [F]esttagen selbstverständlich (!) in erster Linie die drei ersten Kaiser des Deutschen [R]eiches gefeiert wurden" (S. 114). Noch patriotischer ging es bei der von Bräutigam

geleiteten Bismarckfeier vom 25. März 1895 her: von dem ersten bis zum letzt Choralgesang, von der ersten bis zur letzten Schülerdeklamation, von Gottscha Bismarckhymne bis zu dem Chorgesang des „Wir Deutsche fürchten usw." war all sehr „einheitlich gestaltet", das heißt zum Preise des Säkularmenschen, im Einkla mit der Festrede des Direktors, der den Abiturienten „den auch in der Festre wiederholt auf Bismarck angewandten Spruch: ‚Allezeit treu bereit — Für d Reiches Herrlichkeit' ans Herz legte". Allerdings stammt der betreffende Auff schon aus dem Jahre 1897, und Bräutigams oben erwähnter Beitritt zum Brem Lehrerverein (1905) läßt hoffen, daß des wackeren Mannes politisches Urteil spä ein freiheitlicheres geworden ist. Warum hat er, wenn er anders dachte, d Leitung solcher Feiern nicht abgelehnt? — Auch in einer anderen Frage zieht unseres Erachtens nicht die nötigen Konsequenzen. Er schildert in seiner „Sch komödie" und in dem ersten Aufsatz die von ihm erlebte Direktorenwillkür u den Servilismus seiner Amtsgenossen auf einem Höhegrad, wie er denn doch glü licherweise in dieser Höhe nicht die Regel ist. Aber was fordert er im Anschl daran? Er verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß er Umsturz, radikale U wälzung, wild verwegene Neuerung erstrebe, und wünscht nur „eine Behandlu der Untergebenen (!), bei der ihre Mündigkeit voll und ganz anerkannt, bei d der Entfaltung ihrer Individualitäten Raum gegönnt wird". Er sieht nicht, d die Schuld an dem bureaukratischen System liegt, das freilich mit unserer ganz heutigen Gesellschaftsordnung zusammenhängt. Der Durchschnitt der Oberlehr ist nicht serviler und nicht stolzer als andere Menschen auch, ja vielleicht sog der Durchschnitt der Direktoren. Aber solange jede gesetzliche Regelung, das hei Einschränkung und Abgrenzung der direktorialen Befugnisse fehlt, wird es imm wieder zu solchen Zuständen kommen. Es ist zum Beispiel gar nicht abzusehe warum nicht die Führung der direktorialen Amtsgeschäfte (ähnlich wie bei den Hoc schulen) jährlich wechseln soll, und anderes mehr.

So sehen wir, daß selbst ein im ganzen so modern denkender und tüchtig Pädagoge, wie Bräutigam, sich von dem ihn jahrzehntelang umgebenden Mili nicht ganz hat los machen können. Das mindert natürlich nicht seinen Wert a Mensch, Lehrer und väterlicher Freund seiner früheren Schüler. Wohl dem Lehre dem einer seiner Schüler noch nach vielen Jahren die Worte nachrufen kann: „E verstand es wie kaum ein zweiter, das Herz der Schüler zu packen und ihren Sinn a das Große, Schöne und Ideale zu lenken. Stets voller lebensfrischer Anregunge voller Optimismus, voller echter Lehrerbegeisterung für das werdende Geschlecht, w sein Unterricht kraftbildend im schönsten Sinne des Wortes" (H. Schulz, S. IX). P

Dr. Konrad Guenther, **Vom Urtier zum Menschen.** Ein Bilderatlas zur A stammungs- und Entwicklungsgeschichte des Menschen. Lieferung 1. Vollständ in 20 Lieferungen à 1 Mark. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Die uns vorliegende erste Lieferung entspricht in Ausstattung und Text de weitgehenden Anforderungen, die an ein gemeinverständliches und doch wisse schaftlich vertieftes Werk dieser Art zu stellen sind. Der Bilderatlas, der 90 Tafel in Großquartformat bringen wird, bietet, wie das Probeheft zeigt, sowohl in d Herstellungstechnik wie in der Auswahl der Zeichnungen ein Anschauungsmateria das in gleicher Vortrefflichkeit bei dem verhältnismäßig so niedrigen Preise no nicht existiert. Und der Text, dessen geistiger Wert gewöhnlich bei solchen Prach werken bedenklich hinter der reicheren Ausstattung zurückbleibt, entspricht hier i ersten Hefte allen Anforderungen, die vom Standpunkt einer vorurteilslosen, rei wissenschaftlichen Naturerkenntnis zu stellen sind. Wie der Prospekt mitteilt, wir der Text etwa 380 Seiten des großen Formats füllen und folgende zehn Kapit bringen: 1. Die Zelle und ihre Entstehung. Entstehung des Lebens auf der Erd 2. Vom Einzelligen zum Vielzelligen. Herausbildung und Trennung der Geschlechte 3. Der Befruchtungsvorgang. 4. Die Hohltiere und die Entstehung der Organ 5. Die Würmer und die Ausbildung der Körpergliederung, der Leibeshöhle und de

gefäße. 6. Die Einheit der Entwicklung der Wirbeltiere und des Menschen.
e Ahnenformen des Menschen unter den Fischen. 8. Die Ahnenformen unter
Landwirbeltieren. 9. Die Entwicklung der einzelnen Organsysteme. 10. Rück-
ge des Menschen auf Tierahnen und die Entwicklung der menschlichen Seele.
Wir behalten uns für den Abschluß des Werkes eine eingehende Besprechung
können aber schon jetzt die Bemühungen des Herausgebers und Verlags als
ennenswert bezeichnen. ew.

Zeitschriftenschau.

„The international socialist Review“ vom Juni enthält einen kurzen
cht über **„Den sozialistischen Parteitag“** (Socialist National Convention) der
alist Party (Sozialistischen Partei), der vom 10. bis 17. Mai in Chicago ab-
lten wurde. Zur besseren Vorbereitung aller Fragen wurden mehrere Kom-
onen eingesetzt, so für die „Platform“ (das Wahlprogramm), für das Statut,
die Frauenbewegung, für die Bauernfrage und für das Verhältnis zu anderen
iterorganisationen. Über die Alkoholfrage wurde eine Resolution angenommen,
den Mißbrauch alkoholischer Getränke als ein schlimmes Hemmnis des Sozia-
us erklärt, in der Vermehrung der Polizeigewalt des Staates jedoch keine Ab-
sieht und in der Beseitigung der durch den Kapitalismus verursachten Unter-
hrung und Überermüdung das wirksamste Mittel gegen den Alkoholismus er-
t. Der Vorschlag eines Delegierten, der Parteitag solle dem Präsidenten
sevelt einen offenen Brief schicken, wurde abgelehnt, da man der Darstellung,
sevelt wolle alles Gute für die Arbeiter, werde aber von den Trusts daran
ndert, nicht zustimmen könne. Über die Arbeiterorganisationen wurde eine
ge Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß die Sozialistische
tei in allen Kämpfen zwischen den organisierten Arbeitern und den Kapitalisten
den Gewerkschaften zusammensteht; dann werden die wichtigsten Fälle der
en Jahre aufgezählt, wo die Staatsgewalt mittels der Gesetzgebung, des
itärs und der Justiz den Gewerkschaften ihren Kampf unmöglich zu machen
te, und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden darauf hingewiesen,
sie mittels des Stimmzettels sich dagegen wehren können. Von mehreren
ten wollte man einen Satz eingefügt sehen, der die Organisation in Industrie-
bänden als vorteilhafter wie die traditionelle Fachorganisation empfiehlt. Die
hrheit (143 gegen 43) wollte jedoch in dieser Resolution, die den Gewerkschaften
Sympathie und Solidarität der Partei aussprechen soll, nicht zu der Frage der
ckmäßigsten gewerkschaftlichen Organisationsform Stellung nehmen. Diese Ab-
mung zeigt deutlich das Bestreben der Partei, mit dem großen Gewerkschafts-
d (der A. F. L.) auf freundschaftlichem Fuße zu stehen und alles zu vermeiden,
s diese abstoßen könnte.

Der Vorschlag, sich mit der anderen Partei (S. L. P., Sozialistische Arbeiter-
tei) zu vereinigen, wurde abgelehnt und deren Mitglieder eingeladen, sich einzeln
Sozialistischen Partei anzuschließen. Nach Beratung des Wahlprogramms
rden Eugene Debs und Ben Hanford als Kandidaten für die nächsten
äsidenten- und Vizepräsidentenwahlen nominiert. Über die Ein-
nderungsfrage wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß der
ssenkampf das Prinzip der Arbeiterbewegung ist, daß den Versuchen der Kapita-
en, durch Einfuhr billiger Arbeitskräfte die Löhne zu drücken, energisch entgegen-
reten werden soll, daß jedoch über die Rassenfrage und über eine Gesetzgebung
gen bestimmte Rassen noch kein Urteil abgegeben werden kann und eine Kom-
ssion zum Studium dieser Frage eingesetzt wird. Ein Vorschlag, in dieser Re-
ution eine Erklärung gegen die asiatische Einwanderung aufzunehmen, wurde
gelehnt — leider wird nicht mitgeteilt, wie stark die Minorität war, die sich
für erklärte. Die Resolution über die Bauernfrage ruft die Bauern auf, mit den

Arbeitern zusammenzustehen und dem genossenschaftlichen Betrieb ihre Aufmerk-
keit zu schenken, lehnt dagegen besondere Versprechungen für die Bauern ab.
hitzige Diskussion über die Religion fand noch statt, weil einige Delegierte in
Erklärung der Religion zur Privatsache ein bedauerliches Hemmnis für freie
kussion über solche Fragen innerhalb der Partei erblickten. Es wurde schlie
folgende Fassung angenommen: „Die sozialistische Bewegung ist in erster Linie
ökonomische und politische Bewegung. Sie hat mit religiösem Glauben nicht
tun." Über die Agitation unter den Frauen wurde eine Minderheitsresolution,
keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern und keine besonderen Maßnah
für die Frauen machen wollte, abgelehnt und entsprechend der Mehrheitsresolu
ein Komitee eingesetzt, das für die sozialistische Propaganda unter den arbeiten
Frauen Maßnahmen treffen soll.

Das sozialistische Programm (Socialist Platform) wird in diesem
auch vollständig abgedruckt. Nach einer ausführlichen Darlegung der sozialisti
Prinzipien und einer speziellen Einleitung, die die Zustände und Ereignisse
letzten Jahre in Amerika behandelt, werden folgende Programmforderungen
gestellt, die wir hier in kürzerer Fassung wiedergeben. Allgemeine Forderung
Staatliche Hilfe für die Arbeitslosen durch die verschiedenen produktiven Arbei
zum Teil durch Unterstützung kommunaler Maßnahmen; Vergesellschaftlichung
Eisenbahnen, der Telegraphen, des Telephon, der Verkehrsmittel und des Gr
und Bodens; Vergesellschaftlichung der Industrien, die national organisiert
Monopole sind; Gemeineigentum der Bergwerke, Wälder, Wasserkräfte, Urbarmach
von Ödland; unbedingte Freiheit der Presse, des Redens und der Versammlu
Industrielle Forderungen: Die Verbesserung der Lage der Arbeiter durch ste
Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung einer wöchentlichen Ruhezeit von anderth
Tagen, gute Arbeitsinspektion, Verbot der Kinderarbeit bis zum sechzehnten J
Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität. Politis
Forderungen: Progressive Erbschafts- und Einkommenssteuer, allgemeines glei
Wahlrecht für Männer und Frauen, Volksinitiative und Referendum, proportion
Vertretung und das Recht, die Abgeordneten zurückzurufen, Abschaffung des Sen
Abschaffung des usurpierten Prüfungsrechts gesetzlicher Beschlüsse durch die Rich
Ermöglichung der Verfassungsänderung durch Majoritätsbeschluß, Schaffung
sonderer Ministerien für Arbeit, für Erziehungswesen und für Gesundheitswe
Volkswahl der Richter, Regelung der Einhaltsbefehle durch das Gesetz, freie Ju
verwaltung. Dies alles sind nur vorläufige Mittel zur unmittelbaren Aushilfe,
zu der Zeit, in der die Arbeiter die ganze politische Gewalt und dadurch die Gew
über die Industrie in ihre Hände bekommen. An dem breiten Raum, den die Ju
in diesen politischen Forderungen einnimmt, erkennt man, daß in Amerika die Ju
die hauptsächlich angewandte Waffe der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung bil

„Das Fehlschlagen der sozialistischen Einheitsbestrebungen" ist ein Auf
von Frank Bohn überschrieben. Der Autor bedauert, daß 1901 die Versuche
Einigkeit an dem Widerstand der S. L. P. (Sozialistische Arbeiterpartei) scheitert
Dadurch ist auch jetzt die S. P. (Sozialistische Partei) nicht, was sie sein sollte,
Organisation aller revolutionären Elemente. Die S. L. P. ist seitdem taktisch z
nie vom richtigen Standpunkt abgewichen, aber sie hatte Angst, das Prinzip du
Berührung mit den Unreinen zu beschmutzen, sie sonnte sich in einer Heiligkeit,
der keine werbende Kraft ausging, sie erzog die eben Erwachenden nicht, die
guten Willen, aber noch wenig Einsicht hatten, sondern hetzte mit dem Messer hin
ihnen her. Dadurch hat sie das revolutionäre Prinzip diskreditiert und bildet j
ein Hemmnis für die Verbreitung des Sozialismus. Deshalb sollen die in
industriellen Verbänden organisierten Arbeiter aus der S. L. P. ausscheiden, sich
P. S., der einzigen Partei, die zu einer Massenbewegung werden kann, anschließ
um in ihr das revolutionäre Bewußtsein zu stärken.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 44 Ausgegeben am 31. Juli 1908 26. Jahrgang

Vom Reichsbankrott.

Berlin, 25. Juli 1908.

Da es keine Regel ohne Ausnahme gibt, so mußte auch die Regel, wonach
h der getretene Wurm zu krümmen beginnt, ihre Ausnahme haben, und der
utsche Liberalismus bemühte sich nach Kräften, diese Ausnahme vor aller Welt
einer unbestreitbaren Tatsache zu machen. Um so mehr verdient registriert
werden, daß dieser getretene Wurm nun doch eine gewisse Neigung verrät,
h zu krümmen, und obendrein, wo man es am wenigsten hätte erwarten sollen.
ie nationalliberale Wetterfahne in Magdeburg, die sonst im Winde von oben
r kaum weniger geschwind trillerte als die nationalliberale Wetterfahne in
öln, verfällt auf den für sie höchst verwegenen und verwogenen Gedanken,
ß die liberalen Parteien die ungeheuerliche Reichssteuerlast, die den Massen
mnächst wieder auferlegt werden soll, nicht bewilligen dürften, ehe sich die
egierung nicht zu einer Reform der preußischen Dreiklassenwahl bequeme.

Praktisch ist darauf natürlich nichts zu geben, und der Unglückliche, der
uf diese Brücke treten wollte, würde kopfüber kopfunter ins Wasser stürzen.
ichts ist möglicher oder selbst wahrscheinlicher, als daß die Magdeburgerin
acht Tagen schon der entgegengesetzten Ansicht ist, und selbst wenn dem
icht so wäre, so ist ihre Meinung noch lange nicht die Meinung ihrer Partei,
eren offizielles Organ sich sogar schon mit einem hörbaren Ruck von der
etzerin abwendet, während ein anderes nationalliberales Organ, das den
anzerplattenpatrioten zum Sprachrohr dient, obendrein von einer „Erpresser-
ktik“ faselt. Lehrreich ist jedoch, daß ein zunächst so ganz harmloser und
ngefährlicher Vorschlag auf die reaktionäre Presse, die ohnehin am besten
veiß, wie harmlos und ungefährlich er ist, so kräftig wirkt, wie das rote Tuch
uf den Stier. Namentlich das Organ der Brotwucherer donnert gegen
inen „Kuhhandel“, wie er schmählicher noch nicht dagewesen sei, und kann
ich gar nicht darüber beruhigen, daß die Interessen des Reiches preisgegeben
verden sollen, um die eigensüchtigen Wünsche einer Partei zu befriedigen.

Daraus geht so viel hervor, daß die „Magdeburgische Zeitung", ob nu
absichtlich und wissentlich oder nicht, einen sehr wunden Punkt berührt ha
von dem die Junkerklasse, die das preußisch-deutsche Reich beherrscht, sehr gu
weiß, daß er keine unsanfte Berührung verträgt. Sie fürchtet die Zerstörun
einer Illusion, die in all ihrer Windigkeit sehr nahrhaft für ihre Klasse
interessen gewesen ist und noch ist; sie sieht nicht ohne Grund den Zusamme
bruch ihrer ganzen Herrlichkeit voraus, falls es der Bourgeoisie einmal ei
fallen sollte, mit dem Vorschlag der „Magdeburgischen Zeitung" wirkliche
Ernst zu machen. Gewiß kann sie sich damit trösten, daß es noch gute We
hat, ehe es so weit kommt, aber sie verfällt doch einem unwillkürlichen Hauche de
Schauderns, wenn das Schreckgespenst, das sie am liebsten für immer begrabe
sähe, plötzlich wieder auftaucht, und sei es auch nur am entferntesten Horizon

Was sie in ihrer ersten Bestürzung von einem „Kuhhandel" redet, wie e
schmählicher noch nie dagewesen sei, das ist nicht gehauen und nicht gestoche
Die junkerlichen Blätter schmähen damit niemanden so arg als ihre in Go
ruhenden Ahnen. Die ganze Ständewirtschaft, die ja ihr politisches und staats
rechtliches Ideal ist, beruhte auf dem „Kuhhandel" in der krassesten Form
es fiel den Herren Junkern auch nicht im Traume ein, dem Fürsten eine
Pfennig Steuer zu bewilligen, ehe er ihnen nicht einen Taler an neuen Vor
rechten bewilligt hatte. Es sei nur an den brandenburgischen Landtagsabschie
von 1653 erinnert, gewiß ein ehrwürdiges Aktenstück, da es die Geburts
urkunde des preußischen Militarismus war. Obgleich die Mark Brandenbur
damals wirklich „wehrlos" war und einer bewaffneten Macht mindesten
hundertmal nötiger bedurfte als heute das neudeutsche Reich einer Kriegsflott
so ließen sich die Junker nicht einmal ein Haar krümmen von der „Wehr
losigkeit des Vaterlandes", sondern bewilligten dem Kurfürsten die Steuern
die er brauchte, um ein paar Bataillone und Schwadronen aufzustellen, nu
gegen die junkerlichen Vorrechte der Steuerfreiheit, der Besetzung aller Offiziers
stellen, des Bauernlegens und der Himmel weiß welcher Vorrechte noch. Dies
Edelsten und Besten würden, wenn sie hören könnten, wie ihr Feilschen un
Schachern heute von ihren Nachfahren in der „Deutschen Tageszeitung" un
der „Kreuzzeitung" als „schmählichster Kuhhandel" gebrandmarkt wird, jämmer
liche Klagen über ihre entartete Nachkommenschaft erheben.

Indessen diese Nachfahren würden sich zu verteidigen wissen. Sie würde
sagen: „Ihr biederen Altvordern, wir sind euer durchaus würdig und kenne
auch noch kein höher Ziel, als mit Gott für König und Vaterland die Masse
zu plündern, um die Taschen der Junker zu füllen. Aber, ihr teuren Ahnen
bedenket doch, daß wir jetzt am Ruder sind und den Nürnberger Tand, de
uns dazumal ins Land geschneit kam, gar nicht mehr zu fürchten brauchen
Nun wollen uns aber die Ellenreiter und Pfeffersäcke an die Gurgel und ge
brauchen dieselben Praktiken, mit denen ihr in euren glorreichen Zeiten di
Allerdurchlauchtigsten und Großmächtigsten Kurfürsten, Könige und Herre
untergekriegt habt. Und sollen wir nicht, wie ihr, ehrwürdige Ahnen, es doch
auch stets gehalten habt, an unseren Gegnern als Teufelswerk verfluchen, was
wir loben und segnen, und als Himmelswerk preisen, wenn wir selbst es tun?"

Und wir glauben, daß die seligen Itzenplitze und Lüderitze und Zitzewitze eine so durchschlagende Auseinandersetzung anerkennen und sich wieder beruhigt in ihre Grabgewölbe begeben würden.

Man sagt nun wohl: was sich für mittelalterliche Stände schickte, das schickt sich nicht für den modernen Konstitutionalismus. Allein dieser Satz ist nichts anderes als jene Illusion des Scheinkonstitutionalismus, den die preußischen Junker in raffinierter Weise ausgebildet haben. Er ist für sie noch viel vorteilhafter als die ehemalige Ständeverfassung, aber er heischt von ihnen eine andere Methode, als sie ehedem auf den Ständetagen ausgeübt haben. Aller wirkliche Konstitutionalismus beruht in der Macht des Parlamentes, der sich die Krone fügen muß, wenn beide verschiedener Meinung sind, und diese Macht hat noch kein Parlament anders erobert als dadurch, daß es den Daumen auf den Beutel hielt, bis sich die Krone seinem Willen fügte. Der Scheinkonstitutionalismus aber besteht darin, daß dem Parlament allerlei papierene Rechte verliehen werden, die es von der Tribüne mit allem rednerischen Nachdruck geltend machen kann, ja daß es auch diesen oder jenen kleinen Abstrich an den Geldforderungen der Regierung machen, aber sich beileibe nicht unterstehen darf, irgend eine namhafte Anleihe oder Steuer der Regierung zu verweigern, bei allen Strafen, die im Diesseits und Jenseits auf den Verrat am Vaterland gesetzt sind.

Nichts verständlicher, als daß sich das Junkertum bei dieser Sorte von Konstitutionalismus äußerst wohl befindet und sich gar nicht nach seinen Ständetagen zurücksehnt, auf denen es zwar auch die Sahne von der Milch zu schöpfen wußte, aber sich doch mit dem Fürsten auf der einen und den Städten auf der anderen Seite herumbeißen mußte. Nach dieser wie nach jener Seite sichert der Scheinkonstitutionalismus den herrschenden Klassen das denkbar größte Maß von Macht, und diese Klasse ist im preußisch-deutschen Reiche das Junkertum. Jedoch wenn ihm sonst noch so wenig nachzurühmen sein mag, so hat es sich doch immer auf seinen Vorteil verstanden, und es weiß deshalb sehr genau, daß dieser Scheinkonstitutionalismus auf tönernen Füßen steht, daß er eine pappene Kulisse ist, daß er nur so lange als steinerne Mauer gelten kann, als die Bourgeoisie ängstlich und töricht genug ist, ihn dafür zu halten. Die Bourgeoisie kann diese Kulisse mit einem einzigen Fußtritt umstürzen, sobald sie erklärt: wir bewilligen keine neuen Steuern mehr, ehe dem Parlament nicht die wirkliche Macht eingeräumt worden ist, die den Konstitutionalismus ausmacht. Dann ist die junkerliche Regierung lahmgelegt samt ihrer ganzen Land- und Seemacht.

Aus diesem Grunde sind die Organe der Junker so kitzlich, selbst einem so schüchternen Vorstoß gegenüber, wie ihn die „Magdeburgische Zeitung“ macht. Sie wissen wohl, daß sie noch keine wirkliche Gefahr zu befürchten haben, aber sie scheuen mit Recht davor zurück, daß diese Frage auch nur in der sanftesten Weise angeschnitten wird. Taucht sie schon in so lammfrommen Blättern auf, wie die gute Magdeburgerin all ihr Lebtag gewesen ist, so ist das unter allen Umständen ein bedenkliches Zeichen. Kein Zweifel, daß sich die Bourgeoisie, nachdem sie sich seit sechzig Jahren von dem Scheinkonstitutionalismus hat

narren lassen, nicht in sechs Wochen oder sechs Monaten wie ein Riese er heben und erklären wird: Bis hierher und nicht weiter! Aber sie ist ja auch viel weniger die Treibende als die Getriebene; die Anforderungen der Regierung an sie wachsen in so ungeheuerlichem Maße, daß sie selbst vom Abgrund verschlungen zu werden fürchtet, wenn sie sich nicht endlich einmal zur Wehr setzt gegen die unersättliche Gier der Junker.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus hat die ganze Sache zunächst nur eine symptomatische Bedeutung. Sie selbst hat sich nie in den Netzen des Scheinkonstitutionalismus fangen lassen, und sie weiß auch, daß es am wenigsten ihr Interesse ist, das die Bourgeoisie antreibt, diese Netze ein wenig zu lockern. Wäre der Vorstoß der „Magdeburgischen Zeitung" so aussichtsvoll, wie er aussichtslos ist, brächte es die Bourgeoisie wirklich fertig, eine Reform der preußischen Dreiklassenwahl durchzusetzen, ehe sie einige hundert Millionen neuer Steuern bewilligt, so würde diese Reform für das Proletariat nur ein Schaugericht sein, um seine noch nicht hinlänglich aufgeklärten Schichten zu täuschen.

Aber symptomatisch sind die rollenwidrigen Seitensprünge der Magdeburgerin doch von einigem Interesse. Sie zeigen, daß die Flut steigt, daß die Schatten des drohenden Reichsbankrotts selbst schon die frömmsten Patrioten zu schrecken beginnen. Das Proletariat hat diesen Reichsbankrott nicht zu fürchten; das Vaterland der Junker ist nicht sein Vaterland, die nationale Ehre der herrschenden Klassen ist nicht seine nationale Ehre; der Reichsbankrott ist der Bankrott dieser Klassen, aber nicht der Bankrott der Arbeiterklasse. Die deutsche Nation wird sich nach dem Worte Lassalles wie der Phönix aus der Asche erheben, wenn das Junkerregiment, das den Massen Blut und Mark aussaugt, unter der Last seiner Sünden zusammengebrochen ist.

Es ist der Fluch der Klassengesellschaft, daß sich in ihr der historische Fortschritt nur unter schweren Katastrophen zu vollziehen vermag. Aber die historische Verantwortung für solche Katastrophen fällt allein auf die herrschenden Klassen. Sie sind es auch allein, die den Reichsbankrott herbeigerufen haben, aber wenn sie nun vor Schrecken erbleichen, da er vor den Toren steht, so kann der unholde Gast das Proletariat nur an das Wort seines Dichters erinnern:

Steckt der Karrn einmal im Drecke,
Hui, dann geht es rasch vom Flecke,
Und die Zäume fliegen frei!

Das ländliche Genossenschaftswesen.

Von **Emile Vandervelde**.

Das Ideal des Sozialismus in ökonomischer Beziehung ist eine Gesellschaft, in der alle Produktionsmittel der Gesamtheit gehören und in deren Interesse von der Gesamtheit der Arbeiter, die nach Berufsvereinen gegliedert sind, benutzt werden.

Aber dieses Ideal ist wesentlich utopisch, solange die technischen Voraussetzungen der Produktion und des Austausches nicht der Organisation der Arbeit einen gesellschaftlichen Charakter gegeben haben.

Heute scheint es selbst Leuten, die glauben, durchaus nicht unter dem Einfluß des Sozialismus zu stehen, ganz natürlich, daß Eisenbahnen und andere Transportmittel, Beleuchtungsanlagen, elektrische Kraftwerke in staatlichem und kommunalem Besitz und Betrieb sind.

Dagegen denkt niemand ernsthaft daran, die Industrien zu vergesellschaften, in denen noch die kleinen individuellen Unternehmungen weitaus überwiegen, und beispielsweise die Schneider, Tischler, Hufschmiede zu veranlassen, ihre Läden zu schließen und gemeinsame Werkstätten und Handwerkszeug zu benutzen.

Sicher berechtigt alles zu dem Glauben, daß in einer Gesellschaftsform, in der die Hauptproduktionszweige sozialisiert sein werden, die Industrien, die nicht zum Kollektivbetrieb gelangen, immer mehr zur genossenschaftlichen Organisationsform hinneigen werden.

Aber auch dann werden nicht weniger als heute viele Produktionszweige noch ganz unreif für den Kollektivismus sein.

Zu diesen Betrieben zählt in erster Linie die Landwirtschaft.

In den meisten Ländern beschäftigt der Großgrundbesitz nur eine kleine Minderheit von Feldarbeitern, und zudem ist das, was man gewöhnlich „Großgrundbesitz“ nennt, nur ein Betrieb von einigen hundert Hektar, der während des größten Teiles des Jahres nur eine kleine Anzahl von Arbeitern beschäftigt.

Andererseits sehen wir beim Ackerbau nicht jene Entwicklung zur Kapitalsassoziation, die ein charakteristisches Merkmal der meisten modernen Industriezweige ist und die De Paepe zur Zeit der Internationale auch für die Bodenbewirtschaftung vorausgesagt hat. „Genau so wie wir in der Industrie sehen“, sagte er, „daß der kleine Meister, der allein und unmittelbar für seine Kundschaft arbeitet, den Produktivgenossenschaften oder den Aktiengesellschaften Platz macht, ebenso kann man erwarten, daß der kleine Landwirt, daß der kleine Grundbesitzer, der allein sein Land bebaute, der Genossenschaft der Landarbeiter oder den landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften Platz macht.“ [1]

Mehr als vierzig Jahre sind vergangen, seit diese Zeilen geschrieben wurden.

Nun gibt es bis heute landwirtschaftliche Aktiengesellschaften nur in einzelnen Zweigen des Wein- und Gartenbaus und in den Kolonien in der Viehzucht und im Getreidebau.

Von den landwirtschaftlichen Genossenschaften aber, das heißt von den Vereinigungen von Landarbeitern zur gemeinsamen Bodenbebauung kann man auch beim besten Willen nicht behaupten, daß die bisherigen Erfahrungen genug zahlreich und genug entscheidend seien, um von ihnen einen beträchtlichen Aufschwung erhoffen zu können. Höchstens kann man einige Ackerbaukolonien, besonders in England und in den Vereinigten Staaten, anführen, ferner zwei bis drei genossenschaftlich arbeitende Dörfer, die in Neuseeland mit staatlicher Hilfe geschaffen wurden, oder bestenfalls — und dies ist weitaus der interessanteste Fall — die „Affitenze collettive“ in Italien.

Die „Affitenze collettive“ sind Landarbeitergenossenschaften, gegründet zu dem Zwecke, ein mehr oder minder großes Gut zu pachten, um den überschüssigen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, die sonst nur durch zeitweilige oder dauernde Auswanderung der Arbeitslosigkeit entgehen konnten.[2]

---

[1] De Paepe, „Polémique collectiviste“, „Internationale“ vom 10. Oktober 1869.

[2] Hillier, „Chronique Agricole“, S. 209 f. „Revue d'Economique Politique“, März 1907.

Nach einer Statistik von Ende April 1906 gab es in Nord-, Mittel- un Süditalien 108 derartige, größtenteils seit zwei bis drei Jahren bestehend Affitenze collettive.

Aber von diesen 108 Vereinigungen war die Mehrzahl (83) „a condizion divisa": die Arbeiter pachteten zwar gemeinsam ein Gebiet, doch danach teilte sie es später in Ackerlose, die von jedem Arbeiter einzeln bebaut wurden.

Nur in der Minderzahl waren sie a condizione unita: die Arbeiter arbei teten gemeinsam gegen festen Gehalt und einen Gewinnanteil unter einen selbstgewählten Arbeitsleiter.

Diese Affitenze a condizione unita sind also die einzigen wahren landwirt schaftlichen Kooperativgenossenschaften. Die meisten haben für den Anfan recht günstige Erfolge erzielt. Aber die Erfahrung ist zu kurz, als daß ma ein Urteil über ihre Zukunft wagen könnte.

Jedenfalls bilden die landwirtschaftlichen Kooperativgenossenschaften noc eine verschwindende Minorität im Verhältnis zur Zahl der Einzelwirtschaften Der Mangel an Kapital und an fähigen Leitern macht es schwer, sie in Leben zu rufen. Noch schwerer ist es, sie in ihrer ursprünglichen Gestalt z erhalten, wenn sie Erfolg haben. Alles in allem, wenn man die Dinge an sieht wie sie sind und nicht, wie man sie haben möchte, hieße es einer sicherer Enttäuschung entgegengehen, wenn man in naher Zukunft eine schnelle Ver mehrung dieser ländlichen Betriebsgenossenschaften oder auch nur der „Compagnies agricoles", die Paepe als „einen Schritt auf dem Wege zum Kollektiv besitz" ansieht, erwarten würde.

Es scheint also, daß der Ackerbau noch lange das bevorzugte Gebiet für den Einzelbetrieb sein wird. Es ist sogar möglich, daß, eine teilweise oder verhältnismäßige Vergesellschaftung des Bodens vorausgesetzt, Staat und Ge meinden auch in Zukunft den größten Teil ihres Gebiets eher an einzelne als an Arbeitervereinigungen verpachten werden.

Hingegen sehen die Dinge ganz anders aus, wenn es sich nicht um den Ackerbau im eigentlichen Sinne, sondern um Industrie- oder Handelszweige handelt, die nach und nach aus der Bodenbewirtschaftung hervorgegangen sind.

In der ältesten Form der Landwirtschaft wurden alle diese Arbeiten als zum Ackerbau gehörig vom Bauern selbst ausgeführt.

Höchstens gab es einige Handwerker oder Gemeindeangestellte, die unter verschiedenen Namen in das Produktions- und Handelsgeschäft eingriffen.

Die Beschreibung, die Ashley von der Dorfgemeinschaft in England am Ausgang des Mittelalters gibt,[1] paßt mit wenigen Abweichungen auf alle ländlichen Gemeinschaften auf der gleichen Entwicklungsstufe. Viele Dörfer, wenn auch nicht alle, hatten ihren eigenen Hufschmied und Zimmermann, die wahrscheinlich ursprünglich Gemeindeangestellte waren, und das verliehene Amt verpflichtete sie, die Wagen des Herrensitzes und der Dorfbewohner auszubessern. Immer war auch eine Wind- und Wassermühle da, und die grundhörigen Bauern waren verpflichtet, gegen eine Abgabe dort mahlen zu lassen, die einen beträchtlichen Teil der grundherrschaftlichen Einnahmen aus machte. Andererseits sandten die Grundherren und ihre Vögte regelmäßig einen Teil des Viehes und des Getreides der Dörfler selbst auf entfernte

[1] Ashley, Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie in England. 1. Das Mittelalter. S. 64 f.

ärkte. Aber im übrigen hatten letztere keine Berührung mit der Außen-
lt. Ihre landwirtschaftliche Arbeit diente, abgesehen von der Robot, haupt-
hlich dem eigenen Verbrauch. Die Frauen webten grobe Wolle und Leinen
Kleidern. Die Männer gerbten selbst ihr Leder.

Die einzigen Gegenstände, die regelmäßig gekauft werden mußten, waren
lgende:

1. Salz, absolut notwendig im Mittelalter, da das Volk fünf Monate im
ahre von eingesalzenem Fleische lebte.

2. Eisen, das man stets für den Pflug und andere Wirtschaftsgeräte be-
tigte. In trockenen Jahren wurden die Geräte stark abgenutzt und ver-
rben; die Nachfrage wuchs, und der Preis ging in die Höhe. Die Rech-
ungen der Vögte erwähnen häufig: „Eisenteuerung infolge von Trockenheit."

3. Mühlsteine; die beste Sorte wurde aus der Umgebung von Paris nach
n Hafenorten an der Ost- und Südküste gebracht, wohin Vogt und Müller
iufig zum Einkauf fuhren.

Am Ende des dreizehnten Jahrhunderts machte sich noch ein Bedürfnis
ltend, als eine neue Krankheit, die Räude, unter den Schafen auftrat und
r Teer als Heilmittel große Bedeutung gewann.

Aber außer diesen Produkten, die nur einen beschränkten Austausch ge-
atteten, war der Bauer sich selbst genug. Sein wirtschaftlicher Horizont war
urch seine Familie oder bestenfalls durch sein Dorf begrenzt. Er war zu-
leich Bauer, Industrieller und Transporteur entweder für sich selbst oder
ir den Grundherrn, dessen Fuhren er besorgte.

Unter diesen Umständen konnte die Arbeitsteilung nur vorübergehend sein.
er Großbetrieb existierte nicht, für die Lagerung, das Fuhrwesen, Kauf und
erkauf so wenig wie für den Ackerbau im eigentlichen Sinne. Heute da-
egen ist der Ackerbau von allen Tätigkeiten, die früher dazu gehörten, voll-
ändig getrennt. Der Ackerbau bleibt Einzelbetrieb; aber der Landmann steht
Geschäftsverbindung mit einer stets wachsenden Zahl von Personen. Er
uß seine Produkte absetzen oft nicht nur auf den lokalen Märkten, sondern
äufig in beträchtlichen Entfernungen von seinem Wohnsitz: Erdbeeren aus
er Bretagne gehen nach England, die Frühernte der Grafschaft Venaissin
ach Paris. Er muß seine Produkte industriell verwerten oder sie an ganz
estimmte Industrielle zur Herstellung von Zucker, Margarine, kondensierter
Milch, Konserven verkaufen. Und da diese Operationen oder Geschäfte meist
m großen abgeschlossen werden, da in vielen Fällen der Bauer schwer unter
einer Abhängigkeit vom Zwischenhändler leidet, darf man sich nicht wundern,
aß er mehr und mehr seine Zuflucht zu den Genossenschaften nimmt, sei es
ür den Einkauf oder Verkauf seiner Produkte, sei es für den Versand nach
ntfernten Märkten oder bei ihrer industriellen Weiterverarbeitung.

§ 1. Die bäuerlichen Genossenschaften.

Besonders für die Kleinbauern erscheint heute der Zusammenschluß als
ringende Notwendigkeit.

Tatsächlich besteht kein Zweifel, daß in bezug auf Kreditbeschaffung, Einkauf
von Rohprodukten, Verkauf oder Verarbeitung von Produkten der einzelne Klein-
bauer dem kapitalistischen Pächter gegenüber in augenscheinlichem Nachteil ist.

Diese Benachteiligung bestand nicht oder nicht in gleichem Grade vor der
kapitalistischen Epoche.

In den größeren oder kleineren Betrieben der alten Landwirtschaft „
standen die Betriebsmittel in wenigen grob gearbeiteten Werkzeugen, d
Düngerhaufen, dem Vieh eigener Aufzucht, ohne fremden Einschlag, oh
Kreuzung; ein vielgestaltiges Bewirtschaftungssystem verlangte von jedem Ack
los nahezu alle zum Gebrauch notwendigen Lebensmittel, von den Getreidefrücht
zur Nahrung bis zum Hanf für die Kleidung. Wie groß auch immer der Be
sein mochte, der Besitzer war isoliert nicht nur in seinem Eigentum, sonde
ebenso als Produzent und oft auch als Konsument. Er fühlte sich unabhäng
von anderen Produzenten; es gab keine Gelegenheit, sich zur Erwerbung v
Gegenständen von allgemeinem Nutzen zusammenzutun. Ökonomisch, intellektu
und moralisch stand er allein".[1]

Doch heute ist das alles anders. Der Ackerbau ist eine Wissenschaft g
worden. Man kann den Boden rationell ausbeuten, so wie man die Be
werke ausbeutet. Die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen — zum Dresch
zur Aussaat, zum Mähen — wächst von Jahr zu Jahr. Die Anwendu
künstlicher Düngemittel hat eine wahre Revolution im Ackerbau hervorgeruf
Die Aufzucht ist seither eine biologische Industrie. Die Spezialisierung i
Anbau wird zur Notwendigkeit in der Produktion für den Markt, und unt
diesen Bedingungen wäre der Kleinbetrieb verdammt, wenn nicht ganz zu v
schwinden, so doch elend zu vegetieren, wenn er nicht Mittel fände, si
wenigstens mit anderen zusammen die Vorteile der kapitalistischen Unte
nehmungen zu verschaffen, die Vorteile im Kredit, in der Möglichkeit, die G
rätschaften oder den Viehstand zu verbessern, im Einkauf der Rohprodu
und der Verwertung der Produkte.

Denn was der einzelne Bauer nicht kann, der ohne Kapital und unfäh
ist, sich vor dem Risiko der Landwirtschaft, vor der Ausbeutung durch Ka
leute und Zwischenhändler in geeigneter Weise zu schützen, das kann die G
samtheit der Landwirte vereinigt zu Kreditgenossenschaften, zu Zuchtvereine
Gesellschaften zum Einkauf von Dünger, zum Kauf oder zur Verleihung v
landwirtschaftlichen Maschinen, zum Verkauf oder zur Lagerung der Produkt

Daß diese Vereinigungen von den Bedingungen des modernen Ackerba
gebieterisch erheischt werden, wird durch ihr gleichzeitiges Auftreten in Länder
von so verschiedener ökonomischer Beschaffenheit wie Irland, Belgien, Deuts
land, Frankreich, Italien, Dänemark bewiesen.

Doch wenn auch allenthalben das Bedürfnis bestrebt ist, sich sein Orga
zu schaffen, darf man daraus doch nicht schließen, daß die genossenschaftlic
Bewegung in der Landwirtschaft das geworden wäre, was sie heute ist, od
auch nur irgend eine Bedeutung erlangt hätte, wenn nicht äußere Einflüs
sich geltend gemacht hätten, die zuletzt über das Mißtrauen und die Trägh
der Bevölkerung den Sieg davongetragen hätten.

Bald sind es Geistliche, die aus eigenem Antrieb die Bauern organisie
haben, um ihnen materielle Vorteile zu sichern und zugleich der sozialistisch
Propaganda den Boden abzugraben. Bald wieder sind es Sozialisten od
Leiter von Arbeiterkonsumvereinen, die sich bemühen, auf dem Lande Prop
ganda zu machen, um Bauern und Arbeiter einander näher zu bringen. Ba
endlich sind es Großgrundbesitzer oder Großbauern, die Kooperationen od
Syndikate ins Leben rufen, sei es aus Interesse am Fortschritt in der Land

[1] Gatti, Agricoltura e Socialismo, S. 291.

rtschaft oder um agrarische Propaganda zu betreiben oder weil sie von ihrer
itiative mittelbar oder unmittelbar Vorteile erhoffen.

Selbstverständlich werden häufig einige von diesen Motiven zusammentreffen.

Andererseits darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß in vielen
ündern durch Maßnahmen des Staates an Stelle oder in Verbindung mit
rivaten Institutionen die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossen-
haften gewaltig gefördert wurde. In Preußen, Bayern, Sachsen hat das
ntgegenkommen der Regierung die Gründung der Kornhäuser ermöglicht, die
n Getreideverkaufsgesellschaften betrieben werden. In Belgien, Irland,
änemark waren es die staatlichen Agronomen, die Molkereilehrer, die allent-
lben in die Dörfer gesandt wurden und vielleicht den entscheidenden Ein-
uß auf die Entwicklung der Molkereigenossenschaften gehabt haben.

Was immer für Umstände übrigens die Entstehung der bäuerlichen Ver-
nigungen ins Leben gerufen oder begünstigt haben, dieser Übergang vom
inzel- zum Gesellschaftsbetrieb hat in bezug auf die Technik des Ackerbaus
emerkenswerte Resultate ergeben.

Man kann bedauern, daß die Raiffeisenkassen Einrichtungen sind, die den
Bauern bevormunden; daß die belgischen Genossenschaftsmolkereien größten-
ils konfessionelle Unternehmungen sind, die die Butterbereitung mit der
Pflege des religiösen Empfindens verbinden; daß die Gesellschaften zum Ein-
uf von Dünger und Rohprodukten häufig ein Mittel zur Herrschaft für die
sozialen Autoritäten" des Dorfes sind: nichtsdestoweniger steht fest, daß die
f- bis zwölftausend Kreditkassen in Deutschland Tausende von Bauern in
ie Lage versetzt haben, ihr Betriebskapital zu vergrößern, um den Anforde-
ungen der Gegenwart zu genügen. Ebenso haben die Genossenschaftsmolke-
eien erst in Dänemark, dann in Deutschland, Belgien, Irland und in einigen
ranzösischen Departements eine Revolution in der Butterindustrie hervor-
erufen, indem sie das Butterfaß durch die Zentrifuge und die vollkommeneren
Methoden der Dampfmolkerei ersetzten. Endlich bildeten die landwirtschaft-
ichen Genossenschaften im Kleinbetrieb das wirksamste Mittel zur Verbreitung
es Kunstdüngers.

„Seit zehn Jahren", sagt Méline,[1] „wurde durch die energische und metho-
ische Tätigkeit der ländlichen Syndikate die Kontrolle und der Verkauf von
Saatgut und Kunstdünger so weit organisiert, daß der Landwirt, wenn er
will, sich Dünger erster Qualität um den halben Preis wie früher verschaffen
ann. Diese technische Revolution ist vielleicht die größte des vergangenen
Jahrhunderts auf dem Gebiet der Bodenkultur; sie hat den Ackerbau in die
Industrie einbezogen und seine Macht verzehnfacht."

Übrigens sind alle diese Tatsachen so augenfällig, daß wir nicht dabei ver-
weilen und Zahlen nennen brauchen.

Wenn man aber auch einstimmig die Wichtigkeit der genossenschaftlichen Be-
wegung in bezug auf die Technik der Landwirtschaft anerkennt, so herrscht doch
weit weniger Übereinstimmung in der Würdigung der sozialen Folgen dieser
Bewegung und des Einflusses, den sie in sozialer Hinsicht auszuüben vermag.

Während zum Beispiel einzelne Sozialisten sich von den Berichten der
Syndikate und Genossenschaften täuschen lassen und geneigt sind, in den Land-
wirtschaftsvereinen ein Gegenstück zu den Arbeitervereinen zu sehen, behaupten

[1] Méline, Le Retour à la Terre, S. 115.

andere, daß es im Gegenteil Verbindungen der größeren Besitzer sind, die d Kleinbauer oder doch den Feldarbeiter fernhalten.

David und Gatti erblicken in diesen Vereinen die Grundzüge der kün tigen demokratischen Organisation in der Landwirtschaft; Kautsky hingeg stellt sie uns dar als Übergang zum Kapitalismus, deren Kartellierungsb strebungen in der deutschen Landwirtschaft uns bereits den Ausgang vorau sehen ließen.

Damit wir nun zwischen diesen so abweichenden Meinungen mit Sac kenntnis unterscheiden können, wollen wir fürs erste untersuchen, welches d Tendenzen und Unterscheidungsmerkmale der Landwirtschaftsvereine sind; dar werden wir versuchen, ihren voraussichtlichen Einfluß auf die Zukunft d Ackerbaus näher zu bestimmen.

§ 2. Die sozialen Tendenzen der bäuerlichen Genossenschaften.

Mit Ausnahme einiger isolierter parteiloser oder sozialistischer Gruppe auf die wir später noch zu sprechen kommen, sind alle Vereinigungen für Kau Verkauf oder landwirtschaftlichen Kredit fast immer mittelbar oder unmittelb Gründungen von Verbänden allgemeineren Charakters, zum Beispiel die belgische „Boerenbonden“ (Bauernbund), die ländlichen Syndikate Frankreichs, de „Bundes der Landwirte“ oder der „Bauernvereine Deutschlands“. Diese Ve bände sind ersichtlich keine Arbeiterverbände, die Feldarbeiter und Kleinbauer vereinigen gegen diejenigen, welche sie beherrschen und ausbeuten. Dari stimmen alle, die über die ländlichen Syndikate geschrieben haben, überein was sie auch sonst für Ansichten über ihre Vorteile und Gefahren haben.

Doch wenn auch die ländlichen Syndikate offenbar keine Arbeitervereir sind, muß man sie darum schon für Unternehmervereinigungen halten, welch nur die großen und mittleren Grundeigentümer oder Pächter an sich ziehen die Arbeiter und Kleinbauern jedoch ausschließen? Diese Ansicht ist nicht nu in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Belgien sehr verbreitet. I einem Artikel der „Revue Socialiste“ (Februar 1899) sagt zum Beispie Rouanet bei einer Besprechung des Buches von Coulet über die kooperativ und syndikalistische Bewegung in der französischen Landwirtschaft („Mouvemen coopératif et syndical dans l'Agriculture française“):

„Im Gegensatz zur Anmaßung der Führer, daß sie die natürlichen Ver treter der Landbevölkerung seien, bestehen die landwirtschaftlichen Vereine nu aus größeren und mittleren Grundeigentümern. Kleinbesitzer werden nur seh selten zugelassen, Pächter, Handlanger, Taglöhner niemals; das heißt, daß be genauerem Zusehen mehr als drei Fünftel der bäuerlichen Produzenten, di von den Erzeugnissen der Bodenwirtschaft leben, aus eben jenen Vereinen ausgeschlossen sind, in denen Herr Deschanel kürzlich die neue ländliche Demo kratie erkennen wollte, voll Leben, Kraft und Aussicht für die Zukunft, wei sie auf dem Prinzip der ‚Gegenseitigkeit‘ beruhe. Der ‚agrikole Mutualismus der Syndikate ist die Solidarität der Grundbesitzer‘, sagt Coulet.“

Gegen diese und ähnliche Behauptungen wenden sich die Anhänger der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Boerenbonden, die Bauernligen mit Nachdruck, und wenn man nur die Zahlen ansieht, so scheint es, daß man ihnen, wenigstens teilweise, recht geben muß.

Was zunächst Frankreich angeht, so gibt Rocquigny in seinem Buche über die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu, daß von diesen Vereinen,

wohl sie sich gewöhnlich als gemischte bezeichnen, viele es nur dem Namen ch sind und manche unter ihren Mitgliedern nur eine durchaus ungenügende ahl von Feldarbeitern oder ländlichen Hilfsarbeitern aufweisen.[1] Trotzdem otestiert er energisch gegen die Auffassung, als ob die bäuerliche Ge- ssenschaftsbewegung eine Verbindung von Großgrundbesitzern wäre louanet sagte: der großen oder der mittleren Grundbesitzer, was nicht das- be ist).

„Die Großgrundbesitzer", sagt er,[2] „befinden sich nur ausnahmsweise unter n Mitgliedern der landwirtschaftlichen Genossenschaften, und in vielen egenden bedauert man nicht ohne Grund, daß sie es unterlassen, diese Ver- nigungen durch ihre Tatkraft und ihre Sympathien zu unterstützen. . Deschanel hat in dieser Hinsicht im Abgeordnetenhaus bedeutsame Zahlen egeben, die dartun, daß die Großgrundbesitzer dort im Mittel 5 Prozent aus- achen. Trésor de la Rogue wieder hat gezeigt, daß auf eine Gesamtzahl on ungefähr 850000 organisierten Bauern kaum 4000 Grundbesitzer mit ehr als 100 Hektar kommen."

In seinem Buche über die „Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Belgien", as wichtige Belege enthält, bemüht sich Turman, denselben Nachweis für nser Vaterland zu führen. Auch er erkennt an, daß die Mehrzahl der Feld- rbeiter den meisten landwirtschaftlichen Vereinigungen nicht angehören könne; a sie weder Grundbesitz noch Vieh haben, fehlt ihnen jede Veranlassung, sich eine Molkereigenossenschaft, in eine gegenseitige Hagel- oder Viehversiche- ung, in einen Zuchtverein einzuschreiben. Nur Vereine zur gegenseitigen Unterstützung stehen ihnen in Wirklichkeit offen. Aber dafür sind die Klein- auern sehr zahlreich in den landwirtschaftlichen Kooperativgenossenschaften nd Syndikaten. In ihrem Interesse wurden sie von der Geistlichkeit und den Führern der katholischen Partei gegründet. Und von den Großgrundbesitzern varen ihnen einzelne wenigstens im Anfang eher feindlich als freundlich ge- innt. Manche waren sogar nahe daran, die Gründer der ‚Boerenbonden' als Sozialisten zu behandeln."[3]

Für Deutschland endlich stellt Blondel fest, daß auch die Bauern- vereine weit davon entfernt sind, Großgrundbesitzervereine zu sein.

„Sie umfassen", sagt er,[4] „alle, die den Namen Bauern tragen, den nur unvollkommen das Wort ‚paysan' wiedergibt. Die größten Grundeigentümer echnen es sich zur Ehre an, einen Namen zu führen, der auch den Pächtern, die fremden Boden bebauen, zukommt; aber die Feldarbeiter, die Knechte sind keine Bauern und sind demnach aus den Bauernvereinen ausgeschlossen so gut wie aus den Kooperativgenossenschaften."

Der Bund der Landwirte, der kampflustigste und am meisten schutz- zöllnerische der deutschen Bauernvereine, zählte im Jahre 1901 232000 Mit- glieder, von denen 1480 ($^2/_3$ Prozent) dem Großgrundbesitz, 28520 ($12^1/_3$ Pro- zent) dem mittleren und 202000 (87 Prozent) dem kleinen Grundbesitz an- gehörten. Die restlichen 18000 gehörten anderen Gesellschaftsschichten, zumeist dem Handwerkerstand an.[5]

---

[1] De Rocquigny, Les Syndicats agricoles et leur oeuvre. Paris 1900. S. 41.
[2] Derselbe, S. 392.
[3] Turman, Les Associations agricoles en Belgique. Paris 1903, Lecoffre. S. 158 f.
[4] Blondel, Populations rurales de l'Allemagne. Paris 1897, Larose. S. 233.
[5] Siehe Philippovich, Agrarpolitik, S. 167.

Im großen ganzen besitzen wir übereinstimmende Zeugnisse, die uns sch erlauben, den wahren Charakter der Verbände zu erkennen, die die meist landwirtschaftlichen Vereine ins Leben gerufen haben. Trotz der Unterschie des Milieus haben in praktischer und in ökonomischer Beziehung der „Bu der Landwirte“, die „Bauernvereine“, die „Boerenbonden“, die „Syndica agricoles“ einige gemeinsame Züge.

Erstens sind die Lohnarbeiter in Wirklichkeit ausgeschlossen oder spiel doch eine untergeordnete Rolle.[1]

Zweitens bilden die Kleinbauern, Pächter oder Grundeigentümer dort fa immer der Zahl nach die Mehrheit.

Es ist keine Arbeiterbewegung. Doch ebensowenig ist es eine Großgrun besitzerbewegung. Es ist die Bewegung der mittleren Klasse der Landbewohne die darauf abzielt, alle zu sammeln, die ein Stück Erde besitzen oder bebau und sich eben dadurch vom Proletariat unterscheiden.

Doch darf man daraus, daß die einigermaßen bedeutenden Grundbesitz in den Syndikaten oder Bauernligen ziffernmäßig die Minderheit bilden, j sogar eine ziemlich schwache Minderheit, nicht schließen, daß ihr Einfluß si nach ihrer Zahl bemißt.

Wer uns sagt, daß zum Beispiel von 850000 agrarischen Syndikaliste nur 4000 mehr als 100 Hektar haben, vergißt oder gibt sich den Anschei zu vergessen, daß diese 4000 Grundeigentümer vielleicht für sich allein de vierten Teil des Gebiets besitzen, das die Gesamtheit innehat.

Sie sind die Reichsten, häufig die Bestunterrichteten, immer die Einflu reichsten; und wenn sie auch nicht die Majorität in den Generalversammlunge haben, so sind sie doch in den Verwaltungsausschüssen fast immer in de Majorität, wenn nicht gar allein vertreten.

Die kleinen und besonders die allerkleinsten Grundbesitzer mögen zahlrei sein, sie mögen selbst in Wahrheit den größten Teil ausmachen; aber i Grunde haben sie nicht mehr Einfluß auf die Leitung der Genossenschafte als die Menge der kleinen Obligationeninhaber und Aktionäre in den große Eisenbahnunternehmungen.

Gewiß sichert ihnen die Leitung materielle Vorteile. Vielleicht sind dies Vorteile sogar größer als der Nutzen, den die Vereinigung den „soziale Autoritäten“ gewährt, die sie gründen und leiten. Aber diese „sozialen Auto ritäten“ verfolgen gewöhnlich einen ganz anderen Zweck als den, ihren Dünge billiger zu kaufen und ihre Butter leichter abzusetzen.

Was sie wollen, ist die Schaffung einer Klientengruppe zur Unterstützun ihrer schutzzöllnerischen Ziele; sie wollen der sozialistischen Politik, die bestrebt ist den Landarbeiter und den Industriearbeiter einander näher zu bringen, ein

---

[1] In einem Artikel des „Paysan“, der Zeitschrift der belgischen Bauernvereine (Ok tober 1906) werden der Reihe nach die Vorteile aufgezählt, welche die Feldarbeiter durch di landwirtschaftlichen Vereine erlangen können.

1. Gewiß hat er keinen großen Anteil am gemeinsamen Einkauf von Kunstdünger; doc wenn es sich um Abschlüsse für Leinsamenmehl, Baumwollsamenmehl, Kleie usw. handelt kann er daraus Nutzen ziehen, wenn er eine Kuh hat, und er tut es auch. 2. Die lokalen Spar- und Kreditkassen ermöglichen es den Kleinbauern und Feldarbeitern, ihr Vieh au Kredit zu kaufen, statt, und zwar häufig zu Wucherpreisen, eine oder zwei Kühe von einzelnen oder auch von eigens zu diesem Zwecke gegründeten Gesellschaften zu mieten. 3. Ihr Vieh wird bei den gegenseitigen Versicherungsgesellschaften versichert.

rarische, klerikale oder konservative Politik entgegensetzen, die alle ländlichen
evölkerungsklassen zusammenschließen will — ausgenommen vielleicht die
rbeiter im eigentlichen Sinne — zur Verteidigung dessen, was man „die
meinsamen Interessen der Landwirtschaft" zu nennen pflegt, obwohl es
htiger wäre, zu sagen: „die gemeinsamen Interessen der Großgrundbesitzer".
s ist auch nichts als ein bloßes Spiel mit Worten, wenn man in gewissen
reisen versucht, die Bewegung der Boerenbonden und der Syndicats agri-
les als demokratische Bewegung hinzustellen. Gewiß greifen diese Vereine
wisse Kreise von Zwischenhändlern an; gewiß bekämpfen sie einige Formen
s Kapitalismus, nehmen in manchen Kreisen demagogische Formen an
- wie oft waren die agrarischen Verbände Herde des Antisemitismus —,
er im Grunde sind sie eine reaktionäre Bewegung, die sich gleichzeitig
gen das sozialistische Proletariat und gegen den Industrialismus richtet.

(Schluß folgt.)

Solingen.

Eine Ehrenrettung von **Wilh. Dittmann** (Frankfurt a. M.).

Der Prozeß des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen den „Stahl-
arenarbeiter" in Solingen hat in Partei- und Gewerkschaftskreisen wiederum
e Aufmerksamkeit auf die Differenzen gelenkt, die seit Jahren in der Arbeiter-
haft des Solinger Industriebezirkes bestehen. Man hat die Solinger
Virren vielfach als ein Schulbeispiel dafür angeführt, wie persönlicher
rakeel imstande sei, die Arbeiterschaft zur Selbstzerfleischung statt zu ge-
hlossenem Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum zu entflammen.
Dabei ist in Solingen der persönliche Zwist in Wirklichkeit nicht die Ursache
er Wirren, sondern lediglich die äußere Form, in der ein tiefgehender
irtschaftlicher Umwandlungsprozeß seine Wirkungen auf die Arbeiter-
ewegung äußert.

Das gilt sowohl von dem „Schumacher"-Streit, der jahrelang die poli-
ische Arbeiterbewegung in Solingen spaltete und vor zehn Jahren seinen
öhepunkt bei den Reichstagswahlen erreichte, als auch von dem Konflikt,
er seit einigen Jahren zwischen dem Metallarbeiterverband und den
olinger Lokalgewerkschaften ausgebrochen ist.

Nur wer den wirtschaftlichen Untergrund dieser Konflikte kennt, wird
nstande sein, sie zutreffend beurteilen zu können. Gleichzeitig erschließt sich
m auch eines der interessantesten Kapitel aus der Entwicklungs-
eschichte des Kapitalismus in Deutschland.

In den nachstehenden Zeilen soll versucht werden, die wesentlichsten Phasen
ieser Entwicklung zu skizzieren und zum Verständnis der Solinger Wirren
hren Zusammenhang mit dieser Entwicklung nachzuweisen.

Die Solinger Kleineisenindustrie ist Jahrhunderte hindurch einzigartig,
icht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt gewesen; selbst
ie berühmten englischen Stahlwaren vermochten die Solinger nicht aus dem
elde zu schlagen. Qualitäts- und Spezialitätsarbeit haben bei diesem
Monopolcharakter der Solinger Industrie sehr früh einen hohen Grad
on Vollkommenheit erreicht und trugen umgekehrt wieder dazu bei, jede ernst-
afte Konkurrenz unmöglich zu machen, um so mehr, als die Zunftgesetze die
Geheimhaltung der Produktionsmethoden vorschrieben und die Über-

tragung derselben auf andere Gegenden verboten. Die Produktion v
Waffen, Messern, Gabeln, Scheren, Sicheln, Sensen usw. beherrschte fast a
schließlich das gesamte Wirtschaftsleben des Solinger Industriebezirkes u
wirkte bestimmend auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse.

Die mechanische Kraft zum Betrieb der Hämmer, Schlägereien u
Schleifereien lieferte das Wasser der Wupper und der ihr von den Berg
zufließenden Bäche. Überall, wo die Terrain- und Wasserverhältnisse da
irgend geeignet, wurden deshalb die Produktionswerkstätten angelegt. D
führte naturgemäß zu einer großen räumlichen Dezentralisation d
Betriebe und damit aufs engste verbunden auch der Wohnungsverhältni
und der gegenseitigen sozialen Beziehungen. Bald hoch oben auf dem Ber
bald am Abhang, bald unten im Tale, ohne Plan und ohne Regel wurd
die Niederlassungen in Wald und Flur hineingebaut.

Händler und Kaufleute, die auf weiten Reisen die Messen und Märkte d
europäischen Kulturländer und des Morgenlandes besuchten, sorgten für d
Absatz der Solinger Erzeugnisse.

Die große wirtschaftliche und persönliche Unabhängigkeit und Selbständi
keit, die sich aus den Produktions- und Wohnungsverhältnissen ergab, e
zeugten naturgemäß einen starken Sinn für Freiheit und Ungebunde
heit, der sich im Laufe der Jahrhunderte besonders bei den politischen U
wälzungen betätigt und bis auf den heutigen Tag erhalten hat; auch
religiöser Hinsicht ist das „bergische Land“ seit jeher eine Oase freier A
schauungen im sonst so schwarzen Rheinland gewesen und geblieben.

In absoluter Reinheit haben sich aber, trotz der günstigen Vorbedingung
dazu, auch diese auf handwerks- und zunftmäßige Organisation begründet
Verhältnisse vor der kapitalistischen Entwicklung nicht lange halt
können. Die Produzenten gerieten immer mehr in Abhängigkeit vom Hande
und Kaufmannskapital, das als Verlegerkapital an sie herantrat, schließl
die Produktion beherrschte und die ehedem selbständigen Produzenten
hausindustrielle Heimarbeiter verwandelte. Dieser Entwicklungsproz
hat sich unter den heftigsten wirtschaftlichen Kämpfen vollzogen, in den
die früheren Zünfte eine Umbildung zu wirtschaftlichen Kampfvereinen e
fuhren. Den Inhalt der wirtschaftlichen Kämpfe bildeten fast ausschließl
die Preisverzeichnisse, zeitweilig auch das Trucksystem; Arbeitsze
Arbeiterschutz und ähnliche Forderungen schieden bei dem hausindustriell
Charakter der Produktion so gut wie gänzlich aus.

Die Organisationen waren branchenweise gegliedert und erstreckten si
nur auf das Solinger Industriegebiet, waren also lokale Berufsorgan
sationen mit stark zünftlerischem Charakter. Die Branchen- und dam
auch die Organisationszersplitterung war eine außerordentlich weitgehende, d
sich an die immer stärker gewordene Arbeitsteilung im Produktionsproz
eng angepaßt hatte. Die Branchen schieden sich nicht nur nach den einzeln
fertigen Produktionserzeugnissen — Waffen, Messern, Scheren usw. —
sondern sogar nach den Teilarbeiten bei der Herstellung derselben, so d
es an 20 bis 30 Spezialbranchen mit gesonderten Organisationen gab. I
diesen Organisationen war alles vereinigt, was an männlichen Arbeit
kräften in der hausindustriellen Produktion beschäftigt war, der proletarisier
„Meister“, seine Gesellen und seine Lehrlinge, wenn er solche beschäftigte, al
Elemente mit durchaus nicht gleichartigen, sondern sogar stark gegensä

chen Interessen. Nur gegenüber dem kapitalistischen Verleger, der „Firma“, e Rohmaterial oder Halbfabrikate zur Weiterverarbeitung lieferte, war das nteresse der solchergestalt Organisierten ein gemeinsames.

Der monopolistische Charakter der Solinger Industrie und die Konkurrenz er Verlegerfirmen untereinander haben im Verein mit günstigen Geschäfts-njunkturen diesen Solinger Lokalorganisationen im Laufe des letzten Jahr-underts wiederholt die Möglichkeit gegeben, die wirtschaftlichen Interessen rer Mitglieder wirksam wahrnehmen zu können. Besonders der Messer-hleiferverein hat zeitweilig eine geradezu dominierende Stellung in der olinger Industrie auszuüben vermocht, und die Verrufserklärungen des Schleiferkönigs“, wie der Vorsitzende der Organisation im Volksmund eß, wirkten fast wie Todesurteile für die davon betroffenen Firmen. Anderer-its aber feierte in Perioden wirtschaftlichen Niederganges die Fabrikanten-illkür wiederum die größten Triumphe über die Organisationen, und das lend der Solinger Schleifer wurde dann ein geradezu sprichwörtliches. In iesem wechselnden Auf und Ab war der allgemeine Niedergang in der zialen Lage der arbeitenden Bevölkerung aber unabwendbar und bildete neben em traditionellen Unabhängigkeitssinn die Ursache für die günstige Aufnahme, ie in den sechziger Jahren die Agitation Lassalles in Solingen fand.

Die Ersetzung der einen unregelmäßigen Betrieb mit sich bringenden Wasser-raft durch die stabile Produktionsbedingungen schaffende Dampf-raft gehörte zu den wichtigsten Faktoren, welche die Herrschaft des Verleger-apitals über die Produktion fördern halfen. Große Dampfschleifereien raten an die Stelle der idyllisch an einem Stauweiher belegenen „Schleifkotten“ it Wasserkraft und machten diesen eine verderbenbringende Konkurrenz. Die Fabrik begann als neue Produktionswerkstätte auf dem Plane zu erscheinen nd mit Polypenarmen um sich zu greifen. Sie brachte die Trennung von Arbeits- und Wohnstätte und damit die moderne Fabriksklaverei, wenn uch zunächst meist nur in der Form, daß der Produzent sich in der Fabrik inen Arbeitsplatz mietete und im übrigen produzierte, für wen er wollte. Nicht selten aber entwickelte sich daraus ein regelrechtes Arbeitsverhältnis m modernen Sinne, so daß der Besitzer der Fabrik auch der alleinige „Arbeitgeber“ des Arbeiters wurde.

Gleichzeitig hat das Kaufmannskapital immer mehr und mehr die Rolle es Industriekapitals übernommen. Große Werke entstanden, die, mit llen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet, die Produktion Solinger Stahlwaren im fabrikmäßigen Großbetrieb ausführen. Die Geübtheit und Kunstfertigkeit des Arbeiters im Kleinbetrieb wurde ersetzt und übertroffen durch sinnreich konstruierte und exakt arbeitende Maschinen von mmer größerer Leistungsfähigkeit. Die moderne Entwicklung hat den Kreis er Produktionsgegenstände für den Massenabsatz ins Riesenhafte erweitert, neue Fabrikatszweige traten daher zu den alten und förderten die Ent-wicklung zum Fabrikbetrieb, so die Fabrikation von Fahrradteilen, Schirm-gestellen, Haus- und Küchengeräten, Werkzeugen usw.

Dieser technische Umwandlungsprozeß vom hausindustriellen Kleinbetrieb zum fabrikmäßigen Großbetrieb dauert seit einigen Jahrzehnten und ist bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Ja, seit der Verwendung der Elektrizität als Triebkraft ist sogar eine gewisse Verlangsamung in diesem Prozeß eingetreten. Der elektrische Draht

spannt sich von einem großen privaten Elektrizitätswerk aus über Berge un
Täler des „bergischen Landes“ und versorgt die zahllosen, verstreut liegend
Arbeitsstätten der Heimarbeiter mit der nötigen Betriebskraft. Dadurch sin
die Hoffnungen der Heimarbeiter, dem Schicksal der Proletarisierung un
„Degradierung“ zum Fabrikarbeiter, der „nach der Pfeife kommen und gehen
muß, entgehen zu können, neu angefacht worden. Leider fehlt es vollständ
an einer auf authentischem Material aufgebauten Schilderung der i
Solinger Industriebezirk erfolgten wirtschaftlichen Veränderungen d
letzten dreißig Jahre, so daß ein sicheres Urteil über dieselben sehr schw
zu gewinnen ist. Unleugbar aber ist, daß trotz aller Gegentendenzen die groß
kapitalistische Entwicklung auch im Solinger Industriebezirk Riesen
fortschritte macht.

Mit dem Aufkommen der fabrikmäßigen Großindustrie entwickelt sich i
den letzten Jahrzehnten im Solinger Industriebezirk naturgemäß immer meh
der Typus des modernen Lohnarbeiters, der vielfach von dem „sel
ständigen“ Heimarbeiter als beruflich und gesellschaftlich minderwertig an
gesehen wurde. Wie auf vielen Gebieten die Maschinenarbeit die qualifizier
Handarbeit zunächst nur unvollkommen zu ersetzen vermocht hat, so erreich
auch in der Solinger Industrie die Fabrikware nicht sogleich die Qualität d
Heimarbeit, und wurde deshalb mit dem Odium der Pfuscharbeit behafte
Von dem Arbeitsprodukt wurde dieses Odium auf ihre Erzeuger, die Fabri
arbeiter übertragen. In demselben Maße, in dem die Konkurrenz der fabri
mäßigen Produktion sich den hausindustriellen Kleinbetrieben fühlbar macht
verstärkte sich naturgemäß die Abneigung der Heimarbeiter gegen die Fabri
arbeiter, die als „Bären“, das heißt Lohndrücker, keine Aufnahme in d
Lokalgewerkschaften fanden. Die Fabrikarbeiter der Kleineisenindustri
zu denen sich weiter die übrigen gewerblichen Arbeiter gesellten, wurden m
dem Vordringen des Fabrikbetriebs immer zahlreicher und durch ihre unve
hüllte Klassenlage zur Erkenntnis derselben gebracht.

Während der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verhinderte da
Sozialistengesetz, daß dieses Klassenbewußtsein in der Schaffung von Or
ganisationen zum Ausdruck gelangen konnte. Die neunziger Jahre waren fü
die Gewerkschaftsbewegung bekanntlich allgemein sehr ungünstig, un
auch in Solingen entwickelte sich die moderne Gewerkschaftsbewegung in diese
Zeit nur kümmerlich. Anders die politische Arbeiterbewegung. Und au
politischem Gebiet fanden sich denn auch die wirtschaftlich einander gegen
überstehenden Elemente in gemeinsamen Organisationen — soweit solch
bei dem Stande der Vereinsgesetzgebung überhaupt möglich — zusammen
Die Richtung der modernen Lohnarbeiter suchte naturgemäß durch di
politische Organisation einzuwirken auf die alten Lokalgewerkschaften, um si
zu modernen Gewerkschaften umzugestalten. Umgekehrt suchten di
alten Lokalgewerkschaften ihren bisherigen Charakter zu erhalten un
bestimmenden Einfluß auf die politische Bewegung auszuüben.

So war das Aufeinanderplatzen der Gegensätze auf dem poli
tischen Gebiet unvermeidbar. Die Anlässe und die Formen der Ent
ladungen waren sekundärer Natur und erwuchsen immer wieder aus der Ge
samtsituation. Der Reichstagsabgeordnete Schumacher war der Haupt
vertreter der durch die alten Lokalorganisationen repräsentierten Richtung
Natürlich waren sich die handelnden Personen auf beiden Seiten de

chlichen Gegensätze und der aus diesen entspringenden, tiefer liegenden lotive ihres Handelns sehr oft nicht bewußt und glaubten zu schieben, ährend sie selber geschoben wurden.

Trotz aller persönlichen, teils häßlichen Begleiterscheinungen hat der jahrenge Zwist die politische Aufklärung und Schulung der Solinger rbeiterschaft doch wirksam gefördert, denn beide Seiten wetteiferten iteinander, sich als die politisch fortgeschritteneren zu zeigen, wodurch as Gesamtniveau nur gewonnen hat. Als der persönliche Hader zum chweigen gebracht war, zeigte sich denn auch, daß sich die beiden Seiten achlich immer näher gekommen waren und die wirtschaftliche und oziale Grundanschauung der modernen Lohnarbeiterschaft zum llgemeingut der Solinger Gesamtarbeiterschaft geworden war. ie Stadtverordnetenwahlen 1902 und die Reichs- und Landtagswahlen 1903 nit ihrem geschlossenen Aufmarsch und ihren großartigen Erfolgen zeigten das ur Evidenz.

Inzwischen war auch im „Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften" ein Zusammenschluß der alten Lokalgewerkschaften und der inzwischen ins Leben getretenen Filialen der freien Zentralgewerkschaften herbeigeführt worden. Das Hand in Hand arbeiten auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet schien aufs beste gewährleistet, die Lokalorganisationen näherten sich in ihren inneren Einrichtungen immer mehr den freien Zentralgewerkschaften, und eine völlige Verschmelzung mit der für Solingen wichtigsten derselben, dem Metallarbeiterverband, bereitete sich vor; einzelne kleinere Vereine traten geschlossen in ihn über, und aus anderen Lokalgewerkschaften zog er zahlreiche Mitglieder an.

Der Notwendigkeit festeren Zusammenschlusses vermochten sich angesichts der immer schärferen und umfangreicheren Kämpfe mit dem Unternehmertum auch die Leitungen der alten Lokalgewerkschaften nicht zu entziehen. Zu der Radikalkur der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband vermochten sie sich aber in ihrer Mehrzahl aus mancherlei Gründen nicht zu entschließen. So kam es 1905 zur Gründung eines Industrieverbandes für den Solinger Industriebezirk mit dem „Stahlwarenarbeiter" als Verbandsorgan. In leitenden Parteikreisen sah man in der Gründung meist ein Übergangsgebilde, das früher oder später zu einer völligen organisatorischen Vereinigung mit dem Metallarbeiterverband kommen werde. Demgemäß war auch die Stellung der Parteiorganisation und ihrer Presse zu der neuen Gewerkschaftsorganisation.

Anders beim Metallarbeiterverband, der im Industrieverband nur ein seine eigene Entwicklung hemmendes und die Widerstandskraft der Gesamtgewerkschaftsbewegung des Bezirks schwächendes Element sah. Damit war wiederum der Stoff zu einem Konflikt aus denselben wirtschaftlichen Grundursachen gegeben, wie beim „Schumacher"-Streit. Während dieser auf politischem Gebiet ausgefochten wurde, tobt der jetzige Kampf auf gewerkschaftlichem Gebiet, also dort, wo die Gegensätze von Anbeginn her eigentlich gelegen haben. Das ist ein Fortschritt, so seltsam das Wort in diesem Zusammenhang auch klingen mag. Von den persönlichen Begleiterscheinungen abgesehen, wird der Kampf geführt als Konkurrenzkampf zweier Organisationen, die sich gegenseitig in der energischen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu überbieten trachten. Das Endresultat kann nur sein,

daß sich beide Gegner in ihrer inneren Stärke und Leistungsfähigkei die beim Metallarbeiterverband von vornherein größer waren, immer meh nähern, und so die innere Voraussetzung für die endgültige Ve schmelzung und diese selbst geschaffen wird. Je mehr der wirtschaftlic Umwandlungsprozeß in der Solinger Kleineisenindustrie vom hausind striellen Kleinbetrieb zum fabrikmäßigen Großbetrieb fortschreitet, je näher rü auch der Tag des völligen organisatorischen Zusammenschlusses d Solinger Arbeiterschaft.

Es wäre also durchaus verfehlt, Solingen als einen Ort zu betrachte an dem die Lust am persönlichen Krakeel in der Arbeiterbewegung all überwuchert. Ebenso falsch wäre es, die Solinger Lokalgewerkschafte und ihre Gesamtvertretung, den Industriearbeiterverband, mit den Loka gewerkschaften in Parallele zu stellen, die sich als Absplitterungen von de Zentralgewerkschaften in Berlin und an anderen Orten Deutschlands g bildet haben. Die Eigenart und historische Entwicklung der Solinge Industrie haben auch für die Arbeiterbewegung eigenartige Entwicklungs bedingungen und -formen geschaffen, die man nicht ignorieren darf, wen man nicht zu einem völlig schiefen Urteil kommen will.

Wer die Arbeiterbewegung des Solinger Industriebezirks aus eigene persönlicher Anteilnahme kennen gelernt hat, der weiß auch, daß ihr ein unverwüstliche, urwüchsige Kraft innewohnt, die sich nach Überwindun der unvermeidlichen Entwicklungskrankheiten gegen alle Widerstände durch setzen und behaupten wird.

Das Ende der deutschen Jugendorganisation?

Von **Karl Böttcher** (Berlin).

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat sich zwar mit der Frage der Jugendorganisation beschäftigt, aber das Referat des Genossen Robert Schmidt sagte über das Problem selbst recht wenig, und die Debatte war weder eingehend noch sonderlich hochstehend. Das wertvollste Ergebnis jener Verhandlungen ist, daß die schon seit langem notwendige Diskussion über die Jugendorganisation in Fluß kam, so daß zu erwarten ist, auf dem Parteitag werde die Frage etwas gewissenhafter behandelt werden. Geschieht das, dann wird die Hamburger Resolution, die ja im Einverständnis mit dem Parteivorstand entworfen sein soll, auch gründlich revidiert werden.

In der Resolution des Gewerkschaftskongresses heißt es:

„Diese Aufgabe (die Einführung der Jugendlichen in die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit) wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaften, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernsten und auch heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen die Betätigung zu erwecken sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Übertreibung, zu einer Sportfexerei ausartet."

Jeder, der die Jugendbewegung, besonders aber die unpolitischen norddeutschen Organisationen, auch nur einigermaßen kennt, muß wissen, daß sie

ınz nach dem Wunsche des Gewerkschaftskongresses schon seit ihrer Ent-
:hung arbeiten. Versammlungen, in denen Vorträge aus den verschiedensten
ßissenszweigen und aus Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung gehalten
erden, wechseln ab mit Unterhaltungsabenden, Museumsbesichtigungen, Aus-
ügen in die freie Natur und Spielpartien. Es soll zugegeben werden, daß
.ele dieser Veranstaltungen nicht gerade vorbildlich sind. Aber es geht doch
ɔrwärts. Und wenn wirklich vieles noch nicht so ist, wie es sein sollte, so
ɔmmt dies nur daher, weil Geld sowohl als die Mitarbeit erfahrener Ge-
ossen fehlen. Hätte Genosse Schmidt selbst in Versammlungen Jugendlicher
esprochen, er hätte sicher wahrgenommen, wie gute Referenten begehrt sind.
lber das ist es ja eben. Unseren Führern fehlt die enge Fühlung mit der
jugend. Wie anders ist es doch drüben in Österreich! Arbeiterführer von
lamen scheuen sich gar nicht, in Versammlungen vor dreißig bis fünfzig
Jugendlichen zu reden. Natürlich wirkt dieses Beispiel auch auf andere Ge-
ıossen, die die Fähigkeit haben, der Jugend Lehrer zu sein, und die Ver-
ammlungen bekommen durchweg gute Referenten. Wäre dies auch bei uns
ɔer Fall, dann stünden die Zusammenkünfte der Jugendlichen sicher auf einem
ɔöheren Niveau. Daß sie gute Vorträge zu würdigen wissen, haben sie schon
ɔft genug bewiesen. Die Redner brauchten nur zu kommen. Sie könnten sich
ɔann auch gleich davon überzeugen, daß in den Jugendorganisationen ernst-
ɔaft gearbeitet und keine Vereinsmeierei getrieben wird.

Was also die Resolution des Gewerkschaftskongresses als notwendig er-
achtet, wird bereits seit dem Bestehen der norddeutschen Jugendorganisation
von dieser gepflegt. Ist es unter diesen Umständen nötig, die Organisation
zu beseitigen, nur um etwas Neues an ihre Stelle zu setzen, von dem man
im voraus doch nicht weiß, wie es sich bewähren wird? Nach der Resolution
scheint man die Absicht zu haben, eine l o s e Bildungsorganisation zu
schaffen. Wer jemals in einer solchen mitgearbeitet hat, weiß, wie schwer
selbst Organisationen mit festem Mitgliederbestand arbeiten können. Es sei
nur an die Berliner Arbeiterbildungsschule erinnert, deren Geschichte mehr
wie genug von schweren Kämpfen um die Weiterexistenz zu erzählen weiß.
Und das ist eine f e s t e Organisation, der zum größten Teil wirtschaftlich
etwas bessergestellte, in der Arbeiterbewegung stehende Mitglieder angehören.
Und nun denke man sich eine l o s e Bildungsorganisation von jungen Leuten,
die kaum der Schule entwachsen sind! Sie würde sich nicht lange halten und
nicht W e r b e k r a f t entfalten können, weil durch B i l d u n g s f ö r d e r u n g a l l e i n
— und wenn sie auch körperlich und geistig geschieht — nie eine M a s s e n-
b e w e g u n g zu entfachen ist. Und sie ist es, die wir im Interesse der Gesamt-
arbeiterbewegung brauchen. Vernichtet man aber jetzt auch selbst die noch
bestehenden unpolitischen Organisationen, so verzichtet man mit diesem Schritte
zugleich ein für allemal auf jede Massenorganisation der Jugendlichen, denn
das Neue, was man schaffen will, kann nach unseren Gesetzen nur eine lose
Bildungsorganisation sein, der anzugehören immer nur ein kleiner Kreis Nei-
gung haben wird.

Oder hegt man etwa im stillen den Gedanken, die J u g e n d l i c h e n im
A n s c h l u ß a n d i e G e w e r k s c h a f t e n z u o r g a n i s i e r e n, wie dies die
Transportarbeiter, Steindrucker und Lithographen mit Erfolg getan haben?
Zweifellos wäre das die zweckmäßigste Organisation der Jugend, weil durch
sie zugleich die sachliche Weiterbildung gefördert werden könnte. Aber wie

lange würde denn die Herrlichkeit dauern, wenn die gesamten Gewerkschaft
diesen Weg beschritten? Würde nicht eines schönen Tages auf Grund d
neuen Vereinsgesetzes die Auflösung der Jugendabteilungen erfolgen? Unt
der gegenwärtigen Rechtslage kann man an einen weiteren Ausbau der g
werkschaftlichen Jugendsektionen nicht herangehen. Aber dann bleibt ebe
wenn man durchaus etwas Neues schaffen will, nur die lose Bildungsorgan
sation. Ob diese nun dadurch den Jugendlichen schmackhaft gemacht wir
daß man die leitenden Kommissionen aus den Parteiorganisationen und de
Gewerkschaftskartellen der betreffenden Orte unter „Hinzuziehung einiger Ve
treter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen" bilden will, ist sehr z
bezweifeln. Ganz abgesehen davon, daß dies die denkbar loseste Form ein
Organisation sein würde und daß es schon deshalb sehr fraglich ist, ob s
jemals erfolgreich wirken könnte.

Und um unsere Jugendlichen in eine solch dunkle Zukunft zu führen, wi
man die Auflösung der von ihnen unter Mühen und Opfern selbst ge
schaffenen Organisation bewirken! Warum und weshalb das geschehen sol
wurde zwar nicht offen gesagt. Aus der Debatte ging aber hervor, daß ma
von einer selbständigen Jugendorganisation die Störung der Einheit der Ge
werkschaftsbewegung fürchtet. Muß diese aber eintreten? Gewiß, wenn zwische
den leitenden Personen der Jugendorganisationen und der Gewerkschafte
keine Fühlung vorhanden ist, dann kann es wohl vorkommen, daß sich sepa
ratistische Bestrebungen bemerkbar machen. Aber ist Fühlung vorhanden
dann ist das ganz unmöglich. Das zeigt wieder ein Blick auf Österreich
Die dortige Jugendorganisation ist bereits anderthalb Jahrzehnte alt. Auch
sie hatte in den Anfangsstadien viel mit Vorurteilen zu kämpfen, genau s
wie die deutsche. Aber schon lange hat sie die Unterstützung von Partei und
Gewerkschaft, und nie wurde die Einheit der Arbeiterbewegung durch sie ge-
stört. Im Gegenteil: sie hat sich als ergänzendes Glied der Gesamtarbeiter-
bewegung bestens bewährt und ist bezeichnenderweise auch freigeblieben von
jener Schwärmerei und Spielerei, wie sie in den Jugendorganisationen der
romanischen und nordischen Länder gang und gäbe ist. Und in Deutschland
könnte das auch so sein. Um so eher, als hier das Gesetz es schon unmöglich
macht, daß sich Jugendorganisationen um politische Fragen kümmern.

So wie die Dinge liegen, kann man ohne jede Gefahr die unpolitische Or-
ganisation, wie sie sich in Norddeutschland findet, bestehen lassen. Aber nicht
nur, weil sie die Einheit der Arbeiterbewegung nicht stören kann — nein,
auch weil sie allein *die* Organisationsform ist, die unter den heute in Deutsch-
land geltenden Rechtsvorschriften sich zu einer *Massenbildungsorgani-
sation* der Jugendlichen auszuwachsen vermag. Und das nur, weil sie sich
außer mit Bildungsarbeit auch mit der Vertretung der wirtschaftlichen und
rechtlichen Interessen befaßt. Denn viel eher als für eine Bildungsorgani-
sation rein ideeller Natur ist der Jugendliche für eine Organisation zu haben,
die bestrebt ist, auch seine *wirtschaftlichen Interessen* zu vertreten.

Nun ist es aber gerade die wirtschaftliche Betätigung der Jugendlichen,
gegen die unsere Gewerkschaftsführer Sturm laufen. So meinte Genosse
Schmidt, der Jugendorganisation kämen nicht zu: Arbeitsnachweis, Jugend-
schutz und wirtschaftliche Kämpfe. Wo hat die Jugendorganisation jemals in
wirtschaftliche Kämpfe eingegriffen und in welchem Orte besitzt sie einen Arbeits-
nachweis? Bleibt also nur der Jugendschutz. Es ist ja ganz leicht, einfach

dekretieren: der arbeitenden Jugend steht der Jugendschutz nicht zu! Auch
nosse Frank hat ja geschrieben, daß die Gewerkschaften mit Unterstützung
: Jugendlichen für die Befolgung der Schutzbestimmungen sorgen sollten.
wiß wäre es gut, wenn die Gewerkschaften mehr als heute für den Jugend-
utz wirken würden. Aber das hat doch seine Schwierigkeiten. Wer auf
sem Gebiet die Praxis kennt, weiß längst, daß die Gewerkschaften selbst in
trieben, wo sie prozentual stark vertreten sind, trotz Anforderung der
ugendlichen, für deren gesetzlich festgelegte Rechte einzutreten, häufig ver-
zt haben. Nun beweist aber die Statistik, daß in den Berufen, wo die Ge-
rkschaften schwächer sind, die meisten und schwersten Jugendschutzvergehen
rkommen. Was können sie nun aber hier, wo es am nötigsten ist, für die
ugendlichen ausrichten? Hier, wo sie Not und Mühe haben, sich selbst bei
ertretung ihrer eigenen nächsten Interessen zu behaupten, werden sie für die
ugendlichen gar nicht offen eintreten können. Und wie wollen die Gewerk-
haften in die Unzahl von Gewerbebetrieben des Handwerkes eindringen,
o meist von gewerkschaftlicher Organisation kaum die Rede ist, die Jugend-
chen aber so gut wie gar keinen Schutz genießen und am schlimmsten aus-
beutet werden?

Nun wird man einwenden: Mit Hilfe der Jugendlichen wird auch dort
earbeitet werden. Das mag sein. Aber sicher nicht mit der Energie, mit der
erade heute die organisierten Handwerkerlehrlinge in den Fach- und Fort-
ildungsschulen für Jugendorganisation und Jugendschutz wirken. Natürlich
ann diese Seite der Tätigkeit nur im Einvernehmen mit den Gewerkschaften
eübt werden, und sie soll auch weiter nichts sein als eine notwendige Er-
änzung der Arbeit dieser Organisationen. Es ist durchaus zutreffend, was
ie kürzlich veröffentlichte „Erklärung" des Internationalen Bureaus der
ozialistischen Jugendorganisationen über den gewerblichen Schutz sagt:

„Daß diese Tätigkeit jedoch nur dann den nötigen Umfang erlangen kann,
venn die Gewerkschaften in der geeigneten Weise mithelfen, ist selbstverständlich.
Daß sie sich jetzt dazu entschlossen haben, ist ein Verdienst, das die Jugend-
rganisation für sich in Anspruch nehmen darf. Wenn jedoch die Gewerk-
chaften, wie in Hamburg gesagt wurde, den Lehrlingsschutz allein betreiben,
vird der nötige Elan in der Tätigkeit vielfach verloren gehen, weil niemand,
uch der erwachsene Arbeiter nicht, am Jugendschutz ein so eminentes Inter-
sse hat wie die proletarische Jugend selbst."

So ist es schließlich am besten, wenn auch in Jugendschutzangelegenheiten
die ergänzende Tätigkeit einer festen Organisation erhalten bleibt.

Wenn die Gewerkschaften eine große Organisation zur Erziehung der
Jugend wollen, dann können sie nichts Besseres tun, als die noch bestehende
unpolitische „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutsch-
lands" unterstützen.

Den Wert der selbständigen Organisationen kennzeichnet die oben er-
wähnte Erklärung in zutreffender Weise:

„Wenn die Jugendbewegung leisten soll, was ihr zukommt, dann ist eine der
wichtigsten Vorbedingungen dazu: die Selbständigkeit der Organisation. Wer
diese antastet, greift der Jugendbewegung ans Leben. Sie muß gefordert werden,
gerade aus erzieherischen Gründen, die bei der Beurteilung der Jugendfrage auch
nach der Ansicht des Hamburger Gewerkschaftskongresses in erster Linie maßgebend
sind. Handelt es sich doch bei der sozialdemokratischen Erziehung der Jugend nicht

nur um die Vermittlung von Kenntnissen auf verschiedenen Wissensgebieten, sonde auch um Bildung des Charakters. Der junge Proletarier, der oft eltern= u heimatlos ins Erwerbsleben hinausgestoßen wird und der elendesten Bedrücku preisgegeben ist, muß zur Selbstachtung und Selbständigkeit erzogen werd Ein vortreffliches Mittel dazu ist die Jugendorganisation, die von den Juge lichen selbst verwaltet wird. Sie lehrt so eindringlich wie nur möglich, was Pflich erfüllung und Verantwortlichkeit bedeutet und schult so ihre Mitglieder fü Leben. Dabei ist dieses Selbstbestimmungsrecht die stärkste Anziehungskraft d Jugendorganisation; wird es ihr genommen, dann sinkt sie zu einer Wohltätigkeit veranstaltung herab, die zur sittlichen Erziehung im sozialistischen Sinne nicht g eignet ist und auch den Reiz für die Jugendlichen verliert."

In Nr. 33 der „Neuen Zeit" meinte Genosse Ludwig Frank, man kön nicht auf sozialistische Erziehung und Aufklärung über den Militarismus ve zichten; es seien deshalb neutrale Vereine von der Hand zu weisen. Gew muß die Jugend antimilitaristisch erzogen werden. Das geht aber im Hau besser als anderswo. Und warum soll eine unpolitische Organisation d Jugend nicht im sozialistischen Geiste erziehen können? Kein Vereinsges kann es verhindern, daß der Jugend in ihren Versammlungen die gewaltige wirtschaftlichen Umwälzungen, das Entstehen des modernen Kapitalismus un das durch diesen bedingte Anwachsen des Proletariats vor Augen geführt wir Ganz unpolitisch kann auseinandergesetzt werden, wie die Arbeiterbewegung al geschichtliche Notwendigkeit auf den Kampfplatz treten mußte und wie sie de halb unüberwindlich, unbesiegbar ist. Ebenso ließen sich auch gewerkschaftlic und sozialpolitische Themen behandeln.

Diejenigen Jugendlichen, welche in der „Vereinigung der freien Jugend organisationen Deutschlands" zentralisiert sind, denken zurzeit noch nicht a ein Aufgeben ihrer Organisation. Sie haben zum 6. September 1908 ihr zweite Konferenz nach Berlin einberufen, auf der auch über „di Arbeit und die Bedeutung der freien Jugendorganisationen Deutschlands beraten werden soll. Wenn sie bis dahin gewissenhaft arbeiten und am Ver handlungstag selbst den Beweis erbringen, daß ihre Organisation notwendi ist und Gutes leisten kann, wenn sie durch die Tat bekunden, daß sie nich eine Störung der Einheit der Arbeiterbewegung, sondern als Vorbereitungs schule nur deren Stärkung wollen, dann bleibt es uns hoffentlich erspart, zu Freude unserer Feinde die Selbstvernichtung unserer schwer geschaffene Jugendorganisation erleben zu müssen!

Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Von **Dionys Zinner.**

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands blickt in diesen Tagen auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurück. Die erste Organisation der deutschen Schuhmacher war schon fünfzehn Jahre früher entstanden, aber sie war lange Jahre hindurch keine einheitliche. Wie sich die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Deutschlands auf der ganzen Linie gespalten hatte und die beiden Lager einen heftigen Bruderkrieg gegeneinander führten, so war auch die Schuhmacherbewegung zersplittert und jahrelang der Spielball

tiger Kämpfe der feindlichen Brüder. Im Jahre 1868 war in Berlin in mittelbarem Anschluß an den von Fritzsche, Schweitzer usw. einberufenen gemeinen deutschen Arbeiterkongreß neben anderen Gewerkschaften auch eine che für die Schuhmacher mit dem Namen „Allgemeiner deutscher huhmacherverein“ gegründet worden, der im Mai 1869 auf der General-sammlung in Kassel 14 „Arbeiterschaften“ (Ortsgruppen) mit 876 Mit-edern zählte.

Der Allgemeine deutsche Schuhmacherverein war eine Gründung der ssalleaner, mit der die Gegner der Schweitzer usw. nicht einverstanden ren. Und so gründeten die „Eisenacher“ Schuhmacher im März 1869 in ipzig eine weitere Organisation, die „Internationale Gewerksgenossen-aft der Schuhmacher“, die sich in der Folge gut entwickelte und größere deutung als die Konkurrenzorganisation erlangte.

Auch der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Schuhmacher und derarbeiter wurde 1869 gegründet, aber er bekam niemals größere Be-utung, und seit Jahren vegetiert und stagniert er mit 5300 bis 5400 Mit-iedern — das jämmerliche Resultat eines vierzigjährigen Bestehens. Harmonie-selei, Streikbruch und Verrat bilden die Schwindsuchtskeime, denen die Hirsch-unckersche Organisation erliegen muß.

In den Bruderkrieg zwischen den beiden auf sozialdemokratischem Boden henden Schuhmacherorganisationen griff der durch seine Sozialistenverfolgungen rüchtigte Staatsanwalt Tessendorf in Berlin ein, indem er im August 1874 n Allgemeinen deutschen Schuhmacherverein auflöste. Der brutale Gewalt-t war schmerzlich und empörend für die Betroffenen, aber in der Folge er-ies er sich als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets as Gute schafft. Mit der Auflösung des Schuhmachervereins war die ituation für die Schuhmacherbewegung sehr vereinfacht und die Bahn für ie schon längst vorhandenen Einigungsbestrebungen frei geworden.

Im Mai 1875, unmittelbar vor dem sozialdemokratischen Einigungskongreß n Gotha, fand der Einigungskongreß der Schuhmacher in Koburg att, dessen Resultat die Gründung der „Schuhmachergewerkschaft“ war. ie Internationale Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher zählte um diese Zeit 365 Mitglieder in 63 Städten, ferner die von ihr mitverwaltete besondere Schuhmacherkrankenkasse 998 Mitglieder, außerdem gab der Vorsitzende der Genossenschaft, Genosse Bock in Gotha, der seit 1873 an der Spitze derselben tand, im „Wecker“ ein dreimal monatlich erschienenes Organ für die Schuh-nacher heraus. Über die Stärke des Schuhmachervereins bei seiner Auflösung st nirgends berichtet. Auf der im Juni 1873 in Berlin abgehaltenen Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß der Verein 20 Ortsgruppen mit iber 2000 Mitgliedern umfasse. Wahrscheinlich war aber die Mitgliederzahl eringer.

Die einheitliche neue Schuhmachergewerkschaft entwickelte sich recht gut, und sie würde sich bei der größeren Zahl von Ortsgruppen und Mitgliedern sowie bei dem brüderlichen Zusammenwirken der nun einigen Kollegen fort-schreitend immer rascher entwickelt haben, wenn nicht plötzlich das Sozia-listengesetz der ganzen Bewegung ein Ende gemacht hätte. Anfangs November wurden von der Polizei die Gewerkschaft und die Krankenkasse aufgelöst sowie der „Wecker“ verboten, das Werk eines Jahrzehnts der größten Mühen und Opfer brutal und plump zerstört und in den Boden gestampft. In den drei

Jahren seit der in Koburg erfolgten Einigung hatte die Gewerkschaft ih Mitgliederzahl mit rund 5000 mehr als verdoppelt, die Krankenkasse m 3000 Mitgliedern verdreifacht. Nun war alles dahin, man stand wieder v dem Nichts wie 1868, als die Bewegung begonnen hatte.

Und nun begann sie wieder aufs neue. Dabei bewies der leitende Ge der Schuhmacherbewegung, Genosse Bock in Gotha, ebensoviel geistige B weglichkeit und Anpassungsfähigkeit wie siegeszuversichtliche Unternehmung lust. Anfangs November 1878 war der „Wecker" polizeilich verboten worde kurze Zeit darauf, schon am 20. November, gab Bock im „Schuhmache ein neues Blatt heraus, ein Fachblatt, das ein geistiges Bindemittel für d zersprengte, ihrer Organisation beraubte Arbeiterschaft der Schuhindustrie sei sollte und es auch war. Bald folgte die Anregung Bocks zur Gründun von Schuhmacherfachvereinen, deren erster schon Ende 1878 als „Schuh macherfortbildungsschule" des Arbeiterbildungsvereins in Hannover gegründ wurde. Rasch folgte ein Ort dem anderen, und nun schien der Augenbli gekommen, diese lokalen Vereine zu einem Verband zusammenzufassen. Da geschah auf dem im August 1883 in Gotha abgehaltenen Schuhmache kongreß, auf dem die Gründung des Unterstützungsvereins deutsche Schuhmacher beschlossen wurde. Er war der erste Zentralverband, de in der neuen Ära der deutschen Gewerkschaftsbewegung, unter dem Sozialisten gesetz, geschaffen wurde.

Der Sitz des neuen Schuhmacherverbandes wurde nach Nürnberg verlegt wo er bis heute verblieben ist. Fast zwanzig Jahre, bis 1902, stand an seine Spitze als erster Vorsitzender Genosse Siebert, der nun seit sechs Jahren den wohlverdienten Ruhestand genießt. Im Genossen Simm erhielt er einen tüchtigen Nachfolger. Mit ungeschwächter geistiger und körperlicher Kraft ver sieht nach wie vor noch der erste Zentralkassierer Genosse Reuß sein wichtige und verantwortungsvolles Amt, ohne daß er durch seine fünfundzwanzigjährig Kassierertätigkeit zum einseitigen und verknöcherten Kassenmenschen geworden wäre. Und ebenso rüstig redigiert Genosse Bock heute noch das Schuhmacher fachblatt, das der Nachfolger des verbotenen „Schuhmacher" geworden wa und das die deutsche Schuhmacherwelt mit dem nötigen geistigen Rüstzeug ausstattet.

Wie ganz anders steht aber heute der vom Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher zum Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands entwickelte Verband bei seinem fünfundzwanzigjährigen Jubiläum da, als 1883 bei seiner Gründung. Damals begann die neue Organisation ihre Tätigkeit mit wenigen Zahlstellen und einer kleinen Mitgliederzahl, und 1884 zählte sie erst 757 Mitglieder in 59 Filialen sowie eine Einnahme von 2542 Mark; im Jahre 1907 dagegen umfaßte der Verband 83153 Mitglieder in 303 Zahl- stellen, die Einnahmen betrugen 766988 Mark, der Kassenbestand Ende 1907 439640 Mark. In der Tat eine gewaltige Entwicklung, und das trotz der zahlreichen Verfolgungen, Verbote, Auflösungen und Erschwerungen aller Art seitens der Behörden des kapitalistischen Klassenstaats.

Sehr erfolgreich hat der Verband auf dem für jede Gewerkschaft wichtigsten Gebiet, dem der fortschreitenden Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhält- nisse gewirkt. Dafür nur ein Beispiel. Im Jahre 1883, vor fünfundzwanzig Jahren, war in der Schuhindustrie der Zehnstundentag noch eine seltene Aus- nahme. Dagegen die lange Arbeitszeit von 11, 12, 13 bis 15 Stunden in

n Schuhfabriken und Schuhmacherwerkstätten die Regel. Nach einer vom
erband im verflossenen Jahre aufgenommenen Arbeitszeitstatistik hatten
,64 Prozent oder 52997 Fabrikschuhmacher eine tägliche Arbeitszeit von 10
d weniger Stunden bis unter 9 herab und nur 15,34 Prozent oder 11139
e solche von über 10 bis über 11 Stunden, letztere 256. In wenigen
ahren dürften der Neunstundentag in den deutschen Schuhfabriken die maxi-
ale Arbeitszeit bilden und auch die Verhältnisse in den Schuhmacherwerk-
ätten sich ähnlich gestalten. Auch die Lohnverhältnisse sind bessere ge-
orden, wenn sie auch noch lange nicht befriedigende sind.

An Unterstützungen unter den verschiedensten Titeln sind in dem ver-
ossenen Vierteljahrhundert mehr als eine Million Mark an die Mitglieder
usbezahlt und dadurch viel Not und Elend gemildert worden.

Der Verband hat sich auch die Anerkennung durch die Unternehmer er-
wungen, so daß heute mit seinen Vertretern der Verband der Schuhfabrikanten
ie die Schuhmacherinnungen verkehren und gemeinschaftlich die Arbeits-
edingungen festsetzen. So hat der Tarifvertrag auch bereits in der Schuh-
abrik seinen Einzug gehalten.

Unser Jubilar kann mit Stolz und Befriedigung auf seine fünfundzwanzig-
ährige Geschichte zurückblicken, sie ist reich an Erfahrungen und Fortschritten
nd sie bürgt dafür, daß der innerlich gefestigte und erstarkte, nach außen
nponierende moderne Gewerkschaftsverband auch in der Zukunft auf der
öhe seiner Aufgabe sich behaupten wird.

Wie die Gründung des Verbandes vor fünfundzwanzig Jahren, so fand
uch die Jubiläumsgeneralversammlung Mitte Juni dieses Jahres in Gotha
tatt, das eine hervorragende Stelle in der Geschichte der deutschen Schuh-
nacherbewegung einnimmt. Die Generalversammlung beschloß den weiteren
lusbau des Verbandes durch Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen,
nd die mit Klassenbewußtsein erfüllten Mitglieder werden auch die neuen
Opfer auf sich nehmen, da sie eine Notwendigkeit sind. So wird der Verband
n immer höherem Maße befähigt, alle seine bedeutenden Aufgaben zu erfüllen
und die Arbeiter der Schuhindustrie kulturell zu heben, sowie am Tempelbau
der neuen Zeit wirksam mitzuarbeiten.

Literarische Rundschau.

Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bauhilfsarbeiter. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Hamburg, Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Gustav Behrendt. 76 Seiten.

Eine recht anerkennenswerte Arbeit! Auf Grund sorgfältiger Erhebungen sind Einnahmen und Ausgaben der Bauarbeiter gegenübergestellt, und zwar diejenigen Ausgaben, die sie mindestens machen müßten, um eine den Anforderungen der Ernährungslehre entsprechende Beköstigung zu erhalten. Berechnet wurden diese Ausgaben auf Grund der im „Gesundheitsschutz" von E. Wurm angegebenen Methoden und Tabellen. Das Resultat aus etwa 70 Ortschaften des Reiches ist ein Jahresverdienst von durchschnittlich 871 Mark, dem eine notwendige Ausgabe von 1635 Mark gegenübersteht! Das jährliche Defizit beträgt also durchschnittlich 764 Mark! So sieht die volle Kompottschüssel der Arbeiter in Wirklichkeit aus! —m.

Notizen.

Nochmals Dietzgen.[1] In der „Neuen Zeit" vom 19. Juni (Nr. 38) ist ei redaktionelle Besprechung von Josef Dietzgens „Erkenntnis und Wahrheit" erschiene die ich mit einigen Glossen begleiten möchte.

Einleitend bemerkt der Rezensent, daß es ihm zweifelhaft erscheint, ob es i Interesse des Arbeiterphilosophen gelegen, die vorliegende Sammlung herausz geben, denn „neue Gedanken von entscheidender Bedeutung enthielte der Ba kaum". Jedoch wolle er deshalb keineswegs der Sammlung ihr gutes Recht b streiten, auf dem Büchermarkt zu erscheinen, denn wer in Josef Dietzgen den Denk und den Menschen liebe, werde ihm immer gern begegnen und auch in seine Nachlaß vieles finden, was anrege und erfreue.

Das sagt derselbe Genosse, der den Nachlaß von Marx, Engels und Lassal in drei großen Bänden herausgegeben, worin auch „kaum etwas Neues von en scheidender Bedeutung", wohl aber, wie in der Dietzgenschen Sammlung, viel Geeignete gebracht wird, um die Hauptwerke der betreffenden Autoren besser ve stehen und würdigen zu lernen. Wozu also diese Herabsetzung der Herausgabe vo „Erkenntnis und Wahrheit"? Die „häufige Wiederholung derselben Beispiele kann doch einen Mann von Geist wie den Verfasser der Rezension nicht beirre wenn er sich die Mühe des aufmerksamen Lesens gibt. Alsdann sieht er nämlic wie diese Beispiele immer wieder neue Zusammenhänge aufzeigen oder bekann Zusammenhänge deutlicher klären. Der Grund für seine Herabsetzung liegt tiefe Er findet nämlich in der Sammlung keine für das bessere Verständnis de Marxismus grundlegende erkenntnistheoretische Aufklärung, sondern schätzt sie alle in allem nur als eine belletristisch anregende und erfreuliche Lektüre, die er auc insofern als dankenswerte Bereicherung der Parteiliteratur begrüßt. Die gan Frucht seines Lesens ist eine Verwechslung der Hülle mit dem Kern, wie wir noc deutlicher sehen werden!

Beiläufig moniert der Rezensent, daß der Brief über „Goethes Lieb' und Untreu wohl hätte fortbleiben können, da er „nur einige oberflächliche Betrachtungen übe das Liebesleben des Dichters anstelle". De gustibus non est disputandum, sag ein altes Sprichwort von sehr bedingter Richtigkeit. Hier war das Motiv, worau dieses Briefkonzept an die Jugendfreundin entsprang, unverkenntlich in eine Fußnote gegeben, um den Leser mit Josef Dietzgen auch von dieser intimen Seit bekannt werden zu lassen. Aber davon abgesehen — ist die Grundnote diese Briefes wirklich so oberflächlich, wie der Rezensent glauben machen will? Dies lautet nämlich:

„Es heißt — und auch Goethe spricht sich dahin aus —, die Frauen liebte ‚schöner', ausschließlicher, vollständiger, hingebender und treuer als die Männer Ich aber — und ich habe auch etwas Erfahrung in der Sache — behaupte, daß sich auf solche Art die Frage gar nicht entscheiden läßt. Treu und untreu sind beid Geschlechter — je nach Umständen. Die Lösung dieser Angelegenheit ist in den sozialen Verhältnissen und nicht in der Moral zu suchen. Wenn Reichtum vor= handen ist, sind die zarten Bänder hinreichend, und jedes andere Band ist ein niederträchtiger Strick. Wo kein Reichtum, sondern nur ein kleinbürgerliches Vermögen vorhanden, ist die philisteriöseste Sitt=

[1] Wir veröffentlichen gern diese Zuschrift des Genossen Eugen Dietzgen, da dieser Wert darauf legt, unseren Lesern seine Bedenken gegen die Auffassung Mehrings zu unterbreiten. Mehring selbst verzichtet auf eine Erwiderung, und auch wir halten eine Fortspinnung der Diskussion nicht für zweckmäßig. Was Eugen Dietzgen und seine Freunde unter Dietzgenismus und Weitmarxismus verstehen und wie wir uns dazu stellen, wird wohl weit schärfer als in den gelegentlichen Glossen Eugen Dietzgens in dem Strafgericht Untermanns über uns Eng= marxisten zutage treten, das drohend über unseren Häuptern schwebt, wie auch in der vor= liegenden Entgegnung wieder angekündigt wird. Die Redaktion.

keit unvermeidlich und heilsam; und endlich, wo Armut vorhanden, er Mensch eine Bestie.“

Selbst ein so kundiger literarischer Feinschmecker wie der Rezensent würde nach er Ansicht in Verlegenheit kommen, wenn er in der Weltliteratur auch nur ge Stellen auftreiben müßte, die ein ähnlich knappes und zutreffendes Streif- auf erotische Lieb' und Untreu in der bürgerlichen Gesellschaft werfen. Be- tlich war Goethe nicht von kleinbürgerlichen Existenzsorgen geplagt, sondern lhabend und für seine Zeit reich. Wie aktuell das Streiflicht ist, zeigte jüngst er jener Schulmeister, der in den Zeitungen viel von sich reden machte, weil ine Primaner vor der Lektüre der Werke des sexuell so liederlichen Goethe nen zu müssen glaubte. Ein Fehler aber, den der Herausgeber leider zu spät eckte, ist in der Anordnung des Stoffes gemacht worden. Pädagogisch richtiger e die folgende Reihenfolge gewesen: 1. Teil, 6. Teil, 4. Teil, 5. Teil, 2. Teil, eil. Die intimen Privatbriefe wurden herausgegeben, einmal um Josef Dietzgen Leser menschlich näher zu bringen, noch mehr aber, um zu zeigen, wie bei em Denker auch die flüchtigsten Produkte des Momentes, neben leicht hin- orfenen Journalartikeln, mit seinen Hauptwerken aus *einem* Gusse sind, wie tets mit *logischer Konsequenz* Praxis und Theorie, Leben und Wissenschaft monisch zu verknüpfen weiß.

Und trotz dieser selten einheitlichen Denk- und Handlungsweise und streng istischen Weltanschauung hat Josef Dietzgen, wie der Rezensent behauptet, „doch zu entwickeln gewußt, was im Keime bei Marx und Engels schon vorhanden es sei denn, daß er ein wenig in die Brüche gerät, wo er von ihnen abweicht“! tere Insinuation halte ich — bei aller Hochschätzung vor dem bekannten Scharf- des Verfassers — für ein aus ungenügender Kenntnis der Dietzgenschen Denk- e geborenes Vorurteil und erstere für einen wenig sagenden Einwurf. Ist der spruch auf die originelle und bahnbrechende Leistung, zum Beispiel von Marx, a weniger berechtigt, weil die marxistische Wertlehre, Klassenkampftheorie und terialistische Geschichtsauffassung im Keime schon bei vielen seiner Vorgänger r oder weniger ausgesprochen vorhanden war? Ist es nicht originell und bahn- chend genug, daß Marx diese zunächst sozialökonomisch-politisch erwachsenen und diese Weise der Erkenntnis inspirierten Entwicklungsmomente ausführlicher und senschaftlicher als irgend einer seiner Vorgänger begründet hat? Nun, mehr nspruchen wir auch nicht für die originelle und bahnbrechende erkenntnis- oretische Leistung Josef Dietzgens. Den Anhängern der Entwicklungstheorie ist selbstverständlich, daß im Alten das Neue keimartig stecken muß. So steckt ja on im Kapitalismus der Sozialismus, aber deshalb bedeutet dieser bekanntlich h etwas graduell Anderes, Neueres, höher Entwickeltes jenem gegenüber. Auf en graduellen, sogar naheliegenden, aber hochbedeutsamen und noch zu wenig chätzten Unterschied kommt es auch in bezug auf die Erkenntnistheorie zwischen arx und Dietzgen an. Höchstwahrscheinlich hätte Marx, wenn er dazu gekommen re, dieselbe Erkenntnistheorie entwickelt wie Dietzgen. Aber darum handelt es hier nicht, sondern es kommt darauf an, zu betonen, was meist übersehen wird, ß weder Marx noch sonst ein Marxist, außer Josef Dietzgen, die bei Marx „schon Keime enthaltene“ Erkenntnistheorie *weiter entwickelt* hat. Marx selber t diese Weiterentwicklung auch dadurch angedeutet, daß er 1872 Josef Dietzgen nseren Philosophen“ nannte.

Der Rezensent weist auf das „kongeniale Verständnis hin, womit Dietzgen reits 1861 in seinem Aufsatz über die Sklavenfrage die Gedanken von Marx er- ßt hat“, doch er übersieht die erkenntnistheoretischen Sätze desselben Artikels, it denen Dietzgen das Verständnis für Marx einleitet. Und in dem Briefe an larx vom Jahre 1867 spricht Dietzgen ausdrücklich von *seinen* selbständigen issenschaftlichen Bestrebungen und hebt als das Fundament aller Wissenschaft die rkenntnis des Denkprozesses hervor, in welcher Disziplin er klarer zu sehen glaubt s „unsere heutige Professorenphilosophie“. Nun rät aber der Rezensent, in über-

einstimmung mit Plechanoff, diese grundlegende Disziplin für jede Wissenschaf
nach dem Studium von Marx und Engels zu lesen, als ob man deren Ged
ohne eine systematische Denkmethode leichter und logischer meistern könne. D
ein sehr verkehrter Rat, wie Untermann in dem angekündigten Buche „G
Plechanoff gegen Josef Dietzgen“ an der Hand von logischen Entgleisungen
Zahl unserer tüchtigsten Marxisten aus orthodoxem und revisionistischem Lager
führlich nachzuweisen verspricht, um zu zeigen, wie die erkenntnistheoretische
nachlässigung sich rächt. Wir verlangen gewiß nicht, daß unsere mit Parteia
reichlich bedachten Theoretiker sämtlich erkenntnistheoretische Fachstudien tre
Dazu fehlt ihnen die Muße, solange es für sie Wichtigeres und Näherliegende
tun gibt, aber einige von ihnen sollten die Grunddisziplin fachmäßig weiterpfl
und alle könnten sie sich wenigstens mit den Resultaten besser bekannt ma
welche uns die Lebensarbeit Josef Dietzgens an die Hand gegeben. Ansichten wie
die des Rezensenten, daß „Dietzgen das Licht von Marx und Engels empfängt,
kein eigenes Licht auf sie zurückstrahlt“, sind wenig dazu angetan, die Leser zu
fältigem Studium der Werke Dietzgens zu animieren. Solches Abwinken wird
mehr ziehen, wenn der Ratgeber eigene Fehler überzeugend und ohne persön
Verunglimpfung, jedoch mit Freimut, im Interesse der Praxis und Theorie
Arbeiterbewegung aufgedeckt werden. Was nutzt es, daß der Rezensent den Arbe
philosophen einen philosophisch hervorragend begabten Kopf nennt, wenn d
Kopf nichts Neues geleistet hat, das praktisch verwertbar ist? Als bloßes Ornam
bei müssigem Gerede und Geschreibsel hat Dietzgen lange genug herhalten mü
Entweder er nutzt uns, unter anderem auch die feindlichen Brüder der Orthodo
und Revisionisten in der Internationale, unbeschadet ewiger und für den Fortsch
notwendiger Differenzen zwischen ihnen, in der Hauptsache zu einheitlicherem
gehen gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen und dazu neue Waffen
schmieden, oder man vergeude keine Zeit, indem man bei Dietzgen sucht, was
Marx gründlicher und besser schon zu finden.

Daß Josef Dietzgen keine „bahnbrechende Leistung“ auf erkenntnistheoretisch
Gebiet vollbracht hat, ist des Rezensenten ausgesprochene Überzeugung. Die
Standpunkt vertritt er schon in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokrat
in deren vier Bänden Josef Dietzgen mit wenigen Sätzchen abgetan wird, ohne
einer Silbe seine erkenntnistheoretische Leistung zu erwähnen. Statt dessen n
dort wiederholt, daß „Dietzgen der erste deutsche Arbeiter ist, dem die Ehre gebü
das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus geistig bewältigt zu habe
und ferner, daß „Dietzgen die materialistische Geschichtsauffassung selbständig
wickelte“. Letzteres stimmt nach meiner Ansicht nicht ganz. Als Dietzgen am E
des Jahres 1852 durch die Zeitungen mit dem Kölner Kommunistenprozeß (n
1848, wie ich in meiner biographischen Skizze von Josef Dietzgen irrtümlicherw
erwähnt habe) und durch ihn mit dem Kommunistischen Manifest und später
der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie bekannt wurde, hatte er im Roh
seine Erkenntnistheorie und Weltanschauung schon gezimmert. Um so begeister
war er, als er fand, wie die Marxsche Aufdeckung der sozialen Zusammenhän
mit seiner Denklehre harmonierte und neue Aufschlüsse und Belege für sie
Was Josef Dietzgen tatsächlich für den Marxismus geleistet hat, ist, daß er
Erkenntnistheorie und Weltanschauung, welche der materialistischen Geschich
auffassung unentwickelt zugrunde liegen, selbständig und zuerst gründlicher u
klarer ausarbeitete als irgend ein Marxist, Marx und Engels nicht ausgenomm

Mit wenig versteckter Zustimmung zitiert der Rezensent eine der giftigs
Stellen aus Plechanoffs Philippika gegen Dietzgen, um dann recht einseitig
raten, die von ihm als sachlich bezeichnete Schmähschrift Plechanoffs zusammen
der wirklich sachlichen Antikritik Dauges einfach zu überschlagen. Für den Hera
geber fällt dabei der Tadel ab, daß er „versucht, Plechanoff von oben herab
zutun“, und daß er übersieht, daß „Josef Dietzgen als Denker und als Mensch d
‚Dietzgenismus‘ als einen fremden Tropfen in seinem Blute empfunden hab

e, wäre davon schon bei seinen Lebzeiten gesprochen worden". Allerdings
te der Herausgeber, mit einem bloßen „Töff-Töff"-Gruße an Plechanoff
eilen zu dürfen, als er diesen von seinen hohen Stelzen in die Arme der
n tüchtigen Samariter Dauge und Untermann stürzen sah. Und was den
en Tadel anlangt, so hat dieser eine gewisse Berechtigung, solange für die
instimmung unseres Standpunktes mit dem Josef Dietzgens die allgemein
eugenden Belege noch fehlen, welche wir in nicht allzuferner Zeit herbeizu-
en hoffen.

Recht behält der Rezensent wahrscheinlich mit seiner Annahme, daß Plechanoff
rlich von seinen Vorurteilen gegen Josef Dietzgen je geheilt werden wird.
mag anderen älteren Theoretikern ähnlich so ergehen, die schon mehr als fünf-
vanzig Jahre den Marxismus ohne die erkenntnistheoretische Ergänzung
gens tapfer und erfolgreich verteidigt haben. Aber uns will scheinen, daß
Verteidigung immer schwieriger wird, daß schon der Bruderzwist innerhalb
Arbeiterpartei vieler Länder stets mehr nach der erkenntnistheoretischen Be-
dung und Vertiefung verlangt. Erfreulicherweise können wir denn auch kon-
ren, daß von jüngeren Theoretikern eine entgegenkommendere Stellung zur
erentwicklung des Marxismus im Sinne Josef Dietzgens eingenommen wird.
Mit Verlaub möchte ich dankbar erwähnen, daß die Lektüre von „Erkenntnis
Wahrheit" den Rezensenten zu dem bereitwilligen Zugeständnis mitveranlaßt,
der Dietzgenismus keineswegs, wie Genosse Plechanoff noch befürchtete, dem
rischen Materialismus an den Kragen will. Das ist gewiß etwas, aber dann
er deutet der Rezensent seine Voreingenommenheit gegen die von uns ver-
ne Denklehre Dietzgens an durch das Sätzchen: „Wir können nicht damit über-
immen, wenn der amerikanische Genosse Markus Hitch die Philosophie Dietzgens
‚pangnostisch' oder ‚pantistisch' erklärt." Hitch kleidet wahrlich seine Darstellung
„Dietzgenismus" in ein fremd genug aussehendes Gewand, das sicherlich be-
dend wirken muß auf den, der sich an Äußerlichkeiten hält und nicht tiefer
t, weil ihm Dietzgen selber fremd geblieben ist. Wie bei den meisten Schriften
chen wir auch hier nicht jedes Wort zu unterschreiben, um dennoch zu finden,
Hitch im allgemeinen sehr glücklich und scharfsinnig einige Hauptpunkte des
genismus hervorgehoben hat. In den beanstandeten Worten jedoch glauben
daß der Rezensent seinen eigenen Mangel an Erkenntnis der Dietzgenschen
klehre zeigt, denn er scheint — sofern seine Beanstandung eine ernste sein
— das von Dietzgen gelehrte und von Hitch vertretene relative Wissen vom
für das mystische, theosophisch-absolute Alleswissen der Gnostiker zu halten, und
de die von Dietzgen besonders betonte bescheiden-stolze Stellung des Teiles,
auch des Menschen und seiner Denkkraft, gegenüber dem Ganzen aller Teile
verwechseln mit dem widersinnigen Verlangen nach absoluter Erkenntnis des
zen oder Universums. Hitch ist so vorsichtig, zu schreiben: „Dietzgen kennt
wissermaßen ‚alles'", und hinzuzufügen: „natürlich nur im Dietzgenschen
ne!" Das heißt doch offenbar, daß es sich hier um den relativen Universal-
riff handelt, um die relative Erkenntnis der Bedeutung des Begriffs vom All
vom natürlichen Zusammenhang aller Erscheinungen, dieser letzten Basis aller
schen Denkkunst, deren Kenntnis uns allein instand setzt, alle Widersprüche:
e und Bewegung, Ewiges und Zeitliches, Sein und Denken, Notwendigkeit und
iheit, Kommunismus und Individualismus usw. zwar relativ, aber immer
ndlicher und mit logischer Konsequenz zu lösen. Durch die Aneignung des
versalbegriffs, wie ihn Dietzgen versteht und erklärt, werden wir gewisser-
ßen „Universalisten", „Pantisten", „Pangnostiker" oder einfacher: erkenntnis-
oretisch basierte Naturmonisten.

Da ich mit dem Artikel „Dietzgenismus" schon lange mehr oder weniger ver-
t bin, wiewohl ich erst seit einigen Jahren speziell „darin mache", darf ich mir
leicht auch einen Rat für Interessenten erlauben, welche ihn näher kennen
en und nutzen möchten. Der ist: während wenigstens eines Jahres die Schriften

Josef Dietzgens wiederholt zu studieren und dann während des folgenden Ja die daraus gewonnenen Aufschlüsse an den täglichen Lebenserfahrungen zu m und zu nutzen, einerlei in welchem Beruf man tätig ist. Schneller wird der aus reichzahlende Gebrauchswert dieses „Artikels“ auch dem hellen Kopfe, oder ohne Vorbildung, kaum zugänglich.

Wiesbaden, 23. Juni 1908. E. Dietz

Zeitschriftenschau.

Das Juniheft der „Revue socialiste“ bringt einen Aufsatz über **„Die so listische Partei und die Gemeinderatswahlen“** von Henri Guernut. Bei Beurteilung einer Wahl soll man zwischen dem ersten Wahlgang und der Stichn unterscheiden; die Stimmenzahl beim ersten Wahlgang gibt Aufschluß über Kraft jeder Partei; die in der Stichwahl errungene Zahl der Mandate zeigt Beziehungen zwischen den Parteien an. In bezug auf das erste darf man, des Fehlens einer genauen Statistik, behaupten, daß die sozialistische Partei gut geschnitten hat. Wir haben fast überall an Stimmen gewonnen; zwar ist der winn nicht groß, aber eine Partei, die bei der heftigen Kampagne, den Verle dungen und Angriffen der Reaktionäre, bei den Fehlern, die die Partei s machte, dennoch ihren Bestand behält und vergrößert, zeigt dadurch ihre unverm liche Lebenskraft.

Der zweite Wahlgang ist keine offizielle Stichwahl, sondern eine neue f Wahl, bei der die relative Mehrheit entscheidet. Eine Partei kann dabei Prinzip wieder für ihre aussichtslosen Kandidaten stimmen, oder sich der Stim enthalten. Will sie positiven Einfluß ausüben, so kann sie entweder für eine an Partei stimmen, oder mit einer anderen Partei eine gemeinsame Liste aufstel Diese letzte Methode ermöglicht sogar eine proportionale Vertretung aller Parte wenn sie sich dahin einigen, daß jede auf einer gemeinsamen Liste Mandate Verhältnis zu der beim ersten Wahlgang erzielten Stimmenzahl erhält. Die ein Gefahr besteht dabei, daß die gegnerischen Wähler auf der gemeinsamen Liste un Leute streichen, so daß wir betrogen werden. Gegenseitiges Vertrauen ist de also nötig. An einigen Orten, wie in Reims, wurde diese Methode mit gu Erfolg angewandt. An anderen Orten wurde versucht, die Stimmenzahl zuguns der einen oder der anderen Partei abzuändern. Übrigens lag es nahe, bei zweiten Wahl mit den Radikalen zusammenzugehen, wie dies früher meist stattfa Die auffallendste Erscheinung der diesjährigen Wahlen war nun, daß das E vernehmen mit den Radikalen viel schlechter, die Feindschaft viel offener war. Teil der Radikalen war viel reaktionärer und suchte den Antipatriotismus als V wand, während eine Anzahl Genossen von dem Gedanken einer sozialen Revolut betört, alle bürgerlichen Parteien als eine reaktionäre Masse betrachtete. Die zw deutige Resolution des Parteikongresses, die einerseits den Klassenstandpunkt, ander seits die Wichtigkeit der republikanischen Freiheit betonte, ließ für die Freundsch wie für das Bündnis Raum, und an dem einen Ort traten deshalb Sozialis und Radikale mit einer gemeinsamen Liste auf, an dem anderen befehdeten einander. Nun zeigte sich aber, daß die sozialistischen Massen, trotz der Wahlpar der Stimmenthaltung, dennoch republikanisch wählten, während die radikalen Bo geois die Sozialisten von der gemeinsamen Liste strichen, und so den Reaktionä an Stelle der Sozialdemokraten zum Siege verhalfen.

„Le mouvement socialiste“ vom Juni bringt in der Umfrage über **„D Krise des Lehrlingswesens“** das Gutachten von A. Keufer, dem Sekretär d Buchdruckerverbandes, der bekanntlich nicht auf dem syndikalistischen Standpu steht, sondern auf dem der deutschen und englischen Gewerkschaften. Keufer fü zuerst aus, wie früher bis 1870 für die Buchdrucker noch eine Art Zunftordnu

, da der Beruf des Buchdruckermeisters an einen Befähigungsnachweis und die Zahlung einer bestimmten Geldsumme gebunden war. Dabei war die der Arbeiter relativ sicher, und durch ihr Auftreten wußten sie die Zahl der linge soweit einzuschränken, daß der Nachwuchs gerade nur gesichert war; es en durchschnittlich zehn Erwachsene auf einen Lehrling. Als 1870 der Buchkereibetrieb freigegeben wurde, wuchsen überall die kleinen Betriebe empor, weil nicht viel Kapital erforderlich war; zur Losung wurde rasche und billige eit. Lehrlinge wurden massenhaft angenommen, um billige Arbeitskräfte zu eren, und nur mit der gewöhnlichen Zeitungssetzerei beschäftigt, ohne daß sie is mehr von ihrem Beruf erlernten. Solche halbgelernte Arbeiter verdienten in r Spezialität durch Akkordlohn oft mehr als gründlich gebildete ältere Schriftr. Im typographischen Beruf besteht also in dieser Hinsicht eine Lehrlingskrise, die allseitig gebildeten tüchtigen Arbeiter infolge der mangelnden Lehrlingsbildung allmählich selten werden. Deshalb sind schon von vielen Seiten Versuche acht worden, Lehrlinge auszubilden, allerdings oft aus arbeiterfeindlicher denz. Die große Druckerei von Chaix hält schon seit 1863 regelmäßige Kurse, denen die dort beschäftigten Lehrlinge praktisch und theoretisch gebildet werden; e Kurse wirken gut, weil die theoretische Ausbildung, die unmittelbar an die ktische anschließt, während der Arbeitsstunden stattfindet. Andere große Firmen en nach dem Streik des Jahres 1878 Ausbildungskurse an ihre Werkstattsarbeit eschlossen, um sich willige Arbeitskräfte zu sichern; zum Teil wurden die Kurse her wieder aufgehoben, da sie für diesen Zweck zu teuer waren. Die Druckerei ure, welche Frauen verwendet und die Tarife nicht einhält und deshalb von der verkschaft boykottiert wurde, errichtete eine typographische Schule für jugendliche beiter und Arbeiterinnen. Die Resultate waren so mittelmäßig, daß sie für die eren aufgehoben wurde; die Schule für Mädchen blieb bestehen, weil sie der Firma en Bestand an Schriftsetzerinnen sicherte, die sie in den Stand setzte, den Forderungen Arbeiter Widerstand zu leisten. Eine 1891 vom Meisterverein gegründete tenbergschule zur technischen Ausbildung wurde nach einigen Jahren wieder gehoben. Besser steht es mit der städtischen Gewerbeschule „Estienne", die regelßig eine Anzahl ausgebildete Fachleute liefert. Daneben haben die Gewerkaften in vielen Orten Fachschulen errichtet, in denen die Lehrlinge nicht nur in mischen Kenntnissen, sondern zugleich über das Gewerkschaftswesen unterwiesen rden. Leider kommt es hier sehr oft vor, daß diese Schüler nach Schluß ihrer sbildung sich um die Gewerkschaft gar nicht mehr kümmern. Mehrere Kongresse Buchdruckerverbandes haben sich mit der Lehrlingsfrage beschäftigt, und eine gelung des Lehrlingswesens — fünf Jahre Lehrzeit mit Prüfungen, Diplom und halt während der letzten Jahre und beschränkte Lehrlingszahl — gefordert. Die hausbildung ist für die Arbeiter sehr wichtig; aber daneben darf die allgemeine sbildung nicht vernachlässigt werden, damit die jungen Leute nicht nur gute beiter werden, sondern auch als aufgeklärte Bürger an der Schöpfung der neuen sellschaft teilnehmen können.

„Die allgemeinen Merkmale des Syndikalismus" setzt H. Lagardelle ausander. Der Syndikalismus ist ein Arbeitersozialismus, der in den gewerkschaften mit revolutionärem Geist erfüllten Organisationen der Arbeiter die Urheber er gesellschaftlichen Umwälzung sieht. Durch seine Anerkennung des Klassenmpfes unterscheidet er sich vom „Korporatismus" der englischen Gewerkschaften, rch seine Betonung der Wichtigkeit der proletarischen Institutionen vom parlantarischen Sozialismus, durch seine positive Tätigkeit und seine Verachtung der eologien vom Anarchismus. Der Korporatismus beruht ebenfalls auf gewerkaftlicher Organisation. Aber diese Organisation will nicht die Welt erneuern, dern sich bloß ein besseres Leben erobern; sie ähnelt einer kapitalistischen Aktienellschaft, die Geld gewinnen will. Sie macht aus dem Arbeiterkampf ein reines schäft, bringt keine allgemeine Interessengemeinschaft, sondern bildet eine Arbeiteristokratie, die selbst in relativ guter Lage, mit Verachtung auf die Masse der

Nichtorganisierten herabblickt. Ihr Ideal ist zu leben wie Kleinbürger; die
Bourgeoisideal ist ihnen und ihren Gegnern gemeinsam; kein Wunder, daß Ko
promisse ebenso oft vorkommen wie Kampf. Sie stehen den Kapitalisten n
anders gegenüber, wie diese sich gegenseitig; die Kapitalien sind hier wie dort
Waffen. Sie mögen oft große Erfolge aufweisen, aber diese haben keinen Zukunftsw

Der parlamentarische Sozialismus geht vom ökonomischen Fatalismus a
der die neue Gesellschaft von selbst aus der ökonomischen Entwicklung ohne E
greifen der Menschen hervorgehen läßt. Dies ist bekanntlich unrichtig. Er gla
dazu an die Allmacht des Staates; ein einfaches Staatsdekret oder ein Gesetz
die neue Gesellschaftsordnung hervorbringen. Als ob die Auffassungen und Fäh
keiten der Menschen dadurch geändert würden! Der Staat ist ein totes Ding, d
nichts kann; nur das Leben ist schöpferisch. Der parlamentarische Sozialismus glau
die Parteien seien der Ausdruck der Klassen. Mit Unrecht, die Parteien sind n
künstliche Produkte der Politik; ihre Intrigen und Zänkereien haben mit
ökonomischen Grundlage der Welt nichts zu schaffen. „Die Erfahrung in Fra
reich beweist das.“ Die sozialistischen Minister haben an der Natur des Staa
und den Fähigkeiten des Proletariats nichts geändert; und das wird gerade
wenig der Fall sein, wenn alle Minister Sozialisten sind. In diesem parlame
tarischen Glauben liegt die Gefahr, daß die Arbeiter nicht positiv schaffend a
treten, weil sie alles vom Staate erwarten. Dies ist auch der Grundfehler d
politischen Demokratie; die Wähler handeln nicht selbst, sondern erwarten al
von ihren Vertretern, die für sie handeln; der Mensch als Wähler ist machtl
und unfähig; sein erwählter Vertreter soll alles machen, seine Erwartungen
füllen, die Welt verbessern. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, ähnlich wie ande
Parteien, nicht besser, nicht schlimmer; ihre Demokratie hebt ihre revolutionä
Prinzipien auf.

Gegenüber dem Anarchismus, der von einer Ideologie, der der Freiheit d
Individuums, ausgeht und allgemein-menschlich sein will, beruht der Syndikalism
auf der Praxis des Gewerkschaftskampfes und stellt eine Arbeiterbewegung d
die den Klassenkampf führt. Der Syndikalismus bekämpft nicht den Staat, sonde
kümmert sich bloß nicht um den Staat, organisiert die Arbeiter als Produzente
unabhängig vom Staate.

Der Syndikalismus kämpft für eine neue Rechtsauffassung, die des Proletaria
gegen die der Bourgeoisie, das heißt für das Recht der Arbeit, sich frei zu orga
sieren. Er bekämpft das Recht des Kapitalisten, sich in die Arbeit einzumische
und er bekämpft die Einmischung des Staates. In diesem Kampfe treten a
Arbeiter aktiv auf; die „direkte Aktion“ ist das unaufhörliche Selbsthandeln d
Arbeiterschaft. —

Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß Lagardelles Kritik des parl
mentarischen Sozialismus im Grunde genommen nur eine Kritik der revisionistisch
Auffassungen ist. Die französische Politik wird als Normalfall sozialistischer Poli
betrachtet, der verwickelte Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft als B
weis angesehen, daß sie unabhängig voneinander sind. In der Wertschätzung d
selbständigen emporwachsenden proletarischen Organisationen steht die in d
deutschen Partei vorherrschende Richtung den Syndikalisten um nichts nach. Ab
sie sieht zugleich ein, daß die bürgerliche Staatsgewalt die Arbeiterinstitutione
wie ein schwerer Stein die darunter liegenden Keime, am freien Wachstum ve
hindert, und zuerst erobert und dadurch machtlos gemacht werden muß, bevor die
sich selbständig entwickeln können. Daß unser parlamentarischer Sozialismus glaub
durch ein Gesetz die neue Gesellschaftsordnung einführen zu können, ist ebenfal
eine Phantasie Lagardelles; wir glauben nur, daß eine Reihe von Gesetzen un
Maßnahmen seitens der staatlichen Organe nötig ist, um eine rasche Entwicklun
zum Sozialismus zu bewirken.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 45 Ausgegeben am 7. August 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Das Reich auf Kündigung.

Berlin, 1. August 1908.

Vor einigen Jahren jährte sich der Todestag Bismarcks zum zehnten Male, d in den bürgerlichen Blättern sind die landesüblichen Hymnen zu seinem be und Preise erschollen. Das ist insoweit eine Erfüllung dessen, was diesen lättern ihr patriotischer Herzensdrang oder ihre politische Überzeugung vor-reiben mag. Wir haben kein Interesse daran, ihnen dreinzureden, wohl er ein Interesse daran, festzustellen, was bei dieser Gelegenheit an neuem kundlichen Material über die Staatsstreichpläne Bismarcks ans Tageslicht fördert worden ist, über jene Pläne, durch die er den Volksmassen das all-meine Stimmrecht rauben wollte.

Da ist zunächst eine Enthüllung, die der Oberstudienrat Egelhaaf in einem nst gleichgültigen Geschichtswerk macht, und zwar nicht in irgend einem für ismarck feindlichen Sinne. Herr Egelhaaf sieht vielmehr in der Entlassung ismarcks das Werk einer bloßen Intrige und Laune, die er als ein großes nglück für Deutschland beklagt; daß dadurch ein ruchloser Raub an dem nzigen wertvollen Rechte der Volksmassen verhindert worden ist, kümmert n richtigen deutschen Professor nicht. Aus einem Reste von Gewissen, den Herr gelhaaf noch zu haben scheint, sucht er zwar nachzuweisen, daß Bismarck wenn immer möglich" den Staatsstreich vermieden haben würde, indessen urch seine Enthüllung beweist er gerade, daß Bismarck diese „Möglichkeit" is auf die letzte Möglichkeit auszuschalten versucht hat.

Die Enthüllung selbst nun, die Herr Egelhaaf aus zuverlässiger Quelle eschöpft haben will und offenbar auch geschöpft hat, besteht darin, daß ismarck außer der Ausweisungsklausel des Sozialistengesetzes auch die Militär-orlage des damaligen Kriegsministers Verdy als Konfliktsobjekt ins Auge ge-ßt hat. Diese Vorlage prunkte einher als die Wiedergeburt Scharnhorstscher edanken; das heißt sie verlangte eine Mehreinstellung von jährlich 60000 Re-ruten, und zwar unter Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit. Caprivi hat

sie später durchgebracht, aber nur mit dem Zugeständnis der zweijährige Dienstzeit, nur nach einer Auflösung des Reichstags und nur mit einer knappe Mehrheit von 11 Stimmen, mit Zuhilfenahme der Polen. Bismarck war al ein sicherer Rechner, als er diesen zweiten Strang auf seinen Staatsstreic bogen spannte; es war todsicher, daß nach den Februarwahlen von 1890 de Verdysche Entwurf vom Reichstag abgelehnt worden wäre, und es entsprac auch durchaus seiner genialen Politik, daß er, nachdem er bisher immer un schichtig den Militär- und den Sozialistenschrecken für seine Plebiszite mißbrauc hatte, nun beide ruppigen Gäule vor den Karren seines Staatsstreiches spannt

Was Herr Egelhaaf enthüllt, wirkt um so pikanter, wenn man sich e innert, wie Bismarck dieselbe Militärvorlage, deren voraussichtliche Ablehnun durch den Reichstag ihm die Handhabe zu einem Staatsstreich bieten sollt durch seine Sauhirten angreifen ließ, als Caprivi damit hervorkam. Ir Frühjahr 1890 wäre eine Opposition gegen die Vorlage ein Verrat des Vate landes, eine Auslieferung des Reiches an die Franzosen gewesen, die alte Leierkasten der Faschingswahlen von 1887 hätten nochmals ihre kreischende Molodien anstimmen müssen; im Herbste 1892 erklärte Bismarck durch seine Leiboffiziösen Harden: „Die Militärvorlage ist unpopulär, und sie wird a Popularität schwerlich gewinnen, wenn man erfährt, daß Fürst Bismarc jedes Experimentieren mit unserem in Schlachten erprobten Heere nicht gün stiger betrachtet, als die Versuche eines neugierigen Kindes, das an der blanke Weihnachtsuhr so lange herumbohrt, bis sie entzwei ist.“ Es ist dieser ost elbisch-junkerliche Zynismus, durch den sich Bismarck noch von dem falsche Bonaparte zu seinem Nachteil unterscheidet.

Was nun Bismarck an die Stelle des allgemeinen Wahlrechts setzen wollte darüber bleibt Herr Egelhaaf die Auskunft schuldig. Er hält es nur fü möglich, daß der nationale Heros beabsichtigt habe, den Reichstag ganz ab zuschaffen, das Deutsche Reich wieder aufzulösen und ein bloßes „Zoll- und Kriegsbündnis“ zwischen den deutschen Einzelstaaten herzustellen. Es ist wiederum unglaublich oder doch für einen deutschen Professor charakteristisch, daß Her Egelhaaf so hirnverbranntes Zeug niederschreiben und auf die Entlassung des Mannes, der es ausgeheckt haben soll, alles Unglück zurückführen kann. Hätte Bismarck über solche Pläne wirklich dem Kaiser Vortrag gehalten, so wäre es eigentlich schwer zu verstehen, daß Herr Lucanus den Herkules des Jahrhunderts nicht viel unsanfter an die freie Luft befördert hat, als es tatsächlich geschehen ist.

Nun erklärt ein anderer Professor, Herr Delbrück, die Erzählung Egelhaafs, soweit sie sich auf den geplanten Staatsstreich Bismarcks beziehe, allerdings für richtig, aber die gänzliche Abschaffung von Reichstag und Reich doch für eine absurde Erfindung. Nach dieser Quelle habe der Kaiser, sobald die Krisis eingetreten, das heißt, sobald Bismarck mit Lug und Trug die nötigen Handhaben für einen Staatsstreich fabriziert gehabt hätte, erklären sollen, er könne nicht länger die Verantwortung tragen, unter solchen Bedingungen an der Spitze des Reiches zu stehen; er lege die Krone nieder, lade aber gleichzeitig als König von Preußen die souveränen Fürsten und

:eien Städte ein, einen neuen Bund zu gründen, der ganz das alte Reich
t seiner Verfassung geworden wäre, ausgenommen den einen Punkt, daß
:se Verfassung nicht mehr das allgemeine, gleiche Wahlrecht enthielt. Womit
:ilich dies Wahlrecht ersetzt werden sollte, das weiß auch Herr Delbrück nicht.

Gelegentliche Äußerungen Bismarcks lassen sich allerdings dafür anführen,
ß er sich die Sache wohl ungefähr so gedacht hat, und ein solches Reich
f Kündigung wäre in der Tat dem Gedankenkreis dieses großen Reichs=
ünders angemessen gewesen. Es fällt so ganz in das Gebiet des ungetrübtesten
umors, daß man es fast als eine ästhetische Versündigung empfindet, darüber
ı ernsthaftes Wort zu verlieren. Der alte Kaiser Wilhelm wird da noch
ı Grabe gerechtfertigt, weil er das ganze Gerede von Kaiser und Reich als
ı unzeitiges Fastnachtspiel betrachtete und den „Charäkter=Major", den Kaiser=
el, als eines Königs von Gottes Gnaden unwürdig betrachtete. Ein Kaiser,
r, wenn ihm einmal verwehrt wird, an der blanken Weihnachtsuhr zu bohren,
e Kaiserkrone ablegt, als wäre sie wirklich „aus Dreck und Letten gebacken",
ie weiland Friedrich Wilhelm IV. zu sagen pflegte, und dann seine Mit=
rsten zusammenberuft, um mit ihnen zu beraten, ob der Spaß sich noch
nmal verlohne, wenn man dem Volke sein einziges wertvolles Recht ab=
knöpft habe — das ist ein Bild von einer wahrhaft überwältigenden Komik,
ie es in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Man möchte beinahe noch
m Scharfblick des alten Hohenlohe ein Kompliment machen, der zur Zeit,
o Bismarck diese Pläne in seinem untadeligen Gemüt wälzte, an ihm Spuren
on Irrsinn entdecken wollte.

Indessen wird man doch gut tun, die Dinge nicht spaßhaft zu nehmen,
sehr ihre groteske Form dazu verleiten mag, sondern recht ernsthaft. Eben
tzt kommt auch ein Brief ans Tageslicht, worin Herr v. Helldorff=Bedra mit
roßer Energie, und sogar mit großem Erstaunen über die gegenteilige Be=
auptung, die Tatsache feststellt, daß Bismarck die Beseitigung des allgemeinen
Wahlrechts durch einen Staatsstreich geplant habe. Er schreibt: „Nicht aus
elegentlichen Gesprächen oder dergleichen, sondern aus ernsten unter vier Augen
wischen mir und dem Fürsten geführten Diskussionen weiß ich dies — nament=
ch in der Zeit vor Auflösung des Reichstags wegen des Septennats usw.,
ie dann zu der Wahl des sogenannten Kartellreichstags führte. Er hat da=
ıals in hoher Erregung und höchstem Ernst mir einmal gesagt: ‚Ich will
ie letzten Jahre meines Lebens daransetzen, den schwersten Fehler wieder
utzumachen, den ich begangen habe', und das war eben die Einführung
es allgemeinen Wahlrechts." So hat Bismarck schon im Jahre 1887 zu
inem Führer der Kartellparteien gesprochen, und es ist nichts davon bekannt
eworden, daß einer der würdigen Patrioten, die zu den Zierden dieser
Parteien gehörten, daran irgendwelchen Anstoß genommen hat.

Das ist eine recht eindringliche Mahnung, auch nicht einen Pfifferling auf
ie brünstigen Schwüre zu geben, womit die bürgerlichen Parteien ihre An=
änglichkeit für das allgemeine Wahlrecht bekräftigen. Sie werden es sicherlich
icht ohne Not antasten, und Bismarck ist ja darüber gefallen, daß er sich
ie Finger am Feuer verbrennen wollte, ehe denn die Zeit erfüllet war. Aber

ebenso sicher ist, daß sie auch nicht das geringste politische oder gar moralisc Bedenken haben werden, die Axt an das Recht der Massen zu legen, sobal die Gefahr, die sie dabei laufen, ihnen geringer erscheint als die Gefahr, i der sie sich gerade befinden. Dann geben sie auch Kaiser und Reich getro unter den Hammer, und die Eide, die sie dem allgemeinen Stimmrecht g schworen haben, sind wie die Schwüre der Liebenden ins Wasser g schrieben.

Bei alledem wollen wir doch nicht verkennen, daß Bismarcks Reich au Kündigung neben seiner urkomischen auch eine ganz ernste und gar nicht unannehmliche Seite hat. Wenn der König von Preußen und die sonstige deutschen Fürsten das Recht haben sollen, Kaiser und Reich zu kündigen, hat die deutsche Nation unzweifelhaft das gleiche Recht; sie kann sich dan einrichten, wie es ihr beliebt, und wäre es auch ohne den König von Preuße und die sonstigen deutschen Fürsten. Unsere Konservativen sind immer unse größten Revolutionäre, und wenn es denn ein Reich auf Kündigung sein sol so werden die deutschen Volksmassen schon die Vernunft in dieser Unvernun zu entdecken wissen.

Landtagswahlen und Wahlrechtskampf.

Von **Hans Block**.

Die preußischen Landtagswahlen haben der Sozialdemokratie einen große Erfolg gebracht. Schon die Eroberung von sieben Mandaten unter der elendesten aller Wahlsysteme gegen ein plutokratisches Wahlrecht mit öffent licher Stimmabgabe ist ein sprechendes Zeugnis der gesteigerten Kraft un Festigkeit der Partei, deren Reihen auch die grimmig einsetzende Krise nich zu erschüttern vermochte. Neben den Mandatseroberungen steht aber al noch viel wichtigeres und bedeutsameres Moment die Steigerung der sozial demokratischen Wählerzahl. Genau läßt sie sich noch nicht erfassen, da di amtliche Statistik noch nicht heraus ist. Indes lassen die Angaben der Partei presse deutlich erkennen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gege die von 1903 erheblich in die Höhe geschnellt ist. Ebenso ergibt sich, da gegen 1903 die Zahl der Wahlkreise zugenommen hat, in denen die Sozial demokratie die Wahlbeteiligung aufnahm. Einen ungefähren Maßstab diese Fortschritts kann die unten folgende Zusammenstellung geben. Sie fußt au den Mitteilungen der preußischen sozialdemokratischen Presse. Auf Vollständig keit und absolute Genauigkeit kann sie natürlich keinen Anspruch machen, d diese Angaben so zerstreut und verzettelt sind, daß ein Übersehen der eine oder anderen nicht ausgeschlossen ist und zudem die privaten Zählunge öftere Berichtigungen zu erfahren pflegen. Die Zusammenstellung beschränk sich im allgemeinen auf die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner be den Wahlen von 1908 und 1903. Angaben über die Zahl der sozialdemo kratischen Urwähler finden sich nur vereinzelt. Die Wahlmännerzahl i freilich kein absolut sicherer Maßstab für die Position der Partei. Indes all Fehlerquellen können das Bild doch nicht so sehr trüben, daß die Zusammen stellung für ihren Zweck, den Fortschritt der Sozialdemokratie gegen di Landtagswahl von 1903 zu belegen, unbrauchbar würde.

Es wurden sozialdemokratische Wahlmänner gewählt in

	1903		1908
Königsberg-Fischhausen	108		129
Stettin	139		232
Berlin (1903 4, 1908 12 Wahlkreise)	2302		3462
Niederbarnim, Oberbarnim	327		571
Teltow-Beeskow-Charlottenburg	654		1127[1]
Jüterbog-Luckenwalde	46		64
Kottbus-Spremberg-Kalau	69		107
Sorau-Forst-Guben	71		115
Frankfurt-Lebus	25		67
Brandenburg-Westhavelland	116		139
Osthavelland-Spandau	37		31
Breslau-Stadt	222		308
Waldenburg-Reichenbach	34		139
Görlitz	67		72
Liegnitz-Haynau	14		33
Ohlau-Brieg	19		34
Altona	206		234
Wandsbeck	96		127
Pinneberg-Elmshorn	71		99
Kiel	151		273
Flensburg	38		61
Magdeburg	145		209
Wanzleben	5		85
Oschersleben-Halberstadt	39		58
Halle	108		197
Zeitz-Weißenfels	100		166
Delitzsch-Bitterfeld	42		71
Erfurt	21		47
Hannover-Stadt	171		268
Linden	141		231
Geestemünde	46		98
Bielefeld-Herford-Halle	131		248
Minden-Lübbecke	15		27
Dortmund-Stadt		73	
Dortmund-Land		206	
Hörde	163	178	696
Bochum-Stadt und Land		115	
Hattingen-Witten		124	
Kassel-Stadt	36		83
Frankfurt-Stadt	84		278
Frankfurt-Land	29		63
Wetzlar	2		6
Köln-Stadt	14		86
Düsseldorf	28		103
Elberfeld-Barmen	208		355
Solingen-Lennep-Remscheid	83		386

Diese Aufstellung gibt nicht entfernt alle Wahlkreise wieder, in denen die Sozialdemokratie sich an der Wahl beteiligt hat. Eine ganze Anzahl selbst solcher Kreise, in denen sie diesmal eine erhebliche Anzahl Wahlmannsmandate eroberte, mußte fortgelassen werden, da die Wahlmännerzahl von 1903 fehlte.

[1] Teltow-Beeskow 402, Rixdorf-Schöneberg 528, Charlottenburg 197.

Aus demselben Grunde konnten auch jene Wahlkreise nicht angeführt werden, in denen die Sozialdemokratie 1908 zum ersten Male die Wahlbeteiligung aufnahm. Wie groß die Zahl dieser Wahlkreise ist, läßt sich noch nicht feststellen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß in rein ländlichen Bezirken Ostpreußens Landarbeiter sozialdemokratisch gestimmt haben. Wahlkreise, in denen diesmal eine größere Zahl sozialdemokratischer Wahlmänner gewählt wurden, die aber wegen des Fehlens der Zahl von 1903 in die Tabelle keine Aufnahme fanden, sind unter anderem:

Tilsit (21 Wahlmänner), Elbing-Marienburg (26), Landsberg-Soldin (28), Prenzlau-Angermünde (19), West- und Ostpriegnitz (20), Osterburg-Stendal (29), Wolmirstedt-Neuhaldensleben (40), Schleusingen (29), Nordhausen (20), Langensalza-Weißensee-Mühlhausen (35), Breslau-Land (33), Hadersleben (57), Kassel-Land (32), Recklinghausen-Borken (39), Hamm-Soest (94), Harburg (160), Lüneburg-Winsen (25), Osterholz-Blumenthal-Achim (75), Hildesheim-Stadt und Land (48), Osterode-Duderstadt (18), Essen-Land (65), Mülheim a. d. Ruhr (38), Mettmann (63).

Darunter und namentlich unter den nichtangeführten Wahlkreisen mit geringeren Wahlmännerzahlen werden mehrere sein, in denen die Wahlbeteiligung zum ersten Male stattgefunden hat.

Soweit ein Vergleich möglich war, zeigt die Zusammenstellung — mit einer Ausnahme — in allen Wahlkreisen eine Vermehrung der sozialdemokratischen Wahlmännermandate. Es muß also auch eine starke Vermehrung der sozialdemokratischen Urwählerstimmen stattgefunden haben. Die vereinzelten Feststellungen, die bisher über die Urwählerzahl aus einigen Wahlkreisen vorliegen, bestätigen sämtlich diese Annahme. So stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in Hannover-Stadt von 4006 im Jahre 1903 auf 12421, in der Stadt Linden von 4442 auf 6542, in Halle von 2763 auf 5604, in Essen-Stadt und Land von 378 auf rund 10500, in Dortmund-Stadt von 174 auf 3862, in Dortmund-Land von 551 auf 7194, in Hörde-Stadt und Land von 540 auf 6027.

Diese Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen zeugt mehr als alles andere von dem inneren Erstarken der Arbeiterbewegung. Als im Jahre 1897 der 1893 abgelehnte Vorschlag Bernsteins, die Sozialdemokratie solle sich an den preußischen Landtagswahlen beteiligen, von Kautsky wieder aufgenommen wurde, da war einer der wesentlichsten Gründe, die große Kreise der Partei eine ablehnende Haltung einnehmen ließen, die öffentliche Abstimmung. In großen und wichtigen Gebieten Preußens, so im hochindustriellen Ruhrrevier, wo die Sozialdemokratie damals schon unter dem geheimen Reichstagswahlrecht imposante Wählerziffern erreichte, erschien es den Genossen wegen der Maßregelungsgefahr noch völlig unmöglich, bei der öffentlichen Abstimmung Massen an den Wahltisch zu bringen. Unterlagen doch selbst bei den Reichstagswahlen noch häufig genug proletarische Wähler den terroristischen Mitteln, mit denen die Kohlen- und Eisenbarone dort das Wahlgeheimnis zu durchlöchern verstanden. Wagten doch zum Beispiel bei den Stadtverordnetenwahlen in Dortmund von einigen tausend sozialdemokratischen Reichstagswählern knapp ein paar hundert die Abstimmung für sozialdemokratische Kandidaten. 1898 lehnte die Sozialdemokratie des Ruhrreviers denn auch die Beteiligung ab. Und noch 1903 war die Zahl der sozialdemokratischen Stimmenden in dem damaligen Riesenwahlkreis Bochum-Dortmund

: lächerlich geringe — 2340 gegen 72440 sozialdemokratische Wähler bei
Reichstagswahlen im selben Gebiet. Das ist nun anders geworden!
smal sind in den drei Landtagswahlkreisen Dortmund-Stadt, Dortmund-
ıd und Hörde, die das Gebiet des Reichstagswahlkreises Dortmund-Hörde
machen, nach der Zählung des Dortmunder Parteiblatts 17083 sozial-
ıokratische Stimmen abgegeben worden, denen 38849 sozialdemokratische
mmen bei den Reichstagswahlen 1907 gegenüberstehen. Diese Entwicklung
ţt uns, wie sich die Partei im Ruhrrevier in einem Jahrzehnt innerlich
räftigt hat. Es ist das nicht allein die Frucht der politischen Agitation.
ıen nicht geringen Anteil hat daran das Erstarken der Gewerkschaften, das
: Großindustriellen die Maßregelungsgelüste zwar nicht ausgetrieben, aber
en die Betätigung doch erheblich erschwert hat. Das Bewußtsein, daß
e starke gewerkschaftliche Organisation ihm einen gewissen Rückhalt gegen
Macht des Unternehmertums gibt, hat das Selbstbewußtsein des Prole-
iers gesteigert und ihm allmählich die Abneigung gegen die offene Bekun-
ng seiner politischen Überzeugung ablegen lassen.

Diese Momente mögen jene parteigenössischen Kritiker nicht vergessen, die
t angesichts der Erfolge der Wahlbeteiligung beklagen, daß die Partei sich
ht schon früher mit aller Wucht in den Landtagswahlkampf gestürzt hat.
3 fehlten eben damals in großen Gebieten Preußens noch die
orbedingungen für eine einigermaßen imposante Beteiligung der Massen
ter der öffentlichen Abstimmung. Und wenn man die Verhältnisse im
ıhrrevier auch als außergewöhnliche bezeichnen muß, weil dort durch die
it fortgeschrittene Konzentration des Kapitals und der Betriebe einerseits
d die Schwächung der Arbeiterbewegung durch politische und gewerkschaft-
he Spaltung andererseits die Macht des Unternehmertums größer ist als
den meisten anderen Teilen Preußens, so braucht man doch nur Umschau
halten, um zu erkennen, daß in gewissem Maße das hier für das Ruhr-
vier Gesagte auch für andere preußische Landesteile zutrifft.

Für Berlin und die Großstädte allerdings nicht. Hier wäre die Be-
ıligung schon 1898 möglich gewesen. Für den heftigen Widerstand der
erliner Genossen waren denn auch andere Gründe maßgebend. Da der
reisinn der einzig ernsthafte Gegner war, mit dem sie zu kämpfen hatten, so
nnten sie nicht erwarten, durch ein Kompromiß mit dem Freisinn Mandate
erlangen. Und gegen ihn aus eigener Kraft zu siegen, schien und war
ımals auch wohl unmöglich. Die Wahlbeteiligung in Berlin mußte den
enossen der Reichshauptstadt daher zunächst als unnütze Kraftvergeudung
scheinen. Da sie zudem die Erbärmlichkeit des deutschen Freisinns ständig
ı kosten bekamen, und bei den Reichstagswahlen mit ihm im schweren Kampf
m die Berliner Mandate zu ringen hatten, so war ihnen der Gedanke eines
Jahlbündnisses mit diesem Freisinn, eine wenn auch nur vorübergehende
hebung seines Renommees durch sozialdemokratische Unterstützung verhaßt. Und
ie instinktive Abneigung gab sich dann als prinzipielle Verwerfung jedes
Kompromisses.

Nebenbei sei bemerkt, daß die neuerdings von einigen Parteiblättern be-
ebte Darstellung, als hätte die deutsche Sozialdemokratie dem Revisionismus
ı danken, daß die Wahlbeteiligung durchgesetzt wurde, ganz unrichtig ist.
Die beiden Lager der Anhänger und Gegner der Wahlbeteiligung haben sich
ie mit den beiden Richtungen der Revisionisten und der Radikalen gedeckt.

Die Partei war nicht auf den Revisionismus angewiesen, um die Tradition Wahlenthaltung abzuschütteln. Allerdings hat Bernstein 1893 — der Revisionismus existierte damals noch nicht — die Wahlbeteiligung zuerst empfoh Aber schon damals sekundierte ihm Parvus, der in der „Neuen Zeit“ un dem Namen Unus schrieb. Und als im Jahre 1897 die Diskussion von ne anhub, waren unter den Befürwortern der Wahlbeteiligung Kautsky Bebel. Auf dem Parteitag zu Hamburg (1897) sprachen unter anderen nossin Zetkin und Genosse Hoch für die Beteiligung, in Mainz, wo 1900 Parteitag die letzten, entscheidenden Beschlüsse in dieser Angelegenheit fa waren die Genossen Haase und Gewehr unter den Befürwortern. Ich h die Namen angeführt, weil sie am besten zeigen, mit welcher Verachtung Tatsachen die Legendenbildung arbeitet, die zur höheren Ehre des Revisionism im Gange ist.

Übrigens hat, so paradox das auch klingen mag, keines der damali beiden Lager, die sich an der Frage der Wahlbeteiligung schieden, gegen d andere recht behalten. Allerdings, die Wahlbeteiligung hat sich durchgese aber der Effekt ist ein ganz anderer geworden, als ursprünglich von den A hängern der Beteiligung beabsichtigt wurde. Der Gedanke, von dem die B fürwortung der Wahlbeteiligung 1893 wie 1897 ausging, war der, daß Sozialdemokratie versuchen müsse, den Liberalismus im Landtag zu stärk die Macht der Konservativen wenn nicht zu brechen, doch zu schwächen. sind wiederholt Schätzungen aufgestellt worden, wonach die Sozialdemokra in etwa hundert Wahlkreisen dem Liberalismus zum Siege über die Kons vativen verhelfen könne. Man wollte den Charakter des Abgeordnetenhau ändern — die Durchsetzung sozialdemokratischer Vertreter war zunächst ni der Hauptzweck; diese Forderung ergab sich erst aus der Erwägung hera daß man vom Freisinn für die sozialdemokratische Unterstützung eine Gege leistung fordern könne. In der Resolution, die der Stuttgarter Parteitag (189 zu dieser Frage faßte, heißt es zum Beispiel:

„Die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen unter dem Dreiklasse wahlsystem kann nicht, wie die an den Reichstagswahlen, als eine Heerschau b trachtet werden, als ein Mittel, durch die Zählung unserer Stimmen einen moralisch Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmt praktische Erfolge zu zielen, namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die krasseste Reaktion die Meh heit im Landtag erlangt. . . .“

Die praktischen Erfolge, die man erzielen wollte, waren vor allen Ding eine Einwirkung auf die Zusammensetzung des Landtags, ein Zurückdräng der Konservativen. Und gerade das ist nicht erreicht worden. Die Hoffnun daß die Sozialdemokratie in etwa hundert Wahlkreisen den Ausschlag bei d Wahl der Abgeordneten geben könne, hat sich nicht erfüllt. Nicht durch d Schuld der Sozialdemokratie; der Liberalismus ist's, der völlig versagt h Selbst wenn die Sozialdemokratie bei den verflossenen Landtagswahlen d Freisinn bei der Wahl der Abgeordneten bedingungslos hätte unterstütz wollen, wenn sie weder auf die Verpflichtung für ihre Wahlrechtsforderun noch auf irgend welche Gegenleistung bestanden, noch sich die Persönlichke der freisinnigen Kandidaten auf ihre Zuverlässigkeit hin angesehen hätte, wäre sie nicht in der Lage gewesen, die Zahl der freisinnigen Abgeordnete irgendwie erheblich zu verstärken. Es ist ganz anders gekommen, als es Beb in einem 1897 geschriebenen Artikel „Unsere Beteiligung an den preußische

dtagswahlen" („Neue Zeit", XV, 2, 608) gehofft hat und mit ihm so e andere gehofft haben. Bebel schrieb damals: „Sicher wird mit unserer e und durch unser Eingreifen ein Landtagswahlkampf erzeugt, wie er n jemals vorhanden war, und in diesem wird auch das Bürgertum, durch er Auftreten ermutigt und wie von einem Alp befreit, in seit langem nicht henem Eifer ins Feuer gehen."

Es gereicht natürlich nicht unseren Genossen, sondern lediglich dem Freisinn Schande, daß er sowohl 1903 wie 1908 diese Hoffnung bitter enttäuscht Eifer hat er lediglich dort bewiesen, wo es den Kampf gegen die Sozial-okratie galt. Von einem allgemeinen Vorgehen gegen die Konservativen c war keine Rede. Der Freisinn beschränkte sich darauf, durch Kompromisse Nationalliberalen und selbst mit Konservativen ein paar Mandate zu er-deln. Wo er anstandshalber nach rechts kämpfen mußte, wie in Pommern, er kläglich abgeschnitten. Und hier wie in Breslau, wo er nur mit Hilfe Sozialdemokratie jemals die Konservativen niederzuringen hoffen konnte, mten nichtsdestoweniger schon bei den Urwahlen im zweiten Wahlgang freisinnigen Wähler gegen die sozialdemokratischen Wahlmannskandidaten, die konservativen! In Wandsbeck und Frankfurt-Land halfen die frei-nigen Wahlmänner, indem sie sich zum Teil der Wahl enthielten, in der hrzahl aber direkt für den Konservativen beziehungsweise den National-ralen stimmten, in der Stichwahl der Reaktion gegen die Sozialdemokratie ı Siege.

Das Experiment, ob der Freisinn noch imstande sei, mit der Sozialdemo-tie gegen die Reaktion zu kämpfen, ist zweimal bei den Landtagswahlen acht worden und beide Versuche haben völlig zweifelsfrei ergeben, daß on keine Rede mehr sein kann. Bernstein hat allerdings in den „Sozia-schen Monatsheften" die überraschende Entdeckung vorgetragen, daß die zialdemokratie daran einen Teil der Schuld trage, daß sie durch eine kluge litik ein anderes Verhalten des Freisinns hätte erzielen können. Das Rezept diese Politik ist sein Geheimnis. Es ist hier des öfteren schon darzulegen sucht worden, daß das Abschwenken des Freisinns nach rechts lediglich den tschaftlichen Interessen der Mehrheit seiner Wähler entspricht. Selbst wenn n aber Bernsteins Illusion teilen könnte, daß irgendwie nennenswerte haren freisinniger Wähler noch dazu gebracht werden könnten, gegen die ge freisinnige Parteileitung aufzustehen und wirklich freisinnige Politik zu ben, so bliebe es immer noch ein dunkles Rätsel, durch welche diplomatischen ttel die Sozialdemokratie hätte bewirken können, daß die allenfalls zu einem ndnis mit ihr fähigen und geneigten Elemente im Freisinn in ihrer Partei erwasser bekamen oder sich von ihr loslösten. Sollte die Sozialdemokratie Sünden des Freisinns vertuschen? Oder den „wirklichen Freisinnigen" um Bart gehen und sie auffordern, die kompromittierliche Gesellschaft der hbeck und Konsorten zu meiden? Oder was sonst? Nur Bernstein weiß es.

Es wird nur wenige Sozialdemokraten geben, die aus den Erfahrungen letzten Jahre nicht gelernt haben, daß auf eine bürgerliche Demokratie in tschland nicht mehr zu rechnen ist. Die Sezession derer um Barth beweist ts gegen diesen Satz, ihr Schicksal wird im Gegenteil seine Richtigkeit be-sen.

Man wußte das schon vor den letzten Wahlen. Und so wäre die Be-gung ziemlich sinnlos gewesen, wenn man sie noch unter demselben Ge-

sichtspunkt betrachtet hätte, wie es die oben zitierte Stuttgarter Resolu
tat. Aber in den zehn Jahren von 1898 bis 1908 hat sich allmählich
der Partei fast unbewußt die Auffassung über den Zweck, den wir mit
Wahlbeteiligung verfolgen, gründlich geändert. Was damals abgew
wurde, das ist heute das Hauptziel geworden: durch die Zählung unse
Stimmen einen moralischen Erfolg zu erzielen. Der Massenprotest am W
tisch, das Aufbringen einer imposanten Stimmenziffer, die die aller and
Parteien übertrifft, das ist uns das wertvollste Ergebnis unserer W
beteiligung. Dagegen haben wir erkennen müssen, daß wir unter dem heuti
Wahlsystem einen nennenswerten Einfluß auf die Zusammensetzung des
geordnetenhauses nicht gewinnen können, da der Freisinn als ernsth
kämpfende Oppositionspartei abgedankt hat. Der Kompromiß mit dem F
sinn, um den heftige Kämpfe in der Partei ausgefochten wurden, ist nirge
möglich gewesen, wohl aber haben wir aus eigener Kraft sieben Abgeord
in den Landtag entsenden können, wobei uns allerdings eine neue Bestimm
des Einkommensteuergesetzes und eine Neueinteilung der Wahlkreise in Be
zugute gekommen ist.

Die Partei war bereit, um eines bestimmten Zweckes, eines praktis
Erfolges willen bei den Landtagswahlen mit dem linken Flügel des Bür
tums gegen das Junkertum zusammenzuwirken. Die Schwäche des Lib
lismus hat den Plan vereitelt. Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie
Proletariat hat sich als stärker erwiesen denn alles andere. Die Landta
wahlen lehren uns, daß im preußischen Deutschland keine and
Möglichkeit für uns besteht, vorwärts zu kommen, als der e
schiedene, unverhüllte Klassenkampf. Daß wir uns in jeder Bezieh
nur auf die eigene Kraft verlassen dürfen, daß die Zeit vorbei, in der
Proletariat gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die Junker kämpfen kon
Denn die Bourgeoisie will nicht mehr gegen die Junker kämpfen. In Bres
zum Beispiel kam es diesmal trotz des Anwachsens der Zahl sozialdemo
tischer Wahlmänner nicht, wie 1898 und 1903, zur Stichwahl zwischen L
ralen und Konservativen, weil die Zahl der liberalen Wahlmänner zur
gegangen war.

Der Umstand, daß die Sozialdemokratie des Ruhrreviers in den St
wahlen drei Zentrumskandidaten gegen die Nationalliberalen durchbra
beweist nichts gegen das oben Gesagte. Es sind Ausnahmefälle, die sich n
leicht wiederholen werden. Das Zentrum ist wegen seiner Stellung
Kirchen- und Schulpolitik keine Partei, mit der die Sozialdemokratie bei
Landtagswahlen in größerem Umfang zusammenwirken könnte. Selbst für
lediglich zur Förderung der Wahlreform geschlossenes Kartell mit dem Zentr
fehlen die nötigen Vorbedingungen. Einmal ist das Zentrum der mei
seiner Wahlkreise absolut sicher, zweitens ist es in seiner überwiegenden M
heit Gegner einer gerechten Wahlkreiseinteilung, wie es denn überhaupt
ein sehr lauer Freund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes ist. Wenn
Genossen des Ruhrreviers für die drei Zentrumskandidaten eintreten konn
so nur deshalb, weil diese sich im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Partei
die Neueinteilung der Wahlkreise verpflichteten. Daher entsprach die Abst
mung der sozialdemokratischen Wahlmänner bei den Stichwahlen in D
mund-Land, Bochum und Mülheim a. d. Ruhr der Direktive des sozialde
kratischen Zentralwahlkomitees. Das hat freilich die „Arbeiterzeitung"

Essen und den Genossen Gewehr in Nr. 41 der „Neuen Zeit“ nicht abgehalten, die sozialdemokratische Wahlhilfe für Zentrumskandidaten zu verurteilen. Auch die Kreiskonferenz des Reichstagswahlkreises Essen hat dieser Kritik zugestimmt. In dem Artikel Gewehrs ist viel Wahres und Beachtenswertes enthalten. Dennoch halte ich dafür, daß die Genossen der drei Wahlkreise nicht anders stimmen konnten. Dort ist auch bei den Reichstagswahlen noch der Nationalliberalismus der stärkste Feind, mit dem die Sozialdemokratie zu ringen hat. Und er ist ein besonders bösartiger Feind, der vor keinem terroristischen Mittel zurückschreckt, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Er repräsentiert das Gruben- und Hüttenkapital, dessen Träger in ihren politischen und namentlich sozialpolitischen Anschauungen dem verstorbenen Stumm viel näher stehen als ihrem sogenannten Parteigenossen Bassermann. Die Nationalliberalen des Ruhrreviers sind die unbedingten Gefolgsmannen des berüchtigten Zentralverbandes der Industriellen, der mächtigsten Scharfmacherorganisation. Kein Wunder, daß die Sozialdemokratie jener drei Wahlkreise darauf brannte, diesen Nationalliberalen eine Niederlage zu bereiten. In Essen, wo die mächtigste gegnerische Partei das Zentrum ist, wird dieses Bedürfnis natürlich nicht gefühlt, aber jede Stärkung des Zentrums unangenehm empfunden. Daß aber diese Wahlhilfe dem Zentrum nur Vorteile, der Sozialdemokratie aber schließlich schwere Nachteile bringen werde, das halte ich nicht für ausgemacht. Vielmehr muß uns die Werbearbeit unter den katholischen Arbeitern erleichtert werden, wenn, wie sicher zu erwarten ist, das Zentrum in seiner Mehrheit sich in der Wahlrechtsfrage als unzuverlässig erweist. Dann wird manchem dieser Arbeiter zum Bewußtsein kommen, daß die ernsthaften Vertreter einer wirklichen Wahlreform in der Zentrumsfraktion ganz einflußlos sind, daß die Konzession von Arbeitervertretern von Zentrums Gnaden praktisch wertlos ist. Anstatt das Zentrum zu stärken, muß ihm die Wahl von Abgeordneten, die nur auf das Versprechen hin, für eine radikale Wahlreform einzutreten, mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt sind, auf die Dauer schaden.

Jedenfalls beweist der Fall im Ruhrrevier nichts gegen den Satz, daß unsere Wahlbeteiligung kein Mittel ist, die Macht der Junker im Landtag zu brechen.

Für diesen ihr ursprünglich gesetzten Zweck hat sie sich als untauglich erwiesen. Daß es uns gelungen ist, einige Wortführer des Proletariats ins preußische Parlament zu bringen, ändert an den Machtverhältnissen im Abgeordnetenhaus nichts. Wollen wir die Junkerherrschaft in Preußen zerbrechen, so kann es nicht durch die Teilnahme an den Landtagswahlen geschehen. Es bleiben uns nur *außerparlamentarische* Mittel, es bleibt uns nur der *Wahlrechtskampf*.

Nur als Vorarbeit für ihn, als Demonstration der vom Dreiklassenunrecht Entrechteten und als Mittel, die Erkenntnis dieser Entrechtung in den Wählermassen auszubreiten, hat die *Wahlbeteiligung* noch Berechtigung. Sie ist *eine der Arten, den Wahlrechtskampf zu führen*. Ein Mittel aber, das nur alle fünf Jahre einmal angewendet werden kann. Und dessen Anwendung *sich nur verlohnt, wenn es als Ergänzung anderer Mittel auftritt*.

So verweisen uns die Erfahrungen der Wahlbeteiligung gebieterisch auf *den Wahlrechtskampf. Ihn wieder aufzunehmen, sobald das*

preußische Parlament zusammentritt, wird eine der Hauptaufgaben der Partei sein.

Und ihre schwierigste Aufgabe!

Die Waffen, die ihr für diesen Kampf zur Verfügung stehen, sind zweischneidiger Art, und die wirtschaftliche Situation hat ihre Zahl zudem fürs erste eingeschränkt. Für die Zeit der Krise scheidet der Demonstrationsstreik der Massen als Mittel des Wahlrechtskampfes aus. Es bleiben nur die Versammlungskundgebungen und die Straßendemonstrationen. Alle anderen Mittel, die daneben noch erörtert und empfohlen wurden, sind dem Zwecke nicht entsprechend. Nur Massenaktionen, deren gesammelte Wucht plötzlich den Gegnern bewußt wird, werden Eindruck auf sie machen. Weder der Alkoholstreik noch der Austritt aus der Landeskirche, die hier von den Genossen Prager (in Nr. 23) beziehungsweise Davidsohn (in Nr. 29) empfohlen wurden, können, wie die Verhältnisse heute liegen, zu imposanten Massenaktionen werden. Ebensowenig erzielen sie einen geschlossenen Eindruck, ihre Wirkungen werden den Gegnern erst allmählich bewußt, die Demonstration wird verzettelt. Ob die passive Resistenz jemals als politisches Kampfmittel verwendbar sein wird, soll hier nicht untersucht werden. Zurzeit scheidet sie meines Erachtens schon aus demselben Grunde aus wie der Demonstrationsstreik. In der Zeit der Krise würde die Antwort der Unternehmer wahrscheinlich die Aussperrung sein.

Es bleibt deshalb für die nächste Zeit als schärferes Kampfmittel neben der Versammlungskundgebung nur die Straßendemonstration. Auch sie ist eine zweischneidige Waffe, und ohne Opfer geht es bei ihrer Anwendung nicht ab. Aber wenn der Wahlrechtskampf fortgeführt werden soll, so führt kein Weg an der Straßendemonstration vorbei. Der Schritt, der im Januar dieses Jahres getan wurde, läßt sich nicht zurücktun. Nachdem wir einmal dieses Mittel angewandt haben, werden mildere auf die Gegner keinen erheblichen Eindruck machen. Hier zwingt die Logik der Tatsachen uns vorwärts. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die Straßendemonstration nun das einzige Mittel sein müsse. Zum alltäglichen Gebrauch ist es im Polizei- und Militärstaat par excellence nicht angebracht. Aber auf den Höhepunkten des Kampfes muß es sich einstellen.

Die Halb- und Viertelsfreunde der Wahlreform im bürgerlichen Lager werden freilich ob solchen Frevels gegen die geheiligte Straßenpolizeiordnung noch weiter von uns abrücken, als schon geschehen. Indes was verschlägt das! Als Prämie für das Wohlverhalten des Proletariats werden wir das Reichstagswahlrecht in Preußen nie erhalten. Wir mögen durch die Art unseres Kampfes ängstlichen Spießbürgern den erwünschten Vorwand liefern, darauf zu verzichten, unseren Kampf mit ein paar Reden und Versammlungskundgebungen zu begleiten. Aber dafür werden wir um so eher aufrütteln, was noch an energischen, kampffähigen Elementen im Bürgertum und namentlich in den noch in bürgerlicher Ideologie befangenen Arbeiter- und Angestelltenschichten vorhanden ist. Die Straßendemonstration ist nicht bloß das zurzeit geeignetste Mittel, den Feinden der Wahlreform den Ernst unserer Forderung und die Massen, die hinter ihr stehen, zu zeigen, sie ist auch ein Mittel, die annoch Indifferenten zu packen und in den Wirbel des Kampfes hineinzuziehen.

Das ländliche Genossenschaftswesen.

Von **Emile Vandervelde.**

(Schluß.)

§ 3. Die Erfolge der landwirtschaftlichen Vereine.

Die konservativen oder reaktionären Neigungen der Leiter der agrarischen Bewegung können niemand zweifelhaft sein. Aber auf sozialem Gebiet geschieht es häufig, daß die tatsächlichen Folgen einer Bewegung ganz andere sind, als ihre Urheber beabsichtigten. Alles in allem reißen die belgischen Pfarrer, die deutschen Agrarier, die Großgrundbesitzer durch die Schaffung ländlicher Syndikate den Bauern aus seiner Isolierung, veranlassen ihn zur Einführung technischer Fortschritte, zeigen ihm durch den Versuch die Vorteile der Vereinigung in jeder Form. Sie lehren ihn, wie man sich von der Ausbeutung des Zwischenhandels befreit. Kurz, obwohl klerikal, agrarisch oder kapitalistisch angestrichen, haben doch die Kreditkassen, die Milchgenossenschaften, die Einkaufsgesellschaften ihre guten Seiten.

Wir sehen auch, daß Sozialisten wie David und Gatti den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine Sympathie entgegenbringen, die sich nicht nur auf die freien Bauernverbindungen, wie die Kooperativgesellschaften in Dänemark, der Schweiz oder dem Languedoc erstreckt, sondern auf alle Vereine zur Organisation des Kredits, zum Einkauf von Rohmaterialien, zum Verkauf oder zur industriellen Verwertung der Bodenprodukte.

Das bedeutet, wohlverstanden, durchaus nicht, daß sie diese Vereinigungen als einen Übergang zum Kollektivismus ansehen.

So wenig wie Kautsky glauben sie, daß der gemeinsame Einkauf von Dünger oder die gemeinsame Buttererzeugung eine Vorstufe der Vergesellschaftung des Grundeigentums und der kollektivistischen Bewirtschaftung des Landes bilde; aber, um die Ausdrucksweise Gattis zu gebrauchen, sie betrachten die landwirtschaftliche Kooperation als einen Schritt zu einer Art von ökonomischem Föderalismus, der den gegenwärtigen Individualismus ersetzen soll, indem sie gleichzeitig den Fortbestand des Privateigentums zugestehen bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt.[1] Ihnen bedeutet die ländliche Genossenschaft, daß der Kleinbetrieb eine gesicherte Zukunft hat, daß alle „orthodoxen" Theorien endgültig verworfen werden müssen, die das Verschwinden des Kleinbesitzes für unvermeidlich halten.

Gatti sagt:[2]

„Der ländliche Kleinbesitz, verarmt, in schwerer Krise befindlich und nach der Behauptung der Marxisten im Begriff, in einen Abgrund zu stürzen, ein Sturz, vor dem ihn die bürgerlichen Parteien trotz aller Anstrengungen durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht werden bewahren können, rettet sich ohne Hilfe von außen durch den Übergang von der Isoliertheit zur Vereinigung und gelangt durch die Vereinigung — das heißt durch die Möglichkeit, die neuen technischen Betriebsmittel zu benutzen — zu einer neuen Existenz. Die Kleinbauern, die in ihrer Isoliertheit die Reihen des Proletariats vermehren mußten, werden, indem sie sich vereinigen, ökonomisch den Charakter des Kleinbürgertums bewahren. Dies aber kann nicht ohne bedeutenden Einfluß auf das soziale und damit auf das politische Leben bleiben."

Soweit seine Behauptung.

---

[1] Gerolamo Gatti, Agriculture et Socialisme. Mailand 1900. S. 365.

[2] Ebenda, S. 333.

Wir können sie in aller Seelenruhe diskutieren; denn nach unserer Meinung ist der Sieg des Sozialismus nicht von dem vorhergegangenen Verschwinden des Kleinbesitzes und noch weniger des Kleinbetriebs abhängig.

Es ist zum Beispiel höchst wahrscheinlich, daß in einem Lande wie Frankreich zu einer Zeit, wo die Wasserläufe, Wälder, der Großgrundbesitz und die wichtigsten Industrien als gemeinsamer Besitz in gemeinsamem Interesse verwaltet werden, derjenige Teil des Landes, der von Bauern bewohnt ist, in Einzelbesitztümer geteilt bleiben wird, die einander durch die genossenschaftliche Kooperation mehr oder weniger genähert sind.

Andererseits geben wir gern zu, daß in Gegenden, die geneigt sind, ihre Betriebe zu zerstückeln, die Kooperation ein wirksames Mittel sein kann, um die traurigen Folgen der Zerstückelung hintanzuhalten.

Doch wenn man uns in Form allgemeiner Behauptungen sagt, daß dank der Genossenschaft der Kleinbetrieb in der Lage ist, den Großbetrieb zu bekämpfen; daß der bäuerliche Besitz den Ursachen der drohenden Auflösung Widerstand leisten kann; wenn man hinzufügt, daß die ländliche Genossenschaft uns zu einer Art ökonomischem Föderalismus führt, der eine Art Annäherung an den Sozialismus bedeuten würde, müssen wir diesen dreifachen Gesichtspunkten gegenüber Vorbehalte machen aus Gründen, die wir gleich angeben wollen.

1. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Kleinbetrieb.

Gewiß setzen die Landwirtschaftsvereine den Kleinbauer in die Lage, einen Teil der Vorteile zu erlangen, die der Großgrundbesitzer genießt, ohne daß er gezwungen ist, einer Vereinigung anzugehören.

Wir sehen, daß durch sie in Gegenden mit zerstückeltem Grundbesitz Maschinen zur Verwendung gelangen, ländliche Industrien entstehen, Methoden des Feldbaus zur Anwendung kommen, die bisher den Gegenden mit Großbetrieb vorbehalten schienen.

Doch wenn man die Agrarbewegung als Ganzes betrachtet, kann man nicht zweifeln, daß die Fortschritte im Ackerbau seit einem halben Jahrhundert viel mehr den Groß- und Mittelbesitzern als den kleinen genutzt haben. Gewiß, das allgemeine Niveau der Technik hat sich gehoben; aber trotzdem scheint der Abstand zwischen Groß- und Kleinbetrieben in dieser Hinsicht nicht geringer geworden zu sein.

Immer noch gehen die reichsten und bestunterrichteten Grundbesitzer mit dem Beispiel voran. Langsam und unvollkommen folgen die anderen.

Nichts lehrreicher als die etwas melancholischen Feststellungen Mélines in seinem Buche „Le Retour à la terre“. So sagt er uns zum Beispiel, daß die Kreditfrage für den Kleinbauern nunmehr gelöst ist. Unbehindert kann er sich ein Betriebskapital zur Anwendung neuer Methoden verschaffen. Fünfzehnhundert gegenseitige landwirtschaftliche Orts- und Bezirksbanken, die jetzt alle Teile Frankreichs umfassen, öffnen ihre Schalter allen Intelligenten, Mutigen, Ehrlichen. Seit der Staat diesen Banken unter dem Titel von zinsfreien Darlehen die 40 Millionen Franken der Bank von Frankreich zur Verfügung gestellt hat, kann die Landwirtschaft nicht mehr behaupten, durch Kapitalmangel am Fortschritt behindert zu sein. Jedoch:

„Die Groß- und Mittelbesitzer haben das sofort erkannt und waren von Anfang an am eifrigsten, sich bei den Banken Kredit eröffnen zu lassen. Auch die

inbauern haben sich endlich entschlossen; sie werden immer kühner und gehen ht mehr im geheimen und mit gesenktem Blicke in die Bank. Dieser Anfang ist gutes Zeichen; aber er genügt noch nicht. Die Masse der Kleinbauern, insondere die Zwergbesitzer, verhalten sich noch immer ablehnend gegen die Kreditrationen, deren Mechanismus und Vorteile sie nicht begreifen; was geschehen bedeutet nichts im Vergleich zu dem, was zu tun übrig bleibt."[1]

Und was für den Kredit gilt, gilt nicht weniger für die im Ackerbau durchführenden Verbesserungen. Der Kunstdünger zum Beispiel hat eine Revoion im Ackerbau hervorgerufen; und wieder sind es die großen und mitten Besitzer, die zuerst ihn verwendet haben. Méline sagt:[2]

„Der Kleinbetrieb ist von Natur aus schüchtern und zaghaft und noch nicht nz auf dem laufenden; von dieser Seite bleibt noch viel zu tun übrig. Endlich t er sich doch in Bewegung; Versuchsfelder, deren Zahl stets wächst, haben ihm Augen geöffnet, und seine eigenen Versuche haben so außerordentliche Ergebse, daß die übliche Ungläubigkeit vor dem Augensichtlichen weichen muß."

Nichtsdestoweniger hat der kapitalistische Bodenbetrieb den Vortritt; und wird sich diesen bei jedem neuen Fortschritt bewahren, weil er über größere pitalien verfügt und über eine wissenschaftlich ausgebildete Leitung, die sich chter den neuen wissenschaftlichen Errungenschaften anpaßt.

Bei alledem bestreiten wir nicht, daß der Großbetrieb aus anderen ründen — zum Beispiel die quantitative und qualitative Unzulänglichkeit c Handarbeit — auch in Schwierigkeiten geraten kann. Wir geben zu, daß, e die Dinge liegen, der Kleinbetrieb, durch die Genossenschaft verstärkt, in c Lage ist, unter weit günstigeren Bedingungen den Kampf aufzunehmen, ange es sich um die Produktion von Milch, Butter, Eiern, Obst und Gemüse ndelt.

Doch weit zweifelhafter erscheint es uns — aus Gründen, die wir noch führen werden —, ob die landwirtschaftliche Genossenschaft tatsächlich, wie atti glaubt, die Wirkung haben wird, dem bäuerlichen Besitz neues Leben zuflößen und die rückläufige Bewegung zur Selbstbewirtschaftung aufzulten, die sich fast überall in den Gegenden mit intensivem Betrieb geltend acht.

2. Die Landwirtschaftsgenossenschaften und der Kleinbesitz.

Die ländliche Genossenschaft, die bestimmt sein soll, den bäuerlichen Besitz erretten, findet man am wenigsten in Ländern, wo die bäuerlichen Grundentümer die zahlreichste Klasse bilden. Sie entwickelt sich vielmehr besonders den Gebieten mit intensiver Kleinkultur, wo entweder das Pachtsystem vorrrschte oder — zum Beispiel in Ländern mit Weinbau — der Zwergsitz der halb proletarischen Arbeiter, die zugleich für sich und für andere beiten.

So ist es zum Beispiel in Irland, wo der Kleinbetrieb durch Pächter mit m Großbesitz zusammenfällt; in Belgien, wo von 100 Hektar der gewöhnhen Kulturen 69 verpachtet sind; in Norditalien, wo die Masse der Landvölkerung aus Pächtern oder Halbpächtern besteht.

Ebenso ist es in Frankreich, wo die Vereine spärlich gesät sind in Gegenden it Großbetrieb und dort, wo das Überwiegen des bäuerlichen Besitzes it einer rückständigen Technik zusammenfällt. In bezug darauf äußert

[1] Méline, Le Retour à la terre, S. 220. [2] Ebenda, S. 116.

sich Rocquigny in seinem Buche „Les Syndicats agricoles et le oeuvre“:[1]

„Man kann im allgemeinen sehen, daß die ländlichen Genossenschaften sich Nordfrankreich und der Normandie wenig entwickelt haben, wo der Individu lismus bei der Landbevölkerung tiefere Wurzeln hat und wo vielleicht als Fo der Verteilung des Großbesitzes und der Art des Betriebs die Nützlichkeit von V einen den Bauern weniger fühlbar wird. Ein Teil des Plateau Central ist völ frei von Genossenschaften. Hingegen sind sie zahlreich und tätig im ganzen Of und Südosten, im Tale der Loire und in einem Teile der Pyrenäengegend. haben außerordentliche Erfolge in den Gegenden mit Kleinbetrieb und in der We zone; die Gegenden des Großbetriebs für Getreidebau und Viehzucht scheinen ih weniger günstig.“

Wenn wir jetzt zu Deutschland übergehen, können wir die gleichen F stellungen machen. Die beiden Hauptsitze der landwirtschaftlichen Vereine si in Rheinpreußen, in Neuwied und Offenbach. Dort sind die ersten Verei gungen entstanden. Auch heute noch besitzen sie dort die größte Lebensfäh keit und den größten Einfluß. Blondel sagt darüber:[2]

„Was uns im Rheinland am eigentümlichsten berührt, ist der Aufschwung, die Vereine genommen haben. Vor 63 Jahren (1833) wurde die Vereinigung Landwirte der Rheinprovinz gegründet. Sie hat sich nach und nach über die ga Umgebung ausgebreitet und umfaßt heute 66 Sektionen und darüber mit 60000 M gliedern, die in 750 Einzelgruppen (Ortsvereine oder Kasinos) gegliedert sind u unseren Syndicats agricoles gleichen. Fast in allen Gemeinden dieser Provinz f einige Anhänger.“

Und gerade im Rheinland ist die Zerstückelung am weitesten gedieh Außerdem sind dort die Bauern wie in ganz Deutschland stark verschuldet, imm noch weniger übrigens als in anderen Provinzen; daher die Notwendig der Raiffeisenkassen, um den Wucherern zu entgehen. Endlich hat sie un allen Ländern im Reiche die größte Zahl der Pächter. Das Verhältnis der v pachteten Güter zu den vom Besitzer bewirtschafteten ist im Durchschnitt zu 1. Und während in Ostpreußen in der Kategorie der Betriebe von 20 200 Hektar die Zahl der Pachtgüter nur 2,84 Prozent ausmacht, beträgt in Rheinpreußen sogar 33,81 Prozent.

Kurz gesagt, die Entwicklung der Vereine geht Hand in Hand mit Entwicklung des Pachtverhältnisses.

Sie sind geringer an Zahl und bestehen seit kürzerer Zeit in den P vinzen, wo die alte Form des bäuerlichen Besitzes vorherrscht. Und ganz in Frankreich werden sie noch seltener in Gegenden mit Großbetrieb, wo das Bedürfnis weniger geltend macht.

Brauchte es noch eines Beispiels, um den Unterschied zu zeigen, der genossenschaftlicher Hinsicht zwischen Ländern mit großem und mit klein Feldbetrieb besteht, so würden wir es in Großbritannien finden.

Während in Irland trotz der Schwierigkeiten, die durch die ungünst Lage der Bauern bedingt sind, in den letzten zehn Jahren unter den Kle pächtern eine wirklich lebensfähige Kooperativbewegung entstand, ist sie England, diesem typischen Lande des kapitalistischen Großbetriebs, fast bekannt.

[1] Paris 1900, S. 53.

[2] Les populations rurales de l'Allemagne, S. 22.

Nachdem Ridder Haggard in seinem Buche „Rural England“ [1] die Er-
ze der ländlichen Kreditvereine auf dem Lande dargestellt hat, fährt er fort:

„Wenn wir uns nach England wenden, müssen wir, wie zu erwarten war, fest-
en, daß in dieser Angelegenheit, die die Interessen des Ackerbaus und die
hlfahrt der landwirtschaftlichen Bevölkerung so nahe berührt, wenig oder nichts
chehen ist. Im Jahre 1835 wurden auf das Drängen des Abgeordneten Jer-
gh im Auftrag des Auswärtigen Amtes auf dem Kontinent Erhebungen an-
ellt; aber dabei blieb es auch. Es ist richtig, daß dank der Energie und der
tiative Jerburghs die Cooperation Bank Association gegründet wurde; doch
läufig prosperiert sie nicht sonderlich. Wie könnte es auch anders sein, wenn
n gegen ein Meer von Vorurteilen, Unwissenheit und Gleichgültigkeit im Parla-
it zu kämpfen hat.“

Im ganzen läßt uns dieser kurze Überblick über die geographische Ver-
itung der ländlichen Genossenschaften in Westeuropa folgendes feststellen:
 allgemeinen sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften gar nicht oder
rlich vorhanden und bestehen erst seit kurzem in Ländern mit Großbetrieb;
ht zahlreicher sind sie in Ländern, wo noch das Halbpachtsystem oder der
ierliche Besitz nach der alten Art vorherrscht, der vor allem für den eigenen
usgebrauch und den lokalen Markt produziert; hingegen gedeihen sie in
genden, wo Zerstückelung des Bodens und intensiver Betrieb zusammen-
len.

Dieses dreifache Phänomen läßt sich übrigens leicht erklären. In Ländern
 Großbetrieb befinden sich die Kleinbauern im allgemeinen in bezug auf
ehzucht und Getreideproduktion in so viel ungünstigeren Verhältnissen als
 Großbetrieb, daß sie, sich selbst überlassen, dahinvegetieren ohne das
reben, sich aus ihrer isolierten Lage herauszuarbeiten oder auf ihren
en Schlendrian zu verzichten. Wenn sich Vereinigungen bilden, so weniger
s ihrer eigenen Initiative als infolge einer Anregung von außen, zu poli-
hen oder religiösen Zwecken. Die Großgrundbesitzer bilden keine Vereine
 außer vielleicht zur Gründung einer Brennerei, einer Zuckerfabrik, eines
treidespeichers —, weil sie sich selbst genügen und keine Raiffeisenkassen,
ne Einkaufsvereine, keine Genossenschaftsmolkereien brauchen, um Kredit zu
angen, billigen Dünger zu kaufen und unter günstigen Bedingungen ihre
utter und ihren Käse herzustellen oder zu verkaufen.

In zurückgebliebenen Ländern bilden Halbpächter und Bauern keine Ver-
igungen, nicht nur weil sie unwissend und an den alten Schlendrian
vöhnt sind, sondern auch weil sie kein Bedürfnis fühlen, sich zu vereinigen.
arum sollten sie Einkaufsvereine für den Kauf von Kunstdünger und
aschinen gründen, da sie doch keinen Kunstdünger anwenden und noch die
lugschar ihrer Vorfahren benutzen? Warum sollten sie Raiffeisenkassen
inden, da sie nicht daran denken, ihr Betriebskapital zu vermehren? Warum
lten sie Verkaufsgenossenschaften organisieren, da sie doch den größten Teil
er Erzeugnisse selbst verwenden und den Überschuß auf den nächstgelegenen
arkt bringen? So sehen wir, daß sie sich höchstens zum Betrieb einer ge-
insamen „Fruitière“ (Käserei) zusammentun oder in den letzten Jahren zum
neinsamen Mieten einer Dreschmaschine.

Ganz anders geht es in Ländern mit dichter Bevölkerung vorwärts, wo die
dustrialisierung des Ackerbaus mit der Teilung des Bodens in zahlreiche

[1] Band 2, S. 174.

Kleinbetriebe zusammenfällt. Dort sind die Vereinigungen im allgemein zahlreich, weil sie notwendig sind. Die Mehrzahl der Landbevölkerung best aus Häuslern oder aus bäuerlichen Besitzern, die ihren Betrieb nicht v bessern können, ohne mehr oder minder schwere Verpflichtungen auf sich nehmen. Sie können sich nicht damit begnügen, das zu erzeugen, was sie v brauchen, und das zu verbrauchen, was sie erzeugen. Sie müssen um jed Preis Geld verdienen, wäre es auch nur, um ihre Pacht oder die Zinsen ih Schuld zu bezahlen. Sie müssen, um nicht ökonomisch zugrunde zu gehen, Konkurrenzunternehmen bekämpfen. Es ist unerläßlich für sie, Maschinen z Verfügung zu haben, Dünger billig einzukaufen, ihr Vieh zu veredeln, gegen Gefahren des Betriebs zu versichern und den notwendigen Kredit alledem zur Verfügung zu haben. Daher erklärt sich die außerordentli Blüte der Raiffeisenkassen, der Zuchtvereine, der wechselseitigen Vi versicherungsgesellschaften, der Genossenschaften zum Einkauf, Verkauf oder z Verwertung der Erzeugnisse in Ländern wie Belgien, Dänemark, Rheinpreuß Norditalien.

Gewiß wäre es offenbare Übertreibung, anzunehmen, daß in all dies Gebieten der intensiven Kultur der bäuerliche Besitz nur noch ausnahmswe besteht, sei es, daß er durch das Pachtverhältnis ersetzt ist oder in Wirkli keit den Gläubigern der Bauern gehört. Wer so verallgemeinern wollte, d brauchte man nur Dänemark als Beispiel entgegenzuhalten, das zugleich Land der Kooperation und des Kleinbesitzes ist. Doch bleibt bestehen, daß landwirtschaftlichen Genossenschaften sich besonders in jenen Gegenden e wickeln, wo die Ursachen, die zur Zerstückelung des Bodens, zur Verpachtung u Verschuldung des bäuerlichen Besitzes führen, am intensivsten wirksam si Und da die Vorteile, die sie den Bauern verschaffen, den Pächtern wie d bäuerlichen Besitzern in gleicher Weise zugänglich sind, können diese auch ihnen kein Mittel finden, das Gleichgewicht zu ihren Gunsten wiederher stellen, wenn andere Faktoren zum Ersatz des Eigenbetriebs durch Pac betrieb treiben. Das Steigen der Bodenpreise, die obligatorische Gleich der Erbteilung, die Notwendigkeit, das Betriebskapital zu vergrößern, Tendenz der Kapitalisten, Land zu erwerben, bestehen fort, und im groß ganzen erscheinen uns die Genossenschaften eher als eine Einrichtung, der Zweck oder Wirkung es ist, den Bauern die Zahlung der Pacht oder Zinsen ihrer Schuld zu erleichtern, als den Bestand des kleinen Grundbesi zu erhalten.

3. Die Zukunft der Landwirtschaftsgenossenschaft.

Dank der Tätigkeit der Genossenschaften kaufen die Bauern Dünger u Rohmaterialien billig ein. Sie können, wenn sie sachliche oder persönli Garantien bieten, Kredit erhalten, ohne zum Wucherer Zuflucht nehmen müssen. Sie haben mehr Gewinn an ihren Kühen durch die gemeinsame zeugung von Butter und Käse. Das sind bis jetzt die hauptsächlichsten folge in den meisten Ländern, und man wird wohl einsehen, daß sie ungeach ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht genügen, um die Hoffnungen derer rechtfertigen, welche in der Genossenschaft ein geeignetes Mittel erblicken, den Kleinbetrieb durch Sicherung der Vorteile des Großbetriebs zu erret

Doch wir müssen überdies noch untersuchen, was in anderer Hinsi geschehen ist, besonders für den Verkauf und die Verarbeitung der landwi

schaftlichen Erzeugnisse. Vielleicht wird es uns diese Untersuchung ermöglichen, einige Schlüsse in bezug auf die Zukunft der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu ziehen.

a. Der Verkauf.

Der gemeinschaftliche Einkauf von Dünger und Rohmaterial hat überall, wo Bauernvereine bestehen, große Bedeutung erlangt. Das gleiche läßt sich aber nicht von den Verkaufsgesellschaften für Bodenprodukte sagen. In England ist überhaupt nichts Ernstes nach dieser Richtung geschehen. In Frankreich erwähnen Rocquigny und Méline eine gewisse Zahl von Verkaufsorganisationen. Doch wie Souchon [1] in seinem Buche über die Kartelle der Landwirtschaft zeigt, beschränkt sich ihre Tätigkeit fast immer auf Produkte von geringerer Wichtigkeit: es handelt sich um Obst, Blumen oder um Spezialprodukte wie Kapern, Zwiebeln oder Olivenöl. Wenn man hingegen zu den wichtigeren Produkten übergeht, wie Getreide, Trauben, Milch, Vieh, findet man fast nichts mehr, kaum zwei bis drei Verkaufsgesellschaften in den Weingegenden des Südens; wenige genossenschaftliche Versuche mit dem Getreideverkauf; das vom Syndicat central des Agriculteurs de France ins Leben gerufene Spezialunternehmen für Viehverkauf auf dem Markte in Villette. Das ist so ziemlich alles, wenn man nicht noch die Butterei- und Käsereigenossenschaften dazu rechnet, die eher in die Kategorie der Produktionsgenossenschaften gehören. In Belgien sind die Erfolge durchaus nicht besser. Turman [2] berichtet uns:

„Das Agrarproblem hat nicht nur eine industrielle Seite, sondern auch eine kommerzielle. Wenn aber das Problem der agrarischen Produktion auf dem Wege zur Lösung ist, so ist das des organisierten Verkaufs weit entfernt davon. Wir sind eben erst in die Periode der ‚Kommerzialisation' eingetreten. In Belgien wurden zahlreiche Versuche gemacht, um die Bauern in dieser Richtung aufzuklären, und die größten Anstrengungen, um eine Organisation für den gemeinsamen Verkauf zu schaffen. Aber vorläufig muß man zugestehen, daß diese Bemühungen nicht den Erfolg hatten, den man erwarten durfte."

In Dänemark allerdings ist die „Kommerzialisation" des Ackerbaus weiter fortgeschritten, und in Deutschland haben die Bemühungen der Agrarier um den gemeinsamen Verkauf von Erzeugnissen wie Getreide, Milch oder Fleisch Resultate ergeben, die, wenn auch nicht von entscheidender Bedeutung, doch recht schätzenswert waren.

Man weiß zum Beispiel, daß in Preußen, Bayern und Sachsen die Regierung mehr oder weniger unmittelbar eingegriffen hat, um die Schaffung von Kornhäusern zu fördern, die den Getreideverkaufsgenossenschaften zur Verfügung gestellt wurden. Diese Gesellschaften sind heute recht zahlreich — das leitende Komitee des Bundes der Landwirte schätzte ihre Zahl im Jahre 1902 auf 274, im Jahre darauf schätzte die Deutsche Kornhauskommission die Gesamtsumme ihrer Verkäufe auf 55 Millionen Mark; das ist gewiß eine beträchtliche Summe, doch verliert sie an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der Gesamtwert des Getreidehandels 1500 bis 1600 Millionen Mark beträgt.[3]

Im Fleischhandel, wo die große Zahl der Zwischenhändler die Züchter und Konsumenten gleich benachteiligt, waren die genossenschaftlichen Versuche

[1] Souchon, Les Cartels de l'Agriculture en Allemagne, S. 6.
[2] Turman, Les Associations agricoles en Belgique, S. 291.
[3] Souchon, Les Cartels d'Agriculture, S. 52.

bis in die letzte Zeit wenig erfolgreich, außer in Bayern, wo dank dem Entgegenkommen der Militärverwaltung, die den Produzenten große Mengen von Rindern für Konserven abkaufte, die Genossenschaften tatsächliche Erfolge aufwiesen. Doch im Jahre 1888 errichteten die preußischen Landwirtschaftskammern die Zentralstelle für Viehverwertung zum Schutze der Interessen der Züchter, und im Jahre darauf schuf diese Zentrale eine Verkaufsgesellschaft, die Genossenschaft für Viehverwertung in Deutschland, die anfangs 1902 140 lokale Genossenschaften besaß, und trotz der tatkräftigen Opposition der Händler Geschäfte im Werte von mehr als 25 Millionen Mark abschloß.

Bezüglich des Milchverkaufs endlich bestehen in der Bannmeile großer Städte eine gewisse Anzahl von Verkaufsstellen, von denen die wichtigste und berühmteste die Zentrale für Milchverwertung ist, die anfangs 1901 von den Grundbesitzern in der Umgebung von Berlin gegründet wurde. Schon im Februar zählte sie unter ihren Mitgliedern 204 Ortsvereine und 508 Großgrundbesitzer; sie begann zugleich einen homerischen Kampf, den Milchkrieg, der mit wechselndem Erfolge durch mehrere Jahre dauerte, um die Händler zu verpflichten, ihnen die Milch um 13½ Pfennig, statt um 11 Pfennig abzunehmen.

Hier haben wir Organisationen von ganz anderem Einfluß vor uns, als die bescheidenen Verkaufsgesellschaften in Frankreich und Belgien zum Vertrieb von Obst, Gemüse, Kapern oder Blumen.

Doch es wäre ein schwerer Irrtum, in diesen Organisationen Schöpfungen zu sehen, deren Zweck oder Hauptzweck es ist, die Kleinbauern der Ausbeutung durch den Zwischenhandel zu entziehen und so gleichzeitig den Produzenten wie den Konsumenten zu nützen. Es handelt sich vielmehr um Vereinigungen, die alle Landwirte, groß oder klein, Junker oder Bauer, in einem „Block“ zu gemeinsamem Handeln vereinen wollen, um den Verkaufspreis zu erhöhen, sei es, indem sie selbst an Stelle der Händler treten oder diese zwingen, ihre Bedingungen anzunehmen. So sehen wir denn in Deutschland, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht nur den Widerstand der Zwischenhändler hervorrufen, die sich in ihrem Besitzstand, ja sogar in der kaufmännischen Grundlage ihrer Existenz bedroht fühlen, sondern auch den der städtischen Konsumenten, die in einer Zusammenfassung aller agrarischen Kräfte die drohende Gefahr der Verteuerung der Lebensmittel erblicken.

Seit dem Milchkrieg war in Berlin die öffentliche Meinung ganz gegen die Milchzentrale. Die Sozialisten, die sich unablässig an die Hausfrauen wandten, warfen den Milchproduzenten vor, daß sie durch ihre Manöver selbst das Leben der Kinder in Berlin aufs Spiel setzten.

Souchon bemerkt in seiner Studie, der wir diese Tatsachen entnehmen, sehr richtig, daß die Ursachen dieser Empörung unschwer zu erkennen seien. Er sagt:

„Die Agrarkartelle verschärfen noch außerordentlich den Gegensatz zwischen der ackerbautreibenden Bevölkerung als Produzenten und der städtischen als Konsumenten. Und es gibt auch ohnedies schon so viel Mißtrauen zwischen ihnen. Politische Parteien leben von ihrer Rivalität. Wie sollten sie nicht eine neue Veranlassung zum Unfrieden ausnützen? Die Agrarier setzen einige Hoffnung in die Zukunft ihrer Kartelle. Das genügt ohne weitere Prüfung den Liberalen und Sozialdemokraten für ihre Aufregung und ihre Befürchtungen. Sodann beziehen sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf die Konsumgegenstände der breiten Massen (Fleisch, Brot, Zucker, Alkohol, Milch). Sie müssen, abgesehen von politischen Aufregungen, besonders lebhafte Befürchtungen hervorrufen. Die Städte haben jahr-

ıertelang unter dem Alpdruck der Hungersnot gestanden. Ihre Nervosität gegen , was sich auf die Lebensmittelverteuerung richtet, ist traditionell. Diese Kartelle die moderne Form der Lebensmittelverteuerung. Die Meinung der Stadtlkerung beurteilt sie hart."

Da muß man doch fragen, ob, wie die Dinge liegen, diese Härte nicht zu weit geht. Souchon neigt zu dieser Ansicht. Er glaubt nicht, daß r Gewinn der Ackerbauern gleichbedeutend mit einem Verlust des letzten fers sei. Er meint, daß die städtische Bevölkerung vielleicht nicht immer Recht war, wenn sie gegen die Milch-, Fleisch-, Getreideproduzenten zusten der Großhändler Partei ergriffen haben, von denen viele diese Symzie nicht ganz verdienen. Es mag sein. Nichtsdestoweniger ist die Richtung, che die Verkaufsgesellschaften in dem einzigen größeren Lande nahmen, in ı sie wirklich Bedeutung erlangt haben, nicht geeignet, die Befürchtungen r ihre Zukunft zu zerstreuen. Unter diesen Umständen erscheint es begreiflich, ; Kautsky in ihnen eher einen Übergang zum Kapitalismus erblickt als ı ökonomischen Föderalismus, den Gatti und David verkünden.

b. Die industrielle Verarbeitung der Produkte.

Die zunehmende Teilung der sozialen Arbeit hat eine große Zahl von dustriezweigen geschaffen, die speziell die Verarbeitung der landwirtschaftıen Produkte zum Gegenstand haben. Einige bestehen in ihrer ganzen Austaltung seit einem Jahrhundert und länger, wie die Zuckerfabrikation, die rstellung kondensierter Milch, der Mehlmilchpräparate oder der Milchschokolade. .dere wieder wurden lange von den Ackerbautreibenden selbst ausgeübt und ben sich nur langsam von der landwirtschaftlichen Arbeit losgelöst: das ınnen und Weben, die Bierbrauerei, der Mehlhandel, die Schlächterei, die zeugung von Butter, Käse, Konserven; das Dörren von Reis und Zichorie; : Holzschuhfabrikation, die Strohflechterei usw. Heutzutage sind einzelne veige, in erster Linie die Textilindustrie fast ausschließlich zu städtischen und pitalistischen Gewerben geworden; wenn auch auf dem Lande noch eine ringe Zahl von Handwebern leben, so ist ihr schließlicher Untergang nur ehr eine Frage der Zeit. Doch in den anderen Industrien finden wir zueich städtische und ländliche Unternehmungen; und in den ländlichen Unterhmungen, wo der Großbetrieb die Tendenz hat, den kleinen zu besiegen, ;en wir mitunter einen mehr oder minder heißen Kampf zwischen der kapitatischen und der kooperativen Form.

Allerdings ist häufig die genossenschaftliche Form nur eine Vorspiegelung. atsächlich sind es Kapitalisten, welche Genossenschaften gründen, um aus der opularität, die sich an diese Bezeichnung knüpft, und besonders aus den ergünstigungen, welche die Gesetzgebung dieser Art von Gesellschaften geährt, Vorteil zu ziehen. Souchon sagt:

„In zahlreichen Fällen tun sich die Grundbesitzer in einem abgegrenzten Gebiet ısammen zur Gründung einer Fabrik, deren Hauptzweck die Verarbeitung ihrer uckerrüben ist. Das sind keine eigentlichen Genossenschaften, sondern vielmehr ıdustrielle Gesellschaften analog den Aktiengesellschaften. Die Veröffentlichungen nd Statistiken über die landwirtschaftlichen Genossenschaften erwähnen sie gewöhnch gar nicht."

Ähnliche Tatsachen ergeben sich für die Brennerei, die übrigens immer ıehr zur städtischen Industrie wird. Ja, man kann sagen, die Brennerei wäre

auf dem Lande schon lange verschwunden, wenn nicht die Regierungen d
unberechtigte Protektion ausübten und in fast allen Ländern den Brenne
die ihre eigenen Produkte destillieren, fiskalische Privilegien verliehen hätt
So brachte in Belgien im Jahre 1896 der Finanzminister, der dem Ackerb
aufhelfen wollte, ein Gesetz ein, das seither wieder abgeschafft wurde, welc
die ländlichen Brennereien und insbesondere die nur aus Bauern bestehen
Genossenschaftsbrennereien begünstigte. Kaum war das Gesetz in Kraft getret
so wuchsen die „Cooperatives de cultivateurs" wie die Pilze aus
Erde. Nur konnte man wahrnehmen, daß diese „angeblichen Genossenschaft
in der Mehrzahl kapitalistische Unternehmungen waren, die von gewerblic
Brennern gegründet waren, um der Steuerermäßigung von 15 Centimes t
haftig zu werden. Ein Korrespondent der Zeitung „La Distillerie agrico
schreibt:

„Ich kenne Genossenschaftsbrennereien auf dem Lande, gegründet von den groß
Brennern, die den Bauern der Umgegend bisweilen einige Dienste leisten; a
diese Brenner besitzen fast alle Aktien der Gesellschaft; sie nehmen Ländereien
Pacht, die sie alle drei bis vier Jahre der Form wegen zurückgeben, nachdem
etwas Kunstdünger hineingesteckt haben, denn sie halten kein Vieh; andere wied
haben eine Anzahl Pächter als Mitglieder in die Genossenschaft aufgenommen, u
die Zahl voll zu machen, die aber keine Abfälle verwenden. Endlich kennen
solche, die ihre Abfälle ins Wasser werfen. Alle haben nur ihre industriellen Int
essen im Auge, vernachlässigen den Ackerbau vollständig oder befassen sich nur
weit damit, als die Sache es erfordert."

Wir haben selbst die Statuten einer solchen fiktiven Genossenschaft zu G
sicht bekommen, die dem Gesetz entsprechend aus sieben Personen bestan
sechs Bauern mit je einem Anteil von 5 Franken und einem gewerblich
Brenner, der ein Stück Land gepachtet hatte, um auch als Bauer zu figurier
und der das übrige Kapital eingezahlt hatte. Der Verwaltungsrat der Gese
schaft bestand aus zwei Personen, dem Brenner und einem Vertreter d
anderen Aktionäre; nur bei Stimmengleichheit gab die Stimme des Brenne
der auf Lebenszeit Direktor war, den Ausschlag! Da solche Mißbräuche v
kamen und der Schaden für die Staatsfinanzen durch jeden neuen Fall wuch
mußte das Gesetz aufgehoben werden; und damit waren auch die schön
Tage der Genossenschaftsbrennerei in Belgien vorüber.

Weder in der Brennerei noch in der Zuckerfabrik dürfen wir also die G
nossenschaften der bäuerlichen Produzenten suchen. Auch nicht in der Müller
der Bierbrauerei, der Schlächterei, die sich immer mehr in den Städten ko
zentrieren und auf dem Lande nur als Einzelunternehmen bestehen.

Mit Ausnahme einiger interessanter Versuche, wie die Bäckereigesellschaft
in Charentes, die provenzalischen Syndikate zur Herstellung von Kapern, d
dänischen Genossenschaften für Fleischkonserven und vor allem in Weingegend
die Winzervereine in der Rheingegend oder ähnliche Unternehmungen, die ma
nach ihrem Muster in Frankreich und Italien zu gründen suchte, kann ma
sagen: die einzige ländliche Industrie, in der das Genossenschaftswesen si
bewährt hat und wo es imstande scheint, die kapitalistischen Unternehmunge
erfolgreich zu bekämpfen, ist die Milchindustrie, die Butter- und Käseerzeugun
Man wollte diesen Erfolg so erklären, als ob die Bauern stets ihre Mil
taufen würden, wenn sie sie an industrielle Unternehmungen liefern; daß s
sich hingegen entschließen, die Milch unverfälscht abzugeben, wenn sie am G

inn des Butterverkaufs beteiligt sind.[1] Die Erklärung ist zwar einleuchtend, ›ch ist es eine andere Ursache, welche die Genossenschaftsmolkerei erfolgreich ıacht, während in der Zuckerfabrikation, der Brennerei, der Müllerei, die ıpitalistischen Unternehmungen fast unumschränkt herrschen. Um nämlich eine Rühle, eine Zuckerfabrik, eine Brennerei einzurichten, die auf der Höhe der ıodernen Technik stehen, ist ein größeres Kapital erforderlich, während sich ıit 30000 bis 40000 Franken eine vollständig ausgestattete Dampfmolkerei crichten läßt. Von Kleinbauern verlangen, daß sie sich die 800000 oder 00000 Franken verschaffen, die zur Gründung einer Zuckerfabrik nötig sind, ieße Unmögliches verlangen, hingegen ist es keine unüberwindbare Schwierigkeit, ınter sich ungefähr 40000 Franken aufzutreiben und vor allem mit beschei›enen Einrichtungen anzufangen, um sie beim Erfolg allmählich weiterzuntwickeln. Nichtsdestoweniger darf man sich auch hier nicht einbilden, daß ılle sogenannten Genossenschaftsmolkereien wirklich Genossenschaften sind. Reben den „industriellen Molkereien", die rein kapitalistische Unternehmungen ind, findet sich eine große Anzahl halbindustrieller oder, wie sie manchmal ›enannt werden, industrielle Genossenschaften. Das Anlagekapital ist von einer Gruppe von Arbeitern, Landwirten oder wem immer gezeichnet, die groß ›enug ist, um gesetzlich eine Genossenschaft zu gründen. Diese Genossenschafter ›erarbeiten nicht nur ihre eigene Milch, sondern auch und zumeist die von Bauern aus der Umgebung aufgekaufte Milch, die nicht der Genossenschaft angehören. Das Erträgnis des Butterverkaufs und anderer von der Molkerei durchgeführter Transaktionen fällt ausschließlich und vollständig den Genossenschaften zu. Solche Gesellschaften, wie die eben genannten industriellen Molkereien, können den Bauern nützen, indem sie ihnen ein Absatzgebiet eröffnen. Aber trotz ihres Namens sind sie mehr kapitalistische als genossenschaftliche Unternehmungen. Was die wahren Genossenschaften betrifft, die von den Bauern mit ihren Ersparnissen oder mit den Vorschüssen der Raiffeisenkassen gegründet werden, hat man wiederholt festgestellt, daß es nicht Produktions- (Produktiv-), sondern Produzentengenossenschaften sind. In den Produktionsgenossenschaften arbeiten die Arbeiter selbst und teilen die Früchte ihrer Arbeit unter sich. In den Produzentengenossenschaften — wie es die Molkereien sind — arbeiten die Arbeiter nicht selbst. Sie schaffen ein von ihrem Landbetrieb getrenntes Industrieunternehmen, dessen Leiter und Arbeiter nicht auf eigene Rechnung, sondern für die bäuerlichen Genossenschafter arbeiten.

Dieses Unternehmen kann für die Genossenschafter sehr vorteilhaft sein. Es kann einen heilsamen erzieherischen Einfluß auf sie ausüben, indem es ihnen die Überlegenheit gemeinsamer Arbeit mit vollkommenen Geräten über die Arbeit des einzelnen mit primitivem Arbeitszeug zeigt. Jedoch unter der Voraussetzung — und wir sahen, daß sie unwahrscheinlich ist —, unter der Voraussetzung, daß in allen oder den meisten ländlichen Industrien die Form der Genossenschaft den Sieg davontragen würde, würde das Personal dieser Industrien sich gegenüber den bäuerlichen Genossenschaftern in derselben Lage befinden, wie gewöhnlichen Unternehmern gegenüber; und alles läßt erkennen, daß die Produzentengenossenschaften, die schon im Keime kapitalistisch sind, es mit zunehmender Bedeutung und Prosperität noch mehr werden würden.

---

[1] Vandervelde, Essais sur la question agraire en Belgique. S. 186 ff. Paris. Ausgabe des Mouvement Socialiste 1902.

§ 4. Schluß.

Betrachtet man die Dinge, wie sie sind, so muß man im ganzen zugeben, daß die landwirtschaftlichen Vereinigungen und Genossenschaften seit 25 Jahren zum agrikolen Fortschritt ernstlich beigetragen haben, daß aber die meisten von ihnen keineswegs die demokratische Tendenz verfolgen, die Kleinbauern zu vereinigen, um sie von der Herrschaft des Kapitals zu befreien. In den meisten Fällen handelt es sich einfach um Geschäftsangelegenheiten oder um klerikale Bevormundung oder auch — speziell in Deutschland — um Versuche von seiten der Agrarier, den städtischen Konsumenten die geschlossene Masse der ländlichen Produzenten vom Großgrundbesitzer bis zum Kleinbauer entgegenzusetzen.

Nimmt man jene kapitalistischen Genossenschaften aus, sowie die konfessionellen und agrarischen, deren Zweck es ist, nicht die Bauern unabhängiger zu machen, sondern im Gegenteil ihre Abhängigkeit von den herrschenden Klassen zu vergrößern, indem sie ihnen gleichzeitig gewisse materielle Vorteile verschaffen, dann bleiben vereinzelt in Gegenden, wo die Landbevölkerung etwas mehr Freiheit hat, die bäuerlichen Genossenschaften, die keine Gemeinschaft mit Krautjunkern oder Geistlichen haben und mehr Neigung zeigen, sich den Arbeitersyndikaten und den Arbeiterkonsumvereinen anzuschließen.

Von diesen Genossenschaften ist eine der bekanntesten, die den Typus dieser neuen Form der ländlichen Genossenschaft vielleicht am klarsten und charakteristischsten wiedergibt, die Produktionsgenossenschaft Les Vignerons libres (die freien Winzer) in Maraussan (Languedoc). Hier gibt es keine sozialen Autoritäten, keine philanthropischen Kapitalisten, keine Pfarrer und Vikare, die mit Dünger handeln. Die Genossenschaft setzt sich bloß aus Arbeitern und kleinen Weinbauern zusammen.

In der Einleitung zu den Statuten sagen die Gründer:

„Wir haben den Händler ausgeschaltet zugunsten des bäuerlichen Produzenten, der ein Stückchen Land besitzt, der von der Hand in den Mund lebt und seine Ernte noch am Halme verkaufen muß. Das ländliche Proletariat wollten wir sammeln, obwohl es schwierig ist; denn das sehr eigenwillige und individualistische Temperament des Kleinbesitzers ist schwer zu bekämpfen. . . . Wir haben prinzipiell das parasitäre Element, das das Eigentum darstellt, ausgeschaltet.“

Wie man sieht, zählen die Vignerons libres den Kleinbesitz zum Proletariat. Das ist zwar ein Fehler in der Terminologie, doch vielleicht ein zutreffendes Bild der Wirklichkeit.

Wie dem auch sei, gegen Ende des Jahres 1906 betrug die Zahl der Arbeiter von Maraussan 279; sie besaßen mehr als 500 Stück Vieh, ungefähr 938 Hektar Weinberge in der Gemeinde. Sie produzierten in demselben Jahre 70000 Hektoliter, gingen selbst zur Weinbereitung über und verkauften ihren Wein zum größten Teile an Arbeiterkonsumvereine. Von dem Gewinn erhielten die Arbeiter 25 Prozent, 25 Prozent die konsumgenossenschaftlichen Kunden; 20 Prozent entfielen auf Propaganda und gemeinnützige Werke, 25 Prozent auf den Reserve- und Erweiterungsfonds und 5 Prozent auf die Genossenschaftsbörse.

Neben den Vignerons de Maraussan und nach ihrem Muster waren noch andere Genossenschaften entstanden in Maureilhan und Ramejeoin, in Puisserguier, in Cebazan, in Bessan. Es entspricht nicht unserem Plane, diese Genossenschaften in detaillierter Weise zu beschreiben, denen übrigens Augé-

aribé eine recht vollständige Monographie gewidmet hat.[1] Wir wollten nur)re Tendenz kennzeichnen, auf ihre Erfolge hinweisen und zeigen, daß es)enigstens in einzelnen Gegenden nicht unmöglich ist, aus bäuerlichen Grund-esitzern Genossenschaften mit sozialistischer Tendenz zu schaffen.

Doch man muß zugeben: Für diesen einen Erfolg wie viele verfehlte 3ersuche, wie viele unfruchtbare Anstrengungen, wie viele erfolglose Mühe, elbst da, wo die Kleinbesitzer nur ungeduldig die Herrschaft des Schloßherrn der des Pfarrers ertragen; bald sind sie zu abhängig, bald ist ihr Unter-ehmungsgeist nicht genügend entwickelt, bald weist ihr Individualismus miß-rauisch jede Assoziation zurück. Soll die sozialistische oder auch nur die demo-ratische Genossenschaft auf dem Lande Erfolg haben, so muß sie — dies ist ınsere Meinung — entweder die Fortsetzung der städtischen Arbeitergenossen-chaft sein oder wenigstens an den großen städtischen Konsumgenossenschaften :inen starken Rückhalt haben. Eine Vereinigung von Bauern, die isoliert und ich selbst überlassen sind, in einer ungeeigneten Umgebung ist fast unabänderlich)estimmt, unterzugehen oder in den Kreis der klerikalen oder agrarischen Or-ganisationen zu geraten. Ganz anders geht es, wenn eine Konsumgenossen-schaft, die ihren Sitz in der Stadt hat, nach und nach ihre Tätigkeit auf das umgebende Land erstreckt, ob sie nun ihre Ablieferungswagen hinschickt oder Bureaus oder Filialen errichtet.

Wir haben übrigens die Erfahrungen geschildert, die nach dieser Richtung in Belgien gemacht wurden.[2] Außer den „Campagnards socialistes“ in Tihangelez-Huy, die den Arbeitern, welche ein Stück Garten besitzen, Samen liefern, gibt es in den Ardennen, in La Hesbaye, in L'Entre-Sambre-et-Meuse zahl-reiche Konsumgenossenschaften, zu deren Mitgliedern eine recht starke Abteilung von Landarbeitern und Kleinbauern gehört. Was übrigens den halbländlichen Charakter dieser Genossenschaften betrifft, die indessen ihren Sitz meistens in Industriegegenden haben, so wird er durch den plötzlichen Rückgang des Brot-verkaufs in den Monaten, in denen der Bauer nach der Ernte Brot aus dem eigenen Getreide ißt, dargetan.

Doch freilich, wenn es sich nur darum handelt, den Dörflern Brot, Gewürz und das, was man in Belgien „annages“ (Gemischtwaren) nennt, zu ver-schaffen, dann sind wir auf dem Gebiet der ländlichen, doch nicht der land-wirtschaftlichen Genossenschaft. Anders wird es, wenn die Konsumvereine einen Schritt weiter tun und beginnen, Samen, Kunstdünger, Ackerbaugeräte zu verkaufen oder den Hafer, die Butter, die Eier der Bauern gegen Geld oder Waren einzutauschen. Das ist zum Beispiel der Fall in Waremme, bei der Genossenschaft „La justice“, deren Leiter J. Wauten so freundlich war, für uns folgenden Bericht abzufassen (1907):

„La justice wurde 1899 gegründet. Ihr Aktionsgebiet hat sich nach und nach auf eine größere Anzahl von Orten ausgedehnt. Sobald wir in eine neue Gemeinde eingedrungen sind, ziehen wir Werkstättenarbeiter, die auswärts arbeiten, an uns. Die Eroberung der Feldarbeiter kommt später, zuletzt die der Bauern. Unsere Wagen liefern alles ins Haus: Brot, Mehl, Getreide, Gewürz, Speck, Wolle usw. ebenso wie von den Bauern benötigte Waren. Seit drei Jahren haben wir einen

---

[1] Augé-Laribé, Les Coopératives paysannes et socialistes de Maraussan (Hérault), „Musée Social“, März 1907. Paris 1907, Rousseau.

[2] Vandervelde, Essais sur la Question agraire en Belgique. III. La coopération rurale. Edition du Mouvement socialiste. Paris 1902.

Spezialdienst zum Verkauf von Futtermitteln in der von ihnen benötigten Meng So ist also alles auf die Bauern eingerichtet. Ferner kaufen wir seit drei Jahre den Bauern ihre Produkte ab und verkaufen sie an die Konsumvereine de Industriezentren und der Städte. Seit einem Jahre haben wir eine Windmühl für grobes Mehl. Vor kurzem haben wir besondere große Räume für dieses land wirtschaftliche Kontor — denn ein solches ist es in der Tat — eingerichtet; zwe Arbeiter sind dort beschäftigt, ein früherer Feldarbeiter und ein früherer Müller Bis jetzt haben wir an die Bauern nur gegen bar und zu Tagespreisen verkauft In Zukunft werden wir ihnen einen Kredit eröffnen; in ihren Feldprodukten geber sie uns eine Sicherheit. Wir liefern in wachsenden Mengen auf Kredit, solang die Felder bebaut werden; wir machen uns bezahlt zur Zeit der Ernte mit Ge treide, Weizen, Roggen, Hafer und mit Kartoffeln. Es ist das Prinzip der Groß händler; nur treiben diese Mißbrauch damit.

„Wir sind gegenwärtig mit dreißig Gemeinden in Geschäftsverbindung, von denen elf oder zwölf weniger als 500, eine einzige mehr als 1000 Einwohner hat. Das Ganze bildet einen Rayon von 6 bis 8 Kilometer je nach der Richtung. Wir fangen an, mit den größeren oder mittleren Pächtern Geschäfte zu machen. Wir werden bald einen an jedem größeren Orte haben. Ihre Haltung ist an manchen Orten entschieden zugunsten der sozialistischen Genossenschaft. Sie bilden für uns ein Element des Fortschritts. Sie verlangen den Verkauf von Kunstdünger, die Einrichtung eines Laboratoriums in unserem Lokal. Die Pächter sind sehr schwer zu überzeugen, sehr mißtrauisch, machen gerne Opposition; doch wenn sie erst wissen, woran sie sind, und Vertrauen gewonnen haben, gehen sie mit Feuereifer vorwärts, und es ist erstaunlich, zu sehen, mit welchem Optimismus sie eine neue Idee, die man ihnen vorlegt, beurteilen. Was viel dazu beigetragen hat, sie uns zuzuführen, das war erstens die ausgezeichnete Qualität der Waren, die wir verkaufen, dann der Widerstand, den wir zu gewissen Zeitpunkten Haussebewegungen entgegengesetzt haben, und die außerordentliche Pünktlichkeit unserer Zustellung. Ende Juni 1907 zählte die Justice 905 Mitglieder, darunter 82 Bauern (9 Prozent) und 123 Feldarbeiter (13,5 Prozent)."

In anderen Ländern wurden gleichfalls solche Versuche gemacht, um unter verschiedenen Formen geschäftliche Zusammenhänge zwischen den Bauern und der organisierten Arbeiterschaft herzustellen. So gibt David interessante Aufschlüsse über die Tätigkeit der großen Genossenschaft, die in Birseck (Kanton Basel) im Jahre 1891 von Bauern und Mitgliedern des Grütlivereins gegründet wurde.[1]

Neben der Lieferung von Konsumartikeln war das Ziel dieser Genossenschaft ihren bäuerlichen Mitgliedern gegenüber der Absatz und die industrielle Weiterverarbeitung ihrer Produkte. Die Tätigkeit einer Milchverkaufsgenossenschaft, die früher bestanden hatte, wurde wieder aufgenommen. Hafer, Roggen, Korn, Kartoffeln wurden aufgekauft, ebenso die ganze Kirschenernte, die in Alkohol verwandelt wurde. Von 1893 an wurden neue Einrichtungen geschaffen: eine Sparkasse, die der Genossenschaft das nötige Kapital für ihre Unternehmungen lieferte; ein Kontor zum Einkauf von Rückständen aus der Bierbrauerei zur Verwendung als Mastmittel, eine Reihe von Hilfsunternehmungen, die sich über das ganze Birsigtal ausbreiteten. Im Jahre 1895 wurde mit der Herausgabe einer Zeitung begonnen: „Bauern- und Arbeiterbund Basel-Land". Im Jahre 1896 wurde in Oberville das Hotel „Zur Krone" gekauft und als Versammlungslokal eingerichtet. Bald darauf kam eine Badeanstalt und eine Wäscherei an die Reihe, dann eine

---

[1] Sozialismus und Landwirtschaft, I, S. 602.

enweberei, eine Elektrizitätsgesellschaft, die vielen Gemeinden Licht und
t lieferte; endlich in jüngster Zeit eine Bäckerei, eine Seifenfabrik, eine
nsversicherungsgesellschaft.

Solche Erfolge sind noch sehr selten. Sie zeigen aber, was Arbeiter und
ern leisten könnten, wenn sie sich kennen lernen und ihrer gemeinsamen
eressen bewußt werden. Zur Erleichterung ihrer Aufgabe ist es wichtig,
der Staat eingreife; daß er ihre Genossenschaften gesetzlich anerkenne; daß
echtliche Formen schaffe, die schmiegsam genug sind, um sich allen Be-
nissen der Landbevölkerung anzupassen. In diesem Sinne würde zum
piel ein Gesetz, das nach französischem Muster den professionellen Bauern-
inigungen gestatten würde, gewisse Ein- und Verkäufe abzuschließen, ohne
für Handelsgesellschaften geltenden Formalitäten erfüllen zu müssen, von
Landleuten freudig begrüßt werden in Ländern, wo ihnen diese Erleichte-
gen noch nicht geboten sind.

Doch was immer für Vorteile man von der landwirtschaftlichen Genossen-
ft erwarten möge, so darf man sich doch keinen Illusionen hingeben über
Entwicklungsgang, zu dem sie berufen ist. Während des langsamen und
heidenen Ausbaus der Genossenschaft erringt der Kapitalismus in den
sten ländlichen Industrien eine immer mehr überwiegende Stellung. Auch
int es nicht zweifelhaft, daß die Genossenschaft allein nicht genug tun kann
daß man dort, wo die kapitalistische Konzentration schon ihr Werk
m hat, zur Sozialisierung der landwirtschaftlichen Industrien
schreiten muß.

Die nationalpolnischen Gewerkschaftsorganisationen in Preußen.

Von **Josef Kliche** (Posen).

Innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung wie überhaupt der öffent-
en Diskussion hat man sich bis zur Zeit mit den polnischen Berufsverbänden
c sehr wenig, ja fast gar nicht beschäftigt, teils weil man von ihrer Ent-
klung nicht allzuviel erhoffte, teils weil sie mehr als ein dunkler, ans
ystische grenzender kirchlicher Spuk angesehen wurden, denn als eine wirk-
e proletarische Kampforganisation. Inzwischen haben die polnischen Ver-
nde eine Stärke erreicht, welche man anfänglich gar nicht erwartete.

Drei selbständige nationalpolnische Verbände sind es, mit denen wir es
f gewerkschaftlichem Gebiet in Preußen zu tun haben: der „Polski Zwiazek
wodowy" (Polnischer Berufsverband) mit dem Sitze in Posen, der
jedwoczenia Zawodowego Polskiego" (Polnische Gewerkschaftsvereini-
ng) mit dem Sitze in Bochum und dem „Wzajemna Pomoc" (Gegen-
tige Hilfe) mit dem Sitze in Beuthen. Während der Rheinisch-Westfälische
rband seine Werbetrommel unter den dortigen Industriearbeitern rührt
d die oberschlesische Organisation sich auf die Grubenleute Oberschlesiens
itzt, versucht der Posener Verband hauptsächlich Einfluß bei den Bauarbeitern
gewinnen. Jedem einzelnen dieser drei Verbände steht es jedoch frei, inner-
lb ganz Deutschland, und zwar unter allen Arbeitergruppen polnischer
unge, Mitglieder anzuwerben.

Die polnischen Arbeitermassen sind ein wichtiger Faktor für die n
nalen Politiker, ihre Macht wurde aber mehr und mehr durch die
dringende Agitation der Zentralverbände geschmälert und bedroht.
suchten die polnischen Führer, nachdem sie alles, was in den ehemals
nischen Distrikten wohnte und die polnische Sprache redete, national o
nisiert hatten, durch Bauernvereine, Industrieverbände, polnische B
institute usw. auch die Arbeiter als solche für die nationalpolnische S
zu gewinnen.

Als im Jahre 1892 der im vorigen Jahre verstorbene Erzbis
v. Stablewski die kirchliche wie auch die politische Leitung Posens
Gnesens übernahm, erließ er bald darauf einen Hirtenbrief, der sich sehr sc
gegen die Sachsengängerei der polnischen Arbeiter richtete. Unter dem V
wand, daß in der Fremde der Wanderarbeiter „Gottes Wort" nicht h
wetterten die Geistlichen in der Folgezeit unaufhörlich gegen diese Sündha
keit ihrer Schäflein. Da aber Stablewski bald merkte, daß die wirtschaftli
Verhältnisse, welche den Arbeiter zwangen, im Westen sein Brot zu suc
stärker waren als alle Kanzelworte, gründete er am 9. November 1892
„Verein zum heiligen Isidor". In allen Parochien wurde von den G
lichen den zum Frühjahr wegziehenden Arbeitern klar gemacht, daß sie
unbedingt unter den Schutz des heiligen Isidor zu stellen hätten. Von
Organisation dieses Vereins geben die nachfolgenden Statuten ein klares B

„§ 1. Zweck des St. Isidor-Vereins ist die religiöse und sittliche Vervollkommn
der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen der Erzdiözese Gnesen und Posen,
zwar in dem Sinne, daß dieselben so viel als möglich durch die Verschaffu
entsprechender Arbeit in der Heimat zurückgehalten und, falls sie denn
die Erzdiözese verlassen, im engen Zusammenhang mit der Kirche
halten werden.

„§ 2. Der Verein wird nach Möglichkeit in jeder Pfarrei, aus wel
Arbeiter in ferne Gegenden wandern oder zur Auswanderung Lust zeigen,
geführt unter der Oberleitung des Ortspfarrers, der sich zur Beihi
einen Stellvertreter und einen Kassierer erwählt.

„§ 3. An der Spitze sämtlicher Ortsvereine beider Diözesen steht ein Rat,
aus einem Geistlichen, einem städtischen Bürger, einem ländlic
Grundbesitzer und einem Arbeiter besteht. Den Rat erwählt auf
liebige Zeit der hochwürdige Herr Erzbischof von Gnesen und Po
und gibt die Wahl sowie vorkommende Veränderungen im Kirchlichen Anzei
bekannt."

Die geistliche Behörde hatte also hier die absolute Macht in den Händ
Um aber eine sichere Kontrolle über die Arbeiter zu erhalten, gab man jed
Sachsengänger eine Legitimationskarte des Vereins, welche er vor sein
Ausmarsch beim Ortspfarrer in Empfang zu nehmen hatte, wobei
gleichzeitig Arbeitsort und Arbeitsbedingungen angeben mußte.
Ortspfarrer hatte statutarisch die Zahlen und Daten dem „Rate" in Po
zu übermitteln, und somit besaß man eine genaue Kontrolle über alle
wandernden. Der Ortspfarrer war noch verpflichtet, für jeden abziehend
Trupp einen Abteilungsführer zu bestimmen, welcher regelmäßige mon
liche Berichte über die sittliche Führung der Arbeiter diesem
senden hatte. Die katholischsoziale Zeitschrift „Pozewodnik Katolick
wurde — und wird noch — den Arbeitern regelmäßig nachgesan
und damit die Verbindung mit der Heimat aufrechterhalten. Doch das al

dem klugen Bischof Stablewski noch nicht genug. Da verschiedene Arbeiter
mehr nach Posen zurückzukehren pflegten, forderte er die Geistlichen auf,
um diese noch besonders zu kümmern. „Diejenigen, welche zur
terszeit in die Heimat nicht zurückkehren, sollen gehalten sein,
Seelsorger ihrer Pfarrkirche Aufklärung darüber zu geben,
welchen Gründen sie das tun und in welcher Weise sie sich für den
er einrichten." Auch wandte sich Stablewski an die heimischen Arbeit-
mit dem Ersuchen, keine Russisch-Polen zu beschäftigen, sondern die
e für die einheimischen Arbeiter freizuhalten. Freilich konnte er trotz
em das immer stärker werdende Abströmen polnischer Arbeiter nicht
ern.

ndes waren die polnischen Führer zu der Einsicht gelangt, daß es nicht
gt, nur die Wanderarbeiter zu organisieren, sondern daß auch die an-
gen Arbeiter in einer Organisation vereinigt werden müssen. Unter der
ektion des Bischofs gründete nun der Posener Probst Stychel einen
tholischen Arbeiterverein für die Erzdiözese Gnesen und Posen".
stverständlich hatte auch hier die Geistlichkeit völlig die Oberhand, doch
in diesen Vereinen immerhin den Arbeitern schon etwas mehr Be-
ngsfreiheit. Neben der Schaffung von Vereinsbibliotheken war hier das
ergewicht auf belehrende Vorträge gelegt, von denen nicht zu wenige
„die Irrtümer und Mängel der Sozialdemokratie" gerichtet waren.
diese Vereine entsprachen noch nicht dem Ideal Stablewskis. Doch der
ue Politiker auf dem Posen-Gnesener Erzbischofstuhl wußte Rat.

901 erschien im „Pozewodnik Katolicki", dem kirchlichen Organ des Erz-
ofs, ein Aufruf, in dem die Notwendigkeit betont wurde, Arbeiter-
vereine nach dem Vorbild der deutschen Gewerkschaften zu gründen. In
Aufruf hieß es unter anderem:

Diese für unsere Volksgesundheit neue soziale Aktion ist unter unseren
ältnissen durchaus notwendig. Sollte jedoch jemand den Einwurf machen,
unsere Arbeiter die Bedeutung der Gewerkvereine noch nicht erfaßt haben,
möge er daran denken, daß so viele hundert polnische Arbeiter schon zu
sozialdemokratischen Gewerkschaften gehören."

Im Juni 1902 wurde dann in Posen der Verein gegründet und von vorn-
n beschlossen, daß er Hand in Hand mit seinen beiden Vorläufern zu
n habe. Der St. Isidor-Verein sollte die Wanderarbeiter organisieren,
Katholische Arbeiterverein die Landarbeiter und der Gewerkschaftsverband
gewerblichen Arbeiter; sein Schwergewicht sollte letzterer hauptsächlich auf
Gewinnung von Bauarbeitern legen. Den veränderten Verhältnissen Rech-
g tragend, gestaltete man auch die Leitung des „Berufsverbandes" ein klein
g demokratischer. Während in den Arbeitervereinen eine durchweg geist-
Leitung bestand, war sie hier auf Arbeiter und Kaufleute übertragen.
dem Berufsverband wird der Vorstand ebenso wie in den freien Gewerk-
ten in der jährlich stattfindenden Generalversammlung durch geheime
mabgabe gewählt. Am Schlusse des Gründungsjahres 1902 zählte der
and bereits 700 bis 800 Mitglieder, fast sämtlich in der Stadt Posen.
Ehe wir jedoch an eine Betrachtung der Statuten und Stärkeverhältnisse
s „Polski Zwiazek Zawodowy" gehen, ist es nötig, daß wir auch
Entwicklungsgeschichte der beiden anderen polnischen Arbeiterverbände
eren.

Die größte polnische Arbeitervereinigung ist da emporgeblüht, wo natürlichsten Vorbedingungen zu ihrem Gedeihen vorhanden waren. In Rh land-Westfalen leben jetzt rund 200000 polnische Arbeiter, von denen 51 zent aus Posen und Westpreußen stammen, 24 Prozent aus Ostpreu 9 Prozent aus Oberschlesien; in Rheinland-Westfalen geboren sind 16 Pr (zweite Generation). Bereits im Jahre 1890, als die polnischen Arbeiter erst 20000 bis 30000 zählten, merkten die Kapläne, daß, sollten die P nicht in den freien Verbänden aufgehen, die Gründung eines natio polnischen Vereins eine Notwendigkeit sei. Die zuständige geistliche Behö der Bischof von Paderborn, ließ sofort aus Westpreußen einen jun energischen Pfarrer Lis nach Bochum kommen, und dieser gründete dort polnische Arbeiterblatt „Wiarus polski". Unter der schlauen Taktik d Mannes wuchsen die katholischen Arbeitervereine bald wie Pilze aus Erde. Im ganzen Bezirk waren sie verbreitet und ihre gesamte Leitung zentrierte sich in der alleinigen Hand eben des radikalen Pfarrers Lis. nach wenigen Jahren wurde diesem nationalen Heißsporn das Hand gelegt. 1894, als die sogenannte Versöhnungsära der polnischen Fra unter Führung des Herrn v. Koszielski mit der preußischen Krone abbrach, anlaßte die preußische Regierung, daß die geistliche Behörde dem Pfarre Zügel anlegte. Der politische Teil des „Wiarus" sollte kassiert werden nur eine religiöse Beilage weiter bestehen bleiben. Der temperament Pfarrer war darüber äußerst erbittert, er verkaufte schleunigst hinter Rücken der geistlichen und weltlichen Behörden das Blatt an einen noch kaleren westpreußischen Agitator und kehrte selbst nach Westpreußen zu Aus dem „Wiarus" wurde nun ein der Regierung noch gefährlicheres natio polnisches Blatt, das gegen die Regierung wie den Bischof zu Felde zog

Die katholischen Arbeitervereine verloren nun bald ihre Zugkraft, und Politiker des „Wiarus" gründeten eine politische Wahlorganisation, die vollständiger Herrschaft des „Wiarus" stand. So hieß es unter anderem Programm: Beschlüsse usw., welche nicht im „Wiarus" veröffentlicht haben keine Gültigkeit. Etliche Jahre später entstand in Dortmund Bochumer Blatte ein Konkurrenzorgan, das beständig mit dem ersteren Fehde liegt.

Nachdem man also in Rheinland-Westfalen ebenso wie in Posen bei Versuchen erst im dunkeln herumgetappt hatte, wurde jener Verband gegrün welcher alle polnischen Industriearbeiter unter seine Fahnen sammeln soll: „Zjedwoczenia Zawodowego Polskiego" (Polnische Gewerkschaftsver gung), dessen Organ die monatlich einmal erscheinende „Zjedwoczenie" (einigung) ist. Anfänglich wuchs er sehr langsam, erst vor wenigen Ja gelang es ihm, festen Fuß unter den polnischen Industriearbeitern zu fassen, zwar auch in der Provinz Posen. Infolge dieser Grenzstreitigkeiten liegt er beständig mit dem Posener Verband in den Haaren. Auf die Kraft s Überlegenheit pochend, erklärte der Vorstand des westfälischen Vereins dem schwächeren Bruder in Posen:

„Die polnischen Gewerkvereine in Rheinland-Westfalen, die den Grun befolgen, daß die Organisation nicht um ihrer selbst willen, sondern für Arbeiter da sei, können das Feld ihrer Arbeit nicht beengen und werden bis nach Posen gehen. Andererseits steht es dem Polnischen Gewerksch verband frei, aus Posen nach Westfalen zu kommen und sogar in Bochum

gitieren, wenn er hierzu die Mittel hat und Mitglieder findet — was wir doch sehr bezweifeln."

Wenn sich auch der Westfälische Verband nicht so demokratisch gebärdet wie die Zentralverbände, so darf er doch dem Posener Verband gegenüber ehaupten, daß er nicht wie dieser eine direkte oder indirekte Pfaffengründung ist.

Zu diesen Verbänden hat sich seit kurzer Zeit noch ein dritter gesellt: der Wzajemna Pomoc" (Gegenseitige Hilfe), der im oberschlesischen Industrieezirk erscheint und sich auf diesen beschränkt.

Die Führer des Berufsverbandes in Posen sagen, daß es den Zentralerbänden wie auch den Christlichen nicht möglich gewesen wäre und auch in Zukunft niemals möglich sein würde, die polnischen Arbeitermassen zu organiieren, und daß aus diesem Grunde der Berufsverband hätte gegründet werden nüssen, schon um die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu schützen. Daß dies nicht zutrifft, ergibt sich schon daraus, daß in der Stadt Posen die Zentralverbände zirka 3000 Mitglieder zählen, während es der Berufsverband rotz seines sechsjährigen Bestehens noch nicht annähernd auf diese Zahl geracht hat. Beispielsweise sind die Maurer in Posen vollzählig organisiert, iber zu fünf Sechsteln im Zentralverband, dem zirka 1000 angehören, zu inem Sechstel bei den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen, während der Polnische Verband auch nicht einen einzigen zählt. Dabei stellt er in seinem Statut die Forderung auf:

„Dem polnischen Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, ihn in der Muttersprache aufzuklären und ihn vor dem Sozialismus und der Germanisierung zu schützen."

Das letztere ist ihm die Hauptsache. Die Machtbefugnisse des Vorstandes sind außerordentlich groß, die Rechte der Mitglieder sowie die Vorteile, die ihnen der Verein bietet, außerordentlich gering. So heißt es im § 1:

„Scheidet ein Mitglied aus dem Verband aus, so ist es verpflichtet dem Vorstand seinen Grund hierfür anzugeben. Beabsichtigt an irgend einem Orte jemand eine Agitationsversammlung abzuhalten oder eine neue Filiale zu gründen, so bedarf es dazu der Erlaubnis des Hauptvorstandes. Bleibt eine Filiale länger als drei Monate mit ihren an die Hauptkasse abzuführenden Beiträgen im Rückstand, so ist der Vorstand berechtigt, über dieselbe die Sperre zu verhängen; auch hat der Bevollmächtigte einer solchen Filiale kein Recht, in der Generalversammlung zu sprechen (S. 11 und 16 des Statuts). Über wichtige Vorlagen dürfen nur majorenne Mitglieder Beschlüsse herbeiführen."

Gegenüber diesen großen Machtvollkommenheiten des Vorstandes und den Pflichten der Mitglieder sind deren Rechte verschwindend gering. Betreffs der Streikunterstützungen heißt es im § 2:

„Erteilung von Unterstützung kann nur gewährt werden, sofern die jeweiligen Kassenverhältnisse es gestatten, und werden die Geldmittel nur in dem Maße gewährt, soweit dieselben durch die Mitglieder aufgebracht worden sind."

Aus diesem Grunde sieht es auch bei Streiks, die der Polnische Verband inszeniert, stets von vornherein hoffnungslos aus. Hat ein Mitglied das Unglück, infolge seiner agitatorischen Tätigkeit für den Verband arbeitslos zu werden, so kann ihm wohl, sofern es dem Verband mindestens ein halbes

Jahr angehört, für vier Wochen Unterstützung gewährt werden, aber zu eine erneuten Unterstützung hat es erst wieder ein Anrecht, nachdem es von neuen für 52 Wochen Beiträge geleistet hat, also nach Ablauf eines Jahres seit den letzten Unterstützungsfall. Die geringen zur Verfügung stehenden Mittel sin eine Folge der auffällig niedrigen Beiträge. Der Beitrag beträgt für diejenige Mitglieder, die infolge ihrer Entlohnung zur niedrigsten Klasse gehören 25 Pfennig und für die Mitglieder der höheren Klasse 35 Pfennig pro Woche dazu kommt noch ein monatlicher Zuschlag von 10 Pfennig. Also ungefäh die Hälfte dessen, was die freien Gewerkschaften erheben! Diese unzeitgemäß geringen Beitragssätze sind gewählt, um Mitglieder zu werben, denen di Frage des Wochenbeitrags das wichtigste an einer Organisation ist. Zu er wähnen ist noch, daß auch die Streikunterstützung nur an solche Mitgliede gewährt wird, welche bereits 26 Wochen dem Verband angehören. Auch di Lokalkassen dürfen nur 5 Prozent der eingenommenen Gelder für ihre Bedürf- nisse verwenden, die übrigen 95 Prozent sind jeden Monat an die Haupt- kasse abzusenden. Bedarf die Lokalkasse einmal einen höheren Betrag zu irgend einem Zwecke, so ist sie verpflichtet, an den Vorstand ein dahingehendes Gesuch zu richten.

An der Spitze des Verbandes steht der Vorstand, welcher unbesoldet ist; nur der Kassierer erhält eine Entschädigung. Die geschäftlichen Angelegenheiten werden aber durchweg von einem besoldeten Generalsekretär und einem diesem unterstellten Sekretär erledigt, welche ebenfalls Vorstandsmitglieder sein müssen — wenigstens der Generalsekretär — und von der Generalversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Das Organ des Vereins ist die bisher monatlich zweimal, jetzt wöchentlich erscheinende „Sila“ (Kraft).

Die Werbekraft dieses Posener „Polnischen Berufsverbandes“ wäre infolge seiner geringen wirtschaftlichen Vorteile gleich Null, wenn nicht die natio- nalen Hetzereien ihm Mitglieder zuschanzten, in Posen wie in Westpreußen und teilweise auch in Brandenburg. Die Mitgliederzahl dürfte annähernd 4000 betragen, offiziellerseits wird sie sogar auf 5000 angegeben. Auch will der Verband während der Dauer seines Bestehens rund 25700 Mark für Streiks ausgegeben haben. All diese Angaben sind, wie jeder Kenner der ob- waltenden Verhältnisse weiß, ungeheuer übertrieben. Auf wirtschaftlichem Gebiet leistet er sehr wenig, um so mehr aber auf politischem. So brachte die von ihm aufgestellte Liste bei der diesjährigen Posener Gewerbegerichts- wahl 2100 Stimmen auf, während die freien Gewerkschaften trotz ihrer immensen Überlegenheit an Mitgliedern nur 600 Stimmen auf ihrer Liste ver- einigten.

Die drei anderen in Posen vertretenen Arbeiterorganisationen betrachten den Polnischen Verband nur als Streikbrecherorganisation. Während der letzten Maurerausssperrung wurde auch der Verband von den Unternehmern protegiert; er schloß einen Vertrag ab, in dem er sich verpflichtete, keine neuen Forderungen zu stellen, und es gelang ihm, 85 zentralverbändlerisch organi- sierte Maurer in sein Lager hinüberzuziehen. Heute jedoch haben diese 85 ihm alle wieder den Rücken gekehrt und sind wieder im Zentralverband ver- einigt. Dieses will in der Zeit der nationalen Hetze schon etwas besagen. Trotzdem aber hat der Verband unter einzelnen gewerblichen Berufen in der Stadt Posen Erfolge zu verzeichnen. Das ergibt sich aus seinen Angaben über die dortigen Mitgliederverhältnisse, die als richtig angesehen werden

üssen. Zugleich gibt die Zusammenstellung auch ein ungefähres Bild der ge-
amten dortigen Organisationsverhältnisse:

	Polnischer Verband [1]		Zentral-verband	Christliche und Hirsch-Dunckersche	Am Ort beschäftigt
Hilfsarbeiter aller Berufe	1000	(—)	235	—	3200
Metallarbeiter	120	(100)	166	200	—
Sattler	30	(18)	18	—	50
Schuhmacher	280	(285)	22	100	2500
Schneider	30	(30)	172	50	650
Tischler	80	(35)	320	75	1000
Zimmerer	350	(45)	291	35	450

Trotzdem die Angaben des polnischen Verbandsvorsitzenden von denen der
entralverbändler teilweise erheblich abweichen, dürften doch diejenigen des
olnischen Führers als sicher anzusehen sein, mit Ausnahme der Zahl
ir die Zimmerer, welche stark übertrieben ist. Nur die Maurer haben
s verstanden, ihre Mitglieder vollständig von der nationalen Verbrüde-
ung fernzuhalten. Doch eines leuchtet bei allen Posener Verbänden durch:
aß die Arbeiter wohl in den Zentralverbänden ihren wirtschaftlichen Vorteil
ichen, innerlich aber zu den nationalen Gegnern gehören. Das hat der Aus-
ill der letzten Gewerbegerichtswahlen schlagend bewiesen. Der geistige Terror,
er auf die polnischen Arbeiter ausgeübt wird, ist ungeheuer groß. Die pol-
ische Presse bezeichnet diejenigen polnischen Arbeiter, welche Mitglieder der
eien Verbände sind, als Verräter an der polnischen Sache. Wenn auch
er Verband nur imstande ist, urteilslose Elemente in seine Maschen hinein-
iziehen, so kann er in Zeiten, in denen die nationalen Wogen hochgehen, den
nderen Verbänden — und hier kommen nur die Zentralverbände in Be-
acht — erheblichen Schaden zufügen, indem er bei Streiks und Aussperrungen
ine Mitglieder gegen die frei organisierten ausspielt.

Der Westfälische Verband mag in dieser Beziehung nicht so gefahr-
rohend sein, einmal weil dieser, trotz seiner ungleich höheren Stärke, nicht
asselbe fanatische Feuer entfesseln kann, als dies in Posen und Westpreußen
- dem Mutterland — möglich ist, und zum anderen, weil dort festgefügte
egenorganisationen einen unübersteigbaren Wall für die nationalen Bestre-
ungen bilden. Der Westfälische Verband gibt seine Mitgliederzahl auf 45000
n; auf 35000 wird er geschätzt werden dürfen. Der Oberschlesische Verband
ürfte annähernd 10000 Mitglieder besitzen.

Obwohl also die drei Verbände zusammen über 50000 Mitglieder zählen,
nd sie zurzeit im allgemeinen der deutschen Gewerkschaftsbewegung un-
efährlich. Diese 50000 verteilen sich auf alle gewerblichen und industriellen
erufe. Einzig und allein auf den nationalen Instinkt gestützt, würden sie
erbersten, wenn nicht die Regierung mit ihrer famosen Polengesetzgebung ihre
rbeit besorgte.

Doch ein anderes Moment wird die Augen der freigewerkschaftlichen In-
anzen auf diese Verbände führen und sie zwingen, ihnen mehr als bisher
r Augenmerk zu leihen. Seit einiger Zeit sind nämlich Bestrebungen im
ange, welche darauf hinauslaufen, alle drei Verbände zu einem Ge-
amtverband zu verschmelzen. Vorläufig hat es mit der Verwirklichung
ieses Planes noch gute Wege, doch wie die Dinge liegen, drängen die Ver-

[1] Die in Klammern () gesetzten Ziffern sind die vom Zentralverband angegebenen, die
iffern der ersten Reihe die vom Polnischen Verband angegebenen.

hältnisse mit Naturnotwendigkeit zu einem solchen Zusammenschluß, und e
muß über kurz oder lang doch kommen. Dann aber ist die Schlagfähigke
der jetzt einzeln dahinvegetierenden Verbände mit einem Male vergrößer
Dadurch erhält vor allen Dingen der jetzt mittellose Posener Verband Mitt
zu wirtschaftlichen Kämpfen, und er wird in die Lage versetzt, dieselben Vor
teile zu bieten, als es die Zentralverbände tun. Das aber bedeutet für diese
deren Idealismus in den ostmärkischen Zahlstellen recht gering ist, eine gan
empfindliche Schwächung, wenn nicht die völlige Vernichtung. Agitations
fähigkeit und Schlagkraft, welche jetzt bei dem Polnischen Berufsverband nu
eine sehr untergeordnete Stellung innehaben, würden dann sofort gewalti
gesteigert werden, und das wäre im Interesse einer einheitlichen deutsche
Arbeiterbewegung sehr zu bedauern; am allermeisten aber für die prole
tarische Bewegung in der Ostmark. Deshalb ist auch der Posener Ver
band trotz seiner kleinen Mitgliederzahl der gefährlichste. Das haben die pol
nischen Führer längst erkannt, und nicht nur das Trachten der Posener Ver
bandsleitung läuft auf diesen Punkt hinaus, sondern auch andere, der Arbeiter
bewegung innerlich fernstehende Männer, die aber eine große, disziplinierte
Arbeitermasse für ihre politischen und kirchlichen Zwecke gut gebrauche
können, stehen hinter diesem Projekt und arbeiten an der Verwirklichung des
selben. Wenn auch die Gefahr noch nicht in unmittelbare Nähe gerückt ist
sondern sicher noch einige Jahre vergehen werden, so wird es für unsere Or
ganisation doch wichtig sein, dieser Entwicklung mehr als bisher ihre Auf
merksamkeit zuzuwenden.

Katholische Jugendorganisationen.

Während in der Partei die Frage der Jugendorganisation noch der Klärun
harrt, während in Wort und Schrift mehr oder minder heftig über die Form de
Jugendorganisation debattiert wird, ist die katholische Kirche schon seit langer Ze
tätig gewesen und hat ein ausgedehntes Netz von Jugendvereinen geschaffen. Eine
lehrreichen Überblick über die katholischen Jugendorganisationen gibt ein Buch, da
der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Augu
Pieper,[1] vor kurzem herausgab.

Selbstverständlich sind es in erster Linie die Interessen der Kirche, um deren
willen die katholischen Jugendorganisationen geschaffen wurden — Pieper nennt die
„Die Ausbildung des Charakters der Jugend". Unsere Jugendorganisationen, s
schwach sie auch noch sind, flößen ihm offenbar große Furcht ein, denn gar hefti
wettert er gegen sie, die nur dazu da seien, um „schon früh das zu unter
graben, was christliche Familie und Schule an religiös-sittlicher un
staatsbürgerlicher Erziehung aufgebaut haben".

Dabei muß er zugeben, daß sich die Lage der jugendlichen Arbeiter immer meh
verschlechtert hat, so daß jetzt die ärgsten Mißstände herrschen. Aber trotzdem kling
aus seinen Ausführungen deutlich das Bedauern heraus, daß der jugendliche Ar
beiter wie der Lehrling nicht mehr unbedingt der früheren strenge Zucht de
Meisters unterworfen sind und selbst auf dem Lande das „freie Arbeitsverhältni
zu freiheitlicher Anschauung" geführt hat.

[1] Dr. August Pieper, Jugendfürsorge und Jugendvereine. Unter Mitwirkung vo
Vereinspräsides herausgegeben. Soziale Tagesfragen. Zwanglose Hefte, herausgegeben vo
Volksverein für das katholische Deutschland. 20. Heft. M.-Gladbach, Volksvereinverla
309 Seiten. 2 Mark, geb. 2,70 Mark.

Was können wir also tun, frägt er sorgenvoll, um unter den gegebenen Ver-
issen die Jugend der Kirche zu erhalten?

Sein Rezept ist recht einfach. Er nimmt einige unserer sozialpolitischen Forde-
en, verwässert sie soviel als nur möglich und vermischt sie dann gründlich mit
viel Religion. So will er zwar die obligatorische Fortbildungsschule,
mit Religionsunterricht. Auch die Forderung von Handelsinspektoren,
männischen Fach- und Fortbildungsschulen, Kampf gegen die Lehrlingszüchterei
dergleichen dient nur zur Verbrämung des ihm wichtigsten Wunsches: durch
Jugendvereinigungen dahin zu wirken, daß die Innungen und Handwerks-
nern den Lehrlingen für ihr Leben außerhalb der Werkstätte „sittliche
schriften" machen sollen, wozu selbstverständlich gehört, sie zur Teilnahme an
olischen Jugend- oder Lehrlingsvereinen durch den Lehrvertrag zu verpflichten.
Über das Schlafstellenunwesen, den Mangel an Luft und Sauberkeit, unter dem
Jugendlichen, und am meisten die in Kost und Logis befindlichen Lehrlinge zu
n haben, geht Pieper rasch hinweg. Nur eine Wohnungsinspektion, meint er,
e hier helfen; zuerst müßten aber neue Wohngelegenheiten geschaffen werden,
das Verbot gesundheitsschädlicher Schlafstellen würde erfahrungsgemäß einen
zen Mangel an Schlafstellen überhaupt hervorrufen. Welche Fürsorge für
— Meister!

Weit ausführlicher verbreitet er sich darüber, daß den Jugendlichen der Besuch
Lustbarkeiten und Schankstätten nicht streng genug verboten sei, ferner über
Errichtung von Pfennigsparkassen, die Auslöhnung der Jugendlichen unter der
trolle der Eltern, die Errichtung von Jugendhospizen durch die Gemeinden,
ammenarbeit der Jugendvereine mit den charitativen Vereinen und dergleichen.

Trotz dieses gewiß doch Gott wie den Unternehmern wohlgefälligen Programms
er aber darüber klagen, daß „seitens des Arbeitgebers nur wenig auf dem
iet der Jugendfürsorge geschehen sei und auch in Zukunft kaum ein bedeutender
schritt zu erwarten sei". Und die Frage: „Wo Jugendvereine Unterstützung suchen
n?" beantwortet er dahin, daß die Kirche ihren Geist zu geben habe, die Mittel
von Staat, Gemeinde und Kreis, von „gemeinnützig gesinnten Privaten",
Stiftungen, von den Handwerkerinnungen und von kaufmännischen Vereinigungen.
empfiehlt sich, bei passenden Gelegenheiten Regierungsbeamte, Bürgermeister,
dtverordnete und Kreistagsabgeordnete zum Besuch der Veranstaltungen einzu-
n. . . . Man möge auch auf den Ministerialerlaß hinweisen, der die Unter-
ung der konfessionellen Jugendvereine empfiehlt und betonen, daß man voraus-
, auch die evangelischen Jugendvereine würden paritätisch ebenfalls unterstützt."

Dieser Ministerialerlaß, den Pieper vollinhaltlich abdruckt, ist natürlich ein
ußischer. Er wurde im November 1901 an die Regierungspräsidenten ge-
tet, welche die Gemeinden darauf aufmerksam machen sollten, daß die konfes-
nellen Jünglings-, Lehrlings- und Gesellenvereine „zu stützen und zu stärken sind,
nfalls aber alles zu vermeiden, was ihre Weiterentwicklung beeinträchtigen
nte. Häufig wird zum Beispiel durch eine sachgemäße Einwirkung auf Gemeinde-
Schulbehörden die Bereitstellung geeigneter Versammlungsräume, oft auch
en unentgeltliche Reinigung, Heizung und Beleuchtung zu erreichen sein."

Während das neue Vereinsgesetz unsere Organisation der Jugendlichen zu unter-
cken und zu vernichten sucht, fordert dieser Ministerialerlaß alle von der Re-
ung abhängigen Elemente auf, konfessionelle Organisationen zu unterstützen
zu fördern. Wieder einmal das berühmte zweierlei Maß!

Daher nimmt Pieper für die Unterstützung der Jugendvereinigungen die Volks-
ule voll in Anspruch; diese soll namentlich im letzten Schuljahr auf die Organi-
onen hinweisen und Mitglieder für sie zu werben suchen.

Die Kirche aber habe für geeignete Jugendbildner und Jugendführer zu
gen, die nötigen Geldmittel, Vereinslokale, Bibliotheken usw. zu beschaffen.

In größeren Städten sollen besondere Geistliche die Jugendlichen aufsuchen; der
eeinsleiter muß sich um das Privatleben seiner Vereinsmitglieder kümmern. Für

die vom Lande Abwandernden, sowie für die Zuwandernden muß eine beso
Beaufsichtigung geschaffen werden.

Um die Vereinsleiter über ihre speziellen Aufgaben zu unterrichten, sollen f
entsprechende Bibliotheken geschaffen werden. Für die Verbindung mit den Behö
ist ein „Ausschuß aus Vertretern aller Stände" geplant — der wohl auch die Au
hat, etwaige Oppositionsgelüste der Jugendlichen gegen ihre Ausbeuter zu verhin

Eine Scheidung der Jugendvereine nach Berufen hält Pieper nicht für zweckm

Großen Wert legt er auf patriotische Erziehung. Auch auf die zum Mil
Einberufenen sollen die Jugendvereinigungen ihre Tätigkeit ausdehnen.
Einrichtung einer Militärsparkasse, die zugleich als Mittel dienen soll, ältere
glieder dem Verein zu erhalten, soll dem Soldaten ein regelmäßiger Beitrag wäh
seiner Dienstzeit vom Verein zugehen. Auch das Vereinsorgan und ein „Weihna
paketchen" sollen den Fernen liebevoll an seinen Verein zu Hause erinnern.

Über die innere Organisation der Jugendvereinigungen sch
G. Heßdörffer, M.-Gladbach. Er empfiehlt, den Jugendlichen selbst soviel
möglich Mitarbeit und Betätigung zu überlassen. Die Mitglieder wä
ihren Vorstand selbst, ja der Vereinspräses ist direkt auf die eifrige Mitarbeit se
Vorstandes angewiesen, um mit Kleinarbeit nicht überlastet zu werden.

Wirtshäuser sind als Vereinslokale zu vermeiden, damit
Alkohol konsumiert werden kann. Die sozialistischen Jugendorga
sationen werden als nachahmenswertes Beispiel aufgeführt, da bei i
während des Vortrags und der Diskussion überhaupt nicht getrunken wird.

Wie die Jugendorganisationen die Jugendlichen bevormunden und zu
spruchslosen Arbeitssklaven erziehen sollen, zeigt sich am stärksten in dem Ka
„Jugendfürsorge und Jugendvereine auf dem Lande". Präses M
Dormagen a. Rhein, jammert hier lang und breit über die Vergnügungssucht
Landjugend, die dadurch begehrlich werde. „War doch die Landbevölkerung
heute Stütze der Kirche und Rückgrat des Staates." Und deshalb soll auch
dem Lande eifrigst durch Kirche und Behörden für konfessionelle Organisa
der Jugend gesorgt werden.

So zieht sich über das ganze Reich ein immer dichter werdendes Netz
konfessioneller Jugendorganisationen. Gegründet wurden die ersten in den achtz
und neunziger Jahren. Gesellenvereine bestanden bereits seit 1849 zu Köln. In
neunziger Jahren, mit dem Auftreten der freien Gewerkschaften, wurden mit
der Kirche auch die katholischen „Standesvereine" zur Welt gebracht.

Die Statistik der konfessionellen Jugendorganisationen, we
Pieper mitteilt, zeigt, daß schon eine kleine Armee organisiert ist — ehe un
Partei sich auch nur schlüssig wurde, ob und wie die Jugend organisiert wer
soll. Nach Pieper bestehen:

a. 1100 katholische Jünglingsvereinigungen mit 150000 Mitglied
durchweg im Alter von 14 bis 18 Jahren; darunter befinden sich 130 Lehrlin
vereine, 23 Vereine für jugendliche Arbeiter und 605 Jünglingskongregationen
Sodalitäten; b. 1100 katholische Gesellenvereine mit 329 Gesellenhospizen
80000 aktiven unverheirateten Mitgliedern im Alter von 18 bis zirka 22 Jahren; c.
katholische kaufmännische Vereinigungen mit 13000 Mitgliedern, meist jun
Kaufleuten. Angeschlossen sind 15 kaufmännische Lehrlingsvereine mit 945 Mitglied

Die Gesamtheit der katholischen Jugendvereine beträgt demnach et
2000 Vereine mit 240000 Mitgliedern!

Der Wunsch einer engeren Verbindung der verschiedenen Vereine untereinan
hat im Jahre 1907 zu einem „Verband der katholischen Jugendverei
gungen Deutschlands" geführt. Diesem Verband gehören sowohl die Gesell
und Arbeitervereine wie die Jugendvereinigungen an, in der sehr richtigen
kenntnis, daß die letzteren als „Vorstufen der Standesvereine der Erwachsenen"
betrachten sind. Außerdem bestehen noch rein kirchliche Bruderschaften, de
Mitglieder zum Teil, manchmal auch ausschließlich Jugendliche sind.

Evangelische Jünglingsvereine bestehen in Deutschland mehr als 2000
100000 Mitgliedern.

Die Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbündnisse
tschlands hat eine Gesamtmitgliederzahl von 114781 Jünglingen und jungen
nern, 34 freigestellte Verbandssekretäre und 120 freigestellte Vereinssekretäre.

Konfessionslose, sogenannte humanitäre Jugendvereinigungen bestehen mancherorts,
mmeltes Material liegt nicht vor, auch tragen sie keinen einheitlichen Charakter.

Erwähnt zu werden verdienen die von dem „Evangelischen Ostdeutschen
glingsbund“ in Berlin eingerichteten 3 Gesellenheime, bestehend aus je
r Wohnung von 5 bis 6 Zimmern, die 12 bis 15 Betten enthalten, außerdem
Raum genug für Unterhaltung und Spiel. Es bestehen zum Beispiel 329
holische Gesellenhospize, aber nur 11 katholische Jünglingshospize
die nur in der „Pfaffengasse am Rhein“.

Leider können die „freien“ Jugendvereine auch nicht entfernt solche Zahlen
weisen wie die konfessionellen.

Nach dem Bericht des Sekretariats der Internationalen Verbindung der sozia-
ischen Jugendorganisationen im August 1907 zählte der süddeutsche „Verband
endlicher Arbeiter und Arbeiterinnen“ am 1. Juli 1907 730 Orts-
ppen mit zirka 4500 Mitgliedern, von denen, soweit dahingehende Fragen be-
vortet worden waren, 891 Mitglieder über 18 Jahre und 449 Mitglieder über
Jahre alt waren. Diese Organisation hat sich, wie bekannt, nach Inkrafttreten
neuen Vereinsgesetzes aufgelöst.

Die norddeutsche Vereinigung der freien Jugendorganisationen
utschlands hat in zirka 15 Vereinen zusammen 2300 Mitglieder, davon ent-
en auf Berlin allein 1300.

Selbst wenn angenommen werden darf, daß die Vereinigung der „Freien Jugend-
anisationen Deutschlands“ sich inzwischen vergrößert hat, so bleibt der Unter-
ed zwischen ihr und den konfessionellen Jugendvereinigungen immerhin ungeheuer
ß. So groß, daß es des ganzen Idealismus der Jugendlichen, vereint mit der
rbekraft der sozialistischen Ideen, bedarf, um in den nächsten Jahren einzuholen,
s so lange versäumt worden ist.

Der Organisation der jugendlichen Arbeiterinnen wurde von der Kirche
her noch keine Beachtung geschenkt, wenigstens finden sich in dem ausführlichen
che Piepers keine Angaben; nur flüchtig sind Dienstboten- und Arbeiterinnen-
eine erwähnt. Doch dürfen wir als gewiß annehmen, daß die Kirche, nachdem
sere Organisationen weibliche Mitglieder aufnehmen, ebenfalls in kurzer Zeit
suchen wird, weibliche Jugendorganisationen zu schaffen.

Der Eifer, mit dem die Kirche es sich angelegen sein läßt, die Jugend zu ge-
nen, zeigt uns, von welch großer Bedeutung die Organisierung der Jugendlichen
unsere Partei ist.

Mathilde Wurm.

Literarische Rundschau.

bian Society, **Parish Councils and Village Life.** Fabian Tract no 137, London.

Diese Broschüre bietet den Mitgliedern der englischen ländlichen Gemeinderäte
skunft über das, was sie zu leisten imstande sind, um die Lage der ländlichen
beiterbevölkerung zu heben und vor allem die Herrschaft der englischen Squires
r Junker zu brechen.

Bis in die letzte Zeit war die Herrschaft des englischen Junkers in einem
dlichen Kreise in allen Sachen der Gemeindeverwaltung fast ebenso groß, wie
des Besitzers eines Gutsbezirks in Ostelbien. Die ganze Verwaltung war in
Händen der Friedensrichter, und da sie sich aus den Gutsbesitzern rekrutierten,
war deren Macht fast unbeschränkt. Jetzt aber hat das Parlament an die Stelle
s Friedensrichters einen gewählten Gemeinderat gesetzt, und die in Rede stehende

Broschüre der Fabier hat den Zweck, den Mitgliedern dieser Körperschaften zeigen, was sie tun können. Die Fabier sehen die Sache sehr optimistisch an geben Beispiele von dem, was in einigen speziellen Fällen schon geleistet worden. Ich bin allerdings weniger optimistisch. Bis jetzt habe ich nur Fälle gesehen, die Wähler, statt ihre Rechte von dem Gutsbesitzer zu verlangen, ihn oder se Verwalter als Gemeinderat gewählt haben. Man muß bedenken, daß in vielen sol Fällen der Gutsbesitzer alle Grundstücke der Gemeinde besitzt und jedes ihrer Mitgli von ihm ökonomisch abhängt. Er kann seinen ökonomischen Druck auch in einer ausüben, die keine öffentliche Aufregung hervorruft. Was zu tun ist gegen sol ökonomischen Druck der mächtigen Gutsbesitzerklasse, darüber geben die Fabier k Auskunft. In solchen Gemeinden helfen keine papierenen Rechte. J. B. Ask

---

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf" bringt im Juliheft einen Aufsatz Karl Renners: **„Der St der Studenten"**. Die neuesten Vorgänge an den österreichischen Hochschulen, denen die Studenten Streikposten standen und auf einmal alle nationalen Gegens vergessen hatten, zeigen sehr drastisch die Umwandlung in der Lage der Studier Diese „geistigen Arbeiter" oder Intellektuellen, wie man sie immer bezeichnet, bil eine Klasse, die unter strenger Zunftverfassung mit genau geregelten Prüfun und strengen Kastenscheidungen steht. Dies verhindert das Aufkommen eines meinsamen Klassenempfindens: bei der Abwürgung der Volksschullehrer blieben Mittel- und Hochschulen teilnahmlos. Die Geschichte dieser Klasse begann, das kirchliche Monopol auf Wissenschaft beseitigt wurde und die Nationalspr an Stelle des Lateinischen trat. Die aus dem Kleinadel und dem Bürgert stammenden Studierten wurden Diener des Fürstentums und machten sich, nam lich die Juristen, als Fürstenknechte und Volksbedrücker verhaßt. Je mehr jed die staatlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse wuchsen, um so einflußreicher wu der Stand der Intellektuellen. Sie wurden nicht nur zu Ratgebern und Leit der Fürsten, sondern bekamen die geistige Führerschaft der ganzen Gesellschaft. brachten Sinn für Wissenschaft und Aufklärung, deren das Bürgertum im Kam brauchte, in das Bürgerhaus; der Student wurde der Liebling des Bürgerhau ja des Volkes, der Studierte die stärkste Autorität, die Wissenschaft der wirtsch liche Bundesgenosse der produzierenden Bürgerschaft. Im Kampfe gegen den solutismus steht der Student voran, der Held der Barrikade. Dann werden Intellektuellen die Begründer des liberalen Regimes; Juristen, Schulmänner, P fessoren, Volkswirte wälzen als Minister und Parlamentsmitglieder die Ges gebung um; Katheder und Kanzlei beherrschen durch ihre Sprache, ihren Ton, i Sitte die Gesellschaft. Der Intellektuelle herrscht kraft seiner sozialen Stellu das Kadettentum der Politik ist die Studentenschaft, der Studentenverein ist Sammelpunkt der künftigen großen Männer.

Wie ungleich ist die heutige Lage gegenüber jenem goldenen Zeitalter! Minister sind nicht mehr wissenschaftliche Leuchten, Professoren sind komische Figu in der Politik, die Studenten werden Lausbuben gescholten in einem Parlame wo nicht der Kathederton, sondern der ungeschlachte Ton des Lebens herrscht. Welt hat sich geändert, aber Professoren und Studenten wissen nichts davon. Ursache der Änderung liegt in der kapitalistischen Entwicklung, die alle Klassen ändert hat. Die Krise der siebziger Jahre hat das Kleinbürgertum zuerst in Gegens zum Großkapital (den Juden) gebracht. Die Studenten kamen in die Gefolgsch Schönerers, berauschten sich an deutschnationalen Kraftphrasen und blieben wirklichen praktischen Tätigkeit des Volkes, den Kooperationen und Hilfskassen Bauern und Kleinbürger, der Bildungskurse für Arbeiter, vollständig fremd. Baue und Kleinbürger in ihrem Kampf gegen das Großkapital brauchen die Wissensch nicht; die Massen der Intellektuellen sind ihnen nutzlose Esser, die Geld kosten, u

ihnen, die sie sich die produzierenden Klassen nennen, ernährt werden müssen, also zu gehorchen haben. Die Intelligenz ist ja billig geworden und durch Annonce leicht zu haben. Nicht besser stehen die Intellektuellen in ihrem Ver= is zum Großkapital. Sie sind im großkapitalistischen und modernen staatlichen ebe nur untergeordnete Beamte, die massenhaft zu haben sind und immer in geordneten Stellungen bleiben. Für die höheren Ränge ist nicht Wissenschaft, rn Vertrauen nötig; die leitenden Stellen fallen Personen zu, die durch Ver= n, Familienbeziehung oder politische Gesinnung zuverlässig sind und dazu ssend sein dürfen, weil ihnen Leute von Talent als untergeordnete Beamte geben werden. Die geistige Arbeit wird subalternisiert, dem Kapital und dessen turen untergeordnet. Die alte Herrscherrolle ist verschwunden; die Intellektuellen den sogenannten produzierenden Ständen, das heißt denen, die Arbeiter für produzieren lassen können, unterworfen. Damit kommen sie immer mehr in lbe Verhältnis wie die anderen Arbeiter. Diese Umwälzung erklärt die Haltung Parteien den Studenten gegenüber; erklärt wie Bauern und Feudale über iheit der Wissenschaft" spotten und Gehorsam von den Studenten fordern. de solche Vorkommnisse dürften aber die geistigen Arbeiter früher als anderswo ihre wirkliche Stellung aufklären.

H. Walechi gibt und bespricht **„Das neue Programm der P. P. S."** Die sion des Pariser Programms, das als Ziel setzte, mittels des bewaffneten Auf= es einen nationalen polnischen Staat zu gründen, war durch den Ausbruch ussischen Revolution notwendig geworden, und wurde unter Abspaltung einer ppe, die sich die „revolutionäre" nennt, durchgeführt. Seit dem Untergang der Organisation der achtiger Jahre, die bei der Propaganda für den Sozialismus onkreten politischen Fragen übersah, standen sich in den neunziger Jahren zwei assungen einander gegenüber. Die eine (die die Sozialdemokratie Polens und ens verkörpert) besagte, daß die bestehenden Staaten sich vor allem zentrali= n müssen, ohne Rücksicht auf die nationalen Unterschiede der sie bewohnenden er, und betrachtete die Zugehörigkeit Polens zu Rußland als die Hauptsache er Gestaltung des Programms. Die andere (die Auffassung der P. P. S.) ging dem Satz aus, daß die modernen Staaten einheitliche Staaten sind oder sein en, und stellte also voran, daß das polnische Gebiet sich national, geschichtlich sozial anders gestaltet. Das neue Programm der P. P. S. ist ein Versuch zur hese. Es führt zuerst aus, wie die alten Unabhängigkeitskämpfe gescheitert wie dann die kapitalistische Klasse Schutz bei der unterdrückenden Staatsgewalt und sich mit ihr aussöhnt, und wie dagegen das Proletariat als die am en unterdrückte Klasse die Führerschaft im Kampf um die politische Freiheit nmt. Der rückständige russische Absolutismus ist das schwerste Hindernis im pf um Freiheit und Demokratie; ist dieser einmal gestürzt, so tritt notwendig Dezentralisation und weitgehende Autonomie der einzelnen Nationen ein, entlich bei Polen, das ein selbständiges wirtschaftliches Ganzes bildet. Die ei kämpft also mit dem sozialistischen Proletariat aller Völker Rußlands zu= nen: für Umgestaltung Rußlands in eine demokratische Republik, für Aufhebung bureaukratischen Zentralismus, Dezentralisation der Staatsordnung und der waltung, für breite Autonomie Polens, gestützt auf einen gesetzgebenden Land= unter Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten, die nicht in auto= en Gebieten abgesondert sind. Dieses Programm kann als ein Schritt zur Ein= mit der Sozialdemokratischen Partei betrachtet werden.

„Das Problem der Geschäftsordnung" wird von Fritz Austerlitz behandelt. heinend ist das Reglement, das das Parlament sich gibt, eine gleichgültige re Angelegenheit desselben. In Österreich aber steckt darin die Frage der ruktion. Die Obstruktion darf nicht unmöglich gemacht werden; daß durch ruktion die ganze gesetzgebende Maschine zum Stillstand kommt, wird nicht leicht eren, da keine Partei frivol ein Mittel anwenden wird, das das ganze Parla= in Frage stellt. Für Österreich ist die Möglichkeit der Obstruktion nötig, weil

es anders als andere Länder ist. In England zum Beispiel ist dieses Mittel n
nötig; die Mehrheit entscheidet und die Minderheit fügt sich schon deshalb, wei
morgen Mehrheit wird. Die theoretisch schrankenlose Herrschaft der Mehrheit w
durch die Vergänglichkeit ihrer Herrschaft reguliert. In Österreich liegt die S
ganz anders. Dort stehen eine Anzahl Nationen einander gegenüber, deren k
für sich eine Majorität bildet, deren jede sich dagegen mit allen Mitteln einer Ü
gewaltigung seitens der anderen widersetzt. Kein Wechsel also von regierer
Majorität und nichtregierender Minderheit, sondern alle sind Minderheiten, währ
die Regierung unabhängig ist. Die Regierung kann durch ihre Verwaltung schädi
und nutzen; daß eine Nation dabei nicht an Gunst zu kurz kommt, kann sie
nur dadurch sichern, daß sie die Waffe der Obstruktion bereit hält. Deshalb k
keine Nation auf die Obstruktion verzichten, die hier die einzige regulierende K
zwischen Mehrheit und Minderheit ist. Die Sozialdemokratie als Partei der ewi
Minderheit — denn wird sie Mehrheit, dann hört zugleich der moderne Par
mentarismus auf — hat auch großes Interesse an der Möglichkeit der Obstrukt
Damit kann sie sich nötigenfalls Respekt erwirken, so daß die schlimmste Vergew
tigung des Proletariats nicht bloß durch Furcht vor der Revolution, sondern a
durch Furcht vor unserer Obstruktion eingedämmt wird. Wir dürfen uns am al
wenigsten um die parlamentarische Ordnung kümmern; ein Parlament, dem der S
für Ordnung in Ordnungsmeierei entartet, wie zum Beispiel der deutsche Reichst
ist ein innerlich ebenso krankes Parlament, wie ein durch Obstruktion verwüste

Über **„Das dynamische Flugproblem“** schreibt Ingenieur A. Bn. Der Gebra
von Ballons kann nur ein Übergang sein, da sie bei dem Vorteil der Hebung
Nachteil der geringen Eigengeschwindigkeit (15 Meter pro Sekunde) haben. Die Z
kunft gehört den Maschinen, die schwerer als Luft sind. Hier muß die theoreti
Grundlage zuerst hervorgehoben werden, da die meisten Erfinder sich mit g
gleichgültigen Sachen abquälen, kleine Änderungen in Gestalt und Anordnung
Teile, die unwesentlich sind. Der Ingenieur Budau hat in seinem Werke „
mechanischen Grundgesetze der Flugtechnik“ bewiesen, daß die Arbeit, die pro Seku
zu leisten ist, dem halben Gewichte des Körpers, multipliziert mit der Endf
geschwindigkeit desselben im lufterfüllten Raum gleich ist; ob die Tragflächen da
Drachen, Schwingen oder Schraubenflächen sind, ist gleichgültig. Es ist also
allem die Frage des leichten Motors, und alle Erfolge der Erfinder sind Erfo
der Leichtmotoren (Explosionsmotoren). Von den verschiedenen Systemen dürf
die Schwingenflieger am wenigsten versprechen; sie sind dem Vogelflug nachgeah
aber unsere Technik beruht auf kontinuierlichen Kreisbewegungen, die die Na
nicht kennt. Am meisten waren bisher die Drachenflieger erfolgreich. Der Antr
ist der Luftdruck gegen eine schiefe Fläche, die durch einen Motor vorwärts
trieben wird; die Maschine muß also zuerst auf flachem Boden einen Anlauf nehm
und ist der Gefahr des Umkippens bei Flankenwind ausgesetzt. Praktisch hat
diese Methode, nach vielen Vorgängern (Maxim, Kreß, Langley) bewährt in
Flugmaschine von Henri Farman, die am 30. Dezember 1907 zu Issy bei Pa
einen Kilometer in geschlossener Flugbahn ohne Berührung des Bodens zurückleg
die Tragfläche war 52 Quadratmeter, das Gewicht bis 400 Kilo, der Motor ha
50 Pferdekräfte. Den dritten Typus stellen die Schraubenflieger dar; es s
Schrauben hergestellt worden, die durch ihre rasche Drehung 20 Kilo pro Pfer
kraft hoben, während die Motoren selbst nur 5 Kilo pro Pferdekraft wiegen. D
direkte Hebung ist jedoch unpraktisch; wie zur Hebung fester Körper die schi
Ebene benutzt wird, so verringert sich die Arbeit zur Hebung in der Luft du
die schiefe Tragfläche. Der vierte Typus, der auf Reaktion beruht, ähnlich wie e
Rakete durch ausströmende Gase emporgetrieben wird, ist noch wenig versucht word
aber man darf die Prophezeiung wagen: die durch ausströmende Preßluft betr
benen Reaktionsflieger werden die dynamischen Flugschiffe der nächsten Zukunft se

---

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 46 Ausgegeben am 14. August 1908 26. Jahrgang

Vorzeitige Hast.

☍ Berlin, 8. August 1908.

Der schwere Unfall, der den Grafen Zeppelin betroffen hat, im Augen-
ick, wo er seinen höchsten Erfolg erreicht zu haben glaubte, ergreift menschlich
f, zumal da die Persönlichkeit des genialen Erfinders im höchsten Grade
mpathisch ist und die Art, wie er sich hat durchkämpfen müssen, wie er in
emals ermattender Zähigkeit sein Ziel verfolgt hat, ihm die Herzen aller
wendet, die zu würdigen wissen, was es bedeutet, im Dienste einer großen
ache den dumpfen Widerstand der Welt zu besiegen.

Graf Zeppelin hat denn auch sofort in der dunklen Stunde, wo ihn der
litz aus heiteren Höhen traf, den Vorschlag einer Nationalspende abgelehnt,
ıd man braucht nicht mit ihm darüber zu rechten, daß er schließlich seinen
inspruch aufgegeben hat. Deshalb bleibt seine erste Regung so begreiflich
ıd natürlich, wie namentlich auch richtig. So hat sich die Arbeiterpresse auf
nselben Standpunkt gestellt und wird sich in ihrer ablehnenden Haltung
cht beirren lassen, am wenigsten durch das herkömmliche Zetern darüber, daß
auch in dieser nationalen Sache ihren unpatriotischen Weg gehen müsse.

Sie hätte gewiß nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn auf die erste
unde von dem Unfall des Grafen Zeppelin die zahlreichen Millionäre, die
ismarck nach seinem eigenen Geständnis durch eine das Proletariat aus-
ıwernde Politik heranzüchten wollte und auch herangezüchtet hat, in die
aschen gegriffen und ein halb Dutzend Millionen auf den Tisch geworfen
itte, womit der Schaden drei- oder vierfach ersetzt worden wäre. Man hätte
ınn sagen können: Na, da haben sich die Prozentpatrioten doch einmal nicht
ımpen lassen. Aber so weit langte es natürlich bei ihnen nicht. Genau so
ie bei der Überwälzung der Steuern auf die Schultern der arbeitenden Klassen
ll es auch bei der Nationalspende hergehen, unter der ebenso dummen wie
emagogischen Begründung, daß zu einer wirklichen Nationalspende auch die

Armen und Ärmsten ihr Scherflein beisteuern müßten. Einzig und allein f
diesen hehren Zweck, und gewiß mit blutendem Herzen, haben sich die wirklich
Millionäre eine staatsmännische Reserve in der Höhe ihrer Zeichnungen auferle

Um ein paar Beispiele anzuführen, so haben die Kruppschen Erben, d
über ein jährliches Einkommen von 25 Millionen Mark verfügen, gera
100000 Mark gezeichnet, und die Vossischen Erben, die Besitzer der Tan
Voß, deren Kuppelannoncen allein ihnen jährlich ein fürstliches Einkomm
sichern, haben sich gar nur zu 1000 Mark aufgeschwungen. Man steht m
Tränen der Rührung vor dieser patriotischen Entsagung, die lieber den u
verdienten Ruf der Schäbigkeit auf sich nimmt, ehe sie den Armen und Ärmst
die Möglichkeit raubt, sich als opferlustige Stützen von Gesellschaft und Sta
zu bewähren.

Es ist immerhin etwas viel verlangt, daß die Arbeiter auf diesen Humbu
hineinfallen sollen. Die älteren von ihnen haben auch noch in gutem Gedächtni
wie es bei der Nationalspende für den braven Bismarck herging, zu desse
siebzigstem Geburtstag. Die Vertrauten des Genialen regten dazumal d
großen Börsenwölfe an, einen klingenden „Nationaldank“ zu sammeln und si
selbst mit beträchtlichen Summen an die Spitze der Liste zu setzen. Die
Biedermänner fügten sich mit saurer Miene, aber sie nahmen ihre Revanch
indem sie zur Bedingung machten, daß die gesammelten Gelder nur für eine
gemeinnützigen Zweck verwandt werden dürften. Das wurde denn auch i
dem Aufruf zur allgemeinen Schnorrerei feierlich versprochen. So ging de
Bettelsack ins Land, und in unzähligen Fabriken wurden den Arbeitern di
Pfennige für den „nationalen Zweck“ abgepreßt. Auf diese Weise kamen ei
paar Millionen zusammen, aber nunmehr legte Bismarck seine Tatze auf di
größere Hälfte der Summe und ließ dafür ein großes Gut ankaufen, das seine
Ahnen bei ihrem „standesmäßigen“ Leben aus den Händen geglitten wa
Man müßte sich eigentlich die Augen aus dem Kopfe schämen, meinten selb
die erprobtesten Hurrapatrioten, als sie über diesen Stock springen sollten
aber natürlich sprangen sie doch. Und es war auch recht gut, daß sie sic
die Augen nicht aus dem Kopfe geschämt hatten, denn sie brauchten sie als
bald höchst notwendig, um sie vor sprachlosem Entsetzen aufzureißen, als Bis
marck, um zu den anderthalb Millionen Mark, die das Gut gekostet hatte
noch ein paar Mark an der Gebäudesteuer zu lukrieren, das prachtvoll
Herrenhaus dieses Gutes als „Speicher“ deklarierte. Übrigens haben di
Bismarckschen Erben sich an der Nationalspende für den Grafen Zeppelin
mit 1000 Mark beteiligt, was den Alten noch im Grabe bekümmern wird
obgleich es nur der fünfhundertste Teil der Summe ist, die er als „National
spende“ an sich zu raffen wußte.

Nun geben wir bereitwillig zu, daß bei der neuesten Nationalspende gan
so traurige Erfahrungen nicht gemacht werden können; es hieße den Grafen
Zeppelin beleidigen, wenn man erst versichern wollte, daß er bismärckischen
Gaunertricks völlig unfähig ist. Aber die sonstigen widerwärtigen Begleit
erscheinungen der damaligen Nationalspende werden auch diesmal wiederkehren
Wenn sie eine freiwillige Regung der Nation sein soll, weshalb wird denn

ein deutsches Reichskomitee unter dem Ehrenpräsidium des Kronprinzen
ergesetzt, das in einem Aufruf „für die Pflicht jedes vaterlandsliebenden
nnes“ erklärt, zur Nationalspende für Zeppelin beizutragen? Man könnte
„Vaterlandsliebe“, die erst unter dem Ehrenpräsidium des Kronprinzen
ihre „Pflicht“ erinnert werden muß, von der heiteren Seite nehmen, allein
Heiterkeit vergeht einem, wenn man sich erinnert, wie solche Aufrufe als
alische Foltern mißbraucht worden sind und auch mißbraucht werden können,
armen Teufeln ihre letzten paar Groschen aus der Tasche zu holen.

Wir haben alle Achtung vor dem Kronprinzen, und wir sind innig davon
hdrungen, daß Kaisersöhne von der gütigen Mutter Natur viel freigebiger
gestattet werden als gewöhnliche Menschenkinder; hat es uns eben doch
die Universität Straßburg eingeraunt, die einem Kaisersohn summa cum
le den Doktorhut aufgesetzt hat, obgleich er keine der Bürgschaften des
sens zu bieten wußte, die von simplen Staubgeborenen für diese freilich
as vergilbte Ehre verlangt werden. Jedoch auch das größte Genie ver-
nicht alle Gebiete menschlichen Könnens gleichmäßig zu beherrschen, und
ürfen wir wohl ohne jede Kränkung seiner sonstigen Qualitäten von dem
nprinzen sagen, daß er noch nicht die Gelegenheit gehabt hat, eine Autorität
Sachen der Luftschiffahrt zu werden, so daß keine sachlichen Gründe maß-
end gewesen sein können, ihm das Ehrenpräsidium in dem deutschen Reichs-
itee zu übertragen. Welche Gründe sonst dafür entschieden haben, das
tet sozusagen mit handgreiflichem Fingerzeig eine Berliner Postanstalt an,
in den Zeitungen ausposaunen läßt, sie habe unter ihren Beamten bei-
e hundert Mark gesammelt. Da blüht den armen Postbeamten eine an-
ehme Aussicht.

Am bezeichnendsten ist schließlich, daß alle Patrioten, die heute ihre Purzel-
me um die Nationalspende für den Grafen Zeppelin schlagen, nichts, aber
nichts für ihn übrig gehabt haben, als er noch mit den schwersten Sorgen
Widerständen zu kämpfen hatte. Ein Parteiblatt hat kürzlich einmal ge-
, wir sollten doch nicht gar so geringschätzig über den deutschen Adel denken;
e er seine Eulenburgs, so habe er auch seine Zeppelins, und dieses sozial-
okratische Urteil ist begierig von der reaktionären Presse nachgedruckt
den, nicht obgleich, sondern weil es vollkommen unrichtig ist. Die Tat-
e, daß eine moralisch und politisch verkommene Klasse noch einzelne tüchtige
selbst geniale Persönlichkeiten aus sich erzeugt, besagt an und für sich gar
ts; Hutten war im sechzehnten Jahrhundert so wenig der charakteristische
des Junkertums, wie es Graf Zeppelin im zwanzigsten Jahrhundert ist.
kommt darauf an, ob solche Persönlichkeiten mit den Waffen ihrer Klasse
pfen und in ihrem Kampfe ihre Klasse hinter sich haben. Graf Zeppelin
seinen Kampf aber nicht mit junkerlichen, sondern mit bürgerlichen Waffen
hrt; er verdankt seine Erfolge bürgerlichen Wissenschaften, das heißt solchen
senschaften, die ihren Ursprung der historischen Entwicklung der bürger-
n Klassen verdanken, und die Junker wollten von diesem Standesgenossen,
sich mit der bürgerlichen Rotüre so gemein machte, gar nichts wissen. Als
f Zeppelin seine große Fahrt unternahm und überall mit Böllerschüssen

und Glockenläuten empfangen wurde, äußerte die „Deutsche Tageszeitun
das Hauptorgan der junkerlichen Brotwucherer, unwirsch genug, man s
sich mit diesem Lärme nicht vor dem Ausland lächerlich machen, zumal
noch nicht aller Tage Abend sei, und bescheinigte sich dann am nächsten Ta
als die Nachricht von der Vernichtung des Ballons eintraf, den eige
Prophetenruhm.

Auch jetzt noch ist dies Mißfallen der Junker an Zeppelins Erfind
keineswegs verschwunden, wenn auch allerdings in hohem Grade beschwicht
Das eben genannte Blatt läßt auch darauf ein helles Streiflicht fallen. Geg
über dem Geschrei der liberalen Byzantiner von dem „genialen Blick“, wo
der Kaiser die Leistung des Grafen Zeppelin zu würdigen verstanden ha
macht es die kaustische Bemerkung, der Kaiser gehöre noch nicht gar zu la
zu den Bewunderern des alten Generals; er habe früher mit seinen Zweif
an den zukünftigen Erfolgen des genialen Luftschiffers nicht zurückgehalt
erst der tatsächliche Erfolg in einer Sache, die für die Kriegführung und
Landesverteidigung von so enormer Bedeutung sei, wie die Herstellung ei
tadellos funktionierenden Luftkreuzers, habe die Szene geändert.

Dies ist in der Tat der springende Punkt in der flammenden Begeisteru
die in den herrschenden Klassen so plötzlich für den Grafen Zeppelin erwa
ist. Von seiner Leistung als solcher brauchen wir deshalb nicht geringer
denken, weil sie zunächst nur den Zwecken Molochs zugute kommt, aber
haben allen Grund, einen breiten Strich zu ziehen zwischen denen, die sie
aus diesem Grunde feiern, und uns, die wir den genialen Gedanken ehr
auch wenn er sich zunächst in einer häßlichen Wirklichkeit verkörpert.

Gefahr ist ja auch durchaus nicht im Verzug. Graf Zeppelin, der
alter Offizier sehr gut weiß, wie es in Molochs Lande hergeht, hat die e
Anregung zur Nationalspende mit dem Hinweis darauf abgelehnt, das Re
werde schon für seine Erfindung aufkommen. Und das wird sicherlich
schehen. Moloch wird rechtzeitig seinen Tribut für die Luftkreuzer von d
Armen und Ärmsten einfordern; in vorzeitiger Hast aber freiwillig auf sei
Altären zu opfern, ziemt sich nicht für die, die seine Werke hassen.

Guy de Maupassant als Gesellschaftssatiriker.

Von **Charles Dumas** (Paris).

Man konnte mit einem gewissen Rechte versuchen, den allgemeinen Si
der literarischen Leistung großer französischer Schriftsteller des neunzehn
Jahrhunderts herauszufinden und festzustellen. So konnte man von Bal
behaupten, daß er die „Menschliche Komödie“ geschrieben habe, und die v
schiedenen Titel der dreißig Bände von Emile Zola sind eigentlich die Unt
titel einer „Natürlichen und sozialen Geschichte einer Familie unter d
zweiten Kaisertum“. Diese Kennzeichnung der allgemeinen Tendenz seiner G
samtleistung rührt übrigens von Zola selbst her. Will man dieselbe Meth
in der Charakteristik der Leistung von Guy de Maupassant befolgen, so kön
man sie, ohne auf großen Widerspruch zu stoßen, als eine „Sammlung v

[Leb]ensausschnitten“ kurz zusammenfassen. In der Tat sind seine unsterblichen [No]vellen, die bedeutendsten seiner Leistungen, Lebensausschnitte, Auszüge aus [der] Seelenpsychologie, einzelne tiefe Einblicke ins Innere.

Nicht alle seine Novellen und Werke haben denselben Wert der psycho[log]ischen Beobachtung. Noch weniger suchte er ihnen eine bestimmte Philo[sop]hie einzuverleiben. Im Gegenteil. Allzu oft scheint Guy de Maupassant [fre]i von jeder besonderen Absicht. Er liebte die Kunst um ihrer selbst willen. [Er] wiederholte gern, als er von sich selbst sprach, daß er sich zum Schrift[stel]ler ausgebildet habe ebenso, wie er jedes andere Handwerk hätte erlernen [kön]nen, und daß er die Kunst, gut zu schreiben, sich mühsam zu erarbeiten [ha]tte. Es muß hinzugefügt werden, daß er durch eine gute Schule gegangen [ist]. Nicht jedem, der „Schriftsteller sein will“, ist es vergönnt, während langer [Ja]hre den großartigsten Stilisten seinerzeit als Meister und Vorbild vor sich [zu] haben, wie ihn Maupassant in Gustave Flaubert hatte. Als er älter wurde [un]d auf dem Gipfel seines Ruhmes stand, sehnte er sich nach Ruhe nach der [W]eise eines respektablen Beamten, der seine Laufbahn abgeschlossen hat. Er [sch]rieb dann seinem Meister, daß er der Schriftstellerei und der Schriftsteller [sat]t sei und fern vom Treiben der Welt angesichts weiter Horizonte ein ge[su]ndes und sorgloses Leben führen möchte. Als ein Sohn der Normandie [hat]t er an einer wahren Sehnsucht nach unendlichen Ausblicken, wie er sie in [sei]ner Kindheit gesehen hatte, die unweit vom Ozean dahinfloß. Nie drängte [sic]h ihm von vornherein der Gedanke auf, irgend einen Satz zu verfechten. [Er] beschränkte sich darauf, um sich zu blicken, die Geschehnisse in der Gesell[sch]aft, die er besuchte, zu beobachten, die Vorgänge derjenigen Gesellschafts[sch]ichten, die ihm nur teilweise zugänglich waren, zu erraten und sie zu [sch]ildern, wie sie ihm erschienen.

Seine Darstellung ist kristallklar. Und Zola sagte von ihm: „Man ver[st]and ihn, weil er die Klarheit, die Einfachheit, das Maß, die Kraft war.“ [S]eine künstlerische Objektivität — was die Darstellungsweise betrifft — kennt [k]ine moralische Wertschätzung. So schreibt Pelissier, der bekannte französische [K]ritiker: „Wir finden bei ihm keine Moralitätsrücksichten. Weder soziale [M]oral, noch Individualmoral. . . . Er betrachtet augenscheinlich die Moral [al]s eine Erfindung trüber Geister, die eine naturwidrige Zivilisation ver[d]orben hat. Der Moral setzt er die Natur entgegen.“ Pelissier meint hier die [g]eschlechtliche Moralität. „Die Liebe, wie er (Maupassant) sie darstellt“, führt [P]elissier weiter aus, „ist der Geschlechtsinstinkt. Nachdem er, in seinen späteren [J]ahren, den Verkehr der Weltdamen genossen, kehrte er schnell zu den guten [u]nd einfachen Mädchen zurück. . . . Nichts in seinen Liebesschilderungen ist [p]ervers. Er beschreibt die Liebe so, wie er sie fühlt, frei von jeder künstlichen [S]chwärmerei, auf ein Naturbedürfnis beschränkt.“ Seine erstaunliche Be[o]bachtungsgabe schilderte Guy de Maupassant selbst in der Person des [S]chriftstellers La Marthe im Roman „Notre Coeur“: „Er war mit einem [A]uge bewaffnet, das die Bilder, Stellungen und Gebärden mit der Genauig[k]eit eines photographischen Apparats aufnahm.“

Will das besagen, daß alles, was er verfaßte, „erlebt“ war, daß alle seine [H]elden existiert haben und die ihnen zugeschriebenen Begebenheiten sich wort[g]etreu ereignet haben? Selbstverständlich nicht. Im allgemeinen aber sind [s]eine Helden Lebensgestalten, ihre Charakterzüge existieren und das von ihnen [E]rlebte sind alltägliche Ereignisse.

Welche Welt schilderte Maupassant? Natürlich seine eigene Welt, d Milieu, in dem er sich bewegte, das heißt hauptsächlich das Kleinbürgertu Denn obwohl ein Aristokrat von Geburt, war er doch mittellos und zwungen, mit seinem achtzehnten Jahre ins Marineministerium als klein Beamter einzutreten. Er verblieb im Amte auch, nachdem er berühmt geword oder vielmehr er bezog sein Gehalt auch, nachdem sein Ruhm ihn der Bü seines Amtes enthoben hatte. Übrigens hat er die Klasse, aus der er stamm nicht ganz außer acht gelassen. Er widmet ihr manche Seiten seiner za reichen Werke (etwa 20 Bände), die gerade nicht große Zärtlichkeit bekund Die Männer der höheren Gesellschaftsklassen, die er schildert, sind im a gemeinen Dummköpfe und Nullen; die aristokratischen Gutsbesitzer linkis und beschränkte Kerle, denen feines und edles Empfinden gänzlich mange Was die hohen Damen betrifft, sind sie womöglich noch unbedeutender a die Männer. Ohne jeden moralischen Halt und Inhalt, ist ihr Leben den B schäftigungen mit der Toilette und dem Aufsuchen von Liebhabern, wenn ni dem Muckertum oder den Vorurteilen ihrer Kaste gewidmet. Guy de Ma passant hegte einen tiefen Haß gegen die Aristokratie. Um den 16. Mai 18 herum, als die reaktionären Mächte eine monarchische Restauration versuchte die an der Vielheit der Thronbewerber und dem republikanischen Widersta scheiterte, schrieb Maupassant an Flaubert, um ihm seinen Haß und Absch gegen die „gute Gesellschaft" zuzuschreien, er möchte „diese herrlichen Kretins samt „ihren edlen Hurendamen" untergehen sehen.

Maupassant geht in seinen Werken jedem Tadel und Lobe sorgfältig au dem Wege. Er fällt keine moralischen Urteile über seine Helden und Heldinne teilt keine Zensuren aus. Um so leidenschaftlicher, ungebundener ist er in sein intimen Briefen, die teilweise erst in der letzten Zeit bekannt wurden und d die bürgerliche Kritik, die bisher einstimmig in der Bewunderung Maupassan war, in eine komische Verlegenheit setzen. So schrieb er den 10. Dezember 187

„Ich verlange die gewaltsame Aufhebung der herrschenden Klassen. .. Ich finde jetzt, daß 93 (das Jahr 1793) weichlich war, daß die Septembriste mild waren, Marat lahm, Danton ein weißes Kaninchen und Robespier eine Taube. Da die herrschenden Klassen heute ebenso stupid sind wie damal so darf man die herrschenden Klassen gewaltsam aufheben."

Den 5. Juli 1878:

„Paris ist von Dummheiten, die aus allen Ecken der Welt kommen, überschwemmt, daß man sich erdrückt fühlt."

Den 13. Januar 1879:

„Ich beobachte Dinge, die unsagbar sind (ineffable). Je höher die Leut stehen, desto dümmer sind sie. Und vor gewissen Erscheinungen, die mir hie zu Gesicht kommen, befällt einen plötzlich die Lust, aufzuschreien, wie b Zahnschmerzen, die uns rasend machen. O welch schönen Roman könnte ma über die Ministerien schreiben."

Diese Worte sind auf schönem amtlichen Papier von einem Ministerialbeamte geschrieben: Guy de Maupassant war damals am Marineministerium angestellt

Den 24. April 1879:

„O Gott, wie sind die Frauen dumm!"

Den 26. Dezember:

„Mir scheinen die einen Dinge lächerlich, lächerlich, lächerlich, die andere sind traurig, traurig, traurig; alle zusammen sind dumm, dumm, dumm."

Es gibt stärkere Stellen, die dem Unmut des Dichters den schärfsten Ausuck geben.

Als er vor dem tragischen Abschluß seines Lebens Gelegenheit hatte, an : schönen Riviera die kosmopolitische Aristokratie näher kennen zu lernen, rieb er, wie Lumbroso (nicht mit Lombroso, dem Anthropologen, zu rwechseln) in seinem interessanten Werke über Maupassant dokumentarisch zeugt, folgende von glühendem Hasse erfüllten Zeilen: „Es ist leicht zu kontieren, daß der gegenwärtige Adel nicht an dem Adel seiner Ideen, wie ne Vorahnen von 1789, zugrunde gehen wird.“ In Cannes verkehrte er t den Spitzen der Aristokratie königlichen Blutes, vor denen die sie umbenden Herren und Damen der Hofetikette gemäß ganze Abende hindurch hen bleiben mußten. Diese hohe Gesellschaft entreißt ihm folgende zornige orte: „Wäre man nicht voreingenommen, so hätte man mit Erstaunen gerkt, daß es unmöglich sei, die königliche Vornehmheit von der bürgerlichen emeinheit zu unterscheiden. Es ist eine wunderbare, wunderbare ... wunderre Komödie, deren Schilderung mir ein unendliches — merken Sie sich, ein iendliches — Vergnügen wäre, wenn ich nicht Freunde, reizende Freunde iter den Getreuen dieser lächerlichen Käuze (‚ces grotesques‘) hätte.“

Die größte Objektivität der künstlerischen Darstellung, die Maupassant zu reichen wußte, hinderte nicht, wie aus den angeführten Stellen klar hervorht, daß er mit der brennendsten Leidenschaft ans Werk ging. Nur verstand der nstler dem Menschen scheinbar Schweigen aufzuerlegen. Desto erschütternder id eindrucksvoller wirken die wie aus Marmor geformten Gestalten selbst.

Der Salonmensch geriet manchmal in einen Konflikt mit dem gewissenften Künstler. „Der Herzog von Chartres“ — schreibt Maupassant — „selbst so artig mir gegenüber, daß ich mich wahrlich nicht beschweren kann, aber (das Erzählungsbedürfnis) bringt mich in Versuchung, es verzehrt mich.... edenfalls konnte ich mir folgendes Prinzip bilden, das gewisser ist als die ristenz Gottes: Jeder, der die Unbeflecktheit seines Gedankens, die Unabingigkeit seines Urteils behalten, der das Leben, die Menschheit, die Gesellhaft vorurteilslos, unabhängig von Glauben und Religion sehen will, muß h absolut von dem fernhalten, was man gesellschaftliche Beziehungen (rélaons mondaines) nennt. Denn die allgemeine Dummheit ist so ansteckend, daß an seine Nächsten nicht besuchen, sie nicht anhören und sehen kann, ohne ider Willen beeinflußt zu werden durch ihre Überzeugungen, ihre Ideen, re Moral der Toren. Schärfen Sie dies Ihren Kindern ein statt des atechismus!“ Die Leute, von denen hier Maupassant spricht, bilden die Gellschaft von höchstem Adel und königlichem Blute der aristokratischen Riviera, n der wunderbar schönen Küste des Mittelmeeres und anderer Gegenden.

Im allgemeinen befaßte er sich verhältnismäßig wenig mit der Aristoatie, die sich immer mehr mit den höheren Schichten des Bürgertums verhmilzt: die kapitalistische Entwicklung läßt lediglich die Hierarchie des Bezes bestehen. Maupassant war sich dieser Wandlung bewußt. Und in seiner ieisterhaften Novelle „Fettkugel“ („Boule de Suif“) läßt er absichtlich einen ristokraten, einen ländlichen Großgrundbesitzer, einen Großindustriellen und nen reich gewordenen Schankwirt zusammen auftreten: sie unterliegen alle emselben Fluche der Lächerlichkeit, des Egoismus und der Heuchelei. „Obohl aus verschiedenen Gesellschaftsschichten stammend“ — erklärt Mauassant — „fühlten sie sich brüderlich verwandt durch das Geld, als An-

gehörige des großen Freimaurerbundes der Besitzenden. . . .“ Der Besitz be
dingt eine besondere Psychologie, bestimmte Vorurteile, eine bestimmte Denkungs
art und Empfindungsweise. Maupassant gibt uns einige scharf gezeichnet
typische Vertreter dieser Geldpsychologie.

Der Reichtum läßt jeden anderen Gesellschaftsunterschied in den Hinter
grund treten. Der Geldbesitz wird zum gesellschaftlichen Merkmal der Bour
geoisie, ihr ganzes Trachten und Sinnen. Um ihre Psychologie kennen z
lernen, müssen wir die Mittel und Wege studieren, die sie in ihrem Kampf
um das Geld benutzt. In denjenigen Werken, die eine soziale Grundlag
haben, sucht er den Einfluß des Geldes auf die intimen Verhältnisse de
Lebens zu schildern. Der Gegensatz von Geld und Liebe oder genauer di
Vorherrschaft des Geldes in der Ehe und den Geschlechtsverhältnissen de
bürgerlichen Welt erregt seine besondere Aufmerksamkeit. Zwei bedeutend
Werke: „Ein Leben“ („Une vie“) und „Bel Ami“ behandeln diesen Gegen
stand. Das erstere bietet uns ein rührendes Bild des traurigen Schicksal
einer Frau, die aus „Geldrücksichten“ an einen Mann verheiratet wurde, de
sie nicht liebt. Es ist die Geschichte stiller, aufzehrender, alltäglicher Leiden
die allmählich eine Existenz zugrunde richten. Nicht selten kommen in seinen
Werken derartige Wesen vor, deren Herz nie wahre Liebe gekannt hat und
auf immer gebrochen ist, weil es unbarmherzig auf dem Altar jener Mach
geopfert wurde, die Paul Lafargue „Gott Kapital“ nannte. Sie scheinen ein
gewöhnliches Leben zu führen, wie alle anderen Menschen; nichts besonders
Auffallendes in ihren Reden, in ihrem Auftreten. Das ist aber nur Schein
Es sind die Lebensverlorenen, die einsamen Seelen, von einer schrecklichen
Einsamkeit, derjenigen, die Maupassant bis zum Wahnsinn erschreckte. Nichts
ist ihnen im Leben etwas wert. Es bleibt ihnen nichts übrig, als aus dem
Leben zu scheiden — sich vom Leben zu befreien. Diese Lösung zeigt e
selbst in der kurzen und traurigen Novelle: „Der erste Schnee“ („Première
Neige“). In Nizza auf einer Bank sitzt eine Pariserin. Man hat sie im
letzten Jahre an einen Gutsbesitzer „aus der Provinz“, genauer an sein Ver-
mögen, verheiratet. Sie hatte ein „Nein“ im Sinne, sagte aber „mit einer
Kopfbewegung Ja, um dem Vater und der Mutter nicht weh zu tun“. Und
sie siedelte in das große Schloß in der Normandie über, wo sie so kalt, so
kalt hatte, daß sie nie wußte, ob es vom Winter oder von der Leere des
Herzens kam. Aber sie hustete nicht. Und sie wollte husten, um heilbedürftig
zu sein. Während einer Nacht ging sie durch den Schnee. Nun erkrankte sie
schwer an der Lunge. Man schickte sie an die südliche Sonne der Riviera.
Auf der Bank sitzend schaut sie auf das Meer und träumt. Sie hat einen
Brief vom Manne erhalten, der ihr „den ersten Schnee“ in der Normandie
ankündigt. Und sie lächelt in dem Gedanken, daß sie nun dorthin nicht
zurück dürfe. „Sie wird sterben, sie weiß es, und sie ist glücklich.“

Es gibt auch andere Opfer. Herr Parent wurde seines Geldes wegen ge-
heiratet. Seine Frau betrügt ihn, lacht ihn aus und lebt mit einem anderen.
Wieder „eine einsame Seele“, zum „physischen und moralischen Martyrium“
verdammt. Er wurde „ein armer Alter, ohne die Möglichkeit einer Freude,
der nichts von niemand erwartete. Er mochte die verschiedensten Länder durch-
wandern, durch alle Straßen laufen, alle Häuser betreten, alle Zimmer
öffnen — hinter keiner Tür begegnete er einem lieben Gesicht einer Frau
oder eines Kindes, das ihm lächelte. Dieser Gedanke plagte ihn besonders, der

…danke einer aufgetanen Tür, hinter der man jemand findet, um ihn zu um-…men."

Die Schlechtigkeit der Gesellschaft rächt sich — aber leider nicht bloß an …n „Schuldigen". Die Unschuldigen werden in Mitleidenschaft gezogen. Die …glücklichen Maupassants sind fast nie selbst an ihrem Unglück schuld. Sie …d Opfer der Verhältnisse. Sie leiden, weil sie in einer Gesellschaft leben, … der es keinen Platz für die Menschlichkeit und Güte gibt. Ihr größtes …glück besteht, wenn nicht direkt in ihrer ökonomischen Lage wie bei dem …rrn Parent, so doch darin, daß sie ungenügend für den harten Kampf …ns Dasein bewaffnet sind („Le Père Soupe", „Boule de Suif", „L'abbé …udint" und andere).

Das Geld führt zu Niederträchtigkeiten. Nirgends hat er die infamen …irkungen des Geldhungers mit so kalter Ironie geschildert wie in der „Erb-…aft" („L'Heritage"). Ein junger Mann, ein Angestellter eines Ministeriums, …iratet ein junges Mädchen, das eine sehr reiche und sehr alte Tante hat. …iese vermacht ihrer Nichte eine Million, allein mit der Bedingung, daß das …nge Paar ein Kind besitzt. Das junge Paar ist aber kinderlos. Durch wessen …chuld? Es scheint, es sei die des Mannes. Dieses Mißgeschick wurde unter …n Kollegen im Ministerium bekannt. Man machte sich über den Unglück-…chen lustig, und er war nahe dabei, mit einem Kameraden dieser delikaten …aterie wegen in Händel zu geraten. Der Kamerad machte die boshafte …emerkung: „Ich brauchte fünf Minuten, um so etwas fertig zu kriegen." …ie Feindschaft dauerte aber nicht lange. Sie verwandelte sich bald in eine …reundschaft, die sich ganz intim gestaltete. Der Kollege bekam freundschaft-…chen Zutritt ins Haus des jungen Paares — und Madame wurde von der …öglichkeit eines bevorstehenden erfreulichen Ereignisses überrascht: sie wird …utter werden und zugleich Inhaberin der ersehnten Erbschaft. Um jeden …chatten eines Verdachtes zu entfernen, bat man den Freund, seine Besuche …nzustellen. Als der Mann die erfreuliche Nachricht erfuhr, konnte er nur …weigend die Hand der klugen und zarten Frau drücken. Die Geburt des …indes wurde mit dem ganzen Prunke reicher Emporkömmlinge gefeiert. Bloß …n unbedeutender Zwischenfall störte für einen Augenblick die Feststimmung. …ls sich die Hausfrau mit den Gästen nach dem Diner auf einem Spazier-…ng befand, riefen ihnen zwei Freudenmädchen zu: „O, o, anständige Damen, …ir können Ihnen einen Mann abtreten, und zwar zu einem billigen Preise!" …adame wendet sich zu ihren Gästen: „Gehen wir! Diese Kreaturen sind zu …iederträchtig!" Und sie entfernten sich. . . .

Und die Familie Lesable (so heißen die Helden der „Erbschaft") wird ein …rbares Bürgerleben führen, die Achtung ihrer Umgebung genießen, auf die …rbeiter schimpfen, die nicht arbeiten und alles haben wollen, ohne daß ihr …mals ihre eigene Schande zum Bewußtsein kommt.

Mit der ihm eigenen Meisterschaft führt Maupassant manche Bauern-…guren vor. Wie die Bourgeois, sind auch die Bauern habsüchtig. Die Höhe …rer Geistesentwicklung entspricht den geringen Besitzverhältnissen. Ihr Wesen …er äußert sich in zwangloserer, ungeschminkter Form. Dieser Zug der bäuer-…chen Habsucht wird in der kleinen Novelle „Das Geständnis" in scharfer …eise gezeichnet. Die Tochter einer Bäuerin muß der Mutter ihre Schwanger-…haft gestehen. Nachdem die Bäuerin der Tochter zu Ehren der Moral eine …hrfeige verabfolgt hat, erkundigt sie sich nach dem Mitschuldigen. Es ist

der Fuhrmann, der die Bauern für sechs Sous in die Stadt zum Mark
bringt. „Ich habe die Fahrt nicht bezahlt!“ fügte die Tochter hinzu. Ur
die Mutter wird plötzlich weich. Sie dachte an die zahlreichen Fahrte
während deren die sechs Sous erspart würden, und bemerkte zum Schluss
„Sage ihm aber nicht, daß du schwanger bist: ich werde durch sechs oder ac
Monate das Fahrgeld ersparen!“ Maupassants Bauern sind ungehobelt
natürliche Bourgeois. Die Armen auf dem Lande, die ebenso besitzlos sin
wie Urmenschen, stehen diesen auch in ihrer Geistesentwicklung nahe. Do
unterscheidet sich der habsüchtige unbemittelte Bauer vom reichen Geldbourgeo
durch den Ernst seiner Existenzsorgen, seines Kampfes um das mühselige D
sein: „Wenn man das ganze Leben gearbeitet hatt, tritt ein Augenblick ei
wo man merkt, daß man auch etwas anderes tun könnte.“

Nie hat ein Sozialist ein so hartes Urteil über die kapitalistische Gesel
schaft gefällt wie Guy de Maupassant in seiner phantastischen Novelle, in de
die Toten während der Nacht aus ihren Gräbern steigen, das lügenhafte Lo
aus den Grabinschriften ausstreichen und mit feurigen Buchstaben ihre Lebens
wahrheit zeichnen: „Alle zusammen waren sie Henker ihrer Mitmenschen, vo
Haß, Heuchler, Lügner, Verleumder, Neidharts — alle diese guten Väte
treuen Frauen, ergebenen Kinder, jungen Mädchen, unschuldigen Jungfrauen
ehrlichen Kaufleute, alle diese ‚Tugendhaften‘ — sie schrieben alle zu gleich
Zeit auf die Schwelle ihrer ewigen Ruhestätte die grausame, schreckliche un
heilige Wahrheit, die alle Welt nicht kennt oder nicht zu kennen heuchelt.“

Doch war Guy de Maupassant ein bürgerlicher Aristokrat, kein Sozialis
Wahrscheinlich blieb ihm die größte geschichtliche Bewegung des neunzehnte
Jahrhunderts fremd. Er kannte die Arbeiterklasse nicht, da er in einem gan
anderen Milieu lebte. Nichtsdestoweniger, wenn man von einigen Schlag
worten absieht, sprach er immer mit Sympathie vom niederen Volke, wen
er darauf zu sprechen kam. In den wenigen Novellen, in denen er die Arbeite
schildert, behandelt er aber eher banale Tagesbegebenheiten, als tiefere
Proletarierleben. Einem wandernden Bauarbeiter, der durch Sturm un
Regen marschiert und drohend seine Faust in der Richtung unbekannte
Mächte erhebt, legt er folgende Worte in den Mund: „Ich habe nun nich
mehr das Recht zu leben . . . da man mich verhungern läßt . . . ich verlangt
lediglich Arbeit. . . . Schweinepack! Ich habe das Recht zu leben, da ich frei atme
da die Luft allen gehört. Man hat nicht das Recht, mich brotlos zu lassen!

Aber nicht in diesen Schilderungen liegt die Hauptbedeutung des Lebens
werkes Maupassants. Er malte ein erschütterndes Bild der heutigen, au
Egoismus und Klasseninteressen aufgebauten Gesellschaft. Er war stren
objektiv. Man hat ihn als einen Amoralisten hinzustellen gesucht. Aber de
Amoralismus Guy de Maupassants ist, wie der des Marxismus, bloß ei
scheinbarer. Die *moralische* Verurteilung wird bei dem genialen Künstle
nicht nach *metaphysischer* Art von außen her ins Leben hineingepredig
sondern sie ergibt sich *dialektisch* aus der Bewegung des Lebens selbst. E
werden keine moralischen Etiketten an die Lebenserscheinungen angehäng
Die Menschen und ihre Handlungen werden nicht mit dem Brustton mora
lischer Entrüstung im Namen der ewigen Wahrheiten verdonnert, sondern de
Lebensinhalt selbst ist es, was abstoßend wirkt. Haß und Liebe, Zorn un
Ekel *kristallisieren* sich zu unsterblichen Lebenstypen. Das Ganze wirk
um so erschütternder, um so nachhaltiger, um so tiefer und aufrichtiger. Ohn

…gendwelche Vergleiche und Analogien erinnert diese dialektische, lebendige …oral an die Kritik der kapitalistischen ausbeutenden Gesellschaft im …apital" von Karl Marx, das ein bürgerlicher Schriftsteller trotz des Um…nges und des objektiv wissenschaftlichen Charakters dieses Werkes die grau…mste antikapitalistische Schmähschrift nannte. Guy de Maupassant spricht …s Todesurteil der kapitalistischen Gesellschaft, indem er als genialer Künstler …nfach das gezeichnet hat, was ist.

Polenfrage und Sozialdemokratie.

Von **Julius Bruhns.**

I.

Die „Polenfrage", das heißt der mehr wie ein Jahrhundert dauernde …ampf der Polen um ihre nationalen Rechte, beziehungsweise ihre nationale …elbständigkeit und Wiedervereinigung hat an Interesse für die Demokratie …d insbesondere für das revolutionäre Proletariat im Laufe der letzten Jahr…hnte unleugbar erheblich verloren. Die Ursachen dieser Erscheinung hat …autsky schon vor geraumer Zeit dargelegt („Neue Zeit", 1895/96, II); seine …effenden Ausführungen haben meines Wissens keine Widerlegung gefunden …d gelten heute in verstärktem Maße. Die politische Entwicklung hat den …üher sehr großen Wert der Wiederherstellung eines selbständigen Polenreichs …s Bollwerk eines freien Europa gegenüber dem russischen Absolutismus wie …s Bollwerk gegen den einst äußerst gefährlichen Panslawismus fast ver…schwinden lassen. Und die polnischen Revolutionäre einer früheren Epoche, …e in jeder revolutionären Erhebung des westlichen Europa eine tätige, oft …itende Rolle spielten, sie sind verschwunden.

Mit der Feststellung jener Wandlung soll natürlich nicht gesagt sein, daß …nmehr die Polenfrage die Demokratie oder richtiger die Sozialdemokratie, …e einzige konsequente Vertreterin der demokratischen Grundsätze, überhaupt …cht mehr oder auch nur weniger angehe, als zur Zeit der Gründung der …sten Internationale. Wie damals, so kämpft heute noch die klassenbewußte …rbeiterschaft für die Rechte und Freiheiten aller Unterdrückten, handle es sich …n eine Klasse, eine Nation, eine Rasse, ein Geschlecht oder eine Partei. Und …rade als Klassenbewegung hat die Sozialdemokratie heute noch wie je zuvor …n lebhaftes Interesse an der Einigung und Unabhängigkeit jeder Nation, …nn diese sind von hoher Bedeutung für die kraftvolle Führung des Klassen…mpfes, so wichtig und wertvoll wie die politische Freiheit einer Nation.

Die deutsche Sozialdemokratie hat jedoch so viele Aufgaben zu erfüllen, mit … vielen Gegnern zu kämpfen, daß es ganz erklärlich ist, wenn sie nicht alle …ufgaben mit gleicher Kraft erfaßt, nicht alle Gegner mit gleicher Heftigkeit …kämpft. Zu den etwas abseits liegenden Gegenständen der Bekämpfung …ählte bisher ganz unbestreitbar der „Hakatismus". Gewiß hat gelegentlich …n Kampf auch gegen diesen Auswuchs der preußischen reaktionären Politik …e sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Nachdruck geführt. Aber manche …effliche Gelegenheiten, ihn noch und ihn noch besser zu führen, sind un…enutzt geblieben. Der Kampf unserer Parteipresse gegen jene Politik war noch …ückenhafter, unzureichender — aus den oben angeführten Gründen wie aus …nkenntnis der obwaltenden Verhältnisse und ihrer Ursachen. Daß unter solchen

Umständen auch die Masse der Partei nicht in dem Grade an der Bekämpfun jener Polenpolitik interessiert war, wie es ihre Bedeutung erfordert hätte, il wenn nicht gerade gleichgültig, so doch ohne rechtes Verständnis gegenübe stand, kann nicht wundernehmen. Ohne volle und verständnisvolle Antei nahme der Masse ist aber auch in dieser Frage der Kampf mit Erfolg nic zu führen. Eine Anregung zur besseren Erfüllung dieser unserer Aufgabe w daher sehr erwünscht. Sie ist denn auch erfolgt, und zwar von einer Seit von der sie nicht erwartet wurde.

Die neuen Polengesetze: das preußische Enteignungsgesetz und d Sprachenparagraph im Reichsvereinsgesetz, haben in erster Reihe die Wi kung gehabt, die Polenfrage wieder in den Mittelpunkt des proletarisc politischen Interesses zu stellen, den Massen der deutschen Arbeiter die gro Bedeutung der Frage offen zu zeigen. Sie zeigten uns nicht nur wied einmal klar unsere Pflichten als Demokraten gegenüber einem unerhört ve folgten Volke, nein, sie offenbarten uns auch, daß diese Unterdrückungspolit die Interessen der ganzen deutschen Arbeiterklasse in gefährlicher Weise bedroh Diese erste Wirkung der neuesten Blüten der Polenpolitik, von ihren b schränkten Vätern nicht vorausgesehen und gewiß nicht gewollt, muß, wen sie nachhaltig ist, den Erfolg dieser Polenpolitik in Zukunft viel mehr g fährden, wie das die rein nationale Gegenwehr nur immer zu tun vermöcht Es wird an uns sein, diese Wirkung lebendig zu erhalten und damit für d Arbeiterbewegung sowohl wie für das polnische Volk im Deutschen Reic beziehungsweise in Preußen die größtmöglichen Vorteile herauszuholen.

Das polnische Proletariat Preußens ist nicht nur in seinem Klasse interesse, sondern auch in seinen nationalen Interessen ganz und au schließlich auf die Sozialdemokratie angewiesen. Wie jämmerlich bisher se einziger bürgerlicher Helfer im Kampfe um seine nationalen Rechte, d Zentrum, bestanden hat, ist bekannt. Als es in der Macht saß, hat es d Polenvolk geradezu verraten. Die ganze Hilflosigkeit der nationalpolnisch Bewegung und ihrer bürgerlichen Führer offenbart sich in der Tatsache, d man nunmehr, da das Zentrum für eine Spanne Zeit sehr gegen sein Willen Opposition spielen muß, schleunigst wieder unter die „schützender Fittiche dieser Partei kriecht. Auch in den Kreisen des polnischen Bürgertum kommt man mehr und mehr zu der Überzeugung, daß der skandalösen po tischen und nationalen Zurücksetzung und Unterdrückung der Polen in Preuß erst ein Ende gemacht werden wird, wenn es der Sozialdemokratie gelung ist, demokratische Zustände an Stelle der jetzigen Junker- und Bureaukrate despotie zu schaffen. Wenn man sich trotzdem scheut, der Sozialdemokratie i politischen Kampfe auch nur den kleinen Finger zu reichen, wenn man si vor jeder ernsthaften Teilnahme am preußischen Wahlrechtskampf gerade feige drückt, wenn man die Sozialdemokratie in der Presse und in Versamm lungen mit einer Flut von Verleumdungen überschüttet, so erklärt sich d alles aus der unbändigen Furcht dieser bürgerlichen Kreise, die polnisch Arbeiter, die ungeheure Mehrheit des polnischen Volkes, an die Sozialdem kratie zu verlieren.

Unsere Aufgabe in der Polenfrage ist in allererster Linie in d Tat: Gewinnung des arbeitenden polnischen Volkes für die Sozialdem kratie. Und es ist der wesentliche Zweck dieser Zeilen, über diese ebenso wic tige wie schwierige Aufgabe einiges zu sagen. Über die besondere Polenfra

r sozialdemokratischen Partei: „Wie gewinnen wir das polnische Prole-
riat?“ zu deutschen Parteigenossen zu sprechen, war bisher nicht sehr dankbar.
chuld daran tragen zwei Dinge: einmal die äußerst bescheidenen Resultate
r bisher geleisteten Aufklärungsarbeit unter den Polen, und zweitens die
iederholten Unstimmigkeiten zwischen polnischen und deutschen Parteigenossen.
n der Tat, was das erstere angeht, so sind die bisherigen Ergebnisse der
zialistischen Agitation in der polnischen Arbeiterschaft von niederdrückender
eringfügigkeit gewesen. Seit mehr wie zwei Jahrzehnten wird dieser Kampf
iter verhältnismäßig schweren Opfern an Geld wie an Freiheit und Glück
hlreicher Parteigenossen geführt, und das Resultat ist, daß schon errungene
hr bescheidene Fortschritte zum Teil wieder verloren gegangen sind, daß wir
i letzten Jahrzehnt keinen Schritt vorwärts gekommen sind. An sozialdemo-
atischen Stimmen bei den Reichstagswahlen in der Provinz Posen und in
n acht Wahlkreisen Oberschlesiens mit vorwiegend polnischer Bevölkerung
urden abgegeben 1898 27839, 1903 33041, 1907 22816. Dabei stecken in
esen mehr wie bescheidenen Ziffern noch die Stimmen von mehreren tausend
eutschen sozialdemokratischen Wählern, die in den genannten Hauptgebieten
reußisch-Polens leben. Das „prophetische“ Wort des Erzbischofs Stablewski
on Posen: „Der Sozialismus klopft vernehmlich an die Tore Posens“ fiel
n Jahre 1893, die folgenden fünfzehn Jahre aber haben es nicht wahr
emacht, weder für Posen noch für Oberschlesien, und nicht den Optimismus
erechtfertigt, mit dem es im Parteivorstandsbericht zum Kölner Parteitag
393 heißt: „Ein Parteitag der polnischen Sozialdemokraten im September
ieses Jahres in Berlin, welcher sich speziell mit der Schaffung einer polnischen
Parteiorganisation befaßte, war auch aus der Provinz sehr gut besucht und
om besten Geiste beseelt. Freilich haben gerade diese Genossen ein außer-
rdentlich schweres Werk zu vollbringen. Bei der Begeisterung aber, welche
i den Reihen unserer polnischen Genossen für die Sache der Sozialdemo-
ratie herrscht, hegen wir keinen Zweifel, daß sie ihr Ziel erreichen werden.“

Was ist die Ursache des äußerst langsamen Fortschritts wie des darauf-
olgenden Stillstandes oder gar Rückschritts der polnisch-sozialistischen Be-
wegung in Preußen? Darüber ist manches zu sagen. Beim Polen scheint
n und für sich der Sinn für Organisation schwächer entwickelt wie beim
Germanen. Das mag der Pole mit dem Romanen gemein haben, dem er
uch in anderen Punkten ähnlich ist. Der geistige und kulturelle Tiefstand des
roletarischen Polen macht ihn für die sozialistischen Ideen besonders schwer
mpfänglich, macht ihn dafür aber auch zum treuesten Sohne der katholischen
Kirche, zum willenlosen Sklaven ihrer Diener. In Preußen gilt das besonders
ür die oberschlesische Bevölkerung. Das schwerste Hindernis, auch für den
ntelligenten polnischen Proletarier, zum Klassenbewußtsein zu kommen, ist
ann der ständige Kampf gegen die nationale Bedrückung. Die Zahl der
ozialistisch denkenden und zur Propagierung der sozialistischen Ideen fähigen
olnischen Arbeiter ist auch heute noch recht gering. Auf Zuzug aus ge-
ildeten bürgerlichen Kreisen aber kann die polnisch-sozialistische Bewegung
och auf lange hinaus nicht rechnen. Alles wirft sich auf den nationalen
Kampf, die sozialen Fragen werden fast völlig vernachlässigt. Das schadet der
olnischen Arbeiterklasse ebensosehr, wie es der Bourgeoisie, der polnischen
wie der deutschen, Vorteile bringt. Die polnische Bourgeoisie lenkt die Augen
er polnischen „Brüder“ im Arbeitskittel von ihren Klasseninteressen ständig ab,

hypnotisiert sie geradezu mit der immer wiederholten Forderung: „Vereinigun aller Klassen gegenüber dem gemeinsamen Feinde, dem Feinde unserer Nation.

Auf der anderen Seite führt der Hakatismus mit seiner Zwangs germanisation eine geistige Verwüstung und Verkrüppelung de polnischen arbeitenden Volkes in Preußen herbei, wie sie ärger un verwerflicher nicht gedacht werden können. Auch nichtsozialdemokratisch denkend Leute müssen das erkennen und, wenn auch widerwillig, zugeben. Es ist b zeichnend für die gerühmte preußische Kultur, daß selbst katholische Geistlich deutscher Nationalität scharf gegen die oberschlesische Volksschule au treten, weil diese infolge ihrer völligen Ausschaltung, ihrer Herabwürdigun der polnischen Sprache, der Muttersprache der Schüler, nicht bildend, sonder geradezu geistig verwüstend wirke.

Trotz all diesen äußerst ungünstigen Umständen könnte der Sozialis mus im polnischen Volke Preußens erheblich weiter fortgeschritte sein. Die gute Gelegenheit zu solchem Fortschritt bot sich der Sozialdemo kratie — sie wurde von ihr aber leider nicht benutzt.

Ich will diese Behauptung zu begründen suchen.

Die politische Partei der Polen war bis vor anderthalb Jahrzehnte völlig beherrscht von den polnischen Junkern, der „Hofpartei". Die wirtschaft liche Entwicklung und Erstarkung des polnischen Bürgertums, das haupt sächliche, wenn auch ganz unfreiwillige, ungewollte Verdienst der preußische Polenpolitik, ließ darin allmählich eine Wandlung eintreten. Die wirtschaft lichen und, soweit nicht nationale Fragen in Betracht kamen, auch die poli tischen Interessen der polnischen Geschäftsleute, Handwerker und Arbeite waren vielfach denen der polnischen Großgrundbesitzer gerade entgegengesetzt Und selbst in nationalen Fragen war das Auftreten der Junker meist s schwächlich, daß es dem immer stärker werdenden polnischen Kleinbürgertum und Arbeitern durchaus nicht genügte. So entwickelte sich im eigentliche „preußischen Anteil Polens", in Posen und Westpreußen, eine radikale Rich tung, und es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen der „Hofpartei", der konservativen polnischen Junkern, und der „Volkspartei", den demokratische Kleinbürgern und Arbeitern. Diese Kämpfe, die auch heute noch, und zwar sehr heftig, fortgesetzt werden, brachten der radikalen Richtung großen Erfolg, eine starke Verbreitung einiger ihrer Preßorgane und mehrere Reichstagsmandate, zu einer Trennung der Polenpartei aber führten sie trotz der vorhandenen starken Gegensätze bis heute nicht. Der gemeinsame Feind nötigte zum Maßhalten in den inneren Kämpfen, die Junker sahen sich gezwungen, der immer stärker werdenden Volksbewegung Konzessionen zu machen, die demokratischen Abgeordneten in der Polenfraktion festzuhalten, ebenso wie diese nicht ohne größten Schaden für die nationale Sache sich von ihren konservativen Nationalgenossen losmachen konnten.

Bei den vorwiegend agrarischen Verhältnissen der eigentlichen polnischen Provinzen und dem dadurch bedingten Übergewicht der konservativen Elemente sah sich die demokratische Richtung veranlaßt, sich nach weiteren in Angriff zu nehmenden Gebieten umzusehen. Auch der immer erbittertere Kampf gegen die nationalen Unterdrücker zwang dazu, alle Angehörigen der Nation mit zu engagieren, zu vereinigen. Da lag nichts näher, als Oberschlesien zu erobern. Hier war in mehreren Kreisen Kleinbauern- und Kleinbürgertum, im oberschlesischen Industriebezirk aber eine zahlreiche Arbeiterschaft zu

ıwinnen. Bisher hatten diese Schichten willenlos, einer jahrzehntelangen
ewohnheit wie dem starken Einfluß der Geistlichkeit folgend, die Vertretung
ıer politischen Interessen dem Zentrum überlassen. Die oberschlesische
cbeiterschaft aber war von dumpfer Unzufriedenheit erfüllt mit den unerträg-
ȝhen wirtschaftlichen Zuständen, dem schweren Drucke der übermütigen Herren
ıd der ganz unzureichenden Vertretung der eigentlichen Arbeiterinteressen
ırch das Zentrum. Die unklare oppositionelle Stimmung der Arbeitermassen
ıß schon Mitte der neunziger Jahre den Boden für die Sozialdemokratie
ırbereitet erscheinen. Das zeigten deutlich die 1898er Reichstagswahlen.
on 970 Stimmen im Jahre 1893 stiegen unsere Stimmen im oberschlesischen
ndustriebezirk 1898 plötzlich auf 20150! Dabei war von einer planmäßigen
ıd tiefgehenden Wahlagitation unsererseits keine Rede. Der seit einem Jahre
ı Bezirk tätige Genosse Dr. Winter konnte sie mangels jeder Organisation
ıd überlastet mit allen möglichen Arbeiten nicht leisten und hat sie nicht
eleistet. Nur in einer nicht großen Anzahl Orte des Bezirkes wurde ein
ı polnischer und deutscher Sprache geschriebenes Flugblatt verbreitet, und es
irkte wie ein Lauffeuer, wie ein Funke im Pulverfaß. Was nicht mehr dem
entrum folgte, marschierte unter der sozialdemokratischen Fahne, national-
olnische Stimmen gab es im Industriebezirk keine, im ganzen Bezirk ganze 40!

Wenn die Sozialdemokratie hier eingesetzt, wenn sie planvoll und mit Auf-
ietung all der erheblichen Mittel gearbeitet hätte, die später (zu spät leider!)
ir den Bezirk aufgewendet wurden und noch aufgewendet werden, es wäre
er radikalpolnischen Richtung ganz unmöglich geworden, die alles beherrschende
Stellung zu gewinnen, die sie jetzt in Oberschlesien einnimmt. Aber leider
egriffen damals weder die deutschen noch die polnischen Genossen die günstige
Situation, sie ließen sie in zwecklosem Hader miteinander ungenutzt vorüber-
ehen und die demagogischen Nationalpolen die Ernte hereinholen. Wir
ıußten erst unsere eigene, interne „Polenfrage“ lösen. Diese ist oder war
ielmehr die Frage, in welchem Verhältnis die polnischen Sozialdemokraten
ı Preußen zu den Deutsch sprechenden Sozialdemokraten stehen sollten, die ver-
chwindend kleine Gruppe polnischer Parteigenossen zu der schon damals
tarken sozialdemokratischen Gesamtpartei. Die wenigen Genossen polnischer
Nationalität waren zunächst Mitglieder der Gesamtpartei, in den Organi-
ationen ihrer Wohnorte organisiert. Die Begründung des polnischen Partei-
latts „Gazeta Robotnicza“ ging von deutscher Seite aus. Dem Partei-
ag in Halle (1890) lagen zwei dahingehende Anträge vor, einer von den
Bromberger, der andere von den Breslauer Genossen kommend. Der letztere
wollte das polnische Blatt sogar für die österreichischen und russischen Polen
nit herausgegeben haben. Die Anträge wurden ohne besondere Erörterung
dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen, und dieser veranlaßte um-
gehend die Herausgabe des polnischen Parteiblatts. Aber schon 1893 empfanden
die polnischen Genossen das Bedürfnis, sich ganz selbständig zu organisieren,
zur Gesamtpartei nur noch in einem freundnachbarlichen Verhältnis zu bleiben.
Die Gründung der besonderen Polnisch-Sozialistischen Partei (P. P. S.)
wurde auf dem Kölner Parteitag 1893 vom Genossen Nikulski als „aus tak-
tischen und politischen Gründen erfolgt“ erklärt und vom Parteitag ohne
Widerspruch entgegengenommen. Der Parteitag überwies zugleich eine Reso-
lution an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Erwägung, in der der
ungeschmälerte Gebrauch der Muttersprache für alle Reichsangehörigen gefordert

wurde und zugleich — unter Anerkennung des Deutschen als Amtssprache — daß die Sprache, deren sich die nichtdeutsche Bevölkerung eines Bezirkes b[...] diene, als gleichberechtigte Unterrichts- und Gerichtssprache anerkannt werd[...]

Die Trennung von den deutschen Genossen war nicht wegen Verschieden[...]heiten in den grundsätzlichen Anschauungen erfolgt. Die P. P. S. nahm da[...] Erfurter Programm als das ihrige an und hat daran bis auf den heutige[...] Tag festgehalten. Die „taktischen und politischen Gründe“ zur Trennung be[...]standen darin, daß man einmal so besser den Angriffen der polnischen Natio[...]nalen begegnen zu können glaubte, die die polnischen Sozialdemokraten nich[...] als solche, sondern als zu den „Deutschen“ gehörend bezeichneten, und dann weil man meinte, als selbständige Partei werde man wirkungsvoller die Unter[...]drückungspolitik der Regierung bekämpfen können. Mehrere Jahre arbeiteten denn auch die polnischen Genossen ungestört selbständig, allerdings materiel[...] fortdauernd von der deutschen Partei unterstützt. Ein zum Breslauer Partei[...]tag 1895 von Berlin gestellter Antrag, auch den Vorstand der polnischen Organisation Rechenschaft über seine Tätigkeit geben zu lassen, fand nich[...] einmal die zur Beratung erforderliche geschäftsordnungsmäßige Unterstützung Dagegen ließ dieser Parteitag einen von in Breslau wohnenden, nicht zur P. P. S gehörenden polnischen Genossen gewählten Delegierten zu, mit der von de[...] Mandatprüfungskommission ausgesprochenen Mahnung an die betreffenden polnischen Genossen, sich bei Wahlen zum Parteitag enger an die deutschen Parteigenossen anzuschließen.

Auf dem 1897 tagenden Hamburger Parteitag kam es dann zum ersten Male zu einer regelrechten Polendebatte. Den äußeren Anlaß dazu gaben die Differenzen zwischen dem seit einigen Monaten in Oberschlesien tätigen deutschen Genossen Dr. Winter und den Genossen von der P. P. S. über die Aufstellung der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten in den oberschlesischen Wahlkreisen mit polnischer Bevölkerung. Während die P. P. S. forderte, daß in Wahlkreisen mit überwiegend polnischer Bevölkerung der Kandidat der deutschen und der polnischen Sprache mächtig sein müsse, was praktisch auf Aufstellung von Kandidaten der P. P. S. hinausgehen mußte, wollte Winter den der deutschen sozialdemokratischen Partei angehörenden oberschlesischen Organisationen — sie bestanden nur aus einigen wenigen Personen — das Recht der Aufstellung überlassen, tatsächlich also in mehreren Kreisen Kandidaten deutscher Nationalität aufstellen lassen. Ein Verständigungsversuch des Parteivorstandes blieb erfolglos, weshalb die Polen mit ihrem Antrag an den Parteitag gingen. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht, die Debatte hatte jedoch ergeben, daß die große Mehrheit des Parteitags der Ansicht der P. P. S. war, und so wurde der Vorschlag Wilhelm Liebknechts, die polnischen Genossen möchten „angesichts der allseitigen freundlichen Stimmung, die sie hier gefunden, ihre an sich ja selbstverständliche Forderung zurückziehen“, von diesen akzeptiert. Ein von den Breslauer Parteigenossen gestellter, vom Verfasser dieses Artikels begründeter Antrag, „für die Agitation im oberschlesischen Industriebezirk größere Mittel aufzuwenden“, wurde von der Parteileitung bekämpft und vom Parteitag leider abgelehnt. Damit war die Möglichkeit, die oben geschilderte günstige Situation im Industriebezirk für die Sozialdemokratie auszunutzen, glücklich verpaßt. Allerdings wäre neben den größeren Mitteln unbedingt auch eine Verständigung über die Art und Weise der Agitations- und Organisationsarbeit im Industriebezirk zwischen polnischer

ıd deutscher Organisation erforderlich gewesen, daran aber ließ man es in
:n nächsten Jahren auf beiden Seiten völlig fehlen.

Schon längere Zeit vor dem Hamburger Parteitag war der P. P. S. in der
:utschen Parteipresse vorgeworfen worden, daß sie in ihrer Agitation zu wenig
:n sozialdemokratischen, dagegen stark den ganz unsozialistischen nationalen
;tandpunkt betone. Es sollte nach der Behauptung einiger Genossen sogar
ie Absicht bestehen, in das Programm der P. P. S. die Forderung der Wieder-
erstellung des polnischen Staates aufzunehmen. Als Beweise dafür galten
ıancherlei Äußerungen der polnisch-sozialistischen Presse, sowie die engere Ver-
indung der preußisch-polnischen Sozialdemokraten mit den galizischen, welch
:ztere sich manchen deutschen Genossen ihrer „sozialpatriotischen" Gesinnungen
vegen besonders verdächtig gemacht hatten. Über diese Streitfragen führten
losa Luxemburg und Kautsky schon 1896 eine lebhafte und heute noch inter-
ssante Diskussion in der „Neuen Zeit" (Jahrg. 1895/96, II. Bd.), auf die hier
ur verwiesen, nicht eingegangen werden soll. Auch gegen die Sonderorgani-
ation der polnischen Genossen erhob sich nun hier und da Widerspruch. Man
efürchtete von der Absplitterung eine Verminderung unserer Schlagkraft, Ver-
virrung in den eigenen Reihen und Gelegenheit zu unangenehmen Reibungen.
Selbst eine Absonderung auf gewerkschaftlichem Gebiet wurde befürchtet. All das
eranlaßte die in der P.P.S. organisierten polnischen Genossen, an den Stuttgarter
Parteitag 1898 den Antrag zu stellen, die Berechtigung zur Sonderorganisation
vom Standpunkt der Agitation und des internationalen Solidaritätsgefühls an-
uerkennen und auszusprechen". Der Antrag wurde vor der Abstimmung zurück-
ezogen mit der Motivierung, man habe sich überzeugt, daß die selbständige Organi-
ation der P.P.S. nach wie vor die volle Sympathie und Unterstützung der deutschen
Partei finde und vorgekommene kleine Differenzen daran nichts änderten.

Leider blieb es bei den kleinen Differenzen nicht, es wurden im Laufe der
ıächsten Jahre große daraus, dergestalt, daß eine völlige Entfremdung der
veiden Organisationen eintrat. Der deutsche Parteivorstand glaubte auf dem
Parteitag in Hannover 1901 erklären zu müssen, daß er die fernere Gemein-
chaft mit der polnischen Sozialdemokratie innerhalb der deutschen Reichs-
grenzen ablehnen müsse und die bisher gewährte materielle Unterstützung ein-
gestellt habe. Und der Parteitag beschloß Übergang zur Tagesordnung über
:inen Antrag Ledebour, der die Erwartung des Parteitags aussprechen sollte,
„daß ein gedeihliches Zusammenwirken der Partei mit der Organisation der
polnischen Sozialdemokraten in Deutschland bald wieder hergestellt werde".
Zu dieser Sinnesänderung der deutschen Parteigenossen in der Frage der
polnischen Sonderorganisation hatte nicht nur das unzuverlässige, unreife Ver-
halten führender polnischer Genossen, sondern ebensosehr die Verständnislosig-
keit der meisten deutschen Parteigenossen gegenüber den Verhältnissen, unter
welchen die polnische Parteiorganisation arbeiten mußte, beigetragen. Man
zog insbesondere nicht genügend die Wirkung der gewaltigen nationalen Be-
wegung in Betracht, die auch bei den Polen in Preußen, und selbst bei den
proletarischen, den starken Trieb zur nationalen Selbständigkeit und Unabhängig-
keit immer unwiderstehlicher werden ließ. Man verstand nicht die Schwierig-
keiten des Kampfes, den die mittellose, kleine Gruppe polnischer Parteigenossen
gegen diese mächtig heranwogende nationale Bewegung zu führen hatte. Man
beurteilte die Handlungen, die Anschauungen, die Agitationsweise der P. P. S.
vom Standpunkt der in nationaler Hinsicht freien Deutschen, die ruhig die

Regelung der nationalen Fragen bis zu dem Zeitpunkt vertagen können, an welchem die Entscheidung auch über das Ende aller Klassenherrschaft fällt.

Bis zum folgenden Parteitag in München (1902) hatte sich denn auch die Situation derart verschlimmert, daß neben dem schon bestehenden, der polnischen Sonderorganisation gehörenden Organ „Gazeta Robotnicza" ein zweites, von zur deutschen Organisation gehörenden polnischen Genossen begründetes und vom deutschen Parteigelde gehaltenes polnisches Parteiblatt, „Gazeta Ludowa", erschien. In Oberschlesien aber, dem Hauptzankapfel und zugleich dem für die Partei wichtigsten Gebiet, waren zur bevorstehenden Wahl sowohl von deutscher wie von polnischer Seite Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellt worden. Der Parteitag selbst führte eine große „Polendebatte" — ohne daß irgend ein Vertreter der polnischen Organisation dabei gewesen wäre —, bei der durch das Eingreifen Bebels glücklicherweise das Schlimmste verhütet wurde, nämlich der vollständige Bruch, die Fällung eines Verdammungsurteils über die „demoralisierende Sonderbündelei", wie es in der ursprünglichen Resolution hieß. Vielmehr erhielt auf Bebels Vorschlag der Parteivorstand nochmals den Auftrag, einen Versuch zur Verständigung zu machen. Die daraufhin stattgehabten Konferenzen führten wohl zur Beseitigung der oberschlesischen Doppelkandidaturen, nicht aber zur weiteren Einigung. Diese scheiterte einmal daran, daß den polnischen Genossen nicht unbedingt die Aufstellung von Kandidaten, die Deutsch und Polnisch sprechen, in Kreisen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung konzediert wurde, andererseits aber die Verpflichtung auferlegt werden sollte, in der Agitation von der Forderung der Wiederherstellung Polens ausdrücklich Abstand zu nehmen — eine gutgemeinte, aber ihren Zweck durchaus verfehlende Sicherheitsmaßnahme des deutschen Parteivorstandes gegen die befürchtete Ausuferung der Agitation in nationalpolnischem Sinne. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliche Jugendorganisation.

Von **Richard Seidel** (Berlin).

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat sich eingehend mit der Frage der Anpassung der freien Jugendorganisation an das Reichsvereinsgesetz beschäftigt und in einer Resolution die Gewerkschaften verpflichtet, sich der Arbeiterjugend zum Zwecke der „Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit" anzunehmen. In der Diskussion gab der Vertreter des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe dem Kongreß eine Schilderung der von seinem Verband bereits ins Leben gerufenen Lehrlingsabteilung. Ein anderer Führer der Lithographen und Steindrucker hatte bereits in Nr. 25 des „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" auf jene Lehrlingsabteilung hingewiesen und eine gut orientierende Darstellung sowohl der Ursachen für die Entstehung der Lehrlingsorganisation seines Berufes als auch der Form und des Zweckes gegeben. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, „daß auch andere Organisationen in derselben Weise vorgehen möchten wie der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe".

Mag nun dieser Wunsch an sich noch so sympathisch sein, so ist es angesichts der gegenwärtigen Zustände in den Jugendorganisationen doch un-

öglich, seiner sofortigen Erfüllung das Wort zu reden. Vorläufig bestehen
Norddeutschland noch völlig selbständige Jugendorganisationen in großer
zahl, welche in der Parteipresse einen energischen Kampf für die Erhaltung
er Selbständigkeit führen. Läßt man diese Verbände unangetastet und geht
neben an die Gründung von Jugendabteilungen der einzelnen Gewerk-
aften, dann liegt die Gefahr nahe, daß ein unangenehmer Streit um die
veckmäßigkeit der verschiedenen Organisationsformen entbrennt. Dieser Streit
ante eine bedenkliche Ähnlichkeit mit dem bekommen, der jahrelang zwischen
n lokalistischen und zentralistischen Gewerkschaften getobt hat. Und er wäre
rtrefflich geeignet, den jungen Leuten die Freude an der Organisation und
r Betätigung in derselben zu vergiften. Dem muß aber auf alle Fälle vor-
beugt werden! Darum könnte man sich dem oben zitierten Wunsche nur
nn mit ruhigem Gewissen anschließen, wenn die maßgebenden Instanzen in
artei und Gewerkschaften sich entschlössen, die vom Verband der Lithographen,
teindrucker usw. eingeführte Organisationsform als Grundlage der ge-
mten Organisation der proletarischen Jugend zu proklamieren.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß die allgemeine Einführung dieser
rganisationsform in der Partei auf starken Widerstand stoßen würde. Zahl-
iche Äußerungen der Parteipresse lassen mit Sicherheit darauf schließen. Auch
erden die Jugendorganisationen nicht leicht zur Aufgabe ihrer Selbständig-
t zu bewegen sein. Sie werden sich aber für die Dauer nicht der Einsicht
rschließen können, daß einesteils eine einheitliche Gestaltung der freien
ugendorganisationen notwendig ist, und anderenteils die Gewerkschaften
n Recht darauf haben, dieselben unter ihren Einfluß zu bringen.

So ist zunächst die Aufnahme der ungelernten jugendlichen Ar-
iter in die Gewerkschaften eine Notwendigkeit, wie der Transport-
beiterverband zeigt. Aber auch die gewerkschaftliche Organisation der Lehr-
nge ist erforderlich. Wie Genosse Pannekoek in seinem Artikel „Zur Frage
r Jugendorganisation" in Nr. 42 der „Neuen Zeit" ganz richtig bemerkt,
ird die Fachbildung der Arbeiter dort, wo sie durch den Fortschritt der
echnik noch nicht überflüssig gemacht worden ist, „hauptsächlich erst nach der
hrzeit erworben". Dies geschieht aber zum Schaden für die Gewerkschafts-
wegung, da diejenigen Arbeiter, die sich in fachlicher Beziehung schwach
hlen, stets auch die unzuverlässigsten gewerkschaftlichen Kämpfer sind. Diese
rfahrung kann täglich gemacht werden! Für eine ganze Anzahl von Berufen
aber noch immer ein tüchtiges Fachwissen erforderlich; sie werden also von
esem Schaden getroffen. Für die Organisationen dieser Berufe ist darum
e Förderung der fachwissenschaftlichen Ausbildung der Lehrlinge eine
dringende Aufgabe, daß sie sich derselben nicht länger werden entziehen
nnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Lösung dieser Aufgabe
e Kampffähigkeit vieler Gewerkschaften für die Zukunft wesentlich verstärkt
ird. Völlig gerecht kann dieser Aufgabe die Arbeiterschaft aber nur werden,
enn sie die Lehrlinge eines jeden Berufs in besonderen Abteilungen der Ge-
erkschaften straff organisiert. Darum ist es schwer begreiflich, wie Robert
chmidt in den „Sozialistischen Monatsheften" schreiben konnte: „Weniger
ert werden die Gewerkschaften auf die Heranziehung der Lehrlinge legen,
a diese für den Lohnkampf nicht in Betracht kommen." Aus den oben an-
eführten Gründen trifft das nicht zu, weshalb daraus auch nicht der Schluß
zogen werden kann, daß damit die Notwendigkeit einer eigenen Jugend-

organisation außerhalb der Gewerkschaften schon zugegeben sei, wie da Pannekoek tut. Vielmehr ist zu erwarten, daß die Auffassung Schmidts durc die Tatsache der Gründung von Lehrlingsabteilungen der Gewerkschaften a absurdum geführt werden wird.

Wenn also diese Form der Lehrlingsorganisation nicht allseitig anerkann und zur allgemeinen Einführung gebracht wird, dann ist tatsächlich die Gefah vorhanden, daß in die Organisation unserer Jugend eine Vielgestaltigkeit un Zersplitterung einkehrt, die ihr nimmermehr zum Vorteil gereichen kann. Vo dieser Zersplitterung kann aber nicht dringend genug gewarnt werden! Mög man doch bedenken, daß neben anderen Elementen nunmehr auch die Unternehmer sich bemühen, die Lehrlinge zu organisieren, um sie ihre Zwecken dienstbar zu machen. Ist doch die Gründung der Lehrlingsabteilun des Verbandes der Lithographen usw. hauptsächlich dadurch beschleunig worden, daß die organisierten Prinzipale dieses Gewerbes versuchten, die Lehrlinge in die gelbe Gewerkschaft zu pressen! Un dieses Beispiel wird seine Nachahmer finden!

Ein weiterer Vorzug des Zusammenschlusses der Jugend in besondere Abteilungen der Gewerkschaften ist darin zu erblicken, daß wir dadurch z geschlossenen Jugendorganisationen gelangen, die der losen Organisations form, wie sie jetzt in Süddeutschland gepflegt wird, bei weitem vorzuziehen sind

Gegen die Trennung der Jugend nach Berufen führt nun Genosse Franken thal in Nr. 43 der „Neuen Zeit" an, daß der Jugendliche seine liebsten Ge fährten nicht im Kreise seiner Berufsgenossen, sondern im Kreise seiner Nach barschaft sucht. Vorausgesetzt, daß dem so ist, kann dagegen geltend gemach werden, daß gerade der Jugendliche sich schnell in eine neue Umgebung hinein gewöhnt. Der Mangel an Leitern, den Genosse Frankenthal ebenfalls er wähnt, wäre allerdings ein durchschlagendes Argument. Er wird aber i anderen Gewerkschaften ebensowenig vorhanden sein, wie im Verband de Lithographen, Steindrucker usw. Sollten sich aber etwa in kleinen Orten au der Trennung der Lehrlinge nach Berufen Schwierigkeiten ergeben, so i durchaus die Möglichkeit vorhanden, für bestimmte Veranstaltungen mehrer oder gar alle Berufe zusammenzufassen. Dabei können die Lehrlinge immer hin Mitglieder der Lehrlingsabteilungen des Zentralverbandes ihres Beruf sein. Und in diesen Abteilungen können die jungen Leute sehr wohl zu Selbstbetätigung in Organisation und Agitation herangezogen werden Damit wäre eine wesentliche und durchaus mit Recht gestellte Forderung de Freunde selbständiger Jugendorganisationen erfüllt.

Erkennt aber die Arbeiterschaft das Recht der Gewerkschaften auf die Or ganisierung der Jugend an und beauftragt die Gewerkschaften damit, dan verpflichtet sie sie damit zugleich, auch die Hauptaufgaben, welche sich die bis herigen Jugendorganisationen gestellt hatten, zu den ihrigen zu machen. S muß zum Beispiel der vom Genossen Pannekoek in Nr. 42 der „Neuen Zeit" so vortrefflich begründete Jugendschutz eifrig gepflegt werden. Vor alle Dingen aber ist auf die Erziehung der Jugend im Geiste des Sozia lismus das Augenmerk zu richten! In dieser Beziehung nun trauen weit Kreise in der Partei den Gewerkschaften nicht recht. Ein Teil unserer Partei blätter sowohl als auch der Genosse Pannekoek in seinem mehrfach erwähnte Artikel führen eine lebhafte Polemik gegen den hier und da in den Gewerk schaften zutage getretenen Geist übermäßiger Vorsicht und „Neutralität", de

ei der in den Lehrlingsabteilungen zu leistenden Erziehungsarbeit zur Gel-
ng kommen würde. Es hat verschnupft, daß Gewerkschaftsführer der sport-
hen und fachlichen Ausbildung der Lehrlinge das größte Gewicht beilegen
id nebenbei nur etwas in sogenannter „Allgemeinbildung" zu machen ge-
nken. Demgegenüber fordert die „Leipziger Volkszeitung": „Die Aufklärung
ber Wirtschaftsleben und Gesellschaft im sozialistischen Sinne ist alles, was
ir brauchen." Diese Forderung kann doch ein Sozialdemokrat nicht ernst-
ift ablehnen in einer Zeit, da selbst der Berliner Stadtschulrat Michaelis
r die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend in den Fortbildungsschulen
ntritt, wie er das auf dem zweiten deutschen Städtetag getan. Völlig zu-
stimmt kann ihr aber aus den oben angeführten Gründen nur unter der
oraussetzung werden, daß die fachliche Ausbildung daneben als gleich-
rechtigt zur Geltung kommt.

Die Gewerkschaften sind aber durchaus imstande, den Ansprüchen auf
achausbildung zu genügen! Und sie werden auch davon zu überzeugen sein,
iß sie durch Veranstaltung geeigneter Vorträge für die Jugend deren Auf-
ssungsvermögen nicht zu viel zumuten. Die Resolution des Hamburger Kon-
esses zur Jugendfrage verspricht übrigens schon ziemlich viel in diesem Punkte.
rotzdem kann gefordert werden, daß der diesjährige Parteitag die Richt-
nien für die Erziehung der Jugend noch eingehender festlegt und die Ge-
erkschaften zu deren Innehaltung verpflichtet. Dann mag die Organisation
r Arbeiterjugend in die Hände der Gewerkschaften gelegt werden. Und auch
e noch bestehenden Jugendorganisationen könnten sich dann auflösen und
re Mitglieder den Jugendabteilungen der Gewerkschaften zuführen, wo die-
lben im Sinne ihrer alten Organisationen wirken mögen.

Sodann bedarf es dringend der Gründung einer guten Jugendzeit-
hrift, wie schon mehrfach gefordert wurde. Dieses Blatt muß in allen
werkschaftlichen Jugendorganisationen obligatorisch sein. Im Sinne des
tzten Abschnitts der Leitsätze des Mannheimer Parteitags zum Thema
Sozialdemokratie und Volkserziehung" muß es ihre geistige Führung über-
hmen. Um seine Herausgabe mögen sich Partei und Gewerkschaften ge-
einsam bemühen. Zur Mitarbeit müssen die besten Kräfte beider Zweige
r Arbeiterbewegung herangezogen werden. Ein solches Blatt könnte reichlich
itragen zur Erziehung der Jugend im Geiste des Sozialismus.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von **J. Karski.**

er Solinger Bankkrach und die Kleineisenindustrie. — Trustbildungen in der laschinenindustrie. — Der Kampf gegen die Außenseiter in der Elektrizitäts-dustrie. — Trust und Fiskus. — Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat als erkäufer englischer Kohle. — Der Prozeß der Standard Oil Company. — Die organge in der galizischen Petroleumindustrie. — Hohenlohe kontra Ballin im Schiffahrtstrust. — Aristokraten als Terrainspekulanten in Berlin.

Wir gaben in unserer letzten Rundschau (in Nr. 41 vom 10. Juli) der
efürchtung Ausdruck, daß der tragische Vorgang in München, wo die
ankiers Gebrüder Klopfer Selbstmord begingen, um dem Bankrott zu ent-
hen, nicht der letzte dieser Art sein werde, den die gegenwärtige Krise zeitigt.

So wenig wie andere Leute wußten wir damals, daß in Solingen bereits da
Verhängnis seinen Lauf genommen hatte. Dort war wenige Wochen vorhe
der Direktor der Solinger Bank, Strottmann, freiwillig in den Tod gegangen
und bald darauf war der zweite Direktor dieser Bank, v. Reveneffe, plötzlic
gestorben. Doch verlautete in der Öffentlichkeit nichts darüber, daß die halt
losen Zustände der Bank Schuld daran hatten. Im Gegenteil: noch an
21. Juli wußte die Fachpresse über eine neue Fusion zu berichten, dere
Gegenstand die genannte Bank sein sollte, aber am 23. Juli erfolgte ei
Sturm der Gläubiger auf die Kassen, und am 27. Juli wurde der Konkur
über die Bank verhängt. Es handelt sich um eine Provinzbank, die i
ziemlich bescheidenen Verhältnissen arbeitete — das Aktienkapital war in de
letzten Zeit 3,6 Millionen Mark — und für sehr solid galt. Sie hatte al
Kunden in erster Linie die Unternehmerschaft der sogenannten Kleineisen
industrie von Solingen und Umgegend, war mit dieser Industrie gewachse
und scheint an ihr zugrunde gegangen zu sein. Es wird zwar jetzt in de
Bankpresse von „heilloser Wirtschaft", die angeblich in dem Institut geherrsch
haben soll, gesprochen, aber man muß abwarten, ob es sich da nicht um de
Versuch handelt, alle Schuld den Toten, die sich nicht mehr verteidigen können
aufzubürden. Es liegen indessen sehr einfache Erklärungen für die Kata
strophe nahe, die wohl weniger sensationell, aber plausibel scheinen. Nämlic
so: Die Kleineisenindustrie, die in Solingen noch auf der Stufe der „Manu
faktur" steht, das heißt von Unternehmern geleitet wird, die keine Fabrik
betriebe besitzen, sondern die Ware — Messer, Beile, Handwerkszeug, Waffen
eisernes Hausgerät usw. — größtenteils von Heimarbeitern herstellen lassen,
hatte während des Aufschwunges glänzende Geschäfte gemacht und wurde un
so schärfer von der Krise erfaßt: der Absatz geht rapid zurück, die Preise de
Halbfabrikate aber werden künstlich von den Syndikaten hochgehalten, un
außerdem haben diese Syndikate den betreffenden Unternehmern langfristig
Kontrakte aufgezwungen. Die Bank nun, die mit diesen Unternehmern Ge
schäfte machte, hat während des Aufschwunges den Kredit ausgedehnt, den
nur so konnten diese Unternehmer die Konjunktur ausnutzen. Dann kam di
Krise, der Absatz stockte, die Unternehmer bekamen kein Geld für ihre War
und konnten ihren Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht nachkommen
die Bank mußte Wechsel prolongieren, es wurde fortgewurstelt, bis die Sach
nicht mehr weiterging, und der Krach war fertig.

Natürlich zieht der Krach weitere Kreise: die Unternehmer, denen plötzlic
die Möglichkeit genommen ist, ihre Wechsel weiterhin prolongieren zu lassen
geraten in Zahlungsschwierigkeiten; zwei Solinger Firmen der genannte
Branche sind denn auch bereits in Konkurs geraten; und da der Bank viel
fach Kapitalien der Solinger Geschäftsleute anvertraut waren und auch di
Aktien hauptsächlich im Besitz dieser Kreise sind, so werden ruinöse Verlust
nicht ausbleiben. Es ist daher leicht möglich, daß der Krach eine Umwälzun
in der ganzen ökonomischen Struktur der Kleineisenindustrie nach sich zieht
indem durch das Ausschalten der „schwachen Hände" dem Großkapital de
Weg geöffnet, wobei aber dieses Großkapital wahrscheinlich mit dem manu
fakturmäßigen Betrieb, mit der Heimarbeit, gründlich aufräumen wird. Da
daher die Arbeiter in erster Linie den Schaden zu tragen haben, versteht sic

---

[1] Vergl. den Artikel Solingen von Wilh. Dittmann in Nr. 44.

on selbst. Diese Heimarbeiter — Schleifer, Reider, Ausmacher usw. — be-
utzen zum Teil ziemlich kostspielige Arbeitsmittel, viele haben elektrische
Motore in ihren Häuschen eingerichtet, und gar manchen drücken die Schulden,
eil diese Einrichtungen natürlich auf Kredit genommen sind. Zurzeit ist die
rbeitslosigkeit unter diesen Heimarbeitern sehr groß, so daß die Gemeinden
otstandsarbeiten beginnen mußten. Die Umwälzung der Industrie muß sie
le proletarisieren, und man kann nur den Wunsch hegen, daß dieser Prozeß
ch nicht in endloser Qual hinzieht.

Indessen scheint auch sonst die Krise weitgehende Änderungen in der
truktur der deutschen Metallindustrie zu zeitigen. So machte vor kurzem die
Interessenvereinigung" der Maschinenfabrik Thyssen & Co. in Mül-
eim a. d. R. mit der Maschinenfabrik Erhardt & Semer, G. m. b. H. in
chleifmühle, berechtigtes Aufsehen, weil sie auf ein Eindringen der Magnaten
r Eisenindustrie, wie Thyssen, in die bisher noch ziemlich selbständige
Maschinenindustrie hinweist. Im Juli ist nun abermals eine „Interessen-
emeinschaft" in diesem Industriezweig zustande gekommen. Sie betrifft die
enrather Maschinenfabrik A.-G., die Märkische Maschinenbauanstalt Ludwig
tuckenholz in Wetter a. d. R. und die Duisburger Maschinenbau A.-G. vor-
als Bechem & Keetman. Die erste der genannten Fabriken ist durchaus
bhängig von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A.-G., die acht Neuntel
r Aktien (das Aktienkapital beträgt 4,5 Millionen) im Besitz hat, die Mär-
sche Maschinenbauanstalt ist das Produkt einer Fusion, die 1906 zwischen
r Maschinenbauanstalt vormals Kamp & Co. und der Maschinenfabrik
udwig Stuckenholz in Wetter vollzogen wurde. Alle drei Fabriken betreiben
s Spezialität den Bau von Hebemaschinen (Kranen). Die Interessengemein-
haft besteht darin, daß die Gewinne zusammengelegt und nach vereinbarten
nteilen verteilt werden sollen. Selbstverständlich wird damit die Konkurrenz
nter diesen Fabriken ausgeschlossen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird
sbald ein Vernichtungskampf gegen die kleineren Fabriken, die in der
Branche tätig sind, beginnen.

Wie diese Kämpfe geführt werden, dafür brachte vor kurzem das „Berliner
ageblatt" durch Veröffentlichung einiger Dokumente interessante Beweise.
s handelt sich um die „Schutzvereinigung" der Elektrizitätswerke. Aufgabe
eser Vereinigung ist, einerseits den am Elektrizitätstrust beteiligten Firmen
öglichst hohe Preise bei Lieferungen zu sichern, andererseits die Außenseiter
zuwürgen. Wie der „Schutz" geübt wird, ergibt sich aus einem Zirkular
r Vereinigung an ihre Agenten, wo es unter anderem heißt: „Der Schutz
in jedem Falle so eindeutig auszuüben, daß der betreffende Interessent, sei
nun Laie oder Sachverständiger, den Eindruck gewinnt, daß das Projekt
r geschützten Firma für ihn das vorteilhafteste ist. Die Verfolgung ge-
hützter Geschäfte durch die schützenden Firmen hat bei normalem Schutze nur
soweit zu erfolgen, als dies zur Verschleierung des Schutzes notwendig ist.
. . Der Schutz ist im Interesse der Geheimhaltung des Schutzabkommens
ch Möglichkeit zu verschleiern. Es darf also nicht etwa Position für Posi-
n mit dem gleichen Prozentsatz geschützt werden, sondern es sind prozentual
rschiedene Aufschläge zu machen; ja es empfiehlt sich sogar, in Positionen
n untergeordneter Bedeutung ab und zu einmal zu unterbrechen. Die End-
mme des elektrischen Teiles muß aber stets den verabredeten Mindestschutz
halten." Das bedeutet also klipp und klar; wo eine elektrische Einrichtung

in Auftrag gegeben werden soll, machen zwar verschiedene dem „Schutzverein“ angeschlossene Firmen Offerten, von denen aber nur eine ernst gemeint ist, nämlich die Offerte desjenigen Werkes, dem von vornherein das Geschäft laut Abmachung unter den Werken zugesprochen ist; die übrigen spielen Komödie, doch so, daß der Interessent, selbst wenn er Sachverständiger ist, nichts merkt. Taucht ein Außenseiter auf, dann wird er an die Wand gedrückt, indem eine der an der Verschwörung beteiligten Firmen ihn unterbietet, die übrigen aber den Preis um so höher halten. Dabei ist es aber der Firma, die mit dem Außenseiter konkurriert, nicht etwa freigestellt, ob sie den Kampf aufnehmen will oder nicht, sondern sie muß. In dem Zirkular heißt es: „Die technischen Bureaus sind verpflichtet, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die in ihrem Bezirk zur Vergebung gelangenden Aufträge an keine Outsiderfirma fallen. In erster Linie hat das Bureau der geschützten Firma für Hereinholung des ihm geschützten Objektes zu sorgen. Für Objekte, welche trotz Schutzvereinbarungen an Außenseiter fallen, werden dem verlierenden Bureau 20 Prozent des betreffenden Objektes von dem Jahresumsatz in Abzug gebracht.“ Ein weiteres Zirkular, das einen Spezialfall betrifft und ebenfalls von dem „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wurde, zeigt dann noch deutlicher, wie es gemacht wird: sämtliche Agenten der „Schutzvereinigung“ haben auf den Außenseiter zu achten; wo irgend er ein Geschäft machen will, wird darüber an die Zentrale berichtet, und diese läßt alle Minen springen, um ihm das Geschäft zu entreißen. Also systematische Einkreisung und Abwürgung der Außenseiter.

Pikant ist, daß gleichzeitig verlautet, wie selbst Staatsbehörden, die doch gewiß über Sachverständige verfügen, durch die „Schutzvereinigung“ genasführt worden: es wurde ein Auftrag eines Postamtes von einer „geschützten“ Firma übernommen, indem der Außenseiter verdrängt wurde; dann aber wurde bei einem anderen Auftrag des gleichen Postamtes, wo keine Konkurrenz mehr zu befürchten war, so viel auf den Preis aufgeschlagen, daß ein netter Profit herauskam.

Die bürgerliche Presse ist nun sittlich entrüstet ob der Verworfenheit, mit der ausdrücklich den Agenten eine Täuschung der Interessenten vorgeschrieben wird. Nun, Täuschung und Schwindel sind im Geschäftsverkehr so alltägliche Dinge, daß man sich darüber kaum aufregen braucht. Gefährlich ist, daß dieser Schwindel unter Anwendung von Geheimbünden, die nahezu ein Monopol besitzen, ausgeübt wird. Es ist ja noch in frischer Erinnerung, wie der preußische Eisenbahnfiskus durch Manipulationen, die an Erpressung grenzen, gezwungen wurde, dem Kohlensyndikat exorbitant hohe Preise für die zum Eisenbahnbetrieb notwendigen Kohlen zu bewilligen, und zwar zu einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, Preise, die noch über die Preise der Hochkonjunktur hinausgingen. Man hat sich in Deutschland keineswegs besonders darüber aufgeregt; die Presse hat das interessante Thema mit bedenklicher Eile fallen lassen, und der Herr Minister hüllt sich in Schweigen. Da ist es doch gar kein Wunder, daß auch die kleinen Schächer mit Vergnügen in den Fußtapfen der großmächtigen Syndikate wandeln. — So wird berichtet, daß das Kartell der deutschen Mineralölraffinerien, welche Schmieröl herstellen, eine Abmachung mit den ausländischen Konkurrenzfirmen getroffen habe, damit diese bei der Bewerbung um Lieferungen für die Eisenbahnverwaltung nicht mitmachen. Darauf hat dann das Kartell mit der preußischen Eisenbahnverwaltung einen Vertrag für dreijährige Lieferung zu sehr hohem Preise abgeschlossen

t das richtig, dann scheint der Fiskus vollständig von den Warenwucherern ngekreist zu sein, die mit ihm Schindluder spielen. — Trotzdem es sich hier n öffentliche Interessen handelt, um die Groschen der Steuerzahler, die in chtfertiger Weise von der staatlichen Behörde an die organisierten Warenucherer gezahlt werden, können wir sicher sein, daß im Lande der frommen itte kein Aufhebens von diesen Vorgängen gemacht werden wird.

Dagegen regt sich die „nationale" Presse, zum Beispiel die „Deutsche Tagesitung", gewaltig darüber auf, daß das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat glische Kohle importiert. Das genannte Blatt berichtet nämlich, daß von m Syndikat in Kiel ein Unternehmen unter dem Namen „Kieler Kohlenntor G. m. b. H." gegründet worden ist, das nicht nur westfälische Kohlen rkauft, sondern auch englische, und bereits seine ersten Schiffsladungen hottischer Kohle in Kiel zur Entlöschung gebracht hat. Der Verfasser der otiz behauptet, daß „für das Ausland unsere deutschen Kohlen zu derart illigen Preisen geliefert werden, daß das Bekanntwerden derselben ungeheures ufsehen erregen würde", und ereifert sich darüber, daß in Deutschland der Preis uf einer exorbitanten Höhe gehalten wird, trotzdem die Grubenarbeiter entssen werden müssen und ihre Lager sich häufen. Wie sich das mit der Einahr englischer Kohle seitens des Syndikats reimt, darüber scheint er sich keine edanken zu machen. Die Erklärung liegt aber auf der Hand: Seit die Eisenahnverwaltung sich endlich — viel zu spät! — dazu entschlossen hat, die Frachtsätze für Kohle von den Häfen binnenwärts etwas herabzusetzen, scheint as Syndikat mit den Kohlenexporteuren in England eine Abmachung getroffen u haben, die die Konkurrenz ausschließt. Deshalb errichtet das Syndikat in Kiel das „Kohlenkontor" (in Hamburg besteht bereits ein solches seit längerer Zeit), nimmt den englischen Exporteuren die Kohlen ab und verkauft sie zu den von ihm bestimmten „Inlandspreisen". Jedenfalls ein profitables Geschäft für beide Teile.

Daß die deutsche Regierung in absehbarer Zeit gegen den Übermut der Trusts und Kartelle vom Leder zieht, sich von ihnen zu emanzipieren sucht und den Versuch unternimmt, die Konsumenten gegen diesen Warenwucher zu schützen, erscheint ausgeschlossen. Zumal auch die bürgerliche Presse diesen Vorgängen gegenüber nicht energisch Stellung nimmt.

Dafür macht sich diese deutsche Presse um so mehr lustig über die Amerikaner, die sich von den „Kleptokraten" — wie kürzlich Duimchen die Trustmagnaten nannte — auf der Nase herumtanzen lassen. — Aus Amerika kommt nämlich die Nachricht, daß das Urteil, welches der Standard Oil Company eine Strafe von 24 Millionen Dollar auferlegte, von der Revisionsinstanz umgestoßen sei! Rockefeller soll, als das Urteil gefällt wurde, erklärt haben: Auf dem Grabe dieser Richter wird Gras gewachsen sein, ehe aus den Kassen der Standard Oil Company ein Cent Strafe bezahlt wird. Er scheint recht behalten zu sollen. Zwar hat der Präsident erklärt, er werde es als ein Justizvergehen erachten, wenn die Gesellschaft aus formalen Gründen straffrei bleibe, und hat Befehl erteilt, eine neue Anklage zu erheben. Diese neue Anklage soll mit 1415 Einlagepunkten erhoben werden, wonach die Strafe 30 Millionen Dollar betragen kann. 1415 Punkte! Das ergibt wohl so an 14150 Einwendungen oder noch mehr, und John Rockefeller kann ruhig schlafen.

Er hat überhaupt Glück, der Petroleumkönig. Es sah nämlich so aus, als wenn in Galizien eine Konkurrenz entstehe, die schließlich alle seine Kom-

binationen in bezug auf das Monopol in Europa über den Haufen zu werf
drohte. In diesem Petroleumquellengebiet herrscht seit Jahren Überproduktio
an Rohöl, weil Raubbau getrieben wird und es an Kapital mangelt, um al
jene Einrichtungen zu schaffen, die notwendig sind, um das Öl zu verwerte
— Rohrleitungen, Reservoire, Raffinerien, Transportmittel. Da schließlich d
Preis für Rohöl auf einen beispiellosen Tiefstand sank, wurde das Geschä
sehr verlockend, und Berliner und Wiener Kapitalisten interessierten sich lebha
für Drohobycz und Tustanowice. Es ist ja klar: der Weltmarktpreis fü
Rohöl ist ungefähr 3,20 Mark, in Galizien ist er auf 80 Pfennig gesunken
für die Raffinerien bietet sich also die Gelegenheit, glänzende Geschäfte z
machen. Im Juni führte dieser Überfluß an Rohöl zu einer Katastrophe: e
wurden neue Quellen erbohrt von fabelhafter Ergiebigkeit: da aber kein
Reservoire zum Auffangen des Öls vorhanden waren, ergoß sich dieses übe
die ganze Umgegend, alles verpestend und verwüstend; das Ackerland wurd
überschwemmt, die Wasserläufe verwandelten sich in Ölflüsse. Doch nicht genu
damit: Anfang Juli entstand ein entsetzlicher Brand im Quellengebiet, de
auch bis jetzt noch nicht ganz unterdrückt ist. — Die Überflutung mit Petro
leum veranlaßte endlich die indolente österreichische Regierung zum Eingreifen
Aber wie griff sie ein? Das Nächstliegende wäre doch wohl gewesen, technische
Vorkehrungen zu treffen, um die Schätze, die da nicht nur verkommen, sonderr
das Land verwüsten, zu verwerten. Und wenn die Unternehmer nicht imstande
sind, dies zu leisten, konnte die Regierung Reservoire, Raffinerien usw. er-
richten. Sie würde dann ein Bombengeschäft machen, selbst wenn das raffinierte
Petroleum zu einem Preise weit unter dem, den der amerikanische Trust den
Konsumenten abknöpft, verkaufen würde. Die Regierung könnte außerdem
das Rohöl zur Heizung von Lokomotiven verwenden. Schließlich aber bliebe
noch ein Produkt, das großen Gewinn sichert, nämlich das Ceresin oder Erd-
wachs, ein wertvolles Produkt, das in der chemischen Industrie Verwendung
findet und ausschließlich im galizischen Ölgebiet in großen Mengen gefunden
wird. Im modernen Staat wickeln sich indes die Dinge anders ab: die öster-
reichische Regierung hat beschlossen, gemeinsam mit den galizischen Rohöl-
produzenten den Preis des Rohöls in die Höhe zu schrauben! Zu diesem
Zwecke wird vor allem das Anbohren neuer Quellen verboten. Ferner ist
unter Mitwirkung der Regierung ein Verband der Rohölproduzenten entstanden
mit dem ausgesprochenen Zwecke, den Preis in die Höhe zu treiben. Dieser
Verband, der also dem Interesse der Konsumenten direkt entgegenwirkt, erhält
dann einen zinsfreien Vorschuß von 1½ Millionen Kronen zum Bau von
Reservoiren. Der einzig volkswirtschaftlich richtige Weg, den die Regierung jetzt
einschlägt, ist der, daß sie Rohöl zur Heizung der Lokomotiven verwenden will, aber
sie macht ihn recht eigenartig: die Regierung verpflichtet sich, dem Verband jährlich
30000 Zisternen Rohöl abzunehmen, und zahlt pro Doppelzentner 3 Kronen.
Sage und schreibe 3 Kronen, während der Preis jetzt 1 Krone beträgt und
bei diesem Preise die Produzenten ungeheure Profite einsacken, denn die Pro-
duktionskosten belaufen sich bei einigermaßen ergiebigen Quellen noch nicht auf
¼ Krone. — Auf diese Weise dürften die Produzenten des Rohöls ein brillantes
Geschäft machen, aber sie werden dann kaum daran denken, den Reichtum des
galizischen Quellengebiets auszunützen, um dem amerikanischen Trust Konkurrenz
zu machen. Wozu brauchen sie sich anzustrengen, wozu technisch komplizierte
Betriebe, Raffinerien errichten und kaufmännische Organisationen schaffen, um

Amerikaner zu bekämpfen, wenn sie dank der Unterstützung der Regierung
s Rohöl, das sie 25 Heller kostet, mit 3 Kronen verkaufen können!

Deshalb bleibt Petroleum für Leuchtzwecke nach wie vor teuer, und aller
ahrscheinlichkeit nach wird schließlich Rockefeller in Galizien ebenso festen
ß fassen wie in Rumänien und in Batum.

Ein Unternehmungszweig, auf dem die internationale Vertrustung bereits
r weit gediehen, die Schiffahrt, ist von der Krise überaus schwer getroffen
rden. In England werden heute Schiffe ausgeboten wie saures Bier. Die
erften, die vor kurzem nicht genug schaffen konnten, haben heute Mühe und
ot, Schiffe, die auf Spekulation gebaut wurden, und solche, die die Besteller
cht bezahlen können, an den Mann zu bringen, trotzdem sie mit den Preisen
rk heruntergegangen sind. In Deutschland ist viel die Rede von der un-
mein schwierigen Situation der großen Schiffahrtsgesellschaften. Eine Zeit-
ng schwirrten sogar Gerüchte umher über eine notwendig gewordene „Sanie-
ng" der ersten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, über staatliche Unterstützung,
e ihnen erteilt werden solle, und ähnliche Dinge mehr. Daran scheint nicht
el Wahres, aber richtig ist es, daß der Betriebsüberschuß bei der Hamburg-
merika-Linie von 32,3 Millionen im Jahre 1906 auf 25,2 Millionen im
ahre 1907 zurückgegangen ist, und beim Norddeutschen Lloyd von 30,66 auf
3,69 Millionen Mark, weshalb „Hapag" statt 10 nur 6 Prozent Dividenden zahlt
nd Lloyd statt 8½ nur 4½ Prozent. Im Laufe diese Jahres hat sich die Lage
och verschlimmert, da der Warenhandel immer noch zurückgeht und der
assagierverkehr, seit der Strom der Rückwanderer versiegt ist, matt liegt.
)azu kommt, daß die Schiffahrtsgesellschaften trotzdem große Anleihen auf-
ehmen mußten, um frühere Engangements zu lösen. Diese Riesenunternehmen
önnen eben nicht mit ihren Neuanschaffungen und Reparaturen im beliebigen
Moment aufhören, und hier handelt es sich um Riesensummen. Es hat zum
Beispiel die „Hapag" in den sechs Jahren 1901 bis 1906 für Neubauten von
Schiffen allein 151 Millionen ausgegeben; davon 94 Millionen aus den Ab-
chreibungen und Reserven, die bei den Schiffahrtsgesellschaften naturgemäß
ehr groß sein müssen, 34 Millionen aus dem Erlös für verkaufte alte Schiffe
und Entschädigung für verlorene Schiffe, 34 Millionen aus Kapitalerhöhungen.
Wenn nun der Reservefonds infolge des geringen Überschusses schwächer dotiert
werden mußte (13 Millionen statt 17 Millionen im Vorjahr), dabei aber die
n der Zeit der Hochkonjunktur bestellten Schiffe jetzt bezahlt werden müssen
und an den Verkauf entbehrlicher Schiffe nicht zu denken ist, so ist wohl leicht
erklärlich, daß es um die „Liquidität" schlecht bestellt, bar Geld bei diesen
Gesellschaften rar ist, trotz der im Frühjahr aufgenommenen Obligations-
anleihe. Interessant ist nun, daß diese finanziellen Schwierigkeiten keineswegs
von neuen Monopolisierungsprojekten abschrecken. Anfang Juli war nämlich
große Aufregung in Hamburg wegen des Kampfes zwischen Ballin und Hohen-
lohe um die Levantelinie. Ballin, der Gewalthaber der „Hapag", war daran,
die Levantelinie, eine der mittleren noch selbständigen Hamburger Schiffahrts-
gesellschaften, seinem Truste einzuverleiben. Die Gesellschaft war in finanzielle
Schwierigkeiten geraten, Ballin versprach, die Sache zu arrangieren, ließ sich
zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wählen und legte einen „Sanierungsplan"
vor, der selbstverständlich darauf hinauslief, die Gesellschaft unter das Kom-
mando des Trustes zu bringen. Da entstand plötzlich übermächtige Opposition:
eine Gruppe, die ihre finanzielle Kraft durch die Beteiligung des Fürsten

Hohenlohe erhält, hatte sich die Majorität gesichert und setzte Herrn Ball den Stuhl vor die Tür. Dann zeigte sich, daß die Hohenlohegruppe auch üb zwei andere Schiffahrtsgesellschaften, die „Seetransportgesellschaft“ und d „Union“, die Herrschaft hat und darauf ausgeht, die drei Linien zu vereinige vielleicht um noch weitere anzugliedern und so einen Gegentrust zu schaffe Ganz hübsch ist dabei die folgende Episode. Die Levantelinie hatte ein Wechselschuld von 1 Million Mark am 1. Juli zu zahlen; die Ballin nah stehenden Banken sollten die Sache arrangieren; als aber Ballin sich zurüc gedrängt sah, ließ er die Wechsel präsentieren, doch wurden sie von der Handels vereinigung A.-G., die der Hohenlohegruppe angehört, glatt eingelöst; es wurd dabei in der Presse behauptet, daß es sich um einen direkten Wortbruch handl da Ballin noch einige Tage zuvor sich verpflichtet habe, die Wechsel nicht ein zutreiben. Wer nun gehofft hatte, daß die Hohenlohegruppe den Kampf gege den Trust aufnehmen würde, und daß auf diese Weise das zweifellos seh gefährliche Monopol gebrochen würde, dürfte sich indessen irren. Am Monat schluß verlautet nämlich bereits: „Es haben jedoch auf beiden Seiten Be mühungen eingesetzt, die darauf hinausgehen, den Kampf in friedlicher Weis zu schlichten, jedoch so, daß die Hohenlohegruppe den einmal gewonnene Einfluß in der Hamburger Schiffahrt behalten will.“ Also statt des Kampfe eine neue Stärkung der Machtstellung des Trustes.

Auf dieses Resultat scheinen auch die Verhandlungen hinauszulaufen, die i Hamburg zwischen verschiedenen am Passagierverkehr nach Südamerika inter essierten Linien geführt werden. Es handelt sich da um mehr als eine Tarif konvention, nämlich um einen Trust, ähnlich wie er zwischen den englischen holländischen und deutschen Linien in bezug auf den Passagierverkehr mit Nord amerika besteht, wobei die Gewinne unter die Teilnehmer am Trust verteilt werden

Die Hohenlohegruppe macht übrigens auch anderweitig von sich reden nämlich in der Berliner Grundstückspekulation, und zwar auch hier im Sinne der Vertrustung. Vor kurzem wurde hier die Vereinigung der Bau- und Spekulationsfirma Boswan & Knauer mit der Berliner Terrain- und Bau gesellschaft durchgeführt, und zwar unter Mitwirkung derselben Handels vereinigung, die ihre Hand in Hamburg im Spiele hatte. Die Terrain- und Baugesellschaft ist eine Gründung des Fürsten Fürstenberg, der ähnlich wie Fürst Hohenlohe bedeutende Bauterrains in Berlin und Umgegend besitzt. Auch Fürst Donnersmarck hat eine Zentrale für die Verwaltung seiner Bau grundstücke in Berlin errichtet, und man nimmt an, daß auch dieses Unter nehmen mit der Hohenlohegruppe liiert ist. Die drei Magnaten würden dann ein entscheidendes Wort in der Berliner Grundstückspekulation zu sagen haben. Dies um so mehr, als die Einverleibung der Baufirma Boswan & Knauer in den Trust darauf hinzuweisen scheint, daß eine Bebauung und Verwertung der Terrains beabsichtigt ist.

Alle diese Bestrebungen zur Vertrustung und Mobilisierung des Kapitals der Magnaten gerade im jetzigen Zeitpunkt sind insofern von besonderem Interesse, als hier schon während der Krise die Grundlage zu neuer Expansion des Kapitals gelegt wird. Freilich ist von einer „Überwindung der Krise“ noch lange keine Rede, aber es wird bei dem neuen Aufschwung, der ja kommen muß, das vertrustete Kapital, mit noch größerer Machtvollkommenheit ausgerüstet, eingreifen, um mit noch größerer Vehemenz einer um so unheimlicheren Krise entgegenzurennen.

Literarische Rundschau.

lius Deutsch, **Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.** Wien, Verlag der österreichischen Gewerkschaftskommission (Anton Hueber).

Die Gewerkschaftsbewegung ist in Österreich seit ihrer frühesten Jugend untrenn- verknüpft mit der sozialdemokratischen Partei. Auch heute, da die Differenzie- g der Kräfte eine überaus weitgehende ist und die Entwicklung zu einer großen sbreitung der beiderseitigen Organisationen geführt hat, bilden Gewerkschaften d Partei einen stramm verbundenen Doppelkörper, dessen Organe zwar völlige tonomie besitzen, die aber bei allen Maßnahmen und Beschlüssen nur das tun, s der Zustimmung des anderen Teiles sicher ist und der Gesamtheit frommt.

Dr. Adler hat in einem dem Werke vorausgeschickten Vorwort diese Eigenart österreichischen Arbeiterbewegung mit treffenden Worten charakterisiert, und es rf vielleicht gesagt werden, daß er damit vorweggenommen hat, was der Geschicht- reiber selbst auch aufzuzeigen sich bemühte.

Aber noch ein anderes wäre zu demonstrieren gewesen: daß die österreichischen ewerkschaften nicht etwa deshalb sozialistisch waren, weil sie verfolgt wurden, und Staatsgewalt so gewissermaßen selbst zu ihrem Lehrmeister ward; sondern daß darum verfolgt wurden, weil sie sozialistisch waren, weil die österreichischen Ar- iter weder vor 1889 noch nachher sich vorzustellen vermochten, daß der Klassen- mpf anders als in der Rüstung des Sozialismus erfolgreich geführt werden könne, d weil sie jederzeit der Überzeugung waren, daß es ganz zwecklos, ja zweckwidrig die Abstammung der gewerkschaftlichen Bewegung zu verleugnen oder zu ver- illen; daß alles Diplomatisieren nicht darüber hinweghilft, daß der Kampf der rbeiter — und sei er auch „nur" auf Besserung der gegenwärtigen Arbeitsverhält- sse gerichtet — ein sozialistischer sein müsse, soll er überhaupt zum erstrebten iele führen.

Das von den österreichischen Gewerkschaften geförderte Buch schildert in seinem sten Teil die Anfänge der Bewegung, ihren Kampf um die unentbehrlichen Frei- iten (Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht), die Auseinandersetzungen ischen den Anhängern von Schulze-Delitzsch und Lassalle, den Hochverratsprozeß, e Bruderkämpfe in der Partei und die Verfolgungen der Behörden bis zum Ende r achtziger Jahre. Alle diese Kapitel beanspruchen mehr als ein bloß historisches nteresse. Denn sie enthalten nicht nur eine Fülle von Aufschlüssen über Vorgänge, e mit den gleichzeitigen Ereignissen in Deutschland einen gewissen Parallelismus ufweisen, sondern sie lassen das Werden und Wachsen der Arbeiterbewegung in sterreich in einem Lichte erscheinen, das dieser „Jugendperiode" einen höchst männ- chen Charakter aufprägt.

Mit der Einigung der politischen Partei vollzog sich auch der Wiederaufbau er Gewerkschaften. Wiederum zeigte es sich, daß die Existenzbedingungen der letz- eren nur von jener geschaffen werden können, daß die Erstarkung der Partei ganz nvermeidlich auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften führen muß. Vorerst atten diese freilich sowohl gegen die Bourgeoisie als auch gegen die Regierung ußerst heftige und langwierige Kämpfe auszufechten, um sich ihr primitivstes Da- eins- und Entwicklungsrecht zu ertrotzen. Aber dieses Mal bewirkte der Kampf icht wie vordem eine Zerstörung, sondern eine Kräftigung der Gewerkschaften, so aß sie auch die nicht geringen Schwierigkeiten des letzten Jahrzehnts, die nationalen Differenzen wie Streitigkeiten wegen der Organisationsform fast spielend überwanden.

Daß die Partei hier wie überall den Gewerkschaften nicht etwa bloß beratend, ondern helfend, mitkämpfend zur Seite stand, versteht sich zwar nach der ganzen Vorgeschichte von selbst, hätte aber vom Autor trotzdem betont und hervorgehoben verden sollen, nicht nur zur Belehrung der noch jungen Genossen, sondern um der istorischen Gerechtigkeit willen.

Allein weder dieser Mangel noch auch andere Lücken und Fehlerteile, die etn eine strenge wissenschaftliche Kritik an dem Buche, bei dem die österreichischen G werkschaften selbst Gevatter standen, vielleicht noch aufdecken sollte, vermögen de erzieherischen Wert desselben wesentlich zu beeinträchtigen. Bei einer eventuell Neubearbeitung wird es ja wohl auch möglich sein, der kleingewerblichen Genosse schaften und ihrer Bedeutung für die gewerkschaftlichen Kämpfe, sowie auch de Einflusses der zunehmenden Industrialisierung des Staates, die insbesondere in de letzten Jahrzehnten auffallend rapide Fortschritte machte, gebührend zu gedenke Denn alle diese Erscheinungen stehen zu der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organ sationen in einer sehr innigen Wechselbeziehung und beanspruchen eine Würdigun

So empfehlen wir denn unseren reichsdeutschen Bruderorganisationen das Bu über die Geschichte der österreichischen Gewerkschaften mit all der Wärme, die d Sache verdient und die das gemeinsame Interesse fordern kann. Mögen die Fac vereine im Nachbarreiche, die in derselben Richtung marschieren, das Werk ihre Bibliotheken einverleiben. Sie werden damit ihren wissensdurstigen Mitglieder eine lesenswerte Lektüre und eine Quelle wertvoller Aufklärung erschließen.

Sigmund Kaf

Zeitschriftenschau.

„The socialist Review“ vom Juli gibt im monatlichen **„Ausblick“** de Redaktion eine Betrachtung über den erfolgten Anschluß der bisher liberalen Parla mentsfraktion des Bergarbeiterverbandes an die Arbeiterpartei, besonders in Hin sicht auf die Bedenken, die von den Sozialisten darüber laut wurden. Diese Kritike werden vom Herausgeber als unpraktische lärmende Kavaliere verspottet, die Purzel bäume schlagend und auf Trompeten blasend die rüstig fortschreitende Armee be gleiten, ohne ihr etwas zu nützen, weil sie für jede praktische Führerschaft ungeeigne sind. Sie finden nichts Anziehendes, nichts Glänzendes an der Arbeit der Gewerk schaften und ihrer Parlamentsvertreter. Und doch enthüllt sich hier für uns ei erhebender Anblick: „Es ist die Demokratie, die von ihren alten Anhaltspunkter losgelöst mit unwiderstehlicher Sicherheit vorwärts geht dem entfernten Lande zu von dem die Menschen träumten.“ Es glänzt nicht und eilt nicht; es geht langsan und rüstig ringend vorwärts, nie zu weit, aber auch nie zurück. Die einzelnen Teil gehen links und rechts, suchend, rekognoszierend, ungeordnet; die Masse ist „kein geordnetes mechanisches Ding wie eine Armee“, sondern ein ungeordneter Strom unwiderstehlich immer weiter drängend zum ewigen Leben der Natur, nicht zu den winzigen Schöpfungen des menschlichen Willens gehörend. . . .

Hier darf die Bemerkung nicht unterbleiben, daß eine an sich ganz richtige An schauungsweise von dem unwiderstehlichen Charakter eines Naturphänomens, die die Entwicklung der Arbeiterbewegung trägt, hier eine verkehrte Darstellung und Tendenz bekommt. Denn die Arbeiterbewegung ist zugleich eine Schöpfung, eine Tat der Menschen selbst; und wie der Einzelmensch handelt sie um so zweckmäßiger, je be wußter und durch klare Erkenntnis gewitzigter sie ist. Hier wird gewissermaßen das unbewußte Fortwälzen der Masse als etwas Notwendiges, wenn nicht als Tugend hingestellt. Aber der Fortschritt ist kein gedankenloser Strom einer un organisierten Masse, sondern ein Kämpfen mittels einer organisierten Armee — nicht im Sinne eines strammen Mechanismus, wo alles klappen soll, sondern im Sinne eines von einheitlichem Willen beseelten, bewaffneten Organismus —, welche um so besser kämpft, über je bessere Waffen, Kenntnisse und Organisation, die nur durch sozialistische Propaganda zu schaffen sind, sie verfügt.

Über **„Der Rand“**, das Goldgebiet Transvaals schreibt „ein Johannes burger Journalist“. Hier strömen die arbeitslosen Buren und Engländer zu sammen, mit der Hoffnung, als Aufseher und Sklaventreiber einer Gruppe schwarzer

eiter angestellt zu werden. Aber man braucht sie nicht; sie sind überzählig und
gern, und nun bricht die afrikanische Tradition zusammen, daß die Weißen zum
sehen, die Schwarzen zum Arbeiten da sind. Die Masse der hungernden Weißen
: Weg mit den Kaffern, gebt uns die Arbeit der Kaffern! Sie wollen zu jedem
n arbeiten. Das ist jetzt das südafrikanische Problem, das in der Gestalt einer
kurrenz der Rassen auftritt. Wäre es ein Unrecht gegen die Kaffern, wenn sie
en Goldminen von weißen Arbeitern verdrängt würden? Unrecht war es, daß
us ihren Dörfern zu dieser Zwangsarbeit herangeholt wurden. Die hungernden
annesburger Weißen sollen die arbeitenden Proletarier Südafrikas werden.
in liegt der Anfang der künftigen Befreiung.

„Die Heilung der Arbeitslosigkeit" ist ein Aufsatz von Alfred Russel
llace überschrieben, der im vorigen Heft anfing und in diesem seinen Abschluß
et. Der Autor kritisiert zuerst die von der Arbeiterpartei dem Parlament unter-
tete Arbeitslosenvorlage. Daß die lokalen Komitees die Projekte auszuarbeiten
en, ist schon verfehlt, weil Arbeitslosigkeit kein lokales Übel ist. Und dann gibt
Vorlage keinen Hinweis auf Projekte, die wirklich etwas leisten können. Offenbar
keiner der Urheber oder der Diskussionsredner gewußt, daß in praktischer Weise
Frage schon längst gelöst worden ist in einem 1889 erschienenen Buche von
bert. V. Mills (Poverty and the State, or Work for the Unemployed, Armut
Staat, oder Arbeit für die Arbeitslosen), einem Mitglied der Armenverwaltung
Liverpool, der die Arbeitslosenfrage gründlich studiert hat. Seine Lösung be-
t darin, daß er darlegt: Personen, die keine Arbeit finden, können leicht für ihren
ensunterhalt sorgen, wenn sie für den eigenen Bedarf produzieren. Dazu
sen sie in kooperativen Gruppen organisiert werden. In jeder Gegend werden
ndstücke von 2000 Hektar oder mehr von staatlichen oder lokalen Autoritäten
uft und mit Gebäuden und Hilfsmitteln für 4000 bis 5000 Bewohner aus-
istet. Es hat sich gezeigt, daß sechs Stunden Arbeit täglich ausreichen, um alle
ensbedürfnisse, auch für Kinder und Arbeitsunfähige, zu produzieren, wenn die
en Methoden und Werkzeuge benutzt werden. Lohn wird nicht gezahlt; das ge-
nsame Produkt ist die Frucht der gemeinsamen Arbeit. Man muß darauf rechnen,
vielleicht ein Fünftel der Erzeugnisse verkauft und gegen Produkte ausgetauscht
den kann, die man nicht selbst herzustellen vermag. Daneben hat jeder genug
e Zeit, um irgend eine ihn anziehende Nebenbeschäftigung zu betreiben, die das
en verschönert. Hauptsache ist, daß die Leitung als geschickter Ratgeber und
fer und nicht als Gebieter auftritt; muß sie zuerst etwas autokratisch sein, so wird
nählich in immer weiterem Maße gemeinsame Selbstverwaltung an die Stelle
en. Die Insassen einer solchen Kolonie sollen möglichst alle wichtigen Betriebe
fassen, die zur Verarbeitung der von Ackerbau und Viehzucht gelieferten Roh-
fe nötig sind, und gute Facharbeiter zum Unterhalt der Arbeitswerkzeuge sollen
ei sein. Ein Vorzug dieser Kolonien liegt auch darin, daß die Ernte Sache der
zen Gemeinschaft ist; eine große Reservearmee von daran interessierten Genossen
t hinter dem Stamme der festen Landarbeiter, um, wenn nötig, zu helfen; da-
ch wird der Ertrag sicherer und von Wechselfällen des Wetters unabhängig.
: große Gegensatz zu den ländlichen Arbeitskolonien, über deren Kosten Burns
mmerte, besteht darin, daß diese Kolonien einen dauernden Wohnsitz bieten sollen
deshalb jeder persönlich am Ganzen interessiert ist. Daß dies alles keine Phan-
e ist, hat die Erfahrung bewiesen. Die Stadt Newcastle hat Versuche mit einem
dlichen Arbeitshaus gemacht, und da zeigte sich, daß nach einiger Zeit mehr
duziert wurde, als das Haus brauchte. Das klassische Beispiel von der nach
Wenschen Ansichten gegründeten Kolonie Ralahine ist allbekannt. Auch in der
ländischen Kolonie Frederiksoord hat man ähnliche Erfahrungen gemacht; Arme
en dort aus einer Moorwüste ein kleines Paradies geschaffen. Die überflüssigen
odukte werden leicht Abnehmer finden, denn jeder hat sie gern, weil er weiß,
ß sie gediegene, echte, gute Ware sind. Mr. Mills hat berechnet, daß die ganze

zu Anfang nötige Summe, ein halbes Jahr Unterhalt mit inbegriffen, nicht m
beträgt, als was der Unterhalt einer gleichen Anzahl Armer in zwei Jahren ko
Durch solche Kolonien könnten die Arbeitslosen immer mehr absorbiert werden,
damit wäre die Quelle der Armut verschwunden.

Wenn wir diesem anziehenden Ausblick des Autors skeptisch gegenüberste
will das durchaus nicht sagen, daß wir die Projekte und Vorschläge selbst für
möglich, unausführbar und utopisch halten, wie die kapitalistischen Organe es g
darstellen. Im Gegenteil; seit den praktischen Versuchen Robert Owens steht
technische Ausführbarkeit fest. Aber nur wenn der gute Wille da ist, nicht
einzelt aus privaten Mitteln, sondern allgemein, von Staats wegen, diesen W
energisch zu beschreiten. Die Bourgeoisie will ihn jedoch nicht gehen und k
ihn nicht gehen, weil sie damit ihr eigenes System untergräbt. Da mit der Lös
der Arbeitslosenfrage die Ansprüche der Arbeiter und die Löhne gewaltig stei
würden, schreckt sie davor zurück. Darin liegt das Utopische solcher Vorschläge,
der Autor den aufrichtigen Willen zur gründlichen Abhilfe bei den herrschen
Klassen voraussetzt. Das Buch von Mills, sagt Wallace, wurde nicht beachtet, n
es vor seiner Zeit erschien; jetzt aber sei die Zeit zur Verwirklichung gekomm
Daß er sich darin irrt, macht die Ausführungen selbst nicht weniger sympathi
sie bilden ein neues, besonders für den praktischen Engländer wichtiges Agitatio
material gegen die politische Herrschaft der Bourgeoisie. Hat aber einmal
Proletariat die ganze Herrschaft erobert, dann werden bei der Organisierung
großen gesellschaftlichen Getriebes kleine kooperative Kolonien nicht mehr zur Lös
einer Arbeitslosenfrage nötig sein.

Bibliographie des Sozialismus.

Bebel, August, **Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix': „Die wahre Gest des Christentums".** Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 54 S. 30 Pf.

Borchardt, Julian, **Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre.** Eine populäre Einführu Leipzig, Leipziger Buchdruckerei A.-G. 64 S. 40 Pf.

Dietzgen, Josef, **Erkenntnis und Wahrheit.** Des Arbeiterphilosophen universe Denkweise und naturmonistische Anschauung über Lebenskunst, Ökonom Philosophie, Religion und Sozialismus. Zu seinem zwanzigsten Todestage gesamm und herausgegeben von Eugen Dietzgen. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 428 S. 4 M geb. 5 Mk.

Dobrogeanu-Gherea, C., **Anarchism si Socialism.** Biblioteca „Viitorul Social" Nr. Jassi, Viitorul Social. 46 S. 60 Bani.

Kampffmeyer, Paul, **Changes in the theory and tactics of the (German) Social Dem cracy.** Translated by Winfield R. Gaylord. Chicago, Charles H. Kerr & Co. 164 S. 50 C

Kautsky, Karl, **Ethics and the Materialist Conception of History.** Translated by J. B. Aske London, The Twentieth Century Press. 128 S. 1 Shilling.

— — **Patriotism si Socialdemocracie.** Cu o schifa biografica si portretul Autorelai. Bibliot „Viitorul Social" Nr. 5. Jassi, Viitorul Social. 24 S. 30 Bani.

— — **Ranskun Vallankumousajan Luskha vastakohdat 1789.** Übersetzt von Yrjö Siro Helsinski, Tyoväen Sanomalehti. O. Y. 96 S. 1 Mk.

Leroy, Maxime, **La loi.** Essai sur la théorie de l'autorité dans la démocratie. Etudes é nomiques et sociales. VI. Paris, V. Giard & E. Brière. 351 S. 6 Fr., geb. 7 Fr.

Lewis, Arthur M., **Evolution**, Social and Organic. Chicago, Ch. H. Kerr & Co. 186 S.

Luxemburg, Rosa, **Sozialreform oder Revolution?** Zweite, durchgesehene und ergänzte A lage. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei A.-G. 84 S. 50 Pf.

Marx, Karl, **Value, Price and Profit.** Edited by his daughter Eleanor Marx-Aveli Chicago, Charles H. Kerr & Co. 128 S. 50 Cts.

Morgan, Lewis H., **Die Urgesellschaft. (Ancient Society.)** Untersuchungen über den Fo schritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation. Aus dem Englisc übertragen von W. Eichhoff unter Mitwirkung von Karl Kautsky. Zweite, durchgeseh Auflage. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 480 S. Brosch. 6 Mk., geb. 7,50 Mk.

—. **Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung!** Flugschrift zur B urteilung der volksfeindlichen Politik des preußischen Dreiklassenparlaments. Zweite, vermeh Auflage. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 46 S. 20 Pf.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

euilleton der Neuen Zeit

ımmer 8 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 14. August 1908

Eine Künstlertragödie.

Von **Heinrich Ströbel.**

Es ist ein tragisches Verhängnis, daß gerade die besten unserer Poeten sich :n Leben ihrer Zeit immer mehr entfremden. Während manche schwächere :lente sich kopfüber in den Strom des Lebens stürzen, um sich von den :ogen der großen Ereignisse tragen zu lassen, ziehen sich Poeten von ungleich ırkerer künstlerischer Qualität in die blasse Schemenwelt romantisch an= ;chminkten Scheines oder in den Schmollwinkel ihrer artistischen Kapricen rück. Wie resolut ist zum Beispiel ein Stilgebauer in seinem „Götz Krafft" n zeitgenössischen Problemen zu Leibe gegangen. Da gab es nichts zwischen m Nirwana, der altruistischesten Weltverneinung, und der individualistischesten bensbejahung, der ins Werk gesetzten Propaganda der Tat, was sein vier= ndiger Roman nicht geschildert hätte. Pennälerleiden und Pennälerfreuden, dentischen Saufkomment und Couleurstupor, antisemitischen Kretinismus d feudalen Duellmord, erste blöde Jugendeselei und freie Liebe, stumpf= nig=schablonenhaften Wissenschaftsbetrieb und Forscherdrang, akademische reberei und ehrliche Ideologie, kleinstädtisches Philistertum und Professoren= nkel, Krähwinkelei und Weltstadttreiben, Sozialismus und Anarchismus — s und noch manches andere behandelte Edward Stilgebauer in einem ein= ;en Roman! Daß diese unersättliche Stoffgier auch einem wirklichen Künstler : sichere Gestaltung des einzelnen unmöglich gemacht hätte, ist klar. Aber dauerlicher noch ist das andere Extrem, die Scheu vor dem packenden offe, die Flucht vor allem, was die Menschheit nun einmal bewegt, und t Recht bewegt.

Vor einem guten Jahrzehnt trat Arno Holz mit dem Plane hervor, einen ramenzyklus zu schaffen, der die bewegenden Kräfte der Zeit gestalten sollte. Berlin. Die Wende einer Zeit in Dramen" war der Sammeltitel, den Holz nem Dramenzyklus gegeben hatte, als er das erste dieser Dramen dem ublikum darbot. Das war ein tönender Titel, ein pomphafter Prospekt, m der Erstling der verheißenen Serie eigentlich nicht so recht entsprach. ehandelte doch dieser Erstling „Sozialaristokraten" alles andere eher als eltbewegende Strömungen oder Personen, vielmehr ein Grüppchen harmlos= ssierlicher Weltverbesserer, die sich an den Grenzen der proletarischen Be= egung angesiedelt hatten und in ihrer grotesken Selbstüberschätzung nach dem ebel suchten — denn den archimedischen Punkt hatten sie ja längst ge= nden! —, um die Welt aus den Angeln zu heben. Dies Grüppchen der ozialaristokraten oder Edelanarchisten bildete ebensowenig eine kulturelle Hauptströmung" wie eine eigentliche Zeiterscheinung. Denn derartige Koterien n Schlachtenbummlern und Weltanschauungslungerern, von Neunmalweisen

und politischen Kindsköpfen hat es noch zu jeder Zeit bei jeder großen sozialen Bewegung gegeben. Diese guten Leutchen existieren heute, nach zehn Jahren noch ebenso selbstvergnügt — wenn sie sich auch eine andere Modetracht zugelegt haben —, wie sie in abermals zehn Jahren in der Umwertung aller realen Werte eine vergnügliche Beschäftigung finden werden. Aber die Komödie las sich trotzdem amüsant, namentlich für den Eingeweihten, der die karikaturistische Bosheit jeder einzelnen Linie zu würdigen verstand. Und auch das war erfreulich an diesem Erstling, daß Holz die belletristelnden Kritikaster und Philosophaster, die das bürgerliche Zeitungsgesinde schleunigst zu großen Männern emporlobte, so köstlich humoristisch nahm. Das gab die Hoffnung, daß der Dichter in späteren Dramen wirklich ernste Probleme mit angemessenem Ernste und erfreulicher Vorurteilslosigkeit behandeln werde.

Allerdings schrieben wir schon damals, daß wohl vorläufig eine Fortsetzung des Dramenzyklus nicht zu erwarten wäre, da Holz die Welt, die er schildern wolle, doch erst noch kennen lernen müsse. Es ist ja nun auch ein gutes Jahrzehnt verstrichen, bevor Holz mit einem neuen Drama hervorgetreten ist. Erst vor einigen Wochen erschien seine Tragödie „Sonnenfinsternis“, nachdem ihre bereits angekündigte Aufführung aus ziemlich dunkel gebliebenen Gründen verschoben worden war.[1] Leider aber hat Holz trotz der zehnjährigen Studienpause mit dieser Tragödie keine der Hoffnungen erfüllt, die man auf den Dichter des „Buches der Zeit“ setzen zu dürfen glaubte, auf den Schöpfer jener hinreißenden Lyrik, in der der Blutstrom sozialer Leidenschaft so machtvoll pulste.

Die Tragödie „Sonnenfinsternis“ ist noch viel weniger ein Zeitdrama, noch viel weniger charakteristisch für Berlin und das „Ende einer Zeit“, als die Komödie „Sozialaristokraten“. Sie handelt nicht von der Tragik der Zeit, sie ist die Tragödie des Künstlers, oder noch enger gefaßt: die Tragödie des Künstlers Arno Holz. Sie ist ein durch und durch subjektives Werk, so sehr sie auch auf den ersten Blick der Dramatisierung einer gleichgültigen Skandalaffäre ähnlich sieht, die sich zufällig unter Berliner Malern und Bildhauern abspielt. Dieser Doppelcharakter des Dramas als einer ganz persönlichen Konfession und zum anderen einer Skandalgeschichte mit sexualer Perversität gibt der Dichtung etwas unerquicklich Zwieschlächtiges. Dies Unerquickliche und Zwieschlächtige wird noch gesteigert durch die porträtartige Charakteristik einiger Personen, in denen man bekannte Berliner Künstler vermutet, wodurch man unwillkürlich zu allerlei Kombinationen verleitet wird, auch wenn man sich sonst den Teufel um die Chronique scandaleuse seiner mehr oder minder interessanten und prominenten Mitmenschen kümmert.

Auch die Handlung des Dramas ist zwieschlächtig und brüchig. Der Held, der Maler Hollrieder, bricht unter doppelten Schlägen zusammen: er verzweifelt an seiner Kunst und am Weibe. Als Künstler ist er einer der rastlos Suchenden. Er flieht die ausgetretenen Gleise, er fahndet auf neue Stoffe, er hascht nach neuen, unerhörten Ausdrucksmitteln. Dem an seiner Kunst Verzweifelnden, um ein in künstlerischen Exaltationen verlorenes Leben mit dem Geschick Hadernden tritt ein Weib entgegen, das ihn mit sich und der Welt auszusöhnen scheint. Aber auf diesem Weibe lastet ein Fluch: die aus dem Hause des Vaters, des berühmten Bildhauers Lipsius, Entflohene, die sich als

---

[1] Arno Holz, Sonnenfinsternis. Tragödie. Berlin 1908, Joh. Sassenbach.

[...]ttkünstlerin durchs Leben schlägt, hat sich Beatrice genannt, nach jener [...]trice Cenci, dem Opfer der unnatürlichen Lüste des eigenen Vaters, deren [...]gödie Shelley gedichtet hat. Hollrieder erfährt das Ungeheuerliche, aber er [...]nählt sich dennoch mit der Geliebten, weil er den Vater für den allein [...]uldigen hält. Als sich jedoch Lipsius, der elegante, skrupellose Lebens[...]stler, der für seine entflohene Tochter von maßloser Leidenschaft entbrannt [...] auf die Nachricht von der Vermählung Beatricens hin eine Kugel durch [...] Kopf schießt, packt Hollrieder Entsetzen vor der Dämonie seines Weibes. [...]trice aber, von dem Grausen des Geliebten erschüttert, zerschmettert sich [...]ch den Sturz vom Balkon....

[...]In Holzens neuer Tragödie spukt mancherlei Dämonie: die ihrer selbst [...]ewußte Brunst des Weibchens, die lohende Sinnengier entfacht, an der [...] zwei geniale Künstler tödlich versengen. Aber dies sexuelle Problem steht [...]t, wie bei Ibsen oder Strindberg, im Mittelpunkt der Dichtung; es wetter[...]htet nur schwül in die Szene hinein. Die Handlung gewinnt erst im letzten [...]e Bewegung — was uns in drei Vierteln der Dichtung gezeigt wird, sind die [...]enden Nervenstränge des nach dem Höchsten strebenden Künstlers, der das [...]agbare vergeblich zu sagen sucht. Ein Freund rühmt die neue Technik [...]lrieders. Der antwortet bitter: „Technik! Der erste beste Grasfleck im [...]nenschein schlägt die ganze Malerei tot.“ Und an anderer Stelle stöhnt [...] „Wir sind alle Schwindler! Alle! ... Gib mir einen Grund, auf dem ich [...]der stehen kann, eine ‚Idee‘, an die ich wieder glauben darf, ein Einziges, [...] alles umfaßt, die ganze Skala, und ... (erschöpft) ich werde es ... noch[...]l ... versuchen.“ Und als sein neuestes Bild, ein Meisterwerk, in der Sezession [...]gehängt wird und ihm der Präsident der Ausstellung ehrlich gemeinte [...]nplimente macht, lehnt er sie mit dem gereizten Stoßseufzer ab, daß ihm [...]t endgültig die Erkenntnis aufgegangen sei, „daß sich an ein Rechteck aus [...]ckleinwand kein Pinselstrich mehr lohnt, weil für uns heute mit diesen über[...]ten Mitteln Eigentlichstes überhaupt nicht mehr erreichbar ist“. Worauf ihm [...] Präsident der Sezession, der doch schließlich auch Einer ist, in seiner [...]stischen Weise vergebens klar zu machen sucht, daß die Kunst natürlich [...]e Grenzen habe: „Det Kunst keene Natur is ... wenn Se damit komm'n, [...] die Art könn'n wir natürlich alle inpacken! ... Da sind Sie der erste [...]y! ...“

[...]Und in diese künstlerische Desperation, die sich bald in grenzenloser Nieder[...]chlagenheit, bald in fiebernden Schaffensdelirien offenbart, mischt sich die [...]unde Reaktion des Menschen gegen die Selbstzermürbung durch dergleichen [...]istische Verstiegenheiten: „Zehn Jahre ... gearbeitet wie ein Sträfling, [...]ualen ausgestanden wie ein Verdammter, und das ... der Schluß! ... Kunst! [...]eifen, was sich nicht greifen läßt, einem Phantom nachjagen, das unerreich[...]: ist, auf einer Nadelspitze tanzen, auf der noch nicht mal Raum für den [...]ntausendsten Teil eines Stäubchens ist! (fast hysterisch; schon halb schluch[...]d): Auf solche ... Idiotie zu verfallen! ... (sich wieder zusammenraffend; [...]bissen): ‚Kunst‘!! (kurzes, einmaliges Auflachen) ... Und unterdessen (höhnisch) [...]en andere das Leben!! ...“

[...]Man braucht nur Holzens literarisches Schicksal zu kennen, um zu be[...]ifen, daß diese Schreie aus der gequälten Brust des Dichters selbst stammen. [...]llrieder ist eben Holz selbst. Aus dem Dichter, der in seiner farbenfrohen [...]gend seine Fanfaren so hell in die Welt hineinschmetterte, ist leider nur

zu bald ein Grübler, ein Sucher dunkler, unbetretener Wege, ein klügelnde Kunsttechniker geworden, den sein eigensinniges Stöbern nach Unbekannten Unerhörtem schließlich zum unfreiesten Eklektizismus, ja zur wunderlichste Nachahmerei getrieben hat. So in seinen Schäferliedern „Dafnis", dieser Kopi der Freß-, Sauf- und Liebeslieder des siebzehnten Jahrhunderts. So in seine „Sonnenfinsternis", wo sich Strindberg und — Hermann Bahr (der jugend liche, himmelsstürmerische Bahr) ein höchst seltsames Stelldichein geben. E ist wirklich jammerschade um einen Dichter von echtem Schrot und Korn, un einen Mann, der bei Selbstbescheidung und engerer Berührung mit dem ver achteten „Herdenvieh", dem Volke, dem Leben, ein vollwichtiger Eigener hätt sein können!

Die Tragödie „Sonnenfinsternis" ist als Drama verfehlt, als Zeitbil charakterlos und uninteressant (Geschlechtstrieb, Blutschande, krankhafter Künstler ehrgeiz sind doch wahrhaftig keine Sondermerkmale *unserer* Zeit, nicht einma unserer *Berliner* Künstlergeneration!), und selbst als allgemeine psychologisch Studie nicht hervorragend. Interessant ist sie einzig als seelisches Dokumen ihres Verfassers. Wenn man wenigstens hoffen könnte, daß Holz sich gleic Goethe nun den inneren Krankheitsstoff von der Seele heruntergeschrieben hätte um sich künftig natürlich und menschlich einfach, das heißt wahrhaft künstlerisc zu geben!

Das einzige, was an dem neuen Drama von Holz als Spiegel und Lehre der *Zeit* gelten kann, ist der durch diese Dichtung besonders eindringlic geführte Beweis, daß ein Künstler nur dann Großes schaffen kann, wenn e — so sehr ihn auch die Brutalität und Stupidität der maßgebenden Schichten unserer Bourgeoisie dazu verleiten mögen — allen hochmütigen Absonderungs gelüsten, allem exklusiven Ästhetentum entsagt, im *Volke* lebt und für das *Volk* denkt und dichtet!

Friedrich Naumann.

Von **A. K.**

„Naumann aber hauen wir heraus, wo immer er auch stehe", erklärte unter tosendem Beifall ein hessisches Pfäfflein auf der Frankfurter Tagung. Damit drückte er nicht nur höchst präzis die psychologische Formel der Nationalsozialen aus, sondern auch die politische: Was die Herren selber für ihre Stärke ansehen, nämlich Persönlichkeiten statt Massen hinter sich zu haben, ist zugleich das, was ihren politischen Bankrott bedingt. Naumann, Gerlach, Rohrbach, Damaschke, Rade, was bedeuten ihre Namen für den Gang der Politik anders als Nullen oder mißglückte Ausrufungszeichen. Man wird ja direkt verlegen, wenn man von ihrer sachlichen Bedeutung, von ihrer „politischen Stoßkraft" reden sollte. Nur als sozialpsychologische Mauerblümchen, als interessante Kulturblasen, als schwankende Paradigmen für den historischen Materialismus bieten sie dem Politiker einigen Wert.

* * *

Unter jenen Intellektuellen, welche die von der Bismarckschen Faust aufatmende Periode der Februarerlasse in das soziale Fahrwasser warf, ist Friedrich Naumann der bei weitem interessanteste. Er hat den „sozialen Zug" vielleicht als einen persönlich-individuellen aus dem Christentum des Hauses geerbt.

ver er wird nicht bestreiten wollen, daß erst die Welle der neunziger Jahre
ı hochwarf, daß sein Pathos am kräftigsten tönte, wenn das sozialistische
ermometer auf Schön Wetter stand, daß seine politische Lehre von dem
zialen Kaisertum verblaßte und schweigsam wurde in dem Maße, als die
rtschaftliche, politische Lage sich verschärfte, und daß er mit all seinem stolzen
d schönen Willen zum Heloten seiner einstigen Feinde werden mußte, als
e harte politische Notwendigkeit ihn vor die Klinge forderte: rechts oder links.
ahrlich, wenn der Herr Pfarrer unsere von ihm so oft widerlegte Philo-
phie ergründen will, er brauchte nur eines Abends die Stadien seines eigenen
bens durchzudenken.

Bei dieser Sachlage wird es schwer, die Seele des Mannes bloßzulegen. Er
it seit fünfzehn Jahren jede Woche mindestens einmal von sich hören lassen.
nd es wäre wirklich zu billig, diese Augenblicksbetrachtungen gegeneinander
iszuspielen. Ein Mann, der die philosophische Methode der politischen Be-
achtung verachtet, kann nicht — wie Mehring es so gut von Marx sagt —
n Dingen ihren historischen Puls abfühlen. Er gewinnt daher an Popu-
rität — aber auf Kosten der Tiefenwirkung. Also kann es sich nur um die
ixierung der groben Züge dieses sonst ziemlich komplizierten Mannes handeln,
m ein paar Grundrichtungen seiner Psyche, die vielleicht nicht jedem etwas
eues bieten.

Noch eins. Uns beschäftigt nicht die politische Formel Naumanns und ihr
chicksal. Sie ist leicht zu behandeln, federleicht ad absurdum zu führen. Uns
iteressiert hier der Mensch. Durch diese Beschränkung des Themas aber ist
uch der Ton unserer Ausführungen gegeben. Wir pflegen politische Gegner
cht hart anzufassen, aber gegen eine Seele zu polemisieren, ist nicht nur un-
nnig, sondern roh.

* * *

Man hat Naumann sehr oft einen „Idealisten“ gescholten. Wird das
Vort in ethischem Sinne genommen, so ist das gerade Gegenteil der Fall.
Idealisten“ waren die Demokraten von 1848. Aber Naumann ist so wenig
Idealist“, daß man vielmehr den realistischen Heißhunger nach Wirk-
ichkeit und Macht als sein eigenstes Wesen bezeichnen kann. Er hat seine
hristliche Haut abgestreift in dem Maße, als sie jenem Hunger lästig wurde,
ind was ihn jetzt auch sein Sklavenschicksal erdulden läßt, ist nichts weiter
ls das Gefühl, nun auch wirkliche Politik mitzumachen, und sei es auch
eufelspolitik. An seine christlich-einsamen idealen Fahrten denkt er mit wahrem
Schauer zurück. Darum hat er auch mit einem an Zynismus grenzenden
„Wirklichkeitssinn“ sowohl die Hunnentaten in China wie den Doktor Karl
Peters verteidigt. Zur Zeit der sechziger Jahre hätte dieser Mann unbedingt
uf seiten Bismarcks gestanden (wiewohl er sich gegen diese Zumutung aufs
eftigste sträuben wird) — und sollten sich Unruhen wie bei den letzten Berg-
rbeiterstreiks wiederholen, so würde er ja sicherlich dringliche Versuche zur
Einigung machen, aber ebenso sicherlich im Notfall die Ultima ratio kräftig
euern lassen. Der Machtstaat steckt ihm zu tief im Blute.

Und hierher gehört auch das einzige, was Naumann politisch geleistet hat.
Er hat diesen Machtinstinkt, und zwar in seiner monarchisch-militaristisch-
marinistischen Form, dem Freisinn eingeimpft und die im Wirtschaftsleben der
letzten fünfundzwanzig Jahre tief begründete Entdemokratisierung des Bürger-
tums beschleunigt. Seine Schwärmerei für den „Glanz der deutschen Kaiser-

krone“, in dem er sich mit dem Januschauer eins weiß, hat nicht zuletzt e Reste demokratischen Empfindens aus dem Liberalismus herausgetrieben. U endlich: War Naumann es nicht, der den Satz heilig sprach: Macht geht v Recht? Ein „Idealist“ ist der Mann sicher nicht.

Wohl aber könnte man diesen übertriebenen Wirklichkeitssinn psychologi mit seiner Vergangenheit verbinden. So wie die strenger behüteten Primar zumeist die ruppigsten Korpsburschen abgeben, so wie aus stillen Pastore söhnen widerlichste Menschenschinder werden, so mag auch Naumanns pietistis Jugend und Werdezeit diesen Fall ins — sozusagen — Unterwirkliche n verursacht haben.

Mit dem Idealisten Naumann ist es also nichts. Ethische Skrupel lieg dem Heilbronner Abgeordneten ferner als irgend einem anderen. Aber er ein Realist ohne Mandat, gewissermaßen ein Wirklichkeitler, der nicht zu To kommen kann. Und hier scheint mir etwas wie Tragik in dem Manne zu liege Nämlich ein Zwiespalt zwischen dem Gang der Ereignisse und dem, was g rade sein Wirklichkeitshunger ihm so scharf zu verfechten eingibt. Sein po tischer Wille geht auf den sozialen Ausgleich. Ihn zu erreichen, bejaht er a Vorbedingung mit aller Entschiedenheit den nationalen, kriegerisch-expansiv Machtstaat. Und gerade dieser mit all seinen Voraussetzungen und Konsequenz treibt Jahr für Jahr weiter vom Ausgleich weg. Die Tragik liegt also me in der Dialektik der Dinge als in Herrn Naumanns Rechnung. Aber sie t ebenso weh, und Naumann sucht ihrer Herr zu werden durch eine ungewöhnlic Kunst der Dialektik und einen gewissen ästhetisierenden Einschlag.

Dialektik meinen wir nicht im Sinne von kunstgerechtem Debattiere sondern in dem Sinne, wie man etwa von Hebbels „dialektischem Zuge redet. Also in rein intellektuellem Sinne, als Begriffsjonglieren und Sic berauschen an erdachten Formeln. Dieser dialektische Zug ist gar nicht we zudenken von Naumann: das Professoren- und das Kathederhafte, das ewig Räsonnieren und Schwelgen in immer neuen Kombinationen, dieses ein weni eitle Sichspiegeln in persönlichen Theorien usw. — ganz abgesehen von de Wust von Büchern, den der Mann verdaut hat. Oder gibt es etwa irgen eine politische Konstellation der letzten Jahre, und sei sie noch so verzwick die Naumann nicht nur nicht auf eine Formel gebracht, nein, auch durch ein Formel gelöst hätte? Und zwar nicht auf Grund einer methodischen Betrach tung der Dinge, sondern auf Grund persönlich-individueller Ansichten? Wi verkennen die Gabe einer solchen dialektischen Handhabung am allerwenigste Aber ohne methodisches Prinzip führt sie zur Spielerei. Wir haben uns a mancher Formel Naumanns gefreut, aber zuweilen wurde uns seine Dialekti zum Ekel.

Bliebe also seine vielgerühmte Künstlernatur. Nun verkennen wir nicht daß Naumann einen klaren und modulationsfähigen Stil besitzt. Aber ic meine, das überschwengliche Lob eines solchen Stils ist mehr ein Sympton für unsere geringen Stilforderungen im allgemeinen, als für die Einzigartig keit Friedrich Naumanns. Es ist ja aber auch viel weniger der Stil an sic als der Umstand, daß die „schmutzige Politik“ in gut geformten Sätzen gesag wird, der die Bourgeois so in Erstaunen setzt. Und gegen das Deutsch de gewöhnlichen Politikmacher gehalten, ist freilich Herrn Naumanns Stil ein künstlerische Eigenart. Jedoch in Frankreich würde kein Mensch sich über ihn wundern.

Und dann Naumanns Ästhetentum. Es gehört die ganze Beschränktheit
s deutschen Oberlehrers dazu, so viel Aufhebens von ihr zu machen. Gewiß,
aumann sieht Dinge und Beziehungen, von denen der deutsche Bourgeois
sher nichts ahnte. Was kümmerte diesen die edle Schönheit eines Schwung-
ds oder das Problem des Glas- und Eisenbaus? Und das ist freilich das
ıgeschmälerte Verdienst Naumanns, die bürgerlichen Köpfe mit ästhetischer
chtung vor den Formen des Kapitalismus gefüllt zu haben. Allein ganz
ogesehen von der Zweischneidigkeit dieses Verdienstes — das Charakteristische
:gt auch hier wiederum nicht in dem reinen Künstlertum des Mannes: der
ozialdemokrat Maxim Gorki wird lächeln über das, was Naumann von der
rbeiterseele weiß, und die Sozialisten Anatole France und Bernard Shaw
erden Naumanns ästhetische Schriften herzlich unbedeutend finden. Nau-
ann als Künstler anzusprechen, ist durchaus übereilt. Nein. Das Charak-
ristische liegt doch auch hier wieder in dem Umstand, daß man solche „ekligen
inge", daß man Arbeiterviertel, Fabrikhöfe, Werften, Spinnsäle mit anderen
s den stutzigen Bourgeoisaugen betrachten kann. Daher das Staunen der
astoren. Nur auf Grund des völlig zurückgebliebenen Kulturstandes der
utschen Bourgeoisie konnte Naumann so gefeiert werden. Im Ausland
ußte man das längst.

Und dann das Wichtigste. Es wird einem so schwer, die „Ästhetik" dieses
Nannes zu loben. Denn psychologisch liegt hier das, was ihn vom Sozia-
smus trennt. Ich meine, seine psychologische Struktur zeigt etwa das
chema von Ragaz, Pflüger usw. Was diese Leute zum Sozialismus
ieb, ist die Ethik. Was aber bei Naumann diese leider Gottes fehlende
thik ersetzt, ist eben seine etwas romantische Ästhetik. Einer der hervor-
agendsten sozial gerichteten Theologen sagte mir darum einmal, es würde
n gar nicht wundern, wenn Naumann noch einmal zum Katholizismus über-
:ete. In der Tat liegt hier etwas Unprotestantisches, etwas Romantisches
ı ihm. Das führt uns zu dem Christentum dieses Doktors der Theologie.
)och zuvor noch ein Wort über seine hochberühmte Beredsamkeit.

Mit Jaurès verglichen redet er plump, mit Daszynski — langweilig, mit
em verstorbenen Auer — fast unwahr. Ich habe ihn immer lieber gelesen
ls gehört. Für die Schlächtergestalt kann er nichts. Aber er holt beim Reden
lles mit Arm und Fäusten herbei. Und dieses Armtraining scheint eine
oezifisch nationalsoziale Nummer zu sein: die meisten seiner Schüler machen
s ihm nach. Es gibt wohl kaum ein besseres Kriterium für die politische
Rede als den Instinkt der Arbeiter. Wenn nun in Deutschland ein „Demagoge"
ristiert, so ist es sicher Naumann. Aber wo ist der Demos, den er fesselt?
Schon in Frankfurt wendeten sich die Proletarier von ihm ab. Und man
eobachte noch heute seine Wirkungen auf die Arbeiter in den Versammlungen.
Studenten und Lehrer, Kaufleute und Frauen — das sind die großen Schreier.
lber mit dem Demos verbindet diesen Demagogen nichts als ein frommer
Wunsch. Ich habe es erlebt, daß Arbeiter von einem stockkonservativen
General a. D., der sie im übrigen anständig behandelte, größeren Eindruck
hatten als von dem „glänzenden Redner", der ihnen dazu noch eine Schmeichelei
ıach der anderen sagte.

Die christliche Entwicklung Naumanns ist dokumentarisch an den Titeln
einer Bücher und Zeitschriften festzustellen. Pietistisch, innermissionell, christlich-
ozial, evangelischsozial, nationalsozial, imperialistischliberal — man sieht, das

Christliche wurde immer dünner. Aber das ist nicht das Interessante. Vo den Tagen an, da Naumann im Rauhen Hause abends über den Büchern hockte, bis jetzt ist ihm das sicher nicht leicht geworden. Das Interessante i in was die christliche Energie sich gewandelt hat, nämlich ins Nationa Imperialistische. Wie die pietistische Gerechtigkeitsethik durch den Enthusia mus des Schönen ersetzt, so wurde die pietistische Frömmigkeit allmählich vo der Flotten- und Kanonenstimmung verdrängt. Gewiß wäre es übereilt, au dieser — wohlgemerkt für die heutige intellektuelle Bourgeoisie typischen – Entwicklung irgendwelche Schlüsse auf eine gemeinsame Wurzel von Christen tum und Patriotismus zu ziehen. Aber das geht zum mindesten aus il hervor: die Religion als soziales Lebensferment ist selbst für die moderr Bourgeoisie eine überwundene Ideologie, und ferner: der Nationalismus i diejenige Ideologie, der selbst die sozial Vorurteilsfreiesten zum Opfer fallen der Nationalismus ist das letzte ideologische Bollwerk, worin sich ein au richtiger bürgerlicher Theoretiker noch zu verschanzen wagt.

Fügen wir endlich noch hinzu, daß Naumann als politischer Gegner ein sehr sympathische Erscheinung ist, mit dem zu kämpfen ein großes Vergnüge macht, so möchte die Gestalt dieser immerhin merkwürdigen Kulturerscheinun in groben Rissen umzeichnet sein.

Das Gesamtbild Naumanns aber verdient wie kein anderes ein Prädika das freilich nur in den Augen der Vorsichtigen das bedeuten kann, was e möchte, nämlich: spezifisch deutsch. Und zwar nicht nur psychologisch, in de professoralen Dialektik, in der biederen Eloquenz, in der etwas plumpen Ästheti der ewigen Häutung, dem staatsbürgerlichen Abscheu vor jeder Revolution Nein, auch seine ganze Stellung innerhalb der Bourgeoisie, seine Wertschätzun durch sie ist spezifisch deutsch und nur aus den deutschen Verhältnissen herau zu verstehen: in Friedrich Naumann bestaunt der deutsche Untertan die ihm bis jetzt unverständliche Einsicht, daß die Politik — wie Plato sagt — di höchste Wissenschaft ist, in ihm bewundert die deutsche intellektuelle Schlaf mütze die Weisheit, daß auch Politik geschmackvoll besprochen werden kann in ihm hofft endlich der vernünftigste Teil der deutschen Bourgeoisie den kommenden Mann der goldenen Linie zwischen Revolution und Reaktion ge funden zu haben.

Aber daß Politik die erste Wissenschaft sei, diese Weisheit hat sich das moderne Proletariat längst erhungert. Und es pfeift gegebenenfalls auf di ganze Ästhetik des Kapitalismus. Was aber die goldene Linie anbetrifft, s hat es keinen Grund, seine gerade Marschroute zu revidieren. Gerade di letzten Wochen haben bewiesen, wohin diese berühmte goldene Linie führt nämlich in ziemlich scharfer Kurve nach rechts.

Bücherschau.

Friedrich Schlegel, **Lucinde.** Ein Roman. Textrevision und Einleitung von Jonas Fränkel. Jena 1907, bei Eugen Diederichs.

Schleiermacher, **Vertraute Briefe über Friedrich Schlegels Lucinde.** Jena 1907, bei Eugen Diederichs.

Friedrich Schlegels Lucinde, die 1799 erschien, ist ein kennzeichnendes Dokument für die Auffassung der Romantik von den Beziehungen zwischen Mann und Weib, nebenbei dem einzigen sozialen Gebiet, auf das sie je ihre unruhig huschenden

:ter geworfen hat. In diesem Buche, dessen Held Julius das Urbild des zer-
:enen und haltlosen romantischen Bummlers ist („es war ihm, als wolle er eine
:lt umarmen und könne nichts greifen"), wird die Geschlechtsliebe zu einem
:stisch-religiösen Mirakel vernebelt, weit dunstiger, als es in denselben Tagen
:elling mit seinem Widerporst getan:

> Mein' einzig Religion ist die,
> Daß ich liebe ein schönes Knie,
> Volle Brust und schlanke Hüften,
> Dazu Blumen mit süßen Düften,
> Aller Lust volle Nährung,
> Aller Liebe süße Gewährung.

Zweifellos trägt aber auch dieses schwächliche Werk etwas von dem bürgerlichen
:urm und Drang in sich, und auch seine verlogene Sinnlichkeit hat ihre schwelende
:umme an dem Feuer der großen Revolution entzündet, die statt der Liebelei des
:cien régime die Liebe und statt der Lüsternheit die Leidenschaft mit vollen Tönen
:klamierte. Wo überhaupt die Romantik auf die Liebe und die Frauen zu sprechen
:, verriet sie ihren zwieschlächtigen Ursprung aus Reaktion und Revolution be-
:ders deutlich. Indem sie gleich das Universum zu packen glaubte, wenn sie ein
:r stramme Hüften packte, rettete sie sich aus der Wirklichkeit des verfaulenden
:nischen Reiches, die die Tat erfordert hätte, in den Wolkendunst metaphysischer
:äumereien: hier liegt ihre reaktionäre Wurzel. Gleichzeitig wirkte sie revolu-
:när, indem sie die Freiheit der Frau und die freie Liebeswahl verkündete, denn
:ser Kampf gegen die moralische Knechtung des Weibes war ein Reflex der auf-
:mmenden bürgerlichen Weltanschauung, die auf das Recht des Individuums, auch
:s weiblichen Individuums, pochte und in der Ehe nichts Gottgefügtes mehr,
:dern nur einen von beiden Kontrahenten leicht lösbaren freien Vertrag erblickte.
: der Lucinde allerdings läßt Schlegel, der vordem einmal die demokratische Re-
:blik, sogar mit Stimmrecht der Frauen, die einzig vernünftige Staatsform ge-
:nnt hatte, die metaphysische Seite bei weitem überwiegen und sieht von aller
:ellschaftlichen Bedingtheit des Geschlechtsverhältnisses ab. Die Menschen dieses
:ches, eines Gemengsels von Roman, Dialog und Reflexion, die leblos sind wie
: Figuren eines Schattentheaters, scheinen außerhalb der bürgerlichen Welt zu
:hen; da sich Lucinde, mit Julius in freier Ehe verbunden, Mutter fühlt, dreht
: die erste Sorge des Vaters nicht um die materielle Existenz des Kindes,
:dern um die Frage, ob es für die Porträt- oder die Landschaftsmalerei zu er-
:hen sei!

Als sich der Sturm der Sittlichen gegen das Werk erhob und Schlegels In-
:us Schleiermacher seine Vertrauten Briefe schrieb, um den „magischen Duft von
:iligkeit" zu verherrlichen, der ihm aus der kleinlich-lüsternen Schrift entgegen-
:hte, tadelte er, daß der Held aller sozialen Beziehungen entäußert dastehe: „In
:er solchen Welt, wo die bürgerlichen Einrichtungen die Frauen so sehr erdrücken,
: muß derjenige, dem sich ein Weib ergeben hat, schon aus Selbstverteidigung in
:s bürgerliche Leben hinausgehen und da wirken", meinte aber wieder ein-
:ränkend, in einem der Liebe geheiligten Kunstwerk sei die Abstraktion von der
:rgerlichen Welt schlechthin notwendig. Ein Menschenalter später entdeckte das
:nge Deutschland in dem Kampfe für die Befreiung des Weibes und die Emanzi-
:tion des Fleisches einen Bundesgenossen in diesem Element der Romantik, und
:tzkow gab nach Schleiermachers Tode 1835 die Vertrauten Briefe mit einer über-
:tig kecken Vorrede heraus, um mit diesem Streiche die tobende Wut der ortho-
:xen Eiferer zu entfesseln, denn Schleiermacher, zur positiven Theologie zurück-
:kehrt, hatte längst die Briefe als eine Jugendsünde verleugnet.

Daß jetzt die beiden verschollenen Bücher ausgegraben werden, erklärt sich aus
:r Vorliebe für die Romantik in jeder Form, die, in ähnlicher Verfallsstimmung

wie ihre Vorfahren vor einem Jahrhundert, die bürgerliche Klasse von heute z
Schau trägt, aber wenn der Herausgeber sagt, das verfemte Büchlein möge hina
wandern, den geistig Aufrechten eine Labe, ein Ärgernis den Pharisäern und V
schnittenen, so ist das nicht recht verständlich. Noch Gutzkow durfte mit Recht
tonen, daß er die Vertrauten Briefe wie eine Rakete in die erstickende Luft
protestantischen Theologie und Prüderie werfe, aber heute haben sich die Pharis
und Verschnittenen über weit stärkeren Tabak zu ärgern, und den geistig Aufrech
die nie für die Opiate der Romantik Bedürfnis gehabt haben, hat dieses Gestam
der Impotenz erst recht nichts zu sagen. Schaltet man das historische Interesse
dem Buche aus, so bleibt nichts als gähnende Langeweile, wie denn schon Hei
gewiß ein geistig Aufrechter, über Schlegel, der aus einem betrunkenen Pedan
der Erotik ein betrunkener Pedant des Katholizismus geworden, und seine Lucin
urteilte: „Die Mutter Gottes mag es dem Verfasser verzeihen, daß er dieses B
geschrieben; nimmermehr verzeihen es ihm die Musen.“ Hermann Wend

---

Hermann Bang, **Ludwigshöhe.** Roman einer Krankenpflegerin. Berlin 19
S. Fischer.

Der Untertitel führt ein wenig irre, denn daß die Heldin Krankenpflegerin
erscheint als etwas fast Zufälliges. Man könnte das Buch richtiger den Rom
der Alltäglichkeit nennen, wie sie sich in den Gesellschaftsschichten darstellt, zu der
die Hauptperson eigentümliche Beziehungen hat. So liebevoll eingehend der V
fasser auch diese junge Krankenpflegerin zeichnet, so stellt er im Grunde nur
Umwelt dar, worin sie sich bewegt.

Bangs künstlerische Technik ist höchst eigenartig. In zahlreichen winzig
Zügen malt er ein Stück Leben breit und doch skizzenhaft, mit auffallender De
lichkeit und doch unendlich diskret. Seine Gestalten sprechen ihre wahren Gedank
fast nie aus, nicht einmal für sich. Den Schein vornehmer Gesinnung, den je
vor dem anderen aufrecht hält, bewahrt er ebenso sorgfältig vor sich selber. A
lieben es, gütig, freundlich und gerecht zu sein, solange es ihren Interessen ni
widerstreitet, und wenn sie eigensüchtig und niedrig handeln, weil es ihren Int
essen entspricht, so merken es diejenigen kaum, die als außerhalb des Kreis
Stehende gewohnt sind, an ihre Güte zu glauben.

Ein sicherer, durch keine Grübelei oder Sentimentalität jemals ins Wanken g
ratender Klasseninstinkt verbindet diese sonst recht verschiedenartigen Mensche
Sogar die geistige Schwerfälligkeit und seichte Bildung, die ihnen gemeinsam sin
erscheinen als Schranken, deren sie zur Verteidigung ihrer sozialen Stellung b
dürfen.

„Man zieht doch einen Kreis um die Seinen“, so lehnt eine der vornehm
Damen die Bewunderung ab, die ihre Freunde ihr spenden, da sie sich bereit e
klärt, ein verirrtes Lamm aus dem Abgrund zu holen. Sie führt diese Aufga
mit sehr viel Takt und Feingefühl durch und rettet so die gesellschaftliche Positi
der schon verloren geglaubten Standesgenossin. Die gleiche Geschicklichkeit zeigt
aber auch in der diskreten Art, in der sie das junge Mädchen, mit dem ihr Soh
unter den Augen und mit stillschweigender Zustimmung seiner Mutter ein Liebe
verhältnis angeknüpft hat, beiseite zu schieben weiß, sobald eine reiche Braut a
den Plan tritt. Nachdem sie dieses Mädchen unter genauester Beobachtung d
korrekten gesellschaftlichen Formen aufs tiefste gedemütigt und dann endgültig au
ihrem Kreise entfernt hat, sagt sie ohne jede Heuchelei: „Ein prächtiges Mädche
und sie gehört zu jenen seltenen Menschen, die immer ihren Platz kennen.“

Neben diesen Gesellschaftsschichten zeigt uns der Roman auch jene kleinbürge
licher Frauen, die auf eigenen Erwerb angewiesen sind und mit einer gewisse
Ängstlichkeit nach der neuen Ideologie suchen, die ihrer sozialen Stellung entsprich
Aber auch hier wird uns wieder nur armselige Mittelmäßigkeit vorgeführt. S

:ein scheint das Interesse des Verfassers für sich zu haben. Nicht eine unter den
:len Gestalten des Romans ragt durch Geist, Temperament oder Energie über
: anderen empor. Alle bewegen sich wie unter einem nivellierenden Druck, der
:n Individuum das Maß seiner Entwicklung unerbittlich vorschreibt, und auch
: Heldin, die der Autor mit seltener Feinheit, Güte und Liebenswürdigkeit aus-
:ttet, überragt doch an Geist und Willenskraft die anderen nicht und geht ohne
:genwehr zugrunde. Was sie zur Hauptperson des Romans macht, ist wohl der
:stand, daß sie jedem der beiden geschilderten Gesellschaftskreise zur Hälfte an-
:ört und sich darum der Klasseninstinkt beider gegen sie wendet.

Trotz dieser Ausschaltung hervorragender Individuen ist Bangs Darstellungs-
: aber nicht „naturalistisch" im hergebrachten Sinne. Seine Kunst stilisiert viel-
:hr streng. Starke Persönlichkeiten würden ihm die überzarte Färbung seines
:ldes stören. Wahrscheinlich glaubt er auch nicht an deren Fähigkeit, entscheidenden
:nfluß zu üben. Schließlich, so urteilt der müde Ästhetiker, wird doch alles wieder
: den alten Platz gestellt. Die revoltierende Bourgeoisdame fügt sich in ihren
:ialen Kreis, und die Verwalterstochter wird daraus entfernt, alles ohne viel Auf-
:en, nach unumstößlichen Gesetzen.

Marie Franzos hat den Roman so trefflich aus dem Dänischen übersetzt, daß
:n eine Originaldichtung zu lesen glaubt. Therese Schlesinger.

:nil Witte, **Aus einer deutschen Botschaft.** Zehn Jahre deutsch-amerikanische
Diplomatie. Leipzig 1907, Zeitbilderverlag. 325 Seiten.

Die Methode der deutschen Bureaukratie, jeden, der an ihrer Unfehlbarkeit
:eifelt, vor den Kadi zu schleppen und wegen angeblicher Beleidigung verurteilen
: lassen, mag für ihre verbissene und verknöcherte Seele eine angenehme Seite
:ben, aber sie hat auch entschieden ihre unangenehme Seite, sogar für die selbst-
:wußtesten Bureaukraten. Nämlich wenn diese sensiblen Männer, die sich schon
:rch Äußerungen beleidigt fühlen, an denen außer preußischen Staatsanwälten
:d Richtern, die eben auch zur Bureaukratie gehören, kein Sterblicher einen blassen
:himmer von Beleidigung zu entdecken vermag, sich die hanebüchensten Beschuldi-
:ngen ins Gesicht werfen lassen, ohne zu mucken, so liegt der Verdacht nahe, daß
: sehr viel Dreck am Stecken haben müssen. Auf das „Schweigen der Verachtung"
:nen sie sich angesichts ihrer sonstigen Praxis nicht berufen, ohne sich vor aller
:lt lächerlich zu machen.

Gegenüber der Schrift des Herrn Witte haben die darin in schwerster Weise
:gegriffenen Beamten und Diplomaten bisher die Wanzentaktik des Totschweigens
:gezogen. Darin liegt schon das Eingeständnis, daß in dem Buche sehr viel
:ahres enthalten sein muß. Möglicherweise mag auch manches Unwahre und
:mentlich übertriebene darin zu finden sein; wir haben nicht den geringsten An-
: zu irgend einer günstigen Voreingenommenheit für den Verfasser, der „für Preß-
:hen" der deutschen Botschaft in Washington attachiert gewesen ist. Aber wenn
:n so sein sollte, so wäre eine Verurteilung des Verfassers wegen formaler Be-
:digung um so leichter zu erzielen, und das hartnäckige Schweigen der „maß-
:enden Instanzen" auf die beständigen Herausforderungen Wittes, ihn gerichtlich
: belangen, erweckt Betrachtungen, von denen wir lügen müßten, wenn wir sie
:meichelhaft für Herrn Bülow und seine Diplomatie nennen wollten.

Inzwischen wird eine billige Volksausgabe der Schrift vorbereitet, und wenn
: Inhalt auch fernerhin durch das Schweigen der Bureaukratie beglaubigt werden
:lte, so gewinnt sie eine Bedeutung, die sie durchaus lesenswert macht.

Lose Blätter.

Geistergeschichten von Guido Weiß. Bei dem schmutzigen und widerlich Handel Harden-Eulenburg ist gerade seine schmutzigste und widerlichste Seite a meisten in den Vordergrund getreten, dagegen ganz im Schatten geblieben d geister- und gespensterseherische Wesen, das in höfischen Kreisen sein Wesen tre und ein ungleich ärgeres Zeichen historischen Verfalls darstellt als das noch weite Umsichgreifen der Päderastie. Päderasten sind Prinz Eugen, der preußis König Friedrich, auch König Wilhelm von England gewesen; die Geistergeschicht blühten am Hofe Friedrich Wilhelms IV.

Über diese Geschichten hat vor nunmehr schon vierunddreißig Jahren Gui Weiß einen Aufsatz veröffentlicht, von dem wir glauben, daß er gerade in gege wärtiger Zeit unsere Leser interessieren wird. Und die Art des Verfassers int essiert sie vielleicht nicht weniger als der Gegenstand seiner Darstellung. Gui Weiß ist heute leider ganz vergessen. Als vor zehn Jahren von einigen seiner alt Freunde, die nun auch längst in das Land gegangen sind, aus des Bezirk ke Wanderer wiederkehrt, eine Sammlung seiner besten Aufsätze geplant wurde, scheiter die Absicht an dem Widerspruch seines Erben und Schwiegersohns, des Redakteu Stern von der „Frankfurter Zeitung", wohl weil ein sozialdemokratischer Herau geber und ein sozialdemokratischer Verleger ins Auge gefaßt waren; angeblich woll Stern selbst die Herausgabe besorgen, hat aber nie daran gedacht. Und so m hier wenigstens ein kleines Juwel aus einem reichen Schatzkästlein gerettet werde Guido Weiß schreibt:

„Ich werd' mich hüten!" Er klingt mir noch in den Ohren, der dumpfe T trotziger Furcht, worin der Hofmedikus F. es ablehnte, einmal mit der Hand unt den Tisch zu fahren. Lange lautlose Pause darauf. „Na, da können wir wo wieder Licht anzünden!" unterbricht sie endlich gelangweilt der Hauptmann v. Und so wollen wir uns die Gesellschaft und ihr Tun bei Lichte betrachten.

Anfangs der fünfziger Jahre war das Tischrücken ins Land gekommen. D Bedürfnis des Idealen will eben irgendwo hinaus. Fühlt es sich konstant bedrü und beeinträchtigt durch die ganze Gestaltung des öffentlichen Lebens, wie zu Beispiel in den Vereinigten Staaten, so macht es sich Luft in ebenfalls beina konstanten Ausbrüchen irgend eines Wahnwitzes, gewöhnlich, wie das ja am natü lichsten und bequemsten ist, religiöser Form. So im Mormonentum, in den E weckungsversammlungen, neuestens in den Kneipenprozessionen. In den Lände alter Kultur bedarf es für solche geistige Epidemien besonders prädisponierend Momente, eines nationalen Unglücks, wie es den Kongestionen des französisch Geistes, die sich jetzt zu Lourdes und Lasalette offenbaren, vorangegangen ist, od des schroffen Bruches von Hoffnung und Aufschwung, wie das 1849 in Deutschla geschah. Und sieht man heutzutage im lieben Vaterland so manches „Unbewußt passieren und florieren, so liegt die Vermutung nahe, daß unter dem Glanze u der Freude dieses neudeutschen Reiches doch ein tiefer Riß durch die Herzen gehe..

Also das Tischrücken. Seines sogenannten wissenschaftlichen Charakters w das Phänomen bald bar, mit der nüchternen Erklärung der Physiker von d Akkumulation kleinster mechanischer Kräfte fühlte die Masse sich nicht befriedig machte die Psychologie sich an den holden Wahnsinn, so war das verehrliche P blikum sehr beleidigt, und so war's ein feiner und richtiger, der französischen E fahrung von dem ridicule qui tue entlehnter Zug, daß der alte Humboldt den W als die beste Waffe gegen den Spuk erhob. Als ein kleiner Sayn-Wittgenstein de großen Manne beteuerte: Aber ich schwör es Ihnen, Exzellenz, daß der Tisch si endlich gedreht hat! — da lautete trocken die Antwort: Nun ja, der Vernünftige gibt nach. Das war eine Szene bei Hofe, und bei Hofe war es auch, daß, als d Tischrücken als Gesellschaftsspiel aus der Mode gekommen war, es seinen Si

[...]tiefte und seinen mystischen Kultus fand. Von den immerhin noch unschuldigen [...]asen der Elektrizität und des Magnetismus — mit denen hatte der Berliner [...]f schon ausgiebig und skandalös genug in den Reaktionsjahren nach den „Frei[...]tskriegen“ gespielt — wandte man sich bald ab; mochte die Erscheinung ent[...]hen, wie sie wollte, das höhere Interesse richtete sich darauf, wie sie an[...]venden sei.

Aus dem Tischrücken entpuppte sich das Tischklopfen, das „beseelte Fichtenholz“ [...]rde zum begeistigten, und wes Geistes! Man stellte Fragen an den Tisch, er [...]twortete durch Klopfen, er erriet, er weissagte endlich. O, die unsichtbare Kirche [...]s Wahnsinns hat ihre mindestens ebenso festen, ebenso uralten Dogmen wie jede [...]dere, und wenn einst ein Kreuzweg mit einem Kreise von Knochen genügte, die [...]sen Geister zu zitieren, so reichte jetzt ein Teetisch mit einem Kreise gespreizter [...]nger hin, die Geister, gute wie böse, herbeizurufen. Und sie akkomodierten sich, [...]ese Geister, sie machten's ihren Gläubigen bequem. Aus den Tischen wanderten sie [...] leichter bewegliche Vehikel, wie sie nach dem altbewährten Prinzip der Bieruhr [...]nstruiert wurden und als Psychograph und Emanulektor auf den Markt kamen; [...]n da gingen sie sogar direkt in die Finger der Auserwählten, so daß zuletzt die [...]fache Manipulation darin bestand, dem „Medium“ irgend eine Frage zu stellen, [...]e dieses dann im Namen des Geistes, den es eben bei sich walten fühlte, sofort [...] gewöhnlicher Bleistiftschrift auf gewöhnlichem Papier beantwortete. Daß das [...]edium dabei vielleicht die Augen schloß, sich verbinden ließ oder gen Himmel [...]htete, wird als nichts Außerordentliches zu gelten haben, solche Fertigkeit üben [...]nder schon, und die Umsitzenden sorgten außerdem achtsam dafür, daß die Schrift [...]cht schief lief und am Rande des Papiers hübsch Halt machte.

Diese Entwicklung war, wie man sieht, eine gute nach korrekten Mustern. Erst [...]ar es, am drehenden Tische, die Gemeinde im ganzen, die ihren Rapport mit der [...]eisterwelt in gemeinsamer Anstrengung herstellte, dann trat das Priestertum jedes [...]nzelnen in sein Recht, und wer da Lust hatte, mochte allein für sich, je nach seinem [...]eschick, mit dem Psychographen operieren. Aber aus dem Anachoretentum, zu dem [...] besonderer Weihen nicht bedurfte, entwickelte sich bald die Hierarchie, ein spezifisches [...]riestertum der „Medien“, die nicht, wie einst die Pythien und später die Clair[...]oyanten, dem weiblichen Geschlecht ausschließlich angehörten, sondern meist — ihre [...]emeinde war ja weiblich genug — junge Männer von recht intelligentem Gesichts[...]usdruck und gewöhnlich gar nicht idealistischer Stimmung waren. Sie gingen mit [...]ren Geistern denn auch so derb in Manieren und Ausdruck um, wie nur der liebe [...]te Justinus an der harfenumrauschten Weibertreu, wenn so ein schwäbischer Dick[...]hädel aus dem sechzehnten Jahrhundert das Spuken gar nicht lassen wollte. Und [...]ch selber vergaßen diese Herren „Medien“ dabei keineswegs.

Ein junger Architekt P. hatte sich als geschicktes Medium das Vertrauen der [...]attinnen zweier Minister, der Gräfin v. Schwerin und der Freifrau v. d. Heydt, [...]worben und wäre in diesen Kreisen ungern vermißt worden. So wurde es in [...]er Gemeinde der Gläubigen dankbar als Fügung verehrt, daß eine dem jungen [...]Manne drohende Versetzung nach der Provinz zurückgenommen und ihm eine Stel[...]ung in Berlin zugewiesen ward. Sehr bekannt war damals das Geschick eines [...]ochrenommierten Kunstmäzen, des Großindustriellen Ravené. Er hatte die große [...]nd kleine Welt durchstudiert und sich schließlich der Magie ergeben. Sein Medium [...]. war ihm unentbehrlicher Ratgeber für alle, selbst die prosaischst geschäftlichen [...]ngelegenheiten geworden, er hütete diesen seinen Schatz eifersüchtig vor allen zer[...]reuenden Sorgen, die ihm etwa der Lebenserwerb verursachen könnte, am meisten [...]ber vor den Gelüsten anderer Liebhaber, die diese ausgezeichnete Kraft zu ihren [...]reisen und ihren Experimenten heranziehen wollten. Was der „Geist“ durch dieses [...]Medium vorhergesagt und angeraten hatte, das traf ein und das schlug ein; was [...]Wunder, daß endlich auch an ihn die vorwitzige Frage gerichtet wurde, die man [...]onst zur Frühlingszeit im grünen Busch sich vom Kuckuck beantworten läßt. Und

der Geist sprach durch Herrn K.: „Noch in diesem Jahre wirst du sterben!“ De
Mann nahm sich's gebührend zu Herzen; er zog sich von der Welt zurück, er en
sagte mehr und mehr selbst der Nahrung und zahlte den Wechsel, den der Gei
auf ihn gezogen hatte, noch vor abgelaufener Frist. Seine weltlichen Angelegen
heiten hatte er vorher geordnet, und das Medium soll über Undankbarkeit de
Freundes nicht zu klagen gehabt haben.

Ein anderer Märtyrer des neuen Glaubens war der Rendant Hornung, de
eifrigsten Adepten einer. In seinem Verkehr mit den Geistern ging er mehr auf
Solide, und so befragte er einen wohlerfahrenen böhmischen Ritter, der bei den
Sturme der Hussiten auf das märkische Städtchen Bernau gefallen zu sein ver
sicherte, im Tone der guten Frau Schwertlein: „Habt ihr sonst nichts an mich zu
bringen?“ Worauf der fürtreffliche Schnapphahn ihm anvertraute, daß er in Vor
ahnung unzeitigen Endes sein bißchen Armut, manch Schaustück und gülden Ge
schmeide, vor den Wällen der guten Stadt Bernau vergraben habe. Auch des
Ortes erinnerte er sich noch genau und selbst nach heutigen Veränderungen merk
würdig erkennbar. Schade ums liebe Gut! — der glückliche Interpellant rüstet sich
es zu heben. Eine dunkle Nacht war zum Werke bestimmt, die richtige Stelle is
leicht gefunden, ein Lastwagen wartet nicht weit davon auf der Landstraße. Der
Schatzgräber fängt mit einigen Beschwörungsformeln an, dann geht es bei trübem
Laternenschein an die ungewohnte Arbeit mit Hacken und Spaten. Er schafft mit
aller Kraft, der Schweiß rinnt, das Herz klopft, denn bereits gerät die Schaufel,
um modern zu reden, auf Kulturschichten. Da plötzlich! von der Höhe über ihm
ein Knallen und Donnern und Rollen und Hohngelächter über ihm, um ihn, unter
ihm! Ihn hat „es“ hingeworfen, die Laterne hat „es“ zerschlagen. Als es wieder
still geworden war, steht er gebrochenen Mutes auf und schleicht von dannen; er
weiß ja, was das zu bedeuten hat. Die Heimfahrt in stürmischer Nacht auf offenem
Wagen tat den Rest dazu, anderen Morgens lag er an der Lungenentzündung
nieder, etliche Tage darauf auf der Bahre. Ein paar lustige Vögel, die von der
Expedition vorher Wind bekommen, hatten dem armen Schelm in der Weise, wie
es Don Quichotte geschehen ist bei seinem Ritte auf dem Zauberroß Zapfen-
hölzern, bei dem Erlösungswerk helfen wollen, etliche Schwärmer und Kanonen-
schläge hatten die Intervention des Bösen dargestellt. Zu spät hat der Spaß sie
gereut.

Um diesen Hornung aber sammelte sich, was zu der Brüderschaft gehörte; bei
ihm als dem anerkannten Geschäftsführer des Zwischenreichs sprachen auch ab und
zu Personen aus exklusiven Kreisen vor, die von den Fortschritten der neuen
Wissenschaft rapportieren zu können wünschten. Da war General v. Pfuel, der Ein-
tagsminister von 1848, da kam der feine und fromme Legationsrat Abeken, da
waren schriftstellernde Halbsoldoffiziere, die v. Forstner, v. Schachtmeyer, v. Eber-
stein, da erschien auch der Meister des irdischen Paßwesens unter Hinckeldey — und
das wollte etwas sagen —, der Polizeirat Säger, und sah den dämonischen Vaga-
bunden gläubigst durch die Finger. Da sprach der Oberststallmeister v. Willisen,
als er während des Krimkriegs in einer diplomatischen Mission gen Wien geschickt
wurde, zuerst vor, um die Meinungen der Überirdischen zu erkunden, auf welchem
Wege wohl seine Aufgabe am besten zu erreichen sein werde. Da verfehlte nicht,
stets mit einem Sack voll wunderbarster neuester Erfahrungen ausgerüstet, der Graf
Brassier St. Simon sich einzufinden, sobald er Berlin besuchte. Er war preußischer
Gesandter in Turin und erhielt, wie er sich offen rühmte, durch sein „Medium“
— in diesem Falle eine junge Frau — sicherere und schnellere Nachrichten aus den
Feldlagern in der Krim, als selbst die Regierung durch ihre Telegraphen. Der ver-
mittelnde Geist, der sich ihm hierfür zur Disposition gestellt hatte, war kein Ge-
ringerer als der große Dschingiskhan selber. In guter Laune führte er einst dem
Medium Brassiers die Hand zu einer Zeichnung, dem Porträt seiner selbst. Ich
habe es gesehen und bin stark versucht, die junge Italienerin für einen ausbündigen

alk zu halten, die mit ihrem dünnbeinigen deutschen Grafen recht unerlaubten
ß getrieben: das Bild war vollendet das eines mikrozephalen Blödsinnigen.
Und wäre bei diesen Gaukeleien doch nur etwas von dem feinen Geiste be-
klich gewesen, der einst des Grafen St. Germain Glück machte. Aber die Geister
Herrn Hornung und seiner Genossen waren geistlos bis zum Plattesten. Wer
r davon wissen will, der lese das kleine Buch nach, worin Herr Hornung über
e ersten Versuche berichtete. Es führt im Titel den stolzen Namen Heinrich
nes, denn der tote Dichter hatte die erste Sensitive Hornungs, ein junges
dchen seiner Verwandtschaft und hoffentlich ein hübsches, anzulocken gewußt,
treudienstbar folgte ihr dieser Dämon durch die Reihen von Martern, die dem
nen in Gedichten, die sie auf seinen Namen sündigte, angetan wurden. Als
ältere Dame zur Würde eines „Mediums" gelangte, kam der selige Goethe
die Reihe.
Unter den Augen eines wohlbekannten Goethekenners und Goetheerklärers hat
Alte von Weimar damals folgendes Distichon verübt:

Was du immer erstrebst, ist Geist und Leben und Wahrheit,
Was du erreichen nicht kannst, ist im Keime schon tot.

Und der Goethekenner beugte sein Haupt und schwieg. Aber am nächsten Abend
: er wieder da.
Als das Geschäft später spekulativen Aufschwung nahm und ganz in die Hände
Männermedien geriet, wurden auch die Geister ernsthafter und hatten mit der
digen Poesie nicht gern mehr zu tun. Ich hatte die Ehre, Herrn Sallustius
hören, der in leidlicher Übereinstimmung mit dem Kleinen Brockhaus über seine
ensumstände sich ausließ, dann aber, unter Beigabe einiger grammatikalen
nitzer, einen lateinischen Moralspruch zum besten gab, den ich später in einem
ocinium, aber plagiarischerweise als Wort des Cicero wiederfand.
Der drolligste Kauz unter diesen Geistern und der bei aller Ungeniertheit des
ganges doch auch das angenehmste Gruseln verursachte, war Herr Horaz v. Forno,
Ritter, der zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges auf dem bei Breslau gelegenen
losse Lissa, dem Leuthenberühmten, gehaust haben wollte, und zwar nicht ganz
lich und zweifelsohne. Er plauderte gern und viel, fluchte aber dazwischen
stig, so daß, besonders wenn Damen im Kreise der Gläubigen sich befanden,
e Anmeldung gewöhnlich einen besorgten Blickwechsel der männlichen Gäste und
nächst schnellen Schluß der Session veranlaßte. Hatte die Sitzung bis gegen
lf Uhr gedauert — die Zeit, wo die Bierhäuser geschlossen wurden —, so konnte
n sehr sicher sein, daß der Ritter plötzlich von dem Medium angekündigt wurde.
er diese üble Eigenschaft wurde reichlich aufgewogen durch sein offenbares Be-
ben, sich der Gegenwart in noch körperlicherer Weise als nur durch den Schreib-
fel des Mediums zu offenbaren. Er zuerst hatte den richtigen Instinkt einer
iterentwicklung. Zu dem Zwecke stellte er zuerst die Forderung der Dunkel-
ung, die jetzt de rigueur geworden ist. Waren die Lampen gelöscht und die
ister dicht verhüllt, so ließ der schlesische Ritter ein im Bierglas aufgehängtes
del erklingen, er schlug an Lampenglocken an, ja er hat einmal, da das Pianino
n stand, darauf gespielt, und zwar den Dessauer Marsch.
Die Einführung in das stille Haus an der Friedrichsgracht, das damals die
isterherberge war, hielt nicht schwer, auch wurde die gewissenshalber abgegebene
lärung, daß ich weder als Gläubiger noch als Spötter käme, sondern nur um
e eigene Anschauung der Vorgänge zu gewinnen, ganz gut aufgenommen. Ein
fizier, der auch zum erstenmal erschien — es war Gaudy, des Dichters Bruder,
ruht auf dem Schlachtfeld in Böhmen —, wechselte einen kurzen Händedruck mit
, er sei auch nur als Unparteiischer erschienen. Die Sitzung begann, erst bei
t. Dem Psychographen wurden Fragen vorgelegt, er schwieg, wenn die Frage
positiv auf Ja und Nein drängte, und antwortete den anderen in kurzen deut-

baren Sprüchen. Dann kam das Schreiben des Mediums an die Reihe. Aber
Gesellschaft war nicht recht disponiert, und der heute das Firmament regiere
Geist — er nannte sich einen Komponisten Vogel, aber niemand kannte ihn,
so wurde er als Laufgast sehr obenhin behandelt — war sichtlich so dumm u
faul, daß man zum Schlusse drängte, zur Dunkelsitzung. Bei Lichte kommt Fo
nicht mehr, bemerkte in sicherem Ton seines Kornak Meister Hornung. Also zu
Gruppierung. Es verstimmte etwas, als Gaudy ablehnte, seinen Platz ne
dem offenen Pianino zu wechseln. Aber der andere fremde Gast wurde auf d
Sofa untergebracht, und nun ging's an ein sorgsam Verhängen der Fenster, d
ans Lichtlöschen. Es war wirklich stockfinster, und, wie vorgeschrieben, toten
dazu.

Etliche Minuten so, dann tat es einen Knack, im Tische oder einem der Stü
recht natürlich, als wenn Holz sich wirft oder auch einer sich stark im Stuhle zur
lehnt. Ein dreimaliges Klopfen aber sollte — so war uns angekündigt — ei
Geistes Gegenwart anzeigen. Und nun begann Herr Hornung folgenden Monol
„Wer ist da? ... Bist du es? ... Verleugne dich nicht, wir kennen deine Tücken
Du Prahler, vor Fremden fürchtest du dich also ... Lump du!" Hier unterbrach H
v. Forstner, dem eine solche Behandlung eines Standesgenossen doch nicht konvena
erscheinen mochte, mit dem Flüsterworte: Herr Rendant, in dem Tone erreich
Sie nichts. — Ach, er ist ja gar nicht da, brummte der Gestörte verdrießlich dageg
Aber vom Ende des Tisches klang es da leise: Ja, er ist da, ich sehe ihn. D
war ein großer Moment, und wenn in einem Neste junger Katzen am neunten T
die erste das Licht mauzend begrüßt, kann die Aufregung der anderen noch in
Finsternis harrenden kaum größer sein. Ein Geist, der sich sehen läßt! Man fühl
wie aller Augen sich weiteten und starrten und langsam durch den Raum schweift
— Wo denn? fragte Hornung endlich: „Er sitzt zu meinen Füßen, als schwar
Hund, und hat feurige Augen und sieht mich an." Tiefe Erstarrung, nur etli
Beine hörte man sachte zurückziehen. Endlich ermutigt sich der Meister: Greif
Sie doch mal hin! Und darauf jenes denkwürdige Wort, das diese Zeilen e
leitet: Werd' mich hüten! ...

Die Lichter waren wieder entzündet, die Gesellschaft war tief erregt und v
stimmt. An der Schwelle neuer, bis dahin unerhörter Manifestationen hatte die M
losigkeit eines ihrer Mitglieder ihre Schritte gehemmt, denn die anderen alle b
teuerten, einige stammelnd, daß sie unter den Tisch geguckt, aber nichts geseh
hätten. Gaudy lehnte unbeweglich in seiner Ecke, den Arm lang hingestreckt üb
das Notenpult des Instruments. Er hatte von Beginn der Finsternis an so g
sessen — zu meiner Bequemlichkeit und zu seiner Unbequemlichkeit, erläuterte
mir nachher, der Dessauer Marsch hatte sichtlich seinen Korpsgeist am meist
ägriert. So brachen wir denn auf, mit bedauernden Worten vom Meister e
lassen. Trotz alledem, denke ich, haben wir genug gesehen, sagte ich dem brav
Kriegsmann, als an der Ecke die Wege sich schieden, und: Verdammter Schwind
schnarrte es gemütlich zurück.

Weiter habe ich's in den Mysterien nicht gebracht. Etliche Wochen dara
suchte ich die Gesellschaft noch einmal auf, um Graf Brassier, dessen Besuch a
gekündigt war, lang und dünn über einen Spiegelzauber reden zu hören, den
auf einer ägyptischen Reise erprobt haben wollte. Das war 1859, und Dschingiskha
nachdem ich teilnehmend ihn befragte, hatte seit dem Pariser Frieden nichts me
von sich hören lassen. Aber reicher Ersatz sei ihm geworden. Er wiederholte d
Wort beinahe salbungsvoll; über weiteres schwieg er sich diplomatisch aus. Au
nach Forno fragte ich die versammelten Brüder, aber der verkommene Junker,
hieß es ganz respektlos, mußte sich jetzt wohl wo anders herumtreiben. So blieb
denn den Abend bei Sallustius, und das war ein langweiliger Herr. Und na
dem Lichtauslöschen verlangte auch niemand mehr. Da bin ich denn weggeblieb

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



Band Nr. 47 Ausgegeben am 21. August 1908 26. Jahrgang

Ein Mann.

☍ Berlin, 15. August 1908.

Dieser Tage ist Herr v. Lucanus gestorben, dessen Name genannt werden ußte, wenn man zwar nicht die besten, aber doch die populärsten Namen Deutschland nennen wollte. Jeder Zeitungsleser kannte ihn als den Henker r Minister, als den Würgengel, der den hohen Würdenträgern des Staates e Krankheit ins Haus trug, an der sie sterben sollten; pochte sein Finger as Tor, dann mußte selbst Miquel mit tränenden Augen, mußte selbst Bis-arck in bebendem Zorne scheiden.

Beneidet mögen dem Manne wohl wenige sein Nachrichterhandwerk haben, nd die kümmerlichen Nachrufe, die ihm die wohlgesinnte Presse spendet, ver-iten zur Genüge, daß nicht viel Tränen an seiner Gruft geflossen sind. Aber n Nachfolger ist ihm auf dem Fuße gefolgt; es heißt auch hier: Le roi est ort, vive le roi! Aus dem Hasse, den Lucanus mit vollen Händen gesät it, springt auch nicht der leiseste Widerstand hervor; nicht der leiseste Wider-ruch erhebt sich dagegen, daß er einen Nachfolger gefunden hat, und am ehutsamsten schweigt der Mann, der am ehesten sprechen müßte, wenn er das irklich sein wollte, was er zu sein beansprucht, nämlich ein leitender Minister on selbständiger Verantwortlichkeit.

Es ist jetzt gerade ein Jahrhundert her, daß ein preußischer Minister, der was auf sich hielt, der seine Ehre darin sah, dem Lande zu dienen und icht „seinem“ König, von dem er so trefflich wie trocken sagte: Ich bin zu-rieden mit der Art, wie der König mich fürchtet — daß der preußische Minister Stein die heftigsten Kämpfe führte, um den Posten zu beseitigen, den Herr . Lucanus eben verlassen und Herr v. Valentini von neuem besetzt hat. Stein sah in dem Geheimen Zivilkabinett einen fressenden Krebsschaden des andes, eine Kulisse, hinter der die wichtigsten Interessen der Nation zum Spielball fürstlicher Launen wurden, eine Drahtzieherbude, die die Minister ı bloßen Hampelmännern machte. Stein sagte: „Unsere Minister sind be-

schränkt auf die Rolle erster Kommis eines Bureaus, das die laufenden Ge-schäfte expediert. Ihre Stellung hat keine Achtung mehr, und es gibt keine Zusammenhang in den Geschäften; diese stellen nur noch eine zusammenhangs-lose Anhäufung von großenteils kindischen Einzelheiten dar." Worte, dene man nicht anmerkt, daß sie schon ein Jahrhundert alt sind; man möchte darau schwören, daß sie ungleich jüngeren Ursprungs seien.

Stein war kein demokratischer, er war nicht einmal ein liberaler Mann aber er war ein Mann. Er mochte sich nicht zu der verächtlichen Rolle her-geben, hinterher zu beschönigen, was ohne sein Wissen oder gar wider seinen Willen beschlossen oder getan worden war. Er kannte den borussischen Ab-solutismus aus den Tagen des alten Fritz, der mit einigen subalternen Schreiber alle Geschäfte des Landes erledigte und seinen besonderen köstlichen Spaß daran hatte, den Ministern ein Schnippchen zu schlagen; man muß den Briefwechse des Grafen Podewils, des auswärtigen Ministers zur Zeit des siebenjährige Krieges, mit dem Kabinettschreiber des Königs, einem gewissen Eichel, gelese haben, um zu begreifen, wie tief sich die ersten Beamten des Reiches erniedrige mußten, um die aufgeblasene Schreiberseele bei guter Laune zu erhalten, un vielleicht hinten herum etwas von dem zu erfahren, was in der Welt passierte Bis zum Tode des alten Fritz war es unverbrüchlichste Staatsüberlieferung daß die Kabinettschreiber keine gebildeten Beamten sein durften; die einzig Ausnahme in den letzten Jahren des Königs bildete der Kabinettsrat Mencken der Großvater Bismarcks von mütterlicher Seite. Während der König di Minister höchstens einmal im Jahre sah, hatten diese ununterrichteten Schreibe täglich sein Ohr, und da sie natürlich die Gelegenheit benutzten, ihre, wie eine von ihnen sagte, „bescheidene Insinuationes" anzubringen, so füllten sie sei Ohr mit dem ärgsten Klatsch und verursachten jenes launenhafte Regimen des sogenannten großen Königs, das aller Welt unerträglich wurde und be seinem Tode die preußische Bevölkerung aufatmen ließ, als wäre sie von dem Bösen befreit.

Unter seinen Nachfolgern wurde es freilich nicht besser, denn die Kabinetts regierung zeitigt immer dieselben faulen Früchte, bis dann durch die Schlach bei Jena die schillernde Oberfläche weggeweht wurde, unter der sich der faulend Sumpf verbarg. Am Vorabend der Schlacht unternahm der eben zum Ministe ernannte Freiherr v. Stein den ersten Vorstoß gegen das Geheime Kabinett Er schilderte es als eine höchst verderbliche Einrichtung. Es habe zwar all Gewalt, aber keine Verantwortlichkeit, denn die Person des Königs sanktionier seine Handlungen. Die Verantwortlichkeit bleibe den Ministern. Sie seie auch der öffentlichen Meinung unterworfen, während die Mitglieder de Kabinetts aller Gefahr entrückt seien.

Mit beredten Worten schildert Stein, wie durch das Geheime Kabinet sowohl die Minister demoralisiert würden, als auch der König. Unter den Ministern besteht keine Einheit mehr, die für sie ganz unnütz geworden ist Denn die Unsitten aller ihrer gemeinschaftlichen Überlegungen, die Gültigkei ihrer gemeinschaftlichen Beschlüsse, sie hängen von der Zustimmung de Kabinetts ab; diese zu erlangen, darauf allein kommt alles an. „Diese Ab

ngigkeit von Subalternen, die das Gefühl ihrer Selbständigkeit zu einem
ermütigen Betragen reizt, kränkt das Ehrgefühl der obersten Staatsbeamten,
d man schämt sich einer Stelle, deren Schatten man nur besitzt, da die
ewalt der Raub einer untergeordneten Instanz geworden ist. Wird der
wille des beleidigten Ehrgefühls unterdrückt, so wird mit ihm das Pflicht-
fühl abgestumpft, und diese beiden kräftigen Triebfedern der Tätigkeit des
taatsbeamten gelähmt."

Und nun der König! Er lebt in einer gänzlichen Abgeschiedenheit von
nen Ministern; er geht nicht mit ihnen um, er korrespondiert nicht mit ihnen.
ie Folge ist Einseitigkeit seiner Eindrücke, Einseitigkeit seiner Beschlüsse, gänz-
he Abhängigkeit von seiner Umgebung. Alle Geschäfte der inneren Ver-
altung werden ihm durch einen und denselben Kabinettsrat vorgetragen, der
it den verwaltenden Behörden in keiner fortdauernden Verbindung steht,
m die Geschäfte nur bei einzelnen Veranlassungen, sehr oft nur durch ein-
lne Berichte eines einzigen Ministers zukommen. Stein empfahl als einziges
eilmittel den Ministerstreik; die Minister sollten vom König die Beseitigung
s Geheimen Kabinetts verlangen und, falls er nicht darauf einginge, ihre
tellen niederlegen.

Für solche heilsame Kuren ist natürlich der gewöhnliche preußische Minister-
hlag nicht zu haben. Aber Stein war schließlich auch Mann genug, die von
m geplante Obstruktion auf eigene Faust auszuführen. Als die Niederlage
n Jena das ganze Unheil und Unwesen der Kabinettsregierung auch für
s blödeste Auge sichtbar gemacht hatte, drängte er auf die Beseitigung des
maligen Lucanus, eines ehemaligen Kammergerichtsrats Beyme, der unter
inesgleichen lange nicht der Schlechteste war und auch hoch über dem heutigen
ucanus und Valentini stand; er ist später Minister geworden und zur Zeit
r Karlsbader Beschlüsse über seine halbwegs liberalen Tendenzen gestürzt.
unächst endete Steins Obstruktion damit, daß ihn der König durch eine sehr
ngnädige", in der Tat in wahrem „Sauherdenton" abgefaßte Kabinetts-
der entließ, aber ein halbes Jahr später mußte der König ihn wieder holen,
d nun bestand Stein erst recht auf seinem Schein; ehe Beyme nicht ent-
ssen sei, erklärte er einfach, nicht mitzumachen trotz aller Not des Vater-
ndes, und so setzte er seinen höchst berechtigten Willen durch; Beyme mußte
rücktreten.

Bekanntlich wurde Stein nach wenig über Jahresfrist durch junkerliche
ntrigen wieder gestürzt, so bescheiden seine Reformen waren. Aber der
abinettsregierung hatte er doch einen Schlag versetzt, von dem sie sich nicht
ieder völlig erholte bis auf die Tage des Herrn v. Lucanus. Das wurde
den Nekrologen auf diesen Herrn auch von gutgesinnten Blättern zwar in
öglichst zurückhaltender Form, aber trotzdem recht deutlich ausgesprochen;
ch daß die Mamelukenmehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses sich vor
nigen Jahren weigerte, eine an die Regierung für den Chef des Geheimen
ivilkabinetts beantragte Gehaltserhöhung zu genehmigen, spricht deutlich dafür,
ß selbst den herrschenden Klassen keineswegs wohl ist bei dem gegenwärtigen
ustand.

Aber natürlich langt's bei ihnen nicht so weit, in der Art Steins vorzu gehen; sie sind eben seit hundert Jahren heruntergekommen, und man dar nicht einmal sagen, sie wüßten nicht wie. Sie wissen es recht gut, aber de Mut, der Mut!

Am schärfsten trifft die Verantwortung für diese Zustände natürlich der Fürsten Bülow. Als deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsiden wäre es in erster Reihe seine Pflicht wie sein Recht, die Beseitigung de Kabinettsregierung zu verlangen, die seine eigene politische oder gar „staats männische Wirksamkeit" zum Schatten an der Wand macht. Ein ordentliche Kerl von Minister läßt sich so was eben nicht bieten, wie Steins Vorbild gezeigt hat, in dessen Denkschrift über die Kabinettsregierung Fürst Bülow recht schöne Zitate finden könnte, viel schönere noch als in seinem geliebten Büchmann. Aber er wird diese Zitate nicht finden und mag sich denn auch nicht wundern, daß er nicht höher eingeschätzt wird, als er sich selbst einschätzt.

Was für den sogenannten „leitenden Staatsmann" eine Frage der politischen Selbstachtung ist, das ist für den deutschen Liberalismus eine Frage des politischen Prinzips. Für ihn ist die Kabinettsregierung immer der Greuel aller Greuel gewesen, von seinem Standpunkt aus auch mit vollem Rechte; vor einigen vierzig Jahren nannte Karl Twesten, sicherlich ein Liberaler, wie er im Buche stand, den Chef des Militärkabinetts, den späteren Generalfeldmarschall von Manteuffel, einen „unheilvollen Mann in einer unheilvollen Stellung" und ließ sich lieber von Manteuffel den Arm zerschießen, ehe er vor der Kabinettsregierung seinen Kotau machte. Und nun gar in den liberalen Geschichtswerken die endlosen Litaneien über die Kabinettsregierung, die den preußischen Staat nach Jena geführt habe.

Das sind heute alles vergessene Geschichten! Und wenn der alte Stein auferstände, er würde von denen, die seinen Namen am häufigsten auf den Lippen tragen, als ein höchst kompromittierliches Gespenst in die Gruft seiner Väter zurückkomplimentiert werden. Wie konnte der Mann auch so grob gegen eine leibhaftige Majestät werden; wie konnte er zur Vorbedingung seiner zwar bescheidenen, aber doch ernsthaften Reform machen, daß der König ihn fürchte. Selbst als er vom König den Roten Adler erhielt, der damals immerhin noch nicht solch zerpluderter Vogel war wie heute, kam er sich nur wie ein „bebändeter" Pfingstochse vor, was die Müller-Sagan, Mugdan, Wiemer und Konsorten als tödliche Beleidigung empfinden müssen.

Übrigens wenn heute Stein den Block mustern könnte, von seinem obersten Häuptling bis zu seinem letzten Troßknecht, so würde er sich vermutlich schon von selbst in die Gruft seiner Väter zurückziehen. Denn er war kein Demokrat, nicht einmal ein Liberaler, aber er war ein Mann, und „lucanisieren" ließ er sich niemals, weder so noch so.

Der gewerkschaftliche Doktrinarismus und die Unternehmerverbände.

Von **Parvus.**

Hat einmal ein Gewerkschaftspraktiker durch doktrinäre Verknöcherung seines raktizismus den Maßstab zur Bewertung der relativen Bedeutung des ge-erkschaftlichen Kampfes verloren, so erscheint ihm die gewerkschaftliche Ent-icklung selbst als ein Sonderding. Er vermag das, was er selbst und die nderen geleistet haben, nicht mehr zu begreifen, sondern nur noch zu be-undern. So begegnen wir denn unter den Gewerkschaftsdoktrinären Stim-ungen, die zwischen Bewunderung und Befremden schwanken — gleich jenem uhne, das ein Entenei ausgebrütet hat.

Die objektiven Ursachen der Entwicklung und Größe der Gewerkschaften in eutschland sind so mannigfaltig, daß man die wirtschaftliche und politische eschichte Deutschlands, wenigstens seit der Märzrevolution, schreiben müßte, m sie zu erklären. Auf einen besonderen Zusammenhang, der sich von großer ragweite gezeigt hat, habe ich zuerst 1896 hingewiesen: auf den Zusammen-ang der Erfolge der Gewerkschaften mit der Sturm- und Drangperiode, die uf dem kapitalistischen Weltmarkt in den neunziger Jahren einsetzte. Da ieses Entwicklungsmoment jetzt sogar noch stärker wirkt als in den neunziger ahren, so halte ich es für nützlich, meine Ausführungen von damals wieder n Erinnerung zu bringen.

Ich schrieb in der Broschüre „Die Gewerkschaften und die Sozial-emokratie“:

„Zunächst bedingt die Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen roduktion, in die wir eintreten, eine anhaltende Entwicklung der Ge-erkschaften. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter schließt sich eng an en Produktionsgang an. So war es auch bis jetzt in Deutschland, daß jeder nlauf der Produktionsentfaltung sofort durch Streiks und Ausdehnung der ewerkschaften gekennzeichnet wurde. Aber diese Anläufe waren eben sehr chwach und kurz und dementsprechend auch die steigende Welle der Gewerk-chaftsbewegung, die, kaum daß sie sich etwas erhoben hatte, sofort wieder eruntersank. Nichtsdestoweniger — und das darf nicht vergessen werden — vie die deutsche Industrie trotz der wirtschaftlichen Depression im allgemeinen fortschritte gemacht hatte, so auch die Gewerkschaften. ... Wenn nun aber er Kreislauf der Produktion ein anderes Maß gewinnt, der Aufschwung um-assender wird, der Niedergang scharf und rapid hereinbricht, aber der neue ufschwung desto schneller sich einstellt — so haben die Gewerkschaften während er aufsteigenden Periode mehr Zeit, um sich zu entfalten, sie überstehen leichter ie Krise und desto größeren Nutzen ziehen sie von der rasch einsetzenden neuen ufschwungsperiode. Und wie der wirtschaftliche Kampf die Gewerkschaften ördert, so bedingt auch ihrerseits die Entwicklung der Gewerkschaften, daß die Fragen des wirtschaftlichen Kampfes in den Vordergrund gedrängt werden.“

Die industrielle Entwicklung machte genau die hier beschriebene Wellen-linie durch: auf den großen Aufschwung der neunziger Jahre, der nur noch hinter der Geschäftsblüte von 1871 bis 1873 zurücksteht, folgte eine ver-heerende Handelskrisis, die aber rasch überwunden wurde, worauf, bereits auf höherer Stufenleiter, ein neuer Aufschwung einsetzte, den die gegenwärtige

Handelskrisis ablöste; doch die Sturm- und Drangperiode ist noch lange nich zu Ende, und die Elemente einer neuen Industrieblüte sind leicht erkennbar Die Fabriken vermehrten sich, überall wurden Erweiterungsbauten vor genommen, die Städte wuchsen rapid: das alles schuf Arbeiterbedarf und förderte die gewerkschaftliche Entwicklung.

Nunmehr möchte ich noch ein anderes Moment hervorheben, das in der allgemeinen Zeitgeschichte liegt. Man darf nie vergessen, daß, wenn auch di Kämpfe des Proletariats in jedem einzelnen Lande sich wiederholen, sie doch schon deshalb einen neuen Charakter gewinnen, weil indessen die allgemein Weltgeschichte fortgeschritten ist. Obwohl die deutschen Arbeiter die Kämpf ihrer französischen und englischen Klassengenossen zu wiederholen hatten, so fanden sie doch, außer den Besonderheiten ihrer Landesgeschichte, eine andere, weiter entwickelte kapitalistische Welt vor. Der Kapitalismus unserer Tage unterscheidet sich nun von dem Kapitalismus etwa der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts unter anderem dadurch, daß er vielfach zusammenfassend wirkt, wo er früher auflösend wirkte. Es zeigen sich Organisationstendenzen in sozialen Schichten, die man früher als jeder Organisation unzugänglich betrachtet hatte. In einer Zeit, wo alles zur Organisation drängt, der Bauer sowohl wie der Kleinhändler, der Produzent wie der Konsument, müssen offenbar die Organisationsbestrebungen des Proletariats um so mehr sich geltend machen.

Es mögen hier, zum Vergleich mit den Erfolgen der Gewerkschaften, einige Zahlen über die anderen wirtschaftlichen Massenorganisationen in Deutschland angeführt werden. Schon 1906 umfaßten die Genossenschaften in Deutschland zirka 3,7 Millionen Mitglieder, doppelt so viel, als um jene Zeit die Gewerkschaften. Es waren das in erster Linie Kreditgenossenschaften mit über 2 Millionen Mitgliedern, dann Konsumvereine mit nicht ganz einer Million; darauf folgten die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, fast ausschließlich Molkereien, mit zirka 1/4 Million Mitgliedern. Während der Kassenstand der Gewerkschaften noch nicht 50 Millionen erreicht hat, haben die kleinen Leute in den Sparkassen in Preußen allein schon 1904 fast 8 Milliarden beisammen gehabt (die Zahl der Sparkassenbücher betrug über 10 Millionen). Die Lebensversicherungsgesellschaften haben im Spezialgeschäft mit kleinen Beträgen, der sogenannten Volksversicherung, 1903 bereits 54 Millionen Mark an Prämien aufgebracht, während die Zahl der Versicherten 1906 über 3 1/2 Millionen betrug.

Diese Zahlen müßten sich besonders diejenigen merken, die auf den Kassenstand der Gewerkschaften pochen. Im Geldsammeln sind die anderen Volksschichten den Arbeitern weit über. Der Unterschied zugunsten der Arbeiter zeigt sich in etwas anderem: wie wenig die Sparkassen und Versicherungsgesellschaften mit ihrem vielen Gelde nützen — wie viel die Gewerkschaften mit ihrem wenigen Gelde leisten! Dieser Unterschied ergibt sich aber einzig und allein aus dem Charakter der Gewerkschaften als proletarische Kampforganisationen.

Auch haben wir während dieser Zeit eine mächtige Organisation sich entwickeln sehen, die, analog den Gewerkschaften, ihren Mitgliedern materielle Hilfe leistet, als Versicherungsgesellschaft dient und zugleich es verstanden hat, einen gewaltigen politischen Einfluß auszuüben: den Bund der Landwirte.

Es gehört mit zu den gewerkschaftlichen Illusionen, daß man sich einbildet, was die Arbeiter in den Gewerkschaften geleistet haben, das könne ihnen niemand nachmachen. Man faßt bloß das Wachstum der Gewerkschaften ins

ige und will nicht sehen, wie indessen die gesamte kapitalistische Welt wächst
d sich zu immer stärkeren Gebilden zusammenschließt.[1]

Am meisten aber hat in den Jahren der gegenwärtigen Sturm- und
rangperiode das Kapital selbst seine wirtschaftliche Macht gesteigert, kon-
ıtriert und organisiert. Die Tatsachen liegen offen zutage, aber dem nach
nen gekehrten Blicke des Gewerkschaftsillusionärs entschwinden alle Aus-
hten. Ich will hier nur wenige Zahlen anführen. Von den gegenwärtig
Preußen bestehenden Aktiengesellschaften sind über die Hälfte erst in
n letzten fünfzehn Jahren entstanden. Wo die Arbeiter noch vor einem
ahrzehnt mehrere einzelne Unternehmer vor sich hatten, tritt ihnen jetzt eine
ächtige Aktiengesellschaft entgegen. Hinter den Aktiengesellschaften stehen die
anken, von denen einzelne in den letzten Jahren zu machtvollen Welt-
stituten sich ausgewachsen haben. Womöglich noch großartiger war die Ent-
icklung der Elektrizitätsgesellschaften. Zugleich haben die Kartelle
ıd Syndikate die wichtigsten Produktionszweige erfaßt. Schließlich die
örse, in der, wie in einem Brennpunkt, das konzentrierte Geldkapital zu-
mmenfließt, zeigt die glänzendste Entwicklung. Während die Emissionstätig-
it der deutschen Börsen von 1883 bis 1894 kein einziges Jahr 2 Milliarden
reicht hatte, betrug sie 1901 mehr als 3 Milliarden, 1902 mehr als 5, 1903
st 7 und 1905 nahezu 9 Milliarden. Allein der Nennwert der von 1897 bis
905 auf den deutschen Börsen zugelassenen ausländischen Wertpapiere — die,
lbstverständlich, zu gleicher Zeit auch auf anderen Börsenplätzen gehandelt
urden — betrug zirka 21 Milliarden, nämlich 20814 Millionen Mark.

Wenn die deutschen Arbeiter diese Zeit der industriellen Blüte nicht dazu
usgenutzt hätten, ihre Gewerkschaften zu stärken, so würden sie jetzt dem
nternehmertum gegenüber nicht einmal jenen Widerstand leisten können wie
ı den achtziger Jahren, denn das Kapital ist seitdem viel stärker geworden.
s unterliegt auch jetzt noch angesichts der oben angeführten Tatsachen keinem
weifel, daß die Macht der Kapitalistenklasse viel mehr gestiegen ist als die
Macht der Gewerkschaften. Gegenüber der steigenden Konzentration des
apitals ist die Entwicklung der Gewerkschaften nichts als Notwehr.

Vom Standpunkt des Unternehmertums erscheint freilich der Sachverhalt
mgekehrt. Die Unternehmerverbände erklären, sie seien nur eine Abwehr
egen den „Terrorismus" der Gewerkschaften. Der äußere Hergang scheint
hnen recht zu geben: die Kampforganisationen der Unternehmer sind tatsächlich
päter in die Öffentlichkeit getreten als die Gewerkschaften der Arbeiter. Allein
er Zusammenhalt des Unternehmertums ergibt sich ja schon aus der Kon-
zentration des Kapitals, die ohne jede spezielle organisatorische und agita-

---

[1] So bezeichnet es in der „Kommunalen Praxis" bei der Besprechung meiner Broschüre „Der gewerkschaftliche Kampf" der Rezensent S. als eine eigenartige und offenbar höchst verwerfliche Methode, daß ich der steigenden Macht der Gewerkschaften die steigende Macht der Kapitalistenklasse entgegenhalte. Das paßt ihm nicht in den Kram, denn, um den Arbeitern die opportunistische Illusion eines allmählichen, unmerklichen Hineinwachsens in die sozialistische Gesellschaft zu suggerieren, muß man ihnen erst die wirkliche Machtentwicklung des Kapitals verdunkeln. Darum unterschlägt er den Zusammenhang, um die einzelnen Teile als Widerspruch hinstellen zu können. Seine kritische „Methode" besteht darin, daß er aus dem einen Gedanken eines anderen zwei eigene Albernheiten bildet. Er begreift nicht, wie der Mensch auf zwei Beinen herumlaufen kann; er betrachtet es als Widerspruch, daß bald das linke Bein, bald das rechte Bein vorschreitet.

torische Tätigkeit vor sich geht. Das ist das Primäre, das die Arbeiter i die Zwangslage versetzt, entweder sich gewerkschaftlich zu organisieren ode als wehrlose Lohnsklaven des Kapitals dazustehen. Die Konzentration de Kapitals ermöglicht auch erst die formelle Zusammenfassung der Unternehme zu Verbänden. Das üppige Emporschießen der Unternehmerverbände i Deutschland im letzten Jahrzehnt ist darum vor allem ein Beweis der starke und rasch fortschreitenden Konzentrierung des Kapitals in Deutschland. Wenige die Tatsache, daß in Deutschland zwei Millionen Arbeiter sich zu Gewerk schaften zusammengetan haben, als jene andere, daß den Millionen Arbeiter nur noch etliche tausend Großunternehmer, die das übrige Unternehmertum beherrschen, gegenüberstehen, ist der Grund der Entwicklung der Unternehmer verbände. Darin aber liegt auch die Quelle dieser Macht.

Man sollte meinen, es läge viel mehr im Interesse der Gewerkschaften diesen wirklichen Sachverhalt aufzudecken, als durch gewerkschaftliche Renom misterei den heuchlerischen Übertreibungen der Unternehmerverbände über den „Terrorismus" der Gewerkschaften Vorschub zu leisten.[1]

Man begreift die Unternehmerverbände nicht und gelangt ihnen gegenüber leicht zu einer falschen Taktik, wenn man sie als ideologischen Reflex der Ge werkschaftsbewegung und nicht als materielles Produkt der Konzentration des Kapitals auffaßt.

Es mutet seltsam an, wenn im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften", also einem Blatte, das in erster Linie berufen ist, all

---

[1] Deshalb braucht man freilich noch keineswegs in einen Gewerkschaftspessimismus zu verfallen. Ich glaube durch meine Schriften bewiesen zu haben, daß ich sehr weit von solchem Pessimismus entfernt bin. Nun machte mir kürzlich Rob. Schmidt im „Korrespondenzblatt der Generalkommission" den Vorwurf, daß ich in meiner Broschüre „Der gewerkschaftliche Kampf" bei der Untersuchung der Wirkung der Streiks auf das konzentrierte Kapital die dabei für das Unternehmertum erwachsenden Nachteile nicht genügend berücksichtige. Es würde mich gewiß freuen, wenn ich zu dem, was ich darüber in meiner Broschüre auszuführen weiß, noch etwas von R. Schmidt hinzulernen könnte. Allein er selbst weiß sich nicht anders zu helfen, als indem er das nachschreibt, was er soeben aus meiner Broschüre herausgelesen hat — nicht einen Strich weiter.

Beiläufig sei noch darauf hingewiesen — mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion, die mir den Raum gewährte, um den Kritikern meiner Broschürensammlung zu antworten —, daß mich Rob. Schmidt belehrt, der Diskontosatz sei während der Hochkonjunktur am höchsten. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Jede Handelskrisis, welcher Art sie auch sei, beginnt mit sogenannter Geldknappheit. Der Diskontosatz erreicht um diese Zeit eine Höhe, die eine Verzinsung des Geldkapitals in der Industrie vielfach unmöglich macht. Das ist bereits die Krisis. Aber sie ist noch latent und kann durch allerlei Schwindeloperationen eine Zeitlang hinausgeschoben werden, bis ein um so schlimmerer Zusammenbruch eintritt. Nun steigt infolge der allgemeinen Unsicherheit der Diskontosatz erst recht. Dann aber, nachdem vieles in Trümmer gelegt worden ist, beginnt der Diskontosatz zu sinken — ein Zeichen, daß die Industrie beginnt, die Krisis zu überwinden. Es folgt ein Zwischenraum langsamen Geschäftsganges bei sinkendem Zinsfuß respektive Diskontosatz. Wenn dieser am niedrigsten ist, beginnt der neue Aufschwung; bald setzt abermals eine Steigerung des Diskontosatzes ein, und das Spiel wiederholt sich von neuem.

Es ist gut, wenn Gewerkschaftsführer sich um den Kapitalmarkt kümmern. Nur muß man dabei sehr vorsichtig zu Werke gehen und sich erst gründlich unterrichten, bevor man ein Urteil fällt. Wenn Rob. Schmidt aus dem steigenden Diskontosatz ohne weiteres auf das Anhalten der Hochkonjunktur schließen wollte, so könnte er dabei sehr leicht seine Gewerkschaft in eine Krisis hineinreiten.

meine Aufklärung über die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu
jaffen, der alte Gewerkschaftspraktiker Rob. Schmidt, um vor einer Über=
jätzung der Macht der Unternehmerverbände zu warnen, sich also ver=
hmen läßt: „Ob die gegenwärtige Taktik der Unternehmer, bei jedem Kon=
kt die ganze Branche lahmzulegen, für alle Zeiten geübt wird, ist abzu=
arten. Für die Gewerkschaften gab es auch eine Zeit, in der mit so=
nannten Sympathiestreiks sofort der Streik zur größeren Ausdehnung
bracht wurde. Heute ist man damit viel vorsichtiger und zurückhaltender.“
Dieser Rückschluß von den Gewerkschaften auf die Unternehmerverbände ist
lsch in seinen Voraussetzungen und falsch in seinen Schlußfolgerungen.
Erstens läßt R. Schmidt völlig außer acht, daß doch die häufigen Sympathie=
reiks nur durch die Entwicklung der gewerkschaftlichen Industrieverbände
it ihren starken Zentralkassen entbehrlich gemacht wurden. Nicht durch
ötzliche geistige Erleuchtung, sondern weil mit der Entwicklung der Organi=
tion ihre Macht gestiegen war, gelangten die Gewerkschaften zu ihrer neuen
aktik. Wenn man da irgend einen Parallelismus in der Entwicklung der
nternehmerverbände konstruieren könnte, so wäre es also nur in dem Sinne,
ß auch hier die einzelnen Verbände Macht und Mittel genug sammeln
erden, um der gelegentlichen Unterstützung von außen entbehren zu könuen.
as wäre ein recht eigenartiger Trost für die Gewerkschaften.
Zweitens, wenn auch die Sympathiestreiks jetzt nicht so oft vorkommen,
sind doch die Streiks deshalb nicht geringer geworden. Die Entwicklung
eine gerade umgekehrte: an Stelle der zahlreichen kleinen Streiks traten
nzelne Streiks von gewaltiger Ausdehnung und großer Dauer. Die Sympathie=
reiks von früher waren weit davon entfernt, „ganze Branchen lahmzulegen“;
s ist eben jetzt erst möglich geworden mit der Entwicklung der Zentral=
rbände. Wiederum führt uns die Analogie zu der Annahme nicht eines
rminderten, sondern eines gesteigerten Widerstandes der Unternehmer=
rbände.
Drittens aber und vor allem sind doch Gewerkschaften und Unternehmer=
rbände überhaupt keine parallelen, sondern entgegengesetzte, einander be=
mpfende Organisationen, woraus sich auch eine verschiedene Taktik
gibt. Daß es meist im Interesse der Gewerkschaften liegt, den einzelnen
treik zu isolieren, um die Streikenden anhaltend unterstützen zu können, ist
och wahrlich kein Grund für die Unternehmer, ihrem Beispiel zu folgen; im
egenteil, gerade deshalb schlagen ja die letzteren das umgekehrte Verfahren
n und setzen dem partiellen Streik die allgemeine Aussperrung entgegen.
as wird sicher auch später das Hauptkampfmittel der Unternehmer=
rbände sein.
Um einer Gefahr zu begegnen, muß man sie in ihrer ganzen Tragweite
kennen. Die Tätigkeit der Unternehmerverbände macht sich zu sehr fühlbar,
m mit einem Achselzucken über sie hinwegschreiten zu können.
So hat zum Beispiel, um nur einiges herauszugreifen, die Parteipresse
st dieser Tage die Mitteilung gebracht von einer von dem Verband der
erginduſtriellen erlassenen Schwarzen Liste, die über 3000 Namen um=
ßt. Von weitaus größerer Tragweite als die Schwarzen Listen sind aber
ie Arbeitsnachweise, welche die Unternehmerverbände in den letzten
ahren in einer frappanten Weise entwickelt haben. Da die Einstellung der
rbeiter in den Händen der Unternehmer liegt, so schaffen sie damit eine

Zwangslage für die Arbeitsuchenden. Es ist kennzeichnend, daß die Unte-
nehmerverbände es sogar zuwege bringen, dem einzelnen Unternehmer da
Recht der freien Auswahl seiner Arbeiter durch Bindung an ihren Arbei-
nachweis einzuschränken. Um eine Kontrolle der Arbeiterschaft durchzuführe
werden Personalkarten angelegt. So sollen in den Arbeitsnachweisen d
Hamburger Arbeitgeberverbandes bereits über 200000 solcher Personalkart
gesammelt worden sein. Auf dem Kongreß der Brauereiarbeiter wurde soeb
festgestellt, daß der Boykott als Kampfeswaffe stark an Bedeutung verlor
habe mit der Entwicklung des Verbandes der Brauereien. Das nimmt durc
aus nicht wunder, wenn man erfährt, daß der Boykottschutzverband d
Brauereien Strafen von 5 und 10 Mark pro Hektoliter gelieferten Bier
vereinbart hat. Die Verbände diktieren ihren Mitgliedern den höchsten z
lässigen Arbeitslohn und die niedrigste zulässige Arbeitszeit. Sie legen d
Lieferanten ihre Bedingungen auf und zwingen auch die Kundschaft unt
ihre Gewalt. Sie gründen planmäßig Streikbrechervereine und betreiben ei
zielbewußte und sehr energische Agitation für die Beschaffung ausländisch
Arbeiter; sie gewinnen bei diesen Bestrebungen sicher eher das Ohr der R
gierung, als die Gewerkschaften mit ihren Forderungen der Erweiterung d
Koalitionsrechtes und der Abschaffung der Gesindeordnungen. Ich will hi
nicht des näheren auf die Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit d
Unternehmerverbänden in der Metallindustrie, in der Holzindustrie, im Ba
gewerbe usw. eingehen: das ist ja in frischer Erinnerung, und die Kämp
sind noch nicht einmal zu Ende geführt. Wohl aber ist es notwendig, der
es wird zu wenig beachtet, die Frage der Maifeier im Zusammenhang m
der Wirksamkeit der Unternehmerverbände aufmerksamer ins Auge zu fasse

Es ist bekannt, daß der Hamburger Arbeitgeberverband gleich b
seiner Gründung im Jahre 1890 sich zur Aufgabe gestellt hatte, der Maifei
entgegenzuwirken. Seine erste Tat war denn auch eine Maiaussperrun
Ähnlich andere Unternehmerverbände. Immerhin bleibt die Zahl der Ma
ausgesperrten durch anderthalb Jahrzehnte in relativ geringen Grenzen, er
1905 erreicht sie, nach amtlicher Statistik, die Ziffer 6404. Aber 1906 ge
sie plötzlich in die Zehntausende und bleibt auch in den nächstfolgende
Jahren auf großer Höhe. Wenn auch das stürmische Jahr der russische
Revolution die Unternehmer zu ihrer provozierenden Haltung gereizt habe
mag, so ist doch ihre umfassende und anhaltende Offensive zweifellos da
Werk der Unternehmerverbände.

Die Maifeier hat ja für die Bourgeoisie ihre Schrecken so ziemlich ve
loren. Das war anders in den ersten Jahren nach dem Pariser Beschlu
da man glaubte, die Maifeier sei gleichbedeutend mit der Revolution. D
große bürgerliche Öffentlichkeit nimmt jetzt von der Maifeier kaum noch Noti
und auch die Regierung hält es nicht mehr für notwendig, zum 1. Mai d
Armee in Bereitschaft zu halten. Der Kampf gegen die Maifeier wird n
noch von den Unternehmerverbänden geführt, er ist am allerwenigste
ein politischer Kampf, er gilt direkt den Gewerkschaften. Die Unte
nehmerverbände haben sich bekanntlich seit dem Crimmitschauer Streik 1903/0
besonders stark verbreitet; sie nehmen Fühlung zueinander und gehen zie
bewußt darauf hinaus, eine einheitliche Organisation des gesamten Unte
nehmertums zu schaffen. Und ihre erste allgemeine Aktion, um den Wide
stand der Arbeiterklasse zu brechen, ist der Kampf gegen die Maifeier.

Seltsamerweise trägt man in Gewerkschaftskreisen dieser Seite der Frage, : sie doch am meisten interessieren sollte, am allerwenigsten Rechnung. Man t sich gewöhnt, die Maifeier als ein Erbstück der Sozialdemokratie zu be= ichten, für das die Gewerkschaften die Kosten zu tragen haben. So gelangen zelne zu einer Auffassung, bei der die moralischen Werte der Arbeiter= vegung, die Bedeutung der Begeisterung und des Selbstvertrauens, der ialistische Geist, der hier alles lenkt, außer acht gelassen werden. Aber on abgesehen davon, müßte man sich doch fragen: Weshalb legen denn ade die Unternehmerverbände so viel Wert auf die Unterdrückung der aifeier? Der materielle Schaden des einen Tages kommt doch sicher am erwenigsten in Betracht. Politisch hat die Maifeier vorderhand ihre Schärfe loren. Also bleibt nur eins: die moralische Wirkung, wenn es gelingt, : Maifeier zum Versiegen zu bringen. Das ist das Ziel der Maiaussper= ngen der letzten Jahre, das nicht einmal verhehlt wird: den Gewerkschaften e Schlappe beizubringen, ihre Autorität herunterzusetzen, die Massen zu tmutigen und das Ansehen der Unternehmerverbände zu steigern. Unter diesen nständen wird das Festhalten an der Maifeier zu einer eminenten Frage r gewerkschaftlichen Entwicklung.

Wenn die Unternehmerverbände es zustande bringen, die Maifeier zu be= tigen, so werden sie dadurch den Zusammenhalt des Unternehmer= ms ungemein fördern. An Selbstvertrauen fehlt es ja diesen Herren erhaupt nicht — dafür sind sie auch Kapitalisten. Ich erinnere zum Bei= el an folgende Auslassungen: „Der Erfolg des ersten Anlaufs der Arbeit= ber, gemeinsam im Falle Crimmitschau zu handeln und zu einer geschlos= en Organisation zu gelangen, spricht für die Vermutung, daß nach deren llendung die Kämpfe nicht gar schwer werden dürften. Auch die dem ausgezeichnet organisierten und arbeitenden Gesamtverband deutscher etallindustrieller gesammelten Erfahrungen beweisen, daß es dem ernsten, ten Zusammenwirken der Arbeitgeber wohl gelingen könnte, die Lust zum ampf und Angriff bei den sozialdemokratischen Arbeiterorgani= tionen niederzuhalten." Diese Worte sind einer offiziellen Schrift ent= mmen, die der bekannte Bueck, der Geschäftsführer des Zentralverbandes utscher Industrieller, im Auftrag einer Unternehmerkonferenz verfaßt hatte. n gleichen Tone sind die Organe der Unternehmerverbände bis auf den utigen Tag gestimmt. Nun kann man sich denken, wie es wirken würde, nn es den Unternehmerverbänden wirklich gelingen sollte, in der Maifeier : Arbeiterschaft aus ihren Positionen zu verdrängen.

Wie man auch über die Maifeier entscheiden mag, so darf man sich doch er die Tragweite und den Charakter des Kampfes keinen Illusionen hin= ben. Es handelt sich diesmal in Deutschland nicht um eine mehr oder niger zweckmäßige politische Demonstration, sondern um die Abwehr eines griffs der Unternehmerverbände auf die Gewerkschaften. Wer, vom engen ssenstandpunkt befangen, vor allem die Kosten der Maifeier ersparen möchte, ngt dadurch die Gewerkschaften erst recht in Kosten und Gefahren: denn es Zurückweichen in der Maifeier stärkt die Unternehmerverbände, steigert en Übermut und macht dadurch alle Kämpfe der Gewerkschaften desto wieriger und kostspieliger.

Die Erstarkung und das schroffe Auftreten der Unternehmerverbände ingen so sehr in die Augen, daß zu dem gewerkschaftlichen Doktrinarismus

sich erst der politische Opportunismus gesellen mußte, um dem mitten in d
Arbeiterkämpfen stehenden Praktiker das Verständnis für diese Entwicklu
zu verschleiern. Man verlernte es, die großen Klassengegensätze ins Auge
fassen, suchte in jedem Dreck nach vermittelnden Tendenzen und ersetzte d
sozialrevolutionäre Erkenntnis durch einen geschichtlichen Fatalismus.[1] (
wird schon von selbst anders werden — das ist ihre höchste geschichtsphil
sophische Weisheit. Die Aussperrungen werden schon von selbst aufhören, d
Unternehmer werden sich von selbst eines anderen besinnen; der Militarism
— derselbe Rob. Schmidt erklärte das — wird schon von selbst aufhöre
Kurz, wo ihr eigener Witz aufhört, da wird schon die Weltgeschichte nac
helfen. Die Geschichte, die doch nichts anderes ist als der Inbegriff aller
der menschlichen Gesellschaft wirkenden Kräfte, erscheint ihnen als eine üb
den Menschen stehende Gottheit, die das zurechtmacht, was Menschenhän
verdarben; sie wissen nicht, daß die Geschichte zu ihrem Werke sich nur d
Menschenhände und Menschenköpfe bedienen kann, die es bis jetzt gründli
verpfuscht haben.

Indessen die Illusionäre unter den Gewerkschaftern von der kommend
Unternehmermilde und von dem erwachenden Wohlwollen der kapitalistisch
Regierung träumen, sehen wir die Unternehmerverbände ihren schroffen Klasse
standpunkt vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet hinübertragen. D
reaktionären Ansichten des Herrn Bueck sind bekannt; er fand aber damit b
der Agitation zur Gründung von Arbeitgeberverbänden die weiteste Zustimmu
in Unternehmerkreisen. Es ist kennzeichnend, daß die Unternehmerverbände v
vornherein in eine scharfe reaktionäre Opposition sowohl zu den bürgerlich
Parteien wie zu der Regierung getreten sind. Sie schlagen eine ganz ande
Taktik ein als die Führer der Gewerkschaften. Sie rühmen sich nicht, w
Legien auf dem Hamburger Kongreß, ihres „Einflusses auf das öffentlic
Leben", sie finden vielmehr, obwohl doch die Kapitalistenklasse nicht bloß
der Einbildung, sondern in Wahrheit die Herrschaft im Staate hat, daß m
sie viel zu wenig beachtet. Bekanntlich ist es sogar schon zu recht scharf
Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmerverbänden und der nationa
liberalen Fraktion gekommen: selbst diese ist denen also nicht kapitalfrom
genug.

Wie weit die reaktionären Forderungen der Unternehmerverbände gehe
ist unter anderem daraus zu ersehen, daß ihr Organ, die „Arbeitgebe
zeitung", gleich nach den letzten Reichstagswahlen für eine Beseitigung d
bestehenden Reichstagswahlrechtes mit aller Energie eintrat.[2]

---

[1] Es würde sich mancher Gewerkschaftspraktiker einen schärferen Blick bewahrt hab
hätte er sich auch nur das Kommunistische Manifest ins Gedächtnis eingeprägt. Aber d
wissenschaftliche Sozialismus gilt ja bereits als überwundener Standpunkt. So finden
die Gelehrten der „Metallarbeiterzeitung" unangebracht, daß ich in populären Br
schüren über den proletarischen Klassenkampf alte Gedankengänge wiederhole. Sie verlang
in der Wissenschaft wie in den Zeitungen nur Neues — das Allerneueste. Jeden Tag ein
neuen Sensationsmord und jeden Tag einen neuen Gesichtspunkt, der die Grundideen d
Sozialismus, die bis jetzt die Arbeiterbewegung erfüllten, entbehrlich macht. Damit kann
allerdings nicht dienen. Ich bin bis jetzt mit meinen marxistischen Grundsätzen ausgekomm
und habe kein Bedürfnis, von ihnen abzuweichen. Gedanken nach dem neuesten Mo
schnitt, die man mit der Saison aufsetzt und abwirft, wird man bei mir vergebens such

[2] Mitgeteilt bei Dr. P. Keßler, Die deutschen Arbeitgeberverbände.

Unter dem Einfluß der Konzentration des Kapitals und der Koalierung
s Unternehmertums vollzieht sich auch ein politischer Konzentrationsprozeß,
r die Spitzen der Kapitalistenklasse nicht bloß vom Proletariat, sondern auch
n der mittleren Bourgeoisie absondert und mit den politischen Überliefe-
ngen des bürgerlichen Parlamentarismus bricht. Dieser Entwicklung gegen-
er vermag selbstverständlich so wenig der gewerkschaftliche Doktrinarismus
e der politische Opportunismus auf die Dauer standzuhalten. Das ist die
rrektur der Geschichte. Andererseits aber rüttelt derselbe Prozeß die
rbeitermassen auf. Die Wirkung des Auftretens der Unternehmer-
rbände in Deutschland war bis jetzt — die Stärkung der Gewerkschaften:
ben anderen Ursachen ist wohl darauf zum Teil die neue gewerkschaftliche
ut der letzten Jahre zurückzuführen. Das war die Antwort der deutschen
beiter auf die Provokationen der Kapitalistenklasse. Und läßt man die
einungen einzelner Gewerkschaftsführer hinter die Kollektivarbeit der Or-
nisationen zurücktreten, so wird man finden, daß der Hamburger Gewerk-
aftskongreß der Tätigkeit der Unternehmerverbände wohl eine große Auf-
rksamkeit entgegengebracht hatte.

Da nun aber das konzentrierte und koalierte Kapital, seine Machtstellung
der Gesellschaft ausnutzend, neben den wirtschaftlichen auch politische
achtmittel gebraucht und zielbewußt darauf hinausgeht, die Leitung der
aatsgeschäfte in die eigene Hand zu nehmen, so wird offenbar schon aus
sem Grunde die Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und den
ternehmerverbänden zugleich zu einer Frage der Staatspolitik.

Polenfrage und Sozialdemokratie.

Von **Julius Bruhns**.

(Schluß.)

II.

Das Resultat der Reichstagswahlen von 1903 im oberschlesischen Industrie-
zirk verursachte wiederum lebhafte Überraschung in Parteikreisen, diesmal
erdings von anderer Art wie fünf Jahre vorher. Statt des weiteren, be-
mmt erwarteten und vorausgesagten starken Aufschwunges unserer Stimmen-
hl ein Stillstand — dafür aber der verblüffende Erfolg einer neuen, bisher
Oberschlesien ganz unbekannten politisch radikalen Partei. Während unsere
immen 1898 von 970 auf 20150 gestiegen waren, erzielten wir 1903 nur
278 Stimmen, die ein ultraradikales Mäntelchen umhängenden National-
len aber, die 1898 0,00 Stimmen hatten, errangen auf den ersten Anhieb
ht weniger wie fast 27000 Stimmen allein im Industriebezirk. Von der
iteren Entwicklung des oberschlesischen Proletariats zur politischen Oppo-
on hatte die Sozialdemokratie also fast nichts, der Radikalpolonismus alles
ofitiert.

Die Ursache dieser Erscheinung war nicht zu verkennen. Weder die deutsche
ch die polnische Sozialdemokratie hatte die dortige, oben näher gezeichnete
tuation auszunutzen gewußt. Statt einig an die Arbeit zu gehen, der pol-
chen Sozialdemokratie dabei den Vorrang zu lassen, sie mit den notwendigen
itteln auszurüsten, ihr eine gewisse Bewegungsfreiheit auch in der Behand-
ng nationaler Fragen zu geben, war jeder für sich vorgegangen, hatte dabei
er ängstlich auf den anderen aufgepaßt und seine vermeintlichen oder wirk-

lichen Fehler eifrigst an die große Glocke gehängt. Dabei war, was je
einzeln agitatorisch tat, in keiner Weise auch nur dem Notwendigsten e
sprechend. Die polnischen Genossen hatten zur Agitation weder irgend nenne
werte Mittel noch war bisher irgend etwas zur Ausbildung für die polnis
Agitation wirksamer Kräfte geschehen. Die deutschen Genossen hatten in Ob
schlesien einen Mann, den Genossen Dr. Winter, der über reiches Wissen,
staunliche Arbeitskraft und bewundernswerte Opferfähigkeit verfügte, sonst a
fast alle die Fähigkeiten vermissen ließ, die gerade für jenen Posten unbedin
nötig waren. Seine Arbeitskraft aber wurde ganz von der gewaltigen L
absorbiert, die das Arbeitersekretariat darstellte. Für die Tätigkeit des Part
führers blieb so gut wie nichts übrig, kaum das, was er brauchte, um d
Kampf mit der P. P. S. führen zu können. Dieser Kampf ist denn freilich
bittert genug geführt worden, zum Schaden unserer Sache wie zur Freu
der eifrig arbeitenden Radikalpolen, denen wir ihre demagogische Arbeit
leicht machten. Die Geisteskrankheit Winters, die jahrelang vor ihrem all
Welt erkennbaren Ausbruch bestanden haben muß, verschärfte die Situatio
um so mehr, als Winter naturgemäß für Partei und Gewerkschaften a
einziger unbedingt zuverlässiger Sachverständiger in allen oberschlesisch
Dingen galt.

Es kann mir nicht einfallen, zu behaupten, daß, wenn jene Fehler nic
gemacht, die günstigen Umstände richtig ausgenutzt worden wären, von eine
Aufkommen des polnischen Nationalismus in Oberschlesien überhaupt nic
hätte geredet werden können. So gering schätze ich die Kraft und Bedeutun
der nationalen Bewegung, wie ich sie in den vergangenen fünf Jahren
Oberschlesien durch eigene Anschauung kennen gelernt habe, durchaus nic
ein. Das polnische Bürger- und Bauerntum mußte sich unbedingt vom Zentru
abwenden und dem Nationalismus ergeben — es kommt ja für uns auch nic
in Betracht. Anders aber bei den nach Hunderttausenden zählenden ind
striellen Arbeitern Oberschlesiens. Eine rechtzeitig einsetzende, mit den nötig
Mitteln ausgestattete planmäßige Aufklärungsarbeit der einig vorgehend
deutschen und polnischen Sozialdemokraten hätte dem Radikalpolonism
mindestens einen großen Teil seines Arbeitsfeldes genommen, es ihm u
möglich gemacht, die gewaltige Entwicklung zu nehmen, die ihm bei den Nac
wahlen 1905 und 1906 wie bei den allgemeinen Wahlen 1907 so glänzen
Siege auf Kosten nicht nur des Zentrums, sondern auch der Sozialdemokra
verschafften. Gingen doch bei den Wahlen 1907 unsere Stimmen im Industri
bezirk auf 16306, also um fast 5000 zurück, während die der Polen auf 6529
also um mehr wie 38000 Stimmen gegenüber den Wahlen von 1903 stiege
Wären wir rechtzeitig auf dem Posten gewesen, wir hätten diese Entwicklu
verhütet, hätten längst einen starken Stamm aufgeklärter, klassenbewußt
Arbeiter dort geschaffen und mit dessen Hilfe wenn nicht alle, so doch ein
sehr großen Teil der allesamt unzufriedenen Arbeiter, die jetzt den Pol
folgen, um unsere Fahne versammelt. Korfanty und seine engeren politisch
Freunde pflügten mit unserem Kalbe, wie sie es heute noch tun, treten
Oberschlesien als Vertreter reiner Arbeiterinteressen auf und schlagen ein
Ton an gegen die „vom Schweiße und Blute der armen Arbeiter gemästet
kapitalistischen Ausbeuter“, wie ihn die schärfste sozialdemokratische Agitati
nicht rücksichtsloser treffen kann. Darin liegt in erster Linie das „Geheimni
der Erfolge Korfantys, erst in zweiter in dem Anschlagen nationaler Tön

em bisherigen Mittel gegen die unliebsame sozialdemokratische Konkurrenz, und noch weit weniger in seinem religiösen Treiben. Eine Stichprobe aus inem Artikel im Korfantyschen „Polak“, geschrieben nach den für die Polen o erfolgreichen letzten Landtagswahlen in Oberschlesien, mag das hier Ausgeführte stützen.

Es heißt da:

„Du bejammernswerter, armer Arbeiter, du hast nunmehr deine Kraft kennen gelernt! Du hast dich überzeugen können, daß du die übermächtigen Kapitaisten zu überwältigen vermagst. Überlege das alles und ziehe daraus die für dich günstigsten Schlüsse. Fortwährend klagst du über geringen Verdienst, über schlechte Behandlung, über Schädigungen deiner Gesundheit und deines Lebens. Du klagst, weinst oder fluchst abseits in einer stillen Ecke und wartest, bis der Erlöser vom Himmel kommen wird, der dein Los aufbessert. Dieser Erlöser wird nicht kommen, wenn du nicht selbst an deine Erlösung Hand anlegst. Du allein kannst dir selbst helfen....“

Auch nach den Wahlen von 1903 und nachdem Genosse Dr. Winter seiner furchtbaren Krankheit ganz unterlegen war, gelang es nicht so bald, zu einer Einigung zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten zu kommen. Die Bedingungen für eine solche konnten auch nicht in Berlin, sondern nur am Schauplatz des Kampfes, in Oberschlesien selbst, geschaffen werden. Einiges, brüderliches Zusammenarbeiten, das war die erste Bedingung für Wiederherstellung der ursprünglichen Verhältnisse, und diese Bedingung wurde von den oberschlesischen, polnischen und deutschen Genossen erfüllt. Als nach Verlauf von weiteren zwei Jahren der Berliner Vorstand der P. P. S. mit dem deutschen Parteivorstand eine neue Vereinbarung abschloß, gelang auch jetzt das Werk nicht sogleich. Der Vertrag wurde vom Parteitag der P. P. S. annulliert und neue Bedingungen aufgestellt, die wieder vom deutschen Parteivorstand nicht akzeptiert werden konnten. Der Stein des Anstoßes war diesmal die Forderung der polnischen Genossen, in „ausschließlich die polnischen Arbeiter betreffenden Angelegenheiten den Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei die höchste Instanz bilden“ zu lassen. Ein Jahr später war auch dies letzte Hindernis beseitigt. Mit der Verlegung des Vorstandes der P. P. S. nach Oberschlesien und der damit bewirkten Verminderung des nicht immer heilsamen Einflusses, den lange Jahre Berliner polnische Genossen auf die P. P. S. ausgeübt hatten, wurde endlich der Weg frei zu einer Aufwärtsbewegung, die, zunächst noch in bescheidenen Grenzen, doch für die Zukunft das Beste verspricht.

Die P. P. S. ist jetzt eine in sich selbständige Organisation, zugleich ein Bestandteil der sozialdemokratischen Gesamtpartei im Reiche. Sie anerkennt das Parteiprogramm und die Parteiinstanzen einschließlich des Parteitags der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als höchste Instanz in allen Parteiangelegenheiten, und hat in diesem Rahmen völlige Freiheit in bezug auf ihre besondere Aufgabe: Agitation und Organisation des polnischen Proletariats in Deutschland. Insbesondere hat sie das unbedingte Recht, überall die polnischen Arbeiter in besonderen, unabhängig von den etwa schon vorhandenen deutschen Organisationen zu begründenden Parteiorganisationen zu sammeln, ebenso für das polnische Parteiblatt Abonnenten zu werben, unbekümmert, ob am Orte oder im Bezirk schon deutsche Parteiblätter erscheinen.

Beiläufig soll hier festgestellt werden, daß von gleichen oder ähnlichen Befugnissen unserer polnischen Genossen in bezug auf gewerkschaftliche Organisation oder Tätigkeit keine Rede sein kann, derartige Absichten den polnischen Genossen auch ganz fern liegen. Nach dieser Richtung auftauchende Besorgnisse hat der letzte, Ostern dieses Jahres tagende Parteitag der P. P. S. dadurch wohl völlig zerstreut, daß er den Ausschluß eines Mitglieds beschloß, das einem nationalpolnischen Gewerkverein beigetreten war, und die Notwendigkeit nationaler Gewerkschaften öffentlich propagierte. Die im Protokoll niedergelegte Begründung des Ausschlusses besagt unter anderem, „daß die allgemein anerkannten Grundsätze der sozialdemokratischen Politik die energische Förderung der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften erfordere, daß angesichts der einheitlichen kapitalistischen Organisationen, der immer stärker werdenden Zentralisation der Lohnkämpfe und der Tatsache, daß Hunderttausende polnischer Arbeiter in denselben Werkstätten und Industrieunternehmen mit deutschen Arbeitern arbeiten, die Gründung oder Unterstützung von Gewerkschaftsorganisationen, die auf konfessioneller oder nationaler Grundlage beruhen, die bewußte Zersplitterung und Schwächung der Arbeitskräfte und ihrer Solidarität bedeuten müsse".

Die endliche Einigung der polnischen und deutschen Genossen muß für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung im Deutschen Reiche, der gewerkschaftlichen wie der politischen, von erheblicher Bedeutung werden. Nach dem „Statistischen Jahrbuch für Preußen" sind bei der Volkszählung 1905 Personen mit Polnisch als Muttersprache gezählt: Provinz Posen 1216206, Oberschlesien 1158789 (im übrigen Schlesien noch 62565), Ost- und Westpreußen 861673, Rheinland-Westfalen 188471, Brandenburg 46457, Sachsen 39243, Pommern 24399, Stadt Berlin 24281, Provinz Hannover 15448, Schleswig-Holstein 6016, Hessen-Kassel 2896. Dazu kommen mehr wie 100000 Personen, für die als Muttersprache Polnisch und Deutsch angegeben ist, die aber zweifellos Polen sind. Ja, viele Tausende von denen, für die, besonders in Oberschlesien, als Muttersprache Deutsch angegeben ist, sind in Wahrheit Polen und oft genug kaum imstande, sich Deutsch zu verständigen. Bei der Unbeholfenheit der Leute haben sie vielfach den Zählern die Ausfüllung des Zählbogens überlassen und sind so zu Deutschen geworden, ohne es zu wissen. Beiläufig hat sich das bei der Festsetzung der Bezirke, in welchen nach dem neuen Reichsvereinsgesetz die polnische Sprache als Versammlungssprache gelten darf, an den Polen vielfach gerächt. Man hat in Bezirken mit tatsächlich mehr wie 60 Prozent polnischer Bevölkerung diese Ziffer nicht mehr herausrechnen können, und so die Polen des Rechtes, in Versammlungen ihre Sprache zu gebrauchen, beraubt.

Seit 1905 hat sich die Zahl der eingewanderten polnischen Arbeiter in verschiedenen Orten und Provinzen Preußens noch bedeutend erhöht. Das gilt insbesondere von Rheinland-Westfalen, wo sie im gegenwärtigen Jahre schon auf rund 320000 gestiegen ist und weiter steigen wird, wenn auch die augenblickliche wirtschaftliche Depression einen Stillstand in dieser Invasion polnischer Arbeiter eintreten lassen mag. Es handelt sich für uns also durchaus nicht nur um die Provinz Posen und den oberschlesischen Industriebezirk, der immer noch munter fließenden Quelle von Arbeitswilligen, sondern auch um Rheinland-Westfalen und, wenn auch in geringerem Grade, um eine Anzahl anderer Industriezentren. Bei Hunderttausenden

+) 3,756,444. !

ndelt es sich um Industrie-, bei weiteren Hunderttausenden um Land-
oletarier, die allesamt jetzt in den Händen der Nationalpolen sind. Ge-
rkschaftlich wie politisch arbeiten diese an jenen Hunderttausenden, um sie
uernd von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Die gewerkschaftliche „Pol-
sche Berufsvereinigung“, Sitz Bochum, zählt über 50000 Mitglieder,
runter etwa 40000 Bergarbeiter. Diese Organisation sucht auch in West-
eußen eifrigst Handwerker und Arbeiter zu organisieren, unter tätigster Bei-
lfe polnischer Geistlicher, ebenso in großen Städten mit stärkerer polnischer
evölkerung, wie Berlin und Breslau. Das Verbandsvermögen ist noch nicht
oß, es betrug Ende 1907 eine reichliche Viertelmillion Mark, wird sich aber
ld bedeutend gehoben haben, da man sehr vorsichtig wirtschaftet. Auch in
berschlesien bemühen sich die Polenführer eifrigst, eine gewerkschaftliche Or-
nisation insbesondere der Bergarbeiter zu schaffen. Der polnische Arbeiter-
rein „Zur gegenseitigen Hilfe“, ursprünglich eine von polnischen Zentrums-
istlichen begründete Sterbekasse, wurde durch die Bemühungen Korfantys zu
ner Organisation, die sowohl Arbeitslosen- wie Streikunterstützung gewährt.
s hat große Mühe gekostet, den Beitrag von 30 Pfennig monatlich auf
) Pfennig für die Woche zu erhöhen, aber die Mitglieder haben sich nun
reingefunden, und bald dürfte diese Organisation in Oberschlesien eine er-
bliche Rolle spielen und die ohnehin nicht bedeutenden freien Gewerk-
haften noch mehr in den Schatten stellen, wenn diese sich nicht energisch zur
Jehr setzen.

Wie in den rein polnischen Gegenden, so unterliegen auch in den pol-
ischen Enklaven die Polen vollständig dem Einfluß des Radikalpolentums,
uch in jenen Gegenden, die, wie Rheinland-Westfalen, im übrigen einen ge-
altigen Aufschwung der modernen Arbeiterbewegung zeigen. Kein Wunder
as, wenn man bedenkt, wie wenig Zweckentsprechendes bisher für die Ge-
innung der polnischen Proletarier geschehen ist, wie man die nationalen
)emagogen ganz ungestört hat arbeiten lassen. Fast 30000 nationalpolnische
Stimmen wurden bei den letzten allgemeinen Wahlen in Rheinland-Westfalen
bgegeben, und wir werden uns noch auf ganz andere Ergebnisse gefaßt
achen müssen, wenn dem nicht unsere Arbeit endlich Einhalt gebietet. Die
aktik der Polen geht immer mehr dahin, gleich der sozialdemokratischen
aktik überall die Stimmen zu zählen, unbekümmert darum, ob Mandate
abei zu gewinnen sind. So werden bei kommenden Wahlen erheblich mehr
och wie bei den letzten Wahlen und auch mit besseren Resultaten polnische
Sonderkandidaturen erscheinen, in Industriewahlkreisen meist auf Kosten
nserer Stimmen, zugleich auch unsere Mandate gefährdend. Dort aller-
ings, wo das Zentrum in Betracht kommt, werden nach dem neugeschaffenen
Bunde zwischen diesem und den Polen die polnischen Zählkandidaturen zurück-
ezogen werden zugunsten der Zentrumskandidaten. Hätte dieser Bund der
eindlichen Brüder schon bei den letzten allgemeinen Wahlen bestanden, dann
wären in den rheinisch-westfälischen Wahlkreisen Duisburg, Bochum und Dort-
nund nicht die Nationalliberalen, sondern das Zentrum mit uns in Stich-
wahl gekommen, und wir wären in allen drei Wahlkreisen bei den Stich-
wahlen unterlegen. Dies eine Beispiel mag zeigen, welche Bedeutung auch
für die Politik des Tages die Gewinnung der polnischen Arbeiter für die
Sozialdemokratie hat. Daß sie ungleich größere Bedeutung von dem höheren
Gesichtspunkt aus hat, daß wir eben doch die ganze Arbeiterschaft gewinnen

müssen und nicht einen Teil beiseite lassen können, weil seine Gewinnung b- sondere Schwierigkeiten verursacht, liegt auf der Hand.

Die besonderen Schwierigkeiten dieser Arbeit erfordern hier jedoch a noch ein Wort. Nicht zu bezweifeln, wir haben es in den Nationalpolen m durchaus gut gerüsteten Gegnern zu tun. Sie verfügen über eine Rei trefflich geschulter Redner und Agitatoren, über eine gute Organisation, au giebige Geldmittel und vor allem über eine weitverbreitete, populär u geschickt geleitete Presse. Das gilt insbesondere von der Presse des linke radikalen Polenflügels, der im Reichstag freilich nur drei Vertreter h (Brejski, Korfanty und Kulerski), dessen Presse aber außerordentli verbreitet ist. So hat die dem Abgeordneten Kulerski gehörende „Gaze Grudziadzka“ (Graudenzer Zeitung) rund 85000 Abonnenten und besi nicht nur in Westpreußen, sondern weit darüber hinaus, bis nach Rheinlan Westfalen hin, großen Einfluß. Dabei erscheint das Blatt nur dreim wöchentlich, was mir zu bestätigen scheint, daß es auch für uns nicht nöt sein dürfte, den Kampf gegen die nationalpolnische Presse unbedingt m einem täglich erscheinenden Blatte zu führen. Das geringere Lesebedürfn ebenso wie die geringere Zahlungsfähigkeit der polnischen Arbeiter lassen vie mehr noch auf längere Zeit hinaus ein dreimal wöchentlich erscheinend sozialdemokratisches Blatt genügen — wenn es nur redigiert ist, wie es d ganz besonderen Verhältnisse hier erforderlich machen.

Noch andere Schwierigkeiten aber gestalten uns die Aufklärungsarbeit schwer. Daß der Gegner die religiöse Gesinnung der polnischen Arbeit gegen uns, die „Gottesleugner“ und „Heiden“, in skrupellosester Weise au nutzt, ist noch nicht das Schwerste und wird es immer weniger sein, je meh der polnische Arbeiter an religiöser Gesinnung verliert, etwas, das wenigster in Oberschlesien zweifellos beobachtet werden kann. Solche Schwierigkeite haben wir übrigens auch in deutschen Zentrumsgegenden zu überwinden un kommen doch vorwärts. Viel schwerer ist dagegen das nationale Bollwer zu überwinden, das man gegen uns aufrichtet. Die Polen wirken bei ihre Landsleuten in der Agitation gegen die Sozialdemokratie immer noch a besten mit der Behauptung, diese sei ebenfalls hakatistisch und wolle das po nische Volk auch germanisieren. Das ist freilich ebenso unwahr wie dumm Ein solches Bestreben würde unseren Grundsätzen völlig widersprechen, ist m dem Wesen der Sozialdemokratie ganz unvereinbar. Wir haben denn auc bei den verschiedensten Gelegenheiten auf unseren Parteitagen durch Annahm von Resolutionen in scharfer Weise protestiert gegen die hakatistische Unter drückungspolitik der preußischen Regierung — ich will die einzelnen Fäll hier nicht aufzählen — im Reichstag haben wiederholt die Sozialdemokrate in der entschiedensten Weise für die unterdrückten Polen Partei genommen wobei ich nur an die treffliche, selbst von den Polenblättern anerkannte Red Bebels zum polnischen Schulkinderstreik 1906 erinnere, ebenso an die sozial demokratischen Reden im Reichstag zum Sprachenparagraphen.

Aber wir haben uns auf der anderen Seite, in der Presse wie in Reden auf Parteitagen und anderswo, auch schon Ungeschicklichkeiten genug geleistet die den Anschein erwecken konnten, als ob es in der Tat in der deutschen Sozialdemokratie eine „germanisatorische“ Strömung gebe. Dazu haben be sonders die Streitigkeiten mit unserer P. P. S. beigetragen, die unduldsam Art, in der die vermeintliche oder wirkliche stärkere Betonung des nationalen

Nomentes in der sozialistischen Agitation unter der polnischen Bevölkerung eurteilt wurde. Man wollte die Partei rein halten von unsozialistischen, leinbürgerlich-nationalistischen Tendenzen, ein an sich durchaus anerkennenswertes Motiv. Aber man schüttete häufig das Kind mit dem Bade aus. Nan vergaß oder beachtete nicht genügend, daß das nationale Moment bei en national unterdrückten Polen unbedingt eine äußerst wichtige Rolle spielen nd um so tiefere Wirkung haben mußte, je ärger die nationale Bedrückung er Polen war. Und wenn wirklich der eine und der andere unserer polischen Genossen im Eifer, den Nationalpolen die Beute, die polnischen Proletarier, abzujagen, nationalen Illusionen zu viel Spielraum in der Agitation gegeben haben sollte, so mußte man das mehr, wie geschehen, den zwingenden Umständen zugute rechnen und jedenfalls nicht, zur Freude und um Nutzen der polnischen Nationalen, daraus Haupt- und Staatsaktionen nachen.

Außerordentlich schwer gestaltet dann die Sprache die sozialdemokratische Arbeit unter den Polen. Darüber sollte eigentlich nichts mehr zu sagen sein. Aber es gibt leider noch eine sehr große Anzahl deutscher Parteigenossen, die diese Schwierigkeit unterschätzen oder gar nicht gelten lassen. Man ist vielfach noch der Meinung, unsere durch die preußische Volksschule gegangenen polnischen Mitbürger könnten ganz gut Deutsch sprechen, mindestens aber gut verstehen und würden deshalb auch durch die Agitation in deutscher Sprache zu guten Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten werden können. Das ist ein Irrtum, der für den Erfolg unserer Aufklärungsarbeit unter den Polen sehr schlimme Wirkung gehabt hat und, wenn nicht beseitigt, viel schlimmere noch haben wird. Es kann daher nicht oft genug wiederholt werden, daß die ungeheure Mehrheit des polnischen Volkes in Preußen durch die Volksschule nur eine ganz unzureichende Kenntnis der deutschen Sprache erlangt. Die Gründe dafür — sie sind politischer, sozialer und pädagogischer Natur — sind oft genug dargestellt worden, ich sehe deshalb von ihrer Wiederholung hier ab. Tatsächlich — alle nicht politisch voreingenommenen Kenner der Verhältnisse in den polnischen Landesteilen werden das bestätigen — reicht die Kenntnis des Deutschen bei den allermeisten polnischen Arbeitern nicht weiter, als zur Verständigung in den alltäglichen Dingen des Lebens eben nötig, unter keinen Umständen aber aus, die ungebildeten Leute mit den Gedankengängen der modernen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung vertraut zu machen. In dieser Tatsache liegt auch der große Schaden, den der Sprachenparagraph des Reichsvereinsgesetzes dem polnischen Proletariat zufügen wird. Nur die polnischen Arbeiter werden davon ernstlich betroffen, nicht die polnische Intelligenz und das polnische Bürgertum, die in Preußen so gut Deutsch wie Polnisch können. Wenn uns nun in vielen Fällen der Sprachenparagraph zwingt, in Versammlungen zu polnischen Arbeitern Deutsch zu reden, so soll doch um so mehr überall, wo nur irgend Polnisch in der Agitation geredet werden kann, das auch geschehen. Das gilt insbesondere auch für die gewerkschaftliche Agitation, für die das Gesetz eine größere Bewegungsfreiheit ohnehin ermöglicht. Leider ist die bisherige völlige Freiheit im Gebrauch der polnischen Sprache gerade von der gewerkschaftlichen Bewegung am wenigsten benutzt worden, zu einem Teile aus Mangel an mit der Sprache vertrauten agitatorischen Kräften, zum anderen aber aus Nichtbeachtung des Erforderlichen.

Wie in dieser Beziehung, so sollten sich die deutschen Genossen in anderen Beziehungen von vorgefaßten Meinungen bezüglich der polnischen Aufklärungsarbeit frei machen und in deren Interesse auch gewisse Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen. So sollte das Recht der P. P. S., dort, wo polnische Arbeiter vorhanden sind, besondere polnische Parteiorganisationen gründen, Abonnenten auf das Parteiblatt „Gazeta Robotnicza" werben, polnische Agitationsliteratur verbreiten zu dürfen, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern praktische Gestalt gewinnen. Ja, die deutschen Genossen sollen solche „Absplitterung" nicht nur dulden, sondern sie selbst herbeiführen, schon gewonnene polnische Genossen zur Begründung und Führung besonderer polnischer Parteiorganisationen veranlassen und diesen alle Förderung angedeihen lassen, ebenso wie man selbst die Gewinnung von Abonnenten auf das polnische Parteiblatt veranlassen sollte. Die etwaigen Verluste an Mitgliedern und Lesern, die deutsche Organisationen und Parteiblätter dadurch erleiden können, werden hundertfach aufgewogen, wenn es gelingt, die bisher indifferenten oder auf die nationale Flagge schwörenden polnischen Arbeiter des Ortes oder des Bezirkes in einer polnischen Parteiorganisation zu sammeln. Es gibt kein anderes Gegengewicht gegen die nationalistischen, demokratisch schillernden Bestrebungen unserer radikalen Polen. Dabei kann und muß diese polnische Organisation in steter und reger Verbindung mit der größeren deutschen Organisation sein und bleiben, alle gemeinsamen Parteiangelegenheiten, Kandidatenaufstellung und andere Wahlgeschäfte mit dieser zusammen erledigen, ohne Erschwerung und Zwiespalt. In allen inneren Angelegenheiten haben die polnische wie die deutsche Organisation völlig selbständiges Handeln, und auf die Beobachtung dieses Grundsatzes sollte streng gesehen werden, weil es zugleich das beste Erziehungsmittel bedeutet. Daß das alles nicht Hypothesen sind, sondern praktisch erprobte und bewährte Erfahrungen darstellen, beweisen die seit mehreren Jahren in Oberschlesien bestehenden Parteiverhältnisse.

Die vermehrte Arbeit wird auch größere materielle Opfer fordern. Für Rheinland-Westfalen wäre ein polnischer Parteisekretär ganz außerordentlich nötig und nützlich und das gleiche gilt für die Provinz Posen. Das Opfer würde sich nach meiner Meinung bald wieder belohnen, denn die Arbeit dieser beiden Agitationsleiter würde die Abonnentenzahl der „Gazeta Robotnicza" so vermehren, daß der erhebliche Zuschuß, den der deutsche Parteivorstand jetzt für das Blatt leistet, wesentlich herabgesetzt werden könnte. Auch für eine Vermehrung der polnischen gewerkschaftlichen wie politischen Agitationsliteratur, die jetzt noch sehr bescheiden ist, muß Sorge getragen werden, sowohl durch Übersetzung vorhandener guter deutscher Bücher und Broschüren, wie besonders durch Schaffung neuer, den Verhältnissen des polnischen Volkes geschickt angepaßter Schriften. Das würde auch die Kattowitzer Druckerei nutzbringender gestalten. Dabei möchte ich gleich bemerken, daß letzteres auch dadurch geschehen könnte, daß sowohl Agitationsbezirks- wie Gewerkschaftsleitungen und ebenso die Generalkommission ihre Aufträge an polnischen Druckarbeiten dieser aus Parteimitteln erhaltenen Druckerei und nicht mehr privaten Geschäftsleuten zuwendeten.

Nicht verschweigen möchte ich die bedauerliche Tatsache, daß seitens der Berliner polnischen Genossen so wenig für die Bewegung geschieht. Es ist nicht rühmlich für die nicht geringe Zahl Berliner Genossen polnischer

Nationalität, daß seit der Verlegung der Leitung der P. P. S. nach Oberschlesien die Zahl der Berliner Abonnenten der „Gazeta Robotnicza“ niemals die Zahl hundert erreichte und gegenwärtig fast auf dem Nullpunkt angekommen ist. Wenn man sich vor Augen führt, daß nach amtlicher Zählung in Berlin über 24000 Polen leben — tatsächlich ist die Zahl erheblich größer —, die zumeist dem Arbeiterstande angehören, so ist der Stand der polnisch-sozialistischen Bewegung dort beschämend dürftig. Statt ihn nun zu bessern, haben dortige polnische Genossen es für gut befunden, Streitigkeiten zu verursachen, deren äußerst geringfügige Gründe ich hier nicht erörtern will, die aber der Sache schweren Schaden zufügen. Glücklicherweise haben die Berliner Vorkommnisse bei den polnischen Genossen im Reiche kein Echo gefunden.

Zur intensiven Förderung der sozialdemokratischen Agitation unter den Polen fehlen noch genügend geschulte Kräfte. Auch hier könnte abgeholfen werden, wenn man sich entschließen wollte, auch einigen befähigten polnischen Genossen den Besuch der Parteischule zu ermöglichen.

Daß wir endlich eine sozialdemokratische Vertretung im preußischen Landtag haben, vermehrt noch unsere Verpflichtungen, mit allen Kräften und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für das polnische Volk in Preußen einzutreten, verbessert zugleich aber auch, wenn wir diese Pflicht geschickt erfüllen, unsere Situation gegenüber den Nationalpolen ganz außerordentlich. Von größtem Werte wäre es daher, wenn wir einen tüchtigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten polnischer Nationalität hätten.

Nun, es muß auch so gehen und es wird in der Polenfrage gehen, wenn wir die Wiederholung früherer Fehler vermeiden und die gegenwärtig aufgewendeten Mittel richtig zu benutzen wissen. Dann kann der Tag nicht fern sein, der auch das doppelt geknechtete polnische Proletariat in die Kampfesreihen der Sozialdemokratie stellt.

Die Jugendorganisation in Österreich.

Von **Leopold Winarsky** (Wien).

Bei dem großen Interesse, mit dem jetzt in Deutschland die Frage der Jugendorganisation diskutiert wird, dürften vielleicht auch einige Mitteilungen über den Charakter und die Form der österreichischen Jugendorganisation angebracht sein. Sie werden schon deshalb einige Beachtung beanspruchen können, weil zum Unterschied von der Partei- und der Gewerkschaftsorganisation, deren Neubelebung und Aufschwung in Österreich in eine Zeit fallen, in der schon lange das glänzende Vorbild der deutschen Organisation bestand, die Jugendorganisation in Österreich viel früher als in Deutschland entstanden ist und daher heute über sie schon langjährige Erfahrungen gesammelt vorliegen.

Schon im Jahre 1894 fanden in Wien die ersten Lehrlingsversammlungen statt. Sie waren ganz aus der eigenen Initiative der jungen Leute selbst entstanden und von ihnen allein arrangiert. Sie waren einfach nichts anderes als der natürliche Protest gegen den schweren Druck, dem die Lehrlinge besonders im Kleingewerbe in Österreich unterliegen. Die Arrangeure dieser Versammlungen bildeten ein Komitee, das aus lauter jungen Leuten bestand, welche schon mit den Ideen des Sozialismus bekannt geworden waren, und

so gab sich die neue Jugendbewegung vom ersten Anfang an bewußt als ei Teil der gesamten sozialistischen Bewegung. Das Komitee ließ im Oktobe 1894 ein Flugblatt erscheinen, das an den Wiener gewerblichen Fortbildungs schulen verbreitet wurde und schon einen hohen Grad von Klarheit und Ein sicht in den Zweck der Gesamtbewegung erkennen läßt. Am 4. November 189 wurde sodann die gründende Versammlung des Vereins jugendlicher Arbeite für Wien und Niederösterreich abgehalten, und von da an begann eine un ermüdliche, niemals ruhende Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter der jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen.

Der Fortschritt der Bewegung machte bald die Gründung von Zahlsteller und Ortsgruppen zuerst in den einzelnen Bezirken Wiens nötig. Dann ent standen in den einzelnen größeren Provinzstädten Österreichs eigene Vereine und im Jahre 1903 wurden alle diese Vereine in einen Reichsverband zu sammengefaßt. Seit Oktober 1902 besitzt die Jugendbewegung auch ihr eigenes Organ, den monatlich einmal erscheinenden „Jugendlichen Arbeiter“, der mit großer Wärme und in einer dem Verständnis und den Bedürfnissen der Jugend angepaßten Sprache die Interessen der Jugendorganisation vertritt.

Dank seiner Wirksamkeit und der unermüdlichen Werbearbeit der jungen Leute selbst gibt uns die Geschichte der österreichischen Jugendorganisation das Bild eines zwar nicht sprunghaften, aber stetigen Aufschwunges, und heute ist die Zahl der Mitglieder und die Zahl der dem Verband angeschlossenen Provinzvereine größer als je. Besonders in den Industriegebieten Nordwest- und Westböhmens ist es im letzten Jahre gelungen, viele neue Organisationen zu gründen.

Wie schon oben erwähnt, ist die Initiative zur Gründung der Organi- sation aus Lehrlingskreisen erfolgt, und so sind bis heute die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der österreichischen Jugendorganisationen Handwerks- oder Fabriklehrlinge. Die österreichische Jugendbewegung ist vornehmlich eine Lehrlingsbewegung.

Als Aufgaben der Jugendorganisation waren von vornherein bezeichnet: die Erziehung der jungen Leute zu denkenden, ihrer Klassenlage bewußten Proletariern, also gemeinsame Fortbildung, Veranstaltung von Vorträgen und Unterrichten, Gründung von Bibliotheken, dann der Kampf gegen die allzu große Ausbeutung durch die Lehrlingshalter, also Gründung von Lehrlings- schutzkomitees, die sich zur Aufgabe machten, für die Einhaltung der wenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche zugunsten der Lehrlinge in Öster- reich bestehen, zu sorgen, und sich ausgezeichnet bewährt haben; endlich eine lebhafte Propaganda für die Reform des Lehrlingswesens selbst und als erster Schritt dazu für eine Reform des gewerblichen Fortbildungsschul- wesens, die vor allem in der Verbesserung des Unterrichtes und Verlegung der Unterrichtszeit auf die Tagesstunden an Wochentagen zu bestehen hätte.

Eine besondere antimilitaristische Agitation ist von der österreichischen Jugendorganisation nie geführt worden. Aber sie hat damit auf die Auf- klärung der jungen Leute über die Schäden des Militarismus nicht ver- zichtet. Da sie es als ihre Aufgabe angesehen hat, die Angehörigen der ar- beitenden Jugend zu überzeugten Sozialdemokraten zu machen, hat sie selbst- verständlich damit auch immer ihr möglichstes getan, die jungen Leute über das Wesen des Militarismus aufzuklären. Die Aufklärung über die Schäden des Militarismus erscheint so als ein Teil der allgemeinen sozialistischen

ugenderziehung. Damit entfiel für die österreichische Jugendorganisation
ch die Notwendigkeit einer Agitation in der Kaserne: sie hat mit den Leuten
der Kaserne nichts zu tun, weil sie es als ihre Aufgabe ansieht, die jungen
ute über die Schäden des Kapitalismus und dadurch auch des Militaris-
us aufzuklären schon lange vor der Zeit, ehe sie in die Kaserne
mmen.

Bei alledem hat sich die österreichische Jugendorganisation nie mit
olitik befaßt. Dies ist schon deshalb unmöglich, weil alle österreichischen
ugendorganisationen nach dem vorsintflutlichen österreichischen Vereinsgesetz
npolitische Vereine sein müssen. Mitglied eines politischen Vereins
nn in Österreich nur ein Inländer werden, der das vierundzwanzigste
bensjahr überschritten hat. Die Jugendlichen sind also ebenso wie die
rauen von der Teilnahme an politischen Vereinen ausgeschlossen. Was
rch das neue deutsche Vereinsgesetz bezweckt wird: die Fernhaltung der
ngen Leute von den politischen Vereinen, haben wir also in Österreich seit
her gehabt und in noch viel ausgiebigerem Maße, denn während die
ltersgrenze in Deutschland mit achtzehn Jahren festgesetzt ist, muß man in
sterreich gar bis zum vierundzwanzigsten Jahre warten, wenn man einem
olitischen Verein als Mitglied angehören will.

Unter solchen Umständen müßten alle Frauen lebenslänglich und alle
ännlichen Bewohner Österreichs bis zu ihrem vierundzwanzigsten Jahre auf
de Anteilnahme am politischen Leben verzichten, wenn sie einzig und allein
on der Mitgliedschaft in einem politischen Verein abhängig wäre. Das ist
er glücklicherweise nicht der Fall. Unsere Jugendorganisationen treiben zwar
icht Politik und haben das auch nicht nötig, aber durch ihre Vorträge, ihre
ibliothek, ihre Unterrichte, ihre Agitation und nicht zuletzt durch ihre Zeit-
hrift erziehen sie ihre Mitglieder zu guten Sozialdemokraten und machen
ihnen möglich, zwischen den verschiedenen politischen Parteien zu unter-
heiden.

Die Tatsache, daß die Jugendorganisationen keine politischen Vereine sind
nd auch nicht als politische Vereine angesehen werden, hat sie übrigens nie
aran gehindert, für die Reform der Gesetze über das Lehrlingswesen und
as Fortbildungsschulwesen zu agitieren und Forderungen auf diesen Gebieten
u stellen. Die hier angestrebten Ziele sind eben nicht politischer, sondern rein
irtschaftlicher, respektive pädagogischer Natur, und die energische Kampagne,
ie für ihre Erreichung geführt wurde, blieb auch nicht ohne Erfolg. Vor-
ehmlich dieser Agitation ist es zu danken, daß im niederösterreichischen Land-
ag im vergangenen Jahre ein Gesetz angenommen wurde, nach dem in Hin-
unft der Unterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen in der Zeit vor
Uhr abends an Wochentagen zu Ende sein muß und an Sonntagen nicht
änger als zwei Stunden dauern darf. Ähnliche Beschlüsse sind auch in der
Steiermark und Oberösterreich in Vorbereitung.

Selbstverständlich hätte bei der wütenden Gegenagitation der Zunftmeister
ie jugendliche Arbeiterschaft allein nie diese Erfolge erzielen können, sondern
as war nur möglich, weil von allem Anfang an die Jugendorganisation in
llerengstem Einvernehmen mit der Partei und den Gewerkschaften
earbeitet hat. Die Gründung der Jugendorganisation erfolgte zwar aus
igener Initiative von einzelnen fortgeschrittenen Jugendlichen selbst, wie ich
ben dargelegt habe, aber schon damals hat die Partei diese Gründung mit

großer Sympathie aufgenommen. Seit dieser Zeit ist das gegenseitige Ver hältnis womöglich noch wärmer geworden. Die Jugendorganisationen habe überall vollkommene Selbstverwaltung. Sie werden nach keiner Rich tung beengt, aber überall, sowohl an dem Sitze der Zentrale wie in de Provinzorten, stehen ihnen die älteren Parteigenossen und Vertrauensmänne als Berater zur Seite. Die Forderungen, welche die Jugendlichen spezie verfechten, entsprechen den betreffenden Stellen des Parteiprogramms. I den Versammlungen der Jugendlichen sprechen häufig Abgeordnete und Mit glieder der Parteivertretung ebensowohl wie Mitglieder der Gewerkschafts kommission.

So betätigen in der Agitation für die Erkämpfung des Lehrlingsschutze und der Gewerbeschulreform die Jugendlichen ihren feurigen Elan und ihr frische Begeisterung, hinter ihnen aber steht die ganze Partei- und Gewerk schaftsorganisation mit ihrer soliden Kraft. Beide ergänzen sich und schreiten dadurch vor. Auf verschiedenen Parteitagen wurde schon den Genossen di Förderung der Jugendorganisation empfohlen, doch am besten kommt woh das enge Einvernehmen zwischen der Partei und der Jugendorganisation i dem Beschluß zum Ausdruck, der auf dem letzten Parteitag zu Wien im Oktober 1907 gelegentlich der Beratung über das neue Organisationsstatut de Partei gefaßt wurde. Der Jugendorganisation ist ein eigener Absatz des Statuts gewidmet, und der § 13, der sich mit ihr beschäftigt, hat folgender Wortlaut:

„Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus er zogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Überall, wo es die Verhältnisse zulassen, sollen zu diesem Zwecke eigene Jugendorganisa tionen gegründet werden."

Die Partei fördert also die selbständige Jugendorganisation in Österreich sowohl moralisch wie materiell, und sie hat keine Ursache, mit den Ergebnissen unzufrieden zu sein. Tausende von opferwilligen Partei gängern sind im Laufe der Jahre aus der Jugendorganisation hervorgewachsen, und auch die Mitglieder der Jugendorganisation selbst haben unbeschadet des unpolitischen Charakters ihrer Vereine bei allen großen Kämpfen der öster reichischen Partei in den letzten Jahren nach ihren Kräften mitgewirkt. Als am 28. November 1905 eine Viertelmillion Arbeiter vor dem österreichischen Parlament vorüberzog, um in einer ungeheuren, in solch gigantischer Größe nie dagewesenen Demonstration die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahl rechtes zu fordern, da fiel unter den demonstrierenden Scharen, die mit Bannern und Standarten vor dem Parlament defilierten, besonders eine Gruppe von mehreren tausend jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen auf, denen voran eine Tafel mit der Inschrift: „Die Kadetten der Sozialdemokratie" getragen wurde. Ja, ein sozialdemokratisches Kadettenkorps, eine Pflanzschule des Sozialismus ist die österreichische Jugendorganisation immer gewesen, aber sie hat damit nicht einen Moment ihre Verpflichtungen gegenüber den Gewerk schaften versäumt.

Es war immer eine der wichtigsten Aufgaben der jugendlichen Organisa toren, den Mitgliedern klar zu machen, daß sie nach ihrer Freisprechung, wenn sie sich selbständig zu erhalten vermögen, die Verpflichtung haben, ihrer Berufsgewerkschaft beizutreten. So sind den Gewerkschaften viele Mitglieder

[ein]geführt worden, die nicht mehr, wie indifferente Neuankömmlinge, erst in [da]s Abc der Organisation eingeführt werden mußten, sondern dank den Er[fa]hrungen, die sie in der Verwaltung der Jugendorganisation gesammelt [ha]tten, sofort tätige Mitarbeiter wurden. In den ersten Jahren nach der [Gr]ündung der österreichischen Jugendorganisation hat es allerdings auch unter [de]n österreichischen Gewerkschaftern manche gegeben, die der Meinung waren, [da]ß es nicht nützlich sei, wenn die Jugendlichen selbständige Organisationen [be]säßen. Die Idee der besonderen Jugendabteilungen in den Gewerkschaften, [di]e heute in Deutschland als Novum auftritt, ist in Österreich schon vor [Ja]hren diskutiert worden, aber die *praktischen Erfahrungen* haben viele [de]r einstigen Skeptiker zu Anhängern der selbständigen Jugendorganisationen [ge]macht. Dazu hat vor allem die Erwägung geführt, daß das heutige Ver[hä]ltnis zwischen Gehilfen und Lehrling, zwischen erwachsenem und jugend[li]chem Arbeiter in der Werkstätte oder in der Fabrik doch viel häufiger dem [ei]nes *Vorgesetzten* zu einem *Untergebenen* als dem zweier Kameraden [gl]eichkommt. So vermag der indifferente Jugendliche nicht immer sofort die [gl]eiche Klassenzugehörigkeit und die gleichen Interessen des Erwachsenen mit [ih]m zu erkennen — die manches Mal nicht gerade liebevolle Behandlung der [Le]hrlinge durch einzelne Gehilfen trägt auch das ihrige dazu bei —, und er [ge]ht nicht mit Freude, sondern mit Scheu in einen Verein, in welchem er sich [in] demselben Verhältnis wiederzufinden fürchtet. Ganz anders ist es in der [se]*lbständigen* Jugendorganisation. Dort sind die gleichalterigen Kameraden [un]ter sich, Freundschaften und Bekanntschaften aus der Kinderzeit und aus [de]r Schule werden wieder aufgenommen, und die wenigen älteren Genossen, [di]e dort verkehren, werden nicht als Vorgesetzte, sondern als Berater empfunden [un]d geachtet. Nicht vergessen darf man ferner die große *erzieherische* [B]edeutung, die es für die jungen Leute hat, daß sie in der selbständigen, [al]*lgemeinen* Jugendorganisation mit Angehörigen *aller möglichen* Berufe [zu]sammenkommen, daher schon in früher Jugend die Gleichartigkeit der [A]rbeiterverhältnisse in den verschiedensten Berufen kennen und aus dieser [G]leichartigkeit der Verhältnisse *das gleiche Klasseninteresse aller Ar*[b]*eiter begreifen* lernen. Die selbständige allgemeine Jugendorganisation [w]ird so zur *besten Erziehungsschule der Solidarität* und *verhindert* [di]*e Bildung eines beschränkten fachlichen Korpsgeistes*, der oft ein [gr]oßes Hindernis für die sozialistische Arbeiterbewegung ist.

Diese Erkenntnis hat sich sehr bald bei den österreichischen Gewerkschaften [du]rchgerungen, die *immer* eines Sinnes mit der politischen Parteibewegung [ge]wesen sind, und so sind nach kurzem Schwanken die Gewerkschaften in [Ö]sterreich *energische Förderer* der selbständigen Jugendorganisation ge[w]orden. Besonders in den letzten Jahren haben die gewerkschaftlichen Organi[sa]tionen nicht nur durch Sympathieerklärungen, sondern auch durch *mate*[ri]*elle Hilfe* viel für die Förderung der Jugendbewegung getan. Dazu [w]urden sie wohl auch veranlaßt einerseits durch die Steigerung der Zahl der [L]ehrlinge und jugendlichen Arbeiter selbst — 1894 waren bei den Genossen[sc]haften 174405 und Ende 1906 bereits 237455 Lehrlinge eingetragen, un[g]erechnet die Fabriklehrlinge und jugendlichen Arbeiter, so daß die Gesamt[za]hl gewiß 350000 bis 400000 beträgt — und andererseits durch die eifrigen [V]ersuche der Gegner aller Art, eigene Jugendvereinigungen zu gründen und [d]adurch sowohl der Partei als den Gewerkschaften das Feld abzugraben.

Besonders die Christlichsozialen oder besser gesagt Klerikalen und ve schiedene nationale Gruppen haben sich heftig bemüht. Ihnen wurde reich Unterstützung durch einzelne Kapitalisten zuteil, und manchmal wurden sog Steuergelder zur Unterstützung dieser Jugendvereine verwendet. So hat d Bund der christlichsozialen Arbeiterjugend direkt eine Subvention vo der Gemeinde Wien bekommen. Zu gleicher Zeit wurden besonders die kler kalen Vereine auch von der Regierung gehätschelt, während gegen die sozia demokratischen Jugendvereine ein besonderer Überwachungsdienst organisie wurde, wie aus einem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. Januar 190 hervorgeht, der Veranlassung zu einer sozialdemokratischen Interpellation i Parlament gab, die bis heute nicht beantwortet wurde.

Gegen alle diese Bestrebungen erkannten die österreichischen Gewerkschafte in der Förderung der selbständigen Jugendorganisation die beste und erfol reichste Abwehr, und so wurde vom letzten österreichischen Gewerkschafts kongreß, der vom 21. bis 25. Oktober 1907 versammelt war, folgender An trag angenommen:

„Der Gewerkschaftskongreß erkennt die Notwendigkeit der Jugendorgan sation an und fordert die Gewerkschaften, insbesondere die Vertrauensmänne auf, den Verband der jugendlichen Arbeiter nach Möglichkeit in de Agitation unter den Lehrlingen zu unterstützen und den Ausbau de Jugendorganisation zu fördern.

„Er empfiehlt den Zentralverbänden zur Erwägung, in geeigneter Wei dafür zu sorgen, daß die Zeitschrift ‚Der jugendliche Arbeiter' in den Kreise der Lehrlinge ihrer Berufsangehörigen möglichst stark verbreitet werde."

Partei- und Gewerkschaftsorganisation sind also in Österreich vollkomme einig in der Förderung der Jugendorganisation. Sie haben die Genugtuun damit kein verfehltes Unternehmen zu unterstützen, denn ebenso wie die selb ständige Jugendorganisation eine Kadettenschule für die Partei ist, ist sie auc die beste Vorbereitungsschule für die Gewerkschaften, und was vielleicht nich am geringsten an ihr zu achten ist, bietet sie durch diese Einheitlichkeit in de Vorbereitung der jungen Leute für ihre künftigen Aufgaben als politische un gewerkschaftliche Kämpfer auch eine Garantie mehr für den immer währenden Fortbestand der Einheitlichkeit auch der politischen un gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Österreich.

Der fünfte Konsumgenossenschaftstag.

Von **Herm. Fleißner.**

Im Juni wurde in Eisenach, der alten parteihistorischen Stadt in Thüringe der fünfte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Kon sumvereine abgehalten. Über 500 Delegierte aus allen Gegenden Deutsc lands haben ihm beigewohnt. Der schriftliche und mündliche Jahresberic des Vorstandes und Sekretärs konstatiert ein weiteres Fortschreiten in d inneren und äußeren Entwicklung der modernen Konsumvereinsbewegun Deutschlands. Der Bericht gibt folgende Zahlen:

Von 1903 bis 1907 stieg die Zahl der eingetragenen Genossenschaften in Deutsc land von 22131 auf 26851, ihre Mitgliederzahl von 3208324 auf 4105594. D Konsumvereine, soweit sie eingetragen sind, vermehrten sich von 1741 im Jahre 190

2110 im Jahre 1907, dazu kommen noch etwa 200 nicht eingetragene Genossen-
ıften. 1903 hatten diese Konsumgenossenschaften 818915, 1907 schon 1131453 Mit-
:der, ohne Berücksichtigung der Mitgliederzahl der nicht eingetragenen Genossen-
ıften. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine umfaßte im Jahre 1902
Konsumvereine, im Jahre 1907 959. Die Mitgliederzahl dieser Vereine stieg
derselben Periode von 468916 auf 979221. Allein im letzten Jahre vermehrte
die Mitgliederzahl um über 120000, die stärkste Vermehrung seit Bestehen des
rbandes. Der Anteil des Zentralverbandes an der gesamten deutschen Konsum-
ossenschaftsbewegung wächst immer mehr. 1902 befanden sich 70 Prozent, 1907
on 77 Prozent aller organisierten Konsumenten im Zentralverband.

Das letzte Berichtsjahr diente vornehmlich dem inneren Ausbau des Zentral-
rbandes und der Unterverbände. In diesem Zeichen standen auch die Ver-
ıdlungen des Eisenacher Kongresses. Vor kurzem ist das eigene Heim in
mburg, ein neues, unmittelbar neben dem Gewerkschaftshaus gelegenes Ge-
ssenschaftsgebäude, bezogen worden, in dem der Geschäftsbetrieb des Zentral-
rbandes und der Großeinkaufsgesellschaft untergebracht sind. Dort wurde
ch die eigene Druckerei errichtet, die man im Laufe des Jahres in Betrieb
hm. Die meisten Unterverbände der einzelnen Bezirke des Reiches haben
oldete Sekretäre angestellt, eine Einrichtung, zu der die Entwicklung der
wegung drängte. Das frühere Frauengenossenschaftsblatt wandelte man
ein „Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“ um, das in sehr großer
ıflage herausgegeben wird und in größerem Maßstab der Agitation dienen
ll. Wöchentlich bekommt ein großer Teil Zeitungen Deutschlands aus gleichem
unde eine als Manuskript gedruckte Korrespondenz von Hamburg aus zu-
andt, die jedoch, wie es scheint, sehr wenig benutzt wird. Am meisten be-
nen sich ihrer sozialdemokratische Blätter. Hoffentlich gerät dadurch der
utrale Charakter der Konsumvereine nicht ins Wanken. Ferner gab die
rbandsleitung einen Taschenkalender heraus, der viele wichtige Angaben
er die Konsumvereinsbewegung enthält. Das wöchentlich erscheinende Ver-
ndsorgan, die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das bisher vom
kretär Kaufmann redigiert wurde, erhielt einen neuen Redakteur; Genosse
. August Müller, bis dahin an der sozialdemokratischen „Magdeburger Volks-
imme“, ist auf diesen Posten gestellt worden. In nächster Zeit soll ein Hand-
ch für Genossenschaftsrecht und genossenschaftliche Praxis herausgegeben
rden, das speziell für die Konsumvereine bestimmt ist. In der sozialen Be-
tigung des Zentralverbandes nehmen die Erörterungen über das Lohn-
d Arbeitsverhältnis der in Genossenschaften Angestellten immer mehr
e erste Stelle ein. Mit den Bäckern und Transportarbeitern wurden Tarife,
e sich über das ganze Reich erstrecken, abgeschlossen. Mit der General-
mmission der Gewerkschaften Deutschlands schweben angeblich Verhandlungen
er allgemeine gewerkschaftliche Fragen, die einem befriedigenden Abschluß
he stehen sollen. Ein ständiges paritätisches Tarifamt hat die Aufgabe,
treitigkeiten im Arbeitsverhältnis zu schlichten. Leider ist es noch nicht ge-
ngen, auch mit dem Lagerhalter- und mit dem Handlungsgehilfenverband
arife zustande zu bringen.

Wenn man ein sicher sehr wünschenswertes gutes Verhältnis zwischen Kon-
mvereinen und Gewerkschaften schaffen will, darf man jedoch nicht so ver-
hren, wie es in Eisenach geschehen ist. Wie noch erinnerlich sein wird, be-
loß der vorjährige Genossenschaftstag in Düsseldorf eine Resolution, die
wissermaßen eine Richtschnur für die Regelung des Lohn- und Arbeits-

verhältnisses in Konsumvereinen sein sollte. In unserer Besprechung d
Düsseldorfer Genossenschaftstags haben wir den Vorgang ausführlicher
sprochen und ausgeführt, daß die Fassung und Tendenz dieser Resolution
nicht sehr passend angesehen werden könne und geeignet sei, Mißstimmu
und Differenzen in Gewerkschaftskreisen hervorzurufen. Letzteres ist tatsächl
sehr bald eingetreten. Um nun den schlechten Eindruck der Düsseldorfer Pr
zipienerklärung zu verwischen und die Dinge wieder ins rechte Geleise
bringen, hatte der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine in G
meinschaft mit der Generalkommission eine neue Resolution vereinbart,
der von Düsseldorf eine Erläuterung gibt. Also eine Erklärung der Erkläru
Das war ganz gut und geschickt. Der Ausschuß des Zentralverbandes al
hing, ohne die Generalkommission zu verständigen, der Vereinbarung ein
Nachsatz an, der zu neuen Mißverständnissen führen kann. Die eigenmäch
veränderte Erklärung wurde dem Genossenschaftstag vorgelegt und beschloss
Diese nicht gerade loyale Behandlung der heiklen Angelegenheit hat auf d
Gewerkschaftskongreß, der fast zu gleicher Zeit in Hamburg tagte, große V
stimmung hervorgerufen, und es fehlte nicht an Meinungen, die deswegen d
Konsumvereinen den Krieg erklären wollten. Doch die friedliche und v
söhnliche Stimmung siegte. Die Sachwalter der Konsumvereine müssen ab
aus dem ganzen Vorgang die Lehre ziehen, daß in Zukunft in gleichen Fäll
nicht wieder derartig gehandelt werden darf, denn das muß Treu und Glaub
erschüttern und ein Hand in Hand arbeiten erschweren.

Kritisiert wurde nach dem mündlich ergänzten Bericht des Vorstandes u
Sekretärs, daß der gedruckte Jahresbericht so außerordentlich umfangre
und infolgedessen schwer lesbar sei. Es sei verfehlt, bei der Gelegenheit gro
Theorien entwickeln zu wollen und dabei obendrein die Genossenschaft
bewegung zu verfolgen bis zur Erschaffung des ersten Menschen. Diese Kri
ist durchaus berechtigt, und wir haben die in dieser Beziehung falsche Anla
des Berichtes bereits bei der Besprechung des letzten Jahrbuchs bemänge
Der Herausgeber berief sich darauf, daß der Bericht beziehungsweise d
Jahrbuch an eine große Anzahl Behörden und an Vertreter der Wissensch
gehe, woher er viele Anerkennungsschreiben habe; ein solches verlas er sog
es war von Herrn Dr. Hans Müller geschrieben, dem ehemaligen Sozi
demokraten, der sich zurzeit die Aufgabe gestellt hat, die Genossenschaft
bewegung zur Überwindung des Marxismus in der Sozialdemokratie zu mi
brauchen. Die Berufung auf alle diese lobenden Gutachten ist ganz deplazi
und kann das kritische Urteil in keiner Weise erschüttern. Ein Jahresberic
über den Zentralverband deutscher Konsumvereine soll doch wohl in ers
Linie für die in der Bewegung stehenden Genossenschaften und nicht spezi
für Professoren, Minister und Herrn Dr. Hans Müller geschrieben sein. D
liebe Eitelkeit soll dabei ganz aus dem Spiele bleiben. Der Abfassung b
sonderer theoretischer Werke steht gewiß nichts im Wege.

Auf Vorschlag des Vorstandes und Ausschusses nahm der Genossenschaft
tag eine Resolution an, die zum soundsovielsten Male festlegt, was alle ve
nünftigen und urteilsfähigen Leute längst wissen, nämlich: daß der Zentra
vorstand völlig neutral „gegenüber allen politischen Überzeugungen und re
giösen Bekenntnissen" ist. Daß das allmählich ein bißchen viel und all
ängstliche Betonung der selbstverständlichen Neutralität ist, kam auf de
Kongreß selbst zum Ausdruck. Man solle es nun endlich damit genug se

en, meinte ganz ernst ein Debatteredner. Der Anlaß zu dieser Aktion, die her schon auf den Unterverbandstagen vor sich gegangen war, hier und sogar „feierlich“, ist recht unbedeutend. Auf dem letzten Genossenschaftstag Verbandes Crügerscher Richtung hatte ein von Konsumvereinskoller be- ener Delegierter nach echter deutscher Mittelstandsretterart die moderne nsumvereinsbewegung als sozialdemokratisch hingestellt. Der Angriff war albern, so offenbar überspannt, daß Herr Dr. Crüger selbst sofort den dner in seine Schranken wies, dessen Behauptungen ablehnte, bevor dafür ht Beweise erbracht seien. Das war durchaus loyal gehandelt, und auch Zentralverband hätte man sich damit begnügen dürfen. Denn es kommt der Beurteilung der Konsumvereine schließlich nicht auf das Gerede eines atischen Gegners, sondern auf die praktische Betätigung an. Wenn wegen es solchen Einzelnen eine derartige Aktion inszeniert wird, dann kann das r als Schwäche ausgelegt werden. Denn daß man die bewußten und ab- tlichen Hetzereien gegen die Konsumvereine damit aus der Welt schafft, ubt doch wohl niemand! Die Neutralitätsbestrebungen im Zentralverband tscher Konsumvereine scheinen mehr als nötig durch solche Vorgänge be- flußt zu sein. Von nun an soll die unbedingte Neutralität auch auf den schluß von Tarifen mit den Gewerkschaften übertragen werden. Deshalb rde im Anschluß an die eben besprochene noch folgende Resolution an- ommen:

„Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt, ß unter der selbstverständlichen Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei Aufnahme von Mitgliedern der Zentralverband deutscher Konsumvereine bereit , mit Gewerkschaften und Gewerkvereinen aller Richtungen Tarif- reinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den genossenschaft- hen Betrieben des Zentralverbandes beschäftigten Angestellten und Arbeiter ab- schließen beziehungsweise zurzeit geltende Lohn- und Arbeitstarife, die mit einer ewerkschaft vereinbart sind, auf die übrigen Gewerkschaften desselben Berufes szudehnen. Ablehnen muß es dagegen der Zentralverband deutscher Konsum- reine, in den zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen etwa be- henden Differenzen Partei zu ergreifen, da solches mit der grundsätzlichen Neu- alität des Zentralverbandes unvereinbar sein würde.“

Man kann es den Gewerkschaften überlassen, zu prüfen, welche Konsequenzen r praktische Fall in der Bestätigung dieser Resolution zeitigt; vielleicht wird so bald nicht eintreten, und wahrscheinlich ist diese Erklärung auch mehr r die Stimmung nach außen hin berechnet. Sie ist aber von symptomatischer edeutung dafür, daß ein ziemliches Maß von Nervosität in bezug auf die eutralität in den oberen Regionen des Zentralverbandes Platz gegriffen hat.

Ein sehr ausführliches und instruktives Referat wurde über „die zu- ehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art“ halten. Angesichts der Tatsache, daß zurzeit in Deutschland geradezu eine anie sich bemerkbar macht, die Konsumvereine durch Umsatz- oder andere onderstenern in unerhört ungerechter Weise zu belasten, sollen und wollen ie Konsumvereine größere Aktionen gegen diese Bestrebungen in die Wege iten. Während das früher Sache der einzelnen Unterverbände war, macht e jetzt der Zentralverband zu der seinigen, um ihr mehr Nachdruck zu geben. n einer langen Resolution sind die Grundsätze für dieses Vorgehen näher räzisiert.

Ferner soll das Versicherungswesen ausgebaut werden. Auch da ist in einer umfänglichen Resolution beschlossen worden. Während der Zentra verband jetzt nur Versicherungen von den Vereinen übernimmt und durc führt, soll später auch den einzelnen Mitgliedern die Möglichkeit geschaffe werden, sich durch den Zentralverband gegen Feuer, aufs Leben usw. vortei haft versichern zu können.

Größere Zentralisation soll im Bank- und Kassenwesen eintreten Die Großeinkaufsgesellschaft wird zu diesem Zwecke eine besondere Bank abteilung gründen, die zur Vermittlung und direkten Nutzbarmachung vo Genossenschaftsgeldern für Genossenschaftszwecke dient.

Der Sekretär des Zentralverbandes hat von Vorstand und Ausschu wegen seiner Verdienste um die Sache und zum Unterschied von den Ver bandssekretären den Titel „Generalsekretär" erhalten. Es wurde mit Rech stark glossiert, daß man so viel Wert auf Äußerlichkeiten legt, und ein Redne nahm die Mitteilung zum Anlaß, einige sehr nötige Worte gegen das Kopierer bürgerlichen Formelkrams zu sagen. Wir sagen, mit Recht, weil dies Methode der glänzenden Äußerlichkeiten auch der Sache gefährlich werde kann. Man soll nie vergessen, daß die Konsumvereinsentwicklung eine Be wegung der Massen ist und immer mehr wird. Darauf muß auch äußerlic Rücksicht genommen werden. Darüber wäre noch manches zu sagen, wa Warnungen nach dieser Richtung erklärlich und notwendig erscheinen läßt.

Im allgemeinen hat der Genossenschaftstag in Eisenach gute Arbeit ge leistet. Wenn seine Anregungen und Beschlüsse befolgt werden, wird die Konsumvereinsbewegung Nutzen haben.

Dem Genossenschaftstag folgte wie üblich die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg. Der Bericht auf das 14. Geschäftsjahr verzeichnet eine Entwicklung des Unternehmens, die „unter den gegebenen Verhältnissen eine durchaus gute zu nennen ist". Die Zahl der der Großeinkaufsgesellschaft angeschlossenen Genossenschaften stieg von 448 auf 499, die der kaufenden Vereine auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 59866220 Mark, 13362983 = 28,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Der zur Verfügung stehende Reingewinn beträgt 504909 Mark. Als sehr wertvoll bezeichnet der Bericht das Bestehen der Einkaufsvereinigungen, deren es in den verschiedensten Bezirken des Reiches 42 gibt. In diesen Einkaufsvereinigungen bestellen viele Vereine eines bestimmten Bezirkes gemeinsam Waren, so daß auf diese Weise auch dem kleinsten Verein die Vorteile des Großeinkaufs nutzbar gemacht werden können. Der Gesellschaft aber vereinfacht es das Geschäft, indem sie große Aufträge ohne viel Spesen bekommt. Den mit ihr in Geschäftsverbindung stehenden Vereinen wird wöchentlich einmal ein Warenbericht vertraulich übermittelt, der über den Stand der Warenpreise orientiert. Eine Anzahl im Reiche bestehender Zentrallager erleichtert der Hauptzentrale in Hamburg den geschäftlichen Verkehr. So sind im wesentlichen die Grundlagen einer guten Organisation des Großeinkaufs der deutschen Konsumvereine gegeben. Durch Beschluß der Generalversammlung wurden die Reserven wesentlich erhöht. Über die Debatten ist nichts zu sagen, da der offizielle Bericht — andere Berichterstattung war untersagt! — noch viel dürftiger ist als der vorjährige.

Zeitschriftenschau.

„The Socialdemocrat“ (England) vom Juli bringt einen Aufsatz von Nelson über **„Krankenhäuser als öffentliches Eigentum“** (The public ownerip of medical charities). England rühmt sich immer der großen Anzahl seiner ilanthropischen Anstalten, die aus privaten Mitteln erhalten werden. Aber in irklichkeit hat die private Wohltätigkeit ihre Unzulänglichkeit hinreichend gezeigt. gleich ist infolge der sozialistischen Agitation das Bewußtsein erwacht, daß die hilfe sozialer Übel eine soziale Pflicht sei. Die Sorge für die öffentliche Gesundit soll eine öffentliche Angelegenheit sein; zwar wird erst unter dem Sozialismus Medizin als vorbeugende Gesundheitspflege sich voll entwickeln können, aber rläufig kann man schon viel tun, indem man die Krankenhäuser verstaatlicht. wie jetzt der Zustand ist, wird zu wenig Geld in richtiger Weise verwendet und el Geld verschleudert. Dabei verlangt man von vielen Ärzten, daß sie umsonst für das ankenhaus arbeiten, alle Dienste entlohnt man schlecht unter dem Vorwand, daß eine Pflicht der Wohltätigkeit bildeten. Die Verwaltung eines solchen Krankenuses liegt in den Händen eines sich selbst immer aufs neue wählenden Klubs n Bourgeois, die nicht sachverständig sind und nicht als öffentliche Vertrauensänner, sondern als Amateurbureaukraten auftreten. Die Gelder werden nur dem amen nach freiwillig, in Wirklichkeit durch Sammellisten zusammengescharrt, die r Bourgeois geradeso als eine Last betrachtet wie den Steuerzettel, und zu nen er murrend seinen Beitrag zahlt. Nur die öffentliche Verwaltung und Aufingung der Kosten sowie gute Entlohnung fest angestellter Ärzte und Pflegerinnen nnen eine Besserung bringen.

Sidney Herbert bringt in einem Aufsatz **„Thomas Paine und die Altersnsionen“** die Verdienste dieses Demokraten aus der Zeit der französischen Revotion in Erinnerung. Paine betrachtete das Privateigentum als die Hauptursache s sozialen Elends, die das Leben der Masse in unserer zivilisierten Gesellschaft hlimmer gestaltet als das Leben der Wilden, das er aus eigener Anschauung nnte. Die Erde ist nicht von Menschen gemacht und sollte deshalb auch nicht on einzelnen in Besitz genommen werden; nur die Bodenverbesserungen können als rivateigentum des Verbesserers gelten. Aber auch alles andere persönliche Eigenm verdankt der Besitzer nicht sich selbst; es ist eine Wirkung der Gesellhaft; ohne die Gesellschaft könnte keiner Eigentum erwerben; deshalb ist es erecht, daß ein Teil seines Eigentums an die Gesellschaft zurückfällt.

Paines Werkchen „Agrarische Gerechtigkeit gegenüber Agrargesetzen und Agraronopol“ wurde 1797 zuerst französisch und dann englisch herausgegeben als Antort auf die Predigt eines Bischofs: „Gottes Weisheit und Güte in der Hervorringung sowohl von Armen als von Reichen“. Es enthält den Vorschlag, durch ine Erbschaftsteuer von 10 Prozent (in der Seitenlinie zu 15 bis 22 Prozent eigend) einen Fonds zusammenzubringen, aus dem jede Person im Alter von inundzwanzig Jahren eine Summe von 15 Pfund Sterling (300 Mark) zum Beginn ihrer Laufbahn und jede Person über fünfzig Jahre eine jährliche Pension on 200 Mark erhalten sollte. Er fügte eine Berechnung hinzu, nach der die Steuer uf 860 Millionen Mark, die jährlich vererbt werden, 113 Millionen Mark ergeben erde; bei einer Bevölkerung von 7½ Millionen, die England damals hatte, würden edes Jahr 400000 Personen im Alter von mehr als fünfzig Jahren 80 Millionen Mark rauchen und 90000 Personen beim Erreichen des einundzwanzigsten Lebensjahrs usammen 27 Millionen erhalten. Seine Vorschläge fanden damals nicht viel Bechtung. Was uns daran im Vergleich mit heutigen Reformvorschlägen auffällt, st das Stipendium, das jeder Einundzwanzigjährige mitbekommt, um seine Laufahn im Leben anzufangen. Dies gehört ganz zu der Vorstellungsweise der alten leinbürgerlichen Welt, daß jeder seines Glückes Schmied ist, wenn er nur erst twas hat, um ein Geschäft anzufangen.

In „The international Socialist Review“ (Amerika) bringt Robe Rives la Monte einen Aufsatz über **„Nietzsche als Bilderstürmer und Prophe** (Nietzsche: Iconoclast and Prophet) namentlich um die Beschäftigung mit sein starken und gewaltigen Gedanken zu empfehlen, die jetzt durch Übersetzungen d Amerikanern zugänglich gemacht worden sind. Denn, meint der Verfasser, trotz d großen Gegensatzes, der ihn von uns trennt, namentlich in seiner Verachtung für d Masse, die Herdenmenschen, gibt es viel Verwandtes zwischen seinen und unser Gedanken. Sein Ideal, der „dionysische“ Mensch, der kühn mit allem Überlieferte Schwachen, Ängstlichen bricht, der das ganze Leben in seiner reichen Fülle hinnimm ohne es durch falsche Unterscheidungen in Gutes und Böses, Erlaubtes und Une laubtes zu zerteilen, liegt unseren Idealen sehr nahe. Vor allem auch darin, daß w das Bewußtsein unserer gewaltigen Kraft haben, uns alle Freuden des Lebens a eignen wollen und uns nicht durch angebliche Gebote einer feigen Bourgeoismoral, d Enthaltsamkeit und eine andere Welt predigt, zurückhalten lassen. Nur ein Proletaria das in diesem Sinne „dionysisch“ empfindet, kann die soziale Revolution durchführe

Henry Leffman schreibt über **„Kapitalistische Beherrschung des Unterrichts“** In Amerika sind die Schulen hauptsächlich weltlich; sie werden nicht von Kirche und Konfessionen unterhalten, sondern von Stadt- oder Staatsregierungen und Priva personen. Da die Kosten des Unterrichts mit den Ansprüchen des modernen Leben stetig steigen, werden die freiwilligen Zuschüsse privater Geldbesitzer immer no wendiger. Diese Personen geben jetzt zur Beruhigung ihres Gewissens Geld fü Unterrichts- und wissenschaftliche Zwecke, wie sie es früher der Kirche gaben. Dabe geraten die Schulen in moralische Abhängigkeit von den Spendern, und dies ist o auch ein beabsichtigtes Ziel. Da Nationalökonomie und Soziologie durch „ve kehrte“ Lehren leicht die Gemüter der Bevölkerung dem Kapitalismus abwendi machen könnten, sieht man, daß die Ausbeuterklasse besonders eifrig in der Stiftun von Lehrstühlen der Nationalökonomie ist. Diese Professoren haben dann selbst verständlich die Pflicht, kapitalistische Ökonomie zu lehren. So gründete Josep Wharton, ein durch den Schutzzoll reich gewordener Fabrikant, eine zu der Penn sylvaniauniversität gehörende Schule für Ökonomie und Finanzwissenschaft. In den Gründungsstatut verordnete er als Programm für die vorzutragenden Lehren unte anderem, daß der Professor lehren müsse „Die Notwendigkeit für jedes Volk, fü sich selbst zu sorgen und mit allen Mitteln seine industrielle und finanzielle Un abhängigkeit zu wahren; in diesem Punkte darf sich der Unterrichtende nicht au bloße Abwehr beschränken, sondern er muß das Recht und die Pflicht des nationale Selbstschutzes kräftig darlegen. Ferner muß er lehren die Notwendigkeit für di moderne Industrie, unter einzelnen Führern große Kapital- und Arbeitermassen z vereinigen und Disziplin unter den letzteren zu halten; endlich die richtige Ver teilung der Früchte der organisierten Arbeit unter Kapitalisten, Unternehmern und Arbeitern.“ Ähnlich wie hier dem Dozenten die Verteidigung der Ausbeutung und des Schutzzolls, so wird ihm auch die Bekämpfung des Bimetallismus zur Pflich gemacht; bei Verletzung dieser Pflichten kann er statutengemäß entlassen werden Das komische ist dabei, daß solche Personen dann über „Freiheit der Wissenschaft“ reden. Wiederholt sind in Amerika Professoren entlassen worden, weil sie nich ganz in dem Sinne der Stifter oder Vorsteher der Universitäten lehrten, zum Bei spiel den Bimetallismus vertraten. In ähnlicher Weise steht es mit den wissen schaftlichen Revuen, die durch die Annoncen von den Kapitalisten abhängig sind und rücksichtslos deren Interessen vertreten. So legt die Revue für chemische Technologie (The Chemical Engineer) sich ins Zeug, die Klagen der Bevölkerung über die Vergiftung der Wasserläufe und der Atmosphäre durch chemische Abfall produkte und Dämpfe möglichst zu entkräften oder lächerlich zu machen, damit die Fabrikanten ungestört mit ihren verderblichen Prozeduren fortfahren können.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 48 Ausgegeben am 28. August 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Budgetabstimmung in Baden.

Von **Gustav Lehmann** (Mannheim).

Die Abstimmungen unserer Genossen in den Landtagen von Baden und
ayern für das Staatsbudget haben in weiten Parteikreisen überrascht und
der Parteipresse heftigen Widerspruch hervorgerufen. Eine Parteiversamm-
ng in Kassel hat bereits den Antrag gestellt, die Frage der Budgetbewilli-
ıng als einen besonderen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Partei-
gs zu setzen. Auch wenn das nicht geschieht, ist eine Erörterung beim Punkte
Parlamentarischer Bericht" bestimmt zu erwarten. Die Mehrheit der
zialdemokratischen Landtagsfraktion Badens hat durch ihren Sprecher, den
enossen Dr. Frank, in der Sitzung der Zweiten badischen Kammer vom
. August folgende Erklärung abgeben lassen:

„Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig
hebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert
erden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Finanzgesetz. Diese Ab-
mmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des
inisteriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft
erden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie zum Beispiel im Falle
s Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit
genüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzte und durch ihre
altung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform,
ichtige Volksinteressen schädigte. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am
ustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie
h für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung derjenigen Mittel, die zur
usführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion
unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamt-
ats zum Ausdruck zu bringen."

Als einziger Grund für die Zustimmung zum Staatsbudget werden die
heblichen Beträge genannt, die für die Erhöhung der Beamtengehälter und
rbeiterlöhne angeblich im Budget gefordert werden. Prüfen wir in aller
uhe, wie es sich hiermit verhält.

Läßt man den Grund gelten, daß man irgend einer im Etat enthalten Position wegen nicht gegen den ganzen Etat stimmen dürfe, so sollte die Grund nicht gelegentlich angeführt werden, sondern er müßte eine stände Maxime bilden und unsere Zustimmung zu jedem Etat herbeiführen, denn werden in jedem Staatsetat Kulturausgaben enthalten sein, die wir nicht lehnen wollen. Erhöhte Anforderungen für die Beamten werden sell verständlich auch im nächsten Budget enthalten sein, und die badische Landta fraktion würde in Konsequenz ihrer diesjährigen Stellungnahme auch dann das Budget stimmen müssen, denn der durch die Gehaltserhöhung geschaffe Zustand ist kein vorübergehender, sondern ein dauernder. Ein Zurück gibt nicht mehr, wie man sieht, wenn man nicht den Vorwurf der Inkonsequ und Wankelmütigkeit auf sich laden will. Man kann sich doch unmöglich h stellen und erklären: unser Mißtrauen gegen die Regierung, das wir zwar sch voriges Jahr gegen sie gehabt haben, hat sich so verstärkt, daß es uns wichtig ist, diesem Mißtrauen durch Ablehnung des Gesamtbudgets Ausdruck zu geb als uns um das Schicksal der Forderungen für Beamtengehälter und Arbeit löhne zu sorgen.

Zu dieser allgemeinen Erwägung gesellt sich aber folgende Tatsache. Es stim nicht, wenn unsere Genossen annehmen, daß die Anforderungen für die A beiterlöhne neu sind. Diese Anforderung erfolgte bereits in der vorhe gehenden Session und betrug rund eine und eine halbe Million, die unse Fraktion in den einzelnen Positionen natürlich bewilligte, was sie denn Schlusse der Budgetberatung vernünftigerweise nicht abgehalten hat, bis a den letzten Mann gegen das Gesamtbudget zu stimmen. Die jetzig Neuanforderungen für Arbeiterlöhne sind mit geringen Ausnahmen nur e Folge der bereits mit dem 1. Januar 1906 und dem 1. Juli 1907 e geführten Lohnerhöhungen. Auch für einzelne Gruppen der nichtetatmä angestellten Beamten waren damals schon höhere Beträge, so allein beim T Wasser- und Straßenbau 22500 Mark, zur Aufbesserung der Gehälter eingeste

Mit dieser Anforderung gelangte gleichzeitig eine zweite für Aufbesseru der Lehrergehälter, durch welche die Staatskasse mit dem auf ihr entfallen Betrag von 1117000 Mark belastet wurde, an den Landtag. Obgleich n seit einer Reihe von Jahren gerade die sozialdemokratischen Abgeordneten die materielle Besserstellung der Lehrer rücksichtslos eingetreten waren, stimm sie damals, wo sie einen, wenn auch bescheidenen Erfolg zu verzeichnen hatt trotzdem gegen das Budget. Es ist nicht bekannt geworden, daß die A beiter, die Beamten oder die Lehrer daraus den Schluß gezogen hätten, sozialdemokratischen Fraktion sei es mit ihrer Arbeiter-, Beamten- und Lehr freundlichkeit nicht ernst gewesen. Von allen Vorwürfen der Gegner wird d daß wir arbeiterfeindlich seien, seine Wirkung auf die Masse, für welche berechnet ist, immer verfehlen. Auch wir in Baden können wie überall obachten, daß wir das volle Zutrauen der hier in Betracht kommenden A beiter und Beamten besitzen, daß diese Schichten in allererster Linie sich ihren Beschwerden an uns wenden. Also auch der Grund, unser Verhal werde von der Masse nicht verstanden, weshalb wir unsere Taktik änd müßten, ist, wie man sieht, nicht stichhaltig. Wohl aber wird es von Masse nicht verstanden, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wür daß die Stellung der Regierung zu unserer Partei nicht unsere Stellung ihr selber alterieren dürfe, daß wir gewissermaßen jeden uns erteilten Fa

ſlag mit einer Verbeugung zu beantworten hätten. Man erwartet vielmehr
ın uns, daß wir rückſichtslos den Grundſatz vertreten: „Auf einen Schelmen
derthalben“. Wenn wir beiſpielsweiſe bei einer Wahl in einem Kreiſe einen
eiſinnigen gegen einen Konſervativen unterſtützten und wir wüßten, daß in
ıem Nachbarkreis, wo wir mit den Konſervativen im Kampfe ſtänden, der
eiſinn, der im erſten Kreiſe unſere Hilfe begehrte, im zweiten Kreiſe für
nſelben Konſervativen gegen uns einträte, ſo würde es die politiſche Ehren=
ftigkeit erfordern, ſich der Abſtimmung zu enthalten. Aber einmal an=
nommen, man ſtellte ſich auf den unmöglichen Standpunkt und erklärte,
nn der Freiſinn ſeine politiſche Pflicht uns gegenüber nicht erfüllt, ſo iſt
s für uns kein Grund, nun eine Politik der Verärgerung zu treiben und
ſere Pflicht, die wir ihm gegenüber zu haben glauben, gleichfalls unerfüllt
laſſen, ſo würden wir bald ſehen, daß uns unſere Wähler nicht folgen
ırden. Wenn der Grundſatz, Auge um Auge, Zahn um Zahn im Leben
eltung hat, ſo auf politiſchem Gebiet. Wäre dem nicht ſo, ſo müßte der
eiſinn im preußiſchen Abgeordnetenhaus erheblich ſtärker vertreten ſein. Man
ird alſo bei aller nüchterner Erwägung der jeweiligen politiſchen Situation
eſe Imponderabilien immer mit in Rechnung zu ſtellen haben.

Und gerade in Baden liegen die Dinge ſo, daß auch von den Gegnern
emand zu hoffen gewagt hat, unſere Fraktion würde dem Budget zuſtimmen.
lan vergegenwärtige ſich doch die Vorgänge, die ſich ſeit dem Zuſammen=
itt des Landtags abgeſpielt haben. Gleich zu Beginn kam es zu den
kannten Differenzen wegen der Präſidentenwahl. Der bisherige zweite Vize=
äſident, der Genoſſe Geck, hatte ſich geweigert, anläßlich des Todes des
roßherzogs dem Hofe zu kondolieren, weil der Landtag geſchloſſen, ein
ammervorſtand nicht mehr vorhanden ſei. Er hatte ſich hierbei auf einen
um einige Monate zurückliegenden Vorfall berufen, wo man ihm dasſelbe
rgument entgegengehalten hatte. Damals hatte es ſich allerdings nur um
n ehemaliges ſimples Kammermitglied gehandelt, an deſſen Grabe Genoſſe
eck einen Kranz im Namen des Kammervorſtandes niederlegen zu dürfen
wünſcht hatte.

Die Nationalliberalen verzichteten lieber auf den Poſten des Präſidenten,
n ſie innegehabt hatten, ſolange es eine nationalliberale Partei gibt,
e ſie noch einmal den Genoſſen Geck mit in das Präſidium hineinnahmen.
nd hinter der nationalliberalen Partei ſtand die Regierung und ſtärkte deren
Widerſtand. In der Kammerſitzung vom 25. Januar verteidigte ſich der
Miniſter des Innern, Freiherr von und zu Bodmann, gegen den ihm von
nſerer Seite gemachten Vorwurf der unbefugten Einmiſchung in die Geſchäfte
er Kammer, mit den Worten: daß ihm vor allem die Ausſchaltung der
Sozialdemokratie aus dem Präſidium erwünſcht erſchienen ſei, und
aß er ſich der Sache wegen ihrer großen politiſchen Bedeutung angenommen habe.
Wie feindſelig der Miniſter übrigens der Sozialdemokratie — von ſeinem Stand=
unkt aus mit vollem Rechte — gegenüberſteht, bewies er in derſelben Sitzung,
ls er ausrief: „Aber in einer Beziehung muß ſeitens der Regierung zwiſchen
Ihnen und den übrigen, den bürgerlichen Parteien, ein Unterſchied gemacht
werden. Ich bin der Überzeugung, daß ein Sozialdemokrat nicht
Staatsbeamter ſein kann, und ich finde es auch tief bedauerlich,
wenn ſich bürgerliche Parteien zur Wahl eines Sozialdemokraten
n den Landtag entſchließen, ſei es auch nur aus taktiſchen Er=

wägungen und zur Erreichung eines höheren Zieles. Denn," so fuhr er weit fort, „erstens ist die Sozialdemokratie eine republikanische Partei, sie hat da selbst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit erklärt. Selbst damals, w das badische Volk in tiefem Schmerze an der Bahre seines unvergeßlichen un hochverdienten Fürsten stand, ist denjenigen Mitgliedern der sozialdemokratische Partei, die einen Akt der Pietät gegen diesen großen Toten erfüllten, von ihre Presse gesagt worden, daß sie damit die Gefühle Tausender verletzt hätten. Als weitere Todsünden führte der Minister noch an, daß die Sozialdemokrate durch Abwesenheit glänzen, wenn das Hoch auf den Großherzog ausgebrach wird, und daß in der Mannheimer „Volksstimme" sogar eine Einsendun gestanden habe, in der sich jemand darüber beschwert, daß die Ausschußsitzun der Landesversicherungsanstalt alljährlich ein Telegramm an den Großherzo sende, obgleich dieser mit den Verhandlungen nicht das allermindeste zu tu habe. Und das, so rief der freiherrliche Minister mit Emphase aus, geschieh in einem Staat, der von der Monarchie, der vom Herrscherhau geschaffen worden ist, und der sich unter diesem Herrscherhaus und zumal unter der langjährigen, gesegneten Regierung des letzte Großherzogs, zu großer und hoher Blüte entfaltet hat. Es ge hört die ganze Langmut unserer Bevölkerung dazu, um sich der artige Ergüsse gefallen zu lassen. In seiner weiteren Rede hat e dann alle die von den schlimmsten Scharfmachern gegen uns gemachten An griffe, schiefen Darstellungen und Verleumdungen wiederholt.

Ganz dieser Auffassung entsprechend war das Verhalten der Regierun in dem Falle Schäufele. Der seit einer langen Reihe von Jahren i der staatlichen Eisenbahnbetriebswerkstatt beschäftigte Dreher Schäufele wurd von unseren Parteigenossen als Kandidat zum Karlsruher Stadtverordneten kollegium aufgestellt. Flugs wurde er von der Verwaltung vor die Alternativ gestellt, entweder seine Kandidatur zurückzuziehen oder die Kündigung aus dem Arbeitsverhältnis zu gewärtigen. Bei Beratung der hierüber von der sozial demokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation erklärte der Minister Freiher v. Marschall, daß die Regierung auf die Sozialdemokratie keine Rücksicht nehmen könne, weil diese den Ausstand der Eisenbahnarbeiter anstrebe, wodurch leich der ganze Betrieb lahmgelegt werden könne. Selbstverständlich wird durch di Zugehörigkeit von Eisenbahnarbeitern zu den kommunalen Körperschaften di Frage eines Eisenbahnerstreiks nicht im geringsten berührt. Dieser Vorfall wa eine offenkundige Verletzung der badischen Verfassung, was von unserer Seit im Parlament sowie in der Presse mit aller Deutlichkeit festgestellt wurde.

Fügen wir noch hinzu, daß auch die übrigen Minister, namentlich de Staatsminister v. Dusch, die Sozialdemokraten in derselben Weise bekämpf haben, wie die beiden oben genannten, so ersieht man daraus leicht, daß wi in Baden von der Regierung nicht anders behandelt werden als unsere Ge nossen in den übrigen Bundesstaaten, und daß auch aus diesem Grunde fü die Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion kein Anlaß vorgelegen hätte ihre Stellung gegen früher zu ändern.

Da man natürlich annehmen muß, daß die Fraktionsmehrheit diese hier ge schilderten Zustände in Betracht gezogen hat und auch weiß, daß sich die Ver hältnisse seit der letzten Budgetverweigerung vor zwei Jahren gegen das Budge nur zu unseren Ungunsten geändert haben, so müssen noch andere Gründe fü ihre Schwenkung vorhanden sein, die sich wahrscheinlich nicht alle Mitglieder

r Fraktion eingestehen mögen. Es haben nämlich schon früher in
aden unsere Genossen für das Budget gestimmt, und sie sind nur
ırch den Beschluß des Lübecker Parteitags von ihrer Übung ab-
kommen. Ja, die Abstimmung der Badener und die hierzu in dem Bericht
r Landtagsfraktion und in einem Artikel der Sozialistischen Monatshefte vom
maligen Abgeordneten Fendrich gegebene Begründung hat in erster Linie
ıs Faß zum Überlaufen gebracht und die Erörterung der Frage auf dem
ibecker Parteitag veranlaßt.

Die Budgetabstimmung unserer badischen Landtagsfraktion entwickelte sich
folgender Weise: Im Jahre 1891 wurde als erster sozialdemokratischer
bgeordneter Genosse Dreesbach gewählt; er stimmte 1892 für das Budget.
n der folgenden Session 1894 stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten
r. Rüdt und Stegmüller, die inzwischen auch in die Kammer eingetreten
aren, gleichfalls für das Budget, während Dreesbach fehlte. 1896 stimmte
ur Stegmüller dafür, während Dreesbach und Geis (letzterer war an
telle Rüdts getreten) fehlten. In der folgenden Session aber stimmten
nsere Genossen geschlossen gegen das Budget. Dreesbach begründete
as damit, der Minister habe erklärt, „daß es zu den Aufgaben der
egierung gehöre, die sozialdemokratische Partei zu bekämpfen“.
er nationalliberale Führer Fieser erblickte in dieser Erklärung insofern eine
nkonsequenz, als sich das in ihr ausgesprochene Mißtrauen nicht gegen das
esamte Ministerium, sondern gegen einen einzelnen Minister richte. In der
lgenden Session stimmte dann die Fraktion nach einer kurzen Erklärung
endrichs wieder für das Budget. Im Jahre 1901 fand der Lübecker
arteitag statt und von da ab stimmten unsere Genossen 1902, 1904 und
906 gegen das Budget. Dreesbach erklärte: Unsummen von Gelder sind
usgegeben worden, zum Beispiel für das Kirchenwesen, für die Renovation
lter Schlösser, während für die dringendsten Bedürfnisse keine Mittel vor-
anden waren. Alles das zusammengenommen, kann uns nicht in den Stand
etzen, der Regierung das Vertrauen entgegenzubringen, das durch
ie Annahme des Finanzgesetzes ausgedrückt würde. Dreesbach faßte,
vie man sieht, die Zustimmung als ein Vertrauensvotum für die Regierung
uf. In derselben Sitzung nahm auch noch Genosse Eichhorn das Wort und
erwies auf die Krondotation und auf die Vorenthaltung eines vernünftigen
Gemeindewahlrechtes und erklärte, daß die Ablehnung als ein Zwangsmittel
u betrachten sei.

Im Jahre 1904 gab Eichhorn namens der Fraktion eine Erklärung ab,
wonach die Sozialdemokratie den Klassenstaat mit seiner Klassenregierung be-
ämpfe und ihr daher nicht die Mittel zur Fortführung der gegenwärtigen
Politik an die Hand geben könne. Und im Jahre 1906 gab der Genosse
Geck eine inhaltlich gleiche Erklärung ab. Beide Erklärungen wurden von
en Gegnern als etwas Selbstverständliches hingenommen, während sie 1902
och spottend darauf verwiesen, daß unsere Schwenkung nur eine Folge der
Beschlüsse des Lübecker Parteitags sei.

Wie man sieht, haben unsere Genossen in Baden mit einer einzigen Aus-
ıahme bis zum Lübecker Parteitag für das Budget gestimmt. Die Neigung,
afür zu stimmen bestand bei einzelnen Abgeordneten allerdings auch später
och; diese Richtung bekam Oberwasser, als im vorigen Jahre die Genossen
n Württemberg trotz des Lübecker Beschlusses für das Budget stimmten, ohne daß

ihnen sonderliche Vorhaltungen gemacht worden wären. Man folgerte nicht mi Unrecht, daß, was den Württembergern recht sei, den Badenern billig sei müsse. Wer allerdings auf dem Boden steht, daß die Budgetbewilligung ei Vertrauensvotum für die Regierung enthält, wie das selbst Genosse Dreesbac ausgesprochen hat, der wird nicht leicht auf den Gedanken kommen, für da Budget zu stimmen.

Daß die Regierungen der deutschen Einzelstaaten ebenso wie die des Reiche ihre Aufgabe darin sehen, die Sozialdemokratie energisch zu bekämpfen, brauch Genossen, die über das Wesen des Staates als Mittel der Klassenherrschaf klar sind, nicht erst auseinandergesetzt zu werden. In Baden aber haben es wie wir gesehen, verschiedene Minister noch ausdrücklich hervorgehoben.

Es wäre zu wünschen, daß das proletarische Klassenbewußtsein bei aller unseren Abgeordneten ebenso entwickelt wäre, wie das bürgerliche Klassen bewußtsein bei unseren Regierungen.

Das Proletariat und die russische Revolution.[1]

Von **N. Trotzky.**

Für jeden guten Europäer und nicht zuletzt für den europäischen Sozia listen gilt Rußland als das Land der Überraschungen — aus dem einfacher Grunde, aus dem jedes Resultat unverhofft erscheint, wenn man mit seinen Ursachen nicht vertraut ist. Die französischen Reisenden des achtzehnten Jahr hunderts berichteten, daß in Rußland die Straßen durch brennende Holzstöße geheizt würden. Die europäischen Sozialisten des zwanzigsten Jahrhunderts sind natürlich über diesen Glauben hinaus; immerhin aber däuchte sie das Klima Rußlands lange Zeit hindurch viel zu rauh, um dort die Möglichkeit einer Entwicklung der Sozialdemokratie zulassen zu können. Und umgekehrt Einer der französischen Romanisten — Eugène Sue oder der ältere Dumas — läßt seinen Helden in Rußland sous l'ombre d'une kljukwa (unter dem Schatten einer Moosbeere) Tee trinken. Heutzutage weiß selbstverständlich jeder gebildete Europäer, daß mit dem Samowar unter einer Moosbeere Platz zu finden ebenso umständlich ist, wie für das Kamel, durch ein Nadelöhr zu gehen. Aber die gewaltigen Ereignisse der russischen Revolution ließen vermöge ihrer völligen Unverhofftheit viele Sozialisten des Westens im Handumdrehen die Meinung fassen, daß das Klima Rußlands, das noch vor kurzem der Straßenbeheizung bedurft hatte, die Fähigkeit bekommen habe, die kümmerlichen Polarpflänzlein in gigantische Baobabs zu verwandeln. Und so kam es, daß, als der erste mächtige Ansturm der Revolution an der Kriegsmacht des Zarismus zerschellte, viele sich beeilten, aus dem Schatten der Kljukwa in den Schatten der Enttäuschung zu flüchten.

Zum Glücke rief die russische Revolution in dem sozialistischen Westen außer der Enttäuschung den aufrichtigen Wunsch hervor, sich über die russischen Verhältnisse einmal gründlich aufzuklären. Und wir würden in Verlegenheit sein, zu entscheiden, was von größerem Werte sei: dieses ideelle Interesse oder die dritte Reichsduma, welche doch auch als Geschenk der Revolution zu betrachten

[1] A. Tscherewanin, Das Proletariat und die russische Revolution. Stuttgart 1908, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. XVI und 170 Seiten. Broschiert 2 Mark.

, wenigstens in dem Sinne, in dem ein Hundekadaver, der von der Ebbe
ıf einer Sandbank zurückgelassen wurde, als „Geschenk“ des Ozeans gelten
nn.

Unzweifelhaft muß dem Verlag von Dietz volle Anerkennung gezollt werden,
r durch seine letzten drei Ausgaben[1] bemüht gewesen ist, den durch die Re-
olution angeregten Bedürfnissen entgegenzukommen. Es muß indes gesagt
erden, daß diese drei Werke durchaus nicht gleichwertig sind. Das Buch
laslows bildet eine grundlegende Untersuchung über die russischen Agrar-
erhältnisse. Und der wissenschaftliche Wert dieser Arbeit ist so groß, daß man
arüber dem Verfasser nicht nur ihre äußerst unvollkommene Form, sondern
uch ihre ganz unhaltbare Umarbeitung der Marxschen Grundrententheorie
erzeihen kann. Das Büchlein Paschitnows, das in keinerlei Beziehung auf
ine selbständige Untersuchung Anspruch machen kann, liefert ziemlich viel
Naterial zur Charakteristik der Lage des russischen Arbeiters — in der Fabrik,
n Bergwerk, in seinem Heim, im Krankenhaus, teilweise auch im gewerkschaft-
ichen Verband —, jedoch nicht zur Charakteristik seiner Stellung im sozialen
)rganismus des Landes. Diesen letzteren Punkt stellt sich der Verfasser
ıuch gar nicht zur Aufgabe. Seine Arbeit vermag daher sehr wenig zum
Berständnis der revolutionären Rolle des russischen Proletariats beizutragen.

Diese große Frage zu beleuchten, ist der Zweck der unlängst in deutscher
lbersetzung erschienenen Broschüre von A. Tscherewanin, deren Inhalt den
Hegenstand unserer heutigen Ausführungen bilden soll.

I.

Tscherewanin geht aus von der Darstellung der allgemeinen Ursachen der
Revolution. Er erblickt in ihr das Produkt des Zusammenstoßes zwischen den
unabweisbaren Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung des Landes und
den feudalen Formen des Staates und des Rechtes. „Die unerbittliche Logik
der ökonomischen Entwicklung“, schreibt er, „brachte es dahin, daß schließlich
alle Bevölkerungsschichten mit Ausnahme des Feudaladels sich feindlich gegen
die Regierung stellen mußten“ (S. 10). In dieser Gruppierung der oppositio-
nellen und revolutionären Kräfte „fiel dem Proletariat unzweifelhaft die
Hauptrolle zu“ (ibid.). Aber es hatte nur als Teil eines oppositionellen
Ganzen Bedeutung. In dem historischen Rahmen des allgemeinen Kampfes
um die Emanzipierung der neuen bürgerlichen Gesellschaft konnte das Prole-
tariat nur insofern Erfolg haben, inwiefern es von der bürgerlichen Oppo-
sition unterstützt wurde, oder richtiger, inwiefern es selbst diese letztere durch
seine revolutionären Aktionen unterstützte. Und umgekehrt: so oft sich das
Proletariat durch seine übertriebenen (respektive historisch verfrühten) Aktionen
von der bürgerlichen Demokratie isolierte, erlitt es Niederlagen und hemmte
die Entwicklung der Revolution.

Dies ist in den Hauptzügen die historische Auffassung Tscherewanins.[2]
Vom Anfang bis zum Schlusse seiner Broschüre eifert er unermüdlich gegen

---

[1] Peter Maslow, Die Agrarfrage in Rußland. — Paschitnow, Lage der arbeitenden Klasse in Rußland. — A. Tscherewanin, Das Proletariat und die russische Revolution.

[2] Denselben Standpunkt vertritt Th. Dahn in seinem Artikel in Nr. 27 und 28 der „Neuen Zeit“: „Die Bedingungen des erneuten Aufschwunges der russischen Revolution.“ Nur daß Dahn von Tscherewanin an Kühnheit der Schlüsse, wenigstens mit Bezug auf die Vergangenheit, weit übertroffen wird.

die Übertreibung der revolutionären Macht und die Überschätzung der poli-
tischen Rolle des russischen Proletariats. Er analysiert das große Drama vom
9. Januar 1905, um zu der Schlußfolgerung zu gelangen: „Mit Unrecht
schreibt Trotzky, die Arbeiter kamen am 22. Januar zum Winterpalais, nicht
um zu bitten, sondern um zu fordern" (S. 27). Er beschuldigt die Partei-
organisation der Überschätzung der Reife, welche das Petersburger Proletariat
im Februar 1905 bei der Affäre mit der Kommission des Senators Sidlowski
an den Tag legte, als die gewählten Vertreter der Masse für sich öffentlich
rechtliche Garantien forderten und nach der abschlägigen Antwort sich ent-
fernten, und als die Arbeiter die Verhaftung ihrer Bevollmächtigten mit dem
Streik beantworteten. Er gibt eine flüchtige Skizze des großen Oktoberstreiks
und formuliert dabei seine Schlüsse in folgender Weise: „Wir haben klargelegt,
aus welchen Elementen der Oktoberstreik sich zusammensetzte; welche Rolle
dabei die Bourgeoisie und die Intelligenz spielten; wir stellten mit vollständiger
Sicherheit fest, daß nicht allein das Arbeiterproletariat aus eigenen Kräften
dem alten absolutistischen Regime diesen ernsten, vielleicht tödlichen Schlag
versetzt hat" (S. 56). Nach dem Erscheinen des Manifestes vom 17. Oktober
sehnte sich die ganze bürgerliche Gesellschaft nach Beruhigung. Daher war es
Wahnsinn seitens des Proletariats, den Weg des revolutionären Aufstandes
zu beschreiten, anstatt seine ganze Energie auf die Dumawahlen zu richten.
Tscherewanin wendet sich gegen diejenigen, welche damals darauf hinwiesen,
daß die Duma nur versprochen und es unbekannt war, wie und wann die
Wahlen vollzogen werden sollten und ob es überhaupt zu solchen kommen
werde. Indem er den von uns am Tage des Manifestes geschriebenen Artikel
zitiert, sagt er: „Durchaus mit Unrecht wurde der eben errungene Sieg in den
‚Nachrichten des Arbeiter-Delegiertenrats' geschmälert, indem sie gleich nach
Erscheinen des Manifestes ausführten: Eine Konstitution ist gegeben, und der
Absolutismus ist bestehen geblieben. Alles ist gegeben — und nichts ist ge-
geben" (S. 67).

Je weiter, desto mehr Mißgriffe. Anstatt die Semstwokonferenz zu unter-
stützen, welche für die Dumawahlen die Forderung des allgemeinen Wahl-
rechtes aufstellte, brach das Proletariat schroff mit dem Liberalismus und der
bürgerlichen Demokratie, um „den neuen Bundesgenossen von zweifelhafter
Zuverlässigkeit" (S. 73), der Bauernschaft und der Armee, die Hand zu reichen.
Die revolutionäre Einführung des achtstündigen Arbeitstags, der November-
streik als Antwort auf die Verhängung des Kriegszustandes in Polen — ein
Fehler überstürzt den anderen, und das Ergebnis ist die verhängnisvolle
Dezemberniederlage. Und diese Niederlage im Verein mit den weiteren Fehlern
der Sozialdemokratie ebnet den Weg zur Sprengung der ersten Duma und
dem darauffolgenden Triumph der Konterrevolution.

Das ist die historische Auffassung Tscherewanins. Der deutsche Übersetzer
hat alles getan, was er konnte, um die Energie der Anschuldigungen und der
Vorwürfe des Verfassers abzuschwächen. Aber selbst in dieser gemilderten
Form noch gleicht das Werk Tscherewanins viel eher einer Anklageschrift wegen
revolutionärer Vergehungen des Proletariats gegen die „wahre realistische
Taktik", als einer der Wirklichkeit entsprechenden Darstellung der revolutionären
Rolle des Proletariats in Rußland.

Die materialistische Analyse der sozialen Verhältnisse ersetzt Tscherewanin
durch folgende formalistische Deduktion: Unsere Revolution ist eine bürgerliche

[R]evolution; die siegreiche bürgerliche Revolution muß die Macht dem Bürger-[t]um in die Hände geben; das Proletariat ist verpflichtet, die bürgerliche Re-[v]olution zu fördern; also muß es auch den Übergang der Macht auf das [B]ürgertum fördern; die Idee der Machteroberung durch das Proletariat ist [d]aher in Epochen bürgerlicher Revolution mit der Taktik des Proletariats un-[v]ereinbar; die tatsächliche Taktik des Proletariats führte es naturgemäß zu [d]em Kampfe um die Staatsgewalt, und war daher ein Irrtum.

Diese schöne logische Konstruktion, die bei den Scholastikern Sorites (Ketten-[sc]hluß) hieß, läßt indessen die Hauptfrage von den inneren Kräften der Revolu-[ti]on, von ihrer Klassenmechanik, vollständig beiseite. Wir kennen das klassische [B]eispiel einer Revolution, bei der die Bedingungen für die Herrschaft der kapita-[li]stischen Bourgeoisie durch die terroristische Diktatur der siegreichen Sanskulotten [v]orbereitet wurden. Das war in einer Epoche, da die Hauptmasse der Bevölke-[r]ung aus dem Kleinbürgertum der Handwerker und Kleinhändler bestand. [D]ie Jakobiner hatten diese hinter sich. Die Hauptmasse der Bevölkerung der [r]ussischen Städte bildet in der gegenwärtigen Zeit das industrielle Proletariat. Schon diese Analogie allein läßt Raum für die Annahme der Möglichkeit [e]iner solchen historischen Situation, wo der Sieg der „bürgerlichen Revolution“ [n]ur dann erreichbar wird, wenn das Proletariat die revolutionäre Macht an [s]ich reißt. Hört denn die Revolution deshalb auf, bürgerlich zu sein? Ja [u]nd nein. Das hängt nicht von der formalen Definition, sondern von der [w]eiteren Entwicklung der Ereignisse ab. Wenn das Proletariat durch die [K]oalition der bürgerlichen Klassen, darunter auch der von ihm freigemachten [B]auernschaft, gestürzt wird, dann wird die Revolution ihren beschränkt bürger-[l]ichen Charakter bewahren. Wenn aber das Proletariat können und verstehen [w]ird, alle Mittel seiner politischen Herrschaft wirken zu lassen, um die Be-[s]chränkung der Revolution auf Rußland zu sprengen, so kann diese letztere [d]er Prolog einer sozialistischen Weltkatastrophe werden. Die Frage, bis zu [w]elcher Etappe die russische Revolution gelangen werde, läßt natürlich nur [e]ine bedingte Lösung zu. Aber eines steht unzweifelhaft und unbedingt fest: [d]ie nackte Definition der russischen Revolution als einer bürgerlichen besagt [n]icht das geringste über den Typus ihrer inneren Entwicklung und bedeutet [n]icht im entferntesten, daß das Proletariat verpflichtet ist, seine Taktik dem Verhalten der bürgerlichen Demokratie als des einzigen gesetzlichen Prätendenten [a]uf die Staatsgewalt anzupassen.

II.

Vor allem: Was für ein politischer Körper ist denn das eigentlich, diese [„]bürgerliche Demokratie“? Wenn man diesen Namen ausspricht, so assimiliert [m]an dabei in Gedanken die Liberalen in dem Revolutionsprozeß mit den Volks-[m]assen, das heißt also in erster Linie mit der Bauernschaft. In Wirklichkeit [a]ber — und das ist der Kernpunkt der Sache — fand diese Assimilierung [k]eineswegs statt und konnte auch nicht stattfinden.

Die Partei, die im Laufe der letzten zwei Jahren in den liberalen Sphären [d]en Ton angab, die Kadetten, bildete sich aus der im Jahre 1905 erfolgten Verschmelzung des Verbandes der Semstwo-Konstitutionalisten mit dem „Ver-[b]and der Befreiung“. In der liberalen Fronde der Semstwos, der Provinzial-[l]andtage, in denen der Grundbesitz überwiegt, fanden ihren Ausdruck einerseits [d]er neidische Unwille der Agrarier über den ungeheuerlichen industriellen Pro-

tektionismus der Regierung, andererseits die Opposition der fortschrittlichen gesinnten Grundbesitzer, die durch die Barbarei der russischen Agrarverhältnisse gehindert wurden, ihren Wirtschaftsbetrieb auf kapitalistischem Fuße einzurichten. Der „Verband der Befreiung" vereinte unter seiner Fahne jene Elemente der Intelligenz, die wegen ihrer „anständigen" gesellschaftlichen Position und der damit verbundenen Sattheit den revolutionären Weg nicht gut beschreiten konnten. Viele dieser Herren waren durch die Vorschule des Marxismus gegangen. Die Semstwoopposition trug von jeher den Stempel der Impotenz der Feigheit, und das allerhöchste Herrlein sprach nur die bittere Wahrheit aus, wenn es im Jahre 1894 ihre politischen Forderungen als „sinnlose Schwärmereien" bezeichnete. Auf der anderen Seite war auch die privilegierte Intelligenz, die eines eigenen sozialen Schwergewichtes entbehrte und außerdem direkt oder indirekt von dem Staate, dem von ihm protegierten Großkapital oder dem zensusliberalen Grundbesitz abhing, durchaus dazu unfähig, eine auch nur einigermaßen gewichtige Opposition zu entwickeln. Die Kadettenpartei bildete demnach eine Vereinigung aus der oppositionellen Impotenz der Semtzi mit der allgemeinen Impotenz der diplomierten Intelligenz. Wie sehr der Semstwoliberalismus nur an der Oberfläche haftete, zeigte mit voller Anschaulichkeit schon das Jahr 1905, als die Gutsbesitzer unter dem Einfluß der Agrarrevolten ganz entschieden nach rechts, zu dem alten Regime, abschwenkten. Tränenden Auges mußte der Liberalismus den Gutshof verlassen, wo er eigentlich nur ein Stiefkind gewesen war, um auf seinem historischen Heimatboden, in den Städten, Unterkunft zu suchen. Petersburg und Moskau mit ihren den Zensus besitzenden Schichten werden, wenn man nach dem Ergebnis der drei Wahlkampagnen urteilt, die Hochburgen der Kadetten. Und nichtsdestoweniger gelang es dem russischen Liberalismus, wie das durch seine armseligen Taten erhärtet wird, nicht, aus dem Zustand der Bedeutungslosigkeit herauszukommen. Warum? Dies findet seine Erklärung nicht in den revolutionären Exzessen des Proletariats, sondern in viel tiefer liegenden historischen Ursachen.

Die soziale Grundlage der bürgerlichen Demokratie und die treibende Kraft der Revolution in Europa war der dritte Stand gewesen, dessen Kern von dem städtischen Kleinbürgertum — Handwerkern, Kaufleuten und Intelligenten — gebildet wurde. Die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sah seinen Niedergang. Die kapitalistische Entwicklung erdrückte nicht nur die Handwerkerdemokratie im Westen, sondern verhinderte auch die Bildung einer solchen im Osten.

Das europäische Kapital fand in Rußland die Hausindustrie des Dorfes vor und machte ihr sofort durch die Fabrik den Garaus, ehe sie Zeit gehabt hatte, sich von dem Ackerbau loszutrennen und in das städtische Handwerk überzugehen. Dabei schuf es unsere alten archaischen Städte, darunter das „große Dorf" Moskau, zu Mittelpunkten der allermodernsten Industrie um. Das Proletariat — ohne Handwerkervergangenheit, ohne zünftlerische Traditionen und Vorurteile — sah sich mit einem Male in gewaltigen Massen konzentriert. In allen Hauptzweigen der Industrie zogen das große und das ganz große Kapital dem kleinen und dem mittleren ohne jeden Kampf den Boden unter den Füßen fort. Man braucht nicht Petersburg oder Moskau mit Berlin oder Wien von 1848 oder gar mit Paris von 1789 zu vergleichen, das sich weder von Eisenbahnen noch von Telegraphen träumen ließ und eine

lanufaktur mit 300 Arbeitern als ein gewaltiges Unternehmen ansah. Es t aber im höchsten Grade bemerkenswert, daß die russische Industrie nach em Stande ihrer Konzentration nicht nur nicht den Vergleich mit den ıropäischen Ländern aushält, sondern sogar sie alle weit hinter sich läßt. ls Illustration zu dieser Tatsache möge die hier folgende kleine statistische abelle dienen:

	Deutsches Reich[1] (Zählung 1895)		Österreich[2] (Zählung 1902)		Rußland[3] (Enquete 1902)	
	Anzahl der Unternehmungen	Anzahl der Arbeiter	Anzahl der Unternehmungen	Anzahl der Arbeiter	Anzahl der Unternehmungen	Anzahl der Arbeiter
nternehmungen (51—1000 Arb.)	18698	2595536	6334	993000	6334	1202800
nternehmungen (über 1000 Arb.)	255	448731	115	179876	458	1155000

Wir haben in diesem Vergleich die Betriebe fortgelassen, die weniger als 0 Arbeiter beschäftigen, da die Zählung derselben in Rußland höchst unollkommen ist. Aber auch diese beiden Ziffernreihen zeigen zur Genüge das ɔlossale Übergewicht der russischen Industrie über die österreichische im Punkte er Produktionskonzentrierung. Während die Anzahl der mittleren und großen nternehmungen (51 bis 1000 Arbeiter) übereinstimmt, und zwar bis auf die iner, ist die der Riesenunternehmungen (über 1000 Arbeiter) in Rußland iermal so groß wie in Österreich. Ein ähnliches Resultat erhalten wir, wenn ɔir zum Vergleich ein so hoch entwickeltes Land wie Deutschland heranehen. In Deutschland 255 Riesenbetriebe mit weniger als einer halben Nillion Arbeiter, in Rußland 458 mit mehr als einer Million Arbeiter. Dieelbe Frage wird auch sehr grell durch den Vergleich der Gewinne beleuchtet, ɔelche die verschiedenen Kategorien der Handels- und Industrieunternehmungen ußlands abwerfen:

	Anzahl der Unternehmungen	Gewinnsumme in Millionen Rubel
Mit einem Gewinn von 1000 bis 2000 Rubel	37000 = 44,5 %	56 = 8,6 %
Mit einem Gewinn von über 50000 Rubel .	1400 = 1,7 %	291 = 45,0 %

Mit anderen Worten: etwa die Hälfte aller Unternehmungen erlangt weniger ls ein Zehntel des Gesamtprofits, während auf ein Sechzigstel der Unterehmungen fast die Hälfte des gesamten Mehrwerts entfällt.

Diese wenigen Ziffern zeugen beredt genug dafür, daß der verspätete harakter des russischen Kapitalismus den Gegensatz zwischen den beiden Polen er bürgerlichen Gesellschaft, den Kapitalisten und den Arbeitern, aufs äußerste erschärft hat. Diese letzteren nehmen nicht nur in der sozialen Ökonomik, das eißt in der Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung, sondern auch in er Ökonomik des revolutionären Kampfes diejenige Stelle ein, welche in Westuropa die aus den Zünften und Gilden ausgeschiedene Demokratie der Handɔerker und Händler einnahm. Bei uns fehlt auch die geringste Spur von nem aufrechten Kleinbürgertum, welches Schulter an Schulter mit dem jungen, ıoch nicht zu einer Klasse formierten Proletariat die Bastillen der Feudal-

[1] Gewerbe und Handel im Deutschen Reiche, S. 42. [2] Österreichisches statistisches Handuch, Wien 1907, S. 229. [3] A. W. Poleschajew, Zahl und Zusammensetzung der Arbeiter n Rußland, Petersburg 1906, S. 46 ff.

herrschaft stürmte. Wohl war das Kleinbürgertum politisch stets und übera nur ein ziemlich formloser Körper; aber in seinen besten historischen Tage besaß es dennoch die Kraft, eine gewaltige politische Aktivität zu entfalte Wenn aber, wie dies in Rußland der Fall ist, die hoffnungslos verspäte bürgerlich-demokratische Intelligenz über dem Abgrund der Klassengegensät schwebt; wenn sie, unter dem Schalle der sozialistischen Flüche geboren un durch gutsherrliche Traditionen und Professorenvorurteile beengt, nicht einm daran denken darf, auf die Arbeiter Einfluß zu gewinnen, und ohnmächti auf die Hoffnung verzichten muß, über den Kopf des Proletariats hinweg un im Kampfe mit den Gutsbesitzerinteressen die Bauernschaft an ihre Fahne z fesseln — dann verwandelt sich eine solche rückgratlose Demokratie in d Kadettenpartei. Ohne sich von dem Gefühl nationalen Stolzes hinreißen z lassen, darf man behaupten, daß der russische Liberalismus während seine kurzen Laufbahn an innerer Wurmstichigkeit und konzentrierter Stupidität i der Geschichte der bürgerlichen Länder beispiellos dasteht! Andererseits stel es unzweifelhaft fest, daß keine einzige von den alten Revolutionen so vi Volksenergie verschlungen und dabei so dürftige objektive Resultate ergeben ha Unter welchem Gesichtswinkel auch immer wir die Ereignisse betrachten mögen – der innere Zusammenhang zwischen der vollkommenen Nichtigkeit der bürger lichen Demokratie und der „Resultatlosigkeit" der Revolution tritt von selb hervor. Dieser Zusammenhang ist da, vermag uns aber keineswegs zu pess mistischen Schlüssen geneigt zu machen.

Die „Resultatlosigkeit" der russischen Revolution ist nur die Kehrseite ihre tiefen sozialen Charakters. Bürgerlich nach den unmittelbaren Aufgaben, di sie erzeugt haben, kennt unsere Revolution infolge der äußerst weit getriebene Klassendifferenzierung der industriellen Bevölkerung keine bürgerliche Klass die sich an die Spitze der Volksmassen stellen könnte, indem sie ihr soziale Schwergewicht und ihre politische Erfahrung mit der revolutionären Energi jener vereinte. Sich selbst überlassen, müssen die unterdrückten Arbeiter- un Bauernmassen Rußlands in der rauhen Schule der rauhen Zusammenstöß und schweren Niederlagen die für ihren Sieg notwendigen politischen un organisationellen Voraussetzungen hervorbringen. Einen anderen Weg gib es für sie nicht.

III.

Zugleich mit den gewerblichen Funktionen der Handwerkerdemokratie über nahm das russische Proletariat ihre Aufgaben, darunter auch die politisch Hegemonie über die Bauernschaft. Ihre Aufgaben, doch nicht ihre Methode und Mittel. Im Dienste der bürgerlichen Demokratie stand das ganze Rüst zeug der offiziellen gesellschaftlichen Organisationen: die Schule, die Universitä die Bibliothek, die Munizipalität, die Presse, das Theater. Einen wie große Vorzug dies bedeutet, zeigte die Tatsache, daß selbst unser rachitischer Libera lismus sich als automatisch organisiert herausstellte und einen fertigen Appara zur Verfügung hatte, als die Zeit jener Aktionen herankam, zu denen er fähi war: der Resolution, der Petition und des Wahlkampfes. Das Proletaria hatte keine kulturell-politische Erbschaft bekommen. Seine Organisation un seine Presse mußte es sich im Pulverdampf der revolutionären Schlachte schaffen. Diese Schwierigkeit wurde von ihm glänzend überwunden: die Period der höchsten Anspannung seiner revolutionären Energie, der Schluß des Jahre

905, war zugleich die Epoche der Schaffung einer reichen Presse und einer orzüglichen Klassenorganisation in Gestalt des Arbeiterdelegiertenrats. Das ar indes nur der kleinere Teil der Aufgabe: die Arbeiter hatten nicht nur ıs Hindernis ihrer eigenen Desorganisation, sondern auch die organisierte lacht ihres Feindes zu überwinden.

Als die dem Proletariat eigentümliche Methode des revolutionären Kampfes wies sich der Generalstreik. Trotz seiner relativ geringen Anzahl zwang ıs russische Proletariat die zentralisierte Maschine der Staatsgewalt und die ngeheure Masse der konzentrierten Produktivkräfte des Landes zur Abhängigit von seinem Willen. Dieser Umstand verlieh seinem Streik jene Macht, or der der Absolutismus im Oktober 1905 die Mütze ziehen mußte. Es stellte ch aber bald heraus, daß der Streik das Problem der Revolution nur stellt, icht aber löst.

Die Revolution ist vor allem der Kampf um die Staatsgewalt. Der Streik ber ist, wie es die Analyse beweist und die Ereignisse gezeigt haben, das evolutionäre Mittel des Druckes auf die bestehende Gewalt. Eben ur deshalb auch sanktionierte der kadettische Liberalismus, der niemals über ie oktroyierte Konstitution hinausging, den Generalstreik als Kampfmittel – freilich nur für einen Moment, und zwar postnumerando — gerade in dem ugenblick, als das Proletariat die Beschränktheit dieses Mittels erkannte und ch sagte, daß es unvermeidlich und nötig sei, seine Grenzen zu überschreiten.

Die Hegemonie der Stadt über das Dorf, der Industrie über den Ackerau, und zugleich der ganz moderne Typus der russischen Industrie: das ehlen jenes starken und festen Kleinbürgertums, ein Verhältnis, zu dem die rbeiter in den Revolutionen Westeuropas nur eine Hilfskolonne gebildet atten, verwandelten das Proletariat in die Hauptmacht der Revolution und ellten es direkt vor das Problem der Eroberung der Staatsgewalt. Die cholastiker, die sich nur deswegen für Marxisten halten, weil sie die Welt urch das Papier betrachten, auf dem Marx gedruckt steht, konnten so viel Texte", wie sie wollten, zum Beweise der „Unzeitgemäßheit" der politischen errschaft des Proletariats heranziehen — die reale Arbeiterklasse Rußlands, ieselbe, die Ende 1905 unter Leitung der unverfälscht reinen Klassenorganiıtion dem Absolutismus im Einzelkampf gegenübertrat, wobei das Großapital und die Intelligenz die Rolle der Sekundanten von der einen und der nderen Seite spielten —, dieses Proletariat wurde durch seine revolutionäre esamtlage auf das Problem der Eroberung der Staatsgewalt mit aller Macht ingedrängt. Die Konfrontation des Proletariats mit der Armee wurde unermeidlich. Der Ausgang dieser Konfrontation hing von der Haltung der rmee, die Haltung der Armee aber von ihrer Zusammensetzung ab.

Die politische Rolle der Arbeiter Rußlands ist ungleich höher als ihre umerische Stärke. Dies zeigten die Ereignisse, darunter auch die Wahlen ur zweiten Duma. Ihre Klassenvorzüge — die technische Schulung, die Inelligenz, die Fähigkeit zu geschlossenen Aktionen — übertragen die Arbeiter uch in die Kaserne. In allen revolutionären Bewegungen der Armee spielte ie Hauptrolle der qualifizierte Soldat der Genietruppen oder der Artillerist, er aus der Stadt, dem Fabrikviertel stammt. In den Flottenrevolten war s das Maschinenkommando: die Proletarier, wenn sie auch die Minderheit er Besatzung bildeten, hatten dieselbe doch in ihren Händen, indem sie die Maschine, das Herz des Panzerschiffs, in Händen hatten. Aber in der auf

dem Grundsatz der allgemeinen Dienstpflicht aufgebauten Armee findet seinen natürlichen Ausdruck das kolossale numerische Übergewicht der Bauernschaf unseres Landes. Die Armee überwindet mechanisch die aus seiner Produktions weise stammende Isoliertheit des Bauern; und seine Hauptfehler, die politisch Passivität, macht sie zu seinem Hauptvorzug.

Bei allen seinen Aktionen im Jahre 1905 verfuhr das Proletariat so, da es bald die Passivität des Dorfes ignorierte, bald sich auf seine elementar Unzufriedenheit stützte. Als aber der Kampf um die Staatsgewalt in seine ganzen Realität an die Reihe kam, da zeigte es sich, daß die Entscheidun der Frage in der Faust des bewaffneten Bauern ruhte, jenes Bauern, de den Kern der russischen Infanterie bildete. Im Dezember 1905 zerschellt das russische Proletariat nicht an seinen Fehlern, sondern an einer realere Größe: an den Bajonetten der Bauernarmee.

IV.

Diese kurze Analyse überhebt uns in bedeutendem Maße der Notwendig keit, bei den einzelnen Punkten der Anklageschrift Tscherewanins länger zu verweilen. Über der Kritik der einzelnen Schritte, Erklärungen und taktische „Fehler" übersieht Tscherewanin das Proletariat selbst in seinen soziale Zusammenhängen und seinem revolutionären Wachstum. Wenn er die un streitbar richtige Ansicht verwirft, daß die Arbeiter am 22. Januar auf di Straße getreten seien, nicht um zu bitten, sondern um zu fordern, s geschieht das deshalb, weil die äußere Form des Ereignisses ihn das wahr Wesen desselben verkennen läßt. Wenn er so sorgfältig die hervorragend Rolle der Intelligenz in dem Oktoberstreik unterstreicht, so verringert er da durch keineswegs die Bedeutung der Tatsache, daß nur das revolutionär Auftreten des Proletariats die linken Demokraten aus einem Anhängsel de Semtzi in eine temporäre Hilfskolonne der Revolution verwandelte, ihnen di rein proletarische Kampfmethode des Generalstreiks aufzwang und sie von de rein proletarischen Organisation des Arbeiterdelegiertenrats in Abhängigkei brachte.

Das Proletariat hätte, so behauptet Tscherewanin, nach dem Manifest all seine Kräfte auf die Dumawahlen konzentrieren müssen. Aber damals ga es ja gar keine Wahlen. Weder war ihr Termin, noch ihr Charakter irgen jemandem bekannt. Und ebensowenig war eine Garantie dafür geboten, da die Wahlen überhaupt stattfinden würden. Gleichzeitig mit dem Oktobe manifest hatten wir die Oktoberpogrome. Woher hätte man da die Gewiß heit nehmen können, daß nicht anstatt der Duma ein zweiter Pogrom in szeniert werden würde? Allerdings hält Tscherewanin diese Ansicht für ein Übertreibung. Demgegenüber verweisen wir auf ein Urteil, dessen Autoritä er schwerlich leugnen dürfte. „Die Stimme des Volkes und die Presse," sag das auf Anordnung des Grafen Witte verfaßte Memorandum, „behauptete daß die Pogrome das Resultat der Provokation der Regierung waren, di den Zweck hatte, die Verheißungen des Manifests nicht Wirklichkeit werde zu lassen. Leider hatte die Bevölkerung ernste Gründe für dies Annahme."

Und was anderes blieb unter solchen Umständen dem Proletariat, das di alten Polizeidämme durchbrochen hatte, zu tun übrig, als eben das, was e in Wirklichkeit tat? Es okkupierte naturgemäß die neuen Positionen und sucht

ch darin zu verschanzen: es hob die Zensur auf, schuf eine revolutionäre
resse, übte die Versammlungsfreiheit aus, verteidigte die Bevölkerung vor
en Hooligans in Waffenrock und Lumpen, errichtete kampffähige Gewerk-
haften, vereinigte sie um seine Klassenvertretung, knüpfte Verbindungen mit
er revolutionären Bauernschaft und der Armee an. Während die liberale
esellschaft murmelte, daß die Armee „außerhalb der Politik" bleiben müsse,
ihrte die Sozialdemokratie eine unermüdliche Agitation in der Kaserne. Tat
e recht oder nicht? Während die Semstwokonferenz im November, deren
nterstützung Tscherewanin hinterdrein so angelegentlich empfiehlt, bei der
rsten Kunde von dem Flottenaufstand in Sewastopol ängstlich nach rechts
bschwenkte und erst dann ihr seelisches Gleichgewicht wiedergewann, als der
ufstand bereits unterdrückt war, begrüßte im Gegenteil der Arbeiterdelegierten-
at begeistert die Aufständischen. Tat er recht oder nicht? Wo und worin
ätte man die Garantien für den Sieg suchen sollen: in der seelischen Ruhe
er Semstwoliberalen oder in der Verbrüderung des revolutionären Prole-
ariats mit der Armee?

Selbstverständlich mußte das von den Arbeitern entfaltete Programm der
Bodenkonfiskation die Gutsbesitzer nach rechts drängen. Dafür aber drängte es
die Bauernschaft nach links. Selbstverständlich trieb der energische ökonomische
Kampf die Kapitalisten in das Lager der Ordnung. Dafür aber erweckte er
die rückständigsten und verschüchtertsten Arbeiter zu politischem Dasein. Selbst-
verständlich beschleunigte die Agitation in der Armee den Konflikt mit der
Regierung. Was sollte man aber tun: etwa die Soldaten, die bereits in den
Flitterwochen der Freiheit die Pogromisten bei ihrem Werke förderten und
die Arbeitermiliz durch Salven zu Boden streckten, der unbeschränkten Ver-
fügung Trepows überlassen? Tscherewanin fühlt selbst, daß nichts anderes zu
tun blieb, als eben das, was getan wurde.

„Die Taktik war grundfalsch," sagt er zum Schlusse seiner Analyse und
fügt gleich hinterdrein hinzu: „Es mag sein, daß sie vielleicht unvermeidlich
war, vielleicht wäre jede andere Taktik ... in diesem Moment unmöglich
gewesen. Aber es tut nichts zur Sache (!) und ändert nicht das Mindeste
an dem objektiven Schlusse," daß die Taktik der Sozialdemokratie grundfalsch
war (S. 92). Tscherewanin baut seine Taktik, wie Spinoza seine Ethik, auf
die geometrische Methode auf. Dabei gibt er selbst zu, daß unter den gegebenen
Bedingungen für die Anwendung seiner Taktik kein Raum blieb, und dadurch
ist naturgemäß auch die Tatsache erklärt, daß Leute von seiner Denkungsart
in der Revolution nicht die geringste Rolle gespielt haben.

Was sollen wir aber von jener „realistischen" Taktik sagen, deren einziger
Mangel nur darin besteht, daß sie nicht angewandt werden kann? Von ihr
wollen wir mit den Worten Luthers scheiden:

„Die Theologia stehet im Brauch und Übung, nicht im Spekulieren und
Gottes Sachen nachdenken nach der Vernunft. ...

„Ein jegliche Kunst, beide im Haus- und Weltregiment, so nur mit Speku-
lieren umgehet und nicht ins Werk gebracht wird, ist verloren und taugt
nichts."

Der Parteikongreß und die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.[1]

Von **Algernon Lee.**

Der vom 10. bis 18. Mai in Chicago abgehaltene Nationalkongreß eröffnete eine Wahlkampagne, die wohl die denkwürdigste in der Geschichte der amerikanischen sozialistischen Partei zu werden verspricht. Die Kandidaten für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft blieben dieselben wie 1904 — Eugene V. Debs und Benjamin Hanford. Wir enthalten uns vorsichtig jeder Prophezeiung über den Ausgang der Wahlen, doch unsere Gegner sprechen ganz offen davon, daß wir im November eine Million Stimmen bekommen werden. Vor vier Jahren hatten wir, wie erinnerlich, 408000.

Der Kongreß war nicht so dramatisch interessant als mancher vorhergegangene, da keine Lebensfragen der Parteipolitik zur Diskussion standen, die die Parteimitglieder trennten; dafür war er ein harmonisches und eifriges Zusammenwirken von Männern, die getreulich und mühevoll acht Tag lang in der Hitze, dem Schmutze und dem Lärme Chicagos ihre Arbeit verrichteten — ist doch diese Stadt die denkbar ungünstigste zur Abhaltung eines Kongresses. Die Erfolge dieser Arbeit werden sich in der Organisation und in der Propaganda der nächsten Zukunft zeigen.

Der vom Nationalsekretär vorgelegte Bericht zeigte einen sehr erfreulichen Fortschritt während der letzten vier Jahre. Die Zahl der Mitglieder, die Beiträge zahlen, hat sich in dieser Zeit etwa verdoppelt; sie zählen jetzt über 40000. Während die in den letzten Monaten herrschende Arbeitslosigkeit sicherlich viele mit uns Sympathisierende vom Beitritt zur Partei abhielt und viele Mitglieder hinderte, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen, hat doch gerade in diesen letzten Monaten das rapideste Wachstum der Organisation stattgefunden, woraus man ersieht, daß die Krisis ihre erzieherische Wirkung auf die Arbeiterklasse nicht verfehlte.

Doch ist das Wachstum der Partei nicht auf das industrielle Proletariat beschränkt geblieben. Ihre jüngste Geschichte zeigt die bemerkenswerte Erscheinung, daß die Mitgliederzahl besonders stark in den Agrarstaaten, wie Texas und Oklahoma, zunahm. Doch braucht man nicht zu fürchten, daß dadurch der proletarische Charakter der Partei als Ganzes beeinträchtigt würde. Die Sozialisten der großen Industriestaaten Massachusetts, New York, New Jersey, Pennsylvania, Ohio, Indiana, Illinois, Wisconsin, Missouri und Kalifornien beherrschen nach wie vor die Partei, ebenso wie die kapitalistischen Interessen dieser Staaten das Reich im ganzen beherrschen; und das wird wohl unzweifelhaft so bleiben. Indes ist es angesichts der relativen Stärke, welche die Landbevölkerung in den Vereinigten Staaten hat und noch lange haben wird, sehr wichtig, zu sehen, daß die Farmer den sozialistischen Ideen gegenüber durchaus nicht so unzugänglich sind, wie wir früher vermuteten.

Es wäre verfrüht, aus den bisher bekannten Tatsachen allgemeine Schlüsse zu ziehen. Man muß sich sogar hüten, jetzt schon eine Erklärung der kürzlichen

---

[1] Genosse Lee sah sich durch Berufsarbeiten verhindert, sofort nach dem Chicagoer Parteitag darüber zu berichten, wie er beabsichtigte. Unmittelbar nach dem Kongreß wurde das neue tägliche Parteiorgan New Yorks gegründet, „The Evening Call", in dessen Redaktion Lee eintrat. So kam er erst jetzt dazu, uns den in Aussicht gestellten Bericht zu liefern. Indessen hat dieser durch die Verspätung nicht an Interesse verloren. Die Redaktion.

piden Zunahme unserer Partei in den neueren Agrikulturgebieten des Westens nd Südwestens zu geben. Genosse Branstetter, unser tüchtiger und energischer taatssekretär in Oklahoma, gab mir eine Erklärung, die, wenn auch nicht schöpfend, so doch teilweise richtig sein mag. Er meinte, Oklahoma sei nicht ır der jüngste Staat der Union, dem man die vollen Staatsrechte verliehen ıbe, sondern auch der zuletzt besiedelte. Die Mehrzahl der Einwohner wohne selbst weniger als zehn Jahre lang. Hier waren die letzten Reserven von taatsland, die erst in den wenigen letzten Jahren der allgemeinen Besiedng auf Grundlage des Heimstättengesetzes freigegeben wurden.[1] Aus allen teren Staaten drängten nun die Besitzlosen oder jene, deren Grundbesitz zu mlich und klein war, um sie zu erhalten, nach Oklahoma in der Hoffnung, ort gute Farmen zu bekommen. Es war nicht genug Land für alle da; und ie vielen Enttäuschten mußten entweder zu ihren alten Heimstätten zurückhren oder sie blieben in Oklahoma, um als Landarbeiter in den Dienst ihrer lücklicheren Konkurrenten zu treten. Die Tatsache, daß mit diesem aufregenden ampfe um eine Heimstätte (einem Kampfe, in dem nebenbei Gewalt und etrug eine scheußliche Rolle spielten) die jahrhundertelange Ausdehnung des ebiets der amerikanischen Landwirtschaft ihr dramatisches Ende fand, und ie Überzeugung, die sich den Leuten dabei aufdrängte, daß nun die Zeit für nmer vorüber sei, wo es hieß: „Geh' nach dem Westen und wachse mit dem aterland",[2] hat nach Genossen Branstetters Ansicht einen tiefen Eindruck auch uf jene gemacht, die so glücklich waren, Land zu bekommen. Sie begreifen, aß eine historische Epoche zu Ende gegangen ist und eine neue Zeitrechnung eginnt.

Wie weit immer diese Erklärung gelten mag, neben ihr ist noch zu bechten, daß viele der Farmer von Oklahoma und den anderen kürzlich beiedelten Staaten Männer sind, die früher industrielle Lohnarbeiter waren und ie den proletarischen Geist in ihre neue Lebensweise mit herüberbringen. Eine nit solchen Elementen durchsetzte Landbevölkerung ist natürlich sozialistischer Propaganda zugänglicher als Leute, die als Farmer aufwuchsen und deren Väter ınd Vorfahren schon vor ihnen Farmer gewesen waren, wie dies im Süden ınd in den landwirtschaftlichen Gebieten des Ostens der Fall ist.

---

[1] Dieses Gesetz gestattet jedem Bürger, in dem eröffneten Gebiet eine „Heimstätte" aus em Staatsland gegen Zahlung einer nominellen Gebühr in Besitz zu nehmen. Die Redaktion.

[2] „Geh' nach dem Westen, junger Mann, und wachse mit dem Vaterland", war der Ratschlag, den Horace Greeley, der berühmteste und populärste der amerikanischen politischen Schriftsteller und Redakteure aus der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, immer auf der Zunge und in der Feder hatte. Zwanzig Jahre lang und bis zu seinem Tode (1872) war Greeleys Zeitung, die New Yorker „Tribune", für große Volksmassen und speziell für die Bauern eine Art heilige Schrift gewesen, und der oben zitierte Satz war nur einer von den vielen, die zu geflügelten Worten wurden, weil sie bündig und packend die Tendenzen des Tages zusammenzufassen wußten. Einer der wichtigsten ökonomischen Faktoren in der politischen Geschichte Amerikas, der bis zur Zeit der Populistenbewegung (zirka 1890) wirkte, und der sogar jetzt noch die soziale Psychologie des amerikanischen Volkes beeinflußt, war diese Tatsache eines großen Gebiets unbebauten öffentlichen Landes, das zu billigem Preise erworben werden konnte, und in das die wachsende Bevölkerung der älteren und Industrieregionen ständig hinüberströmte. Wie sehr das Gemüt des Volkes davon beeinflußt wurde, zeigt der Refrain eines Liedes, das zehn und zwanzig Jahre vor dem Bürgerkrieg sehr populär war: „Uncle Sam ist reich genug, jedem von uns eine Farm zu geben." Uncle Sams Verschenken von Farmen hat nun mit der Besiedlung von Oklahoma sein Ende gefunden.

Aber vielleicht der Hauptfaktor des Wachstums des Sozialismus in solche Staaten ist der Umstand, daß die Eisenbahnen und die verschiedenen Truste die den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte beherrschen, und die anderer seits Monopolpreise für die den Farmern verkauften Fabrikwaren erpressen von Jahr zu Jahr einen härteren Druck auf die Farmer ausüben, sie tat sächlich auf das Niveau von Proletariern herabdrücken und ihnen nur den leeren Begriff des Landeigentümers belassen; auch ist die Bewegung de Populismus (einer kleinbürgerlich-demokratischen Reformpartei) versiegt und die Demokratische Partei hat den Scheinradikalismus aufgegeben, den sie 189 und 1900 heuchelte. Die Farmer wollen etwas Radikales, und die Sozialistisch Partei erscheint ihnen schon deshalb anziehend, weil sie in scharfer und angriff lustiger Opposition zu allen bestehenden Mächten steht.

Ich bin noch nicht davon überzeugt, daß die Masse der Farmer selbst in Westen für den Sozialismus reif sind. Ich bin nicht sicher, ob nicht ein neue Populismus erstehen wird, der das Staatseigentum an den Eisenbahnen, der Kohlenbergwerken und noch anderen Produktions- und Transportmitteln pro pagiert und dabei die ausgesprocheneren proletarischen Ziele der Sozialistischen Partei ignoriert oder sich ihnen sogar widersetzt. Auch weiß ich nicht gewiß ob das zu beklagen wäre. Doch muß dies die Zukunft erst erweisen.

Die Frage der Farmer wurde auf dem Kongreß lebhaft diskutiert. Einige Delegierten, an deren Spitze Karl D. Thompson von Wisconsin, ein Mitglied des Staatssenats, stand (der selbst weder Farmer noch Proletarier, sondern ein ehemaliger Geistlicher ist), meinten, es sei nötig, daß die Partei ein spezielles Programm für die Farmer formuliere, um an die Landbevölkerung zu appel lieren und ihre Unterstützung zu gewinnen. Der Punkt, um den sich die Dis kussion drehte, war eine vorgeschlagene Erklärung, daß „es nicht notwendig ein Teil des sozialistischen Programms sei, jemand des Grund und Bodens zu enteignen, den er eben besitzt und tatsächlich bebaut". Interessant war es, daß die schärfste Opposition dagegen Delegierte machten, die selbst Farmer sind und Agrarstaaten vertraten. Unter ihrer Führung wurde der Satz ver worfen und dafür eine Erklärung angenommen, daß das Land wie die in dustriellen Produktionsmittel aus Privateigentum in Gemeineigentum zu ver wandeln sei. Es wurde ein Versuch gemacht, beide Anträge zu vertagen, da sie eine vorzeitige Entscheidung über eine akademische Frage in sich schlössen und zur Erörterung eines wirklichen Agrarprogramms zu schreiten, das heißt eines Programms mit Forderungen von Verbesserungen für die Hebung der Lage der Farmer unter den jetzigen Verhältnissen, das mit den proletarischen Forderungen der Partei vereinbar wäre und dazu dienen sollte, das Proletariat und die selbstarbeitenden Farmer in nähere Beziehungen zu bringen. Doch dieser Versuch mißlang. Nachdem die Thompsonsche Resolution abgelehnt war, wählte der Kongreß eine Kommission von sieben Mitgliedern, die für den nächsten Nationalkongreß ein Agrarprogramm ausarbeiten soll. Genosse Thompson ist ein Mitglied, dann A. M. Simons und ich; die anderen sind die Genossen Rigg von Idaho und Barzee von Oregon, beide Farmer; Frank Wheat aus Kalifornien, Rechtsanwalt, und Genossin Payne aus Texas.

Die Wahl von Kommissionen, die einzelne Fragen studieren und einem kommenden Kongreß darüber Bericht erstatten sollen, ist in allen europäischen Ländern bei unseren Parteien längst üblich. Hier ist es etwas ganz Neues. Unsere amerikanischen Sozialisten waren zu demokratisch, wie sie es nannten,

n einer solchen Kommission zu trauen. Ein Genosse ist so gut wie der ndere, kalkulierten sie, und der einzig richtige Weg ist der, auf dem Kongreß bst die Sache ins reine zu bringen und sie durch eine richtige Abstimmung beschließen. Die Annahme der Methode der Kommissionen ist eine der ichtigsten Fortschritte des Kongresses von 1908. Außer der schon erwähnten urde eine zweite gewählt, die die Haltung der Partei zur Frage der Einanderung studieren soll. Sie besteht aus Ernst Unterman, Viktor L. Berger, oshua Wanhope, John Spargo und Guy E. Miller, von denen einige den esern der „Neuen Zeit" durch Beiträge bekannt sind.

Die Resolution in der Einwanderungsfrage, die der Kongreß annahm, erärt, es sei notwendig für die Arbeiterklasse, sich gegen die Bemühungen der apitalisten zu schützen, die die Arbeiterbewegung durch einen Massenimport on schlechtbezahlten Arbeitern schädigen wollen. Die Frage des Verbots der inwanderung gewisser Nationen wurde lange debattiert, jedoch nicht endültig entschieden. Die Kommission wird darüber dem nächsten Kongreß beichten. Man kann indes sagen, die Majorität der Delegierten scheine einem erartigen Verbot abgeneigt zu sein.

Nachdem sich der Kongreß, wie schon immer vorher, zugunsten des gleichen Wahlrechtes für Männer und Frauen ausgesprochen hatte, wurde für eine nergischere und systematischere Propaganda unter den Frauen Vorsorge geroffen, als sie bisher unsere Partei in diesem Lande getrieben hatte. Es wurde dieser Beschluß gefaßt als Antwort auf eine energische Forderung der Frauen, die schon in der Partei sind, die fühlen, daß von den Sozialisten zu wenig für die politische Erziehung ihres Geschlechts geschieht, und die glauben, daß sowohl die Bewegung für die Gleichberechtigung der Geschlechter wie auch die sozialistische Bewegung selbst numerisch und moralisch durch eine derartige Agitation der Parteiorganisation gestärkt würden. Über die Zunahme der Tätigkeit unter den sozialistischen Frauen, die bloß ein Teil der allgemeinen Wiederbelebung der Bewegung für die Frauenrechte ist, werde ich bei einer anderen Gelegenheit berichten.

Die Frage der Haltung der Partei zu den Gewerkschaften war in unserer amerikanischen Bewegung seit Jahren eine brennende. Auf dem Kongreß von 1904 erregte sie leidenschaftliche Diskussionen, die von einer gewissen Bitterkeit nicht frei waren, und zwei oder drei Jahre darauf drohte diese Frage zeitweilig eine Spaltung der Partei herbeizuführen. Die große Majorität der Mitglieder stimmte wahrscheinlich allezeit der Haltung der Partei zu, die sie vor neun Jahren einnahm und seitdem wiederholt von neuem bekräftigte, daß nämlich die Partei sich weigern muß, in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaftsbewegung einzugreifen oder sich in die Streitigkeiten der verschiedenen Fraktionen dieser Bewegung über organisatorische und taktische Fragen auf ökonomischem Gebiet verwickeln zu lassen, daß sie aber jeder wahren Arbeitervereinigung in ihren Kämpfen gegen die Ausbeuterklasse ihre Unterstützung zu leihen hat. Eine Anzahl von Genossen jedoch, eine kleine aber rührige Minderheit, verlangte hartnäckig, die Partei solle eine Stellung einnehmen, die sie tatsächlich in Gegensatz zur American Federation of Labor (Amerikanische Arbeiterföderation), die die meisten und größten Gewerkschaften des Landes umfaßt, brächte, dafür aber sich mit der American Labor Union (Amerikanische Arbeitsunion) eins erkläre, die nachmals in der Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt) aufging. Sicher von den besten Absichten

beseelt, aber wie es sich später durch die Ereignisse herausstellte von irrigen Voraussetzungen ausgehend, führten sie einen erbitterten Feldzug innerhalb der Partei wie der Gewerkschaften und erklärten es für ein Kennzeichen des revolutionären Sozialismus, daß man die amerikanische Federation of Labor bekämpfe. Wer dies nicht tat, sollte in den Ruf eines Opportunisten oder noch schlimmeren kommen. Nach 1904 jedoch machten diese Genossen ihre Erfahrungen und lernten daraus. Einerseits hatten die Industrial Workers of the World (I. W. W.) keinen Erfolg. Sie zeichnete sich mehr durch innere Differenzen als durch ihre Kämpfe mit der Ausbeuterklasse aus; sie spalteten sich in zwei große Lager, die sich gegenseitig ebenso heiß bekämpften, wie sie gemeinsam gegen die American Federation of Labor (A. F. of L.) auftraten und schließlich zog sich ihre Kerntruppe, die westliche Federation of miners (Bergarbeiterunion), die ihre stärkste Stütze war, angeekelt zurück. Andererseits unterstützten eine Reihe von Gewerkschaften, die der American Federation of Labor zugehörten, in loyaler und energischer Weise den Verteidigungsfeldzug für Moyer, Haywood und Pettibone. Gleichzeitig hatte diese Organisation immer heftigere Angriffe von den verschiedenen Unternehmerorganisationen auszuhalten. Alles das wirkte dahin, ihre Kritiker davon zu überzeugen, daß selbst die konservativsten Gewerkschaften einen Keim von Klassenbewußtsein in sich tragen und daß man von ihnen erwarten kann, sie würden durch die Erfahrung klug werden und sich zu revolutionären Körperschaften entwickeln.

Hier tritt eine merkwürdige aber nicht unerklärliche Erscheinung zutage. Jene Genossen, die die Anhängerschaft an eine bestimmte Form der Gewerkschaftsbewegung zum ersten Glaubenssatz des revolutionären Credo machten und von denen einige erklären, die politische Aktion sei von nur sekundärer Bedeutung: sie fanden immer Unterstützung bei einer anderen Minorität, die sich für die bloße politische Aktion erklärte und zu keiner Form der Gewerkschaften das geringste Zutrauen hatte. Was sie verband, war ihre Feindseligkeit gegen die American Federation of Labor, die, was auch ihre Fehler sein mögen, und sie hat deren ganz unbestreitbar, gegenwärtig den bedeutendsten Teil der organisierten Arbeiterbewegung dieses Landes in sich begreift, die gegen das Unternehmertum kämpft und von ihm bekämpft wird, und voll Lebenskraft und Entwicklungsfähigkeit ist. Unsere Anhänger der direkten Aktion und unsere Nurparlamentarier stimmten von ihren verschiedenen Standpunkten aus darin überein, sich als die einzigen wahren Revolutionäre vorzustellen und die Partei den Gewerkschaften gegenüber zu kompromittieren, die mindestens neun Zehntel der organisierten Arbeiter des Landes umfassen.

Diese beiden Elemente waren auch auf dem Kongreß von 1908 vertreten, aber in viel geringerer Zahl und in viel weniger aggressiver Stimmung als vor vier Jahren. Ein besonderes Komitee wurde eingesetzt, um eine Resolution über den Gegenstand zu fassen. Statt jedoch wie auf früheren Kongressen nur eine Resolution zu entwerfen, in der die Stellung der Partei in dieser Sache dargelegt wurde, legte das Komitee den Entwurf einer „Adresse an die organisierte Arbeit“ vor, in der die bisherige Politik der Partei (Neutralität in Fragen der gewerkschaftlichen Organisation und Aktion kurz und klar konstatiert, der Hauptnachdruck aber auf die positive Tatsache gelegt wurde, daß die Partei den Gewerkschaften in allen ihren Kämpfen mit den Kapitalisten zur Seite steht und ihre Macht auf politischem Gebiet benützen will, um die Gewerkschaften zu stützen und zu stärken. Die Gewerkschafter werden

ıfgefordert, die Gefahr anzuerkennen, die ihren Organisationen durch die indlichen, gerichtlichen Entscheidungen droht, und sich zur Verteidigung ihrer rganisationsrechte um die sozialistische Partei zu scharen. Das Komitee :rmied sorgfältig den in der Resolution von 1904 enthaltenen unglückseligen usdruck, daß „weder politische noch andere Meinungsverschiedenheiten die :rennung der Arbeiterscharen im ökonomischen Kampfe rechtfertigten“; dieser ;atz ist unvereinbar mit der Politik der Neutralität, denn er schließt eine ensur derjenigen in sich, die sich von der A. F. of L. losgesagt haben, und ußerdem ist er unrichtig, denn es gibt manchmal Meinungsdifferenzen, die ne zeitweilige Trennung der Kräfte nicht nur entschuldigen, sondern sogar :fordern. Gemäß einem Amendement zur Resolution des Komitees wurde uch der Ausdruck „Trade Unions“ vermieden und an seiner Statt der Ausdruck organisierte Arbeit“ gesetzt, der die sogenannten „Industrieverbände“ ebenso :mfaßt wie die reinen Fachvereine.

Der Bericht des Komitees wurde ausgiebig auf dem Kongreß diskutiert. šin Vorschlag, ein Amendement zugunsten der Industrieverbände hinzuzufügen, ourde mit 129 gegen 77 Stimmen abgelehnt und die Adresse von einer überoältigenden Mehrheit angenommen.

Man darf erwarten, daß durch diese Resolution die Kontroverse über die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften wenigstens für die kommenden Jahre abgeschlossen ist. Einige der extremen Vorkämpfer der „direkten Aktion“ ind zur Socialist Labor Party (sozialistischen Arbeiterpartei) übergegangen; vieder einige andere haben die politische Arena überhaupt verlassen und sind ffene oder geheime Anarchisten geworden, die große Mehrheit der Parteijenossen jedoch scheint mit den Ergebnissen der Verhandlungen des Kongresses iber diese Frage sehr zufrieden zu sein.

Ebenso wie durch die Annahme der Methode, strittige Fragen ständigen Kommissionen zur Untersuchung zuzuweisen, führte der Kongreß auch in Sachen des Programms in die amerikanische Praxis eine Neuerung ein, die auf dem Beispiel unserer europäischen Genossen fußt. War das Programm bisher ein einzelnes Dokument gewesen, das bei jeder Präsidentenwahl wechselte, so nahm diesmal der Kongreß drei Kundgebungen an: 1. Eine Prinzipienerklärung, die eine feststehende Darlegung der fundamentalen Grundzüge der sozialistischen Theorie und Politik bilden soll, die jahraus jahrein dieselbe bleibt, so wie sie unsere Partei in Deutschland an dem Erfurter Programm besitzt; 2. eine sogenannte „Platform“, ein Wahlmanifest, das der politischen Situation im jetzigen Wahlkampf entspricht und alle vier Jahre wechseln soll, wie es die Situation verlangt und 3. ein Arbeitsprogramm, oder eine Aufstellung der „nächsten Forderungen“, wie wir sie hierzulande nennen, das je nach den Umständen beibehalten oder revidiert werden kann.

Wir müssen offen zugeben, daß keine dieser drei Urkunden, wie sie in Chicago angenommen wurden, sehr befriedigend ausfiel. Als englische Sprachdokumente lassen sowohl die Prinzipienerklärung wie die Platform viel zu wünschen übrig und beide enthalten Ungenauigkeiten und Widersprüche, die nach Verbesserung verlangen. Das Arbeitsprogramm endlich enthält einige „nächste“ Forderungen, die alles eher als nächstliegend sind und wieder andere, die überhaupt keine Forderungen sind, sondern überflüssige Prinzipienerklärungen. Dies ist zum Teil dem Umstand zuzuschreiben, daß die ganze Sache

zu hastig gemacht werden mußte (einmal in vier Jahren reichen eben ach Tage zur Leistung tadelloser Arbeit nicht aus); zum Teil aber ist auch da amerikanische Mißtrauen gegen Komitees daran schuld, das Bestehen auf de Abstimmung über jeden einzelnen Paragraphen und jede Klausel, was be einem großen, ermüdeten und überarbeiteten Kongreß zu großer Verwirrung führt. Doch ist ein Anfang gemacht zur Erlangung einer befriedigenden Dar legung der sozialistischen Prinzipien im allgemeinen, ferner ihrer Anwendung in besonderen politischen Verhältnissen und dann der unmittelbaren praktische Maßnahmen, die die sozialistische Partei auszuführen bestrebt sein wird.

Auch auf diesem Kongreß, wie auf allen früheren, gab es eine Anzah von Delegierten, die alles bekämpften, was einem Arbeitsprogramm ähnlic sah und die Annahme von unmittelbaren Forderungen als ein Kompromiß mit dem Kapitalismus betrachteten und im Namen der Revolution darau bestanden, daß die sozialistische Partei jede Reform verwirft und sich nur fü den ganzen Sozialismus auf einen Schlag einsetzt. Doch war diese Minoritä jetzt geringer als 1904 oder auf anderen Kongressen und umfaßte kaum ein Fünftel der Delegierten. Es ist bemerkenswert, daß diese ultrarevolutionär oder, wie wir sie oft zu nennen pflegen, „impossibilistische" Haltung hauptsächlich, ja fast ausschließlich von Vertretern der Agrarstaaten eingenommen wurde, und daß die wirklichen Proletarier auf dem Kongreß und die Vertreter von Staaten mit überwiegend proletarischen Elementen überwältigend zugunsten einer Politik stimmten, die zwar die soziale Republik sich als klares Ziel setzt und jede Vermischung mit Bourgeoisreformern und Radikalen ablehnt, aber dennoch die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse unter der Herrschaft des Kapitalismus anstrebt und um alle Maßnahmen kämpft, die das Proletariat in seinen gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen zu stärken imstande sind.

Ehe ich diesen Bericht schließe, muß ich noch eine Neuerung erwähnen. Bisher hat unsere Partei, ebenso wie die Bourgeoisparteien ihre nationalen, das heißt die ganze Union umfassenden Kongresse nur einmal in vier Jahren abgehalten, und zwar wenn Kandidaten für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft zu ernennen waren und eine nationale Wahlkampagne vorbereitet werden mußte. Wir ahmten darin zum Teil die alten Parteien nach, zum Teil ließen wir uns durch die enormen Kosten bestimmen, die es verursacht, Delegierte von allen Teilen eines Landes zusammenzubringen, das tausend Meilen breit und dreitausend Meilen lang ist. Doch machte sich das Bedürfnis nach häufigeren Zusammenkünften gebieterisch geltend, und es wurde nach langen Verhandlungen und unter Vorbehalt der Zustimmung eines Parteireferendums entschieden, daß von nun an die Kongresse alle zwei Jahre abgehalten werden sollten. Die Kongresse in den Jahren, die zwischen die Präsidentenwahlen fallen, sollen sich mehr mit Prinzipien- und Parteiorganisationsfragen beschäftigen und die anderen sollen sich wieder besonders den politischen Kämpfen zuwenden.

Die internationale Jugendbewegung.

Von **H. d. M.**

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß ist versucht worden, da es an Material gegen die deutschen Jugendorganisationen offenbar fehlte, die angeblichen Nachteile der selbständigen Jugendorganisation an den Erfahrungen des Auslandes

demonstrieren. Auf das Wenige einzugehen, was der Referent Genosse Schmidt ...chliches gegen die internationale Jugendbewegung vorbrachte, lohnt sich nicht ... geringsten, da es auf einer vollständigen Unkenntnis der von ihm behandelten ...rhältnisse beruht. Unter solchen Umständen ist eine direkte Diskussion unmöglich — ...s einzige, was man da tun kann, ist, dasjenige schildern, was ist, wonach ...nn ein jeder den Vergleich mit den Behauptungen des Genossen Schmidt am ...sten selber ziehen mag. Wir wollen uns also damit begnügen, um der Bildung jedes ...laubens an Legenden bei den zahlreichen Genossen vorzubeugen, die von der ...ugendbewegung des Auslandes nur wenig mehr wissen als etwa Genosse Schmidt, ...nen kurzen Überblick über sie und über ihr Verhältnis zur Partei und Gewerkschaft ... geben. Wir tun das auf Grund der Kenntnisse, die wir im Laufe unserer Tätig...it im internationalen Sekretariat der sozialistischen Jugendorganisationen bis zum ...ärz dieses Jahres, und der Erfahrungen, die wir in den wichtigsten der in Be...acht kommenden Länder an Ort und Stelle gesammelt haben.

Die große Verschiedenheit der sozialistischen Jugendorganisationen von einem ...nde zum anderen macht es ziemlich schwierig, sich in der internationalen Jugend...ewegung gleich zurechtzufinden. Von den dreizehn Jugendverbänden, die auf der ...tuttgarter internationalen Konferenz vertreten waren, dürfte es kaum zwei geben, ...ie einander ihrer Zusammensetzung, Organisationsform und ihren Kampfmethoden ...ach vollkommen ähnlich sind. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist von einem ...ande zum anderen sehr verschieden. Die britischen und australischen Sonntags...hulen umfassen neben jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen auch Kinder von ... Jahren an, die belgische Junge Garde besteht zum größten Teile aus jugendlichen ...rbeitern im Alter zwischen 17 und 20 Jahren, der österreichische Verband aus...chließlich aus Lehrlingen, von denen die meisten 15 bis 18 Jahre alt sind. Der ...chwedische Verband zählt sehr viele weibliche Mitglieder, der österreichische nimmt ...olche nicht auf. Hier hat die Organisation die Form eines straffen Zentral...erbandes, dort ist sie nur eine lockere Föderation. Nun gibt es ja ähnliche Unter...chiede unter den Arbeiterorganisationen gewerkschaftlichen und politischen Charakters ...er verschiedenen Länder, die in der Verschiedenheit der staatlichen Verhältnisse be...ründet sind. Bei den Jugendorganisationen fällt aber außerdem die große Ver...chiedenheit der Zwecke auf. Die Tabelle, die wir auf S. 3 des von uns heraus...egebenen Berichtes über die internationale Organisation der sozia...istischen Jugend[1] aufgestellt haben, zeigt dies in anschaulicher Weise. Einige ...rganisationen verfolgen nur den einzigen Zweck der Bildung ihrer Mitglieder, ...ndere beschäftigen sich daneben mit Lehrlingsschutz, wiederum andere treiben neben ...er Bildungsarbeit antimilitaristische Agitation, noch andere widmen sich der Bil...dung, dem Antimilitarismus und dem Lehrlingsschutz zugleich.

Gerade die Stuttgarter Konferenz[2] zeigte aber, daß trotz aller tatsächlichen nationalen Verschiedenheiten eine durchaus einheitliche Auffassung des Zweckes der sozialistischen Jugendorganisation überhaupt vorhanden war. Die Thesen der Genossin Roland-Holst über die sozialistische Jugenderziehung, die Resolution Alpári-Ungarn über den Jugendschutz, die Resolution Möller-Schweden über den Alkoholismus, die Resolution Liebknecht über den Militarismus, die in ihrer

---

[1] Die internationale Organisation der sozialistischen Jugend. Bericht des Sekretariats der internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen. Leipzig 1907. 83 Seiten. Preis 50 Pfennig. Wir erlauben uns, zur ausführlicheren Orientierung auf diese Materialsammlung hinzuweisen, deren Ergänzung das Protokoll über die Stuttgarter internationale Jugendkonferenz und die allmonatlich vom internationalen Jugendsekretariat herausgegebenen Bulletins bilden, die zum größten Teile in der „Jungen Garde" abgedruckt worden sind.

[2] Siehe den Bericht über die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen. Stuttgart 1907. 56 Seiten. Preis 20 Pfennig.

Gesamtheit diesen Zweck mit der größten Vollständigkeit und Präzision umschreibe fanden alle einstimmige Annahme. Dadurch bekundeten die Delegierten, d sie in allen Ländern die Erziehung der arbeitenden Jugend zum Klasse bewußtsein als das Hauptziel ihrer Tätigkeit auffassen, während die Wirksamk auf den Gebieten der eigentlichen Bildungsarbeit, des Lehrlingsschutzes, des An militarismus, des Kampfes gegen den schlechten Unterricht, gegen den Alkoholi mus usw. nur als Mittel zu diesem Zwecke aufgefaßt werden sollen. Auch der J halt und die allgemeinen Richtungslinien aller dieser verschiedenen Aktionsform wurden durch diese Resolutionen sehr deutlich umschrieben. Die Verschiedenheit d Zusammensetzung, Form und Taktik der Jugendorganisationen aller Länder beru also nicht etwa auf auseinandergehenden Ansichten über ihre Zwecke, sonder lediglich auf der Verschiedenheit der jedem Lande eigentümlichen Verhältnisse, u derentwillen man überall denselben Zweck auf eine andere Art zu erreichen suche muß, und zwar vor allem in der Weise, daß man sich in diesem Lande auf diesen in jenem Lande auf jenem der allgemeinen Aktionsgebiete spezialisiert — als nicht auf Konfusion, sondern auf Anpassung durch Spezialisation.

Eine solche in ihrem Bewußtsein des gemeinsamen Endziels einheitliche, selb ständige Jugendbewegung haben wir von nun an in allen Ländern mit einer en wickelten modernen Arbeiterbewegung.[1] Fast überall ist diese Bewegung sponta durch die Jugendlichen selbst ins Leben gerufen worden. Schon diese Tatsache zeig daß die Jugendorganisation einem allgemein empfundenen Bedürfnis entspricht, da es daher töricht wäre, ihr die Existenzberechtigung absprechen zu wollen.

Aber — führt sie denn nicht zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung? Sin die ausländischen Jugendorganisationen denn etwas anderes als Konkurrenzorgani sationen gegen die Partei und Gewerkschaft, Tummelplätze für allerlei Mißvergnügt und Rekrutenschulen des Anarchismus? — Sehen wir sie uns doch etwas näher an

Diejenige, die die ältesten und reichsten Erfahrungen hinter sich hat, ist di bereits 1886 entstandene Junge Garde Belgiens. Wenn man annimmt, daß de selbständigen Jugendorganisation eine natürliche Neigung innewohnt, sich de Sozialdemokratie zu entfremden und eine selbständige politische Bedeutung zu er streben, so sollte doch diese Entwicklung gerade bei den ältesten Jugendorgani sationen am meisten fortgeschritten sein. Das Beispiel Belgiens und aller andere Länder zeigt jedoch, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Wo sich in der Tat solch verkehrte Neigungen gezeigt haben, die zumeist die Form eines Ablenkens in anar chistisches Fahrwasser annehmen,* da waren sie nur vorübergehende Jugendkrank heiten der Bewegung, wie sie übrigens die Arbeiterbewegung überhaupt hat durch machen müssen, und in der Regel waren sie nur verschuldet durch die indifferent oder feindselige Haltung der älteren Genossen gegenüber den Bestrebungen de Jugendlichen. Gerade in Belgien jedoch sind solche Erscheinungen fast nicht zutage getreten — anarchistelnde Tendenzen haben sich in den Organisationen der Er wachsenen sogar häufiger gezeigt als bei den Jugendlichen! —, weil Partei und Gewerkschaft es immer verstanden haben, die Jugendlichen nicht abzustoßen oder, was auf dasselbe hinausläuft, diktatorisch zu bevormunden, sondern ihnen eine möglichst große Autonomie zu gewähren. Die Nationalföderation der Jungen Garde gehört dem Verband der Arbeiterpartei an, sie ist gleich den großen Gewerkschafts verbänden, der sozialistischen Frauenliga, dem Genossenschaftsverband usw. im Nationalrat der Partei vertreten, ihre Mitglieder sind gleichberechtigte Partei mitglieder, nur bei der Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen dürfen zumeist

---

[1] Ende 1907 hatten dem Internationalen Sekretariat der sozialistischen Jugendorgani sationen ihre Beiträge bezahlt: Belgien 7075 Mitglieder, Österreich 4200, Ungarn 800, Böhmen 5000, Deutschland 7303, Niederlande 450, Italien 4880, Spanien 1166, Bul garien 1000, Schweden 17000, Norwegen 1000, Dänemark 1400, Schweiz 500, Australien 1000 Mitglieder. Insgesamt 14 Nationen mit über 50000 Mitgliedern!

e unter 18 Jahre alten nicht mitstimmen. Solange der Vertreter der Jungen arde im Nationalrat der Arbeiterpartei am Sitze des Exekutivkomitees derselben Brüssel) wohnte, wurde er regelmäßig vom Parteitag in letzteres gewählt. Der ationalrat der Arbeiterpartei unterstützt die Organisation finanziell. Eine besondere Instanz zur Kontrolle der Jungen Garde gibt es nicht, sie untersteht lediglich e die anderen Organisationen der Erwachsenen unmittelbar der Disziplin der artei, die vom Parteitag und vom Nationalrat gehütet wird. Den örtlichen Vernden (Arbeiterföderationen), die alle Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, enossenschaften, Wahlvereine usw.) umfassen, sind die Ortsgruppen der Jungen arde ebenfalls angeschlossen. Formell ist die Junge Garde in Belgien also ein llständig gleichberechtigtes und autonomes Glied der Arbeiterbewegung.

Unsere belgischen Genossen haben sich bei dieser Einrichtung immer so gut benden, daß bei ihnen der Gedanke an die Möglichkeit einer anderen gar nicht aufmmt. Der Kommentar der belgischen Parteipresse zu dem Beschluß des Hamburger ewerkschaftskongresses hat denn auch gezeigt, daß die Anschauungen mancher utschen Gewerkschaftsführer über die Jugendorganisationen ihnen durchs unverständlich vorkommen. Die Junge Garde ist dort mit der Arbeiterwegung so innig verwachsen, daß man die eine ohne die andere einfach nicht beeifen kann. In der Tat leistet sie auch der Partei und den Gewerkschaften unätzbare Dienste. Vor allem seit der Zeit, wo der Zufluß von Kräften aus der rgerlichen Intelligenz zur Arbeiterbewegung aufgehört hat, haben die jungen ute die Notwendigkeit eingesehen, neben ihrer antimilitaristischen und sonstigen opaganda ein immer größeres Gewicht auf ihre sozialistische Bildung zu legen, e leider von den älteren belgischen Genossen von jeher gar zu sehr vernachlässigt orden ist. So ist besonders im Laufe der letzten Jahre die Junge Garde für die lgische Arbeiterbewegung immer mehr zu einem großen Reservoir neuer und ischer Kräfte geworden. Die jüngeren Gewerkschafts- und Parteifunktionäre sind st ausnahmslos aus der Jungen Garde hervorgegangen. Und gerade sie sind es, e in die Arbeiterbewegung den frischen Zug, den sie so sehr braucht, hineinbracht haben und immer mehr hineinbringen: die Zentralisationsbestrebungen in e organisatorisch noch sehr rückständige Gewerkschaftsbewegung, die marxistische enkart in die sozialistische Bewegung, in welcher bekanntlich noch immer sehr viel eoretische Konfusion herumspukt. Die Dienste, die die Junge Garde der Arbeiterwegung durch ihre antimilitaristische Agitation dadurch leistet, daß sie die Armee s Waffe für die herrschenden Klassen fast ganz unbrauchbar gemacht hat, seien er nur nebenbei erwähnt, weil eine solche Agitation in dieser Form wohl kaum einem anderen Lande möglich sein dürfte. So sieht in dem klassischen Lande der zialistischen Jugendorganisation dieser „Tummelplatz Mißvergnügter“ aus.

Einen ganz anderen Typus der Jugendorganisation weist das Land mit der eitältesten Jugendbewegung, Österreich, auf. Die Verhältnisse, die in Belgien e antimilitaristische Agitation durch die Jugendlichen notwendig und möglich achten, bestehen hier nicht, dagegen bringt die gewerbliche Rückständigkeit des ndes, wo das Kleingewerbe sich noch in einem verzweifelten Konkurrenzkampf gen den Großbetrieb zu behaupten sucht, ein besonders scheußliches Lehrlingsend mit, das in dieser spezifischen Gestalt in Belgien und den anderen Ländern it hochentwickelter Industrie fehlt. Während also Belgien typisch ist für die allmeine, überwiegend antimilitaristische Organisation der jugendlichen Arbeiter, rtritt Österreich den entgegengesetzten Jugendorganisationstypus, den der wirthaftlichen Lehrlingsorganisation. Antimilitarismus wird nur in der Form der Aufärung der Mitglieder durch Vorträge, durch die Verbandszeitung (die eine ständige ilitarismusrubrik führt) usw. betrieben, dagegen wird das Hauptgewicht gelegt f die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Lehrlinge durch Lehrlingsschutzmmissionen und politische Aktion im Verein mit den sozialdemokratischen Vertretern den öffentlichen Körperschaften. Hier scheint also die Gefahr einer Kollision mit

den Gewerkschaften am nächsten zu liegen. Aber keine Spur: die Stellung d politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation zu dem Verband d jugendlichen Arbeiter ist die denkbar freundlichste. Näher darauf einzugehen, i hier nicht notwendig nach den Darlegungen, die Genosse Winarsky in der vorige Nummer gegeben. Es sei nur noch als bezeichnend erwähnt, daß die österreichisc Gewerkschaftspresse sich über den Hamburger Beschluß durchweg abfällig geäußert ha auch die österreichische Erfahrung hat bewiesen, daß die selbständige Jugendorgan sation das geeignete Mittel zur Jugenderziehung ist!

Dem Typus des österreichischen Lehrlingsverbandes nähern sich die Jugend organisationen in Ungarn, der deutschen Schweiz und in Böhmen, wenn au besonders in den beiden letzten Ländern belgische Charakterzüge zu erkennen sin Der Charakter der jungen ungarischen Organisation ist ungefähr derselbe wie b der österreichischen, sie hat aber mit großen polizeilichen Schwierigkeiten zu kämpfe Sie ist autonom, untersteht aber der Kontrolle der Parteileitung und des Gewer schaftsrats.

Auch die schweizerische Organisation ist noch sehr jung und schwach, a ihrer Geschichte lassen sich noch keine Schlüsse der Erfahrung ziehen. Ihre Autonom ist vollständig, mit der Partei- und Gewerkschaftsorganisation steht sie nur i geistiger Verbindung. Sobald ihre Mitglieder 20 bis 22 Jahre alt sind, treten s in die Organisationen der Erwachsenen über. Daß auch hier die Gewerkschafte mit ihrer Tätigkeit einverstanden sind, zeigt das Urteil der schweizerischen Gewer schaftspresse über den Hamburger Beschluß, das in demselben Sinne ausfiel wie i Österreich.

In Böhmen besteht die Jugendorganisation, die zugleich Bildung, Lehrling schutz und antimilitaristische Agitation zum Zwecke hat, nur in der Form von lose Verbindungen, die um Agitationskomitees gruppiert sind. Ein Zentralagitation komitee, das seinen Sitz in Prag hat, leitet die Agitation. Es besteht aus Del gierten der Parteileitung, der Gewerkschaftskommission, des Arbeiterturnverband und des örtlichen Jugendagitationskomitees. Die tschechoslawischen Genossen habe diese lose Form der Organisation gewählt, weil sie allein imstande ist, die ant militaristische Agitation zu führen, die namentlich bei Gelegenheit der Rekrute musterungen, wie in Belgien, sehr eifrig betrieben wird, und auf die sie ein groß Gewicht legen. Selbstredend wird die Bewegung von Partei und Gewerkschaft i jeder Weise unterstützt, die Parteileitung zahlt sogar direkt den Beitrag für 5000 Mi glieder an die internationale Jugendverbindung.

Ganz eigentümlich ist die Lage der Jugendorganisation in Holland. Do hat die Parteileitung schon mehrmals mehr oder weniger offen versucht, ihr d Selbständigkeit zu nehmen. Sie hat zwar sachlich nichts gegen sie einzuwenden – Kompetenzübergriffe können ihr am allermindesten vorgeworfen werden, denn s ist fast ausschließlich eine reine Bildungsorganisation ohne Kampfcharakter.[2] S konstatiert aber mit Verdruß, daß die marxistische Parteiminderheit sich viel eifrig um sie kümmert, als die revisionistischen Freunde des Parteivorstandes — das Ve bandsorgan wurde bis vor kurzem, und zwar in ausgezeichneter Weise von d Genossin Roland-Holst redigiert, jetzt hat ein anderer Genosse, der für die holländisc revisionistische Orthodoxie ebenfalls ein marxistischer Ketzer ist, D. J. Wijnkoo

---

[1] Vergleiche die von mehreren deutschen Parteiblättern abgedruckte Notiz im österreichisch „Metallarbeiter“.

[2] Wo Genosse Schmidt erfahren haben mag, daß die holländische sozialdemokratis Jugendorganisation antimilitaristische Agitation treibt, ist uns ein Rätsel. Er weiß sog hinzuzufügen, daß dort Versammlungen in der Kaserne abgehalten werden. Es braucht wo nicht besonders betont zu werden, daß hiervon, übrigens ebenso in Belgien und Frankrei nicht die Rede sein kann. Wer hätte beim Genossen Schmidt eine solch „romantische Phantasi vermutet?

e Redaktion übernommen. Der Grund, weshalb die Parteileitung — die dabei ineswegs alle Parteigenossen auf ihrer Seite hat — der Jugendorganisation ohne ympathie gegenübersteht, ist dabei vor allem ihre Furcht, daß sie die marxistische endenz in der Partei verstärken könne. Es soll aber hierbei ausdrücklich betont erden, daß der Jugendverband selbst nie daran gedacht hat, sich in die Tendenz-mpfe der Partei hineinzumischen, sondern daß er sich darauf beschränkt, mit sach-chen Gründen seine gefährdete Selbständigkeit zu verteidigen.

In den romanischen Ländern trägt die sozialistische Jugendorganisation ırchweg denselben Charakter wie die belgische Junge Garde.

In Italien entstand die sozialistische Jugendföderation 1903. Die Partei heint sich nie sonderlich um sie gekümmert zu haben. Im März 1907 spaltete sie ch in eine syndikalistische und eine integralistisch-reformistische Fraktion. Diese spaltung ging weniger von den Jugendlichen aus als von älteren Genossen, die onst mit der Jugendorganisation nichts zu tun hatten, die aber ihren Fraktions-ader, der kurz zuvor schon die Partei- und Gewerkschaftsorganisation zerrissen hatte, ı die Jugendorganisation hineintrugen. Seit jener Zeit hat die Partei die Not-endigkeit eingesehen, sich mehr mit der Jugendorganisation zu beschäftigen. Die öderation integralistisch-reformistischer Tendenz hat sich der Partei angeschlossen. hre Autonomie bleibt gewährt, sie wird aber von der Partei unterstützt. Im März dieses Jahres forderte der Parteivorstand alle Parteiorganisationen auf, Ortsgruppen der Jugendföderation zu gründen und die Jugendbewegung mit allen Mitteln zu fördern. Das wöchentliche Organ der Föderation wird mit Unterstützung er Partei herausgegeben. Die Bewegung gedeiht und verspricht für die italienische Sozialdemokratie einmal dieselbe Bedeutung zu erlangen, wie die belgische Junge Garde für die Arbeiterpartei.

Auch die junge spanische Organisation hat trotz ungeheurer Schwierigkeiten chon recht bedeutende Erfolge erzielt. Sie ist als autonomer Verband der Partei ıngegliedert und leistet ihr sehr wertvolle Dienste.

In Frankreich ist die innere Zerfahrenheit und der fortgesetzte Kampf der Tendenzen in der Partei der Grund, weshalb es mit der Jugendorganisation nicht recht vorwärts will. Vor der Einigung waren den verschiedenen revolutionär-sozialistischen Fraktionen, namentlich aber der guesdistischen, selbständige Jugend-organisationen nach belgischem Muster angegliedert. Nach der Einigung aber ging ein großer Teil von ihnen zugrunde. Man fürchtete sich in der Partei davor, sie zu fördern, weil man meinte, sie würden den Kampf der Tendenzen verschärfen und das mit großer Mühe hergestellte Gleichgewicht innerhalb der geeinigten Partei zerstören. In letzter Zeit aber scheint diese Furcht allmählich zu verschwinden. Die Seineföderation der Partei hat die Notwendigkeit einer selbständigen Jugend-organisation unter der Kontrolle der Parteiinstanzen anerkannt und Schritte ein-geleitet, um die Pariser „Jeunesses" zu reorganisieren.

Sehr charakteristisch ist die Entwicklung der Jugendbewegung in den skandinavischen Ländern. Sie läuft parallel in Schweden und Dänemark und scheint auch in Norwegen ähnlich verlaufen zu wollen, und zwar etwa folgender-maßen: Eine Jugendorganisation wird gegründet nach belgischem Muster. In der Partei sieht man der Neugründung, wie gewöhnlich, mit gemischten Gefühlen ent-gegen. Die jungen Leute werden schließlich sich selbst überlassen. Ihr Groll gegen die älteren Genossen nimmt allmählich, zumal da die gemäßigten Elemente in der Partei die Oberhand haben, die Form einer Opposition gegen die Parteipolitik an. Einige Anarchisten oder Anarchosozialisten schüren diese Opposition und lenken die Organisation in anarchistelnde Bahnen. Ein Teil der jungen Leute aber hat nicht aufgehört, Sozialdemokraten zu sein, die neue Richtung gefällt ihnen nicht. Es kommt zum Krach, eine neue sozialdemokratische Organisation steht der alten, der „jungsozialistischen" gegenüber. Diesmal begreift die Partei die Situation besser, sie greift der jungen sozialdemokratischen Organisation unter die Arme. Mit Hilfe

von Partei und Gewerkschaft wächst diese der anarchosozialistischen über den Kop sie wird zu einer kraftvollen, für die Arbeiterbewegung außerordentlich wertvolle und von ihr geschätzten Jungen Garde wie in Belgien und in Österreich.

Das ist in kurzen Zügen die Entwicklung der Jugendbewegung, wie sie zuer in Schweden, dann in Dänemark vor sich gegangen ist. In dem rückständigste der drei skandinavischen Staaten, Norwegen, geht erst ihre erste Phase zu Ende der Sozialistische Jugendverband zeigt starke Neigungen, sich der Partei zu ent fremden, während gleichzeitig die sozialdemokratische Opposition gegen die anarcho sozialistischen Tendenzen in ihm immer deutlicher zutage tritt. Ob es mit Hilfe de Erfahrungen, die in den anderen Ländern gemacht worden sind, gelingen wird den Bruch zu verhindern, oder ob es notwendig sein wird, wie es der schwedisch Delegierte Gustav Möller auf der Stuttgarter Konferenz meinte, daß die jetzig Organisation in die Brüche geht und eine ganz neue sozialdemokratische Gegen organisation gegründet wird, wie in Schweden und Dänemark, darüber möchte ic mir kein Urteil erlauben. Diese norwegische Organisation, die übrigens in Stutt gart nicht vertreten war, ist nun die einzige, die in Hamburg vorgeführt werde konnte, um zu beweisen, daß die ausländischen Jugendorganisationen teilweise nicht anderes seien, als Tummelplätze Mißvergnügter. Genosse Josephsohn-Hamburg er zählte, in Christiania hätten die „Jugendlichen“ bei den Stadtverordnetenwahle sechs Sitze für sich verlangt. Ob dies zutrifft, habe ich nicht erfahren können Hätte aber Genosse Josephsohn sich die Mühe gegeben, im Protokoll der Stuttgarte Konferenz nachzulesen, was dort über die Entwicklung des norwegischen Jugend verbandes zum Anarchosozialismus gesagt wurde, so würde er wohl eingesehe haben, daß dasjenige, was er gegen diesen Verband anführte, keineswegs auf di internationale Jugendbewegung zutrifft, sondern nur auf eine lokale und momentan Entartungserscheinung außerhalb derselben.

Schweden aber lehrt uns, was eine selbständige sozialdemokratische Jugend bewegung, die in der richtigen Weise von der Partei gefördert wird, zu leisten ver mag. Der Sozialdemokratische Jugendverband hat in einigen Jahren eine außer ordentliche Stärke erreicht, mit seinen jetzt 20000 Mitgliedern, seiner musterhafte Zentralorganisation mit vier Angestellten, seiner prächtigen Monatsschrift „Fram“ die in einer Auflage von 50000 Exemplaren erscheint, seinem eigenen Verlag, de schon Hunderttausende von Büchern und Broschüren vertrieben hat. Die Organi sationsform entspricht durchaus der belgischen, nur daß sie straffer zentralisiert ist Solche Erfolge können eben nur durch eine selbständige Jugendorganisation er zielt werden, weil diese allein genug Anziehungskraft auf die Massen auszuüben vermag. Die älteren schwedischen Genossen sind mit Recht stolz auf sie — wenn auch etwas Eifersucht sich manchmal in diesen Stolz mischen dürfte, denn der Jugendverband kommt an Bedeutung der politischen Parteiorganisation beinahe gleich und er ist an manchen Orten durchgedrungen, wo noch keine politische oder gewerkschaftliche Organisation bestand. Dafür hat er aber der Arbeiterbewegung frisches Blut zugeführt. Die schwedischen Gewerkschaften insbesondere betrachten ihn als ein unentbehrliches Mittel zur agitatorischen Vorarbeit, und sie gestehen gerne ein, daß die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in Schweden in den letzten Jahren zu einem nicht geringen Teile dieser Vorarbeit des Sozialdemo kratischen Jugendverbandes zu verdanken sind.

Ganz ähnlich scheint die Entwicklung in Dänemark verlaufen zu wollen. Zwar hat der Sozialdemokratische Jugendverband, der vor noch nicht ganz zwei Jahren gegen den ins anarchistische Fahrwasser geratenen früheren „Sozialistischen“ Verband gegründet wurde, noch lange nicht die Bedeutung erlangt, wie die schwe dische Organisation. Er zählt aber bereits mehr als anderthalb tausend Mitglieder und macht gute Fortschritte. Bei den gewerkschaftlichen wie bei den politischen Organisationen begegnet er großer Sympathie. Die materielle Unterstützung wird ihm ebensowenig versagt wie die moralische. Der jüngste Parteitag nahm folgende

esolution an: „Die Partei ersucht die Gewerkschaften im ganzen Reiche, für die ildung von sozialdemokratischen Jugendvereinen zu sorgen, und diesen im weitesten mfange ihre moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren.“ Dieser Be- hluß hatte zur Folge, daß sowohl die Hauptleitung der Gewerkschaften, wie ele Verbände und Ortsgruppen in erhöhtem Maße den Jugendverband unter- ützten.

Von den Jugendorganisationen in den anderen Ländern bleibt uns wenig zu gen übrig. In Großbritannien, Bulgarien, den Vereinigten Staaten, Australien nd Argentinien bestehen sie in einer Form, die für unsere Untersuchung kein un- ittelbares Interesse bietet. Überall aber sind sie selbständig und werden sie von er Partei gefördert.

Ein besonderes Kapitel des Schmidtschen Referats war der internationalen onferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart 1907 gewidmet, er er vorgeworfen hat, daß sie „mit außerordentlichem Tamtam über politische ragen abgestimmt“ habe. Die sachliche Widerlegung der Schmidtschen Angriffe t schon zur Genüge durch die bekannte Erklärung des internationalen Jugend- ureaus und andere Zuschriften in der Parteipresse besorgt worden. Um aber zu eigen, in welch unzutreffender Weise Genosse Schmidt seine Beschuldigung der Un- eife und Selbstüberhebung erhoben hat, wollen wir nur noch abdrucken, was die enossin Roland-Holst, die auf der Konferenz den holländischen Jugendverband ertrat, über ihren Verlauf in dessen Organ „De Zaaier“ schrieb:

„Von den etwa zwei Dutzend Genossen, die der Stuttgarter Konferenz bei- wohnten, gehörten fast alle zur Arbeiterjugend selber. Die übrigen waren er- wachsene Genossen, die von der Jugendorganisation ihres Landes mit der Re- daktion ihres Organs oder mit irgend einem anderen Vertrauensposten betraut worden waren. Die meisten von uns hatten bereits eben zuvor dem Sozialisten- kongreß beigewohnt, und man hätte fürchten können, daß diese nach den An- strengungen des Kongresses und sofort nach dessem Schlusse nicht mehr die Nervenfrische haben würden, die zu neuen Kongreßarbeiten erforderlich war.

„Wer aber soll unermüdlich sein, wenn es nicht die arbeitende Jugend ist? Sie war es! Keine Spur von Ermüdung zeigte sich auf unserer Konferenz. Alle waren frisch, voller Eifer, Begeisterung und Leben, voller Freude zusammen zu beraten, voll guten Willens, zusammen ein Werk zu schaffen, das der Sache der arbeitenden Jugend nützen würde, von der ersten Stunde bis zur letzten.

„Die Sitzungen waren geschlossene. Nur einige persönlich geladene Gäste — zumeist Russen — wohnten ihnen bei. Ich finde es sehr gut, daß man diese Konferenz so einigermaßen im Verborgenen gehalten hat, mit der Bescheiden- heit, die der Jugend ziemt. Dadurch fühlten sich alle freier, alle Meinungen konnten ungehindert zutage treten. Übrigens hatte man auch politische Gründe dazu. Aber auch wenn die Sitzungen öffentlich gewesen wären, hätten wir uns ihrer nicht zu schämen brauchen, denn sie haben gezeigt, daß das internationale Proletariat stolz sein durfte auf seine „Junge Garde“, stolz auf ihren Eifer, ihren Ernst, ihr Talent und ihre Arbeitskraft.

„Man hat energisch gearbeitet, und zwischen den zahlreichen Arbeitsstunden hat man noch Zeit gefunden, einander näher kennen zu lernen im Laufe der ge- meinsamen Mahlzeiten und der schönen Abendausflüge in der Umgebung der Stadt. Der Geist, der die Beratungen beherrschte, war vorzüglich, im höchsten Grade brüderlich und lebhaft, wie es der Jugend ziemt. Die Meinungsverschieden- heiten wurden in vollkommen ruhiger und sachlicher Weise vorgetragen; im übrigen erzeugte das Bewußtsein der Einigkeit in allen wichtigen Fragen bei allen ein erhebendes Gefühl der Einheit.“

So lautet das Urteil der Genossin Roland-Holst. Alle übrigen Teilnehmer, unter denen sich mehrere befanden, die schon zahlreiche Kongresse mitgemacht hatten, äußerten sich über den Verlauf der Stuttgarter Tagung in derselben, geradezu be-

geisterten Weise. Und wenn man den Hamburger Gewerkschaftskongreß hätte voraussehen können, so würde gewiß mancher den Wunsch ausgesprochen haben, daß immer auf allen Arbeiterkongressen alle Fragen eine so gründliche, ernsthafte und der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechende Behandlung finden möchten, wie auf der Stuttgarter Jugendkonferenz.

Literarische Rundschau.

Dr. Joh. Unold, **Der Monismus und seine Ideale.** Leipzig 1908, Th. Thomas. 2 Mark.

Der Monismus ist bekanntlich eine dem religiösen Glauben entgegengesetzte, auf Naturwissenschaft und vor allem auf dem Darwinismus aufgebaute Weltanschauung für die moderne gebildete Bourgeoisie. Da ihm von seinen theologischen und reaktionären Gegnern eine materialistische, jedes Idealismus bare Gesinnung vorgeworfen wird, bemüht sich der Verfasser, der Vorsitzende des Monistenbundes, nachzuweisen, daß der Monismus auch voll von schönen Idealen ist. Wie immer, wenn ein Bourgeois Ideale und eine ideale Gesinnung breittritt, wird dieser Nachweis zu einem langen, oberflächlichen Geschwafel über Wissenschaft, Fortschritt, Entwicklung, Sittlichkeit, Menschheitskultur, deren Hauptgebot also skizziert wird: „Vor allem unausgesetzt an seiner eigenen geistigen und sittlichen Höherbildung zu arbeiten, durch sorgfältige Gattenwahl für eine leiblich und seelisch gesunde Nachkommenschaft zu sorgen und diese dann so zu erziehen, daß sie immer besser in den Stand gesetzt werde, an jenen großen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken: durch Gesundheit, Tüchtigkeit und Edelsinn ihr eigenes und das Los ihrer Mitmenschen immer besser zu gestalten und immer wertvollere Kulturleistungen hervorzubringen; das ist die Ethik des Monismus . . .“ (S. 140). Derjenige, dem dies etwas verschwommen ist, findet noch bessere Aufklärung dort, wo der Verfasser aus dem bei der Entwicklung der tierischen Organismen herrschenden Gesetz der zunehmenden Differenzierung und aus dem Kampfe ums Dasein schließt, daß nicht das höchste Glück, sondern der Fortschritt das Ziel der Menschheitsentwicklung ist; dieser Fortschritt wird nicht durch eine kommunistische Gleichheit, sondern durch eine zunehmende Ungleichheit, durch immer weitergehende Arbeitsteilung und durch möglichste Förderung der Tüchtigeren herbeigeführt werden. Nicht gleiche Bildung und gleicher Wohlstand für alle, wie die Zeit der „Aufklärung“ wünschte, denn diese würden bald zu gleicher Unbildung und gleicher Armut aller führen; sondern „Bahn frei für die Tüchtigsten!“ „Steigerung des Wettbewerbes zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit“ — die seit Haeckel allgemein bekannte quasidarwinistische Verteidigung des Kapitalismus.

Wie sich der Verfasser zu den nächsten praktisch-politischen Bedingungen, wie er sich zum preußischen „Fortschritt“ stellt, zeigt sein Entwurf zu einem preußischen Wahlgesetz, der die praktische Anwendung des monistischen Idealismus darstellt: kein allgemeines Wahlrecht, das nur einem Parteikampf um die Mehrheit Tür und Tor öffnen würde; sondern ein „organisches“ Wahlrecht, das auf ein Zusammenarbeiten aller Berufsgruppen zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes hinwirkt. Für Großgrundbesitz, Großhandel, Großindustrie, Universitäten und Kirche das Herrenhaus; für das Abgeordnetenhaus wählen die anderen Grundbesitzer 85, die Landarbeiter 30, die Industriearbeiter 65, die Handwerker 70, die Kaufleute 26, die kaufmännischen Angestellten 24, die Beamten und freien Berufe 60 Mitglieder. Hierbei passiert dem Verfechter des „Fortschritts“ leider das Unglück, daß sein Vorschlag mit festen Abgeordnetenzahlen für jede Berufsgruppe genau auf die ewige Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Gliederung zugeschnitten ist. Wunder kann dies allerdings nicht nehmen; denn wie in einer Weltanschauung für moderne Bourgeois nicht anders zu erwarten ist, ist der Fortschritt nur eine schöne Phrase, der politische Konservatismus aber praktisches Programm. A. P.

Zeitschriftenschau.

Die „Revue Socialiste“ vom Juli bringt einen Aufsatz von Bouhey=Allex
er **„Das Unterstützungsgesetz des 14. Juli 1905“** als Antwort auf den Artikel
n Jean Neybour im Märzheft (vergl. „Neue Zeit“, 24. April, S. 143). Der Autor,
r selbst an dem Zustandekommen des Gesetzes mitgearbeitet hat, nimmt es gegen
e Angriffe in Schutz. Das Gesetz schreibt eine Unterstützung der Greise und In=
lliden vor, die von den Kommunen, den Departements und dem Staate zusammen
. zahlen ist. Das Existenzminimum sollte für jede Kommune vom Gemeinderat
stimmt werden; es sollte nach dem Beschluß der Kammer zwischen den Grenzen
on 8 und 30 Franken monatlich liegen, aber der Senat stellte diese Grenzen auf
und 20 Franken fest. Das Ministerium Combes erließ ein Zirkular, worin ver=
ünftige Ratschläge zur Feststellung dieses Minimums angegeben wurden; aber dann
urde es gestürzt. Das ihm folgende Ministerium Rouvier schickte dann den Präfekten
n Zirkular, daß nur die auf 5 Franken festgesetzten Minima von der Regierung
enehmigt würden. Man braucht eben zu viel Geld für die Subventionierung von
apitalistengruppen, für Heer und Marine. Zwar mußte infolge von Inter=
ellationen die Regierung dieses Zirkular zurücknehmen, aber sie ließ die Kommunen
bsichtlich in Unsicherheit und Verwirrung, setzte als Gesamtheit der Unterstützung
est, was die Kommunen als ihren eigenen Beitrag vorschlugen, und wußte dadurch
ie loyale Ausführung des Gesetzes zu hintertreiben. In denselben Spuren wandelten
eitdem Sarrien und Clemenceau. Daß die Rente nicht an Personen kommt, die
ie nicht brauchen, dafür sorgt der Anteil, den die Kommunen selbst zu zahlen
aben; und auf dem Lande kennen die Leute einander alle. Hier ist eher eine zu
roße Härte in der Ausführung zu befürchten als eine Verschleuderung der Gelder
n Leute, die es nicht brauchen. Von einer Plünderung der Staatskasse wird man
och nicht reden können, solange für Altersunterstützung jährlich 70 Millionen, für
Militär= und Beamtenpensionen dagegen 250 Millionen und für Krieg und Marine
ährlich 1200 Millionen Franken ausgegeben werden.

„Le Mouvement Socialiste“ vom Juli beginnt eine Reihe von Studien über
die Unternehmerorganisationen und über die Arbeiterorganisationen Frankreichs. Dazu
gehört ein Aufsatz von V. Griffuelhes über **„Die Föderation der Lederarbeiter“**
(La fédération des cuirs et peaux). Während der Gebrauch des Leders für Hand=
schuhe und Pferdezeug abnimmt, für Schuhe dagegen in größerem Maße zunimmt,
verschlechtert sich die Lage der Lederarbeiter durch die Erhöhung der Arbeits=
intensität und die Einführung der Maschinen. Die Einführung der Maschinen in
die Schuhfabrikation ging der Bildung der Arbeiterorganisationen voran; diese
waren nicht imstande, die Wirkungen der maschinellen Produktion auf die Arbeiter
zu regeln, aber sie wuchsen gerade infolge des dadurch verursachten Elends empor.
Diesem Umstand ist es zugleich zuzuschreiben, daß in den Organisationen nie der
reaktionäre Gedanke auftauchte, die Maschine zu bekämpfen. Von Anfang an haben
sie in ihren Resolutionen darauf hingewiesen, daß die Maschine zur Wohltäterin
wird, wenn erst die Arbeiter über sie verfügen. Nach der Gründung 1893 wuchs
die Föderation zuerst nur äußerst langsam; es gelang ihr aber, einer weiteren Ver=
schlechterung der Lebenslage entgegenzuwirken. Der Artikel teilt die Resolutionen
über den Generalstreik und den Antimilitarismus mit, die die Auffassungen der
Gewerkschaft darüber zeigen; dagegen fehlt eine ausführliche Übersicht über das
Wachstum der Mitgliederzahl, ihr Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter und die
Finanzverhältnisse. Darüber wird nur mitgeteilt, daß die Zahl der Mitglieder
jetzt 9000 ist, die über 63 Abteilungen verteilt sind, und daß der Beitrag, der auf
jedem Kongreß erhöht wurde und wohl noch weiter erhöht werden wird, jetzt
25 Centimes (20 Pfennig) monatlich pro Mitglied beträgt.

A. Picart behandelt **„Die Aussperrung der Pariser Maurer“**. Am 12. Juni
1906 mußten die Pariser Maurer resultatlos ihren Streik beendigen. Sie begannen

dann eine neue Taktik, die der passiven Resistenz: die Arbeiter regelten ihre Pr
duktion nach den Leistungen der Schwächsten unter ihnen und hielten alle vo
handenen Vorschriften bei der Arbeit peinlich ein. Die Gehilfen forderten zu Begin
der Arbeit höheren Lohn, und wenn sie abgewiesen und andere angenommen wurde
machten diese es ähnlich, so lange, bis der Unternehmer nachgab. Durch diese
Kleinkrieg von Baustelle zu Baustelle wußte man die Meister mürbe zu machen un
die Forderungen durchzusetzen, die früher abgewiesen wurden. Die Unternehm
sannen jetzt auf Mittel, die Gewerkschaft zu unterdrücken. Anfangs 1907 wurd
ein Unternehmerverband gegründet, der sofort durch Annoncen in den Provinz
blättern gefügige Arbeitskräfte nach Paris zu locken versuchte. Sie bereiteten ein
Aussperrung vor, schoben die Inangriffnahme neuer Bauten auf, und bei den Unter
handlungen mit der Gewerkschaft wollten sie dieser einen Kontrakt aufzwingen, de
alle Errungenschaften der letzten Jahre rückgängig machte. Am 4. April 1907 fin
dann die Aussperrung an. Aber schon am 11. April wurde sie wieder aufgehober
Eine Anzahl kleinerer Meister wollte nicht nach der Flöte der großen tanzen; ein
Anzahl Architekten und Grundbesitzer wendeten sich gegen die Aussperrung un
überlegten, ob die großen Unternehmer nicht auszuschalten wären. So schlug de
Versuch der Unternehmer fehl; aber es war auch kein Sieg der Arbeiter. Die alt
Taktik, die Gewerkschaftsmitglieder durch Provinzler zu ersetzen, dauert fort. Di
Konsolidation des Unternehmerverbandes geht zugleich weiter; und da die Maurer
meister immer mehr kapitalistischen Unternehmern Platz machen, wächst den Ar
beitern ein immer stärkerer, besser organisierter Feind empor, mit dem sie noch vie
schwerere Kämpfe zu führen haben werden.

Gabriel Beaubois behandelt **„Den achten Kongreß der Postbeamten“**. Di
Postbeamten sind der Gewerkschaftszentrale angeschlossen. Dadurch kamen sie i
Streit mit der Regierung Clemenceau-Briand-Viviani, die die Arbeiterorganisatione
überall verfolgte, und den Postbeamten, weil sie Staatsbeamte seien, das Recht ab
sprach, einer „staatsfeindlichen“ Organisation anzugehören. Das Merkwürdige dabe
war, daß Briand und Viviani selbst, vor ihrer Ministerschaft, die Koalitionsfreihei
der Beamten verteidigt hatten. Jetzt werden die Führer vor ein Disziplinargerich
gestellt, ganz nach preußischem Muster, und gemaßregelt. Das hat jedoch die Ge
werkschaft der Postbeamten nicht gebrochen. Sie können zwar aktiv nicht viel tun
aber sie halten fest an ihrer Zusammengehörigkeit mit den anderen Arbeitern
bringen Gelder für die Gemaßregelten zusammen und fahren fort, schonungslos di
Mißbräuche der Postverwaltung aufzudecken und Vorschläge zur Verbesserung zu
machen.

In der holländischen Zeitschrift „De Nieuwe Tijd“ bringt die Genossin
M. Wibaut einen Aufsatz über **„den internationalen Amsterdamer Kongreß des
Weltbundes für Frauenwahlrecht“**. Auf diesem Kongreß wurde klar ausgesprochen
daß dieser Weltbund sich trotz der Neutralitätsbezeugungen, ganz auf den Stand-
punkt der Bourgeoisie stellt und dem proletarischen Kampfe für allgemeines Frauen-
wahlrecht feindlich gegenübersteht. Schon durch monarchische Kundgebungen bei
der Eröffnung wurden die proletarischen Wortführer zurückgewiesen. Der Theorie
nach wollte der Bund überall das bestehende Männerwahlrecht auf die Frauen
ausdehnen; in der Praxis begeisterte der Kongreß sich für „das Land der Befreiung
der Frauen“, Norwegen, wo ein beschränktes Damenwahlrecht neben dem allgemeinen
Männerwahlrecht eingeführt wurde. Und die Präsidentin, Frau Chapman Catt
aus Amerika, sagte, daß das allgemeine Wahlrecht mit seinen Millionen Neger-
und Auswandererstimmen durch das Frauenwahlrecht gereinigt werden sollte. Die
Bourgeoisie nimmt zu diesem Streben nach Frauenwahlrecht eine immer sym-
pathischere Haltung ein, während das Proletariat in dem Kampf für das allgemeine
Frauenwahlrecht jetzt allein steht.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Band Nr. 49 Ausgegeben am 4. September 1908 26. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Budgetbewilligung.

Von **K. Kautsky.**

1. Der Disziplinbruch.

Den Mittelpunkt der Beratungen des Nürnberger Parteitags wird wohl er Zankapfel bilden, den einige unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten ırz vor dessen Zusammentritt in unsere Reihen geworfen haben. Der Partei- ıg wird damit vor eine Alternative höchst unerfreulicher Art gestellt. Er muß ıtweder die Aktion der drei größten süddeutschen Landtagsfraktionen energisch ıißbilligen oder einen Parteibeschluß und die Parteivertretung desavouieren.

Freilich, manche süddeutschen Genossen erwarten, es werde keines von eidem geschehen, man werde eine „vermittelnde" Resolution annehmen, die) vag ist, daß sie jeder in seinem Sinne auslegen kann, oder von jedem Be- hluß absehen. Anders ist kaum die Bemerkung der Stuttgarter „Tagwacht" u verstehen:

> „Wir haben nun richtig wieder vor dem Parteitag einen ‚Fall', der zum Er- ötzen der Gegner uns wochenlang beschäftigen und schließlich mit einem Kom- romiß endigen wird" (13. August).

Für unsere süddeutschen Parteiorgane besteht das Verwerfliche des Falles onderbarerweise nicht in dem „Fall" selbst, sondern in seiner Kommentierung. Venn man sie hört, fühlt man sich an die Maxime so mancher Regierungen rinnert, die von ihren Untertanen verlangen: „Zahlen und Maulhalten". So fordern jetzt die Verfechter der Budgetbewilligung von den Genossen gegen- iber den Abgeordneten: „Wählen und Maulhalten". Natürlich ist man zu thisch-ästhetisch, um sich eines so schlechten Tones zu bedienen. Die Regie- ungen geben ihrer Forderung an die Untertanen den schönen Namen „Patrio- ismus", und die Forderung an die Genossen tritt auf als das Verlangen ıach „Parteifrieden".

Das Wort hat einen bestechenden Klang. Diesmal aber dürfte seine Wir- ung versagen. Und auch die Erwartung der „Tagwacht" dürfte nicht in Er- üllung gehen, daß die Nürnberger Verhandlungen über die Budgetbewilligung vie das Hornberger Schießen ausgehen. Die Masse der Genossen allenthalben

fühlt denn doch, daß die Situation zu ernst ist. Gelingt es dem Nürnberger Parteitag nicht, eine entschiedene und klare Entscheidung zu fällen, dann gestattet er stillschweigend, daß Parteitagsbeschlüsse für Süddeutschland wegen seiner „Eigenart" nicht gelten, er macht die Bahn frei für eine Entwicklung, die sicher noch keinem unserer süddeutschen Genossen als bewußte Absicht vorschwebt, die aber durch die Logik der Tatsachen auf eine Trennung der deutschen Sozialdemokratie in zwei Parteien hinausliefe, ähnlich der der deutschen bürgerlichen Demokratie, die neben der Fortschrittspartei und ihren Nachfolgern noch die süddeutsche Volkspartei aufweist. Ginge der Parteitag einer klaren Entscheidung durch eine „vermittelnde", einstimmig angenommene Resolution aus dem Wege, so stellte er damit aber auch einen Freibrief für alle Abgeordneten aus, Parteitagsbeschlüsse zu mißachten und sich über und außerhalb der Parteidisziplin zu stellen.

Es wäre die Anbahnung von Zuständen, wie sie in Frankreich und Italien Parlamentarier herbeiführten, denen die hier in Frage kommenden süddeutschen Abgeordneten und deren Freunde stets große Sympathien entgegengebracht haben; die Anbahnung von Zuständen, die in den genannten Ländern die schlimmste Desorganisation der Partei nach sich zogen.

Das deutsche Proletariat legt zu großen Wert auf seine Disziplin und Geschlossenheit, als daß es diese Beispiele nachahmen wollte. Es wird die Ansätze dazu im Keime ersticken.

Die „Tagwacht" wird wohl an die württembergische Fraktion denken, die im vorigen Jahre das Budget bewilligte und doch einem mißbilligenden Votum entging. Dieser „Fall" wird es auch gewesen sein, der Badensern und Bayern den Mut gab, ihn nachzuahmen.

Der Fall beweist aber bloß, daß wir wegen unserer „Ketzerriecherei" so geschmähten „Großinquisitoren" immer noch viel zu gutmütig sind.

Wenn der württembergische Fall im vorigen Jahre keinen strengen Tadel fand, so offenbar deshalb, weil man in ihm eine vereinzelte Entgleisung sah, deren Korrigierung man ohne große Staatsaktion dem Landesparteitag überlassen könne. Diese Korrektur unterblieb, aber die württembergische Fraktion braucht auf ihren Erfolg dabei nicht besonders stolz zu sein. Sie fand es nötig, in höchst wenig parteigenössischer Weise auf den Parteitag den stärksten Druck auszuüben, indem sie erklärte, eine Mißbilligung der Budgetbewilligung sei für sie unannehmbar, das heißt mit anderen Worten, würde für sie ein Grund, ihre Mandate niederzulegen.

Diesmal liegt die Situation aber doch anders.

Wollten die süddeutschen Abgeordneten dem Parteitag für den Fall ihrer Desavouierung mit der Mandatsniederlegung drohen, würden sie sich nur lächerlich machen. Sind sie es doch oder ihre Freunde, die an den Parteitag appellieren! Wollten sie gleichzeitig dem Parteitag die Pistole auf die Brust setzen, so erinnerten sie zu lebhaft an jenen heißblütigen Maler, der einen eben gekommenen Freund mit den Worten empfing: „Nun, wie findest du mein neuestes Bild? Sage mir ganz ohne Rückhalt deine Meinung. Eben war der Müller da, er meinte, diesmal hätte ich mich verhauen. Der Esel! Ich habe das Rindvieh sofort hinausgeschmissen!"

Andererseits kann man diesmal nicht mehr von einem vereinzelten Falle reden, einem übereilten Beschluß, der sich nicht so leicht wiederholen werde. Jetzt haben wir es mit einem wohlerwogenen Vorgehen zu tun und einem

lchen, das unter recht wenig kameradschaftlichen Formen vor sich ging, die rke separatistische Gelüste verraten. Die süddeutschen Abgeordneten be-rachen sich darüber in geheimer, nicht bloß geschlossener Sitzung. Sicher hat de Körperschaft das Recht, Interna in geschlossener Sitzung zu beraten, aber it wann bilden die Landtagsabgeordneten der vier süddeutschen Fraktionen isammen eine geschlossene Körperschaft? Haben die Landtagsabgeordneten meinsame Angelegenheiten zu besprechen, so sind das solche, die die nord-eutschen ebenso angehen wie die süddeutschen. Seit wann aber gehört die udgetbewilligung zu den gemeinsamen Angelegenheiten, die die süddeutschen bgeordneten in corpore interessieren, die übrige Partei aber nichts angehen? Jenn jede Landtagsfraktion selbständig ist und das Recht hat, dem Partei-orstand die Tür vor der Nase zuzuwerfen, warum das Bedürfnis der Badenser, ch mit den Bayern und Hessen über ihre Fraktionssache auseinanderzusetzen? nd warum sollen die Hessen von der bayerischen Eigenart mehr verstehen ls etwa die Thüringer oder Sachsen? Endlich dann gar noch das Gerede on der „Berliner Zentralinstanz", die sich in süddeutsche Angelegenheiten icht einzumengen habe!

Und das alles, um ein Vorgehen anzubahnen und zu decken, das von der Nasse der Genossen als eine Verhöhnung eines Parteitagsbeschlusses be-rachtet wird.

Die Budgetbewilliger und ihre Freunde berufen sich auf das Organisations-atut, in dem von einer Überwachung der Fraktionen durch den Vorstand ichts stehe, sowie auf den Wortlaut der Lübecker Resolution, der Ausnahmen ulasse. Jede Fraktion habe das Recht, diesen Satz so auszulegen, wie es ihr ut dünke.

Parteitagsbeschlüsse sind jedoch keine Staatsgesetze. Der Staat ist eine Zwangsinstitution, seine Gesetze haben den Zweck, einzelnen Individuen und Klassen seinen Willen aufzuzwingen. Angesichts der großen sozialen und per-sönlichen Interessengegensätze in der bestehenden Gesellschaft gibt es stets Inter-ssen, die durch ein Gesetz verletzt werden und die daher alles aufbieten, jede Lücke, jede ungenaue Wendung im Gesetz herauszufinden, um ihm zu entschlüpfen.

Die Partei ist keine Zwangsinstitution, sondern eine Vereinigung Gleich-esinnter zur Erringung gleicher Ziele. Ihre Beschlüsse haben nur den Zweck, n zweifelhaften Fällen den Genossen zu zeigen, wie die Mehrheit denkt, um ene Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Handelns zu ermöglichen, ohne die ie Kräfte der Kämpfenden sich zersplittern und ihre Bestrebungen zuschanden werden. Da genügt es, daß die Beschlüsse klar genug sind, um den Willen er Mehrheit erkennen zu lassen.

Was die Mehrheit des Lübecker Parteitags wollte, daran kann kein Zweifel ein, namentlich nach der Begründung, die der Verfasser des angenommenen Antrags, Bebel, diesem gegeben, und angesichts der Vorgänge, die den Antrag veranlaßt hatten. Er wurde auch allseitig richtig verstanden, da die süd-deutschen Genossen hinfort bis vor kurzem von jeder Budgetbewilligung ab-sahen. Sollten sie aber jetzt plötzlich wirklich in Zweifel darüber geraten sein, wie der Lübecker Beschluß aufzufassen sei, hätten sie erst recht die Pflicht ge-habt, sich darüber mit dem Parteivorstand auseinanderzusetzen. Wenn sie da-gegen den Lübecker Beschluß einer rabulistischen Auslegung unterziehen und mit ihrem Vorgehen, das sie auf diese Auslegung stützen, Partei und Partei-vorstand überrumpeln, weil das Organisationsstatut derartiges nicht aus-

drücklich verbietet, so handeln sie der Mehrheit der Partei und ihrer Vertretung gegenüber nicht wie Genossen, sondern wie Prozeßgegner.

Und wozu das? Lag der geringste Anlaß zu der Befürchtung vor, die Interessen des Proletariats könnten geschädigt werden, wenn die betreffenden Fraktionen wieder das Budget ablehnten, wie sie es bisher schon so oft getan, wobei sie und unsere Sache gleich gut gediehen waren? Was war plötzlich eingetreten, das eine solche unerwartete Schwenkung ohne vorherige Befragung der Partei rechtfertigen konnte?

Die Argumente, die von seiten der Budgetbewilliger vorgebracht werden, sind nur Ausflüchte oder Entschuldigungen; irgend einen zwingenden Grund, gerade diesmal für das Budget stimmen zu müssen, enthält keines.

2. Staat und Proletariat.

Die Lübecker Resolution erklärt, daß eine Zustimmung zu dem Budget nur ausnahmsweise, aus zwingenden Gründen geschehen dürfe. Daraus schließen die Verteidiger der Budgetbewilligung, daß sie keine Frage des Prinzips, sondern bloß eine solche der Taktik sei, denn ein Prinzip lasse keine Ausnahmen zu.

Wir brauchen uns hier nicht in die etwas scholastische Frage zu vertiefen, wo das Prinzip aufhört und die Taktik anfängt. Sicher ist es, daß unsere Taktik nichts anderes ist als die Anwendung bestimmter, bleibender Grundsätze auf wechselnde Situationen. Mit einer Veränderung der Situation muß auch eine Veränderung der Taktik eintreten, bei allem Wechsel muß sie aber eine einheitliche, stets von den gleichen Grundsätzen getragene sein.

Der Grundsatz, von dem wir in der Frage der Budgetbewilligung auszugehen haben, ist unsere Auffassung vom Staate. Wir betrachten ihn als ein Organ der Klassenherrschaft, die Regierungen als die Kommis der herrschenden Klassen. Darin unterscheiden wir uns von den Staatssozialisten, die im Staate eine über den Klassen schwebende unparteiische Macht erblicken, dagegen berühren wir uns in unserer Auffassung des Staates mit den Anarchisten. Aber während diese schließen, wir hätten uns abseits vom Staate zu halten, jede Berührung mit ihm zu vermeiden, erklären wir das für unmöglich. Und ebensowenig halten wir es für möglich, ihn einfach durch ein unpolitisches Wirken aufzuheben. Unsere Aufgabe sehen wir vielmehr darin, die Staatsgewalt zu erobern, sie aus einem Organ der besitzenden Klassen in eines der besitzlosen, aus einem Organ der Unterdrückung in eines der Befreiung zu verwandeln.

Von diesen Grundsätzen aus haben wir unsere Stellung zum Staatsbudget zu betrachten. Da der Staat eine Festung ist, die wir erobern wollen, dürfen wir ihr während der Belagerung nicht selbst Proviant zuführen, und da wir möglichst große Massen der Bevölkerung zum Sturme auf diese Festung mobil machen wollen, müssen wir alles vermeiden, was ihr den Glauben beibringen könnte, sie hätte von der jetzigen Besatzung Gutes zu erwarten.

Aus beiden Gründen müssen wir den bestehenden Regierungen ausnahmslos das Budget verweigern.

Wie verhält es sich dann aber mit den Ausnahmen, von denen die Bebelsche Resolution spricht? Wenn man sie genau betrachtet, wird man finden, daß sie tatsächlich gar keine Ausnahmen von dem hier auseinandergesetzten Grundsatz darstellen.

Bebel wies in Lübeck darauf hin, daß er zwei Fälle im Auge hatte, als : den Satz vorschlug, ausnahmsweise solle eine Zustimmung zum Budget ılässig sein. Der eine Fall ist folgender:

„Im Gothaer Landtag sitzen neun Genossen von uns und zehn Gegner. Nehmen ir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt! Dann verlangen wir selbst-erständlich, daß unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach rer Auffassung gestalten, und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen."

Das ist sicher unbestreitbar, nur glaube ich, braucht man diesen Fall nicht ls Ausnahme von der Regel hinzustellen. Die Regel bezieht sich selbst-erständlich nur auf Budgets, die von gegnerischen Majoritäten gemacht, egnerischen Regierungen bewilligt werden. Sitzen wir einmal in der Festung rin, müssen wir sie auch verproviantieren. Was hier als Ausnahme er-heint, ist tatsächlich unser politisches Ziel. Wir verweigern nicht das aatliche Budget, weil es ein Budget, sondern weil es ein Budget unserer Gegner ist. Aber wir streben überall nach der politischen Macht, nach einem Zustand, in dem wir das Budget nicht nur bewilligen dürfen, sondern sogar ıüssen; nach einem Zustand, in dem die Budgetbewilligung durch uns feste Regel wird.

Eine Ausnahme von dem Grundsatz, daß wir der Staatsgewalt die Mittel erweigern müssen, solange sie in den Händen der Ausbeuter des Proletariats egt, ist damit nicht gegeben.

Und nun der andere Fall. Er wird durch die eigentümliche Steuertechnik ıancher deutschen Vaterländer veranlaßt. Dieser Fall, der zum Beispiel in Hessen schon eintrat, „ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget allen kann und ihnen ein ungünstigeres aufgehalst wird, wenn unsere Ge-ossen nicht für das erstere stimmen".

Das ist wohl so zu verstehen, daß das alte Budget von selbst in Kraft ritt, wenn ein neuvorgeschlagenes keine Annahme findet. Auch dieser Fall ildet keine Ausnahme von der Regel, denn hier handelt es sich tatsächlich icht um eine Budgetbewilligung. Diese setzt doch das Recht der Budget-erweigerung voraus. Das besteht aber in dem gegebenen Falle nicht. Hier andelt es sich nicht darum, ob man das Budget bewilligen oder ablehnen oll, sondern darum, welches von zwei Budgets man vorziehen soll. Selbst-erständlich das kleinere Übel.

Eine besondere Ausnahme für diese eigenartige Situation zu statuieren, ist ganz überflüssig. Niemand unter uns ist so verbohrt, eine Zwangslage, wie ie angegebene, nicht zu begreifen.

So verwirft unsere Partei zum Beispiel auch prinzipiell jeden Lebens-nittelzoll. Trotzdem stimmte unsere Reichstagsfraktion den Caprivischen Handels-erträgen zu, die einen Getreidezoll von 3,50 Mark festsetzten. Kein ernsthafter Politiker warf ihr deshalb einen Verrat an ihren Grundsätzen vor. Bei jenen Abstimmungen stand eben nicht die Beseitigung jeglichen Getreidezolls in Frage, ondern nur die seiner Herabsetzung von 5 Mark auf 3,50 Mark. Stimmten ınsere Vertreter 1893 bei der Entscheidung über den rumänischen Handels-ertrag gegen den Satz von 3,50 Mark, so verhalfen sie damit dem alten Satze von 5 Mark zu weiterem Bestehen.

Der Schlußsatz der Lübecker Resolution kann daher ganz ruhig gestrichen verden, ohne daß die Genossen, die mit einem der beiden erwähnten Fälle zu un bekommen sollten, dadurch in Verlegenheit gebracht würden. Weder der

eine noch der andere bedingt ein Abweichen von unserem Grundsatz, daß wi
dem Staate, solange er ein Kommis der besitzenden Klasse ist, das Budge
verweigern, wo wir die Möglichkeit dazu haben. Der eine Fall setzt ein
völlige Wandlung des Staates voraus, der andere ein Fehlen des Rechtes
jedes Budget abzulehnen.

3. Die süddeutsche Eigenart.

Nun meinen freilich manche Genossen, die deutschen Einzelstaaten machter doch eine Ausnahme, seien ganz eigenartige Gebilde, wie man sie in der übriger Welt nicht wiederfinde. Es sei richtig, der heutige Staat stelle eine Organisation zur Niederhaltung der arbeitenden Klassen dar, aber er sei das doch nicht ausschließlich. Der Staat habe seine schlechten und seine guten Seiten; er sei nicht bloß Unterdrücker, sondern auch Kulturträger, der Schulen, Spitäler, Museen erhalte, Eisenbahnen, Landstraßen, Kanäle, Häfen baue usw. Im Deutschen Reiche aber seien die Verhältnisse so eigenartig, daß die schlechten Seiten des Staates vom Reichstag kontrolliert würden, seine guten von den Einzellandtagen. Sei also das Reichsbudget abzulehnen, so keineswegs das Landtagsbudget.

Es gibt sicher keine Einrichtung, bei der man nicht eine gute Seite herausfinden könnte. Aber Marx hat schon hohnvoll darauf hingewiesen, zu welchen Unsinnigkeiten man kommt, wenn man vermeint, willkürlich die guten von den schlechten Seiten trennen zu können. Er zeigte, daß man, wenn man wollte, auch der Sklaverei eine gute Seite abgewinnen könne, worauf Schippel bekanntlich ja aus Marx einen Verfechter der Sklaverei machte.

Es ist eine der sonderbarsten Illusionen, zu glauben, daß die Einzelstaaten Deutschlands durch die Reichsgründung ihren Charakter als Herrschaftseinrichtungen, als Mittel der Klassenherrschaft verloren hätten. Sie hätten vollständig aufhören müssen, Staaten zu sein, hätten vollständig bloße Provinzen des einen Staates werden müssen, ohne jede besondere Regierung, wenn sie einigermaßen diesen Charakter verlieren sollten.

Gewiß ist eine Arbeitsteilung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten eingetreten, aber dabei sind die Aufgaben der Niederhaltung des arbeitenden Volkes viel mehr den letzteren zugefallen als dem Reiche. Ein Republikaner und Freidenker könnte weit eher dem Reichsbudget zustimmen, das keine Zivilliste und kaum Kultusausgaben kennt (außer etwa für Militärgeistliche), als den Etats der Einzelstaaten, die sehr schwer damit belastet sind. Dem Reiche fällt hauptsächlich die äußere Politik zu, die Vertretung des Reiches nach außen sowie seine Verteidigung gegen den äußeren Feind, Aufgaben, von denen viele Leute glauben, daß sie allen Klassen einer Nation gemeinsam sind.

Dagegen Kirchenwesen, Polizei, Zuchthäuser usw., sie gehören zum Ressort der Einzelstaaten; auch die Verfügung über das Militär gegen den „inneren Feind" steht nicht der Reichsregierung zu, sondern den Einzelregierungen. +)

Endlich ziehen die Einzelstaaten weit größere Summen aus der Ausbeutung von Arbeitern wie das Reich, das nur die Reichspost und die paar Reichseisenbahnen dazu benutzen kann. Wie viel ausgedehnter sind dagegen die Eisenbahnnetze der größeren Einzelstaaten, und wie bedeutend fallen für manche von ihnen noch Bergwerke, Wälder und anderer Domänenbesitz finanziell in die Wagschale! In Bayern bilden die Einnahmen aus den Staatsbetrieben, also aus der Ausbeutung der Staatsarbeiter, fast die Hälfte der Staatseinnahmen

+) 1894 Chicago: Altgeld & Cleveland

Wir machen uns anheischig, auf jeden Grund, der für die Bewilligung der Landesbudgets ins Feld geführt wird, zwei ebenso triftige für die Bewilligung des Reichsbudgets vorzubringen.

Natürlich beweisen die einen ebensowenig wie die anderen; das Reich kann ebensowenig wie die Einzelstaaten den staatlichen Charakter verleugnen; sie dienen alle den gleichen Zwecken, wenn auch mit verschiedenen Mitteln und auf besonderen Gebieten. Und um dieser gleichen Zwecke willen muß man ihre Budgets, ihre Kraftquellen, in gleicher Weise behandeln.

Andere Verfechter der süddeutschen Budgetbewilligung legen auch auf diesen Punkt kein Gewicht. Sie sehen die Eigenart ihrer Landtage nicht im Unterschied der Einzelstaaten vom Reiche, sondern in dem Unterschied zwischen Süd und Nord. Der Süden sei weiter fortgeschritten, in ihm herrsche mehr Freiheit, und darum müsse die Taktik dort eine andere sein. Was im preußischen oder sächsischen Landtag selbstverständlich, sei völlig unangebracht in einem süddeutschen.

In dieser Behauptung steckt ein Körnchen Wahrheit, aber ein sehr kleines. Daß das Proletariat in Süddeutschland mehr Bewegungsfreiheit und staatsbürgerliche Rechte besitzt und die Sozialdemokratie in den Landtagen anständiger behandelt wird, kann man wohl zugeben. Wenn das bewirkt, daß auch auf unserer Seite ein weniger schroffer Ton angeschlagen wird, so wird sich dagegen kaum etwas einwenden lassen. Aber von einem höflichen Tone bis zur Budgetbewilligung ist ein weiter Schritt, den zu gehen das bißchen mehr Freiheit in keiner Weise zwingt.

Die Freiheit ist ein sehr relativer Begriff. Wenn man überall, wo man „mehr Freiheit" hat als in einem anderen Lande, das Budget bewilligen müßte, dürfte es nirgends verweigert werden; denn das reaktionärste Land mit einem Parlament, das Budgets bewilligen und ablehnen darf, besitzt immer noch „mehr Freiheit" als ein ganz absolutistisch regiertes Land. Dann müßten auch die preußischen Sozialdemokraten das Budget bewilligen, weil sie „mehr Freiheit" haben als die Russen. Am Ende könnte man auch noch die Erwartung, welche die „Fränkische Tagespost" der bayerischen Budgetbewilligung entgegenbringt, auf eine preußische ausdehnen, sie werde „aufstachelnd" auf den Zaren wirken, seinem Volke ebensoviel Freiheit zu geben, wie sie Preußen hat, und eine „*äußerst wirksame* politische Demonstration gegen jene Staaten bilden, die noch nicht die bescheidensten Ansätze zu einer besseren Entwicklung zeigen".

Sucht man einen Maßstab dafür, ob die Sozialdemokratie eines Landes mit seiner Staatsgewalt zufrieden sein darf oder nicht, so ist er nicht in dem Vergleich mit anderen Staaten zu suchen, die das Proletariat noch ärger kujonieren, sondern nur in den Bedürfnissen des Proletariats selbst. Jede Staatsgewalt ist zu bekämpfen, welche diesen Bedürfnissen nicht entspricht. Und eine Staatsgewalt braucht dem Proletariat deswegen nicht weniger gefährlich zu sein, weil sie ihr Herrschaftsgeschäft in urbanere Formen kleidet.

Die französische Republik ist sicher noch ein freieres Land als die bayerische Monarchie, und der regierende französische Radikalismus sicher kein schlimmeres Regime als die bayerische Pfaffenherrschaft. Trotzdem lehnen unsere französischen Genossen das Budget ab, und mit Recht.

In der Erklärung, durch welche die bis dahin feindlichen Fraktionen des französischen Sozialismus ihre Einigung bekräftigten (Dezember 1904), heißt es:

„Die sozialistische Fraktion im Parlament hat der Regierung alle Mittel zu verweigern, die die Herrschaft der Bourgeoisie sichern und sie am Ruder erhalten; sie muß daher alle Forderungen für den Militarismus, für koloniale Eroberungspolitik und für Geheimfonds verweigern und das Gesamtbudget ablehnen. Sollten außergewöhnliche Umstände ein Abgehen von dieser Regel erheischen, darf die Fraktion nicht ohne Zustimmung der Partei vorgehen.“

Regelmäßig stimmen in Frankreich die geeinigten Sozialisten gegen das Budget. Dafür stimmen von den als Sozialisten gewählten Abgeordneten nur Renegaten und Deserteure, denen die Freiheit der Meinungsäußerung, des Kuhhandels und des Prinzipienverrats höher steht als die Parteidisziplin und der Wille des organisierten Proletariats.

Der politische Unterschied zwischen Süd und Nord, das bißchen mehr politische Gemütlichkeit im Süden, rechtfertigt daher keineswegs die Budgetbewilligung im Süden. Aber freilich, wenn auch keine Rechtfertigung, so bietet er doch die psychologische Erklärung für sie.

Die Mehrheit unserer süddeutschen Parlamentarier und ihrer Freunde lebt in dem Wahne, Süddeutschland sei höher entwickelt als Norddeutschland. Die Norddeutschen seien Barbaren mit barbarischen Kampfmethoden. Diese mögen einem rückständigen Lande wie Preußen angepaßt sein, für Kulturländer wie die süddeutschen Staaten paßten sie nicht. Es sei aber verkehrt, daß das rückständige Land, weil es die Mehrheit besitze, dem höher entwickelten seine veralteten Kampfesmethoden aufzwingen wolle. Schlimm genug, daß die Norddeutschen von den Süddeutschen nicht lernen wollen, wie man fruchtbringende, positive Arbeit leistet, aber zum wenigsten dürften diese doch verlangen, daß sie dabei nicht gestört werden. Und ihr Beispiel komme der Gesamtpartei zugute, denn stets ist es das höher entwickelte Land, von dem das rückständige lernt und seine Methoden des Arbeitens und Kämpfens nimmt.

Dieser Gedankengang ist sehr schön, aber er steht und fällt mit der Behauptung, daß der Süden Deutschlands höher entwickelt sei als der Norden. Worauf stützt sich diese? Offenbar auf die größere politische Gemütlichkeit oder „Freiheit“ in Süddeutschland. Aber nichts irriger als der Glaube, das höher entwickelte Land sei auch stets das freiere. Die alte bürgerliche Geschichtsschablone setzt wohl an den Anfang der historischen Entwicklung den Despotismus und meint, von da an marschiere die Menschheit geradlinig der Demokratie entgegen, aber so einfach ist der Geschichtsverlauf nicht.

Am Anfang der Entwicklung steht vielmehr die Demokratie. Das Aufkommen der Klassengegensätze führt zum Aufkommen der Staatsgewalt, die je nach dem Charakter der herrschenden Klassen die mannigfachsten Formen annehmen kann. Wo ein Gleichgewichtszustand zwischen den verschiedenen Klassen eintritt oder wo die herrschenden Klassen zu unfähig oder zu faul werden, um die Arbeit des Regierens selbst zu leisten, aber keine der beherrschten Klassen die Kraft hat, die Staatsgewalt zu erobern, da nimmt diese leicht den Charakter des Absolutismus eines Herrschers an, der sich auf Berufssoldaten und Bureaukraten stützt.

So finden wir im Römerreich auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung nicht den Fortschritt von Absolutismus zu Demokratie, sondern umgekehrt deren Überwindung durch den Cäsarismus. Und später ging in Westeuropa das Aufkommen des Absolutismus Hand in Hand mit dem Aufkommen der Bourgeoisie. Erst als der industrielle Kapitalismus eine bestimmte Höhe erreicht

hatte, wurden manche Schichten der Bourgeoisie gegen den Absolutismus rebellisch, der den Feudaladel stützte und dadurch die kapitalistische Entwicklung hemmte. Wer dieses Stadium der Geschichte als die Gesamtgeschichte betrachtet, der kann allerdings sagen, daß ihr Gang vom Despotismus zur politischen Freiheit geht. Aber die höchstentwickelten Staaten unserer Zeit sind bereits in ein neues Stadium eingetreten, infolge des Erstarkens des Proletariats und der Abschwächung des Gegensatzes zwischen industrieller Bourgeoisie, Finanzkapital und Großgrundbesitz, die immer mehr identische Interessen bekommen. In den höchstentwickelten Stadien wird der Bourgeoisie die Demokratie immer unbequemer; sie braucht diese nicht, um die Staatsgewalt zu beherrschen, die ihr ohnedies untertan ist. Die Demokratie kann da nur noch Mittel sein, und wird es immer mehr, die politische Organisation und Machtentfaltung des Proletariats zu fördern — des Todfeindes der kapitalistischen Ausbeutung.

In den höchstentwickelten Staaten sehen wir daher ein Stocken der demokratischen Entwicklung, vielmehr eine Vermehrung des Ansehens und der Macht der Regierungen. Man sucht, wo das Proletariat schon zu stark ist, es mitunter noch zu beschwichtigen durch materielle Konzessionen, etwa Alterspensionen, aber man hütet sich wohl, seine politischen Rechte zu erweitern. England und Frankreich denken nicht daran, obwohl sie zurzeit radikale Regierungen haben; die englischen Arbeiter warten noch immer aufs allgemeine Wahlrecht, die französischen Gemeinden noch immer auf die Befreiung von der bureaukratischen Bevormundung der Zentralregierung. Hier wie dort wachsen die Funktionen und die Machtmittel der Regierungen. Die gleiche Erscheinung finden wir in den Vereinigten Staaten.

Wollen wir rasche Fortschritte der Demokratie beobachten, müssen wir von Westeuropa nach dem Osten gehen.

Sicher ist der reine Absolutismus unvereinbar mit den Lebensbedingungen einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Wo er sich behauptet, hindert er deren Entwicklung. Wo diese sich entwickelt, verliert er den Boden unter den Füßen. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die kapitalistische Entwicklung innerhalb des konstitutionellen oder parlamentarischen Staates, den sie braucht, stetig die Rechte und Freiheiten der großen Volksmassen erweitert. Im Gegenteil, von einem gewissen Punkt an entwickelt sie die entgegengesetzte Tendenz. Wie weit es dieser gelingt, sich durchzusetzen, hängt dann selbst wieder von mannigfachen Faktoren ab, vor allem von der Kraft der Staatsgewalt, der Kraft des Proletariats, der allgemeinen historischen Situation. Der Grad der politischen Freiheit, dessen sich ein Land erfreut, ist also ein Produkt sehr wechselnder Verhältnisse; er kann für sich allein durchaus nicht als Maßstab der höheren oder geringen Entwicklung eines Landes gelten.

Wenn die süddeutschen Staaten bessere Wahlbestimmungen zum Landtag und mehr Bewegungsfreiheit der Volksmassen haben, so beweist das noch lange nicht, daß diese Staaten höher entwickelt sind als der Norden.

Die entscheidende Grundlage alles gesellschaftlichen Lebens ist die Ökonomie. Sie gibt auch den entscheidenden Maßstab für die Entwicklungshöhe eines Landes an. Die Daten der Wirtschaftsstatistik sprechen aber eine andere Sprache als die der bloßen politischen Geschichte.

Wir können leider nur die Ziffern von 1895 benützen, da die der jüngsten Zählung noch nicht so weit publiziert sind, um eine allseitige Vergleichung

zu ermöglichen. Aber daß sich der Süden seit 1895 wirtschaftlich weit rascher entwickelt hätte als der Norden, wird wohl niemand behaupten. Die Distanz zwischen beiden dürfte sich nicht erheblich geändert haben.

Vor allem finden wir in Süddeutschland eine bedeutend stärkere landwirtschaftliche Bevölkerung wie im Norden.

Von je 10000 Erwerbstätigen gehörten 1895 zur Landwirtschaft in

Sachsen	1670	Bayern	4635
Preußen	3611	Württemberg	4443
Reich	3619	Baden	4258

Die agrarischste der preußischen Provinzen, Posen, zählte pro Zehntausend Erwerbstätigen 5771 in der Landwirtschaft; dagegen Niederbayern 6235.

Auch der Kleinbetrieb ist im Süden noch stärker als im Norden. Man zählte Selbständige pro 10000 Erwerbstätigen in:

	Landwirtschaft	Industrie
Sachsen	2664	2389
Preußen	2911	2370
Reich	3098	2490
Bayern	3196	2946
Württemberg	4241	3022
Baden	3833	2451

Dasselbe Bild zeigt die Gewerbestatistik. Von je 1000 beschäftigten Personen arbeiteten in Betrieben mit

	bis 5 Perf.	6 bis 50 Perf.	51 bis 200 Perf.	über 200 Perf.
Sachsen	414	264	180	142
Preußen	454	237	136	173
Reich	465	239	140	146
Bayern	561	220	110	109
Württemberg	537	209	136	118
Baden	448	245	178	129

Diese Zahlen genügen schon, zu zeigen, daß der Süden erheblich hinter dem Norden ökonomisch zurück ist. Wohl besitzt er die ältere Kultur. Aber als der ökonomische Schwerpunkt im Zeitalter der Entdeckungen vom Becken des Mittelmeeres in das des Atlantischen Ozeans verlegt wurde, da traf dies den Süden Deutschlands härter als den Norden, und dieser sah seine Entwicklung vollends begünstigt seit dem Aufkommen der Großindustrie durch seinen Besitz an Kohle und Eisen, die dem Süden fast gänzlich fehlen. Am wenigsten blieb dabei industriell Baden zurück, dank dem Rhein; am meisten Bayern, abgesehen von der ebenfalls am Rhein gelegenen Pfalz und dem Sachsen benachbarten Franken.

Diese industrielle Rückständigkeit hemmt auch die Entwicklung der Klassengegensätze im Süden. Mehr als anderswo beherrscht dort im allgemeinen noch das Fühlen und Denken des Kleinbürgertums die gesamte Bevölkerung. Sind doch auch die Proletarier wie die Kapitalisten dem Kleinbürgertum und dem Kleinbauerntum entsprossen und bewahren noch lange dessen Denkweisen. Das Denken folgt ja nur langsam der ökonomischen Entwicklung. Im ökonomischen Leben können sich die Klassengegensätze zwischen Proletariern und Unternehmern sehr scharf zugespitzt haben, und doch können sich beide, wenn sie derselben Schicht, dem Kleinbürgertum entstammen, in Lebensgewohnheiten und Neigungen, in Geselligkeit und Politik immer noch nahe stehen. Je

mehr dies der Fall, desto schwieriger die sozialistische Agitation, desto mehr verdienen ihre Erfolge Anerkennung, desto näher aber auch die Gefahr, die Bedeutung der Klassengegensätze zu unterschätzen und eine Politik des Zusammenwirkens der Klassen einzuschlagen, die bei kleinen Fragen eine Zeitlang Erfolg haben kann, aber um so gründlicher bei jeder ernsten Frage Bankrott machen muß.

Nicht minder als die ökonomische Rückständigkeit wirkte aber auch die Schwäche der Staatsgewalt im Süden bisher darauf hin, die politischen Kämpfe der Klassen zu mildern. Diese Schwäche ist nicht etwa die Folge einer besonders schlauen, staatsmännischen Politik der Sozialdemokratie, die ihre Gegner entwaffnet, sondern viel älteren Datums. Sie entstammt der Zeit der französischen Revolution und Napoleons. Die drei großen süddeutschen Dynastien koalierten sich damals mit dem „korsischen Eroberer", halfen ihm, die Fremdherrschaft in Deutschland zu begründen, wofür sie mit konfiszierten Gebieten von Reichsstädten, Bistümern, Abteien, Reichsfürsten und Reichsgrafen reich beschenkt wurden. Als aber die napoleonische Macht zusammenbrach, verloren sie jeden Halt. Von den deutschen Patrioten wurden sie gehaßt als Landesverräter, von den mediatisierten Adeligen als Räuber. Sie fanden nicht, wie die Könige Preußens, im Adel eine kraftvolle Stütze gegen die unteren Klassen, sondern vielmehr erbitterte Gegner. Da blieb ihnen nichts übrig, als im Volk eine Stütze zu suchen, bei Kleinbauern und Kleinbürgern, denen aber die Bureaukratie auch nicht volle Freiheit geben wollte. So wurde im Süden an Stelle der brutalen Niedertretungspolitik des Nordens die des Lavierens, Vermittelns und Beschwichtigens traditionell. Ein wirklich parlamentarisches Regime entwickelte sich im Süden ebensowenig wie im Norden, hier wie dort blieben die Minister die Diener der Könige, aber sie zogen es vor, durch süßliches Lächeln statt durch barsches Einschüchtern die Parlamente nach ihrem Willen zu gängeln.

Sie scheuten sich um so weniger vor der „Demokratie", vor dem allgemeinen Wahlrecht und anderen Volksrechten, je besser sie die Masse ihres Volkes kannten, die Kleinbürger und Kleinbauern. Die waren für sie nicht zu fürchten, viel eher die oberen Klassen, zuerst der Adel, dem die Regierungen in der napoleonischen Zeit zu viel genommen hatten, später die Bourgeoisie, die der Kleinstaaterei widerstrebte, nach einem einigen Deutschland verlangte. Gegen dies Streben bot gerade der kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Partikularismus ein willkommenes Gegengewicht. In diesem Punkte waren es direkt reaktionäre Tendenzen, denen die süddeutsche „Volksfreiheit" diente.

Wie wenig sie wirklich demokratischem Fühlen und Denken entsprach, ersieht man daraus, daß dieselben süddeutschen Regierungen, die bei sich zu Hause etwas in Demokratie machten, gleichzeitig für Gesamtdeutschland die Reaktion begünstigten, immer Anlehnung bei einer reaktionären Großmacht suchten, ehedem vornehmlich bei Österreich, seit 1866 natürlich bei Preußen, deren volksfeindliche Tendenzen sie unterstützten. Ja, sie wagen es nur deshalb, so „freiheitlich" zu sein, weil sie eine starke und brutale Staatsgewalt hinter sich fühlen, die im Notfall eine gefährliche Volksbewegung gewaltsam niederwerfen kann, wie es 1849 die Preußen mit dem badischen Aufstand machten. Trotz aller gelegentlichen Friktionen findet die preußische Reaktion bei den „demokratischen" süddeutschen Regierungen die wärmste Unterstützung.

Es ist also nur einesteils die ökonomische Rückständigkeit und andernteils eine in besonderen historischen Verhältnissen begründete Schwäche der Staats-

gewalt und deren Traditionen, worin die süddeutsche Freiheit beruht. Damit ist schon ausgeschlossen, daß die süddeutschen Methoden jemals vorbildlich für den Norden werden könnten, daß der Süden dem Norden den Weg weist. Im Gegenteil, je weiter die Entwicklung vor sich geht, desto mehr werden auch die herrschenden Klassen Süddeutschlands die nordische Ungemütlichkeit annehmen. Der industrielle Fortschritt geht ja auch dort weiter, ja es ist sehr wahrscheinlich, daß die Elektrisierung der Wasserkräfte gerade das so agrarische Südbayern recht rasch industrialisiert. Das bedeutet aber nicht nur eine Vermehrung des Proletariats, sondern auch seine zunehmende Loslösung von kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Denkformen, gleichzeitig aber auch eine Vermehrung der Zahl großer Kapitalisten und eine Verstärkung des scharfmacherischen Geistes unter ihnen, endlich ein Wachsen ihres Einflusses auf die Staatsgewalt. Da wird dieser bald die traditionelle Gemütlichkeit ausgetrieben werden. Die Regierung kann ja nicht immer, wie sie will. Bülow möchte seinem Temperament nach auch am liebsten in süddeutscher Manier regieren, aber jene Schichten erlauben es ihm nicht, die tatsächlich das Heft in der Hand haben, die Junker und Scharfmacher.

Hat Bayern freilich keine Junker zu erwarten, so wird doch auch dort die Zahl und der Einfluß der Scharfmacher im Staate mit dem fortschreitenden Kapitalismus rasch zunehmen. Nicht Süddeutschland, sondern Norddeutschland zeigt den Weg, den die Entwicklung im Deutschen Reiche geht, wie auch dessen Geschicke im Norden, nicht im Süden entschieden werden.

Es gibt kaum eine schlimmere Illusion als die, zu glauben, daß die augenblickliche politische Gemütlichkeit Süddeutschlands den Beginn einer neuen Ära darstelle, die auch neue Kampfesmethoden der Sozialdemokratie und ein Aufgeben ihrer bisherigen Haltung erheische. Wer solche Illusionen hat, wird nur zu bald bittere Enttäuschungen erleben.

4. Positive Politik.

Aber nicht nur für die Zukunft bedeutet die Politik des Entgegenkommens zu den herrschenden Gewalten, die ihren Ausdruck in der Budgetbewilligung findet, eine Irreführung des Proletariats, das mit trügerischen Erwartungen erfüllt und auf falsche Bahnen geleitet wird, sie ist auch ein Fehler schon vom Standpunkt bloßer Gegenwartspolitik gemessen.

Es gibt keine Staatsgewalt, die nicht von Zeit zu Zeit in die Lage käme, Maßregeln vorschlagen oder unterstützen zu müssen, die für das Proletariat oder einzelne seiner Schichten Vorteile bringen. Die Gründe dafür können der verschiedensten Art sein. Es kommt vor, daß eine Klasse oder Partei politische oder soziale Vorteile für sich nicht erlangen kann, ohne daß sie gleichzeitig dem Proletariat zugute kommen. Oder sie sucht das Proletariat für sich zu gewinnen, ihren Zwecken dienstbar zu machen, es dem Einfluß der sozialistischen Parteien zu entreißen, was ebenfalls am besten durch einzelne Konzessionen geschieht. Namentlich kleinbürgerliche reaktionäre Parteien, die dem Großkapital feindlich gegenüberstehen, tragen wenig Bedenken, auf diese Weise proletarischen Stimmenfang zu treiben. Am ehesten findet man solche Politik bei einem neuen Regime, das sich noch nicht sicher im Sattel fühlt, sowie dort, wo das Proletariat wie die Sozialdemokratie schon stark genug geworden sind, daß die bürgerlichen Parteien und Regierungen mit ihnen rechnen müssen, aber noch nicht so stark, um als eine unmittelbare Gefahr für die bürgerliche Welt zu erscheinen.

Konzessionen dieser Art bilden wichtige Etappen für den Fortschritt des Proletariats, wo es nicht weit genug ist, der gesamten Staatsgewalt aus eigener Kraft seinen Willen aufzuzwingen. Es wäre unsinnig, wollte die Sozialdemokratie solche Konzessionen deshalb zurückweisen, weil sie vom Feinde stammen und nur deshalb gegeben werden, um das Proletariat einzuschläfern, in Sicherheit zu wiegen oder zu spalten und dadurch seinen Klassenkampf zu lähmen. Das Bestehen und die Agitation der Sozialdemokratie selbst ist ein mächtiger Antrieb zu derartigen Konzessionen; sie leistet in dieser Art „positive" Arbeit, auch in jenen Fällen, in denen sie nicht direkt den Anstoß dazu gibt.

Aber die Sozialdemokratie würde ihre Aufgabe arg verkennen, wenn sie derartige Maßregeln mit Dank akzeptierte oder jubelnd als großen Erfolg begrüßte, den man mit einer Budgetbewilligung zu quittieren habe. Sie darf nie vergessen, daß sie es mit Danaergeschenken zu tun hat, die, auch wenn sie von der Sozialdemokratie selbst vorgeschlagen sind, von den bürgerlichen Parteien nur in Formen und unter Umständen bewilligt werden, die es möglich erscheinen lassen, sie würden helfen, die Gesamtheit der bürgerlichen Ausbeutungswirtschaft verlängern zu helfen. Selbst das allgemeine, gleiche Wahlrecht wurde zu solchen Zwecken verliehen, so von Napoleon III., so von Bismarck, so jüngst in Österreich von Baron Beck.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese Absichten zu durchkreuzen. Marx erklärte, ihr falle es zu, das allgemeine Wahlrecht aus einem Mittel der Düpierung und Niederhaltung der Proletarier, das es gewesen, in ein Mittel ihrer Befreiung zu verwandeln. Das gilt von allen sozialen und politischen Reformen, welche die bürgerliche Gesellschaft gewährt. Dazu ist es aber notwendig, daß man an jedem Gesetz die schärfste Kritik übt, was um so näher liegt, als das, was die bürgerliche Gesellschaft dem Proletariat gewähren kann und will, stets unzureichend ist und bleiben muß, da sie ja auf seiner Ausbeutung beruht, ihr Reichtum seine Armut und Wehrlosigkeit voraussetzt. Man hat nicht dem Proletariat die Meinung beizubringen, mit dem Gegebenen sei nun ungeheuer viel erreicht, sondern zu zeigen, wie weit es hinter dem zurückbleibt, was im Interesse des Proletariats zu fordern ist. Und man muß die Motive aufdecken, denen die Konzession entspringt, und so das Proletariat davor hüten, in den Regierungen und den herrschenden Parteien seine Wohltäter zu sehen.

Wo das nicht geschieht, da werden selbst die schönsten und besten Reformen nur zu leicht zu Fesseln, die das Proletariat an die bürgerlichen Parteien ketten, es mit Zutrauen zu ihnen erfüllen und damit seinen Fortschritt lähmen. Das Beispiel Englands spricht laut genug.

Die sozialistische Budgetbewilligung als Anerkennung der Verdienste der Regierung und der Parlamentsmajorität um das Proletariat muß in gleicher Richtung wirken.

Sehen wir uns zum Beispiel Bayern an. Die Partei, die dort tatsächlich regiert, ist das Zentrum. Sie hat eine Änderung des Wahlrechtes durchgesetzt, mit Hilfe der Sozialdemokratie. Wie wenig sie dabei von Arbeiterfreundlichkeit und demokratischen Anschauungen geleitet war, zeigen die Verschlechterungen, die sie an die Gewährung der direkten Wahl knüpfte: die Hinaufschiebung der Altersgrenze der Wahlberechtigung und andere Bestimmungen, die das industrielle Proletariat schädigen und den agrarischen

Elementen ins Unabsehbare die Mehrheit im Landtag sichern. Wenn trotzdem unsere bayerischen Genossen für diese Wahlreform stimmten, so durfte man annehmen, daß sie es nur mit schwerem Herzen taten, weil sie glaubten, daß die Verbesserungen doch überwogen. Aber soweit von Verbesserungen zu reden war, durfte man sie sicher nur dem Umstand zuschreiben, daß auf andere Weise das Zentrum eine Majorität nicht zu ergattern wußte, keineswegs aber einem Entgegenkommen an die Bedürfnisse des Proletariats.

Jetzt aber haben unsere bayerischen Abgeordneten das Budget bewilligt, ausdrücklich mit dem Hinweis auf die große „Errungenschaft" des direkten Wahlrechtes zum Landtag.

Daneben werden rühmend erwähnt „erhebliche Beiträge für die Aufbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten".

Ja, ist das etwas so Außerordentliches? Solche „Aufbesserungen" gehen in der ganzen Welt vor sich angesichts der allgemeinen Teuerung. Die kommende Session wird sie wohl auch im Reiche und in Preußen bringen. Sie sind unerläßlich, soll nicht der Notstand der vom Staat Bediensteten allzu skandalös werden.

In Bayern kommt aber noch ein Umstand dazu. Die Partei, die dort die absolute Mehrheit besitzt, das Zentrum, ist die einzige deutsche bürgerliche Partei, die sich auf größere Arbeitermassen stützt. Die Arbeiterdemagogie spielt bei ihr eine große Rolle. Da kann sie nicht umhin, dort, wo sie zur Mehrheit kommt, wenigstens etwas für die Arbeiter zu tun. Sie muß ihre proletarische Demagogie um so eifriger betreiben, da sie augenblicklich im Reiche in die Opposition gedrängt ist, nicht die Unterstützung der Reichsbureaukratie für sich hat und auch in Bayern daher in höheren Regionen, sowie bei liberalen Bureaukraten und Bourgeois auf manche Widerstände stößt. Da gilt es, sich um so mehr eine Stütze in den breiten Volksmassen zu schaffen.

Was jetzt das Zentrum und die von ihm gegängelte Regierung in Bayern tun, taten ehedem in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Österreich Taaffe und später in Wien der christlichsoziale Lueger. Aber es ist den österreichischen Sozialdemokraten noch nie eingefallen, Taaffe und Lueger dafür ihre Anerkennung auszusprechen. Sie bekämpften den einen wie den anderen vielmehr auf das lebhafteste, weil beide eifrig an der Verpfaffung Österreichs arbeiteten. Die Sozialdemokratie will eben nicht bloß ein paar Arbeiterkategorien ein paar Pfennige Lohn mehr verschaffen, sie will das gesamte Proletariat von jeglichem Drucke befreien, von geistiger Knechtung wie von ökonomischer, und wer jene vermehrt, muß ihren heftigsten Widerstand finden, auch wenn er die Verdummung der Proletarier mit etwas erhöhten Löhnen einiger von ihnen bezahlt.

An Verdummungs- und Verpfaffungstendenzen kann es aber die augenblickliche Mehrheit des bayerischen Landtags mit dem reaktionärsten Regime aufnehmen, jene Mehrheit, die dem Budget seinen Charakter gibt und die vom Budget lebende Regierung beherrscht. Namentlich die Schulpolitik dieses Regimes ist skandalös.

Kein frisch aus Preußen verschriebener Urbayer, sondern ein echter Bayer, Ludwig Thoma, brandmarkt diese Politik aufs kräftigste in einem Artikel des „März" (Juli dieses Jahres) über den Fall des Lehrers Beyhl, den der bayerische Kultusminister wegen einiger Artikel in der „Freien Schulzeitung" gemaßregelt hatte.

Thoma schreibt:

„Während sich unsere Beamtenschaft im Umlauf von zwanzig Jahren zur willfährigen Dienerin der klerikalen Herrschaft entwickelte, hat die Lehrerschaft sich von ihren Einflüssen völlig freigehalten. Sie führt einen Kampf, den jeder einzelne am eigenen Leibe verspürt. . . .

„Das Zentrum gründete einen Gegenverein.

„Wieder scheiterte ihm die Mühe. Man kann sich denken, daß es eine Gelegenheit zur Rache suchte.

„Die bot sich, als man jetzt zur allgemeinen Aufbesserung der Beamten schritt.

„Es ist bezeichnend für den Geist der Partei, daß sie pekuniäre Mittel anwendet, wo ihr alle anderen versagt haben. Und ebenso bezeichnend, daß sie die Macht des Geldgebers mit einer Plumpheit herauskehrt, deren sich der gewissenloseste Unternehmer schämen würde. Seit Monaten spielt das Zentrum mit den Hoffnungen der Lehrer, benützt ihre materiellen Sorgen zu widerlichen Vorstößen auf politische Freiheiten und bietet mit schamloser Offenheit Geld gegen Gesinnungen.

„Und wieder erhielt es eine Absage.

„Die Wut der Partei bringt der Herr v. Wehner (der Kultusminister) zum Ausdruck, wie es sein Dienstverhältnis (zum Zentrum) verlangt.

„Dabei spielt er die beleidigte Autorität und erzählt dem Lande, daß er die Würde der Staatsregierung zu wahren habe, während er der Rachsucht der Landtagsmehrheit das gehorsame Werkzeug abgibt."

Das bestätigte der bayerische Abgeordnete Genosse Timm in einer Münchener Versammlung. Er rühmte sich, die Fraktion habe gegenüber der Regierung mit ihrer Kritik nicht zurückgehalten:

„Dies trifft besonders zu auf den Etat Anton v. Wehners, genannt der Unterhachinger, mit dem wir manch ernsten Kampf auszufechten hatten, weil er als getreuer Schildknappe des gegenwärtig übermächtigen Zentrums handelte. Wir haben sein Verhalten gegen den Volksschullehrer Beyhl als unverschämt bezeichnet und ihn als ärgsten Reaktionär rücksichtslos bekämpft."

Rücksichtslos bekämpft dadurch, daß sie ihm ohne Rücksicht auf den Lübecker Beschluß den Etat bewilligten. So rücksichtslos haben bisher stets die Liberalen die Regierung bekämpft, gegen die sie sprachen, um für sie zu stimmen.

Der Weg, den unsere süddeutschen Parlamentarier jetzt einschlagen wollen, um „positiv" zu wirken, ihn sind die Liberalen vor ihnen gegangen, mit genau den gleichen Argumenten. Der „positive" Erfolg ihrer „Realpolitik" war der, daß sie gründlich auf den Hund gekommen sind und die Macht ihrer Gegner steigerten. Und der sozialdemokratischen „Realpolitik" droht der gleiche „Erfolg".

Es gibt keine Partei in Deutschland, deren Demagogie dem Proletariat gefährlicher wird als das Zentrum, keine, der man schärfer auf die Finger sehen, deren Heuchelei man mehr brandmarken muß!

Tut nichts, unsere Abgeordneten bewilligen das Budget. Ohne Not, denn die Gehaltsaufbesserungen waren schon bewilligt und hingen nicht von der Budgetabstimmung ab.

Sie bewilligen es gerade jetzt, wo das Zentrum die absolute Mehrheit im Landtag hat; gerade jetzt sehen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dazu gedrängt, der Landtagsmehrheit ihre Anerkennung auszusprechen, diese scharfen, unerbittlichen Kritiker, die bisher das Budget systematisch ablehnten! Sie bewilligen es in der demonstrativsten Weise, im Gegensatz zu ihrer bisherigen

Haltung, unter Mißachtung eines Parteitagsbeschlusses. Sie demonstrieren gegen die eigene Partei, um für das Zentrum zu demonstrieren.

Das Zentrum darf mit unseren bayerischen Abgeordneten zufrieden sein. Es wird nicht verfehlen, den katholischen Arbeitern jene Abstimmung als ein glänzendes Zeugnis dafür vorzuführen, was es für die Arbeiter dort leistet, wo es an der Macht ist.

Mögen unsere Abgeordneten noch so scharfe Reden gegen das Zentrum halten, die Wirkung dieser Abstimmung wird damit nicht wettgemacht. Die Masse der katholischen Arbeiter liest diese Reden nicht, und Taten sind stets eindrucksvoller als Worte.

Selbst wenn man eine Prinzipienpolitik verlacht und die Politik als ein Geschäft betrachtet, muß man die Budgetbewilligung für einen Akt großer Kurzsichtigkeit erklären. Welcher kluge Geschäftsmann wird Reklame machen für die Konkurrenz!

So unbegreiflich die süddeutschen Budgetbewilligungen vom Standpunkt der Prinzipienpolitik sind, sie sind nicht minder unbegreiflich vom Standpunkt bloßer Erfolgspolitik, wenn diese ein bißchen weitsichtig sein soll.

5. Wahlkreispolitik.

So bleibt nur ein Gesichtspunkt zu ihrer Betrachtung übrig: der der Wahlkreis- oder Mandatspolitik — der niedrigste von allen.

Von diesem Standpunkt aus haben die süddeutschen Abgeordneten freilich vielfach einen schwierigeren Stand als die meisten norddeutschen. Sie haben in der Regel mehr als diese mit kleinbürgerlichen Wählern und kleinbürgerlichen Auffassungen unter einem Teile der proletarischen Wähler zu rechnen.

Der Kleinbürger ist bekanntlich der Mann des Einerseits und Andererseits. Von Haus aus ist er demokratisch und oppositionell, dort, wo er mit den Kleinbauern die große Volksmasse bildet, aus der die Regierungen und herrschenden Klassen so viel wie möglich herauspressen. Wo er sich stark fühlt und die Staatsgewalt schwach, da erhebt er trotzig gegen diese sein Haupt und sucht sie sich dienstbar zu machen. Daher finden wir in Süddeutschland im neunzehnten Jahrhundert eine starke demokratische, ja republikanische Bewegung, die den Regierungen nicht bloß Budgets verweigert, sondern sie unter Umständen sogar gewaltsam zu stürzen sucht. Namentlich gilt das von Baden, das ja, wie wir gesehen, von den süddeutschen Staaten der industriellste ist und überdies bis 1871 an das so rebellionenreiche Frankreich grenzte. Auch die bayerische Pfalz hat eine ansehnliche demokratische Geschichte.

Aber neben der demokratischen und oppositionellen Seele lebt im Kleinbürgertum auch eine servile — nicht immer im gleichen Individuum, aber innerhalb der gleichen Klasse. Das gilt namentlich von Deutschland mit seiner Kleinstaaterei und Kleinstädterei, die nirgends ein Kleinbürgertum von einer Kraft erstehen ließ, wie sie das von Riesenstädten wie London und Paris zeitweise erlangen konnte. Auf kleine Verhältnisse beschränkt, ist der politische Horizont des Kleinbürgers ebenso niedrig wie sein Kraftgefühl gering, und erscheint ihm nur zu leicht die Regierung als eine übermächtige Einrichtung, erscheinen ihm aber auch vom Kirchturmstandpunkt aus Erleichterungen, die er von der Regierung auf Kosten der Nachbarn gewinnen kann, ebenso wertvoll wie solche, die er im Verein mit diesen den herrschenden Mächten abzutrotzen vermag; jene Erleichterungen aber sind ihm meist lieber, da sie keine

Gefahr und Mühe in sich schließen. Endlich, je kleiner er sich selbst fühlt, desto mehr überschätzt er die Regierung, desto bedeutender erscheint ihm alles, was diese für ihn tun könnte, wenn sie nur wollte.

Dieselben Kleinbürger, die sich heute gegen den Militarismus ereifern, weil er ihnen unerschwingliche Steuern auferlegt, petitionieren morgen um eine Garnison, die in ihr Städtchen verlegt werden soll. Sie brandmarken die Allmacht der Regierungen, gegen die das Volk sich zusammenscharen müsse, und betteln beim Minister darum, er möge ihrem Städtchen und nicht den Nachbarn eine Brücke oder Landstraße bewilligen.

Die politische Unzuverlässigkeit und Wankelmütigkeit des Kleinbürgertums, der so mancher unvermittelte Umschlag von Revolution zu Reaktion, von erbitterter Opposition zu überschwenglichster Hurrastimmung zuzuschreiben ist, hört indes in den letzten Jahrzehnten insofern immer mehr auf, als die Anfälle von oppositionellem Radikalismus im Kleinbürgertum sich immer seltener einstellen und die Servilität immer mehr seine dauernde Gemütsstimmung wird. Je mehr das Kleinbürgertum ökonomisch verkommt, desto mehr fühlt es sich kampfesunfähig, desto mehr wächst aber auch seine Abneigung, ja sein Widerwille gegen das Proletariat und dessen Klassenkampf. Dieses war jedoch bisher sein einziger Verbündeter und seine beste Rückensteifung in seiner politischen Opposition gewesen. Mehr als je bedarf das Kleinbürgertum der Hilfe des Staates, aber weniger als je fühlt es sich stark genug, sie zu erkämpfen. Es sucht sie immer mehr zu erschmeicheln, durch Gefälligkeiten und Gegendienste zu erdienern.

Oppositionelle Politik wird ihm immer unverständlicher; sie ist „negierende", „unfruchtbare" Politik. „Fruchtbar", „positiv" schaffen kann nach seiner jetzigen Anschauung in der Politik nur, wer sich mit der Regierung zu verständigen weiß nach der Maxime des Kuhhandels. Diese Maxime ist die des Zentrums, ihr hat sich jetzt auch die freisinnige Demokratie unterworfen. Die Blockpolitik, lächerlich und unbegreiflich vom Standpunkt nicht nur der Prinzipien-, sondern auch der Erfolgspolitik, wird bloß begreiflich von dem der Mandatspolitik. Die kleinbürgerlichen bisher demokratischen Wähler sind der Opposition müde. Sie wollen „Erfolge" sehen, wollen, daß ihre Vertreter „politischen Einfluß" in den Ministerien gewinnen, und das, glauben sie, ist nur möglich für Leute, die den Ministern auch etwas zu bieten gewillt sind.

> „Mann mit zugeknöpften Taschen,
> Dir tut niemand was zulieb.
> Hand wird nur von Hand gewaschen,
> Wenn du nehmen willst, so gib."

Den Ministern etwas geben, ihnen das Budget bewilligen, das erscheint in den Augen der kleinbürgerlichen und der kleinbürgerlich denkenden Wähler als eine unentbehrliche Vorbedingung des Nehmens. Sie „verstehen" die Bedeutung einer Budgetverweigerung nicht mehr.

Als eine Wirkung dieser gerade in den letzten Jahren stark zutage tretenden Schwenkung des Kleinbürgertums nach rechts müssen wir auch die jetzige süddeutsche Budgetbewilligung auffassen. Eine so starke Tendenz überträgt sich bei großem geistigen Einfluß des Kleinbürgertums ganz unwillkürlich aus den Reihen der Wähler auch in die der Gewählten. Die jetzige süddeutsche Budgetbewilligung ist eine Parallelerscheinung zur Blockpolitik. Die „Hottentottenwahlen" mögen nicht ohne Einfluß auf sie gewesen sein.

Auf jeden Fall hat sie diesmal eine weit größere Bedeutung als ihre Vorgänger. Wenn früher in den Landtagen hier und da von sozialistischen Fraktionen ein Budget bewilligt wurde, so geschah es wohl zum Teil unter ähnlichen Stimmungen wie denen, die jetzt zur Budgetbewilligung führten, zum Teil aber aus Geringschätzung des Landtags. In den ersten Jahrzehnten des Reiches bildete der Reichstag namentlich für uns Sozialdemokraten den Mittelpunkt des politischen Interesses. Die Landtage erregten daneben nicht viel mehr Aufmerksamkeit als etwa die Stadtverordnetenversammlungen größerer Städte. Erst seitdem Bismarck in den letzten Jahren seiner Regierung, als er sah, er könne gegen das allgemeine Wahlrecht nicht aufkommen, die Landtage wieder in den Vordergrund schob, sind sie von Jahr zu Jahr an politischer Bedeutung gewachsen und werden ihre Abstimmungen immer mehr zu hervorragenden politischen Akten oder mindestens Demonstrationen.

Wenn heute, namentlich nach den Beschlüssen von Frankfurt und Lübeck, eine sozialdemokratische Landtagsfraktion einer gegnerischen Regierung das Budget bewilligt, kann das nicht mehr als eine geringfügige oder gleichgültige Sache angesehen werden, wie das vor zwanzig Jahren sicher noch der Fall war. Heute bedeutet das eine Demonstration, eine Demonstration gegen die Politik der gesamten deutschen Sozialdemokratie, eine Demonstration, deren moralischer Erfolg nur unseren Gegnern zugute kommt. In die Partei wirft diese Demonstration den Keim zu Zwist und Desorganisation.

Damit gefährdet sie schließlich selbst den einzigen Erfolg, den sie haben könnte, den der Mandatspolitik.

Nicht im Kleinbürgertum, auch nicht im kleinbürgerlich fühlenden Proletariat ruht die Wurzel unserer Kraft und auch unserer Wahlerfolge, sondern im klassenbewußten, kämpfenden Proletariat, seiner Begeisterung, seiner Hingabe für unsere Sache. Das Klassenbewußtsein aber ebenso wie die Begeisterung werden nicht geweckt, sondern gelähmt durch eine Politik des Anerkennens der Arbeiterfreundlichkeit unserer Gegner, die im Anerkennen gegnerischer Budgets ausgedrückt wird.

Und darum weg mit jeder Bewilligung eines Budgets, das nicht das Budget einer sozialdemokratischen Mehrheit ist!

Wir und das Zentrum.

Von **Jean Meerfeld.**

„Nicht der Liberalismus, sondern die Sozialdemokratie ist der größte und gefährlichste Feind des Zentrums." So oder so ähnlich sprach am Abend der Landtagswahlschlacht der Abgeordnete Trimborn in einer großen Zentrumsversammlung in Köln. In Zentrumsgefilden klingt das, was Herr Trimborn am 3. Juni pathetisch versicherte, schon gemeinplätzlich, und doch kann, und gerade unter der jetzigen parteipolitischen Konstellation, unser Verhältnis zum Zentrum nicht oft und eindringlich genug erörtert werden. Die Nr. 41 dieser Zeitschrift enthält einen Artikel von Wilhelm Gewehr: „Die Landtagswahlen im Ruhrrevier und unsere Stellung zum Zentrum". Der Verfasser bespricht darin die Unterstützung, die die Sozialdemokratie in zwei Wahlkreisen des Ruhrgebiets dem Zentrum gewährt hat, und deren Erfolg war, daß dem Zentrum im Kampfe mit den Nationalliberalen zwei weitere Mandate zu-

fielen. Genosse Gewehr verwirft diese Unterstützung aus prinzipiellen und aus taktischen Gründen. Er will namentlich in Anbetracht der Parteiverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von unserer „grundsätzlichen Klassenpolitik“, die die Ausspielung der einen bürgerlichen Partei gegen die andere verbiete, nicht abweichen; und er macht außerdem rein taktische Gründe geltend, die uns von einer Unterstützung gerade des Zentrums abhalten sollten.

In der Beurteilung des Zentrums bestehen zwischen dem Genossen Gewehr und mir keine Meinungsverschiedenheiten. Die sozialdemokratischen Parteiblätter Rheinland-Westfalens und auch die führenden Genossen außerhalb der Redaktionen sind sich über den reaktionären Charakter des Zentrums, seine Verschlagenheit, seine politische Unehrlichkeit völlig eins, und auch wohl darüber, daß das Zentrum in Westdeutschland unser bei weitem gefährlichster Gegner ist. Als bei den jüngsten Reichstagswahlen der sozialdemokratische Parteivorstand eine dem Zentrum günstige Stichwahlparole ausgab, und die Zeitung, an der ich als politischer Redakteur tätig bin, jene Parole als verfehlt angriff, fand diese Stellungnahme die grundsätzliche Billigung der sämtlichen mit dem Zentrum im Kampfe liegenden westdeutschen Parteiblätter. Ebenso allgemein ist in Rheinland-Westfalen in unseren Reihen das Gefühl der Unbehaglichkeit über die jetzige Parteikonstellation im Reichstag, die das Zentrum in die Opposition und damit an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt hat. Nicht wegen der Oppositionsrolle an sich, zu der das Zentrum sich verurteilt sieht, sondern weil unsere Fraktion am Zentrum einen Bundesbruder bekommen hat, dessen Gesellschaft der Partei praktisch nichts nützt und sie nach außen hin lediglich kompromittiert. Wir in Rheinland-Westfalen haben das schon während des Reichstagswahlkampfes auskosten müssen und empfinden es je länger je mehr. Aber nicht allein wir: auch unsere mitteldeutschen Genossen wissen ein Lied davon zu singen, wie verhetzend das Schlagwort von der schwarzroten Verbrüderung im Wahlkampf gewirkt und das Urteil der Wähler getrübt hat. Ich bin nicht der erste, der feststellt, daß in den rein protestantischen Gebieten Mitteldeutschlands die Sozialdemokratie sehr darunter gelitten hat, daß mit ihr zugleich das Zentrum in der Opposition stand und von unehrlichen Gegnern beharrlich als eine mit der Sozialdemokratie verbündete reichsfeindliche Partei ausgeschrien wurde. Das Zentrum war nicht erreichbar und nicht zu treffen; getroffen wurde die Sozialdemokratie, die mit Mandaten die Zeche bezahlen mußte. Das war für Mitteldeutschland eine empfindliche Fernwirkung einer unglücklichen Parteikonstellation.

* * *

Was ist das Zentrum? — Die Sozialdemokratie kann freilich darauf verzichten, sich immerfort an dem kindlichen liberalen Sport zu beteiligen, unter allen Umständen und je nachdem mit Gründen knifflichster Art den konfessionellen Charakter des Zentrums beweisen zu wollen. Diese Dauerarbeit kann sie getrost der „Kölnischen Zeitung“ und ihrem nationalliberalen Troß überlassen, die solche Schnüffelei um so eifriger betreiben, je mehr sie an reaktionärer Gesinnung zunehmen und also unfähig werden, den klerikalen Feind mit den blanken Waffen des wirklichen Liberalismus zu bekämpfen. Diese Kampfesmethode nicht in den Vordergrund stellen, ist nun allerdings durchaus nicht gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die Kennzeichnung und Bekämpfung der Kulturfeindlichkeit des Zentrums, wie sie am klarsten zutage tritt in den kirchen- und schulpolitischen Bestrebungen dieser Partei.

Die Sozialdemokratie fußt in ihrer Weltanschauung auf der Wissenschaft, vertritt moderne Erziehungsgrundsätze und ist in diesen Fragen vom Zentrum durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt. Von diesen Weltanschauungsfragen und den Kämpfen um die Jugend hört der Reichstag nicht allzuviel. Die Praktizierung kirchen- und schulpolitischer Grundsätze ist seiner Kompetenz zum allergrößten Teile entrückt, aber um so heftiger tobt der Streit in den Einzellandtagen, vereinzelt auch in den Kommunen. Auch die preußischen Genossen werden ja — dank der Wahl der Sieben — in Zukunft mehr als bisher den Fragen dieser Art ihre Aufmerksamkeit zuwenden können. Es wäre eine sehr erfreuliche Nebenwirkung unseres Landtagswahlsiegs, wenn dadurch zugleich das Verständnis für die ungemein große Bedeutung dieser Gebiete des Kulturlebens in unseren Reihen eine Förderung erführe.



Beim Zentrum stehen die Weltanschauungsfragen stets und überall im Vordergrund. Eine kleine Exkursion in seine Geschichte mag zur Stütze dieser Behauptung dienen. Als im Juli 1870 Peter Reichensperger in der „Kölnischen Volkszeitung“ seine Vorschläge zur Bildung einer neuen Partei (des späteren Zentrums) formulierte, standen an der Spitze kirchen- und schulpolitische Forderungen. Als Programmsatz 1 schlug Reichensperger vor: „Aufrechterhaltung der durch die preußische Verfassungsurkunde gewährleisteten Selbständigkeit der Kirche in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, insbesondere auch hinsichtlich Bildung und Entwicklung kirchlicher Gesellschaften“; und als Programmpunkt 2: „Abwehr aller gegen den konfessionellen Charakter des Volksunterrichtes gerichteten Bestrebungen und Angriffe zur Sicherung der heiligsten Rechte der christlichen Familie, sowie endlich Verwirklichung der verfassungsmäßig verheißenen Unterrichtsfreiheit.“ An dritter Stelle wurde dann Aufrechterhaltung des föderativen Charakters des Norddeutschen Bundes gefordert, an vierter Stelle forderte Reichensperger Dezentralisation der Verwaltung und Verwirklichung der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz, an fünfter und letzter Stelle Verminderung der Ausgaben für das Militärwesen, sowie Beschränkung der aktiven Dienstzeit in der Armee. Die fürsorglich an die Spitze gestellten kirchen- und schulpolitischen Forderungen entsprachen dem klerikalen Gesellschaftsideal, dessen letzte Konsequenzen sie freilich noch nicht zu ziehen wagten; die zwei letzten Forderungen waren, wie Professor Martin Spahn, der Sohn des bekannten Zentrumsführers, in seiner lesenswerten Schrift über das deutsche Zentrum ausdrücklich bemerkt, politisch-liberaler Art, sie waren dem Klerikalismus wesensfremd und wurden dem damaligen liberalen Arsenal als volkstümliche Agitationsmittel entlehnt. Für solche Dinge hat man im Zentrum von jeher eine gute Witterung gehabt. Eine im selben Monat des Jahres 1870 in Essen abgehaltene Versammlung der katholischen Vereine Rheinland-Westfalens nahm das Reichenspergersche Programm grundsätzlich an, ergänzte es aber insofern, als sie der ersten Gruppe noch den „unbedingt festzuhaltenden christlichen Charakter der Ehe“ (soll heißen der Schließung der Ehe) einfügte, die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit als angeblich zu doktrinär strich und dann erst dem Programm als Schwänzchen ein paar ebenso zahme wie unklar formulierte sozialpolitische Forderungen anfügte. Man verlangte in Essen eine neue, gerechte Verteilung der Steuern, „namentlich in Hinsicht auf die Überbürdung des Arbeiters“, und die „Beseitigung der sozialen Mißstände und Förderung aller Interessen des Arbeiterstandes durch eine gesunde christ-

he Gesetzgebung". Diese beiden Forderungen, so schreibt Martin Spahn, deuteten „eine entschiedene Absage an den populären Liberalismus, durch elche die Vereine in der emporblühenden Industriestadt der Parteibildung n ferneren Weg freimachten".

Es waren also, wie auch Spahn ziemlich unverblümt zugibt, lediglich arteitaktische Gründe, die die katholischen Vereine zu der Aufnahme zialpolitischer Forderungen bestimmten; die neue Parteibildung suchte sich egen den Liberalismus scharf abzugrenzen und verfiel darum auf die Meode, ihn bei seinem Manchestertum zu fassen und ihre Plattform auf das en liberalen Anschauungen stracks zuwiderlaufende sozialpolitische Gebiet ausudehnen. Man ärgerte damit den Liberalismus, gewann ein namentlich in en Industriebezirken vortrefflich wirkendes Agitationsmittel gegen ihn und rauchte vorderhand nicht zu befürchten, daß Regierung und Parlamentsnehrheit zur Verwirklichung solcher Forderungen die Hand bieten würden. Die gleiche Methode wandte 1873 Windthorst an, als er, lediglich um den iberalen Verlegenheiten zu bereiten, die Übertragung des Reichstagswahlrechts uf den preußischen Landtag beantragte. Der Essener Versammlung folgte m 28. Oktober eine Versammlung in Soest, auf der unter hervorragender Mitwirkung des jetzigen Prälaten Dr. Hülskamp das sogenannte Soester Wahlprogramm zustande kam, das sich die Essener Formulierung im wesentlichen aneignete und nur noch eine mittelständlerische Extrawurst einfügte. Auf dieses Soester sowie das von Reichensperger aufgestellte sogenannte Kölner Programm wurden im November für den preußischen Landtag mehr als fünfzig Abgeordnete gewählt; diese traten zu einer ausgesprochen katholischen Fraktion zusammen und gaben sich auf Savignys und August Reichenspergers Vorschlag den Namen Zentrumspartei. Dieser Name ging auch auf den Reichstag über. Erst später, als der feine Kopf Windthorst die Führung des Zentrums übernommen hatte und als kluger Stratege die Basis der Partei zu erweitern trachtete, ersetzte man die konfessionelle Flagge durch das Aushängeschild der „rein politischen Partei". Diese äußere Wandlung ist gar manchen, auch Hermann v. Mallinckrodt, sehr wider den Strich gegangen. An der Zusammensetzung der Fraktionen änderte der Firmentausch nur insofern etwas, als ein Vierteldutzend orthodoxe Protestanten naiv genug waren, ihnen als Hospitanten beizutreten; draußen im Lande blieb das Zentrum die katholisch-konfessionelle Partei, und wie wenig sich sogar die Parteiorganisationen irritieren ließen, zeigt der Umstand, daß die badischen und die bayerischen Zentrumsorganisationen sich erst Ende der achtziger Jahre entschließen konnten, die Komödie mitzuspielen und sich hinfort politisch-interkonfessionell zu nennen. In Köln ist noch heute das Zentrum nach Pfarrbezirken organisiert. Hinzugefügt muß werden, daß der Partikularismus der mußpreußischen katholischen Rheinländer und der Süddeutschen zu der konfessionellen Gestaltung mitwirkte, und ebenso, daß sich hinter der ideologischen religiösen Hülle die materiellen Bestrebungen agrarischer und kleinbürgerlicher Schichten verbargen, die denn auch vom Zentrum je länger je mehr gefördert wurden. Die Führer waren gescheit genug, um einzusehen, daß das Himmelsmanna allein nicht als Parteikitt genügte, daher konstituierten sie sich als wirtschaftliche Interessenvertretung der heute naturgemäß reaktionär gerichteten Agrarier und Kleinbürger. Bei dieser Verquickung klerikal-muckerischer und wirtschaftspolitisch-reaktionärer Bestrebungen ist es bis heute geblieben; sehr vieles am Zentrum hat sich im

Laufe der Jahre geändert, nicht geändert aber hat sich sein durchaus reaktionärer Charakter.

Auf die Entstehungsgeschichte des Zentrums bin ich etwas näher eingegangen, weil sie gleichsam der Schlüssel zum Verständnis dieser merkwürdige Partei ist. Wir haben also gesehen: an der Spitze des Programm standen die schul- und kirchenpolitischen Forderungen. Und dabe ist es in der parlamentarischen Praxis bis heute geblieben. Volksrechte, und mögen sie noch so wichtig sein, sind dem Zentrum allemal feil gegen Konzessionen auf dem Gebiete des Kultus und des Unterrichts. Es war durchaus konsequent und der Ausfluß seiner kirchen- und schulpolitischen Bestrebungen daß das Zentrum im jüngsten Landtagswahlkampf die Bündnisse mit den Konservativen zu rechtfertigen suchte mit der Begründung: viel näher als die Wahlrechtsfrage gehe ihm die Sorge, den Einzug eines Liberalen ins Kultusministerium zu verhindern. Ganz folgerichtig rangieren auch im Zentrumsprogramm die steuerpolitischen und sozialpolitischen Forderungen hinter den konfessionellen, und die einen hat das Zentrum ebenso zähe verfolgt wie auf die anderen gleichmütig gepfiffen. Seit der Schaffung jenes Programms ist die Steuerbelastung des Arbeiters anstatt vermindert so ziemlich verzehnfacht worden, wohlgemerkt unter Mitwirkung, teilweise sogar unter Führung des Zentrums; — dem Moloch Militarismus hat es von dem Tage an, da es zur Regierungspartei aufstieg und sogar den Präsidentenstuhl besetzen durfte, jedes verlangte Opfer gehorsam in den Rachen geworfen und auf diese Weise gezeigt, wie ernst ihm seine Forderung der Verminderung der Militärlasten war; und jeder politische Abcschütze weiß, daß das zur Hauptsache den reaktionärsten Volksschichten entstammende Zentrum in Arbeiterfragen keinen Finger gerührt haben würde, wenn es nicht heillose Furcht bekommen hätte vor dem wachsenden Einfluß, den die Sozialdemokratie auch auf die Arbeiter katholischen Bekenntnisses erlangte. Das läßt sich an geradezu unzähligen Beispielen nachweisen, und auch ich habe seinerzeit in dieser Zeitschrift (1905, Heft 17 und 18) unter dem Titel: „Beiträge zur klerikalen Arbeiterpolitik" etliches Material zur Beurteilung der sozialpolitischen Triebkräfte des Zentrums beigebracht. Auf die untergeordnete Bedeutung, die der Sozialpolitik in der Tätigkeit des Zentrums zukommt, weist Martin Spahn in dem bereits erwähnten Buche ausdrücklich hin. Er schildert kurz die Entstehung des Volksvereins für das katholische Deutschland im Jahre 1890 und sagt da unter anderem: „Das politische Verständnis, das die Leitung des Volksvereins zeigte, einerseits, die Energie der Zentrumsleitung in diesen wie in den folgenden Jahren andererseits beugte auch der Gefahr vor, daß die Partei nun unter Vernachlässigung der Verfassungsfrage doch noch soziale Volkspartei wurde."

Wir vergessen zu schnell. Seit dem 13. Dezember 1906 ist das Zentrum Oppositionspartei. Was es vor diesem Tage fast ein Dutzend Jahre lang gewesen ist: ein unterwürfiger Regierungslakai, der gegen gute Belohnung für die schuftigsten Taten zu haben war, daran erinnert sich schon bald niemand mehr. Und jedermann weiß, daß das Zentrum den Konflikt mit der Regierung beileibe nicht gewollt hat, im Gegenteil — Erzberger hat es öffentlich eingestanden — wegen der geringfügigen Differenz recht gerne mit sich hätte reden lassen. Der Wille zum Bruch war nur auf Seite der Regierung vorhanden. Das Zentrum hat zwar die Zwangsopposition dazu benützt, bei

m demokratisch gerichteten Teil seiner Anhänger, das sind vor allem die rbeiter, sein stark verblichenes Renommee als „einzig wahre Volkspartei" ieder aufzufrischen, es hat aber umgekehrt der unbezwingbaren Sehnsucht ich den Regierungsfleischtöpfen immerfort heftigen und verächtlichen Ausdruck :geben. Siehe die jüngsten Angebote anläßlich der Reichsfinanznöte! An eine uernde Oppositionsstellung glaubt ja auch kein einziger seiner Führer. Spahn gt in seiner Schilderung der Entstehung der Partei: „Daran aber dachte man i der Gründung nicht oder nicht ernstlich, daß man eine dauernde Oppositions=ellung mit der Front gegen die Regierung beziehen werde. Die Aufgaben, ie das Programm bezeichnete, waren von einer Oppositionspartei nicht in ngriff zu nehmen." Das gilt heute, wo der Kulturkampf längst begraben t und die Existenzgrundlagen des Zentrums sich stark verschoben haben, in och weit höherem Maße als damals.

Auch die Stellung des Zentrums zu einer Reform des preußischen :andtagswahlrechts sollte uns davor bewahren, in dieser Partei eine ernst=afte Vorkämpferin der Volksrechte zu erblicken. Tatsächlich ist nichts so wider=värtig wie das Spiel, das vom Zentrum mit dieser zurzeit wichtigsten inner=olitischen Forderung getrieben wird. Ein kleiner Teil der Abgeordneten mag en Fraktionsantrag ernst nehmen und seine Annahme wünschen; der weitaus größere, reaktionäre Teil aber sähe viel lieber die Konservierung der Drei=lassenschande, als eine wirkliche Demokratisierung des Wahlrechts und der Volksvertretung. Darum befolgt man denn lediglich die alte Zentrums=methode, den drängenden proletarischen Wählern — die übrigen rühren sich nicht oder sind mit dem jetzigen Wahlrecht zufrieden — durch ein geschicktes Manöver Sand in die frommen Augen zu streuen, und erhofft im übrigen von der Vorsehung und der preußischen Regierung mitsamt ihrem Landtag, daß sie die Gefahr eines wirklich demokratischen Landtagswahlrechts glücklich abwenden werden. In dieser stillen Wahlrechtsfeindschaft ist auch der Grund zu suchen, warum das Zentrum die Entfachung einer mächtigen Wahl=rechtsbewegung unter seinem Anhang so beharrlich ablehnt, trotzdem auch die katholischen Arbeiterblätter diese Volksbewegung gefordert und als das einzige Mittel bezeichnet haben, das im Wahlrechtskampf zum Ziele führen könne. Wenn freilich die „Germania" (19. Januar 1908) in einer Polemik gegen die Sozialdemokratie schreibt: „Das Zentrum kann zur Not mit jedem Wahlrecht auskommen" — so ist das allerdings nur mit einem Körnchen Salz als richtig hinzunehmen. Denn ein allzu plutokratisches Wahlrecht ist auch dem Zentrum nicht mehr förderlich, und es hat beispielsweise im preußischen Landtag erst eine „Reform" des Gemeindewahlrechts in dem Sinne der Stärkung der zweiten Wählerklasse durchsetzen müssen, bevor ihm die Eroberung der Rathausmehrheit in Köln gelingen konnte. Aber noch schärfer grenzt sich das Wahlrechtsinteresse des Zentrums nach unten hin ab. Völlige politische Rechts=gleichheit kann das Zentrum nicht gebrauchen; es weiß, daß seine reaktionären Bestrebungen im freien Wettbewerb der Geister den kürzeren ziehen werden, und es kann seinen Besitzstand nur behaupten durch die Fälschung des Volkswillens. Das geschieht bei den Reichstagswahlen — trotz des all=gemeinen und geheimen Wahlrechts — durch die Beibehaltung der längst zum schreienden Unrecht gereiften Wahlkreiseinteilung, die bekanntermaßen am Zentrum einen warmen Verteidiger hat. Und auf genau die gleiche Weise hofft das Zentrum auch in der preußischen Landespolitik für alle Zeit seinen

Einfluß zu wahren. Selbst wenn das Unerwartete und dem Zentrum in sein Mehrheit Unerwünschte einträte und sein Wahlrechtsantrag angenommen würd so würde doch die verrottete Wahlkreiseinteilung, noch um etliches älter un ungerechter als die zum Reichstag, für ewige Zeit den Fortbestand de konservativ-klerikalen Mehrheit sichern. Die Zentrumspolitik hat i solchen und ähnlichen Fragen immer einen doppelten Boden gehabt. Sow das Zentrum die paar Arbeiter, denen es aus Rücksicht auf die Sozialdemo kratie ein Parlamentsmandat zugesteht, durch den übermächtigen agrarische Flügel unschädlich machen läßt, so betreibt es auch eine von politischer Un ehrlichkeit und Furcht vor dem Volkswillen diktierte Wahlrechtspolitik. Di gute Absicht einiger Zentrumsleute ändert daran ebensowenig etwas, wie di durch sozialdemokratischen Druck erpreßten Zusagen einiger Zentrumskandidaten entgegen der Taktik ihrer Fraktion für eine Neueinteilung der Wahlkreise ein zutreten.

* * *

Welche Gründe konnten bei alledem bestimmend sein, in Bochum und Dortmund-Land das Zentrum zu unterstützen? Irgendwelche Gegenleistunge hatte das Zentrum in Rheinland-Westfalen nicht zu bieten, zumal es sich gerade dort schlauerweise der Wahlbeteiligung enthalten hatte, wo es zwischen uns und den Nationalliberalen voraussichtlich ausschlaggebend geworden wäre Also konnte wohl lediglich die bekannte Erwägung vom „kleineren Übel“ für uns maßgebend sein, oder etwa noch die Erwartung, daß uns die Unterstützung der Zentrumskandidaten von Nutzen sein werde bei den nächsten Reichstags-wahlen. Als das kleinere Übel im Vergleich zu den nationalliberalen Kan-didaten wurden die des Zentrums hauptsächlich schon aus dem Grunde an-gesehen, weil sich beide für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen, sowie für eine Neueinteilung der Wahlkreise erklärt hatten. Ich stimme dem Genossen Gewehr völlig darin bei, daß dadurch die Nachteile der Unterstützung nicht aufgewogen würden; und wenn wir den Freisinn in ähn-lichen Situationen sich selbst überließen, so lag sicher kein genügender Grund vor, dem Zentrum gegenüber eine mildere Taktik zu befolgen. Rechtfertigen läßt sich höchstens die Unterstützung Gronowskis in Dortmund-Land, und auch diese nur von bestimmten Gesichtspunkten aus. Zunächst: Gronowski ist Ar-beiter, also Fleisch von unserem Fleische. Das würde nun freilich an sich noch nicht genügen, ihm zu einem Mandat zu verhelfen — denn es lassen sich Arbeiter mitunter zu sehr reaktionären Zwecken mißbrauchen —, wenn der Kandidat nicht zugleich die Bedingungen unserer Stichwahlparole erfüllt, und wenn wir nicht durch seine Unterstützung einen wichtigen Trumpf gegen die katholischen Arbeiterführer Rheinland-Westfalens in die Hände be-kommen hätten! Dieser letzte Punkt ist von erheblicher taktischer Bedeutung, und nur er konnte zugunsten Gronowskis ausschlaggebend sein. Man weiß es, und Genosse Gewehr vergißt nicht in seinem Artikel daran zu erinnern: bei der jüngsten Reichstagswahl war den katholischen Arbeiterführern ein national-liberaler Scharfmacher lieber als ein Sozialdemokrat. Und welcher unbändige Jubel erhob sich bei diesen schlechten Musikanten über unseren Mandat-verlust! „Die Sozialdemokratie hat eine zerschmetternde Niederlage erlitten, die Bahn ist frei geworden für eine christlich-nationale Sozialpolitik!“ — froh-lockten die Leutchen und übersahen in ihrem sozialistentöterischen Eifer sogar, daß die Niederlage der Sozialdemokratie auch die Niederlage ihrer eigenen

artei war, da erst der sozialdemokratische Mandatverlust die Ausschaltung es Zentrums und die Blockmehrheit möglich machte. Wir haben damals nd auch in der späteren Zeit nicht versäumt, das arbeiterschädigende Treiben er klerikalen Arbeiterführer nach Kräften zu brandmarken, und haben immer nd immer wieder auf die politische Verlotterung hingewiesen, die sich aus lindwütigem Hasse gegen die Sozialdemokratie des letzten Restes von Klassen-efühl und politischer Klugheit entäußere. Die Stichwahl Gronowskis bot ns nun Gelegenheit, zu zeigen, daß wir nicht mit gleicher Münze heim-uzahlen geneigt waren; sondern wir konnten auf die Köpfe unserer katholisch-roletarischen Gegner glühende Kohlen sammeln, indem wir ungeachtet aller Fehler nd Streiche jener Leute dem klerikalen Arbeiter gegen den liberalen Scharfmacher-ünstling zum Siege verhalfen. Und wohlgemerkt: nur dem Arbeiter, nicht em Zentrumsmann durften unsere Stimmen zufallen. Der katholische Ar-eiter wurde gewählt, nicht weil, sondern trotzdem er Zentrumsmann war. lnsere Partei gab damit einen Beweis ihres proletarischen Solidaritätsgefühls nd bekam zugleich eine wuchtige Waffe für die nächste Reichstags-vahl in die Hand.

Nur von diesen Gesichtspunkten aus und mit dieser Begründung hätten ie sozialdemokratischen Wahlmänner in Dortmund-Land für den Kandidaten Gronowski eintreten dürfen. In Bochum war der Zentrumskandidat bürger-icher Herkunft; damit fielen jene Voraussetzungen weg, und eine Unterstützung es Zentrums durfte nicht erfolgen. Das Zentrum muß für die Sozial-emokratie Rheinland-Westfalens unter allen Umständen bündnisunfähig ein. Ich weiß, daß es zu kuhhandeln versucht oder sich wenigstens den An-chein gegeben hat, als ob es einem Mandatsaustausch nicht abgeneigt sei. An diesen Verhandlungen hat sogar einer der einflußreichsten Zentrumsführer eilgenommen. Wer aber mit dem Zentrum Geschäfte machen will, möge nach dem Pferdefuß unter der Kutte ausschauen und des Goetheschen Ausrufs ein-gedenk sein: „Welcher Kluge fänd' im Vatikan nicht seinen Meister!" Und wie Herr Trimborn, um ihn auch am Schlusse wieder zu nennen, in der Sozialdemokratie den größten und gefährlichsten Feind des Zentrums erblickt, so mögen auch unsere Genossen bei all ihren Handlungen niemals vergessen, daß wir mit dem Zentrum das letzte große Ringen zu bestehen haben werden. Den Elan unserer Sturmangriffe soll niemand durch nutzloses Entgegen-kommen abschwächen.

Werkwohlfahrtseinrichtungen.

Von **Wilhelm Düwell.**

Unter Werkwohlfahrtseinrichtungen versteht man die von industriellen Unter-nehmern geschaffenen, mit dem Arbeitsvertrag verkoppelten Einrichtungen, die dem Arbeiter die Beschaffung einer Wohnung, Versorgung mit Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen usw. vermeintlich oder auch wirklich erleichtern und ihm für die Fälle von Krankheit und Invalidität Zuschüsse zum Krankengeld und eventuell Pensionen gewähren: Werkwohnungen, Konsumanstalten, Unter-stützungs- und Pensionskassen! Alle solche Einrichtungen sind dergestalt mit dem Arbeitsverhältnis verbunden, daß dessen Lösung für den Arbeiter den Verlust von Vorteilen oder der Aussicht auf solche aus den genannten Einrichtungen,

sehr oft jedoch auch noch besondere Schädigungen im Gefolge hat. Der Arbeit muß nicht nur Verzicht leisten auf statutarisch erworbene Anrechte an Unte stützungen, an den Rabatten auf die aus Werkkonsumanstalten bezogenen Ware ihm gehen meistens auch die eingezahlten Beiträge zu den diversen Kassen ve loren, und als Werkwohnungsinhaber ist er in die unter Umständen sehr u angenehme Lage versetzt, plötzlich das alte Heim verlassen zu müssen, ohne e neues zu haben.

Solche Einrichtungen erhöhen die Abhängigkeit des Arbeiters; sie mache die Opfer, die der einzelne zum Beispiel für die Pensionskassen bringen mu zu einer Fessel, die seine Bewegungsfreiheit einengt. Die Furcht, plötzlich au der Werkwohnung hinausgesetzt zu werden, läßt den Arbeiter Ungerechtigkeite der Vorgesetzten, Lohnabzüge usw. geduldig ertragen. Die Sucht, Schäden vo sich abzuhalten, mögliche Vorteile zu erlangen, erzieht zu bedingungsloser Wil fährigkeit.

Im allgemeinen sind die Werkwohlfahrtseinrichtungen nicht humanitäre Eingebungen, sondern entweder Notzuständen oder geschäftlichen Kalkulatione entsprungen. So mußte man sich zu Einrichtungen von Werkwohnunge verstehen, weil die zu einer gegebenen Zeit im Bereich des Unternehmen vorhandenen Privatwohnungen nicht genügten, einer größeren Belegschaf Unterkunft zu gewähren. Entweder der Unternehmer mußte darauf ver zichten, mehr Arbeiter zu beschäftigen, oder er sah sich gezwungen, selbs Wohnungen zu erbauen. Andererseits wirkte auf den Bau von Werkwohnunge die Erwägung fördernd ein, durch Beschaffung relativ billiger Wohnungs gelegenheit das Lohnniveau zu beeinflussen. Der königliche Berginspekto R. Hundt[1] sagt in der von ihm im Auftrag des „Vereins für die bergbaulichen Interessen" herausgegebenen Schrift: „Andererseits — wenn nicht die Zechen Wohnungen gebaut hätten — würde aber auch der rheinisch-westfälische Stein kohlenbergbau nicht die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften hinreichend schnell haben heranziehen können und nicht den großartigen Aufschwung der letzten Jahre haben nehmen können." Daß nackte geschäftliche Dispositionen ohne irgendwelchen sozialen Beigeschmack den Bau von Werkwohnungen veranlaßten, gibt auch die mit Wohlfahrtsruhm überhäufte Firma Krupp in ihrer zur Düsseldorfer Ausstellung (1902) herausgegebenen Schrift unumwunden zu. Sie sagt da, „daß die Veranlassung, Wohnungen für die Werkangehörigen zu bauen, erst dann gegeben war, als mit der immer größeren Ausdehnung der Fabrik und der damit rasch wachsenden Einwohnerzahl ein empfindlicher Wohnungsmangel sich geltend machte". Dieses Eingeständnis, daß das wachsende Nützlichkeitsprinzip Veranlassung zum Bau der Werkwohnungen war, verhindert nicht, daß kritiklose Lobhudler Alfred Krupp als sozialen König preisen, der in weitausschauender Arbeiterfürsorge Wohlfahrtseinrichtungen schuf. Denselben Krupp, von dem sein Intimus, Geheimrat Imke, sagte, er sei der Verteidiger der Industrie gewesen, der sie gegen die Eingriffe durch eine falsche Humanität geschützt habe. Imke bemerkte in einer Versammlung des Zentralverbandes der Industriellen (17. März 1903)[2] unter anderem: „Und in dieser Beziehung war der Verstorbene — Friedrich Alfred Krupp — ich sage Gott sei Dank, wie sein Vater, der mir einmal sagte, daß

[1] Bergarbeiterwohnungen im Ruhrrevier, S. 4.
[2] „Stahl und Eisen", 23. Jahrgang, Nr. 7, S. 473/474.

die Werkstatt, in der ein Streik ausbrechen sollte, lieber in die Luft rengen würde als nachzugeben, unerbittlich. . . . Wäre der Verstorbene schwacher Charakter gewesen, hätte er manchen, namentlich Ende der htziger und Anfang der neunziger Jahre (!), auf ihn wirkenden starken Einissen gefolgt, wäre er sich weniger der auf ihm als dem ersten Arbeitgeber eutschlands ruhenden Pflicht bewußt gewesen, in seiner Fabrik ein Bollwerk gen das Eindringen sozialrevolutionärer Ideen zu schaffen und damit den iderstand der ganzen deutschen Industrie zu stärken, so lag kein Grund für e Sozialdemokratie vor, ihn dermaßen zu hassen und zu verfolgen, wie sie getan hat und noch tut. . . .“ Diese Bekundung aus dem Munde eines issenden läßt über das Motiv der Wohlfahrtsbestrebungen bei beiden Krupps r keinen Zweifel.

Die nachfolgenden Bestimmungen[1] aus den diversen Miet„verträgen“ mareren den Grad der Abhängigkeit, in dem Werkwohnungsinhaber sich befinden:

„Kündigung und Einstellung der Arbeit . . . seitens des Mieters verpflichtet esen zum **sofortigen** Räumen der Wohnung, ohne daß es einer Kündigung bedarf.“
Vereinigungsgesellschaft zu Kohlscheid.

„. . . wenn Mieter aus irgend einem Grunde nicht mehr bei der Vermieterin Arbeit steht, hebt den Vertrag dergestalt auf, daß der Mieter, wenn Vermieterin verlangt, die Wohnung **sofort** räumen muß. . . .“ „Außerdem . . . wenn derselbe Mieter) sich bei einer Arbeitseinstellung beteiligen sollte, in welchem Falle die **sofortige** Räumung der Wohnung verlangt werden kann.“
Steinkohlenbergwerk „Luise Tiefbau“.

„. . . Verläßt der Mieter jedoch die Arbeit des Bochumer Vereins freiwillig der infolge der Kündigung seitens des letzteren, so hat der Bochumer Verein das echt, zu verlangen, daß Mieter **mit dem Tage** der Abkehr die Wohnung räumen uß.“
Bochumer Verein Gußstahlfabrik.

„. . . **Mit dem Tage**, an welchem Mieter aus dem Dienst- beziehungsweise Areitsverhältnis austritt, hat die Räumung der Wohnung stattzufinden.“
Matthias Stinnes.

„. . . Die Bedingung, obige Wohnung **mit dem Tage** zu räumen, an welchem ch aus der Arbeit oder dem Dienste der Zeche Hannover ausscheide, nehme ich benfalls an.“
Zeche Hannover, Firma Krupp.

„. . . bei sofortiger Lösung des Arbeitsverhältnisses Recht der **sofortigen** Exmittierung.“
Krupp, Essen (Ruhr).

„. . . Die Firma Gebrüder Stumm behält sich vor, falls der Mieter aus ihrem Dienste ausscheiden sollte, daß ihr, nach Auflösung des Dienstverhältnisses, auf Verlangen die Wohnung **sofort** zur Verfügung gestellt beziehungsweise geräumt vird.“
Gebrüder Stumm, Neunkirchen.

„. . . Der Vertrag erlischt **sofort**, wenn der Mieter seine Arbeit auf der Zeche reiwillig verläßt oder unfreiwillig aufgeben muß.“
Harpener Bergbauaktiengesellschaft.

„. . . **wie überhaupt** behält sich die Fabrik das Recht einer früheren Lösung der Miete **jederzeit** vor.
Zwirnerei und Nähfadenfabrik Göppingen.

Es gibt fast keinen Werkwohnungsmietvertrag, der nicht ähnliche Bestimmungen enthält, die alle mehr oder minder darauf berechnet sind, den Arbeiter in seiner Bewegungsfreiheit zu hemmen, ihn sogar in der Ausnutzung seiner Staatsbürgerrechte zu behindern.

---

[1] Günther, Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland.

Zwar können die Aufsichtsbehörden bei Streiks usw. Massenexmittierung aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt und Sicherheit verhindern, aber die Möglichkeit ist kein ausreichender Grund, auf eine gesetzliche Regelung d Materie, durch welche die Willkür der Werkwohnungsbesitzer beschnitten wir zu verzichten.

Krasser noch und allgemeiner als die Benachteiligungen der Arbeiter dur Verquickung des Arbeitsverhältnisses mit dem Wohnungsverhältnis wirkt al Schadenquelle die Verbindung des ersteren mit den Pensionskassen. In der Meinungsstreit über den Wert oder Unwert dieser Art Kassen gibt sowohl i der Presse als auch im Parlament die Kruppsche Arbeiterpensionskasse in de Regel das Demonstrationsobjekt ab. Da es die bedeutendste Kasse dieser Ar ist, ist es auch wohl berechtigt, sich bei der Kritik in der Hauptsache an dies zu halten. Und da sei gleich bemerkt: das Kruppsche System ist da reaktionärste, das am meisten antisoziale, Arbeiter knechtende und benach teiligende, das System, das nach einem schützenden Eingriff der Gesetzgebun geradezu schreit.

Nach Ankündigungen von verschiedenen Seiten soll die Debatte übe Pensionskassen, die Anfang Mai dieses Jahres bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend den Versicherungsvertra gepflogen worden ist, im Herbst fortgesetzt werden. Die schiefen Urteil und falschen Darstellungen, die damals über manchen Punkt zutage getreten sind, lassen es angezeigt erscheinen, die Tendenz der Wohlfahrtskasse an der hauptsächlich in Betracht kommenden Bestimmungen zu kennzeichnen.

Das Statut der Pensionskasse der Firma Krupp verpflichtet jeden Arbeiter, der bei Krupp beschäftigt werden will, Mitglied der Kasse zu werden. Die Mitgliedschaft gilt aber nur für die Dauer des Arbeitsverhältnisses. Ob dieses freiwillig oder unfreiwillig gelöst wird, ist ganz gleichgültig; wer nicht mehr Arbeiter bei Krupp ist, hat auch die Mitgliedschaft zur Kasse verloren. Im Statut heißt es:

„Alle in der Gußstahlfabrik gegen Lohn oder Gehalt[1] beschäftigten Personen... sind berechtigt und verpflichtet, der Pensionskasse beizutreten. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Eintritt in die Beschäftigung auf der Gußstahlfabrik.... Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Dienste der Firma...."

Den möglichen Vorteilen, die die Kasse bietet, stehen Pflichten des Mitglieds gegenüber: es muß Einschreibegebühr und laufende Beiträge entrichten! Die einmalige Gebühr beträgt das **Anderthalbfache eines Tagesverdienstes**, die laufende Beitragsleistung $2^1/_2$ **Prozent des Arbeitsverdienstes**, soweit dieser $6^2/_3$ Mark pro Tag nicht übersteigt. Die Pflichtleistungen werden vom Lohne in Abzug gebracht. Die Leistungspflicht wird mit dem Arbeitsverhältnis derart verquickt, daß ohne Zustimmung zu der Leistung die Einstellung bei Krupp ausgeschlossen ist. Aber es wird kein Rechtsgeschäft abgeschlossen, bei dem der Leistungspflicht auch Rechtsansprüche gegenüberstehen. Die Firma kann ganz willkürlich über die Fortdauer der Mitgliedschaft bestimmen; wenn sie einem Arbeiter ordnungsgemäß kündigt oder ihn sofort entläßt, dann hat dieser mit der Kassenmitgliedschaft alle Ansprüche, die er als solcher später hätte geltend machen können, verloren,

[1] Seit 1892 besteht für die Beamten mit einem 2000 Mark übersteigenden Gehalt eine besondere Zwangskasse, die in ihren Grundbestimmungen der Arbeiterpensionskasse gleich ist.

d er bekommt auch nichts von den unfreiwillig für die Kasse geleisteten Beigen zurück. Der § 15 des Statuts bestimmt:

„Mit dem Ausscheiden eines Mitglieds aus dem Dienste der Firma **erlöschen** : **Ansprüche** desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse. . . .“

Ansuchen von Entlassenen, ihnen die Beiträge zurückzuzahlen, beantwortete Firma mit Schreiben folgenden Inhaltes:

Mitteilung

von Friedrich Krupp für Herrn
Gußstahlfabrik ....

Essen, Rheinpreußen.

ntwort auf Ihr Gesuch vom ....

Die Pensionskasse ist gemäß § 15 ihres Statuts zur völligen oder teileisen Rückzahlung geleisteter Beiträge nicht berechtigt. Von einer Zuwendung s anderweitigen Mitteln muß gleichfalls abgesehen werden. Friedrich Krupp.

Vor einigen Jahren, als die Firma wieder einmal einen großen Schub rgenommen hatte, der sich ganz offenkundig als politische Maßregelung rakterisierte, und deshalb die Opposition gegen die Kruppwohlfahrt lebhaftere ormen annahm, zahlte man berechnenderweise einigen Leuten die Beiträge m Teil aus einem besonderen Fonds zurück. Solche „Geschenke“ hat man ch in der Folge hin und wieder gemacht, damit die Firma bei Gelegenheit klären lassen kann: unverschuldet Entlassene werden aus einem besonderen onds entschädigt! Solche Darstellungen sind Schwindel! Unter hundert Entssenen bekommt vielleicht einer das Gnadengeschenk; alle anderen, und wenn zwanzig Jahre der Firma ihre Arbeitskraft geopfert und Hunderte von Mark eiträge gezahlt haben, bekommen nichts. Und die Zahl der Abgekehrten nicht gering. Nach Berechnungen,[1] denen die Geschäftsberichte der Pensionsse zugrunde liegen, wurden bei Krupp entlassen von 1898 bis inusive 1907 rund 25000 **Personen**. Wieviel Dienst- und Beitragsjahre die eute hinter sich haben, kann ohne Einsicht in die Belegschaftslisten und chichtenbücher der Firma natürlich nicht angegeben werden. Aus zahlreichen inzelfällen weiß man, daß manche der Entlassenen **zehn bis zwanzig Jahre** r Kasse angehört haben. Im Reichstag hat der Herr v. Dirksen bei der hon erwähnten Gelegenheit eine Verteidigung der Firma Krupp unternommen, urch welche der Anschein erweckt wurde, alle Entlassenen, die keine Gnadenückzahlung der Beiträge erlangen, seien Spitzbuben oder dergleichen Subjekte. achher hat der edle Junker sich zu der Erklärung bequemt, er habe nur ein aar ganz bestimmte Fälle im Auge gehabt. Um die Rigorosität der Wohlhrtsfirma, aber auch die Ohnmacht der Arbeiter gegenüber der Kasse zu igen, sollen die beiden in Betracht kommenden Fälle hier kurz geschildert erden.

Der Arbeiter von der Grinlen wurde zehn Tage vor Beendigung einer vanzigjährigen Dienstzeit bei Krupp plötzlich ohne Kündigung entlassen. Der Mann hatte seit Jahren im Einverständnis mit den betreffenden Arbeitern ie von diesen nicht verzehrten Butterbrote als Viehfutter mit nach Hause geommen. Eines Tages wurde er beschuldigt, Butterbrote, die noch genossen erden sollten, sich angeeignet und für sich verwendet zu haben. Mit der Beschuldigung erhielt er auch **sofort** die Entlassung. Ob der Mann sich nun

[1] Wohlfahrtsplage. Dortmund 1903, Verlag „Arbeiter-Zeitung“. S. 22.

vergriffen hat, wie er behauptete, oder wirklich ein paar Butterbrote wider rechtlich bewußt sich aneignete, mag dahingestellt bleiben. Er glaubte auf jede Fall Anspruch auf ordnungsmäßige Kündigung zu haben. Wäre diese erfolg dann hätte er vor dem Entlassungstermin die zwanzigjährige Dienstzeit be endet und damit seiner Meinung nach Anspruch auf Pensionierung erworben In der Rechtsverfolgung nach dieser Richtung ließ das entscheidende Gerich die Frage, ob der Entlassene eines Diebstahls überführt sei, offen, ebenso di ob ein solcher Diebstahl, wie der angebliche, zu sofortiger Entlassung berechtige Das Gericht entschied: der Rechtsanspruch auf Pension müsse abgewiese werden, auch dann, wenn die sofortige Entlassung nicht gerechtfertigt sei, denn eine zwanzigjährige Dienstzeit sei nicht die allein bestimmend Voraussetzung für den Anspruch auf Rente. Das Gericht berief sic dabei auf folgende Statutenbestimmungen:

„Die Kasse gewährt: Pensionen an Mitglieder, welche . . . ununterbrochen zwanzig Jahre und länger im Dienste der Firma gestanden oder während mindestens fünfzehn Jahren besonders schwere Arbeit auf der Gußstahlfabrik verrichtet haben wenn dieselben nach Maßgabe dieses Statuts für arbeitsunfähig erklärt sind. . . Die Pensionierung eines Mitglieds erfolgt auf Antrag des Mitglieds selbst ode der Firma durch Beschluß des Kassenvorstandes, wenn derselbe auf Grund der vo ihm eingeholten Gutachten von mindestens zwei Ärzten **vollständige Arbeitsunfähig keit** als vorhanden anerkennt.... Nach Zurücklegung des fünfundsechzigsten Lebens jahres bei pensionsberechtigtem Dienstalter, sowie nach **vierzigjähriger** ... Dienstzei kann sowohl das Mitglied als die Firma die Pensionierung verlangen, wenn auc keine Arbeitsunfähigkeit vorliegt.

„Wo Streitigkeiten . . ., mit Ausnahme der **vom Vorstand endgültig** zu ent scheidenden Frage über das Vorhandensein vollständiger Arbeits unfähigkeit, entstehen, werden sie von der Aufsichtsbehörde entschieden.“

In dem am 19. Oktober 1902 vom Landgericht Essen in der Sache von der Grinlen gefällten Urteil heißt es wörtlich in den Entscheidungsgründen

„§ 27 des Statuts bestimmt, daß Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern und der Kasse über Pensionsansprüche von der Aufsichtsbehörde entschieden werden und erst gegen deren Entscheidung binnen zwei Wochen nach Zustellung die Berufung auf dem Rechtsweg mittels Klageerhebung stattfindet. Kläger hätte daher zunächst die Aufsichtsbehörde angehen müssen. Abgesehen davon ist aber nach § 12 des Statuts vollständige Arbeitsunfähigkeit Voraussetzung der Pensionierung, und diese Arbeitsunfähigkeit kann nach §§ 12, 27 des Statuts **nur** vom Vorstand festgestellt werden. Die Frage, ob Kläger arbeitsunfähig ist, entzieht sich also der Nachprüfung durch das Gericht, da der Kläger durch Eintritt in die Kasse den Bestimmungen des Statuts sich unterworfen hat.

„Die Klage war demnach abzuweisen, **ohne** daß die Frage nach der wirklichen Arbeitsunfähigkeit und der **Berechtigung** der sofortigen Entlassung zu prüfen war.“

Also erst eine vierzigjährige Dienstzeit berechtigt ohne Voraussetzung der Arbeitsunfähigkeit zum Anspruch auf Pension! Die Firma hat aber die Macht, es **niemals** zu einer vierzigjährigen Dienstzeit kommen zu lassen. Nach zwanzigjähriger Dienstzeit entscheidet in letzter Linie nicht etwa der Arzt, sondern der Kassenvorstand nach den Gutachten der Ärzte, ob vollständige, Pensionsanspruch begründende Arbeitsunfähigkeit vorliegt. Kurzum: der Willkür der Firma ist gar keine Schranke gesetzt; sie kann jeden, der sich unbeliebt macht, von dem Genuß einer Rente ausschließen. Und die Leute mit steifem Rückgrat werden sicher nicht bevorzugt.

Der andere Fall, der die Humanität der Firma erweisen soll, betrifft den ieher **Finke**. Die Firma Krupp hat es für nützlich gehalten, die Darlung, die der Genannte in einer öffentlichen Versammlung in Essen am . März 1903 gegeben hat, sich vor Gericht nicht attestieren zu lassen. Und nke erzählte folgendes:[1]

„Ich war 19½ Jahre bei der Firma Krupp beschäftigt und habe mir nichts chulden kommen lassen, was meine Entlassung rechtfertigt. Mein Hinauswurf olgte nur deshalb, weil ich der Firma Krupp im Pensionskassenvorstand unbequem rde mit meinen Reformanträgen. Für diese Behauptung liefere ich jederzeit ugen. Von Meistern und Beamten ist mir gesagt worden, ich möge mich vorpen, meine Maßregelung werde beabsichtigt. Den äußeren Grund zu meiner Entsung mußte eine gebrochene Schraube an der Drehbank abgeben; der Wert des durch verursachten Materialschadens beläuft sich auf etwa 50 Pfennig. Gerade ch rechtzeitig vor der Generalversammlung (der Delegierten) wurde ich mundtot, olge der Entlassung. Die übrigen Vorstandsmitglieder, mit denen ich die Betungen auf Statutänderung vorher gepflogen hatte, schwiegen sich später aus; befürchteten das gleiche Schicksal. Anderen Personen ist es ähnlich ergangen."

So sieht es mit der Wohlfahrtskasse aus! Dem Schreiber dieses ist es rigens ähnlich ergangen wie Finke. Dabei darf man nicht annehmen, die ssenmitglieder oder deren Delegierten hätten irgendwelche beschlußfassende efugnis. Die Vertretung ist **nur Dekoration**. Ebenso wie die immer reklamenft genannten hohen Leistungen der Firma für die Kasse. Die gezahlten ensionen sind bisher noch fast vollständig aus den **direkten Leistungen der rbeiter** und aus Zinsen gedeckt worden. Was die Befugnisse der Arbeiterrtreter anlangt, so gibt darüber die folgende Bestimmung des Statuts geigend Aufschluß:

„Der Vorstand der Kasse besteht aus acht Mitgliedern, wovon vier von der irma ernannt, vier von den Kassenmitgliedern in der Generalversammlung aus r Mitte der stimmberechtigten Mitglieder gewählt werden.

„Eines der von der Firma ernannten Vorstandsmitglieder wird **von der Firma** m Vorsitzenden bestellt. . . .

„Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmeneichheit **entscheidet** der Vorsitzende."

Mit dieser Vorsichtsbestimmung, die auf alle Fälle die Entscheidung in die and der Firmenvertreter legte, war man aber noch nicht einmal zufrieden. m auch vor eventuellen Zufälligkeiten gesichert zu sein, hat man dem obigen aragraphen (§ 24) folgenden Schlußpassus gegeben:

„Beschlüsse über Statutänderungen . . . bedürfen der **Zustimmung der Firma**. . . ."

Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Arbeiter irgendwelchen Einuß ausüben können. Die im Reichstag hervorgehobene Arbeitervertretung ist ben nichts anderes als Dekoration. Es gilt bei den Arbeitern schon als eine icht straflos bleibende Anmaßung, wenn ein Vertreter es auch nur riskiert, **Wünsche zu äußern**.

Verschiedene Gewerbegerichte haben sich in letzter Zeit zwar auf den Standunkt gestellt, die Nichtrückzahlung der einbehaltenen Beiträge bei unverschuldeter ntlassung verstoße wider die guten Sitten. Dieser Grundsatz ist sogar zur Anwendung gekommen gegenüber Kassen, die in beschränktem Maße Beiträge

[1] Wohlfahrtsplage, S. 24/25.

zurückzahlen oder die freiwillige Weiterversicherung nach Lösung des Arbeit verhältnisses statutarisch gestatten. Das Essener Landgericht hat aber in ein Berufungssache der Kruppkasse attestiert, daß die vollständige Rechtlosigkeit d Zwangskassenmitglieder, das unbeschränkte Willkürrecht der Firma, die absolu Verweigerung von Rückzahlungen selbst in Fällen böswilliger Aufhebung d Arbeitsverhältnisses und der Kassenmitgliedschaft noch nicht gegen die gute Sitten verstoße. Das Gericht hat übrigens auch gar nicht gewürdigt, daß d Firma mit den statutarischen Bestimmungen der Pensionskassen auf die Kasse mitglieder zu ihren Gunsten als Unternehmerin **Pression ausüben will.** Der § des Statuts, der die Berechnung der für die Pension maßgebenden Dienstze behandelt, besagt, daß die Militärdienstzeit zwar nicht als Dienstzeit bei Krup angerechnet wird, aber auch nicht als Unterbrechung dieser gilt. Dann heiß es jedoch weiter:

„... Die Anrechnung der früher abgeleisteten Dienstzeit findet übrigens auc in diesen Fällen nicht statt, wenn ein zum Militärdienst eingezogenes Mitglie nach Beendigung der Militärdienstzeit nicht innerhalb vierzehn Tagen zur Arbei auf der Gußstahlfabrik zurückkehrt oder ein beurlaubtes Mitglied den Urlaub über schreitet und die verspätete Rückkehr zur Arbeit nicht vom Vorstand als genügen begründet oder doch entschuldbar anerkannt wird."

Und noch deutlicher kommt der Wille und das Bewußtsein, die „Wohlfahrts einrichtung" zum Vorteil der Unternehmerin mit dem Arbeitsverhältnis zu ver koppeln, in § 15 des Kassenstatuts zum Ausdruck. Der Paragraph ist ein sprechen der Beweis für die „Selbstlosigkeit" der Firma als Wohltäterin. Hier der Wortlaut

„Mit dem Ausscheiden eines Mitglieds aus dem Dienste der Firma erlöschen alle Ansprüche desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse.

„Denjenigen Mitgliedern jedoch, welche gegen ihren Willen und ohne andere Grund als Mangel an Arbeit entlassen werden, wird im Falle eines Wiedereintritts in den Dienst der Firma die früher bei der Firma zugebrachte Dienstzeit angerechnet **wenn** sie innerhalb vier Wochen nach ihrem Eintritt beim Vorstand der Pensions kasse darauf antragen. Von solchen Mitgliedern wird bei ihrem Wiedereintritt kein Eintrittsgeld erhoben. Das Recht auf Anrechnung der früheren Dienstzei im Falle des Wiedereintritts geht verloren, wenn der wegen Arbeits-mangel Entlassene von der Firma **zur Rückkehr** in den Dienst der Firma **aufgefordert** wird und dieser Aufforderung nicht innerhalb zwei Monaten nach Empfang derselben **nachkommt.**"

Ob der Staatssekretär wohl an die beiden Paragraphen dachte, als er im Reichstag — am 1. Mai 1908 — also sprach:

„Die Tatsache, daß die Werksunternehmer ohne irgend eine **spekulative** Absicht erhebliche Summen aus ihrem Vermögen diesen Kassen zuführen, zeigt von vorn-herein, daß es sich wenigstens zum Teil um Wohlfahrtseinrichtungen handelt" — ?

Daß bei den Wohlfahrtseinrichtungen allgemein das spekulative Moment nicht fehlt, hätte der Herr Staatssekretär übrigens auch aus der „Arbeit-geber-Zeitung" erfahren können. Das Blatt, das für die Unternehmerpsycho-logie ein feines Gefühl hat, brachte in seiner Nummer vom 9. Oktober 1904 einen „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" überschriebenen Artikel, in dem unter anderem ausgeführt wurde:

„... Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die

[Ar]beitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtseinrichtungen nicht er-
[wä]chst, deren Schaffung auch unterbleibt.... Die Arbeiter isoliert liegender
[Bet]riebe müssen, sobald sie die Arbeit verlassen, zumeist innerhalb einer kurz be-
[mes]senen Frist ihre von der Betriebsleitung getrennten Wohnung räumen und sind
[de]mgemäß zur Abwanderung gezwungen, weil es eben am Ort selbst für sie keine
[Wo]hnungsgelegenheit gibt. Das ist zweifelsohne eine gute Schutzmaßregel
[ge]gen die Ausstandsbewegung.... Ähnlich liegen ja auch die Dinge hinsicht-
[lich] der von den großstädtischen Arbeitgebern eingerichteten Pensionskassen....
[Di]e Leute fühlen, daß die ihnen zugedachte Wohltat zugleich auch eine Schmälerung
[ihr]es Sebstbestimmungsrechts bedeutet, und darum lehnen sie sich dagegen
[auf].... Die Arbeitgeber müssen einsehen lernen, daß Arbeitsnachweise, Pensions-
[kas]sen und Arbeiterwohnungen, sobald sie von den Arbeitgebern eingerichtet und
[ve]rwaltet werden, Institutionen darstellen, die zwar den Arbeitern zum Vorteil
[ger]eichen, zugleich aber auch in nachhaltiger Weise den Interessen der
[Ar]beitgeber dienen...."

Hier ist ausgesprochen, was ist! Die Unternehmer wollen durch sogenannte
[W]ohlfahrtseinrichtungen ihren Arbeitern die kümmerlichen Überbleibsel, die der
[U]nternehmer Übermacht von des Arbeitsvertrags Freiheit noch übrig läßt,
[res]tlos nehmen. Und wer nicht bedingungslos sich fügt, wird bestraft, seiner
[du]rch langjährige Beitragszahlung erworbenen Pensionsansprüche beraubt.
[Ja], auch die artigsten Arbeiter werden entlassen, ohne Ersatz für die von
[ih]nen gebrachten Opfer zu erlangen. Bei Krupp zum Beispiel werden oft
[in] wenigen Monaten viele Hunderte Arbeiter neu eingestellt, die
[na]ch Erledigung irgend eines bestimmten Auftrags in ebensolchen Massen
[wi]eder entlassen werden. Und bei der Annahme weiß die Firma, daß die
[Le]ute nach etlichen Monaten wieder abgekehrt werden, trotzdem: Einschreib-
[ge]bühren und Beiträge für die Wohlfahrtskasse werden vom Lohne abgezogen.
[A]uch das ist dolose Handlung. Daß auch bei anderen Wohlfahrtsunternehmen
[in] gewollter Weise Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses herbeigeführt
[w]erden, um Ansprüchen der Wohlfahrtskassenmitglieder die erforderlichen Vor-
[au]ssetzungen zu nehmen, dafür sind in „Wohlfahrtsplage" eine Reihe dem
[V]erfasser im Original vorliegender Dokumente abgedruckt. Einer der Humani-
[tä]tsbeweise mag auch hier Raum finden; er sieht so aus: Zuerst ein Namens-
[ve]rzeichnis der Arbeiter, die zu einem bestimmten Termin zehn Jahre in der
[F]abrik tätig sind — die Namen spielen hier keine Rolle. Das Verzeichnis
[tr]ägt unten folgenden eigenhändig vom Unternehmer gezeichneten Vermerk:

„Ersuche O. W., von den obenstehenden Arbeitern diejenigen zu bezeichnen,
[w]elche durch Brauchbarkeit und gute Führung sich wert gemacht haben, der Be-
[gü]nstigung der Berechtigung für die Invalidenkasse teilhaftig zu werden.

Bei den übrigen müßte, sofern sie nicht entlassen werden sollen,
[a]uf kurze Zeit die Beschäftigung durch Entlassung unterbrochen
[w]erden."

H. Paukſch. 9. 1. 1885.

Es mag hierzu bemerkt werden, daß die Arbeiter zu der hier in Frage
[st]ehenden Kasse Beiträge nicht zu leisten hatten, während bei Krupp jeder
[A]rbeiter im Durchschnitt **pro Jahr 35 bis 36 Mark** zu der Wohlfahrt bei-
[st]euern muß. Das macht ganz enorme Summen bei den Tausenden aus, die
[a]lljährlich angenommen werden und wieder abkehren, und von denen jeder
[a]uch noch zirka 6 Mark Einschreibgebühr entrichten muß.

Wenn gegenüber den Forderungen, prinzipiell die Rückzahlungspflicht ge-
[se]tzlich vorzuschreiben, der Einwand versicherungstechnischer Schwierigkeiten er-

hoben wird, dann kann man mit dem antworten, was Professor Blume-Hal in der „Sozialen Praxis" (Nr. 32) sagt. Er bemerkt:

„Soll der Arbeiter mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis seine Pensionsanspruch verlieren, so kann dies gerechterweise nur geschehen bei Wieder herstellung des vor Eingehen des Arbeitsverhältnisses vorhandenen Rechtszustande das heißt unter Rückgewährung der gezahlten Beiträge. Ist dies versicherungs technisch nicht möglich, so ist damit nicht etwa, wie das Gericht gemeint hat, de Verfall der Beiträge gerechtfertigt, sondern es ist das Urteil gesprochen über di Verquickung von Arbeitsverhältnis und Versicherung."

Die Gesetzgeber können sich auch nicht darauf berufen, daß weite Volks kreise mit den Pensionszwangskassen zufrieden seien. Im Gegenteil! Überall wo die Arbeiter zu der Angelegenheit Stellung genommen haben, forderter sie Befreiung von den Wohlfahrtsknebeln oder protestierten gegen deren Ein führung. Und nicht nur die Arbeiter! Auch die **Beamten**, die in steigenden Maße die Werkswohlfahrt zu kosten bekommen, haben deren Tücke und Nücke auch schon genügend kennen gelernt, um sich der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Materie nicht zu verschließen. So schreibt das Orga des Bundes der technisch-industriellen Beamten, die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung" (Nr. 13, 4. Jahrgang):

„. . . Verbitterung besteht nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in den **Kreisen der Privatangestellten** über diese sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen in der Industrie."

Die Arbeiter wie die Beamten müssen energisch dafür eintreten, daß diese Ausbeutungs- und Knebelungseinrichtungen, welche sich als Wohlfahrts-einrichtungen ausgeben, beseitigt werden. Die Zustände, die jetzt herrschen, sind geradezu skandalös.

Aus der Praxis der proletarischen Jugendbewegung.

Von **Hermann Wolf** (Deuben-Dresden).

Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg würde ganz anders über die proleta-rische Jugendbewegung geurteilt haben, wenn seine Wortführer Erfahrung in ihr gehabt hätten.

Mir und vielen Parteigenossen, welche gezwungen waren, über die Jugend-bewegung zu theoretisieren, ohne Erfahrung zu haben, ist es anfänglich wie den Hamburger Wortführern gegangen. Als ich mit einigen Genossen von der Leitung der Sozialdemokratischen Vereine des vierten, fünften und sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises beauftragt wurde, die Jugendbewegung in genannten Kreisen in die Wege zu leiten, waren wir zunächst ratlos. Trotzdem wir die zahlreichen Artikel in der „Gleichheit" und sonstigen Publikationen über die proletarische Jugendbewegung gelesen, studiert hatten, wußten wir nicht, wie wir praktisch zu-greifen sollten. Wir alle waren der Meinung, daß die Jugend für politische Fragen noch nicht reif sei. Daß die Arbeiterjugend imstande sei, eine eigene, selb-ständige Organisation aus sich selbst heraus zu entwickeln, hielten wir für voll-ständig ausgeschlossen. Das ist uns nicht im Traume eingefallen. Durch die Praxis wurden wir gründlich eines anderen belehrt.

Ich selbst wurde von der Leitung des Sozialdemokratischen Vereins des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises beauftragt, im Plauenschen Grunde, in einer Gegend mit klassenbewußter Arbeiterbevölkerung, eine proletarische Jugendbewegung ins Leben zu rufen. Man warf mich ins Wasser, und ich mußte nun schwimmen.

Zunächst galt es, Anknüpfungspunkte mit der Arbeiterjugend zu suchen. Ich ndte mich an die Arbeiterturnvereine des Plauenschen Grundes und bat sie, mir Jugendlichen zuzuweisen. Klein war das Häuflein (zehn bis zwölf Mann), meinem Rufe gefolgt war, meistens Söhne von alten, erprobten Parteigenossen. rsichtig suchte ich mich ihnen zu nähern. Streng vermied ich es, sie mit „anti-itaristischer und antikapitalistischer Propaganda“ und anderen „politischen Ge-nstern“ zu schrecken. Verbot mir doch auch das Gesetz, in den Versammlungen Jugendlichen über politische und öffentliche Dinge zu sprechen.

Ich machte mit den Jugendlichen einige Sonntagsausflüge. Die jungen Leute rden zutraulich. Sie begannen mir ihre Seelen zu öffnen. Da kam ich zu der erzeugung, daß ich mich gründlich getäuscht hatte. Nicht Abneigung gegen poli-he Aufklärung und Verständnislosigkeit für politische Fragen war bei ihnen zu den, sondern im Gegenteil, sie wußten viel mehr von politischen Dingen — als ncher alte Parteigenosse.

Und wahrlich, wenn man sich die Verhältnisse genau betrachtet, kann es nicht ders sein. Die jungen Leute wachsen von Jugend an im sozialistischen Gedanken-is der Eltern auf, sie lesen täglich die Arbeiterpresse und sonstige Arbeiterliteratur. der Werkstatt werden die Arbeiterfragen lebhaft erörtert, und unsere sozialen gensätze sind so schroff, daß sie selbst von einem Kinde erkannt werden. Dazu nmt, daß die Jugendlichen viel empfänglicher sind als die Erwachsenen. Die gend ist die Zeit des Lernens. Es kommt ganz darauf an, was man der Jugend m Lernen bietet. Mit welch schwierigen Problemen beschäftigt man die Jugend den höheren Lehranstalten! Als achtzehnjähriger Seminarist mußte ich Logik und ychologie studieren und die wichtigsten philosophischen Systeme zu begreifen chen. Und werden unsere Schulkinder nicht gründlich mit der bürgerlichen Welt-schauung bekannt gemacht? Lehrt man nicht schon sechsjährigen Kindern die osaische Weltschöpfung? Und unsere proletarische Jugend sollte nicht die proletarische eltanschauung begreifen? Die proletarische Weltanschauung, die mit Händen zu eifen ist und deren Lehren die jungen Leute täglich am eigenen Leibe spüren?

Alle vierzehn Tage versammelte ich die jungen Leute abends um mich. Der nterricht wurde mit Gesang begonnen. Als Gesangbuch diente das Liederbuch: Der freie Turner“. Erstaunt war ich über die Menge Freiheitslieder, welche ereits den jungen Leuten in Fleisch und Blut übergegangen waren. Die Arbeiter-rnvereine haben der proletarischen Jugendbewegung tüchtig vorgearbeitet.

Als Einleitung wurde meist gesungen das Weihelied von Ernst Klaar: „Laßt nen laut mit hellem Klang der Arbeit stolze Lieder, der Unterdrückten Freiheits-ng hall' echoweckend wieder!“ usw. Hierauf folgte der Unterricht. Zunächst be-andelte ich in groben Umrissen die Weltentwicklung, die Entstehung der Erde, m mich dann ausführlich mit der „Urgesellschaft“ zu befassen. Der Unterricht er-olgte in der Form der Unterredung; Fragen, Antworten und längere Ausführungen on seiten des Lehrenden und der Lernenden wechselten miteinander ab. Ich halte as für die passendste Unterrichtsform für die erwachsene Jugend. Sie ist ein Zwischending zwischen Schulunterricht und Vortrag. Der Inhalt des Unterrichtes urde in einigen Sätzen zusammengefaßt und von den jungen Leuten nieder-eschrieben. Gab es ein Lied, das die in der Unterredung erzeugte Stimmung zum usdruck brachte, so wurde es gesungen. So wurde zum Beispiel jede Unterredung ber die Urgesellschaft mit dem „Lied der Arbeit“ von J. H. Zapf, welches die ulturentwicklung der Menschheit in markigen Worten schildert, geschlossen. Ab nd zu ließ ich von den einzelnen Jugendlichen über ein Kapitel ein Referat halten. Die Resultate waren sehr erfreulich. Ein zusammenfassendes Referat über die Ur-gesellschaft bewies, daß der junge Mann den Stoff richtig erfaßt und selbständig durchdacht wiederzugeben verstand.

Nach dem Unterricht wurden meist einige Freiheits- und Volkslieder gesungen, zum Beispiel „Wer schafft das Gold zutage“, „Sah ein Knab ein Röslein stehn“ usw.

Besondere Freude machte es mir, wenn die jungen Leute ihre Volkslied[e] sangen, deren Dichter und Komponisten man nicht kennt und die noch in keinem Liederbuch stehen.

Die Jugendabende begannen 1/29 Uhr und endigten gewöhnlich um 3/411 Uhr. Viele von den Jugendlichen hatten einen Weg von einer halben bis drei Viertel stunden zurückzulegen. Das Häuflein der Teilnehmer schwoll bald zu 70 bis 80 Personen an. Jetzt werden die Jugendabende im Plauenschen Grunde von 200 bis 300 Jugendlichen besucht! Ursprünglich war nur das männliche Geschlecht vertreten, monatelang zierten nur zwei oder drei Mädchen die Unterrichtsabende, jetzt sind die Teilnehmer der Jugendabende zu einem Drittel weiblichen Geschlechtes. Die Zahl der Abonnenten der „Jungen Garde" ist im Plauenschen Grund auf 800 angewachsen.

Außer den Unterrichtsabenden veranstalteten wir eine Weihnachtsfeier und am Palmsonntag eine Feier für die konfirmierte Jugend. Im Mittelpunkt beider Feiern stand eine kleine Festrede von einem älteren Parteigenossen gehalten, die von Deklamationen und Gesängen der Jugendlichen eingerahmt war. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und sichtlich vom Interesse der Anwesenden begleitet.

Aber das alles genügte den Jugendlichen noch nicht! In meinen Unterrichtsabenden mußten sie sich zu passiv verhalten. Sie wollten mehr aktiv, mehr selbständig sein, aus eigener Initiative schaffen. Und so richteten die Jugendlichen neben unseren Unterrichtsabenden noch Privatzirkel von 10 bis 15 Teilnehmern ein, um dort nach Herzenslust debattieren zu können. Ich habe solchen Zirkeln wiederholt beigewohnt. Die Ordnung war streng parlamentarisch. Mancher Parteigenosse hätte sich hier ein Beispiel nehmen können. Der Vorsitz ging reihum.

Zunächst wurde ein Kapitel aus einem wissenschaftlichen Werke vorgelesen. Dann referierte ein Teilnehmer über den Inhalt der „Dresdener Volkszeitung" in der vergangenen Woche. Ein dritter berichtete über die Beilage der genannten Zeitung: „Leben, Wissen, Kunst". Nach jedem Referat folgte eine lebhafte Debatte. Den Schluß bildeten geschäftliche Angelegenheiten.

Die Unterrichtsabende habe ich jetzt aufgegeben, weil die ganze Bewegung über den Rahmen derselben hinauswuchs und eine Organisation forderte, die den Jugendlichen mehr Freiheit und Selbstbestimmungsrecht wie bisher gewährte.

Damit komme ich zu den Lehren, die sich mir aus dem praktischen Jahre in der proletarischen Jugendbewegung ergeben haben:

1. Die proletarische Jugend ist vollständig reif für die Lehren des Sozialismus. Die jetzige Generation der Jugend steht auf einer viel höheren Stufe als die vorhergehenden Generationen. In ihr herrscht ein Wissensdrang, ein Streben nach Freiheit, das das Herz eines jeden Parteigenossen mit großer Freude erfüllen muß. Unter der proletarischen Jugend wird man selbst wieder jung und von neuem Kampfesmut für unsere Ideale beseelt.

2. Die in der proletarischen Jugend schlummernden Kräfte und Anlagen können aber nur dadurch zur vollen Entwicklung kommen, daß wir der Jugend möglichst viel Freiheit und Selbstbestimmungsrecht gewähren. Hier gilt auch der Diesterwegsche Erziehungsgrundsatz: Durch Selbsttätigkeit zur Selbständigkeit. Durch einseitige Bevormundung würden wir die Jugendbewegung nur in ihrer Entwicklung hemmen. Durch die Selbsttätigkeit wird die Schaffenslust angeregt und das Verantwortlichkeitsgefühl erhöht. Die jungen Leute sehen in den Erfolgen ihr eigenes Werk, und das erfüllt sie mit Freude und regt sie zum Weiterstreben an.

3. Nur eine selbständige Organisation verbürgt eine planmäßige, intensive Agitation. Auch hier macht sich das Prinzip der Arbeitsteilung geltend. Wer politisch oder gewerkschaftlich hervorragend tätig ist, kann sich nicht noch der proletarischen Jugendbewegung widmen. Diese bedarf ihrer eigenen Personen und ihrer eigenen Organisation.

Die Befürchtung, daß eine selbständige Jugendbewegung sich von der großen rstraße der Arbeiterbewegung verlieren könne, ist vollständig grundlos. Die gendbewegung muß schon deshalb mit den übrigen Arbeiterorganisationen in bindung bleiben, weil sie auf die materielle und geistige Unterstützung derselben ewiesen ist und sie dasselbe Ziel verbindet.

Literarische Rundschau.

stizrat Wagner und Generalsekretär Vosberg, **Polenspiegel. Die Umriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse.** Berlin 1908, Puttkammer & Mühlrecht.

Justizrat Wagner ist jener gemütvolle Hakatistenhäuptling, der eine gewisse rühmtheit erlangt hat, weil er auf dem letzten Hakatistentag das große Wort assen aussprach: „Die ‚Frankfurter Zeitung' hat kürzlich ironisch gesagt, ob den len recht oder unrecht geschehe, sei wohl Nebensache. Ja, das ist auch Nebensache." muß es denn doppelt wundernehmen, daß er sich in dem „Polenspiegel", ausgegeben im Auftrag des Deutschen Ostmarkenvereins, mit seinem Famulus sberg strapaziert, darzutun, daß mit der brutalsten hakatistischen Politik den len nur ihr Recht geschehe. Zu diesem Ende werden aus Artikeln von 56 polchen Zeitungen und Zeitschriften und aus sonstigen polnischen Veröffentlichungen ht weniger als 530 mehr oder minder lange, sorgfältig ausgewählte Stellen zunmengetragen, ins Deutsche übersetzt und mit Einleitung und Nachschlageregister rausgegeben, um zu beweisen, wie die polnische Bevölkerung Preußens nichts deres sinnt als Hochverrat und nichts anderes spricht als Tod und Pest über Deutschen. Daß diese Art, unterstützt durch einige kleine Fälschungen, alles beweisen erlaubt, hat das Handbuch des Reichslügenverbandes, das zu den ahlen 1907 herausgekommen ist und zu dem der „Polenspiegel" ein würdiges egenstück bildet, zur Genüge erhellt. Fälschungen sind in diesem Falle noch chter, da den meisten Deutschen eine Nachprüfung des Urtextes wegen Unkenntnis r polnischen Sprache und anderer Schwierigkeiten nicht möglich ist. Und gerade er kommt auf ein einziges Wort oft sehr viel an, wie zum Beispiel die bekannte mberger Rede Koscielskis, mit der er 1894 den Schlußstrich unter die Verhnungsära zog, einen anderen Sinn bekommt, sobald man an einer bestimmten telle das Wort „Nation", einen anderen, sobald man das Wort „Volk" an dieser telle als gesprochen annimmt. Wenn schließlich im Vorwort als Zweck des uches angegeben wird: „Politiker, Journalisten und alle, die sich mit den polschen Angelegenheiten beschäftigen, schnell zu orientieren und die Gedanken und ußerungen der Polen über ihre nationalen Bestrebungen weiteren Kreisen zur enntnis zu bringen", kann man sich ein Bild machen nicht nur von der Vergißng des politischen Kampfes, die dieses Gericht hakatistischer Sudelköche bewirkt, ndern auch von der überwältigenden Sachkenntnis, mit der die hakatistischen etzer, „Politiker, Journalisten" zu Werke gehen.

Hier liegt denn auch der Nutzen des Buches: wertlos für die Beurteilung der olen, ist es außerordentlich wertvoll für die Beurteilung der eingeschworenen olenfresser. Hermann Wendel.

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf", die österreichische sozialistische Monatsschrift, eröffnet ihre luguststnummer mit einem Aufsatz von Otto Bauer über **„Parlamentarismus und Arbeiterschaft"**. Er knüpft an die Enttäuschung an, die da und dort über die eistungen des österreichischen Reichsrats eintrat, um die Frage der Leistungsfähig-

keit der Parlamente zu untersuchen. Der Parlamentarismus ist mittelbare Selbst
regierung durch frei gewählte Vertreter. Jedes Gemeinwesen mit einigermaßen um
fassenden Aufgaben, sei es ein Verein oder ein Volk, braucht einen Ausschuß, d
seine Geschäfte führt. Ehedem war das bürgerliche Parlament der Sachwalter d
Volkes gegen die auf Bureaukratie und Militarismus gestützte fürstliche Gewal
der Sachwalter der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Mächte der Vergangenhei
Heute jedoch steht der Staat nicht einer einzigen Bourgeoisklasse, sondern den ve
schiedensten Interessenverbänden der verschiedenen Klassen gegenüber, die al
Sondervorteile für sich beanspruchen. Die großen Kapitalisten und Grundbesitz
aber können solche durch direkte Einwirkung auf die Bureaukratie eher erlange
als durch das Parlament. Daher der Niedergang des Parlamentarismus. D
Arbeiterklasse kann das Parlament nur dann beherrschen, wenn sie die Mehrhe
des Volkes bildet und zum Klassenbewußtsein gereift ist. Für die Erziehung zu
Klassenbewußtsein ist uns die parlamentarische Tätigkeit ein unentbehrliches Mitte
zuerst bei den Wahlen, dann durch die Reden und die Taten im Parlament. Di
Aufklärung ist immer der Erfolg, positive Verbesserungen jedoch sind es nur dann
wenn die Sozialdemokratie schon zu stark ist, als daß man sie noch mißachte
könnte, doch noch nicht stark genug, um die anderen Klassen zu einem Block zu
sammenzuschweißen. Wieviel in dieser Zeit errungen wird, hängt in hohem Maß
von der Taktik der Parlamentarier ab; die Kunst des sozialistischen Politikers be
steht darin, mit Regierung und Parteien zu verhandeln, ohne einen Augenblick di
scharfe Kampfesstellung aufzugeben. In Österreich liegt nun die Sache so, daß jed
Partei zur Obstruktion greifen kann, wenn ihre Forderungen abgelehnt werden
auch die sozialdemokratische; diese Methode ist dort neben der überall sonst an
gewandten Methode der einfachen Opposition durch Reden und Abstimmunge
möglich. Indem nun unsere Partei durch ihre prinzipielle Opposition erzieherisc
wirkt wie in jedem anderen Lande, macht sie der Regierung durch die Nicht
anwendung der Obstruktion ein Zugeständnis, wofür sie ihrerseits Zugeständniss
beanspruchen darf. Im allgemeinen braucht der Parlamentarismus immer di
direkte Aktion des Proletariats als Ergänzung. Wo zu der Demokratie in de
Gesetzgebung die demokratische Organisation der Verwaltung und der Armee hinzu
kommt, ist das Schicksal des Kapitalismus entschieden, sobald das Proletariat da
Parlament erobert. Sonst aber bedarf die parlamentarische Aktion stets de
Schutzes durch die direkte Aktion, durch das Eingreifen der proletarischen Mass
selbst.

„Der Munizipalsozialismus und die Straßenbahnen“ ist eine Studie von Paul Stiaßny über Verkehrspolitik überschrieben, in der die Einwände gegen Kommunalbetriebe im allgemeinen behandelt und widerlegt werden. Sollen die Straßenbahnen dazu mithelfen, einen weiten Ausbau der Städte und die Errichtung von Arbeitervierteln an den Grenzen zu ermöglichen, so ist ein billiger Einheitstarif nötig. Wo die Gemeinden bei der Errichtung und Verwaltung kommunaler Betriebe den sozialen Geist vermissen lassen oder, wie in Deutschland, dabei durch die Staatsverwaltung behindert werden, sollen wir nicht immer bedingungslos dem „Munizipalsozialismus“ zustimmen.

Über **„Die österreichische Jugendorganisation“** gibt Robert Danneberg Ausführungen, die sich der Hauptsache nach mit dem Aufsatz von Leopold Winarsky in Nr. 47 der „Neuen Zeit“ decken und deshalb nicht vollständig wiederzugeben sind. Wir entnehmen ihnen nur einige Einzelheiten. Die Anzahl Ortsgruppen ist in Österreich von 1903 bis 1908 von 19 bis auf 93 gestiegen. Wie sie die Bildung betreiben, ergibt sich aus den Zahlen für die Periode vom 1. Januar 1903 bis 30. September 1904; in diesen 21 Monaten wurden von den Wiener Vereinen über Sozialismus 138, Geschichte 123, schöne Literatur 94, Gesundheitslehre 87, gewerbliche Fragen 95 Vorträge gehalten; dazu kamen 199 Diskussionen über Vorträge, 105 Versammlungen und 51 Exkursionen. Die Vorträge besorgt und bezahlt der

enschaftliche Verein „Zukunft“, der von den Gewerkschaften hierfür entschädigt
d. Lokale und Bibliotheken stellen die Gewerkschaften den Jugendvereinen zur
fügung; auch bekommen sie Freiplätze in der Arbeiterschule. So unterstützen
tei und Gewerkschaften sie überall. In welcher Weise die Gewerkschaften sie
chätzen, tritt in einem Satze des Metallarbeiterblatts hervor: „Der Lehrling,
einer Ortsgruppe der Jugendlichen beitritt, lernt schon in früher Zeit Kämpfe
cen, den Wert einer Organisation schätzen und sich in ihr als diszipliniertes
tglied bewegen. . . . Es ist für jede Gewerkschaft sehr vorteilhaft, wenn
en den Tausenden, die sie selbst wirbt, Hunderte oder auch nur Dutzende
men, die gleich mithelfen können, um die Tausende zu erhalten. Wir
nen mit Freude konstatieren, daß heute, namentlich in Wien, eine ganze Reihe
Funktionären tätig ist, die alle aus der Schule der Jugendlichen hervor-
angen sind.“

Adolf Braun behandelt **„Die gelben Gewerkschaften“**. Das erste Beispiel
Deutschland war Augsburg, wo in den Anfängen der Arbeiterbewegung ein
tilarbeiterstreik durch Massenimport von Österreichern niedergeschlagen wurde;
e füllten die Fabriken, wurden in Fabrikwohnungen untergebracht und in gelben
reinen organisiert. Das lähmte auf Jahrzehnte die Arbeiterbewegung in Augs-
g. Man hat diesen Fall meist vergessen; die neueren gelben Vereine werden
das französische Beispiel zurückgeführt. Die gelbe Bewegung wird von den
ternehmern ins Leben gerufen, deren Agenten dabei gekaufte Individuen, am
sten Renegaten der Sozialdemokratie sind. Sie umfaßt die verschiedensten, un-
hängig voneinander entstandenen Vereine, die sich nur ausnahmsweise gelbe Ge-
kschaften nennen, meist unter harmlosen Namen wie Werkverein, Berufsverein,
arverein auftreten. Wo der politische Gegensatz zur Sozialdemokratie in dem
rdergrund steht, nennen sie sich „vaterländische“ Vereine oder ähnlich. Sie sind
ner von Unternehmern abhängig; bisweilen lassen die Unternehmer sich die
che Erhebliches kosten, aber meist werden ihre Zuwendungen nur der Form nach
nacht und figurieren sie im Statut als schöne Summen, die der gelbe Verein
ht berühren, nur von weitem anstaunen darf. Die Gründung gelber Gewerk-
aften fällt oft mit Aussperrungen und Streiks zusammen; bisweilen dient die
sperrung nur dazu, die Arbeiter einzuschüchtern, mürbe und reif zum gelben
rein zu machen. Das Ziel ist immer, die Solidarität unter den Arbeitern zu
stören; von den Werkmeistern werden die Gelben in jeder Hinsicht bevorzugt
d die Roten zurückgesetzt; dadurch wird Haß und Zwietracht unter die Arbeiter
racht. Ein Zurückdrängen der roten Gewerkschaften ist damit jedoch nur aus-
hmsweise erzielt worden. Die Mitglieder der gelben Vereine rekrutieren sich aus
adenten Elementen, die sich durch Streikbruch unmöglich machten, aus Strebern,
en Ehrgeiz in der sozialdemokratischen Bewegung nicht befriedigt wurde, oder
ausgeschlossen wurden; aber zumeist doch aus den schwächeren, in Geist und
chausbildung minderwertigen Arbeitern, die schwer eine neue Stellung finden,
nen daher der Stolz und das Selbstvertrauen vollwertiger Arbeiter fehlen. Sie
zichten gern auf jeden Kampf, lassen sich Demütigungen gefallen und nehmen,
nur ihre Arbeitsstelle zu behalten, sogar den Haß und die Verachtung ihrer
meraden auf sich. In Deutschland stehen die gelben Vereine unter der Leitung
s Reichslügenverbandes und der Unternehmerverbände, die ihnen ihr geistiges
istzeug verschaffen. Kuriose Programme finden sich dabei; so die folgende
heorie: Die Entwicklung der Gesellschaft hat von dem primitiven, barbarischen
ozialismus allmählich zum Privateigentum geführt; die Sozialdemokratie als reak-
näre Partei will diese Entwicklung umkehren und die Menschheit auf die Stufe
r Barbarei zurückführen; die Gelben wollen dagegen Privateigentum für alle
haffen. Das beste Rüstzeug zur Widerlegung dieser Kindereien bilden noch immer
e Lassalleschen Schriften, die jetzt leider viel zu wenig gelesen werden. Die gelben
ereine werden eine Gefahr für die Arbeiterbewegung, weil sie eine Prätorianer-

garde für die Unternehmer sind und diese Züchtung von Verrätern den Klasse kampf vergiftet. Die Unternehmer werden selbst bemerken, daß sie Schaden dav tragen; nicht nur weil Zwiespalt in der Werkstatt der Arbeit nicht förderlich i sondern vor allem, weil die organisierten Arbeiter, die hinausgeekelt oder au gesperrt werden, die tüchtigsten und besten Arbeiter sind und die Produktion n den minderwertigen Gelben nicht auf der Höhe erhalten werden kann. Der Aut ist überzeugt, daß die Unternehmer auf die Dauer selbst einsehen werden, daß kein von den gelben Gewerkschaften mehr Schaden hat als sie selbst.

Bibliographie des Sozialismus.

Adler, Dr. Max, **Marx als Denker.** Zum 25. Todesjahr von Karl Marx. Berlin, Buchhan lung Vorwärts. 96 S. 1,20 Mk.

Bach, Max, **Österreich in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts.** Russische Übe setzung unter Redaktion von W. Basaroff und J. Stepanoff. Moskau, Verlag v S. Skirmunt. 670 S. 2 Rubel.

Basaroff, W., und Stepanoff, J., **Beiträge zu Deutschlands Geschichte im XIX. Jah hundert.** Band I: **Das Entstehen des gegenwärtigen Deutschlands.** (Nach Blos.) Zwei Auflage. Moskau, Verlag von S. Skirmunt. 568 S. (in russischer Sprache). 1,50 Rub

Dietzgen, Josef, **Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit.** Russische Übersetzung v P. Kohan. Moskau, Verlag von S. Skirmunt. 116 S. 60 Kopeken.

— — **Die Philosophie der Sozialdemokratie.** Russische Übersetzung von P. Kohan. Mo kau, Verlag von S. Skirmunt. 262 S. 60 Kopeken.

Hohoff, Wilhelm, **Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik.** Eine Apologie des Christe tums vom Standpunkt der Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft. Paderborn, Bonifaciu Druckerei. 340 S. gr. 8°. 4,50 Mk.

Internationales Sozialistisches Bureau. Bericht des Sekretariats nach dem Stut garter Kongreß. (August 1907 bis Juni 1908.) Mons, Imprimerie Generale. 35 S.

Kautsky, Karl, **Friedrich Engels. Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften.** Zweite Au lage. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 44 S. 40 Pf.

— — **Ethik**, unter Beifügung des Artikels desselben Autors: **Leben, Wissenschaft und Ethi** Russische Übersetzung von J. Portmann. Moskau, Verlag Skirmunt. 146 S. 25 Kopeke

Marx, Karl, **Das Kapital, Band II.** Russische Übersetzung von W. Basaroff un J. Stepanoff unter Redaktion von A. Bogdanoff. „Moskauer Verlag", 1907. 2,50 Rube

— — **Das Kapital, Band III in zwei Teilen.** 1908. Preis der beiden Teile 3,50 Rubel.

— — **Gesammelte historische Werke: 1. Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850 2. Der 18. Brumaire Louis Bonapartes. 3. Revolution und Konterrevolution i Deutschland.** Mit Beilagen von Fr. Engels und Karl Kautsky. Russische Übersetzun unter Redaktion und mit Anmerkungen von W. Basaroff und J. Stepanoff. Moskau, Ver lag von S. Skirmunt. 456 S. 1 Rubel.

Parvus, **Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.** (Der Klassenkampf des Prole tariats, 3. Heft.) Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 39 S. 25 Pf.

Pflüger, P., **Der Gemeindesozialismus der Stadt Zürich.** Denkschrift zum sozialdemokratische Kommunaltag in Zürich. Zürich, Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins. 40 S. 1 Fr

Pollock, Simon O., **The Russian Bastille.** Chicago, Ch. H. Kerr & Co. 110 S.

Ragaz, L., Pfarrer, **Jesus Christus und der moderne Arbeiter.** Zürich, Buchhandlung de Schweizerischen Grütlivereins. 30 S. 40 Cts.

Roland-Holst, Henriette, **Der Generalstreik und die Sozialdemokratie.** Mit einem Vor wort von Karl Kautsky und unter Beilegung von August Bebels Rede auf dem Parteita in Jena. Russische Übersetzung von W. Kanel. Moskau, Verlag von Skirmunt. 280 S 40 Kopeken.

Rühle, O., **Die Volksschule in Deutschland, wie sie ist.** Russische Übersetzung. Moskau, Verlag von Skirmunt. 68 S. 15 Kopeken.

Schulatikow, W., **Oprawdanje Kapitalizma w zapadno-jewropejskoj filosofjé (ot Dekarta do Macha). Die Rechtfertigung des Kapitalismus in der westeuropäischen Philosophie (von Descartes bis Mach).** Moskau 1908. „Moskauer Verlag". 150 S.

Snowden, Philip M. P., **Socialism and the Drink Question** (The Socialist Library, VI). London, Independent Labour Party, 23 Bride Lane, Fleet Street E. C. 205 S. 1 Shilling.

Tischhausen, E., Pfarrer in Prattelen, **Der Kampf um eine neue Weltanschauung.** Zürich, Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins. 20 S. 30 Cts.

Weitling, Wilhelm, **Garantien der Harmonie und Freiheit.** Jubiläums-Ausgabe. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 268 S. 2,50 Mk., geb. 3 Mk.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 50 Ausgegeben am 11. September 1908 26. Jahrgang

Der Nürnberger Vereinstag.

↗ **Berlin**, 5. September 1908.

In der Mitte des September tritt für dieses Jahr der sozialdemokratische Parteitag in demselben Nürnberg zusammen, wo vor vierzig Jahren, und zwar in den ersten Tagen desselben Monats, der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine tagte, um der deutschen Arbeiterbewegung einen entscheidenden Anstoß zu geben.

Der Verband der deutschen Arbeitervereine war seiner ursprünglichen Absicht nach eine bürgerliche Gründung, gestiftet zu dem Zwecke, die selbständige Entwicklung des Proletariats zu hindern. Die Idee, ihn zu schaffen, tauchte erst auf, als die Arbeiter in Berlin und Leipzig, nach vergeblichen Versuchen, die Fortschrittspartei zur Anerkennung des allgemeinen Wahlrechtes zu veranlassen, sich mit dem Plane trugen, einen deutschen Arbeiterkongreß zu berufen, auf dem die Arbeiter sich über ihre Klasseninteressen klar werden sollten. Um diesen Arbeiterkongreß zu vereiteln, entschlossen sich die fortschrittlichen Führer, versteht sich unter ihrer höheren Patronage, die Arbeiterbildungsvereine, in denen sie noch immer das große Wort führten, enger zusammenzufassen.

Ganz wohl mag ihnen dabei doch nicht zumute gewesen sein, denn erst als sich das Leipziger Zentralkomitee zur Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses an Ferdinand Lassalle gewandt, dieser sein „Offenes Antwortschreiben" erlassen und in Frankfurt einen entscheidenden Sieg erfochten hatte, ihnen also das Feuer schon auf den Nägeln brannte, machten sie praktischen Ernst mit seiner Ausführung. An demselben 19. Mai 1863, wo sich vierhundert Frankfurter Arbeiter für Lassalle erklärten, erschien der Aufruf „An die Arbeitervereine Deutschlands", der sie aufforderte, sich zusammenzuschließen, um im „eigensten Interesse der Arbeiter ein gebieterisches Halt auf der irrigen Bahn zu rufen, in welche man ohne klares Verständnis der gemeinsamen Aufgaben diese ganze Bewegung zu leiten gesucht hat". Das Ende eines durch das Verschulden einzelner verfehlten Versuchs dürfe nicht

für die ganze Bewegung der Anfang einer unheilvollen Spaltung und Zersplitterung werden.

Am 7. Juni desselben Jahres traten dann Delegierte von Arbeitervereinen aus allen Teilen Deutschlands zum ersten Vereinstag in Frankfurt a. M. zusammen. Es waren ihrer 110, darunter Bebel und Roßmäßler (für Leipzig), Louis Büchner, der „Kraft- und Stoff“-Mann (für Darmstadt), Eugen Richter (für Düsseldorf), Sonnemann und die beiden Wirth, damals viel genannte, wenn auch heute längst vergessene „Freihandelshausierburschen“ (für Frankfurt a. M.), Dittmann (für Berlin), Eichelsdörfer (für Mannheim). Von Bebel und anderen Arbeitern ganz zu schweigen, so läßt sich auch manchen dieser bürgerlichen Männer, wie Büchner und namentlich Roßmäßler, ein aufrichtiges und lebhaftes Interesse für die Arbeitersache nicht abstreiten, aber die eigentlichen Macher waren doch Sonnemann und die beiden Wirths, denen nur darum zu tun war, die Arbeiterbewegung im Schlepptau des Kapitalismus zu erhalten. In der Tat wurden sie auch in den Ständigen Ausschuß gewählt, der seinerseits Sonnemann zu seinem Vorsitzenden erkor, was insofern ganz logisch war, als dieser Frankfurter Bankier und Zeitungsbesitzer das ganze Unternehmen am geriebensten betrieben hatte. Immerhin bekam er schon auf diesem ersten Vereinstage eine leise Mahnung, daß es gefährlich ist, mit dem Feuer zu spielen; sein Antrag, in den Statuten zu bestimmen, daß sich die Arbeitervereine weder mit Politik noch mit Religion zu befassen hätten, wurde mit höflicher Entschiedenheit abgelehnt.

Bedeutend lebhafter ging es auf dem zweiten Vereinstag her, der am 23. und 24. Oktober in Leipzig tagte. In seiner Begrüßungsrede gab der Bürgermeister Koch als den Zweck des Verbandes an, eine „neue Aristokratie“ der Arbeiterklasse zu schaffen, die das Proletariat in holdem Einvernehmen mit der Kapitalistenklasse zu halten habe; er traf damit den Nagel der Sonnemannschen Sozialpolitik auf den Kopf, erhielt aber von F. A. Lange, der damals Handelskammersekretär in Duisburg war, die erschöpfende Antwort: „Dies ist genau das, was unter allen Umständen vermieden werden muß.“ Ebenso stieß Lange mit Eugen Richter zusammen, nach dessen Ansicht „die höheren Stände und die Konsumvereine die Oberhand haben sollten“, während Lange den Hauptvorzug der Konsumvereine darin erblickte, daß die Arbeiter selbst die Verwaltung in die Hand bekämen, ohne von Angehörigen der besitzenden Klassen bevormundet zu werden.

Außer Lange erschienen in Leipzig an neuen Männern Max Hirsch und V. A. Huber. Max Hirsch entwarf ein „Bildungsprogramm“ der Arbeiter, wonach in ihren Vereinen nicht nur Unterricht in den Elementarfächern, sondern auch im Singen und Zeichnen, in gewerblicher Buchführung, in englischer und französischer Sprache, in Volkswirtschaft, Gesetzeskunde, Geschichte, Naturwissenschaft usw. erteilt werden sollte. Dieser Humbug entlockte dem konservativen, aber sachkundigen Huber den „Schmerzensschrei“, „wo denn die freie Zeit für alle diese Gegenstände den Arbeitern herkommen solle“. Am heftigsten ließ dann das Auftreten des Lassalleaners F. W. Fritzsche die Geister aufeinanderstoßen, so daß es in erster Reihe nur dem Ansehen und dem Takte

anges zu verdanken war, daß schließlich eine notdürftige Harmonie hergestellt)urde. Um nicht in den Verdacht der Zweideutigkeit zu kommen, schrieb ange ein Büchlein über die Arbeiterfrage, den wertvollsten Beitrag, der je on bürgerlicher Seite zu dieser Frage geleistet worden ist, aber der eben eshalb weit näher an Lassalle heranrückte, als an dessen kapitalistische Begner.

In den Ständigen Ausschuß waren in Leipzig zwar wieder Sonnemann nd Max Wirth, dazu noch Max Hirsch, aber neben ihnen doch schon Bebel nd Lange gewählt worden. Sonnemann wurde wieder zum Vorsitzenden es Ausschusses erkoren und nahm auch an, aber ein Jahr darauf hatte er ie Sache satt und lehnte die leitende Stellung ab. In der Tat drängte das Entlein immer kräftiger aufs Wasser. Auf dem dritten Vereinstag, der am . September 1865 in Stuttgart zusammentrat, war es schon im wesentlichen vorbei mit den harmlosen Debatten über Freizügigkeit, Gewinnbeteiligung, gewerbliche Buchführung usw.; vielmehr standen so robuste Forderungen des Proletariats wie Koalitionsfreiheit und allgemeines Wahlrecht auf der Tagesordnung. Freilich machten die kapitalistischen Drahtzieher möglichst gute Mienen um bösen Spiel; ihrer schiefen Stellung zum allgemeinen Wahlrecht gab Max Hirsch die schiefe Form, „es sei ein Glaubenssatz, der in unseren Herzen glühe", und sie überließen die ausdrückliche Bekämpfung dieses Rechtes einem gelahrten Professor, dem berühmten Psychologen Wundt. Allein die gewitzteren Köpfe unter ihnen mochten einsehen, daß dies Spiel die Kerze nicht mehr lohne. War doch auch der Einfluß des Verbandes auf die Arbeitermassen viel zu gering, als daß er der rührigen Agitation der Lassalleaner ein Paroli bieten konnte. Zwar hatten nach dem Jahresbericht, den Sonnemann in Stuttgart erstattete, 106 Arbeitervereine sich dem Verband angeschlossen mit insgesamt 23000 Mitgliedern, jedoch diesem an sich immerhin — für die damaligen Verhältnisse — ganz stattlichen Heere fehlte der eigentliche Nerv der Kriegführung. Die Jahreseinnahme des Ausschusses belief sich nur auf 1230 Gulden, wovon der Nationalverein 874 Gulden aufgebracht hatte, und auch von dem Reste kam ein wesentlicher Teil nicht aus der Kasse der Vereine, sondern aus der Tasche „wohlgesinnter" Kapitalisten.

Dazu warf nun der Krieg des Jahres 1866 einen Zankapfel zwischen die bürgerlichen Führer. „Entgegengesetzte Pole derselben Borniertheit", gerieten sich norddeutscher Nationalliberalismus und süddeutsche Volkspartei heftig in die Haare; in diesem Jahre kam es überhaupt zu keinem Vereinstag. Im nächsten Jahre fand dann der vierte in Gera statt. Er war nur noch von vierzig Vereinen beschickt, aber das proletarische Element hatte endlich die Oberhand und griff die Sache mit praktischem Geschick an. Statt des vielköpfigen, über ganz Deutschland zerstreuten Ausschusses, der seinen Vorsitzenden selbst wählte, wurde die Leitung des Vereins einem von dem Vereinstag unmittelbar erwählten Präsidenten unterstellt, dessen Wohnort der Vorort des Vereinstags sein sollte, während der Verein, dem er angehörte, die übrigen Mitglieder des Vorstandes zu wählen hatte. Bei der Wahl des Vorsitzenden unterlag Max Hirsch mit dreizehn gegen Bebel mit neunzehn Stimmen.

Bebel, den seine rege Tätigkeit innerhalb der Arbeiterklasse mehr und meh den sozialdemokratischen Anschauungen genähert hatte, ging nun mit unermüd lichem Eifer daran, aus dem Verband der deutschen Arbeitervereine eine prole tarische Organisation von wirklicher Einsicht und wirklicher Schlagkraft zu machen. Vor allem galt es ein klares Programm zu schaffen, das allen bürger lichen Hintergedanken die Tür sperrte; Bebel schätzte dies Ziel hoch genug um dafür auch eine Spaltung des Verbandes in den Kauf zu nehmen. Au die Tagesordnung des fünften Vereinstages, der am 5., 6. und 7. Septembe in Nürnberg tagte, setzte er in erster Reihe die Programmfrage, und vo Dresden wie von Leipzig ging gleichermaßen der Antrag aus, als dies Pro gramm die grundlegenden Sätze des Programms zu nehmen, das Marx fü die Internationale Arbeiterassoziation entworfen hatte.

Die Zahl der Vereine hatte sich, dank Bebels unermüdlicher Agitation wieder gehoben; der Verband zählte 99 Vereine mit 13000 Mitgliedern 89 davon waren in Nürnberg vertreten. Der Vereinstag beriet unter dem Vorsitz Bebels und Löwensteins; beide sowie die Genossen Greulich in Züric und Vahlteich in New York sind wohl die letzten Überlebenden; den Refe renten Schweichel, der in einem schönen Bericht die Annahme des Pro gramms empfahl, haben wir im vorigen Jahre begraben. Führer der Oppo sition war der alte Jakob Venedey, der schon vor einem Menschenalter von dem Bunde der Geächteten wegen seiner konfusen Ansichten über die Arbeiter bewegung beiseite geschoben worden war und nun seinen letzten Versuch machte, sie im „Unrat der Konfusion" zu erhalten, nicht aus bösem Willen, sondern weil er so recht der klassische Typus des deutschen Spießbürgers war, der es immer „wohl meint", aber niemals weiß, was er will. Daneben warnte ein Bankier Thorade vor dem „dämonischen Zauber der Phrase", machte aber natürlich noch geringeren Eindruck als Venedey. Das neue Programm wurde mit 69 gegen 46 Stimmen angenommen; nach Vereinen gerechnet hatten 61 mit Ja, 32 mit Nein gestimmt. Die unterlegene Minderheit verließ sofort das Beratungslokal, den alten berühmten Rathaussaal, den die städtischen Behörden dem Vereinstag eingeräumt hatten. 26 Vereine erließen noch einen schriftlichen Protest, der dem neuen Programm vorwarf, „an die Stelle rüstiger Arbeit ein Spiel mit leeren Worten und unklaren Phantasien zu setzen"; sie stifteten einen „Deutschen Arbeiterbund", der einen Aufruf an die deutschen Arbeiter erließ, aber mit diesem ersten Lebenszeichen auch sein letztes von sich gab. Er war ein totgeborenes Kind.

Die Mehrheit aber schritt auf dem Wege fort, den sie mit der Nürnberger Abstimmung entschieden und klar betreten hatte, und sie bildete den Kern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die sich ein Jahr später in Eisenach auftat, um nach sechsjährigem Ringen mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, den Lassalle gestiftet hatte, zu der deutschen Sozialdemokratie zu werden, die mit ihrem diesjährigen Parteitag zugleich die Erinnerung an einen ihrer ehrenvollsten Tage verbindet.

Zum Parteitag.

Von **K. Kautsky.**

Vor wenigen Wochen noch schien es, als sollte der Nürnberger Parteitag friedlich werden, als ein Parteitag nur sein kann. Völlig friedlich kann ja iner sein, denn seine Aufgabe ist von vornherein die, bestehende Meinungs-rschiedenheiten in der Partei aus der Welt zu schaffen und festzustellen, elchen Weg die Mehrheit der Partei gehen will und daher die Gesamtpartei ı gehen hat. Wären wir in allen Punkten einig, brauchte man keinen Parteitag.

Aber diesmal stand nichts auf der Tagesordnung, was die Leidenschaften esonders erregen könnte, trotz der Bedeutung der einzelnen Fragen.

Wesentliche Meinungsverschiedenheiten waren nur zu erwarten in der Frage er **Maifeier** und der **Jugendorganisationen.**

Die Maifeier ist ein alljährliches Schmerzenskind der Parteitage geworden, offentlich gelingt es diesmal, eine endgültige Klärung der Frage herbeizuführen. s unterliegt keinem Zweifel mehr, daß das Feiern des 1. Mai durch Arbeits-ıhe in den Kreisen leitender Gewerkschafter großer Abneigung begegnet. Dieser ustand latenter Feindseligkeit ist schlimmer als offener Verzicht auf die Arbeits-ıhe. Er beeinträchtigt die Wirksamkeit der Demonstration, ohne ihre Opfer ı vermindern.

Die Maifeier durch Arbeitsruhe ist eine Position, die wir erobert haben. ein Zweifel, ihre Behauptung kostet Opfer. Die Frage ist die, ob das Auf-eben der Position nicht noch größere Nachteile mit sich bringt. Es würde llgemein aufgefaßt werden als ein Zurückweichen vor dem Feinde, und es äre auch ein solches. Es würde die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ıtmutigen und den Übermut der Unternehmerverbände steigern. Es fragt ch, ob die Opfer der Arbeitsruhe demgegenüber nicht das kleinere Übel sind. Bollen aber die Gewerkschafter erklären, die Unternehmerorganisationen seien übermächtig geworden, daß die Arbeiter diesen gegenüber heute Arbeits-nstellungen zu demonstrativen Zwecken an einem einzigen Tage ohne Schädi-ung ihrer Organisation auch dort nicht mehr wagen können, wo sie sie bisher och durchzusetzen vermochten, daß die Gewerkschaften, trotz ihrem absoluten Nachtzuwachs, relativ gegenüber den Unternehmerorganisationen zurück-eblieben sind, daß sich die Lage der Arbeiter in dieser Hinsicht also *ver-chlechtert* und *daher* die Arbeitsruhe am 1. Mai aufgehört hat, ein weckmäßiges Demonstrationsmittel zu sein, dann werden die Parteigenossen arauf Rücksicht nehmen müssen. Sind indes die Gewerkschafter anderer Neinung, halten sie dafür, daß ihre Kraft nicht bloß absolut, sondern auch elativ gewachsen ist, dann besteht nicht der mindeste Grund, der Arbeitsruhe u entsagen, um so mehr, da diese bisher schon nicht unbedingtes Gebot war; ann kann es sich nur darum handeln, ihre zweckmäßigste und ausgedehnteste Durchführung zu sichern.

Das schlimmste in jedem Kampfe ist die Unentschlossenheit, wenn man wegen er moralischen Rückwirkung eine gewonnene Position nicht offen aufzugeben agt, sie aber doch für unhaltbar hält und daher an allem Aufwand von Nenschen und Mitteln knausert, den ihre Behauptung erfordert.

Ist die Maifeier ein altes Schmerzenskind der Parteitage, so hat die Frage er Jugendorganisation für das Parteiparlament den Reiz größerer Jugendlich-eit. Sie steht in engem Zusammenhang mit den Bildungsfragen, die den

Kongreß beschäftigen werden. Es handelt sich darum, der Partei frisches Blut zuzuführen, die Bildung des Nachwuchses nicht, wie bisher, dem Zufall zu überlassen. Wenn vor einem Jahrzehnt der Ruf ertönte: weg mit der grauen Theorie, alle höheren Gesichtspunkte können uns nichts helfen, auf die Kleinarbeit kommt alles an, so erkennt man jetzt allenthalben, daß die Kleinarbeit dem modernen Proletarier so sehr auf Schritt und Tritt aufgezwungen wird, daß er sich ihrer gar nicht erwehren kann. Es gilt, Mittel und Wege zu finden, die es ihm ermöglichen, inmitten des Wustes von Kleinarbeit nicht zu ersticken und den Kopf frei zur Erkenntnis großer Zusammenhänge und ferner Ziele zu behalten.

Der Existenzkampf des modernen Proletariers wird immer wilder; wohl wird vielfach die Arbeitszeit verkürzt, aber dabei wächst die Intensität der Arbeit. Der Arbeiter fühlt sich, wenn er die Werkstelle verläßt, oft erschöpfter als ehedem. Und konnten früher in der Werkstatt bei der Arbeit die Arbeiter ihre Gedanken austauschen, so hört dies in der modernen Fabrik völlig auf. Damit geht ihnen ein großes Bildungsmittel verloren. Dabei wachsen die Unternehmerorganisationen, denen der Arbeiter völlig wehrlos preisgegeben ist, wenn er sich nicht einer Organisation anschließt. Die Arbeit in den proletarischen Organisationen wird immer mehr ein Teil des notwendigen Existenzkampfes des Arbeiters, sie bildet ebenso wie die stets wachsenden Wege zu und von der Arbeitsstätte eine Verkürzung jener freien Zeit, die er seiner Fortbildung widmen könnte. Diese Zeit nimmt ab, trotz der gleichzeitigen Verkürzung der eigentlichen Arbeitszeit.

Dabei aber wächst das Proletariat immer mehr, es wird ein immer wichtigerer Teil der Bevölkerung. Alle Elemente, die darauf angewiesen sind, die Masse zu gewinnen, Parteien ebenso wie Fabrikanten von Massenkonsumartikeln stürzen sich immer mehr auf den Proletarier, natürlich nicht, um ihn zu heben, wie es Sozialdemokratie und Gewerkschaften wollen, sondern um ihn profitabel auszubeuten, politisch und ökonomisch. Ihnen gilt es nicht, seine Intelligenz und seine Kraft zu entwickeln, sondern aus seiner Naivität Kapital zu schlagen, Roheit, Sinnlichkeit und Sensationslust in ihm zu entwickeln, ihn zu degradieren soviel wie möglich. Die Herausgeber der Sensationspresse, die Direktoren der Tingeltangel, der Kinematographen und sonstiger „Rummel"vergnügungen verfolgen ebenso wie Arrangeure christlicher Jünglingsvereine dieses edle Ziel der Degradierung, wenn auch mit sehr verschiedenen Mitteln.

Vor allem die Arbeiterjugend ist diesen verderblichen Einflüssen ausgesetzt. Vater und Mutter sind in der Arbeit, können nicht nach den Kindern sehen; diese werden frühzeitig ökonomisch selbständig, da werden sie nur zu sehr aller Korrumpierung durch gewissenlose Spekulanten der verschiedensten Art preisgegeben.

Hier einzugreifen ist eine der wichtigsten Aufgaben der proletarischen Organisationen. Sie konnten es nicht früher, solange sie zu schwach waren, solange ihre Kräfte kaum ausreichten, die nächstliegenden politischen und ökonomischen Kämpfe auszufechten. Aber ihre finanziellen und intellektuellen Kräfte wachsen und damit auch der Kreis ihrer Funktionen und Aufgaben. Die Bildung der heranwachsenden Arbeiterjugend wird heute allenthalben eine der wichtigsten darunter. Diese Aufgabe kann aber ausreichend nur gelöst werden unter Mitwirkung *selbständiger Organisationen* jugendlicher Arbeiter. Das lehren alle bisherigen Erfahrungen. Will man Massenorganisationen,

müssen es selbständige Organisationen sein, andere würden auf die jugendlichen Arbeiter keine Anziehungskraft üben; das selbständige Wirken, die Verantwortung für das eigene Tun ist aber auch eine Schule des Charakters, die für proletarische Kampfesorganisationen unentbehrlich ist.

Die Forderung der Selbständigkeit bedeutet keineswegs, daß die Erwachsenen sich um die Jugendorganisationen nicht kümmern sollen. Das wäre verhängnisvoll. Das wünschen die jugendlichen Arbeiter selbst nicht. So eifersüchtig auf seine Selbständigkeit und so empfindlich in dieser Beziehung das jugendliche Alter ist, so sehr hat es das Bedürfnis nach Anlehnung an einen älteren Freund, dem es enthusiastische Verehrung entgegenbringt, wenn es in ihm ein Vorbild sowie einen Bringer höheren Wissens erkennt und Verständnis für das eigene Sehnen und Verlangen, für die eigenen Schmerzen und Freuden bei ihm findet.

Nicht jeder taugt zum Berater der Jugend. Aber alle Genossen, die das Zeug dazu in sich fühlen, werden gerade jetzt, wo unsere Jugendorganisationen noch im Stadium des Suchens und Tastens sind, unserer Sache am wirksamsten dadurch dienen, daß sie diesen Organisationen mit Rat und Tat beistehen. Die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitags werden sicher das Interesse für die Organisierung und Aufklärung der Arbeiterjugend mächtig steigern. Unsere Bewegung wird sich damit ein neues, gewaltiges Gebiet erschließen, ohne dessen Gewinnung und Behauptung unser Sieg unmöglich ist.

Die Frage der Bildung und Organisierung der Arbeiterjugend ist eine, die so viele schöne Ausblicke eröffnet, so reiche Früchte in ihrem Schoße trägt, daß sie versprach, den Parteitag zu einem der erhebendsten und erfreulichsten zu gestalten, wenn sie den Mittelpunkt seiner Beratungen gebildet hätte. Aber das wird keineswegs der Fall sein. Die ganze Tagesordnung des Parteitags wird in den Hintergrund gedrängt durch eine Frage, die unversehens einige Parlamentarier Badens und Bayerns aufgebracht haben, die der Budgetbewilligung — oder vielmehr die der Parteidisziplin. Die Budgetbewilligung wird immer mehr, je länger die Diskussion vor sich geht, zum bloßen Ausgangspunkt, zum bloßen Symptom einer Bewegung, die die Disziplin der Partei in Frage stellt.

Als die „Münchener Post" den süddeutschen Parteigenossen zu erwägen gab, ob sie die „unwürdige Polizeikomödie" mitmachen wollten, die den Parteitag zu schänden drohe, konnte man noch an einen vereinzelten Ausbruch der Nervosität glauben. Aber die Redaktion des Blattes erklärt einmütig, nach ruhiger Überlegung ihre Aufforderung abgefaßt zu haben, und die Mehrheit der süddeutschen Parteiorgane entwickelt mit ihr den gleichen Gedankengang.

Die Begründung der Obstruktion durch den Hinweis auf Schiebungen bei norddeutschen Delegierten ist dabei nichts als ein Vorwand und ein recht durchsichtiger dazu. Will man jetzt schon behaupten, der Parteitag werde ungültige Mandate anerkennen? Oder will man auch gültige Mandate als „unwürdige Polizeikomödie" diskreditieren, wenn sie süddeutschen Genossen unbequem sind?

Aber schon vor der Drohung der „Münchener Post" hatte die „Fränkische Tagespost" erklärt, in der Sache der Budgetbewilligung sei kein Zurückweichen möglich. Und ebenfalls vor dieser Drohung erschien im Karlsruher Parteiorgan ein Artikel vom Genossen Engler, Parteisekretär in Freiburg, in dem es heißt:

„Unterwerfen können wir uns nicht, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen."

Überall derselbe Gedankengang: Wir fügen uns dem Parteitag nicht, wenn wir in der Minorität bleiben. Solche Drohungen wurden laut, ehe noch die „Münchener Post" sich über die „Polizeikomödie" sittlich entrüstete. Diese ist also bloß ein Vorwand, um der unverhüllten Drohung des Disziplinbruchs ein Mäntelchen umzuhängen, das sie in den Augen wenigstens der süddeutschen Genossen etwas anständiger erscheinen lassen soll.

Die Aufrechterhaltung der Parteidisziplin, das ist es, worum in Nürnberg in erster Linie gekämpft werden wird.

Auch wenn die Drohung nicht ernst gemeint, wenn sie als bloßer Schreckschuß gedacht ist, der schwachmütige Geister einschüchtern und zur Nachsicht geneigt machen soll, auch dann bildet sie eine Auflehnung schlimmster Art gegen die Parteidisziplin, bietet sie ein Beispiel, das beständig skrupellose Leute zur Nachahmung reizen, die Geschlossenheit unserer Partei lockern und ihr Gefüge ewigen Erschütterungen aussetzen müßte, wenn es dem Parteitag nicht gelingt, in einer Weise Ordnung zu machen, die eine Wiederkehr solcher skandalösen Kampfesmethoden auch dem Gewissenlosesten verleidet.

Geradezu verheerend aber müßte es auf die Einheit der Partei wirken, wenn die Drohung des Disziplinbruchs ihren Zweck erreichte und die Genossen einschüchterte, wenn man, um dem Disziplinbruch vorzubeugen, die Disziplinlosigkeit sanktionierte, wenn man zugäbe, was unsere Budgetbewilliger wollen, daß die Beschlüsse der Mehrheit die Minderheit nicht binden, sobald die Mehrheit aus Preußen und Sachsen und die Minderheit aus Süddeutschen besteht; daß jede Landesorganisation ihre politische Taktik nach ihrem Belieben einrichten darf; daß wir der Welt das Schauspiel bieten dürfen, wie in dem einen Landtag unsere Genossen energischste grundsätzliche Opposition machen, indes in einem anderen die Genossen mit den Liberalen gegen das Zentrum und in einem dritten mit dem Zentrum zusammen gegen die Liberalen Regierungspartei werden.

Das wäre der Anfang vom Ende der deutschen Sozialdemokratie. Sie verkäme in ebenso schmachvoller Lächerlichkeit wie der deutsche Liberalismus.

Die Disziplin ist es neben der theoretischen Klarheit, was die deutsche Sozialdemokratie so groß gemacht hat. Die Sozialdemokratie eines jeden Landes entwickelt, entsprechend der Eigenart der Bedingungen, unter denen sie erwächst und kämpft, eigentümliche Charakterzüge und Waffen. Die französischen Genossen sind uns voraus an revolutionärem Elan in großen Momenten, die Engländer an Zähigkeit, die Amerikaner an rücksichtsloser und rastloser Energie, die Russen an Verachtung von Schmerzen, Gefahren und Tod.

Und der Vorzug unserer theoretischen Klarheit ist uns im letzten Jahrzehnt ziemlich abhanden gekommen. Er entsprang teils dem besseren Volksschulwesen Deutschlands, teils der Tiefe seiner Wissenschaft, die das Genie von Marx und Engels gleichzeitig vom Standpunkt des Proletariats aus weiter entwickelte und dem Proletariat zugänglich machte.

Aber seit den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts haben die Volksschulen des Auslandes vielfach die deutschen überholt und ist dort eine reiche, teils auf Originalen, teils auf Übersetzungen beruhende marxistische Literatur entstanden.

Eines jedoch blieb, worauf die deutsche Sozialdemokratie stets stolz sein durfte, was sie in der Internationale glänzend hervorragen ließ: ihre

Geschlossenheit, ihre freudige und hingebungsvolle Disziplin, die alle Reihen der Parteigenossen erfüllte, vom Parteivorstand an. Man erinnere sich des Breslauer Kongresses, auf dem Bebel und Liebknecht unterlagen: nie wäre ihnen auch nur für einen Moment der Gedanke gekommen, zu erklären: wenn wir in der Minorität bleiben, tun wir nicht mehr mit, sucht euch andere Mitglieder des Parteivorstandes.

Dieser Disziplin verdankt die deutsche Sozialdemokratie ihre stolzesten Siege, durch sie ist sie vorbildlich geworden für alle Welt, und nun wird versucht, durch Aufstachelung des rückständigsten Partikularismus diesen Grundpfeiler unseres Parteigebäudes aufs tiefste zu erschüttern, zu keinem anderen Zweck, als um diversen Parlamentariern mehr Ansehen vor den Regierungen und bürgerlichen Parteien zu verleihen und ihnen die Möglichkeit zu erleichtern, parlamentarische Geschäfte mit diesen abzuschließen.

Die Parlamentarier gewinnen dabei, ihre Position wird gehoben, aber auf Kosten der Gesamtpartei, deren Wirken gelähmt, deren Wachstum verlangsamt, ja oft in einen Rückgang verwandelt wird. Frankreich und Italien sind warnende Beispiele.

Und gerade jetzt wird uns diese Auflösung der Parteidisziplin zugemutet, wo unsere Gegner in Süd und Nord sich eifriger zusammenscharen als je, wo die Reichsregierung ihre Politik der Aushungerung und Niederdrückung der Volksmassen, die sie durch Agrarzölle, durch das Vereinsgesetz und ähnlich schöne Einrichtungen schon bezeichnete, unter einmütiger Zustimmung der süddeutschen Regierungen energisch fortzusetzen gedenkt.

Noch nie stand die Partei vor einer ernsteren Situation als jetzt, auf keinem Parteitag lastete noch eine größere Verantwortung. Er wird entscheiden, ob wir eine Armee bleiben, die geschlossen und einmütig nach gemeinsamem Plane dem Feinde entgegenmarschiert, oder ob wir es dulden, daß sie sich auflöst in einen Haufen von Regimentern, von denen jedes selbst nach eigenem Gutdünken seine Marschroute bestimmt, da es selbst das Terrain, auf dem es sich bewegt, besser kennen muß als andere, die an anderer Stelle marschieren.

Aber wir leben in der frohen Zuversicht, daß das proletarische Bewußtsein, das stets die festeste Stütze der Disziplin war, auch diesmal wieder, wie so oft, den Sieg erringen wird über kleinbürgerlichen Partikularismus und parlamentarisches Sonderwesen und daß nach den Nürnberger Tagen die Partei so gefestigt dastehen wird wie nur je.

Ein Arbeiter über die Budgetbewilligung.

Von **Konrad Lang**, Schreiner, Schifferstadt (Ludwigshafen).

Die Budgetbewilligung in Baden und Bayern hat die gegensätzlichen Meinungen über taktische und prinzipielle Fragen in unserer Partei wieder gewaltig aufgerührt. Eine Reihe von norddeutschen Wahlkreisen hat nun auch bereits verschiedene Anträge dazu an den Nürnberger Parteitag gestellt, und dort wird die Frage ausgiebig erörtert werden.

In den bisher stattgefundenen Versammlungen, welche zu dieser Frage Stellung nahmen, sowie in der Tagespresse der Partei wurde die Angelegenheit von einem Teile als taktische Frage, von dem anderen Teile als prinzipielle Frage betrachtet.

Von den Vertretern der Arbeiterklasse in den süddeutschen Parlamenten werden zur Verteidigung ihrer Bewilligung der Subsistenzmittel der betreffenden kapitalistischen Einzelstaaten eine Reihe von Beweggründen angeführt: In Baden die Gehaltserhöhung der Beamten und die Lohnerhöhung der Staatsarbeiter, in Bayern die Gehaltserhöhung der Beamten, die Lohnerhöhung und Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter in den Staatsbetrieben, die volle Anerkennung des Koalitionsrechtes durch die Regierung, das Proportionalwahlverfahren bei den Gemeindewahlen, die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichheit und anderes mehr.

Das Gesamtmehr an Ausgaben für Lohnerhöhungen, Wohlfahrtseinrichtungen und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der bayerischen Staatsarbeiter beträgt zirka acht Millionen.

Diese und andere Erfolge hebt man hervor und wirft dann die Frage auf: Sollen nun die Vertreter der Sozialdemokratie das Gesamtbudget, in dem diese Einzelpositionen enthalten, denen sie zugestimmt haben und die zum großen Teile nur dem Drängen und der tatkräftigen Initiative der Arbeitervertreter zu danken sind, ablehnen? Oder ist nicht die einfache Konsequenz hiervon, den einzelnen durchgedrückten Forderungen auch durch Zustimmung zum Gesamtetat des Staates Geltung zu verschaffen?

Vom Standpunkt des Opportunisten, des Politikers, der durch diplomatisches Gebärdenspiel die Welt aus den Angeln heben zu können glaubt, ist diese Schlußfolgerung eine naturgemäße. Anders vom Standpunkt der Arbeiterklasse.

In den Augen der Arbeiterklasse ist der Staat nur die organisierte Zusammenfassung der sie im einzelnen ausbeutenden Anwender ihrer Arbeitskraft, er ist die durch das Wesen des Kapitalismus bedingte, zum Teil historisch überlieferte *Verwaltungs- und Beaufsichtigungsmaschinerie dieser auf Exploitation beruhenden Gesellschaftsordnung.* Und das *Parlament* innerhalb gewisser Grenzen ist der *Aufsichtsrat* über dieselbe. Doch kommt dies rein nur zur Geltung bei dem Einkammersystem; beim Zweikammersystem verschiebt sich die Sache ganz bedeutend.

Wenn nun die Arbeiterklasse in den Repräsentationskammern durch ihre Vertreter ihre Forderungen aufstellt und kraft ihrer realen, unabhängig von parlamentarischen Konstellationen durch die Entwicklung der Arbeiterklasse selbst bedingten Macht auch eine ihrer Forderungen durchsetzt, so ist es auch selbstverständlich, daß sie diese entsprechend zu realisieren sucht, seien sie nun wirtschaftlicher Natur, wie oben erwähnte Lohnerhöhungen, Koalitionsfreiheit usw., oder politischer Natur, wie der Gemeindeproporz, Gleichberechtigung der Staatsbürger und ähnliches. Übrigens: *Forderungen, die sich auch vom Standpunkt des kapitalistischen Staates von selbst verstehen!*

Ebenso selbstverständlich ist, daß die Vertreter des Proletariats diejenigen Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die Produktion auf eine höhere Stufe zu heben, die Naturschätze und Naturkräfte der Allgemeinheit dienstbar zu machen; hierher gehören: die Einführung des elektrischen Betriebs, die Neuanlagen in den staatlichen Bergwerken, Bohrungen und Schürfungen, Verbesserung der Umschlagseinrichtungen am Rhein und die Weiterführung der Mainkette, wofür im ganzen 13¼ Millionen ausgeworfen wurden, ferner Eisenbahn- und Postetat 350000 Mark. Jedoch ist klar, daß diese unter dem Titel Kulturzwecke segelnden Etatseinstellungen bedingt sind durch die erweiterten Verkehrsbedürfnisse und daß es in erster Linie die Interessen des

kapitals sind, die die Springquellen des Naturreichtums zum Fließen bringen, aber auch sogleich absorbieren.

Wenn der Staat nun Klassenstaat ist, und solcher muß er sein, da er ja auf dem Klassenorganismus beruht, so ist die entsprechende Beisteuer zu seinen Existenz- und Verwaltungskosten eine — Klassensteuer! Der noch übrig bleibende Rest von Mehrarbeit wird dem Proletariat in Form von indirekten Steuern für die „faux frais" der kapitalistischen Produktionsweise abgepreßt. Schon diese Tatsache würde genügen, die Subsistenzmittel für diesen Staat abzulehnen.

Aber vom Standpunkt der Arbeiterklasse handelt es sich bei der Gesamtabstimmung auch gar nicht mehr darum, daß die einzelnen Forderungen des Proletariats realisiert werden, es sind überhaupt nicht Subsistenzmittel für das Proletariat, die dabei bewilligt werden, sondern für den Klassenstaat, der uns nun als bunt zusammengewürfeltes und geleimtes Mosaik im Gesamtetat entgegentritt.

Zu diesem Ergebnis muß man unbedingt kommen, wenn man den Parlamentarismus nicht als Selbstzweck, sondern nur als Mittel zum Zweck betrachtet. Von diesem Arbeiterstandpunkt aus ist das Kopfzerbrechen und Rechnen, ob die Vorteile die Nachteile überwiegen, vollkommen überflüssig, ja es kann sogar in einen Nachteil für das Proletariat als revolutionäre Klasse umschlagen, wenn man diesen Opportunismus seiner parlamentarischen Vertreter als notwendige Folgen des parlamentarischen Kampfes zu verteidigen sucht.

Dann kommt in Betracht, daß vieles nur versprochen und beschlossen, noch lange nicht ausgeführt ist; daß auch noch die Reichsratskammer vorhanden ist, die alle wichtigen Beschlüsse vernichtet, über die sich unsere süddeutsche Parteipresse wie folgt äußert:

„Die Überkammer hat die Revision des Berggesetzes, die Anschlußmutung des Staates an Schürfungen Privater verhindert, das Gehaltsregulativ und das Beamtengesetz verschlechtert, die Durchführung wichtiger Kammerbeschlüsse zur Verbesserung der Arbeiterfürsorge dem Ermessen der Regierung überlassen. Dieses Schleifzeug am bayerischen Staatskarren zu beseitigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des bayerischen Volkes, ist die notwendige Vorbedingung einer fruchtbaren Arbeit der Volksvertretung."

Des weiteren ist auf dem für die aufstrebende Arbeiterklasse ungeheuer wichtigen Gebiet des Volksschulwesens trotz der energischen Mahnungen der Arbeitervertreter nichts geschehen; geistliche Schulaufsicht, Kirchendienst, Naturalleistungen usw. sind in Bayern nach wie vor vorhanden; auch die Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer wurde nicht erreicht. Wie die Regierung die Verfassung beiseite schiebt, wenn sie ihr nicht in den Kram paßt, dafür ist der Fall Beyhl ein beredtes Beispiel. Auch die Interpellation unserer Genossen im Landtag betreffend den Ausspruch des Reichskanzlers Bülow über das allgemeine Wahlrecht ist vollkommen verpufft. Der einzige beachtenswerte Erfolg auf politischem Gebiet ist die Einführung der Verhältniswahl in den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern, obwohl auch hier wieder rückständige Gemeindeordnungen ein gut Teil des Fortschritts aufheben.

Betrachtet man ferner die praktische Tätigkeit der Regierung, so kommt auch hier das bürgerliche Klassenbewußtsein derselben unverhüllt zum Aus-

druck. Beweis: das Zeugniszwangsverfahren (Schlegel-Nürnberg), Konsignierung von Militär in den Kasernen bei Streiks und nicht zuletzt die unzähligen Streikprozesse, die für zahlreiche Arbeiter Geld- und Freiheitsstrafen brachten.

Wenn man nun den finanziellen und moralischen Effekt, der für die Arbeiterklasse in Betracht kommt, vergleicht mit dem nicht Erreichten und ferner berücksichtigt, wer die Mittel aufbringen muß, dann muß man selbst vom opportunistischen Standpunkt aus zur Ablehnung des Finanzgesetzes gelangen. Die Voraussetzungen der Lübecker Resolution, die die Partei sich als Grundlage und Richtlinie in dieser Frage gegeben hat, waren in keiner Weise gegeben.

Es wird nun von verschiedenen Parteischriftstellern der Versuch gemacht, die Zustimmung zum Etat in Bayern und Baden zu rechtfertigen, indem sie die Abstimmungen der sozialdemokratischen Vertreter in Sachsen und anderen Staaten hervorhoben. Aber diese Abstimmungen erfolgten zum Teil zu einer Zeit, als noch kein bindender Beschluß der Gesamtpartei vorlag, wie er seit dem Lübecker Parteitag nunmehr gegeben ist. Dann ist diese Argumentation insofern schief, daß man einen neuen Fehler durch einen alten zu verteidigen sucht. Das auffallendste ist aber dabei, daß gerade jene Leute hier am Alten festhalten wollen, die sonst das Alte in Grund und Boden verdammen.

Daß die Frage auf dem Parteitag zu Nürnberg zu einer gründlichen Erörterung gelangt, ist vorauszusehen und im Interesse der Klarstellung der Sache auch zu wünschen, und das Ergebnis kann nur sein, daß es sich hier um keine taktische Frage, sondern um eine eminent prinzipielle Frage handelt, und der Parteitag würde wirklich praktische Arbeit leisten, wenn er eine Resolution annähme, die alle Ausnahmen ausschließt, und die klar und unverhüllt die Stellung der Arbeiterklasse im Klassenparlament aufzeigt.

Zur Reichsfinanzreform.

Von **Heinrich Ströbel.**

Der Blockfreisinn hat einen neuen Trick entdeckt, um nicht rechtzeitig zur Reichsfinanzreform unzweideutige Stellung nehmen und rundheraus sagen zu müssen, wie denn er sich eigentlich die Aufbringung der verlangten 400 Millionen neuer Reichssteuern denkt. Er faselt ruhmredig davon, daß er keine neuen Steuern bewilligen werde, bevor ihm nicht von der Regierung bewiesen worden sei, daß auch neue Steuern in so gewaltigem Umfang notwendig seien. Dabei tut der Blockfreisinn gar so, als glaube er selbst daran, daß sich bei größerer „Sparsamkeit" — und die habe doch Fürst Bülow feierlichst versprochen! — auch mit einem geringeren Betrag neuer Steuern wirtschaften ließe, ohne ins Uferlose neue Schulden zu machen. Als ob nicht der Blockfreisinn selbst die Möglichkeit und die verdammte Pflicht hätte, statt die Nachweise des Reichsschatzamtes abzuwarten, selbst Berechnungen über die Größe des zu deckenden Reichsdefizits anzustellen! Wenn der Freisinn diese Berechnungen anstellte, würde er freilich ein Defizit herausrechnen müssen, das ihm die Haare zu Berge stehen und das fade Geschwätz von „Ersparnissen" vergehen ließe. Denn gespart könnte ja nur beim Militarismus, Marinismus und der Kolonialpolitik werden, die allein größere Summen verschlingen, als das Reich an Nettoeinnahmen überhaupt aufweist! Und daß hier nicht gespart wird, dafür sorgt ja der blockfreisinnige Bewilligungseifer

elbst — ist doch der Block nur deshalb geschaffen worden, weil das Zentrum n einer, wie sich später herausgestellt hat, wirklich unnötig hohen Kolonialorderung ein paar armselige Millionen abstreichen wollte!

Wir sagten, daß Heer, Marine, Kolonien, und was damit zusammenhängt, llein mehr verschlingen, als was das Reich an wirklichen Einnahmen aufuweisen hat. Hier nach dem Etat von 1908 der zahlenmäßige Beweis dafür:

A. Ausgaben für militaristische Zwecke.

Verwaltung des Reichsheeres (darunter aus der Anleihe 56 Millionen)	843	Millionen	Mark
Reichsmilitärgericht	2	"	"
Marine (darunter aus der Anleihe 90 Mill.)	339	"	"
Kiautschou	10	"	"
Reichskolonialamt	47	"	"
Reichsschuldenverzinsung	145	"	"
Allgemeiner Pensionsfonds u. Reichsinvalidenfonds	143	"	"
Zusammen	1529	Millionen	Mark

B. Wirkliche Gesamteinnahmen des Reiches.

Zölle und Steuern	1003	Millionen	Mark
Maischbottichsteuer und Branntweinverbrauchsabgabe nebst Zuschlag	116	"	"
Reichsstempelabgaben (überweisungssteuer)	79	"	"
überschuß aus der Reichspost und Reichstelegraphenverwaltung	84	"	"
überschuß aus der Reichsdruckerei	3	"	"
überschuß aus der Reichseisenbahnverwaltung	24	"	"
Verschiedene Einnahmen	80	"	"
Aus dem Reichsinvalidenfonds	36	"	"
Wirklich geleistete Matrikularbeiträge	24	"	"
Zusammen	1449	Millionen	Mark

Also bereits im Jahre 1908 überstiegen die Ausgaben für den Militarismus in seinen verschiedenen Formen die gesamten Reichseinnahmen um 80 Millionen Mark! Wenn der Freisinn also ans Sparen denkt, muß er bei den Ausgaben für das Heer, die Marine und die Kolonien sparen! Daß er bei dem schüchternsten Versuch dazu aus dem Block fliegt, darf die Mannen um Wiemer und Mugdan dabei nicht anfechten!

Beweisen schon diese Zahlen, daß das Reichsdefizit ein enormes sein muß, so tritt das bei genauerer Würdigung des Etats in seiner Gesamtheit noch deutlicher zutage. Auf Seite 46 des ersten Bandes des Hauptetats für 1908 finden wir eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben nach ihren Nettoergebnissen. Ausgaben und Einnahmen bilanzieren mit 1492 Millionen Mark. Die Ausgaben erreichen nur diesen Betrag, der um 37 Millionen hinter den oben zusammengestellten Ausgaben allein für militaristische Zwecke zurückbleibt, trotzdem auch die nichtmilitaristischen Ausgaben in der Aufmachung figurieren, weil in dieser Aufmachung sowohl die 146 Millionen Ausgaben für das Landheer und die Marine fehlen, die durch Anleihen aufzubringen sind, als auch die 36 Millionen für den Reichsinvalidenfonds. Auf der anderen Seite erreichen die Einnahmen deshalb nur die Höhe von 1492 Millionen, weil die 260 Millionen Anleihe nicht mit in Anschlag

gebracht worden sind. Die Bilanz beweist aber jedenfalls das eine, daß 1908 eine Anleihe von 260 Millionen zur Deckung des Defizits notwendig war! Freilich erschöpften diese 260 Millionen keineswegs das Defizit! Denn um den 1492 Millionen Ausgaben ebenfalls 1492 Millionen Einnahmen gegenüberstellen zu können, hat man den Überschuß der Matrikularbeiträge über die Überweisungen hinaus mit 124 Millionen gebucht, während nur eine wirkliche Einnahme an Matrikularbeiträgen von 24 Millionen in Frage kommt, die Erhebung von 100 Millionen dagegen „auszusetzen" war. Was es aber mit der „Stundung" dieser 100 Millionen auf sich hat, beweist die Anmerkung auf Seite 48 des ersten Bandes des Etats:

„Wie bereits in der vorjährigen Denkschrift Seite 55 ausgeführt ist, haben die verbündeten Regierungen mit der Feststellung des Etats nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie zur Übernahme der ungedeckten, über die Summe von 24256511 Mark (das ist 40 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung) hinausgehenden Matrikularbeiträge imstande seien. Eine entsprechende Entlastung durch eine weitere Erschließung erhöhter eigener Einnahmen des Reiches muß daher vorbehalten bleiben."

Das Defizit im Reichsetat für 1908 beträgt also nicht 260 Millionen, sondern 360 Millionen Mark!

Was ergibt sich nun daraus für die nächsten Jahre? Von dem Anleihebedarf von 260 Millionen entfielen rund 170 Millionen auf Heer, Marine und Kolonien, auf Ausgaben also, die sich sicherlich auch — trotz darin enthaltener Ausgaben für Festungsbauten — in absehbarer Zeit nicht vermindern werden. Und auch unter den übrigen 90 Millionen, die in der Hauptsache für Post- und Eisenbahnzwecke gebraucht werden, befinden sich beträchtliche Posten — wie 20 Millionen für Erweiterungsbauten des Nord-Ostseekanals —, die in den nächsten Jahren wiederkehren, ja sich noch erhöhen werden! Trotzdem wollen wir von den 260 Millionen nur 160 Millionen als dauerndes künftiges Defizit ansetzen. Addieren wir dazu die 100 Millionen ungedeckter Matrikularbeiträge, so ergibt sich bereits auf Grund des Etats für 1908 ein ständiges Jahresdefizit von 260 Millionen Mark!

Das Defizit erhöht sich nun zunächst durch die Ausgaben für die Besoldungsreform für die Reichsbeamten um zirka 100 Millionen, also auf 360 Millionen! Nehmen wir dazu den Ausfall durch die Ermäßigung der Zuckersteuer in Höhe von 35 Millionen, so haben wir bereits ein Defizit von rund 400 Millionen!

Aber damit ist die Rechnung noch lange nicht zu Ende! Da sind in erster Linie zu berücksichtigen die Mehrausgaben für unsere herrliche Flotte. Sie erforderte 1908 an Ausgaben insgesamt 339 Millionen Mark. Im Jahre 1909 aber wird sie bereits 405 Millionen beanspruchen. Das sind 66 Millionen mehr! Und damit ist der Aufstieg noch lange nicht beendet. Gibt doch der Etat für 1908, Band II, Seite 169 folgende Übersicht über den Geldbedarf unserer Marine:

1909	405,5	Millionen Mark
1910	440,8	" "
1911	461,7	" "

Dann soll wieder eine kleine Verminderung bis auf 417,7 Millionen im Jahre 1917 eintreten.

Es ist ungeheuerlich, wie sich die Ausgaben für die Marine vermehrt aben. Nach dem Flottengesetz vom Jahre 1900 sollten die Gesamtausgaben ür die Flotte 1909 257,8, 1910 265,2, 1911 263,2 Millionen betragen. Nach en Berechnungen vom Jahre 1908 soll die Marine 1911 also 200 Millionen ıehr schlucken, als in dem Viereinhalbmilliardengesetz vom Jahre 1900 vorgesehen war! Und sowohl Zentrum wie Freisinn haben alle Marineforde-ungen, so noch in diesem Jahre die famose Verjüngungsvorlage, bewilligt! Und das schwatzt dann von der Notwendigkeit „sparsamer" Wirtschaft!

Da die Flottenausgaben 1911 123 Millionen mehr betragen als 1908, würde sich dann das bisher ermittelte Reichsdefizit auf rund 520 Millionen belaufen!

Obendrein werden wir im Jahre 1911 keineswegs den Gipfelpunkt unserer Marineausgaben erreicht haben. Denn die Bedarfsberechnung im Etat für 1908 rechnet natürlich noch nicht mit dem neuen Flottengesetz, das uns spätestens 1911 beschert werden wird. Daß dies Gesetz kommen und uns mindestens 100 Millionen weiterer Jahresausgaben verursachen wird, ist todsicher. Denn das schöne Gesetz vom Jahre 1908, das das Lebensalter der Schlachtschiffe von 25 auf 20 Jahre herabsetzte, hat die ohnehin raffinierte Häufung aller Ersatz- und Neubauten derartig zusammengedrängt, daß in den fünf Jahren 1908 bis 1912 nicht weniger als 18 große Schiffe auf Stapel gelegt werden, während von 1913 ab jährlich nur noch ein Linienschiff und ein großer Kreuzer fällig wären. Daß wir da mit einer Bewilligung von jährlich mindestens zwei großen Neubauten zu rechnen haben, versteht sich von selbst. Obendrein haben ja Zentrum und Freisinn bereits im voraus ihre Bereitwilligkeit beteuert, dann das „Notwendige" zu bewilligen!

Zugleich mit der neuen Flottenvorlage wird aber auch eine neue Militärvorlage fällig, die die Friedenspräsenzstärke neu regelt. Ganz abgesehen davon, was an kleineren militärischen Ausgaben für neue Gewehre, neue Geschütze, Vermehrung der Maschinengewehrabteilungen, für unsere neue Luftflotte usw. gefordert werden wird. Zieht man das alles in Betracht, so darf man nach durchaus nüchterner Schätzung behaupten, daß in drei bis vier Jahren der Mehrbedarf des Reiches sich auf 600 bis 700 Millionen belaufen wird! Daß da die Regierung mindestens 400 Millionen neuer Steuern fordern wird, liegt auf der Hand. Und trotz dieser enormen Steuerschröpfung wird die Pumpwirtschaft ihren Fortgang nehmen müssen, werden Anleihen von jährlich 200 bis 300 Millionen nach wie vor notwendig sein! Die „Weltpolitik" bringt das so mit sich. Denn wenn die Ausgaben für die Marine allein von 51 Millionen im Jahre 1888 und 131 Millionen im Jahre 1898 auf 339 Millionen im Jahre 1908 angewachsen sind und 1911 bereits 461 Millionen betragen werden, so müssen die Reichsfinanzen natürlich aufs ärgste zerrüttet werden, namentlich wenn noch Kolonialkriege dazu kommen, von denen ein einziger, wie der südwestafrikanische, eine halbe Milliarde verschlingt! Erleben wir noch mehr solcher kolonialen Abenteuer — Landeskundige stellen bereits für Kamerun einen bösartigen Kriegsbrand in Aussicht —, so wird das Defizit natürlich noch ganz beträchtlich anschwellen, liegt doch unserer Berechnung der Etat für 1908 zugrunde, der eine koloniale Ausgabe von nur 47 Millionen vorsieht!

* * *

Haben wir hiermit nachgewiesen, daß vom Standpunkt der herrschenden Politik aus neue Steuern in Höhe von mindestens 400 Millionen geschaffen werden müssen, so wollen wir nunmehr nachweisen, daß die Summe von 400 Millionen sehr leicht von den Besitzenden in Gestalt direkter Steuern, Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, aufgebracht werden könnten, wenn sich nicht die besitzende Klasse mit Händen und Füßen gegen jede gerechte Verteilung der Staatslasten sträubte.

Betrachten wir uns einmal die Einkommensverhältnisse innerhalb des preußischen Staates. Das veranlagte Einkommen sämtlicher physischer Zensiten betrug 1907 11747 Millionen Mark. Davon entfielen auf die

	Jahreseinkommen
Zensiten mit 900 bis 3000 Mark Einkommen . . .	6591 Millionen Mark
„ „ mehr als 3000 „ „ . . .	5156 „ „

Es betrug das Durchschnittseinkommen bei den

Zensiten mit 900 bis 3000 Mark Einkommen	1370 Mark
„ „ mehr als 3000 „ „	9220 „

Für das Jahr 1907 liegen noch keine näheren Zahlen über den Anteil der einzelnen Einkommensgruppen an dem Einkommen vor, doch läßt sich das auf Grund des mitgeteilten Einkommensteuerbetrags ziemlich genau berechnen. Es zahlten 3561 Zensiten mit mehr als 100000 Mark Einkommen 34456000 Mark Einkommensteuer. Da die Steuer 4 Prozent beträgt, ergibt sich also ein Einkommen von 862 Millionen, pro Kopf also von zirka 240000 Mark! Weiter zahlten 17109 Zensiten mit einem Einkommen von 30500 bis 100000 Mark 29613000 Mark Steuern, besaßen also (bei einem Steuersatz von 3½ Prozent) 830 Millionen Mark Einkommen, pro Kopf 48000 Mark. Würden diese beiden Gruppen, die 20670 Zensiten umfassen, mit der doch wahrhaftig zu ertragenden Reichseinkommensteuer von 4 Prozent belastet, so ergäbe das den Betrag von 68 Millionen.

Aber auch die Gruppe mit einem Einkommen von 9500 bis 30500 Mark könnte mit etwa 3 Prozent zur Steuer herangezogen werden. Beläuft sich doch — bei einem dreiprozentigen Steuerbetrag von 37 Millionen, also einem Gesamteinkommen von 1230 Millionen Mark — das Durchschnittseinkommen dieser Gruppe von 79630 Zensiten auf 15500 Mark. Wir hätten dann schon 68 + 37 = 105 Millionen Reichseinkommensteuer. Eine Summe, die man auch dergestalt aufbringen könnte, daß man die höchsten Einkommen höher, die niedrigeren Einkommen dagegen mit nur 2 Prozent belasten könnte.

Diese Reichseinkommensteuer könnte ohne die geringste Ungebühr durch eine Reichsvermögensteuer ergänzt werden. Im Jahre 1905 zahlten 85781 preußische Zensiten mit mehr als 9500 Mark Einkommen 20457000 Mark Vermögensteuer. Da der Steuersatz ½ Promille beträgt, besaßen diese 85000 Zensiten ein Vermögen von 40914000000 Mark. Wenn man die Reichsvermögensteuer auf 1 Promille festsetzen würde, ergäbe das für die Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 9500 Mark 41 Millionen. Dergestalt wären in Preußen allein 68 + 37 + 41 = 146, also rund 150 Millionen, durch nur die Leistungsfähigen treffende direkte Reichssteuern aufzubringen. Für das Reich würde sich der Ertrag also auf 230 bis 240 Millionen belaufen. Der fehlende Rest an den 400 Millionen könnte leicht durch eine entsprechende Erhöhung der Erbschaftsteuer gedeckt werden. Bringt doch die

Erbschaftsteuer in Preußen heute nur 37 Millionen, während sie in dem an Einwohnerzahl kaum wesentlich größeren England mehr als das Zehnfache, 383 Millionen, abwirft!

Die 400 Millionen neuer Steuern könnten jedenfalls von der besitzenden Klasse — trotz des erbarmenden Mitgefühls, das die „Freisinnige Zeitung" kürzlich für den „Mittelstand" mit mehr als 9500 Mark Einkommen bekundete — unendlich viel leichter aufgebracht werden, als von der großen Masse der Nicht- oder wenig Besitzenden, also zum Beispiel von den 20297000 Preußen, die 1907 nur ein Einkommen von *weniger* als 900 Mark besaßen, und den weiteren 14836000 Preußen, auf die nur ein Durchschnittseinkommen von 1370 Mark entfällt.

Aber haben denn nicht unsere Revisionisten, die Calwer, Bernstein und Konsorten, selbst den herrschenden Klassen Veranlassung gegeben, von dem *wachsenden Wohlstand des Proletariats* zu sprechen, das also ganz gut noch neue indirekte Steuern aufgepackt erhalten könnte?! Haben besagte Revisionisten nicht immer wieder unter gewaltigem Aufwand von moralischer Entrüstung die „Verelendungstheorie" „widerlegt", jenen Popanz, den sie sich selbst zurechtgemacht hatten? Kein Mensch bestreitet demgegenüber, daß das Geldeinkommen des Proletariats wächst. Aber dies Wachstum des Nominaleinkommens ist bei den breiten Massen ein so langsames, daß es *in gar keinem Verhältnis steht zu dem Einkommenswachstum und der Reichtumsvermehrung der besitzenden Klassen!* Vor allem ist es unrichtig, daß die Masse des Volkes sich einen größeren prozentualen Anteil am „Nationalreichtum" erringe.

Der Anteil der Zensiten mit 900 bis 3000 Mark Einkommen am versteuerten *Gesamteinkommen* betrug in Preußen:

1897 . . .	3318 Millionen	von 6371 Millionen	=	52,0 Prozent
1906 . . .	5551 „	„ 10330 „	=	53,7 „
1907 . . .	6591 „	„ 11747 „	=	56,1 „

Danach könnte es scheinen, als nehme das Einkommen der Zensiten der niedrigsten Steuerstufen rascher zu als das der höheren Steuerstufen. Aber das ist nur Schein. Speziell die Zunahme des Einkommensanteils der Steuerstufe von 900 bis 3000 Mark von 1906 auf 1907 ist zur Hauptsache auf die *schärfere Steuerheranziehung* der Arbeiter und Angestellten zurückzuführen, der keine entsprechende Heranziehung der Einkommen über 3000 Mark gegenübersteht! Das Einkommen des Proletariats hat sich also nicht in dem Maße vermehrt, wie es die Prozentzahlen zum Ausdruck bringen, sondern es ist statistisch zum guten Teile nur *schärfer erfaßt* worden!

Außerdem ist aber auch zu berücksichtigen, daß die Zensiten der Steuerstufe von 900 bis 3000 Mark ihrer Kopfzahl nach der Gesamtzahl der Zensiten gegenüber ebenfalls *prozentual* zugenommen haben. Sie bildeten:

1897	2418000	von 2762000	=	87,5 Prozent
1906	4145000	„ 4670000	=	88,7 „
1907	4825000	„ 5384000	=	90,0 „

Daß sich im letzten Jahrzehnt der Anteil der untersten Steuerstufe am steuerpflichtigen Einkommen um ein geringes erhöht hat, beweist also nur: 1. daß eine größere Zahl Proletarier die Steuergrenze von 900 Mark überschritten haben (was noch gar nichts dafür beweist, daß sich auch ihre Lebens-

haltung gebessert hat); 2. daß die Arbeiter und Angestellten mit weniger als 3000 Mark Einkommen schärfer zur Steuer herangezogen werden; 3. daß die Selbsteinschätzung den Reichen Gelegenheit gibt, Steuern zu hinterziehen.

Trotzdem beweist die amtliche Steuerstatistik, daß das Einkommen der obersten Steuerstufen erheblich stärker wächst als das der unteren und namentlich auch der mittleren Steuerstufen. Der Anteil der Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 30500 Mark an dem Einkommen aller Zensiten mit über 3000 Mark Einkommen betrug:

1897	936 Millionen	von 3053 Millionen	=	30,6 Prozent
1906	1574 "	" 4878 "	=	32,2 "
1907	1700 "	" 5156 "	=	33,0 "

Dabei verminderte sich der prozentuale Anteil der Zensiten mit mehr als 30500 Mark an der Kopfzahl der Zensiten überhaupt. Die Zensiten mit mehr als 30500 Mark Einkommen zählten nämlich:

1897 . . .	11762	von insgesamt 2762000	=	0,42 Prozent
1906 . . .	18933	" " 4670000	=	0,40 "
1907 . . .	20670	" " 5384000	=	0,38 "

Vollends die Zahlen der preußischen Vermögensteuerstatistik beweisen das kolossale Anwachsen des Reichtums in wenigen Händen.

Es waren zur Ergänzungssteuer veranlagt:

Einkommen	1895			1902			1905		
	Zahl der veranlagten		Prozent der Steuer	Zahl der veranlagten		Prozent der Steuer	Zahl der veranlagten		Prozent der Steuer
	Zensiten	Steuer		Zensiten	Steuer		Zensiten	Steuer	
900 bis 3 000	869 908	9 080 281	29,2	930 998	9 480 881	25,7	977 108	9 967 498	24,8
3 000 " 6 000	161 657	4 891 938	15,8	203 091	5 487 799	14,9	221 992	5 924 086	14,7
6 000 " 9 500	52 166	2 905 124	9,4	69 055	3 369 171	9,1	76 073	3 688 890	9,2
9 500 " 30 500	44 741	6 045 748	19,5	62 768	7 365 329	20,0	68 649	8 123 769	20,2
30 500 " 100 000	8 740	4 382 222	14,1	13 141	5 493 757	14,9	14 284	6 217 702	15,4
Über 100 000	1 579	3 602 306	11,6	2 756	5 542 019	15,0	2 848	6 117 352	15,2

Nach der Steuersumme, die 1/2 Promille beträgt, läßt sich das versteuerte Vermögen leicht berechnen. Von 1895 bis 1905 wuchs danach das Vermögen:

Einkommensgruppe	Gesamtvermögenszuwachs	Zuwachs pro Kopf
900 bis 3000 Mark . .	zirka 1800 Mill. Mark	rund 1800 Mark
3000 " 6000 " . . .	" 2080 " "	" 9000 "
6000 " 9500 " . . .	" 1570 " "	" 20000 "
9500 " 30500 " . . .	" 4160 " "	" 60000 "
30500 " 100000 " . . .	" 3670 " "	" 260000 "
über 100000 " . . .	" 5030 " "	" 1700000 "

Das Vermögen der 17132 Zensiten mit mehr als 30500 Mark Einkommen vermehrte sich also in einem Jahrzehnt um 8700 Millionen Mark, während sich das Vermögen von fast einer Million Zensiten mit 900 bis 3000 Mark Einkommen nur um 1800 Millionen vermehrte!

Eine Handvoll Millionäre erfuhr eine jährliche Vermögenszunahme von 870 Millionen Mark! Und da sollten diese Herren nicht einen hübschen Posten neuer Steuern tragen können?!

Die bürgerlichen Parteien freilich werden wiederum die Reichen möglichst schonen und die Armen und Notleidenden abermals belasten!

Die Landtagswahlen im Ruhrbezirk.

Ein Beitrag zur Beurteilung unserer Wahltaktik gegenüber dem Zentrum.

Von **Max König** (Dortmund).

Die Landtagswahlstatistik des Jahres 1903 stellte der sozialdemokratischen Partei in den hochindustriellen Provinzen Rheinland und Westfalen eine recht schlechte Zensur aus, wenn wir die Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Reichs- und Landtag im Jahre 1903 in Vergleich ziehen. Auf 1000 sozialdemokratische Reichstagswählerstimmen 1903 entfielen bei der in demselben Jahre stattgefundenen Landtagswahl in Rheinland 99, in Westfalen gar nur 63 Stimmen.

Schlechter als in diesen beiden Provinzen stand es nur noch in Hessen-Nassau mit 95, Schlesien mit 84 und Westpreußen mit 5 Stimmen. Hingegen zeigt die Landtagswahlstatistik für das Jahr 1908 für die Provinzen Rheinland und Westfalen ein wesentlich günstigeres Resultat, insbesondere aber für die Wahlkreise des Ruhrbezirkes. Das Wahlresultat sagt uns, daß unsere Partei auch in dem größten Bezirk Deutschlands der Eisen-, Stahl- und Montanindustrie auf dem Vormarsch ist. Ist doch dieses Jahr bei der Landtagswahl fast genau die gleiche Stimmenzahl unter der öffentlichen Stimmabgabe für die sozialdemokratische Partei abgegeben worden, als vor zehn Jahren bei der Reichstagswahl unter dem geheimen Wahlrecht.

Wenn bei der Landtagswahl 1903 die sozialdemokratische Partei im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet so schlecht abschnitt, so lag das neben dem wirtschaftlichen Drucke des übermächtigen Kapitals, welcher übertriebene Furcht vor dem Arbeitgeber in den Arbeiterkreisen als Begleiterscheinung zeitigte, im wesentlichen an der völligen Gleichgültigkeit gegenüber der preußischen Politik. Dazu kam noch die allgemeine Unlust, sich überhaupt an der Wahl zu beteiligen, und obendrein, daß unsere Genossen das Wahlgesetz sowie die Technik des Wahlreglements und deren Ausführungsbestimmungen gar nicht oder doch nur sehr mangelhaft kannten.

Die sich daraus ergebende Interesselosigkeit am Wahlkampf wurde noch vermehrt durch die vielen Tausende Arbeiter, welche Nichtpreußen und daher nicht wahlberechtigt waren. Von den über 600000 ausländischen Arbeitern, welche 1906 in Deutschland beschäftigt waren, arbeiteten in der Industrie mehr als 360000. Rheinland und Westfalen beschäftigen wohl die meisten fremdländischen Arbeiter, allein im Ruhrbergbau waren 1906 über 26000. Nach dem letzten Knappschaftsjahresbericht waren 1906 118000 = 40 Prozent fremdsprachige in- und ausländische Arbeiter in den Kohlengruben des Oberbergamtsbezirkes Dortmund beschäftigt.

Erfreulicherweise suchten diese Rechtlosen immer eifriger die Naturalisation nach — aber die Regierung zu Arnsberg gibt seit Jahren Naturalisationsanträgen von Arbeitern so gut wie gar nicht statt.

Dieses Jahr hat sie bis kurz vor der Landtagswahl von den Tausenden gestellten Anträgen ganz besonders wenigen stattgegeben und durch überflüssiges, oftmals gesetzlich gänzlich haltloses Nach- und Umfragen die Entscheidung so in die Länge gezogen, daß die Arbeiter bis vor der Landtagswahl die Aufnahmeurkunde nicht eingehändigt bekamen. Die Leute ver-

loren das Wahlrecht und die sozialdemokratische Partei die Stimmen. Wir kennen Orte, wo infolgedessen fast die gesamte Mitgliedschaft unserer Partei nicht wahlberechtigt war. Durch den permanenten Zustrom Tausender fremder Arbeiter ist hier die Zahl der Wahlberechtigten zur Landtagswahl bedeutend niedriger als zur Reichstagswahl. Das hemmt unser Fortschreiten gar sehr. Gewiß haben die fortgesetzten wirtschaftlichen und politischen Kämpfe im Ruhrgebiet neben der energischen und rastlosen Aufklärungsarbeit der Partei und Gewerkschaft viele Tausende Arbeiter zum Klassenbewußtsein gebracht und die im allgemeinen in völliger Lethargie dahinlebenden Arbeitermassen aufgeweckt, aber hauptsächlich allein unter der Bergarbeiterschaft, begünstigt durch den Massenstreik im Jahre 1905, die Kämpfe um die Berggesetznovelle und die Knappschaftsreform, das terroristische Treiben des Zechenschutzverbandes und die ablehnende Stellung der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegenüber den Bergarbeiterforderungen. Hingegen sind hierorts die Massen der Metall-, Fabrik-, Walz- und Hüttenarbeiter weder für die gewerkschaftliche noch politische Bewegung zu haben — aber auch nicht für ernstere Bestrebungen unserer Gegner in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung. In Sport-, Vergnügungs- und Kriegervereinen fühlen sie sich wohl. Bei Wahlen, besonders öffentlichen, üben sie ihr Stimmrecht aus, wenn sie vom Vorgesetzten oder Geistlichen dazu angetrieben werden, und bilden einen Wall gegen die fortgeschrittenen Arbeiterwähler.

Diese Massen Gleichgültiger einzeln, Mann um Mann aufzuklären, sie zur sozialistischen Idee zu erziehen, erfordert intensive agitatorische Tätigkeit. In ausgedehntestem Maße ist sie im letzten Jahrzehnt geschehen. Und der gestreute Same ist herrlich aufgegangen. Die Erfolge der letzten Jahre beweisen es uns; insbesondere auch die Gemeindevertreterwahlen zeigen, daß die Furcht vor der öffentlichen Stimmabgabe immer mehr im Schwinden ist.

Die Parteiorganisation, die 1903 erst einige tausend, jetzt aber über 20000 Mitglieder zählt, führte, gestützt von den Gewerkschaften, den Riesenkampf bei der Landtagswahl gegen die fast gleich starken und sehr mächtigen Parteien der Nationalliberalen und des Zentrums, und zwar prinzipiell. Sehr viel Aufklärung über Staat, Verfassung, Monarchie, Kirchen, Erziehungs- und Steuerfragen und Wissenschaft und anderes mehr wurde in die Massen getragen.

Obwohl die neueren Gesetzesbestimmungen für Gemeinden mit über 50000 Einwohnern Fristwahlen vorsahen und kleine Gemeinden sie ebenfalls auf Antrag einführen konnten, wurden sie doch nur vereinzelt in Großstädten gewährt. Für Dortmund mit seinen 200000 Einwohnern hatte der nationalliberale Magistrat die Einführung der Terminwahl beim Minister beantragt. Natürlich wurde dem Antrag stattgegeben. Darüber waren nicht nur die Sozialdemokraten erzürnt, sondern insbesondere die Zentrumsleute, ja selbst bei Liberalen brachte die „Ungerechtigkeit“ das Blut ins Wallen.

Da die Sozialdemokratie den Wahlkampf im Zeichen des Wahlrechtskampfes führte und erklärte, daß die Einführung der Terminwahl nur den Zweck haben könnte, die Arbeiter vom Wahlrecht auszuschließen, damit sie nicht imstande wär, dem Dreiklassenwahlrechtsfeind ihre Stimme abzugeben, erklärten sich sehr viele Organisationen für völlige Arbeitsruhe am 3. Juni, dem Wahltag.

Die Parole: „Wahltag ist Feiertag“ schlug in den arbeitenden Kreisen so mächtig ein, daß das hiesige Zentrumsorgan, die „Tremonia“, aus

furcht, ihre Partei könne von der Sozialdemokratie am Wahltag überrannt werden, ebenfalls die Parole auf Arbeitsruhe ausgab.

In ihrer Verzweiflung schlossen sich schließlich auch noch zum Gaudium aller Politiker die Nationalliberalen unserer Parole an.

Sie gingen auch die öffentlichen Behörden an, bis zum Justizminister, um Arbeitsruhe für die Beamten und Angestellten, die auch gewährt wurde. Eine Reihe von Zechen ließen die Morgenschicht überhaupt ausfallen, weil die Zahl der Abgemeldeten fast die ganze Belegschaft umfaßte.

Die Arbeitsruhe am Morgen des Wahltags war mit Ausnahme der großen Maschinenfabriken, Eisen- und Stahlwalzwerke fast allgemein. Infolgedessen gingen große Massen Urwähler zur Wahl! Während 1898 die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen des Ruhrbeckens zwischen 1 bis 5 Prozent betrug und 1903 durch Beteiligung der Sozialdemokratie 8 bis 15 Prozent, stieg sie in diesem Jahre durch den energischen Wahlkampf der Sozialdemokratie und durch die Beteiligung der Zentrumspartei auf 50 bis 70 Prozent!

Die Sozialdemokratie brachte 1903 bei der Landtagswahl in dem alten Landtagswahlkreis Bochum-Dortmund nur 4 Prozent von den im gleichen Jahre abgegebenen Reichstagswahlstimmen auf, während sie dieses Jahr in den daraus gebildeten sechs neuen Wahlkreisen im Durchschnitt 40 Prozent aufbrachten.

In dem dazu gehörenden Wahlkreis Hörde sogar 57½ Prozent und Dortmund-Land 52 Prozent.

Einzelne Orte haben faktisch 90 Prozent und mehr aufgebracht. Dem stehen jedoch Orte gegenüber, wo die Partei sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligte, weil die Massen den nationalliberalen Terrorismus fürchteten, so zum Beispiel in Schwerte. Ja selbst in den Großstädten wie Bochum und Dortmund war eine Beteiligung in allen Urwahlbezirken nicht möglich, teils fehlte es an Wahlmännerkandidaten, teils an Wählern. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Ortschaften und Nachbarwahlkreisen des Ruhrbeckens.

Soweit es möglich war, durch eigene Ermittlungen das Gesamtwahlresultat aus den zum Ruhrbecken gehörigen Landtagswahlkreisen zusammenzustellen, veranschaulicht dies folgende Tabelle. Es erhielten Stimmen:

Wahlkreis	Freisinnige und Nationalliberale (Block)	Zentrum	Sozialdemokratie	Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1898
Dortmund-Stadt . . .	4798	6600	3862	19864 (Dortmund-Stadt, Dortmund-Land, Hörde)
Dortmund-Land . . .	4280	4927	7304	
Hörde	3900	—	6348	
Bochum	11027	13438	6724	22379 (Bochum, Gelsenkirchen, Witten)
Gelsenkirchen	9786	13804	5370	
Witten	4215	—	3200	
Essen-Stadt	8181	15974	4845	5400 (Essen-Stadt, Essen-Land)
Essen-Land	7080	14010	5502	
Hamm-Soest	7195	5838	4017	2068
Recklinghausen . . .	3760	13500	4750	2100
Hagen	6750	—	5200	9080
Oberhausen	?	?	4300	7804 (Oberhausen, Duisburg)
Duisburg	?	?	2100	

Da aus jedem Wahlkreis das Resultat aus einigen Urwahlbezirken fehlt und nicht zu ermitteln war, sind die Zahlen alle zu niedrig, schwankend zwischen 2 bis 10 Prozent, so daß man im allgemeinen um 5 Prozent annehmen kann.

Die Sozialdemokratie hat im Ruhrbecken rund 70000 Stimmen erhalten gegen 5400 1903 und zirka 70000 Reichstagswahlstimmen im Jahre 1898 und 158000 1903 und 185000 1907.

Der Wahlausfall hat lehrreiche Überraschungen gebracht. Zunächst daß die Nationalliberalen trotz ihres bekannten Terrorismus, welcher insbesondere in der Zeit der wirtschaftlichen Depression recht fühlbar war, völlig geschlagen, ihnen mehrere ihrer Hochburgen abgenommen und einige andere nur mit einer verschwindenden Majorität gehalten wurden. Beamte, Händler und Geschäftsleute beteiligten sich an vielen Orten schwach an der Wahl; die „gekränkten“ evangelischen Arbeitervereinler stimmten jedoch, trotz des Abwimmelns der Handvoll „Christlichsozialer“, geschlossen für die Nationalliberalen. Die Arbeiterkolonien, lediglich geschaffen, um die Arbeiter unter der Fuchtel zu halten, insbesondere bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, versagten für die Großindustrie so ziemlich. So wählten die großen Arbeiterkolonien „Stahlhausen“ in Bochum, dem „Bochumer Verein“ gehörig, ganz schwarz; die im Dortmunder Wahlkreis gelegenen Kolonien bei Lütgendortmund, Eving, Lünen usw. fast ausschließlich rot. Da die Kolonien in sehr vielen Fällen infolge der großen Bevölkerungszahl eigene Urwahlbezirke bildeten und die Bewohner mit Ausnahme einiger Beamten Arbeiter sind, war das Gesamtsteuersoll ein sehr niedriges und Arbeiter mit über 40 bis 60 Mark Steuerleistung öfters schon Wähler der ersten Abteilung. Daher eroberten dort die Sozialdemokraten auch alle Klassen.

Die Nationalliberalen haben dennoch eine verhältnismäßig große Stimmenzahl aufgebracht. Diese stammt zunächst aus dem riesigen Heere von Beamten und Angestellten der Privatindustrie, des Kommunal-, Staats- und Reichsdienstes und der abhängigen Geschäftsleute, Händler und Lieferanten, welche geschäftlich mit der Industrie oder den Behörden in Verbindung stehen. Ferner den Vertretern der sogenannten liberalen Berufe: Ärzten, Rechtsanwälten, Privatgelehrten, die alle zur Wahl eilten, um die Liberalen zu retten, damit „diese den Kampf gegen Rom entschieden fortsetzten“ und dem Volke die „langerwartete Geisterfreiheit“ bringen möchten. Dazu kommen noch Arbeiter, die nach oben schielen, um „noch etwas werden zu wollen“, die Ängstlichen, die sich einschüchtern lassen, und die politisch Indifferenten, welche nationalliberal wählten, weil sie evangelisch sind.

Wie stark manche Orte noch unter dem Banne des Terrorismus der Nationalliberalen bei der öffentlichen Stimmabgabe standen, zeigt recht lehrreich das Wahlresultat der Landtagswahl im Vergleich zu der letzten Reichstagswahl in den nachstehenden Orten. Es erhielten Stimmen:

	Sozialdemokratie Reichstagswahl 1907	Sozialdemokratie Landtagswahl 1908	Nationalliberale Reichstagswahl 1907	Nationalliberale Landtagswahl 1908
Dorstfeld	565	260	517	484
Hörde	2034	450	1367	1401
Schwerte	877	54	804	922
Witten	2594	619	3076	1799
Hattingen	664	60	1039	619

Die Stärkung der Sozialdemokratie ist hier bisher meist auf Kosten der Liberalen geschehen; nun ist aber geholt, was zu holen war. Die Nationalliberalen werden hier infolge der eigenartigen Verhältnisse noch recht viele Jahre in ihrer ungefähr jetzigen relativen Stärke bleiben. Die Sozialdemokratie muß daher wie in den letzten Jahren aus den Reihen der Zentrumsarbeiter und dem hier unversieglichen Zustrom einwandernder Arbeitermassen ihren Zuwachs holen.

War der Wahlausfall in ganz Preußen für die Nationalliberalen eine Niederlage, so kann man hier von einem Zusammenbruch der nationalliberalen Partei reden.

Dieses Volksgericht kam den Herren Nationalliberalen um so überraschender, weil sie ja bei der Reichstagswahl 1907 auch hier noch leidlich abgeschnitten hatten. Zudem gehörten bisher die alten Ruhrwahlkreise bei Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus zum unbestrittenen und unangetasteten Besitz der Liberalen.

Der Wahlausfall gab der Großkapitalistenpartei alle Veranlassung, nach den Gründen ihrer Niederlage zu forschen.

Die „Kölnische Zeitung" und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" eröffneten den Reigen, dem sich die kleine Amtsblattpresse, die großen Parteiführer des Westens und die kleinen nationalliberalen Parteisekretäre der „verloren gegangenen" Wahlkreise eifrig anschlossen.

In dieser bedrängten Stunde wurden selbst wirkliche Gründe mit angegeben. Da wurde erörtert, warum die nationalliberale Partei die Fühlung mit den Arbeitermassen verloren habe und wie diese wieder zu gewinnen seien. Da mußte der berüchtigte § 23 des Einkommensteuergesetzes, desgleichen das von der Regierung aufoktroyierte Knappschaftszwangstatut herhalten. Die „unglückselige Blockpolitik", das unentschiedene Auftreten der nationalliberalen Partei bei den verschiedenen Gesetzesvorlagen im Parlament und vieles andere wurde als Ursache der Niederlage bezeichnet. Man sprach sogar von „nunmehriger Revidierung der liberalen Grundsätze"!

Nachdem aber der erste Schreck vorüber war, suchte man Ausflüchte: die öffentliche Stimmabgabe bei der Landtagswahl gestatte es wohl den Reichen und Armen — also auch den Arbeitern —, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, jedoch nicht dem Mittelstand, der zu sehr wirtschaftlich abhängig sei.

Als aber bei Beginn des Wahlkampfes der „liberale" Abgeordnete Schmieding in Dortmund seine Kandidatenrede hielt, sprach er sich in seiner, na, sagen wir „westfälischen Ehrlichkeit" für die „öffentliche Stimmabgabe" aus.

Darüber gerieten die Herren Wahlkomiteemitglieder in sichtbare Verlegenheit und murmelten etwas von den „Magdeburger Parteitagsbeschlüssen", wonach das geheime Wahlrecht zu fordern sei. Schmieding bilde erfreulicherweise innerhalb der nationalliberalen Partei mit seinen Anschauungen nur eine Ausnahme. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" antwortete aber lakonisch darauf: „Soweit wir die Stimmung der rheinisch-westfälischen Nationalliberalen kennen, gibt es noch sehr viele, die auf dem Standpunkt Schmiedings stehen."

Jetzt erklären die Nationalliberalen, daß nur die Drittelung in den Urwahlbezirken an ihrer Niederlage schuld sei, und sie fordern ungeniert: Drittelung der ganzen Gemeinde wie bei den Gemeindewahlen.

Die Freisinnigen sind hier ohne Bedeutung; der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß hat die Mannigfaltigkeit der Klassen hier mehr denn

sonstwo auf bloß zwei Klassen reduziert! Hie Kapital, hie Arbeit! Die Freisinnigen brachten daher schon bei der Reichstagswahl 1903 in den Riesenwahlkreisen nur 1000 Stimmen auf. 1907 sind sie bis auf ein Häufchen „Unentwegter" ganz verschwunden. Nur in Hamm-Soest gab es 1903 noch über 3000 freisinnige Stimmen, 1907 sind aber auch diese in der freisinnig-nationalliberal-konservativen Paarung aufgegangen.

Jetzt bei der Landtagswahl schwuren sich die Blockbrüder gegenseitig Treue und Unterstützung. Die Mandate wurden gemäß dem bisherigen Besitzstand verteilt: Hagen-Schwelm erhielten zum Danke die Freisinnigen; alle anderen Wahlkreise die nationalliberalen-konservativen Blockbrüder.

In Hamm-Soest kandidierte wieder der bekannte Scharfmacher und Wahlrechtsfeind Landrat Schulze-Pelkum und ein Professor ähnlicher Gattung. Diese hätten mit Leichtigkeit gestürzt werden können, wenn die Freisinnigen gegen die Wahlrechtsfeinde stimmten. Aber sie stimmten für sie — die „eine reaktionäre Masse" hielt zusammen.

Die Zentrumspartei hat recht günstig abgeschnitten. Im Durchschnitt brachte sie im Ruhrbezirk rund 70 Prozent ihrer vorjährigen Reichstagswählerstimmen auf. In den Wahlkreisen Gelsenkirchen, Essen-Stadt und -Land zirka 75 Prozent, im Wahlkreis Bochum sogar 79 Prozent. Wie kam das Zentrum zu dem Erfolg? Unser Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung" in Köln, hat es einen Tag nach der Wahl schon richtig gekennzeichnet, sie schrieb: „Im demokratischen Ruhrgebiet hat die Blockpolitik, die das Zentrum oppositionelle Grimassen zu schneiden treibt, der Zentrumspartei gute Dienste geleistet." Daher stimmten die hier zahlreich wohnenden Polen geschlossen für das Zentrum. Die Polen hatten schon 1907 bei der Reichstagswahl im Ruhrgebiet zirka 25000 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt. Es ist also eine nicht zu unterschätzende Kraft, und diese hatte sich das Zentrum gesichert.

Dazu kommt noch, daß hier die Zentrumspartei eine ganz vorzügliche Organisation besitzt und einen großen Stab von Agitatoren hat; vom Kanzelredner bis herab zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann stellten sie sich alle diensteifrig im Interesse ihrer Sache. Daß unter so günstigen Verhältnissen die Zentrumspartei Erfolg haben mußte, war für jeden Kenner der hiesigen Verhältnisse von vornherein klar. Zudem haben auch viel „alte" und „neue" Mittelständler aus Haß gegen die Liberalen, die die öffentliche Stimmabgabe beizubehalten wünschten, für das Zentrum gestimmt, weil dessen Kandidaten das sichere Versprechen abgegeben hatten, für das geheime Wahlrecht eintreten zu wollen.

Ja, an einzelnen Orten wählten sogar eine größere Anzahl Gewerkschaftler Zentrum! Sie hatten noch nicht Mut genug, öffentlich für die Sozialdemokratie zu stimmen. Alle wollten aber beitragen, zunächst wenigstens das herrschende brutale, die Massen durch wirtschaftlichen Druck knebelnde nationalliberale Herrenmenschentum zu stürzen.

Durch Schuld des Zentrums ist dies aber nur teilweise geschehen! Die Wahlkreise Hörde und Witten sind nur durch die Wahlenthaltung des Zentrums der nationalliberalen Partei verblieben. Im Hörder Wahlkreis hatte das Zentrum mit den Polen 4500, in Witten-Hattingen über 6000 Reichstagswählerstimmen in die Wagschale zu werfen. Das hätte wahrscheinlich genügt, um den Liberalen die Mehrzahl der Wahlmänner abzunehmen. Als Grund

der Nichtbeteiligung in diesen Wahlkreisen gibt das Zentrum an: Furcht vor dem Terrorismus der wenigen industriellen Werke jenes Reviers angesichts der schlechten Konjunktur. Nun — es wäre schon gegangen, aber das Zentrum wollte nicht, weil es keine Aussicht hatte, in die Stichwahl zu kommen. Die Sozialdemokratie kann mit dem Ausfall der Wahlen recht zufrieden sein; es ist im allgemeinen sehr gut, ja an einigen Orten geradezu glänzend gewählt worden.

Während 1903 bei der Landtagswahl in ganz Preußen nur 782 in der ersten Abteilung und 12383 sozialdemokratische Stimmen in der zweiten Abteilung abgegeben worden sind, wurden diesmal erfreulicherweise allein im Ruhrbecken über 2000 in der ersten und zirka 20000 sozialdemokratische Stimmen in der zweiten Abteilung abgegeben. Ein überraschendes Resultat!

Allerdings bleibt die dritte Abteilung mit rund 55000 Stimmen wesentlich gegen die Gesamtzahl zurück.

Das ist aber gerade das Charakteristische an diesem Wahlausfall; das Wahlresultat beweist, daß die Sozialdemokratie im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk die Wählermassen der dritten Abteilung noch lange nicht beherrscht, und daß sie ihren Schwerpunkt, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zum guten Teile, in den Wählern der zweiten Abteilung hat. Das sind hier die festansässigen, bessersituierten Arbeiter, die im rüstigsten Mannesalter stehen, denn nur diese verdienen hier als Vollarbeiter die höheren Löhne, welche sie für die zweite Wahlabteilung qualifiziert machen.

Hingegen rekrutieren sich die Arbeiter der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums, zum allergrößten Teile aus Wählern der dritten Abteilung, weil der ganze Zuzug fremder Arbeiter, die als minderentlohnte Anfänger in der Industrie Aufnahme finden, zunächst nur als Anhänger dieser Partei in Betracht kommen. Erst nach Jahren, wenn sie bereits höhere Löhne beziehen, erlangen sie in der Regel Fühlung mit den Sozialdemokraten, kommen zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und zum Klassenbewußtsein.

Einige Einzeldarstellungen — aus einer Unmasse — legen Zeugnis davon ab, daß die Sozialdemokratie mehr die zweite als die dritte Abteilung beherrscht.

So erhielten Stimmen in den folgenden Urwahlbezirken:

	Dritte Abt.	Zweite Abt.	Erste Abt.
Hordel Soz.	83	69	—
„ Zentr.	150	60	—
Riemke Soz.	94	74	—
„ Zentr.	148	66	—
Essen (59) Soz.	9	20	—
„ Zentr.	88	21	—
Rotthausen (12) Soz.	62	102	—
„ Zentr. . . .	78	56	—
Asseln Soz.	131	72	6
„ Zentr.	110	35	—
Nette Soz.	64	46	33
„ Zentr.	60	24	10
Holzwickede Soz.	31	55	—
„ Natl.	74	71	—

Bei der Landtagswahl 1903 waren in ganz Preußen von allen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen rund ¹/₅ Prozent auf die erste Abteilung und ²/₅ Prozent auf die zweite Abteilung gefallen. Soweit bereits Einzelresultate für 1908 vorliegen, ergibt sich eine nicht zu verkennende Verschiebung. So in Elberfeld-Barmen. Dort entfielen von allen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen in die erste Abteilung ¹/₂ Prozent, in die zweite Abteilung 7¹/₂ Prozent, in die dritte Abteilung 92 Prozent. Im Solinger Wahlkreis: erste Abteilung 1 Prozent, zweite Abteilung 10 Prozent, dritte Abteilung 89 Prozent.

Dagegen zeigen die Resultate aus den Wahlkreisen des Ruhrbeckens eine weit stärkere Beteiligung namentlich der zweiten Abteilung. So zum Beispiel der ehemalige, jetzt in sechs Wahlkreise zerlegte Wahlkreis Bochum-Dortmund:

	Erste Abt.	Zweite Abt.	Dritte Abt.
Dortmund-Stadt	1 Proz.	18 Proz.	81 Proz.
Dortmund-Land	4 „	27 „	69 „
Hörde	5 „	32 „	63 „
Bochum	3¹/₂ „	28¹/₂ „	68 „
Gelsenkirchen	3 „	29 „	68 „
Witten	3 „	28 „	69 „

Gleich oder ähnlich ist das Resultat im ganzen Bezirk.

Die absolute Mehrheit erreichte unsere Partei nur im Hörder Wahlkreis mit 6348 gegen 3900 Blockstimmen. Die relative Mehrheit im Wahlkreis Dortmund-Land. In allen anderen Wahlkreisen blieben wir in der Minderheit, wenn auch öfters in einer recht ansehnlichen.

Will man die plutokratische Wirkung des Dreiklassenwahlrechtes richtig erkennen, dann muß man die geringe Zahl Wahlmänner, welche die Sozialdemokratie durchgedrückt hat, mit den abgegebenen Stimmen in Vergleich stellen. In den obengenannten Wahlkreisen entfielen Wahlmänner:

	Sozialdemokratie	Block	Zentrum
Dortmund-Stadt . .	76 = 11¹/₂ Proz.	394 = 51 Proz.	256 = 37¹/₂ Proz.
Dortmund-Land . .	206 = 31¹/₂ „	239 = 36 „	214 = 32¹/₂ „
Hörde	178 = 37 „	303 = 63 „	—
Bochum	115 = 12¹/₂ „	439 = 45 „	427 = 43¹/₂ „
Gelsenkirchen . . .	49 = 5 „	434 = 49 „	507 = 51 „
Witten	121 = 26¹/₂ „	335 = 73¹/₂ „	—
Zusammen	18 Proz.	49 Proz.	33 Proz.

Die Massenmaßregelung von Arbeitern, die sozialdemokratisch gewählt hatten, fördert die Bewegung mächtig, löst Wut und Kampfeslust aus. Auf die Männer des Ruhrbeckens ist in den kommenden Wahlrechtskämpfen mit Verlaß zu rechnen. Aber nicht nur vom Arbeitgeber, sondern auch von Krieger-, evangelischen und katholischen Arbeitervereinen usw. ist ein großes Gericht eingebrochen über die Mannen, welche Mitglieder dieser Vereine sind und sozialdemokratisch gewählt haben. Charakteristisch ist die Antwort der Beschuldigten. Sie scharen sich, soweit sie einem solchen Verein angehörten, zusammen und erklären — gemeinsam ihren Austritt.

Noch vor zehn Jahren verteidigten sich die Leute in ähnlichen Fällen, und wenn sie dennoch aus dem Verein ausgeschlossen wurden, kämpften sie im ordentlichen Gerichtsverfahren dagegen an. Heute opfern die „Anrüchigen“

um eine solche Mitgliedschaft weder Geld noch Zeit! Auch das ist für hiesige Verhältnisse schon ein Fortschritt!

Die sozialdemokratische Partei hatte bekannte Partei- und Gewerkschaftsführer aus dem Ruhrbecken als Kandidaten aufgestellt. Das Zentrum neben einigen Arbeitersekretären, Giesberts (Essen-Land), Gronowski (Dortmund-Land), Sauerbrum (Mülheim), nur unbekannte Lokalgrößen.

Während das Zentrum mit den Arbeiterkandidaturen bereits bei der Reichstagswahl 1907 vorging und damit die Arbeiter umschmeichelte, lehnten die Nationalliberalen eine solche Konzession an die evangelischen Arbeitervereine entschieden ab, obwohl sie mit diesem Versprechen schon seit Jahr und Tag die evangelischen Arbeiter zu ködern suchen.

Die Herren behaupten: In den evangelischen Arbeitervereinen befänden sich keine Arbeiter, die qualifiziert genug seien, solche hochwichtige Wahlkreise, wie sie das Ruhrgebiet stelle, im Parlament zu vertreten. Die in Frage kommenden Arbeiter müßten zudem auch sichere Kantonisten für die nationalliberale Partei sein, und solche gäbe es bis jetzt auch nicht.

Darob große Revolution in den Reihen der evangelischen Arbeitervereinler. Die geistlichen Vorsitzenden polemisierten durch große Erklärungen in den Zeitungen dagegen. Die christlichsozialen „Gernegroße" inszenierten mit Tamtam eine „große" Protestbewegung gegen die Nationalliberalen. Aber diese ließen sich bei der Auswahl ihrer Kandidaten nicht stören, und die Geistlichen als Leiter der evangelischen Arbeitervereine bliesen die Friedensschalmeien. Bis zur Wahl wieder Ruhe.

Der freisinnig-liberal-konservative Block stellte nur Männer auf, welche für die Großindustrie einen Namen mit „gutem Klange" hatten. Hirsch, Beumer, Schmieding, Westermann, die Landräte Gerstein und Schulze-Pelkum und andere mehr. Die im Kohlengebiet schon etwas sehr anrüchigen Unternehmerabgeordneten Hilbk und Haarmann wurden in Iserlohn aufgestellt. Alle waren ausgesprochene Scharfmacher und Wahlrechtsfeinde, die das Pluralwahlrecht mit öffentlicher Stimmabgabe wollen.

Die Nationalliberalen des Industriebezirkes sind heute alle mehr oder weniger konservativ. In den sechziger Jahren schickten sie liberale Männer ins Parlament, wie Löwe-Calle, Louis Berger, Fritz Harkort, Rechtsanwalt Lenzmann, der „anrüchige Achtundvierziger" Becker, der spätere „rote" Bürgermeister von Dortmund, welcher sieben Jahre Festung wegen „revolutionärer Umtriebe" abgesessen hatte, und andere mehr.

Aber die großen wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte, welche durch ihre Begleiterscheinungen ein ungeheures Heer von Proletariern und damit das Schreckgespenst „Soziale Frage" erzeugt haben, machten diese Großkapitalisten zu entschiedenen Feinden der politischen Rechte der Arbeiter.

Deshalb richtet sich im Ruhrbecken der Kampf der Arbeiterklasse in erster Linie gegen die Gewaltherrschaft des liberal-konservativen Unternehmertums. Und diese eigenartigen Verhältnisse im hiesigen Bezirk sind auch die Ursache unserer so vielfach angegriffenen Wahltaktik.

Überall, wo sich unsere Genossen im Ruhrbecken an der Abgeordnetenwahl beteiligten, haben sie im zweiten Wahlgang für das Zentrum gestimmt und so die nationalliberalen Kandidaten niederzuringen versucht. In drei Fällen,

Dortmund-Land, Bochum und Mülheim a. d. R., ist es gelungen; das Zentrum hat die Mandate erhalten.

In der Kritik, welche einige außerhalb der beteiligten Wahlkreise domizilierende Genossen an der hierorts eingeschlagenen Taktik üben, werden den Genossen des Ruhrbeckens die Vorwürfe gemacht, daß sie taktisch unklug handelten, indem sie das Zentrum unterstützten. Das Zentrum hätten wir verkannt, es sei äußerst reaktionär und unehrlich als Wahlrechtsfreund. Auch wäre es vertrauensselig gewesen, das Zentrum ohne Gegenleistung zu unterstützen.

Nun, die Unterstützung ward nicht leichtfertig gegeben, sondern nach langer Beratung aller in Frage kommenden Parteiinstanzen und nur schweren Herzens. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" hat es richtig gekennzeichnet: „Zähneknirschend stimmten die Sozialdemokraten für das Zentrum", sagt sie.

Durch unsere Propaganda hatten wir eine Wahlrechtsbewegung geschaffen, die, wie schon gesagt, den Wahlkampf zum Wahlrechtskampf stempelte. Die Antipathie der Massen richtete sich ausschließlich gegen die liberalen Wahlrechtsfeinde, wie ja das Zahlenmaterial zeigt.

Ein Kompromiß ist mit dem Zentrum ja gewiß nicht geschlossen worden. Eine direkte Gegenleistung konnte vom Zentrum nicht gefordert werden, da unsere Kraft nirgends ausreichte, um in die Stichwahl zu gelangen. Schade genug, sonst hätte das Zentrum Farbe bekennen müssen — oder es wäre dann allerdings unterlegen! In Dortmund-Land hing es allerdings an einem Faden, wer in die Stichwahl kam, das Zentrum oder die Sozialdemokraten gegenüber den Nationalliberalen. Das Zentrum erhielt 211, die Sozialdemokraten 206 Stimmen.

Wir konnten also vom Zentrum nur die Erfüllung der Bedingungen verlangen, die in der „Wahltaktik" niedergelegt sind. Und diesem ist unaufgefordert in vollem Maße entsprochen worden. Wo die Zentrumskandidaten die Bedingungen nicht erfüllt haben, wie in Hamm-Soest, ist auch nicht eine sozialdemokratische Stimme für diese Herren gefallen.

Und die katholischen Arbeitersekretäre, die durch unsere Hilfe gewählt worden sind, werden uns agitatorischen Stoff in Hülle und Fülle bieten, wenn sie mit der Gesamtfraktion der Zentrumspartei durch ihre Maßnahmen in Kollision geraten. Ist denn der Landtagsabgeordnete Brust nicht für unsere Sache geradezu ein unbezahlbarer Agitator geworden? Gerade im Wirkungskreis Brusts, den schwarzen Buer, Gladbeck usw., hat unsere Partei, die dort jahrelang vergeblich versuchte, Fuß zu fassen, bei der letzten Landtagswahl glänzende Resultate für die Sozialdemokratie erzielt.

Übrigens entsprach unsere eingeschlagene Taktik der von der preußischen Parteileitung und dem Parteivorstand aufgestellten „Wahltaktik". Wird unsere Taktik verurteilt, so verurteilt man die Gesamttaktik unserer Partei. Mithin müßten sich auch die Kritiker zunächst ausschließlich gegen die Parole des Parteivorstandes wenden. Wir haben nur ausgeführt — unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse —, was die Parole zuließ oder verlangte.

Wenn der Parteitag in Nürnberg zu der im Ruhrgebiet eingeschlagenen Wahltaktik Stellung nimmt, so hoffen wir, daß diese Darlegungen den Fernstehenden als Materialsammlung dienen, mit deren Hilfe sie die hiesigen Verhältnisse kennen und richtig beurteilen lernen.

Gerechtigkeit für Solingen.

Eine Erwiderung von **E. Eckardt** (Solingen).

Zu einer Zeit, in der wieder einmal alles gedankenlos über die „wilden" Solinger herfällt, steht Dittmann auf und will mit seinem Artikel in Nr. 44 ihre Ehre retten. Er meint es gut. Daß er die Sache verkehrt anfängt, auf den Kern nicht eingeht und den Pelz möglichst trocken waschen will, sei ihm verziehen.

Noch gehört der Solinger Wahlkreis zum eisernen Bestand der sozialdemokratischen Partei, noch ist der Solinger Boden fruchtbar für alle Gebiete der Arbeiterbewegung, noch wollen die Solinger nicht nur Gewerkschaftler, sondern auch Sozialdemokraten sein, noch!

Wer hier sitzt und es ehrlich mit der Arbeiterbewegung meint, der möchte dieses „Noch!" hinausschreien, daß es in ganz Deutschland gehört werden müßte, und gleich die Frage hinterherrufen: „Aber wie lange wohl noch?"

Dittmann schreibt richtig, daß der Industriearbeiterverband (Vereinigte Fachvereine) mit Berliner und anderen Lokalorganisationen nicht in Parallele gestellt werden darf. Die gleiche Ansicht haben Molkenbuhr und Ebert auf den letzten beiden Parteitagen vertreten. Und doch ist dem Industriearbeiterverband nahezu die gesamte Parteipresse gesperrt.

Ehe Berliner Lokalvereinen der „Vorwärts" gesperrt wurde, hielt man es wenigstens für nötig, einen Beschluß herbeizuführen — Solingen gegenüber war die Sperre etwas so Selbstverständliches, daß es nicht erst eines Beschlusses bedurfte.

Fort und fort ist die deutsche Arbeiterschaft falsch über Solingen informiert worden, wahre Orgien hat die Suggestion gefeiert, und so weit ist es gekommen, daß selbst Männer wie Dittmann, der früher in Solingen war, ein Opfer der Sinnestäuschungen werden. Selbst Dittmann glaubt jetzt daran, daß die Solinger Konflikte einen wirtschaftlichen Untergrund haben. Ich finde diesen Glauben begreiflich. Ist doch seit 1905 ununterbrochen von Stellen, die ein Interesse daran hatten, dieses Märchen verbreitet worden. Hundertfach auf einmal und immer von neuem. Wer sollte denn da nicht erliegen, wenn er immer dasselbe lesen und hören muß?

Der „Schumacher"-Streit hat so viel wirtschaftlichen Untergrund gehabt wie die späteren Streitigkeiten in Deutschland zwischen Radikalen und Revisionisten, mehr nicht. Mit der Solinger Industrie und ihren Produktionsformen hat dieser Streit nichts zu tun. Das ganze Geheimnis des alten Partei- und des neuen Gewerkschaftsstreits liegt darin, daß Solingen von jeher anderen Gegenden um einige Nasenlängen voraus war. Als die Frage der Tarifverträge in den übrigen deutschen Zentralverbänden (ich behaupte nach wie vor, daß es in Solingen niemals Lokalvereine gegeben hat) erst entdeckt wurde, da hatten die Solinger die Sache längst erledigt. Als der Streit zwischen den beiden Richtungen in der Partei anderwärts anfing, war er hier vergessen. Und der Streit, nicht etwa mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, wie Dittmann meint, sondern nur mit den Vertretern desselben, ist auch nichts weiter als ein Vorbote von der Solinger Wetterstation aus.

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Kann man die Allgemeinheit der Solinger Schleifer als Schumacherianer bezeichnen, wie Dittmann das

tut? Er behauptet wörtlich: „Der Reichstagsabgeordnete Schumacher war der Hauptvertreter der durch die alten Lokalorganisationen repräsentierten Richtung.“ Das ist ganz falsch.

Welcher Fachverein war stets und ist heute an Mitgliederzahl der größte? Der der Scherenschleifer. Die Tafelmesserschleifer mögen 99 Prozent ihrer Berufskollegen organisiert haben, die Scherenschleifer einige Prozent weniger, aber es gibt weit mehr Scheren- als Tafelmesserschleifer.

Dittmann schreibt: „Die Richtung der modernen Lohnarbeiter suchte naturgemäß durch die politische Organisation einzuwirken auf die alten Lokalgewerkschaften, um sie zu modernen Gewerkschaften umzugestalten. Umgekehrt suchten die alten Lokalgewerkschaften ihren bisherigen Charakter zu erhalten und bestimmenden Einfluß auf die politische Bewegung auszuüben.“

Das ist das alte Lied, wonach die „modernen Lohnarbeiter“ (Metallarbeiter) die Pioniere waren, die das Evangelium der Arbeiterbewegung, besonders der politischen, den rückständigen Solingern brachten. Hier Fortschritt, dort konservatives Festhalten an alten, zünftlerischen Einrichtungen. Schumacher der Vertreter der Zünftler, seine Gegner die Vertreter des Fortschritts.

Nun haben aber die Scherenschleifer zu allen Zeiten ebenso fest an denselben gewerkschaftlichen Einrichtungen gehalten wie die Tafelmesserschleifer und die kleineren Fachvereine. Niemals haben sich die Scherenschleifer auf *gewerkschaftlichem* Gebiet mit den Tafelmesserschleifern in den Haaren gelegen. Wohl aber waren die Scherenschleifer fast ebenso geschlossen gegen Schumacher, wie die Tafelmesserschleifer für ihn waren. Das beweist, daß nur rein *politische* Meinungsverschiedenheiten den „Schumacher“-Streit verursacht haben können.

Von der „verderbenbringenden Konkurrenz“, die nach Dittmann den Schleifkotten durch die großen Dampfschleifereien gebracht wurde, schreibt schon Alphons Thun in seinem 1879 durch Schmoller herausgegebenen Werke über „Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter“. Und doch sind heute noch sämtliche Wupperkotten im Betrieb. Brennt einer ab, so entsteht er moderner aus der Asche wieder. Wo überhaupt Kotten eingegangen, beziehungsweise nicht mehr neu aufgebaut worden sind, da waren andere Umstände (geographische Lage usw.), aber gewiß nicht Überfluß an Kotten schuld. Übrigens ist es für das System ganz gleichgültig, ob der Schleifer im Kotten oder in der Dampfschleiferei (nicht zu verwechseln mit Lohnschleiferei oder Bärenstall) sitzt. Er ist hier wie dort sein eigener Herr.

Mit den „Polypenarmen“ der Fabrik als neuer Produktionswerkstätte ist es auch nicht weit her. Eine Trennung von Arbeits- und Wohnstätte konnte die Fabrik für die Schleifer nicht bringen, weil für diese die Trennung von jeher bestand. Im Gegenteil: die Neuzeit hat mit der Elektrizität vielfach die Vereinigung von Arbeits- und Wohnstätte auf einem Grundstück ermöglicht. Bei den Kotten war und ist diese Vereinigung ausgeschlossen.

Richtig ist, was Dittmann über die Erweiterung des Kreises der Produktionsgegenstände schreibt. Auch die Beispiele, die er hier anführt, sind richtig. Für den jetzigen Streit kommt aber nicht die Fabrikation von Fahrradteilen, Küchengeräten usw. in Frage, sondern die der eigentlichen Solinger Stahlwaren. Und hier trifft es nur in sehr beschränktem Maße zu, daß „die Geübtheit und Kunstfertigkeit des Arbeiters im Kleinbetrieb ersetzt und übertroffen wurde durch Maschinen“.

Wo es aber zutrifft, da ist wiederum die für den Solinger ehrenvolle Tatsache zu verzeichnen, daß er niemals versucht hat, die Entwicklung aufzuhalten. Augenzeugen berichten, daß es einen erschütternden Eindruck bereitet habe, als die Messerschmiede (vielfach Künstler in ihrem Beruf) zum ersten Male in die Fabrik einzogen. Sie haben ihr jahrhundertealtes Handwerk begraben, wohl mit demselben Schmerze, mit dem man einen lieben Toten begräbt, aber gesträubt hat sich keiner. Sie sahen ein, daß ihr Handwerk überwunden war, und lieferten sich willig der Siegerin Maschine aus.

Aber nicht auf allen Gebieten konnte die Maschine bis jetzt siegen. Den Hauptberufen, den Schleifern, konnte sie bis jetzt keine nennenswerte Konkurrenz bereiten.

Die Schleifer waren von jeher die Unzufriedensten und gingen bei Lohnkämpfen immer voran. Dadurch bekamen oft die anderen Branchen Mut, oft auch nicht. War letzteres der Fall, dann mußten gewöhnlich die Schleifer sich vorwerfen lassen, sie hätten die anderen nicht genügend unterstützt.

Schon vor mehr als hundert Jahren hatte Solingen Lohnkämpfe ähnlich den heutigen, und immer waren es die Schleifer, die am meisten forderten und sich zuletzt fügten.

Thun, dem die Regierung das Archiv zur Verfügung gestellt hatte, schildert an der Hand desselben in seinem vorerwähnten Werke einen der Lohnkämpfe wie folgt:

„Am 22. Oktober 1774 wandten sich die Schleifer an die Regierung mit der Klage, daß keiner von seinem Lohne leben könne. Sie verlangten eine neue Satzordnung (Lohntarif).

„Das gab den anderen Handwerkern Mut. Sie schrien ‚laut und hart‘, Vögte und Ratleute ‚erwachten aus ihrem Schlafe‘ und wandten sich mit wiederholten Gesuchen um eine Satzordnung an die Regierung.

„Dieses Andrängen war ein so gewaltiges, daß die Kaufleute, um nicht eine unbequeme Satzordnung oktroyiert zu erhalten, im Jahre 1775 sich bereit erklärten, in Verhandlungen zu treten."

Nun waren die übrigen bald zufriedengestellt. Nicht so die Schleifer. Denen „erschienen die Sätze zu gering. Sie zogen sich zurück, um die Ordnung einseitig herzustellen". Schließlich gruben sie ein altes Preisverzeichnis aus, das besser war als das ihnen jetzt angebotene.

„Im März 1776 rotteten sie sich zusammen, verweigerten die Arbeit allen denjenigen, welche die Löhne nicht nach der Satzordnung vom 17. August 1759 bezahlten, und unterstützten die Feiernden mit Geldern, die sie in einer Kollekte gesammelt hatten."

Nun wurde um der Schleifer willen ausgeführt, was 1908 um der Stettiner Nieter willen geschehen sollte. Die Kaufleute sperrten auch jene Branchen aus, die sich mit der Satzordnung einverstanden erklärt hatten.

Trotzdem gaben die Schleifer nicht nach. Allerdings hatten sie Streikbrecher zu verzeichnen, scheinen denen aber das Leben sauer gemacht zu haben, denn die Kaufleute verlangten jetzt unseren modernen § 153 gegen die Schleifer:

„damit diejenigen Schleifer, welche sich dem niedrigeren Preise fügten, von den Genossen nicht abgehalten werden dürften".

Mutet uns das alles nicht ganz modern an? Und trotzdem sollen die Schleifer rückständig sein?

Klingt es nicht auch ganz modern, wenn wir weiter lesen:

„Die Bemühungen der Kaufmannschaft waren erfolgreich, die Regierung stan zu ihr. Der Obervogtsverwalter verbot unter dem 15. März 1776 den ganzen Strei bei 25 Taler Strafe."

Das war nun das allerungeeignetste Mittel, um die Schleifer zum Nach geben zu bringen. Aber auch die anderen Branchen scheint das offensichtlich Unrecht rabiat gemacht zu haben. Vier Wochen nach Erlaß des Streikverbot waren die Löhne um 25 Prozent, einige sogar um 47 Prozent erhöht.

So waren die Schleifer, und so sind sie geblieben. Sie streiken jetzt sei 1905 ununterbrochen bei Gottlieb Hammesfahr. Sie werden auch 1915 un darüber hinaus noch streiken, wenn sie nicht vorher siegen. Sie haben Zeit

1907 haben die Scherenschleifer einen Streik beendet, der 1872 proklamier worden und seitdem niemals aufgehoben war. Er würde auch 1907 nich aufgehoben worden sein, wenn nicht bewilligt worden wäre.

Diese trotzigen Schleifer sind aber viel zu intelligent, um sich technischen Fortschritten hemmend in den Weg zu werfen. Der dümmste Solinger Schleifer ist klug genug, um einzusehen, daß er weichen muß, wenn die Maschine ihn einmal ersetzt — wenn! Noch ist es nicht so weit, und noch deuten keine Anzeichen darauf hin, daß es demnächst kommen wird. Noch können Scheren überhaupt nicht, und von Messern nur schlechte Qualitäten mit Maschinen geschliffen werden. Eine ausführliche Auseinandersetzung über „Bärenställe" (Lohnschleifereien mit Maschinen) würde zu weit führen. Nur so viel: Wer einen „Bärenstall" errichtet, der will die Schleifer, die Fabrikanten und die Industrie verraten, um im trüben zu fischen, will billigen Schund als echte Ware auf den Markt werfen. Und das ist es, was die Schleifer nicht mitmachen. Sie wissen, daß ihre Industrie mit den Qualitäten steht und fällt. Allerdings nimmt die Schundware zu, aber nicht in dem Maße, in dem sich die ganze Industrie entwickelt hat. Je mehr gute Ware von Solingen aus in die Welt geht, desto mehr läßt sich auch Schund dazwischen schmuggeln. Würde aber einmal die Schundware überwiegen, dann wäre es mit der Solinger Industrie zu Ende.

Dittmann schreibt: „Selbst die berühmten englischen Stahlwaren vermochten die Solinger nicht aus dem Felde zu schlagen."

Das trifft zwar zu, ist aber unvollständig.

Allerdings konnte Sheffield Solingen nicht besiegen, trotzdem es eine uralte Stahlwarenindustrie hat. Aber umgekehrt hat Solingen längst Sheffield überflügelt, derart, daß Sheffield kaum noch als Konkurrent in Betracht kommt. Dabei hat Sheffield Stahl und Kohlen, Solingen keines von beiden. Aber stets war es das Produkt der Handarbeit, das die Konkurrenz überwinden konnte. Ware aus „Bärenställen" war es nie. Immer konnten die „Bärenställe" erst etabliert werden, nachdem die Handarbeit so viel Absatz geschaffen hatte, daß der Schund dazwischen verschwand.

Betrachten wir einmal das jüngste Kind der Solinger Industrie, die Rasiermesserschleiferei.

Bis zum Jahre 1880 gab es in Solingen keinen Rasiermesserschleifer. Einer fing damals an. Ihm folgten andere. Bald waren es Hunderte. Ein neuer Erwerbszweig war der Konkurrenz abgerungen, und nun erst konnte der erste „Bärenstall" sich auftun, um im trüben zu fischen. Müßten heute einmal kurze Zeit die „Bärenställe" den Bedarf an Solinger Ware allein decken, sofort wäre es mit dem guten Rufe derselben vorbei.

Dittmann meint, die „Bären“ würden von den Fachvereinen nicht aufgenommen. Wo Generalbären in Frage kommen, trifft das zu. Es gibt aber „Bärenställe“, um deren Insassen sich der Industriearbeiter- wie der Metallarbeiterverband schon die größte Mühe gegeben haben. Beide Organisationen würden sie aufnehmen, um sie zum Nutzen der Allgemeinheit etwas zu veredeln, aber keine bekommt sie.

Die organisierten Metallarbeiter bekämpfen ebenso wie die Industrieverbändler Bärenställe und Bären. Ihre Leitung aber zwang sie in den größten aller Bärenställe hinein. Bei Nachtarbeit und Prämiensystem mußten sie schuften und durften den Bärenstall nicht verlassen, weil der Inhaber desselben und die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich zur Vernichtung der Solinger Fachvereine, letzten Endes zur Vernichtung der Solinger Industrie miteinander verbündet hatten.

Alles Murren der organisierten Metallarbeiter war vergeblich. Endlich, als sie die Zustände nicht mehr ertragen konnten, stellten sie gegen den Willen ihrer Leitung die Arbeit ein. Der Fabrikant wurde wütend, weil sein Bundesgenosse die Arbeiter so wenig am Gängelband hatte. Er warf nunmehr auch jene organisierten Metallarbeiter hinaus, die nicht freiwillig gegangen waren.

Die Solinger Stahlwarenarbeiter haben sich unter der Führung der Schleifer die Welt für ihre Industrie erobert, und so, wie eben geschildert, sollen sie jetzt modernisiert werden.

Eine Industrie konnten die Schleifer schaffen, die den Fabrikanten trotz Mangel an Stahl und Kohlen gestattet, billiger als die ausländische Konkurrenz zu produzieren und gleichzeitig erheblich höhere Arbeitslöhne zu zahlen als jene. Aber das ist rückständig, weil man es im altmodischen Deutschland sonst kaum mehr findet, weil man über den Ozean fahren muß, um so „verrückte“ Zustände noch einmal wiederzufinden.

Professoren, ausländische und deutsche, kommen nach Solingen und finden des Rühmens kein Ende über die Höhe, auf der die Solinger Industrie steht.

Professor Schumacher unternahm eine Studienreise in das Gebiet der Solinger Industrie. Er kam zu dieser Überzeugung:

> „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Solinger Industrie erscheinen mir als vorbildlich für die gesamte deutsche Industrie. Daher das große Interesse, das ich ihnen entgegenbringe.“

Auch Professoren, sogar deutsche, können manchmal recht haben. Viele Sozialdemokraten wünschen mit Schumacher, daß die Solinger Industrie vorbildlich sein könnte für das übrige exportierende Deutschland. Leider sind sie sich aber bewußt, daß der Wunsch kaum in Erfüllung gehen kann.

Was kümmert aber die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Schicksal der Solinger Industrie? „Der Fabrikant muß in seinem Betrieb herstellen und machen können, was er will.“

Nur dadurch kann der Frieden gesichert werden, und der Frieden ist ja so süß.

Im Frühjahr 1905 stand die Arbeiterbewegung Solingens in schönster Blüte. Der alte Parteistreit war längst begraben. Niemand wünschte eine Neuauflage desselben. Selbst der Grenzstreitigkeiten auf gewerkschaftlichem Gebiet war man so müde, daß die meisten Fachvereine sich mit der Frage des Anschlusses an den Metallarbeiterverband beschäftigten. Sie wollten Einigkeit auf der ganzen Linie. Da kam plötzlich das Ereignis, das den neuen Streit mit allen seinen häßlichen Folgen hervorrief.

Die Messerschleifer gerieten mit Hammesfahr in Differenzen wegen einer Sorte Messer, die sie überhaupt nicht, für kein Geld, herstellen wollten. Sie fragten bei der Leitung des Metallarbeiterverbandes an, ob dieser eventuell in einen Sympathiestreik für sie eintreten wolle, um die Herstellung der ordinär-blauen Messer zu verhindern. Die Dinge lagen so, daß durch das Eintreten des Metallarbeiterverbandes der Streit im Handumdrehen beendet werden konnte, während ohne sein Mitgehen den Messerschleifern ein jahrelanger Kampf bevorstand. Das ist auf besondere Umstände zurückzuführen, darf aber ja nicht als Beweis für die von Dittmann gepriesene Stärke des Metallarbeiterverbandes angesehen werden. Er konnte wirklich nichts dazu, daß in diesem Ausnahmefall ihm der Zufall Macht verliehen hatte.

Die Frage der Messerschleifer wurde klar und deutlich bejaht.

Was dann kam, ist heute ziemlich allgemein bekannt. Und was wird nun noch kommen? Ich möchte mit Hartleben sagen: „Es wird sich schon alles historisch entwickeln." Was 1905 passiert war, mußte die Frage des Übertritts der größeren Fachvereine zum Metallarbeiterverband vorläufig undiskutierbar machen. Das Arbeitersekretariat Solingen widmete einen Teil seines im Frühjahr 1907 erschienenen Jahresberichtes dem Versuch, die Wege zu zeigen, auf denen noch alles zum guten Ende geführt werden konnte. Die Bemühungen blieben aber unbeachtet. Heute würde man ihnen wohl etwas mehr Aufmerksamkeit schenken ... heute....

Einst ging der Industriearbeiterverband zur Generalkommission. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr ferne, in der diese zu ihm geht.

Trotz allem Krakeel war die gewerkschaftliche Bewegung in Solingen nie so gesund als heute.

Und die politische? Die hat wenigstens den einen Trost, daß ein neuer Parteistreit in Solingen nur über die Leiche des Industriearbeiterverbandes sich entwickeln könnte.

Heute sind Schumacherianer und andere in einer Gewerkschaft vereint. Dieser wenigstens, wenn nicht der Partei zuliebe müssen sie sich den Luxus des Bruderkampfes versagen. Das wissen sie gut.

Wenn nun einmal falsche Urteile über Solingen gefällt werden müssen, dann lasse man es wenigstens bei denen auf gewerkschaftlichem Gebiet bewenden. Die können Solingen nicht schaden. Es spottet ihrer.

Auf politischem Gebiet aber braucht Solingen Gerechtigkeit!

Zwei Jahre Arbeiterbildung.

Von **Heinrich Schulz.**

Es war im Jahre 1894, als Genosse Kautsky aus Anlaß der Debatten über das Agrarprogramm die Klage erhob, daß die Partei wohl stark an Mitgliedern und Mitläufern gewonnen habe, daß es ihr aber an klaren, durchgebildeten Parteigenossen fehle. Die alten Parteigenossen reichten nicht mehr aus, um den massenhaften Zustrom neuer Elemente zu bilden und aufzuklären, zumal durch die zunehmende praktische Arbeit immer mehr Kräfte absorbiert würden. Obwohl das Wachstum der Partei in dem folgenden Jahrzehnt nicht etwa geringer wurde, sondern zeitweise in geradezu sprunghafter Weise fortschritt, und obwohl besonders durch die gewaltige Zunahme der gewerkschaft-

lichen Organisationen alle irgendwie brauchbaren Kräfte für ein besoldetes oder unbesoldetes, in jedem Falle mit Arbeit reich bedachtes Amt mit Beschlag belegt wurden, ist in diesen zehn Jahren blutwenig getan worden, um dem Mangel an durchgebildeten Parteigenossen abzuhelfen. Erst als die Vorgänge vor, in und nach Dresden die Massen aufrüttelten und die Notwendigkeit theoretischer Vertiefung laut, wenn auch nicht immer wohlklingend predigten, traten die Genossen langsam dem Problem systematischer Bildungsarbeit näher.

Im Juli 1904 erörterte ich in der „Neuen Zeit" zum erstenmal in groben Umrissen den Plan der Errichtung einer Parteischule in Berlin, „auf der eine Anzahl besonders gut veranlagter, zumeist jüngerer Genossen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands eine je nachdem längere oder kürzere Zeit in den wichtigsten Zweigen der sozialistischen Theorie und Praxis unterwiesen werden", sowie den Plan der Schaffung von Wanderrednern, die „Einzel- oder Zyklusvorträge über die Kernfragen des Sozialismus und seiner Hilfswissenschaften" halten sollten. Aber noch verhallte die Anregung ungehört. Erst als durch die russische Revolution eine Flutwelle revolutionärer Beweglichkeit und Frische über das deutsche Proletariat hinwegging und dadurch auch die Lust an grundsätzlichen Debatten in den Massen angeregt wurde, mehrten sich die Anträge an den Parteitag, in denen planmäßige Maßnahmen für die theoretische Schulung der Genossen verlangt wurden. Besonders auf dem Jenaer Parteitag wurden solche Wünsche laut, so daß der Parteivorstand erfreulicherweise ebenfalls Veranlassung nahm, in seinem alljährlichen Aufruf nach dem Parteitag die Organisationen aufzufordern, mehr als bisher für die grundsätzliche Aufklärung ihrer Mitglieder zu tun.

Nun ging es rasch vorwärts. In der „Neuen Zeit" erschien damals eine Reihe von Artikeln, die die Frage der Arbeiterbildung theoretisch erörterten; in einzelnen Städten, besonders in Bremen, ging man rüstig von der Theorie zur Praxis über, indem man neue Mittel und Wege der Arbeiterbildung praktisch erprobte; der Parteivorstand aber kündigte an, daß er im Herbst 1906 eine Parteischule in Berlin zu eröffnen beabsichtige. Zugleich setzte er auf die Tagesordnung des bevorstehenden Parteitags das Thema „Volkserziehung und Sozialdemokratie". Leider gelangte das Thema nicht zur ausführlichen Erörterung auf dem Parteitag. Aber der Parteitag billigte nicht nur stillschweigend den Plan des Parteivorstandes, eine Schule für einen kleinen Kreis ausgewählter Genossen zu errichten, sondern er setzte daneben als Zentralstelle für die Pflege systematischer Arbeiterbildung innerhalb der Gesamtpartei den Bildungsausschuß ein. Seitdem ist die Bildungsfrage von der Tagesordnung der Parteitage nicht wieder verschwunden.

Im vorigen Jahre in Essen hatten die beiden zentralen Bildungsinstitute der Partei über das erste Jahr ihrer praktischen Tätigkeit zu berichten. Beide Institute waren augenscheinlich noch zu neu, als daß sich über sie eine nennenswerte Debatte entspinnen konnte. Weder vor noch auf dem Parteitag ist viel über die Parteischule und den Bildungsausschuß geredet worden. Der Bildungsausschuß zumal konnte hauptsächlich nur über Vorarbeiten berichten, so daß sich kein geeigneter Anknüpfungspunkt für die Debatte bot.

In diesem Jahre sieht es anders aus. Wir stehen schon seit Wochen mitten in einer frischen, fröhlichen Bildungsdebatte, die voraussichtlich noch größeren Umfang vor und auf dem Parteitag angenommen hätte, wenn die Budgetfrage nicht unerwartet dazwischen gekommen wäre.

Ich gestehe, daß mir die **Debatte über die Parteischule** sehr lieb ist, und daß ich aus diesem Grunde den Genossen, die die Parteischule angegriffen haben, dankbar bin. Durch eine öffentliche Diskussion, wie wir sie jetzt haben und wie sie auf dem Parteitag voraussichtlich ihre Fortsetzung finden wird, kann am besten die wünschenswerte Klarheit über das neue Institut herbeigeführt werden. Es wollte uns Lehrern an der Parteischule und auch den Schülern der beiden bisherigen Kurse oft so bedünken, als ob es an dieser Klarheit in weiten Kreisen der Partei noch mangelt. Das zeigte sich in gelegentlichen schiefen Urteilen, die man über die Parteischule hören konnte; und es schien uns auch in der Tatsache zum Ausdruck zu kommen, daß bei Anstellungen von Redakteuren, Arbeitersekretären und anderen Beamten Parteischüler, die sich mit bewarben, oft keinen Erfolg hatten, obwohl sie neben den anderen Bewerbern wohl bestehen konnten.

Die maßgebenden Parteigenossen scheinen sich in solchen Fällen mit einer starken Dosis Mißtrauen gegen die Parteischule vorgesehen zu haben. Das Mißtrauen ist gewiß eine demokratische Tugend, von der ich nebenbei wünschte, daß sie auch stets in genügendem Maße gegenüber bürgerlichen Akademikern auf der Wacht stände, die eines schönen Tages den Beruf eines Arbeiterführers in sich verspüren. Aber es ist gut, daß die jetzige Debatte den Genossen, die bisher in einer Falte ihres Herzens noch einen Vorbehalt gegen die Parteischule bargen, eine gute Gelegenheit bietet, ihre Bedenken oder Wünsche zu äußern, damit entweder ihren Wünschen, wenn sie berechtigt und ausführbar sind, Rechnung getragen werden kann, oder aber ihre Bedenken und mißtrauischen Vorbehalte beseitigt werden können.

Die von den Genossen Eisner-Nürnberg und Wegener-Kassel erhobenen Einwendungen gegen die Parteischule, die bisher die einzigen geblieben sind, kommen für die weitere Diskussion kaum noch ernsthaft in Betracht. Die Nürnberger Genossen wollen nach dem Eisnerschen Plane eine Lehrkraft für Nürnberg und die weitere bayerische Umgebung anstellen. Es ist den Nürnbergern geglückt, hierfür eine der wenigen für solchen Zweck vorhandenen Kräfte in der Partei zu gewinnen. Aber gerade Genosse Maurenbrecher, der bei der Vorbereitung der Parteischule seinerzeit wesentlich mitbeteiligt war, wird dem Genossen Eisner auseinandersetzen können, daß durch das Nürnberger Vorgehen, selbst wenn es in nächster Zeit noch hier und da Nachfolge finden sollte, die Notwendigkeit der Parteischule nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern im Gegenteil recht kräftig unterstützt wird. Denn gerade die Parteischule kann am ersten und erfolgreichsten den Mangel an Lehrkräften in der Provinz beseitigen helfen.

Vielleicht wird der Kostenpunkt hier und da Bedenken hervorrufen. Aber wer über die Vorgeschichte der Parteischule orientiert ist, weiß auch, daß von vornherein mit erheblichen Kosten gerechnet worden ist. Wenn man das eine will, muß man das andere wollen. Das eine ist in diesem Falle: eine gute Schule mit tüchtigen Lehrkräften und mit Schülern, die während der Zeit ihres Studiums von Nahrungssorgen befreit sind. Nach der Berufsarbeit, in den Abendstunden und in der niederdrückenden Enge der täglichen Sorgen kann eine so intensive und in die Tiefe gehende Bildungsarbeit nicht geleistet werden. Durch den Unterhalt der Schüler und ihrer Familien, durch die Lehrergehälter und durch die sächlichen Ausgaben entstehen natürlich ziemlich erhebliche Kosten. Aber diese jährliche Summe braucht fürwahr keinem noch so

sparsam veranlagten Genossen leid zu tun, wenn anders er der Meinung ist, daß die Einnahmen der Partei den Zweck haben, die Agitation zu befruchten und das parteigenössische Leben anzuregen. Nichts anderes als ein planmäßig und gut zinsbringend im Interesse der Agitation angelegtes Kapital aber ist die Summe, die die Parteischule erfordert. Wer das bisher noch nicht einzusehen vermochte, der beobachte die weitere Entwicklung der Dinge ohne Voreingenommenheit. Ich bin fest davon überzeugt, daß die schon jetzt für viele Genossen deutlich erkennbaren Vorteile der Parteischule im Laufe der nächsten Jahre auch für die breiteren Kreise der Genossen unverkennbar zutage treten werden.

Der Bildungsausschuß hat im zweiten Jahre seiner Existenz von den Vorarbeiten mehr theoretischer Natur zur unmittelbaren Praxis übergehen können. Die Ausgaben, die er der Zentralkasse der Gesamtpartei verursacht hat, sind verhältnismäßig gering, da er mehr den Charakter einer beratenden, vermittelnden und anregenden Instanz hat. Die Exekutive überläßt er den provinziellen Organisationen, die deshalb auch selbst die Kosten für die von ihnen übernommenen bildenden Veranstaltungen zu tragen haben. Wenn man alle diese im einzelnen ausgegebenen Summen zusammenstellen könnte, so käme eine stattliche Gesamtsumme zustande. In einzelnen Orten mit regem und gut organisiertem Bildungswesen haben die für Bildungszwecke ausgeworfenen Etats eine erstaunliche Höhe erreicht. Wenn ich im folgenden einige Zahlen mitteile, so bemerke ich im voraus, daß die Zahlen sich nicht ohne weiteres miteinander vergleichen lassen, weil die Etats nicht nach denselben Grundsätzen aufgestellt sind. Besonders weichen sie dadurch voneinander ab, daß einige Städte, zum Beispiel Leipzig, ihre Einnahmen und Ausgaben für die zahlreichen Theatervorstellungen nicht mit in den Etat aufnehmen, während zum Beispiel Bremen die verhältnismäßig wenigen Theatervorstellungen (im Laufe eines Winters fünf bis sieben) mit im Etat verrechnet. Soweit mir Bildungsetats in der deutschen Arbeiterbewegung zu Gesicht gekommen sind, weist der Bildungsausschuß in Bremen den höchsten Etat auf. Er verzeichnet in Einnahme und Ausgabe 11920,67 Mark; der sozialdemokratische Verein hat einen Zuschuß von 433 Mark, das Gewerkschaftskartell einen solchen von 866,65 Mark, beide zusammen also rund 1300 Mark, geleistet. Nach Bremen kommt Leipzig mit 10810,83 Mark; hier leistet das Agitationskomitee einen Zuschuß von 6000 Mark. Kiel hat im letzten Jahre über einen Etat von 5921,15 Mark für Bildungszwecke verfügt; die sozialdemokratischen Vereine von Kiel und Gaarden haben 786,85 Mark beziehungsweise 241,60 Mark, das Gewerkschaftskartell hat 777,35 Mark beigesteuert, alle drei zusammen also ungefähr 1800 Mark. In Halle bilanziert der Etat des Bildungsausschusses mit 4793,50 Mark; der sozialdemokratische Verein und das Gewerkschaftskartell haben je 200, zusammen also 400 Mark Zuschuß geleistet. In Magdeburg sind 2316,82 Mark für Bildungszwecke vereinnahmt und 1989,35 Mark verausgabt worden; mit festen Beiträgen waren die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hier nicht beteiligt. Von mittleren und kleineren Städten verfügt Forst i. L. über einen Bildungsetat von 2018,89 Mark, worunter sich 297,65 Mark Zuschuß vom sozialdemokratischen Verein und 205 Mark vom Gewerkschaftskartell befanden. Brandenburg verzeichnet 1587,65 Mark mit je 120 Mark Zuschuß von der lokalen politischen und gewerkschaftlichen Organisation; und Greiz brachte es auf

966,69 Mark, von denen das Gewerkschaftskartell 150 Mark und der sozialdemokratische Verein 145 Mark beigesteuert hatten. Aus anderen Städten, in denen gleichfalls viel für die Bildungsarbeit aufgewendet worden ist, so aus Hamburg, Berlin, München, steht mir leider kein Zahlenmaterial zur Verfügung. Man darf getrost sagen, daß es keine zweite Partei gibt, die auch nur annähernd so viel Geld für die planmäßige und grundsätzliche Aufklärung ihrer Angehörigen aufwendet wie die deutsche Sozialdemokratie.

Der Bildungsausschuß hat seine Haupttätigkeit auf die Einrichtung wissenschaftlicher Wanderkurse gelegt. Dieses neue Mittel zur Schaffung und Befestigung sozialistischer Erkenntnis hat überall, wo es zur Anwendung gekommen ist, lebhaften Anklang gefunden, so daß es sich sicher als eine ständige Einrichtung Bürgerrecht in der Arbeiterbewegung erwerben wird. Daneben hat der Bildungsausschuß einen Versuch zur Systematisierung und Klärung des Bibliothekwesens gemacht; er hat ferner ein Jugendschriftenverzeichnis geschaffen, und er hat auf künstlerischem Gebiet mancherlei Anregungen gegeben und neue Hilfsmittel beschafft. Bei allen diesen Unternehmungen handelt es sich freilich nur um Anfänge; es wird sich erst im Laufe der Zeit herausstellen, ob und in welchem Maße der Bildungsausschuß sich damit auf dem richtigen Wege bewegt. In jedem Falle aber zeigen diese Unternehmungen, mit welchem Ernste die deutsche Sozialdemokratie die Lösung des Bildungsproblems in die Hand genommen hat.

Freilich nicht die Lösung der Bildungsfrage in ihrem ganzen Umfang. Für diese bildet die systematische Bildungsarbeit der Sozialdemokratie an ihren eigenen Anhängern nur einen Bruchteil. Die völlige Befreiung des Volkes von der Unkultur und der Bildungsfeindschaft der klassenstaatlichen Volksschule, die Schaffung der einheitlichen und weltlichen Schule für das ganze Volk und damit die Herbeiführung wirklicher allgemeiner Volksbildung ist erst möglich mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir heute als kämpfende Partei die besondere Arbeiterbildung, die unsere Anhänger in ihrer Eigenschaft als Klassenkämpfer stärkt und fördert. Möge der bevorstehende Parteitag in diesem Sinne an die Kritik der bestehenden Bildungsinstitutionen der Partei herantreten, möge er aber auch in diesem Sinne um ihre Festigung und Ausgestaltung besorgt sein.

Die Parteischule.

Von Parteisekretär **Heinrich Knauf** (Straßburg).

Als ehemaliger Schüler glaube ich mir ein Urteil über die Parteischule gestatten zu können, das auf Erfahrung gestützt ist. Es wird unter meinen ehemaligen Mitschülern allgemein die Überzeugung zu finden sein, daß die Parteischule insofern umgestaltet werden muß, als der Lehrplan zu vielseitig ist; es haben diejenigen recht, die für eine Arbeitsteilung im Bildungswesen eintreten. Der juristische Teil des Lehrplans ist zu umfangreich. Meines Erachtens reicht das durch den Mangel an Zeit notwendig werdende, allzu rasche Durcharbeiten des Strafgesetzbuchs und des Bürgerlichen Gesetzbuchs trotz der großen Mühe, die sich die beiden Lehrer Rosenfeld und Heinemann gegeben haben, für die Praxis von Arbeitersekretären nicht aus. Hier wäre eine Arbeitsteilung sehr am Platze durch Einführung von Sonderkursen für Arbeitersekretäre. Die Parteischule soll in erster Linie die

vissenschaftliche Ausrüstung für die Agitation liefern. Agitator kann nur werden,)er sich mit der Gesellschaftswissenschaft bekannt gemacht hat. Je nehr es dem einigermaßen rednerisch befähigten Genossen gelingt, die Lehren des Sozialismus in sich aufzunehmen, um so besser wird er als Agitator für die Partei virken können. Die Parteischüler sollen aus den indifferenten Klassengenossen lassenbewußte Mitkämpfer machen. Dazu bedarf es mehr als der Fähigkeit, seinem Gefühl Ausdruck geben zu können. Der beredteste Mund wird nichts erreichen, venn er nicht an Stelle des Vorurteils das klare Urteil zu setzen vermag. Dann ollen und müssen die Werber aber auch die Klinge mit dem Gegner zu kreuzen verstehen. Das alles erfordert Kriegstüchtigkeit. Jeder aber führt die Waffe am esten, von deren überlegenheit er überzeugt ist. Argumente sollen und müssen wir en bürgerlichen Phraseuren und Demagogen entgegensetzen. Je mehr wir also Wissen besitzen, mit um so mehr Macht und Kraft werden wir unsere Gegner be- vältigen. Die Parteischule soll uns Proletariern dazu helfen, diese Argumente zu finden und uns deren Unwiderstehlichkeit dem Gegner gegenüber anzueignen. Sie kann dieser Aufgabe entsprechen, wenn ie ihre ganze Kraft darauf verwendet, und zu diesem Zwecke muß sie von allem entlastet werden, was sie heute noch dabei hemmt. Dazu rechne ich auch die Kommunalpolitik. Dieser Teil des Lehrplans hat meines Wissens bei den Schülern der zwei Kurse, die bisher abgehalten wurden, nicht viel Sympathien gefunden. Und mit Recht. Wer sich etwas mit der Gesell- schaftslehre vertraut gemacht hat, wird sich wohl auch, wenn er dazu berufen wird, als Gemeindepolitiker zurechtfinden. Durch die Beseitigung der rein juristi- schen Fächer und der Gemeindepolitik wird Zeit gewonnen für den übrigen Lehrplan, der meines Erachtens noch mehr ausgebaut werden muß. Für die Nationalökonomie, im letzten Kursus von der Genossin Luxemburg gelehrt, stand ausreichend Zeit zu Gebote, um die Genossen in die Werke unserer Meister Marx und Engels und in die Wirtschaftsgeschichte einzuführen. Erleichtert könnte dieser Unterricht noch werden, wenn den Schülern die Eigenart der Forschungsmethode von Marx und Engels mehr erläutert würde. Ich werde weiter unten näher auf diesen Punkt eingehen. Unbedingt muß aber der Genosse Heinrich Cunow weit mehr Zeit bekommen für seinen Unterricht in der Soziologie. In den wenigen Stunden, die uns Genosse Cunow im letzten Kursus geben konnte, hat er uns doch schon ein gutes Stück der alten Gesellschaftsauffassungen dargestellt und uns auf diese Weise mit Männern bekannt gemacht, aus deren Werken die Vertreter der alten Weltordnung ihre Kraft heute noch ziehen. Indem wir die Grundanschauungen dieser alten Denker an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung kennen lernen, werden wir in den Stand gesetzt, unsere Gegner, die uns jene Doktrinen entgegen- setzen, zu widerlegen. Die Stundenzahl für den Lehrplan des Genossen Cunow muß verdoppelt werden. Auch der Geschichtsunterricht bedarf dringend der Ergänzung. Genosse Mehring hat uns in vortrefflicher Weise in die Literaturgeschichte und in die Geschichte der Sozialdemokratie eingeführt. Aber der erste Teil seines Unterrichtes müßte ergänzt werden, indem er mit all- gemeiner Geschichte verbunden wird. Leider fehlt es noch an einer vom sozia- listischen Standpunkt geschriebenen Weltgeschichte. Hoffentlich gelingt es bald, diesem dringenden Bedürfnis abzuhelfen. Aber gerade weil ein solches Werk fehlt, ist es um so notwendiger, daß in der Parteischule Unterricht in der Weltgeschichte erteilt wird. Die Geschichte der Sozialdemokratie sollte jedem Genossen, der sich um die Zulassung zur Parteischule bewirbt, bekannt sein. Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist so leicht verständlich geschrieben wie kaum noch ein Werk unserer Parteiliteratur, so daß es jedem gelingt, daraus den Entwicklungsgang unserer Partei gründlich kennen zu lernen. Ich meine also, dieser Teil des Unterrichtes könnte wesentlich beschränkt werden zugunsten des ersteren, also der allgemeinen Geschichte.

Viel zu knapp war die Zeit für den Unterricht in Naturerkenntni bemessen. Nur durch Zufall kam Genosse Wurm noch dazu, uns einige Stunde zu geben. Ja, ist denn die Weltanschauung für uns so unwichtig? Ic behaupte, das Gegenteil ist der Fall. Hand in Hand mit der Geschichts auffassung muß Weltanschauung gelehrt werden. Nur wenn dies ge schieht, wird es gelingen, dem Proletariat die Werke von Mar und Engels näher zu bringen, als es bisher erreicht worden ist; da ist die beste Art der Popularisierung unserer Meister. Ich fasse di „Revolution der Köpfe“ so auf, daß mit ihr das „Denken“ revolutioniert werde soll. Gründlich wird diese Revolution nur sein, wenn sie die ganze Kopfarbeit um faßt. Es ist das Wesen der Kopfarbeit, das erklärt werden muß. Darum forder ich: mehr Dialektik. Lasse man in der Parteischule neben Marx und Engel auch den Arbeiterphilosophen Dietzgen zum Worte kommen. Es ist mein feste Überzeugung, daß gegenwärtig der Arbeiterbewegung kein besserer Dienst er wiesen werden kann, als die Arbeiter mit der Forschungsmethode bekannt z machen, wie sie von Marx, Engels und Dietzgen zur Kritik der politischen Ökonomi und zur Erkenntnis der Welt angewandt wurde. Diese Dialektik, angewandt au die Arbeiterbewegung selbst, wird uns die Erklärung ihrer inneren Gegensätz finden lassen, wie sie unseren Meistern der Wegweiser war durch das Labyrinth der politischen und ökonomischen Entwicklung.

Nach dieser Richtung die Parteischule ausbauen zu helfen, ist für die Partei besser, als ihr ein oberflächliches Aburteilen und vorgefaßte Meinung entgegenzusetzen.

Sozialdemokratie und Konsumvereine.

Von **Hermann Fleißner.**

Auf dem vorjährigen Parteitag in Essen war ein Antrag von Hamburg und Frankfurt a. M. gestellt, der den Parteivorstand „ersucht, die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitags zu setzen, falls es die Umstände gestatten“. Der Parteitag beschloß, „den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen“. Der Parteivorstand ist nicht dazu gekommen, dem Wunsche der Frankfurter und Hamburger Genossen (Hamburg III) zu entsprechen. Der Bericht an den diesjährigen Parteitag in Nürnberg sagt darüber:

„Die Genossenschaftsfrage wurde bereits auf dem Berliner Parteitag 1892 verhandelt. In Hannover hat die Partei 1899 bei Beratung der parteitaktischen Fragen im vierten Absatz der Resolution Bebel die prinzipielle Stellung der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften erneut präzisiert. Den Antragstellern war es um eine prinzipielle Erörterung nach der Begründung, die sie ihrem Antrag in Essen gaben, nicht zu tun, sondern sie wollten speziell die Frage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaften einmal auf einem Parteitag erörtert haben. In dieser Frage verhandeln seit Jahren Gewerkschaften und Genossenschaften. Sowohl der Gewerkschaftskongreß in Hamburg als der Genossenschaftstag in Eisenach haben sich in diesem Jahre bereits mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Parteivorstand sah davon ab, diese Frage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen, weil in diesem Jahre andere Referate wichtiger sind.“

In der Tat ist, wie das Protokoll über den Essener Parteitag erkennen läßt, jener Antrag so begründet worden, wie der Parteivorstand sagt. Und es ist ihm völlig zuzustimmen, daß es nicht Aufgabe eines Parteitags sein kann, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Genossenschaften zu erörtern. Es

eint aber aus anderen Gründen doch ein dringendes Bedürfnis vorzuliegen, e Genossenschaftsfrage wieder einmal auf einem Parteitag zu besprechen. afür spricht, daß abermals derartige Wünsche in verstärktem Maße durch ehrere Anträge an den Parteitag in Nürnberg kommen.

Auf dem Parteitag 1892 in Berlin wurde die Genossenschaftsfrage in Ver- ndung mit dem Boykott und der Kontrollmarke, die damals eine Rolle im rtschaftlichen Kampfe spielte, behandelt. Aus dem Referat Auers und den ebatten ging hervor, daß man in erster Linie Produktivgenossenschaften, als r die Arbeiter besonders in Betracht kommend, im Auge hatte. Es wurde ter Ablehnung aller Änderungsanträge die Resolution des Referenten an- nommen, die über unsere Stellung zu den Genossenschaften sagt:

„In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf m Standpunkt: sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen oder im gewerkschaftlichen mpfe gemaßregelten Genossen bezwecken, oder wo sie dazu dienen sollen, die zitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien.

„Aber in diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung von abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grund- ge zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Ver- ltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden.

„Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften tgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassen- ge der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Ar- iter zu beseitigen oder auch nur zu mildern."

Eine große Konsumvereinsbewegung, die das öffentliche Interesse erregt itte, gab es damals in Deutschland noch nicht; soweit organisierte Arbeiter bei in Betracht kommen, erst recht nicht. Heute haben wir sie. Die Berliner esolution ist im ersten Absatz nicht mehr aufrechtzuerhalten, und auch der zte Abschnitt ist nicht mehr allenthalben zutreffend. Schon fünf Jahre später urde das eingesehen. Auf dem Parteitag in Hannover (1899) kam es be- nntlich zu der großen Taktikdebatte, die mit Annahme einer Resolution Bebel dete, in der es in bezug auf die Genossenschaften heißt:

„Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegen- er; sie erachtet die Gründung von Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu tigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage rer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung lcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und örderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse r selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschafts- nossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiter- asse aus den Fesseln der Lohnsklaverei."

Der Unterschied beider Resolutionen ist augenfällig; er erklärt sich nur m Teil daraus, daß man in Berlin hauptsächlich Produktivgenossenschaften, Hannover vornehmlich Konsumvereine meinte. Das zeigen die Debatten f beiden Parteitagen.

Die Grundsätze der Bebelschen Resolution sind zweifellos auch heute noch rchaus richtig. Darüber braucht man also nicht von neuem zu reden. In- ischen haben aber die Arbeitergenossenschaften in Deutschland, eben die onsumvereine, eine Bedeutung im öffentlichen Leben erlangt, Verhältnisse sind

eingetreten, die trotz alledem Verhandlungen über die Genossenschaften a
einem Parteitag vollauf rechtfertigen. (Auch der vorletzte Gewerkschaftskongr
in Köln beschäftigte sich damit.) Sind die Konsumvereine in Deutschlar
— schon aus gesetzlichen Rücksichten — politisch völlig neutral, so werden s
doch immer mehr zu Klassenorganisationen der Besitzlosen. Je mehr die Konsum
vereine sich zu Massenorganisationen entwickeln, desto mehr müssen sie diese
Charakter bekommen. Desto mehr rückt aber auch die bürgerliche Gesellscha
von ihnen ab, die Konsumvereine werden mehr und mehr in eine Kamp
stellung gegen Staat und Behörden, gegen andere bürgerliche Institutione
gedrängt, die sich von den Konsumvereinen benachteiligt fühlen, sie m
wachsendem Mißtrauen und Unbehagen betrachten. Es sei nur auf die Steue
politik verwiesen, die in neuerer Zeit in fast allen deutschen Bundesstaate
und vielen Gemeinden gegen die Konsumvereine anzuwenden versucht wir
Gewerkschaften, Parteipresse, Parteifraktionen nehmen sich selbstverständli
schon aus Gründen der einfachsten Gerechtigkeit der bedrängten Arbeite
genossenschaften an, die Hilfe aus anderen Kreisen wird immer lauer un
zaghafter. Und es ist kein Zweifel, daß in absehbarer Zeit die Frage de
Arbeitergenossenschaften in den deutschen Parlamenten aktueller wird den
jemals.

Aus allen diesen und noch vielen anderen Gründen erscheint es dringen
erwünscht, daß ein Parteitag mit den gegen vor zehn Jahren wesentli
veränderten Verhältnissen sich beschäftigt. Möge daher der Nürnberge
Parteitag in diesem Sinne beschließen!

Die Entwicklung von Partei und Gewerkschaften.

Von **Eugen Prager.**

Die politische Aufklärung des arbeitenden Volkes ist in Deutschland im al
gemeinen schneller vor sich gegangen als seine Zusammenfassung in gewerkschaft
lichen Organisationen. So wurden vor einem Jahrzehnt, bei der Reichstagswah
des Jahres 1898, für die Sozialdemokratie 2107076 Stimmen abgegeben, die Zah
der Gewerkschafter betrug damals aber erst 373018 oder 17,7 Prozent der sozia
demokratischen Wähler. In einem kürzlich erschienenen umfangreichen Werke de
Nationalökonomen Hirschfeld[1] finden wir ein sehr reichhaltiges Material über di
Verbreitung und Entwicklung der Gewerkschaften. Sie haben ihre Mitgliederzahle
bis zum Jahre 1903 verhältnismäßig langsam steigern können; von da an er
kommt ein mächtiger gewerkschaftlicher Aufschwung, dem die Partei zahlenmäßi
nicht im gleichen Umfang gefolgt ist. Bei der Reichstagswahl 1903 wurden fü
die Sozialdemokratie 3010771 Stimmen abgegeben, die Gewerkschaften zählte
766416 Mitglieder oder 25,4 Prozent. Von da an verschiebt sich das Verhältni
zuungunsten der Partei. Die Wahl zu Anfang des Jahres 1907 brachte 3259029 sozial
demokratische Wählerstimmen, die Zahl der Gewerkschafter war aber im Jahre 190
nur bis hierher reicht Hirschfelds Zahlenmaterial, auf 1446529 oder 44,4 Prozen
der sozialdemokratischen Reichstagswähler gestiegen.

Die Vorbereitung und Entwicklung beider Teile der Arbeiterbewegung ist abe
in den einzelnen Landesteilen und Wahlkreisen sehr ungleich. Wir finden Bezirke
in denen die Partei schon frühzeitig hohe Wählerzahlen hatte, wo aber die Gewerk
schaftsbewegung lange Zeit schwach blieb. Einige Beispiele: Königsberg i. Pr

[1] Dr. Paul Hirschfeld, Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitun
und Entwicklung 1896 bis 1906. Jena 1906.

Stadt und Land) hatte 1898 20138 sozialdemokratische Stimmen und 1118 Gewerkschafter (5 Prozent), 1903 21641 Stimmen, 3196 Gewerkschafter (14,8), 1906/07 2637 Stimmen, 6703 Gewerkschafter (29,6); Bochum-Gelsenkirchen 1898 2379 Stimmen, 852 Gewerkschafter (3,8), 1903 39135 Stimmen, 17445 Gewerkschafter (44,6), 1906/07 42430 Stimmen, 29067 Gewerkschafter (68,5); Mülhausen i. E. 1898 13610 Stimmen, 244 Gewerkschafter (1,8), 1903 12665 Stimmen, 31 Gewerkschafter (5,8), 1906/07 17251 Stimmen, 1799 Gewerkschafter (10,4).

Wir finden beim Vergleich aber wieder Gebiete, in denen die Gewerkschaftsbewegung schon vor einem Jahrzehnt einen bedeutenden Anteil an der Parteiwählerzahl hatte. Das ist besonders Mitteldeutschland mit Berlin und Magdeburg, das Nordostseegebiet mit Hamburg, Bremen und Lübeck und das Königreich Sachsen, hier vor allem Dresden, Leipzig und Chemnitz. Einige Beispiele mögen das illustrieren. Berlin (sechs Wahlkreise, Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg) zählte 1898 221127 Stimmen, 46283 Gewerkschafter (20,9), 1903 330456 Stimmen, 115426 Gewerkschafter (34,9), 1906/07 413181 Stimmen, 231871 Gewerkschafter (56,1); Magdeburg 1898 20125 Stimmen, 5901 Gewerkschafter (29,3), 1903 20871 Stimmen, 8709 Gewerkschafter (41,7), 1906/07 24258 Stimmen, 20275 Gewerkschafter (83,6); Dresden (drei Wahlkreise) 1898 57542 Stimmen, 12665 Gewerkschafter (22), 1903 83729 Stimmen, 19817 Gewerkschafter (23,7), 1906/07 79689 Stimmen, 58131 Gewerkschafter (72,9); Leipzig (Stadt und Land) 1898 50672 Stimmen, 14251 Gewerkschafter (28,1), 1903 70959 Stimmen, 25882 Gewerkschafter (36,5), 1906/07 71078 Stimmen, 49997 Gewerkschafter (70,3); Hamburg mit Altona und Ottensen-Pinneberg) 1898 120612 Stimmen, 37221 Gewerkschafter, 30,9), 1903 144821 Stimmen, 58052 Gewerkschafter (40,9), 1906/07 159982 Stimmen, 77761 Gewerkschafter (48,6).

In einigen Kreisen stehen die Gewerkschaften fast auf gleicher Höhe mit der Wählerzahl. Sie stellten sich 1906/07 in Magdeburg auf 83,6, in Stadt Berlin auf 84,4, in Borken-Recklinghausen auf 88,7, in Bielefeld-Wiedenbrück auf 90,6, in Bremen auf 94,3 Prozent.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sich sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Bewegung sehr günstig entwickelte. Es muß das besonders festgestellt werden, weil hier die zentrümliche und die gewerkschaft-christliche Agitation gerade im letzten Jahrzehnt mit außerordentlicher Kraft einsetzte. Es zeigt sich aber an den Zahlen, daß auch die schwärzeste Kunst auf die Dauer nicht imstande ist, die Arbeiter vor dem Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung zu behüten. Es stiegen nämlich von 1898 bis 1906/07 im Wahlkreis Borken-Recklinghausen die Stimmen von 2060 auf 11415, die Gewerkschafter von 34 auf 10125; in Dortmund von 19864 auf 38849 und von 1326 auf 23035; in Bochum-Gelsenkirchen von 22379 auf 42430 und von 852 auf 29067; in Düsseldorf von 10712 auf 25389 und von 1870 auf 9742; in Essen von 4400 auf 29378 und von 1151 auf 18263; in Mülheim-Duisburg von 7804 auf 27650 und von 1201 auf 13343; in Köln (Stadt und Land) von 15988 auf 32971 und von 1996 auf 15554.

Literarische Rundschau.

Gesundheits-Kalender 1909. Redigiert von Dr. Müller, Dr. Körner und Dr. Schmidt. Würzburg, Ettlingerscher Verlag (Wilhelm Ott).

Auf dem vorjährigen Kongreß des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege äußerte ein Redner, er habe die Beobachtung gemacht, daß unter der Arbeiterbevölkerung ein wahrer Heißhunger nach Belehrung über Fragen der Gesundheitspflege bestehe. Die Beobachtung ist richtig und die Ursachen dieser Erscheinung liegen so klar zutage, daß sie hier nicht näher erörtert zu werden brauchen. Wenn

aber der Redner hinzufügte, daß die Ärzte das Bedürfnis der Arbeiter nach populär-medizinischen Schriften wenig beachtet und nicht genügend zu befriedigen gesucht haben, so ist diese Behauptung für die letzten Jahre wenigstens nicht mehr zutreffend. Der gewaltige buchhändlerische Erfolg einiger von Kurpfuschern verfaßten Bücher und die ungeheure Reklame, die auf diesem Wege für die illegitime Heilkunde gemacht wurde, haben seit einiger Zeit die Ärzte aus ihrer Zurückhaltung aufgerüttelt, und man ist jetzt nicht mehr berechtigt, von einem Mangel an populär-medizinischer Literatur, die auf dem Boden der wissenschaftlichen Heilkunde steht, zu sprechen. Eine andere Frage ist es, ob die Fülle der von den Ärzten herausgegebenen Bücher, Broschüren usw., die das Gebiet der Heilkunde in populärer Form behandeln, auch wirklich den Arbeitern eine wertvolle Erweiterung ihrer Erkenntnis vom Wesen und den Ursachen der Krankheiten gebracht haben. Zugegeben kann ohne weiteres werden, daß in diesen Arbeiten die einschlägigen biologischen Tatsachen meistens ziemlich richtig wiedergegeben werden, oder daß sie doch wenigstens frei von allzu groben Schnitzern sind. Einzelne sind auch recht geschickt geschrieben und halten die richtige Mitte zwischen gelehrter Selbstverständlichkeit und banaler Plattheit. Insofern stehen diese Arbeiten hoch über den berüchtigten Machwerken der Bilz und Platen, die man leider in so vielen Arbeiterhäusern antrifft. Aber die Heilkunde ist nicht bloß eine biologische, sondern ebensosehr eine soziale Wissenschaft. Und erst durch die Belehrung über die sozialen Wurzeln der Krankheiten wird die populär-medizinische Literatur zu einer wertvollen Erkenntnisquelle für den Arbeiter. Ein wirklich eindringendes Verständnis für die pathologischen Vorgänge in den kranken Organismen scheitert zudem bei ihm oft genug an dem Mangel naturwissenschaftlicher Vorkenntnisse. Für die sozialen Ursachen der meisten Krankheiten hat er hingegen ein viel klareres Verständnis und ein um so dringenderes Interesse, als er unter ihnen ja beständig zu leiden hat. Aber gerade an der klaren Kennzeichnung der gesellschaftlichen Ursachen der meisten Krankheiten mangelt es in den meisten populär-medizinischen Schriften.

Auch der obengenannte Kalender, dessen Anzeige uns zu diesen allgemeinen Bemerkungen Veranlassung gibt, weist diese Mängel in vollstem Maße auf. Greifen wir, um das zu demonstrieren, aus seinem Inhalt nur einen Aufsatz, den über die Rachitis oder englische Krankheit heraus. Da werden wenigstens die augenfälligsten pathologischen Veränderungen, die diese Krankheit an den Organen setzt, richtig geschildert und ihre biologischen Ursachen zutreffend, wenn auch etwas knapp, angegeben. Aber daß es sich hier um ein Leiden von ausgesprochenem Klassencharakter handelt, das als Massenkrankheit zuerst mit der Entstehung der Großindustrie und des Massenelends in den englischen Städten aufgetreten ist, davon finden wir kein Wort der Erwähnung.

Dementsprechend werden auch bei der Besprechung der Behandlungsmethoden die verschiedenen chemischen und physikalischen Heilfaktoren, die von den Ärzten verordnet werden, gewissenhaft aufgezählt. Daß aber für die Bekämpfung der Krankheit die Erhöhung der Arbeitslöhne, die Verkürzung der Arbeitszeit, Schutzgesetze für jugendliche Arbeiter, Fürsorge für schwangere und stillende Frauen, kurzum die Hebung der ganzen Klassenlage der Arbeiter unendlich wichtiger und wertvoller sind, alles dies übergeht der Verfasser mit Stillschweigen. Das ist gewiß nicht absichtlich geschehen, sondern die Darstellung entspricht nur dem Bewußtsein des bürgerlichen Autors. Für den Arbeiter schrumpft dadurch aber der Wert des Aufsatzes auf ein sehr bescheidenes Maß zusammen. Für den Arbeiter wird eben populär-medizinische Belehrung erst dann fruchtbringend, wenn auf die durch den Klassencharakter unserer Gesellschaft bedingten sozialen Ursachen der weitaus meisten Krankheiten, die ihn heimsuchen, mit vollem Nachdruck hingewiesen wird. Dieser Hinweis fehlt aber in den Aufsätzen des obengenannten Kalenders, und deswegen ist dieser Kalender für den Arbeiter nicht zu empfehlen. Dr. med. G. Wagner, Hanau a. M.

Ferdinand Tönnies, **Die Entwicklung der sozialen Frage.** Sammlung Göschen. Leipzig 1907. 151 Seiten klein Oktav. Preis 80 Pfennig.

Alles in allem genommen ist das Büchlein ein Kabinettstück populärer Darstellung. Wie Tönnies hier in knapper Form das Wesen der sozialen Frage darlegt und die sozialen Kämpfe in ihrer historischen Entwicklung in England, Frankreich und Deutschland schildert, das macht ihm so leicht keiner nach.

Im einzelnen wird man freilich mit dem Verfasser streiten können. Er schreibt zum Beispiel: „übrigens ist auf die kurze, durch persönliche Regierungskundgebungen eröffnete sozialpolitische Ära im Deutschen Reiche eine zähe und langwierige Reaktion gefolgt, wenn auch durch die edle Persönlichkeit eines leitenden Mannes, der sich nicht dazu hergibt, Minister gegen Sozialpolitik zu sein, gemildert.“ Mit dieser „edlen Persönlichkeit“ ist offenbar Graf Posadowsky gemeint. Mag dieser sich auch manchem reaktionären Anschlag widersetzt haben, solange er konnte, aber daß er schließlich doch die Zuchthausvorlage und die 12000 Mark-Affäre mit seinem Namen deckte, wäscht ihm kein Wässerchen ab. Damals war er „Minister gegen Sozialreform“ — ob freiwillig oder gezwungen, das ist herzlich gleichgültig. Auch die Bedeutung des „Vereins für Sozialpolitik“ und der „Deutschen Gesellschaft für soziale Reform“ wird von Tönnies zweifellos überschätzt; ähnliches passiert ihm mit den englischen „Fabiern“.

Auf der anderen Seite ist die Kritik, die am Marxismus geübt wird, leider derart unklar ausgefallen, daß schlechterdings nichts damit anzufangen ist. Tönnies behauptet, es bestehe ein Zwiespalt bei Marx und Engels: auf der einen Seite ist bei ihnen die Rede von der „Negation der Negation des individuellen Eigentums, das auf eigene Arbeit begründet war“; das Ergebnis ist dann: „das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel wird wiederhergestellt“. Andererseits aber, meint Tönnies, verkünden Marx und Engels „die Negation der Negation“ nicht irgendwelches Privateigentums, sondern des Gemeineigentums, und das Resultat soll sein „eben die Wiederherstellung des alten Kommunismus auf unendlich erhöhter Stufenleiter, mit den ungeheuren Mitteln, die sich die Menschheit durch ihre Antagonismen und Leiden errungen hat“. Hierin will Tönnies einen Widerspruch sehen. Die beiden Gedanken, meint er, sind nicht unvereinbar, „aber ein Versuch, sie gegeneinander auszugleichen und die Philosophie der Geschichte auf dieser Basis durchzuführen, ist weder von den beiden Autoren selber gemacht worden, noch bisher aus ihrer Schule hervorgegangen“. Wo ist denn der tiefe Widerspruch? Wenn man zu der überzeugung kommt, die Entwicklung führe unabwendbar zur Aufhebung individuellen Eigentums an den Produktionsmitteln, so muß man schließen, daß die Zukunft eine neue Form des Gemeineigentums bringen muß; inwiefern diese neue Form irgend etwas mit dem alten Kommunismus gemeinsam haben wird, ist eine recht nebensächliche Frage. Wir wüßten wirklich nicht, was da in der Marxschen Geschichtsphilosophie auszugleichen wäre.

Sieht man von diesen Einzelheiten ab, so kann man das Büchlein von Tönnies nur aufs wärmste als eine Anleitung zum Studium der sozialen Frage empfehlen.

J. Karski.

Notizen.

Parteischule und Arbeitersekretäre. Der Artikel des Genossen Schiller in Nr. 43 der „Neuen Zeit“ „Noch ein Wort zur Ausbildung der Arbeitersekretäre“ stellt die Behauptung auf, die Parteischule sei nicht imstande, tüchtige, allen ihren Aufgaben gewachsene Arbeitersekretäre auszubilden. Das sei auch nicht ihre Aufgabe, der ureigenste Zweck dieses Bildungsinstituts sei vielmehr, „schlichte“, aber wissende Agitatoren hervorzubringen.

Nun wird Genosse Schiller doch aus der Zeit seiner Abhängigkeit vom Kapit wissen, daß ein Arbeiter in der Misere der Werkstatt und der Fabrik nichts Auße gewöhnliches für die Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis tun kann. Wohl die Zeit endgültig vorbei, wo man jeden tätigen Genossen wirtschaftlich ruinier konnte, aber Hemmnisse genug noch legt man ihm in den Weg, und erst wenn wirtschaftlich unabhängig ist, kann er alle Kräfte zur vollen Entfaltung bringe Erst außerhalb der Machtsphäre des Kapitals, frei von Sorgen um die Existen wird der wissend gewordene Absolvent der Parteischule ein erfolgreicher Kämpf und ein Lehrer des Proletariats, das sich meist doch nur aus instinktivem Klasse bewußtsein zu seinen Kämpfen vereinigt.

Darum ist der Lehrplan der Parteischule so zusammengesetzt, daß die Schül nach Beendigung der Schule fähig sein müssen, nicht nur den Nervenbau d kapitalistischen Gesellschaftskörpers bis in die feinsten Details zu erkennen, sonde auch als Partei- oder Gewerkschaftsbeamte ihren Mann zu stellen. Gewiß, Theor ist nicht Praxis, ein als Arbeitersekretär angestellter Parteischüler wird anfängli wohl noch oft zu den Büchern greifen müssen, wenn er Auskunft erteilen soll, ab ihre richtige Interpretation hat er doch in der Parteischule lernen können. Un darauf, auf die richtige Auslegung der Bestimmungen kommt es an, und wen bei der Fülle der juristischen Materie manches von den Lehrern nur gestreift wurd oder unerledigt bleiben mußte, so hat man doch das Wesentliche insbesonde der sozialpolitischen Gesetze den Schülern genügend klargelegt. Genosse Schille verlangt die Streichung zweier Juristen vom Lehrplan und statt dessen eine g eignete Kraft für Dozierung des historischen Werdens der Gesetzgebung. Ich hal es für überflüssig, dazu eine besondere Lehrkraft in den Lehrplan der Parteischul aufzunehmen. Der Werdegang der Gesetzgebung wird schon genügend bei de soziologischen Unterricht gezeigt. Die Schüler lernen erkennen, daß Gesetze nicht anderes sind als ein Niederschlag einer wechselnden Anschauung über Moral un Ethik, daß veränderte ökonomische Verhältnisse auch einen Wechsel der Anschauun von dem bedingen, was vorher erlaubt, notwendig oder was unstatthaft war.

Andererseits wäre es ein schwerer Fehler, die juristischen Lehrstunden auch nu zu kürzen. So wichtig den Schülern die Kenntnis alter, längst verschwundene Anschauungen und Gesetze ist, die Kenntnis der heute geltenden Gesetze ist ungleic wichtiger für sie. Sollen sie sich durch die Fährnisse und Schlingen der Gesetzes paragraphen hindurchwinden können, sollen sie zum eigenen und zum Nutze anderer die wichtigsten Bestimmungen der sozialpolitischen Gesetze kennen lernen so darf von den juristischen Lehrstunden keine einzige vom Lehrplan der Partei schule verschwinden.

Eine andere Wunde ist es, auf die ich bei dieser Gelegenheit den Finge legen möchte. Lähmend auf die Schüler wirkt, daß sie einer sehr ungewissen Zu kunft entgegengehen. Sie sind voller Sorge, was aus ihnen werden soll, da si nach Beendigung des Kursus oft keine Gelegenheit erhalten, das Gelernte in eine Parteistellung zu verwerten. Wenn die Parteischule ihren Zweck erfüllen, wenn sie tüchtige Arbeitersekretäre heranbilden soll, was im Rahmen ihres Lehrplans möglich ist, dann muß bei der Auswahl der sich zur Teilnahme an dem Unterricht Bewerbenden anders verfahren werden, als dies bisher geschehen ist. Es dürfen nur diejenigen Genossen zugelassen werden, die schon Parteiämter bekleiden und die nach Beendigung des Unterrichts in diese zurückkehren, oder die Agitations- bezirke dürfen nur einen Genossen empfehlen, wenn sie gewillt sind, den Geschulten in ihrem Kreise anzustellen.

Dem zur Parteischule Gehenden darf kein Zweifel gelassen werden, ob und wie er später Verwendung finden soll. Weiß er, daß er nach Beendigung der Schule in seinem Kreise als Arbeitersekretär fungieren soll, so wird er auch als richtiger Arbeitersekretär zurückkehren, der seiner Aufgabe nach allen Seiten hin gerecht wird.

Andreas Stroinski.

Zeitschriftenschau.

Mit den **„Aufgaben des nächsten italienischen Parteitags“** beschäftigt sich Ge-
ssin Dr. Anna Kulischoff in der „Critica Sociale“ vom 16. August.

Die italienische Partei, meint der Artikel, hat bis jetzt drei Perioden durch-
macht, deren jede etwa fünf Jahre dauerte: die erste, vom Parteitag von Reggio
nilia (1893) bis zu den Maiunruhen (1898), ist die Periode der strengen In-
ansigenz, an die sich, nach der siegreichen Obstruktionskampagne gegen die Pellour-
hen Ausnahmegesetze, die Periode des Ministerialismus der Partei anschließt;
eser Ministerialismus ist dann an der mangelnden Reformaktion der Regierung
grunde gegangen (1903), um einer Periode inneren Parteizwistes Platz zu machen.
ie objektive Bedeutung dieser letzten Periode ist den Genossen noch nicht genügend
m Bewußtsein gekommen: sie war die Zeit der reformistischen Arbeit. In der
rovinz Reggio Emilia und in Genua entstanden die großen gewerkschaftlichen
id genossenschaftlichen Organisationen, in Mailand schufen die autonomen Zirkel
e stärkste Arbeitskammer Italiens und durch das in ihre Hände gefallene Wohl-
tigkeitsinstitut der Umanitaria schufen sie Berufsschule, Arbeitsamt, Bibliotheken
sw. In allen Teilen Italiens erstarkt die Gewerkschaftsbewegung bedeutend. Da-
egen bleibt die politische und parlamentarische Aktion der Partei schwach und kraftlos.

Man darf sich nun nicht der Illusion hingeben, daß die neue Kammer für das
roletariat besser sein werde als die heutige. Einer solchen Kammer gegenüber ist
s aber ganz akademisch, ein Reformprogramm aufzustellen. Man muß darauf
ringen, die Grundlage der Volksvertretung zu verändern durch Einführung des
llgemeinen, auch die Frauen einschließenden Wahlrechtes mit Listenwahl nach
Provinz oder Region, um die lokalen Einflüsse auszuschalten, Proportionalvertretung
nd Abgeordnetendiäten. Eine Agitation mit diesen Forderungen sollte der Kongreß
eschließen und als Wahlprogramm die Leitsätze aufstellen: absolute Verweigerung
euer Militärausgaben, umfassende Reform des Elementarunterrichtes, Mutter-
chafts-, Krankheits-, Invaliden- und Altersversicherung, Abgabenreform.

Sobald man ein solches Wahlprogramm festgesetzt hat, wird der angeregte
roße Wahlblock von selbst hinfällig, da die Radikalen für neue Militärausgaben
intreten und die Republikaner auch Sympathien in dieser Richtung zeigen. Be-
er Stichwahl kann die Partei für die Abgeordneten stimmen, die sich für all-
emeines Wahlrecht und gegen neue Militärlasten erklären.

Dadurch, daß die Sozialisten die Radikalen von einer kompromittierenden
Freundschaft befreien, bieten sie auch Giolitti die Möglichkeit, sich auf diese, anstatt
uf die Klerikal-Konservativen zu stützen. Es ist dies jedoch eine opportunistische
Erwägung von untergeordneter Bedeutung gegenüber den ideellen Motiven, die
die Partei leiten müssen, daß sie ihre heutige Apathie überwinde.

In der „Pagine Libere“ vom 15. August gibt Arturo Labriola die Grund-
inien eines von ihm an dem Neapolitaner Institut für kommerzielle Studien ge-
lesenen Kollegs über **„Moral und Reichtum“** wieder. Zunächst lehnt Labriola die
heuchlerische Betrachtung des Reichtums als etwas Unedlen ab. Wir kennen keinen
Kulturfortschritt, der nicht an Vermehrung des Reichtums gebunden wäre. Aber
gerade die unbedingte Hochschätzung des Reichtums schließt eine Gefahr ein. Es
ist daher nötig, einen Grund und Boden zu suchen, auf dem wirtschaftliche Tätig-
keit und Moral sich vereinigen können. Gibt es einen solchen? Moral und Wirt-
schaft rechnen beide mit Werten, aber moralische und wirtschaftliche Werte bewegen
sich auf einer verschiedenen Ebene. Was in der Moral sich als Obliegenheit und
Pflicht darstellt, erscheint in der Wirtschaft als Vorteil und Wahl; die eine hat es
mit den Zielen, die andere mit den Mitteln des Daseins zu tun. Der Autor will
nicht Moralregeln aufstellen, sondern in der geschichtlichen Erfahrung nach den
Grundformen suchen, in denen eine Handlung sowohl wirtschaftlich als ethisch ist.
Wirtschaft und Moral sind getrennte Gebiete, aber haben Berührungspunkte, bei
denen es zu vermeiden gilt, daß die Ökonomie der Ethik geopfert werde oder umgekehrt.

Labriola gibt dann einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Mo[ral] von der primitiven Ethik der Gentilverbände, in der noch kein Widerstreit zwisch[en] Individuum und Gesellschaft bestand, durch die individualistischen Anschauung[en] des religiösen oder philosophischen Mystizismus und des Utilitarismus bis zu d[en] heutigen Ansätzen zu einer neuen sozialen Moral.

Wir können unsere Ethik nicht auf den Begriff der Gerechtigkeit (giustiz[ia]) gründen, weil es zunächst schwer wäre, sich über den Wert des Begriffs zu einig[en]. Fassen wir als gerecht das auf, dessen Übertretung gesetzlich geahndet wird, [so] fallen die meisten Konflikte zwischen Moral und Wirtschaft außerhalb der so u[m]grenzten „Gerechtigkeit". Darf ich aus der Unwissenheit Vorteil ziehen und zu[m] Beispiel Aktien einer Gesellschaft verkaufen, deren Unsicherheit mir bekannt i[st]? Darf ich aus dem Elend Vorteil ziehen, um mir billige Arbeitskräfte zu schaffe[n]? Sidgwick, der diese Fragen behandelt hat, kommt nicht zu festen Leitsätzen. Labrio[la] meint, man müsse Gerechtigkeit, gleich Anerkennung der Gleichheit aller Person[en] und ihrer Rechte, trennen von dem Wohlwollen, das ein Verhalten bezeichnet, [in] dem man Leid und Freude des Nächsten wie eigenes Leid und eigene Freu[de] empfindet. Die Familie ist der natürliche Boden des Wohlwollens und somit d[er] Moral, wie die Wirtschaft der natürliche Boden des Rechtes ist. In der Theor[ie] sind individueller Vorteil (ökonomischer Faktor) und Wohlwollen (moralischer Fakto[r]) getrennt. Das Leben vereinigt sie, und zwar gewinnt das Wohlwollen als moralische[s] Postulat um so mehr an Bedeutung, je mehr der Mensch, der sein Objekt ist, i[n] der Geltendmachung seines individuellen Vorteils beschränkt ist. Daher zeigen w[ir] dem Kinde und dem Armen das höchste Maß von Wohlwollen. Hier finden w[ir] die Entstehungsgesetze unserer wirtschaftlichen Pflichten: sie erreichen ihren Höh[e]punkt gegenüber den wirtschaftlich am meisten wehrlosen Schichten (Verwerflichke[it] der künstlichen Verteuerung der Volksnahrungsmittel), ohne aber jemals ganz au[f]zuhören. Ebenso muß der individuelle Vorteil Halt machen vor dem, was di[e] Moral als unerlaubt ansieht: eine Spekulation auf die unwürdigen Seiten de[r] menschlichen Natur ist an sich unmoralisch, auch abgesehen von den Erwägunge[n] des Wohlwollens.

Die Ethik gipfelt in der Betrachtung des Menschen als Selbstzweck. Es schein[t] daher ein unheilbarer Gegensatz zwischen ihr und der Wirtschaft zu bestehen, di[e] den Menschen als Mittel ansieht. Dieser Gegensatz ist nicht notwendig. Wo ein[e] Gegenseitigkeit der Leistungen stattfindet, ist der Mensch nicht Mittel seines Mit[]menschen; ohne diese Gegenseitigkeit ist das ethische Prinzip verletzt. In diesen Sinne unterscheiden wir zwei Grundtypen: Gesellschaften, die die Wahl freistellen ob das Individuum einen Dienst leisten will oder nicht, und Gesellschaften ohn[e] Wahl. Der erste Typus, der seit der französischen Revolution die Oberhand hat ist auch wirtschaftlich der überlegene. Was die höchste Gewähr der Sittlichkeit ist die Freiheit des Individuums, ist auch die beste Bedingung für die Vermehrung des Reichtums.

Das Moralgesetz entspringt einem Naturinstinkt, wie die Zusammenschließung der Menschen in soziale Gruppen die Grundlage der Moral ist. Ursprünglich wa[r] die Moral nur für beschränkte Gruppen verbindlich; allmählich dehnt sie sich au[f] die Menschheit aus. Wir müssen die automatische wirtschaftliche Tendenz nach größerer Freiheit des Individuums unterstützen. Die Wahl des Individuums wird freier und auf weitere Schichten ausgedehnt durch sozialen Schutz (Arbeiterschutz, Versicherung, Unterricht usw.) In dieser Tendenz fallen wirtschaftliche und sittliche Forderungen zusammen.

Oda Lerda, Rom.

An unsere Leser. Die Fülle des Stoffes, der in unserer Parteitagsnummer Aufnahme suchte, zwingt uns, einen Artikel zu Tolstois 80. Geburtstag (10. September) für das nächste Heft zurückzustellen.

Die Redaktion.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 51 Ausgegeben am 18. September 1908 26. Jahrgang

Eine Friedenskundgebung.

✓ Berlin, 12. September 1908.

Der nächste Sonntag wird in der deutschen Hauptstadt eine Kundgebung von internationaler Bedeutung sehen: die englische Arbeiterklasse sendet ihre berufenen Vertreter nach Berlin, um die deutschen Arbeiter zu begrüßen und mit ihnen gemeinsam für die friedliche Gesinnung der Volksmassen in den beiden großen Kulturvölkern, gegenüber den interessierten Kriegshetzereien der herrschenden Klassen, lautes Zeugnis abzulegen. Diese Tatsache bedeutet für den Weltfrieden ungleich mehr als sämtliche Friedensreden, die sämtliche Fürsten und Staatsmänner der Welt je gehalten haben oder halten werden.

Es versteht sich, daß die bürgerliche Presse bemüht ist, die Kundgebung des nächsten Sonntags von vornherein herabzudrücken, sie als einen gleichgültigen Sport darzustellen, etwa wie es die gegenseitigen Besuche bürgerlicher Journalisten in London und in Berlin gewesen sind. Die bürgerliche Presse wäre nicht sie selbst, wenn sie anders handelte, und die beabsichtigte Kundgebung des englischen und deutschen Proletariats wäre nicht das, was sie sein soll und glücklicherweise auch sein wird, wenn sie in der bürgerlichen Presse freudig begrüßt würde. Dieser Presse und den herrschenden Klassen, deren Interessen sie vertritt, ist es ein Dorn im Auge, daß die beiden mächtigsten Arbeiterheere der Welt verkünden: Wir wollen den Frieden aus unserem souveränen Rechte der Selbstbestimmung, und um ihre Angst zu bannen, singen sie das lärmende Lied von der angeblichen Bedeutungslosigkeit der zivilisatorischen Kundgebung, deren Schauplatz am nächsten Sonntag die Metropole des Militarismus sein wird.

Kein einsichtiger Proletarier, weder diesseits noch auch jenseits des Kanals, ist so töricht, sich einzubilden, daß der Militarismus vor einer friedlichen Arbeiterkundgebung kapitulieren wird, und sei sie noch so imposant. Wäre das möglich, so wäre er längst zusammengepurzelt wie ein Kartenhaus. Auf der anderen Seite weiß aber jeder noch so hartgesottene Reaktionär, daß sich kein

großer Krieg — und heutzutage weniger denn je — führen läßt gegen den ausdrücklichen Willen der großen Volksmasse. Freilich sucht jeder Reaktionär dies holde Geheimnis in seines Busens tiefsten Tiefen zu verbergen, aber dort ist es nur um so lebendiger, und explodiert dann auch manches Mal in der Verwirrung des bösen Gewissens nach außen; namentlich die Geschichte des preußischen Militarismus ist reich an solchen Zeugnissen, die um so beweiskräftiger sind, je mehr sie sozusagen wider Willen und Wissen der Zeugen abgegeben werden.

Was sich dem preußischen Militarismus als idealer Zustand darstellt, hat der alte Fritz in dem bekannten Worte zusammengefaßt: „Die Nation soll es gar nicht merken, wenn das Heer sich schlägt." Damit meinte der biedere Landesvater natürlich nicht, daß die Nation von den Lasten des Krieges verschont bleiben sollte; im Gegenteil sollte sie diese Lasten bis zur gänzlichen Erschöpfung tragen, und er selbst hat ja durch seine Raubkriege die „preußische Nation" ausgemergelt bis auf den letzten Tropfen ihres Blutes und das letzte Mark ihrer Knochen. Der Sinn seines geflügelten Wortes war vielmehr, daß die Nation, das heißt die bürgerliche Bevölkerung, keinen aktiven Anteil irgend einer Art an dem Kriege nehmen sollte, selbst dann nicht, wenn sie sich für ihren „Heldenkönig" opfern oder ihre Dächer vor dem roten Hahn oder ihre Töchter vor gewaltsamer Schändung sichern wollte. Wo immer französische oder österreichische oder russische Truppen ins Land brachen, verbot der König der Bevölkerung jeden gewaltsamen Widerstand, und wenn sie ihn dennoch einmal wagte und dabei schlecht fuhr, so ließ er ihr mit hämischer Schadenfreude sagen, ihr sei ganz recht geschehen, und er würde im gleichen Falle ebenso gehandelt haben wie die Feinde.

Dieser fürtreffliche Selbstherrscher konnte sich noch den Luxus gestatten, sein böses Gewissen in naiver Form kundzutun; er wußte sehr gut, was seine Nachfahren heute ebenso gut wissen, daß wenn die große Volksmasse den Krieg führen soll, sich auf die Dauer ihr Anspruch nicht unterdrücken läßt, über den Krieg zu bestimmen. Deshalb hat sich der preußische Militarismus auch mit Händen und Füßen gegen die allgemeine Wehrpflicht gesträubt und sie erst verschluckt, als ihm das Wasser bis an die Kehle gestiegen war. Denn sein famoses Rezept, daß die Nation es gar nicht merken solle, wenn das Heer sich schlage, hatte bei Jena dahin geführt, daß die Nation aufjubelte, als das Heer die fürchterlichsten Prügel bekam und die Fremdherrschaft nicht anders abgeschüttelt werden konnte als durch die Nation.

Dennoch war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine äußerst langwierige Zangengeburt, und wenn man die Verhandlungen darüber, wie sie gerade jetzt vor hundert Jahren gepflogen wurden, einigermaßen kennt, so wird man bei den Vorkämpfern des preußischen Militarismus immer wieder den Einwand hören, sobald die allgemeine Wehrpflicht eingeführt sei, lasse sich kein Krieg mehr gegen den Willen der Nation führen. Und dieser Einwand schlug immer wieder durch, bis die bitterste Not dennoch zwang, in den sauren Apfel zu beißen. Nach dem Siege begannen dann sofort die Versuche, wenigstens die Landwehr aus der Welt zu schaffen, unter der Begründung,

daß sich, solange sie den Schwerpunkt des Heerwesens bilde, nur Defensiv-, aber keine Offensivkriege führen ließen, und in der preußischen Militärreorganisation vorigen Jahrhunderts haben diese Versuche ja auch ihr Ziel erreicht. So hat sich der preußische Militarismus der allgemeinen Wehrpflicht anzupassen gewußt, aber die Probe darauf, wider den Willen der breiten Volksmassen, also in erster Reihe der Arbeiterklasse, einen großen Krieg zu führen, hat er noch nicht gemacht, und wenn er sie je versuchen sollte, was wir einstweilen nicht befürchten wollen, so könnte er dabei Erfahrungen machen, die ihn schwerlich befriedigen würden.

Man wendet vielleicht ein, daß der Deutsch-Französische Krieg geführt worden sei, obgleich sowohl die deutsche wie die französische Arbeiterpartei scharf dagegen protestiert habe, sobald sich die Kriegswolken zu sammeln begannen. Allein weder die deutsche noch die französische Arbeiterpartei konnte damals entfernt mit der großen Volksmasse ihrer Nationen identifiziert werden, und die deutsche Arbeiterpartei war zudem auch nur einig in dem Protest gegen den Eroberungskrieg; bis zur Schlacht von Sedan sah ein Teil von ihr, und selbst der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation, in dem Kriege auf deutscher Seite einen berechtigten Verteidigungskrieg. Wir wissen heute, daß, soweit ein einzelner den Krieg hervorgerufen hat, nicht Bonaparte, sondern Bismarck der Schuldige gewesen ist, aber selbst wenn die Intrigen, durch die Bismarck den Krieg angezettelt hat, damals so bekannt gewesen wären, wie sie heute sind, so würde das schwerlich viel an der Tatsache geändert haben, daß Bismarck den Krieg mit der Zustimmung der großen Volksmasse führen konnte, speziell auch der Arbeiterklasse, soweit sie noch nicht in der verhältnismäßig kleinen Arbeiterpartei organisiert war. Die nationale Einheit Deutschlands war eine historische Notwendigkeit gerade auch im Interesse des Proletariats, und nachdem sich die deutsche Bourgeoisie wieder und wieder unfähig gezeigt hatte, sie zu schaffen, obgleich sie für diesen Zweck über Blut und Knochen der Arbeiterklasse verfügen konnte, so beschied sich die große Volksmasse mit dem dürftigen Surrogat, das Bismarck ihr bot. Gleichwohl ob sie recht daran tat oder nicht, so ist an der Tatsache, daß Bismarck auch noch nach Sedan bei dem Kriege gegen Frankreich die überwältigende Mehrheit der Nation hinter sich gehabt hat, nicht zu zweifeln.

Auf der französischen Seite aber zeigte dieser Krieg, wie gut der alte Fritz das Geheimnis des Militarismus kannte, indem er meinte, die Nation dürfe nicht merken, wenn das Heer sich schlüge. Die französische Arbeiterpartei war nicht stark genug gewesen, um die herrschenden Klassen vom Kriege abzuhalten, jedoch als die Sache schief zu gehen begann, waren die herrschenden Klassen nicht stark genug, um auf die Hilfe der Arbeiterklasse zu verzichten. Mit ihrem gemütlichen Anspruch aber, daß der Mohr sich trollen solle, nachdem er seine Arbeit getan habe, kamen sie an den Unrechten; die französischen Arbeiter besaßen im März 1871 nicht die Schafsgeduld, die die Berliner Bürgerwehr im November 1848 bewiesen hatte, indem sie sich ohne jeden Widerstand die Waffen abnehmen ließ, die ihr in der Stunde der Not gegeben worden waren. Es folgte die Pariser Kommune, der in erster Reihe

das Verdienst gebührt, den europäischen Frieden nahezu vierzig Jahre hindurch gesichert zu haben, eine längere Zeit hindurch, als ihn jemals früher die Weisheit der europäischen Staatsmänner zu sichern vermocht hatte.

Allerdings hat der Kaiser vor vierzehn Tagen in seiner Straßburger Rede in erster Reihe eben der Weisheit der europäischen Staatsmänner die Erhaltung des Friedens zugeschrieben. Wir achten diese Ansicht als die aufrichtige Überzeugung des Kaisers, aber sie zu teilen vermögen wir nicht, und wir glauben auch nicht, daß sie von den deutschen Arbeitern geteilt wird. Vielmehr sind wir der Ansicht, daß wir, wenn der europäische Frieden in erster Reihe von der europäischen Diplomatie abhinge, seit 1871 schon mehr als einen großen Krieg gehabt haben würden. Namentlich die deutsche Diplomatie, über deren Unfähigkeit ja selbst in bürgerlichen Kreisen bitter geklagt wird, bietet unseres Erachtens nicht die geringste Bürgschaft einer Friedenspolitik, die sich durch große Kulturinteressen bestimmen läßt. Was wir ihr aber zutrauen und besonders auch dem Reichskanzler Bülow, das ist — um uns eines derb-volkstümlichen Ausdrucks zu bedienen — eine Friedenspolitik, wenn der Knüppel beim Hunde liegt, und wir glauben, zur Ehre des Fürsten Bülow, daß er die geplante Friedenskundgebung der englischen und der deutschen Arbeiter mit ganz anderen Augen ansieht als mit der mühsam erkünstelten Nichtachtung seiner Soldschreiber.

Indessen das ist schließlich seine Sache, und wenn er es nicht tun sollte, um so schlimmer für ihn! Dann wird die für den nächsten Sonntag geplante Kundgebung eben nach der anderen Seite ihre Konsequenzen ziehen, und die Arbeiterklasse wird dann noch schneller an ihr Ziel gelangen, wenn auch just nicht auf gebahnteren Wegen. In keinem Falle und in keinem europäischen Lande wird sie mehr Futter für das Pulver des Militarismus oder des Marinismus sein, und je nachdrücklicher die kommende Friedenskundgebung diese Tatsache besiegelt, um so größer und um so verdienstvoller wird ihr Werk wirken, zu dem wir sie aus freudigem Herzen beglückwünschen.

Leo Tolstoi.

Von **N. Trotzky.**

I.

Tolstoi hat das achtzigste Lebensjahr erreicht und steht jetzt vor uns gleich einem alten, moosbedeckten Felsstück aus einer anderen geschichtlichen Welt. ... Es ist etwas Sonderbares darum: nicht nur ein Karl Marx, sondern — um einen Namen aus einem Tolstoi näheren Gebiet zu nennen — auch ein Heinrich Heine scheinen noch heute unter uns zu weilen. Von unserem großen Zeitgenossen aus Jasnaja Poljana aber trennt uns schon jetzt der unüberbrückbare Strom der alles scheidenden Zeit. Tolstoi war dreiunddreißig Jahre alt, als die Leibeigenschaft in Rußland fiel. Er war aufgewachsen und hatte sich gebildet als Sproß der „zehn durch die Arbeit nicht mürbe gemachten Generationen", in der Atmosphäre des alten russischen Landadels mit seinem ganzen Grandseigneurgepräge, inmitten der angestammten Felder, in dem ge-

räumigen Herrenhaus, im friedlichen Schatten der adeligen Lindenalleen. Die Traditionen des Landadels, seine Romantik, seine Poesie, den ganzen Stil seines Lebens hatte Tolstoi für immer unauslöschlich in sich aufgesogen, daß sie zum organischen Bestandteil seines Geistes wurden. Er war seit den ersten Jahren seines Bewußtseins und ist auch noch heute Aristokrat im letzten tiefsten Urquell seines Schaffens — trotz allen späteren Wandlungen seines Geistes.

In dem Stammschloß der Fürsten Wolkonsky, das auf das Geschlecht der Tolstois überging, bewohnt der Dichter von „Krieg und Frieden“ ein schlicht ausgestattetes Zimmer, wo an der Wand eine Säge hängt und in der Ecke eine Sense und eine Zimmermannsaxt lehnen. Aber in dem oberen Stockwerk desselben Hauses blicken von den Wänden gleich erstarrten Wächtern seiner Traditionen die stolzen Ahnenbilder einer Reihe von Generationen. Das ist ein Symbol! In der Seele des Hausherrn finden wir beide Etagen — nur in umgekehrter Ordnung: während in den oberen Regionen des Bewußtseins die Philosophie des Schlichtwerdens und des Aufgehens im Volke sich ein Nest gebaut hat, grüßt uns von unten, von dort, wo die Gefühle, die Leidenschaften und der Wille wurzeln, eine lange Galerie adeliger Ahnherren.

Im Zorne der Reue sagte sich Tolstoi von der lügnerischen und eitlen Kunst los, die mit den künstlich großgezogenen Sympathien der herrschenden Klassen Götzendienst treibt und deren Kastenvorurteile durch die Lüge der falschen Schönheit kultiviert. Was aber sehen wir später? In seinem letzten großen Werke, der „Auferstehung“, macht er zum Mittelpunkt seiner künstlerischen Aufmerksamkeit gerade den an Geld und Ahnen reichen russischen Gutsbesitzer und umgibt ihn so sorgsam mit dem goldenen Spinngewebe der aristokratischen Verbindungen, Gewohnheiten und Erinnerungen, als ob es außerhalb dieser „eitlen“ und „lügnerischen“ Welt auf dem Erdenrund nichts Bedeutendes und Schönes gäbe. . . .

Von dem Gutshof führt ein gerader und kurzer Steg zu dem Bauernhaus. Tolstoi der Dichter hat oft und mit Liebe diesen Weg zurückgelegt, noch bevor Tolstoi der Moralist aus ihm den Rettungsweg machte. Der Bauer gilt ihm auch nach der Abschaffung der Leibeigenschaft als sein „eigen“ — als ein untrennbarer Teil seiner äußeren Umgebung und seines inneren Wesens. Hinter seiner unzweifelhaften „physischen Liebe zu dem wahren Arbeitervolk“ guckt ebenso unzweifelhaft sein aristokratischer Kollektivahne hervor — nur durch einen Künstlergenius verklärt.

Gutsbesitzer und Bauer — das sind schließlich die einzigen Personen, die Tolstoi in das Allerheiligste seines Schaffens aufnahm. Aber niemals — weder vor noch nach seiner Krise — befreite er sich oder strebte er sich zu befreien von der echt herrenmäßigen Verachtung für alle jene Figuren, die zwischen dem Gutsbesitzer und dem Bauern stehen oder ihren Platz außerhalb dieser geheiligten Pole der alten Ordnung innehaben, als da sind der deutsche Gutsverwalter, der Kaufmann, der französische Erzieher, der Arzt, der „Intelligenzler“ und endlich der Fabrikarbeiter mit Uhr und Kette. Er empfindet niemals das Bedürfnis, diese Typen zu erfassen, ihnen tiefer in die Seele zu schauen, sie nach ihrem Glauben zu befragen, und an seinem Künstlerauge ziehen sie als unbedeutende und meistenteils komische Silhouetten vorüber. Dort, wo er uns zum Beispiel Revolutionäre der siebziger oder achtziger Jahre vorführt („Auferstehung“), variiert er einfach in dem neuen Milieu seine alten Adeligen- oder Bauerntypen oder gibt er uns rein äußerliche humoristisch

angehauchte Skizzen. Sein Nowodworoff kann mit ebensowenig Berechtigung auf den Typus eines russischen Revolutionärs Anspruch machen, als Lessings Riccaut de la Marlinière auf den eines französischen Offiziers.

Zu Beginn der sechziger Jahre, als Rußland von der Flut der neuen Ideen und, was noch wesentlicher ist, der neuen sozialen Verhältnisse überschwemmt wurde, hatte Tolstoi, wie erwähnt, ein Dritteljahrhundert hinter sich: in psychologischem Sinne war er ein vollkommen abgeschlossener Mensch. Es ist wohl kaum notwendig, hervorzuheben, daß Tolstoi nicht zum Apologeten des Leibeigenschaftsrechtes wurde wie sein intimer Freund Fet (Schenschin), der Gutsbesitzer und feine Lyriker, in dessen Seele neben den zartesten Erlebnissen der Natur und der Liebe die Verehrung für die Hetzpeitsche Raum hatte. Aber Tolstoi faßte einen tiefen Groll gegen die neuen Verhältnisse, die die alten abzulösen im Begriff waren. „Ich persönlich sehe keine Milderung der Sitten", schrieb er 1861, „und halte es nicht für nötig, aufs Wort zu glauben. Ich kann zum Beispiel nicht finden, daß das Verhältnis des Fabrikanten zu dem Arbeiter menschlicher geworden ist als das des Gutsbesitzers zu den Leibeigenen."

Der Wirrwarr und die Regellosigkeit überall und in allem, der Niedergang des alten Adels, der Zerfall des Bauerntums, das allgemeine Chaos, der Schutt und der Staub der Zerstörung, der Trubel und das Getöse des Stadtlebens, das Wirtshaus und die Zigarette auf dem Dorfe, der Gassenhauer des Fabrikarbeiters anstatt des erhabenen Volkslieds — das alles widerte ihn als Aristokraten und Künstler an. Er kehrte sich psychologisch von diesem gewaltigen Prozeß ab und versagte ihm ein für allemal jede künstlerische Anerkennung. Er brauchte nicht der Sklaverei der Leibeigenschaft das Wort zu reden, um mit ganzer Seele bei jenen Verbindungen zu bleiben, in denen er weise Einfachheit sah und in denen er künstlerische Formvollkommenheit zu entdecken wußte. Dort reproduziert sich das Leben von Geschlecht zu Geschlecht, von Jahrhundert zu Jahrhundert in völliger Unwandelbarkeit. Dort herrscht allmächtig die heilige Notwendigkeit. Jeder Schritt hängt ab von der Sonne, dem Regen, dem Winde, dem Wachsen des Grases. Dort ist nichts von der eigenen Vernunft oder dem rebellischen persönlichen Wollen zu finden. Also existiert dort auch keine persönliche Verantwortlichkeit. Alles ist im voraus geregelt, gerechtfertigt und geheiligt. Für nichts verantwortlich, jeder eigenen Erfindung bar, lebt der Mensch nur gehorchend — sagt der hervorragende Dichter der „Macht der Erde", Gleb Uspensky —, und dieses unausgesetzte Gehorchen, in unausgesetztes Abmühen verwandelt, bildet eben das Leben, das scheinbar zu keinem Resultat führt, aber in sich selbst schon das Resultat einschließt. . . . Und o Wunder! Diese sklavische Abhängigkeit, ohne Reflexion und ohne Wahl, ohne Fehltritte und ohne Reuequalen, ist es, die die große sittliche „Leichtigkeit" des Daseins unter der harten Vormundschaft der „Roggenähre" schafft. Mikula Seljaninowitsch, der bäuerliche Held des alten Volksepos, sagt von sich: „Mich liebt die Mutter Erde."

Das ist der religiöse Mythus des russischen Narodnitschestwo, des „Volkstümlers", der jahrzehntelang die Seele der russischen Intelligenz beherrschte. Vollkommen unnahbar für deren radikalen Tendenzen, blieb Tolstoi stets er selbst, und in dem Narodnitschestwo bildete er dessen aristokratisch-konservativen Flügel.

Um das russische Leben künstlerisch so wiederzugeben, wie er es kannte, verstand und liebte, mußte Tolstoi sich in die Vergangenheit zurückziehen, ganz

in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. „Krieg und Frieden“ (1867 bis 1869) ist sein höchstes und unübertroffenes Werk.

Die unpersönliche Massenhaftigkeit des Lebens und seine heilige Verantwortungslosigkeit verkörperte Tolstoi in seinem Karatajew, dem für den europäischen Leser am wenigsten verständlichen, jedenfalls ihn am fremdartigsten anmutenden Typus. „Das Leben Karatajews, wie er es selbst sah, hatte keinen Sinn als einzelnes Leben. Es hatte Sinn nur als Teil eines Ganzen, welches er stets empfand. Zuneigungen, Freundschaften, Liebe, wie Pierre sie verstand, kannte Karatajew nicht, aber er liebte und lebte in Liebe zu allem, was er im Leben traf, insbesondere aber zu dem Menschen. . . . Pierre (Graf Besuchoj) fühlte, daß Karatajew, trotz seiner freundschaftlichen Zärtlichkeit für ihn, keine Minute lang betrübt würde, wenn er sich von ihm trennen müßte.“ Das ist das Stadium, wo der Geist, um mit Hegel zu sprechen, die Innerlichkeit noch nicht erlangt hat und wo er sich daher nur als natürliche Geistigkeit zeigt. Ungeachtet der Episodenhaftigkeit seines Auftretens bildet Karatajew die philosophische, wenn nicht künstlerische Achse des ganzen Romans. Kutusow, aus dem Tolstoi einen Nationalhelden macht, das ist derselbe Karatajew — nur in der Stellung eines Oberkommandierenden. Im Gegensatz zu Napoleon besitzt er weder eigene Pläne noch eigenen Ehrgeiz. In seiner halbbewußten und daher rettenden Taktik läßt er sich nicht von der Vernunft leiten, sondern von dem, was über der Vernunft steht: dem ahnenden Instinkt der physischen Bedingungen und den Eingebungen des Volksgeistes. Der Zar Alexander in seinen besten Minuten ebenso wie der letzte seiner Soldaten — alle stehen in gleicher Weise unter demselben Banne der Erde. In dieser sittlichen Einheit liegt das Pathos des Werkes.

Wie armselig ist doch im Grunde dieses alte Rußland mit seinem von der Geschichte so stiefmütterlich behandelten Adel — ohne stolze Standesvergangenheit, ohne Kreuzzüge, ohne Ritterminne und Ritterturniere, selbst ohne romantische Raubzüge auf der großen Straße! Wie arm an innerer Schönheit, wie schonungslos degradiert ist doch das herdenartige, halbtierische Dasein seiner Bauernmassen!

Aber welches Wunder der Umgestaltung schafft der Genius! Aus dem rohen Material dieses grauen und farblosen Lebens zieht er seine verborgene Schönheit ans Tageslicht. Mit homerischer Ruhe, mit homerischer Liebe zu den Kindern seines Geistes beschenkt er alle und alles mit seiner Aufmerksamkeit: den Oberkommandierenden, das Hofgesinde des Gutsbesitzers, das Pferd des Kavalleristen, das halbwüchsige Grafentöchterchen, den Muschik, den Zaren, die Laus im Hemde des Soldaten, den alten Freimaurer — er gibt keinem den Vorzug, läßt keinen zu kurz kommen. Schritt um Schritt, Zug um Zug malt er ein unendliches Panorama, in dem alle Teile durch ein unzerreißbares inneres Band aneinander geschmiedet sind. Tolstoi schafft, ohne sich zu überhasten, wie das Leben sich nicht überhastet, das er vor uns aufrollt: siebenmal schreibt er sein kolossales Werk um! Das Erstaunlichste an diesem titanischen Schaffen ist vielleicht der Umstand, daß der Künstler weder sich selbst noch dem Leser die Freiheit gestattet, seine Sympathien an einzelne Personen zu hängen. Niemals zeigt er uns seine Helden, wie das der ihm mißliebige Turgenjew tut, bei bengalischer Beleuchtung oder im Blitzlicht des Magnesiums, niemals sucht er für sie günstige Posen, er verbirgt nichts und verschweigt nichts. Den unruhigen Wahrheitsucher Pierre zeigt er uns am

Schlusse als stillvergnügten Familienvater; die in ihrer halbkindlichen Feinfühligkeit rührende Natascha Rostow verwandelt er mit göttlicher Mitleidslosigkeit in ein beschränktes Weibchen mit schmutzigen Kinderwindeln in den Händen. Zu gleicher Zeit aber wächst aus dieser gleichsam leidenschaftslosen Aufmerksamkeit für die einzelnen Teile die mächtige Apotheose des Ganzen heraus, in der alles durch die innere Notwendigkeit und Harmonie vergeistigt ist. Es wäre vielleicht richtig, von diesem Schaffen zu sagen, daß es von ästhetischem Pantheismus durchdrungen ist, für den es nichts Schönes, nichts Abstoßendes, nichts Großes, nichts Kleines gibt, weil für ihn groß und schön nur das Leben im ganzen ist, im ewigen Wechsel seiner Erscheinungen. Das ist die echte landwirtschaftliche Ästhetik, unerbittlich konservativ ihrer Natur nach, die die Epopöe Tolstois dem Pentateuch und der Ilias verwandt macht.

Zwei spätere Versuche Tolstois, für die ihm liebsten psychologischen Gestalten im Rahmen der historischen Vergangenheit Platz zu finden, und zwar in der Epoche Peters I. und der der Dekabristen, scheiterten an der Feindseligkeit des Dichters gegen die fremdländischen Einflüsse, die diesen beiden Epochen ein so grelles Gepräge verleihen. Aber auch dort, wo Tolstoi unseren Zeitläufen näher kommt, wie in „Anna Karenina" (1873), bleibt er dem in der Gesellschaft eingetretenen Wirrwarr innerlich fremd, und unbeugsam-hartnäckig in seinem Künstlerkonservativismus verringert er die Weite seines Flügelschwungs und sondert aus der Masse des russischen Lebens nur die unversehrt gebliebenen Adelsoasen heraus, mit dem alten Stammschloß, den Ahnenbildern und den üppigen Lindenalleen, in deren Schatten sich von Geschlecht zu Geschlecht der Kreislauf der Geburt, des Lebens und des Todes vollzieht.

Das seelische Leben seiner Helden schildert Tolstoi ebenso wie die Lebensweise in ihrer Heimat: ruhig, ohne Hast, ohne Überstürzung des inneren Ganges der Gefühle, der Gedanken und des Dialogs. Er eilt nirgends und kommt niemals zu spät. In seinen Händen laufen die Fäden vieler Schicksale zusammen, keinen einzigen verliert er aus dem Auge. Gleich einem unermüdlich wachsamen Hausherrn führt er im Kopfe lückenlose Rechnung über alle Teile seines gewaltigen Besitzstandes. Es scheint, als beobachte er nur, und die Natur selbst verrichte die Arbeit. Er wirft den Samen in den Ackerboden und wartet, wie ein weiser Landwirt, bis im natürlichen Prozeß Halm und Ähre in die Höhe sprießen. Man wäre versucht zu sagen, er sei ein genialer Karatajew mit seiner stummen Resignation vor den Gesetzen der Natur. Er wird nie die Hand an die Knospe legen, um gewaltsam ihre Blättchen zu entfalten: er wartet, bis sie sich unter der Wirkung der Sonnenwärme von selbst entfaltet. Fremd und tief verhaßt ist ihm jene Ästhetik der großstädtischen Kultur, die in selbstverzehrender Gier die Natur vergewaltigt und martert, indem sie von ihr nur Extrakte und Essenzen fordert und mit krampfhaft zuckenden Fingern auf der Palette Farben sucht, die das Sonnenspektrum nicht enthält.

Die Sprache Tolstois ist ebenso wie sein ganzer Genius: ruhig, gemächlich, wirtschaftlich-sparsam jedoch nicht asketisch; muskulös, teilweise schwerfällig, rauh, — immer einfach und in ihren Resultaten unvergleichlich! Sie sticht in gleicher Weise wie von dem lyrischen, kokett angehauchten, glänzenden und seiner Schönheit bewußten Stil Turgenjews, so auch von dem schneidenden, sich überstürzenden und holprigen Stil Dostojewskys ab.

In einem seiner Romane stellt der Städter Dostojewsky, dieses Genie mit unheilbar verwundetem Herzen, der wollüstige Dichter der Grausamkeit und

es Mitleids, in tiefsinniger und treffender Weise sich selbst als den Künstler er neuen „zufälligen russischen Familien" dem Grafen Tolstoi gegenüber, dem Sänger der abgeschlossenen Formen der adeligen Vergangenheit. „Wenn ich ussischer Romanschriftsteller wäre und Talent hätte," sagt er in der Gestalt ines anderen, „so würde ich meine Helden gewiß unter dem russischen Geschlechtsadel wählen, denn nur in jener Sphäre gebildeter Russen ist wenigstens er äußere Schein schöner Zucht und Ordnung, edler Motive noch zu finden. . . Ich meine das in allem Ernste, wiewohl ich selbst, wie Sie ja wissen, kein Edelmann bin. . . . Glauben Sie mir, es ist darin wirklich alles enthalten, was vir bisher Schönes aufzuweisen haben, wenigstens alles einigermaßen Fertige, Vollendete. Ich sage das nicht, weil ich unbedingt von der Vollkommenheit ind Berechtigung jener Schönheit überzeugt wäre; aber sie gab uns doch schon um Beispiel feste Formen der Ehre und der Pflicht, welche außer unter dem Adel nirgends in ganz Rußland, nicht einmal in den ersten Anfängen, geschweige denn in vollendeter Gestalt, anzutreffen sind. . . . Der Weg, den er von uns vorausgesetzte Romanschreiber einzuschlagen hätte," fährt Dostoewsky fort, unzweifelhaft von Tolstoi sprechend, ohne ihn dabei zu nennen, „wäre ein ganz bestimmter: er könnte nur das historische Genre wählen, enn schöne edle Gestalten gibt es in unserer Zeit nicht mehr, und der von rüher noch verbliebene Rest hat, der jetzigen Meinung zufolge, die wahre Schönheit schon eingebüßt."

Zugleich mit den „schönen Gestalten" schwand nicht nur das unmittelbare Objekt des künstlerischen Schaffens, sondern kamen auch die Grundpfeiler des ittlichen Fatalismus Tolstois und seines ästhetischen Pantheismus ins Wanken: as heilige Karatajewtum der tolstoischen Seele ging zugrunde. Alles, was rüher selbstverständlicher Teil eines unbezweifelten Ganzen gewesen war, erwandelte sich in ein Bruchstück und daher in eine Frage. Vernunft wird Unsinn. Und — wie immer — eben in dem Moment, wo das Leben seinen alten Sinn verlor, fragte sich Tolstoi nach dem Sinne des Lebens *überhaupt*. Es beginnt (in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre) die große seelische Krise nicht im Leben des Jünglings, sondern im Leben des Mannes von 50 Jahren! Tolstoi kehrt zu Gott zurück, nimmt die Lehre Christi an, verwirft die Teilung er Arbeit, der Kultur, den Staat und wird der Prediger der landwirtschaftlichen Arbeit, der Einfachheit und des Verzichts auf Abwehr des Bösen durch Gewalt.

Je tiefer der innere Bruch war — der fünfzigjährige Künstler trug sich nach dem eigenen Geständnis lange Zeit mit dem Gedanken an Selbstmord! —, um so erstaunlicher muß es scheinen, daß Tolstoi schließlich im Grunde gekommen zu seinem Ausgangspunkt zurückkehrte. Die *landwirtschaftliche Arbeit* — ist das nicht die Grundlage, auf der sich das Epos von „Krieg und Frieden" abrollt? Die Rückkehr zu Einfachheit, das Sichversenken in die Volksseele, wenigstens in geistigem Sinne — liegt darin nicht die ganze Stärke Kutusows? Die Verwerfung der *Abwehr des Bösen durch Gewalt* — durchdringt denn nicht die fatalistische Resignation den ganzen Karatajew? Ist dem aber so, worin besteht denn die *Krise* Tolstois? Darin, daß das Geheime, unter dem Boden Wurzelnde die Rinde sprengt und in die Sphäre des Bewußtseins übergeht: weil die natürliche Geistigkeit zugleich mit der „Natur", in der sie sich verkörperte, geschwunden ist, strebt der Geist, die Innerlichkeit zu erlangen. Jene automatische Harmonie, gegen die der Auto-

matismus des Lebens selbst sich auflehnte, muß von nun an durch die be wußte Kraft der Idee geschützt und erhalten werden. In dem konservative Kampfe um seine sittliche und ästhetische Selbsterhaltung ruft der Künstle den moralisierenden Philosophen zu Hilfe.

II.

Wer von diesen beiden Tolstois — der Dichter oder der Moralist — sic eine größere Popularität in Europa errang, wäre nicht leicht zu entscheiden Unzweifelhaft ist jedenfalls, daß hinter dem wohlwollend-herablassenden Lächel des bürgerlichen Publikums über die heilige Einfalt des Greises von Jasnaj Poljana sich das Gefühl einer eigenartigen sittlichen Befriedigung verbirgt ein berühmter Dichter, ein Millionär, einer „unserer Leute“, noch mehr: ei Aristokrat — trägt aus sittlichen Motiven eine Bluse und Bastschuhe un spaltet Holz! Man sieht darin gewissermaßen das Auf-sich-nehmen der Sünde einer ganzen Klasse, einer ganzen Kultur. Natürlich läßt sich's trotzdem de Spießbürger nicht nehmen, auf Tolstoi von oben herabzusehen und sogar leicht Zweifel in seine volle Zurechnungsfähigkeit zu setzen. So hat zum Beispie der nicht unbekannte Max Nordau, einer jener Herren, die die Philosophi des alten ehrlichen Smiles mit einigem Zynismus gewürzt in die Hanswurst tracht eines Sonntagsfeuilletons kleiden, an der Hand seines Taschen-Lombros die Entdeckung gemacht, daß Leo Tolstoi alle Zeichen der Entartung an sic trage. Für diese Hausierer beginnt der Wahnsinn dort, wo der Profit aufhört Ob aber seine bürgerlichen Verehrer auf ihn argwöhnisch oder ironisch ode wohlwollend blicken, er bleibt so oder so für sie — ein psychologisches Rätsel Wenn man seine wenigen unbedeutenden Jünger und Propagandisten aus nimmt — einer von ihnen, Menschikow, spielt jetzt die Rolle eines russische Hammerstein! —, so muß konstatiert werden, daß Tolstoi der Moralist sei den letzten dreißig Jahren seines Lebens stets völlig einsam dastand. Wahr haft die tragische Lage eines Rufenden in der Wüste! ... Ganz unter dem Banne seiner landwirtschaftlich-konservativen Sympathien, verteidigt Tolsto unaufhörlich, unermüdlich und siegreich seine geistige Welt gegen die ihr vor überallher drohenden Gefahren. Ein für allemal zieht er eine tiefe Furch zwischen sich und allen Sorten des bürgerlichen Liberalismus — und schleuder in erster Linie den in unserer Zeit allgemeinen Aberglauben des Fortschritts weit beiseite. „Herrlich“, ruft er aus, „sind die elektrische Beleuchtung, das Telephon, die Ausstellungen, die Hallen mit ihren Konzerten und Vorstellungen, die Zigarren- und Streichholzbüchsen, die Hosenträger und die Motoren; in alle Ewigkeit verdammt aber seien nicht nur sie, sondern auch alle Eisenbahnen und alle Fabrikkattune und -tuche in der ganzen Welt, wenn es zu ihrer Er-zeugung nötig ist, daß neunundneunzig Hundertstel der Menschheit in Sklaverei leben und zu Tausenden in den Fabriken zugrunde gehen.“

Die Teilung der Arbeit bereichert uns und verschönt unser Leben? Aber sie verstümmelt ja die lebendige Seele des Menschen. Nieder mit der Teilung der Arbeit!

Die Kunst? Aber die wahre Kunst muß alle Menschen in der Gottesidee vereinigen und nicht trennen. Unsere Kunst dient dagegen nur wenigen Aus-erwählten. Sie scheidet die Menschen, und daher ist Lüge in ihr. Und Tolstoi verwirft mannhaft die „lügnerische“ Kunst — Shakespeare, Goethe, sich selbst, Wagner, Böcklin.

Er wirft von sich die Sorge um die Wirtschaft, um Bereicherung und kleidet sich in Bauerngewänder, womit er gleichsam die symbolische Handlung für seine Lossagung von der Kultur vollzieht. Was verbirgt sich aber hinter diesem Symbol? Was wird in ihm der „Lüge“, das heißt dem historischen Prozeß gegenübergestellt?

Die soziale Philosophie Tolstois könnten wir an der Hand seiner Werke — indem wir uns einige Gewalt antun — in Form folgender „Programmthesen“ darstellen:

1. „Nicht irgendwelche ehernen soziologischen Gesetze sind es, die die Sklaverei der Menschen herbeiführen, sondern die Rechtsbestimmungen.“

2. „Die Sklaverei unserer Zeit ist eine Folge der drei Rechtsbestimmungen, die den Boden, die Steuern und das Eigentum betreffen.“

3. „Nicht nur die russische, sondern jede Regierung bildet eine Institution zur straflosen Begehung der schrecklichsten Verbrechen mit Hilfe der Gewalt.“

4. „Die wahre soziale Besserung wird nur durch die religiös-sittliche Vervollkommnung der einzelnen Individuen erreicht.“

5. „Um sich der Regierungen zu entledigen, braucht man sie nicht durch äußere Mittel zu bekämpfen, sondern nur an ihnen nicht teilzunehmen und sie nicht zu unterstützen. Und zwar braucht man: a. die Pflichten eines Soldaten, eines Generals, eines Ministers, eines Dorfältesten, eines Deputierten nicht auf sich zu nehmen; b. der Regierung freiwillig keine Steuern, weder direkte noch indirekte, zu geben; c. die Regierungsinstitutionen nicht zu benutzen und die Gelder der Regierung in keiner Form in Anspruch zu nehmen; d. seinen Privatbesitz durch keinerlei Maßnahmen der staatlichen Gewalt zu schützen.“

Entfernen wir aus diesem Schema den allem Anschein nach ganz für sich allein stehenden Punkt 4 von der religiös-sittlichen Vervollkommnung, so erhalten wir ein ziemlich abgeschlossenes anarchistisches Programm: in erster Linie haben wir den rein mechanischen Begriff von der Gesellschaft als dem Produkt böser Rechtsbestimmungen; ferner die formale Verneinung des Staates und der Politik überhaupt, und endlich, als Methode des Kampfes, den Generalstreik und den allgemeinen Boykott, die Rebellion der gekreuzten Arme. Wenn wir aber die religiös-sittliche These ausschalten, so beseitigen wir damit eigentlich den einzigen Nerv, der dieses ganze rationalistische Gebäude mit seinem Schöpfer — der Seele Tolstois — verbindet. Für ihn — gemäß allen Bedingungen seiner Entwicklung und seiner Lage — besteht die Aufgabe nicht darin, an Stelle der kapitalistischen Ordnung die „kommunistische“ Anarchie aufzurichten, sondern darin, die Ordnung der ländlichen Dorfgemeinde vor den „äußeren“ zerstörenden Einflüssen zu „bewahren“. Wie in dem Narodnitschestwo, so auch in seinem „Anarchismus“ stellt Tolstoi das agrarkonservative Prinzip dar. Gleich der ursprünglichen Freimaurerei, die sich zum Ziele setzte, auf ideologischem Wege in der Gesellschaft die unter den Schlägen der ökonomischen Entwicklung in Trümmer gegangene kasten-zünftlerische Moral der gegenseitigen Hilfe wiederherzustellen und zu festigen, will Tolstoi durch die Macht der religiös-sittlichen Idee die primitive naturalwirtschaftliche Lebensweise wiederauferstehen lassen. Auf diesem Wege wird er zum konservativen Anarchisten, denn ihm ist es vor allem darum zu tun, daß der Staat die rettende Karatajewsche Gemeinde mit den Geißeln seines Militarismus und den Skorpionen seines Fiskus verschone. Der die Erde füllende Kampf zweier Welten: der bürgerlichen und der sozialistischen, von

deren Ausgang das Schicksal der Menschen abhängt, existiert für Tolstoi überhaupt nicht. Der Sozialismus blieb für ihn immer eine ihn wenig interessierende Unterart des Liberalismus. In seinen Augen erschienen Marx und Bastiat als Vertreter eines und desselben „lügnerischen Prinzips“: der kapitalistischen Kultur, des landlosen Arbeiters, des Staatszwanges. Wenn einmal die Menschheit überhaupt auf einen falschen Weg geraten sei, bleibe es fast gleichgültig, ob sie eine Strecke mehr oder weniger zurücklegen werde. Rettung könne nur die völlige Umkehr bringen!

Tolstoi kann nie genug Worte der Verachtung für die Wissenschaft finden, welche der Ansicht sei, daß, wenn wir noch sehr lange nach den Gesetzen des historischen, soziologischen und sonstigen Fortschritts sündhaft leben werden, unser Leben schließlich selbst sehr gut werden müsse. Das Böse, sagt Tolstoi, muß sofort ausgerottet werden, und dazu genügt es, zu begreifen, daß das Böse bös ist. Alle sittlichen Gefühle, die die Menschen historisch miteinander verbinden, und alle religiös-moralischen Fiktionen, die aus diesen Verbindungen entstanden sind, verwandeln sich bei Tolstoi in die allerabstraktesten Gebote der Liebe, der Askese und der Nichtvergeltung des Bösen, und da diese Gebote jedes historischen und folglich jedes Inhaltes überhaupt beraubt sind, scheinen sie ihm für alle Zeiten und alle Völker geeignet.

Tolstoi erkennt die Geschichte nicht an. Das ist die Grundlage seines ganzen Denkens. Darauf beruht die metaphysische Freiheit seiner Verneinung, wie auch die praktische Wirkungslosigkeit seiner Predigt. Jenes menschliche Leben, welches er akzeptiert — das ehemalige Leben der ackerbautreibenden Uralkosaken in den freien Uralsteppen —, verlief außerhalb jeder Geschichte; es reproduzierte sich ohne Formwandel, wie das Leben im Bienenstock oder im Ameisenhaufen. Das aber, was die Menschen Geschichte nennen, ist ihm das Produkt des Unsinns, der Irrtümer, der Grausamkeiten, die die wahre Seele der Menschheit entstellten. Furchtlos-konsequent wirft er zugleich mit der Geschichte auch deren Ergebnisse zum Fenster hinaus. Zeitungen sind ihm verhaßt als Dokumente der heutigen Zeit. Alle Wellen des Weltozeans will er mit seiner alten Brust zurückdämmen.

Die historische Blindheit Tolstois macht ihn kindlich hilflos im Reiche der sozialen Fragen. Seine Philosophie ist eine chinesische Malerei. Die Ideen der verschiedensten Epochen sind nicht perspektivisch angeordnet, sondern erscheinen alle in gleicher Entfernung vom Beschauer. Gegen den Krieg operiert er mit Argumenten der reinen Logik, und um ihnen größeren Nachdruck zu verleihen, zitert er Epiktet und Molinari, Laotse und Friedrich II., den Propheten Jesaja und den Feuilletonisten Hardouin, das Orakel der Pariser Boutiquiers. Die Schriftsteller, Philosophen und Propheten repräsentieren in seinen Augen nicht ihre Epochen, sondern die ewigen Kategorien der Moral. Konfutse schreitet bei ihm in einer Reihe mit Harnack, und Schopenhauer sieht sich in einer Gesellschaft nicht nur mit Christus, sondern auch mit Moses.

In diesem tragischen Einzelkampf gegen die Dialektik der Geschichte, der er sein „Ja — Ja“, „Nein — Nein“ entgegensetzt, verfällt Tolstoi auf Schritt und Tritt in ausweglose Widersprüche. Und er zieht aus ihnen einen Schluß, der seines genialen Starrsinns durchaus würdig ist: „Die Vernunftwidrigkeit“, sagt er, „die in dem Verhältnis zwischen der Lage des Menschen und seiner sittlichen Tätigkeit liegt, ist das sicherste Anzeichen der Wahrheit.“

Aber dieser idealistische Hochmut trägt in sich selbst die Vergeltung: es dürfte schwer fallen, einen anderen Schriftsteller zu nennen, der von der Geschichte gegen seinen Willen so grausam ausgebeutet worden wäre wie gerade Tolstoi.

Er, der mystische Moralist, der Feind der Politik und der Revolution, nährt im Laufe einer Reihe von Jahren das dämmernde revolutionäre Bewußtsein zahlreicher Gruppen des Volkssektierertums. Er, der die ganze kapitalistische Kultur verneint, findet eine wohlwollende Aufnahme bei der europäischen und amerikanischen Bourgeoisie, die in seiner Predigt sowohl Ausdruck für ihren gegenstandslosen Humanismus findet, als auch psychologische Deckung vor der Philosophie des revolutionären Umsturzes.

Er, der konservative Anarchist, der Todfeind des Liberalismus, sieht sich zu seinem achtzigsten Geburtstag als Banner und Waffe einer lärmenden und tendenziösen politischen Manifestation des russischen Liberalismus.

Die Geschichte hat über ihn den Sieg davongetragen, ihn aber nicht gebrochen. Auch jetzt noch, am Abend seines Lebens, hat er sich seine köstliche Kraft der sittlichen Entrüstung in voller Frische erhalten.

In der Nacht der elendsten und verbrecherischsten Konterrevolution, die mit dem Netze ihrer Galgenschlingen für immer die Sonne unserer Heimat verdunkeln will, in der stickigen Atmosphäre der kriecherischen Feigheit der offiziellen öffentlichen Meinung schleudert dieser letzte Apostel der christlichen Allvergebung, in dem der alttestamentarische Prophet des Zornes nicht gestorben ist, sein „Ich kann nicht schweigen" als Fluch ins Antlitz denen, die hängen, und als Verdammungsurteil denen, die schweigen.

Und mag er uns seine mitfühlende Aufmerksamkeit für unsere revolutionären Ziele verweigert haben — wir wissen, daß die Geschichte ihm das Verständnis für ihre Wege vorenthalten hat. Wir werden ihn deshalb nicht verurteilen. Und wir werden stets in ihm nicht nur den großen Genius schätzen, der nicht sterben wird, solange die menschliche Kunst lebendig ist, sondern auch den unbeugsamen sittlichen Mut, der ihm nicht gestattete, in den Reihen *seiner* heuchlerischen Kirche, *seiner* Gesellschaft und *seines* Staates zu bleiben, und der ihn zur Einsamkeit unter zahllosen Verehrern verdammte.

Zur Frage des Frauenwahlrechts in England.[1]

Von **J. Sachse** (London).

Der Kampf um das Frauenstimmrecht kann aus zweierlei Gesichtspunkten verstanden werden: einmal als die Revolte des weiblichen Geschlechtes gegen die Herrschaft der Männer, zum anderen aber als eine Teilerscheinung des großen Kampfes, welchen die geknechteten Volksmassen gegen ihre Unterdrücker führen. Der erstgenannte Gesichtspunkt überwiegt bei den englischen Frauen, welche mit der gegenwärtigen Stimmrechtsagitation vornehmlich identifiziert werden, also bei den sogenannten Suffragettes; der letztere hingegen ist für die organisierte Arbeiterschaft entscheidend.

---

[1] Uns sind über diesen Gegenstand gleichzeitig zwei Artikel zugegangen, die sich in vielen Punkten berühren, aber auch ergänzen. Einer stammt von einem deutschen Genossen, der in London lebt, der andere von unserem alten Freunde Quelch. Wir geben beiden das Wort.
Die Redaktion.

Die Suffragettes wollen gegenüber ihren männlichen Klassengenossen und Konkurrenten nicht politisch benachteiligt sein. Ihre Agitation trägt in jeder Hinsicht — Klassenlage der Anhänger, Ziele und häufig auch Argumente — einen ausgesprochen bürgerlichen Charakter. Wie die Männer der Bourgeoisie vor einem Jahrhundert, so stützen auch sie ihre Forderungen auf ihren gefüllten Geldbeutel. Der Schlachtruf ist derselbe geblieben: No Taxation without representation — keine (direkte) Besteuerung ohne Stimmrecht. Sie fordern dieselben politischen Rechte, wie sie die Männer ihrer eigenen Klasse besitzen. Sie wollen das Wahlrecht für die Frauen „unter denselben Bedingungen“ wie die Männer; was diese Bedingungen in Wirklichkeit sind, welchen Umfang ein solches Frauenwahlrecht annehmen würde, welche Schichten von Frauen es emanzipieren würde und welche nicht — darum kümmern sich die Suffragettes zunächst nicht. Sie wollen das Prinzip der politischen Entrechtung der Frau als solcher, als geschlechtlichem Wesen, zu Falle bringen; dies aber ist erreicht in dem Augenblick, wo die erste Frau zur Urne geht. Ihnen ist es in erster Linie um die — wie wir noch sehen werden, allerdings nur theoretische — Gleichstellung der Geschlechter zu tun.

Die arbeitenden Frauen und Männer dagegen nähern sich der Frage von einer ganz anderen Seite. Ihnen ist mit der Proklamierung der politischen Gleichheit der Geschlechter an sich nicht geholfen. Auch in Indien und in Kamerun gibt es eine politische „Gleichberechtigung“ der Geschlechter; es kommt eben alles auf die tatsächliche Natur dieser Berechtigung an. Die arbeitenden Frauen fordern das Wahlrecht, nicht weil die Männer es besitzen, sondern weil sie erwachsene Personen sind, die gesellschaftliche Pflichten zu erfüllen und gesellschaftliche Interessen zu verfechten haben. Die Arbeiterklasse braucht die politischen Rechte, um ihre Emanzipation aus der Lohnsklaverei zu erkämpfen, die soziale Demokratie kann nur auf dem Wege über die politische Demokratie errungen werden; und weil von einer politischen Demokratie keine Rede sein kann, solange die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung politisch rechtlos ist, deshalb fordern die Arbeiter das Frauenwahlrecht. Und das Frauenwahlrecht hat für sie nur einen Wert in genau dem Maße, in dem es zur Erringung der politischen Demokratie beiträgt.

Die Suffragettes stimmen mit Vorliebe die geschlechtliche Note an: sie beschuldigen die Männer der gesetzlichen Unterdrückung des weiblichen Geschlechtes; sie verspotten die Gesetze als „men-made laws“, Männergesetze, und weigern sich mitunter, sich denselben zu unterwerfen; die im Kapitalismus begründeten sozialen Übel schreiben sie gern der Stümperhaftigkeit der Männer in der Leitung öffentlicher Angelegenheiten zu; kurz, sie proklamieren den Kampf des weiblichen Geschlechtes gegen das männliche. Auch dies findet, wie mir scheint, in der gesellschaftlichen Lage der bürgerlichen Frauen seine Erklärung. Die Frau, Tochter oder Schwester des besitzenden Mannes empfindet in der Regel ihre Interessengemeinschaft mit ihm kaum. Für ihren „standesgemäßen“ Unterhalt ist reichlich gesorgt, ob der Mann mehr oder weniger Profit einheimst, das kann ihr verhältnismäßig gleichgültig sein. Meistens interessiert sie sich gar nicht für die Geschäfte des Mannes, sondern ist mit ihren eigenen „gesellschaftlichen“ Angelegenheiten vollauf in Anspruch genommen. Ihr einziger Wunsch ist oft nur der, ein separates, vom Manne unabhängiges Einkommen zu genießen, um ihre besonderen persönlichen Wünsche oder extravaganten Launen befriedigen zu können. Statt einer Interessengemeinsamkeit erzeugt

dies nicht selten ein Element des Interessengegensatzes zwischen Mann und Frau der besitzenden Klassen. Die auf eigenen Erwerb angewiesene Frau der gebildeten Stände hat sogar beständig einen direkten ökonomischen Kampf gegen ihre männlichen Klassen- und Berufsgenossen zu führen. Infolge des von niedrigem Konkurrenzneid diktierten reaktionären Widerstandes der Männer fällt es diesen Frauen immer schwerer, eine ihren Fähigkeiten angemessene Beschäftigung zu finden. Die juristische und theologische Laufbahn ist den englischen Frauen gänzlich verschlossen, das Studium der Medizin ist ihnen ungemein erschwert; in Cambridge und Oxford können sie überhaupt keine akademischen Grade erwerben. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die Frauen der besitzenden und gebildeten Klassen der Doktrin von dem Kampfe der Geschlechter leicht zugänglich sind.

Nicht so die Frauen der Arbeiterklasse. Die Arbeit suchenden Frauen werden von ihren männlichen Genossen nicht zurückgestoßen; im Gegenteil, sehr häufig sind es die Frauen, deren Arbeitsangebot von den Kapitalisten dazu benutzt wird, um die Löhne der männlichen Arbeiter hinabzudrücken. Früher allerdings betrachteten manche englischen Gewerkschaften die Frauen als lästige, minderwertige Eindringlinge, die von den Organisationen um jeden Preis ferngehalten werden müßten. Gar bald sahen jedoch diese Gewerkschaften selbst die Kurzsichtigkeit dieser Taktik ein, und heute kämpfen männliche und weibliche Arbeiter Schulter an Schulter gegen denselben Feind und dieselbe Ausbeutung. Die Frauen der Arbeiter haben vollends genau dieselben wirtschaftlichen Interessen wie ihre Männer. Jeder Schilling Mehrverdienst des Mannes bedeutet etwas mehr Ruhe und Lebensfreude für die Frau und etwas bessere Nahrung und Gesundheit für ihre Kinder. Den Arbeiterinnen wird man vergebens einen Kampf der Geschlechter predigen; sie spüren es nur zu sehr am eigenen Leibe, daß ihr Heil nur in dem mit ihren männlichen Genossen gemeinsam geführten Klassenkampf zu suchen ist.

Wie stellt sich nun die Forderung der englischen Frauenrechtlerinnen dar, mit dem Maßstab der Demokratie und der politischen Interessen der Arbeiterklasse gemessen? Die Suffragettes fordern das Wahlrecht „unter denselben Bedingungen“, wie die Männer es heute besitzen. Was sind diese Bedingungen? Das in England geltende Männerwahlrecht ist weit entfernt davon, ein allgemeines zu sein, sondern es ist an etwa 17 verschiedene Besitz- oder Eigentumsqualifikationen gebunden, von denen die demokratischste vom Wähler verlangt, daß seine Wohnung oder Stube unmöbliert einen Mietwert von 200 Mark jährlich repräsentiert. Diese Wahlrechtseinschränkung hat zur Folge, daß von den rund 12½ Millionen erwachsener Männer des Vereinigten Königreichs bloß 7½ Millionen das Wahlrecht besitzen, während rund 5 Millionen oder 40 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung politisch rechtlos sind. Würden nun 60 Prozent auch der erwachsenen weiblichen Bevölkerung das Stimmrecht erhalten, so wäre das vom Standpunkt der arbeitenden Klassen immer noch ein recht zweifelhafter Gewinn. Ihre politische Macht im Verhältnis zu der der besitzenden Klassen würde dadurch jedenfalls nicht zunehmen. Aber die Forderungen der Suffragettes, welche in der sogenannten Limited Bill — beschränkter Gesetzentwurf — zusammengefaßt sind, würden nicht einmal dieses magere Resultat ergeben. Zunächst würden die verheirateten Frauen der arbeitenden Klasse fast ausnahmslos rechtlos bleiben, auch da, wo ihre Ehemänner das Stimmrecht besitzen, denn ver-

heiratete Frauen halten in der Regel keine separate Wohnung außer der ihrer Männer. Dagegen hätten die verheirateten Frauen der besitzenden Klassen doch die Möglichkeit, das Wahlrecht auf Grund anderer Qualifikationen zu erwerben. Nicht viel besser stände es um die unverehelichten Frauen. Jene der besitzenden Klassen könnten allerdings ohne weiteres das Stimmrecht erhalten, aber die unverehelichten Arbeiterinnen würden infolge ihrer schlechteren wirtschaftlichen Lage die erforderliche Qualifikation nur in seltenen Fällen erreichen, viel seltener als selbst ihre männlichen Klassengenossen. Die Limited Bill würde — wie in dem Organ der Suffragettes fast jede Woche klipp und klar zu lesen ist — anderthalb Millionen Frauen das Stimmrecht geben, das heißt noch nicht 12 Prozent der erwachsenen weiblichen Bevölkerung Großbritanniens und Irlands! Die Stimmen der Frauen würden gerade ein Fünftel der Männerstimmen ausmachen! An diesen Zahlen ist auch der wahre Gehalt und die Aufrichtigkeit des frauenrechtlerischen Geredes von der „Gleichberechtigung der Geschlechter“ zu messen. Und aus welchen Gesellschaftsschichten würden sich die anderthalb Millionen stimmberechtigter Frauen rekrutieren? Offenbar fast ausschließlich aus den besitzenden Klassen, während die arbeitenden Frauen mit wenigen Ausnahmen das Nachsehen hätten. Von den über 25 Millionen erwachsener Personen beiderlei Geschlechtes würden insgesamt etwa 9 Millionen stimmberechtigt sein, das heißt beinahe zwei Drittel der gesamten erwachsenen Bevölkerung würden noch immer politisch rechtlos bleiben. Sollte die Limited Bill wirklich zum Gesetz werden, dann könnte dieses Wahlrecht mitunter recht sonderbare Blüten zeitigen. Stellen wir zwei Familien von gleichem Umfang in demselben Wahlkreis einander gegenüber, von denen die eine wohlhabend, die andere arm sei. Jede der beiden Familien bestehe aus Mann und Frau und, sagen wir, drei erwachsenen Töchtern. Die Frau des wohlhabenden Mannes könnte das Wahlrecht beispielsweise auf Grund eines entsprechenden Grundbesitzes erwerben, während die drei Töchter etwa dadurch qualifiziert werden könnten, daß ihnen dem Gesetz entsprechende separate Wohnräumlichkeiten im elterlichen Hause eingeräumt werden. Der arme Mann könnte weder das eine noch das andere tun und müßte froh sein, selber die Qualifikation zu erreichen. Das Resultat in diesem extremen Falle wäre also dies, daß die reiche Familie über fünf Stimmen verfügen würde, während die an Zahl gleiche Arbeiterfamilie mit einer einzigen Stimme vorlieb nehmen müßte. Von welcher Seite man auch die Sache betrachtet, man kommt immer zu dem Resultat, daß die Limited Bill nichts anderes bedeutet als ein Pluralvotum für die besitzenden Klassen zum Schaden der arbeitenden Klassen. Sie ist keine demokratische, sondern eine durch und durch reaktionäre Maßregel. Und die Damen scheuen sich nicht, zur Verwirklichung dieser „Reform“ die Hilfe der arbeitenden Frauen anzurufen!

Sonderbarerweise hat sich auch ein Teil der englischen Sozialisten, unter ihnen auch der Genosse Keir Hardie, der sonst von seinem gesunden proletarischen Klasseninstinkt besser geleitet zu werden pflegt, zugunsten dieser Limited Bill erklärt.[1]

---

[1] Die Augustnummer des „Social-Democrat“ reproduziert einen sonderbaren Artikel Keir Hardies über diese Frage, welcher in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienen ist. Die englische Arbeiterbewegung hat keiner einzelnen Person mehr zu verdanken, als Keir Hardie, aber der betreffende Artikel ist so grotesk irreführend, daß er nicht unwidersprochen bleiben darf. Keir Hardie bestreitet darin, daß die Limited Bill fast ausschließlich den be-

Sie verkennen nicht die beschränkte Natur dieser Maßregel, aber sie argumentieren in der Hauptsache damit, daß, da das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter nun einmal zurzeit nicht zu haben sei, so müsse man die Limited Bill als eine vorläufige Abschlagszahlung hinnehmen. Beiläufig sei bemerkt, daß erst zu beweisen wäre, daß ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht zurzeit aussichtslos sei; das ohne weiteres als evident anzusehen, haben jene Sozialisten am wenigsten ein Recht, die bisher für seine Erringung keinen Finger gerührt haben. Aber das Argument zeigt, daß jene, die es gebrauchen, sich nicht im klaren sind

---

sitzenden Klassen zugute käme. Nun ist es für eine Privatperson fast unmöglich, mit einiger Genauigkeit festzustellen, wie sich die Stimmen nach der Limited Bill auf die Frauen der verschiedenen Gesellschaftsklassen verteilen würden. Ich stütze mich jedoch auf eine im offiziellen Organ der Suffragettes „Votes for Women" sehr häufig an hervorragender Stelle wiederholte Behauptung, daß die Limited Bill anderthalb Millionen Frauen das Wahlrecht geben würde. Da die Suffragettes sicherlich kein Interesse daran haben, den demokratischen Charakter ihrer Forderung als geringer hinzustellen, als er in Wirklichkeit ist, so darf zuversichtlich angenommen werden, daß die obige Ziffer nicht zu niedrig gegriffen ist. Von den 13 Millionen erwachsener Frauen würden also 11½ Millionen das Stimmrecht nicht erhalten. Würden diese 11½ Millionen auch weiterhin rechtlos bleibender Frauen zu den besitzenden Klassen gehören? Das glaubt wohl Keir Hardie selber nicht. Die Frauen der besitzenden Klassen würden offenbar fast ausnahmslos das Stimmrecht erwerben, während die 11½ Millionen rechtloser Frauen sich fast ausnahmslos aus den besitzlosen Klassen rekrutieren würden.

In demselben Artikel erklärt Keir Hardie, daß nach seiner Schätzung für jede besitzende Frau, welche durch die Limited Bill das Stimmrecht erhalten würde, 20 Arbeiterinnen dasselbe Recht gewännen. Gegenüber einer solchen Behauptung muß jede Argumentation beinahe verstummen. Also auf hundert wahlberechtigte Arbeiterinnen würden bloß fünf wahlberechtigte besitzende Frauen kommen! Das hat noch keine Suffragette den Arbeiterinnen vorzumachen gewagt, und die sind doch wahrlich nicht spröde. Wenn diese Behauptung richtig wäre, dann wäre ja die Limited Bill vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Klassen sogar dem allgemeinen Wahlrecht unbedingt vorzuziehen. Denn in keinem Lande, wo es ein ganz allgemeines Männerwahlrecht gibt, machen die Stimmen der besitzenden Klassen bloß fünf Prozent der Arbeiterstimmen aus.

Diese Behauptung Keir Hardies ist eben gänzlich absurd. In Großbritannien sind alle Einkommen steuerfrei, welche jährlich 160 Pfund Sterling, das heißt 3200 Mark nicht übersteigen. Wir können also getrost sagen, daß die Arbeiterklasse dort aufhört, wo die Einkommensteuer anfängt. Nun gibt es im Vereinigten Königreich — nach den Berechnungen Chiozza Moneys — über eine Million Einkommensteuerzahler, welche mit ihren Familien ungefähr 5½ Millionen Personen, Männer, Frauen und Kinder repräsentieren, das heißt gerade ein Achtel der 44 Millionen Einwohner des Reiches. Wendet man dasselbe Verhältnis auf die Frauen an, so würde sich ergeben, daß von den 13 Millionen erwachsener Frauen des Reiches 1625000 zu Familien gehören, deren Einkommen 3200 Mark im Jahre übersteigt, oder 125000 mehr, als nach der Schätzung der Suffragettes durch die Limited Bill das Wahlrecht erhielten! Danach würden also nicht einmal alle Frauen, deren Familien ein Einkommen von mehr als 3200 Mark genießen, das Stimmrecht erwerben können, von den über 11 Millionen arbeitenden Frauen ganz zu schweigen.

Hält indessen Keir Hardie die von den Suffragettes selbst angegebenen anderthalb Millionen für zu niedrig, und hat er eine andere, erheblich größere Zahl berechnet, dann heraus mit der Zahl! Denn einzig und allein darauf kann es ankommen. Kann Keir Hardie wirklich beweisen, daß die Limited Bill den arbeitenden Klassen vorteilhaft und die politische Macht der besitzenden Klassen wenn auch nur relativ einschränkt, dann werden die Arbeiterpartei und jene Sozialisten, welche die Limited Bill heute bekämpfen, ihre Haltung schleunigst revidieren müssen. Ich vermute jedoch, daß Keir Hardie den Versuch dieses Beweises bleiben lassen wird.

über die wirkliche Bedeutung von Wahlreformen überhaupt. Eine Wahlreform bedeutet nur dann einen Fortschritt, hat heutzutage überhaupt nur einen Sinn, wenn sie einen Teil der politischen Macht von den besitzenden Klassen auf die besitzlosen Klassen überwälzt. Eine Wahlreform, welche in dieser Beziehung alles beim alten läßt oder gar die politische Macht der besitzenden Klassen steigert, ist nutzlos und schlimmer als nutzlos, auch wenn sie nach einer Wahlrechts-„Erweiterung" aussieht. Dies ist aber der Fall bei der Limited Bill, und es ist deshalb verfehlt, sie von dem Standpunkt der arbeitenden Klassen aus, denen sie gar nichts bringt, für eine „Abschlagszahlung" anzusehen. Sie ist auch keine „Abschlagszahlung" in dem Sinne, daß sie etwa die spätere Erringung des allgemeinen Wahlrechtes für beide Geschlechter erleichtern könnte. Eben dadurch, daß sie die Macht der besitzenden Klassen stärkt und damit die relative politische Macht der Arbeiterklasse schwächt, würde die Verwirklichung der Limited Bill die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes nicht erleichtern, sondern erschweren, sie vielleicht auf viele Jahre hinaus unmöglich machen. Viele gerade der einflußreichsten Suffragettes sagen es geradezu heraus, daß sie in der Limited Bill ein Mittel sehen, um den Sieg des allgemeinen Wahlrechtes zu verhindern, und die meisten von ihnen würden das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter sicherlich nicht gern sehen. Welchen Reiz sollte denn auch das Wahlrecht für die Damen noch haben, wenn ihre Dienstmädchen und Waschfrauen es gleicherweise ausüben könnten! Aus diesen Gründen verdient die Limited Bill von den Sozialisten und der Arbeiterschaft nicht unterstützt, sondern offen bekämpft zu werden.

Eine unzweideutige Stellungnahme der englischen Arbeiterbewegung zu dieser Frage ist um so mehr geboten, als sie heute aufgehört hat, eine akademische Erörterung zu sein, und in den Mittelpunkt der aktuellen Tagespolitik gerückt ist. Daß wir bei diesem Punkte angelangt sind, das ist unleugbar der bewundernswerten Energie und der wirksamen Taktik der Frauenrechtlerinnen zu danken. Aber die tieferen Ursachen der Bewegung und die Wurzeln ihrer Kraft sind in den Tatsachen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Englands in den letzten Jahrzehnten begründet. Die Frau hat aufgehört, die Hüterin und die Zierde des Heims zu sein, aus der Küche und der Kinderstube ist sie in die Fabriken und Kontore, auf das wirtschaftliche Schlachtfeld gedrängt worden. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Großbritannien hat sich in den letzten Jahrzehnten um rund eine halbe Million pro Jahrzehnt vermehrt. Heute gibt es rund 5500000 in Gewerben tätige Frauen in England. Es gibt 200000 Dienstmädchen, 867000 Textilarbeiterinnen, 903000 Schneiderinnen, 80000 sind im Handel und 100000 in der Landwirtschaft beschäftigt, 55784 Frauen sind Kontorschreiberinnen, 200000 Lehrerinnen, 44000 Musikantinnen und Schauspielerinnen, 79000 Krankenpflegerinnen und 300 Ärztinnen. In diesen Zahlen findet die Tatsache, daß die Forderung der englischen Frauen nach den politischen Rechten immer lauter und mächtiger ertönt, bis sie zuletzt unwiderstehlich geworden ist, ihre deutlichste Erklärung.

Welches sind nun die Organisationen und Kräfte, welche hinter der Limited Bill einerseits und dem allgemeinen Wahlrecht für beide Geschlechter andererseits stehen? Die Limited Bill hat in erster Linie die Unterstützung der drei Organisationen der eigentlichen Frauenrechtlerinnen. Ihre Macht ist nicht zu unterschätzen; sie erfreuen sich der Gönnerschaft einer großen Anzahl reicher und freigebiger Personen, und die Leiter der Organisationen verstehen es, den wirksamsten Gebrauch

von den ihnen zur Verfügung stehenden Geldern zu machen. Ihrer energischen Agitation sowie dem Mute und der Opferfreudigkeit vieler ihrer tätigen Anhänger ist es gelungen, die Einbildungskraft weiter Kreise zu erwecken und festzuhalten, und da sie genau wissen, was sie wollen, so muß ihre bedeutende Macht und ihr großer Einfluß der Limited Bill im Gegensatz zum allgemeinen Wahlrecht zugeschrieben werden. Die Limited Bill unterstützt außerdem noch die Unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.), eine sozialistische Organisation unter der Führerschaft Keir Hardies, welche sehr freundschaftliche Beziehungen zu den Suffragettes unterhält. Ihre direkte Macht ist zwar keine große, aber die Suffragettes und die Limited Bill gewinnen in manchen Arbeiterkreisen stark an Prestige durch die Tatsache, daß die letztere von einer sozialistischen Organisation befürwortet wird, und außerdem darf der Einfluß der I. L. P. innerhalb der Arbeiterpartei nicht außer acht gelassen werden.

Die sofortige Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für beide Geschlechter wird dagegen in erster Linie von der großen Arbeiterpartei (Labour Party)[1] gefordert, ferner von der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) und der Adult Suffrage Society (Allgemeine Wahlrechts-Vereinigung) unter der Leitung der Genossin Margaret Bondfield. Die Labour Party, als eigentliche Vertreterin des englischen Proletariats, wäre mit einiger Energie ohne Zweifel imstande, die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht für beide Geschlechter in den Vordergrund zu schieben und sie auch sehr bald bei der Regierung und im Parlament durchzusetzen. Die tonangebenden Führer der Partei sind aber gerade die Vertreter der I. L. P., und diese wollen leider von dem allgemeinen Wahlrecht augenblicklich nichts wissen. Die S. D. P. hat zwar den Willen, ihr fehlt jedoch die Macht. Sie hat es ihren eigenen, in anderen Fragen begangenen groben Fehlern und insbesondere ihrer freiwilligen Isolierung von der englischen Arbeiterbewegung zu danken, daß Keir Hardie nicht ganz unrecht hat, wenn er sie eine „negligible quantity" nennt. Auch die „Adult Suffrage Society"

---

[1] Wie Keir Hardie in dem bereits angezogenen Artikel behaupten kann, daß „eine große Mehrheit der Labour Party" zugunsten der Limited Bill sei, ist mir ganz und gar unverständlich. Dieser erstaunlichen Behauptung Keir Hardies stelle ich den Wortlaut der von der letzten Jahreskonferenz der Labour Party in Hull in dieser Frage angenommenen Resolution gegenüber:

„Diese Jahreskonferenz der Labour Party erklärt abermals, daß die Zeit dafür gekommen ist, daß das gleiche Stimmrecht auf alle Männer und alle Frauen ausgedehnt werde, und ist ferner der Ansicht, daß jede in Vorschlag gebrachte Maßregel, wonach das Wahlrecht auf Grund einer Eigentumsqualifikation bloß auf einen Teil (der Frauen) ausgedehnt werde, ein retrograder Schritt und zu bekämpfen ist."

Diese Resolution wurde nach dem offiziellen Protokoll mit 784000 gegen 257000 Stimmen angenommen. Resolutionen des gleichen Sinnes wurden auch an den zwei vorhergehenden Jahreskonferenzen mit ähnlich entscheidenden Mehrheiten angenommen. Die angeführte Behauptung Keir Hardies entspricht also nicht den Tatsachen, die Labour Party ist vielmehr in ihrer überwältigenden Mehrheit für die sofortige Einführung des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter und ausdrücklich gegen die Limited Bill.

Die parlamentarische Fraktion der Labour Party hat allerdings unter absoluter Mißachtung des imperativen Mandats der Jahreskonferenz — und vermutlich gerade unter dem Einfluß ihrer Mitglieder von der I. L. P. — im Unterhaus für die zweite Lesung der Limited Bill gesprochen und gestimmt. Aber hoffentlich sieht Keir Hardie die parlamentarische Fraktion nicht für die „Labour Party" an und hält die Jahreskonferenz mit der an ihr vertretenen Million von organisierten Arbeitern nicht für Luft.

ist wenigstens heute noch schwach, und es fehlt ihr insbesondere an den nötigen pekuniären Mitteln zur Entfaltung einer machtvollen Agitation.

Das Parlament wieder steht augenblicklich auf der Seite der Suffragettes insofern, als das Unterhaus die Limited Bill mit großer Mehrheit in zweiter Lesung angenommen hat. In diesem Stadium wird die Bill aber auch stecken bleiben, denn die Regierung steht ihr in offener Feindschaft gegenüber und wird ihre Gesetzwerdung verhindern. Wahrscheinlich hat ein erheblicher Teil der Abgeordneten, welche für die Bill stimmten, das nur eben deshalb getan, weil sie im voraus wußten, daß ihre Stimme keine praktischen Konsequenzen nach sich ziehen würde. Dagegen hat der Ministerpräsident Asquith so etwas wie ein allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter in Aussicht gestellt. Einer Deputation von Unterhausmitgliedern, welche ihn für die Limited Bill gewinnen wollte, gab er nämlich am 20. Mai dieses Jahres zur Antwort, daß er dieser Bill zur Gesetzwerdung nicht verhelfen könne, aber gleichzeitig erklärte er, daß die Regierung das Prinzip des Frauenwahlrechtes keineswegs zurückweise. Die Regierung werde es für ihre Pflicht ansehen, noch vor Abschluß dieses Parlaments, also noch vor den nächsten allgemeinen Wahlen, eine umfassende Reform des geltenden Wahlrechtssystems einzureichen, um dem konfusen Zustand und den vielfachen Anomalien des geltenden Wahlrechtes ein Ende zu machen. Wenn diese Regierungsmaßregel dem Parlament vorgelegt werden wird, dann wird die Regierung nichts dagegen einwenden, wenn durch einen Zusatzantrag die Wahlberechtigung auch auf die Frauen ausgedehnt wird, vorausgesetzt, daß diese Änderung sich auf einer demokratischen Grundlage vollzieht.

Wird dieses Versprechen ehrlich und ohne Hintergedanken eingelöst, dann haben wir eben das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter. Freilich ist auf das bloße Wort des Ministerpräsidenten kein unbedingter Verlaß, aber wir haben hier einen Anhaltspunkt, an dem eine mächtige Agitation für das allgemeine Wahlrecht einsetzen kann. Angesichts dieser Sachlage ist es, von den übrigen Erwägungen ganz abgesehen, durchaus deplaziert, für die Limited Bill mit der Begründung einzutreten, daß ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht aussichtslos sei. Meines Erachtens hängt die Zukunft dieser Frage, und mit ihr das Schicksal der politischen Demokratie Englands in der nächsten Zukunft überhaupt, ausschließlich davon ab, ob die Arbeiterpartei und die sozialistischen Organisationen es verstehen werden, das Interesse des Volkes auf das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter zu konzentrieren. Wenn keine mächtige Volksbewegung für das allgemeine Wahlrecht existiert, dann wird seine Gewinnung allerdings aussichtslos sein, trotz des etwaigen Wohlwollens der Regierung. Solange man den Schein bestehen läßt, als ob die Suffragettes die Frauen Englands verträten und als ob die englischen Frauen in ihrer Gesamtheit sich mit einem Damenwahlrecht zufrieden gäben, so lange ist auf ein allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter keine Hoffnung vorhanden. Erst muß dieser Schein zerstört werden, es muß gezeigt werden, daß die unübersehbare Masse der englischen Arbeiterinnen in einer Reihe stehen nicht mit den selbstisch Klasseninteressen verfolgenden Damen „höherer" Stände, sondern mit ihren männlichen Klassen- und Leidensgenossen. Vor einiger Zeit wurde in London eine von der S. D. P. einberufene allgemeine Arbeiterkonferenz über politische Reformen abgehalten, welche sich solche Aufgaben stellte. Anfangs durfte man auf dieses Beginnen große Hoffnungen setzen, es scheint aber, daß

die bejammernswerte Zerrissenheit des englischen Sozialismus ihn auch in diesem Falle zur Ohnmacht verurteilen wird. Will man zum Ziele gelangen, dann muß die Arbeiterpartei selbst die Sache herzhaft in ihre beiden Hände nehmen und sich auf die loyale Mithilfe aller sozialistischen Organisationen verlassen können.

Man könnte die Frage aufwerfen, wie es denn komme, daß eine kapitalistische Regierung einer Maßregel, welche so offenkundig die politische Macht der besitzenden Klassen stärken würde, wie die Limited Bill, Widerstand leistet. Die Antwort ist die, daß die englische Bourgeoisie sich durch das Proletariat in ihrer Herrschaft noch in keiner Weise bedroht fühlt. Wo dies aber nicht der Fall ist, da werden bei der Ergreifung von politischen Maßregeln stets die Interessengegensätze der verschiedenen Schichten innerhalb der Bourgeoisie den Ausschlag geben. Die Regierung fürchtet, daß die Limited Bill mehr den Konservativen als den Liberalen zugute kommen würde, und deshalb wäre sie bereit, im Notfall eine weit demokratischere Wahlreform durchzuführen, von der sie mehr für den Liberalismus hoffen zu dürfen glaubt. Aber den weitergehenden Schritt kann sie nur tun, wenn sie ihre furchtsameren Anhänger, deren bürgerliches Klassenbewußtsein weniger von Parteirücksichten getrübt ist, auf eine mächtige Volksbewegung, der man Rechnung tragen müsse, verweisen kann.

Die englische Bourgeoisie hat es besser verstanden als die Bourgeoisien anderer Länder, ihre eigenen Klassenkämpfe so hinzustellen, als ob sie im Interesse des gesamten Volkes geführt worden wären. Die Reformbill wurde von schwieligen Proletarierfäusten für die Herren Bourgeois erfochten; die Freihandelsära sollte den Arbeitern das tausendjährige Reich bringen, und der Imperialismus und die Kolonialpolitik sollten die Lohnsklaven selig machen. Es wäre tief zu beklagen, wenn es heute, im zwanzigsten Jahrhundert, im Zeitalter der selbständigen Arbeiterpartei, der englischen Bourgeoisie abermals gelingen sollte, ihre politischen Zwecke unter der Maske der Revolution zu erreichen.

Die englische Sozialdemokratie und die Frauenwahlrechtsbewegung.

Von **H. Quelch** (London).

In einer der letzten Nummern der „Sozialistischen Monatshefte" erschien ein Artikel von Keir Hardie über diesen Gegenstand, der die Tatsachen so falsch darstellt, daß er zu keiner Antwort herausgefordert hätte, wenn er in einer englischen Zeitschrift erschienen wäre. Da er aber in Kreise kommt, denen die Tatsachen völlig fremd sind, so kann er leicht irre führen, und daher nehme ich mir die Freiheit, ihn hier zu beantworten.

Hardie behauptet, daß wir, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, ihn verleumden, indem wir sagen, diejenigen seien Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, die den Antrag unterstützen, daß das Wahlrecht, wie es jetzt von den Männern ausgeübt wird, unter denselben Bedingungen auf die Frauen übertragen werde.

Das ist nicht richtig. Wir glauben wohl, daß Hardie und seine Freunde aufrichtig ein allgemeines Wahlrecht für Erwachsene wünschen, aber wir

meinen, sie sollten nicht die „Limited Bill“, das heißt ein Gesetz unterstützen, das dieses Wahlrecht nur auf jene Frauen ausgedehnt wissen will, die einen bestimmten Besitz nachweisen können; wir glauben, daß dadurch nicht nur die Macht der besitzenden Klasse gestärkt wird, sondern daraus auch ein Hindernis für die weitere Ausdehnung des Wahlrechtes erwächst.

Das letztere ist nicht bloß unsere Meinung. Die hervorragendsten Befürworter der Einschränkungsmaßregel teilen sie, und nicht einmal alle jene Sozialisten sind davon ausgenommen, die es für nötig finden, sie zu unterstützen.

Mrs. M. G. Fawcett, eine Liberale, sagt in einem Briefe vom 23. November 1907 an die „Times“: „In Ihrem Leitartikel führen Sie an, Lloyd George habe erklärt, das Frauenstimmrecht müsse zugleich mit dem allgemeinen Wahlrecht für Erwachsene kommen. Diese Erklärung paßt den Gesellschaften für das Frauenstimmrecht durchaus nicht. Einige von uns wünschen das allgemeine Wahlrecht gar nicht.“

Lady Frances Balfour von der Torypartei, die Schwägerin des früheren Tory-Premierministers, soll sich nach „World's Work“ (Januar 1907) folgendermaßen geäußert haben: „Das Frauenstimmrecht würde sicherlich den übertriebenen Forderungen Schranken setzen, deren Durchsetzung die Ultraradikalen erstreben, zum Beispiel der des allgemeinen Wahlrechtes. Von uns sind viele sehr gegen das allgemeine Wahlrecht.“

Hardie behauptet, die Führerinnen der „Kampfabteilung“ in der Frauenstimmrechtsbewegung seien alle Sozialistinnen. Dies ist nicht ganz richtig. Aber sogar diejenigen, die sich Sozialistinnen nennen, stellen das Beschränkungsgesetz, die Limited Bill, über ihren Sozialismus und arbeiteten sogar bei der Wahl in Haggerston gegen unseren Genossen Herbert Burrows, der stets einer der glühendsten Verteidiger der Frauenbewegung in unserem Lande war; und das nur, weil er für das allgemeine Wahlrecht eintritt und das Beschränkungsgesetz nicht unterstützen will. Miß Pankhurst, die eine der sozialistischen Führerinnen der Kampfabteilung ist, äußerte sich in der „Daily Mail“ am 13. Juni 1908 wie folgt: „Viele Leute glauben, daß wir das Wahlrecht für alle Frauen fordern; das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil, unsere höchst gemäßigte Forderung geht nur dahin, daß die Frauen, die eine gesicherte Stellung haben und dieselbe Verantwortlichkeit wie ein männlicher Wähler, auf die Wählerliste gesetzt werden sollen.“

So viel über die Wünsche der Kampfabteilung nach einem allgemeinen Wahlrecht. Aber Hardie behauptet, daß das beschränkende Gesetz im Verhältnis sogar viel mehr Arbeiterfrauen zu ihrem Bürgerrecht verhelfen würde als besitzenden. Er sagt, auf jede besitzende kämen zwanzig arbeitende Frauen. Es wäre interessant, zu erfahren, wen alles er in die Kategorie der „arbeitenden Frauen“ rechnet und auf welche Berechnung er diesen hinfälligen Schluß aufbaut. Wenige arbeitende Frauen sind Hausbesitzer und verheiratete sind es gar nicht.

Um als Mieter oder Bediensteter das Wahlrecht zu erlangen, muß man einen Mietzins von 200 Mark jährlich, das ist 4 Mark wöchentlich bezahlen. Selbst unter Männern ist das Wahlrecht der Mieter sehr beschränkt. So wurden zum Beispiel in vier Wahlbezirken von Lancashire nur 7, 5, 7 und 0 Stimmen von Mietern abgegeben. Bedenkt man, daß der Durchschnittslohn der Frauen etwa 7½ Mark wöchentlich beträgt, so wird es klar, wie wenige

von ihnen 4 Mark Miete für ein Zimmer ohne Möbel bezahlen können, und man kann sagen, keine Proletarierin wird jemals so viel für sich allein bezahlen.

Der Ausdruck „arbeitende Frauen“ ist eben sehr elastisch, und wahrscheinlich dehnt ihn Hardie auch auf verschiedene Berufe aus, in denen Töchter aus der Bourgeoisie tätig sind, deren Eltern ihnen leicht das Wahlrecht verschaffen können, indem sie ihnen separierte Zimmer zu dem für die Wahlberechtigung erforderlichen Preise vermieten. Anders kann er nicht zu dem von ihm gegebenen Verhältnis von 1 zu 20 kommen. Herr Artur Henderson, der Vorsitzende der Arbeiterpartei im Hause der Gemeinen, der die genaueste Kenntnis des Wahlsystems besitzt, sagt, dieses Gesetz sei unzweifelhaft eine „Klassen“-maßregel, denn es werde die Stimmen der Besitzenden verdoppeln und der Stimmfähigkeit der Arbeiter höchstens ein Zehntel hinzufügen.

A. G. Essery, der liberale Wahlbevollmächtigte für Epsom, sagt: „Es gibt Tausende von Frauen, die eigenen Grundbesitz, Pachtgüter oder Erbpachten haben, die sie zum Stimmen berechtigen. Jeder Liberale, der in Wahlangelegenheiten Erfahrung hat, weiß, daß die jetzigen besitzenden Klassen überwiegend für die Tories stimmen, und ich sehe nicht ein, warum die Frauen dieses Übergewicht verringern sollen. Die arbeitenden Frauen werden dabei nichts gewinnen. ... Alle Vorteile, die die liberale Partei von der Abschaffung des Pluralwahlsystems erhofft, würden vereitelt. ... Der Pluralist braucht bloß sein Haus auf seine Frau überschreiben zu lassen und seine Stimme für sich zu behalten, die sein Grundbesitz ihm verschafft. ...[1]

„Diejenigen, deren Häuser weniger als 400 Mark jährlicher Miete repräsentieren, das heißt die Frauen der kleinen Handwerker in Städten mit niedrigen Steuersätzen würden nach Hunderten ausgeschlossen werden; nicht eine Landarbeitersfrau bekäme eine Stimme, da die Arbeiterhütten einen zu geringen Wert haben; endlich bekäme keine Frau eines Bediensteten eine Stimme, da die Segnungen des gemeinsamen Mietverhältnisses sich nicht auf derartige Wähler erstrecken. ... Mieter, die nur eine Summe von 200 Mark jährlich bezahlen, zur Miete wohnende jugendliche Arbeiterinnen und Witwen könnten die erforderliche Summe nicht ausweisen, besonders da sie meist zu zweit wohnen, oder mit den Töchtern der Vermieterinnen schlafen und ihre Mahlzeiten mit deren Familien einnehmen. Auch die Frauen der verheirateten Arbeiter könnten aus demselben Grunde in der Regel nicht in Betracht kommen.

„Andererseits die Töchter von begüterten Leuten, die zu Hause wohnen. Sie bekämen zu Tausenden das Stimmrecht. Diese Frauen machen den Liberalen schon Mühe genug, denn aus ihnen rekrutiert sich zum größten Teil die „Primrose League“ (eine torystische politische Frauenorganisation), und sie tragen bei den Wahlen viel zur Beeinflussung der Wähler bei.“

Erscheint dieses beschränkende Gesetz schon einem bloßen Liberalen als so reaktionär, was soll erst ein Sozialist dazu sagen?

Hardie macht sich über die sozialdemokratische Partei wegen ihrer Opposition gegen diese Maßregel lustig und spricht von uns als von einer Quantité négligeable. Er vergißt hinzuzufügen, daß wir immerhin in dieser Hinsicht die Meinung der überwältigenden Mehrheit der organisierten Arbeiter ver-

[1] Heute hat der Besitzende das Wahlrecht in jedem Wahlkreis, in dem er ein Haus oder Grundbesitz in ausreichendem Maße besitzt oder gemietet hat. Besitzt er in 20 Wahlkreisen 20 Häuser, so hat er 20 Stimmen, die er um so leichter wirklich abgeben kann, da in England die Wahlen nicht alle am gleichen Tage stattfinden. Die Redaktion.

treten. Der Gewerkschaftskongreß, der größte Vertretungskörper der Gewerkschaften Englands, hat sich für das allgemeine Wahlrecht und gegen das Beschränkungsgesetz, die Limited Bill, festgelegt, und die Arbeiterpartei, von der Hardie und die parlamentarische Gruppe, zu der er gehört, Mandate und Gehalt beziehen, hat sich auf ihren jährlichen Kongressen entschieden dagegen ausgesprochen. Auf dem letzten Parteikongreß in Hull im Januar dieses Jahres wurde eine Resolution zugunsten der Limited Bill zurückgewiesen und durch eine Gegenresolution ersetzt, die ich selbst einbrachte und die erklärte: „Jeder Vorschlag, der das Wahlrecht auf Grund eines Vermögensnachweises nur auf einen Teil der Bevölkerung ausdehnen will, ist ein Rückschritt, und man muß ihm entgegentreten." Dieser Antrag wurde trotz der Opposition von Hardies Anhängern mit 784000 gegen 257000 Stimmen angenommen. Mehr braucht es nicht, um zu beweisen, wie wenig begründet Hardies Behauptung ist, daß die jetzige Bewegung, die nur das Stimmrecht der besitzenden Klassen zu verstärken verspricht, von der Arbeiterklasse unterstützt wird.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von **J. Karski.**

Die Welternte. — Mängel der Ernteschätzungen. — Der Landwirtschaftsrat und seine neue Berichterstattung. — Die Getreidepreise. — Gehen wir einer Periode steigender Getreidepreise entgegen? — Die derzeitigen Preise und die Getreidezölle. — Ernte und Krise.

Die Ernte ist in den Hauptländern Europas und in den Vereinigten Staaten unter Dach, und es bietet sich die Möglichkeit einer Schätzung der voraussichtlichen Versorgung der Welt mit Brotgetreide. Allerdings muß man dabei ein wichtiges Produktionsgebiet aus der Berechnung lassen, nämlich Argentinien, weil dort die Ernte erst im November stattfindet und die Monate September und Oktober für das Gedeihen des Weizens entscheidend sind. Schon oft sind in diesen Monaten infolge der Dürre oder der Heuschreckenplage alle Erwartungen vernichtet worden. Vorläufig weiß man nur, daß die bebaute Bodenfläche vergrößert wurde und daß die Saaten günstig stehen. In den Vereinigten Staaten scheint eine Mittelernte vorzuliegen. Das Ackerbauamt schätzt das Ergebnis für Winterweizen auf 425940000 Bushel gegen 490500000 im Vorjahr und für Sommerweizen auf 249398000 gegen 228850000 im Vorjahr. Dagegen soll die Maisernte, die im Vorjahr glänzend war, geringer sein: 2176792000 Bushel gegen 2648673000 im Vorjahr. In Kanada scheint eine über dem Durchschnitt stehende Ernte vorzuliegen. Eine Mißernte hat abermals Rußland zu verzeichnen. In den offiziellen Berichten wird zugegeben, daß die Weizenernte „unter dem Durchschnitt" bleibt, private Meldungen dagegen berichten über eine volle Mißernte im ganzen Südosten des Reiches und zum Teil im Süden. Etwas günstiger lauten die Berichte aus Mittelrußland. Eine befriedigende Ernte scheint nur im Westen, in Polen und den Ostseeprovinzen vorzuliegen. Es wird denn auch englischerseits die Ausfuhr in den ersten neun Wochen des neuen Erntejahrs auf nur 583000 Quarter Weizen angegeben, während in der gleichen Zeit des Vorjahrs 1588000 Quarter ausgeführt wurden und im Jahre 1906 2333700. Mit spekulativem Zurückhalten der Verkäufer kann man das unmöglich er=

klären, da ja der Weltmarktspreis zurzeit ein hoher ist und die Exporteure Rußlands in der Regel nicht die Moglichkeit haben, zu warten. Vielmehr liegt die Erklärung darin, daß der Inlandspreis auf den russischen Märkten über dem Weltmarktspreis steht. Der Preis in Rybinsk würde einem Weizenpreis von 174 Mark in Hamburg entsprechen, was mit Zoll und Fracht für Berlin 234 Mark ausmachen würde, während am 1. September in Berlin 197,50 Mark notiert wurden. Dem entspricht auch, daß das polnische Getreide nicht nach Danzig und Berlin verladen wird, sondern ostwärts, nach Rußland, während in normalen Jahren Polen russisches Getreide importiert. Ja, man rechnet in Kreisen der Getreidehändler damit, daß Rußland, das schon im letzten Jahre Getreide importieren mußte, im laufenden Jahre noch stärker als Käufer auf dem Weltmarkt auftreten wird.

In Ungarn wurde im Juni eine Mißernte erwartet. Diese Befürchtungen haben sich zum Glücke als falsch erwiesen, und die amtliche Schätzung lautet auf 39,4 Millionen Doppelzentner gegen 32,8 Millionen im Vorjahr. Auch Rumänien scheint eine gute Mittelernte aufzuweisen.

Gehen wir nun zu den Importländern über, so haben wir es vor allem in Deutschland mit einer überaus mangelhaften Berichterstattung zu tun. Die amtlichen „Saatenstandsberichte" mit ihrer Skala von 1 „sehr gut" bis 5 „sehr gering" sind nahezu unbrauchbar, zumal man Angaben über das bebaute Areal immer erst post festum erfährt. Die Schätzung für August lautet (in Doppelzentnern pro Hektar):

	1908	1907	1906	1905
Sommerweizen	2,6	2,3	2,3	2,6
Winterweizen	2,4	2,9	2,2	2,5
Sommerroggen	2,5	2,6	2,3	2,6
Winterroggen	2,4	2,6	2,6	2,7
Gerste	2,6	2,3	2,3	2,7
Hafer	2,7	2,3	2,1	2,9
Kartoffeln	2,5	2,6	2,6	2,3

Wenn nur diese Zahlen wenigstens mit den Endresultaten harmonieren würden, die nachträglich festgestellt werden. Aber dem ist nicht so. Nehmen wir Gerste. Der Ausfall der Ernte läßt sich im August zweifellos schon gut übersehen; die Zahlen lauten nun nach dem „Saatenstandsbericht" im August und nach den amtlichen Berichten über den Ernteertrag (in Doppelzentnern pro Hektar):

	1907	1906	1905
Saatenstand	2,3	2,3	2,7
Ertrag	20,6	18,9	17,9

Also 1907 und 1906 die gleiche Schätzung im Saatenstandsbericht bei sehr großer Differenz im Ergebnis, 1905 ein im Vergleich zu 1907 ganz gewaltiger Unterschied im Ergebnis, dagegen im Saatenstandsbericht nur eine Differenz von vier Punkten. Mit derartigen Berichten ist wirklich nichts anzufangen. In diesem Jahre hat nun der Landwirtschaftsrat begonnen, Saatenstandsberichte zu veröffentlichen. Er wählt die prozentuelle Skala, wobei 100 einer Mittelernte entspricht, und sein Augustbericht lautet: Sommerweizen 94,5, Winterweizen 99,7, Sommerroggen 87,5, Winterroggen 97,9, Sommergerste 91,7, Hafer 88,1. Zwischen diesen und den staatlichen Angaben besteht also ein starker Gegensatz. Nach den amtlichen Angaben waren alle Getreidearten besser als mittel, nach den Angaben des Landwirtschaftsrats blieben alle unter mittel. Ein Berliner Blatt, die „Bank- und Handelszeitung", zeiht denn auch

den Landwirtschaftsrat der tendenziösen Entstellung. Der Landwirtschaftsrat meint in seiner Erläuterung zu den genannten Zahlen: „Die Körner (Roggen) haben sich infolge der Hitze nicht so entwickelt, wie man nach dem Stande hätte annehmen dürfen, und so wird denn mit wenigen Ausnahmen berichtet, daß die Qualität im allgemeinen gut, das Naturalgewicht jedoch meist ein niedriges sei." Das genannte Blatt erklärt, der letzte Satz „ist eine so ersichtliche Unwahrheit, daß es geradezu schwierig ist, an die bona fides zu glauben", und führt zum Beweis an, die amtlichen Naturalgewichte, die an der Danziger Börse notiert werden; diese lauten: 4. August 738 bis 768 Gramm, 3. August 744 bis 779 Gramm, 1. August 735 bis 768 Gramm, 31. Juli 697 bis 768 Gramm, während die Börse Roggen im Gewicht von 712 Gramm pro Liter als lieferbare Ware ansieht. In Berlin sei das Gewicht von Roggen neuer Ernte bei großen Posten mit 744 bis 780, ja mit 808 Gramm pro Liter ermittelt worden.

Der Landwirtschaftsrat ist die offizielle Vertretung der landwirtschaftlichen Zentralvereine. Diese Korporation wird von der Reichsregierung oft als berufene Vertretung der Landwirtschaft behandelt, was ihr gewissermaßen halbamtlichen Charakter verleiht, und es ist ein starkes Stück, wenn eine solche Korporation sich ähnliche Dinge sagen lassen muß. Wie haben das angeführt als Beispiel dafür, mit wie wenig zuverlässigen Angaben man es bei diesen Dingen zu tun hat. Faßt man nun diese amtlichen und halbamtlichen Berichte und auch das, was an privaten Berichten in der Presse erschien, zusammen, so lautet das Urteil dahin, daß Deutschland wahrscheinlich eine über dem Durchschnitt stehende Ernte zu verzeichnen haben wird, jedenfalls — bis auf den Hafer — eine Ernte, die die des Vorjahres übertrifft.

Ähnlich lautet das Urteil in bezug auf Frankreich, Belgien, Holland und England. Eine Mißernte hat dagegen Italien zu verzeichnen.

Zum Schlusse teilen wir die Schätzung des bekannten Fachorgans J. C. Beerbohms „Evening Corne Trade List" mit. In Tonnen soll danach die Weizenernte betragen:

	1908	1907	1906	1905
Österreich	1523900	1371510	1567440	1469475
Ungarn	4027450	3537625	5638430	4680550
Belgien	380975	402745	380975	326550
Bulgarien	979650	761950	1121155	816375
Dänemark	108850	108850	108850	108850
Frankreich	9034550	10014200	8925700	9143400
Deutschland	3918600	3469050	3918600	3700900
Griechenland	163275	163275	163275	163275
Holland	130620	141505	130620	128443
Italien	3700900	4571700	4354000	4354000
Portugal	87080	87080	108850	108850
Rumänien	1741600	1164695	2960720	2775675
Rußland	14150500	13862047	13780410	17198300
Serbien	380975	304780	402745	304780
Spanien	2612400	2612400	3809750	2394700
Schweden	163275	157832	163275	134974
Schweiz	108850	108850	108850	108850
Türkei	1088500	761950	1088500	1088500
Großbritannien	1415050	1523900	1650166	1643635
In Europa	45717000	45125944	50382311	50650082.

	1908	1907	1906	1905
Algier	761950	846853	925225	587790
Tunis	217700	272125	272125	163275
Argentinien	5442500	5507810	4158070	3809750
Australien	2177000	1306200	2177000	2068150
Kleinasien	979650	761950	1088500	1088500
Kanada	3700900	2285850	3352580	2938950
Kapkolonien	108850	108850	108850	108850
Chile	544250	391860	380975	337435
Ägypten	272125	326550	326550	326550
Indien	5853475	8642690	8708000	7619500
Persien	761950	870800	761950	761950
Syrien	653100	653100	653100	544250
Vereinigte Staaten .	18722200	17198300	19810700	18504500
Uruguay	326550	326550	174160	125177
Mexiko	217700	326550	217700	163275
Japan	653100	609560	538807	489825
Außer-Europa	41363000	40435598	43654292	39637727
Zusammen	87080000	85561542	94036603	90287809

Beerbohm schätzt also die gesamte diesjährige Ernte nur um ein geringes höher ein als die letzte, deren geringer Ausfall zu einem Preisstand führte, wie er seit 1891 nicht mehr beobachtet wurde; die Schätzung bleibt nicht nur hinter der für 1906, sondern auch hinter der für 1905 stark zurück.

Zu einer niedrigeren Schätzung gelangt das ungarische Ackerbauministerium, das die Weltweizenernte auf 84575000 Tonnen schätzt gegen 85986000 im Vorjahr. Diese Schätzung stößt indessen allgemein auf Widerspruch, da es sicher scheint, daß das Ergebnis günstiger als im Vorjahr ist. Besondere Zuverlässigkeit zeichnet im allgemeinen diese ungarischen Schätzungen schon von jeher nicht aus.

Frägt man nach den verfügbaren Mengen, so ist zu beachten, daß im vergangenen Erntejahr immerhin ansehnliche Vorräte vorhanden waren, weil 1906 eine glänzende Ernte ergab, während jetzt die Vorräte stark gelichtet sind. Das Fachblatt „Bradstreets“ schätzt zum Beispiel Anfang August die greifbaren Vorräte (visible supplies) von Weizen in den Vereinigten Staaten auf 23992000 Bushel gegen 62492000 im Vorjahr und 41211000 im Jahre 1906. Wenn somit auch zu hoffen ist, daß die außergewöhnlich hohen Getreidepreise des letzten Jahres nicht bestehen bleiben werden, so ist doch auf ein starkes Sinken dieser Preise kaum zu rechnen. Gilt das für den Weltmarkt, dann um so mehr für Deutschland, da hier mit dem Ausbleiben der Roggenzufuhr von Rußland, ja mit einem Export dorthin zu rechnen ist.

Zur Beurteilung der Preisbewegung in Deutschland diene folgende Zusammenstellung der amtlich ermittelten Durchschnittspreise für Berlin (in Mark pro 1000 Kilogramm):

	Roggen	Weizen		Roggen	Weizen
1895	119,8	142,5	1902	144,2	163,1
1896	118,8	156,2	1903	132,3	161,1
1897	130,1	173,7	1904	135,1	174,4
1898	146,3	185,5	1905	151,9	174,8
1899	146,0	155,3	1906	160,6	179,6
1900	142,6	151,8	1907	193,2	206,3
1901	140,7	163,6			

Der hohe Durchschnittspreis für 1907 charakterisiert indessen die Situation nicht genügend. Bis Mai 1907 blieb der Preis niedrig, erst im Juli, als die Befürchtungen in bezug auf die kommende Welternte sich geltend machten, schnellte er auf 205 Mark für die Tonne Weizen empor, und die weiteren monatlichen Durchschnittspreise für Berlin lauten: August 1907 213,50, September 224,70, Oktober 228,40, November 226,10, Dezember 218,40. Im Oktober herrschten vorübergehend wahre Angstpreise, und die höchste Notierung war 242 Mark. Erst als im Dezember der argentinische Weizen neuer Ernte zur Verschiffung kam, ging der Preis zurück. Im Januar und Februar 1908 notierte dann Berlin stark schwankende Preise, die jedoch nicht unter 210 herabgingen. Im Juli und August schwankte die Berliner Notierung für Septemberlieferung zwischen 198 und 205 Mark, am 1. September war die Notierung 197,50 Mark.

Es ist hin und wieder die Frage aufgeworfen worden, ob wir einer Periode steigender Getreidepreise entgegengehen. Natürlich können bei Beurteilung dieser Frage anormale Jahre wie das vergangene, das sich als ein Jahr der Mißernte in wichtigen Produktionsländern darstellt, nicht etwa als entscheidend betrachtet werden, auch kommen die Getreidepreise in Deutschland allein hier nicht als maßgebend in Betracht, sondern es handelt sich um den Weltmarktspreis in längeren Zeiträumen. Als Maßstab dieser Preise kann der Weizenpreis in England gelten.

Dieser nun war in Mark pro Tonne im Durchschnitt der Jahre:

1851—1860	250,0	1891—1895	128,2
1861—1870	248,0	1896—1900	138,5
1871—1875	246,4	1901—1905	140,2
1876—1880	206,8	1906	143,0
1881—1885	180,4	1907	155,0
1886—1890	142,8		

Aus diesen Zahlen ergibt sich also, daß sich seit dem Tiefstand zu Beginn der neunziger Jahre eine stete Erhöhung des Weltmarktpreises bemerkbar macht.

Als Momente der Preisbildung kommen in Betracht: 1. die steigenden Produktionskosten in Nordamerika, wo der bisher betriebene Raubbau aufgegeben werden muß und zu kostspieligeren Bebauungsmethoden — Düngung, Anbau von Hackfrüchten usw. — übergegangen wird; 2. die endgültige Erschöpfung der Bauernwirtschaften in Rußland, die bewirkt, daß dieses Land seit einigen Jahren nicht mehr im früheren Maße für den Getreidehandel in Betracht kommt; 3. die starke Steigerung des Getreidekonsums in Amerika, die auf Verminderung des Exportes hinwirken muß. Auf der anderen Seite indessen ist zu erwarten, daß 4. neue Gebiete für den Getreidebau in Angriff genommen werden können. Sehen wir doch eine respektable Ausdehnung des Ackerbaus in Kanada, und vor allem ist Südamerika noch lange nicht an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Die Entwicklung der Produktion in Südamerika wird entscheidend für die Gestaltung der Getreidepreise auf dem Weltmarkt sein. Es fehlt indessen den südamerikanischen Staaten vorläufig an zwei Hauptbedingungen der Entwicklung — an Menschen und Kapital. Daß in der nächsten Zeit diese Staaten die Millionen von Menschen und die Milliarden an Kapital, die sie brauchen, erhalten, ist nicht gerade sehr wahrscheinlich. Aus diesen Gründen ist der Gedanke nicht abzuweisen, daß in der

:at im nächsten Dezennium sehr wohl mit steigenden Preisen für Getreide uuf dem Weltmarkt zu rechnen sein wird.

Indessen ganz abgesehen von diesen Perspektiven für die Zukunft, beweist ie Gestaltung des Getreidemarktes schlagend den Wahnsinn, der in der Erhöhung der deutschen Getreidezölle liegt. Als 1894 Graf Kanitz das Getreidehandelsmonopol forderte, um den Agrariern einen Weizenpreis von 215 und inen Roggenpreis von 165 Mark pro Tonne zu sichern, wurde das als Brotwucher gebrandmarkt. Jetzt haben wir seit einem Jahre einen Weizenpreis, der dieser Norm entspricht, und einen Roggenpreis, der weit darüber hinausgeht, und diese Preise sind offenbar künstlich in die Höhe getrieben, denn trotz der relativ günstigen Ernten in Deutschland steht der Getreidepreis in Deutschland um den vollen Getreidezoll über der Weltmarktsparität. Und das geschieht in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, bei der die Lage der arbeitenden Massen ohnehin eine verzweifelte ist.

Auf der anderen Seite fragt es sich, welchen Einfluß diese hohen Getreidepreise auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse ausüben. Die Frage ist schon heute klar entschieden: die Erhöhung der Zölle hat zu einer sprunghaften Erhöhung der Bodenpreise in Deutschland geführt. In diesem erhöhten Bodenpreis ist die steigende Bodenrente eskomptiert. Die Zölle haben die Wirkung gehabt, den parasitären Rentenbesitzern die Taschen noch mehr zu füllen. Für einen großen Teil der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Unternehmer sind infolgedessen die Zölle von schädlicher Wirkung.

Damit ist auch die Frage nach der Hebung der sozialen Lage und der Konsumfähigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Erhöhung der Getreidepreise beantwortet. — Der bei weitem überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Arbeiter und Kleinbauern, haben direkten Schaden von der Erhöhung der Preise, da sie Brotkäufer, nicht Getreideverkäufer sind. Für einen großen Teil der Großbauern und Gutsbesitzer, nämlich für jene, die durch Kauf oder Erbgang mit der Verpflichtung, Miterben zu befriedigen, Boden erwerben, werden die Vorteile der hohen Getreidepreise illusorisch, da der hohe Preis des Bodens die Rentabilität der Wirtschaft herabsetzt. Einzig für die Latifundienbesitzer, für die Majoratsherren, für die Agrarmagnaten, deren Besitz nicht wechselt, ist der Vorteil der hohen Preise und der künstlich emporgeschraubten Rente nicht zu bezweifeln.

Der Einfluß der diesjährigen Ernte auf die allgemeine wirtschaftliche Situation darf kaum sehr hoch angeschlagen werden; dazu ist sie nicht reichlich genug. Dabei ist es ein seltsames Zusammentreffen, daß relativ die besten Ernten die Industriestaaten haben — Deutschland, England, Frankreich, Belgien —, in denen die wirtschaftliche Lage am wenigsten von den Ergebnissen der Landwirtschaft abhängt, während die Staaten, in denen die Landwirtschaft den Ausschlag gibt — Rußland, Ungarn, die Balkanstaaten, Nordamerika —, relativ schlecht abschneiden. In den Vereinigten Staaten rechnete man im Juni mit einer sehr guten Ernte. Hätten sich diese Erwartungen erfüllt, dann hätte zweifellos das wirtschaftliche Leben einen starken Impuls erhalten, und zur Überwindung der Krise wäre ein großer Schritt gemacht worden. Entsprechen die Berechnungen Beerbohms annähernd der Wirklichkeit, verzeichnet die Union nur eine mittelmäßige Ernte, dann hat es mit der Überwindung der Krise noch gute Wege.

Notizen.

Zur Lage der russischen Arbeiter am Vorabend der Revolution. Eben erst sind die gesammelten Berichte der russischen Fabrikinspektoren aus dem Jahre 1904, also fast nach vier Jahren, erschienen. Es ist bekannt, daß lange Zeit die Berichte der Fabrikinspektoren überhaupt geheim gehalten wurden. Erst seit 1900 erscheinen Auszüge aus den Berichten, hauptsächlich statistische Angaben. Auch diese aber veröffentlicht die Regierung erst dann, wenn sie fast nur einen historischen Wert haben. So verschleppt sie auch die Veröffentlichung der besonders interessanten Berichte über die Jahre 1905/06, die vielleicht erst nach einigen Jahren erscheinen werden. Vorläufig müssen wir uns mit den Berichten der Fabrikinspektoren aus dem Jahre 1904 begnügen. Diese Berichte enthalten einige interessante Angaben über die Lage der russischen Arbeiter am Vorabend der Revolution, die vom Genossen K. Paschitnow in seiner Schrift[1] nicht berücksichtigt werden konnten.

Der russischen Fabrikinspektion unterstehen Fabrikbetriebe mit gewöhnlich über 20 Arbeitern oder mit mechanischen Motoren. Ende 1902 gab es 16713 solche Betriebe mit 1711755 Arbeitern, Ende 1903 gab es 15682 mit 1690478 Arbeitern und Ende 1904 nur 14701 mit 1663080 Arbeitern. Es fand also eine ganz erhebliche Verminderung der Zahl der Fabrikbetriebe wie der Arbeiter statt. Wir erinnern uns, daß 1903 ein Krisenjahr und 1904 ein Kriegsjahr waren. Doch haben beide Ursachen, die Handelskrise und der Krieg, hauptsächlich die kleineren Betriebe ruiniert. Die Durchschnittszahl der Arbeiter pro Betrieb erhöhte sich von 96,2 (1901) und 102,4 (1902) auf 108 (1903) und 113 (1904). Ebenso ging die Konzentration des Kapitals trotz der Krisis und des Krieges oder richtiger infolge dieser Ursachen rasch vor sich. Anfang 1903 machten die Betriebe mit über 500 Arbeitern nur 4,1 Prozent aller Betriebe aus und beschäftigten 48,7 Prozent der Arbeiter; Ende 1904 4,4 Prozent aller Betriebe und schon 50,3 Prozent der Arbeier.

Die großen Unternehmungen litten also durch den Krieg viel weniger als die kleinen. Der Arbeitslohn in den größeren Betrieben sank jedoch von 217,03 Rubel (1903) auf 213,92 Rubel (1904). Die Unternehmer haben es also verstanden, ihren „Patriotismus“ auszunutzen, indem sie den Arbeitslohn herabdrückten, und noch dazu einen so kläglichen Arbeitslohn, wie 468 Mark! Den höchsten durchschnittlichen Jahreslohn finden wir im Gouvernement Petersburg, wo er 366,17 Rubel beträgt, den niedrigsten im Gouvernement Mohilew — 70 Rubel oder zirka 150 Mark!

Von 1902 bis 1903 war der Arbeitslohn gestiegen von durchschnittlich 202 auf 217 Rubel. Die Streikbewegung von 1903 ging also nicht erfolglos vorbei.

Die Tätigkeit der Fabrikinspektion blieb 1904 die gleiche wie in den vorhergehenden Jahren. Die Zahl der besichtigten Betriebe vermindert sich mit jedem Jahre. Sie betrug 1901 12813, 1902 12782, 1903 12526 und 1904 gar nur 11340! Dafür steigt die Verhältniszahl der von der Inspektion konstatierten Gesetzesüberschreitungen durch die Betriebsleiter von 2,4 pro besichtigten Betrieb (1901) auf 2,6 im Jahre 1904. Häufiger wurden auch darüber Protokolle aufgenommen. Der Prozentsatz der gegen die Betriebsleiter eingeleiteten gerichtlichen Verfahren blieb jedoch der gleiche: nur 2,9. So geringschätzig beurteilen die Gewerbeinspektoren die Verletzung der Gesetze. Nur in 2,9 Prozent aller Gesetzesverletzungen wurden die Betriebsleiter angeklagt!

Dafür bewiesen die Beamten besonderen Eifer in der Verfolgung der Arbeiter, wenn ihnen Beschwerden der Unternehmer zugingen. Sie klagten die Arbeiter in 25,6 Prozent der Fälle entweder selber an (23,2 Prozent) oder schlugen es den Betriebsleitern vor, dies zu tun (2,4 Prozent). Dagegen leiteten die Fabrikinspektoren Gerichtsprozesse ein oder überließen diese den Arbeitern nur in 8,5 Prozent aller von den Arbeitern vorgebrachten Beschwerden.

---

[1] Lage der arbeitenden Klasse in Rußland; deutsch von M. Nachimson. Stuttgart, Verlag J. H. W. Dietz.

Der ganze Bericht macht den Eindruck, alles sei in bester Ordnung. Die Zahl der Streiks verminderte sich von 379 (1903) auf 100 [?] (1904). Von den Beschwerden der Arbeiter gingen die einzelnen von 11000 im Jahre 1903 auf 10800 im Jahre 1904 zurück und die Kollektivbeschwerden in der gleichen Zeit von 1900 auf 1800! All dies wies auf eine Beruhigung der Arbeitermassen hin — und doch folgte auf das „ruhige" Jahr 1904 das stürmische Revolutionsjahr 1905. Man sieht, wie unfähig die Fabrikinspektoren waren — obwohl sie sich häufig mit Spioniererereien aller Art beschäftigten —, die wirkliche Stimmung der Arbeitermassen zu begreifen. N. N.

Zeitschriftenschau.

„The Social-Democrat" vom August bringt einen interessanten Aufsatz von Th. Rothstein über **„Koloniale Zivilisation"**. In England wird eine lebhafte Agitation gegen die Kongogreuel entfaltet; über die Zustände in den eigenen Kolonien wird möglichst geschwiegen, und es ist oft schwer, die Wahrheit zu enthüllen, da sie in den Regierungsberichten sorgfältig vertuscht wird. Dennoch kann man sie in einigen Fällen herausschälen, wie hier für Britisch-Ostafrika geschieht, ein Land, wo vier Millionen Eingeborene noch unter den primitivsten Verhältnissen leben. Man soll nun nicht denken, daß diese Eingeborenen versklavt und zur Zwangsarbeit genötigt werden. Solche rohe, kulturwidrige Methoden mögen im Kongostaat und in den deutschen Kolonien angewandt werden; die Engländer sind, aus praktischen Gründen des wohlverstandenen Interesses, von jeher Freunde der Freiheit und der freien Arbeit gewesen. Sie zwingen die Eingeborenen nicht direkt zur Arbeit, sondern sie bewirken durch ihre Maßnahme, daß diese „freiwillig" Arbeit bei den weißen Pflanzern suchen. Dazu haben sie zuerst die alte Stammesverfassung vernichtet, die den Stammesgenossen Schutz und Stütze bot, und dafür ein modernes europäisches Recht mit persönlicher Verantwortlichkeit eingeführt, das die Neger nicht verstehen; die Folge ist eine gewaltige Zunahme der Verbrechen, eine Untergrabung des sittlichen Empfindens. Das Stammesland ist den Eingeborenen genommen unter dem Vorwand, daß es herrenloses Land sei, und an weiße Kolonisten gegeben, ähnlich wie es im Kongostaat stattfand. Da jedoch die Bedürfnisse gering sind und das Land reich an Lebensunterhalt, genügen diese Mittel noch nicht, die Neger zur Arbeit zu treiben. Deshalb wurde eine Hüttensteuer eingeführt; das einzige Mittel für die Wilden, das dazu nötige Geld zu bekommen, besteht darin, daß sie bei den Pflanzern Arbeit suchen. Daneben werden moralische Mittel angewandt; eine große Zahl Missionäre bemüht sich, den Wilden klar zu machen, daß sie ihren sündigen Körper mit englischen Baumwollwaren bekleiden sollen. Und der Gouverneur sagt darüber in seinem Bericht, daß die Wilden ihre „merkwürdigen" Ideen allmählich aufgeben und immer mehr Kleider zu kaufen anfangen. Je mehr das Bedürfnis nach Kleidern und anderen europäischen Waren steigt, um so mehr steigt auch das Geldbedürfnis und damit die Notwendigkeit, den Weißen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Durch diese Mittel wird den Negern der Segen der Arbeit beigebracht; aber den weißen Pflanzern geht das doch nicht rasch genug. Sie hielten eine lärmende Versammlung in Mombassa ab, wo auch der Gouverneur zugegen war; die Kostspieligkeit der Arbeit in einem Lande, wo die Lebensmittel so billig sind, die Faulheit der Neger, die das Evangelium der Arbeit verschmähten, der sittliche Wert der Arbeit, die Notwendigkeit, die Neger dies einsehen zu lassen, zum Beispiel durch eine sehr hohe Kopfsteuer, waren die Leitsätze der Diskussion. Solche Ereignisse sind lehrreich für diejenigen, die von einer sozialistischen Kolonialpolitik reden, weil sie nicht sehen, daß Kolonisten nur nach Afrika gehen, um aus der Arbeit der Neger Geld zu machen.

In der Augustnummer von „The Socialist Review", dem Organ der Arbeiterpartei, gibt der Herausgeber Mac Donald in seinem monatlichen **„Ausblick"** zuerst eine Betrachtung über das Frauenwahlrecht. Theoretisch erkennt er an, daß das allgemeine Wahlrecht die einzige Grundlage der Demokratie ist; und könnten

wir es 1910 erzielen, keiner würde sich mehr darüber freuen. Aber dies ist nicht wahrscheinlich, während das beschränkte Frauenwahlrecht seiner Verwirklichung nahe ist. Die praktische Frage ist also: sind wir dafür oder dagegen? Es wird gesagt, daß das beschränkte Frauenwahlrecht uns schädigen wird; wir betrachten es jedoch „als eine einfache Tat der Gerechtigkeit, ohne auf die Folgen zu achten. . . . Gerechtigkeit ist unser eigenster Lebensatem." Wir wollen den Frauen zu ihrem Rechte verhelfen und rechnen auf ihre Einsicht, davon den richtigen Gebrauch zu machen. Die meisten Argumente, die für das Frauenwahlrecht ins Feld geführt werden, sind zwar nicht viel wert. Nicht weil die Frauen ausgebeutet werden, oder gute Gehirne haben, oder Steuer zahlen, oder weil ihre Interessen von den Männern nicht ausreichend berücksichtigt werden, sollen sie das Wahlrecht erhalten, sondern weil sie als Frauen am öffentlichen Leben immer mehr teilnehmen, und „weil wir fühlen, daß wir sie durch ihre politische Unmündigkeit beleidigen und den Staat schwächen". Gegen die schlagenden Argumente, die wir zum Beispiel in Klara Zetkins Broschüre finden, wird hier nichts vorgebracht, als einige verschwommene Phrasen; anstatt vom klaren Standpunkt des Arbeiterinteresses wird die Frage hier vom Standpunkt einer abstrakten, über den Klassen schwebenden Gerechtigkeit behandelt. Merkwürdig ist diese Verteidigung des beschränkten Frauenwahlrechts vor allem, weil der letzte Kongreß der Arbeiterpartei es mit 784000 gegen 257000 Stimmen ablehnte.

Bei der Besprechung einer Ersatzwahl wird in diesem Ausblick der Satz aufgestellt, daß die Arbeiterpartei sich nicht überall beteiligen soll, sondern nur, wo Aussicht auf Eroberung des Wahlkreises besteht oder andere Vorteile winken. Die Teilnahme an aussichtslosen Wahlen „macht auf die liberale und die konservative Partei nicht den Eindruck, daß der Sozialismus wächst; sie erbittert (irritate) diese Parteien bloß" und bewirkt, daß sie sich durch Verschlechterung des Wahlrechts dagegen verteidigen. Anläßlich des Ausschlusses Keir Hardies von einem vom König gegebenen Fest wird darauf hingewiesen, wie auch in England die königliche Macht steigt und die Minister sich vor unverantwortlichen Hofcliquen beugen. Auch Arbeitervertreter sind schuld daran, indem sie den Fürsten priesen. Ein konstitutioneller Fürst darf nie persönlich handeln und kann deshalb nicht der Gegenstand des Lobes sein. Als Versuch einer Beeinflussung der Abgeordneten, die der konstitutionellen Tradition zuwider ist, mußte diese Handlung gegen Keir Hardie, wie unbedeutend sie an sich war, doch von der Arbeiterpartei zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden.

Über **„Michael Davitt"**, den gewaltigen irischen Volksmann, schreiben aus Anlaß einer eben erschienenen, von F. Sheehy Skeffington verfaßten Biographie J. Keir Hardie und F. M. Kettle. Davitt war unter den irischen Agitatoren am meisten der Volksmann; selbst ein armer keltischer Bauernsohn, kannte er das Elend seiner Landsleute aus eigener Erfahrung. Er war der Urheber der Land-League, des Land-Bundes, und wurde von englischen Richtern auf lange Jahre ins Gefängnis geschickt. Er wäre nachher der politische Führer der irischen Partei geworden, wenn seine Rebellennatur, sein glühender Haß gegen die Engländer sich zu Formen eines freundlichen parlamentarischen Umgangs mit denen hätte bequemen können, die er als die Todfeinde seines Landes betrachtete. Er war kein Sozialist. Aber seine Auffassung der Losung „Das Land für das Volk" enthielt die Auffassung eines staatlichen Eigentums an allem Boden, während die Masse seiner Partei darunter „Das Land den Bauern als Privateigentum" verstand. Interessant war sein Verhältnis zum englischen Proletariat. Er wollte damals, als noch keine Arbeiterpartei da war, die irische Partei zum Sachwalter der proletarischen Interessen machen, um ihr dadurch einen starken Rückhalt im englischen Volk zu geben. So machte er mehrere demokratische und sozialreformerische Vorschläge; auch gab er ein Blatt „The Labour World" heraus, das zuerst großen Erfolg hatte, aber zugrunde ging, als es mit Davitts leidenschaftlichen Kämpfen gegen Parnell gefüllt wurde, die den englischen Arbeitern kein Interesse einflößten.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 52 Ausgegeben am 25. September 1908 26. Jahrgang

Der Fall Schücking.

⸗ Berlin, 19. September 1908.

Seit einigen Monaten war der Fall Schücking ein Hauptgegenstand der Erörterungen in der freisinnigen Presse. Es handelt sich dabei um die Maßregelung eines freisinnigen Bürgermeisters, der sich erdreistet hat, ein Büchlein und einige Zeitungsartikel gegen die reaktionäre Bureaukratie zu veröffentlichen.

An sich bietet der Fall geringes Interesse, wenigstens für den, der mit dem Wesen der preußischen Bureaukratie bekannt ist. Treffender als sonst jemand hat sie der alte Ziegler geschildert, indem er an Ruge schrieb: „Man muß ein eingeschulter Bureaukrat sein wie ich selbst, um genau zu wissen, welch ein grandioser Wunderbau der preußische Staat ist, an den das bas empire bei weitem nicht heranreicht. Es gibt nichts Raffinierteres als die Methode, mit der er seine Beamten heranbildet und ihnen, bevor sie reif sind, in einer bewundernswürdigen Dressur alle geistigen und moralischen Rippen bricht. Und dies hat die Reaktion begriffen, die seit 1849 ein so künstliches Netz um uns gezogen hat, daß es schwer ist, dasselbe zu zerreißen.“ Ungefähr dasselbe hat Herr Schücking gesagt, und dafür soll er büßen, wie der alte Ziegler dafür gebüßt hat, daß er sich nicht alle moralischen und geistigen Rippen hatte brechen lassen.

Nicht als ob wir Herrn Schücking sonst mit Ziegler auf dieselbe Stufe stellen wollten! Er ist ein landläufiger Freisinniger des heutigen Schlages und hat das Mögliche getan, sich alle Sympathien zu verscherzen, indem er sich selbst als echter Bureaukrat dadurch entpuppte, daß er die Kritiker seiner literarischen Wirksamkeit mit Bagatellinjurienprozessen bedrohte, ganz nach dem Muster seiner freisinnigen Bundesbrüder Kopsch und Mugdan, die gegen die Kritiker ihrer parlamentarischen Tätigkeit Bagatellinjurienprozesse anstrengen. Wenn solchen Leuten mit dem Maße, womit sie messen, auch von der reaktionären Bureaukratie gemessen wird, so braucht man sich deshalb nicht groß

aufzuregen. Ein allgemeines Interesse gewinnt der Fall Schücking erst durch seinen Zusammenhang mit der Blockpolitik, mit dem entschiedenen Quod non, das die reaktionäre Bureaukratie dagegen einlegt, daß der Freisinn auch nur ein Atom Anteil an der Regierungsgewalt erlangt, oder noch genauer — da tatsächlich ein solcher Anteil ja von vornherein ausgeschlossen ist —, daß auch nicht einmal der Schein entsteht, als ob ein Ziel dieser Art für den Ehrgeiz der Kopsch, Mugdan und Genossen erreichbar wäre.

Der Fall Schücking ist im Grunde ein Fall Bülow. Die Haltung der offiziösen Presse zeigt zur Genüge, daß dem Reichskanzler das Disziplinarverfahren gegen Schücking sehr ungelegen gekommen ist. Nichts ist auch begreiflicher. Die „Reichsfinanzreform" steht vor der Tür, die dem Freisinn Demütigungen zumutet, wie sie noch niemals eine politische Partei hinunterzuschlucken gehabt hat. Will der Freisinn nicht die paar Mandate aufs Spiel setzen, über die er noch mit Ach und Krach verfügt, so muß er wenigstens einige Schaumklöße in die Suppe tun, muß er wenigstens so tun, als ob er nunmehr in Regierung und Verwaltung ein bißchen mitzureden habe. Daran, den Freisinnigen dies Mitreden selbst nur im bescheidensten Maße zu gestatten, denkt auch Fürst Bülow nicht, aber ein paar wohlwollende Redensarten ist ihm die halbe Milliarde neuer Steuern schon wert. Auf keinen Fall kann ihm damit gedient sein, daß der Freisinn in dem Augenblick, wo er der Regierung die Dienste eines Heloten leisten soll, von derselben Regierung vor aller Welt geohrfeigt wird wie ein Helot. Selbst die „Deutsche Tageszeitung" war im ersten Augenblick etwas perplex über das bureaukratische Vorgehen gegen Schücking; sie meinte in ihrer Weise, man hätte die Stilübungen des Mannes, die am nächsten Tage ja doch vergessen worden wären, nicht weiter beachten sollen. Die Brotwucherer wollen bei der Steuermogelei lieber mit dem windelweichen Freisinn als mit dem stachligen Zentrum zu schaffen haben, und sie scheinen zu fürchten, daß der getretene Wurm doch vielleicht anfangen könnte, sich zu krümmen.

Auf die Bureaukratie macht alles das aber gar keinen Eindruck; es sei denn, daß es sie dazu reizt, den Bogen immer straffer zu spannen. Statt das Unbehagen des Reichskanzlers wenigstens so weit zu respektieren, daß sie die Anklage gegen Schücking in den mildesten Formen hält, die noch möglich waren, nachdem die Sache einmal eingefädelt worden war, schlägt sie in der Anklage vielmehr die denkbar schärfsten Töne an. Schücking soll seines Amtes entsetzt werden, weil er durch die Unehrerbietigkeit gegen den Landesherrn, die Herabsetzung bestehender Gesetze und Anordnungen der Behörden unter wissentlichen oder leichtfertigen Fälschungen und Entstellungen, durch die Verdächtigung der Staatsregierung und durch die persönlichen Beleidigungen der vorgesetzten Dienstbehörden und der Inhaber anderer öffentlicher Ämter seine Pflicht als Beamter verletzt und sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe. Eine besser gezielte Ohrfeige hat das ehrbare Antlitz des Freisinns, der öffentlich erklärt hat, „ganz und voll" — nie ohne dieses! x hinter Schücking zu stehen, noch nicht getroffen.

x resp. „voll u. ganz", leider durch Freiligrath erfunden (in den 40er J…

Ob der Freisinn sie ruhig hinnehmen wird, ist das Beiläufigste an der ganzen Sache. Selbst wenn er es nicht täte, wäre wenig daran gelegen, denn Leute, die sich politisch in dem Maße prostituiert haben, wie diese edle Partei, können nicht dadurch politisch restituiert werden, daß sie sich unter den fürchterlichsten Peitschenhieben aufbäumen. Eben deshalb ist es wahrscheinlicher, daß sie sich auch noch dieser Demütigung fügen und ihren Wählern gegenüber darauf hinausschwindeln werden, es handle sich um „einen einzelnen Fall", um das Ungeschick „untergeordneter Instanzen", und in der Tat kann sich der Freisinn auch darauf berufen, daß Fürst Bülow mit dem ganzen Abenteuer nichts zu schaffen gehabt hat, daß es ihm sogar sehr wider den Strich gegangen ist.

Die richtige Schlußfolgerung aus dieser an sich gewiß nicht zu bestreitenden Tatsache ist aber die, daß es zugleich ein politisches Verbrechen und ein politischer Wahnsinn ist, wenn eine Partei auf die freundliche Miene eines „leitenden" Staatsmannes hin ihre politischen Prinzipien preisgibt. Wir setzen dabei den günstigsten Fall, daß es dieser „Staatsmann" wirklich ehrlich meint; Fürst Bülow ist an der Fortwurstelei der Blockpolitik auf lebhafteste interessiert und wird sie gewiß nicht um einer Laune willen aufs Spiel setzen. Aber es liegt vollständig außerhalb seiner Macht, auch nur ein kleinstes Bruchteil der Regierungsgewalt einer ihm gefügigen Partei zuzuschanzen, wenn die herrschende Klasse, deren Kommis er ist, dies Bruchteil nicht opfern will. Das hat selbst Bismarck nicht fertig gebracht, der innerhalb der bureaukratischen Welt über eine ganz andere Autorität verfügte als Bülow. Auch für ihn gab es eine Zeit, wo er die Liberalen für sich zu gewinnen suchte, indem er ihnen sogar diesen oder jenen Ministerposten anbot, woran Fürst Bülow nicht einmal im Traume denken darf. Aber der „Herkules des Jahrhunderts" mußte sich von einem kleinen Landrat a. D. sagen lassen, wenn er sich auf solchen „rollenwidrigen Seitensprüngen" ertappen lasse, würde er so klein gemacht werden, daß er jedem hinterpommerischen Junker aus der Hand fressen müsse, und es dauerte nicht ein Jahr, bis Bismarck von all solchen Velleitäten gründlich geheilt war.

Die preußische Bureaukratie bildet eine enggeschlossene Klasse, die seit Jahrhunderten ans Herrschen gewöhnt ist und nicht daran denkt, sich depossedieren zu lassen, weil irgend ein Bismarck oder Bülow in irgendwelche ministeriellen Verlegenheiten gerät. Man mag sie borniert schelten — und wir am wenigsten haben etwas dagegen einzuwenden —, aber man soll nicht verkennen, daß sie einen Willen und ein Ziel hat, daß sie wenn nicht genug Verstand, so doch genug Instinkt besitzt, um sich kein X für ein U machen zu lassen. Sie läßt niemanden in ihren geweihten Kreis, der nicht bis auf Herz und Nieren geprüft ist, und wenn dennoch ein räudiges Schaf unter sie gerät, so expediert sie es ohne alles Federlesen hinaus.

Charakteristisch ist, was Herr v. Gerlach, der es bis zum Regierungsassessor gebracht hat, darüber zu erzählen weiß. Er schreibt: „Wer als Regierungsreferendar angenommen werden soll, darüber entscheidet der Regierungspräsident. Nach Willkür. Ist der Bewerber adelig, Korpsstudent und Reserveoffizier, so passiert er fast immer. Je mehr von diesen Vorbedingungen

fehlen, um so schwieriger wird die Annahme. Ich war zum Beispiel weder Reserveoffizier noch Korpsstudent und hatte deshalb die größte Mühe, anzukommen, obgleich meine politische Gesinnung damals noch durchaus unanstößig war. Sechs Regierungspräsidenten wiesen mich ab. Erst als ich alle meine verwandtschaftlichen und sonstigen Konnexionen in hohen Verwaltungskreisen in Bewegung setzte, wurde ich endlich vom siebenten akzeptiert." Noch beweiskräftiger ist ein anderes Zeugnis. Die „Berliner Freistudentischen Blätter" hatten gewagt, die Schrift Schückings anerkennend zu besprechen, ein keckes Unterfangen, das von der Universitätsbehörde sofort durch das Verbot bestraft wurde, das Blatt im Universitätsgebäude auszulegen. Zugleich aber erhielt das Blatt von einem Referendar, der, glücklicher als Herr v. Gerlach, nicht nur adelig, sondern auch Korpsstudent und Reserveoffizier ist, eine „Berichtigung", noch dazu auf „Grund des Preßgesetzes", worin es heißt: „Wenn wir (das heißt die Korps) auf Nachwuchs aus anständigen Kreisen Wert legen, so ist das unsere Sache, denn wir sind legitime Herren im Staate. Wir werden es jedenfalls zu verhindern wissen, . . . daß Menschen, die gegen die herrlichen Burgen Sr. Majestät des Kaisers saure Kritik wagen, auf verantwortungsvolle Posten in der preußischen Verwaltung gestellt werden." Das klingt wie eine Satire aus dem „Simplizissimus", ist aber Geist vom Geiste der preußischen Bureaukratie.

Schelte man sie borniert, so viel man will, aber vergesse man nicht, hinzuzufügen, daß wer mit dieser bornierten Klasse in freundschaftlicher und friedlicher Weise paktieren will, noch zehnmal so borniert ist. Von ihrem Standpunkt aus, mag er so rückständig und überlebt sein, wie er will, hat sie vollkommen recht; sie wehrt sich ihres Lebens, was man ihr so lange nicht verdenken kann, als niemand zum Selbstmord verpflichtet ist, und sie siegt mit demselben Rechte, womit der Bornierte es über den zehnmal so Bornierten davonträgt. Statt über den Fall Schücking zu lamentieren, täte der Freisinn gut daran, die Lehren zu beherzigen, die dieser Fall enthält, aber dazu ist es freilich zu spät, wie gerade der Fall Schücking zeigt.

Der Parteitag über die Budgetbewilligung.

Von **K. Kautsky**.

Nürnberg, 18. September.

Noch sind die Verhandlungen des Parteitags zur Stunde, da wir dies schreiben, nicht abgeschlossen. Aber nachdem er in den Verhandlungen über die Maifeier und die Parteischule bereits den Weg bezeichnet, den er zu gehen gedachte, sind sein Charakter und seine Bedeutung gegeben durch die Abstimmung über die Frage der Budgetbewilligung. Mit überwältigender Mehrheit hat er die Resolutionen von Lübeck und Dresden von neuem bestätigt, hat er bezeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie bleibt, was sie bisher war, der unversöhnlichste Todfeind der herrschenden Ordnung, und daß sie sich durch nichts von diesem Standpunkt abdrängen läßt.

Diese Entscheidung wurde in einer Weise vollzogen, die in gleicher Weise jene enttäuschen wird, die erwarteten, auch diesmal werde der Gegensatz

wieder verkleistert werden, wie jene, die annahmen, die Verhandlungen würden in einer wüsten Katzbalgerei endigen. Wir haben der Welt nicht das komische Schauspiel gegeben, in unseren Reden die größte Gegensätzlichkeit über die diskutierte Frage zu bekunden, um dann in einer Resolution zu erklären, wir seien darüber alle einig. Andererseits aber hat die Mehrheit alles vermieden, was geeignet gewesen wäre, der Minderheit das weitere Zusammenarbeiten mit der Majorität unmöglich zu machen, oder ihr auch nur einen halbwegs plausiblen Vorwand für das Behaupten einer solchen Unmöglichkeit zu liefern.

In der Tat dürfen wir erwarten, daß die Verhandlungen des Parteitags weiten Kreisen süddeutscher Parteigenossen die Augen öffnen werden über die „Radikalen", über die ihnen eine irreführende Berichterstattung so haarsträubende Dinge erzählt hatte. In Nürnberg trat unzweifelhaft zutage, daß die „Radikalen" nicht ein Häuflein Berliner, Leipziger und „verantwortungsloser Ausländer" sind, die den Parteivorstand gefangen genommen haben, sondern daß sie die große Masse der Parteigenossen darstellen. Daß es gerade ein in Bayern tagender Parteitag war, auf dem diese Tatsache in Erscheinung trat, ein Parteitag, auf dem der geographischen Lage halber Süddeutschland relativ eine stärkere Vertretung fand als der Norden, läßt das Überwiegen der „radikalen" Richtung in der Partei noch bedeutender erscheinen.

Aber auch das Märchen von der Skandalsucht der „Radikalen" darf nach den Nürnberger Tagen wohl bei jedem nicht ganz böswilligen Beobachter für abgetan gelten. Wären wir wirklich so skandallüstern, wie uns von manchen Seiten immer wieder unterschoben wird, das Vorgehen einiger Budgetbewilliger in Nürnberg hätte uns nicht bloß Vorwände, sondern höchst ausreichende Gründe zu persönlichem Zanken und Lärmen gegeben. Wenn es dazu nicht kam, so ist es einzig der Zurückhaltung und der völlig unpersönlichen, rein sachlichen Art der Diskussion der „Radikalen" zuzuschreiben, die auf keinerlei Provokation reagierten.

Die Resolution des Parteivorstandes war entschieden, aber ruhig. Sie enthielt kein Wort des Tadels, kein Wort der Mißbilligung. Und von Seite der „Radikalen" wurde nicht der mindeste Versuch gemacht, ihr ein solches Wort einzufügen. Alle jene Vorgänge, die selbst von Freunden der Budgetbewilligung als unentschuldbar anerkannt worden waren, angefangen von dem Ausschluß des Parteivorstandes aus der Stuttgarter Konferenz, vom badischen Schweigegebot bis zur Bedrohung des Parteitags mit der Parteispaltung und dem famosen Fall Segitz, der die schwersten Beschuldigungen gegen den Parteivorstand auf Grund erlauschter Brocken aus einem Treppengespräch erhob — alle jene Vorgänge hätten reichlichen Stoff zu Tadelsresolutionen gegeben, wenn wir den Unfrieden wollten. Aber von keiner Seite wurde eine solche Resolution über irgend eines dieser Vorkommnisse auch nur angeregt. Eine einzige Verschärfung der Vorstandsresolution wurde von Leipziger Genossen beantragt, sie war rein sachlicher Natur, strebte eine schärfere Fassung der Lübecker Resolution an, während der Parteivorstand sich damit begnügte, sie genauer zu interpretieren.

Aber je mehr von unserer Seite auf alles verzichtet wurde, was persönlichem Zwist Nahrung geben konnte, um so stärker trat der sachliche Gegensatz hervor, der zwischen den beiden Richtungen besteht, die in der Frage der Budgetbewilligung zutage traten.

Der Gegensatz ist nicht einfach der zwischen Süd und Nord. Ein erheblicher Teil der Gegner der Parteivorstandsresolution kam aus dem Norden. Anderer-

seits stimmten ihr Genossen aus Bayern zu, und wenn auch nicht bei den Delegierten, so doch bei den Genossen Württembergs darf sie vielleicht sogar auf die Mehrheit rechnen. Der Gegensatz ist natürlich auch nicht der zwischen unpraktischer Revolutionsromantik und praktischer positiver Arbeit, ebensowenig der zwischen Parlamentarismus und Anarchismus, wie er verwunderlicherweise von manchen Rednern in Nürnberg aufgefaßt wurde. Er fällt aber auch nicht einfach zusammen mit dem zwischen Revisionismus und „orthodoxem Marxismus". Es ist ein Gegensatz zwischen den zwei möglichen Arten parlamentarischer Tätigkeit, der einer Partei grundsätzlicher Opposition und der einer Partei, die von einer Regierung nach dem Prinzip des do ut des, ich gebe, um zu erhalten, Konzessionen zu gewinnen sucht. Die erstere Art findet ihren schärfsten Ausdruck in der prinzipiellen Budgetverweigerung. Die andere wird unmöglich, wenn die mit der Regierung verhandelnde Partei nicht erwarten lassen kann, sie werde jener das Budget bewilligen.

Ich behalte mir vor, diese beiden Arten des Parlamentarismus noch ausführlicher zu beleuchten. Hier sei nur kurz darauf hingewiesen, daß mit dem Wesen einer proletarischen Partei in einem kapitalistischen Staate nur die erstere Art der Politik vereinbar ist, weil das Proletariat in jedem kapitalistischen Staate grundsätzlich von der Staatsgewalt — außer zu dekorativen und demagogischen Zwecken, wie Millerand und John Burns — ausgeschlossen ist und ausgeschlossen bleiben muß. Die Bourgeoisie würde eine Regierung einfach nicht dulden, die die Staatsgewalt in den Dienst des Proletariats stellte. Solange der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein unüberbrückbarer ist, kann es keine Staatsgewalt geben, der beide Klassen gleichzeitig das Vertrauen und die Mittel zur Existenz votieren.

Genosse Stolten hat freilich gegen diese meine Auffassung eingewendet, daß auch die Proletarier am Staate ein Interesse hätten. Meinem Bilde, wir dürften eine Festung nicht verproviantieren, die wir aushungern wollten, hielt er die Tatsache entgegen, daß die Proletarier auch in der Festung wohnten und durch deren Aushungerung mit betroffen würden. Genosse Stolten hat da zu viel bewiesen. Hätte er recht, dann wäre überhaupt jede Budgetverweigerung unstatthaft. In Wirklichkeit steht aber die Sache so, daß die Proletarier in der von uns belagerten Festung nicht drin wohnen.

Man muß sich hüten, den Staat als **geographischen Begriff** zu verwechseln mit dem Staat als **Herrschaftsmittel**, das heißt dem Inbegriff der Bureaukraten, Polizisten, Soldaten usw. Die Proletarier wohnen allerdings im Staats**gebiet**; sie sind aber keineswegs Insassen der Staats**gewalt**. Einen Grund, das Budget zu bewilligen, hat eine Partei nicht deswegen, wenn sie im **Lande**, sondern nur dann, wenn sie in den **Ministerhotels** zu Hause ist.

Aber hat das Proletariat allenthalben den gleichen Grund, das staatliche Budget einer gegnerischen Regierung abzulehnen, in der Republik wie in der Monarchie, in Frankreich wie in Rußland, in Württemberg wie in Preußen, so besteht doch insofern ein bedeutender Unterschied zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands, als die Notwendigkeit einer solchen Politik grundsätzlicher, unversöhnlicher Opposition im Süden nicht so schroff zutage tritt wie im Norden. Müßte ein Sozialdemokrat in Preußen mit heilloser politischer Blindheit geschlagen sein, wollte er dort das Staatsbudget bewilligen, so hat gerade in letzter Zeit in Süddeutschland die Sozialdemokratie einige Erleichte-

rungen und Konzessionen erlangt, die in manchem Genossen übertriebene Erwartungen wachrufen konnten. Diese Erleichterungen und Konzessionen sind höchst unbedeutender Natur, sie bekommen einiges Ansehen nur, wenn man sie mit der preußischen Trostlosigkeit vergleicht. Es gehört die ganze Nacht der preußischen Reaktion dazu, um die süddeutschen Talglichter als helle Sterne erstrahlen zu lassen, aber für verschiedene Genossen sind sie zu Hoffnungssternen geworden, die die Geburt eines neuen Heilands, einer neuen Methode proletarischen Emanzipationskampfes anzeigen.

Die süddeutsche Eigenart erklärt diese Erwartungen, sie rechtfertigt sie aber nicht. Der Parteitag hat mit Recht in Anbetracht dieser eigenartigen süddeutschen Verhältnisse von jedem Tadel der süddeutschen Budgetbewilliger abgesehen und ihnen den guten Glauben und die besten Absichten zugebilligt. Aber wenn er ihre Abstimmungen nicht als Verbrechen auffaßte, so durfte er nicht davon absehen, sie als einen Fehler zu kennzeichnen. Und in der Politik sind Fehler bekanntlich noch verhängnisvoller in ihren Wirkungen wie Verbrechen.

So sehr die Parteigenossen Norddeutschlands geneigt sind, der Eigenart Süddeutschlands jede Rücksicht angedeihen zu lassen, so darf dies nicht so weit gehen, daß man ruhig zusieht, wenn sie im Begriffe sind, Schritte zu begehen, die verderbliche Konsequenzen nach sich ziehen. Der Parteitag durfte um so weniger davon absehen, als das Stillschweigen in diesem Falle geheißen hätte, daß er jene süddeutschen Genossen desavouiert, die den Standpunkt der großen Mehrheit der Gesamtpartei teilen. Er mußte für Einheitlichkeit der Taktik endlich auch deshalb sorgen, weil die süddeutschen Regierungen mit den norddeutschen solidarisch sind. Der geschlossenen Front drüben müssen wir eine geschlossene Front herüben entgegensetzen, und je gefährlicher und stärker der Feind, desto notwendiger ist die unbedingte Geschlossenheit auf unserer Seite.

Diese Geschlossenheit wird durch die Resolution des Parteitags erheblich gefördert, die allen Schwankungen, Unsicherheiten und Mißdeutungen ein Ende macht.

Noch wissen wir nicht, wie jene süddeutschen Genossen sie aufnehmen, die eine von der Gesamtpartei abweichende Taktik vertreten. Aber auch ihnen gegenüber kann die machtvolle Bekundung des Willens der übergroßen Mehrheit des kämpfenden Proletariats Deutschlands ihre Wirkung nicht verfehlen. Und so dürfen wir wohl erwarten, daß die Hoffnungen unserer Gegner wieder einmal zuschanden werden und daß die deutsche Sozialdemokratie aus der schweren Krise, in die sie geraten ist, neugestärkt hervorgeht, geschlossener und einmütiger als je.

Die Türkei als konstitutionelles Reich.

Von **M. Beer.**

Ungefähr vier Wochen nach der gewaltsamen Zerstörung des persischen Parlamentes durch den Schah Mahommed Ali erließ der Padischah Abdul Hamid ein Irade, in dem er die bis dahin despotisch regierte Türkei in ein konstitutionelles Reich verwandelte. Der Staatsstreich des Schah hat uns nicht entmutigt, und der Verzicht des Padischah auf die Alleinherrschaft soll unsere

Hoffnungen nicht übermäßig schwellen. Es ist ein ergreifendes Ereignis, den Verlauf der Wiedergeburt des ältesten und größten Erdteils von Stunde zu Stunde zu erleben — ein Schauspiel, würdig der poetischen Schaffenskraft eines Goethe oder der beflügelten Phantasie eines Shelley, aber als nüchterne, zergliedernde Beobachter haben wir eine minder glänzende Aufgabe zu erfüllen: Ursachen zu finden, Beweggründe aufzudecken und Einzelheiten zusammenzufassen. In viel höherem Maße als je zuvor bildet die Türkei im gegenwärtigen Weltverkehr das Bindeglied zwischen dem Westen und Osten. Einst als der Orient bekannt, wurde das ottomanische Reich in den letzten Jahrzehnten zum nahen Orient. Mit dem Wachsen der europäisch-asiatischen Beziehungen wurde es zu einem Zwischenlande, zur Brücke, an deren Sicherheit und Festigkeit alle Handelsvölker interessiert sind. Die geographisch-wirtschaftliche Rolle dieses Landes kommt in der Lage Konstantinopels in konzentrierter Form zum Ausdruck. Aus der Lage der Türkei ergibt sich ihre Politik. Sie muß stark genug sein, um eine so wichtige Handelsstraße der Völker in Ordnung halten und bewachen zu können. Man kann sie aber nicht übermäßig stark werden lassen, da sie sonst überragend werden und einen allzu starken Einfluß auf die europäische Politik ausüben könnte. Als die Türkei im neunzehnten Jahrhundert sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigte und Rußland auf der Höhe seiner Macht sich ihrer bemächtigen wollte, traten ihm die westeuropäischen Mächte entgegen, vereitelten seinen Plan und empfahlen der Türkei, Reformen einzuführen und stark zu werden. Das war im wesentlichen die Geschichte des Krimkriegs (1854 bis 1856) und des Hattihumajums (Reformerlasses) Abdul Medschids vom 18. Februar 1856. Die Reformpläne zerschlugen sich teils an der Unreife der Bevölkerung, teils an den russischen Intrigen und den Bewegungen der Balkanslawen zur nationalen Selbständigkeit. Der Krimkrieg und der Hattihumajum hatten indes eine liberale Strömung in den Beamtenschichten des ottomanischen Reiches wachgerufen, die im Jahre 1876 in der Proklamierung der Verfassung Midhat Paschas ihren ersten, wenn auch vorübergehenden Erfolg feierte. Die Türkei erhielt ein Parlament, das aber nur kurzen Bestand hatte. Wenige Monate nach der Einführung der Konstitution brach der russisch-türkische Krieg aus, der mit einer Niederlage der Türkei endigte. Nach dem Kriege hörte jeder freiheitliche Reformversuch im ottomanischen Reiche auf; Midhat Pascha wurde nach Südarabien verbannt und im Jahre 1883 ermordet; seine Anhänger, die sich Jungtürken nannten, entzogen sich den Verfolgungen durch die Flucht nach Westeuropa, wo sie nach und nach ihre Propaganda organisierten. Ihr Hauptsitz war Paris, wo sie seit 1895 unter Redaktion Achmed Risas den „Mechveret", ein vierzehntägiges Organ, in türkischer und französischer Sprache herausgaben. Die Jahrgänge des „Mechveret", sowie die im Jahre 1903 in englischer Sprache erschienene Lebensbeschreibung Midhat Paschas zeigen den Charakter der jungtürkischen Bewegung. Die Jungtürken sind nationalliberal. Da sie sich aber noch im Kampfe befinden und keine unmittelbar kapitalistischen Interessen zu vertreten haben, hat ihre Propaganda einen idealistischen Schwung, der alle am Wohlergehen des ottomanischen Reiches interessierten Elemente mitreißen muß. Trotz des sie auszeichnenden Idealismus sind sie indes sehr nüchterne Politiker, da sie naheliegende Ziele zu erreichen und greifbare, praktisch-politische Aufgaben zu lösen suchen. Nach ihrer ganzen Klassenlage und Schulung — die Jungtürken entstammen meistens Soldaten- und Beamtenfamilien Kleinasiens und Albaniens —

mußten sie, trotz ihres westeuropäischen Exillebens, alle radikalen Ideen und sozialreformerischen Pläne vermeiden. Auch im Exil blieben sie Türken; sie haben die Fühlung mit der Zivilisation und den Bedürfnissen ihrer Heimat nie verloren. Das ottomanische Reich ist keine kulturell hochstehende Gesellschaft mit scharfen Klassengegensätzen, sondern ein im Übergang vom Feudalismus zum Nationalstaat steckengebliebenes Land. Die Jungtürken stellten sich deshalb zur Aufgabe, den unterbrochenen Lebensprozeß ihres Vaterlandes wieder aufzunehmen und ihn eine Etappe weiterzuführen. Sie sind national: sie wollen die Einigkeit und Unlösbarkeit ihres Reiches; sie sind liberal: sie wollen die Sicherstellung der persönlichen Freiheit und des Eigentums durch die Herrschaft des Gesetzes, um auf diese Weise den Fortschritt der Reichsentwicklung zu ermöglichen. Ihr Schlachtruf war vorerst: „Ordnung und Fortschritt"; als später infolge der äußerpolitischen Verhältnisse, die weiter unten geschildert werden, die Bewegung die in Makedonien garnisonierende Armee ergriff und sich in Saloniki ein jungtürkisches Komitee bildete, wurde ihr Schlachtruf: Einigkeit und Fortschritt.

Ungeachtet ihrer gemäßigt liberalen und monarchischen Haltung wurden die Jungtürken lange Jahre hindurch scharf verfolgt. Abdul Hamid empfand wohl, daß sein Reich zugrunde gehe, aber er glaubte es mit den Mitteln des Despotismus und des religiösen Fanatismus retten zu können. Verbannung und Ausspionierung der Jungtürken, Niedermetzelung der Armenier, Förderung des Panislamismus und Erteilung von Konzessionen an die deutsche Regierung erschienen ihm als die besten Methoden, seinem Reiche den alten Glanz wiederzugeben. Allein abgesehen vom siegreichen Kriege gegen die Griechen (1897) hat die Politik des Ildiz nur Niederlagen zu verzeichnen gehabt. Die türkische Bevölkerung wurde ärmer, die alten Heimindustrien erlagen im Kampfe gegen die europäische Einfuhr, die Staatsschulden wuchsen, die Finanzen gerieten immer mehr unter die Herrschaft der europäischen Kapitalisten, die Einmischung der fremden Mächte in türkische Angelegenheiten wurden häufiger. In den letzten zehn Jahren haben in türkischen Gewässern Kriegsschiffe Frankreichs, Englands, Österreich-Ungarns und Italiens in feindlicher Weise demonstriert und den Willen Abdul Hamids gebeugt, ohne daß ihm die deutschen Götter zu helfen vermochten. Das Ansehen des Padischah büßte so weit an Glanz ein, daß zuweilen ganze Gemeinden Kleinasiens sich seinen Anordnungen mit Erfolg widersetzen konnten. Schließlich kamen zwei Ereignisse, die einen großen Teil der türkischen Armee den Gedanken der Jungtürken zugänglich machten: 1. das Mürzsteger Programm und die englisch-russischen Reformpläne in Makedonien; 2. der Sieg Japans über Rußland. Das Eingreifen der europäischen Mächte in die makedonischen Wirren, das die Entsendung europäischer Offiziere und Beamten nach Makedonien zur Folge hatte, fiel zusammen mit einer starken Konzentration türkischer Truppen in Makedonien gegen Bulgarien. Die türkischen Offiziere hatten auf diese Weise die Gelegenheit, die Folgen der Hamidschen Regierung zu sehen: die Stellung Makedoniens unter europäische Aufsicht. Gleichzeitig kamen die Nachrichten über die Siege Japans, eines asiatischen Staates, über Rußland, die die türkischen Offiziere wie die ganze Intelligenz Asiens mit neuen Hoffnungen belebten und in ihnen den Wunsch weckten, einen türkischen Mikado zum Monarchen zu haben. Die jungtürkische Bewegung, wie sie im „Mechveret" zum Ausdruck kam, hatte ein ähnliches Programm. Die Pariser Leitung

gründete deshalb im Jahre 1905 ein Komitee für Einigkeit und Fortschritt in Saloniki, das so erfolgreich wirkte, daß es trotz aller Spione und der Anwesenheit von europäischen Offizieren und Beamten die tüchtigsten Elemente der türkischen Armee Makedoniens für sich gewinnen und organisieren konnte, ohne daß der Jldiz oder Europa von den geheimen Vorgängen eine Ahnung hatte. Die tüchtigsten und entschlossensten Elemente des Komitees waren Albanier, die, unter primitiv-demokratischen Verhältnissen erzogen, ihren Freiheitssinn und ihre Tatkraft noch am besten bewahrt haben. Am 3. Juli begann der Aufstand, als Major Niasi Efendi, ein Albanier, die Garnison von Resna bei Ochrida verließ und ein Manifest des Komitees an die Bevölkerung richtete. Die Garnison schloß sich ihm an. Als General Schemsi Pascha im Namen des Sultans die Auslieferung Niasis verlangte, wurde er von einem noch unbekannten Jungtürken erschossen. Es folgten sodann mehrere erfolgreiche Attentate auf Spione und unzuverlässige Offiziere. Am 21. und 22. Juli proklamierte das Komitee in Makedonien die Wiederherstellung der Verfassung vom Jahre 1876. Im Jldiz wollte man ursprünglich Gewalt gebrauchen, als man aber den Umfang des Aufstandes erfuhr, klappte Abdul Hamid zusammen und unterwarf sich ohne Schwertstreich dem Komitee. Am Morgen des 24. Juli war die Türkei ein Verfassungsstaat.

Die ersten Freiheitstage der Türkei werden in der Geschichte unauslöschlich sein. Der Hader und Haß der Nationalitäten verschwanden wie böse Träume; die bulgarischen, serbischen und griechischen Banden, die seit Jahren in Makedonien ein grausames, bluttriefendes Regiment führten, lösten sich auf; Mullahs und Priester und Rabbiner fielen sich in die Arme; Räuberhauptleute und jungtürkische Offiziere hielten von derselben Tribüne begeisternde Ansprachen im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; türkische Frauen erschienen ohne Schleier in den Straßen Konstantinopels und beteiligten sich an den patriotischen Demonstrationen. Im allgemeinen Prinzip der Freiheit verschwanden die Rassen- und Religionsunterschiede, und die verschiedenartigen, sich befehdenden Untertanen von gestern standen als gleichberechtigte Ottomanen zusammen — ein einig Volk von Brüdern. Die Autorität des Komitees wurde überall anerkannt. Der Scheich-ul-Islam nahm dem Sultan den Treueid auf die Verfassung ab. Die alte Pforte: der Großwesir und die Minister wurden entlassen und die vom Komitee designierten Männer ins Ministerium berufen, worunter sich auch ein Grieche und ein Armenier befinden. Einige der korruptesten Exminister retteten sich vor dem Volksgericht durch die Flucht nach dem Ausland oder durch die Zurückerstattung der durch unlautere Mittel aufgehäuften Vermögen. Im November tritt das neue, aus folgendem Wahlrecht hervorgehende Parlament zusammen. Die Wahlen sind indirekt. 500 oder wenigstens 250 Urwähler entsenden einen Wahlmann. Die Wahlkreise decken sich mit den Sandschaks (Verwaltungsbezirken). Auf 50000 männliche Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Sandschaks, in denen diese Zahl der männlichen Einwohner nicht erreicht wird, entsenden einen Abgeordneten, wenn sie wenigstens 25000 beträgt. Sandschaks mit 75000 bis 125000 erhalten zwei, bis 175000 drei, bis 220000 vier Abgeordnete. Das aktive Wahlrecht erlangt jeder selbständige, im Besitz der bürgerlichen Rechte stehende Ottomane mit zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahr, falls er irgend eine Steuer zahlt. Auch aktive Militärpersonen sind wahlberechtigt. Das passive Wahlrecht ist durch ein Mindest-

alter von dreißig Jahren bedingt. Staatsämter und Ministerposten sind mit der Ausübung des Abgeordnetenmandats unvereinbar. Die Wahlen werden durch Wahlkommissionen ohne Mitwirkung der politischen Behörden geleitet. Die türkische Verfassung ist eine gemäßigt liberale; sie ist nicht mit der ursprünglich von Midhat Pascha entworfenen Verfassung identisch, denn letztere war demokratischer und wurde schon vor ihrer Proklamierung im Jahre 1876 von Abdul Hamid und seinen Beratern verschlechtert und mehr dem preußisch-deutschen Muster genähert.

Der rasche und unblutige Verlauf des türkischen Umschwunges, die einheitlichen und begeisterten Kundgebungen der Ottomanen haben auf Europa einen tiefen Eindruck gemacht. Auch die europäischen Mächte kamen überein, der neuen Lage gegenüber eine abwartende Haltung einzunehmen. Zu diesem lobenswerten Entschluß haben mehrere Umstände beigetragen: die diplomatischen Schwierigkeiten, die die makedonischen Wirren erzeugten, wurden nach und nach kriegsdrohend, während das Auftreten der Jungtürken wie ein befreiender und lösender Zauber auf Makedonien wirkte; dann übte die gemäßigt liberale Haltung der ottomanischen Reformer eine beruhigende Wirkung auf die revolutionsscheuen Kabinette Europas aus; schließlich griff die Ansicht Platz, daß Deutschlands überragende Rolle in der Türkei nunmehr ausgespielt sei — eine Rolle, die, wie in diesen Blättern hervorgehoben wurde,[1] die Slawen, Lateiner und Engländer mit Unruhe füllte. Das sichtbare Zeichen des Eintritts einer Ruhepause in der orientalischen Frage ist der Aufschub des englisch-russischen Reformplans für Makedonien. Die Zirkularnote, in der der russische Minister des Äußern diese Tatsache den europäischen Großmächten anzeigte, gibt eine gute, lesenswerte Übersicht der früheren und gegenwärtigen Lage im nahen Osten. Die Zirkularnote zeigt gleichzeitig den Umschwung, den die Gruppierung der europäischen Mächte in der letzten Zeit durchgemacht hat. Sie beginnt mit der Geschichte des russisch-österreichischen Zusammenwirkens auf der Balkanhalbinsel, das zum Mürzsteger Programm für Makedonien führte: zur Einsetzung eines Generalinspektors, zur Reorganisation der Gendarmerie durch europäische Offiziere, zur Anstellung von zwei Zivilagenten (einem russischen und einem österreichischen), zur Schaffung einer internationalen Finanzkommission. Die Besserung der Lage war leider keine befriedigende, da der vierte Punkt des Mürzsteger Programms, der eine Reform des Gerichtswesens vorsah, infolge der Uneinigkeit der Mächte nicht ausgeführt wurde und da der Nationalitätenkampf einen immer schärferen Charakter annahm. Angesichts dieser Sachlage griff die britische Regierung ein und schlug den Großmächten einen Reformplan vor, der die Anstellung eines Generalgouverneurs und eine neue Organisation Makedoniens vorsah. Es war aber zu befürchten, der britische Reformplan würde die Zustimmung der Mächte nicht finden. Unter diesen Umständen glaubte die russische Regierung den britischen Vorschlägen eine praktischere Form zu geben. Die britische Regierung nahm die russische Fassung an, aber im Augenblick, als sie den übrigen Mächten mitgeteilt werden sollte, traten Ereignisse ein, die eine vollständig neue Lage schufen. Das Eingreifen der Mächte in türkische Angelegenheiten beruht auf Verträgen, die nur deshalb notwendig wurden, weil die nichtmohammedanischen Völkerschaften in der Türkei bislang als minderwertig

[1] Siehe in Nr. 43: Die weltpolitische Lage.

behandelt wurden. Jetzt aber befindet sich Europa im Angesicht einer türkischen Verfassung, die die Gleichberechtigung aller Ottomanen, die Reform des öffentlichen Lebens und eine gute und ehrliche Verwaltung gewährleistet. Eine Ausführung dieser Grundsätze würde die Lage der makedonischen Völkerschaften verbessern. Die russische Regierung ist deshalb bereit, den Reformplan zu verschieben und überhaupt alles zu vermeiden, was als Mißtrauen gegen die neue Lage in der Türkei ausgelegt werden könnte. „Indem wir dem Beispiel der britischen Regierung folgen, verzichten wir vorläufig auf die Überreichung des Reformplans an die Pforte. ... Rußland wird die Bemühungen der Türkei, die neue Ordnung zu verwirklichen, mit der sympathischsten Aufmerksamkeit beobachten und wird nichts unternehmen, was diese Aufgabe erschweren könnte. Es wird auch seinen Einfluß in den Balkanstaaten dahin geltend machen und sie hindern, störend in den Gang der türkischen Ereignisse einzugreifen. Treu seinen Überlieferungen wird Rußland jedoch seine Reformrolle nicht als beendigt betrachten, es sei denn, daß die neue türkische Politik eine wirkliche Besserung in der Lage Makedoniens hervorbringt. Mit einem Worte: Rußland kann sich nicht des Rechtes begeben, über die Wirksamkeit der türkischen Reformen ein Urteil zu fällen, und im Falle der Nichtbesserung der Lage in Makedonien wird es seine Pflicht sein, den Mächten über die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der makedonischen Reformtätigkeit zu berichten."

Diese Haltung der wohlwollenden Neutralität gegenüber der türkischen Konstitution ist auch die aller Großmächte. Kein Staat will es vorläufig mit den erfolgreichen Jungtürken verderben. Unzufrieden scheint nur Bulgarien zu sein, das sich für den nächsten Erben Makedoniens hielt. Die Gewährung der Konstitution und die Auflösung der Banden haben Makedonien beruhigt und es vorläufig wieder zu einem festen Bestandteil des ottomanischen Reiches gemacht. Die äußere und innere Lage der Türkei ist jetzt unvergleichlich günstiger, als sie in den letzten fünfzig Jahren war. Wie lange diese Idylle dauern wird, hängt von der politischen Einsicht und der reichsbauenden Begabung der Jungtürken ab. In den äußeren Beziehungen zu den Mächten muß die neue ottomanische Regierung vorläufig jede umstürzende Politik vermeiden. Sie muß sich allen diplomatischen Intrigen fernhalten und mit allen Großmächten auf freundschaftlichem Fuße leben, so sehr sie auch geneigt sein mag, sich enger an das liberale Westeuropa anzuschließen. Sie darf nicht voreilig ihre Karten aufdecken. Sie hat die Freundschaft Rußlands nötig, da dieses einen zügelnden Einfluß auf Bulgarien ausüben kann. Ebenso muß sie die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Kleinasien nicht schädigen, um sich das Wohlwollen der deutschen und österreichischen Diplomatie zu erhalten. Die Sympathien Englands und Frankreichs wird eine starke und liberale Türkei ohnehin haben. Dafür sorgen schon die englisch-deutschen und französisch-deutschen Gegensätze. Die größten Schwierigkeiten werden ihr die Verwaltung Makedoniens und die Sanierung der Staatsfinanzen bereiten. Der wichtigste Faktor Makedoniens ist die „innere Organisation" der Bulgaren. Mit dieser traten die Jungtürken sofort in Verbindung und suchten sie für eine regenerierte, konstitutionelle Türkei zu gewinnen. Die bulgarischen Bandenführer ließen sich von den neuen Ereignissen mitreißen und reichten den Jungtürken die Hand der Freundschaft. Zuerst verlangten sie die Autonomie Makedoniens. Die Jungtürken sind aber ihrem nationalen Charakter nach Zentralisatoren.

Die makedonischen Bulgaren gaben nach und begnügten sich mit einer selbständigen Lokalverwaltung. Jedoch wird die Sprachenfrage noch zu Schwierigkeiten den Anlaß geben. Die Jungtürken sind wieder ihrem nationalen Charakter nach für das Türkische als die alleinige Sprache in den Mittelschulen, der Zentralverwaltung und im Reichsparlament. Jedoch wird diese Frage vom ottomanischen Parlament geregelt werden. Die Nachrichten, die über das Verhältnis der makedonischen Bulgaren zu den Jungtürken in die Welt geschickt werden, lauten verschieden: die aus Sofia kommenden klingen pessimistisch, dagegen sind die aus Saloniki kommenden recht hoffnungsvoll. Auch die Eingliederung des bis jetzt fast selbständigen Albaniens, besonders Nordalbaniens, in das ottomanische Reich dürfte nicht ohne Schwierigkeiten abgehen. Die Sanierung der Staatsfinanzen hängt ab von der Reform der Verwaltung, von der Hebung der Landwirtschaft und von einer wissenschaftlichen Ausbeute der Mineralschätze des Reiches. Alle diese Aufgaben verlangen Organisationstalente ersten Ranges, Charakterstärke und Klugheit in ungewöhnlichem Maße. Erst wenn diese geradezu herkulischen Aufgaben gelöst sind, kann die ottomanische Regierung daran denken, die Kapitulationen zu beseitigen und überhaupt die europäische Vormundschaft abzuschütteln.

Wir haben das ganze Gebiet der Sozialpolitik außer acht gelassen, da erstens die Türkei ein Ackerbaustaat und die jungtürkische Reformbewegung rein bürgerlich ist. Von einer proletarischen Bewegung wird im ottomanischen Reiche erst nach Jahren die Rede sein können. Ja, der rasche Erfolg der Jungtürken ist zum Teil dem Umstand zuzuschreiben, daß die oberen und mittleren Klassen der Türkei die „Gefahr" des Sozialismus noch nicht kennen.

Eine Nebenwirkung des Sieges der Jungtürken wird wahrscheinlich ein Wiederaufleben der zionistischen Bewegung sein, da eine konstitutionelle Türkei dem Gedanken einer jüdischen Kolonisation Palästinas günstiger gestimmt sein wird. Die Jungtürken werden ohne Zweifel den finanziellen und journalistischen Einfluß der Juden für sich zu gewinnen suchen.

Der italienische Gewerkschaftskongreß.

Von **Oda Olberg** (Rom).

Nachdem die Rechte und die Linke der italienischen Partei mit abwechselndem Glücke jahrelang um den Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung des Landes gerungen haben, hat das Auftreten des Syndikalismus und sein Aufsaugen eines Teiles der revolutionären Elemente der Partei die Gewerkschaften in syndikalistische und reformistische geschieden. Je mehr die syndikalistischen Organisationen, die in einem Anfall von Größenwahn ihre Anhänger nach Hunderttausenden zu zählen beliebten, zusammenschrumpften, teils an der Untätigkeit, teils an der Betätigung ihrer Grundsätze zugrunde gehend, um so mehr erstarkte die nichtsyndikalistische Organisation, die in der „Konföderation der Arbeit" sich ganz der Leitung der Ultrareformisten anvertraut hatte. Unter dieser Leitung ist die Konföderation in den 21 Monaten ihrer Existenz groß und stark geworden. Sie zählt heute 306957 Organisierte, 56 Prozent der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes, und hat im letzten Jahre 116535 neue Mitglieder erworben. Gerade die Organisationen, die sich zu beruflichen Zentralverbänden zusammenschließen, stellen den größten

Teil des Zuwachses, indem ihre konföderierten Mitglieder von 65395 auf 139670 anwuchsen; einen minder starken Zuwachs zeigen die nur den Arbeitskammern angeschlossenen Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl bei der Konföderation von 97429 auf 147249 stieg, während die keinem Zentralverband und keiner Arbeitskammer angehörigen Gewerkschaften die Zahl ihrer konföderierten Mitglieder von 27598 auf 20038 zurückgehen sahen. Die Konföderation der Arbeit ist also nicht nur gewachsen und erstarkt, sondern sie repräsentiert auch in der italienischen Arbeiterbewegung den modernen Grundsatz der Zentralisierung gegenüber dem Lokalismus der syndikalistischen Überreste.

Auf ihrem zweiten Kongreß, der vom 6. bis 10. September in Modena stattfand, hat nun die Konföderation der Arbeit nicht nur Heerschau gehalten über ihre in der Tat stattliche Mitgliederzahl, sondern ihre Leiter haben sich auch — bewußt oder unbewußt — darüber Gewißheit verschaffen wollen, wie weit sich diese Organisationen auf der Richtlinie des Reformismus befanden. Die Reaktion gegen den Syndikalismus hatte gewaltige Arbeitermassen um die reformistische Fahne der Konföderation geschart. Konnte man auf diese Massen als auf reformistische Gefolgschaft rechnen?

Von sozialistischer wie von bürgerlicher Seite war wiederholt behauptet worden, daß der Kongreß von Modena an praktischer Bedeutung bei weitem unseren Parteitag, der in der dritten Septemberwoche in Florenz tagen wird, übertreffen würde. Ja, man pflegte zu sagen, daß er den Parteitagsberatungen vorgreifen und einen Teil von ihnen gegenstandlos machen würde. Diese Prophezeiung gründete sich auf die Annahme, daß die Organisationen in Modena die Unterstützung eines großen demokratischen Wahlblocks für die nächsten parlamentarischen Wahlen beschließen und somit die vom sozialistischen Parteitag erwartete Entscheidung über die Wahltaktik vorwegnehmen würden. Wie weit Absichten in diesem Sinne bestanden, vermögen wir nicht zu entscheiden: sicher ist nur, daß die Wahlblocktaktik in Modena hinter dem Berge gehalten wurde. Günstige Aufnahme hätte sie wohl kaum gefunden, da der Kongreß selbst in der Frage des bloßen Einvernehmens mit den demokratischen Parteien den Vorschlägen der Leiter der Konföderation nicht beitrat.

So waren die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in ganz anderem Sinne interessant, als seine Einberufer erwartet haben mögen. Hat doch die Diskussion über die Beziehungen der Konföderation der Arbeit zu den politischen Parteien gezeigt, daß die Mehrheit der Vertreter für einen der wesentlichen taktischen Leitsätze des Reformismus nicht zu haben war. Das Exekutivkomitee hatte eine Tagesordnung Quaglino-Ciotti vorgelegt, die zunächst den Grundsatz des unpolitischen Charakters der Gewerkschaftsbewegung als überwunden ablehnt. Gewerkschaftlicher und politischer Kampf müßten einander wechselseitig ergänzen. Wenn auch wirtschaftliche und politische Organisation verschiedene Betätigungsgebiete hätten, so daß beide unabhängig und selbständig bleiben müßten, so sei doch ein Einvernehmen zwischen beiden geboten. Unter „politischen Parteien“, von denen die wirtschaftliche Arbeiterbewegung Unterstützung erwarten könne, verstand die Tagesordnung „die sozialistische Partei und die anderen Parteien, die den proletarischen Klassenkampf nicht hindern und das Programm und die Methoden der Konföderation der Arbeit annehmen“. Nachdem die Tagesordnung noch den Verbandsegoismus, den Lokalismus und die Theorie der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit als dem Proletariat verderblich verworfen hat, setzt sie die folgende

Arbeitsteilung zwischen der Konföderation und den politischen Parteien fest:

Sache der Konföderation sei die Leitung der wirtschaftlichen Streiks und die Organisation der Streikunterstützung, ferner kommt ihr die Proklamierung des Generalstreiks zu.

Sache der Parteien sei, die Konföderation in ihrer Organisationsarbeit zu unterstützen, die wirtschaftliche und politische Erziehung der Massen zu fördern und bei den rein politischen Kundgebungen nach Möglichkeit im Einklang mit der Konföderation vorzugehen.

In vielen Worten sagte die Tagesordnung ziemlich wenig, und dies Wenige schien einem Teile des Kongresses zu unklar und dehnbar. Was waren das für „Parteien", die den Klassenkampf des Proletariats nicht hindern?

Bei diesem Punkte setzte die Kritik der Opposition ein. Ein Teil dieser Opposition, namentlich die Vertreter der Landarbeiter der Provinz Mantua, neigte dazu, überhaupt nur ein Einvernehmen mit der sozialistischen Partei zugestehen zu wollen. Eine derartige Entscheidung wäre nun gewiß in der Provinz Mantua wie in den meisten anderen Provinzen Italiens die richtigste gewesen, nicht aber für die Romagna und einige Teile Umbriens, des Marken und Toskanas, wo alte und starke Arbeiterorganisationen bestehen, die republikanische Tradition haben und in republikanischem Geiste geleitet werden. In diesen Gegenden würde die Erklärung der Konföderation der Arbeit, als politische Vertretung der Arbeiterinteressen nur die sozialistische Partei gelten zu lassen, unfehlbar zu einer Spaltung der Landarbeiterorganisationen geführt haben und zu ernsten Konflikten, wie sie sich nach dem Jahre 1901 ereigneten, als der italienische Landarbeiterverband sich zum sozialistischen Programm bekannte. Es galt somit eine Formel zu finden, die wohl die radikale Partei, die parlamentarisch stärkste der äußersten Linken, ausschloß, aber nicht die republikanische, soweit sie proletarische Traditionen hat und an dem Kampfe der Arbeiterklasse teilnimmt. Die vom Genossen Zirardini eingebrachte Tagesordnung ließ das Einvernehmen nur für die Parteien zu, „die die Methoden des Klassenkampfes und die Methoden und das Programm der Konföderation der Arbeit anerkennen". Weiter brachte sie die auf die Pflichten der politischen Parteien bezüglichen Sätze in Wegfall, da mit Recht bemerkt wurde, daß die Konföderation den Parteien nicht ihre Aufgaben vorschreiben könne. Im übrigen blieb die Tagesordnung des Exekutivkomitees in ihrer weitschweifigen und nicht gerade glücklichen Fassung unverändert bestehen.

Für die Freunde der Opposition wurde geltend gemacht, daß das „Nichtverhindern des proletarischen Klassenkampfes" nichts besage. Das sei im Grunde das Verhalten aller Parteien, da der Klassenkampf eine geschichtliche Tatsache und als solche ebensowenig zu verhindern sei wie das Schwergesetz. Zusammenwirken sei nur mit Parteien möglich, die die Methoden des Klassenkampfes annehmen, was nur die sozialistische und ein kleiner Teil der republikanischen tun.

Die Tagesordnung des Referenten stieß natürlich auch auf den Widerspruch der Syndikalisten, von denen nur sieben Delegierte an den Verhandlungen teilnahmen. Diese wollten, hierin dem Reformismus aus früherer Zeit verwandt, keinerlei Beziehung der Gewerkschaften mit anderen Parteien: die Gewerkschaften sollten ihre eigene Interessenpolitik treiben.

Die Redner der Konföderation, namentlich Rigola, Cabrini und die beiden Referenten Quaglino und Ciotti, vertreten den alten Gedanken: man müsse von den Parteien nehmen, was sie bieten. Ohne die Mitarbeit der Klerikalen, meinte Cabrini, hätte man das Gesetz für die Sonntagsruhe nie durchgebracht. Es ist das gewiß richtig, aber ebenso richtig ist es, daß dieser Mitarbeit keinerlei Einvernehmen und noch weniger ein Kompromiß voraufging, sondern einfach ein Fall vorlag, wo Bestrebungen der Sozialisten und der Klerikalen objektiv zusammenfielen. Solche Fälle ergeben sich aus der Logik der Dinge, und das Vorhandensein oder Fehlen von Einvernehmen könne sie weder herbeiführen noch verhindern. Weiter meinte Cabrini, daß auch Bündnisse mit Parteien außerhalb der äußersten Linken möglich wären, so zum Beispiel bei einer Agitation gegen den Kornzoll. Aber die Diskussion deutete auch schon die Richtung an, in der sich der Reformismus der Gewerkschaften mit Notwendigkeit zu bewegen scheint. Wenn die Unterstützung der einen oder anderen Partei je nach der momentanen Opportunität erfolgt, so liegt die Möglichkeit nahe, daß auch ein Tag kommen kann, an dem ein Interessenwiderstreit zwischen Gewerkschaft und sozialistischer Partei entsteht. Das wurde von den Genossen Tonelli und Cabrini ganz offen ausgesprochen. Und jene theoretisch von der Hand in den Mund lebende Gewerkschaftsbewegung, die einen Konflikt voraussieht, den die Definition der beiden Bewegungen ausschließen sollte, sieht für diesen Fall nur die eine Lösung vor Augen: Aufstellung von Gewerkschaftskandidaten, Gründung einer außerhalb der bestehenden Parteien stehenden Arbeiterpartei. In dieser würde sich der „dialektische Prozeß" eines Stückes reformistischer Taktik vollenden und die Bündnispolitik in ihr Gegenteil, in ein intransigentes Nurgewerkschaftlertum umschlagen.

Auch die theoretische Unterlage dieses Umschlags wurde auf dem Kongreß schon angedeutet, indem Genosse Ciotti sagte, daß der Klassenkampf von der sozialistischen Partei wohl erkannt, nie aber von ihr gekämpft werde. Als Begriff wäre der Klassenkampf wohl in der Partei, als Tatsache aber nur in den gewerkschaftlichen Organisationen. Im Sinne der Tendenz zur Umwandlung in eine Arbeiterpartei sind wohl auch die Worte Cabrinis zu deuten, der meinte, daß man die sozialistische Propaganda in den Gewerkschaften beibehalten müsse als Korrektiv (er sagte: „Gegengift", aber da mag die Zunge ausgerutscht sein) in Fällen von Niederlagen, da dann allein die Idealität des Sozialismus die Niederlage überwinden helfen und die Opferfähigkeit erhalten könne. Der Sozialismus hätte demnach etwa dieselbe Funktion wie die Religion, leistete wie diese den Dienst des Narkotikums, dessen man um so weniger bedarf, je besser es einem geht.

Zu einem Messen der Kräfte der Opposition kam es auf dem Kongreß nicht. Die Konföderation nahm die Tagesordnung Zirardini einfach an mit der Erklärung, daß ihr an der Definition der „Parteien" nicht gelegen sei. Mit Recht fand das Exekutivkomitee, daß auch die amendierte Tagesordnung ihre Zustimmung verdiente. Stellt sie doch einen wesentlichen Vorstoß der Gewerkschaft in das Gebiet der sozialistischen Partei dar, indem sie die Proklamierung des Generalstreiks von der Konföderation der Arbeit abhängig macht. Merkwürdigerweise hat es über diesen Punkt gar keinen Kampf gegeben, ja der Kongreß hat noch nicht einmal von den Zugeständnissen Gebrauch gemacht, die der Referent Quaglino in Aussicht gestellt hatte, als er

von der Möglichkeit sprach, sich mit den politischen Parteien vor der Proklamierung eines Generalstreiks zu beraten.

Gehen wir zu den die gewerkschaftliche Taktik im engeren Sinne betreffenden Beschlüssen des Kongresses über, so verdient vor allem die Organisierung der Streikunterstützung Beachtung. Die über diesen Punkt aufgestellten Normen bilden gleichsam das Fazit der Erfahrungen, die der Landarbeiterstreik von Parma gezeitigt hat.

Dieser Streik, dessen Teilnehmer von den Syndikalisten von Anfang an in einem Rausche von Siegessicherheit gehalten wurden und über dessen numerische Bedeutung und dessen Aussichten das ganze proletarische Italien Monate hindurch falsch unterrichtet war, hat trotz der ungeheuren Opfer der ausständigen Landarbeiter mit einer völligen Niederlage geendet. Ja, schlimmer noch, er ist langsam abgeflaut, ohne Dazwischenkunft der Organisation, und zerrt einen Schweif von Arbeitslosigkeit nach sich, deren traurige Folgen gar nicht zu ermessen sind. Da die Leitung des Streiks ganz in Händen der Syndikalisten gelegen war, die natürlich nicht der Konföderation der Arbeit angehören, hätte diese Organisation die Bewegung sich selbst überlassen können. Angesichts der großen zeitlichen und räumlichen Ausdehnung des Streiks hatte sie aber die Verpflichtung gefühlt, obwohl es sich um eine dissidente Organisation handelte, Sammlungen für die Streikenden zu veranstalten. Und aus dieser Inanspruchnahme der Opferwilligkeit des organisierten Proletariats, das in drei Monaten gegen 200000 Lire aufbrachte, erwuchs der Konföderation dann die weitere Verpflichtung, dem Proletariat authentische Nachrichten über die Streiklage zu verschaffen. Diese durch eine Erhebungskommission gewonnenen Nachrichten ergaben, daß der Streik in den letzten Zügen war, daß seine Fortführung keinerlei Siegesaussichten bot und daß die Rechenschaftsablage über die Verteilung der Unterstützungsgelder ungenügend war oder völlig fehlte. Daher forderte die Konföderation das organisierte Proletariat auf, die Sammlungen für den Streik von Parma einzustellen. Aus diesem Verhalten haben ihr die Syndikalisten einen Strick drehen wollen und haben von Verrat, von Dolchstichen in den Rücken und Dienstleistungen für das Unternehmertum gesprochen. Vorurteilslose Prüfung muß aber zu dem Schlusse führen, daß das Eingreifen der Konföderation völlig berechtigt war und sie geradezu die Pflicht hatte, zu verhindern, daß die Gaben der proletarischen Solidarität weiter in ein brennendes Haus geworfen würden.

Die Referenten Calda und Ricciardi zogen in rücksichtsloser und mutiger Weise die Anwendungen der Erfahrungen von Parma. Wer nicht mit sentimentalen Bomben aufzuwarten verstehe, könne in Italien nicht auf Unterstützung durch das Proletariat rechnen. Die Folge wäre eine unrationelle Verwendung der Geldmittel des Proletariats. Für Streiks, die sich mit einem gewissen Nimbus zu umgeben wissen, werden die größten Opfer gebracht, gleichgültig, ob es sich um Arbeiter handelt, die ihre Pflicht gegen die Organisation erfüllt haben oder nicht, ohne Rücksicht darauf, ob irgendwelche Aussichten auf Erfolg bestehen. Ein nachfolgender Streik, der vielleicht ebenso viele Arbeiter umfaßt, ebenso wichtige oder wichtigere Forderungen vertritt, bleibt ganz ohne Unterstützung. Man hat eben die Kassen für die Bewegung, die zuerst die Sympathie zu gewinnen verstand, geleert. Als eine durchaus unzweckmäßige Form der Streikunterstützung hat Genosse Ricciardi die seit dem Streik von Argenta eingeführte Verschickung der Kinder aus dem

Streikgebiet gekennzeichnet. Nur die Sentimentalität und die Eitelkeit könne diese Form erhalten. Mit der Hälfte des Geldaufwandes, den man für die Reise der Kinder und ihrer Begleitung sowie für die Verpflegung der kleinen Gäste machen müßte, könnte man der Streikbewegung viel bessere Dienste leisten. Aber zu dem unscheinbaren Geldopfer wären eben die Genossen nicht zu bringen: sie ließen es sich lieber das Doppelte kosten, um nur ihre Solidarität in dekorativer Weise betätigen und zur Schau tragen zu können. Auch bezeichnete Ricciardi den psychischen Einfluß des Milieuwechsels auf die Kinder als ungünstig: es wäre grausam, die Kleinen auf kurze Zeit einem Wohlleben zuzuführen, das — so relativ es auch sein möge — doch sehr von dem ärmlichen Heim absticht, dem man sie nach kurzer Zeit wieder überliefert.

Für die Streikunterstützung nahm der Kongreß nach eingehender und sachlicher Diskussion die folgenden Normen an:

„Sammlungen unter dem organisierten Proletariat zugunsten eines Streiks dürfen nur von der Konföderation der Arbeit eröffnet werden, die sich das Recht vorbehält, an der Leitung des unterstützten Streiks teilzunehmen, einen wöchentlichen Bericht über die Streiklage zu empfangen, die Verteilung der durch sie aufgebrachten Unterstützungen selbst vorzunehmen und im Falle eines Wechsels der Streikleitung auf das Einspruchsrecht Anspruch erhebt. Jedes Ansuchen um Eröffnung einer Sammlung für einen Streik muß der Konföderation durch den in Frage kommenden Zentralverband übermittelt werden, und wo ein solcher fehlt durch die territorial zuständige Arbeitskammer. Zur Eröffnung der Sammlung ist die Konföderation nur verpflichtet, wenn die Streikenden Konföderierte sind; auch dann muß sie sich zu vergewissern suchen, ob die Unterstützung des Streiks im Interesse der betreffenden Arbeiterkategorie und im allgemeinen im Interesse des Proletariats liegt. Bei Streiks unter Unorganisierten kann sie ihr Verhalten von Fall zu Fall regeln, auch ohne den Zentralverband des Berufs, in dem der Streik stattfindet, oder die zuständige Arbeitskammer zu befragen, soweit diese der Konföderation angehören. Für Streiks im Beruf kann der betreffende Zentralvorstand selbst unter seinen Mitgliedern eine Sammlung eröffnen und die Solidarität des internationalen Berufsverbandes, dem er angehört, anrufen. Auf keinen Fall gewährt die Konföderation Unterstützung vor Ablauf des fünfzehnten Streiktages (die Referenten hatten den dreißigsten Streiktag vorgeschlagen); erscheint ein Streik aussichtslos, so kann der Generalrat der Konföderation, nach Umfrage unter seinen Mitgliedern, das Streikkomitee zur Aufgabe des Kampfes auffordern und eventuell die Unterstützung einstellen. Ein nach Beilegung eines Streiks sich ergebender Rest wird der Landesstreikkasse zugewiesen. Vor jedem größeren Streik müssen die konföderierten Organisationen die Billigung der Konföderation einholen bei Strafe, ihr Recht auf Unterstützung einzubüßen. Nur bei Abwehrstreiks ist diese Zustimmung nicht erforderlich."

Diese Normen, deren Einzelheiten wir hier nicht diskutieren und die wohl am besten von der praktischen Erfahrung gesiebt werden, haben in Italien besonders große Bedeutung, weil die wenigsten Gewerkschaften einen Kassenbestand haben, der ihnen die Durchführung eines Streiks ohne Anrufung der Solidarität der anderen Organisationen gestattet. Daß die Konföderation danach strebt, diesen primitiven Zustand der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, geht aus den folgenden Sätzen hervor, die die Tagesordnung über die Streikunterstützung einleiten:

„Der Gewerkschaftskongreß erachtet den Streik, in dem er nicht einen Akt der Sentimentalität oder ein revolutionäres Experiment sieht, sondern einen auf die Erlangung eines Vorteils gerichteten Kraftaufwand, als eines der wichtigsten Mittel,

um die Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu heben; er hält es aber gleichzeitig für seine Pflicht, die Organisationen aufzufordern, sich mit der größten Bedachtsamkeit dieser Waffe zu bedienen. Der Kongreß erklärt es für eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, danach zu streben, mit eigenen Kräften den eigenen Bedürfnissen zu genügen und die Mitglieder zu veranlassen, durch beständige Erhöhung der Beiträge jedem Zentralverband finanzielle Selbständigkeit zu sichern durch einen Kassenbestand, der allen Ereignissen Front machen kann."

Von den weiteren Beschlußfassungen heben wir zwei Änderungen des Organisationsstatuts hervor, deren erste mit einem italienischen Vorurteil bricht und dem Sekretär der Konföderation das Stimmrecht im Exekutivkomitee und Ausschuß sichert, während die andere den als Werkzeug im gewerkschaftlichen Kampf entstandenen Genossenschaften das Recht verleiht, der Konföderation der Arbeit anzugehören. Die Genossenschaften haben im italienischen Genossenschaftsverband eine das ganze Land umfassende Zentralorganisation. Aber mit Recht hob Genosse Vergnanini hervor, daß gewisse Arbeits- und Produktivgenossenschaften Angriffswaffen im Kampfe des Proletariats darstellen, die noch wirksamer sind als selbst die Gewerkschaften. In diesen Genossenschaften ergreift das Proletariat Besitz von der lebendigen Kraft der Bourgeoisie, von dem Grund und Boden, von den Maschinen. „Nur in ihrem Besitz werdet ihr freie Arbeiter", rief Vergnanini den Delegierten zu, „ohne sie könnt ihr wohl höhere Löhne erzielen und kürzere Arbeitszeit, bleibt aber immer Lohnarbeiter."

Über die Frage des Verhaltens der Arbeiter der öffentlichen Dienste bei Generalstreiks referierte Genosse Dell'Avalle von der Mailänder Arbeitskammer. Seine Tagesordnung sprach sich für den Grundsatz aus, daß bei den auf einzelne Ortschaften beschränkten Generalstreiks die öffentlichen Dienste nicht einzustellen seien, wohl aber bei Proklamierung des Generalstreiks im ganzen Lande. Da diese Frage erst in den letzten Stunden des Kongresses zu Worte kam und sich ziemlich weitgehende Meinungsverschiedenheiten zeigten, beschloß man, sie auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Überblicken wir die Arbeiten des Kongresses als Ganzes, so müssen wir unbedingt anerkennen, daß die Konföderation in allem, was die Taktik der Gewerkschaftsbewegung angeht, den modernen Geist vertritt: die Zentralisierung, das Prinzip der höheren Beiträge, der Verantwortlichkeit, die Verdrängung der Sentimentalität und Impulsivität durch ein ruhiges Abwägen der Mittel und Zwecke. Sie trägt alle Kennzeichen einer starken Bewegung, die immer größere proletarische Einheiten in ihren Bannkreis zieht. Sollen wir daraus schließen, daß der Reformismus im Leben der italienischen Gewerkschaften endgültig den Sieg über die intransigente Richtung davongetragen hat? Wir glauben nicht. Wo ist denn der siegreiche Reformismus? Die Ablehnung des Lokalismus, der niedrigen Beiträge und des verantwortungsfreien Gefühlsdusels hat mit Reformismus nichts zu tun, sondern kennzeichnet jede gesunde Gewerkschaftspolitik. Wer speziell reformistisch ist, hat sich teils — wie die obligatorischen Schiedsgerichte und Einigungsämter — gar nicht auf dem Kongreß hervorgewagt oder hat — wie die Beziehungen zu den Parteien der äußersten Linken — eine Niederlage erlitten. Der Kongreß hat gezeigt, daß die Konföderation der Arbeit, trotz ihrer reformistischen Leitung und trotz deren Bestätigung im Amte, nicht mehr vorwiegend reformistisch ist.

Unzweifelhaft birgt sie eine dem reformistischen wie dem „revolutionären" Syndikalismus entspringende Tendenz in sich, der sozialistischen Partei ihren Einflußbereich streitig zu machen. Hierbei wirft sie zunächst die Augen auf Gebiete, die die Partei ihr nicht wirksam streitig macht, die die Partei nicht prinzipiell befestigt und schützt. Wenn aber die Reformisten der Konföderation der Arbeit mehr wollen und jene außerhalb der sozialistischen Partei stehende Partei der Arbeit anstreben, mit eigenen Arbeiterkandidaten, eine Partei der Trade Unions, so darf uns das nicht befremden. Diese Tendenz ist so alt wie der Reformismus selbst. Sie entspricht seiner Logik und seiner empirischen Taktik. In dem reformistischen Hin- und Herlavieren zwischen den Parteien, dem vom Tage nehmen, was der Tag gibt, unbeschwert durch theoretische Voreingenommenheit, skeptisch gegen zukünftige Lockbilder, würde sich der Reformismus verlieren, jeden Zusammenhalt, jede Parteiindividualität einbüßen, wenn er sich nicht auf die Realität der Gegenwartsinteressen des Proletariats stellte. Soweit er im Proletariat Anhang hat, ist er ja nichts als das Spiegelbild dieser Gegenwartsinteressen. Ihr normales Organ ist nicht die sozialistische Partei, sondern jene Partei der Arbeiter, die der Kongreß als Zukunftsbild andeutete und die in die von Turati erstrebte „Regierungspartei der Arbeiter" einmünden muß.

Wenn die Konföderation der Arbeit diese Partei im Keime in sich birgt, so birgt sie doch auch gewaltige und stets wachsende Arbeitermassen in sich, die in und über den Gegenwartsinteressen allgemeine Menschheitsinteressen des Sozialismus anstreben. In erster Linie wird es von der Kampftüchtigkeit und erziehenden Kraft unserer Partei abhängen, ob diese Massen dem Sozialismus oder einer künftigen Partei der proletarischen Gegenwartsinteressen Gefolgschaft leisten werden. Vieles, was uns als Sieg des reformistischen Nurgewerkschaftlertums erscheint, ist zurzeit noch nichts anderes als die Folge von Unterlassungssünden unserer Partei.

Das Kriegsluftschiff.

Von **Rudolf Krafft.**

Näher und näher rückt die Zeit, in der das Problem des lenkbaren Luftschiffs gelöst sein wird. Die sogenannten zivilisierten Völker, voran die Deutschen, benehmen sich so, als ob ihnen hier das größte Glück erstünde; aber ich fürchte, daß der große Katzenjammer nicht ausbleiben wird. Auch in diesem Falle gilt die Beobachtung, die man auf Schritt und Tritt machen kann, nämlich daß der militaristisch-kapitalistische Klassenstaat für gewisse an sich imponierende Erfindungen nicht reif ist, weil er sie, seiner Natur entsprechend, sofort in den Dienst des organisierten Massenmordes und der Volksunterdrückung stellt. Der Sozialdemokratie ist es vorbehalten, diesen grauenvollen Zustand, in dem auch „Wohltat zur Plage wird", zu beseitigen.

In den nachstehenden Zeilen wollen wir versuchen, ein ungefähres Bild der Folgen, die das lenkbare Luftschiff für die Kriegsvorbereitungen und im Kriege selbst haben wird, zu entwerfen. Vorher müssen wir freilich noch eine kurze Definition eines nach unserer Anschauung für den Krieg brauchbaren lenkbaren Luftschiffs, das wir der Kürze halber Kriegsluftschiff nennen wollen, geben. Unter einem Kriegsluftschiff verstehen wir ein lenkbares

Luftschiff, das folgende Eigenschaften aufweist: Es muß wenigstens gegen starken Wind erfolgreich ankämpfen, sich mindestens 3000 Meter über die Erdoberfläche erheben und wenigstens 600 Kilometer, ohne den Erdboden berühren zu müssen, zurücklegen können. Ferner muß es imstande sein, eine größere Anzahl von Explosivgeschossen mitzuführen und sie mit Sicherheit herabzuschleudern.

An die Verwirklichung des alldeutschen Phantasiestücks, wonach das Deutsche Reich einst eine ganze Armee durch die Luft wird befördern können, glauben wir allerdings nicht. Und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil schon eine Armee von nur 30000 Mann auch Geschütze, Protzen, Pferde und Munitionswagen mit sich durch die Luft führen müßte. Als seinerzeit der Regierungsrat Rudolf Martin den Gedanken produzierte, das Deutsche Reich könne einmal von Calais in einer halben Stunde 350000 Mann durch die Luft nach England befördern, machte ich mir das Vergnügen, auf Grund der deutschen Felddienstordnung nur die ungefähre Zahl der Wagen auszurechnen, die eine solche Armee mindestens mitführen müßte. Sie betrug 6000, in Worten sechstausend Wagen. Dazu kämen, ebenfalls sehr gering angeschlagen, die Pferde für zehn Feldartillerieregimenter und zehn Kavallerieregimenter.

Mit dem Glauben, daß größere Truppenmassen jemals durch die Luft transportiert werden können, wollen wir uns nicht länger befassen. Anders verhält es sich mit dem Kriegsluftschiff als Waffe und als Rekognoszierungsmittel.

Zur Waffe kann es bekanntlich dadurch werden, daß es Explosivgeschosse herabschleudert. Dies ist seine gefährlichste Seite. Es wird hier viel gefährlicher werden als die größte Schnellfeuerkanone, weil es keine Terrainhindernisse zu berücksichtigen hat und weil von ihm aus die Geschoßwirkung sehr schnell beobachtet werden kann. Dabei sieht man von ihm aus in das Objekt, das bombardiert werden soll, an den Stellen, an denen es keine Bedachung aufweist, vollkommen hinein.

Untersuchen wir nun zunächst, ob das Kriegsluftschiff auch schon während der Mobilmachung ernsthaft in Betracht kommen kann. Nehmen wir daher eine Mobilmachung in einer Zeit an, in der das Problem des Kriegsluftschiffs gelöst ist und die Militärstaaten über große Kriegsluftschiffflotten verfügen werden. Daß sie solche Luftflotten besitzen werden, ist bei der relativen Billigkeit der lenkbaren Luftschiffe gewiß.

Zu Beginn eines Krieges ist es für jede der beiden Parteien sehr vorteilhaft, wenn sie die andere in ihrer Mobilmachung stören kann. Selbst fertig zu sein, ehe der andere fertig, ist hier „ein Ziel, aufs innigste zu wünschen“. Das Kriegsluftschiff aber wäre zur Verhinderung einer glatt verlaufenden Mobilmachung hervorragend geeignet. Vor allem könnte man es zur Bombardierung der Bahnhöfe, in denen große Truppenmassen verladen werden, benutzen. Wo solche Truppenmassen einparkiert werden, ist selbstverständlich auch im Ausland bekannt, denn es kommen hier nur die Bahnhöfe großer Städte und von Festungen in Betracht, weil sie zum Verladen großer Transporte, mag es sich nun um Menschen, Tiere oder totes Material handeln, am besten eingerichtet sind. Die Folgen auszumalen, die die Bombardierung wichtiger Bahnhöfe durch feindliche Kriegsluftschiffe für die Mobilmachung hätte, ist gewiß nicht nötig. Ein sehr verlockendes Ziel für unternehmungslustige Kriegsluftschiffer würden auch die Eisenbahnbrücken über die großen

Flüsse bilden. Allerdings könnten die aus den Luftschiffen geworfenen Bomben nicht die Fundamente der Brücken zerstören, aber für den Mobilmachungsfall, wo schon eine Verzögerung von einem Tage eine große Rolle spielen kann, würde auch die Zerstörung des Oberbaus für die davon betroffene Partei sehr unangenehm sein. Man denke sich zum Beispiel in die Situation des Deutschen Reiches, wenn zu Beginn eines Krieges mit Frankreich die Eisenbahnbrücken über den Rhein durch französische Luftschiffe derartige Beschädigungen erlitten, daß die Reparaturen zwei bis drei Tage dauern würden. Hier käme auch noch die weitere Frage hinzu, ob die Luftschiffe die Wiederherstellungsarbeiten nicht durch herabgeschleuderte Bomben unmöglich machen könnten.

Was wird nun die nur zu wahrscheinliche Konsequenz der Gefahren sein, die die Kriegsluftschiffe in den eben skizzierten Richtungen bringen werden? Die Antwort ist sehr einfach: Die Militärverwaltungen werden von den Völkern Hunderte von Millionen für die bombensichere Eindeckung wichtiger Bahnhöfe und Brücken fordern. Da das Deutsche Reich nicht nur auf einer, sondern auf zwei Seiten an mächtige Nachbarn grenzt, so wird es für diese Zwecke auch am meisten aufbringen müssen.

Eine von kriegerischen Gesichtspunkten aus vortreffliche Eigenschaft des Kriegsluftschiffs bestünde darin, daß es den strategischen Ausmarsch wenigstens bei günstiger Witterung auskundschaften und ihm auch bei weniger günstiger Witterung allerlei Unannehmlichkeiten dadurch bereiten könnte, daß eine Luftschiffflotte gewisse Teile des Aufmarschgebiets dann zu bombardieren begänne, wenn die Truppen sich in Ortschaften und Biwacks häuslich eingerichtet haben.

Auch anderwärts hat man eingesehen, daß das Kriegsluftschiff schon *vor* Beginn des eigentlichen Kampfes eine große Rolle spielen wird, und daher wurde zum Beispiel im „Schwäbischen Merkur" die Errichtung von Beobachtungsstationen an *allen* Grenzen des Reiches vorgeschlagen. Wenn aber die feindlichen Kriegsluftschiffe so perfid sind, die Stationen während *der Nacht* zu überfliegen, oder wenn nebelige Witterung oder Wolkenbildung sie den Stationen verbergen? Dann würden diese sehr wenig helfen.

Nun zum *Kriege selbst*. In ihm wird das Kriegsluftschiff vor allem den Festungen sehr gefährlich werden. Es wirft die ganze moderne Festungsbaukunst größtenteils über den Haufen. Da wurden die Festungsstädte unter enormen Kosten mit weit hinausgeschobenen Forts umgeben, damit der Belagerer die Stadt selbst mit seinen Granaten so lange nicht erreichen kann, ehe er nicht eine große Lücke in den Fortgürtel gebrochen hat. Wie lange aber wird es dauern, bis Kriegsluftschiffe über die Forts wegfliegen und die Stadt selbst samt Bahnhofsanlagen und Magazinen bombardieren können? Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kriegsluftschiff die jetzigen Festungen wertlos machen und die Staaten dazu zwingen wird, wichtige Eisenbahnlinien, Etablissements usw. durch einzelstehende Forts nach Art der französischen Sperrforts zu decken. Natürlich müßten die Forts derart bombensicher eingedeckt werden, daß ihnen die Kriegsluftschiffe wenigstens längere Zeit nicht schaden könnten. Der Bau dieser neuen Forts würde Riesensummen verschlingen. Und selbst wenn es gelänge, eine internationale Vereinbarung zu treffen, wonach wenigstens die Festungs*städte*, also die der Zivilbevölkerung zur Unterkunft dienenden Teile der Festungen, aus Luftschiffen nicht bombardiert werden dürften, so daß die bisherigen Festungen noch zu gebrauchen wären, so müßten dennoch viele Millionen aufgewendet werden, um die Forts dieser

Festungen so umzubauen, daß ihr Inneres den Geschossen der Luftschiffe möglichst wenig ausgesetzt wäre.[1] Es würden, soweit sie noch nicht vorhanden sind, bombensichere Alarmplätze, Verbindungswege usw. nötig werden.

Was nun die Rolle anbelangt, die das Kriegsluftschiff als Waffe im Feldkrieg, das heißt in dem Teile des Krieges, der sich nicht mit der Belagerung und Zernierung von Festungen beschäftigt, voraussichtlich spielen wird, so wird es Abteilungen, die sich bewegen, kaum sehr schaden können. Die Zeiten, in denen große Massen geschlossen auf dem Gefechtsfeld marschierten, sind ja vorüber. Hingegen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kriegsluftschiffe den gewöhnlichen Marschkolonnen das Passieren von Defileen, vor allem von Hohlwegen und Pässen, wenigstens bei Tage und in mondhellen Nächten sehr erschweren, selbst unmöglich machen können.

Da das Kriegsluftschiff selbstverständlich in den Fällen, in denen große, unbewegliche Ziele in Betracht kommen, am wirksamsten bombardieren kann, so kann es im Kriege ruhende Truppen, mögen sie sich nun in Ortsunterkunft oder im Biwak befinden, schwer gefährden.

Während der Schlacht werden vor allem die feindlichen Stützpunkte (zur Verteidigung eingerichtete Ortschaften und Schanzen) von den Kriegsluftschiffen auf das Korn genommen werden. Der Russisch-Japanische Krieg hat zwar den Spaten zu hohen Ehren gebracht, er ließ den Bau von mächtigen Erdwerken als sehr wichtig erscheinen; nun aber wird das Kriegsluftschiff der Herrlichkeit vielleicht ein Ende bereiten. Hätten die Japaner Kriegsluftschiffe gehabt, so wären die Russen wahrscheinlich gar nicht zum Bau ihrer großen Befestigungen von Liaujaung und bei Mukden gekommen. Und selbst wenn es ihnen gelungen wäre, so hätten sie sich darin nicht lange aufhalten können.

Wenden wir uns nun dem Kriegsluftschiff als Rekognoszierungsmittel zu.

In der Auskundschaftung von Truppenbewegungen wird es bei trübem Wetter, bei Nebel, bei Nacht, sofern die Nächte nicht sehr hell sind, kaum viel leisten, weil es sich wegen der Gefahr des Heruntergeschossenwerdens nicht zu sehr der Erde nähern darf. Bei gutem Wetter aber wird es selbstverständlich vortreffliche Dienste leisten. Das gleiche wird auf Truppenansammlungen zutreffen.

Wesentlich günstiger ist die Situation der Kriegsluftschiffe im Festungskrieg, denn hier handelt es sich um große, unbewegliche Objekte, die auch bei unklarem Wetter leichter zu beobachten sind. Ferner dauert die Belagerung einer Festung im allgemeinen so lange, daß eine günstige Witterung nicht ausbleiben kann. Dann sind die Kriegsluftschiffe imstande, in Stadt und Festungswerke genau hineinzusehen.

Daß endlich die lenkbaren Luftschiffe — es brauchen in diesem Falle keine Kriegsluftschiffe zu sein — schon im Frieden die Festungen sehr leicht ausspionieren können, ist selbstverständlich. Vielleicht wird dies ein weiterer Grund für die Unhaltbarkeit der Festungen sein, deren militärischer Wert sowieso sehr problematisch ist.

Man kann also getrost sagen, daß das Kriegsluftschiff ein furchtbares Kriegsmittel vorstellen wird. Es wird daher nichts übrig bleiben, als auf Mittel zu sinnen, mit denen man sie vernichten kann. Mit Geschützen und Gewehren wird gegen sie nur dann etwas zu erreichen sein, wenn sie tief fliegen. Die Haupt-

[1] Die bewußte internationale Vereinbarung dürfte übrigens praktisch unmöglich sein, weil sie zu der List, die Häuser der Zivilbevölkerung zur Unterbringung von Truppen zu verwenden, geradezu verleiten würde.

waffe gegen sie wird nur das Kriegsluftschiff selbst sein können. Ist einmal der erste Kriegsluftschifftyp da, so wird man sofort daran gehen, einen neuen Typ zu erfinden, der sich nach allen Richtungen schneller bewegen kann und daher imstande ist, Kriegsluftschiffe des ersten Typs einzuholen. Wir wollen diese Art Kriegsluftschiffjäger nennen. Auf diesen Typ wird ein dritter folgen, auf ihn ein vierter usw., bis der Staatsbankrott da ist.

Da das Einholen nicht genügt und der Eingeholte sich wehren will, so ist es klar, daß die Kriegsluftschiffe mit Schußwaffen werden versehen werden, die leicht und weittragend sein müssen. Können sie Explosivgeschosse nach der Art der Schrapnells oder der Sprenggranaten versenden, so wird ihre Treffwahrscheinlichkeit größer sein. Damit eröffnet sich den Waffentechnikern ein neues Feld. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß auch bei den Kriegsluftschiffen der uralte Kampf zwischen Angriffsmittel und Deckungsmittel zur Geltung kommt, das heißt, daß sie an den exponiertesten Stellen eine Panzerung erhalten, die freilich sehr leicht sein müßte. Die Erfinder der Panzerplatten stünden dann vor der neuen Aufgabe, einen Panzer herzustellen, der kleineren Geschossen und Sprengstücken Widerstand leistet, dabei aber von sehr geringem Gewicht ist.

Kurz, man muß sich darauf gefaßt machen, daß bei den Kriegsluftschiffen ähnliche Verhältnisse eintreten werden wie bei der Kriegsmarine, wo eine Konstruktion die andere verdrängt.

Natürlich wird die Konstruktion von Luftschiffjägern über die Notwendigkeit der im Verlauf unserer Erörterungen erwähnten Befestigungen nicht hinweghelfen, weil kein Teil sicher ist, wer die Oberhand behält, und die Luftschiffjäger feindliche Luftschiffe bei Nacht oder nebeliger Witterung leicht übersehen können.

Wer das Vorstehende überdenkt, wird mir recht geben, wenn ich sage, daß das Kriegsluftschiff eine neue „Gottesgeißel" für die sich zivilisiert nennenden Völker werden wird. Es wird für neue Befestigungen und für sich selbst Unsummen kosten, die der Zivilisation und der Kultur verloren gehen.

Aber nicht genug damit: Es wird die Verrohung der Kriegführung, die jetzt schon infolge der modernen Waffenwirkung einen furchtbaren Grad erreicht hat, wesentlich erhöhen. So ist es zum Beispiel sehr wohl möglich, daß von zwei Kriegsparteien die eine auf der Erde siegreich sein kann, die andere aber in der Luft. Nun kann die in der Luft dominierende sagen: „Wenn ihr in meinem Lande noch einen Schritt vorwärts macht, so lasse ich einige eurer Städte von meinen Luftschiffen bombardieren und niederbrennen," worauf die andere Partei ähnliche Repressalien in Aussicht stellen wird. Man stelle sich ferner einen Zukunftskrieg vor: In der Luft wird gekämpft, auf der Erde wird gekämpft, auf dem Wasser und unter dem Wasser (Unterseeboote) wird gekämpft! Wahrlich, die militaristisch-kapitalistische Gesellschaft hat es weit gebracht!

Der einzige Trost, den das Kriegsluftschiff vielleicht bietet, besteht darin, daß es im Kriege ein äußerst unberechenbarer Faktor sein und daher die herrschenden Klassen erneut an das große Wagnis erinnern wird, das ein Krieg bedeuten würde. Insofern kann es der Erhaltung des Friedens nützlich sein. Aber trotzdem wird es Milliarden verschlingen, für die die Völker eine bessere Verwendung hätten, wenn die herrschenden Klassen es zuließen.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im Jahre 1907.[1]

Von **Otto Härle** (Hall).

Das Jahr 1907 kann, in seiner Gesamtheit betrachtet, überwiegend als ein günstiges bezeichnet werden. Allerdings hat die internationale Hochkonjunktur, die wenige Jahre hindurch herrschte und im Jahre 1906 ihren Höhepunkt erreichte, nicht während des ganzen Jahres 1907 angehalten.

Die Berichte der Arbeitsnachweise, nicht minder auch die Mitgliederbewegung der Krankenkassen und besonders die Arbeitslosenziffern der Fachverbände zeigen in der Beschäftigungslage einen allgemeinen Rückgang in mäßigen Grenzen im Oktober und November, der sich im Dezember wesentlich verstärkte. Die niedergehende Konjunktur trifft die Arbeiter diesmal besonders hart, weil die Preise sämtlicher und besonders stark die der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel während der letzten Jahre eine Höhe angenommen haben, wie sie früher nie beobachtet wurde. Dadurch war es den Arbeitern noch mehr als früher erschwert, Ersparnisse für den Eintritt der ungünstigen Geschäftszeit zu machen. Die mäßigen Lohnerhöhungen, die sie da und dort im Laufe der letzten Jahre in der Industrie häufig durch langwierige Kämpfe errungen hatten — vielfach wurden, wie zum Beispiel auch im Bergbau, alle auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gerichteten Bestrebungen schroff zurückgewiesen —, gestatteten nicht etwa der Arbeiterschaft eine bessere Lebenshaltung, sondern sie glichen noch nicht einmal den Mehraufwand aus, den die Arbeiterschaft für erhöhte Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten zu leisten hatte.

Die folgenden statistischen Daten veranschaulichen die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden im Jahre 1907:

Quartal	Berichtende Verbände	Mitgliederzahl	Arbeitslos waren am Ort	Arbeitslos waren auf der Reise	In Prozent	Im Jahre 1906
1.	61	1313623	15136	1880	1,3	1,1
2.	62	1338148	15110	3298	1,4	1,2
3.	59[2]	1325473	15427	2822	1,4	1,0
4.	60	1440627	32282	2736	2,6	1,6

Die Zahlen beziehen sich auf den Schluß des jeweiligen Quartals, in einzelnen Verbänden und Industriezweigen sind aber auch innerhalb der Quartale mehr oder weniger umfangreiche Verschiebungen in der Zahl der Arbeitslosen eingetreten. Das vierte Quartal zeigt ein bedeutend ungünstigeres Bild als die drei voraufgegangenen, was teilweise in den Saisonverhältnissen liegt, größtenteils aber, wie ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, auf die weichende Konjunktur zurückzuführen ist, die besonders im Dezember sehr stark eingesetzt hat. Am Quartalschluß betrug die Arbeitslosigkeit bei den Bildhauern 18,8 Prozent, die Handschuhmacher hatten 14,4 Prozent Arbeitslose, Friseure 13,4, Tapezierer 9,8, Glaser 9,4, Hutmacher 7,2, Bäcker 6,7, Gärtner 6,2, Sattler 6 Prozent. Die meisten dieser Berufe hatten auch während der drei ersten Quartale schon hohe Arbeitslosenziffern, besonders die Bildhauer, Friseure, Glaser und Bäcker. Die Holzarbeiter, die am Jahresschluß 1906 3,9 Prozent, am Schlusse des ersten Quartals 2,5 Prozent, des zweiten Quartals nur noch 1,7 Prozent und des dritten Quartals 1,9 Prozent Arbeitslose hatten, verzeichneten am Anfang des vierten Quartals 2,7 Prozent und am Schlusse 7,2 Prozent Arbeitslose; eine bedeutende Verschlechterung also innerhalb des Quartals, die sich in annähernd gleichem Maße auch bei den Tapezierern, Hut- und Filzwarenarbeitern, Handschuhmachern und Bildhauern zeigte. Beim Metallarbeiterverband, bei dem

[1] Bearbeitet nach statistischen Veröffentlichungen im „Reichsarbeitsblatt".

[2] Durch Verschmelzung geringer.

die Arbeitslosenverhältnisse in den drei ersten Quartalen mit 1,1, und 1,0 Prozent sehr günstig lagen, verschlechterten sie sich im vierten Quartal mit 2,4 Prozent Arbeitslosen ganz bedeutend.

Die Prozentziffer der Arbeitslosigkeit, welche die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe der vier Quartale zeigt, stellt sich folgendermaßen dar. Es kamen auf 100 Mitglieder:

Im 1. Quartal	 6,5	Fälle	(1906: 6,4)
= 2. =	 6,1	=	(1906: 6,1)
= 3. =	 6,8	=	(1906: 5,4)
= 4. =	 7,1	=	(1906: 5,7)

Hier zeigt sich schon im dritten Quartal eine wesentliche Zunahme gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, die sich im vierten Quartal noch fortsetzt.

Die höchste Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit hatten in allen vier Quartalen die Bildhauer, Friseure, Tapezierer und — mit Ausnahme des dritten Quartals — auch die Gärtner. Bei den Bildhauern sind die ungünstigen Verhältnisse einerseits der Vereinfachung der Stilrichtung, durch die viele Hände überflüssig geworden sind, andererseits wohl aber auch dem Umstand zuzuschreiben, daß bei einer Krise in erster Linie die Kunsthandwerker in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug bei allen berichtenden Verbänden:

Im 1. Quartal am Ort	1088390,	auf der Reise 59281,	zusammen 1147671
= 2. = = =	913205,	= = = 182436,	= 1095641
= 3. = = =	892370,	= = = 212909,	= 1105270
= 4. = = =	1153283,	= = = 106963,	= 1260246

Fälle von Arbeitslosigkeit am Ort wurden gemeldet (im Gesamtdurchschnitt aller berichtenden Verbände):

Im 1. Quartal	83691	mit durchschnittlicher Dauer von	13,0 Tagen
= 2. = ...	80253	= = = =	13,4 =
= 3. = ...	88670	= = = =	13,0 =
= 4. = ...	96542	= = = =	14,7 =

Die durchschnittliche Dauer jedes Falles von Arbeitslosigkeit war gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres im vierten Quartal sehr erheblich gestiegen, nämlich um 3,7 Tage.

Stellt man die einzelnen Verbände nach Berufsgruppen zusammen, so ergibt sich, daß hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit, wenn man vom Bergbau absieht, wo die Arbeitslosigkeit seltener ist, an der Spitze stehen im ersten Quartal das Baugewerbe mit einer durchschnittlichen Dauer von 23,7 Tagen im einzelnen Falle, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 21,1 und die künstlerischen Betriebe mit 21,1, im zweiten Quartal neben den zwei erstgenannten die Papierindustrie mit 17,8 Tagen und die photographischen Gewerbe mit 16,3; im dritten Quartal die letzteren mit 19,1, die Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 17,7, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 15,2 und die Industrie der Steine und Erden mit 15,1 Tagen; im vierten Quartal die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 19,6, die Textilindustrie mit 18,0, die polygraphischen Gewerbe mit 16,1, die künstlerischen Betriebe mit 16,2 und in Maschinenbau und Materialverarbeitung mit 15,8 Tagen.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer in allen Verbänden zusammengenommen betrug:

Im 1. Quartal	17,0 Tage	gegen	16,4 Tage	im 1. Quartal	1906
= 2. =	15,4 =	=	15,9 =	= 2. =	1906
= 3. =	16,4 =	=	15,1 =	= 3. =	1906
= 4. =	15,7 =	=	14,2 =	= 4. =	1906

Auffallend ist, daß die durchschnittliche Unterstützungsdauer im vierten Quartal gegenüber den vorhergegangenen gesunken ist, während die Arbeitslosigkeit selbst zugenommen hat. Ganz verschieden ist der Unterstützungsbezug bei den verschiedenen Verbänden. Es wurden zum Beispiel im vierten Quartal bei den Gärtnern nur 12,3 Prozent, bei den Friseuren nur 10,9 Prozent, bei den Photographen nur 11,7 Prozent aller Arbeitslosen in diesen Verbänden unterstützt. Auch im Bäcker-, Glaser- und Tapeziererverband ist die Zahl der zur Unterstützung berechtigten Arbeitslosen sehr gering. Dagegen decken sich Unterstützungsbezug und Arbeitslosigkeit fast völlig bei den Verbänden der Bergarbeiter, Glasarbeiter, Schiffszimmerer, Zigarren- und Tabakarbeiter, Handschuhmacher, Xylographen, Kaufleute, Buchdrucker, Lederarbeiter.

Sehr beachtenswert sind die Summen, welche die Verbände als Unterstützung an ihre arbeitslosen Mitglieder zahlten. Es wurden an männliche und weibliche Mitglieder als Unterstützungen am Ort und auf der Reise gewährt:

Im 1. Quartal an	842560	Mitglieder	1135395	Mark, im Durchschnitt	23,28	Mark
„ 2. „ „	771608	„	1061141	„ „ „	22,60	„
„ 3. „ „	796079	„	1042418	„ „ „	22,51	„
„ 4. „ „	905816	„	1149319	„ „ „	20,38	„

Im ganzen Jahre 1907 betrugen die Unterstützungen der Fachverbände an arbeitslose Mitglieder am Ort 3727752 Mark, auf der Reise 660521 Mark, insgesamt 4388273 Mark.

* * *

Zum Vergleich mit den Arbeitsverhältnissen des Vorjahres sei hier noch angeführt, daß am Schlusse des ersten Quartals 1908 bei 52 Verbänden mit 1297953 Mitgliedern, auf die sich die Statistik erstreckte, als arbeitslos am Ort gemeldet waren 28928 Mitglieder, auf der Reise 2808 = insgesamt 2,5 Prozent Arbeitslose. Die Prozentziffer der Fälle betrug 9,2 gegenüber 6,5 im ersten Quartal des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage im ersten Quartal belief sich auf 1968130, und die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei 119088 gemeldeten Fällen im Gesamtdurchschnitt aller Verbände 18,0 Tage. Die Verbände hatten für Arbeitslosenunterstützung 1831580 Mark aufzuwenden. Diese Zahlen beweisen mit großer Deutlichkeit, daß die Krise im Fortschreiten begriffen ist.

Zur katholischen Jugendorganisation.

Innerhalb der letzten Auseinandersetzungen über die künftige Form der sozialistischen Jugendorganisation ist mit Recht von verschiedenen Seiten auf die gut organisierte und das Schwergewicht ihrer Propaganda durchaus in das Weltanschauliche verlegende Jugendorganisation der Katholiken hingewiesen worden. Dabei ist die Organisierung der katholischen jungen Studenten nie erwähnt. Und doch zeigt sich bei ihnen gerade in den letzten Jahren eine Rührigkeit, auf die einmal hinzuweisen notwendig erscheint.

Mit der ihm eigenen Kunst hat der Katholizismus sich der sozialen Welle angeschmiegt und versucht, unter dem Deckmantel sozialer Aufklärung seine Weltanschauungspropaganda auch unter den akademischen Jugendlichen zu entfalten. Leichter naturgemäß und schneller als den Proletarier vermag den akademischen Bürgerlichen das soziale Reformertum der München-Gladbacher einzufangen. Aber niemand hat es auch verstanden, die Studenten so geschickt und nachhaltig zu organisieren, als gerade der Katholizismus. Vor uns liegt eine Nummer der in 2000 Exemplaren erscheinenden „Mitteilungen des Sekretariats sozialer Studentenzirkel“. Der Bericht zeigt, daß man die akademischen Vinzenzvereine für die soziale Arbeit mobil gemacht hat. Während es bisher nur zwei gab (in

Freiburg-Schweiz und Straßburg), gründete man nun — ausgesprochen für Gewinnung der Studenten — neue Vereine in Bonn, Göttingen, Marburg, Berlin, Münster, Breslau, Halle und München. Soziale Studienvereinigungen existierten bisher 6. In Kürze werden es 13 sein. Drei „fachmännisch vorgebildete“ Redner werden die Vereinigungen bearbeiten. Soziale Freundeskreise (zwischen 5 und 10 Mann stark) zählt man momentan 40. Sie erhalten von der Zentralstelle aus das „Soziale Material für Akademiker“. Soziale Ferienvereinigungen bestehen 21. Sie hielten 27 Veranstaltungen (18 Besichtigungen, 9 Vortragsabende) ab. Diesen Herbst endlich wird nach englischem Vorbild ein „Settlement“ eröffnet. Ein vierwöchiger Kurs dient zur Einführung. Während dieser Zeit werden seminaristische Übungen und Vorträge von Psychiatern, Soziologen, Juristen und Gewerkschaftsführern abgehalten. Alle diese Zirkel sind völlig unabhängig. Kein „alter Herr“ hat den Jugendlichen dazwischen zu reden. Dasselbe Sekretariat gibt soziale Studentenflugblätter in teilweiser Auflage von 15000 Exemplaren heraus. Dieselben sind aus einem Geiste geschrieben, der sich zwar zu der modernen Einsicht in den Klassencharakter der sozialen Probleme nur teilweise aufschwingt, der aber den kulturkampflüsternen übrigen deutschen Studenten in vielem ein Vorbild sein kann. Aber nicht das Sachliche, das Fachliche, nein erst das drängende Motiv dahinter, das Weltanschauliche, das Katholische gibt dieser Jugendbewegung ihren Schwung. Das zeigt am deutlichsten die einschlägige Broschüre des Dr. Sonnenschein, der die Seele dieser ganzen studentischen Jugendorganisation darstellt: „Kann der moderne Student sozial arbeiten?“ Die Gedanken und das soziale Ethos sind Naumannscher Art. Was aber dem Schriftchen sein eigenes Leben gibt, das ist eben wieder das allgemein katholische Kulturideal. „Der faszinierenden Kraft des sozialistischen Kulturideals“ will es den „jugendfrischen, christlichen Standpunkt entgegensetzen, der in keiner geschichtlichen Epoche versagen kann“.

Die deutsche Sozialdemokratie hat keine studentischen Jugendlichen zu organisieren. Aber eines lehrt sie meines Erachtens auch diese Studentenorganisation. Wenn die Jugend organisiert werden soll, dann muß sie unabhängig organisiert werden, dann muß sie ausgerüstet werden mit einem Kulturideal. Möge uns Männern sich der Glaube in ein nüchternes Wissen wandeln. Jugend braucht nicht nur Freiheit. Jugend braucht hohe Ziele.

A. K.

Literarische Rundschau.

J. Bonomi, **Le vie nuove del socialismo.** Mailand, Palermo, Neapel, Remo Sandron. 315 Seiten. 3,50 Lire.

Das vorliegende, der Genossin Anna Kulischoff zugeeignete Buch, ist die erste größere Veröffentlichung theoretischen Charakters, die aus dem Lager der italienischen Reformisten kommt. Der Autor teilt seine Arbeit in drei Abschnitte: Die marxistische Taktik und die Demokratie — Die revolutionäre Funktion des Reformismus — Die heutigen Tendenzen des Sozialismus. Mit großer Klarheit, der vielleicht eine größere Kürze nicht geschadet hätte, baut Bonomi nach dem durch diese Einteilung gegebenen Plane die Theorie des Reformismus auf.

Zunächst behandelt er die marxistische Auffassung der Revolution, deren Wesentliches er darin sieht, daß die von Marx erwartete politische Diktatur des Proletariats erst die Bedingungen schaffen soll für die allmähliche wirtschaftliche Umschaffung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus. Deshalb kann Marx auch — nach Bonomi — annehmen, daß mit der Schwere des kapitalistischen Druckes die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft wächst, denn zu der Revolution, wie er sie versteht, gehört für das Proletariat nur die Fähigkeit, das bürgerliche Regime zu stürzen; der Aufbau der sozialistischen Ordnung erfolgt allmählich, nach der Er-

oberung der politischen Macht, und die Fähigkeit des Proletariats, die Produktion zu sozialisieren, ist nicht eine Voraussetzung der Revolution, sondern kann sich im Anschluß an die durch die Revolution geschaffene Machtverschiebung entwickeln. Was Marx zu dieser Auffassung brachte, war nicht nur seine dialektische Methode, sondern auch die Geschichte seiner Zeit, die die Hebung der Lage des Proletariats durch die Gewerkschaftsbewegung ebensowenig voraussehen ließ, wie die allmähliche Eroberung der politischen Macht durch das allgemeine Stimmrecht. Die Fortschritte der Arbeiterbewegung und die Demokratisierung des Staates haben nun der marxistischen Auffassung von der Revolution unrecht gegeben. Das Proletariat wartet nicht den Handstreich ab, der ihm die Diktatur sichern soll, sondern dringt heute schon in alle Einrichtungen des Staates und der Gemeinde ein, sich der demokratischen Institutionen bedienend, um sie allmählich immer mehr im proletarischen Sinne umzugestalten. Der Staat ist nicht, was er Marx scheinen mußte, das Exekutivkomitee der Bourgeoisie, sondern ist der schrittweisen Eroberung durch das Proletariat zugänglich. Mit dem Eintritt neuer sozialer Schichten in das politische Leben mehrt sich die Zahl der politischen Parteien. Die Regierung fällt nicht mehr einer der beiden geschichtlichen Parteien, der Rechten oder der Linken, zu, sondern einer Vereinigung der verschiedensten Gruppen. Hieraus ergibt sich, daß eine Partei, auch ohne die Mehrheit im Parlament zu haben, eine ausschlaggebende Rolle spielen kann. Daher wurde die intransigente Haltung von der sozialistischen Partei der meisten Länder aufgegeben. In Frankreich und Italien haben die Sozialisten liberalen Ministerien ihre Unterstützung geliehen. „Noch einen Schritt weiter, und der Sozialismus wird sich überzeugen, daß er, um einen Teil seines Programms zu verwirklichen, diesen Teil in das Regierungsprogramm einschließen, das heißt, daß er nötigenfalls ein aktives (costitutivo) Element der Mehrheit werden muß“ (S. 93—94).

Im zweiten Teile schildert Bonomi den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, vom Schutze des Arbeiters gegen die übermäßige Ausbeutung zur Sicherstellung seiner Existenz in Krankheitsfällen und im Alter und zur gesetzlichen Regelung des kollektiven Arbeitsvertrags. Wenn der Kapitalismus den Verbesserungen in der Lage der Arbeiterschaft zunächst durch technische Vervollkommnung der Produktion Front machen kann, so muß doch der Moment kommen, wo die Gesellschaft vor der Alternative steht: entweder den Aufstieg des Proletariats aufhalten oder die Produktionsform ändern. Den Ausschlag in diesem Dilemma kann nur der Wille der Mehrheit geben, indem er den zu engen Rahmen der kapitalistischen Produktion zersprengt. Diese neue Ordnung, die sich im kapitalistischen Regime vorbereitet, entwickelt sich nicht seitab von der heutigen Ordnung, sondern gestaltet allmählich das ganze politische und Wirtschaftsleben um. Das Eigentum einiger Produktionszweige geht auf die Arbeiterklasse über, sei es durch Verstaatlichung und Munizipalisierung (weil in Staat und in Gemeinde die Arbeiterklasse die Mehrheit bildet), sei es durch Übernahme durch Arbeitergenossenschaften. Die wachsenden Anforderungen der Arbeiterschaft, denen der Privatkapitalist nicht gerecht werden kann, sowie die soziale Gesetzgebung zugunsten der Genossenschaften gehören zu den treibenden Kräften dieses Prozesses.

Es folgen drei Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Lande, in denen Bonomi zu folgenden Schlußfolgerungen kommt: Es ist wahrscheinlich, daß der landwirtschaftliche Grundbesitzer eher verschwindet als der landwirtschaftliche Unternehmer und daß die Produktion durch Arbeitergenossenschaften noch auf viele Jahre neben der kapitalistischen bestehen wird; weiter spricht alles dafür, daß der kleine Grundbesitzer bis zur Schwelle der neuen Gesellschaft weiterleben wird, in weitgehender Abhängigkeit vom Staate, und daß die Vergesellschaftung des Austausches sich eher vollzieht als die der Produktion. Bonomi schließt diesen zweiten Teil seiner Arbeit mit dem Hinweis auf die Bedeutung des subjektiven, des bewußt menschlichen Elementes in der Geschichte der Gesellschaftsentwicklung. „Friedrich Engels hat gesagt, daß die Verwirklichung des Sozialismus den Übergang der

Menschheit vom Reiche der Notwendigkeit zu dem der Freiheit bedeuten werde. Wir, die wir glauben, daß der Übergang zum Sozialismus schon lange begonnen habe, wir glauben auch, daß die Tore des Reiches der Freiheit schon offen stehen daß die Menschen nicht nur die Werkzeuge der Geschichte sind, sondern auch ihre Baumeister" (Seite 235).

Im dritten Teile, der von den heutigen Tendenzen des Sozialismus handelt, ist die Erklärung bemerkenswert, daß der Reformismus nicht der Partei, sondern der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung die Führung im Kampfe für die neue Gesellschaftsordnung zuspricht. Von dieser ausdrücklichen Erklärung muß man Kenntnis nehmen, obwohl die Tatsache nicht neu ist: nachdem die Reformisten erst gegen jede sozialistische Propaganda in den Gewerkschaften aufgetreten sind, ordnen sie jetzt der ohne diese Propaganda genährten Gewerkschaftsbewegung die Partei unter. Die Arbeiterbewegung der Zukunft wird nach Bonomi vielleicht in verschiedenen Parteien ihren politischen Vertreter sehen. „Heute müssen die zur Partei Gehörigen noch an gewisse Prophezeiungen und theoretische Grundsätze glauben, die den Wert undiskutierbarer Wahrheiten haben, aber für die künftigen Parteien wird es genügen, sich auf den praktischen und idealen Boden der Arbeiterklasse zu stellen, um würdig zu werden, ihre Hoffnungen und Bedürfnisse in den politischen Körperschaften zu vertreten. Kurz, das Proletariat wird seine politischen Organe nach dem Muster derer der bürgerlichen Klassen bilden, die mit ihrer Biegsamkeit, Gelenkigkeit und intellektuellen Freiheit trefflich an das demokratische Regime angepaßt sind" (Seite 299). Zum Schlusse gibt Bonomi der Ansicht Ausdruck, daß der Widerstreit zwischen Revolutionären und Reformisten durch den revolutionären Prozeß selbst bedingt sei. Die neuangeworbenen unerfahrenen Elemente müßten zu einem periodischen Aufflackern der revolutionären Utopie führen (S. 303). Für Bonomi repräsentiert die revolutionäre Tendenz die Überlieferung, „die Vergangenheit, die sich in die Zukunft fortsetzen will" (Seite 304). Die reformistische Tendenz ist schöpferisch, während die revolutionäre unfruchtbar ist.

Das Buch ist in einer von Gehässigkeiten und Selbstüberhebung freien Form geschrieben — nur zweimal ist die Feder ausgerutscht, und Bonomi spricht ganz harmlos von den Reformisten als der geistigen Elite der Partei (Seite 292, 293). Bei der Beurteilung des Inhaltes ist die Versuchung groß, ihn mit einem Schlagwort zu kennzeichnen: das Sozialistische daran ist nicht neu und das Neue nicht sozialistisch. Aber wir wollen die ernste und aufrichtig gemeinte Arbeit nicht mit einem Schlagwort abtun, wenn auch der Raum eine eingehende Kritik verbietet.

Daß das Proletariat im Rahmen der heutigen Gesellschaft die Bedingungen schaffen muß, die es in den Stand setzen, die Produktion zu organisieren, bezweifelt wohl heute kein Sozialist. Die Frage ist nur, ob das Proletariat in die Organe des heutigen Staates, die für die Herrschaft der Bourgeoisie geschaffen sind, eindringen und eben durch diese Organe die Beseitigung jeder Klassenherrschaft verwirklichen kann. Ja, sagt Bonomi, dank des allgemeinen Stimmrechtes, und er führt weiter die Fortschritte der sozialen Gesetzgebung an als Beweis dafür, daß eine Schmälerung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie auf gesetzlichem Wege bereits eingeleitet ist. Nun haben gewiß einzelne Unternehmer Schaden durch die Arbeiterschutzgesetzgebung erlitten, aber die Bourgeoisie als Klasse hat durch sie bis jetzt weder Macht noch Profit eingebüßt: ein Überblick über die Macht der Bourgeoisie und die industrielle Blüte in den verschiedenen Ländern bestätigt das. Sobald es wirklich um Macht geht, zerreißt die Bourgeoisie heute jedes Gesetz. Hat doch ein Gericht von Bologna jüngst 49 Jahre Gefängnis über zwanzig Genossen verhängt wegen konsequenter und legaler Durchführung des Boykotts! Und was die italienische Regierung an Gesetzen über den Arbeitsvertrag vorbereitet, sind Maulkorbgesetze, und bei einem vielgepriesenen kollektiven Arbeitsvertrag, der auch Bonomi als Ideal vorschwebt, kam am Ende heraus, daß der Gewerkschaftsvertreter im Solde der Unternehmer stand. Also auch eine so schwache Bourgeoisie

wie die italienische, in einem eminent demokratischen Lande, läßt das proletarische Recht nicht bis zur Machtverkürzung der herrschenden Klasse ausreifen, sondern stellt ihm entgegen die gesetzwidrige Handhabung des Strafrechtes, neue Gesetze, die die Bewegungsfreiheit der Arbeiter hindern und, last not least, die brutale Macht des Geldes. Die Staatseinrichtungen sind durchlässig für alle möglichen schönen und liberalen Dinge, aber gegen die Interessen der herrschenden Klassen haben wir sie noch nie wirken sehen. Und was den Übergang der Produktions- oder Verkehrsmittel in den Besitz der Arbeiterklasse betrifft, so haben wir in den verstaatlichten italienischen Eisenbahnen ein leuchtendes Beispiel der Privilegienwirtschaft; der Arbeiter fährt dritter Klasse und bezahlt den vollen Tarif, die Herren in der zweiten Klasse bezahlen die Hälfte (Beamtenbillett, Journalistenbillett, Vergünstigungen), wer in der ersten Klasse reist, hat Gratisbillett. Gewiß, die Eisenbahner haben in dem Staat einen besseren Arbeitgeber gefunden, aber diese Verbesserung, die sehr wohl eine „staatserhaltende" Wirkung haben könnte, ist auf alle Fälle keine Besitzveränderung. Was die Arbeitsgenossenschaften angeht, so haben sie eine Existenzmöglichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft nur in der Weise, wie sie zum Beispiel die proletarische Intelligenz hat. Wo der Staat sie fördert, tut er es, weil er von dem Ausbau des Genossenschaftswesens eine Versöhnung der Klassengegensätze erhofft. Die Genossenschaften sind mehr oder weniger kraftvolle Machtmittel des Proletariats: sobald sie der Bourgeoisie als solche lästig werden, wie die Gewerkschaften, wie die Arbeitskammern, so sind es nicht die demokratischen Institutionen, die sie schützen, nicht die Furcht vor der legalen Aktion des Proletariats, sondern *die Furcht vor der illegalen*. Was die Arbeiterorganisationen gefürchtet macht, das ist vor allem die in ihnen der Möglichkeit nach gegebene Gewalt. Gerade die jüngste Geschichte des italienischen Proletariats scheint uns das zu lehren. Nicht im Staat und durch den Staat, sondern neben ihm und trotz seiner scheint sich uns der Aufstieg des Proletariats zu vollziehen, und nicht die legalen Mittel halten ihm die Straße offen, sondern die der Möglichkeit nach gegebenen Gewaltmittel.

Von der „Biegsamkeit, Gelenkigkeit und intellektuellen Freiheit" der Arbeiterparteien der Zukunft brauchen wir wohl nichts zu sagen. Biegsame und Gelenkige sehen wir alle Tage, und wir glauben nicht, daß den Arbeitern der Zukunft je nach solchen Vertretern gelüsten wird. Die Reformisten halten die Anpassungsfähigkeit für das Haupterfordernis der Arbeiterbewegung. Man schafft aber eine Welt nur um, soweit man sich nicht an sie anpaßt. O. L.

F. Lifschitz, Privatdozent an der Universität Bern, **Zur Kritik der Böhm-Bawerkschen Werttheorie.** Leipzig 1908, Verlag von Wilhelm Engelmann.



In der Einleitung wirft der Verfasser die Frage auf, woher es wohl komme, daß die sogenannte „Grenznutzwerttheorie" so viele Anhänger bekam? Die Antwort findet er darin, daß die Ideologen des Bürgertums sich nach einer neuen Werttheorie umsehen mußten, weil die klassische Arbeitstheorie in ihrer sozialistischen Weiterentwicklung durch Marx den kapitalistischen Interessen gefährlich erschien. Das aufstrebende Bürgertum — meint Lifschitz — approbierte die Smith-Ricardosche Werttheorie, weil diese sich gegen das Privileg wandte, weil sie „die Arbeit adelte", und das Bürgertum betrachte sich als Repräsentant der Arbeit. Sobald aber diese „Arbeitstheorie" bis zu ihren letzten Konsequenzen durchgearbeitet wurde, ward sie der Bourgeoisie verhaßt; „das Interesse der Bourgeoisie erforderte eine neue entsprechende Theorie".

Der Verfasser unternimmt es nun, den wissenschaftlichen Wert dieser neuen Theorie zu prüfen und da Böhm-Bawerk ihr konsequentester Vertreter ist, beschäftigt er sich vornehmlich mit seiner Lehre. Er gibt eine eingehende Darstellung dieser Theorie und dann schildert er, was bisher an Kritik geleistet worden ist. Hierbei

unterscheidet er zwischen der bürgerlich-akademischen Kritik (Dietzel, Lexis, Scharling, Schor, Diehl) und der sozialistischen. In bezug auf die letztere meint er: „Zwar wird sie sehr polemisch und leidenschaftlich geführt und der ‚akademisch-ruhige‘ Ton geht ihr manchmal verloren, dafür bietet sie aber auch viel Geist.“ Es wird dann die Widerlegung der „Grenznutzwerttheorie“ von Konrad Schmidt eingehend im zustimmenden Sinne besprochen, sowie die Arbeiten von Gustav Eckstein und Rudolf Hilferding.

Aus dieser Kritik ergibt sich die volle Sterilität der Nutzwerttheorie vom Standpunkt der nationalökonomischen Forschung. Liffschitz fühlt nun noch den Schöpfern dieser Theorie auf den Zahn mit der Zange der Psychologie. Das ist sehr angebracht, denn bekanntlich erheben Böhm-Bawerk und seine Anhänger den Anspruch, eine „psychologische Werttheorie“ geschaffen zu haben, eine „subjektive“ Theorie. Dabei scheint sich die alte Geschichte wiederholt zu haben: Bei den Nationalökonomen galten sie als große Lichter der Psychologie, bei den Psychologen als große Nationalökonomen. Sonderbarerweise wurde aber bisher, wie Liffschitz bemerkt, von niemandem nachgeprüft: „Ob die Psychologie wirklich die Grenznutztheorie bestätige, was doch von eminenter Wichtigkeit sein dürfte.“ Liffschitz weist nun noch, daß „weder Böhm-Bawerk, noch die übrigen Grenznutzler irgendwelche Kenntnis der Psychologie in ihren Schriften bekunden“.... „Zwar haben die Grenznutzler sehr viel mit dem Worte Psychologie um sich geworfen, aber von der Psychologie im wissenschaftlichen Sinne des Wortes haben sie so gut wie gar keinen Gebrauch gemacht. Weder selbständige psychologische Studien noch Berufung auf Anlehnung an Forschungen von Fachpsychologen sind in Schriften der Grenznutzler anzutreffen.“ ... „Die Grenznutztheorie ist eine ‚psychologische‘ Werttheorie ohne eine psychologisch-wissenschaftliche Grundlage.“ Zur Begründung ihrer Theorie hätten die Grenznutzler eine psychologische Analyse des Bedarfs geben müssen, das haben sie nicht getan. Liffschitz versucht es zu tun und kommt dabei zu dem Resultat, daß mit der „subjektiven Wertschätzung“ gar nichts auszurichten sei, weil es soziale, also in erster Linie objektive Motive sind, die den Bedarf bestimmen. Man kann zwischen „Existenzbedürfnissen“ und „Konventionsbedürfnissen“ unterscheiden, aber die Grenze ist schwer zu ziehen. Kleidung ist gewiß in unserem Klima ein Existenzbedürfnis, aber wie wir uns kleiden, das ist nicht durch das Individuum bestimmt, da spielen Mode, Sitte, Konvention, kurz soziale Faktoren die entscheidende Rolle. „Nur durch die Gesellschaft kommt das Subjekt zur Ansicht, daß der Ausfall von noch einem Anzug eine Einbuße an seiner Wohlfahrt bedeuten würde.... Ohne die gesellschaftlichen Zusammenhänge sind die Konventionsbedürfnisse durchaus unerklärlich und damit auch unbegreiflich. Werden sie aber erklärt, so bedeutet das die Aufhebung der Theorie des Gebrauchswertes, welche die Grenznutzler bieten, Verzicht auf die Schlüsse, welche sie daraus für die Werttheorie ziehen.“

Zusammenfassend sagt Liffschitz: „Die Grenznutzler unterließen die Frage nach den Beziehungen zwischen Individual- und Sozialpsychologie, was das Allerwichtigste für das Wertproblem ist. Fragt man nach diesen Beziehungen vom Standpunkt der Psychologie, so ist die Grenznutztheorie erst recht irrtümlich. Auch in logischer Beziehung ist die Beweisführung der Berechtigung der Theorie des Gebrauchswertes durchaus unzulässig. Die ‚psychologische Werttheorie‘ von Böhm-Bawerk ist gerade am allerwenigsten vom Standpunkt der Psychologie stichhaltig; denn die scheinbar subjektive Schätzung ist fast durch und durch objektiv; sie, das heißt die Grenznutztheorie, beruht auf einer Verwechslung von Subjektivismus und Psychologismus.“

Das Buch von Liffschitz bedeutet, wie man sieht, eine Vernichtung der Grenznutztheorie und wird allen willkommen sein, die sich mit Problemen der Werttheorie befassen.

J. Karski.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 9 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 25. September 1908

Naturalismus und Neuromantik.

Von **F. Mehring.**

Im „Literarischen Echo" orakelt ein Herr Kurt Walter Goldschmidt aus Charlottenburg über Naturalismus und Neuromantik. Die einigermaßen sprunghafte Ablösung des radikalsten Naturalismus durch eine ebenso einseitige und diktatorisch auftretende Neuromantik tut ihm schlagend dar, wie rasch in unseren Zeitläufen die literarischen Moden wechseln, wie bedenklich nahe wir selbst jenem kulturellen und ästhetischen Vandalismus gerückt sind, der heute die Götterbilder verbrennt, die er gestern noch angebetet hat.

So weit so gut, aber dann geht Herr Kurt Walter Goldschmidt dazu über, „nicht in dem plumpen Sinne geist- und kunstverlassener Nationalökonomen (die von Marxens Denkergenialität nur den öden wirtschaftstheoretischen Fanatismus geerbt haben), sondern in einem feineren und überökonomischen Sinne die Zusammenhänge zwischen literarischem Angebot und Nachfrage zu erörtern". Dabei kommt nichts heraus als ein Wirrwarr von sechs eng gedruckten Spalten, aus dem vielleicht der Verfasser selbst klug geworden ist, aber schwerlich einer seiner Leser klug werden wird. Schließlich „wittert" er im Wege zu einer „Neuklassik" einen tatsächlichen Zug der neuesten Entwicklung, aber „dieser Weg führt nicht an der Romantik vorüber, sondern durch sie hindurch — und die erträumte Neuklassik der Zukunft wird um so herrlicher sein, je mehr Verfeinerungen, Verwicklungen und Bereicherungen der Romantik sie in sich aufgenommen, verarbeitet und zu heute erst zu ahnenden vollkräftigen Eigenformen gestaltet hat". Wozu man dann nur mit Lassalle zu sagen braucht: Bam, bim! Bim, bam!

Was uns an diesem Artikel bemerkenswert genug erscheint, um ihn zu beachten, das ist die ehrliche Verzweiflung des Verfassers über den ästhetisch-literarischen Bankrott sowohl des Naturalismus wie der Neuromantik. Er tut immerhin einen Schritt hinaus über das landesübliche Gerede der bürgerlichen Literaturzeitungen, die jeden kritischen Kompaß verloren haben und sich mit dem Naturalismus wie mit der Neuromantik abfinden, just nach Gelegenheit und Laune des einzelnen Kritikers. Herr Goldschmidt sieht wenigstens, daß die literarische Produktion der kapitalistischen Gesellschaft verfällt, und soweit er die Mache und Mode geißelt, die in diese Produktion eingerissen ist, so weit findet er ganz treffende Worte. Aber er versagt völlig, sobald er die Ursachen dieser Entwicklung zu ergründen sucht.

Gegenüber dem „plumpen Sinne geist- und kunstverlassener Nationalökonomen" findet er die „feine und überökonomische" Erklärung: „Das

Publikum will vor allem Neues, den Kitzel nie dagewesener und unerhörter Reizmittel, und so sehen wir die Dichtergehirne auf der ganzen Linie eifervoll bemüht, dieses Neue zu ersinnen, alles Bisherige zu überbieten, den ganzen Umkreis und selbst die wenigst appetitlichen Winkel der Menschheit zu durchforschen und die raffiniertesten Mahlzeiten für verwöhnte Gaumen zu bereiten." Wiederum ganz gut gebrüllt, aber weshalb „will" das „Publikum" so? Weshalb „will" es nicht anders? Und wenn sein „Wille" entscheidet, wie soll dann die „Neuklassik" entstehen, die das „Publikum" augenscheinlich nach Herrn Goldschmidts eigener und durchaus glaubwürdiger Behauptung nicht „will"?

Mit der Berufung auf den „Willen" des Publikums wird die Frage nur verschoben, aber nicht gelöst. Dieser „Wille" schneit nicht vom Himmel, sondern hat seine irdischen Wurzeln, von denen freilich zu befürchten steht, daß sie „nationalökonomischer" Art sind. Die geistigen Bedürfnisse der großkapitalistischen Gesellschaft, für die unsere heutigen Dichter schaffen, sind eben ganz andere, als die geistigen Bedürfnisse jener kleinbürgerlichen Gesellschaft, für die Lessing und Goethe und Schiller schufen. Das ist am Ende zu begreifen, und nicht bloß von „geist- und kunstverlassenen" Leuten. Es sind die Bedingungen der großkapitalistischen Produktionsweise, die jenen „Willen des Publikums" schaffen, den Herr Karl Walter Goldschmidt mit so beredten Worten denunziert.

Können sich nun die Dichter diesem „Willen" widersetzen? Sicherlich, wenn sie sich von den Lebensbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft zu emanzipieren vermögen. Der Naturalismus war der Versuch einer solchen Emanzipation. An und für sich besagt der Name, mit dem er sich taufte, sehr wenig oder gar nichts; überall, wo in der Literaturgeschichte die Gedankenwelt einer aufsteigenden mit der Gedankenwelt einer absterbenden Klasse zusammenstößt, pflegt jene gegen diese mit dem Schlachtruf der Natur und Wahrheit anzustürmen. Das ist ja auch begreiflich genug. Denn eine absterbende Klasse klammert sich um so ängstlicher an starre Formeln, je mehr das innere Leben daraus entweicht, und eine aufsteigende Klasse rüttelt um so ungestümer an allen Schranken, je mehr der Drang und die Kraft des Lebens in ihr überquillt. Was sie leben kann und will, das ist für sie Natur und Wahrheit; einen anderen Maßstab für diese Begriffe gibt es auf künstlerisch-literarischem Gebiete nicht, hat es nie gegeben und wird es auch nicht geben.

Mißt man nun den Naturalismus, wie er sich in der deutschen Literatur vor einigen zwanzig Jahren auftat, an diesem Maßstab, so war es sein Ruhm, daß er sich von den Lebensbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft zu emanzipieren suchte, aber es wurde sein Verhängnis, daß er auf halbem Wege stehen blieb. Er sah in der herrschenden Misere nur das Elend von heute, aber nicht die Hoffnung auf morgen. Niemand verlangte von ihm, daß er nach der Pfeife „geist- und kunstverlassener Nationalökonomen" tanzen solle, aber gerade wenn er nicht auf den Zinnen der Partei stehen wollte, mußte er nicht nur die vergehende, sondern auch die entstehende Welt schildern können. Dem entzog er sich durch die in der Tat „geist- und kunstverlassene" Forderung, daß die Kunst nichts anderes als ein sklavisches Abschreiben der zufälligen Wirklichkeit, daß jede eigene Zutat aus der Phantasie des Künstlers, jede künstlerische Erfindung und Komposition zu verwerfen sei. Damit sprach er sich selbst sein künstlerisches Todesurteil, und seine Blüte welkte in wenigen Jahren,

Seine legitime Tochter aber war die Neuromantik. Konnte und wollte der Naturalismus die kapitalistische Wirklichkeit nicht mehr ertragen, aber auch nicht den entscheidenden Schritt über ihre Grenzen tun, so blieb ihm nur die Flucht in ein Traumland übrig, das ihm das Gefühl einer illusionären Freiheit gab und ihm zugleich gestattete, allen nervösen Launen eines übersättigten Publikums genug zu tun. Es ist freilich richtig — und darin hat Herr Kurt Walter Goldschmidt eine ganz richtige „Witterung" —, daß diese neue Romantik tief unter der alten Romantik steht, in der sich immerhin eine große, historische Weltwende widerspiegelte. Historisch ist die Neuromantik nichts anderes als ein ohnmächtiges Abzappeln von Kunst und Literatur in den erstickenden Armen des Kapitalismus, und es ist am letzten Ende allerdings der „Wille" des kapitalistischen Publikums, der ihr das Gesetz diktiert.

Emanzipieren kann sie sich von diesem „Willen" nur, indem sie sich von der kapitalistischen Gesellschaft emanzipiert, die nun einmal, sei es auch zum tiefsten Kummer aller Ästheten, eine „nationalökonomische" Tatsache ist, und es ist die reine Illusion ins Blaue hinein, anzunehmen, daß sie jemals auf anderem Wege ein neues klassisches Zeitalter erleben könnte.

Die Geschichte eines Verfalls.

Von **Hermann Wendel.**

Briefe von Otto Erich Hartleben an seine Frau. Herausgegeben und eingeleitet von Franz Ferdinand Heitmüller. Mit 19 Abbildungen. 1908, Verlag S. Fischer.



Von verschiedenen Seiten bereits hat die Herausgabe dieser Briefe herben Tadel erfahren, und es gibt einen Standpunkt, von dem aus solche Rüge verständlich wird, denn auf das Charakterbild Otto Erich Hartlebens, das uns liebenswürdig aus seinen Werken entgegenblickt, wirft dieses Buch tiefe Schatten. An vielen Stellen wirkt es peinlich wie ein intimer Ehekonflikt, den man hinter der Schlafzimmergardine hervor belauscht, und an anderen Stellen stecken die Briefe so voller Nichtigkeiten, daß man ebenso darüber staunen muß, wie ein Dichter von Geschmack sie hat niederschreiben können, als darüber, wie der Herausgeber sie des Abdrucks für wert gehalten hat. Aber im letzten Grunde dient das Peinliche wie das Nichtige nur dazu, die charakteristischen Züge eines Bildes herauszuarbeiten, das für seinen Teil das Bild einer ganzen Generation vervollständigen hilft. Und aus diesem Gesichtswinkel gesehen, hat die Briefsammlung ohne Zweifel ihren kulturhistorischen Wert.

Über einen Zeitraum von achtzehn Jahren, von 1887 bis 1905, erstrecken sich die Briefe an die Frau, die als junges Mädchen Hartlebens Geliebte in holden Studententagen ist, die der Dichter später nach den Formen und Formeln der bürgerlichen Gesellschaft zu seiner Gattin macht und die seine beste Trösterin auch in dem Abschnitt seines Lebens bleibt, den er, ruhelos umherstürmend und wie vor seinem besseren Ich fliehend, fern von ihr verbringt, ohne deshalb je die briefliche Verbindung abzubrechen. Aber nicht erst die Briefe aus den letzten Jahren hinterlassen einen quälenden Eindruck, sondern schon diejenigen, die der dichtende Student und Referendar an sein Mädchen schreibt, zeigen, wie so wenig echte Größe und wie so viel vom Spießbürger, den er vielleicht gerade deshalb zeitlebens verulkt hat, Hartleben

in sich trug. Die Geliebte stammt aus kleinbürgerlichen Kreisen und sieht aus kleinbürgerlichen Augen in die Welt, aber Hartleben hält sie für entwicklungsfähig, will sie für sich erziehen und hat sich, wie er schreibt, fest in den Kopf gesetzt, aus ihr „ein gebildetes und vornehm empfindendes Weib zu machen". Aber seine „Erziehung" beschränkt sich in der Hauptsache auf rein äußerliche Dinge: er ermahnt sie, kein Korsett, sondern ein Gesundheitskorsett zu tragen, rät ihr, sich geschmackvoll und nicht geschmacklos auffallend zu kleiden, nicht zu viel zu tanzen, da es ihrer Gesundheit schädlich sei, streicht in ihren Briefen die orthographischen Fehler an und schickt sie ihr zurück — kurz, es steckt viel von einem Schulmeister, von einem liebevollen zwar, aber immerhin von einem Schulmeister in seinem Verhältnis zu ihr. Nicht einmal, daß er mit einem Satze, einem Gedanken eine Welt vor ihr weitete, daß er ihr neue Perspektiven zum Leben wiese, daß er neue Lichter an ihrem Wege aufsteckte! So erhält man die Empfindung, daß sie alles, was sie an geistigen Werten von ihm empfangen, ohne sein Zutun in sich aufgenommen hat, wie man von einem Baume kühlenden Schatten empfängt, ohne daß der Baum sich seiner schattenspendenden Tätigkeit bewußt ist.

Daß Moppchen, wie er sie zu nennen pflegt, von ihm empfangen hat und schließlich an Zielsicherheit des Strebens nicht nur, sondern auch an feinem Herzenstakt über ihn hinausgewachsen ist, wird sinnfällig, als der latente Konfliktstoff in ihrem Zusammenleben zu Explosionen führt. Die ersten künstlerischen Erfolge und damit eine gewisse finanzielle Sorglosigkeit haben sich eingestellt, aber Ruhe und Seßhaftigkeit sind dem Dichter nicht gekommen. München, Bozen, Florenz, Venedig, Rom, Berlin, Breslau, Weimar, Hannover, Nürnberg, Würzburg, Zürich — so geht es allein, ohne die Frau, alle die Jahre die Kreuz und die Quer, und selten bilden andere als rein äußere Bekenntnisse den Inhalt der niemals langen Briefe, die den Verkehr mit Moppchen vermitteln; meist sind es Bierkarten oder Briefe mit dem Inhalt einer Bierkarte, denn mehr und mehr haben die fröhlichen Stunden Hartlebens jetzt das Zeichen des Salvatorbräus oder des Lichtenhainer Bieres, des italienischen oder des Tiroler Weines gehißt. Dazwischen freilich kommen die Stunden sentimentaler Schwäche und Verzagtheit, in denen er fleht: „O, habe Du doch Mut, Du bist die Stärkere von uns beiden: ich gehe ja einfach in Scherben, wenn Du mich nicht halten willst."

Neben anderen Weibern ist eine Jugendgeliebte, Ellen B., in sein Leben getreten, er lebt zeitweise mit ihr, wird durch sie Vater eines Mädchens und überläßt es in aller Gemütsruhe seinem Moppchen, sich mit so schmerzhaften Wirklichkeiten abzufinden. Nicht darin liegt sein Verschulden, daß ihm die bürgerliche Ehe zu eng ist, sondern darin, daß er nicht den Mut hat, reinliche Scheidung zu machen. Moppchen ist die Stärkere: sie will ein Ende, so oder so. „Ich zwinge Dich nicht", schreibt sie, „Liebe zu heucheln, aber ich bitte Dich bei dem Andenken an Deine Mutter, nur einmal sei ehrlich! Der Du einem Menschen, den Du liebst, lächelnd das Herz herausreißen kannst und dabei wie ein Kind erstaunt bist, wenn das Herz zuckt und blutet!" Auf diese und ähnliche Herzensschreie eines nicht gewöhnlichen Weibes antwortet er im besten Falle ausweichend, sonst mit Bierkarten oder mit der brutalen Zumutung, sie solle ihm die Ellen ruhig gönnen, er sei doch kein Schuster, „der froh sein darf, wenn ihm einmal ein Weib im Ehebett geworden ist". Dabei immer die Versicherung, daß sie, Moppchen, die einzige sei, die

er als sein Weib lieb habe — die anderen, das sind die „dummen Weibsen“, die etwa noch auf ihn hereinfallen!

Als Moppchen die Selbstüberwindung besitzt, das Kind aus dem Verhältnis Hartlebens mit der anderen zu sich zu nehmen und ihm eine gute Mutter zu sein, scheint es vorübergehend, als sollte sich solch Opfer belohnt machen: es kommen Monate ungetrübten, hellen Glückes. Aber eines Tages brechen die schwarzen Stunden, die nur im Hintergrund gelauert haben, wieder hervor: das ist in der Zeit, als der „Rosenmontag“ dem Dichter viele Zehntausende in den Schoß wirft und ihm den Bau der Villa Halkyone am Gardasee ermöglicht. Da erfährt Moppchen von Dritten, daß er dort mit der anderen wohnen will, und jetzt drängt sie, deren Liebe sich zum äußersten gedemütigt hat, auf endgültige Trennung. Innig und ernst schreibt sie ihm: „Wir wollen uns als anständige, vornehme Menschen trennen, ohne Schmutz aufzuwühlen, als zwei Menschen, die gleich gut sind, aber nicht weiter zusammenleben können“, sie schreibt zweimal, ehe er auch nur mit einem Worte auf den Vorschlag einzugehen für nötig hält. Endlich wird auf ihr stetes energisches Drängen der Ehescheidungsprozeß eingeleitet, aber überaus kennzeichnend: während er schwebt, und Hartleben an Ellens Seite in Halkyone weilt, flüchtet er doch brieflich mit all seinen Sorgen und Kümmernissen wieder zu Moppchen, bis sie sich zu dem schwersten Opfer entschließt, das ihr zu bringen noch übrig: den Scheidungsantrag zurückzunehmen. Bis zu seinem Tode sorgt sie aus der Ferne mit rührender Freundschaft für ihn, der immer zerfahrener und zerfaserter wird, das Gefühl des Alterns und Alleinseins schmerzlich empfindet, von seinen Stimmungen umhergetrieben wird wie ein Kork von den Wellen und innerlich längst zugrunde gegangen ist, als am 11. Februar 1905 ein lakonisches Telegramm an Moppchen meldet: „Erich tot.“

Dem Moralisten mögen sich harte Worte gegen den Schreiber dieser Briefe auf die Lippen drängen, denn ein schrankenloser Egoismus wirkt am widerwärtigsten, wenn er mit sentimentaler Schwäche verzuckert ist, aber den Totenrichter spielen an einem verfehlten Leben, das gleichwohl seine reifen Früchte getragen hat, heißt noch nicht das Verfehlen dieses Lebens erklären. Erst aus der Stellung Hartlebens zum Sozialismus ergibt sich diese Erklärung. Nicht als ob der Sozialismus die Panazee für alles seelische Leiden sei und die Kompliziertheiten eines Charakters ohne weiteres in Einheiten auflöste, aber die Stellung eines Menschen zum Sozialismus gibt über seine Klassenstellung Auskunft, und die entscheidet über seine Erdfestigkeit oder Wurzellosigkeit. Das Geschlecht, dem mit seinem Denken und Fühlen, seinem Wollen und Vollbringen Hartleben angehört, das Jüngstdeutschland der achtziger Jahre, die Generation, deren typischster Repräsentant Hermann Conradi ist, stand sozialen Problemen und dem Sozialismus sehr nahe. Aber da sie im Wesen einer kleinbürgerlichen Auflehnung literarischen Ausdruck verlieh und all ihr Sturm und Drang sie über kleinbürgerliche Gesichtspunkte nicht hinaushob, konnten sie alle nicht entschlossen mit beiden Füßen auf den Boden der Arbeiterklasse treten, sondern schlugen sich früher oder später seitwärts in die Büsche oder irrten im besten Falle ziellos zwischen den Schützenlinien der kämpfenden Klassen hin und her und gingen so zugrunde.

Auch in diesen Briefen nennt sich der junge Hartleben einen Sozialdemokraten und dediziert Moppchen einmal ein Abonnement auf den Leipziger „Vorwärts“, ein andermal schickt er ihr zum Lesen ein Heft der Berliner

Arbeiterbibliothek, damit sie verstehen lerne, weshalb er eigentlich Sozialist sei. Aber auch er hat wohl die Elemente des Sozialismus nie anders als rein gefühlsmäßig erfaßt, denn als sich 1890/91 die Opposition der „Unabhängigen" und „Jungen" in der Partei erhebt, ist er Feuer und Flamme für sie und schreibt über den Eindruck der Feenpalastversammlung: „Wildberger hat gesprochen, und zwar so imponierend und großartig, daß ich ganz starr vor Staunen und Bewunderung war. Ich hatte das bestimmte Gefühl: der und kein anderer ist der Führer der Zukunft! Wie schwächlich und überlebt nahm sich neben ihm Bebel, der gleich nach ihm sprach, aus. Ein ‚Held', ein moderner Held ist dieser Wildberger, genial, leidenschaftlich und schlichtnaiv" — und es sind typische kleinbürgerliche Züge, diese Bewunderung für einen „Helden" sowohl wie die Begeisterung für den revolutionären Putschismus. Später wird auch Hartleben der Fahne untreu, die er in seinen besten Tagen besungen:

> Es ist ein Ziel gesteckt, die Flagge weht —
> Rot ist ihr Tuch und golden ihre Sterne.

Sein eigenes aufgebauschtes Ich entdeckt er schließlich als das Maß aller Dinge und schreibt 1896 mit Stirnerscher Inbrunst in sein Tagebuch: „Ich glaubte zeitweise Sozialdemokrat sein zu müssen, ich glaubte heilig werden zu müssen und erachtete es für meine Pflicht, meine Kräfte in den Dienst einer guten Sache zu stellen. Das ist jetzt vorbei. Ich habe gelernt, daß man diese gute Sache selber ist, und seitdem bemühe ich mich, meine Kräfte in meinen Dienst zu stellen." Seine Kräfte in den Dienst seines eigenen Ich stellen aber konnte nichts anderes heißen, als seine Kräfte sinnlos verschwenden, und so liegt hier die Erklärung für seine Unstetheit und Haltlosigkeit, die sein Schaffen lähmte, seine Gefühle zersplitterte, ihn von Kneiptisch zu Kneiptisch hetzte und, unsicheren Blickes und unsicheren Herzens, zwischen den Weibern hin und her taumeln ließ.

Das durchschnittliche Schicksal der ganzen Generation war sein Schicksal: ihm war kein Ziel mehr gesteckt, und darum zerbrach ihn das Leben.

Die Entwicklung des Weltalls.

Von **Anton Pannekoek.**

4. Die Quelle der Sonnenwärme.

Die Fortschritte der Wissenschaft im neunzehnten Jahrhundert hatten das Schwergewicht der Frage nach der Zukunft des Menschengeschlechtes, der Frage, wie lange die uns notwendigen Lebensbedingungen gesichert sind, von der Erde nach der Sonne verschoben. Die Dauerhaftigkeit des Erdkörpers, den wir als Wohnsitz gebrauchen, erschien für absehbare Zeit gesichert, und die Astronomie rechnet die Zeit, die sie absehen kann, nach Hunderttausenden und Millionen von Jahren. Aber wir brauchen mehr als einen festen Boden unter unseren Füßen; wir brauchen Licht und Wärme zum Leben, und diese muß uns die Sonnenstrahlung bringen. Ihre Erhaltung ist eine Lebensbedingung für das Menschengeschlecht; mit der Sonnenwärme hört alles Erdenleben auf.

Dr. Robert Mayer in Heilbronn, & erst nach ihm der Herr Prof. Helmholtz

Sobald sich um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Wissenschaft über die Energie und ihre Unzerstörbarkeit klar geworden war, wandte sich ein großes Interesse der Frage nach der Erhaltung der Sonnenwärme zu. Man hatte die erstaunliche Energiemenge gemessen, die die Erde durch die Sonnenstrahlung erhält, und sie ist doch nur ein Zweitausendmillionstel der ganzen, von der Sonne ausgestrahlten Menge. Um eine Vorstellung der Quantitäten zu geben, um die es sich hier handelt, sei erwähnt, daß die Sonne, wenn ihre ungeheure Masse ganz aus Kohle bestände und ihre Strahlung aus der Verbrennung dieser Kohle entstände, in 8000 Jahren vollständig verbrannt wäre. Woher kommt diese Energie? Wäre die Sonne einfach ein sehr heißer Körper, so müßte sie durch ihren Wärmeverlust sicherlich ein paar Grade kühler werden, und dann wäre mit etwa 10000 Jahren die Geschichte zu Ende. Allein dann müßte auch im historischen Leben die Temperatur der Sonne schon so bedeutend abgenommen haben, daß ihr allmähliches Kälterwerden nicht hätte unbemerkt bleiben können. Soweit nachweisbar, hat sich im Laufe der Geschichte die Sonnenstrahlung nicht vermindert, und diese Tatsache, mag sie auch nicht erklärt werden können, beruhigt schon für die Zukunft. Sie drängt uns aber zugleich die Überzeugung auf, daß irgendwelche Energiequellen bestehen müssen, die den Energieverlust ersetzen, die verursachen, daß die Sonne trotz ihrer gewaltigen Strahlung nicht kälter wird.

Es galt nun, die Quellen aufzufinden, aus denen die Sonne immer neue Wärme schöpft. Die neue Lehre von der Umwandlung der Energie zeigte sofort, wo die Antwort zu suchen sei, nämlich in der Verwandlung mechanischer Energie in Wärme. Robert Mayer, der den Satz von der Erhaltung der Energie entdeckte, glaubte in dem unaufhörlichen Sturze kleiner, im Weltenraum herumfliegender Körperchen (Meteore) in die Sonne eine Quelle der Energie zu finden. Ein Körper, der weit von der Sonne entfernt ist, hat — weil die Sonne ihn mit großer Kraft anzieht — eine große Energie der Lage, die man hier am besten Distanzenergie nennt. Gibt er dieser Anziehung nach, so fällt er immer rascher nach der Sonne hin, und wird seine Distanz zur Sonne kleiner, so wandelt sich seine Distanzenergie in eine mit der Geschwindigkeit wachsende Bewegungsenergie um; wird diese Geschwindigkeit durch den Sturz auf die Sonne plötzlich gehemmt, so verwandelt sich die Bewegungsenergie in Wärme; das Aufleuchten von Sternschnuppen am Himmel ist auch eine Folge davon, daß die rasche Bewegung der auf die Erde zufliegenden Meteore durch das Eindringen in die Atmosphäre gehemmt wird. Der Sturz eines Meteors auf die Sonne würde so viel Wärme hervorbringen, daß eine tausendmal größere Masse als der Körper selbst um eine Million Grade erhitzt würde. Dennoch konnte sich diese Erklärung nicht halten; der Zuwachs an Materie, den die Sonne durch die herabstürzenden Meteore erfahren würde, hätte ihre Anziehungskraft allmählich vergrößert und dadurch die Bewegungen der Planeten so stark geändert, daß es den Astronomen schon längst hätte auffallen müssen.

Eine bessere Erklärung wurde vom Physiker Helmholtz gegeben. Nicht aus der Energie, die entfernte Fremdkörper durch die Anziehungskraft der Sonne besitzen, entsteht die Sonnenwärme, sondern aus der Energie, die den Teilchen der Sonne selbst wegen ihrer gegenseitigen Anziehung innewohnt und die um so größer ist, je größer die gegenseitige Distanz dieser Körper ist.

Geben die Teilchen dieser Anziehung nach, nähern sie sich, das heißt schrumpft die Sonne zusammen, so muß die frühere Distanzenergie in der Gestalt von Wärme wieder erscheinen. Helmholtz berechnete, daß schon eine Zusammenschrumpfung, die in einem Jahrtausend den Durchmesser der Sonne nur um den achtzehntausendsten Teil verringerte, also eine ganz geringfügige Zusammenschrumpfung, die Energiemenge ersetzen würde, die die Sonne durch ihre Strahlung fortwährend verliert. Wenn wir auch noch nicht wissen, weshalb diese Zusammenschrumpfung erfolgen muß, so darf man doch annehmen, daß sie tatsächlich stattfindet, da die historische Erfahrung keine Spur von einem Kälterwerden der Sonne nachzuweisen vermag.

Diese Erklärung ergibt nun auch, wenn man sie mit der Kant-Laplaceschen Nebeltheorie verbindet, wie die ganze Sonnenwärme entstanden ist. Als die Teilchen, die jetzt die Sonne bilden, in dem Zustand einer dünnen Gaswolke weit voneinander entfernt waren, bewirkte ihre gegenseitige Anziehung, daß sie eben durch diese Entfernung eine große mechanische Energie besaßen. Diese Energie war ebensowenig sichtbar, wie die Energie sichtbar ist, die ein sehr hoch über der Erdoberfläche festgehaltener Körper bloß durch seine Lage besitzt. Wie diese aber als Bewegungsenergie einer steigenden Geschwindigkeit sichtbar wird, sobald der Körper herunterfällt, so muß die Energie jener weit voneinander entfernten Teilchen in ihrer wachsenden Geschwindigkeit sichtbar werden, sobald sie sich zu nähern beginnen. Eine steigende Geschwindigkeit der kleinsten Teilchen bedeutet aber eine höhere Temperatur; die Bewegungsenergie dieser Teilchen nehmen wir als Wärme der ganzen Masse wahr.

Wir brauchen also für die ursprüngliche Nebelmasse, aus der das Sonnensystem entstanden ist, keine hohe Temperatur anzunehmen. Sie kann sehr kalt gewesen sein, so daß die Wärme des heißen Sonnenkörpers ganz aus der Zusammenschrumpfung entstanden ist. Helmholtz hat berechnet, daß das Zusammenpacken der Teilchen in das Volumen der heutigen Sonne eine Wärmemenge hervorbringen mußte, um die gegenwärtige Strahlung der Sonne 18 Millionen Jahre aufrechtzuerhalten; wahrscheinlich ist diese Rechnung noch zu niedrig, weil der größte Teil der Sonnenmasse schon tief im Innern zusammengepreßt ist und die Teilchen sich also schon viel mehr genähert haben, als es uns nach der äußeren Begrenzung des Sonnenkörpers erscheint. Da in frühester Zeit, als die Nebelmasse noch ziemlich ausgedehnt und noch ziemlich kalt war, die Sonne viel weniger stark strahlte als heute, so übersteigt ihr Alter noch bedeutend 18 Millionen Jahre. Als der Sonnennebel sich noch bis zur heutigen Erdbahn ausdehnte, zur Zeit also, wo sich die Erde von ihm abtrennte, war erst ein unbedeutender Teil dieser großen Wärmemasse von ihm erzeugt worden; die Erde ist also auch als ein dünner kalter Nebelklumpen entstanden. Man darf ihr deshalb ein Alter von wenigstens 30 Millionen Jahren, wahrscheinlich aber ein noch höheres zuschreiben.

Wie lange die Sonne noch ihre heutige Strahlung behalten wird, hängt offenbar davon ab, in welchem Maße sie noch fähig ist, sich weiter zusammenzuziehen. Darüber kann man Genaues nicht sagen. Helmholtz nahm an, sie könne noch bis zur Hälfte des heutigen Umfanges schrumpfen, und dann wäre ihre heutige Strahlung nochmals für 18 Millionen Jahre gesichert. Da aber die Kondensation im Innern der Sonne schon weiter vorgeschritten sein wird, als es nach dem äußeren Umfang erscheint, so bleibt für die Zukunft nicht mehr so viel Energie übrig, und der Amerikaner See berechnet, mit Berück-

sichtigung dieses Umstandes, daß uns nur noch 4 Millionen Jahre übrig bleiben. Mögen hier nun auch nicht genaue Zahlen gegeben werden können, so wirkt doch die Maßeinheit der Jahrmillion, die bei diesen Rechnungen benutzt werden muß, beruhigend für die Zukunft des Erdenlebens.

Berichtigung zu Kap. 2: S. 424, Z. 18 v. o. statt Kohlensäure lies: Wärme.

Medizin und Überkultur.

Von **A. Victorov.**

Professor W. His, **Medizin und Überkultur.** Leipzig, Georg Thieme. Preis 1 Mark.

In dieser kleinen Schrift versucht der Verfasser, die Ursachen der Nervosität zu erkennen. Er scheint allerdings nur die Nervosität der besitzenden Klassen zu kennen, die er mit solcher Sachkenntnis erfaßt, daß man seine Freude daran hat. Und zudem kommt die Betrachtung ja aus dem Munde eines preußischen Geheimrats, der mit seinem Vortrag ganz andere Zwecke verfolgt, als die herrschenden Klassen zu verunglimpfen. Und dann: die Mittel, die der Verfasser im Kampfe gegen die „psychische Epidemie", die Nervosität, empfiehlt, stehen so im Einklang mit dem Gesamtbild, das er vom geistigen Verfall der herrschenden Klassen zeichnet, daß sie nun selber den ganzen Verfall der kapitalistischen Kultur illustrieren helfen.

„Jene psychische Epidemie, die seit wenigen Jahrzehnten die gesamte zivilisierte Welt immer mehr durchseucht, die Nervosität in allen ihren Formen, zeigt so offenkundige Abhängigkeit von kulturellen und sozialen Bedingungen, daß ihre Entstehung, ihr Wesen ohne das Studium des Kulturzustandes gar nicht verstanden werden kann." Was ist nun das Kennzeichnende unserer modernen Kultur, aus der heraus die Nervosität als Massenerscheinung begriffen werden soll? Kein anderes, als daß sie zur „Überkultur" geworden ist. „Die Richtung des verflossenen Jahrhunderts war die intellektualistisch-materialistische; sie fängt nun an zu bröckeln; ein neues Kulturideal ist im Werden; seine Form ist aber noch unbestimmt, die einen suchen es vor, die anderen hinter sich, und so sind Staat, Religion, Sittlichkeit, Kunst auf allen Gebieten der Gegenwart im Kampfe. Nur die extremsten Parteien haben ein festes Ziel; zwischen ihnen bewegt sich eine breite Masse, die ihren Leitstern verloren hat. In solchen Zeiten, wo der einzelne inmitten der widerstrebenden Tendenzen auf sich gestellt ist, greift ausnahmslos ein schrankenloser Egoismus Platz. Im Kampfe aller gegen alle für sich eine Stellung zu erringen, Macht, Erwerb und Sicherheit für die Zukunft, ist das Bestreben eines jeden, und . . . heftiger und rastloser wird der Kampf um die materiellen Güter, unterbrochen nur durch heftige, rasch und stark wirkende Genüsse. Diese erwerbende Bevölkerungsschicht ist es, die das weiteste Feld, den gedeihlichsten Nährboden für die Erreger der Nervosität stellt." Als Ausdruck dieser „Richtung" unserer Kultur gilt der Subjektivismus, der Individualismus eines Nietzsche; in der Kunst der Impressionismus. Untrennbar von solcher Überkultur ist ein Raffinement der sinnlosen Genüsse, ein Gefühl des Überdrusses, eine Kulturflucht; „eine zerrissene Stimmung, in der das Gemüt von Ekel an einer Gegenwart ergriffen ist, an der es doch mit allen Fibern seiner verwöhnten Nerven hängt." — Goethes Wort: „Alle im Rückschreiten und in der Auflösung begriffenen Epochen sind subjektiv", ist dem Verfasser „irrevisionabel", gilt ihm auch für heute, die moderne Epoche der „Überkultur".

His bringt die neue Kulturepoche in Parallele zur alexandrinischen Zeit nach dem Tode Alexanders des Großen, zur Zeit der ersten römischen Kaiser, und schließlich zum feudalen Frankreich unmittelbar vor der großen Revolution. Allen ist gemeinsam die mächtige Prosperität, der „aufs Reale" gerichtete Sinn, eine Unrast des Lebens,

eine Verweichlichung, „ein Raffinement, das jeden Genuß in eine Noxe (Schädlichkeit) verwandelt".

Aus der Zusammenstellung dieser Kulturepochen zieht His den Schluß: „Nicht der Kampf um das tägliche Brot, nicht die Unsicherheit der Existenz, nicht die Einseitigkeit und das Übermaß intellektueller Arbeit zeugen die Nervosität, sondern der Mangel an idealen Gütern, die ausschließliche Richtung aufs Reale, der Subjektivismus, der alles und jedes nur auf die eigene Person, ihr Wohlergehen und ihren Sinnengenuß bezieht, die Verfeinerung der Genüsse, das Raffinement der Umgebung, kurz alles, was der Mensch an künstlichen, das natürliche Bedürfnis vergessenden Kulturgütern sich zur Gewohnheit macht; das ist das Gemeinsame dieser Epochen."

Soweit His die Nervosität der jeweils herrschenden, in Auflösung begriffenen und dem Untergang geweihten Gesellschaftsklasse im Auge hat, wird man sein Urteil anerkennen.

Wie schon erwähnt, kennt His nur die Nervosität der „erwerbenden Bevölkerungsschicht", und er schließt sich der Anschauung von Hilty an, daß die Neurasthenie in den Klassen am häufigsten sei, deren Lebensverhältnisse am gesundesten sind. Es hieße aber blind sein, wollten wir uns über die Tatsache hinwegsetzen, daß die ökonomisch und sozial unterdrückten Klassen des Volkes, für die die „Prosperität" nichts abwirft, nicht minder — ja noch viel mehr — unter dem Einfluß der „psychischen Epidemie" seufzen, als die herrschende Klasse. Hier sind die bedingenden Ursachen anderer Natur: dauernde geistige und körperliche Überanstrengung über die individuelle Leistungsfähigkeit hinaus, Unsicherheit der Existenz, Schädlichkeiten der Wohnung und der Umgebung. Auch das ganze ideelle Milieu, in dem sich die Klassengenossen einer unterdrückten, um ihre Rechte kämpfenden und aufsteigenden Klasse, zumal der modernen Arbeiterklasse, befinden, ist ein ganz anderes als dasjenige einer in Auflösung begriffenen Klasse wie der kapitalistischen Bourgeoisie. Das alles bedingt, daß die Ausdrucksform der Nervosität in der herrschenden und in der unterdrückten Klasse verschieden ist: auf der einen Seite Schlappheit, Gleichgültigkeit, Abstumpfung für Reize höherer Qualitäten; auf der anderen Seite — erhöhte Reizbarkeit, ein Drängen und Stürmen. Das ist der springende Punkt und müßte vielleicht der rote Faden einer zeitgemäßen Systematik der Neurasthenie sein.

Als ob nun His diese Einwände voraussähe, und um sie zu entkräften, entdeckt er weiterhin noch ein neues, die Nervosität bedingendes Moment, das den genannten drei Perioden und unserer modernen Gesellschaft gemeinsam ist und ihren Verfall erklären soll: die Sekurität, die gesicherten öffentlichen Verhältnisse, der Mangel kriegerischer Verwicklungen. Diesen Perioden der Prosperität und gleichzeitigen Sekurität setzt His das perikleische Athen und die italienischen Städte der Renaissance gegenüber, wo Prosperität sich mit Mangel jeglicher Sekurität paarte und der Gipfel geistiger Blüte und Gesundheit erreicht ward. Aber im perikleischen Athen waren nicht Mangel von Sekurität, nicht die ständigen kriegerischen Verwicklungen bei gleichzeitiger Prosperität daran schuld, daß Athen in jener Epoche den Gipfel seiner Blüte erreichte, sondern der sozialökonomische Charakter seiner Prosperität! Darüber urteilt treffend Kautsky: „Die Reichtümer, die nach Athen flossen, blieben auch nicht, wie anderswo, auf den kleinen Kreis einer herrschenden Aristokratie beschränkt. Athen war ein demokratisches Gemeinwesen, die gesamte Bürgerschaft nahm teil an dem ökonomischen Aufschwung, aber auch an dem geistigen. Nirgends fanden Denker ein solches Publikum wie zu Athen." (Und genau dasselbe gilt für die italienischen Städte der Renaissance.) Seit den Perserkriegen aber „förderten die Reichtümer, die nach Griechenland flossen, die Entwicklung der Geldwirtschaft und untergruben die alte bäuerliche Naturalwirtschaft. Auf dem Lande verschuldete und verkam der Bauer, an die Stelle der Bauerngüter traten Latifundien, von Sklaven bearbeitet. Das flache Land entvölkerte. Das Volk drängte sich in den Handelsstädten zusammen. Neben den

immer reicher werdenden Reichen — Kaufleuten, Spekulanten, Wucherern, Latifundienbesitzern, glücklichen Heerführern, die mit Beute beladen heimkehrten — häufte sich eine stets wachsende Masse von Lumpenproletariern an. Die alten Tugenden schwanden dahin, die Eigenschaften der neuen Schichten machten sich geltend. An Stelle des Gemeinsinns traten Käuflichkeit und Habgier, an Stelle der Wehrhaftigkeit Feigheit und Weichlichkeit. . . ."[1] Da liegt der Hund begraben: nicht die Prosperität als solche, sondern ihr Klassencharakter, die Prosperität als Privileg einer Klasse zeitigt Erscheinungen, wie es die moderne „psychische Epidemie" ist. Und weil der sozialökonomische Charakter der Prosperität von heute einen in seiner Schärfe unvergleichlichen Klassengegensatz bedeutet, wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt hat, so ist auch die Nervosität von heute eine psychische Epidemie von noch nie dagewesener Intensität. Ist die Geschichte einmal mit dem Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft fertig geworden, so wird die Prosperität zum Ausgangspunkt einer geistigen Blüte, der Quell sprudelnder geistiger Kraft und Gesundheit.

Das sind nun Gedankengänge, die ein preußischer Geheimer Rat allerdings nicht zu wandeln pflegt.

Und nun die Mittel im Kampfe gegen die Nervosität der „erwerbenden Bevölkerungsschicht"? Der religiöse Glaube! Und dabei kommt es „weder auf Form, noch Inhalt, noch den Wahrheitsgehalt der Religion an"! Die „gemütserhebende therapeutische Wirkung" dieses Heilmittels kennt His aus seiner Praxis: „Ich habe öfters nach solcher Wandlung der Sinnesart langjährige Beschwerden sich mindern sehen."

Das ist nun aber nur „Individualtherapie", His will jedoch „das Übel mit der Wurzel ausrotten", die „sozialen und kulturellen Bedingungen unschädlich machen". Seiner Auffassung nach waren die schädlichen Wirkungen der Prosperität in der Blütezeit von Athen und während der Renaissance durch den Mangel von Sekurität, durch die ständigen Kriege paralysiert. Doch für heute liegt es His ferne, „Krieg und Elend als Heilmittel herbeizuwünschen." Er will „die erschlaffenden Wirkungen allzu gesicherter Existenz, den Mangel starker Empfindungen" ausgleichen durch „Krieg im Frieden", durch „Drill und Disziplin" (wörtlich!) des Militarismus! Und das heißt „das Übel mit der Wurzel ausrotten"! Aber wie wäre es, wenn wir His entgegenhalten wollten, daß der militärische Drill als Heilfaktor ja nur den nicht „erwerbenden Bevölkerungsschichten" zugute kommt, die keine bedauernswerten Opfer einer „allzu gesicherten Existenz" und so nach der Auffassung von His gar nicht nervös sind? Und für „starke Empfindungen" in der Arbeiterklasse sorgt der Ideengehalt der modernen Arbeiterbewegung.

Bücherschau.

Clara Müller-Jahnke, **Gesammelte Gedichte.** Herausgegeben von Oskar Jahnke. **Wintersaat.** Letzte Gedichte. 100 Seiten. **Wach' auf!** Letzte Gedichte. 142 Seiten. Erschienen im Jahre 1907 bei F. A. Bettmann, Goslar.

„Am Abhang eines Hügels, einer alten Sanddüne, gegen die in Vorzeiten einst die See spülte, liegt das Grab der Dichterin, bewacht von einem mächtigen Granitblock, umfriedet von einem heiligen Hain von Kiefern, Wacholder und jungen Birken, und wie an einem uralt-grauen Hünenstein kann die Seele hier ruhen und träumen, still hinwegschauen über das märkische Land, über Heide und Forst, hinüber zu den Kalkbergen von Rüdersdorf und den Wiesen und Sümpfen der Spree und des Müggelsees."

---

[1] K. Kautsky, Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten?

So leitet Julius Hart die Nachlese der Gedichte ein, die der Gatte Clara Müllers aus der Ernte ihres Lebens veranstaltet hat und in zwei Bänden den Verehrern der Dichterin darbietet. Ein Bild veranschaulicht ihr Grab, und wer sie gekannt hat, wird gern anerkennen, daß sie so zur ewigen Ruhe gebettet worden ist, wie es sicherlich ihr Wunsch gewesen wäre, zur ewigen Ruhe gebettet zu werden. So sehr sie die Sonne Italiens liebte, so verhaßt war ihr die gleißende Pracht der italienischen Friedhöfe.

Raschelnde Rosen an Perlendraht,
Badepüppchen im Heiligenstaat,
Gruftkapellchen mit Polstersitzen,
Leinene Deckchen mit Häkelspitzen,
Kreuzchen und Bildwerk, Flitter und Spiel,
Gläserne Ampeln im Jugendstil,
Steinerne Engel im Modekleid,
Platte an Platte dicht gereiht —
Und um des marmornen Schweigens Schauer
Die himmelversperrende neidische Mauer:
Das ist, von Orangen und Rosen umblüht,
Die Heimat der Toten im sonnigen Süd.

In der eisigen Öde bin ich allein.
Hart klingt mein Schritt auf dem harten Stein
Und die Träne, die mir so rasch den Blick
Verdunkelt, kriecht scheu ins Herz zurück.
Ein Windstoß kommt aus dem Pinienhain,
Und die Kränze klappern wie Totenbein....
O du Ewige, Weltenbeschattende du,
Mutter des Lebens, zeugende Ruh,
Wie haben sie dich so klein gemacht,
Mit ihrer Plunder- und Flickenpracht!
Sie spielten ein gellendes Jahrmarktsstück
Auf deiner heitern, himmlischen Harfe
Und hängen die grinsende Faschingslarve
Vor deinen gütigen Mutterblick.
Nein, meine Heilige, hier wohnst du nicht!
Aufatmend grüß' ich das Frühlingslicht!

Nicht Andacht war der Grundzug von Clara Müllers Gedichten, wie Julius Hart meint, sondern ehrliche und gesunde Kraft, die ein hartes Leben niemals gebrochen, wenn es auch nicht spurlos an ihr gerüttelt hat. Das furchtbare Jahrzehnt, das Clara Müller als „Taglöhnerin mit dem Geist" in der Blüte ihrer Jahre erlebt hat, um durch die Redaktion eines kleinen hinterpommerschen Blättchens einen kärglichen Bissen Brot für ihre Mutter und sich zu erwerben, hat tiefere Furchen in ihr Leben gezogen, als ihre Abstammung aus einem evangelischen Pfarrhause. Sobald der glückliche Zufall einer Erbschaft sie endlich befreite, entsprach es ihrer grundehrlichen und grundtüchtigen Natur, sich in die Wogen der Arbeiterbewegung zu stürzen, aber eine durch und durch Freie ist sie nicht mehr geworden; sie schleppte die zerbrochene Kette nach, die man gerade in der fast grausamen Wahrhaftigkeit ihres Bekenntnisbuches vielleicht am lautesten klirren hört. In dem letzten Briefe, den wir von der Freundin und Landsmännin erhielten, klagte sie bitter über das mangelnde Verständnis, das ihre Lebensbeichte gefunden habe; sie selbst aber war nicht ohne Schuld daran, wenn auch nur in dem Sinne, daß die Kämpferin der Dichterin den Lorbeer entrissen hatte.

Das Beste und Reifste, was Clara Müller geschaffen hat, waren ihre „Sturmlieder vom Meere". Sie sind in einen der beiden Nachlaßbände aufgenommen, doch werden sie hier etwas erdrückt durch andere Gedichte, die nicht in gleichem Maße die Eigenart der Dichterin bekunden. Wir achten die Pietät des Gatten, die möglichst alles sammeln wollte, was die Dichterin geschaffen hat, aber weniger wäre mehr gewesen, und es käme schon eine stattliche Zahl heraus, wenn das allzufrühe Grab Clara Müllers nur mit denjenigen ihrer Gedichte geschmückt worden wäre, die dauern werden.

Otto Ernst, **Semper der Jüngling.** Ein Bildungsroman. Leipzig 1908, Verlag von L. Staackmann. 452 Seiten. Preis brosch. 4 Mark, geb. 5 Mark.

Dieser Roman, der einen großen Erfolg gehabt hat und schon in mehreren zehntausend Exemplaren abgesetzt worden ist, wurde kürzlich in einem reaktionären Blatte arg heruntergerissen, und wir nahmen ihn zur Hand in der Absicht, ihn

gegen eine, wie uns scheinen wollte, tendenziöse Kritik zu verteidigen. Nun war die Kritik, wie uns die eingehende Prüfung des Buches zeigte, freilich tendenziös genug, aber immerhin nicht ganz unerklärlich gegenüber den unmäßigen Lobeserhebungen, die dieser „Bildungsroman" in anderen bürgerlichen Blättern gefunden hat. Was der Verfasser uns gibt, verrät im Grunde so wenig von „Bildung" wie von einem „Roman"; es ist die etwa in gleichem Maße flach und flott geschriebene Biographie eines Hamburger Volksschullehrers, der es an der Stirn geschrieben steht, daß sie die Autobiographie des Verfassers sein soll.

Nun muß der Dichter gewiß aus dem eigenen Busen schöpfen, jedoch Otto Ernst hat sich die Sache allzu bequem gemacht. Alle diese zufälligen Begegnungen und Erlebnisse, die er uns mehr oder weniger weitläufig schildert, würden den Leser erst interessieren, wenn sie in inneren kausalen Zusammenhang mit der „Bildung", das heißt mit der inneren Entwicklung des Helden gesetzt würden, aber daran fehlt es wenn nicht ganz und gar, so doch in hohem Maße, und auch die unzähligen Zitate aus allen möglichen Dichtern, von Goethe bis auf Storm und Fontane, tun nichts zur Sache. Hat man die 452 Seiten hinter sich, so legt man das Buch froh aus der Hand, aber befriedigt freilich in keiner Weise.

Dennoch begreifen wir vollkommen den buchhändlerischen Erfolg des Romans. Für ein künstlerisch anspruchsloses Publikum liest er sich ganz munter fort, und über Schulfragen, von denen der Verfasser etwas versteht, findet sich manches gescheite Wort. Schade bei alledem, daß Otto Ernst sein Talent, das nicht groß, aber echt war, in massenhafter Scheidemünze, die nicht einmal immer echt ist, zu verzetteln begonnen hat.

Karl Ewald, **Mein großes Mädel.** München 1908, Albert Langen.

Wenn das liebenswürdige Büchlein mit seinen paar originellen Einfällen nichts weiter beanspruchen würde, als den Leser zu unterhalten, indem es die bürgerliche Philisterei in harmloser Weise verspottet, so könnte man es mit dankbarem Lächeln einfach hinnehmen. Da es aber zugleich beansprucht, darüber zu belehren, wie das schwierigste Problem der modernen Erziehung, das sexuelle, spielend leicht zu lösen sei, so ist es wohl nicht überflüssig, zu betonen, daß sich der Autor die Sache doch gar zu leicht gemacht hat, indem er die Personen seiner Erzählung nicht nur von jeder wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abhängigkeit, sondern auch von jedem gemütlichen Zusammenhang mit solchen Leuten frei sein läßt, die ihre kühne und regelwidrige Handlungsweise mißbilligen würden.

In Wirklichkeit lebt fast niemand in solcher splendid isolation, und darum hat die in dem Buch versuchte Lösung des Problems nicht einmal für die sehr reichen Leute allgemeine Bedeutung.

Therese Schlesinger.

Hellmut v. Gerlach, **Das Parlament.** Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. 100 Seiten. Preis 1,50 Mark.

Merkwürdiger Wandel der Schicksale! Dieselbe Verlagsanstalt, die vor sechzig Jahren die „Heilige Familie" von Marx und Engels veröffentlichte, gibt heute unter dem Gesamttitel der „Gesellschaft" eine Reihe von kleinen Schriften heraus, die den „gebildeten" Leser im Fluge über das Proletariat, die Religion, die Politik, den Streik, die Zeitung, den Weltverkehr, die Sprache, die geistigen Epidemien, das Warenhaus, den Staat, die Revolution, die Schule und der Himmel weiß was sonst noch unterrichten sollen. Es ist natürlich durchweg leichte, mitunter auch schlechte Ware; manches wieder läßt sich ganz gut lesen, wie die Schrift Gerlachs über das Parlament, die als 17. Band der Sammlung erschienen ist.

In die Tiefe gräbt sie gewiß nicht, was sich ebensowenig mit der Art ihres Verfassers wie dem ganzen Zwecke dieses buchhändlerischen Unternehmens verträgt.

Aber das Drum und Dran des bürgerlichen, namentlich des deutschen Parlamentariers schildert sie in recht gefälliger Weise und unter Gesichtspunkten, die vom bürgerlichen Standpunkt aus ziemlich vorurteilsfrei sind. Man braucht die Illusionen des Verfassers nicht zu teilen und im Parlament nicht den Ausdruck der organisierten Massenherrschaft zu erblicken, aber man kann es ihm danken, daß er die demagogischen Redensarten derjenigen Reaktionäre, die noch weit hinter dem bürgerlichen Parlamentarismus stehen, vom „Redenhalten zum Fenster hinaus“ und dergleichen Faseleien mehr, womit der brave Philister gekirrt werden soll und sich leider auch kirren läßt, mit munterem Witze abtut.

Helfen wird es freilich nicht viel.

Lose Blätter.

Friedrich Paulsen, der jüngst verstorbene Berliner Philosophielehrer, stach in der Form des mündlichen Vortrags und seiner Schriftstellerei vorteilhaft von seinen ledernen Kollegen ab. In der Sache war er fleischgewordener Kompromiß — ein Kantianer mit Metaphysik, ein utilitaristischer Theologe, ein Bismarckverehrer, der gegen das Sozialistengesetz agitierte. Er hat eine zweibändige „Ethik“ geschrieben, von der sich ein Achtel mit dem Sozialismus beschäftigt — in eben derselben Halbundhalbmanier, die sich aus einer gewissen intellektuellen Fähigkeit und einer persönlichen Klassenborniertheit ergibt. Als typisch für des Mannes unmögliche Position mögen die Worte aufbewahrt bleiben, die er im ersten Schrecken über Bismarcks bekannte Ansprache an die Abordnung des Bundes der Landwirte 1895 schrieb:

„Schroffer als hier ist wohl niemals das Wesen des Staates als der außer und über den Parteien stehenden Organisation des ganzen Volkes für die Lösung seiner Lebensaufgaben, die Durchsetzung seiner Interessen nach außen und die Durchführung der Idee der Gerechtigkeit nach innen, verneint, unverhohlener niemals die Staatsgewalt für eine Interessengruppe in Anspruch genommen worden. Dem Fürsten erscheinen, erschienen wenigstens in jenem Augenblick die Staatsbeamten als Drohnen, die aus dem Arbeitsertrag der Produzenten leben, ohne etwas dafür zu leisten, als daß sie eine Unmenge mit Paragraphen bedruckten Papiers in die Welt setzen; er gibt den Rat, dies unnütze Volk abzuschaffen.

„Man könnte es verstehen, wie jemand, der gewöhnt ist, die Junker als die geborenen Herren des Landes und des Volkes zu betrachten, zu solchem Verwerfungsurteil über den Staat kommt. Natürlich, er ist ihnen unbequem, der Regierungsrat und der Richter, der nicht von ihnen, sondern von der Staatsregierung und dem Gesetz allein abhängig ist. So fanden schon die preußischen Junker das Regiment Friedrich Wilhelms I. unbequem: das ganze Land werde ruiniert! worauf jener König ihnen eine bekannte, sehr deutliche Antwort gab. So fanden die märkischen Junker die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung unerträglich: das ganze Land geht zugrunde, wenn man unsere Bauern zu freien Staatsbürgern macht!

„Daß der Mann, der achtundzwanzig Jahre lang der erste Beamte erst des preußischen Staates, dann des Deutschen Reiches gewesen ist, dies Verwerfungsurteil spricht, ist doch etwas überraschend. Und merkte er denn nicht, was für ein vernichtendes Urteil damit über die Dynastie gesprochen ist, die dann also ihre Aufgabe, einen Beamtenstand zum Dienste des Rechtes und des Landes zu erziehen, absolut unerfüllt gelassen hätte? Eine Aufgabe, an der mitzuwirken der erste Beamte in ihrem Namen denn ja wohl auch den Auftrag gehabt hätte.

„Daß übrigens die Überlassung der Staatsgewalt an die Interessentengruppen oder also an die Junker — denn sie kämen ja wohl allein in Betracht, an die Krämer und Schuhmacher wird auch Bismarck dabei nicht gedacht haben — ihre

Gefahren hat, darüber wären doch der Geschichte des preußischen Staates einige der Beherzigung werte Lehren zu entnehmen. Es erscheint kaum glaublich, daß Bismarck, der geschichtskundige Staatsmann, diese Lehre sollte vergessen haben. Es erscheint nicht glaublich, daß er wirklich die Entwicklung des preußischen Staates von den Tagen des Großen Kurfürsten an sollte rückgängig und den König wieder zum ersten Grundbesitzer des Landes, zum primus inter pares, nämlich unter den Junkern, machen wollen. Und so wird man denn seine Worte doch wohl am besten deuten, wenn man darin die erstaunliche Anpassungsfähigkeit (!) an die Gedanken derer bewundert, zu denen er eben spricht, eine Eigenschaft, von der allerdings erst die letzten Monate die großen öffentlichen Proben gebracht haben. Daß in diesem Falle alte Jugendliebe (!) ihm die Anpassung besonders leicht gemacht habe, wird man dann allerdings hinzufügen dürfen."

Besser als alles andere zeugt solch eine Probe von der geistigen Verkrüpplung der bürgerlichen Geschichtswissenschaft selbst in ihren nüchternsten Vertretern. A. K.

Zur Frage der Arbeiterbibliotheken schreibt uns Genosse Felix Ilgner in Leipzig: Viel ist schon von literarisch tätigen Genossen darüber geschrieben worden, was man lesen solle, um den Sozialismus begreifen zu lernen und sich mit dem Denkvermögen auszurüsten, das zu einem guten Klassenkämpfer gehört. Praktisch ist daraus aber leider wenig gewonnen. Ich weiß bestimmt, daß es sehr viele, namentlich jüngere Genossen gibt, die sich gern in den Besitz von grundlegenden Büchern setzen würden, wenn nicht der zwar nicht an sich, aber für die verfügbaren Barmittel der Genossen hohe Preis wäre. Einem Teile der Genossen fehlt die Energie, sich jede Woche etwas „wegzulegen", um die gewünschten Bücher zu erwerben. Andere Genossen hindert ein gewisser Fatalismus, sich überhaupt mit der Frage zu beschäftigen, ob sie sich ein Buch anschaffen können, da es für sie doch schon feststeht, daß es „zu teuer" ist. Dieser Fatalismus sonst lernbegieriger und opferfreudiger Genossen hat seinen Grund in der prekären Lage der einzelnen.

Ich meine, allen diesen Erscheinungen würde abgeholfen werden, wenn man gute Arbeiter-Hausbibliotheken zum Preise von etwa 50 bis 60 Mark zusammenstellen und zu günstigen Teilzahlungsbedingungen an die Genossen abgeben würde. Man wird vielleicht einwenden: ja wenn sich strebsame Genossen „emporlesen" wollen, so stehen ihnen unsere Vereinsbibliotheken zur Verfügung. Wenn man nun auch annehmen wollte, daß die Vereinsbibliotheken überall über die geeigneten Bücher verfügen, so muß doch gesagt werden, daß sie nicht allen Anforderungen entsprechen können. Es gibt aber Bücher, namentlich in der sozialistischen Literatur, die man wieder und wieder lesen muß, um den Inhalt zu verstehen. Dann kommt noch eins hinzu. Der Genosse hat seine „eigene" Bibliothek, und sei sie noch so klein. Mit einem gewissen Stolze wird er dem befreundeten Genossen „seine" Bibliothek zeigen. Dies Gefühl des Stolzes wird bei dem anderen ein Gefühl der Beschämung auslösen. Was hundert gute Lehren, die in den Versammlungen gegeben werden, nicht auszurichten vermögen, das richtet vielleicht das niederdrückende Gefühl dem Freunde gegenüber aus. Der Beschämte wird versuchen, dem Kollegen nachzuahmen; sein Interesse wird geweckt; er wird ein denkender Mensch, ein vollgültiger Streiter in unseren kämpfenden Reihen werden.

Viele bürgerliche Verlagsfirmen, zum Beispiel F. A. Brockhaus, Bibliographisches Institut, Bong & Co., erzielen ihren Hauptumsatz durch den Verkauf ihrer Verlagswerke zu Teilzahlungsbedingungen. Sollten unsere Parteiverlage das nicht auch können? Nach meiner Überzeugung würde es nur von Vorteil für die Partei und auch für unsere Buchhandlungen sein. Man brauchte deshalb nicht ein Heer von Reisenden loszulassen, wie sich manche Genossen vorstellen, um die Bibliotheken

„anzudrängeln". All das ließe sich in würdiger, der Bedeutung und dem Ernste der Sache angemessener Form machen.

Soweit Genosse Ilgner. Wir veröffentlichen gern seine Anregung, möchten aber dahingestellt sein lassen, ob sie sich praktisch durchführen läßt. Was Genosse Ilgner wünscht, war ja früher, wenn auch in anderer Form, die Regel in der Partei: um den Arbeitern die Anschaffung der Parteiliteratur zu ermöglichen, wurde sie gewöhnlich in Lieferungen, also zu „Teilzahlungsbedingungen" und zu Preisen abgegeben, die auf ihre massenhafte Verbreitung berechnet waren. Wenn unsere Parteiverlage davon mehr oder weniger zurückgekommen sind, so haben sie vermutlich ihre Erfahrungen gemacht, und wir fürchten, daß die Parteigenossen, die über die „teuren" Bücher klagen, daran selbst nicht ohne große Schuld sind. Auch sonst liegt auf der Hand, daß die Verwirklichung des Vorschlags, den Genosse Ilgner macht, ihre Schwierigkeiten hat; seine Berufung auf das Vorbild bürgerlicher Verlagsfirmen trifft nicht ganz zu.

Aus Chamforts Maximen. Wenn ein Fürst von seiner erbärmlichen Etikette sich frei macht, so geschieht es fast niemals zugunsten eines Mannes von Verdienst, sondern eines Mädchens oder eines Hanswurstes.

Die Prinzenerzieher, die ihren Zöglingen eine gute Bildung geben wollen, nachdem sie sich ihrer Etikette und ihren demütigenden Förmlichkeiten unterworfen haben, gleichen Rechenmeistern, die große Rechner bilden wollen, nachdem sie ihren Schülern zugegeben haben, daß drei plus drei gleich sieben ist.

Sollte man es glauben, daß der Despotismus Anhänger findet, weil es notwendig sei, die schönen Künste aufzumuntern? Es ist unglaublich, um wieviel das Zeitalter Ludwigs XIV. die Zahl derer gemehrt hat, die so denken. Nach ihnen ist es das Ziel jeder menschlichen Gesellschaft, schöne Tragödien, schöne Komödien usw. zu haben. Das sind Leute, die alles von den Priestern angerichtete Unheil verzeihen, weil wir ohne die Priester Molières „Tartüffe" nicht haben würden.

Eine Weisheit ohne Mißtrauen ist mir unverständlich. Die Bibel sagt, der Weisheit Anfang sei die Furcht Gottes; ich glaube, es ist die Furcht der Menschen.

Ich habe in irgend einer Reisebeschreibung gelesen, daß gewisse wilde Völker an die Unsterblichkeit der Seele glauben. Ohne erklären zu wollen, was aus der Seele wird, glauben sie, daß sie nach dem Tode um die Gebüsche in ihren Flecken herumirren, und suchen sie mehrere Morgen hintereinander. Wenn sie sie nicht finden, geben sie das Suchen auf und denken nicht mehr daran: das Beste, was auch unsere Philosophen tun könnten.

Das Gefühl, das man für die meisten Wohltäter hegt, gleicht der Erkenntlichkeit gegen Zahnärzte. Man sagt sich, daß sie uns wohl getan, uns von einem Übel erlöst haben, aber man erinnert sich auch an den Schmerz, der uns zu ihnen führte, und liebt sie nicht gerade zärtlich.

Wer alles nur für die Eitelkeit tut, hat der ein Recht, den Höfling zu verachten, der alles des Vorteils wegen tut? Es scheint nur, daß dieser die Goldstücke fortträgt und jener zufrieden ist, wenn er sie klimpern hört.

In den zivilisierten Staaten läßt man die in Ruhe, die das Feuer anlegen, und verfolgt die, welche die Sturmglocke läuten.

Die Gesellschaft ist aus zwei großen Klassen zusammengesetzt: die mehr zu essen als Appetit, und die mehr Appetit als zu essen haben.

Es gibt eine höhere Klugheit als die, die man gewöhnlich mit diesem Namen bezeichnet: die eine — die Klugheit des Adlers, die andere — die Klugheit des Maulwurfs. Die Klugheit des Adlers besteht darin, kühn seinem Charakter zu folgen und mutig die Nachteile auf sich zu nehmen, die damit verbunden sind.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Nr. 52 ○ 25. September 1908 ○ 26. Jahrg. Bd. 2



Inhalts-Verzeichnis

○ Hierzu: Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 9. ○

Stuttgart
Verlag und Druck von Paul Singer



Die Abonnenten der Neuen Zeit werden freundlichst gebeten, das Abonnement rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Abonnements-Bedingungen.

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Das Jahres-Abonnement beträgt Mk. 13.—

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld).

Bei direktem Bezug unter Kreuzband
innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90,
innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Einband-Decken für Halbjahrsbände sind angefertigt in Halbfranz, Preis Mk. 1.50, in Ganzleinen 70 Pfg.

o o o

Alle Zusendungen an die **Redaktion** der Neuen Zeit sind an **Karl Kautsky, Berlin-Friedenau**, Niedstraße **14**, zu richten.

Alle Zusendungen an die **Expedition** der Neuen Zeit sind zu richten an **Paul Singer**, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, **Stuttgart**, Furtbachstraße 12.

Der Verlag der Neuen Zeit.

Verzeichnis der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften.

(Die wichtigsten derselben werden in der „Literarischen Rundschau" besprochen.)

Agahd, Konrad, Soll die Lehrerschaft in Jugendfürsorge-Organisationen mitarbeiten? Vortrag auf der deutschen Lehrerversammlung in Dortmund, Pfingsten 1908. Halle a. S., Hermann Schroedel. 30 S. 60 Pf.

— — Ueber die soziale Bedeutung des hauswirtschaftlichen Unterrichts und seine Einführung in alle Mädchenschulen. Halle a. S., Hermann Schroedel. 27 S. 50 Pf.

Arbeiter-Sekretariat Frankfurt a. Main, Neunter Jahresbericht für 1907 nebst Jahresbericht des Gewerkschafts-Sekretärs und einem Anhang: Die Zwangserziehung in Preußen. Von Arbeitersekretär Friedrich Frank. Frankfurt a. Main, Verlag der Buchhandlung Volksstimme, Maier & Co. 196 S. 1 Mk.

Arbeiter-Sekretariat für Kiel und Umgegend. Siebter Jahresbericht nebst Berichten der Gewerkschaftskartelle Kiel und Dietrichsdorf. Geschäftsjahr 1907. Anhang: Bericht der Bildungskommission der Kieler Arbeiterschaft. Kiel, Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats. 124 S.

Arbeiter-Sekretariat Stuttgart. Elfter Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1907 nebst Bericht der Vereinigten Gewerkschaften. Stuttgart, Selbstverlag der Vereinigten Gewerkschaften. 68 S.

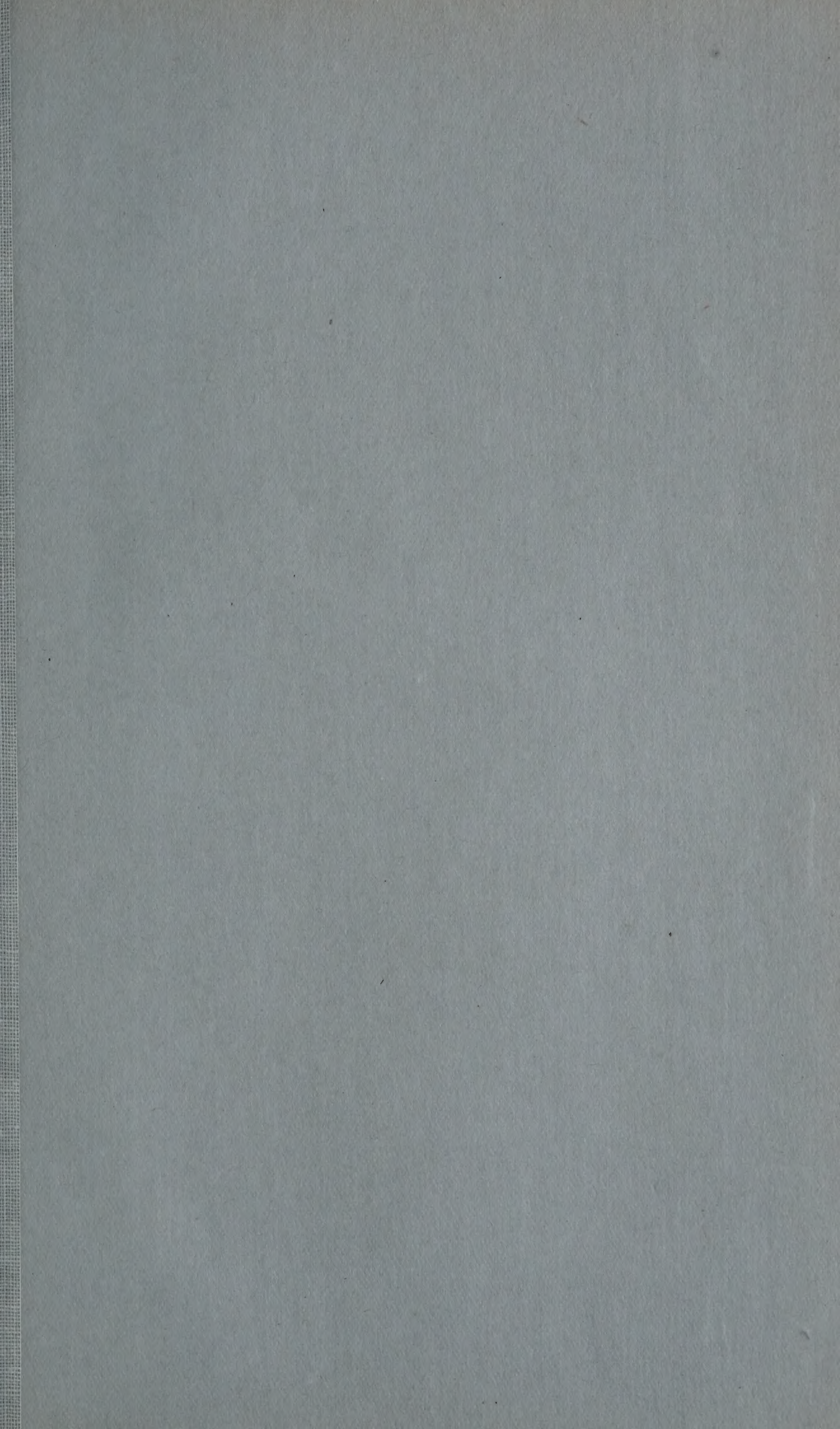
Beims, G., Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 43 S. 25 Pf.

Central Bureau voor sociale adviezen. A. Uitgifte van Gemeente-Gronden in Erfpaint. Bewerkt door D. Hudig jr. B. Mededeelingen. Zwolle, De Erven J. J. Tijl. 111 S.

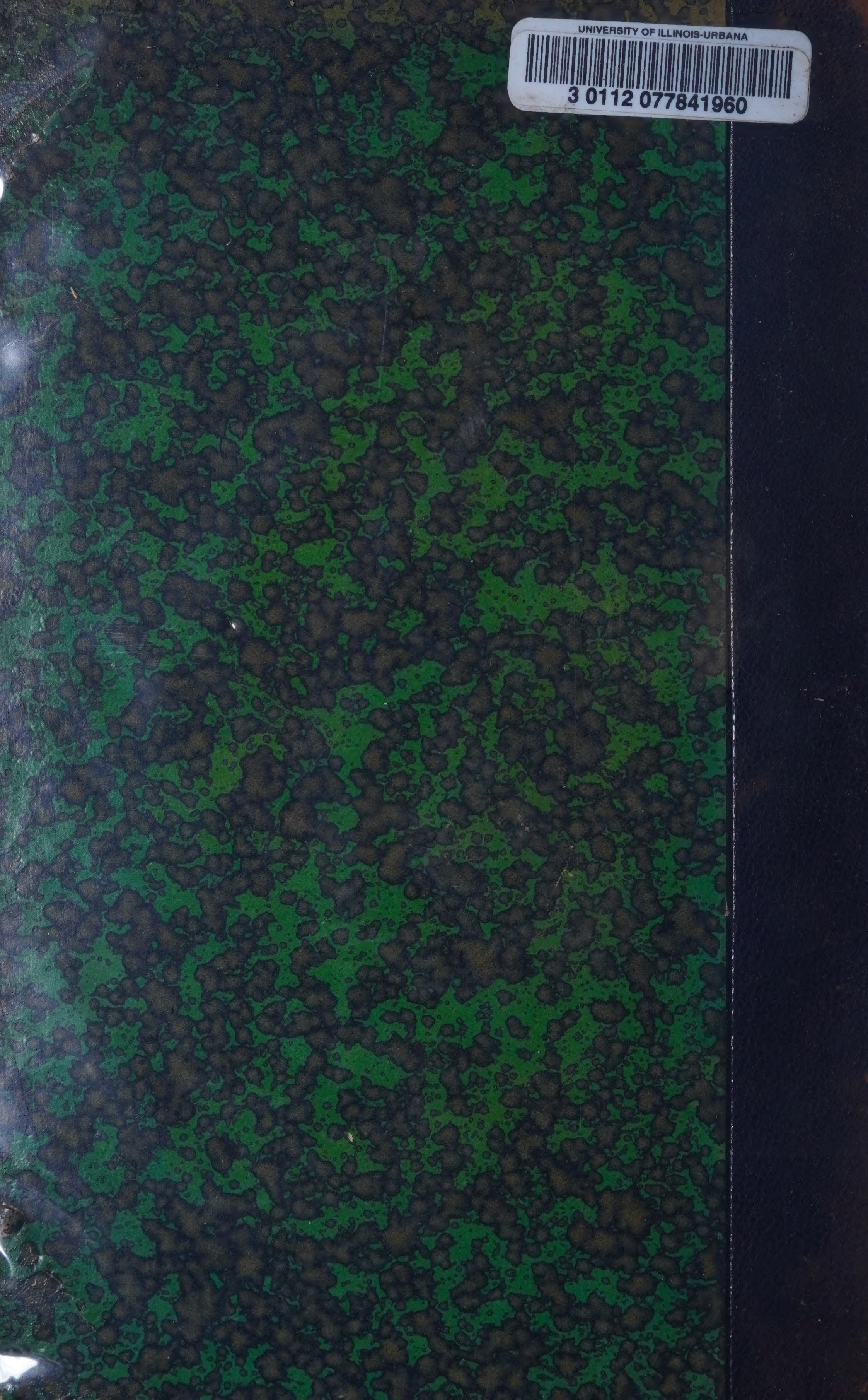
Christeller, Dr., Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Mit Illustrationen. Heft 17 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek", herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 26 S. 20 Pf.










UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077841960